Львівська наукова
бібліотека
ім. В. Стефаника
АН УРСР
ВІДДІЛ РУКОПИСІВ
Кжс 11

Podatki

Ста

I



Вирізки з газет
про податкові збори
та про стосунки з русинами

м. нім, пол.

8 арк

**Nr. 310.** Wien, Dinstag 9. November 1875. **XXIX. Jahrg.**

Das Fremden-Blatt erscheint **täglich.**

**Man pränumerirt**
Wollzeile Nr. 4.
Ganzjährig 16 fl. Oesterr.W.
Halbjährig 8 fl. „
Vierteljährig 4 fl. „
Monatlich 1 fl. 40 kr.
**ohne Zustellung**

# Fremden-Blatt.
## (Morgen-Blatt.)

**Redaktionsbureau:**
Wollzeile Nr. 17.

**Abonnement für die Provinz:**
Ganzjährig 20 fl. Oesterr.W.
Halbjährig 10 fl. „
Vierteljährig 5 fl. „
**Einzelne Blätter 6 kr.**

### Wien, 8. November.

Schon längere Zeit führen die feindlichen Brüder im „Vaterland" und im „Volksfreund" einen ebenso interessanten wie lehrreichen Streit über die Lösung der Frage, ob man innerhalb oder außerhalb der Verfassung konservativ selig werden kann. Im Grunde genommen ist es Beiden nicht zunächst um die bestehende Verfassung zu thun; sie würden sich, wenn es ginge, am liebsten ohne Verfassung behelfen. Das „Vaterland" ignorirt die Verfassung, etwa wie der Vogel Strauß in der Wüste die Außenwelt ignorirt, der „Volksfreund" erkennt die Verfassung an, um sie zu „ändern", zu ändern aber in einem Sinne, daß sie aufhören müßte, in wesentlichen Punkten das zu sein, was sie ist und sein soll. Dadurch unterscheiden sich die Konservativen der beiden Lager von dem großen Haufen der schlichten und ehrlichen Staatsbürger, die da von der Anschauung durchdrungen sind, daß die Verfassung, welche der Landesherr gegeben und das Volk dankbar entgegengenommen hat, die nothwendige Voraussetzung des staatlichen Lebens, der gemeinsame Boden aller staatlichen Bestrebungen sei, außerhalb dessen überall die Staatslosigkeit, die Willkürherrschaft und die Anarchie beginnen. Das „Vaterland" schwärmt für den historisch-föderativen Staat im Gegensatz zu dem auf dem „Prokrustesbett der liberalen Theorien" erzeugten modernen Zentralstaat; das „Vaterland" erblickt das Heil der Zukunft in der Umkehr nach der Vergangenheit, es verwünscht den liberalen Staat, das Vorwärtsgehen, und will, weil für es das Wesen des historischen Staates das Stehenbleiben ist, daß man auf der liberalen Bahn, auf der es mitgegangen wurde, wieder zurückgehe. Das „Vaterland" übersieht dabei oder will übersehen, daß der historische Charakter der menschlichen, wie der bürgerlichen Gesellschaft die Entwicklung und nicht der Stillstand ist und daß eben der Umstand, daß die Verhältnisse heute anders sind, als sie früher gewesen, nothwendig für das Heutige und nicht für das Frühere spricht. Der „Volksfreund" will den vom christlichen, was in seinem Munde heißen will, katholischen Geist durch und durch erfüllten Staat auf dem Verfassungswege herstellen; er will, daß die Verfassung durch verfassungsmäßige Mittel aufhöre, daß der bürgerliche Staat zum christlichen Staate werde, wie ihn sich die römische Kurie denkt. Der „Volksfreund" hofft dieses hohe Ziel zu erreichen, indem er den Kampf mit dem Liberalismus auf dem Verfassungsboden aufnimmt, und weil das „Vaterland" zu starrköpfig oder zu gescheit ist, um sich auf diesen brennenden Boden zu begeben, darum liegen sich die beiden Generalpächter des Konservatismus schon seit Monaten in den Haaren.

Für die übrige Welt, die sich weder in dem historisch-föderativen Staat, noch in dem christlichen Staat unterbringen lassen will, ist nun gar keine Ursache vorhanden, für den einen oder den andern der beiden Kämpen Partei zu nehmen. Der wahrhaft liberale Staat, wie ihn die Gegenwart auf dem Wege des gesetzlichen Fortschreitens und der gewissenhaften Reform anstrebt, schließt wahrlich die gesunden konservativen Ideen nicht aus, im Gegentheil, er kann nur mit ihnen und durch sie gedeihen. Die bürgerliche Gesellschaft bedarf des christlichen Staates nicht im Geringsten; sie ist bereit, dem Christenthum zu lassen, was des Christenthums ist, verlangt aber dafür, daß man dem Staat gebe, was des Staates ist. Die konservativ-liberale Majorität, welch' gleich sehr von der Achtung der religiösen Bekenntnisse, wie von der Unantastbarkeit der Staatsgesetze durchdrungen ist, kann getrosten Muthes dem weiteren Verlaufe der konservativen Polemik zuschauen. Wenn Zwei sich streiten, freut sich der Dritte und lernt häufig noch nützliche Dinge dabei. So waren die Artikel, welche „Vaterland" und „Volksfreund" heute ausgetauscht, unterhaltend und belehrend zugleich. Das „Vaterland" sieht es als eine Injurie an, daß sein frommer Gegner die „Vaterländischen" als Partei bezeichnet, feiert aber unmittelbar über seinem Artikel einen dahingeschiedenen Gesinnungsgenossen als einen der bewährtesten, erfahrensten und begabtesten Vertreter der staatsrechtlichen — „Partei" in Böhmen. Wenn das „Vaterland" keine Partei sein will, so muß es sich entweder als alleinseligmachende politische Unfehlbarkeit fühlen — und das ist eine Einbildung, die sein persönliches Geheimniß ist — oder es hat die Auswahl, eine Koterie, eine Clique oder eine Faktion zu sein. So wenigstens pflegt man die einzelnen Gruppen zu benennen, die auf die Bezeichnung „Partei" keinen Anspruch haben oder keinen Anspruch erheben.

Werthvoller sind die Zugeständnisse, welche dem „Volksfreund" im Eifer der Diskussion entschlüpfen. Man hat sogar im liberalen Lager noch selten mit schlagenderen Worten die Unfähigkeit, ja die Unmöglichkeit der „gespaltenen Konservativen" zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte nachgewiesen. „Welcher Theil der Konservativen", ruft der „Volksfreund" schmerzlich aus, „könnte mit Aussicht auf Erfolg das Staatsruder ergreifen: Derjenige, welcher sich auf den Boden der Verfassung stellt und auf dem von der Verfassung vorgezeichneten Wege sein Ziel zu erreichen sucht, oder derjenige, welcher diese Verfassung perhorreszirt? Der Erstere nicht, weil er neben der erbitterten Feindschaft der Liberalen auch noch der Opposition im eigenen Lager gewärtig sein müßte; der Letztere nicht, weil er überhaupt etwas Unmögliches anstrebt, weil er die letzten fünfzehn Jahre aus der Geschichte Oesterreichs ausstreichen will. . . ." Deutlicher hat wohl noch kein Verfassungsfreund die Berechtigung der „liberalen Partei", das Staatsruder zu führen, ausgesprochen, als es der „Volksfreund" thut. Nachdrücklicher aber als er, hat auch noch Niemand für die Nothwendigkeit, an der Verfassung festzuhalten, plaidirt, als er, wenn er am Schlusse erklärt: „die Verfassung einfach ignoriren, sie einfach absetzen von der Tagesordnung, das hieße nicht ein konservatives Regiment in Oesterreich etabliren, das hieße unsere öffentlichen Verhältnisse in eine chaotische Verwirrung bringen."

Wir sagen im Namen aller Verfassungsgetreuen, aller wahrhaften Oesterreicher dem „Volksfreund" für seine treffenden Worte den besten Dank. Die „Vaterländischen" mögen es sich merken. Wir aber bedauern ungemein, daß dem „Volksfreund", als er gerade im besten Zuge war, das Papier zu Ende ging. Wenigstens gibt er dies als Grund an, um seine verfänglichen Bekenntnisse plötzlich abzubrechen. Man möchte beinahe glauben, daß ihm dieser Papiermangel sehr gelegen kam.

### Die Interpellation wegen der Handelsverträge.

Der Entwurf einer Interpellation über die Zollpolitik der Regierung, über welchen sich die Vertrauensmänner der drei verfassungstreuen Klubs in ihren Konferenzen geeinigt haben, und welcher nunmehr den Klubs selbst zur Berathung vorliegt, lautet wie folgt:

„In Erwägung, daß die österreichische Handelspolitik des letzten Jahrzehnts, insbesondere der englische Handelsvertrag und die englische Nachtrags-Konvention, vielfache Schädigung der österreichischen Produktion zur Folge hat;

in Erwägung, daß sämmtliche wichtigeren Zoll- und Handelsverträge Oesterreichs mit fremden Mächten in den Jahren 1875 und 1876 fällig und kündbar werden;

in Erwägung, daß die derzeit herrschende Unklarheit in Rücksicht auf die handelspolitischen Intentionen der Regierung auf die österreichische Produktion und den österreichischen Handel lähmend wirkt — stellen die Unterzeichneten an die kaiserliche Regierung nachfolgende Interpellation:

a) Gedenkt die kaiserliche Regierung die mit fremden Mächten abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge, welche im laufenden und im folgenden Jahre fällig und kündbar werden, insbesondere den Handelsvertrag mit Großbritannien ddo. 16. Dezember 1865, die Nachtrags-Konvention mit Großbritannien ddo. 30. Dezember 1869, den Handelsvertrag mit Frankreich ddo. 11. Dezember 1866, den Handelsvertrag mit Belgien ddo. 23. Februar 1867, den Handelsvertrag mit Holland ddo. 26. März 1867, den Handelsvertrag mit Deutschland ddo. 9. März 1868 zu kündigen?

Hat die kaiserliche Regierung schon irgendwelche zu diesem Ziele führende Schritte, zumal mit Rücksicht auf den englischen Handelsvertrag und die englische Nachtrags-Konvention, ausgeführt?

b) In welcher Weise sollen nach Ansicht der kaiserlichen Regierung die künftigen Zollsätze festgestellt werden?

Gedenkt die kaiserliche Regierung insbesondere einen Minimal-Zolltarif noch im Laufe dieser Reichsrathssession zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen?

c) Was gedenkt die kaiserliche Regierung bei ihrer handelspolitischen Aktion zur Beseitigung der Mißbräuche und Auswüchse, die bei Handhabung des gegenwärtigen Appretur-Verfahrens und der verwandten Zoll-Institute sich herausgestellt haben, vorzukehren?"

Man kann die Vereinigung der gesammten Verfassungs-Partei auf der Grundlage des in dieser Interpellation zum Ausdrucke gelangenden Programmes nur als ein für Oesterreichs wirthschaftliche Entwicklung glückliches Ereigniß betrachten. Die Interpellation ist mit Erfolg bemüht, diejenigen Punkte klarzustellen, von deren befriedigender Erledigung das Gedeihen unserer heimischen Industrie abhängt, und so, wie sie uns im Wortlaute vorliegt, glauben wir nicht, daß die einzelnen Klubs viel daran zu ändern haben werden. Das Programm in dieser Interpellation ist in der That geeignet, die Fahne für alle Jene zu werden, die — mögen ihre theoretischen Ueberzeugungen welche immer sein — Sinn und Verständniß für die Hebung der niederliegenden Industrie in Oesterreich haben.

**Wien,** 8. November.

Morgen verhandelt das Abgeordnetenhaus den Antrag des Abgeordneten Wildauer. Allem Anscheine nach wird die Debatte über denselben einen bedeutenden Umfang annehmen, dagegen verspricht dieselbe nicht dem Inhalte nach bedeutend zu werden, denn es sind keineswegs die hervorragendsten Parteimänner und gewandtesten Dialektiker, welche sowohl von Seite der Verfassungspartei, als auch von Seite der Opposition ins Feuer gesendet werden. Es hieße Oftgesagtes noch einmal wiederholen, wollten wir auch heute ausführen, daß an der Annahme des um §. 3 reduzirten Ausschußantrages durch die gesammte Verfassungspartei nicht zu zweifeln ist. Ob Jemand von der Ministerbank das Wort ergreifen wird, muß dahingestellt bleiben, da sich die Regierung lebhaft beflissen zeigt, jeder Stellungnahme, sei es für den Ausschußantrag, sei es gegen denselben aus dem Wege zu gehen. Nichtsdestoweniger ist es möglich, daß sich für dieselbe aus Kundgebungen der Rechtspartei und der Polen die Nöthigung ergeben wird, mit in die Diskussion einzugreifen. Wir haben bei dieser Gelegenheit nur noch festzustellen, daß sich die Sprache selbst jener galizischen Blätter, welche bisher hartnäckig auf der Nothwendigkeit des Austrittes des Ministers Ziemialkowski aus dem Kabinete bestanden, in letzter Stunde merklich gemäßigt hat und daß inzwischen die vielerörterte kaiserliche Entschließung vom 23. Oktober in der letzten Nummer des Organs der galizischen Landesbehörde, der „Gazeta Lwowska", amtlich publizirt wurde. Auch das galizische Landesverordnungsblatt verlautbart den kaiserlichen Akt. Dagegen dürfte das Reichsgesetzblatt die Publikation der Verordnung unterlassen, da diese sich blos auf eine spezielle Landesangelegenheit bezieht.

---

„Uebrigens geben sich die Wähler des Neubau einer großen Täuschung hin, wenn sie durch ein einfaches Mißtrauensvotum sich ihres Abgeordneten entledigt zu haben glauben. Es ist Hundert gegen Eins zu wetten, daß Dr. Schrank der neuesten Resolution des „Vereines der Verfassungsfreunde" auf dem Neubau genau mit demselben Respekte begegnen wird wie allen früheren." Mit dieser Glosse begleiteten wir seinerzeit die Meldung, daß sich der „Verein der Verfassungsfreunde" im siebenten Bezirke zu einem Mißtrauensvotum an die Adresse des Abg. Schrank aufgerafft habe. Der Erfolg bestätigt unsere damalige Vorhersage in jedem Worte. Herr Dr. Schrank hat in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung des Neubauer „demokratischen Vereines" nicht blos nicht die geringste Neigung an den Tag gelegt, dem Mißtrauensvotum des Vereines Folge zu geben, sondern mit offenem Hohn geradezu erklärt, dasselbe als eine ihm gewordene Belobung betrachten zu müssen. Erst wenn ihm der „Verein der Verfassungsfreunde" sein Vertrauen votiren würde, hätte er seine Rolle ausgespielt; dann allenfalls wäre es Zeit für ihn, sein Mandat niederzulegen. — Man muß gestehen, daß diese Sprache an Unverfrorenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Wir haben, aufrichtig gestanden, zu viel Mitgefühl mit den Leiden, die der Abg. Schrank seinen übel gebetteten Wählern bereitet, um Genugthuung über die Richtigkeit unserer Voraussage zu empfinden. Das Interesse des industriereichen siebenten Bezirkes ist ein zu wichtiges, als daß wir uns nicht mit Freude durch Dr. Schrank hätten desavouiren lassen. Indessen, wie die Dinge einmal liegen, ist leider nichts zu thun. Herr Dr. Schrank hat sein Mandat, er hat es zum großen Theile durch die gütige Mitwirkung Jener, die heute nicht genug über ihn zu klagen vermögen, er hält daran wie ein festgesogener Blutegel, und vor Ablauf der Wahlperiode ist nichts daran zu ändern. Bis dahin wird aber der „Verein der Verfassungsfreunde" im eigenen Interesse gut thun, seinem raren Abgeordneten durch unschuldige Mißtrauensvoten keine weitere Kurzweil mehr zu bereiten. Es gilt, eine unermüdete Thätigkeit zu dem Zwecke zu entfalten, um der verblendeten Wählerschaft auf dem Neubau die Augen über den Mißgriff zu öffnen, den sie mit der Wahl ihres schutzzöllnerischen Freihändlers begangen hat. Es ist zwar kaum zu glauben, wie dicht der Nebel ist, der die Blicke der Neubauer „Demokraten" trübt, aber die Hoffnung, sie zur Vernunft zu bringen, muß keineswegs aufgegeben werden. Verloren ist dagegen jeder Schritt um Herrn Dr. Schrank und irgend eines seiner Mandate von einander freiwillig zu trennen. Er ist entschlossen, Abgeordneter des Neubau zu bleiben immerdar.

---

Wir haben bereits der Abberufung Raschid Paschas und seiner Ernennung zum Minister des Aeußern erwähnt. An seine Stelle kommt Aarifi Bey, der in den Jahren 1872 und 1873 bereits hier als Botschafter fungirte.

---

Man schreibt der „Pol. Corr." in, wie sie selber sagt, sehr „bemerkenswerther Weise" aus Paris: Die Haltung Rußlands in Konstantinopel entspricht ganz und gar der Kundgebung des offiziellen Petersburger „Regierungs-Anzeiger". Es ist offenbar, daß dem Kaiser Alexander und seinen Räthen der Augenblick gekommen scheint, zu Gunsten der Christen auf der Balkan-Halbinsel diplomatisch zu interveniren, um ihnen die ganze und volle Durchführung der vom Sultan jüngst dekretirten Reformen zu sichern. Die Hauptsorge des Generals Ignatieff ist jedoch, die ganze Angelegenheit mit dem gegenwärtigen Großvezier Mahmud Pascha, seinem Freunde und Schützlinge, zu Ende bringen zu können. Nur Durchführung, und zwar schleunige — dies ist Ignatieff's Parole, welcher auf die Schaffung dieser Thatsache vor Allem Gewicht legt. Dagegen scheint die Frage, wie eine Sicherung zu erzielen sei, damit es bei den eventuell durchzuführenden Reformen ein dauerndes Bewenden habe, vorerst ein ganz untergeordnetes Interesse für ihn zu besitzen.

---

## Parlamentarisches.

**Wien,** 8. November.

**(Antrag Wildauer.)** Für die Generaldebatte bei der auf der morgigen Tagesordnung stehenden Verhandlung über den Antrag des Abg. Wildauer sind eingeschrieben und zwar pro die Abgeordneten: Dr. Dittes, Heinrich, Dr. Wildauer, Dr. Ruß, Kowalski; contra die Abgeordneten: Dr. Czerkawski, Dr. Oelz, Dr. Graf.

**(Die Interpellation über die Handelsverträge.)** Der Klub des Zentrums nahm in der heute Vormittags stattgefundenen Sitzung den Bericht seiner Vertrauensmänner über die von den Delegirten der verfassungstreuen Klubs berathenen Schritte in der Zoll- und Handelsfrage entgegen und gab den von diesen gefaßten Beschlüssen formell seine volle Zustimmung.

Im Klub der Linken ist heute Abends die Zoll- und Handelsfrage Gegenstand der Tagesordnung und dürfte die mitgetheilte Interpellation daselbst ebenfalls zur Annahme gelangen.

**(Der Verwaltungsgerichtshof.)** In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses kam Kapitel I „Verwaltungsgerichtshof" zur Verhandlung. Abg. Dr. Kuranda richtet an die Regierung die Anfrage, worauf sich die eingestellte Summe von 250.000 fl. gründet.

Minister Freiherr v. Lasser bemerkt, daß die Einstellung dieses Betrages für den Verwaltungsgerichtshof von ihr in Vertretung des Finanzministers zu einer Zeit veranlaßt worden sei, wo das bezügliche Gesetz über die Einführung des Verwaltungsgerichtshofes noch nicht die Allerhöchste Sanktion hatte. Es wurde daher nur ein Pauschalbetrag ins Budget eingesetzt.

Obmann Dr. Herbst hebt hervor, daß es sich hier um eine ordentliche Ausgabe handelt, weshalb die größte Vorsicht bei der ersten Einstellung geboten erscheine. Das wirkliche Erforderniß läßt sich mit voller Genauigkeit beziffern, wenn man über die Art der Organisirung desselben, beziehungsweise über das Personale einig ist. Jedenfalls scheine ihm die eingestellte Summe mit 250.000 fl. zu hoch, da der Verwaltungsgerichtshof jedenfalls nicht mit 1. Jänner 1876 ins Leben treten dürfte. Daß dieser Betrag wirklich zu hoch sei, gehe aber auch aus der Vergleichung mit dem Bedarfe für den Obersten Gerichtshof hervor, welcher bei einem Personalstand von 42 Räthen einen Aufwand von 464.400 fl. erfordert, während die Zahl der Räthe beim Verwaltungsgerichtshofe wohl kaum mehr als ein Drittel der Räthe beim Obersten Gerichtshofe erreichen werde.

Abg. Ritter v. Demel spricht sich im gleichen Sinne aus und ersucht die Regierung, sich über die Art der Organisirung des Verwaltungsgerichtshofes näher auszusprechen. Er bemerkt, daß die Einstellung eines Pauschalbetrages nicht ganz entsprechend sei.

Minister Freiherr v. Lasser. Bei der Präliminirung habe man vorausgesetzt, daß das Personale des Verwaltungsgerichtshofes aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwölf Räthen, sechs Sekretären und den erforderlichen Kanzleibeamten bestehe.

Nach einer Debatte, an der sich die Abg. Herbst, Brestel, Giskra und Demel betheiligen, stellt Abg. Herbst den Antrag, das Ministerium zu ersuchen, hinsichtlich des Verwaltungsgerichtshofes eine detaillirte Vorlage zu bringen und einstweilen diesen Gegenstand in suspenso zu belassen.

Nachdem sich der Minister des Innern mit diesem Antrage einverstanden und auch der Berichterstatter Dr. Kuranda demselben beizutreten erklärt hatte, wurde derselbe zum Beschlusse erhoben.

**(Der Zeitungsstempel.)** Bezüglich der in der Sitzung vom 5. Dezember 1874 vom Abgeordnetenhause gefaßten Resolution: „Die Regierung werde aufgefordert, noch in dieser Session eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche der Zeitungsstempel auf die Hälfte seines gegenwärtigen Betrages herabgesetzt werde", beantragte in der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses der Referent Dr. Wegscheider diese Resolution im Berichte zu erwähnen und dieselbe der Regierung in Erinnerung zu bringen.

Abg. Dr. Giskra stellt die Anfrage, ob lediglich aus finanziellen Rücksichten dieser Resolution bisher nicht entsprochen wurde.

Der Finanzminister erklärt, daß er auch heute noch auf dem in der letzten Session im Abgeordnetenhause entwickelten Standpunkte stehe und unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage sei, eine Regierungsvorlage im Sinne der Resolution einzubringen.

Es nehmen ferner das Wort die Abg. Dumba, Dr. v. Demel und der Abg. Dr. Giskra. Letzterer beantragt die Aufnahme des folgenden Passus in den Bericht: „In Betreff der im Vorjahre gefaßten Resolution wurde bei der Verhandlung im Budget-Ausschuß über dieselbe von Seite des k. k. Finanzministers die Erklärung abgegeben, daß er auf dem im Abgeordnetenhause im vorigen Jahre über diesen Gegenstand entwickelten Standpunkt auch gegenwärtig stehe, und der Budget-Ausschuß findet sich in Erwägung der augenblicklichen Verhältnisse nicht veranlaßt, in Betreff der Resolution gegenwärtig einen besonderen Antrag zu stellen."

Hiezu bemerkt derselbe, daß er dabei von dem Gedanken ausgehe, diesen Beschluß nicht zurückzuziehen, sondern intakt zu lassen, um zur späteren Durchführung stets auf denselben zurückkommen zu können. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Dr. Giskra angenommen.

**(Triester Hafenbau.)** In der heutigen Budget-Ausschuß-Sitzung richtete Abg. Dumba an den Handelsminister die Anfrage, ob es wahr sei, daß das erste Schiff, welches in den neugebauten Hafen von Triest einlaufen sollte, nicht einlaufen konnte, weil die Anlage des Hafens total verfehlt sei. Handelsminister v. Chlumecky gab eine umfassende Darstellung über die Hafenbauten in Triest, wonach der Schutzdamm vollkommen ausgeführt und kollaudirt und auch das erste Bassin fertig ist und von Schiffen benützt wurde. Derselbe hebt die Schwierigkeiten hervor, welche dem Hafenbau entgegenstehen. Auf die Anfrage des Vorredners erwidert der Minister, daß ihm eine amtliche Anzeige über den erwähnten Fall nicht zugekommen ist. Es nehmen ferner das Wort die Abg. Dr. Giskra, Eduard Sueß und Freiherr von Kellersperg. Sodann wird die Sitzung geschlossen.

---

## Tagesneuigkeiten.

**Wien,** 9. November.

* (Vom Hofe.) Se. Majestät der Kaiser wird morgen Mittwoch hier eintreffen und am Donnerstag allgemeine Audienzen ertheilen. Der Kaiser hat den durch Hagelschlag verunglückten Insassen des Bezirkes Frohnleiten eine Unterstützung von 1000 fl., zur Restaurirung der Kirche und des Klosters in

**Nr. 314.** Wien, Samstag 13. November 1875.

Das Fremden-Blatt erscheint täglich.

Man pränumerirt
Wollzeile Nr. 4.
Ganzjährig 16 fl. Oesterr.W.
Halbjährig 8 fl. „
Vierteljährig 4 fl. „
Monatlich 1 fl. 40 kr.
ohne Zustellung

# Fremden-Blatt
## (Morgen-Blatt.)

Halbja… „
Vierteljähr… „
Einzelne Blätter 6 kr

### Wien, 12. November.

Der Konflikt zwischen dem Reichskanzler Bismarck und dem ehemaligen Botschafter Arnim hat eine Bedeutung erlangt, die weit über die Grenzen der diplomatischen Welt hinausgeht. Der Einblick in die politische Hexenküche, den dieser Konflikt gewährt, so pikant er auch ist, erscheint uns nicht als die Hauptsache. Daß Fürst Bismarck mit dem Verhalten des Grafen Arnim lange unzufrieden war, daß er die Aktion seines Botschafters gegenüber dem Präsidenten Thiers mißbilligte, daß er mit Mißtrauen der Regierung Mac Mahon's entgegenkam, daß er in den leidenschaftlichen Hirtenbriefen französischer Bischöfe ein Moment ernster politischer Gefahr erblickte und ungehalten war, als sein Botschafter dieser Anschauung nicht beitrat, daß er — Bismarck — in der Kirchenfrage für Nachgiebigkeit und Vermeidung des Konfliktes während der Zeit war, als Graf Arnim dem Konzil offenen Krieg machen wollte und daß hinwiederum, als der Kanzler mit der Maigesetzgebung gegen den renitenten Klerus vorging, der Botschafter hierin einen politischen Fehler erkannte — das sind Alles Dinge, die die Welt schon seit geraumer Zeit gekannt hat; sie waren kaum mehr neu in jenem Augenblick, als der famose Notenwechsel vor dem Berliner Stadtgericht vorgelesen wurde. Die Welt weiß heute, was Bismarck wollte und will, sie weiß, was Graf Arnim anstrebte, von der Parteien Haß und Gunst entstellt, liegen die Akten des Streites vor uns. Sagen wir es offen, weder das deutsche Volk, das in Bismarck den Wiederhersteller seiner Einheit und den mächtigen Rufer im Kampfe gegen römische Uebergriffe sieht, noch das Ausland, das so oft sich in direkten Gegensatz gegen die Politik des deutschen Kanzlers stellen mußte, ist heute in der Lage, ein vollkommen unbefangenes Urtheil zu fällen. Man thut am besten, sich mit den Worten zu bescheiden, in denen ein italienischer Poet den großen Korsen dem Urtheil der Zukunft anheimgab: — „Ai posteri l'ardua sentenza!"

Einem Kampfe zwischen Schiller und Goethe vergleicht der anonyme Verfasser der nunmehr wegen Majestätsbeleidigung konfiszirten Broschüre den Konflikt zwischen dem Kanzler und dem Botschafter, und er versteigt sich zur Behauptung, daß die Welt den Fürsten Bismarck nur bewundere, weil er den Erfolg an seiner Seite gehabt habe. Wir bestreiten das entschieden. Die Massen lassen sich allerdings durch den Erfolg blenden, aber das dauernde Urtheil der Geschichte hängt nicht vom Erfolge ab, den ein Mann erzielt hat. Hannibal wird nicht geringer geschätzt, weil er bei Zama unterlag, und Fürst Bismarck wäre auch ein bedeutender Staatsmann und ein genialer Politiker gewesen, wenn Moltke's Rechnung bei Gravelotte nicht gestimmt hätte. Andererseits lassen wir auch den Standpunkt nicht gelten, den die preußischen Offiziösen zu behaupten versuchen, daß man den Konflikt zwischen Bismarck und Arnim als eine simple Disziplinarangelegenheit aufzufassen und in dem Botschafter nur einen ungehorsamen „geheimen Rath" zu sehen habe. Vom Standpunkt der preußischen Bureaukratie mag das wohl richtig sein, aber dieser Standpunkt ist für die außerpreußische Welt nicht der maßgebende. Das Verfahren des Grafen Arnim ist gewiß ein direkter Schlag gegen alle „Traditionen guter Diplomatie", wie die Broschüre selbst ausführt, allein Fürst Bismarck hat mehr als irgend ein anderer Staatsmann der Jetztzeit diese Traditionen bei Seite gesetzt, und gegenüber der Indiskretion des Generals Lamarmora, der eine Depesche, die er als Minister empfangen, nach Jahren im Parlamente vorlas, erscheinen die Fechterstreiche des Grafen Arnim vergleichsweise harmlos.

Die Frage, die sich uns aufdrängen muß, ist nicht, wer hat Recht in dem Konflikt, sondern: was hat der neueste Incidenzfall in demselben zu bedeuten und was werden seine Folgen sein? — Wir vermögen in der Publikation der „Pro nihilo"-Broschüre nur einen doppelten Zweck zu erkennen. Graf Arnim, der noch eine ganze Reihe von Dokumenten besitzt und der als ehemaliger Vertrauter des Reichskanzlers noch Vieles zu wissen scheint, will entweder durch fortlaufende Veröffentlichungen seine Begnadigung erzwingen, oder er will, da er seine Rolle als ausgespielt betrachtet und in sich einen „erschossenen Mann" sieht, sich rächen, indem er seinem glücklichen Nebenbuhler noch zum Schluß so viel Böses als möglich zufügt. Wir glauben, daß er zwar die zweite Absicht, kaum aber die erste erreichen wird. Nachdem Fürst Bismarck schon so weit gegangen ist, wird er die weiteren Veröffentlichungen zwar mit Staatsanwalt und Polizei so wirksam als möglich zu bekämpfen suchen, aber er wird keine Begnadigung oder Rehabilitirung des Ex-Botschafters zugeben, die, in welcher Form sie auch geschehe, im jetzigen Zeitpunkte nur als eine unzweideutige Niederlage des Kanzlers aufgefaßt werden könnte. Man behauptet zwar von der einen der Konflikts-Depeschen, derjenigen, die das künftige Konklave behandelt und die in allen Instanzen in geheimer Sitzung verlesen wurde, daß sie außerordentlich schneidende Bemerkungen über die Persönlichkeiten katholischer Fürsten und Kirchenfürsten enthalte, die, wenn veröffentlicht, den preußischen Staat selbst schädigen würden, allein mag der „Père Joseph des pommer'schen Richelieu" in dieser Note die Energie der Bismarck'schen Gedanken auch in allerunerhörtesten und unzweideutigsten Wendungen zum Ausdruck gebracht haben, mag die Veröffentlichung dem preußischen Staat in der That noch so abträglich sein, der Kanzler kann nicht mehr zurück. Jetzt nachgeben hieße zugestehen, daß er Unrecht gehabt hat und daß es wirklich nur, wie der deutsche Kaiser gesagt, „Rancune" gewesen sei, die ihn zu seiner Campagne gegen Arnim veranlaßte. Nachgiebigkeit ist für einen Mann wie Bismarck unmöglich, da sie das Eingeständniß eines Unrechts bedeutete und ein Zurückweichen vor dem Gegner.

Außer der Bereicherung der pikanten Literatur Europas glauben wir nicht, daß „Pro nihilo" unmittelbare Folgen nach sich ziehen wird. Dafür bieten die Enthüllungen über das Verhältniß des Kaisers zum Kanzler eine sichere Gewähr. Sie zeigen, wie immens der Einfluß ist, den der Kanzler auf seinen Monarchen übt, der ihm willig seine treuesten Diener, seine verläßlichsten Freunde opfert, und indem er das unverträgliche, leidenschaftliche und rachsüchtige Temperament seines großen Ministers, dessen „Rancune" selbst beklagt, sich dennoch seinem Einfluß beugt. Darin, in der Enthüllung dieses in seiner Art einzigen Verhältnisses zwischen Fürst und Rathgeber, zwischen Kaiser und Kanzler sehen wir den Brennpunkt der Arnim'schen Publikation. Ein Monarch, der solche Selbstverleugnung zeigt, wie Wilhelm I., läßt sich durch nichts von seinem Minister trennen; so lange — das kann man ruhig sagen — Kaiser Wilhelm auf den Thron sitzt, wird Bismarck allgebietender Minister bleiben. Das hat Graf Arnim unzweifelhaft bewiesen und diesen Punkt, der ein- oder zweimal in den letzten Jahren dubios gewesen, in klares Licht gestellt zu haben, ist ein Verdienst, für das die diplomatische Welt, überhaupt Alle, die sich für Politik interessiren, dem Grafen Arnim und dem unbekannten Kompilator der „Pro nihilo"-Broschüre nur besten Dank wissen können.

### Reichsrath.

**Wien**, 12. November.

Das Wildauer'sche Schulaufsichts-Gesetz ist in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zum Beschlusse erhoben worden. Es geschah dies nicht, ohne daß die Abgeordneten aus Tirol und Vorarlberg die Gelegenheit wahrgenommen hätten, um die Ausführungen des Ministers Stremayr über den Standpunkt der Regierung in dieser Frage einer Kritik zu unterziehen. Sowohl Abg. Wildauer als auch Abg. Blaas sprachen ihre Ueberzeugung aus, daß das vorgeschlagene Schulaufsichts-Gesetz das beste Mittel sei, um die klerikale Agitation in Tirol lahmzulegen. Minister Stremayr hat bekanntlich eine Verstärkung derselben aus diesem Anlasse prophezeit. Man wird ja sehen, wer Recht behält. Abg. Ganahl hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das Porträt des Statthalters von Tirol, wie es vom Minister gezeichnet worden war, namens der Tiroler und Vorarlberger Abgeordneten ein wenig zu retouchiren.

Sodann trat das Haus in die Verhandlung eines Gesetzentwurfes ein, durch welchen die bisher geltenden Bestimmungen über die Gebarung bei den kumulativen Waisenkassen einer theilweisen Abänderung unterzogen werden sollen. Die Tendenz desselben ist eine dreifache und soll 1. der Zinsfuß, welchen Waisengelder künftig genießen sollen, von 5 auf 6 Perzent erhöht werden, 2. soll, während die Verzinsung bisher erst bei dem Minimalbetrage von 20 fl. begann, dieselbe künftig bei 5 fl. beginnen, 3. soll für alle in der ersten Häfte eines Monate einlaufenden Beträge die Verzinsung vom Ersten des darauffolgenden Monates, für die in der zweiten Monatshälfte eingehenden vom Ersten des zweitnächsten Monates beginnen. Endlich sollen die zahlreichen von Sparkassen und solchen Gemeinden, welche Sparkassen besitzen, eingelaufenen Petitionen um Aufhebung der kumulativen Waisenkassen zurückgewiesen

…zbericht an, daß sich dies Institut bei … die von Waisenkassen dargeliehenen …darum mit Vorliebe gesucht werden, …eiten und Kosten zu haben sind und …an sie benöthigt, während bei Spar… …werden müssen, die häufig beschwerlich,

…ch im Hause eine starke Opposition, …geordnete Dr. Dürrnberger, Göllerich, …Kaiser, Krzeczunowicz und Prazak. Man machte hauptsächlich geltend, daß die höhere Verzinsung, welche den Waisengeldern angeboten wird, die Sparkassen leeren und in Gefahr bringen werde, was für einzelne Länder eine Kalamität wäre, und wozu die gegenwärtige wirthschaftliche Lage gewiß nicht einlade. Man sprach ferner die Besorgniß aus, daß der Zinsfuß für Darlehen im Allgemeinen hinaufgeschraubt würde, was gleichfalls nicht wünschenswerth und rathsam sei. Endlich betonte man als Nachtheil des neuen Gesetzes, daß durch dasselbe die Thätigkeit der Richter quantitativ und qualitativ in höherem Grade in Anspruch genommen würde, was seiner eigentlichen Aufgabe, Recht zu sprechen, nicht zu statten käme. Auch jene Redner, welche sich des Gesetzes im Großen und Ganzen annahmen (die Abgeordneten Dr. v. Perger, Scharschmid, Kowalski und Referent Dr. Rodler) konnten sich mit der gesetzlichen Fixirung eines Zinsfußes für die Waisenkassen nicht einverstanden erklären. Sie bonten aber die Möglichkeit, durch Amendirung zu helfen, ohne darum über das ganze Gesetz zur Tagesordnung übergehen zu müssen. Diesen Umstand vertrat mit gewohnter Sachlichkeit und Klarheit auch Minister Glaser und sein Eingreifen war entscheidend. Der Antrag auf Tagesordnung wurde nach der Rede des Ministers abgelehnt und das bis dahin arg gefährdete Gesetz mit 96 gegen 86 Stimmen zur Grundlage der Spezialdebatte gemacht, welche aber erst in der nächsten Sitzung (Dinstag) beginnen wird.

Zum Schlusse der Sitzung wurde eine an anderer Stelle veröffentlichte und besprochene Interpellation der galizischen, czechischen und deutsch-klerikalen Abgeordneten verlesen und hierauf die Interpellation der drei verfassungstreuen Klubs und der Ruthenen, betreffend die Zollpolitik.

---

**Wien**, 12. November.

So hätten denn alle Fraktionen unseres Abgeordnetenhauses ihre besondere Stellung in der Frage der einzuschlagenden Zollpolitik eingenommen, jede der mannigfachen Strebungen hätte einen Mittelpunkt gefunden, um den sie sich mehr oder minder einheitlich gruppirt, und die Schlachtordnung der Parteien stände zur Gänze wirklich so, daß sie sich mit einem Blicke überschauen läßt, in Reih und Glied Diejenigen, denen es ernstlich um Förderung der heimischen Arbeit und um Hebung der wirthschaftlichen Kräfte in Oesterreich zu thun ist, stehen 115 an der Zahl zu dem Programme, welches in der Interpellation der drei verfassungstreuen Klubs und der Ruthenen zum Ausdrucke gekommen ist. Andere, die zum Theile sich aus den Fangarmen einer blendenden Theorie nicht zu befreien vermögen, zum Theile der Regierung die Wege ebnen möchten, zum Theile einem hiesigen Blatte Liebesdienste erweisen, suchen noch immer nach dem Programm-Hute, unter welchem sich die verschiedenen Köpfe reputirlich vereinen ließen, waren aber nach dem Rezepte von den fehlenden Begriffen und dem zur rechten Zeit sich einstellenden Worte jedenfalls bemüht, einen Namen für das noch ungeborne Kind zu finden, indem sie sich mit eben so viel Präzision als Kürze „Freunde einer gemäßigten und vertragsfreundlichen Zollpolitik" nennen. Und auch die zur politischen Opposition im Hause gehörigen Abgeordneten, die Polen, Czechen und Deutsch-Klerikalen, haben ihren Kreis geschlossen und ihren besonderen Standpunkt in eine Interpellation destillirt, die sie in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verbrachten. Wir veröffentlichen ihren Wortlaut an anderer Stelle, und sie ist es, mit der sich, als dem Novum, das publizistische Urtheil heute zu beschäftigen hat. — Man hat der bisherigen Handelspolitik Oesterreichs mit Recht den Vorwurf gemacht, daß für sie leider mehr die Politik und weniger der Handel maßgebend gewesen ist. Dieser fehlerhafte und verderbliche Standpunkt ist es auch, der an der erwähnten Interpellation sofort ins Auge springt. Sie eskamotirt die wirthschaftliche Frage in eine politische. Es ist ihr auf den ersten Blick anzusehen, daß es ihr weder ernst noch ehrlich um die erbetene Auskunft über die handelspolitischen Absichten der Regierung, sondern nur um die Gelegenheit zu thun ist, der letztern womöglich einen Streich zu spielen, sie anzugreifen und zu reizen. In der Interpellation findet sich auch nicht die Spur einer Andeutung, welche Wege die Unterzeichner derselben von der Regierung eingeschlagen sehen möchten. Autonomie oder Vertragstarif, Minimal- oder Maximal-Tarif, Appreturverfahren oder keines, was ist den Herren an all' dem gelegen? Sie gehen jeder Andeutung darüber, wie sie sich zu diesen Fragen stellen, so sorgfältig aus dem Wege, daß Niemand sagen kann, ob er Freunde oder Gegner an ihnen hat. Fast scheint es, als wären sie entschlossen, Freihändler trotz Cobden und Smith zu werden, wenn die Regierung sich für eine Erhöhung der Zollsätze entscheiden sollte und sich einem Protektionismus à l'outrance in die Arme zu werfen, falls es sich die Regierung beifallen läßt, die Zölle herabsetzen zu wollen. So viel ist sicher, daß die Interpellation den Herren beide Wege freiläßt, so klar und sachlich ist sie gefaßt. Das Einzige, was bemerklich hervorspringt, ist eine absichtliche Unterstreichung der Worte „Kleingewerbe" und „Landwirthschaft." Ist aber den Interessen dieser Gruppen irgendwo ein verständliches, geschweige denn ein vernünftiges, ja überhaupt nur ein Wort gesprochen? Nicht eines! So erscheint denn auch dies nur als politischer Köder und die ganze Sache als ein oppositioneller Scherz, den sich die Herren leider ganz unzeitgemäß und in einer ernsten Sache bereiten. In der That waren diese Elemente nur auf Grund eines solchen ausschließlich politischen und wirthschaftlich nichtssagenden Programmes zu vereinen. Und treten die Fragen, mit denen sie vorläufig nur Fangball spielen, in leibhaftem Ernst an die Herren heran, dann wird man sie nach allen Richtungen zerstieben sehen, die mährischen Czechen zur Erhöhung der Tarife, die Ultramontanen zum Gegentheil. Und die Polen? Nach der heutigen Interpellation zu schließen, wären sie Jedem dankbar, der ihnen darüber Auskunft ertheilen würde.

---

Unserer Auffassung, daß ein eventueller Mandatsverzicht des Abg. Czerkawski die Deutung erfahren müßte, daß sein schroffes Auftreten von seinen Abgeordneten-Kollegen denn doch nicht ganz und gar gebilligt wurde, wird heute eine Bestätigung durch einen Wiener Korrespondenten des „P. L." zu Theil, welcher versichert, daß man die rednerischen Ausfälle des genannten Abgeordneten in der Generaldebatte über das Schulaufsichtsgesetz keineswegs in den Kreisen des polnischen Klubs gebilligt habe.

---

In einem vorgestern abgehaltenen ungarischen Ministerrathe sind namentlich die jetzt wieder eingehend aufgenommenen Verhandlungen mit Oesterreich betreffs der Revision des Zoll- und Handelsbündnisses besprochen worden.

---

Aus Petersburg wird die „P. C." aus „erster Quelle" benachrichtigt, daß die italienischen Blättern entstammende Nachricht über eine bevorstehende Reise des Kaisers Alexander nach Italien und ein eventuelles Zusammentreffen desselben mit dem König Viktor Emanuel in maßgebenden russischen Kreisen als wenig wahrscheinlich betrachtet wird.

---

Man meldet aus Belgrad: Vor ungefähr einer Woche ging bereits das Gerücht, daß die Großmächte wegen der Zurückziehung der türkischen Truppen von der serbischen Grenze mit der Pforte verhandeln. Seither hat der Telegraph das gedeihliche Resultat dieser Verhandlungen aus Konstantinopel gemeldet. Heute kann versichert werden, daß die serbische Regierung beschlossen hat, ihre Truppen in dem Maße von der Grenze heimzuberufen, in welchem die türkischen Truppen von der Grenze zurückgezogen werden.

---

Man schreibt aus Rom: Der neue italienische Strafkodex enthält bekanntlich die Strafe der Deportation, die bisher den italienischen Strafgesetzen fremd war. Die Regierung beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Ausfindigmachung eines passenden Ortes zur Errichtung einer Strafkolonie. Wie versichert wird, sind zwischen Italien und England Verhandlungen wegen Abtretung der Insel Sankt Helena (Verbannungsort Napoleon I.) eingeleitet worden, und sollen diese Verhandlungen schon ziemlich weit vorgeschritten sein.

---

## Parlamentarisches.

**Wien**, 12. November.

**(Polen und Rechtspartei in der Zollfrage.)** Die polnischen Abgeordneten und die Mitglieder des „Klubs des rechten Zentrums", von denen wir bereits gemeldet haben, daß sie sich in der Zollfrage weder der von den Vertrauensmännern der drei verfassungstreuen Klubs entworfenen Interpellation noch den Schritten der „Freunde einer gemäßigten und vertragsfreundlichen Zollpolitik" anzuschließen, sondern einen selbstständigen Standpunkt einzunehmen gedenken, haben (61 an der Zahl) am Schlusse der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung nachfolgende, von uns an anderer Stelle gewürdigte Interpellation an die Regierung gerichtet:

Die wirthschaftlichen Zustände sämmtlicher im hohen Hause vertretenen Königreiche und Länder erwecken in allen Kreisen die erregtesten Besorgnisse. Die Krise des Jahres 1873 war leider keine vorübergehende Spekulations- oder Kreditkrise, wofür sie die hohe Regierung beim Beginne derselben gehalten zu haben scheint. Gleich einer schleichenden Krankheit greift sie immer weiter um sich. Nicht nur die großen Unternehmungen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, auch das Kleingewerbe und die Landwirthschaft sind von einem Siechthum bedroht, welches bei längerer Unthätigkeit unheilbar werden könnte. Die Ausbeutung der produktiven Arbeit im Allgemeinen, insbesondere aber jener des Landwirthes und des kleinen Gewerbsmannes durch einen von allen Schranken befreiten Wucher bildet den Gegenstand vielfältiger, leider bis jetzt erfolgloser Klagen.

Die bisherigen Maßregeln und das Verhalten der hohen Regierung gegenüber diesen Zuständen verschaffen uns leider nicht die Beruhigung, daß dieselbe nach festen Prinzipien und nach einem wohldurchdachten Plane vorgeht, um die wirthschaftliche Kraft der Bevölkerung zu stärken und der hereinbrechenden allgemeinen Verarmung, soweit dieses durch staatliche Maßregeln möglich ist, einen Damm entgegenzusetzen.

Namentlich ist es uns unmöglich, in der über Antrag der hohen Regierung beschlossenen Maßregel der staatlichen Aushilfskassen, sowie in den von der hohen Regierung gegebenen Andeutungen über ihre künftige Eisenbahnpolitik ein Anzeichen zu erblicken, daß die hohe Regierung sicher in der Wahl der zu ergreifenden Mittel mit Festigkeit und Ausdauer dem erwünschten Ziele entgegengeht.

Es tritt nun abermals ein weiterer, für die wirthschaftliche Entwicklung des gesammten Reiches hochwichtiger Moment durch den in nächster Zukunft bevorstehenden Ablauf des mit Ungarn bestehenden Zoll- und Handelsbündnisses sowie der mit dem Auslande abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge ein und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hiebei von der h. Regierung eingenommene Haltung für eine lange Reihe von Jahren über unsere wirthschaftliche Zukunft entscheiden wird. Nicht nur der Handel und die Industrie, sondern auch das Kleingewerbe und die Landwirthschaft verlangen dringend Aufklärung und Beruhigung über die Intentionen der h. Regierung in dieser wichtigen Angelegenheit. Die Gefertigten erlauben sich daher, die Frage zu stellen:

„Ist die h. Regierung geneigt, die Grundzüge des die Förderung der Volkswirthschaft bezweckenden und insbesondere die künftig zu beobachtende Zoll- und Handelspolitik feststellenden Planes ihrer Aktion dem Reichsrathe ehestens mitzutheilen?" (Folgen 61 Unterschriften.)

(**Die Interpellation der drei verfassungstreuen Klubs,**) betreffend die Zollpolitik der Regierung, ist am Schlusse der heutigen Abgeordnetenhaussitzung nach der Interpellation der polnischen Abgeordneten und der Mitglieder des „Klubs des rechten Zentrums" zur Verlesung gebracht worden. Dieselbe trägt folgende (im Ganzen 115) Unterschriften: Eichhoff (Obmann des Klubs des Zentrums), Herbst (Obmann des Klubs der Linken), Groß (Obmann des Klubs der Fortschrittspartei), Janowski (Obmann des Klubs der Ruthenen), Hopfen, Kellersperg, Dr. Menger, Steffens, Posselt, Thomas, Skene, Isbary, Saxinger, Heinz, Seidemann, Schwab, Gomperz, Dormitzer, Wolfrum, Pawlikow, Dr. Kopp, Dr. Hallwich, Dr. Hoffer, Giskra, Liebieg, Promber, Wächter, Bazant, Fux, Richter, Dr. Bareuther, Götz, Melchiori, Dr. Roser, Stockert, Nischelwitzer, Weeber, Siegl, Zschock, Oppenheimer, Daubek, Ganahl, Seidl, Meißler, Heinrich, Klinkosch, Perger, Sturm, Fürst, Neuwirth, Proskowetz, Schier, Wickhoff, Spieß, Zedtwitz, Oberleithner, Stöhr, Haschek, Theumer, Seutter, Neumann, Waldert, Fr. Sueß, Streeruwitz, Suttner, Köpl, Ritter, Haase, Canaval, Wanka, Spiegel, Ed. Sueß, Portugall, Klier, Heilsberg, Suppan, Lumbe, Jessernigg, Scharschmid, Ladenburg, Kotz, Skrbensky, Ad. Weiß, Ofner, van der Straß, Zaklinski, Keil, Zubjicynsky, Aresin, Riese-Stallburg, Rodler, Kowalski, Fuchs, Dumba, Held, Egger, Kryzanowski, Petrusziewicz, Blumencron, Ruß, Mises, Krasicki, Salm, Foregger, Hönigsmann, Hacke, Friedrich, Schöffel, Latzel, Petritsch, Woinarowicz, Pillersdorff, Thurn, Landau, Sandner.

## Tagesneuigkeiten.

**Wien,** 13. November.

* (Der Kaiser im Fiaker.) Se. Majestät der Kaiser hatte am Mittwoch von Gödöllö aus einen Jagdausflug unternommen und beabsichtigte Nachmittags 5 Uhr von Vecses per Bahn im Pester Staatsbahnhofe einzutreffen. Der Kaiser kehrte jedoch früher von der Jagd zurück und traf schon um 4 Uhr in Begleitung des Grafen Julius Andrassy im erwähnten Bahnhofe ein. Bei Ankunft des Monarchen waren aber die erst auf 5 Uhr beorderten Hof-Equipagen noch nicht erschienen. Se. Majestät und Graf Andrassy waren deshalb genöthigt, einen Fiaker zur Fahrt nach der Ofner Hofburg zu benützen. An der Ecke der Hochstraße und des Waitzner-Boulevards begegneten jedoch die auf der Fahrt zum Bahnhofe begriffenen Hof-Equipagen den Fiaker, in welchem der Kaiser fuhr; dieser ließ anhalten und setzte die Fahrt mit dem Grafen Andrassy in einem Hofwagen fort. Der Fiaker erhielt für seine kurze Fahrt zur Hochstraße 5 fl. Abends hat sich bekanntlich Se. Majestät nach Wien begeben.

* (Traditionen.) Ihre Majestät die Kaiserin hat Mrs. Burton als ein Zeichen der Würdigung ihres Werkes, betitelt: „The Inner Life of Syria", ein prächtiges goldenes Medaillon mit dem Monogramm Ihrer Majestät, sowie der kaiserlichen Krone in Diamanten gesendet, auf diese Weise die Traditionen der von dem kaiserlichen Hause Habsburg den Arundells von Wardour bewiesenen Gunst fortpflanzend. Kaiser Rudolf II. kreirte 1595 Mrs. Burton's Ahnherrn, Sir Thomas Arundell, zu einem Grafen des heiligen römischen Reiches mit allen den Privilegien und Auszeichnungen eines österreichischen Edelmannes, weil er in die ungarische Armee getreten und sich in einem langen Feldzuge gegen die Türken ausgezeichnet, im Verlaufe dessen er während der Belagerung von Gran mit eigener Hand eine türkische Standarte erbeutete.

* (Personalnachrichten.) Gesandter Graf Chotek geht in einigen Tagen nach Brüssel zurück. — Der niederländische Gesandte Baron Heckeren v. Bewerwaard verläßt am 30. d. Wien, um sich zunächst nach Paris zu begeben. — Legations-Sekretär v. Schultes ist nach zweimonatlicher Dienstleistung bei der Botschaft in London wieder im Ministerium des Aeußern eingetreten. — Dem ehemaligen spanischen Minister-Präsidenten Canovas del Castillo ist das Großkreuz des Leopold-Ordens, den ehemaligen Ministern des Aeußern und der Justiz de Castro und Cardonas der Orden der eisernen Krone erster Klasse; dem Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern Marquis de San Carlos das Großkreuz des Franz Josef-Ordens und dem Obersten de Castro das Komthurkreuz des Franz Josef-Ordens verliehen worden — Raschid Pascha reist heute über Pest nach Konstantinopel ab. Bald nach seinem Eintreffen wird sich sein Nachfolger Aarifi Pascha von dort nach Wien begeben. — Das Bürgerrecht der Stadt Wien wurde verliehen den Herren: Thomas Matuschka, Tischler; Karl Neumann und Josef Zochradnik, Schneider; Andreas Neider, Schuhmacher, Karl Noderer, Kurrentwaarenhändler; Franz Passolt, Zuckerbäcker; Anton Schöbl, Bäcker; Josef Wöhrer, Milchverschleißer; Josef Schwarz, Strumpfwirker. — In Wien starben vorgestern: Josef Stifter, k. k. Hauptmann in Pension, 43 Jahre; Baronin Louise von der Trenk, 74 Jahre alt. — In Stuttgart ist am 9. d. der am 8. April d. J. geborne Herzog Karl Eugen, Sohn des Herzogs Eugen von Württemberg, an den Folgen der Brechruhr gestorben.

* (Audienzen.) In der allgemeinen Audienz am Donnerstag sind unter Anderen empfangen worden: Oberststallmeister und Kapitän der Leibgarde-Reiter-Eskadron Prinz von Thurn und Taxis, Präsident Ritter v. Schmerling, Präsident Ritter v. Preleuthner, Gesandter Graf Chotek, Statthalter Freiherr v. Kübeck, Statthalter Freiherr v. Pino Friedenthal, Landespräsident Alesani, Obergespan Fürst Paul Eszterhazy, Landtagspräsident Ljubisa, Landespräsident a. D. Freiherr v. Myrbach, FML. Hofmann v. Donnersberg, FML. Freiherr v. Catty, FML. Freiherr v. Döpfner, FML. Ritter Tiller v. Turkfort, FML. Schwarz, FML. Freiherr v. Taxis, FML. Freiherr v. Webecker, geh. Rath Graf Giorgi, geh. Rath Graf Lazansky, geh. Rath Graf Rozwadowski, geh. Rath Freiherr v. Schwarz-Senborn, Sektionschef GM. Barth, GM. v. Fischer, GM. Ritter v. Franz, GM. Ritter v. Hartlieb, GM. Jung, GM. v. Pulz, GM. Freiherr v. Ritter, Oberst Ritter v. Wagner, Oberst David v. Rhonfeld, Oberst v. Hilleprandt, Oberst v. Kubin, Oberst Ritter v. Kleyle, Oberst Freiherr Kuhn v. Kuhnfeld, Oberst v. Maurer, Oberst Mathes, Oberst Ritter v. Ochsenheimer, Oberst Popp, Oberst Prochaska, Oberst-Auditor Schuhmann, Oberst Stadler, Oberst Stach, Oberst Freiherr v. Schimmelpenning, Oberst Volkart, Oberstlieutenant Fürst Lobkowitz, Flügeladjutant Major Freiherr v. Gemmingen-Guttenberg, Landeshauptmann Ritter v. Kochanowski, Ahnenproben-Examinator Kämmerer Pöttickh Freiherr v. Pettenegg, Major a. D. Graf Seldern, Ober-Staatsanwalt Hofrath Dr. Hattingberg, Ministerialrath Peyrer, Hofrath Graf Cavriani, Hofrath Professor Ritter v. Hochstetter, Hofrath Hueber, Ministerialrath Linska, Hofrath Dr. Ritter v. Porenta, Kommerzkanzlei-Direktor Dr. Walcher v. Moltheim, Regierungsrath Ritter v. Ascher, verwitwete Baronin Baltin, Professor Dr. Exner, Professor Ritter v. Grün, Professor Dr. Rosenthol, Ober-Bergrath Hofrath Jeschke, Professor Podrazky, Menagerie-Inspektor Schön, Reichsraths-Abgeordneter Teuschl, Konsul Ritter v. Bolelawski, Hof-Sekretär v. Fodor, Regierungsrath Grunebaum, Bergrath Paul, Statthaltereirath Woynarowicz, Offiziale der Militärkanzlei Sr. Majestät Halkiewicz und Appel, Theater-Direktor Rosenfeld, eine Deputation aus Preßburg (Pappenheim, Abeles, Stern) ꝛc. ꝛc.

* (Zur Arndts-Feier.) Das Studenten-Comité für die Arndts-Feier ladet in einem Aufrufe die Hörer der drei Wiener Hochschulen zur Betheiligung an der Arndts-Feier ein. Die beabsichtigte Ovation soll in der Ueberreichung einer von den Schülern und Verehrern des Professors gezeichneten Adresse und in der Darbringung eines Fackelzuges bestehen.

* (Sturm.) Die an die k. k. Zentralanstalt für Meteorologie gestern eingelangten Depeschen und Berichte konstatiren das Wüthen des seit 9. d. M. herrschenden Sturmes über ganz Oesterreich, und dauerte derselbe besonders in Tirol und Galizien gestern noch an. Aus Bregenz wird telegraphirt: Seit drei Tagen fortwährender Sturm aus West und Südwest. Zeitweise Windstöße von außerordentlicher Kraft, Dächer abdeckend und Bäume entwurzelnd, am Bodensee Dampfschifffahrt gänzlich eingestellt, heute Morgens andauernder Weststurm. Ischl meldet Sturm aus West, gleichzeitig Regen. Klagenfurt Abends halb 10 Uhr starkes Gewitter mit Hagel und Regen, tagsüber laues Jauk (Südwest) stürmisch bewegte Luft. Prag, Krakau, Lemberg, Pest melden Sturm aus West, welcher gestern Abends noch andauerte. Trautenau und Lobositz berichten heftiges Gewitter mit Blitzschlägen, Regen und Hagel bei stürmischem Nordwestwind, Gewitter aus Südwest. Zu Wien erreichte der gestern Nachts wüthende Weststurm eine Stärke von 63 Kilogramm auf den Quadratmeter und hat einige Unfälle herbeigeführt. In der oberen Donaustraße nächst der Augartenbrücke wurde gegen halb 11 Uhr bei einem Neubau das Gerüst arg beschädigt. Schwere, große Balken riß der Sturm aus dem Gefüge und schleuderte dieselben auf die Straße. Da ein Verkehr durch dieselbe lebensgefährlich war, mußte sie von Sicherheitswachleuten abgesperrt werden. In der inneren Stadt drückte ein starker Windstoß eine Gewölbthüre ein. Als diese Beschädigung entdeckt wurde, vermuthete man ursprünglich, es sei ein Einbruch ausgeführt worden; die polizeilichen Erhebungen stellten jedoch das Richtige an der Sache fest. — In der Praterstraße wurde vom Hause Nr. 52 eine große Firmatafel herabgerissen und mit solcher Wucht auf das Straßenpflaster geschleudert, daß sie in Stücke zerbrach. Theile derselben wurden bis in den Prater getragen. Im Prater hat der Sturmwind arg gehaust. So wurde die Einfassungsplanke in der Nähe des Westportales des Industriepalastes förmlich in Stücke zerrissen und diese weit fortgetragen. Viele Schaubuden wurden arg beschädigt, so die von Kratky-Baschik. Von Prater-Gasthäusern wurden die Aushängschilder weggerissen, Portale eingedrückt und Fenster zertrümmert. Eine große Anzahl starker Bäume wurde in der Mitte gespalten oder abgebrochen. Auch im Dornbacher Walde und im Parke zu Neuwaldegg wurden Bäume entwurzelt oder abgebrochen.

* (Eine Jagd mit Kanonen.) Der durch die Diamanten seiner Frau berühmte Earl of Dudley hat sich an der schleswig'schen Westküste eingefunden, um den eigenthümlichen Sport der Kanonenjagd auf wilde Enten zu genießen. Er hat zu diesem Zweck in Husum das während der Sommermonate dem Badeverkehr dienende Dampfschiff „Nordfriesland" gechartert. Allerdings hat die Regierung zum Schutze der Vogeltojen auf Föhr und Sylt angeordnet, daß die Engländer ihre Jagd nicht nördlich von Pellworm betreiben dürfen, aber es bleibt doch immer noch fraglich, ob nicht der Massenmord die Zugvögel ganz von der Westküste verscheucht oder doch zu ihrer starken Verminderung erheblich beiträgt.

* (Graf Arnim) ist, wie die „Magdeb. Ztg." meldet, an der Gesichtsrose erkrankt. Die etwaige Aussetzung des Strafantrittes ist demnach nicht etwa eine Rücksicht, die ein Verurtheilter erfährt, der zufällig Botschafter des deutschen Reiches war, sondern es wird gegen jeden Verurtheilten die Strafverbüßung vertagt, wenn die Haft für lebensgefährlich gilt.

* (Die Witwe des unglücklichen Schneidermeisters Pokorny,) dessen Selbst- und vierfacher Kindermord seinerzeit so großes Aufsehen hervorgerufen, hat, wie man uns mittheilt, sich kürzlich mit dem Kollegen und Freunde ihres verstorbenen Gatten, Herrn Kürner, vermält, dem vor 7 Monaten seine Gattin gestorben ist und 5 Kinder, sämmtlich unter 14 Jahren, hinterlassen

e Heirat war eine sogenannte „Vernunft-Heirat", da Kürner hofft, and der Wiener Kleidermacher-Genossenschaft werde ihn — aus Rück- das traurige Los, dem Frau Pokorny sonst anheimgefallen wäre, — artal-Ansager", d. i. besoldeten Einkassierer der „Umlagen" ernennen. denken, dem Manne könnte wohl geholfen werden.

* (Von den Opfern der Katastrophe auf der Franz-Jef-Bahn.) Um den Angehörigen der bei Schwarzenau verunglückten Postambulance-Beamten rascher, als dies auf dem „normalmäßigen" Wege hunlich, eine materielle Unterstützung angedeihen zu lassen, sind unter den Beamten aller hiesigen Postämter Subskriptionen eingeleitet worden. An die Spitze dieser Sammlungen haben sich der Ober-Postdirktor und die Ober-Beamten der Postanstalten gestellt. Während — den letzten Erkundigungen zu- olge — im Befinden des Postkondukteurs Gawronski eine andauernde Besserung konstatirt und sein Aufkommen fast zweifellos ist, blieb des Offizials Bohuslaw Zustand ein so trauriger, daß der Bedauernswerthe, mit wenigen Augenblicken Ausnahme, die meiste Zeit über nicht einmal des Sprechens fähig ist. — Aus Prag meldet man, daß die Witwe nach dem getödteten Handels- anne Hutter 50.000 fl. beansprucht, während ihr die Bahn als „Ausgleich" — .000 fl. bietet. — Wir erwähnen noch an dieser Stelle einer an uns gerichteten Zuschrift aus dem Publikum, welche es seltsam findet, daß die k. k. General-Inspektion für Eisenbahnen bis jetzt den technischen Befund über jenen Unfall h nicht publizirt hat. Das Publikum käme dadurch endlich aus der ntroverse heraus, ob dem Unglücke ein Verbrechen zu Grunde liegt oder was ganz Anderes.

* (Orientalisches Museum.) Neu ausgestellt sind: Textil-Fabri- ate, welche die Türkei für Heeresausrüstungszwecke aus fremden Ländern im- portirt. — Tuche und Lederwaaren für den Armeebedarf, in ottomanischen Fabriken erzeugt. — Sammluug vou Seidengeweben aus den kaiserlichen Fabriken zu Hereké. — Seidengewebe und Stickereien aus Brussa.

* (Ein Zeitungsgeier.) In Berlin starb vor Kurzem ein Dr. Julius Geier, dem die dortige „Bürger-Ztg." folgenden Nachruf widmet: Zeitungs-Geier" — so nannte man den in literarischen und künstlerischen reisen sehr bekannten Dr. Julius Geier, Kaufmann a. D. und Zeitungsleser on Beruf. Er ging nie aus, ohne ein halbes Dutzend verschiedener Zeitungs- lätter unter dem Arm zu tragen, während er in Konditoreien und Cafés ein Schrecken der anderen Zeitungsleser war, die er insgesammt als Rivalen mit ifersüchtigen Augen mißhandelte. Ohne Zeitung in der Hand konnte er nicht ssen, nicht sitzen, nicht gehen, nicht schlafen. In sein Grab mußte ihm laut estamentarischer Verfügung ein Jahrgang seines Lieblingsblattes „Augsb. llg. Ztg." gelegt werden.

* (Evangelische Gemeinde A. C.) Die Wahl des zweiten Pfarrers in dieser Gemeinde findet in beiden Kirchen, in der Stadt und in umpendorf, am Sonntag den 14. November, von halb 12 bis 3 Uhr, ontag den 15. November, und Dienstag den 16. November von 9 bis Uhr statt.

* (Geburt in einem Tramway-Waggon.) In einem von der Himbergerstraße nach dem Praterstern verkehrenden Tramway-Waggon wurde Donnerstag Nachmittags die Taglöhnerin Maria Wongat von Ge- urtswehen überrascht und unter Assistenz einiger Sicherheitswachmänner nach ürzer Zeit eines gesunden Knäbleins entbunden. Mutter und Kind wurden, nachdem ihnen in einer Sicherheitswachstube in der Favoritenstraße die nöthige Hilfe geworden war, nach Hause, Quellengasse Nr. 34, befördert.

* (Ein treuer Diener.) Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 22. Juni die Notiz, daß auf Veranlassung des Meidlinger Kaufmanns Herrn Joh. Gokorsch, der Leiter seiner Filiale in Hetzendorf, Gustav Kuder- nacz, wegen einer Veruntreuung verhaftet worden sei. Zur Ehrenrettung des letztern sei indeß hier mitgetheilt, daß mittlerweile gegen Kudernacz, da die Staatsbehörde von der Anklage zurücktrat, die Untersuchung eingestellt und er selbst natürlich wieder als schuldlos auf freien Fuß gesetzt worden ist,

* (Der Kriminal-Doktor gekommen und wieder gegan- gen.) Der unter dem Namen Kriminal-Doktor auf dem hiesigen Platze allgemein bekannte arbeitsscheue Schneidergehilfe Johann Brzak, welcher vori- ges Jahr wegen Subsistenzlosigkeit auf Immer in seine Heimat abgeschoben wurde und am 31. v. M. dennoch wieder heimlich in Wien eingetroffen ist, wurde letzten Montag hier in der Josefstadt aufgegriffen und nach mehrtägiger Haft abermals in seine Heimat abgeschoben.

* (Fräulein Staub bestohlen.) Die Schauspielerin Maria Staub machte vorgestern Nachmittags dem Polizei-Kommissariate in der in- nern Stadt die Anzeige, daß ihr aus der Wohnung, Wollzeile Nr. 20, ein gol- dener, mit Rubinen und Rauten besetzter Ring im Werthe von etwa 300 fl. gestohlen wurde.

* (Ein Postdefraudant in der „Walhalla".) Der dem Post- amte in Kolin zugetheilt gewesene Expeditor Franz Seifert ist am 8. d. M., an welchem Tage die Kasse revidirt werden sollte, von dort flüchtig geworden. Die Revision der Kasse ergab ein Defizit von mehr als 1100 fl., und mehr als die Hälfte der unterschlagenen Summe hat sich Seifert erst einen Tag vor seiner Flucht angeeignet. Der Defraudant, welcher 28 Jahre alt ist, war als lebenslustig bekannt und hatte seit einigen Monaten ein intimes Verhältniß mit einer schönen Schauspielerin eines kleinen Städtchens in Böhmen unterhalten, das ihn ziemlich bedeutende Summen kostete. Da sein bescheidener Gehalt nicht ausreichte, griff er die ihm anvertrauten ärarischen Gelder an. Von der Flucht des Defraudanten wurde das hiesige Sicherheitsbureau der Polizei-Direktion mit dem Beisatze verständigt, daß Seifert sich wahrscheinlich nach Wien ge- wendet haben dürfte. Und in der That war dem so. Der junge Mann kam am 10. d. Morgens hier an, logirte sich in einem Hotel Garni in der inneren Stadt ein, verließ jedoch noch am selben Tage diesen Aufenthaltsort und nahm sein Absteigquartier im Gasthof „zum goldenen Hirschen" in der Alserstraße, und schrieb hier ins Fremdenbuch: „Franz Seifert, Techniker aus Prag". Ein Detektive ermittelte jedoch, daß dieser Techniker Niemand anderer als der durch- gebrannte Posterpeditor sei, weshalb er Donnerstag Nachts seine Verhaftung in der „Walhalla" vornahm. Im Besitze Seifert's fand man noch eine Summe von 554 fl. und verschiedene erst gekaufte Effekten im Werthe von 50 fl.

Witterung, Stadt, am 12. November. Tiefste Temperatur (6 Uhr Früh) + 5·0 Grad Celsius (+ 4·0 Grad Reaumur); höchste + 12·4 Grad Celsius (+ 10·0 Grad Reaumur).

Morgens halbheiter, tagsüber Sonne und Wolken wechselnd. Wind aus Westnordwest. Regen.

Barometerstand (Luftdruck) 742·00 Millimeter.

---

Im Wiener Automaten-Theater (Seilerstätte 15) hat die Eisenbahn-Katastrophe bei Göpfritz ihre plastische Darstellung gefunden, indem das betreffende Tableau von Samstag an in das reichhaltige Programm aufgenommen wird.

---

# Städtische Chronik.

## Aus dem Gemeinderathe.

(Sitzung vom 12. November.)

In der heutigen öffentlichen Sitzung wurde eine Reihe dringender Geschäftsstücke erledigt. Von allgemeinem Interesse ist nur das Referat des G.-R. Dr. Klucky über die Anträge der Pferdebahn-Kommission. Nach dem Antrage des Referenten wird beschlossen: über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Herabsetzung ihrer an die Kommune kontraktlich zu leistenden Abgaben und der ihr auferlegten Lasten soll die Pferdebahn-Kommission des Gemeinderathes mit der Tramway-Gesellschaft in Verhandlung treten und über das Ergebniß an den Gemeinderath Bericht erstatten. Die Winter-Fahrordnung der Tramway-Gesellschaft wird dahin genehmigt, daß in der Früh die ersten Wagen um ½7 Uhr und Abends die letzten Wagen um 10 Uhr von den Endstationen abgehen sollen. Der wegen Kanalbaues durch mehrere Monate sistirte Fahrbetrieb auf der Strecke Nußdorferstraße-Wallensteinstraße-Praterstern soll sofort wieder aufgenommen werden. Der Gemeinderath beschloß ferner nach dem Referate des G.-R. Neumann, das von den Herren R. v. Folbinger und Josef Hudetz vorgelegte Projekt für Begräbnißhallen und pneumatische Leichenbeförderung, welches wir vor Kurzem eingehend besprochen haben, abzulehnen.

In der hierauf folgenden vertraulichen Sitzung referirte Gemeinderath Dr. Lueger als Einzelreferent über die Interpellation des G.-R. Ferdinand Mayer über die Lieferungen von Sand auf die Ringstraße.

Die Verlesung aller Protokolle dauerte eine volle Stunde. Der Bürgermeister gab hierauf persönlich Aufklärung über die von ihm wider die betreffenden Magistratsbeamten angeordnete und durchgeführte Disziplinar-Untersuchung. Dr. Mandl war mit dem Resultate der Untersuchung nicht zufrieden und mußte wegen des Gebrauchs einiger unüberlegter Ausdrücke eine scharfe Zurechtweisung von Seite des Bürgermeisters entgegennehmen.

Der Interpellant G.-R. Ferd. Mayer konnte sich auf das von ihm vorgelegte Protokoll nicht mehr erinnern.

Der Bürgermeister lieferte nun den Nachweis, daß Herr Ferd. Mayer vor zwei anwesenden Zeugen eben dieses Protokoll selbst diktirt hatte.

Die Vergeßlichkeit des Herrn Mayer führte eine solche Aufregung herbei, daß Dr. Pichl den Schluß der Sitzung beantragte, der um 9 Uhr Abends auch angenommen wurde.

Es steht daher eine zweite Auflage dieser unliebsamen Angelegenheit bevor.

---

(Der Bau des neuen Hof-Burgtheaters) wird in den Fundirungen fortgesetzt werden, so lange nicht der Eintritt von 3—4 Grad Kälte zur Einstellung der Arbeiten nöthigt. Gegenwärtig wird der Theil gegen die Ringstraße nach vollendeter Erdaushebung in Angriff genommen. Bei dieser Aushebung wurde ein unterirdischer Gang vorgefunden, der 30 Klafter lang und 12 Schuh hoch unter der Ringstraße fortläuft und beim Volksgarten abbiegt. Er dürfte seinerzeit zu Fortifikationszwecken gedient haben. — Bei dem Bau des Hoftheater-Dekorationsdepots wird mit der Sockelversetzung fortgefahren und steht, wenn die günstige Witterung anhält, die Vollendung derselben nach 14 Tagen in Aussicht. Die Sockel sind aus sehr festem, grobkörnigen Lindabrunner Stein. — In den Hof-Museen werden im Winter diejenigen Arbeiten Beschäftigung geben, die durch den eintretenden Frost keinen Schaden leiden können. Im kunsthistorischen Museum werden die großen Säulenschäfte im Innern des Hochparterre, welche die Mittelmauern des ersten Stockes zu tragen haben, aufgestellt. Die zu tragende große Last hat die Wahl von Granit empfohlen. Von den 21 Schäften bestehen 10 aus italienischem rosarothen Granit, gebrochen am Lago Maggiore, 4 aus dunkelgrauem Syenit vom Fichtelgebirge, 4 aus rothem schwedischen und 3 aus Mauthausener Granit. Die Kapitäler, Basen und Gebälkstücke dazu sind, wie es zur Farbe der Schäfte paßt, theils aus Carrara-, theils aus Untersberger, theils Pörtschacher (Kärntner) Marmor. Für die beiden Säle, welche die egyptischen Alterthümer der Ambraser Sammlung aufnehmen sollen, sind die drei großen egyptischen Säulen vor der Ambraser Sammlung bestimmt, die, ein Geschenk des Dalmatiners Herrn Lukavics, aus dem 14. Jahrhundert vor Ch., der Blütezeit Egyptens, stammen. Jede Säule wiegt 450 Zentner.

(Winter-Fahrordnung der Tramway.) Die k. k. Statthalterei hat die Winter-Fahrordnung für die Tramway, die am 15. d. M. beginnen wird, soeben mit nachstehenden Bemerkungen genehmigt: 1. Von den Stationen Rudolfsheim, Hernals, Döbling, Simmering, Südbahn-Viadukt, Matzleinsdorferkinie, Sofien-Brücke und Praterstern ist von zehn zu zehn Minuten nach jeder Route ein Wagen abzulassen. 2. Der erste Wagen hat von den Endstationen um halb 7 Uhr Morgens und der letzte um 10 Uhr Abends abzugehen. 3. Sobald die Geleiselegung in der Linie Wallensteinstraße bewerkstelligt werden kann, ist der Lokalverkehr von der Nußdorferstraße (Sechsschimmelgasse) bis zum Praterstern und zurück mittelst von 15 zu 15 Minuten

verkehrenden Wagen sofort wieder aufzunehmen. 4. Behufs Herstellung der direkten Verbindung des 3. Bezirkes (Landstraße) mit den Linien der Wiener Tramway-Gesellschaft haben Wagen von den Remisen in Hernals bis zur Rudolfsgasse (Landstraße Hauptstraße) und zurück über den Kärntnerring zu verkehren. 5. Die vom Südbahn-Viadukt und der Matzleinsdorferlinie kommenden Wagen haben über den Kolowratring bis zum Praterstern und zurück zu verkehren. 6. Nebst den für die Route „Döbling" vorgesehenen zweiten Fahrten hat noch eine weitere direkte Fahrt über den Franz Josefs-Quai bis zum Praterstern stattzufinden.

(Seidlgasse.) Der Ausschuß des 3. Gemeindebezirks hat beim Gemeinderathe beantragt, die neu eröffnete, von der Landstraßer Hauptstraße zur Gärtnergasse führende Straße, welche eine der schönsten Verkehrsadern des Bezirks zu werden verspricht: „Seidlgasse" zu benennen, zu Ehren des vaterländischen Dichters Joh. Gabr. Seidl, der lange Jahre hindurch auf der Landstraße gewohnt und diesem Bezirke stets treue und warme Anhänglichkeit bewiesen hatte.

(Neubauten.) Gestern wurde mit der Demolirung des Lagusiushauses am Graben begonnen. Den Neubau führt ein von der Direktion der ersten österr. Sparkasse hiezu ernanntes Comité für die Sparkasse. Derselben werden bei Ertheilung des Konsenses für den Umbau die nachstehenden Vorbauten unter der Bedingung bewilligt, daß der erforderliche Grund mit dem zur Straßenerweiterung abzutretenden Grunde kompensirt werde. Der Neubau erhält geschlossene Erker und wird als eines der schöneren Zinshäuser paradiren, das von dem jetzt leider so beliebten Kasernen-Baustyle glücklich abstechen wird. Dieses sogenannte „Lagusiushaus" hat auch in der neuesten Zeit seine Geschichte. Im Jahre 1863 wurde es dem Gemeinderathe zum Kaufe angeboten; die Versammlung in der Wipplingerstraße war für den Ankauf schon wegen der so dringend nothwendigen Erweiterung der Passage in der Jungferngasse. Damals würden die Eigenthümer das Haus um eine Summe von 400.000 fl. der Kommune überlassen haben; besonders der Bürgermeister Dr. Zelinka interessirte sich dafür. Einer der Herren Gemeinderäthe aber — es war Herr August Zang — opponirte gegen den Ankauf um diesen horrenden Preis in öffentlicher Sitzung, und er stellte den Antrag auf die Bewilligung einer Summe von höchstens 300.000 fl. Dieser Antrag wurde auch angenommen, aber die Familie Lagusis gab gar keine Antwort und vermiethete die Lokalitäten unter günstigen Bedingungen weiter. Im Jahre 1873 kam endlich die österreichische Sparkasse in den Besitz dieses Objektes um die Summe von zirka 600.600 Gulden!

(Auflassung der freiwilligen Arbeitsanstalt.) Die vom Gemeinderathe zur Untersuchung der in der freiwilligen Arbeitsanstalt in der Leopoldstadt bestehenden Uebelstände eingesetzte Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, der auch Bürgermeister Dr. Felder anwohnte, nach dem Referate und dem Antrage des G.-R. Frankl, diese Anstalt gänzlich aufzulassen. Die Kommission sprach sich ferner für die Erbauung eines Asylhauses aus der Siebenbrunnerwiese aus.

## Aus den Vereinen.

(Der Frauen-Wohlthätigkeitsverein) für Wien und Umgebung feiert wie alljährlich am 15. d. bei St. Peter um 10 Uhr Früh sein Gründungsfest mit Predigt und feierlichem Hochamt.

(Im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein) findet heute Abends 7 Uhr eine Wochenversammlung statt. Programm: 1. Architekt Hödl: „Ueber die Bewegung der Luft in ventilirten Räumen mit besonderer Rücksicht auf die Ventilation größerer Versammlungs-Säle"; 2. Ingenieur Friedrich Steiner: „Mittheilungen über neuere Brücken und Tunnelbauten".

## Aus dem Gerichtssaale.

**Wien,** 12. November.

— [Orig.-Ber.] **(Zwei Briefe des deutschen Botschafters.)** Die Leser haben gewiß des am Dinstag gemeldeten Falles nicht vergessen, in welchem der „Literat" Leo Adler sich vor dem Bezirksgerichte in einer ebenso burlesken als unverschämten Weise vertheidigte. Der Angeklagte pochte damals sehr auf seine Eigenschaft als Ausländer und auf den Schutz der deutschen Botschaft, den er zu erlangen wissen werde. In der That hat sich Herr Adler, resp. Lang, zweimal in Angelegenheit dieses Prozesses an den Botschafter gewendet, das erstemal, als er nach erfolgter Anzeige seines Zimmergenossen den Besuch der Sicherheitswache erhielt, das zweitemal, auf Grund der durchgeführten Verhandlung.

Wir sind in Kenntniß der Zuschriften gelangt, mit welchen Herr von Schweinitz diese beiden Beschwerden beantwortete. Die Antwort des deutschen Botschafters auf den ersten an ihn gelangten Brief war sehr reservirt, aber nicht gänzlich ablehnend. Sie lautete:

„Geehrter Herr!

Ich habe Ihr Schreiben, worin Sie die Ihnen zu Theil gewordene schlechte Behandlung von Seite der Sicherheitswache zum Gegenstand einer Reklamation bei der deutschen Botschaft machen, hieher gesendet bekommen. Wenn das wahr ist, was Sie schrieben, wiewohl ich es für sehr unwahrscheinlich halte, so werde ich nicht ermangeln, bei meiner Rückkunft nach Wien, die binnen Kurzem erfolgen dürfte, die geeigneten Schritte zu Ihrem Schutze zu veranlassen. Bis dahin wollen Sie sich in Geduld fassen.

Reichenau, 19. August. Schweinitz."

Eine sehr kräftige Sprache dagegen — sie ist kräftig und heilsam — redet das zweite Antwortschreiben. Wir geben nachfolgend den Inhalt desselben:

„Geehrter Herr!

Sie haben es für nothwendig erachtet, den Schutz der deutschen Botschaft in einer Sache anzurufen, die für Sie ziemlich unschmeichelhaft ist. Der deutschen Botschaft liegen Auszüge aus den Protokollen vor, aus welchen ersichtlich ist, daß die Rolle, die Sie spielten, eine geradezu unwürdige war. Sie sollten wissen, daß jeder Gebildete — und für einen solchen wollen Sie sich ja ausgeben — im fremden Staate die Gesetze dieses Staates achtet. Sie haben dies nicht gethan und werden sich nun die Folgen Ihres unwürdigen Benehmens selbst zuzuschreiben haben. Die deutsche Botschaft sieht sich nicht im Geringsten veranlaßt, sich Ihrer anzunehmen und ich möchte Sie entschieden ersucht haben, sich weder auf uns zu berufen, noch aber uns weiter mit Ihren Zuschriften zu behelligen.

Wien, 10. November 1875.

Der k. deutsche Botschafter
General Schweinitz."

— [Orig.-Ber.] **(Prozeß der Elementar-Versicherungsbank.)** (Vierzehnter Verhandlungstag.) Die Vernehmungen wurden heute fortgesetzt.

Ludwig Freiherr v. Blittersdorf, Privatier, in Frankfurt am Main wohnhaft, gehörte dem Verwaltungsrathe der Bank an und erhielt 1000 fl. Tantième, welche er später über Aufforderung Dr. Neuda's zurückstellte. Ueber den Gang der Geschäfte wurde Zeuge durch Baron Raule in Kenntniß erhalten. In einem der Briefe Baron Raule's heißt es: „Die ungünstigen Gerüchte über unser Unternehmen verdanken wir dem Redakteur eines Revolverblattes, eines Schandkerls, der zuerst aus unserem Bureau hinausgeworfen wurde und sich dann noch zu einer de- und wehmüthigen Abbitte bequemen mußte, wenn er nicht auf sechs Monate eingesperrt werden wollte."

Präs. Auf welchen Fall bezieht sich dieser Absatz? — Der Zeuge: Vielleicht auf den Fall Facchini. Ich weiß es aber nicht genau.

Der folgende Zeuge, Georg Graf Stockau, 36 Jahre alt, Privatier in Napagedl, war schon bei der wechselseitigen Elementarbank im Sommer 1871 mit einer Einlage von 10.000 fl. Verwaltungsrath, wohnte auch einigen Sitzungen bei, er vermochte jedoch keinen Einblick in den Geschäftsgang der Anstalt zu gewinnen. Gelegentlich der Transaktion wurde er ersucht, 150 Aktien zu zeichnen. Er weigerte sich dessen mit dem Bemerken, er gebe nur 10.000 fl. und keinen Kreuzer mehr. Auch Graf Stockau wurde von jenen 23.000 fl. der Hypothekenbank mit 1000 fl. betheiligt, stellte diesen Betrag aber zurück. Später wurde ihm seine Stellung als Verwaltungsrath durch die Gerüchte, welche über die Bank im Umlauf waren, so verleidet, daß er erklärte, er wolle gr. für einen anderen „tauglichen" Herrn die statutenmäßig 25 Stück Aktien einzahlen, um nur selbst aus der Anst. hinauszukommen. (Heiterkeit.)

Dr. Markbreiter. Diese Aeußerung wurde wohl durch Herrn Rea provozirt, welcher Ihnen, Herr Graf, sagte, er wisse mehrere Herren, welche zwar zu Verwaltungsräthen „tauglich", aber nicht im Besitze der nöthigen Geldmittel wären. — Zeuge. Ganz richtig; ich habe dann zu Reach gesagt: Ich ersuche Sie, schicken Sie mir einen solchen Herrn; ich lasse dann meine 25 Aktien unentgeltlich der Bank und zahle dem Herrn extra noch 1500 fl., wenn er für mich Verwaltungsrath wird. (Heiterkeit.)

Dr. Markbreiter. Und sendete Ihnen Herrn Reach Jemanden? — Zeuge. Ja, einen gewissen Herrn Bottstieber, dem ich auch die Aktien und 1500 fl. gegeben habe.

Reach. Nicht ich, sondern ein Vermittler hat ihn geschickt.

Dr. Markbreiter. Richtig, das ist der gewisse Vermittler, der überall erscheint, wo Geld verschwindet. (Heiterkeit.)

Graf Stockau gibt schließlich über Befragen an, daß er im Ganzen einen Verlust von 16.500 fl. bei der Elementar-Bank erlitten habe.

Es wird hierauf Karl Prohaska vernommen, jener Kassier, welcher trotz des Verbots von Seite der Hypothekenbank dem Direktor Reach dennoch 13.000 fl. für die Elementarbank ausfolgte, worauf ihm in Folge dessen die Schlüssel der Kasse abgenommen wurden. Durch diese Maßregel stellte sich heraus, daß der Kassier Prohaska sowohl die Haupt- als die Duplikatschlüssel der Wertheim'schen Kasse in seinem Besitz hatte.

Votant L.-G.-R. Gernerth. Eine schöne Ordnung das.

Zeuge Johann Sachslehner, Hausbesitzer in Neu-Fünfhaus, von der Hypothekenbank ein Darlehen von 15.000 fl. bewilligt erhalten. Als er jedoch zur Kasse kam, um das Geld zu beheben, bedeutete man ihm, daß 1000 fl. als Remuneration für einen gewissen Herrn Fuchs zurückzulassen, den ihm die Gesellschaft rekommandirt habe.

Reach erklärt, diese 1000 fl. für den Beamten Fuchs erhalten zu haben.

Präs. Das ist sehr eigenthümlich.

Als nächstfolgender Zeuge erscheint Dr. Heinrich Bloch, Hof- und Gerichtsadvokat, vor Gericht. Seine Beeidigung wird vorläufig bis nach beendigter Aussage verschoben.

Dr. Bloch gibt über jene öffentliche Danksagung Auskunft, welche von Klienten desselben dahin abgegeben wurde, daß ihnen angeblich ihre Schäden von der Anstalt bar bezahlt worden, während sie in Wirklichkeit zum größten Theile mit Wechseln beglichen wurden. Folgendes an:

„Im September 1872 kam Herr Bernhard Neumann zu mir und erzählte, daß er für einen Schadensbetrag, den er von der Elementarbank zu fordern hatte, mit einem Bon abgespeist worden sei. Fast gleichzeitig wendeten sich noch fünf andere Parteien mit derselben Klage an mich. Ich erstattete die Strafanzeige wider die Direktoren und Verwaltungsräthe, und es war diesem Schritte zuzuschreiben, daß Herr Reach den Beschädigten einen Ausgleich anbot. Ich warnte die Beschädigten vor einem Ausgleich mittelst Accepten, weil die Anstalt schlecht sei. Nachdem jedoch das Landesgericht meine Strafanzeige verwarf, so erklärte ich mich endlich bereit, ein Arrangement dahin einzugehen, daß ein Drittheil bar und der Rest in Wechseln bezahlt werden sollte.

Während ich also mit den Beschädigten im Bureau des Herrn Reach saß, wurden dieselben einer nach dem andern in das Zimmer des Bureauchefs Hentl berufen, wo sie eine Danksagung unterschreiben sollten. Ich machte die Leute darauf aufmerksam, daß hiezu gar kein Grund vorhanden sei, aber die Beschädigten glaubten mit Rücksicht auf die Versprechungen Reach's, die Danksagung sei nur zur Veröffentlichung in ungarischen Blättern bestimmt und es würden durch das Steigen des Vertrauens die Wechsel umso eher bezahlt werden; mit Rücksicht darauf unterzeichneten sie das Schriftstück."

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge weiter an, daß er bei der Elementarbank die „ungeheuerlichsten Zustände" wahrgenommen habe, und äußert sich überhaupt in sehr scharfem Tone des Ausführlichen über seine gemachten Wahrnehmungen.

Dr. Ruzicka. Es kommt übrigens auch vor, daß Sie Herrn Direktor Reach vertreten haben, diesem dann die Vollmacht zurückstellten und Herrn Winter gegen Reach vertraten. — Dr. Bloch. Ich legte die Vollmacht zurück, als ich erfuhr, wer Herr Reach ist. Winter erschien mir meiner Vertretung würdiger.

Dr. Ruzicka. Wer Herr Reach ist, mußten Sie wissen, ehe Sie eine Vollmacht nahmen. Sie erstatteten doch gegen die Elementarbank eine Strafanzeige. — Dr. Bloch. Diese war nicht gegen Reach speziell gerichtet.

Dr. Markbreiter. Herr Zeuge werden mir bestätigen, daß in dem im Spätherbst 1872 zwischen Winter und Reach geführten Federkriege mancher Artikel Winter's von Ihnen gezeichnet war! — Dr. Bloch. Ja, jedoch nur in Folge der aktenmäßigen Aufzeichnungen, die mir vorgelegen sind.

Dr. Markbreiter. Herr Zeuge erwähnten von den ungeheuerlichen Zuständen bei der Bank, beim Verwaltungsrathe u. s. w. Wer hat Sie hierüber so genau unterrichtet? — Dr. Bloch. Der Buchhalter Grün, welcher mich oft um Rath fragte, ob er diesen oder jenen Auftrag ausführen solle. Ich rieth ihm stets zur Vorsicht bei Befolgung der Weisungen, er könne einmal gerichtliche Umstände damit haben.

Damit ist das Verhör des Zeugen zu Ende und der Staatsanwalt beantragt die Beeidigung desselben.

Dr. Ruzicka. Ich bedauere lebhaft, daß ich mich gegen die Beeidigung eines Mannes aussprechen muß, der, selbst ein Rechtsanwalt, sonst die Aufgabe hat, seine Klienten gegen die Ueberschreitung, welche sich gewisse Zeugen bezüglich der Wahrheit erlauben, in Schutz zu nehmen. Herrn Dr. Bloch, dem Vertheidiger in Strafsachen, ist es geschehen, daß seine Strafanzeige gegen die Elementar-Versicherungsbank zurückgewiesen wurde; er hat ferner ein Schreiben an den Herrn Vorsitzenden gerichtet, das an Heftigkeit des Tones gegen meinen Klienten Reach nichts zu wünschen übrig läßt, und endlich hat noch kein Zeuge, selbst kein Beschädigter, so gegen die Angeklagten ausgesagt, wie Dr. Bloch. Dies kennzeichnet zur Genüge den feindseligen Standpunkt dieses Zeugen.

Dr. Markbreiter. Ein Hinderungsgrund zur Beeidigung eines Zeugen ist bekanntlich nach der Strafprozeßordnung die Schwäche des Gedächtnisses, wie dies der hohe Gerichtshof bereits einmal in diesem Prozesse geltend gemacht hat. Wäre die Stärke des Gedächtnisses ein gleicher Grund, ich würde mich dem Zeugen Dr. Bloch gegenüber wirklich darauf berufen. Während wir alle noch im Studiren begriffen, weiß Dr. Bloch schon Alles bestimmt, als wir aber auf den Grund seines Wissens zurückgingen, stellte sich heraus, daß Grün, der hier nicht beeidete Buchhalter Grün, die Quelle seines Wissens gewesen. Es ist nun ein Gegenstand des Nachdenkens, ob ein Zeuge zu beeiden sei, der aus einem Born geschöpft hat, welcher in diesem Saale als trügerisch erkannt wurde.

Dr. Kunwald besorgt zwar aus der Aussage des Dr. Bloch nichts für seinen Klienten, bezeichnet den Zeugen jedoch gleichfalls als feindselig.

Der Gerichtshof beschließt, nachdem er sich zur Berathung zurückgezogen, den Zeugen zu beeiden, mit der Motivirung, daß, wenn dessen Angaben auch etwas lebhaft vorgetragen wurden, dieselben dennoch nicht den Eindruck der Unglaubwürdigkeit gemacht haben.

Der Zeuge wird beeidet und die Sitzung sodann unterbrochen.

In der Nachmittags-Sitzung gelangte ein Mann zur Vernehmung, welcher im vorigen Monate vom hiesigen Schwurgerichte wegen Betruges zu fünf Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden, der Realitäten- und Häuserspekulant Rößler. Derselbe erhielt von Reach in dessen Eigenschaft als Direktor der Hypothekar-Versicherungsbank, auf seine Realitäten nach und nach Summen geborgt, welche den Werth der Realitäten überstiegen; als Lohn hiefür gab er ihm nach seiner Angabe einen Wechsel von 1000 Gulden.

Reach versichert, daß dieser Wechsel nur die Deckung für ein Darlehen war, welches er ihm aus Eigenem gegeben; er erinnert den Zeugen, daß ihm derselbe oft Geld angeboten, daß das Anerbieten aber immer abgelehnt wurde.

Der Zeuge gibt dies im Allgemeinen zu, beharrt aber dabei, daß er sich in diesem speziellen Falle so verhalten, wie er angegeben.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

---

— [Orig.-Ber.] (**Ein Aufruf an Abonnenten.** — Schluß.) Heute nach Beendigung des Beweisverfahrens nahm der öffentliche Ankläger, Staatsanwalts-Substitut Holzinger, das Wort und charakterisirte in fesselnder Weise den vorliegenden Fall. Er schilderte das Blatt Limmer's als eines von den in der letzten Aera aufgetauchten finanziellen Journale besonderer Gattung, welche nur vom Verschweigen des Schwindels, will sagen, von der Erpressung dafür, lebten. Da habe er nun plötzlich Lust bekommen, selbst zu erpressen; er dachte, es sei doch besser, die Kuh im eigenen Stall zu haben, als Gefahr zu laufen, des Nachbars schleichen zu müssen. In dem Laden eines einfachen Wurstmachers, der nicht einmal gelernter Selcher war, glaubte er das geeignete Unternehmen für eine Kommanditgesellschaft gefunden zu haben. Der Staatsanwalt führt in längerer Rede aus, daß die Handlungsweise Limmer's eine betrügerische gewesen, zieht jedoch gegen Glocke die Anklage auf Mitschuld zurück und hält nur die der verschuldeten Krida aufrecht, weil derselbe später als Pächter des elsässischen Bauernhauses in der Weltausstellung Konkurs ansagte und die Gläubiger nur mit 4 pCt. entschädigte.

Der Vertheidiger Dr. Menger (für Limmer) plaidirt dahin, daß Limmer in gutem Glauben an die Rentabilität des Unternehmens gehandelt habe, und ohne die Krise und das schlechte Resultat der Weltausstellung Erfolg erzielt hätte. Auch Dr. Steinhauser spricht für Freisprechung seines Klienten, des Angeklagten Glocke.

Nachdem noch der Angeklagte mit nervöser Haltung und in predigerhaftem Tone eine Rede gehalten, ziehen sich die Geschwornen zur Berathung zurück. Dieselben sprechen Limmer mit acht gegen vier Stimmen, Glocke mit elf Stimmen gegen eine frei.

---

— [Orig.-Ber.] (**Die Abbildung einer Villa.**) E. P. Brand, Herausgeber eines sporadisch erscheinenden Blättchens, welcher wegen Erpressung und Ehrenbeleidigung mehrmals auf Grund der erbärmlichsten Handlungen verurtheilt worden, machte im Sommer dieses Jahres die Bekanntschaft des Fabrikanten Blümel in Gumpendorf, welcher eine Villa in Ober-St. Veit besaß. Herr Blümel, welcher von dem Charakter seines sauberen Bekannten wohl keine Ahnung hatte, verkehrte zuweilen mit ihm. Herr Brand äußerte so oft und lebhaft seine Bewunderung für die schöne Villa, daß Herr Blümel endlich dessen Wunsch, eine Photographie des Landhauses zu besitzen, nachgab und ihm ein solches Bild, das er gerade besaß, zum Geschenk machte. Was that nun Herr Brand? Er gab in seinem „Journal" eine Abbildung der Blümel'schen Villa und schickte gleich darauf dem Besitzer eine Rechnung auf einen ansehnlichen Betrag als Bezahlung dieses Liebesdienstes. Der Fabrikant war nicht wenig erzürnt über diesen Coup und gab seiner Ansicht über diese Zumuthung in einem derben Briefe an Herrn Brand Ausdruck. Man sollte nicht glauben, daß dieser noch die Stirne hatte, gegen Herrn Blümel eine Ehrenbeleidigungsklage einzureichen. Heute sollte über dieselbe vor dem Bezirksgerichte verhandelt werden; wegen beantragter Vorladung von Zeugen mußte jedoch der eigenthümliche Prozeß vertagt werden.

---

— [Orig.-Ber.] (**Krida.**) Hermann Dukes, bereits wegen Diebstahls mit zwei Jahren bestraft, schloß nach Entlassung aus seiner Haft im Jahre 1869 eine Heirat, welche ihm eine Mitgift von 2500 fl. brachte. Hiezu erhielt er noch von einem Verwandten 1000 fl., und mit dieser Summe von 3500 fl. eröffnete er in der Kärntnerstraße ein Schneidergeschäft, für welches er an Jahreszins allein 4000 fl. zahlen mußte. Er suchte sich von Jahr zu Jahr fortzubringen und war endlich genöthigt, mit einem Passivum von 3000 fl. den Konkurs anzumelden. Das Gericht verurtheilte ihn heute wegen Vergehens der verschuldeten Krida mit Rücksicht auf die vorhandenen Erschwerungsgründe zu acht Monaten strengen Arrests.

---

# Theater und Kunst.

— Im Carl-Theater fand heute Abends die Generalprobe der morgigen Novität „Die beiden Waisen" vor dem gewohnten Publikum von näheren und entfernteren Angehörigen der Bühne statt. Ohne irgendwie das Geheimniß, das einer Première vorangeht, lüften zu wollen, dürfen wir doch schon heute konstatiren, daß man es hier mit einem Stück von wirksamem Bau und starken Effekten zu thun hat, dessen Hauptszenen schon in der nüchternen Atmosphäre der Generalprobe ihre Schuldigkeit thaten. In dekorativer Hinsicht hat namentlich ein Pariser Winterbild angesprochen, gespielt aber wurde von den Darstellern der Hauptrollen mitunter geradezu überraschend. Auf die morgige erste Aufführung vor legitimem Publikum darf man wohl gespannt sein.

---

(**Kirchenmusik.**) Morgen um 11 Uhr wird in der k. k. Hofkirche St. Augustin Kapellmeister Eder eine Messe von Jos. Wenusch, Graduale Sopran-Solo von Direktor Johann Krall, Offertorium Bariton-Solo von Laur. Weiß aufführen, und werden die Soli Frau Marie Fritsch und Herr Adolf Wallnöfer vortragen. Die Orgel wird Herr Bockner spielen.

In der k. k. Hofkapelle wird morgen den 14. Missa in D, Graduale (Clamaverunt) und Offertorium (Laetabitur justus) von Ludwig Rotter aufgeführt; am Montag den 15. Theresienmesse von Jos. Haydn, Graduale (In te Domine) von Henneberg und Offertorium (Laudate pueri) von Kaiser Leopold.

Morgen wird in der Pfarrkirche zu St. Ulrich zum Hochamte um 10 Uhr Chordirektor Josef Arocker eine Messe von Robert Führer zur Aufführung bringen, Graduale und Offertorium von Ambros Rieder. Uebermorgen den 15., dem Leopoldifest und der Gründungsfeier des bestehenden Kirchenmusikvereines, wird in dieser Kirche um 10 Uhr eine Festmesse von Andreas Zsaßkowsky, Tantum ergo von Barth, Graduale von Lickl und Offertorium von Diabelli, zur Aufführung kommen. Dienstag den 16. das Requiem für die verstorbenen Vereinsmitglieder von Abbé Stadler.

Uebermorgen, am Festtage des heiligen Leopold, wird in der St. Elisabeth-Kirche im 4. Bezirke um 11 Uhr Vormittags unter Leitung des Chorregenten Herrn Vinzenz Neuwirth die Messe in C von Dominik Finkes aufgeführt.

Der Männergesangverein „Wiener Liederkranz" führt morgen um 11 Uhr in der Pfarrkirche zu Gumpendorf unter Leitung des neugewählten Chormeisters Herrn W. Dörr, Fr. Schubert's deutsches Hochamt auf.

---

**Die übrigen Kunstnotizen siehe I. Beilage.**

---

# Eingesendet.

Geehrte Redaktion!

In Anbetracht der Ruhe meiner Angehörigen, ersuche ich höflichst, durch Veröffentlichung dieser Zuschrift in Bezug der im heutigen Morgenblatte gebrachten Nachricht: „Selbstmord eines Studenten in Döbling", konstatiren zu wollen, daß ich mit dem Selbstmorde nichts gemein habe. Ich bin übrigens aus genanntem Orte nur der Einzige dieses Namens.

Hochachtungsvoll

Drd. Med. Ludwig Weiß,
aus Gran in Ungarn.

---

## Kaiserin Elisabeth-Bahn.

Vom 15. November angefangen, wird der an den Lokalzug Nr. 25 (Wien ab 1 Uhr 45 Minuten Nachmittags) anschließende gemischte Zug, welcher dermalen nur bis St. Pölten verkehrt, bis Amstetten verlängert werden.

Ferner wird, von demselben Tage angefangen, der bisherige gemischte Zug Nr. 66 (Amstetten ab um 5 Uhr 5 Minuten Früh) als Personenzug verkehren und anstatt um 12 Uhr 50 Minuten Mittags bereits um 10 Uhr 15 Minuten Vormittags in Wien eintreffen.

---

Wir machen hierdurch auf die im heutigen Blatte stehende Annonce der Herren **Kaufmann & Simon** in **Hamburg** besonders aufmerksam. Es handelt sich hier um Original-Lose zu einer so reichlich mit Haupt-Gewinnen ausgestatteten Verlosung, daß sich auch in unserer Gegend eine sehr lebhafte Betheiligung voraussetzen läßt. Dieses Unternehmen verdient das volle Vertrauen, indem die besten Staatsgarantien geboten sind und auch vorbenanntes Haus durch ein stets streng reelles Handeln und Auszahlung zahlreicher Gewinne allseits bekannt ist.

**Nur fl. 2 und Stempel** Ungar-Promesse. Ziehung **15. November.** Haupttreffer **fl. 150.000!**

**Nur fl. 3 und Stempel.** 1864er Promesse. Ziehung **1. Dezember.** Haupttreffer **fl. 200.000!**

**Wechslergeschäft** der Administration des **„Mercur"**, Wollzeile 13.

**Frauenarzt** **Dr. Breyer**, Stadt, **Habsburgergasse Nr. 4** (Graben), ordinirt von 12—3 Uhr.

**Habrosyne,** das bewährte, die weiblichen Körperformen (Brust und Arme) verschönernde Damenmittel. (Siehe Annonce.)

**Allen Kranken Gesundheit und Kraft ohne Medizin und ohne Kosten.**

**REVALESCIERE DU BARRY von LONDON.**

Seit 28 Jahren hat keine Krankheit dieser angenehmen Gesundheitsspeise widerstanden, und bewährt sich dieselbe bei Erwachsenen und Kindern ohne Medizin und ohne Kosten bei allen Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwanger

schaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. Ein Auszug aus 80.000 Zertifikaten über Genesungen, die aller Medizin, widerstanden, worunter Zertifikate vom Professor Dr. Wurzer, Medicinalrath Dr Angelstein, Dr. Shoreland, Dr. Campell, Professor Dr. Dédé, Dr. Ure, Gräfin Castlestuart, Marquise de Bréhan und vielen anderen hochgestellten Personen, wird franko auf Verlangen eingesendet.

Abgekürzter Auszug aus Certifikaten.

Nr. 64,210. Marquise v. Brehan von 7jähriger Leberkrankheit, Schlaflosigkeit, Zittern an allen Gliedern, Abmagerung und Hypochondrie.

Nr. 79,810. Frau Maria Jolly von 50jährigen Leiden an Verstopfungen, Blähungen, Schlaflosigkeit und Engbrüstigkeit.

Nr. 75,877. Florian Köller, k. k. Militärverwalter, Großwardein, von Lungen- und Luftröhrenkatarrh, Kopfschwindel und Brustbeklemmung.

Nr. 75,970. Herr Gabriel Teschner, Hörer der öffentlichen höheren Handels-Lehranstat Wien, in einem verzweifelten Grade von Brustübel und Nervenzerrüttung.

Nr. 65,715. Fräulein de Montlouis von Unverdaulichkeit, Schlaflosigkeitund Abmagerung.

Nr. 75,928. Baron Sigmo von 10jähriger Lähmung an Händen und Füßen ꝛc.

Viermal nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern ihren Preis 50mal in Arzneien. — In Blechbüchsen von ½ Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. — Revalescière Bisquits in Büchsen à fl. 2.50 und fl. 4.50. — Revalescière Chocolatée in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50. — Zu beziehen durch **Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8,** auch in **Pest** bei **Jos. v. Török, Prag** bei **Jos. Fürst,** sowie in allen Städten bei guten Apotheken und Spezereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

## Telegraphische Depeschen.

**Triest,** 12. November. **(Telegramm des „Fremden-Blatt".)** Die der österreichischen Kriegsflagge vom Türkendampfer „Assyr" bei dessen Einlaufen nach Klek bewiesene Rücksichtslosigkeit erregte hier Mißmuth, und man fragt, warum angesichts dieser Vorgänge an der österreichischen Grenze nur ein kleines Schiff in den dalmatinischen Gewässern belassen wird, statt daß die unthätig kreuzende Eskadre von Smyrna hinberufen und verwendet werde.

**Prag,** 12. November. **(Telegramm des „Fremden-Blatt".)** Die von etwa 70 Altczechen besuchte Wähler-Versammlung verlief äußerst stürmisch. Es wurde beschlossen, in keiner Bürgerschaft Jungczechen zu dulden und die aus dem Gemeinderath austretenden Jungczechen Sladkowsky, Czizek, Zyzka und Hulesch nicht wiederzuwählen. Hulesch soll gezwungen werden, vor Ablauf seines Mandates vom Bürgermeisteramt zurückzutreten, Zizka soll aufgefordert werden, die von ihm bisher geführte Gemeindecomité-Kasse sofort an den Vertrauensmann der Altczechen, Walisch, abzuliefern. Der mährische Reichsraths-Abgeordnete Meznik soll nicht wieder in den Gemeinderath gewählt werden, weil er an den Verhandlungen des Reichsrathes theilnimmt und sich auch am Wiener Advokatentage betheiligt hatte.

**Pest,** 12. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordhauses ergreift in der Budgetdebatte zuerst Ludwig Wirkner das Wort. Er acceptirt den Bericht des Finanzausschusses zur Basis der Spezialdebatte und hält es für die Pflicht jedes Patrioten, die Vorlagen der Regierung unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen ohne Parteileidenschaft und ohne Sonderinteressen zu prüfen. Redner kann nicht Denjenigen beistimmen, welche unsere Finanzlage für verzweifelt erklären; er ist davon überzeugt, daß, wenn unsere Administration geregelt und Vertrauen erweckend, ferner unsere Justiz den europäischen Anforderungen vollkommen entsprechend sein werden, auch das ausländische Kapital sich mit Vertrauen nach Ungarn wenden und sich hier niederlassen werde.

Johann Simonyi (äußerste Linke) acceptirt das Budget nicht, da dasselbe die Regelung des Staatshaushaltes unmöglich mache.

Johann Hoszlinszky stimmt für das Budget, räth aber zu großer Sparsamkeit und glaubt, daß namentlich am Kriegsbudget Ersparnisse vorgenommen werden müssen.

Graf Orel Deszewffy (äußerste Rechte) lehnt das Budget ab.

Karl Balogh schließt sich dem Separatvotum der äußersten Linken an.

Alexander Hegedüs ist der Ansicht, daß die Regierung bis zur äußersten Grenze der Sparsamkeit gegangen sei, den Anforderungen des staatlichen Lebens müsse jedenfalls entsprochen werden. Das Budget zeigt gegen die früheren jedenfalls bedeutende Fortschritte auf. Selbst das Elaborat der Neuner-Kommission hat ein viel größeres Defizit für 1876 präliminirt und die Ersparungsanträge der Opposition seien äußerst problematischer Natur.

Die Entwürfe, daß die direkten Steuern nicht in dieser Höhe einfließen werden, sind unstichhältig, denn die Steigerung derselben ist eine im Verhältnisse des Voranschlages stetige, wie dies auch der Gebarungsausweis der drei ersten Quartale d. J. beweist. Auch das Verhältniß der indirekten Steuern zu den direkten wird ein immer günstigeres, obwohl es nicht zu leugnen ist, daß bei uns nur die Objekte der direkten Besteuerung in größerer Anzahl vorhanden sind.

Am unbegreiflichsten sei der Vorwurf eines Mitgliedes der Opposition der Rechten, daß durch die zu hohe Besteuerung des Grundbesitzes die Existenz der magyarischen Elemente im Lande bedroht werde. Abgesehen davon, daß dies völlig unbegründet ist, wäre es sehr gefährlich, eine Klasse der Landbewohner auf Kosten der übrigen besonders protegiren zu wollen. Vor einer solchen Politik möge sich die Opposition hüten. Redner befürwortet die Annahme der Budgetvorlage. (Lebhafter Beifall.)

Benjamin Kallay erklärt, daß der Vorredner seine Worte mißdeutet habe; er habe gesagt, daß der Mittel- und Kleingrundbesitz durch die Steuererhöhung am meisten leiden werden und dies nicht im Interesse des Staates gelegen sei. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

**Berlin,** 12. November. Der „Reichsanzeiger" publizirt einen Erlaß des evangelischen Oberkirchenrathes vom 11. November, wodurch die außerordentliche Generalsynode der acht alten Provinzen auf den 24. November nach Berlin einberufen wird.

**Athen,** 12. November. Die gewesenen Minister Valassopulos und Nikolopulos wurden durch die Justizkommission der Kammer verhört und sodann in den Untersuchungs-Arrest abgeführt. — Die Kammer hat, dem Ausschußantrage gemäß ein Gesetz beschlossen, wodurch 31 in der vorigen Kammer-Session ohne genügende Stimmenzahl beschlossene Gesetze annullirt werden.

### (Nach Schluß des Blattes eingetroffen.)

**Prag,** 12. November. **(Telegramm des „Fremden-Blatt".)** Von Stroußberg langte heute ein Schreiben ein. Er wird aus der Haft entlassen, muß jedoch bis Mittwoch oder Donnerstag in Moskau bleiben, sodann wird er die Reise nach Prag antreten und nächste Woche daselbst eintreffen. Stroußberg berührt auf seiner Reise Preußengebiet nicht, weil er sonst der preußischen Konkurshaft verfiele. Als Gläubigerausschuß werden nebst Nabe, Skoda, Warraus, noch Holy in Horzowitz und Robitschek in Smichow acceptirt.

**Konstantinopel,** 10. November. Das „Bureau Havas-Reuter" meldet: Der Zustand des Großveziers hat sich verschlimmert und ist gegenwärtig ein sehr bedenklicher. — Es herrschen Besorgnisse wegen ernster Ruhestörungen in Bulgarien.

## Telegraphische Cours- und Handelsberichte.

**Pest,** 12. November. (Offizielle Schlußcourse.) Ungar. Kreditbank 185.50. Franco-Ungarische Bank 34.50. Ungar. Eisenbahn-Anlehen 100.25. Ungarische Munizipal-Kreditbank 17.25. Ungarische Bodenkredit 60.50.

**Berlin,** 12. November. 11 Uhr 58 Min. Kreditaktien 328.—. Lombarden 178.—. Staatsbahn 482.—. Italienische Rente 70.—. Galizier 84.25. Silberrente 64.50. Rumänier 28.75. Türkische Consols 21.50. 1860er Lose 107.50. Wenig fest.

**Berlin,** 12. November, 12 Uhr 30 Minuten. Kreditaktien 329.—, Lombarden 178.—, Staatsbahn 482. Galizier 84.25. Nordwestbahn 235.—. Ziemlich fest, Deckungskäufe. Kontremine zurückhaltend.

**Berlin,** 12. November. (Schlußcourse.) Staatsbahn 484.—. Lombarden 179.50. Böhmische Westbahn 81.—. Galizier 85.—. Pardubitzer 56.—. Papierrente 61.—. Silberrente 64.50. Kreditlose 330.80. 1860er Lose 108.40. 1864er Lose 300.—. Kreditakien 332.50. Wien (lang) 175.50, (kurze S.) 176.90. Italienische Rente 70.50. Oester. Banknoten 177.15. Ungarische Lose 165.50. Kaschau-Oderbergerbahn 49.50. 7½ perz. Rumänier 29.—. Russische Banknoten 267.60. Berliner Bankverein 74.60. Nordwestbahn 235.—, lit. B. 71.50. Albrechtbahn-Prioritäten 62.80. Wiener Unionbank 113.—. 5perz. Ungarische Ostbahn-Prioritäten 55.30. 5perz. Ungarische Staatsobligationen (Ungarische Ostbahn) 63.90. Mährisch-schlesische Zentralbahn 29.—. Wiener Kommunal-Anlehen 97.—. Elisabeth Westbahn 68.80. Rudolf-Bahn 50.50. Türkische Consols 22.50. Franz Josef-Bahn 65.60.

Nachbörse. Kreditaktien 332.50. Staatsbahn 484.—. Lombarden 180.—. Recht fest in Folge des Resultates der Abstimmung in der französische Kammer, dann günstiger Londener Notirungen und der Deckungskäufe. Spekulationswerthe und Bahnen still, Banken meist besser und anziehend.

**Berlin,** 12. November. Der amtliche Courszettel notirt: Galizier

**Frankfurt,** 12. November. (Anfangscourse.) Kreditaktien 164.25. Staatsbahn 242.25. Lombarden 89.50. Fest.

**Frankfurt,** 12. November. (Schlußcourse.) Wechsel per Wien 176.55. Oesterr. Bankaktien 806.—. 5perz. österr. Kreditaktien 164⅛. Franz. Staatsbahn 242⅛. 1854er österr. 250 fl.-Lose 102⅞. 1860er 500 fl.-Lose 108⅜. 1864er 100 fl.-Lose 301.—. Papierrente 61.—. Silberrente 64 /16. Galizier 168.—. Lombarden 90.25. Elisabeth-Westbahn 138.75. Deutsch-österreichische Bank 72.75. Frankfurter Bankverein 70⅜. Ungarische Lose 164.—. Deutsche Effekten- und Wechslerbank 103⅛. Wiener Kommunal-Anlehen 96⅞. Albrechtbahnaktien 52½. Albrechtbahn-Prioritäten 63.— Fest.

Nachbörse. Kreditaktien 164⅝. Staatsbahn 243⅛. Lombarden 90.25.

**Frankfurt,** 12. November. (Abendbörse. Schlußcourse.) Kreditaktien 162.37. Franz. Staatsbahn 240.—. Lombarden 88⅝. 1860er Lose 107.37. Reichsbank 151.12. Galizier 166.25. Anfangs sehr fest, später in Folge flauer Pariser Schlußcourse bei lebhaften Umsätzen sehr matt.

**Hamburg,** 12. November. Silber-Rente 64¹¹/₁₆. Kreditaktien 164.50. 1860er Lose 108½. Amerikaner 93½. Staatsbahn 604.—. Lombarden 224.—. Italiener 70½. Anglo-deutsche Bank 40.—. Fest.

**Amsterdam,** 12. November. Papier-Rente 60⅛. Silber-Rente 63⅛. 1864er Lose 140.50. Amerikaner 4. Serie 99⅝.

**Paris,** 12. November. (Schlußcourse.) 3perz. Rente 65.25. 5perz. Rente 103.22. Staatsbahn 602.—. Lombarden 218.—. Türkische Consols 22.65. Matt.

**London,** 12. November. Eröffnung. Consols 94⅜. Ital. Rente 71⅝. Lombarden 8¹⁵/₁₆.

**London,** 12. November. Consols 94⅝. Lombarden 8⅜. Silber 56¹¹/₁₆. Amerikaner 103⅝. Italiener 70¼. Wechsel per Wien 11.70. Bankauszahlung 10.000 Pfd. St.

## Sehenswürdigkeiten (außer den gewöhnlich zu besichtigenden).

K. k. Mineralienkabinet (Josefsplatz), von 9—10 Uhr.
K. k. medizinisch-chirurgische Josefs-Akademie [Währingerstraße], von 11—1 Uhr.
Gemäldegalerie des Grafen Harrach (Freiung), von 10—1 Uhr.
Bürgerliches Zeughaus [Waffen-Museum]. Stadt, Am Hof, von 9—12 Uhr.

## Inhaltsverzeichniß der Beilagen.

I. **Beilage.** Handel, Industrie und Verkehr. — Börsenbericht. — Feuilleton: „Helfert's Geschichte Oesterreichs." — Theater und Kunst. — Fahrplan der Westbahn. — Angekommene Fremde. — Courstabelle. — Inserate.

II. **Beilage.** Roman: „Das Geheimniß einer Nacht." (55. Fortsetzung.) — Inserate.

## Hofburg-Theater.

**Das Trauerspiel des Kindes.**
...uspiel in zwei Akten von Sigmund Schlesinger.
...f Medern . . . . . Hr. Sonnenthal.
...n Valerie . . . . . Fr. Gabillon.
...tesse Hedwig . . . . . Fr. Janisch.
...on Schall . . . . . Hr. Hartmann.
...rst Christian von Grönburg Hr. Gabillon.
...Dominik, Haushofmeister . . Hr. Meixner.

**Ein passionirter Raucher.**
Schwank in einem Akte von A. Günther.
Heinrich Weller, Rentier . . Hr. Hartmann.
Bertha, seine Frau . . . . Fr. Hartmann.
Ernst von Dorfen, Gutsbesitzer Hr. Mitterwurzer.
Anna, seine Frau . . . . . Fr. Mitterwurzer.
Franz Salow, Kaufmann . . Hr. Baumeister.
Marie, seine Frau, Weller's Cousine . . . . . Frl. Walbeck.
Josef, Diener bei Weller . . Hr. Ferrari.

## Hofopern-Theater.

155. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

**Lucrezia Borgia.**
Oper in 2 Akten und einem Vorspiele aus dem Italienischen von F. Romani. Musik von Donizetti.
Don Alphonso, Herzog v. Ferrara - Hr. Beck.
Lucrezia Borgia, dessen Gemalin - Fr. Wilt.
Gennaro, Hr. Müller.
Maffio Orsini, junge Edelleute Frl. Tremel.
...loferne Vitelozzo, i. Gefolge d. ve- Hr. Evers.
...eppo Liverotto, netianischen Ge- Hr. Lucca.
...on Apost. Gazella, sandten Grimani Hr. Lay.
...scanio Petrucci, Hr. Neumann.
...ubetta - - - - - - - - - - - Hr. Hablawetz.
...stighello, Vertrauter d. Herzogs - Hr. Schmitt.

**Fiammella.**
(2. Akt) von P. Norri.
**Ballabile.** Die Frln. Minna, Olzer, die Hrn. Büttgenbach, Gyurian und das Balletkorps.
**Polka.** Die Frln. Jacksch, Mauthner, Löscher u. Schläger.
**La fascination.** Die Frln. Jacksch, Mauthner, Löscher, Schläger, die Hrn. Price u. Caron.
**Csardas.** Die Frln. Minna, Olzer u. Hr. Gyurian.
**Ballabile bourgeois.** Die Frln. Jacksch, Mauthner, Löscher, die Herren Price, Caron, L. Frappart und das Balletkorps.

## Viener Stadt-Theater.

**Minna von Barnhelm,**
oder: **Das Soldatenglück.**
...in 5 Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing.
...von Tellheim, verabschiedet Hr. Grève.
...ina von Ba...helm . . . . Frl. Weisse.
...anziska, ihr Mädchen . . . Frl. Necker.
...ust, Diener des Majors . . . Hr. Arnau.
...Paul Werner, gewesener Wachtmeister des Majors . . . . Hr. Wienand.
Der Wirth . . . . . Hr. Tyrolt.
...ine Dame in Trauer . . . . Fr. Schönfeld.
...in Feldjäger . . . . . Hr. Neustätter.
...Riccaut de la Marlinière . . Hr. Friedmann.
...in Bedienter . . . . . Hr. Bauer.

## Blumen-Säle.

Morgen Sonntag:
**Promenade-Concert**
...k. k. Regiments-Musik **FZM. Baron John.**

**Meyerbeer - Abend.**
Besonders zu bemerken:
...Krönungsmarsch aus „Der Profet". 2. Zigeunertanz und Balletmusik aus „Die Hugenotten". 3. Fragmente aus „Die Afrikanerin". 4. Schwur und Waffenreihe aus „Die Hugenotten". 5. Introduktion und ...hor aus „Robert der Teufel". 6. Chor der Landleute und Wiegenlied aus „Dinorah". 7. Ruf zu den Waffen und Chor der Wiedertäufer aus „Der Profet". 8. Quadrille nach Motiven aus „Die Afrikanerin".
Anfang 5 Uhr. Eintritt 40 kr.

Uebermorgen Montag: **Promenade-Concert.**

Nächsten Sonntag: **Gounod-Abend.**


**Täglich frische Sendung**
**Prima Whitsteable-Austern. Eduard Sacher**, k. k. Hoflieferant. 4470

Täglich frische
**Whitsteable Native prima Austern**
Riedhof, VIII., Wickenburggasse 15, Schlösselgasse 12.
19324 Jos. Benedicter.


## Carl-Theater.

Zum ersten Male:
**Die beiden Waisen.**
Von A. d'Ennery und Cormon in acht Tableaux. — Musik von J. J. Debillemont. — Die neuen Dekorationen von den Hoftheatermalern Herren Brioschi, Burkhardt und Kautzky. — Die neuen Kostüme nach Pariser Figurinnen vom Obergarderobier Herrn Czihak.
Graf de Linières, Polizeiminister in Paris . . . . . Hr. Fischer.
Gräfin Diana, seine Gemalin . Fr. Kurz.
Roger de Vaudrey, sein Neffe . Hr. van Hell.
Marquis de Presles . . . . . Hr. Hildebrandt.
De Maylly . . . . . Hr. Ruff.
d'Estrées . . . . . Hr. Broda.
Henriette . . . . . Fr. v. Moser-Sperner.
Louise . . . . . Frl. Kühle.
Frochard, Bettlerin . . . . . Fr. Krauß.
Jacques, } ihre Söhne . . . . Hr. Freemann.
Pierre, } . . . . Hr. Wüst.
Marianne . . . . . Frl. Singer.
Doktor Roland . . . . . Hr. Bleibtreu.
Schwester Genovefa, Oberin . Fr. Mellin.
Picard, Kammerdiener d. Vaudrey Hr. Knaack.
Lafleur, Kammerdien. d. Marquis Hr. Karuß.
Marais, Polizeiagent . . . . Hr. Kracher.
Florette . . . . . Frl. Gilbert.
Julie . . . . . Frl. Kannet.
Cora . . . . . Frl. Adlerfels.
Alice . . . . . Frl. Hofschiller.
Lucienne . . . . . Frl. Angele.
Laurence . . . . . Frl. Hartmann.
Ameline . . . . . Frl. Rolla.
Claudine . . . . . Frl. Fernau.

## Komische Oper.

**Eröffnungs-Vorstellung**
bei festlicher Beleuchtung des äußeren Schauplatzes.
Frau Karoline Tellheim als Gast.
Zum 1. Male:
**Cleopatra.**
oder: **Durch Jahrtausende.**
Fantastische Burleske mit Gesang und Tanz in 3 Abtheilungen von J. Steinher. Musik von R. Genée und C. M. Ziehrer.
Die vorkommenden Tänze von der Balletmeisterin Kurzy.
In Szene gesetzt von Direktor Rosenfeld.
Die vorkommenden neuen Dekorationen sind aus dem Atelier der k. k. Hofmaler Kautzky, Brioschi, Burghardt und der Herren Lehner und Moser.
Erste Abtheilung: **Das Bildniß der Königin.**
Zweite Abtheilung: **„Käsperle."**
Dritte Abtheilung: **Der Schlupfwinkel des Hexenmeisters.**
**Nachspiel.**
Graf Ego von Schwarzeneck . . Hr. Brakl.
Sebastian Schmälzle, Schloßverwalter auf Schwarzeneck . . Hr. Hubert.
Florian Wind . . . . . Hr. Schlesinger.
Die Fantasie . . . . . Frl. Zengraf.
Cleopatra . . . . . Fr. Tellheim a. G.
Safargates, Feldhauptmann . . Hr. Plank.
Jonios, } egyptische Krieger . Hr. Schenk.
Elamon, } . Hr. Kraus.
Jaques, } Dragoner-Offiziere . Frl. Sonntag.
Louis, } . Frl. Pernitsch.
Sesostris, Oberpriester des Apis Hr. Gottsleben.
Vater Leuthold . . . . . Hr. Wallhof.
Michl, der Schulmeister . . . Hr. Mayer.
Grethl, Leuthold's Tochter . . Frl. König.
Zelniczek, der Schneider . . . Hr. Hubert.
Schartig, Bader . . . . . Hr. Petteri.
Hatvan, Bäcker . . . . . Hr. Wild.
Graf Foto . . . . . Hr. Seder.
Pius, Pilger . . . . . Hr. Baum.
Udo, Eremit . . . . . Hr. Reichmann.


**Oest. Kunstverein**
Stadt, Tuchlauben Nr. 8.
26. Vereinsjahr. — 261. Ausstellung.
**Grosse Ausstellung**
in- und ausländischer Meisterwerke, täglich von 9—4 Uhr. **Verlosung am 30. November.** Im Dezember: **„Weihnachts-Ausstellung".** Anmeldungen bis längstens 20. d. M.
Die Mitgliedskarte gilt immer vom Tage des Eintrittes an ein volles Jahr.

**Künstlerhaus,**
Stadt, Lothringerstraße Nr. 9.
**Permanente Ausstellung**
von Werken in- und ausländischer Künstler. Täglich von 9—4 Uhr geöffnet. Eintrittspreis 30 kr., an Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr an 10 kr. Der Wechsel der Kunstwerke findet am 1. und 15. jeden Monats statt.
An die Besitzer von Werken Selleny's ergeht seitens der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens die Bitte um Ueberlassung dieser Werke zu der am 15. November zu eröffnenden Selleny-Ausstellung.
Anmeldungen und Einsendungen sind an das Sekretariat des Künstlerhauses zu richten.


## Theater an der Wien.

Fräulein **Steinher** als Antrittsrolle.
Zum ersten Male:
**Die Perle der Wäscherinnen.**
Komische Operette in 3 Akten von Alfred Duru und Henri Chivot. Deutsch von Julius Hopp. Musik von Leo Basseur.
Albert Van Graff, e. reicher Brauer Hr. Szika.
Peterboom, ein Fischer . . . . Hr. Martinelli.
Wilhelmine, s. Tochter, Wäscherin Frl. Stubel.
Van der Bruth, Gastwirth . . Hr. Schweighofer.
Charlotte, seine Nichte . . . . Frl. Steinher.
Jockel, ein Schildermaler . . . Hr. Girardi.
Bistercramp, Fischer . . . . . Hr. Grün.
Niels, ein Matrose . . . . . Hr. Fink.
Erster } Brauknecht . . . . Hr. Thalbot.
Zweiter } . . . . Hr. Pauser.
Ein Diener . . . . . Hr. Thomas.
Struenwind . . . . . Hr. Ehrenfest.
Der Gerichtsschreiber . . . . Hr. Jäger.

## Theater in der Josefstadt.

**Wiens Vergangenheit und Zukunft.**
Bilder aus 3 Jahrhunderten von Anton Langer.
Musik von Kapellmeister Karl Kleiber.

## Volkstheater in Rudolfsheim.

Zum 1. Male:
**Das Donauweibchen.**
Romantisch-komisches Zaubermärchen in 3 Akten nach einer Sage der Vorzeit von Karl Hensler. Musik vom Kapellmeister F. Kauer.


Eduard
**Danzer's Orpheum.**
Heute Samstag: **Grosse Vorstellung.**
[Siehe Inserat in der Beilage.]

Jg. Augustin's
**Wiener Stadt-Orpheum**
[ehemals Strampfer-Theater], Stadt, Tuchlauben 16.
Direktor **Robert Löwe.** Heute Samstag: Auftreten
**Los ninos campanologos.**
Die spanischen Mignon Glockenspiel-Concertisten, des kühnen Velocipedisten Mr. Leonaty, des Affen-Imitators Mr. Cotacy, der hübschen kleinen Escamotrice Frl. Eleonora Orlowa, der Sängerinnen Miss Fanny Teyler, Mlle. Roquetti, Mlle. Marion, Frl. Karoline Zörklein 2c., 2c.
Am 1. Dezember: Gastvorstellung der Indianer-Häuptlinge **Mac Cay und Cheft Wiener.**
1 Restaurationssitz Abendkassa 80 kr., in den Stadtverkäufen 70 kr.
4473
Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
(Das Rauchen ist gestattet.)

**Musikvereins-Saal.**
Morgen Sonntag den 14. November:
**Promenade-Concert**
von **Eduard Strauß,** 4470
k. k. Hofballmusik-Direktor.
**Rossini-Abend.**
Montag den 15. November (St. Leopold):
**PROMENADE-CONCERT.**
Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 kr. In Familienkarten von 3 Personen aufwärts 40 kr.

**Hôtel Tauber.**
**Nur noch 3 Concerte**
der **Tiroler Concertsänger-Gesellschaft**
**A. Rainer**
aus dem Zillerthale.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 40 kr.
Diesen **Sonn- und Montag: Militär-Doppel-Concert** und die **letzten zwei Concerte** der Tiroler Concertsänger-Gesellschaft **A. Rainer.**
Anfang 5 Uhr. Eintritt 40 kr.
4481 **L. Tauber.**

Soeben erschien und ist vorräthig in
**R. Lechner's**, k. k. Universitätsbuchhandlung (Müller u. Werner), Kärntnerstraße 10:
**Adolf Ritter v. Tschabuschnigg**
6002 Novellen.
3 Bde. 7 fl. 20 kr.
Verlag von **J. Kühtmann & Co.,** Bremen.


Verantwortlicher Redakteur: Leopold Ritter v. Blumencron. Druck und Verlag der „Elbemühl" verantwortlich A. Gschwandner.

**Hiezu zwei ganze Bogen Beilage.**

haben nämlich nach dem Gesetze eine Concessionsgebühr von jährlich 2 per Mille nicht blos des Notenumlaufes, sondern der ganzen bewilligten Emissionssumme ihrer Noten an die schweizerische Bundeskasse zu entrichten. Diese Bestimmung kann unter Umständen die schweizerischen Banken stärker belasten, als die Steuer der deutschen Banken, da diese nur eventuell ist.

Im Allgemeinen muß anerkannt werden, daß das neue Gesetz die bestehenden Verhältnisse möglichst geschont, von unpraktischen und complicirten Bestimmungen sich ferngehalten und eine solche Verbesserung der Organisation angeordnet hat, daß sowol der Notenumlauf in Zukunft gesicherter und coulanter bewerkstelligt, als auch der Wechselcredit der schweizerischen Geschäftswelt gegenüber dem Ausland gestärkt werden wird. Max Wirth.

## Wien, 14. December.

[Die Grundsteuer-Regulirung.] Nach einem amtlichen Ueberblicke über den Fortgang der Grundsteuer-Regulirungs-Arbeiten wurden in den Ländern Niederösterreich, Mähren, Bukowina, Schlesien, Böhmen, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Kärnten, Krain, Görz, Gradisca, Triest und Istrien die vorgeschriebenen Einschätzungs-Operationen bereits begonnen. Es wurden 1. in Betreff der ökonomischen Culturgattungen 50,000 Mustergründe besichtigt, 38,000 Mustergründe revidirt, in 500 Gemeinden mit 420,000 Parcellen die Probe-Einschätzung und in 850 Gemeinden mit 900,000 Parcellen die eigentliche Einschätzung durchgeführt. 2. In Betreff der Waldungen wurden 7000 Mustergründe besichtigt, 4500 Mustergründe revidirt, in 350 Gemeinden mit 25,000 Parcellen wurde die Probe-Einschätzung durchgeführt. In 1800 Gemeinden mit 190,000 Parcellen wurde die Einschätzung seitens des Waldschätzungs-Referenten zu Stande gebracht; die Einschätzung wurde in 260 Gemeinden mit 20,000 Parcellen bewirkt. Ferner wurde zum Behufe der Erzielung einer verhältnißmäßigen Uebereinstimmung der gegenseitigen Einschätzung von den betreffenden Nachbar-Einschätzungs-Deputationen die gemeinschaftliche Begehung der an den Grenzen der gegenseitigen Einschätzungsgruppen, Classifications-Districte, Schätzungsbezirke und Landes-Commissions-Rayons gelegenen Grundstücke zum größten Theile durchgeführt. In Galizien und Dalmatien sind die Verhandlungen über die vorgekommenen Tarifseinwendungen im Zuge. Im Jahre 1876 wird auch in diesen beiden Ländern mit den Einschätzungs-Operationen begonnen werden und somit diese Operation in allen Ländern im Zuge sein. Was den Stand der Vermessungsarbeiten betrifft, so sind im Sommer 1875 beiläufig 2598 Gemeinden mit 432.8 Quadratmeilen reambulirt worden, es sind sonach mit Hinzurechnung der Leistungen in den früheren Jahren mit Schluß der Feldarbeits-Periode 1875 18,740 Gemeinden mit 3047.2 Quadratmeilen in der Vermessung beendet. Mit Ablauf des Winters 1874/75 wurden in 16,142 Gemeinden mit 2614.4 Quadratmeilen die Ergebnisse der Vermessung durchgeführt.

[Die Währungsfrage und die lateinische Münzconvention.] Der demnächst stattfindende Zusammentritt der lateinischen Münzconvention bringt die Discussion über die Währungsfrage wieder in den Vordergrund. Unter den Staaten, welche dieser Münz-Einigung angehören, strebt die Schweiz offen die Einführung der Goldwährung an; Frankreich und Belgien sind noch schwankend, obwol auch hier die Ueberzeugung überwiegt, daß das System der Beschränkung in der Ausmünzung der Silbermünzen auf die Dauer nicht gegen die Folgen der gewaltigen Silberentwerthung schützt. Nur Italien, das ohnehin keine geregelte Valuta besitzt, vertheidigt das bisherige System der Doppelwährung. Leroy Beaulieu tritt im Economiste Français ebenfalls aufs entschiedenste für die Goldwährung ein. Es sei ein ungehöriger Zustand, sagt der Verfasser, daß das Silbergeld auf dem Barrenmarkte fünf Percent und in einem Jahre vielleicht zehn Percent seines Werthes verliere. Der Uebelstand wird allgemein fühlbar werden, wenn Frankreich größere Zahlungen an das Ausland zu machen haben sollte. Diese Zahlungen könnten dann nur in Gold erfolgen, und das bisherige Mißverhältniß würde noch störender werden. Das Silbergeld bietet heute nicht nur den Nachtheil der größten Unbequemlichkeit, sondern es unterliegt auch den größten Preisschwankungen und besitzt eine beständige Tendenz zur Entwerthung. Eine Nation, welche heute die Silberwährung besitzt, unterscheidet sich in gar nichts von einem Staate, in welchem der Zwangscurs herrscht.

[Oesterreichische Vereinsthaler.] Bekanntlich hat der deutsche Bundesrath in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, vom 1. Januar 1876 ab die österreichischen Vereinsthaler in Beträgen von mindestens 200 Mark an den Reichskassen mit 3 Mark in Gold einzulösen. Im Hinblick auf diesen Beschluß ist von verschiedenen Blättern die Anzahl der in Oesterreich ausgeprägten Vereinsthaler ungenau angegeben worden, so daß eine authentische Mittheilung über die beim Wiener Haupt-Münzamte erfolgte Ausprägung von Vereinsthalern nur erwünscht sein kann. Dieselbe ergibt folgendes Resultat: 1857 wurden ausgeprägt 1.147,623 fl., 1858 9.365,428 fl., 1859 5.914,350 fl., 1860 2.365,920 fl., 1861 3.299,859 fl., 1862 993,165 fl., 1863 1.686,465 fl., 1864 1.763,001 fl., 1865 1.357,158 fl., 1866 2.158,170 fl. und 1867 1.491,987 fl., daher zusammen 31.516,126 fl. in 21.010,751 Stücken. Vom Jahre 1867 angefangen hörte die Ausmünzung und Prägung der Vereinsthaler in Oesterreich in Folge des Austrittes aus dem deutschen Bunde auf.

[Der Schutzzoll und die Landwirthschaft.] In der am 4. October d. J. abgehaltenen General-Versammlung des Landwirthschaftlichen Vereins in Baiern zu München war der Haupt-Verhandlungsgegenstand: „Die Ansprüche der deutschen Landwirthschaft an den Zolltarif." Nach einer äußerst lebhaften und eingehenden Debatte, in welcher sich Niemand für den unbedingten Schutzzoll aussprach (wobei zu bemerken, daß der Landwirthschaftliche Verein in Baiern der Mitgliederzahl nach der größte in Europa ist) und bei welcher als Illustration besonders auf die Verhältnisse in Oesterreich hingewiesen wurde, wo in Folge der Schutzzölle „jene fortdauernde Krisis geschaffen wurde, welche auf die ungesunde Entwicklung im Innern des Landes schließen läßt", wurde folgende Resolution angenommen: „1. Es liegt im Interesse der Landwirthschaft, daß auf dem Grundsatze des Freihandels fortgefahren und die allmälige Beseitigung aller Schutzzölle angestrebt wird. 2. Der Landwirthschaftliche Verein in Baiern wolle in möglichster Kürze an das Reichskanzler-Amt, den Bundesrath und den deutschen Reichstag eine Petition richten, dahingehend, daß das vom hohen Reichstage beschlossene Gesetz vom 7. Juli 1873 über die Ermäßigung, respective die Aufhebung des Zolles auf Eisen und Maschinen seinem vollen Inhalte nach in Kraft bleibe. 3. Eine sofortige Aufhebung aller noch bestehenden Schutzzölle erscheint im gegenwärtigen Augenblicke nicht angezeigt. Bei der allmäligen Beseitigung derselben möge darauf hingewirkt werden, daß die mit uns im Handelsverkehr stehenden Nationen uns ihrerseits entsprechende Concessionen machen. 4. Wir Landwirthe halten die indirecten Auflagen für unentbehrlich und leichter zu erheben, als die directen Steuern, vermögen uns daher einem Antrage auf Einführung einer allgemeinen Reichs-Einkommensteuer zum Ersatze der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern nicht anzuschließen."

[Louis Bollmann und Comp.] Die Maschinenfabriks-Firma Louis Bollmann und Comp. hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Activen sollen 350,000 fl., die Passiven, nachdem die Verwandten des Herrn Bollmann auf ihre Forderungen verzichtet haben, 200,000 fl. betragen. Als Hauptbetheiligte werden uns die in Liquidation befindliche Börsen- und Creditbank mit 33,000 fl., die Firma Echinger und Fernau, sowie mehrere Private genannt. Morgen wird eine Gläubiger-Versammlung stattfinden, welche über die Gewährung eines Moratoriums zu entscheiden haben wird. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die größeren Gläubiger einem Arrangement zustimmen werden, sowie auch die 240 Arbeiter der Fabrik in Baumgarten sich bereit erklärt haben, vorläufig gegen bloßes Zahlungsversprechen weiter zu arbeiten, bis das Schicksal der Firma entschieden sein wird.

[Aus der Grazer Handelskammer.] Man schreibt uns aus Graz vom 13. December: In der heutigen Abendsitzung der hiesigen Handelskammer kam unter Anderm auch der Gesetzentwurf wegen Anfechtung von Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner zur Sprache; die Kammer beschloß, in einer Zuschrift an das Ministerium die Unzweckmäßigkeit des Gesetzes darzuthun. Die Petition des Niederösterreichischen Gewerbevereins an das Abgeordnetenhaus wegen Errichtung eines technischen Gewerbe-Museums wird von unserer Kammer wärmstens unterstützt. Ein Antrag des Kammerrathes Herrn Andrieu, es möge eine Petition an die Nationalbank gerichtet und diese ersucht werden, einerseits ihre Filialen besser zu dotiren, damit es nicht mehr vorkomme, daß auch Wechsel von gut accreditirten Firmen wegen Unzulänglichkeit des Fonds zurückgewiesen werden müssen, andererseits auch viermonatliche Wechsel anzunehmen, wurde von der Kammer abgelehnt, weil nach beiden Richtungen hin kein wirkliches Bedürfniß vorhanden sei.

[Triester Hafenbau.] Man schreibt uns aus Triest vom 11. December: Seit dem letzten Berichte über den Triester Hafenbau hat sich die Situation zum Besseren gewendet. Nicht nur hat das Hafen-Capitanat heute mit dem Legen der Bogen im ersten Bassin des neuen Hafens begonnen, sondern es wird auch dessen Collaudirung in Kürze durch die gleiche Commission stattfinden, welche bereits im verflossenen August den Hafendamm collaudirt hat. Diese auf die baldige Uebergabe des ersten Bassins an den Schiffsverkehr abzielenden Maßregeln werden durch eine am 17. d. unter der Aegide der Statthalterei tagende Local-Commission ergänzt werden, welche aus Vertretern der Finanz- und Seeverwaltung, der General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen, der Südbahnverwaltung, der Handelskammer, sowie des Municipiums von Triest bestehen und zunächst diejenigen Fragen erörtern wird, welche sich auf den Betrieb der neuen Hafenanlage beziehen, als: Zufahrtstraßen zu derselben, Geleise-Anlagen längs der Kai- und Molomauern, Errichtung von gedeckten Perrons und Localitäten für Zollbehörden u. s. w. Wie verlautet, wird — nachdem die hiesige Börsen-Deputation bei dem Handelsministerium ihren Vorschlag vom Jahre 1872 betreffs der Umgestaltung des dritten Bassins in jüngster Zeit erneuert hat — auch dieses Project einer detaillirten Prüfung unterzogen werden.

[Salzkammergut-Bahn.] Das Handelsministerium hat auf Grund des Ergebnisses der bei der oberösterreichischen Statthalterei vorgenommenen Verhandlung, betreffend die Situirung der im Gebiete des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns zu errichtenden Stationen der Salzkammergut-Bahn, die Errichtung der nachbenannten Stationen und Haltstellen, und zwar in der von der Kronprinz-Rudolphbahn projectirten Situirung gestattet, und zwar: 1. Obertraun, 2. Steg, 3. Goisern, 4. Anzenau, 5. Laufen, 6. Ischl, 7. Weissenbach, 8. Ebensee, 9. Traunkirchen, 10. Ebenzweyer, 11. Gmunden, 12. Aurochkirchen, 13. Attnang, 14. Moning-Wolfsegg und Thomasroith auf der Flügelbahn, 15. Hausruck, 16. Eberschwang, 17. Ried, 18. Aurolzmünster, 19. St. Martin, 20. Andiesenhofen, 21. Suben (bei Etzelshofen) und 22. Schärding. In Goisern, Laufen und Ebenzweyer sind vorläufig Haltstellen lediglich für den Personenverkehr herzustellen, jedoch ist dabei die Möglichkeit späterer Erweiterung zu sämmtlichen Stationen im Auge zu behalten. Desgleichen ist bei der Bahnanlage nächst Roith auf die Möglichkeit einer Abzweigung zum Offensee Rücksicht zu nehmen. In Ried wie in Attnang wird der nöthigenfalls erweiterte Bahnhof der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn gemeinschaftlich zu benützen sein.

[Directoren-Conferenz.] In der gestern in Pest abgehaltenen Directoren-Conferenz der ungarischen Eisenbahnen wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die beantragte Anfertigung von Frachtbriefen auf gemeinschaftliche Kosten wurde principiell zugestanden. 2. Note Nr. 7546 der königlich ungarischen General-Inspection über die Qualification der Betriebs-Aspiranten. Als allgemeine Qualification wurde jene bezeichnet, welche von den Einjährig-Freiwilligen beim Militär gefordert wird. 3. Ertheilung von Permanenzkarten für Finanz-Commissäre. Die Ertheilung von Permanenzkarten wurde abgelehnt, dagegen wird von Fall zu Fall die Freifahrt der betreffenden Organe auf Grund der Legitimations-Papiere gestattet. 4. Zuschrift Nr. 105,896 der Oesterreichischen Staatsbahn bezüglich der Abrundung des Einheitsgewichtes in den Militärtarifen. Die Theißbahn hat namens der übrigen Bahnverwaltungen eine diesbezügliche Eingabe an das Communications-Ministerium gerichtet, und wird vorerst der bezügliche Bescheid abgewartet. 5. Circular-Erlaß Nr. 17,147 des königlich ungarischen Communications-Ministeriums über die Oekonomie im Eisenbahnwesen. In dieser Richtung wird jede einzelne Bahnverwaltung ihre Vorlage für [illegible] an das Ministerium leiten.

[Nordbahn.] Mit 1. Januar 1876 gelangt ein direct russisch-schweizerisch-französischer Verbandgüterverkehr zwischen Stationen Genf transit, Verrières transit und Basel transit einerseits und den Stationen Odessa, Schmerinka, Kischenew, Elisabethgrad, Brest, Kowel, Berditschess, Fastow, Kiew und Kursk andererseits, via Simbach, Wien, Krakau, Brody (beziehungsweise Tarnopol-Loczyska) zur Einführung. Exemplare dieser Tarife können vom 1. Januar 1876 ab in den commerziellen Bureaux der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, k. k. priv. Galizischen Karl-Ludwigbahn und k. k. priv. Kaiserin-Elisabethbahn bezogen werden. Vom 1. November l. J. wurde ein directer Personen- und Gepäcksverkehr zwischen den Stationen Wien, Brünn, Olmütz und Alexander a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, dann Krakau, Tarnowitzerberg, Brody und Tarnopol der k. k. priv. Galizischen Karl-Ludwigbahn einerseits und der Station Krischopol der Odessaer Eisenbahn andererseits eingeführt. Es findet in den genannten Stationen somit eine Ausgabe directer, bis Krischopol lautender Personenbillette, sowie eine directe Abfertigung des Reisegepäcks über die Route via Krakau-Podwoloczyska statt.

[Falliments-Nachrichten.] Im Concurse der Firma Anton Pittner's Nachfolger (Victor Conradi) wurde dem Handelsgerichte der Status überreicht. In demselben bewerthet die Firma die Activen auf 42,562 fl. 10 kr., darunter die Waaren circa 24,000 fl. und die vorhandenen Maschinen auf 15,220 fl. Passiven belaufen sich auf 38,217 fl. 42 kr. — Im Concurse Moriz Fuchs wurden bei der Wahltagsatzung Advocat Dr. Re[illegible] zum definitiven Masseverwalter und der Kaufmann Emil Re[illegible] zum Stellvertreter desselben gewählt. — Der am 11. April d. über das Vermögen des Modewaarenhändlers Ignaz Hainz eröffnete Concurs wurde nach erfolgter Vertheilung des Crida-Vermögens heute aufgehoben. — Vom Landesgerichte Wien wurde der Concurs eröffnet über das Vermögen des Karl Wiesner, Fabrikanten transportabler Eiskeller, Kleine Neugasse Nr. 2 (oder Gr. Neugasse 3). Zum Concurs-Commissär wurde Landesgerichtsrath Scharer und zum einstweiligen Masseverwalter Dr. Hugo Pei[illegible]

Das Oberhaus hielt eine kurze Sitzung, in welcher der Gesetzentwurf über das Renten-Anlehen entgegengenommen und einem Dreier-Ausschusse zugewiesen wurde.

**Berlin**, 14. December. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Namenslisten der geretteten und vermißten Mannschaften und Passagiere des Dampfers „Deutschland". Danach wurden gerettet von den Passagieren 48 Männer und 21 Frauen und Kinder, von den Seeleuten 86; vermißt werden 44, inclusive der ans Land gebrachten noch nicht identificirten Leichen. Der verunglückte Theil der Bemannung wird auf 20 Mann geschätzt. Die Maßnahmen wegen der Sicherung der Ladung werden eifrig betrieben; das Schiff scheint verloren.

**Dresden**, 14. December. Das Dresdener Journal meldet, daß die polizeiliche Haussuchung bei der hiesigen Familie des Amerikaners Thomas bezüglich der Dynamit-Explosion in Bremen erfolglos gewesen ist. Thomas' Frau ist gestern nach Bremerhaven abgereist.

**Dresden**, 14. December. Der in dem Bremer Telegramm bei der Dynamit-Explosion erwähnte Thomas ist ein Amerikaner; derselbe wohnte sechs Monate in Strehlen bei Dresden.

**London**, 14. December. Der Times zufolge hat Earl of Derby die Ernennung Otway's zum General-Agenten der Inhaber türkischer Obligationen bei der Pforte bestätigt. Otway begibt sich mit Bourrée, dem Präsidenten des französischen Comités der Obligations-Besitzer, nach Konstantinopel und wird mit ihm gemeinschaftlich operiren.

**Nach Schluß des Blattes.**

**Pest**, 14. December. Bei der heute im Club der liberalen Partei begonnenen Berathung des Gesetzentwurfs über die Verwaltungs-Reform erklärte Minister-Präsident Tisza, er könne in principielle Aenderungen der Vorlage nicht einwilligen, lieber würde er zurücktreten, als den Gesetzentwurf aufgeben.

Fuegh und Plachy bekämpften den Entwurf, weil er nicht genug centralisire, während Paul Somssich denselben zu centralistisch fand.

Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

**Berlin**, 14. December. (Reichstag.) Zweite Berathung der Strafgesetz-Novelle. §. 4, betreffend die Verfolgung von Ausländern, die im Auslande hochverrätherische Handlungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat oder Münzverbrechen begehen, und von Ausländern oder Deutschen, die im Auslande nach den Reichsgesetzen strafbare Handlungen gegen Deutsche begehen, wurde mit dem dazugehörigen §. 5 nach längeren Debatten abgelehnt. Fürst Bismarck betonte hiebei das politische Moment des Paragraphs und hob hervor, daß die Würde des Reiches eine derartige Bestimmung erheische, die man nicht vertagen möge; es handle sich hiebei um unaufschiebbare Dinge. Lasker wies auf die Nothwendigkeit einer späteren totalen Revision des Strafgesetzes hin. Die Verweisung an die Commission war vorher wiederholt abgelehnt worden.

Aus der Debatte ist noch die Discussion über den §. 85, betreffend die Bestrafung derer, die zu strafbaren Handlungen öffentlich auffordern und solche als erlaubt oder verdienstlich darstellen, hervorzuheben. Dieser Paragraph wurde abgelehnt.

Die §§. 113, 114 und 117, welche verschärfende Bestimmungen für den Widerstand gegen Executiv-Beamte enthalten, wurden nach Befürwortung derselben seitens des Justizministers Leonhard und des Reichskanzlers, welcher Letztere das Bedürfniß einer Aenderung des Strafgesetzbuches an dieser Stelle so dringlich erklärte, daß die Bundesregierungen lieber eine Abschlagszahlung annehmen, als der Gefahr der Ablehnung sich aussetzen würden, mit 144 gegen 137 Stimmen angenommen.

Im Ganzen wurden 7 Paragraphe angenommen und ebenso viele abgelehnt.

**Paris**, 14. December. Wie die Agence Havas meldet, glaubt man, daß die Senatorenwahl Donnerstag beendigt sein werde. Die Linke beherrscht das Terrain vollständig. Die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes wird zu Ende dieser Woche auf die Tagesordnung kommen. Buffet werde, wie man meint, die Gelegenheit ergreifen, um seiner Ansicht über die letzten parlamentarischen Zwischenfälle Ausdruck zu geben. Er werde zu verstehen geben, daß die National-Versammlung, da sie sich am Vorabende ihrer Auflösung befinde, nicht mehr vor fähig erachtet werden könne, ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum zu ertheilen. Ihre Aufgabe sei beendigt. Die neuen Kammern allein werden competente Richter des Verhaltens der Regierung sein.

Wenn gegen alle Wahrscheinlichkeit das Ministerium [illegible]ssioniren würde, so könnte es nur durch ein außer[illegible]amentarisches Ministerium ersetzt werden, welches [illegible]Wahlen zu leiten hätte. — Das Vorgehen Larochette's [illegible]derer persönlicher Freunde des Grafen von Cham[illegible] hat in der conservativen Partei allgemeinen Un[illegible]n hervorgerufen. Das katholische Journal Monde [illegible] mehr man das Verhalten Larochette's erwäge, [illegible]ehr wachse die Indignation hierüber.

[illegible]er Moniteur schreibt: Buffet wird auf seinem [illegible] bleiben. Sollte er aber abtreten, so würde der [illegible]schall-Präsident ein außerparlamentarisches [illegible]sterium ernennen.

[illegible]Die „Union", das Organ des Grafen Chambord, [illegible]bouirt Larochette, meint, sein parlamentarisches Ma[illegible]r sei zum mindesten unbesonnen, und erklärt, daß [illegible]f Chambord demselben ablolut fremd sei. Dasselbe [illegible]att stellt in Abrede, daß Graf Chambord die De[illegible]tirten Larochette und Franclieu beglückwünscht [illegible]tte.

Eine Versammlung der äußersten Rechten votirte [illegible]ne Resolution, welche den Schritt Larochette's [illegible]nd der übrigen Verbündeten der Linken energisch miß[illegible]illigt.

**Versailles**, 14. December, Abends. In der heutigen [illegible]Sitzung der National-Versammlung wurde nur Fourcand von der Linken mit 341 Stimmen zum Senator gewählt. Andere Candidaten der Linken erhielten 330—337 Stimmen. Die Zahl der Abstimmenden war heute eine geringere.

**Rio de Janeiro**, 13. December. Brasilien ist der Petersburger Telegraphen-Convention beigetreten.

**Bombay**, 14. December. Sonntags haben in Lahore und Peshawer heftige Erdstöße stattgefunden, wobei mehrere Personen ums Leben kamen.

**Madras**, 14. December. Der Prinz von Wales ist gestern hier eingetroffen und von vielen indischen Fürsten und einer zahlreichen Volksmenge glänzend empfangen worden. Zu Ehren des Prinzen fand ein Galadiner statt, welchem der Gouverneur von Pondichery beiwohnte.

**Hamburg**, 14. December. (Abendbörse.) Creditactien 178.—. Staatsbahn 654.— bis —.—. Lombarden 242.—. Silber-Rente 65¼. Geschäftslos.

**Amsterdam**, 14. December. Papier-Rente 61. Silber-Rente 64.—. Wechsel per Wien —.—. 1860er Lose 596.—. 1864er Lose 140.—. Amerikaner IV. Serie 99⅛.

**Paris**, 14. December. (Anfangscurse.) Dreipercentige Rente 66.45. Fünfpercentige Rente 103.95. Italiener 72.45. Staatsbahn 658.—. Lombarden 238.—. Türkenlose —.—. Mobilier —.—. Türkische Consols 24.70. Fest.

**Paris**, 14. December. (Schlußcurse.) Dreipercentige Rente 66.50. Fünfpercentige Rente 104.—. Mobilier 207.—. Italiener 72.40. Oesterreichische Bodencredit 510.—. Staatsbahn 656.—. Lombarden 241.—. Oesterreichische Nordwestbahn —.—. Domänen-Pfandbriefe 288.—. 1875er lombardische Bonds —.—. 1876er lombardische Bonds —.—. Türkische Consols 24.90. Türkenlose 67.25. Wechsel per London 25.13.5. Fest.

**London**, 14. December. Eröffnung. Consols 93$^{15}/_{16}$. Italienische Rente 72—. Lombarden 9$^{9}/_{16}$.

**London**, 14. December. Consols 93$^{15}/_{16}$. Lombarden 9$^{11}/_{16}$. Silber 56$^{7}/_{16}$. Amerikaner 103$^{7}/_{8}$. Italiener 72—. Wechsel per Wien 11.57. Silber-Rente 66¼. Papier-Rente 61¼. Platzdiscont —. Bankauszahlung 11,000 Pfund Sterling.

## Telegramme der „Neuen Freien Presse."

**Prag**, 14. December. Trotz der riesigsten Anstrengungen der Ultramontanen wurden bei den Wyssehrader Gemeindewahlen blos 4 Clericale und 13 Liberale gewählt. Das Ministerium reihte in Folge Recurses der Gemeindevertretung den ultra-nationalen Probst Stulz aus der ersten in die dritte Wählerclasse, da er weder die Ortsseelsorge ausübt, noch 104 fl. Steuer zahlt, obgleich sein Einkommen doppelt so groß ist, als das des Budweiser Bischofs.

**Teplitz**, 14. December. Die Stadtvertretung beschloß auf Dr. Heller's Antrag einstimmig die Absendung einer Petition an das Abgeordnetenhaus um thatkräftige Förderung der Fischhof'schen Vorschläge auf Heeres-Abrüstung.

**Bremerhaven**, 14. December. Das Begräbniß der Verunglückten fand heute in feierlichster Weise statt. Die ganze Stadt nahm Theil daran. Die Häuser und Schiffe hatten Trauerflaggen aufgezogen. Dreißig Wagen, fast jeder mit zwei Leichen, bewegten sich vom Hospital durch die Stadt nach Geestdorf und von dort zum Kirchhof in Wuldorf, wo eine Reihe Gräber die Leichen und Gebeine aufnahm. Tausende folgten den Leidtragenden. Die Einsenkung war von erschütternden Scenen begleitet. Pastor Wolff sprach am Grabe. Es sterben noch immer Verwundete.

**Bremen**, 14. December. Daß ein Verbrechen vorliegt, ist nunmehr unzweifelhaft. Thomas hat sich Nachts durch Abreißen des Verbandes zu tödten versucht. Die Trepanirung ist noch nicht vorgenommen worden. Frau Thomas wurde polizeilich hieher gebracht. Das Vorhandensein einer Uhr zum Zünder ist constatirt. In Bremerhaven werden noch immer fortgeschleuderte Körpertheile gefunden. Das Schiff „O. Thyen", welches auf der Rhede 2000 Fuß vom Unglücksorte entfernt lag, wurde durch den Luftdruck erschüttert und die Mannschaft auf dem Deck in die Höhe gehoben. Gestern sind vier Schwerverwundete gestorben, unter ihnen Frau Etmer.

**Bremen**, 14. December, 11 Uhr Nachts. Thomas ist geständig, das Faß Dynamit mit einem Uhrwerk versehen zu haben, welches in drei Tagen ablaufen und dann die Explosion herbeiführen sollte.

**Paris**, 14. December. In einer gestern unter Mac Mahon's Vorsitz abgehaltenen Ministerberathung wurde die Frage erörtert, ob der Ausfall der Senatorenwahlen den Rücktritt des Cabinets erfordere. Léon Say und die liberale Fraction des Ministeriums sind der Ansicht, daß man trotz der schwierigen Lage, in welcher sich das Cabinet befindet, doch noch die Entscheidung einiger wichtiger Fragen, wie des Preßgesetzes und des Belagerungszustandes, abwarten müsse, bevor Aenderungen im Ministerium vorgenommen würden. Buffet und Dufaure dagegen äußerten sich dahin, daß man die Vertrauensfrage sehr bald stellen, sich jedoch nur nach einem ungünstigen Votum zurückziehen müßte. In der Umgebung des Marschalls ist man der Ueberzeugung, daß die Generalwahlen unmöglich mit einem uneinigen und derart discreditirten Ministerium, wie das jetzige, durchgeführt werden können, und finden daher bereits Unterhandlungen mit einigen Notabilitäten des linken Centrums statt. Gleichzeitig wird jedoch auch die Berufung eines außerparlamentarischen Ministeriums, das von Mac Mahon vorgezogen würde, ventilirt. Man versichert, daß Persönlichkeiten aus der Umgebung des Marschalls bereits den Rath Audiffret's, Renault's, Corne's und Waddington's über diese Frage eingeholt hätten. — Die Börse ist gestern auf die Nachricht, daß Audiffret und Renault Minister würden, gestiegen.

**Paris**, 14. December. Wie La Presse meldet, hätten die legitimistischen Führer Larochette und Lorgeril, sowie deren Gesinnungsgenossen zugesagt, mit der Linken für die Aufhebung des Belagerungszustandes, wie Grévy's Bericht beantragt, zu stimmen. Die Liberté meint, Audiffret aspirire auf die Präsidentschaft des Senats und weigere sich daher, eventuell die Cabinetsbildung zu übernehmen, wie die Linke wünscht.

te owce od 20 do 50 złr., żywe owce 30 do 48 złr., za parę Jagniąt 4 do 12 złr., nierogazizna żywa 44 do 62 złr. za 100 kilo żywej wagi.

*Wilhelm Amirowicz,*
Cafe Stirbök.

Gazeta narodowa 2/4 1876 Nr 76

# Ostatnie wiadomości.

**Oświadczenie.** W dzisiejszym numerze *Gazety Narodowej* czytamy, że dziennik ruski *Słowo* podał, jakobyśmy na posiedzeniu sejmowem z d. 29. marca głosowali przeciw subwencji dla księży przybyłych do kraju naszego z dyecezji chełmskiej. Podanie to nie zgadza się z prawdą; głosowaliśmy za subwencją.

Lwów 1. kwietnia 1876.

*Michalski. Drozd.*

Zamknięcie sejmu rząd poruczył, jak się dowiadujemy hr. Potockiemu. Sejm nasz może więc obradować, póki swych spraw nie załatwi. Uczynił jednak uwagę, że jest życzeniem, aby to stało się jak najrychlej, raz ze względu na koszta, powtóre że długie sesje sejmowe działają demoralizująco. Namiestnik zatem i marszałek prą, aby sejm załatwił swoje sprawy przed świętami, co trudno jednak aby się udało, bo w poniedziałek na porządku dziennym same pierwsze czytania.

*Wiener Zeitung* ogłasza kilka ustaw, które już otrzymały najwyższą sankcję, między innemi ustawę o udzielaniu bezprocentowych pożyczek i zapomóg mieszkańcom Galicji, dotkniętym niedostatkiem, i ustawę o wydaniu oprocentowanych obligacyj renty.

*Polit. Corr.* donosi, że naczelnicy hercegowińskiego powstania odbywać będą pozajutro, w poniedziałek konferencję z czarnogórskimi senatorami w Grahowie, a następnie, w połowie przyszłego tygodnia, zjadą się w Suttorynie z bar. Rodiczem.

Według tejże *Korespondencji* podpisane zostały w Bukareszcie preliminarze do przyszłego traktatu handlowego przez moskiewskiego konsula i ministra spraw wewnętrznych.

Z Wiednia 1. kwietnia telegrafują do *Gazety Lwowskiej*, iż w konferencjach, które się toczyć będą w Grahowie z czarnogórskimi senatorami, wezmą udział jako reprezentanci powstania hercegowińskiego dowódzcy Soczyca, Zimunicz i Pawłowicz. Ci sami naczelnicy konferować będą następnie z namiestnikiem Dalmacji br. Rodiczem w Suttorynie.

Według korespondencji z Petersburga, którą otrzymała *Nowa Presse*, naród moskiewski bardzo gorliwie wspiera datkami powstańców hercegowińskich. Datki te wynoszą dotąd przeszło pół miliona rubli.

*Pester Lloyd* donosi, że minister wojny


W niedzielę dnia 2. kwietnia

Po raz trzeci:

**INDIGO**

czyli

**banda rozbójników**

Opera komiczna w 3. aktach Jana Straussa, przekład Aur. Urbańskiego.

Nowe dekoracje wykonane przez p. Dülla.

Początek o godz. 7.


## Nadesłane.


Czas odnowić przedpłatę

**na SZCZUTKA**

Kwartalnie 2 złr. 50 ct., półrocznie 5 złr. a. w.

*Adres: Lwów, administracja „Szczutka“ poste restante.*

**Choroby gardła i piersi**

leczy

za pomocą inhalacji i aparatu pneumatycznego

wszech medycyny dr. J. Mahl

ordynuje od 5—5.

*Wszystkim cierpiącym zapewnia zdrowie i siły bez lekarstw i kosztów przez leczenie za pomocą pokarmu, wyśmienita*

**Revalesciere du Barry**

**z Londynu.**

Od 28 lat żadna słabość nie oparła się tej przyjemnej potrawie życia, i sprawdza się tak samo u dorosłych jak i dzieci bez medycyny i kosztów, we wszystkich słabościach żołądka, nerwów, płuc, wątroby, zawałków, zaflegmieniu, cierpieniach nerwowych, astmie, kaszlu, niestrawności, zatwardzeniu, diaryi, bezsenności, osłabieniu, hemoroidach, wodnej puchlinie, febrze, zakręcie głowy, uderzeniu krwi, nudnościom i wymiotom nawet w czasie ciąży, diabetes, schudnieniu, reumatyzmach, gośćcu, bladaczce. Wyciąg z 80.000 świadectw o wyzdrowieniu, które wszelkiej medycynie się opierały, pomiędzy któremi znajdują się świadectwa: dr. Wurzer radcy medycznego, dr. Angelstein, dr. Schoreland, dr. Campbell, proferora dr. Dedé, dr. Ure, Hrabing, Castlesluart, margrabiny de Bréhau, i wiele innych wysoko położonych osób, i rozsełaną zostaje franco na żądanie.

**Skrócony wyciąg z 80.000 certyfikatów:**

Certyfikat radcy medycyny dr. Wurzer.

Bonn, 10. lipca 1852.

Revalesciere du Barry zastępuje w wielu wypadkach lekarstwa. Używana bywa z największym pożytkiem we wszystkich wypadkach rozwolnienia i biegunki w słabościach kanałów wymoczowych, w słabościach nerek itp., przeciw dolegliwościom kamienia pęcherzowego, zapalnym lub chorobliwym drażnieniom cewki moczowej, przeciw zatwardzeniu, przeciw chorobliwemu ściskaniu nerek i pęcherza, hemoroidom w pęcherzu itp. Z nadzwyczajnym skutkiem daje się użyć jako nieoszacowany środek nietylko przeciw słabościom szyi i piersi, lecz także przeciw suchotom piersiowym i rury oddechowej. (L. S.) Rud. Wurzer, radca medycyny i członek wielu uczo-

owa.
miasta
ę. Przy-
jąca ma-
a szupa-

donosi, że
wski przy-
osobowy o
ą tego spó-
wołowego o
owie. Dwa
nieciony zo-
y prowadził
jeszcze ży-
zymania go
że powodem
gu krakow-
no złe usta-
rzeszła była
y poszły na
ypadku czy-
rodzaju nie-
erozsądna o-
ak n. p. tym
pociąg ha-

kiego teatru,
ednia, ażeby
tamtejszych,
obach nowo-

raturowa, wy-
hooru.
łowaną została
wie za czasów
kowska, zamę-
odznaczała się
ietnią niedzielę
y bas, p. Fer-

i k ó w. Dzisiaj
ej po południu
madzenie tech-
w służbie rzą-
w zakładach
n ułożenia pe-
się uregulo-
cznej w kraju,
eży kończącej
ych.
ogicznego. W
ski: „O czło-
hie).
powodu po-
lcę, a znany
osiada rękо-

te owce od 20 do 50 złr., żywe owce 30 do 48 złr., za parę Jagniąt 4 do 12 złr., nierogazizna żywa 44 do 62 złr. za 100 kilo żywej wagi.

*Wilhelm Amirowicz,*
Cafe Stirbök.

Gazeta narodowa 7/4 1876 Nr 76

# Ostatnie wiadomości.

**Oświadczenie.** W dzisiejszym numerze *Gazety Narodowej* czytamy, że dziennik ruski *Słowo* podał, jakobyśmy na posiedzeniu sejmowem z d. 29. marca głosowali przeciw subwencji dla księży przybyłych do kraju naszego z dyecezji chełmskiej. Podanie to nie zgadza się z prawdą; głosowaliśmy za subwencją.

Lwów 1. kwietnia 1876.

*Michalski. Drozd.*

Zamknięcie sejmu rząd poruczył, jak się dowiadujemy hr. Potockiemu. Sejm nasz może więc obradować, póki swych spraw nie załatwi. Uczynił jednak uwagę, że jest życzeniem, aby to stało się jak najrychlej, raz ze względu na koszta, powtóre że długie sesje sejmowe działają demoralizująco. Namiestnik zatem i marszałek prą, aby sejm załatwił swoje sprawy przed świętami, co trudno jednak aby się udało, bo w poniedziałek na porządku dziennym same pierwsze czytania.

*Wiener Zeitung* ogłasza kilka ustaw, które już otrzymały najwyższą sankcję, między innemi ustawę o udzielaniu bezprocentowych pożyczek i zapomóg mieszkańcom Galicji, dotkniętym niedostatkiem, i ustawę o wydaniu oprocentowanych obligacyj renty.

*Polit. Corr.* donosi, że naczelnicy hercegowińskiego powstania odbywać będą pozajutro, w poniedziałek konferencję z czarnogórskimi senatorami w Grahowie, a następnie, w połowie przyszłego tygodnia, zjadą się w Suttorynie z bar. Rodiczem.

Według tejże *Korespondencji* podpisane zostały w Bukareszcie preliminarze do przyszłego traktatu handlowego przez moskiewskiego konsula i ministra spraw wewnętrznych.

Z Wiednia 1. kwietnia telegrafują do *Gazety Lwowskiej*, iż w konferencjach, które się toczyć będą w Grahowie z czarnogórskimi senatorami, wezmą udział jako reprezentanci powstania hercegowińskiego dowódzcy Soczyca, Zimunicz i Pawłowicz. Ci sami naczelnicy konferować będą następnie z namiestnikiem Dalmacji br. Rodiczem w Suttorynie.

Według korespondencji z Petersburga, którą otrzymała *Nowa Presse*, naród moskiewski bardzo gorliwie wspiera datkami powstańców hercegowińskich. Datki te wynoszą dotąd przeszło pół miliona rubli.

*Pester Lloyd* donosi, że minister wojny


W niedzielę dnia 2. kwietnia [illegible]

Po raz trzeci:

**INDIGO**

czyli

**banda rozbójników**

Opera komiczna w 3. aktach Jana Straussa, przekład Aur. Urbańskiego.

Nowe dekoracje wykonane przez p. Dülla.

Początek o godz. 7.

Nadesłane.

Czas odnowić przedpłatę

**na SZCZUTKA**

Kwartalnie 2 złr. 50 ct., półrocznie 5 złr. a. w.

*Adres: Lwów, administracja „Szczutka“ poste restante.*

**Choroby gardła i piersi**

leczy

za pomocą inhalacji i aparatu pneumatycznego

wszech medycyny dr. J. Mahl

ordynuje od 5—5.

*Wszystkim cierpiącym zapewnia zdrowie i siły bez lekarstw i kosztów przez leczenie za pomocą pokarmu, wyśmienita*

**Revalesciere du Barry**

**z Londynu.**

Od 28 lat żadna słabość nie oparła się tej przyjemnej potrawie życia, i sprawdza się tak samo u dorosłych jak i dzieci bez medycyny i kosztów, we wszystkich słabościach żołądka, nerwów, płuc, wątroby, zawałków, zaflegmieniu, cierpieniach nerwowych, astmie, kaszlu, niestrawności, zatwardzeniu, diaryi, bezsenności, osłabieniu, hemoroidach, wodnej puchlinie, febrze, zakręcie głowy, uderzeniu krwi, nudnościom i wymiotom nawet w czasie ciąży, diabetes, schudnieniu, reumatyzmach, gośćcu, bladaczce. Wyciąg z 80.000 świadectw o wyzdrowieniu, które wszelkiej medycynie się opierały, pomiędzy któremi znajdują się świadectwa: dr. Wurzer radcy medycznego, dr. Angelstein, dr. Schoreland, dr. Campbell, proferora dr. Dedé, dr. Ure, Hrabing, Castlesluart, margrabiny de Bréhau, i wiele innych wysoko położonych osób, i rozsełaną zostaje franco na żądanie.

**Skrócony wyciąg z 80.000 certyfikatów:**

Certyfikat radcy medycyny dr. Wurzer.

Bonn, 10. lipca 1852.

Revalesciere du Barry zastępuje w wielu wypadkach lekarstwa. Używana bywa z największym pożytkiem we wszystkich wypadkach rozwolnienia i biegunki w słabościach kanałów wymoczowych, w słabościach nerek itp., przeciw dolegliwościom kamienia pęcherzowego, zapalnym lub chorobliwym drażnieniom cewki moczowej, przeciw zatwardzeniu, przeciw chorobliwemu ściskaniu nerek i pęcherza, hemoroidom w pęcherzu itp. Z nadzwyczajnym skutkiem daje się użyć jako nieoszacowany środek nietylko przeciw słabościom szyi i piersi, lecz także przeciw suchotom piersiowym i rury oddechowej. (L. S.) Rud. Wurzer, radca medycyny i członek wielu uczo-

# Handel, Industrie und Verkehr.

Wien, 25. November.

## Der Ausfuhrzoll auf Hadern.

Der Verein der österreichischen Papierfabrikanten hat, wie wir seinerzeit berichtet haben, beschlossen, dem Handelsminister eine Denkschrift über die Beibehaltung des bisherigen Ausfuhrzolles auf Hadern zu überreichen. Dieses Memorandum wurde von dem Obmanne des Vereines bereits in der ersten Hälfte des Oktober Herrn v. Chlumecky persönlich übermittelt. Dieser nahm, wie wir hören, den Obmann des Vereines [illegible]dlich auf, sprach sich [illegible]er dahin aus, daß es ihm nicht recht begründet erscheine, gerade den Export dieses Rohproduktes zu beschränken, umsomehr, als dies Ungarn schwerlich zugeben werde. Der Minister bemerkte weiter, daß sich allerdings dann, wenn man bei vollständiger Reziprozität die Papierzölle fallen lassen [illegible] wohl Etwas zur Aufrechthaltung des Hadern-Ausfuhrzolles thun lasse. [illegible] für die Freigemerkung des Herrn Röder gegenüber, daß [illegible] sich in Ungarn [illegible] eine von den Hadernhäf[illegible] der Hadernausfuhr geltend machende Agitation [illegible] Papierfabrikanten schon in ei[illegible] künstlich erzeugte sei, welcher auch die dortige [illegible]ingabe an das königliche [illegible] (von uns bereits besprochenen) kollektiven [illegible]unste entgegengetreten wären, [illegible]rische Ministerium auf das Entschiedenste [illegible] Erstaunen aus und erbat sich eine Abschrift dieser „für ihn höchst i[illegible]teressanten Eingabe". Die Aeußerungen des Herrn v. Chlumecky zeugen von [illegible]er argen Verkennung der Lage und Bedürfnisse der österreichisch-ungarischen Papi[illegible]er-Industrie. Diese bietet gleich allen anderen Branchen schon seit geraumer Zeit ein [illegible]trauriges Bild und ihre Kräfte reichen kaum mehr aus, um dem lähmenden Drucke der ungünstigen Verhältnisse Widerstand zu leisten. Ihr stehen weder die billigen Kapitalien, noch die geschulten Arbeiter und wohlfeilen Chemikalien zu Gebote, über welche die Konkurrenten in Deutschland, England, Frankreich, Belgien u. s. w. verfügen. Ueberdies lasten auf der österreichisch-ungarischen Papierfabrikation fast unerschwingliche Steuern und Abgaben. Ferner beziehen auch die deutschen Fabrikanten, wie Herr B. E. Weitmann in seinem dem Vereins-Comité erstatteten trefflichen Berichte über die von ihm auf einer Reise durch Deutschland angestellten Beobachtungen dargelegt hat, durchschnittlich das Brennmateriale (Schwarzkohle) fast um die Hälfte billiger als die unserigen. Endlich beschaffen sich die deutschen Unternehmungen auch noch die Werkshilfsmaschinen weit wohlfeiler als die österreichisch-ungarischen.

Unter solchen Umständen ist es ohne Zweifel Pflicht der Regierung, der bedrängten Papier-Industrie da unter die Arme zu greifen, wo dies in der Macht des Staates steht, nämlich auf dem Wege eines mehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung als etwaige Anforderungen der hohen Politik berücksichtigenden Zollsystems. In Bezug auf dieses sind die österreichisch-ungarischen Papier-Fabrikanten ohnehin sehr bescheiden aufgetreten, denn sie beanspruchen weiter nichts als die Beibehaltung der gegenwärtigen Tarifbestimmungen für ihr Rohmaterial und ihre Fabrikate, während die Vertreter anderer Branchen, z. B. der Textil-Industrie, bedeutende Erhöhung der Einfuhrzölle fordern.

Der Hadernzoll bildet unbedingt eine Lebensfrage für die Papier-Fabrikation. Denn selbst wenn sich aus der Beibehaltung dieses Zolles für die Fabrikanten gar kein pekuniärer Nutzen ergibt, so gewährt sie doch wenigstens den Vortheil, der Industrie den Rohstoff zu sichern und diesen dadurch einigermaßen stabil im Preise zu erhalten, daß man ihn nicht mit dem Agio auf- und niederschwanken läßt. Für die Staatskasse resultirt jedoch überdies aus dem Hadern-Export, welcher trotz dem Zoll stattfindet, eine Einnahme, bei welcher nicht abzusehen ist, warum sie der Finanzminister sich entgehen lassen soll.

Es ist aber keine auch nur halbwegs berechtigte Veranlassung zur Aufhebung des Hadern-Ausfuhrzolles vorhanden. Man kann nämlich, so sehr man auch nach Gründen für diese Maßregel forschen möge, nur folgende vier Scheingründe auffinden. Der eine zielt dahin, daß man damit die Verwerthung der Hadern zu besseren Preisen ermögliche, der zweite dahin, daß man dadurch Geld aus dem Auslande in das Inland bringe, der dritte besteht darin, daß dem Publikum durch die höchste Ausnützung der Konkurrenz billigeres Papier beschafft werde, und der vierte endlich gipfelt darin, daß man einen oder den andern fremden Staat sich dadurch verpflichten und von ihm Gegenkonzessionen bei anderen Tarifpositionen erlangen könne.

Durch die Aufhebung des Hadern-Ausfuhrzolles wird jedoch die Verwerthung der Hadern zu besseren Preisen keineswegs erreicht, weil, wenn die Hadern-Ausfuhr beträchtlich zunehme, gleichzeitig auch die Papier-Einfuhr sich derart steigern würde, daß viele inländische Etablissements ihren Betrieb stark reduziren oder gar gänzlich einstellen müßten, was nothwendig wieder einen Druck auf die Preise der Hadern, namentlich der geringeren Sorten, welche die Ausfuhr nicht lohnen, ausüben würde.

Es läßt sich nicht leugnen, daß durch eine gesteigerte Hadernausfuhr mehr Geld ins Land gebracht werden könnte. Es fragt sich jedoch, ob dieses Geld auch dableiben und nicht wieder für Papier ins Ausland wandern dürfte. Es könnte uns da leicht so gehen, wie Deutschland, welches den Ausfuhrzoll auf Hadern aufgehoben hat, seine Hadern nach Frankreich verkauft, sie von Frankreich als Papier wieder zurückkauft und diesem Lande die Fabrikationskosten und den Geschäftsgewinn daraufbezahlt.

Auch die Verwohlfeilung des Papieres würde nicht erreicht, da in Folge der Schädigung der inländischen Papier-Industrie die heimische Produktion [illegible] ihren Abgang [illegible] lieber damit decken, daß es den [illegible]zoll wieder einführt, und zwar nicht nur gegen Frankreich — sondern auch gegen uns. Die Aufgebung des Hadernzolles als Aequivalent für die Begünstigung einer anderen Branche zuzugestehen, wäre aber die Forderung eines Opfers, welches man der Papier-Industrie nicht zumuthen kann.

Auch Ungarn könnten wir mit der Aufhebung des Hadern-Ausfuhrzolles keinen Gefallen erweisen, denn jene Ungarn, welche diesen Schritt verlangen, sind keine akademischen Freihändler; sie sind im Gegentheil sehr praktische Leute welche sich für Zoll-Reduktionen nur dann interessiren, wenn sie von ihnen einen direkten Nutzen für ihr Land erwarten. Ihnen dürfte die erwähnte Denkschrift der ungarischen Papierfabrikanten bereits die Augen so genügend geöffnet haben, daß sie von dem erleichterten Hadern-Export kaum mehr eine bessere Verwerthung des vaterländischen Produktes erwarten werden, wohl aber von einer gekräftigten und aufblühenden Papier-Industrie.

Aus dem Gesagten geht wohl deutlich genug hervor, daß die an die Aufhebung des Hadern-Ausfuhrzolles geknüpften Zwecke durch diese Maßregel niemals erreicht werden können, wohl aber gewiß zu erreichen sind, wenn man der österreichischen Papier-Industrie, welche doch sicherlich eine gesunde, naturwüchsige und bodenständige ist und nur durch die ungünstigen Betriebs-Bedingungen bedrückt wird, die Möglichkeit zur Erholung und Wiedereinnahme ihres früheren hohen Standpunktes gewährt. Dann werden auch die Hadern-Sammler und Händler sicheren und lukrativen Erwerb finden, der Papier-Export wird Geld ins Land bringen und dem heimischen Publikum wird das Papier so billig geliefert werden, als es nur überhaupt verlangt werden kann. Dies Alles läßt sich jedoch nur durch die Beibehaltung des Hadern-Ausfuhrzolles erzielen. Da das Fallenlassen desselben für die Papier-Industrie von den [illegible]bedauerlichsten Folgen begleitet und nach keiner Seite hin von Nutzen wäre, [illegible] unsere Regierung und Reichsvertretung [illegible]industriezweifel darüb[illegible] so kann wohl für Existenzfrage eines der lebensfähigsten [illegible]er bestehen, wie die[illegible] lösen ist.

---

**(Die Kündigung [illegible] englischen Nach[illegible]** erste Schritt auf der Bahn einer den reellen Verhä[illegible] nissen der österreichisch-ungarischen Produktion e[illegible] delspolitik ist gethan. Das österreichische Ministe[illegible] entschieden, die englische Nachtrags-Konventio[illegible] und Handelsverträgen mit auswärtigen Staaten[illegible] theiligste ist, zu kündigen und hat zu di[illegible] des ungarischen Kabinets erlangt. Es fr[illegible] derholt ausgesprochene Voraussicht erfü[illegible] künftigen Zoll- und Handelspolitik in[illegible] Ungarns die nüchterne, praktische Auffa[illegible] der wohlverstandenen gemeinsamen Inte[illegible] strebungen den Sieg davon trage[illegible] daß die ungarische Regierung de[illegible] williger Weise in einer Ange[illegible] sie durch eine Verzögerung de[illegible] geringe Verlegenheit zu bereiten im[illegible] für die Kündigung der englischen N[illegible] säumt werden können. Es hat somi[illegible] Werth und wir nehmen keinen Anstan[illegible] das Pester Kabinet den ungarischen [illegible] kommen gewahrt hat. Den diesfei[illegible] überwiegenden Mehrheit [illegible] der Gedanke, von Ungarn irge[illegible] wirklich vitaler Interessen zu [illegible] Frage kann man doch sowohl dies[illegible] im Auge haben, für beide Hälften des[illegible] Verständigung ein Zollsystem ins Leben [illegible] wirthschaft und Bergbau, Industrie und[illegible] wickeln können.

**(Unjesterbahn.)** [illegible] im Zuge sein, welche gege[illegible] legen bestimmt ist, die man d[illegible] steht in dieser Sache vorläufig[illegible] freilich nicht, wie sich dieses Verhältniß [illegible] wird. Der Plan des Kurators geht dahin, [illegible] um dadurch ihre Zustimmung zu erlangen. [illegible] der Aktien in den Händen zweier Groß-A[illegible] nicht, schließlich die Majorität in der Gen[illegible] man möchte die Skandale vermeiden und [illegible] hintanhalten, welche die Agitatoren anstr[illegible] der Eisenbahn um 108.000 fl. per Mei[illegible] Preis ein unangenehmes Präjudiz [illegible]

**trags-Konvention.)** [illegible]tnissen und vitalen Bedürf[illegible]tsprechenden Zoll- und Han[illegible]rium hat sich definitiv dafü[illegible]n, welche unter allen Zoll[illegible]der für unsere Industrie no[illegible]ser Maßregel die Zustim[illegible]ut uns, daß sich die von u[illegible]t hat, daß be[illegible] der Feststell[illegible] den politisch[illegible] maßgebend[illegible]ung der Dinge und [illegible]essen [illegible]

62 kr., worunter das Waarenlager mit 166.000 [illegible] ...angen mit 126.826 fl. 54 kr., Barschaft mit 3107 fl., Geschäftseinr... mit 2000 fl. angeführt sind. Da die Passiva 432.553 fl. 73 kr. betragen, ist noch ein Aktiv-Saldo von 46.300 fl. 91 kr. vorhanden. Die Giro-...bindlichkeiten sind mit 194.794 fl. 4 kr. angegeben.

**(Börsenbericht.)** Wien, 25. November. Die Börse war gestern von richtigem Instinkte geleitet, indem sie trotz der wenig ermuthigenden Stimmungsberichte von den fremden Plätzen keiner entschiedenen Reaktion Raum gab und sich nicht zu neuen Bianco-Abgaben verleiten ließ. Sie schien dabei von der richtigen Anschauung geleitet gewesen zu sein, daß eine Hausse mit so durchschlagendem Erfolge, wie die, welche erst vor wenigen Tagen eingeleitet wurde, nicht so bald von den Trägern derselben wird im Stiche gelassen werden. Dieser Kalkul erwies sich durch die imposante Hausse, welche gestern an den deutschen Börsen neuerdings zum Durchbruch kam, als ein vollkommen berechtigter.

Selbstverständlich folgte man hier alsogleich dem von auswärts empfangenen Anstoße, indem man schon gestern Abends in einem Privatissimum [illegible] durch, daß die hohen Course [illegible] zu namhaft gestiegenen Coursen verkehrte. Und heute kein neuer Impuls von auswärts gestern bereits ausgenützt war, Hausse an den fremden Börsen vorlag, andererseits aber eine Fortsetzung [illegible] wiederholt ins Schwanken [illegible] sen erwartet wurde, gerieth die Spekulation [illegible] war, bald wieder zu neuen Käufen, indem sie bald zu Realisirungen gerne die Tendenz fast [illegible] diese Weise wurden Berliner und Frank[illegible] der Vie[illegible] en sich entschloß. Auf Eintreffen [illegible] e Course kam.

[illegible] bilität [illegible] da die fremden Course einen Stil[illegible] Notirungen eine gewisse Sta[illegible]

[illegible] zugte der hiesige Verkehr ebenfalls mit [illegible] die gestrigen immerhin zum Theil noch um [illegible] stand in der Hausse signalisirten, [illegible] Das Geschäft selbst trug heute nic[illegible] etwas abgeschwächten Coursen, die welches es sich in den ersten Tagen dieser [illegible] ein Namhaftes überschreiten.

die steigende Bewegung nicht gleichmäßig [illegible] jenes animirte Gepräge, durch deutiger Beweis dafür, daß das gro[illegible] Woche auszeichnete, und übertrug sich an den Vorgängen auf dem Ef[illegible] auf alle Verkehrsgebiete, ein ungewürde der Verkehr in den [illegible] publikum vorerst noch wenig Antheil Spekulation wenig oder [illegible] genannten Schrankenpapieren, mit welchen die Aufschwung genom[illegible] gar nichts zu schaffen hat, sicherlich einen bedeutenderen statirt werden, [illegible] haben. Andererseits kann jedoch die Thatsache kontinuirlich hütete, daß die eigentlichen Coulissenkreise sich bis jetzt [illegible] Ausschreinissen hervor[illegible], was aus den andauernd befriedigenden Prolongat[illegible]verhältnissen Wie geht.

[illegible] schossen [illegible] immer bei einer Spekulationsepoche zuweilen etwas übers Ziel gewegung wird, so kam es auch heute vor, daß einzelne Effekten mit in die [illegible] Effekt hineingezogen wurden, die längst den Charakter eines Spekulationsfonds eingebüßt haben; solche Erscheinungen zählen indeß zu den Ausnahmsfällen. So wurden beispielsweise die Aktien der Innerberger Gewerkschaft einer starken Hausse zugeführt, welcher aber die Reaktion sofort auf dem Fuß folgte.

Was die Einzelheiten des Verkehrs betrifft, so waren Kreditaktien von 201.50 bis 203.25 gestiegen und dann wieder auf 199.50 gedrückt, schließlich notirten sie 201.50, um 5½ Gulden höher als gestern. Anglo-Oesterreichische Aktien traten zu 103 um 6¼ Gulden höher in den Verkehr ein, und verlassen denselben nach vielfachen Schwankungen zu 104 um 7 Gulden gebessert. Unionbankaktien verkehrten zwischen 79 und 80.75, zuletzt hielten sie sich auf 80 um 3½ Gulden über gestriger Notiz. Austro-Egyptische Bankaktien variirten zwischen 137.75 und 141.50, um auf 139 mit einer Avance von 6 Gulden den Verkehr zu verlassen. Ungarische Kreditbankaktien gewannen zu 200.25, nach einer Bewegung zwischen 198.25 und 201.50, 5 Gulden. Bankvereinsaktien zu 80 nach 81 1½ Gulden.

Außerdem waren noch Ungarische Bodenkreditbankaktien zu 63.50 um 2 Gulden höher, andere Sorten wenig verändert, jedoch, mit Ausnahme von Oesterreichischen Bankgesellschafts-Aktien, durchwegs gefragter. Bankaktien hoben sich auf 928 um 3 Gulden.

Unter den Industriewerthen machten Innerberger Aktien die bedeutende Variation zwischen 97 und 87, zuletzt blieben sie auf 89 nur um 4 Gulden höher als gestern, Wiener Waggonleihaktien kamen bis 48 vor, blieben aber zu 45 nur um 1 Gulden gebessert.

Egydi-Kindberger Aktien gewannen zu 70 1 Gulden, Neuberg-Mariazeller Aktien zu 22.50 1½ Gulden, Salgo-Tarjaner Aktien zu 58 2 Gulden, Steyrermühlaktien zu 49.50 1½ Gulden, Waffenfabriksaktien zu 204 3 Gulden. Endlich waren Drasche Ziegelfabriksaktien zu 132, 5 Gulden über ihrer letzten Notiz in Nachfrage.

Bei Transportwerthen sind die Reprisen zwar nicht allgemein, immerhin jedoch überwiegend. Staatsbahnaktien erfuhren die ansehnliche Besserung von 6 Gulden bis 293, Lombarden schließen zu 109 nach 111, mit einer Avance von 2 Gulden, Karl Ludwigbahnaktien gewannen zu 203.25 3 Gulden, Alföldbahnaktien zu 122.50 2½ Gulden, Kaschau-Oderberger Aktien zu 122.50 2 Gulden, Lemberg-Czernowitzer Aktien zu 133.50 3½ Gulden.

Von anderen Sorten sind Donau-Dampfschiffaktien um 5 Gulden, Lloydaktien um 3 Gulden, Tramway-Aktien zu 94 um 7 Gulden gebessert.

Von Bauwerthen kameu blos Wiener Baugesellschaft zwischen 22.50 und 24 etwas mehr in Umsatz, schließlich hielten sie sich auf der Eröffnungsnotiz um 1½ Gulden über der gestrigen.

Renten waren nur um eine Kleinigkeit besser, Ungarisches Eisenbahnanlehen um ½ Perzent, fünfperzentige Ungarische Anleihe (Ostbahn-Second-Prioritäten) ebenfalls besser.

Lose waren durchgehends gefragt und darunter 1864er Lose und Wiener Kommunal-Lose höher.

Von Prioritäten wurden Franz Josefbahn, Nordwestbahn und dreiperzentige Südbahn-Prioritäten etwas höher bezahlt, fünfperzentige Südbahn-Prioritäten aber notirten schwächer.

Devisen und Valuten schlossen theilweise schwächer, blos Silber blieb höher gefragt.

---

**Transport-Einnahmen.** (Vor der buchhalterischen Richtigstellung).

**A. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn.** (586.393 Kilometer.)

| | 1874. fl. | 1875. fl. | fl. |
|---|---|---|---|
| Vom 1. Jänner bis 10. November | 19,929.736·82 | 19,200.433·95 | — 729.252·87 |
| Vom 11. bis 20. November | 686.372·— | 700.642·— | + 14.270·— |
| Zusammen | 20,616.108·82 | 19,901.125·95 | — 744.982·87 |

**Mährisch-schlesische Nordbahn.** (142·615 Kilometer.)

| | 1874. fl. | 1875. fl. | fl. |
|---|---|---|---|
| Vom 1. Jänner bis 10. November | 928.930·35 | 949.773·42 | + 20.843·07 |
| Vom 11. bis 20. November | 28.590·— | 34.202·— | + 5.612·— |
| Zusammen | 957.520·35 | 983.975·42 | + 26.455·07 |

---

**(Abendbörse.)** Der Vorstand [illegible] hat in seiner heutigen Sitzung einhellig beschlossen, sich an die Börsenkammer mit dem Ersuchen um Einführung eines Abendgeschäftes in der Zeit von 5 bis 6 Uhr Abends zu wenden. Dieses Ansuchen ist der Börsenkammer heute vorgelegt worden.

**(Der österreichisch-ungarische Eisenbahnverkehr im Oktober 1875.)** Im Monat Oktober 1875 wurden auf den im Betriebe stehenden österreichisch-ungarischen Eisenbahnen bei einer Gesammt-Ausdehnung von 2175·68 Meilen im Ganzen 3,428.460 Reisende und 70,971.834 Zollzentner Frachten befördert und hiefür eine Gesammt-Einnahme von 17,101.274 Gulden erzielt.— Die durchschnittliche Betriebslänge betrug im Oktober 1875 2175·68 Meilen, im gleichen Monate des Vorjahres 2101·06 Meilen, und es beträgt das durchschnittliche Erträgniß per Meile im Monat Oktober 1875 7860 fl., im Monat Oktober 1874 8110 fl., und es haben demzufolge die Einnahmen per Meile um 250 Gulden = 3·08 Perzent abgenommen. — Das durchschnittliche, mit 7860 fl. bezifferte Erträgniß per Meile im Monat Oktober 1875 wurde diesmal von 11 Bahnen überschritten, es sind dies: Die Kaiser Ferdinands-Nordbahn mit 27.820 fl., die Aussig-Teplitzer Eisenbahn mit 13.872 fl., die Oesterr. Staats- inkl. Brünn-Rossitzer-Bahn mit 14.492 fl., die Hauptlinie der Kaiserin Elisabeth-Bahn mit 14.227 fl., die Böhmische Westbahn mit 12.668 fl., die Dux-Bodenbacher Bahn mit 12.467 fl., die Südbahn-Gesellschaft mit 10.538 fl., die Graz-Köflacher Eisenbahn mit 9654 fl., die Leoben-Vordernberger Eisenbahn mit 9276 fl., die Mohacs-Fünfkirchener Bahn mit 8553 fl. und die Galizische Karl Ludwig-Bahn mit 8201 fl. Einnahme per Monat und Meile. — Das Meilen-Erträgniß ergibt gegen Oktober 1874 eine Zunahme bei folgenden Bahnen: Bei der Wien-Pottendorf-Wiener-Neustädter Bahn um 164·58, bei der Leoben-Vordernberger Eisenbahn um 134·35, bei der österr. Nordwestbahn (Ergänzungsnetz) um 40·22, bei der Dux-Bodenbacher Eisenbahn um 36·61, bei der Aussig-Teplitzer Eisenbahn um 23·17, bei der Prag-Duxer Bahn um 22·11, bei der Pilsen-Priesener Eisenbahn um 16·39, bei der Ungar. Staatsbahn (nördliche Linie) um 11·79, bei der Theiß-Eisenbahn um 11·02, bei der Karlsberger Bahn um 10.86, bei der Böhmischen Nordbahn um 9.89, bei der Kaiser Ferdinands-Nordbahn um 7·69, bei der Eperies-Tarkower Eisenbahn: Strecke Eperies-Orlau um 7.23, bei der Oesterr. Staatsbahn inkl. Brünn-Rossitzer Bahn um 6·09, bei der [illegible] Strecke der österr. Nordwest-Bahn um 3·01, bei der Mährisch-schlesischen Zentralbahn um 2.45, bei der Mährisch-schlesischen Nordbahn um 2·31, bei der Turnau-Kralup-Prager Bahn um 2.05, bei der Dniester Bahn um 1·42, bei der Ung. Nordostbahn um 0·43 bei der Böhmischen Westbahn um 0·30 und bei der [illegible] Rudolf-Bahn um 0·19 Perzent. — Das Mehrerträgniß zeigt eine Abnahme bei nachstehenden Bahnen: Bei der [illegible] Siebenbürger Eisenbahn um 0·33, bei der Graz-Köflacher Eisenbahn um 2·26, bei der Buschtiehrader Eisenbahn um 2·54, der Ungarischen Staatsbahn [illegible] Strecke Groß-Breßnitz-Schemnitz um 2·99. bei Südbahn-Gesellschaft um 4·[illegible], bei der Ungarischen Westbahn um 5·55, bei garischen Ostbahn um 5·79, bei der Battaszek-Dombovar-Zakanyer Bahn bei der Arad-Temesvarer Eisenbahn um 6·50, bei der Mährischen [illegible] ungarisch-galizischen Eisenbahn um 7·53, bahn um 7·38, bei der Ersten [illegible] um 7·89, bei der Ungarischen Franz-Josef-Bahn um 8·34 bei der Fünfkirchen-Lundenburg Grußbacher Eisenbahn Gömör Industrie-Bahn (südliche Strecke) um 9·24, bei der Kaiserin Elisabeth-Bahn: Föld-Fiumaner Bahn um 11·19, der Braunau-Straßwalchener Kaiserin Elisabeth-Bahn um 17·16, Kaiser Franz Josef-Bahn um 17·32, 9·45, bei der Kaschau-Oderberger Bahn: Budweiser Linien um 23·88, um 25·72, bei der Galizischen Karl Elisabeth-Bahn: Neumarkt-Braunutschen Verbindungsbahn um 31·52, g-Tiroler Strecke um 41·30 und bei alz-Diosgyor um 91·06 Perzent.

**[illegible]verkehr.)** In der kürzlich Königreiches Griechenland im garn den vierten Platz unter ter den Staaten, nach welchen eich-Ungarn den zweiten Platz Griechenland steht Oesterreich-Ungarn gen Bücher kommen aus Oesterreich n alle aus Leipzig stammenden Druck- us dem Grunde klassifizirt, weil sie in

[illegible] erichte Wien wurde au Thekla Weikmann, onkurs über ausgewiesene erklärt. Der am 16. Juli z Walter, Negerlegasse 7, ng eines zur Vertheilung zu bringenden o wurde das am 23. Juli 1875 gegen rimmel in Rudolfsheim eingeleitete

[illegible] Handelsgerichte wurde heute über r Leop. Schlesinger, protokollirten Wien, Nordbahnstraße Nr. 32, der Kon- ist der Gerichtsadjunkt und Referent issenverwalter Dr. Max Glück bestellt. s 12 Uhr, Anmeldungstermin bis gstagfahrt für den 31. Jänner 1876, genden Status der falliten Handels- sich das Aktiv-Vermögen auf

2 P. 1 Dz.

# Schwindel

Interpelacye o to —
Wniosek Lienbachera —
Bericht Neuwirtha z r. 1873 —

Obacz także Handelsministeriélles —
Eisenbahnen —

Податкові справи

76 арк.

# Bericht

des

## volkswirthschaftlichen Ausschusses

über den

## Antrag des Abgeordneten Lienbacher und Genossen, betreffend die Krisis von 1873.

In der vierten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. November 1873 haben die Abgeordneten Lienbacher und Genossen folgenden Antrag eingebracht:

„Es sei ein besonderer Ausschuß, bestehend aus 15 Mitgliedern, unmittelbar aus dem hohen Hause zu wählen und dieser habe die Ursachen der Entstehung und Ausbreitung der finanziellen und wirthschaftlichen Krisis mit aller Eindringlichkeit zu erforschen, dieselben dem hohen Hause darzulegen und diesem zugleich jene Vorschläge zu machen und Anträge zu stellen, welche geeignet erscheinen, die fernere Wirksamkeit jener verderblichen Ursachen aufzuheben und die Wiederkehr der letzteren für die Zukunft zu verhindern."

In der siebenten Sitzung am 21. November 1873 hat das hohe Haus diesen Antrag dem Ausschusse für die Finanzvorlagen (volkswirthschaftlichen Ausschusse) zur Vorberathung überwiesen, welcher am 26. Jänner 1874 nach vorausgegangener Verhandlung über die formelle Behandlung des Gegenstandes ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Subcomité einsetzte, welches mit der Vorberathung betraut wurde und welchem zugleich eine längere Reihe von durch den Antragsteller eingebrachten, an die Regierung zu richtenden Fragen behufs Einbeziehung in die Vorberathung zugewiesen wurde. Das Subcomité trat sofort in die Verhandlung des Gegenstandes ein. Im Verlaufe dieser Verhandlung wurde die Zahl der durch den Antragsteller eingebrachten, an die Regierung zu richtenden Fragen bis auf 62 erhöht und das Subcomité dadurch veranlaßt, sich zunächst der formellen und meritorischen Prüfung dieser Fragen zuzuwenden. Nach Beendigung der diesen Fragen gewidmeten Berathungen — zu welchen, sowie überhaupt auch zu allen folgenden Sitzungen des Subcomités, der Antragsteller zugezogen wurde — hielt das Subcomité es für angezeigt, zunächst die Entscheidung des Ausschußplenums über die an die Regierung zu richtenden Fragen, deren Beantwortung vor der weiteren Behandlung des Gegenstandes unumgänglich erschien, einzuholen. Ende April 1874 fand im Plenum des Ausschusses die Verhandlung über diese Vorfragen statt und die Entscheidung des Ausschusses ging dahin, daß im Ganzen zwölf die Krisis betreffende Fragen in der Form, wie sie im weiteren Verlaufe dieses Berichtes der Reihe nach angeführt erscheinen, an die Regierung zu richten seien. Mittelst Zuschrift des Präsidiums des Hauses vom 2. Mai 1874, Z. 141/A. H. wurden diese Fragen der Regierung zur Beantwortung übermittelt.

Bald darauf trat die Vertagung des Reichsrathes für mehrere Monate ein. Vor Wiederzusammentritt des Reichsrathes erst gelangte mittelst Note des Ministers des Innern vom 14. October 1874, Z. 1897 die Antwort der Regierung auf die an sie gerichteten Fragen in Form eines, einen Theil des statistischen Materials umfassenden, großen Foliobandes an das Präsidium des Hauses, welches sodann am 20. October 1874 sowohl die Zuschrift des Ministers als das eingesandte Material an den volkswirthschaftlichen Ausschuß leitete.

Mit Ausschußbeschluß vom 22. October 1874 wurde hierauf der Gegenstand dem bestellten Subcomité zur Berichterstattung zugewiesen, welches Anfangs März 1875 seinen Bericht über den ersten Theil des Gegenstandes dem Plenum des Ausschusses vorlegte. Mit Rücksicht auf die um dieselbe Zeit wiederum erfolgte Vertagung des Reichsrathes für die Dauer von nahezu sieben Monaten kam der Ausschuß erst nach erfolgter Wiedereinberufung des Reichsrathes in die Lage, an die Erledigung des Gegenstandes herantreten zu können, und derselbe legt nunmehr das Ergebniß der gepflogenen, eingehenden Berathungen in Folgendem dem hohen Hause vor.

Der bei den Berathungen einzuhaltende Vorgang schien durch den Wortlaut des Antrages selbst von vornherein vorgezeichnet zu sein, insoferne durch denselben der Natur der Sache nach zunächst die Erforschung und Darlegung der Ursachen der Entstehung der Krisis und erst in weiterer Reihe die Darlegung der Ursachen der Ausbreitung derselben, sowie die Feststellung der aus diesen Darlegungen sich ergebenden Schlußfolgerungen bezweckt wird.

Diesen Vorgang einzuhalten, schien überdies auch schon aus dem Grunde geboten, weil das seitens der Regierung auf Verlangen des Ausschusses übermittelte statistische Material, dessen Verarbeitung und Verwerthung für den gegebenen Zweck allem Anderen vorausgehen mußte, der Hauptsache nach eben nur mit den Ursachen der Entstehung der Krisis in Verbindung steht und auf solche Weise schon bei Behandlung dieses Theiles des Antrages eine ziemlich vollständige Erschöpfung des erwähnten Materials ermöglicht wurde. Demgemäß wendete man sich, wie aus den folgenden Darlegungen dieses Berichtes ersichtlich, zunächst im Detail dem mit den früher erwähnten zwölf Fragepunkten zusammenhängenden Materiale zu und reihte man sodann hieran die Berathung über jene wirthschaftlichen Vorgänge und Thatsachen, rücksichtlich welcher Anfragen an die Regierung nicht gerichtet worden waren, deren gleich eingehende Berücksichtigung jedoch geeignet erschien, jene Details zu einem einheitlichen Gesammtbilde zu ergänzen.

## Frage I.

Für welche Unternehmungen, an welche Personen, für welches Capital und zu welcher Zeit vom 1. Jänner 1867 bis Ende December 1873 Concessionen für Actiengesellschaften ertheilt wurden und welche von den concessionirten Gesellschaften ins Leben getreten sind?

## Antwort der Regierung.

„Die Unternehmungen, für welche in der Zeit vom 1. Jänner 1867 bis Ende December 1873 Concessionen für Actiengesellschaften ertheilt wurden, sind in dem mitfolgenden, 1017 Posten umfassenden Verzeichnisse in der Art übersichtlich aufgeführt, daß hieraus die Firma und der Sitz der Gesellschaft, das Datum der Concessionsurkunde, das Actiencapital, der Nominalbetrag der Actien und deren Einzahlung, die Namen der Concessionäre, der Zeitpunkt der Constituirung sowie der allfälligen Auflösung durch Liquidation oder Concurs, endlich die etwaige Berechtigung der Gesellschaft zur Ausgabe von Cassescheinen, Pfandbriefen u. s. w. entnommen werden kann."

---

Der Ausschuß stand hier zunächst vor der Aufgabe der Verarbeitung und übersichtlichen Gestaltung, respective Gruppirung des in dem vorliegenden Verzeichnisse enthaltenen, überaus umfangreichen, jedoch lediglich äußerlich an einander gereihten, nach dem Datum der ertheilten Concessionen auf einander folgenden Materials. Hierbei wurde mit Rücksicht auf die dem Ausschusse gewordene Aufgabe der Zeitraum vom Beginne des Jahres 1867 bis zum Ausbruche der Krisis (Mai 1873), also ein Zeitraum von sechs Jahren und vier Monaten, ins Auge gefaßt und wurden die für den gegebenen Zweck irrelevanten, übrigens auch den Ziffern nach unwesentlichen Daten der auf den Ausbruch der Krisis gefolgten acht Monate des Jahres 1873 meist nicht weiter in Betracht gezogen. Es gilt diese Bemerkung zugleich für alle folgenden, auf Grund des officiellen Verzeichnisses gemachten Zusammenstellungen.

Was zunächst die Frage betrifft:

Für welche Unternehmungen Concessionen ertheilt wurden?

Ertheilte Concessionen nach Kategorien.

so gibt hierüber die folgende Tabelle Aufschluß:

### Uebersicht der concessionirten und der nicht zu Stande gekommenen Actiengesellschaften nach Kategorien.

| | Es wurden concessionirt: | Davon sind nicht zu Stande gekommen: | Demnach ins Leben getreten: |
|---|---|---|---|
| Banken . . . . . | 175 | 32 | 143 |
| Industrie-Unternehmungen . | 604 | 219 | 385 |
| Baugesellschaften . . . . . | 104 | 41 | 63 |
| Eisenbahn-Unternehmungen . | 34 | 5 | 29 |
| Versicherungs-Unternehmungen | 39 | 11 | 28 |
| Bergbau-Unternehmungen . . | 23 | 5 | 18 |
| Schifffahrts-Unternehmungen . | 8 | 4 | 4 |
| Hôtel- u. dgl. Unternehmungen | 18 | 6 | 12 |
| Zusammen . . | 1005 | 323 | 682 |
| | | (32·1 Percent) | (67·9 Percent). |

Es wurden demnach von Anfang 1867 bis zum Ausbruche der Krisis im Ganzen 1005 Concessionen zur Gründung von Actiengesellschaften ertheilt und sind von den letzteren 323 oder 32·1 Percent nicht zu Stande gekommen, demnach 682, das ist 67·9 Percent ins Leben getreten, das heißt constituirt, respective in das Handelsregister eingetragen worden. Industrie-Unternehmungen waren es vorzugsweise, ihnen zunächst Banken und Baugesellschaften, denen Speculation und Association sich in dieser Periode zuwendeten, und ihnen gegenüber erscheint die Zahl der anderen Unternehmungen, zumal der Eisenbahnen, als eine verschwindend kleine.

Im Detail noch weit erkennbarer als aus der vorstehenden Uebersicht geht diese Tendenz der Associationsbewegung aus den Ziffern der diesem Berichte beigegebenen Tabelle A hervor, in welcher die concessionirten und die nicht zu Stande gekommenen Actiengesellschaften nach Zahl und Nominal-Actiencapital gruppirt sind, und es wird aus derselben zugleich auch der Rückschlag ersichtlich, welchen die Speculationskrisis im Herbste des Jahres 1869 geübt hat. Während für Bankgründungen die Zahl der ertheilten Concessionen im Jahre 1867 nur 5, im Jahre 1868 nur 8 betrug, erreichte dieselbe im Jahre 1869 die Höhe von 28, um sich dann im Jahre 1870 auf 10 zu reduciren; aber schon das Jahr 1871 sah wieder 23 Bankconcessionen und das Jahr 1872 vollends weist gar 84 Bankconcessionen auf. Ganz analoge Verhältnisse zeigen sich bei den Concessionen für Industriegesellschaften. Während hier die Zahl der ertheilten Concessionen 12 im Jahre 1867, 16 im Jahre 1868 betrug, erreichte dieselbe im Jahre 1869 die Höhe von 82, um sich dann im Jahre 1870 auf 78 zu ermäßigen; aber schon das Jahr 1871 sah wieder 116 Concessionen für Industriegesellschaften und vollends das Jahr 1872 weist gar 217 solcher Concessionen auf, eine Tendenz der Steigerung, welche gleich intensiv auch in den ersten vier Monaten 1873 bis unmittelbar vor dem Ausbruche der Krisis noch andauerte. Anders geartet war die Entwicklung auf dem Gebiete der Association für Baugesellschaften: Sie beginnt eigentlich erst mit dem Jahre 1869, in welchem neun solcher Concessionen ertheilt wurden; offenbar im Zusammenhange mit der Krisis dieses Jahres gelangten nur vier dieser Gesellschaften zur Constituirung und im folgenden Jahre 1870 kamen nur zwei solcher Concessionsertheilungen vor. Mit dem Jahre 1871 erst beginnt die Speculation sich dieser Unternehmungsform mit Macht zuzuwenden, das Jahr 1871 sieht 12, das Jahr 1872 sieht 41, die ersten vier Monate des Jahres 1873 sehen gar 38 Concessionsertheilungen zur Gründung von Baugesellschaften, so daß das Jahr 1872 als dasjenige zu gelten hat, in welchem die Uebertreibung in Betreff der Gründung von Baugesellschaften ihren Anfang genommen hat.

### An welche Personen Concessionen ertheilt wurden?

Personen, an welche Concessionen ertheilt wurden.

Das von der Regierung vorgelegte Verzeichniß enthält unter der Rubrik „Concessionäre" für jede der concessionirten Unternehmungen die Namen Derjenigen, auf welche die Concession lautete. Es mögen da wohl an 6000 bis 7000 Namen verzeichnet sein, von denen allerdings einzelne auffallend häufig wiederkehren. Aus der weiter unten folgenden Antwort der Regierung auf Frage II geht übrigens hervor, daß das Verzeichniß eben nur die Namen derjenigen Personen enthält, welchen die Concession zuletzt definitiv ertheilt wurde, und daß die Namen sowohl derjenigen Personen, welche diesen im Besitze der Concession vorausgingen, als auch derjenigen, an welche die Concession ohne Genehmigung der Staatsverwaltung im Wege privater Abmachung überging, aus dem Verzeichnisse nicht ersichtlich sind. Ein anderweitiges Material in Betreff dieses Punktes stand dem Ausschusse nicht zur Verfügung. Eine weitere Berücksichtigung und Behandlung des vorliegenden Namenverzeichnisses aber schien dem Ausschusse weder ein praktisches Ergebniß in Aussicht zu stellen, noch auch zu den Aufgaben eines Parlamentsausschusses zu gehören. Um praktische Schlußfolgerungen, sei es nach der wirthschaft-

lichen, sei es etwa gar nach der politischen Seite hin, daraus zu ziehen, dazu war das vorliegende Namenverzeichniß in keiner Weise angethan, ganz abgesehen davon, daß die bezüglichen Daten nach keiner Richtung hin etwas enthalten, was mit Rücksicht auf die jedesmalige öffentliche Verlautbarung der betreffenden Concessionäre als etwas bislang unbekannt Gebliebenes gelten könnte. Es soll übrigens damit, daß der Ausschuß jede weitere Untersuchung dieses Gegenstandes als außerhalb seines natürlichen Berufes gelegen erachtete, selbstverständlich in keiner Weise eine stillschweigende Billigung auch jener, allerdings nicht geringen Zahl von Concessionswerbungen ausgesprochen werden, bei welchen notorisch nicht die Absicht der unmittelbaren Gründung einer Actiengesellschaft, sondern der Verkauf des unentgeltlich erworbenen Rechtes an dritte Personen das bewegende Motiv war.

Nominal-Actiencapital. Capital, welches zur Constituirung erforderlich war. Effective Capitalseinzahlung der ins Leben getretenen Actiengesellschaften.

Für welches Capital Concessionen ertheilt wurden? Welche von den concessionirten Gesellschaften ins Leben getreten sind?

Der Beantwortung dieser Fragen ist zunächst die diesem Berichte beigegebene Tabelle B gewidmet. Aus ihr ergibt sich vor Allem, daß das Nominal-Actiencapital der von Anfang 1867 bis Ende April 1873 concessionirten 1005 Actiengesellschaften die gewaltige Höhe von 4000·56 Millionen Gulden erreicht hat. Von dieser Summe entfällt auf die 323 nicht zustande gekommenen Gesellschaften eine Quote von 1422·90 Millionen Gulden, so daß das Nominal-Actiencapital der in jenem Zeitraume concessionirten und constituirten 682 Actiengesellschaften sich auf 2577·66 Millionen Gulden stellt.

In welcher Weise die einzelnen Kategorien von Actienunternehmungen an der oben angeführten Gesammtsumme des Nominalcapitales per 4000·56 Millionen participirten, wird aus der vorletzten Längenrubrik der diesem Berichte beigegebenen Tabelle B in lehrreicher Weise ersichtlich.

Obenan stehen die 175 Banken, bei deren Concessionirung auf die Inanspruchnahme eines Grundcapitales von 1413·61 Millionen Gulden reflectirt wurde. Ihnen zunächst stehen die 604 Industrieunternehmungen mit der Inanspruchnahme eines Nominalcapitales von 1337·74 Millionen, dann folgen, ungeachtet die Entfaltung dieses Associationszweiges erst vom Jahre 1871 datirt, die Baugesellschaften, für welche ein Nominalcapital von nicht weniger als 768·62 Millionen Gulden in Aussicht genommen wurde. Die zunächst folgende Summe des Nominal-Actiencapitales der 34 Eisenbahnunternehmungen per 273·55 Millionen Gulden (worunter, nebenbei bemerkt, auch die concessionirten Pferdeeisenbahnen begriffen sind) bleibt, wiewohl diese Ziffer sich gleichfalls aus der Zusammenstellung auf Grund des officiellen Verzeichnisses ergibt, hinter der Wirklichkeit beträchtlich zurück. Es soll hiervon im weiteren Verlaufe dieses Berichtes noch die Rede sein und an dieser Stelle hier nur bemerkt werden, daß, von dem Prioritätencapitale der während dieser Periode concessionirten Eisenbahnen, welches in dem officiellen Verzeichnisse überhaupt fast nicht erscheint, ganz abgesehen, jene Summe von 273·55 Millionen Gulden lediglich das der ursprünglichen Concessionsurkunde entsprechende Nominalcapital ohne Rücksicht auf die nach ertheilter Concession in sehr beträchtlichem Maße erfolgten Capitalsvermehrungen darstellt, und daß im Zusammenhange damit das obenangeführte, dem vorgelegten Verzeichnisse entsprechende Gesammt-Nominalcapital per 4000·56 Millionen Gulden sich in Wirklichkeit eigentlich noch sehr beträchtlich höher stellt. Weiters entsprach die erfolgte Concessionirung von 39 Versicherungsunternehmungen einem Capitalsbetrage von 81·30 Millionen Gulden, jene der 23 Bergbauunternehmungen einem Capitalsbetrage von 44·46 Millionen, jene der acht Schifffahrtsunternehmungen einem Capitalsbetrage von 41·50 Millionen Gulden, endlich jene von 18 Hotel- und ähnlichen Unternehmungen einem Capitalsbetrage von 39·78 Millionen Gulden.

Von ganz hervorragendem Interesse erscheint hier die das Tempo der speculativen Bewegung widerspiegelnde Vertheilung des gesammten Nominal-Actiencapitales auf die einzelnen Jahre der gesammten Periode. In der hierauf bezüglichen Tabelle B, nach Jahren geordnet, erscheinen unter der Längenrubrik „Actiencapital nom." die Jahre 1867 und 1868 mit den Beträgen von 79·35 und 88·26 Millionen Gulden. Man wird nicht behaupten können, daß diese Summen, für die Association in Anspruch genommen, zu der Capitalskraft des Landes in einem Mißverhältnisse gestanden seien, namentlich dann, wenn man im Auge behält, daß um diese Zeit, stimulirt durch die unmittelbar vorausgegangene große Staatsnotenemission, Verkehr und Speculation sich in natürlicher Weise zu regen begannen. Aber schon das darauffolgende Jahr 1869 sah eine arge Uebertreibung auf dem Gebiete der Capitalsassociation — die 141 Actiengesellschaften, welche in diesem Jahre zur Concessionirung gelangten, waren auf ein Capital von 517·22 Millionen berechnet, mehr als das Sechsfache des Jahres 1867 und fast das Sechsfache des Jahres 1868. Der Rückschlag blieb bekanntlich nicht aus. Die Speculationskrisis des Jahres 1869 hatte, abgesehen hier von den nach Hunderten von Millionen zählenden Coursverlusten, vereint mit den bedauerlichsten Besitzverschiebungen, zunächst die Folge, daß von den im Laufe des Jahres ertheilten 141 Concessionen 33 zwecklos ertheilt waren, das heißt nicht zur Constituirung der betreffenden Gesellschaften führten und daß überdies nicht weniger als 25 der in diesem Jahre concessionirten und constituirten Actiengesellschaften, die meisten davon in unmittelbarer Consequenz des Sturzes, die anderen im weiteren Verlaufe, der Lebensunfähigkeit, dem Concurse, der Liquidation, der Fusion anheimfielen.

Man hätte erwarten sollen, daß eine Lehre, wie diese, vorhalten werde, wenn auch nicht für alle Folge, so doch für eine lange Reihe von Jahren. In der That blieb die Wirkung während des nächstfolgenden Jahres 1870 wenigstens nicht völlig aus. Der Associationstrieb zeigte sich zwar keineswegs beseitigt, aber es wurden 101 neue Concessionen ertheilt, welche auf ein Nominalcapital von nur 156·35 Millionen berechnet waren, und es trat hierbei die interessante Erscheinung auf, daß das Gros dieser Summe für neue Eisenbahnunternehmungen, also in vorwiegend productiver Weise zur Verwendung kommen sollte, während die Gründung von Banken und Industrieunternehmungen mehr in den Hintergrund trat und vollends von der Gründung von Baugesellschaften fast keine Rede war. Indeß schon im darauffolgenden Jahre 1871 änderte sich dieses Verhältniß. Im Monate Mai dieses Jahres begann, wie dies auch die weiter unten folgende Tabelle der ertheilten Concessionen, nach Monaten geordnet, erweist, jene Periode ununterbrochener Concessionswerbungen und massenhafter Concessionsertheilungen, welche erst mit dem Ausbruche der Krisis im Jahre 1873 ihr Ende fand. Das Jahr 1871 selbst sah die Concessionirung von 175 Actiengesellschaften, bei welchen auf ein Capital von 361·80 Millionen Gulden reflectirt wurde. Aber auch diese Ziffern blieben weit zurück hinter jenen, welche nun folgten: Im Jahre 1872 concessionirte die Regierung 376 Actiengesellschaften mit einem Gesammtcapitale von 1783·72 Millionen Gulden und vollends die vier Monate des Jahres 1873, welche dem Ausbruche der Krisis unmittelbar vorausgingen, sahen die Concessionirung von 154 Actiengesellschaften mit einem Capitale von 1003·86 Millionen Gulden!

So viel über das nominale Actiencapital und dessen Verhältniß zu den ertheilten Concessionen.

Verschieden hiervon, wenn auch das beleuchtete Verhältniß in keiner Weise alterirend, ist eine Betrachtung in Bezug auf jenes Capital, welches „zur Constituirung erforderlich" war, das heißt, dessen Einzahlung unter allen Umständen erfolgt ist, respective erfolgen sollte, bevor die Constituirung, respective die Eintragung in das Handelsregister vor sich ging. In dieser Beziehung

geben die Ziffern der diesem Berichte beigegebenen Tabellen B und B, I. ausreichenden Aufschluß. Zur Constituirung aller 1005 concessionirten Actiengesellschaften war ein effectives Capital von 1284·10 Millionen Gulden erforderlich, welches sich jedoch mit Rücksicht darauf, daß 323 der concessionirten Actiengesellschaften nicht zu Stande kamen, zu deren Constituirung ein Capital von 433·40 Millionen Gulden erforderlich gewesen wäre, auf 850·70 Millionen Gulden reducirt. Was die Vertheilung dieser Summen von 1284·10 Millionen, beziehungsweise 850·70 Millionen Gulden, sowohl nach den einzelnen Kategorien der Actienunternehmungen, als nach den einzelnen Jahren betrifft, so kommen die diesfalls an früherer Stelle bezüglich des Nominalactiencapitales gemachten Bemerkungen im Großen und Ganzen auch hier zu voller Geltung und scheint eine Wiederholung derselben an dieser Stelle aus diesem Grunde entbehrlich.

Dem zunächst wäre nunmehr, nachdem sowohl das nominale, als das zur Constituirung erforderlich gewesene Capital ihre Berücksichtigung gefunden haben, die Frage nach dem effectiv eingezahlten Capitale ins Auge zu fassen, wobei selbstverständlich nur auf die 682 wirklich constituirten Actiengesellschaften Bezug zu nehmen ist. Es wohnt dieser Frage nach dem Capitale, welches effectiv einzuzahlen war, eine um so höhere Bedeutung inne, als in der Höhe dieses Capitales die Anforderungen zum Ausdrucke kommen, welche zu Associationszwecken an die Capitalskraft des Landes und seine Hilfsquellen gestellt wurden.

Leider gestaltet sich die Lösung dieser Aufgabe, wenn es sich dabei um Authenticität und absolute ziffermäßige Genauigkeit handelt, zur Unmöglichkeit. Das von der Regierung vorgelegte Verzeichniß der concessionirten Actiengesellschaften sieht von der Beantwortung dieser Frage völlig ab und enthält keinerlei Material in dieser Richtung. Die amtliche Statistik in Oesterreich aber hat erst zu Anfang der Siebziger-Jahre angefangen, der Bewegung auf dem Gebiete des Associationswesens ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für das Jahr 1871 wurde zum ersten Male der Versuch einer authentischen Zusammenstellung der in Oesterreich bestehenden Actiengesellschaften gemacht (siehe Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1871, herausgegeben von der k. k. Statistischen Central-Commission), während für die vorausgegangenen Jahre eine solche nicht existirt; für das Jahr 1872 ist eine gleiche Zusammenstellung nicht erschienen, hauptsächlich darum, weil einzelne Landesregierungen, mitunter sogar trotz wiederholter Aufforderung seitens der Centralregierung, es unterließen, der statistischen Centralstelle die betreffenden Daten zur Verfügung zu stellen — eine Thatsache, die dringend den Wunsch nahelegt, daß seitens der Regierung und aller ihrer Organe diesem wichtigen Zweige des öffentlichen Dienstes eine aufmerksamere Pflege zu Theil werde, als dies bisher der Fall war. Eine Zusammenstellung der auf das Jahr 1873 bezüglichen Daten ist seitens der statistischen Centralcommission in Vorbereitung. Inzwischen aber ist man bei Ermittelung der zu Zwecken der Capitalsassociation in Anspruch genommenen Gesammtsumme auf approximative Schätzungen angewiesen, allerdings zum großen Theile wenigstens an der Hand authentischer Anhaltspunkte. Es ergeben sich auf diesem Wege folgende Daten:

a) Banken: Das eingezahlte Actiencapital wird für Ende 1866 mit 190·4 Millionen Gulden angegeben; Ende 1872 stellte sich das eingezahlte Actiencapital (siehe Statistisches Jahrbuch für 1872) auf 508·8 Millionen Gulden; im Laufe des Jahres 1873 bis vor Ausbruch der Krisis sind 15 neue Banken entstanden mit einem eingezahlten Actiencapitale von 72·3 Millionen Gulden. Demnach wurde von Anfang 1867 bis Mai 1873 für Bankassociationen in Anspruch genommen ein effectives Capital von 390·7 Millionen Gulden.

b) Eisenbahnen: Ende 1866 betrug das eingezahlte Actiencapital 506·6 Millionen Gulden; Ende 1873 stellte sich dasselbe auf 937·7

Millionen Gulden; die Differenz von 431·1 Millionen Gulden entspricht der Vermehrung in den Jahren von 1867 bis 1873. Doch gehört hierher naturgemäß auch das im Wege der Ausgabe von Prioritätsobligationen beschaffte Capital; dasselbe betrug Ende 1866 545·2 Millionen Gulden, Ende 1873 1434·0 Millionen Gulden, Differenz 888·8 Millionen Gulden. Demnach beträgt das für Eisenbahnen in Anspruch genommene Capital, Actien und Prioritäten zusammen, für die Periode von 1867 bis 1873 1319·9 Millionen Gulden.

c) Industriegesellschaften: Das eingezahlte Actiencapital der in Wien bestandenen Actiengesellschaften Ende 1866 wird von der statistischen Centralstelle mit 47·6 Millionen Gulden angegeben, während sich dasselbe Ende 1873 auf 463·2 Millionen Gulden stellte; es haben demnach die in der Periode 1867 bis 1873 in Wien entstandenen Industriegesellschaften ein Capital von 415·3 Millionen Gulden in Anspruch genommen. Bezüglich der in den Provinzen entstandenen Industriegesellschaften liegen die analogen Ziffern weder für Ende 1866 noch für Ende 1873 vor; doch wird der Zuwachs seit 1866 bis zum Ausbruche der Krisis auf etwa 100 Millionen Gulden rund geschätzt.

Es stellt sich demnach das in den Jahren 1867 bis 1873 zum Zwecke der Association in Anspruch genommene Capital auf etwa 2200 Millionen Gulden oder rund 2¼ Milliarden! Diese Ziffer ist, wie hier wiederholt werden soll, keine authentische, aber sie ist unter allen Umständen eine solche, welche der Wahrheit möglichst nahe kommt, oder doch mindestens in keinem Falle weit von ihr entfernt ist.*) Wollte man ihr entgegenhalten, daß die Ausgabe von Eisenbahntitres nicht durchaus zum Paricourse erfolgt sei, die eingezahlte Capitalssumme demnach den Nominalbetrag nicht vollständig decke, so wäre darauf zu erwidern, daß auf der anderen Seite auch das einen hohen Percentsatz des eingezahlten Capitals ausmachende Agio (Aufgeld) hier nicht in Betracht gezogen erscheint, mit welchem die Actien der Banken und Industriegesellschaften auf den Markt gebracht wurden. Daß das in Anspruch genommene Capital eher über als unter 2¼ Milliarden betragen hat, das darf mit ziemlicher Bestimmtheit behauptet werden.

Das Mißverhältniß zwischen dieser enormen Capitalssumme einerseits und der Capitals- wie der Sparkraft des Landes anderseits liegt wohl klar genug zu Tage. Das Land selbst, das bedarf wohl keines weiteren Nachweises, war absolut außer Stande, aus eigenen Mitteln diesen Anforderungen zu entsprechen, und selbst wenn man die übrigens auf den Bezug von Eisenbahntitres beschränkte Theilnahme des auswärtigen Capitales in ganz ansehnlichem Ausmaße — ziffermäßig läßt sich dieselbe wohl nicht constatiren — in Rechnung zieht, so kann das doch die Thatsache nicht alteriren, daß die Associationsbewegung in der Periode von 1867 bis 1873 Capitalssummen in Anspruch

*) Seither ist das „Statistische Jahrbuch" für 1873 erschienen, in dessen VIII. Heft die auf dieses Jahr bezüglichen Daten (bis auf etliche vornehmlich die Industrie-Gesellschaften betreffende, nicht durch die Commission, sondern durch den früher erwähnten Umstand der unvollständigen Beistellung des Materials herbeigeführte Lücken) in übersichtlicher Weise zusammengestellt sind. Die Ziffern auf Seite 109 dieses Heftes bestätigen die Richtigkeit der obigen Annahme bis auf eine relativ nicht bedeutende, durch die Lückenhaftigkeit des Materials ausreichend erklärte Differenz. Man hat nämlich zu der Summe des mit Ende 1873 eingezahlten Actiencapitals (1877·83 Millionen Gulden) und der Summe des Prioritätencapitals (1322·23 Millionen Gulden) die Summe des Actiencapitales derjenigen Gesellschaften, welche im Laufe des Jahres 1873 der Liquidation oder dem Concurse verfielen (244·3 Millionen Gulden) hinzuzurechnen; wird die so sich ergebende Gesammtsumme, dem obigen, Ende 1866 investirt gewesenen Capitale der Höhe von etwas über 1200 Millionen Gulden entgegengehalten, so gelangt man annäherungsweise zu der runden Summe von etwa 2¼ Milliarden als derjenigen, welche von Anfang 1867 bis zum Ausbruche der Krisis zu Zwecken der Association in Anspruch genommen wurde.

nahm, denen das Land absolut nicht gewachsen war. Was dem Lande an Capital fehlte, das sollte der Credit ersetzen. Das kühne Gebäude, welches die Ueberspeculation aufgeführt hatte, war zum großen Theile auf die Spitze eines eigenartigen Creditwesens gestellt, eines Credites, dem die Vorbedingungen dafür, die Functionen des Capitales zu versehen, vollständig fehlten, dem weder reelle Handelsgeschäfte, noch auch effective Dienstleistungen zu Grunde lagen. Nur zu lange hielt diese Fiction, daß jegliche Art von Credit Capital sei, vor. In dem Momente aber, in welchem diese Fiction ihren Dienst versagte und das Mißtrauen Raum fand, mußte auch der kühne Bau aus den Fugen gehen, dem die sichere Basis fehlte. Man hatte eben mit Capitalssummen gerechnet, die effectiv nicht vorhanden waren, Einzahlungen ausgewiesen, die nicht erfolgt waren, Verbindlichkeiten erfüllt, indem man neue Verbindlichkeiten einging, stets neue Zahlungsversprechungen gegeben, ohne die alten abgestoßen zu haben. Zumal die Periode von 1872 ab ließ diese Wahrnehmungen in bedauerlichstem Umfange zu Tage treten und dieselben dürfen, wenn man die materielle Höhe der Ansprüche zu Zwecken der speculativen Association ins Auge faßt, nicht übersehen werden, weil gerade darauf eine der Hauptursachen des späteren Zusammenbruches zurückzuführen ist.

In Betreff der Frage, welche von den concessionirten Actiengesellschaften ins Leben getreten sind, wäre hier ergänzend auch die vorausgeschickte Uebersicht (siehe Seite 4), sowie auf die dem Berichte beigegebene Tabelle B 1 hinzuweisen.

### Zu welcher Zeit Concessionen ertheilt wurden?

Zeitpunkt der Concessionsertheilungen.

Hierüber gibt die folgende, nach Jahren und Monaten geordnete, auf Grund des Verzeichnisses der Regierung gemachte Zusammenstellung Aufschluß:

## Tableau der ertheilten Concessionen
### von Anfang 1867 bis Ende April 1873.

| Monat | 1867 | 1868 | 1869 | 1870 | 1871 | 1872 | 1873 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jänner | 1 | 1 | 6 | 5 | 6 | 33 | 30 |
| Februar | 2 | 1 | — | 10 | 8 | 32 | 34 |
| März | 1 | 2 | 11 | 10 | 5 | 48 | 49 |
| April | 3 | 3 | 16 | 8 | 7 | 44 | 41 |
| Mai | 4 | 1 | 12 | 13 | 14 | 28 | — |
| Juni | 1 | 1 | 17 | 8 | 28 | 34 | — |
| Juli | 3 | 3 | 22 | 11 | 18 | 22 | — |
| August | 3 | 6 | 20 | 9 | 19 | 24 | — |
| September | 1 | 2 | 12 | 10 | 12 | 17 | — |
| October | 2 | 2 | 12 | 6 | 13 | 18 | — |
| November | 3 | 6 | 5 | 7 | 18 | 42 | — |
| December | 2 | 4 | 8 | 4 | 27 | 34 | — |
| | 26 | 32 | 141 | 101 | 175 | 376 | 154 |
| | 1005 *) | | | | | | |

*) Das von der Regierung gelieferte, officielle Verzeichniß weist für die gleiche Periode 1006 Postnummern aus. Die Differenz erklärt sich dadurch, daß in diesem officiellen Verzeichnisse P. N. 149 von 1869 und P. N. 229 von 1870 ganz fehlen, dagegen P. N. 329½ von 1871 eingeschoben erscheint.

Das Gros der ertheilten Concessionen fällt demnach in die Jahre 1871 bis April 1873. In den Jahren 1867 und 1868 wurden 58 Concessionen ertheilt, also durchschnittlich noch nicht 3 per Monat; in den Jahren 1869, 1870 und 1871 wurden 417 ertheilt, demnach durchschnittlich etwa 12 per Monat; in den 16 Monaten von Anfang 1872 bis Ende April 1873 wurden 530 Concessionen ertheilt, demnach 33 per Monat! Eine weitere Unterabtheilung dieses Materiales nach den Tagen, an welchen Concessionen ertheilt wurden, würde des praktischen Zweckes entbehren. Einzelne Thatsachen indeß, wie sie sich aus dem von der Regierung vorgelegten Verzeichnisse ergeben, wären hier schon zu registriren:

Es hat während der ganzen Periode keinen Zeitpunkt gegeben, an welchem der Concessionirungsapparat länger stillgestanden hätte und schon seit Ende 1868 gab es keinen Monat, in welchem nicht mehrere Concessionen ertheilt worden wären. Dies zu constatiren hat immerhin einiges Interesse gegenüber den vielfach, namentlich während des Jahres 1872 in die Oeffentlichkeit gelangten Berichten über periodische Sistirungen der Sitzungen der sogenannten Vereinscommission, welche mit der Prüfung der Concessionsgesuche betraut war. Eine solche Sistirung hat, soweit dies aus dem vorgelegten Verzeichnisse zu entnehmen ist, zu keiner Zeit und unter keinem der verschiedenen Regierungssysteme stattgefunden, wenn auch, wie die obigen Ziffern darthun, das Tempo, in welchem der Concessionirungsapparat arbeitete, in verschiedenen Perioden ein verschiedenes war und namentlich in den Wintermonaten von 1871 auf 1872, ja seltsamerweise auch in den Wintermonaten von 1872 auf 1873, also namentlich in den dem Ausbruche der Krisis unmittelbar vorausgegangenen Monaten als ein auffallend rasches bezeichnet werden muß. Daß bei Ertheilung von Concessionen principielle Gesichtspunkte festgehalten, bestimmte Grundsätze systematisch aufrecht erhalten worden seien, das läßt sich zum Mindesten aus dem in dieser Richtung geradezu kaleidoskopisch gearteten Materiale in keiner Weise erkennen, wenn auch zugegeben werden mag, daß ein bestimmtes Urtheil über diesen Punkt erst dadurch ermöglicht oder doch mindestens erleichtert wäre, wenn neben den ertheilten auch die verweigerten Concessionen, deren Zahl eben auch keine geringe war, vorliegen würden. Ein nicht ganz belangloser Umstand vermochte sich indeß der Aufmerksamkeit des Ausschusses nicht zu entziehen: Jenes Regulativ vom 1. März 1872, dessen Existenz auch in der vorliegenden Zuschrift der Regierung ddo. 14. October 1874 officiell anerkannt wird, durch welches als Norm für die Vereinscommission diverse Verschärfungen in Betreff der bis dahin festgehaltenen Vorbedingungen der Concessionsertheilung angeordnet und das Verbot der Ausgabe neuer Actien vor erfolgter Volleinzahlung der alten ausgesprochen wurde, konnte der Natur der Sache nach seine Entstehung nur der richtigen Erkenntniß danken, daß es noththue, der ins Maßlose gestiegenen speculativen Bewegung einen Damm entgegenzusetzen; gleichen Ursprunges dürfte wohl auch die gegen die Bankencartelle gerichtete Maßregel späteren Datums sein. Beide Maßregeln schließen die Annahme aus, als habe die Regierung die wachsende Gefahr verkannt oder ignorirt. Um so auffallender muß denn aber dem gegenüber die Thatsache erscheinen, daß nicht nur gerade die Monate März und April 1872, was die Zahl der ertheilten Concessionen betrifft, zu den allerstärksten der ganzen mehr als sechsjährigen Periode gehören, sondern, daß ungeachtet jener Maßregeln, nachdem die Zahl der Concessionsertheilungen während der Sommermonate 1872 vorübergehend eine Ermäßigung erfahren hatte, in den darauffolgenden Wintermonaten von 1872 auf 1873 die Coulance der Concessionirung geradezu ihren Culminationspunkt erreichte. Wurden doch in den Monaten März und April 1873 allein nicht weniger als 90 Concessionen ertheilt, zu einer Zeit also, in welcher nicht bloß die früher ertheilten und noch nicht realisirten Concessionen längst aufgehört hatten irgend einen Werth zu haben, sondern auch die deutlichen Anzeichen dafür sich mehrten, daß

der Moment des unvermeidlich gewordenen Zusammenbruches bereits in nächste Nähe gerückt sei. Die Rubrik „Constituirt" in dem von der Regierung vorgelegten Verzeichnisse, mit ihrer schon vom Monate August 1872 beginnenden und mit jedem folgenden Monate sich rapid vermehrenden Anführung „Nicht zustande gekommen, Concession erloschen" bietet den authentischen Beleg für die hier gekennzeichnete auffallende Erscheinung.

## Frage II.

Uebertragung ertheilter Concessionen.

Bei welchen dieser Gesellschaften die Concessionen schon vor Begründung der Gesellschaft von den Concessionären auf Andere übertragen wurden?

## Antwort der Regierung.

„Die namentlich im Laufe der letzten Jahre factisch vorgekommenen Fälle, daß von Seite einzelner Concessionäre vor Constituirung der Gesellschaft die aus der Concession entspringenden Rechte ohne Einholung einer besonderen Genehmigung im Wege der Cession an andere Personen übertragen wurden, können hier nicht angegeben werden, weil der Abschluß derartiger Uebereinkommen der Kenntniß der Administrativbehörden stets völlig entzogen geblieben ist.

Insoferne aber in einzelnen Fällen von den Concessionären vor Constituirung der Gesellschaft die Uebertragung der Concession auf andere Personen förmlich nachgesucht wurde, war diese Uebertragung stets Gegenstand einer besonderen Genehmigung, weil von dem Grundsatze ausgegangen wurde, daß die Concession eine persönliche Berechtigung bilde und daß daher jede Aenderung in der Person der Concessionäre eine neuerliche Genehmigung, beziehungsweise Concessionsertheilung von Seite der Staatsverwaltung bedinge.

In der Rubrik „Concessionäre" des ad 1 erwähnten Verzeichnisses sind daher nur die Namen jener Personen ersichtlich gemacht, welchen die Concession zuletzt definitiv ertheilt worden ist."

---

Ein Theil dessen, was zu dieser Frage zu bemerken kommt, erledigt sich durch die der Frage, welchen Personen Concessionen ertheilt wurden, an früherer Stelle bereits gewidmete Ausführung. Nicht ohne Interesse indeß ist die in der vorstehenden Antwort der Regierung officiell constatirte Thatsache, daß, trotzdem die Concession als eine persönliche Berechtigung angesehen wurde, nicht bloß Uebertragungen dieser Berechtigung im Wege der Cession, sondern auch factische Constituirungen in großer Zahl auf Grund so erworbener Concessionen stattgefunden haben, ohne daß auch nur Ein Fall constatirt wäre, in welchem diese Unzukömmlichkeit geahndet worden wäre. Die Angabe, daß derartige Uebereinkommen — und es muß bemerkt werden, daß ertheilte Concessionen oft etliche Male hinter einander den Besitzer wechselten, ehe zur Constituirung geschritten wurde — sich der Kenntniß der Administrativbehörden stets entzogen haben, kann wohl nur so verstanden werden, daß die Betreffenden es unterlassen haben, diesfalls bei der concessionirenden Behörde die entsprechende Anzeige zu machen; aber nirgends wird ersichtlich, daß sie hierzu behördlich verhalten worden wären, obgleich in nicht wenigen Fällen der Abschluß solcher Uebereinkommen den Gegenstand öffentlicher Zeitungsberichte gebildet hat. Thatsächlich hat ziemlich offen und namentlich in gewissen Zeitabschnitten ein förmlicher Handel mit ertheilten Concessionen stattgefunden. Es wurden für dieselben große Summen gefordert und bewilligt, namentlich dann, wenn von der Vereinscommission, wie oben nachgewiesen mit Unrecht,

behauptet wurde, daß sie für längere Zeit von jeder Concessionsertheilung Umgang zu nehmen beabsichtige. So viel steht, wie erwähnt, fest, daß es dem Belieben der betreffenden Besitzer von Concessionen anheimgegeben war, solche Concessionen auch ohne jede Zustimmung der Administrativbehörde auf Andere zu übertragen, und daß auf diese Weise ein Concessionsschacher sich entwickelt hatte, welchem seitens der Staatsverwaltung in keiner Weise Einhalt gethan wurde.

## Frage III.

Einzahlung des Actiencapitals.

Wann und in welcher Weise die Einzahlung des Actiencapitals von den betreffenden Gesellschaften ausgewiesen wurde, wo und wie dieselbe erfolgte?

## Antwort der Regierung.

„Was die Art und Weise betrifft, in welcher die Einzahlung des Actiencapitals von den Gesellschaften bei ihrer Constituirung ausgewiesen wurde, so war diese Nachweisung Gegenstand der Amtshandlung der betreffenden Handelsgerichte und geben die Acten der politischen Verwaltung hierüber keinen Aufschluß."

---

Angesichts dieses Mangels an authentischen Anhaltspunkten konnte eine eingehende Behandlung dieses wichtigen Punktes nicht wohl Platz greifen. Allein die Behauptung darf nichtsdestoweniger als eine erwiesene gelten, daß, zumal während des letzten Abschnittes der Gründungsbewegung, aber auch früher schon, in sehr vielen Fällen, bei Gründung von Banken fast ausnahmslos, bei den sogenannten Cartellbanken durchgehends, die Einzahlung des Actiencapitals und die Nachweisung derselben eine Fiction war. Wohl wurde in den sogenannten constituirenden Generalversammlungen jeweilig die Mittheilung gemacht, das Actiencapital sei von den Concessionären gezeichnet und eingezahlt; aber diese Einzahlung bestand nur zu oft darin, daß dem neu zu gründenden Unternehmen in den Büchern der betreffenden Gründungsbank, welche häufig selbst anderweitig schon weit über ihre Kräfte engagirt war, der Einzahlungsbetrag gutgeschrieben und die Actien des jungen Unternehmens daraufhin der betreffenden Gründungsbank überantwortet wurden. Zumeist mit solchen Buchauszügen wurde die Einzahlung beim Handelsgerichte nachgewiesen, hie und da wurde die Einzahlung auch durch Hinterlegung von Bons seitens der sogenannten Concessionäre bei der betreffenden Gründungsbank, für welche diese an dieselben Reverse ausstellte, durch welche sie jeder Verbindlichkeit enthoben wurden, bewerkstelligt, das heißt fingirt. Eine factische Einzahlung des zur Constituirung erforderlichen Capitals seitens der Gründer hat wohl nur in relativ seltenen Fällen stattgefunden. Unter allen Umständen aber darf die Thatsache als eine feststehende angesehen werden, daß auf die in der Periode von 1867 bis 1873 gegründeten Actiengesellschaften die Capitalssumme von $2^1/_4$ Milliarden (siehe Seite 8) in keinem Zeitpunkte effectiv eingezahlt war.

Wenn seitens der Regierung in der vorstehenden Antwort auf Frage III darauf hingewiesen wird, daß die Nachweisung der ursprünglichen Einzahlung Gegenstand der Amtshandlung der betreffenden Handelsgerichte gewesen sei und die Acten der politischen Verwaltung hierüber keinen Aufschluß geben können, so ist dem gegenüber daran zu erinnern, daß im Juni 1872, also zwar ziemlich spät, aber immerhin geraume Weile vor Ausbruch der Krisis, an die Regierungscommissäre bei den Actiengesellschaften in Ergänzung des Regulativs vom 1. März 1872 ein Erlaß des Inhaltes ergangen war, daß bei der Nachweisung der Einzahlung des Actiencapitals einer neuen Unternehmung durch einen Buchauszug einer bereits bestehenden Bank die staatlichen Aufsichtsorgane beider Actiengesellschaften sich im gegenseitigen Einvernehmen von der erfolgten

wirklichen Einzahlung überzeugen sollen. Daraus geht wohl hervor, daß die Regierung sich keineswegs aller Ingerenz in dieser Angelegenheit begeben, vielmehr in einem gewissen Zeitpunkte sich für berechtigt gehalten hat, auch ihrerseits zu interveniren. Leider wurde der praktische Effect dieser Intervention vermißt und nachdem nicht wohl angenommen werden kann, daß die Regierungscommissäre ihrerseits sich jeder Beachtung jenes Regierungserlasses schlechtweg entschlagen haben, so bleibt eben nur die Annahme übrig, daß diese staatlichen Aufsichtsorgane nicht über jenes Ausmaß von Sachkenntniß, Energie oder Autorität verfügten, welches erforderlich gewesen wäre, um die Winkelzüge, welche auf diesem Gebiete zur Regel geworden waren, zu vereiteln und jenem Regierungserlasse den praktischen Effect zu sichern.

So kam es, daß es in der Regel trotz bereits erfolgter Constituirung bei den neu gegründeten Gesellschaften überhaupt erst dann ein Actiencapital gab, wenn die Emittirung und Placirung der betreffenden Antheilscheine gelang und daß, wenn die Unterbringung der letzteren eben nicht gelang, trotz nachgewiesener angeblicher Einzahlung ein Actiencapital thatsächlich gar nicht vorhanden war, was freilich nicht hinderte, daß ein sehr großer Theil der so ins Leben getretenen Banken trotz dieses Mangels jeden Actiencapitals nicht bloß wacker in das Getriebe der großen Speculation eingriffen, sondern auch die künstliche Geldbeschaffung auf dem Wege des Creditmißbrauches zu Zwecken ihrer Speculation forcirten. Ja auch die Fälle kamen vor, daß neugegründete Banken, bei denen die ursprüngliche Einzahlung fingirt worden war und welche sich im Besitze ihrer eigenen Actien befanden, demnach über ein effectives Actiencapital gar nicht verfügten, keinerlei Bedenken trugen, sogenannte Tochterinstitute um des Agios willen unter denselben Modalitäten und Voraussetzungen ins Leben zu rufen, unter welchen sie selber entstanden waren. Der Ausbruch der Krisis im Mai 1873 förderte notorisch auch die Wahrnehmung zu Tage, daß einzelne dieser Institute gar niemals in die Lage gekommen waren, Abnehmer für ihre Actien zu finden, demnach ohne Actionäre und ohne Actiencapital gearbeitet hatten. Daß unter solchen Umständen die etwa abgehaltenen Generalversammlungen eine Fiction waren, liegt auf der Hand. Aber ebenso wenig bedarf es eines Nachweises der prekären Lage, in welcher die Gläubiger solcher Institute sich befanden, zumal nicht wenige der letzteren auch das Recht zur Ausgabe von Cassenscheinen besaßen und dasselbe, wenn auch nur innerhalb mäßiger Grenzen, auch thatsächlich ausübten.

## Frage IV.

Bilanzen der Actiengesellschaften.

Welche Bilanzen die betreffenden Gesellschaften in den Jahren 1871 und 1872 und, soweit dieselben abgeschlossen sind, 1873 den Behörden vorgelegt und welche Dividende von ihnen in denselben Jahren zur Vertheilung gebracht worden sind?

## Antwort der Regierung.

„Die regelmäßige Vorlage der Jahresbilanzen ist den Actiengesellschaften bis jetzt nicht auferlegt worden, weil eine solche Anforderung weder im Handelsgesetze noch im Vereinsgesetze begründet erscheint, weil die Feststellung der Jahresbilanzen bei den unter besonderer staatlicher Aufsicht stehenden Gesellschaften ohnehin stets unter Intervention und Mitwirkung des betreffenden Regierungscommissärs erfolgt und weil die endgiltig festgestellten Jahresbilanzen sammt der sich hieraus ergebenden Dividendenvertheilung nach erfolgter Genehmigung durch die betreffenden Generalversammlungen in den meisten Fällen im Wege der öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntniß gelangten.

Nur als sich in Folge der Börsenkrisis im Jahre 1873 die Nothwendigkeit herausstellte, möglichst rasch in Erfahrung zu bringen, ob sich bei einzelnen Gesellschaften mit Rücksicht auf die durch die Krisis erlittenen Verluste nicht etwa die Nothwendigkeit der Liquidirung im Sinne des Artikels 240 H. G. B. oder das Bedürfniß einer Fusionirung mit anderen gleichartigen Unternehmungen herausstelle, wurden die in Wien sowohl als in den einzelnen Ländern bestehenden Bank- und größeren Industriegesellschaften auf Actien wiederholt zur Vorlage von Rohbilanzen für den abgelaufenen Theil des Geschäftsjahres aufgefordert.

Das in Folge dieser Aufforderung eingelangte, sehr umfangreiche Material kann auf Verlangen zur Verfügung gestellt werden, wobei indessen schon jetzt bemerkt werden muß, daß die von den Actiengesellschaften vorgelegten Bilanzen sowohl im Hinblicke auf die Zeitverhältnisse, unter welchen sie entstanden sind, als mit Rücksicht auf den Umstand, daß dieselben keine definitiven, sondern eben nur approximative Rohbilanzen für einen Theil des Geschäftsjahres sind, dermalen jedes praktischen Werthes entbehren."

---

Bei der vorstehenden, auf die Bilanzen der Actiengesellschaften bezüglichen Frage an die Regierung war der Ausschuß von der Ansicht ausgegangen, daß es wünschenswerth sei, ein übersichtliches Bild der Gebarung der Actiengesellschaften in der dem Ausbruche der Krisis unmittelbar vorausgegangenen Periode und daraus Anhaltspunkte zu gewinnen zur Beurtheilung der Ursachen, welche die Krisis herbeiführten.

Leider erklärte die Regierung sich außer Stande, die betreffenden Nachweisungen zu liefern, und das vorgelegte Verzeichniß enthielt auch keinerlei Material in dieser Richtung. Daß es während und nach einer wirthschaftlichen Bewegung, wie die Anfangs der Siebziger-Jahre erlebte, in einem Lande wie Oesterreich, welches Ende 1873 weit über 700 Actiengesellschaften zählte, keinerlei amtliche Stelle gibt, an welcher die auf die Gebarung dieser Gesellschaften bezüglichen Daten authentisch und vollständig gesammelt wären, daß auch die amtliche Statistik in Oesterreich über das entsprechende Material nicht verfügt, das muß als eine ebenso bedauerliche als empfindliche Lücke der staatlichen Administration bezeichnet werden, deren Ausfüllung für die Folge entschieden als im öffentlichen wirthschaftlichen Interesse gelegen erachtet werden muß. Das neue Actiengesetz wird hierzu insoferne beitragen, als durch dasselbe den betreffenden Verwaltungen wenigstens die Vorlage ihrer Jahresbilanzen bei der betreffenden Landesbehörde zur Pflicht gemacht wird, und es bleibt hierbei nur noch zu wünschen, daß das entsprechende Material rechtzeitig auch der statistischen Centralbehörde zu entsprechender Verarbeitung und übersichtlichen Publication mitgetheilt werde.

Die negative Antwort seitens der Regierung vermochte übrigens das Subcomité nicht zum völligen Fallenlassen des durch die Frage IV angeregten Gegenstandes zu bestimmen. Zwar glaubte dasselbe von dem seitens der Regierung zur Verfügung gestellten Rohbilanzenmateriale mit Rücksicht darauf keinen Gebrauch machen zu sollen, daß dasselbe einerseits durch die seither für 1873 abgeschlossenen und zum Theile auch veröffentlichten definitiven Bilanzen überholt erscheint und andererseits der Werth dieses Rohbilanzenmaterials in der That als ein höchst problematischer angesehen werden muß. Diese Rohbilanzen waren bekanntlich fast ausnahmlos das Product willkürlicher Zifferngruppirung, dazu bestimmt, die betreffenden Gesellschaften als aufrechtstehend oder zum Mindesten die Hälfte des Actiencapitals mit Rücksicht auf Artikel 242 H. G. B. als intact darzustellen. Ging doch die Willkürlichkeit bei der Aufstellung dieser Rohbilanzen so weit, daß bei der erstmaligen Abforderung dieser Rohbilanzen im Juni 1873 fast alle diese Actiengesellschaften mit Rohbilanzen auftraten, welche Reingewinne auswiesen, während der weitere Verlauf der Ereignisse auf

das Klarste den Nachweis erbrachte, daß alle diese Zifferaufstellungen gleich vom Anbeginne an mit den Thatsachen im schroffsten Widerspruche standen. Was speciell die Banken betrifft, so war bei der Aufstellung dieser Rohbilanzen die Praxis eine ziemlich allgemeine, daß als uneinbringlich erkannte Debitorenposten gleichwohl unter die Activen eingestellt wurden, während auf der anderen Seite unter den Passiven die nicht abgewickelten Syndicatsverpflichtungen und anderweitigen Engagements von großem Umfange vollständig fehlten. Eine weitere, eingehendere Beachtung dieses Rohbilanzenmaterials könnte und auch das nur im Entgegenhalte zu den später publicirten definitiven Bilanzen nur dem Zwecke dienen, den Höhegrad des Optimismus, der Selbsttäuschung und der möglichst langen Vertuschung zu illustriren, welcher auch lange nach Ausbruch der Krise noch in den Kreisen der Verwaltungen der betreffenden Actiengesellschaften vorwaltete.

Wenn nun auch unter diesen Umständen eine weitere Berücksichtigung dieses Rohbilanzenmaterials als praktisch zwecklos erscheinen mußte, so empfahl es sich doch auf der anderen Seite in um so höherem Maße, den Hauptziffern der definitiven Bilanzen ein eingehenderes Augenmerk zuzuwenden und aus ihnen heraus die Richtung und Tendenz jener Bewegung zu constatiren, welche dem Ausbruche der Krisis vorausgegangen war. Allerdings war auch da das vorliegende Material leider kein vollständiges. Der Ausschuß sah sich diesfalls auf die bezüglichen Publicationen in dem „Statistischen Jahrbuch" der k. k. statistischen Centralcommission für die Jahre 1870, 1871, 1872 und 1873 angewiesen; diese Publication umfaßt überdies lediglich die Bilanzen der während dieser Jahre in Thätigkeit gewesenen Bank- und Creditinstitute, während die Bilanzen der Industrie- und Baugesellschaften in dieser Publication fehlen. Indeß auch schon in diesem beschränkten Umfange erweist sich das vorliegende Material als ein höchst lehrreiches und für die Beurtheilung der Umstände, welche zur kritischen Gestaltung der Verhältnisse in hervorragendem Maße beigetragen haben, höchst werthvolles. Es findet sich das Wesentliche daraus übersichtlich zusammengestellt in der diesem Berichte beigegebenen Tabelle C und eine Würdigung desselben führt zunächst zu folgenden Wahrnehmungen und Schlußfolgerungen:

Was den gesammten Reinertrag der Bank- und Creditinstitute betrifft, so erzielten die in den Ausweis aufgenommenen 44 Banken im Jahre 1870 bei einem Actiencapitale von 234·91 Millionen einen Reinertrag von 33·33 Millionen = 14·2 Percent des Actiencapitales, die 49 Banken im Jahre 1871 bei einem Actiencapitale von 257·32 Millionen einen Reinertrag von 44·00 Millionen = 17·1 Percent des Actiencapitales, endlich die 91 Banken im Jahre 1872 bei einem Actiencapitale von 397·27 Millionen Gulden einen Reingewinn von 88·87 Millionen = 22·4 Percent des Actiencapitales. Man erkennt schon hieraus die steigende Entwicklung, welche das Bank- und Creditgeschäft in den erwähnten drei Jahren genommen hat, und die Bedeutung der für das Jahr 1872 angeführten Reinertragsziffer von 88·87 Millionen wird namentlich dann klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die im Jahre 1868 in Thätigkeit gewesenen 16 Geld- und Creditinstitute bei einem Actiencapitale von 173·91 Millionen einen Ueberschuß von nur 26·31 Millionen erzielt haben, und daß selbst im Jahre 1869, wo bekanntlich die rapide speculative Bewegung bereits zu einem empfindlichen Rückschlage geführt hatte, die in Thätigkeit gewesenen 40 Geld- und Creditinstitute einen Ueberschuß von nur 33·89 Millionen bei einem Actiencapitale von 230·43 Millionen erzielt hatten.

Mit den angeführten Ziffern und der aus denselben ersichtlichen Steigerung steht in der bezüglichen Tabelle neben den Ziffern der Gesammteinnahmen der Bank- und Creditinstitute auch die Höhe der zur Vertheilung gelangten Zinsen und Superdividenden im Einklang, welch' letztere zusammengenommen von 27·98 Millionen im Jahre 1870 auf 37·52 Millionen im

Jahre 1871 und vollends auf 60·34 Millionen im Jahre 1872 gestiegen sind, um dann (nach Ausbruch der Krise) Ende 1873 auf 20·51 Millionen Gulden zu sinken.*) Von den in Thätigkeit gewesenen Banken lieferten speciell für das Jahr 1872 folgenden Ertrag in Percenten des eingezahlten Actiencapitales:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 11 | Banken | einen | Ertrag | von | | 5 | Percent |
| 14 | „ | „ | „ | zwischen | 5 und | 10 | „ |
| 30 | „ | „ | „ | „ | 10 „ | 15 | „ |
| 19 | „ | „ | „ | „ | 15 „ | 20 | „ |
| 2 | „ | „ | „ | „ | 20 „ | 25 | „ |
| 4 | „ | „ | „ | „ | 35 „ | 40 | „ |
| 1 | Bank | „ | „ | von | 60 | | „ |
| 1 | „ | „ | „ | „ | 75 | | „ |
| 1 | „ | „ | „ | „ | 80 | | „ |

zu welchen Ziffern nur noch zu bemerken wäre, daß die Dividenden derjenigen Banken, welche vor Auszahlung der beschlossenen Dividenden der Liquidation verfielen, hierbei nicht berücksichtigt sind.

Am nächsten liegt nun hier die Frage, welche Zweige der Bank- und Creditthätigkeit in erster Reihe diese Steigerung der Einnahmen, respective des Reinertrages und der zur Vertheilung gelangten Gewinne bis zum Ausbruche der Krisis herbeigeführt haben? Ein flüchtiger Ueberblick auf die Ziffern der bezüglichen Tabelle C genügt, um die Thatsache zu constatiren, daß nicht die Zweige des legitimen Bank- und Creditgeschäftes, als da sind: Wechselescompte, Vorschüsse auf Effecten und Waaren u. s. w. es gewesen sind, welche zu so auffallenden Gewinnen geführt haben, sondern daß der weitaus überwiegende Theil des Ertrages und demgemäß auch der Dividenden aus den speculativen Zweigen der Geschäftsthätigkeit der Banken resultirte. Bei keinem der einzelnen Einnahmszweige ist die Steigerung eine so geringe, und das Mißverhältniß zu der Steigerung der Gesammteinnahmssumme ein so großes, wie bei dem Wechselescompte, welcher bezüglich seines Ertrages nur in relativ sehr bescheidenem Maße, und zwar von 12·17 Millionen im Jahre 1870 auf 15·22 Millionen im Jahre 1871 und 17·41 Millionen im Jahre 1872 gestiegen ist. Auch bei den Einnahmen aus den Vorschüssen auf Effecten zeigt sich eine relativ nur sehr mäßige Zunahme von 6·06 Millionen im Jahre 1870 auf 6·77 Millionen im Jahre 1871 und auf 10·17 Millionen im Jahre 1872. Dagegen erscheint die Steigerung bei den drei anderen in der Tabelle ausgewiesenen Einnahmskategorien, nämlich bei jenen, welche die speculative Seite der Geschäftsthätigkeit der Banken involviren, als eine geradezu außerordentliche. Der Ertrag des Contocorrentgeschäftes ist von 2·49 Millionen im Jahre 1870 auf 9·82 Millionen im Jahre 1872, der Coursgewinn an Effecten, Valuten u. s. w., von 5·00 Millionen im Jahre 1870 auf 18·29 Millionen im Jahre 1872 und vollends der Ertrag des Bankcommissions-, Consortial- und Emissionsgeschäftes von 7.63 Millionen im Jahre 1870 auf 38·75 Millionen im Jahre 1872 gestiegen!

Richtung und Tendenz der Bankthätigkeit liegen in diesen Ziffern klar zu Tage, und die Thatsache erscheint jedem Zweifel entrückt, daß der legitime kaufmännische Credit trotz des rapiden Anwachsens der Banken, ihrer Zahl wie ihrem Actiencapitale nach, nicht nur jene Pflege und Befriedigung nicht gefunden hat, auf welche er in allererster Reihe Anspruch zu erheben berechtigt ist, sondern daß er geradezu auf die Brosamen angewiesen war, welche von

*) Von diesen 20·51 Millionen entfällt die Hälfte, nämlich 10·05 Millionen auf die österreichische Nationalbank; von den andern 81 Banken dieses Jahres wiesen 51 Verluste aus, nur 30 schloßen mit einem Reinertrage ab, welcher letzterer indeß nur bei 6 Banken die Höhe von 0·5 Millionen Gulden überstieg. Von den Wiener Banken lösten am 1. Januar 1874 überhaupt nur 4, am 1. Jänner 1875 nur 3 den Coupon ihrer Actien ein.

dem immer reich besetzten Tische der Speculation für ihn abfielen. Den Beleg hierfür liefert, außer den angeführten Ziffern, zum Ueberflusse auch noch ein flüchtiger Blick auf den Stand des Wechselvorrathes am Ende der in Rede stehenden drei Jahre, namentlich dann, wenn man sich gegenwärtig hält, daß notorisch obendrein das Gros der in diesen drei Jahren zum Escompte gelangten Gesammtsummen für speculative Zwecke absorbirt wurde, und nur ein Bruchtheil der legitimen kaufmännischen Geschäftsthätigkeit, dem normalen Handel und der Industrie zufloß. Dabei darf auch der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß in Bezug auf eine ausgiebigere Befriedigung des Escomptecredites in Oesterreich, streng genommen, überhaupt nur von drei, höchstens vier Creditinstituten die Rede sein kann. Die Anmerkung 1 der Tabelle C liefert auch hierfür bezeichnende Daten. Die Hauptquelle für den Escomptecredit war und ist die „Oesterreichische Nationalbank", und neben ihr kommen in Wien nur noch die „Niederösterreichische Escomptegesellschaft" und die „Oesterreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe" in Betracht. Die anderen Banken, mit einer einzigen Ausnahme in Wien und mit Ausnahme der wenigen, vorzugsweise dem Escomptegeschäfte gewidmeten Bankinstitute in den Provinzialhauptstädten, entzogen sich dem kaufmännischen Wechselescompte entweder gänzlich oder restringirten im Laufe dieser Periode ihren Escomptecredit in ziemlich beträchtlichem Ausmaße, trotzdem die Summen, welche sie dem Escomptecredit vordem zuwendeten, ohnehin schon an sich äußerst bescheidene, ganz außer Verhältniß zu ihrem sonstigen Geschäftsumsatze stehende waren. Mit Einem Worte: Der legitime kaufmännische Credit war in dem Maße, in welchem die speculative Richtung der Bankthätigkeit und die unnatürliche Höhe des von ihr gewährten Zinsfußes sich steigerte, auf immer kürzere Rationen gesetzt, und die Börsespeculation hatte es obendrein verstanden, sich den größten Theil auch jener Capitalien dienstbar zu machen, welche im Wege des Wechselescomptes flüssig wurden oder sonst dem Markte zur Verfügung standen.

Durch die Ziffern der Tabelle C wird übrigens die Tendenz und Richtung der Geschäftsthätigkeit der Banken auch noch nach einer anderen Seite hin in drastischer Weise gekennzeichnet, insofern dieselben Anhaltspunkte bieten zur beiläufigen Beurtheilung des Ausmaßes, in welchem zur Aufrechterhaltung und Fortführung der immer steigenden speculativen Transactionen, von dem Credite in den verschiedensten Formen Gebrauch gemacht wurde, und insofern durch dieselben die Thatsache erhärtet wird, daß dieser speculative Bau nicht in einem, dem Umfange dieser Transactionen entsprechenden disponiblen Capitale, sondern ganz vorzugsweise in den Dimensionen, in welchen eben der Credit angespannt wurde, seine Basis hatte. Ein Factum allerdings kommt in den Ziffern jener Tabelle nicht zum deutlichen Ausdrucke; das ist die Art, wie der Privatcredit zu speculativen Zwecken mißbraucht wurde, der Umfang, welchen notorisch speciell die künstliche Geldbeschaffung auf dem Wege der sogenannten Wechselreiterei angenommen hatte. Der schwindelhafte Wechselcredit war namentlich im Jahre 1872 ein eben so beliebtes und häufiges, als gefahrbringendes Mittel, durch welches namentlich die neu entstandenen Banken einander in Zeiten der Geldknappheit und auch in normalen Zeiten bei eintretendem Geldbedarfe aushalfen. Wurde doch in der zweiten Hälfte des Monates December 1872 berechnet, daß Wiener Speculationsbanken und Speculationsfirmen für nicht weniger als 50 Millionen Thaler Wechsel auf Berlin allein gezogen hatten, für welche bei Schluß des genannten Jahres Deckung zu beschaffen war, eine Thatsache um so gefahrvollerer Natur, wenn man sich die Isolirung des österreichischen Marktes in Folge der österreichischen Valutaverhältnisse und den Umstand vergegenwärtigt, daß der auswärtige Geldmarkt sich notorisch abseits hielt von den Schöpfungen der specifisch österreichischen Gründungslaune und nicht im Entferntesten daran dachte, auch nur einen Bruchtheil der neugeschaffenen sogenannten „Werthe" an sich zu nehmen. Aber es genügt, um die Inanspruchnahme des Credites als Motors der Specu-

lation zu würdigen, ein Blick auf die hierbei in Betracht kommenden Posten unter den Activen und Passiven der Bilanzen der in Rede stehenden drei Jahre. Man findet da vor Allem, daß die Summe der Debitorenposten von 336·92 Millionen im Jahre 1870 auf 404·51 Millionen im Jahre 1871 und auf 827·56 Millionen im Jahre 1872 gestiegen ist, daß auf der anderen Seite die Posten der Creditoren eine Steigerung von 216·32 Millionen im Jahre 1870 auf 263·37 Millionen im Jahre 1871 und auf 559·43 Millionen im Jahre 1872 aufweisen. Das Mißverhältniß der Steigerung dieser Posten zu jener Steigerung, welche das Actiencapital der Banken in der gleichen Periode erfahren hat, bedarf keiner weiteren Illustration; wohl aber verdient es weitere Berücksichtigung, daß die Summe der Accepte und Anweisungen von 43·44 Millionen Ende 1870 auf 57·21 Millionen Ende 1871 und auf 100·37 Millionen Ende 1872 gestiegen ist, und daß überdies die Passivpost der Cassascheine und Geldeinlagen von 77·13 Millionen Ende 1870 auf 142·67 Millionen Ende 1872 (und auf mindestens 180 Millionen Ende April 1873 bei Ausbruch der Krisis!) gestiegen ist, sich also innerhalb der zweijährigen Periode von Anfang 1871 bis Ende 1872 allein nahezu verdoppelt hat.

Ein sehr bezeichnendes Streiflicht in Bezug auf die hier in Besprechung stehenden Punkte bietet übrigens die Anmerkung 4 der oben erwähnten Tabelle C, und behauptet man, daß ein Mißbrauch des Credites in hohem Umfange stattgefunden habe, so ist nichts geeigneter die Berechtigung dieser Behauptung zu erhärten, als die Wahrnehmung, daß einerseits Banken von ausschließlich speculativer Richtung mit einem Actiencapitale von nur 2 Millionen Gulden in ihrer Bilanz für Ende 1872 ein Passivum aus den Creditorenposten allein in der Höhe von 20 bis 32 Millionen Gulden, also in der zehn- bis sechzehnfachen Höhe ihres Actiencapitals ausgewiesen haben, während anderseits unter den Activen Debitorenposten figurirten, deren Höhe ein Vielfaches, in einzelnen Fällen das Zehn- bis Fünfzehnfache des Actiencapitals betrug. Die Anmerkung 4 der Tabelle C veranschaulicht zugleich den Wechsel, welchen die Krisis vom Mai 1873 auch in dieser Richtung herbeigeführt hat.

Nicht ohne alles Interesse erscheinen ferner die in derselben Tabelle C enthaltenen, auf die Reserven der Banken bezüglichen Daten. Wenn man von den Ziffern des unter den Passiven der Bilanzen der drei Jahre erscheinenden Reservefonds, die auf die österreichische Nationalbank entfallende Quote in Abzug bringt, so zeigt sich, daß die übrigen Banken über einen Reservefond verfügten, welcher sich Ende 1870 auf 8·55 Millionen, Ende 1871 auf 11·65 Millionen und Ende 1872 auf 14·17 Millionen stellte. Wenn man aber diese Summen vergleicht mit dem entsprechenden Actiencapitale, so zeigt sich, daß der Reservefond aller Banken zusammengenommen, mit alleiniger Ausnahme der „Oesterreichischen Nationalbank" Ende 1870 5·8 Percent, Ende 1871 6·9 Percent, Ende 1872 4·5 Percent des gesammten Actiencapitales ausmachte. Diese Abnahme dem Percente nach mag immerhin darauf zurückzuführen sein, daß eine nicht geringe Anzahl dieser Banken erst ganz kurze Zeit in Thätigkeit war. Aber die Thatsache bleibt doch eine höchst bezeichnende, daß von den 90 Banken, welche in den vorliegenden Ausweis für 1872 einbezogen sind, nicht weniger als 39 gar keinen Reservefond, nur 14 einen Reservefond von über je 100.000 fl. und nur 5 einen solchen von über je 1,000.000 fl. ausweisen, trotzdem die Geschäftsthätigkeit sich gerade im Jahre 1872 zu einer beispiellos gewinnbringenden gestaltet hatte. In keinem Falle dürfte die Behauptung aufgestellt werden können, daß Seitens der Banken während dieser lucrativen Periode auf die Ansammlung von Reserven in ausreichender, der Höhe des erzielten Geschäftsgewinnes wie dem Risico der vorwiegend speculativen Thätigkeit entsprechenden Ausmaße Bedacht genommen worden sei. In umso ausgiebigerem Maße dagegen wurde entsprechend dem so außerordentlich gesteigerten Erträgnisse auf die Tantièmen Bedacht genommen. Die Summe der zur Vertheilung gebrachten Tantièmen stieg

von 1·85 Million im Jahre 1870 auf 5·89 Millionen im Jahre 1872, hat sich demnach innerhalb dieser Zeit mehr als verdreifacht; allerdings hat sich auch die Summe, welche der Fiscus an Steuern, Stempeln und Gebühren von den im Betriebe befindlichen Banken einhob, in der gleichen Periode nahezu verdoppelt.

Auf den Versuch, auf ähnlichem Wege, wie in Betreff der Banken, auch in Bezug auf Industriegesellschaften, namentlich Baugesellschaften jene Daten und Wahrnehmungen zu constatiren, welche mit den Ursachen der Krisis zusammenhängen oder zur Erkenntniß derselben führen könnten, mußte, wie bereits früher erwähnt, mit Rücksicht darauf verzichtet werden, daß das bezügliche Bilanzmaterial in vollständiger Weise nicht zu beschaffen war. Es ist dies eine empfindliche Lücke, namentlich in Bezug auf die Baugesellschaften, deren Entstehung sowohl, wie deren Thätigkeit nicht bloß zur Herbeiführung der Krisis, sondern auch zur Steigerung ihrer Intensität und Vehemenz, ja in hervorragendem Maße auch zur Verlängerung der Dauer ihrer Wirkungen beigetragen haben. Im Allgemeinen muß hier erinnert werden, daß zwar schon das Jahr 1869 als der Beginn der Gründungsära für Baugesellschaften anzusehen ist, daß aber die eigentliche Entwicklung dieses Zweiges der Association in das Jahr 1872 und in die dem Ausbruche der Krisis unmittelbar vorausgegangenen vier Monate des Jahres 1873 fällt. Wie schon an einer früheren Stelle erwähnt, wurde für die 104 thatsächlich zur Concessionirung gelangten Baugesellschaften in der ganzen Monarchie auf ein Nominalcapital von 768·62 Millionen reflectirt, und wenn man hievon das Nominalcapital der 41 nicht zu Stande gekommenen Baugesellschaften mit 297.62 Millionen in Abzug bringt, so ergibt sich für die 63 thatsächlich constituirten Baugesellschaften ein Nominalcapital von nicht weniger als 471 Millionen Gulden! Schon die Höhe dieser Ziffer allein muß den Zusammensturz begreiflich erscheinen lassen, welcher alsbald erfolgte, und berücksichtigt man, daß, wie gesagt, der weitaus größte Theil dieser Summe auf das Jahr 1872 und die ersten vier Monate des Jahres 1873 entfällt, so muß wohl auch die Erscheinung als eine natürliche angesehen werden, daß bei einem großen Theile der in den letzten Monaten des Jahres 1872 und den ersten Monaten des Jahres 1873 concessionirten Baugesellschaften die Constituirung eine bloße Formalität war und dieser Theil der Baugesellschaften glücklicherweise gar nicht in die Lage kam, eine eigentliche Thätigkeit zu entfalten. In Bezug auf die factisch zur Thätigkeit gelangten Baugesellschaften lassen sich folgende hauptsächliche Momente constatiren:

Vornehmlich zu dem Zwecke ins Leben gerufen, um, was speciell Wien betrifft, angesichts der dort herrschenden Wohnungsnoth, sowie der von der großen Weltausstellung erwarteten Entwicklung der Reichshauptstadt, eine Bauthätigkeit im Großen zu entfalten, gestaltete sich alsbald diese Thätigkeit zu einer völlig secundären, ja in vielen Fällen geradezu völlig untergeordneten, und war die Speculation in ihren verschiedenen Formen nicht bloß schon bei der Geburt der allermeisten dieser Baugesellschaften das eigentliche bewegende Moment, sondern im weiteren Verlaufe auch immer mehr der eigentliche Zweck, die eigentliche Beschäftigung der einmal gegründeten Gesellschaften überhaupt. Ganz abgesehen davon, daß nicht wenige dieser Baugesellschaften ihren größten Profit aus der Gründung neuer Baugesellschaften und aus der Agiotage mit den Actien dieser jüngeren Baugesellschaften zogen, daß andere dieser Baugesellschaften mit nicht geringen Summen in dem an der Börse schwunghaft betriebenen Kostgeschäfte engagirt waren, wieder andere Gründungs- und Kostgeschäfte gleichzeitig als ihren Hauptgeschäftszweig cultivirten, ist die Thatsache eine männiglich bekannte, durch die von den Baugesellschaften selbst ausgegangenen Publicationen jedem Zweifel entrückte, und von ihnen selbst

derzeit auch nicht mehr bestrittene, daß dieselben den Schwerpunkt ihrer statutarischen Geschäftsthätigkeit nicht in dem Verbauen unverbauter Grundcomplexe gesucht, sondern in die Acquirirung und möglichst wucherischen Weiterveräußerung solcher Grundcomplexe gelegt hatten. *) Die Baugesellschaften bauten wenig, sie speculirten nur, und in der Ferne folgten ihnen die weiten Kreise privater Grund- und Bauspeculanten. Nach übereinstimmenden, wenn auch nicht officiellen Schätzungen könnte man auf den in Wien und seiner Umgebung allein von den Baugesellschaften und privaten Speculanten erworbenen Grundcomplexen weit über 100.000 Häuser, keines in einem geringeren Ausmaße als 150 Quadratklafter aufführen. Um aber diese Ziffer zu würdigen, muß man im Auge behalten, daß ganz Wien ohne Vororte Ende 1872 nur 10.756 Häuser und mitsammt den Vororten (21 Ortschaften, Umgebung Wiens, 5880 Häuser), nur 16.636 Häuser zählte**), daß ferner nach einer vorliegenden authentischen Zusammenstellung der jährliche Zuwachs an Häusern in Wien seit dem Beginne der großen Stadterweiterung die Ziffer von 250 im Durchschnitte niemals erreicht hat, und daß die gesammte Thätigkeit aller Baugesellschaften in den Jahren 1869 bis inclusive 1872 sich in der Ziffer von etwas über 200 neuen Häusern ausspricht.

Die Behauptung, so paradox sie klingen mag, ist demnach unter allen Umständen eine wohl begründete, daß es immerhin mehrerer Jahrhunderte bedurft hätte, um bei noch so großer Anspannung aller verfügbaren Arbeitskräfte, alle jene Grundcomplexe zu verbauen, welche sich in den Händen der Speculation befanden, als die Krisis über den Effectenmarkt hereinbrach. Daß die eigenen Mittel der betreffenden Baugesellschaften unter solchen Umständen nicht dazu ausreichten, um neben der Aufrechthaltung der angeführten speculativen Transactionen auch eine wirkliche reelle Bauthätigkeit zu ermöglichen, das liegt wohl klar zu Tage und die Erscheinung war demnach eine ganz erklärliche, daß dieselben den Credit in außerordentlichem Maße in Anspruch nahmen, ja einen großen Theil der Kosten der von ihnen wirklich aufgeführten Neubauten nicht aus eigenen Mitteln, sondern durch aufgenommene Hypothekardarlehen nicht selten bis zu zwei Dritteln der ganzen Baukosten und darüber deckten, einzelne von ihnen auch im Wege der Ausgabe von Obligationen flüssige Mittel sich zu beschaffen gezwungen waren.

Die Beantwortung der Frage, welche Dividenden von den Baugesellschaften zur Vertheilung gebracht worden sind, vereinfacht sich sehr wesentlich durch den im Vorausgegangenen bereits angedeuteten Umstand, daß die überwiegende Mehrzahl derselben überhaupt erst im Laufe des Jahres 1872 und auch da wieder insbesondere in der zweiten Hälfte desselben, sowie in den vier ersten Monaten des Jahres 1873 ins Leben getreten, und daß die Zahl derjenigen, von welchen eine oder mehrere Jahresbilanzen vorliegen, eine relativ geringe ist. Zur Kennzeichnung im Allgemeinen sei hier auf die Ziffern der, 18 der bedeutendsten Baugesellschaften umfassenden Tabelle C I hingewiesen.

## Frage V.

Durchführung der Artikel 240 und 242 H. G. B.; Liquidationen, Concurse, Fusionen.

Welche der betreffenden Gesellschaften von den Verwaltungsbehörden nach Artikel 242, Ziffer 3 H. G. B. aufgelöst wurden, und in welchem Zeitpunkte diese Auflösung erfolgte?

*) In den Bilanzen der Baugesellschaften für 1873, soweit dieselben überhaupt ein Urtheil zulassen, spiegeln sich diese Thatsachen getreulich ab. Das Actiencapital derselben wurde fast vollständig in Baugründen und Realitäten festgerannt, bei vielen überstieg der Kaufpreis für Baugründe und Realitäten die Höhe des Actiencapitals. Eine Zusammenstellung der Bilanzen von 35 Baugesellschaften in Wien für 1873 ergab folgende bezeichnende Daten, und zwar unter den Passiven: Actiencapital 152·6 Millionen, Kaufschillingsreste und Hypothekardarlehen 46 Millionen, Creditoren 16 Millionen; unter den Activen: Baugründe, Realitäten und Gewerkschaften 136 Millionen, Debitoren 43 Millionen, Effecten, Wechsel u. s. w. 12 Millionen.

**) Siehe: Statistische Tabellen zu den Regierungsvorlagen, betreffend die Reform der directen Steuern, 1874 (Seite 6).

## Frage VI.

Welche der betreffenden Gesellschaften nach Artikel 240 H. G. B. bei der Verwaltungsbehörde die Anzeige, daß sich ihr Grundcapital um die Hälfte vermindert habe, oder bei Gericht die Anzeige behufs Eröffnung des Concurses gemacht haben?

## Frage VII.

Für welche der betreffenden Gesellschaften nach Artikel 247 H. G. B. zu ihrer Vereinigung (Fusion) die staatliche Genehmigung ertheilt wurde, und wann diese Genehmigung erfolgte?

## Frage VIII.

Welche jener Gesellschaften mit Ende 1873 ihre Zahlungen eingestellt, sich aufgelöst, fusionirt oder liquidirt haben?

## Antwort der Regierung:

„Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich theils aus der Rubrik „Liquidirt" und „in Concurs verfallen", theils aus der Rubrik „Anmerkung" des sub 1 erwähnten Verzeichnisses. Was jedoch die Frage betrifft, ob die Eröffnung des Concurses über Anzeige der betreffenden Gesellschaften selbst bei Gericht erfolgte, so können hierüber nur die Gerichtsacten Aufschluß geben, welche den politischen Behörden nicht zu Gebote stehen."

---

Zur Beantwortung der durch die vorstehenden Fragen berührten Punkte namentlich zum Capitel der Liquidationen, Fusionen u. s. w. enthielt das von der Regierung vorgelegte Verzeichniß ein, wenn auch nur bis zum Monate September 1874 reichendes, so doch reiches und ziemlich vollständiges Materiale; doch mußte dasselbe aus jenem Verzeichnisse für den vorliegenden Zweck erst zusammengetragen und übersichtlich gestaltet werden, welchem Zwecke die in der Anlage zu diesem Berichte enthaltene Tabelle D zu dienen bestimmt ist. Aus derselben ergibt sich zunächst, daß von den in den Jahren 1867 bis Ende April 1873 concessionirten 1005, respective von den 682 constituirten Actiengesellschaften, bis zum Monate September 1874 nicht weniger als 166 Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 360·50 Millionen theils der Liquidation, theils dem Concurse, theils der Fusion anheimfielen. Dem Datum der Concessionirung nach gehören von diesen 166 Actiengesellschaften nicht weniger als 125 den Jahren 1871 bis April 1873 an, der Rest den vorausgegangenen vier Jahren 1867 bis 1870. Dem Datum der Constituirung nach gehören von diesen 166 Gesellschaften 113 der 16monatlichen Periode von Anfang 1872 bis Ende April 1873, der Rest von 53 den fünf Jahren 1867 bis 1871 an. Von jenen 166 Actiengesellschaften befanden sich Ende September 1874, also 17 Monate nach Ausbruch der Krisis, im Concurse: 37 Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Capitale von 26·71 Millionen; in Liquidation: 123 Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 316·79 Millionen, und hatten sich fusionirt: 6 Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 17·00 Millionen. Das Nominalactiencapital dieser 166 Actiengesellschaften belief sich auf 1022·85 Millionen. Dem Zeitpunkte nach, in welchem sie eintraten, fallen von den 37 Concursen nicht weniger als 35 in die Jahre 1873 und 1874, während von den 123 Liquidationen nur 5 in das Jahr 1870, 3 in das Jahr 1871, 6 in das Jahr 1872, der Rest von 109 in die Jahre 1873 und 1874

fallen — Ziffern, in welchen sich die unmittelbare Consequenz der eingetretenen Krisis deutlich widerspiegelt.*)

Was nun die Frage betrifft, welche der betreffenden Gesellschaften von den Verwaltungsbehörden nach Artikel 242, Zahl 3 des H. G. B. (Verminderung des Grundcapitales um die Hälfte) aufgelöst worden seien, und in welchem Zeitpunkte diese Auflösung erfolgte, so muß auf Grund des von der Regierung vorgelegten Verzeichnisses zunächst die Thatsache constatirt werden, daß durch Verfügung der Verwaltungsbehörde überhaupt nur vier Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 2·80 Millionen, und zwar 1 Versicherungsinstitut mit einem Capitale von 0·80 Millionen und 3 Industriegesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 2·00 Millionen aufgelöst worden sind. Ob diese Auflösung mit Rücksicht auf den Verlust des halben Actiencapitales oder aus administrativen Gründen anderer Natur erfolgte, darüber fehlt in dem von der Regierung vorgelegten Verzeichnisse jede Aufklärung. Mit Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß diese Auflösung eben nicht auf Grund des Artikels 242 H. G. B. oder doch auch aus anderen Gründen erfolgte. In jedem Falle steht die Thatsache fest, daß von der Befugniß oder von der Verpflichtung des Artikels 242, Zahl 3, seitens der Regierung ein factischer Gebrauch so gut wie gar nicht gemacht worden ist.

Es kann hiebei die Interpretation nicht außer Acht gelassen werden, welche in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. December 1873 seitens der hohen Regierung dem Artikel 242, respective 240 des H. G. B. gegeben wurde. In jener Sitzung constatirte Seine Excellenz der Herr Justizminister, daß durch den Artikel 240 die Regierung eben nur ermächtigt werde, „nach Befinden der Umstände" zu handeln, respective von den Büchern der Gesellschaft Einsicht zu nehmen und „nach Befinden der Umstände" die Auflösung der Gesellschaft zu verfügen. Es ist ferner auch davon Notiz zu nehmen, daß in derselben Sitzung durch den Mund Seiner Excellenz des Herrn Justizministers erklärt wurde, es könne auf Grund des Artikels 240 des H. G. B. eben nur die Jahresbilanz als Basis und Voraussetzung der allenfalls zu verfügenden Liquidation gelten. Wohl im Zusammenhange mit dieser Auffassung steht die Thatsache, daß bei keiner einzigen Bank oder Baugesellschaft eine behördliche Auflösung in Folge des Verlustes des halben Actiencapitales vorkam, und daß von dem Artikel 242, respective 240 des Handelsgesetzbuches auch dann kein Gebrauch gemacht wurde, als die letzten Jahresbilanzen, nämlich die für das Jahr 1873 und 1874, bereits vorlagen. Die etwaige Folgerung aus diesen Umständen, daß es keine Actiengesellschaften und namentlich keine Banken gegeben habe, bei welchen der Verlust des halben Actiencapitales eingetreten wäre, dürfte wohl als eine völlig unzulässige anzusehen sein, wie sich dies schon aus der oben constatirten Zahl der thatsächlich eingetretenen und durch die gegebenen Umstände unvermeidlich gewordenen Liquidationen auf das Evidenteste ergibt, völlig abgesehen von der Notorietät auch der weiteren Thatsache, daß eine ganze Reihe, namentlich von Bankinstituten, im ersten Semester des Jahres 1874 Bilanzen für das Jahr 1873 publicirten, bei welchen eben nur ein verschwindend kleiner Bruchtheil über die Hälfte des Actiencapitales

*) Die hier angeführten Ziffern basiren auf dem von der Regierung vorgelegten Verzeichnisse, dessen Daten bis September 1874 reichen. Mit Berücksichtigung der seitdem bis Ende 1874 vorgekommenen weiteren Veränderungen ergeben sich folgende Ziffern für die Jahre 1873 und 1874 resp. 1875:

| | Liquidationen: | | Concurse: | |
|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Gesellschaften. | Actiencapital. | Zahl der Gesellschaften. | Actiencapital. |
| 1873 | 85 | 224·84 Mill. fl. | 22 | 19·56 Mill. fl. |
| 1874 | 69 | 116·71 „ „ | 24 | 11·77 „ „ |
| 1875 | 23 | 62·04 „ „ | 46 | 31·33 Mill. fl. |
| | 177 | 403·59 Mill. fl. | | |

als vorhanden ausgewiesen wurde, ein vielfach angewendetes Bilanzkunststück, welches eben nur dadurch ermöglicht wurde, daß eine behördliche Prüfung der Bücher niemals stattgefunden hat und es den betreffenden Verwaltungen anheimgegeben war, durch die Einbeziehung völlig uneinbringlicher Posten unter die Activen und durch andere ähnliche Mittel dem Falle des Artikels 240 des Handelsgesetzbuches künstlich auszuweichen. Die richtige Folgerung aus den angeführten Thatsachen kann eben nur die sein, daß die Regierung von der ihr durch Artikel 240, Absatz 2, eingeräumten Facultät einen Gebrauch nicht gemacht hat. Auf die Constatirung dieses Umstandes glaubte indeß der Ausschuß seine Ausführungen in Betreff dieses Punktes beschränken zu sollen, vornehmlich mit Rücksicht darauf, daß die ihm gewordene Aufgabe zunächst darin bestand, die Ursachen der Krisis zu verzeichnen und zu beurtheilen, die Praxis bei Anwendung der Artikel 240 und 242 des Handelsgesetzbuches aber zum mindesten nicht als mit den Ursachen der Entstehung der Krisis im Zusammenhange befindlich angesehen werden kann.

Noch einfacher gestaltet sich die Beantwortung der Frage, welche der betreffenden Gesellschaften nach Artikel 240 des Handelsgesetzbuches bei der Verwaltungsbehörde die Anzeige, daß sich ihr Grundcapital um die Hälfte vermindert habe, gemacht haben? Die betreffende Norm des Artikels 240 lautet bestimmt und entzieht sich jeder weiteren Interpretation: Der Vorstand einer Gesellschaft, deren letzte Bilanz den Verlust der Hälfte des Grundcapitales ausweist, muß der zuständigen Verwaltungsbehörde davon Anzeige machen. Um so auffallender erscheint dem gegenüber die aus dem officiellen Regierungsverzeichnisse ersichtliche Thatsache, daß von den 123 Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 315·90 Millionen, welche der Liquidation verfielen, nur zwei mit einem Actiencapitale von 10·00 Millionen im Sinne des Artikels 240 den Verlust des halben Capitales angezeigt haben. Es waren dies die am 28. Juni 1869 constituirte „Handelsgesellschaft für Forstproducte" und die am 16. April 1872 constituirte „Oesterreichische Industrialbank", wobei obendrein zu bemerken ist, daß die erstere den Verlust des halben Actiencapitales am 26. Jänner 1873, also ziemlich lange vor Ausbruch der Krisis, die letztere die betreffende Anzeige am 23. Mai 1873, also in demselben Monate nach Ausbruch der Krisis gemacht hat. Von den anderen 121 Actiengesellschaften in Liquidation hat keine einzige den Verlust ihres halben Actiencapitales angezeigt, und sind dieselben auch zu einer solchen Anzeige in keiner Weise verhalten worden.

In Betreff der vorgekommenen Fusionen enthält die Rubrik „Anmerkung" der diesem Berichte beigegebenen Tabelle D die näheren Daten. Aus derselben ist ersichtlich, daß an sechs Actiengesellschaften mit einem eingezahlten Actiencapitale von 17·00 Millionen die Bewilligung zur Fusion mit anderen Actiengesellschaften ertheilt worden ist.

Die Daten zur umfassenden Beantwortung der Frage VIII gibt in übersichtlicher Weise die Tabelle D in ihrer Totalität, sowie die derselben am Schlusse beigefügten Anmerkungen vollständig an die Hand. Dabei kann jedoch eine Würdigung der Art und Weise, wie seitens der gefallenen Actiengesellschaften die Abwickelung ihrer Geschäfte durchgeführt wird, unmöglich umgangen werden. Einmal darum, weil es sich hiebei um eine Capitalssumme von sehr bedeutender Höhe handelt, weiter aber auch deßhalb, weil diese Angelegenheit mit der Frage der Entlastung und Purificirung des Geld- und Effectenmarktes seit Ausbruch der Krisis auf das Innigste zusammenhängt. Von den dem Concurse verfallenen Actiengesellschaften mit einem Gesammtcapitale von 31·33 Millionen Gulden ist abzusehen, nachdem die Abwicklung bei diesen Gegenstand gerichtlicher Procedur ist. Was aber die in Liquidation verfallenen 123, respective 177 Actiengesellschaften mit einem Gesammtcapitale von 316·79, respective 403·5 Millionen Gulden betrifft, von denen ein sehr großer Theil sich eigentlich in statu cridae befindet, so ist rücksichtlich ihrer die mit der Ausbreitung der Krisis und der Ausdehnung ihrer Dauer

zusammenhängende Thatsache zu constatiren, daß von einer Abwicklung oder auch nur von einem entsprechenden Fortschritte des Liquidationsgeschäftes auch derzeit, mehr als zwei Jahre nach Ausbruch der Krisis noch nicht die Rede sein kann. Nur eine sehr geringe Anzahl von Actiengesellschaften in Liquidation hat innerhalb dieses Zeitraumes ihr Dasein beendet, meist solche, die knapp vor Ausbruch der Krisis gegründet wurden und demnach zum Beginne einer Geschäftsthätigkeit gar nicht gelangt waren. Bei der weitaus großen Mehrzahl derselben ist das Liquidationsgeschäft auch derzeit noch „im Zuge", jedweder Controle sowohl seitens der Regierung wie seitens der Oeffentlichkeit entrückt. Erwägt man, daß seitens der in Liquidation befindlichen Actiengesellschaften im Monate August 1874 auf ein Actiencapital von 316 Millionen Gulden nur eine Quote von rund 25 Millionen als Rück- oder Abschlagszahlung hinausgegeben war, und daß seither die Gesammtsumme des in Liquidation befindlichen Actiencapitals auf 403·5 Millionen Gulden gestiegen ist, ohne daß die Quote der geleisteten Rück- oder Abschlagszahlungen sich erheblich vermehrt hätte; erwägt man weiter, daß im September 1875, also fast dritthalb Jahre nach Ausbruch der Krisis, von den Wiener Banken im ganzen erst 13 ihre Liquidation beendet hatten, während 26 sich noch im Zuge der Liquidation befanden, von denen 14 noch nicht einmal eine Abschlagszahlung geleistet hatten, dann steht man vor der vielsagenden und vielerklärenden Thatsache, daß — ganz abgesehen von der höchst precären Lage der Gläubiger der meisten jener Actiengesellschaften und von den nicht zu berechnenden Summen, mit welchen diese an der Liquidation der betreffenden Gesellschaften betheiligt sind — aus dem Titel des eingeschossenen Actiencapitales allein eine Capitalssumme von jedenfalls über 250 Millionen Gulden derzeit noch „in Schwebe" ist. Die Folgerungen, zu welchen diese Thatsache führt, werden an einer späteren Stelle dieses Berichtes ihre Berücksichtigung finden.

## Frage IX.

Cartellverträge.

Welche Actiengesellschaften mit den von ihnen gegründeten Gesellschaften Cartellverträge abgeschlossen haben, und welche Haltung die Regierung diesen Vertragsabschlüssen gegenüber angenommen hat?

## Antwort der Regierung.

„Die zwischen einzelnen Actiengesellschaften bestandenen sogenannten Cartellverträge sind in der Rubrik „Anmerkungen" des Verzeichnisses sub 1 ersichtlich gemacht. Insofern durch solche Cartellverträge eine Umgehung des in dem Regulativ vom 1. März 1872 ausgesprochenen Verbotes der Emission neuer Actien vor voller Einzahlung der alten oder der Emission von nicht voll eingezahlten Actien bei Bank- und Creditinstituten beabsichtigt wurde, ist von Seite der Regierung dieser Absicht dadurch entgegengetreten worden, daß den auf solche Weise emittirten Actien die Notirung an den öffentlichen Börsen stets unbedingt verweigert wurde."

---

Das Capitel der Cartelle gehört, wenn auch nicht zu den unmittelbar veranlassenden Momenten, so doch zu jenen Detailursachen, welche die Krisis des Jahres 1873 herbeiführten, und bildet eine der bezeichnendsten Episoden in der Vorgeschichte jener Krisis. Die Praxis der Cartelle war zunächst eine allerdings nicht beabsichtigte Folge jenes Regulativs vom 1. März 1872, dessen Bestimmungen von diesem Zeitpunkte an in Betreff der Neugründungen überhaupt und speciell in Betreff der Ausgabe von sogenannten jungen Actien

zunächst für die ständige Vereinscommission bei der Entscheidung über die eingelaufenen Concessionsbewerbungen maßgebend sein sollten *).

Der üblen Gepflogenheit entsprechend und zum Theile wohl auch aus dem Grunde, weil man es da nicht mit einer gesetzlichen, sondern mit einer, wenn auch sachlich noch so berechtigten, doch immerhin einseitig administrativen Verfügung zu thun hatte, wurden die Bestimmungen dieses Regulativs, an welches die concessionirende Behörde sich allerdings hielt, doch in der Praxis rücksichtslos umgangen und, wie hier nebenbei bemerkt werden soll, wurde der eigentliche Zweck, die Ueberspeculation einzudämmen und das Gründungstempo zu mäßigen, dadurch entschieden in keiner Weise erreicht. Das führte etliche Monate später, im Juni 1872, zu einer Weisung seitens der Regierung an die bei den Creditinstituten bestellten Regierungscommissäre, durch welche denselben unter Anderem auch aufgetragen wurde, daß die Emission neuer Actien vor erfolgter voller Einzahlung der Actien früherer Emission ausnahmslos unstatthaft sei, auch dann, wenn die neue Emission der Actien innerhalb des statutenmäßigen Grundcapitals beabsichtigt werden sollte.

Aus dieser Sachlage heraus wuchs die Idee der Cartelle. Bestehende Banken erwarben für bares Geld Concessionen aus früheren Perioden zur Gründung von Actiengesellschaften mit nur 40 Percent Einzahlung auf das Nominalcapital, constituirten in gewohnter Weise die neuen Institute, wiesen in gewohnter Weise die geleistete Einzahlung nach, und schlossen in den verschiedensten, meist höchst unbestimmten und elastischen Formen sogenannte Cartelle zu gegenseitiger Participation an den entrirten Geschäften mit den so neu gegründeten Instituten. Der Reihe nach — die Aera der Cartelle fällt erst in das zweite Semester 1872 — wurden, wie aus der, diesem Berichte beigegebenen Tabelle E ersichtlich ist, acht solche Cartellverhältnisse abgeschlossen, wobei noch zu erwähnen kommt, daß überdies drei Institute, welche den Boden in dieser Richtung auf cisleithanischem Gebiete nicht bequem genug fanden, die Cartellthätigkeit nach Pest verlegten, respective dort, wo ein Regulativ ähnlich dem diesseitigen nicht bestand, eigens Institute zum Zwecke der Cartellirung gründeten. Selbstverständlich wurden die neuen Cartellactien, in welchen man allgemein nur „junge Actien" der gründenden sogenannten Mutterinstitute erblickte, sämmtlich mit großem Aufgelde an die Börse gebracht, einem Aufgelde, welches zwischen 30 bis 100 fl. per Actie schwankte.

Diesen Vorgängen gegenüber erfolgte seitens der Regierung keine präventive Vorkehrung; repressiv aber ging sie von Fall zu Fall, wie sich auch

---

*) Ueber den Inhalt dieses Regulativs ist in officiöser Weise folgende Mittheilung in die Oeffentlichkeit gelangt:

„Das ständige Comité in Vereinsangelegenheiten ist angewiesen worden, bei der Prüfung und Genehmigung der Statuten für Actienunternehmungen nachstehende Grundsätze zur Richtschnur zu nehmen:

1. Die Emission neuer Actien vor erfolgter Volleinzahlung der Actien früherer Emission ist ausnahmslos unstatthaft und ist jede wie immer geartete Umgehung dieses Verbotes hintanzuhalten.

2. Bei jeder Art von Creditinstituten wird nur die Emission von volleingezahlten Actien, lautend auf mindestens 200 Gulden zugelassen. Die Actien dürfen zur Verhütung von Umgehungen nicht in Actienantheile zerlegt werden.

3. Bei Actiengesellschaften zu industriellen Zwecken (auch Eisenbahnen und Versicherungsgesellschaften) werden zugelassen:

a) Actien, auf 200 fl. lautend, mit 40percentiger Einzahlung;

b) Actien, auf 100 fl. lautend, mit Volleinzahlung.

Es ist in allen drei Fällen (1—3) kein Unterschied zwischen Actien auf Namen und solchen auf Ueberbringer zu machen.

4. In den Fällen sub 3 bleibt es dem Vereinscomité überlassen, unter Berücksichtigung der Höhe des Grundcapitals, des Umfanges und Ortes des Geschäftsbetriebes, dann der Art der Unternehmung u. s. w. Ausnahmen zuzugestehen, und zwar sowohl in Bezug auf den Nominalbetrag der Actien, als auch auf die Höhe der Einzahlung.

Im Falle der Gestattung einer solchen Ausnahme werden jedoch die Actien der betreffenden Unternehmung zur Notirung an der Börse nicht zugelassen werden."

aus der auf die vorliegende Frage ertheilten Antwort ergibt, mit dem Verbote der Börsennotirung für die auf solche Weise entstandenen, nicht volleingezahlten Actien (mit alleiniger Ausnahme derjenigen, bei welchen sowohl diese Cartellactien, als auch die Actien des Mutterinstitutes voll eingezahlt waren) vor. Der Standpunkt, auf welchen die Regierung bei diesem Verbote sich stellte, war der, daß sie in den abgeschlossenen Cartellverträgen eine Umgehung der von ihr in dem erwähnten Regulativ aufgestellten Normen erblickte, und dieser Standpunkt wurde von ihr auch consequent festgehalten. In materieller Beziehung konnte diesem Standpunkte, da einmal gesetzliche Normen für die Ertheilung von Concessionen überhaupt nicht bestanden, die Berechtigung nicht abgesprochen werden, vielmehr könnte die Behauptung ausgesprochen werden, daß die Regierung, indem sie sich auf diesen Standpunkt stellte, einer weiteren Ausdehnung solcher Cartellverträge und einem weiteren Ueberwuchern der diesen Cartellverträgen zu Grunde gelegenen speculativen Motive allerdings Einhalt geboten hat. Dafür aber, daß diese Cartellverträge in dem Ensemble jener Momente, welche die Krisis vorbereiteten, mit eine Rolle gespielt haben, dafür spricht auch das Schicksal, von welchem die jungen Cartellinstitute fast ausnahmslos ereilt wurden. Von den jungen Cartellbanken sind sechs der Liquidation verfallen, und auch die siebente, welche keinen Moment lang aufrecht war, mußte in ein sogenanntes Fusionsverhältniß zu dem Mutterinstitute gebracht werden. Auch von den 7 cartellirenden Mutterinstituten sind seither 5 der Liquidation, 1 dem Concurse verfallen, während die siebente allerdings im Momente scheinbar noch aufrecht ist. Die Cartelle, als einer der Motoren der Ueberspeculation, haben sich gerächt, sowohl an den Actionären der cartellirenden Mutterinstitute, wie an jenen der cartellirten Tochterinstitute.

## Frage X.

Ausgabe von Interimsscheinen vor 40percentiger Einzahlung.

In welchen Fällen vor geleisteter 40percentiger Einzahlung Interimsscheine au porteur ausgegeben wurden?

## Antwort der Regierung.

„Die Fälle, in welchen die Staatsverwaltung von dem ihr nach Art. 249 H. G. B., beziehungsweise 35 des Einführungsgesetzes zum H. G. B. vorbehaltenen Rechte zur Gestattung der Ausgabe von Interimsscheinen auf Inhaber, vor geleisteter 40percentiger Einzahlung Gebrauch gemacht hat, sind aus der Rubrik „Nominalbetrag der Actien und Einzahlung" im Zusammenhange mit der Rubrik „Zur Constituirung erforderlich" in dem mehr erwähnten Verzeichnisse zu entnehmen."

---

Aus dem vorgelegten Verzeichnisse gewann das Subcomité die Ueberzeugung, daß der Fälle, in welchen vor geleisteter 40percentiger Einzahlung die Ausgabe von Interimsscheinen au porteur gestattet wurde, nur äußerst wenige waren, und daß diese Gestattung auch nur bei kleinen Industrieunternehmungen mit sehr mäßigem Capitale erfolgte. Ein etwas größerer Gebrauch wurde von diesem Gestattungsrechte bei der Ausgabe von Namen-Actien gemacht. Auch diese Fälle von relativ sehr geringer Anzahl betrafen nur kleinere Industrie-Unternehmungen mit mäßigem Actiencapitale, und gehören diese Fälle überdies der Periode vor 1872 an. Fragt man nach den Ursachen der Krisis, so wird man zum mindesten in dieser Richtung keine derselben zu suchen haben, ja es kann geradezu constatirt werden, daß die Ausdehnung, welche seitens der Regierung dem ihr nach Artikel 249 H. G. B. vorbehaltenen Rechte gegeben wurde, weder zur Herbeiführung noch zum Umfange der Krisis irgend etwas beigetragen hat. Es soll hiebei nicht unerwähnt bleiben, daß namentlich in dem Zeitraume von der Erlassung des früher erwähnten Regulativs, ddo. 1. März 1872 bis zum Ausbruche der

Krisis, die in diesem Regulativ aufgestellten Normen, namentlich die Norm des Punktes 3 desselben bei Ertheilung der Concessionen strenge eingehalten wurde und daß von da ab der Grundsatz möglichst voller Einzahlung der Actien, namentlich für Banken, in immer ausgiebigerem Maße zum Durchbruche und zur Anwendung gekommen ist. Der Umstand, daß gleichwohl der zähmende Einfluß dieser Norm in Bezug auf das Tempo der Concessionswerbungen, sowie der Gründungen in der Praxis ausgeblieben ist, vermöchte weder die sachliche Berechtigung der verfügten Maßregeln zu beeinträchtigen, noch auch begründete Zweifel an der systematischen Durchführung derselben aufkommen zu lassen, vielmehr könnte man zu der Annahme verleitet werden, daß der speculative Drang, welcher namentlich und gerade im Jahre 1872 seinen Höhepunkt erreicht hatte, ohne diese Maßregeln noch weit excessivere Formen angenommen hätte, als es thatsächlich der Fall war.

Die Gründung von Actien-Zuckerfabriken mit kleinem Actiencapitale.

Hier, wo von der Ausgabe der Titres neuer Actiengesellschaften vor geleisteter 40percentiger Einzahlung die Rede ist, dürfte übrigens der richtige Ort sein, um einer Erscheinung zu gedenken, welche, obgleich dem eigentlichen Tummelplatze der Speculation räumlich entrückt, gleichwohl mit den Verirrungen auf dem Gebiete des Associationswesens innig zusammenhängt und eine bezeichnende Illustration zum Capitel dieser Verirrungen bietet. Es ist dies die massenhafte Gründung von Zuckerfabriken auf Actien namentlich in den slavischen Gegenden von Böhmen und Mähren. Die Bewegung auf diesem Gebiete nahm im wesentlichen im Jahre 1869 ihren Anfang. Der Reihe nach wurden zur Gründung von Zuckerfabriken auf Actien Concessionen ertheilt, und zwar im Jahre 1869 12, im Jahre 1870 25, im Jahre 1871 31, zusammen also in den genannten drei Jahren nicht weniger als 68. Offenbar in Folge der trübseligen Erfahrungen, welche die Gründer und Theilhaber dieser industriellen Actiengesellschaften sofort nach dem Inslebentreten der letzteren gemacht hatten, brachen die Bewerbungen um solche Concessionen, respective um Gründung von Actienzuckerfabriken mit dem Jahre 1872 plötzlich ab. Welches Schicksal die so gegründeten Unternehmungen ereilt hat, darüber gibt sowohl die große Zahl der seither dem Concurse oder der Liquidation verfallenen (siehe Tabelle D), als auch die anderweitig feststehende Thatsache Aufschluß, daß die Zahl derjenigen dieser Unternehmungen, welche im Wege des executiven Verkaufes mitunter zu Spottpreisen den Besitzer wechseln, auch derzeit noch fortwährend im Steigen begriffen ist. Relativ, das heißt im Vergleiche mit der großen Gesammtsumme, welche seit 1869 zu Zwecken der Capitalsassociation in Oesterreich in Anspruch genommen wurde, spielt das in Actienzuckerfabriken investirte Capital allerdings keine bedeutsame Rolle, soweit es sich eben, wie gesagt, um den großen Geldmarkt handelt. Auch ist es richtig, daß die Actien dieser Gesellschaften der überwiegenden Mehrzahl nach auf Namen lauteten, wodurch die Uebertragbarkeit des angerichteten Unheils immerhin ein wenig gemildert wurde. Gleichwohl steht indeß die Thatsache fest, und hierin dürfte man zunächst die Ursache des Zusammenbruches der betreffenden Unternehmungen zu suchen haben, daß diese Unternehmungen fast durchgehends mit dem schweren Geburtsfehler des mangelnden Anlagecapitales ins Leben traten, und daß die Mittel, über welche dieselben verfügten, in geradezu schreiendem Mißverhältnisse standen zum Capitalsbedarfe, welchen der Betrieb von Zuckerfabriken auch geringeren Umfanges notorisch erfordert.

Das Nominalcapital dieser Actienzuckerfabriken schwankte im Durchschnitte zwischen 200.000 und 300.000 fl. Zur Constituirung aber war in der Regel nur ein minimaler Bruchtheil dieses Capitales erforderlich. So war beispielsweise eine ganze Reihe solcher Zuckerfabriken bei einem nominellen Actiencapitale von 200.000 fl. mit einer Einzahlungssumme von nur 10.000 bis 12.000 fl. ins Leben getreten, ja das Verzeichniß führt unter P. N. 276 sogar den Fall der Gründung einer Zuckerfabrik mit einem Nominalcapitale von 120.000 fl. auf, bei welcher zur Constituirung der Gesellschaft nur die Bagatelle von 7200 fl. erforderlich war.

Unter solchen Umständen waren diese Unternehmungen in der Regel gleich von der Geburt an auf den Credit zur Anschaffung selbst der allernothwendigsten Betriebsutensilien — von Materialvorräthen, Löhnen u. s. w. gar nicht zu sprechen — angewiesen. Anfangs wurden solche Credite in größerem oder geringerem Umfange ihnen seitens der nationalen Creditinstitute auch zugewendet, in dem Augenblicke aber, in welchem diese Quelle zu fließen aufhörte, war auch der Untergang dieser Actienunternehmungen entschieden. Die Bedeutung dieser Erscheinung kann nicht unterschätzt werden, wenn man sich gegenwärtig hält, daß die so entstandenen Capitalsverluste sich meist auf dem flachen Lande in weiter Entfernung von den Centren des Geldverkehres ganz hauptsächlich auf die Classe kleiner Landwirthe und Gewerbsleute vertheilten, welche auf solche Weise oft um den letzten schwer erworbenen Sparpfennig gebracht wurden. Es liegt hierin ein Fingerzeig nach doppelter Richtung hin. Einmal in der Richtung, daß durch diese Erscheinung der Nachweis erbracht wird, wie eben der speculative Associationsdrang bis nach den Peripherien des Reiches hinaus seine Aeste trieb, demnach keineswegs eine Specialität der großen Reichshauptstadt oder auch nur der Landeshauptstädte gebildet hat. Weiter aber auch in der Richtung, daß dadurch die Wahrnehmung aufs Neue nahegelegt wird, wie wenig die Associationsform sich für alle Zweige des geschäftlichen Verkehres und Betriebes eignet, und wie die Associationsform der Actiengesellschaften nur mit Vorsicht namentlich dort zur Anwendung gebracht werden soll, wo es vornehmlich auf die Energie und persönliche Thatkraft des Unternehmers, namentlich bei nur sehr mäßigem Actiencapitale ankommt.

## Frage XI.

Cassenscheine, Pfandbriefe, Obligationen.

Welche der bestandenen Actiengesellschaften das Recht zur Ausgabe von verzinslichen Cassenscheinen besaßen, wie dieses Recht normirt war und wie die diesfällige Controle seitens der landesfürstlichen Commissäre geübt wurde?

## Frage XII.

Welche der bestandenen Actiengesellschaften das Recht zur Ausgabe von Pfandbriefen besaßen und wie die diesfällige Controle seitens der landesfürstlichen Commissäre ausgeübt wurde?

## Antwort der Regierung.

„Diese Fragen beantworten sich aus den betreffenden zwei Rubriken des Verzeichnisses, in welchen, der Vollständigkeit und des Zusammenhanges wegen, auch die allfälligen Berechtigungen einzelner Gesellschaften zur Ausgabe von Einlagsbücheln, dann von Schuldverschreibungen (Obligationen), und der Umfang dieser Berechtigungen in seinen wesentlichsten Bestimmungen ersichtlich gemacht geworden ist.

Was die von Seite der landesfürstlichen Commissäre geübte staatliche Controle betrifft, so bestand dieselbe in der Ueberwachung der Einhaltung der bezüglich der fraglichen Berechtigung in den Statuten enthaltenen Bestimmungen. Belangend insbesondere die Ueberwachung der Ausgabe von Pfandbriefen und von auf Inhaber lautenden Theilschuldverschreibungen, so wird die bezügliche Controle seit der Wirksamkeit der Gesetze vom 24. April 1875, R. G. Bl. Z. 48 und 49, nach Maßgabe dieser Gesetze ausgeübt."

---

Auch hier, wie bei mehreren der vorausgegangenen Fragen war der Ausschuß genöthigt, das zerstreute Material des vorgelegten Verzeichnisses über-

sichtlich zu gruppiren. Die diesem Berichte beigegebene Tabelle F enthält die diesfalls in Betracht kommenden authentischen Daten. Es geht aus der Tabelle F hervor, daß in den Jahren 1867 bis Ende April 1874 an 150 Institute das Recht zur Ausgabe von Cassenscheinen, an 223 Actiengesellschaften das Recht zur Ausgabe von Obligationen und an 26 Institute das Recht zur Ausgabe von Pfandbriefen ertheilt wurde. In allen drei Richtungen entfällt das Gros der genannten Ziffern auf das Jahr 1872 und die ersten vier Monate des Jahres 1873.

Allem zuvor kann rücksichtlich dieser Punkte die Constatirung der Thatsache nicht umgangen werden, daß im Allgemeinen bei Ertheilung dieser Concessionen respective Berechtigungen ein bestimmtes System nirgends ersichtlich ist, principielle Gesichtspunkte niemals festgehalten wurden. Es steht dies auch mit der oben angeführten Antwort in vollem Einklange. Dort heißt es, daß die seitens der landesfürstlichen Commissäre geübte staatliche Controle „in der Ueberwachung der Einhaltung der bezüglich dieser Berechtigung in den Statuten enthaltenen Bestimmungen" bestand. Die in den Statuten enthaltenen Bestimmungen aber waren eben in keiner Weise der Ausfluß eines festen Systems oder fixer gesetzlicher Normen, sondern vielmehr das Ergebniß, des nach Zeit und Fall wechselnden Dafürhaltens der sogenannten „ständigen Vereinscommission", respective der jeweiligen Regierung. Dabei soll immerhin nicht unerwähnt bleiben, daß, wie dies auch schon von der Regierungsbank aus in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. November 1873 betont worden ist, in der zweiten Hälfte der in Rede stehenden mehrjährigen Periode allgemeine Restrictionen, wenn auch nicht in Betreff der Zahl der ertheilten Berechtigungen, so doch in Bezug auf den Umfang und das Ausmaß dieser Berechtigung eingetreten sind, Restrictionen in dem Sinne, daß die Befugniß zur Ausgabe von Cassenscheinen ohne jede Grenze und ohne jede Rücksicht auf die Höhe des Actiencapitales immer seltener, die Berechtigungen zur Ausgabe von Cassenscheinen in der doppelten Höhe des Actiencapitals immer mehr zur Regel, Berechtigungen darüber hinaus immer mehr zur Ausnahme wurden.

Cassenscheine.

Die Wichtigkeit des Gegenstandes rechtfertigt wohl eine noch nähere Ausführung, zunächst in Betreff der Cassenscheine.

Im Laufe des Jahres 1867 wurden im Ganzen vier Concessionen zur Ausgabe von Cassenscheinen ertheilt. Das Ausmaß in Bezug auf die Höhe schwankte zwischen dem ein- und dem fünffachen Actiencapitale. Hiebei ist zu bemerken, daß sämmtliche Cassenscheine damals noch auf Namen ausgestellt wurden.

Im Jahre 1868 wurden im Ganzen sieben Concessionen zur Ausgabe von Cassenscheinen ertheilt. Nur noch in Einem dieser Fälle hatten die Kassenscheine noch auf Namen zu lauten, in allen übrigen Fällen lauteten sie bereits au porteur. In zwei von diesen Fällen lautete die Berechtigung auf die zweifache Höhe des Actiencapitales, in den anderen Fällen lautete die Concession auf die Ausgabe von Cassenscheinen schlechtweg, oder es waren daran Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel nicht unter 50 fl. oder nicht unter 100 fl., bestimmte Verfallszeit oder Kündigungsfristen, jedoch ohne jede Grenze in Bezug auf die Höhe. Hieher gehören in dem vorliegenden Verzeichnisse die P. N. 34, 36, 42, 45 u. s. w., wobei das Detail nicht ohne Interesse ist, daß zum Beispiel bei P. N. 34 bei einem Actienkapitale von nur 200.000 fl. Cassenscheine ohne jede Grenze in Bezug auf die Höhe ausgegeben werden durften.

Im Jahre 1869 lauteten von den 21 ertheilten Concessionen: eine auf die Höhe des einfachen, eine auf die Höhe des zweifachen Actiencapitales, 19 aber entweder auf Cassenscheine schlechtweg, oder auf Kassenscheine mit bloßer Beschränkung auf die Kündigungsfrist oder den Nennwerth, jedoch gleichfalls ohne jede Grenze in Bezug auf die Höhe. Mehrere dieser 19 hatten überdies auch das Recht, Gelder gegen Einlagsbüchel entgegenzunehmen. Auch hier kam (P. N. 158) ein Fall vor, in welchem einer Provinzialbank mit einem

Actiencapitale von nur 400.000 fl. die Berechtigung zur Ausgabe von Cassenscheinen ohne jede Grenze ertheilt wurde.

Im Jahre 1870 wurden überhaupt nur 6 Concessionen, meist gleichzeitig mit der Berechtigung zur Annahme von Geldern gegen Einlagsbüchel ertheilt. Es hängt diese geringe Zahl damit zusammen, daß in diesem Jahre überhaupt Banken nur in geringerer Zahl zur Concession gelangten, und der Schwerpunkt in der Ertheilung von Concessionen für Industriegesellschaften lag. Von jenen sechs Concessionen lauteten zwei auf das einfache, zwei auf das zweifache, eine auf das vierfache Actiencapital, während eine (ertheilt an eine Bodencreditgesellschaft) die Berechtigung zur Ausgabe von Cassenscheinen ohne jede Grenze normirte.

Im Jahre 1871 wurden 24 Concessionen, meist gleichzeitig mit der Berechtigung zur Annahme verzinslicher Gelder gegen Einlagsbüchel, ertheilt. Hier lauten schon 16 Concessionen auf die Höhe des einfachen, sechs auf die Höhe des zweifachen Actiencapitals, nur eine auf die Höhe des fünffachen Capitals und nur eine zur Ausgabe ohne Rücksicht auf das Actiencapital, also ohne jede Grenze. Eine principielle Norm wurde demnach auch in diesem Jahre noch nicht festgehalten und auch die Thatsache verdient Erwähnung, daß in diesem Jahre an eine Bau- und Immobilienbank in einer Provinzialhauptstadt die Berechtigung zur Annahme verzinslicher Depositen gegen Einlagsbüchel, sowie zur Ausgabe von Obligationen, beide zusammen in der Höhe des einfachen Actiencapitals, ertheilt wurde. (P. N. 431.)

Das Jahr 1872 weist im Ganzen 73 Concessionen zur Ausgabe von Cassenscheinen auf. Davon entfallen 72 an Banken, eine an eine Baugesellschaft. Mit Rücksicht auf die Zahl der in diesem Jahre überhaupt concessionirten Banken ist die Erscheinung erwähnenswerth, daß fast an jede der concessionirten Banken das Recht zur Ausgabe von Cassenscheinen und an nicht wenige derselben zugleich auch die Berechtigung zur gleichzeitigen Annahme verzinslicher Gelder gegen Einlagsbüchel ertheilt wurde. Was die Höhe dieser letzten Berechtigung betrifft, so wurde als Maximum das dreifache Actiencapital und auch das nur in einem Falle gewährt. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, nämlich in 50, war die Befugniß auf die zweifache Höhe des Actiencapitals beschränkt, in 18 Fällen lautete die Concession auf die Höhe des einfachen Actiencapitals.

Im Jahre 1873 endlich (bis Ende April) wurden 15 Concessionen ertheilt, wovon 14 an Banken, also wiederum an fast alle überhaupt zur Concession gelangten Banken, und eine an eine Industriegesellschaft. Davon lauteten sieben auf die zweifache, acht auf die einfache Höhe des Actiencapitals.

Diese Daten dürfen wohl immerhin als Beleg für die früher ausgesprochene Anschauung gelten, daß das System, nach welchem bei Ertheilung der Berechtigung zur Ausgabe von verzinslichen Cassenscheinen vorgegangen wurde, feste, einheitliche Gesichtspunkte nicht aufzuweisen vermag.

Obligationen.

Betreffend die Berechtigung zur Ausgabe von Obligationen, so spricht die Ziffer von 223 Concessionen wohl dafür, daß seitens der Staatsverwaltung in dieser Richtung von der ihr zustehenden Facultät ein sehr ausgedehnter Gebrauch gemacht worden ist, wobei allerdings schon vorweg die Bemerkung nicht unterbleiben kann, daß während die Berechtigung zur Ausgabe von Cassenscheinen fast von jeder mit derselben bedachten Actiengesellschaft thatsächlich benützt wurde, insofern diese Gesellschaften überhaupt zustande gekommen sind, von der Befugniß zur Ausgabe von Obligationen nur in relativ sehr geringem Umfange ein factischer Gebrauch gemacht worden ist. Es gilt diese Bemerkung naturgemäß nicht von den Obligationen der Eisenbahngesellschaften, welche letztere selbstverständlich von der Befugniß vollen Gebrauch gemacht haben; wohl aber gilt sie fast durchgehends von den Banken und zum nicht geringen Theile auch von den Industriegesellschaften. Der Zusammenhang zwischen der Bewerbung um die Befugniß zur Ausgabe von Obligationen und der gesteigerten speculativen Bewegung der Periode von 1871 angefangen

wird durch die Thatsache ausreichend erhärtet, daß von den diesfalls ertheilten 223 Concessionen nur 51 auf die vier Jahre vor 1871, dagegen 172, also mehr als das Dreifache, auf die 2⅓jährige Periode von 1871 an entfallen. Die Ausgabe von Obligationen sollte eben eines der die Capitalsbeschaffung erleichternden Mittel sein; dabei aber wurde der praktische Gesichtspunkt völlig übersehen, daß namentlich bei Banken und zum Theile auch bei Industriegesellschaften dem allfälligen Abnehmer solcher Obligationen jede materielle Sicherstellung fehlte, und daß jene Quote des flüssigen Capitals, welches eine sichere Rente dem schwankenden Erträgnisse und dem Risico einer Actie vorzog, es nicht nöthig hatte, sich den Obligationen einer, gewagte Creditgeschäfte betreibenden Bank zuzuwenden in einer Zeit, in welcher die weitaus sichereren und zumeist auch staatliche Garantie genießenden Prioritätsobligationen der Eisenbahnen oder die Pfandbriefe accreditirter Hypothekarinstitute ihm zur Verfügung standen. Wer sich den wechselnden Chancen unmittelbarer Theilhaberschaft an einem Actienunternehmen nicht aussetzen mochte, der hatte nicht nöthig, sich den zweifelhaften Obligationen von Industriegesellschaften, namentlich aber von Bankinstituten zuzuwenden, zumal selbst den von gut fundirten Industriegesellschaften ausgegebenen Obligationen in der Regel jede grundbücherliche Sicherstellung fehlte, ein Mangel, welcher bedauerlicherweise auch derzeit noch besteht.

In der That ist, wie erwähnt, von der Befugniß zur Ausgabe von Obligationen nur ein äußerst bescheidener Gebrauch gemacht worden und die mit dieser Befugniß ausgestatteten Banken wagten, trotzdem die Kritik bei Erwerbung der im Uebermaße producirten mobilen Werthe notorisch so gut wie aufgehört hatte, denn doch kaum den Versuch mit der Ausgabe solcher Obligationen hervorzutreten. Wenn nun aber auch mit Rücksicht darauf, daß in der Ausgabe von Obligationen im Allgemeinen (von dem Schicksale der staatlich nicht garantirten Obligationen gewisser Eisenbahngesellschaften hier vorläufig abgesehen) eine der unmittelbaren Ursachen der hereingebrochenen Krisis in keinem Falle erblickt werden kann, so dürfte es zur Ergänzung des statistischen Materials in dieser Richtung denn doch nicht ganz ohne Interesse sein, einzelne Momente hier noch zu constatiren:

Der erste Fall der Ertheilung des Befugnisses zur Ausgabe von Obligationen an eine Bank fällt in das Jahr 1868. (P. N. 36 des Verzeichnisses der Regierung.) In demselben Jahre wurde noch an eine locale Transportunternehmung in Wien (P. N. 31), sowie an eine hervorragende Eisenbahnunternehmung (P. N. 53) das Recht zur Ausgabe von Obligationen ohne jede Beschränkung bezüglich der Höhe ertheilt. Im Jahre 1869 wuchs die Zahl der mit dieser Befugniß ausgestatteten Bankinstitute ansehnlich; Fälle, in welchen eine Beschränkung in Bezug auf die Höhe der auszugebenden Obligationen nicht ausgesprochen war, kamen allerdings auch da noch vor, allein bei der Mehrzahl von den in diesem Jahre ertheilten 32 Befugnissen, beschränkte sich die letztere rücksichtlich der Höhe auf das halbe oder einfache Actiencapital. Von den 30 Befugnissen, welche im Jahre 1871 ausgesprochen wurden, und von welchen 6 an Eisenbahngesellschaften, 7 an Banken, 8 an Industrieunternehmungen, 6 an Bergbaugesellschaften, 3 an Baugesellschaften ertheilt wurden, lautete keine mehr auf eine unbegrenzte Höhe und es erscheint das einfache Actiencapital als die Maximalgrenze für die Ausübung des ertheilten Befugnisses, ein Maximum, welches fortan und gerade während der unmittelbaren Periode vor Ausbruch der Krisis, als die größte Anzahl solcher Befugnisse ertheilt wurde, ziemlich consequent festgehalten wurde. Die Erscheinung allerdings kann nicht übersehen werden, daß in nur zu vielen Fällen an Bankinstitute neben dem Rechte zur Ausgabe verzinslicher Cassenscheine auch noch die Befugniß zur Ausgabe von Obligationen ertheilt wurde. Zur Exemplification sei hier auf P. N. 667 vom Jahre 1872 hingewiesen, in welchem Falle einer (bald nach Ausbruch der Krisis in Liquidation verfallenen) Bank von der Kategorie der Makler-

banken bei einem Actiencapitale von 5,000.000 fl. neben dem Rechte zur Ausgabe von Cassenscheinen in der doppelten Höhe des Actiencapitals, also von 10,000.000 fl., auch das Recht zur Ausgabe von Obligationen in der einfachen Höhe des Actiencapitals, also von 5,000.000 fl. ertheilt worden war, so daß diese Bank — und sie war nicht die einzige, von der Aehnliches gilt — in der Lage gewesen wäre, vorweg und ohne Inanspruchnahme anderweitiger Creditquellen, Verbindlichkeiten in der Höhe von 15,000.000 fl. bei einem Actiencapitale von nur 5,000.000 fl. einzugehen.

Pfandbriefe.

Endlich wäre auch noch den Concessionen zur Ausgabe von Pfandbriefen eine kurze Ausführung zu widmen. Deren Zahl beläuft sich während der ganzen Periode auf 26, von welchen 18 auf die Periode von 1871 angefangen entfallen. Hier war in den meisten Fällen jene Norm maßgebend, welche bei der Concessionirung der „Oesterreichischen Hypothekenbank" am 10. Jänner 1868 (P. N. 27 des Verzeichnisses) aufgestellt wurde, die Norm nämlich, daß das betreffende Institut berechtigt war, Pfandbriefe auf Inhaber oder auf Namen, verlosbar, oder auf bestimmte Rückzahlungstermine gestellt, auszugeben, deren Gesammtsumme zusammen mit der allfällig gleichzeitigen Ausgabe von Obligationen durch Hypothekarforderungen in gleicher Höhe gedeckt sein mußten und den zwanzigfachen Betrag des jeweilig eingezahlten Actiencapitals nicht überschreiten durften, zugleich mit der Berechtigung, anticipando Pfandbriefe für 1,000.000 fl. auf später zu erwerbende Hypotheken gegen dem auszugeben, daß ein dem Nominalbetrage dieser Pfandbriefe gleichkommender Betrag entweder in Barem oder in Effecten mit der speciellen Widmung für die Deckung dieser Pfandbriefe in der Casse der Gesellschaft hinterlegt sein mußte. Ueber die zwanzigfache Höhe des Actiencapitals hinaus wurde eine Concession nicht ertheilt, wohl aber in manchen Fällen nur bis zur Höhe des zehn- oder fünffachen Actiencapitals. Wie es kam, daß die Befugniß zur Ausgabe von Pfandbriefen nicht auf Hypothekenbanken beschränkt wurde, und daß beispielsweise einem, wesentlich andere Zwecke verfolgenden Bankinstitute von der Kategorie der Maklerbanken (P. N. 632 des Verzeichnisses) bei einem Actiencapitale von 3,000.000 fl., außer der Berechtigung zur Ausgabe von Einlagsbücheln und Cassenscheinen bis zum doppelten Betrage des eingezahlten Actiencapitals, auch noch das Recht zur Ausgabe von Pfandbriefen bis zum fünffachen Betrage des eingezahlten Actiencapitals, somit die Befugniß zur Ausgabe von Schuldtitres in der Höhe von 21,000.000 fl. bei einem Actiencapitale von nur 3,000.000 fl. ertheilt wurde, dafür fehlt in dem vorgelegten Verzeichnisse jede Erklärung. Auch der Umstand verdient nebenbei erwähnt zu werden, daß ein nicht geringer Theil der mit dem Rechte zur Ausgabe von Pfandbriefen ausgestatteten Institute zugleich auch das Recht der Ausgabe von Cassenscheinen besaßen und ausübten, ja vermöge ihrer Statuten in keiner Weise daran gehindert waren, die Geschäfte von Credit-Mobilier-Instituten zu betreiben, und daß sie diese letzteren Geschäfte auch wirklich gleichzeitig betrieben haben.

Ueber die Art, wie die Ausgabe von Pfandbriefen, und ganz besonders die derselben zu Grunde gelegte Werthschätzung der hypothecirten Objecte, seitens der Regierung controlirt wurde, fehlt in der von der Regierung auf die Frage XII ertheilten Antwort jede Aufklärung und der Ausschuß war demnach nicht in der Lage, diesfalls zu einem Urtheile zu gelangen.

Specielles über die Ausgabe und den Umlauf von Cassenscheinen.

Eine etwas weiter gehende Untersuchung erschien dem Ausschusse in Bezug auf die wichtige Frage des Rechtes zur Ausgabe verzinslicher Cassenscheine, sowie des Umfanges, in welchem von diesem Rechte Gebrauch gemacht wurde, hier noch am Platze zu sein. Unter den Factoren, auf welche, wenn auch nicht gerade die unmittelbare Herbeiführung der Krisis, so doch innerhalb gewisser Grenzen die Ausdehnung und die Vehemenz derselben zurückzuführen ist, hat die Ausgabe verzinslicher Cassenscheine eine bedeutende

Rolle gespielt, und drastischer als auf diesem hat sich kaum auf irgend einem anderen Gebiete die Nothwendigkeit zweckentsprechender Reformen herausgestellt. Neben dem bereits früher erwähnten Umstande, daß bei Ertheilung des Rechtes zur Ausgabe verzinslicher Cassenscheine, weder in Bezug auf die Grenze der Ausübung dieses Rechtes, noch auch in Bezug auf die Auswahl Derjenigen, welchen dieses Recht ertheilt wurde, ein bestimmtes Princip, ein festes System bestanden hat, kommt hier zunächst auch die Thatsache in Betracht, daß die Capitalssumme, welche vermittelst der, eine Specialität österreichischer Creditverhältnisse bildenden und erst im Jahre 1860 ins Leben gerufenen Ausgabe von verzinslichen Cassenanweisungen und Annahme von Depositengeldern gegen Einlagsbüchel den betreffenden Instituten zufloß, eine von Jahr zu Jahr steigende war. Die diesem Berichte beigegebene Tabelle C veranschaulicht bei dem Posten „Cassascheine und Geldeinlagen" diese höchst bedeutsame Progression. Von 77·13 Millionen im Jahre 1870 stieg diese Summe auf 105·30 Millionen Ende 1871, auf 142·67 Millionen Ende 1872 und hatte dieselbe Ende April 1873 bei Ausbruch der Krisis die Höhe von etwa 180 Millionen Gulden erreicht*). (Zur Vermeidung von Irrthümern sei übrigens hier bemerkt, daß hierbei selbstverständlich von den Geldeinlagen bei den österreichischen Sparcassen, also namentlich auch von den, Ende 1872 über 87 Millionen betragenden Geldeinlagen bei der „Ersten österreichischen Sparcasse in Wien" völlig abgesehen ist.) Mit der Summe von 180 Millionen hatte dieser Geschäftszweig der Banken seinen Zenith erreicht. Der Ausbruch der Krisis veränderte diese Sachlage ganz gewaltig und ihre Wirkungen auf diesem Gebiete werden durch folgende Ziffern illustrirt:

Bewegung der Cassenschein-Einlagen:

| | In Wien: | | In den Provinzen: | | Zusammen: |
|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Banken | Cassascheine | Zahl der Banken | Cassascheine | Cassascheine |
| Ende 1872 . . . . . | 31 | 91·07 Mill. fl. | 47 | 51·52 Mill. fl. | 142·59 Mill. fl. |
| Bei Eintritt der Krisis | 32 | 120·00 „ „ | 47 | 60·00 „ „ | 180·00 „ „ |
| Ende 1873 . . . . . | 22 | 68·78 „ „ | 42 | 32·54 „ „ | 101·32 „ „ |
| Ende 1874 . . . . . | 16 | 61·52 „ „ | 31 | 35·25 „ „ | 96·78 „ „ |

Es hat demnach, vergleicht man den Jahresschluß 1874 mit dem Zeitpunkte unmittelbar vor Ausbruch der Krisis, eine Abnahme der Einlagen gegen Cassenscheine in Wien allein um 58·5 Millionen, in Wien und den Banken in den Kronländern zusammen um 83·3 Millionen Gulden stattgefunden.

Der Behauptung kann kaum widersprochen werden, daß der weitaus größte Theil der so bis zur Krisis in die Cassen der Banken geflossenen Summen speculativen Zwecken dienstbar gemacht wurde, und namentlich in dem lucrativen, an der Börse periodisch excessiv betriebenen Kostgeschäfte seine Verwendung gefunden hat. Erwägt man, daß die Provenienz mindestens eines sehr großen Theiles dieser Summen eine von solchen Zwecken ganz verschiedene war, daß die Canäle, aus welchen diese Summen flossen, in die Börse mündeten, während sie nur zu häufig von den Kreisen des Mittelstandes, des kaufmännischen und gewerbsmäßigen Geschäftsbetriebes ausliefen; erwägt man weiter, daß eine gesetzliche Vorschrift zum Zwecke der Sicherstellung oder Deckung dieser Verbindlichkeiten der Bankinstitute nicht bestanden hat und daß die einzige Sicherheit, welche den Cassenscheinbesitzern geboten war, in dem Credite der betreffenden Banken bestand, welcher naturgemäß in dem Maße schwankender wurde,

*) Die genaue Summe für diesen Zeitpunkt läßt sich nicht angeben, nachdem nicht alle Institute den Stand ihrer Cassenscheine monatlich publiciren und die österreichische Creditanstalt z. B. sich officieller Aufforderung gegenüber geweigert hat, den Stand ihrer Cassenscheine im Verlaufe des Jahres bekannt zu geben, unter Berufung darauf, daß sie hiezu gesetzlich nicht verhalten sei!

als die betreffenden Institute sich illegitimer und schrankenloser Speculation hingaben; vergegenwärtigt man sich endlich auch noch, daß diesen Inhaberpapieren im Falle des Concurses von vornherein keine anderen Rechte zukommen konnten, als die, welche jeder gewöhnlichen Geschäftsschuld zukommen — dann wird man es wohl nur sehr erklärlich finden können, daß der Ausbruch einer Krisis von so elementarer Gewalt, wie jene vom Mai 1873, auf einen so schwankenden Zweig des Creditwesens sofort seinen Einfluß geübt, und daß vollends der weitere Verlauf dieser Krisis diesen Zweig des Creditwesens völligem Mißcredit überantwortet hat. Die Insolvenz der ersten Maklerbank, welche Cassenscheine ausgegeben hatte und sich für die Liquidation vorbereitete, legte die Vermuthung nahe, daß die Inhaber dieser Cassenscheine auf die Wiedererstattung ihrer deponirten Gelder in keinem Falle, im besten Falle aber auf eine percentuale Abfindung für ihre Forderung zu rechnen hatten. Vollends der Zusammenbruch der ersten von den gefallenen Gründungsbanken, welche Ende 1872 bei einem Actiencapitale von nur zwei Millionen Gulden einen Cassenscheinumlauf von über acht Millionen Gulden ausgewiesen hatte, förderte sofort in drastischester Weise die Erkenntniß zu Tage, daß im Concursfalle das bei der betreffenden Bank gegen Cassenscheine deponirte Geld bis auf den letzten Groschen unwiederbringlich verloren sei.

Ueber die, an der speculativen Bewegung unmittelbar betheiligten Kreise hinweg verpflanzte sich von da ab mit rasender Schnelligkeit das schrankenlose Mißtrauen in alle Classen und Schichten der Bevölkerung. Schwere Millionen waren unwiederbringlich verloren und der Verlust betraf in zahllosen Fällen den letzten Sparpfennig von Leuten, die von ihrer Hände Arbeit ihre Existenz gefristet hatten. In dem Maße, in welchem die Zahl der liquidirenden oder dem Concurse verfallenen Banken sich häufte, schwand auch der letzte Rest des Credites, dessen sich die Cassenscheine ehedem erfreut hatten; diejenigen Banken, welche die große Krisis vom Mai 1873 überdauerten, sahen in Folge der geschilderten Ereignisse den Stand ihrer Cassenscheine und Geldeinlagen in Folge massenhafter Kündigungen rapid sinken, und von einer mäßigen Anzahl von Banken mit größerem Actiencapitale abgesehen, bei denen der Stan der Cassenscheine in Folge ihres aufrechten Credits heute noch eine immerhin ansehnliche Summe erreicht, muß die Creditinstitution der Cassenscheine als dem Mißtrauen gründlich verfallen, und einer Wiedererlangung ihrer frühern Ausdehnung nur unter bestimmten legislativen Voraussetzungen noch fähig bezeichnet werden. Daß in der Controle der Cassenscheinausgabe, wie sie von den landesfürstlichen Commissären bei den betreffenden Bankinstituten geübt wurde, nämlich in der „Ueberwachung der Einhaltung der in den Statuten enthaltenen Bestimmungen" eine Remedur nicht gelegen war und auch derzeit nicht gelegen ist, das bedarf angesichts der angeführten Thatsachen wohl kaum noch eines eingehenderen Beweises.

---

In den bisherigen Ausführungen dieses Berichtes hat bereits ein großer Theil jener Wahrnehmungen und Erscheinungen, welchen die Rolle mitwirkender Ursachen in Bezug auf die eingetretene Krisis zuerkannt werden muß, innerhalb des Rahmens, welcher den Berathungen des Ausschusses von vornherein vorgezeichnet war, entsprechende Würdigung gefunden. Indeß erscheint das ins Auge zu fassende Material durch diese, mit den an die Regierung gerichteten Fragen parallel laufenden Ausführungen keineswegs völlig erschöpft, und es erschien unumgänglich, noch eine weitere Reihe wirthschaftlicher Vorgänge und Erscheinungen in Betracht zu ziehen, deren mittelbarer oder unmittelbarer Zusammenhang mit der Katastrophe des Jahres 1873 nicht verkannt werden kann.

Börsewesen und Börseverkehr.

Hierher gehört zunächst und in erster Reihe die eigenthümliche Entwicklung, welche der Börseverkehr in der, dem Ausbruche der Krisis vorausgegan-

genen sechsjährigen Periode genommen, sowie der Charakter und der Umfang, welchen die Speculation an der Effectenbörse gewonnen hatte. Leider gehört die Börsestatistik zu den am allerwenigsten beachteten und auch am wenigsten gepflegten Zweigen der administrativen Statistik, so daß man völlig darauf verzichten muß, an der Hand authentischer Daten das Anwachsen des speculativen Momentes im Börsenverkehre, sowie den Umfang der geschäftlichen Transactionen an den Effectenbörsen überhaupt, und den Antheil der gewerbsmäßigen Speculation an diesen Transactionen im Besonderen darzustellen. Indeß sind auch schon die nur in dürftiger Weise vorliegenden Daten, namentlich im Zusammenhalte mit den anderweitig registrirten Thatsachen notorischen Charakters, geeignet, die Rolle zu kennzeichnen, welche der Börsenverkehr gespielt hat, und den Einfluß zu würdigen, welchen die Speculation an der Börse auf die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse in immer steigendem und nichts weniger als heilsamem Maße geübt hat.

Eine sehr bezeichnende Illustration in Bezug auf die Natur und den Umfang des Börseverkehrs bietet eine isolirte, im November 1872 erfolgte statistische Publication. Dieselbe verzeichnete für den 7. November 1872, welcher obendrein ein Tag großer Geldklemme war, die an der Wiener Geldbörse auf Grund des täglichen Arrangements an diesem Tage arrangirten, also am Tage vorher gemachten Börseschlüsse und bezifferte die letzteren, ohne Einrechnung der effectiv bezogenen Schrankenwerthe (Renten, Prioritäten u. s. w.), auf 90.428, entsprechend einer Summe von über 2,000.000 Stück Actien und einem Nominalbetrage von über 450 Millionen Gulden — *also nahezu eine halbe Milliarde Umsatz an einem einzigen Tage!* Dabei war das Verhältniß des effectiven Bezuges zum Gesammtumsatze 1 : 13, ein Verhältniß, welches, ein Maßstab zur Beurtheilung des Umfanges des Differenzspieles, im weiteren Verlaufe sich bis auf 1 : 18 gesteigert haben soll. Daß an der Wiener Börse an manchen Tagen des Jahres 1872 weit über 100.000 Geschäftsabschlüsse stattfanden, das wurde officiell seinerzeit in dem Motivenberichte zur Regierungsvorlage, betreffend die Einführung der Terminliquidation (April 1873) constatirt.

Zu den Daten, von welchen hier die Rede ist, gehörigen diejenigen, welche in der diesem Berichte beigegebenen *Tabelle G* übersichtlich aneinander gereiht sind. Aus derselben ergibt sich zunächst, daß die *Zahl der im officiellen Coursblatte der Wiener Geldbörse notirten Effecten* von 152 Anfangs 1867, auf 605 Anfangs 1874 gestiegen ist, sich demnach innerhalb dieser siebenjährigen Periode vervierfacht hat, und auch hier, wie bei früheren Anlässen, gelangt man zu der Wahrnehmung, daß es vorerst das Jahr 1869 und dann, nach dem in diesem Jahre erfolgten Rückschlage, vornehmlich das Jahr 1872 und das erste Trimester des Jahres 1873 gewesen ist, welche die Posten des officiellen Coursblattes anschwellen machten. Weit lehrreicher noch präsentirt sich aber der andere Ausweis über den *Besuch der Wiener Geldbörse*, sowie über die von den Besuchern eingehobenen Eintrittsgebühren vom Jahre 1867 angefangen; die diesfälligen Ziffern erhärten die übrigens männiglich bekannte Thatsache, daß im Verlaufe der Periode die Zahl derjenigen immer größer wurde, welche sich dem Börsegeschäfte entweder berufsmäßig zuwendeten oder dort periodisch ihr Glück versuchten, und *daß die Wiener Geldbörse*, in deren Räumen sich im Jahre 1867 erst 900 bis 1000 Besucher eingefunden hatten, *Anfangs 1873 von 3300 bis 3600 Personen überfüllt wurde.*

Mit diesen Daten steht die Geschichte der Börsebewegung in Oesterreich in nur zu vollständigem Einklange, wenn auch nicht verkannt werden kann, vielmehr nachdrücklich betont werden muß, daß die Erscheinungen in dieser Richtung keineswegs specifisch österreichische waren und daß zu gleicher Zeit auch anderwärts ähnliche Verhältnisse in Bezug auf speculative Uebertreibungen obwalteten. Schon im Jahre 1869 hatte in Oesterreich die Börse

aufgehört das zu sein, wozu allein sie bestimmt und berufen ist, ein Markt, auf dem das anlagesuchende Capital seine Befriedigung findet, Angebot und Nachfrage einander reell begegnen, und damals schon hatten Maßlosigkeit und Ueberstürzung nicht bloß in der unverhältnißmäßigen Zuführung von Capitalien zu fester Anlage, sondern auch in der Theilnahme unberufener Classen und Personen an dem eigentlichen Börsespiele zu einem empfindlichen Rückschlage geführt. Es war, neben den Wirkungen des bald darauf ausgebrochenen deutsch-französischen Krieges vornehmlich eine Consequenz dieses Rückschlages, daß das Jahr 1870 und die erste Hälfte des Jahres 1871 die Wogen der speculativen Bewegung eindämmten und eine heilsame Ruhepause eintrat. Leider hielt dieser Zustand der Mäßigung nicht länger vor; die speculative Tendenz kam schon gegen Schluß des Jahres 1871 hin aufs Neue mit Macht zum Durchbruche und nahm von da ab, begünstigt durch den Abschluß des großen Krieges, stimulirt durch Hoffnungen auf eine unausbleibliche Rückwirkung der großen Milliarden-Kriegsentschädigung auch auf das österreichische Wirthschaftsgebiet, stimulirt ferner durch sanguinische Hoffnungen in Bezug auf den materiellen Effect des großen Weltausstellungsprojectes und begünstigt endlich durch ein bis dahin unerreicht gewesenes Raffinement in der Entdeckung und Benützung speculativer Motoren und Apparate, von da ab immer excessivere Dimensionen an.

Es kann nicht Aufgabe dieses Berichtes sein, eine erschöpfende Geschichte jener Tage zu schreiben, wohl aber muß, weil darin eine nunmehr allseitig zugestandene Hauptursache der später hereingebrochenen Katastrophe gelegen ist, die Thatsache constatirt werden, daß die Börse zum Brennpunkte des gesammten wirthschaftlichen Getriebes geworden war, daß es kaum eine Schichte der Bevölkerung, eine Schichte der Gesellschaft gegeben hat, welche nicht, namentlich in der, dem Ausbruche der Krisis unmittelbar vorausgegangenen Theilperiode, an dem Börsenspiele theilgenommen hätte und ihr zum Opfer gefallen wäre. Allerdings hatte die Börse sich übervölkert, allerdings hatte sie sich der allein natürlichen Rolle des Zwischenhändlers für das anlagesuchende Publicum entäußert und war sie, ihrem Berufe zuwider, selbst wider Willen in immer steigenderem Maße die Abnehmerin der massenweise producirten Werthe geworden, allerdings hatte in Bezug auf die Mittel, deren man sich auf diesem Gebiete bediente, jede Wahl aufgehört und hatte das System der Täuschung einen bis dahin ungekannten Höhegrad erreicht. All das aber hätte, auch wenn ein Rückschlag eintreten mußte, und dieser thatsächlich auch schon Anfangs 1873 fast allseitig erwartet wurde, doch nicht ausgereicht, um eine Katastrophe von solcher Vehemenz, von so außerordentlicher Tiefe und so beispiellosem Umfange herbeizuführen, wenn nicht eben die Betheiligung Aller am Börsenspiele ihr vorausgegangen wäre. Das große Publicum in allen seinen Verzweigungen hatte seine Mandatare an der Börse und außerhalb derselben; es betheiligte sich mit ihrer Hilfe, wie mit Hilfe vieler Banken, welche einen anderen Geschäftszweig als diesen gar nicht cultivirten, nicht bloß an dem Differenzspiele, sondern in ausgedehntem Maße auch an einem der wichtigsten Motoren der Börsespeculation jener Tage, nämlich dem Kostgeschäfte, indem es den Lockungen eines beispiellos hohen Zinsfußes, wie ihn eben nur das riskante Spiel zu bieten vermochte, seine disponiblen Mittel, Capitalien im Großen und Kleinen, zur Verfügung stellte.

So hatten sich nicht bloß die besseren, sondern auch papierene Werthe zweifelhaftester Qualität bis an die äußerste Peripherie des Landes, in alle Schichten der Bevölkerung hinein vertheilt, und erst als der Zusammenbruch eingetreten war, wurde man sich in den Kreisen der Bevölkerung darüber klar, in welche Gefahr man sich begeben hatte. Als die Ergebnisse dieser für alle Zeit denkwürdigen Epoche der Ueberspeculation stellten sich nicht bloß positive Vermögensverluste und eine Zerrüttung Tausender von Familien- und Individualexistenzen heraus, sondern es war auch noch eine, bis dahin in ihrer allmäligen Entwicklung unbeachtet gebliebene und durch den überhand genom-

menen Luxus wie immer so auch hier herbeigeführte Vertheuerung aller Preise, neben einer ebenso bedauerlichen als bedenklichen Besitzverschiebung und alterirten Vermögensvertheilung die unmittelbare Folge der hereingebrochenen Katastrophe, eine Thatsache, deren Wirkungen auch in diesem Augenblicke noch nachhaltig fortdauern, und mit der in bedauerlichstem Maße zurückgeschraubten und alterirten Consumtionsfähigkeit im Allgemeinen zusammenfallen.

Die Eisenbahnpolitik vor der Krisis.

Spricht man von den Ursachen, welche der im Jahre 1873 über den österreichischen Effectenmarkt, ja über das ganze österreichische Wirthschaftsgebiet hereingebrochenen Krisis zu Grunde liegen, dann kann ferner auch die Rolle nicht außer Betracht bleiben, welche die österreichische Eisenbahnpolitik in der, der Krisis vorausgegangenen Periode gespielt hat, und der vorliegende Bericht kann von der Berücksichtigung dieses Gegenstandes, soweit er mit dem Ausbruche der Krisis selbst im Zusammenhange steht, füglich nicht völlig Umgang nehmen.

Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in der österreichisch-ungarischen Monarchie war bekanntlich noch in der ersten Hälfte der Sechziger Jahre zum Nachtheile des Landes und der Entfaltung seiner wirthschaftlichen Kräfte völlig zurückgeblieben. Erst nach dem Kriege im Jahre 1866 trat in dieser Beziehung eine Wendung ein. Einerseits stimulirt durch die damals erfolgte Vermehrung der Umlaufsmittel im Großen, dem zunächst begünstigt und angeregt durch die trefflichen Ernteergebnisse der Jahre 1867 und 1868, welche einen Getreideexport in außergewöhnlichem Umfange ermöglichten und dem Lande auf diese Weise Capitalien von außen zuführten, befördert in ihrem weiteren Verlaufe durch die mit dem Jahre 1868 begonnene heilsame Neugestaltung des staatlichen Finanzwesens, angeregt endlich durch den Umstand, daß der österreichische Staat, eine bis dahin unbekannte Erscheinung, aufgehört hatte, als Geldsucher auf dem großen Markte zu erscheinen, warf sich der neu erwachte Unternehmungsgeist mit einem ebenso heilsamen als berechtigten Eifer auf den Bau neuer Eisenbahnlinien und vollzog sich eine förmliche Umwälzung auf dem Gebiete des österreichischen Eisenbahnwesens. Leider wurde auch in dieser Richtung ein mit der Capitalskraft des Landes und seinen factischen Hilfsquellen übereinstimmendes weises Maß nicht eingehalten. Ohne daß man sich davon Rechenschaft gegeben hätte, griff eine krankhafte Ueberhastung Platz und weit über jene Grenze hinaus, innerhalb welcher das Volkseinkommen sowohl wie die Sparkraft des Landes sich bewegte, wurden Capitalien im Wege von Eisenbahnbauten fester Anlage zugeführt. Es ist diesfalls von besonderem Interesse, sich die Ziffern zu vergegenwärtigen, welche auf diese Verhältnisse Bezug haben, wobei der Umstand wohl nicht übersehen werden kann, daß trotz der im Jahre 1867 erfolgten Theilung der Monarchie in zwei Hälften, nicht bloß die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen Interessen, sondern namentlich die factisch höchst beträchtliche Betheiligung des Capitals in den diesseitigen Ländern auch an Eisenbahnbau-Unternehmungen der jenseitigen Reichshälfte, die bloße Berücksichtigung der auf diese Entwicklung des Eisenbahnwesens in den diesseitigen Ländern bezüglichen Ziffern ausschließt und die Berücksichtigung des Zuwachses, welche das Eisenbahnnetz der Monarchie im Ganzen erfahren hat, erheischt.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie entwickelte sich das Eisenbahnnetz seit dem Jahre 1867 in folgender Weise:

Eisenbahnen dem Verkehre übergeben:

| | In den diesseitigen Ländern | In den jenseitigen Ländern | In den ganzen österr.-ung. Monarchie |
|---|---|---|---|
| Ende 1866 . . | 507·08 Meilen | 278·81 Meilen | 785·89 Meilen |
| „ 1867 . . | 530·88 „ | 295·08 „ | 825·96 „ |
| „ 1868 . . | 582·38 „ | 341·09 „ | 923·47 „ |
| „ 1869 . . | 680·63 „ | 359·18 „ | 1039·81 „ |
| „ 1870 . . | 789·95 „ | 456·28 „ | 1246·23 „ |
| „ 1871 . . | 954·44 „ | 578·60 „ | 1533·04 „ |
| „ 1872 . . | 1106·91 „ | 705·12 „ | 1812·03 „ |
| „ 1873 . . | 1213·82 „ | 818·16 „ | 2031·98 „ |
| „ 1874 . . | 1266·55 „ | 841·34 „ | 2101·89 „ |
| „ 1875 . . | 1349·17 „ | 841·34 „ | 2190·51 „ |

In den einzelnen Jahren hat demnach folgender Zuwachs stattgefunden:

| Jahr | In den diesseitigen Ländern | In den jenseitigen Ländern | In der ganzen österr.-ung. Monarchie |
|---|---|---|---|
| 1867 . . . | 23·80 Meilen | 16·27 Meilen | 40·07 Meilen |
| 1868 . . | 51·50 „ | 46·01 „ | 97·51 „ |
| 1869 . . . | 98·25 „ | 18·09 „ | 116·34 „ |
| 1870 . . . | 109·32 „ | 97·10 „ | 206.42 „ |
| 1871 . . . | 164·49 „ | 122·32 „ | 286·81 „ |
| 1872 . . | 152·47 „ | 126·52 „ | 278·99 „ |
| 1873 . . . | 111·80 „ | 113·04 „ | 224·64 „ |
| 1874 . . . | 43·95 „ | 23·18 „ | 67·13 „ |
| 1875 . . . | 88·62 „ | — „ | 88·62 „ |

Es hat demnach innerhalb der 7jährigen Periode von Anfang 1867 bis Ende 1873 das Eisenbahnnetz der diesseitigen Länder einen Zuwachs um 709·92 Meilen, jenes der jenseitigen Länder einen Zuwachs um 540·82 Meilen, das gesammte Eisenbahnnetz der Monarchie einen Zuwachs um 1250·74 Meilen erfahren. Dem gegenüber steht in der vorausgegangenen 11jährigen Periode von 1856 bis 1866 ein Zuwachs in den diesseitigen Ländern um 316·68 Meilen, in den jenseitigen Ländern um 206·33 Meilen und in der gesammten Monarchie um 523·01 Meilen.

Es ist demnach im Durchschnitte per Jahr der Zuwachs des Eisenbahnnetzes, die beiden Perioden einander gegenüber gehalten, in folgender Weise vor sich gegangen: In den diesseitigen Ländern 101·41 Meilen per Jahr gegen 28·79 Meilen in der früheren Periode, in der jenseitigen Reichshälfte 77·26 Meilen gegen 18·75 Meilen in der früheren Periode; in der ganzen Monarchie demnach 178·68 Meilen per Jahr, gegen 47·54 Meilen in der früheren Periode. In den 11 Jahren von 1856 bis 1866 wurden 523 Meilen, in den 7 Jahren von 1867 bis 1873 1250 Meilen Eisenbahnen gebaut — ein Verhältniß, welches die Ueberstürzung bei Inanspruchnahme des Capitals für Eisenbahnbauten deutlich veranschaulicht und um so unnatürlicher erscheinen muß, als die wirthschaftliche Entwicklung der Capitalskraft des Landes und seine Sparfähigkeit damit notorisch keineswegs gleichen Schritt gehalten hat. Die Mittel für den Bau selbst kamen allerdings vorwiegend erst in den Jahren 1869, dann 1871 und 1872 zur Beschaffung, der Ausgangspunkt dieser Thätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues aber fällt in die Jahre 1866 bis 1868, in welchen Jahren für die Mehrzahl der betreffenden Eisenbahnlinien die Concessionen ertheilt worden waren. Vielleicht wäre diese Inanspruchnahme des Capitals für diesen unter allen Umständen productiven Zweck, zumal der Staat aufgehört hatte, den Unternehmern auf dem Geldmarkte Concurrenz zu machen, trotz der Unverhältnißmäßigkeit des Ausmaßes ohne Erschütterung der allgemeinen Verhältnisse, höchstens unter Zurücklassung einer mehr oder weniger empfindlichen, wenn auch bis zu einem

gewissen Grade unausbleiblichen, allgemeinen Preissteigerung vorübergegangen, wenn der Unternehmungsgeist sich auf dieses Gebiet und auf das bis dahin erreichte Ausmaß beschränkt hätte. Das war aber leider nicht der Fall. Die fieberhafte Gründungsthätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues ließ nur nach, um einer noch weit bedenklicheren, weil minder productiven, ja sogar vielfach unproductiven Zwecken zugewendeten speculativen Bewegung Platz zu machen.

Eisenbahngründungen traten allgemach in den Hintergrund, an ihre Stelle drängte die Gründung neuer Banken, neuer Bau- und Industriegesellschaften sich in den Vordergrund, und die Ansprüche, welche in letzterer Richtung an das Capital und den Geldmarkt ohne Unterlaß und ohne Ruhepause gestellt wurden, gestalteten nicht bloß die Aufbringung der Mittel für den Ausbau und die Vollendung der bereits in Angriff genommenen Eisenbahnstrecken zu einer immer schwierigeren Aufgabe, sondern gefährdeten geradezu die Beschaffung dieser Mittel umsomehr, als das auswärtige Capital, die Abnehmer österreichischer Eisenbahntitres im Auslande, aus mehrfachen Gründen ihre diesfällige Betheiligung einschränkten und allmälig ganz aufhören ließen. Für die seit dem Jahre 1868 theils vollendeten, theils in Angriff genommenen Eisenbahnlinien in der diesseitigen Reichshälfte allein war ein Capital von etwa 800 Millionen, in beiden Reichshälften zusammen ein Capital von etwa 1300 bis 1400 Millionen erforderlich; wie sollte die bis dahin noch nicht beschaffte Quote dieses Erfordernisses mit der früheren relativen Leichtigkeit aufgebracht werden in einem Zeitpunkte, in welchem für die Sicherheit einer fixen Rente fast jede Werthschätzung abhanden gekommen war und alle Welt den Emissionen jener Effectenkategorien zulief, die dem Coursgewinne und der Agiotage im großen Maßstabe einen weiten Spielraum eröffneten. Unter solchen Umständen war der Entwickelung des Eisenbahnwesens in Oesterreich-Ungarn naturgemäß ein gebieterisches Halt zugerufen, und muß die Erscheinung als eine völlig natürliche angesehen werden, daß sofort bei Ausbruch der Krisis nicht bloß von einer Fortsetzung der früheren Bauthätigkeit, selbst in viel bescheidenerem Umfange, keine Rede mehr war, sondern daß eine ganze Reihe bereits concessionirter Eisenbahnlinien jede Aussicht auf ihre Durchführbarkeit verlor. Im ganzen Jahre 1873 wurde nicht Eine neue Eisenbahn concessionirt und nicht weniger als 171 Meilen bereits concessionirter, neuer Linien wurden dem Stadium der Inangriffnahme völlig entrückt. Die Periode des Aufschwunges des Eisenbahnbaues in Oesterreich, welche mit dem Jahre 1868 ihren Anfang genommen hatte, war damit in trostlosester Weise an ihrem Ende angelangt.

Allerdings hatte hiezu auch eine Reihe anderer Momente nicht unwesentlich beigetragen. Die Vertheuerung des Geldes in Folge des durch die Speculation auf eine unnatürliche Höhe hinaufgeschraubten Zinsfußes, die von einer Ueberspeculation von solcher Dauer und solchem Umfange untrennbare Steigerung der Preise und Löhne hatte dazu geführt, daß kaum eine der zum Ausbaue gelangten Eisenbahnstrecken ohne beträchtliche Ueberschreitung der präliminirt gewesenen Summe der Baukosten vollendet wurde. Das waren Zügel, welchen der Unternehmungsgeist sich selbst dann nicht hätte entziehen können, wenn die Lockungen der Speculation in anderer Richtung minder maßlos gewesen wären, als es thatsächlich der Fall war. Dazu gesellte sich überdies die Wahrnehmung, daß nicht wenige der neuen Eisenbahnlinien, trotzdem sie mit der staatlichen Zinsengarantie ausgestattet waren, wesentlich in Folge des Mangels ihrer wirthschaftlichen Existenzberechtigung überhaupt, sofort nach ihrer Vollendung sich außer Stande zeigten, auch nur die Kosten ihres Betriebes aus den eigenen Einnahmen zu decken. Den Besitzern der Titres der betreffenden Eisenbahnen entschwand auf solche Weise trotz der staatlichen Zinsengarantie jene Sicherheit in Bezug auf den Zinsenbezug, auf welchen sie gerechnet hatten, als sie ihr Capital in diesen Werthen anlegten, eine Enttäuschung, deren Rückwirkung auf den Credit selbst der staatlich garantirten

Eisenbahnlinien nicht ausbleiben konnte. Bei einer weiteren Reihe jüngerer, staatlich garantirter Eisenbahnen führte eine beträchtliche Ueberschreitung der präliminirten Baukosten vereint mit der Vorwegnahme unverhältnißmäßiger Gewinne seitens der Unternehmer, theils zu einer Gefährdung oder Verkürzung des den Inhabern der betreffenden Titres zugesicherten Zinsenbezuges, für welchen die staatliche garantirte Summe nicht mehr ausreichte, theils zu einer Sistirung des Ausbaues der betreffenden Bahnstrecken.

Dazu kam ferner auch noch die traurige Erfahrung, welche den Abnehmern der Titres staatlich nicht garantirter Eisenbahnlinien jüngster Schöpfung bereitet wurde. In den Jahren 1870 und 1871, zu einer Zeit also, in welcher der Capitalsmarkt mit österreichisch-ungarischen Eisenbahntitres bereits unverhältnißmäßig überlastet war, hatte der, jeglicher Vorsicht und Vorausberechnung spottende Speculationsdrang sich der Bewerbung um Concessionen für neue Eisenbahnlinien ohne jede andere staatliche Begünstigung als die Gewährung gewisser Steuerbefreiungen zugewendet. Naturgemäß mußte der Emissionscours dieser Kategorie von Eisenbahnwerthen weit zurückbleiben, selbst hinter dem Emissionscourse jener Eisenbahnlinien, welche mit staatlicher Zinsengarantie ausgestattet waren. Actien solcher lediglich mit mehrjähriger Steuerbefreiung begünstigter Eisenbahnlinien wurden bis zu 60 Percent, Prioritäten derselben bis zu 70 Percent herab emittirt. Die unmittelbare Folge dieses Umstandes war, zumal die allgemeine Preissteigerung dabei mitwirkte, ein unnatürlich hohes Anlagecapital aller dieser Bahnen, für welches hohe Anlagecapital ein normales Zinsenerträgniß selbst dann nicht hätte erzielt werden können, wenn die wirthschaftliche Berechtigung der betreffenden Linien eine größere gewesen wäre, als dies thatsächlich der Fall war. Aus dieser Sachlage heraus wuchs eine stetig wachsende Schädigung des österreichischen Eisenbahncredites im Allgemeinen. Die Krisis hatte, einmal ausgebrochen, hier ein Terrain mehr, um ihre Wirkungen fühlbar werden zu lassen und die Fühlbarkeit dieser Wirkungen mußte naturgemäß dadurch noch potenzirt werden, daß nicht wenige Banken, allen Zwecken und Bedingungen ihrer Existenz zuwider, sich nicht darauf beschränkt hatten, die Bankiers der betreffenden Unternehmer und Unternehmungen zu sein, sondern selbst Bauunternehmer im Großen wurden und dabei in Folge der früher angedeuteten Verhältnisse Verluste erlitten, welche nicht bloß die bei der Financirung erzielten Gewinne absorbirten, sondern auch vielfach das eigene Grundcapital in beträchtlichem Umfange schmälerten, Verluste, unter welchen gar manche dieser Banken auch derzeit noch schwer leiden.

So muß denn nach alledem der Gang, welchen die österreichische Eisenbahnpolitik, vom Beginne der Speculationsperiode angefangen, genommen, die Verirrungen, welche dabei vorkamen, der Sanguinismus, welcher dabei mitspielte, und die Enttäuschungen, zu denen er führte, nicht bloß etwa als eine mit dem Ausbruche der Krisis parallel laufende kritische Erscheinung, sondern geradezu als eine der Ursachen bezeichnet werden, welche an der Herbeiführung der Krisis des Jahres 1873 ihren unmittelbaren Antheil hatten.

Handel und Industrie, Ueberproduction und Handelspolitik.

Zu den tiefer liegenden, wenn auch vielleicht minder erkennbar zu Tage tretenden Ursachen der im Jahre 1873 erfolgten Erschütterung der wirthschaftlichen Verhältnisse gehört weiter auch die thatsächliche Ueberstürzung auf dem Gebiete der industriellen Production und des Handels. Man spricht, indem man dieser Ursache gedenkt und sie den anderen Ursachen anreiht, nur etwas aus, was derzeit von keiner Seite mehr bestritten wird, wenn auch der Beweis dafür ziffermäßig nur in einseitiger Weise zu erbringen ist, weil die Ziffern der Industriestatistik nicht in gleich ausreichender Weise wie jene der Handelsstatistik zur Verfügung stehen. Es ist schwer zu sagen, in welches Jahr der Ausgangspunkt der Ueberhastung auf dem Gebiete heimischer industrieller Thätigkeit fällt, und noch schwerer anzugeben, in welchen Dimen-

sionen sie sich bewegte, welchen Höhegrad sie erreicht hatte. Auch Diejenigen, welche die Erscheinungen und Wahrnehmungen auf diesem Gebiete allen anderen, der Krisis zu Grunde liegenden Momenten voranstellen, sind da, namentlich was den Umfang der industriellen Ueberproduction betrifft, auf wenig verläßliche Anhaltspunkte allgemeiner Natur beschränkt und nehmen immer wieder zu jenen einseitigen Daten ihre Zuflucht, welche die Jedermann zugängliche Handelsstatistik ihnen an die Hand gibt. Immerhin ist so viel sicher, daß diese Tendenz der Ueberproduction erst gegen das Ende der Sechziger Jahre hin und im Gefolge der gewaltigen Vermehrung der Umlaufsmittel, der reichen Ernten von 1867 und 1868 und des plötzlichen Aufschwunges auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues auftrat; als mindestens ebenso feststehend dürfte aber die Thatsache anzusehen sein, daß die Dimensionen dieser industriellen Production in immer steigendem Maße unnatürliche und gefahrvolle waren, unnatürliche mit Rücksicht auf die Kauf- und Consumtionskraft der Bevölkerung, deren normale Entwicklung mit ihr unmöglich gleichen Schritt halten konnte, gefahrvolle einerseits mit Rücksicht auf das unzureichende, durch den maßlosen Speculationsdrang stetig geschmälerte Betriebscapital, anderseits mit Rücksicht auf die durch die Handelspolitik der Jahre 1868 und 1869 angefachte und begünstigte Concurrenz des Auslandes. Die außerordentlich beträchtlichen Vorräthe, welche namentlich in gewissen Zweigen der heimischen industriellen Production auch derzeit, mehr als zwei Jahre nach Eintritt der Krisis und trotz der seither so wesentlich restringirten Erzeugung, noch aufgestapelt sind, bilden leider traurige Belege für die stattgefundene, heute übrigens von keinem Einsichtigen mehr bestrittene industrielle Ueberstürzung.

Die Ziffern der Handelsstatistik freilich reden vollends eine noch viel deutlichere Sprache; sie bieten für die Periode von 1866 bis 1873 folgendes Bild:

| | Einfuhr | Ausfuhr | Mehr-Einfuhr | Mehr-Ausfuhr |
|---|---|---|---|---|
| | in Millionen Gulden. | | | |
| 1866 | 217·9 | 329·5 | — | 111·6 |
| 1867 | 294·3 | 407·4 | — | 113·1 |
| 1868 | 387·4 | 428·9 | — | 41·5 |
| 1869 | 418·9 | 438·1 | — | 19·2 |
| 1870 | 431·9 | 395·4 | 36·5 | — |
| 1871 | 540·8 | 467·6 | 73·2 | — |
| 1872 | 613·7 | 388·0 | 225·7 | — |
| 1873 | 583·1 | 423·6 | 159·5 | — |
| 1874 | 568·7 | 449·2 | 119·4 | — |

Es hat demnach, vergleicht man die Jahre 1866 und 1873, der gesammte Außenhandel der Monarchie sich nahezu verdoppelt; während indeß die Steigerung der Ausfuhr 128 % ausmacht, beträgt dieselbe bei der Einfuhr 268 %. Während des ganzen Decenniums von 1859 bis 1869 war das Land in seinem Außenhandel activ; mit dem Jahre 1870 aber begann der Umschlag ins Gegentheil, und während die vier Jahre von 1866 bis 1869 noch mit einer Mehrausfuhr von im Ganzen 285·4 Millionen Gulden abschlossen, weisen die letzten fünf Jahre von 1870 bis 1874 eine Mehreinfuhr von im Ganzen 614·3 Millionen auf — demnach für diese letzten fünf Jahre ein Deficit im Außenhandel von weit über einer halben Milliarde Gulden! Dabei kommt in Betracht, daß es vorzugsweise Genußmittel und Fabrikate waren, welche zumal seit 1869 die Importziffern anschwellen machten, und dabei kann auch der Umstand nicht übersehen werden, daß der Berechnung des Werthes der Einfuhr bei sehr vielen Waarenclassen die im Jahre 1864 erhobenen Werthsätze zu Grunde gelegt erscheinen, Werthsätze, bei denen die seither eingetretene, überaus beträchtliche Preissteigerung außer Berücksichtigung geblieben ist. Was speciell den Verkehr in Fabrikaten betrifft, so kommt hierbei noch zu constatiren, daß, während die Ausfuhr von 272·6 Millionen Gulden im Jahre 1869 auf 266·0 Millionen im Jahre 1873 gesunken ist,

die Einfuhr von 254·1 Millionen im Jahre 1869 auf 352·6 Millionen Gulden im Jahre 1873 gestiegen ist, demnach um 38 Percent zugenommen hat.

Man steht da vor Thatsachen, deren unmittelbarster Zusammenhang mit der im Jahre 1873 eingetretenen Krisis klar zu Tage liegt. Mit der Periode der Ueberspeculation auf dem Geld- und Effectenmarkte lief parallel eine Periode der Ueberstürzung auf dem Gebiete des Waarenhandels, und da wie dort hatte eine Ueberschätzung der natürlichen Spar- und Consumverhältnisse platzgegriffen. Das Land war, ohne daß man der Tragweite der so geänderten Verhältnisse ausreichende Beachtung geschenkt hätte, in immer steigendem Maße dem Auslande tributär geworden, nicht für Leistungen, welche seine Capitalskraft vermehrt hätten, sondern vorzugsweise für Gegenstände des Verbrauches, und nicht aus seinen ersparten Mitteln oder mit Producten seiner Arbeit, sondern durch neue Schuldtitel hat es diesen Bezug und Verbrauch gedeckt. Und während auf solche Weise ein Deficit von weit mehr als einer halben Milliarde im Außenhandel zu decken war, während das Land in Folge mißlicher Ernteverhältnisse nach langer Zeit zum ersten Male wieder genöthigt war, sogar Brotstoffe, mit denen es vordem andere Länder versorgte, nun selbst aus dem Auslande zu beziehen, nahm gleichzeitig die Ueberstürzung auf dem Gebiete der Association und der Speculation ein effectives Capital von über 2¼ Milliarden für sich in Anspruch! Wo waren die Hilfsquellen, wo war die Capitalskraft für Anforderungen so maßloser Art und wie hätte der Zusammenbruch eines wirthschaftlichen Gebäudes aufgehalten werden können, dem in solcher Weise jede legitime Basis fehlte?

Die Consequenzen der so eingetretenen, bedeutsamen Umgestaltung unseres Außenhandels-Verkehrs mußten aber naturgemäß namentlich auf dem Gebiete der industriellen Production den empfindlichsten Rückschlag üben, denn hier vereinigten sich mit den anderen Factoren auch noch die Wirkungen der fehlerhaften, weil überstürzten Handelspolitik der letzten Sechziger Jahre. Man mag in Bezug auf die für unser Land zuträglichste Handelspolitik welchen Standpunkt immer einnehmen — die Thatsache kann in keinem Falle bestritten werden, weil eben die Ziffern der Handelsausweise in dieser Richtung unwiderlegbar sind, daß die Gestaltung unseres Außenhandels seit 1868 zum großen Theile als eine Folge der ohne Rücksicht auf die in Oesterreich gegebenen Productionsbedingungen damals inaugurirten Handelspolitik anzusehen ist. Es ist das eine derzeit in der unzweideutigsten Weise auch officiell anerkannte Thatsache und es braucht in dieser Beziehung nur auf den Commentar zu den Handelsausweisen für 1873 hingewiesen zu werden, wo von der „äußerst günstigen" Einwirkung die Rede ist, welche durch die „Herabsetzung der Zollsätze auf die wichtigsten Bedarfsartikel auf den Bezug fremdländischer Waaren" geübt wurde, und wo constatirt wird, daß von da ab „der Export nicht mehr gleichen Schritt mit der Einfuhr zu halten vermochte". Für die heimische industrielle Production wäre demnach die Periode von 1869 ab zum mindesten eine schwere Probezeit auch dann gewesen, wenn sich ihre Erzeugung auf dem früheren Niveau erhalten und auf jenen Umfang beschränkt hätte, welchen sie damals eingenommen hatte. Leider aber ging mit den unmittelbaren Wirkungen einer überstürzten Handelspolitik auch eine, durch die unnatürlich emporgeschraubte Consumtion stimulirte Ueberproduction auf dem Gebiete industrieller Thätigkeit Hand in Hand und war die ohnehin dem normalen Bedarfe weit vorausgeeilte Erzeugung im Lande selbst obendrein der übermächtigen, weil auf weitaus günstigeren Productionsbedingungen beruhenden Concurrenz des Auslandes preisgegeben. So fand die auf dem Effectenmarkte entzündete Krisis in den unnatürlichen Verhältnissen der industriellen Thätigkeit ein Gebiet mehr für ihre verheerenden Wirkungen, und hatte zur Speculationskrisis, ihre Nachwirkungen verschärfend, eine ausgedehnte Absatzkrisis sich hinzugesellt.

Einwirkung der gestörten Valutaverhältnisse.

Zu den physiologischen Momenten, welchen bei Beurtheilung der Krisis des Jahres 1873 eine mitwirkende Rolle nicht aberkannt werden kann, gehört, wenn diese Rolle auch minder erkennbar sein mag, doch in jedem Falle der eigenthümliche Charakter unserer Landeswährung. Es gilt als ein, durch die Erfahrungen anderer Länder vielfach bestätigter Satz, daß in der Aufrechthaltung eines schwankenden Werthmessers auf einem großen Wirthschaftsgebiete ein unmittelbar anregendes Moment für excessive Ueberspeculation und schwindelhafte Ausschreitungen des Unternehmungsgeistes gelegen sei. Man mag darüber verschiedener Meinung sein, in welchem Ausmaße dieses Moment auf die Herbeiführung der Katastrophe vom Jahre 1873 Einfluß genommen hat, die Behauptung aber wäre eine irrige, daß jeder solche Einfluß völlig gefehlt habe. Zum Mindesten wird die Thatsache von keiner Seite in Abrede gestellt werden können, daß eine einmal ausgebrochene Krisis in ihren Folgen viel leichter ertragen wird, in ihrem Umfange, wie in ihren Nachwirkungen viel beschränkter bleibt in einem Lande, das sich gesunden Geldumlaufes erfreut, als in einem Lande, welches seinen Werthmesser unberechenbaren Schwankungen ausgesetzt sieht.

Allerdings war die Ueberspeculation in Oesterreich keine isolirte Erscheinung, vielmehr ist dieselbe in zum Mindesten gleichem Umfange auch im Deutschen Reiche zu Tage getreten. Aber gerade in dem Unterschiede in der Art, wie Folgen und Wirkungen der einmal eingebrochenen Krisis da und dort ertragen und überwunden wurden, liegt ein klar sprechender Beleg für den Werth, welchen die stabile Landeswährung gerade in Zeiten kritischer Gestaltung der allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse für ein Land hat. Die Wunden zu heilen, welche die Periode der Ueberspeculation dort unmittelbar zurückgelassen hat, wäre das deutsche Reich in Folge seiner stabilen Landeswährung auch dann rasch im Stande gewesen, wenn seine Capitalskraft eine minder mächtige gewesen wäre, als sie es in Wirklichkeit war. Das österreichische Wirthschaftsgebiet dagegen, einmal von den Hochfluthen der Krisis erfaßt, war bei weitaus schwächerer Capitalskraft im eigenen Lande in Folge seiner zerrütteten Valutaverhältnisse völlig auf sich selber angewiesen, mußte in Folge seiner Valuta-Isolirung jeder Hilfe von auswärts entrathen. Der Umfang der Krisis sowohl wie die Dauer derselben wäre zweifellos beträchtlich gemildert worden, wenn der Verband der österreichisch-ungarischen Monarchie mit dem großen internationalen Wirthschaftsgebiete nicht in Folge ihrer Valuta-Isolirung ein so lockerer wäre. Oesterreich-Ungarn spielt auf dem internationalen Markte in dieser Richtung kaum eine andere, bessere Rolle, als die in der Cultur hinter ihm weit zurückstehenden Länder des europäischen Ostens und etliche außereuropäische Länder. Man nimmt seine Schuldtitel, wie man die Schuldtitel jener anderen Länder nimmt; aber man läßt es, wenn seine wirthschaftlichen Verhältnisse periodisch ins Schwanken gerathen, ohne alle Hilfe, denn es gehört nicht zu den Rädern, welche den Apparat des großen internationalen Credites bewegen.

Es kann diese Sachlage ebensowenig übersehen werden, wie man die Thatsache verkennen kann, daß im Lande selbst die schwankende Valuta den speculativen Drang förmlich großzieht, und daß der Staat selbst es ist, der die Speculation und das Spiel ermuntert, indem er, völlig abgesehen von seinem Lotto, auch den soliden Kaufmann wie den Industriellen dazu verurtheilt, die Valutaspeculation als einen der Factoren geschäftlicher Combination in Rechnung zu ziehen und zu pflegen. Perioden mit hohem Agio schaffen auf künstliche Weise Conjuncturen für den Export und regen die Producenten zu ausgedehnter, den normalen Bedarf im Innern übersteigender Erzeugung an; allein das so geschaffene Verhältniß entbehrt der Stabilität, und sinkt das Agio, dann stockt plötzlich der Export und die aufgestapelten Vorräthe bleiben im Lande, vergeblich Absatz suchend, Störungen im wirthschaftlichen Gemeinwesen erzeugend oder vorhandene potenzirend. Eine der allerersten Lehren, die das Land aus den Erfahrungen der großen Krisis für sich ableiten sollte, ist die Nothwendigkeit der Herbeiführung einer stabilen Valuta, und einer der

wesentlichsten Schritte zur Gesundung der wirthschaftlichen Verhältnisse im Lande, wie zur Sicherung seiner ferneren ökonomischen Entwicklung wird durch zweckentsprechende Vorbereitungen zur Herstellung der Valuta in Oesterreich gethan sein.

---

Den bisherigen Ausführungen des vorliegenden Berichtes mag dermalen, nachdem mehr als zwei Jahre seit Ausbruch der Krisis verstrichen sind und weitere Kreise vollauf Muße und Veranlassung hatten, über diese wirthschaftliche Katastrophe nachzudenken, immerhin nachgesagt werden können, daß sie mehr Wahres als Neues enthalten. Indeß bestand ja, ganz abgesehen von dem statistischen Werthe des hier zur Publication gelangenden Materials von meist authentischem Charakter, gerade darin die nächste Aufgabe, welche dem Ausschusse oblag, mit aller Eindringlichkeit die „Ursachen der Entstehung" der finanziellen und wirthschaftlichen Krisis zu erforschen, und es vermöchte der Tragweite und Bedeutung jener Wahrnehmungen, zu denen er gelangt, kaum Eintrag zu thun, wenn dieselben auch wirklich weniger neu als vielmehr wahr sein sollten. Die Betrachtungen und Schlußfolgerungen jedoch, zu denen der Ausschuß gelangt ist, lassen sich etwa in folgender Weise zusammenfassen.

Resumé. Es war eine völlig erklärliche, in keiner Weise unnatürliche Erscheinung, daß bald nach Beendigung des Krieges vom Jahre 1866 der bis dahin schlummernde Unternehmungsgeist auf wirthschaftlichem Gebiete zur reger Thätigkeit erwacht war. Die eingetretene Vermehrung der Umlaufsmittel hatte ihm einen, leider nur zu plötzlich erfolgten, nichts weniger als wohl berechneten Impuls gegeben, der reiche Ernteertrag der Jahre 1867 und 1868 hatte ihn in außerordentlichem Maße gefördert. Eine Reihe eigenthümlicher Momente jedoch, obenan die der sprungweisen mehr als der naturgemäßen Entwicklung zugewendete Charaktereigenthümlichkeit der Bevölkerung, hatte die legitimen Grenzen, welche diesem Unternehmungsgeiste, zumal angesichts der in früheren Jahren arg vernachlässigten Pflege der wirthschaftlichen Interessen, von vornherein gezogen waren, sofort und in immer steigendem Maße verrückt, und allmälig, aber sicher, und nur durch die Zwischenkrisis des Jahres 1869 eine Weile lang aufgehalten, entwickelte sich eine Bewegung, als deren Signatur man, damit zugleich die Ursachen der hereingebrochenen Katastrophe des Jahres 1873 kennzeichnend, die folgenden Momente bezeichnen kann:

1. Die systematische Ueberschätzung der eigenen Capitalskraft, die mangelnde Rücksichtnahme auf das Ausmaß, in welchem das Einkommen des Volkes wie seine Sparkraft sich bewegte, und auf die Hilfsquellen, welche ihm zur Verfügung standen; das führte vorerst zu einer Ueberstürzung des Unternehmungsgeistes auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues, im weiteren Verlaufe aber zu einer noch weit schlimmeren Ueberhastung in der Gründung von Unternehmungen von immer zweifelhafterer Existenzberechtigung, im Ganzen aber und in immer steigendem Maße zu einer immer einseitigeren Verwendung der verfügbaren Capitalien zu fester, stehender Anlage, demnach zu einer Störung der naturgemäßen Harmonie zwischen der Capitalsvertheilung und Capitalsverwendung, unter völliger Außerachtlassung des für den Staatshaushalt sowohl, wie für die Volksarbeit unter allen Umständen erforderlichen Betriebscapitals.

2. Die Ueberanspannung des Privatcredites, welche naturgemäß dadurch herbeigeführt werden mußte, daß die eigene Capitalskraft die Mittel für die eingerissene Ueberspeculation nicht zu beschaffen vermochte, und der excessive Mißbrauch, welcher in den verschiedensten Formen und zu den gewagtesten Zwecken von dem Credite gemacht wurde.

3. Die mit dem sanguinischen Charakter der Bevölkerung immerhin zusammenhängende Leichtgläubigkeit, die vielfach mangelnde Geneigtheit oder

Fähigkeit zu selbständiger Prüfung und Kritik, die Betheiligung der weitesten Kreise an dem eigentlichen Börsespiele und die Zuführung der erarbeiteten oder auf dem Wege des Credites erlangten Capitalien in die Canäle der Speculation auf Kosten der Befriedigung des Capitalsbedürfnisses der legitimen Productionszweige.

4. Eine, die normale Consumtionskraft des Volkes und die natürliche Entwicklung derselben überschätzende, durch die allgemeine Preissteigerung, sowie durch den gesteigerten Luxus genährte und stimulirte Ueberproduction auf vielen Gebieten der heimischen industriellen Thätigkeit, eine Ueberproduction, deren Consequenzen sich um so bedenklicher gestalten mußten, als gleichzeitig die von vielen Seiten erwarteten Wirkungen einer fehlerhaften Zoll- und Handelspolitik sich parallel mit der Entwicklung der Ueberspeculation wie der Ueberproduction in immer steigenderem Maße geltend machten.

5. Das auf irrthümlicher Grundlage und falschen Voraussetzungen basirte System der staatlichen Concessionirung und Ueberwachung von Actiengesellschaften und der Umstand, daß durch dieses System der Wahn der Sicherheit und der Verläßlichkeit der in dieser Richtung erfolgten Capitalsanlagen erzeugt wurde, während in Wirklichkeit durch dieses System nicht nur ein Schutz gegen die Ausbeutung, Täuschung und Uebervortheilung nicht gegeben war, sondern fast jeder gesetzliche Anhaltspunkt für eine wirksame staatliche Repression gegen die Mißbräuche und Uebelthaten des speculativen Raffinements fehlte.

6. Die in immer bedenklicherem Maße und allmälig fast ausschließlich der rein speculativen Richtung anheim gefallene, vorwiegend dem Gründungsgeschäfte und den Agiogewinnen zugewendete Thätigkeit der Banken, die Vernachlässigung des Creditbedürfnisses der legitimen kaufmännischen Geschäftszweige, die Absorption der Umlaufsmittel wie des flüssigen Capitals durch die Speculation und die damit zusammenhängende, den normalen Geschäftsbetrieb schädigende Steigerung des Zinsfußes.

7. Die fast maßlose, durch das bisherige System der Concessionirung in keiner Weise eingeschränkte Freiheit in der Cumulirung auch der heterogensten und unvereinbarlichsten Zweige des Bankgeschäftes, das Ausgreifen der Thätigkeit der modernen Credit-Mobilier-Institute nach allen Richtungen hin bei völligem Mangel halbwegs ausreichender Reserven selbst für ihre kurzfälligen Verbindlichkeiten und die durch die Institute dieses Genres schrankenlos betriebene Festlegung nicht bloß der eigenen, sondern auch der erborgten Capitalien an Stelle der ihrem Zwecke und ihrer Existenz allein entsprechenden Mobilhaltung derselben.

8. Die schwankenden Valutaverhältnisse im Lande, welche indirect dem schwindelhaften Unternehmungsgeist Vorschub leisteten, die industrielle Ueberproduction direct künstlich beförderten und die Hilfsquellen des Landes von vornherein eingeschränkt hatten.

9. Als stimulirende Mittel außerordentlicher Natur, die unberechtigten Hoffnungen, welche sich im Jahre 1871 an die für unausbleiblich gehaltene Rückwirkung der Milliardenwanderung aus Frankreich nach dem verkehrsverwandten Gebiete des deutschen Reiches auf die österreichischen Speculations- und Capitalsverhältnisse geknüpft hatten, und die sanguinischen Erwartungen, welche durch das Project der großen Wiener Weltausstellung angeregt und in dem Maße gesteigert wurden, als dasselbe seiner Realisirung näher rückte, Erwartungen, deren Enttäuschung dem Zeitpunkte nach als das unmittelbare Signal zum Ausbruche der Katastrophe bezeichnet werden muß.

Das war beiläufig die Gesammtheit der Ursachen, welche die Katastrophe von 1873 herbeiführten. Einzelnen von ihnen mag der specifisch-österreichische Charakter fehlen, wie sich ja in der That nicht verkennen läßt, daß gleiche Wirkungen zu gleicher Zeit auch andere Geldmärkte und Wirthschaftsgebiete

ins Schwanken gebracht haben und wie es ja auch Thatsache ist, daß eine Reihe gleicher Ursachen auch der Krisis des Jahres 1857 in gleichen Formen und ähnlichen Dimensionen zu Grunde lagen. Bei alledem aber wäre es eitle Selbsttäuschung, den vorwiegend localen Charakter der überwiegenden Mehrzahl jener Ursachen verkennen und übersehen zu wollen, daß die Keime der großen wirthschaftlichen Krankheit, die da im Mai 1873 offenbar wurde, keineswegs von außen hereingetragen, sondern im Lande selbst ausgestreut und gezeitigt worden waren.

Soviel über die Ursachen der Entstehung der Krisis vom Jahre 1873.

Die Ursachen der Ausbreitung der Krisis.

Dem Ausschusse war indeß eine darüber hinausgehende Aufgabe geworden, und im Sinne des ihm zur Vorberathung überwiesenen Antrages, durfte derselbe sich auch einer weitern Betrachtung jener Ursachen nicht entschlagen, welche bei der Ausbreitung der einmal hereingebrochenen Krisis mitwirkten. Wohl kann die Erscheinung in keiner Weise als eine singuläre bezeichnet werden, daß die Nachwirkungen und Consequenzen einer Krisis von so außerordentlichem Umfange, ihre Intensität auch derzeit, nach mehr als zwei Jahren noch, allenthalben auf allen Gebieten der Production wie des Verkehres verspüren lassen. Wirthschaftliche Krisen von so elementarer Gewalt haben mit Naturgewittern nicht das gemein, daß sie rasch vorüberziehen und unmittelbar reine Luft zurücklassen. Vielmehr hat es nach einer solchen Krisis jedesmal noch geraumer Weile bedurft, bevor die angerichteten Verwüstungen wieder ausgebessert, normale Verhältnisse sich wieder etablirt haben, und auch die Erscheinung, die wir heute in Oesterreich zu verzeichnen haben, ist keine vereinzelte, daß vielfach auch solche Abgänge im Volkshaushalte und Störungen im allgemeinen Erwerbsleben als Nachwirkungen der Krisis bezeichnet werden, die bei aufmerksamerer Würdigung sich als die bloße Wiederherstellung des frühern, wenn auch vielleicht nicht durchaus normalen Verhältnisses darstellen. Bei alledem aber bietet eine Betrachtung gerade in Bezug auf die Ausbreitung der Krisis nach gar vielen Richtungen hin ganz eigenartige Wahrnehmungen dar, ja man könnte sogar die Behauptung wagen, daß die Vorgänge und Thatsachen gerade in Bezug auf die Ausbreitung der Krisis in viel höherem Maße einen specifisch österreichischen Charakter an sich tragen, als dies den Ursachen der Entstehung der Krisis nachgesagt werden kann. Allerdings muß, wie überall, so auch hier zu Lande die Production ins Stocken gerathen, wenn im Gefolge einer großen Krisis die vordem künstlich hinaufgeschraubten Preise nach normaler Ausgleichung streben, diese Ausgleichung aber naturgemäß nicht sofort in gleichem Maße vor sich gehen kann, und wenn eine in Jahren des Ueberflusses und des raschen Erwerbes unnatürlich großgezogene Consumtion durch die eingetretene Ungunst der Erwerbsverhältnisse in ihr normales Bett, ja vorübergehend vielleicht sogar in noch engere Grenzen zurückgedrängt wird. Das ist, spricht man von den Ursachen der Ausbreitung der Krisis, einer der naturgemäßesten Factoren des im Gefolge einer solchen Krisis auftretenden wirthschaftlichen Unbehagens, ein Factor obendrein, welchem gegenüber Legislation wie Administration völlig ohnmächtig sind. Eine gesunkene oder gebrochene Consumtionskraft läßt sich durch künstliche Mittel nicht herstellen, nur durch sich selbst vermögen die wirthschaftlichen Naturgesetze sich in ihre Rechte wiedereinzusetzen. Zur Ausbreitung der finanziellen Krisis in Oesterreich und damit gleichzeitig auch zur Vermehrung ihrer Intensität, wie zur Ausdehnung ihrer Dauer, hat aber auch eine ganze Reihe anderer Factoren in hervorragender Weise mitgewirkt, Factoren, die ganz oder doch zum größten Theile unabhängig sind von den wirthschaftlichen Naturgesetzen, vielmehr wenigstens zum großen Theile auf Ursachen und Vorgänge localer Natur zurückzuführen sein dürften.

Es hängt die Berücksichtigung und Erörterung dieser Momente sachgemäß mit dem zweiten, Vorschläge für die Zukunft betreffenden Theile des dem Aus-

schusse zur Berathung zugewiesenen Antrages zusammen. Nachdem indeß die Berathungen des Ausschusses in dieser Richtung voraussichtlich noch geraume Weile in Anspruch nehmen dürften, auf der andern Seite aber ein ausreichender Grund dafür, das Ergebniß der bisherigen Berathungen dem hohen Hause vorzuenthalten, nicht vorliegt, so gelangte der Ausschuß zu dem Entschlusse, zunächst mit der Berichterstattung über den bereits zurückgelegten Theil seiner Untersuchungen und Berathungen, welcher übrigens ein in sich abgeschlossenes Ganzes bildet, vorzugehen und demgemäß den Antrag zu stellen:

Das hohe Haus wolle den vorstehenden Bericht, durch welchen der erste Theil des Lienbacher'schen Antrages seine Erledigung findet, zur Kenntniß nehmen.

Wien, am 3. December 1875.

**Dr. Herbst,**
Obmann.

**Neuwirth,**
Berichterstatter.

A.

## Uebersicht der concessionirten und der nicht zu Stande gekommenen

(zusammengestellt auf Grund des von

| | 1867 | | | | 1868 | | | | 1869 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital | Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital | Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital |
| | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. |
| Banken | 5 | 5·66 | . . | . . . | 8 | 54·10 | 1 | 1·00 | 28 | 231·93 | 3 | 3·23 |
| Vorschußvereine | 1 | 0·10 | . . | . . . | 1 | 0·30 | . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . |
| Industrieunternehmungen | 12 | 10·02 | 5 | 6·10 | 16 | 18·26 | 1 | 0·01 | 82 | 178·73 | 18 | 33·90 |
| Baugesellschaften | . . | . . . | . . | . . . | 2 | 4·00 | 1 | 2·00 | 9 | 58·02 | 5 | 11·02 |
| Eisenbahnunternehmungen | 4 | 60·00 | . . | . . . | 2 | 7·70 | . . | . . . | 7 | 18·50 | 2 | 2·00 |
| Versicherungsunternehmungen | 1 | 2·00 | . . | . . . | 2 | 2·00 | 1 | 1·00 | 5 | 9·00 | 1 | 2·00 |
| Bergbau-Unternehmungen | 2 | 1·55 | . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . | 3 | 4·50 | . . | . . . |
| Schifffahrtsunternehmungen | . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . | 4 | 15·50 | 2 | 14·00 |
| Hotel- u. dgl. Unternehmungen | 1 | 0·02 | . . | . . . | 1 | 2·00 | . . | . . . | 3 | 1·04 | 2 | 1·00 |
| | 26 | 79·35 | 5 | 6·10 | 32 | 88·26 | 4 | 4·01 | 141 | 517·22 | 33 | 67·15 |

Summarium: Concessionirt wurden in den Jahren 1867 bis April 1873

Davon sind nicht zu Stande gekommen . . . . . .

Demnach constituirt . . . . . .

Anmerkung. Das officielle Verzeichniß enthält in der betreffenden Rubrik entweder die ausdrückliche Bezeichnung diese Angabe fehlt, mußten in dieser Zusammenstellung als gleichfalls nicht zu Stande gekommen

# Actiengesellschaften nach Zahl und Nominal-Actiencapital

der Regierung vorgelegten Verzeichnisses).

| 1870 | | | | 1871 | | | | 1872 | | | | 1873 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital | Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital | Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital | Zahl der concessionirten | Deren Nominal-Actiencapital | Nicht zu Stande gekommenen | Deren Nominal-Actiencapital |
| | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. | | Mill. fl. |
| 10 | 31·72 | . . | . . . | 23 | 195·00 | 2 | 11·00 | 84 | 687·80 | 16 | 106·50 | 15 | 207·00 | 10 | 157·00 |
| . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . | . . | . . . . | . . | . . . . | . . | . . . . | . . | . . . . |
| 78 | 40·16 | 19 | 16·21 | 116 | 61·75 | 24 | 26·67 | 217 | 662·52 | 98 | 373·54 | 83 | 366·40 | 54 | 267·62 |
| 2 | 0·50 | 1 | 0·20 | 12 | 38·30 | 1 | 0·50 | 41 | 323·80 | 9 | 86·90 | 38 | 344·00 | 24 | 197·00 |
| 3 | 57·50 | . . | . . . | 6 | 31·95 | . . | . . . | 7 | 56·60 | 1 | 15·00 | 5 | 41·30 | 2 | 15·00 |
| 2 | 4·00 | 1 | 2·00 | 8 | 12·80 | 1 | 3·00 | 17 | 41·50 | 5 | 12·00 | 4 | 10·00 | 2 | 7·00 |
| 3 | 7·01 | 1 | 4·00 | 8 | 18·00 | . . | . . . | 6 | 11·40 | 3 | 7·40 | 1 | 2·00 | 1 | 2·00 |
| 2 | 15·00 | 1 | 10·00 | 1 | 1·00 | . . | . . . | . . | . . . . | . . | . . . . | 1 | 10·00 | 1 | 10·00 |
| 1 | 0·46 | . . | . . . | 1 | 3·00 | . . | . . . | 4 | 10·10 | . . | . . . . | 7 | 23·16 | 4 | 15·10 |
| 101 | 156·35 | 23 | 32·41 | 175 | 361·80 | 28 | 41·17 | 376 | 1.793·72 | 132 | 601·34 | 154 | 1.003·86 | 98 | 670·72 |

1.005 Actiengesellschaften mit einem Nominal-Actiencapitale von 4.000·56 Millionen Gulden.

323 " " " " " 1.422·90 " "
32·1%) (35·5%)

682 " " " " " 2.577·66 " "
(64·5%)

„Nicht zu Stande gekommen" oder keine Angabe des Datums der Constituirung. Diejenigen Gesellschaften, bei denen angesehen werden.

**B.**

# Uebersicht des Actiencapitales der in den Jahren 1867

Zusammengestellt auf Grund des von der

| | 1867 | | 1868 | | 1869 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich |
| | Millionen Gulden | | | | | |
| Banken . . . . . | 5·66 | 1·93 | 54·10 | 15·36 | 231·93 | 47·67 |
| Vorschußvereine . . . . . | 0·10 | 0·009 | 0·30 | 0·30 | . . . . | . . . . |
| Industrieunternehmungen . . . | 10·02 | 3·77 | 18·26 | 6·76 | 178·73 | 54·62 |
| Baugesellschaften . . . . . | . . . . | . . . . | 4·00 | 0·45 | 58·02 | 14·48 |
| Eisenbahnunternehmungen . . . | 60·00 | 36·50 | 7·70 | 1·99 | 18·50 | 4·65 |
| Versicherungsunternehmungen . | 2·00 | 0·40 | 2·00 | 0·40 | 9·00 | 2·20 |
| Bergbauunternehmungen . . . | 1·55 | 1·07 | . . . . | . . . . | 4·50 | 0·82 |
| Schifffahrtsunternehmungen . . | . . . . | . . . . | . . . . | . . . . | 15·50 | 6·00 |
| Hotel- und dergleichen Unternehmungen . . . . . | 0·02 | 0·006 | 2·00 | 0·60 | 1·04 | 0·20 |
| | 79·35 | 43·67 | 88·26 | 25·86 | 517·22 | 130.64 |

1867 bis April 1873 { Nominal-Actiencapital . . . . . (ohne Rücksicht auf bewilligte weitere Erhöhbarkeit) Actiencapital, zur Constituirung erforderlich . . . . . }

Davon ab: Das zur Constituirung erforderlich gewesene Capital der 323 nicht zu Stande gekomme-

Somit war bei den 682 zu Stande gekommenen Actiengesellschaften zu deren Constituirung erforderlich ein

## bis April 1873 concessionirten Actiengesellschaften.

Regierung vorgelegten Verzeichnisses.

| 1870 | | 1871 | | 1872 | | 1873 | | Zusammen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich | Nominal-Actien-capital | Zur Constituirung erforderlich |
| Millionen Gulden | | | | | | | | | |
| 31·72 | 19·09 | 195·00 | 51·70 | 687·80 | 225·80 | 207·00 | 72·00 | 1413·61 | 433·85 |
| . . . | . . . | . . . | . . . | . . . | . . . . | . . . . | . . . . | . . . . | . . . . |
| 40·16 | 17·13 | 61·75 | 16·91 | 662·52 | 209·41 | 366·40 | 139·13 | 1337.74 | 447·73 |
| 0·50 | 0·11 | 38·30 | 11.87 | 323·80 | 88·13 | 344·00 | 111·90 | 768·62 | 226·94 |
| 57·50 | 12·20 | 31·95 | 18·70 | 56·60 | 22·10 | 41·30 | 13·80 | 273·55 | 109·94 |
| 4·00 | 0·62 | 12·80 | 3·62 | 41·50 | 10·22 | 10·00 | 2·70 | 81·30 | 20·16 |
| 7·01 | 4·60 | 18·00 | 6.65 | 11·40 | 4.50 | 2·00 | 1·00 | 44·46 | 18·64 |
| 15·00 | 2·05 | 1·00 | 0·20 | . . . | . . . . | 10·00 | 5·00 | 41·50 | 13·25 |
| 0.46 | 0·46 | 3·00 | 1·20 | 10·10 | 5·80 | 23·16 | 5·33 | 39·78 | 13·59 |
| 156·35 | 56·26 | 361·80 | 110·85 | 1793·72 | 565·96 | 1003·86 | 350·86 | 4000·56 | 1284·10 |

. . . . . 4.000·56 Millionen Gulden

. . . . . 1.284·10 „ „ . das ist 32 Percent des Nominal-Capitales.

nen . . . . . 433·40 „ „ .

eingezahltes Capital per 850·70 „ „ .

B 1.

# Uebersicht der nicht zu Stande gekommenen Actiengesellschaften und des auf dieselben entfallenden Antheils an dem zur Constituirung erforderlich gewesenen Capitale.

| | Zahl der nicht zu Stande gekommenen Actiengesellschaften | Zu deren Constituirung wäre erforderlich gewesen die Einzahlung von |
|---|---|---|
| 1867 . . . . . | 5 | 0·43 Millionen Gulden |
| 1868 . . . . . | 4 | 0·51 „ „ |
| 1869 . . . . . | 33 | 16·34 „ „ |
| 1870 . . . . . | 23 | 7·50 „ „ |
| 1871 . . . . . | 28 | 10·81 „ „ |
| 1872 . . . . . | 132 | 173·12 „ „ |
| 1873 . . . . . | 98 | 224·69 „ „ |
| | 323 | 433·40 Millionen Gulden. |

| | | |
|---|---|---|
| Für die 1.005 concessionirten Actiengesellschaften wäre zur Constituirung erforderlich gewesen eine Einzahlung von . . . . . | 1284·10 | Millionen Gulden |
| Ab für die 323 nicht zu Stande gekommenen Actiengesellschaften obige . | 433·40 | „ „ |
| Bleibt für die 682 zu Stande gekommenen Actiengesellschaften zur Constituirung erforderlich gewesene Einzahlung von . . . . . | 850·70 | Millionen Gulden |

27

## C.

# Aus den Bilanzen der Banken

für die Jahre 1870, 1871 und 1872.

| | 1870 | 1871 | 1872 | 1873 |
|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Banken 44 | Zahl der Banken 49 | Zahl der Banken 91 | Zahl der Banken 82 |
| | Millionen Gulden | | | |
| Einnahmen: | | | | |
| Vom Wechselescompte | 12·171 | 15·222 | 17·410 | 17·311 |
| Von Vorschüssen auf Effecten | 6·069 | 6·779 | 10·177 | 7.975 |
| Vom Conto-Corrent-Geschäfte | 2·494 | 4·772 | 9·827 | 12·727 |
| Vom Bankcommissions-, Consortial- und Emissionsgeschäfte | 7·636 | 10.419 | 38·757 | 18·354 |
| Coursgewinn an Effecten, Valuten | 5·006 | 8·556 | 18·296 | 7·497 |
| Gesammteinnahmen | 60·337 | 72·758 | 133·257 | 101·348 |
| Ausgaben: | | | | |
| Gehalte und Remunerationen | 2·185 | 2·326 | 3·610 | 4·292 |
| Miethen und Regiespesen | 3·581 | 3·953 | 7·337 | 6·754 |
| Steuern, Stempel und Gebühren | 4·593 | 4.773 | 8·490 | 5·777 |
| Verluste | 1·678 | 1·062 | 2·851 | 86·273 [1] |
| Gesammtausgaben | 26·998 | 28·749 | 44·381 | 140·462 |
| Verwendung des Reinertrages: | | | | |
| Reinertrag | 33·338 (14·2%) | 44·009 (22·4%) | 8·876 (17·1%) | — 39·114 [2] |

[1] Von den 82 Banken des Jahres 1873 schlossen 40 mit einem Reingewinne per 23·188 Mill. fl., dagegen 38 mit einem Verluste von zusammen 62·302 Mill. fl. ab, so daß sich im Totale ein Verlust in der Höhe obiger 39·114 Mill. fl. ergibt. Daneben war das Conto dubioso von 0·605 Mill. Ende 1872, auf 14·898 Mill. Ende 1873 gestiegen.

[2] Es wiesen Ende 1873 Verluste aus, und zwar:

| | Mill. fl. | | Mill. fl. |
|---|---|---|---|
| Unionbank | 10·431 | bei einem Actiencapitale von | 35·0 |
| Oesterreichische allgemeine Bank | 7·069 | " " " " | 12·0 |
| Länderbankverein | 6·474 | " " " " | 15·0 |
| Wiener Handelsbank | 5·960 | " " " " | 10·0 |
| Anglo-österreichische Bank | 4·610 | " " " " | 24·0 |
| Oesterreichische Vereinsbank | 4·915 | " " " " | 8·0 |
| Oesterreichische Hypothekar-Rentenbank | 4·232 | " " " " | 6·4 |
| Wiener Lombardverein | 5·385 | " " " " | 6·0 |
| Allgemeine Verkehrsbank | 3·421 | " " " " | 8·0 |
| Oesterreichische Creditanstalt | 3·019 | " " " " | 40·0 |
| Oesterreichische Bodencreditanstalt | 2·742 | " " " " | 9·6 |
| Franco-österreichische Bank | 2·482 | " " " " | 12·8 |
| Wiener Bankverein | 2·871 | " " " " | 3·2 |
| Steierische Escomptebank | 1·868 | " " " " | 4·0 |
| Austro-ottomanische Bank | 1·419 | " " " " | 10·0 |
| Wiener Giro und Cassenverein | 1·467 | " " " " | 3·0 |
| Wiener Wechselstuben-Gesellschaft | 1·007 | " " " " | 1·2 |
| Realcreditbank | 0·985 | " " " " | 3·0 |

| | 1870 | 1871 | 1872 | 1873 |
|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Banken 44 | Zahl der Banken 49 | Zahl der Banken 91 | Zahl der Banken 82 |
| | Millionen Gulden | | | |
| Tantièmen | 1·854 | 2·621 | 5·894 | 0·526 |
| Dotirung des Reservefondes und der Specialreserven | 3·531 | 3·043 | 15·183 | 1·614 |
| Zinsen und Superdividenden | 27·987 | 37·521 | 60·345 | 20·511 |
| **Activa der Bilanzen:** | | | | |
| Cassabarschaft | 23·314 | 23·319 | 38·739 | 27·381 |
| Wechselvorrath | 244·862 [1] | 299·377 [1] | 336·978 [1] | 336·480 [1] |
| Effecten, Devisen, Valuten | 46·421 | 39·193 | 92·365 | 98·366 |
| Debitoren | 336·821 | 404·517 | 827·566 | 558·993 |
| Hypothekardarlehen | 233·932 [2] | 238·778 [2] | 301·846 [2] | 345·403 |
| Vorschüsse auf Effecten, Waaren | 92·146 [3] | 114·510 [3] | 166·820 [3] | 101·402 |
| Gesammt-Activa | 1214·433 | 1328·171 | 1968·341 | 1757·775 |
| **Passiva der Bilanzen:** | | | | |
| Actiencapital | 234·910 [4] | 257·320 [4] | 397·274 [4] | 451·627 |
| Pfandbriefe | 228·901 | 238·039 | 294·428 | 340·050 |
| Cassascheine und Geldeinlagen | 77·134 | 105·302 | 142·670 | 108·736 |
| Accepte und Anweisungen | 43·446 | 57·212 | 100·375 | 98·707 |
| Creditoren | 216·325 [5] | 263·377 [5] | 559·430 [5] [7] | 281·817 |
| Reservefonds | 24·041 [6] | 27·442 [6] | 30·687 [6] | 52·543 [6] |
| Gesammt-Passiva | 1214·433 | 1328·171 | 1968·341 | 1757·775 |

| | 1870 | 1871 | 1872 | 1873 |
|---|---|---|---|---|
| [1] Von dem Wechselvorrath entfielen: | | | | |
| Auf die Oesterreichische Nationalbank | 109·69 | 136·98 | 167·19 | 181·775 |
| „ „ Oesterreichische Creditanstalt | 45·41 | 53·33 | 36.27 | 37·277 |
| „ „ Niederösterreichische Escomptegesellschaft | 31·63 | 33·87 | 35·24 | 42·823 |
| „ „ Böhmische Escomptebank | 7·61 | 9·48 | 10·50 | 10·373 |
| „ „ Unionbank | 7·22 | 6·85 | 5·68 | 2·769 |
| „ „ Anglo-österreichische Bank | 6·87 | 4·21 | 2·28 | 1·686 |
| „ „ übrigen Banken | 36·43 | 55·65 | 79·81 | 59·830 |
| [2] Von den Hypothekardarlehen entfielen: | | | | |
| Auf die Allgemeine österr. Bodencreditanstalt | 101·03 | 104·94 | 118·50 | 122·664 |
| „ „ Oesterreichische Nationalbank | 63·43 | 62·96 | 60·51 | 73·807 |
| „ „ Hypothekenbank des Königreiches Böhmen | 22·08 | 24·07 | 29·14 | 33·230 |
| „ den Galizischen Bodencreditverein | 18.62 | 19·63 | 21·72 | 23·917 |
| „ die Galizische Actien-Hypothekenbank | 7·96 | 10·45 | 13·58 | 15·968 |
| [3] Von den Vorschüssen auf Effecten und Waaren entfielen: | | | | |
| Auf die Oesterreichische Nationalbank | 41·25 | 33·39 | 28·62 | 55·571 |
| „ „ „ Creditanstalt | 15·27 | 25·34 | 12·95 | 6·426 |
| „ „ Allgemeine Verkehrsbank | 10·12 | 9·10 | 8·44 | 4·353 |
| „ „ Oesterreichische Bodencreditanstalt | 5·44 | 6·84 | 4·59 | — |
| „ „ Unionbank | 4·44 | 3·41 | 17·32 | 0·991 |
| [4] Darunter das Actiencapital der österr. Nationalbank mit | 90·00 | 90·00 | 90·00 | 90·00 |
| [5] Von den Creditoren entfielen: | | | | |
| Auf die Oesterreichische Creditanstalt | 96·18 | 105·40 | 77·48 | 69·83 |
| „ „ Anglo-österreichische Bank | 44·76 | 53·17 | 28·78 | 9·56 |
| „ „ Unionbank | 28·24 | 18·08 | 37·31 | 8·16 |
| „ „ Niederösterreichische Escompteanstalt | 9·49 | 9·21 | 8·80 | 2·81 |
| „ „ Wiener Wechslerbank | 3·24 | 9·43 | 20·47 | — |
| [6] Von dem Reservefond entfielen: | | | | |
| Auf die österreichische Nationalbank | 15·49 | 15·79 | 16·51 | 18·00 |
| „ „ „ Bodencreditanstalt | 3·38 | 3·61 | 3·96 | 6·47 |
| „ „ „ Creditanstalt | 2·03 | 2·38 | 2·98 | 3·50 |
| „ „ übrigen Banken | 3·14 | 5·66 | 7·23 | 21·57 |

[7] Gegenüber dieser Steigerung der Post „Creditoren" ist die folgende Zusammenstellung von besonderem Interesse:

# C. 1.

## Aus den Bilanzen der Baugesellschaften

1869 bis 1873.

| | Zinsen und Dividenden in Percenten | | | | | Actiencapital |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1869 | 1870 | 1871 | 1872 | 1873 | Millionen |
| Allgemeine österreichische Baugesellschaft | 5 | 5 | 16·2 | 55·0 | 5 | (8·0) 20·0 |
| Wiener Baugesellschaft | — | 10 | 19 | 35 | 5 | 10·0 |
| Union-Baugesellschaft | — | — | — | 17·7 | 5 | 4·0 |
| Wiener Bauverein | — | — | — | 22·8 | 5 | 7·5 |
| Actiengesellschaft für Straßen- und Brückenbauten | — | — | — | 12·0 | 6·5 | 2·7 |
| Baugesellschaft zur Herstellung billiger Wohnungen | — | — | — | 5 | — | (4·0) 3·0 |
| Militär-Baugesellschaft | — | — | — | — | 5 | 5·0 |
| Laaerberger Ziegelfabrik-Actiengesellschaft | — | — | — | — | 5 | 3·0 |
| Niederösterreichischer Bauverein | — | — | — | — | 5 | 4·0 |
| Baugesellschaft für Curorte | — | — | — | — | 5 | 2·0 |
| Eisenbahnbaugesellschaft | — | — | — | — | 5 | 4·0 |
| Wienerberger Ziegel- und Baugesellschaft | 12·5 | 12·5 | 16·6 | 25·0 | 18·3 | 4·2 |
| Baden-Vöslauer Baubank | — | — | — | 19·0 | — | 0·8 |
| Mährischer Bauverein | — | — | — | 10·0 | — | 0·8 |
| Oberösterreichische Baugesellschaft | — | — | — | 6·5 | 5 | 0·2 |
| Böhmische Bau- und Immobilienbank | — | — | — | 6·1 | — | 2·1 |
| Teplitzer Baugesellschaft | — | — | — | 12·0 | 5 | 0·8 |
| Triester Baubank | — | — | — | 5·0 | 3 | 2·0 |

| | Actiencapital | Summe der Creditoren 1872 | |
|---|---|---|---|
| | Millionen Gulden | | |
| | | | 1873 |
| Anglo-österreichische Bank | 18·00 | 28·78 | 9·56 |
| Austro-türkische Creditanstalt | 8,00 | 11·97 | — |
| Börsen- und Creditbank | 4·00 | 15·53 | — |
| Franco-österreichische Bank | 12·80 | 23 25 | 11·98 |
| Länderbankenverein | 6·00 | 19·84 | 2·70 |
| Oesterreichische Hypothekar-Credit- und Vorschußbank | 3·00 | 15·56 | 19·39 |
| Wiener Börsenbank | 2·00 | 32·74 | — |
| Wiener Maklerbank | 4·00 | 34·77 | — |
| Wiener Wechslerbank | 2·00 | 20·47 | — |
| Allgemeine böhmische Bank | 2·40 | 7·94 | 3·20 |
| Oesterreichische Hypothekar-Rentenbank | 3·20 (6·40) | 13·97 | 8·90 |

Nicht minder interessant und bezeichnend gestaltet sich indeß ein Ueberblick über die unter den „Activen" erscheinenden Einzelposten der „Debitoren"; man findet hier:

| | Actiencapital | Summe der Debitoren | |
|---|---|---|---|
| | Millionen Gulden | | |
| | | 1872 | 1873 |
| Oesterreichische Creditanstalt | 40·00 | 96·72 | 117·78 |
| Oesterreichische allgemeine Bank | 12·00 | 70·65 | 21·43 |
| Anglo-österreichische Bank | 18·00 | 69·57 | 37·06 |
| Unionbank | 35·00 | 64·15 | 40·48 |
| Franco-österreichische Bank | 12·80 | 36·08 | 12·43 |
| Wiener Börsenbank | 2·00 | 35·82 | — |
| Wiener Wechslerbank | 2·00 | 27·83 | — |
| Länderbankenverein | 6·00 | 26·74 | 7·96 |
| Wiener Handelsbank | 10·00 | 20·70 | 9·43 |
| Oesterreichische Vereinsbank | 8·00 | 18·72 | 5·40 |
| Steiermärkische Escomptebank | 4·00 | 17·41 | 6·74 |
| Börsen- und Creditbank | 4·00 | 17·59 | — |
| Austro-türkische Creditanstalt | 8·00 | 17·30 | — |
| Oesterreichische Hypothekar-, Credit- und Vorschußbank | 3·00 | 16·51 | 19·70 |
| Oesterreichische Hypothekar-Rentenbank | 3·20 (6·40) | 15·28 | 8·84 |
| Allgemeine österreichische Bodencreditanstalt | 9·60 | 11·97 | 48·60 |

u. s. w., u. s. w.

## D.

## Uebersicht der, der Liquidation oder dem Concurse verfallenen Actien-concessionirt

Zusammengestellt auf Grund des von

| | | Datum der Concessionirung | Datum der Constituirung | Liquidation |
|---|---|---|---|---|
| 1. Mährische Pfandleih-Anstalt (Depositen- und Wechslerbank) | Brünn | 10. April 1867 | 19. März 1869 | 18. Februar 1874 |
| 2. Laibacher Gewerbebank | Laibach | 30. December 1867 | 28. Jänner 1868 | 11. Mai 1872 |
| 3. Oelfabrik in | Močovic | 11. August 1868 | 26. September 1868 | 10. Jänner 1874 |
| 4. Wiener Commercialbank | Wien | 21. August 1868 | 6. April 1872 | 28. November 1873 |
| 5. Allg. Transport-Versicher.-Gesellsch. | Wien | 31. August 1868 | 8. October 1868 | 9. Juni 1874 |
| 6. Neumarkt-Braunauer Bahn | Ried | 2. November 1868 | 9. December 1868 | 29 März 1871 |
| 7. Maschinen-Ziegelfabriks-Gesellschaft | Wien | 26. Jänner 1869 | 4. Februar 1869 | — |
| 8. Generalbank für Handel, Industrie | Wien | 31. Jänner 1869 | 5. März 1869 | 15. März 1871 |
| 9. Vicinalbahnen-Actien-Gesellschaft | Wien | 12. März 1869 | 24. März 1869 | 3. Februar 1870 |
| 10. Allgemeine Agrarbank | Wien | 15. März 1869 | 31. März 1869 | 25. Juni 1870 |
| 11. Wiener Bank | Wien | 27. März 1869 | 31. März 1869 | 21. Juli 1870 |
| 12. Allgemeine steirische Creditbank | Graz | 9. April 1869 | 13. April 1869 | — |
| 13. Realitätenbank | Wien | 11. April 1869 | 11. März 1873 | 19. August 1873 |
| 14. Galizische Landesbank | Lemberg | 12. April 1869 | 16. Juni 1869 | 20. Jänner 1874 |
| 15. Oesterr. Rückversicherungs-Gesellsch. | Wien | 14. April 1869 | 26. April 1869 | 9. Juni 1874 |
| 16. Fünfhauser Brauerei | Wien | 1. Mai 1869 | 22. Mai 1869 | 30. September 1873 |
| 17. Rannersdorfer Spinnerei | Wien | 15. Mai 1869 | 9. Juni 1869 | 22. März 1872 |
| 18. Vereinigte Fabriken Gaudenzdorf | Wien | 25. Mai 1869 | 9. Juni 1869 | 3. August 1872 |
| 19. Allgemeine Gewerbebank „Fels“ | Wien | 6. Juni 1869 | 16. August 1869 | — |
| 20. Handelsgesellschaft für Forstproducte | Wien | 11. Juni 1869 | 28. Juni 1869 | 18. Februar 1873 |
| 21. Wiener Wechslerbank | Wien | 29. Juni 1869 | 7. Juli 1869 | — |
| 22. Oesterreichische Centralbank | Wien | 9. Juli 1869 | 26. Juli 1869 | 22. Jänner 1872 |
| 23. Oesterreichische Volksbank | Wien | 25. Juli 1869 | 21. August 1869 | 25. Februar 1871 |
| 24. Oesterreichisch-niederländische Bank | Wien | 26. Juli 1869 | 23. August 1869 | 11. Juni 1870 |
| 25. „Conservator“, Versicher.-Gesellsch. | Wien | 31. Juli 1869 | 2. October 1869 | 14. Juni 1872 |
| 26. Associazione marittima Istriana | Triest | 14. Juli 1869 | constituirt | 17. Juli 1874 |
| 27. Oesterreichische Discontobank | Wien | 12. August 1869 | 22. September 1869 | 11. Juni 1870 |
| 28. Industrie- und Commercialbank | Linz | 26. August 1869 | constituirt | 3. Juli 1873 |
| 29. Společnost cukrovaru | Pilsen | 31. Mai 1869 | 18. Jänner 1870 | — |
| 30. Inneröesterr. Bodencreditanstalt | Graz | 12. September 1869 | 12. April 1872 | Februar 1874 |
| 31. Leoben-Vordernberger Eisenbahn | Graz | 31. October 1869 | 31. Jänner 1870 | — |
| 32. Gaudenzdorfer Buntweberei | Wien | 27. Jänner 1870 | 21. Februar 1870 | — |
| 33. Actien-Restaurant | Prag | 23. Jänner 1870 | 11. April 1870 | 30. Juni 1873 |
| 34. Akciova továrna na cukr | Mochov | 26. März 1870 | 8. August 1870 | — |

# Gesellschaften, welche in den Jahren 1867 bis Ende April 1873 wurden.

der Regierung vorgelegten Verzeichnisses.

| Concurs | Nominal-Actien-Capital (Maximal-Grenze) | Bei Liquidation eingezahltes Actien-Capital | Anmerkungen |
|---|---|---|---|
| | Mill. fl. | Mill. fl. | |
| — | 4·00 | 4·00 | Fusionirt mit der österr. Hypoth.-Credit- u. Vorschuß-Bank, genehmigt am 6. März 1874. |
| — | 0·10 | 0·03 | Firma gelöscht am 14. Juli 1874. |
| — | 0·035 | 0·009 | |
| — | 12·00 Silber | 2·40 Silber | |
| — | 2·00 | 0·20 | |
| — | 3·20 | 0·64 | |
| 11. September 1873 | 5·00 | 2·00 | |
| — | 10·00 | 3·00 | |
| — | 10·00 | 1·50 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 4. Juli 1873. |
| — | 15·00 | 1·50 | |
| — | 12·00 | 3·20 | |
| 10. October 1873 | 6·00 | 1·00 | |
| — | 15·00 | 2·00 | |
| — | 6·00 | 1·50 | |
| — | 2·00 | 0·20 | |
| — | 1·50 | 0·75 | |
| — | 1·00 | 0·40 | |
| — | 1·00 | 0·40 | |
| 3. Juli 1873 | 2·00 | 1·00 | |
| — | 40·00 | 7·50 | 26. Jänner 1873 Verlust des halben Capitals im Sinne 240 H. G. B. angezeigt. |
| 8. Juli 1873 | 5·00 | 4·00 | |
| — | 30·00 | 3·20 | |
| — | 10·00 | 4·00 | |
| — | 30·00 | 4·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 13. Juli 1872. |
| — | 1·00 | 0·20 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 25. November 1873. |
| — | 0·50 | 0·052 | |
| — | 10·00 | 4·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 13. Juli 1872. |
| 31. Juli 1873 | 6·00 | 0·40 | |
| 2. April 1874 | 0·21 | 0·21 | |
| — | 2·00 | 0·80 | Firma gelöscht 3. Juli 1874. |
| 16. Jänner 1874 | 0·64 | 0·64 | Concurs aufgehoben 22. September 1874. |
| 5. December 1870 | 0·30 | 0·15 | |
| — | 0·005 | 0·005 | Firma gelöscht 14. Juli 1873. |
| 29. Mai 1874 | 0·20 | 0·20 | |

| | | | Datum der Concessionirung | Datum der Constituirung | Liquidation |
|---|---|---|---|---|---|
| 35. | Papirna akciova společnost . . . | Prag | 7. April 1870 | 21. März 1872 | — |
| 36. | Industrie- u. Montan-Eisenb.-Ges. | Wien | 20. Juni 1870 | 19. Juni 1871 | 25. November 1873 |
| 37. | Wiener Bodencredit-Gesellschaft . . | Wien | 2. Juli 1870 | 4. November 1872 | 5. December 1873 |
| 38. | Glasfabriks-Gesellschaft „Bohemia“ | Prag | 8. August 1870 | 13. October 1870 | 19. Mai 1874 |
| 39. | Zwittauer Commercialbank . . . . | Zwittau | 16. September 1870 | 27. December 1870 | 13. Jänner 1874 |
| 40. | Landwirthschaftliche Creditbank . . | Lysa | 16. September 1870 | 9. Februar 1872 | — |
| 41. | Actien-Zuckerfabrik . . . . . | Josefstadt | 19. Juli 1870 | 18. December 1870 | — |
| 42. | Actien-Zuckerfabrik . . . . . | Močovic | 11. Jänner 1871 | 24. Juni 1871 | 18. April 1874 |
| 43. | Uvěřni ustav . . . . . | Kuttenberg | 29. März 1871 | Mai 1871 | — |
| 44. | „Falkonia“, Bergbau-Gesellschaft . | Wien | 6. April 1871 | 19. April 1871 | 24. October 1873 |
| 45. | Oesterreichische Industrialbank . . | Wien | 24. April 1871 | 16. April 1872 | 18. Juli 1873 |
| 46. | Allgemeine Credit- und Handelsbank | Pilsen | 19. April 1871 | 13. Juni 1871 | — |
| 47. | Akciova tovarna na cukr . . . . | Tupadl | 1. Mai 1871 | 4. Juli 1871 | — |
| 48. | Akciova tovarna na cement . . . | Prag | 25. März 1871 | 25. September 1871 | — |
| 49. | Akciova tovarna na cukr . . . . | Zakolany | 17. März 1871 | 6. Juli 1871 | — |
| 50. | Wiener Commissionsbank . . . . . | Wien | 26. Mai 1871 | 3. Juli 1871 | — |
| 51. | Rolnický cukrovár . . . . . | Cerhenic | 27. April 1871 | 22. August 1871 | — |
| 52. | Industrie- und Bodencreditbank . . | Wien | 16. Juni 1871 | 16. December 1871 | 27. März 1874 |
| 53. | Továrna na sukna . . . . . | Weißwasser | 17. Juni 1871 | 21. Juni 1872 | — |
| 54. | Industrie-Waaren-Verkehrsanstalt . | Wien | 4. Juli 1871 | 4. Juli 1872 | 22. Juli 1873 |
| 55. | Gemeinnützige Baugesellschaft . . . | Wien | 16. Juli 1871 | 30. August 1871 | 7. Juni 1872 |
| 56. | Cukrovárna společna . . . . . | Rožďalovic | 5. April 1871 | 20. September 1871 | 24. Mai 1873 |
| 57. | Raten- und Rentenbank . . . . . | Wien | 10. August 1871 | 18. November 1871 | 26. Juli 1873 |
| 58. | Kammgarn-Spinnerei und Weberei | Möllersdorf | 8. September 1871 | 17. October 1871 | 17. Juli 1874 |
| 59. | Cukrovár spolkovy . . . . . | Libic | 5. September 1871 | 17. October 1871 | — |
| 60. | Rolnicka skrobárna . . . . . | Sezemice | 23. Juni 1871 | 3. November 1871 | — |
| 61. | Miethwagen- und Fiaker-Unternehm. | Wien | 18. October 1871 | 16. December 1871 | 5. September 1873 |
| 62. | Akciova strojni provázna . . . | Polna | 2. October 1871 | 23. April 1872 | — |
| 63. | Akciova strojirna . . . . . | Kuklena | 20. October 1871 | 6. Februar 1872 | — |
| 64. | Rolnicky cukrovár . . . . . | Lysa | 15. October 1871 | 8. März 1872 | — |
| 65. | Akciovy pivovár . . . . . | Alt-Pilsen | 17. September 1871 | 7. Mai 1872 | — |
| 66. | Allg. Hypothekar-Versicherungsbank | Wien | 18. November 1871 | 5. Februar 1872 | 15. Juli 1873 |
| 67. | Oesterreichischer Central-Bauverein | Wien | 21. November 1871 | 7. Jänner 1872 | — |
| 68. | Austro-ottomanische Bank . . . . | Wien | 26. November 1871 | 20. December 1871 | 14. August 1874 |
| 69. | Karlsbader Bank . . . . . | Karlsbad | 2. December 1871 | 8. Jänner 1872 | 15. April 1874 |
| 70. | Oesterr.-ung. Escompte- u. Creditbank | Wien | 16. December 1871 | 21. Februar 1872 | 17. Februar 1874 |
| 71. | Cukrovár rolnicky . . . . . | Kostl | 10. November 1871 | 8. März 1872 | — |
| 72. | Wiener Cassenverein . . . . . | Wien | 20. December 1871 | 31. Jänner 1872 | 10. März 1874 |
| 73. | Niederösterreichische Bank . . . . | Wr. Neustadt | 1. Jänner 1872 | 27. Februar 1872 | — |
| 74. | Wiener Maklerbank . . . . . | Wien | 4. Jänner 1872 | 22. Jänner 1872 | 15. Juli 1873 |
| 75. | Oesterreichische Interventionsbank . | Wien | 7. Jänner 1872 | 22. Jänner 1872 | 25. August 1874 |

| Concurs | Nominal-Actien-Capital (Maximal-Grenze) | Bei Liquidation eingezahltes Actien-Capital | Anmerkungen |
|---|---|---|---|
| 13. Juni 1874 | 0·70 | 0·28 | |
| — | 4·00 | 2·00 | |
| — | 6·00 | 1·20 | Cartell mit der Oesterreichischen Hypothekar-Rentenbank. Fusion mit dieser am 2. Juli 1873 beschlossen. |
| — | 0·125 | 0·05 | |
| — | 0·30 | 0·10 | |
| 7. Juli 1874 | 0·05 | 0·20 | |
| 4. Juni 1872 | 0·30 | 0·30 | |
| — | 0·16 | 0·16 | |
| 16. Juli 1874 | 0·20 | 0·20 | |
| — | 2·00 | 0·37 | |
| 22. October 1873 | 5·00 | 2·50 | 23. Mai 1873 Verlust des halben Capitals angezeigt. |
| 3. Februar 1874 | 2·00 | 0·80 | |
| 30. März 1873 | 0·20 | 0·20 | Firma gelöscht 7. Februar 1874. |
| 16. April 1874 | 0·16 | 0·08 | |
| 24. Februar 1874 | 0·12 | 0·24 | |
| 16. Mai 1873 | 10·00 | 5·00 | |
| 2. März 1873 | 0·16 | 0·16 | |
| — | 10·00 | 2·50 | |
| 2. November 1873 | 0·13 | 0·026 | |
| — | 1·00 | 2·00 | |
| — | 0·24 | 0·048 | |
| — | 0·21 | 0·21 | |
| — | 10·00 | 3·00 | |
| — | 1·00 | 1·00 | |
| 1. September 1874 | 0·20 | 0·20 | |
| 21. October 1873 | 0·05 | 0·05 | |
| — | 3·20 Silber | 1·60 | |
| 15. December 1873 | 0·06 | 0·06 | |
| 6. Juli 1874 | 5·00 | 0·02 | |
| — | 0·20 | 0·20 | In Folge weitern Nichtbestehens Firma gelöscht 23. Mai 1874. |
| 21. Juli 1874 | 2·00 | 0·45 | |
| — | 4·00 | 1·60 | |
| 10. Juli 1873 | 5·00 | 2·00 | |
| — | 25·00 | 10·00 | |
| — | 3·00 | 0·50 | |
| — | 25·00 | 6·00 | |
| 15 März 1873 | 0·30 | 0·128 | |
| — | 5·00 | 2·00 | |
| 1. Juni 1873 | 3·00 | 0·50 | |
| — | 10·00 | 4·00 | |
| — | 5·00 | 2·00 | |

| | | Datum der Concessionirung | Datum der Constituirung | Liquidation |
|---|---|---|---|---|
| 76. Wiener Börsenbank | Wien | 7. Jänner 1872 | 18. Jänner 1872 | 9. Jänner 1874 |
| 77. Oesterreichischer Sparverein | Wien | 11. Jänner 1872 | 17. Jänner 1872 | 17. März 1874 |
| 78. Rolnický cukrovár | Rokycan | 3. September 1871 | 21. Mai 1872 | aufgelöst |
| 79. Nordwestböhmische Vereinsbank | Eger | 14. Jänner 1872 | 26. Jänner 1872 | 10. Februar 1874 |
| 80. Elementar-Versicherungs-Actienbank | Wien | 14. Jänner 1872 | 31. Jänner 1872 | Statth. aufgelöst |
| 81. Böhmischer Bankverein | Prag | 22. Jänner 1872 | 24. Jänner 1872 | aufgelöst |
| 82. Saazer Bank | Saaz | 27. Jänner 1872 | 24. Februar 1872 | 22. April 1874 |
| 83. Oesterreichische Sparbank | Wien | 30. Jänner 1872 | 1. Februar 1872 | 14. Juli 1874 |
| 84. Lemberger Bank | Lemberg | 4. Februar 1872 | 8. März 1872 | 1. September 1873 |
| 85. Böhmischer Sparverein | Prag | 9. Februar 1872 | 7. März 1872 | in Liquidation |
| 86. Universale Rückversicherungsbank | Wien | 11. Februar 1872 | 3. April 1872 | 14. April 1874 |
| 87. Austro-türkische Creditanstalt | Wien | 15. Februar 1872 | 4. März 1872 | 10. April 1874 |
| 88. Actien-Gesellschaft für Spinnerei, Weberei 2c. | Wien | 19. Februar 1872 | 4. März 1872 | 14. October 1873 |
| 89. Cukrovár společny | Taus | 27. Februar 1872 | 7. Juni 1872 | 21. April 1874 |
| 90. Wiener Escompte- und Depositen-Cassa | Wien | 29. Februar 1872 | 28. August 1872 | 24. Juli 1874 |
| 91. Oesterr. Börsen- und Wechslerbank | Wien | 29. Februar 1872 | 9. März 1872 | 8. Juli 1873 |
| 92. Italisch-österreichische Bank | Wien | 29. Februar 1872 | 12. April 1872 | 18. November 1873 |
| 93. Actiengesellschaft Neuburg'sche Zündwaarenfabrik | Prag | 9. März 1872 | 16. März 1872 | 16. October 1873 |
| 94. Internationale Handels- und Speditionsgesellschaft | Wien | 12. März 1872 | 30. März 1872 | 30. October 1872 |
| 95. Sportgesellschaft | Wien | 20. März 1872 | 7. December 1872 | 23. Jänner 1874 |
| 96. Rolnicka tovarna na cukr | Radotin | 20. März 1872 | 24. Mai 1872 | 29. September 1874 |
| 97. Börsen- und Arbitrage-Maklerbank | Wien | 21. März 1872 | 12. April 1872 | 15. Juli 1873 |
| 98. Hohenwanger Hauptgewerkschaft | Wien | 21. März 1872 | 6. April 1872 | 16. Juni 1874 |
| 99. Spar- und Lombardverein | Wien | 22. März 1872 | 1. Februar 1873 | 23. September 1873 |
| 100. Leopoldstädter Bank | Wien | 23. März 1872 | 11. Mai 1872 | 14. April 1874 |
| 101. Capitalisten-Vereinsbank | Wien | 23. März 1872 | 13. December 1872 | 31. October 1873 |
| 102. Actien-Gesellschaft für Baumwollindustrie | Prag | 15. März 1872 | 8. April 1872 | — |
| 103. Wiener Eisenbahnbau-Gesellschaft | Wien | 25. März 1872 | 16. April 1872 | 17. Jänner 1873 |
| 104. Börsen- und Creditbank | Wien | 25. März 1872 | 6. März 1872 | 1. August 1873 |
| 105. Cellulose- und Papierfabriks-Gesellschaft | Wien | 29. März 1872 | 16. April 1872 | 24. Juli 1874 |
| 106. Prager Wechselstubengesellschaft | Prag | 30. März 1872 | 8. April 1872 | 20. April 1874 |
| 107. Allgemeine Transportmittel-Leihgesellschaft | Wien | 5. April 1872 | 11. Februar 1873 | 22. Juli 1873 |
| 108. Galizische Parcellirungs- und Baugesellschaft | Krakau | 5. April 1872 | 12. Mai 1872 | 2. December 1873 |
| 109. Credit Foncier für Böhmen | Prag | 5. April 1872 | 9. April 1872 | |
| 110. Cukrovár spolkový | Beraun | 7. April 1872 | 6. Juni 1872 | — |

| Concurs | Nominal-Actiencapital (Maximal-Grenze) | Bei Liquidation eingezahltes Actien-Capital | Anmerkung |
|---|---|---|---|
| — | 5·00 | 2·00 | Im Cartell mit der Universalbank. |
| — | 10·00 | 2·00 | |
| — | 0·20 | 0·14 | Executiv verkauft, Auflösung im Handelsregister eingetragen am 28. April 1874. |
| 11. April 1874. | 3·00 | 0·40 | |
| 27. Feber 1873 | 2·00 | 0·80 | Firma gelöscht am 1. Juli 1873 nach Auflösung durch die n. ö. Statthalterei. |
| — | 12·00 | 1·20 | Fusion mit der böhmischen Bodencredit-Gesellschaft genehmigt 26. Juli 1874. |
| — | 3·00 | 0·50 | |
| — | 12·00 | 2·40 | |
| — | 3·00 | 1·20 | Firma gelöscht am 6. Februar 1874. |
| — | 12·00 | 1·60 | Fusion mit der böhmischen Unionbank, genehmigt am 1. Juni 1874. |
| — | 2·00 | 0·40 | |
| — | 20·00 | 8·00 | |
| — | 5·00 | 2·00 | |
| — | 0·30 | 0·30 | |
| — | 10·00 | 4·00 | Im Cartell mit der österreichischen Vereinsbank. |
| — | 10·00 | 5·00 | |
| — | 22·00 | 4·40 | |
| — | 1·50 | 0·30 | Auflösung durch Statth.-Erlaß 15. Juli 1873 angeordnet. |
| — | 10·00 | 2·40 | |
| — | 0·50 | 0·50 | |
| 29. September 1874 | 0·20 | 0·20 | |
| — | 10·00 | 5·00 | |
| — | 6·00 | 6·00 | |
| — | 10·00 | 0·84 | |
| — | 3·00 | 3·00 | |
| — | 10·00 | 10.00 | Im Cartell mit der österreichischen allgemeinen Bank. |
| 20. Mai 1874. | 5·00 | 0·90 | |
| — | 3·00 | 3·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 10. April 1874. |
| — | 10·00 | 4·00 | Cartell mit der Allgemeinen Vorschußbank. |
| — | 3·00 | 3·00 | |
| — | 2·00 | 2·00 | Cartell mit der Wiener- und Pester Wechselstuben-Ges. |
| — | 10·00 | 4·00 | |
| — | 5·00 | 2·50 | |
| — | 24·00 | 4·00 | Fusionirt mit der österr. Hypoth.-Credit und Vorschußbank. |
| 14. April 1874 | 0·40 | 0·40 | |

| | | Datum der Concessionirung | Datum der Constituirung | Liquidation |
|---|---|---|---|---|
| 1 1. Allgemeine Triester Bank . . . . | Triest | 14. April 1872 | 14. Juni 1872 | 14. October 1873 |
| 112. Böhm. Thonwaarenindustrieverein | Prag | 15. April 1872 | 25. April 1872 | 3. Juni 1873 |
| 113. Oesterreichisch-ungarische Eisenbahn- und Straßenbaugesellschaft . . . | Wien | 19. April 1872 | 7. December 1872 | 10. Februar 1874 |
| 114. Wiener Effectenbank . . . . . | Wien | 30. April 1872 | 7. December 1872 | 12. September 1873 |
| 115. Bank für Handel und Gewerbe . . | Trautenau | 17. Mai 1872 | 29. März 1873 | 4. October 1873 |
| 116. Erste Schuh- und Lederwaarenfabrik | Wien | 24. Mai 1872 | 30. December 1872 | 23. Juni 1874 |
| 117. Akciová tovarna na cukr. . . . . | Horaždow | 24. Mai 1872 | 4. Juli 1872 | 17. Februar 1874 |
| 118. Oesterreichische Rentenanstalt . . . | Wien | 31. Mai 1872 | 17. Juni 1872 | 13. Jänner 1874 |
| 119. Actiengesellschaft für Buchdruck, Lithographie u. s. w. . . . . | Wien | 7. Juni 1872 | 14. December 1872 | 13. März 1874 |
| 120. Universalbank . . . . . | Wien | 10. Juni 1872 | 6. December 1872 | 9. Jänner 1874 |
| 121. Bank für den Wiener Börseverkehr . | Wien | 11. Juni 1872 | 18. December 1872 | 18. Juli 1873 |
| 122. Actiengesellschaft für Papierfabriken im Riesengebirge . . . . . | Prag | 14. Juni 1872 | 24. Juni 1872 | 7. April 1874 |
| 123. Triester Bodencredit- und Sparverein | Triest | 26. Juni 1872 | 18. September 1872 | 22. November 1873 |
| 124. Allgemeine Vorschußbank . . . . | Wien | 27. Juni 1872 | 17. December 1872 | 2. September 1873 |
| 125. Mariahilfer Spar- und Escomptegesellschaft . . . . . | Wien | 27. Juni 1872 | 23. August 1872 | 9. Juni 1874 |
| 126. Hochtregister Kohlenbergbaugesellsch. | Wien | 31. Juli 1872 | 29. November 1872 | 16. Juni 1874 |
| 127. Marburger Leder- und Schuhwaaren-Fabriksgesellschaft . . . . . | Marburg | 10. August 1872 | 27. März 1873 | 25. Juli 1873 |
| 128. Allgemeine Realitätengesellschaft . . | Wien | 30. August 1872 | 29. November 1872 | — |
| 129. Wiener Ziegel- und Baugewerkschaft | Wien | 5. September 1872 | 29. November 1872 | 28. Juli 1874 |
| 130. Reichenberger Actiengesellschaft für Tuchpresserei . . . . . | Reichenberg | 21. September 1872 | 30. November 1872 | aufgelöst |
| 131. „Domus" Baugesellschaft . . . . | Wien | 27. September 1872 | 24. December 1872 | 23. December 1873 |
| 132. Rolkniey spolkovy lihovar . . . | Kreuzberg | 1. October 1872 | 11. Jänner 1873 | — |
| 133. Allgemeiner Holzindustrieverein . . | Wien | 11. October 1872 | 12. November 1872 | 1. August 1873 |
| 134. Allgemeine Industrial-Baugesellschaft | Wien | 21. November 1872 | 6. December 1872 | 2. Juni 1874 |
| 135. Oesterreichischer Bauindustrieverein | Wien | 21. November 1872 | 11. März 1873 | 5. August 1873 |
| 136. Actiengesellschaft für Baugewerbe . | Wien | 22. November 1872 | 4. März 1873 | 12. September 1873 |
| 137. Oesterreichischer Vorschußcassenverein | Wien | 29. November 1872 | 13. December 1872 | 3. October 1873 |
| 138. Schlesischer Bankverein . . . . . | Wien | 3. December 1872 | 1. April 1873 | 29. Juli 1873 |
| 139. Allgemeine Escompteanstalt . . . | Wien | 5. December 1872 | 22. Jänner 1873 | 13. Februar 1874 |
| 140. Wiener Spar- und Creditbank . . | Wien | 13. December 1872 | 3. März 1873 | 2. December 1873 |
| 141. Wiener Creditbank . . . . . | Wien | 14. December 1872 | 7. Jänner 1873 | 10. März 1874 |
| 142. Niederösterreichische Baugesellschaft | Wien | 17. December 1872 | 9. Jänner 1873 | 9. Juni 1874 |
| 143. Baugesellsch. für die Umgebung Wiens | Wien | 21. December 1872 | 26. März 1873 | 25. Juli 1873 |
| 144. Bank in Stadt Steyr . . . . . | Steyr | 23. December 1872 | 17. Jänner 1873 | 26. September 1873 |
| 145. Wiener Agentur und Creditbank . . | Wien | 27. December 1872 | 26. Februar 1873 | 29. August 1873 |
| 146. Actiengesellschaft zur Erzeugung von Wagen und Wagenbestandtheilen . | Wien | 3. Jänner 1873 | 1. März 1873 | 23. September 1873 |

| Concurs | Nominal-Actiencapital (Maximal-Grenze) | Bei Liquidation eingezahltes Actien-Capital | Anmerkung |
|---|---|---|---|
| — | 3·00 | 3·00 | |
| 3. December 1873 | 3·00 | 1·00 | Durch Statthalterei-Entscheidung aufgelöst. |
| — | 30·00 | 4·00 | |
| — | 5·00 | 5·00 | |
| — | 1·00 | 0·50 | |
| — | 4·00 | 4·00 | |
| — | 0·30 | 0·30 | Firma gelöscht am 17. Februar 1874. |
| — | 1·00 | 0·30 | |
| — | 2·00 | 1·00 | |
| — | 25·00 | 5.00 | Cartell mit der Wiener Börsenbank. |
| — | 20·00 | 8·00 | |
| — | 1·00 | 0·32 | |
| — | 10·00 | 2·00 | |
| — | 10·00 | 6·00 | Cartell mit der Börsen- und Creditbank. |
| — | 5·00 | 1·00 | |
| — | 0·80 | 0·80 | |
| — | 0·70 | 0.70 | Aufgelöst durch Erlaß der Statth. Graz 21. Dec. 1873. |
| — | 5·00 | 5·00 | Fusion mit Wiener Bauverein — genehmigt mit Erlaß vom 16. April 1874. |
| — | 5·00 | 0·457 | |
| — | 0·10 | 0·10 | Firma gelöscht 16. Juni 1874. |
| — | 4·00 | 2·50 | |
| 3. April 1873 | 0·036 | 0·009 | |
| — | 6·00 | 6·00 | Firma gelöscht 13. October 1873. |
| — | 5.00 | 3·00 | |
| — | 20·00 | 4·00 | |
| — | 8·00 | 4·00 | |
| — | 15·00 | 6·00 | |
| — | 2·00 | 1·00 | Cartell mit der Wiener Wechslerbank. |
| — | 12·00 | 6·00 | |
| — | 8·00 | 3·00 | |
| — | 12·00 | 6·00 | |
| — | 2·00 | 2·00 | |
| — | 8·00 | 8·00 | |
| — | 3·00 | 0·50 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 27. December 1873. |
| — | 10·00 | 5·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 22. Jänner 1874. |
| — | 4·00 | 2·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 3. April 1874. |

| | | Datum der Concessionirung | Datum der Constituirung | Liquidation |
|---|---|---|---|---|
| 147. Bau- und Curortegesellschaft . . . | Wien | 3. Jänner 1873 | 11. Februar 1873 | 18. October 1873 |
| 148. Pluh, Akciova strojirna . . . . . | Prag | 6. Jänner 1873 | 12. Mai 1873 | |
| 149. Waggon-Bau- und Leihgesellschaft | Wien | 7. Jänner 1873 | 7. Februar 1873 | 18. Juli 1873 |
| 150. Wiener Hagel-Rückversicherungsgesellschaft . . . . . | Wien | 18. Jänner 1873 | 9. März 1873 | 1. Mai 1874 |
| 151. Actien-Bauunternehmung für Stadt und Land . . . . . | Wien | 5. Februar 1873 | 18. März 1873 | 4. Juli 1873 |
| 152. Internationale Waggon-Miethgesellschaft . . . . . | Wien | 9. Februar 1873 | 21. März 1873 | 18. Juli 1873 |
| 153. Oesterr. Beton-Baugesellsch. . . . | Wien | 11. Februar 1873 | 15. April 1873 | 22. August 1873 |
| 154. Wiener Stadt- und Vororte-Baugesellschaft . . . . . | Wien | 27. Februar 1873 | 13. März 1873 | 15. Juli 1873 |
| 155. Creditbank in St. Pölten . . . . | St. Pölten | 28. Februar 1873 | 11. April 1873 | 31. Juli 1873 |
| 156 Oesterreich. Actiengesellschaft für Heeres-Ausrüstung . . . . . | Wien | 28. Februar 1873 | 31. März 1873 | 27. Juni 1873 |
| 157. Neue Wiener Baugesellschaft . . . | Wien | 1. März 1873 | 7. März 1873 | 20. Februar 1874 |
| 158. Donaustadt-Baugesellschaft . . . | Wien | 6. März 1873 | 13. März 1873 | 30. September 1873 |
| 159. Prager Baugesellschaft . . . . . | Prag | 6. März 1873 | 7. April 1873 | 10. September 1874 |
| 160. Druckerei-Verein (E. u. Z.) . . . | Wien | 15. März 1873 | 4. April 1873 | 13. Jänner 1874 |
| 161. Hygieia, für Privat-Heilanstalt und Curorte . . . . . | Wien | 15. März 1873 | 9. April 1873 | 12. August 1873 |
| 162. Wiener Clavierfabriks-Actienges. | Wien | 24. März 1873 | 21. April 1873 | 28. October 1873 |
| 163. Niederösterreich. Steingewerkschaft | Wien | 24. März 1873 | 8. April 1873 | 16. December 1873 |
| 164. Erste Elbogener Porzellan-Ind.-Gesellschaft . . . . . | Wien | 27. März 1873 | 21. April 1873 | 28. Juli 1874 |
| 165. Actiengeesellschaft für Residenz- und Provinzbauten . . . . . | Wien | 5. April 1873 | 25. April 1873 | 23. September 1873 |
| 166. Provinzialbank . . . . . | Wien | 5. April 1873 | 11. April 1873 | 21. Juli 1874 |

| Concurs | Nominal-Actiencapital (Maximal-Grenze) | Bei Liquidation eingezahltes Actiencapital | Anmerkungen |
|---|---|---|---|
| — | 5·00 | 1·00 | |
| 13 Juli 1874 | 0·06 | 0·03 | |
| — | 10·00 | 5·00 | |
| — | 1·00 | 1·60 | |
| — | 6·00 | 6·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 23. Decemb. 1873. |
| — | 10·00 | 4·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 3. Juli 1874. |
| — | 1·00 | 0·40 | |
| — | 10·00 | 4·00 | |
| — | 1·00 | 0·50 | |
| — | 8·00 | 4·00 | Liquidation beendet, Firma gelöscht 31. März 1874. |
| — | 20·00 | 4·00 | |
| — | 15·00 | 6·00 | |
| — | 12·00 | 6·00 | |
| — | 6·00 | 3·60 | |
| — | 3·00 | 1·00 | Liquidation beendet Firma gelöscht, 9. Jänner 1874. |
| — | 2·00 | 2·00 | |
| — | 6·00 | 1·50 | |
| — | 2·00 | 1·50 | |
| — | 5·00 | 1·50 | |
| — | 10·00 | 2·00 | |
| | 1022·85 | 360·50 | |

# Recapitulation.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Es wurden in den Jahren 1867 bis April 1873 concessionirt . . . . . | 1005 | Actiengesellschaften | |
| Davon sind nicht zu Stande gekommen . . . . . | 323 | „ | ( 32·1 Percent) |
| Der Liquidation oder dem Concurse verfallen . . . . . | 166 | „ | ( 16·5 „ ) |
| Demnach erhalten . . . . . | 516 | „ | ( 51·4 „ ) |
| | | | (100 Percent) |

Nach dem Nominal- (Grund-) Capitale:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Nominal-Actiencapital aller 1005 concessionirten Actiengesellschaften . . . . . | 4000·56 | Millionen | Gulden |
| „ „ der 323 nicht zu Stande gekommenen Actiengesellschaften . | 1422·90 | „ | „ |
| „ der 166 der Liquidation oder dem Concurse verfallenen Actiengesellschaften [1] . . . . . | 1022·85 | „ | „ |
| „ „ der 516 erhaltenen Actiengesellschaften . . . . . | 1554·81 | „ | „ |

Das eingezahlte Actiencapital obiger 166 Actiengesellschaften vertheilt sich, wie folgt:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| In Concurs befanden sich | 37 [2] | Actiengesellschaften mit eingezahltem Actiencapital per | 26·71 | Millionen | Gulden |
| In Liquidation „ „ | 123 | „ „ „ „ „ | 316·79 | „ | „ |
| Fusionirt mit anderen | 6 | „ „ „ „ „ | 17·00 | „ | „ |
| | 166 | | 360·50 | Millionen | Gulden |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Von den obigen, in Liquidation befindlichen . . | 123 | Gesellschaften mit eingezahltem Capitale per | 316·79 | Mill. | Gulden |
| hatten laut Verzeichniß der Regierung bis September 1874 ihre Liquidation beendet, resp. die Firma gelöscht . . . . . | 20 | „ „ „ „ „ | 43·97 | „ | „ |
| Demnach befanden sich Ende September 1874, 17 Monate nach Ausbruch der Krisis noch im Stadium nicht abgewickelter Liquidation . . . . . | 103 | „ „ „ „ „ | 272·82 | „ | „ |

[1] In Bezug auf die Liquidationen und Concurse wird hier auf die ergänzenden Daten des vorausgehenden Berichtes (Seite 20 bis 24 verwiesen.

[2] Concurs (einer Eisenbahn) später wieder aufgehoben.

Von den obigen 166 Actiengesellschaften in Concurs, Liquidation ꝛc. gehören nach dem Datum der Concessionirung an:

| | |
|---|---|
| Dem Jahre 1867 | 2 |
| „ „ 1868 | 4 |
| „ „ 1869 | 25 |
| „ „ 1870 | 10 |
| „ „ 1871 | 31 |
| „ „ 1872 | 73 |
| „ „ 1873 | 21 |
| | 166 |

Den Verlust des halben Actiencapitales im Sinne Art. 240 H. G. B. haben angezeigt:

Von 123 Actiengesellschaften in Liquidation mit eingezahltem Actiencapitale per 316·79 Millionen Gulden
nur 2 „ „ „ „ „ „ „ 10·00 „ „

Durch Verfügung der Verwaltungsbehörde wurden aufgelöst:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | Versicherungsbank mit eingezahltem Actiencapitale | 0·80 | Millionen Gulden |
| 3 | Industriegesellschaften mit „ „ | 2·00 | „ „ |
| Zusammen 4 | Actiengesellschaften mit „ „ | 2·80 | „ „ |

**Anmerkung.** Die Ziffern der Rubrik „Nominal-Actiencapital" sind dem von der Regierung vorgelegten Verzeichnisse entnommen. Die Ziffern der Rubrik „Bei Liquidation eingezahltes Actiencapital" mußten, da das Regierungsverzeichniß nur das „zur Constituirung erforderliche", nicht auch das nach Constituirung eingezahlte Capital enthält, nach anderweitigen nicht officiellen Quellen, so weit solche eben zugänglich waren, ergänzt, resp. richtiggestellt werden. In Folge dessen und bei der Mannigfaltigkeit der diesfalls benützten Quellen mag eine oder die andere Ziffer des eingezahlten Capitals bei den kleineren Industriegesellschaften nicht ganz vollständig zutreffend sein. Doch wird dadurch die Hauptziffer in keinem Falle beträchtlich alterirt. Im Uebrigen ist hier, namentlich was die Zunahme der Liquidationen betrifft, auf die Ausführungen des vorangehenden Berichtes zu verweisen.

E.

# Tableau der Cartelle, 1872.

| Cartellirende Bank oder Baugesellschaft | In Cartell getreten mit der | Constituirung der jungen Cartellbank | Eingezahltes Actiencapital beider Banken |
|---|---|---|---|
| 1. Oesterreichische Vereinsbank | Wiener Escompte- u. Depositencassa | 28. August 1872 | 8·0 + 4·0 = 12·0 Mill. fl. |
| 2. Wiener Börsenbank | Wiener Universalbank | 6. December 1872 | 2·0 + 5·0 = 7·0 „ „ |
| 3. Hypothekar-Rentenbank | Wiener Bodencredit-Gesellschaft | 4. November 1872 | 3·2 + 2·4 = 5·6 „ „ |
| 4. Börsen- und Creditbank | Allgemeinen Vorschußbank | 17. December 1872 | 4·0 + 6·0 = 10·0 „ „ |
| 5. Wiener Wechslerbank | Oesterr. Vorschußcassenverein | 13. December 1872 | 2·0 + 6·0 = 8·0 „ „ |
| 6. Wiener Wechselstubengesellschaft | Prager Wechselstubengesellschaft | 8. April 1872 | 1·2 + 2·0 = 3·2 „ „ |
| 7. Oesterreichische allgemeine Bank | Wiener Capitalisten-Vereinsbank | 13. December 1872 | 12·0 + 10·0 = 22·0 „ „ |
| 8. Wiener Bauverein | Militär-Baugesellschaft | (Cartell später aufgelöst) | |
| 9. Tramway-Gesellschaft | Tramway-Baugesellschaft. | | 67·8 Mill. fl. |

Außerdem Cartelle in Pest:

1. Wiener Maklerbank mit der Pester Maklerbank.
2. Wiener Wechselstubengesellschaft mit der Pester Wechselstubengesellschaft.
3. Wiener Baugesellschaft mit der Pester Baugesellschaft.

F.

1867 bis April 1873

## Concessionen zur Ausgabe von

| | Cassenscheinen | Obligationen | Pfandbriefen |
|---|---|---|---|
| 1867 . . . . . | 4 | 6 | 1 |
| 1868 . . . . . | 7 | 4 | 2 |
| 1869 . . . . . | 21[1] | 32 | 2 |
| 1870 . . . . . | 6 | 9 | 3 |
| 1871 . . . . . | 24[1] | 30[2] | 7[3] |
| 1872 . . . . . | 73[4] | 93[5] | 8 |
| 1873 . . . . . | 15[6] | 49[7] | 3 |
| | 150 | 223 | 26 |

Anmerkungen: [1]) Meist zugleich auch zur Annahme von Geldeinlagen gegen „Einlagsbüchel".

[2]) Davon 7 an Banken, 8 an Industriegesellschaften, 3 an Baugesellschaften, 6 an Bergbaugesellschaften, 6 an Eisenbahnen.

[3]) Meist bis zum zwanzigfachen Betrage des Actiencapitals.

[4]) Davon 72 an Banken, 1 an Baugesellschaften.

[5]) Davon 5 zugleich auch für Obligationen. — An Banken 26, an Industriegesellschaften 36, an Baugesellschaften 21, an Eisenbahnunternehmungen 5 u. s. w.

[6]) Davon 14 an Banken, 1 an Industrieunternehmungen.

[7]) Davon 2 zugleich für Pfandbriefe. — An Banken 3, an Industrieunternehmungen 15, an Baugesellschaften 25, an Eisenbahnunternehmungen 3 u. s. w.

## G.

## Uebersicht der an der Wiener Geldbörse am Ende der Jahre 1867 bis 1873 im officiellen Coursblatte notirten Anzahl von Effecten und Wechseln.

| | Allgemeine Staatsschuld | Grundentlastungs-Obligationen | Oeffentliche Anlehen | Actien von Banken | Actien von Transportunternehmungen | Actien von Industrie-Unternehmungen | Pfandbriefe | Prioritäts-Obligationen | Privat-Lose | Wechsel | Zusammen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ende 1867 | 28 | 17 | 8 | 39 | | | 9 | 29 | 14 | 25 | 169 |
| „ 1868 | 26 | 17 | 8 | 60 | | | 13 | 34 | 13 | 26 | 197 |
| „ 1869 | 14 | 17 | 5 | 42 | 38 | 43 | 18 | 40 | 14 | 23 | 254 |
| „ 1870 | 13 | 17 | 10 | 45 | 45 | 54 | 23 | 42 | 14 | 23 | 286 |
| „ 1871 | 12 | 17 | 10 | 55 | 53 | 69 | 30 | 63 | 15 | 25 | 349 |
| „ 1872 | 12 | 17 | 15 | 98 | 61 | 140 | 41 | 77 | 16 | 26 | 503 |
| „ 1873 | 12 | 17 | 19 | 117 | 62 | 199 | 47 | 89 | 17 | 26 | 605 |

## Ausweis über den Besuch der Wiener Geldbörse in den Jahren 1867 bis 1874.

| Jahr | Schrankenplätze | Jahreskarten | Monatskarten | Vierteljahrs-karten | Eintrittsgebühren |
|---|---|---|---|---|---|
| 1867 | 116 à 80 fl. | 867 à 30 fl. | 1209 à 5 fl. | . | 41.350 fl. |
| 1868 | 119 „ 80 „ | 835 „ 30 „ | 1230 „ 5 „ | . | 40.720 „ |
| 1869 | 140 „ 80 „ | 1135 „ 30 „ | 1942 „ 5 „ | 206 à 15 fl. | 58.050 „ |
| 1870 | 140 „ 80 „ | 1389 „ 30 „ | 1382 „ 5 „ | 247 „ 15 „ | 63.485 „ |
| 1871 | 135 „ 80 „ | 1457 „ 30 „ | 2088 „ 5 „ | 40 „ 15 „ | 65.550 „ |
| 1872 | 201 „ 120 „ | 2352 „ 45 „ | 1550 „ 10 „ | 883 „ 20 „ | 163.120 „ |
| 1873 | 189 „ 150 „ | 2941 „ 60 „ | 302 „ 15 „ | 258 „ 30 „ | 219.840 „ |
| 1874 | 186 „ 150 „ | 2423 „ 60 „ | 136 „ 15 „ | 135 „ 30 „ | 179.570 „ |

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

**Nr. 52.** Wien, Freitag 23. Februar 1877. **XXXI. Jahrg.**

Das Fremden-Blatt erscheint täglich.

**Man pränumerirt**
Wollzeile Nr. 4.
Ganzjährig 16 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 8 fl. „ „
Vierteljährig 4 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 40 kr. „ „
**ohne Zustellung.**

Annoncen für das Fremden-Blatt übernehmen in Frankreich

# Fremden-Blatt.
## (Morgen-Blatt.)

Redaktions-Bureau
Wollzeile Nr. 17.

**Abonnement für die Provinz:**
Ganzjährig 20 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 10 fl. „
Vierteljährig 5 fl. „
Monatlich 1 fl. 70 kr.
**Einzelne Blätter 6 kr.**

ausschließlich Havas Laffite & Co. in Paris.

### Wien, 22. Februar.

Der Ausgleich ringt nach parlamentarischer Gestaltung. In halböffentlichen Konventikeln, in „geheimen" Konferenzen, aus denen minutiöse Detailberichte in die Oeffentlichkeit gelangen, hüben und drüben jenseits der Leitha, berathen unsere Parlamentarier die Frage, ob es der österreichisch-ungarischen Monarchie gestattet sein soll, in ein Jahrzehnt der friedlichen ökonomischen Entwicklung einzutreten oder ob der ökonomische Krieg Cisleithaniens gegen Ungarn eingeleitet werden soll. Bis jetzt, wir konstatiren es mit Vergnügen, scheinen uns die Chancen des Friedens, des gedeihlichen Gelingens weitaus zu überwiegen. Die Berichte aus den verschiedenen Partei-Konferenzen, aus den Klubs und Konventikeln veröffentlichen wir an anderer Stelle; wir haben nicht nöthig, auf dieselben, die einen Bestandtheil der konstitutionellen und wirthschaftlichen Geschichte Oesterreich-Ungarns bilden, erst speziell die Aufmerksamkeit unserer Leser zu lenken. Während die in ihre Atome zersetzten Parlamente dem Bankausgleich durch eine endlose Reihe von Interpellationen und versuchten Interpretationen Herz und Nieren prüfen, demonstrirt jene Partei in der Nationalbank, die auf dem Standpunkt der Verneinung steht, gegen den im Werden begriffenen Ausgleich, indem sie den Regierungs-Kommissär bittet, ihre Vorstellungen und Bedenken dem Finanzminister bekannt zu geben; der alte Satz bestätigt sich wieder, daß, wenn Zwei — in diesem Falle Oesterreich und Ungarn — sich streiten, der Dritte Grund hat, sich zu freuen.

Die Bankleiter, nicht zufrieden damit, daß in Folge des Konfliktes zwischen dem hiesigen und dem Pester Ministerium ihnen die Verlängerung des Bankprivilegiums gewissermaßen wie von selbst in den Schoß gefallen ist, die Bankleiter scheinen zu glauben, daß sie die verworrene Sachlage benützen können, um etwa noch weitere Konzessionen abzuzwingen. Wir glauben, daß sie in diesem Fall sich einer sehr ernsten Täuschung hingeben, so schwach ist weder Oesterreich noch Ungarn, daß man es nöthig hätte, sich von den Bankpolitikern Vorschriften machen zu lassen. Nimmermehr kann und darf man den Wahn aufkommen lassen, als ob die Bank gegenüber den beiden unterhandelnden Regierungen etwa ein gleichberechtigter dritter Faktor sei, der mit den beiden Ministerien als Gleicher mit Gleichen verhandeln kann. Eine solche Anmaßung, die allen guten, alt-österreichischen Traditionen ins Gesicht schlüge, können wir nicht gelten lassen, die Bank ist keine mit den beiden Ministerien Oesterreichs und Ungarns unterhandelnde Macht, sie ist ein Objekt der staatlichen Gesetzgebung und je eher die Männer, die ihre Geschicke lenken, sich darüber klar werden, desto besser wird es vor Allem für die Bank selber sein. Die Drohungen mit einem Widerstand von dieser Seite her imponiren uns nicht, gerade so wenig, als sie dem Ministerium imponiren dürften, gerade so wenig, als sie — die Worte des Abgeordneten v. Demel beweisen das — dem Abgeordnetenhause zu imponiren scheinen.

In Ungarn scheint es, nach den Berichten aus Pest, im Reichstag sehr günstig zu stehen. Die Majorität im Reichstage wünscht, wie sie gar nicht anders kann, lebhaft die Reinstallirung des Ministeriums Tisza. Diese ist aber nur bei Annahme des Ausgleichs, wie er jetzt vorliegt, möglich. Es ist daher anzunehmen, daß diese Partei, die ja über die unbedingte Majorität im Reichstag verfügt, Alles thun werde, um den Ausgleich zu verwirklichen. Bei uns sind die Parteiverhältnisse nicht so scharf abgegrenzt, wie in Ungarn, unten ist die parlamentarische Arithmetik, hierlands die parlamentarische Algebra im Schwunge, unten rechnet man mit benannten, bei uns mit unbenannten Zahlen, aber man kann auch hier, trotz der spitzen Interpellationen, die vom Klub der Linken ausgegangen, trotz der schroffen Oppositionsphrasen, die in der Fortschrittspartei gefallen sind, annehmen, daß die Partei des gesunden Menschenverstandes siegen und der Ausgleich angenommen werden wird. Wir haben nie daran gezweifelt, wir zweifeln auch heute nicht einen Augenblick daran.

Könnte uns irgend etwas in unserer Ansicht noch bestärken, so ist es die Haltung des diesseitigen Ministeriums. Die Erklärungen, die Freiherr v. Lasser heute abgegeben hat, haben wohl jeden Zweifel über das beseitigt, was nunmehr nicht nur geschehen muß, sondern auch geschehen wird. Der Minister des Innern hat keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß das Ministerium die Kabinetsfrage stellt. Es ist gegen die politische Ehre des Ministeriums, im Amte zu bleiben, wenn das Abgeordnetenhaus den Grundsatz der Parität in der Bankfrage, den das Ministerium angenommen hat, ablehnen sollte. Es ist in solchem Fall für ein parlamentarisches Kabinet in Cisleithanien auch ganz unmöglich, die Geschäfte weiter zu führen. Ein Ministerium wie dasjenige, das jetzt in Oesterreich regiert, hält eingegangene Verpflichtungen und läßt sich nicht in unmögliche Situationen drängen. Jeder Abgeordnete, der gegen den Bankausgleich votirt, muß sich sonach sagen, daß er nicht nur für den wirthschaftlichen Krieg mit Ungarn stimmt, sondern auch für eine Ministerkrise in Cisleithanien, die auf unsere parlamentarische und freiheitliche Entwicklung nimmermehr günstig einwirken kann. Wir glauben, daß außer dem Abgeordneten für Mariahilf sehr wenige Mitglieder des Reichsrathes den Muth zu solcher verzweifelten Politik finden werden; wir glauben, daß selbst Dr. Josef Kopp, in dem sich eine Fülle des gesundesten Verstandes und patriotischer Mäßigung mit einer gewissen, unseren Stadt- und Vorstadt-Demokraten eigenen Heftigkeit paart, wir glauben, daß selbst Dr. Kopp und die Mehrheit seiner Freunde von ihrem unbedingten Widerstand zurückkommen werden. Wer nicht allen Anspruch darauf, ein Staatsmann oder ein ernsthafter Politiker zu sein, in Oesterreich verwirken will, der muß, nachdem die Dinge schon so weit gekommen sind, für den Ausgleich eintreten. Der Ausgleich sichert uns zehn Jahre ruhiger innerer Entwicklung, die Möglichkeit, die Wunden, die uns eine beispiellose wirthschaftliche Krise geschlagen, heilen zu können, er stellt den Parlamentarismus dies- wie jenseits der Leitha wieder auf eine unerschütterliche Basis, wir können nicht einen Augenblick annehmen, daß eine ernsthafte Partei vorhanden, die versuchen sollte, ihn abzulehnen.

---

**Wien**, 22. Februar.

Die Konferenz der Herrenhaus-Mitglieder zu dem Zwecke, um in der Bankfrage Stellung zu nehmen, welche ursprünglich für heute geplant war, findet morgen Vormittags um 10 Uhr statt. Es werden an derselben auch Mitglieder der Regierung theilnehmen, um eventuelle Fragen der Konferenz-Theilnehmer zu beantworten. Die Plenar-Sitzung ist erst auf 1 Uhr Nachmittags angesetzt worden. — Die Obmänner der verfassungstreuen Klubs haben sich dahin geeinigt, daß die nächste Abgeordneten-Konferenz Samstag Vormittags stattfinden soll.

---

Der Wortlaut der Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm heute Nachmittags den deutschen Reichstag eröffnet hat, folgt weiter unten nach. Wie man erwartete, bezieht sich die kaiserliche Ansprache zumeist auf Gesetzesvorlagen, welche in der beginnenden Session zu erledigen sind, und widmet dem zunehmenden Nothstand Worte der Theilnahme und des Trostes, ohne jedoch umfassende thatsächliche Abhilfe von Seiten des Reiches in Aussicht zu stellen. Der letzte Theil der Rede beschäftigt sich mit den durch die orientalische Krisis heraufbeschworenen „auswärtigen Gefahren", von denen jedoch Deutschland weniger als alle andern Länder bedroht sei. Kaiser Wilhelm konstatirt, daß aus der gescheiterten Konferenz wenigstens die vorher nicht bestandene Uebereinstimmung der Mächte herbeigeführt worden sei. Dies sei ein fester Grund zum Vertrauen, daß der Friede selbst dann, wenn die Türkei aus eigener Entschließung die verheißenen Reformen nicht durchführen könne, gewahrt bleiben werde. Allein, auch wenn diese Erwartungen sowohl in Bezug auf die Verheißungen der Pforte, wie auf den Frieden mit Serbien und Montenegro sich nicht erfüllen sollten, wird Deutschland, wo seine Interessen ihm eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, die Christen in der Türkei zu schützen und den europäischen Frieden zu wahren suchen. Insbesondere aber wird Deutschland seine eigenen guten Beziehungen zu den ihm verbündeten und befreundeten Regierungen zu erhalten und zu befestigen bemüht sein. In diesen Schlußworten darf man wohl eine neue Betonung des Drei-Kaiser-Bündnisses erkennen, dessen Fortbestand durch etwaige bei der weiteren Entwicklung der orientalischen Frage eintretende Eventualitäten in den Augen des deutschen Kaisers nicht erschüttert wird.

---

# Reichsrath.

**Wien**, 22. Februar.

Wir haben heute über eine der stürmischesten und bewegtesten Sitzungen zu berichten, die unser Herrenhaus noch abgehalten hat. Aus einer Debatte, von der man meinte, daß sie keinen Augenblick vom juristischen Terrain würde abschweifen können, hat sich eine hochpolitische Diskussion entwickelt, in der der „Krach", der „Chabrus" und andere nicht minder heikle Gegenstände urplötzlich, wie mit zwingender Naturgewalt aufgetaucht sind, in der die schwerste Anklage, die gegen ein Ministerium erhoben werden kann, vorgebracht und zurückgewiesen wurde.

Den Anfang der Sitzung bildete die Bewilligung des Spezialkredits von 600.000 fl. für die Pariser Weltausstellung. Dieser Gegenstand, der im Abgeordnetenhause so viel Staub aufgewirbelt, wurde, ohne daß ein Wort darüber verloren worden wäre, zustimmend erledigt, ein Resultat, zu dem wir uns im Interesse der heimischen Industrie nur beglückwünschen können. Darauf kam die zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Wahl und den Wirkungskreis von Vertrauensmännern der durch einen gemeinsamen Kurator vertretenen Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen an die Reihe, ein Gegenstand, der sicherlich eher den Juristen als den Politiker herauszufordern schien. Was juristisch gegen das Gesetz zu sagen war, brachte Baron Hein in ruhiger, präziser und überzeugender Weise vor. Graf Leo Thun, der ehemalige Kultusminister, schien indessen die Gelegenheit zu einem Sturmlaufen in aller Form Rechtens gegen die Regierung für geeignet zu halten. An eine längere musterhaft klare Auseinandersetzung, in der er die Mängel des Kuratorengesetzes, an die drei konkreten Fälle der Dux-Bodenbacher Bahn, der St. Genois-Lose und der Hypothekar-Kredit- und Vorschußbank anknüpfend, beleuchtete, schloß der Führer der Rechtspartei im Herrenhause einen Angriff gegen die Regierung an, wie er in dieser Stärke in einem österreichischen Parlamentssaale noch kaum vernommen worden sein dürfte. Graf Leo Thun brach nicht nur den Stab in der rückhaltslosesten Weise über das vorliegende Gesetz, er versuchte ihn auch über den moralischen Charakter der Regierung zu brechen, indem er ihr vorwarf, daß sie absichtlich und wissentlich das Recht beuge zu Gunsten des Unrechts, den Schwindel unterstütze auf Kosten der Ehrenhaftigkeit. So volle Anerkennung wir der sachlichen Ausführung Sr. Exzellenz in Bezug auf die Mißbräuche, zu denen das Kuratorengesetz Veranlassung gegeben, zollen, so sehr müssen wir uns gegen den Schluß seiner Rede zur Wehre setzen. Wenn Graf Thun die Art und Weise, in der das Justizministerium die Nachwirkungen der Krise legislatorisch zu bekämpfen suchte, verurtheilt, so finden wir das begreiflich, wenn er aber, ohne Beweise in Händen zu haben, der Regierung unehrenhafte Handlungen imputirt, so ist das etwas, was bisher im österreichischen Parlamente nicht üblich war und besonders einem ehemaligen Minister kaum wohl ansteht.

Die Replik des Justizministers war allerdings sehr schwach. Dr. Glaser sprach vom Standpunkte des Juristen, von dem des Partei-Politikers — lauter berechtigte Standpunkte — staatsmännische Argumente haben wir in der Rede des Justizministers nicht zu finden vermocht. Dr. Glaser schilderte in drastischer Weise den Wirrwarr, der auf legislatorischem Gebiet dem „Krach" gefolgt war, er entwarf in lebhaften Zügen ein Bild der Verlegenheiten, in denen sich das Ministerium gegenüber einer Situation befand, die es nicht verschuldet; Alles, was aber der Justizminister hier vorbrachte, beweist doch nur, daß Graf Thun und jene Anderen im Rechte sind, die behaupten, daß Dr. Glaser eben der Situation, der er sich vis-à-vis befand, nicht gewachsen war, und daß die Fruchtbarkeit seiner Gesetzgebungs-Arbeiten kaum in richtigem Verhältnisse zu deren innerem Werthe steht.

Graf Leo Thun suchte in einer kurzen Replik, die ihm gestattet wurde, seiner Rede, oder eigentlich dem Schluß derselben, den persönlichen Stachel zu nehmen, etwas, was ihm unseres Erachtens nicht gelungen ist und Freiherr v. Hein brachte noch eine Reihe von schlagenden Argumenten gegen die Vorlage des Justizministers vor, Argumente, die der Berichterstatter wohl beantwortet, aber nicht widerlegt hat. Das Ministerium scheint die Schwäche der justizministeriellen Antwort lebhaft gefühlt zu haben, denn zum Schluß ergriff namens des Gesammt-Kabinets noch Dr. Unger das Wort, um auf die persönlichen Angriffe des Grafen Thun zu antworten. Dr. Unger fand für die Situation die richtigen Worte, die Dr. Glaser nicht gefunden hatte. Den Vorwurf, daß das Ministerium absichtlich irgend welche Unehrenhaftigkeit tolerirt habe, wies er auf's Energischeste zurück, in Worten, die in ganz Oesterreich Widerhall finden werden. Wir freuen uns, daß der Sprechminister gut gemacht, was der Justizminister unterlassen hatte, denn wir würden es lebhaft beklagt haben, wenn ein Herrenhaus-Bericht in die Welt hinausgegangen wäre, der eine Anklage gegen die Ehrenhaftigkeit eines österreichischen Ministeriums enthalten hätte, ohne daß sich die entschiedene siegreiche Zurückweisung einer solchen Anklage darin gefunden hätte. Diese Lücke hat Dr. Unger glücklich ausgefüllt und Dank ihm schließt die Sitzung statt mit einer Niederlage, mit einem moralischen Erfolg für das Ministerium Auersperg, einem Erfolg, der sein Echo finden wird.

Die Gesetzesvorlage des Justizministers, die diesen lebhaften parlamentarischen Konflikt hervorgerufen hat, wurde übrigens angenommen. Morgen hält das Herrenhaus abermals Sitzung.

---

## 54. Sitzung des Herrenhauses.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

In der Debatte über das Gesetz, betreffend die zur Information des Kuratelgerichtes erforderliche Vernehmung der Besitzer von Pfandbriefen und von auf Inhaber lautenden Theilschuldverschreibungen oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen, ergreift das Wort

Freiherr v. **Hein**

und spricht gegen das Gesetz.

Das Institut der Kuratoren habe sich nicht bewährt. Der Kurator sei in einzelnen Fällen auch über den Schutz des gefährdeten Rechtes hinausgegangen, er hat Rechte, die er schützen sollte, veräußert. Redner zitirt einen Fall bei der Dux-Bodenbacher Bahn, die einem Privaten auf Wechsel 2,240.000 Mark schuldig war. Da sie gedrängt wurde, schloß sie mit dem Gläubiger unter Beitritt des für die Werthpapierbesitzer aufgestellten Kurators einen Vertrag, nach welchem dieser Gläubiger noch etwas kreditirte, unter Anderem aber auch die Bedingung stellte, daß ein Betrag von 489.823 Reichsmark für allfällige Kosten und Nebengebühren zu seiner Hauptforderung zugeschlagen würde. Die Schuld hat sich daher auf 4,500.000 Reichsmark erhöht. Für diese so erhöhte Forderung ist ihm, der kein Pfandrecht hatte, mit Zustimmung des Kurators die erste Hypothek auf die Bahn eingeräumt worden, und in Folge des Antrages des Kurators stimmte auch die Kuratelbehörde bei. Nach dem Gesetze vom Jahre 1874 hätte der Kurator nach meiner Ueberzeugung eigentlich nicht das Recht gehabt, solchen Bedingungen zuzustimmen. Redner erklärt, gegen das Gesetz stimmen zu müssen.

Graf Leo **Thun**

kommt, nachdem er auf den Unterschied zwischen der ursprünglichen Regierungsvorlage und dem Ausschußbericht hingewiesen, auf die Dux-Bodenbacher Eisenbahn zu sprechen und sagt:

Viele solche Fälle haben eine große Unzufriedenheit mit dem Gesetze vom Jahre 1874 herbeigeführt. Es sei unmöglich zu behaupten, daß aus diesen Rechtsverhältnissen die Begründung auf Aufstellung eines Kurators hervorgehe, die einfach die Wirkung habe, den Berechtigten das erste Recht, ihre Interessen selbstständig zu vertreten, abzuschneiden. Man stellt sich, wenn man so spricht, einfach auf den Standpunkt der Expropriation. Nun sind aber die Expropriations-Fragen in Oesterreich stets nicht von Gerichtsbehörden, sondern von politischen Behörden entschieden worden.

Eine zweite Kategorie der Verhältnisse, um welche es sich hier handelt, sind die Lose; und da ist in neuer Zeit wieder ein ähnlicher Fall aufgetaucht, mit den Losen des Grafen St. Genois. Er hat erklärt, daß er die Zahlungen für die Ziehungen nicht leisten könne, und hat gebeten, diese Ziehungen hinauszuschieben; dadurch stellt er sich gegenüber der Gesammtheit der Losbesitzer in einem Augenblicke, wo für jeden Einzelnen noch gar kein irgend billiger oder möglicher Maßstab des Werthes seines Rechtes vorliegt. Vor dem Jahre 1874 wäre Graf St. Genois mit seinem Begehren der Hinausschiebung der Ziehungen unbedingt abgewiesen worden. Die Ziehungen sind gesetzlich festgestellt, daran muß festgehalten werden. Der einzelne Losbesitzer hat gar kein anderes Recht, als daß die Ziehung an einem bestimmten Tage stattfindet, nach dieser Ziehung haben nur Diejenigen, deren Lose gezogen sind, unmittelbaren Anspruch. Dann ist nicht mehr die Gesammtzahl der Losbesitzer als Kläger vorhanden, sondern nur die Gewinner und da können sich sehr viele Umstände ergeben; es kann das Los, das einen großen Gewinn gemacht, noch gar nicht verkauft sein, es kann auf nahe Angehörige des Besitzers oder auf Leute fallen, die ihren Gewinnst gar nicht anmelden. Es kann da dann viel leichter ein Abfinden getroffen werden.

Was ist hingegen die Wirkung, wenn ein gemeinsamer Kurator aufgestellt wird? Dies führt dahin, daß die einzelnen Gläubiger jedes Recht auf eine Beschlußfassung vollständig verlieren.

Ich komme nun zur dritten Kategorie der Papiere, um die es sich hier handelt, das sind die Pfandbriefe. Nehmen wir ein konkretes Beispiel an den Verhältnissen der Hypothekar-Kredit- und Vorschuß-Bank. Es ist dies eine Bank, der die Berechtigung ertheilt worden ist, nebst vielen anderen Geschäften auch Pfandbriefe auszugeben, welchen dann später die pupillarmäßige Sicherheit zuerkannt worden ist. Die Bank ist aber in Verhältnisse gerathen, welche es gegenwärtig unmöglich machen, die Pfandbriefe irgendwo zu verkaufen und die Zinsen dieser Pfandbriefe vollständig zu bezahlen. Hat nun ein Vormund das Vermögen seines Mündels in diesen Pfandbriefen angelegt, so ist dies Vermögen unrealisirbar. Wie würden nun nach dem früheren Zustande die Rechte der Gläubiger geschützt? Man bestimmte einfach, daß der Konkurs eröffnet werden müsse und die Gläubiger suchten dafür zu sorgen, daß die zur Deckung der Pfandbriefe bestimmten Realitäten und Hypotheken womöglich unangetastet bleiben sollen. Ich frage sie aber, meine Herren, ist in diesem Rechtsverhältnisse selbst eine Begründung dafür zu finden, daß Kuratoren aufgestellt werden, in Folge dessen die Pfandbriefbesitzer nicht mehr berechtigt sind, ihre Interessen und Rechte selbst zu vertreten? Ich glaube, kein Mensch wird diese Frage bejahen.

Ich reassumire: Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß der Kurator im Sinne des Gesetzes vom Jahre 1874 im §. 276 des bürgerlichen Gesetzbuches nicht begründet ist, ich glaube nachgewiesen zu haben, daß in den bezüglichen Rechtsverhältnissen dieses Institut keine Begründung hat, ich glaube aber auch nachgewiesen zu haben, daß die Wirkungen des Gesetzes nicht den Schutz der Besitzer von Pfandbriefen oder Theilschuldverschreibungen zur Folge haben werden, wenigstens in dem Sinne nicht, als es die Besitzer selbst verstehen. Es scheint vielmehr, daß die Tendenz des Gesetzes dahingeht, schwindelhaften Instituten Schutz zu gewähren. Es besteht in Wien eine juridische Gesellschaft, welche eine Zeitschrift herausgibt, unter dem Namen „Juridische Blätter", in welcher über die Verhandlungen der Gesellschaft Bericht erstattet wird. In einer solchen Versammlung wurde die Frage besprochen, die uns heute beschäftigt, und es hat sich damals ein Ministerialrath des Justizministeriums, natürlich nicht in

seiner amtlichen Eigenschaft in einer Weise ausgesprochen, die keinen Zweifel darüber läßt, welche Tendenz das Gesetz hat. Es ist darin ganz offen ausgesprochen, daß es das größte Unglück gewesen wäre, wenn dieses Gesetz nicht im Jahre 1874 erschienen wäre, um zu verhüten, daß Banken, welche ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können, exequirt werden. Wer sich ferner die Mühe macht, die vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause stattgefundenen Debatten über die Dux-Bodenbacher Bahn nachzulesen, der wird wieder finden, daß das Gesetz über diese Bahn nur zur Verhütung des Konkurses gemacht worden ist.

Ist man der Meinung, daß solche Maßregeln aus öffentlichen Rücksichten nothwendig sind, dann spreche man es offen aus, wenn man aber ein solches Gesetz macht und sagt, es sei zum Schutze der Papierbesitzer gemacht worden, so halte ich das für einen moralischen Makel des Gesetzes, es liegt darin eine Unwahrhaftigkeit, die den übelsten Eindruck machen muß.

Ist man dieser Meinung, dann fange man damit an, den §. 486 des Strafgesetzes aufzuheben, welcher anordnet, daß Jeder im Augenblicke, wo sich sein Geschäft in einem Zustande befindet, daß die Aktiva von den Passiven überschritten werden, wenn er noch weitere Schulden macht, noch weitere Verbindlichkeiten eingeht, einer Strafe verfällt.

Das ist offenbar der Fall bei der Dux-Bodenbacher Bahn und bei der Hypothekar-Kredit- und Vorschußbank; da man aber doch nicht allgemein aussprechen kann, daß der Staat jeden Konkurs verhüten solle, so möge man ein Gesetz erlassen, welches etwa lauten würde: Gesetz zur Verhütung von Exekutionen gegen Bahnen und die Pfandbrief-Institute, welche nicht im Stande sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn Sie dieses thun, dann liegt Ihnen das ganze juristische Horrendum offen vor Augen; Sie müssen dann ferner auch ein Gesetz erlassen, in welchem Sie die Bestimmung treffen, daß die gewaltsame Entäußerung der Selbstvertretung nicht nur für künftig entstehende Rechtsverhältnisse ausgesprochen wird, sondern auch mit rückwirkender Kraft; dann werden Sie die juristische Ungeheuerlichkeit einsehen, zu der ein solches Gesetz führt. Auch ich bin der Meinung, daß jeder Konkurs ein Unglück ist, allein ich sehe nicht ein, warum man den Konkurs von Bahnen oder Banken verhindern soll, wenn man Konkursen von Privatpersonen ganz ruhig zusieht, ohne etwas zu unternehmen.

Man behauptet, man müsse dieses Gesetz machen, um den Kredit zu schützen, d. h. mit anderen Worten: Man muß das Gesetz machen, um den Kredit von Instituten noch aufrecht zu erhalten, die keinen Kredit verdienen und eben deshalb keinen haben. Dies hat aber gleichzeitig die Wirkung, daß der Kredit, wenn die ausgegebenen Papiere gehen, total ruinirt wird, denn, wenn die ausgegebenen Pfandbriefe und Prioritäts-Obligationen in dem Zustande sich befinden, daß sie ohne Einwilligung und gegen den Widerspruch der Besitzer von einem Tag zum andern in ihrem Werthe herabgesetzt werden können, so ist der Kredit dieser Papiere ruinirt und nach meiner Ansicht auch der Kredit der österreichischen Justiz, und das ist es, was meinem Gewissen keine Ruhe läßt. Mein Gewissen und mein österreichisches Ehrgefühl empören sich gegen eine solche Entwicklung unserer Gesetzgebung; man soll nach meiner Meinung beide Vorlagen, sowohl die des Ausschusses, als die der Regierung ablehnen, damit man nicht über die Sünde des Gesetzes vom Jahre 1874 lediglich ein Mäntelchen hülle, und damit man endlich dem unter den Sachverständigen bereits laut gewordenen Widerspruch gegen dieses Gesetz Abhilfe verschaffe.

Ich habe meinen Worten nur noch das eine beizufügen: Wie kommt man zu solchen Gesetzen? und ich kann da nicht umhin, dem Gedanken Ausdruck zu geben, den ich schon im vorigen Jahre hier ausgesprochen habe; es ist die Folge davon, daß die gegenwärtige Regierung durch ihre falsche innere Politik vom Beginne an in Verwicklung mit unreinen Geldmächten gerathen ist, von welcher Verwicklung sie sich nicht mehr herausziehen kann und durch welche sie das thut, wessen ich Sie hier offen anklage: Das Recht in Oesterreich zu beugen unter das Unrecht, den Schwindel zu schützen gegenüber der Solidität in politischer, wirthschaftlicher und moralischer Beziehung.

Nachdem Berichterstatter Freiherr v. Haerdtl replizirt hat, nimmt das Wort:

Justizminister Dr. **Glaser.**

Se. Exzellenz der Herr Graf Thun hat seine Rede mit Bemerkungen geschlossen, mit denen ich anfangen muß, weil ihnen gegenüber es außerordentlich schwer ist, kalten Blutes und nüchtern sich auszusprechen.

Es sind da Anklagen erhoben worden gegen die Regierung, die ich aufs Entschiedenste zurückweise, zurückweise im Namen meiner Kollegen, zurückweise auch in meinem eigenen Namen, unter Hinweis auf unseren reinen und unbemakelten Namen.

Die Anklage hat aber ganz offen auch ihre Signatur sofort angenommen und ich kann und werde sie signiren.

Es sind Anklagen hervorgegangen aus politischer Gehässigkeit, Anklagen, welche es sich zum System gemacht haben, Schwierigkeiten, Verwicklungen einer wirthschaftlichen Lage, die ihres Gleichen in der Geschichte kaum findet, zum Mittel des politischen Angriffes auf eine Regierung zu machen, deren Parteistandpunkt man nicht zu theilen vermag.

Das gegenwärtige Ministerium war nicht viel über ein Jahr im Amte, als über Oesterreich — so meinte man anfangs, später sah man, daß es sich um Europa, um die zivilisirte Welt handelt — eine wirthschaftliche Krisis von ganz beispiellosem Umfange, namentlich aber von meines Wissens ohne Gleichen gebliebener Zeitdauer hereinbrach. Wer nur das ABC des wirthschaftlichen Lebens studirt hat, konnte wohl kaum auf den Gedanken kommen, daß eine Regierung, welche wenige Monate über ein Jahr im Amte war, als die Krisis ausbrach, die Ursache einer solchen Verwicklung sein könne. Alles, was man als die Ursachen jener Krisis bezeichnet hat, läßt sich zurückführen auf die Zeiten, wo Männer der verschiedensten, der unserigen entgegengesetzten politischen Richtung im Amte waren. Wir hatten die Krise nicht herbeigeführt, wir hatten aber die schwere Aufgabe, ihr gegenüber Stand zu halten nnd zu thun, was möglich war.

Zu den Maßregeln, welche stürmisch verlangt, von allen Seiten stürmisch verlangt, die Regierung bald nach dem Ausbruche der Krise zu ergreifen sich genöthigt sah, gehört diejenige, welche heute statt der heutigen Vorlage eigentlich allein Gegenstand der Erörterung gewesen ist.

Der Minister schildert eingehend das juristisch-ökonomische Wirrsal nach dem „Krach" und erörtert die Gründe, die für das Kuratoren-Gesetz sprechen. Es hat sich — sagt er — nicht darum gehandelt, etwa einen Ausnahmezustand für die Besitzer von Partial-Obligationen zu schaffen, sondern darum, den Zustand, in welchem sie sich gegenwärtig befinden, zu saniren.

Er schließt mit den Worten: Das sind die Standpunkte, welche die Vorlage einnimmt, und ich glaube damit Alles gesagt zu haben, was nothwendig erscheint, um klar zu machen, daß die österreichische Gesetzgebung auch auf diesem Gebiete eine redliche Absicht verfolgt. Der Regierung bleibt bei Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfes nichts anderes übrig, als der des Beharrens auf dem Boden des bisher bestandenen Gesetzes.

Graf Leo **Thun.**

Ich beschränke mich nur auf eine Bemerkung: Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen einem Ausnahmsgesetze und zwischen einem Gesetze, das sich darstellt als eine bloße Institution. Der Herr Minister hat erklärt, daß das, was ich gesagt, lediglich der Ausfluß meiner politischen Meinung, der Meinung gegnerischer Stellung sei. Die Berechtigung dazu muß ich ihm unbedingt absprechen; ich habe, wie ich je gesprochen, mich stets objektiv gehalten und meine, es auch heute gethan zu haben. Ich habe nicht als politischer Gegner gesprochen, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, von der Verderblichkeit der Institution, die ich bekämpft habe. Der Herr Minister hat mir auch Gehässigkeit vorgeworfen; ich glaube aber nicht, daß Jemand je in der Lage war, mir zu beweisen, daß ich jemals aus Gehässigkeit gehandelt habe. Ich habe nicht behauptet, daß die Regierung mit Absicht unsolide Wege gehe; wenn ich aber glaube, daß dies der Fall ist, so muß ich berechtigt sein, mich auszusprechen. Ich habe nicht gesagt, daß man in dem vorliegenden Gesetze die Absicht hatte, Recht gegen Unrecht zu schützen; ich habe nur gesagt, daß man die Absicht habe, die Exekutionen gegen nicht zahlende Institute einzustellen. Wenn wir in einem konstitutionellen Staate sind, so müssen Sie es vertragen lernen, daß Ihnen Gegner gegenüber stehen und müssen uns erlauben, unsere politische Meinung mit aller Zähigkeit und allen erlaubten Mitteln zu Tage zu bringen. Uns den Vorwurf zu machen und uns hinzustellen, als ob wir Ruhestörer wären, das ist unzulässig.

Freiherr v. **Hein**

wendet sich gegen die Schlußworte des Justizministers; er (Redner) sei einer Anklage geziehen worden, die er nicht erhoben habe. Das Beispiel, das der Herr Minister anführt, hat er nie genannt; das bestehende Gesetz ermächtige den Kurator zum Schutze von Rechten, nie zur Aufhebung von Rechten. Wenn bei einer Bahn, die 22 Millionen gekostet und für welche man heute kaum 10 Millionen bietet, plötzlich eine bevorzugte Forderung von 4,500.000 Reichsmark vor allen Prioritäts-Gläubigern auftritt, so ist dies keine Kleinigkeit.

Die Debatte wird geschlossen.

Es ergreift das Wort

Minister Dr. **Unger.**

Obwohl Se. Exzellenz Herr Graf Leo Thun in der Entgegnung, die er auf die Ausführungen des Herrn Justizministers gemacht hat, jener provokatorischen Anklage, mit der er seine erste Rede gegen die Regierung schloß, den persönlichen Stachel genommen und das darin liegende, gegen die gegenwärtige Regierung gerichtete, injurirende Moment benommen hat, so halte ich mich dennoch für verpflichtet, im Namen der Gesammtregierung zu einer kurzen Bemerkung das Wort zu ergreifen. Daß gerade ich es bin, der dies thut, mag sich daraus erklären, daß Se. Durchlaucht der Herr Minister-Präsident nicht gegenwärtig war im Saale, als Se. Exzellenz Graf Leo Thun seine Rede damit endete, daß er der Regierung die Anklage ins Gesicht schleuderte, daß sie das Recht unter das Unrecht beuge und den Schwindel in politischer, finanzieller und moralischer Beziehung in Oesterreich fördere.

Diesem Vorwurfe nun ist, wie gesagt, der persönliche Stachel durch die Ausführungen des Herrn Redners zu nehmen versucht worden, nichtsdestoweniger appellire ich an das Gerechtigkeitsgefühl des hohen Hauses, ob darin jene vielgerühmte Objektivität gefunden werden könne, welche der Herr Redner in seiner zweiten Rede in Anspruch genommen hat. Wir sind gewöhnt, politischen Gegnern gegenüberzustehen, wir scheuen die politische Gegnerschaft nicht, wir scheuen den offenen Kampf nicht, er mag in Wort oder Schrift geführt werden, niemals aber werden wir den Vorwurf einer unlauteren Tendenz, den Vorwurf einer mala fides hinnehmen, mag hinterdrein auch dieser Vorwurf zurückzunehmen versucht werden. Und so erkläre ich denn nochmals im Namen der Gesammtregierung, daß wir den Vorwurf, der gegen uns am Schlusse der ersten Rede des Herrn Grafen Thun erhoben worden ist, mit aller Entrüstung und mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Berichterstatter Freiherr v. **Haerdtl**

erwidert hierauf nochmals, worauf das Gesetz nach den Anträgen des Ausschusses unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen wird.

Nächste Sitzung morgen den 23. Februar um 1 Uhr Nachmittags.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 20 Minuten.

---

## Die Partei-Konferenz.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Die alten Bestimmungen für den Eskompte gelten in Oesterreich und Ungarn in gleicher Weise. Der Generalrath wählt ein Exekutiv-Comité; er bestellt für alle Zweige das erforderliche Personale. Der Generalrath ist also ein wirkliches Zentral-Organ; von einer Dezentralisation des Bankgeschäftes kann keine Rede sein. Der Generalrath entspricht den Anschauungen der Bankleitung, welche an den Verhandlungen theilnahm, und auch die Ungarn haben zugestimmt. Als Antwort auf die Frage, inwieweit durch die Erledigung der vorliegenden Frage ein Engagement für den ganzen Ausgleich eintritt, erklärt Redner, das Haus werde den Ausgleich vorgelegt erhalten und dann ein freies Votum abgeben können. Es sei nicht die Zeit, Versuche zu machen, vorzugreifen oder Fallen zu legen. Daran denke man nicht, es stehe zu viel auf dem Spiele.

Abg. Dr. Kronawetter wünscht zu wissen, ob die Frage an die Partei den Sinn habe, ob diese geneigt sei, das Ministerium zu stützen?

Minister Freiherr v. Lasser und Ministerpräsident Fürst Auersperg verneinen dies.

Abg. Dr. Kronawetter hätte geglaubt, daß, wenn man die Unterstützung der Partei verlangt, man ein klares Bild geben würde. Bevor wir einen Entschluß fassen, müssen wir klar sehen. Er wünscht Klarheit über folgende Punkte: 1. die Zollabmachungen, 2. die Quote, 3. die Bank. Bezüglich der ersten zwei Punkte wurde gesagt, daß diese nicht mehr Gegenstand von

schwierigen Verhandlungen gewesen seien, sondern nur die Bank; er wolle also wissen, worüber die Partei eigentlich beschließen soll, also den Grundgedanken, auf dem die künftige Bank sich aufbaut, z. B. die Notenmenge, die Vertheilung derselben u. s. w. Erst wenn das Alles bekannt ist, kann man einen Entschluß fassen.

Minister Baron Lasser. Die Beantwortung aller dieser Fragen kann ich nicht auf mich nehmen. Dazu würde der heutige Tag nicht ausreichen. Ich habe vorausgesetzt, daß der Fragepunkt schon von gestern her bekannt ist. Das Bild im Allgemeinen ist bekannt; zur Entscheidung der politischen Frage ist eine solche umständliche Erörterung nicht so nothwendig.

Finanzminister Freiherr v. Pretis. Die Frage des Dr. Kronawetter würde ein ganz anderes Thema voraussetzen, nämlich die Frage der Bankakte. Dadurch würde dem präjudizirt, was den Häusern des Reichsrathes vorbehalten bleibt bis nach Vorlage des Ausgleichs. Jetzt handelt es sich blos um Regierungsvereinbarungen. Die heutige Frage ist eine politische, weil Ungarn bestrebt war, das System der Parität auf das wirthschaftliche Gebiet zu übertragen, was von der diesseitigen Regierung bekämpft wurde. Er habe schon gestern erklärt, wie es dazu gekommen sei. Wenn die Bestätigung der Vize-Gouverneure schon dem Kaiser vorbehalten ist, so ist der Schritt zur Ernennung kein weiter, und da die Majorität des Generalrathes gewählt wird, da auch die übrigen Mitglieder gewählt werden, wenn auch mit einer gewissen Beschränkung, so glaube er, daß, wenn dieses das Mittel ist, die schwierigen Verhandlungen zu Ende zu führen, dieses Mittel acceptabel ist. Ein großes Bedenken sieht er darin nicht, denn der Vize-Gouverneur hat nur eine Stimme, und so ist eine zu große Ingerenz von seiner Seite nicht zu befürchten. Ueberdies sei ja die ganze Aktion der Bank der Kontrole der Legislative unterworfen. Der Minister hätte wohl eine andere Bestimmung lieber gewünscht, aber auch in der vereinbarten sehe er keine Gefahr.

Abg. Gomperz findet eine Analogie zwischen der heutigen Situation und der letzten Konferenz der Verfassungspartei. Auch heute soll, wie damals, die Bank-Direktion sich ablehnend verhalten, während hier berathen werde. Wohin solle das führen? Die Beschlüsse könnten zu spät kommen. Wir und die Regierung befinden uns also in einer peniblen Lage. Redner ist überzeugt von dem guten Willen der Regierung, aber er bedauert, daß man an die Partei herantritt, ohne zu wissen, ob das maßgebende Institut acceptirt. Wenn es schon nicht möglich war, sich zuvor mit der Bank zu einigen, so hätte man der Partei mehr Einblick gewähren sollen. Die Wichtigkeit des Gegenstandes erheische es, sich mit einem Beschlusse nicht zu beeilen. Man lasse einige Tage vergehen, dann wird eine Beschlußfassung möglich sein. Wenn das aber nicht geschieht, so frage er, wie das Exekutions-Comité zusammengesetzt sein und ob auch die Vize-Gouverneure demselben angehören sollen.

Minister v. Pretis. Der Generalrath ist beschlußfähig, wenn der Gouverneur und fünf Mitglieder anwesend sind. Das Exekutiv-Comité ist berufen, wenn der Generalrath nicht beisammen ist, vorbehaltlich der Bestätigung des letztern dringende Beschlüsse zu fassen und kontinuirliche Kontrole zu üben. Das Exekutiv-Comité soll bestehen aus dem Gouverneur und vier Mitgliedern; unter den letzteren muß ein ungarischer Generalrath sein. Der heutige Beschluß der Bankdirektion habe ihn überrascht, denn er habe Gelegenheit gehabt, mit dem Bankgouverneur zu sprechen und dieser erklärte: Wir müssen uns honoris causa wehren; aber etwas Halsbrecherisches wird es nicht sein. Herr von Lucam nahm freilich die Sache ernster und äußerte seine Bedenken dagegen.

Minister-Präsident Fürst Auersperg erklärt, er habe nach einer Rücksprache mit dem Bankgouverneur denselben Eindruck erhalten. Dieser sprach sich anerkennend über die Haltung der Regierung aus.

Abg. Dr. Menger: Bei aller Hochachtung für die Person der Minister machen deren Mittheilungen den Eindruck, daß sie nicht die volle Einsicht in die Intentionen und in die Stimmung der Bank haben. Ist nicht Oesterreich stets dadurch geschädigt worden, daß wirthschaftliche Fragen zu politischen erhoben werden? Und das soll nun wiederholt werden. Ich frage die Minister, ob sie glauben, daß ein Abgeordneter ohne Kenntniß des Bankstatuts eine Meinung über dasselbe abgeben kann? Wir müssen ja mit Nein antworten, weil wir nicht klar sehen. Es scheint, daß unser Votum als Pression auf die Bank dienen soll.

Minister Lasser. Der Wirkungskreis des Generalrathes ist so ausgefallen, wie die Bank es gewünscht hat. Man muß das Gute nehmen, wenn man nicht Besseres haben kann. Es handelt sich, das zu erreichen, was möglich ist. Heute erklären, daß die Bank ablehnt, und daß damit Alles als gescheitert anzusehen sei, in eine solche Position lasse er sich nicht drängen. Fällt das Votum der Partei heute verneinend aus, dann bleibt uns nichts übrig, als die Geschäfte abzugeben. Wir können an Ungarn nicht die Zumuthung stellen, noch weiter zurückzugehen. Die Bevölkerung drängt auf eine Entscheidung, und Ungarn entbehrt seit vierzehn Tagen eine Regierung. Aus der ungarischen Majorität übernimmt mit Ausnahme Tisza's Niemand die Mission einer Kabinetsbildung. Ein anderes Ministerium setzt aber große Krisen voraus, an denen wir mitbetheiligt wären. Es handelt sich also um eine politische Frage von den allerschwersten Folgen. Diese Perspektive weise er als Parteimitglied zurück. Um eine banktechnische Frage handle es sich nicht. Er erwarte von der Partei eine klare Antwort, um in vierzehn Tagen, wie er hoffe, das ganze Ausgleichsgesetz vorlegen zu können.

Abg. Dr. Sturm fragt, ob es richtig ist, daß das Recht der Kredit-Bewilligung den Direktionen zusteht und wie künftighin die Gesetzgebung über die Nationalbank geregelt sein und ob eine Abänderung des Statutes an die Zustimmung beider Parlamente gebunden sein wird. Jedenfalls werde man auch in diesen wirthschaftlichen Fragen von nun an von Ungarn abhängig sein.

Minister Baron Pretis. Die Definition des Generalrathes ist aus der Feder des Vertreters der Bank hervorgegangen. Die Direktionen werden bestimmen, in welchem Verhältniß die Summen auf die einzelnen Plätze zu vertheilen sind und bis zu welcher Höhe der Kredit benützt werden kann. Was die Gesetzgebung über die Bank betrifft, so würde beispieleshalber in einem Falle, wie 1873 (Suspendirung der Bankakte) Ungarns Zustimmung erforderlich sein. Um uns vor Nachgiebigkeit zu bewahren, sind wir eins genug gewesen.

Abg. Dr. Demel. Eine Frage kann man nie anders beantworten, als sie gestellt ist. Die Frage ist politisch gestellt worden und muß so beantwortet werden. Man kann sich also auf banktechnische Fragen nicht einlassen. Die Bank übt vielleicht durch ihren heutigen Beschluß eine Pression auf uns aus. Souverän ist die Bank nicht und es muß nicht Alles angenommen und abgelehnt werden, was und weil es die Bank so will. Die Frage ist uns mit der peinlichsten Perspektive gestellt worden; die Regierung schneidet nur die Rückzugslinie ab. Es gibt nur drei Antworten: „Ja", „Nein" und „Ich kann und will nicht." Wir haben da eine Frage schwerer Verantwortlichkeit vor uns. Regierungen können abdiziren, nicht aber die Partei. Wir kommen aus einer Krise in die andere. Man muß mit größter Vorsicht vorgehen und sich hüten, eine Verantwortung zu übernehmen, aus der man nicht mehr herauskommt.

Abg. Dr. Hanisch. Glaubt nicht die Regierung, daß durch den Beschluß der ersten Parteiversammlung auch die heutige Frage abgethan und verneint erscheint? Hat die Bank nicht einen formellen Vorbehalt wegen der Ernennung der Vize-Gouverneure gemacht?

Finanzminister Freiherr v. Pretis beantwortet beide Fragen mit Nein.

Abg. Dr. Schaup fragt, warum in Ungarn vom Ministerium der Partei gegenüber das gerade Gegentheil von dem geschieht, was hier verlangt wird. Hier verlangt man, dort perhorreszirt man einen Parteibeschluß.

Minister Baron Lasser. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß wir noch Minister sind, die Ungarn aber Mitglieder der Partei sind und als solche einen Beschluß nicht provoziren können.

Dr. Hanisch fragt, ob die Vize-Gouverneure und die vier auf Vorschlag erwählten Mitglieder des Generalrathes Aktionäre sein müssen.

Diese Frage wird von Freiherrn v. Pretis bejaht, insoferne jeder der Ernannten vor seinem Amtsantritte 25 Stück Aktien, welche sein Eigenthum seien, deponiren müsse.

Die Abg. Dr. Kronawetter und Dr. Brestel verzichten auf das Wort.

Nachdem die Einberufung einer Versammlung auf heute hiemit abgelehnt worden war, wurde beschlossen, daß Abends die Klubs sich vereinbaren sollen, ob die nächste Versammlung heute Abends oder Samstag Vormittags stattzufinden habe.

## Aus den Klubs.

In der heutigen Abendsitzung des Fortschrittsklubs kam die Bankfrage abermals zur Sprache, und der Obmann machte die Mittheilung, daß die Klub-Obmänner die Vereinbarung getroffen hätten, die nächste Partei-Konferenz Samstag Vormittags um 10 Uhr zu veranstalten.

Abg. Dr. Kopp. Die Erklärungen der Regierung lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen. Gestern war von einer Demission des Kabinets für den Fall der Ablehnung unserseits keine Rede, vermuthen ließ es sich allerdings; die Minister haben uns aber förmliche Höllenbilder gemalt. Die ganze Verfassung soll angeblich bedroht sein. Das ist zu stark, um Eindruck machen zu können. Unsere Unterstützung im Vorjahre lehnte die Regierung ab. Daher rührt die gegenwärtige Zwangslage. Die Minister haben sich verrannt und wir sollen sie stützen. Wir wollen uns aber nicht zwingen lassen. Ich werde Nein sagen, unbekümmert um die Konsequenzen; denn ein Ja in diesem Augenblicke wäre der Anfang vom Ende. Ich glaube, wir sollen vorläufig keine Antwort geben.

Abg. Dr. Schaup. Unter dieser Regierung hat sich die Stellung der Verfassungspartei anhaltend verschlechtert. Nachgiebigkeit in der Ausgleichsfrage bedeutet Abdikation in den Augen des Volkes. Der Fortschrittsklub muß entschieden Nein sagen. Die in Ungarn gemachten Mittheilungen sind andere, als die uns gemachten.

Abg. Dr. Sturm. Ich war für die Vertagung. Nach den heutigen Aufklärungen der Minister schließe ich mich dem verneinenden Votum an. Weder Minister- noch Systemwechsel sind so gefährlich, wie die Vernichtung des allgemeinen Kredites. Erlangen wir nicht die Majorität, so haben wir doch die Ehre gerettet.

Abg. Dr. Wedl. Wenn wir die Beantwortung ablehnen, dürften wir die Majorität erlangen. Die Kabinetsfrage darf uns nicht schrecken.

Abg. Graf Dubsky. Ich würde den Rücktritt der Regierung nicht beklagen. Durch Nachgiebigkeit würden wir uns unmöglich machen.

Abg. Dr. Keil. Ich werde mit Nein stimmen. Für mich bleibt die Frage eine wirthschaftliche, man mag sie auch politisch erklären. In wirthschaftlichen Angelegenheiten schreckt mich keine Kabinetsfrage.

Abg. Dr. Dinstl. Mir scheint es, daß unsere Minister im Sinne der ungarischen Regierung fragen.

Abg. Dr. Hanisch und Dr. Menger sind für Verneinung, ebenso Abg. Heinrich, welcher behauptet, daß die Regierung jeden Kredit bei der Bevölkerung verloren habe. Ihr Rücktritt werde freudig begrüßt werden.

Abg. Fux stimmt mit Nein. Das Ministerium hat alles Vertrauen der Bevölkerung eingebüßt. Falsch auf politischen, steril auf wirthschaftlichem Gebiete, sei sein Wirken. In der Bejahung der von der Regierung gestellten Frage liegt ein Präjudiz für eine gemeinsame Bank, die denn doch noch der Ueberlegung werth ist. Wer hat auf unsere „Ehre und Würde" Rücksicht genommen, als wir siebzig Perzent Lasten und dreißig Perzent Rechte und Einfluß erhielten?

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da eine Beschlußfassung der Konferenz vorbehalten bleibt.

Im Klub der Linken wurde Geheimhaltung der Debatte beschlossen. Wie wir erfahren, wurde nach einer äußerst lebhaft geführten Diskussion mit bedeutender Majorität eine vom Abg. Herbst vorgeschlagene Resolution angenommen, des Inhalts, daß die Verfassungspartei, indem sie sich die Freiheit rücksichtlich aller anderen Ausgleichs-Bestimmungen vorbehält, zu dem von der Regierung vorgelegten Fragepunkte, betreffend die Organisation des Generalrathes (dieser Fragepunkt enthält auch die Ernennung der Vize-Gouverneure), ihre Zustimmung ausspricht.

## Die Abgeordneten-Konferenz in Pest.

Ueber den Verlauf der gestern in Pest stattgefundenen Abgeordneten-Konferenz berichten die ungarischen Blätter Folgendes: Es versammelten sich im Klub der liberalen Partei außer einer großen Anzahl von Abgeordneten die Minister: Tisza, Szell, Pechy, Trefort, Szende und Perczel. Herr v. Tisza betonte zunächst, daß die österreichische Regierung den Widerstand gegen das Prinzip der Parität, woran die früheren Verhandlungen gescheitert sind, aufgegeben und ihrerseits Propositionen gemacht hat, von denen das provisorische ungarische Ministerium diejenige acceptirte, welche, seiner Ansicht nach, dem Interesse des Landes am besten entspricht. Die thatsächlichen Mittheilungen, welche der Ministerpräsident sodann über den erzielten Ausgleich machte, enthalten bereits Bekanntes. Es wird darnach ein jedes der beiden Institute von einer selbstständigen Direktion verwaltet, deren Mitglieder von den Aktionären gewählt werden. Der Wirkungskreis der Direktionen umfaßt das Verfügungsrecht sowohl bezüglich der Dotation der

zu errichtenden und bestehenden Filialen, als auch bezüglich der Kreditbemessung für die einzelnen Kreditinhaber. Der Generalrath besteht aus je zwei von den beiden Direktionen delegirten, aus acht von den Aktionären frei gewählten Mitgliedern, aus den zwei Vize-Gouverneuren, welche von den betreffenden Regierungen ernannt werden, und dem vom Monarchen ernannten Gouverneur. Die Dotation der ungarischen Bank besteht in einem Minimum von 50 Millionen, welche ausschließlich dem ungarischen Kreditbedürfnisse zu dienen haben, effektiv zu benützen und nur auf das Eskompte- und Lombardgeschäft zu verwenden sind. Im Falle eines größeren Kreditbedürfnisses kann die Dotation aus der Banknoten-Reserve vermehrt werden. Bei einer Vermehrung des Stammkapitals der Bank gebührt Ungarn auch aus der Vermehrung der dem Verhältnisse von 50 Millionen entsprechende Theil. Der Text der Banknoten ist deutsch und ungarisch. Die Amtssprache der ungarischen Direktion ist die ungarische. Die Zentralbeamten der ungarischen Bank werden aus ungarischen Staatsbürgern von dem Generalrathe, die Beamten der Filialen von der Direktion ernannt. Der Ministerpräsident erklärte sodann, er hoffe, daß diese Vereinbarung auch in ihren Details binnen drei Wochen den Parlamenten vorgelegt werden kann. Im Falle der Annahme sei er bereit, die Verantwortung dafür zu tragen; im Falle der Ablehnung treffe die Verantwortung Diejenigen, die den Bruch für ein kleineres Uebel halten, als den Ausgleich. Die Mitglieder der Partei nahmen die Mittheilungen des Ministerpräsidenten einfach zur Kenntniß, nachdem dieser vorausgesendet hatte, daß er diese Eröffnung nur behufs Orientirung der Abgeordneten mache und die Ennunziation der Partei erst später, wenn er den Vertrag definitiv festgestellt vorlegen können wird, formell erbitten werde.

Bezüglich der Details des Bankausgleiches meldet „Hon": „Die für Ungarn gewährte Minimal-Dotation beträgt wohl fünfzig Millionen, aber von dieser Summe sind die zum Ankauf von Devisen und Pfandbriefen verwendeten zwei bis drei Millionen ausgeschlossen; die erwähnten fünfzig Millionen sind ausschließlich für das Eskompte- und Lombardgeschäft zu verwenden und im Verhältnisse des Bedarfes durch den Generalrath zu erhöhen. Der Metallschatz bleibt ungetheilt, aber nach Beginn der Barzahlungen muß in Pest jede Note ebenso sofort eingelöst werden wie in Wien. Die Oesterreicher wollten bei diesem Punkte einen achtundvierzigstündigen Termin feststellen."

---

**Wien**, 22. Februar.

Man meldet der „Pol. Korr." telegraphisch aus Jassy, 22. Februar: „Der rumänische Kriegsminister hat starke Truppen-Abtheilungen nach Maraschestschi und Barbosch entsendet, um die dortige Eisenbahnlinie, in Barbosch aber den Knotenpunkt derselben vor feindlichen Ueberfällen zu schützen. Von hier gingen vor Kurzem 250 Artilleristen und 150 Roschiori (Kavalleristen) zur konzentrirten Armee nach Buzeu und Fokscheni ab. Nach hier zirkulirenden Gerüchten würde im hiesigen russischen Konsulate der 16. Februar n. St. (28. a. St.) als der Termin für den Pruth-Uebergang der russischen Südarmee gelten."

---

Bezüglich der Haltung Persiens für den Fall des Ausbruches eines russisch-türkischen Krieges schreibt uns ein in türkischen Angelegenheiten wohlorientirter Gewährsmann: „Aus verläßlicher Quelle wird gemeldet, daß jetzt zwischen der türkischen und persischen Regierung die herzlichsten Beziehungen bestehen, die noch dazu durch den Onkel des Schah, der auf seinen Neffen einen großen Einfluß ausübt und der ein aufrichtiger Freund der Dynastie Osman ist, immer mehr befestigt werden. Nasreddin denkt daher gar nicht daran, im Falle eines russisch-türkischen Krieges dem türkischen Reiche einige Bezirke abzuzwicken. Wenn Persien jetzt aber dennoch rüstet, so geschieht dies in einer ganz andern Absicht, und zwar in Erwartung großer Ereignisse im Osten seines Gebietes, denn der Emir von Kabul, der schon längst den Wunsch hegt, die Stadt Herat zu erobern, rüstet jetzt über Hals und Kopf, was nun den Schah, seinen Hauptgegner, veranlaßte, das Gleiche zu thun. Uebrigens darf man sich der Hoffnung hingeben, daß der bevorstehende russisch-türkische Krieg auch in Asien lokalisirt bleiben wird."

---

## Tagesneuigkeiten.

**Wien**, 23. Februar.

* (**Personalnachrichten.**) Die Frau Gräfin Marianna Khevenhüller-Metsch, geb. Gräfin Herberstein, wurde durch die allergnädigste Verleihung des Sternkreuz-Ordens ausgezeichnet. — Se. Exzellenz der Herr Statthalter von Galizien, Graf Alfred Potocki, ist von Lemberg in Wien angekommen. — Der königlich kroatische Minister Koloman Bedekovich ist vorgestern Nachmittags wieder nach Pest abgereist.

* (**Audienzen.**) Se. Majestät der Kaiser hat gestern Audienzen ertheilt und hatten unter Anderen die Ehre empfangen zu werden der griechisch-katholische Bischof Dr. Toth, Graf Oktavian Kinsky, Fürst Rudolf Liechtenstein, Regierungsrath Hirschfeld, Domherr Markus, Alexander und Aristides v. Baltazzi, der Leiter der Hilfsämter der Direktion der Staatsschuld Jahn 2c. 2c.

* (**Ein unglücklicher Vater.**) Wie der „Ittihad" in Konstantinopel meldet, ist am selben Tage, als Midhat Pascha abgesetzt und verbannt wurde, dessen erwachsenes Söhnlein gestorben, ohne daß es dem Vater vergönnt gewesen wäre, dasselbe zur letzten Ruhestätte begleiten zu dürfen.

* (**Was die Frau Midhat Paschas über dessen Sturz sagt.**) Eine Dame schreibt der „K. Z." aus Pera über den Sturz Midhat's und namentlich, was man im Harem über denselben sagt. Auf den Ausruf: „Wie furchtbar muß Midhat's Familie durch seinen jähen Sturz getroffen sein!" habe ihr eine Dame geantwortet: „Glauben Sie das nicht! Ich war gestern bei seiner ersten Frau, einer würdigen Dame, und ich kann Ihnen nur sagen, daß sie ihr Geschick mit einer Ruhe und Hoheit trägt, um welche die gebildetste und hochherzigste Europäerin sie beneiden dürfte. Ich fand sie im Kreise verschiedener, auch europäischer Damen, hoch aufgerichtet, ungebeugt, leidenschaftslos. „Glaube Niemand," sagte sie sehr entschieden, „in meinem Sinne zu sprechen, wenn er Se. Majestät den Sultan einer Ungerechtigkeit beschuldigt! Wir alle beugen uns seinem Willen, wünschen seiner Regierung Heil, und erkennen, daß er recht zu handeln glaubte, als er meinen Gemal verbannte. Im ersten Augenblick, als ich die Nachricht von Midhat's Sturz erhielt, bangte mir, denn ich fürchtete, seine Feinde würden sein Leben nehmen; da ich aber nun weiß, daß er nur verbannt ist, bin ich ruhig. Mag er in der Fremde bleiben, mag er zurückgerufen werden — es sei, wie der Sultan es wolle. Wir werden uns nicht beklagen. Und doch wissen wir, daß der Pascha unschuldig ist." So sprach diese Frau, und bedenken Sie, daß sie nicht nur durch die Verbannung des Paschas, sondern auch durch den plötzlichen Tod ihres Enkelkindes ins tiefste Herz getroffen worden."

* (**Der rechte Flügelmann der englischen Armee.**) In den „Times" liest man: „Nachdem das Roß des Paukenschlägers der Kapelle der königlichen reitenden Artillerie (Roval Horse Artillery) kürzlich mit Tode abgegangen, hat Ihre Majestät die Königin, einem alten Herkommen gemäß, dem Korps ein anderes zum Geschenk gemacht. Der Reiter des Pferdes mag, kraft seiner Stellung, wenn die gesammten Streitkräfte in einer Linie aufgestellt wären, mit Recht als der äußerste rechte Flügelmann der Armee erachtet werden. Das Pferd ist soeben aus den königlichen Marställen eingetroffen und hat jetzt in der Reitschule zu Woolwich einen Lehrkursus durchzumachen, um es für die neuen Funktionen, die es zu verrichten haben wird, tauglich zu machen."

* (**Die Marchfeld-Bewässerung als Nothstandsbau.**) Da nicht nur die Gemeinde und der Staat, sondern speziell auch das Land Nieder-Oesterreich für den auftretenden Nothstand Abhilfe zu treffen hat; so wurde als das geeignetste Objekt von Seite des Landes die Durchführung der Marchfeld-Bewässerung in Vorschlag gebracht. Der mit diesen Arbeiten betraute Ober-Ingenieur Podhaysky ist mit seiner diesbezüglichen Vorlage an den hohen niederösterreichischen Landtag bis zur Berichterstattung fertig, da die Niveau-Kosten und nach diesen das Kanalnetz nebst dem Kosten-Voranschlage der mit 12 Millionen Gulden berechnet wurde — also um die Hälfte billiger, als nach dem ursprünglichen Voranschlage — bereits bestimmt worden sind. Selbstverständlich handelt es sich hier blos um eine Erdbewegung unmittelbar vor den Thoren der Stadt Wien, vorerst in der Richtung von Korneuburg bis Gerasdorf. Zur Ausführung dieser Arbeiten ist die Genehmigung des Landtags erforderlich, der dem Vernehmen nach noch in der ersten Hälfte des Monats April auf eine kurze Zeit, von etwa vier Wochen zusammentreten dürfte.

* (**Vom Räuberhauptmann Dobos**) erzählt „Debreczen", daß er vor seiner kürzlich erfolgten Abführung aus dem Debrecziner Gefängnisse nach dem Illavaer Strafhause, als er die ihm in den Tornister mitgegebene, aus Brot, Speck und Salz bestandene Wegzehrung musterte, mit Schmerz das nationale Gewürz darunter vermißte und sich daher an den Kastellan mit der bescheidenen Bitte um ein wenig Paprika wandte. Dieser fixirte ihn scharf. „Nein," sagte er, „der Paprika ist zu scharf, er könnte Dir schaden" — und befahl, ihm etwas stärkere Eisen anzulegen. Der in solchen Dingen versirte Mann hatte schnell den wahren Grund der anscheinend unschuldigen Bitte und den Plan des gefährlichen Sträflings durchschaut, mit seinen beiden, gleichfalls nach Illava abzuführenden Komplizen den Paprika im Eisenbahn-Waggon den sie begleitenden Wächtern in die Augen zu streuen und dann zu entspringen.

* (**Vom Sprudel und vom Kummerner See.**) Der Brüxer Sprudel wird wohl noch auf lange Zeit eine stehende Rubrik in den Blättern bilden, da die wissenschaftlichen Kreise zur Beobachtung und Untersuchung eingeladen worden. Es wurde noch nicht erwähnt, daß das Wasser einen ungemein intensiven Schwefelwasserstoffgeruch ausströmt und die Luft in unmittelbarer Sprudelnähe wie von Gasen fauler Eier erfüllt ist. Wird ein Rohr ganz lose so aufgesetzt, daß das Wasser wohl unten abfließen, ein Theil jedoch in der Röhre in die Höhe treten kann, so wird das Schwefelwasserstoffgas am Kopfe der Röhre mit solcher Gewalt fühlbar, daß ein unvorsichtiges Hineinriechen ernste Folgen nach sich ziehen kann, ein sekundenlanges Athmen dieses Gases jedoch den Tod jedes lebenden Wesens herbeiführen müßte. Die Kraft sowie die Intervalle des Sprudelstoffes sind, einer Meldung der „Boh." zufolge, wie in Karlsbad, die Temperatur ist 18 Grad Reaumur, und letzthin vorgenommene neuerliche Messungen haben 38 Kubikfuß Wasser per Minute ergeben. Das Wasser fließt in den Kummerner See, dessen Inundationsgrenze sich gegenwärtig in der unmittelbaren Nähe des Sprudels, kaum fünf Klafter entfernt, befindet. Von Seite der bergmännischen Autoritäten wird angenommen, daß jetzt noch sehr viel Grundwasser mit emporgetrieben wird und daß die Vermuthung nicht unbegründet ist, daß bei Abdämmung des Grundwassers und Aufstellung dichter Rohre der Sprudel eine höhere Temperatur und einen noch größeren Gehalt an Bestandtheilen und Gasen zeigen dürfte. Die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften holt schon häufig den Sprudel in Krügen und Kannen, die Wirkungen beim Trinken seitens gesunder Menschen werden jedoch noch sehr verschieden angegeben. Hält die Sprudelergiebigkeit an, so ist eine Speisung der im Sommer wasserarmen Biela erreicht, die auch von großem Nutzen ist. Kaum hat der Brüxer Sprudel das Licht der Welt erblickt, so wird auch schon eine obwohl freiwillige Kurtaxe seitens des Aufsichtspersonals eingehoben, die an der Thür des aus Gerüstbrettern gemachten Verschlages im Betrage von fünf Kreuzer angekreidet ist. Für diesen Sprudel-Obulus ist es gestattet, die lieblichen Schwefelwasserstoffgase nach Wunsch einzuathmen, sowie ad libitum Sprudel zu trinken. Vom Sprudel aus genießt man gegenwärtig einen prachtvollen Anblick über den Kummerner See. Der Wasserspiegel dürfte heute wohl bedeutend größer als der des Rosenberger Teiches sein, fällt jedoch rapid, und im Monat Mai erblickt das Auge nur weitgedehnte, mit schilfigem Grase bedeckte Wiesen, die einen hohen Heuertrag abwerfen. Die Abspiegelung des Erzgebirges, sowie der umliegenden Ortschaften auf der Seefläche bietet an sonnigen Tagen einen

wundervollen Anblick. Sonntag besuchten auch von der andern Seeseite viele Leute mittelst Kahns den Sprudel, daher es keine Uebertreibung ist, wenn man sagt, daß die Menschen bereits zu Wasser und zu Lande herbeieilen, um diese neueste balneologische Merkwürdigkeit zu sehen.

* (**Zur Affaire Ferd. F. Leitner.**) Die Thatsache, daß sowohl in Pest als auch in Wien der Konkurs gegen den Genannten eröffnet wurde, hat bereits zu folgendem Kompetenz-Konflikt Anlaß gegeben: Bekanntlich hat F. F. Leitner beim Pester Handelsgerichte selbst die Konkurseröffnung verlangt, worauf das Pester beim Wiener Handelsgerichte die Inventarisirung der Wiener Aktiven Leitner's ansuchte. Das Wiener Handelsgericht kam diesem Ansuchen nach, und der Litiskuratur Dr. L. Nyiri ließ sich durch den Wiener Advokaten Dr. Winiwarter bei der Inventarisirung vertreten. Es wurden Alles in Allem Aktiven in der Höhe von 1800 fl. vorgefunden. Inzwischen hatte jedoch eine Ratenbrief-Besitzerin auch beim Wiener Handelsgerichte die Verhängung des Konkurses über F. F. Leitner verlangt, worauf das Wiener Handelsgericht den Bescheid fällte, das Inventar könne dem Pester Handelsgerichte nicht übersendet werden. Hiegegen haben nun Litiskurator Dr. Nyiri sowohl als der Fallite (welcher damals noch auf freiem Fuße war) Rekurs bei dem Wiener k. k. Oberlandesgericht eingereicht. Andererseits hat der vom Wiener Handelsgericht bestellte Konkurskommissär an den Falliten im Wege von dessen Vertheidiger Dr. Bernhard Friedmann die Aufforderung gerichtet, seine Aktiven and Passiven einzubekennen.

* (**Verlust.**) Dem Mechaniker Ludwig Schumacher geriethen gestern Abends, vermuthlich auf dem Graben, vier Zeichnungen, auf denen auch der erwähnte Namen ersichtlich ist, in Verlust. Da dieselben für jeden Andern werthlos sind, wird der Finder um so dringender gebeten, die Zeichnungen dem Verlustträger unter der Adresse: Simmeringer Hauptstraße Nr. 24, 1. Stock, Thür Nr. 9, zurückzustellen.

* (**Ein gefährlicher Verbrecher.**) Seit einigen Tagen befindet sich beim hiesigen Landesgerichte ein äußerst gefährlicher, wiederholt abgestrafter Verbrecher in Untersuchungshaft. In dessen Besitze wurde ein auf den Namen „Katharina Binder" lautendes Sparkassebuch der Ersten österreichischen Sparkasse, welches eine im Monate Dezember v. J. geleistete Einlage von mehreren hundert Gulden nachweist, vorgefunden. Da gegen den Inhaftirten sehr gravirende Verdachtsgründe vorliegen, bei einem schweren Verbrechen betheiligt gewesen zu sein, so wäre es für den weitern Gang der Untersuchung von besonderer Wichtigkeit, wenn sich der rechtmäßige Eigenthümer oder die Eigenthümerin jenes Sparkassebuches in möglich kurzer Zeit bei der Polizei-Direktion melden würde.

* (**Vermißte.**) Der 14jährige Gymnasialschüler Leopold Weiß, Leopoldstadt, Czerningasse Nr. 7 in Pflege gewesen, entfernte sich am 20. d. M. vom Hause und theilte in einem zurückgelassenen Schreiben den Entschluß mit, daß er einen Selbstmord ausführen werde. Der unglückliche Vater des Knaben, der in Rechnitz in Ungarn etablirte Kaufmann Michael Weiß, welcher von dem Verschwinden seines Sohnes telegraphisch in Kenntniß gesetzt worden ist, ist gestern hier eingetroffen, um persönlich die Ausforschung des Vermißten zu leiten. Bis nun hatten seine Bemühungen keinen Erfolg. Der jugendliche Selbstmordkandidat ist schlank, mager, hat blonde Haare und blaue Augen. — Der Kartonnage-Erzeuger Karl Knislinger, 37 Jahre alt und verheiratet, Fünfhaus, Michaelergasse Nr. 16 wohnhaft gewesen, wird seit 12. d. M. vermißt. Die Gattin des Verschwundenen befürchtet, daß sich derselbe ein Leid zugefügt habe.

* (**Ein erbrochener Opferstock.**) Gestern Nachts wurde der in der Nähe der Kapelle beim Hernalser Linienamte befindliche Opferstock erbrochen und demselben der Geldinhalt geraubt.

* (**Verhaftungen.**) Vom Sicherheitsbureau der Polizei-Direktion wurden im Laufe der letzten vier Tage der 21jährige, achtmal abgestrafte Taglöhner Karl Schadek, vulgo der „Spatz", der 29jährige, eben so oft abgestrafte Kutscher Johann Schuster, vulgo „Schusterschanl", der 26jährige, sechsmal abgestrafte Taglöhner Josef Bromberger, vulgo „Bromberl" und der bisher unbeanständete 21jährige Kutscher Karl Ottdorfer verhaftet, weil sie mit Benützung eines dem Kalkhändler Anton Raminger, Meidling, Reschgasse Nr. 20 wohnhaft, gehörigen bespannten Fuhrwerkes in verschiedenen Bezirken mehreren Kaufleuten Waaren entwendeten. Bisher konnte diesen Gaunern die Entwendung von zwei mit Petroleum gefüllten Fässern, einer Kiste mit Holzwaaren, vier Ballen mit verschiedenartigen Waaren und Stoffen, sowie einiger Mehlsäcke nachgewiesen werden. Der Werth des gestohlenen Gutes beträgt mehrere hundert Gulden. Im Besitze der Diebe wurde ein Quantum schwarzer Wolle und eine Partie dunkelblauen Tuches, deren Eigenthümer der Behörde bisher nicht bekannt sind, vorgefunden. Die Verhafteten sind dem Landesgerichte eingeliefert worden.

Witterung. Stadt, am 22. Februar. Tiefste Temperatur (6 Uhr Früh) + 1·8 Grad Celsius (+ 1·5 Grad Reaumur); höchste + 6·2 Grad Celsius (+ 5·0 Grad Reaumur).

Wechselnde Bewölkung, ziemlich angenehm. Westwind, Luftdruck etwas gestiegen.

Barometerstand (Luftdruck) 737·00 Millimeter.

---

(**Zirkus Renz.**) Gestern hat Renz nach fast zweijähriger Abwesenheit von Wien mit seiner bedeutend kompletirten und neu uniformirten Gesellschaft seine vielseitige Thätigkeit als Reit- und Balletmeister mit bestem Erfolge wieder aufgenommen. Braucht wohl erst erwähnt zu werden, wie der Zirkus an dem Eröffnungs-Abende besucht war? Vom Parquet bis zur Galerie war Kopf an Kopf gedrängt und Hunderte hatten vergebens Einlaß begehrt. Entgegen dem Herkommen, die Vorstellung mit dem ebenso bekannten wie langweiligem „Nudelbrett"-Schimmel zu eröffnen, machte diesmal eine große Voltige von 25 Herren den Anfang, deren equilibristische Künste durch die große Anzahl der Mitwirkenden imponirten. Dann folgte Frl. Loissel, eine Bekannte von ehedem, deren Exerzitien zu Pferde von Muth und Gewandtheit zeugen. Die ausgezeichneten Leistungen des Herrn Renz junior, der anfangs zwei Fuchshengste, später vierzehn Hengste vorführte, verrathen eine Meisterschaft der Dressur, welche Staunen und Bewunderung erregte. Allerliebst nahm sich der sechsjährige Oskar Renz aus, der mit einem ihm an Größe ebenbürtigem Pony Dressurkunststückchen produzirte, die dem liliputanischen Kunstreiter schallenden Beifall eintrugen, der nur übertroffen wurde, als der „kleine Karl" mit zwölf Ponies die Post ritt. Die Leistungen des Herrn Hager, eines der vollendetsten Reiter und Dressirer, sind auf ihrer einstigen Höhe. Mit großer Spannung endlich sah man der Produktion der graziösen Künstlerin Fräulein Elisa entgegen, welche das von ihr dressirte herrliche Jagdpferd „Lord Byron" ritt, bekanntlich ein Geschenk Ihrer Majestät der Kaiserin. — Die anmuthige Reiterin, die in Jagd-Kostüm erschien, wurde schon mit Beifall empfangen, und nach ihren Exerzitien, namentlich nach den famosen, tadellos ausgeführten Sprüngen mit dem edlen Thiere mit Applaus überschüttet. Als Intermezzo wurde eine von Direktor Renz selbst arrangirte Pantomime unter dem Titel „Großes chinesisches Fest" aufgeführt, in welcher zu gleicher Zeit auf einmal eine solche Fülle von halsbrecherischen Jongleur- und Trapezkünsten geboten wurde, daß Manchem davon ganz schwindlig wurde; eine Ballet-Einlage, getanzt von 24, mitunter recht hübschen Ballerinen, bot mit ihren Lichteffekten eine angenehme Abwechslung. Wer gestern ungern vermißt wurde, das waren die lustigen Clowns, sonst ein Vorzug des Zirkus Renz. Vielleicht hat er sich dieselben noch als einen besonderen Trumph für später aufgehoben und wir werden dann wohl noch Gelegenheit haben, von Renz zu sprechen.

## Städtische Chronik.

(**Die Bewegung der Bevölkerung in Wien**) in der 7. Jahreswoche, d. i. von Sonntag, 11. Februar, bis inkl. Samstag, 17. Februar, gestaltete sich, wie folgt: Geboren wurden 304 Knaben und 285 Mädchen. Todt zur Welt kamen 23 Kinder. Verstorben sind 396 Personen, genau so viel, wie in der Vorwoche. Trauungen haben — glückliches Wien! — nicht weniger als 477 stattgefunden.

(**Nistkästchen und Staare im Stadtparke.**) Der Ornithologische Verein in Wien beabsichtigt im Stadtpark 36 Stück Nistkästchen anzubringen und sich deshalb demnächst mit der Kommune in das erforderliche Einvernehmen zu setzen. Herr Fritz Zeller hat sich bereit erklärt, zwölf Stück solcher Kästchen dem Vereine zu diesem Zwecke zu schenken, und die übrigen 24 Stück zu einem außerordentlich herabgesetzten Preise zu liefern. Ohne Zweifel wird der Ornithologische Verein von kompetenter Stelle in seinem Vorhaben bestens gefördert werden. Trotzdem der heurige Winter in Wien bisher sehr milde verlief, ist es immerhin merkwürdig genug, daß sich seit dem Herbste ein Pärchen Staare ganz munter und frisch im Stadtparke herumtreibt.

(**Hausirhandel.**) Auf die von der Regierung angeregte Frage, ob der Hausirhandel im Allgemeinen oder in einzelnen Landestheilen zu beschränken sei, hat der Wiener Magistrat sein Gutachten dahin abgegeben, daß bei den gegenwärtig vorherrschenden Erwerbs- und Handelsverhältnissen mit Rücksicht auf die Stadt Wien auf eine Beschränkung des Hausirhandels nicht einzurathen wäre.

## Theater und Kunst.

(**Komische Oper.**) Der berühmte italienische Tragöde Tommaso Salvini hat gestern als Othello sein längeres Gastspiel an dieser Bühne begonnen. Wir können gleich hinzufügen: mit ausgezeichnetem Erfolge, denn nach den ersten Szenen schon war das Publikum überzeugt, hier einer edlen, klaren und hochausgebildeten Künstlernatur gegenüberzustehen, von der sich nur Großes erwarten läßt. Von Akt zu Akt wurde diese Erwartung auch immer mehr befriedigt, denn Salvini ist ein Künstler von warmem Blut und regem Geist, der sich, bei souveräner Herrschaft über alle Mittel seiner Kunst, eine bei solchem schauspielerischen Wanderleben seltene Noblesse der Empfindung bewahrt hat. Seine Leistung als Othello war, von ganz spärlichem Detail abgesehen, eine so bedeutende, daß wir uns ein Gewissen daraus machen würden, sie bei argem Raum- und Zeitmangel kurz abzuthun; wir kommen noch ausführlich darauf zurück. Unter den Mitwirkenden, welche im Ganzen nicht schlimmer, eher noch etwas besser sind, als seinerzeit die Rossi'sche Truppe, erwähnen wir heute nur die schöne, auch spiel- und redekundige Desdemona (Signora Checchi-Bozzo). Das Haus war fast ausverkauft und Salvini wurde nach allen größeren Szenen mit Beifall überschüttet.

**Die übrigen Kunstnotizen siehe I. Beilage.**


## Eingesendet.

**1864er Promessen** | Ziehung schon **1. März**! fl. **4** und Stempel. **Haupttreffer fl. 200.000! Wechslergeschäft** der Administration des „**Mercur**", Wien, **Wollzeile 13**.

**Die Allgemeine Depositen-Bank**
**Wien, Graben, Trattnerhof Nr. 29,**
emittirt im Vorhinein verzinsliche Kassascheine ohne Kündigung mit ganzjähriger Laufzeit zu 5½ Perzent, mit halbjähriger Laufzeit zu 5 Perzent Zinsen. Ferner

**Kassascheine**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| mit | 3½%, | 4%, | 4½% | Verzinsung |
| bei | 8- | 30- | | 90tägiger Kündigung. |

Einlagen auf Sparbücher werden mit 5 Perzent verzinst, Vorschüsse auf Werthpapiere billigst ertheilt.

**Ohrenarzt Dr. Burger,** Lugeck 3, ord. v. 2—4 Uhr Sonn- u. Feiert. von 10—12

# Telegraphische Depeschen.

## Die deutsche Thronrede.

**Berlin,** 22. Februar. Der Reichstag wurde heute vom Kaiser mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren!

Beim Beginne der dritten Legislatur-Periode heiße ich Sie im Namen der verbündeten Regierungen willkommen.

Die Zusammensetzung, in welcher der Reichstag aus den neuen Wahlen hervorgegangen ist, läßt mich hoffen, daß es auch in dieser Periode wie in den beiden vorhergegangenen gelingen wird, die wichtigen Aufgaben, welche dem Reichstage gestellt sind, im Einverständniß zwischen den verbündeten Regierungen und der Volksvertretung zum Wohle der Nation in Erledigung zu bringen.

Vorzugsweise wird Ihre Thätigkeit durch die Berathung und Feststellung des Haushalts-Etats für das Jahr 1877/78 in Anspruch genommen werden. Bezüglich der Aufbringung der durch eigene Einnahme nicht gedeckten Bedürfnisse ist das Reich durch Artikel 70 der Verfassung zunächst auf Matrikular-Umlagen verwiesen. Ihre Aufgabe wird es sein, in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen zu erwägen, ob und welche Maßregeln zu nehmen sein werden, um den hochgesteigerten Betrag der Matrikular-Umlagen durch Eröffnung anderer Einnahmequellen für das Reich zu ermäßigen.

Die Vorarbeiten zu den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über die Erneuerung des Handelsvertrages sind unter Mitwirkung der Regierungen von Preußen, Baiern und Sachsen so weit gefördert, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn binnen Kurzem werden beginnen können. Der Abschluß dieser Verhandlungen bildet eine Vorbedingung der Reformen unseres Zoll- und Steuersystems, über welche die verbündeten Regierungen demnächst in Berathung treten werden.

Die dem Reichstage bereits früher vorgelegten Gesetzentwürfe über die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes und über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches werden Ihnen wieder zugehen. Der Wunsch, gesetzliche Grundlagen und selbstständige Einrichtungen für die Behandlung des Reichshaushalts-Etats, sowie für die Gestaltung und Kontrole des Rechnungswesens geschaffen zu sehen, wird ohne Zweifel auch von Ihnen getheilt. Die Erwartung ist daher berechtigt, daß die Vereinbarung über die genannten Gesetzentwürfe diesmal zu Stande kommen werde.

Auch der in der vorigen Session nicht erledigte Gesetzentwurf, betreffend die Untersuchung der See-Unfälle wird Ihnen wiederum vorgelegt werden.

Die in der letzten Session vereinbarten Justizgesetze sollen nach den darin enthaltenen Bestimmungen spätestens am 1. Oktober 1879 in Kraft treten. Um diesen Termin einhalten zu können, ist es nöthig, daß baldigst über den Ort entschieden werde, an welchem das Reichsgericht seinen Sitz haben soll. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen vorgelegt werden.

In den Kreisen der vaterländischen Industrie sind Klagen über den Mangel einer gemeinsamen Gesetzgebung zum Schutze der gewerblichen Erfindungen laut geworden. Um diesem Mangel abzuhelfen, ist nach Vernehmung von Sachverständigen der Entwurf eines Patentgesetzes ausgearbeitet worden, welcher Ihnen zugehen und einen hauptsächlichen Gegenstand Ihrer Berathungen bilden wird.

Leider dauert die gedrückte Lage, in welcher Handel und Verkehr sich in den letzten beiden Jahren befunden haben, bei uns wie in anderen Ländern noch heute fort. Die unausgesetzten Erwägungen der verbündeten Regierungen über die Mittel, derselben abzuhelfen, haben mir nicht die Ueberzeugung gegeben, daß die inneren Zustände des deutschen Reiches einen wesentlichen Antheil an den Ursachen der Uebelstände haben, die in allen anderen Ländern gleichmäßig gefühlt werden; die Aufgabe, augenblicklichem und örtlichem Mangel an Beschäftigung arbeitsuchender Kräfte abzuhelfen, liegt den einzelnen Staaten näher, als dem Reiche. Insoweit der Wiederbelebung des Verkehrs ein Mangel an Vertrauen auf die zukünftige Sicherheit der Rechtszustände innerhalb Deutschlands etwa im Wege steht, werden Sie mit mir solche Besorgnisse für unbegründet halten. Die Organisation des Reiches und der gesunde Sinn des deutschen Volkes bilden eine starke Schutzwehr gegen die Gefahren, welche anarchische Bestrebungen der Sicherheit und der regelmäßigen Entwicklung unserer Rechtszustände bereiten könnten.

Von auswärtigen Gefahren aber, welche aus der noch ungelösten orientalischen Krisis hervorgehen könnten, ist Deutschland weniger bedroht, als andere Länder. Meine Politik ist den Grundsätzen, welche sie vom Beginne der orientalischen Verwicklungen an befolgt hat, ohne Schwanken treu geblieben. Die Konferenz in Konstantinopel hat leider nicht den Erfolg gehabt, die Pforte zur Gewährung der Zugeständnisse zu vermögen, welche die europäischen Mächte im Interesse der Menschlichkeit und zur Sicherstellung des Friedens für die Zukunft glaubten verlangen zu sollen. Die Konferenz-Verhandlungen haben aber das Ergebniß gehabt, daß die christlichen Mächte unter sich über das Maß der von der Pforte zu beanspruchenden Bürgschaften zu einer Uebereinstimmung gelangt sind, für welche vor der Konferenz wenigstens ein allseitig anerkannter Ausdruck noch nicht bestand. Es ist dadurch ein fester Grund zu dem Vertrauen gewonnen, daß der Frieden unter den Mächten auch dann gewahrt bleiben wird, wenn die Hoffnung sich nicht verwirklichen sollte, daß die Pforte aus eigener Entschließung die Reformen bezüglich der Behandlung ihrer christlichen Unterthanen zur Ausführung bringen werde, welche von der Konferenz als europäisches Bedürfniß anerkannt worden sind. Wenn die Erwartungen unerfüllt bleiben sollten, welche in dieser Beziehung sich an Verheißungen der Pforte und an die Einleitung der Friedens-Verhandlungen mit Serbien und Montenegro knüpfen, so wird meine Regierung wie bisher so auch ferner bemüht sein, in einer Frage, in welcher die deutschen Interessen ihr eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, ihren Einfluß zum Schutze der Christen in der Türkei und zur Wahrung des europäischen Friedens, insbesondere aber zur Erhaltung und Befestigung ihrer eigenen guten Beziehungen zu den ihr verbündeten und befreundeten Regierungen aufzuwenden. Zu diesem friedlichen Werke rechne ich vertrauensvoll auf Gottes Segen.

**Berlin,** 22. Februar. Die Eröffnung des Reichstages durch den Kaiser fand mit dem üblichen Zeremoniel im weißen Saale des königlichen Schlosses statt. In der Hofloge waren der italienische Botschafter, der russische General v. Reutern, die Gesandten der Schweiz, von Schweden und Holland, der türkische Geschäftsträger anwesend. An der Spitze des Bundesrathes befand sich Fürst Bismarck. Der Kaiser, gefolgt von dem Kronprinzen, den Prinzen Wilhelm, Friedrich Karl und Alexander, wurde mit einem durch den Alters-Präsidenten ausgebrachten Hoch empfangen. Die Verlesung der Thronrede wurde bei der Stelle über den Schutz der Industrie, dann bei dem Passus gegen anarchische Bestrebungen und bei jenem über die Orient-Politik durch lebhaften Beifall unterbrochen.

Die erste Reichstagssitzung wurde von dem Alterspräsidenten v. Bonin eröffnet. Der Namensaufruf ergibt 262 Anwesende. Das Haus ist demnach beschlußfähig. Die Verlosung in die Abtheilungen soll durch das Bureau erfolgen. Morgen findet die Präsidentenwahl statt.

**Berlin,** 22. Februar. Die „Provinzial-Korrespondenz" bespricht die Parteiverhältnisse des Reichstages und hebt die Stärkung der konservativen Parteien hervor. Das Blatt schreibt: Das Streben aller besonnenen Elemente innerhalb der konservativen und liberalen Parteien muß mehr als je auf die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit gerichtet sein, welche aus der Vereinigung aller reformfreundlichen Kräfte die Macht schöpft, die gegen die Reichseinheit und die Ordnungen des Staates und der Gesellschaft gerichteten Bestrebungen erfolgreich zu bekämpfen und die Zuversicht in eine heilbringende Entwickelung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens zu stärken. Die „Provinzial-Korrespondenz" hofft, daß es gelingen werde, die Arbeiten des Landtages am 3. März zu schließen.

**Lissabon,** 22. Februar. Die Regierung verbot die Einfuhr von Hornvieh aus England, Belgien und Deutschland.

### (Nach Schluß des Blattes eingetroffen.)

**Konstantinopel,** 22. Februar. Der Großvezier hat gestern nach einer längeren Besprechung mit dem Sultan einem Ministerrath präsidirt.

## Telegraphische Cours- und Handelsberichte.

**Triest,** 22. Februar. (Offizielle Schlußcourse.) Napoleonsd'or 9.88½. Wechsel per London 123.75. Papierrente 62.75.

**Pest,** 22. Februar. (Offizielle Schlußcourse.) Ungarisches Eisenbahn-Anlehen 98.75. Ungarische Kreditbank 120.—. Ungarische Munizipal-Kreditbank 15.25.

**Berlin,** 22. Februar. (Schlußcourse.) Staatsbahn 391.—, Lombarden 127.50. Böhmische Westbahn 69.—. Galizier 86.60, Pardubitzer 44.50, Papier-Rente 51.30, Silber-Rente 55.80, Goldrente 60.40, Kreditaktien 247.—, Wien (lang) 163.10. Russische Banknoten 253.90, Italienische Rente 72.— Oesterreichische Banknoten 164.45, Wien (kurze S.) 164.25, Türkische Konsols 12.—, Kaschau-Oderberger Bahn 34.25, 7½perzentige Rumänier 13.—. Nordwestbahn 185.—, lit. B. 61.50. Albrechtsbahn-Prioritäten 55.25, Wiener Unionbank 89.—, 5perz. Ungarische Ostbahn-Prioritäten 48.75. Wiener Communal-Anlehen 99.50. Ungarische Staats-Obligationen (Ungarische Ostbahn) 56.80. Elisabeth-Westbahn 54.70, Rudolf-Bahn 43.50, Franz Josef-Bahn 48.75.

Nachbörse. Kreditaktien 246.50, Staatsbahn 390.50. Lombarden 127.—.

Schwach. Kontremine drückte die Börse; internationale Werthe, besonders Staatsbahn, Bahnen und Banken still; Industriewerthe gehalten; ausländische Fonds nachgebend. Platzdiskont 2⅜.

**Frankfurt,** 22. Februar. (Schlußcourse.) Wechsel per Wien 164.50. Oesterreichische Bankaktien 693.—. 5perz. Oesterreichische Kreditaktien 123.25. Französische Staatsbahn 195.62. Papierrente 51½. Silberrente 55⅝. Galizier 173.25. Lombarden 64¼. Elisabeth-Westbahn 109.—. Wechsel per London (kurze Sicht) 204.55. Wechsel per Paris (kurze S.) 81.35. Oesterreichische Banknoten 164.70. Goldrente 60⅝. Schwach.

Nachbörse. Kreditaktien 123.12. Staatsbahn 195.37.

**Frankfurt,** 22. Februar. (Abendbörse.) Kreditaktien 122.62. Staatsbahn 194.75. Galizier 172.75. Goldrente 60⅞. Lustlos.

**Amsterdam,** 22. Februar. Papier-Rente 50⅛. Silber-Rente 54⅜. Wechsel per Wien 95.—. 1860er Lose 539.—. 1864er Lose 132—. Amerikaner vierter Serie 100⅛.

**Paris,** 22. Februar. (Schlußcourse.) 3perz. Rente 72.77. 5perz. Rente 106.02. Mobilier 155.—. Italiener 71.45. Oesterr. Bodenkredit 475.—. Staatsbahn 481.—. Lombarden 163.—. Domänen-Pfandbriefe 290.—. Türkische Konsols 11.90. Türkenlose 35.—. Wechsel per London 25.13,5. Neue 6perzentige egyptische Anleihe 177.—. Ruhig.

**Paris,** 22. Februar. (Bankausweis) im Vergleiche zur Vorwoche. Baarvorrath Zunahme 1,023.000 Francs, Portefeuille Abnahme 30,510.000 Frcs., Vorschüsse auf Goldbarren Abnahme 5,833.000 Frcs., Notenumlauf Abnahme 31,737.000 Frcs., Guthaben des Staates Abnahme 15,017.000 Frcs., Privatkonti Zunahme 8,451.000 Frcs.

**London,** 22. Februar. Eröffnung. Konsols 95¹⁵/₁₆. Lombarden 6⅝.

**London,** 22. Februar. Konsols 95¹⁵/₁₆. Lombarden 6⅝, Silber 56.— Amerikaner 106.—. Italiener 71⅝.

Bankauszahlung 1100 Pfd. Strlg.

**London,** 22. Februar. (Bankausweis.) Total-Reserve 14,581.064 Pfund Sterling, Notenumlauf 27,177.240 Pfd. Sterl., Barvorrath 26,758.304 Pfd. Sterl., Portefeuille 17,576.949 Pfd. St., Guthaben der Privaten 23,152.710 Pfd. Sterl. Guthaben des Staatsschatzes 6,857.731 Pfd. Sterl., Notenreserve 13,647.015 Pfd. Sterl.

## Briefkasten der Administration.

**Joh. R . . . l** in Budapest. Vom 24. Februar bis 30. Juni.

## Inhaltsverzeichniß der Beilagen.

**I. Beilage.** Handel, Industrie und Verkehr. — Börsenbericht. — Aus dem Amtsblatte der „Wiener Zeitung" — Theater und Kunst. — Aus den Vereinen. — Aus dem Gerichtssaale. — Verzeichniß der Verstorbenen in Wien. — Angekommene Fremde. — Courstabelle. — Inserate.

**II. Beilage.** Roman: „Eine kleine Königin". (68. Fortsetzung.) — Inserate.

# Hofburg-Theater.

## Das letzte Abenteuer.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Bauernfeld.

| | |
|---|---|
| Rath Espe | Hr. Friedrich. |
| Romana, seine Tochter | Fr. Mitterwurzer. |
| Leonore v. Waldburg, Witwe | Fr. Gabillon. |
| Baron Sternhelm, Hußarenoffizier | Hr. Sonnenthal. |
| Herr von Günther, dessen Vetter | Hr. Wiene. |
| Wallner, Maler | Hr. Baumeister. |
| Herr von Schwach | Hr. Arnsburg. |
| Frau von Sperber | Fr. Kupfer. |
| Ida, Karl, } ihre Kinder | Frl. Link. / Sofie Link. |
| Ein Ballgast | Hr. Ferrari. |
| Sofie, Leonorens Kammermädchen | Fr. Wagner. |
| Franz, Reitknecht des Baron | Hr. Bayer. |
| Diener des Raths | Hr. Kaiser. |
| Diener Leonorens | Hr. Jehly. |

# Hofopern-Theater.

44. Vorstellung im Abonnement.

Elfte Gastdarstellung der Frau **Christine Nilsson.**

## Lohengrin.

**Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.**

| | |
|---|---|
| Heinrich der Vogler, deutscher König | Hr. Rokitansky. |
| Lohengrin | Hr. Walter. |
| Elsa von Brabant | Fr. Nilsson. |
| Herzog Gottfried, ihr Bruder | L. Lang. |
| Friedrich von Telramund, brabantischer Graf | Hr. Alexy. |
| Ortrud, seine Gemalin | Fr. Fried.-Materna. |
| Der Heerrufer des Königs | Hr. Nawiasky. |
| Erster } Zweiter } Dritter } Vierter } Edler | Hr. Schittenhelm. / Hr. Schmitt. / Hr. Maurer. / Hr. Hablawetz. |

Anfang 7 Uhr.

# Wiener Stadt-Theater.

## O, diese Männer!

Schwank in vier Aufzügen von Julius Rosen.

| | |
|---|---|
| Morland, Rentier | Hr. Bukovics. |
| Olga, seine Frau | Fr. Schönfeld. |
| Karoline, Franziska, } deren Töchter | Frl. Saldern. / Frl. Schratt. |
| Schraube, verwitwete Geheimräthin | Fr. Wagner. |
| Georgine, Louise, Bertha, } deren Töchter | Fr. Imro. / Fr. Saar. / Frl. Schäffel. |
| Haberland, Kaufmann | Hr. Bassermann. |
| Helene, seine Frau | Fr. Tyrolt. |
| Bruno von Reden | Hr. Grève. |
| Bollmann, Gutsbesitzer | Hr. Bollmann. |
| Karl Walter | Hr. Tewele. |
| Dr. Sauber | Hr. Heinrich. |
| Minna, Hausmädchen bei Morland | Frl. Valberg. |
| Kahle, Diener bei Dr. Sauber | Hr. Tyrolt. |
| Frau Feld, Kinderfrau bei Haberland | Frl. Ellinger. |

# Danzer's Orpheum.

Roßau, Wasagasse Nr. 33. — **Heute Freitag:** 4. Auftreten der schwedischen Damengesellschaft, unter Leitung der Frau **Charlotte Rappo** (10 Damen). Zum 5. Male: **„Luzifer, der grüne Teufel"**, große romantische Pantomime, arrangirt von **Mr. Charlo Martini.** Nur mehr **6 Produktionen** des Professors **Avolo.** Auftreten des indischen Jongleurs **Mr. Riardou,** der Gymnastiker-Gesellschaft **Martini** (6 Personen), der Pariser Chansonettensängerin Mdlle. **Louise Philippo** und aller übrigen engagirten Mitglieder. Anfang halb 8 Uhr.

**Vorhänge, Teppiche, Decken, Möbelstoffe,** | **Schafwolle-, Leinen- und Baumwollwaaren,**

**zu festen Preisen,**

bei 5554

**Cornelius KNAUSCHNER & Co.**

**Mariahilferstraße 67,**
im eigenen Hause, vis-à-vis der Zollergasse.
Verkauf: Parterre und 1. Stock.

# Carl-Theater.

## Margot, die reiche Bäckerin.

Komische Operette in 3 Akten von Meilhac und Halevy. Musik von Jacques Offenbach.

| | |
|---|---|
| Margot | Frl. Klein. |
| Toinon, Schenkwirthin | Frl. Finaly. |
| Bernadille, Friseur | Hr. Eppich. |
| Der Kommissär | Hr. Ausim. |
| Delicat, Flammeche, } Polizeiagenten | Hr. Blasel. / Hr. Matras. |
| Coquebert, Schweizer in Margot's Diensten | Hr. Hildebrandt. |
| Madame de Parabère | Fr. Schäfer. |
| Madame de Sabran | Frl. Fernau. |
| Ravannes, De Brion, De Quercy, Du Breuil, Garignon, De Champlieu, De Liray, Fortignac, De Treverés, De Courcy, } Pagen des Herzogs von Orleans | Frl. Streitmayn. / Frl. Walles. / Fr. Blasel. / Frl. Rolla. / Frl. Pöckh. / Frl. Ilma. / Frl. Hartmann. / Frl. Werner. / Frl. Andrich. / Frl. Gaßner. |
| Ein Garde-Kapitän | Hr. Kracher. |
| Ein Sergeant | Hr. Lurian. |

Anfang 7 Uhr.

# Komische Oper.

Geschlossen.

**Oest. Kunstverein**

**Stadt, Tuchlauben Nr. 8.**
**Täglich von 9—4 Uhr.**

**„Faust-Bilder"**

von Alexander **Liezen-Mayer** in München. Cyclus von 50 Bildern zu **Göthes „Faust"**, auf der großen **Münchener** Ausstellung durch Medaillen ausgezeichnet, ferner:

**„Lituania"**

von Arthur **Grottger** †.

Cyclus von 6 Bildern, welche die Insurgenten-Kämpfe in den Wäldern Lithauens zum Gegenstande haben.

Ueberdies reichhaltige Ausstellung in- und ausländischer Meisterwerke, darunter Prof. **Bleibtreu's** Gemälde.

**„König Wilhelm begrüßt am Schlachtfelde von Vionville die Reste seines fast vernichteten Leibregimentes".**

**Künstlerhaus,**

Stadt, Lothringerstraße Nr. 9.

**Hansch-Ausstellung**

vereint mit der

**permanenten Ausstellung.**

(Im Stiftersaale die zwei neu hergestellten Gemälde **„Venus Anadyomene"** von H. Schlösser und **„König Franz I."** im Atelier des Bildhauers Benvenuto Cellini von Ender.)

Täglich geöffnet von 9—4 Uhr. Eintritt 50 kr., an Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr an 20 kr.

Jahreskarten für die Familie 10 fl. Jahreskarten für die Person 5 fl., inklusive Antheilschein, sind an der Kassa im Künstlerhause zu haben.

**Masken-Redoute.**

**Carnevals-Nachzügler**

**Sonntag den 25. Februar**
in den 8089

**Blumen-Sälen.**

**Epheu.**

Samstag den 24. Februar:

**Concert-Abend**

**mit Tanz** in den **Blumensälen** der k. k. Gartenbaugesellschaft.

Gastkartenausgabe in der Wechselstube **A. Berger & Comp.,** 1. Bez., Graben 10. 6738

**M. Jägermayer**

**Gesundheits-Crêpe-Leibchen**

zuträglichste und angenehmste Hülle auf bloßem Körper zu tragen, besonders gegen Verkühlung in Folge stärkerer Transpiration schützend. Leibchen f. Erwachsene mit kurzen Aermeln à 5 fl., nur zu haben in der k. k. **Hof-Leinwäschhandlung Wien, Graben 17, „zur weißen Katze".**

Feine Herrenwäsche, Trousseaux und Laettes.
Versendungen in die Provinzen per Nachnahme.

# Theater an der Wien.

Zum Vortheile des Autors Herrn **C. Costa.**

## Ein Blitzmädl.

Posse mit Gesang in 4 Akten v. C. Costa. Musik von C. Millöcker.

1. Akt. **Im Telegrafenbureau.** 2. Akt: **Für den guten Zweck.** 3. Akt. **Der Balletmeister und seine Nichte.** 4. Akt. **Bruder Studio.**

| | |
|---|---|
| Schwarz, Vorstand des Telegrafenamtes | Hr. Liebold. |
| Karoline | Frl. Bendel. |
| Baron Istwan Juhasz, Gutsbesitzer | Hr. Thalboth. |
| Casimir von Wasserkopf | Hr. Saar. |
| Leo Brüller, Chorist | Hr. Schweighofer. |
| Rudolf Kern, Jurist | Hr. Eichheim. |
| Sebastian, Amtsdiener | Hr. Binder. |
| Marie Edle von Kutschenreiter, Rathswitwe | Frl Jules. |
| Major Mannstein | Hr. Jäger. |
| Graf Albert Sternheim | Hr. Klang. |
| Theobald von Birke, Professor | Hr. Grün. |
| Laurentia, dessen Frau | Frl. Herzog. |
| Clementine, deren Tochter | Frl. Januschovsky. |
| Viktor Ritter von Bloc, deren Bräutigam | Hr. Hellwig. |
| Jeanette, Stubenmädchen | Frl. Seewald. |

# Theater in der Josefstadt.

## Schwere Zeit, Leichte Leut.

Faschingsposse mit Gesang in 5 Bildern von Leop. Krenn und Karl Wolff. Musik vom Kapellmeister Franz Roth.

1. Bild. **Zuerst das Vergnügen und dann das Geschäft.** — 2. Bild: **Tingl-Tangl.** — 3. Bild: **Eine Stunde der Täuschung.** — 4. Bild: **Beim Armenvater.** — 5. Bild: **Eine Hetz auf 'm Land.**

| | |
|---|---|
| Tobias Schirting, Weißwaarenfabrikant | Hr. Liebwerth. |
| Karl, sein Sohn | Hr. Hellwig. |
| Pischinger, Färber, Hausbesitzer und Armenvater | Hr. Tauber. |
| Kipfl, Bäcker | Hr. Küstner. |
| Zaplatil, Zimmermeister | Hr. Schmutz. |
| Rosa, Ludmilla, } Pischinger's Töchter | Frl. Vomié. / Fr. Schmutz. |
| Placidus Haspel | Hr. Gottsleben a. G. |
| Cyprian, Kommis | Hr. Pruggmayer. |
| Nelli, Belly, } Chansonetten-sängerinnen | Frl. Bucher. / Frl. Zörllein. |
| Sperling, Restaurateur | Hr. Groß. |
| Baron Fechter von Fechtenstein | Hr. Fischer. |

**Circus Renz.**

Leopoldstadt, Circusgasse.
Heute Freitag den 24. Februar:
Abends 7 Uhr:

**Grosses chinesisches Fest,**

zu Ehren des Kaisers von China Kia-King. Im Original vom Direktor **E. Renz** arrangirt und vom **gesammten Personale** ausgeführt.

Das Schulpferd **Prinzess,** geritten von Herrn Hager. Quadrille, geritten von 8 Damen und 8 Herren. 10 Rapphengste, dressirt und vorgeführt von Herrn **F. Renz.** Das Jagdpferd **Lord Byron** (Geschenk Ihrer Majestät der Kaiserin von Oesterreich) geritten von Frl. Elisa. Das Apportirpferd **Demetrius,** dressirt und vorgeführt von Herrn Hager. Die große akademische Voltige von 25 Herren. Das Schulpferd **Cony,** geritten von Frl. Elisa.

Nächsten Sonntag: **Zwei Vorstellungen.**
Anfang 4 und 7 Uhr.

**E. Renz,** Direktor.

**Thee** **1 Zollpfund** (½ Kilo) fl. 4.50 (auch ½ und ¼ Pfund,)

**Rum** **die Bouteille 1 fl. 60 kr.**

**Café Daum.**

**Die heutige 2. Beilage enthält das Inserat der Handelsschule Pazelt und Geyer über den Beginn des diesjährigen Separatkurses.**

Verantwortlicher Redakteur: **Leopold Ritter v. Blumencron.** Druck und Verlag der „Elbemühl", verantwortlich **A. Gschwandner.**

**Hiezu ein ganzer und ein halber Bogen Beilage.**

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten.—VIII. Session. 231. Sitzung,

**am 3. Februar 1877.**

### Inhalt:

Petitionen.

Abwesenheitsanzeige und Urlaubsertheilungen.

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Eröffnung von Nachtragscrediten zum Staatsvoranschlage für das Jahr 1877 (620 der Beilagen — Zuweisung an den Budgetausschuß).

Fortsetzung der Verhandlung und Beschlußfassung über Artikel IV des Gesetzentwurfes, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen (610 der Beilagen).

Fortsetzung der Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Sachen (609 der Beilagen — Generaldebatte).

Beantwortung der in der 229. Sitzung der 8. Session von dem Abgeordneten Ritter v. Wörz und Genossen gestellten Interpellation, betreffend die Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung der in der Broschüre „Lasser, genannt Auersperg, eine cisleithanische Studie" angeführten strafbaren Handlungen, durch den Justizminister.

Antrag des Abgeordneten Freiherrn v. Wittmann und Genossen, betreffend die Hebung der nationalen Schifffahrt durch Reform der maritimen Gesetzgebung (623 der Beilagen).

---

**Beginn der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.**

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer,** theilweise Vicepräsident Dr. **Vidulich.**

Schriftführer: Freiherr v. **Kotz,** Ritter v. **Oppenheimer, Neuwirth.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg,** Minister des Innern Freiherr v. **Lasser,** Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. **Stremayr,** Justizminister Dr. **Glaser,** Minister Dr. **Unger,** Handelsminister Ritter v. **Chlumecky,** Minister für Landesvertheidigung Oberst **Horst,** Minister Dr. **Ziemialkowski,** Ackerbauminister Graf **Mannsfeld.**

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionschef Freiherr v. **Sacken,** Sectionsrath **Pollanetz,** Regierungsrath **Steingraber.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Ich constatire, daß das Protokoll der letzten Sitzung nicht beanständet wurde. Dasselbe ist somit genehmigt.

Ich ersuche den wesentlichen Inhalt der eingelangten Petitionen mitzutheilen.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Petition der bäuerlichen Creditgenossenschaft in Klagenfurt und Umgebung in Betreff der Besteuerung der Genossenschaften *(überreicht durch Abgeordneten Stockert)*."

„Petition des Spar- und Vorschußvereines der Bediensteten und Pensionisten der Kaiser Ferdinands- und Mährisch-schlesischen Nordbahn in derselben Angelegenheit *(überreicht durch Abgeordneten Ed. Suess)*."

„Petition des landwirthschaftlichen Bezirksvereines Obernberg am See um Bewilligung einer Pferdeausfuhr nach Deutschland *(überreicht durch Abgeordneten Schrems)*."

„Petition der Gemeinde Trifail in Steiermark, betreffend die Besteuerung von industriellen Unternehmungen *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Vošnjak)*."

„Petition der Stadtgemeindevertretung Villach um Aufhebung der Straßenmauthen *(überreicht durch Abgeordneten Moritsch)*."

„Petition der landwirthschaftlichen Gauvorstehungen Lieserthal, Lurnfeld, Oberdrauthal, Obergailthal, Hermagor, Arnoldstein, Paternion, Gegend, Feld und Millstadt in Kärnten wegen Deckung des Salzbedarfes aus der Saline Hall *(überreicht durch Abgeordneten Moritsch).*"

„Petitionen einer Anzahl von Genossenschaften, als: des Vorschußvereines „Hilfe", des Spar- und Vorschußvereines „Selbstvertrauen", des Spar- und Vorschußvereines „Einigkeit" in Wien, des Spar- und Vorschußvereines „der Hort" in Atzgersdorf, des Spar- und Vorschußvereines „Heidenreichstein", der Rumburger Vorschußbank, des Vorschußvereines für den Rohatyner Bezirk in Rohatyn, des Spar- und Consumvereines in Guntramsdorf, der ersten bürgerlichen Baugesellschaft in Fünfhaus, des Bärner Consumvereines in Bärn und des Consumvereines in Bleiberg in Betreff der Besteuerung der Genossenschaften *(überreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Walterskirchen).*"

„Petition des Spar- und Vorschußconsortiums „Alsergrund", des ersten allgemeinen Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie in Wien in derselben Angelegenheit *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Hoffer).*"

„Petition des Spar- und Vorschußvereines zu Wegstädtl in Böhmen in derselben Angelegenheit *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Russ).*"

„Petition des Arbeiterconsumvereines in Ischl in derselben Angelegenheit *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Gross).*"

**Präsident:** Diese Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. v. Perger ist unwohl gemeldet.

Dem Herrn Abgeordneten Bartoszewski habe ich einen Urlaub von acht Tagen ertheilt.

Außerdem sind zwei Urlaubsgesuche eingelangt, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest):*

„Hohes Präsidium!

Ein eingetretener Krankheitsfall in meiner Familie hindert mich an meinem Erscheinen im hohen Abgeordnetenhause und zwingt mich, ein hohes Präsidium mit der Bitte anzugehen, mir einen vierwöchentlichen Urlaub von dem hohen Abgeordnetenhause erwirken zu wollen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Thomas v. Horodyski.

Krogulec, 30. Jänner 1877."

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Ritter v. Horodyski ersucht um einen Urlaub von vier Wochen; ich ersuche jene Herren, welche diesen Urlaub bewilligen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist bewilligt.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest):*

„Euer Wohlgeboren!

Durch meine Familienverhältnisse gezwungen, ersuche ich Euer Wohlgeboren, mir einen Urlaub auf die Dauer von einem Monate bei dem Abgeordnetenhause gefälligst erwirken zu wollen.

Ich verbleibe Euer Wohlgeboren ergebenster Diener

Graf Golejewski."

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Graf Golejewski bittet um einen Urlaub auf die Dauer von Einem Monate; ich ersuche jene Herren, welche denselben bewilligen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist bewilligt.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand ist die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Eröffnung von Nachtragscrediten zum Staatsvoranschlage für das Jahr 1877 *(620 der Beilagen).*

Ich glaube nach der Natur dieses Gesetzentwurfes, daß derselbe dem Budgetausschusse zur Vorberathung zu überweisen sei.

Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, bitte ich jene Herren, welche dafür sind, daß dieser Gesetzentwurf, betreffend die Eröffnung von Nachtragscrediten zum Staatsvoranschlage für das Jahr 1877, dem Budgetausschusse zur Berichterstattung zugewiesen werde, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Zuweisung dieses Gesetzentwurfes an den Budgetausschuß ist angenommen.

Der nächste Gegenstand ist die Fortsetzung der Verhandlung über Artikel IV des Gesetzentwurfes, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen *(610 der Beilagen).*

Es wurden in der letzten Sitzung eine Reihe von Abänderungsanträgen zu Artikel IV an den Ausschuß zur neuerlichen Berichterstattung zurückgewiesen; der Ausschuß ist darüber bereits schlüssig geworden, und ersuche ich den Herrn Berichterstatter, die diesfalls gefaßten Beschlüsse vorzutragen.

Berichterstatter **Schwab** *(von der Tribüne):* Die zu Artikel IV gestellten Abänderungsanträge sind dem hohen Hause bekannt. Sie sind zum großen Theile stilistischer Natur, und nur in einem Punkte handelt es sich um eine sachliche Verschiedenheit in den Anschauungen. Sie besteht rücksichtlich des Termines, zu

welchem die Kundmachung von neuen oder abgeänderten Tarifen deren Inslebentreten vorherzugehen hat.

Der Ausschuß glaubt durch eine neue Fassung, die er dem Artikel IV gegeben hat, den stilistischen Abänderungsanträgen gerecht geworden zu sein.

Rücksichtlich aber des Termines beharrt er bei dem ursprünglichen Antrage, daß derselbe mit sechs Wochen festgestellt werden solle, und zwar aus dem Grunde, weil bisher dieser Termin bloß mit 14 Tagen bestimmt war, so daß also der Antrag, wenn jetzt der Termin mit sechs Wochen festgestellt wird, immerhin eine große Berücksichtigung des Publicums, welches bei der Abänderung dieser Bestimmung interessirt ist, enthält.

Ich erlaube mir sonach den Artikel IV in der Fassung, wie er jetzt vom Ausschusse dem hohen Hause zur Annahme empfohlen wird, vorzulesen. Er lautet *(liest)*:

„Die Erhöhung bestehender Tarife darf nicht vor Ablauf einer mindestens dreimonatlichen Giltigkeitsdauer stattfinden.

Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, alle neuen Tarife, sowie jede Aufhebung oder Abänderung der schon bestehenden Tarife nach den Anordnungen des Handelsministers öffentlich kundzumachen, und zwar wenn es sich um Erhöhungen der den Sachentransport betreffenden Tarife handelt, mindestens sechs Wochen, in anderen Fällen aber mindestens 14 Tage vor dem Inslebentreten der bezüglichen Tarifmaßnahmen."

Ich ersuche das hohe Haus, denselben annehmen zu wollen.

**Präsident**: Es wurden, wie bereits bemerkt, in der letzten Sitzung eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Es theilen sich dieselben in drei Kategorien:

Die stilistische Abänderung, die vom Herrn Abgeordneten Skene gestellt wurde, anstatt des Wortes „Neuerstellungen" „Neuer Tarif" zu setzen;

Eine zweite Reihe von Anträgen betrifft die Art der Kundmachung, und zwar nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Schaup sollte vor dem Worte „anzukündigen" eingeschaltet werden: „öffentlich kundzumachen" und nach dem Antrage des Abgeordneten Fux sollte hinter dem Worte „Blatte" unter Weglassung des Wortes „anzukündigen" eingeschaltet werden „und in sonstiger, von ihm zu bestimmender Art und Weise bekanntzumachen"; nach dem Antrage des Abgeordneten Dr. Ruß soll es heißen „durch Anschläge und Zeitungen kundzumachen" und nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Isbary „mindestens drei Monate unter Bekanntgabe derselben".

Eine dritte Reihe von Anträgen bezieht sich auf den Zeitpunkt, innerhalb welchem die Kundmachungen einzutreten hätten; es wurde gegenüber dem Ausschusse beantragt: ein Termin von drei Monaten, von zwei Monaten und von sechs Wochen.

Alle diese Anträge wurden, wie gesagt, dem Ausschusse überwiesen, und wurde von dem Ausschusse der bereits vorgetragene Antrag gestellt, daß der Artikel IV so lauten soll *(liest)*:

„Die Erhöhung bestehender Tarife darf nicht vor Ablauf einer mindestens dreimonatlichen Giltigkeitsdauer stattfinden.

Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, alle neuen Tarife, sowie jede Aufhebung oder Abänderung der schon bestehenden Tarife nach den Anordnungen des Handelsministers öffentlich kundzumachen, und zwar wenn es sich um Erhöhungen der den Sachentransport betreffenden Tarife handelt, mindestens sechs Wochen, in anderen Fällen aber mindestens 14 Tage vor dem Inslebentreten der bezüglichen Tarifmaßnahmen."

Ich eröffne über diesen neuerlich gestellten Antrag die Debatte.

Wünscht Jemand das Wort?

*(Abgeordneter Skene meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Skene hat das Wort.

Abgeordneter **Skene**: Ich erlaube mir meinen Antrag, daß der Termin bis zur Wirksamkeit der neuen Tarife auf zwei Monate festgesetzt werde, aufrecht zu erhalten. Es liegen, glaube ich, keine wesentlichen Gründe vor, die diesem Antrage entgegenstehen, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß man den österreichischen Verkehr unterstützen und vor zufälligen Verlusten schützen will.

Es ist allerdings bemerkt worden, daß in früheren Zeiten nur 14 Tage Frist eingeräumt wurden, und ich glaube sogar sagen zu dürfen, daß nicht einmal diese 14 Tage in der Praxis eingehalten worden sind. Aber, meine Herren, wenn Mängel in den jetzigen, in den bisher bestehenden Bestimmungen bestanden haben, ist das ein Grund, daß wir ein neues Gesetz wieder mangelhaft machen? Ich glaube nicht. Es ist eine Thatsache, daß die Schlüsse für die Artikel, die ich aufgeführt habe, immer auf mehrere Monate und sogar auf längere Zeit abgeschlossen werden, es ist eine Thatsache, daß die Höhe des Tarifes sehr viele dieser Geschäfte erst zum Abschlusse bringt, weil in der Differenz der Verfrachtung oft ein großer Theil des Gewinnes liegt. Ich glaube, daß den Ausschuß vor Allem eine Wahrnehmung geleitet hat, die aber mich schließlich nicht bestimmen kann, nämlich die, daß in Deutschland auch sechs Wochen bestehen. Nun, meine Herren, ich möchte es Ihnen zu bedenken geben, daß ja der Handel in Oesterreich viel schwierigeren Bedingungen unterliegt, als der Handel in Deutschland. Wir haben ja die wechselnde, schwankende Valuta, wir haben außerdem viel bedeutendere Belastungen, die rein auf dem Handel und

Verkehre liegen. Sollten wir nicht bei Bedingungen, die zulässig sind, den Verkehr auf der anderen Seite erleichtern? Ich glaube ja. Der ganze Unterschied, wenn man bis zwei Monate annimmt, wird darin liegen, daß sich für diesen Fall die Bahnverwaltungen, wenn sie überhaupt einen Tarif ändern wollen — und ich bin der Ansicht, daß man nicht alle Monate, auch nicht alle sechs Wochen mit Tarifänderungen umspringen darf — eben 14 Tage früher an die Arbeit machen. Es ist, glaube ich, etwas, das gar nicht undurchführbar ist, und man wird dem Verkehre doch eine wesentliche Erleichterung bieten. Wenn es möglich wäre, würde ich sogar für drei Monate sprechen, aber ich glaube allerdings, daß das manchmal viel zu weit gehen würde. Aber daß man statt sechs Wochen zwei Monate annimmt, das wird, glaube ich, Niemanden schädigen, auch die Administration nicht, aber dem Verkehre wird es jedenfalls eine Erleichterung bieten.

Ich bitte also für meinen Antrag zu stimmen.

**Präsident**: Ich bitte, Herr Abgeordneter Skene, schließen Sie sich im Uebrigen den Anträgen des Ausschusses vollkommen an?

Abgeordneter **Skene**: Ich beantrage bloß die Aenderung des Termines auf zwei Monate.

*(Abgeordneter Teuschl meldet sich zum Worte.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Teuschl hat das Wort.

Abgeordneter **Teuschl**: Wenn man den Ankündigungstermin von sechs Wochen auf zwei Monate mit Rücksicht darauf ausdehnen will, daß dadurch der Geschäftsverkehr eine größere Sicherheit gewinnt, so glaube ich, daß man eigentlich bestimmt werden sollte, selbst noch einen größeren Termin zu verlangen. 14 Tage allein machen es für die geschäftliche Welt gerade nicht aus, daß sie eine besondere, außergewöhnliche Sicherheit für sich in Anspruch nehmen könnte. Die Bestimmungen dieses Artikels legen den Eisenbahnen die Verpflichtung auf, jeden Tarif wenigstens drei Monate in Giltigkeit zu lassen, und es ist darin also schon diejenige Sicherheit begründet, daß nicht von heute auf morgen ein anderer Frachtsatz angewendet werden kann.

Wenn der Eisenbahnausschuß Rücksicht darauf genommen hat, daß man sich den Bestimmungen in Deutschland anzuschließen habe, so ist dies eben darin begründet, daß die Ermäßigungen, welche dem Verkehre zugestanden werden, zum großen Theil darauf angewendet werden, daß es sich um Verbandstarife mit den Nachbarländern handelt. Wenn nun eine Bestimmung platzgreift für die Dauer eines Tarifes, welcher von den Grundsätzen des Auslandes abweicht, so wird es den Eisenbahnverwaltungen sehr schwer möglich sein, den Tarif zu vereinbaren, und es könnte der Fall eintreten, daß die Bahnverwaltungen, anstatt in leichterer Weise eine solche Ermäßigung zuzugestehen, dieselbe gar nicht bewilligen.

Ich glaube daher, man soll in dem Verlangen nicht so weit gehen und den Bahnen nicht Verpflichtungen auferlegen, die, wenn sie sie strenge beobachten wollen, sie veranlassen könnten, die Begünstigungen, die durch die Conjunctur ihre Rechtfertigung finden, vielleicht gar nicht eintreten zu lassen.

Wenn man ferner in Betracht zieht, daß die Ermäßigungen, welche die Bahnen einführen, oftmals auf bestimmte Termine festgesetzt werden, so dürfte es sich im Allgemeinen empfehlen, die Bestimmung von sechs Wochen im Gesetze auszusprechen, um damit nicht in Widerspruch mit denjenigen Bestimmungen zu kommen, die im Auslande Geltung haben. Ich erlaube mir daher, den Antrag des Ausschusses dem hohen Hause zu empfehlen.

*(Abgeordneter Skene meldet sich zum Worte.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Skene hat das Wort.

Abgeordneter **Skene**: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß der geehrte Herr Vorredner die Bestimmung des Artikels V angeführt hat, welche sich auf das zweite Amendement gar nicht bezieht. Daß ein Tarif überhaupt wenigstens eine dreimonatliche Giltigkeit haben soll, steht in gar keiner Verbindung mit dem, wie ein Tarif erhöht werden darf. Ich hoffe, daß sehr selten der Fall eintreten wird, daß man alle drei Monate den Tarif wechselt, es ist sicher nicht gut, immer den Verkehr schwanken zu machen, aber wie gesagt, diese Bestimmung ist nicht angegriffen worden und bezieht sich nicht auf meinen Antrag.

Ebenso möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich im Artikel V nur um die Tariferhöhung und nicht um eine Tarifermäßigung handelt. Ich glaube nicht, daß die Bedenken des Herrn Vorredners begründet sind, den Tarif ermäßigen darf man ohnedies, nur erhöhen darf man ihn nicht, ohne den Verkehr darauf aufmerksam zu machen.

Ich glaube, gerade das, was der Herr Vorredner gesprochen hat, beweist, daß man sehr leicht zwei Monate bewilligen kann; denn ob eine Verwaltung 14 Tage früher Vorbereitungen trifft, ja, meine Herren, das ist doch kein Grund, daß wir einen wesentlichen Schutz dem Verkehr entziehen sollen. Ja, wenn man sagt, auf 14 Tage kommt es nicht an, so muß ich aufmerksam machen, daß der Ausschuß ursprünglich vier Wochen und ich einen doppelten Ter-

min angetragen habe, was doch ziemlich bedeutend ist und, wie ich hoffe, befriedigen wird.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Abgeordneter Teuschl meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Teuschl hat das Wort.

Abgeordneter **Teuschl:** Ich muß mir doch erlauben, an dem Ausspruche festzuhalten, daß Artikel V, respective IV, welcher eingangs lautet *(liest)*:

„Die Erhöhung bestehender Tarife darf nicht vor Ablauf einer mindestens dreimonatlichen Giltigkeitsdauer stattfinden" —

die Bestimmung enthält, daß ein von den Eisenbahnen eingeführter Tarif mindestens drei Monate in Kraft bleiben muß, bevor derselbe abgeändert werden kann, und nachdem eine Erhöhung auch eine Abänderung ist, so ist es gewiß, das der Tarif drei Monate in Giltigkeit bleiben muß.

Wenn eine zweimonatliche Abänderung festgesetzt wird, so muß eine Eisenbahnverwaltung, welche einen Tarif, für welchen sie eine dreimonatliche Giltigkeitsdauer in Aussicht nimmt, bereits vier Wochen nach der Einführung der Abänderung beschließen und ankündigen, denn sonst wäre sie nicht in der Lage, diese drei Monate einzuhalten. Im Interesse des Handels selbst, daß die Ermäßigung nicht erschwert wird, erlaube ich mir das hohe Haus zu bitten, dem sechswöchentlichen Termin beizustimmen.

*(Handelsminister Ritter v. Chlumecky meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Seine Excellenz der Herr Handelsminister hat das Wort.

Handelsminister Ritter v. **Chlumecky:** Was die in Debatte stehende Frage anbelangt, welche Frist für die Publicirung der Tariferhöhung vorzuschreiben ist, so erlaube ich mir, um ganz kurz zu sein, auf meine Bemerkungen in der letzten Sitzung hinzuweisen. Ich glaube, daß der Eisenbahnausschuß, durch die gewiß sehr gewichtigen Anregungen des geehrten Herrn Abgeordneten Skene veranlaßt, den Mittelweg eingeschlagen hat, den auch ich von meinem Standpunkte aus für praktisch und zweckmäßig erachte.

Ich habe mir das Wort eigentlich zu einem anderen Antrage erbeten, das ist zu dem Antrage des Herrn Dr. Schaup bezüglich der Modalität der Publication.

Der verehrte Eisenbahnausschuß hat in Folge der verschiedenen Anträge, wie ich glaube, einen entschieden besseren Antrag eingebracht, indem er die Bestimmung der Art der Publication als Sache der Executive erklärte — dies ist das einzig Richtige. Zur Beruhigung möchte ich noch ausdrücklich bemerken, daß nach meiner Ansicht mit der Publication der Tarife nicht lediglich die Kundmachung, daß eine Tariferhöhung eintritt, sondern auch das Zugänglichmachen des Inhaltes dieser Erhöhung dem Publicum nothwendigerweise verbunden sein muß, das heißt, daß, wenn in einem gegebenen Falle die Tarifänderungen so zahlreich sind, daß sie in der Kundmachung nicht enthalten sind, gleichzeitig gesagt werden muß, daß der Inhalt derselben, also gewöhnlich das Tarifbuch, in dieser Zeit bereits bei der Bahnverwaltung eingesehen werden kann. Sonst wäre natürlich die bloße Verlautbarung eines lakonischen Satzes: „Die Tarife werden erhöht", ohne daß das Publicum Gelegenheit hat zu wissen, für welche Gegenstände die Tarife erhöht sind und in welchem Umfange die Erhöhung eintrat, eine große Benachtheiligung des Handels. Ich glaube also, daß der Zweck des Antrages des Herrn Abgeordneten Dr. Schaup, nämlich daß die betreffenden Tarifbücher und Nachträge zur Einsicht und zum Bezuge für das Publicum in gleichen Terminen bereit gehalten werden müssen, durch den allgemeinen Satz bereits erreicht ist, daß diese ganze Angelegenheit Sache der Executive ist.

Nach meiner Ansicht und nach der im Handelsministerium herrschenden Auffassung muß die rechtzeitige Publication der Tarifbücher innerhalb dieses Termines erfolgen, widrigenfalls ist die Veröffentlichung der Tarifänderungen nicht erfolgt. Weil dies eben Sache der Executive ist, scheint es mir nicht zweckmäßig, einen besonderen Fall im Gesetze vorzusehen und zu normiren, und ich muß daher den nun amendirten Antrag des Eisenbahnausschusses dem hohen Hause empfehlen.

*(Abgeordneter Dr. Schaup meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Schaup hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schaup:** Mit Rücksicht darauf, daß der von mir beabsichtigte Zweck in gleicher Weise erreicht wird, wenn nach den bestimmten Erklärungen des Herrn Handelsministers das, was ich erreichen wollte, im executiven Wege durchgeführt wird, beharre ich nicht auf dem von mir gestellten Zusatzantrage und ziehe ihn zurück. Der andere Antrag, respective der Einschaltungsantrag, den ich zu demselben Paragraphe stellte, ist, wie mir scheint, durch die abgeänderte Fassung des Ausschußantrages gegenstandslos geworden.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Abgeordneter Fux meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Fux hat das Wort.

Abgeordneter **Fux:** Auch ich ziehe mit Rücksicht darauf, daß die heute gestellten Anträge des

Eisenbahnausschusses meinen Antrag enthalten, den letzteren zurück.

**Präsident**: Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter **Schwab**: Es besteht nur noch bezüglich eines Umstandes eine Differenz zwischen den Anträgen, die gestellt worden sind, und dem Antrage des Ausschusses. Ich habe zur Unterstützung des Ausschußantrages, daß der Termin mit sechs Wochen bestimmt werden soll, nur noch hinzuzufügen, daß der Ausschuß von der Rücksicht geleitet war, daß solche Aenderungen in der Regel durch plötzliche Veränderungen anderer Verhältnisse herbeigeführt werden, daß also, wenn eine Eisenbahn sich zu einer Tarifänderung entschließt, irgend ein Vorkommniß im Verkehre sie dazu bewogen haben wird, daß aber in Berücksichtigung eines solchen Umstandes der Zeitraum zwischen der beabsichtigten und der ausgeführten Tarifänderung kein gar zu langer sein darf und somit der Termin von sechs Wochen als der geeignetste erscheinen dürfte. Ich empfehle daher dem hohen Hause die Ausschußanträge zur Annahme.

**Präsident**: Ich schreite nun zur Abstimmung. Gegenstand derselben ist der Antrag, wie ihn der Ausschuß auf Grund neuerlicher Berathung über die im Laufe der Debatte gestellten Anträge vorgebracht hat. Dem gegenüber hält der Herr Abgeordnete Skene seinen Abänderungsantrag bezüglich des Termins, innerhalb dessen die Kundmachung der Erhöhung bei Sachentransporttarifen zu geschehen hat, aufrecht, nämlich daß derselbe statt mit sechs Wochen mit zwei Monaten angenommen werde. Im Uebrigen liegt kein abändernder Antrag vor, und ich werde nun in der Art bei der Abstimmung vorgehen, daß ich den Termin, innerhalb dessen die Erhöhungen der Sachentransporttarife kundzumachen sind, offen halte und dann speciell darüber abstimmen lasse, im Uebrigen aber zuerst den Antrag des Ausschusses, und wenn derselbe angenommen ist, dann den Termin, und zwar zuerst den längeren Termin, nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Skene mit zwei Monaten, wenn derselbe abgelehnt wird, mit sechs Wochen zur Abstimmung bringe.

Wird gegen diese Art der Abstimmung eine Einwendung gemacht? *(Niemand meldet sich.)* Da es nicht der Fall ist, so ersuche ich die Herren, welche Artikel IV, vorbehaltlich der Abstimmung über den Termin, innerhalb dessen die Kundmachung der Erhöhungen der Sachentransporttarife zu geschehen hat, in folgender Fassung annehmen *(liest)*:

„Die Erhöhung bestehender Tarife darf nicht vor Ablauf einer mindestens dreimonatlichen Giltigkeitsdauer stattfinden. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, alle neuen Tarife, sowie jede Aufhebung oder Abänderung der schon bestehenden Tarife nach den Anordnungen des Handelsministers öffentlich kundzumachen, und zwar wenn es sich um Erhöhungen der den Sachentransport betreffenden Tarife handelt, mindestens . . . . . in anderen Fällen aber mindestens 14 Tage vor dem Inslebentreten der bezüglichen Tarifmaßnahmen" —

sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, welche als Termin, innerhalb dessen die Kundmachung der Erhöhung der Tarife beim Sachentransporte zu erfolgen hat, nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Skene „zwei Monate" annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen und somit ist das Gesetz in zweiter Lesung vollendet.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Verhandlung über die Regierungsvorlage, betreffend ein Gesetz über das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Güter *(609 der Beilagen. — Berichterstatter der Majorität Dr. Sturm besteigt die Tribüne)*.

Es haben sich außer den Herren, die ich bereits in der letzten Sitzung als Redner kundgemacht habe, nämlich den Herren Abgeordneten Dr. Promber, Dr. Magg und Dr. Kronawetter gegen, Dr. Dürrnberger, Dr. Kabat, Kowalski und Dr. Dinstl für die Ausschußanträge, noch weiter gemeldet, und zwar gegen die Ausschußanträge die Herren Abgeordneten Dr. Keil und Lienbacher, für dieselben Dr. Weeber und Dr. Tomaszczuk.

Von den gegen die Ausschußanträge gemeldeten Rednern haben die Herren Abgeordneten Dr. Promber und Dr. Magg getauscht. Vorerst wünscht aber Seine Excellenz der Herr Justizminister das Wort; ich ertheile ihm dasselbe.

Justizminister Dr. **Glaser**: Hohes Haus! Nahezu drei Jahre sind verflossen, seitdem die Regierungsvorlage, auf welcher der Antrag der Majorität des Ausschusses beruht, in diesem hohen Hause eingebracht wurde; zwei ausführliche Ausschußberichte, eine abgebrochene Plenarberathung, ein weiterer Bericht eines anderen Ausschusses, ein ausführliches Minoritätsvotum mit einem vollständigen Gegenentwurf haben sich seitdem über Dasjenige gelagert, was zur Begründung der Regierungsvorlage vorgebracht worden war. Das allein mag schon erklären, daß die Regierung das Bedürfniß empfindet, bereits im Beginne der Debatte, insbesonders mit Rücksicht auf diejenigen Mitglieder des

hohen Hauses, welche weniger auf die juristischen Details einzugehen geneigt sind, als den Wunsch haben, über die praktische Tragweite der Maßregel in ihrer Totalität, über die Einfügung in das System des Bestehenden, in den Plan der Gesetzgebung im Großen und Ganzen orientirt zu sein, sich auszusprechen, zu einer Zeit, wo eben die Nöthigung zur Heranziehung vielfacher controverser Details noch nicht hervorgetreten ist. Ich muß auch anerkennen, daß es überhaupt der Rechtfertigung bedarf — namentlich aber bei einem Gegenstande, der so tief in das praktische Leben eingreift — wenn in scheinbarer Verkehrung des natürlichen Verhältnisses, vermöge dessen jede Regierung sich conservativ und abwehrend gegen Neuerungsversuche verhält, ein Gesetzentwurf, welcher auf die Abänderung des Bestehenden abzielt, von der Regierung ausgeht und festgehalten wird.

Es muß dem Vorwurfe, daß in dieser Richtung auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung zu viel geschehen sei, offen ins Auge gesehen, es müssen die bezüglichen Verhältnisse von Fall zu Fall deutlich klar gemacht werden. Als das gegenwärtige Ministerium ins Amt trat, fand es in Bezug auf die Justizgesetzgebung die Sache im folgenden Zustande: Bei der Wiedereröffnung der Thätigkeit des Reichsrathes in der Epoche der Jahre 1867 und 1868 sind in rascher Aufeinanderfolge drei große Gesetzbücher der parlamentarischen Thätigkeit überwiesen worden; das Strafgesetzbuch und die Strafproceßordnung, noch dazu mit einander in einen solchen Connex gebracht, daß keines von beiden Gesetzen anders als gleichzeitig mit dem anderen hätte ins Leben treten sollen, und außerdem die Civilproceßordnung.

Von diesen drei Gesetzeswerken hatte nur eines die Vollberathung dieses hohen Hauses passirt. Es war gerade der Entwurf der Civilproceßordnung, die beiden anderen waren im Stadium der abgeschlossenen Ausschußberathung stehen geblieben, und in diesem Zustande fand die gegenwärtige Regierung diese drei Gesetzeswerke vor. Sie hätte wohl kaum zu besorgen gehabt, übertriebenen Drängens und übertriebener Neuerungssucht geziehen werden zu können, wenn sie, sofort an das eben Vorausgegangene anknüpfend, diese Gesetzeswerke so ähnlich wie möglich dem Zustande, in welchem sie dieselben vorfand, wieder in die parlamentarische Berathung geleitet hätte. Im Gegentheile war aller Grund vorhanden, Vorwürfe zu befürchten über ungebührliche Verzögerung und schwer zu verantwortendes Aufhalten des ganzen legislativen Reformwerkes, wenn dieser Weg nicht eingeschlagen wird. Die Regierung hat den Muth gehabt, und hat sich dabei wesentlich von praktischen Gesichtspunkten leiten lassen. In erster Linie war der Gesichtspunkt maßgebend, daß es geradezu unmöglich für die Praxis gewesen wäre, drei so große — dem Umfange nach so umfassende — der Tragweite nach so tief greifende Gesetzeswerke gleichzeitig oder nahezu gleichzeitig ins Leben einzuführen, daß insbesonders die mit der Anwendung der Gesetze beschäftigten Personen billig verlangen können, daß ihnen eine gewisse Zeit gelassen werde, durch Theilung dieser Arbeit jeden einzelnen Theil derselben in erträglicher Weise bewältigen zu können. Von diesem Grundgedanken war der ganze Plan geleitet, welcher für das Vorgehen der Regierung auf diesem Gebiete maßgebend gewesen ist. Die Strafproceßordnung wurde aus dem Zusammenhange mit dem Strafgesetzbuche gelöst und nur jene zunächst der parlamentarischen Behandlung zugeführt, welche bekanntlich zu einem gedeihlichen Abschlusse geführt hat, das Strafgesetzbuch wurde bedeutend später überreicht und dadurch dessen gründliche, noch nicht beendigte Prüfung und Berathung ermöglicht. Am weitesten zurück blieb dasjenige, was mit Rücksicht auf die lauten Klagen, die seit Decennien und Decennien auf dem praktischen Gebiete erhoben werden, vielleicht am meisten eine rasche Förderung erfordert hätte, das Civilproceßgesetz. Es genügt, sich mehr als eines peinlichen Tages zu erinnern, an welchem in diesem hohen Hause die schwersten Anschuldigungen, die bittersten Klagen über den Zustand unserer Civilrechtspflege erhoben wurden, um den Ausspruch, den ich zu wiederholen wage, zu rechtfertigen, daß ein gewisser Grad von Charakterfestigkeit, von Muth und Selbständigkeit dazu gehört hat, dieses Werk, statt es auf die Verantwortung der Vorgänger hin sofort wieder in Gang zu setzen, aufzuhalten, und mit allen Mitteln dahin zu streben, für Regierung und für Parlament Zeit zu ruhiger und sorgfältiger Prüfung dieses großen, aber auch außerordentlich gewagten Unternehmens zu gewinnen. Ich habe auch das gethan. Nahezu fünf Jahre mußten verfließen, ehe die parlamentarische Berathung über den Entwurf der Civilproceßordnung auch nur von Seite der Regierung eingeleitet wurde. Aber um es thun zu können, ohne gerechten Vorwürfen ausgesetzt zu sein, um es thun zu können, ohne das Parlament später einem berechtigten Drängen auszusetzen, schien es allerdings nöthig, daß man aus einem bedenklichen Dilemma, in welchem sich auf dem Gebiete der Civilrechtspflege die Gesetzgebung seit sehr langer Zeit befindet, heraustritt, aus dem Dilemma, daß die Nothwendigkeit von Partialreformen anerkannt wird, die Befriedigung des anerkannten Bedürfnisses aber immer versagt wird, mit Rücksicht auf das künftige große Gesetzeswerk, daß aber anderseits die Bedenklichkeit und der Ernst eines auf eine Totalreform abzielenden Unternehmens selbstverständlich zur Zurückhaltung und zur Vorsicht mahnt, und daß also hier mehr als auf irgend einem anderen Gebiete sich fühlbar macht das Wort, daß das Bessere der Feind

des Guten, hier kann man sagen, der Feind des unabweisbar Nöthigen sei.

Es erschien mir daher als eine Pflicht, dafür zu sorgen, daß den dringendsten Gebrechen auch der Gegenwart Abhilfe gewährt werde, allerdings aber zugleich darauf Bedacht zu nehmen, daß die Abhilfe in einer Weise erfolge, welche die Bevölkerung möglichst bewahrt vor verwirrenden Uebergangszuständen, welche verhindert, daß ein Gesetz geschaffen werde, das nicht bloß der Paragraphenzahl, sondern auch der Sache nach später wieder aus der Welt verschwinden muß, verschwinden muß nach einem hoffentlich kurzen, jedenfalls nach einem auf kurze Zeit berechneten Uebergangszustande.

Die Möglichkeit dazu bot sich durch eine Reihe von Gesetzesvorlagen, deren großer Theil die Zustimmung des Parlaments gefunden und, wie ich wohl sagen kann, in befriedigendster Weise ins Leben eingegriffen hat.

Es waren dies zunächst die beiden Gesetze über das Bagatell- und Mahnverfahren; es trat dann hierzu ein anderes Gesetz, welches gleichzeitig eingebracht wurde mit dem Entwurfe des heute in Rede stehenden Gesetzes, das in der Praxis sogenannte Fristengesetz, von dem wohl ebenfalls behauptet werden kann, daß es sich als ein nützliches bewährt hat.

Auch bei diesen Gelegenheiten wurden immer neue Bemerkungen vernehmbar, denen eigentlich nichts Gegründetes entgegengesetzt werden konnte, Bemerkungen, es helfe wohl nichts, das Erkenntnißverfahren zu verbessern, der drückendste Uebelstand liege gerade im Vollstreckungsverfahren, ja, die Beschleunigung des Erkenntnißverfahrens mache es eigentlich noch auffallender, daß ein Zustand bestehe, vermöge dessen das klar erkannte, vom Richter documentirte Recht nicht durchgesetzt werden könne wegen der Schwierigkeiten und Verwicklungen des Executionsverfahrens.

Und in der That läßt sich die Berechtigung dieser Klage durchaus nicht abweisen. Es ist schon auf diesem Gebiete noch mehr als auf anderen Gebieten des Civilprocesses der mangelhafte, bedenkliche Zustand der Rechtsquellen, welcher in hohem Grade beängstigend und bedrückend wirken muß. Sind nämlich schon die anderen Theile unserer Civilproceßgesetzgebung überwuchert von einer erdrückenden Last zufällig entstandener, allmälig aufgehäufter, theilweise sogar schwer zugänglicher, der Regel nach nur in Privatsammlungen verläßlich auffindbarer Nachtragsgesetze und Declaratorien, so gilt dies in noch viel höherem Grade von den Bestimmungen über die Execution. Auch bestehen hier in größerem Umfange als auf anderen Gebieten Mannigfaltigkeiten und Abweichungen in den Normen für die einzelnen Theile des Reiches. Und wenn auf irgend einem Gebiete diese Mannigfaltigkeit, diese Abweichung bedenklich wäre, so ist es gerade auf dem Gebiete dieses Theiles des Civilprocesses; denn es ist einleuchtend, daß gegen die Mannigfaltigkeit der das Erkenntnißverfahren betreffenden Gesetze der präsumtive Gläubiger, und um diesen handelt es sich in der Regel im Civilproceß, sich dadurch schützen kann, daß er durch einen Vertrag sich einen bestimmten Gerichtsstand und damit eine bestimmte Procedur sichert. Diese Möglichkeit, ein Correctiv zu gewinnen, reicht aber nicht auf das Gebiet des Vollstreckungsverfahrens. Das Vollstreckungsverfahren muß den Personen und Dingen dorthin nachgehen, wo sich dieselben befinden.

Es ist dahin gekommen, daß die Nothwendigkeit anerkannt wurde, auch in sachlicher Beziehung eine merkwürdige Differenz zu schaffen. Ein sehr großes Gebiet, ein in die Praxis tief einschneidendes, nämlich dasjenige, welches die Bestimmungen über die Vertheilung des Meistbotes enthält; hier sind nur für einzelne Gebietstheile positive Satzungen erlassen, in den übrigen muß die Praxis sich behelfen und behilft sich an jedem Orte auf andere Weise, wie sie eben es am besten zu treffen vermag.

Gesteigert wurde dieser Uebelstand noch dadurch, daß die neue Concursordnung entstand, welche nicht vermeiden konnte, in Bezug auf dieses Gebiet ihrerseits Satzungen aufzustellen.

Endlich ist die in die Augen fallende Thatsache gewiß nicht zu übersehen, daß man sich genöthigt sah, und zwar seit längerer Zeit schon, auf diesem Gebiete einzelnen Instituten Privilegien zu ertheilen. Hier befand man sich also — denn von den materiellen Schäden und Klagen will ich gar nicht sprechen; es ziemt sich ja für den Justizminister am wenigsten, sich zum Organ der Klagen über den bestehenden Rechtszustand zu machen — in einem Zustande, wo die Forderung nach Abhilfe gewiß nicht als unberechtigt erscheinen konnte, und wo also mit der allgemeinen Verweisung auf die Totalreform umsoweniger das Gewissen sich abfinden konnte, weil schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen die Regierung in der Lage war, neben dem vollständigen Entwurfe der Civilproceßordnung gleichzeitig Vorschläge auf vorläufige Erlassung von Bestimmungen über die Execution zu überreichen. Und wenn diese keinen Erfolg hatten, weil damals die berathenden Organe des Hauses sich der Hoffnung hingaben, daß der bis zum Jahre 1870 vollendete Entwurf der Civilproceßordnung rasch werde ins Leben eingeführt werden können, so könnte man es heute doch kaum mehr rechtfertigen, wenn man die Erfahrungen, die über das Tempo großer legislativer Arbeiten seither gemacht worden sind, bei Seite setzen, jetzt mit dieser Vertröstung allein sich begnügen wollte. Es müßte also in Erwägung gezogen werden, ob es denn nicht thunlich sei, den bestehenden Uebelständen abzuhelfen,

diese Reformen für die Zwischenzeit natürlich verloren.

Kommt die Civilproceßordnung zu Stande — damit sie zu Stande komme, muß die Vorlage ergänzt werden — und die Regierung kommt nun in die Lage, über eine Frage, über welche das Haus seit drei Jahren consultirt ist, eine neue Vorlage machen zu müssen, ohne die Meinung des Hauses erfahren zu haben — denn alle jene Reformfragen sollen nicht entschieden werden durch das Votum der Minorität, welches von Ihnen verlangt, sie sollen neuerdings vertagt werden — hat sich nun die Regierung, die Majorität vergriffen in einer oder der anderen Frage — es ist ja eine ganze Reihe von Maßregeln — es ist ja doch denkbar, daß, wenn auch nicht alle, doch einzelne Beifall finden, vielleicht andere, als gerade die der Minorität gefällig, bestens gefallen. Ueber alles Das bleibt die Regierung im Unklaren, bleibt auch der künftige Ausschuß des Civilprocesses im Unklaren. Die Frage bleibt ungelöst.

Mir scheint, in Bezug auf die Civilproceßordnung steht die Sache so:

Kommt die Civilproceßordnung zu Stande, so ist die vorausgehende Annahme der Executionsordnung eine Erleichterung dieses Zustandekommens und eine Erleichterung ihrer Ausführung. Wer aber glaubt, daß sie nicht zu Stande kommt, hat gewiß alle Ursache, nicht unbesehen alle Reformvorschläge zu beseitigen, welche heute dem hohen Hause unterbreitet werden.

Das ist also, meine Herren, das Verhältniß zwischen dem Majoritäts- und Minoritätsantrage. Die Majorität bittet nicht, en bloc das Gesetz von 124 Paragraphen, die ganze Summe der von ihr vorgeschlagenen Maßregeln anzunehmen. Sie ersucht, daß das hohe Haus die Arbeit einer zweimaligen Ausschußberathung seiner competenten Entscheidung unterziehe. Die Minorität verlangt, daß mit einem einzigen Votum am Schlusse der Generaldebatte, in welcher ja unmöglich die Detailangelegenheiten discutirt werden können, eine ganze Reihe von Reformmaßregeln gestrichen werde, und sie verlangt leider nicht, daß an deren Stelle nichts gesetzt werde, sondern daß ein Gesetz an deren Stelle gesetzt werde, welches meines Erachtens in der Ausführung Schwierigkeiten bieten muß, die in gar keinem Verhältnisse stehen zu dem Nutzen, den der Entwurf gewährt, und sie verlangt endlich, daß das Haus jene Reformmaßregeln nicht etwa ablehnt, weil es sie für schlecht findet, sondern weil es sich nicht bestimmt findet, über diese Frage zu entscheiden, sondern die neuerliche Vorberathung zu veranlassen, obgleich es gar nichts gibt, worüber mehr vorberathen worden wäre; denn sie hat die Vorberathung durch den Civilproceßausschuß, sie hat die Berathung hier im Ausschusse und hat wiederholt die Berathung des Justizausschusses und die Ueberprüfung des Civilproceßausschusses durchgemacht.

Hier fehlt in der That nichts, als die Entscheidung des hohen Hauses, und gerade diese soll abgelehnt werden; und wird sie abgelehnt — läßt sie uns Alle, die wir weiter arbeiten sollen, über diesen Civilproceß in vollständiger Unklarheit betreffs der Tendenz des hohen Hauses. Was morgen geschehen soll, was morgen beigefügt werden soll als Executionsordnung, wissen wir nicht, und um die Entscheidung dieser Frage bitten wir im Interesse der Sache. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Von den eingetragenen Rednern gegen den Ausschußantrag haben die Herren Abgeordneten Dr. Magg und Dr. Promber ihre Plätze gewechselt. Ich ertheile daher als erstem Redner gegen den Ausschußantrag dem Herrn Abgeordneten Dr. Magg das Wort.

Abgeordneter Dr. **Magg:** Hohes Haus! Die großen Grundsätze, an welche der verehrte Herr Justizminister seine beredten Ausführungen angeknüpft hat, machen es auch mir, der sich leider dem Endvotum dieses mit Recht von dem hohen Hause so hoch angesehenen Rechtslehrers und Rechtsgelehrten nicht anschließen kann, zur Pflicht, im voraus den Standpunkt zu bezeichnen, von dem aus ich zu jener Ansicht gekommen bin, welche ich in Kürze der Beurtheilung des hohen Hauses unterbreiten will. Ich sehne den Tag herbei, an welchem das große Werk der Civilproceßreform ins Leben treten wird, ich ersehne ihn, weil ich davon erwarte eine Förderung der Rechtspflege nicht nur im Sinne der Beschleunigung, sondern auch in dem Sinne, daß sie besser und gründlicher werde, weil ich davon erwarte, daß die lebhafte Antheilnahme des ganzen Volkes an der Civilrechtspflege eine weitaus lebendigere sein werde, als sie es je bisher in Oesterreich war, und eben dadurch erwarte ich auch eine wesentliche moralische Förderung und Hebung des Richter- und Anwaltstandes.

Es ist mir ein persönliches Bedürfniß, hinzuzufügen, daß ich in keines Mannes Händen mit größerer Beruhigung und mit lebhafterem Vertrauen das Werk niedergelegt sehen möchte, als in denen unseres gegenwärtigen Justizministers, der ja in einzelnen Reformen mit Recht gefeiert wird als Derjenige, welchem Ausgezeichnetes zu schaffen gelungen ist.

Allein das, meine Herren, kann mich nicht dessen entheben, jede einzelne Gesetzesvorlage für sich vom theoretischen und praktischen Standpunkte aus zu prüfen, und wenn ich bei dieser Prüfung zu dem Resultate komme, daß diese Gesetzesvorlage dem praktischen Bedürfnisse nicht entspricht, daß sie auch theoretisch zu den allergrößten Bedenken Anlaß gibt, dann muß ich diese Meinung, so ketzerisch sie auch

klingen mag, auch im hohen Hause aussprechen und muß mir Geduld dafür erbitten, auch dann, wenn eine dreimalige Ausschußberathung vorhergegangen ist.

Allein, meine Herren, auf diese dreimalige Ausschußberathung, als auf eine rein formelle Sache, möchte ich später nicht zurückkommen und darüber nur, weil Seine Excellenz sie so betont, ein paar Worte sprechen. Mit dieser dreimaligen Ausschußberathung steht auch wirklich die Sache nicht so, daß man ihr ein dreifach potenzirtes Gewicht beilegen könnte, *(Rufe links: Richtig!)*; denn, meine Herren, die lange und gewiß gründliche Berathung im Justizausschusse hat endlich zu bestimmten Resultaten geführt, die ohne allen Zweifel auch die Ansicht der Mehrheit des Justizausschusses sind.

Der Civilproceßausschuß hat sich an einem einzigen Abende mit der Sache beschäftigt, die principiellen Cardinalbedenken, die ich dort sofort erhoben, die auch von anderer Seite erhoben wurden und die auch im hohen Hause zum Theile ausgeführt worden sind, haben dort keine Erledigung gefunden. Man ist eben auf eine weitere Berathung der Sache aus praktisch begreiflichen Gründen nicht eingegangen, und deßhalb liegt dem hohen Hause ein Majoritäts- und ein Minoritätsvotum vor.

Daraus aber, daß an der Sache so lange Jahre im Justizausschusse gearbeitet worden ist, haben sich andere fatale Consequenzen ergeben.

Das Gesetz ist nach einem auswärtigen Muster gemacht. Ich bin meinerseits gewiß am allerweitesten entfernt, demselben daraus einen besonderen Vorwurf zu machen. Es ist nach dem Muster der preußischen Subhastationsordnung vom 15. März 1869 bearbeitet, und ich wünschte, daß das Gesetz genau nach diesem Muster gearbeitet werde; es würden dann eine Reihe der schärfsten principiellen Einwände entfallen, welche ich gegen dasselbe erheben muß.

In Deutschland selbst hat man seitdem ein neues Gesetz gegeben, in welchem zwar ein Theil der Subhastationsordnung noch immer fortbehalten ist, in welchem aber ein großer und wichtiger Theil neu geregelt und ganz anders geregelt ist, als in dem jetzt vorgeschlagenen Gesetze, und wir sollen in Oesterreich unsere Gesetzgebung reformiren nicht nach dem Muster, welches wir aus Deutschland heute herzuholen hätten, sondern nach dem Muster, welches wir aus Deutschland vor acht Jahren hergeholt haben, nach dem Muster, welches nicht entlehnt ist dem jetzigen Stande der Rechtswissenschaft und Gesetzgebung und nicht den heutigen Fortschritten entspricht, sondern nach der vorgestrigen Gesetzgebung. Das ist bei einer Sache, die durch eine so lange Zeit berathen wurde, eine unvermeidliche Folge, die aber gewiß von fatalem Einflusse ist.

Ich acceptire von demjenigen, was der verehrte Herr Justizminister grundsätzlich ausgesprochen hat, fast Alles, selbst von dem, was er in dem zweiten Theile seiner Rede vorgebracht hat, einen guten Theil und wenn ich glauben würde, daß seine Ziele durch dieses Gesetz erreicht werden und ohne weitere Hindernisse erreicht werden können, so würde ich gewiß reuig von dem Beitritte zum Minoritätsvotum abstehen und der Majorität mich zuwenden.

Dem ist aber nicht so. Ich erlaube mir anzuknüpfen an das, was der geehrte Herr Vorredner gesagt hat darüber, wie groß und durchgreifend der Unterschied ist zwischen dem Erkenntnißverfahren im Civilprocesse einerseits und zwischen dem Executionsverfahren anderseits. Und daraus ging die ganz bekannte und auch richtige Auffassung hervor, daß das Executionsverfahren eine wesentlich andere Regelung und Normirung verträgt, als das Erkenntnißverfahren, daß aber auch das Executionsverfahren für sich ein Ganzes ist und daß es mit doppelter und dreifacher Schwierigkeit verbunden ist, aus dem Executionsverfahren etwas herauszunehmen und Dies besonders zu regeln, das Andere aber ungeregelt zu lassen.

Würde die Regierung und würde, ihr folgend, der Ausschuß uns eine ganze Executionsordnung vorgelegt haben, dann stünde die Frage genau so, wie sie der Herr Justizminister am Schlusse seiner Rede bezeichnet hat, dann würde es möglich sein, über die einzelnen Institutionen zu sprechen, vielleicht Einzelnes, was minder anpassend erscheint, abzulehnen, Anderes noch zu modificiren und dadurch das Reformwerk im Wesentlichen jedesfalls zu Ende zu bringen.

So aber, wie sich die Sache derzeit verhält, handelt es sich darum, ob wir ein Stück eingefügt sehen wollen in unsere alte Executionsordnung, bezüglich dessen über die Art und Weise der Grenzbestimmung die allermeisten Zweifel bestehen müssen, bezüglich dessen ich mich eben der Meinung nicht erwehren kann, daß der gehoffte Vortheil ein illusorischer ist, daß im Gegentheile Nachtheile und Beschwerden entstehen werden, die selbst das Maß der heutigen in mancher Beziehung noch überstiegen werden. Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß dasjenige Gesetz, welches die Aufmerksamkeit des hohen Hauses jetzt in Anspruch nimmt, eben nicht eine Executionsordnung ist, sondern ein Gesetz über das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Güter. Also wenn das Urtheil ergangen ist auf Einräumung irgend eines bestimmten Rechtes, wenn das Urtheil ergangen ist auf Zuerkennung des Eigenthums an beweglichen oder unbeweglichen Sachen, auf Zuerkennung einer Servitut oder des Pfandrechtes oder irgend etwas dergleichen, so ist die Execution zu führen nach den bisherigen Gesetzen. So scheint es gemeint zu werden; dem ist aber nicht so, meine Herren! Wir wissen ja doch, und insbesondere

durch jenes Gesetz, welches der Herr Minister heute kurz „das Fristengesetz" bezeichnet hat und welches ich ebenso nennen will, ist es fest normirt, daß Derjenige, welcher in einem Urtheile sachfällig erkannt wird, auch zur Bezahlung der Gerichtskosten verhalten wird; Sie werden also im Urtheile niemals bloß den Ausspruch über den Hauptpunkt finden, auf Zuerkennung eines dinglichen Rechtes und dergleichen, Sie werden immer in der That auch den richterlichen Ausspruch über die Gerichtskosten finden. Nun wird, glaube ich, jeder Praktiker bestätigen, daß es nicht vorkommt, daß dem einen Theile des Urtheils von der Partei gutwillig entsprochen wird, dem anderen nicht, sondern man muß die Execution über beide führen. Was haben Sie dabei für einen Erfolg? Sie werden bei jedem derartigen Urtheile die Execution führen müssen, erstens nach der alten Gesetzordnung und den Nachtragsgesetzen und zweitens Execution führen müssen nach dem neuen Gesetze. Nun, meine Herren, gibt aber das neue Gesetz weitere Anordnungen, durch welche die richterliche Competenz verschieden bestimmt wird, und Sie werden darum wenn Sie, wie es bis jetzt in Oesterreich immer geschehen ist, das Executionsansuchen in einem Gesuche vereinigen, nun einmal die Eventualität vor sich haben, entweder daß das Gesuch erledigt wird in Beziehung auf jenen Theil, der nach den alten Gesetzen zu bestimmen ist und in Beziehung auf den anderen abgewiesen wird, oder die, daß das Ansuchen erledigt wird in jenem Theile, welcher nach der neuen Executionsordnung zu bestimmen ist und in Beziehung auf den anderen abgewiesen erscheint, oder die Möglichkeit — und bei scrupulösen Richtern ist dies das Wahrscheinlichste — daß Sie von vornherein ad separandum gewiesen werden; endlich ist es denkbar, daß das Begehren in der einen Richtung erledigt wird und zugleich in Beziehung auf die zweite eine Vorkehrung getroffen wird. Ob Sie nicht da eine Fülle von Recursen und weiteren Rechtsmitteln, welche die Sache jedesfalls vertheuern und verzögern, in Aussicht haben, die Sie jetzt nicht zu befürchten haben, das weiß ich nicht; ich glaube, daß die Gefahr dabei eine eminente ist. Aber, meine Herren, es handelt sich nicht um das allein; das neue Gesetz gilt nicht für alle Fälle, wo es sich um die Eintreibung einer Geldsumme handelt, es handelt bloß von denjenigen Fällen, wo es sich um die Eintreibung einer Geldsumme handelt durch Zwangsverkauf beweglicher oder unbeweglicher Sachen — ich erlaube mir den Ausdruck des bürgerlichen Gesetzbuches zu gebrauchen, weil er geläufig ist; warum ihn das Gesetz vermieden hat, weiß ich nicht. In allen den unendlich zahlreichen Fällen und gerade in den Fällen, wo es sich um kleine Beträge handelt, ist es das Allergewöhnlichste; in allen so überaus zahlreichen Fällen, wo nicht bloß die Execution des Mobiliar- oder Immobiliarvermögens, sondern wo gleichzeitig auch die Execution auf Früchte, auf Forderungen und dergleichen angesucht wird, da haben Sie überall wieder die nämliche Spaltung, wie ich sie früher andeutete. Auch da werden Sie vom Gesetze im Stiche gelassen darüber, wie Sie vorzugehen haben, um auf Ihr Gesuch, welches Sie einzubringen haben, auch einen „aufrechten Bescheid", wie man zu sagen pflegt, zu erhalten. Auch in allen diesen Fällen laufen Sie Gefahr, daß Sie jedesfalls zwei Executionen zu führen haben. Nun aber, wenn man zwei Executionen statt Einer führen muß, so ist das immer langwieriger und immer kostspieliger und die Gefahren dabei sind auch noch weit andere.

Wie soll sich jetzt das Verhältniß ergeben zwischen dem Richtercollegium, welches bezüglich der begehrten Sequestration und dergl. allein competent ist, und dem Gerichtsabgeordneten, welcher zu dem gleichzeitig angesuchten Zwangsverkaufe allein bestellt ist? Wie wird eine Fürsorge getroffen werden, daß der Gerichtsabgeordnete immer in genauer Kenntniß von demjenigen ist, was das Richtercollegium thut? Wo wird die Erleichterung liegen, wenn man nicht einmal die Executionsregistratur hat in Bezug auf die Mobilar- und Immobilarexecution, aber doch die Executionsregistratur fortführen muß für allerdings seltene, aber doch immer wieder vorkommende Fälle, wo es sich um andere Executionen handelt, die ausschließlich nach dem alten Gesetze zu führen sind? Daraus wird sich ergeben eine Vertheuerung der Sache, daraus wird sich ergeben eine Verzögerung der Sache, daraus wird sich dasjenige ergeben, was eben der verehrte Herr Justizminister und ich mit ihm mit Entschiedenheit perhorresciren, eine Belastung der Richter mit unfruchtbarer Thätigkeit; daraus werden sich nämlich controverse Entscheidungen ergeben in der ersten Instanz und controverse Entscheidungen in der zweiten Instanz, und dann werden wir über die Frage, was zum neuen Gesetze und was zum alten Gesetze gehört, eine Fülle Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes erleben, und selbst der Scharfsinn dieses unseres höchsten Gerichtes wird fort und fort in Anspruch genommen werden mit einer ganz ohne Nothwendigkeit herbeigezogenen neuen Streitfrage. *(Bravo!)*

Allein wenn eben ein Executionsgesetz vorgeschlagen worden ist mit einer solchen Theilung, wobei der natürliche Zusammenhang so gar nicht beachtet wird, wo das natürlich Zusammengehörige auseinandergerissen erscheint, welches mögen denn dafür die Motive gewesen sein? Die Motive dafür habe ich in dem Gutachten des Justizministeriums und des Ausschusses nur in der Behauptung gefunden, daß eben hier das Bedürfniß das dringendste gewesen sei.

Soweit meine bescheidenen Erfahrungen reichen, kann ich diese Behauptung nicht unterschreiben. Ich

habe im Gegentheile immer gefunden, daß beispielsweise die Frage der executiven Sequestration wenigstens eben so sehr, wenn nicht noch mehr der gesetzlichen Besserung und gesetzlichen Regelung bedarf, als die Frage der Mobilar- und Immobilarfeilbietung. Denn hier ist Alles streitig, hier wissen Sie nicht, welche Person zum Sequester bestellt werden darf und welche nicht — die bestehenden Gesetze geben darüber nur eine vage Auskunft — hier wissen Sie nicht, wie die Verpflichtung des Sequesters zu überwachen ist; hier haben Sie keine weitere Instruction für die Vertheilung und finden fort und fort in der Praxis Anlaß zu Zweifeln über Alles und Jedes. Und dieses Gebiet auszuschließen ist umsoweniger gerechtfertigt, als als ein provisorisches Mittel eine neue Sequestration vom neuen Gesetze eingeführt worden ist, es daher gar nicht hätte schwer fallen können, auch hierüber Bestimmungen im Gesetze zu treffen. Aber noch ein Weiteres.

Ich glaube, daß der verehrte Herr Justizminister mit sehr lebhaften Farben in sehr beredter Weise, aber vielleicht etwas zu weitgehend die Uebelstände geschildert hat, welche sich in Beziehung auf die Mobilarexecution bisher ergeben haben. Das Eine wenigstens, daß die Gesetze so sehr unklar seien, das, glaube ich, ist nicht ganz richtig. Die Gesetze sind unzureichend, sind zum Theile veraltet; aber sie befleißen sich im Großen und Ganzen einer einfachen und schlichten Diction und die Verständlichkeit derselben ist nicht in Frage. In dieser Beziehung, meine Herren, werden wir die Schwierigkeit erst dann haben, wenn dieses heute zur Berathung vorliegende Gesetz zur Anwendung kommen soll. *(Rufe: Sehr richtig!)* Vielleicht gestattet mir der Herr Präsident — es ist ja aus dem Gegenstande der Berathung — auf's Gerathewohl einen Paragraph herauszugreifen und den §. 16 des Gesetzes zu lesen, welcher lautet *(liest)*:

„Ist die zur Durchführung des Zwangsverkaufes erforderliche Eintragung des executiven Pfandrechtes auf eine Liegenschaft zu vollziehen, in Ansehung welcher die Tabulargerichtsbarkeit von der Realgerichtsbarkeit getrennt ist, so hat das bewilligende Gericht, wenn es zugleich als Realinstanz einschreitet, diese Eintragung bei der zuständigen Tabularbehörde zu erwirken und erst nach dem Einlangen der Bestätigung des Vollzuges dieser Eintragung mit der Bestellung des Gerichtsabgeordneten vorzugehen.

Wenn aber die Vornahme des Zwangsverkaufes durch Ersuchen eines anderen als Realinstanz einschreitenden Gerichtes zu bewirken ist, so hat das bewilligende Gericht das mit dem Bewilligungsbescheide versehene Gesuch an das Tabulargericht mit dem Ersuchen zu übersenden, die bücherliche Eintragung des Pfandrechtes vorzunehmen und nach vollzogener Amtshandlung das Gesuch zur Vornahme des Zwangsverkaufes an die Realinstanz zu leiten."

Meine Herren, ich will dem Nichtjuristen eine Prämie setzen, der auf die erste Lesung dieses Paragraphes denselben verstanden hat, einen Paragraph eines Gesetzes, welches denn doch bestimmt ist, nicht bloß von den Richtern und Anwälten, sondern auch von den Gerichtsvollziehern und Sollicitatoren vollständig verstanden zu werden. Selbst der praktische Jurist, der etwas abgehärtet ist in Beziehung auf Gerichts- und Gesetzesstil und Textirung, muß ihn, glaube ich, wenigstens zweimal lesen, um zur Ueberzeugung zu kommen, daß eigentlich dieser Paragraph keinen Inhalt hat *(Heiterkeit)*, daß nämlich darin nur gesagt ist: Wenn der Executionsrichter zu dem, was begehrt wird, berufen ist, hat er es zu thun, und wenn er nicht dazu berufen ist, hat er nichts zu thun, sondern er hat an Denjenigen sich zu wenden, der dazu ein Recht hat.

Nun, meine Herren, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich da auf einen Einzelpunkt gekommen bin und wenn ich damit in das, was das eigenste Recht des Ausschusses ist, die Stilisirung, einzugreifen scheine. Aber es ist das eben ein herausgegriffener Paragraph, es ist diese Art und Weise der Fassung des Gesetzes offenbar durch die Fülle der Bedenken und Schwierigkeiten, die bei den verehrten Herren im Ausschusse nach und nach entstanden sind, so geworden. Es ist das nur eine Thatsache, welche zu der Meinung führt und führen muß, daß eine Vereinfachung und Erleichterung der Sache für das Volk im Ganzen, für den Praktiker, der sich mit der Sache zu befassen hat, durch dieses Gesetz nicht erreicht wird.

Ich habe aber gerade diesen Paragraph aus einem anderen Grunde citirt, um nämlich daran zu zeigen, wie mißlich es mit der Behauptung ist, daß sich das Gesetz, welches vorgeschlagen wird, herauslösen lasse aus allem Zusammenhange der Civilproceßordnung und etwas ganzes, für sich Intactes enthalte.

In diesem Paragraphe — ich weiß nicht, wie ausführlich derselbe berathen worden ist — finden Sie ganz nebenher die Verfügung getroffen, daß die Tabularinstanzen und Realinstanzen verschieden auch für die Zukunft sein sollen. Nun, meine Herren, ich, und ich glaube Viele mit mir zusammen in der österreichischen Juristenwelt haben es bisher für einen der unbegreiflichsten Mißstände in der Gesetzgebung gehalten, daß die Verschiedenheit zwischen Real- und Tabularinstanz noch wenigstens theilweise fortbesteht — bezüglich der meisten Kronländer ist sie ja bekanntlich längst durch einfache Ministerialverordnungen in der That aufgehoben worden. Nun wird uns aber durch diesen Paragraph gelehrt, daß wir dies auch für die neue Civilproceßordnung und für alle Zukunft mitnehmen sollen.

Wozu machen wir denn neue Specialgesetze, wenn die Uebelstände, die Mißbräuche dabei nicht beseitigt, ja, nicht einmal ihre Beseitigung angebahnt, sondern dieselben gewissermaßen petrificirt und verewigt werden?

Meine Herren! Wenn ein Gesetz nöthig ist, wenn ein Gesetz gemacht werden muß, welches sich nur mit dem Zwangsverkaufe von Liegenschaften und beweglichen Gütern beschäftigt, dann bitte ich — ich führe das weiter nach einer anderen wichtigeren Richtung aus, was ich hervorgehoben habe — schaffen Sie in Beziehung auf die Execution durch Zwangsverkauf auch jene Uebelstände und Mißstände weg, die derzeit noch bestehen.

Von allen Uebeln, die derzeit in dieser Richtung in Oesterreich bestehen, das weitaus größte und erschwerendste ist, wie ich das bereits im Civilproceßausschusse sofort gesagt habe, das Uebel des Exscindirungsverfahrens, es ist der Umstand, daß, wenn eine Execution geführt wird, und der Schuldner nicht zahlen will, eine Exscindirungsklage eingebracht wird, und daß damit jedesfalls eine ungemeine Verzögerung, eine ungemeine Vertheuerung der Sache herbeigeführt, in vielen Fällen sogar die Sache ganz vereitelt wird. Es ist vielleicht nicht ganz überflüssig, wenn ich mir erlaube, ein oder das andere Beispiel aus meiner Erfahrung zu citiren.

Ich war ein ganz junger Praktiker, als nach einer vorgenommenen Execution bei einem Kaufmanne, wo das Executionsobject, zum Wesentlichen aus Mühlsteinen bestehend, gepfändet wurde, die Gattin die Exscindirungsklage mit der Bemerkung erhob, sie habe die Mühlsteine als Heiratsgut erhalten. *(Heiterkeit.)*

Die Sache wurde in dem Summarverfahren geführt; es war eine Erklärung der Partei über den hierüber aufgetragenen Eid nothwendig. Die Partei in sehr begreiflicher Entrüstung über eine solche Behauptung erklärt, sie werde den Eid nicht zurückschieben, sondern ablegen, und als es dann seinerzeit dazu kam, fand es sich — wie begreiflich ist — daß sie es am Ende nicht zu beschwören wage, daß die Gegenpartei nicht auch Mühlsteine als Heiratsgut erhalten haben könne, und in Folge dessen war das Eigenthum anerkannt, und es war so die Execution vereitelt und Kosten in der Zwischenzeit aufgelaufen.

In neuerer Zeit habe ich es erlebt, daß, nachdem die Execution gegenüber einem unzweifelhaft zahlungsfähigen, aber ebenso unzweifelhaft nicht zahlungswilligen Schuldner vorgenommen war, die Exscindirungsklage eingebracht wurde — es war ebenfalls von der Gattin — und daß darüber von dem Wiener Handelsgerichte und den beiden oberen Instanzen der Proceß geführt wurde. Es gelang, durch die Beschleunigungsversuche der Anwälte schon nach zwei Jahren das Urtheil der dritten Instanz zu erlangen, und die Exscindirungswerberin wurde mit ihren Ansprüchen vollständig abgewiesen. Als die Execution wieder aufgenommen wurde, erschien eine neue Exscindirungsklage derselben Partei, welche allerdings etwas besser instruirt und so vorsichtig gefaßt war, daß man ihr nicht einfach den Rückerlag hätte machen können, in welcher insbesondere im Begehren noch eine früher übersehene Nummer des Pfändungsprotokolles mit aufgenommen war. Der Proceß mußte wieder von vorne anfangen, und gegen Caution wurde die Executionssistirung wieder bewilligt. Natürlich blieb der Partei nichts Anderes übrig, als sich mit einem unzweifelhaft zahlungsfähigen Schuldner auszugleichen, weil die Partei sagte, daß nach der zweiten Exscindirungslage noch eine dritte und vierte folgen könnte.

Und noch ein dritter Fall ist mir in neuester Zeit widerfahren. Es ist ein Mobiliar mit Execution belegt worden und sind auf sämmtliche mit Pfand belegte Gegenstände von je zwei ganz verschiedenen Personen Exscindirungsansprüche erhoben worden.

Es werden also zwei Excindirungsprocesse geführt, nun der eine ist endgiltig gewonnen, der andere wird es werden — insoferne widerfährt Niemandem Unrecht; aber daß natürlich die Kosten dasjenige aufzehren, was der Exequent von seiner Forderung schließlich hereinzubringen in der Lage ist, das ist unter solchen Umständen nicht zu vermeiden. Nun denken Sie sich die Möglichkeit, daß das, wie es mir selbst widerfahren ist, mit Zwei, mit Drei und Vier geschehen kann, so bleibt einem gewissenhaften Anwalte kaum ein anderer Rath übrig, als seinem Clienten zu sagen: „Lassen Sie die Execution sein, denn Sie werden damit in überwiegende Kosten hineinkommen und zu keinem Resultate gelangen."

Ich habe gefragt: wie soll nun die Exscindirungsklage, das Exscindirungsverfahren geregelt werden, ist nicht dafür Vorsorge getroffen, daß etwas, wo gewiß ein öffentliches Interesse im Spiele ist, mehr in officiöser Weise behandelt werde? Das in der neuen Gesetzgebung vielfach beliebte inquisitorische Princip, das wohl in anderen Punkten seine Bedenken haben mag, ist hier gewiß nicht ungerechtfertigt, und könnte ihm einigermaßen Raum gegeben werden, damit die Entscheidung rasch und in wirksamer Weise erzielt werde. Man hat mir gesagt, das Exscindirungsverfahren gehöre nicht hierher, es könne hier nicht geregelt werden; dann bitte ich, mir zu sagen, wo es geregelt werden soll.

Wenn dieser Gesetzentwurf Gesetz wird, so sehe ich keine Möglichkeit ein, den Exscindirungsproceß entsprechend zu regeln, denn in das Erkenntnißverfahren gehört er nicht hinein, eine Verweisung auf ein künftiges neues bürgerliches Gesetzbuch müßte ich mir gefallen lassen. Sie müssen mir aber die Meinung gestatten, daß mir dieser Termin zu lang ist.

Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich hier um 124 Paragraphe handelt, die an Stelle der §§. 322 bis 347 der jetzigen Gerichtsordnung treten sollen, und zu §. 345 ist jene bekannte Allerhöchste Entscheidung vom Jahre 1845 und das darauf sich berufende Justizhofdecret getreten, welches das Exscindirungsverfahren geregelt hat.

Ich muß nun sagen, wenn der Mißbrauch, der jetzt besteht und dem auf Grund der jetzigen Gesetzgebung nicht beizukommen ist, weiter bestehen soll bezüglich des Exscindirungswesens, dann — glaube ich — ist auch die beste und vollkommenste Normirung aller übrigen Punkte des Executionsverfahrens eine vergebliche, denn trotzdem werden Sie niemals zum Ziele gelangen. Ich will nicht über Nebenfragen, die sich ergeben, wie sich der Gerichtscommissär zu verhalten habe, sprechen, ob und inwieweit er für Exscindirungsstreite competent sei, nicht näher eingehen, das wären auch Schwierigkeiten, die ich nicht berühren will.

Das sind die wesentlichen Bedenken, welche ich gegen den Gesetzentwurf als solchen von vornherein habe, und die Bedenken, die es rechtfertigen werden, wenn ich sagen muß, nicht im Wege der Specialdebatte, nicht mit der Abänderung einzelner Punkte und dem Hinzufügen von Einzelheiten läßt sich Abhilfe treffen, sondern das Gesetzeswerk als solches ist nicht glücklich gedacht, nicht glücklich in Beziehung auf das Abgrenzungsgebiet und in Beziehung auf die Einfügung; das Gesetzeswerk enthält dasjenige nicht, was es vor Allem enthalten müßte, um die Rechtfertigung seines Bestandes zu begründen.

Mein Eindruck ist der, daß, wenn dieser Gesetzentwurf zum Gesetze erhoben wird, er in die bestehende Gerichtsordnung mit ihren Nachträgen sich so wenig oder so viel einfügen wird, wie ein Meteorstein, der auf ein Feld herabfällt: Das Eine existirt für sich und das Andere auch, eine Verschmelzung und ein Zusammenfügen ist da nicht denkbar.

Gestatten Sie mir noch einige Worte in Beziehung auf den mehr theoretischen Hintergund dessen, was Seine Excellenz der Herr Justizminister hervorgehoben hat.

Der Herr Justizminister legt einen großen Werth darauf, daß die Executionsgrade beseitigt werden sollen, er findet darin einen sehr wesentlichen Uebelstand und hält die Einheit des Executionsverfahrens, die Einheit der Acten bis zur wirklichen Feilbietung für einen großen Vorzug. Er hat in dieser Frage nicht nur sehr viele angesehene Theoretiker, er hat im Großen und Ganzen die Gesetzgebung des Auslandes für sich; was ich für meine entgegengesetzte Ansicht anführe, ist die österreichische Gesetzgebung und die ältere und unendlich fester ins Volk gedrungene österreichische Tradition, als nach statistischen Ausweisen vielleicht scheinen möchte. Gerade diese Form der Execution rührt nicht erst von unserer Gerichtsordnung aus dem Jahre 1781 her. Wenn Sie sich die alte Executionsordnung vom 16. Juli 1655 Ferdinands III. ansehen, die im ersten Bande des Codex Austriacus abgedruckt ist, so finden sie fast in allen Theilen wesentlich die nämlichen Bestimmungen über die Grade der Execution, welche in der Gerichtsordnung bis in die neueste Zeit hinein gelten und auch die Bestimmungen der Executionsordnung für nicht neu, sondern aus früheren Gesetzen dem gemeinen Rechte u. s. w. entnommen. Da heißt es, daß jede Sache „gesperrt" werden soll, eine Anordnung, die mit unserer Pfändung identisch ist; dies ist der erste Grad, dann wird der Anschlag als zweiter Grad festgestellt, nämlich der Werthanschlag, den wir Schätzung nennen, dann folgt der dritte Grad, die sogenannte Einantwortung. Dies sind Verschiedenheiten im Namen, was daraus hervorgeht, ist: Die Gesetzesarbeiten dringen unendlich langsam ins Volk, und sind sie einmal ins Volk gedrungen, so wurzeln sie ungleich tief und können nur äußerst schwer und nur in langer Zeit ausgerottet werden. *(Rufe: Sehr richtig!)* Alle, die sich mit praktischer Jurisprudenz befassen, werden es erlebt haben, daß Rechtsinstitutionen, die durch das bürgerliche Gesetzbuch aus dem Jahre 1811 neu eingeführt wurden, heute noch nicht voll in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen sind, wenigstens nicht in das Bewußtsein der ländlichen Bevölkerung, und umgekehrt, daß das Volk bei Rechtsinstitutionen, welche von Alters her bestehen, über dieselben nicht hinauskommt, und man den Leuten nur schwer erklären kann, daß das heute nicht mehr gilt, selbst wenn dies schon seit lange so ist.

Nun sind aber, meine Herren, die Grade der Execution sehr praktisch, in vielen Fällen werden sie zu einer wahren Wohlthat für den Schuldner und darum zu einer Wohlthat für die rechtssuchende Partei; denn ich glaube nicht, daß irgend ein Praktiker mich Lügen strafen kann, wenn ich sage, daß — es wurde mir dies auch durch Umfrage bei Collegen und Freunden, die dasselbe erfahren haben, wie ich, bestätigt — trotz der vielen Executionen, um die man ansucht, es nur selten wirklich zur Feilbietung der Sache kommt, und warum geschieht dies? weil jeder Grad als ein markirtes Stadium den Schuldner mahnt, und der minder willige Schuldner sich in Folge dieser mit Androhungen versehenen Mahnungen entschließt, etwas zu thun, und Derjenige, welcher nicht zahlen kann, wenigstens einen Theil der Schuld sich zu verschaffen trachtet und dadurch wieder Zeit gewinnt. Ich glaube nicht zu viel gesagt zu haben, wenn ich sage, daß die Anzahl der angesuchten und bewilligten Executionen gegenüber der Zahl der wirklich vorgenommenen Feilbietungen das Zwanzigfache beträgt, ich glaube, das Multiplum ist ein noch viel höheres, und darum werden sie nicht vorgenommen,

weil mittlerweile allmälig die Befriedigung eingetreten ist. Die Gelegenheit hierzu zu benehmen, das halte ich nicht für wohlgethan, das halte ich praktisch für nicht gerathen *(Rufe: Sehr richtig!)* und deßhalb glaube ich, daß die Abschaffung der Executionsgrade in dieser Weise weder nöthig, noch gerathen, noch gut ist. Ich höre eben die Bemerkung machen, es könne dies auch in Zukunft gethan werden. Ja, gewiß kann der Schuldner, der eine Theilzahlung leisten will, dies auch später machen, er kann zu dem Gerichtsabgeordneten hingehen und dort fragen und dergleichen, aber er wird nicht gemahnt und er hat kein Interesse daran, einen Zwischenact zu vermeiden, während allerdings ein Interesse besteht, daß es nicht zur ersten Feilbietung, besonders nicht zur Edictverlautbarung komme, und in dieser Richtung sehr häufig etwas gethan wird. Ich dächte also, daß auch in dieser allerdings in das Princip eingehenden Frage, daß auch in dieser Beziehung nicht ohneweiters Dasjenige Lob verdient, was der Justizausschuß dem hohen Hause vorgelegt hat. Es ist ein überaus schwieriges Gebiet, auf welches sich die Gesetzgebung hier eingelassen hat, und es werden sehr große Schwierigkeiten auch dann bleiben, wenn die Abgrenzung desselben eine naturgemäße und wissenschaftlich und praktisch gerechtfertigte geworden sein wird. Dann aber werden die Schwierigkeiten auch lösbar sein.

Dasjenige also, was ich bei meiner Rechtsansicht wünsche und verlange, ist, daß mit geringer Mühe der Entwurf erweitert werde zum Entwurfe einer ganzen Executionsordnung, daß man sich dabei anschließe denjenigen Mustern, die wir in vielen, hier nicht speciell besprochenen Dingen haben, und insbesondere die Fortschritte benütze, die in der eben für das deutsche Reich eingeführten Civilproceßordnung gemacht worden sind und die in den früheren Vorlagen auf Grund der Subhastationsordnung vom Jahre 1869 nicht benützt worden waren. Dann wird es, glaube ich, möglich sein, wenn es der Ansicht des hohen Hauses entsprechen sollte, eine neue befriedigende Executionsordnung selbst vor der neuen Civilproceßordnung einzuführen, von der ich übrigens lebhaft hoffe und wünsche, daß sie bald ins Leben treten könne.

Was die Minorität beantragt hat, das, hohes Haus, ist allerdings ein ganz kleines Werk, es ist die Ausfüllung einer wesentlichen Lücke des Gesetzes, in dem ein neues Gesetz über die Kaufschillingsvertheilung gegeben wird, und es ist eine einfache und unzweideutige Verbesserung in Beziehung auf die Vereinfachung, auf die Zahl der Executionsgrade und Vereinfachung der Gesuche. Was da die Minorität gethan hat, dafür schreibt sie sich selbst gar kein besonderes Verdienst zu, sie hat insbesondere gar nichts gefunden; denn selbst diejenigen Verbesserungen, welche sie vorschlägt, sind entweder aus dem Gesetzentwurfe oder aus denjenigen Erfahrungen hergenommen, die man bereits gemacht hat.

Der Herr Justizminister hat eben wiederholt citirt, daß jetzt Privilegien zu Gunsten gewisser Institute bestehen mußten, um ihnen die Executionsführung zu erleichtern, und ich stimme ihm aus vollem Herzen bei, daß das einer der allergrößten Mißstände in der Civilrechtsgesetzgebung ist. Aber was folgt daraus, wenn sich die Sache so entschieden bewährt hat, wie bei diesen privilegirten Executionsführungen? Es folgt doch zunächst daraus, daß man dasjenige, was allenfalls zu Gunsten einiger Institute bisher bestanden hat, nur allgemein einführen kann, nicht aber folgt daraus, daß man dieses verlassen und an an dessen Stelle etwas gänzlich Neues setzen müsse.

Jedesfalls aber, auch wenn der Antrag der Minorität die Billigung des hohen Hauses erhalten sollte, wird das Verdienst des Autors der neuen Executionsordnung am Ende der Regierung und dem Herrn Justizminister zukommen, und wenn wir sein Verdienst um eine neue Executionsordnung dadurch, daß es nur ein kleiner Theil der Vorlage ist, für den Augenblick schmälern, so ist es ihm ja für die Zukunft, für das Zustandekommen der neuen Civilproceßordnung vollständig vorbehalten, auch den Rest der Ernte noch einzuheimsen.

In diesem Sinne empfehle ich die Anträge der Minorität der Beachtung des hohen Hauses. *(Bravo! Bravo! — Während dieser Rede hat Vicepräsident Dr. Vidulich den Vorsitz übernommen.)*

**Vicepräsident**: Der Herr Abgeordnete Dr. Dürrnberger hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Dürrnberger**: Hohes Haus! Wenn die Nothwendigkeit der Reform unserer wichtigsten Executionsart überhaupt noch eines Beweises bedurfte, so glaube ich, daß dieser Beweis erbracht worden ist durch das Schicksal des vorliegenden Gesetzentwurfes. Denn daß dieser schon vor drei Jahren eingebrachte Gesetzentwurf alle die Unbill überlebt hat, die ihm thatsächlich schon widerfahren ist, daß er aus der dreimaligen Vorberathung in zwei Ausschüssen dieses hohen Hauses mit heiler Haut hervorgegangen ist, das zeugt nicht allein von einer außerordentlichen Lebensfähigkeit, sondern das zeugt auch dafür, daß die Majorität Derjenigen, welche sich mit dieser Materie eingehend befaßt haben, von der Nothwendigkeit dieser Regelung auf das innigste überzeugt sind. Welche Opposition hat dieser Entwurf seit drei Jahren erfahren! Als in der Sitzung vom 9. Februar 1875 das hohe Haus mit einer knappen Majorität den Edlbacher'schen Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß angenommen hat, war diese Majorität notorisch aus den Vertretern zweier total verschiedenen Meinungen zusammengesetzt. Während der Herr Dr. Edlbacher damals, sowie in seiner letzten Rede, sich be-

mühte, zu beweisen, daß die Execution nach dem neuen Gesetze eine schleppendere, langsamere sein wird als jetzt, hat man auf der andern Seite gefürchtet, daß nunmehr einem armen Schuldner Haus und Hof über Nacht verkauft werden könne, und es hat sich, vielleicht auch begünstigt durch einen Leitartikel, der am selben Tage in einem großen Blatte erschienen ist, die Anschauung herausgebildet, daß jetzt nach diesem neuen Verfahren der letzte Rest dessen, was von der Krise noch übrig geblieben, mit Dampfseile unter den Hammer gebracht wird.

Nun, meine Herren, diese beiden Anschauungen — von einander unterschieden, wie Schwarz und Weiß — haben notorisch damals die Majorität der Gegner des Gesetzentwurfes gebildet.

Welche Meinung ist also die richtige? Ich glaube, sie ist heute schon von Seiner Excellenz dem Herrn Justizminister damit bezeichnet worden, daß durch das neue Gesetz entschieden eine Beschleunigung des Executionsverfahrens hervorgerufen wird. Der Wegfall der drei Executionsgrade, der Wegfall mehrerer Feilbietungstagsatzungen, die Reduction derselben auf Eine wird allein nothwendigerweise eine bedeutende Beschleunigung hervorrufen. Dazu kommt weiters, daß durch die Codification einer Menge von Bestimmungen, welche sich seither in der Praxis herausgebildet haben, für welche es aber gegenwärtig keine positiven Gesetze gibt, die Handhabe zu Recursen, zu Verschleppungen in bedeutendem Maße genommen wird. Wenn Sie dazu noch den Vortheil rechnen, daß an Stelle einer nicht bloß in einzelnen Provinzen, sondern sogar in einzelnen Gerichtssprengeln verschiedenen Praxis nun eine festgefügte, geordnete Gesetzgebung kommt, so glaube ich, wird es zweifellos zur Geltung kommen, daß das Gesetz im Punkte der Beschleunigung etwas Nützliches leisten wird.

Das, meine Herren, wird meines Erachtens für den Gläubiger natürlich von Vortheil sein, aber auch für den Schuldner insofern, als es ganz unzweifelhaft ist, daß durch eine Beschleunigung und Sicherung des Executionsverfahrens der Realcredit erhöht wird.

Man besorgt allerdings gerade für die verschuldete bäuerliche Bevölkerung von der Beschleunigung des Verfahrens wesentliche Nachtheile.

Aber, meine Herren, ich glaube, dieser Vorwurf widerlegt sich in der Sache von selber; er wird auch widerlegt, wenn wir auf Beispiele hinweisen, die wir gegenwärtig schon in der österreichischen Gesetzgebung zu überblicken im Stande sind.

Als durch die Verordnung vom 18. Juli 1859 das Mandatsverfahren für alle grundbücherlich einverleibten Schuldforderungen eingeführt wurde, da tönte derselbe Cassandraruf: Jetzt könne sich der Bauer in der kurzen Zeit, welche die Execution von der Klage trennt, nicht mehr retten, er müsse zu Grunde gegen! — und was ist in der That geschehen?

Wie außerordentlich hat sich seit jener Zeit der Hypothekarcredit erweitert und wie haben sich die Agenden der Sparcassen und anderer derlei Institute erweitert! Und wer würde noch heutzutage sich nach der Zeit zurücksehnen, wo eine intabulirte Forderung eingeklagt werden mußte nach dem gemeinen Verfahren mit Tagsatzungen und Kosten aller Art?

Herr Dr. Edlbacher hat nun den Beweis zu führen gesucht, daß das Verfahren ein langsameres sein wird. Bei dieser Beweisführung hat er sich aber einer Methode der Vergleichung zwischen den beiden Vorschlägen bedient, welche mir nicht vollkommen correct zu sein scheint. Denn, meine Herren, wenn ich Jemandem die Geschwindigkeit einer Bewegung dadurch demonstrire, daß ich sage, in dem einem Falle geht es wie Eins, Zwei, Drei, in dem andern Falle geht es $^1/_{10}$, $^2/_{10}$, $^3/_{10}$ u. s. f. bis $^{30}/_{10}$ so ist es begreiflich, daß die zweite Art der Bewegung langsamer scheint. Diese Methode hat nun in der That Herr Dr. Edlbacher angewendet; er sagte: „Nach dem von der Minorität vorgeschlagenen Verfahren wird der Gläubiger ein einziges Gesuch überreichen, worin um die Ertheilung des executiven Pfandrechts, Vornahme der Schätzung und Abschrift des Schätzungsprotokolls gebeten wird, worauf zwei Feilbietungstermine angeordnet werden. Wie lange wird nun das Verfahren nach dem Vorschlage der Majorität dauern! Ich sage — sprach Herr Dr. Edlbacher — es dürfte sich beiläufig Folgendes ergeben: „Der Gläubiger muß ein Gesuch um die Ertheilung des executiven Pfandrechtes überreichen, dieses Gesuch muß der Erledigung zugeführt werden." Nun, meine Herren, frage ich, muß denn das Gesuch um Ertheilung des executiven Pfandrechtes jetzt nicht auch der Erledigung zugeführt werden?

Weiters: „Das Gericht muß vor allem Andern einen Gerichtsabgeordneten ernennen, welcher mit dem Vollzuge des Zwangsverkaufes beauftragt wird." Ist das nicht auch jetzt der Fall? Wird nicht ebenfalls ein Referent oder unter Umständen ein Notar hierzu ernannt?

„Es muß ferner die Anmerkung zum Verkaufe im Grundbuche vorgenommen werden." Muß gegenwärtig nicht ebenfalls die Anmerkung des executiven Pfandrechtes im Grundbuche vorgenommen werden?

Also, meine Herren, eine derartige Methode der Vergleichung scheint mir nicht geeignet in wahrheitsgetreuer Weise darzustellen, ob eine Beschleunigung oder eine Verlangsamung durch das neue Verfahren eintritt.

Herr Dr. Edlbacher und mein unmittelbarer Herr Vorredner, haben sich ferner auch mit dem in dem Majoritätsentwurfe beantragten Institute der Gerichtsabgeordneten sehr eingehend beschäftigt, und sie haben gefunden, daß die Einführung dieses Instituts ein vollkommen unprak-

tischer Vorschlag sei, daß dadurch nothwendigerweise Verzögerungen hervorgerufen werden müssen. Das ist mir unbegreiflich. Worin besteht denn der Unterschied zwischen dem Zustande von heute und dem vorgeschlagenen künftigen Zustande? Ich will ganz absehen von jenen Executionsacten, die jetzt schon den Notaren übertragen werden können, ich fasse nur die Executionsacte ins Auge, welche gegenwärtig von den Gerichten selbst bewilligt und in Vollzug gesetzt werden, da ist der Vorgang ganz derselbe.

Auch jetzt wird von Seiten des Gerichtshofes oder des Präsidenten ein Referent ernannt, welcher die einzelnen Theilacte zu regeln hat; nur besteht ein Unterschied darin, daß er jetzt bei jeder Kleinigkeit, bei jeder Schablonsache an den Gerichtshof gehen muß, um einen Gerichtsbeschluß einzuholen, was natürlich zu Verzögerungen und zu erweiterter Arbeit führen muß. Bei den Bezirksgerichten, um auch in dieser Beziehung etwas zu sagen, wird auch der Vorgang so ziemlich derselbe sein.

Es wird der Bezirksrichter auch ferner einen Adjuncten ernennen, nur braucht dieser nicht jederzeit das Visum des Bezirksrichters einzuholen, sondern wird selbständig kleine Formsachen bei der Execution zu erledigen haben. Das wird also ganz gewiß eine Beschleunigung des Verfahrens mit sich bringen.

Diese Meinung ist nun auch von der überwiegenden Majorität zweier Ausschüsse getheilt worden. Gleichwohl aber wurde ein Minoritätsantrag angemeldet, dessen principielle Unterscheidung von dem Majoritätsvorschlage darin besteht, daß die Minorität die drei Executionsgrade beibehalten will, und wenigstens zwei Feilbietungen mit der Bestimmung, daß bei der ersten Feilbietung das Gut nicht unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden kann. Die Majorität hingegen faßt die Execution als einen Gesammtact auf.

Es ist von meinem unmittelbaren Herrn Vorredner über die Executionsgrade sehr viel gesprochen worden, und er hat in einer, ich möchte sagen, für mich dankenswerthen Weise weit zurück auf den historischen Urgrund dieses Rechtsinstitutes gegriffen.

Wenn man den Ursprung dieses Rechtsinstitutes soweit zurückverfolgt in eine Zeit, wo die Unterscheidung zwischen dem Civil- und Strafproceß noch keine so genaue gewesen ist, wie heutzutage, so wird man eine fatale Aehnlichkeit entdecken mit einem Institute des ehemaligen Strafprocesses, welches zwar zur Zeit der Codification der gegenwärtigen Civilproceßordnung nicht mehr bestand, aber noch recht lebhaft in der Erinnerung von Juristen und Nichtjuristen lebte, und das ist die Tortur.

Auch der Verbrecher, meine Herren, hatte erst die angenehme Reihenfolge der Daumschrauben und der spanischen Stiefel durchzumachen, bis er endlich geköpft wurde, und ebenso hat der Execut nach der gegenwärtigen Methode erst die Pfändung, dann die Schätzung, dann die Feilbietung über sich ergehen zu lassen, bis er von Hab und Gut erlöst wird. Man mag darin, meine Herren, eine gewiße Milde des Gesetzes finden, das ist pure Geschmackssache.

Wenn aber der Vortheil hervorgehoben worden ist, der darin liegt, daß die Executionsgrade gewissermaßen eine Mahnung für die Schuldner bilden, so möchte ich nur das hervorheben, daß die Zustellung des erledigten Gesuches um Verkaufsbewilligung ganz gewiß noch eine stärkere Mahnung bilden wird, und wenn ich mich auf demselben Standpunkte befinde, auf dem mein unmittelbarer Herr Vorredner steht, daß wir eine Beschleunigung der Execution und eine Beschleunigung der Zahlung wünschen müssen, so ist gar kein Zweifel, daß das jetzige Verfahren diese Beschleunigung mit einer Mahnung besser hervorrufen wird, als früher mit drei Mahnungen. Jedesfalls ist das unzweifelhaft, daß die Eintheilung der Execution in Grade nach dem heutigen Stande unserer Theorie ganz unhaltbar ist. Die Execution in Graden sollte ein Zwangsmittel darstellen, wodurch der Schuldner durch fortgesetzte civilistische Martern zur Zahlung gezwungen werden soll, während nach dem Majoritätsentwurfe diese Art der Execution keine andere Bedeutung hat, als die der Realisirung eines Pfandrechtes auf ein bewegliches oder unbewegliches Gut, eine natürliche Bedeutung, wie in dieser Materie keine andere gefunden werden kann.

Nun, meine Herren, diese Executionsart soll nun ganz und vollständig in einer Weise geregelt werden, daß sie als ein Dauerndes, in sich Abgeschlossenes in den neuen Civilproceß eingefügt werden kann. Was sagt nun dagegen die Minorität? Einerseits schreckt sie vor dieser vollständigen Reform zurück und will nur flicken, sie will nur etwas Halbes; anderseits wirft sie aber der Majorität vor, es gebe noch eine solche Menge von Dingen zu regeln im Gebiete des Executionsverfahrens, daß man das allein nicht acceptiren könne. Ja, meine Herren, das ist ja ein Widerspruch in sich selbst! In der Anführung solcher Materien wurde insbesondere von meinem unmittelbaren Herrn Vorredner neuerdings eine Klage über den Mißbrauch erhoben, welcher gegenwärtig mit der Exscindirungsklage getrieben wird. Da muß ich nun im Vorweg meine Ueberzeugung aussprechen, daß in diesem Gesetze, wie überhaupt in einem Gesetze, welches die Execution betrifft, das Verfahren bezüglich der Exscindirungsklage nicht geregelt werden, daß namentlich den Mißbräuchen nicht Abhilfe geschaffen werden kann. Das ist eine Frage theils des materiellen Rechtes theils des Processes im Erkenntnißverfahren, und gerade die Beispiele, die mein unmittelbarer Herr Vorredner angeführt hat, weisen darauf hin, daß das materielle Recht in dieser Beziehung einer Reform bedarf. Es ist das ein sehr

wichtiger und äußerst schwieriger Abschnitt des materiellen Rechtes, nämlich das Ehegüterrecht, welches vor allem Andern einer Aenderung und Regelung bedarf, um bei jenen Exscindirungsklagen einen haltbareren Zustand zu schaffen, als er sich heute darstellt; und dann, meine Herren, sagte mein unmittelbarer Herr Vorredner, wenn man dieses Gesetz annehme, so würden die Mißbräuche bei den Exscindirungsklagen weiter bestehen. Ja, warum denn? Wenn dies auf anderen Gebieten geregelt werden kann — und mir fällt hier ein, daß theilweise auf einem ganz anderen Gebiete eine Remedur versucht worden ist, nämlich auf dem Gebiete des Strafgesetzes, wo man neue Bestimmungen aufgenommen hat, welche gerade in diesem Gebiete heilsam wirken — wenn man also auf anderen Gebieten diese Materie regelt, so wird gewiß die Annahme des Majoritätsentwurfes ein Präjudiz nicht schaffen.

Die Gründe also, welche für den Minoritätsantrag angeführt werden, erscheinen mir entschieden unhaltbar. Ich möchte es vor allem Andern als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnen, daß man jetzt, wo die neue Civilproceßordnung gewissermaßen vor der Thüre steht, jetzt, wo sich das hohe Haus mit einer neuen Civilproceßordnung schon beschäftigt, neuerdings auf einem Gebiete des Processes ein Provisorium schaffen will. Man will die Richter, man will die Anwälte, man will das rechtsuchende Publicum zwingen, jetzt wieder etwas Neues zu lernen, um es nach kurzer Zeit wieder zu vergessen und neuerdings durch etwas Anderes zu ersetzen. Soll denn die Scheu vor einer ganzen, herzhaften That auch in das Gebiet der Justizgesetzgebung sich einschleichen? Wenn wir uns in einer verhältnißmäßig so eng begrenzten Materie, wie bei dem gegenwärtigen Gesetzentwurfe nach dreijährigem Besinnen, nach so langer Vorberathung nicht definitiv entschließen können, ja, meine Herren, wieviel Zeit wird man dann zur neuen Civilproceßordnung brauchen, die noch in ganz anderer Weise mit den bisherigen Formen des Civilprocesses aufräumt und in Bezug auf den Umfang gar nicht in Vergleich mit dem vorliegenden Entwurfe zu ziehen ist? Was in dieser Beziehung der Minoritätsbericht anführt, daß es „im Interesse einer einheitlichen Civilproceßgesetzgebung gelegen sei, daß die Reform des ganzen Civilproceßrechtes und somit auch die des Executionsverfahrens in allen seinen Materien durch ein einziges Gesetz zur Verkörperung gelange, und daß es schwer sei, das gegenwärtige Gesetz in den Civilproceß einzureihen", wurde schon im Berichte des Civilproceßausschusses widerlegt, in welchem die überwiegende Majorität sich dahin ausspricht, „daß die Bestimmungen der vorliegenden partiellen Executionsordnung mit den beantragten einschlägigen Vorschriften der neuen Civilproceßordnung nicht im Widerspruche stehen, sondern sich vielmehr diesen Vorschriften, soweit als dies gegenwärtig thunlich erscheint, annähern und anschließen".

Es wurde auch dies schon von Seiner Excellenz dem Herrn Justizminister in so erschöpfender Weise widerlegt, daß ich glaube, auf ein weiteres Eingehen verzichten zu können.

Bei der meritorischen Prüfung des Minoritätsvorschlages aber, meine Herren, müssen wir zwei Partien wesentlich unterscheiden: Bei der Beurtheilung des ersten Theiles, welcher, glaube ich, nur aus vier Paragraphen besteht, und welcher die eigentlichen principiellen Unterschiede von den Majoritätsvorschlägen enthält und damit auch, wie mein Herr Vorredner hervorgehoben hat, das eigentliche geistige Eigenthum der Minorität enthält, werden wir den Werth der vorgeschlagenen Bestimmung am besten ermessen, wenn wir in kurzem den gegenwärtigen Zustand der Dinge darzustellen versuchen.

Die Minorität beantragt nur im §. 3 und §. 4 eine Abänderung von dem gegenwärtigen Executionsverfahren, von der Pfandrechtsertheilung bis inclusive zur Feilbietung dahin, daß das Gesuch um Schätzung mit dem Gesuch um Feilbietung verbunden werden soll und daß die drei Feilbietungstagsatzungen auf zwei reducirt werden.

Nun, frage ich, ist denn unsere gegenwärtige Execution bis nach der Feilbietung so vollständig, so unzweifelhaft, so vortrefflich, daß sie gar keiner weiteren Remedur bedürfte, als der vorgeschlagenen?

Erlauben Sie mir, dies an einigen Beispielen zu zeigen:

Es ist schon von Seiner Excellenz dem Herrn Justizminister hervorgehoben worden, daß gegenwärtig in der Praxis eine große Incongruenz bei den sogenannten ersten Executionsgraden dann besteht, wenn für eine bereits grundbücherlich einverleibte Forderung neuerdings das executive Pfandrecht einverleibt werden soll. Ist denn dieses executive Pfandrecht etwas Anderes, ein besseres, ein neueres Pfandrecht?

Auch der Einwurf, der vom Herrn Abgeordneten Dr. Magg gemacht worden ist, daß durch das executive Pfandrecht ein Pfandrecht für Nebensachen erworben werden kann, und wenn dies nicht der Fall ist, nach dem Entwurfe der Majorität gewissermaßen zwei Executionen neben einander laufen müßten, widerlegt sich einfach durch den §. 16 der Grundbuchsordnung, in welchem normirt ist, daß Nebensachen als Accessorium mit der Forderung ein gleiches Pfandrecht genießen, und daß, wenn man für eine Forderung Execution führt, damit auch naturgemäß diese Nebensachen mitinbegriffen sind.

Nun kommt der zweite Executionsgrad, die obligatorische Schätzung, welche in der Form eines Kunstbefundes, mit Zuziehung zweier Sachverständiger, eines Richters, eines Protokollführers, vorgenommen werden muß, und welche die Bedeu-

tung hat, daß der durch die Schätzung ermittelte Werth als Ausrufspreis zu gelten hat.

Ich will mich bei Besprechung der Schätzung vor Allem vor dem Vorwurf der Inconsequenz wahren. Es ist vielleicht bekannt geworden, daß ich mich im Ausschusse um die sogenannte facultative Schätzung angenommen habe. Ich beabsichtige diesfalls auch bei der Specialdebatte in diesem hohen Hause zu §. 23 einen Antrag zu stellen.

Die gegenwärtige obligatorische Schätzung aber in der Form eines Kunstbefundes werde ich nimmer protegiren, denn diese führt zu Verzögerungen, zu Kosten, und was vielleicht das Schlimmste ist, zu sehr schwierigen Complicationen.

Was soll es heißen, ein Zinshaus executiv zu schätzen, dessen Werth ja durch die Zinsfassion in einer viel einfacheren Weise ermittelt werden kann, was soll es heißen, eine Realität zu schätzen, die vielleicht erst vor Kurzem veräußert worden ist, bezüglich deren also genug Anhaltspunkte zur Werthbestimmung vorhanden sind? Das führt zu unnützen Verzögerungen und Kosten, oder auch zu Complicationen. Wenn zwei Executionsführer zwei Schätzungen hervorgerufen haben, so kommt es sehr häufig vor, namentlich dann, wenn die beiden Executionsorte etwas auseinanderliegen, daß diese beiden Schätzungen verschiedene Resultate haben, und nun, meine Herren, welche Schätzung gilt, und was noch wichtiger ist, welcher Ausrufspreis gilt dann?

Stellen Sie sich den Fall vor, es ist eine Realität auf 1000 fl. und das zweite Mal auf 1200 fl. geschätzt worden und beide Executionsführer kommen zusammen, die Feilbietungstermine werden an demselben Tage gegeben und es kommt zur ersten Feilbietung. Welcher Schätzungswerth gilt da, derjenige, welchen der erste Executionsführer erwirkt hat oder der zweite? Das ist eine vielbestrittene und in der Judicatur durchaus nicht gelöste Frage. Nun, gerade diese Complication scheint die Minorität besonders ins Auge gefaßt zu haben, und zwar zu dem Zwecke, um sie ausdrücklich zu protegiren; denn nur so kann ich es mir erklären, daß man in den §. 5 die Bestimmung aufgenommen hat, daß im Falle der Anschließung dem Executen das Recht freistehe, eine neuerliche Schätzung zu begehren. Dieses Recht hat nur dann einen Sinn, wenn man damit gerade eine andere Schätzung provociren will, und nun behält daneben die Minorität die beiden Feilbietungstermine und den ersten mit dem Beisatze, daß die Realität unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden kann. Da entsteht neuerdings die Frage, welcher Schätzungswerth gilt denn? Ja noch mehr. Die Minorität will die Schätzung auch dort wieder einführen, wo sie jetzt nicht mehr besteht, und nachdem von Seite des Herrn Berichterstatters sowohl, sowie von Seite meines unmittelbaren Herrn Vorredners der Majorität einige Redactionssünden vorgeworfen worden sind, so erlaube ich mir auch auf eine solche kleine Sünde der Minorität hinzuweisen, vorausgesetzt, daß es eine Sünde und nicht Absicht ist.

Im Artikel IV der Ministerialverordnung vom 28. October 1865 wird den unter der Aufsicht des Staates Creditgeschäfte betreibenden Anstalten, zu welchen Geschäften insbesonders die Gewährung von Hypothekardarlehen gehört, das Vorrecht verliehen, daß, wenn die Anstalt zur executiven Veräußerung des hypothecirten Gutes schreiten will, es der vorgängigen executiven Schätzung nicht bedürfe. Als Ausrufspreis ist derjenige Werth anzunehmen, welcher nach der durch die Statuten, oder die staatlich genehmigte Geschäftsordnung bestimmten Ermittelung des Restes für das gewährte Darlehen zu Grunde gelegt wurde. Diesen §. 5, meine Herren, eliminirt nun die Minorität vollständig durch den §. 37, welcher allerdings von dem entsprechenden Schlußparagraphe des Majoritätsberichtes wörtlich abgeschrieben worden ist. Im Majoritätsberichte hat dies einen Sinn, weil die Majorität eben die Schätzung entfallen läßt, im Minoritätsberichte ist das aber entweder eine sehr bedeutende Nonchalance in der Redaction oder, meine Herren, ich muß etwas Tieferes, eine staatsrechtliche Frage darunter suchen, welche sich damit beschäftigt, ob eine Belcredi'sche Verordnung Giltigkeit hat; ob aber die Untersuchung dieser staatsrechtlichen Frage auf der anderen *(rechten)* Seite des hohen Hauses nicht eine berechtigte Aufregung hervorrufen würde, das muß ich natürlich dahin gestellt sein lassen.

Nun, meine Herren, kommt die Feilbietung; in dem Feilbietungsedicte müssen nach §. 328 unserer alten Gerichtsordnung die Feilbietungsbedingnisse ausgedrückt sein. Wie aber diese Feilbietungsbedingnisse aussehen sollen, davon sagt unser Gesetz kein Wort, und es ist gegenwärtig geradezu in die Hand des Executionsführers allein gelegt, Feilbietungsbedingnisse aufzustellen, die im höchsten Grade geeignet sind, die Interessen des Executen und der Satzgläubiger auf das ärgste zu schädigen.

Nehmen Sie nun, meine Herren, an, daß ein Exequent die sofortige Zahlung des ganzen Kaufpreises begehrt, oder begehrt, wie es in der That geschehen ist, daß gewisse Termine für die Zuhaltung seiner Bedingnisse eingehalten werden, widrigens sonst der Ersteher Pönalien von fünf und zehn Gulden täglich zu zahlen hat; müssen solche Bedingnisse nicht nothwendigerweise den Werth der Realität außerordentlich herabdrücken? Und müssen durch solche Bedingnisse nicht die Rechte des Executen sowohl als der nachstehenden Tabulargläubiger nothwendigerweise geschädigt werden?

Gegenwärtig haben wir aber gar kein Gesetz, welches dem Richter vorschreibt, in dieser Materie einzugreifen, etwa eine Tagsatzung zur Einvernahme der Interessenten anzuordnen oder überhaupt solche

Feilbietungsbedingnisse einer Regelung zuzuführen, und in der That ist da verschieden judicirt worden.

Das Zustellungsverfahren ist jedenfalls vollständig ungeregelt. Man weiß nicht, gilt die Zustellung mit der Post, ist für den Fall einer erstreckten Feilbietung eine neuerliche Zustellung nothwendig — das Alles ist verschieden judicirt worden und wird natürlich auch verschieden prakticirt.

Wenn man die Vorgänge bei der Feilbietung selbst ins Auge faßt, so ist die Frage streitig, ob der Exequent oder der Satzgläubiger verpflichtet sei, eine Caution zu leisten, ob die Feilbietung durch einen Kanzlisten giltig sei oder nicht, lauter bestrittene Fragen, die der Minoritätsentwurf nicht regelt.

Nun ist die Feilbietung vorüber, welche Stellung nimmt der Ersteher ein? Hat seine Einführung und die Delogirung des Schuldners im officiösen Wege zu geschehen, oder muß, wie thatsächlich gleichfalls von den Obergerichten wiederholt erkannt worden ist, der Ersteher den Executen auf Verlassung der Realität klagen? Ich kann nachweisen, daß solche Entscheidungen gefällt worden sind; ja, ich habe selbst einen solchen Fall erst vor kurzer Zeit erlebt. Ich brachte einen Executen durch fast ein Jahr nicht heraus, und hätte er mir nicht den Gefallen gethan, einen Diebstahl zu begehen, der ihn unfreiwillig in ein anderes Quartier beförderte, er wäre vielleicht noch heute drinnen.

Nun, meine Herren, was ich da erzählt habe, sind keine Phantasiegebilde, ich habe durchaus nur gerichtliche Entscheidungen dem zu Grunde gelegt und habe sie nur aus dem Grunde nicht nach Datum und Nummer citirt, weil dies zu langweilig wäre.

Das sind nun lauter sogenannte interessante Fälle, interessant in dem Sinne, wie auch ein Arzt einen bedenklichen Krankheitsfall interessant nennt, interessant, wobei dem Clienten eben so übel wird, wie jeweilig dem Patienten *(Heiterkeit)*, und wenn es erlaubt wäre, meine Herren, einen verballhornten Spruch eines großen Dichters auf diese Materie anzuwenden, könnte man sagen: Greifet nur hinein ins volle Executionsleben, und wo Ihr's packt, da ist es interessant.

Nun frage ich, kann ein Parlament einen solchen Zustand der Dinge belassen, wenn es an die Reform der einschlägigen Materie geht, kann es die Verantwortung übernehmen für eine so halbe, so lückenhafte, so lendenlahme Reform, welche dies Alles ungeregelt läßt? Und der Minoritätsentwurf läßt dies Alles beim Alten! Ich, meine Herren, besitze den Muth dazu nicht.

Uebrigens ich würde unrecht handeln, wenn ich nicht auch Worte des Dankes für das Operat der Minorität hätte. Dieselbe hat nämlich den Majoritätsentwurf in einem sehr wichtigen Capitel acceptirt in dem Capitel der Kaufpreisvertheilung, und wenn es gestattet ist, meine Herren, auf diesem Felde auch den christlichen Grundsatz zur Anwendung zu bringen, daß man über einen Bekehrten mehr Freude haben müsse, als über hundert vom Hause aus Gerechte, so haben wir, die wir der Fahne der Majorität zuhalten, entschieden Anlaß zu einer solchen Freude. Denn wir mußten überrascht sein durch diese Annahme der Bestimmungen über die Kaufpreisvertheilung seitens der Minorität, wenn wir uns ins Gedächtniß zurückrufen dasjenige, was der heutige Berichterstatter der Minorität in seiner Rede vom 9. Februar 1875 gegen die Bestimmungen über die Kaufpreisvertheilung gesagt hat. *(Rufe: Hört!)* Er sagte damals *(liest)*: „Ich will allerdings zugeben, daß die Bestimmungen über die Kaufpreisvertheilung nothwendig sind, aber ich glaube nicht, daß sie so nothwendig sind, um die vorliegenden Bestimmungen mit in den Kauf zu nehmen, die nach meiner Ansicht schon darum nicht verbesserungsfähig sind, weil sie auf dem ganz verfehlten Institut des Gerichtscommissärs beruhen", und weiter sagte er *(liest)*: „Ich glaube, daß, trotzdem diese Bestimmungen über Kaufpreisvertheilung nothwendig sind, wir uns nicht herbeilassen sollen, die Details dieser so gefährlichen Bestimmungen anzunehmen. *(Rufe: Hört!)* Ich sage: gefährliche Bestimmungen; denn es finden sich in diesem Verfahren über die Kaufpreisvertheilung Paragraphe, welche geradezu das materielle Recht gefährden. Eine solche Bestimmung ist insbesondere die über die Liquidirung von Forderungen in einem unbestimmten Betrage, wo der Gläubiger sogar um sein Pfandrecht kommen kann, eine Bestimmung, welche in materieller Beziehung höchst bedenklich ist."

Die so gefährlich geschilderte Bestimmung, meine Herren, enthält nun §. 67 des Majoritätsentwurfes, und diesen §. 67, diesen so höchst gefährlichen Paragraphen hat die Minorität als §. 14 wörtlich acceptirt. *(Rufe: Hört!)*

Ist es nun nicht gestattet zu glauben, daß, wenn vielleicht noch ein weiterer Zeitraum von zwei Jahren verrinnen würde, sich die Minorität auch auf anderen Gebieten zu den Anschauungen der Majorität bekehren würde?

Jedenfalls überhebt mich dieser Anschluß der Minorität in diesem Gebiete der Mühe, auf das Kaufpreisverfahren noch weiter einzugehen. Nur Eines möchte ich dabei hervorheben, daß auch hier der Grundsatz gilt: Wo zwei dasselbe thun, ist es nicht immer dasselbe.

Meine Herren! die Bestimmungen über die Kaufpreisvertheilung verlieren sehr wesentlich an Werth, wenn sie außer Relation gebracht werden mit den Vorschriften über die Feststellung der Feilbietungsbedingnisse.

Denn es ist natürlich, daß die Kaufpreisvertheilung eben nur dazu da ist, um die Erfüllung der Feilbietungsbedingnisse zu regeln, und deßhalb ist

sie unzertrennbar mit den Bestimmungen über die Feststellung der Feilbietungsbedingnisse verknüpft.

Indem ich nun zum Schlusse eile, meine Herren, gestatten Sie mir noch wenige Bemerkungen allgemeiner Natur beizufügen. Es war vorauszusehen und ist lange prophezeit worden, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf einen wahren Turnierplatz für die Juristen, namentlich für die Advocaten dieses hohen Hauses bilden wird und vielleicht haben auch manche, nicht der Juristenzunft angehörige Mitglieder dieses hohen Hauses schon von einer Havanna geträumt, die in den Couloirs verduften soll, während wir uns hier mit den sublimsten Distinctionen abmühen.

Es ist dies begreiflich und natürlich, und ich möchte es wirklich Niemandem verargen. Aber, meine Herren, der gegenwärtige Entwurf hat eine über das rein juristische Interesse bei Weitem hinausragende wirthschaftliche, ja, ich möchte sagen, ethische Bedeutung. Es ist eine alte Klage, meine Herren, daß in Oesterreich das Creditiren und Debitiren mit einer gewissen Laxheit betrieben wird, welche uns mit Neid auf andere Länder — ich verweise insbesondere auf Frankreich — blicken läßt, wo die geschäftlichen Creditverhältnisse im Allgemeinen entschieden auf soliderer Basis beruhen als bei uns.

Zum Theil, meine Herren, mag dies auf Rechnung unserer angeborenen Gemüthlichkeit kommen, die eben auch ihre Schattenseiten hat; zum großen Theile aber kommt dies daher, weil sich bei uns die Gläubiger davor scheuen, den langwierigen und kostspieligen Weg der Execution zu betreten und weil die Schuldner diese Scheu naturgemäß ausbeuten.

Wenn wir also ein Executionsverfahren schaffen, in seiner wichtigsten Materie schaffen, welches uns eine ernste, eine rasche Execution sichert, so werden wir, meine Herren, auch auf wirthschaftlichem Gebiete Verdienste erwerben, und ich bin überzeugt, der gegenwärtige Entwurf, der Majoritätsantrag, ist darnach angethan, eine Besserung zu schaffen. Und noch auf einen Einwand lassen Sie mich zurückgreifen, der wiederholt nicht allein diesem Gesetze, sondern auch schon verschiedenen anderen neuen Justizgesetzen gemacht worden ist. Man sagt, unsere neueren Gesetze seien zu theoretisch, sie seien zu sehr am grünen Tische gemacht, sie seien wenig geeignet, sich ins Rechtsbewußtsein des Volkes einzuleben. Ja, meine Herren, gewiß, als juristischer Praktiker habe ich auch hie und da schon über theoretisch vielleicht vollkommen richtige, aber in der Praxis weniger handsame Bestimmungen geseufzt; aber schließlich haben sich doch Theorie und Praxis immer wieder zusammengefunden, und, meine Herren, es gilt auf dem Gebiete des Rechtslebens dasselbe, was auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und Könnens, des menschlichen Lebens überhaupt gilt, daß die wahren Pionniere des Fortschrittes die Männer der Wissenschaft sind.

Meine Herren! Ich gebe ja gern zu, für die süße, freundliche Gewohnheit des Daseins und Wirkens eines juristischen Praktikers mag eine gründliche Reform oft eine recht unangenehme Unterbrechung mit sich bringen, aber — die Hand auf's Herz! — ist es ja doch meistens die vis inertiae, welche uns gegen Neuerungen, gegen gründliche Reformen so widerhaarig macht. Wenn sich uns aber, meine Herren, auf dem neuen Wege unzweifelhaft große Vortheile offenbaren, wenn wir insbesondere auch damit gewissermaßen ein Stück des neuen Civilprocesses im vorhinein ergattern, dann, meine Herren, sollen wir diesen neuen Weg betreten, auch dann, wenn er uns vielleicht etwas steil und steinig vorkommt. Und darum, meine Herren, lassen wir von der Zaghaftigkeit, auch jetzt wieder nur Halbes und Unvollendetes zu schaffen, trachten wir, etwas in sich Abgeschlossenes, Ganzes' zu schaffen. Das bietet uns der Majoritätsvorschlag und deßhalb werde ich für denselben stimmen. *(Beifall.)*

**Vicepräsident**: Der nächste in der Reihe der eingezeichneten Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Promber.

Ich ertheile demselben das Wort.

Abgeordneter Dr. **Promber**: Hohes Haus! Nach den ausführlichen Erörterungen, welche in dieser Debatte bereits gemacht worden sind, und speciell mit Rücksicht auf die beredte Vertheidigung des Minoritätsantrages seitens des Herrn Berichterstatters und seitens des Herrn Abgeordneten der Grazer Handelskammer ist es nicht leicht, für den Minoritätsantrag neue Momente und Argumente ins Feld zu führen. Wenn ich es trotzdem und bei so vorgerückter Stunde wage, Ihre Geduld zur Vertheidigung des Minoritätsantrages in Anspruch zu nehmen, so halte ich mich hierzu auch noch deßhalb für verpflichtet, weil es mir bereits vor zwei Jahren gegönnt war, an der Seite meines hochverehrten Freundes, des Herrn Abgeordneten der Gmundener Landgemeinden, gegen die Regierungsvorlage und gegen die Anträge der Ausschußmajorität einzutreten.

Auf die Sache selbst übergehend, verkenne ich nicht, daß das Streben noch jetzt, und vor Erlassung des Civilprocesses gewissen Uebelständen im praktischen Rechtsleben abzuhelfen, löblich und anerkennenswerth ist; daß aber, wenn ich auch die Löblichkeit dieses Strebens anerkenne, es doch immer erwogen und geprüft werden muß, wo denn diese Uebelstände, wo diese Mißstände zu suchen sind, wo die hauptsächlichsten Klagen und Beschwerden vorkommen, um dann zu prüfen, ob die gemachten Vor-

schläge auch geeignet sind, diesen Uebelständen und Beschwerden wirksam zu begegnen.

Wenn ich diese Fragen mir nun vorlege, so muß ich gestehen — und ich sage es hier ohne Scheu, und meine praktische Erfahrung hat mir diese Ueberzeugung beigebracht — daß die Hauptklagen und Beschwerden nicht gegen das Gesetz gerichtet sind, wie es besteht, sondern gegen die Manipulation, gegen den Vollzug.

Wenn auf Grund eines Urtheiles nach der gegenwärtigen Dreitheilung Execution geführt wird, so ist es nicht diese Dreitheilung und der damit nothwendig verbundene Zeitaufwand, welche den Gegenstand der Hauptklagen bilden, sondern die Hauptklage ist vielmehr dahin gerichtet, daß dieser Zeitaufwand nicht auf das unbedingt Nothwendige eingeschränkt ist, sondern daß viel zu viel Zeit, mehr, als nothwendig ist, verbraucht wird mit der Erledigung und dem Vollzuge.

Seine Excellenz der Herr Justizminister hat selbst anerkannt und zugegeben, und ich stimme ihm vollkommen bei, daß die Agenden der Gerichte sich beständig vermehren, im Großen und Ganzen aber der Personalstand derselbe geblieben ist. Ich erhebe aber auch gegen das Personale gar keinen Vorwurf.

Ich habe die an der Hand der Praxis gewonnene Ueberzeugung und jeder praktische Jurist, der mit Gerichten zu thun hat, wird mir Recht geben, daß der österreichische Richter seine Schuldigkeit thut. Allein was nützt es der Partei, wenn der Richter das ihm überreichte Executionsgesuch schon denselben oder doch den nächstfolgenden Tag erledigt, wenn dieses so erledigte Executionsgesuch dann wochenlang in der Expeditskanzlei sich herumkugelt?

Ich mache auch den einzelnen Personen in den Hilfsämtern keinen Vorwurf; man muß die Sache eben praktisch anfassen und man muß sich an Ort und Stelle überzeugen. Man sehe sich nur um in der Expeditskanzlei eines stark beschäftigten Gerichtes und vergleiche die ganzen Berge und Stöße von zu expedirenden Stücken mit der Zahl und der Qualität der zur Verfügung stehenden Personen, namentlich was die Schreibkräfte anbelangt, die kärgliche Dotation der Hilfsämter zwingt die billigsten Kräfte zu nehmen, und die sind in der Regel auch die schlechtesten.

Darin also, hohes Haus, nicht so sehr in dem Gesetze als in der Manipulation bei den unzureichend dotirten und überbürdeten Hilfsämtern scheint mir, vom praktischen Standpunkte aus betrachtet, der Hauptübelstand zu liegen in der Verschleppung im Expedite, in der mangelnden Zustellung, dann, daß die bewilligten Executionsacte, wenn sie zum Grundbuche kommen, dort abermals wochenlang vermanipulirt werden, sowie bei der Mobiliarexecution, daß, wenn endlich die Execution bewilligt ist, es nicht selten die größte Mühe verursacht, verfügbare Amtsdiener zu finden, die die Execution vollziehen könnten.

Nicht selten hat inzwischen der Execut alle exequirbaren Objecte verschleppt, und wenn die Partei zum Vollzuge kommt, findet sie keine pfandbaren Objecte mehr vor und hat das leere Nachsehen.

Diese Uebelstände werden aber, hohes Haus, durch diese Vorlage nicht behoben.

Es wäre vielleicht eine dankbare Aufgabe gewesen, wenn Seine Excellenz der Herr Justizminister nicht die Gerichte, sondern vielleicht praktische Advocaten, die Advocatenkammern befragt hätte, ob diese meine Anschauung nicht der Wahrheit entspricht, ob der Grund der Uebelstände im Gesetze oder in der Manipulation und der Unzulänglichkeit der Hilfsämter liege.

Diesen Uebelständen läßt sich nicht durch Gesetze, wenn sie noch so theoretisch richtig sind, sondern im administrativen Wege abhelfen, durch eine bessere Dotirung der Hilfsämter, durch eine Vermehrung des Personalstandes, durch eine bessere Organisirung der Gerichtsdiener und des Vollzugswesens, und so fürchte ich, daß das vorliegende Gesetz, indem es diese Uebelstände nicht trifft, seinen Zweck nicht erreicht, seinen Zweck nämlich, Verkürzung und Vereinfachung, und was Seine Excellenz der Herr Justizminister namentlich hervorgehoben hat und worin ich ihm ganz beistimme, Entlastung der Gerichte, Entlastung der Richter und Manipulanten und Vereinfachung der Geschäfte.

Ich will dies aber noch näher auseinandersetzen.

Meine Herren! Soll es vielleicht eine Vereinfachung der Geschäfte sein für den Richter und Manipulanten, wenn künftig nach §. 45 der Vorlage der zur Feilbietung abgeordnete Gerichtscommissär den ganzen Feilbietungsact dem Gerichte vorzulegen und von ihm die Genehmigung des Zuschlages einzuholen hat? Jetzt ist die Sache sehr einfach, es unterliegt keiner Controverse; wer bei der Feilbietung heute den höchsten Anbot macht, dem fällt das Object bei der Feilbietung zu.

Künftighin ladet man aber dem Gericht nicht nur mehr Geschäfte und Arbeit auf durch die Zutheilung des Actes, sondern überdies auch noch weitere schwerwiegende Pflichten, für welche weder der Richter noch die Partei uns dankbar sein wird, Pflichten voll der größten Verantwortung. Denn nehmen wir an, das Gericht bestätigt den Zuschlag nicht, so wird dann eine neue Feilbietung angeordnet, bei dieser wird jenes Meistbot — so nehmen wir an, und es ist ja möglich — nicht erzielt, welches bei der ersten erzielt wurde, die postlocirten Gläubiger fallen in Folge dessen durch, während sie durchgekommen wären, wenn der Zuschlag genehmigt worden wäre, wer — so frage ich — verantwortet den Schaden? Ist dies nicht eine Vervielfachung der Geschäfte, anstatt einer

Vereinfachung? eine Belastung des Richters mit einer Verantwortung, für die meiner Ansicht nach kein Grund vorliegt? Oder weiter. Da fällt z. B. die executive Schätzung weg, die Anhänger der Vorlage thun sich gerade auf dieses Moment viel zugute, ich sehe darin keinen besondern Vorzug, wie ich auch offen bekenne, daß ich nicht zu Denjenigen gehöre, welche die executive Schätzung als so ganz werthlos hinstellen. Davon will ich jetzt indessen nicht sprechen. Ich will nur bemerken, daß auch die Majorität des Ausschusses die Schätzung doch nicht als so ganz werthlos betrachten kann, indem sie dieselbe wenigstens als einen Behelf zur Constatirung über die Bestandtheile der Liegenschaft nach §. 23 der Vorlage zuläßt. Ich will übrigens jetzt nur davon sprechen wie in Folge des Wegfallens der Schätzung die Arbeit der Richter und Manipulanten sich darstellen wird. Während jetzt ein einfaches Gesuch überreicht wird, welches auch sehr billig war — es kostete beiläufig einen bis zwei Gulden — und über dieses Gesuch die Schätzung durch Fachmänner unter der Autorität des Richters vollzogen wurde, hatte Letzterer nichts weiter zu thun, als einen vorgedruckten Schimmel auszufüllen, in welchem geschrieben war, daß die Partei von dem Vollzuge der Schätzung verständigt wird, sowie daß Abschrift und die Einsichtnahme des betreffenden Protokolles gestattet wird.

Wie stellt sich die Sache künftig? Die Partei überreicht ein Gesuch, belegt es mit einen Katastralauszuge, mit einem alten, vielleicht sehr alten Kaufcontracte oder mit deßgleichen alten Ehepacten, deren Datum schon vermuthen läßt, daß die Angaben mit der Gegenwart nicht mehr übereinstimmen. Der Richter prüft die Behelfe, findet sie mangelhaft, stellt das Gesuch der Partei zur Ergänzung zurück, die Partei thut dies, soweit als es ihr möglichscheint, der Richter findet die Ergänzung noch immer nicht genügend, und so kann das Gesuch zwischen dem Richter und der Partei hin und her wandern, dies kostet jedesmal Stempel, Geld und Arbeit von Seite der Partei und Arbeit von Seite des Richters und Manipulanten. Wir haben also auch hier statt einer Vereinfachung eine Vervielfachung, es werden keine Kosten erspart, sondern im Gegentheile dieselben vermehrt.

Oder z. B. der Richter hat gegenwärtig die vom Exequenten vorgelegten Feilbietungsbedingnisse zu prüfen — so geschieht es wenigstens in meinem Heimatlande, so habe ich es in meiner Praxis in meiner engeren Heimat Mähren erfahren, wo ich in praxi bei der Execution keine Schwierigkeiten vorfand es kann in Letzterem vielleicht ein besonderes Lob für die Gericht meines Heimatlandes liegen, denen ich allerdings nur Lob spenden kann — also der Richter hat die vorgelegten Feilbietungsbedingnisse zu prüfen, eventuell zu ergänzen und sohin zu bestätigen.

Darauf beschränkt sich die ganze Procedur, wie sie jetzt gilt; wie nun aber in der Zukunft? Die Feilbietungsbedingnisse gehen da an den Exequenten zurück, es wird eine Tagsatzung angeordnet, es erscheinen chicanirende Parteien, expenslustige Vertreter, es wird bei der Tagsatzung verhandelt, vielleicht auch erstreckt und noch einmal erstreckt und dann erst auch Erstreckungen verlangt, die Beschlußfassung des Gerichtes eingeholt.

Ist das eine Vereinfachung, ist das nicht eher eine Geschäftsvermehrung, nicht eher eine Vervielfältigung, die den Parteien erwächst gegenüber dem jetzigen sehr einfachen und billigen Gesuche um die Schätzung und Feilbietung? Es scheint zwar, wenn man die Vorlage oberflächlich prüft, daß die Sache künftighin für die Partei sich sehr einfach gestaltet, daß die Partei nichts Anderes zu thun braucht, als einfach ein einziges Gesuch um Erwirkung der Feilbietung und die Verkaufsbewilligung zu überreichen; allein so einfach wird dies in der Praxis sich nicht herausstellen. Vor allem Andern wird, wenn die Partei das Urtheil, welches auf Zahlung lautet, in der Hand hat, sie trachten müssen, im Grundbuche oder überhaupt bei der Execution sich das Vorrecht zu sichern, und weil die Partei nicht immer sofort die Belege zur Werthsbestimmung des Objectes in der Hand hat, wird sie vor Allem trachten müssen, ein abgesondertes Gesuch um Intabulation und Pfandrechtserwirkung zu überreichen. Soweit bleibt die Sache also beim Alten, wie jetzt. Während aber jetzt auf Grund des erwirkten Pfandrechtes ganz kurz und einfach, wie bereits gesagt, das Schätzungsgesuch überreicht wurde, gibt es jetzt drei, vier und auch vielleicht mehr Gesuche; also z. B. ein Gesuch mit einem 50-Kreuzerstempel an das Steueramt um Bewilligung eines Katastralauszuges, ein Gesuch mit einem 50-Kreuzerstempel an das Bürgermeisteramt um ein gemeindeämtliches Zeugniß, ein Gesuch an das Grundbuchsamt, beziehungsweise an das vorgesetzte Gericht um einen Extract u. s. w. u. s. w. Nun erst ein Gesuch mit allen diesen Belegen an den Richter, welcher die Belege zu prüfen hat und, wie ich bereits gesagt habe, vielleicht unvollständig findet und der Partei zurückstellt. Anstatt eines Gesuches, anstatt der diesem Gesuche nachfolgenden Schätzung, welche für beide Theile und den Richter ein festes Substrat bildete, gibt es nun vielerlei Gesuche und gibt es auch noch bei dem Wegfalle der Schätzung kein unumstößliches Substrat mehr, sondern ein Substrat, welches dem Arbitrium des Richters unterworfen wird, nämlich die im §. 23 vorgeschriebene Art und Weise der Bestimmung des Werthes. Ich fürchte daher, daß die Praxis darin eher eine Vervielfachung als eine Vereinfachung, keineswegs aber eine Entlastung des Richters und der Manipulanten

finden wird; daß aber so gerade jener Zweck der Verbilligung, der Vereinfachung, der Geschäftsentlastung, der ja verfolgt wird, nicht erreicht wird, scheint mir auf der Hand zu liegen. Ich meinte daher, daß es zweckentsprechender gewesen wäre, sich anlehnend an das seit Hundert Jahren eingebürgerte Gesetz zu verbilligen, abzukürzen und zu vereinfachen, soweit es eben möglich ist, wie dies die Minorität vorschlägt, indem man die Schätzung mit der Pfändung vereinigt und statt drei zwei Feilbietungen statuirt. Jedesfalls wird so durch den Antrag der Minorität Folgendes erreicht: Es wird erstens Zeit erspart, indem anstatt zweier Gesuche um Pfändung und Schätzung eines, anstatt dreier Feilbietungen nur zwei erforderlich sind; es werden zweitens Kosten erspart, indem — wie gesagt — statt zweier Gesuche nur eines erforderlich ist; es wird der Richter entlastet, indem er statt dreier Gesuche um Pfändung, Schätzung und Feilbietung nur zwei zu erledigen hat; es wird in demselben Maße auch der Manipulant entlastet. Es wird aber auch endlich Folgendes erreicht, nämlich daß alle diese Neuerungen sich kurz und präcise, wie die Minorität vorschlägt, anlehnend an das bereits Bestehende, in vier Paragraphen zusammenfassen lassen. Es wird damit erreicht, daß man klare und präcise Bestimmungen hat, und das Volk, für das wir ja Gesetze machen sollen, will klare und präcise Bestimmungen, will nicht ein Gesetz, durch welches selbst ein geschäftskundiger Jurist sich nur mit Mühe durchwinden kann. Dieses Gesetz — entschuldigen Sie, wenn ich es sage — scheint mir, wenn ich als Mann aus dem Volke sprechen sollte, so gemacht, wie es eine Gesellschaft von Winkelschreibern nicht besser machen könnte, um nur recht viele Gesuche herauszubringen. *(Rufe: Hört!)* Denn billig wird das neue Verfahren nicht sein, und wenn Jemand wirklich expensüchtig ist, so kann er keine schönere Gelegenheit finden, um Expensen zu machen, als an der Hand dieses Gesetzes mit seinem complicirten Mechanismus, der Gelegenheit gibt zu vielfachen Gesuchen, zu mannigfachen Beschwerden und Verhandlungen.

Ich habe mir erlaubt, auf gewisse Hauptübelstände hinzuweisen, welche bei dem gegenwärtigen Executionsverfahren vorkommen und meines Erachtens weniger im Gesetze, als vielmehr in der Handhabung desselben, in der Praxis gelegen sind. Mein geehrter Herr Vorredner von der Minorität hat auch auf einen weiteren Hauptübelstand, vielleicht den größten Uebelstand auf das Exscindirungsverfahren hingewiesen. Ich werde nur noch eine Bemerkung zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Magg hinzuzufügen mir erlauben. Auf dem Gebiete des Exscindirungsprocesses ist es nämlich heute noch schlechter, als es vor zwei Jahren war; früher spielte sich gewöhnlich die Sache folgendermaßen ab. Entweder wurde der Exscindirungsproceß durchgeführt und in der Regel auf den Eid erkannt, der Eid von dem Exscindirungswerber abgelegt, der Proceß natürlich für den Exequenten dadurch verloren, aber die Richter hoben in der großen Mehrzahl in der Regel die Kosten gegen einander auf, und zwar mit Recht, weil der Geklagte in diesem Falle doch nicht als muthwillig Streitender angesehen werden konnte, oder aber, was häufig der Fall war — und dieser Praxis habe ich namentlich immer gehuldigt — ich trachtete mit dem Kläger über die Klage behufs Kostenersparung einen Vergleich auf den Eid abzuschließen, weil auf diesen Eid ohnedies erkannt wurde, gegen dessen Ablegung ich das Eigen anerkannte, selbstverständlich gegen Aufhebung der Kosten. Damit ersparte ich mir wenigstens die Kosten des Exscindirungsprocesses. Heute ist es aber anders, nach dem Gesetze vom Mai 1874, welches vorschreibt, daß der Unterliegende unbedingt in allen Fällen die Kosten zu ersetzen hat, muß im Exscindirungsprocesse der Geklagte die Kosten zahlen.

Die Folge davon ist, daß, wenn der Exscindirungswerber den Abschluß eines solchen Vergleiches gegen Kostenaufhebung zurückweist, man genöthigt ist, den Proceß durchzuführen, es auf den Eid erkannt, der Eid abgelegt wird, und man noch die Kosten bezahlen muß. So hat man zu dem Schaden noch Hohn und Spott des Schuldners und abgesehen davon, daß ich als Exequent nichts bekomme, muß ich auch noch die Kosten bezahlen.

Auf diese Weise bleiben Hunderte und Hunderte von Executionsführungen erfolglos, der Exequent, der Gläubiger ist macht- und rechtlos und dem Spotte und Hohne des Executen ausgesetzt, und weil das Gesetz diesem Uebelstande nicht abhilft, kann ich mich schon aus diesem Grunde nicht dafür erwärmen, denn wollte man überhaupt helfen, so müßte man in diesem Punkte vor allem Andern helfen. Es wäre gewiß eine sehr dankbare Aufgabe Seiner Excellenz, wenn er diesen Gegenstand, wenn er das Exscindirungsverfahren vor allem Andern einer Reform unterworfen hätte, vielleicht in der Weise, daß der Beweis durch den Eid im Exscindirungsprocesse überhaupt beseitigt und nur der Beweis durch Zeugen und Urkunden zugelassen würde.

Anstatt dessen hat man sich auf eine meines Erachtens weniger dringende Materie geworfen, gerade so, wie man vor drei Jahren, als das direct gewählte Haus zum ersten Male zusammentrat, den Folgen der Krise abzuhelfen vermeinte durch die Vorlage eines vielleicht sehr gelehrten, jedesfalls complicirten Actiengesetzes, welches heute noch nicht Gesetz ist und welches, wer weiß, ob überhaupt Gesetz wird, anstatt durch eine sehr kurze und bündige Novelle zum Strafgesetze den unzulänglichen §. 197 abzuändern, um unter denselben gewisse Erscheinungen des sogenann-

ten finanziellen Aufschwunges subsumiren zu können, für welche die heutige Fassung dieses Paragraphes nicht ausreicht. Das wäre vielleicht weniger gelehrt, aber jedesfalls praktischer gewesen.

Hohes Haus! Ich habe bisher bei meinen Ausführungen den Standpunkt des Exequenten, den Standpunkt des Gläubigers eingenommen. Es gilt nun aber auch: Audiatur et altera pars. Ich stelle mich auf den Standpunkt des Schuldners, und zwar habe ich dabei nicht den fraudulosen Schuldner im Auge, der den Gläubiger um sein Geld bringen will, sondern den ehrlichen, zahlungswilligen, aber auch zahlungsfähigen Schuldner, der nur momentan in Zahlungsstockung und Zahlungsunvermögenheit sich befindet.

Ich habe in dieser Richtung namentlich die ländliche Bevölkerung im Auge, wo eine solche momentane Zahlungsstockung häufiger und sehr leicht eintritt, und zwar in Folge von Mißwachs, Ueberschwemmungen, Feuersbrünsten u. dgl. Und da frage ich nun, wenn das Gesetz seinen Zweck der Tendenz getreu, welche in demselben enthalten ist, erreichen soll, wenn also nach diesem Gesetze die Execution geradezu überhastet werden soll, ist es heute, ist es gerade jetzt opportun, ein solches Gesetz zu erlassen, nach welchem, wenn es — wie gesagt — seinen Zweck erfüllen soll — und in dieser Absicht wird es doch erlassen — dem Hypotheksbesitzer ohne vorhergegangene Schätzung bei einer einzigen Feilbietung Haus und Hof verkauft werden soll, bei einer einzigen Feilbietung zu der einige wenige im Vorhinein verabredete Leute zusammenkommen, nachdem sie unter einander im vorhinein schon den Pact abgeschlossen, um geringen Preis das Gut zu kaufen — und der Kreis dieser Käufer ist schon deßhalb gewöhnlich beschränkt, weil die Verlautbarung durch die officielle Zeitung erfolgt, welche in der Regel Niemand liest, also — sage ich — ist es opportun, dem Schuldner bei einer einzigen Feilbietung um jeden Preis ohne vorhergegangene Schätzung gleichsam in einem einzigen Acte über Hals und Kopf Haus und Hof zu verkaufen, gerade unter unseren wirthschaftlich traurigen Verhältnissen? — Und eine solche Tendenz, eine solche Beschleunigung will ja das Gesetz.

Ist es, frage ich, unter den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen opportun, ein solches Gesetz zu erlassen?

Die wirthschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs haben in unseren Tagen eine Gestalt angenommen, die nicht nur der Staatsmann, sondern jeden, auch den unbedeutesten Mann in der Masse zu ernstem Nachdenken anregen muß. Die Werthe sind rapid gesunken, die Hypothekarwerthe sind nicht die letzten, welche darunter litten, sind aber auch nicht die letzten, welche Beachtung verdienen. Wer halbwegs praktisch mit den Gerichten zu thun hat, kann sich überzeugen, wie die executiven Verkäufe zunehmen, um welchen geringen Preis aber auch die Realitäten losgeschlagen werden.

Ich könnte Beispiele ohne Zahl anführen, ich will nur einige hervorheben:

Am 29. Jänner l. J. wurden bei dem k. k. Landesgerichte in Brünn die Häuser Nr. 2, 3, 4 und 5 in der Wienergasse, mit zwei Gärten, geschätzt auf 81.000 Gulden, um 45.000 Gulden verkauft; am 18. Jänner bei demselben Gerichte das Haus Nr. 33 in der Fischergasse, geschätzt auf 31.000 Gulden, um 16.000 Gulden; das Haus Nr. 129 in der großen Neugasse zu Brünn, geschätzt auf 27.000 Gulden, um 14.000 Gulden verkauft, also um 50 Percent des Werthes. Es stehen mir aber auch noch weitere interessante Ziffern zu Gebote, welche einem — zu mindest officiösen Werke entnommen sind, nämlich der statistischen Monatsschrift, welche unter Autorität der Regierung aus dem statistischen Centralbureau hervorgeht, lehrreiche Ziffern, welche beweisen, in welcher Art in den letzten fünf Jahren die Belastung des Realbesitzes zugenommen, und in welcher Weise die Zahl der executiven Verkäufe sich gemehrt hat. Ich will zunächst nur von meinem engeren Vaterlande Mähren sprechen. Der statistische Ausweis besagt: der Verkehrswerth der Realitäten Mährens wird auf 1038 Millionen Gulden rund geschätzt und ist mit 254 Millionen rund, also mit 24·5 Percent belastet. In Schlesien ist dieses Verhältniß noch schlimmer: Einem Realitätenwerthe von 213,945.000 Gulden steht eine Schuldenlast von 70 Millionen rund gegenüber, also eine Belastung von 32·8 Percent. In ganz Oesterreich ist dieses Verhältniß noch schlimmer, es beträgt 39·77 Percent.

In den letzten fünf Jahren von 1871 bis 1875 betrug die Mehrverschuldung der Realitäten in Mähren 42 Millionen Gulden rund, in Schlesien 15,800.000 fl. rund, in ganz Oesterreich 704 Millionen Gulden rund, wovon auf den Großgrundbesitz 88,818.000 fl., auf den städtischen Besitz 282 Millionen und auf den ländlichen Besitz 293 Millionen entfallen. *(Rufe links: Hört! Hört!)* In Wien allein betrug im Jahre 1875 die Mehrbelastung einen Zuwachs von 27·93 Millionen. *(Hört! Hört!)* Die steigernde Zahl der executiven Verkäufe wird ferner durch folgende Zahlen illustrirt: In Wien wurden im Jahre 1873 48 Realitäten im Werthe von 0·68 Millionen, im Jahre 1874 schon 131 Realitäten im Werthe von 1·30 Millionen, im Jahre 1875 159 Realitäten im Werthe von 2·76 Millionen executive verkauft. Ausgeboten wurden im Jahre 1873 180, im Jahre 1874 247, im Jahre 1875 438, im Jahre 1876 bis Mitte December über 600 Realitäten. *(Hört!)* Wenn also rings um uns die Werthe sinken, wenn die executiven Verkäufe sich steigern, wenn die Verschuldung immer größer wird, dann frage ich: ist es opportun, ein Gesetz zu er-

lassen, welches, vorausgesetzt, daß es seinen Zweck erfüllt, und das soll es ja, über Hals und Kopf die Execution überhastet und den Bauer von seinem ererbten Gute vertreibt?

Gewiß ist es — ich gebe das zu — daß der Landmann nachlässig, saumselig ist, daß er glaubt den Rechtsnachtheilen, die er bereits erfahren hat, durch eine gewisse Naivität zu begegnen, daß er zum Advocaten erst dann kommt, nachdem der Winkelschreiber Alles verdorben hat. Allein, hohes Haus, ich kann den Bauer im Handumdrehen nicht besser, geschulter und gebildeter machen, als er eben ist. Das ist einmal Thatsache, und diese Thatsache kann ich nicht ändern; ich muß ihr aber umsomehr Beachtung und Berechtigung widerfahren lassen, als an dieser Thatsache der Bauer nicht einmal selbst die Schuld trägt, sondern die vernachlässigte Schulbildung unter früheren Regierungen.

Der Bauer ist gewöhnt, nicht früher sich Zahlungsmittel zu verschaffen, als bis ihm das Wasser in den Mund läuft. *(Rufe: Sehr richtig!)* In dieser Richtung ist für ihn das Monitorium nicht das Urtheil, das legt er weg, nicht der Intabulationsbescheid, den legt er ebenfalls weg, sondern wenn die Commission aus der Stadt kommt, Grund und Boden abzuschätzen, da sieht er, daß es ernst wird, und indem er mit der Schätzungsurkunde ein Document in die Hand bekommt, bringt er es zum Advocaten und bekommt auf Grund dessen von der Sparcasse Geld, damit kann er sich helfen. Damit also der Bauer sich helfen kann, braucht er Zeit. Schon mit Rücksicht auf seine Schwerfälligkeit und mit Rücksicht darauf daß, wenn er zur Sparcasse kommt, diese Geldaufnahme auch wieder Zeit erfordert, indem die Sparcasse nicht früher auszahlt, bevor das Document im Grundbuch eingetragen ist, und auch zur Intabulation des Documentes bei dem Gerichte wieder eine gewisse Zeit erfordert wird, ist es nöthig, daß man dem Bauer Zeit läßt. Nehmen Sie dem Bauer diese Zeit, die er braucht, was wird die Folge davon sein? Daß der Wucher, der heute ohnedies sehr blüht, noch mehr blühen wird, daß ganze Wuchererbanden sich organisiren werden, um den Bauer auszusaugen. Der Wucherer wird dem Bauer, der in Noth ist, unter Versprechungen Geld anbieten, der Bauer wird das Geld nehmen und wird, wie der Praktiker es genugsam erfährt, die Rate nicht zuhalten.

Der Wucherer wird an der Hand dieses Gesetzes — wenn anders es seinen Zweck, seine Tendenz erfüllt — die Mittel haben, bei einer einzigen Feilbietung — unter Verabredung mit anderen Wucherern — um jeden Preis dieses Gut an sich zu bringen und so sich selbst auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. *(Bravo! Bravo!)*

Ich frage: Ist es opportun, daß man Hunderte und Tausende von ehrlichen Bauernfamilien vertreibt von dem väterlichen Erbe, damit sie zur Last fallen der Gemeindearmenpflege? Nimmermehr! *(Bravo!)*

Darum selbst, wenn dieses Gesetz auch seinen Zweck erfüllen sollte, müßte ich aus diesen wirthschaftlichen Bedenken gegen dieses Gesetz stimmen.

Ich habe Ihre Zeit schon zulange in Anspruch genommen, und so will ich denn schließen mit den Worten, daß ich aus diesen vorwiegend praktischen Gründen theils juristischer, theils wirthschaftlicher Natur mich nicht erwärmen konnte für die Anträge der Majorität.

Ich stehe auf dem Standpunkte der Minorität, welche, wenn sie auch nicht mit neuen Principien vor die Oeffentlichkeit tritt, doch jedesfalls die Executionsführung vereinfacht und billiger macht, und deren Anträge, wenn sie auch gewiß nichts Vollkommenes sind, doch auch das für sich haben, daß sie nicht ein bis jetzt unerprobtes Experiment machen wollen, sondern anlehnend an das bestehende Gesetz, das, wie mein geehrter Herr Vorredner, der Abgeordnete der Grazer Handlskammer, bemerkt hat, fest wurzelt im Bewußtsein des Volkes, und nicht leicht, auch nicht durch ein neues Gesetz sofort sich aus dem Herzen des Volkes herausreißen läßt, Ihnen einige, wirklich praktische Reformen vorschlägt, und darum bitte ich Sie daher, für die Anträge der Minorität zu stimmen. *(Lebhafter Beifall. — Redner wird vielseitig beglückwünscht. — Während dieser Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen.)*

**Präsident:** Ich glaube bei der vorgerückten Stunde die Debatte hier unterbrechen zu sollen und ertheile Seiner Excellenz dem Herrn Justizminister zur Beantwortung einer Interpellation das Wort.

Justizminister Dr. **Glaser:** In der Sitzung des hohen Hauses vom 30. Jänner dieses Jahres haben die Herren Abgeordneten Ritter v. Wörtz und Genossen aus Anlaß einer kürzlich erschienenen Broschüre und der in derselben enthaltenen Angaben an mich folgende Anfrage gerichtet *(liest)*:

> 1. „Wurde die strafgerichtliche Verfolgung wegen der in der Broschüre „Lasser, genannt Auersperg" klar, präcis und detaillirt angezeigten strafbaren Handlungen bereits eingeleitet oder beabsichtigt Seine Excellenz der Herr Justizminister dieselbe einleiten zu lassen?
>
> 2. Falls jedoch die Einleitung dieser Verfolgung nicht beabsichtigt wird, aus welchen Gründen und mit welcher gesetzlichen Berechtigung glaubt der Herr Justizminister die Nichteinleitung rechtfertigen zu können?"

Ich beehre mich, diese Interpellation folgendermaßen zu beantworten:

Nach Ansicht der k. k. Regierung entspricht es der Stellung des Justizministers nicht, sich an die Stelle der Staatsanwaltschaft zu setzen und ihrer pflichtmäßigen Prüfung der Frage, ob in einem bestimmten Falle eine Strafverhandlung einzuleiten sei, durch Weisungen, für welche es ihm an jeder verläßlichen Grundlage fehlen muß, vorzugreifen, noch weniger aber ist er berufen, die Erscheinungen der periodischen oder nichtperiodischen Tagesliteratur zu diesem Zwecke zu durchforschen.

Die vorliegende Interpellation jedoch muß ich ihrem sachlichen Inhalte nach als eine amtlich an mich gelangte Anzeige betrachten, und leite dieselbe daher zur gesetzmäßigen Amtshandlung an die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien, und zwar eben an diese, weil der Wiener Staatsanwalt durch das Bekanntwerden der Interpellation veranlaßt ward, mich davon in Kenntniß zu setzen, daß er vermuthe, es sei die in der Interpellation erwähnte Angelegenheit entweder identisch oder doch in nahem Zusammenhange mit einem Gegenstande, welcher sich seit langer Zeit in Folge von direct an ihn gelangten Anzeigen in Zeitungsartikeln in seinen Händen befindet und bezüglich dessen er mit der Ansammlung und Vorbereitung des sehr umfangreichen Materials beschäftigt ist, das ihn in den Stand setzen soll, weiter seines Amtes zu handeln. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Es wurde vom Herrn Abgeordneten Ritter v. Wittmann ein Antrag eingebracht, um dessen Verlesung ich ersuche.

Schriftführer **Neuwirth** *(liest den Antrag aus 623 der Beilagen)*.

**Präsident:** Ich werde diesen Antrag in Druck legen lassen und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Ich erlaube mir vorzuschlagen, daß die nächste Sitzung Montag, den 5. d. M., 11 Uhr Vormittags, stattfinde *(Zustimmung)*, mit folgender Tagesordnung:

1. Dritte Lesung des Gesetzes, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen *(624 der Beilagen)*;

2. Fortsetzung der Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Sachen *(609 der Beilagen)*.

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß

der Strafgesetzausschuß für morgen, Sonntag 11 Uhr, und

der Steuerreformausschuß für heute Abends 6 Uhr zur Sitzung eingeladen sind.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung 3 Uhr 20 Minuten.)*

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

ohne Verwirrung in den Gang des großen Reformplanes zu bringen.

Die Regierung glaubt noch heute diese Frage bejahen zu können. Jede Partialreform auf diesem Gebiete hat allerdings doppelte Nachtheile. Ein Gesetz, welches in einem bestehenden Organismus eingefügt ist, wird niemals vollkommen nach allen Seiten hin passen. Die Einfügung an sich wird begreiflicherweise Schwierigkeit machen, vielfache Streitfragen werden bei der Anwendung sich leicht ergeben können über die Beziehungen der neuen Bestimmungen zu den alten. Große Mühen hat also die Praxis zu überwinden, wenn sie ein solches neues Gesetz ins Leben einführen und durchführen soll. Wenn nun der Praxis die Aufgabe gestellt wird, diese Mühen zu überwinden, nicht etwa für einen Zeitraum von ganz unberechenbarer Dauer, sondern in einem Augenblicke, wo schon wieder das Gesetz in Sicht zu sein scheint, welches die ganze auf das Inslebenführen des neuen Gesetzes verwendete Arbeit gewissermaßen zunichte machen soll, so ist das wohl eine bittere, eine entmuthigende Aufgabe, und wäre es nöthig gewesen, diese beiden Uebelstände unbedingt herbeizuführen, so hätte darin vielleicht eine Rechtfertigung für eine sonst kaum zu verzeihende Unterlassungssünde liegen können. Allein die Regierung glaubte, und die beiden Ausschüsse, welchen nun nacheinander die Prüfung ihrer Vorlagen überantwortet wurde, stimmten mit ihr darin überein, daß es möglich sei, und zwar gerade durch die Anlagen, welche die Regierungsvorlage und der Majoritätsentwurf haben, diese Uebelstände zu vermeiden oder auf ein Minimum herabzudrücken; nämlich je mehr Nachtragsgesetze den Charakter haben, daß sie sprungweise, hier in einen einzelnen Punkt eines bisherigen Gesetzes sich einfügend, dann wieder in einen anderen, dann wieder in einen dritten, desto schwieriger ist es, diese Einfügung durchzuführen. Wenn dagegen Versuche unternommen werden, eine ganze Partie des geltenden Rechtes neu zu codificiren, so ist es klar, daß die Schwierigkeiten des Ueberganges theils überwunden, theils ausgeglichen wurden durch neue Vorlagen. Ich erlaube mir gleich concret von dem Vorliegenden zu sprechen. Die Regierungsvorlage, der Majoritätsentwurf gestalten allerdings nicht ein Gesetz über das Gesammte der Execution um, aber doch eines Gesetzes über den bei weitem wichtigsten Theil derselben, nämlich den gesammten Zwangsverkauf von beweglichen und unbeweglichen Sachen; der Entwurf stellt sich dar als eine vollständig erschöpfende Codification dieses Gegenstandes; er wird in der Anwendung den hierzu Berufenen die Möglichkeit geben, den ganzen Wust alter Vorschriften und Bestimmungen, soweit sie diesen Gegenstand betreffen, die ganze unermeßliche Last von auf diesem Wortlaut gebauten Entscheidungen und Traditionen bei Seite zu schieben und für die Zukunft die einzige Quelle des Vorgehens in Bezug auf diese Materie in diesem einen in sich geschlossenen, den ganzen Gegenstand erschöpfenden Gesetze zu finden. Hier erleichtert sich schon für die Gegenwart die Arbeit der Einfügung in das Ganze. Zu gleicher Zeit aber kam hier noch etwas Anderes zu Statten. Die Reform, um die es sich auf diesem Gebiete handelt, bezweckt ein Nachbessern im Einzelnen auf praktischem Gebiete. Sie hat mit jenen großen, mehr theoretischen Principienfragen nichts zu thun, von deren Lösung die Construction des künftigen Erkenntnißverfahrens abhängt. Mündlichkeit, freie Beweiswürdigung, Gestaltung der Rechtsmittel, alles Das ist für das Erkenntnißverfahren entscheidend und all' Das hält und bedingt sich gegenseitig in solcher Weise, daß keine dieser Fragen für sich allein gelöst werden kann.

Allein das Vollstreckungsverfahren ist ein Ding für sich, unabhängig von jenen Reformen, in vielen Gesetzgebungen ganz abgelöst von dem eigentlichen Civilproceßgesetz, und auch vor Kurzem ist für das Deutsche Reich eine Civilproceßordnung erlassen worden, welche so ziemlich den wesentlichen Umfang des jetzt vorliegenden Gesetzes aus der Reichsgesetzgebung ausscheidet und der Landesgesetzgebung überläßt.

Hier ist es also möglich, die Frage, um die es sich handelt, dermaßen ins Auge zu fassen, daß sie heute gelöst werden könne mit Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse, wie sie sind und wie sie sein werden, so daß dasjenige, was die gesetzgebenden Factoren auf diesem Gebiete jetzt beschlossen haben, der Sache nach und nahezu auch dem unveränderten Wortlaute nach entweder in die neue Civilproceßordnung übertragen, oder neben derselben als selbständiges Gesetz aufrecht erhalten werden kann.

Das ändert nun auch nach der anderen Seite die Sache für die Männer der Praxis; die Arbeit, welche mit dem Inslebeneinführen des Entwurfes heute verbunden sein wird, wird versüßt durch das Bewußtsein, daß es sich nicht um eine vergängliche Arbeit handelt, sondern um eine, die, wie man es sonst immer bei neuen Gesetzen ansieht, nach aller menschlichen Erwartung für lange Zeit eine abschließende ist.

Sie wird aber noch weiter versüßt durch ein anderes Bewußtsein, daß nämlich, wenn jener Augenblick kommen sollte, in welchem die schwere Aufgabe der Durchführung einer neuen Civilproceßordnung an unsere Praktiker herantreten wird, sie einen nicht unbeträchtlichen Theil dieser Arbeit, einen, der die tägliche Thätigkeit fortwährend in Anspruch nimmt, im voraus gethan finden, daß es dann wenigstens ein Gebiet gibt, wo man nicht immerwährend dem Neuen und Neuesten gegenübersteht, sondern wo man Hergebrachtes, schon Eingewohntes neben dem Neuen fortzuführen hat.

Die Betrachtung dieser Möglichkeit war es in erster Linie, was uns den Muth gab, Ihnen Vorschläge zu machen, welche sich auf diesen Theil der Execution beziehen, dadurch für uns die Ruhe zu noch länger fortgesetzter Prüfung des Entwurfes der Civilproceßordnung im Schoße der Regierung zu erlangen und — worum es sich heute hier handelt — dem Parlamente wieder die Möglichkeit zu geben, ungedrängt durch die Bedürfnisse des Tages, ungedrängt durch laute und nicht gestillte Klagen an die ernste und sorgsame Prüfung der Civilproceßordnung heranzutreten. Das sind die Motive der Einbringung.

Die Zwecke, die in der Sache die Vorlage verfolgt, eignen sich auch zur Charakterisirung hier im Eingange der Generaldebatte. Der nächste Zweck ist eigentlich durch die negativen Bemerkungen, die voraus gingen, schon angedeutet genug. Es handelt sich vor Allem um die Klärung des Rechtszustandes auf einem Gebiete, wo es der Zweifel und Controversen mehr gibt, als auf irgend einem anderen Gebiete unserer Praxis.

Niemand, auch die Minorität nicht, verkennt dieses Bedürfniß; sie hat sich auch nachträglich genöthigt gesehen, gerade den Theil des Entwurfes, welcher hauptsächlich diesen Zweck verfolgt, in Erweiterung ihres ursprünglichen Programms in den von ihr vorgelegten Entwurf mit aufzunehmen.

Ein weiterer Zweck, den die Regierungsvorlage anstrebt und den ich offen ausspreche, weil er offen besprochen werden muß, ist die Beschleunigung des Vollstreckungsverfahrens. Ich sage, daß er offen besprochen werden muß, weil ich nicht verkenne, daß die Frage der Beschleunigung des Vollstreckungsverfahrens eine zweischneidige Frage ist.

Jede Civilproceßgesetzgebung hat sich hier ein Doppeltes vor Augen zu halten: Allzuraſch vorschreitend kann die Gesetzgebung auf diesem Gebiete allerdings die Gefahr herbeiführen, daß der Schuldner erdrückt wird, weil ihm nicht die Zeit gelassen wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Allein, meine Herren, der Herr Berichterstatter der Minorität hätte mich fast der Mühe enthoben, diese Seite der Frage weiter zu erörtern; denn seine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf gehen zum nicht geringen Theile nach der entgegengesetzten Seite hin, sie geben nämlich der Besorgniß Ausdruck, daß das Verfahren durch die Vorlage gar nicht raſcher werden wird. Ich theile diese Besorgniß in dem Umfange nicht, ich acceptire aber seine Auseinandersetzung allerdings in dem Sinne, daß ja leider ohnehin nicht daran zu zweifeln ist, daß, wenn man es mit der Justiz zu thun hat, man eine allzu große Beschleunigung niemals zu besorgen hat *(Heiterkeit)*; es liegt aber in der Natur der Dinge, ich habe mir schon einmal ein Wort in dieser Richtung anzuführen erlaubt, daß Derjenige, welcher bei jedem Schritte achtsam um sich blicken muß, ob er nicht gegen Jemand Unrecht thue, langsam, vorsichtig und mit einer gewissen Feierlichkeit vorschreite, es liegt in der Natur der Dinge, daß eine Procedur, bei welcher niemals bloß Einer in Betracht kommt, bei welcher widerstreitende Interessen zum Worte kommen, Anhaltspunkte zu Aufhaltungen und Verzögerungen bieten muß, welche zu überwinden schwer genug sein werden. Es kann sich also nur darum handeln, ganz unnöthige und nicht zu rechtfertigende Anlässe zu Verzögerungen und solche Dinge zu beseitigen, welche chicanös ausgebeutet werden können, um einen Zustand zu schaffen, welcher nahe an denjenigen grenzt, wo man sagen kann, daß das klar anerkannte und richterlich festgestellte Recht eigentlich erst zu jenem Zeitpunkte durchsetzbar wird, wo es dem Schuldner gefällig ist, daß es soll durchgesetzt werden können. Vor jenem anderen Extrem muß sich jede Gesetzgebung, die sich achtet und jede Gesetzgebung, die wirklich im Auge behält, was die volkswirthschaftlichen Zustände fordern, allerdings hüten. Nun, meine Herren, auf wen auf diesem Gebiete zuerst zu sehen ist, das darf man doch nicht aus den Augen verlieren. Wenn einmal durch richterliches Urtheil festgestellt ist, wo das Recht und wo das Unrecht sei, wenn feststeht, daß der Zustand, der besteht, nicht derjenige ist, welcher dem Rechte entspricht, dann geziemt es wohl der Gesetzgebung und den ausführenden Organen, darauf zu dringen, daß der dem Rechte entsprechende Zustand hergestellt, ja daß er bald hergestellt werde. Man vergißt sehr leicht, wenn man bloß an den Schuldner denkt, daß auch der Gläubiger wieder Schuldner ist, daß die Mittel zur Befriedigung einer Schuld oft nur durch Hereinbringung einer andern Schuld beschafft werden können, daß so eine Verkettung von verzögerter Erfüllung von Verbindlichkeiten entsteht, welche wirthschaftlich die allerschwersten Nachtheile bereitet. Man vergißt namentlich, daß für den Kaufmann Zeit nicht bloß Geld ist, sondern sehr oft für ihn Zeit Ehre und Existenz ist, man vergißt endlich, daß der Zustand der Schuldgesetzgebung in einem Lande der wesentliche Factor für die Creditgewährung ist *(Rufe: Richtig!)*, die Wohlthat, die heute dem säumigen Schuldner zutheil wird — und der säumige Schuldner ist doch in der Mehrzahl der Fälle ein schon abwärts Gehender, ein kaum mehr zu Rettender — die Wohlthat, die ihm heute durch maßlose Verzögerung der Execution individuell zutheil wird, sie wird bezahlt damit, daß in anderen Fällen die Geneigtheit zur Creditgewährung sich vermindert, in Fällen, wo durch leichtere Creditbeschaffung ein nur Wankender noch zu retten wäre, sie wird bezahlt damit, daß die Creditgewährung, wo sie schon zu erlangen ist, zum mindesten vertheuert wird, weil die Assecuranzprämie für eine zu besorgende maßlose Verschleppung mit in Anschlag gebracht werden

muß. Die Verschleppung der Execution hat aber noch eine andere Wirkung, die Wirkung nämlich für Dritte, und das hängt mit der Creditfrage wieder zusammen. Je länger die Execution, namentlich die Execution in Bezug auf Immobilien dauert, desto mehr sammeln sich die Lasten an, welche aus dem Executionsobjecte zur Befriedigung gebracht werden sollen, desto schlechter wird die Lage der in späterer Priorität erscheinenden Gläubiger, und eine Schuldgesetzgebung, welche es dahin bringt, daß der Zeitpunkt unberechenbar ist, innerhalb dessen eine executionsfähige Forderung auch realisirt werden kann, bringt es auch dahin, daß die Bedeutung der Summen ganz unberechenbar wird, welche einer bestimmten Pfandforderung vorzugehen vermögen. Nun kommen die unmittelbaren Preise in Betracht — und damit fasse ich ins Auge einen weiteren Zweck der Vorlage — die unmittelbaren Preise, welche der Schuldner für die Verschleppung der Execution zahlt, nämlich die Vertheuerung der Execution. Alles, was das Executionsverfahren schwerfällig macht, muß natürlich bar bezahlt werden, denn es bedeutet unnöthige Kosten, es bedeutet unnöthige Arbeit, und wenn der Execut auch zuletzt zahlt, er zahlt am empfindlichsten. Alles also, was geeignet ist, die Execution zu vereinfachen, ist geeignet, sie wohlfeiler zu machen, und was sie wohlfeiler macht, kommt Niemandem in höherem Grade zu Statten, als Demjenigen, welchen scheinbar eine größere Raschheit am meisten drückt: dem Schuldner.

Einen weiteren Zweck muß jeder österreichische Justizminister vor Augen haben bei jeder das gerichtliche Verfahren betreffenden Angelegenheit, und das ist die Entlastung der Gerichte von entbehrlicher Arbeit. Meine Herren! Das österreichische Publicum ist gewöhnt, von unseren Gerichten mehr zu fordern, als in der weitaus größeren Mehrzahl der Länder, die Gerichte dem Publicum bieten. Es ist das gewiß ein Zeichen ehrenden Vertrauens, das von Niemandem dankbarer hingenommen werden kann, als von mir; aber es drückt sich darin doch auch eine gewisse Bequemlichkeit aus, welche man gewiß gern befriedigt, solange die Mittel dazu vorhanden sind, allein die Mittel fangen an sehr schmal zu werden.

Die unvermeidlichen, die unabwälzbaren Aufgaben, welche der Justiz zufallen, sind im fortwährenden Steigen begriffen.

Es liegt das in der Zunahme der Bevölkerung, es liegt in der Gestaltung der wirthschaftlichen Verhältnisse; wie immer sie sich gestalten, bloß daß sie sich ausdehnen, genügt, um die Aufgaben der Justiz zu steigern.

Geht es gut, so hebt sich der Verkehr, belebt sich das Geschäft, und es fällt der naturgemäße Antheil davon auf die Justiz; geht es schlimm, dann kommen die Processe, dann kommen die Executionen, dann kommen die Concurse, und das Ergebniß ist immer, daß am Schlusse des Jahres eine sehr bedeutende Steigerung der Geschäfte von allen Seiten nachgewiesen wird.

Mit der wachsenden Arbeitslast vermag weder das Personale, noch vermögen die Geldmittel, die zur Verfügung stehen, im gleichen Maße Schritt zu halten.

Was bleibt also für den denkenden Beobachter dieser Zustände übrig, als daß man bei jedem Punkte, keinen für zu klein erachtend, sorgfältig erwägt, ob es möglich sei, eine Zeile weniger zu schreiben, eine Nummer weniger den Gerichten aufzunöthigen, denn die Zeile in dem einzelnen Falle, der auszufüllende sogenannte Schimmel in dem einzelnen Falle, der erspart werden kann, bedeutet eine Entlastung, die in die Hunderttausende geht. Entlastungen dieser Art, nur bescheiden in Anspruch genommen, nur insoweit in Anspruch genommen, als sie sich vertragen mit der von mir früher geschilderten und nun einmal von uns zu respectirenden Gewohnheit des österreichischen Publicums, Entlastungen solcher Art strebt der Entwurf ebenfalls an, hoffen wir, sie auf diesem Wege zu erreichen.

Darf ich nun die Mittel kurz charakterisiren, die zu diesem Zwecke ins Auge gefaßt sind, so bestehen sie der Hauptsache nach darin, daß der Entwurf sich bemüht, einen Gegensatz hervorzubringen gegen die bisherige Gliederung des Executionsverfahrens. Durch die uns eigenthümliche Uebertragung gewisser Principien des Erkenntnißverfahrens in das Vollstreckungsverfahren hat unser Vollstreckungsverfahren eine Eintheilung in Grade erfahren, welche dahin führt, daß hier gerade so wie im Erkenntnißverfahren der Richter eigentlich unbeweglich bleibt und er von Schritt zu Schritt, von Act zu Act durch ein specielles Gesuch der Partei aufgefordert werden muß, daß er auf dieses Gesuch einen Bescheid zu ertheilen hat, daß er das unmittelbar von ihm Gebetene zu gewähren hat, damit aber die Angelegenheit gewissermaßen für ihn aus der Welt kommt. Der weitere Verlauf kümmert jetzt wieder nur die Partei; erst wenn die Partei einen neuen Schritt thut, dann muß sich wieder ein Richter finden, der sich damit beschäftigt, neue Bescheide, neue Verfügungen zu treffen; dann bricht die Execution eben wieder ab.

Da steht es aber anders als im Erkenntnißverfahren. Hier handelt es sich ja nicht um einzelne Schritte, hier handelt es sich um einen Zweck, hier steht ein Mann, der ein Urtheil hat und der will, daß diesem Urtheile Recht widerfahre, ein Mann, der Geld zu fordern hat, um concreter zu sprechen, und zu seinem Gelde kommen möchte. Er ruft den Richter an, er verlangt, daß dieser ihm dazu helfe, und er bezeichnet ihm auch das Object, auf das er greifen will; und der Entwurf meint nun, daß von diesem

Momente an das ganze Verfahren ein einheitliches Tempo einhalten, ein Ganzes bilden soll, daß eine bestimmte Person berufen sein soll, dieses Ganze auch im Zusammenhange zu halten, daß Begehren und Forderungen der Parteien nur dann ausdrücklich verlangt werden, wo in der That sachlich etwas Neues beizubringen ist, im Uebrigen aber das, was in der Natur der Sache liegt, um das Vollstreckungsverfahren im Gang zu erhalten, von Amtswegen veranlaßt werde, daß dadurch eine Masse von Einzeleingaben, von Einzelbescheiden, von Einzelzustellungen — das sind eben solche Acte, welche die Justiz fast bis zum Zusammenbruche überbürden — in Ersparung gebracht werde.

Das ist eigentlich der Grundgedanke, auf welchem der Entwurf der Majorität beruht, das ist eigentlich auch der Hauptgegensatz zwischen dem Vorschlage der Majorität und dem Entwurfe der Minorität.

Nur insoferne spielt der Gerichtsabgeordnete hier eine neue Rolle, der Gerichtsabgeordnete, gegen den wir schon so viele Bedenken haben vorbringen hören. Denn neu ist der Gerichtsabgeordnete im Executionsverfahren keineswegs.

Wenn es Ernst wird mit der Execution, so muß auch jetzt fortwährend ein Gerichtsabgeordneter bestellt werden, und jener Schreckschuß, daß eine neue Instanz geschaffen wird durch die Bestimmungen, welche gestatten, daß von den Verfügungen des Gerichtsabgeordneten erst eine Beschwerde an das Gericht gerichtet werde, so daß man etwa auf vier Instanzen kommt, dieser Schreckschuß kann Denjenigen nicht niederschmettern, welcher den jetzigen Zustand kennt und welcher weiß, daß auch jetzt der Fall natürlich unvermeidlich ist, daß man sich über das Verfahren des Gerichtsabgeordneten beschwert, und nirgend anders sich beschwert, als bei dem Gerichte, von dem er abgeordnet ist. Ich gebe zu, daß Fälle dieser Art häufig vorkommen werden. Allein das scheint mir kein Grund zu sein, eine Institution, die nach der Natur der Sache empfehlenswerth ist, zurückzuweisen, denn das Neue besteht nur darin, daß der Abgeordnete für eine ganze Aufeinanderfolge von Acten, nicht von Fall zu Fall für den einzelnen Act bestellt wird, — eine solche Institution, die sich im Concursverfahren bereits bewährt hat, darum abzuweisen, weil die Execution etwas Anderes sei, als der Concurs. Man könnte auch sagen, daß der Concurs eigentlich eine Gesammtexecution sei, und eine größere Verwandtschaft als zwischen Concurs und Execution ist kaum denkbar.

Ich lasse aber diese Theorie sehr gern bei Seite. Ich frage die Herren aus dem Leben heraus: Ist es leichter und einfacher, wenn man mit einer Reihe von aufeinanderfolgenden Acten immer an das unbekannte Gericht gewiesen ist, oder wenn eine bestimmte Person bestellt ist, an welche man sich mit mündlichen Mittheilungen, Schreiben und Anfragen unmittelbar wenden kann, und welche mit der Macht versehen ist, allen diesen Anforderungen auch sofort zu entsprechen? Etwas, was insbesonders dann ins Gewicht fällt, wenn das Gericht ein Collegium ist und der Einzelne vorgehen kann, wo sonst ein Gerichtsbeschluß eingeholt werden muß.

Diese Organisation des Verfahrens als eines einheitlichen Ganzen, wobei die Heranziehung der Partei nur insoferne stattfindet, als sie eben sachliches Material zu bieten hat, diese Einrichtung, diese Organisation gestattet aber auch, einen anderen Vortheil zu erzielen, der schon lange schwer vermißt worden ist und dessen Bedürfniß ebenfalls die Minorität anerkennt, nämlich die Institution der sogenannten „Anschließung". Das ist nämlich ein Vorgang, vermöge dessen neben demjenigen Gläubiger, welcher bereits die Execution erreicht hat, auch andere Gläubiger, welche ebenfalls gesonnen sind, Execution zu führen, sich thätig erweisen können.

Der jetzige Zustand läuft darauf hinaus, daß zahlreiche Gläubiger, welche ebenfalls in dem Falle sind, von einem Schuldner nicht bezahlt zu sein, unabhängig von einander, oft auch in verwirrender, bisweilen ihre gegenseitige Thätigkeit durchkreuzender Weise vorgehen müssen, weil ihnen keine Gewähr dafür geboten ist, daß die Execution, die einmal im Gange ist, auch wirklich zu ihrer Befriedigung führen werde.

Mir scheint, daß dieser Zustand, so beklagenswerth er ist, doch untrennbar zusammenhängt mit jener Zersplitterung der Execution in einzelne Grade, welche jetzt besteht, und ich werde später noch Gelegenheit haben, zu zeigen, daß es in der That der Minorität, welche die Voraussetzung nicht zugibt, auch nicht gelingen wird, in lebensfähiger Weise die Institution der Anschließung auf dem jetzigen Boden herzustellen.

Kühnere Schritte sind nun die weiteren, die in dem Entwurfe gemacht sind. Sie betreffen den Wegfall der Schätzung, die Reduction der Feilbietungstermine auf Einen. Die Schritte sind kühn, aber sie sind nicht unerhörte Neuerungen. Gewiß nicht, wenn man da die ausländische Gesetzgebung in Betracht zieht, sie sind es aber auch nicht für Oesterreich selbst.

Denn derjenige der beiden Punkte, der am meisten bestritten ist — die Beseitigung der Schätzung — ist zunächst in jenen Partialprivilegien schon enthalten, von denen ich früher gesprochen habe; es ist zur Stunde ein Privilegium bestimmter Institute, die Execution führen zu dürfen ohne die executive Schätzung. Und in dem Entwurfe der Civilproceßordnung, die im Jahre 1870 dieses hohe Haus passirte, ist die Beseitigung der Schätzung, soviel ich weiß, ohne Debatte acceptirt worden. Sachlich läßt sich dies auch vor Allem erklären und rechtfertigen.

Der Zwangsverkauf ist eben nichts Anderes, als ein Verkauf; er richtet sich nach denselben wirthschaftlichen Gesetzen, nach welchen sich jeder andere Verkauf richtet, und wenn es bei einem freiwilligen Verkaufe ganz gut möglich ist und täglich vorkommt, daß er stattfindet, ohne daß eine gerichtliche Schätzung vorausgegangen ist, so liegt es in der Natur der Sache, daß es in gleicher Weise auch bei dem Zwangsverkaufe geschehe. Hier noch leichter, denn hier findet eine Regelung des wahren Werthes auf einem Wege statt, welcher dort fehlt, nämlich die Feilbietung, die Concurrenz, die Heranziehung Aller, die Interesse finden, zu kaufen, sobald sie sehen, daß billig verkauft wird. Das ist es eben, welches den wahren Ausschlag über die Bestimmung des Preises gibt; diese Concurrenz zu einer ernsten und wirksamen zu machen, das ist der Hauptzweck des Verfahrens.

Daß der Verkäufer, der bei solchen Gelegenheiten auftritt, sich auf die Schätzung und auf die amtliche Bewerthung nicht verläßt — ich muß es hinzufügen — auch Ursache hat, mit Mißtrauen derselben entgegenzutreten, weil in Bezug auf die Schätzung ein Schwanken zu beobachten ist, das oft bedenklich genug ist, das ist bekannt.

Es fehlt nicht an Mitteln, jene vorläufige Bewerthung festzustellen, auf die es allein ankommt, denn die definitive Bewerthung bietet in der That nur die Feilbietung selbst.

Was nun die Feilbietung selbst betrifft, so hat man in der Ansetzung mehrerer Termine geglaubt ein Mittel zu finden, die Interessen des Schuldners zu wahren, und mit diesen Terminen hängt wieder die Schätzung zusammen, insoferne als sie zugleich den Ausrufspreis ergibt, unter welchen bei den ersten zwei Feilbietungstagfahrten, respective bei der ersten, nicht herabgegangen werden darf. Nun, die Erfahrung hat gelehrt, daß damit den Schuldnern wenig gedient ist. In der Regel sind die beiden ersten Tagfahrten vergeblich, die Kosten, die auf sie angewendet werden, sind ebenso vergeblich aufgewendet, wie die Kosten, welche auf die Schätzung, oft auf eine ganze Serie von Schätzungen verwendet werden.

Die ersten Tagfahrten bleiben unbesucht, und wenn das Object über den Schätzungswerth angebracht wird, so kommt dies ebenso häufig bei der dritten Tagfahrt vor, wie bei den früheren, wohl aber bringt die Gewohnheit des Publicums, die ersten beiden Tagfahrten als nicht ernstliche zu betrachten, sehr häufig die Gefahr mit sich, daß bei diesen an eine ernste Concurrenz nicht zu denken ist und daß, wenn der Schätzungswerth zufällig zu niedrig gegriffen ist, die Gefahr der Verschleuderung der Sache zwar etwas über dem Schätzungswerth, aber unter dem wahren Werthe sehr naheliegend ist.

So stehen die Schätzung und die Feilbietung eigentlich miteinander in Verbindung. Reducirt man die Feilbietungstermine auf Einen, so ist der Hauptzweck der Schätzung, die Fixirung des Ausrufspreises, unter welchen bei der ersten Tagfahrt nicht herabgegangen werden darf, ohnedies beseitigt.

Merkwürdigerweise hört man auch die Schätzung nicht in der Richtung vertheidigen, daß sie zur wahren Bewerthung der Güter unentbehrlich sei; man hört — wenigstens mir ist es bei den Ausschüssen so ergangen, und es ist dies auch eine Frage, die bei der Berathung im Plenum hauptsächlich discutirt werden wird — die Schätzungsarbeit nicht als Hauptsache für die Festsetzung des Werthes, sondern für die Beschreibung des in Execution zu ziehenden Objectes bezeichnen. Das ist der Gesichtspunkt, welchem die Majorität des Ausschusses in ihrer Weise durch einen Specialvorschlag Rechnung zu tragen gesucht hat.

Ich kann die Schätzung aber nicht verlassen, ohne an einem drastischen Beispiele zu zeigen, welche Vergeudung mit richterlicher Kraft in Oesterreich getrieben wird.

Meine Herren! Sie wissen und Sie wußten es natürlich vor meinen Auseinandersetzungen, was die Schätzung eigentlich bedeutet. Was hat dabei eigentlich der Richter zu thun? Anderswo, wenn man eine Schätzung vornimmt, schickt man einen Experten, welchen das Gericht bestimmt hat, aus, damit er die Sache besichtige und sein Gutachten abgebe. Unsere Civilproceßgesetzgebung bringt aber die Schätzung in Verbindung mit dem Beweise durch Sachverständige überhaupt, wie er im Erkenntnißverfahren stattfindet. Die Folge davon ist, daß der schon dort in vielen Fällen überflüssige, aber in manchen nothwendige Richter für Zwecke der Einschätzung in Anspruch genommen wird, wobei der richterliche Beamte wahrhaftig gar keine Aufgabe zu erfüllen hat, da nur dies eine Aufgabe ist, die begreiflich nicht im Gerichtsorte besorgt werden kann, sondern auf dem Wege der Excursion besorgt werden muß. Dies ist eine Aufgabe von großer Kostspieligkeit für die Parteien, und eine Aufgabe, die in sehr weitgehender Weise die Kräfte des richterlichen Personales für ein Geschäft in Anspruch nimmt, für welches ein Richter gar nicht nothwendig ist. Es ist das nur eines von jenen zahlreichen Beispielen dafür, daß mit den Kräften des Beamtenpersonales nicht so hausgehalten wird, wie es unsere Zustände dringend fordern.

Eine andere wichtige Abweichung des Entwurfes von dem bisherigen Zustande wird wohl zugleich als eine Compensation erscheinen für Manches, was im bisherigen Gange der Dinge etwa zu leichtfertig und zu flüchtig erscheinen mag. Es fehlt auch sonst nicht an Compensationen; ich bemerke, daß der Entwurf, wenn er einerseits die Feilbietungstagfahrt reducirt, anderseits eine erhöhtere, detaillirtere Vorsichtsmaßregel in Bezug auf das Bekanntwerden der Feilbietung getroffen hat, und damit einem lebhaft empfundenen praktischen Bedürfnisse nachkommt. In dieser Rich-

tung liegt auch dasjenige, was der Entwurf der Majorität in Bezug auf die Feilbietungsbedingnisse festsetzt. Es handelt sich um einen Punkt, welcher jetzt geradezu ungeregelt ist, in Bezug auf die Form des Vorganges und in Bezug auf die Sache. Hier, wo die Interessen des Executen, wo die Interessen der anderen Realgläubiger auf das wesentlichste getroffen werden, hier hat unsere Gesetzgebung gar keine Vorsorge getroffen; der Executionsführer allein stellt die Feilbietungsbedingnisse fest, und wie der Richter sich dazu zu verhalten habe, ob er prüfen soll, ob er das Interesse des Executen und eines Dritten ins Auge fassen soll, wie er den Zeitpunkt dieses Actes festsetzen soll, diese außerordentlich wichtigen und so tief ins Leben eingreifenden Punkte sind gänzlich ungeregelt, und man findet erst im Entwurfe eine Regelung.

Das glaube ich in Bezug auf das von mir früher erwähnte Thema, in Bezug auf die Frage der Vertheilung des Meistgebotes bemerken zu sollen. Mit dem dritten Grad der Execution, mit der Feilbietung, verläßt uns der Leitfaden des Gesetzes, es fehlt an einem festen Anhaltspunkte selbst dafür, wer den Anstoß zu dem weiteren Verfahren zu geben hat, es fehlt mit Ausnahme eines kleinen Gebietstheiles, welches in dieser Beziehung befriedigende Vorschriften besitzt über die Procedur, über die Lösung tief eingreifender, für die Existenz der Menschenschicksale geradezu maßgebender Fragen, welche bei einer solchen Meistgebotvertheilung die Regulirung des Vermögensstandes oft einer ganzen Familie, oft einer Reihe von Familien enthalten, ja an jedem sicheren Anhaltspunkte. Der Entwurf bietet Ihnen diese, und die Majorität war so glücklich, hier auch die Zustimmung der Minorität zu finden.

Ich darf jetzt über das Uebrige flüchtiger hinausgehen, mich auf bloße Andeutungen der sonstigen Verbesserungen, die der Entwurf darbietet, beschränken. Auf dem Gebiete der Mobiliarexecution herrscht jetzt ein Zustand geradezu heilloser Verwirrung, besonders an Orten, wo mehrere Gerichtshöfe ihren Sitz haben, an Orten, wie Wien und Prag, wo ein Landesgericht, ein Handelsgericht und eine Anzahl von Bezirksgerichten sich vorfinden. Diese drei verschiedenen Gerichte können sehr leicht in Bezug auf jeden einzelnen Punkt gleichzeitig Execution führen, sie wissen nichts von einander, es fehlt an jeder Vorsorge für die Herstellung eines Zusammenhanges, und die Verwirrung, die daraus erwächst, wenn verschiedene Gläubiger bei verschiedenen Gerichten in dieser Weise Executionen betreiben, ist eine leicht in die Augen springende. Es kommt dazu, daß gerade an diesen Orten die Richtercollegien mit Arbeit schwer überlastet sind; insbesondere brauche ich nur das Wiener Handelsgericht zu nennen, welches trotz aller Personalvermehrungen, die ich bestrebt war ihm zuzuwenden, durch die Last der steigenden Arbeiten bis zum Erdrücken getroffen wird. Sie haben, meine Herren, auch hier wieder ein Beispiel; das Handelsgericht hat eine ganz bestimmte specifische Aufgabe; dieser seiner Aufgabe, für welche seine Kräfte kaum ausreichen, wird es nun dadurch entrückt, daß es eine riesige Anzahl von Mobiliarexecutionen bis zum letzten Punkte durchzuführen hat, für welche es nicht eines Richtercollegiums, am allerwenigsten noch eines Handelsgerichtes bedürfe, sondern die ganz gut durch die Bezirksgerichte besorgt werden könnten. Der Entwurf schlägt Ihnen nun vor, in diesem Punkte Ordnung zu machen, Klarheit in die Dinge zu bringen; und ich kann versichern, daß Niemand, der sich die Mühe genommen hat, um den Entwurf sich zu kümmern, sich des Ausrufes der Freude hat erwehren können, daß Aussicht vorhanden sei, diesem Zustande ein Ende zu machen, wenn er die Bestimmungen des Entwurfes ins Auge gefaßt, die sich hierauf beziehen. Diese Bestimmungen haben aber auch gestattet, ein Weiteres zu thun, nämlich die Anschließung dadurch zu ermöglichen, daß jetzt sich bei einem bestimmten Gerichte die Mobiliarexecutionen gegen eine bestimmte Person concentriren, nämlich bei demjenigen Gerichte, wo die Gegenstände sich befinden. Aber auch für die Kehrseite ist Vorsorge getroffen und damit ein einstweiliges Surrogat geschaffen für das Institut, welches schon einst bei uns bestand und vielleicht wird wieder eingeführt werden müssen, nämlich die sogenannte Vollstreckungsclausel. Praktisch hat dieses Institut nur in einem Falle einen Werth, nämlich wenn der Executionsführer findet, er könne leichter zum Ziele kommen, wenn er selbst dasjenige Gericht, das zur Ausführung in Anspruch genommen werden soll, in Bewegung setzt, statt, wie es sonst die Regel ist, durch das erkennende Gericht in Requisition setzen zu lassen. Auch dafür hat der Entwurf ausreichend gesorgt.

Ich erwähne noch untergeordneter Punkte, Bestimmungen über die Veräußerung von Werthpapieren, welche in anderer Weise als die normale Mobiliarexecution vor sich gehen muß, Bestimmungen über die Art der Einhebung von Kosten, bei welchen große Schreibereien und schwere Belästigungen der Parteien vermieden werden.

Ich erwähne schließlich noch Eines. Einer der letzten Paragraphe des Entwurfes soll es der Regierung ermöglichen, Vorkehrungen zu treffen, um Auctionsanstalten ins Leben zu rufen und damit einen der wundesten Punkte unserer jetzigen Zustände zu beseitigen.

Auf dem Gebiete der Immobiliarexecution sind begreiflicherweise die Aenderungen noch tief greifender. Ich darf da einen Moment verweilen, um den Gegensatz zwischen dem, was besteht, und dem, was geschaffen werden soll, Ihnen recht augenfällig zu machen. Der erste Schritt der Immobiliarexecution ist bei uns der, wo die allgemeine Gesetzordnung gilt, die Gewährung des executiven Pfandrechtes; in dieser

Allgemeinheit ist ein Mißverständniß einer Bestimmung der allgemeinen Gesetzordnung, welches sich eben forterhalten hat. Die allgemeine Gesetzordnung spricht nämlich zunächst von dem Falle, wo Jemand Execution führt, der noch kein Pfandrecht an der Sache hat, und in allgemeinen Ausdrücken heißt es nun, es solle zunächst der Richter dem Gläubiger, der es verlangt, das executive Pfandrecht einräumen. Die Frage, ob denn dies auch in dem Falle nöthig sei, wenn man bereits ein Pfandrecht besitzt, ist nicht entschieden. Aber schon das nächstfolgende Gesetz, die westgalizische Gesetzordnung, gab die natürliche Antwort darauf, daß man Demjenigen, der ein Pfandrecht bereits hat, nicht erst eines zu gewähren braucht. Alle nachfolgenden österreichischen Civilproceßgesetze, die auf dieser Basis beruhen, haben Ordnung gemacht; aber in jenem großen Complexe, wo die allgemeine Gesetzordnung gilt, besteht noch fort jener schwerfällige, mit einer Masse von Verbücherungsacten verbundene, großen Zeitaufwand erfordernde Mißstand, daß es dem Pfandgläubiger, der ein Pfandrecht bereits besitzt, obliegt, neuerdings eine Einräumung des executiven Pfandrechtes anzusuchen, daß diese Einverleibungsbewilligung in gleicher Weise gewährt werden muß, als wenn es sich um ein neues Pfandrecht handeln würde, allerdings mit Verweisung auf den Ort des früheren Pfandrechtes, daß alle Zustellungen und Grundbuchsmanipulationen, die damit im Zusammenhange stehen, durchgeführt werden müssen, ehe weiters nur ein Schritt denkbar ist.

Und diese Masse von Schreibereien führt nicht einmal dahin, daß wenigstens der Vortheil erreicht wird, daß man nun in öffentlichen Büchern allerdings die Interessenten davon in Kenntniß setzt, daß jetzt die Execution stattfindet, und daraus die erleichternden Consequenzen gezogen werden, denn das executive Pfandrecht ist oft für ein Dutzend Leute eingetragen. Die Folge davon ist, daß bei jedem neuen Executionsstadium sodann der neueste Grundbuchsextract herbeigeschafft werden muß und die Partei wie der Richter auf das aufmerksamste prüfen müssen, ob nicht inzwischen Veränderungen von Gläubigern hinzugekommen sind, die noch nicht verständigt sind; denn die Unterlassung einer solchen Verständigung kann die Vernichtung der betreffenden Feilbietung und die heilloseste Verwirrung zur Folge haben.

Ich bitte die Herren, zu erwägen, was für eine Summe von Arbeit und ganz nutzloser Arbeit sich lediglich hieran knüpft. Diesem Zustande will der Entwurf ein Ende machen, indem er da, wo bereits ein Pfandrecht besteht, die Einverleibung des executiven Pfandrechtes entbehrlich und überflüssig macht. Ich will nicht ins Detail der Einverleibung eingehen, da ich jenen Zweck der Vereinfachung, der angestrebt wird, schon früher geschildert habe.

Ein großer Uebelstand, welcher sich oft in einer das Rechtsgefühl verletzenden Weise fühlbar macht, besteht darin, daß der Zug der Execution ins Maßlose verschleppt werden kann, daß die Schuldner die Executionsobjecte deterioriren und fast zum Verschwinden bringen.

Noch häufiger geschieht dies in dem Zwischenraum zwischen der Feilbietung und der wirklichen Besitzeinnahme des Erstehers. Gegen diese beiden schweren Uebelstände schafft der Entwurf Abhilfe, welche ebenso im Interesse der Rechtsordnung, wie der Moral gelegen ist.

Ich schließe die Aufzählung der Details; vielleicht bin ich schon zu weit gegangen, allein die Rechtfertigung dafür liegt in der eigenthümlichen Lage, in welcher die Regierung und der Majoritätsantrag sich gegenüber dem Minoritätsantrage befinden, welcher Ihnen vorschlägt, ihn eben als Basis für die Specialberathung anzunehmen, denn — um es kurz zu sagen — von dieser langen Reihe von sachlichen Verbesserungsvorschlägen, welche die Regierung und die Majorität Ihnen vorschlägt, von dieser langen Reihe haben nur 2½, müßte ich eigentlich sagen, den Beifall der Minorität gefunden. Und was Ihnen die Minorität vorschlägt, ist, daß sie mit einem Votum am Schlusse der Generaldebatte, ohne die anderen Reformmaßregeln nur geprüft zu haben, mit einem Votum beseitigt und auf dasjenige beschränkt, was die Minorität Ihnen empfehlen zu können glaubt; das aber, was sie Ihnen empfiehlt, ist nach allen Seiten hin geradezu jene sprunghafte Arbeit, bloß im Einzelnen zu bessern, deren Nachtheil ich früher geschildert habe; das ist ferner eine bloße Reduction der Feilbietungstermine, eine Reduction, bezüglich welcher wir uns die Sache, wie ich glaube, praktisch so denken müssen: Gesetzt, in der künftigen Civilproceßordnung würden durch die Annahme dessen, was hier vorgeschlagen wird, die Feilbietungtermine auf nur Einen reducirt, während die Minorität dieselben jetzt von drei auf zwei herabsetzt, so hätten wir die Aussicht, daß nach einiger Zeit wieder ein neuer Zustand eintritt, welcher in einer das Volk verwirrenden Weise die Termine wieder von zwei auf Einen herabsetzt.

Die Minorität tritt den Bestimmungen in Bezug auf die Meistbotvertheilung bei, die gewiß nützlich und wünschenswerth sind; aber ich glaube nicht, daß irgend Jemand um dieser allein willen ein neues Gesetz vorgeschlagen hätte. Sie glaubte ferner, die Bestimmungen in Bezug auf die Anschließung auch gerettet zu haben. Ich muß leider sagen, daß ich der entgegengesetzten Meinung bin, denn — ich habe die Gründe dafür bereits angegeben — bei der Mobiliarexecution muß sie ihren Zweck verfehlen, weil jene Concentration, welche die Execution bestimmt, an dem Orte, wo sie eintritt, nicht herbeigeführt wird.

Allein auch bei der Immobiliarexecution liegt es in der Natur der Sache, daß, wenn die Execution nicht einen einheitlichen Act bildet, sondern eine Zersplitterung in einzelne Acten besteht, auch die Anschließung nur diese letztere Form haben kann; praktisch stellt sich bei der Immobiliarexecution in der That heraus, daß erst nach der ersten Schätzung die Anschließung einen Werth haben kann; denn in Bezug auf die Schätzung wird uns ausdrücklich gesagt, daß sie eigentlich nur dann im Wege der Anschließung wegfallen kann, wenn alle drei Interessenten damit einverstanden sind. Nun, in diesem Falle kann sie jetzt auch wegfallen; es findet sich aber selten dieses Einverständniß, wie es in der Natur der Sache liegt.

Was für Gründe gibt nun die Minorität für dieses ihr Vorgehen an? Sachlich kaum mehr als die Bedenken in Bezug auf den einen oder anderen Punkt, formell die Verweisung auf die Civilproceßordnung; sie sagt, das, was sie vorschlägt, könne allenfalls jetzt geschehen, das Uebrige sei jedoch besser der Civilproceßordnung vorzubehalten.

Nun, es ist sehr schwer, den Zusammenhang hier zu discutiren; der Regierung erscheint es nicht als nothwendig, der Justizausschuß war derselben Meinung; trotzdem hatte das hohe Haus berechtigte Bedenken, und speciell um diese Frage zu lösen, hat es den ganzen Entwurf auch dem neugewählten Ausschusse für die Civilproceßordnung zugewiesen, und auch dieser, von seinem Standpunkte aus, hat in seiner weit überwiegenden Majorität die Ansicht ausgesprochen: es besteht kein solcher Zusammenhang zwischen den beiden Arbeiten, welcher es nothwendig machen würde, daß die Reform deßhalb verschoben werde. Und in der That vermöchte ich kaum einen anderen Nexus als denjenigen zu finden, welcher sich auf die Frage der Gerichtsvollzieher bezieht. Und nun ist von allen Neuerungen, welche die Civilproceßordnung schafft, die Frage der Gerichtsvollzieher die problematischeste, und der Entwurf selbst hat dieselben so ins Auge gefaßt, daß sie für überall in keiner Weise in Betracht kommen können; er ist also ohnehin schon so gefaßt, daß die Möglichkeit, ohne Gerichtsvollzieher vorzugehen, auch in der künftigen Civilproceßordnung wird im Auge gehalten werden müssen. Es ist also nicht abzusehen, wie die Frage der Gerichtsvollzieher, die sich überdies meines Erachtens sehr einfach gestaltet, hier präjudiciren könne. Man wird den Gerichtsvollziehern wahrscheinlich, wo sie irgend eingeführt werden, sehr gern den letzten Act der Mobiliarexecution übertragen; man wird ihnen aber in Oesterreich eine Ingerenz auf die Realexecution, auf die Execution in Bezug auf Immobilien, nach meiner Ueberzeugung niemals übertragen und damit ist auch praktisch die Frage der Gerichtsvollzieher für die Execution meines Erachtens erledigt.

Gehen wir nun auf die Sache selbst ein, so hat man sich zwei Fragen zu stellen: Gewinnt die Executionsordnung etwas durch einen Aufschub; gewinnt die Civilproceßordnung durch den Aufschub, der von der Minorität vorgeschlagen wird?

Erlauben Sie, daß ich zunächst das Letztere ins Auge fasse. Ich thue gewiß der Minorität und Vielen in diesem hohen Hause, denen die Sache nicht unbedenklich ist, kein Unrecht, wenn ich sage, eigentlich ist es ein gewisses Mißbehagen gegen die Verworrenheit der Fragen, um die es sich hier handelt; eine Besorgniß, daß sie zu tief eingreifen könnten in das, was hinter alledem sich bemerkbar macht. Nun, meine Herren, da, scheint mir, ist es doch nothwendig, daß man sich klar macht, daß diese selben Fragen auch bei Gelegenheit der Berathung der Civilproceßordnung auftauchen werden. Glaubt man nun, daß sie bei dieser Gelegenheit mit der gleichen Sorgfalt und Gründlichkeit berathen und entschieden werden können, wie in einem selbständigen vorausgehenden Gesetze? Jetzt hat der Ausschuß mehrmals die Vorlage durchberathen, ein anderer dieselbe oberflächlich geprüft; am hohen Hause ist es jetzt, die einzelnen Fragen einzeln zu entscheiden.

Wenn aber die Executionsordnung vor das hohe Haus als Anhang zur Civilproceßordnung kommt, glaubt man wirklich, daß diesen praktisch tief eingreifenden, aber nichts weniger als blendenden Fragen in diesem Falle jene Aufmerksamkeit wird zugewendet werden können, welche heute ihnen zugewendet wird? Glaubt man umgekehrt, daß die Berathung der Civilproceßordnung gefördert werden kann, wenn allen jenen Zweifeln, die uns heute bewegen und die heute zum Ausdrucke kommen werden, wenn ihnen noch hinzugefügt wird jene maßlose Summe von Bedenken, die ohnehin ein Theil der Civilproceßordnung erregen muß, wenn vielleicht nach langen Berathungen das Schicksal des Entwurfes abhängig gemacht wird von einer Streitfrage über Fragen der Executionsordnung, die dort untergeordneter Natur sind, die aber bei jenem Zusammenhange, wenn sie zum Austrage gebracht werden, möglicherweise das Ganze neuerdings zum Scheitern bringen? Ist es nicht für die Berathung der Civilproceßordnung gewiß förderlicher, wenn ein großer Theil der Arbeit vorweggenommen wird, vorweggenommen wird durch die Entscheidung dieses hohen Hauses?

Was nun die Executionsordnung betrifft, so steht es meines Erachtens so: Wenn heute das hohe Haus den Antrag der Minorität als Basis der Specialberathung annimmt, so ist damit eine große Reihe von Reformmaßregeln, die ich früher geschildert habe, von der Ausführung beseitigt, das ist das praktische Resultat, beseitigt zum mindesten für so lange, bis die neue Civilproceßordnung zu Stande kommt. Kommt sie sehr spät zu Stande, so sind alle

Interpellation Wörtz et cons. wegen Fakten aus Brochure Lasser genannt Auersberg

bis 57-60



# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. — VIII. Session. 229. Sitzung,

**am 30. Jänner 1877.**

### Inhalt:

Regierungsvorlagen, betreffend:

1. Bestimmungen in Ansehung der Contadinen- und Colonenverhältnisse in einigen Gerichtsbezirken Dalmatiens (616 der Beilagen);
2. die Abänderung der Bestimmungen des Anhanges der Reichsrathswahlordnung
   a) in Betreff der Wahlbezirke in Galizien mit Krakau d) Landgemeinden, Z. 12 und 17 (617 der Beilagen);
   b) in Betreff der Wahlbezirke in Böhmen d) Landgemeinden, Z. 1, 13, 14 und 15 (618 der Beilagen);
   c) in Betreff der Wahlbezirke in Oesterreich unter der Enns d) Landgemeinden, Z. 9 (619 der Beilagen);
3. die Eröffnung von Nachtragscrediten zum Staatsvoranschlage für das Jahr 1877 (620 der Beilagen).

Zuschrift des Handelsministers, womit der Gesetzentwurf, betreffend den Bau neuer Eisenbahnlinien auf Staatskosten und die Eröffnung von Specialcrediten rücksichtlich der Arlbergbahn, Predilbahn und der Bahnlinie Czernowitz-Nowosielica von der verfassungsmäßigen Behandlung zurückgezogen wird.

Abwesenheitsanzeigen und Urlaubsertheilung.

Petitionen.

Interpellationen:

1. des Abgeordneten Herman und Genossen an den Finanzminister, betreffend die bei den Vermessungsoperaten im Schätzungsbezirke Luttenberg zur Verwendung kommende Amtssprache;
2. des Abgeordneten Ritter v. Wörtz und Genossen an den Justizminister, betreffend die Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung der in der Broschüre „Lasser, genannt Auersperg, eine cisleithanische Studie" angeführten strafbaren Handlungen, beziehungsweise die Gründe der Unterlassung der Verfolgung derselben.

Fortsetzung der Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen (610 der Beilagen — Generaldebatte — Specialdebatte über Artikel I und II).

---

**Beginn der Sitzung 11 Uhr 15 Minuten.**

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer,** theilweise Vicepräsident Dr. **Vidulich.**

Schriftführer: Freiherr v. **Kotz,** Dr. Edler v. **Plener, Auspitz.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg,** Minister des Innern Freiherr v. **Lasser,** Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. **Stremayr,** Justizminister Dr. **Glaser,** Minister Dr. **Unger,** Handelsminister Ritter v. **Chlumecky,** Finanzminister Freiherr v. **Pretis,** Minister Dr. **Ziemialkowski,** Ackerbauminister Graf **Mannsfeld.**

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionsrath **Pollanetz,** Regierungsrath **Steingraber.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 27. d. M. wurde keine Einwendung erhoben. Dasselbe ist somit genehmigt.

Von dem Herrn Minister des Innern, dem Herrn Handelsminister und dem Herrn Finanzminister sind Zuschriften eingelangt, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Entschließung vom 23. Jänner l. J. habe ich die Ehre, dem löblichen Präsidium den beiliegenden Gesetzentwurf, enthaltend Bestimmungen, welche sich in Ansehung des Contadinen- und Colonenverhältnisses in den Gerichtsbezirken Ragusa, Ragusa vecchia, Stagno und Sabioncello im Königreiche Dalmatien als wünschenswerth darstellen *(616 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Gesetzentwurf als Regierungsvorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 27. Jänner 1877.

Der k. k. Minister des Innern:

Lasser."

**Präsident:** Der diesbezügliche Gesetzentwurf ist in Druck gelegt und heute vertheilt worden. Derselbe wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, dem löblichen Präsidium die anruhende Regierungsvorlage wegen Abänderung der Bestimmungen des Anhanges der Reichsrathswahlordnung in Betreff der Wahlbezirke in Galizien mit Krakau d) Landgemeinden, Z. 12 und 17 *(617 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieselbe der verfassungsmäßigen Behandlung gefälligst zuführen zu wollen.

Diese Regierungsvorlage ist dadurch veranlaßt, daß in Folge der mit Allerhöchster Entschließung vom 17. Juni 1876 genehmigten Uebertragung des Amtssitzes der Birczaer Bezirkshauptmannschaft von Bircza nach Dobromil in dem Landgemeindenwahlbezirke Punkt 12, Absatz 2 für die Wahl der Wahlmänner in den Gerichtsbezirken Bircza, Dobromil Ustrzyki mit dem Wahlorte Bircza der neue Amtssitz der politischen Behörden Dobromil als Wahlort zu bestimmen ist.

Ebenso ist in Folge der vom Justizministerium unterm 9. November 1876, Z. 14376 auf Grund des §. 2 des Gesetzes vom 11. Juni 1868 R. G. Bl. Nr. 59, verfügten Uebertragung des Amtssitzes des für den Bezirk Janow bestellten Bezirksgerichtes von Janow nach Zalesie die Aenderung der Bestimmung des Anhanges der Reichsrathswahlordnung in Betreff des galizischen Landgemeindenwahlbezirkes, Z. 17, Punkt 2 durch die Einführung des Gerichtsbezirkes „Zalesie" statt des Gerichtsbezirkes „Janow" nothwendig geworden.

Wien, 27. Jänner 1877.

Der k. k. Minister des Innern:

Lasser."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, dem löblichen Präsidium die anruhende Regierungsvorlage wegen Abänderung der Bestimmungen des Anhanges der Reichsrathswahlordnung in Betreff des Wahlbezirkes in Böhmen d) Landgemeinden, Z. 1, 13, 14 und 15 *(618 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieselbe der verfassungsmäßigen Behandlung gefälligst zuführen zu wollen.

Die Regierungsvorlage ist dadurch veranlaßt, daß in Folge der mit den Allerhöchsten Entschließungen vom 29. Jänner und 27. Februar 1876 genehmigten Errichtung der Bezirksgerichte Hochstadt und königliche Weinberge II mit Hinblick auf die Bestimmungen des §. 6 der Reichsrathswahlordnung die Nothwendigkeit eintritt, diese neuen Gerichtsbezirke, von welchen der erstere aus sechs Gemeinden aus dem Gerichtsbezirke Rochlitz, vier Gemeinden aus dem Gerichtsbezirke Semil und drei Gemeinden aus dem Sprengel des Gerichtsbezirkes Eisenbrod, die letzten aus 19 bisher zum Sprengel des Bezirksgerichtes Karolinenthal gehörigen Gemeinden gebildet wurde, in den Anhang zur Reichsrathswahlordnung, beziehungsweise in die betreffenden Wahlbezirke ausdrücklich einzureihen.

Wien, 29. Jänner 1877.

Der k. k. Minister des Innern:

Lasser."

„Auf Grund der Allerhöchsten Ermächtigung beehre ich mich, dem löblichen Präsidium die anruhende Regierungsvorlage wegen Abänderung der Bestimmung des Anhanges der Reichsrathswahlordnung in Betreff der Wahlbezirke in Oesterreich unter der Enns d) Landgemeinden, Z. 9 *(619 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieselbe der verfassungsmäßigen Behandlung gefälligst zuführen zu wollen.

Diese Regierungsvorlage ist dadurch veranlaßt, daß in Folge der mit Allerhöchster Entschließung vom 2. März 1876 genehmigten Errichtung der Bezirksgerichte in Ottakring und Währing mit Hinblick auf die Bestimmung des §. 6 der Reichsrathswahlordnung die Nothwendigkeit eintritt, diese neuen Gerichtsbezirke, von welchen der erstere aus zwei Gemeinden des Gerichtsbezirkes Hernals, der letztere aus zehn Gemeinden des Bezirksgerichtssprengels Hernals und fünf bisher zum Sprengel des Bezirksgerichtes Klosterneuburg gehörigen Gemeinden gebildet wurde, in den Anhang zur Reichsrathswahlordnung, beziehungsweise unter die den obbezeichneten Wahlbezirk bildenden Gerichtsbezirke ausdrücklich einzureihen.

Wien, 29. Jänner 1877.

Der k. k. Minister des Innern:

Lasser."

**Präsident:** Ich werde diese drei Regierungsvorlagen, betreffend Aenderungen der Reichsrathswahlordnung in Galizien, Böhmen, Niederösterreich in Druck legen lassen und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterziehen.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 23. November v. J. findet die Regierung sich bestimmt, den mittelst meines Schreibens vom 29. October 1875, Zahl 1655/H. M. in der 142. Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend den Bau neuer Eisenbahnlinien auf Staatskosten und die Eröffnung von Specialcrediten für das Jahr 1876 zu Zwecken des Eisenbahnbaues rücksichtlich der in demselben zur Ausführung beantragten Eisenbahnlinien Innsbruck-Bludenz (Arlbergbahn), Tarvis-Görz (Predilbahn) und Czernowitz-Nowosielica, von der verfassungsmäßigen Behandlung im Reichsrathe zurückzuziehen.

Ich habe die Ehre, dem löblichen Präsidium behufs der gefälligen weiteren Veranlassung hiervon die ergebenste Mittheilung zu machen.

Wien, 28. Jänner 1877.

Der k. k. Handelsminister:

Chlumecky."

**Präsident:** In Folge dieser Zurückziehung entfällt der zweite Gegenstand der heutigen Tagesordnung, nämlich der Bericht des Eisenbahnausschusses in Betreff der Herstellung einer Bahn von Czernowitz nach Nowosielica.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Ich beehre mich, dem löblichen Präsidium in der Anlage ein Exemplar der vom statistischen Departement im k. k. Handelsministerium herausgegebenen ersten Hälfte des eilften Bandes der „Nachrichten über Industrie, Handel und Verkehr", enthaltend die Statistik der Dampfkessel, zur Verfügung zu stellen.

Wien, 16. Jänner 1877.

Der k. k. Handelsminister:

Chlumecky."

**Präsident:** Ich habe das betreffende Exemplar im Archive des Hauses hinterlegen lassen.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Mit Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, dem löblichen Präsidium den beifolgenden Gesetzentwurf, betreffend die Eröffnung von Nachtragscrediten zum Staatsvoranschlage für das Jahr 1877 nebst Begründung *(620 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, denselben der verfassungsmäßigen Behandlung gefälligst zuführen zu wollen.

Wien, 28. Jänner 1877.

Der k. k. Finanzminister:

Pretis."

**Präsident:** Der diesfällige Gesetzentwurf wird in Druck gelegt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Außer dem bereits genannten Gesetzentwurfe, betreffend die Bestimmungen in Ansehung des Contadini- und Colonenverhältnisses in den Gerichtsbezirken Ragusa, Ragusa vecchia, Stagno und Sabioncello im Königreiche Dalmatien, habe ich noch heute vertheilen lassen den Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Roser und Genossen, betreffend die Erlassung eines neuen Eisenbahnpolizeigesetzes *(604 der Beilagen)*.

Vom Herrn Abgeordneten v. Haller ist ein Urlaubsgesuch eingelangt, um dessen Verlesung ich bitte.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Hohes Präsidium! Meine zerrüttete Gesundheit verhindert mich, der erhaltenen Aufforderung Folge zu leisten, und an den Verhandlungen des Reichsrathes theilzunehmen. Ich sehe mich also genöthigt zur Bitte: Ein hohes Präsidium möge geruhen, mir einen vierwöchentlichen Urlaub auswirken zu wollen, den ich jedoch abzukürzen verspreche, wenn mein Gesundheitszustand sich bessern sollte.

Ich verbleibe mit tiefster Hochachtung

Mianocice, 26. Jänner 1877.

C. Haller."

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete v. Haller ersucht aus Gesundheitsrücksichten um einen Urlaub von vier Wochen. Diejenigen, welche den Urlaub bewilligen, wollen sich erheben. *(Geschieht.)* Er ist bewilligt.

Die Herren Abgeordneten Dr. Šrom, Freiherr v. Tinti und Ruczka sind als unwohl gemeldet.

Ich ersuche um Mittheilung des wesentlichen Inhaltes der eingelaufenen Petitionen.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Petition des Centralvereines für Rübenzuckerindustrie der österreichisch-ungarischen Monarchie in Wien, dahin gehend, daß zur Berathung der Vorlagen, welche von dem k. k. Finanzministerium wegen Aenderung der die Zucker- und Spiritusindustrie betreffenden indirecten Steuer seinerzeit im Reichsrathe wird eingebracht werden, Experte aus Fachkreisen berufen werden *(überreicht durch Abgeordneten Ritter v. Proskowetz)*."

„Petition der Repräsentanz der Stadt Zlabings in Mähren um Aufstellung eines Bezirksgerichtes daselbst *(überreicht durch Abgeordneten Panowsky.)*"

„Petition des Verwaltungsausschusses des Contributions-Getreidegeldfondes auf dem Gute Podersam zu Groß-Otschehau in Böhmen um Rückzahlung der ungebührlich entrichteten Erwerbs- und Einkommensteuer für diesen Fond *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Waldert).*"

„Petition des Vereines der Zuckerindustriellen in Böhmen, in Betreff der Besteuerung der Zuckerindustrie *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Waldert).*"

„Petition der Lehrer und Lehrerinnen der vier Uebungsschulen in Prag um Abänderung des Gesetzes vom 19. März 1872, R. G. Bl. Nr. 28, betreffend die Regelung der Bezüge des Lehrpersonales an den aus Staatsmitteln erhaltenen Uebungsschulen *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Waldert).*"

„Petition der Vertretung des Spar- und Vorschußvereines von Brotzen und Zebus, Wegstädtler Bezirk in Böhmen, in Betreff der Besteuerung der Genossenschaften *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Herbst).*"

„Petition des Vorschußvereines für Mährisch-Ostrau und Umgebung in derselben Angelegenheit *(überreicht durch Abgeordneten Dr. van der Strass).*"

„Petition der Gemeinden Haidershofen in Niederösterreich, Gerichtsbezirk Haag, um Beibehaltung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen, wonach ein Gesammteinkommen unter 600 fl. von der Einkommensteuer befreit zu bleiben hat *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Harant).*"

„Petition der Stadtgemeindevorstehung Ried und Consorten in Oberösterreich um Befürwortung einer zweckmäßigen Aenderung des Pferdeausfuhrverbotes *(überreicht durch Abgeordneten Klinkosch).*"

„Petition der Salzburger Handels- und Gewerbekammer um Erwirkung der Strafnachsicht für kaufmännische Rechnungen, welche zwar mit dem gesetzlichen Stempel, jedoch in vorschriftswidriger Art versehen sind, eventuell um Erwirkung einer Novelle zum Gesetze vom 8. März 1876 und der Ministerialverordnung vom 28. März 1854, und zwar bezweckend eine präcise und allgemein verständliche Fassung der über die Stempelpflichterfüllung handelnden diesbezüglichen Bestimmungen *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Keil).*"

„Petition einer großen Anzahl von Hausirern des westlichen Böhmens um Aufhebung des §. 11 des Hausirpatentes vom 4. September 1852 *(überreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Handel).*"

„Petition der Bezirksvertretung von Rochlitz in Böhmen wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung mit der Oesterr. Nordwestbahn, beziehungsweise von Starkenbach und entlang der Iser über Rochlitz und Neuweltis an die schlesische Grenze *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Herbst).*"

„Petition des Gewerbevereines in Korneuburg, womit die Petition des niederösterreichischen Gewerbevereines in Wien bezüglich der Bewilligung des von der hohen Regierung beantragten Specialcredits von 700.000 fl. österr. Währ. für die Betheiligung der im Reichsrathe vertretenen Länder an der Weltausstellung in Paris im Jahre 1878 unterstützt wird *(überreicht durch Abgeordneten Furtmüller).*"

„Petition des Wachpersonales der k. k. Strafanstalt zu Stein an der Donau um Herabminderung der Dienstzeit von 40 auf 30 Jahre zum Bezuge des vollen Gehaltes als Pension *(überreicht durch Abgeordneten Schürer).*"

**Präsident:** Diese Petitionen werden nach Maßgabe ihres Inhaltes den betreffenden Ausschüssen zugewiesen werden. Es ist mir eine Interpellation von dem Herrn Abgeordneten Herman und Genossen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest):*

„Interpellation des Abgeordneten Herman und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die bei den neuen Vermessungsoperaten im Schätzungsbezirke Luttenberg zur Anwendung kommende Amtssprache.

Zufolge des hohen Erlasses des Herrn Finanzministers vom 25. September 1871, Z. 29583 ist die Beschreibung der Indicationsskizzen in Uebereinstimmung mit den neuen Riedverzeichnissen nach der im Sinne des §. 6 der Vermessungsanleitung für Anfertigung der neuen Operate anzuwendenden Landes- oder gemeindeüblichen Sprache richtig zu stellen.

Der Schätzungsbezirk Luttenberg ist ein vollkommen slovenischer. Die dortige Volkssprache ist bis auf sehr geringe Ausnahmen die slovenische.

Der im Zweifel zur Entscheidung anzurufende Vorsteher der Bezirksschätzungscommission konnte füglich auch an der Hand des §. 6 der Vermessungsanleitung für die Verfassung der neuen Riedverzeichnisse keine andere als die slovenische Sprache bestimmen.

Da eine solche Entscheidung von seiner Seite vor Beginn der Vermessungsarbeiten nicht geschehen ist und nach dem Gesagten kaum zu geschehen brauchte, und da überdies die bezüglichen Drucksorten, den gedachten Sprachverhältnissen Rechnung tragend, in

slovenischer Sprache mit Hinzufügung der deutschen in parenthesi angefertigt waren, wurden die Vermessungsoperate vom Vermessungspersonale correctermaßen in slovenischer Sprache mit Anfügung der deutschen Benennung in parenthesi angefertigt.

Mit dem Erlasse vom 15. September 1875, Z. 178/St. Sch., fand sich der Vorsitzende der gedachten Schätzungscommission jedoch bestimmt, zu verordnen, daß die Vermessungsoperate, welche bis dahin in slovenischer Sprache entfertigt wurden, von nun an durchgehends in deutscher Sprache und deren Orthographie zu entfertigen seien, wobei die slovenischen Namen der Gemeinden bloß bei den Aufschriften, die slovenischen Riedennamen überall in parenthesi hinzuzusetzen seien. Ja, es wurde die Abänderung auf den bereits fertigen Vermessungsoperaten in der angedeuteten Richtung in Aussicht genommen.

Da wir dafür halten, daß durch diese Verfügung, abgesehen davon, daß selbe der bezogenen Finanzministerialentscheidung vom 25. September 1871 widerspricht, der slovenischen Volkssprache eine ungebührliche, auch nach den Staatsgrundgesetzen nicht zulässige Zurücksetzung zugefügt werde, welche Rechtskränkung vom slovenischen Volke um so peinlicher empfunden wird, als die neuen Vermessungsoperate den neuen Mappenabdrücken und dem künftigen Grundbuche zur Grundlage zu dienen haben, und diese Verdrängung des Volksidioms in dem Charakter des Volkes sich dadurch gleichsam verewigt, erlauben wir uns die Anfrage:

Ob Seine Excellenz der Herr Finanzminister geneigt sei, die Verfügung zu treffen, daß die neuen Vermessungsoperate im Schätzungsbezirke Luttenberg im Sinne des Finanzministerialerlasses vom 25. September 1871, Z. 29583, in slovenischer Sprache, in der Sprache des Volkes, entfertigt werden?

Wien, 26. Jänner 1877.

| | |
|---|---|
| Dr. Vošnjak. | Herman. |
| Pfeifer. | Nabergoj. |
| Graf Barbo. | Bärnfeind. |
| Karlon. | Greuter. |
| Wurm. | Kuſy. |
| Weber. | Fischer. |
| Zeilberger. | Dr. Valussi. |
| Dr. Vitezić. | Schrems. |
| Graf Hohenwart. | Dr. Pražák. |
| Pflügl. | Wörtz.“ |

**Präsident**: Ich werde diese Interpellation an Seine Excellenz den Herrn Finanzminister leiten.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Erster Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen *(610 der Beilagen)*.

Es haben sich neuerlich zur Generaldebatte als Redner eintragen lassen, und zwar gegen den Ausschußantrag der Herr Abgeordnete Teuschl und für denselben der Herr Abgeordnete Skene. Da zuletzt ein Redner für den Ausschußantrag gesprochen hat, ertheile ich zuerst dem Herrn Abgeordneten Teuschl das Wort.

Abgeordneter **Teuschl**: Die Vorschläge zur Reform der Eisenbahntarife verdienen gewiß die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade; vereinigt sich doch mit einer richtigen Tarifpolitik alles dasjenige, was die Güterbewegung zur Bewältigung der Verkehrshindernisse bedarf und was gleichzeitig die Transportunternehmungen für ihre Leistungen fördern können. — Dabei liegt es in der Natur der geschäftlichen Interessen, daß in der Auffassung über den Kostenpreis der Personentarife die Ansichten der Eisenbahnverwaltungen mit denen der Verkehrswelt und des die Eisenbahnen benützenden Publicums nicht immer gut harmoniren. Der Streit ist ein alter, er besteht eigentlich seit der Zeit, als die Tariffrage geboren wurde und findet seine natürliche Rechtfertigung in dem Bestreben, daß bei jeder Geschäftstransaction der Verkäufer oder Unternehmer seine Leistungen möglichst theuer verwerthen und der Käufer möglichst billig erwerben will.

Unter solchen Umständen ist es mehr als je geboten, daß die gesetzgebende Versammlung ein richtiges Urtheil abgebe; denn was man auch über den Charakter der Eisenbahnen als Erwerbsgesellschaften oder als staatliches Eigenthum sagen mag, dieselben bleiben öffentliche Anstalten, denen das Gepräge des Monopols auf die Stirne geschrieben ist und die unbedingt der staatlichen Ueberwachung unterstehen.

Wer sich der Eisenbahnen bedient, muß sich im Vorhinein allen den für sie geschaffenen Vorschriften und Reglements stillschweigend unterwerfen. Die Eisenbahnstraße ist kein öffentlicher Weg, auf welchem Fuhrwerke jeder beliebigen Art verkehren können. Das Selbstbestimmungsrecht der Eisenbahnen oder die von einem geehrten Herrn Vorredner vertheidigte sogenannte Tariffreiheit muß daher ihre gesetzliche Begrenzung finden und es müssen Maximalpreise festgestellt werden, innerhalb deren der Verkehr sich zu bewegen hat.

Wie diese Maximalpreise beschaffen sein sollen, das ist eben die brennende Frage der Gegenwart, und es scheint mir, daß bei der Behandlung derselben wir in ein anderes Extrem verfallen, und daß die wichtigen Verkehrsinteressen nicht die gebührende Berücksichtigung finden, indem eine Erhöhung der Frachtpreise angestrebt wird, die den allgemeinen

Verkehr schädigt, ohne den Eisenbahnen besonders zu nützen.

Aus den Darlegungen der beiden verehrten Herren Vorredner geht nämlich klar hervor, daß an eine Herabsetzung der Eisenbahntarife gegenwärtig nicht gedacht werden soll, und ich bedauere, daß ich mich dieser Auffassung nicht anschließen könnte, denn gerade die dazu beigegebenen Bemerkungen, daß die Eisenbahnen im Interesse des Verkehrs und ihres eigenen Betriebes die bestimmten Maximaltarife nicht festhalten, zeigten klar und deutlich, daß unser Verkehrsleben die hohen Sätze nicht verträgt.

Wenn in früherer Zeit der Werth der Concurrenz zu hoch angeschlagen wurde, so wird er gegenwärtig wieder unterschätzt. Man wirft der verkehrstreibenden Welt vor, daß die erhöhten Ansprüche der Zinsengarantien den Staatsschatz so bedeutend belasten und vergißt dabei ganz und gar an das Steueräquivalent, welches durch die Schaffung der Eisenbahnen, durch die Schaffung neuer Werthe und die Productionserleichterung der Staatscasse zufließt. Man vergißt ganz und gar, daß die hohe Garantieziffer von der planlosen Anlegung der Eisenbahnen herrührt, und daß eine Verbesserung der inneren Oekonomie der Eisenbahnverwaltungen zur Herabminderung der Garantie weit nützlicher wäre, als eine Erhöhung der Frachtgebühren.

Der Herr Abgeordnete der Linzer Handelskammer hat lobend hervorgehoben, daß der Eisenbahnausschuß die Regelung der Tarifrage von einer höheren Aufgabe auffaßt, und ich kann mich dieser Auffassung wohl unbedingt anschließen, sowie ich überhaupt viele Uebelstände, welche von dem Herrn Redner bezeichnet wurden, vollständig anerkenne. Die Regelung selbst ist nur eine sehr schwierige, nachdem gewiegte Fachmänner über das System der Tarifirung weit auseinandergehen.

In neuerer Zeit ist es das Streben nach einer gewissen Tarifgleichheit, welches als dasjenige hingestellt wird, was unserem Eisenbahnwesen von Nutzen wäre, und die hohe Regierung hat bei ihrer Vorlage auch diese Nivellirung sich zur Aufgabe gemacht.

So gern ich nun beistimmen will, daß die complicirt angelegten Tarife und die verschiedenartigen Classificationen die Berechnung der Fracht- und der Fahrtaxen ungemein erschweren, eben so sehr möchte ich mich dagegen aussprechen, daß die absolute Tarifgleichheit dem Verkehre von besonderem Nutzen wäre, oder daß damit den Eisenbahnen selbst ein Dienst erwiesen würde.

Die Bedürfnisse des Geschäftslebens sind mannigfacher Natur und können nicht schablonenartig behandelt werden. Es gibt Conjuncturen, wo zur Aufrechthaltung eines lebhaften Handels die Anwendung der Normalfrachten genügt; dagegen können aber wieder Fälle eintreten — und für bestimmte Geschäftsgruppen bestehen sie permanent — wo nur durch Begünstigungen besonderer Art der Verkehr in entfernte Gebiete schwunghaft betrieben werden kann.

Diese Verschiedenartigkeit der Verkehrsbedürfnisse hat es eben auch mit sich gebracht, daß Special- und Differentialtarife entstanden sind, die so manche Ungerechtigkeit in sich bergen, durch deren Abschaffung man jedoch ein weit größeres Uebel hervorrufen würde, nachdem unsere Nachbarländer von den Specialtarifen so großen Gebrauch machen und nachdem ohne die Specialbegünstigung so manche große Güterversendung unterbleiben müßte.

Eine vollständig gleiche Tarifirung würde der Administration der Eisenbahnverwaltung keine besonderen Dienste leisten. Die Eisenbahnen fahren nicht unter den gleichen wirthschaftlichen Verhältnissen. Eine Eisenbahnlinie von Kufstein nach Franzensfeste wird ganz andere innere Verwaltungskosten zu tragen haben, als die Bahn von Wien nach Szegedin, und es wäre daher auch von diesem Standpunkte zu bedauern, wenn eine vollständig gleiche Tarifirung im Wege der Gesetzgebung geschaffen werden sollte. Es liegt auch in der Verschiedenartigkeit dieser Betriebsverhältnisse die Ansicht begründet, daß bei der von dem verehrten Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer gewünschten Einführung eines Tarifgesetzes der Grundsatz, daß jedes Gut auf der ihm zustehenden kürzesten Linie zu expediren sei, nicht vollständig oder wenigstens sehr modificirt zum Ausdrucke gebracht werden sollte; denn bei Anwendung eines solchen Grundsatzes würde man den Eisenbahnen die Möglichkeit benehmen, die Tarifirung auch dann zu modificiren, wenn es sich um die volle Ausnützung des Wagenraumes oder um den Durchzugsverkehr mit anderen Bahnen handeln sollte. Es würde mich übrigens viel zu weit führen, würde ich die vielseitige Frage der Gütertarife näher beleuchten wollen.

Ich habe diesen Gegenstand auch nur berührt, weil die Gütertarife in den Bereich dieser Debatte gezogen wurden, und weil es mir in der Hauptsache um die Erklärung zu thun ist, daß die Bevölkerung den unveräußerlichen Anspruch erheben muß, daß die Eisenbahnen mit ihren Dienstleistungen Schnelligkeit, Sicherheit und Billigkeit verbinden und daß zur Herstellung dieser Zustände die Staatsverwaltung nicht nur ein angemaßtes, sondern ein angestammtes Hoheitsrecht hat.

Was die Personentarife anbelangt, die uns gegenwärtig zur Berathung vorliegen, so — gestehe ich aufrichtig — kann ich mich für dieselben nicht erwärmen. Dieselben enthalten eigentlich keine besonders neuen Principien, welche das Verkehrswesen verbessern, sondern in der Abrundung auf Kilometer nur die Erhöhung der Fahrpreise. Seit der Einführung des Eisenbahnverkehrs ist in der Gütertarifirung eine sehr namhafte Ermäßigung in

Form von Special- und Differentialtarifen eingetreten, während die Personentarife vollständig gleich geblieben sind. Es bleibt auch noch zu berücksichtigen, daß unsere Personentarife viel höher sind als die im Auslande.

In Belgien betragen die Distanztarife 8·6 und 4 Centimes pro Kilometer, was in Umrechnung in die erste Classe 3·2 gegen 5 bei uns, in die zweite Classe 2·4 gegen unsere 3·6, in die dritte Classe 1·6 gegen unsere 2·4 betragen würde. Allerdings haben die ausländischen Tarife kein Freigepäck inbegriffen, jedoch um den Vortheil einer solchen Ermäßigung würden sich die Reisenden sehr gern zur Aufhebung des Freigewichtes verstehen. Dazu darf nicht übersehen werden, daß in allen Ländern und selbst dort, wo der Zwangscours besteht, die Einhebung der internen Frachtentarife in Papierwährung besteht, während bei uns die Silberzahlung oder ein Aufgeld vorgeschrieben ist, und bei den Schwankungen der Valuta jeweilig sehr bedeutende Erhöhungen herauskommen.

Ich würde auch bei den Bestimmungen über die Fahrgeschwindigkeit und bei der Nothwendigkeit über die Einstellung der Eilzüge viel weitergehende Anforderungen stellen, als der Ausschußbericht. Der geehrte Herr Abgeordnete aus Mähren hat allerdings in dieser Beziehung sein Mißfallen über bereits bestehende Bestimmungen ausgesprochen. Er wünschte, daß die Fahrgeschwindigkeit bis auf zwölf Kilometer per Stunde bei gewissen Bahnen herabgesetzt werde, und erklärte die Eilzüge für einen Luxusartikel.

Ich glaube jedoch, daß der verehrte Vertreter aus Mähren, selbst wenn er das freieste Verfügungsrecht über den Bahnverkehr hätte, Anstand nehmen würde, derartige Bestimmungen, wie er sie theoretisch ausgesprochen hat, einzuführen. Ich glaube ferner, daß eine Theorie, welche den Personenverkehr auf den Eisenbahnen zum Schneckengange der Lohnkutsche degradiren möchte, und die Eilzüge, dieses wichtige Vehikel der Wegabkürzung, aus dem Verkehre setzen will, auf wenig Anhänger zählen könnte und auch bei Denjenigen selbst nicht durchaus auf Beifall zählen könnte, die das Eisenbahnwesen weniger von der in demselben liegenden Culturmission, als vom Standpunkte der daraus fließenden Rente betrachten.

Ich glaube auch, es ist ganz und gar unrichtig, daß das Publicum der Eisenbahnen sich nur auf kleine Kreise beschränkt, ich denke vielmehr, das Publicum der Eisenbahnen recrutirt sich aus allen Schichten der Bevölkerung, und wenn durch Schnelligkeit und Bequemlichkeit die Reiselust der Wohlhabenden gehoben, der Geschäftsmann durch Billigkeit zu reisen veranlaßt wird, um neue Geschäftsbeziehungen persönlich anzuknüpfen, so ist das ebensowohl für das allgemeine Geschäftsleben, als auch für die Eisenbahnen von großem Nutzen.

Ich werde die Bemühungen, welche seitens der hohen Regierung zur Einführung geordneter Zustände im Eisenbahnwesen aufgewendet wurden, gewiß nicht verkennen, glaube aber, daß der Werth der Arbeit mit der aufgewendeten Mühe nicht im Zusammenhange steht, indem es sich in diesem Falle um nichts Anderes handelt als um eine Preiserhöhung.

Unter solchen Umständen bin ich daher auch der Meinung, daß das vorliegende Gesetz lieber nicht angenommen werden sollte, indem es radicalere Reformen für die Zukunft so zu sagen präjudicirt, und werde ich daher gegen den Gesetzentwurf stimmen.

Ich erlaube mir auch dem hohen Hause die Ablehnung in das Eingehen der Specialdebatte anzuempfehlen, und wenn ich für meine Auffassung in dem Eisenbahnwesen mich jener in einer englischen Enquete von einem tüchtigen Fachmanne ausgesprochenen Worte bediene, daß die Straßen des Landes wie das Himmelslicht dem ganzen Volke zusammen angehören sollen, so will ich damit nur den Gedanken zum Ausdrucke bringen, daß die Verkehrseinrichtungen in den Lebensverhältnissen des Einzelnen und der Gesammtheit so tiefe und eingreifende Veränderungen hervorgerufen haben, daß es die heiligste Aufgabe der Staatsverwaltung ist, die Disciplinen des Verkehrswesens genau zu studiren, Folgerungen zu ziehen und die Zweifel zu lösen und solche Zustände einzuführen, welche dem allgemeinen Interesse entsprechen. *(Bravo! links.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Skene hat das Wort.

Abgeordneter **Skene:** Es ist vielleicht zweckmäßig, in einer Gesetzesvorlage administrativer Natur Abänderungen dieser Vorlage in der Generaldebatte anzukündigen, weil dadurch das Haus in die Lage kommt, sich über den Einfluß, den die Abänderung auf das ganze Gesetz ausüben könnte, klar zu werden. Von diesem Standpunkte ausgehend, erlaube ich mir ein Amendement zum §. 5 der Gesetzesvorlage anzukündigen, und zwar in der Art, daß ich bei der Tariferhöhung für Güter die Frist der Einführung wesentlich zu verlängern wünsche, und zwar statt der Frist von Einem Monate jene von zwei Monaten beantragen werde und will bei §. 5 selbst eine nähere Begründung versuchen.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, so erkläre ich die Generaldebatte für geschlossen.

Seine Excellenz der Herr Handelsminister hat das Wort.

Handelsminister Ritter v. **Chlumecky**: Der Gegenstand, mit welchem sich das hohe Haus in diesem Augenblicke befaßt, gehört zu den allerschwierigsten und allerwichtigsten Materien für die Gesetzgebung und für die Administration. Die Regelung des Eisenbahntarifwesens greift in alle Gebiete des Verkehrslebens, in alle Gebiete der Production so außerordentlich tief ein, die finanzielle Rückwirkung jeder solchen Maßregel ist eine so weittragende, es sind endlich die Anschauungen über die Hauptgrundsätze, nach welchen man sich bei diesen Maßregeln zu richten habe, so außerordentlich disparat, daß ich wohl mit Grund sagen kann: Die Materie, die wir hier behandeln, ist eine überaus wichtige und schwierige.

Darum scheint es mir in der Natur der Sache gelegen, daß es unmöglich ist, alle Gesichtspunkte, alle Ziele, welche ein großes Reformwerk auf diesem Gebiete sich vor Augen halten müßte, mit Einem Schlage zu erreichen, und daß in diesem Falle, wie ja in so vielen anderen, der Grundsatz gilt: Das Bessere ist ein Feind des Guten.

Ich erkenne es daher dankbar an, wenn von Seite des Eisenbahnausschusses, wie auch — wie ich hoffe — von Seite dieses hohen Hauses wenigstens ein Schritt zur Klärung dieser so überaus verworrenen Sachlage durch Annahme des gegenwärtigen Gesetzentwurfes gethan wird.

Wenn es eines Beweises bedürfte, wie überaus verschieden die Anschauungen über die Zielpunkte einer Tarifreform sind, wie sehr die Gesetze des wirthschaftlichen Lebens durch die Erfahrungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens über den Haufen geworfen zu sein scheinen — ich sage „scheinen" — so braucht man nur auf die so diametral entgegenstehenden Standpunkte hinzuweisen, welche namentlich die zwei ersten Herren Redner in der Generaldebatte der Frage gegenüber eingenommen haben, ob die Regelung des Tarifwesens überhaupt eine Sache des Staates sei. Der eine Herr Redner hat nicht nur aus allgemeinen Gesichtspunkten für die vollste Tarifreiheit plaidirt, er hat sogar dem Staate das Recht absprechen wollen, auf die Tarifbildung bei den Eisenbahnen einen Einfluß zu nehmen, während der andere Herr Redner in einem gewiß äußerst interessanten Excurse den Anwurf machte, das ganze Tarifwesen, die Regelung aller Tarife der Gesetzgebung oder doch der Staatsverwaltung zu übertragen.

Die Herren mögen mir gestatten, daß ich auf die letzten Ausführungen nur einige Streiflichter werfe. Mit dem Gedanken des Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer, welcher mit Entschiedenheit gegen die sogenannte wilde Concurrenz gefochten, welcher auf die außerordentliche Bedeutung des Localverkehrs bei den Eisenbahnen hinwies, und die Nothwendigkeit der Pflege dieses Localverkehrs mit Recht betonte, mit dem von ihm an die Spitze gestellten Grundsatze, es sei die Aufgabe einer richtigen Tarifpolitik, dahin zu wirken, daß das Gut nur immer den kürzesten Weg gehe — mit diesem Gedanken erkläre ich mich vollkommen einverstanden. Dagegen glaube ich, daß es zu weit gehen hieße, wenn man namentlich den letzteren Grundsatz im Gesetzgebungswege festzustellen sich bemühen würde. Der geehrte Herr Redner hat auf ein Analogon hingewiesen, auf jenes Tarifgesetz, welches im Jahre 1868 eingebracht wurde und in welchem der Regierung die Einflußnahme auf das Tarifwesen bei allen Bahnen gegen angemessene Entschädigung eingeräumt werden wollte. Ich habe gar keine rechtlichen Bedenken gegen einen solchen Vorgang; allerdings muß ich aber auf den großen Unterschied hinweisen, welcher zwischen der damaligen Vorlage und einem Gesetzentwurfe oder einer gesetzlichen Bestimmung, wie sie der geehrte Herr Abgeordnete der Linzer Handelskammer im Auge hatte, besteht. Ich kann es mir sehr gut denken, daß im Gesetzgebungswege die Maximalgrenze für die Herstellung der Tarife gezogen werde, über welche hinaus den Bahnen nicht gestattet sei, Tariferhöhungen eintreten zu lassen, und ich kann es mir sehr gut denken, daß Bahnen, welche concessionsmäßig heute Tarifreiheit haben, durch das Gesetz im öffentlichen Interesse gezwungen werden, gegen Entschädigung auf diese Tarifreiheit zu verzichten. Der Gedanke des verehrten Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer ließe sich aber nicht anders ausführen, als daß durch das Gesetz Minimaltarife festgesetzt werden. Das aber — glaube ich — ist ein Vorgang, der in der Geschichte der Tarifgesetzgebung noch nicht da war, und ich würde den Gesetzgeber und den Handelsminister bewundern, der in der Lage wäre, durch administrative Verfügungen unüberschreitbar und für alle Bahnen Minimaltarife festzusetzen.

Also: so richtig diese Anregung war, so sehr ich wünsche, daß der Gedanke, der ihr zu Grunde liegt, zur Ausführung gelangt, so glaube ich nicht, daß dies durch die Aufstellung eines Satzes in einem Gesetze zu erreichen ist; ich glaube nur, daß es der Zielpunkt ist, auf welchen die Tarifpolitik der Gesetzgebung sowohl, als der Regierung hinsteuern soll, und welcher nur durch eine Reihe von combinirten Maßregeln zu erreichen ist; und als eine dieser Maßregeln dazu erachte ich die Erwerbung der Eisenbahnen und den Betrieb derselben durch den Staat.

Der geehrte Herr Abgeordnete aus Mähren dagegen ging von dem Gesichtspunkte aus, daß der Staat gar nicht das Recht habe, auf die Tarifbestimmungen der Eisenbahnen einen Einfluß auszuüben; er hat, wie er sich ausdrückte, das Tarifhoheitsrecht des Staates bestritten.

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich diesen Anlaß ergreife, um auch diese Frage

überlassen bleiben muß, für die Eisenbahnlinien, auf welche dieses Gesetz Anwendung finden soll, nach Prüfung aller einschlägigen Umstände die Höhe des Tarifes festzustellen."

Also auch der Ausschuß hat nicht an eine conforme Regelung aller Tarife, sondern an die Bewilligung der Regierung von Fall zu Fall gedacht; ich meine aber, diese Bewilligung soll in erster Reihe dort ertheilt werden, wo ein staatliches Interesse besteht, und anderseits soll sie dazu benützt werden, um eben zweifelhafte Fragen über verschiedene Ansprüche, bezüglich deren sich Bahnen und die Regierung oft in Differenzen befinden, aus der Welt zu schaffen und dem Staate durch dieses Mittel eher einen größeren Einfluß wieder zu gewähren. Ich erlaube mir daher, diese Resolution dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen. *(Bravo! Bravo! — Während dieser Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen.)*

Abgeordneter **Auspitz:** Ich erbitte mir das Wort zu einer kurzen thatsächlichen Berichtigung.

**Präsident:** Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Auspitz das Wort, aber nur zu einer thatsächlichen Berichtigung, weil er schon zweimal gesprochen hat.

Abgeordneter **Auspitz:** Seine Excellenz der Herr Handelsminister hat gegen meine Aeußerung gesagt, daß auf der Nordbahn nicht erst seit sieben, sondern schon seit fünfzehn Jahren ein Schnellzug bestehe. Dem gegenüber erlaube ich mir zu constatiren, daß diese Behauptung, daß auf der Nordbahn schon seit fünfzehn Jahren ein Schnellzug verkehre, sich nur auf die Nordbahnstrecke Wien-Brünn beziehen könne; auf der Hauptstrecke Wien-Krakau besteht ein Eilzug erst seit sieben, höchstens — wenn ich nicht irre — seit acht Jahren.

Weiter erlaube ich mir zu constatiren — und ich verdanke diese Mittheilung dem Herrn Abgeordneten des zweiten Wiener Bezirkes — daß es im reichen England eine Reihe von Bahnen gibt, welche im Winter ihren Betrieb einstellen, und zwar solche Bahnen, welche, sowie die Gisela-Bahn, vorwiegend auf den Personenverkehr angewiesen sind.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Schaup hat eine Resolution beantragt; ich werde zunächst die Unterstützungsfrage stellen; die Abstimmung selbst über dieselbe wird erst am Schlusse der Specialdebatte stattfinden.

Die Resolution lautet: *(Wiederholt dieselbe.)* Jene Herren, welche diese Resolution unterstützen, wollen sich erheben. *(Geschieht.)* Sie ist unterstützt.

*(Abgeordneter Dr. Russ meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Ruß hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ruß:** Die Doctrinen des Herrn Abgeordneten für Nikolsburg und Auspitz können nicht klar und nicht vollständig genug widerlegt werden. Deshalb bitte ich mir zu gestatten, die Bemerkungen, welche einige Herren Redner bereits gegen dessen Ausführungen gemacht haben, zu vervollständigen.

Ich möchte vor Allem betonen, daß dieser Gesetzentwurf die Frachtentarife nicht berührt, sondern daß er berufen ist, die Personentarife auf den Eisenbahnen zu reformiren. Trotzdem ich die Wichtigkeit der Reformirung der Personentarife anerkenne, so kann ich nicht läugnen, daß die Einnahmen aus der Erhöhung bei weitem nicht jene Hoffnungen erfüllen werden, die gehegt zu werden scheinen.

Es darf weiter das Moment nicht außer Acht gelassen werden, daß die Personenbeförderung nicht in der Weise gesunken ist, wie man vorauszusetzen scheint, da die Personenbeförderung des Jahres 1876, also des dritten Jahres nach Ausbruch der volkswirthschaftlichen Krise, noch um eilf Millionen höher ist, als die Ziffer des Jahres 1871, des vorletzten Jahres des sogenannten volkswirthschaftlichen Aufschwunges.

Ich glaube, daß auch die Ausführungen des geehrten Abgeordneten der Triester Handelskammer nicht geeignet sind, Jemanden gegen das Gesetz zu stimmen, schon deßhalb, weil seine Ausführungen nur dann stichhaltig sein würden, wenn die Tarife, welche durch das Gesetz aufgestellt werden sollen, Minimaltarife wären. Man darf eben in keinem Augenblicke vergessen, daß sie Maximaltarife sind, welche, wie mir scheint, wenn man sie lediglich von diesem Standpunkte aus betrachtet, noch nicht in jener Höhe vorgeschlagen sind, welche möglich wäre.

Der Herr Abgeordnete für Nikolsburg bewegt sich theils in Unrichtigkeiten, theils in Widersprüchen. Der Herr Abgeordnete betonte, die Tarife sollen nach der Verkehrsdichtigkeit bestimmt werden, weil mit dem Steigen des Verkehres auch die Kosten steigen. Es ist aber vollkommen falsch, ein arithmetisches Verhältniß zwischen der Steigerung der Kosten des Verkehres und der Verkehrsdichtigkeit herzustellen.

. . . . . .

*(Der Redner wird am Stenographentische nicht verstanden.)*

Ja, soll etwa, wo eine Curve in den Profilen enthalten ist, auch sofort eine Steigerung der Tarife eintreten? Ist der Herr Abgeordnete wirklich dieser Meinung, so möchte ich wissen, wie viele Bahnen existi-

ren, wo nicht jede Stationsstrecke eine Curve hat? Das wäre umsoweniger gerechtfertigt, weil die Zugförderungskosten dadurch nicht erhöht werden . . . . . *(Der Redner wird am Stenographentische nicht verstanden.)*

Wenn der Herr Abgeordnete so weit gehen wollte, müßte bei Eintritt eines Schneefalles oder nur schlechten Wetters auch eine Erhöhung der Tarife eintreten. Es würde daraus ein wahres Kaleidoskop von Tarifbestimmungen entstehen, in welches sich die Industriellen noch weniger hineinfinden könnten, als in jenes Chaos, das heute besteht.

Der Herr Abgeordnete für Nikolsburg hat angeregt, die Gisela-Bahn im Winter zu sperren, weil sie ein Betriebsdeficit hat; es müßten also überhaupt Bahnen, welche Betriebsdeficite haben, gesperrt werden; auf dem Wege dieser Argumentation käme auch die Rudolf-Bahn hinzu, denn wie weit ist diese von einem Betriebsdeficite entfernt?

Ich glaube nicht, daß er den Muth haben wird, zu empfehlen, daß die Rudolf-Bahn, weil die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, den Winter über immer gesperrt werde. Es vergißt der Herr Abgeordnete, daß die Eisenbahnen noch für etwas Anderes da sind, als für die Beförderung; er vergißt, daß sie die wichtigsten staatlichen Interessen zu vermitteln geeignet sind, daß sie die Posten befördern u. s. w. Wenn die Bevölkerung im vollen Glauben daran, daß die Eisenbahnen ein ununterbrochenes und ewiges Verkehrsmittel bleiben, ihre ganzen Lebens- und Ernährungsrelationen nach den Verhältnissen eingerichtet haben, wie sie sich durch die Eisenbahnen herausgebildet haben, so glaube ich nicht, daß man der Bevölkerung, gegen die man doch Verpflichtungen der Rücksichtnahme auch in minderen Dingen zu erfüllen pflegt, zumuthen kann, daß sie nunmehr ihre Lebensbeziehungen, ihre Verkehrsbeziehungen, ihre Erwerbsbeziehungen wieder alle halbe Jahre zurückführe auf jenen Standpunkt, welcher bestanden hat, bevor die Eisenbahn gebaut wurde. Freilich hat der Herr Abgeordnete freudig bemerkt, daß er in diesem Jahre nicht mehr gesteinigt werde wegen einer Ansicht, welche er im vorigen Jahre ausgesprochen hat. Diese Procedur muß ihm nicht gefährlich gewesen sein; denn die Gesundheit seiner Anschauungen läßt in der That gar nichts zu wünschen übrig. Mir scheint nur, daß diese Gesundheit eine wuchernde ist, und eine lebhafte Phantasie ernährt und fördert, welche Bilder zu schaffen vermag, die ich hier nicht ausmalen will. Er hat sich leider nicht erinnert, daß eine Bahn von Czernowitz nach Nowosielica für den Import bessarabischen Viehes projectirt war; hier war von keinem Personenverkehre und ebensowenig von der Schnelligkeit der Züge die Rede. Ich wende schaudernd meinen Blick ab von dem Bilde, das er uns von dieser Bahn entworfen hätte; er hätte meinen können, daß ein Theil dieses importirten Viehes, das gesunde und kräftige, dazu hätte benutzt werden können, um das minder gesunde von Nowosielica nach Czernowitz hereinzuführen und so den größten Theil der Zugförderungskosten zu ersparen. *(Heiterkeit.)* Man sieht eben, daß er mit seinen Anschauungen leicht ad absurdum geführt werden kann.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es möge „in Gottes Namen" sich der Herr Minister für Handel und Volkswirthschaft umgeben mit einem sogenannten Eisenbahnrathe, einem Rathe, welcher doch nur aus Fachmännern, so auch aus den Abgeordneten der Handelskammern zusammenzusetzen wäre. Die Vertreter der Handelskammern sind gewiß berufen, über die Verkehrsinteressen der handeltreibenden Bevölkerung ein gewichtiges Votum abzugeben. Gerade vordem hat er aber mit minderem Respecte von dem „Geschrei der Handelskammern" gesprochen, und mir scheint, daß sich Beides nicht in den richtigen Connex bringen läßt. Ich muß Diejenigen, welche gewisse Interessen vertreten, entweder als dazu berufen betrachten, oder als nicht berufen.

Wenn man alles Das, was der Herr Abgeordnete für Auspitz und Nikolsburg über die Eisenbahnen gesagt hat, zusammenfaßt und von seinem Gesichtspunkte aus durchdenkt, so muß man zu der Meinung kommen, daß das ganze Eisenbahnwesen des Staates ein großes Nationalunglück ist *(Heiterkeit)*, das sobald als möglich beseitigt werden müsse, und daß man dasselbe nur von dem Gesichtspunkte der Rente betrachten dürfe. Eine Eisenbahn, die nicht viele Zinsen trägt, ist vom Standpunkte seines bloß kaufmännischen Gewissens sofort zu sperren, oder vielleicht gar zu zerstören.

Der Herr Abgeordnete für Auspitz und Nikolsburg bewegt sich noch in einem anderen Irrthume; er sagt, daß die gesetzliche Einwirkung des Gouvernements auf die Tarifbestimmungen sich lediglich darauf beschränke, daß die Regierung die Vorschläge wegen Erhöhung oder Herabsetzung der Tarife zu genehmigen habe, welche die Eisenbahnverwaltungen zur Vorlage bringen. Wenn der Herr Abgeordnete den Motivenbericht der Regierung zu dem Gesetzentwurfe, welchen dieselbe im vorigen Jahre eingebracht hat, gelesen hätte, so würde er gefunden haben, daß einzelne Bahnen sich der gesetzlichen Regelung der Tarife bedingungslos zu unterwerfen haben, und insoferne hat Seine Excellenz der Herr Handelsminister vollkommen Recht. Es lautet der betreffende Artikel der Concessionsurkunde beiläufig so: Als Maximaltarife werden die und die festgesetzt. Die Concessionäre haben das freie Recht, innerhalb derselben die Tarife zu bestimmen, und in dem letzten Alinea heißt es: es bleibt aber die Regelung der Tarife immer der Gesetzgebung vorbehalten. Bei diesen Bahnen, welche in den Con-

cessionen einen solchen Paragraphen enthalten, kann man nicht sagen, daß die gesetzliche Einwirkung auf die Tarife sich bloß beschränke auf die Genehmigung der von den Verwaltungen der Regierung gemachten Vorschläge; hier haben wir also ein vollständig klares gesetzgeberisches Recht.

Der Herr Abgeordnete hat endlich auch die Fahrgeschwindigkeit der Bahnen berührt. Ich kann freilich den ziffermäßigen Beweis nicht erbringen über den Vortheil einer raschesten Verbindung oder der Schaffung eines kürzesten Weges, von dem früher gesagt worden ist, daß er für jedes Gut der natürlichste ist; und doch sagt er in demselben Augenblicke, es soll der kürzeste Weg zwischen zwei großen Verkehrscentren, beispielsweise Berlin und Wien, verlängert werden, und zwar nur deßhalb, weil kein Eilzug seine Kosten decke.

Mir liegen vor statistische Nachweise über die Benützung der Eilzüge im Jahre 1875 auf zwei wichtigen Linien, und zwar auf der Südbahn und Nordwestbahn. Auf der Südbahn beträgt der Verkehr der Eilzüge 1·4 Percent des Gesammtpersonenverkehres, während der Percentsatz des gesammten Personenverkehres der ersten Classe überhaupt nicht einmal 1·4 erreicht, sondern durchschnittlich 1·33 für alle gemeinsamen und österreichischen Bahnen.

Es beträgt aber die Einnahme aus dem Eilzugsverkehre 7·2 Percent der Einnahme des gesammten Verkehres. *(Rufe links: Brutto-Einnahme!)* Ganz richtig, Brutto-Einnahme. Ich will nur beweisen, welchen Verkehr die Eilzüge haben, ob sie nothwendig sind, und ob der Herr Abgeordnete glaubt, daß auf diesen Eilzügen lauter Vergnügungszügler fahren, von denen es nicht nothwendig ist, daß ihre Interessen seitens des Gouvernements und seitens des Staatssäckels gewahrt werden. Mir scheint das nicht richtig.

Ein Aehnliches trifft bei der Nordwestbahn ein. Ich will hier die Percentsätze, welche sich in Hundertsteln bewegen, deßhalb nicht nennen, weil mir leicht eine Berichtigung eines solchen Hundertstel- oder Zehntelpercentes entgegengehalten werden könnte.

Ich werde mir erlauben, in der Specialdebatte bei Artikel II einige Bemerkungen dem anzufügen, weil ich glaube, daß die Ziffersätze des Ausschusses nicht vollkommen richtiggestellt sind. Ich würde bitten, daß beim Eingehen in die Specialdebatte nicht von Motiven sich Jemand leiten lasse, wie sie der Herr Abgeordnete für Nikolsburg in seinen weniger gefährlichen als revolutionären Doctrinen gepredigt hat. Ich fürchte mich nicht vor diesen Doctrinen, weil sie so bald nicht werden ins Leben treten; dieselben sollten aber, glaube ich, nicht ohne Widerspruch bleiben, damit es nicht schiene, daß sie, wenn aufgestellt, nach dem Satze: „Qui tacet, consentire videtur“ eine günstige Aufnahme im hohen Hause gefunden hätten. *(Beifall und Händeklatschen links.)*

**Präsident**: Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Nachdem dies nicht der Fall ist, so erkläre ich die Generaldebatte neuerlich für geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter **Schwab**: Hohes Haus! Wenn ich zusammenfasse, was über Transport und Tarifwesen auf den Eisenbahnen im Laufe der Generaldebatte vorgebracht worden ist, so finde ich, wenn ich zunächst die erste Rede des Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer ins Auge fasse, daß in derselben viel des Beachtenswerthen enthalten, daß er aber auch Manches vorbrachte, was über den Rahmen hinausgeht, welchen der vorliegende Gesetzentwurf der Debatte zieht. Er hat auch Vieles vorgebracht, worin ich demselben vollkommen zustimme.

Wenn ich ihm nun heute auf das Gebiet nicht folgen kann, das sich auf den Sachentransport erstreckt, so hoffe ich, daß dazu Gelegenheit sein wird, wenn der diesen Gegenstand betreffende Gesetzentwurf vielleicht in nicht ferner Zeit auf der Tagesordnung des hohen Hauses sich befinden wird.

Ich bekenne mich zu dem von ihm ausgesprochenen Grundsatze, daß die Erweiterung des Staatseinflusses auf die Eisenbahnen nach Kräften angestrebt werden solle, allerdings mit Schonung der bestehenden Rechtsansprüche der Gesellschaften. Aber ich kann ihm nicht so weit in seinen Ausführungen folgen, daß der Staat etwa seinen Einfluß dazu benützen sollte, um einen bedeutenden Unterschied zwischen garantirten und nicht garantirten Linien der Eisenbahnen in diesem Punkte eintreten zu lassen. Wenn ich selbst absehe von der Wechselwirkung, welche zwischen diesen beiden Kategorien von Eisenbahnen, nämlich zwischen den garantirten und den nicht garantirten Linien besteht, die schon an und für sich eine Rücksicht nothwendig macht, so muß sich doch der Staat meiner Ansicht nach in seiner Tarifpolitik ausschließlich von Umständen leiten lassen, welche in der Sache selbst liegen. Er muß einerseits die Betriebsverhältnisse, die bei der betreffenden Eisenbahn bestehen, berücksichtigen, er muß anderseits aber auch dem allgemeinen Verkehrsbedürfnisse des Publicums Rechnung tragen.

Wenn der Staat jährlich bedeutende Summen einer garantirten Eisenbahn zuzuschießen genöthigt ist, so wird er allerdings bestrebt sein, diese Ausgabe nach Möglichkeit durch Hebung der Einnahmen der Eisenbahn wieder zu verringern, er wird aber nicht minder verpflichtet sein, dies zu thun, wenn der Ausfall nicht die Steuerträger, sondern die Privateigenthümer einer Bahn betrifft, in beiden Fällen natürlich vorausgesetzt, daß nicht ein öffentliches Verkehrs-

interesse unter einer solchen Begünstigung einer Eisenbahn leide.

Wo jedoch ein solches Verkehrsinteresse dem entgegenstehen würde, da dürfte eine solche Erhöhung meiner Ansicht nach ebensowenig platzgreifen, ob es nun eine garantirte Linie ist oder nicht. Aus diesem Grunde kann ich mich auch der vom Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer vorgeschlagenen Resolution nicht anschließen. Dafür stimme ich demselben Herrn Redner darin vollkommen zu, daß der Staat sein Tarifhoheitsrecht, welches er allerdings niemals ganz aus den Händen gegeben hat, wieder voll zu erlangen bestrebt sein soll. Vielleicht stimmt er mir dagegen darin bei, wenn ich verlange, daß die Ausübung dieses Rechtes mit jener Objectivität zu geschehen habe, welche der Staat allen an ihn herantretenden Interessenansprüchen ohne Ansehen der Person entgegenzubringen verpflichtet ist.

Der zweite Herr Redner in der Generaldebatte, dem ich mich nun zuwende, der Herr Abgeordnete für die Städte Nikolsburg, Auspitz und Göding, ist wohl in vielen Beziehungen ebenfalls über die Grenzen des Gesetzentwurfes hinausgegangen, und ich werde ihm daher nicht auf alle Gebiete, die er gestreift hat, folgen können und auch nicht folgen müssen, weil einige Herren Vorredner bereits viele seiner Aeußerungen widerlegt haben. Ich kann es aber nicht unterlassen, einige seiner Aeußerungen, die er gemacht hat, zu erwidern.

Der genannte Herr Abgeordnete hat eingangs seiner Rede behauptet und den Grundsatz aufgestellt, „daß der Transport einer Sache und der Transport von Personen ein Handelsartikel ist, wie jeder andere, und daß der Preis dieser Waare sich ebenso wie jeder anderen Waare nach Gesetzen regelt, welche spontan wirken und in welche der Staat im Allgemeinen sich nicht einzumischen hat."

Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat dabei übersehen, daß die Eisenbahnen nicht nur Erwerbsgesellschaften sind, daß sie vielmehr in viel höherem Grade dem allgemeinen öffentlichen Interesse zu dienen berufen sind, indem sie ja das naturgemäß dem Staate allein zustehende Straßenregal als Monopol ausüben. Er hat übersehen, daß, wenn die Concurrenz da regelnd eingreifen soll, eine zweite und dritte neue Eisenbahnlinie zu dieser Concurrenz nicht so herbeigeschafft werden kann, als irgend ein zweiter Eisenproducent oder Kohlenproducent auftaucht und dadurch einen regelnden Einfluß auf die Eisen- und Kohlenpreise ausübt.

Der Herr Abgeordnete hat sich mit seiner Behauptung einer englischen Wirthschaftstheorie angeschlossen, der ich mir erlauben will, eine englische Thatsache gegenüberzustellen, indem ich auf einen Vorgang im englischen Parlamente hinweise, der, als man sich mit der Untersuchung der Eisenbahnfragen dort insbesondere beschäftigte, stattgefunden hat.

Am 5. Februar 1844 trat Gladstone, der damalige Präsident des Handelsamtes, im englischen Parlamente mit dem Antrage vor das Unterhaus, einen Ausschuß niederzusetzen, der den Auftrag erhalte, in Erwägung zu ziehen, ob und welche neuen Bestimmungen in die jetzt und künftig vor das Haus kommenden Eisenbahnbills zu setzen seien im Interesse des öffentlichen Nutzens und der Verbesserung des Eisenbahnsystems.

In der Motivirung des Antrages sagt er, er habe genug Erfahrungen im Eisenbahnwesen, um die Ueberzeugung zu haben, daß man sich nicht allzusehr auf die öfteren Behauptungen von den Vortheilen der Concurrenz mehrerer Eisenbahnen verlassen, noch der Versicherung Glauben schenken dürfe, daß solche Concurrenz die Sätze in derselben Weise und mit gleich zuverlässigem Erfolge darniederhalte, wie in anderen Dingen, denn es liege nahe, daß die concurrirenden Linien eine Uebereinkunft schließen.

Die Einzelheiten zu erörtern, werde Sache des Ausschusses sein. . . . . .

*(Redner ist wegen lebhafter Unruhe am Stenographentische nicht verständlich.)*

**Präsident:** Ich bitte doch zu berücksichtigen, daß der Herr Berichterstatter wegen der Unruhe den Herren Stenographen nicht verständlich ist.

Berichterstatter **Schwab** *(fortfahrend)*: und es werde Sache des Ausschusses sein, zu erwägen, ob es nicht billig wäre, durch ein Gesetz zu verlangen, daß die Höhe der Fahrpreise für die Reisenden der dritten Classe wenigstens ermäßigt werde.

Der radicale Roebuck ergreift in derselben Debatte das Wort und begrüßt die Thatsache, daß Gladstone diese wichtige Frage aufgenommen habe, und schließt eine lange Rede mit den Worten: „Möge das Haus in einer Weise vorgehen, daß man sich überzeuge, seine einzige Erwägung sei das öffentliche Interesse, vor welchem jedes Monopol weichen muß."

Dieser Ausschuß begann am 14. Februar seine Verhandlungen, und man kennt, in welcher Gründlichkeit das englische Parlament solche Ausschußverhandlungen abhält und welches Material dabei herangezogen wird.

Eine Unzahl von Zeugen wurde vernommen und über 7000 Fragen wurden formulirt. Es beschäftigte sich in dieser Weise der Ausschuß bis 8. Mai, und das Resultat, welches aus allen diesen Fragen gezogen werden mußte, war folgendes: „Eine verläßliche Concurrenz ist bei den Eisenbahnen unmöglich, das Monopol ist nothwendig und volkswirthschaftlich allein rationell, aber es folgt daraus auch die Nothwendigkeit einer Controle des Staates über die mit einem Monopol ausgerüstete Bahn und einer

periodischen Revision der Tarife durch den Staat." Diese Ansicht fand auch Eingang in die englische Gesetzgebung, obgleich das Eisenbahninteresse in keinem Parlamente der Welt so eifrige Verfechter gefunden hat, als im englischen.

Der Herr Abgeordnete von Nikolsburg und Auspitz hat es, wenn ich seinen Ausführungen weiter folge, als ein Schlagwort bezeichnet, wenn man von dem Tarifhoheitsrechte des Staates spreche, und obgleich er dies in seinen heutigen Auseinandersetzungen bezüglich Oesterreichs in gewissen Beziehungen bereits eingeschränkt, so muß ich doch auf diesen Gegenstand noch zurückkommen. Er hat den Ausruf gethan: „in welchem Staatsrechte findet man denn dieses Hoheitsrecht des Staates, wo in aller Welt hat es denn ein Tarifhoheitsrecht des Staates gegeben? Das ist ja eine ganz moderne Erfindung, eine Erfindung der neuesten Zeit, vielleicht der allerletzten Monate!"

Ich erlaube mir, auf diese seine Frage mit dem Hinweise auf die Gesetzgebung der verschiedensten Staaten zu antworten, wenn auch bereits der österreichischen Gesetzgebung Erwähnung geschehen ist. Es wird ein Blick auf den Stand der Gesetzgebung bezüglich der Eisenbahntarife bei den verschiedenen Staaten beweisen, daß das Tarifhoheitsrecht des Staates mehr oder weniger eingeschränkt bei einer sehr großen Anzahl von Staaten besteht. Ich erwähne zunächst Amerika, welches die Maximaltarifsätze für die Eisenbahnen durch die Legislatur feststellt; dieselbe ist auch berechtigt den Tarif zu reduciren, sobald die Dividende zehn Percent übersteigt. Ich gestehe zu, daß eine Controle darüber allerdings nicht gehandhabt wird, aber es zeigt, daß die amerikanische Gesetzgebung ein Tarifhoheitsrecht des Staates anerkennt. In England wird in der Concession, welche der Berathung und Beschlußnahme im Parlamente unterliegt, auf Antrag des mit der Vorberathung betrauten Ausschusses das Maximum derjenigen Sätze festgestellt, zu deren Erhebung für den Personen- und Gütertransport die Eisenbahngesellschaften berechtigt sein sollen. Die Erhöhung der in den Concessionen festgesetzten Maximaltarife erfordert die Mitwirkung des Handelsamtes und die Zustimmung des Parlamentes. In Frankreich wird jedem Concessionsdecrete ein besonderer „cahier des charges" hinzugefügt, welcher in ausführlicher Weise die Tarife für den Personen-, Gepäcks- und Frachtentransport enthält. Jede Tarifänderung unterliegt der Genehmigung der Regierung. In Belgien ist die Festsetzung der Tarife auf den Eisenbahnen durch das Gesetz vom 10. Mai 1862 der Regierung überlassen. In Baiern soll nach den Fundamentalbestimmungen für sämmtliche Eisenbahnstatute die Regulirung der Tarife in den ersten drei Jahren des Bestandes jährlich, nach Ablauf dieser drei Jahre alle drei Jahre unter Genehmigung des Staates erfolgen. Das preußische Gesetz vom 3. November 1838 enthält die Bestimmung, daß innerhalb der ersten drei Jahre der Eisenbahngesellschaft das Recht zugestanden wird, die Höhe der Tarife für Personen und Güter nach ihrem Ermessen zu bestimmen, nachher soll eine Erhöhung derselben ohne Genehmigung des Staates nicht mehr stattfinden. Zudem wird dieses Befugniß der Regierung in fast allen Concessionen, die dort ertheilt worden sind, noch ergänzt, indem die Feststellung und Abänderung der Tarife fast allgemein der Genehmigung der Regierung vorbehalten ist. Endlich erlaube ich mir, bezüglich dieses Tarifhoheitsrechtes auf Artikel 45 der deutschen Reichsverfassung hinzuweisen; dieser Artikel 45, der sich auf die Eisenbahnen bezieht, lautet: „Dem Reiche steht die Controle über das Tarifwesen zu"; dasselbe wird namentlich dahin wirken, daß 1. baldigst auf allen deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden; 2. daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt wird, daß insbesondere bei größeren Entfernungen für den Transport von Massenartikeln u. s. w. thunlichst der Ein-Pfennigtarif eingeführt werde.

Es ist bereits auf den Stand der österreichischen Gesetzgebung in dieser Angelegenheit hingewiesen worden; ich erlaube mir da hinzuzufügen, daß die Bestimmung, welche das Tarifrecht dem Staate vindicirt, viel älter ist als das Concessionsgesetz vom Jahre 1854, sie beruht auf einer Allerhöchsten Entschließung vom 29. December 1837 und vom 18. Juni 1838; es wurden da zum ersten Male allgemeine Bestimmungen über das bei Eisenbahnen zu beobachtende Concessionssystem erlassen. Es wird da kundgemacht, daß Seine k. k. Majestät zu befehlen geruhten, daß diese allgemeinen Bestimmungen in den vorkommenden Fällen den Behörden als Directiven zu dienen haben und daß die hiernach im Interesse der Staatsverwaltung sich ergebenden Vorbehalte den künftigen Concessionen ausdrücklich einzuschalten seien. Im Punkte e) des §. 8 der Directiven ist eben die Bestimmung über den Vorbehalt des Tarifrechtes für den Staat enthalten, die später in das Concessionsgesetz vom 14. September 1854 mit dem Zusatze übergegangen ist, daß von drei zu drei Jahren eine Revision der Tarife stattzufinden habe.

Ich glaube also nachgewiesen zu haben, daß das Tarifhoheitsrecht nicht nur in Oesterreich, sondern auch anderwärts besteht und etwas älter ist, als der Herr Abgeordnete gemeint hat, und daß es seine Entstehung nicht der allerjüngsten Zeit oder gar den letzten Monaten verdankt.

Doch der Herr Abgeordnete befreundet sich schließlich selbst mit der Aufstellung der Maximaltarife und damit komme ich nun auf einen Punkt, in dem er sich direct gegen den Bericht wendet, indem

er einen Tadel darüber ausspricht, daß der Bericht sich zu kurz fasse mit der Motivirung, warum die Maximaltarife gerade so und nicht höher gefaßt worden sind, und er kommt zu dem Schlußsatze, daß die Argumente des Berichtes nichts beweisen.

Der Herr Abgeordnete hat dabei übersehen, daß schon an einer früheren Stelle des Motivenberichtes die Gründe für diesen Gesetzentwurf angeführt worden sind; dort heißt es *(liest)*:

„daß zwischen den Personentarifen der verschiedenen Eisenbahngesellschaften sehr grelle, auf gar keinem Principe fußende Unterschiede bestehen, deren Ausgleichung aus Geboten der Volkswirthschaft und Gründen der Gerechtigkeit als eine Pflicht des Staates angesehen werden muß."

Um also diesem zu genügen, empfahl es sich, gerade die höheren Tarifsätze, wie sie heute den finanziell besser situirten Bahnen zu Gute kommen, mit geringer Veränderung als Maximalsätze festzustellen, damit sie auch jenen anderen finanziell schlechter situirten Bahnen gewährt werden können.

Die Erhöhung für diese Bahnen ist auch keine geringe, sie beträgt bei den im Berichte angeführten eilf Eisenbahnen in der ersten Classe ungefähr 26½ Percent. Der Eisenbahnausschuß und sein Berichterstatter gingen von der Ansicht aus, daß eine irgendwie namhafte Erhöhung der Maximaltarife, über die Höhe jener Tarife hinaus, wie sie bei den älteren Bahnen seit einer langen Reihe von Jahren bestehen, nicht zweckmäßig wäre und ohne Schädigung der Verkehrsinteressen nicht durchgeführt werden könnte.

Es darf nicht vergessen werden, daß diese Tarife schon höher sind, als in vielen anderen europäischen Staaten, und daß die Nachbarstaaten keine so hohen Tarife besitzen, und daß man sich hüte, jetzt in das entgegengesetzte Extrem von dem zu verfallen, in welchem man sich im Jahre 1868 befand, als man um jeden Preis billige Personen- und Frachtentarife angestrebt hat.

Wenn aber weiters der Herr Abgeordnete glaubt, ein Beweis dafür, daß die Maximaltarife nicht die richtigen sind, liege darin, daß „die bestsituirten Bahnen, wie Nordbahn und Saatsbahn, es in ihrem Interesse gefunden haben, das Maximum der gesetzlichen Tarife einzuhalten und es nicht in ihrem Interesse gefunden haben, tiefer herabzugehen", so muß ich ihm allerdings sagen, daß ich ihm in seinem Glauben an die Sorgfalt der Eisenbahngesellschaften für das Interesse des Publicums nicht folgen kann, und ich bitte den Herrn Abgeordneten, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich es mir mit diesem Glauben nicht vereinigen kann. Warum denn die Eisenbahnen untereinander Kartellverträge schließen, nur um sich höhere Tarife zu erhalten, selbst wenn ein reger Verkehr auf ihren Linien besteht.

Um der Vollständigkeit zu genügen, muß ich noch hinzufügen, daß es nicht ganz so ist, wie der Herr Abgeordnete gesagt hat, daß nämlich die Nord- und Staatsbahn unter ihre Concessionstarife nicht hie und da herabgegangen wären. Sie haben dies wohl gethan, aber allerdings da, wo ihre Linien mit anderen später concessionirten Linien in Berührung gekommen sind.

Der Herr Abgeordnete hat es weiters dem Berichterstatter zum Vorwurfe gemacht, daß er es gewagt hat, die Freizügigkeit als ein Motiv für das Anstreben billiger Tarife im Berichte anzuführen; er gesteht dabei selber zu, daß dies bei der dritten Wagenclasse zutreffe, aber er sagt, daß er dasselbe Argument für die erste und zweite Wagenclasse unmöglich gelten lassen könne, und er setzt hinzu: „Gegen solche Argumente muß ich mich wenden, mit welchen bewiesen werden soll, was sie nicht beweisen können."

Ich habe darauf zu bemerken, daß der Herr Abgeordnete einen Kampf gegen Windmühlen mit diesem Ausspruche gekämpft hat. Denn aus dem allgemeinen Ausspruche, „daß das Recht der Freizügigkeit erst praktische Bedeutung erhalten werde, wenn der Verkehr leicht gemacht werde", hat seine Phantasie ein Argument gemacht, mit welchem die erst in einem späteren Absatze des Berichtes erwähnte Höhe der Tarife sämmtlicher drei Classen gerechtfertigt werden wollte. Doch der Herr Abgeordnete hat damit einen Uebergang gefunden, um auszusprechen, „daß die Tarifirung der ersten und zweiten Classe von Seite des Staates überhaupt nicht nöthig sei, daß dies Luxusartikel seien, an deren Tarifirung der Staat kein Interesse habe, und man solle den Bahnen deren Tarifirung freistellen, sie sollen verlangen, was sie wollen, wem es zu theuer ist, der solle nicht fahren".

Ich hätte es begreifen können, wenn der Herr Abgeordnete verlangt hätte, daß auf den Eisenbahnen in Oesterreich nur eine einzige Classe ähnlich, wie in Amerika eingeführt werden solle. Welchen Nutzen es aber haben soll für die dritte Classe die Tarife festzustellen, sich aber um die Tarifirung der zweiten und ersten Classe nicht zu kümmern, das vermag ich nicht einzusehen.

Die Eisenbahnen sollen wohl verpflichtet werden, diese Classen zu führen, aber der Staat soll die Tarifirung dieser Classen den Eisenbahnen überlassen! Ich glaube, das Recht, welches dem Staate zusteht, die Tarife festzusetzen, kann nicht darnach unterschieden werden, ob es sich um den Tarif der ersten, zweiten oder dritten Classe handelt.

Es würde jedoch zu weit führen, wenn ich noch weiter den Ausführungen dieses Herrn Abgeordneten folgen wollte; es haben mich einige der geehrten Herren Vorredner dieser Mühe bereits überhoben.

Ich muß nur noch auf Einen Punkt seiner Rede kommen, und zwar auf den, in welchem er meint, in dem Berichte einen Irrthum gefunden zu haben, wenn der Bericht sagt, daß die Maximalsätze die oberste Grenze für die Regierung bezeichnen sollen, innerhalb welcher sie nach Maßgabe der bestehenden Verhältnisse die definitiven Tarife festzustellen haben wird. Der Herr Abgeordnete hat dabei übersehen, zu unterscheiden zwischen den Maximaltarifen, der Concessionsurkunde und dem Maximaltarife, welcher in dem Gesetze enthalten ist. Der Passus des Berichtes, auf den er sich beruft, lautet *(liest)*:

„Die Maximaltarife, die für Personentransporte aufgestellt werden, sollen nur der k. k. Regierung die oberste Grenze bezeichnen, in welcher derselben überlassen bleiben muß, für die Eisenbahnlinien, auf welche das Gesetz Anwendung finden soll, nach Prüfung aller einschlägigen Umstände die Höhe des Tarifes festzustellen."

Es ist eben zwischen den Maximaltarifen der Concessionsurkunde und den Maximaltarifen des Gesetzes ein bedeutender Unterschied. Es ist richtig, daß innerhalb des Maximaltarifes der Concessionsurkunde der Eisenbahn freistehe, den Tarif herabzusetzen, aber der Maximaltarif, den das Gesetz aufstellt, ist so viel höher und enthält so weiten Spielraum gegen manchen Concessionstarif, daß es da allerdings dem Minister überlassen bleiben wird, den Tarif je nach den Verhältnissen, die er bei den einzelnen Bahnen findet, in einer bestimmten Höhe festzustellen.

Ich komme zu dem dritten Redner, der sich in der Generaldebatte gegen den Entwurf ausgesprochen hat, dem Herrn Abgeordneten für die Triestiner Handelskammer. Seine Ausführungen, die er seinem schließlichen Ausspruche, über dieses Gesetz zur Tagesordnung überzugehen, vorausgeschickt hat, werden bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Sachentransport ihre Verwerthung finden können; seiner Meinung jedoch, daß dieser Gesetzentwurf späteren Reformen präjudiciren würde, vermag ich nicht zu folgen, und es wird mir schwer, sie zu verstehen.

Ich habe bereits hervorgehoben — und es ist das in dem Berichte vielfach erwähnt — daß dieser Gesetzentwurf eben nichts Anderes anstrebt, als die bestehende Ungleichheit zwischen den einzelnen Bahnen rücksichtlich der Personentarife aufzuheben.

Auf das Amendement, welches der Herr Abgeordnete für die Wiener Handelskammer angekündigt hat, werde ich mir erlauben, in der Specialdebatte bei Artikel V zurückzukommen.

Ich habe nur noch die Resolution zu erwähnen, die der Herr Abgeordnete für die Linzer Handelskammer am Schlusse seiner letzten Ausführungen eingebracht hat.

Ich habe bereits erklärt, welche Umstände mich bestimmen, mich für meine Person gegen diese Resolution auszusprechen. Ich will aber nicht läugnen, daß sie namentlich in Bezug auf den Sachentransport eine wichtige Anregung enthält, und ich würde also beantragen, daß diese Resolution dem Eisenbahnausschusse zugewiesen werde, welcher sich bei Gelegenheit der Berathung der Vorlage über die Sachentransporttarife auch mit der näheren Erörterung dieser Frage beschäftigen könnte.

Indem ich nun glaube, die Haupteinwendungen, die gegen den Gesetzentwurf vorgebracht worden sind, entkräftet zu haben, erlaube ich mir, dem hohen Hause zu empfehlen, in die Specialberathung dieses Gesetzentwurfes eingehen zu wollen. *(Bravo!)*

**Präsident:** Wir werden nun zur Abstimmung schreiten. Ich erlaube mir an das hohe Haus die Frage zu stellen, ob es in die Berathung des vorliegenden Gesetzes eingehen und den vom Ausschusse vorgelegten Entwurf zur Grundlage der Specialdebatte annehmen will. Jene Herren, welche dafür sind, bitte ich, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Eingehen in die Specialdebatte ist beschlossen.

Berichterstatter **Schwab** *(liest Artikel I des Gesetzes aus 610 der Beilagen)*.

**Präsident:** Zu diesem Artikel hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schaup zum Worte gemeldet. Ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Dr. **Schaup:** Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß es nach meiner Anschauung zweckmäßig wäre, Artikel I und II in Einen Artikel zusammenzuziehen und daher die zweite Artikelüberschrift wegzulassen, und zwar aus dem Grunde, weil, wie schon der Anfang dieses Artikels sagt, dieser Artikel sich nur mit den Personentarifen beschäftigt, währenddem in den späteren Artikeln hie und da Bestimmungen vorkommen, welche auch auf den Sachentransport Bezug nehmen.

**Präsident:** Ich glaube, diesem Wunsche Rechnung tragen zu können, wenn ich beide Artikel zugleich zur Debatte bringe. Wenn Nichts dagegen eingewendet wird *(Niemand meldet sich)*, so werde ich gleich auch den Artikel II verlesen lassen.

Berichterstatter **Schwab:** Ich finde das, was der Herr Abgeordnete der Linzer Handelskammer in Bezug auf die Zusammenziehung dieser beiden Artikel vorgebracht hat, vollkommen gerechtfertigt, und habe nichts dagegen einzuwenden, daß die Artikelüberschrift bei Artikel II wegfällt. *(Liest*

*Artikel II des Gesetzes aus 610 der Beilagen ohne Ueberschrift.)*

**Präsident:** Ich eröffne nun die Debatte über die Artikel I und II, welche nun als Artikel I zur Berathung gelangen. Es haben sich zu diesem Artikel zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten Dr. Roser und Fuchs aus Schlesien. Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Dr. Roser das Wort.

Abgeordneter Dr. **Roser:** Ich habe mir zum Artikel II das Wort erbeten, um eine Aenderung des Maximaltarifes für die dritte Classe zu beantragen.

Im Artikel II der Regierungsvorlage ist der Maximaltarif für die dritte Classe auf 2·5 Kreuzer per Person und Kilometer festgesetzt, und ich freue mich, daß der Ausschuß diese Ziffer auf 2·4 Kreuzer herabgesetzt hat. Jedoch auch dieser Tarif scheint mir im Verhältnisse zu den Tarifen der übrigen Classen noch immer zu hoch gegriffen, und ich erlaube mir daher zu beantragen, daß der Maximaltarif für die dritte Classe auf zwei Kreuzer per Person und Kilometer festgesetzt werde.

Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so wird das ärmere reisende Publicum, welches doch das größte Contingent zu den Reisenden stellt, dies mit Jubel begrüßen. Meine Herren! Die Herabsetzung des Maximaltarifes für die Leute, die die dritte Classe benützen, wird gewiß den Bahnen keinen Nachtheil zufügen, und es hat bereits der Herr Abgeordnete Teuschl darauf hingewiesen, daß nicht die Personentarife die Ursache der Betriebsdeficite der Eisenbahnen sind, sondern er hat ganz mit Recht als Ursache derselben die verschwenderische Gebarung angegeben und überhaupt die enormen Gehalte, die die Herren Verwaltungsräthe und Generaldirectoren beziehen. Das macht immerhin etwas aus. Ich habe nichts dagegen, wenn der Maximaltarif auf der ersten und zweiten erhöht werde; wer es zahlen kann, soll auf der zweiten und ersten Classe fahren.

Wenn Sie die dritte Classe erniedrigen, so wird dann die vierte Classe entbehrlich und diese ist wirklich menschenunwürdig. Wer Gelegenheit hatte, auf der vierten Classe zu fahren — und ich scheue mich nicht, es auszusprechen, daß ich auch einen solchen Versuch machte — muß gestehen, daß man es keine Stunde da aushalten kann; denn die Reisenden müssen da wie die Pferde stehen und werden außerdem noch roh behandelt.

Die Einnahmen der Bahnen werden also keinen bedeutenden Abbruch erleiden, wenn Sie meinen Antrag annehmen, weil dann mehr Leute auf der dritten Classe fahren werden.

Bevor ich jedoch schließe, möchte ich noch auf einen Umstand hinweisen, welcher gewiß viel zu dem großen Betriebsdeficite der Bahnen beiträgt.

Meine Herren, es sind dies die Freikarten auf den Bahnen. Ich möchte vom ganzen Herzen die gänzliche Aufhebung der Freikarten wünschen, wenigstens auf den von dem Staate garantirten Bahnen. Meine Herren, ich kenne Viele, die Reisediäten beziehen und doch Freikarten erhalten; es ist dies ein arger Mißbrauch, der das Einkommen der Bahnen schädigt. Es erhalten meist nur solche Herren Freikarten, die auf der ersten Classe fahren und eine solche Begünstigung gar nicht brauchen. Wenn diese Herren auch auf der zweiten und dritten Classe zu fahren sich entschloßen, so würden dann manche Mängel ans Licht kommen und vielleicht deren Behebung leichter eintreten. Man wird mir freilich einwenden: Ja, die Erniedrigung des Fahrpreises der dritten Classe beträgt nur einige Kreuzer — nun, meine Herren, diese kommen dem armen Handwerker, dem Häusler, der z. B. seinen Sohn in der Hauptstadt aufsuchen will, gewiß zu Gute . . . .

Und dann, meine Herren, möchte ich Seine Excellenz den Herrn Handelsminister noch auf Eines aufmerksam machen. In Deutschland ist auf jeder Karte der Fahrpreis genau verzeichnet, und das ist wichtig, erstens schützt dies vor Irrthümern von Seite der Beamten und zweitens hat der Reisende auch das Recht Auskunft darüber zu verlangen wieviel er zahlt; freilich wir man mir einwenden, es sei dies des Agios wegen unmöglich. Nun, meine Herren, alle Tage tritt eine Agioänderung nicht ein; ich glaube, was in Deutschland möglich ist, muß auch in Oesterreich möglich sein. Ich lege also diese Punkte Seiner Excellenz dem Herrn Handelsminister ans Herz.

Schließlich bitte ich nochmals das hohe Haus, meinen Antrag im Interesse des ärmeren Reisepublicums, anzunehmen. *(Bravo! auf der äussersten Linken.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Roser stellt folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)* Ich bitte die Herren, die denselben unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

Der Herr Abgeordnete Fuchs *(Schlesien)* hat das Wort.

Abgeordneter **Fuchs:** Auch ich werde mir erlauben, zu dem in Berathung stehenden Artikel einen Antrag zu stellen.

Ein entschiedener Fortschritt im Verkehrsleben der Eisenbahnen ist unzweifelhaft: die Einführung der Eilzüge. So vollkommen dieselben jedoch auch heute verkehren, so leiden sie doch an einem Uebelstande, welcher darin besteht, daß dieselben heute nur auf die erste und zweite Wagenclasse beschränkt sind, die dritte Wagenclasse aber ausgeschlossen ist.

Was nun das Verhältniß zwischen den drei Classen anbelangt, so liegt es allerdings in der Zweckmäßigkeit, diese drei Classen in jenem Verhältnisse zu erhalten, in welchem sie sich heute befinden, und von diesem Standpunkte aus verdient der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Schaup in der That alle Beachtung.

Ich glaube daher, daß nur noch der Antrag bezüglich der Freikarten Gegenstand der Debatte ist, weil sowohl der Antrag Steudel, als auch auch der des Herrn Abgeordneten Auspitz unterstützt worden ist. Im Allgemeinen möchte ich bemerken, daß von Seite der Regierung der wirklich bestehenden Uebung, mit den Freikarten sehr freigebig vorzugehen, in wirksamer Weise entgegengetreten worden ist, und daß eine sehr namhafte Einschränkung bereits stattgefunden hat. Aber einen so weit gehenden Antrag, wie den, den der Herr Abgeordnete Steudel mit dem neuerlichen Zusatze beabsichtigt, kann ich schon aus dem Grunde nicht unterstützen, weil die Betheiligung von Freikarten zum Theile auf Vertragsbestimmungen zwischen inländischen und ausländischen Bahnen fußt, und die Annahme des Antrages die Folge hätte, daß die österreichischen Bahnen aus dem deutschen Eisenbahnverbande austreten müßten. Zweitens muß ich darauf aufmerksam machen, daß nach den bestehenden administrativen und zum Theile auch gesetzlichen Bestimmungen eine Reihe von Organen der Regierung, z. B. von Organen der Generalinspection der Eisenbahnen, von Telegraphenbeamten, von Finanzbeamten, daß alle diese Organe nach den Concessionsurkunden der Eisenbahnen und nach den bestehenden Gesetzen unentgeltlich befördert werden müssen. Die Controle macht es nun nothwendig, daß diese Organe mit Freikarten betheilt werden. Würde der Antrag Steudel angenommen werden, so könnte dies nicht der Fall sein, in dieser Allgemeinheit kann ich diesen Antrag absolut nicht unterstützen und ich muß bitten, auf diese Verhältnisse bei Abgabe des Votums Rücksicht zu nehmen.

Von Seite des Herrn Abgeordneten Dr. Roser wurde der Wunsch ausgesprochen, es möge auf den Fahrkarten der Preis notirt werden. Darauf muß ich bemerken, daß, solange das Silberagio wechselt und für die Fahrkarten monatlich andere Preise gezahlt werden müssen, das einzig Zweckmäßige in der Affichirung des Preises am Schalter, wo die Karten gelöst werden, besteht, und auf die Durchführung dieser Bestimmung wird von Seite der Organe des Handelsministeriums auf das entschiedenste gedrungen. Die Notirung des Preises in Silber auf die Fahrkarten würde eine complete Confusion hervorrufen, weil dann eine Zahlung bestätigt würde, die mit der factisch geleisteten nicht übereinstimmt; es würde nämlich eine Zahlung in Silber bestätigt. Da würde Unzufriedenheit entstehen, weil man nicht immer weiß, wie das Silberagio sich stellt, und dieses erst berechnet werden müßte. Die Methode, die Fahrkarten monatlich mit den Preisen in Papiergeld zu bedrucken, würde aber zu einer Behelligung und Erschwerung der Eisenbahnadministration führen und Kosten verursachen, die ja mit dem Zwecke in keinem Verhältnisse stehen.

Ich resumire also: Den Antrag Schaup, Artikel II mit Artikel I zu vereinigen, kann ich nur unterstützen, ebenso halte ich den Antrag in Bezug auf die höheren Fahrpreise für zweckmäßig. Den Antrag Roser, den Tarif der dritten Classe auf zwei Kreuzer zu vermindern, muß ich bekämpfen; ebenso wende ich mich gegen den Antrag des Herrn Abgeordneten Steudel.

Gegen die Annnahme des Antrages des Herrn Abgeordneten Auspitz habe ich von meinem Standpunkte nichts zu bemerken.

*(Während dieser Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen. — Abgeordneter Auspitz meldet sich zum Worte.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Auspitz hat das Wort.

Abgeordneter **Auspitz**: Ich möchte mir in formeller Hinsicht den Antrag erlauben, da doch eine Reihe von Anträgen vorgebracht worden sind, die theilweise auch mit einander im Zusammenhange stehen, und es in der Plenarsitzung vielleicht schwer sein dürfte, da die richtige Auswahl zu treffen, sämmtliche Anträge zum nunmehrigen Artikel I an den Eisenbahnausschuß zur Vorberathung zurückzuweisen.

**Präsident**: Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da es nicht der Fall ist, so erkläre ich die Debatte zu Artikel I und II, respective Artikel I für geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter **Schwab**: Ich möchte mich zunächst gegen den letzten Antrag des Herrn Abgeordneten Auspitz aussprechen. Es scheint mir, daß eine Zurückweisung aller hier gestellten Anträge an den Eisenbahnausschuß durchaus nicht zweckmäßig wäre, weil die gestellten Anträge doch ohne jede Directive an den Eisenbahnausschuß kommen würden, wo sie ja zum großen Theile schon in Berathung waren, mit Ausnahme etwa jenes einen Antrages, der sich mit der Frage der Freikarten beschäftigt, einem Punkte, bezüglich dessen vom Herrn Handelsminister schon erklärt worden ist, daß da Uebelstände bestehen. Rücksichtlich aller anderen Punkte scheint eine Zurückweisung an den Eisenbahnausschuß keinen Zweck zu haben.

Ich erlaube mir daher, mich in möglichster Kürze gegen jene Einwendungen zu wenden, welche

gegen die Ausschußanträge vorgebracht worden sind. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Dr. Roser den Antrag gestellt, es möchte der Tarif der dritten Classe auf zwei Kreuzer per Kilometer reducirt werden. Ich habe dagegen nur zu bemerken, daß dies eben derjenige Satz war, welchen die finanziell schlecht situirten Bahnen gehabt haben, und daß eben die traurige Nothwendigkeit sich herausgestellt hat, die Tarifsätze für die schlecht situirten Bahnen zu erhöhen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß der Fahrpreis von 2 Kreuzern per Kilometer für die dritte Classe ein solcher ist, wie ihn die einen viel höheren Verkehr besitzenden Bahnen in den angrenzenden Nachbarstaaten, wie Sachsen, Preußen, sowie Frankreich, nicht besitzen. Denn Frankreich besitzt für die dritte Wagenclasse einen Preis von 5·5 Centimes; dies macht ohne Agio 2·2, mit Agio 2·64 Kreuzer aus, während in Sachsen und Preußen der Tarif 4 Pfennige, also 2 Kreuzer in Gold ist; es bestünde also dann in Oesterreich ein noch niedrigerer Frachtsatz als in Frankreich, in Sachsen und Preußen. Ich muß mich daher gegen die Annahme dieses Tarifes für die dritte Classe aussprechen.

Ebenso aber muß ich mich gegen den Antrag des Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer wenden, welcher eine Erhöhung des Tarifes für die dritte Wagenclasse auf 2·5 Kreuzer und im Zusammenhange damit eine Erhöhung des Tarifes der zweiten Wagenclasse auf 3·75 Kreuzer beantragt hat. Diese Erhöhung überschreitet den jetzigen höchsten Maximalsatz bei den Eisenbahnen noch um Einiges, und gerade um diese Erhöhung in der dritten Classe nicht eintreten zu lassen, hat sich der Eisenbahnausschuß bestimmt gefunden, bei der zweiten Classe noch um 0·1 höher zu gehen, als die Regierungsvorlage verlangt hat, um bei der dritten Classe eine Herabsetzung um 0·1 eintreten lassen zu können.

Es ist vom Herrn Abgeordneten der Linzer Handelskammer hervorgehoben worden, daß eine Relation zwischen den einzelnen Classen sehr wichtig sei. Ich erlaube mir darauf zu bemerken, daß diese Relation zwischen der zweiten und dritten Classe ja nach dem vorgeschlagenen Gesetzentwurfe in der That besteht; denn der Preis der zweiten Classe entspricht dem Preise von 1½ dritter Classe.

Ich bitte zu bedenken, daß, wenn eine Eisenbahn so großes Gewicht darauf legt, diese Relation auch für die erste Classe zu besitzen, sie dieselbe nur auf 4·8 zu reduciren haben wird, um sich dieses Relationsverhältniß zu sichern. Daraus folgt aber nicht, daß die Erhöhung der Preise der Bahnen bloß aus diesem Grunde auf Kosten des reisenden Publicums bei allen Classen stattfinden soll. Sehe ich mir den Tarif an, wie er bei verschiedenen Bahnen des Auslandes besteht, so finde ich, daß auf eine solche Relation im Ganzen nur ein geringes Gewicht gelegt erscheint.

In Frankreich ist der Tarif für die erste Classe 10, für die zweite 7·5 und für die dritte 5·5 Centimes, also gar keine Relation. In Süddeutschland gelten bei den Bahnen, die kein Freigepäck gewähren, als Tarif in der ersten Classe 8 Pfennige, in der zweiten 5·3 Pfennige und in der dritten 3·4 Pfennige, also wieder gar keine Relation zwischen den einzelnen Classen. Es scheint mir also nicht nöthig darauf besonders Rücksicht zu nehmen, um da eine Erhöhung eintreten zu lassen, wo man sie nicht aus inneren Gründen für nöthig hält.

Ich komme nun zu dem Antrage des Herrn Abgeordneten Auspitz, daß ohne Genehmigung des Herrn Handelsministers die Maximaltarife nicht herabgesetzt werden und daß die Eisenbahnen ohne Bewilligung des Handelsministers Freikarten nicht ausgeben dürfen.

Was nun den ersten Punkt anbelangt, so glaube ich, daß es wohl zu weit geht, zu behaupten, daß die Verwaltung einer garantirten Bahn so wenig Interesse an dem Gedeihen der ihr anvertrauten Eisenbahn haben sollte, daß sie in so flagranter Weise gegen die ihr anvertrauten Interessen vorgehen sollte, daß sie erst durch den Befehl des Ministers an der Herabsetzung eines Tarifes gehindert werden müßte. Es scheint mir die Besorgniß auch deßhalb zu weitgehend, weil im Gegentheile bei allen Eisenbahnverwaltungen viel eher das Bestreben, den Tarif höher zu setzen als herabzusetzen, vorhanden ist. Es muß daher vor Allem, dem ersteren Bestreben entgegenzutreten, als Aufgabe der Staatsverwaltung bezeichnet werden.

Was nun den Antrag bezüglich der Freikarten anbelangt, dem ich in entsprechender Form gern zustimmen würde, so scheint mir, daß die Form, welche der Herr Abgeordnete Auspitz für denselben wünscht, ebensowenig, wie die radicale Art, in welcher der Herr Abgeordnete Steudel diese Frage behandelt, der die Freikarten bei den subventionirten Bahnen geradezu verbieten will, die entsprechende wäre. Denn nach dem letzteren Vorschlage könnte man wohl leicht das Kind mit dem Bade ausgießen, während der erstere, der die Ausgabe jeder Freikarte von einer ministeriellen Entscheidung abhängig macht, die Agenden des Handelsministeriums in nicht angenehmer Weise vergrößern würde.

Ich würde es daher für am zweckmäßigsten halten, wenn der Antrag Steudel und der Antrag Auspitz an den Eisenbahnausschuß zur Vorberathung verwiesen würde.

Der Herr Abgeordnete Dr. Ruß hat keinen bestimmten Antrag gestellt, und ich habe in Betreff seiner Ausführungen nur zu bemerken, daß seine Berechnungen allerdings interessant, aber auch sehr complicirt sind, und daß ich die Lücke, die er in dem

Berichte gefunden zu haben glaubt, indem dort eine Berechnung, wie sich die Kosten der einzelnen Eisenbahnclassen stellen, fehle, durch folgende Berechnung auszufüllen bereit bin. Die Berechnung wird zeigen, daß der Tarif der ersten Classe keineswegs noch herabgesetzt werden kann.

Die Wagen erster Classe haben drei Coupés à sechs Personen enthalten, also 18 Plätze; die Wagen der zweiten Classe enthalten vier Coupés à acht Sitze, also 32 Plätze, und die Wagen der dritten Classe fünf Coupés à 10 Sitze, also 50 Plätze. Es stellt sich daher bei Besetzung aller Plätze der Ertrag eines Waggons per Kilometer:

I. Classe beim Tarif von 5 kr. (5×18) auf 90 kr.
II. Classe beim Tarif von 3·6 „ (3·6×32) 115·2 kr.
III. Classe „ „ „ 2·4 „ (2·4×50) 120 kr.

Es erscheint daher die Herabsetzung des Tarifes für die erste Classe auf eine noch niedrigere Ziffer nicht gerechtfertigt. Auch in Hinweis auf diejenigen Bahnen, die jetzt den billigsten Fahrpreis erster Classe — 30 Kreuzer per Person und Stunde — haben, wird genügen, um zu beweisen, daß eine höhere Personenfrequenz in der ersten Classe nicht von einem niedrigeren Tarife abhängt, eine Herabsetzung also keineswegs den Erfolg haben würde, daß eine größere Frequenz der ersten Classe erzielt werde.

Ich erlaube mir somit, die unveränderte Annahme des Artikel I dem hohen Hause zu empfehlen.

**Präsident**: Ich werde nun zur Abstimmung schreiten und glaube in der Weise vorgehen zu sollen, daß ich zuerst den formellen Antrag des Herrn Abgeordneten Auspitz, dahingehend, daß die zu Artikel I und II gestellten abändernden Anträge an den Ausschuß zurückgewiesen werden sollen, zur Abstimmung bringe. Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, werde ich dann auseinandersetzen, wie ich glaube, daß die weitere Abstimmung über die zu Artikel I und II gestellten Anträge vorzunehmen wäre.

*(Abgeordneter Dumba meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dumba hat das Wort.

Abgeordneter **Dumba**: Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß über die Abänderungsanträge, welche gestellt wurden, gleich jetzt abgestimmt, dagegen der Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Steudel dem Eisenbahnausschusse zur Vorberathung zugewiesen werde.

**Präsident**: Ich werde also bei der Abstimmung in der Weise vorgehen, daß ich zuerst über den formellen Antrag Auspitz, daß sämmtliche Anträge dem Eisenbahnausschusse zugewiesen werden sollen, abstimmen lasse. Sollte derselbe abgelehnt werden, so werde ich die einzelnen Amendements in der Reihenfolge zur Abstimmung bringen, wie ich sie dann dem hohen Hause vorzuschlagen mir erlauben, werde. Wenn unter dieser Voraussetzung die Abstimmung über Artikel I und II vorgenommen sein wird, dann werde ich nach dem Wunsche des Herrn Abgeordneten Dumba die Frage an das hohe Haus stellen, ob der Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Steudel dem Eisenbahnausschusse zur Vorberathung zugewiesen werde. *(Zustimmung.)*

*(Abgeordneter Auspitz meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Auspitz hat das Wort.

Abgeordneter **Auspitz**: Ich möchte mir nur die Bitte erlauben, daß, falls im Sinne des Antrages des Herrn Abgeordneten Dumba der von dem Herrn Abgeordneten Steudel gestellte Zusatzantrag dem Eisenbahnausschusse zur Vorberathung und Berichterstattung zugewiesen werden sollte, auch mein vom hohen Hause unterstützter Antrag dem Ausschusse zugewiesen werde, weil derselbe kein Abänderungs-, sondern ebenfalls ein Zusatzantrag ist.

**Präsident**: Ich ersuche nun vorerst die Herren, welche dafür sind, daß die sämmtlichen zu Artikel I und II respective nunmehr zu Artikel I gestellten Anträge an den Eisenbahnausschuß gewiesen werden, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Zuweisung an den Ausschuß ist angenommen. Somit glaube ich die Berathung über den vorliegenden Gegenstand unterbrechen und die Sitzung schließen zu sollen.

Es wurde mir eine Interpellation von dem Herrn Abgeordneten Ritter v. Wörtz und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Justizminister überreicht, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Interpellation des Abgeordneten Ritter v. Wörtz und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Minister der Justiz:

Die Geschäfte einiger Banken, welche die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich zogen und sogar in öffentlich verhandelten Strafprocessen, wie in zahlreichen Journalartikeln beleuchtet wurden, zugleich aber auch auf die hohe Regierung ein grelles Streiflicht warfen, haben in jüngster Zeit durch die in Amberg und Leipzig ausgegebene, aber auch in Oesterreich stark verbreitete Broschüre: „Lasser, genannt Auersperg, eine cisleithanische Zeitstudie" eine Darstellung erfahren, welche durch Form und Inhalt der mitgetheilten Thatsachen vollen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erhebt, die theils in anderen Kundmachungen Bestärkung erhielt, theils im Publicum seit Jahren als öffentliches Geheimniß behandelt wird.

Diese Broschüre enthält eine schwere Anklage wider die gegenwärtige Regierung, indem sie eine Reihe von Geschäften anführt, die unter Mitwirkung der Regierung zu schwerem Nachtheile der Actionäre, ihrer Gläubiger und der ganzen Bevölkerung geschlossen worden sein sollen.

So wird Seite 52 der Broschüre behauptet, daß auf Grund fingirter Schuldscheine eine Million in Pfandbriefen emittirt worden sei, deren Deckung in bereits überschuldeten, auf den Namen von Strohmännern intabulirten Gütern liegen sollte; Seite 56 wird erwähnt, daß die Hypothekar-Credit- und Vorschußbank die Einzahlung eines Actiencapitales von 5,000.000 fl., wovon jedoch kein Heller eingegangen war, somit fälschlich bescheinigt habe; Seite 59 wird mitgetheilt, daß Actien zur Zeit, als sie auf 25 Procent gesunken waren, begünstigten Mitgliedern des Verwaltungsrathes zu Lasten der von ihnen vertretenen Bank al pari abgelöst worden seien u. s. w.

In solchen Handlungen — deren Wahrheit vorausgesetzt — müßte jeder Unbefangene alle Merkmale des Verbrechens des Betruges im Sinne des §. 197 St. G. erkennen, welche strafrechtlich zu verfolgen der Staatsanwalt nach §. 34 St. P. O. strengstens verpflichtet wäre.

Nun wurde aber die erwähnte Broschüre nach amtlicher Kundmachung bei bloß objectiver Strafverfolgung über Antrag der Staatsanwaltschaft mit Erkenntniß des Landesgerichtes Prag als Preßgerichtes vom 31. December 1876, Z. 34140, auf Grund der §§. 65 und 300 St. G. Art. II und III des Gesetzes vom 17. December 1862, R. G. Bl. Nr. 8, §§. 489 und 493 St. P. O. verboten und deren Vernichtung verordnet, ohne daß die in der Broschüre mit präciser Anführung des Thatbestandes und der Namen der Beschuldigten angezeigten Verbrechen zum Gegenstande einer strafgerichtlichen Untersuchung gemacht worden zu sein scheinen, obgleich es nach §. 87 St. P. O. die Pflicht der Staatsanwaltschaft und der Sicherheitsbehörden gewesen wäre, die Spuren der angezeigten strafbaren Handlungen zu verfolgen, und zwar umsomehr, als die Vorrede der Broschüre ausdrücklich die Herbeiführung einer strafgerichtlichen Erhebung der Wahrheit der darin dargelegten Thatsachen als ihren Zweck erklärt und nach §. 87 St. P. O. sogar „namenlose Anzeigen eines völlig Unbekannten" den Staatanwalt zur Erhebung der angezeigten Umstände verpflichten, wenn diese, wie es hier im vollsten Maße der Fall ist, eine strafbare Handlung glaubwürdig bezeichnen.

Es muß daher der factische Vorgang der Staatsanwaltschaft um so auffälliger erscheinen, als eine solche absichtliche Unterlassung der gesetzlich einzuleitenden Strafverfolgung — wo diese nicht in Folge Allerhöchsten Gnadenactes als erloschen zu betrachten ist — unter Umständen auch Mißbrauch der Amtsgewalt begründen kann.

Es wurde wenigstens bisher nicht bekannt, daß die in der genannten Broschüre angezeigten gemeinen Verbrechen die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung veranlaßten, obgleich die citirten Gesetzesstellen dieselbe hierzu verpflichten; obgleich die angezeigten einzelnen Betrugsfälle sehr klar, concret und leicht constatirbar, sowie zweifellos schon nach dem jetzt geltenden Strafgesetze strafbar sind; und obgleich Seine Excellenz der Herr Justizminister in der Sitzung des hohen Hauses vom 18. December 1876 (Seite 7684 der stenographischen Berichte) behauptete, die Staatsanwälte angewiesen zu haben, „allen Eifer und alle Macht daran zu setzen, um concreten Schlechtigkeiten, Eigennützigkeiten und Betrügereien, sowie concreten Thatsachen der unredlichen Schädigung Anderer auf den Grund zu kommen — solchen Thatsachen, wo immer sie dem Staatsanwalte angedeutet werden, nachzugehen, sie zu constatiren und rücksichtslos zu verfolgen".

Man sieht nun aber, daß in Wirklichkeit die rücksichtslose Verfolgung nicht gegen die angezeigten gemeinen Verbrechen, sondern nur gegen die sie anzeigende Druckschrift gerichtet wurde, obgleich selbst das Strafgericht in dieser Druckschrift keine Verleumdung erkannte, und verübte Verbrechen durch das Verbot ihrer Bekanntmachung nicht ungeschehen gemacht, vielmehr nur durch deren gesetzliche Bestrafung gesühnt werden können.

Die genannte Broschüre theilt ferner noch andere Thatsachen mit, welche die allgemeinste Beunruhigung hervorzurufen geeignet sind.

So wird Seite 44 behauptet, daß die Regierung der Bank „Crédit foncier" für das Königreich Böhmen das unerhörte Privilegium verlieh, eigenen Grundbesitz bis zum vollen Schätzungswerthe zu belasten und dafür Hypothekarobligationen auszugeben, welchen man die Pupillarsicherheit zuerkannte.

Ferner wird Seite 71 behauptet, daß den Pfandbriefbesitzern ein Ex officio-Vertreter bestellt wurde, der seine Zustimmung gab, daß am 1. Juli 1875 der Coupon der Pfandbriefe trotz der gesetzlich geforderten Pupillarsicherheit nur mit einem Percent eingelöst wurde — eine Thatsache, die auch anderwärts durch öffentliche Blätter bestätigt wurde.

Außerdem wurde Seite 52 die Anschuldigung erhoben, daß gemeinschädliche Abmachungen mit der Bodencreditanstalt und mit der ersten österreichischen Sparcasse in Wien stattfanden u. s. w. u. s. w. Solche Thatsachen können nur die tiefste Beunruhigung im Volke hervorrufen, den finanziellen, wirthschaftlichen und moralischen Credit Oesterreichs im In- und Auslande empfindlichst schädigen und die jeder Regierung nothwendige Autorität, aber auch das Fundament jedes Staates, nämlich das Vertrauen in seine Rechtspflege, vollständig untergraben, wenn

nicht eine unparteiische und eindringliche gerichtliche Untersuchung veranlaßt und durch diese die Falschheit der in der genannten Broschüre mit dem Scheine vollster Wahrheit angeführten Thatsachen nachgewiesen wird.

Im Interesse der öffentlichen Rechtssicherheit und Moral, der Ehre unserer Rechtspflege und der Sicherheit des in Hypothekareffecten angelegten Vermögens stellen die Unterfertigten mit Bezug auf §. 12 des Gesetzes über die Geschäftsordnung an Seine Excellenz den Herrn Justizminister folgende Anfragen:

„„1. Wurde die strafgerichtliche Verfolgung wegen der in der Broschüre „Lasser, genannt Auersperg" klar, präcis und detaillirt angezeigten strafbaren Handlungen bereits eingeleitet, oder beabsichtigt Seine Excellenz der Herr Justizminister dieselbe einleiten zu lassen?

2. Falls jedoch die Einleitung dieser Verfolgung nicht beabsichtigt wird, aus welchen Gründen und mit welcher gesetzlichen Berechtigung glaubt der Herr Justizminister die Nichteinleitung rechtfertigen zu können?""

Wien, 30. Jänner 1877.

| | |
|---|---|
| Nabergoj. | Ritter v. Wörz. |
| Sternbach. | Greuter. |
| Graf. | F. Harant. |
| Dr. Vošnjak. | Brader. |
| Gudenus. | Dr. Oelz. |
| Alois Karlon. | F. Fischer. |
| Brandis. | M. Herman. |
| Pflügl. | Pražák. |
| Pfeifer. | Dr. Mildschuh. |
| Weiß-Starkenfels. | Hohenwart. |
| Graf Barbo. | Mezník. |
| Dr. Valussi. | Weber. |
| Anton Bärnfeind. | Dr. Vitezić. |
| Dr. Kusý. | Lienbacher. |
| Srom. | Zschock. |
| Walterskirchen. | Ganzwohl. |
| Wurm. | Schrems. |
| Zeilberger. | Dr. Fanderlik." |

**Präsident:** Ich werde diese Interpellation Seiner Excellenz dem Herrn Justizminister übergeben.

Ich erlaube mir nun die nächste Sitzung für Donnerstag, den 1. Februar, 11 Uhr Vormittags anzuberaumen *(Zustimmung)*, und für dieselbe folgende Tagesordnung vorzuschlagen:

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf, wodurch Bestimmungen in Ansehung des Contadinen- und Colonenverhältnisses in den gegenwärtigen Gerichtsbezirken Ragusa, Ragusa vecchia, Stagno und Sabioncello im Königreiche Dalmatien getroffen werden *(616 der Beilagen)*.

Erste Lesung der Regierungsvorlagen, betreffend die Gesetzentwürfe wegen Abänderung der Bestimmungen des Anhanges der Reichsrathswahlordnung

a) bezüglich der Wahlbezirke in Galizien mit Krakau d) Landgemeinden, Z. 12 und 17 *(617 der Beilagen)*;

b) bezüglich der Wahlbezirke in Böhmen, d) Landgemeinden, Z. 1, 13, 14, 15 *(618 der Beilagen)*;

c) bezüglich der Wahlbezirke in Oesterreich unter der Enns, d) Landgemeinden, Z. 9 *(619 der Beilagen)*.

Fortsetzung der Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen *(610 der Beilagen)*.

Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Sachen *(609 der Beilagen)*.

*(Zustimmung.)*

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß

der Eisenbahnausschuß für morgen 11 Uhr Vormittags zur Berathung der die Dux-Bodenbacher und Brünn-Rossitzer Eisenbahn betreffenden Gesetzentwürfe;

der Steuerreformausschuß für morgen 11 Uhr Vormittags;

der Strafgesetzausschuß für morgen Vormittags 11 Uhr und

der Ausschuß zur Vorberathung der Regierungsvorlage, betreffend die Hintanhaltung der Trunkenheit in Galizien, für heute Abends 6 Uhr zu Sitzungen eingeladen sind.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung 3 Uhr 20 Minuten.)*

## Berichtigung.

Im stenographischen Protokolle der 228. Sitzung vom 27. Jänner 1877 Seite 7793 Spalte rechts, Zeile 13 von unten lies: „Pawlikow" statt „Pawlinović".

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Für den kleinen Gewerbetreibenden und den wenig bemittelten Steuerträger, für welche doch die Zeit auch Geld ist, ja sogar noch in erhöhterem Maße als bei den Wohlhabenden, ist dies eine sehr harte Maßregel. Dies hat auch der Eisenbahnausschuß anerkannt und diesen Umstand in seinem Berichte zum Ausdrucke gebracht, und zwar auf Seite 5 desselben. Er will nämlich die 20percentigen Zuschläge für die Eilzüge nur dann gestatten, wenn dieselben neben Waggons erster Classe auch solche zweiter und — wie es wörtlich heißt — „oder selbst dritter Wagenclasse" führen. Im Gesetze selbst jedoch hat der Eisenbahnausschuß das nicht angeführt, er hat dies einfach dem Ermessen und der Einsicht des Herrn Handelsministers überlassen. Wenn das, was meine Herren Vorredner in der Generaldebatte gesagt haben, richtig ist, daß nämlich die Eilzüge sich überhaupt nicht auszahlen, somit die Betriebskosten nicht decken, so ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, daß nicht bloß der wohlhabenden Bevölkerung, die heute allein von den Eilzügen profitirt, sondern auch der ärmeren Bevölkerung zu Gute kommen. Ich möchte deßhalb wünschen, daß diese Bestimmungen auch im Gesetze Ausdruck finden, denn ich fürchte, daß, wenn dies nicht geschieht, wenn man diese Maßregel einfach dem Ermessen des Herrn Handelsministers überläßt, es auch überhaupt beim Alten bleiben wird, und die Eilzüge nach wie vor bloß auf die erste und die zweite Waggonclasse beschränkt sein werden, die dritte Waggonclasse aber vergessen bleibt.

Im Interesse der kleinen Steuerträger, im Interesse der Gewerbetreibenden, erlaube ich mir den Antrag zu stellen *(liest)*:

„Daß im Artikel II, Alinea 2, respective Alinea 3, nach den Worten: „wenn dieselben nicht bloß Waggons der ersten" die Worte „sondern auch zweiter und dritter Classe" eingeschaltet werden sollen."

Ich empfehle diesen Antrag der Annahme des hohen Hauses.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Fuchs stellt folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)* Ich bitte die Herren, die diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Wünscht noch Jemand das Wort zu diesem Artikel?

*(Die Abgeordneten Steudel und Dr. Schaup melden sich.)*

Der Herr Abgeordnete Steudel hat das Wort.

Abgeordneter **Steudel:** Der erste Herr Vorredner hat schon auf etwas hingewiesen, was mir sehr am Herzen liegt, und ich war der Meinung, daß derselbe Herr Redner auch mit einem diesbezüglichen Antrage schließen würde. Er hat nämlich auf den Unfug hingewiesen, der mit den Freikarten getrieben wird, und insbesondere darauf, daß es nicht angehe, daß auf Bahnen, die vom Staate subventionirt werden, Freikarten, insbesondere erster Classe ausgegeben werden. Ich kann aus meiner Erfahrung auch erzählen, wie — ich möchte beinahe sagen — deprimirend es auf den Reisenden wirkt, wenn er, wie es mir beispielsweise auf einer Tour in einem Courierzuge passirt ist, unter vierzehn Passagieren der einzige Zahlende ist. Man sagte mir allerdings, es sei ausnahmsweise so, und der Zufall wolle es, daß gerade in diesem Waggon Besitzer von Freikarten sich gesammelt hätten. Ich habe aber auch diese Tour wiederholt gemacht und war beinahe immer der Einzige oder höchstens in Gesellschaft von noch einem Passagier, der gezahlt hat.

Nachdem ich nun den Antrag des ersten Herrn Vorredners unterstützt habe, glaube ich umsomehr auch berechtigt zu sein, einen Antrag in dieser Richtung zu stellen, um den Ausfall, der durch den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Roser entsteht, da er zu reduciren wünscht, daß die Schnellzüge auch eine dritte Classe führen, auf eine andere Art zu decken, nämlich dadurch, daß auf Bahnen, welche vom Staate subventionirt werden, Freikarten nicht mehr ausgegeben werden. Da es aber dennoch möglich ist, daß man trotzdem Personen begünstigt, indem man ihnen Regiekarten verabreicht, so muß der Antrag dahin ausgedehnt werden, daß auch Regiekarten nicht ausgegeben werden dürfen, ausgenommen an wirkliche Bahnbedienstete. Das sind die Gründe, welche mich bewegen, zu Artikel II folgenden Zusatzantrag zu stellen *(liest)*:

„Bei den vom Staate subventionirten Bahnen ist die Ausgabe von Freikarten untersagt, auch Regiekarten dürfen bei solchen Bahnen nur an Bahnbedienstete verabfolgt werden."

Ich glaube, sämmtliche Mitglieder des hohen Hauses werden diesen Antrag mit voller Unbefangenheit aufnehmen, da die Mitglieder des hohen Hauses, die ja wissen, wie schwer es wird, die Subventionen bei den Bahnen aufzubringen, gewiß nur wünschen können, diesen Bahnen, wo es nur thunlich ist, auf die Beine zu helfen; ich bin daher der vollen Ueberzeugung, daß mein Antrag angenommen wird.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Steudel stellt zu Artikel II, respective I, folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)* Ich ersuche die Herren, welche diesen Zusatzantrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schaup hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schaup**: Ich hoffe bei dem Antrage, den ich mir zu stellen erlaube, auf die Unterstützung des unmittelbaren Herrn Vorredners rechnen zu dürfen, weil auch dieser geeignet ist, den mangelnden Einnahmen der Eisenbahnen wenigstens theilweise abzuhelfen. Ich muß nämlich gestehen, daß mir die Abstufung, welche der Ausschuß beantragt, bezüglich seiner Tarife aus dem Grunde nicht zweckmäßig erscheint, weil der Ausschuß von dem jetzt bei der weit überwiegenden Anzahl, nämlich bei mehr als zwei Dritteln sämmtlicher österreichischen Bahnen geltenden Grundsatze abweicht, daß eine bestehende Relation in den Preisen der Fahrkarten zwischen den einzelnen Classen beibehalten wird. Wie gesagt, bei mehr als zwei Dritteln der österreichischen Bahnen besteht die Relation, daß die dritte Classe als Ausgangspunkt genommen wird, die zweite Classe um 50 Percent höher ist und die erste Classe das Doppelte der dritten Classe zu enthalten habe.

Der Ausschußantrag, sowie die Regierungsvorlage weichen von diesem Grundsatze ab, und dies veranlaßt mich, daß ich mir einen Antrag zu stellen erlaube, der dahin geht, durchschnittlich etwas größere Erhöhungen bei der zweiten und dritten Classe zu beantragen. Ich beantrage nämlich *(liest)*:

„Für die erste Classe unverändert 5 Kreuzer, für die zweite Classe 3·75 und für die dritte Classe 2·5 zu setzen."

Bei Betrachtung dieses Antrages wird es sich klar zeigen, daß mein Antrag für die dritte Classe gleich ist und übereinstimmt mit der Regierungsvorlage. Wenn man meinen Antrag mit den gegenwärtigen Preisen bei jenen Bahnen vergleicht, bei welchen die Mehrzahl der Tarife geregelt ist, so wird man finden, daß die 18 Kreuzer per Meile per Kilometer 2·37 Kreuzer ausmachen, daß somit mein Antrag auf 2·5 conform mit der Regierung eine Erhöhung um 0·13 wäre, so daß im Ganzen die Erhöhung etwas mehr als $^1/_{10}$ Kreuzer, das ist nicht einmal 1 Kreuzer per Meile beträgt, mithin wohl nicht schwer ins Gewicht fällt.

Bei der zweiten Classe beantrage ich 3·75 kr., welches gegenüber dem Ausschußantrage eine Erhöhung von 0·15 kr. ist, und gegenüber dem jetzigen Satze von 27 kr. per Meile eine Erhöhung von 0·2 kr. ist.

Bei der ersten Classe ist mein Antrag unverändert mit der Regierungsvorlage und dem Ausschußantrage.

Ich meine, daß jene Ansichten, welche bisher bei einigen Herren Rednern maßgebend waren für die Bildung von Tarifen, nicht ausschlaggebend sein sollen. Es war da mehr eine gewisse wohlthätige Absicht das Durchschlagende. Mir scheint, bei solchen rein wirthschaftlichen Angelegenheiten, wie die Feststellung von Tarifsätzen, soll man auf das richtige Princip zurückgehen, und das richtige Princip ist offenbar das, daß der Tarif eine Vergütung für eine Leistung ist.

Nun ist die Leistung in den verschiedenen Classen in Bezug auf den Factor der Geschwindigkeit bei demselben Zuge und in Bezug auf die Last offenbar dieselbe, und die Mehrleistung bei der zweiten und ersten Classe ist nur gerechtfertigt in Rücksicht auf die erhöhte Bequemlichkeit und in Rücksicht auf den erhöhten Comfort. Diesem entspricht auch, wie mir scheint, vollständig die Erhöhung, die der Ausschuß und die Regierung beantragt, die auch in meinem Antrage gelegen ist, und die, wie ich glaube, nicht wesentlich differiren.

Ich habe diesen Antrag gestellt, weil ich mich nicht für berufen fühle, irgend eine Herabminderung irgend eines Satzes zu beantragen, also auch nicht bei der ersten Classe, weil ja die ganze Tendenz des Gesetzes dahin geht, den Eisenbahnen die Möglichkeit höherer Einnahmen zu verschaffen. Mein Antrag geht daher dahin, daß sämmtliche Erhöhungen, wenn auch percentmäßig, gleich seien, ich lege aber Gewicht darauf, daß das gegenwärtige Verhältniß zwischen den einzelnen Classen beibehalten werde, weil sich dasselbe sehr oft als praktisch und zweckmäßig erweist, und zwar nicht nur im Interesse der Bahnen, sondern auch im Interesse des Publicums. Es ist unleugbar für das Publicum bequem, wenn der Uebertritt von einer Classe in die andere durch Hinzugabe der halben Karte dritter Classe erleichtert wird; es ist auch für die Bahnen sehr bequem, wenn sie nicht genöthigt sind, für alle Stationen, zwischen welchen ein Wechselverkehr vielleicht innerhalb 20 Jahren einmal stattfindet, Karten für alle drei Classen anlegen zu müssen; sie könnten sich mit Karten dritter Classe behelfen, indem sie $1^1/_2$ Karten dritter Classe für eine zweite Classe ausgeben. Dieses Wechselverhältniß hat großen Werth und ich würde dasselbe zum Ausgangspunkte meines Antrages nehmen.

Sollte jedoch der Antrag, den ich gestellt habe, nämlich die Sätze des Ausschusses bei der dritten Classe um 0·1 und bei der zweiten Classe um 0·15 Kreuzer zu erhöhen, im hohen Hause keine Annahme finden, so würde ich mir erlauben, eventuell den Vorschlag zu machen, den umgekehrten Weg zu betreten, nämlich die Sätze des Ausschusses für die zweite und dritte Classe beizubehalten, zwischen welchen diese Werthrelation besteht, und dann consequent die Sätze erster Classe auf 4 Kreuzer festzustellen, wodurch das gleiche Verhältniß herbeigeführt wird.

Ich empfehle daher diese Anträge der Annahme des hohen Hauses.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Schaup stellt folgenden Antrag *(liest)*:

„Als Maximaltarif für den Personentransport wird festgesetzt, und zwar per Person und Kilometer

| | | |
|---|---|---|
| für die | I. Classe . . . . . | 5·0 kr. |
| „ „ | II. „ . . . . . | 3·75 „ |
| „ „ | III. „ . . . . . | 2·5 „ |

eventuell:

| | | |
|---|---|---|
| für die | I. Classe . . . . . | 4·8 kr. |
| „ „ | II. „ . . . . . | 3·6 „ |
| „ „ | III. „ . . . . . | 2·4 „“ |

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt.

Der Herr Abgeordnete Auspitz hat das Wort.

Abgeordneter **Auspitz:** Auch ich habe zu Artikel II einige Amendements zu stellen. Dieselben betreffen nicht die Höhe der Tarifsätze; in dieser Hinsicht würde ich mich dem Antrage meines unmittelbaren Herrn Vorredners anschließen, weil ich in der That glaube, daß das technische Moment, welches er hervorgehoben hat, eine einfache Relation zwischen den Tarifsätzen der drei Classen, sehr beherzigenswerth ist, und was meinen principiellen Standpunkt anbelangt, so kann ich demselben umsomehr zustimmen, als dadurch das Gebiet der Tariffreiheit eine kleine Erweiterung erfährt.

Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, sind die folgenden Alinea des Artikels II. Da ist zunächst die Bestimmung über die Schnellzüge.

Es heißt da im Alinea 2 des Artikels II, daß bei Schnellzügen eine 20percentige Erhöhung der Preise eintreten könne; diese 20percentige Erhöhung der Tarife ist aber an gewisse Voraussetzungen hinsichtlich der Geschwindigkeit gebunden und diese Voraussetzungen sind in einer ziemlich complicirten Weise mit Rücksichtnahme auf die verschiedenen Steigungsverhältnisse, welche bei den Bahnen vorkommen können, abgestuft.

Es tritt hier dieselbe Anomalie ein, welche ich schon in der Generaldebatte hervorzuheben mir erlaubt habe, daß gerade auf das eine Moment, auf die Steigungsverhältnisse Rücksicht genommen wird und so viele andere Momente, welche bei den Schnellzügen von ganz großer Bedeutung sind, wie die Curven, kurze Radien und dergleichen nicht berücksichtigt werden wollen.

Es kommt aber hier noch ein weiteres Moment hinzu, selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, der ja von Seite des Ausschusses vorwiegend als der richtige anerkannt wird.

Wenn ich demselben auch nicht beipflichten kann, nämlich dem Standpunkt, daß man lediglich nur die Interessen des Publicums sich vor Augen zu halten habe, so fragt es sich, ob solche Bestimmungen wirklich im Interesse des Publicums liegen.

Es ist schon bei den Berathungen des Ausschusses hervorgekommen, daß das Alinea 2 in vielen Fällen sich als unpraktisch erweisen wird, nämlich die Bestimmung, welche besagt, daß in einem Schnellzuge, wenn er eine 20percentige Tariferhöhung genießen soll, außer der ersten Classe auch Waggons zweiter Classe verkehren müssen. Schon in den Ausschußverhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß dadurch beispielsweise der Schnellzug von Wien nach Triest in den Sommermonaten unmöglich gemacht würde, weil, wenn die Südbahn genöthigt sein sollte, diesen Schnellzug mit erster und zweiter Classe verkehren zu lassen, dieser Zug so groß sein würde, daß er bei der Passage über den Semmering in zwei Theile getheilt werden müßte, wodurch entweder die Kosten der Südbahn sich ungeheuer erhöhen würden, so daß dieselbe es vorzüge, diesen Zug nicht verkehren zu lassen, oder eine Verlangsamung in der Beförderung und in Folge dessen eine Benachtheiligung des Publicums eintreten würde.

Ebenso ist es der Fall bei der Franz Josef-Bahn. Da verkehrt jetzt ein sogenannter Eilzug, dessen Geschwindigkeit, wie ich glaube, um 1 Kilometer — es geht dies aus den Mittheilungen des Berichterstatters im Motivenbericht hervor — per Stunde geringer ist, als die Minimalgeschwindigkeit, welche der Ausschuß den Eilzügen vorschreibt. Nun was wird die Folge sein? Entweder dieser Zug wird aufgelassen, was gewiß nicht im Interesse des Publicums gelegen ist, oder die Franz Josef-Bahn sieht sich genöthigt, diesen Zug schneller verkehren zu lassen; dadurch werden wieder die Kosten steigen, der Verkehr wird sich deßwegen, weil der Zug um 1 Kilometer schneller fährt, nicht wesentlich erhöhen, aber die Kosten werden höher werden und der Staat wird wieder mehr Garantiezuschuß leisten müssen.

Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, warum bei den Eilzügen so minutiöse Bestimmungen getroffen werden sollen. Es ist vielfach bekämpft worden, was ich in der Generaldebatte gesagt habe, daß nämlich Eilzüge Luxusartikel sind; ich will diesen Ausdruck daher modificiren. Eilzüge sind nicht bloß Luxusartikel, sie werden auch benützt von Geschäftsleuten, welche sehr genau den Werth der Zeit berechnen; aber weil sie eben von Geschäftsleuten benützt werden, die sehr genau den Werth der Zeit berechnen, werden diese auch zu berechnen wissen, ob ein Eilzug, der nicht schnell genug fährt, oder für den die Bahn einen zu hohen Tarif verlangt, ihren Interessen convenirt, und werden solche Bahnen erfahren, daß, wenn die Eilzüge zu langsam oder zu theuer verkehren, sie nicht benützt werden.

Uebrigens will ich nicht gegen die allgemeine Strömung, daß dies einfach im Belieben der Bahn gelegen sei, compromittiren. Da ist noch ein anderer Factor, auf den wir uns vollkommen verlassen können,

das ist die hohe Regierung und Seine Excellenz der Herr Handelsminister.

Ich glaube, wenn wir einfach sagen würden:

„Bei Eilzügen dürfen höhere Tarifsätze eingehoben werden, welche der Handelsminister von Fall zu Fall nach Anhörung der betreffenden Bahnverwaltung bestimmt",

können wir uns mit aller Beruhigung darauf verlassen, daß nichts Uebermäßiges wird gefordert werden, daß aber auch anderseits nicht durch eine stricte legislative Bestimmung in gewissen Fällen Züge unmöglich gemacht werden, deren Bestand wesentlich im Interesse des Publicums gelegen wäre.

Ich würde mir, um ja keinen Argwohn hervorzurufen, noch einen Beisatz zu beantragen erlauben. Es könnte die Befürchtung vorkommen, daß, wenn man so in allgemeiner Weise der Regierung die Erhöhung der Schnellzüge anheimstellen würde, dies indirect zur Aufhebung der Maximalsätze führen könnte, indem es der Bahn vielleicht conveniren könnte, auf ihrer Strecke gar keine eigentlichen Personenzüge, sondern sogenannte Eilzüge mit erhöhten Tarifsätzen verkehren zu lassen und dadurch die Maximalsätze illusorisch zu machen. Damit diese Befürchtung nicht gehegt werde, würde ich den Zusatz beantragen *(liest)*:

„Diese Erhöhung kann jedoch nur dann Platz greifen, wenn auf der betreffenden Bahnstrecke außer den Eilzügen auch gewöhnliche Personenzüge verkehren."

Auf Grund dieser Aenderung würde das dritte Alinea des Artikels II entfallen, weil es eben auch auf die Bestimmungen über Eilzüge Bezug hat.

Ich habe einen weiteren Aenderungsantrag zu Alinea 4. Dort ist von gemischten Zügen die Rede und dort wird bestimmt, daß im Allgemeinen bei gemischten Zügen eine zwanzigpercentige Ermäßigung eintreten soll. Der geehrte Eisenbahnausschuß hat aber selbst erkannt, daß diese Ermäßigung nicht allgemein eintreten dürfe und könne, und hat daher beigefügt, daß der Handelsminister ermächtigt sei, von dieser Ermäßigung Umgang zu nehmen, beziehungsweise den Bahnen zu gestatten, in solchen Fällen wenn auf dieser Bahn nur gemischte Züge und gar keine Personenzüge verkehren. Eine solche ratio legis sehe ich nicht ein, warum nur in diesen Fällen von der Ermäßigung Umgang genommen werden soll, warum nicht auch in anderen Fällen, wenn gemischte Züge auch auf solchen Bahnen verkehren, wo außerdem auch ordentliche Personenzüge verkehren. Ja, ich könnte gerade zu dem umgekehrten Schlusse gelangen, daß nämlich jene Bahnen, bei denen das Publicum schon ohnehin dadurch im Nachtheile ist, daß es gar keine Personenzüge, gar keine schnelle Verbindung hat, daß es da wenigstens billige Tarife haben soll, während nach dem Ausschußantrag gerade diesem Publicum auferlegt wird eventuell den vollen Personentarif zu bezahlen, wogegen umgekehrt gerade bei den Bahnen, wo schon ordentliche Personenzüge bestehen, die gemischten Züge, welche außerdem verkehren, billiger sein sollen. Es kann diese Bestimmung, wie alle diese Bestimmungen, wie überhaupt jede Bevormundung des Staates in wirthschaftlichen Verhältnissen in das Gegentheil dessen ausschlagen, was man damit beabsichtigt hat, es kann auch sehr oft vorkommen, daß auf Bahnen, wo zwei Postzüge täglich in jeder Richtung verkehren, das Publicum lebhaft wünscht, daß auch eine dritte Personenverbindung erzielt werde, wo also die Einlegung von gemischten Zügen sich sehr empfehlen würde, daß da die betreffende Bahnverwaltung sagt:

Ja, wir würden sehr gern einen gemischten Zug zwischen den beiden Personenzügen einlegen, wenn uns gestattet wird, da Personentarife anzusetzen; wenn uns das aber nicht gestattet wird, so thun wir es aus dem einfachen Grunde nicht, weil, wenn wir gemischte Züge mit billigeren Tarifen einlegen würden, wir an Frequenz bei den Personenzügen verlieren würden, weil sehr viele Leute wegen der billigeren Tarife auf den gemischten Zügen fahren. Und dies kann oft die Bahnverwaltung veranlassen, einen gemischten Zug, welcher wesentlich im Interesse des Publicums liegt, nicht verkehren zu lassen. Es wird also mit dieser Bestimmung das Gegentheil von dem erreicht, was man beabsichtigt. Ich würde mir daher erlauben, Alinea 4 in folgender Fassung vorzuschlagen *(liest)*:

„„Für gemischte Züge sind obige Tarife in der Regel um zwanzig Percent zu ermäßigen. Jedoch ist der Handelsminister ermächtigt, von dieser Bestimmung Umgang zu nehmen, wenn dies im Interesse des reisenden Publicums oder der Staatsfinanzen erspießlich erscheint.""

Daß eventuell auch die Staatsfinanzen in Betracht kommen können, leuchtet ein, wenn man an die Verhältnisse bei garantirten Bahnen denkt.

Ich würde mir schließlich erlauben, zu Artikel II noch einen Zusatz als Alinea 6 zu beantragen. Es schwebt mir dabei der Gedanke vor, den ich schon wiederholt in meinen Ausführungen hervorgehoben habe, daß nämlich das Dispositionsrecht, welches den Eisenbahnverwaltungen garantirter Bahnen über den Säckel der Steuerträger heute eingeräumt ist, beschränkt werden muß. Es ist das nicht, wie mir in einem privaten Gespräche eingewendet worden ist, ein Widerspruch gegen meine allgemeinen Principien. Wenn ich gesagt habe, der Staat als solcher hat ebensowenig mit den Tarifen der Eisenbahnen etwas zu schaffen, als mit der Preisbestimmung von Kohle und Eisen, so ist doch anderseits selbstverständlich, daß, wenn der Staat zufälligerweise Kohlen- oder Eisenwerke besitzt, er und nicht ein beliebiger Anderer den Preis der Producte seiner Industrieunternehmung zu bestimmen

haben soll, und dasselbe muß gelten, wenn sich der Staat an Eisenbahnunternehmungen betheiligt — und bei garantirten Eisenbahnen ist er ja in eminentem Maße betheiligt, ja, er ist der Einzige, der an dem wirthschaftlichen Gedeihen derselben ein Interesse hat — ich sage also, wenn der Staat an einem wirthschaftlichen Unternehmen betheiligt ist, wenn dasselbe für seine Rechnung und Gefahr betrieben wird, wie ja das von Seiten seiner Excellenz des Herrn Handelsministers selbst wiederholt gesagt worden ist, so muß der Staat es sein, welcher die Tarife zu bestimmen hat.

Denn es liegt doch auch selbstverständlich in der Natur der Sache, daß der Staat, für dessen Gefahr und Rechnung der Betrieb geführt wird, auch den maßgebendsten Einfluß haben muß auf die Preisbestimmung, und ich habe zugleich Rücksicht genommen auf jenen Unfug, den schon der Herr Abgeordnete Steudel gerügt hat, nämlich auf die Liberalität, mit welcher viele Verwaltungen von garantirten Bahnen bei Ertheilung von Freikarten vorgehen, eine Liberalität, die ich vollkommen begreiflich finde, wenn ich mir vergegenwärtige, wie angenehm es sein muß, human, edel und wohlthätig zu erscheinen, wenn es keinen Kreuzer kostet und auf Kosten der Steuerträger geschieht.

Ich würde mir also erlauben, als Schluß Alinea zu Artikel II vorzuschlagen *(liest)*:

„Bahnen, welche eine staatliche Reinertragsgarantie genießen und dieselbe thatsächlich in Anspruch nehmen, dürfen ohne die Genehmigung des Handelsministers nicht unter die vorstehenden Tarifsätze herabgehen, deßgleichen ohne diese Genehmigung keine Freikarten ertheilen."

Ich glaube, eine Befürchtung kann an diesen Antrag nicht geknüpft werden; wenn eine Bahn billiger fahren wird, wenn sie dem Herrn Handelsminister hier Vorschlag macht, wenn sie denselben sachlich begründet, wird der Herr Handelsminister gewiß nicht Derjenige sein, welcher darauf bestehen wird, daß theuerer gefahren werden müsse.

Ich erlaube mir also diese Anträge, über welche ich den Herrn Präsidenten natürlich bitte, eine getrennte Abstimmung zu veranlassen, Ihrer Unterstützung zu empfehlen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Auspitz stellt zum Artikel II mehrere Anträge.

Der erste Antrag lautet: *(Wiederholt denselben.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, welche denselben unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist nicht genügend unterstützt.

Weiters beantragt der Herr Abgeordnete Auspitz, das Alinea 4 des Artikels II habe zu lauten: *(Wiederholt dasselbe.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist nicht unterstützt.

Endlich beantragt er als Schluß-Alinea zum Artikel II: *(Wiederholt dasselbe.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

*(Abgeordneter Dr. Russ meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Ruß hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ruß:** Ich beabsichtige mit einigen Worten zu kennzeichnen, ob die Hoffnungen, welche man an die Erhöhung der Personentarife im Wege einer gesetzlich ziffermäßigen Bestimmung stellt, sich so erfüllen werden, wie sie gehegt zu werden scheinen.

Ich habe Berechnungen gemacht über den wahrscheinlichen Erfolg dieser Erhöhung, welche im Motivenberichte nirgends zu finden sind und bei welchen ich, um dieselben nicht allzu schwierig zu machen, von der Annahme ausgehen mußte, daß die derzeitigen Personentarife bereits jene Höhe haben, welche der Gruppe: 36 Kreuzer für die erste, 27 Kreuzer für die zweite und 18 Kreuzer für die dritte Classe per Meile und Person, angehören. Ich bitte mir zu gestatten, daß ich die vier einzelnen Classen nach der Reihe vergleiche und an die Spitze dieser Vergleichungen einige Ziffern stelle über die Classenbenützung. Es ergibt sich, daß — das Jahr 1874 als Basis angenommen — die erste Classe von 1·33, die zweite Classe von 14·05, die dritte Classe von 61·99 und die vierte Classe von 19·96 Percent benützt wurde und daß noch mit ermäßigten Karten, und zwar für Militär- und Extrazüge, Abonnementsbillets und dergleichen 2·67 Percent aller Passagiere reisen. Die Einnahmen in Percenten von den einzelnen Classen, wie ich sie eben hinsichtlich der Personenzahl auseinanderhielt, betragen und zwar bei der ersten Classe 7·25, bei der zweiten Classe 29·69, bei der dritten Classe 49·72 und bei der vierten Classe 11·05 und von den Ermäßigungen 2·29 Percent der Personeneinnahmen.

Es ist dieser Percentsatz aus einer Zusammenstellung über die einzelnen Bahnen genommen. Selbstverständlich werde ich das hohe Haus nicht mit der ganzen Reihe von Ziffern bei den einzelnen Bahnen behelligen, aber interessant bleibt doch, daß die Percentsätze auf der ersten Classe von 0·1 Percent des Gesammtpersonenverkehres bis auf 1·9 Percent steigen, auf der zweiten Classe von 5·7 Percent bis auf 20 Percent, das erstere bei der Dniester-Bahn, das letztere bei der Staatseisenbahn, auf der dritten Classe sich der Verkehr zwischen

20 und 94 Percent des Gesammtpersonenverkehrs bewegt, das erstere bei der Albrecht-Bahn, das letztere bei der Dniester-Bahn, daß auf der vierten Classe die Benützung von 2 Percent der Aussig-Teplitzer Bahn bis 95·9 Percent bei der Kaschau-Oderberger Bahn sich erstreckt. In diese Zusammenstellungen müßten die gemeinsamen Bahnen aufgenommen werden neben den österreichischen; unter den ersteren sind zu verstehen die Südbahn, die Staatsbahn, die Kaschau-Oderberger Bahn, die Ungarische Westbahn und die Ungarisch-galizische Bahn.

Die erste Classe mit 1·33 Percent der Passagiere und 7·25 Percent der Einnahmen zeigt ein außerordentliches Mißverhältniß gegenüber den anderen Classen. Die Folgerung, die daraus gezogen werden muß, ist eine ungeheuere Vergeudung der Zugkraft durch todte Last. Denn, meine Herren, durchschnittlich werden von allen laufenden Sitzplätzen der ersten Classe, das heißt von allen in Bewegung befindlichen Sitzplätzen nur 2 Percent benützt; es sind daher die Kosten für die erste Classe, welche den Bahnen aufgelastet werden, außerordentlich groß, während selbst bei einer bis in das Unmögliche gehenden Erhöhung der Fahrpreise nicht daran gedacht werden kann, das Mißverhältniß zwischen den Ausgaben und Einnahmen der ersten Classe auszugleichen. Es läßt sich aus Vergleichungen, die über das rollende Material und die Benützung desselben bei der Rudolf-Bahn gemacht werden können, ziffermäßig entwickeln, daß die erste Classe und die vierte Classe bei den Personenzügen bis zwei Drittel der Zugkraft absorbiren. Ich erlaube mir, mich einen Augenblick zu unterbrechen, weil ich höre, daß die Aufstellung von 2 Percent Benützung der laufenden Plätze der ersten Classe bezweifelt wird. Es sind hier die Zahlenden gemeint, nicht die Freikarten. Meine Herren, ich bin bei meiner Berechnung, wenn es sich um den Ertrag handelt, verpflichtet, nur die Zahlenden heranzuziehen; mit Ziffern, die ich nicht kenne, kann ich unmöglich rechnen. Ich habe betont, von den laufenden Sitzplätzen werden 2 Percent von Zahlenden benützt, die anderen habe ich nicht berücksichtigt. Die Verordnung — wiederhole ich — durch welche jedem Zuge die erste und vierte Classe aufgelastet wurde, hat neue Schwierigkeiten hervorgerufen; so wird bei der Rudolf-Bahn z. B. zwei Drittel der Zugkraft durch todte Last absorbirt. Ich glaube, das ist eine Ziffer, welche namentlich mit Rücksicht auf die von der Regierung in Scene gesetzten und vom hohen Hause nicht ohne Sympathie begrüßten Pläne der Verstaatlichung gewisser Linien nicht ohne Interesse sein dürfte. Auch würde bei der Rudolf-Bahn das vorhandene rollende Materiale dritter Classe vollständig genügen, um die Passagiere dritter und vierter Classe, so viel der statistische Nachweis ergeben hat, transportiren zu können. Daraus ersieht man, daß 50 Percent rollendes Materiale todt mitgeführt und die Zugsbeförderungskosten erhöht wurden.

Die zweite Classe wird mit 29·63 Percent Einnahmen und mit 14·5 Percent der Personen vom Gesammtpersonenverkehre in Anschlag gebracht.

Die Erhöhung gegenüber den derzeitigen höchsten Tarifen ist bei der ersten Classe 2·929 Kreuzer per Meile — ich will „Meile" deßhalb anführen, weil sie mundgerechter ist — und bei der zweiten Classe 0·309. Wenn ich nun annehme, daß derzeit die Tarife allüberall schon mit 36, 27 und 18 eingehoben würden und wenn ich annehme, daß die Maximalsätze des Eisenbahnausschusses überall eingeführt werden und ferner annehme, daß trotz erhöhter Tarife erster und zweiter Classe die Personenzahl der ersten und zweiten Classe sich nicht vermindern würde — unter dieser Annahme habe ich die Rechnung aufgestellt, welchen pecuniären Effect diese Erhöhung in der ersten und zweiten Classe haben wird — so erhalte ich folgendes Resultat: Die Gesammteinnahmen auf den österreichisch-ungarischen Bahnen betrugen im Jahre 1874 47·5 Millionen Gulden. Wenn nun die erste Classe rund 450.000 fl. eintrug und die zweite Classe rund 6 Millionen, so ist die Erhöhung in der ersten Classe rund 68.000 fl., in der zweiten Classe rund 107.000 fl.

Für die österreichischen Strecken der gemeinsamen Bahnen sowie die österreichischen Bahnen, welche die Garantie in Anspruch nehmen und der gesetzlichen Tarifregulirung unterworfen sind, wären etwa 175.000 fl. die Erhöhung der Einnahmen, wenn die Maximaltarife des Eisenbahnausschusses wirksam würden, wenn ein gleicher Antheil der Personen die erste und zweite Classe benützt, wie bisher, und wenn derzeit die Tarife von 36, 27 und 18 Kreuzern pro Meile überall jetzt schon gelten würden. Aber auch diese Ziffer könnte noch Beschränkungen unterliegen.

Obzwar ich nun keine Schlußziffer aussprechen will, um mich nicht einer billigen Berichtigung auszusetzen, so wird doch ein minimaler Betrag zum Vorschein kommen, welcher aus der Erhöhung der Personentarife resultiren würde, ein minimaler Betrag selbst dann, wenn er um ein Vieles unrichtig wäre.

Nicht die Folgerung soll daraus gezogen werden, daß diese Erhöhungen nicht zu machen seien, aber auch nicht die Folgerung, daß diese

Erhöhungen namhafte Vortheile bringen werden. Man darf die Besorgniß aussprechen, daß die Erhöhung der Tarife den obersten zwei Classen eine Verschiebung der Percentsätze der Classenfrequenz zu Ungunsten der ersten und zweiten Classe zur Folge haben dürfte.

Ich glaubte, diese Lücke, welche der Bericht in der That hat, ergänzen zu müssen.

Was die dritte Classe speciell anbelangt, so wurde ein höchst einschneidender Antrag des Herrn Abgeordneten für die Landgemeinden Trautenau gestellt. Er hat bemerkt, daß über die Herabsetzung des Kilometersatzes von 2·4 Kreuzer nach dem Ausschußantrage auf 2 Kreuzer nach seinem Antrage ein allgemeiner Jubel entstehen würde. Das läugne ich nicht; ich glaube, daß ein noch größerer Jubel entstehen würde, wenn man bis auf Einen Kreuzer herabgehen würde, oder ganz umsonst auf der dritten Classe fahren könnte. Aber hier handelt es sich nicht darum, durch bestimmte Anträge Jubel zu erregen. Die Einnahmen auf der dritten Classe betrugen 1874 22,243.144 fl. Der Antrag des Herrn Abgeordneten für die Landgemeinden Trautenau will diesen Betrag um fast 4,000.000 fl. herabsetzen. *(Hört!)* Da 36 Percent der Kilometerlänge garantirt sein würden, 36 Percent von 4,000.000 fl. jährlich vom Staate mehr gezahlt werden müssen. Ich glaube, daß wir außer Stande sind, solche Opfer zu bringen.

Wenn derselbe Herr Abgeordnete gegen die vierte Classe sich erhoben hat, so muß ich gestehen, daß ich auch der Meinung bin, daß die vierte Classe die Einnahmen vieler Bahnen unverantwortlich geschädigt hat und gerade der garantirten, beispielsweise der Vorarlberger Bahn, bei der die Einnahmen durch die Aufhebung der vierten Classe sofort um ein Bedeutendes gestiegen sind. Wenn der Herr Abgeordnete das Dasein in der vierten Classe für menschenunwürdig betrachtet, so kann ich den Unterschied der vierten von der dritten Classe, daß in der erstgenannten nur gestanden werden kann, unmöglich für jenes Kriterium halten, welches den Aufenthalt für Menschen unwürdig macht. Die vierte Classe war eben nur für kurze Strecken berechnet, wo das Stehen nicht allzuschwer fällt. Die dritte Classe ist derzeit mit solchen Tarifen versehen, welche auch dem Minderbemittelten möglich machen, dieselbe zu benützen. Vielmehr war meine Meinung die, daß die dritte Classe dort erhöht werden sollte, wo eine vierte Classe läuft, oder wo die Ermäßigungen von 20 Percent überhaupt häufig sind. Strecken, auf denen gemischte Züge als regelmäßige Züge für Personenbeförderung verkehren und bei denen die 20percentige Ermäßigung eintritt, bedürfen in der That keiner vierten Classe; wenn aber eine vierte Classe läuft, so sollte die dritte auch aus einem anderen Grunde erhöht werden. Dort, wo die vierte Classe läuft, ist bekanntermaßen in der dritten Classe ein ganz anderes Publicum, als in den dreiclassigen Zügen. Bei vierclassigen Zügen verschieben sich die Verhältnisse der Classenfrequenz auffallend von der zweiten und ersten Classe abwärts, so daß Bahnen, welche derzeit zwischen 30 und 60 Percent ihres ganzen Verkehrs auf der vierten Classe haben, die Benützung der ersten und zweiten Classe außerordentlich herabgemindert finden, weil das bessere Publicum die dritte Classe dort benützt, wo eine vierte Classe läuft. Wenn man nun berücksichtigt, daß die 20percentige Ermäßigung auch für die dritte Classe gilt, kann ich nicht einsehen, mit welchen einigermaßen berechtigten Argumenten die Herabsetzung der dritten Classe von 2·4 Kreuzern auf 2 Kreuzer verfochten werden könnte.

Wenn wir den Tarif der österreichischen Bahnen mit den süd- und norddeutschen vergleichen und Kreuzer Gold zu Grunde legen, so finden wir, daß der Tarif der ersten Classe in Süddeutschland — baierische Staatsbahn — 4·7 mit Zurechnung eines Gepäcksäquivalentes, in Norddeutschland — Preußische Ostbahn — 4, auf den älteren österreichischen Bahnen, wie Südbahn, Staatsbahn 4·51, den neueren, wie Nordwestbahn, Pilsen-Priesen, Prag-Dux 3·75, auf anderen, wie Rakonitz-Protivin 4·6 Kreuzer pr. Kil. beträgt. Die Tarife auf den anderen Classen betragen in derselben Reihenfolge, und zwar auf der zweiten Classe: 3·25, 3, 3·38, 3·14, 3·33; auf der dritten Classe: 2·4, 2, 2·25, 1·88, 2·38. Diesen Tarifen stehen die Anträge des Ausschusses mit 5 Kreuzern für die erste Classe, 3·6 für die zweite Classe und mit 2·4 für die dritte Classe in Silber gegenüber.

Die Argumente, welche der Herr Abgeordnete der Linzer Handelskammer für seine Anträge bringt, sind auch von mir im Ausschusse vorgebracht worden. Nur hatte ich eine andere Ziffernzusammenstellung gemacht. Allein ich habe mich überzeugt, daß die Unzukömmlichkeiten, welche durch die incongruenten Ziffernsätze des Ausschusses entstehen sollen, nicht in demselben Maße bestehen, als ich das selbst im Ausschusse voraussetzte. Ich habe namentlich vorausgesetzt, daß man auch die kleinen Stationen für alle Stationen der eigenen Bahn, wie für alle Kartellstationen mit Karten erster Classe wird versehen müssen, was den Bahnen große Auslagen verursachen würde und bisher durch die Verabreichung von zwei Karten dritter Classe vermieden wurde. Dem ist aber nicht so, denn es gibt sogenannte Biancokarten, auf welche der Schalterbeamte die Endstation mit der Feder notirt. Auch der andere Umstand, daß man auf der Fahrt das Umsteigen von einer Classe in eine höhere

erschwert, kann mir nicht eingewendet werden. Denn es sind seit langer Zeit die Obercondncteure mit Couponsbüchern versehen, welche es möglich machen, jeden Betrag, und zwar nur mit der Abrnndung auf fünf Kreuzer von den Passagieren einzuheben.

Man darf endlich niemals aus dem Auge lassen, daß die Tarifsätze, wie sie hier vorgeschlagen wurden, Maximaltarifsätze sind, innerhalb welcher die Bahnen, wenn sie sehen, daß durch die Incongruenz der Sätze der Verkehr geschädigt wird, in der Lage sind, Tarife aufzustellen, welche vielleicht günstiger wirken.

Ich habe, nachdem ich die Hoffnung aussprach, daß die Amendements zu Artikel II an den Ausschuß werden zurückverwiesen werden, nur noch eine Bemerkung gegenüber einem Herrn Abgeordneten, welcher unmittelbar vor mir gesprochen hat, zu machen. Er tadelt, daß die Eilzüge auch mit Waggons zweiter oder dritter Classe fahren sollen. Ich habe mich auch im Ausschusse dagegen ausgesprochen, um den Eilzug zwischen Wien und Triest, einer der wichtigsten Linien des Reiches, der im Sommer nur mit Waggons erster Classe fährt, nicht zu stören, da ich fürchtete, es würden in diesem Falle zu viel Waggons zweiter Classe eingefügt werden müssen, welche den Verkehr des Eilzuges und namentlich sein rechtzeitiges Eintreffen in Frage stellen könnten. Ich habe mich nun für verpflichtet gehalten, mich diesfalls zu informiren, und von authentischer Seite die Auskunft erhalten, daß es ganz gut gehen würde, dem Eilzuge zwischen Wien und Triest, der bisher nur mit der ersten Classe verkehrte, auch die zweite Classe einzufügen. Angesichts dieser Umstände glaube ich nicht, daß das hohe Haus dem Antrage des Herrn Abgeordneten, der vor mir gesprochen hat, seine Zustimmung wird ertheilen können.

Ich bitte das hohe Haus, sich von den Erwägungen leiten zu lassen, welche ich mir erlaubte durch Vorbringung des Ziffernmateriales in dieser einen Richtung zu ermöglichen. *(Bravo! Bravo!)*

*(Während dieser Rede hat der Vicepräsident Dr. Vidulich den Vorsitz übernommen.)*

**Vicepräsident**: Wünscht noch Jemand das Wort?

*(Abgeordneter Steudel meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Steudel hat das Wort.

Abgeordneter **Steudel**: Ich glaube dem von mir gestellten Amendement noch einige Worte beifügen zu sollen. Die hohe Versammlung wird sich erinnern, daß es bei dieser Gelegenheit nur darauf abgesehen war, die Freikartenbesitzer der höheren Classen zu treffen, daß es mir aber nicht beifiel, es den wirklich Unbemittelten, Armen oder Kranken unmöglich zu machen, zeitweilig auch von der Eisenbahn unentgeltlich Gebrauch zu machen. Es soll daher in meinem Antrage lauten nach dem Worte „Freikarten", „I. und II. Classe".

Ich werde bitten, bei der Abstimmung diese Einschaltung „I. und II. Classe" miteinzubeziehen, weil ich nur die Freikartenbesitzer I. und II. Classe damit gemeint habe.

**Vicepräsident**: Ich werde den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Steudel zur Unterstützung bringen.

Ich ersuche die Herren, welche nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Steudel nach dem Worte „Freikarten" die Worte „I. und II. Classe" einschalten wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt.

Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da es nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte hierüber geschlossen.

*(Handelsminister Ritter v. Chlumecky meldet sich zum Worte.)*

Seine Excellenz der Herr Handelsminister hat das Wort.

Handelsminister Ritter v. **Chlumecky**: Ich werde mir erlauben, nur ganz kurz zu den verschiedenen Anträgen, die in Verhandlung sind, einige Worte beizufügen.

Was den Antrag des geehrten Hern Abgeordneten Dr. Schaup anbelangt, die Artikel I und II zusammenzufassen, daher den gegenwärtigen Artikel II nur als Fortsetzung des Artikels I anzusehen, so muß ich diesen Antrag auf das dringendste unterstützen, weil er durch die veränderte Textirung, welche das Gesetz im Ausschusse erlitten hat, zur Nothwendigkeit geworden ist.

Was die verschiedenen Anträge betreffs der Veränderung der Tarifsätze der I., II. und III. Classe anbelangt, so muß ich mich mit Entschiedenheit aus den vom geehrten unmittelbaren Herrn Vorredner Dr. Ruß vorgebrachten Gründen gegen die vom Herrn Abgeordneten Dr. Roser beantragte Ermäßigung der dritten Classe auf zwei Kreuzer aussprechen.

Ich möchte nur noch Herrn Dr. Roser in der Richtung beruhigen, daß durch jene Bestimmung, durch welche für gemischte Züge eine sehr namhafte, nämlich eine zwanzigpercentige Ermäßigung eingeführt wird, jenen Bevölkerungskreisen, welche der Herr Abgeordnete Dr. Roser ins Auge faßt, eine sehr wesentliche und bedeutende Wohlthat zugeführt wird, ohne dadurch eine empfindliche Schädigung, wie es Herr Abgeordneter Dr. Ruß ziffermäßig auseinandergesetzt hat, den Bahnen zuzufügen.

klarzustellen; es ist dies umsomehr nothwendig, als ich mich ja im Verlaufe meiner Ausführungen gegen den bezüglich administrativer Maßregeln des Handelsministeriums gemachten Vorwurf der Illegalität werde verwahren müssen, und einiges jetzt Gesagte wird auch für das später Gesagte gelten.

Das wird mir der geehrte Herr Abgeordnete aus Mähren doch nicht in Abrede stellen, daß Niemand im Staate ein angeborenes natürliches Recht hat, eine Eisenbahn zu bauen, daß der Staat das Recht hat, dieses einzuräumende Privilegium — denn es ist ein Privilegium, selbst wenn man keine finanziellen Begünstigungen gewährt, einfach darum, weil man damit das Recht der Expropriationen und eine Reihe von anderen Vortheilen genießt — daß also der Staat das Recht hat, die Ertheilung einer solchen Concession an Bedingungen zu knüpfen, und eine solche Bedingung, welche nicht nur von Fall zu Fall, sondern nach dem heute zu Recht bestehenden österreichischen öffentlichen Rechte unter allen Umständen daran zu knüpfen ist, ist das Recht der Einflußnahme des Staates auf den Tarif. Ich erlaube mir da auf die ganz klaren Bestimmungen des Concessionsgesetzes vom Jahre 1854 hinzuweisen. Die Unternehmung erlangt das Recht, Sachen nach dem festgesetzten Tarife zu befördern, und §. 10, lit. e des Concessionsgesetzes normirt: „die festgesetzten Tarife sind dem Ministerium für Handel und Gewerbe — damals dem Ministerium des Innern — zur Genehmigung, vorzulegen." Es ist also das Tarifrecht des Staates durchaus kein Schlagwort, es ist nicht etwas, wofür man keine Belege im Staatsrechte findet.

Nach ganz positivem österreichischen Rechte hat der Staat dieses Recht und hat es auch in allen Fällen ausgeübt; so steht die Sache; und wenn ausnahmsweise einer Bahn, und zwar vor Erlassung des Concessionsgesetzes das Privilegium der vollkommenen Tariffreiheit verliehen worden ist, so ist dies eben ein ausnahmsweises Privilegium, und ich darf wohl sagen: eine nicht sehr erfreuliche Ausnahme von dem sonst bestehenden Rechte.

Also, an dem Rechte des Staates, auf die Tarifherstellung Einfluß zu nehmen, kann nicht im mindesten gezweifelt werden. Die Regierung und beziehungsweise der Staat hat nun dieses Recht auszuüben, und zwar auszuüben durch die Executive. Dies ist auch heute noch ein zu Recht bestehendes Gesetz. Nach den eben verlesenen Bestimmungen des Concessionsgesetzes ist die Herstellung und Bestimmung der Tarife Sache des Ministeriums für Handel und Gewerbe, beziehungsweise damals auch des Ministeriums des Innern, mithin ist die Bestimmung der Tarife Sache der Executive. Ich muß dies ausdrücklich betonen, weil ich — und damit übergehe ich auf andere Bemerkungen des geehrten Herrn Vertreters der Linzer Handelskammer — doch diesen Anlaß ergreifen muß, um auf die gegen mich erhobenen Vorwürfe zu antworten, welche gegen die administrativen Verfügungen wegen Einführung einheitlicher Waarenclassificationen hier erhoben wurden.

Der geehrte Herr Redner hat bezüglich der bekannten Vorgänge, welche bereits in der Interpellation auseinandergesetzt wurden, und welche in der Interpellationsbeantwortung des Näheren widerlegt worden sind, dem Herrn Handelsminister den sehr schweren Vorwurf der Gesetzwidrigkeit darum gemacht, weil er behauptet hat, der Herr Handelsminister sei nicht berechtigt gewesen, im administrativen Wege die, wenn auch verschwindend kleinen und unbedeutenden Erhöhungen einzelner Tarifsätze zuzugestehen.

Meine Herren! Den Vorwurf eines nicht gesetzlichen Vorganges nehme ich sehr ernst, und Sie werden mir gestatten, daß ich diesem Vorwurf hier durch Aufklärung des Sachverhaltes entgegentrete.

Der Vorwurf des geehrten Herrn Abgeordneten Dr. Schaup ist damit motivirt, daß er behauptet, die Concessionsurkunde der Staatsbahn sei ein Gesetz, die Tarifsätze, welche in Frage kommen, seien Inhalt der Concessionsurkunde, in anderen Concessionsurkunden sei sich auf die in der Concessionsurkunde der Staatsbahn enthaltenen Tarife bezogen, und indem der Herr Handelsminister über diese Maximalsätze hinaus eine Erhöhung einzelner Tarifsätze bewilligt hat, habe er das Gesetz verletzt.

Diesem Vorwurfe antworte ich folgendermaßen: Erstens die Concessionsurkunde ist kein Gesetz; zweitens der Staatsbahntarif ist in der Concessionsurkunde gar nicht enthalten und drittens die Erhöhungen, welche eingetreten sind, sind nicht Erhöhungen der Tarifsätze, sondern nur Erhöhungen der Maximalgewichtssätze. Die Concessionsurkunde der Staatseisenbahn ist, sage ich, kein Gesetz, und zwar einfach deßhalb nicht, weil sie nicht im Reichsgesetzblatte steht, und ich glaube, daß nach ganz unzweifelhaften Bestimmungen bei uns auch vor dem Eintritte des parlamentarischen Lebens nur solche Allerhöchste Verfügungen, welche gehörig kundgemacht, d. h. im Reichsgesetzblatte publicirt sind, ein Gesetz sind. Möge der Inhalt einer solchen Allerhöchsten Verfügung sein, welcher er wolle, nur durch Publication im Reichsgesetzblatte wird eine solche Allerhöchste Verfügung Gesetz. Die Concessionsurkunde der Staatseisenbahn ist nun im Reichsgesetzblatte nicht publicirt, also ist dieselbe kein Gesetz.

Zweitens ist jene Aufzählung von Waaren und jene Bestimmung des Tarifs für dieselben, welche in der Privatsammlung von Pollanetz und Wittek neben den bezüglichen Paragraphen der Concessionsurkunde abgedruckt ist, durchaus nicht der Inhalt der Concessionsurkunde. In derselben sind jene Waarenclassificationen und jene Bestimmungen durchaus nicht enthalten; es sind also diese Waarenclassificationen

und die dort enthaltenen Bestimmungen gar nichts Anderes, als eine Zusammentragung, eine Compilation der damals bestandenen Tarife, welche der Bequemlichkeit wegen in dieser nicht officiellen Sammlung abgedruckt sind. In der Concessionsurkunde selbst ist lediglich der §. 8 derselben, wie er in dieser Sammlung abgedruckt ist, enthalten, in welchem Maximalsätze für die erste, zweite und dritte Classe bestimmt sind, in welchem aber von allen anderen Nebenbestimmungen über Classification der Güter, über Minimalgewichtssätze, über das normale Gewicht durchaus nichts vorkommt. Es ist sonach zweitens dasjenige, was der Herr Abgeordnete behauptet, daß nämlich die erwähnten Bestimmungen Inhalt der Concessionsurkunde sind, gleichfalls unrichtig, und drittens muß ich wiederholen, daß jene Abänderungen, welche von Seite des Handelsministers veranlaßt worden sind, lediglich Aenderungen in dem Normalgewichtssatze sind, durchaus nicht Aenderungen in den in der Concessionsurkunde enthaltenen Maximaltarifen der ersten, zweiten und dritten Classe.

Es ist selbstverständlich, daß durch die Aenderung des Normalgewichtssatzes eine theilweise Erhöhung des betreffenden Tarifsatzes eingetreten ist. Aber ich wiederhole es, das war durchaus nicht eine Aenderung der Normaltarifsätze der ersten, zweiten und dritten Classe, sondern jener in der Concessionsurkunde enthaltenen Beilage.

Also wenn auch die Concessionsurkunde Gesetz wäre, was sie aber nach meinen Ausführungen durchaus nicht ist, so wäre durch diese angefochtene Verfügung gewiß nicht eine Aenderung der Concessionsurkunde der Staatsbahn eingetreten.

Ich glaube, meine Herren, daß ich durch diese Ausführungen klar bewiesen habe, daß von einem Eingreifen der Executive in die Legislative durch diese Verfügung absolut keine Rede sein kann.

Allerdings hat der geehrte Herr Abgeordnete sich nicht darauf beschränkt, nur die Legalität des Vorganges zu kritisiren, er hat auch weiters die Zweckmäßigkeit, die Opportunität desselben bestritten, und er ist sogar so weit gegangen, die ganze Angelegenheit auf — ich weiß nicht, welche — persönliche Motive zurückzuführen. Daß das Letztere nicht berechtigt ist, daß irgend welche Mißstimmungen nicht maßgebend waren, als wir diese Maßregel ergriffen haben, das, meine Herren, brauche ich wohl nicht erst zu versichern. Aber ich glaube, in meiner Interpellationsbeantwortung des Weiteren ausgeführt zu haben, daß diese Maßregel durch die Verhältnisse geboten, daß sie eine Nothwendigkeit war.

Gewiß hätte ich es sehr gewünscht, wenn es möglich gewesen wäre, den Gesetzentwurf, wie er im Vorjahre dem hohen Hause vorgelegt war, früher angenommen zu sehen, bevor die einheitliche Waarenclassification im administrativen Wege durchgeführt ist. Aber die Durchführung der Waarenclassification im administrativen Wege war auch nach dieser Regierungsvorlage ins Auge gefaßt und in Aussicht genommen.

Der Titel, der Inhalt des Gesetzentwurfes, sowie der Motivenbericht beweisen ja ganz klar, daß es der Regierung nicht beifiel, den legislativen Apparat in Bewegung zu setzen zum Zwecke der Bestimmung der Waarenclassification durch das Gesetz, sondern der Hauptzweck war, die Maximalgrenze der Tarifsätze in einigen Fällen zu erhöhen über die bestehenden Gesetze hinaus. Diese Grenze ist selbstverständlich außerordentlich sorgfältig eingehalten worden. Ebenso selbstverständlich ist, daß die Maximalsätze in dem Gesetze mit dem Gerippe des Classificationssystems versehen sein mußten, um verstanden zu werden. Aber nimmermehr konnte es der Regierung einfallen, im Wege der Gesetzgebung die Waarenclassification durchführen zu wollen.

Das wäre nicht bloß mit dem bestehenden Rechtsverhältnisse im Widerspruche, das wäre auch eine Tendenz, der die Regierung unmöglich hätte folgen können; denn die Waarenclassification ist Etwas, was so vielfachen Veränderungen unterworfen ist, daß die Fixirung desselben durch ein Gesetz wahrlich nicht erwünscht sein kann. Wenn aber die Regierung nicht die Hand dazu geboten hätte, die einheitliche Waarenclassification mit der angestrebten Tariferhöhung zu verbinden, diese Gelegenheit zu benützen, um manche Härte bezüglich der Tarife zu mildern, so wäre folgender Zustand eingetreten: Die Eisenbahnen hätten die Tarife auf Grundlage ihrer Concessionsgesetze im eigenen Wirkungskreise einfach erhöht und wir hätten eine einheitliche Waarenclassification nicht erreicht; und wenn auch, wie ja schon bei Einbringung des Gesetzentwurfes in Aussicht genommen war, die Südbahn mit Rücksicht auf eine Reihe ganz besonderer Verhältnisse, die ich hier nicht des Näheren ausführen will, in dieses einheitliche Reformwerk nicht einbezogen ward, so sind es doch alle anderen Eisenbahnen auf dem österreichisch-ungarischen Staatsgebiete. Wäre diese Action des Handelsministeriums nicht eingetreten, so wäre die Tarifconfusion, die existirt hat und über die man ja wiederholt so empfindliche Klagen auch in diesem hohen Hause gehört hat, noch unendlich vermehrt worden. Es war ja eine oft gehörte Klage, daß das Tarifwesen in Oesterreich ein Buch mit sieben Siegeln sei, welches Niemand, nicht einmal der Spediteur, verstehe, daß es ganz unmöglich sei, sich Klarheit und Gewißheit darüber zu verschaffen, welcher Tarif für eine Waare X vom Punkte A zum Punkte B gelte. Zu dieser bereits bestehenden Verwirrung kam noch hinzu, das Gesetz über das metrische Maß und Gewicht, respective ein Provisorium, welches für einige Monate erträglich, für längere Zeit aber unhaltbar gewesen wäre

bezüglich der Umrechnung, und endlich wäre noch Folgendes hinzugekommen:

In Ungarn wäre das einheitliche Classificationssystem durchgeführt worden, welches natürlich bei den gemeinsamen Bahnen zur Anwendung hätte gelangen müssen, mit Ausnahme der Südbahn, also z. B. bei der Staatsbahn und Kaschau-Oderberger Bahn, oder es hätten für die gemeinsamen Bahnen zwei Tarife gegolten, wir hätten also zu den bestehenden zwei verschiedenen Tarifsystemen noch ein drittes bekommen oder auf einer Eisenbahn verschiedene Tarifsysteme gehabt. Meine Herren! Das wäre ein Zustand, den der Handelsminister, glaube ich, niemals zugeben durfte. Daß er daher, weil das Bedürfniß ein so dringendes war, es mit aller Eile und Energie durchgesetzt hat, daß das mühsame und fast zehnjährige Bestreben nach Erlangung eines einheitlichen Classificationssystems zur Wahrheit geworden ist, das kann man wirklich nicht als Verschulden dem Minister anrechnen. Aber sprechen wir es offen aus: Die Waarenclassification nennt man und die Tariferhöhung meint man; so ist der große Lärm zu verstehen — nicht von Seite des Herrn Redners, sondern der große Lärm in der Bevölkerung — und die laut gewordenen Klagen gelten in Wahrheit nicht Dem, was das Handelsministerium eigentlich beabsichtigt, nämlich der Erzielung der einheitlichen Waarenclassification, sondern den erhöhten Tarifsätzen, die bei dieser Gelegenheit eingeführt worden sind und welche der Herr Minister nicht verhindern konnte. Wenn ich aber sage: Ohne unsere Mitwirkung wären nicht nur diese Tarifsätze eingetreten, sondern es wäre auch die einheitliche Classification nicht eingetreten und viele sehr wichtige Tarifermedrigungen, von denen man nicht spricht, trotzdem sie Vielen zugute kommen, wären nicht zu Stande gekommen, dann würde man, glaube ich, etwas nüchterner über die Sache denken, wie man denn überhaupt heute in der That schon etwas nüchterner über die ganze Sache denkt und spricht.

Wenn ich in der Lage wäre, dem hohen Hause Eingaben, welche über diese Action des Handelsministeriums bei demselben eingelangt sind, mitzutheilen, und wenn Sie sehen würden, wie viel Unwahrheit, wie viel Unklarheit und wie viel Unwissenheit in denselben enthalten ist, so würden Sie, meine Herren, begreifen, daß derartige Agitationen nach außen hin mit außerordentlichem Eclat auftreten, Sie würden aber nicht begreifen, wie von berufener Seite mit so wenig Kenntniß der Sachlage eine solche Agitation genährt wird.

Ich will Ihnen nur beispielsweise mittheilen, daß eine fulminante Beschwerde gegen die Tariferhöhungen von einer Corporation in einem Lande mir zukam, in welchem eine Tariferhöhung gar nie zur Geltung kam.

Ich will Ihnen sagen, daß von einer anderen Seite erklärt wurde, die Industrie müsse zu Grunde gehen, weil der Kohlentarif auf das Doppelte erhöht wurde, während diese Erhöhung gar nicht eingetreten ist, indem die Betreffenden nicht gewußt oder übersehen haben, daß 100 Kilogramm das Doppelte von 100 Pfund sind. Solche Thatsachen könnte ich vielfach verzeichnen und sie würden, scheint mir, die sehr abfällige Beurtheilung, welche meine Action in diesem Falle hat erleiden müssen, vielleicht etwas mildern. Ich beschränke mich auf diese Bemerkungen und bitte, mir nur noch zu gestatten, auf die Anfrage und Ausführungen des zweiten Herrn Redners in der Generaldebatte einzugehen.

Der geehrte Herr Redner hat direct die Frage an die Regierung gestellt, wie denn die Aufsicht der Regierung den garantirten Bahnen gegenüber gehandhabt wird. Darauf ist die Antwort eine sehr einfache. Sie wird gehandhabt durch die Organe der Generalinspection, durch den landesfürstlichen Commissär und durch die Prüfung der Betriebsrechnung. Das sind die Organe der Aufsicht.

Wie und in welchem Geiste? Das war eigentlich die Frage, die der Herr Abgeordnete an mich gestellt hat.

Gewiß ist es nur der Geist der Sparsamkeit, welcher die Staatsverwaltung bei der Ausübung der Ihnen hier obliegenden schweren Pflicht leitet. Allerdings bin ich für meine Person über die zweckmäßigen Sparsamkeitsmaßregeln, wie ich offen gestehe, etwas anderer Ansicht, als der geehrte Herr Abgeordnete für Nikolsburg.

Ich glaube nicht, daß eine Vermehrung der Einnahmen der Bahn dadurch erzielt werden kann, daß man im Winter den Betrieb einstellt; ich glaube nicht, daß die Verwendung der Bahnwächter zum Schneeschaufeln eine nennenswerthe Ersparung verursachen würde, auch wohl kaum einen großen Effect bezüglich der Beseitigung des Schnees haben dürfte; ich glaube nicht, daß der Personenverkehr eine so geringe Beachtung verdiente, wie dies von Seite des Herrn Abgeordneten geschehen ist. Personenverkehr und Eilzug sind durchaus kein Luxus, wobei ich übrigens doch die kleine Rectification mir zu machen erlaube, daß jene Bahn, auf welche der Herr Abgeordnete hingewiesen hat, dieselben nicht erst vor sieben Jahren, sondern bereits vor 15 Jahren eingeführt hat.

Allein, abgesehen hiervon, die Pflege des Personenverkehrs drückt sich allerdings nicht durch eine bedeutende ziffermäßige Erhöhung der Einnahmen aus; aber daß durch die zweckmäßige Pflege des Personenverkehrs die Hebung der Verkehrsbeziehungen der betreffenden Gegenden mit anderen Theilen des Reiches und mit dem Auslande in ganz eminenter Weise erreicht wird, daß durch eine solche zweckmäßige Pflege des Personenverkehrs und

nur durch dieselbe schließlich auch der Waarenverkehr sich steigert, glaube ich, unterliegt gar keinem Zweifel, und ich meine daher, daß es durchaus nicht angeht, den Personenverkehr und dessen Wirkungen auf die Hebung der Bahneinkünfte lediglich nach der Summe zu beurtheilen, welche der Personenverkehr an und für sich jährlich rein trägt.

Uebrigens darf man Bahnen, die viele Anschlüsse haben, wie die Vorarlbergbahn, deren Administration ich das Zeugniß größter Sparsamkeit mit Vergnügen an dieser Stelle gebe, wo überdies der Personenverkehr relativ ein bedeutender ist, nicht gleichstellen mit anderen Bahnen, bei welchen zahlreiche Anschlüsse nicht existiren; und bezüglich der Gisela-Bahn möchte ich bemerken, daß sie nicht zwei durchgehende Züge nach jeder Richtung hat; und in Betreff der Rudolf-Bahn erscheinen die zwei Personenzüge nach jeder Richtung durch die Verkehrsverhältnisse geboten.

Was die Ermäßigung der Fahrgeschwindigkeit auf 12 Kilometer betrifft, so ist das, meine Herren, wie überhaupt die Anwendung des Omnibus- und Lohnkutscher-Systems auf die Eisenbahnen ein Experiment, welches, ich gestehe es ganz offen, den garantirten Bahnen vorzuschreiben ich nicht den Muth hätte, nicht bloß wegen der enormen Unzufriedenheit der Bevölkerung, die solch' ein Versuch hervorrufen würde, sondern weil ich überzeugt bin, daß das schließlich eben so viel hieße, als diesen Bahnen jede Hoffnung auf die Entwicklung ihres Verkehrs für alle Zukunft zu benehmen. Ich glaube also, daß mit diesen Maßregeln für die Hebung des Verkehrs nichts geschehen wäre. Uebrigens ist mit Ausnahme eines geehrten Herrn Redners gegen den Gesetzentwurf, wie er heute vorliegt, keine Einwendung erhoben worden; ich glaube nicht, daß das hohe Haus den Standpunkt dieses Herrn Redners einnehmen wird. Ich gebe mich der Erwartung hin, daß das hohe Haus die Auffassung theilen wird, daß es hinter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen und bei der fatalen Situation, in welcher sich gerade jene Bahnen befinden, die die niederen Personentarifsätze haben, sowohl für die Verbesserung der finanziellen Lage dieser Bahnen, als zur Entlastung des durch die Garantie außerordentlich schwer gedrückten Staatsschatzes nothwendig und zweckmäßig sei, eine Erhöhung der Personentarife eintreten zu lassen; von einer absoluten Gleichstellung der Tarifsätze sowohl für Personen als Waaren ist ja nicht die Rede, es handelt sich immer nur um die Gewährung einer möglichst gleichartigen, einheitlichen Maximalgrenze, das ist der Hauptgegenstand des gegenwärtigen Gesetzentwurfes, welcher zweckmäßig durch einige Bestimmungen vermehrt ist, welche den Sachentransport betreffen und, richtig angewendet, gewiß einen wohlthätigen Einfluß ausüben wird. Ich empfehle daher die Annahme desselben dem hohen Hause. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Auf Grund des §. 39 der Geschäftsordnung ist die Generaldebatte wieder eröffnet.

Es hat sich der Herr Abgeordnete Auspitz zum Worte gemeldet, ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter **Auspitz:** Seine Excellenz der Herr Handelsminister hatte die Güte, auf einige Ausführungen zu erwidern, welche ich in der letzten Sitzung zu machen mir erlaubt habe, und ich sehe mich genöthigt, nur ganz kurz auf Einiges zurückzukommen. Seine Excellenz hat mir zunächst imputirt, daß ich das Recht des Staates, auf die Tarifirung der Eisenbahnen Einfluß zu nehmen, bestritten und daß ich mich dabei einer Unkenntniß oder Ignorirung der bestehenden gesetzlichen Verhältnisse schuldig gemacht habe, und er hat als Beleg hierfür das Concessionsgesetz vom Jahre 1854 citirt. Es ist mir bei meinen Ausführungen selbstverständlich nicht eingefallen, den heutigen gesetzlichen Stand der Frage zu negiren und diese gesetzlichen Bestimmungen, welche, wie Seine Excellenz sehr richtig hervorgehoben hat, als ein Aequivalent für die Privilegiumsertheilung, welche in jeder Concession gelegen ist, seinerzeit verlangt worden sind, in Frage zu stellen. Aber zwischen dem Rechte auf Genehmigung der Tarife, wie es durch das Concessionsgesetz vom Jahre 1854 dem Staate vindicirt wird und wie es thatsächlich gehandhabt wird, und jenem sogenannten natürlichen Hoheitsrechte des Staates auf imperative Anordnung der Tarife, wie sie jetzt in der öffentlichen Meinung vielfach hervorgehoben wird und in der Rede des Herr Abgeordneten der Linzer Handelskammer prägnant zum Ausdrucke gekommen ist, besteht ein wesentlicher Unterschied. Würde zwischen diesen beiden Rechten nicht ein wesentlicher Unterschied bestehen, so würde ja der Herr Abgeordnete der Linzer Handelskammer nicht nothwendig gehabt haben, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß der Staat dieses ihm natürlich zustehende Hoheitsrecht aus den Händen gegeben habe; denn dann würde er es nicht aus den Händen gegeben haben, sondern noch besitzen. Es ist eben ein großer Unterschied zwischen diesen beiden Dingen; auf der einen Seite steht die Meinung, daß es ein natürliches, angeborenes Recht des Staates sei, die Tarife imperativ vorzuschreiben, das versteht man nämlich unter dem Hoheitsrechte des Staates bezüglich der Tarifirung, und dieses aus den Händen gegeben zu haben, wird vielfach bedauert, und auf der anderen Seite das Recht, welches der Staat nach der jetzigen Gesetzgebung hat, von Fall zu Fall die Tarifvorschläge der Bahnverwaltungen zu genehmigen; daß dieses Genehmigungsrecht praktisch keine große Bedeutung hat, geht ja aus dem ganzen

jetzigen Zustande hervor; denn wenn dieses Genehmigungsrecht intensiv gehandhabt werden könnte, so würde ja z. B. die Tarifconfusion, welche Seine Excellenz der Herr Handelsminister selbst beklagt hat, gar nicht bestehen können.

Die Regierung hätte dies hindern können. Thatsächlich war der Verkehr ebenso, daß dieses Genehmigungsrecht, ich möchte sagen mehr eine Art Courtoisie ist, welche der Staat den Bahnen gegenüber sich auferlegt.

Es kann selten zur praktischen Geltung kommen, es wird selten ein Fall vorkommen, daß ein Tarifvorschlag von Seiten einer Bahn von der Regierung nicht genehmigt wird, weil das eben jene genaue Detailkenntniß der mercantilen und technischen Verhältnisse erfordern würde, wie sie der Staat und die Staatsverwaltung nun und nimmermehr haben kann, und das ist ja eben die Bestätigung meiner Ansicht, daß der Staat, indem er sich mit dem Tarifrechte befaßt, sich in ein Gebiet einläßt, welches seiner ganzen Wesenheit im Innersten widerspricht. Daß dieses von mir aufgestellte Princip Ausnahmen erleiden müsse, habe ich mir schon vorgestern zu bemerken erlaubt, und ich werde noch heute in der Specialdebatte Gelegenheit haben, durch Amendements zum Gesetze darzuthun, daß in Fällen, wo der Staat an den Eisenbahnen ein specielles finanzielles Interesse hat, dann natürlich auch das Recht haben muß, die Tarife zu bestimmen. Ich werde mir eben erlauben, einen Antrag zu bringen als Amendement zu Artikel II, welcher den garantirten Bahnen das Recht benimmt, unter die Maximaltarife herabzugehen ohne Genehmigung des Handelsministers, weil es mir widersinnig scheint, daß eine Privatbahnverwaltung, welche gar kein Interesse an dem Gedeihen der verwalteten Bahn hat, wie dies bei vielen garantirten Bahnen der Fall ist, das Recht haben soll, über den Säckel der Steuerträger zu verfügen.

Bezüglich des letzten Theiles der Bemerkungen, welche Seine Excellenz die Güte gehabt hat, gegen meine Ausführungen zu richten, kann ich natürlich nicht verlangen, daß man meine, möglicherweise — das gebe ich ja gern zu — sehr laienhafte Ansicht über die Art und Weise, wie man auf eine sparsamere Betriebsführung bei garantirten Bahnen hinwirken könne, theile. Es ist möglich, daß ich mich vollkommen irre, wenn ich glaube, daß eine Bahn, welche ein Betriebsdeficit hat, ein wesentliches Ersparniß erzielen würde, wenn man ihren Betrieb einstellt; es ist möglich, daß ich mich irre, wenn ich behaupte, daß eine Bahn, welche langsamer fährt, weniger Betriebskosten hat, als wenn sie schnell fährt; es ist möglich, daß jene Rückwirkung zwischen Personenverkehr und Wagenverkehr wirklich stattfindet, welche Seine Excellenz hervorgehoben hat, obwohl ich gestehe, daß ich mir dieselbe in jenem Umfange, welcher nothwendig wäre, um die großen Opfer zu compensiren, welche der Staat bringt, schwer vorstellen kann.

Was ich aber am meisten bedauere, aus den Ausführungen Seiner Excellenz entnehmen zu müssen, ist Folgendes:

Auf meine directe Anfrage, in welcher Weise und in welchem Sinne die Staatsaufsicht gegenüber den garantirten Bahnen geübt wird, hat Seine Excellenz geantwortet: Diese Staatsaufsicht wird geübt durch die Generalinspection, durch den landesfürstlichen Commissär, durch die Prüfung der Betriebsrechnungen. Das ist eben die Bestätigung desjenigen, was ich befürchtet habe. Die Betriebsrechnungen werden nachhinein geprüft, sie können nur nachhinein geprüft werden; die Frage aber, ob der Betrieb sparsam geführt wird oder nicht, ob gewisse Einrichtungen auf einer Bahn nothwendig sind oder nicht, ob die Opfer, welche gewisse Einrichtungen dem Staate auferlegen, im richtigen Verhältnisse stehen zu dem Vortheile, welcher dadurch für einzelne Bruchtheile der Bevölkerung erzielt wird, diese Fragen werden eben — das geht deutlich aus den Ausführungen Seiner Excellenz hervor — gar nicht in Betracht gezogen. Man begnügt sich einfach hinterdrein, in der Betriebsrechnung einzelne Posten zu bemängeln, aber Thatsache ist es immerhin, daß die Verwaltungen der garantirten Bahnen in einer unnöthig liberalen und verschwenderischen Weise den Betrieb führen, ohne daß von Seite der Staatsverwaltung dagegen irgendwie aufgetreten wird. Das ist ein im höchsten Grade bedauerlicher Zustand, ein Zustand, bei dessen Bestehen jedenfalls die Hoffnung auf eine namhafte Herabminderung der ärgsten Post unseres Budgets entschwindet, ein Zustand, welcher zu den ernstesten Erwägungen veranlassen muß.

Dies wollte ich nur constatiren und behalte ich mir vor, in der Specialdebatte auf die Details zurückzukommen.

*(Während vorstehender Rede hat Vicepräsident Dr. Vidulich den Vorsitz übernommen. — Abgeordneter Dr. Schaup meldet sich zum Worte.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Schaup hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schaup:** Ich muß vor Allem Seiner Excellenz dem Herrn Handelsminister meinen Dank aussprechen, daß er in dem ersten Theile seiner Ausführungen wenigstens bezüglich der Zielpunkte meiner Ideen, die ich das letzte Mal zum Ausdrucke zu bringen mir erlaubte, sich nicht ungünstig ausgesprochen hat, im Gegentheil, dieselben eigentlich als zu erreichen wünschenswerth erklärte, und die Differenz scheint mir eigentlich daher nur in den verschiedenen Anschauungen über die einzuschlagenden Wege zu bestehen.

Nun, ich glaube, wenn einmal eine Einigkeit über die anzustrebenden Ziele besteht, so ist nicht alle Aussicht benommen, daß nicht im Wege einer eingehenden Discussion — und die muß ja der Beschlußfassung über Dinge von so weittragender Wichtigkeit unbedingt vorhergehen — möglicherweise auch die erwünschte Einigkeit erzielt werden kann, und ich kann daher die Ausführungen Seiner Excellenz, die sich auf diesen Theil meiner Rede bezogen, nur auf das dankbarste begrüßen.

Dabei ist freilich nur ein kleines Mißverständniß in der Beziehung unterlaufen, daß ich nicht im mindesten die Absicht habe, vorzuschlagen, der Staat habe einen Minimaltarif festzustellen; meine Meinung ist eben nur dahin gegangen, daß der Staat allgemein, und zwar nicht für alle Bahnen ein und denselben, sondern mit Berücksichtigung der concreten Verhältnisse zu fixirende verschiedene Normaltarife festzustellen habe, daß aber auch innerhalb derselben die Regierung berechtigt sei, Abweichungen, und zwar nach abwärts vorzunehmen.

Ich bin aber genöthigt, das Wort zu ergreifen, weil Seine Excellenz in Bezug auf den anderen Theil meiner Ausführungen etwas mir eingewendet hat, dessen Richtigkeit ich wenigstens nicht zugeben kann. Ich werde mich in eine weitere Polemik über diesen Gegenstand selbstverständlich nicht einlassen, aber Seine Excellenz hat die Behauptung, die von mir aufgestellt wurde, daß die Regierung meines Erachtens nicht berechtigt war, die Tarifänderungen, die Tariferhöhungen auch dann, wenn sie concessionsmäßig waren, zu verfügen, das Tarifsystem zu ändern, weil eben die Concession der Staatsbahn besteht, auf welche Concession sich wieder in vielen anderen Concessionen berufen wird, in erster Linie damit zu widerlegen geglaubt, daß er gesagt hat, die Concession der Staatsbahn ist kein Gesetz. Ja, da gebe ich Seiner Excellenz vollständig Recht. Die Concession der Staatsbahn ist kein Gesetz, ebensowenig wie irgend eine andere Concession. Aber das habe ich auch nicht gesagt. Ich erlaube mir, diesfalls auf das stenographische Protokoll mich zu beziehen. Ich habe nur gesagt: Nachdem die Concession der Staatsbahn staatliche Begünstigungen enthält, ist sie ein Ausfluß der gesetzgebenden Gewalt — und das ist ein bedeutender Unterschied.

Ich bemerke, daß gar keine Concession als solche ein Gesetz ist, denn wenn wir uns auf die in der neueren Zeit erlassenen Concessionen erinnern, welche theils auf Grund eines allgemeinen Gesetzes, theils auf Grund von Specialgesetzen erlassen wurden, so finden wir immer, daß in den Reichsgesetzblättern zuerst das Gesetz und dann auch die Concession publicirt ist, aber es wird doch Niemand behaupten, daß das zwei verschiedene Gesetze sind, sondern es erfolgt eben nur in dieser Weise die Publication.

Mir ist es auch nicht entgangen, was Seine Excellenz bemerkt: die Concession sei nie im Reichsgesetzblatte publicirt worden. Auch das ist vollständig richtig, die Concession ist nur im Handelsministerial-Verordnungsblatte publicirt worden.

Allein in dieser Beziehung theilt diese Concession das Schicksal mit einer ganzen Reihe von anderen, und alle Concessionen, welche in jener Zeit ertheilt worden sind, beispielsweise die erste Concession für die Karl Ludwig-Bahn, die Concession für die Hauptlinie der Kaiserin Elisabeth-Bahn, die Concession für die böhmische Westbahn, alle Concessionen, die in der zweiten Hälfte der Fünfziger-Jahre ertheilt worden sind, sind eben nicht in dem Reichsgesetzblatte aufgenommen. Es scheint eben, daß man in Bezug auf die Publication und die Art der Publication vor und nach der Erlassung der Verfassung einigermaßen anders vorgegangen ist, aber entscheidend muß die Sache sein, und nachdem die Concession der Staatsbahn und andere Concessionen staatliche Begünstigungen durch den Staat gewähren, so muß es als ein Act der Gesetzgebungsgewalt aufgefaßt werden, eben so gut, wie jede Concession, die nach dem Jahre 1861 erlassen worden ist, wenn auch die Art der Publication eine andere geworden ist. Ich mache noch außerdem darauf aufmerksam, daß seither — seit 1861 — und seitdem eben Concessionen, und zwar Gesetze, auf denen sie beruhen, und Concessionen selbst wieder im Reichsgesetzblatte veröffentlicht werden, auch wieder Concessionen erlassen wurden, welche sich auf den Tarif der Staatsbahn und auf die Bestimmungen der Classification beziehen.

Ich kann in der Beziehung bestimmte Fälle nachweisen: ich weise z. B. auf die Concession der Oesterreichischen Nordwestbahn hin — um nur eine zu nennen, es stünden mir mehrere zu Gebote. Auch in dieser Concession der Oesterreichischen Nordwestbahn, auch hier in dem Falle heißt es in dem Gesetze *(liest)*: „Rücksichtlich der Frachtpreise der übrigen Gegenstände, der Festsetzung des Lagerzinses, der Classification der Waaren und der sonstigen Verkehrsbestimmungen ist sich derart zu benehmen, daß die diesfälligen Preise und Bestimmungen in keinem Falle höher und lästiger sein dürfen, als auf den nördlichen Staatseisenbahnen." Also es ist wieder auf diese hingewiesen. Nun kann ich aber nicht annehmen, daß sich ein Gesetz auf etwas Zweites bezieht, das fortwährend im Wechsel begriffen ist und variirt, sondern es kann sich nur auf Etwas beziehen, was damals oder früher gegolten hat, nicht aber auf etwas Nachträgliches, das alle beliebigen Aenderungen erfährt. Sonst würde ja der Zweck verloren gehen, und es geht ja — wie ich schon neulich ausgeführt habe und mir jetzt mit wenigen Worten zu wiederholen erlaube — aus der Natur der Sache hervor. Denn, meine Herren, was hat denn die Gesetzgebungsgewalt für eine Absicht

dabei, daß ein Tarif festgestellt werde, und wie kann denn diese Feststellung des Tarifes zu irgend einem Resultate führen, wenn gleichzeitig Classen festgestellt werden, und man den Artikel in die oder jene Classe nehmen kann, wie es beliebt? Also, aus der inneren Natur der Sache folgt ja, daß der Zweck, den die Gesetzgebung erreichen will, daß für einen gewissen Artikel ein gewisser Satz nicht überschritten werden darf, nur dann erreicht werden kann, wenn gleichzeitig nicht nur Sätze, sondern auch eine Classe bestimmt werde, in der verfrachtet werden soll.

Nun hat auch Seine Excellenz hervorgehoben, daß eine solche Feststellung für alle Artikel zu sehr großen Inconvenienzen führen könne; das gebe ich auch vollständig zu, allein das zu beseitigen, gibt es zwei Wege.

Man kann eine Reihe von Artikeln aufführen und bezüglich der übrigen minder wichtigen gesetzlich der Regierung die Ermächtigung zur Einreihung ertheilen; das wäre der eine Weg. Oder man kann Grundsätze aufstellen, welche eben bei der Einreihung zu beobachten sind und die Ausführung dieser Grundsätze auch der Regierung überlassen. Das wäre die zweite Art, diese Uebelstände zu beseitigen.

Wenn endlich Seine Excellenz ein großes Gewicht darauf gelegt hat, daß nicht Erhöhungen der Sätze vorgekommen sind, sondern nur eine Erhöhung der Normalgewichte, so hat Seine Excellenz am Schlusse selbst gesagt, es komme auf dasselbe hinaus.

Es sind allerdings nicht die Sätze erhöht worden, aber für die Gegenstände, die nach einem bestimmten Satze zu transportiren waren, wurden höhere Normalgewichte bestellt. Dadurch entfällt wieder der höhere Satz. Das kommt also wieder auf dasselbe hinaus.

Es ist allerdings richtig, daß nicht die Fixirung der Waarenclassification den Anlaß zu den allgemeinen Klagen gegeben hat, sondern das nächstdringende Motiv war eben die eingetretene Erhöhung, und in der Beziehung kann ich nur das sagen, daß wenigstens in Bezug auf die Erhöhung des Waarentransportes große Erfolge bisher nicht erzielt worden sind, im Gegentheil die Verkehrsausweise zeigen namentlich seit dem ersten Jänner einen auffälligen Rückgang, und ich finde einen bedeutenden Ausfall.

Nun, die Vermuthung, ob dies nicht im Zusammenhange mit der Steigerung steht, liegt mir umso näher, weil es sich gerade auf die Linien bezieht, die an dem Getreidetransporte ein großes Interesse haben und bekanntlich für die Getreidetransporte der ursprüngliche Tarif noch sehr verlängert worden ist. Ich glaube also, daß die Frage, ob diese Erhöhung wohlthätig gewirkt hat oder nicht, heute wenigstens noch nicht vollständig abgeschlossen ist.

Ich muß mir aber noch erlauben, ein paar Bemerkungen gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten aus Mähren, der meinen Ausführungen unmittelbar gefolgt ist, zu machen.

Der Herr Abgeordnete aus Mähren hat gemeint, meine Behauptung, daß der Staat ein natürliches Hoheitsrecht habe, den Tarif festzustellen, daß die Eisenbahnen ein natürliches Monopol haben, seien Schlagworte. Nun, bezüglich des einen Theiles hat mich Seine Excellenz der Antwort überhoben, er hat dies nachgewiesen, und ich glaube, man kann dort von einem Schlagworte nicht mehr reden, wo man eine gesetzliche Bestimmung dafür hat.

Aber auch in anderer Beziehung möchte ich mir erlauben, auf eine gesetzliche Bestimmung hinzuweisen; wie kann man bestreiten, daß die Eisenbahnen ein natürliches Monopol haben, wenn im Concessionsgesetze steht, daß ihnen das Privilegium ertheilt wird, ausschließlich zwischen diesen beiden Endpunkten zu bauen? Das ist doch ein Monopol, welches mir nicht zweifelhaft zu sein scheint.

Ich möchte aber sagen, wenn man der Ansicht des Herrn Abgeordneten Auspitz ist, daß man nämlich die allgemeinen wirthschaftlichen Grundsätze über die Preisbildung, die Preisbildung durch die Regelung des Angebotes und der Nachfrage in ihrer eigentlichen Consequenz durchführt, dann komme ich auch nicht zu den Resultaten, die der Herr Abgeordnete gemeint hat, sondern komme zu dem Resultate, daß es allerdings keinen vom Staate festzusetzenden, aber auch keinen von der Bahn festzusetzenden Tarif geben soll, dann tritt eben die einfache natürliche Preisbildung im Wege des Angebotes und der Nachfrage ein, dann liegt der Fall vor, daß, wenn heute Jemand nach Prag fahren will, er zum Cassier hingeht und sagt: Ich wünsche eine Fahrkarte zweiter Classe nach Prag, was begehren Sie? und der Cassier 12 Gulden begehrt, der Passagier aber nur 10 Gulden geben will, sie vielleicht auf 11 Gulden zusammenhandeln.

Eine weitere Consequenz ist, daß naturgemäß bei jenen Bahnen, die eine zahlreiche und starke Frequenz haben, das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage in günstigerer Weise eintritt; sie können zu theueren und höheren Preisen ihre Fahrkarten verkaufen und verfrachten, diejenigen aber, bei welchen das Gegentheil der Fall ist, müssen natürlich um einen billigeren Preis fahren und verfrachten, und da kommt der Herr Vorredner wieder einigermaßen im Gegensatze zwischen seinen eingangs erwähnten Ausführungen zu jenen, welche er am Schlusse seiner Rede gemacht hat.

Ich muß sagen und ich glaube, alle geehrten Herren Collegen, die mich näher kennen, werden bestätigen, daß ich mich nie in der Krankheit des Eisenbahndeliriums befunden habe; ich glaube für mich in Anspruch nehmen zu können, daß ich selbst zu einer Zeit, wo allgemein der Himmel ziemlich voller Geigen war, recht thätig war, als es sich um

ein Paar recht abenteuerliche und kostspielige Projecte gehandelt hat, die wir heute officiell nennen gehört haben, selbe nicht zur Ausführung gelangen zu lassen; ich glaube daher, daß mich für meine Person dieser Vorwurf nicht treffen könnte.

Allein, so wie der Herr Abgeordnete Auspitz, fasse ich denn die Sache doch nicht auf. Vor Allem geht er viel zu weit in dem Unterschiede, den er macht zwischen dem Publicum der Bahnen und den Steuerträgern. Meine Herren, ich glaube, das Publicum der Bahnen geht viel weiter, als die Personen, die häufig die Bahn befahren, die Güter beziehen oder verfrachten. Alle Diejenigen, welche um die Bahn herum in weiten Entfernungen wohnen, die haben ein lebhaftes und großes Interesse an diesen Bahnen; ich bitte zu erwägen, wie groß die Differenzen durch die Steigerung der Werthe des Grundes und Bodens und in hundert anderen Beziehungen geworden sind, wo Bahnen bestehen und wo keine Bahnen bestehen.

Also das Publicum der Bahnen ist viel ausgedehnter und gehören dazu nicht bloß Jene, welche unmittelbar die Bahnen, und wie vielleicht gemeint wurde, sehr häufig benützen.

Aber auch weiter, wenn der Herr Abgeordnete aus Mähren gemeint hat, die eine oder die andere Eisenbahn — und er hat ja eine genannt — sollte vielleicht nach dem Muster von Festconcerten oder Sommertheatern sagen: heute wird wegen ungünstiger Witterung nicht gespielt, ebenfalls sagen: hier wird wegen schlechter Jahreszeit nicht gefahren, so theile ich diese Auffassung nicht, und wenn derselbe Herr Abgeordnete die Bahnwächter zum Schneeschaufeln verwenden will, so kann ich auch diese Auffassung von seinem Standpunkte aus nicht begreifen, weil ich glaube, daß man nach seiner Theorie diese sehr lästige und erkältende Beschäftigung von dem lieben Herrgott und der Sonne besorgen lassen sollte.

Ebensowenig kann ich dasjenige, was von ihm über die übermäßige Restriction der Schnellzüge, über die Ermäßigung der Geschwindigkeit bis zu der eines Fiakers gesagt wurde, als richtig finden. Ich glaube, daß man da zu weit geht, denn ich kann unmöglich denken, daß dem Herrn Abgeordneten Auspitz, der so eingehende volkswirthschaftliche Studien gemacht hat, entgangen sein sollte, welcher innige Connex zwischen den Ausgaben für Eisenbahnen und der Steuerkraft besteht. Ich kann mir unmöglich denken, daß er wirklich glaubt, daß, wenn, wie er sagte, ein guter Genius Oesterreich von dem Baue aller dieser Eisenbahnen — bei einzelnen gebe ich ihm Recht — für die wir heute Subventionen zahlen, bewahrt hätte, Subventionen, die der Ziffer unseres Deficites beiläufig gleichkommen, daß wir dann in den Einnahmsposten des Staatshaushaltes die Summen für directe und indirecte Steuern hätten einstellen können, die wir heute mit Recht eingestellt haben.

Ich glaube — und es wurde das zu wiederholten Malen betont — daß unsere Lage ernst ist und zur äußersten Vorsicht auffordert; wir dürfen namentlich keine Sprünge ins Blaue machen, wir müssen sparen, wo wir können, — ich habe gestern wieder in einem Falle davon ein Beispiel gegeben, wo es mir sehr schwer fiel — allein wir müssen uns auch vor dem anderen Extrem bewahren, wir benöthigen in unserer Lage in erster Linie Mäßigung, denn so gut, wie man das sogenannte Eisenbahndelirium eine Krankheit nennen kann, ebensogut wäre es anderseits eine Krankheit, wenn man den Fiscalismus zu weit treibt. Man muß den richtigen Mittelweg betreten, und, ich betone das umsomehr, weil wir hie und da bedenkliche Symptome dieser Krankheit zu bemerken Gelegenheit haben. Wir müssen uns davon fern halten, wir müssen die Mittelstraße suchen, die uns auf den rechten Weg führt, denn wir können überzeugt sein, daß es uns auch nicht gelingen wird, goldene Eier zu bekommen, wenn wir der Henne den Hals abschneiden.

Durch die Anregung, die der Herr Präsident in der letzten Sitzung gab, bewogen, halte ich es für zweckmäßig, schon jetzt die Resolution mitzutheilen, der ich am Schlusse meiner ersten Auseinandersetzung in der Generaldebatte erwähnte. Dieselbe lautet *(liest)*:

„Die hohe Regierung wird aufgefordert, bei den in Durchführung dieses Gesetzes mit den einzelnen Bahnverwaltungen zu pflegenden Verhandlungen denselben, insoweit es sich um Bahnstrecken handelt, welche nicht vom Staate garantirt sind, oder bezüglich welcher die Staatsgarantie nicht in Anspruch genommen wird, die Erhöhung der Personentarife bis zu der in dem obigen Gesetzentwurfe aufgestellten Maximalgrenze nur dann zuzugestehen, wenn dieselben in Bezug auf ihre concessionsmäßige Rechte entsprechende Gegenzugeständnisse machen."

Ich glaube, diese Resolution braucht nicht weiter begründet zu werden, sie spricht eigentlich für sich selbst, denn es ist nicht abzusehen, gwarum man Bahnen, wo bei dem Fallen oder Steigen der Einnahmen der Staat absolut kein Interesse hat, also bei sämmtlichen nichtgarantirten Bahnen, und bei jenen, welche die Garantie nicht in Anspruch nehmen, warum denen der Staat auf Kosten des Publicums Geschenke machen soll. Etwas Derartiges hat der Eisenbahnausschuß bereits vorbedacht, indem er auf der zweiten Seite seines Berichtes sagte *(liest)*:

„Die Maximaltarife, welche im Artikel II dieses Gesetzes für den Personentransport aufgestellt werden, sollen nur für die k. k. Regierung die oberste Grenze bezeichnen, innerhalb welcher es derselben

III

1

Agitacye Moskiewskie
w Galicyi —
Węgrzech —
artykuły słowa etc —
fakta różne ruskie w Galicyi

Газети і вирізки з них
про поділ політ. життя та
про польсько-укр. стосунки

1870-і рр.
м. пол., нім.

80 арк.

[illegible]

um die [illegible] Durchführung
der [illegible] zu überwachen,
gewisse einzelne Vorschriften
zum Schutze zu setzen? —

2. ob und welche Maßregeln der
Anzeigung zu treffen
sind, [illegible]
damit [illegible] die
Bildung der Berufsgenossenschaften
in dem öffentlichen [illegible]
verhindert [illegible] erschwert
Aufstieg [illegible] geprüft
diese Vorschriften nicht zum Vorwand [illegible]
werden [illegible] [illegible] Zweck [illegible]
diese Vorschriften [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible]
[illegible]

fakta różne —

1873 Ksiądz Bocerzowski nie dał grzebać cholerycznego łacinnika na smętarzu ruskim.

Dzieła smętarze —
Nie dopuszczali Księży łacińskich do mszy w cerkwiach
wyrzucali łacińskie krzyże —

1878 Moja sprawa z prezentą Łąckiego 125 letniego Księdza —

84-85

2

bo Turcja, gdy jej jeńcy powrócą z niewoli, przy pomocy Moskwy mogłaby jeszcze teraz wystawić armię dwu lub nawet trzykroćstotysięczną. Wczoraj donoszono ze Stambułu, że wpływy moskiewskie tam przeważają, i że ministerstwo, przychylne Moskwie, ma przyjść do steru. Dotąd jeszcze niema wiadomości o dalszym przebiegu tego przesilenia stambulskiego. Moskwa czeka rezultatu, i nie przedsiębierze sama na razie nic prawie do opanowania Dardanellów i Bosforu. Gdyby przymierze przyszło do skutku, dopiero wtedy rzuci się wraz z Turkami na te dwie pozycje, ażeby je opanować i nie dopuścić floty angielskiej na Czarne morze, ani też dalszych posiłków, przez Dardanelle wysyłanych na morze Marmora.

Dotąd jednak jest wątpliwem, czy się Moskwie uda sforsować sułtana i dwór jego do zmiany ministerstwa i do przymierza moskiewskiego. Sułtan bowiem obawia się, iż w takim razie po drugiej stronie Bosforu, w Azji, ogłoszona będzie jego detronizacja, obwołany nowy sułtan. Żywioły ku temu są nagromadzone, pretendent istnieje i tylko podmuchu trzeba od Anglii, ażeby wybuchła rewolucja w Azji przeciw sułtanowi.

Jeźli się nie powiedzie Moskwie skłonić Turcję do przymierza, to wtedy niezawodnie Moskwa wystąpi z gwałtem, zajmie Konstantynopol, rozzbroi pozostałe jeszcze wojska tureckie a równocześnie będzie usiłowała zająć Bosfor i Dardanelle.

---

*Słowo* ogniście uderza na rezolucję, powziętą przez lwowską Radą miejską przy rozprawie budżetowej, a wzywającą magistrat do wystosowania odezwy do konsystorza gr. kat., w której ma być wyrażone życzenie, ażeby we lwowskich kościołach gr. kat. obrządku kazano dla ludności polskiej gr. kat. wyznania, stosownie do dawniejszej praktyki, także w języku polskim *Słowo* zapewnia, że konsystorz chyba dopiero wtedy uwzględni to życzenie, jeżeli we wszystkich łacińskich kościołach lwowskich będą prócz polskich także kazania niemieckie, francuzkie itp.

Kazania niemieckie odbywają się regularnie tu w kościołach łacińskich, i jesteśmy pewni, że *Słowo* chętnieby przystało na kazania niemieckie w cerkwiach lwowskich, gdyby tylko byli Niemcy wyznania gr. kat. Ale polskie kazania w cerkwiach! — coby na to powiedziała Moskwa, coby na to powiedziała szatańska zasada świętojurców i moskalofilów: rycia dołków pod Polakami, dokuczania im, spotwarzania ich wszędzie, gdzie tylko można! Że w lwowskich kościołach łacińskich kazanoby we wszelkich językach w razie potrzeby dla wiernych, o tem wątpić nie można — kazanoby nawet po moskiewsku. Wszak we Wiedniu są kazania polskie, czeskie, francuzkie, włoskie itd. Tak każe zasada kościoła katolickiego, który stoi ponad wszelkiemi narodowościami, ale też żadnej narodowości nie prześladuje, owszem wszystkie wspiera i na nich się opiera.

Że zapowietrzone carosławiem i szatanizmem pewne sfery duchowieństwa gr. kat. w Galicji tej wzniosłej zasady nie pojmują, a raczej wykonywać jej nie chcą, to rzecz niestety, tu naturalna, — ale potwornem jest mimo to, że dom Boga miłości, jedyne pewne przytulisko dusz i ludów utrapionych, zamieniany być może w instytut prześladowania, w instytucję dręczycielską — i to pod okiem arcypasterza tak katolickiego i tak bogobojnego jak ks. Sembratowicz, i pod okiem jeneralnego oficjała, mającego pretensję dostąpienia władzy biskupiej.

*Słowo* zapewnia, że „ta ludność polska gr. kat. [illegible] można się spowiadać po rusku, polsku, moskiewsku, we wszystkich językach! Jakżeż może być spowiedź spowiedzią, jeżeli grzesznikowi nie wolno użyć tego języka, w którym jedynie całą swoją duszę, całe jestestwo swoje wynurzyć zdoła! W tym względzie fakt wspomniany jest najstraszniejszym rozbojem, bo na duszy, na zbawieniu popełnianym! Do takiego ostatecznego znikczemnienia zeszli pewni księża gr. kat, a starszyzna tego chyba nie widzi, widzieć nie chce. Czyżby może o tem nigdy nie słyszała?

---

Na posiedzeniu komisji budżetowej przedlitawskiej Izby posłów z d. 4. b. m. obradowano nad rezolucjami i petycjami, przy rozprawie budżetowej wnoszonemi. W sprawach szkolnych, na wniosek sprawozdawcy, p. Suessa, uchwalono: petycje miasta Brodów o zamienienie gimnazjum realnego w gimnazjum czyste, tudzież miasta Bochni o utworzenie 5. klasy przy gimnazjum tamtejszem, odstąpić poprostu rządowi; — nad petycją zaś ciał nauczycielskich kilku gimnazjów galicyjskich o zaliczenie lat suplentury do lat właściwej służby, przejść do porządku dziennego. Petycję jasielskiej Rady powiatowej o utworzenie sądu obwodowego w Jaśle i takąż petycję sanockiej Rady powiatowej o sąd obwodowy w Sanoku, uchwalono, na wniosek sprawozdawcy, Demla, odstąpić poprostu rządowi.

Komisja Izby posłów do wniosku Rosera względem ograniczenia szynkowni wódki odbyła d. 3. b. m. czwarte swoje posiedzenie, w obecności komisarzy rządowych, Helma i Baumgartnera. Sprawozdawca Haase dał pogląd na materjał, zebrany częścią przez komisję, częścią w petycjach dotyczących, częścią zaś w odnośnych ustawach Anglii, Niemiec i Szwecji, i zażądał uchwały, czy ma być tylko rezolucja do rządu, czy formalny projekt ustawy.

Na życzenie Rosera komisja jednomyślnie oświadczyła się za ułożeniem projektu ustawy, poczem Haase odczytał swój, przygotowany już projekt. Dalej na wniosek Nitschego jednomyślnie uchwalono, wziąć ten projekt pod rozprawy dopiero wtedy, gdy go rozbiorą ministerstwa spraw wewnętrznych, skarbu i handlu, gdyż wiele zależy na zgodności w tej sprawie rządu a komisji. Przewodniczący Göllerich prosił komisarzy rządowych o wszelkie umożliwienie przyspieszenia, co też ci zapewnili.

W węgierskiej Izbie posłów ogólna rozprawa budżetowa — zapewne ze względu na położenie zewnętrzne — niespodzianie szybko postępuje, i już jest zapewne skończoną, choć o tem jeszcze nie otrzymaliśmy telegramu. Z wyjątkiem skrajnej lewicy cała Izba zapewne uchwali przystąpienie do rozprawy szczegółowej. Zupełnie inna rzecz będzie co do tak zwanej „approprjacji“, tj. co do głosowania, czy budżet ma być teraźniejszemu rządowi uchwalony. I ten wniosek przejdzie, ale tylko bardzo słabą większością. Z rozprawy ogólnej podnieść należy, że ilekroć wymieniono Anglię, lub tylko o nią potrącono, zewsząd odzywały się głosy: Niech żyje Anglia! Niezawodnem jest, że w toku szczegółowej rozprawy budżetowej podniesioną będzie sprawa wschodnia, choć nie w formalnych wnioskach lub rezolucjach, ale zawsze w taki sposób, iż z całą energią odbije się w tym względzie opinia Węgier.

---

W sprawie ugodowej słychać, że różnice między rządami przedlitawskim i węgierskim co do petroleju i towarów wełnianych są bliskie zagodzenia, i tylko co do cła od kawy będzie spór między Radą państwa a sejmem węgierskim. Przed świętami zresztą sprawy te [illegible]

e Lwowie, Niedziela dnia 7. Kwietnia 1878.

# A NARODOWA


## Magazyn i pracownia sukien męzkich
## FRANCISZKA KORDYSA

**we Lwowie przy ulicy Teatralnej l. 2.**

naprzeciw kamienicy Wgo Roińskiego.

Materje na sezon wiosenny i letni w wielkim wyborze, sprowadzane z fabryk krajowych i z najlepiej renomowanych francuskich i angielskich, odznaczają się gustem, trwałością i cenami przystępnemi.

Zamówienia będą wykonane w najkrótszym czasie, podług najnowszego kroju, za cenę najumiarkowańszą.

Mam zaszczyt nadmienić przytem, iż przez dłuższy czas kierując zakładem śp. Piotra Lewickiego, jestem w posiadaniu wszelkich miar na ubrania byłych jego klientów w całym kraju, tak, że ci PT. Panowie, którzy u niego się ubierali, mogą każdej chwili przysłać mi przez pocztę tylko swój adres i zamówienie, a będą najakuratniej obsłużeni.

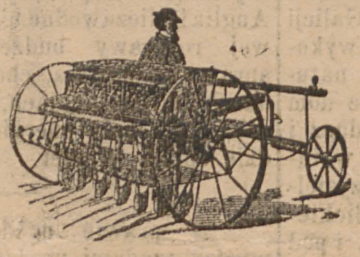
Każdego czasu na składzie suknie gotowe w najnowszym guście.

Z wysokim szacunkiem

**Franciszek Kordys**

2263 2—3


CEMENT
Perlmoos-
Portland,
utrzymuje
na składzie
li tylko
ARNOLD WERNER
we
Lwowie



## Clayton & Shuttleworth

we Lwowie


## Umieję

**o ulopku**

**wyrabianym p**

Zalecane w dziennikach
dzień bardzo ostro omawiane i
jomości i przesądu, jak niemni
jaźni i zażdrości. Prawdziwe
kości, lecz jeżeli środki leczni
muszą one odpowiadać wszystk
by w sobie zawierały wszystkie
sposobność, ulopek z ziół góry
ma, podać dokładnemu anality
rozbiorowi, przezco zbadałem i
lecznicze i zdrowiu służące. W
Schneeberg, wyrabiany przez pa
części szkodliwych, co główną
leczniczych być powinno. Prze
wiera w sobie w przecięciu tylk
które według zdania sławnych
cierpieniach piersiowych, szyji
odpowiada ulopek z ziół góry Sc
zupełnie wszelkim umiejętnym w
nych własności na rozpowszechni
z umiejętnością i prawdą stwierd
aptekarz w Neunkirchen, od rok
łowego.

Berlin, 18. sierpnia 1876.
(L. S.)

król. pruski
chemik i um
tyczno ch

Flaszka oryginalna po 1

Za opakowanie 20 ct.

Również do na

Prawdziwego ulopku tego
pp. Zygmunta Ruckera, Jakóba
szałkiewicza, w Bielsku G. Zab
B. Fadenhecht, w Bełzie Adolf G
Wysoczański apt., w Bursztynie
apt., i Ig. Schnirche, w Ciężkowi
brzyniecki apt., w Horodence M.
i A. Bohuss apt., w Krakowie
spadkob., w Kołomyji Mordko B
Buczek apt., w Kopeczyńcach A.
ski apt., w Monastrzykach Wład
Radowcach Albert Decani apt., w
Stecher apt., w Stryju J. Zgórsk
nowie J. Wroński apt., w Ustrz
apt., w Żurawnie Józef Tomasze

P. T. Publiczność raczy
*Allop*", gdyż takowy jedynie jes
nera znajdujący się w handlu ulo
którem ostrzegam.


NA
W. Ma
we Lw
poleca najobficiej

lung des hohen Hauses. Indem ich, meine Herren, selbst die heterogenste politische Anschauung des einzelnen Staatsbürgers ehre, halte ich mich als österreichischer Volksvertreter für berechtigt und für verpflichtet, dagegen Einsprache zu erheben, daß einzelne politische Beamte, welche in den Augen der Bevölkerung doch die Regierung selbst repräsentiren, die österreichische Idee offen zu Graben tragen dürfen.

Ich habe in meinen Ausführungen herbe aber gerechte Kritik geübt, dieselbe jedoch an wirklich stattgefundenen Vorkommnissen angelegt, für deren Richtigkeit ich auch außer diesem hohen Hause jederzeit einzustehen bereit bin. Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsche, daß die gerügten Uebelstände maßgebenden Orts Beachtung finden und gebe mich der Hoffnung hin, daß denselben thunlichste Abhilfe zu Theil wird. *(Bravo! Bravo! rechts. — Während vorstehender Rede hat Vicepräsident Dr. Vidulich den Vorsitz übernommen.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Naumowicz hat das Wort.

Abgeordneter **Naumowicz**: Ich habe schon bei der Generaldebatte Erwähnung gethan, daß bei uns zu Lande die Gleichberechtigung der ruthenischen Sprache in den landesfürstlichen Aemtern gar nicht durchgeführt ist. Ich habe die Aufmerksamkeit des hohen Hauses darauf gelenkt, daß für Galizien ein ganz anderes Maß gilt, als für die anderen Kronländer. Ich habe Thatsachen angeführt, z. B. die Thatsache, daß in keinem landesfürstlichen Amte in Galizien irgend eine ruthenische Drucksorte, nicht ein ruthenisches Vorladungs- oder Zustellungsblanquett zu finden ist, daß an keinem landesfürstlichen Amte eine Ueberschrift in ruthenischer Sprache vorkommt, daß alle Protokolle und alle Verhandlungen, selbst die Eidschwüre nur in polnischer Sprache geführt und gepflogen werden.

Alle diese Thatsachen, meine Herren, sind unumstößliche Wahrheiten. Von gegnerischer Seite wurden sie nicht entkräftet, und nicht in Abrede gestellt. Der Herr Abgeordnete für den Stadtwahlbezirk Tarnopol hat es für gerathen gehalten, über all' diese Einwürfe und Thatsachen nur mit allgemeinen Phrasen hinüberzuschlüpfen. Bemerkenswerth ist auch der Umstand, daß selbst polnische Journale nicht den Muth hatten, meine Rede wenigstens in einem Auszuge in ihren Spalten zu veröffentlichen, weil sie ganz sicher davon überzeugt sind, daß nicht ein Jota, nicht ein J-Tüpfelchen in derselben übertrieben ist.

Nun, meine Herren, ist es doch immer Thatsache, und dies kann Niemand wegläugnen, daß in Galizien 2 1/3 Millionen Ruthenen leben, denen ihre Sprache lieb ist, und welche doch das Recht für diese Sprache auch für den Amtsgebrauch in Anspruch nehmen dürfen.

Es ist ganz sicher, daß unsere Provinz, wie schon gesagt, nicht als polnisches, sondern als ruthenisches Königreich an die ungarische Krone revindicirt wurde und es ist wirklich auffallend, daß wir nicht einmal die Genugthuung haben, daß wenigstens der österreichische Adler, welcher doch bei uns überall ist, nicht auch polonisirt worden wäre, daß also wenigstens unter diesem Symbol der österreichischen Staatseinheit unsere Sprache fortkäme. Da aber all' diese Unzukömmlichkeiten, all' diese Mißlichkeiten nicht im Verfassungswege bei uns durchgeführt wurden, sondern im Ordonnanzwege, so habe ich die sichere Hoffnung, daß sie auch im Ordonnanzwege beseitigt werden.

Der Herr Abgeordnete der Stadtgemeinde Tarnopol hat aber in seinen Ausführungen die Aufmerksamkeit des hohen Hauses darauf gelenkt, daß, wie er sagt, wir Ruthenen eigentlich gar keine Sprache haben. Er sagte, das Idiom, das ist die Landesmundart, welche man uns großmüthig gestattet und sogar in den Schulen eingeführt hat, sei keine gebildete Sprache, die könne unmöglich Amtssprache werden. Er hat die Wahrheit gesagt, meine Herren, sie ist keine gebildete, keine Schriftsprache und es ist auch unmöglich, daß die gebildet werde, nicht nur jetzt, sondern auch auf Jahrhunderte hinaus. Er hat aber gesagt: Die Ruthenen haben eine andere Sprache, das ist die Schriftsprache, aber auch diese könne nicht gestattet werden, da dieselbe der russischen sehr ähnlich klingt.

Meine Herren, wenn Sie diese bewunderungswürdige Logik acceptiren, so müssen wir sagen, daß es aus sei mit der Freiheit, aus sei mit der Verfassung, aus mit dem österreichischen Staate. Denn wo finden Sie in ganz Oesterreich eine Nation, welche im Amte, bei Gericht oder in der Schule das Landesidiom, die Landessprache gebrauchen konnte, haben Sie es vielleicht in Niederösterreich? Sprechen Sie hier im Parlamente in der Sprache, welche in den Kneipen von Ottakring oder Hernals gesprochen wird, oder in einem Dorfe von Nieder- oder Oberösterreich? Haben Sie die Sprache in den Schulen, welche Sie manchmal hier in den Landesgerichten zu hören bekommen? Wollten Sie diese Logik annehmen, so müßte die Regierung auf einmal die deutsche Sprache in den Schulen verbieten, es ist ja die Schriftsprache, die Sprache Großdeutschlands! Man spricht sie ja auch in Berlin! Man müßte die Lectüre Schiller's, Goethe's, Humboldt's und aller deutschen Gelehrten und Dichter verbieten, man müßte das thun, was man bei uns in Galizien thut. Um doch eine Lectüre in Schulen zu haben, müßte man dann etwas Anderes vom Auslande hereinführen und hier z. B. der Gymnasialjugend Dichter wie Klaus, Groth und Fritz Reuter anbieten, weil diese nicht den Charakter allgemein deutscher Dichter haben.

Es ist ein wahres Martyrium, was wir mit unserer Sprache erdulden müssen. Jedes Volk, jede Nation hat doch das unbestrittene Recht, darüber zu entscheiden, was man unter ihrer Sprache zu verstehen habe. Ueber Grammatik und Orthographie einer Sprache zu entscheiden, ist Sache des Volkes, das sie spricht, nicht aber einer anderen Nation, nicht Sache irgend eines Gelehrten, destoweniger eines solchen, der seine Nation bereits verlassen hat.

Der Herr Abgeordnete hat mir zum Vorwurfe gemacht, daß ich der türkischen Rajas Erwähnung gethan habe. Ich frage aber den Herrn Redner, ob er je davon gehört hat, daß sich selbst die Türken jemals den Mißbrauch erlaubt hätten, sich in Grammatik, Orthographie und Lexicon irgend einer slavischen Nation zu mischen? Sie haben das nie gethan! Ich kenne die slavischen Sprachen, ich weiß, daß z. B. bulgarische Bücher im Betrage von jährlich wenigstens 100.000 fl. hier in Wien gedruckt werden. Nie hat noch ein Bulgare geklagt, daß die Türkei es je gewagt hätte, seine Sprache zu beeinflußen oder zu beschränken. Das Privilegium und die Originalität für solche Handlungsweise gebührt einzig dem Lemberger Landesschulrath und dieser Partei *(auf die Bänke der polnischen Abgeordneten deutend)*, welche auf unsere Schulen, Aemter u. s. w. Einfluß nimmt.

Der Herr Abgeordnete der Stadt Tarnopol hat sich darüber beschwert, daß ich ungerechte Klagen hier geführt habe über die ungerechte Durchführung der Servitutenablösung. Ja, meine Herren, ich habe das als eine klaffende und brennende Wunde bezeichnet, und sie weiter aufzureißen nicht gewünscht. Er hat mir den Vorwurf gemacht, daß diese Servitutenangelegenheit ein Gegenstand einer Agitation sei. Meine Herren! Ich habe auch agitirt, ich bin auch ein Agitator, jedoch nicht in der Richtung, wie Sie der Herr Abgeordnete vielleicht glauben machen will. Ich habe agitirt, denn als diese Servitutenablösung schon einmal ein fait accompli war, und als unzählige Gemeinden unzählige Recurse an Landtag und Reichsrath und an Seine Majestät den Kaiser und überallhin richteten, und als alle diese Recurse nichts fruchteten, weil man keinen Formfehler auffinden konnte, weil im Lande keine Zeugen aufzubringen waren, welche es wagen würden, über das parteiliche Verfahren der leitenden Organe auszusagen, weil solche Beamte, welche dem Volke gerecht waren, von unserem Landtage weginterpellirt wurden; als alles dies nichts nützte, die Bevölkerung, die Gemeinden ihre ihnen zuerkannten Ablösungssummen nicht beheben wollten, und es zu meiner Kenntniß gelangte, daß gegen 700.000 fl. dieser Ablösungssumme im galizischen Landesausschusse sich befanden — ich muß es aber hier per parenthesim zur Ehre des Landesausschusses sagen, daß er diese Gelder recht gut verwaltet, daß sie fruchtbringend angelegt sind — als dies, sage ich, zu meiner Kenntniß gelangte, habe ich in populären Zeitungen darauf hingewirkt, das Landvolk zu belehren, daß Das einmal ein überwundener Standpunkt ist, daß es diese Gelder, die man ihm angewiesen hat, beheben und Vorschußcassen gründen solle.

Ich habe in dieser Richtung agitirt, meine Herren, einige Gemeinden haben meinen Rath befolgt, aber nicht alle. Daß aber nicht alle meinen Rath befolgten, ist nicht unsere Schuld, nicht die Schuld der Agitation, sondern die Schuld liegt in dem Gegenstande selbst. Die Gemeinden können sich nicht damit befreunden, daß das, was sie einmal als ihr Recht anerkannten, auf einmal Unrecht sein soll. Auf was sie hoffen, kann ich nicht sagen, aber sie wollten diese Gelder nicht beheben, und ich glaube, es ist in keinem Kronlande so etwas vorgekommen. Glücklicherweise hat der Herr Abgeordnete des Stadtwahlbezirkes Tarnopol meine Bemerkungen über den überhandnehmenden Pauperismus nicht bekämpft, er ist eben Thatsache.

Aber, meine Herren! Ich werde Ihnen Thatsachen anführen, welche sehr traurig sind. Der Pauperismus schreitet mit ungeheueren, mit Riesenschritten vorwärts, das Volk will sich noch dagegen wehren, aber es kann nicht. Ein kleines Beispiel:

Im Jahre 1875 hat die Gemeinde Ivanówka im Hussiatyner Bezirke einen Mäßigkeitsverein gegründet. Die Eigenthümer der Propination haben dagegen an die Bezirkshauptmannschaft remonstrirt, der Bezirkshauptmann hat den Ortsvorstand suspendirt und der arme Mann mußte 49 fl. 19 kr. Commissionskosten bezahlen, ohne daß mit ihm ein Protokoll aufgenommen worden wäre, ohne daß man ihn einvernommen hätte. *(Rufe rechts: Hört!)* Das ist Thatsache. Was macht nun der Mann, er hat keine Hoffnung, irgendwo sein Recht zu finden, er hat aber diesen Vorgang in den Zeitungen veröffentlicht, nämlich in der politischen Zeitung „Slovo" und auch in einer anderen Zeitung, welche mir eben vorliegt.

Er hat dabei einen sehr ungebührlichen Ausdruck gegen das kaiserliche Amt gebraucht, nämlich er hat alle diese Thatsachen, welche man ihm vorgeworfen hat, mit dem Ausdrucke „Lüge" bezeichnet. Es war in der Zeitung der Ausdruck „Lüge" abgedruckt.

Der Staatsanwalt hat diese Zeitungsnummer confiscirt und anstatt des Ausdruckes „Lüge" mußte kommen: „es ist nicht Thatsache".

Allein der Staatsanwalt hat es nicht für nöthig erachtet, diesen Mann wegen der Beleidigung eines landesfürstlichen Amtes zur Verantwortung zu ziehen. Man hat es ihm verziehen und bis nun ist es dabei geblieben, daß er diese 49 Gulden im Sequestrationswege eingezahlt hat . . . . .

**Vicepräsident** *(unterbrechend)*: Ich muß doch bitten, bei der Sache zu bleiben. Wir sind bei dem Capitel „Ministerium des Innern".

Abgeordneter **Naumowicz**: Ich bitte, ich bin bei der Sache. *(Rufe: So ist es!)* Nun, meine Herren, wie kann sich das Landvolk retten? Jetzt ist überall in der ganzen Umgegend verlautbart, der Kaiser verbiete die Mäßigkeitsvereine! *(Heiterkeit.)* Ja, meine Herren, daß sind Thatsachen und ich bitte die Regierung, diese Thatsachen eruiren zu lassen, denn ich bin vollständig überzeugt, daß der arme Mann sich keiner Ueberschreitung schuldig machte und diesen Betrag ganz unschuldig einzahlen mußte.

Das habe ich für nothwendig erachtet, Ihnen zur Kenntniß zu bringen. Ich bitte die hohe Regierung, sie möge es sich doch angelegen sein lassen, unsere wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse eingehender zu studiren. Wir lesen zum Beispiel in den Zeitungen, daß in der kleinen Stadt Woinirow jetzt sage 150 Bauernwirthschaften unter den Hammer gekommen sind.

Ich habe gesagt, daß in einigen Jahren die vollständige Enteignung unseres Landvolkes platzgreifen wird. Das habe nicht nur ich gesagt, das hat auch Herr Dr. Rydzowski gesagt. Er war es auch, welcher gesagt hat, daß in 13 Jahren alle Bauernwirthschaften unter den Hammer gekommen sein werden, und es wird wirklich dahin kommen.

Meine Herren! Der Herr Vorredner hat mir Bruderzwist und Polenhaß in die Schuhe geschoben. Ich stehe hier vor allen Völkern Oesterreichs und ich kann Sie versichern, daß nicht ein Atom von Bruderzwist oder Polenhaß in meinem Naturell, in dem Naturell meiner ganzen Nation liegt. *(Heiterkeit auf den Polenbänken.)* Lachen Sie nicht darüber, meine Herren, erinnern Sie sich dieses Jahres, welches in Ihrer Geschichte ein schwarzes Blatt bildet. Wir waren unschuldig an Ihrem Blute.

Ich schätze und ehre jede Nation, ich schätze und ehre auch die polnische Nation als solche, weil sie keine unedle, weil sie eine begabte Nation ist, — sie ist eine slavische Brudernation! Sie hat auch ihre Verdienste um Kunst und Wissenschaft. Ich kann sie nicht hassen, ich muß sie achten, aber darum, weil ich sie achten muß, bedauere ich, daß ihr Los in so schlechte Hände gelegt ist, und daß Jene welche heute diese Nation anführen, sie zu ihrem Ruine führen.

Nicht auf unserer Seite ist der Haß. Zeigen Sie, meine Herren, daß wir je gegen Eure polnische Nation, gegen die polnische Sprache, überhaupt gegen Alles, was Euch theuer ist, etwas verschuldet haben! Wenn wir um unsere unveräußerlichen Rechte kämpfen, so gebühren sie uns: wir verlangen sie, weil wir das Recht dazu haben, weil wir nicht aufhören können, das zu sein, was wir sind. Als Dante mit seinem Führer in die Hölle kam, und denselben fragte, worin besteht denn das große Unglück dieser Verdammten, so sagte ihm der Führer: darin, daß sie nicht auf das Ende ihrer Qualen, nicht auf den Tod hoffen können.

Meine Herren! Das ist auch unser Unglück: wir können nicht auf unsere Erlösung, nicht auf das Ende unserer nationalen Qualen hoffen, wir können, wenn wir auch noch lange Jahre, Jahrhunderte dulden sollten, nicht aufhören das zu sein, was wir sind, weil wir eine unverwüstlich zähe, unsterbliche Nation sind. *(Bravo! Bravo!)*

**Vicepräsident**: Der Herr Abgeordnete Steudel hat das Wort.

Abgeordneter **Steudel**: Hohes Haus! Ich will nur in Kürze einen Gegenstand berühren, der, obwohl er hier schon wiederholt zur Sprache gebracht wurde, leider noch immer nicht seine erwünschte Erledigung gefunden hat, ich meine den Wiener Stadterweiterungsfond.

Vor drei Jahren hat bereits der sehr geehrte College Dr. Roser den Minister des Innern in dieser Angelegenheit interpellirt, aber leider haben wir heute noch keine Antwort erhalten. Ebenso wirkungslos verhallten die Worte mehrerer Redner im hohen Hause trotz der weittragenden Wichtigkeit des Gegenstandes. Von diesem Stadterweiterungsfonde kommt aber auch im ganzen Budget nicht ein einziges Wort vor, ja nicht einmal eine Andeutung. Ein Fond, der über 20 Millionen verfügt, wird ganz geheimnißvoll verwaltet, ohne daß dem Parlamente nur die mindeste Rechnung gelegt würde. Wie werden auf diese Art unsere parlamentarischen Befugnisse respectirt, und wie werden sie anderseits von uns ausgeübt, wenn wir nicht mit der größten Vehemenz die Regierung drängen, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Der Stadterweiterungsfond wird von Staatsbeamten verwaltet; diese verwenden ihre Arbeitsstunden auf die Administration dieses Gegenstandes, diese Beamten werden vom Staate gezahlt. Dem Parlamente steht zwar die Controle über sämmtliche Staatsauslagen zu und doch legt die Regierung uns nicht das Mindeste über diesen Gegenstand zur Einsicht und Prüfung vor. Jedenfalls gibt es hier etwas zu verheimlichen, etwas zu verbergen. Denn, wäre das nicht der Fall, warum werden dann dem Reichsrathe keine Vorlagen darüber gemacht, warum wird keine Rechnung gelegt, warum bekommen wir über diese Sache keinen Rechenschaftsbericht? Wollte man auch nicht so weit gehen, zu behaupten, daß der Staat diesen Fond von 20 Millionen Gulden, über welche er verfügt, auf unrechtmäßige Weise erworben hat, so liegt doch diese Ansicht ganz nahe,

wenn man anderseits bedenkt, daß von der Gemeindevertretung nachgewiesen wurde, daß die Stadterweiterungsgründe sämmtlich im wohlberechtigten Eigenthume der Stadtgemeinde Wien waren, daß nachgewiesen wurde, daß sie nur durch eine willkürliche Action der damaligen Regierung einen eigenen Fond bilden konnten, indem das Eigenthum derselben der Gemeinde Wien entrissen wurde. Man könnte sagen, warum hat sich denn die damalige Gemeindevertretung nicht besser ihre Rechte bezüglich dieses Gegenstandes gewahrt?

Bedenken Sie aber, daß der damalige Gemeinderath ganz ungesetzmäßig getagt hat, daß er ganz statutenwidrig vom Jahre 1849 bis 1861 sich nicht alljährlich durch ein Dritttheil erneuert hat, wie es im Gesetze vorgeschrieben ist, daß er ganz und gar nicht berechtigt war, noch ferner zu tagen, da er nicht einmal die gesetzmäßige Anzahl seiner Mitglieder mehr besaß, nachdem die meisten ausgetreten oder mit Tod abgegangen waren. Also er konnte gar nicht entscheiden, er hat es auch unterlassen, dagegen zu protestiren und sich dagegen zu verwahren und die damalige Regierung hat ganz einfach willkürlich über die Sache verfügt und einen Fond gegründet, ohne weiter viel zu fragen.

Nun, meine Herren, wundern Sie sich dann, wenn im Gemeinderathe selbst und in der Bevölkerung Stimmen laut wurden, die diesen Vorgang als einen Raub an den der Gemeinde zustehenden Eigenthumsrechten bezeichneten; es wurde das öffentlich behauptet und nicht widerlegt.

Meine Herren, ich glaube es wäre Zeit, daß die Regierung endlich den geheimnißvollen Schleier lüften und dem Reichsrathe, der wohlberechtigten Controle, die nöthige Aufklärung geben würde.

Man muß sich doch fragen, was sind denn die Gründe, welche dagegen sind, daß überhaupt die Angelegenheit dem Parlamente vorgelegt werde, was geschieht denn mit diesen vielen Millionen, über die der Fond verfügt, haben wir ein Recht der Controle darüber oder nicht? Nun, darüber glaube ich herrscht in und außer dem hohen Hause nur die eine Stimme.

Wir haben dieses Recht, wir dürfen uns dieses Recht unter keinen Umständen verkümmern lassen, wir müssen unser gutes Recht fordern und wahren, wir müssen an die Regierung herantreten und verlangen, daß sie endlich Rechnung ablege über ihr Gebaren mit diesem Fonde.

Ich erlaube mir daher folgende Resolution zu beantragen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen: Die k. k. Regierung wird aufgefordert, einen Rechenschaftsbericht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über den Cassastand des Wiener Stadterweiterungsfonds dem hohen Hause ehethunlichst vorzulegen."

Ich gebe mich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß das hohe Haus diesen Antrag zum Beschlusse erheben wird, eingedenk seiner Verpflichtungen, die es übernommen hat gegenüber dem hohen Hause selbst und der Bevölkerung, seinem Mandatgeber; ich gebe mich aber auch der zuversichtlichen Erwartung hin, daß endlich die Regierung ihrer Verpflichtung nachkommt und über diesen Fond dem hohen Hause Rechenschaft gebe, damit nicht in Allem und Jedem Parlament mit sammt der Regierung vollkommen discreditirt werden in aller Welt. *(Bravo! Bravo!)*

**Vicepräsident**: Der Herr Abgeordnete Steudel stellt folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)*

Ich ersuche jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist unterstützt.

Der nächste der eingetragenen Herren Redner ist der Herr Abgeordnete Ritter v. Obentraut; ich ertheile demselben das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Obentraut**: Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat einen speciellen Antrag gestellt, für den ich jedenfalls auch stimmen werde.

Die beiden anderen Herren Vorredner haben sich etwas eingehender mit der politischen Verwaltung befaßt.

Der Herr Redner aus Galizien schilderte die Zustände der dortigen Verwaltung und ich finde sie begreiflich, denn die Erklärung dafür liegt in den amicalen Beziehungen der hohen Regierung, die sich verfassungstreu nennt, zu den polnischen Herren Abgeordneten, die sich gleichfalls verfassungstreu nennen.

Etwas eingehender werde ich mich mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten aus Krain befassen müssen, welcher Thränen darüber vergießt, daß die ehemaligen Bezirksämter aufgehoben wurden, in welchen die politische Verwaltung mit der Justiz vereint war. Ich glaube, dieser sein Schmerz wird hier wenig Theilnahme finden, denn die Trennung der Justiz von der Administration ist ja nicht nur ein wesentlicher Fortschritt, sondern sieist ja geradezu eine Forderung des Rechtsstaates. Der Herr Abgeordnete aus Krain hat sich auch über die Verhältnisse der Bezirkshauptmannschaften in seinem engeren Vaterlande in einer Weise geäußert, wie wenn die Bezirkshauptmannschaften nicht genügend beschäftigt wären.

Ich will über die Zustände in Krain nicht sprechen, im Allgemeinen aber will ich nur das Eine hervorheben, daß die Bezirkshauptmannschaften im Jahre 1868 in's Leben gerufen wurden mit jenem Wirkungskreise, der ihnen damals zu-

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. — VIII. Session. 355. Sitzung,

am 14. März 1878.

### Inhalt:

Urlaubsertheilung und Abwesenheitsanzeigen.

Petitionen.

Mittheilung des Resultates der Wahl des Ausschusses für den Antrag des Abgeordneten Grafen Coronini und Genossen, betreffend die Vorberathung und Erstattung von Vorschlägen hinsichtlich der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte.

Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für die Seuchengesetze an Stelle des ausgetretenen Abgeordneten Weinrich.

Wahl eines Mitgliedes in die Delegation an Stelle des ausgetretenen Delegirten Baron Walterskirchen durch die Abgeordneten aus Steiermark.

Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 (738 der Beilagen — Capitel 5 bis 7, Titel 1 bis 8).

---

**Beginn der Sitzung: 11 Uhr 30 Minuten.**

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer,** Vicepräsident Dr. **Vidulich,** Freiherr v. **Pillersdorff.**

Schriftführer: Freiherr v. **Kotz, Gierowski, Auspitz.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg,** Justizminister Dr. **Glaser,** Minister Dr. **Unger,** Handelsminister Ritter v. **Chlumecky,** Finanzminister Freiherr v. **Pretis,** Minister für Landesvertheidigung Oberst Freiherr v. **Horst,** Minister Dr. **Ziemialkowski,** Ackerbauminister Graf **Mannsfeld.**

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Ministerialräthe Ritter v. **Waniek, Schrötter** und **Auerhammer,** Oberbaurath **Wawra.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Ich constatire, daß das Protokoll der letzten Sitzung unbeanständet geblieben ist; dasselbe ist somit genehmigt.

Dem Herrn Abgeordneten Freiherrn Guido v. Kübeck habe ich einen Urlaub von zwei Tagen ertheilt.

Die Herren Abgeordneten Graf Bonda und Posch sind unwohl gemeldet.

Ich ersuche um Verlesung des wesentlichen Inhaltes der eingelaufenen Petitionen.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest)*:

„Petition der Gemeindevorstehung von Hellmannsödt in Oberösterreich um Wiederherstellung des confessionellen Charakters der Volksschule *(überreicht durch Abgeordneten Fischer)*."

„Petition der Kalkgewerke Vincenz Hortig und J. Friedländer in Hinterbrühl um Richtigstellung der von der Steuerbehörde willkürlich bemessenen Erwerbsteuer vom Jahre 1871 bis 1878 *(überreicht durch Abgeordneten Schöffel)*."

**Präsident:** Die erste Petition werde ich dem Unterrichtsausschusse, die zweite dem Steuerreformausschusse zuweisen.

Ich habe die Ehre, das Resultat der in der gestrigen Sitzung vorgenommenen Wahl eines Ausschusses von 18 Mitgliedern für den Antrag des Abgeordneten Grafen Coronini und Genossen, betreffend die Vorberathung und Erstattung von Vorschlägen hinsichtlich der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte, mitzutheilen.

Es erhielten die Herren Abgeordneten

| | | |
|---|---|---|
| Graf Coronini | 201 | Stimmen, |
| Freiherr v. Doblhoff | 201 | „ |
| Neuwirth | 201 | „ |
| v. Pacher | 201 | „ |
| Dr. Edler v. Plener | 201 | „ |
| Dr. Sturm | 201 | „ |

| | | |
|---|---|---|
| Dr. v. Hofer | 198 | Stimmen |
| Dr. Ruß | 198 | „ |
| Josef Krasicki | 197 | „ |
| Haschek | 196 | „ |
| Ritter v. Smarzewski | 196 | „ |
| Lienbacher | 195 | „ |
| Freiherr v. Tinti | 195 | „ |
| Ritter | 192 | „ |
| Dr. Peez | 190 | „ |
| Aresin | 182 | „ |
| Dr. Giskra | 181 | „ |
| Steffens | 169 | „ |

Die genannten Herren Abgeordneten sind somit gewählt.

Außerdem erhielten die Herren Abgeordneten Dr. Fanderlik . . . . . 75 Stimmen, Freiherr v. Walterskirchen . . . 2 „

Ich ersuche die gewählten Herren sich heute nach der Sitzung zu constituiren, und zwar in der Abtheilung V, und mir das Resultat der Constituirung anzuzeigen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand derselben ist die Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für die Seuchengesetze an Stelle des ausgetretenen Abgeordneten Weinrich. Ich ersuche die Stimmzettel abzugeben.

*(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Scrutiniums:)*

Für die Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für die Seuchengesetze an Stelle des ausgetretenen Abgeordneten Weinrich wurden 107 Stimmzettel abgegeben; die absolute Majorität beträgt daher 54. Es hat Herr Abgeordneter Max Freiherr v. Kübeck 107 Stimmen erhalten, derselbe ist daher gewählt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl eines Mitgliedes in die Delegation an Stelle des ausgetretenen Delegirten Freiherrn v. Walterskirchen.

Die Wahl ist von den Herren Abgeordneten aus Steiermark vorzunehmen. Ich ersuche den Herrn Vicepräsidenten, die Stimmzettel gefälligst zu übernehmen und den Herrn Schriftführer, die Namen der Herren Abgeordneten aus Steiermark zu verlesen.

*(Die Abgeordneten aus dem Herzogthume Steiermark geben über Namensaufruf Seitens des Schriftführers Freiherrn v. Kotz die Stimmzettel ab. — Nach Vornahme des Scrutiniums:)*

Für die Wahl eines Delegirten für Steiermark wurden 12 Stimmzettel abgegeben; die absolute Majorität beträgt daher 7. Es erhielt der Herr Abgeordnete Freiherr v. Walterskirchen 10 Stimmen und ist daher gewählt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz pro 1878 *(738 der Beilagen)*. Wir sind bis zur Berathung des Capitels 5 „Ministerrath" gekommen.

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß außer den Herren Ministerialräthen Schrötter und Auerhammer auch noch Herr Ministerialrath Ritter v. Waniek und Herr Oberbaurath Wawra als Regierungsvertreter im hohen Hause anwesend sind.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(von der Tribüne — liest)*:

„Capitel 5, Titel 1 bis 4.

V. Ministerrath.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| Titel 1, Ministerrathspräsidium | 143,500 | 2.750 |
| „ 2, Dispositionsfond | 50.000 | . . . |
| „ 3, Kosten der officiellen Zeitungen | 566.000 | . . . |
| „ 4, Verwaltungsgerichtshof | 113.200 | 13.800 |
| Summe | 872.700 | 16.550" |

**Präsident:** Es sind zu diesem Capitel als Redner eingetragen die Herren Abgeordneten Dr. Oelz und Dr. Portugall. Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Dr. Oelz das Wort. *(Nach einer Pause:)* Da derselbe nicht anwesend ist, so hat er das Wort verloren. Der Herr Abgeordnete Dr. Portugall hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Portugall:** Hohes Haus! Wenn man das Präliminare, welches im Jahre 1872 pro 1873 der damals noch von den Landtagen aus denselben entsendete Reichsrath votirte, und das Präliminare, welches im Jahre 1873 pro 1874 das direct gewählte Parlament zuerst genehmigte, mit dem vergleicht, welches uns unser Finanzausschuß heute zur Annahme empfiehlt, so zeigt sich, daß das Erforderniß pro 1878 im Ordinarium gegenüber dem Präliminare pro 1873 um 40,256.233 fl. und gegen 1874 um 24,652.041 fl. zugenommen hat, daß aber auch die Bedeckung pro 1878 im Ordinarium gegen 1873 um 9,869.665 fl. und gegen 1874 um 4.028.848 fl. gestiegen ist. Trotz dieser bedeu-

tenden Steigerung weist das Präliminare pro 1878 im Totale ein Deficit von 23,296.541 fl., beziehungsweise mit Hinzurechnung der im Artikel IX des vorgelegten Finanzgesetzentwurfes erwähnten 20 Millionen von 43,296.541 fl. auf, während dieses Deficit im Jahre 1874 nur 15,583.444 fl. betrug und im Jahre 1873 sogar ein Ueberschuß von 3,824.035 fl. sich herausgestellt hat.

Bei dem Capitel „Ministerrath" betrug pro 1873 das ordentliche Erforderniß 592.000 fl. und pro 1874 623.000 fl., während pro 1878 dasselbe mit 872.700 fl. eingestellt erscheint. Das Erforderniß ist also bei diesem Capitel allein gegen das Jahr 1873 um 280.700 fl. und gegen das Jahr 1874 um 249.700 fl., beziehungsweise bei Abrechnung der im diesjährigen Präliminare eingestellten, damals noch mangelnden Post für den Verwaltungsgerichtshof mit 113.200 fl., gegen 1873 um 167.500 fl. und gegen 1874 um 136.500 fl. gestiegen.

Sowie beim Capitel „Ministerrath" so sind auch fast bei allen anderen Capiteln des diesjährigen Voranschlages so namhafte Erhöhungen eingetreten, daß sich das vorerwähnte Deficit nur zu leicht erklären läßt. Wenn aber auf der betretenen Bahn fortgeschritten wird, so muß unser Staat — das glauben nicht bloß wir, sondern davon wird auch die hohe Regierung überzeugt sein — in einer kurzen Reihe von Jahren dem Abgrunde zugeführt werden. Es ist daher wohl die höchste Zeit, daß man an eine Umkehr denkt, daß man sich bestrebe, das Gleichgewicht im Staatshaushalte wieder herzustellen. Dazu gibt es aber nur zwei Mittel: entweder Erhöhung der Einnahmen, oder Verminderung der Ausgaben.

Was das erste Mittel anbelangt so denke ich, daß wohl Keiner glauben wird, daß es derzeit möglich ist, durch Creirung neuer Steuern oder durch Erhöhung der alten Steuern, oder durch noch strengeres Anziehen der Steuerschraube die Staatseinnahmen zu erhöhen; denn die Steuerkraft der Bevölkerung Cisleithaniens ist nach meinem Dafürhalten bereits vollkommen an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt.

Es erübrigt daher nichts anderes, als zum zweiten Mittel zu schreiten. Dazu gehört aber der ernstliche Wille und die nöthige Energie. In erster Linie ist es Sache der Regierung, hiezu in ausgiebiger Weise die Initiative zu ergreifen und das Wort „Sparen" nicht bloß im Munde zu führen, sondern auch zu bethätigen.

Hätte die Regierung nur den festen, ernstlichen Willen, mit dem hergebrachten — ich sage nicht althergebrachten — Abusus gänzlich zu brechen, sie dürfte für die Erreichung dieses Zieles nicht bangen; sie hätte gewiß die überwiegende Majorität im Hause für sich, und brauchte nicht jene Mittelchen und Wege einzuschlagen, durch welche sie sich, und namentlich in letzter Zeit, eine wenn auch nur ganz kleine Mehrheit erkämpft hat.

Mir scheint aber, daß der Regierung der Sinn oder der ernstliche Wille, das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen, mangelt. Dieselbe hat zwar, wie wir aus dem Munde Seiner Excellenz des Herrn Finanzministers in der 296. Sitzung vom 23. October vorigen Jahres vernahmen, eine Ersparungscommission eingesetzt und ihr die Aufgabe übertragen, alle sofort durchzuführenden Aufwandsermäßigungen zu ermitteln und in Antrag zu bringen. Mir dünkt aber, daß diese Ersparungscommission bei Weitem nicht mit weit genug gehenden Streichungsbefugnissen ausgerüstet war, daß man ihr bei so mancher Post ein „Halt, bis hieher und nicht weiter!" zugerufen, daß man über so manche Ausgabsrubrik ein noli me tangere geschrieben hat, denn sonst könnte ich mir nicht erklären, wie diese Commission bei einem ordentlichen Erforderniß von nahezu 360 Millionen nur den wahrhaft verschwindend kleinen Betrag von 405.000 fl. ersparbar gefunden hätte; ich könnte mir sonst nicht erklären, daß diese Commission — was übrigens in diesem Hause wiederholt angedeutet und vor nicht langer Zeit von einem Redner auf der andern Seite erwähnt worden ist — bei dem Capitel „Ministerrath" nicht darauf gekommen wäre, daß für das Ministerpräsidium nicht ein Ministerpräsident ad hoc bestellt sein muß, da es ja auch bei uns schon vorgekommen ist, daß der Ministerpräsident mehrere Ressorts zugleich innehatte und es auch in anderen, nicht minder civilisirten Staaten wie Oesterreich, der Ministerpräsident das eine oder andere Portefeuille versieht; ich könnte mir sonst nicht erklären, daß diese Commission nicht gefunden hätte, es sei der sogenannte Landsmannminister für das Bedürfniß Oesterreichs entbehrlich, ja selbst überflüssig, selbst auf die Gefahr hin, daß Seine Excellenz der Meinung gewesen sein könnte, daß diese Commission, indem sie ihm Gelegenheit geben wollte das beatus ille qui procul negotiis an sich selbst zu erproben, ihm etwa einen Stein statt Brot reichen wollte; ich könnte mir sonst nicht erklären, daß diese Commission nicht auch von gleichem Wohlwollen, wie für den Landsmannminister auch für dessen Pendant, den andern Minister ohne Portefeuille, beseelt gewesen wäre, und ihm nicht auch die paterna rura umsomehr gegönnt haben würde, als sie sich die Ueberzeugung davon verschafft haben könnte, daß ähnliche Emanationen und Aperçus, so geistreich dieselben auch Seine Excellenz der Herr Sprechminister vorzubringen weiß, gewiß auch von einem andern seiner Herren Collegen mit nicht minderer Politesse hätten besorgt werden können. Da die Ersparungscommission nach meinem Dafürhalten, sowie bei dem Capitel „Ministerrath" auch bei manchen anderen Titeln mit verbundenen Augen vorbeigegangen ist, oder vorbeigehen mußte, so

scheint es fast, daß dieselbe eingesetzt wurde, ut aliquid fecisse videatur.

Aber auch aus einem anderen noch schwerer wiegendem Grunde glaube ich, daß die Regierung um die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte nicht sehr besorgt ist, denn wäre das der Fall, so würde sie sich bei den Verhandlungen über den Ausgleich mit unseren freundlichen Nachbarn anders gestellt haben, sie würde dann dem Parlamente Ausgleichsvorlagen, wie sie uns thatsächlich vorgelegt wurden, und von denen selbst die Schwärmer für dieselben zugeben müssen, daß sie den Interessen Oesterreichs abträglich sind, und unser ohnehin schon so schwerbelastetes Vaterland mit neuen Opfern belasten, sie würde diese Vorlagen nicht vorgelegt haben, sie würde für dieselben nicht mit der Wucht ihrer ganzen Persönlichkeit eingetreten sein, und nicht selbst den Sturz vom tarpejischen Felsen geprobt haben. Nach diesem kleinen Excurs zum Ministerrath zurückkehrend, erlaube ich mir den Antrag zu stellen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

„„Es sei im Staatsvoranschlage pro 1878 für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder im Erfordernisse Capitel 5, Ministerrath, Titel 1, Ministerraths-Präsidium aus dem Ordinarium per 143.500 fl. der Betrag von 40.000 fl. auszuscheiden und in das Extraordinarium zu setzen, so daß dieser Titel zu lauten hätte:

Ministerrathspräsidium:

Ordentliches Erforderniß . . 103.500 fl.
Außerordentliches Erforderniß 42.750 fl.
in summa . . . . . 146.250 fl.““

Ich stelle diesen Antrag, um denjenigen Mitgliedern des hohen Hauses, die beiläufig dieselbe Anschauung haben wie ich, Gelegenheit zu geben, ihre Ueberzeugung auf unzweideutige Weise zum Ausdruck zu bringen, daß sie nämlich die beiden Ministerposten ohne Portefeuille für Oesterreich entbehrlich, ja überflüssig finden, wenn denn doch etwa der Fall, den Seine Durchlaucht der Herr Ministerpräsident unlängst, wenn ich ihn recht verstanden habe, angedeutet hat, eintreten, und die gegenwärtigen Minister, nachdem sie ihre Ausgleichsvorlagen durchgebracht haben, ihre Ministerportefeuilles mit den Sitzen der Abgeordneten vertauschen sollten.

Ich gebe mich aber bezüglich meines Antrages keiner Täuschung hin, denn es ist dem ganzen Hause und auch der Regierung ganz wohl bekannt, daß es in diesem Hause fast geradezu zu den Unmöglichkeiten gehört, einen von einem Mitgliede desselben, ja von einer ganzen Fraction gestellten Antrag durchzubringen, wenn derselbe der Regierung nicht genehm ist oder sie denselben hintertreiben will. *(Heiterkeit.)* Ich möchte fast bezweifeln, daß mein Antrag der Regierung nicht sehr genehm sein wird und glaube vielmehr, daß sie sich kaum geneigt oder im Stande fühlen dürfte, für denselben einzutreten. Es macht aber, wenigstens für mich, einen ganz eigenthümlichen Eindruck, wenn die Regierung, die doch immer so viel vom Sparen spricht, fast bei jedem Antrage, der auf eine wesentliche Ersparung abzielt, oder eine Mehrbelastung des Reiches fernhalten will, sich immer auf den Standpunkt des non possumus stellt und uns mit einer gewissen Ironie zuruft: „Vom sichern Port läßt sich's gemächlich rathen, da ist der Kahn, und dort der See, versucht's", während es ihr — damit will ich schließen — sehr wohl anstände, stets selbst der Worte eingedenk zu sein, die dem zaghaften, muth- und energielosen Fährmann der wackere Tell erwidert: „Mit eitler Rede wird hier Nichts geschafft. Die Stunde dringt, dem Mann muß Hilfe werden; in Gottes Namen denn, gib' her den Kahn; ich will's mit meiner schwachen Kraft versuchen." *(Bravo! Bravo! auf der äussersten Linken.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Dr. Portugall stellt einen Antrag, um dessen Verlesung ich bitte.

Schriftführer Freiherr von **Kotz** *(wiederholt den Antrag)*.

**Präsident**: Ich ersuche die Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag hat die genügende Unterstützung.

Es hat sich noch zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Ritter von Obentraut. Ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Ritter v. **Obentraut**: Nachdem das hohe Haus in die Constituirung einer Ersparungscommission gewilligt hat, so ist meine Aufgabe wesentlich erleichtert worden. Ich setze nämlich voraus, daß die Ersparungscommission sofort ihre Thätigkeit beginnen und bereits vor Berathung des Budgets für das nächste Jahr das hohe Haus in die Lage kommen wird, seine Beschlüsse zu fassen, und daß daher diese Beschlüsse maßgebend sein werden für die Zusammenstellung des nächstjährigen Staatsbudgets.

Es ist mir schon aus diesem Grunde angenehm zu unterlassen, eine größere Zahl von Resolutionen zu beantragen, indem die Erfahrung lehrt, daß auf Resolutionen dieses hohen Hauses von Seite der hohen Regierung ohnedies selten Rücksicht genommen wird.

Ich werde daher der Stimmung des hohen Hauses vollkommen gerecht werden können, welche dahin geht, das Budget nach den Anstrengungen der letzten Wochen so rasch als möglich zu erledigen.

Ich habe in der Generaldebatte erwähnt, daß für Aushilfen und Belohnungen in den verschiedenen Titeln und Capiteln ein Betrag von 573.830 fl. in Anspruch genommen wird, und ich habe nachgewiesen, daß auch der eigentliche Zweck dieser Belohnungen und Aushilfen, nämlich den ärmsten Beamten zu Hilfe zu kommen, eigentlich nicht erreicht wird. Für die niedrigsten Beamten gibt es nur Eine Hilfe, und das ist die, die Zahl der Dienstalterszulagen zu vermehren. Derjenige Beamte, der in der Lage ist, einigemal zu avanciren, hat eben den Vortheil im Avancement und es bietet sich ihm dann noch der weitere Vortheil, daß er, wenn er die höhere Stellung einnimmt, eine oder zwei Alterszulagen bekommt.

In die höchste Altersstufe gelangt er gewöhnlich erst in vorgerückteren Jahren, zu einer Zeit, wo er gewöhnlich bald ausdient; für solche Beamte genügen daher zwei Dienstalterszulagen, sie genügen aber nicht für einen Mann, der sein ganzes Leben lang auf der niedrigsten Stufe sich befindet. Ich würde sehr gern einen Antrag auf Vermehrung der Dienstalterszulagen für die Beamten der beiden untersten Rangstufen stellen, weil dadurch dem Elend der untersten Beamtenclassen abgeholfen würde, habe aber bei der gegenwärtigen bedrängten Finanzlage nicht den Muth dazu. Auf diese Weise kann also den niedrigsten Beamten nicht geholfen werden, durch Aushilfen und Belohnungen wird ihnen nicht geholfen, ich finde es daher für überflüssig, daß in unser ohnedies sehr schwer belastetes Staatsbudget noch der Betrag von 573.830 fl. zu derartigen unerreichbaren Zwecken eingestellt werde. Ich wollte einen allgemeinen Antrag auf Streichung dieses Betrages stellen, fürchte aber mit diesem Antrage aus dem Grunde nicht durchzudringen, weil im hohen Hause hie und da Commiserationsrücksichten eintreten würden. Ich glaube daher den Antrag in folgender allgemeiner Fassung einbringen zu sollen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

„„Der Budgetausschuß wird beauftragt, einen Antrag zu stellen, unter welchen Modalitäten der bei den verschiedenen Capiteln und Titeln für Aushilfen und Belohnungen in Anspruch genommene Betrag von 573.830 fl. entweder ganz oder doch theilweise in Ersparung zu bringen sei.““

Ich glaube mich dabei auf §. 38 der Geschäftsordnung berufen und die Zustimmung des hochverehrten Herrn Präsidenten mir erbitten zu sollen, daß er den Antrag, weil er sich auf mehrere Capitel und Titel bezieht, in dieser Fassung zur Abstimmung bringen möge, denn ich müßte sonst bei jedem einzelnen Titel einen Antrag stellen; es sind dies 44 Posten, zu denen ich diesfalls das Wort ergreifen müßte.

Ich glaube mich daher auf §. 38 der Geschäftsordnung berufen und den Herrn Präsidenten um seine Genehmigung bitten zu sollen, daß der Antrag in der vorliegenden Form eingebracht werde.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Ritter v. Obentraut stellt folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)* Die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, belieben sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist unterstützt.

Es ist das ein Antrag auf Erlassung einer Resolution. Nach dem Vorgange in früheren Budgetberathungen wären dergleichen im Laufe der Debatte gestellte Anträge an den Budgetausschuß zu überweisen, und wären daher erst nach neuerlicher Berichterstattung Gegenstand der Abstimmung.

Wenn von Seite des hohen Hauses keine Einwendung dagegen erhoben wird, werde ich nach diesem Vorgange bezüglich aller im Laufe der Debatte vorkommenden Anträge auf Erlassung von Resolutionen verfahren. *(Nach einer Pause:)* Da keine Einwendung erhoben wird, werde ich den Antrag des Herrn Abgeordneten Ritter v. Obentraut dem Budgetausschusse zuweisen.

Wünscht noch Jemand das Wort zu Capitel 5 „Ministerrath?“ *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, ich erkläre daher die Debatte über Capitel 5 „Ministerrath“ für geschlossen.

Der Herr Generalberichterstatter hat das Schlußwort.

Generalberichterstatter **Wolfrum:** Der geehrte Herr Abgeordnete für Graz hat einen Vergleich angestellt zwischen dem Jahre 1873, wenn ich nicht irre, und dem Jahre 1878 bei dem Budget des Ministerrathes. Ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, was er, wie mir scheint, übersehen hat, daß im Jahre 1873 die Erhöhung der Beamtengehalte in den einzelnen Ministerien noch nicht durchgeführt war; im Jahre 1873 wurden wohl die Beamtengehalte erhöht, die Einstellung geschah aber in toto beim Ministerium der Finanzen. Es sind daher im Jahre 1873 bei den einzelnen Ministerien die erhöhten Gehalte noch nicht berücksichtigt und wenn man da einen Vergleich anstellt, muß man auch auf diesen wesentlichen Umstand einiges Gewicht legen.

Einen anderen Umstand scheint der Herr Abgeordnete außer Acht gelassen zu haben, nämlich, daß im Capitel „Ministerrath“ bei dem Titel „Kosten der officiellen Zeitungen“ für das Jahr 1878 die vollständigen Kosten der officiellen Zeitungen hineingenommen worden sind, während früher nur ein annäherndes Präliminare im Voranschlage erschien, dagegen in den Einnahmen die wirklichen Einnahmen der officiellen Zeitungen auch nicht ersichtlich gemacht waren. Es ist jedesmal beim Rechnungs-

abschlusse hier im Erfordernisse eine Ueberschreitung vorgekommen, die aber jedesmal wieder durch höhere Einnahmen gedeckt wurde. In diesem Jahre ist nun diese Unterlassung vermieden und sind die vollen Kosten der officiellen Zeitungen, die im Jahre 1876 177.000 fl. mehr betrugen, aufgenommen worden und deßwegen erscheint dieser Titel in diesem Jahre bedeutend höher, er wird aber, wie ich schon erwähnt habe, durch bedeutend höhere Einnahmen vollständig gedeckt, die im Capitel „Ministerrath" ebenfalls hier im Budget aufgenommen worden sind. Denn, wie sich die Herren überzeugen werden, sind im Erfordernisse 566.000 fl. für officielle Zeitungen eingestellt, dagegen sind als Bedeckung für die officiellen Zeitungen 583.000 fl., daher ein Plus von 17.000 fl. eingestellt. Wenn man dies in Berücksichtigung zieht, wird man finden, daß die Steigerung gegen das Jahr 1873 bei weitem nicht so groß ist, ja, daß sie wahrscheinlich verschwinden wird.

Was nun aber den Antrag anbelangt, daß die Ministergehalte der beiden Minister ohne Portefeuille in das Extraordinarium zu setzen seien, so glaube ich doch nicht, daß dies angeht, es sind dies keine außerordentlichen Minister, sondern es sind wirkliche Minister *(Allgemeine Heiterkeit)*, ernannt von Seiner Majestät; ich glaube, daß es nicht angeht, daß man die Gehalte derselben in das Extraordinarium setzen kann. Ich bitte daher diesen Antrag abzulehnen und das Capitel „Ministerrath", so wie es der Budgetausschuß vorlegt, genehmigen zu wollen. *(Bravo!)*

**Präsident:** Zu Capitel „Ministerrath" wurde zum ersten Titel „Ministerrathspräsidium" ein abändernder Antrag gestellt. Der Herr Abgeordnete Dr. Portugall beantragt nämlich, im Titel 1 „Ministerrathspräsidium" als ordentliches Erforderniß nur die Summe von 103.500 fl., dagegen in das außerordentliche Erforderniß 42.750 fl. einzustellen. In der Gesammtsumme stimmt der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Portugall mit dem Antrage des Budgetausschusses überein, daher nicht eine höhere Ziffer in Summa, sondern nur eine andere Eintheilung beantragt wird, indem ein Theilbetrag des Ordinariums in das Extraordinarium eingestellt werden soll. Ich werde daher bei der Abstimmung über Titel 1 zuerst den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Portugall als abändernden zur Abstimmung bringen und falls derselbe abgelehnt wird, dann den Antrag des Budgetausschusses. Bezüglich der Titel 2, 3 und 4 wurde von keiner Seite ein Antrag gestellt oder eine Aenderung beantragt. Ich werde daher dieselben einfach nach den Ansätzen des Ausschusses zur Abstimmung bringen. Wird etwas dagegen erinnert?

*(Dr. Ritter v. Grocholski meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Grocholski hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Ritter v. **Grocholski:** Ich möchte bitten, daß über Titel 2 abgesondert abgestimmt werde.

**Präsident:** Ich werde diesem Wunsche entsprechen. Wünscht noch Jemand das Wort?

*(Abgeordneter Dr. Foregger meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Foregger hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Foregger:** Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß über Titel 2 besonders abgestimmt werde.

**Präsident:** Das ist soeben beantragt worden. Ich werde also nach dem Wunsche des Herrn Abgeordneten Dr. Ritter v. Grocholski Titel 2 besonders zur Abstimmung bringen. Ich ersuche die Herren, welche in Capitel 5, Titel 1 „Ministerrathspräsidium" nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Portugall als ordentliches Erforderniß . . . . . 103.500 fl. und als außerordentliches Erforderniß 42.750 „ einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es sind nur 37 Stimmen dafür, der Antrag ist daher abgelehnt.

Ich ersuche nun die Herren, welche in Capitel 5, Titel 1, die Summe von . . . . . 143.500 fl. als ordentliches Erforderniß, und 2.750 „ als außerordentliches Erforderniß nach dem Antrage des Ausschusses einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Summen sind bewilligt.

Ich ersuche nun die Herren, welche in Titel 2 „Dispositionsfond" die Summe von . 50.000 fl. als ordentliches Erforderniß einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Summe ist mit 90 gegen 70 Stimmen bewilligt.

Ich ersuche nun die Herren, welche in Titel 3 „Kosten der officiellen Zeitungen" . . 566.000 fl. als ordentliches Erforderniß, und Titel 4 „Verwaltungsgerichtshof" als ordentliches Erforderniß . . . . . 113.200 fl., als außerordentliches Erforderniß . . 13.800 „ einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind bewilligt.

Generalberichterstatter **Wolfrum:** Ich werde mir nun erlauben zu den Einnahmen überzugehen, weil hier auch eine Einnahmspost existirt *(liest)*:

„Staatsvoranschlag für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder für das Jahr 1878.

Zweiter Theil — Bedeckung."

Zu Capitel 1 „Allerhöchster Hofstaat."
„ „ 2 „Cabinetskanzlei Sr. Majestät."
„ „ 3 „Reichsrath."
„ „ 4 „Reichsgericht"
ist nichts eingestellt.

Zu Capitel 5 „Ministerrath" sind 583.000 fl. als ordentliche Einnahme eingestellt.

**Präsident:** Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche als Bedeckung zu Capitel 5 „Ministerrath" . . . . . 583.000 fl. im Ordinarium einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind eingestellt.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest):*

„Capitel 6, VI. Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten, Titel 1, Beitragsquote zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen . . . . . 76,753.146 fl."

In dem Berichte des Budgetausschusses ist schon hervorgehoben, daß diese Einstellung nach Maßgabe der Beschlüsse der hohen Delegation zu gelten hat.

Es ist hier auch in anderer Beziehung eine Aenderung gegenüber der Regierungsvorlage, indem die verschiedenen Titel, die in der Regierungsvorlage enthalten sind, in einen Titel zusammengezogen wurden.

Es ergab sich das aus der Natur der Sache, indem diese Beitragsleistung noch nicht definitiv gesetzlich bestimmt ist. Ich bitte um die Annahme dieser Position.

**Präsident:** Wünscht Jemand zu diesem Capitel das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da Niemand das Wort begehrt, erkläre ich die Debatte für geschlossen. Nachdem die Beschlüsse der Delegationen nicht vorliegen, so werde ich den eingestellten Betrag zur Abstimmung bringen. Ich ersuche die Herren, welche nach dem Antrage des Ausschusses als Beitragsquote zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen den Betrag von 76,753.146 fl. einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest):*

„Capitel 7, Titel 1 bis 4.
VII. Ministerium des Innern.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| Titel 1, Centralleitung . . . . . | 475.000 | . . . . |
| „ 2, Auslagen der Staatspolizei . . . . . | 120.000 | . . . . |
| „ 3, Kosten des Reichsgesetzblattes . . . . . | 57.600 | 2.400 |
| „ 4, politische Verwaltung in den einzelnen Ländern . . . . . | 5.400.000 | 75.000 |
| Viehcontumazbauten . . . . . | | 25.000" |

Ich bitte hier zu corrigiren. Es sind nämlich nach den Worten „Viehcontumazbauten" die Worte „in der Bukowina" aus Versehen im Drucke aus dem Berichte weggelassen worden *(liest):*

„Capitel 7, Titel 5 und 6.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| Titel 5, Oeffentliche Sicherheit . . . . . | 3,550.000 | 2.000 |
| „ 5, Außerordentliche Polizeiauslagen in Dalmatien . . . . . | | 10.000 |
| „ 6, Zuschuß zu den Findelanstalten . . . . . | | 4.000" |

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte über Capitel 7 „Ministerium des Innern" Titel 1 bis inclusive 6. Es sind als Redner eingetragen die Herren Abgeordneten: Pfeifer, Naumowicz, Steudel und Ritter v. Obentraut. Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Pfeifer das Wort.

Abgeordneter **Pfeifer:** Ich glaube einer in maßgebenden Kreisen herrschenden Anschauung Ausdruck zu geben, wenn ich hervorhebe, daß unsere politische Verwaltung nach der Organisation vom Jahre 1868 jenen Anforderungen nicht entspricht, welche man an dieselbe zu stellen berechtigt ist.

Gerade die unteren Organe, in denen oft der Schwerpunkt der politischen Verwaltung liegt, die Bezirkshauptmannschaften, haben sich nichtsweniger als bewährt.

Zwar ist in dieser Organisation des Jahres 1868 der Grundsatz der strengen Trennung der Verwaltung von der Justiz bis in die unterste Instanz durchgeführt und in dieser Weise Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes zur Wahrheit geworden; doch hat diese Trennung und die Arbeitstheilung, die in ihr liegt, bisnun, und rücksichtlich der politischen Verwaltung wenigstens in meiner Heimat gewiß keine Früchte getragen. Der Grund, daß dem so ist, liegt meines Erachtens darin, daß der Zweck dieser Trennung in der praktischen Durchführung ganz außer Acht gelassen wird. Bei der Trennung wollte man vor Allem die Justiz unabhängig machen, das ist aber thatsächlich nicht geschehen, denn die Justiz ist zwar von der politischen Verwaltung getrennt, keineswegs aber von ihr unabhängig, indem die politischen Behörden in ihrer öffentlichen und materiellen Stellung vor den Bezirksgerichten bevorzugt sind, zudem anknüpfend an die Traditionen des Polizeistaates ein ungerechtfertigtes Aufsichtsrecht über die Justizbeamten sich anmaßen, worauf ich im Verlaufe meiner Ausführungen noch zurückkommen, jetzt aber zum Gegenstande selbst übergehen will.

Statt Eines Amtes, des bestandenen Bezirksamtes, haben wir nunmehr zwei: die Bezirkshauptmannschaft und das Bezirksgericht, erstere oft mit zahlreichem Personale, letzteres nicht selten stiefmütterlich behandelt; ich will hier nur erwähnen, daß beispielsweise beim früher bestandenen Bezirksamte Gurkfeld der Bezirksvorsteher mit seinem Adjuncten neben den Agenden der Justiz auch die der Administration besorgte; jetzt dagegen wurde für die Bezirkshauptmannschaft ein großes Gebäude eigens hergestellt, in welchem nicht weniger als sechs Conceptsbeamte — ungerechnet den Bezirksfeldwebel, welcher die militärischen Angelegenheiten besorgt — die Thätigkeit eines ständigen und eines Aushilfsdiurnisten, welcher zugleich die Amtsdienerstelle versieht, beschäftigen. Doch die Resultate, welche diese beiden Organe erzielten, stehen im umgekehrten Verhältnisse zu den ihnen zugewiesenen Arbeitskräften. Während nämlich die Bezirksgerichte, abgesehen von seltenen Ausnahmen, durch rührige von wahrhaftem Gerechtigkeitssinne beseelte Gebarung das Vertrauen der Bevölkerung für sich gewannen, haben die Bezirkshauptmannschaften nichts weniger als die allgemeinen Sympathien sich errungen, und zwar darum, weil ihrer Amtsthätigkeit oft das ruhige, sichere, objective Moment der staatlichen Behörden fehlt.

Das Unfertige und Unzureichende in unseren Verwaltungszuständen drängt zu einer Reform der politischen Verwaltung, und daß sich das Bedürfniß nach einer solchen immer fühlbarer macht, dafür geben einen Beweis die in Folge des Göllerich'schen Antrages im November 1876 in diesem hohen Hause abgeführten Debatten. Ich werde mich nicht in eine Kritik der Organisirung der politischen Verwaltung im Großen und Ganzen einlassen, sondern ich werde speciell nur jene Mißstände hervorheben, die sich bei einigen Bezirkshauptmannschaften meiner Heimat ergeben; unter allen 326 Bezirkshauptmannschaften nämlich, welche die österreichischen Staatsbürger mit ihrem Regime in höchst zweifelhafter Weise beglücken, treten jene des Kronlandes Krain in Ansehung obwaltender Verwaltungsmißstände in den Vordergrund.

Das Gesetz vom 19. Mai 1868 überließ die Bestimmung der Sprengel für die politischen Behörden dem Verordnungswege; man war berechtigt zu erwarten, daß eine solche Ueberlassung eine zweckmäßigere Vertheilung, eine größere Beweglichkeit, endlich eine sorgfältigere Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung herbeigeführt hätte. Von allen diesen Erwartungen ist, wenigstens was Krain betrifft, keine einzige eingetroffen. Die Bevölkerung ist gezwungen, ganze Tagreisen zu unternehmen und am Sitze der Bezirkshauptmannschaft oft in den geringfügigsten Angelegenheiten zu erscheinen, fürwahr, hätte man sich darauf beschränkt, bei jedem Bezirksgerichte einen einzigen Beamten zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten zu bestellen, man hätte, nach meiner Meinung, in viel ersprießlicherer Weise die Interessen der Bevölkerung gewahrt, und der Landbewohner hätte an einem einzigen Orte alle seine amtlichen Geschäfte verrichten können; es wurde keine Rücksicht genommen auf die Culturverhältnisse, es wurde übersehen, daß das Land industriearm ist, daß in Folge dessen viele Agenden (darunter Wasserrechtsfragen) wegfallen, die in anderen Ländern die Bezirkshauptmannschaften sehr stark in Anspruch nehmen. So kommt es, daß den Bezirkshauptmannschaften in Krain ein realer und sachrichtiger Wirkungskreis zumeist fehlt, daß sich ihre mechanische, geistlose Amtsthätigkeit auf die Militär-, Steuer- und Schulangelegenheiten beschränkt, und auch in diesen Angelegenheiten wird die Mitwirkung der Gemeinden in einer Weise requirirt, daß dabei die Gemeinden, nicht die Bezirkshauptmannschaften die überwiegende Arbeit haben. Die Folge von Allen dem ist, daß sich die Beamten mancher Bezirkshauptmannschaften — denen ein den Geist beschäftigender Wirkungskreis fehlt — gründlich langweilen; da aber der Müßiggang aller Laster Anfang ist, so suchen sich dieselben die Zeit zu vertreiben so gut es eben geht, und sich — um wenigstens den Schein der Existenzberechtigung zu wahren — einen Wirkungskreis zu schaffen, wobei diverse Wahlangelegenheiten mit ihrem kleinlichen localen Gezänke und das unter allen Umständen sehr ausbeutungsvolle Getriebe der Polizei mit Nachspürungen und Beaufsichtigung jeglicher Art zum Tummelplatze ihrer Thätigkeit geworden sind.

Nebenbei werden eine Menge unbedeutender Agenden behandelt, deren Inhalt in den kleinlichsten

gewiesen wurde. Seither wurde den Bezirkshauptmannschaften auch noch die Grundentlastung, die Grundsteuerregulirung und das ganze Volksschulwesen zugewiesen, und es fand eine Vermehrung der Arbeitskräfte bei den Bezirkshauptmannschaften nirgends statt. Ich glaube, daß die politischen Beamten in allen Ländern des Reiches ihre Pflicht ebenso erfüllen, wie die Gerichtsbeamten. Ich glaube sie bezüglich dieser ihrer Pflichterfüllung als meine ehemaligen Collegen vollkommen in Schutz nehmen zu müssen. Allerdings glaube ich, daß die Bemerkungen des geehrten Herrn Abgeordneten aus Krain immerhin cum grano salis aufgenommen werden können. Ich glaube, daß vielleicht die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Bezirkshauptmannschaften und überhaupt mit der politischen Verwaltung heute nicht die ist, wie sie war, als die Bezirkshauptmannschaften in's Leben gerufen wurden. Damals hatten wir das Bürgerministerium. Seine Excellenz Minister Dr. Giskra hat über das Portale seines Ministerhotels mit goldenen Buchstaben die Worte geschrieben: „Die Verwaltung ist dazu da, um dem Wohle des Volkes zu dienen."

Ich glaube, daß mittlerweile die Verhältnisse etwas anders geworden sind. Während Seine Excellenz der gegenwärtige Herr Minister des Innern mit den langjährigen Ausgleichsschmerzen zu thun hat, während er längere Zeit durch Krankheit verhindert war, sich vollständig den Geschäften seines Ressorts zu widmen, hat in die Räume des Palais in der Wipplingerstraße eine unsichtbare Macht ihren Einzug gehalten, welche ihre Aufgabe nicht darin findet, die durch das Bürgerministerium ausgestreuten Keime der volksthümlichen Verwaltung zu pflegen, sondern welche gerade der Entwicklung dieser volksthümlichen Keime der Verwaltung weit eher entgegengetreten ist. Wenn daher die Zufriedenheit mit der politischen Verwaltung nicht jene ist, wie sie damals war, so — glaube ich — ist sie nicht auf die Bezirkshauptmannschaften zurückzuführen, sondern auf den allgemeinen Grundsatz: „Wie der Herr, so der Diener", und ich glaube, wenn im Ministerium des Innern wieder der Minister und nicht die Coterie herrschen wird, dann werden auch die Zustände der politischen Verwaltung befriedigender werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch erwähnen, was ich bereits bei der Generaldebatte hervorgehoben habe, daß die Eintheilung in den einzelnen Ressorts vielleicht nicht richtig ist. Ich habe gerade aus Anlaß der Wasserbauten darauf hingewiesen, wie wünschenswerth und zweckmäßig es wäre, daß dieser Gegenstand aus dem Ressort des Ministeriums des Innern ausgeschieden und jenem des Handelsministeriums zugewiesen werde.

Es könnten überhaupt viele Angelegenheiten, welche einmal in diesem, das andere Mal in jenem Ministerium behandelt werden, wieder im Ministerium des Innern concentrirt werden, während z. B. die Gewerbeangelegenheiten ausschließlich in das Ressort des Handelsministeriums übergehen könnten. Ebenso würden manche Verschiebungen der Agenden im Ackerbauministerium als vollkommen zweckmäßig erscheinen. Ich will jedoch in dieser Hinsicht keinen Antrag stellen, ich werde auch keinen Antrag stellen, daß die Wasserbauangelegenheiten als Schifffahrtsangelegenheit in das Ressort des Handelsministeriums übergehen, weil bereits die Ersparungscommission zusammengetreten ist, und weil es Sache dieser Commission sein wird, auch diese Angelegenheit in Erwägung zu ziehen.

In der Generaldebatte habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die Amtspauschalien viel zu hoch bemessen wurden. Wir haben hier unter unseren Collegen mehrere Statthalter sitzen, welche gewiß nicht die höchsten Pauschalien genießen und trotzdem bestätigen können, daß ihre Pauschalien für ihren Bedarf viel zu hoch bemessen sind. Ich habe speciell darauf hingewiesen, wie hoch diese Pauschalien in Böhmen und Galizien bemessen sind und daß zwischen dieser Bemessung durchaus kein Gleichgewicht herrscht.

Ich werde mir daher den Antrag erlauben, daß im Titel „Politische Verwaltung", welcher mit 1,006.085 fl. bemessen ist, ein Abstrich von 36.085 fl. stattfindet, der gewiß sehr mäßig ist, sowie ich mir auch erlaube, bei der Post „Adjuten" im Betrage von 164.600 fl. einen Abstrich von 44.600 fl. zu beantragen, aus dem Grunde, weil bei jeder Statthalterei und bei jeder Landesbehörde eine große Noth an Nachwuchs besteht, diese Gelder daher nicht verausgabt, und mit Rücksicht auf das in diesem Titel zulässige Virement die zur Zahlung der Conceptskräfte nicht zur Verwendung gelangenden Beträge einer anderweitigen Verwendung zugeführt werden könnten. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

„„1. An der Ausgabspost „Amtspauschalien der politischen Verwaltung" mit 1,006.085 fl. sind abzustreichen 36.085 fl.

2. An der Ausgabspost „Adjuten" mit 164.600 fl. sind abzustreichen 44.600 fl., wornach das Erforderniß im Capitel 7, Titel 4 im Ordinarium von 5,400.000 fl., respective 5,475.000 fl. auf 5,319.315 fl., respective 5,394.315 fl. reducirt wird.""

*(Während vorstehender Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Ritter v. Obentraut stellt folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)* In der Form kann ich den Antrag nicht zur Unterstützung bringen, weil er negativ gehalten ist; ein Antrag auf einfache Streichung einer Summe

kann nicht gestellt werden, sondern es muß der positive Antrag auf Einstellung einer bestimmten Summe gestellt werden. Ich kann also den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Obentraut nur so auffassen, daß der Herr Abgeordnete beantragt hat, es mögen statt 5,400.000 fl. als ordentliches Erforderniß 5,319.315 fl. eingestellt werden und diesen Antrag werde ich zur Unterstützung bringen.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag in der genannten Form unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

*(Abgeordneter Dr. Hoffer meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Hoffer hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Hoffer**: Ich habe mir das Wort erbeten, um den Antrag des Herrn Abgeordneten Steudel zu unterstützen, obwohl die zahlreiche Unterstützung die dieser Antrag bereits gefunden hat, so ziemlich zeigt, daß hier etwas ausgesprochen wurde, was einem großen Theile der Mitglieder dieses hohen Hauses gerecht und billig erscheint.

Es handelt sich nicht darum, hier die große Frage zum endgiltigen Austrage zu bringen, ob die großherzige Schenkung jenes erhabenen Monarchen, dessen Geburtstag wir gestern feierten, des Kaisers Joseph, an die Gemeinde Wien, endlich doch zur Ausführung kommen soll, es handelt sich nur darum, daß der Fond, der geschaffen wurde, aus dem, was ursprünglich die Schenkung Kaiser Josephs an die Gemeinde Wien war, nicht in Dunkel gehüllt bleibe, daß mindestens der Vertretung des Reiches Rechenschaft darüber abgelegt werde, wie mit demselben gebart wurde.

Ich kann nicht unerwähnt lassen, daß der Bestand des Stadterweiterungsfondes, daß die Gebarung mit demselben, daß die Bauten, die in Folge der Stadterweiterung ausgeführt wurden, Folgen und Wirkungen für die finanzielle Gebarung der Stadt Wien nach sich gezogen haben, die von weittragendster Bedeutung sind. Die Bauordnung für Wien wurde in einem Sinne gegeben und erlassen, welcher der Commune die bedeutenden Lasten der Herstellung der Straßen, der Pflasterung, der Canalisirung, der Beleuchtung u. s. w. aufbürdet, ohne ihr dafür das geringste Aequivalent zu bieten, während in allen Städten des Continentes eine Erleichterung der Durchführung jener schwierigen Aufgaben dadurch gefunden wurde, daß Diejenigen, welche neue Straßen gebaut, oder Diejenigen, denen daraus ein Vortheil erwächst, wenigstens herbeigezogen wurden zu jenen bedeutenden Lasten.

Es handelt sich also hier bezüglich der Folgen, welche die Bauordnung für Wien gerade in Folge der Stadterweiterung erlangte, um ein so vitales Interesse der Commune Wien, und nicht nur sie, sondern ich glaube die Vertretung des ganzen Reiches ist vollberechtigt zu verlangen, daß bezüglich der Gebarung jenes Fonds Rechenschaft gelegt werde. Ich glaube diese Forderung sollte keine vereinzelte sein, ich glaube es wird die Zeit kommen, wo man an die Regierung die Forderung mit Recht stellen wird, daß überhaupt über alle jene Stiftungen und Fonds, die durch Regierungsbeamte und Organe verwaltet werden und über die Art und Weise, wie dies geschieht, Rechnung gelegt werde. Es wird heute diesbezüglich kein Antrag gestellt und ich begnüge mich darauf hinzuweisen, daß ich es für eine sehr berechtigte Forderung halte, daß diese Fondsgebarungen klargestellt werden, und wenn alle diese Fonds im Sinne ihrer Stifter verwaltet werden, wenn der schöne Zweck, den diese Stiftungen an der Stirne tragen, wirklich redlich und getreulich erfüllt wird, wie ich es hoffe und wünsche, dann hat wirklich die Regierung nicht den geringsten Grund, diese Oeffentlichkeit zu scheuen; im Gegentheil, es wird ihr zur Ehre gereichen, wenn sie hintreten und sagen kann, daß das, was seit Jahrhunderten von wohlwollenden Männern für edle Zwecke gestiftet und gewidmet wurde, in treuer Hand gelegen ist und daß davon kein Kreuzer anders verwendet wurde als der Stifter es wollte und als im Geiste der Zeit diese Stiftungen vollzogen werden konnten.

So war es gewiß ein schöner Gedanke, welcher der Gründung des Stadterweiterungsfonds zu Grunde lag, und es kann nur im Geiste dieses Gedankens gewünscht werden, daß auch hier jenes Licht, welches ja alles Dunkel durchdringen soll, eindringe und hell beleuchte, wie jene Gebarung war. Ich halte daher jene Resolution für wohl begründet und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, dieselbe möglichst zahlreich anzunehmen.

**Präsident**: Wünscht noch Jemand das Wort? *(Regierungsvertreter Ministerialrath Schrötter meldet sich.)*

Der Herr Regierungsvertreter Ministerialrath Schrötter hat das Wort.

Regierungsvertreter Ministerialrath **Schrötter**: Es wird bei den Amtspauschalien per 1,006.085 fl. ein Abstrich von 36.085 fl. beantragt. Die Amtspauschalien zerfallen nach der Behandlung im Budget in Amtspauschalien der Länderstellen, in Amtspauschalien der Rechnungsdepartements und in Amtspauschalien der Bezirkshauptmannschaften. Die Summe der Amtspauschalien für die Länderstellen beträgt 286.823 fl., die für die Rechnungsdepartements 27.307 fl., die für die Bezirkshauptmannschaften 680.620 fl., zusammen 994.750 fl. an ordentlichen Amtspauschalien.

Was die Länderstellen betrifft, so sind aus ihren Amtspauschalien die Diurnen, die Amts- und Kanzleierfordernisse, die Reisekosten, die Uebersied-

lungs- und die Dienerschaftsauslagen zu bestreiten. Ermittelt wurden die Pauschalien im Jahre 1865 auf Grundlage eines zehnjähren Durchschnittes, von welchem Durchschnitte dann 20 Percent in Abzug gebracht wurden.

Als die politischen Verwaltungsbehörden in Folge des Gesetzes vom 19. Mai 1868 reorganisirt wurden, wurde auch eine Regelung dieser Pauschalien abermals vorgenommen, die eine ansehnliche Reduction derselben zur Folge hatte. Im Jahre 1874 wurden aus Anlaß der Creirung von neun Bezirkssecretärsstellen in Böhmen die Pauschalien abermals um den Betrag von 8100 fl. reducirt und im Jahre 1877 endlich wurde aus Anlaß der Ueberweisung der Kosten für die Intervenirung der politischen Beamten bei den Controlsversammlungen der Reservemänner und Urlauber auf das Ministerium für Landesvertheidigung um weitere 7900 fl. eine Reduction vorgenommen.

Zu bemerken ist noch insbesondere, daß bei Ermittlung der Pauschalien auch die Auslagen, welche anläßlich der Vornahme von Landtags- und Reichsrathswahlen erwachsen, nicht berücksichtigt worden sind; erst im Jahre 1871 wurde in Folge eines Beschlusses des geehrten Budgetausschusses angeordnet, daß diese Auslagen ebenfalls aus den Pauschalien zu bestreiten seien.

Davon sind nun zunächst zu bestreiten die Diurnen. Es ist bekannt, daß die Anzahl der Manipulationsbeamten bei den politischen Länderstellen eine sehr geringe ist und daß aus diesem Grunde bei den Länderstellen eine bedeutende Anzahl von Diurnisten beschäftigt werden müssen.

Um das hohe Haus nicht zu ermüden, will ich nur hervorheben, daß das Pauschale für die Statthalterei in Niederösterreich 33.467 fl. beträgt. Es sind bei dieser Statthalterei 28 Diurnisten in Verwendung, die im Durchschnitte einen Betrag von 1 fl. 50 kr. täglich erhalten, und der Aufwand für die Diurnisten allein beträgt circa 15.500 fl., also beinahe die Hälfte des für die Statthalterei bemessenen Pauschales. Ich erlaube mir noch die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auf die Steigerung der Materialpreise, der Druckkosten, der Taglöhne u. s. w. seit der Ermittlung der Pauschalien zu lenken.

Da nun einerseits die Preise gegenüber der Zeit, in welcher die Ermittlung der Pauschalien stattgefunden hat, bedeutend gestiegen sind, und da anderseits die Geschäfte der politischen Behörden bedeutend zugenommen haben, so ist es nur bei der extremsten Sparsamkeit möglich, gegenwärtig mit den Pauschalien auszulangen.

Was die Pauschalien der Rechnungsbeamten betrifft, so ist in dem Betrage von 27.307 fl. ein Betrag von 1305 fl. enthalten, welcher nur für die Besorgung der Verbuchung und der Rechnungsablage der Schulbezirksfondsgebarung, welche in Böhmen durch das Statthaltereirechnungsdepartement erfolgt, bestritten wird. Diese 1305 fl. werden von den Bezirksschulfonden refundirt und fließen in die allgemeine Cassenverwaltung.

Bei den Bezirkshauptmannschaften sind aus den Pauschalien außer jenen Auslagen, welche die Statthaltereien zu bestreiten haben, auch noch die Diensteszulagen für die Besorgung der Statthaltereigeschäfte durch die Bezirkshauptmänner, welche sich auf das Gesetz vom 15. April 1873 gründen, zu bestreiten.

Ich erlaube mir daher zu bitten, das hohe Haus möge den von der Regierung angesprochenen Betrag von 994.750 fl. als ordentliches Erforderniß bewilligen.

In der Summe von 1,006.085 fl. ist ein außerordentliches Pauschale von 11.335 fl. enthalten, welches dazu bestimmt ist, die Bezüge jener Beamten und Diener zu bestreiten, welche noch aus dem früheren Organismus in Galizien und Krain in Verwendung stehen, welche auf dieses außerordentliche Erforderniß überwiesen worden sind.

Diese Summe nimmt Jahr für Jahr ab, weil auch die Zahl der Beamten und Diener, welche aus diesen Summen bezahlt werden, alljährlich abnimmt.

Was die Adjuten betrifft, so bestehen 283 politische Conceptsprakticanten und 22 Rechnungsprakticanten. Das Institut der politischen Conceptsprakticanten gründet sich auf das Gesetz vom Jahre 1868 und ihre Betheilung mit Adjuten von 600 fl. und 500 fl. auf das Gesetz vom 15. April 1873. Die Rechnungsprakticanten werden auf Grund des letzteren Gesetzes mit Adjuten von 200 bis 400 fl. betheilt.

Die Prakticanten sind die Pflanzschule für den politischen und Rechnungsdienst. Wenn ihre Anzahl abnehmen würde, müßten die Besoldungen angemessen erhöht werden, was einen größeren Aufwand an Gehalten und Activitätszulagen nothwendig machen würde, als die gegenwärtige Summe der Adjuten beträgt. Ich erlaube mir daher die Bitte zu stellen, daß auch die Summe, die die Regierung auf Adjuten eingestellt hat, ungeschmälert bewilligt werden möge.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte über Capitel 7, Titel 1 bis 6 inclusive für geschlossen.

Ich habe noch die Ehre mitzutheilen, daß auf Grund des §. 39 der Geschäftsordnung nach Schluß der Debatte der Herr Abgeordnete Dr. Roser mir einen Antrag übergeben hat, welcher lautet *(liest)*:

„Die hohe Regierung wird aufgefordert, die bestehenden Strafbestimmungen wegen Verfälschung der Nahrungsmittel zu verschärfen, energischer zu handhaben und die

polizeilichen Verurtheilungen öffentlich bekannt zu geben."

Ich ersuche die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

Ich werde diesen Antrag, wie auch den andern, von dem Herrn Abgeordneten Steudel gestellten, dem Budgetausschusse zur Vorberathung überweisen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

Generalberichterstatter **Wolfrum:** Ich glaube keine große Veranlassung zu haben, auf Dasjenige zu erwidern, was von dieser *(rechten)* Seite des hohen Hauses vorgebracht wurde, ganz besonders von Seite des Herrn Abgeordneten aus Galizien, weil ich das für eine interne Landesangelegenheit ansehe, die wohl am bestem im Landtage ausgemacht wird.

Dem Herrn Abgeordneten aus Krain möchte ich aber doch eine gegentheilige Ansicht aussprechen. Er hat hervorgehoben, und wenn ich recht verstanden habe, beklagt, daß die Trennung der Justiz von der Verwaltung eingetreten sei. Ich muß sagen, die Erfahrung, die ich in dem Lande gemacht habe, wo ich lebe, geht gerade dahin, daß man dies freudig begrüßt, und wenn er darauf hingewiesen hat, daß die Bezirksgerichte nicht so reichlich dotirt werden, wie die Bezirkshauptmannschaften, so ist diese Klage früher bei der Vereinigung der Verwaltung mit der Justiz noch ärger hervorgetreten. Da haben die Herren Justizbeamten geklagt, daß die Bezirksvorsteher für die Justiz nicht genug Kräfte geben und alle für die Verwaltung verwenden.

Ich muß auch sagen, daß in dem Lande, welches ich kenne, dies nicht der Fall ist, daß vielmehr die politischen Behörden Ursache haben, über Mangel an Arbeitskräften zu klagen. Als weiteren Grund der Beschwerde hat er angeführt, daß in Krain die Bezirkshauptmannschaften keine Wirksamkeit hätten, es wäre kein Gegenstand der Wirksamkeit da. Ich muß sagen: bei uns haben die Bezirkshauptmannschaften wirklich viel zu thun. Jedermann erkennt dies an, namentlich seitdem die Schulagenden ihnen zugewiesen sind; es müßte denn sein, daß in Krain die Bezirkshauptmannschaften mit dem Schulwesen sich gar nicht beschäftigen, sonst müßte ich zweifeln, daß die politischen Behörden gar nichts zu thun haben. Bei uns ist das Entgegengesetzte der Fall.

Die Aussprüche, welche gewisse Bezirkshauptleute gemacht haben sollen, hinsichtlich der politischen Gestaltung Oesterreichs, zu berühren, bin ich nur deswegen veranlaßt, weil sie hier vorgebracht worden sind. Es ist immer eigenthümlich, wenn in einem Vertretungskörper den Beamten solche Vorwürfe öffentlich gemacht werden können. Aber ich muß doch glauben, daß vielleicht da die Aeußerungen dieser Herren Beamten falsch aufgefaßt worden sind, oder vielleicht nicht alles vorgebracht wurde, was die Herren Beamten bei dieser Gelegenheit gesagt haben, denn das kann ich unmöglich zugeben, daß wenigstens in dem Lande, wo ich wohne, irgend ein kaiserlicher Beamter irgend einen Wunsch oder sonst etwas ausgesprochen hätte, daß unser Oesterreich unter fremde Herrschaft kommen soll. Ich muß sagen, daß ich da von unseren Beamten eine vollständig andere Erfahrung gemacht habe.

Nachdem die beiden Anträge der Herren Abgeordneten für die Stadt Wien und für Braunau nach dem Ausspruche des Herrn Präsidenten dem Budgetausschusse zugewiesen worden sind, so kann ich weiter nichts darauf erwidern, und muß auf die seinerzeitige Berathung verweisen.

Was den Antrag des Herrn Abgeordneten Ritter v. Obentraut auf einen Abstrich von 36.000 fl. anbelangt, so weiß ich nicht, wo diese 36.000 fl. gestrichen werden sollen, ob im Ordinarium oder im Extraordinarium. Das ist nicht gesagt. Es ist bloß gesagt, daß das Erforderniß im Capitel 7, Ordinarium, von 5,400.000 fl. auf 5,319.315 fl. reducirt werden solle und da sollen 36.085 fl. an Amtspauschalien, und an Adjuten 44.600 fl. gestrichen werden. Es wird daher das Extraordinarium mit 75.000 fl. wohl unberührt bleiben und es müßte daher die Summe anders lauten. Was aber überhaupt den Abstrich anbelangt, so bedauere ich, daß der Herr Specialreferent nicht das Wort ergriffen hat. Der Herr Referent für das Ministerium des Innern, welcher aus seiner früheren amtlichen Wirksamkeit eine volle Einsicht in diese Ausgaben hat, hat diese Ausgaben alle für zweckmäßig und für nicht zu hoch angesehen. Der Herr Regierungsvertreter hat diese Ausgaben ausführlich begründet und ich mache darauf aufmerksam, daß an den Ansätzen der Regierung von dem Ausschusse ohnehin schon 21.000 fl. gestrichen wurden.

Es ist also Dasjenige, was wirklich überflüssig erschien, über Antrag des Herrn Specialreferenten im Budgetausschusse bereits gestrichen worden und der Antrag, den der Budgetausschuß hier dem hohen Hause unterbreitet, ist schon ein solcher, wo der Budgetausschuß nicht vermuthen kann, daß etwas Ueberflüssiges darin enthalten wäre. Nach den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters, der klar dargelegt hat, daß diese Amtspauschalien nothwendig sind und eine weitere Reducirung nicht anwendbar sei, möchte ich das hohe Haus bitten, die Ansätze des Budgetausschusses anzunehmen und nicht den Antrag des Herrn Abgeordneten aus Böhmen.

**Präsident:** Wir werden nun zur Abstimmung schreiten. Bezüglich des Capitel 7 „Ministerium des Innern" wurde bei den Titeln 1 „Centralleitung", 2 „Auslagen der Staatspolizei", 3 „Kosten des Reichsgesetzblattes", 5 „Oeffentliche Sicherheit"

und Titel 6 „Zuschuß für Findelanstalten" kein Abänderungsantrag gestellt, und ich werde daher dieselben einfach nach den Anträgen des Budgetausschusses zur Abstimmung bringen.

Bezüglich der in Titel 4 vorkommenden Post „Viehcontumazbauten" muß ich bemerken, daß die im Drucke weggelassenen Worte „in der Bukowina" hinzuzukommen haben. Bezüglich des Ordinariums dieses Titels wurde ein abändernder Antrag vom Herrn Abgeordneten Ritter v. Obentraut gestellt, der in richtiggestellter Form dahin geht, daß im Ordinarium statt der Ziffer von . . . 5,400.000 fl. eine Ziffer von . . . . . 5,319.315 „ eingestellt werde. Ich werde daher bei Titel 4 „Politische Verwaltung in den einzelnen Ländern" zuerst den abändernden Antrag des Herrn Abgeordneten Ritter v. Obentraut, und falls derselbe abgelehnt wird, den Antrag des Ausschusses zur Abstimmung bringen. Wenn nichts erinnert wird *(Niemand meldet sich)*, ersuche ich jene Herren, welche Capitel 7 „Ministerium des Innern", und zwar Titel 1, 2, 3, 5 und 6 mit den vom Ausschusse beantragten Beträgen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen

Ich ersuche nun jene Herren, welche bei Titel 4 „Politische Verwaltung in den einzelnen Ländern" nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Ritter v. Obentraut die Summe von 5,319.315 fl. ins Ordinarium einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist nur die Minorität dafür, daher der Antrag abgelehnt.

Nun ersuche ich die Herren, welche Titel 4 nach dem Antrage des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest)*:

„Capitel 7, Titel 7 und 8.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| Titel 7, Staatsbaudienst | 1,148.000 | 9.000 |
| Reisekosten aus Anlaß außerordentlicher Straßen- und Wasserbauten | . . . . | 25.000 |
| **Titel 8, Straßenbau:** | | |
| §. 1. Oesterreich unter der Enns | 500.000 | . . . . |
| Fortsetzung der Pflasterung der Oedenburger (Laxenburger) Straße | . . . . | 30.000 |
| §. 2. Oesterreich ob der Enns | 185.000 | . . . . |
| §. 3. Salzburg | 95.000 | . . . . |
| §. 4. Steiermark | 305.000 | . . . . |
| Aerarialbeitrag zur Ennsregulirung | . . . . | 3.100 |
| §. 5. Kärnten | 165.000 | . . . . |
| Fortsetzung der Umlegung der Salzburger Reichsstraße zwischen Lisserhofen und Gmünd | . . . . | 40.000 |
| §. 6. Krain | 125.000 | . . . . |
| §. 7. Küstenland | 95.000 | . . . . |
| Zur Ausgleichung für Mehrarbeiten bei dem Baue der Krain-Istrianer Reichsstraße, Petrigne-Cosina | . . . . | 10.600 |
| §. 8. Tirol und Vorarlberg | 315.000 | . . . . |
| Reconstruction der Brücke über den Roßbach bei Calliano | . . . . | 6.000 |
| §. 9. Böhmen | 1,120.000 | . . . . |
| Vollendung des Baues der Brücke über die Elbe bei Brandeis | . . . . | 59.600 |
| Vollendung des Baues der Brücke über den Strela-Fluß bei Plaß | . . . . | 9.800 |
| Bau einer eisernen Brücke über den Zeliwkafluß bei Unter-kralowitz | . . . . | 14.600 |
| §. 10. Mähren | 230.000 | . . . . |
| §. 11. Schlesien | 105.000 | . . . . |
| §. 12. Galizien und Krakau | 840.000 | . . . . |
| a) Straßenzug Biala-Przemyśl-Lemberg: | | |
| Reconstruction der Brücke Nr. 57 über den Wislokafluß bei Labuzie | . . . . | 19.000 |
| Reconstruction der Brücke Nr. 7 über den Dunajec in Zglobice | . . . . | 25.000 |

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| b) Straßenzug Spitkowice-Myšlenice: | | |
| Ausbau des sechsten Intervalles bei Stróża . . . . . | | 8.100 |
| c) Straßenzug Delatyn-Jablonica: | | |
| Ausbau des Intervalles von der Brücke Nr. 49/b bis zum Anschlusse an die ausgebaute Strecke . . . . . | | 15.000 |
| §. 13. Bukowina . . . . . | 85.000 | . . . . |
| Fortsetzung des Baues der Straße von der ungarischen Grenze nächst Kirlibaba bis Jakobeny . . . . . | | 25.000 |
| Regulirung des Pruthflußes oberhalb Czernowitz zum Schutze der neuen Reichsstraßenbrücke . . . . . | | 3.000 |
| §. 14. Dalmatien . . . . . | 75.000 | . . . . |
| Bau der Cettinabrücke bei Trilj . . . . . | | 10.000 |
| Bau einer Brücke über die Zermagna bei Obrovazzo . . . . . | | 10.000" |

**Präsident:** Gegenstand der Debatte sind Capitel 7, Titel 7 und 8, §§. 1 bis 14 inclusive. Es sind als Redner vorgemerkt die Herren Abgeordneten Fischer, Negrelli, Ljubiša und Göllerich.

Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Fischer das Wort.

Abgeordneter **Fischer:** Hohes Haus! Ich habe mit Sicherheit erwartet, daß im diesjährigen Budget für die weitere Correction der Reichsstraße von Linz bis Aigen Vorsorge getroffen sei. Es ist zwar im vorigen Jahre eine kleine Correction am Ramlerberg vorgenommen worden und die Bewohnerschaft des oberen Mühlviertels ist sehr dankbar für diese Correction. Es bleibt aber noch die Umlegung der Straße über den sogenannten Neufeldener Berg an dieser Straße übrig und ich habe erwartet, daß für diese Umlegung im heurigen Jahre Vorsorge getroffen sei und habe das umsomehr erwartet, nachdem sich dieser Gegenstand bereits durch fünf Jahre in unseren Budgetverhandlungen, wie eine Seeschlange durchzieht. Nur mit einigen Worten will ich auf diese fünfjährigen Verhandlungen zurückkommen. Bei den Präliminarverhandlungen im Jahre 1873, beziehungsweise für das Budget des Jahres 1874 haben wir Abgeordnete des oberen Mühlkreises die Nothwendigkeit dieser Correction hervorgehoben. Von Seite der hohen Regierung ist unseren Wünschen mit großer Zuvorkommenheit entgegengekommen worden. Die hohe Regierung hat Alles zugegeben und auch anerkannt, daß hier Etwas zu geschehen habe. Bei den nächstjährigen Budgetverhandlungen im Jahre 1874 sind die inzwischen eingeleiteten Verhandlungen, wie uns damals gesagt worden ist, noch zu keinem Abschlusse gediehen und auch im darauffolgenden Jahre 1875 waren die Vorverhandlungen noch nicht ganz beendet. Bei den Verhandlungen im Vorjahre ist uns gesagt worden, daß im nächsten Jahre — das wäre also heuer — auf diese Straßenumlegung Bedacht genommen werde. Wir haben also mit desto größerer Sicherheit erwartet, daß im heurigen Budget diese Straßencorrection vorkommen werde.

Doch, wie ich vernommen habe, ist eine Einstellung für diese Straßenumlegung im heurigen Jahre deßwegen noch nicht erfolgt, weil man die Interessenten noch zuvor herbeiziehen und angehen will, ob sie nicht geneigt seien, für die Straßencorrection auch Etwas beizutragen. Ich bin damit einverstanden. Es mögen die Interessenten dazu Etwas beitragen, obwohl ich mich einer großen Hoffnung in der Richtung nicht hingeben kann, weil die Bewohner des oberen Mühlviertels nicht vermögentlich sind, also auch etwas Bedeutendes nicht leisten können. Außerdem dürfte es in Betracht gezogen werden, ob einige hundert Gulden von irgend einer Bedeutung und Wichtigkeit für ein so großes Reich seien.

Ueber die Nothwendigkeit, daß diese Straße umgelegt werden soll, will ich mich heuer in keine weitere Erörterung einlassen, ich erinnere nur daran, daß die Straße nach Neufelden hinauf — um sich ein kleines Bild zu machen — so steil ist, als wenn vom Abgeordnetenhause eine Straße zur Spitze der Votivkirche führen würde. Daß auf einer so steilen Bergstraße Unglücksfälle fast alljährlich vorkommen, ist kein Wunder. Es ist mithin vollkommen gerechtfertigt und dringend nothwendig, daß diese, möchte ich sagen, unbedeutende Strecke, umgelegt werde. Wenn wir Mühlviertler um die Umlegung dieser Straße ersuchen, begehren wir etwas vollkommen Gerechtfertigtes, wir begehren durchaus keine Gnade. Zwischen Linz und Neufelden — eine kurze Strecke von ungefähr fünf bis sechs Stunden — bestehen, wenn ich mich recht erinnere, vier Mauthen, und auf diesen vier Mauthen muß ein Fuhrwerk von zwei Pferden hin und zurück gegen 80 kr. Mauthgeld zahlen. Wenn man zusammenzählt, macht das in einem einzigen Tage, wenn nur 10 Fuhrwerke ver-

kehren würden, eine Einnahme von 8 fl., also in einem Jahre eine Einnahme von circa 3000 fl., das ist in 10 Jahren eine Einnahme von 30.000 fl.; dabei setze ich nur einen Verkehr von 10 Fuhrwerken in einem Tage voraus, es sind aber etwa 100 und vielleicht mehr, welche in einem Tage dort verkehren, es werden daher in 10 Jahren nicht 30.000 fl., sondern 100.000 fl. und noch mehr an Mauthgebühr eingehoben.

Eine Umlegung dieser Straßenstrecke, die ich berührt habe, dürfte aber nur eine beiläufige Summe von 40.000 bis 50.000 fl. in Anspruch nehmen. Wenn wir also darum ersuchen, so begehren wir, in Anbetracht der großen Mauthauslagen, die wir entrichten müssen, gewiß keine Gnade.

Es dürfte die Correction jenes Berges, die Umlegung jener Straße umsomehr gerechtfertigt sein, nachdem in jener Gegend keine Eisenbahn besteht, und auch in langer Zeit keine gebaut werden wird. Wir wären sehr zufrieden und würden es dankbar annehmen, wenn eine Eisenbahn gebaut würde, welche gewiß nicht so nutzlos wäre, wie in manchen anderen Gegenden, wo Eisenbahnen nutzlos gebaut wurden, sie würde sich gewiß mehr rentiren, als etwa an anderen Orten. In den jetzigen Zeitverhältnissen dürfen wir aber an ein solches Unternehmen nicht denken, wir wären zufrieden, wenn wir eine gut fahrbare Straße hätten, auf welcher die Landesproducte, welche in jenen Gegenden gewonnen werden, verfrachtet werden können.

Wenn wir das begehren, begehren wir, glaube ich, etwas sehr Kleines, wir sind mit Wenigem zufrieden, und es dürfte uns dies umsomehr gewährt werden, nachdem die Bewohner jener Gegend arm sind, also desto mehr verarmen würden, je weniger sie Gelegenheit haben, ihre Feldfrüchte und Industrieproducte auf leichte Weise dem großen Verkehre übergeben zu können.

Man wird uns vielleicht einwenden, daß wir sparen, daß wir an den Staatssäckel nicht den Anspruch auf eine solche Leistung machen sollen.

Ich bin mit dem Sparen ebenso einverstanden, wie jeder andere Herr Abgeordnete im hohen Hause, aber das Sparen hat auch seine Grenze; das Sparen kann auch schädlich werden.

Wenn sich z. B. ein Hausbesitzer aus Sparsamkeitsrücksichten die Wege um sein Haus herabkommen läßt, so daß er seine Früchte nicht mehr verführen kann, so wird man eine solche Sparsamkeit ohne allem Zweifel thöricht und sinnlos nennen und dasselbe wäre ohne allen Zweifel der Fall, wenn in einem Lande oder in einem Theile des Landes nicht wenigstens gute Straßen errichtet würden, auf welchen, um die Steuern und Abgaben zusammenbringen zu können, der Bauer die Feldfrüchte und andere Erzeugnisse leicht verführen kann.

Der hohe Reichsrath hat die Umlegung dieses Berges indirect eigentlich ohnehin schon bewilligt, denn ich erinnere daran, daß vor einigen Monaten eine Petition in diesem hohen Hause verhandelt wurde, welche von den Bewohnern der Gemeinde Klein-Zell und der Umgebung ausging.

Sie bitten in dieser Petition, daß ihnen die Umlegung dieser Bergstraße zur Ausführung übergeben werde. Sie berufen sich in dieser Petition darauf, daß die Steininduſtrie, welche in früheren Jahren dort blühte, bedeutend zurückgegangen sei und bitten, daß ihnen diese Correction als Nothstandsbau übergeben werden möge. Diese Petition ist im hohen Hause erledigt worden und zwar in einem günstigen Sinne.

Es ist nämlich jene Petition der hohen Regierung mit dem Auftrage übergeben worden, dieselbe seinerzeit zu würdigen.

Es liegt also in der Erledigung dieser Petition mehr oder weniger eine indirecte Genehmigung der Umlegung des sogenannten Neufeldener Berges.

Wenn ich mir also die Bitte erlaube, das hohe Haus möchte der Umlegung dieser Bergstraße, da sie heuer kaum mehr möglich ist, für das kommende Jahr gedenken, so glaube ich, daß dies eine ganz berechtigte Bitte an das hohe Haus ist.

Ich erlaube mir auch, damit die Sache nicht in Vergessenheit geräth, eine Resolution in dem Sinne zu beantragen, daß die hohe Regierung aufgefordert werde, im nächstjährigen Budget auf die Umlegung dieser Straße Rücksicht zu nehmen.

Diese Resolution lautet *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, im Voranschlage für das Jahr 1879 auf die Umlegung der Straße über den Neufeldener Berg auf der Reichsstraße zwischen Linz und Aigen Bedacht zu nehmen."

Ich ersuche das hohe Haus, dieser Resolution die Zustimmung nicht zu versagen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Fischer beantragt eine Resolution; ich bitte den Herrn Schriftführer, dieselbe zu verlesen. *(Schriftführer Freiherr v. Kotz liest dieselbe.)* Ich ersuche die Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

Diese Resolution wird, wie dies üblich ist, dem Budgetausschusse zugewiesen werden.

*(Regierungsvertreter Ministerialrath Ritter v. Waniek meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Regierungsvertreter Ministerialrath Ritter v. Waniek hat das Wort.

Regierungsvertreter Ministerialrath Ritter v. **Waniek:** Die allerschlechteste Strecke auf diesem Straßenzug, von dem die Rede ist, ist die zwischen Rohr-

bach und Aigen. Wegen dieser Straße hat die Regierung schon das Nothwendige verfügt, sie hat sich nämlich mit dem oberösterreichischen Landesausschusse wegen der Umlegung dieser Straßenstrecke ins Einvernehmen gesetzt.

Es wird nämlich diese Straßenstrecke von Rohrbach nach Aigen gänzlich aufgelassen und durch eine neue Straßenstrecke substituirt, welche nunmehr vom oberösterreichischen Landesausschusse bereits gebaut worden ist. Also für diese Strecke hat die Regierung bereits gesorgt.

Was nun die Umlegung der Durchfahrtsstraße Neufelden betrifft, so war eine Umarbeitung des Projectes nothwendig. Diese Umarbeitung ist bisher noch nicht eingelangt und wird noch, wie das bei einem solchen Werke begreiflich ist, eine längere Zeit erheischen, wir erwarten aber, daß sie noch in diesem Jahre zurückkommt. Ich glaube, daß es dann keinem Anstande unterliegen wird, in das nächste Präliminare einen entsprechenden Betrag einzustellen. Das sind die Aufklärungen, die ich mich verpflichtet hielt, dem hohen Hause zu geben.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Negrelli hat das Wort.

Abgeordneter **Negrelli:** Hohes Haus! Bekanntlich hat die hohe Regierung in den letztverflossenen Jahren eine Militärstraße von Predazzo nach Primiero mit dem ausgesprochenen Vorsatze angelegt, sie bis an die Grenze Tirols in Montecroce fortzusetzen.

Zu meinem nicht geringen Erstaunen und Leidwesen habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß in den Voranschlag pro 1878 kein Betrag zu diesem Behufe eingestellt wurde. Diesbezüglich liegt schon seit einigen Monaten eine Petition der Gemeinden Primiero's vor, welche mir die ernste Pflicht auferlegt, den Gegenstand des Näheren zu beleuchten und dem hohen Hause zur gerechten Würdigung anzuempfehlen. Ich erbitte mir dazu Ihre gütige Aufmerksamkeit.

Die südliche Spitze Tirols reicht, wie jedes Schulkind weiß, ins Venetianische hinein, mit dem Tirol durch mehrere Land- und Wasserstraßen zusammenhängt. Von den größten zu geschweigen, will ich nur des benachbarten Valsugana Erwähnung machen, welches Dank der vom hohen Aerar sorgfältig unterhaltenen Straße im lebhaften Verkehre mit der Stadt Bassano steht, besonders seit den Tagen, wo das venetianische Eisenbahnnetz bis zu dieser Stadt sich erstreckt, welche ein Emporium für die angrenzenden Thäler bietet.

Was nun die Zeit betrifft, welche man braucht, um aus diesen Thälern hinunterzukommen, so ist das sehr verschieden. Borgo, zum Beispiel, braucht keine acht Stunden von Zuhause bis nach Bassano, während Primiero wenigstens 16 Stunden braucht, um seine Vorräthe zu besorgen.

Also nur dieser von gewaltigen Bergen bis auf eine schmale Schlucht eingeschlossene Bezirk entbehrt jedes modernen Vortheiles. Wer wollte es ihm daher übel nehmen, wenn er einen Straßenzug vom Norden nach Süden anstreben möchte, einen Straßenzug, welcher eine Lebensfrage, eine Nothwendigkeit für ihn ist?

Da muß ich aber ein Bischen weiter ausholen und das hohe Haus mit etwas Geographie und Geschichte beschäftigen.

Ich werde diesen Straßenzug in drei kleine kurze Strecken in meiner Erörterung eintheilen:

1. die Strecke nach dem Süden, 2. die Strecke vom Norden herunter und 3. die Strecke mitten im Thale.

Ich fange bei der ersten an.

An der linken Seite der obbenannten Schlucht des Engpasses Schenero führt ein holperiger und schmaler Pfad weiter nach Italien, um den Verkehr, besonders im Winter, zwischen Primiero und der Außenwelt zu vermitteln.

Dieser Pfad ist unsere Handelsstraße, dieser Pfad ist unsere Hauptchaussee, und es sind unsere Eisenbahnen lange starke Stränge, an welche sich jene muthigen Männer klammern, welche in die Abgründe, in die Tiefen der Schlucht, hinabgelassen werden, um die verwickelten Stämme zu entwirren und weiter zu befördern.

Das Aerar schaut unerbittlich dieser Art von Seiltanz zu und begnügt sich damit, die goldenen Zölle einzustreichen, welche nicht selten ein Menschenopfer gefordert haben.

Die rechte Wandseite der Schlucht befindet sich noch auf tirolischem Boden und geht noch 1½ Stunden weit hinaus bis zum sogenannten Bocca delle aque, wo alle Gewässer des Bezirkes zusammenströmen. Dieser Theil ist Niemandem zugänglich als den gedachten Akrobaten, ließe jedoch, wenn man wollte, eine solide unverwüstliche Straße zu.

Wie ist es nun gekommen, daß wir bis heute keine fahrbare Straße haben? Die alte Republik, deren Erbe Oesterreich antrat, welche jährlich in immerwährender Jugendfrische Hochzeit mit dem Meere hielt, kümmerte sich wenig oder gar nicht um gute Landstraßen, und ließ natürlich alle Engpässe im Norden, besonders aber Primiero, außer Acht.

Das haben einmal in den 90er Jahren die Croaten besser verstanden. Eine starke Abtheilung von dieser wackeren Miliz stieß — ich weiß nicht wie — von Norden herunter und wollte einen schnellen Ausfall in das Venetianische bewerkstelligen.

Der Commandant hatte dem Gemeindevorsteher den strengen Befehl ertheilt, in 14 Tagen eine fahrbare Straße von Primiero anzulegen.

Die Gemeindevorsteher machten dem Herrn Commandanten Vorstellungen und wie er an dem hohen Felsen die Worte las: „Hic Rhodus, hic salta!“ kehrte er beschämt zurück. Doch schon die französische Regierung trug sich ernstlich mit dem Gedanken, eine fahrbare Straße nach dem damals sogenannten Canton Primiero anzulegen. Sie wollte diesen treuen österreichischen Bezirk dafür bestrafen, daß er nicht der Partei der Franzosen, sondern der mächtigen Sache Oesterreichs zugethan war, und auch für dieselbe gekämpft und Gut und Blut geopfert hatte. Sie wollte natürlich dieses kleine Völklein einschüchtern, und es im Zaume halten und auf diese Art discreditiren.

Den Montenegrinern zu Liebe war ebenfalls Frankreich so gnädig, ihnen eine schöne Straße anzubieten, die freien Bergbewohner wiesen aber das feine Anerbieten zurück, und was Primiero anbelangt, so trat der Sturz Napoleons hemmend ein, und wurde unter Oesterreich die Idee fallen gelassen, eine Idee, die jedoch stets cultivirt, aber nur ein frommer Wunsch blieb.

Man wäre versucht zu fragen: Warum hat Oesterreich in den 52 Jahren seiner Regierung über Venetien, für welches es Millionen auf Straßen ausgab, nicht dem treuen Völklein als Lohn das gewährt, was Frankreich ihm als Strafe für dessen Loyalität octroyiren wollte?

Meine Herren! Jahrzehnte vergingen und Niemand dachte in den höheren Regionen daran, diese Idee aus dem Schlafe zu wecken. Da wagte es der Feldherr, von dem der Dichter gesungen hat: „In Deinem Lager ist Oesterreich“, sich der stiefmütterlich bedachten Bewohner von Primiero zu erinnern und zu erbarmen. Er ließ alle Anstalten zur Sprengung der Felsen treffen und die bezüglichen Pläne zur Anlegung einer Straße der hohen Regierung zur Genehmigung vorlegen. Hier sei beiläufig erwähnt, daß zur Zeit, in den Jahren 1850 und 1851, als der Feldmarschall dies gethan hat, noch keine Locomotiven die stillen Thäler Tirols durchbrausten, daß damals daran noch gar nicht gedacht wurde, daß eine Eisenbahn über den Brenner gebaut werden sollte. Der Feldmarschall hatte nämlich vor, eine Militärstraße anzulegen, welche in Primolano am Fluße Brenta mit einer leichten Serpentine anfangend, nach Fonzaso, Primiero und Fleims fortgesetzt, eventuell gegen die Franzensfeste hätte verlängert werden können. Wie nützlich eine solche Straße gewesen wäre, hat man bei verschiedenen Gelegenheiten gesehen. Leider scheiterte dieses geniale Project an dem Widerspruch der Behörden in Venedig und an der Engherzigkeit der Nachbarn in Wien. Man hielt es eben für ein Hirngespinnst.

Neue Stürme brachen herein und wütheten. Die Jahre 1866 und 1870 straften die eitlen Beschuldigungen Lügen. Die hohe Regierung konnte sich den besseren Anschauungen nicht mehr verschließen, edle Herzen öffneten sich den wiederholten Bitten der Gemeinden, und — O des Wunders! — vor zwei Jahren ist eine Militärstraße von Fleims nach Primiero gebaut worden! So wäre denn eine wichtige, obzwar auch die schwierigste Strecke, fertig, und fleißig benützt von Einheimischen und Fremden, von Engländern und Deutschen, von Tirolern und Italienern, von Touristen aus allen Nationen, welche mit dem angenehmen frischen Dufte der Tannen- und Fichtenwälder und einer üppigen Alpenflora sich stärken und in dem allen Ansprüchen des modernen Lebens billig Rechnung tragenden Albergo-Alpino Schutz und Labung gegen die lästige Sommerhitze schon gefunden haben. Das ist die Wahrheit und es gereicht mir als Vertreter dieses Bezirkes zur wahren Genugthuung, von dieser Stelle aus im Namen meiner Mandanten den Dank des ganzen Bezirkes und der benachbarten Thäler aussprechen zu können.

Allein, meine Herren, wie schmerzlich ist es für mich, bekennen zu müssen, daß diese Militärstraße, welche ein bedeutendes Geld gekostet hat, und deren höchster Culminationspunkt die Höhe des Brenners überragt, meist den unbewohnten Theil des Bezirkes durchzieht und fast sieben Monate unbenützt liegen muß. Dies geschieht in Folge der immensen Schneemassen, wodurch alle Vehikel, deren man sich sonst bedient, unzulänglich werden.

Diese Strecke hört schon bei Borgo di Fiera, dem Hauptorte, auf und läßt das fruchtbarste Thal weiter unten ganz offen. Man hat bisher nicht bedacht, daß Primiero aus zwei Hochthälern besteht; vom ersten habe ich bereits gesprochen und das zweite ist Canal Sambovo, welches einen integrirenden Theil des ganzen Districtes ausmacht. Diese Militärstraße, würde sie so verlassen werden, bildete geradezu eine wahre Sackgasse. Nehmen wir an — was ich aber für unmöglich halte — daß von Norden her irgend ein Feind hereinbricht, welcher eine zufällig in Primiero garnisonirende Armee im Rücken faßt, was würde dann mit dem ganzen Thale geschehen?

Die umliegenden Dörfer würden den Greueln des Krieges ausgesetzt sein. Diesem Uebelstande abzuhelfen, haben nun die acht oder neun Gemeinden Primiero's die dringende Bitte an den hohen Reichsrath gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß diese Militärstraße bis an die Grenze Tirols fortgesetzt und vollendet werden möge. Diese Straße würde aus dem Hauptorte, welcher bestimmt zu sein scheint, ein ausgezeichneter Sommercurort zu werden, sowie schon Arco und Riva es geworden sind, sich an die schon vor einigen Jahren mit Hilfe der Provinz gebaute Straße anschließen, dieselbe erweitern, an manchen Stellen ebener machen, für große Fuhrwerke und Artillerie adaptiren und bis nach Monte-

croce an die Grenze geführt werden. Diese Arbeit dürfte auf kaum 20.000 bis 25.000 fl. zu stehen kommen und könnte in diesem Jahre fertig werden. Die Gemeinden stützen sich hiebei auf einen Ministerialerlaß, in welchem die Fortsetzung der Militärstraße bis an die Grenze versprochen wird; sie lenken die Aufmerksamkeit des hohen Reichsrathes auf die große Theuerung, welche schon jetzt in eine Hungersnoth auszuarten droht; sie lenken die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auf die Hebung des Handels, des Ackerbaues, des Forstwesens, auf das Eisenbergwerk, kurz auf Alles, was geeignet ist, das Elend zu mildern, welches schon viele Einwohner gezwungen hat, die liebe Heimat zu verlassen und nach Amerika auszuwandern.

Diese Bitten stellen die Gemeinden in dem entscheidenden Momente, wo sie vermöge einer Veränderung zwischen dem Königreiche Italien und Oesterreich sich vorbehielten, ein großes Anlehen aufzunehmen, um die von mir zuerst besprochene Heeresstraße auf ihre Kosten herzustellen, welche sich dann an die Militärstraße anschließen wird.

Gegenüber dieser für Primiero riesigen Unternehmung hat der Tiroler Landtag im vorigen Jahre me praesente sich einstimmig bewogen befunden, dem Bezirke Primiero mit 20.000 fl. unter die Arme zu greifen, wenn er sich entschließen sollte, diesen Felsen zu sprengen.

Ich rechne auf den Biedersinn und auf die Ehrlichkeit des Landes Tirol, daß dieses Geschenk seinerzeit wirklich verabfolgt werde. Das hohe Ministerium wurde zugleich durch den Landesausschuß ersucht, auch einen Beitrag zu diesem internationalen Unternehmen zu leisten.

Allein nichts ist geschehen. Was sage ich? Es ist zu viel geschehen.

Ein Ministerialerlaß besagt, daß der Nutzen, den man sich für den Holzhandel verspricht, zu gering sei, als daß die hohe Regierung sich bestimmt finden sollte, einen Beitrag dafür zu gewähren.

Meine Herren! Vergessen Sie ja nicht, eine wiederholte Weigerung des hohen Ministeriums hieße soviel, als dem nach einer besseren Existenz ringenden Bezirke den Glauben an seine Auferstehung benehmen, was aber, so Gott will, nicht der Fall sein wird, und ich lebe in der festen Ueberzeugung, daß der hohe Reichsrath selbst zu diesem großartigen Unternehmen, welches Gesammt-Oesterreich zugute kommt, auch einen seiner würdigen Beitrag leisten werde.

Ich habe Ihnen, meine Herren, die traurige Lage meiner Heimat in wenigen Strichen skizzirt, ich hoffe, ich habe nicht zu tauben Ohren geredet und schmeichle mir, daß das hohe Haus daher die Dringlichkeit dieses Begehrens würdigen wird. Es freut mich zugleich an dem Ministertisch einige hohe Herrschaften zu sehen, und da ich in der Sache der Gemeinde die Sache der Regierung selbst vertreten habe, so hoffe ich, daß die hohe Regierung selbst damit einverstanden sei, sei es nun, daß ein Nachtragscredit bewilligt wird, sei es, daß den Gemeinden von dem vom Reiche bestellten Tisch der Herren Minister einige Brosamen angewiesen, oder sie auf andere Weise begünstigt werden.

Ich bin so frei den Antrag zu stellen *(liest)*:

„„Der Petition der Gemeinden von Primiero ist zu willfahren und die hohe Regierung dringlichst aufzufordern, die begonnene Militärstraße nebst einem Zweigweg nach Canale fortzusetzen und in diesem Jahre noch zu vollenden.““

Meine Herren! Erschrecken Sie nicht, es ist die pure Nothwendigkeit, es muß dahin kommen; gezögert hat man schon zu lange.

**Vicepräsident**: Der Herr Abgeordnete Negrelli stellt den Antrag: *(Wiederholt denselben.)* Ich ersuche die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt.

*(Oberbaurath Wawra meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Regierungsvertreter Oberbaurath Wawra hat das Wort.

Regierungsvertreter Oberbaurath **Wawra**: Es ist ganz richtig, daß der Bezirk Primiero sich bis vor kurzer Zeit in der sehr beklagenswerthen Lage befunden hat, nach gar keiner Richtung einen fahrbaren Zu- oder Ausweg zu haben. Man mußte nur sehr gefährliche und namentlich in der Richtung gegen Italien zu, welche für den Bezirk Primiero gerade in Bezug auf den Handelsverkehr wichtiger ist, sehr gefährliche Saumwege benützen. Als es sich darum gehandelt hat, diesen Bezirk mit den übrigen in eine der jetzigen Zeit gemäße Verbindung zu setzen, wurde es nicht allein aus militärischen Rücksichten, sondern auch aus Rücksichten für den nothwendigen politischen Verkehr und für den Postverkehr, insbesondere seit der Zeit, als die Reichsgrenze mit der Bezirksgrenze gegen Süden zusammenfällt, für nothwendig erkannt, zunächst eine solche fahrbare Verbindung mit dem übrigen Tirol herzustellen. Denn, wenn diese Straße hergestellt würde, sollte die weitere Verbindung vom Centralpunkte des Bezirkes Primiero, das ist vom Orte Fiera gegen Italien zu gebaut werden. Man glaubte auch, daß in der Zwischenzeit die Fortsetzung der Straße von der italienischen Grenze bis gegen Fonzoso zu, wo dann die weiteren Straßen im italienischen Gebiete fortlaufen, auch hergestellt werden würde, weil auch diese Verbindung gegenwärtig nur in einem Saumwege besteht.

Nun, die eine Bedingung, nämlich zuerst die Straße von dem Centralpunkte von Primiero mit dem übrigen Tirol herzustellen, diese eine Bedingung ist erfüllt, indem diese Strecke vor Kurzem fertig geworden ist. Es ist auch bezüglich der Straßenherstellung auf italienischem Gebiete in der Fortsetzung von der Grenze bei Montecroce gegen Fonzaso die Sache zufolge einer ganz kürzlich hergelangten officiellen Mittheilung soweit gediehen, daß ein endgiltiger Beschluß wegen des Ausbaues dieser Straße auf italienischem Gebiete demnächst bevorsteht. Es wird daher auch die Bauverwaltung, glaube ich, in Kurzem in dem Falle sein, sich für den Straßenbau von Fiera gegen die italienische Grenze einen Credit zu erbitten. Was die andere Straßenlinie gegen Canale zu betrifft, so muß ich wohl gestehen, daß diese bisher nicht in Verhandlung genommen war, daß dies ein neues Petit ist, über welches der ordnungsmäßige Gang der Verhandlung erst wird eingeleitet und der Erfolg abgewartet werden müssen.

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Ljubiša hat das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Ljubiša**: Hohes Haus! Für den Straßenbau von Trinità nach der montenegrinischen Grenze war ein Betrag von 175.973 fl. eingestellt worden. Mit den Finanzgesetzen für die Jahre 1876 und 1877 wurde der Betrag von 100.000 fl. für die Ausführung der Arbeiten bewilligt.

Es wären also noch 76.000 fl. nothwendig, um die veranschlagten Kosten zu decken. Mit der Bauunternehmung ist der Vertrag geschlossen worden, daß der Bau in drei Jahren vollendet sein müsse.

Heute ist der Bau schon zur Hälfte ausgeführt.

Nachdem die im Finanzgesetze für die Jahre 1876 und 1877 bewilligten 100.000 fl. schon ausgefolgt wurden, ist es natürlich, daß die Fortsetzung sistirt werden müßte, wenn mit dem Finanzgesetze für das Jahr 1878 keine weitere Summe bewilligt würde. Würde durch die Sistirung der Arbeiten die schon ausgeführte Hälfte des Baues dem Ruine preisgegeben werden und würde der Unternehmer, welcher für die Fortsetzung des Baues die Materialien vorbereitet hat, hiedurch einen empfindlichen Schaden erleiden, so müßte zuletzt die Regierung diesen Schaden ersetzen. Daher erlaube ich mir den Antrag zu stellen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen, daß die für die Fortsetzung des Baues der militärischen Straße von Trinità nach der montenegrinischen Grenze von der Regierung beantragte Summe von 30.000 fl. im Extraordinarium, Post 3 des §. 14 des Titels 8 des Staatsvoranschlages für das Ministerium des Innern pro Jahr 1878 bewilligt werde."

**Präsident**: Dieser Antrag bedarf, da mit demselben einfach die Regierungsvorlage aufgenommen wird, keiner Unterstützung.

Der Herr Abgeordnete Göllerich hat das Wort.

Abgeordneter **Göllerich**: Ich bitte das hohe Haus sehr um Entschuldigung, wenn ich die Geduld desselben in so vorgerückter Stunde in Anspruch nehme, und zwar, wenn ich über einen Gegenstand spreche, der bereits im hohen Hause seine vorläufige Erledigung dadurch gefunden hat, daß der geehrte College aus Oberösterreich, mit welchem ich in diesem speciellen Falle sympathisire und übereinstimme, einen Resolutionsantrag gestellt hat, der dem Budgetausschusse zugewiesen worden ist. Ich möchte nur zur Ergänzung und Erläuterung seines Antrages mir einige Bemerkungen erlauben.

Es hat sowohl der Herr College aus Oberösterreich, als auch der Herr Vertreter der Regierung bemerkt, daß ein Theil der Reichsstraße von Linz nach Krumau, und zwar beim Ramlerberg bereits regulirt worden sei.

Ich habe nur noch beizusetzen, daß diese Regulirung nur dadurch möglich geworden ist, daß sich das Land Oberösterreich, respective der dortige Landtag zu ziemlich bedeutenden Opfern herbeigelassen hat. Was nun die Umlegung des Neufeldener Berges anbelangt, so höre ich, daß gleichfalls Unterhandlungen mit dem Landesausschusse in der Schwebe sein sollen, und solche Unterhandlungen auch mit der Gemeinde Neufelden geführt werden.

Das Land Oberösterreich hat gewiß, was Straßenbau anbelangt, nie mit seinen Opfern irgendwie zurückgehalten. Die hohe Landesumlage findet vorzugsweise auch ihren Grund in den großen Auslagen, die das Land für Straßen und Schulen gehabt hat, es ist also nicht zu zweifeln, daß das Land alle jene Opfer bringen wird, die es angesichts einer so bedeutenden Umlage zu rechtfertigen in der Lage ist. Anderseits darf aber auch ein Land, welches zu den activsten des Reiches gehört, und dessen Steuern, die es dem Staate alljährlich zahlt, weitaus um viele Millionen die Kosten der Staatsverwaltung übersteigen, erwarten, daß jene Interessen, welche nicht bloß Landes-, sondern auch Reichsinteressen sind, auch von Seite der hohen Regierung die entsprechende Förderung erhalten werden. Ein solches Interesse, nicht bloß des Landes, sondern des Reiches ist die Finalisirung der Angelegenheit der Straßenregulirung, von der heute gesprochen worden ist.

Ich beschränke mich darauf, der Regierung nochmals und zwar, wenn ich nicht irre, zum fünften Male diese Angelegenheit wärmstens zu empfehlen, damit sie endlich finalisirt werde. Ich bitte die hohe

Regierung, dabei die Mittel des Landes nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, weil eben das Land für seine Straßen bereits Opfer gebracht hat, wie vielleicht kein zweites. Land Ich ersuche endlich die Regierung, daß sie bei der Finalisirung dieser Angelegenheit speciell auf die Interessen des Marktes Neufelden Bedacht nehmen wolle, welche Interessen besonders durch die Richtung berührt werden, welche der künftigen Straße gegeben werden soll. Die Existenz und Prosperität dieses Marktes hängt von der Wahl dieser Richtung ab. Ich beschränke mich auf diese kurze Bemerkung und empfehle der Regierung die Angelegenheit nochmals aufs Dringendste.

*(Abgeordneter Freiherr v. Pirquet meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Pirquet hat das Wort.

Abgeordneter Freiherr v. **Pirquet**: Das hohe Haus hat im vorigen Jahre folgende Resolution angenommen: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, eine Enquêtecommission von Sachverständigen einzuberufen, welche die Frage zu erörtern hätte, in welcher Weise nach dem Beispiele der im Straßenwesen vorausgeschrittenen Länder dem mangelhaften Zustande der meisten Reichsstraßen durchgreifende Abhilfe zu bringen sei und nach welchem Systeme dieselben in Zukunft zu behandeln und zu erhalten wären, damit sie, ohne eine Mehrbelastung des Budgets hervorzurufen, dennoch ihrem Zwecke entsprechen. Die hohe Regierung wird ersucht, bei Vorlage des nächsten Budgets das Ergebniß dieser Enquête dem hohen Hause mitzutheilen."

Die Regierung hat es aus verschiedenen bisher unbekannten Gründen — ich will mich ganz kurz fassen — nicht für nothwendig gefunden, diese Enquête einzuberufen, sie hat sich allerdings nicht gegen eine Enquête ausgesprochen, sie hat aber einstweilen als eine Art Antwort, mit der unsere Resolution die Denkschrift, welche vor zwei Tagen erschienen, zur Vertheilung gebracht: „Denkschrift über das Verfahren bei der Erhaltung der Aerarialstraßen in den im Reichsrathe vertretenen Kronländern und Vergleichung derselben in administrativer, technischer und ökonomischer Beziehung mit der Verwaltung der Staatsstraßen in Preußen, Baden, Frankreich, Italien und England."

Ich finde nun, daß hierin eine Antwort, ein Ersatz für die gewünschte Enquête nicht zu suchen und nicht zu finden ist, und glaube dies umsomehr behaupten zu können, als die Schlußbemerkungen, welche das Ministerium hier resumirt, dahin gehen, anzuerkennen, daß der Zustand unserer Aerarialstraßen viel zu wünschen übrig läßt, in dem Exposé jedoch keine Vorschläge zu deren Verbesserung zu Tage fördert.

Ich glaube ohne in ein näheres Detail einzugehen, und ohne in dieser vorgerückten Stunde die einzelnen Punkte dieses Exposés ausführlicher, und zwar technisch zu erörtern, dem hohen Hause vorschlagen zu dürfen, die im Vorjahre gefaßte Resolution hiemit wieder zu erneuern.

Auf diese Art wird der Budgetausschuß Gelegenheit finden, dieselben vielleicht, wenn nöthig, dahin zu ergänzen, daß der Regierung jene Summen anheimgestellt werden, welche nothwendig sind, um die Enquêtecommission im gewünschten Sinne ins Leben rufen zu können.

Ich beehre mich daher den Antrag zu stellen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

„„Die hohe Regierung wird aufgefordert, eine Enquêtecommission von Sachverständigen einzuberufen, welche die Frage zu erörtern hätte, in welcher Weise nach dem Beispiele der im Straßenwesen vorausgeschrittenen Länder dem mangelhaften Zustande der meisten Reichsstraßen durchgreifende Abhilfe zu bringen sei.

Die Regierung wird ersucht, bei Vorlage des nächsten Budgets das Ergebniß dieser Enquête dem Hause mitzutheilen.""

**Präsident:** Ich ersuche jene Herren, welche den von dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Pirquet gestellten Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt, und wird daher dem Budgetausschusse zugewiesen werden.

*(Abgeordneter Dr. Blaas meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Blaas hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Blaas**: Ich werde mich im Hinblick auf die vorgerückte Stunde sehr kurz fassen. Ich habe mir das Wort erbeten, nur um noch eine Straßenbauangelegenheit zu berühren, welche der hohen Regierung zwar schon seit Jahren bekannt ist, bezüglich deren aber im Budgettitel irgend eine Erwähnung „Straßenbau" leider vermißt wird Diese Angelegenheit betrifft die Münsterthalerstraße. Das tirolische Nachbarland, die Schweiz, hat bereits vor Jahren eine Chaussée gebaut von Chur über Zernitz und den Ofenpaß durch das Münsterthal bis an die tirolische Grenze bei Taufers.

Mit vollem Rechte mochte man in der Schweiz von der Annahme ausgehen, daß Oesterreich in seinem eigenen und freundnachbarlichen Interesse darauf bedacht sein werde, diesen Straßenzug auf

tirolischem Boden ehestens fortzusetzen bis an die Einmündung in die Vintschgauer Poststraße und zwar umsomehr, als es sich hier nur um eine Strecke von 2½ Stunden Länge handelt.

Trotzdem ziehen sich Erörterungen über diese Angelegenheit schon seit 16 Jahren hinaus. Man sollte glauben, daß es endlich an der Zeit wäre, einen Spatenstich zum Baue zu unternehmen. Allein noch immer wird nur mit Wort und Tinte daran gearbeitet.

Von allen Seiten schon wurde die Inangriffnahme gedachten Straßenbaues befürwortet.

Sämmtliche Gemeinden, von Vintschgau bis nach Meran hinunter, petitioniren fortwährend; die Bozner Handelskammer verwendet sich unablässig; die politischen Behörden, die Post- und Telegraphendirection erklärten den gedachten Straßenbau längst für wünschenswerth und auch im Reichsinteresse dringlich gelegen.

Selbst von hoher militärischer Seite wurde die strategische Wichtigkeit desselben wiederholt betont.

Der Tiroler Landtag hat im vorigen Jahre beschlossen, die Hälfte der Kosten dieses Straßenbaues auf Landesmittel zu übernehmen, wenn die andere Hälfte vom Reiche getragen würde, welche Voraussetzung gerechtfertigt erschien, weil in der That durch gedachte Verkehrsstraße auch das Reichsinteresse gefördert wird.

Die Tiroler Statthalterei anerkannte die zweifellose Thatsache, daß hier nicht bloß Landesinteressen, sondern auch Interessen des Reiches im Spiele seien und leitete den Landtagsbeschluß auf das Wärmste befürwortend an das hohe Ministerium.

Man glaubte also sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die hohe Regierung in das diesjährige Budget seinen Staatsbeitrag für den fraglichen Straßenbau einstellen werde. Ich bemerke hier, daß es sich ja nicht um einen sehr kostspieligen Bau handelt, sondern daß die ganze Straße auf circa 50.000 fl. präliminirt ist, wovon, wie erwähnt, die Hälfte das Land zu übernehmen bereit erscheint. Die Hoffnung aber, daß auch die hohe Regierung die Sache unterstütze, wurde leider getäuscht und ich kann heute nicht umhin, das Befremden, welches sich darüber sowohl im Tiroler Landesausschusse, wie bei allen Interessenten meines Wahlbezirkes kundgab, auch hier zum Ausdrucke zu bringen.

Ich unterlasse es, einen Antrag zu stellen, weil ich glaube, daß bloß aus Rücksicht auf die knappen, gegenwärtig vorhandenen Mittel die hohe Regierung abgehalten wurde, einen Staatsbeitrag zum Münsterthalerstraßenbaue ins Budget einzusetzen. Ich will mich heuer darauf beschränken, die hohe Regierung nachdrücklichst zu bitten, daß sie wenigstens im nächsten Jahre gehörige Vorsorge im Budget für diese gewiß alle Beachtung verdienende Angelegenheit treffen möge.

**Präsident**: Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Ich erkläre die Debatte für geschlossen.

Der Herr Specialberichterstatter hat das Wort.

Specialberichterstatter Dr. **Giskra**: Bezüglich der montenegrinischen Straßen will ich über den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Ljubiša einige Worte anführen, die zur Aufklärung der Sache dienlich erscheinen und die Entscheidung des hohen Hauses influenciren können. Im Jahre 1876 trat die Regierung mit dem Ansinnen an die Kammern, von dem Fort Trinità aus, das ist dem oberhalb Cattaro gelegenen Fort, von wo ab eine Verbindung nach Montenegro hinaufgeht, die bisher aus Saumpfaden bestand, eine Straße bauen zu können, eine Straße in solcher Breite, daß nöthigenfalls auch Geschütze darüber fahren können.

Dem bezüglichen Antrage wurde zugleich zur Unterstützung beigegeben, daß mit Montenegro ein Uebereinkommen getroffen wurde, daß von Cettinje bis an die montenegrinische Grenze eine Straße gebaut werde, die sich mit der vom Fort Trinità hinaufführenden Straße zur Verbindungsstraße zwischen Fort Trinità, Cattaro und Cettinje herausbilden soll.

Die montenegrinische Regierung erbat sich, wenn ich nicht irre, sogar österreichische Ingenieure, um den Bau zweckmäßig auszuführen, und er wurde jenseits der montenegrinischen Grenze auch wirklich in Angriff genommen und in ziemlicher Ausdehnung fortgeführt und wurden im Ganzen 6880 Klafter gebaut.

Der Gesammtüberschlag der Kosten von Fort Trinità bis an die montenegrinische Grenze beträgt 308.500 fl. Die Erwägung der Wichtigkeit der Verbindung mit jenem Lande auf einem anderen Wege, als es bisher durch Saumpferde oder Lastträger möglich war, bestimmte damals den Budgetausschuß, dem hohen Hause den Antrag zu stellen, unter Zugrundelegung dieses Projectes als erste Rate den Betrag von 50.000 fl. einzustellen. Das hohe Haus hat den Antrag genehmigt. Im Jahre 1877 wurde von der hohen Regierung zur Fortsetzung des principiell beschlossenen Baues der Betrag von 50.000 fl. in Anspruch genommen, zugleich aber auch mitgegeben, daß die ursprünglich auf 235.000 fl. veranschlagten Kosten in Folge einer von einem hochgestellten und sachkundigen Verwaltungsbeamten vorgenommenen Bereisung von Dalmatien überhaupt und seiner dort gemachten Wahrnehmungen über die Möglichkeit, geringere Ausgaben zu machen, auf

einen Betrag von 176.000 und einige hundert Gulden, rund auf 177.000 fl. herabgestellt werden konnten, so daß die Gesammtkosten der Durchführung mit 177.000 fl. im Budget fernerhin zu fungiren haben. Es wurden diese zweiten 50.000 fl. im Jahre 1877 auch bewilligt, so daß, wie der Herr Antragsteller erwähnte, für diesen Bau, der, wie bemerkt, auf 177.000 fl. veranschlagt worden ist, thatsächlich schon 100.000 fl. bewilligt und zum Theile — bis zu welchem Betrage weiß ich nicht — auch ausgegeben worden sind. Im heurigen Jahre ist die Regierung wieder mit der Anforderung an das hohe Haus herangetreten, den Betrag von 30.000 fl. einzustellen, mit dem die Fortsetzung des Baues unternommen werden soll, der im Ganzen, wie ich wiederholt bemerke, auf 177.000 fl. veranschlagt ist; und ich als Referent habe consequent den früheren Beschlüssen und in Erwägung der Gründe, welche damals den Ausschuß geleitet haben, den Antrag gestellt, diese 30.000 fl. einzustellen. Die Majorität des Budgetausschusses hat hingegen eine andere Ansicht gewonnen und, wenn ich dem Eindrucke, den die Argumentation auf mich gemacht hat, richtigen Ausdruck geben kann, vornehmlich aus dem Grunde, weil es die Unklarheit der Verhältnisse Dalmatiens in staatsrechtlicher Beziehung zum Gegenstande ernster Erwägung machen muß, inwiefern mit Investituren in jenem Lande vorgegangen werden soll oder nicht.

Ich sage, das war der subjective Eindruck, welchen ich aus der Debatte gewonnen habe und ich kann nicht sagen, daß er das ausschlaggebende Motiv gewesen ist, thatsächlich aber wurde demselben Ausdruck gegeben. Die Majorität des Budgetausschusses erklärte sich gegen den Antrag des Referenten und für die Streichung der 30.000 fl., so daß die in der Regierungsvorlage erschienenen 30.000 fl. nunmehr im Antrage des Budgetausschusses nicht mehr enthalten sind. So liegt die Sache und ich muß es dem hohen Hause überlassen sich seine Meinung darüber zu bilden, da ich als Mitglied des Finanzausschusses nicht gegen den Antrag des Finanzausschusses das Wort ergreifen werde. Wie gesagt, ich habe es für angemessen erachtet, dafür zu stimmen, weil es die dritte Rate für einen Bau ist, welcher als zweckmäßig und nothwendig nachgewiesen worden ist und ich habe in meinen Einleitungsbemerkungen gesagt, daß man auch mit Kanonen müsse hinauffahren können und es nicht dem oben allein überlassen dürfe, herunterschießen zu können.

*(Ministerpräsident Fürst Auersperg meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Seine Durchlaucht der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Fürst **Auersperg:** Ich möchte mir erlauben, den Antrag, welchen der Herr Abgeordnete v. Ljubiša gestellt hat, nämlich nach der Regierungsvorlage den Betrag von 30.000 fl. einzustellen, zur Annahme zu empfehlen.

Das Ministerium des Innern hat gewiß bei seinen Anforderungen im Straßenbaue die äußerste Sparsamkeit walten lassen. Die genannte Straße ist aber von dringlicher Wichtigkeit und sie ist auch in früheren Jahren, wie schon der Herr Specialreferent gesagt hat, vom hohen Hause als dringlich immer anerkannt worden.

Ich möchte mir auch erlauben, dem hohen Hause ein Exposé mitzutheilen, welches mir von Seite des Ministeriums des Innern in Betreff dieser Straße überreicht wurde, aus welchem zu entnehmen ist, daß rücksichtlich derselben einmal internationale Verträge bestehen, daß aber auch, wenn diese 30.000 fl. nicht bewilligt würden, wahrscheinlich dem Aerar ein größerer Schaden erwachsen würde als es der Fall wäre, wenn diese 30.000 fl. eingestellt werden. Das Exposé lautet *(liest)*:

„Die Trace des neuen Straßenzuges ist im Jahre 1875 im Einverständnisse mit Montenegro und auf Grund des zwischen den betheiligten Ministerien des Aeußern, des Innern, der Landesvertheidigung und dem Reichskriegsministerium gepflogenen Einvernehmens festgestellt worden.

Die Inangriffnahme des Baues wurde über Allerhöchste Anordnungen mit aller Energie betrieben.

Mit dem Finanzgesetze pro 1876 wurden für diesen Straßenbau 50.000 fl. bewilligt, obwohl das bezügliche Detailproject damals noch nicht definitiv genehmigt war, sondern zur Berichtigung zurückgestellt werden mußte. Dies beweist, daß der neue Straßenbau als sehr dringend anerkannt worden ist.

Im Mai 1876 wurde das Project mit dem Kostenaufwande von 179.900 fl. (einschließlich der Grundeinlösungskosten) genehmigt und die Hintangabe des Baues bewilligt.

Der Bau wurde um 172.061 fl. 29 kr. erstanden und im Juli 1876 dem Ersteher zur Ausführung übergeben mit der Bedingung, daß derselbe in drei Jahren durchgeführt werde, der Unternehmer aber verpflichtet sei, den Baufortschritt nach Maßgabe der bewilligt werdenden Jahresdotationen zu regeln; daß jedoch Verzögerungen, welche dem Unternehmer zu Beschwerden Anlaß geben könnten, nicht eintreten dürfen.

Mit dem Finanzgesetze pro 1877 wurden für den besagten Bau weitere 50.000 fl. bewilligt.

Innerhalb des Jahres 1876 wurde vom Unternehmer der Betrag von 27.564 fl. ins Verdienen gebracht und wurde dieser Baufortschritt im Hinblick auf die erst im Juni 1876 erfolgte Bauübergabe als zufriedenstellend dargestellt.

Bis Ende Juni 1877 ist dem Bauunternehmer der Betrag von 42.091 fl. 63 kr. ausbezahlt worden. Nachdem nun schon im Juni 1877 das 2. Baulos dem Unternehmer übergeben und derselbe zum Betriebe des Baues bis zu den Grenzen der bewilligten Dotationen ermächtiget worden ist, so ist es sehr wahrscheinlich, daß bis zum heutigen Tage der größte Theil der bewilligten Dotationen von zusammen 100.000 fl. bereits verwendet ist, und daß, wenn pro 1878 hiefür keine weitere Dotation bewilligt werden sollte, der Bau förmlich eingestellt werden müßte, was aber sicherlich zur Folge haben würde, daß dem Unternehmer bedeutende Schadenersätze geleistet werden müßten, nachdem sein Vertrag für den ganzen Straßenzug lautet, und derselbe hiefür auch schon Vorbereitungen getroffen und namhafte Vorauslagen bestritten haben wird.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß der Straßenbau von Trinitá in Dalmatien nach Cettinje in Montenegro ein internationaler ist, und Montenegro einen großen Theil der Trace in seinem Lande bereits ausgebaut hat, daher der Einstellung des Baues in Dalmatien auch internationale Rücksichten entgegenstehen dürften.

Außerdem ist die Gefahr vorhanden, daß die bisher mit 100.000 fl. ausgeführten Objecte, wenn sie unvollendet bleiben, Schaden leiden werden, der ganze Bauaufwand also nutzlos würde."

*(Minister für Landesvertheidigung, Oberst Freiherr v. Horst, meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Seine Excellenz der Herr Landesvertheidigungsminister hat das Wort.

Minister für Landesvertheidigung, Oberst Freiherr v. **Horst**: Ich erlaube mir nur mit wenigen Worten hervorzuheben, daß die Regierung, auch vom militärischen Standpunkte aus, den größten Werth auf das baldige Zustandekommen dieser Straße legen muß. Ich glaube, es ist hier in öffentlicher Sitzung wohl nicht der Ort, mich in eine langwierige Erörterung der territorialen und strategischen Verhältnisse im Cattareser Bezirke einzulassen, und bitte das hohe Haus also, nur meiner Versicherung Glauben zu schenken, daß wirklich militärische Rücksichten den Bau dringend nothwendig machen. Ich habe im Jahre 1875 im Budgetausschusse ausführlich die Verhältnisse dargelegt, und ich glaube, die Herren des Budgetausschusses und — da damals der öffentliche Budgetausschuß auch von sehr zahlreichen anderen, nicht dem Budgetausschusse angehörigen Mitgliedern dieses hohen Hauses besucht war — alle sonst gegenwärtig Gewesenen werden sich wohl an meine Auseinandersetzungen erinnern.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte über Titel 7 und 8, §§. 1—14, für geschlossen, und ertheile dem Herrn Generalberichterstatter das Schlußwort.

Generalberichterstatter **Wolfrum:** Nachdem die Anträge auf Resolutionen, die von verschiedenen Seiten gestellt worden sind, neuerdings, nachdem der Budgetausschuß sich darüber wird ausgesprochen haben, zur Verhandlung kommen werden, so habe ich keine Veranlassung auf die Ausführungen der geehrten Herren weiter zurückzukommen.

Was aber den Antrag auf Einstellung von 30.000 fl. für den Bau der Straße von Cattaro betrifft, so hat der Herr Specialreferent allerdings schon den einen Grund angeführt, aus welchem der Finanzausschuß diese 30.000 fl. aus dem Voranschlage entfernte, nämlich das unklare Verhältniß zu Dalmatien. Aber der andere Grund war eben der allgemeine: die traurigen Finanzverhältnisse, die den Budgetausschuß zwangen, eben bei einer solchen Ungewißheit hier ganz besonders die Sparsamkeit walten zu lassen. Sonst aber kann ich allerdings den Ausführungen des Herrn Specialreferenten weiter nichts entgegensetzen. Ich muß es dem hohen Hause überlassen, ob es den Antrag der Herrn Abgeordneten Ritter v. Ljubiša annehmen will oder nicht.

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Gegenstand der Abstimmung ist Capitel 7, Titel 7 und Titel 8, §§. 1—14. Zu Titel 7 und Titel 8, §§. 1—13 liegen keine Abänderungsanträge vor. Die Resolutionen der Herren Abgeordneten Negrelli, Pirquet und Fischer sind dem Budgetausschusse zuzuweisen. Der Antrag des Herrn Abgeordneten Ritter v. Ljubiša bei §. 14 „Dalmatien" geht dahin, die Regierungsvorlage wieder aufzunehmen; dieser Antrag bedarf daher keiner Unterstützungsfrage.

Ich werde nun bei der Abstimmung so vorgehen, daß ich zuerst Titel 7 zugleich mit Titel 8, §§. 1—13 inclusive zur Abstimmung bringe mit den Ansätzen, wie sie der Budgetausschuß beantragt. Dann werde ich über §. 14 „Dalmatien" und zwar zuerst über das Ordinarium von . . . 75.000 fl. und über das Extraordinarium

Bau der Cettinabrücke bei Trilj . . 10.000 „

Bau einer Brücke über die Zermagna bei Obrovazzo . . . . . 10.000 „

abstimmen lassen. Wenn diese Abstimmung vorgenommen ist, werde ich dann den Antrag der Regierung, welcher durch den Herrn Abgeordneten Ritter v. Ljubiša aufgenommen worden ist:

„Bau der Straße von Trinità zur montenegrinischen Grenze . . . . . 30.000 fl."

zur Abstimmung bringen.

Wird gegen diese Art der Abstimmung etwas eingewendet? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht

der Fall ist, so ersuche ich die Herren, welche Titel 7 „Staatsbaudienst", Titel 8 „Straßenbau" §§. 1 bis 13 „Oesterreich unter der Enns, Oesterreich ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Krakau, Bukowina" nach den Anträgen des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen.

Ich ersuche nun die Herren, welche für Dalmatien einstellen wollen im Ordinarium 75.000 fl. und im Extraordinarium, Bau der Cettina-Brücke bei Trilj . . . . . 10.000 fl. Bau einer Brücke über die Zermagna bei Obrovazzo . . . . . 10.000 fl. sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Summen sind bewilligt.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche nach dem von dem Herrn Abgeordneten Ritter von Ljubiša aufgenommenen Regierungsantrage nun noch als Extraordinarium für den Bau der Straße von Trinità zur montenegrinischen Grenze 30.000 fl. einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen; somit sind die Titel 7 und 8 Titel erledigt.

Ich glaube jetzt die Sitzung schließen zu sollen. *(Zustimmung.)*

Die nächste Sitzung erachte ich für Morgen, Freitag, den 15. d. M., 11 Uhr Vormittags anzuberaumen und für dieselbe die Fortsetzung der heutigen Tagesordnung vorzuschlagen. *(Zustimmung.)*

Jedoch muß ich Folgendes bemerken: Wir kämen nach Beendigung der Berathung über den Voranschlag der Ministerien des Innern und für Landesvertheidigung zur Berathung des Etats des Ministeriums für Cultus und Unterricht. Da aber Seine Excellenz der Herr Unterrichtsminister erkrankt ist, und erst nach einigen Tagen im hohen Hause erscheinen dürfte, so möchte ich mir erlauben, die Berathung über den Voranschlag des Ministeriums für Cultus und Unterricht erst dann vorzunehmen, wenn die übrigen Ressortministerien erledigt sind. Sobald der Herr Minister in der Lage sein wird zu erscheinen, werde ich den Voranschlag des Ministeriums für Cultus und Unterricht zur Berathung bringen.

Ich wollte darauf nur aufmerksam machen, weil morgen nach dem Landesvertheidigungsministerium das Finanzministerium zur Berathung kommen wird.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung 3 Uhr 30 Minuten.)*

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Geschäften sich verliert, dafür aber in einer stattlichen Anzahl von Exhibitsnummern desto imposanter auftritt. Wenn ich den Wirkungskreis solcher Bezirkshauptmannschaften in kurzen Zügen charakterisiren will, so besteht er einfach in der Sucht, so zu erscheinen, als ob sie Alles thun müßten, als ob das gesammte Verwaltungsleben nur in ihren Adern pulsirt, während thatsächlich alle Arbeit auf die Gemeinden geschoben, diese die wahren geistigen Lastträger der Bezirkshauptmannschaft sind, welche überdies dieselben als solche bei jeder Gelegenheit zu behandeln gewiß nicht unterläßt. Ich führe hier folgenden Fall an: Trotzdem, daß aus der Gurkfelder Bezirkscasse ein Bezirksdiener entlohnt wird, haben doch die betreffenden ihn bezahlenden Gemeinden von seiner Amtsthätigkeit gar keinen Nutzen, nachdem sämmtliche Zustellungen, die in die Tausende gehen, durch die Gemeinden bewerkstelligt werden; und diese abnorme Praxis geht sogar so weit, daß selbst Beamte der Bezirkshauptmannschaft, welche im Amtsgebäude selbst sich befinden, durch die Gemeinde verständigt werden müssen, so daß zuerst der Diener der Bezirkshauptmannschaft mit dem diesfälligen Schriftstücke zum Gemeindeamte und sodann erst der Diener dieses letzteren den Weg zur Bezirkshauptmannschaft machen muß, um das Schriftstück dort zuzustellen. Diese Vorgänge ziehen folgende zwei Erscheinungen nach sich, welche die Amtsführung mancher Bezirkshauptmannschaft in Krain begleiten und dieselbe in eigenthümlicher Weise charakterisiren.

Die erste dieser Erscheinungen besteht in der Creirung oder besser Erhöhung eines unheilvollen Dualismus in der Verwaltung durch Ausprägung scharfer Gegensätze zwischen den staatlichen und autonomen Behörden, zwischen den Bezirkshauptmannschaften und den Gemeinden.

Nicht weil wir eine dualistische Verwaltung besitzen, nicht weil wir eine staatliche und autonome oder Selbstverwaltung haben, nicht deßhalb ist unsere Verwaltung schlecht — wie von vielen Seiten namentlich von den Feinden jeder Autonomie behauptet wird — denn eine so gestaltige Zweigliedrigkeit findet sich constant in allen Verwaltungen der Culturvölker Europas wieder — sondern nur deßhalb bleibt unsere Verwaltung schwach, lahmgelegt, unfähig zu großen Initiativen, nur deßhalb — ich wiederhole es — weil der autonomen Verwaltung, das ist der Gemeinde- und Landesverwaltung, nicht jener Wirkungskreis, nicht jene Unabhängigkeit gewährt werden, die ihnen deßhalb zukommen, weil sie allein mit der Bevölkerung in unmittelbarem Verkehre stehen, allein in der Lage sind, die Interessen derselben zu erkennen, allein schließlich im Stande sich fühlen, jene Interessen zweckentsprechend zu regeln, somit zu verwalten.

Vom grünen Bureautische aus glauben gewisse Bezirkshauptmannschaften auf dem holprigen Wege vorgefaßter Meinungen die Spender des Glückes für die Bevölkerung zu sein, von ihrem Lehnstuhle aus, an welchem spurlos die Geschichte vorübergeht, glauben sie am Gängelbande vormärzlicher Ideen oder nach geheimen Relationen abgedienter Feldwebel verwalten zu sollen.

Die autonome Verwaltung aber, welche weiß, daß ihr die Zukunft des Verwaltungslebens auch in Oesterreich gehört, daß sie wohlthuend, groß und mächtig sein wird, zu einer Zeit, wo die Bezirkshauptmannschaften längst schon im Grabe der Vergessenheit modern, und ihre in voluminösen Acten niedergelegten Thaten durch den Staub der Registratur verherrlicht oder bei einem Gewerbetreibenden praktische Verwendung erleiden werden, diese so oft und vielfach geschmähte Gemeindeverwaltung — zu der trotzdem jede Bezirkshauptmannschaft ihre Zuflucht nimmt, wenn sie auch nur eine Fliege mißliebig summen hört — diese Verwaltung läßt sich die präpotente Behandlung dieses Präfecten- und Paschathums durch die Bezirkshauptmannschaften nicht gefallen.

Der Antagonismus tritt dort am grellsten auf, wo die Communalverwaltung an intelligenten Elementen einen Rückhalt hat, gerade solchen Gemeinden gegenüber pflegen einige Bezirkshauptmannschaften ihre Amtsherrlichkeit im hellsten Lichte leuchten zu lassen, dadurch, daß sie denselben die meisten Schwierigkeiten in den Weg legen; und doch wäre es am Platze, gerade solche Gemeinden, von denen ein belebender Einfluß auf die Nachbargemeinden und überhaupt eine Entwicklung des Gemeindewesens zu erwarten ist, zu unterstützen; solchen Bezirkshauptmannschaften sind eben nur jene Gemeinden genehm, die unbedingt gehorchen, weil es ihnen an selbstständigem Denken fehlt, mit denen es sich daher bequem arbeiten läßt; diese letzteren werden daher nach dem Grundsatze: „Selig sind die Armen im Geiste“ viel glimpflicher behandelt; zwar wirft man der Geistlichkeit in Krain vor, daß sie die Bevölkerung in der Unwissenheit erhalten will, um dieselbe beherrschen zu können, ich muß jedoch offen erklaren, daß in dieser Beziehung manche Bezirkshauptmannschaft viel consequenter vorgeht.

Doch um zur bezirkshauptmannschaftlichen Verwaltung zurückzukehren, bewirkt diese Disharmonie, daß viele Vorschläge, Gutachten ꝛc. ꝛc. der Gemeinden so ziemlich gleichgiltig bei der Bezirkshauptmannschaft aufgenommen, an denselben Modificationen vorgenommen werden, oder doch eine prätentiöse Sauce darüber gesotten wird, deren Spender in das viel- und nichtssagende Gewand des „Ich“ gehüllt ist, durch welches „Ich“ sich das Paschathum manifestirt, indem der Bezirkshauptmann nicht im Namen des Amtes, sondern in eigener Person seine „Ukase“ erläßt.

So muß es geschehen, daß die Verwaltung in zwei Heerlager getheilt, in einem Guerillakriege zwischen Bezirkshauptmannschaft und Gemeinde sich ergeht, ihre Arbeitskraft verschwendet und schließlich kaum fähig wird, größere Aufgaben mit Festigkeit zu lösen.

Wenn ich für dieses Verhältniß eine Analogie bezeichnen müßte, würde ich jene wählen, welche in diesem hohen Hause aus Anlaß der Besprechung des Dualismus im staatlichen Verbande zwischen Oesterreich und Ungarn aufgestellt wurde und welche treffend das dualistische Verhältniß zwischen Ungarn und Oesterreich als ein Verhältniß zwischen Mann und Weib auffaßt; doch während wir im staatlichen Dualismus mit Ungarn noch auf der ersten Stufe der Disharmonie angelangt sind, indem Ungarn nach der Version eines hochgeschätzten Collegen nur allzuviel fordert, was wir allzuleicht nachgeben, ist der politische Verwaltungsdualismus in Krain um viele Schritte weiter gelangt; hier prügelt der Mann sein Weib weidlich und bei jeder Gelegenheit durch; die Gemeinden sind die Prügelweiber der Bezirkshauptmannschaften.

Um jedoch bei diesem Gleichnisse, welches die besondere Aufmerksamkeit des Herrn Sprechministers bei erwähnter Gelegenheit auf sich gezogen hat, jedes Mißverständniß zu vermeiden, erlaube ich mir zu bemerken, daß ich nicht zu den erfahrenen Ehemännern gehöre, daß ich übrigens in meinem Gleichnisse nicht die Verständnißeinigkeit zwischen Ehegatten, sondern einen exceptionellen Zustand hervorhebe, welcher ein handgreiflicher ist und für welchen der berühmte Verfasser der „Ehe in welthistorischer Bedeutung“ gewiß nur das Gefühl der Approbation haben wird.

Die zweite Erscheinung der geschilderten Verwaltungsthätigkeit einiger Bezirkshauptmannschaften ist ein schleppender Verwaltungsgang und die damit verknüpfte Vielschreiberei, zu deren Illustration folgender Fall: Für eine durch Feuerschaden heimgesuchte Ortschaft gingen viele Spenden, darunter auch namhafte ein, welche von der betreffenden Gemeinde ungesäumt unter die Abbrandler vertheilt wurden; als nach einiger Zeit noch ein Sammelbetrag von circa 26 fl. einlangte, fiel es der Laune der politischen Behörde ein, dessen Depositirung an's Steueramt zu decretiren, dem Gemeindeamte aber zur Vorlage eines Ausweises der Hilfsbedürftigsten den Auftrag zu ertheilen. Erst unter gnädigster Genehmigung des vorgelegten Ausweises erhält das Gemeindeamt Ordre, die zu Betheilenden vorzuladen, das Steueramt aber die Weisung zur Exdepositirung des Betrages von 26 fl. Dieser schleppende Gang und die Vielschreiberei äußert sich auch darin, daß alle Anfragen und Auskünfte 2c. 2c., welche Organe anderer Behörden, Wohlthätigkeits- und öffentlicher Anstalten benöthigen, nicht direct an die Gemeinde, sondern immer zuerst an die Bezirkshauptmannschaft gestellt und von dieser mit einem drakonischen Auftrage an die Gemeinden „zur Entsprechung“, „zur Berichterstattung“, „zur Aeußerung“ 2c. abgetreten werden, wobei dann noch das Eigenthümliche obwaltet, daß die Gemeinde ihre Auskünfte, Berichte, Anträge 2c. wieder an die Bezirkshauptmannschaft richten muß, welche diese dann gnädigst weiter mittheilt.

Die Bezirkshauptmannschaft ist somit in allen diesen Verhandlungen nur das vermittelnde Organ, versieht bloß die Dienste des Telephon; wenn sich diese Erfindung des Telephon praktisch erweisen sollte, so wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht an die Stelle der Bezirkshauptmannschaft ein oder mehrere Telephonisten angestellt werden sollten. *(Heiterkeit.)* So wird amtirt!

Altösterreichische vormärzliche Traditionen ersehen in dem politischen Bezirksvorsteher oder Hauptmanne die personificirte Regierung und wollen dieser erlauchten Obrigkeit Alles unterthan wissen; eine Reminiscenz an diese Auffassung machte sich auch in der Organisation des Jahres 1868 dahin geltend, daß dem Bezirkshauptmanne eine höhere Diätenclasse als dem Bezirksrichter gegeben wurde. Das Abgeordnetenhaus hat wiederholt Resolutionen auf Gleichstellung der Bezirksrichter mit den Bezirkshauptleuten, beziehungsweise Einreihung der ersteren in die siebente Rangsclasse gefaßt; die Regierung hat diese Resolutionen nicht berücksichtigt, ein Beweis, daß es ihr um die politische, recte Polizeibehörde, mehr zu thun ist, als um die freie Justiz.

Es ist dies eine auffallende Ungerechtigkeit in Anbetracht der materiellen Wichtigkeit der diesen beiden Behörden zugewiesenen Geschäfte und verstoßt auch gegen die Gleichheit, welche beide Verwaltungszweige im Rechtsstaate haben sollen und haben müssen.

In der That, welche wichtige Amtsgeschäfte sind nicht dem Richter in seinem Bezirke zugewiesen! Derselbe entscheidet über Mein und Dein, über Freiheit und Ehre, somit über die heiligsten Güter der Menschen! Wie geringfügig nehmen sich gegenüber diesen die vitalsten Interessen der Bevölkerung berührenden Amtsgeschäften jene aus, welche den Bezirkshauptmannschaften zugewiesen sind, Geschäfte, welche dem größten Theil nach in mechanischer Routine oder in Manipulationsdiensten, oder in geistloser Postbeförderung zwischen zwei correspondirenden amtlichen (Behörden) Organen bestehen!

Für das Militärwesen hat die Bezirkshauptmannschaft den Bezirksfeldwebel, für die Steuer den Steuerinspector mit den Steuerämtern, für die Schulen den Bezirksschulrath sammt dem Ortsschulrathe, für alle übrigen Agenden die Gemeinde, welche ohnedies für Alles sorgen muß, so daß ich wirklich in Verlegenheit wäre, wenn ich ein Gebiet bezeichnen

sollte, von dem man sagen könnte, daß auf diesem die selbständige eigentliche Initiative der Bezirkshauptmannschaft in Krain eintrete, nachdem Wasserrechts- und Industrierechtsfragen fast ganz entfallen. Die kleinste Kleinigkeit geht entweder durch die Gemeinde oder die anderen der Bezirkshauptmannschaft zugetheilten Fachorgane. Man wende nicht ein, daß die Bezirkshauptmannschaften eine leitende einheitliche und alle diese unteren Organe unterstützende Thätigkeit besitzen und deßhalb gleichsam die Seele, den Geist für alle diese verschiedenen Verwaltungszweige bilden.

Dem ist in der That nicht so, die Bezirkshauptmannschaften leiten gar nichts! Denn die vorkommenden Amtsgeschäfte sind Detailgeschäfte der alltäglichen Administration, die ihren Gang ruhig und sicher weiter gehen, gleichviel, ob unter der Amtserledigung die Unterschrift des Gemeindevorstehers, Steuereinnehmers oder sonst eines Fachorganes steht. Die Centralisation dessen, was eine Centralisation nicht verträgt, sondern nur ein Conglomerat von zusammengewürfelten mannigfachsten Detailgeschäften ist, vermag wahrlich die Existenz der Bezirkshauptmannschaften in der gegenwärtigen Aufstellung in Krain nicht zu rechtfertigen. Nachdem ich im Allgemeinen die Stellung der Bezirkshauptmannschaften in Krain geschildert, ihre Amtsthätigkeit charakterisirt und dieselbe nach den beiden unglücklichen Erscheinungen, die sie zu Tage bringt, geschildert habe, bleibt mir, um ein getreues Bild der Wirklichkeit dem hohen Hause vorzulegen, nur noch übrig, in Kurzem jene Folgen zu berühren, welche die obgeschilderten und gewiß nicht übertriebenen Mißstände in der politischen Verwaltung Krains nach sich ziehen.

Es herrscht bei diesen Bezirkshauptmannschaften ein systematischer Gebrauch jener vielfachen Gewalten, die der politischen Verwaltung in dem weiten sogenannten Gunstgebiete zustehen, welches keiner Controle unterliegt, zu Gunsten der jeweilig herrschenden, das ist der ministeriellen Partei.

Es gibt, meine Herren, einen einzigen aber dafür sehr schwarzen Punkt im Constitutionalismus, das ist der Gebrauch, oder besser gesagt der Mißbrauch der politischen Gewalten im Interesse der jeweilig herrschenden Partei; und die Bezirkshauptmannschaften Krains bilden in diesem schwarzen Punkte den schwärzesten Fleck.

Militär-Schulangelegenheiten, selbst die Disciplin über die Beamten wird oft zur unverkennbaren Schonung der sogenannten „Gutgesinnten" gehandhabt.

Die sogenannte „gute" und ihr Gegensatz, die sogenannte „schlechte" Gesinnung wird aber nicht nach einem objectiven Maßstabe beurtheilt, sondern nur nach der jeweilig herrschenden Partei, und schlecht gesinnt bleibt immer Derjenige, welcher nicht zur herrschenden Partei gehört oder es sogar wagt, derselben Opposition zu machen, in welchem Falle dann die politische Behörde den höheren Grad der Gefährlichkeit annimmt.

Dieser Gebrauch der politischen Gewalt zu reinen Parteizwecken ist um so schädlicher, als das jeweilige System sich ändern kann und mit einem Schlage die „Gutgesinnten" zu „Schlechtgesinnten" und umgekehrt werden können. Durch diese dann rasch eintretenden Aenderungen wird das Rechtsgefühl bei der Bevölkerung untergraben und die Achtung vor der politischen Behörde, als einer objectiven über sämmtlichen Parteien stehenden Leiterin in Verwaltungsangelegenheiten geht in Allem und Jedem verloren. Bei der Localverwaltung wirkt der Gebrauch der politischen Macht zu Parteizwecken dahin, daß Männer, welche ihrer Bildung und Unabhängigkeit nach zur Führung solcher Ehrenämter geeignet sind, sich vom öffentlichen Leben zurückziehen, um der Alternative zu entgehen, entweder ihre Ueberzeugung zu opfern, oder in steter Fehde mit der Bezirkshauptmannschaft sich das Leben zu verbittern, und zwar in allen jenen vielen kleinlichen Verhältnissen, in denen sich solche Gegensätze zu rächen wissen.

Wer nur ein klein wenig mit den Verhältnissen des öffentlichen Lebens am Lande vertraut ist, wird die manigfaltigsten, zum Theile recht kleinlichen Verhältnisse ermessen können, in denen die politische Behörde in die Lage kömmt, den sogenannten Schlechtgesinnten das Leben gleichsam wie mit Nadelspitzen zu verbittern; es ist ein kleinlich organisirter Krieg im Kleinen, aber mit sicheren Wirkungen, die den Betroffenen oft sehr schwer treffen.

Und vollends, wenn zu den „Schlechtgesinnten" ein Beamter gehört! Ich will, meine Herren, die Handhabung der Disciplin gewiß nicht antasten, aber jeder Verwaltungszweig soll im Staate unabhängig vom andern, namentlich aber der Richterstand von allen anderen sein. Und leider, meine Herren, ist in Krain die Ueberwachung der richterlichen Beamten nicht nur bezüglich der politischen Gesinnung, sondern sogar bezüglich ihrer ämtlichen und außerämtlichen Thätigkeit an der Tagesordnung.

Meine Herren! Der richterliche Beamte in Krain wird von den politischen Behörden controlirt, in welche Gesellschaft er geht, welche Gasthäuser er besucht, mit wem er überhaupt verkehrt; allein nicht genug damit, auch die amtliche Thätigkeit wird controlirt; mir ist ein Fall bekannt, wo ein Bezirkshauptmann über Ansuchen der im Rechtsstreite durchgefallenen Partei derselben ein Certificat ausstellte, daß das richterliche Urtheil unrichtig und zu cassiren sei. *(Rufe: Hört! Hört!)* Ein nicht minder interessanter Fall dürfte der sein, daß in einer Strafangelegenheit gegen einen renitenten Gewerbsmann, welche Strafangelegenheit sowohl dem Be-

zirksgerichte, als auch der Bezirkshauptmannschaft mitgetheilt wurde, bei der Amtshandlung vor der Bezirkshauptmannschaft der eine Bezirkscommissär den betreffenden Gewerbsmann freisprach, der zweite als staatsanwaltschaftlicher Functionär beim Bezirksgerichte dessen Bestrafung nach dem Gesetze verlangte, und endlich nachdem Inculpat vom Gerichte zu einigen Tagen Arrest verurtheilt worden, die Bezirkshauptmannschaft denselben zu sich beschied, damit sie ihm die Berufung gegen das gerichtliche Erkenntniß an die Appellinstanz verfasse.

Daß übrigens die Justizbeamten gegenüber den politischen Behörden in einer so inferioren Stellung sich befinden, mögen möglicherweise auch die höheren Justizstellen die Schuld tragen; es ist mir bekannt, daß in einer Disciplinarangelegenheit nicht der vorgesetzte Bezirksrichter, sondern der Bezirkshauptmann um die Qualification des betreffenden Justizbeamten gefragt wurde; mit welcher Gewissenhaftigkeit solche Qualificationen verfaßt werden, möge man daraus ersehen, daß bei einer kürzlich vor dem Disciplinarsenate des Obersten Gerichtshofes stattgefundenen Verhandlung die Qualificationsnote des betreffenden Bezirkshauptmannes als nicht beweismachend bezeichnet wurde, weil darin zur Begründung der Schlußfolgerungen keine Thatsachen angeführt werden. Also ohne jede Thatsache wird ein mißliebiger richterlicher Beamte schlecht beleumundet, bloß weil er dem betreffenden Bezirkshauptmanne nicht genehm ist.

Jedenfalls sind solche Vorgänge geeignet, den ohnedies starken Hochmuth der politischen Beamten gegenüber den Justizbeamten zu steigern; in der That, es wird so weit kommen, daß jeder richterliche Beamte ein Fleißzettel beim Bezirkshauptmanne wird holen müssen!

Meine Herren! Im Rechtsstaate ist die richterliche Gewalt das heilig zu haltende Palladium jeder politischen Freiheit, wehe, wenn die Justiz nicht unabhängig und objectiv in Allem und Jedem gehandhabt wird; von ihr gilt im vollsten Maße, was Valentin in Goethe's Faust seiner Schwester vorwirft:

„Und wenn Dich erst ein Einziger hat, so hat Dich auch die ganze Stadt."

Doch, meine Herren, kann der böse Zufall, dem neben den Göttern des Alterthums auch die modernen Götter der politischen Verwaltung am Lande sich nicht entziehen können, es fügen, daß unter den sogenannten Schlechtgesinnten auch eine Gemeindevertretung oder ein Gemeindevorsteher sich befinde.

Ich habe selbst die Ehre, in dieser wenig beneidenswerthen Lage zu sein, und weit entfernt sei es von mir, daß ich mir die Freiheit nehme, das hohe Haus mit meiner geringen Persönlichkeit zu behelligen, aber das Princip, das ich vertrete, treibt mich dahin, Sie zu versichern, daß manche meiner gemeindeämtlichen Thätigkeit, so oft dieselbe mit jener der politischen Behörde in Berührung kommt, durch eine gegentheilige Auffassung der letzteren und eine entgegengesetzte Anordnung immer und beharrlich paralisirt wird.

Ich will das hohe Haus nicht ermüden mit Aufzählung weiterer Details, kann jedoch nicht umhin, zum Schlusse einen Moment zu erwähnen, der im Lande Krain, wo bis auf einen kleinen Bruchtheil eine nichtdeutsche Bevölkerung wohnt, in besonders grellem Lichte hervortritt.

Obzwar die dermalige Regierung gegenüber nichtdeutschen Nationalitäten gewiß wenig Coulance zeigt, so gehen viele Bezirkshauptmannschaften in Krain noch viel weiter, indem sie Alles, was nicht deutsch oder wenigstens nicht deutsch gesinnt ist, ohne Scheu und ganz offenkundig mit Spott und Hohn bei jeder sich darbietenden Gelegenheit überschütten. Ich würde schließlich selbst darüber nicht zu sehr beunruhiget sein, wenn es sich bloß um die Präponderanz des hochcultivirten Deutschthums in Oesterreich handeln würde. Leider aber habe ich Wahrnehmungen gemacht, daß einzelne politische Beamte — ich will hoffen, daß ihrer im Lande Krain doch nur sehr wenige sind — über das Großdeutsche das österreichische Gefühl vollkommen verloren haben und ich halte mich für verpflichtet, als Vertreter eines Theiles der loyalen österreichischen Bevölkerung jene Wahrnehmung zur Kenntniß des hohen Hauses zu bringen.

Ich will den Erörterungen bezüglich der Legalität der im vergangenen Sommer stattgehabten Landtagswahlen für Krain nicht vorgreifen — damit wird ohnedies der Landtag sich beschäftigen — trotzdem glaube ich es zur Begründung der obangeführten principiellen Bedenken schon hier constatiren zu dürfen, daß sich ein Bezirkshauptmann in Krain aus Anlaß der Wahlagitation für den Krainer Landtag nicht entblödete, einem Gemeinderathe und Wähler gegenüber sich zu äußern, daß er bedenken solle, daß es beim Zerfalle Oesterreichs denn doch besser sein dürfte, wenn Krain unter Preußen als unter Rußland käme. *(Rufe: Hört! Hört!)*

Dieser nämliche Bezirkshauptmann hat einen Schulfreund, der wegen der etwas hastigen Vermehrung der Schulen in dem betreffenden Bezirke bemerkte, daß man mit Rücksicht auf die höchst mißlichen finanziellen Verhältnisse der ärmlichen Bevölkerung langsamer vorgehen sollte, damit beruhiget, daß wir ja ohnedies unter Preußens Herrschaft kommen und daß dieses Geld genug zur Erhaltung der Schulen habe. *(Rufe: Hört! Hört!)*

Meine Herren, ob ein kaiserlicher Beamter, der aus Anlaß der Wahlagitation und auch bei seiner sonstigen Amtsthätigkeit den Zerfall Oesterreichs als eine bevorstehende Thatsache ventilirt, die geeignete Persönlichkeit zur Repräsentation selbst des jetzigen Regierungssystems ist, überlasse ich der Beurthei-

privat, man hat sie mir öffentlich gestellt in einer in Lemberg erscheinenden polnischen Zeitschrift im October obigen Jahres.

Man hat von mir in einem Leitartikel verlangt, daß ich meine nationalen Ueberzeugungen gründlich und feierlich abschwören solle. Es traf aber nicht ein, wie es der Herr Abgeordnete der Stadt Tarnopol Ihnen glauben machen wollte, daß ich vielleicht diese Bedingungen mit einer reservatio mentalis angenommen habe. Meine Herren! Ich habe diese Bedingungen in einer anderen politischen Zeitung mit Verachtung zurückgewiesen und habe erklärt, daß ich nicht für diese und für keine Pfarre in der Welt meine Ueberzeugung aufgeben werde. Die Folge davon war, daß, obwohl die Pfarre mir feierlich zugesagt worden war, ich dieselbe nicht erhielt.

Allein dieser Vorgang, meine Herren, machte im ganzen Lande, auch bei den gutgesinnten Polen, einen solch peinlichen Eindruck, daß sich ein Mann fand, nicht von der sogenannten Actionspartei, ein Mann von keiner ausgeprägten politischen Färbung, welcher, meine Verdienste um die Volksaufklärung und auch auf landwirthschaftlichem Gebiete berücksichtigend, dieser Partei zum Trotze, mir selbst das Anerbieten machte, eine in seinen Gütern erledigte Pfarre anzunehmen. Ich habe sie angenommen. Diese Pfarre aber, auf welcher ich jetzt bin, erhielt ich von meinem griechisch-katholischen Metropolitanordinariat, selbstverständlich ohne jede reservatio mentalis. Soviel zur Entgegnung in meiner persönlichen Sache. *(Bravo!)*

Ich schließe mit der Bitte an die hohe Regierung, daß sie die Vorlagen über die confessionellen Gesetze, welche noch ausständig sind, baldmöglichst zur verfassungsmäßigen Behandlung einbringen, und daß unserem Clerus nicht nur die Schatten-, sondern auch die Lichtseiten dieser Gesetze zugewendet werden mögen. *(Bravo! Bravo!)*

**Vicepräsident**: Der Herr Abgeordnete Dr. Weigel hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Weigel**: Hohes Haus! Ich habe mich bei dem Titel „Cultus" gegen die Anträge des Ausschusses und in Unterstützung jener Ausführungen zum Worte gemeldet, welche mein hochachtbarer Freund und Gesinnungsgenosse Domherr Ruczka gestern an diesem Orte so beredt zum Ausdrucke brachte, weil es mir schien, daß es nicht wohl angehe, daß ich in einer Angelegenheit von für uns so hochwichtigem Interesse schweige, wo der Abgeordnete eines anderen Wahlbezirkes für die Reorganisation der Diöcese so warm eingetreten ist. Ich könnte mich umsoweniger des Wortes begeben, als ich es war, welcher schon diejenige Resolution angeregt hatte, welche in der 50. Sitzung des hohen Hauses, das ist am 10. Juni 1871, hier einstimmig gefaßt worden ist und dahin lautete: „Die kaiserliche Regierung wird aufgefordert, wegen Abberufung des zeitweilig bestellten päpstlichen Vicars in Krakau das Entsprechende sofort zu veranlassen und die freie Wahl eines Diöcesenadministrators aber der kirchlichen Satzungen gemäß dem Domcapitel freizugeben." Es sollte scheinen, daß eine so präcis gefaßte Resolution bisher binnen sieben Jahren denn doch einen Erfolg hätte haben sollen. Wenn ich mir aber auch nicht verhehle, daß ich über den Werth von Positionen und Resolutionen nach einer fast zehnjährigen Erfahrung in diesem hohen Hause so ziemlich ins Klare kommen mußte, so kann ich denn doch nicht umhin, es tadelnd zu bemerken, daß in dieser Richtung vom Cultusministerium nichts Meritorisches geschehen ist, obwohl man den unhaltbaren Stand der Dinge kannte. Es ist mir peinlich, hohes Haus, diese Angelegenheit hier wiederholt vor das Forum der Reichsvertretung zu bringen. Es wäre mir lieber, wenn sie als eine Landesangelegenheit im Landtage discutirt werden könnte. Sind aber die Verhältnisse einmal so, daß wegen des Ausgabentitels, wegen der hiebei in Rechnung kommenden leidigen Ziffer die Sache vor das Forum des hohen Hauses gehört, so werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich sie hier auch am competenten Orte austrage. Ich werde mich dabei so viel als möglich jener Schonung befleißen, welche ich für den Gegenstand bei früheren Discussionen bewahrt habe, befleißen mit einer für die Sache selbst nicht eben förderlichen Reserve, denn um erschöpfend zu sein, müßte ich deutlich sein, und um deutlich zu sein, müßte ich füglich eine vertrauliche Sitzung ansprechen, was ich schon aus Rücksicht für den parlamentarischen Anstand nicht will. *(Rufe: Hört! Hört!)*

Mein hochachtbarer Landsmann, der Herr Domherr Ruczka, hat gestern in seinen Worten durchschimmern lassen, daß ihm dieser Gegenstand ebenso odios ist wie mir, er hat Ihnen aber auch an der Hand der Geschichte, an der Hand von Daten über ruhmreiche Vergangenheit des Krakauer Bisthums dargethan, daß eben nur die tüchtigsten und correctesten Männer stets diesen Bischofssitz einnahmen, und sein Bedauern schimmerte offenbar durch die Zeilen durch, daß dies gegenwärtig nicht eben der Fall ist. Freilich ist jetzt die Versehung nur interimistisch, freilich ist der jetzige Verweser einer anderen Diöcese entnommen, woher er zuwider dem Grundsatze „Nullum beneficium sine officio" abgesondert 1400 fl. als Domdechant bezieht und dem dortigen Domherrn durch 16 Jahre den Weg zu diesem Amte sperrt, freilich wurden wir damit getröstet, daß dieser Zustand der Dinge nur ganz kurze Zeit dauern wird. Allein, meine Herren, trotz jenes Breves an das Domcapitel, in welchem der verewigte Papst im Domcapitulare damit tröstete, daß nur auf kürzeste Zeit dem Drängen der Regierung

— ich spreche nicht von der jetzigen, sie hat es nicht zu verantworten, ich spreche von dem Ministerium der Februarverfassung — nachgegeben wurde, aber es Rom ferne liege, der Bevölkerung und dem Lande so qualvolle Zustände für lange aufzudrängen, trotz alledem dauert der unhaltbare Zustand, wie es dem jetzigen Ministerium leider wohl bekannt ist, durch 16 Jahre fort, seit 43 Jahren ist der Bischofssitz erledigt und es ist nichts geschehen; anderseits weiß ich nicht und vermag es nicht einmal zu ermessen, welche Motive da hinter den Coulissen spielen, daß eine so ernst gehaltene Resolution und ihre Motive von der Regierung bisher nicht gebührlich gewürdigt, ja sogar so viel als ignorirt wurden und dem Wohle der Diöcese von Krakau bisher eine Rechnung nicht getragen wurde.

Ich sage, das hohe Cultusministerium trifft der Vorwurf, daß trotz der leiseren Accorde, mit denen in dieser Sache ursprünglich in die Saiten gegriffen worden ist, dennoch bis jetzt nichts, oder doch soviel wie nichts geschah — und selbst als in der Sitzung des hohen Hauses vom 12. December 1875, freilich wieder in möglichst schonender und mehr rücksichtsvoller Weise, die ich fast bedauern sollte, von mir hervorgehoben wurde, daß durch fünf volle Jahre seit der gefaßten obigen Resolution gar nichts geschehen ist, war die Antwort des Cultusministers bedauerlicherweise ganz ausweichend, aber auch zugleich bekennend, daß nichts geschehen ist, und daß erst, wenn eine Dismembration der Tarnówer Diöcese oder deren Vereinigung mit Krakau, weßbehufs die Verhandlungen in Angriff genommen wurden, durchgeführt sein würden, welche Verhandlungen erst seit letzterer Zeit im Zuge sind, jenes unleidliche Verhältniß könne abgeschafft werden. Daß ich mir wenigstens von dieser reservirten Antwort des Herrn Cultusministers gar nichts versprach, werden Sie mir glauben und nicht verübeln; der unhaltbare Zustand der Dinge dauert aber nach wie vor, und — utinam falsus sim vates! — weil die Provisorien in Oesterreich erfahrungsmäßig sehr lange dauern, so glaube ich, nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen zu schließen, daß es noch unendlich lange dauern könnte, ehe man von der Regierung eine Abhilfe erhoffen kann, was aber zum Schaden des eigenen Ansehens der Regierung geschieht, und mit Hintansetzung jener Achtung, die man der intelligenten und religiös beispielsvollen Bevölkerung der Stadt Krakau doch längst schuldig ist.

Wenn von meinem hochverehrten Landsmanne gestern der Ruhm und die Vergangenheit des Krakauer Bisthumes hervorgehoben und gesagt wurde, daß stets Männer diesen Platz einnahmen, die als hochbegabte, ihrem Vaterlande hochverdiente, fast als heilig gehaltene Personen angesehen wurden, daß sie sich durch Gelehrsamkeit, hervorragende Tugenden und Patriotismus auszeichneten, bedauere ich, nicht in der Lage zu sein, an dem gegenwärtigen Leiter der Diöcese etwas an Tugenden hervorheben zu können, vielleicht deßhalb, weil der Reichsrath fast das ganze Jahr über dauert, und ich wohl wenig Gelegenheit habe, mich in seinen Tugenden umzusehen, oder von denselben Näheres zu erfahren; aber was mir von den Untugenden desselben zu Ohren kommt, kann ich wieder aus Schicklichkeitsgründen in diesem hohen Hause nicht vorbringen. *(Bravo! rechts.)*

Die Regierung, sagte ich, ist nicht verantwortlich für die Ernennung des derzeitigen Diöcesanleiters, da der jetzige Bisthumverweser von dem Ministerium der Februarverfassung ernannt wurde, aber ich glaube das Cultusministerium dafür verantwortlich machen zu können, welches diesen Zustand der Dinge kennt, und welcher nun schon 16 lange Jahre dauert; daß es diesen Zustand dennoch duldet. Wenn in einer früheren Antwort des Ministers darauf hingewiesen wurde, daß der gegenwärtige status quo auf einer Allerhöchsten Entschließung beruhe, ohne deren und Roms abändernde Bestimmung wohl nicht leicht Etwas vorgenommen werden könne, so bin ich gewiß Derjenige, der der Krone das größte Vertrauen entgegenbringt, weil sie sich an uns jederzeit väterlich und für das Land fürsorglich bewiesen hat, und weil wir der Krone manche Zustände verdanken, die wir vielleicht auf anderem Wege nicht errungen hätten. Aber es ist eitle Annahme, wenn man nur denkt, daß der erlauchte Träger der Krone abgeneigt sein könnte, dem Domcapitel sein Recht wiederzugeben, oder das religiös-sittliche Interesse der Bevölkerung leiden lassen wollte, wo wir es gewöhnt sind, die Achtung berechtigter Wünsche der Bevölkerung in dieser Hinsicht eben von Seite der Krone wohlwollendst zu erfahren. *(Bravo!)*

Daß also ein Diöcesanleiter entfernt werden müsse, der für den Platz nicht paßt, den er einnimmt, unterliegt einem Zweifel nicht. Es werden von einem Kirchenfürsten in so hoher Stellung heute mehr als gewöhnliche Eigenschaften erfordert, aber wir vermissen hier auch die gewöhnlichsten, und ich könnte, wenn Sie es nicht schon ohnedies wüßten, eine Illustration vorführen, an einem unserer Collegen im Reichsrathe, der als Priester behandelt wird und wurde, auf eine Weise, wie sie in den neueren Annalen des Kirchenprocesses wohl nicht mehr vorkömmt. Die Verwegenheit, um ein Beneficium einkommen zu wollen, welches vom Diöcesanleiter jemand Anderem zugedacht war, das aber ein Beneficium landesfürstlicher Verleihung ist und dem gedachten Collegen, der als verdienter Religionsprofessor ein Recht darauf zu haben glaubte, die Bewerbung darum als nichts Unerlaubtes erschienen ließ, hatte die Verhängung einer mehrjährige Suspension zur Folge, um eines bei den Haaren herbeigezogenen Grundes willen. Thatsachen, die übrigens

allgemein bekannt sind. Ein gewöhnlicher Verbrecher darf in der Untersuchung nicht länger als 60 Tage und bei außerordentlichen Umständen mit Bewilligung des Oberlandesgerichtes noch einen dritten Monat angehalten werden. Dagegen zieht sich ein kanonischer Proceß gegen einen bisher unbescholtenen Priester durch Jahre hin und dieser Mann ist außer Recht und Gesetz gestellt, obwohl ein Urtheil, klar wie die Sonne, von Seiner Excellenz dem Metropoliten von Lemberg gefällt, denselben in der entschiedensten Weise freisprach, in welchem classisch redigirten Urtheile in der väterlichsten Weise gerügt worden ist die Art, wie die Suspension in der ersten Instanz gegen den Gemaßregelten mit Hintansetzung aller Rücksichten erfolgte. *(Bewegung.)*

Nicht genug daran. Seitens des Diöcesanleiters geschieht eine Berufung gegen das freisprechende Erkenntniß nach Rom. Aber die Taxe wird wohlweislich nicht von ihm erlegt, damit der Proceß wo möglich sich ins Unendliche hinschleppe, und als die Taxe endlich um der Beschleunigung willen von dem Gemaßregelten erlegt wurde, das Urtheil der Congregation aber einstimmig zu Gunsten des Gemaßregelten in Rom ausfällt, da beruft starrsinnig der Diöcesanverwalter sich a papa male informato ad papam melius informandum und alle möglichen Mittel werden leidenschaftlich angewendet, damit nur der Gekränkte nicht zu seinem Rechte komme.

Und ein solcher Zustand wird vom Cultusminister geduldet! — Reichsrathscollegen geistlichen Standes verwendeten sich beim verewigten Papst um Restitution jenes Collegen „ad sacra" — der Minister für Cultus erlangte aber dessen Restituirung „ad officia" noch immer nicht. *(Rufe: Hört!)*

Dem gemeinen Verbrecher wird sein Recht, dem gemaßregelten Priester wird es nicht, wenn sein Oberer ein Mann der Willkür ist, ein Mann, bei dem Rachsucht, Hochmuth oder Brutalität eine hervorragendere Eigenschaft bilden, als christliche Milde und Versöhnlichkeit, wie es dem Leiter einer Diöcese wohl geziemen sollte, nach den Lehren der Kirche: „Si peccaverit in te frater etc. fac ut in ore duorum sit omne verbum!

Wenn daher von diesen Bänken geistliche und weltliche Abgeordnete eines Landes ihr Wort erheben, eines Landes, welches in der Anhänglichkeit an die Kirche, in der Achtung für seine Priester und Bischöfe vielleicht seines Gleichen sucht, so sollten Sie doch darauf aufmerksam werden, daß etwas an der Sache sein muß und daß nicht etwa Vorschützung einer sogenannten guten Gesinnung darüber hinweghelfen kann, mit der sich solche Protegirte in Wien auszuweisen pflegten. Der Grund, warum Unwille und eine Entrüstung in der Bevölkerung wurzelt, die nicht auszurotten ist, und Mißhelligkeiten, welcher auch der geehrte Herr Redner von gestern Erwähnung that, liegt, offen herausgesagt, in dem persönlichen Verhalten des Diöcesanleiters.

Ich erinnere mich, wenn vermeint werden sollte, daß man etwa um seiner Gesinnungstreue über den Gedachten klage, eines Witzes von Saphir, der einmal sagte: „Das ganze Verdienst Derjenigen, die sich aus der Kempen'schen und Bach'schen Zeit rühmten, guter Gesinnung gewesen zu sein, war das, daß sie sich auf dem Boden verkrochen, wo es galt, den Mann zu stellen, dort aber allerdings stets auf der rechten Seite lagen." *(Heiterkeit.)*

Allein glauben Sie nicht, daß man um seiner früher bethätigten reactionären oder sogenannten guten Gesinnung bei uns verfolgt wird; es sitzen unbehelligt Beamte im Lande, deren Pflicht seinerzeit eine nicht eben angenehme war, die aber deßhalb doch Niemand antastet, wenn sie kein sonstiger Vorwurf trifft.

Wir sahen endlich seither Minister wechseln, Statthalter kommen und gehen, wir sahen selbst den verehrten Träger des Ministerportefeuilles für Cultus zwei- und dreimal die Ministerbank verlassen und wieder einnehmen und doch war man nicht im Stande, einen Mann wegzubringen, der der Stelle schlecht vorsteht und nicht gewachsen ist, die er leider einnimmt.

Wir sahen verdienstvolle Generäle und Officiere, deren Brust von Orden erglänzt, der Laune eines Oberen im Augenblicke geopfert oder angewidert selbst in den Ruhestand zurücktreten, Männer, die ihre Schlachten gekämpft und sich um das Reich verdient gemacht haben; man ließ es zu, daß sie gehen, ist aber nicht im Stande, einen Administrator oder Vicar, dessen Wahl von allem Anbeginne eine verfehlte gewesen, endlich einmal zu entfernen.

Ist man, frage ich, der Resolution des hohen Hauses, wie sie am 10. Juni des Jahres 1871 gefaßt wurde, eine Rücksicht schuldig oder nicht? Ich glaube, ich darf es verlangen, und wenn ich daran denke, daß jene reichen Stiftungen, deren mein geehrter Herr College gestern erwähnte, daß die Dompfründenhäuser in Krakau, welche fast jedem Canonicus ein eigenes Haus einräumen, es erleichtern, einen Administrator wieder aus dem eigenen Domcapitel zu wählen, wodurch ein erträglicher Zustand geschaffen würde, bis ein besseres Definitivum eintritt; wenn ich in Anbetracht ziehe, daß die Administratoren, welche bis zum Jahre 1862 fungirten, sich mit einem Gehalte oder einer Sustentation von 2000 fl. und anderen 2000 fl. für die Erhaltung des Consistoriums begnügten, daß also mit einem Aufwande von 4000 fl. für jetzt die ganzen Auslagen zu decken wären, so muß ich auf die Bemerkungen meines geehrten Herrn Vorredners von gestern zurückkommen, daß 9992 fl. in diesem Titel unter den gerügten Verhältnissen sehr schlecht aufgewendet sind. Ich unterstütze daher im Ganzen den Antrag, welchen der sehr geehrte Herr

Abgeordnete Domherr Ruczka gestern gestellt hat, ich unterstütze ihn aus Consequenz, weil er nur eine Paraphrase derjenigen Resolution ist, welche ich im Jahre 1871 im Budgetausschusse wachgerufen habe; ich unterstütze ihn im vollen Vertrauen auf die Gerechtigkeitsliebe des hohen Hauses auch deßwegen, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß, wenn es der Wille der Regierung ist, ihr Ansehen zu wahren, wenn sie einer so religiösen und intelligenten Bevölkerung einer Stadt, wie es die Stadt Krakau ist, Achtung beweisen will, sie einen ähnlichen Zustand nicht eine Stunde länger dulden dürfe. *(Bravo!)*

Ich sage nochmals, die Regierung ist es ihrem eigenen Ansehen schuldig, wenn sie nicht den Vorwurf auf sich laden will, diesen Zustand zu bemänteln und zu decken, der 16jährigen Qual und der 43jährigen Verwaisung der Krakauer Diöcese entschieden ein Ende zu machen; sie ist es aber auch der Achtung unserer Stadt schuldig, einen anderen Zustand zu schaffen, und dies läßt mich hoffen, daß, nachdem die sechsjährige Cadenz in naher Zeit zu Ende geht und ich seit dem Jahre 1871 wiederholt bemüßigt war, in meiner Stellung als Abgeordneter von Krakau das Wort in dieser peinlichen Sache zu nehmen, wir vielleicht im letzten Jahre glücklicher sein werden, und daß der Resolution, wie sie an den Ausschuß zurückgeleitet wurde, endlich die Behandlung und Folge werden wird, wie dies die Wichtigkeit des Gegenstandes von dem hohen Hause und der Regierung verdient. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

**Vicepräsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Ich erkläre die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Specialberichterstatter das Wort.

Specialberichterstatter Dr. **Rodler**: Die Positionen des Budgetausschusses sind während der langwierigen Debatte in keiner Weise angegriffen worden, und ich könnte daher als Specialberichterstatter eigentlich über die meisten der gefallenen Aeußerungen hinweggehen; allein die Debatte selbst führt nothwendig zu einer Erwiderung. Denn selten ist der Fall vorgekommen, daß von so entgegengesetztem Standpunkte ausgegangen wurde und so entgegengesetzte Ziele angestrebt wurden wie sich das bei der heutigen Debatte gezeigt hat. Wenn wir den ersten der Redner ins Auge fassen, den Herrn Abgeordneten v. Pflügl, so schließt er seine Ausführungen mit dem Wunsche, man möge der Kirche zurückgeben, was der Kirche gehört, es möge vom Staate ein Zuschuß geleistet werden in der Höhe, wie er jetzt beiläufig geleistet worden ist, und man möge im Uebrigen die Verwaltung des Kirchenvermögens und die Versorgung ihrer Bedürfnisse der Kirche selbst überlassen. Von der entgegengesetzten Seite, von Seite des Herrn Abgeordneten Dr. Kronawetter wurde der Satz ausgesprochen, mit dem Cultus habe der Staat nichts zu thun, nicht ein Kreuzer vom Cultusetat gehöre ins Staatsbudget, es sei höchste Zeit, daß Gesetze geschaffen werden, wodurch den betreffenden Confessionen die Verwaltung ihrer Angelegenheiten selbst überlassen wird, der Staat habe mit einem Worte mit confessionellen Angelegenheiten nichts zu thun.

Von anderer Seite wird wieder der Staat angerufen, er solle ein Bisthum reactiviren, er solle es mit den nöthigen Mitteln dotiren, die Regierung solle dessen Leiter entfernen. Diese verschiedenen Standpunkte beleuchten die große Schwierigkeit, mit der in diesen Fragen vorgegangen werden soll und muß. Das Eine glaube ich aber heute betonen zu müssen, daß die Anschauung, welche der Herr Abgeordnete Dr. Kronawetter ausgesprochen hat, daß durch eine Selbstbesteuerung der Confessionen der Staat entlastet würde, wohl auf einer Täuschung beruht. Es ist wohl wahr, die allgemeinen Steuergelder werden entlastet werden, aber die betreffenden Taschen der Angehörigen der einzelnen Confessionen werden entschieden höher belastet. *(Dr. Kronawetter: Confessionslos!)* Es wird mir der Ausdruck „confessionslos" zugerufen; nun, es stehen eben nicht sehr Viele auf dem Standpunkte der Confessionslosigkeit und Jene, welche einer Confession angehören, werden eben zahlen müssen.

Wenn der Herr Abgeordnete meint, die Steuerausschreibung für die betreffenden Confessionellen werde eine platonische sein, weil es für sie keine Execution geben wird, dann ist er sehr im Irrthum, denn es werden heute schon die Israeliten fleißig mit Execution belegt, wenn sie ihre Cultusbeiträge nicht leisten, es wird den Protestanten auch nichts geschenkt, und es werden auch die Katholiken, wenn wir die Cultussteuer bekommen, exequirt werden, wenn sie nicht zahlen werden. Wir werden nur eine doppelte Verwaltung haben, ohne daß ich mich für die jetzige Verwaltung begeistere.

Das Eine ist sicher, erspart wird nichts werden, und wenn die Frage aufgeworfen worden ist, warum dieser Resolution, die damals gestellt wurde, bis heute noch nicht entsprochen worden ist, so erlaube ich mir unter Autorisation der Regierung eine Aufklärung zu geben — und die Autorisation habe ich aus dem Grunde erhalten, weil die Debatte abgeschnitten und nicht durch eine Regierungserklärung wieder neu aufgenommen werden soll — daß das Cultusministerium die urgirten Gesetzentwürfe vorbereitet habe, daß dieselben bereits dem Ministerrathe unterlegen sind, daß sie aber wiederum, bevor sie an die Vertretungskörper zur Berathung vorgelegt werden sollen, vorläufig einer weiteren Vorberathung und Prüfung unterzogen wurden, weil sich enorme Schwierigkeiten, namentlich bezüglich der Wahl für die Vertretungen der betreffenden, zu

schaffenden, confessionellen Verwaltungskörper ergeben haben.

Es fallen nämlich bei uns die meisten Ortsgemeinden mit der Confession zusammen, und die Orte, wo gemischte Confessionen neben einander bestehen, sind verhältnißmäßig wenig.

Die Folge der Einführung confessioneller Gemeinden wird sein, daß man neben der Ortsgemeinde eine confessionelle haben wird, daß man einen zweifachen Vertretungskörper wird wählen müssen, mit einem Worte, daß ein großer, neuer Apparat wird geschaffen werden müssen, der möglicherweise vielleicht gewissen Wünschen entspricht, den heutigen Verhältnissen scheint er aber nicht zu entsprechen.

Ich verweise speciell auf Niederösterreich. Jene Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes und die daran geknüpfte Verordnung des Landesausschusses, welche den Gemeinden verboten hat, für Cultuszwecke der katholischen Kirche in den betreffenden Budgets etwas einzustellen, hat den Vertretungen der Landgemeinden eine große Verlegenheit bereitet. Denn jede Landgemeinde hat mit Willen und mit Bewußtsein bestimmte Positionen im Budget für kirchliche Feierlichkeiten. Woher sollten nun diese genommen werden? Die betreffenden Gemeinderepräsentanten standen vor der Alternative, entweder aus eigener Tasche zu zahlen, worauf auch der Landesausschuß hingewiesen hat, oder die betreffenden Feierlichkeiten zu unterlassen. Das wollten die Landgemeinden nicht, und wenn in der Vertretung von Landgemeinden heute der Antrag gestellt würde, es sollen etwa die Umgänge, dieses oder jenes Kirchenfest entfallen, so wird die Bevölkerung, wie ich deren Gesinnungen kenne, sagen: Nein, wir wollen die Kirchenfeste, wir wollen, daß sie mit allem Glanze abgehalten werden.

Nun erscheint auf einmal die Verordnung des Landesausschusses, die Gemeinde als solche dürfe keinen Groschen hergeben.

Ich kann aber aus eigener Erfahrung bestätigen, jene Ministerialverordnung, welche der Herr Abgeordnete Dr. Kronawetter als illegal angefochten hat, wird doch von allen Gemeinden respectirt, und ich glaube kaum, daß sein Aufruf, sich gegen diese Verordnung aufzulehnen, starken Wiederhall finden wird.

Uebrigens hat der Landesausschuß seine Verordnung nicht immer handhaben können, einfach aus dem Grunde, weil die Gemeinden im Wege der Präliminare sich decken.

Ich erwähne diese Verhältnisse, nur um zu zeigen, wie entgegengesetzt die Standpunkte sind, die in dieser Frage eingenommen werden, und wie schwer es sei, hier die rechte Mitte zu finden.

Damit sind auch meine Ausführungen beendigt, und ich erlaube mir nun, die Zifferansätze des Budgetausschusses dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen. *(Beifall.)*

*(Während vorstehender Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen.)*

**Präsident:** Der Herr Generalberichterstatter hat das Wort.

Generalberichterstatter **Wolfrum:** Wie schon der Herr Specialreferent vorgebracht hat, sind zu den Ziffern in der ganzen langwierigen Debatte Anträge nicht gestellt worden, wohl aber einige Resolutionen.

Diese werden dem hohen Hause, wie es ja üblich ist, noch einmal vorgelegt werden, und wenn ich auf die Aeußerungen, die von den einzelnen Herren Rednern vorgebracht wurden, welche aber — wie mir scheint — auch schon genügende Erwiderung gefunden haben, mich enthalte, noch Weiteres, was vielleicht nothwendig wäre, vorzubringen, so mag das hohe Haus die Entschuldigung dafür darin finden, daß die dringende Nothwendigkeit, das Finanzgesetz fertig zu bringen, mich abhält, etwas Weiteres zu sprechen *(Bravo! Bravo!)*, und ich bitte bloß das hohe Haus, die Zifferansätze, wie sie der Budgetausschuß beantragt, genehmigen zu wollen. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Wie bereits die Herren Berichterstatter erwähnt haben, wurde gar kein Antrag in Betreff einer ziffermäßigen Aenderung vorgebracht. Es liegen bloß die Anträge des Ausschusses vor.

Ich ersuche nun die Herren, welche bei dem Ministerium für Cultus und Unterricht im Capitel 9 des Erfordernisses die in Titel 9, §§. 1 bis 20, Titel 10, §§. 1 und 2, Titel 11, §§. 1 und 2 und Titel 12 vom Ausschusse beantragten Summen einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest)*:

Capitel 9, Titel 13, §§. 1 bis 19.

C. Unterricht.

Hochschulen.

a) Universitäten:

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| §. 1, Universität in Wien | 788.000 | . . . |
| Einrichtung und Unterrichtserfordernisse | . . . | 4.500 |
| Ausrüstung der Sternwarte, vierte und letzte Rate | . . . | 23.700 |
| Kosten des Transportes und der Aufstellung der Instrumente, zweite Rate | . . . | 15.500 |
| Innere Einrichtung der Sternwarte, erste Rate | . . . | 10.000 |
| Bau des Hauptgebäudes der Universität, sechste Rate | . . . | 500.000 |
| Anlage einer Senkgrube und zweier Cisternen, Zuleitung von Gas und Wasser, Herstellung einer Umfriedungsmauer sammt Portiershäuschen und Regelung der das Sternwarteterritorium begrenzenden vier Straßen, zweite und letzte Rate | . . . | 35.000 |
| Bepflanzung des gesammten Territoriums mit Gras, Bäumen und Sträuchen | . . . | 5.000 |
| §. 2, Universität in Innsbruck | 198.000 | . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . | 1.500 |
| §. 3, Universität in Graz | 258.000 | . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . | 1.000 |
| Apparate- und Unterrichtserfordernisse für das chemische Institut, zweite und letzte Rate | . . . | 7.000 |
| Einrichtung des chemischen Institutsgebäudes, zweite und letzte Rate | . . . | 10.000 |
| §. 4, Universität in Prag | 461.000 | . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . | 5.000 |
| Einrichtung und Ausstattung des chemischen Institutsgebäudes, zweite und letzte Rate | . . . | 30.000 |
| Kaufschilling sammt Zinsen für das pathologisch-anatomische Institutsgebäude, dritte Rate | . . . | 25.760 |
| Neubau des anatomischen Institutes, siebente und letzte Rate | . . . | 7.000 |
| Neubau des chemischen Institutes, siebente und letzte Rate | . . . | 17.000 |
| Bau des Gebäudes für die naturwissenschaftlichen Institute, dritte Rate | . . . | 100.000 |
| Herstellung eines Gewächshauses für das pflanzenphysiologische Institut | . . . | 3.600 |
| Bauherstellungen auf den Universitätsgütern Michle und Malešitz, zweite und letzte Rate | . . . | 9.600 |
| §. 5, Universität in Lemberg | 150.000 | . . . |
| §. 6, Universität in Krakau | 212.000 | . . . |
| §. 7, Universität in Czernowitz | 91.600 | . . . |
| Anlegung und Einrichtung eines naturhistorischen Museums, chemischen Laboratoriums, physikalischen Cabinetes und botanischen Gartens, vierte und letzte Rate | . . . | 15.000 |
| Unterrichtserfordernisse für das mathematisch-physikalische Cabinet | . . . | 1.000 |
| b) Theologische Facultäten außer dem Verbande mit einer Universität: | | |
| §. 8, Katholisch-theologische Facultät in Salzburg | 14.200 | . . . |
| §. 9, Katholisch-theologische Facultät in Olmütz | 15.000 | . . . |
| §. 10, Evangelisch-theologische Facultät in Wien | 28.500 | . . . |

23

c) Technische Hochschulen:

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| §. 11, Technische Hochschule in Wien | 245.000 | . . . . |
| §. 12, Technische Hochschule in Graz | 95.000 | . . . . |
| §. 13, Technische Hochschulen in Prag | 195.000 | . . . |
| Diensttaxen | . . . . | 14.938 |
| Unterrichtserfordernisse | . . . . | 2.000 |
| §. 14, Technische Hochschule in Brünn | 75.000 | . . . . |
| §. 15, Technische Akademie in Lemberg | 74.000 | . . . . |
| Innere Einrichtung des neuen Gebäudes, zweite und letzte Rate | . . . . | 45.000 |
| §. 16, Hochschule für Bodencultur in Wien | 112.400 | 4.000 |
| §. 17, d) Akademie der bildenden Künste in Wien | 110.000 | . . . . |
| Unterrichtserfordernisse, zweite Rate | . . . . | 1.500 |
| §. 18, e) Zur Heranbildung von Lehrkräften an Hochschulen | . . . . | 38.000 |
| §. 19, f) Unterstützungen für Studirende sämmtlicher Hochschulen | 5.000 | . . . . |
| Summe | 3,127.700 | 932.598" |

**Präsident:** Wünscht Jemand zu Capitel 9, Titel 13, „Hochschulen" u. s. w. §§. 1 bis 19 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, ersuche ich die Herren, welche die in Capitel 9, Titel 13, §§. 1 bis 19 des Erfordernisses eingestellten Ziffern bewilligen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest)*:

„Capitel 9, Titel 14, §§. 1 bis 40.

Mittelschulen.

a) Gymnasien und Realgymnasien.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| §. 1, Oesterreich unter der Enns | 298.000 | . . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . . | 4.400 |
| Bau des Staatsreal- und Obergymnasiums im III. Bezirke in Wien, vierte und letzte Rate | . . . . | 25.000 |
| §. 2, Oesterreich ob der Enns | 66.000 | . . . . |
| §. 3, Salzburg | 27.000 | . . . . |
| §. 4, Tirol | 95.000 | . . . . |
| §. 5, Vorarlberg | 30.200 | . . . . |
| §. 6, Steiermark | 106.000 | . . . . |
| §. 7, Kärnten | 39.000 | . . . . |
| §. 8, Krain | 78.000 | . . . . |
| §. 9, Triest | 27.300 | . . . . |
| §. 10, Görz | 27.600 | . . . . |
| §. 11, Istrien | 42.000 | . . . . |
| Kaufschillingsrest sammt Zinsen für das Schulgebäude des Staatsobergymnasiums in Pisino, dritte Rate | . . . . | 2.240 |
| §. 12, Dalmatien | 86.000 | . . . . |
| §. 13, Böhmen | 612.000 | . . . . |
| Unterrichtserfordernisse und Einrichtung | . . . . | 3.200 |
| Bau des Staatsobergymnasiums in Leitmeritz, fünfte Rate | . . . . | 25.000 |
| §. 14, Mähren | 365.000 | . . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . . | 1.000 |
| §. 15, Schlesien | 109.000 | . . . . |
| §. 16, Galizien | 475.000 | . . . . |
| §. 17, Krakau | 76.000 | . . . . |
| §. 18, Bukowina | 42.500 | . . . . |

b) Realschulen.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| §. 19, Oesterreich unter der Enns | 214.000 | . . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . . | 1.400 |
| Neubau der Staatsunterrealschule in Sechshaus, vierte Rate | . . . . | 60.000 |
| §. 20, Oesterreich ob der Enns | 48.900 | . . . . |
| §. 21, Salzburg | 23.600 | . . . . |
| §. 22, Tirol | 70.000 | . . . . |
| Weiterer Beitrag zum Baue der Staatsunterrealschule in Bruneck, dritte Rate | . . . . | 5.000 |
| §. 23, Steiermark | 41.000 | . . . . |
| §. 24, Kärnten | 23.600 | . . . . |
| §. 25, Krain | 24.600 | . . . . |
| §. 26, Triest | 26.300 | . . . . |
| §. 27, Görz | 24.700 | . . . . |
| §. 28, Istrien | 18.800 | . . . . |
| §. 29, Dalmatien | 29.500 | . . . . |
| §. 30, Böhmen | 227.000 | . . . . |
| Unterrichtserfordernisse | . . . . | 2.500 |
| §. 31, Mähren | 78.000 | . . . . |
| Kaufschilling sammt Zinsen für die Realität zur Unterbringung der Abtheilung der Staatsoberrealschulen in Brünn, dritte Rate | . . . . | 22.200 |
| §. 32, Schlesien | 92.000 | . . . . |
| Einrichtung und Unterrichtserfordernisse | . . . . | 3.000 |
| §. 33, Galizien | 126.500 | . . . . |
| §. 34, Krakau | 50.000 | . . . . |
| §. 35, Bukowina | 9.200 | . . . . |
| §. 36, c) Prüfungscommissionen | 24.200 | . . . . |
| §. 37, d) Verdienstzulagen der Professoren | 6.400 | . . . . |
| §. 38, e) Unterstützungen für Lehramtscandidaten | 50.000 | . . . . |
| f) Nautische Schulen: | | |
| §. 39, Istrien | 4.000 | . . . . |
| §. 40, Dalmatien | 10.600 | . . . . |
| Summe | 3,824.800 | 154.940." |

Capitel 9, Titel 15 und 16, §§. 1 bis 8.

| | | |
|---|---|---|
| Titel 15, Studienbibliotheken | 23.300 | . . . . |
| Reconstructionsarbeiten im Bibliotheksgebäude zu Olmütz | . . . . | 2.500 |
| Titel 16, Speciallehranstalten: | | |
| §. 1, Hebammenschulen | 16.900 | . . . . |
| §. 2, Lehranstalt für orientalische Sprachen | 3.600 | . . . . |
| §. 3, Technisches Institut in Krakau | 7.500 | . . . . |
| §. 4, Kunstschule in Krakau | 15.800 | . . . . |
| §. 5, Zeichenschulen | 23.000 | . . . . |
| §. 6, Kunstgewerbeschule in Wien | 40.000 | . . . . |
| Herstellung eines eigenen Gebäudes, 6. und letzte Rate | . . . . | 64.645 |
| §. 7, Gewerbliche Lehranstalten | 264.000 | . . . . |
| Fortbildungs- und Vorbereitungsunterricht | . . . . | 10.000 |
| Einrichtung und Unterrichtserfordernisse | . . . . | 30.000 |
| Herstellung und Erwerbung von Lehr- und Hilfsmitteln gewerblicher Fachbildung | . . . . | 14.000 |
| §. 8, Commercielle Lehranstalten | 47.500 | 1.000 |
| Subvention für commercielle Lehranstalten | . . . . | 2.000 |

**Präsident**: Zu Titel 14 „Mittelschulen" sind mehrere Redner eingetragen. Ich ersuche die Herren, bei Aufruf ihres Namens zu erklären, ob sie pro oder contra sprechen wollen.

Herr Abgeordneter Dr. Ritter v. Forster?

Abgeordneter Dr. Ritter v. **Forster**: Pro!

**Präsident**: Herr Abgeordneter Graf Mieroszowski?

Abgeordneter Graf **Mieroszowski**: Contra!

**Präsident**: Herr Abgeordneter Dr. Fanderlik?

Abgeordneter Dr. **Fanderlik**: Pro!

**Präsident**: Herr Abgeordneter Dr. Klier? *(Nach einer Pause:)* Der Herr Abgeordnete Dr. Klier ist abwesend.

Der Herr Abgeordnete Dr. Vicentini hat mir bereits erklärt, daß er contra sprechen werde.

Herr Abgeordneter Dr. Czerkawski?

Abgeordneter Dr. **Czerkawski**: Contra!

**Präsident**: Herr Abgeordneter v. Kallir?

Abgeordneter Ritter v. **Kallir**: Pro!

**Präsident**: Herr Abgeordneter Dr. Wolski?

Abgeordneter Dr. **Wolski**: Contra!

**Präsident**: Ich ertheile dem ersten gegen die Ausschußanträge eingetragenen Herrn Redner, dem Herrn Abgeordneten Grafen Mieroszowski, das Wort.

Abgeordneter Graf **Mieroszowski**: Bei der vorjährigen Budgetdebatte über dieses Ministerium, bei dem Posten „Universitäten" sah ich mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, um gegen eine Aeußerung des Ausschusses oder dessen Referenten zu sprechen, weil diese Aeußerung kein Antrag war und auch auf keine Resolution ausging, bloß eben eine Aeußerung war, und diese unschuldige Aeußerung nichts Wenigeres vor hatte, als eine seit 100 Jahren bestehende und 2000 Hörer umfassende Universität mit einem Striche zu streichen.

Ein ähnlicher Grund veranlaßt mich auch heute, das hohe Haus zu belästigen. Bei dem Posten „Gymnasien und Realgymnasien" finde ich einen Passus, der da lautet *(liest)*:

„An den galizischen Mittelschulen wird ein besonderer Unterrichtsgegenstand, die „Landesgeschichte", gelehrt; der Organisationsentwurf vom Jahre 1849, welcher die gesetzliche Grundlage des Unterrichtes an den österreichischen Gymnasien bildet, kennt einen solchen Unterrichtsgegenstand nicht; dieser Gegenstand liegt nicht innerhalb der gesetzlichen Verpflichtungen der Lehrkräfte und dieselben beziehen für denselben ein besonderes Honorar. Der Ausschuß hält diese Auslage nicht für budgetmäßig gerechtfertigt und erwartet, daß die Regierung dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuwenden und solche unbegründete Auslagen bei der Prüfung der Vorlage des nächsten Finanzgesetzes ausscheiden werde."

Nun, dasselbe, was ich im vorigen Jahre die Ehre hatte zu sagen, müßte ich hier wiederholen. Diese Aeußerung könnte mit Stillschweigen übergangen werden, sie führt eigentlich zu nichts.

Es ist kein Antrag, welcher zu einem Beschlusse führen sollte, es wird nicht angetragen, eine Ziffer zu streichen, es ist keine Resolution, mit einem Worte, es ist bloß ein Ausdruck hoher Ungnade, welche zu wiederholtem Male unserem Lande von jener Seite zu Theil wird.

Nun, bloß um gegen diese Art des Verfahrens zu protestiren, daß man nicht nebenher etwas durchführe, daß man, wenn man will, offen auftrete und offen kämpfe, das ist der Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe. Ich hätte desto leichter auf dasselbe verzichten können, da vorauszusehen ist, daß, da im Vorjahre die Landesuniversitäten, dieses Jahr die Mittelschulen und das nächste Jahr wahrscheinlich die niederen Schulen herhalten müssen, man dann in dieser Thätigkeit aufzuhören gezwungen sein wird, denn sonst wüßte ich nicht, wohin noch weiter das segensreiche Drängen nach Osten, nach „Halbasien" führen könnte.

Man beruft sich hiebei auf das Statut, welches die Mittelschulen in Oesterreich ordnet. Daß das Statut besteht, ist bekannt, aber neu ist es, daß es ein Gesetz sein soll. Von diesem Statute, als bindendem Gesetze, habe ich noch nie sprechen gehört und nicht die Landesgeschichte Galiziens, welche früher als polnische Geschichte docirt wurde — dieser Name war wahrscheinlich aus Rücksicht für die äußere Politik ein viel zu übelklingender und wurde euphemistisch in Landesgeschichte umgewandelt — nicht die Landesgeschichte ist der einzige Gegenstand, welcher auf diesem Wege docirt wird, sondern hieher gehören auch die englische oder französische Sprache, Kalligraphie, Zeichnen, Stenographie, Gymnastik mit gleichem Rechte, daher sollen auch diese Gegenstände sämmtlich aus den Mittelschulen Oesterreichs verbannt werden, da sie nicht auf gesetzmäßigem Wege eingeführt worden sind. Nun, ich weiß wohl, daß dieses Streben so wenig von Erfolg gekrönt sein wird, wie ein ähnliches im vorigen Jahre, aber ich kann nicht umhin, mit ein paar Worten zu skizziren, welch freundlichen

Eindruck dies im Lande gemacht hat. Briefe, welche mir freundlich mitgetheilt worden sind, sagen *(liest)*:

„Welch' ein dankbares Thema wäre es für den betreffenden Herrn, der dieses angeregt hat, wenn er über die Schädlichkeit des Studiums der vaterländischen Geschichte an Mittelschulen einen Vortrag halten würde;" auf jeden Fall, sieht man, wird große Anerkennung dem Manne auf didaktischem Felde zu Theil werden. Nun, mein Gott, man muß mit den Verhältnissen rechnen, man kann nicht verlangen, daß für die Steuergelder der ganzen österreichischen Monarchie in einem Lande Tendenzen, die vielleicht gefährlich sind, verbreitet werden, daß da feindliche Gefühle gehegt und gepflegt werden; da soll der deutsche Steuerträger mit seinem sauer erworbenen Gelde zahlen, damit die polnische Jugend als Feinde Oesterreichs auferzogen werden. Meine Herren! Die Gefahr scheint nicht so groß zu sein; denn wie die polnische, Pardon! Landesgeschichte docirt wird, das ist auch vielleicht ein Unicum. Die bis jetzt existirenden Geschichtswerke, deren wir viele und gute haben, sind nicht für passend anerkannt worden, als Leitfaden beim Unterrichte zu dienen. Natürlich, es ist kein Spaß, wenn bei einer Stunde wöchentlich die Landesgeschichte von einem tausendjährigen Volke docirt werden soll! Da muß etwas Neues geschaffen werden. Das neue Werk ist noch nicht fertig und da hat man ein neues Mittel erfunden. Man führte Rubriken ein, und zwar nach der mir mitgetheilten Copie derselben umfassen sie die laufende Post, den Namen der Regenten, die Angabe, daß er regierte vom Jahre . . bis zum Jahre . . , dann die wichtigsten Ereignisse, das Resumé desjenigen, was der Lehrer vorgetragen hat und die gleichzeitigen Ereignisse in anderen Provinzen Oesterreichs, wie auch die gleichzeitigen Ereignisse in Europa; da wird eingetragen, was der Professor gesprochen hat, und von Zeit zu Zeit, aber häufig genug, läßt sich der Inspector diese Zettel von den Schülern bringen und vorweisen und untersucht, ob nichts Staatsgefährliches darin sei. *(Heiterkeit.)*

Wie schmeichelhaft das ist für die Stellung der k. k. Lehrer und Professoren an den Gymnasien, wie schmeichelhaft es ist für das ganze Land — darüber will ich kein Wort verlieren. Nun aber bedenkt man: traurig ist es allerdings, aber es ist einmal so. Oesterreich ist kein homogener Staat und eine österreichische Nationalität ist noch nicht erfunden worden; da bleibt nichts übrig, als mit den Verhältnissen zu rechnen, und man muß die Nationalitäten, die in Oesterreich existiren, anerkennen. Unter diesen Nationalitäten verdient doch, glaube ich, die Provinz Galizien nicht nur ihrer Größe oder ihrer Volkszahl wegen, aber schon aus Rücksicht für die Geschichte und auf den Titel des Erwerbes derselben und aus Rücksicht auf ihre Bedeutung heute und in der Zukunft eine etwas schonendere Behandlung.

Ich muß wirklich staunen über dies richtige politische Urtheil und Gefühl, welches in jetziger Zeit zu dieser Anmerkung des Ausschusses geführt; eine bessere Zeit hätte man sich nicht wählen können, denn die slavische Frage rückt heran, sie kommt immer näher, und es ist wieder eine traurige Sache, aber die slavische Frage interessirt unsere Monarchie sehr. Wie kann sie gelöst werden? Ich glaube bloß durch den Panslavismus oder Polyslavismus. Wird der Panslavismus uns gute Früchte bringen? Darüber mag Jeder sich selbst eine Antwort geben.

Die Zukunft Oesterreichs, die Bedingungen seiner Größe und Wohlfahrt hängen also von der Lösung der slavischen Frage ab und zwingen Oesterreich dazu, sie als Polyslavismus zu lösen; und bei diesem Polyslavismus hat die polnische Provinz Oesterreichs die größte Bedeutung; denn daß die Polen keine Panslavisten sind, brauche ich wohl nicht zu beweisen. Wenn demnach die Sache meines Erachtens eine ungerechte ist und — ich wage es zu sagen — auf eine unglückliche Weise und in einem unglücklichen Augenblicke ungeschickt durchgeführt worden ist, so kann ich mir die Sache nicht anders erklären, als durch die Annahme, daß die Urheber derselben ebensowenig von der polnischen, als von der slavischen Frage verstehen. *(Heiterkeit.)* Mit ein paar Witzen über Schnaps und über Talglichter ist Alles abgemacht. Bevor Sie, meine Herren, die sogenannte Landesgeschichte verbieten, schauen Sie die polnische Geschichte an. Aus dieser werden Sie dann Folgendes erfahren: Seit mehr als 500 Jahren herrschte Friede und Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutsch-römischen Reiche, das heißt, Oesterreich. Wir haben blutige Kriege mit den Tartaren und den jetzt so viele Freunde zählenden Türken, mit den Russen, Schweden, und dem deutschen Ritterorden geführt; aber nicht mit Deutschland. Unsere Könige und die deutschen Kaiser waren gewöhnlich Alliirte. Um von Sobieski gar nicht zu sprechen, von dem ich bis jetzt noch nicht gehört habe, daß er durch einen deutschen Gelehrten zum Germanen gestempelt wurde, haben die Polen dem Kaiser im dreißigjährigen Kriege Hilfstruppen gestellt; der Kaiser half dagegen unseren Königen in den Kriegen mit Schweden. Die Allianz zwischen Polen und Oesterreich war eine so starke, daß es eine Hauptaufgabe der französischen Politik gewesen ist, diese Allianz zu lockern und ein Freundschaftsbündniß zwischen Frankreich und Polen herzustellen. Die Herren würden ferner erfahren, daß in unserer Domkirche in Krakau, in den Königsgrüften, zwischen den polnischen Königen, die dort bestattet sind, auch sieben Erzherzoginnen von Oesterreich liegen, die die polnische Krone getragen haben.

Behandeln Sie also, meine Herren, die galizischen Schulen, wie es sich gebührt, lernen Sie die polnische Geschichte, wie sie gelernt werden soll, und dann werden Sie nicht nur daraus ersehen, daß die Provinz Galizien für Sie heute und für die Zukunft von der größten Wichtigkeit ist, sondern Sie werden sich dann auch derartige Beschlüsse ersparen, zu denen Ihnen, wie ich glaube, nicht besonders zu gratuliren ist.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Forster hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Ritter v. **Forster**: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um die Aufmerksamkeit Seiner Excellenz des verehrten Herrn Unterrichtsministers, respective seines Stellvertreters, auf einen wiederholt in diesem hohen Hause angeregten Gegenstand, auf die Organisation der Mittelschulen zu lenken; ich gebe Ihnen, meine Herren, die Versicherung, daß ich mich möglichst kurz fassen werde. Wer mit den Verhältnissen unserer Mittelschulen, insbesondere der Gymnasien, nur einigermaßen vertraut ist, wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die sich immer mehrenden Klagen wegen Ueberbürdung der Schüler an den Mittelschulen nicht unbegründet sind. Der Erlaß des Herrn Unterrichtsministers vom 17. Februar 1876, womit Maßregeln gegen die Ueberbürdung der Schüler an den Mittelschulen empfohlen wurden, hat gewiß den Herzen von Tausenden von Familienvätern den innigsten Dank entlockt. Allgemein glaubte man damals, daß die an den Mittelschulen studierende Jugend einer neuen Aera entgegengehen wird, allein mit nichten. Trotz aller auf Beseitigung dieser Uebelstände hinzielenden Verordnungen, trotz aller Belehrungen, welche von Seite der gediegensten Fachmänner in dieser Richtung ergingen, nahmen die Klagen nicht ab, ja sie mehrten sich.

Ich will Ihnen das, meine Herren, mit einigen Beispielen beweisen. Es kam vor, daß ein Professor eines Obergymnasiums Mathematik durch zehn Wochen ununterbrochen vorgetragen hat, ohne diesen Gegenstand auch nur einmal examinando zu wiederholen; in der eilften Woche wurde geprüft, natürlich, ohne daß die Schüler davon früher verständiget worden wären, und dabei der strengste Maßstab angelegt. Die Schüler dieser Schule mußten daher das durch zehn Wochen kolossal angehäufte Material wiederholen und auch noch aus anderen Lehrgegenständen, aus den philologischen Fächern, Griechisch und Latein, Psychologie, Geschichte, Religion u. s. w. sich präpariren.

Ein anderer Professor fand es wieder für gut, Abiturienten über die Osterferialtage, die in der Regel nur 7 bis 8 Tage dauern, die 18. und 21. Ode aus Horaz' erstem Buche, ferner die 9., 13. und 14. Ode aus Horaz' zweitem Buche und außerdem 40 Verse aus der Antigone zum Memoriren aufzugeben. *(Rufe: Hört!)* Diese Aufgabe wurde Abiturienten gestellt, welche unmittelbar vor der Maturitätsprüfung mit dem Studium für diese Prüfung vollauf beschäftigt sind.

Kein Wunder daher, wenn selbst strebsame, ehrgeizige, junge Leute, welche den übermäßigen Anforderungen ihrer Lehrer nicht entsprechen können, wie es in der letzten Zeit in Böhmen geschah, sogar dem Irrsinne anheimfielen. *(Rufe: Hört!)*

Ich könnte der Beispiele noch genug anführen, allein ich will das hohe Haus nicht ermüden. Ich glaube, es ist genug des grausamen Spieles. Ich will nur constatiren, daß der Grund für diese Klagen nicht nur in der Schwierigkeit, das Material zu bewältigen, sondern auch in der irrationellen Leitung und Handhabung des Unterrichtes liegt. Ein weiterer Grund dieser Ueberbürdung scheint auch in der Bestellung von Fachprofessoren gelegen zu sein. Jeder von diesen Fachprofessoren will, unbekümmert um das, was die 13- oder 14jährigen Jünglinge aus anderen Gegenständen leisten müssen, daß sie gerade in seinem Fache excelliren. Wenn auch das Institut der Fachprofessoren, quod non concedo für das Obergymnasium als Uebergangsstadium für Universitäten, einen gewiß sehr problematischen Werth haben mag, so bin ich doch fest überzeugt, daß in dem Untergymnasium den Classenlehrern ganz entschieden der Vorzug gebührt. *(Bravo! Bravo!)*

Es scheint mir daher dringend geboten, daß die hohe Regierung den Ursachen dieser Klagen nachforsche, daß sie die Lehrmittel und Lehrziele der einzelnen Classen einer genauen Revision unterziehe; es scheint mir zweckmäßig, daß sie untersuche, ob nicht die Naturgeschichte und Physik im Untergymnasium aufzulassen und dafür die wöchentliche Stundenzahl aus diesen Gegenständen im Obergymnasium um eine Stunde zu vermehren wäre. Es scheint mir sehr wichtig, zu untersuchen, ob das Lehrziel im Griechischen nicht zu hoch gesteckt ist, ob die Lehrbücher nicht zu verschiedenartig und nicht zu viel Stoff enthalten, und darauf lege ich ein großes Gewicht, damit die goldene Regel „non multa sed multum" nicht außer Acht gelassen werde. *(Bravo!)* Es wäre in Erwägung zu ziehen, ob die Petition, welche, wenn ich nicht irre, vor zwei Jahren ein großer Theil der intelligenten Bevölkerung Prags wegen Einführung des nur einmaligen täglichen Schulbesuches an Seine Excellenz den Herrn Unterrichtsminister gerichtet hat, welche Petition aber abweislich beschieden worden ist, ob diese Petition, sage ich, nicht doch eine Berücksichtigung finden sollte, damit endlich an die Stelle des seit dem Jahre 1849, mithin seit drei Decennien, bereits bestehenden Organisationsentwurfes ein definitives Organisationsstatut erstehe, welches nicht nur dem geistigen Be-

dürfnisse der studirenden Jugend an den Mittelschulen vollkommen Rechnung trägt, sondern auch die körperliche Entwicklung der Studirenden dieser Schule nicht hindert. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Zum Schlusse noch einige Worte über die Maturitätsprüfungen. Meine Herren! Leider werden dieselben nicht im Sinne des Organisationsentwurfes gehandhabt. Leider sehen die Herren Landesschulinspectoren und Herren Professoren in derselben immer nur Prüfungen des Gedächtnisses und nicht Prüfungen der geistigen Reife für den Universitätsbesuch, was sie eigentlich sein sollten. Denn, wenn auch ein Candidat, bei der Maturitätsprüfung, wie es wirklich vorgekommen ist, die Präpositionen, welche den dritten Fall verlangen, nicht der Reihe nach aufzuzählen vermag, so wird er doch seine geistige Reife oder Unreife für das Universitätsstudium damit nicht documentiren. *(Rufe: Ganz richtig! Bravo!)* Es würde sich daher empfehlen, wenn die Herren Landesschulinspectoren, welche in Folge des etwas bureaukratisch angelegten Apparates mit schriftlichen Arbeiten, Ausfertigung von Berichten und der Auswahl von Lehrbüchern und Lehrmitteln, welches letztere doch eigentlich in das Ressort des Lehrkörpers im Einverständnisse mit dem Director gehört, am grünen Tische vollauf beschäftigt sind, dieser Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit zuwenden würden.

Ich beantrage keine Resolution, ich stelle überhaupt keinen Antrag. Ich begnüge mich damit, diesen meinen Wunsch und den vieler meiner Gesinnungsgenossen, der ja auch von der Regierung wiederholt als berechtigt anerkannt wurde, den Wunsch auf gründliche Reformirung des Unterrichtswesens an den Mittelschulen hiemit im hohen Hause Ausdruck zu geben, und ich berufe mich dabei auf die dem Organisationsentwurfe vorangehenden Bemerkungen, worin es heißt, daß es nicht die Absicht der Regierung sein könne, den Gymnasien eine Organisation zu geben, welche sie wie ein metallenes Kleid äußerlich umschließt und in unveränderlichen Formen festhält, daß sie vielmehr in das Leben dieser Institute eindringen, mit ihnen wachsen und sich gestalten müsse.

Und deßhalb bitte ich Seine Excellenz den Herrn Unterrichtsminister, von dessen wohlwollenden Intentionen für das Unterrichtswesen wir schon mannigfache Beweise erhalten haben, er möge diesmal meine Worte nicht ungehört vorübergehen lassen, er möge sein, in diesem hohen Hause wiederholt feierlichst gegebenes Versprechen endlich einlösen.

Ich bedauere sehr, daß der Herr Unterrichtsminister wegen seiner Erkrankung noch immer verhindert ist, den Sitzungen beizuwohnen, und bitte den anwesenden Vertreter Seiner Excellenz, Dolmetsch meiner Wünsche zu sein. *(Lebhafter Beifall.)*

*(Abgeordneter Dr. Ryger meldet sich zum Worte.)*

Abgeordneter Dr. **Ryger**: In Erwägung, daß bei der ausgedehnten Budgetdebatte sich dem hohen Hause eine Oekonomie mit der Zeit dringend empfiehlt und daß von den zu diesem Capitel angemeldeten Herren Rednern besondere Anträge nicht gestellt wurden, erlaube ich mir den Schluß der Debatte zu beantragen und um dessen Annahme zu ersuchen.

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Dr. Ryger stellt den Antrag auf Schluß der Debatte Ich ersuche die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht. — Nach vorgenommener Stimmenzählung:)* Schluß der Debatte ist mit 67 gegen 55 Stimmen angenommen.

Es sind noch folgende Redner eingetragen und zwar gegen die Ausschußanträge die Herren Abgeordneten Vicentini, Dr. Czerkawski und Dr. Wolski; für dieselben die Herren Abgeordneten Dr. Fanderlik und Ritter v. Kallir. Ich ersuche die Herren, sich auf je einen Generalredner zu einigen. *(Nach einer Pause.)* Die gegen die Ausschußanträge eingetragenen Redner haben sich auf den Herrn Abgeordneten Dr. Czerkawski als Generalredner geeinigt. Haben sich auch die für die Ausschußanträge eingetragenen Herren Redner bereits geeinigt?

Abgeordneter Dr. **Fanderlik**: Wir können uns nicht einigen, nachdem wir von ganz verschiedenen Principien ausgehen.

**Präsident**: Nachdem eine Einigung nicht erzielt werden kann, so muß das Los zwischen den beiden Herren entscheiden. Ich habe die beiden Namen aufgeschrieben, und ich bitte einen der beiden Herren, selbst das Los zu ziehen.

*(Abgeordneter Dr. Fanderlik vollzieht die Losung.)*

Das Los hat für den Herrn Abgeordneten Dr. Fanderlik entschieden. Ich ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fanderlik**: Ich werde in dieser vorgerückten Stunde bei der sichtlichen Ermüdung des Hauses von dem Rechte, welches mir das hohe Haus gegeben, keinen übermäßigen Gebrauch machen. Ich kann mich selbstverständlich als durch das Los bestimmter Redner nicht als Generalredner auch für den geehrten Herrn, gegen den das Los entschieden hat, betrachten und werde nur Dasjenige, was ich von meinem Standpunkte aus zu sagen hatte, zwar so kurz als möglich vorbringen.

Ich möchte Dasjenige, was der erste Herr Redner in dieser Debatte, der verehrte Abgeordnete Graf Mieroszowski eben zu Gunsten seines

Landes, zu Gunsten seiner Nationalität bemerkt hat, auch auf mein Land, auf meine Nationalität anwenden. Wenn man aber die Gravamina, welche der Herr Abgeordnete für Galizien vorgebracht hat, so ernst und so gewichtig sie auch sind, betrachtet — eine Wichtigkeit, die ich durchaus nicht in Zweifel ziehen will — und wenn man dagegen die Gravamina, welche ich und meine Freunde vorbringen, in Betracht zieht, so wird man finden, um wie viel mehr wir verkürzt sind, um wie viel mehr gegen unsere Nationalität von Seite der Unterrichtsverwaltung gesündigt wurde.

Ueber die mährischen Mittelschulen ist in diesem hohen Hause von mir und meinen Freunden wiederholt gesprochen worden. Ich werde nicht zurückkommen auf jene statistischen Angaben und Ziffern, welche hier so oft wiederholt worden sind und welche den deutlichsten Beweis dafür liefern, daß die Unterrichtsverwaltung in meinem Vaterlande nicht nach den bestehenden Staatsgrundgesetzen, nicht nach ihren Pflichten gegenüber der Entwicklung eines Volksstammes, nicht nach der Humanität, nicht nach alledem, was ihr die Politik gebietet, vorgeht, sondern daß sie nicht nur die absichtliche Vernachlässigung unseres Volkes, sondern geradezu seine Unterdrückung und Germanisirung beabsichtigt.

Meine Herren! Betrachten wir die technische Lehranstalt in Brünn; trotz der feierlichsten Zusicherungen der Gründung einer böhmischen Anstalt, trotz der ausdrücklich ausgesprochenen Bedingung des mährischen Landtages, unter welcher derselbe seinen Gründungsbeitrag gegegeben hat, trotz aller dieser Umstände besteht heute noch eine bloß deutsche Lehranstalt und wir können es nicht durchsetzen oder auch nur erwarten, daß die Gleichberechtigung der Landessprachen in derselben durchgeführt werde.

Was aber die Realschulen betrifft, so bitte ich die Herren, doch nur einen Blick zu werfen auf das Staatsbudget, welches hier vorliegt, und Sie werden sehen, in welcher Weise das Realschulwesen in Mähren von Seite der Regierung vernachlässigt wird. Wenn in Böhmen das Bedürfniß für Realschulen mit 229.000 fl. angesetzt ist, so muß es Wunder nehmen, wieso es kommt, daß in Mähren bloß 78.000 fl. als Gesammterforderniß eingestellt sind, umso mehr Wunder nehmen, als in dem viel kleineren Schlesien ein Erforderniß von 92.000 fl. dem gegenübersteht. Wieso kommt das? Meine Herren! Wir haben keine einzige Staatsrealschule mit böhmischer Unterrichtssprache in Mähren, keine einzige. Alles, was der Staat für die Staatsrealschulen mit böhmischer Unterrichtssprache in Mähren thut, oder besser gesagt, erst von heute an zu thun gedenkt, ist der karge Beitrag von 4000 fl., welcher als Subvention einer Privatschule bewilligt werden soll, welche bei dem gänzlichen Mangel an Staatsrealschulen mit böhmischer Unterrichtssprache augenscheinlich eine Nothwendigkeit geworden ist. So sieht es mit den Realschulen aus.

Was die Gymnasien betrifft, so muß ich bemerken, daß noch immer seit jenem brutalen Gewaltacte, möchte ich sagen, durch welchen das kaiserliche Geschenk eines Gymnasiums mit böhmischer Unterrichtssprache in Trebitsch urplötzlich weggenommen worden ist, seit diesem Gewaltacte der ganze Westen Mährens eines Gymnasiums mit böhmischer Unterrichtssprache vollständig entbehrt, und zwar ist das ein Theil des Landes, wo die Bevölkerung böhmischer Nationalität offenbar überwiegt, und wo das Bedürfniß einer solchen Schule ein dringendes ist.

Darüber aber, wie unsere Unterrichtsverwaltung unsere Angelegenheiten behandelt, werde ich ein lehrreiches Beispiel erzählen. Der Herr Minister für Cultus und Unterricht ist stets gewohnt gewesen, unsere Klagen, Beschwerden und Recriminationen mit mehr oder weniger Hohn zu beantworten.

Freilich ist es bei solchen Angelegenheiten unvermeidlich, daß dann in einem Ressort, in welchem man nicht zu Hause ist, einiges Malheur passirt, wie es geschehen ist in einem Falle, den ich jetzt erzählen will. Ein Freund von mir hat vor einigen Jahren gefragt, was mit den Seminarstipendien in den Mittelschulen Mährens zu geschehen habe, und ob die deutschen Unterrichtsanstalten allein berechtigt sind, diese aus den alten lateinischen Schulen, lateinischen Seminarien stammenden Stipendien zu genießen.

Die Antwort des Herrn Ministers war die Platitude: Ja, wenn die Herren Czechen Stipendien haben wollen, mögen sie sich dieselben selbst gründen.

Heute steht die Sache anders. Nach jahrelangen Verhandlungen über diesen Gegenstand kam die Unterrichtsverwaltung doch endlich zur Einsicht, daß es eine Ungerechtigkeit war, diese Stipendien einzig und allein für die deutschen Mittelschulen in Anspruch zu nehmen, und sie hat sich dann bewogen gefunden, die Concurrenz bezüglich derselben auch für die böhmischen Mittelschulen freizugeben, freilich die Concurrenz nur im Principe, denn wenn ich recht unterrichtet bin, wurde bei der letzten Vertheilung dieser Stipendien den böhmischen Gymnasien im Brünn und Olmütz je eines zugewiesen, die übrigen sind den deutschen Mittelschulen verblieben.

Nun, es ist ein großer Fortschritt, daß wenigstens die Gerechtigkeit der damals gestellten Forderung im Principe anerkannt ist, aber es zeigt die Art des Vorgehens des Herrn Ministers hier im Hause, mit welcher légèreté die Sachen behandelt werden, wenn es sich um unsere wirklich gegründeten Ansprüche handelt.

Wenn Seine Excellenz sich die Mühe genommen hätte, nur ein wenig die Sache anzuschauen und zu prüfen, so würde er gefunden haben, wie leichtsinnig

und ungeschickt sein Handeln unseren Ansprüchen gegenüber war.

Wenn nun, meine Herren, das im Ministerium geschieht, so muß man wohl erwarten, daß im Lande bei der Verwaltung des Unterrichtswesens es nicht besser bestellt ist, und in der That ein treffendes Beispiel, wie unsere Statthalterei unsere Ansprüche behandelt, war neulich in der „Wienerzeitung" am 15. März zu lesen. Da wird erzählt, daß in Brünn im Jahre 1875 dem Statthalter ein hochherziger Spender einen Betrag von 20.000 fl. zu dem Zwecke übergeben hat, denselben zu gemeinnützigen Zwecken, zu humanitären Stiftungen und Anstalten zu verwenden. Der Statthalter hat nun aus diesem Betrage ein Stipendium gegründet, für Hörer der Hochschule für Bodencultur in Wien, drei Stipendien für Schüler der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Brünn, endlich ein Stipendium für Schüler der deutschen Staatsgewerbeschule in Brünn. Meine Herren, es sind da nur zwei Dinge möglich, entweder hat der betreffende hochherzige Geschenkgeber und Stifter dem Statthalter ausdrücklich gesagt, daß diese seine Schenkung nur für deutsche gemeinnützige Anstalten gegeben werden solle, dann wäre es doch einfach, in dieser Stiftung diese Erklärung ausdrücklich aufzunehmen, oder aber der betreffende Stifter hat diese Bedingung nicht beigefügt, dann kennzeichnet sich diese Vertheilung der Gaben von selbst. So steht es auch, meine Herren, mit dem mährischen Landesschulrathe. In den Landesschulrath, diese Körperschaft, welche die gesammte geistige Entwicklung des Landes leiten und fördern soll, in diese Körperschaft ist nicht eine einzige Persönlichkeit berufen worden, welche die geistigen Interessen unserer Nationalität vertreten könnte, nicht eine einzige Persönlichkeit, ich bitte das wohl zu bedenken.

So, meine Herren, sieht es im Lande aus!

Aber selbst die bestehenden Mittelschulen, welche wir jetzt haben, werden in einer Weise behandelt, die wirklich nur die Vermuthung aufkommen läßt, daß die Regierung auf eine passende Gelegenheit wartet, um vielleicht eine oder die andere, vielleicht alle wieder verschwinden zu machen. Nehmen Sie z. B. das böhmische Staatsgymnasium in Olmütz. Dieses Gymnasium hatte im vorigen Jahre eine Frequenz von 600 und etlichen 50 Schülern, welche in 16 Classen vertheilt waren.

Im heurigen Jahre ist diese Frequenz auf 780 Schüler gestiegen und wir haben 18 Classen in diesem Gymnasium. Diese 18 Classen sind in 5 verschiedene Häuser, in 4 verschiedene Gassen vertheilt. Ich will Sie nicht mit der Topographie der königlichen Hauptstadt Olmütz beschweren, aber es genügt zu sagen, daß, wenn ein Professor aus einer Classe in die andere zu gehen hat, er wenigstens 10 Minuten über die Gasse gehen muß. Welche Vortheile eine solche Behandlung einer Lehranstalt, eine solche Unterbringung derselben für den Unterricht, für die Disciplin, für Alles, was damit zusammenhängt, haben muß, das brauche ich den Fachmännern, welche hier sind, wohl nicht auseinanderzusetzen und doch schreitet die Regierung nicht dazu, endlich einmal ein Gebäude für diese Lehranstalt zu bauen und doch, glaube ich, wird diese fortwährende wachsende Frequenz der Regierung eine Gewähr geben, daß diese Anstalt ein wirkliches Bedürfniß ist, und daß sie nicht so leicht entfernt werden kann. Ich glaube, wenn irgendwo, so wäre gerade in Olmütz es dringend nothwendig, dem dort bestehenden Gymnasium ein Gebäude zu errichten.

Das sind einige wenige Beispiele; die vorgerückte Stunde verhindert mich, Ihnen noch an mehreren zu zeigen, in welcher Weise bei uns die Unterrichtsverwaltung mit den Mittelschulen verfährt. Keine böhmischen Staatsrealschulen und kein Staatsgymnasium im Westen des Landes. Diesen Gravamina muß abgeholfen werden, und es nützt nicht, vor ihnen die Augen zu verschließen.

Welche Absichten die Regierung dabei hat, geht daraus hervor, daß trotz aller Bitten, trotz der Petitionen an dieses hohe Haus und an die Regierung, von Seite der letzteren nichts geschieht. Die Regierung glaubt eben, man muß in Mähren germanisiren. Ja, meine Herren, diese Absicht ist nur wunderbar wegen ihrer gänzlichen Zwecklosigkeit.

Glauben Sie, daß es heute möglich sein wird, irgend einen slavischen Stamm noch zu germanisiren? Wenn das durch die vorigen Jahrhunderte nicht gelungen ist, glauben Sie, daß es jetzt im Zeitalter der Freiheit und der Bildung gelingen werde? Ich glaube, meine Herren, dieses Streben ist ganz vergeblich, und es dient nur dazu, die Kräfte des einen Volksstammes im Lande gegen die des anderen zu hetzen, auf daß sie sich gegenseitig aufreiben, anstatt sie dienstbar zu machen dem Wohle des Vaterlandes.

Dies aber wird versäumt und wird verhindert, denn es wird versucht, über all' dies einen Schleier, eine förmlich undurchdringliche Schichte zu legen, damit man nicht sähe, was darunter vorgeht.

Unter dieser Schichte des officiellen Oesterreichs lebt ein ganz anderes Oesterreich, ein Oesterreich, welches diese Schichte einmal durchbrechen wird, was plötzlich hervortreten kann, und es wäre zu wünschen, daß dieser Bruch nicht geschehe in der Stunde der Gefahr: aber mit dem Verneinen des Bedürfnisses, mit dem Verschließen der Augen ist nichts gethan.

Wenn z. B. bei der Debatte über die schlesischen Justizverhältnisse ein Redner die Behauptung that, es gäbe nur eine Landessprache in Schlesien, so meinte er natürlich, auf dem Papiere gäbe es nur eine.

Es ist doch klar, daß man eine Landessprache nicht decretiren und auch nicht wegdecretiren kann.

Wenn sich die Herren einbilden, damit, daß sie sagen, es gibt in Schlesien nur die deutsche Sprache als Landessprache, die Anzahl der Polen und Cechoslaven, welche dort sind, wegzubringen, so kann ich solche eine Kurzsichtigkeit nur bedauern, ich kann sie nur bedauern im Interesse des Vaterlandes, welches darunter den höchsten Schaden leidet.

Bevor ich schließe, möchte ich an ein Wort erinnern, das gestern in einer anderen Versammlung von einem anderen Redner, welcher nicht unserer Nationalität angehört, von einem deutschen Manne, über die slavischen Verhältnisse in Oesterreich gesprochen worden ist. Meine Herren! Der Mann hat wahr gesprochen, seine Worte werden ein Echo im ganzen slavischen Oesterreich finden, und ich fühle mich verpflichtet im Namen meiner Landsleute und Stammesgenossen ihm hier die vollste Anerkennung und den vollsten Dank auszusprechen für das, was er gestern für die Slaven Oesterreichs gesprochen hat drüben in der Delegation. *(Bravo! Bravo! rechts.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Dr. Czerkawski hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Czerkawski**: In dem Capitel 9, Titel 14, §. 16 des Ausgabenetats, hat die Regierung für das Erforderniß der galizischen Gymnasien im Ordinarium die Summe von 482.862 fl., dagegen im Extraordinarium den Betrag von 1000 fl., im Ganzen daher die Summe von 483.862 fl. eingestellt. Der Budgetausschuß geht über das Extraordinarium hinweg und proponirt im Ordinarium lediglich die Summe von 475.000 fl., d. h. um 7862 fl. weniger, als im Ordinarium der Regierungsantrag lautet. Dieser Abstrich gilt vor Allem dem neu zu errichtenden vierten Gymnasium in Lemberg, für welches die Regierung im Ordinarium den Betrag von 7400 fl. als Bedeckung für die Erhaltung desselben im letzten Quartale des laufenden Jahres eingestellt hatte, wie auch die 1000 fl. im Extraordinarium ebenfalls diesem Gymnasium zugedacht waren für die erste Anlegung von Lehrmitteln oder, wie der officielle Ausdruck lautet, für Unterrichtserfordernisse. Im Jahre 1875 hat zwar der nämliche Ausschuß selbst die Regierung geradezu eingeladen und aufgefordert, zur Errichtung dieses vierten Gymnasiums in Lemberg zu schreiten; im Jahre 1877 lehnt er jedoch die Mittel ab, welche zur Realisirung dieses Zweckes dienen sollen, und als Grund dieser Ablehnung wird angeführt, daß angeblich die Gemeinde Lemberg für die Unterkunft und die sachlichen Bedürfnisse des Gymnasiums sich nicht zu jenen Opfern verstehen will, welche der Ausschuß als wünschenswerth bezeichnet und an denen er grundsätzlich festgehalten wissen will. Es ist leicht zu zeigen, daß sowohl diese Forderung des Ausschusses, als die Begründung dieses Anspruches weder gesetzlich gerechtfertigt, noch auch den Billigkeitsrücksichten entspricht, und sich auch endlich mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht in gehöriger Uebereinstimmung befindet.

Wohl gibt es Lehranstalten, wo gesetzlich die Concurrenz der Gemeinde zur Erbauung von Unterkünften und zur Bedeckung der sachlichen Bedürfnisse festgestellt ist, dahin gehören z. B. die Volksschulen, und ich kann mir recht wohl den Grund einer solchen gesetzlichen Bestimmung erklären, insoferne nämlich angenommen wird, daß die Volksschulen von Haus aus und grundsätzlich als eine Gemeindeanstalt angesehen werden sollen.

Viel schwieriger ist dieser Grundsatz auf die Mittelschulen anzuwenden, welche bekanntlich ausgedehnteren und allgemeinen Bedürfnissen dienen, welche daher füglich nothwendig als Landesangelegenheit, oder wie in unserer Gesetzgebung angenommen ist, als Staatsangelegenheit angesehen werden und angesehen werden sollen.

Ich will damit zwar nicht behaupten, daß die örtlichen Verhältnisse eine entgegengesetzte Anschauung vollkommen ausschließen oder daß gerade entgegengesetzte gesetzliche Bestimmungen hier durchaus unzulässig wären, nur glaube ich, daß Niemanden gestattet ist, über derlei gesetzliche Bestimmungen, wo sie bestehen, hinauszugehen und willkürliche Forderungen zu stellen, die im Gesetze nicht begründet sind.

Was namentlich die Mittelschulen anbetrifft, so ist mir sehr wohl bekannt, daß es eine gesetzliche Bestimmung vom Jahre 1851 gibt, welche den Gemeinden die Pflicht auferlegt, für die Unterstützung und die sachlichen Bedürfnisse von Realschulen zu sorgen. Auch dafür läßt sich ein Grund anführen, insoferne nämlich die Realschulen vorzüglich zur Hebung des gewerblichen Lebens bestimmt sind, und es daher angezeigt und billig erscheinen kann, daß jene Orte, wie die Städte, welche den Mittelpunkt des gewerblichen Lebens und gewerblichen Verkehres sind, zur Erhaltung und Unterstützung solcher Schulen beizutragen verpflichtet sind.

Diese Argumentation läßt sich aber durchaus nicht auf Gymnasien anwenden, und da in unserer Gesetzgebung keine Vorschrift besteht, welche die Gemeinden zum Baue von Gymnasialgebäuden oder zur Erhaltung derselben auch nur theilweise verpflichten würde, so glaube ich, daß nach dem juridischen Grundsatze: exceptio firmat regulam gelten sollte, daß zur Erhaltung den Gymnasien jene durchaus nicht beigezogen werden sollen.

In einem Rechtsstaate, meine Herren, müssen Verpflichtungen und Rechte genau präcisirt abgegrenzt, und es muß an ihnen durchaus und genau festgehalten werden.

Es ist weder gerecht noch billig, die Daumschraube anzusetzen, und noch Forderungen an die Gemeinde dort zu stellen, wo sie durch Gesetze dazu nicht verpflichtet werden, und dies, glaube ich, rücksichtlich der uns beschäftigenden Frage hier behaupten zu können.

Man fordert hier von der Lemberger Gemeinde, daß sie sich zu einer Leistung verstehe, zu welcher sie gesetzlich nicht verpflichtet ist, und man will sie einer Wohlthat verlustig machen, weil sie dieser willkürlichen und ganz ungerechtfertigten Forderung durchaus nicht entsprechen will.

In dem Berichte des Ausschusses wird angeführt, daß andere kleinere Gemeinden in Galizien sich zu solchen Beitragsleistungen verstanden haben, und daß er daher erwartet hat, die Hauptstadt des Landes werde in dieser Beziehung mit einem guten Beispiele vorangehen.

Man hat zwar, meine Herren, diesen Grundsatz nicht immer genau festgehalten, namentlich Wien hat davon eine merkwürdige Ausnahme gemacht. So lese ich z. B. im Staatsvoranschlage vom Jahre 1875, daß für den Zubau am Real- und Obergymnasium im dritten Bezirke Wiens ein Betrag von 75.000 fl. von Staatswegen ausgeworfen wurde. In dem Staatsvoranschlage pro 1877 lese ich wieder, daß hier eine dritte Rate im Betrage von 50.000 fl. bewilligt worden ist. Im Jahre 1874 wird für den Neubau eines Gymnasiums in Leitmeritz der Betrag von 40.000 fl., für den Neubau eines Gymnasiums in Jičin ein Betrag von 40.000 fl. bewilligt. Ja noch mehr, obwohl, wie ich angedeutet habe, gesetzliche Bestimmungen die Gemeinden verpflichten, für die Unterkünfte und die sachlichen Bedürfnisse von Realschulen ausschließlich zu sorgen, so finde ich in den Staatsvoranschlägen zu Gunsten einiger Realschulen, namentlich in Wien, hier eine ganz merkwürdige Ausnahme. So z. B. wird im Jahre 1875 für den Neubau des Schulgebäudes der Oberrealschule im zweiten Bezirke von Wien ein Betrag von 280.000 fl. bewilligt, für Unterrichtserfordernisse also, was man sachliche Bedürfnisse nennt, 4000 fl., für innere Einrichtung 25.000 fl., und doch, meine Herren, ist es eine Realschule, für welche die gesetzliche Bestimmung gilt, daß Unterkünfte und sachliche Bedürfnisse durch die Gemeinde gedeckt werden. Für die Realschule in Imst wird ein Betrag von 420.000 fl. für den Bau bewilligt, ebenso für die böhmischen Oberrealschulen. Für Lehrmittel in Pilsen 2000 fl., für Lehrmittel in Tetschen 3000 fl. Nur Lemberg, nur Galizien, soll hier eine etwas penible, eine etwas traurige Ausnahme machen.

Gehen wir auf Galizien zurück. Es hat dort allerdings Gemeinden gegeben, welche Beitragsleistungen für Gymnasien übernommen haben, aber die Verhältnisse waren hier ganz anders, man muß diese Verhältnisse würdigen und den Unterschied derselben Lemberg gegenüber auch in Rechnung ziehen. Es kann hier wohl zuerst Drohobycz, Kolomea und Jaslo gemeint sein. Bekanntlich haben alle diese Gemeinden bisher Gemeindegymnasien errichtet, später fanden sie es für besser, die Regierung zu bitten, daß sie dieselben auf den Etat des Studienfondes übernehme.

Es war nun ganz natürlich, daß sie die Unterkünfte und Beiträge, welche sie früher geleistet hatten, der Regierung gewissermaßen zur Verfügung stellten. Es ist also im Interesse der Gemeinden gelegen gewesen, diese Beiträge zu leisten, um sich des Restes der Auslagen auf diese Weise zu entledigen. Ein ähnliches Verhältniß fand auch in Brody statt, wo das jetzige Realgymnasium aus einer Realschule entstanden ist, und diese wieder aus einer israelitischen Unterrealschule, welche ursprünglich auch aus localen Mitteln erhalten wurde. Nur Zloczow würde hier eine Ausnahme machen, obwohl — wenn ich mich recht erinnere — auch Zloczow eine Beitragsleistung von der Regierung erhalten hat. Uebrigens, meine Herren, ich verleide diese Begünstigung keiner von diesen Schulen, weder in Galizien, noch außerhalb Galiziens; ich glaube jedoch, daß sie nur dort stattfinden sollte, wo es das Interesse der Gemeinde verlangt und wo das auf gemeinschaftlichem gegenseitigen freiwilligen Uebereinkommen beruht, nicht aber dort wo locale Verhältnisse eine Errichtung solcher Lehranstalten von Staatswegen erheischen und man die Errichtung dort hinausschiebt, nur in der Absicht, um gewissermaßen die Städte und Communen zu größeren Opfern zu pressen, als welche ihren eigenen Mitteln, ihren eigenen Kräften entsprechen.

Auch Lemberg hat sich dieser Beitragsleistung nicht entzogen. Es war eine Zeit, meine Herren, wo namentlich in Ostgalizien Gymnasien mit polnischer Unterrichtssprache zur Ausnahme gehörten. In einer solchen Lage war sowohl dem Lande als auch der Stadt Lemberg daran gelegen, daß wenigstens eine einzige Lehranstalt im östlichen Theile von Galizien mit polnischer Unterrichtssprache errichtet werde. Um diesen Zweck zu erreichen bot sich die Stadt Lemberg an, diesem neu zu errichtenden polnischen Gymnasium eine Unterkunft zu geben. Später änderten sich diese Verhältnisse. Das Gesetz bestimmt, daß die polnische Sprache als Unterrichtssprache an den Mittelschulen Galiziens Regel sein sollte, daß alle Staatsgymnasien die polnische Unterrichtssprache haben sollen und daß Gymnasien mit deutscher und ruthenischer Unterrichtssprache nur nach Bedürfniß vereinzelt im Lande noch zu bestehen hätten. Der Natur der Sache nach hätte Lemberg Grund gehabt, sich jener ausnahmsweisen Verpflichtung ganz zu entziehen.

Das that aber Lemberg nicht. Im Gegentheile, es baute das dritte, das Franz Joseph-Gymnasium mit einem Aufwande von 169.000 fl., ein Gebäude, welches zu den Zierden der Stadt Lemberg gehört. Es hat somit dieser seiner ursprünglichen Verpflichtung in glänzender Weise Genüge gethan. Nun aber glaubte Lemberg damals, daß es füglich zu keinen weiteren Leistungen zu keinen weiteren Opfern für Staatsgymnasien werde beigezogen werden. Dieser Wunsch, meine Herren, war auch billig. Ich habe hier vor mir einen Ausweis der sonstigen Erfordernisse der Stadtgemeinde Lemberg, die belaufen sich auf 833.339 fl., die Bedeckung beträgt 754.936 fl., somit beträgt das Deficit der Stadt Lemberg 78.403 fl., und ungeachtet dieses Deficites soll nun nach Antrag des Ausschusses Lemberg noch zu neuen Opfern vermocht, ja gezwungen werden, und ungeachtet der weiteren Ausweise und namentlich des Memorandums, das der Regierung überreicht wurde, wird für Schulzwecke allein von Lemberg der Betrag von 141.822 fl. jährlich verausgabt.

Nun, meine Herren, es ist klar, daß unter solchen Verhältnissen es höchst unbillig ist, von Lemberg noch weitere Opfer zu verlangen, und doch hat Lemberg sich noch zu Opfern für ein viertes Gymnasium bereit erklärt. Es hatte eine Grundparcelle gegenüber dem deutschen Gymnasium, welche Grundparcelle von demselben jederzeit verbaut werden konnte, so daß hiedurch die Möglichkeit der Errichtung des vierten Gymnasiums vollständig unbenommen blieb. Und um die Errichtung des deutschen Gymnasiums zu ermöglichen oder zu erleichtern, hat nun Lemberg auf das Eigenthumsrecht dieser großen Parcelle auf Verlangen der Regierung verzichtet. Nun, wenn das vierte Gymnasium auf diesen Bedingungen nicht zu Stande kommt, was geschieht mit dieser großen Parcelle? Wird die Regierung der Stadtgemeinde gegenüber wortbrüchig werden wollen oder welches Rechtsverhältniß wird daraus entstehen, gerade in Folge der Forderung des Budgetausschusses?

Außerdem hat die Gemeinde sich verpflichtet, die Unterkünfte, wo jetzt die Parallelclassen des Franz Joseph-Gymnasiums bestehen, auf die Dauer des mit dem Bernhardiner-Kloster abgeschlossenen Contractes, das heißt bis zum Jahre 1884 zu zahlen, und hat außerdem die Bedingung hinzugefügt, daß, wenn das Gymnasium nicht zu Stande kommt, sich die Stadt des gegebenen Versprechens für entbunden erachten werde.

Ich glaube, meine Herren, daß Alles, was ich Ihnen gesagt habe, Sie wird überzeugt haben, daß die Forderung, welche an Lemberg gestellt wird, keine billige ist; diese Forderung entspricht aber auch nicht den thatsächlichen Verhältnissen. Man könnte die Zumuthung an die Stadt nur in dem Falle stellen, wenn die Errichtung eines vierten Gymnasiums Angelegenheit der Commune nicht aber eine Angelegenheit des allgemeinen Unterrichtswesens, somit des Staates wäre.

Nun aber, meine Herren, ich erlaube mir die Behauptung, daß die Errichtung eines vierten Gymnasiums von Staatswegen eine unabweisliche Nothwendigkeit sei. Zunächst können Sie die Ziffern überzeugen, welche die Frequenz des Gymnasiums darstellen, und namentlich wenn man einen Vergleich zieht mit der Frequenz anderer Gymnasien Oesterreichs.

Ich habe hier einen Jahresbericht des Ministeriums für Cultus und Unterricht aus dem Jahre 1876, und da lese ich, daß in diesem Jahre das Franz Joseph-Gymnasium in Lemberg 838 öffentliche Schüler zählte. Es gibt kein zweites Gymnasium in ganz Oesterreich, welches an Frequenz diesem Gymnasium gleichgestellt werden könnte.

Zunächst nach ihm folgt das czechische Gymnasium in Olmütz mit 652 Schülern, dann kommt das academische Gymnasium in Wien mit 551, dann noch mehrere Gymnasien mit 400 und einigen Schülern, die aber hier neben dieser enormen Ziffer von 838 gar nicht in Betracht kommen. Lemberg hat noch zwei andere Gymnasien, das ruthenische, welches im Jahre 1876 welches ich vor Augen habe, nur 280 Schüler hatte, und ein deutsches Gymnasium, welches nur 420 Schüler zählte; also Sie sehen, meine Herren, welch' großer Unterschied zwischen diesen verschiedenen Lehranstalten besteht und daß die Errichtung eines neuen Gymnasiums schon damals als eine unabweisliche Nothwendigkeit angesehen werden mußte.

Diese Zahl hat sich aber seit der Zeit nicht verringert. Ich habe einen amtlichen Ausweis, demzufolge im Jahre 1877 zu Anfang des Jahres dieses Gymnasium 1022 Schüler zählte, am Schlusse 955, und in diesem Jahre sind, wie mir angegeben wurde, 1075 Schüler eingeschrieben worden. Was ist die Folge davon? Die Folge ist die, daß, weil in einem Coetus nicht mehr als 50 bis 60 Schüler unterrichtet werden können, das Gymnasium in eine Masse von Coetus zerfällt. Das Franz Joseph-Gymnasium zählt jetzt 23 solcher Parallelclassen oder Coetus. Man könnte sagen, das habe nichts auf sich. Nein, meine Herren, das ist ein großer Unterschied. An dem Gymnasium bestehen nur 13 ordentliche Lehrer, die übrige Zahl — und es bestehen ihrer 42 — muß durch Supplenten, also durch zeitweilige Kräfte, versehen werden. Ein Jeder weiß aber, was eine zeitweilige Kraft, und was eine stabil angestellte Kraft in jedem Verhältnisse des menschlichen Lebens leistet, und wie wichtig es ist, daß die Erziehung und Lehre der Kinder nicht bloß vorübergehenden Persönlichkeiten, Aushilfslehrern, sondern stabil angestellten Männern anvertraut wird, das wird jeder Pädagog einsehen; denn sonst kann weder der Unterricht

gedeihen, noch kann die Disciplin an einer solchen abnormen Lehranstalt erhalten werden. Soll also all' diesen Uebelständen abgeholfen werden, so bleibt nichts anderes übrig, als die Errichtung eines vierten Gymnasiums, um die Ueberzahl dorthin abzuleiten.

Ich glaube, meine Herren, ich habe Ihnen schon dargelegt, daß die Verweigerung des Gymnasiums gesetzlich nicht begründet ist, daß sie unbillig ist und den gegebenen Verhältnissen nicht entspricht. Ich glaube daher an Ihre Gerechtigkeitsliebe, an Ihre Einsicht und Humanität appelliren zu sollen und appelliren zu können, daß Sie den Abstrich von 7500 fl. im Ordinarium und den Abstrich von 1000 fl. im Extraordinarium beseitigen, und erlaube mir daher den Antrag zu stellen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen: im Titel 14 des Capitel 9, „Mittelschulen", §. 16, „Galizien", im Ordinarium den Betrag von . . . . . 482.500 fl. und im Extraordinarium den Betrag von . . . . . 1000 fl. einzustellen."

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Czerkawski stellt folgenden Antrag: *(Wiederholt denselben.)* Da dieser Antrag mit dem der Regierung nicht conform ist, so muß ich die Unterstützungsfrage stellen. Ich ersuche jene Herren, welche den Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

Der Herr Specialberichterstatter hat das Wort.

Specialberichterstatter Eduard **Sueß:** Ich bitte mir einige kurze Bemerkungen in Betreff der sachlichen Anträge, welche gestellt wurden, zu gestatten. Der erste Herr Redner von der anderen *(rechten)* Seite des hohen Hauses hat für gut befunden, aus einer Zeile des Ihnen vorliegenden Berichtes Anlaß zu nehmen, um eine sehr weittragende politische Frage, die ganze slavische Frage, wie er sagte, mit in den Kreis der Discussion zu ziehen.

Nun, ich will zugeben, daß unsere Zustände manches Eigenthümliche mit sich bringen, das man an anderen Orten nicht erlebt, und daß dem Abgeordneten die schwere Aufgabe gestellt ist, einen Tag mit dem Fernrohre zu arbeiten und den nächsten Tag mit dem Mikroskope, das heißt, einen Tag zu versuchen, die großen Züge der Gesetze der Weltbewegung zu erkennen und das andere Mal in die kleinsten Details etwa einer Budgetberathung einzugehen.

Das bringt wohl mit sich, daß man auch bei Budgetbestimmungen, welche mit diesen großen allgemeinen politischen Fragen sehr wenig zu thun haben, fast unwillkürlich darauf geführt werden, mag, diese auch zu berühren.

Die Sache, um die es sich hier handelt, ist — ich wiederhole es — lediglich vom rechnungsmäßigen Standpunkte zu betrachten. Als Budgetreferent habe ich die Ehre gehabt, diesen Bericht zu verfassen, als Budgetreferent habe ich ihn zu vertreten.

Der Organisationsentwurf, welcher bestimmt, welche obligaten und welche freien Gegenstände an einem Gymnasium gelehrt werden sollen oder gelehrt werden dürfen, bestimmt ganz genau eine Anzahl von freien Gegenständen, die der Herr Redner auch genannt hat, so englische Sprache, französische Sprache, Zeichnen u. s. w., aber man findet unter diesen Gegenständen nicht Einen aufgeführt, der etwa heißen würde: polnische Landesgeschichte. Für einen solchen Gegenstand aber werden Honorare in Galizien gezahlt, und der Budgetausschuß war der Ansicht, daß, weil ein solcher freier Gegenstand in dem Organisationsentwurfe nicht angeführt ist, die Auslage für denselben rechnungsmäßig auch nicht gerechtfertigt sei. Ich meine, daß trotz der schwungvollen und an Superlativen ziemlich reichen Rede des Herrn Abgeordneten von der anderen *(rechten)* Seite des hohen Hauses gegen diesen Standpunkt des Budgetausschusses sich kaum irgend etwas wird einwenden lassen.

Der zweite Herr Redner, dessen Antrag in einer ziffermäßigen Bestimmung gipfelt, beantragt die Einstellung einer gewissen Summe für die Errichtung eines neuen Gymnasiums in Lemberg. Diese Sache zieht sich schon durch einige Budgetdebatten hin, und nachdem die Unterrichtsverwaltung darauf verzichtet hat, selbst hier ihre Meinung zum Ausdrucke zu bringen, so bin ich verpflichtet zu sagen, daß sich die Sache folgendermaßen verhält:

Die Anstalt ist überfüllt, sehr überfüllt; für einen Theil derselben wurde vor längerer Zeit ein neues Gebäude errichtet in dem Bernhardinerkloster, und nichts destoweniger wurden eine große Anzahl von Parallelclassen, wenn ich nicht irre 10, in der Miethe zurückbehalten.

Die Gemeinde zahlte bisher die Miethe, und es handelte sich darum, diesem abnormen Zustande ein Ende zu machen, indem man aus diesen zurückgebliebenen Parallelclassen ein neues Gymnasium schafft. Die Regierung hat sich damit beruhigt, daß die Gemeinde sich verpflichtet hat, bis zum Jahre 1884 die Miethe im Bernhardinerkloster zu bezahlen, nämlich soweit ihr jetziger Miethcontract läuft, und zwar war sie zu ihrer Zustimmung auch durch den Umstand veranlaßt, daß die Gemeinde erklärte, wenn man darauf nicht eingehe, werde die Gemeinde überhaupt die Miethe kündigen und es müßte der Staat die Miethe im Bernhardinerkloster zahlen.

Nun ist aber der Standpunkt des Budgetausschusses in dieser Sache ein anderer. Der Budgetausschuß hält sich nämlich vor Augen, daß man im Laufe der letzten Jahre eine sehr große Anzahl kleiner, zum

Theile sehr kleiner und sehr dürftiger Gemeinden, in welchen neue Mittelschulen errichtet werden sollten, die Forderung gestellt hat, daß diese Gemeinden auf ihre Kosten die sachlichen Bedürfnisse bestreiten, und hauptsächlich daß sie das Gebäude herstellen.

Es werden sehr wenige Abgeordnete von Landwahlbezirken in diesem hohen Hause sein, in deren Wahlbezirken nicht die eine oder die andere Stadt auf diesem Wege veranlaßt worden ist, bedeutende Geldsummen, für ihre Verhältnisse manchmal sogar außerordentliche Geldsummen für die Herstellung der Gebäude für Mittelschulen auszugeben. Wie konnte denn nun der Budgetausschuß einem Anerbieten der Stadt Lemberg, welche nur bis zum Jahre 1884 für die Miethe sorgen will, zustimmen, oder mit anderen Worten, die Obsorge für die definitive Herstellung eines Gebäudes auf Staatskosten übernehmen, wenn auf der anderen Seite viel kleineren und viel dürftigeren Gemeinden so große Lasten auferlegt worden sind?

Es schien darin eine große Unbilligkeit zu liegen, und der Vergleich, welchen der Herr Vorredner angestellt hat, nämlich der Vergleich, welchen er aus der ziffermäßigen Einstellung für Mittelschulbauten für die Stadt Wien geschlossen hat, geht — er möge mir das verzeihen — nur aus einer weniger genauen Bekanntschaft mit der Sachlage hervor. Man darf nicht vergessen, daß die Stadt Wien in dieser Beziehung allerdings einige Berücksichtigung verdient, da sie an laufenden Auslagen für Mittelschulen im Ordinarium, wenn ich nicht irre, 250.000 bis 300.000 fl. im Jahre hat.

Es muß zugegeben werden, daß die Stadt Lemberg in früherer Zeit ein Anlehen von, wenn ich nicht irre, 300.000 fl. aufgenommen hat, um ein Gymnasium und Volksschulen zu bauen, aber daraus kann noch immer nicht begründet werden eine andere Behandlung derselben, als die Behandlung, die anderen — und ich wiederhole es — viel dürftigeren Gemeinden zu Theil wird. Es ist daher der Standpunkt der Gerechtigkeit und gar kein anderer, welcher den Budgetausschuß davon abgehalten hat, in dieser Beziehung dem Antrage der Regierung zuzustimmen.

Ich bedaure es außerordentlich, daß die finanzielle Prüfung und Ueberprüfung des Budgets wiederholt Anlaß gibt zu Bemängelungen, welche sich gerade auf das Kronland Galizien beziehen, aber die Erbitterung, welche manchmal — ich glaube ganz ohne Grund — in diese Berathungen gebracht worden ist, ich begreife sie nicht, und ich bedaure sie. Ich bedaure sie umsomehr, wenn man sich in Uebertreibungen ergeht, wie sie von dem ersten Herrn Redner gebraucht worden sind, der geradezu sagte: Ihr wolltet uns im vorigen Jahre die Universitäten zu Grunde richten, heuer streicht Ihr die Gymnasien. Wohin kommen wir?

Darauf will ich Folgendes erwiedern: In dem Jahre, in welchem ich die Ehre hatte, dieses Referat zum ersten Male zu führen, betrug das Ordinarium für Mittelschulen in Galizien 318.000 fl., heuer beträgt es über 600.000 fl. *(Rufe: Hört! Hört!)* Das ist die Antwort, die ich dem verehrten Herrn Redner auf seine Darstellung der Sache zu geben habe. *(Rufe: Sehr gut!)*

Ich bitte, mir nur noch ganz wenige Worte zu gestatten, nicht in Bezug auf die angeregte Frage der slavischen Lehranstalten in Mähren, in Bezug auf welche dem hohen Hause meine persönliche Meinung bekannt ist, sondern in Bezug auf die Frage der Didaktik in unseren Gymnasien, welche vom Herrn Abgeordneten v. Forster angeregt worden ist. Hier beschränke ich mich zu sagen, daß ich ganz und gar seiner Meinung bin *(Bravo!)*, im Ganzen wie im Einzelnen, und daß ich nichts lebhafter bedaure, als daß die hohe Regierung durch so viele Jahre nicht Zeit gefunden hat, sich mit diesem Gegenstande zu befassen, der mehr als ein anderer das Wohl und Wehe unserer Kinder *(Rufe: Sehr gut!)* und die Gesundheit, die physische und die moralische Heranbildung unseres Nachwuchses betrifft. *(Beifall.)* Denn die gesammte gebildete Classe unseres Volkes geht mit sehr wenigen Ausnahmen aus den Mittelschulen hervor. Ich wiederhole es, meine Herren, daß ich mich freue, daß dieser Gegenstand angeregt worden ist, daß ich mich aber noch mehr freuen würde, wenn diese Anregung endlich einmal eine concrete Form annehmen würde, denn mit diesen allgemeinen Besprechungen, mit Resolutionen bei Gelegenheit der Budgetberathung ist nichts gethan, und die Sache ist von der Art, daß ein Gesetz aus der Initiative des Hauses nicht hervorgehen kann.

Das hohe Haus kann nicht daran denken, Lehrpläne zu machen und Gymnasialentwürfe auszuarbeiten. Das muß die hohe Regierung thun, und so lange sie es nicht thut, wird ihr der gerechte Vorwurf gemacht werden können, daß sie noch immer nicht vollkommen den Kreis ihrer Pflichten erfüllt.

Wenn man einmal an die Sache geht, soll sie aber gründlich und gut gemacht werden, das unterliegt meiner bescheidenen Meinung nach keinem Zweifel, erstens, daß man durch Einführung des Fachlehrersystems in den unteren Classen der Mittelschulen eine Einrichtung getroffen hat, welche zwar das Unterrichten, das Maß der Unterrichtsfähigkeit der Anstalt erhöht, welches aber das erziehliche Princip, das wichtigste Princip aus den unteren Classen, fast eliminirt *(Bravo!)*, weil der Lehrer, der in einer Anzahl von Classen beschäftigt ist, kaum im Stande ist, die einzelnen Schüler persönlich zu kennen und nach den individuellen Fähigkeiten des Knaben in einem Fache strenger, in einem anderen gelinder zu sein, um die Belastung, die aus den einzelnen Fächern sich ergibt, von Fall zu Fall einigermaßen auszu-

gleichen. *(Rufe: Sehr richtig!)* Und das ist das Geheimniß, warum wir, wenn wir gerecht sein wollen, es eingestehen müssen, daß in mancher Beziehung die alten Klostergymnasien mehr erreicht haben *(Rufe: (Sehr richtig!)* weil die Einheit der Auffassung und das erziehliche Princip dadurch gefördert waren, daß die Lehrer jedes einzelne der Kinder persönlich kannten.

Daß dabei sachlich weniger geboten wurde, das mag sein, aber ich kann nicht umhin, es zu gestehen, daß in dieser Beziehung eine Aenderung der bestehenden Einrichtung sehr dringend ist, wenn sie auch bei der bestehenden Organisation überaus schwierig ist.

Den zweiten Gegenstand habe ich schon oft erwähnt, es ist die Art der Heranbildung der Lehrer. Ich selbst kenne sie aus meinem Berufe viel zu genau, um darüber nicht, wie ich glaube, mit competenten Worten sprechen zu können. Man erzeugt vortreffliche Gelehrte voll von Begeisterung für ihre Wissenschaft, welche aber unglücklich sind, wenn sie in die Provinz hinausgeschickt werden und sich dort mit zehn- oder eilfjährigen Knaben beschäftigen sollen, denn zwischen der Heranbildung eines Lehrers und der Heranbildung eines Gelehrten ist ein wesentlicher Unterschied.

Die Zeit ist viel zu weit vorgeschritten und das Thema zu unerschöpflich, als daß ich mich darüber weiter ergehen sollte. Ich empfehle dem hohen Hause nur im Gegensatze zu den ziffermäßig höheren Ansätzen, die von jener *(rechten)* Seite des hohen Hauses beantragt wurden, auf den Antrag des Ausschusses, wie er Ihnen vorliegt, einzugehen. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident**: Die Debatte ist geschlossen. Wir schreiten nun zur Abstimmung über das Erforderniß „Ministerium für Cultus und Unterricht", Capitel 9, Titel 14 „Mittelschulen", Titel 15 „Studienbibliotheken" und Titel 16 „Speciallehranstalten". Bezüglich der Paragraphe 1 bis 40 des Titels 14 wurde nur zur Ziffer des §. 16 für die Mittelschulen in Galizien eine Abänderung beantragt; bei allen übrigen Paragraphen, ferner bei Titel 15 „Studienbibliotheken" und Titel 16 „Speciallehranstalten", §§. 1 bis 8, wurde keine Abänderung beantragt. Ich werde daher bei der Abstimmung so vorgehen, daß ich sämmtliche Paragraphe des Titels 14, mit Ausnahme des §. 16 „Mittelschulen für Galizien", zur Abstimmung bringe, ebenso Titel 15 und 16 mit den §§. 1 bis 8 nach dem Antrage des Ausschusses. Sodann werde ich separat über den §. 16 des Titels 14 „Erforderniß für Mittelschulen Galiziens" und zwar zuerst in jener Fassung abstimmen lassen, wie sie der Herr Abgeordnete Dr. Czerkawski beantragt, wenn dieselbe abgelehnt wird, in der Ziffer, wie sie der Ausschuß beantragt, und sollte auch diese abgelehnt werden, nach dem §. 5 des Gesetzes über die Geschäftsordnung in der Ziffer wie sie die Regierung beantragt.

Wird Etwas erinnert? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, so ersuche ich jene Herren, welche im Erforderniß Capitel 9, Titel 14, „Mittelschulen", §§. 1 bis 40 mit Ausnahme des §. 16, ferner Titel 15 „Studienbibliotheken", und Titel 16 „Speciallehranstalten", §§. 1 bis 8 nach dem Antrage des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen.

Nun ersuche ich jene Herren, welche im Titel 14, §. 16 „Mittelschulen Galiziens", nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Czerkawski als Ordinarium . . . . . 482.500 fl., als Extraordinarium . . . . . 1.000 „ einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist mit 77 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Ich ersuche nun die Herren, welche nach dem Antrage des Ausschusses in §. 16 . . 475.000 fl. im Ordinarium einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Summe ist bewilligt und somit der ganze Titel „Mittelschulen" genehmigt.

Ich glaube jetzt die Verhandlung abbrechen zu sollen, nachdem für den nächsten Absatz „Volksschulen" bereits 17 Redner eingeschrieben sind. *(Bewegung.)*

Ich beehre mich mitzutheilen, daß der Strafgesetzausschuß für morgen, 9¾ Uhr Vormittags, zu einer Sitzung geladen ist.

Die nächste Sitzung erachte ich für morgen Samstag, Vormittags 11 Uhr, und zwar mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung anzuberaumen. *(Zustimmung.)*

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung: 3 Uhr 50 Minuten.)*

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Meßnerdienst, Organistendienst u. s. w. werden den politischen Gemeinden wieder hinaufdividirt.

Ich glaube, daß die diesbezüglichen Verordnungen aus der josefinischen und franciscеischen Zeit bereits durch das Concordat im Jahre 1855 aufgehoben sind, und es sind nicht die politischen Gemeinden zu einer solchen Leistung verpflichtet, sondern die Pfarrgemeinden; die diesbezüglichen Verpflichtungen der politischen Gemeinden sind meines Erachtens schon durch das Concordat aufgehoben, denn der Artikel 34 des Concordates lautet wörtlich *(liest)*:

„ceteraad personas et res ecclesiasticas pertinentia quorum nulla in his articulis mentio facta est, dirigentur omnia et administrabuntur juxta ecclesiae doctrinam" — also nicht nach den Hofdecreten — „et ejus vigentem disciplinam a. S. sede adprobatam."

Das ist das kirchliche Gewohnheitsrecht im Gegensatze zum früher erwähnten positiven Kirchenrechte. Daher muß die Frage, wer kirchliche Baulichkeiten zu bestreiten, den Meßnerdienst, den Organistendienst zu zahlen, nicht nach den josefinischen und franciscеischen Gesetzen, sondern sogar nach dem Concordate, nach dem Kirchenrechte entschieden werden. Das Kirchenrecht aber geht da von dem idealen Standpunkte aus, der vollkommen der christlichen Lehre entspricht. Christus der Herr hat gewiß nie gewollt, daß man die Auslagen für den Cultus seiner Religion mit Steuerexecutionsmitteln eintreibt *(Heiterkeit)*, das ist ihm nie eingefallen. Die Kirche steht, wie gesagt, mit ihren Gesetzen hier auf dem rein idealen Standpunkte. Wer soll zahlen? Das Tridentinum sagt: In erster Linie die geistlichen Herren, die von der Kirche ihr Einkommen haben, dann soll das Kirchenvermögen herhalten, wenn eines da ist, ferner soll der Patron zahlen, endlich sollen freiwillige Beiträge, nicht Steuern mit Execution, eingehoben werden; wenn es mit diesen Mitteln nicht geht, so soll sich die Kirche auflösen und den benachbarten Pfarrgemeinden incorporiren. Nach dem Kirchenrechte ist das die Consequenz. Wenn die Leute nicht zahlen wollen, so soll sich die Gemeinde, da sie hiermit bewiesen hat, daß sie kein Bedürfniß nach einer Kirche hat *(Heiterkeit)* auflösen und den Nachbargemeinden einverleiben. Diese natürlichen Grundsätze sind wieder restaurirt worden durch das Concordat und sie bestehen auch derzeit noch zu Recht. Ich erwähne das nicht umsonst, es kommt merkwürdigerweise noch in allerneuester Zeit ein Erlaß der Ministerien für Cultus und Unterricht und des Innern vor, welcher den Bestimmungen der Kirchengesetze, die in diesem Punkte auch unser jetzt geltendes Recht sind, geradezu widerspricht.

Diese Gesetze, die heutzutage hier zu Recht gelten, sind nicht die Hofdecrete aus der josefinischen und franciscäischen Zeit, nicht die sogenannten Verordnungen in publico ecclesiasticis.

Wenn es auch wahr ist, daß das Concordat auf dem Papiere aufgehoben ist — ich sage auf dem Papiere, denn was darin steht, daß aus dem Staatsschatze Zuschüsse zu den Religionsfonden geleistet werden sollen, um die Cultusauslagen zu bedecken, das geschieht ja heute noch, das sehen wir in jedem unserer Budgets; wir haben in diesem Punkte gar keinen Nutzen davon, daß das Concordat aufgehoben ist, wir stehen noch da, wo wir früher standen, und zahlen gerade so die Cultusauslagen aus dem Staatsgelde wie früher — so sind doch mit der Aufhebung des Concordates die Verordnungen der josefinischen und franciscäischen Zeit nicht wieder Gesetz geworden.

Mit der Aufhebung des Concordates sind diese Verordnungen nicht rechtswirksam geworden und nicht in Rechtsgiltigkeit getreten, sondern es werden mir meine Herren Professoren und jetzigen Minister, die hier sitzen, Recht geben, wenn ich sage und nach ihren Lehren weiter behaupte: Dadurch, daß dieses Concordat aufgehoben worden ist, sind die durch das Concordat seinerzeit aufgehobenen Gesetze nicht wieder in Wirksamkeit getreten, sondern es gelten, so lange keine neuen Gesetze geschaffen sind, die Kirchengesetze fort. Diese kennen aber keine politischen Gemeinden, kennen keine Verpflichtungen von politischen Gemeinden, keine executive Einhebung von Geldern für Cultuszwecke durch die politischen Behörden.

Trotzdem ist das aber vom Cultusministerium auch während der ganzen Concordatszeit geschehen und noch jetzt werden in völlig ungesetzlicher Weise, nicht nach den Kirchengesetzen, diese Auslagen gedeckt, sondern weil es der Geistlichkeit Vortheil bringt, werden gesetzwidrig die politischen Gemeinden und deren incorporirte Insassen nach den alten seit 1855 nicht mehr geltenden Hofdecreten zu oft sehr bedeutenden Zahlungen herangezogen. Ich frage: Ist das Recht, und warum läßt sich es die Bevölkerung gefallen? Die Krone aber ist in neuester Zeit — und das hat mich besonders bewogen, das Gebaren des Cultusministeriums einer eindringlichen Kritik zu unterziehen — diesem Gebaren aufgesetzt worden. Es sollte nach dem Gesetze vom Jahre 1874 durch die Einführung der Cultussteuer für die katholischen Pfarrgemeinden jene Belastung des Staatsschatzes mit einer Million jährlich aufgehoben und auch von den Angehörigen der katholischen Confession endlich einmal die Auslagen ihres Cultus selbst bestritten werden. Ein Gesetz ist diesfalls in Aussicht gestellt worden. Ich habe nie für eine Steuer geschwärmt, und habe doch diese Gesetzesvorlage wiederholt urgirt, weil ich der Ueberzeugung bin, daß nur Diejenigen diese Steuer zahlen werden, die sie gerne zahlen wollen, mich z. B. wird sie nicht drücken, ich werde nie viel von dieser Steuer zahlen. *(Heiterkeit.)* Ich habe immer dafür gestimmt, daß diese Steuer gezahlt werden soll. Das Ministerium

aber will sie nicht einführen und zieht es vor, die politischen Gemeinden zur Zahlung dieser Cultusauslagen nach wie vor zu verhalten. Die politische Gemeinde Steinabrunn hat eine 50percentige Gemeindeumlage für die Herstellung eines Kirchenbaues ausschreiben müssen. Ein Graf Fünfkirchen, Besitzer des Fideicommisses Steinabrunn, der hat gesagt: Ich zahle nicht, denn ich bin nicht dort und daher nichts zu zahlen schuldig.

Es ist die Sache bis zum Verwaltungsgerichtshofe gekommen. Dieser hat die Entscheidung des Cultusministeriums mit folgender Motivirung aufgehoben: Der Herr Präsident wird mir erlauben, sie kurz vorzulesen *(liest)*:

„Laut §. 87 der Gemeindeordnung für Oesterreich unter der Enns vom 31. März 1864 ist die Concurrenz für den Kirchenbau Gegenstand besonderer Gesetze. Für Oesterreich unter der Enns besteht in dieser Beziehung das Hofkanzleidecret vom 22. Mai 1805, wornach die Pfarrgemeinden zu den Kirchenbauten die Hand- und Zugrobot zu leisten haben.

Nach §. 35 des Gesetzes vom 7. Mai 1874 wird die Pfarrgemeinde von der Gesammtheit der im Pfarrbezirke wohnhaften Katholiken desselben Ritus gebildet, es folgt für Oesterreich unter der Enns, daß Derjenige, der im Pfarrbezirke nicht wohnhaft ist, wenngleich er daselbst den Grundbesitz hat, aus der Eigenschaft eines Parochianen zu den Kosten der Erbauung einer Pfarrkirche nicht herangezogen werden kann."

Diese Entscheidung hat dann den niederösterreichischen Landesausschuß veranlaßt, an sämmtliche Gemeinden ein Normale herauszugeben, eine Verordnung, dahingehend, daß die Auslagen für katholische Cultuszwecke in die Voranschläge und Rechnungen der politischen Gemeinden nicht mehr eingestellt werden sollen, Verpflichtungen dieser Art von Seite der Gemeinden nicht mehr übernommen werden dürfen, ausgenommen wenn sie durch Patronatsrechte einer Gemeinde begründet sind. Die Mitglieder der Gemeindevertretung, welche entgegen dieser Anordnung derartige Beträge in das Budget der Gemeinden einstellen, werden persönlich für alle hiedurch der Gemeinde erwachsenden Auslagen haftbar erklärt.

Darüber war nun Entsetzen im Cultusministerium; war es doch so bequem gewesen, nicht zu arbeiten, den Entwurf einer Cultussteuer nicht vorzulegen, waren ja doch die politischen Gemeinden da, die man immer fort zahlen läßt, deren Einkommen ja unerschöpflich ist. In diesen Säckel darf man ja nur hineingreifen und überall hin austheilen. Obwohl nun das Ministerium nicht berechtigt ist, sich in diese Angelegenheiten einzumischen, da ja die Gemeinden bezüglich der Agenden ihres eigenen Wirkungskreises nicht ihm, sondern dem Landesausschusse unterstehen, und obwohl das Ministerium auch nicht berechtigt ist, gegen den Landesausschuß Verordnungen zu erlassen, ja obwohl es sogar in dem Gesetze vom 22. October 1875 über den Verwaltungsgerichtshof heißt, daß die Ministerien bei ihren Verordnungen an die Rechtsanschauungen gebunden sind, welche der Verwaltungsgerichtshof seinen Erkenntnissen zu Grunde legt, ist merkwürdigerweise die Verordnung vom 31. December 1877, gezeichnet von den Herren Ministern Lasser und Stremayr, im Drucke erschienen und an sämmtliche Gemeinden Niederösterreichs hinausgegeben worden, welche den niederösterreichischen Landesausschuß und den Verwaltungsgerichtshof geradezu desavouirt. Es heißt da *(liest)*:

„Bis zum Zustandekommen des im §. 37 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50, in Aussicht gestellten Gesetzes — wann dies geschehen wird, das ist natürlich nicht gesagt, also jedenfalls wann es den Herren beliebt, das Gesetz zu machen, vielleicht erst in 100 Jahren — über die Constituirung und Vertretung der Pfarrgemeinden, dann über die Besorgung der Angelegenheiten derselben sind die Angelegenheiten der katholischen Pfarrgemeinden wie bisher von den Ortsgemeindevertretungen zu besorgen."

Nun, das Gemeindestatut weiß davon gar nichts, daß die politischen Gemeinden die Pfarrgemeinden irgendwie zu substituiren hätten, die politischen Gemeinden hängen weder nach den geographischen Grenzen noch nach ihrer Vertretung mit den Pfarrgemeinden zusammen; letztere werden nach dem Canonicum von den Pfarrvertretern, von den Kirchenvätern und den Patronen vertreten und sonst von Niemandem, sie sind juristisch ein ganz anderes Ding als die politischen Ortsgemeinden. Weiter heißt es in dieser Verordnung *(liest)*:

„Dieselben haben daher auch fortan über die die Pfarrgemeinden treffenden oder von denselben zu übernehmenden Beitragsleistungen zu katholischen Cultuszwecken zu beschließen und für deren Bedeckung und Einbringung vorzusorgen. Der Wirkungskreis der in einzelnen Königreichen und Ländern nach besonderen Landesgesetzen bestehenden Kirchenconcurrenzausschüsse (Comités, Bauausschüsse) wird durch die gegenwärtige Verordnung nicht berührt."

Es haben sogar, wie mir gesagt wurde, die Ministerien des Cultus und Unterrichts und des Innern von dem niederösterreichischen Landesausschusse verlangt, daß er seine Verordnung an die politischen Gemeinden zurücknehme; der niederösterreichische Landesausschuß hat dies aber nicht gethan, und so ist die erwähnte Ministerialverordnung entstanden in einer geradezu gesetzwidrigen Weise. Meine Herren! Es soll im constitutionellen Staate und nach der klaren Vorschrift unserer Staatsgrundgesetze eine jede Verordnung auf einem Gesetze basiren.

Ich frage nun die Herren Minister des Innern und des Cultus: Nennen Sie mir das Gesetz, dessen Durchführung diese Verordnung enthält? Sie sind nicht im Stande, mir eines zu nennen, Sie sind nicht im Stande, mir zu beweisen, daß die politischen Gemeinden sich um die katholischen Pfarrgemeinden zu kümmern oder deren Pflichten und Lasten zu tragen haben. Und warum wurde dies verordnet? Weil man es versäumt hat, das Gesetz zu schaffen, das seit 1874 hätte geschaffen werden sollen, das Gesetz über die katholische Cultussteuer. Ja, meine Herren, was ist denn das für ein Gebaren, daß, weil die Herren im Ministerium nicht thun was sie thun sollen, die politischen Gemeinden immerfort zahlen und den Schaden haben sollen, ohne daß man weiß, wie lange das noch so fortdauern wird? Es ist doch nicht in das Belieben des Herrn Cultusministers gestellt; deßwegen, weil die Herren selbst nichts thun wollen, noch Anderen bedeutende Zahlungen aufzuerlegen? Das ist sehr leicht, da sollten aber die Herren, welche den Gesetzentwurf nicht vorlegen, die Auslagen für die katholischen Cultuszwecke, Cultussteuer, tragen *(Heiterkeit)* und nicht die politischen Gemeinden, die nichts dafür können, daß das Gesetz nicht geschaffen wird, welches schon seit 1874 in Aussicht gestellt wurde. Wo man in einer solchen Weise vorgeht, da ist es wahrlich beinahe überflüssig ein Wort mehr weiter zu sprechen. Warum? Weil es nichts nützt; es geht Alles, wie man sagt, bei dem einen Ohre hinein, bei dem anderen hinaus.

Es wird alleweil beim Budget das Gleiche geredet, das Ministerium thut aber immer, was es will. Wo es aber in der Lage ist, den Gemeinden einmal etwas zu nehmen, da nimmt es ihnen es gewiß. Wir haben in der letzten Zeit einen Fall erlebt, der in Wien ziemliche Entrüstung hervorgerufen hat. Die Gemeinde Wien wollte ein ganz baufälliges Haus, Nr. 20 in der kleinen Ankergasse in der Leopoldstadt, welches wegen Baufälligkeit delogirt werden sollte, vom Convente der Barmherzigen Brüder einverständlich, ohne daß wir gehandelt haben, um 14.000 fl. zur Straßenerweiterung kaufen.

Das Cultusministerium hat aber gesagt: wir bewilligen nicht den Kauf, Ihr müßt 18.000 fl. zahlen; die Gemeinde soll 4000 fl. darauf zahlen. So belastet man die Gemeinden auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite, wo sie zu entlasten sind, da thut man jahrelang nichts. Ich kann nun einer solchen Cultusgebarung meine Zustimmung nicht geben. Ich bedauere, daß eine solche Gebarung besteht, ich bedauere, daß wir überhaupt Beamte bezahlen müssen, die sich mit Cultusangelegenheiten beschäftigen, die, wie ich glaube, den Staat gar nichts angehen. Ich glaube aber, daß es zur Rettung unseres Budgets vor dieser Million und so vielen Tausenden, die alljährlich wiederkehren, endlich denn doch angezeigt wäre, energischer vorzugehen.

Ich erlaube mir daher — und ich werde das immer thun, so lange ich die Ehre haben werde, diesem hohen Hause anzugehören, denn es muß endlich einmal Ordnung gemacht werden — neuerlich nachstehende Resolutionen zu beantragen *(liest)*:

„Die hohe Regierung wird aufgefordert:

„„1. Die bereits in der Resolution des Hauses der Abgeordneten vom 19. October 1875 gewünschten, zuletzt in der 226. Sitzung vom 22. Jänner 1877 neuerlich urgirten Gesetzentwürfe über die Beitragsleistung der Religionsfonde zur Bestreitung der Kosten des Unterrichtes an den Volks- und Mittelschulen, sowie über die Verwaltung und Verwendung der Religionsfonde noch im Verwaltungsjahre 1878 vorzulegen.

2. Den im Gesetze vom 7. Mai 1874 in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über die Einführung einer Cultussteuer in den katholischen Pfarrgemeinden noch im Verwaltungsjahre 1878 der Reichsvertretung vorzulegen.““

Ich würde schließlich sehr bedauern, wenn sich eine einzige Gemeinde veranlaßt finden würde, den bezogenen Erlaß des Cultusministeriums und des Ministeriums des Innern zu befolgen. Er ist geradezu widergesetzlich, und ich bin überzeugt, daß das Ministerium nicht in der Lage ist, ihn auszuführen; der Verwaltungsgerichtshof wird gewiß alle diesbezüglichen Entscheidungen der Ministerien aufheben.

Freilich hat man da den armen Gemeinden enorme Kosten verursacht und viele Gemeinden im Lande sind nicht in der Lage, sich wehren oder die Kosten bestreiten zu können. Vielleicht werden die Gemeinden, wenn ich dies von diesem Orte aus spreche wissen, woran sie mit diesem Erlasse sind, sie thun am besten das zu machen, was in solchen Fällen in Ungarn mit solchen Erlässen geschieht: cum reverentia ad acta. *(Bravo! auf der äussersten Linken.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Kronawetter beantragt zwei Resolutionen. Die erste lautet: *(Wiederholt dieselbe.)*

Diejenigen Herren, welche diese Resolution unterstützen wollen, belieben sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die erste Resolution ist unterstützt.

Die zweite Resolution lautet: *(Wiederholt dieselbe.)*

Diejenigen Herren, welche diese zweite Resolution unterstützen wollen, belieben sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie ist gleichfalls unterstützt.

Ich werde daher diese Resolutionen dem Budgetausschusse zuweisen.

Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Szwedzicki das Wort.

Abgeordneter **Szwedzicki**: Hohes Haus! Ich als Priester kann dem Herrn Vorredner, anstatt ihn zu bekämpfen, nur das entgegenhalten, daß er selbst den Bestand der Religion zuläßt. Wenn aber dem so ist, so erscheint es mir auch unbedingt nothwendig, daß die äußeren Verhältnisse der Religionsbekenner auch geregelt werden müssen, über welche Regelung doch ein Cultusminister zu wachen berufen ist.

Nun zur Sache!

Schon der Umstand, daß die hohe Reichsvertretung einen Credit von 600.000 fl. zur Unterstützung der hilfsbedürftigen katholischen Seelsorger seit mehreren Jahren in das Budget einstellt, dient zum Beweis, daß die bisherige Congrua selbst zu einem kümmerlichen Lebensunterhalte derselben nicht ausreicht, und daß vor der Hand wenigstens mit einer kleinen Unterstützung der dürftigen Lage der Seelsorger abzuhelfen sei. Wie bekannt, hat Kaiser Josef, welcher die hohe Bedeutung eines tüchtigen Seelsorgeclerus für Kirche und Staat vor den Augen hatte, zur Zeit seiner ruhmesreichen Regierung, also vor 100 Jahren, eine Congrua von jährlichen 300 fl. für den Pfarrer und 150 fl. für den Cooperator festgesetzt, was damals zur Deckung der Lebensbedürfnisse ein ziemlich entsprechender Gehalt war.

Wie der genannte große Monarch diesbezüglich gedacht und gethan, sprechen seine unvergeßlichen Worte in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 17. Jänner 1783.

„Dieses, das ist die Feststellung eines Gehaltes für den Curatclerus, zu bewerkstelligen, ist unzweifelhaft die Pflicht des Landesfürsten, und muß das Nöthige ohne Ersparung zu diesem schuldigen und heilsamen Zwecke aus den klarsten Einkünften des Staates vorzüglich genommen werden, ebenso wie er zur Beschützung des Staates eine Kriegsmacht, zur Sprechung der Justizgerichtsstellen und zur Verwaltung der politischen und Commercialgeschäfte andere Beamten und Stellen hat."

Nun vergehen 100 Jahre seither!

Die Zeiten und Umstände sind anders geworden, die Lebensbedürfnisse sind um das Zehnfache vertheuert und die Josephinische Congrua ist bis nun dieselbe geblieben. Zahlreiche Bitten und Beschwerden von Seiten des hart bedrängten Seelsorgeclerus sind auch beim dem hohen Reichsrathe eingebracht worden — man bat und bittet um Abhilfe in diesem trostlosen Zustande — was auch Veranlassung gegeben, daß die hohe Regierung aufgefordert wurde, einen Gesetzentwurf in Betreff der Aufbesserung der nicht ausreichenden bisherigen Dotation der Seelsorger zur verfassungsmäßigen Behandlung der hohen Reichsvertretung vorzulegen.

Dies ist auch geschehen! Ein solcher Gesetzentwurf wurde ausgearbeitet dem hohen Hause vorgelegt und auch dem confessionellen Ausschusse zugewiesen.

Es ist nicht jetzt Zeit dazu, diesen Entwurf gehörig zu besprechen und eingehend zu prüfen.

Der allgemeine Schmerzensschrei der Betheiligten beweist aber zur Genüge — daß derselbe — falls er zum Gesetze erhoben werden sollte, der Noth des bedrängten Clerus nicht nur nicht abhelfen, sondern seine jetzt kummervolle Lage um vieles verschlimmern und vielleicht nur eine neue Einkommensquelle für die Finanzen bilden würde. Dieser Entwurf wurde im Bureau theoretisch verfaßt, ohne geringste Berücksichtigung der Verhältnisse und Bedürfnisse, ohne Zuziehung von Experten, von praktischen Männern, wie es bei anderen wichtigen Reformen zu geschehen pflegt, welche in der Lage gewesen wären, ihre diesbezüglichen Anschauungen und Aufklärungen vom praktischen Standpuncte zu geben.

Darum ist es auch der allgemeine Wunsch, ich wage es zu behaupten, des gesammten Clerus in Oesterreich, daß dieser Gesetzesentwurf nie und nie ins Leben trete, und daß er zurückgezogen und an dessen Stelle ein anderer, wohl überdachter, dabei auch gerechter und zeitgemäßer verfaßt werde.

Abgesehen von der in diesem Gesetzentwurfe benöthigten, so sehr beschwerlichen, unausgesetzten Vorlage von verschiedenartigen Fassionen, Haftung der geistlichen Personen für die Richtigkeit derselben, Untersuchung derselben durch die politischen Behörden, Rückstellung solcher zur Ergänzung, was Alles so viel kostbare Zeit, welche der Seelsorger seinem Berufe widmen sollte, in Anspruch nimmt und zu beständigen Amtshandlungen, Seccaturen und sogar Bestrafungen Anlaß geben würde, sollen in diese Bekenntnisse die mindesten, zufälligen, unsicheren Einnahmen, was sonst bei keinem Beamten der Fall ist, aufgenommen, dagegen Auslagen, welche wirklich bestehen, und welche der Seelsorger selbst, eben aus der Congrua, unbegreiflicherweise bis heute bestreiten muß, wie z. B. Schreibmaterialien zur Ausfertigung öffentlicher Documente und unzähliger ämtlicher Berichte, Auslagen für die Amtsboten, Instandhaltung seiner Amtskanzlei und Beheitzung derselben, Auslagen, welche den Haushalt des Pfarrers oder die Erzielung des nebenpfarrlichen Einkommens aus den Erectionalgründen betreffen, nicht eingestellt werden. Hiedurch wird der Seelsorger, da sein Einkommen zum großen Theile aus dem Ertrage der Erectionalgründen besteht, fast zum unentgeltlichen Wirthschaftsführer für den sogenannten Religionsfond. Statt die ihm obliegende Pflicht in Kirche und Schule zu erfüllen, soll er unter Anderem bei brennender Hitze das Feld bestellen, die Fechsung mühevoll einbringen, um ein

Stück bitteren Brodes für sich zu bekommen und das Superplus dem Religionsfonde zu ersetzen, und dies umsomehr, da bei der Berechnung des Pfarrinventars ausnahmsweise für die Seelsorger kaum zehn Percent an Cultusauslagen, ohne Rücksicht auf vorkommende klimatische Calamitäten, Kälte, Regen, Hagel, Ueberschwemmung u. s. w., wodurch der ganze Bodenertrag, somit die ganzjährige Dotation des Seelsorgers zu Grunde geht, angesetzt werden dürfen.

Ob es gerecht und billig ist, ob so ein Gesetzentwurf die Aufbesserung der Dotation wirklich bezwecke, überlasse ich der gütigen Beurtheilung; es wäre eine Gaukelei, und in solche Künste sollen wir uns nicht einlassen. Man beabsichtigt in dem Entwurfe die Congrua der Geistlichkeit aufzubessern durch ein Minimum von jährlichen 400 fl., weniger also als wie jeder Amtsdiener bezieht. Und um diese 400 fl. zu erzielen, ist man im Begriffe die bisherigen kleineren Pfarreien aufzulassen, durch Concentrirung solcher größere ins Leben zu bringen, um so die Dotation im Allgemeinen zu heben und auf 400 fl. aufzuschrauben.

Bezüglich einer solchen Concentrirung der ruthenisch-katholischen Pfarreien in Galizien wurde dieser Gedanke vom verstorbenen Statthalter Grafen Goluchowski angeregt und den Centralbehörden anempfohlen. Bei ihm waren es aber ganz andere, mehr politische als religiöse Motive, weil er nämlich hiedurch den griechisch-katholischen Ritus daselbst nach und nach zu verdrängen und eo ipso das ruthenische Element zu schwächen und mit der Zeit, falls es gehen solle, zu vernichten strebte.

Nachdem die Dotation der Pfarreien zum größten Theile aus Gründen, sogenannten Erectionalgründen, besteht, müßten dieselben aus den eingegangenen Beneficien der neu organisirten Pfarreien zugewiesen werden. Hiedurch wird die Bewirthschaftung derselben, die schon äußerst beschwerlich ist, wenn man im Orte wohnt, wegen Entfernung von oft zwei bis drei Meilen noch mehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht und der Ertrag auf das geringste reducirt; so wird der Religionsfond oder der Staat gar keinen Nutzen und der Seelsorger nur unberechenbaren Nachtheil daraus ziehen. Dies in materieller Hinsicht!

Was nun in kirchlicher, in religiöser und sittlicher! Durch eine Concentrirung mehrerer Ortschaften in eine Pfarre kann der Gottesdienst und der katechetische Unterricht in Kirche und Schule kaum jede vierte oder fünfte Woche in dieser oder jener Ortschaft abgehalten werden, und der Zutritt zur Pfarrkirche besonders im Winter und während sonstiger elementarer Hindernisse wird für die Erwachsenen, noch mehr für Kinder fast unmöglich gemacht; dasselbe würde auch mit dem Krankenbesuche geschehen müssen, und nicht Wenige müßten ohne Tröstungen der Religion aus diesem Leben scheiden, eben wegen zu großer Entlegenheit der Ortschaft von der Pfarrei. Ob solch' ein Vorgang zur Beförderung der Religiösität und Sittlichkeit im Landvolke, was doch auch dem Staate nicht gleichgiltig sein kann, beitragen wird, bezweifle ich. Oder glaubt man ohne religiösen Unterricht durch menschliche Gesetze Alles zu erreichen und Achtung für dieselben zu sichern? Gewiß nicht! Leider müßten dann die Strafhäuser vermehrt und erweitert werden, und statt durch gebührende Erhöhung der Congrua tüchtige Seelsorger zu erzielen und den Religionsunterricht zu fördern, was doch nicht so viel betragen würde, wären Millionen nothwendig, um wenigstens scheinbar dem Gesetze Gehorsam und Ansehen zu verschaffen. Das wäre also nicht der Weg zur Aufbesserung, sondern nur zur Verschlimmerung der Congrua.

Und wo würden sich auch Candidaten finden für einen Stand, welcher so schwere und wichtige Pflichten für Kirche und Staat auferlegt und wo die Priester mit Noth und Entbehrung kämpfen und in Folge anstrengender und oft lebensgefährlicher Leistungen, besonders am Krankenbette, manchesmal schon in jungen Jahren selbst das Leben einbüßen und, wie bei dem verehelichten griechisch-katholischen Clerus, Weib und Kinder ohne Versorgung hinterlassen und dieselben dem Elende preisgeben müssen.

Darum schrieben mit Recht die im Jahre 1850 in Wien versammelten Bischöfe in einer Seiner k. k. Apostolischen Majestät unterbreiteten Bitte *(liest)*:

„Die Obliegenheiten, welche der Priester zu erfüllen hat, erfordern eine ungetrübte Geistesthätigkeit, Entbehrungen und Nahrungssorgen bringen hingegen eine Verstimmung des Gemüthes und eine Entmuthigung hervor, durch welche die Geistesthätigkeit gelähmt wird.

Diese Gemüthsstimmung vermindert den pflichtgemäßen Eifer in Belehrung, Besserung und Leitung der anvertrauten Gemeinde, und in Folge dessen kommt die betrübende Wahrnehmung auch vor, daß die Berufspflichten manchesmal nicht mit dem erforderlichen Eifer und nur insoweit erfüllt werden, als es gerade nothwendig ist, um der Verantwortlichkeit auszuweichen."

So schreibt auch der berühmte österreichische Schriftsteller, gewesener Universitätsprofessor in Wien und Unterstaatssecretär Freiherr v. Helfert in seinem Werke über das Kirchenvermögen, 2. Band *(liest)*:

„Ueber die unbegreifliche Kargheit, welche man gerade nur gegen die Seelsorger in Anwendung bringt, gegen Männer, welche durch theuer erworbene Kenntnisse und nützliche Kräfte ihrer Amtspflicht mit großer Gefahr und Selbstaufopferung ihres Lebens dienen müssen! Diese Kargheit wird denen am meisten nachtheilig sein, welchen gedient werden soll, und welchen, wenn sie nicht ein williges

und freudiges Dienen machen, auch schlecht gedient wird."

Meine Herren! Ich stelle keinen Antrag, weil ich weiß, daß dieser unliebsame Gegenstand auch hier nicht viel Anklang finden dürfte. Für die zur Unterstützung der katholischen Seelsorger eingestellte Ziffer von 600.000 fl. werde ich stimmen. Bei dieser Gelegenheit bitte ich aber die hohe kaiserliche Regierung inständigst, den bisher eingebrachten Dotationsentwurf zurückzuziehen, einen anderen praktischen, der Zeit und den Umständen mehr angemessenen Gesetzentwurf in Betreff der beabsichtigten, als nothwendig erkannten nicht illusorischen, wirklichen Congruaaufbesserung verfassen zu lassen, einstweilen aber die im Verordnungswege beabsichtigte, die Seelsorge vernichtende Concentrirung zu sistiren. Ich bitte nochmals im Namen des bedrängten und nothdürftigen Clerus sich zu beeilen, so lange sich noch irgend Jemand findet, welcher nach bestandener Maturitätsprüfung und absolvirten Universitätsstudien diesem mühevollen undankbaren Stande sich wird widmen wollen, so lange nicht allzuviel Pfarreien, wie es jetzt schon vorkommt, unbesetzt bleiben, und nicht nur die Kirche, sondern auch der Staat bezüglich der Seelsorge in große Verlegenheit kommt, und das arme Landvolk, welches jetzt noch immer in seinen traurigen Verhältnissen des Trostes der Religion bedürftig ist, wegen Mangel an Seelsorgern ohne Gottesdienst und katechetischen Unterricht geistig verkümmere.

Schließlich noch ein Wort an das hohe Haus. Möge dasselbe diesen ernsten Gegenstand seinerzeit in reifliche Erwägung ziehen, mögen die auch in der nachfolgenden Cadenz, wenn die Sache erst dann zur Entscheidung kommt, wo wir nicht mehr da sein werden, tagenden Volksvertreter beherzigen, daß der Landclerus aus dem Volke kommt, für das Volk wirkt und daher auch verdient, in seiner Noth von der Volksvertretung berücksichtigt zu werden. Nachdem der Staat noch immer einen Caratclerus benöthigt, und dieser auch genug wichtige Dienste dem Staate leistet, muß man auch, ohne sich auf irgend welchem Religionsfondsbeitrag zu verlassen, die Mittel finden, damit derselbe leben und ohne Nahrungssorgen seinen wichtigen Obliegenheiten gewissenhaft nachzukommen in der Lage sei. Dem abzuhelfen, wird eine patriotische Pflicht der Volksvertretung sein.

In diesem Augenblicke erhalte ich ein Telegramm von Seite des griechisch-katholischen Metropolitanconsistoriums:

„Michael Rorduba, geweihter Priester, zum Militär assentirt, beim Kriegsminister sich verwenden um Beurlaubung und Sistirung.

Malinowski."

Nun frägt es sich; ist es möglich, daß heutzutage ein geweihter Priester, welcher doch ein titulum mensae bekommen hat, zum Militär assentirt werde, daß er als gemeiner Soldat assentirt werden kann, nachdem er schon ein ganzes Jahr als Priester dient?

Ich bitte daher den Herrn Landesvertheidigungsminister und auch den Herrn Cultusminister um Aufklärung und Abhilfe dieses Uebelstandes.

Ich bitte den Herrn Präsidenten noch um die Erlaubniß, bei dieser Gelegenheit über zwei Petitionen, welche zu diesem Capitel gehören, zu sprechen.

**Präsident:** Ich möchte den Herrn Redner nur darauf aufmerksam machen, daß wir in der Berathung des Erfordernisses für das Capitel „Cultus" sind.

Abgeordneter **Szwedzicki**: Ich bitte, die beiden Petitionen stehen mit diesem Capitel im Zusammenhange. *(Fortfahrend)*:

Die dem hohen Hause vorgelegten Petitionen der Kanzleibeamten und Diener bei dem Lemberger griechisch-katholischen Consistorium gehen dahin: Erstere, daß nachdem dieselben durch das Erkenntniß des Reichsgerichtes als Staatsbeamte anerkannt und ihnen auch die systemmäßig zukommenden Gebühren zugesprochen worden sind, darin eine Gesetzesverletzung gelegen ist, wenn ihre Bezüge nicht mehr im Staatsvoranschlage eingestellt sind, sondern daß für die Zukunft bloß ein Pauschalbetrag für ihren Unterhalt bestimmt wird.

Wiewohl die Ersteren, das sind die jetzigen Beamten des Consistoriums, nach der Erklärung der hohen Regierung in den ihnen zuerkannten Rechten in keiner Weise beeinträchtigt und normalmäßig behandelt werden sollen, so beabsichtigt die Regierung, für die Zukunft aus Ersparungsrücksichten das Pauschalirungssystem einzuführen. Ob solch' ein System sich bewähren wird, wird die Zukunft zeigen, aber es ist zu bezweifeln.

Bei den Letzteren, das ist bei den Kanzleidienern soll auch dasselbe eintreten.

Nun bitten aber dieselben um Aufbesserung ihrer Bezüge.

Noch mit dem Hofdecrete vom 13. September 1786 wurden bei dem Lemberger griechisch-katholischen Consistorium zwei Cursoren mit der Besoldung von 200 fl. und zwei Kanzleiboten mit 150 fl. systemisirt. Seither sind 100 Jahre vergangen.

Ob diese so geringen Bezüge ohne irgend welche Nebengenüsse und Emolumente heutzutage hinreichen, um leben zu können, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden.

Und doch sind die Pflichten aller dieser vier Diener mühevoll und sehr anstrengend. Drei-, viermal des Tages müssen dieselben einen beschwerlichen und entlegenen Gang nach allen Aemtern in die

Statthalterei, Finanzdirection, Finanzprocurator, in alle Bezirks- und Decanatämter u. s. w., mit denen das Consistorium einer der größten Diöcesen in Oesterreich im beständigen Verkehre steht, durchmachen, nebstdem in der Kanzlei selbst das Mundiren, Expediren, die Registratur und andere Geschäfte besorgen, und dies Alles um 200 fl. und 150 fl. jährlich, so daß man wirklich staunen muß, daß sich noch Leute finden, welche einen so beschwerlichen Dienst bei so unbedeutenden Bezügen verrichten können.

Daher ist auch ihre Bitte um Aufbesserung derselben gerecht und berücksichtigungswürdig. Die hohe Regierung beabsichtigt, statt der Gehalte auch hier das Pauschalirungssystem einzuführen, und dies aus Ersparungsrücksichten. Sparen möchten wir Alle bei unseren desperaten Finanzverhältnissen, aber warum denn gerade bei den Aermsten von unten mit der Ersparung beginnen? Das wäre doch nicht billig — viel mehr würde man ersparen, wenn man damit von Oben anfangen möchte.

Bis jetzt war es sehr schwierig, ordentliche und verläßliche Leute für diese Dienstposten bei solchen elenden Bezügen zu bekommen, wo doch auf die Wahl der Competenten die Statthalterei einen entscheidenden Einfluß hatte; was nun, wenn bei der kargen Pauschalirung nur solche Individuen zu solchen Posten sich anmelden, welche minder verläßlich sind, welchen man ämtliche Expeditionen, auch manchesmal bedeutende Geldversendungen mit Beruhigung wird nicht anvertrauen können?

Wäre es also nicht rathsamer wie bisher bei den systemisirten Bezügen dieser Kanzleibeamten zu bleiben, — und die so kargen Bezüge der Diener aufzubessern, was ohnehin nicht so viel betragen dürfte.

Nachdem es für jetzt nicht mehr möglich ist, da der geehrte Ausschuß mit der Anschauung des Ministers einverstanden ist, so möchte ich mir erlauben, nur einen kleinen Antrag zu stellen, daß die Petition der Kanzleidiener beim Lemberger Metropolitanconsistorium wegen Aufbesserung ihrer sehr kargen Bezüge der hohen Regierung zur Würdigung abgetreten werde.

**Präsident:** Ich habe schon früher bemerkt, daß Petitionen heute nicht Gegenstand der Abstimmung sind. Die Petitionen wurden bei den einzelnen Titeln im Ausschusse berathen und bilden den Gegenstand einer besonderen Abstimmung. Der Herr Abgeordnete Szwedzicki beantragt, daß die Petition der Kanzleidiener beim Lemberger Metropolitanconsistorium der Regierung zur Würdigung abgetreten werde. Die Herren, welche diesen Antrag unterstützen, wollen sich erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt und wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Specialberichterstatter Dr. **Rodler**: Darf ich um das Wort bitten, Herr Präsident?

**Präsident:** Ich bitte es sind noch einige Redner eingetragen, Herr Berichterstatter erhalten ja noch das Schlußwort.

Specialberichterstatter Dr. **Rodler**: Ich bitte nur zu einer thatsächlichen Bemerkung um das Wort.

**Präsident:** Ich bitte also zu sprechen.

Specialberichterstatter Dr. **Rodler:** Die fragliche Petition war Gegenstand der Berathung im Budgetausschusse und dieser hat den Beschluß gefaßt, sie der Regierung einfach abzutreten, und dagegen richtet sich der soeben gestellte Antrag.

**Präsident**: Das ist mir bekannt. Aber die Berathung und Beschlußfassung über Petitionen ist nicht heute Gegenstand der Tagesordnung, sondern wird später über alle Petitionen vorgenommen werden, die dem Budgetausschusse zugewiesen sind. Es hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Ruß das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ruß:** Als ich die Ehre hatte, mich zum Capitel „Cultus", welches eben bei der Verhandlung über das Budget des Cultus- und Unterrichtsministeriums in Verhandlung steht, zum Worte zu melden, da hegte ich nicht mit Unrecht die freudige Hoffnung, meinen geehrten Freund und Gegner auf der Ministerbank im hohen Hause erscheinen zu sehen, um mit ihm eine Lanze zu brechen, in Ansehung jener Gesetzentwürfe, welche ich seit einer Reihe von Jahren urgirte und welche auch heute schon von einem anderen Redner als äußerst nothwendig dargestellt wurden.

So oft ich mit allgemeineren Motiven die Ehre hatte, die Nothwendigkeit solcher gesetzlicher Bestimmungen zu behaupten, war es nicht selten, daß aus den Entgegnungen selbst von der Ministerbank zwischen den Zeilen mir entgegentönte, das seien ideale Schwärmereien und unsere augenblicklichen Zeitverhältnisse seien nicht darnach angelegt, uns mit solchen Dingen zu befassen, oder es wurde erwidert, es sei dies eine Forderung des doctrinären Liberalismus, mit welchem unsere Bevölkerung in erster Linie nichts zu thun haben wolle und mit welchem man einmal rechnen werde können, wenn die schweren materiellen Sorgen leidlich geschlichtet sein würden.

Heute haben wir einen eclatanten Beweis erhalten, wie der Mangel einer solchen Gesetzgebung tief ins tägliche Leben der kleinsten Verwaltungskreise einschneidet und wie die höchsten Behörden des Staates, berufen zu Entscheidungen richterlicher und administrativer Art, sich auf Grund der derzeitigen gesetzlichen Zustände diametral zu widersprechen im Stande sind.

Ich habe wiederholt die Gesetze über die Verwaltung des Kirchenvermögens, über die Einrichtung der Pfarrgemeinden, die Regelung des Patronats urgirt, und ich würde mir auch heute einen weiteren Excurs über die Nothwendigkeit dieser Gesetze erlauben, wenn es nicht geboten schiene, die Abwesenheit Seiner Excellenz des Herrn Ministers für Cultus und Unterricht in gebührende Erwägung zu ziehen, namentlich auch wenn ich darauf Rücksicht nehme, daß selbst dieser genannte Herr Minister es nicht immer der Mühe werth oder nicht für opportun gehalten hat, auf unsere diesbezüglichen Einwendungen des Weiteren und meritorisch einzugehen und daß ich nicht annehmen kann, daß der gewiß berufene Substitut eine davon abweichende parlamentarische Taktik befolgen wird, so daß ich in die fatale Situation käme und in den unangenehmen Verdacht gerathen würde, als hätte ich, wohlwissend, daß mir eine Erwiderung nicht zu Theil wird, entweder Erbsen an die Wand geworfen oder einen Gegner bekämpft, der eigentlich wehrlos sein will.

Und so könnte ich eigentlich auf das Wort verzichten, wenn nicht einer der Redner, der Herr Vertreter für die Landgemeinden von Wels, eine Anzahl von Bemerkungen zu diesem Titel gemacht hätte, welche gerade nicht in die Sphäre des Specialberichterstatters fallen, welche aber denn doch nicht ganz unbeantwortet bleiben sollten, und zwar schon deßhalb, weil wiederholte Enunciationen dieses selben Abgeordneten durch eigenthümliche und glückliche Zufälle der Geschäftsordnung hie und da unbeantwortet geblieben wären, und weil sehr leicht bei einem den Hergang in den parlamentarischen Debatten nicht kennenden Theile der Bevölkerung der Verdacht erregt werden könnte, als ob Einwendungen dagegen nicht auffindbar gewesen wären. Auch ein zweiter Grund bestimmt mich noch, einige Bemerkungen zu machen, es ist der, daß über das von der Regierung vorgelegte Gesetz in Ansehung der Regelung der Congrua heute wiederholt und nicht ohne den Anwurf gesprochen wurde, als sei eine Unterlassungssünde seitens des confessionellen Ausschusses vorhanden, welcher noch immer nicht den Bericht über den Gesetzentwurf bezüglich der Congrua dem hohen Hause vorgelegt hat.

Als ich aufmerksam den Erörterungen folgte, welche der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden von Wels zum Besten gegeben hat, wußte ich lange Zeit nicht, wo er eigentlich hinaus will, denn es gemahnte mich lebhaft an eine Feiertagspredigt an den herrlichen Ufern des Attersees.

Dem Herrn Abgeordneten hat es beliebt, die Gesetzgebung der letzten Zeit in Bausch und Bogen zu verurtheilen, indem er gesagt hat, sie enthalte einen Eingriff in das Wesen und das Eigenthum der Religion.

Ich will mit ihm darüber nicht streiten, ob diese Gesetze ein Eingriff in das Wesen der Religion sind, denn dabei macht sich Jeder seine Religion selbst und auch die verehrten Herren, welche dem Stande des Herrn Abgeordneten für die Landgemeinden von Wels angehören, können sich aus solchem Anlasse eine „Religion" gegenüber den Staatsgesetzen präpariren, welche nicht auf allgemeinen dogmatischen Werth wird Anspruch machen können. Nun aber, wie man hier einen Eingriff der Gesetzgebung in das „Eigenthum der Religion" — ipsissima verba — behaupten kann, ist mir nicht erfindlich. Denn gerade in Ansehung des Kirchenvermögens hat unsere Gesetzgebung noch keinen Schritt gethan, sie konnte also auch keinen Schritt thun, welcher eine Verletzung des Eigenthumsrechtes involvirt hätte. Der Herr Redner hat den Wucher zurückgeführt auf den Mangel an Religion. Ich möchte nicht über volkswirthschaftliche Dinge vom religiösen Standpunkte streiten, denn wenn man davon sprechen wollte, so ist bekannt, daß nicht bloß der Anatokismus in allen möglichen Formen, sondern daß das Zinsennehmen selbst vom canonischen Rechte verboten war. Er wird es doch wohl nicht unternehmen wollen, unser wirthschaftliches Leben auf den Standpunkt jener Zeit zurückzuschrauben.

Er sagte weiter: Die Unverletzlichkeit der Ehe sei durch unsere Gesetzgebung angegriffen, und doch streben wir noch immer erst nach einem Ehegesetze. Ja, der Herr Abgeordnete hat auch gesagt, daß die christliche Grundlage der Ehe angegriffen werden wolle; er dachte dabei wahrscheinlich, daß die Trennbarkeit der Ehe in Aussicht genommen sei. Er muß auch dabei seine Bemerkungen restringiren und nicht von der christlichen, sondern von der katholischen Grundlage sprechen, denn es gibt viele sehr civilisirte, cultivirte, religiös denkende, christliche Länder, welche, ohne die christliche Grundlage in ihrer ganzen socialen Organisation zu entbehren, die Trennbarkeit der Ehe gleichwohl angenommen haben. Auch die Vergleiche, welche der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden Wels angestellt hat, scheinen mir mehr, als es sonst bei Vergleichen erlaubt ist, zu hinken.

Ich war erstaunt, aus seinem Munde Vergleiche zu hören, welche in dem Munde eines meiner Gesinnungsgenossen für ein Sacrileg gehalten worden wären, denn die Kirche mit der Nationalbank oder einer derouten Eisenbahnactiengesellschaft zu vergleichen, ist uns auf dieser *(linken)* Seite des Hauses niemals eingefallen; wenn er seine Vergleichswege weiter verfolgt hätte, würde er nicht vergessen haben, daß der Staat solchen Gesellschaften gegenüber das Recht der Auflösung hat. Ich weiß nicht, wie er sich das denken würde, wenn auch der Kirchengesellschaft gegenüber dieses Recht der Staatsgewalt bestände. Dahin käme man bei Vergleichen, welche an den Ufern eines oberösterreichischen

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. — VIII. Session. 361. Sitzung,

am 22. März 1878.

### Inhalt:

Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 (738 der Beilagen — Erforderniß: Capitel 9 Titel 9 — 16).

**Beginn der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.**

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer**, Vicepräsident Freiherr v. **Pillersdorff**.

Schriftführer: Freiherr v. **Kotz**, Dr. **Fanderlik**, **Gierowski**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg**, Justizminister Dr. **Glaser**, Minister Dr. **Unger**, Handelsminister Ritter v. **Chlumecky**, Finanzminister Freiherr v. **Pretis**, Minister für Landesvertheidigung Oberst Freiherr v. **Horst**, Minister Dr. **Ziemialkowski**, Ackerbauminister Graf **Mannsfeld**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionschef **Fidler**, Ministerialrath **Auerhammer**.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung ist unbeanständet geblieben, somit genehmigt.

Ich habe heute vertheilen lassen: die Zuschrift des k. k. Ministeriums des Innern vom 21. d. M., womit für die Aufstellung von eilf Thierärzten ein Nachtragscredit von 6000 fl. pro 1878 beansprucht wird *(zu 738 der Beilagen)*.

Wie ich bereits gestern bemerkte, wurde dieselbe dem Budgetausschusse zugewiesen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schaffer der wegen Krankheit beurlaubt ist, hat mir brieflich angezeigt, daß er zwar auf dem Wege der Besserung sich befindet, jedoch noch immer wegen Krankheit nicht im hohen Hause erscheinen kann.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über, das ist Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878. *(738 der Beilagen.)*

Wir stehen in der Berathung bei Capitel 9 des Erfordernisses, Titel 9 bis 12, „Cultus".

In der Reihe der eingetragenen Redner folgt Herr Abgeordneter v. Pflügl; ich ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter Edler v. **Pflügl:** Das Ministerium für Cultus und Unterricht weist in seinem Budget für das Jahr 1878 einen Betrag oder einen Bedarf von rund gesagt 17 Millionen aus. Wenn man bedenkt, daß von dieser Budgetsumme dem allerwichtigsten Nerv des staatlichen Lebens, der staatlichen Gesellschaft, Nahrung und Leben zugeführt werden muß, daß Religion und Sitte, daß Unterricht und Bildung, daß Kunst und Wissenschaft in einem Ländergebiete von 16 Millionen Seelen also das gesammte geistige Wirken und Streben von dieser Summe geschaffen, belebt und fortgebildet werden muß, so kann man das von dem hohen Hause begehrte Geld wohl nicht für eine sehr große Summe halten und auch ich halte sie nicht für zu groß und glaube daraus die Berechtigung zu ziehen, für das Budget meine Stimme zu erheben.

Stellt man aber dieser Summe den Betrag entgegen, welchen das Justizministerium in einer runden Summe von 21 Millionen für sein Erforderniß in Anspruch nimmt, so entwindet sich der Brust unwillkürlich der Ausruf: O wohlfeile Bildung, o theure Rechtspflege!

Aber auch eine Frage drängt sich bei objectiver Vergleichung dieser beiden Budgetsummen unwillkürlich auf: Wie kommt es denn, daß bei dem immerhin so bedeutenden Betrage für Cultus und Wissenschaft, wie kommt es denn, daß demungeachtet das Justizministerium einen so enormen Apparat von Gerichtshöfen und eine so ungeheuer erschreckende Zahl von Kerkern und Gefängnissen für sich in Anspruch nimmt? Man mag beinahe zum Schlusse kommen, es müsse ja doch Religion und Kirche, Schule und Wissenschaft ihre Schuldigkeit nicht in der Höhe erfüllen, als sie sie erfüllen könnten, denn sonst wäre es ja nahezu unerklärlich, wie Mord und Raub, Betrug und Diebstahl, Wucher, Selbstmord und Unsittlichkeit in einer so erschreckenden Progression in unserem Reiche zunehmen und Treue und Ehr-

lichkeit fast zu den antiquirten Begriffen zählen, wie sich die Zellen der Gefängnisse nicht nur mit Verbrechern der gemeinsten Sorte, sondern wie sie sich mit Verbrechern aus den sogenannten gebildeten Ständen füllen, ungerechnet die vielleicht noch größere Anzahl derjenigen Annexionisten, die das Gesetz nicht fassen kann, oder nicht fassen will, und die gar hie und da mit Ehren und Ansehen ausgestattet ein großes Wort dareinzureden glauben. Ja, man möchte beinahe sagen: Ja, es kann nicht anders sein, die Religion und die Kirche und ihre Diener, und auch die Schule und Wissenschaft, kommen ihrer Pflicht nicht in jenem Maße nach, als sie es könnten und sollten. Wäre dies wirklich der Fall und es kann der Fall sein — ja ich gebe es in einem gewissen Grade sogar zu — so wird es mir gestattet sein, nach den Ursachen zu forschen, und ich werde wohl von Ihnen, meine Herren, und vom Herrn Präsidenten die Erlaubniß hiezu bekommen, weil im Budget für Cultus und Unterricht Ziffern eingestellt sind, welche sich unserer Betrachtung nicht entziehen können, welche Ziffern eben beitragen sollen zur gehörigen Pflege der Religion, der Wissenschaft und des Unterrichtes.

Die Religion, meine Herren — wer wollte ihren welterneuernden Einfluß wohl verkennen oder gar in Abrede stellen! Es hieße ja die Culturgeschichte des ganzen Menschengeschlechtes läugnen, wollte man den innigsten Zusammenhang der Religion mit dem aufblühenden und fortschreitenden Wohlstande, mit der Bildung, Kunst und Wissenschaft in Abrede stellen. Bei dem Verfalle der Religion geht auch gewiß die Sittlichkeit des ganzen Volkes herab; die Religion erzeugt Zufriedenheit, Genügsamkeit, Geduld und Ergebung. Fleiß und Sparsamkeit, Pflichttreue und Redlichkeit, das sind die eigensten Kinder der Religion. Die Religion begeistert die Kunst zu rastlosem Streben nach Idealen, die Religion adelt die Wissenschaften, das Forschen nach Wahrheit und Gemeinnützigkeit, die Religion bekämpft die Leidenschaften, unterdrückt das niedrige Begehrungsvermögen, besiegt den Egoismus, und der Trost, den nur die Religion geben kann, daß das einem jeden Menschen innewohnende Begehren nach einer unwandelbaren Glückseligkeit bei den Rechtschaffenen gewiß auch einst in Erfüllung gehen wird, dieser Trost hat Millionen Menschen auf der dornenvollen Bahn des Lebens aufrecht erhalten. Daß die Gewalt, die brutale Gewalt des physisch Stärkeren nicht längst schon über den Schwächeren hergefallen ist; daß die besitzlose Majorität nicht längst schon sich der besitzenden Minorität bemächtigt und sie ihres Lebens und ihrer Habe beraubt hat und daß die Vampyre der Gegenwart, welche in ihren Mitmenschen nur Hände sehen oder nur Ausbeutungsobjecte erblicken und das Vermögen und den Kleinbesitz von Vielen nur in die Hand von einigen wenigen Krösussen spielen wollten, daß diese Vampyre nicht längst schon der erklärbaren Wuth der Bethörten, der Ausgebeuteten, der schmählich Betrogenen zum Opfer gefallen sind — meine Herren, nicht die Bajonnete, nicht Polizeimaßregeln, nicht Gesetzesparagraphe haben dies bewirkt, dies hat die Religion bisher bewirkt.

Dieses, meine Herren, wissen Sie eben so gut, als ich es weiß, und auch Derjenige, der längst schon für seine Person mit der Religion fertig geworden ist, weiß es sehr gut, daß ohne Religion ein Volk schlechterdings nicht regirt werden, ja, daß das Volk ohne Religion auch für die Länge gar nicht fortbestehen kann. Daher haben von jeher die Reiche die Religion in den Kreis ihrer Betrachtung und ihrer Fürsorge gezogen; die alten heidnischen Römer und Griechen, sie haben ihren Göttercultus, die alten Gallier, Deutschen, Slaven und wie die alten Völker heißen mögen, sie haben ihren dunklen Mythus; ihren religiösen Wahn mit allem Eifer behalten, und Jahrhunderte sind darüber vergangen, bis endlich das Christenthum seinen siegreichen Einzug in die Welt halten konnte. Die unbesiegbare Kraft, welche der Religion innewohnt, erkannten aber auch bald ehrgeizige Fürsten und Regenten, und machten sich dieselbe dienstbar.

Und von der Zeit, meine Herren, als die Religion ein weltliches Machtmittel werden mußte, von dieser Zeit datirt auch der Verfall der Religion und das Erlahmen ihrer Geist und Herz beglückenden Wirksamkeit.

Das einst die Welt beherrschende oströmische Reich, es verfiel dem Byzantinismus: Cujus regio, illius religio. Der Gallicanismus, der Josefinismus und wie alle diese Systeme der Religionsverweltlichung heißen mögen, sie erzeugten nur Schablonenchristen, unfähig eines jeden idealen Aufschwunges, von denen man sagen muß: der Spiritus ist verflogen, das Phlegma, es ist geblieben. Ist es heutzutage besser geworden? Hat sich die Gesetzgebung unserer Tage eines jeden Einflusses auf das Heiligthum, auf das Innerste, auf das Wesen der Religion ferngehalten? Ach, erlassen Sie mir eine weitschweifige Exemplification, die Ihnen obendrein nicht einmal etwas Unbekanntes bieten dürfte.

Wenn das Gesetz sagt, der Wucher ist erlaubt, während das Sittengesetz denselben strenge verdammt; wenn das Gesetz Denjenigen schützt, der sich in einer Weise bereichert, welche als vierte himmelschreiende Sünde gebrandmarkt wird; wenn sogar debattirt wird über Gesetzesvorlagen, welche die Grundlage der christlichen Familie, die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Ehe, in Frage stellen; wenn man von den angefangenen Bauten, die dereinst in ihrer Vollendung den kaiserlichen Doppeladler auf ihrem Hauptportale tragen sollen, an hohen Sonn- und Festtagen das Lärmen der Arbeitsleute herabtönen hört! . . . . Doch genug.

Wie kann unter solchen Umständen die Religion floriren, wenn die Staatsgesetze mit ihr in einen so vielfältigen Conflict treten? Wenn da der Grundsatz gilt: Herrendienst geht vor Gottesdienst, kann man sich dann wundern, wenn es eines Diogenes bedurfte, der mit dem brennenden Lichte die Religion im Volke sucht? Und wie der Staat mit der Religion, als dem das Verhältniß zwischen Gott und dem Menschen ordnenden, zum wahren und eigentlichen Ideale des Wahren, Guten und Schönen führenden Elemente derart verfährt, so greift er auch wahrhaftig nicht segensreich in das Wirken und in die Thätigkeit des Clerus ein, als des Vermittlers der Religion an die Menschen.

Der Priesterstand, meine Herren, glauben Sie mir, ist ein schwerer, ein dornenvoller Stand, nicht bloß wegen der großen und aufreibenden Pflichten, welche in seinem Berufskreise liegen; nicht bloß wegen der schrecklichen Verantwortung, die er dereinst über seine Thätigkeit wird abzulegen haben; nicht bloß wegen der bedeutenden Opfer, welche er seinem Stande zu bringen hat, sondern auch wegen der vielfachen Behinderungen und Vexationen, denen er inmitten seines Amtsberufes ausgesetzt ist und wegen der durch nichts gerechtfertigten Mißachtung, um nicht gleich zu sagen wegen des Hohnes, welchem er unter den Augen des Gesetzes begegnet.

Der Clerus ist ein Stand, er ist eine Gesellschaft; die Rechte einer Gesellschaft zuerkennt ihr sogar der Staat, wenigstens in thesi. Wie sieht es aber mit dieser Zuerkennung in praxi aus? Vor wenigen Wochen, meine Herren, haben wir in diesem Hause das Bankstatut berathen und die durchberathenen Statuten wurden der Gesellschaft zur Genehmigung vorgelegt.

Die Bank verfügt über Hunderte von Millionen, welche den eigentlichen Grundstock des gesammten Staatscredites bilden; dennoch getraut sich der Staat nicht in die Statuten, in das Wesen dieser von ihm anerkannten Gesellschaft einzugreifen, und wenn er da Veränderungen vornehmen will, so fragt er die Gesellschaft selbst, ob ihr das genehm ist oder nicht.

Betrachten wir die Eisenbahnen und Actiengesellschaften. Beide sind Gesellschaften; die Ersteren nehmen sogar vom Staate Unsummen von Subventionen in Anspruch und die Letzteren haben schon Tausende von vertrauensseligen Unterthanen um Millionen beschwindelt und betrogen, und dennoch greift der Staat in ihre Statuten und in die Gebarung ihres Vermögens weniger ein, als es vielleicht dem Interesse des Ganzen zuträglich wäre; er achtet also ihre Gesellschaftsrechte, er achtet ihr Eigenthum. Der Staat hat erklärt, daß die Kirche eine Gesellschaft ist, daß sie Eigenthum haben kann; und die Kirche hat ein Eigenthum, und auf dem Eigenthume, welches die Kirche hat, ruht nicht der Fluch eines unredlich erworbenen Kreuzers; auf ihrem Eigenthume ruht nicht der Verdacht von Uebervortheilung, von Wucher, von Betrug, sondern Schenkungen, Stiftungen, Wohlthätigkeitsacte und die eigene Sparsamkeit hat das Eigenthum der Kirche geschaffen und hat dasselbe vergrößert.

Und wie achtet der Staat das Recht des Eigenthumes der von ihm anerkannten kirchlichen Gesellschaft? Lassen Sie mich nicht viel reden! Genug spricht die einzige Thatsache, daß es hier in diesem hohen Hause, in der höchsten legislatorischen Versammlung des gesammten cisleithanischen Reiches, Jemand wagen durfte, ungestraft das Verlangen auszusprechen, die Kirchengüter einzuziehen.

Mit welchem Grundsatze des Rechtes wird man nun die eigenmächtige und ausschließliche Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens, des Kirchengutes durch die staatlichen Organe rechtfertigen oder auch nur entschuldigen können?

Und welche Verwaltung! Gestatten Sie mir aus dem uns vorgelegten Staatsvoranschlage des Ministeriums für Cultus und Unterricht auch nur einen einzelnen Fall herauszunehmen.

Sie finden hier auf Seite 4, daß in Oberösterreich die Diöcese Linz ein liegendes Gut besitzt in den Religionsfondsgütern Spital am Pyrhn, Klaus und Liezen. Sie finden weiter auf Seite 20, daß diese Güter folgenden Flächenraum enthalten, nämlich: an Waldungen 8348 Hektaren, Aeckern und Wiesen 141 Hektaren, Alpen und Weiden 551 Hektaren, an sonstigen productiven Gütern 40 Hektaren, also zusammen an productiven Gründen 9080 Hektaren, welche einem Flächenraume von ungefähr 20.000 Joch entsprechen, außerdem — das lasse ich aber außer aller Betrachtung — besitzen die Religionsfondsgüter auch noch 7800 Hektaren an unproductiven Gründen.

Nun, wie uns der Ausweis, der vom Ministerium vorgelegt wurde, sagt, so betrugen — haben Sie Acht, meine Herren, auf die Nummern, welche ich Ihnen jetzt sagen werde — die Einnahmen aus diesen 20.000 Joch an Grundstücken 49.330 fl. — so sind sie veranschlagt. Die Auslagen aber belaufen sich auf 48.980 fl., so daß dieser großartige Besitz unter den befruchtenden Händen der Staatsverwaltung den Reinertrag von 350 fl. abwirft. *(Rufe: Hört! Hört!)* 20.000 Joch werfen 350 fl. ab, da kommt auf 1 Joch ungefähr $1\frac{3}{4}$ kr. *(Rufe: Hört! Hört!)* Ja, meine Herren, dann ist es freilich möglich, daß der Religionsfond passiv werde. Wenn ein in der traurigsten Gegend unseres Vaterlandes gelegener Besitz, der zu den sterilsten gehört, für das Joch mindestens 50 kr. Steuer zahlen muß, und gut gehaltene Waldungen und Grundstücke zwar nicht in bester Lage, aber doch in einer Lage, die nicht ganz schlecht ist, auf $1\frac{3}{4}$ kr. Reinertrag herabsinken, können Sie wohl der Kirche und der

Religion Glück wünschen, wenn sie unter einer so väterlichen Verwaltung steht.

Ich muß noch etwas hinzufügen: damit diese Grundstücke mehr tragen, hat der Budgetausschuß aus Sparsamkeitsrücksichten sich sogar veranlaßt gesehen, 7000 fl., welche die Regierung für die Aufforstung und für die Verbesserungen der Waldungen eingestellt hat, zu streichen; er sagt also, die Güter sollen in hundert Jahren auch nichts tragen, sie sollen ganz devastirt werden. Ich frage Sie nun, meine Herren, um den Rechtstitel. Aus welchen Rechtsgründen hat denn der Staat den Besitz, das Privateigenthum der Kirche ausschließlich in seine Hände genommen, verwaltet dieses Eigenthum so vortrefflich und gebahrt mit ihrem Vermögen nach seinem Belieben, ohne die Berechtigten darüber zu Rathe zu ziehen oder zu fragen? Ist denn die Kirche wahnsinnig? Ist sie denn minderjährig? Ist sie denn eine Verbrecherin, daß sie unter Curatel gestellt werden muß? Und wie verfährt der Staat und seine Regierung mit dem Specialbesitz der einzelnen Pfründen? O, meine Herren, darüber ließe sich ein langes Lied singen, aber ein angenehmes nicht.

Eine jede Pfründe wird, wie kein anderer Besitz, mit einer vier- und fünffachen Phalanx von Steuern eingezäunt und wenn nach allen möglichen und unmöglichen Forderungen von dem Einkommen, welches in Wien ein Amtsdiener angewiesen hat, welches für den Seelsorger genügen muß, noch ein einziger Gulden übrig bleibt, dann erinnert sich die Regierung schnell, daß es noch andere Geistliche gibt, die noch ärmer sind als diese und nimmt den kleinen Besitz des schon durch Steuern aller Art ausgebeuteten Pfründners durch die Religionsfondssteuer noch weiter in Anspruch. Das heißt doch ein Crispinus sein, welcher aus fremdem Leder Sohlen und Schuhriemen schneidet.

Ja, meine Herren, so wird der Priester entlohnt.

Stellen Sie sich vor: in Salzburg, in Tirol ist die Aufbesserung für die nothleidenden Seelsorger so hoch gestiegen, auch in Dalmatien und Istrien, daß sie 500 fl. als Minimum betragen kann; bei uns in Oberösterreich 600 fl. Es ist immerhin Etwas gegen die früheren 300 bis 400 fl. Von einem Hilfspriester beträgt das Minimum der Competenz 210 fl., ein Pfarrer darf in Salzburg für die ganze Verpflegung, für Beleuchtung und Beheizung für seinen Hilfsgeistlichen 210 fl. anrechnen.

Ich frage Sie, was die Leprosenverwaltung zu Salzburg für einen Leprosen anrechnet? In drei Vierteljahren beträgt die Leprosenverpflegung 210 fl. Also der Priester, der sich plagen muß und studirt hat, hat in einem Jahre nicht so viel zu beanspruchen als ein Leprose in drei Vierteljahren. Und nicht genug damit, daß er mit 200 bis 300 fl. Competenz auskommen muß, wird ihm die Daumenschraube angesetzt an den letzten Kreuzer des Einkommens. Nicht bloß das, was ihm gebührt, sondern auch das, was man ihm schenkt, was man ihm als Almosen gibt, wird ihm in sein Einkommen eingerechnet. Wenn z. B. in irgend einer Pfarre eine freiwillige Sammlung veranstaltet wird, zu welcher man einen Beitrag gewähren oder auch verweigern kann und welcher auch thatsächlich von Einzelnen, denen der Priester nicht nach Gefallen ist, verweigert wird, — auch diese freiwillige Gabe wird ihm in sein Einkommen eingerechnet, nur damit man die 500 oder 600 fl. herausbringen kann.

Der junge Unterlehrer, der 18 oder 19 Jahre alt ist und nach der Volksschule noch zwei bis drei Jahre in seinem Lehrerseminarium zugebracht hat, bekommt 400 fl. und hat Anspruch auf Quinquennalzulage; der Schulmann, der in einen selbständigen Posten eintritt, bekommt 600, 700, 800 fl. und gleichfalls Quinquennalzulagen, der Geistliche, der 12 Jahre studirt hat, bekommt 210 fl., als Pfarrer 600 fl. und wenn er dann nach 30- oder 40jährigem Wirken als Greis, als ein gebrochener Mann, seinem Dienste nicht mehr vorstehen kann, dann fertigt man ihn mit 300 fl. ab, einer Summe, die zum Sterben zu gering ist, geschweige denn genügt zum Leben.

So wird der Priester entlohnt, dessen Fortbildung in seinen Studien eben so geistige Anstrengungen, ebenso materielle Opfer erfordert, wie die Heranbildung eines Hofrathes oder eines Ministers. Wenn er dann in regem Pflichteifer, in regem wissenschaftlichen Streben sich später auch noch hingibt dem Studium in seinem Fache, dann heißt es: der Mensch paßt nicht für die Welt, er hat keine Weltbildung, und es begegnet ihm sogar, daß ihm zum Vorwurfe gemacht wird, ein Mangel an volkswirthschaftlicher Belehrung trüge nur die Schuld an der Misère unserer Zustände. Hat aber solch ein Geistlicher noch ein weiteres Streben, oder wird er sich sogar bewußt seines Rechtes als Staatsbürger und wagt er es, ein Wort darein zu reden, flugs verweist man ihn unter seine vier Mauern. Nicht genug an dem, kein Stand in der Welt ist so sehr das Angriffsobject der Scandalpresse, wie der der Priester.

Die Scandalpresse sie schont auch den Einzelnen, auch den Hochgestellten, auch den Minister nicht, wenn sie aber denselben angreift, greift sie seine Person an, in dem Priester aber greift sie den Stand an. *(Lebhafter Widerspruch links. — Rufe rechts: Sehr richtig!)* Woher kommt das? Percute pastorem, et dispergentur oves! — Ecrasez l'infame! — Das scheint mir der Wahlspruch so mancher kosmopolitischer Bestrebungen zu sein.

Wenn nun solche Umstände den Geist des Clerus tödtlich bedrücken, wenn sie seine Thatkraft lähmen, sein Ehrgefühl ersticken, wenn er dann zuletzt auch nicht mehr thut, als er eben thun muß, und ein bloßer Handlanger wird in seinem erhabenen Stande,

wenn dann der Geist und Herz adelnde Athem der Religion zum Gefrieren kommt, und dann das Volk in Materialismus, in Unfläthigkeit und Genußsucht versumpft, und wenn es den Aufschwung zu allem Edlen und zu allem Idealen verliert, nimmt Sie das Wunder? Wenn aber unter solchen Umständen die Anzahl der Priester von Jahr zu Jahr sich erheblich und bedenklich herabmindert, wenn sich beinahe Niemand mehr entschließen will sich einem Stande zu widmen, der nebst Bevormundung, nebst Elend, nebst Verunglimpfung auch noch mit Noth und Armuth zu kämpfen hat, wenn dann die leerstehenden Seelsorgestationen gegenwärtig schon nach Hunderten zählen und keine Hoffnung ist, diese Lücken überhaupt jemals ausfüllen zu können, wenn dann ein großer Theil des Volkes ohne alle geistliche Belehrung, ohne kirchlichen Trost bleibt, können Sie darüber erstaunen?

Wenn nicht Kenntniß, wenn nicht Pflichttreue, wenn nicht Unbescholtenheit, sondern wenn nur sogenannte Verfassungstreue das einzige Verdienst ist, welches der Seelsorger zur Beförderung für sich in Anspruch nehmen darf, dann glaube ich den Grund angegeben zu haben, warum es erklärlich ist, wenn die Kirche und die Religion in so hohem Maße ihren Dienst nicht mehr thut, als sie ihn thun sollte und könnte.

Meine Herren, machen Sie diesem Systeme einmal ein Ende, welches, ich wage es zu sagen, wahrhaftig eine Schmach für unser Jahrhundert der Bildung und Aufklärung ist. Handeln Sie wahrhaft liberal und geben Sie der Kirche jene Freiheit zurück, deren sie ebenso nothwendig zur erfolgreichen Entfaltung ihrer Thätigkeit bedarf, wie jedes lebende Wesen die Luft zum Athmen, gestatten Sie ihr, wie einer jeden Gesellschaft von großjährigen Männern, ihren Haushalt selbst zu ordnen, Sie und der Staatssäckel — ich versichere Sie — werden dabei keinen Kreuzer verlieren.

Erlauben Sie mir, Ihnen meine Gedanken darüber nur oberflächlich und in allgemeinen Umrissen bekannt zu geben. Wir wissen nach den alljährigen Budgets, daß die einzelnen Religionsfonde in den einzelnen Diöcesen sich in sehr verschiedenem Stande befinden: die einen sind activ in ihrem jährlichen Gebaren, die anderen sind passiv.

Jene, die activ sind, lassen natürlich Ueberschüsse zurück, welche die Regierung wieder für die passiven verwendet.

Meine Herren! Lassen Sie die activen Religionsfonde von den einzelnen Diöcesanvorständen selbst verwalten, die Diöcesanvorstände werden dann im Stande sein, für die sämmtlichen Bedürfnisse auch des nothleidenden Clerus zu sorgen, und Sie werden sehr gerne bereit sein, die Summen, welche die Religionsfondsteuern abwerfen, ganz hinzugeben für die nothleidenden Diöcesen. Wenn von der Regierung jene Summen, die sie alljährlich aussetzt als Daraufzahlung für die Erhaltung des Clerus, und welche nach dem heurigen Budget ungefähr 700.000 fl. ausmacht, sowie die Gesammtreligionsfondssteuer im Betrage von 800.000 fl. nach Maßgabe des Bedarfes den nothleidenden Diöcesen zur Verfügung gestellt würden, so würden dieselben ihre Angelegenheiten selbst besorgen; die Regierung würde dabei ein großes kostspieliges Bureau im Cultusministerium ganz ersparen, aber auch die Opferwilligkeit des Volkes der Diöcesen würde geweckt werden, wenn es sehen würde, daß Dasjenige, was es den Geistlichen gibt, ihnen und nicht dem Staate und dem Religionsfonde gehört.

Auf diese Weise würden der Kirche die einer jeden Gesellschaft von besitzfähigen Männern gestatteten Eigenthumsrechte zurückgestellt werden, auf diese Weise würde auch wieder das Selbstbewußtsein, das Pflichtgefühl, die religiöse Treue und Hingebung für den Beruf bei dem Clerus mächtig geweckt werden, und der ganze Staat, die ganze menschliche Gesellschaft im Staate würde Ursache haben, sich dazu Glück zu wünschen.

Ja, meine Herren, die Annahme dieses meines Vorschlages wäre wahrhaftig liberal, und sie würde mächtig wirken in jeder Beziehung, sie würde den Staat nicht belasten, sie würde dem nothleidenden Clerus helfen, sie würde alles Gute mächtig fördern.

Da ich mir erlauben werde, auch bei dem Capitel „Volksschulen" meine Meinung auszusprechen, so glaube ich in diesem Augenblicke über die Wissenschaftspflege nur ein paar Worte sprechen zu sollen.

Ich maße mir hierüber kein Urtheil an, ich gehöre, obgleich auch in mir das Streben nach Wissenschaft recht lebendig ist, doch dem Stande der Gelehrten nicht an. Bedauern muß ich aber — und das werden Sie mir nach dem Stande, dem ich angehöre, zu gute halten — daß man der Wissenschaft auch in den Mittelschulen und Universitäten den confessionellen Charakter genommen hat.

Es ist freilich nur ein katholischer Kirchenlehrer, aber sein Name glänzt heutzutage noch am Himmel der Gelehrsamkeit und Größe als ein hellleuchtendes Gestirn, der einst den Satz aussprach: „Scientia sine pietate parum utilis est."

Wie die Wissenschaft in den einzelnen Hochschulen gar manchen Geist adelt und die Sitten bildet, das, meine Herren, überlasse ich ganz dem Urtheile von Fachmännern. So viel steht in meiner Seele fest, eine Wissenschaft ohne Gott, sie vermag wohl zu classificiren, sie vermag zu specialisiren, sie vermag Rechnungsprobleme aufzustellen, sie vermag Gestirnbahnen zu messen, sie vermag endlich Hypothesen aufzustellen: eine letzte unwandelbare Wahrheit, einen letzten Grund, ein Princip, welches

unanfechtbar, welches unfehlbar ist, kann die Wissenschaft so lange nicht aufstellen, so lange sie selbst das höchste Princip, die letzte Wahrheit aus den Augen verliert.

Auch die Gymnasien scheinen sich zu Instituten herausgebildet zu haben, welche ein Sammelsurium von allem möglichen und unmöglichen Wissen den jugendlichen Schülern beibringen wollen. In einer Weise werden dieselben mit der Wissenschaft gequält, daß sogar ihre leibliche Gesundheit darunter leidet, daß ihre lebhafte Phantasie gänzlich getödtet wird, ja daß nur gewisse Hypothesenmenschen aus denselben hervorgehen, die das, was sie gelernt haben, eben so schnell wieder vergessen.

Eine Bildung des Herzens, eine Veredlung ihrer religiösen Gefühle finden in dem Gymnasialstudium eine so untergeordnete Rolle, das ich wohl nicht eine zu gewagte Behauptung aufstelle, wenn ich sage, sie tragen wenig bei zur wahren und wünschenswerthen Heranbildung des Volkes.

Wenn ich nun durch einen längeren Vortrag Ihre Geduld auf die Probe gestellt habe, bitte ich Sie zuletzt nur um das Eine: Ueberlegen Sie, fragen Sie doch gegenwärtig: Haben meine Bitten, haben meine Anträge eine Berechtigung oder nicht? Finden Sie, daß sie eine Berechtigung haben und geben Sie dieser Berechtigung ihr Recht, wohl uns und wohl Ihnen, wir werden uns dann viel eher zu dem Liberalismus bekehren, denn wir werden sehen, daß es ein edler Liberalismus ist, welcher die wahre Freiheit, die wahre Selbständigkeit nicht nur den Individuen, sondern auch den anerkannten Gesellschaften einräumt. Hiemit glaube ich schließen zu sollen. *(Bravo! Bravo! rechts.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Kronawetter hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter:** Ich habe bei dem Capitel im Budget, welches die Ueberschrift „Cultus" führt, bei der Discussion in früheren Jahren bereits meine Ansicht dahin geäußert, daß dieses Capitel im Budget eines modernen Staates gar keine Berechtigung besitzt.

Cultus ist ja nichts anderes als der Inbegriff derjenigen Formen, in welchen das religiöse Bewußtsein des Menschen zum Ausdrucke gebracht erscheint.

So wenig das religiöse Bewußtsein der Menschen an sich und die Ansicht, die Jemand über die letzten Gründe aller Dinge hat, den Staat etwas kümmert, so wenig hat der Staat ein Recht sich darum zu kümmern, ob und in welcher Weise der Einzelne diesem seinem Bewußtsein, dieser seiner Ansicht einen sichtbaren Ausdruck gibt. Die einzige Grenze hiefür ist das Strafgesetz. Weiter hat sich der Staat um den Cultus gar nicht zu kümmern; so lange der Ausdruck dessen, was sich der Mensch als den letzten Grund des Lebens denkt, den Bestand des Staates nicht gefährdet, geht ihn der Cultus nichts an. Die nothwendige Consequenz daraus ist die, daß er auch für den Cultus und für confessionelle Zwecke keine Auslagen zu machen hat, daß daher die Cultusangelegenheiten weder in ein Ministerium, noch viel weniger aber in ein Staats-, Landes- oder Gemeindebudget hineingehören.

Ich kann daher recht gut begreifen, daß wir ein Unterrichtsministerium haben, aber ich kann es immer und immer fort nur bedauern, daß wir noch ein Cultusministerium besitzen, umsomehr, als uns dasselbe jährlich mehr als eine Million baares Geld kostet — das heißt nicht das Ministerium, sondern die Angelegenheiten, für welche diese Ausgabe gemacht wird — dieses Geld wird ja der steuerzahlenden Bevölkerung weggenommen, es ist Steuergeld; seine Verwendung zu Zwecken des Cultus widerspricht den Grundsätzen einer guten Steuerverwaltung, da die Bevölkerung, welche den für Cultuszwecke verausgabten Betrag als Steuer aufbringen muß, nicht den Werth dieser ausgelegten Million vom Staate durch irgend eine Gegenleistung zurückerhält.

Denn wenn die Bevölkerung eine Million steuert, so soll der Staat nach richtigen wirthschaftlichen Grundsätzen eigentlich mehr als eine Million, oder doch zum mindesten diese eine Million der Bevölkerung wieder durch seine Verwendung dieses Geldes für das Interesse der steuerzahlenden Wirthschaften zurückgeben. Wenn ich mir z. B. um 5 fl. etwas kaufe, so muß die Waare doch wenigstens einen Werth von 5 fl. für mich haben. Wenn ich aber frage: Was hat denn die Gesammtheit des Volkes davon, daß sie heuer wieder 1,077.736 fl. für Cultuszwecke steuern muß? Ist sie vielleicht durch die Verwendung dieser Ausgabe von Seite des Staates um eine Million reicher geworden? Ich muß einfach antworten: Nein. Es ist eine rein unproductive Ausgabe. Wenn wir aber alle Jahre gegen das Deficit zu kämpfen haben — und heuer wurde uns das Deficit mit 23 Millionen ausgerechnet — da fällt diese eine Million gar sehr ins Gewicht. Wenn man immer vom Sparen redet und auch sich so gerne immer auf den Standpunkt des modernen Staates stellt, so sehe ich nicht ein, warum eine solche mittelalterliche Auslage noch alle Jahre ins Budget eingestellt werden soll. Diejenigen Staatsbürger, welche einen bestimmten Cultus haben und ihn auch zum Ausdrucke bringen wollen, mögen die Kosten hiefür bezahlen, ohne Staatsmittel zu beanspruchen, wie es z. B. die Juden und alle jene Religionsgenossenschaften thun, die sich auf Grund des neuen Religionsgesetzes constituiren. Für die Altkatholiken gibt es z. B. nichts im Budget eingestellt, ja noch mehr: unser Cultusministerium benützt sogar dieses Gesetz dazu, um das Zustandekommen neuer Confessionen förmlich zu verhindern. Dieses

Gesetz bestimmt nämlich, daß solche neue Confessionen, sobald sie sich constituiren wollen, den Nachweis liefern müssen, daß sie auch die Mittel für ihren Clerus und Cultus aufbringen können. Ob aber die Mittel ausreichen, das zu beurtheilen, ist Sache des Cultusministeriums. Wenn nun eine solche neue Confession bei ihrer Constituirung selbst, sagen wir 60 Millionen Vermögen ausweist, ihre Constituirung ist aber den Herren im Cultusministerium nicht genehm, so sagt man: Ihr habt zu wenig Geld, mit dieser Summe könnt Ihr euere Cultusangelegenheiten nicht bestreiten, und verbietet so auf Grund des Gesetzes die Constituirung.

Ich kann zum Beweise dafür eine Thatsache anführen. In Wien wollte ein gewisser Schwella eine neue Confession gründen, ich glaube — ich kann mich auf den Namen nicht mehr recht entsinnen, mich interessiren solche Confessionen nicht — unter dem Titel „Kirche der reinen Vernunft". Die Leute sind wiederholt an das Ministerium herangetreten mit der Erklärung, sie wollten auch eine neue Religion haben *(Heiterkeit)* und sich als Religionsgesellschaft constituiren; sie haben dazu eine gar nicht geringe Summe als Vermögen ausgewiesen, ich glaube 10.000 fl. Und was sagte ihnen das Cultusministerium? Eure Mittel reichen nicht aus, die Geistlichen zu erhalten. Mit einem Worte: auf solchem — wie soll ich sagen — auf indirectem Wege hat man die Constituirung verhindert, man hat den Buchstaben des Gesetzes benützt, um die Bildung einer mißliebigen Confession zu verhindern. Was kümmert das das Cultusministerium, wie viel diese Leute Geld haben? Wenn die Leute kein Geld haben, werden sie keine Geistlichen finden und selbst ihre Religionsgesellschaft wieder auflösen müssen. Das Cultusministerium hat ja da nicht den Vormund zu spielen; was kümmert dies das Cultusministerium, ob sie genug Geld haben, ob sie einen Geistlichen zahlen können, den sie brauchen?

Es sind, wie bereits bemerkt, die Ausgaben für Cultus in unserem Budget verrechnet mit 4,970.550 fl., die Einnahmen mit 3,892.814 fl., bleibt somit ein Deficit, welches von den Steuerträgern gezahlt werden muß mit 1,077.736 fl., davon entfallen auf nicht katholische Cultuszwecke 102.500 fl. und für katholische Cultuszwecke bloß 975.236 fl. Das wäre nicht einmal so viel, allein abgesehen von der principiellen Unrichtigkeit der Ausgaben kommt dazu eine andere große Summe, wovon ich gar nicht weiß, warum man sie alleweil in den Staatsrechnungen aufführt; ein geschickter Kaufmann würde damit so unnöthigerweise gar nicht das Papier beschmieren, der führt erwiesen uneinbringliche Forderungen in seinen Büchern gar nicht mehr auf, bei uns wird das, was für den katholischen Cultus von Seite des Staates geleistet wird, ich möchte sagen, immerfort mit Kohle in den Rauchfang geschrieben.

Nach dem Ausweise, welchen der Budgetausschuß im Jahre 1874 vorgelegt hat — heuer vermisse ich einen solchen Nachweis — beläuft sich die Schuld der Religionsfonde an den Staat an barem Capitale auf 58,730.200 fl. *(Rufe: Hört!)*, die uns nie mehr gezahlt werden; diese Schuld wird alle Jahre größer und verzinst wird sie gar nicht. Wenn wir diese 58 Millionen, die jetzt gewiß schon auf 60 Millionen angewachsen sind und die wir unnöthigerweise für Cultuszwecke ausgegeben haben, hätten, wie noth thun sie uns heute, wie gut stünden sie uns an? Wir brauchten wegen Aufbringung der bekannten 60 Millionen, die unser Minister des Aeußern fordert, kein Anlehen zu machen, wenn wir alle Jahre das in den Staatsschatz zurückgelegt hätten, was wir in rein unproductiver und werthloser Weise ausgegeben haben.

Man sollte doch erwarten, daß das in der Zukunft anders wird, daß diese Millionen wenigstens aus dem Staatsbudget der Zukunft verschwinden werden, aber leider ist dazu keine Hoffnung vorhanden.

In unserem Cultusministerium wird consequent nach Grundsätzen gearbeitet, die ich nur schwer verstehen kann. Ich werde diese Grundsätze einer eingehenden Beleuchtung unterziehen; wir werden daraus ersehen, daß, wenn die Wirthschaft im Cultusministerium so fort geht, wie sie jetzt besteht, auch nach 50 Jahren und noch nach 100 Jahren dieselbe Post immer wieder im Budget erscheinen wird. Angebahnt sollte die Eliminirung dieser Zuschüsse aus den Staatsgeldern auch für katholische Zwecke dadurch werden, daß nach dem Gesetze vom Jahre 1874 für die katholischen Pfarrgemeinden eine Cultussteuer eingeführt werden sollte, aber dieses Gesetz ist bis heute noch nicht gemacht worden. Warum? Das weiß ich nicht. Es ist dessen Vorlage wiederholt vom hohen Hause urgirt worden, es hat sich aber unser Cultusministerium nie bewogen gefunden, diese Vorlage für diese Cultussteuer, so nöthig und gerecht sie wäre, auch zu machen. Es ist im vorigen Jahre von mir der Antrag gestellt worden *(liest)*:

„Die hohe Regierung werde aufgefordert, den im Gesetze vom 7. Mai 1874 in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über die Einführung einer Cultussteuer in den katholischen Pfarrgemeinden noch im Verwaltungsjahre 1877 der Reichsvertretung vorzulegen."

Dieser Antrag wurde auch unterstützt und an den confessionellen Ausschuß geleitet. Unterdessen ist auch eine andere Vorlage des Cultusministeriums über die Dotation der katholischen Pfarrer an den confessionellen Ausschuß geleitet worden und der confessionelle Ausschuß sagte: Wir werden uns mit diesem Gesetzentwurfe nicht eher abgeben, bis uns nicht das Cultusministerium eine Vorlage über die

Cultussteuer in den katholischen Pfarrgemeinden einbringt.

Es ist dann noch eine zweite Unterlassung, die sich das Cultusministerium hat zu Schulden kommen lassen seit dem Jahre 1875. Es ist eine Jireček'sche Verordnung, auf die ich seinerzeit hingewiesen habe, dahin ergangen, daß die Auslagen für den katholischen Religionsunterricht an Bürgerschulen von den Gemeinden gezahlt werden müssen.

Das hohe Haus hat bald nach seiner Constituirung gesagt: Nein, das ist ungesetzlich. Es ist die Jireček'sche Verordnung auch aufgehoben worden, und trotzdem muß z. B. die Gemeinde Wien bis zum heutigen Tage noch mehr als 12.000 fl. jährlich in gesetzwidriger Weise als Gehalte für Religionslehrer an Bürgerschulen bezahlen. Warum? Weil die Herren im Cultusministerium nichts arbeiten. *(Heiterkeit.)* Ja, meine Herren, es ist ja wahr, warum arbeiten sie denn nicht? Es ist bereits im Jahre 1875 im hohen Hause die von mir bereits erwähnte Resolution beschlossen worden. Ich habe voriges Jahr eine Resolution des Inhaltes beantragt: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, die in der Resolution des Hauses der Abgeordneten vom 19. October 1875 gewünschten Gesetzentwürfe über die Beitragsleistung der Religionsfonde zur Bestreitung des katholischen Unterrichtes an Volks- und Mittelschulen, sowie über die Verwaltung und Verwendung der Religionsfonde noch im Verwaltungsjahre 1877 vorzulegen."

Es ist diese Resolution auch vom hohen Hause angenommen worden, mit einer einzigen Modification. Man hat nämlich anstatt „noch im Verwaltungsjahre 1877" gesagt „ehethunlichst". Es ist damals bereits — wenn ich nicht irre — von dem Herrn Abgeordneten Dr. Ruß die Befürchtung ausgesprochen worden, daß das Cultusministerium die Worte: „ehethunlichst" mit „niemals" auf deutsch übersetzen werde. Nun, meine Herren, diese Befürchtung des Herrn Abgeordneten, die ich übrigens auch getheilt habe, hat sich erfüllt, denn es hat noch gar nichts verlautbart, daß das Cultusministerium auch nur die geringste Anstalt getroffen hätte, dieser Resolution nur irgendwie Folge zu leisten. Nun, meine Herren, kann ich mich erinnern, daß die untere Instanz, wenn sie einen Bericht an eine höhere Behörde erstatten soll, eine Frist bekomme; wenn sie binnen dieser Frist den Bericht nicht erstattet, kommt ein Urgens, und in dem zweiten Urgens wird gewöhnlich mit der Gehaltssperre dem betreffenden Beamten der unteren Behörde gedroht, wenn nicht die Vorlage des Berichtes erfolgt oder die Nichterstattung standhaft gerechtfertigt wird. Ich glaube, es sind genug Leute im Cultusministerium, die das von uns Verlangte seit dem Jahre 1875 bis heute hätten arbeiten können. Ich lese in dem Voranschlage der Regierung *(liest)*:

| | | | |
|---|---|---|---|
| „1 | Minister, . . . . . | Gehalt | 10.000 fl. |
| 1 | Sectionschef, . . . | „ | 7.000 „ |
| 6 | Ministerialräthe, . . . | „ | 30.500 „ |
| 3 | Sectionsräthe, . . . | „ | 9.200 „ |
| 8 | Ministerialsecretäre, . | „ | 18.000 „ |
| 8 | Ministervicesecretäre, . | „ | 13.200 „ |
| 8 | Ministerialconcipisten, . | „ | 8.800 „" |

dann kommen noch die Functions- und Activitätszulagen, und zwar *(liest)*:

| | | |
|---|---|---|
| „1 | Minister . . . . . | 10.000 fl. |
| 1 | Sectionschef . . . . . | 3.000 „ |
| 6 | Ministerialräthe . . . . . | 6.000 „ |
| 3 | Sectionsräthe . . . . . | 2.400 „ |
| 8 | Ministerialsecretäre . . . . | 5.600 „ |
| 8 | Ministerialvicesecretäre . . . | 4.900 „ |
| 8 | Ministerialconcipisten . . . | 4.000 „" |

Ja, meine Herren, wofür bekommen denn diese Beamten so hohe Gehalte, wofür zahlen wir fort und fort, wenn die Leute nichts thun? Ein anderes Parlament, welches nicht so geduldig und nachsichtig ist, wie das unsere, würde es nicht dulden, daß vom Jahre 1875 bis 1878 — also drei Jahre — seine Resolutionen vollkommen unbeachtet bleiben; es würde sagen: Mit einem Ministerium, welches in solcher Weise mit unseren Resolutionen vorgeht, welches uns in solcher Weise mißachtet, treten wir in gar keine Verhandlung *(Bravo! auf der äussersten Linken)* und werden keinen Heller für das Cultus- und Unterrichtsministerium bewilligen, bevor nicht unseren Resolutionen Rechnung getragen worden ist. Ich bedauere, daß wir nicht auch so energisch vorgehen, wie andere Parlamente. *(Rufe: Sehr richtig!)* Es würden dann unsere Ministerien mehr Respect vor uns haben *(Heiterkeit!)* und unsere Resolutionen nicht so behandeln, wir würden unsere Zeit nicht so umsonst vergeuden und der Bevölkerung die Diäten kosten. Wenn wir hier Anträge stellen und Resolutionen fassen, so thun wir dies, weil wir überzeugt sind, daß es nothwendig ist im Interesse des Gesammtwohles.

Ich hätte erwartet, daß das Ministerium mit mehr Achtung unseren Resolutionen auf allen Gebieten entgegenkommen werde. Vom Jahre 1875 bis jetzt hätten die Gesetzentwürfe schon vorgelegt werden können, man hätte in Deutschland schon irgendwo einen alten Schimmel auffinden können *(Heiterkeit)*, den man hätte reiten können, man hätte ihn schon gefunden, wenn man ihn hätte finden wollen.

Ich komme nun auf eine Sache, welche beweist, daß man ihn nicht finden will, daß man Diejenigen, welche zu zahlen verpflichtet wären, nicht heranziehen will, sondern den armen Gemeinden immer fort und fort die Zahlung für Dinge auflastet, die sie gar nichts angehen. Bis jetzt sind es immer die politischen Gemeinden, welche die Cultusauslagen zu zahlen haben; z. B. die Kosten für Kirchenbaulichkeiten,

Sees einschlagen können, bei uns aber noch keine Argumente sind.

Auf die außerordentlich epinöse Frage des Eigenthums am Kirchengute ist der Herr Abgeordnete auch zurückgekommen. Sie ist außerordentlich strittig in der Jurisprudenz der canonischen und nicht-canonischen. Er wird sie auch nicht entscheiden können dadurch, daß er sagt: Die Kirche ist Eigenthümerin, denn die Kirche erstreckt sich nicht bloß über einen Staat, sondern über alle Staaten, in welchen sie Anerkennung gefunden hat, in dieser oder jener Form. Mit solchen Rechtssubjecten läßt sich bekanntlich nicht rechnen.

Ich will das hohe Haus nicht ermüden, indem ich es in die Labyrinthe dieser juristischen Erörterung verlocke, aber über die Art des Zustandekommens des Kirchenvermögens wurde die Behauptung aufgestellt, daß nichts von Unrecht und Unbilligkeit an dem ursprünglichen Erwerbe desselben hafte. Ich weiß nicht, ob der Redner an die Geschichte der Religionskriege vollständig vergessen hat und an die verschiedensten Gewaltthaten, mit welchen die Kirche an so vielen Orten in den Besitz ihres Vermögens gelangt ist, und wenn auch diese gewaltthätigen Arten des Vermögenserwerbes nicht mehr gang und gäbe sind, eine Art und Weise der unrechten Erwerbung dieses Vermögens wird noch immer prakticirt, ohne daß ich gegen Jemanden einen Anwurf erheben möchte. Die Criminalacten eines jeden Staates können in Jahren immer wieder einen solchen Fall registriren, ich meine die gefährliche, seinerzeit so schwunghaft betriebene, heute seltenere Erbschleicherei. Was soll es also mit diesen allgemeinen Reclamationen, mit denen man nichts für die Sache und nichts gegen uns beweist, die wir uns gerade in der letzten Zeit so lammfromm in diesen Dingen benommen haben, daß gerade die Partei, welcher der Herr Abgeordnete angehört, sich für ihre Zukunft nichts Besseres wünschen kann.

Das ist aber richtig, das Kirchenvermögen hat den Zweck, gewisse Bedürfnisse der Kirchenangehörigen zu erfüllen, und damit ist jene Eigenschaft bezeichnet, welche im Allgemeinen den Stiftungen zukommt, und darum, weil es eine Art Stiftung ist, unterliegt und untersteht es auch der Curatel des Staates.

So weit gingen die allgemeinen Bemerkungen des Herrn Abgeordneten, von denen ich noch eines nicht wußte, wo sie hinaus wollen, und ich dachte, sie werden mit einem ebenso allgemein gehaltenen Panegyrikus schließen. Allein auf dem Wege großer Probleme und weitreichender Behauptungen kommt der Herr Abgeordnete — on revient toujours à ses premiers amours — auf den Bischof von Linz zu sprechen, deducirt wieder, wie schlecht die Verwaltung des Staates in Bezug auf das Kirchenvermögen ist, und behauptet, daß bei einem Bruttoertrag von 49.000 fl. und Auslagen von 48.000 fl. ein Nettoertrag von 100 fl. bei 20.000 Joch bestehe.

Ich kann auf diese Ziffern nichts erwiedern; ich muß es dem Specialberichterstatter überlassen, aber ich erinnere mich, aus früherer Zeit gehört zu haben, daß diese Wälder bedeutend überschlagen wurden, und es ist begreiflich, daß, wenn schon systemwidrig hier auf längere Zeit überschlagen wurde, 10.000 Joch gar keinen Ertrag geben, also passiv sind, weil sie der Erhaltung und Aufforstung bedürfen. Aber wie der Herr Abgeordnete, selbst wenn diese Anwürfe wahr wären, daraus die Frage deduciren kann: Glauben Sie, meine Herren, — gegen uns gewendet — die Religion könne sich zu einer solchen Verwaltung Glück wünschen, begreife ich nicht.

Nun, was hat die Religion mit der Verwaltung des Religionsfondes zu thun? Ich erwähne das nur, weil immerfort die Begriffe Religion, Cultusverwaltung, Budgettitel, Bischöfe, Alles mit einander in einen Topf geworfen und mit der Flagge der religiösen Bedürfnisse des Menschen bedeckt wird.

Wenn die Presse einen einzelnen Priester angreift, greift sie, wie der Herr Abgeordnete sagt, den ganzen Stand an, während sie, wenn sie einen Advocaten angreift, nur diesen Einzelnen angreift? So steht die Sache nicht, wir müssen uns gewöhnen — auch die Herren, welche hier im hohen Hause auf jener *(rechten)* Seite sitzen — unseren Stand zu Hause zu lassen und nur als Menschen, Bürger und Politiker hier einzutreten *(Bravo! Bravo! links)*, nicht aber die menschlichen Schwächen seiner selbst und Anderer hinter der spanischen Wand einer unberührbaren Standeseigenschaft zu verbergen.

Wenn nun der Herr Abgeordnete endlich auf die armseligen Congrua und gewiß kärglich bemessenen Gehalte der katholischen Priester zurückgekommen ist, und wenn er sagte, daß ein Amtsdiener in Wien eventuell keinen kleinen Gehalt hat, so muß ich ihm dies leider zugeben. Wir haben wiederholt die Wünsche der Regierung mit unseren Sympathien begleitet, daß diesem Uebelstande abgeholfen werde. Die Regierung hat bekanntlich auch einen bezüglichen Gesetzentwurf eingebracht. Die derzeitige Handhabung des Religionsfondssteuergesetzes hat aber bereits eine große Milderung gegenüber diesem Zustande herbeigeführt, welchen uns der Herr Abgeordnete in so grellen Farben geschildert hat.

Denn nicht jener Betrag, der über die derzeit festgesetzten Congrua an Einkommen dem Priester zufließt, wird der Religionsfondssteuer unterworfen, sondern erst jener Betrag, der über das hinausgeht, was in Zukunft die Congrua zu bilden berufen sein soll. Wenn ich von dem „letzten Kreuzer" höre, so erinnere ich mich an das, was im Jahre 1876 in der Diöcese des Herrn Abgeordneten der Landgemeinden Wels geschehen ist. Als die Staatssubven-

tionen dort über den Kopf des renitenten Bischofs hinweg vertheilt wurden, war im Diöcesanblatte eine bischöfliche Currende zu lesen, welche die Priester daran erinnerte, daß demnächst eine bischöfliche Ordre ergehen werde, es haben alle vom Staate subventionirten Priester die erhaltenen Beträge dem Bischofe abzuführen, welcher sie neuerlich nach seinem Gutdünken vertheilen wird. *(Rufe: Hört!)* Dem Priester, von welchem der Staat glaubte, daß er einer Unterstützung bedürftig sei, nimmt der Bischof diese kleine Aufbesserung wieder weg. Das ist jener letzte Kreuzer, von welchem der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden Wels hätte sprechen können. Es ist mir auch geradezu unbegreiflich, wie er dazu kommt, Crispinus mit dem Staate zu vergleichen. Ich dachte bisher immer, Crispinus sei ein Heiliger.

Ich erinnere mich an einen Vers, wenn ich nicht irre, von Gottfried Kinkel; da lautet die Sache anders:

„Daß die Kirche social ist, das weiß ein Jeder,
Und Sanct Crispin ist ihr würdiger Sohn:
Sie stiehlt den reichen Leuten das Leder
Und macht den Armen Schuhe davon."

Allein die Frage der Aufbesserung der Congrua ist außerordentlich schwieriger, und gleich bei der ersten Berathung, als der confessionelle Ausschuß in die Besprechung des Gesetzentwurfes eintrat, machten sich Stimmen geltend, daß eine Regelung der Congrua der katholischen Geistlichkeit nicht allein und einseitig vorgenommen werden könne, ehe nicht die Fragen über die Verwaltung des Kirchenvermögens, das Patronat und die Bildung der Pfarrgemeinden geordnet seien. Die Mehrheit des Ausschusses war der Ansicht, daß nach dem streng canonischen Grundsatze das Kirchenvermögen zu allererst Beiträge zu leisten habe zur Erhöhung der Congrua der Geistlichkeit dort, wo das Erträgniß des Kirchenvermögens nicht zu dem unmittelbaren Zwecke der Erhaltung der Kirchen nothwendig ist. Um darin klar zu sehen, ist aber wieder ein Kataster des Kirchenvermögens nothwendig. In Folge dessen glaubte der confessionelle Ausschuß auf jenes Gesetz über die Verwaltung des Kirchenvermögens und auf jenen Gesetzentwurf warten zu sollen, der im Zusammenhange damit die Regelung der Verwaltung der Pfarrgemeinden in Aussicht nimmt.

Aber auch die Ordnung der Frage der Regelung des Patronates war abzuwarten, denn das Patronat, so lange es besteht, concurrirt zu einem Zwecke, denn das Kirchenvermögen auch umfaßt, und es wird erst die Frage beantwortet werden müssen, ob das Patronat aufzuheben sei, ob es entgeltlich oder unentgeltlich aufgehoben werden soll, ob, wenn entgeltlich im ganzen Werthbetrage oder nur in einem Theile und in welcher Form, ob das Patronat nicht zu übertragen sei, und auf wen? Auf die Gemeinden gewiß nicht; auf den Staat also.

Wenn dies geschieht und der Staat diesen Theil der Lasten übernimmt, so wäre es auch sein Recht, daß er bei der Besetzung der Seelsorgestellen einen größeren Einfluß habe.

Damit komme ich auf den zweiten großen Grundsatz, unter dessen Voraussetzung der Ausschuß auf das Congruagesetz einzugehen glauben würde, er will nämlich eine Stärkung der Staatsgewalt in Bezug auf die Bestellung der Seelsorgegeistlichkeit. Das sind also die zwei Grundsätze: die Regelung der Verwaltung des Kirchenvermögens und was damit zusammenhängt; zweitens die Stärkung des Einflusses der Staatsgewalt bei Bestellung der Seelsorger. Diese beiden Fragen mußten erst ihre Beantwortung erfahren, und das kann nur geschehen im Wege der Gesetzgebung und der Berathung jener Entwürfe, welche der Herr Minister bereits, als das Gesetz über die Congrua noch nicht eingebracht war, für die allernächste Zeit zugesagt hat, welche Zusage er seither in kürzeren oder längeren Zeiträumen im Ausschusse und im hohen Hause fast bis zum Ueberdrusse, aber auch ohne Erfolg wiederholt hat.

Endlich hat der Herr Abgeordnete für Wels noch eines gesagt: Man möge doch die Freiheit der Kirche zurückgeben, freilich die Freiheit, wie er sie meint, denn Jeder hat seine eigene Sorte von Freiheit, und so auch die Kirche.

Diese Freiheit, ihren Haushalt selbst zu bestreiten, sollen wir der Kirche also zurückgeben? Ich würde in diese Forderung einstimmen, aber nur unter einer Bedingung: Dieser leider passive Haushalt der Kirche soll keine Unterstützung vom Staate erhalten.

In dem Augenblicke aber, als die staatliche Hilfe nicht in Anspruch genommen wird, bin ich einverstanden, daß der Haushalt der Kirche von ihr selbst verwaltet werden soll.

Ich glaubte diese wenigen Worte als Vertreter einer Sache, die ich schon seit lange führe, schuldig zu sein, und die Ausführungen des Herrn Abgeordneten aus Wels zu widerlegen.

Ich sehe wohl ein, daß der Zeitpunkt nicht geeignet und das hohe Haus nicht geneigt ist, auf dem Wege des Studiums dieser höchst interessanten Angelegenheiten fortzuschreiten. Aber die eine Ueberzeugung möge der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden Wels aus meinen gewiß ruhigen und maßvollen Ausführungen gewonnen haben, daß wir einen Theil jener Leidenschaften abgestreift haben, welche das hohe Haus früher bei solchen Angelegenheiten in helle Flammen brachten, und daß ich es mir, sowie auch die Herren von jener *(rechten)* Seite — die Anerkennung will ich ihnen gerne zollen — für alle Zukunft in diesen Dingen zum Grundsatze machen will: Ne quid nimis.

*(Während vorstehender Rede hat Vicepräsident Freiherr v. Pillersdorff den Vorsitz übernommen.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Naumowicz hat das Wort.

Abgeordneter **Naumowicz**: Es wird dem hohen Hause erinnerlich sein, daß wir Ruthenen die confessionellen Gesetze einstimmig votirt haben. Wir thaten es aus Princip, weil wir in diesen Gesetzen, wenn sie in ihrer Totalität durchgeführt worden wären, manches Ersprießliche für unsere abnormen confessionellen Zustände wahrgenommen haben.

Leider müssen wir heute constatiren, daß Dasjenige, was uns zur Votirung dieser Gesetze bestimmte, nicht durchgeführt wurde, daß aber wohl unsere Geistlichkeit den Stachel derselben, nämlich ihre Unterordnung unter die Gewalt der politischen Verwaltungsbehörden, sehr empfindlich fühlt.

Wir erwarteten von diesen Gesetzen zuvörderst die Regelung des Patronats und des mit demselben verknüpften Präsentationsrechtes auf geistliche Pfründen, welches bei uns zu Lande als ein Unterthänigkeitsverhältniß der griechisch-katholischen Kirche zu den meist polnischen Grundherren aufgefaßt und zum unsäglichen Schaden für die Religion, für die Gemeinden, für die Geistlichkeit und im Allgemeinen für das Gedeihen unseres kirchlich-nationalen Lebens von unseren aviten Widersachern als ein kräftiges politisches Agitationsgegenmittel nur zu oft ausgebeutet wird.

Wir erwarteten von den confessionellen Gesetzen eine Reform der theologischen Lehranstalten in der Richtung, welche der große Kaiser Joseph II. bereits angebahnt hatte, da er es schon damals für unentbehrlich hielt, daß die theologischen Wissenschaften nur in der Sprache vorgetragen werden sollen, in welcher die künftigen Priester zu lehren und zu predigen berufen sind. Wir hofften eine solche Reform dieser Lehranstalten um desto sicherer, da es nicht nur ein Gebot unseres aufgeklärten Zeitalters ist, sondern auch darum, weil auf der Lemberger Universität im Jahre 1848, 1849 und 1850 factisch mehrere theologische Gegenstände in der ruthenischen Sprache mit bestem Erfolge vorgetragen waren, daher wir das Recht auf Restitution vollständig beanspruchen können.

Endlich hofften wir von den confessionellen Gesetzen eine wirkliche Aufbesserung der materiellen Lage des niederen Clerus, dessen Dotation, noch bisnun nach dem Maßstabe des vorigen Jahrhundertes bemessen, als höchst ungenügend notorisch anerkannt ist.

Es waren daher, meine Herren, wie Sie sehen, wichtige Gründe, warum wir für diese Gesetze stimmten, und nur aus diesen Gründen hatte ich die Ehre, die gedachten Gesetze im Namen meiner Parteigenossen zu befürworten.

Da jedoch von allen diesen angehofften Wohlthaten dieser Gesetze keine einzige bis nun in Erfüllung ging, da der besagte Unterthänigkeitsverband unserer griechisch-katholischen Kirche noch immer fortbesteht, eine todte Sprache in der theologischen Lehranstalt noch immer als Unterrichtssprache gilt, und da die Armuth unter dem Clerus immer größere Dimensionen annimmt, da ferner die nationalen Zerwürfnisse in unserer Heimat den Verwaltungsbehörden Stoff genug darbieten zur Geltendmachung ihrer Macht unserem schutzlosen Clerus gegenüber: kann es da Wunder nehmen, daß auch unser Clerus kein besonderes Zutrauen zu diesen Gesetzen hat, und dies um desto mehr, als sich gegnerischerseits gegenwärtig eine Agitation kundgibt, welche gegen uns ruthenische Abgeordnete den Clerus aufzuwiegeln trachtet, und gegen mich, den Sprecher für die confessionellen Gesetze, die giftigsten Pfeile losläßt? Da seht, sagen die polnischen Blätter, was die ruthenischen Abgeordneten dem ruthenischen Clerus bereitet haben! 500 ruthenische Seelsorgestationen werden aufgelassen, unter dem Vorwande der besseren Dotirung der anderen! 500 Eurer Priesterfamilien werden supernumerär erklärt und auf das Aussterbeetat gesetzt. Ich weiß, daß die Zahl 500 Uebertreibung ist, allein es heiligt jedes Mittel den Zweck. Und dieses Lied singen auch landesfürstliche Beamte, indem sie von ihrer Gewalt dem Geistlichen gegenüber Gebrauch machen mit sichtbarer Genugthuung. Also dafür, daß wir auf die Regierung hofften, daß sie nicht nur die Schatten-, sondern auch die Lichtseiten dieser Gesetze uns zuwenden wird, werden wir jetzt an den Pranger gestellt! Das sind Diejenigen, die die Interessen des Clerus preisgegeben haben.

Nun, meine Herren, und mit was kommen wir jetzt nach Hause? Ist hier etwas beschlossen worden zur Linderung der über alle Maßen peinlichen Lage unseres von allen Seiten hartbedrängten Clerus?

Es ist auffallend, daß, während man überall in der civilisirten Welt, in Staaten, welche sich Rechtsstaaten nennen, Gesetze fortwährend vervollkommnet, damit sie immer gerechter werden, man bei uns zu Lande alles Mögliche aufgeboten hat, um die denkbar ungerechtesten herauszubringen. Ich erwähne bloß, wie ich es schon in der Generaldebatte gethan hatte, unseres monströsen Präsentationsrechtes auf geistliche Pfründen. Bis zum Jahre 1847 hatten unsere Kirchenpatrone alle Lasten bei Kirchen- und Pfarrbaulichkeiten zu tragen, die Gemeinden lieferten bloß Handlangerarbeit; es war also wenigstens ein Vorwand dafür gegeben, daß die Patrone das Präsentationsrecht unumschränkt ausübten. Es waren ja Zeiten des Absolutismus, wo mehr als Menschenrechte die Privilegien galten, wo keine nationalen Bestrebungen geduldet wurden. Und doch schon in jenen Zeiten fand sich die Regierung bewogen, um vielen schreienden Ungerechtigkeiten bei Besetzung der

Pfründen einen Riegel vorzuschieben und dem wahren Verdienste zur Berücksichtigung zu verhelfen, den Ternavorschlag einzuführen.

Im Jahre 1865, in dem Jahre, wo die Verfolgung des ruthenischen Elementes ihren Höhepunkt erreichte, aber in einer constitutionellen Aera, erscheint zum Erstaunen aller denkenden und freisinnigen Menschen im Lemberger Landtage ein Antrag auf Beseitigung des Ternavorschlages, und ein Herr Abgeordneter, der Antragsteller, motivirt denselben bei dem totalen Abgange aller Vernunfts- und Billigkeitsgründe mit Citaten aus der Geschichte des Kaisers Justinianus! Nehmen Sie es nicht für Scherz, meine Herren, es ist Thatsache! Kaiser Justinianus mußte herhalten, um unsere Geistlichkeit, und nur auf diese war es abgesehen, rettungslos unter das harte polnische Goluchowskische Joch zu zwängen; und merkwürdigerweise wurde dieses Privilegium fast eben zu der Zeit beschlossen, als die Verbindlichkeiten der Patrone zu Kirchen- und Pfarrbaulichkeiten auf ein Minimum, das ist auf ein Sechstel der baren Auslagen reducirt wurden. Also es kam der Grundsatz zur Geltung: weil ich fast keine Last trage, gebührt mir das ganze Recht!

Nun, die Gesetze sind sanctionirt, sie bestehen in Kraft. Alles Verdienst der Geistlichkeit um Aufklärung, Moralität, Mäßigkeit und das materielle Wohl der Gemeinden, der Grad der Bildung der Geistlichen, ihre Vaterlandsliebe, ihre Reichstreue und dergleichen ist heutzutage nutzloses Zeug! Die Gunst der Patrone oder der Patroninen, ihre nationalen und politischen Tendenzen und Richtungen entscheiden über die Zukunft der Geistlichen und über das Wohl der Gemeinden, welche heute keine Unterthanen sind, und es ist Ihnen bekannt, meine Herren, wie das Wohl und Wehe der Gemeinde nicht selten von den guten Eigenschaften des Seelsorgers abhängt. Wenn früher von z. B. 40 Competenten die Concurrenz bloß zwischen drei Vorgeschlagenen stattfand, concurriren heute alle 40 mit lauteren und unlauteren Mitteln, es ist ein Kommen und Jagen, eine förmliche Licitation, ein Instanzen- und Mäkleraufwand, von welchem Sie keinen Begriff haben können, wenn Sie es nicht gesehen haben. Sie müßten es sehen, wie tief das Ansehen des geistlichen Standes gesunken ist, wie groß die Demoralisation in diesem Kampfe ums Dasein platzgegriffen hat, wie oft das Gewissen zum Schweigen und die reservatio mentalis, von welcher der Herr Abgeordnete von Tarnopol hier Erwähnung that, factisch in Anwendung gebracht werden muß!

Ein gutes Gesetz hat man also verschlechtert nur zu dem Ziele, um durch Demoralisirung eines abhängig gemachten nationalen Clerus die ruthenische Nationalität selbst an die Wand zu drücken, zu vernichten. Da sehen Sie heute, daß ganz junge Priester, ihre Nationalität verläugnend, als geschulte Meister in der Intrigue die besten Pfründen erhalten, während charaktervolle, vaterlandsliebende Männer, echte und hochverdiente Patrioten, dürftige Familienväter, deren Charakter mit solchen Verstellungskünsten unvereinbar ist, darben müssen. Da können Sie sehen, daß im edlen Wirken ergraute Männer heutzutage als Administratoren von Caplaneien von einer Seelsorgestation zur andern durch das ganze Land getrieben werden, oder auf ganz elenden Posten mit Nahrungssorgen und Wucher kämpfen, während andere gewandtere Brotjäger ihre Verdienste mitleidig belächeln, ja offen verspotten! Welche Rückwirkung dieser Zustand auf die Moralität im Allgemeinen und auf das Volk haben kann, können Sie sich, meine Herren, vorstellen.

Es ist hohe Zeit, daß diesem verderblichen Treiben, dieser Willkürherrschaft einer Partei, welche bis in die innersten Fugen unseres Nationallebens dringt, doch einmal ein Ende gesetzt werde; es ist hohe Zeit, daß das Interesse der Kirche nicht an Verbindlichkeiten politischer Natur gefesselt wird, daß ein Gesetz, welches nur dazu geschaffen wurde, um das ruthenisch-nationale Element durch eine derartige Umstrickung seiner geistlichen Intelligenz vollständig zu beherrschen, endlich einem wahrhaft freisinnigen und gerechten Gesetze, wie es der Ternavorschlag war, weiche.

Meine Herren! Ich habe in der Generaldebatte von bestimmten Verbindlichkeiten Erwähnung gethan, welche unsere ruthenischen Geistlichen bei Competirung um Pfründen den polnischen Gutsherren gegenüber sehr oft übernehmen müssen. Meine Worte veranlaßten eine schneidende Replik von Seite des Herrn Abgeordneten für die Stadtgemeinde Tarnopol; er sagte *(liest)*:

„Was aber die gewissen Verpflichtungen anbelangt, so erinnere ich nur daran, daß der Herr Abgeordnete selbst mehrmals in der Lage war, derartige Pfründen von Gutsbesitzern zu begehren und anzunehmen.

Ich frage nun, hat er in diesen Fällen Verpflichtungen übernommen, welche seiner Ehre und seinen Grundsätzen widersprachen, oder sind sie von ihm nicht begehrt worden? Entweder ist das Eine oder das Andere nicht wahr.

Oder hat er vielleicht diese Verpflichtungen mit einer gewissen reservatio mentalis übernommen und ist er ihnen dann untreu geworden?"

Diese Ironie, meine Herren, ist jedoch nicht im Stande meine früheren und heutigen Auseinandersetzungen zu entkräften. Der Herr Abgeordnete hat einen Pfeil gegen mich abgeschossen, welcher mich treffen und empfindlich verletzen sollte, er hat aber fehlgeschossen und mich nicht getroffen. Ich war nach Aufhebung des Ternavorschlages im Jahre 1866 in der Lage, mich um eine Pfarre zu bewerben, und man hat mir Bedingungen gestellt, und zwar nicht nur

do Acta Kaumowicza mowa 40



# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. — VIII. Session, 352. Sitzung,

**am 7. März 1878.**

### Inhalt:

Abwesenheitsanzeigen und Urlaubsertheilungen.

Petitionen.

Zweite und dritte Lesung der Gesetzentwürfe, betreffend:

1. die Vermehrung der Kupferscheidemünze (798 der Beilagen);
2. die Veräußerung einiger Objecte des unbeweglichen Staatseigenthumes (795 der Beilagen).

Dritte Lesung der Beschlüsse, betreffend den allgemeinen Zolltarif und das Einführungsgesetz hiezu (805 der Beilagen).

Zweite Lesung der Regierungsvorlagen, betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 (738 der Beilagen — Generaldebatte).

---

**Beginn der Sitzung:** 11 Uhr 25 Minuten.

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer.**

Schriftführer: Dr. **Nitsche,** Dr. **Fanderlik.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg,** Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. **Stremayr,** Justizminister Dr. **Glaser,** Minister Dr. **Unger,** Handelsminister Ritter v. **Chlumecky,** Finanzminister Freiherr v. **Pretis,** Minister für Landesvertheidigung Oberst Freiherr v. **Horst,** Minister Dr. **Ziemialkowski,** Ackerbauminister Graf **Mannsfeld.**

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Ministerialrath **Auerhammer.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist unbeanständet geblieben und daher genehmigt.

Die Herren Abgeordneten Freiherr v. Handl, Dr. Dürrnberger, Göllerich, Dr. Wolski, Graf Thurn, Dr. Heilsberg, Dr. Stöhr sind unwohl gemeldet.

Ich habe dem Herrn Abgeordneten Holzer einen Urlaub von acht Tagen bewilligt.

Außerdem liegen zwei Urlaubsgesuche vor, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. **Fanderlik** *(liest)*:

„Hohes Haus!

In Folge der schweren Krankheit meiner Gemalin bitte ich, das hohe Haus geruhe mir einen Urlaub von zwei Wochen zu bewilligen.

Krakau, 5. März 1878.

Dr. Rydzowski."

**Präsident:** Ich constatire, daß wir in beschlußfähiger Anzahl versammelt sind, und ersuche die Herren, welche den vom Herrn Abgeordneten Dr. Rydzowski angesuchten Urlaub von zwei Wochen bewilligen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Urlaub ist bewilligt.

Schriftführer Dr. **Nitsche** *(liest)*:

„Hochgeehrter Herr Präsident!

Familienangelegenheiten machen es nöthig, daß ich eine Reise unternehme, und dürfte mein Wegbleiben sich beiläufig auf 14 Tage erstrecken, weßhalb ich die Bitte stelle, mir einen vierzehntägigen Urlaub gefälligst ertheilen zu wollen.

Es zeichnet sich mit besonderer Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ergebenster

Anton Graf Attems.

Wien, 7. März 1878."

**Präsident:** Ich ersuche die Herren, welche den vom Herrn Grafen Attems angesuchten Urlaub von 14 Tagen bewilligen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Urlaub ist bewilligt.

Ich habe heute vertheilen lassen den Anhang zum Berichte des Budgetausschusses, betreffend das Finanzgesetz und den Staatsvoranschlag für das Jahr 1878 *(zu 738 der Beilagen)*, weiters den Bericht des Budgetausschusses über den Nachtragscredit von 40.700 fl. zum Staatsvoranschlage pro

1878, Capitel 27, Titel 3 „Hafen- und Seesanitätsdienst" *(zu 738 der Beilagen)*.

Ich ersuche, den wesentlichen Inhalt der eingelaufenen Petitionen zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Fanderlik** *(liest)*:

„Petition des pensionirten k. k. Statthaltereisecretärs Sixtus Freiherr von Codelli zu Moffa bei Görz, in Betreff der an seiner Pension zu erleidenden Abzüge *(überreicht durch Abgeordneten Grafen Coronini)*."

„Petition der Gemeindevertretung in Werbicz nizny Kolomeaer Bezirk in Galizien, um die Ertheilung einer Bewilligung zur Behebung des Salzwassers aus den Solaquellen *(überreicht durch Abgeordneten Ozarkiewicz)*."

„Petition der Gemeindevertretung in Werbicz wyzny Kolomeaer Bezirk in Galizien, um die Ertheilung einer Bewilligung zur Behebung des Salzwassers aus den Solaquellen *(überreicht durch Abgeordneten Ozarkiewicz)*."

**Präsident**: Diese Petitionen werden nach Maßgabe ihres Inhaltes den betreffenden Ausschüssen zugewiesen werden.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über. Der erste Gegenstand derselben ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf wegen Vermehrung der Kupferscheidemünze *(798 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Anträge des Ausschusses vorzutragen.

Berichterstatter Ritter v. **Oppenheimer** *(von der Tribüne)*: Es wurde mir von Seiten des Budgetausschusses die ehrenvolle Aufgabe zu Theil, für das Gesetz, betreffend die Ausprägung einer halben Million Gulden in Kupfer einzutreten. Aus dem gedruckt vorliegenden Berichte geht deutlich hervor, warum diese Ausprägung nothwendig geworden ist, indem die vorhandenen Kupferscheidemünzen dem Bedürfnisse nicht mehr entsprechen.

Ich beantrage daher Namens des Budgetausschusses die Annahme des Gesetzes.

**Präsident**: Ich eröffne die Generaldebatte. Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich erkläre die Generaldebatte für geschlossen, und ersuche die Herren, welche in die Berathung des vorliegenden Gesetzes eingehen und den vom Ausschusse vorgelegten Entwurf zur Grundlage der Specialdebatte nehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Eingehen in die Specialberathung ist beschlossen.

Berichterstatter Ritter v. **Oppenheimer** *(liest Artikel I des Gesetzes aus 798 der Beilagen)*.

**Präsident**: Wünscht Jemand zu Artikel I das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, ich bitte also auch Artikel II zu lesen.

Berichterstatter Ritter v. **Oppenheimer** *(liest Artikel II des Gesetzes aus 798 der Beilagen)*.

**Präsident**: Wünscht Jemand zu Artikel II das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich erkläre die Debatte über die Artikel I und II für geschlossen, und ersuche die Herren, welche die beiden Artikel annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind angenommen.

Berichterstatter Ritter v. **Oppenheimer** *(liest Titel, Eingang und Einleitung des Gesetzes aus 798 der Beilagen)*.

**Präsident**: Wünscht Jemand zu Titel, Eingang und Einleitung das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche dieselben annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Titel, Eingang und Einleitung des Gesetzes sind angenommen, und somit das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Ritter v. **Oppenheimer**: Ich erlaube mir die sofortige Vornahme der dritten Lesung zu beantragen.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die Vornahme der dritten Lesung. Wünscht Jemand darüber das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Ich ersuche die Herren, welche für die sofortige Vornahme der dritten Lesung sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die sofortige Vornahme der dritten Lesung ist beschlossen. Ich ersuche demnach die Herren, welche dem Gesetze, wie es aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, wodurch das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zum Abschlusse eines Uebereinkommens wegen Vermehrung der Kupferscheidemünze mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone ermächtigt wird, ist in dritter Lesung angenommen *(gleichlautend mit 798 der Beilagen)*.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Veräußerung einiger Objecte des unbeweglichen Staatseigenthumes *(795 der Beilagen)*.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Wolfrum** *(von der Tribüne)*: Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll der Finanzminister ermächtigt werden, vier Häuser in Laibach zu veräußern, und zwar deßhalb, weil sich die Gelegenheit bietet, von der Sparcasse in Laibach ein großes Gebäude unter vortheilhaften Bedingungen anzukaufen, in welchem dann diejenigen Aemter, welche derzeit in den vier ärarischen Häusern untergebracht sind, viel besser, und in welchem auch noch mehrere Aemter, die sich vielleicht künftig ergeben, untergebracht werden können. Die Bedingungen, unter welchen diese Häuser von der Laibacher Sparcasse angekauft werden, sind für das Aerar äußerst vortheilhafte und der Budgetausschuß beantragt daher *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle in die Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfes eingehen und denselben unverändert annehmen."

**Präsident:** Ich eröffne die Generaldebatte. Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche in die Berathung des vorliegenden Gesetzes eingehen und den von dem Ausschusse vorgelegten Entwurf zur Grundlage der Specialdebatte annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Eingehen in die Specialdebatte ist beschlossen.

Berichterstatter **Wolfrum** *(liest I des Gesetzes aus 795 der Beilagen)*.

**Präsident:** Wünscht Jemand zu Artikel I das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Berichterstatter **Wolfrum** *(liest II des Gesetzes aus 795 der Beilagen)*.

**Präsident:** Wünscht Jemand zu Artikel II das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Ich bitte, Titel und Eingang des Gesetzes zu verlesen.

Berichterstatter **Wolfrum** *(liest Titel und Eingang des Gesetzes aus 795 der Beilagen)*.

**Präsident:** Wünscht Jemand zu Titel und Eingang das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich erkläre die Debatte für geschlossen, und ersuche die Herren, welche die Artikel I und II, Titel und Eingang in der verlesenen Fassung annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind angenommen und sohin das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter **Wolfrum:** Da die Angelegenheit eine dringende ist, erlaube ich mir die sofortige Vornahme der dritten Lesung zu beantragen.

**Präsident:** Wünscht Jemand zu diesem Antrage das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, ersuche ich jene Herren, welche dafür sind, daß sogleich die dritte Lesung vorgenommen werde, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die sofortige Vornahme der dritten Lesung ist beschlossen.

Ich ersuche nun jene Herren, welche dem Gesetze, wie es aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz über die Veräußerung einiger Objecte des unbeweglichen Staatseigenthumes ist somit in dritter Lesung angenommen *(gleichlautend mit 795 der Beilagen)*.

Wir gehen nun zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung. Es ist dies die dritte Lesung der Beschlüsse, betreffend den allgemeinen Zolltarif und das Einführungsgesetz hiezu. *(805 der Beilagen.)*

Ich glaube, das hohe Haus wird die Vorlesung derselben nicht verlangen. *(Zustimmung.)*

Bezüglich des Einführungsgesetzes wurde gegenüber den Ausschußanträgen gar keine Aenderung, bezüglich des Zolltarifes nur bei den vier Tarifabtheilungen 2, 32, 36 und 45 Aenderungen beschlossen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter diese vier Abtheilungen, an welchen gegenüber den Ausschußanträgen in zweiter Lesung Abänderungen beschlossen wurden, zu verlesen.

Berichterstatter **Gomperz** *(von der Tribüne — liest)*:

„Classe I, Tarifabtheilung 2, Kaffee:

a) roh . . . . . 100 K. 20 fl.

b) gebrannt . . . . . 100 „ 25 „

Tarifabtheilung 32, „Leinengarne", d. i. Garne aus Flachs, Hanf, Jute oder anderen vegetabilischen Spinnstoffen, mit Ausnahme der Baumwolle:

a) Garne, roh:

1. Aus Jute . . . . 100 K. 1 fl. 50 kr.

Tarifabtheilung 36, „Baumwollwaaren".

Anmerkung zu c): Feine Gewebe sind jene, welche bis einschließlich 38 Fäden auf 5 Millimeter im Quadrat zählen und aus feineren Garnen als Nr. 50 bis inclusive 100 englisch erzeugt sind, dann alle jene Gewebe, welche, aus Garnnummern bis inclusive Nr. 100 englisch erzeugt, mehr als 38 Fäden auf 5 Millimeter im Quadrat zählen.

e) Feinste Gewebe, glatte oder gemusterte, aus feineren Garnen als Nr. 100 englisch erzeugt, von

denen 100 Quadratmeter 6 Kilo oder weniger wiegen, ferner Tülle, Bobbinets, Petinets u. s. w.

Tarifabtheilung 45, „Wachstuch und Wachstaffet“:

a) 2. Wagendecken aus grober Leinwand (Tarifpost 37a) mit Oel, Theer oder Oelcompositionen überzogen oder getränkt . . 100 K. 2 fl.

b) 1. Wachstuch, feines, das ist alles andere, auch Malertuch und Ledertuch;

2. Wagendecken aus gemeiner Leinwand (Tarifpost 37b) mit Oel, Theer oder Oelcompositionen überzogen oder getränkt . . . . 100 K. 10 fl.

c) Wachsmousselin, Wachstaffet 100 K. 20 fl.

**Präsident**: Das hohe Haus hat nun diejenigen Aenderungen vernommen, welche bei den Tarifabtheilungen 2, 32, 36 und 45 beschlossen worden sind.

Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung in dritter Lesung.

*(Abgeordneter Mises meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Mises hat das Wort.

Abgeordneter **Mises**: In Anbetracht der hohen Wichtigkeit dieses Gegenstandes, der das hohe Haus schon so lange Zeit beschäftigt, erlaube ich mir die namentliche Abstimmung zu beantragen.

*(Abgeordneter Ritter v. Schönerer meldet sich zum Worte.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Ritter v. Schönerer hat das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Ich wollte denselben Antrag stellen und zwar mit der Begründung, daß, nachdem die Erhöhung der Finanzzölle einen integrirenden Bestandtheil dieser Vorlagen bildet und diese Vorlagen in innigstem Zusammenhange mit dem ungarischen Ausgleiche stehen, durch die namentliche Abstimmung constatirt werden kann, wer für oder gegen den Ausgleich, wer für oder gegen jede Mehrbelastung stimmt. *(Rufe: Oho! — Bewegung.)* Deßhalb wollte ich denselben Antrag stellen, welchen der Herr Vorredner gestellt hat.

**Präsident**: Es ist die namentliche Abstimmung beantragt. Ich ersuche jene Herren, welche für die namentliche Abstimmung sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist mehr als die erforderliche Anzahl von Mitgliedern für die namentliche Abstimmung, dieselbe wird daher stattfinden.

Gegenstand der Abstimmung ist das Gesetz, womit der allgemeine Zolltarif eingeführt wird, und der allgemeine Zolltarif selbst. Das hohe Haus wird darüber abzustimmen haben, ob das Einführungsgesetz zum allgemeinen Zolltarif und der allgemeine Zolltarif selbst in jener Fassung, wie sie in zweiter Lesung beschlossen worden sind, auch in dritter Lesung angenommen werden sollen.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche dafür sind, daß das Einführungsgesetz zum allgemeinen Zolltarif, sowie der allgemeine Zolltarif selbst in der Fassung, wie sie in zweiter Lesung beschlossen wurden, auch in dritter Lesung angenommen werden, bei Aufruf ihres Namens mit „Ja“, jene, welche dagegen sind, mit „Nein“ zu antworten.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Namen zu verlesen.

*(Bei der namentlichen Abstimmung stimmten über Namensaufruf Seitens des Schriftführers Dr. Fanderlik mit „Ja“ die Abgeordneten:*

Aresin-Fatton, Dr. Banhans, Bartoszewski, Freiherr v. Beeß, Benc, Freiherr v. Blumencron, Graf Bonda, Dr. Brestel, Ritter v. Carneri, Ritter v. Chlumecky, Claudi, Graf Colloredo, Graf Consolati, Dr. Ritter v. Czaykowski, Dr. Czerkawski, Deschmann, Freiherr v. Doblhoff, Ritter v. Dormitzer, Dumba, Ritter v. Dzwonkowski, Dr. Ritter v. Edlmann, Freiherr v. Eichhoff, Freiherr v. Fluck, Fürst, Fürth, Ganahl, Gentilini, Gierowski, Gomperz, Dr. Ritter v. Grocholski, Dr. Groß, Dr. Haase, Freiherr v. Hackelberg, Halka, Haschek, Hausner, Dr. Heinz, Dr. Herbst, Freiherr v. Hippoliti, Dr. Hönigsmann, Dr. Edler v. Hofer, Freiherr v. Hopfen, Ritter v. Horodyski, Freiherr v. Horst, Hotschevar, Dr. Janowski, Jasiński, Ritter v. Jaworski, Graf Jenison-Walworth, Ritter v. Jessernigg, Dr. Kabat, Kaczala, Dr. Kaiser, Ritter v. Kallir, Graf Kálnoky, Freiherr v. Kellersperg, Freiherr v. Kielmannsegg, Dr. Klier, Klinkosch, Ritter v. Kochanowski, Dr. Kopp, Freiherr v. Korb-Weidenheim sen., Kowalski, Graf Johann Krasicki, Josef Krasicki, Dr. Krzyzanowski, Guido Freiherr v. Kübeck, Dr. Kuranda, Freiherr v. Kutschera, Dr. Landau, Ritter v. Langer-Podgoro, Dr. Ritter v. Leinner, Ritter v. Liebieg, Ritter v. Ljubiša, Dr. Magg, Graf Mannsfeld, Dr. Menger, Graf Mieroszowski, Mises, Naumowicz, Neumann, Neuwirth, Nischelwitzer, Dr. Nitsche, Ritter v. Obentraut, Ritter v. Oppenheimer, Ozarkiewicz, v. Pacher, Pauer, Pawlików, Dr. Peez, Dr. Edler v. Perger, Petruszewicz, Freiherr v. Pillersdorff, Freiherr v. Pirquet, Planck v. Planckburg, Dr. Edler v. Plener, Freiherr v. Poche, Posselt, Dr. Freiherr v. Pretis, Renney v. Herszény, Richter, Freiherr v. Riese-Stallburg, Ritter, Rubinstein, Ruczka, Dr. Ryger, Ritter v. Rylski, Altgraf Salm-Reifferscheid, Freiherr Scharschmid v. Adlertreu, Schier, Schwab, Seidemann, Seutter v. Lötzen, Ritter v. Skrzyński, Ritter v. Smarzewski, Freiherr v. Spens, Steffens, Streer Ritter v. Streerwitz, Dr. Edler v. Stremayr, Ritter v. Styrzga, Dr. Eduard Sueß, Friedrich Sueß, Szwedzicki, Graf Terlago, Teuschl,

Theumer, Thomas, Freiherr v. Tinti, Dr. Tomaszczuk, Graf Tyszkiewicz, Dr. Vidulich, Freiherr v. Wächter, Wanka, Dr. Wedl, Dr. August Weeber, Dr. Adolf Weiß, Wickhoff, Winkler, Wlodek, Wolfrum, Woynarowicz, Zakliński, Graf Zedtwitz, Dr. Ziemialkowski.

*Mit „Nein" stimmten die Abgeordneten:*

Auspitz, Dr. Barenther, Dr. Beer, Dr. v. Bertolini, Budig, Freiherr v. Ciani, Cienciala, Graf Coronini, Dr. Dittes, Graf Dubsky, Dr. Duchatsch, Dr. Edlbacher, Dr. Fanderlik, Fischer, Fuchs (Schlesien), Furtmüller, Greuter, Freiherr v. Hammer-Purgstall, Dr. Hanisch, Dr. Harant, Held, Graf Hohenwart, Dr. Keil, Dr. Klepsch, Dr. Kusý, Latzel, Lienbacher, Meißler, Dr. Monti, Negrelli, Dr. Oelz, Dr. Ofner, Panowsky, Pawlinović, Petritsch, Edler v. Pflügl, Dr. Portugall, Posch, Dr. Promber, Ritter v. Proskowetz, Dr. Roser, Dr. Ruß, Saxinger, Dr. Schaup, Schöffel, Ritter v. Schönerer, Dr. Schrank, Schürer, Seidl, Freiherr v. Sternbach, Steudel, Umlauft, Dr. Vicentini, Dr. Vitezić, Dr. Vošnjak, Freiherr v. Walterskirchen, Franz Weber, Dr. Wegscheider, Weiß v. Starkenfels, Dr. Zaillner.)

Bei der namentlichen Abstimmung haben 145 Herren mit „Ja" und 60 Herren mit „Nein" gestimmt, somit im Ganzen 205. Es ist daher das Gesetz, betreffend den allgemeinen Zolltarif und das Einführungsgesetz hiezu mit einer Majorität von 85 Stimmen in dritter Lesung angenommen. *(805 der Beilagen.)*

Wir gehen zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung über, nämlich zur zweiten Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 *(738 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Generalberichterstatter des Ausschusses, den Herrn Abgeordneten Wolfrum, die Debatte einzuleiten.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(von der Tribüne)*: Der von der kaiserlichen Regierung vorgelegte Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 sind durch nachträgliche Creditforderungen im Betrage von 1,422.664 fl. erhöht worden, und nachdem dieser Bericht in Druck gelegt war, ist von der kaiserlichen Regierung noch eine Nachtragscreditforderung von 40.700 fl. für den Triester Hafenbau eingebracht worden.

Der Budgetausschuß hat alle diese Vorlagen einer sehr gewissenhaften Prüfung unterzogen und legt das Resultat seiner Arbeiten dem hohen Hause in den Berichten vor. Ueber die letztgedachte Creditforderung ist der Specialbericht heute vertheilt worden, und gleichzeitig damit ein Anhang, der noch zum Artikel VII des Finanzgesetzes nothwendig geworden ist und durch ein unliebsames Versehen bei der Drucklegung des Berichtes weggelassen wurde.

Der Budgetausschuß hat sich bemüht, die Anforderungen des Staatsdienstes mit den Geboten der Sparsamkeit so weit möglich zu vereinbaren. Wenn nun aber trotzdem nach den Anträgen des Budgetausschusses das Deficit im Staatshaushalte sich um mehr als 1,600.000 fl. höher herausstellt, als es nach den Anträgen der Regierung angenommen war, so liegt dies, wie es schon in dem Generalberichte hervorgehoben wurde, in dem Umstande, daß aus den Einnahmen des Zollgefälles die Summe von 7,366.000 fl. abgestrichen werden mußte, weil das hohe Haus den Zolltarif noch nicht seiner Berathung unterzogen hatte.

Berücksichtigt man diese Thatsache, so wird man zugeben müssen, daß die Veränderungen, die der Budgetausschuß zu beantragen sich erlaubt, wesentliche sind; der Ausschuß glaubt aber die Billigung des hohen Hauses zu finden im Hinblick auf die sehr trübe Finanzlage des Staates.

Ich erlaube mir daher im Namen des Budgetausschusses den Antrag zu stellen, das hohe Haus wolle in die Berathung des Finanzgesetzes und des Staatsvoranschlages pro 1878 eingehen und dieselben nach den von dem Ausschusse vorgelegten Entwürfen genehmigen.

**Präsident:** Ich eröffne die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz pro 1878.

Es sind als Redner vorgemerkt, und zwar gegen die Ausschußanträge: die Herren Abgeordneten Dr. Monti, Ritter v. Schönerer, Dr. Fanderlik, Wurm, Dr. Oelz und Dr. Vošnjak; für die Ausschußanträge: die Herren Abgeordneten Ritter v. Obertraut und Naumowicz.

Ich ertheile nun dem Herrn Abgeordneten Dr. Monti als erstem gegen die Ausschußanträge vorgemerkten Redner das Wort.

Abgeordneter Dr. **Monti:** Ich will nicht untersuchen, was für eine Regierung, meine Herren, auf jenem Sitze uns gegenüber und an der Spitze der öffentlichen Verwaltung des Staates steht. Ich sehe seit dem ersten Zusammentreten dieses hohen Hauses, auch heute immer, außer einem einzigen, dieselben Männer da sitzen, und erinnere mich, daß gerade jene Männer in der verfassungsmäßigen Vertretung der Königreiche und Länder, welche in dem österreichischen Reichsrathe vertreten waren, eine nicht verfassungsmäßige Veränderung erwirkt und durchgeführt haben. Ich erinnere mich noch, daß dieselben Männer laut und feierlich in diesem hohen Hause sich als treue Anhänger der Partei, der sogenannten Verfassungsfreunde erklärt, ihre volle Solidarität mit derselben Partei bestätiget und nur an

das volle Vertrauen der verfassungsfreundlichen Majorität dieses hohen Hauses stets Anspruch erheben und sich stützen zu wollen versprochen haben.

Was für Verhältnisse heute zwischen den Männern der Regierung und der erwähnten Partei obwalten, weiß ich nicht. Es sind Familienverhältnisse, mit welchen ich nichts zu thun habe. Ich constatire nur zwei Thatsachen, nämlich: daß in diesem hohen Hause die ausgesprochenen Anhänger der erwähnten Partei, der Verfassungsfreunde, eine große Majorität bilden, welche also nach Belieben in demselben herrschen könnte, und daß die Mehrheit dieser Majorität, man könnte also sagen, die Mehrheit der Vertreter jener Partei, stets zur Seite der heutigen Regierung war. Dadurch erscheint mir die Regierung und die gesagte Partei noch immer als ein solidarischer Complex.

Ob lange noch und wie lang die gegenwärtige Regierung ihre Stelle halten wird, weiß ich nicht. Jedoch ist es gewiß, daß die Genehmigung des vorgelegten Voranschlages das hohe Haus der gegenwärtigen Regierung gegenüber bewilligen oder verweigern und damit ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum derselben gegenüber aussprechen muß, weil ich mir die Frage der Budgetbewilligung nicht anders vorstellen kann, denn als eine Frage des Vertrauens oder des Mißtrauens des Parlaments der bestehenden Regierung gegenüber. Das ganze Haus oder die Majorität desselben, wie jeder einzelne Abgeordnete kann also, meiner unmaßgeblichen Meinung nach, seine Zustimmung dem vorgelegten Budget nicht geben, wenn sie nicht volles Vertrauen in das gegenwärtige Ministerium haben.

Und dieses Vertrauen soll nicht nur in einem Vertrauen den Personen gegenüber, sondern auch und überhaupt in einer Zustimmung und Beifallsbezeugung dem ganzen Regierungssysteme und der Führung der Staatsverwaltung in allen Zweigen bestehen. Jede andere Auffassung der Frage, jedes nicht gemäße Benehmen des Hauses und im Hause ist nicht nur gegen die Natur und die Grundsätze des parlamentarischen Regierungssystems, sondern verursacht auch eine Verwirrung in diesem Systeme, welche die schlechtesten Folgen haben kann, Folgen, deren Gründe später oft nicht leicht erklärbar sind. Die Volksvertretung muß also bei der Budgetberathung die Vertrauensfrage der Regierung gegenüber stellen und entscheiden, ob sie mit der Regierung vollkommen einverstanden ist.

Bei jeder anderen Berathung entscheidet nur die Regierung, ob sie mit der Abstimmung oder dem Beschlusse der Volksvertretung einverstanden ist und sich fügen will.

Und wenn der Fall eintreten würde, daß wegen der Verweigerung des Budgets, die Staatsverwaltung in Stockung gerathen sollte, dann schafft man ein Provisorium, für eine so lange Zeitfrist als nothwendig erscheint, um die heraufbeschworene Ministerkrisis oder die Neuwahlen des Abgeordnetenhauses zu Ende zu führen.

Eine Regierung ist keine parlamentarische, und ein Abgeordnetenhaus ist keine parlamentarische Volksvertretung, wenn die eine oder das andere nicht mit seiner Existenz zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für seine Anschauungen und Ueberzeugungen einsteht.

Die Vertrauensfrage stellt sich jedem Abgeordneten und dem ganzen Hause natürlicherweise gleich in der Generaldebatte und bei der betreffenden Abstimmung vor. Ich erkläre also, daß ich bei dieser Abstimmung gegen die Bewilligung des Budgets und deßhalb gegen das Eingehen in die Specialdebatte stimmen werde. Erlauben Sie mir, meine Herren, die Gründe dafür, so gut als es mir möglich, auseinanderzusetzen.

Sowohl die gesammte Monarchie, als der specifisch österreichische Staat, befinden sich in einer sehr bedauerlichen politischen und finanziellen Lage.

Sobald mit der Bekanntmachung des kaiserlichen Diploms vom 20. October 1860, der absolutistischen Regierung in der Monarchie ein Ende gemacht wurde, entstand in Oesterreich eine mächtige Partei, welche sich als Beförderin und Vertheidigerin freiheitlicher, politischer Institutionen und als Bekennerin des echtesten Liberalismus darstellte. Sobald die Verfassung vom 26. Februar 1861 proclamirt wurde, nahm die erwähnte Partei jene Verfassung als ihren Principien und ihren Zielen vollständig entsprechend an, und als ob dieselbe ein Bollwerk des parlamentarischen Systems und der politischen Freiheit in der Monarchie sein sollte. Sie nannte sich daher Verfassungspartei.

Anhänger dieser Partei haben, eine kurze Zeit ausgenommen, stets in dem österreichischen Reichsrathe die Majorität gehabt und damit bis zum Jahre 1868 die ganze Monarchie, und seit jenem Jahre diese Reichshälfte beherrscht, und auf die Geschicke der Völker und Länder Oesterreichs entscheidenden Einfluß gehabt.

Man könnte ja mit vollem Rechte, einer berühmten Anrede nach, dieser Partei die Frage stellen: Was haben Sie aus der österreichischen Monarchie gemacht?

Die Verfassungspartei setzte sich gleich im Anfange als natürlicher Nachfolger und Erbe an Stelle nicht nur der Staatsgewalt, sondern leider auch der centralistischen und germanisatorischen Traditionen der absoluten Regierung. Man wollte — und das ist wahrhaft merkwürdig, es zeigt, wie weit die Blindheit und Unvernünftigkeit des politischen Egoismus gehen kann — man wollte freiheitliche Institutionen im Staate haben, und doch die von der absoluten Regierung beförderte deutsche Hegemonie unter dem Vorwande einer nothwendigen Reichseinheit und

einer Culturmission weiter erhalten und befestigen; man wollte in den Genuß aller politischen Freiheiten kommen und sich darin erhalten, und doch den nicht deutschen Völkern sie nicht gänzlich mittheilen, sondern sozusagen den privilegirten Ausschank derselben in eigenen Händen behalten; man wollte sich als Bekenner aller Principien des modernen Liberalismus vor den Augen der Welt zeigen, und doch handelte man oft in der That nach den Grundsätzen des Despotismus und in den meisten Fällen in ganz illiberaler Weise.

Dadurch, meine ich, wurden die Magyaren und die Croaten stets von dem gesammten Reichsrathe ferngehalten und die Czechen Böhmens gezwungen, sich aus demselben zu entfernen. Und als man sah, daß man auf diesem Wege nicht weiter gehen könne, willigte dann die Verfassungspartei lieber, als daß sie in ihren Tendenzen und Standpunkten eine Aenderung hätte eintreten lassen, in die Theilung der Monarchie.

So geschah es, daß der österreichische Reichsrath, welcher nach der Verfassung vom 26. Februar 1861 die gesetzliche Vertretung des ganzen Reiches war, da die Verfassungspartei die entscheidende Majorität in demselben hatte, die Theilung der Monarchie und die heute bestehende dualistische Einrichtung derselben bewilligte.

Jener Partei also muß man es zuschreiben, wenn der damalige Reichsrath einen pflichtmäßigen, muthigen und festen Widerstand gegen die gedachte dualistische Umgestaltung der Monarchie nicht geleistet hat und wenn dadurch die Monarchie heute sich in so mißlichen Zuständen befindet.

Man war damals in einer Zwangslage, sagt man. Ganz natürlich! Ein Seiltänzer z. B. kann auf seinem Seile nicht Alles und besonders nicht jenen kräftigen Widerstand leisten, welchen er, wenn er auf natürlichem und festem Boden wäre, leisten könnte. Wer sich Anderer Gut ungesetzlich behalten will, oder wer bei der Vertheilung einer unrechtmäßig zugekommenen Beute mit dem Genossen in Streit gerathen ist, wendet sich nicht gerne zu den Gerichten.

Der damalige Reichsrath sollte der geplanten dualistischen Umgestaltung der Monarchie bis zur eigenen Auflösung Widerstand leisten. Leider scheint es mir, als ob auf dem österreichischen Reichsrathe das schwere Verhängniß obwaltete, fortwährend von Zwangslage in Zwangslage zu gerathen.

Was die politischen Freiheiten betrifft, haben wir eine Reihe von Staatsgrundgesetzen und Gesetzen, die alle ziemlich gut aussehen. Wie es aber mit diesen Freiheiten in der That steht, das weiß schon jeder von uns, meine Herren.

Die Regierung, welche vor meinen Augen als ein ungebundener Agent seiner Partei erscheint, könnte zwar uns, die nicht zu jener Partei gehören, zu seiner Entschuldigung und zu unserer Tröstung vielleicht sagen: Es könnte auch schlechter sein.

Die heutige finanzielle Lage des Staates gibt den besten Beweis, wie unklug und schädlich die erwähnte Partei gewirthschaftet hat und wie schädlich die Wirkung derselben im Staate gewesen ist.

Das parlamentarische Regime hat zwar eine schwer belastete und verschuldete Erbschaft bekommen. Allein, wenn wir das erste parlamentarische Budget des Jahres 1862, mit diesem, welches vor uns liegt, vergleichen wollten, so würden wir eine Vermehrung in den Staatsauslagen bemerken müssen, welche wegen ihrer riesigen Steigerung uns in Erstaunen setzen und zu schweren Gedanken bringen muß.

Ich möchte nicht dieses hohe Haus mit Ziffercitaten viel belästigen. Jedoch sei es mir erlaubt, einige Thatsachen hervorzuheben. Die vorkommenden Ziffern werde ich in runder Summe anführen.

In dem ersten parlamentarischen Budget des Jahres 1862 wurden die gesammten Staatsausgaben der gesammten österreichischen Monarchie, zu welchen damals auch Venedig und ein Theil der Lombardei gehörte, im Betrage von 389 Millionen präliminirt. Die heurigen Staatsausgaben dieser Reichshälfte also übersteigen nach dem vorgelegten Voranschlage um 32 Millionen die sämmtlichen Ausgaben, welche vor nicht mehr als sechzehn Jahren die gesammte Monarchie hatte.

Und gerade die Erfordernisse des Kriegsministeriums und der gemeinsamen Angelegenheiten haben zu der hervorgehobenen Ausgabensteigerung am wenigsten beigetragen, da das Aufhalten der unberechtigten Steigerung und die Beschränkung des Heeresaufwandes natürliche Folge und Verdienst des parlamentarischen Regierungssystems wurde. Das gesammte Erforderniß des Kriegsministeriums und des Marineministeriums wurde nach dem Budget des Jahres 1862 auf 136 Millionen, und nach dem Budget des Jahres 1867 auf 81 Millionen festgesetzt, hat also ein Minus von 55 Millionen erreicht. Die Erfordernisse der gemeinsamen Angelegenheiten wurden in dem Budget des Jahres 1868, sowie in dem vorgelegten heurigen Budget, in der Summe von 76 Millionen präliminirt und während des letzverflossenen Decenniums überstiegen dieselben Erfordernisse per Jahr durchschnittlich nur mit 800.000 fl. die oben erwähnte Summe, und zwar betrugen sie durchschnittlich in dem ersten Quinquennium die Summe von 74 Millionen und in dem zweiten Quinquennium die Summe von 79 Millionen Gulden per Jahr.

Nach diesen Erhebungen muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß nicht überhaupt in den Ausgaben des Kriegsministeriums und beziehungsweise in den Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten der Grund der riesigen Steigerung und

der rechte Satz für die gewünschten Ersparnisse in den Staatsbudgeterfordernissen zu suchen sei.

Dagegen, wenn wir aus dem Budget des Jahres 1862 die Hauptrubriken: Ministerium des Aeußern, Ministerium des Krieges, Ministerium der Marine, Staatsschuld, Schuldentilgung und endlich Münz- und Wechselverlust, in der gesammten Summe von 282 Millionen und aus dem Budget des Jahres 1873 die denselben entsprechenden Capitel: Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten, Ministerium für Landesvertheidigung und Staatsschuld in der gesammten Summe von 180 Millionen herausnehmen, so verbleibt für alle anderen Auslagen der damaligen gesammten Monarchie im Jahre 1862 107 Millionen und für alle dieselben Auslagen des jetzigen österreichischen Staates im Jahre 1873 eine Summe von 210 Millionen. Für dieselben Auslagen im Jahre 1867, für die damalige gesammte Monarchie, wurden nicht mehr als 211 Millionen in Anspruch genommen.

Also man könnte sagen, daß die Staatsauslagen (wie gesagt, die Auslagen für das Ministerium des Aeußern, für das Heer und für die Staatsschulden ausgenommen) in Bezug auf diese Reichshälfte schon nach eilf Jahren parlamentarischer Regierung sich beinahe verdreifacht haben. Und noch ist zu erwähnen, daß seit der Entstehung der Februarverfassung eine Menge früherer Staatsausgaben auf die Gemeinden und auf die Länder unter der Etiquette „Autonomie" übertragen wurden.

Zu einer solch riesigen Ausgabevergrößerung hat natürlich die eingetretene dualistische Umgestaltung der Monarchie nicht wenig beigetragen. Und zu einer noch höheren Ausgabevergrößerung, wie bekannt ist, hat der Dualismus im anderen Reichstheile die Thür geöffnet und noch mißlichere finanzielle Zustände als die unseren sind, herbeigeführt. Ob mit der erwähnten Ausgabevergrößerung politische und ökonomische Vortheile so gut für die gesammte Monarchie als für die einzelnen Völker im selben Verhältnisse herangewachsen sind, will ich nicht jetzt untersuchen. Doch will ich nur sagen, daß, nach meiner bescheidenen Meinung, gar kein Vortheil, sondern vielmehr unberechenbare Nachtheile daraus hervorgegangen sind.

Aber, meine Herren, nicht nur seit dem Jahre 1862, sondern auch seit dem Jahre 1868, d. h. nach der Entstehung des Dualismus, sind die Staatsausgaben dieser Reichshälfte bedeutend gestiegen.

Wenn man aus den Budgeterfordernissen des Jahres 1868 die Erfordernisse der Capitel: Ministerium für Landesvertheidigung, Staatsschuld, Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten und Vorschuß zur Bestreitung gemeinsamer Auslagen, in der gesammten Summe von 186 Millionen herausnimmt, so verbleibt präliminirt für alle anderen Auslagen jenes Jahres 134 Millionen, während für dieselben Auslagen des Jahres 1873, wie gesagt, eine Summe von 210 Millionen, also 76 Millionen mehr als im Jahre 1868, in Anspruch genommen wurden.

Seit dem Jahre 1873, also seitdem das gegenwärtige Ministerium sich am Ruder des österreichischen Staates findet, bleiben zwar die erwähnten Auslagen in derselben Höhe (eine nicht zu große Erniedrigung im Jahre 1875 ausgenommen) präliminirt. Aber aus dem Berichte des geehrten Budgetausschusses erfahren wir, meine Herren, daß seit jenem Jahre in dem Capitel „Staatsschuld" bei den Sätzen: Zinsen der Staatsschuld, Erforderniß des Anlehens der Donauregulirung und der Annuitätszahlung an die Südbahn, sammt Münzverlust, eine Steigerung von 13 Millionen sich ergeben hat. Daher möchte ich mit dem geehrten Budgetausschusse ausrufen: „Das hohe Haus möge diese Thatsache einer ernsten Würdigung unterziehen."

Ich will noch eine Thatsache hervorheben. Während nach den betreffenden Staatsvoranschlägen die Staatsausgaben durchschnittlich im ersten Quinquennium der letztverflossenen zehn Jahre eine Summe von 328 Millionen betrugen, betragen dieselben im zweiten Quinquennium, unter dem gegenwärtigen Ministerium, eine Summe von 396 Millionen, also zwischen den zwei Quinquennien ergibt sich eine Steigerung der Staatsausgaben von 68 Millionen.

Endlich werde ich mir erlauben hervorzuheben, wie zwischen dem ersten Staatsvoranschlage, welchen der gegenwärtige Budgetausschuß für das Jahr 1875 geprüft und diesem hohen Hause zur Annahme anempfohlen hat, und dem heurigen Voranschlage, eine Vermehrung der Staatsausgaben bemerkbar ist, welche sich in einer Summe von 42 Millionen darstellt.

Nach einem solchen Rückblicke auf die Staatsvoranschläge der österreichischen parlamentarischen Aera, tritt an uns die Frage heran, ob in den letzten sechzehn Jahren, und besonders in den letztverflossenen zehn Jahren, der Wohlstand der Monarchie und besonders der Wohlstand dieser Reichshälfte, sich in demselben Verhältnisse vergrößert hat, in welchem die Staatsauslagen in der Monarchie und beziehungsweise in dieser Reichshälfte sich vergrößert haben? Ich glaube, daß es in diesem hohen Hause Niemanden gibt, der sich getrauen würde, auf jene Frage mit einem entschiedenen „Ja" zu antworten, vielleicht auch der Herr Finanzminister nicht, obwohl die Staatseinnahmen in der erwähnten Zeitperiode sich doch bedeutend vergrößert haben, und auch nicht, wenn sich dieselben in demselben Verhältnisse wie die Auslagen vergrößert hätten.

Sie waren aber nicht im Stande, dies durchzusetzen, weil sich das Ministerium des Innern als eine Art Oberministerium gerirt, welches in die Angelegenheiten der anderen Ministerien immer hineinsprechen will. Ich meine, das ist schon aus dem Grunde sehr bedauerlich, weil jede Angelegenheit zweimal erledigt werden muß, weil in Folge dessen die Erledigungen verschleppt werden, weil zum Behufe dieser doppelten Erledigung doppelte Beamte bezahlt werden, daher im Budget sich größere Auslagen finden.

Wir müssen es daher als unsere Pflicht erachten, Seiner Excellenz dem Herrn Handelsminister behufs Wiedererlangung des ihm gebührenden Wirkungskreises loyal zu Hilfe zu kommen, und wir haben hiezu kein anderes Mittel, als daß wir der hohen Regierung die Kosten des Wasserbaues, die sich mit 1,673.200 fl. beziffern, solange verweigern, als uns keine Kundgebung der Regierung vorliegt, daß die Schifffahrtsangelegenheiten dem Ressort des Handelsministeriums zugewiesen wurden, wohin sie gehören. Ich werde mich aber auch damit noch nicht begnügen, denn es würden dann eben dieselben Organe im Handelsministerium die Schifffahrtsinteressen leiten, welche heute diese Interessen im Ministerium des Innern leiten. Ich glaube, daß gerade das Schifffahrtswesen, welches so unendlich wichtig ist, einer besseren Organisirung bedarf und daß es gerade hier nothwendig wäre, den Interessen derselben vollkommen gerecht zu werden.

Ich erinnere an die alte Zeit unter Kaiser Franz. Damals mußte natürlich alles bureaukratisch erledigt werden, aber auch damals war man bedacht, einzelnen Interessen gerecht zu werden. Es wurden Gouvernialräthe, welche für gewisse Interessen des Verkehrs u. s. w. thätig sein sollten nicht aus der Reihe der Beamten, sondern aus der Reihe der Interessenten selbst genommen; ich halte es nicht für entsprechend, daß die Angelegenheiten der Schifffahrt direct von dem grünen Tische aus erledigt werden, mir würde eine solche Organisation viel zweckmäßiger erscheinen, wenn in jedem Kronlande, unter dem Vorsitze des Statthalters, eine eigene Commission oder Deputation oder Behörde — wie Sie es nennen wollen — bestellt würde und zwar aus Vertretern des Landesausschusses, der Handelskammern, der Schifffahrtsinteressenten und der Regierung, damit sie die Schifffahrtsinteressen in der Weise verwalte, wie es eben den Anforderungen des Verkehres vollkommen entspricht, da die technischen Organe eben nur Hilfsorgane sind.

Ich werde mir daher erlauben, auch in dieser Hinsicht einen besonderen Antrag einzubringen.

Beim Ministerium des Innern ist noch eine Post enthalten und zwar eine Post für Telegraphenausgaben mit 10.000 fl. Als unter Seiner Excellenz Herrn Dr. Giskra die politischen Behörden neu organisirt wurden, wurde keiner einzigen Behörde irgend ein Betrag für Telegraphenkosten zugewiesen, sondern die Post „Telegraphen" wurde ganz einfach aus den ziemlich gut dotirten Amtspauschalien bestritten.

Im Jahre 1875 auf einmal wurden die politischen Behörden, ohne daß es irgend Jemand eingefallen wäre, in dieser Hinsicht ein Ansuchen zu stellen, mit der Verordnung überrascht, daß ihnen von nun an die Kosten der telegraphischen Correspondenz werden vergütet werden. Wenn früher wenig, kurz, aber doch das Nothwendige telegraphirt wurde, so hat von nun an, die Zahl dieser Telegramme außerordentlich zugenommen, man hat sich nicht mehr begnügt, zu telegraphiren: „Statthalter Brünn", „Statthalter Linz", sondern es wurde der Courtoisie gemäß telegraphirt: „Seiner Excellenz dem Hochwohlgebornen Herrn" u. s. w. In Folge dessen wurden die Telegramme viel umfangreicher und auch zahlreicher.

Wenn Sie meine Herren die Post „Telegraphenausgaben" mit 10.000 fl. streichen und sie aus den bisherigen Amtspauschalien der Landesstellen und Bezirkshauptmannschaften bestreiten lassen, dann werden Sie Niemandem nahe treten und es wird dann Jeder aus den Staatspauschalien die Auslagen zu bestreiten in der Lage sein.

Hiemit wäre ich mit dem Budget des Ministeriums des Innern fertig, aber ich erinnere mich dabei eines Professors, der in einen schwach besuchten Hörsaal eintrat und seine Hörer mit den Worten begrüßte: Ich sehe Viele, die nicht da sind, und so möchte ich auch nicht vom Ministerium des Innern scheiden, ohne auszurufen: Auch ich sehe viele Millionen, die nicht da sind!

Es sind das nämlich diejenigen Millionen, welche die Verwaltung der Länder, Bezirke und Gemeinden kostet und welche die Steuerträger weit mehr und weit drückender belasten, als die wirklichen Steuern.

Es wäre mir außerordentlich werthvoll gewesen, eine Zusammenstellung dieser Verwaltungsausgaben zu haben und ich habe mich diesbezüglich an die statistische Centralcommission gewendet. Wir haben aber leider eine statistische Centralcommission, die einen großen Aufwand verursacht, von der wir aber nicht jene statistischen Daten bekommen, die wir brauchen, um unsere Anträge hier begründen zu können. Ich müßte daher auf einige ältere Publicationen zurückgreifen und da finde ich denn, daß im Jahre 1874 die Landesfondszuschläge in der ganzen Monarchie, beziehungsweise in der diesseitigen Reichshälfte 17,814.263 fl. betrugen; in Niederösterreich betrug damals die directe Steuer 26,770.790 fl., die Zuschläge zu dieser Steuer für Land, Bezirke und Gemeinden betragen 21,972.506 fl. oder 80 Percent. In Salzburg beträgt die Steuer

763.150 fl., die Zuschläge 544·521 fl., also 71 Percent. Wenn man aus diesen Daten einen kühnen Schluß zieht, so kann man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Kosten der Verwaltung der Länder, Bezirke und Gemeinden 55 Millionen Gulden jährlich betragen; ich glaube, daß diese Summe außerordentlich hoch ist. Ich glaube, gegen diese Thatsache können wir uns nicht verschließen, wir müssen uns die Frage stellen, woher es kommt, daß die Verwaltungsauslagen der Länder, Bezirke und Gemeinden so groß sind; denn man kann den Gemeinden Verschwendung nicht vorwerfen; im Gegentheile, die Gemeinden und Bezirke sparen, so daß sie manche wichtige Auslagen gar nicht bewilligen.

Ich glaube also, der Fehler liegt darin, daß die autonome Verwaltung noch nicht organisirt ist, daß nicht ein Zusammenwirken sämmtlicher Organe der autonomen Verwaltung und der politischen Organe stattfindet.

Ich werde mir erlauben, obwohl die Zeit schon sehr vorgerückt ist, dies in aller Kürze an zwei Beispielen nachzuweisen.

Es wird hier alle Jahre verlangt, daß vom Staate Arbeitshäuser errichtet werden. Seine Excellenz der Herr Minister des Innern verweist aber immer darauf, daß die Arbeitshäuser immer leer stehen. Daß dies der Fall ist, finde ich auch begreiflich, nachdem für einen jeden Zwängling von der Heimatsgemeinde eine Verpflegsgebühr von 80 oder 100 fl. — es ist eben in den verschiedenen Ländern verschieden — in Anspruch genommen wird.

Die Gemeinden sagen: Bei uns muß ein Familienvater sich und seine Familie mit einem nicht viel größeren Betrage erhalten, nun soll der Mann, der in der Zwangsarbeitsanstalt eingesperrt ist, nicht einmal so viel verdienen um die Kosten seines Unterhaltes herauszuschlagen. Ich bitte nun zu bedenken, daß eine Gemeinde, welche vielleicht 300 fl. an Steuer zahlt, etwa zufälligerweise drei arbeitsscheue zählt, die reif sind, in ein Arbeitshaus eingesperrt zu werden. Um diese Leute zu erhalten, müßte die Gemeinde eine Steuerumlage von 300 Percent auflegen.

Dadurch, daß diese arbeitsscheuen Personen nicht in der Zwangsarbeitsanstalt angehalten werden, werden die Kosten des Schubwesens außerordentlich vertheuert. Der Arbeitsscheue sucht eben in der Welt durch Betteln durchzukommen, er tritt seine Kunstreise an und gelangt in die entferntesten Länder des Reiches. Dort wird er von der Sicherheitswache aufgegriffen, nach Hause transportirt; die Schubkosten betragen dann 30, 40, manchmal auch 50 fl.

Wenn nun ein solcher Mann nur viermal im Jahre aufgegriffen wird und die Kosten des Schubes 140, 150 bis 160 fl. betragen, so wird schon für das Schubwesen, dessen Kosten die Länder zahlen müssen, weit mehr ausgegeben, als wenn man den Mann in der Zwangsarbeitsanstalt erhalten würde. Würden aber die Arbeitshäuser rationell und in einer solchen Weise organisirt, daß der Zwängling wirklich die Kosten seines Aufenthaltes in der Anstalt durch seine Arbeitskraft herausschlägt, dann würde man nicht nur diese 100 fl. per Person ersparen, die man jetzt in Anspruch nimmt, sondern auch die vielen Millionen, welche alljährlich das Schubwesen den Ländern kostet.

Einen ähnlichen Fall haben Sie bei der Armenversorgung. Wir haben in den Gemeindegesetzen den Grundsatz ausgesprochen, daß die Armenversorgung Angelegenheit der Gemeinden ist. Es hat aber gar kein Mensch darnach gefragt, ob denn die Gemeinden auch wirklich die Mittel besitzen, um ihre Armen zu versorgen. Da finden sich manche Gemeinden, welche gar keine Mittel haben, Arme zu versorgen, aber eine sehr große Anzahl von Armen besitzen, während es andere Gemeinden gibt, die keine Armen haben, denen aber aus verschiedenen gesetzlichen Gründen eine Menge von Zuflüssen zur Armenversorgung zu statten kommt, wie z. B. in den Citationsgeldern, Strafgeldern u. s. w. Also wir haben Gemeinden, die Arme versorgen sollen und kein Geld haben sie zu versorgen, und Gemeinden, bei denen in Folge des Gesetzes wirklich Fonds vorhanden sind, um Arme zu versorgen, die aber gar keine Armen haben. Wenn daher das Armenwesen in der Weise organisirt wäre, daß wir entweder Armenverbände oder Armenbezirke schaffen würden, dann würden ihnen alle diese gesetzlichen Auslagen zufließen, in Folge dessen würden auch die Umlagen für die einzelnen Gemeinden geringer; jedenfalls aber würde das zu einer gerechteren Vertheilung der Gemeindeumlagen führen.

Die ungleiche Vertheilung der Steuerlast, die ungleiche Belastung der Steuerträger und die Verschiedenheit dieser Belastung in den einzelnen Ländern, Bezirken und Gemeinden fordert wirklich zur ernsten Erwägung auf. Ich habe auch, soweit es mir möglich war, die betreffenden statistischen Daten zusammengestellt: In Kärnten betragen im Durchschnitte die Zuschläge zu den Steuern in den einzelnen Gemeinden 1½ bis 90½ Percent; in Niederösterreich ¼ bis 280 Percent; in Oberösterreich 2½ bis 156 Percent; in Steiermark ½ bis 157 Percent; in Salzburg 8 bis 293 Percent.

Meine Herren! Wir müssen uns bemühen, die möglichste Gleichheit in der Besteuerung der Steuerträger herzustellen, damit jeder nach Maßgabe seiner Kräfte leiste; aber durch die Steuern, welche die Länder, Bezirke und Gemeinden auferlegen, wird diese unsere Thätigkeit ganz illusorisch.

Ich glaube, meine Herren, das die dringendste Aufforderung vorliegt, endlich einmal die Organisirung der autonomen Verwaltung in Angriff zu nehmen. Denn unser Volk will eine rationelle Ver-

waltung, eine Verwaltung, welche den Vorzug der Güte mit dem der Wohlfeilheit verbindet.

Ich werde die weiteren Positionen so rasch als möglich abthun, indem ich auf die Aufmerksamkeit des hohen Hauses schon so lange gesündigt habe.

Ich bin jetzt bei dem Erfordernisse des Landesvertheidigungsministeriums. *(Heiterkeit links.)* Das Ministerium für Landesvertheidigung verlangt für die Bataillonscommandanten der Landwehr den Betrag von 231.400 fl. Eine solche Auslage hat früher nicht bestanden; denn nach dem Gesetze vom 13. Mai 1869 (R. G. Bl. Nr. 68) war für jeden Bataillonsbezirk bloß ein Evidenzhauptmann bestellt. Erst das Jahr 1872 brachte uns einen solchen Fortschritt: denn das Gesetz vom 1. Juli 1872, (R. G. Bl. Nr. 93) bestimmt, daß für jedes Bataillon ein Major oder Hauptmann bestellt werde und zwar so, daß 40 Bataillone von Majoren und 41 Bataillone von Hauptleuten commandirt werden. Diese Auslagen waren aber noch immer nicht so groß.

Im Jahre 1874 erschien das Gesetz vom 14. Mai (R. G. Bl. Nr. 58), welches bestimmt, daß jedes Bataillon einen Stabsofficier oder einen Hauptmanne zum Commandanten haben solle, und zwar derart, daß ein Sechstel der Cadres von Obersten, ein Sechstel von Oberstlieutenants, ein Drittel von Majoren und der Rest von Hauptleuten commandirt werde.

Das sind die Fortschritte in den Ausgaben für die Landwehr vom Jahre 1869 bis zum heutigen Tage. Ich glaube, daß die Bestimmungen des Gesetzes, welche im Jahre 1869 bestanden haben, auch heute wieder in Wirksamkeit gesetzt werden könnten. Die Landwehrbataillons werden ja nur zur Zeit der Waffenübungen im Herbste activ. Dazu brauchen sie einen Commandanten. Während der ganzen neun oder zehn Monate, während welcher das Bataillon nicht activ ist, ist auch ein Commandant nicht erforderlich, wie ja auch während der ganzen Zeit sämmtliche Offiziere, Hauptleute und Lieutenants ihrem bürgerlichen Berufe überlassen bleiben. Etwas Anderes ist es mit dem Evidenzoffizier, der das ganze Jahr hindurch die Landwehrevidenz führt, etwas Anderes mit denjenigen Hauptleuten und Subalternoffizieren, welche zu den Cadres der Landwehr bestimmt sind.

Ich werde mir daher in der Specialdebatte den Antrag einzubringen erlauben, daß zu dem Gesetze vom 13. Mai 1869 wieder zurückgekehrt werde, damit der große Aufwand von 231.400 fl. für die Bataillonscommandanten der Landwehr, und von 27.646 fl. für die der Landesschützen vermieden werde.

Ich finde in dem Budget des Landesvertheidigungsministeriums noch eine Post und das ist der Betrag von 316.000 fl. für die dritte Woche der Waffenübung. Nach dem Gesetze vom 13. Mai 1869, §. 15, war nach je zwei Jahren eine Bataillonswaffenübung von 14 Tagen vorzunehmen. Nach dem Gesetze vom 1. Juli 1872 wurde §. 15 dahin abgeändert, daß jede zwei Jahre die Bataillonsübungen in der Dauer von drei Wochen stattfinden, während welcher die Bataillone abwechselnd an den großen Waffenübungen der Heereskörper theilnehmen. Ich glaube, daß dieses Gesetz keinen anderen Zweck hat, als die Dienstpflicht der Landwehrmänner zu umschreiben.

Der Landwehrmann wird aus seinem bürgerlichen Beruf herausgerissen, es kann daher nicht ganz in das Belieben des Landesvertheidigungsministers gelegt sein, wie lange er über diesen Mann disponiren will.

Die Dienstpflicht muß durch das Gesetz beschränkt sein und das Gesetz sagt, das Landesvertheidigungsministerium hat das Recht, über den Landwehrmann das eine Jahr durch 14 Tage, das andere durch drei Wochen zu verfügen. Aus diesem Gesetze folgt nach meiner bescheidenen Auffassung für den Landesvertheidigungsminister allerdings die Facultät, über den Mann so lange zu verfügen, aber durchaus nicht die Pflicht. Wenn daher für den Landesvertheidigungsminister nicht die Pflicht besteht, im heurigen Jahre eine dreiwöchentliche Waffenübung abhalten zu lassen, so sind wir wohl in der Lage, uns die Frage zu stellen, ob die allgemeinen Verhältnisse darnach angethan sind, zu solchen Zwecken so große Auslagen, wie es die Summe von 316.000 fl. ist, zu bewilligen.

Ich glaube, wir können uns die Frage dahin beantworten: Entweder stehen wir vor einem großen Krieg, dann wird die Landwehr ohnedies zur Theilnahme an dem ernsten Waffengang berufen, dann ist die Berufung zur Waffenübung überflüssig, oder wir werden uns den Segnungen des Friedens erfreuen, dann wird der Friede hoffentlich für längere Zeit gesichert sein, und dann scheint es nicht nothwendig, grade in diesem Jahre, wo wir vor einem so großen Deficit stehen, eine Auslage von 316.000 fl. für gerechtfertigt zu halten.

Ich möchte mir auch erlauben, die Herren auf den Werth der Waffenübungen aufmerksam zu machen.

Alle diejenigen Herren, die Militärs waren, werden gewiß wissen, daß die Manöver nur für die Stabsofficiere sind, daß die Manöver nur als eine Schule für Stabsofficiere, aber durchaus nicht für die Mannschaft aufzufassen sind.

Die einzelnen Bataillone, die an den Waffenübungen theilnehmen, manövriren auch bei sehr großen Manövern, immer nur in Bataillonen, immer nur in der Compagnie. Es ist nicht einmal der subalterne Officier, der bei einer solchen Waffenübung etwas lernt, ja die Waffenübung hindert sogar die vollständige Ausbildung der Mannschaft; denn bei dem gewöhnlichen tactischen Exerciren oder

bei den einfachen Feldübungen wird jeder einzelne Mann ausgebildet, während bei den großen Heeresactionen eine solche Ausbildung nicht stattfinden kann und man sehr häufig dazu verurtheilt wird, stundenlang in Reserve zu stehen und dann ruhig wieder nach Hause zu gehen. Ich glaube also, daß, damit 15 Stabsofficiere der Landwehr irgend Etwas lernen, es nicht nothwendig ist, daß man 15.000 Mann spazieren führt, daß man 15.000 Mann ihrem bürgerlichen Berufe entzieht, und von der Pflugschar, vom Webestuhle und vom Gewerbe wegnimmt, und daß man dafür 316.000 fl. ausgebe. Ich glaube, derselbe Zweck läßt sich vollkommen erreichen, wenn man diejenigen Landwehrstabsofficiere, welche bestimmt sind, sich weiter auszubilden, zu den Heeresmanövern einberuft, und ganz einfach solche Stabsofficiere während der Dauer der Manöver das Commando der manövrirenden Infanteriebataillone überträgt.

Ich werde mir daher in der Specialdebatte den Antrag erlauben, die Summe von 316.000 fl. für die dritte Woche der Waffenübungen zu streichen. Ich finde aber zwei weitere Auslagen, für Officiersschule der Landwehr 16.000 fl. und für Officiersschule der Landesschützen 8800 fl. Ich sehe nicht ein, wozu die Landwehr eigene Officiersschulen braucht, nachdem überall in jeder großen Garnison, die Divisionsschulen des Heeres bestehen, daher es auch möglich ist, daß die Landwehrofficiere gemeinsam mit den Kameraden von der Armee an diesem militärischen Unterrichte theilnehmen. Ich werde in der Specialdebatte auch die Streichung dieser beiden Posten mir zu beantragen erlauben.

Endlich finde ich eine Post eingestellt, nämlich Schützengaben für die Tiroler Landesschützen mit 20.000 fl.

Ich würde es begreifen, wenn Sie einem Böhmen oder Mähren, oder sonst irgend einem Mann, der nicht aus den Alpenländern stammt, irgend eine Gratification zugestehen wollten, um ihn zu einem besseren Schützen auszubilden. Aber, meine Herren, der Tiroler ist mit seiner Büchse so zusammengewachsen, wie der Ungar mit seinem Rosse, und daß man diesen tüchtigen, vorzüglichen Schützen noch 20.000 fl. geben soll, um sie zu noch besseren Schützen zu machen, das, meine Herren, erachte ich für überflüssig.

Das Landesvertheidigungsministerium hat auch einen Betrag von 3130 fl. für Assentlocalitäten eingestellt. Diese Assentlocalitäten werden nur in Galizien und Schlesien bezahlt, während in allen übrigen Ländern die Assentlocalitäten von den Gemeinden, beziehungsweise den Wirthen umsonst beigestellt werden, weil es der größte Nutzen der Wirthe ist, daß bei ihnen aus Anlaß der Assentirung eine größere Zehrung stattfinde.

Ich halte es für überflüssig, daß für Assentlocalitäten besondere Ausgaben bestimmt werden.

Für die Rubrik „Recrutenüberprüfung" ist eine Post von 16.800 fl. eingestellt.

Wie es mit der Ueberprüfung der Recruten bestellt ist, werde ich mir erlauben, näher zu beleuchten.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich muß mir doch erlauben, den Herrn Redner darauf aufmerksam zu machen, daß wir in der Generaldebatte sind, und daß die detaillirte Besprechung der einzelnen Posten und die Begründung von Anträgen, die in der Specialdebatte werden gestellt werden, mir heute nicht am Platze erscheint. *(Bravo! Rufe: Redefreiheit!)*

Abgeordneter Ritter v. **Obentraut** *(fortfahrend)*: Ich werde mich ganz kurz fassen und schließlich nur noch zu den Positionen des Finanzministeriums übergehen. Es ist für die Finanzlandesdirectionen eine Summe von 2,278.955 fl. eingestellt. Seit die Verkehrsverhältnisse einen größeren Aufschwung genommen haben, seit der Wirkungskreis der ausübenden Aemter erweitert wird, wurde der Wirkungskreis der Finanzlandesdirectionen auf einen geringeren Umfang reducirt, in Folge dessen wurde mir von sehr vielen Fachmännern erklärt, daß der Bestand der Finanzlandesdirectionen nicht mehr erforderlich sei. Ich werde mir daher auch erlauben, einen darauf bezüglichen Antrag zu stellen, sowie ich mir auch erlauben werde, bezüglich der Finanzräthe bei den Finanzbezirksdirectionen, für welche ein Aufwand von 86.900 fl. präliminirt ist, einen Antrag zu stellen.

Ich will nur ganz kurz erwähnen, daß auch bei der Grundsteuerregulirung die Kosten zu hoch präliminirt sind, indem ich Gelegenheit hatte, die Erfahrung zu machen, wie unbilligerweise bei den Grundsteuerregulirungen Gelder verausgabt werden, namentlich durch höchst überflüssige Commissionen, indem die Commissionen bei der Grundsteuerregulirung von zwei bis drei Mitgliedern der Bezirksschätzungscommissionen als Bezirksdeputationen vorgenommen werden könnten, während in Folge Auftrages des Finanzministeriums an diesen Commissionen nicht nur sämmtliche Mitglieder der Bezirksschätzungscommissionen, sondern sogar alle Ersatzmänner theilnehmen müssen, wodurch die Kosten der Grundsteuerregulirungen auf das Vierfache oder Fünffache des Betrages erhöht werden, der sonst beansprucht würde.

Ich finde auch eine Post von 66.000 fl. bei dem Finanzministerium für die Kosten der Steuereinhebung. Bezüglich der Steuereinhebung bestehen in einzelnen Kronländern verschiedene Einrichtungen, welche ich die Ehre haben werde in der Specialdebatte näher auseinander zu setzen. Ich erlaube mir nur das Eine hier zu bemerken, daß manche

Gemeinden um ihre Steuereinhebung bewirken zu können, gezwungen sind, sich einen eigenen Steuereinnehmer zu halten, und daß ich es für ganz ungerecht finde, daß derjenige, welcher die Steuer zahlen muß, auch noch die Kosten ihrer Einhebung durch sehr bedeutende Steuerzuschläge zahlen soll.

Für Subventionen an Eisenbahnen und andere Verkehrsanstalten sind 21,200.000 fl. beansprucht. Da der Herr Präsident erklärte, daß die nähere Begründung in die Specialdebatte gehöre, so werde ich auch heute in eine weitere Begründung meines diesbezüglichen Antrages nicht eingehen, glaube aber, daß bei der Centralleitung der Eisenbahnen sehr viel erspart werden kann, ebenso bei einer richtigen Organisirung der Bezüge und bei Freikarten. Ich glaube, daß es geradezu eine Pflicht der Staatsverwaltung ist, wenn sie 21,200.000 fl. für die Subventionen an Eisenbahnen ausgibt, auch darauf zu sehen, daß jede überflüssige Ausgabe vermieden werde. Ich werde mir erlauben, auch in dieser Hinsicht einen Antrag einzubringen.

Ich bin am Schlusse und knüpfe nur die eine Bitte an meine Auseinandersetzungen, daß die Herren die Güte haben mögen, meinen Anträgen bei der Specialdebatte ihre freundliche Beachtung zu Theil werden zu lassen. Ich erlaube mir nicht die Bitte zu stellen, daß Sie für meine Anträge stimmen; Sie mögen sie nur einer freundlichen Beachtung werth halten, denn mich hat bei meinen Anträgen nur das patriotische Bestreben geleitet, das Gleichgewicht im Staatshaushalte nach Maßgabe meiner bescheidenen Kraft herbeiführen zu helfen und die Anträge, die ich stelle, können aus einem anderen Gesichtswinkel betrachtet, vielleicht als nicht ausführbar oder als nicht sofort ausführbar erscheinen, während sie mir von meinem Standpunkte als vollkommen ausführbar sich darstellen.

Ich glaube, wenn wir vor einem Deficite von 23 Millionen stehen, wenn wir ein Budget von 424 Millionen haben, so sollten wir Alles aufbieten, damit endlich einmal im Staatshaushalte Ordnung bestehe. Einem Abgeordneten allein kann dies nicht gelingen, es kann dies nur durch das Zusammenwirken Aller geschehen und dadurch, daß eben alle Anträge, ob sie von dieser oder jener Seite des hohen Hauses kommen, wenn sie nur den Zweck haben, uns jenem großen Ziele näher zu bringen, vom hohen Hause freundlich aufgenommen werden.

Das Volk begnügt sich nicht mehr mit Versprechungen, es will Thaten sehen. Vereinigen wir uns also, meine Herren, zu der großen That, arbeiten wir mit Ernst und Eifer an der finanziellen und wirthschaftlichen Wiedergeburt unseres Vaterlandes.

Der Preis ist gewiß der Mühe werth, als Preis winkt Ihnen das Wohl des Vaterlandes, winkt Ihnen die Zufriedenheit Derjenigen, die Sie hiehergeschickt haben mit dem Vertrauen, daß Sie Alles aufbieten werden, um Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen. Die Wähler werden nicht mehr zufrieden sein, wenn Sie vor sie treten und sagen: Es wird besser werden, wir müssen vor sie treten und sagen: Es ist besser geworden. *(Beifall.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Ritter v. Schönerer hat das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer:** Was die Rede des geehrten Herrn Vorredners, des Herrn Abgeordneten für die Landgemeinden Karlsbad und Joachimsthal im Allgemeinen betrifft, so hat der erste Theil derselben auf mich den Eindruck gemacht, daß er zu viel nach Oben traut, und der zweite Theil dieser Rede gehört gewiß in die Specialdebatte, und es kann der Herr Vorredner jedenfalls versichert sein, daß ich seine Streichungsgelüste jederzeit gerne unterstützen und dafür stimmen werde.

Einigermaßen sonderbar muß es allerdings erscheinen, wenn ein Abgeordneter, der wiederholt in der Opposition sich befand, heute plötzlich wieder in Vertrauensduselei geräth, und in dem ersten Theile seiner Rede einfach daraufhin, daß Seine Excellenz der Herr Finanzminister erklärt hat, sparen zu wollen, sagt, er glaube es, und wolle die dießbezüglichen Maßnahmen des Finanzministers abwarten.

Ich wende mich nun der Auffassung zu, welche unter den heutigen Verhältnissen dem Charakter der Budgetdebatte mehr entspricht, und werde mich daher im Allgemeinen, nachdem ja die Budgetdebatte bei uns in Anbetracht der unberechtigten Länge der jetzigen Session eigentlich die Adreßdebatte ersetzen muß, hauptsächlich, und in erster Linie mit den Leistungen der jetzigen Regierung namentlich aus der letzten Zeit befassen müssen, und werde auf Grund meiner Darlegungen dann dazu kommen, gegen das Budget auch zu stimmen.

Ich habe es vermieden, bei Berathung der Ausgleichsvorlagen das Wort zu ergreifen und habe gegen alle Ausgleichsgesetze gestimmt, weil ich eben ein unbedingter Anhänger der Personalunion mit Ungarn bin, weil ich ferner für die Anbahnung eines innigen Bündnisses mit dem stammverwandten Deutschen Reiche bin und weil dieses Programm, welches außerhalb dieses Hauses massenhafte Anhänger in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zählt, eben leider in diesem hohen Hause hier keine offenen Vertreter findet.

Ich frage mich nun: wie sieht es derzeit in Oesterreich aus?

Da finden wir denn, daß der kirchliche, namentlich aber auch der militärische Geist noch vielseitig unser öffentliches Leben, besonders aber die Regierung beherrscht, ja sogar der Ton in den einzelnen

Ansprachen, die von Seite der Regierung gepflogen wurden, muß jedenfalls als militärisch charakterisirt werden.

Wir finden diesen militärischen Geist, der das jetzige Ministerium beseelt, auch in erster Linie in der Nichtbeantwortung von Interpellationen, wenn es sich um militärische Angelegenheiten handelt. Ich weise da nur z. B. auf die Interpellation, betreffend die Tödtung eines Wirthes durch eine Militärpatrouille in Krems, auf die bekannte Interpellation in der Sonnenstichaffaire in der Nähe von St. Pölten, auf welche Interpellationen, wie auf viele andere keine Antwort seitens der Regierung erfolgt ist, trotzdem das Gesetz genau vorschreibt, daß eine solche Beantwortung erfolgen muß oder wenigstens die Gründe für die Nichtbeantwortung derselben bekanntgegeben werden sollen.

Außerdem finden wir im Allgemeinen, daß der immer mehr um sich greifenden und nicht zu läugnenden Corruption nirgends wirksam entgegengewirkt wird, wir finden vielmehr, daß sich in neuerer Zeit, besonders seit der Wirksamkeit der jetzigen Regierung eine Art politischer Demimonde herausbildete, deren Mitglieder je nach dem Preise, der ihnen zukommt, ihre Ueberzeugung wechseln. Wir finden andererseits auch, ich möchte sagen, politische Eunuchen, solche Politiker, die jederzeit und unter allen Umständen für alles und jedes stimmen und mit den Ansichten der Regierung zu jeder Zeit einverstanden sind.

**Präsident** *(unterbrechend)*: In beiden Richtungen glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Herr Redner nur im Allgemeinen über politische Erscheinungen spricht, und nicht von dem hohen Hause und seinen Mitgliedern, sonst müßte ich den Herrn Redner wegen der Ausdrücke wie „Demimonde" und „Eunuch" entschieden zur Ordnung rufen. *(Beifall.)*

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Es steht natürlich Jedermann frei, meinen Worten die Auffassung zu geben, die ihm beliebt, und ich erlaube mir nun in meiner Rede fortzufahren.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Auf diese Bemerkung hin muß ich entschieden erklären, daß ich den Herrn Redner zur Ordnung rufen muß, wenn er darunter ein Mitglied des hohen Hauses verstanden haben will. *(Beifall.)*

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer** *(fortfahrend)*: In Anbetracht der allgemeinen Umstände, die namentlich in politischer Beziehung bei uns herrschen, ist es auch kein Wunder, wenn sich unser Parlament nicht des besten Rufes in den Kreisen der Bevölkerung erfreut.

Ich erzähle, was ich in vielen Kreisen der Bevölkerung, wo nicht die Hefe des Volkes den Ton angibt, sondern in Kreisen, die den Mittelstand, den Schwerpunkt der Bevölkerung nach der Ansicht vieler Herren, ausmachen, vernommen habe.

Wenn die Herren ebenso in so innige Berührung mit den Kreisen der Bevölkerung treten würden, wie ich es namentlich in meinem Wahlbezirke alljährlich gethan habe, so könnten sie gewiß erfahren, daß alle meine Worte in der Bevölkerung vielseitigen Wiederhall und Vertretung finden. Ich sage Ihnen daher, Sie können heute in vielen Kreisen der Bevölkerung das Parlament sogar einfach nur als eine Diätenvertilgungsmaschine bezeichnen hören.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich muß denn doch bitten mit mehr Achtung von der Reichsvertretung zu sprechen und muß daher den Herrn Redner entschieden zur Ordnung rufen. Welche Achtung soll denn die Welt vor dem hohen Hause haben, wenn Mitglieder desselben in solcher Weise von demselben sprechen?

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Ich bitte Herr Präsident, wenn man hier nicht die Wahrheit sprechen darf, wo soll man sie denn aussprechen?

**Präsident**: Es gibt einen gewissen parlamentarischen Anstand, den jeder Gebildete beobachten muß, auch wenn man die Wahrheit spricht. Ich glaube während meiner längeren Amtsführung bewiesen zu haben, daß ich stets die Redefreiheit gewahrt habe und nie entgegengetreten bin, wenn man der Wahrheit unverholen auch in scharfer Weise Ausdruck gibt. Allein es muß dies innerhalb der Grenzen des parlamentarischen Anstandes geschehen.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Es dürfte vielleicht das Beste sein, wenn der Herr Präsident das hohe Haus befragen würden, ob ich weiter sprechen darf.

**Präsident**: Ich habe dem Herrn Redner nicht das Wort entzogen, sondern ihn nur wegen seiner gegen den parlamentarischen Anstand verstoßenden Aeußerungen zur Ordnung gerufen. Das Wort steht ihm frei.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer** *(fortfahrend)*: Das parlamentarische Leben ist aber andererseits besonders seit der Demissionscomödie seitens des Ministeriums in Oesterreich stark discreditirt und hat sich bereits thatsächlich stark in Mißcredit gebracht. In öffentlichen Locales, meine Herren, und in Gesellschaftscirkeln — ich bitte Sie, nur sich dahin zu begeben, um genau zuzuhören, was man dort spricht — in öffentlichen Locales und Gesellschaftscirkeln

wird bereits ganz unverhüllt der Zerfall des Staates discutirt und werden die einzelnen Provinzen den Nachbarstaaten zugetheilt. Wie soll ein solcher Zustand besser werden und wie soll in unser öffentliches Leben mehr sittlicher Ernst kommen, wenn dieses Ministerium die schwersten Anklagen ruhig über sich ergehen läßt, wie z. B. jene, die in der bekannten Broschüre „Lasser, genannt Auersperg" erhoben werden, und die bereits vor einem Jahre Gegenstand einer Interpellation in diesem Hause waren? Man läßt da bekanntermaßen pro forma jahrelange Vorerhebungen pflegen, obwohl die Beschuldigungen, wenn sie unrichtig sind, doch sehr leicht durch eine kurze Erklärung der Regierung im Allgemeinen entkräftet werden könnten. Wenn ferner das geheimnißvolle Dunkel in Betracht gezogen wird, welches über dem Gebaren der Staatsgelder bei verschiedenen Eisenbahnen und namentlich auch bei den Staatsvorschußcassen herrscht, so ist es wohl sehr begreiflich, daß die Mitglieder der Regierung so zäh an ihren Portefeuilles festhalten, weil nach ihrem Abtreten der Schleier von so mancher Angelegenheit gelüftet werden müßte, und es ist weiters sehr begreiflich, daß sich so schwer Nachfolger oder Abnehmer für die Erbschaft dieser Regierung finden. Und wenn nun seitens der Regierung, wie es bereits in der Bankdebatte geschehen ist, politisch sehr ehrenhafte und consequente Charaktere, wie z. B. der Herr Abgeordnete Freiherr v. Kellersperg nach meiner Ansicht ein solcher ist, in einer Weise besprochen werden und wenn ihnen in einer Weise geantwortet wird, wie es wohl eher in nicht christlichen Kaffeehaus-Localitäten üblich sein mag, so muß ich bemerken, daß nach meiner Auffassung die politische Consequenz und Charakterfestigkeit und Ehrenhaftigkeit vielmehr in der Person des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Kellersperg, als in den Persönlichkeiten auf der Regierungsbank vertreten ist *(Unruhe)*, umsomehr, als die in der Broschüre, die ich schon früher erwähnt habe, enthaltenen Beschuldigungen bis heute auch nicht im Allgemeinen eine Richtigstellung gefunden haben.

Ueberhaupt scheint es bei uns jetzt als staatsmännisch zu gelten, seine Ziele soviel als möglich zu verläugnen und die Macht der Ueberzeugung so wenig als möglich in Rechnung zu ziehen. Man zieht es vor, sich recht behaglich einzurichten, und wenn hie und da von Sparen oder von Mehrbelastung, wegen der Wähler vielleicht, die Rede ist, so geschieht dies wohl nur deßhalb, um bei den Abstimmungen eben für das Gegentheil zu stimmen und um vielleicht zu zeigen, was sich heutzutage manche Wählerschaften bieten lassen.

Meiner Ansicht nach sollte aber der Abgeordnete ein ehrlicher und aufrichtiger, politischer Erzieher des Volkes zu jeder Zeit sein.

Wie weit nun der Einfluß der jetzigen Regierung geht und wie dieselbe durch Schaffung einer Art Abgeordnetenbureaukratie und durch die stete Creirung neuer Stellen und Verleihung von Auszeichnungen, sowie durch ihre Beziehungen zur Geldaristokratie ihren Einfluß in den weitesten Kreisen zur Geltung zu bringen vermag, das beweist unter Anderem, daß der Gemeinderath von Wien alle seine Traditionen verläugnend die Absendung einer Petition wegen Herabminderung des Militärbudgets abgelehnt hat.

Ich bin der Ansicht, daß eine Regierung, welche die Stirne hatte, uns angesichts unserer mißlichen finanziellen Lage, die den Staat existenzunfähig macht, die unveränderte Beibehaltung des jetzigen Wehrgesetzes zur Annahme zu empfehlen, von keinem Freunde des Staates und des Volkes gestützt werden darf. Leider aber werden hier, wie es ja unter den jetzigen Verhältnissen wiederholt geschehen ist, die Vorschläge der Regierung ähnlich wie bei der Bankangelegenheit zuerst für unannehmbar befunden, und dann in irgend einer unwesentlichen Modification für an und für sich nicht unannehmbar erklärt, zu welchem Resultate gewiß auch die Anhänger des specifisch österreichischen, das heißt des ministeriellen Fortschrittes nach Kräften beitragen werden.

Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten erwähnt, daß das Gleichgewicht des Staatshaushaltes durch die Trennung von Ungarn und durch Reduction der Armee- und Verwaltungskosten hergestellt werden muß, bevor neue Steuern eingehoben werden können, und daß dazu jedenfalls in erster Linie ein erschöpfendes Programm zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte zugleich mit einem vollständigen Plane über das gesammte Steuerwesen dem Reichsrathe vorzulegen wäre.

Die Regierung überließ es aber bekanntlich der Initiative dieses hohen Hauses zur Herstellung des Programmes für die Regelung des Staatshaushaltes Schritte zu thun und sie wird wahrscheinlich, wenigstens nach meiner Ansicht, die Arbeiten des diesbezüglichen Ausschusses zu fördern nicht sehr bemüht sein.

Die Regierung wiederholt besonders in der jüngsten Zeit die Phrase, daß sie sparen wolle, legt aber z. B. der Creirung eines Gesetzes wegen Schaffung einer entsprechenden Central-Rechnungs- und Controlbehörde stets wieder Schwierigkeiten in den Weg; sie braucht nach den Centralrechnungsabschlüssen stets viel mehr, als in den Voranschlägen bewilligt wird; sie unterstützt weiters in neuerer Zeit den bekannten 60-Millionencredit für Kriegszwecke oder vielleicht nur zu dem Zwecke, daß dadurch jene Streichungen, welche die Delegationen in den letzten Jahren vorgenommen haben, auf einmal wieder

ungiltig gemacht werden; sie schlägt, wie ich schon früher erwähnt habe, die unveränderte Beibehaltung des Wehrgesetzes vor; sie schlägt bei der Einkommensteuer Befreiungen vor, Befreiungen z. B. sämmtlicher Mitglieder des kaiserlichen Hauses, was gewiß eine beträchtliche Summe ausmachen würde, die dem Staate dadurch entgeht.

Nun, meine Herren, frage ich: Wo sind die Daten, welche den guten Willen der Regierung, wie sie uns sagte, in irgend einer Weise zeigen? Angesichts der Ueberbürdung unserer Bevölkerung mit den Lasten der verschiedensten Art wäre es nun meiner Ansicht nach — wie ich hier auch schon oft erwähnt habe — ein Gebot der Gerechtigkeit, daß man die Säcularisirung der Kirchengüter ins Auge faßte. *(Heiterkeit.)* Man muß eben die Güter der todten Hand — wie es in anderen Ländern zum Besten des Staates und der Bevölkerung geschehen ist — endlich auch bei uns lebendig zu machen trachten. Die Regierung aber thut bei jeder Gelegenheit das gerade Gegentheil, und da haben wir ja erst kürzlich aus den Ausschußberathungen über das Einquartierungsgesetz erfahren, daß neuerdings bezüglich der Klöster Erleichterungen eintreten sollen.

Die Staatskunst unserer Minister hat uns — ich glaube das im Allgemeinen nachgewiesen zu haben — in die unerquicklichste Lage seit sechs Jahren gebracht. Ueberall starren uns bekanntlich Provisorien entgegen, und nur das Deficit ist das einzig Bleibende, da die Regierung in der Mißachtung nach unten sich nie gescheut hat, Farbe zu bekennen, sondern stets nur um Zufriedenheit nach oben buhlt und sich stets den wechselvollen Strömungen in den maßgebenden Kreisen rückhaltslos fügt. Speciell uns Deutsche aber — glaube ich — hat diese Beamtenregierung, die sie ja heute thatsächlich ist, in eine etwas demüthigende Stellung gebracht, da ja doch nicht zu läugnen ist, daß in den wichtigsten politischen Fragen heute eben diese Beamten mit den 72 Abgeordneten aus Galizien und der Bukowina das Heft in den Händen haben.

Bei uns kann nach meiner Ansicht — und meine Herren, ich bin in diesem Punkte eben so offen, wie bei allen anderen — nur ein Mittel den Zerfall des Staates verzögern, und das ist die Einführung des allgemeinen directen Wahl- und Stimmrechtes. Nur ein aus diesem Wahlrechte hervorgehendes Volkshaus und eine diesem entsprechende Regierung ist nach meiner Ansicht in der Lage, die Ordnung im Staatshaushalte herzustellen. Mein Gewissen ist nun nicht weit genug, um in irgend einer Weise durch meine Stimme mitzuhelfen, daß in dem politischen, wirthschaftlichen und finanziellen Sumpfe, in dem wir stecken, weitergeschritten werde und da die Regierung gelegentlich der Ausgleichsdebatten erklärt hat, nur mehr in sachlicher Weise ihren Standpunkt und ihre Vorlagen vertreten zu wollen, so kann man wohl annehmen, daß aus diesen Männern Werkzeuge eines höheren Willens, also Sachen geworden sind *(Gelächter)* und über diese will ich zur Tagesordnung übergehen, und werde daher gegen die Bewilligung der Budgets stimmen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Naumowicz hat das Wort.

Abgeordneter **Naumowicz:** Es hat in dem Kronlande, welches zu vertreten ich die Ehre habe, die Ueberzeugung platzgegriffen, und es ist fast schon zum Sprichworte geworden, daß der ruthenische Volksstamm bloß dazu berufen sei, Steuern zu zahlen und Recruten zu stellen.

Einen Beweis dafür liefert schon die nicht wegzuläugnende Thatsache, daß die ruthenische Sprache in den landesfürstlichen Aemtern bloß bei der Ausschreibung neuer Steuern in Anwendung kommt und daß dieselbe auch nur bei der Leistung des Fahneneides bisnun gestattet ist. Von einem Verfassungsleben, von einer wirklichen Gleichberechtigung beider Nationalitäten unseres Landes ist uns bisnun sehr wenig bekannt, da wir uns thatsächlich in einem verfassungswidrigen Ausnahmszustande befinden.

Das österreichische Staatsbewußtsein schwindet bei uns immer mehr, als wir uns, und dies mit Hilfe der Regierung, in die Nothwendigkeit fügen müssen, uns in ein künstlich organisirtes polnisches Königreich einzuleben.

Ein Volksstamm von dritthalb Millionen Menschen, welcher durch fünf Jahrhunderte selbst mit dem Schwerte in der Hand seine nationale Individualität sich nicht entreißen ließ, läuft jetzt unter einer freisinnigen österreichischen Verfassung wirklich Gefahr, in den polypenartigen Umarmungen einer von der . . . . . *(Unruhe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich ersuche doch die Herren, ruhig zu sein, es ist mir kaum möglich, den Herrn Redner zu vernehmen.

Abgeordneter **Naumowicz** *(fortfahrend)*: Ich sage, wir laufen Gefahr, in den Umarmungen einer von der hohen Regierung hochbegünstigten Hegemonie zu ersticken, welcher außer der Verfassung noch solche administrative Douceurs zur Verfügung stehen, welche die Geltendmachung der Rechte der ruthenischen Nationalität ganz illusorisch machen. Wir Ruthenen sind bereits an einem Punkte angelangt, wo wir sagen können, wir haben schon nichts mehr zu verlieren. Schlechter als jetzt kann es uns wahrhaftig nicht ergehen.

Ich will Sie, meine Herren, mit einem erschöpfenden Vortrage über unsere ganze Leidensgeschichte nicht ermüden, sie ist übrigens, wie die

Geschichte der gewesenen türkischen Rajahs weltbekannt. Ich werde Ihnen bloß in gedrängter Kürze Thatsachen constatiren, welche keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir trotz des Buchstaben der Verfassung uns in einem Ausnahmszustande befinden, daß für Galizien in jeder Beziehung ein anderes Maß gilt als für die anderen Kronländer.

Sie brauchen, meine Herren, Ihre Blicke nur auf die Ministerbank zu lenken, und Sie sehen, daß nur unser Kronland allein so glücklich ist, einen Landsmannminister zu haben. Sie könnten es für eine besondere Errungenschaft halten und uns zurufen: Melius abundare, quam deficere, wenn Sie nicht wüßten, daß er nicht ein Minister ist für das Land, das heißt für beide im Lande lebenden Volksstämme, sondern daß er ein Minister ist ausschließlich für Eine Partei, welche von altersher gewohnt ist, die angebornen Rechte des anderen Volksstammes mit Füßen zu treten, daß er da sitzt, nicht um die Rechte auch des ruthenischen Volksstammes, sondern einzig und allein die Prärogativen seiner connationalen Partei zu schützen.

Nun stehen aber manche dieser Prärogativen im diametralen Gegensatze zu den angebornen Rechten der Bevölkerung. Es gilt hier der mathematische Grundsatz „je mehr desto weniger". Der Eine hat fast Alles was sein Herz verlangen kann: er hat seinen Mann im Rathe der Krone, seine Sprache ist im Ordonnanzwege zur officiellen geworden in Amt, Gericht und Schule, seine Partei hat eine erdrückende Majorität im Landtage, selbst im Reichsrathe kann er das Gewicht seiner Stimmen sehr vortheilhaft verwerthen . . . . *(Unruhe.)*

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte nochmals die Herren um Ruhe.

Abgeordneter **Naumowicz** *(fortfahrend)*: Der Andere hat fast nichts. Trotzdem, daß unser Vaterland nicht als polnisches, sondern als ruthenisches Königreich Halič und Vladimir seinerzeit an die ungarische Krone revindicirt wurde, müssen unsere dritthalb Millionen Seelen aufhören als Nation zu gelten, da unser Vaterland mit dem westlichen polnischen Theile Galiziens in Eins verschmolzen, in Einem Landtage kraft des Landesstatutes zur ewigen Minorität verdammt, kein Organ hat, seinem Monarchen seine legalen Wünsche und Beschwerden kundzugeben.

Wir haben somit keine andere Wahl, als uns entweder ganz aufzugeben oder uns mit den elenden Brocken zu begnügen, die von den reichbesetzten polnischen Tischen herabfallen. Alle unsere Memoranden, Proteste und Beschwerden können nicht in Betracht gezogen werden, weil sie als Landesangelegenheiten vor den Landtag gehören und die Anträge und Interpellationen in diesem hohen Hause zerschellen ebenfalls an der Klippe der Landesgesetzgebung. Es bleibt uns nichts übrig als zu schweigen und zu dulden. Was hat es z. B. genützt, daß die legalen Vertreter des ruthenischen Volksstammes im Landtage gegen das von der herrschenden Partei beschlossene, anachronistische, monströse Propinationsgesetz protestirt haben? Der Herr Landsmannminister hatte die dankbare Aufgabe, diesem so zweifelhaften Feudalrecht zur verfassungsmäßigen Weihe zu verhelfen, trotzdem daß es im Widerspruche steht mit der Gewerbefreiheit, trotzdem, daß es ein ausgesprochener Krebsschaden für die Bevölkerung ist, an deren Ruin eben dieses Gesetz die meiste Schuld trägt. Meine Herren! Eine Provinz, Galizien, mit einem Landtage, ist, ut figura docet, ein Todesurtheil für die ruthenische Nation.

Es gab eine Zeit, wo dieses Land in zwei administrative Hälften getheilt war, und hat man ein Herzogthum Bukowina geschaffen, so ist es mir unerklärlich, warum man da an einer unnatürlichen und unhistorischen Einheit festhält, deren Folge die vollständige Entnationalisirung und Verkümmerung des ruthenischen Volksstammes sein muß.

Sowie unsere nationalen Interessen vollständig geschädigt sind, so geht auch die Bevölkerung einem vollständigen materiellen Ruin entgegen.

Es ist meine innige Ueberzeugung, daß es bei uns nie trauriger gewesen ist, als eben jetzt. Wir haben hier in diesem hohen Hause von dem Umfange und der Tiefe des Wuchers gehört, allein die wahren Ursache desselben hat man Ihnen leider nicht aufgedeckt. Ich habe einen gewichtigen Grund, jetzt noch Manches zu übergehen, und will Ihnen bloß einige nackte Thatsachen vorbringen, die wahrhaft herzzerreißend sind.

Bei den letzten Landtagswahlen hat es sich nach den statistischen Daten gezeigt, daß sich bereits der achte Theil der Bauernwirthschaften factisch in Wucherhänden als Eigenthum befindet.

Ich kann Sie versichern, meine Herren, daß bereits die Hälfte derselben so überwuchert ist, daß wir mit Riesenschritten zu einer vollständigen Enteignung unseres Landvolkes schreiten.

Es ist ferner ziffermäßig erwiesen, daß der Viehstand des Kleingrundbesitzes sich gegenüber dem Stande vor etwa 20 Jahren, das heißt vor der Servitutenablösung um ein Drittel verringerte, daß heißt, meine Herren, es verringert sich nicht nur der Volkswohlstand, sondern auch die Fruchtbarkeit des Bodens. Es ist endlich Thatsache, daß die Auswanderungslust von den östlichen Theilen Galiziens nach Rußland und den Donaufürstenthümern, von dem westlichen theils nach Rußland, theils nach Amerika, solche Dimensionen angenommen hat, daß die Regierung dazwischentreten mußte durch Verweigerung von Auswanderungspässen, damit nicht ganze Ortschaften entvölkert werden. Und so wie die

Störche und Kraniche in diesen Tagen scharenweise von Süden ziehen werden, so können Sie heutzutage in unserer Heimat Scharen hungernder Landleute hinter die Grenze ziehen sehen, um daselbst Brot und Verdienst zu suchen, die sie in ihrem Vaterlande beim überhandnehmenden Pauperismus und beim Ueberfluß der Arbeitsuchenden nicht mehr finden können. Und diese Leute, meine Herren, werden Ihnen sagen, daß sie noch vor zwei Jahrzehnten in erträglichem Wohlstande lebten.

Als in den Sechzigerjahren Hunderte von Gemeinden ihre Beschwerden wegen der ungerechten Servitutenablösung an den Landtag richteten, fand man es nicht einmal für nöthig, dieselben in Erwägung zu ziehen. Seine Excellenz der Herr Landsmannminister sagte damals im Landtage: Die Gemeinden sind wie die Kinder: sieht ein Kind ein Zuckerwerk in der Hand eines Andern, so weint es und will auch ein solches haben; die Gemeinden wollen Holz und Hutweide haben; da man es ihnen nicht gibt, so weinen sie auch. Mit diesen wenigen Worten waren also alle diese Beschwerden erledigt. Nun, meine Herren, zeigt es sich, daß die Gemeinden wirklich Grund hatten, zu weinen, weil man ihnen als Aequivalente für ihre Rechte, ihre eigenen Grundstücke, meistentheils Felsen und Sumpf oder homöopathische Ablösungssummen zuerkannte und ganze Gemeinden und ihren Viehstand auf den Aussterbeetat setzte.

Ich habe hievon Erwähnung gethan, nicht um diese sehr schmerzhafte klaffende Wunde noch weiter aufzureißen; ich weiß es ist dies schon ein überwundener Standpunkt; das Unrecht ist in Rechtskraft erwachsen.

Ich stelle daher auch in dieser Richtung keinen Antrag. Ich habe es aber für sehr nothwendig gehalten, davon Erwähnung zu thun, damit Sie wenigstens einen Begriff davon haben, welches die größte Ursache des Elendes des Wuchers und der Auswanderungen ist.

Und an wen soll sich jetzt, meine Herren, unsere Nation in all ihren Leiden und Drangsalen wenden? An den Landtag nicht; denn dort geht man über alle solche Anliegen kurzwegs gewöhnlich zur Tagesordnung über. An Seine Excellenz den Herrn Landsmannminister kann sie sich auch nicht wenden, denn ich glaube, der Herr Landsmannminister hat hier wichtigere Angelegenheiten zu besorgen; seine wichtigste Aufgabe ist nämlich der Schutz der Prärogativen seiner Partei, der Schutz aller landesfürstlichen Aemter in Galizien gegen eine mögliche Invasion ruthenischer oder deutscher Beamten; ferner die Polizeiaufsicht über das angeblich staatsgefährliche ruthenische Element und die Erwirkung von weiteren Prärogativen für seine Partei.

Ich frage Sie, meine Herren: Ist eine solche personificirte Negative aller natürlichen und politischen Rechte unseres Volksstammes, ist eine solche lebende Scheidewand zwischen uns, dem Monarchen und seiner Regierung nicht eine eclatante Verfassungsanomalie?

Sind Landsmannminister nothwendig, dann mögen ihrer hier 17 sitzen, warum aber nicht ein ganzes Land, sondern nur eine Partei im Lande so überschwänglich bevorzugt ist, können wir nicht begreifen, wenn die Regierung nicht den Zweck hat, uns — diplomatisch gesprochen — an die Wand zu drücken, das heißt, unseren Volksstamm polonisiren und vernichten zu wollen.

Nach dem zu urtheilen, was wir sehen, scheint es wirklich darnach angethan zu sein. Reisen Sie von einem Ende Galiziens zum andern, und suchen Sie in dem ruthenischen Theile Galiziens an einem landesfürstlichen Amte, Gerichte, Bezirksvertretung u. dergl. eine ruthenische Aufschrift, nur einen ruthenischen Buchstaben, und Sie werden sie nicht zu Gesichte bekommen. In allen Aemtern, Gerichten, Schulen, finden Sie nicht eine ruthenische Drucksorte, nicht ein einziges ruthenisches Vorladungsblanquet.

Den Lehrern an den Volksschulen in rein ruthenischen Ortschaften ist es strengstens verboten, nur irgend ein Wort an seine Schulbehörden in ruthenischer Sprache zu richten.

Den Ortsschulräthen ist es nicht erlaubt, mit ihren Bezirksschulräthen, mit dem Landesschulrath in ruthenischer Sprache zu correspondiren. Wird eine Eingabe in ruthenischer Sprache eingebracht, so wird sie nicht angenommen, und es kommt noch ein Verweis dafür, daß sie nicht in polnischer Sprache verfaßt ist.

Derlei, meine Herren, finden Sie kaum in einem anderen Kronlande.

Alle Protokolle, Verhandlungen mit den Parteien in rein ruthenischen Bezirken, wo kaum fünf Percent Nichtruthenen sind, werden nur in polnischer Sprache verfaßt, Eidschwüre, selbst in wichtigen Straffachen, werden nur in polnischer Sprache abgelegt; ruthenische Eingaben werden entweder gar nicht angenommen, oder wenn sie angenommen werden, so werden sie nicht erledigt; werden sie aber, was in sehr seltenen Fällen geschieht, erledigt, so werden sie nicht mit ruthenischer Schrift, sondern in einer solchen Schreibweise und Sprache erledigt, daß jedes Wort Rattengift ist.

Die Geistlichkeit bekommt jährlich den Auftrag, Verzeichnisse von der militärpflichtigen Jugend zu verfassen, und zwar mit dem Zusatze, daß diese Verzeichnisse nur in polnischer oder deutscher, keineswegs aber in ruthenischer Sprache zu verfassen sind. An ruthenischen Feiertagen werden ruthenische Parteien vor die Aemter und Gerichte geladen, bei den Wahlen erweisen sich die politischen Aemter als Organe des polnischen Centralwahlcomités.

Ihnen zur Seite steht die Gendarmerie und Finanzwache und alles Mögliche als geschlossene Phalanx gegen die ruthenischen Candidaten. Was Wunder, daß bei solchen Wahlen die ruthenischen Candidaten durchfallen, wenn ein Terrorismus jeder Art in Anwendung gebracht wird. All dies geschieht unter dem Schutze unseres Landsmannministers. *(Rufe: Laut!)*

Werfen Sie einen Blick auf die Schule, so finden Sie, daß das ganze Educationssystem darnach angethan ist, um die junge Generation gänzlich zu polonisiren. Das Staatsgrundgesetz, wornach die zweite Landessprache in den Volksschulen nicht aufgedrungen werden kann, hat bei uns in Ostgalizien keine Geltung, wo alle ruthenischen Kinder mehr polnisch als ruthenisch lernen müssen, und das Ruthenischlernen beschränkt sich höchstens auf das schlechte Lesen.

Es ist eine Thatsache, daß die Hälfte der Volksschullehrer an ruthenischen Schulen nicht einmal gut ruthenisch lesen kann; es ist eine Thatsache, daß viele solcher ruthenischer Volksschullehrer nicht einmal ihren Namen correct ruthenisch unterschreiben können.

In Westgalizien aber, meine Herren, weiß man von einer zweiten Landessprache gar nichts.

Dritthalb Millionen Ruthenen haben Ein Gymnasium. Da ist offenbar kein Fortschritt möglich, wir gehen nicht vorwärts, wir schreiten zurück. Auch ich habe einen Sohn an diesem Gymnasium, allein, bei Gott! ich habe es auf meinem Gewissen; denn was kann er nach Beendigung seiner Studien in dem ruthenischen Gymnasium werden? In allen Aemtern, Gerichten und Schulen ist ja nur die polnische Sprache, da wird ihm sein ruthenisches Zeugniß schon jede Hoffnung auf eine Anstellung benehmen.

Betrachten Sie die Geistlichkeit! Aus der Rumpelkammer des Mittelalters hat man im Jahre 1865 ein Gesetz hervorgezogen, das sogenannte unumschränkte Präsentationsrecht.

Das Consistorium heißt heute gar nichts, der Bischof nichts, die Gemeinde nichts, die geistlichen Pfründen ertheilt nur der Besitzer des Maierhofes und der Propination. Dieses Präsentationsrecht ist des Damoklesschwert, welches über dem Haupte eines jeden Geistlichen hängt. Er muß seine Nationalität verleugnen, muß seine Nation verleugnen, er muß verschiedene Verbindlichkeiten eingehen, bis er dieses elende Stück Brod aus der Hand eines Großgrundbesitzers erhält, und Sie müssen wissen, daß unsere ruthenische Geistlichkeit ein Pfeiler war und ist, nicht nur ihrer Nationalität, sondern auch des Reiches. Es ist kein Ausgang. Bei dem jetzigen Stand der Dinge muß die ruthenische Nation gänzlich verkümmern. Und ich will Ihnen sagen warum: Eben darum, weil in den ersten Jahren der Freiheitssonne diese Nation sich so hoffnungsvoll entwickelte. Ich kenne keine Nation, welche in wenigen Jahren ihrer Wiedergeburt solche Fortschritte namentlich im Schulwesen machte, als unsere Nation. Im ganzen Lande wurden unzählige Schulen errichtet. In Gymnasien war kein Mangel an tüchtigen ruthenischen Professoren, alles ging rüstig vorwärts, bis auf einmal Halt! gerufen wurde, bis die Thätigkeit des Landtages begann und die Polonisirung des Landes decretirt wurde. Warum erfolgte diese? Man sagt: Wegen angeblicher Sympathien!

Es war eine Zeit, wo die Italienissimi nach der Vereinigung Italiens einen Aufruf an die Schweizer und Italiener richteten, daß sie sich mit dem großen Vaterland vereinigen. Die Schweizer antworteten: „Wir bleiben so oder so Italiener, aber in unserer Schweiz sind wir freier und glücklicher." Ich möchte wünschen, daß wir dies in Oesterreich sagen könnten. Spricht man aber von Sympathien, so möge man uns unsere Hochverräther zeigen.

Meine Herren! Durch alle diese 105 Jahre, seit wir unter dem österreichischen Scepter sind, ist kein einziger Ruthene als solcher, wenn er nicht Renegat geworden ist, vor dem Gerichte als Hochverräther gestanden. Es waren aber auch bittere Jahre, zum Beispiel das Jahr 1809, wo ihre Treue die Feuerprobe des österreichischen Patriotismus bestand. Ein ganzes Jahrhundert sind wir in Oesterreich, und bis zum Amtsantritt des Grafen Goluchowski wußte Niemand bei uns von etwaigen Sympathien. Sind sie aber da, so weckte sie ganz zuverlässig nur Graf Goluchowski, da er uns ad oculos bewiesen hat, daß unsere Vernichtung beschlossen ist. Durch unausgesetzte Verfolgungen werden bekanntermaßen Sympathien nie bekämpft. Wer hat unsere tüchtigsten Männer nach Rußland ausgetrieben? Nicht die Verfolgungen, nicht die Kränkungen, nicht das unausstehliche Präsentationsrecht auf geistliche Pfründen? Es ist Thatsache, daß zur Zeit der deutschen Beamten kein einziger Ruthene sein Vaterland verlassen hat.

Man sagt uns auch: Ja wie könnt Ihr Anspruch auf eine politische Existenz erheben, da Ihr keine Cavaliere habt? Es ist wahr, unsere Cavaliere, unsere Fürsten und Bojaren haben in den Zeiten unseres Martyrerthums unser Volk verrathen und verlassen, man sagt daher jetzt, wir seien nur ein Volk von Bauern. Aber da wir keine Cavaliere haben, sollen wir auch politisch todt sein.

Nun glaube ich, meine Herren, daß wir auch nicht ganz ohne Cavaliere sind. Ich erinnere nur an die Zeiten, als viele Saloncavaliere gegen den Kaiser und das Reich anstürmten; es war eine Nacht, in welcher Seine Majestät der verewigte Kaiser Ferdinand der Gütige in seinen Gemächern nicht einschlafen konnte, bis man ihm sagte, daß er von ruthenischen Regi-

mentern bewacht ist. Dies wissen wir aus dem Munde Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Karl. Es ist dies ein Zeugniß, daß wir auch Cavaliere haben, welche ihren Heldenmuth auf allen österreichischen Schlachtfeldern gewiß bewiesen haben. *(Bravo!)*

Als man im Jahre 1848 für den italienischen Feldzug Rekruten aushob, erschien in der Stadt Zaleszczyk eine unzählige Menge Menschen vor dem Assentplatze. Ich war auch zugegen. Der assentirende Hauptmann kam heraus und sagte: Was wünscht Ihr, liebe Leute? Es sollen nur Jene kommen, die gerufen sind. Da trat ein alter Cavalier im Bauerncostüm hervor *(Heiterkeit)* und sagte: Herr, wir brachten nicht nur diese unsere Söhne, die gerufen sind, sondern auch andere, welche nicht gerufen sind, sie sollen Alle gehen, zu kämpfen für unseren lieben Kaiser, der das harte Joch von unserem Nacken hinweggenommen hat, und sagen Sie dem Kaiser, daß wenn diese fallen, wir, ihre Väter selbst gehen werden und ihren Kaiser bis zum letzten Mann vertheidigen werden. Sagen Sie, meine Herren, war dies nicht ein echter Cavalier?

Ich komme zum Schlusse. Es ist wahrhaftig Zeit, daß die Regierung sich auch unserer Nation erinnern möge. Diese Unbilden, die sie jetzt trägt, hat sie wirklich nicht verdient. Ihr Zustand ist sehr traurig, und wenn er noch länger anhält, meine Herren, wird er auch nicht mehr heilbar sein. Wir vertrauen auf die Weisheit unseres Monarchen, wir hoffen auch von unserer Regierung, daß sie Mittel und Wege finden werde, damit auch wir in dem großen österreichischen Vaterlande uns, wenn nicht glücklich, so doch wenigstens so fühlen möchten, daß unser Zustand ein erträglicher genannt werden könne.

Mit diesem Wunsche erklären wir, daß wir für das Eingehen in die Specialdebatte stimmen werden. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident**: Ich weiß nicht ob das hohe Haus in der Stimmung ist, noch den nächsten Redner zu vernehmen. Ich würde in diesem Falle dem Herrn Abgeordneten Dr. Fanderlik das Wort ertheilen. *(Rufe: Schluss!)*

*(Abgeordneter Dr. Menger und Abgeordneter Lienbacher melden sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Menger hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Menger:** Ich beantrage Schluß der Sitzung.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Lienbacher hat das Wort.

Abgeordneter **Lienbacher:** Ich habe mich zum Worte gemeldet, um den gleichen Antrag zu stellen.

**Präsident**: Nachdem auch ich glaube, daß die Aufmerksamkeit des hohen Hauses erschöpft ist, und von zwei Seiten Schluß der Sitzung beantragt wird, werde ich den Schluß der Sitzung aussprechen und dem nächsten Redner für morgen das Wort vorbehalten. *(Zustimmung.)*

Ich möchte mir daher erlauben, jetzt die Sitzung zu schließen und die nächste Sitzung für Morgen, Vormittags 11 Uhr, vorzuschlagen, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. *(Zustimmung.)*

Ich mache noch aufmerksam, daß ich auf die Tagesordnung der auf die morgige folgenden Sitzung die Wahl eines Ausschusses von 18 Mitgliedern zur Berathung von Vorschlägen in Betreff der Beschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen im Staatshaushalte setzen werde.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung 3 Uhr 15 Minuten.)*

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Man sollte eher nach meiner unmaßgeblichen Meinung auf jene Frage antworten: „Au contraire.“

Und nicht nur durch die Größe der Staatsauslagen, sondern auch wegen der Natur und wegen der Art und Weise vieler und vieler Auslagen wurde die Nationalökonomie im Staate schwer geschädigt.

Die politische Freiheit kommt theuer, allein sie bringt auch großen Nutzen mit. Jene Freiheit aber, die wir haben, kommt, mir scheint es, zwar theuer, aber was für eine Freiheit ist das? Was für Nutzen hat sie den Völkern Oesterreichs schon gebracht?

Ich will hoffen, daß die Majorität dieses hohen Hauses, daß auch jene Partei, welche in dem österreichischen Reichsrathe bisher die herrschende Majorität bildete, endlich zur Ueberzeugung kommen wird, daß der bisher betretene Weg nicht weiter gegangen werden kann.

Daß die politischen Principien und Ziele der im Staate herrschenden Factoren einen ungeheuren Einfluß auf das ganze ökonomische Leben des Staates haben, ist wohl Jedem bekannt. Gerade den politischen Principien und besonders den Zielen der Verfassungspartei viel mehr, als den Männern der Partei kann ich, will ich die heutigen mißlichen Zustände der Monarchie zuschreiben. Und gleich hier muß ich erklären, daß ich die erwähnte Partei nie des Liberalismus wegen, sondern oft wegen Mangels an echtem und wahrem Liberalismus beschuldigt habe.

Wenn man à tout prix herrschen und ungerechte Ziele verfolgen will, ist man gezwungen, in solcher Art und Weise zu handeln, welche nur mißliche Folgen und zu nicht nur politischen, sondern auch ökonomischen mißlichen Zuständen bringen muß.

Nicht durch Abstreichungen von Budgetsätzen, nicht durch forcirte Reductionen und Ersparnisse, welche auch in gewissen Fällen sehr schädlich für den Staat und für die ökonomische Entwicklung desselben sein könnten, nicht mit Einführung neuer Steuern oder Erhöhung der bestehenden wird man dem Staate, der Monarchie genügend helfen.

Diese können nützliche und auch nothwendige Mittel sein, aber ihrer Natur nach sind sie keine gründlichen Heilungsmittel, und gerade solche brauchen wir überhaupt heutzutage. Man könnte vielleicht durch die erwähnten Mittel das Gleichgewicht im Staatshaushalte zwischen den jährlichen Auslagen und Einnahmen herstellen; aber jenes Gleichgewicht könnte nicht lange dauern — davon haben wir schon einmal die Erfahrung gemacht — wenn kein Gleichgewicht in den politischen Institutionen, in das politische Leben und in den politischen und ökonomischen Interessen im Staate besteht. Dieses Gleichgewicht, meine Herren, ist erst zu erringen, das Andere wird dann von sich selbst kommen.

Zu einem solchen Gleichgewichte kann man nur nach meiner unmaßgeblichen Meinung durch eingehende, natürlich verfassungsmäßige Reformen kommen, welche dahin gerichtet wären, um die Reichseinheit in Allem, was unumgänglich nothwendig ist, herzustellen, um die Nationalexistenz und die legitime Nationalentwicklung aller Völker des Reiches sicherzustellen, um die politischen Freiheiten aller Staatsbürger vollständig zu wahren, endlich um die rechtmäßige Autonomie aller Königreiche und Länder der Monarchie zu erreichen, nach der Natur und den speciellen Interessen harmonisch zu organisiren und zu sichern.

Die Initiative und noch weniger die Durchführung von solchen Reformen oder von irgend einer wichtigen, in dem politischen Organismus des Staates tief eingreifenden Umgestaltung kann man von der heutigen Regierung noch von dem heutigen Parlamente weder erwarten noch verlangen.

Die heutige Regierung und das heutige Parlament befinden sich in einer solchen Lage, daß weder die eine noch das andere etwas wahrhaft Gutes für das Reich, für den Staat leisten kann. Die Regierung soll und bemüht sich auch, im Sinne der Partei, welche die Majorität in diesem hohen Hause hat, zu regieren. Deßwegen ist sie für die Völker Oesterreichs und für den ökonomischen und finanziellen Staatshaushalt eine schlechte Regierung. Aber es geht nicht und kann nicht Alles so gehen, wie die Partei nach ihren speciellen Interessen und Zielen will und verlangt. Deßhalb ist sie, auch ihrer Partei gegenüber, eine schlechte Regierung. So sind wir merkwürdigerweise zur allgemeinen Unzufriedenheit und zu den gegenwärtigen bedauerlichen Zuständen gekommen.

Da ich nicht eine Aenderung in den Personen, welche heutzutage die Verwaltung des Staates führen, sondern vielmehr eine Aenderung in das Regierungssystem wünschen und verlangen soll, so bleibt mir nur übrig den Wunsch zu hegen, daß dieses hohe Haus bald aufgelöst werde. Es könnte endlich vielleicht auch besser werden.

Dies sind die allgemeinen Gründe, aus welchen ich gegen das vorgelegte Budget stimmen muß. Andere specielle Gründe, die ich als Dalmatiner, als Abgeordneter aus Dalmatien, habe, die mich ebenfalls veranlassen, gegen dieses Budget zu stimmen, werde ich mir erlauben, wenn der Fall eintritt, daß dieses hohe Haus in die Specialdebatte über diesen Voranschlag eingehen wird, bei dieser Debatte auseinanderzusetzen.

Ich stelle keinen Antrag. Eine Zurückweisung des vorgelegten Budgets an den geehrten Budgetausschuß wäre, scheint mir, kein ernstgemeintes Vorgehen. Der vorgelegte Staatsvoranschlag ist der fünfte in der Reihe jener, welche von demselben Ausschusse jährlich geprüft und diesem hohen Hause zur Annahme empfohlen worden. Dieser eternisirte Ausschuß ist, könnte man sagen, mit seinem Werke

gewachsen. Wenn die verehrten Herren Mitglieder jenes Ausschusses was Besseres dem hohen Hause vorzulegen im Stande gewesen wären, das hätten sie in fünf Jahren gewiß schon gemacht. *(Heiterkeit.)* Gleichfalls kann sich Niemand von uns der Hoffnung hingeben, radicale Aenderungen oder solche Abänderungsanträge, die auf die Unterstützung der Regierung rechnen könnten, bei der Specialdebatte angenommen zu sehen. Die hohe Regierung und der verehrte Budgetausschuß üben auf diesem Gebiete des Staatsvoranschlages und da, wo sie einig sind, in diesem hohen Hause seit fünf Jahren eine so gut unveränderliche als unüberwindliche Macht aus, gegen welche man wohl kämpfen, aber den Sieg nie erreichen kann.

Auch Jenen von Ihnen, meine Herren, die mit diesem Staatsvoranschlage im Ganzen und Großen aus finanziellen und ökonomischen Rücksichten nicht einverstanden sind, bleibt also nichts Anderes zu thun übrig, als gegen das Eingehen in die Specialdebatte zu stimmen.

Sei es mir erlaubt, noch zum Schlusse den speciellen, fast persönlichen Grund dieser meiner Ausführungen dem hohen Hause darzustellen.

Meine Herren! Ich liebe sehr mein Heimatsland. Weil die österreichische Regierung bisher mit demselben gar nicht gut verfahren ist, habe ich nie ein warmes Gefühl für österreichische Regierungen und für dieses Reich bis jetzt gehabt. Jedoch seitdem ich mich verpflichtet fand, mich mit den politischen Angelegenheiten meines Heimatlandes zu beschäftigen, habe ich stets den Bestand und das Wohl dieser Monarchie als eines der größten Interessen Dalmatiens betrachtet.

Ich bin ebenfalls überzeugt, daß ein gleiches Interesse nicht nur alle die anderen Völker der Monarchie haben, sondern daß im Interesse ganz Europas und besonders der der Monarchie angrenzenden Nationen der Fortbestand dieses Reiches, aber in einer naturgemäßen, gerechten und festen Gestaltung — liegt.

Weil die jetzigen inneren politischen Zustände nach meiner festesten Ueberzeugung das Reich unüberwindlich dem Untergange entgegenführen, und wie ich schon einmal in diesem hohen Hause betont habe, demselben am Ende die Existenzberechtigung entziehen, und weil ich glaube, daß jetzt noch die rechte Zeit ist, um die letzten Folgen der verderblichen inneren Politik, welche seit dem Jahre 1850 in dieser Monarchie getrieben wurde, zu vermeiden und einen neuen, einen richtigen Weg zu betreten, habe ich gewagt, wenn auch der deutschen Sprache nicht ganz mächtig, aber auf Ihre Höflichkeit, meine Herren, rechnend, mit meinen Ausführungen vor dieses hohe Haus zu treten. Es drängt mich noch der Wunsch, daß doch einmal eine aufrichtige und ganz freie Stimme aus jener ultima Thule der Monarchie, die Dalmatien heißt, in diesem hohen Hause über die Lage und die Zustände des Reiches gehört werde, und ich hege die Hoffnung, daß vielleicht meine Ausführungen Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Gedanken, meine Herren, auf die großen inneren politischen Fragen, welche nach meiner bescheidenen Meinung noch immer auf eine glückliche Lösung warten, zuziehen könnten.

Ich glaube die letzten inneren und äußeren politischen Ereignisse haben schon Jedem von uns zu ernsten und schweren Ueberlegungen Anlaß gegeben. Wer von uns, meine Herren, hat die Gewißheit, daß ein dritter Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn zu Stande kommen und nicht eher die Personalunion eintreten wird? Wer von uns versteht nicht, daß man es nur den inneren Zuständen der Monarchie zuschreiben muß, wenn dieses Reich in der eingetretenen Lösung der orientalischen Frage nicht jene Stelle eingenommen hat, welche seinen Interessen am besten entsprochen hätte? Und wenn zu unserem höchsten Unglück ein Krieg zwischen dieser Monarchie und Rußland bei den jetzigen äußeren Verwicklungen entstehen sollte, denken Sie, meine Herren, in was für eine Lage die Slaven Oesterreichs kommen würden!

Den Sieg der Monarchie zu wünschen und zu diesem Siege beizutragen, wie es ihre Pflicht wäre, würde das nicht, mit Rücksicht auf ihre heutige politische Lage, einen Nationalselbstmord zu begehen bedeuten?

Das Reich leidet an einer schweren, lebensgefährlichen Krankheit. Suchen Sie und wenden Sie, meine Herren, zur rechten Zeit die nothwendigen Heilmittel an. Es leidet an seinen politischen, es leidet an seinen ökonomischen und finanziellen Zuständen. Man muß so gut die einen als die anderen bis zur vollen Genesung heilen.

Dieses Reich soll weder ein deutsches noch ein slavisches Reich, am wenigsten aber ein magyarisches sein! Es muß also sein und bleiben, was es seiner Natur nach ist, mit allen jenen Entwicklungsbedingungen und Kräften, welche es so gut in seinem Ganzen als in seinen Theilen hat.

Ich glaube, die Deutschen Oesterreichs können am besten und am meisten dazu beitragen, da, meiner Meinung nach, die Geschicke der Monarchie in ihren Händen sind. Sie können und sollen nicht die Herrscher, aber immer die Ersten in der Monarchie bleiben.

Die Slaven dieses Reiches sind, glaube ich, bereit, alle Opfer die ein Volk bringen kann und darf, für den Bestand und für das Wohl desselben beizutragen; aber sie werden immer mit allen Kräften der Gefahr entgegentreten, weder in der Monarchie noch unter den Trümmern derselben vergraben zu werden. Dies ist vor Gott und Menschen ihr Recht

und ihre Pflicht, und Niemand darf ihnen daraus einen Vorwurf machen.

Ich hege die Hoffnung, daß auch jenes Volk, welches eine so hervorragende, und in den letzten Zeiten fast herrschende Stellung in der Monarchie eingenommen hat, daß auch die Magyaren gerade von ihrer warmen Liebe für Vaterland und Nationalität angetrieben sein werden, dem großen und verdienstvollen Werke der Herstellung der Einheit der Monarchie und der Befestigung derselben durch eine solche Umgestaltung, welche jedem Volke die nothwendigen Bedingungen der nationalen Existenz und Selbstentwicklung mit den politischen Freiheiten sichern würde, zuzustimmen und dazu beizutragen.

Daß alle Patrioten, alle Völker der Monarchie einig an diesem Werke die Hand anlegen, dazu, glaube ich, ist schon die höchste Zeit.

Habe ich mit meinen Ausführungen das Unmögliche versucht? Ich freue mich, es versucht zu haben. Es war eine Pflicht. *(Bravo! Bravo! rechts.)*

**Präsident:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort ertheile, habe ich die Ehre dem hohen Hause mitzutheilen, daß Herr Ministerialrath Auerhammer als Regierungsvertreter anwesend ist.

Es hat nun der Herr Abgeordnete Ritter v. Obentraut das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Obentraut:** Hohes Haus! Ich habe mich als Redner für die Ausschußanträge einschreiben lassen, weil ich es Angesichts unserer traurigen finanziellen Lage für die Pflicht der Volksvertretung halte, Alles aufzubieten, um das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen und weil die Ausschußanträge dieses bezwecken, weil der Ausschuß eine Reihe von Ersparungen beantragt hat, die ich für vollkommen begründet, für vollkommen ausführbar halte, weil ich daher auch für diese Ersparungen stimmen werde. Ich glaube aber, daß in den Ersparungen im Staatshaushalte noch viel weiter gegangen werden kann und insbesondere glaube ich, daß die Budgetdebatte dazu da ist, um eine Kritik an dem Verwaltungsorganismus zu üben.

Das Budgetrecht der Volksvertretung, dieses werthvollste ihrer Rechte, scheint mir nicht allein in der Bewilligung der Staatsausgaben und Einnahmen zu bestehen; ich glaube, es soll sich auch in der Prüfung jener Institutionen äußern, durch die die Ziffern des Staatsbudgets hervorgerufen werden, weil solchergestalt erst das Volk mittelbar durch seine Vertreter den wohlberechtigten Antheil an der Verwaltung des Staates nimmt.

Diese Prüfung erscheint mir angesichts unserer finanziellen Calamitäten insbesondere nothwendig. Wir haben ein Ausgabenbudget von 424 Millionen Gulden und wir stehen vor einem Deficit von 23½ Millionen Gulden. Diese Ziffern sprechen von selbst. Sie sind ein Verdict über die Verwaltungs-, Finanz- und Wirthschaftspolitik der letzten Jahre. Wir dürfen aber die Sache doch nicht so strenge auffassen, denn es muß zwischen productiven und unproductiven Auslagen unterschieden werden.

Wir müssen zum Theile das Anwachsen der Staatsausgaben auch auf Rechnung der dualistischen Staatsverfassung setzen, welche uns doppelte Kosten der Centralleitung aufbürdet, und insbesondere jene Kosten, welche in dem Budget des Ministeriums für Landesvertheidigung zum Ausdrucke kommen.

Wir sehen auch, daß seit den letzten 20 Jahren das Budget des Ministeriums für Unterricht von 5½ Millionen auf 16 Millionen gestiegen ist. Es ist dies ein außerordentlich erfreuliches Zeichen, daß von Seite der Regierung und der Volksvertretung dahin gewirkt wurde, den Interessen der Volksbildung vollständig gerecht zu werden.

Das Budget des Justizministeriums hat sich von 9 Millionen auf 21 Millionen erhöht.

Gewöhnlich sagt man, eine billige Justiz ist eine schlechte Justiz, und wir können uns daher auch darüber freuen, daß in dieser Ziffer gute Justizinstitutionen ihren Ausdruck finden.

Die Ausgaben des Handelsministeriums sind von 12 Millionen auf 27 Millionen gestiegen, und es ist das ein Beweis, daß man eben den gesteigerten Anforderungen unseres Verkehres, soweit es eben möglich war, gerecht zu werden trachtete.

Aber es kommen auch Ausgaben vor, die sich wohl nicht leicht vertreten lassen werden. Die Zinsen für die Staatsschuld sind in den letzten zehn Jahren von 112 Millionen auf 128 Millionen gestiegen, was eine Mehrausgabe von 16 Millionen Gulden ausmacht. Die Subventionen an Verkehrsanstalten betrugen vor 20 Jahren nur 3·2 Millionen und heute betragen sie nach dem Regierungserfordernisse 24·5 Millionen und nach den Ausschußanträgen 21·2 Millionen.

Es wird Niemandem beifallen, diese Auslagen zu den productiven zu zählen: denn Ausgaben für Institutionen und Anstalten, die sich nicht selbst zu erhalten vermögen, wird Niemand als productive Auslagen betrachten.

In diesen Ziffern liegt aber für uns die mächtige Aufforderung, den bisher betretenen Weg zu verlassen, und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das Gleichgewicht im Staatshaushalte endlich einmal hergestellt werde, und zwar nicht durch Einführung neuer, nicht durch Erhöhung der bestehenden Steuern, sondern vor allem Anderen durch möglichst weitgehende Ersparungen.

Mit großer Befriedigung habe ich daher die Worte Seiner Excellenz des Herrn Finanzministers

begrüßt, welcher äußerte, daß es das entschiedene Bestreben sämmtlicher Factoren der Gesetzgebung sei, auf allen Gebieten des Staatshaushaltes die möglichsten Ersparungen herbeizuführen.

Ich hätte nur gewünscht, daß dieser Wille Seiner Excellenz schon in diesem Budget zum Ausdrucke gekommen wäre. Denn ich glaube, daß auch in diesem Budget noch sehr große Ersparungen sich hätten machen lassen.

Ich will hier vor allem Anderen nur die Kosten der Centralleitung in den einzelnen Ministerien anführen.

Im Jahre 1868 betrugen die Kosten der Centralleitung in sämmtlichen Ministerien zwei Millionen Gulden; heute, zehn Jahre später, betragen sie 2,888.000 fl.

Allerdings liegt dazwischen das Jahr 1873, in welchem die Erhöhung der Beamtengehalte stattgefunden hatte. Aber in den 2 Millionen Kosten der Centralleitung sind ja nur beiläufig 900.000 fl. Beamtengehalte enthalten, und wenn wir annehmen, daß die Vermehrung der Beamtengehalte im Durchschnitte vielleicht mit 25 Percent stattgefunden hat — dieser Durchschnitt ist vielleicht bei den höchsten Gehaltsstufen ein richtiger, nicht aber bei den mittleren, denn z. B. bei einem Hofrath erster Gehaltsclasse, der sonst 6930 fl. Gehalt bezog und heute 7000 fl. sammt Activitätszulage bezieht, beträgt die Gehaltsvermehrung nur 70 fl.— würde das Budget in Folge dieser Gehaltserhöhung um 225.000 fl. erhöht, und es sollten daher die Kosten der Centralleitung höchstens 2,135.000 fl. betragen, während sie sich auf 2,888.000 fl. beziffern. Ich glaube, der Fehler liegt theilweise auch darin, daß eine Vermehrung der Arbeitskräfte bei allen Ministerien stattgefunden hat, und daß man nicht die niederen, sondern meist und beinahe überall die höchsten Beamtenposten vermehrt hat. So zum Beispiel bestand im Ministerium des Innern im Jahre 1868 1 Sectionschef gegen jetzt 2, im Jahre 1868 10 Ministerialräthe gegen jetzt 12, im Jahre 1868 4 Sectionsräthe gegen jetzt 5. Im Finanzministerium gab es im Jahre 1868 2 Sectionschefs gegen jetzt 3, 10 Ministerialräthe gegen jetzt 12, 2 Sectionsräthe gegen jetzt 5. Es ist aber zu berücksichtigen, daß im Jahre 1874 aus dem Finanzministerium eine ganze Section ausgewandert und ins Ackerbauministerium hinübergezogen ist. Es sollte daher, nachdem 1 Sectionschef aus dem Finanzministerium in Abfall kam, gegenwärtig nur 1 Sectionschef im Finanzministerium sein. Statt 1 gibt es aber 3, statt 10 beziehungsweise nachdem 2 ins Ackerbauministerium hinübergegangen sind, statt 8 Ministerialräthen 12.

Auf diese Weise glaube ich nachweisen zu können, daß sich gerade in der Centralleitung viel ersparen ließe, und ich bedauere, daß die Vermehrung der Arbeitskräfte gerade in den höchsten Beamtenposten stattgefunden hat. Man hat nicht die Zahl jener Beamten vermehrt, welche arbeiten, sondern die Zahl jener, die die Ideen hergeben. Und da, meine Herren, würde ich mich lieber damit begnügen, wenn die Ideen in dem Garten der Herren Minister selbst großgezogen würden, oder wenn sie dieselben auf dem stets fruchtbaren parlamentarischen Boden auflesen würden, und wenn sich Diejenigen, die in den Ministerialbureau's sitzen, darauf beschränken wollten, diese Ideen in ihrem wahren Geiste und im Sinne der Freiheit und der Volkswohlfahrt durchzuführen. Ich will bezüglich der Reductionen in der Centralleitung keine Anträge stellen, ich überlasse es Seiner Excellenz dem Herrn Finanzminister, sein Wort zur That zu machen. Ich wollte nur jenes Gebiet bezeichnen, wo durch die Thätigkeit der Regierung große Ersparnisse erzielt werden könnten.

Auf den anderen Gebieten wollen wir die Arbeit selbst besorgen, denn wenn man etwas selbst thun kann, ist es immer besser, man thue es selbst, als man überlasse es jemand Anderem. Wenn ich nun das Budget im Allgemeinen überblicke, so erinnere ich mich so unwillkürlich der alten guten Zeit.

Es hat nämlich früher bei uns der sogenannte Kammerbeutel bestanden, aus welchem insbesondere zur Zeit der Kaiserin Maria Theresia große Unterstützungen ertheilt wurden. — Kaiser Joseph sah, daß sich an diesem Kammerbeutel ein ebenso hochmüthiges als arbeitsscheues Volk nähre und er hat denselben abgeschafft. Wenn ich aber heute das Budget zur Hand nehme, so finde ich zwar nicht den alten ehemaligen Reichskammerbeutel, aber so irgend etwas Aehnliches; es sind dies nämlich die zahllosen Beutelchen, die den einzelnen Ministerien und Landesstellen zur Verfügung gestellt werden, welche die Aufschrift tragen „Aushilfen und Belohnungen", und deren Gesammtinhalt die bescheidene Summe von 573.830 fl. repräsentirt.

Wenn ich wüßte, daß mit diesen Geldern der Noth und der Armuth unter die Arme gegriffen werde, wäre ich der Erste, der für die Bewilligung dieser Ausgaben stimmen würde. In der That verhält es sich aber anders.

Ich habe Ihnen bereits früher gesagt, daß die erwähnten Beträge bestimmt sind sowohl zur Aushilfe als zu Belohnungen. Was nun die Aushilfe anbelangt, so stelle ich die Frage, wer sie bekommt. Der vorzügliche und tüchtige Beamte ist auch in seinem Privatleben ein tüchtiger Mensch, er führt einen geordneten Haushalt, er weiß, er müsse sich nach der Decke strecken, er rechnet daher auch auf jene Fälle, wo ein unvorhergesehenes Ereigniß an seine Casse größere Anforderungen stellt und er legt für diese Zeiten seinen Nothpfennig zurück. Er kommt daher gewiß nicht in die Lage, die Regierung

oder seine Vorgesetzten um irgend eine Aushilfe zu bitten.

Dagegen gibt es andere Beamte, welche, ich möchte sagen, die jährlich wiederkehrende Aushilfe geradezu in ihr Privatbudget einstellen, es sind dies meist solche Beamte, welche eben weniger arbeiten, denen in Folge dessen Zeit bleibt, überall zu solliciren, sich gute Freunde zu werben und im richtigen Augenblicke sich diese Aushilfe zu verschaffen.

Wie verhält es sich aber mit den Belohnungen? Diese bekommen gewöhnlich diejenigen Beamten, welche, wie zum Beispiel die Steuereinnehmer, außerordentlich streng in der Eintreibung der Steuer sind, diejenigen Steuerinspectoren, welche die Parteien in der Erwerb- und Einkommensteuer hoch hinaufschrauben und diejenigen Polizeicommissäre, die bei Volksversammlungen und in Vereinen das freie Wort unterdrücken, damit die Wahrheit nicht zur Geltung komme.

Aber das ist gewiß, daß die ärmsten, dürftigsten und würdigsten Beamten diese Summen nicht bekommen. Wenn man mir vielleicht einwenden wollte, daß ich die Verhältnisse zu grell geschildert, und daß ich zu viel Grau in Grau gemalt habe, so bin ich in der Lage aus den Budgetziffern selbst nachzuweisen, welche Willkür in dieser Beziehung herrscht. Seine Excellenz der Herr Handelsminister, dessen Budget von dem ernsten Streben der größten Sparsamkeit zeigt, hat für die Beamten und Diener seines Ressorts, deren Zahl 201 beträgt, bloß den Betrag von 3500 fl. für Aushilfen und Belohnungen in Anspruch genommen. Seine Excellenz der Herr Minister des Innern hat in seinem Ressort 5 Beamte und Diener weniger, beansprucht aber für sein Personale bereits eine Summe von 7000 fl. und Seine Excellenz der Herr Finanzminister, welcher in seinem Ressort nur 154 Beamte und Diener, also 25 Percent weniger als der Herr Handelsminister hat, wünscht für seine Beamten den Betrag von 10.000 fl., begnügt sich aber noch immer nicht mit diesem Betrage, sondern verlangt noch 6000 fl. für das diesem Ministerium zugetheilte Rechnungsdepartement. Außerdem hat sich aber Seine Excellenz der Herr Finanzminister noch die Verfügung über je zweimnl 10.000 fl. aus jenen Summen vorbehalten, welche für die Steuerämter und Gebührenbemessungsämter bestimmt sind, so, daß Seine Excellenz der Herr Finanzminister eigentlich einen Aushilfsbetrag von 36.000 fl. zur Verfügung hat.

Ein ähnliches Mißverhältniß besteht hinsichtlich der Beamten in der Provinz. Es ist doch bekannt, daß die Gerichte die größte Zahl von Beamten haben, es ist bekannt, daß es bei den Gerichten die meisten niedrig besoldeten Beamten gibt — ich verweise nur auf die Grundbuchführer und Kanzlisten — und für die Gerichte wird eine Summe von 63.650 fl. in Anspruch genommen, während für die politischen Behörden, bei welchen — ich glaube doch, daß Statthaltereiräthen, Hofräthen, Bezirkshauptmännern keine Aushilfen, keine Remunerationen gegeben werden — nur die Bezirkssecretäre und vielleicht einige wenige Bezirkscommissäre aushilfsbedürftig sind, der Betrag von 55.380 fl. eingestellt ist. Die Steuerämter, welche gering besoldete Beamte haben, bekommen nur 25.000 fl., während für die Grundsteuerregulirungsbeamten, bei welchen die zugetheilten Beamten sehr hohe Diäten beziehen, mit einem Betrage von 18.000 fl. vorgesorgt ist. Ich glaube, meine Herren, daß diese Ziffern genügen, die Willkür zu kennzeichnen, welche hinsichtlich der Vertheilung dieser Aushilfen und Belohnungsgelder stattfindet. Ich frage mich aber auch, ob es wirklich so unbedingt nothwendig ist, den Beamten Geldaushilfen zu gewähren. Ich mache hier darauf aufmerksam, daß es einem jeden Beamten gestattet ist, wenn er einer Aushilfe bedarf, um einen dreimonatlichen Gehaltsvorschuß einzuschreiten, der ihm gegen Rückzahlung in 12 oder 24 Monatsraten sofort flüssig gemacht wird. Ich bitte aber auch die Herren, darauf Rücksicht zu nehmen, daß sehr oft aus den Ministerien allerunterthänigste Vorträge erstattet werden, welche den Zweck haben, für Beamte einen einjährigen Gehalt im Betrage von mehreren tausend Gulden als Gehaltsvorschuß zu erwirken, der dann eben wieder durch monatliche Abzüge in zwei bis drei Jahren zurückgezahlt werden kann. Ich frage nun, welcher Kaufmann, welcher Landwirth, welcher Geschäftsmann ist in der Lage, wenn er in eine Nothlage kömmt, sich irgendwohin zu wenden, wo ihm in so liberaler Weise entgegengekommen wird.

Wenn ich nun auf das Princip der Gehaltsvorschüsse Rücksicht nehme, sehe ich durchaus keine Nothwendigkeit ein, die Remunerationen und Aushilfen fortbestehen zu lassen. Nachdem die Aushilfen selten den Aermsten und Dürftigsten zugewendet werden, nachdem hinsichtlich ihrer Vertheilung, wie ich mir erlaubte nachzuweisen, die größte Willkür herrscht, und nachdem man uns nicht zumuthen kann, der Regierung Mittel zu bewilligen, welche sie oft zur Belohnung jener Beamten verwendet, die gerade nicht im Interesse der Volkswohlfahrt handeln, glaube ich in der Specialdebatte den Antrag stellen zu sollen, daß der bei den einzelnen Ministerien und Centralstellen für Aushilfen und Belohnungen in Anspruch genommene Betrag von 573.830 fl. aus dem Budget gestrichen werde.

Bei der näheren Prüfung des Budgets ergibt sich auch, daß bei den einzelnen Ministerien die Zahl der Amtsdiener viel zu hoch ist. Unsere sieben Ministerien haben nicht weniger als 267 Amtsdiener, so daß in jedem Ministerium auf $2\frac{1}{2}$ Personen gewöhnlich ein Amtsdiener kommt.

Ich werde mir daher in der Specialdebatte den Antrag zu stellen erlauben, daß bei den sämmt-

lichen Ministerien 50 Amtsdienerstellen gestrichen werden, was ein Ersparniß von 30.000 fl. bringen würde.

Wenn ich zu den Posten komme, welche für den Ministerrath eingesetzt sind, und wenn ich den Status vom Jahre 1868 damit vergleiche, so ergibt sich, daß im Jahre 1868 im Ministerpräsidium in Verwendung standen: Ein Ministerialrath, ein Sectionsrath und zwei Officiale, und daß der Aufwand für diese Kräfte 13.545 fl. betrug.

Heute stehen im Ministerpräsidium in Verwendung: Ein Sectionschef, zwei Ministerialräthe, ein Sectionsrath, ein Ministerialsecretär, ein Vicesecretär, ein Hilfsämterdirector, zwei Adjuncten und ein Official. Die Gesammtauslage für das Ministerpräsidium betrug im Jahre 1868 69.358 fl. und heute, wo sich die Geschäfte gegen das Jahr 1868 gewiß nicht vermehrt haben, beträgt sie 147.983 fl. Ich behalte mir daher vor, in der Specialdebatte den Antrag zu stellen, daß im Erfordernisse des Ministerrathes die Ausgaben für einen Ministerialrath mit 6500 fl., einen Sectionsrath mit 3600 fl., einen Hilfsämterdirector und dann die Staatstelegraphengebühr von 500 fl., welche recht gut aus dem Pauschale von 6800 fl. bestritten werden können, in das außerordentliche Erforderniß eingesetzt werden, und daß eine Resolution gefaßt werde des Inhaltes, daß die auf diese Weise entbehrlich gewordenen Beamten bei anderen Stellen untergebracht werden.

Uebergehend zum Erfordernisse des Ministeriums des Innern finde ich, daß für die Staatspolizei ein Betrag von 120.000 fl. eingesetzt ist. Dieser Betrag wird nie verrechnet. Weil es eben Sitte war, alle Jahre 120.000 fl. einzustellen, so ist auch in diesem Jahre wieder der Betrag von 120.000 fl. eingestellt. Ich würde viel eher meine Zustimmung dazu geben, wenn dieser Betrag überschritten würde und die Ueberschreitung nachgewiesen wird, diese Ueberschreitung zu genehmigen, als immerwährend einen Betrag von 120.000 fl. einzustellen, ohne daß je noch erwähnt worden, daß dieser Betrag wirklich verbraucht wird. Es ist der Beweis nicht erbracht, daß unbedingt nothwendig zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und der Interessen der Staatspolizei der Betrag von 120.000 fl. erforderlich ist und werde ich mir in der Specialdebatte auch bei dieser Post einen Abstrich von 20.000 fl. zu beantragen erlauben.

Für „Amtspauschalien der politischen Behörden" ist der Betrag von 1,006.085 fl. eingestellt.

Bezüglich der Amtspauschalien herrscht eben auch die höchste Willkür. Ich erwähne vor Allem, daß die Amtspauschalien der untersten Instanzen eben nur so knapp bemessen sind, daß man damit sein Auslangen finden kann, daß sie aber für den Bedarf vollkommen genügen. Anders verhält es sich mit den Amtspauschalien der Landesstellen. Zum Beispiel der Statthalter von Steiermark bezieht ein Pauschale von 20.900 fl., welches für Kanzleierfordernisse, Ameublements, Dienstreisen, Uebersiedlungen u. s. w. bestimmt ist. Der Statthalter von Niederösterreich bezieht bereits ein Pauschale von 33.467 fl., obwohl das Kronland viel kleiner ist, in Folge dessen auch die Reiseauslagen viel geringer sein müssen, welche bei solchen Pauschalien doch immer die bedeutendste Rubrik ausmachen.

Der Statthalter von Böhmen bezieht ein Pauschale von 44.727 fl., der Statthalter von Galizien sogar ein Pauschale von 57.566 fl. Nun hat sich aber in Böhmen der Fall ereignet, daß unter einem sparsamen Statthalter die 44.000 fl. nicht verbraucht werden konnten und es war nach einer zweijährigen Ersparniß ein Betrag von mehr als 30.000 fl. disponibel gewesen.

Dieser Betrag mußte seine Verwendung finden, denn hätte die Volksvertretung erfahren, daß soviel erspart wurde, dann wären natürlich die Pauschalien der politischen Behörden abgestrichen worden.

Es mußten daher von allen Salon- und Kanzleilocalitäten schnell die noch ganz gut erhaltenen Tapeten abgerissen, neue Tapeten, neue Canapées, neue Vorhänge und sonstige Möbel angeschafft werden, nur um diese 30.000 fl. rasch zu verausgaben. *(Rufe links: Hört!)*

Nun, wenn solche Ersparnisse in Böhmen erzielt werden können, wie groß müssen erst die Ersparnisse in Galizien sein, wo der Statthalter nicht 44.000 fl., sondern 57.566 fl. bezieht?

Nachdem die Amtspauschalien im Ganzen genommen genau einen Betrag von 1,605.000 fl. in Anspruch nehmen, so glaube ich, wird Niemandem ein Weh geschehen und die Administration sich gewiß im richtigen Geleise fortbewegen, wenn das hohe Haus in der Specialdebatte meinem Antrage, bezüglich dieser Post einen Abstrich von 50.000 fl. vorzunehmen, zustimmen wollte.

Für den Sanitätsdienst ist der Betrag von 392.390 fl. in Anspruch genommen. Das größte Erforderniß trifft hiebei gewiß die Bezirksärzte, und es erscheint demnach nothwendig, die Thätigkeit der Bezirksärzte näher zu beleuchten: Eine der wesentlichsten Beschäftigungen und Aufgaben des Bezirksarztes ist die, bei der Assentirung zu interveniren.

Die Assentirung beginnt im Anfange des Monates April und dauert bis Ende Mai. Während dieser ganzen Zeit reisen die Bezirksärzte mit der Assentirungscommission herum, sind also ihrem eigentlichen bezirksärztlichen Dienste entzogen, arbeiten täglich höchstens 4 bis 5 Stunden, an manchen Tagen, wo man mit der Assentirung viel früher fertig wird, gar nicht und beziehen für diese Arbeit ihren Gehalt. In früherer Zeit war der Kreisphysicus verpflichtet, bei den Assentirungen zu interveniren, nachdem aber der Bezirk des Kreisphysicus sehr groß war, und er nicht

überall persönlich interveniren konnte, so wurden in den einzelnen Assentstationen die Aerzte angegangen, den Posten des staatlichen Arztes zu versehen, die Aerzte aber sind diesen Aufforderungen in der größten Bereitwilligkeit nachgekommen, und es ist dem Staate dafür nicht die geringste Auslage erwachsen. Nun, wenn man aber überall den Bezirksarzt intervenirен lassen will, wenn man den Bezirksarzt überall dabei haben will, so muß man die Zahl der Bezirksärzte weit mehr vermehren, als es wirklich nothwendig ist. Denn factisch ist eigentlich der Bezirksarzt nur ein überwachendes Organ.

Ich möchte nun näher beleuchten, in welcher Weise diese Ueberwachung stattfindet, und von welchem Erfolge sie begleitet ist. Der Bezirksarzt ist verpflichtet, alljährlich seinen Bezirk zwei- bis dreimal zu bereisen; er kommt nun in eine Gemeinde, findet, daß das Schulhaus daselbst in einem sehr schlechten Zustande ist, er macht an den Bezirkshauptmann einen Bericht über einen Gegenstand, den dieser schon kennt; oder er kommt in eine andere Gemeinde, und findet, daß in einem Bahnhofgebäude die Pissoirs sehr ungünstig angelegt sind, das reisende Publicum ist dadurch belästigt und verlangt Abhilfe: die Hilfe kann nur darin liegen, daß sich der Bezirkshauptmann an das Handelsministerium wendet, damit dieses an die Eisenbahnverwaltung einen näheren Auftrag gebe, diesem Uebelstande abzuhelfen. Die Eisenbahnverwaltung beruft sich aber darauf, daß die Bahnhofanlagen und Pläne von der Generalinspection der Eisenbahnen genehmigt worden seien, und das Ministerium ist daher durchaus nicht in der Lage, Abhilfe zu treffen; oder der Bezirksarzt kommt in eine Gemeinde hinaus, und findet, daß irgend eine neue Friedhofsanlage nothwendig sei, die Gemeinde wünscht ja selbst die Erweiterung des Friedhofes, aber sie hat eben einen Schulbau ausgeführt oder sonst einen Patronatsbau. Die neue Anlage würde eine Umlage von 300 bis 400 Percent zur Folge haben, die Gemeinde ist also nicht in der Lage, etwas zu thun.

Ich glaube, daß die Reisen, welche unsere Bezirksärzte machen, eben von keinem Erfolge begleitet sind, nicht aus dem Grunde, weil die Gemeinden ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Sanitätspolizei nicht genügen wollen, sondern deßhalb, weil sie ihnen eben nicht genügen können, und zwar deßhalb nicht genügen können, weil unsere Sanitätsorganisation nicht die richtige ist. Das Hin- und Herschreiben der Bezirksärzte ändert aber an dem schlechten Sanitätsorganismus nichts.

Würde man dagegen das Geld, welches die Reisen der Bezirksärzte kosten, welches überhaupt die Institution der zahlreichen Bezirksärzte kostet, dazu verwenden, um die Gemeinden bei der Errichtung ihrer sanitätspolizeilichen Institutionen zu unterstützen, so würde man viel größere Erfolge erzielen, als durch die Reisen der Bezirksärzte, die viel Geld kosten und nichts nützen. Ich werde daher auch hier in der Specialdebatte einen Abstrich von 42.390 fl. beantragen.

Ich finde beim Aufwand der politischen Verwaltung den Betrag von 164.600 fl. für Adjuten an Conceptspraktikanten eingestellt.

Nun ist es bekannt, daß beinahe bei jeder Staathalterei ein ungeheurer Mangel an Nachwuchs besteht. Die Sache hätte weiter keine große Bedeutung, aber es ist dem Minister des Innern gerade innerhalb dieses Capitels das Virement gestattet; wenn also der Betrag für die Adjuten nicht ausgegeben würde und übrig bleibt, so kann er wieder für eine andere Post, z. B. zur Creirung eines Hofraths extra statum, oder wie immer verwendet werden.

Um daher eine solche nicht im Zwecke dieser Ausgabenpost liegende Verwendung zu vermeiden, werde ich mir ebenfalls in der Specialdebatte zu beantragen erlauben, daß bei diesen Adjuten der Betrag von 64.600 fl. gestrichen werde.

In den Posten für Staatspolizeibehörden sind auch mit inbegriffen die Kosten für die Grenzpolizeicommissariate.

Nun, ich glaube, im Jahre 1850 und später, wo wir ein sehr strenges Paßsystem hatten, war die Institution der Grenzpolizeicommissäre außerordentlich nothwendig. Es konnte sich ja der Fall ergeben, daß ein Reichstagsabgeordneter vom Jahre 1848 eine Reise ins Ausland machen wollte, um seinen dort weilenden Sohn zu besuchen.

Eine solche Reise wäre vielleicht für die Monarchie mit der größten Gefahr verbunden gewesen, der Polizeicommissär mußte daher einen solchen Abgeordneten an der Grenze aufhalten und an der Weiterreise verhindern, er mußte telegraphisch in Wien anfragen, ob der Chef der Polizeibehörde, Baron Kämpen, seine Weiterreise gestattet.

Ich glaube, meine Herren, heutzutage wird einen Reichsrathsabgeordneten wohl Niemand an einer Lust- oder Geschäftsreise ins Ausland hindern. Heute zittert Oesterreich nur, wenn unsere Diplomaten zur Conferenz reisen, aber die wird an der Grenze gewiß kein Polizeicommissär aufhalten.

Ich glaube daher, daß das Institut der Grenzpolizeicommissariate mit unseren heutigen Paßpolizeivorschriften sich nicht in Einklang befindet. Die Herren haben weiter nichts zu thun, als die Schüblinge von der Gemeinde zu übernehmen oder aber wieder von den fremdländischen Polizeicommissären zu übernehmen und an die Gemeinden zu übergeben.

Das kann auch unmittelbar geschehen und wenn es an einem Bahnhofe an der Grenze wirklich einen Dienst zu besorgen gibt, so kann dieser sehr gut von den Bezirkshauptmannschaften und Gen-

darmerieposten in loco besorgt werden, ohne daß dem Staatsschatze dadurch besondere Auslagen erwachsen. Ich werde mir daher in der Specialdebatte erlauben, den Antrag zu stellen, daß das Institut der Grenzpolizeicommissariate aufgehoben werde.

Unter den Ausgaben für das Ministerium des Innern befinden sich auch die Ausgaben für Straßenwesen und diese sind mit 4,614.700 fl. und nach dem Ausschußantrage mit 4,528.800 fl. veranschlagt.

Mit diesem Betrage ist es aber noch nicht abgethan, denn dazu kommen auch Kosten für die Erhaltung des Staatsbaupersonales, welches einen Aufwand von mehr als 1,189.984 fl. erheischt.

Ich glaube, seitdem das Eisenbahnwesen entstanden ist, sind die eigentlichen Verkehrsadern die Eisenbahnen, und die Reichsstraßen haben nunmehr dem Localverkehre zu dienen, sie gehören daher in das Gebiet der autonomen Landes- oder Bezirksverwaltung.

Seine Excellenz Herr Dr. Giskra hat als Minister des Innern ebenfalls diese Anschauung vertreten und er hat es auch durchgesetzt, daß in Niederösterreich die ärarischen Straßen in die Erhaltung des Landes übernommen wurden, in anderen Provinzen ist ihm dies nicht gelungen und ich finde es theilweise begreiflich, daß sich die Länder wehren, die Kosten für die Erhaltung der Aerarialstraßen zu tragen. Ich glaube aber, wenn den einzelnen Ländern die Zusicherung gegeben würde, daß ihnen aus dem Staatsschatze zur Erhaltung der übernommenen Straßen alljährlich eine bestimmte Unterstützung gewährt würde, dann würden sich die Länder gegen die Uebernahme der Straßen nicht wehren.

Die Landesverwaltung würde eine billigere sein, als es jetzt die Staatsverwaltung ist und dem Staate würden bei Weitem nicht so viel Auslagen erwachsen, als es gegenwärtig der Fall ist.

Wir kommen nun zu dem Posten „Wasserbau". Der Wasserbau kostet 1,673.200 fl., und dieses Geld, welches da in das Wasser gelegt wird, scheint mir, meine Herren, wohl zum großen Theile wirklich ins Wasser geworfen zu sein. Als sich seine Majestät Kaiser Ferdinand zum Könige von Böhmen krönen ließ, wurde ihm von den Ständen Böhmens ein Krönungsgeschenk von 30.000 Ducaten offerirt und Seine Majestät Kaiser Ferdinand widmete dieses Geschenk zum Baue einer Brücke über den Berannfluß bei Beraun.

Der Brückenbau wurde in Angriff genommen, die Brücke war fertig. Da kam ein Hochwasser und die ganze Brücke wurde zerstört — die 30.000 Ducaten lagen am Grunde des Flußes, und — ich glaube — Beraun hat noch bis zum heutigen Tage keine stabile Brücke. Die Herren werden fragen, warum ich ihnen diese alte Geschichte erzähle. Ich that es deßwegen, weil ich glaube, daß es heute noch nicht viel anders geworden ist.

Ich habe längere Zeit an der Elbe gelebt, und hatte Gelegenheit zu sehen und zu hören, wie da gebaut wird. In den 50er Jahren hat sich die Stadtgemeinde Tetschen sehr ernstlich darum beworben, daß in ihrer Nähe ein Hafen angelegt werde. Von Natur aus war ein herrliches Terrain vorhanden, an dem der Stadt entgegengesetzten Ufer, welches durch eine kleine, wenig kostspielige Ausbaggerung zu einem herrlichen Hafen hätte umgestaltet werden können. Denjenigen, welche darüber zu entscheiden hatten, hat das aber nicht angestanden, es mußte ein ganz neuer, künstlicher Hafen, eine Wegstunde von der Stadt entfernt, bei Rosawitz hergerichtet werden. Kaum war dieser Hafen fertig, so kam ein Hochwasser, es kam eine große Ueberschwemmung; die Hafentraversen wurden eingerissen, große Eisschollen drangen in den Hafen, die Schiffe mit dem Gute, welches sie bargen, wurden weit in die Elbe getrieben, und es wurde ein Schaden von mehreren 100.000 fl. verursacht, der den Ruin manches Schiffers herbeiführte. Aber nicht genug daran! In Tetschen selbst wurden wiederholt Uferbauten, Ufermauern aufgeführt, und eine davon ist dreimal nacheinander von dem Hochwasser eingerissen worden.

Ich hatte aber noch mehr Gelegenheit, Einblick zu nehmen in die Gebahrung der Wasserbauorgane, weil ich k. k. Bezirkshauptmann zu Tetschen und als solcher in der Lage war, die ganze Thätigkeit der Bauorgane genau kennen zu lernen. Nun kann ich Ihnen gestehen, daß diese Thätigkeit wirklich nicht geeignet ist, den Interessen der Schifffahrt gerecht zu werden. Wenn Sie mich fragen, woher das komme, so kann ich Ihnen das einfach dahin erklären, weil wir die österreichische Erfindung gemacht haben, daß die Schifffahrtsinteressen eine Bauangelegenheit seien. In der ganzen Welt wird die Schifffahrtsangelegenheit als eine Verkehrsangelegenheit betrachtet. Bei uns aber argumentirt man so: Bei Wasserbauangelegenheiten da wird gebaut, das Bauwesen gehört den Ingenieuren zu, die Ingenieure sitzen aber im Ministerium des Innern, daher ist dieses berufen, die Schifffahrtsinteressen zu leiten. Ich glaube aber, meine Herren, das Schifffahrtsinteresse gehört dem Handelsminister zu. Entweder brauchen wir einen Handelsminister, oder wir brauchen ihn nicht. Brauchen wir ihn nicht, dann könnten wir einen bedeutenden Ministergehalt ersparen, ich glaube aber, wir brauchen ihn gar sehr, und wenn wir ihn brauchen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß ihm sein naturgemäßer Wirkungskreis zugewiesen werde. Ich glaube, daß nicht nur der gegenwärtige Herr Handelsminister, sondern alle seine Amtsvorfahren recht gut überzeugt waren, daß die Schifffahrtsangelegenheiten in den Wirkungskreis des Handelsministeriums gehören.

Czarkowski ad Acta

54



# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. — VIII. Session, 354. Sitzung,

**am 13. März 1878.**

### Inhalt:

Mittheilung des Präsidenten über die Entgegennahme der Beileidskundgebung des Abgeordnetenhauses aus Anlaß des Ablebens Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Franz Karl durch Seine Majestät den Kaiser.

Abwesenheitsanzeigen und Urlaubsertheilungen.

Zuschriften:

1. des Präsidiums der Delegation des Reichsrathes, betreffend den Verzicht des Delegirten Freiherrn v. Walterskirchen auf sein Mandat;
2. des Finanzministers, betreffend die Sanctionirung des Gesetzes über die Steuer- und Gebührenfreiheit eines Anlehens der Donauregulirungscommission per 6,500.000 fl. und die Verwendbarkeit der Theilschuldverschreibungen desselben zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Capitalien.

Petition.

Beantwortung der in der 341. Sitzung am 18. Februar 1878 von den Herren Abgeordneten Ritter v. Proskowetz und Genossen an die Minister des Innern und des Ackerbaues gerichtete Interpellation, betreffend die Sperrung der deutschen Reichsgrenze für den Viehexport aus Oesterreich, durch den Ministerpräsidenten.

Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 (738 der Beilagen — Schluß der Generaldebatte — Specialdebatte, Capitel 1 bis 4).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 25 Minuten.

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer**, Vicepräsident Freiherr v. **Pillersdorff**.

Schriftführer: Ritter v. **Oppenheimer**, Dr. **Stöhr**, Freiherr v. **Kotz**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg**, Justizminister Dr. **Glaser**, Minister Dr. **Unger**, Handelsminister Ritter v. **Chlumecky**, Finanzminister Freiherr v. **Pretis**, Minister für Landesvertheidigung Oberst Freiherr v. **Horst**, Minister Dr. **Ziemialkowski**, Ackerbauminister Graf **Mannsfeld**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionschef Dr. Edler v. **Matzinger**, Ministerialräthe **Schrötter** und **Auerhammer**.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist unbeanständet geblieben und daher genehmigt.

Wollen sich die Herren gütigst auf die Plätze verfügen. *(Sich erhebend:)*

Hohes Haus! *(Das Haus erhebt sich.)*

Seine Majestät der Kaiser geruhten das Präsidium des Abgeordnetenhauses über dessen Ansuchen in einer besonderen Audienz am vorigen Samstag zu empfangen, wobei ich dem mir vom hohen Hause gewordenen Auftrage entsprechend im Namen des Abgeordnetenhauses den Gefühlen des tiefsten Beileides und der innigsten Theilnahme aus Anlaß des betrübenden Ablebens Seiner kaiserlichen Hoheit, des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Karl ehrfurchtsvoll Ausdruck gegeben.

Seine Majestät geruhten diese Beileidsbezeugung huldvoll entgegenzunehmen und beauftragte mich, Allerhöchstdessen wärmsten Dank dem Abgeordnetenhause für diesen Beweis der Theilnahme und für die auch bei diesem Trauerfalle, sowie bei jeder Gelegenheit bewährte Treue und Anhänglichkeit auszusprechen.

Diesem Allerhöchsten Auftrage komme ich hiemit nach.

Die Herren Abgeordneten Meißler, Ritter v. Ujejski und Seine Excellenz der Herr Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr sind unwohl gemeldet. Den Herren Abgeordneten Fürth und Graf Colloredo habe ich einen Urlaub von je acht Tagen und dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Edlmann einen Urlaub von vier Tagen ertheilt.

Vom Herrn Abgeordneten Dr. Dworski ist ein Urlaubsgesuch eingelangt, um dessen Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Ritter v. **Oppenheimer** *(liest)*:

„Hochwohlgeborener Herr Präsident!

Ein in meiner Familie eingetretener schwerer Krankheitsfall zwang mich, Wien plötzlich zu verlassen, und gestattet mir nicht, an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses theilzunehmen.

Ich stelle daher an Euer Hochwohlgeboren die Bitte, mir vom hohen Hause einen Urlaub auf die Dauer von 14 Tagen erwirken zu wollen.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Dr. Alex. Dworski.

Przemyśl, 10. März 1878."

**Präsident:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Herrn Abgeordneten Dr. Dworski den erbetenen Urlaub von 14 Tagen bewilligen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist bewilligt.

Vom Herrn Präsidenten der Delegation des Reichsrathes, vom Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister sind Zuschriften eingelangt.

Ich ersuche um die Verlesung derselben.

Schriftführer Ritter v. **Oppenheimer** *(liest)*:

„Das Präsidium der Delegation des Reichsrathes beehrt sich, das löbliche Präsidium des Abgeordnetenhauses in Kenntniß zu setzen, daß das vom Abgeordnetenhause in die Reichsrathsdelegation gewählte Mitglied Robert Freiherr v. Walterskirchen auf sein Mandat verzichtet hat.

Wien, 12. März 1878.

Der Präsident:

Graf Trauttmansdorff."

**Präsident:** In Folge dieser Mandatsniederlegung werde ich auf Grund des §. 25 des Gesetzes über die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten die Neuwahl auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.

Schriftführer Ritter v. **Oppenheimer** *(liest)*:

„Ueber Ersuchen des Herrn Ministers des Aeußern beehre ich mich, dem löblichen Präsidium 270 Exemplare der Actenstücke aus der Correspondenz des k. und k. gemeinsamen Ministeriums des Aeußern über orientalische Angelegenheiten zur gefälligen Vertheilung an die nicht den Delegationen angehörigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses in der Anlage zu übermitteln.

Wien, 9. März 1878.

Auersperg."

**Präsident:** Ich habe die Vertheilung des Rothbuches bereits veranlaßt.

Schriftführer Ritter v. **Oppenheimer** *(liest)*:

„Ich beehre mich, dem löblichen Präsidium mitzutheilen, daß Seine k. und k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 2. März 1878 dem von beiden Häusern des Reichsrathes angenommenen Gesetzentwurfe, betreffend die Steuern- und Gebührenfreiheit eines Anlehens der Donauregulirungscommission per 6,500.000 fl. und die Verwendbarkeit der Theilschuldverschreibungen desselben zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Capitalien die Allerhöchste Sanction zu ertheilen geruht haben.

Wien, 9. März 1878.

Der k. k. Finanzminister:

Pretis."

**Präsident:** Das hohe Haus wird die erfolgte Allerhöchste Sanction zur Kenntniß nehmen.

Das hohe Justizministerium hat dem Präsidium eine Uebersicht der Verhältnisse der k. k. österreichischen Strafanstalten im Jahre 1876 in 40 Exemplaren übermittelt.

Weiters hat die Börsedeputation von Triest mittelst Zuschrift vom 22. v. M., Z. 486, eine Uebersicht der Schifffahrtsbewegung im Hafen von Triest im Jahre 1877 in 10 Exemplaren übersendet.

Von diesen Exemplaren wurde je Eines dem Archive und der Reichsrathsbibliothek einverleibt, die übrigen liegen zur gefälligen Einsicht für die Herren Mitglieder auf.

Ich habe heute vertheilen lassen den Bericht des Ausschusses über das Einquartierungsgesetz *(804 der Beilagen)*.

Es ist eine Petition eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Ritter v. **Oppenheimer** *(liest)*:

„Petition der Krosnoer Bezirksvertretung in Galizien um die Befreiung der Gemeindedarlehenscassen von der ihnen durch die Finanzorgane gesetzwidrig auferlegten Einkommensteuer *(überreicht durch Abgeordneten Jasiński)*."

**Präsident:** Diese Petition wird dem Steuerreformausschusse zugewiesen werden.

Es hat Seine Durchlaucht der Herr Ministerpräsident das Wort gewünscht, ich ertheile ihm dasselbe.

Ministerpräsident Fürst **Auersperg**: Die Herren Abgeordneten Ritter v. Proskowetz und Genossen haben in der Sitzung vom 18. Februar 1878 an die Minister des Innern und des Ackerbaues die Frage gerichtet *(liest)*:

„Hat sich die hohe Regierung mit der Regierung des deutschen Reiches wegen schleunigster Aufhebung der Grenzsperre für zu exportirendes österreichisches Vieh bereits ins Einvernehmen gesetzt und wann längstens dürfte die deutsche Reichsgrenze wieder geöffnet werden?"

Ich beehre mich, diese Frage in Folgendem zu beantworten:

Die Regierung hat nie unterlassen Schritte zu thun, um die von den benachbarten ausländischen Regierungen anläßlich des Ausbruches der Rinderpest in einigen hierortigen Verwaltungsgebieten verhängte Grenzsperre für den Viehexport wieder zu beseitigen, sobald mit Rücksicht auf den Stand der Rinderpest und nach Ablauf der nach dem Erlöschen dieser Seuche eingehaltenen Observationsperiode ein Erfolg der diplomatischen Vermittlung angehofft werden konnte.

Demgemäß wurde die Vermittlung des k. und k. Ministeriums des Aeußern vorerst zu Gunsten einzelner österreichischer Grenzländer und nach dem bald darauf erfolgten Erlöschen der Rinderpest in Böhmen neuerdings im Allgemeinen in Anspruch genommen und das angelegentlichste Ersuchen gestellt, dahin zu wirken, daß die deutschen Regierungen und der schweizerische Bundesrath in Berücksichtigung der nunmehr mit Ausnahme der Bukowina günstigen Gesundheitsverhältnisse des Hornviehes in den sämmtlichen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern die Grenzsperre beheben und die Ein- und Durchfuhr der österreichischen Viehracen wieder gestatten.

Das k. und k. Ministerium des Aeußern hat in Folge dessen auch die weiteren Schritte unverzüglich eingeleitet, und die kaiserliche Regierung glaubt mit Rücksicht auf die durch die regelmäßigen sehr genauen Kundmachungen nachgewiesenen günstigen Rinderpestverhältnisse und die strengen Vorkehrungen, die bei uns gegen die Rinderpest bestehen, und deren genaue Handhabung, hoffen zu dürfen, daß die eingeleiteten Schritte nicht ohne Erfolg bleiben werden. Ich bin jedoch unter den obwaltenden Umständen noch nicht in der Lage, die von den Herren Interpellanten gestellte Frage, mit welchem Zeitpunkte die deutsche Reichsgrenze dem Viehverkehre wieder geöffnet sein wird, zu beantworten, das hohe Haus wolle aber die Versicherung hinnehmen, daß die Regierung in dem Bestreben nicht ermüden wird, die dem österreichischen Viehverkehre entgegenstehenden Hindernisse möglichst bald zu beseitigen.

**Präsident**: Wir gehen zur Tagesordnung über. Der erste Gegenstand derselben wäre die Wahl eines Ausschusses von 18 Mitgliedern aus dem Hause für den Antrag des Abgeordneten Grafen Coronini und Genossen, betreffend die Vorberathung und Erstattung von Vorschlägen hinsichtlich der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte.

Es wurde mir jedoch der Wunsch ausgedrückt, die Wahl erst am Schlusse der Sitzung vorzunehmen, und ich werde demselben entsprechen.

Wir gehen daher zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung über, und zwar zur Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Budgetausschusses, betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1878 *(738 der Beilagen)*.

*(Generalberichterstatter Wolfrum besteigt die Tribüne.)*

Es haben sich außer den dem hohen Hause bereits bekanntgegebenen Rednern noch folgende Herren für die Generaldebatte zum Worte gemeldet, und zwar: Gegen die Ausschußanträge Herr Abgeordneter Dr. Portugall, für dieselben die Herren Abgeordneten Dr. Czerkawski, Dr. Andreas Edler v. Hofer und Deschmann.

In der letzten Sitzung hat sich der Herr Abgeordnete Wurm das Wort zur Beendigung seiner Rede vorbehalten. Ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter **Wurm**: Aus dem von mir in der letzten Sitzung schließlich Gesagten geht hervor, daß die Verwendung des Nothstandsanlehens zu Eisenbahnzwecken eine verfehlte ist. Weit schlimmer steht es aber mit den sogenannten Vorschußcassen.

In der 320. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. December 1877 hat der Herr Finanzminister aus Anlaß der Debatte über die von der Regierung vorgelegte Rechnung über die Verwendung des sogenannten Nothstandsanlehens vom Jahre 1873 auf die Hamburger Krisis vom Jahre 1857 verwiesen und den Grundsatz aufgestellt, daß „die Ecksteine, das heißt solche Unternehmungen gehalten werden müssen, an deren Bestand sich Tausende und Tausende von Einzelinteressen knüpfen."

Obwohl schon die in dieser Sitzung von dem Abgeordneten Herrn Dr. Kronawetter beigebrachten und vom Herrn Finanzminister nicht widersprochenen Angaben über einzelne aus den Vorschußcassen unterstützte Firmen ein absonderliches Licht darüber verbreiten, was der Herr Finanzminister unter „Ecksteinen" verstehen mag, so wäre doch in der bevorstehenden Budgetdebatte bei Erörterung unserer

Finanzwirthschaft im Allgemeinen nochmals auf jene Aeußerung des Ministers zurückzukommen und darüber etwa folgendes zu sagen:

Zunächst besteht zwischen der Hamburger Krisis vom Jahre 1857 und dem sogenannten „Wiener Krach" vom Jahre 1873 ein Unterschied, der gerade dort, wo es sich um die Behebung der Folgen einer politischen Katastrophe handelt, schwer ins Gewicht fällt; denn während Hamburg ein Staat von Handelsleuten ist, ist Oesterreich vorwiegend ein Agriculturstaat, der nur verhältnißmäßig wenige Handelsleute umfaßt, so daß in Hamburg die zur Abwendung der Krise angewendete Staatshilfe im Grunde nur eine Selbsthilfe der den Staat Hamburg bildenden Kaufleute war, in Oesterreich aber eine Staatshilfe als eine Hilfe erschien, welche auf Kosten aller Steuerträger bloß einigen Wenigen gewährt wurde.

Sodann war die Hamburger Krise durch das plötzliche Sinken der Werthe der Waare herbeigeführt, also eine wahre Handelskrise, während der sogenannte Wiener Krach von 1873 in dem Ueberfluthen des Geldmarktes mit bloß imaginären Papieren seinen Grund hatte, mithin nur reine Börsekrisis war, und die Folgen einer solchen Krisis auf Kosten aller Steuerzahler beheben zu wollen ist geradezu ein Attentat auf die redliche Arbeit zu Gunsten der Börsespieler.

Noch bedenklicher als das vom Finanzminister berufene Princip ist aber die von ihm diesfalls beobachtete Praxis.

Denn wenn auch die Unternehmungen des Hauses Liebig, welche mit acht Millionen aus den Vorschußcassen dotirt worden sein sollen, zu jenen Unternehmungen gehören mögen, „an deren Bestand sich Tausende von Einzelinteressen knüpfen", so zeigt doch die Thatsache, daß das Haus Liebig jene acht Millionen bisher noch immer nicht zurückgezahlt hat, ganz klar, daß dieses Haus entweder schon im Jahre 1873 insolvent war und noch heute insolvent ist, oder daß es unter dem Schutze des Finanzministers es vorzieht, sich die zum Betriebe seiner Unternehmungen nöthigen Gelder gegen mäßige Zinsen vom Staate leihen zu lassen — von demselben Staate, der, um sich diese Gelder zu schaffen, für 73,818.131 fl. 97 kr.: — 97,712.952 fl. 50 kr. verschreiben mußte und dieselben noch heute verzinset.

Was dagegen die übrigen Unternehmungen, denen der Herr Finanzminister das Epitheton ornans von „Ecksteinen" gewähren zu können glaubte, betrifft, so verdient die Grazer Wagenfabrik, die Dux-Bodenbacher Bahn, die Wiener-Neustädter Wagenfabrik oder die Firma Löw und Schmal in Brünn, deren bereits Dr. Kronawetter erwähnte, diese ehrende Bezeichnung wohl schwerlich.

Noch weniger verdient aber eine solche Bezeichnung die Papierfabrik zu Deutsch-Landsberg, welche, obwohl ihr Besitz schon über seinen Werth belastet war, noch 200.000 fl. aus den Vorschußcassen erhalten haben soll, dann die „Neue freie Presse" und die alte „Presse", von denen die letztere im Jahre 1876 mit 80.000 fl. bedacht worden sein soll, und endlich jenes Consortium, welches sich die Aufgabe gesetzt hatte, durch Vereinigung mehrerer Wiener Creditinstitute ein neues zu bilden, und auf diesem Wege die berüchtigten Pfandbriefe der Hypothekarcredit- und Vorschußbank, dann des Crédit foncier für Böhmen aus der Welt zu schaffen.

Im Juni des vorigen Jahres berichteten nämlich öffentliche Blätter, daß sich die böhmische Sparcasse ihres Besitzes an solchen Pfandbriefen im Betrage von nahezu 2,000.000 in der Weise entäußerte, daß sie diese Papiere jenem Consortium einfach herausgab, sodann die eine Hälfte ihres Werthes vom Reservefonde abschrieb, die andere Hälfte aber damit deckte, daß sie 5,000.000 Goldrente zum Kaufe von 50 übernahm, während das zum Emissionscourse dieser Rente noch Fehlende aus den Vorschußcassen gedeckt worden sein soll! Und diese Nachricht wurde officiell bloß dahin berichtigt, „daß die böhmische Sparcasse nach Ausweis ihrer Bücher obige 5,000.000 zum Emissionscourse übernommen hat", als ob es Sitte wäre, derlei Negociationen zum ewigen Angedenken in seinen Büchern ersichtlich zu machen.

Und doch wies der Herr Finanzminister in der Eingangs erwähnten Sitzung dieses hohen Hauses mit seltener Unverfrorenheit die Zumuthung zurück, „daß er bei der Gebarung mit den für die Vorschußcassen bestimmten Geldern irgendwelche Rücksicht auf Partei- oder politische Verhältnisse genommen habe!"

Der Herr Finanzminister hatte hier offenbar zerbrechliche Ziegel mit granitenen Sockeln verwechselt und es widerfuhr seinem Scharfblicke umgekehrt das, was wir im Evangelium lesen. Hier heißt es nämlich: „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Ecksteine geworden", während es dort heißen muß: „Die Ecksteine sind von den Bauleuten selbst verworfen worden" — und den Steuerträgern an die Köpfe gepflogen. Mit Recht sagt daher ein Wiener Blatt bei Besprechung des letzten Berichtes des Budgetausschusses über die Verwendung des in Rede stehenden Anlehens folgendes *(liest)*:

„Es ist darum sehr begreiflich, daß der Berichterstatter des Budgetausschusses am Schlusse seines Berichtes den Antrag stellt: „Die Regierung sei aufzufordern, dem nächstjährigen Berichte über den Stand der noch abzuwickelnden Geschäfte der Staatsvorschußcassen einen detaillirten Ausweis der noch aushaftenden Beträge beizufügen." Ob dieses liebevolle Eingehen ins Detail wohl auf die Schuldner der ehemaligen Staatsvorschußcassen die offenbar erwartete Pression ausüben wird? Was aber die

anderweitige Verwendung des Nothstandsanlehens, die Nothstandseisenbahnen anbelangt, so zeigt ein Blick auf die Colonne derselben dem kundigen Auge, daß sie wahrhaftige „Kinder der Noth" sind; die ganze Eisenbahnmisere, soweit Parlament und Presse in den letzten Jahren davon occupirt waren, tritt Einem da entgegen. Diese Bahnen gemahnen in ihrer Art so ganz an die Recruten weiland Fallstaffs, an Schatte, Schwächlich, Ruppig u. s. w. Der berühmte Ritter schämte sich, diese Leute als die seinen zu bezeichnen und mit ihnen durch die Stadt zu marschiren, bei uns dagegen macht man mit „diesen" Bahnen noch Staat und Reclame — für Bau und Betrieb durch den Staat.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Czerkawski hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Czerkawski:** Am ersten Tage der Debatte hat ein Herr Redner die Behauptung aufgestellt, daß die Bewilligung des Staatsbudgets mit der Votirung des Vertrauens für die betreffende Regierung gleichbedeutend ist. Wenn man gegentheilig verfährt, meint er, so bedeute das, gelinde gesagt, eine parlamentarische Unreife, indem man einer Regierung die Mittel zur Fortführung der Geschäfte bewilligt, zu deren gutem Willen oder Schicklichkeit man kein Vertrauen habe. Ich kann nicht leugnen, daß diese Theorie einige Consequenz für sich hat, und daß vom Standpunkte der streng constitutionellen Doctrin sich gegen dieselbe wenig einwenden läßt. Jedoch wir von diesen Bänken aus haben immer einer entgegengesetzten Anschauung gehuldigt; uns stand der Staat, seine Machtstellung immer viel höher als eine ephemere Regierung, und in Anbetracht dessen, daß der Staat zur Fortführung seines Staatshaushaltes und zur Aufrechthaltung seiner Existenz gewisser Mittel bedarf, haben wir nie Anstand genommen, dieselben zu bewilligen, wenn sich auch das Staatsruder zeitweise in Händen befand, in denen unsere Interessen nicht hinlänglich geborgen schienen.

Wir haben zu der gegenwärtigen Regierung niemals Zutrauen gehabt; sie hat feierliche Zusicherungen, die uns in der Thronrede auf ihre Veranlassung gegeben wurden, nicht gehalten, sie ist auf Wegen gewandelt, welche nicht die unsrigen waren, sie hat auch Grundsätze befolgt, welche wir aus tiefinnerster Ueberzeugung verurtheilen müssen — und dennoch haben wir niemals gezögert, für sie das Budget zu votiren. Mit Ausnahme jener Posten, welche ein besonderes Vertrauen ausdrücken, oder welche uns nicht hinlänglich gerechtfertigt erscheinen, werden wir auch diesmal unserer Tradition treu bleiben, jedoch nicht etwa aus Vertrauensseligkeit, oder weil wir uns zum politischen Glauben dieser Regierung bekennen, sondern lediglich im Gefühle staatsbürgerlicher Pflicht, welche auch unsere Wähler erfüllt zu sehen wünschen.

Noch viel weniger wären wir heute in der Lage diese Mittel zu versagen, wo die Monarchie von Gefahren umringt ist, und wo sie ihre Kräfte sammeln muß, um vielleicht für ihre Existenz und ihre Machtentfaltung neue Bahnen zu suchen. Ueberdies führt die gegenwärtige Regierung eingestandenermaßen die Geschäfte nur theilweise fort; sie kann wohl für die Vergangenheit, nicht aber für die Zukunft verantwortlich gemacht werden, und werden wir das Budget gern votiren, in der Anhoffung, daß die Zukunft vielleicht an das Ruder des Staates Männer bringen dürfte, welche auch unsere Ansichten, unsere Anschauungen und unsere Wünsche zu befriedigen in der Lage sein werden.

Es ist selbstverständlich, daß der Standpunkt, welchen wir eingenommen haben, eine Kritik der Vergangenheit und des ganzen Gebarens der jetzigen Regierung nicht ausschließt. Hat ja doch am ersten Tage der Debatte ein Redner von jener *(linken)* Seite, welcher ebenfalls für das Budget eintrat, eine sehr umfangreiche und ausgiebige Kritik dieses Gebarens gegeben! Mir ist die Ausübung dieser Kritik dadurch erleichtert, daß schon vor mir competentere und sachkundigere Männer es in einer gründlichen und ausgiebigen Weise gethan haben, so daß ich mich also nur auf ihre Autorität einfach zu berufen brauche, um meinen Behauptungen die erforderliche Unterlage zu geben.

Meine Herren! Kann es eine einschneidendere Kritik des finanziellen Gebarens unserer Regierung geben, als es der Bericht des Budgetausschusses selbst ist, des Budgetausschusses, welcher doch im Großen und Ganzen für die Regierungsvorlage eintritt? Wir kranken fortwährend an einem chronischen Deficit. Nach der Berechnung der Regierung beträgt das Deficit für das nächste Jahr 29 Millionen und darüber, und nur mit genauer Noth ist es dem Budgetausschusse gelungen, dieses Deficit auf nicht tiefer als 23,254.000 fl. herabzudrücken.

Wie steht es nun, meine Herren, mit der Staatsschuld? Der Budgetausschuß selbst sagt — ich citire nur seine Worte — *(liest)*:

„Die Zinsen der Staatsschuld, das Erforderniß des Anlehens der Donauregulirung und die Annuitätszahlung an die Südbahn betrugen im Jahre 1873 80,422.944 fl."

Nach vier Jahren, im Jahre 1877, betrug dieselbe Post 89,325.246 fl., also in runder Zahl in vier Jahren neun Millionen mehr. Für das Jahr 1878 ist diese Ausgabe präliminirt mit 93,224.325 fl., sie beträgt daher gegen das Vorjahr um 3,899.791 fl., also beinahe um vier Millionen mehr. Wenn es so fortgeht, so werden wir in vier Jahren nicht um neun Millionen, sondern nahezu um 16 Millionen gestiegen sein. Kann man diese finanzielle Wirth-

schaft noch billigen? Kann man sich ihr gegenüber beruhigen? Schon Andere vor mir, wie ich gesagt habe, haben die Gebrechen derselben hervorgehoben, sie haben sie gegeißelt.

Die Verwendung der Staatsgelder zur Beförderung von Parteizwecken, die Wirthschaft in den Staatsvorschußcassen, die Investitionen desperater Unternehmungen, das Alles ist mit solchem Nachdrucke hervorgehoben worden, daß Sie mir erlauben werden, mich darüber hinwegzusetzen. Ich füge nur noch hinzu, daß diese Vorwürfe, die der Regierung gemacht wurden, von derselben nie mit solcher Entschiedenheit widerlegt oder auch nur in Abrede gestellt worden sind, so daß sie vollkommene Beruhigung zu gewähren im Stande wären.

Von diesen Bänken *(rechts)* aus ist über das Gebaren der Regierung nicht bloß negative Kritik geübt, es sind auch sowohl in finanzieller, als in politischer Beziehung positive Vorschläge gemacht worden, namentlich im vergangenen Jahre in ausführlicherer und beredterer Weise, als ich es vielleicht zu thun im Stande wäre. Namentlich ist von unserer Seite aus die Nothwendigkeit eines detaillirten Programmes über die Bedeckung und endliche Beseitigung des Deficites dargestellt worden.

Wir bedauern, daß diese unsere wohlwollenden Andeutungen nicht die gehörige Berücksichtigung von Seite der Regierung gefunden haben. Wir hören immer nur von der Erhöhung der Staatseinnahmen einerseits und von der Beschränkung der Ausgaben, von Ersparungen anderseits. Man braucht aber nur halbwegs mit Aufmerksamkeit den Debatten über die Steuerreform und die Ausgleichsvorlage gefolgt zu sein, um einzusehen, daß wir noch weit entfernt sind, irgendwie unsere Einnahmen derart zu regeln, daß dadurch das Deficit in wirksamer Weise als beseitigt angesehen werden könnte.

Die Lasten mehren sich wohl hie und da; aber daß die Einnahmen so ausgiebig dadurch würden, daß ohne drückende und ungerechte Belastung des Einzelnen sie dennoch jene Höhe erreichten, die nothwendig ist, um den Bedürfnissen Rechnung zu tragen, davon ist, deß bin ich überzeugt, keine Rede gewesen. Man spricht fortwährend von Ersparnissen. Jedoch sind die Ersparnisse nicht immer derartig, daß sie dem Uebel abhelfen können, namentlich kann es Ersparnisse geben, welche einer Verschwendung gleichkommen, es sind dies insbesondere solche Ersparnisse, welche statt die Production zu heben dieselbe vielmehr verkümmern. Es sind Ersparnisse, welche dort gemacht werden, wo eine bereits begonnene Unternehmung fortgeführt, zu wahrhaften Erfahrungen führen würde; werden aber diese Unternehmungen auf einmal abgebrochen, so wird dadurch nicht bloß Nichts gewonnen, sondern auch die gemachten Auslagen müssen auf Rechnung unnützer Ausgaben, auf Rechnung einer wahren Verschwendung geschrieben werden.

Ich fürchte sehr, daß bei genauerer Untersuchung unseres Budgets dieser Vorwurf als begründet befunden werden könnte.

Wenn aber irgendwo diese Art falscher Ersparungen in Anwendung gekommen ist, so ist es namentlich bei dem Kronlande, welches ich zu vertreten die Ehre habe, geschehen. Hier sind gerade Ersparungen dieser Art beliebt worden, welche ich als unzweckmäßig und schädlich verurtheilen muß. Seit jeher hat sich sowohl die Regierung, als insbesondere der Budgetausschuß vorgenommen, unser Unterrichtswesen namentlich einem sicheren Niedergange entgegen zu führen. Die Unterbringung der Lemberger Universität wird hinausgeschoben, mehrere Lehrkanzeln, welche zur Entwicklung der Universität nöthig wären, werden nicht besetzt. Ein Theil jener Dotationen für die Universitätsbibliothek, welchen die Regierung dieses Jahr endlich im Voranschlage vorgelegt hat, wurde vom Budgetausschusse gestrichen, obwohl ein gleicher Abstrich für die Wiener Universität nicht beliebt wurde.

Die Frequenz an den Mittelschulen Galiziens steigt von Jahr zu Jahr derart, daß eine Vermehrung oder Erweiterung der Unterrichtsanstalten durchaus von Nöthen ist, die diesbezüglichen Vorschläge harren aber vergeblich ihrer Erledigung entgegen, ja sogar jene Lehranstalt, welche als die nothwendigste erkannt wurde und welche bereits die Allerhöchste Bewilligung erhalten hat, nämlich die Errichtung des vierten Lemberger Gymnasiums, wird von Jahr zu Jahr hinausgeschoben, weil es dem Budgetausschusse nicht beliebt, die von der Regierung bereits ins Präliminare aufgenommenen Ausgaben zu votiren.

Im vorigen Jahre habe ich mir schon darzulegen erlaubt, welche Nachtheile für das Schulwesen in Galizien die Zögerung mit sich bringt, daß die Bezirksschulinspectoren nicht definitiv und nicht etatmäßig besetzt werden; noch immer wird damit zum Nachtheile des Erziehungswesens, welches doch eine der productivsten Auslagen im Lande ist, gezögert.

Die Krakauer Universität bedarf dringend vieler Bauherstellungen, eine derselben, der Aufbau des Gewächshauses, ist bereits begonnen, aber dann auch liegen gelassen worden; damit ist gerade der Fall eingetreten, den ich im Auge gehabt habe, daß eine Auslage umsonst gemacht wurde, weil man sich scheut, die weiteren nothwendigen Auslagen dafür zu bewilligen.

Ich will nicht näher darauf eingehen, ob der langsame Bau des Statthaltereigebäudes in Lemberg nicht ebenfalls solche Nachtheile mit sich bringt; ich will nicht untersuchen ob die Fonds, welche für Wasserbauten in Galizien bewilligt werden, nicht

illusorisch, ob sie ausreichend sind. Das Ganze, was ich gesagt habe, bestätigt, meine Herren, nur das Bild, welche Wirthschaft einerseits im Finanzwesen geführt wird und welcher Behandlung anderseits Galizien ausgesetzt ist.

Wenn man diese Details einander entgegenhält, so muß man es sonderbar finden, wenn ein verehrter Landsmann und College von mir, der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden von Tarnopol, auf dieser Seite *(auf die Bänke der Ruthenen weisend)* am ersten Tage der Debatte die Sache so dargestellt hat, als ob gerade die Regierung in einer parteiischen Weise sich dem Lande Galizien hold erweise und namentlich die polnisch-nationalen Bestrebungen desselben zum Nachtheile des ruthenischen Volksstammes begünstige. Seine Ausführungen, die er in dieser Beziehung beliebt hat, stehen zwar mit dem Budget in keiner, weder unmittelbaren, noch auch nur mittelbaren Verbindung. Da jedoch das hochverehrte Präsidium des Hauses dieselben nicht als nicht zur Sache gehörig abgelehnt hat, so halte ich mich für berechtigt, auf dieselben zurückzukommen.

Ich bedauere, daß es dem Herrn Abgeordneten gefallen hat, den leidigen Bruderzwist, der von Uebelwollenden im Lande fortwährend geschürt wird, hier vor einer Versammlung bloßzustellen, welche sicherlich vermöge ihrer Zusammensetzung nicht die entsprechenden Anhaltspunkte hat, um sich hierüber ein grundhältiges Urtheil zu bilden.

Ich will nicht glauben, daß er es gerade deshalb gethan, darauf rechnend, daß Unkenntniß der Umstände seinen Ausführungen, seinen Declamationen desto leichter Eingang und Glauben verschaffen werde.

Es widerstrebt meinem patriotischen Gefühle, ihm auf dieses Gebiet zu folgen. Jedoch im Dienste und zur Steuer der Wahrheit fühle ich mich anderseits verpflichtet, auf das Unhaltbare seiner Behauptungen wenigstens insofern hinzuweisen, als dieselben entweder mit offenkundigen Thatsachen oder mit sich selbst in einem schneidenden Widerspruche stehen.

Es ist schon auffallend, meine Herren, daß der Herr Abgeordnete es nicht für gut gefunden hat, an seine Darstellung positive Anträge zu knüpfen; wohl ist das eine Wendung, durch welche man sich im parlamentarischen Leben häufig aus der Verlegenheit zu ziehen sucht. Wenn aber die Ausführungen so einschneidender Natur sind, wie die des Herrn Abgeordneten für die Landgemeinden von Tarnopol zu sein schienen, dann ist es Pflicht sie zu praktischen Anträgen zu formuliren, wenn man sich nicht dem Vorwurfe aussetzen will, daß man gerade die Politik der Wirklichkeit und die Kritik der praktischen Anträge gescheut hat, weil man besorgte, daß bei näherer Untersuchung dieser Anträge sich entweder die Voraussetzungen oder die angegebenen Mittel als unhaltbar erweisen werden.

Der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden von Tarnopol sprach von der Bedrückung der ruthenischen Nationalität durch die polnische in Galizien in einer Weise, als ob Galizien heute mit einer unerhörten politischen und administrativen Selbstständigkeit ausgerüstet wäre, welche von dem anderen, dem polnischen Volksstamme, zum Nachtheile des Bruderstammes ausgenützt wird; und doch ist, meine Herren, bekannt, daß Galizien eine österreichische Provinz ist, daß es ganz nach denselben Gesetzen und Vorschriften verwaltet und regiert wird, wie die anderen Provinzen, daß die Verwaltung, die Staatsgewalt sich in den Händen von kaiserlichen Beamten befindet, welche von der Centralbehörde, beziehungsweise von Seiner Majestät ernannt und angestellt werden, und welche dieser Behörde für ihr Gebaren durchaus verantwortlich sind. Der Herr Abgeordnete hat bei seinen Ausfällen vornehmlich eine einzige Persönlichkeit des jetzigen Ministeriums ins Auge gefaßt; er hat aber übersehen, daß diese Hiebe, die er gegen dieselbe gerichtet hat, ebensosehr auf das ganze Ministerium passen und dasselbe treffen mußten, weil das ganze Ministerium für die Verwaltung des Landes Seiner Majestät und diesem hohen Hause verantwortlich ist; der Herr Abgeordnete hat es übersehen, wie nahe er gewissen Persönlichkeiten getreten ist, welche durch das Vertrauen Seiner k. und k. Majestät an die Spitze der Verwaltung und des Gerichtswesens in Galizien gestellt sind, und deren Ehrenhaftigkeit und Loyalität außer allem Zweifel allgemein erkannt und auch von den Männern der Partei des Herrn Abgeordneten wiederholt betont wurde. Der Herr Abgeordnete hat wohlweislich verschwiegen, daß ein bedeutendes Contingent von Beamten galizischer Nationalität, welche er vertreten zu wollen scheint, aus Beamten dieser Nationalität besteht; er hat es verschwiegen, daß dieses Contingent bei der Justiz in Galizien das überwiegende ist; er hat es nicht gesagt, daß dieses Contingent im Lehrfache so bedeutend ist, daß es das Verhältniß der Nationalitäten zur Schülerfrequenz in bedeutender Weise übersteigt.

Sie können, meine Herren, daraus schon selbst entnehmen, wie viel Werth die weitere Behauptung des Herrn Abgeordneten habe, daß das Schicksal der Ruthenen in Galizien mit jenem der türkischen Rajas vergleichbar ist. Ich will nicht annehmen, daß der Herr Abgeordnete die weitere Consequenz aus diesem Ausspruche ziehen will, daß er vielleicht einen Blick in das Ausland richten wollte, von wo die Erlösung für diese Nationalität kommen soll, ich glaube es deßhalb nicht, weil eine solche Folgerung von seiner Seite, wie ich mit Grund versichern zu dürfen glaube, hier im Lande und selbst unter seinen

Nationalen durchaus keinen Anklang finden könnte und würde.

Als einen der Hauptbeschwerdepunkte führt der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden Tarnopol die Art an, wie die Grundlasten in Galizien abgewickelt wurden.

Es fällt schon bei der Annahme dieser Beschwerde auf, daß sie als eine nationale behandelt wird, eine Frage, welche doch rein ökonomischer und socialer Natur ist; jedoch sind wir dies in Galizien schon gewohnt, hat es sich doch einmal ergeben, daß ein kirchlicher Würdenträger ruthenischer Nationalität diese Frage auch des Breiten entwickelte in einem Buche, welches das Schicksal der griechisch-katholischen Kirche in Galizien darstellen sollte, und diese rein ökonomisch-sociale Frage nicht bloß als eine nationale, sondern auch als eine religiöse darstellte. In den verschiedensten Formen wurde sie als Agitationsmittel im Lande benutzt, um die früher abhängigen kleinen Grundbesitzer gegen den Großgrundbesitz aufzuhetzen. Jedoch sind diese Anstrengungen, Gottlob, an ihrer inneren Haltlosigkeit und ferner an dem gesunden Sinne unserer ländlichen Bevölkerung gescheitert. Besehen wir diese Frage etwas bei Lichte!

Sind die agrarischen Verhältnisse in Galizien vielleicht nach anderen Grundsätzen als in anderen Ländern der Monarchie geregelt worden? Haben dort nicht dieselben Gesetze gegolten? Ist vielleicht etwas beliebt worden, was zum Nachtheile der bäuerlichen Bevölkerung ausgefallen ist?

Ja wohl, meine Herren, die Schwierigkeiten, die in diesem hohen Hause schon zu wiederholtem Male aufgetaucht sind, und welche sich auf die Subventionirung des galizischen Grundentlastungsfondes beziehen, haben Ihnen dargethan, daß man in Galizien bei der Aufhebung der Frohne in einer Weise vorgegangen ist, die in anderen Ländern unerhört war.

Während in anderen Provinzen ein Drittel des Werthes von den Bauern gezahlt wurde, ist in Galizien das Ganze auf den Staatsschatz übernommen worden.

Was die Servituten anbelangt, so sind verschiedene Rechte, wie z. B. das Recht des Bezuges des Klaubholzes den Bezugsberechtigten in anderen Ländern nicht vergütet worden, während dem Bauer in Galizien auch für die Aufhebung dieses Rechtes die Vergütung geleistet werden mußte.

Was die Durchführung selbst anbelangt, so scheint der Herr Abgeordnete vergessen zu haben, daß die meisten Angelegenheiten im Wege gütlichen Uebereinkommens beglichen wurden. Wo dies nicht geschehen ist, stand ja beiden Seiten, sowohl der einen, wie der anderen Seite, der Recurs offen, und es wurde sehr häufig davon Gebrauch gemacht, und in letzter Instanz haben doch nicht die Behörden in Galizien, sondern die Centralbehörden entschieden.

Der Herr Abgeordnete beschwert sich über das Präsentationsrecht für kirchliche Pfarren. Er beklagt es, daß die Verleihung der Pfründen noch immer von den Gutsbesitzern abhängt, was er perhorrescirt. Er führt des Weiteren aus, welche Mißbräuche da geschehen, indem die Beneficiaten, die ruthenischen Geistlichen, den römisch-katholischen Gutsbesitzern gegenüber verschiedene Verpflichtungen übernehmen, die mit ihrer Ehre, ihren Pflichten und Grundsätzen nicht übereinstimmen.

Ich frage, meine Herren, ist es recht, die Aufrechthaltung dieses Rechtes Jemandem in die Schuhe zu schieben, welcher weder die Macht, noch das Recht hat, die Gesetzgebung in dieser Beziehung abzuändern? Glaubt der Herr Abgeordnete, daß ein anderer Landtag in Galizien es vielleicht thun würde? Ich glaube nicht, daß irgend ein Landtag dazu das Recht hätte.

Was aber die gewissen Verpflichtungen anbelangt, so erinnere ich nur daran, daß der Herr Abgeordnete selbst mehrmals in der Lage war, derartige Pfründen von Gutsbesitzern zu begehren und anzunehmen.

Ich frage nun, hat er in diesen Fällen Verpflichtungen übernommen, welche seiner Ehre und seinen Grundsätzen widersprachen, oder sind sie von ihm nicht begehrt worden? Entweder ist das Eine oder das Andere nicht wahr! *(Rufe: Sehr richtig!)*

Oder hat er vielleicht diese Verpflichtungen mit einer gewissen reservatio mentalis übernommen und ist er ihnen dann untreu geworden? Wie dem auch sei, ich leugne nicht, daß vielleicht hin und wieder Mißbräuche vorgekommen sind, aber eine ganze Classe von Staatsbürgern auf diese Weise verleumden zu wollen, ohne dafür Beweise in den Händen zu haben und anführen zu können, das, glaube ich, ist mit dem Pflichtgefühle eines Abgeordneten nicht vereinbar.

Der Herr Abgeordnete hat auch viel über die Zurücksetzung der ruthenischen Sprache geredet; er sagte, daß sie aus dem Amte und theilweise auch aus der Schule verbannt sei, daß man in Galizien nirgends findet, als ob man es mit einer ruthenischen Bevölkerung zu thun hätte. Allerdings ist durch die Gnade Seiner k. k. Apostolischen Majestät nach langen Jahren endlich die Landessprache zur Amtssprache erklärt worden. Ich glaube, daß diese Erklärung einer der wichtigsten und weisesten Staatsacte gewesen ist, der einmal der Monarchie reichliche Zinsen bringen wird. Die Männer, die dazu beigetragen haben, können sich das zum Verdienste und zur Ehre anrechnen. Wo es aber, wie in Galizien, zwei Landessprachen gibt, da mußte es sich darum handeln, welche von ihnen den Vorrang vor der anderen haben soll, das Recht haben soll, zur Amts-

Der betreffende Herr Abgeordnete sagt zwar, es herrsche eine totale Verwirrung; das Ministerium habe dieselbe hervorgerufen. Nein, nicht das Ministerium hat sie hervorgerufen, sondern jene politischen Adepten, welche, den Boden der Verfassung verlassend, dem Volke durch Hirngespinnste nur unklare Begriffe über unsere staatlichen Verhältnisse beibringen und schließlich einen Messiasglauben im Lande verbreiten, als ob eine Erlösung aus dem Zustande der schweren Steuerzahlung nur von anderwärts erwartet werden könnte. *(Rufe links: Hört!)*

Der Herr Abgeordnete hat dem Ministerium den Vorwurf gemacht, warum es nicht gleich dem Beispiele der Ungarn, welche mit den Croaten eine Abfindung ins Werk gesetzt haben, jenes berühmte, weiße Deak'sche Blatt Papier den Slaven zugemittelt haben, damit diese darauf ihre Wünsche niederschreiben und auf Grund derselben neue Vereinbarungen stattfänden. Ja, meine Herren, falls bei uns ein solches weißes Blatt Papier beschrieben würde, so wissen wir ja, was darauf zu stehen käme. Ich zweifle, ob dadurch unsere Staatsfinanzen erleichtert werden, wenn ein slovenischer Hofkanzler creirt würde *(Heiterkeit)*, wenn eine slovenische Universität dem Lande als Geschenk gemacht würde, wenn ein Verwaltungsgebiet von vorläufig noch unbekannten Grenzen, eine Art österreichisches Bulgarien geschaffen würde. *(Heiterkeit links.)*

Ueberhaupt, meine Herren, wenn wir die verschiedenen Rufe in dem hohen Hause hören nach Abänderung unserer Verfassung, nach Neugestaltung Oesterreichs, da glaube ich wohl, daß selbst, wenn unser Herrgott herabkäme, um diese Arbeit in die Hand zu nehmen, Diejenigen, welche den Messias herbeigerufen haben zur Ordnung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse, die Ersten wären, welche das „crucifigite illum" ertönen ließen. *(Rufe links: Sehr gut!)* So z. B. hat ein Herr Abgeordneter von dieser *(linken)* Seite des hohen Hauses gemeint, er wolle die Personalunion, und sodann für diese Reichshälfte einen innigen Anschluß an Deutschland, zugleich, fügte er aber bei, wolle er das allgemeine Wahl- und Stimmrecht, ohne zu bedenken, daß, wenn dieses letztere durchgeführt würde, die numerisch überwiegende Anzahl der vielen Millionen Slaven, was ja von jener *(rechten)* Seite dieses hohen Hauses so oft betont wird, mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Programm Einsprache erheben würde, und ich darf wohl hinzufügen, die Deutschen ebenfalls. *(Rufe: Ja wohl!)*

Ein anderer der Herren Vorredner meinte, die administrative Autonomie möge eingeführt werden, dann werden die Staatsfinanzen erleichtert, der bureaukratische Centralismus werde aufhören. Ich anerkenne die theoretische Richtigkeit dieses Satzes, allein, meine Herren, besehe ich mir die österreichischen Zustände, so muß ich gestehen, daß sie nie und nimmer mit den schweizerischen in eine Parallele zu stellen sind.

Einer der Herren Redner auf dieser *(linken)* Seite des hohen Hauses hat bemerkt: es werde leicht möglich sein, das Budget zu entlasten und zwar dadurch, daß die Reichsstraßen, die ja jetzt bei einem so entwickelten Eisenbahnnetze überflüssig geworden sind, der Landesadministration zufallen. Ich bedauere, daß Seine Excellenz der Herr Minister des Innern nicht im hohen Hause sitzt, um uns seine Erfahrungen mitzutheilen, die er mit seinen Anträgen bezüglich der Excamerirung von Reichsstraßen in den einzelnen Ländern gemacht hat. Meine Herren, ich kenne ein Land, wo eine Eisenbahn gebaut wurde und wo über die Zufahrtsstraßen noch gar kein Landesgesetz bestand. Man sollte wohl glauben, es verstehe sich von selbst, daß die Zufahrtsstraßen zu der Eisenbahn von den betreffenden Gemeinden hergestellt werden. Keineswegs! Nach dortiger Ansicht hätte das Reich auch noch die Zufahrtsstraßen zu der Bahn herzustellen, denn accessorium sequitur principale.

Derselbe Herr Abgeordnete meinte, die aus dem Staatsschatze bezahlten Bezirksärzte könnte man ja ganz gut den Gemeinden oder dem Lande zur Obsorge überlassen. Ja, auch hierin ist man in dem Landtage des Landes, das ich hier zu vertreten die Ehre habe, anderer Ansicht, in jedem Jahre wiederholen sich die Bitten, die Centralregierung möge dafür Sorge tragen, daß in jeder Bezirkshauptmannschaft wenigstens ein k. k. Bezirksarzt angestellt werde, denn die Landgemeinden werden sich gar nicht dazu herbeilassen, Aerztestellen auszuschreiben, weil es ja bekannt ist, daß der Landmann eher dafür Sorge trägt, daß sein Vieh gesund sei, als daß er für die Gesundheit seiner Familie sich besonders kümmern würde. *(Heiterkeit.)*

Ein Abgeordneter von jener *(rechten)* Seite des hohen Hauses hat seine Stimme dagegen erhoben, daß das hohe Ministerium die Waldverwüstungen in den verschiedenen Ländern des Reiches in so erschreckend progressiver Weise gestatte.

Ja, meine Herren, hat er denn vergessen, daß die diesfällige Obsorge eine Angelegenheit der Länder sei? Ich glaube, es wäre besser, wenn sich manche Landesvertretungen nicht so sehr mit staatsrechtlich-politischen Discussionen befassen, sondern solchen Waldangelegenheiten ihr besonderes Augenmerk zuwenden würden. Wir sehen jedoch leider, daß in jenen Ländern, wo die Verkarstung des Bodens in Folge der Entwaldung in erschreckender Weise zunimmt, diese Frage fast nie im Landtage verhandelt wurde, sondern daß es dort gewöhnlich heißt: die Centralregierung schaffe uns einen Districtförster in diesem oder jenem Theile des Landes.

Ich glaube, daß unser Budget hievon sehr sprechende Beweise in der Abtheilung des Ackerbauministeriums liefert, in wie hohem Grade das Centrale von den einzelnen Ländern diesfalls in Anspruch genommen wird.

Ich könnte mich hier noch in sehr weitläufigere Excursionen einlassen, allein dieses Wenige dürfte genügen, um nachzuweisen, daß das Reich doch nicht ein so hartherziger Nährvater gegen seine Kinder sei, als dies von so mancher Seite behauptet wird. Ja, ich behaupte sogar, daß manche dieser Kinder, welche nicht zu den am schlechtesten behandelten gehören, gewöhnlich die lautesten Wehklagen gegen das Reich erheben.

Eines muß ich noch bemerken, daß vielleicht gerade die Gestattung einer zu weit gehenden Autonomie die Ursache war, warum in unserem Budget eine bedeutende Ausgabenrubrik im Laufe der Jahre die Höhe von mehr als 15 Millionen Gulden überschritten hat. Es ist dies die Ausgabenrubrik für die Grundsteuerregulirung. Man hat in diesem hohen Hause verschiedene Ansichten ausgesprochen über die Ursachen des schlechten Fortganges der Grundsteuerregulirung.

Allein nach meiner bescheidenen Ansicht liegt der Kernpunkt des Uebels in dem eine sehr autonome Färbung tragenden, gewiß wohlgemeinten Gesetze über die Grundsteuerregulirung, das sich für unsere österreichischen Verhältnisse nicht bewährt hat, indem den einzelnen Landescommissionen eine zu weit gehende Autonomie, sozusagen eine völlige Selbständigkeit zugestanden wurde. Es verlangt zwar der §. 30 des Grundsteuerregulirungsgesetzes, daß dort, wo sich an den Landesgrenzen auffallende Verschiedenheiten in den Tarifen ergeben, dieselben von den Landescommissionen auszugleichen sind, welche diesfalls das wechselseitige Einvernehmen zu pflegen haben.

Es sind auch mit immensen Kosten solche commissionelle Verhandlungen gepflogen worden, es ist ungeheuer viel Papier beschrieben worden; man hat eine Menge wechselseitiger Rathschläge ausgetauscht, man hat sich schließlich in gegenseitigen Herablicitationen der Tarife überboten; allein die Thatsache ist die, daß Tarife zu Stande gekommen sind, welche als monströs bezeichnet werden können, in denen die Unterschiede der bisherigen Tarife auf Grund des stabilen Katasters nur noch viel größer geworden sind.

Ich bezweifle es, ob die Centralcommission selbst bei ihrem besten Willen in der Lage sein wird, diese großen Ungleichheiten zu beheben.

Das nämliche Gesetz hat weiters, anstatt die Durchführung dieses Gesetzes dem verantwortlichen Minister zu übertragen, gerade um der Autonomie der einzelnen Landescommissionen nicht zu nahe zu treten, eine unverantwortliche Centralcommission geschaffen, welche nach meiner Ansicht jene großen Ungleichheiten auszugleichen kaum im Stande sein wird, ohne einen Krieg Aller gegen Alle herbeizuführen. Denn ich bemerke, daß die bisherigen Einschätzungen auf Grund von Tarifen stattfinden, welche von den Landescommissionen beschlossen wurden, daß also diese Einschätzungen nach der Ansicht der Steuerträger hinfällig sein werden, wenn andere Tarife für einzelne Länder festgestellt werden sollen. *(Rufe links: Hört!)*

Es haben so manche der Herren sich in vergleichende Darstellungen zwischen den Ausgaben des Reiches in den Jahren 1862, dann 1867 und den jetzigen eingelassen.

Ich glaube, es wäre vielleicht auch am Platze gewesen, zugleich in Betracht zu ziehen, wie es denn mit den einzelnen Landesbudgets bestellt sei. In dem Lande, das ich hier zu vertreten die Ehre habe, hat vor dem parlamentarischen Regime die Landesumlage 13 Percent betragen, seitdem ist sie auf 58 Percent gestiegen, wovon 18 Percent auf die Volksschulen entfallen. Dazu kommen noch 40 Percent auf die Verzehrungssteuer von Wein, Most, Fleisch, 20 Percent in sehr vielen Bezirken für Bezirksstraßen und meist 10 Percent für die Bedürfnisse des einzelnen Bezirkes, z. B. für den Sanitätsdienst u. s. w., so daß wir schon nahezu 100 Percent, also im Vergleiche zu jener ursprünglichen Landesanlage nahezu eine Erhöhung von 500 Percent haben. Bei uns klagt der Landmann: Wann werden diese immer drückenderen Belastungen ein Ende nehmen? Er unterscheidet nicht zwischen dem, was er dem Staate gibt und dem, was das Land von ihm verlangt; er weiß nur, daß er für die öffentlichen Bedürfnisse in einem Maße in Anspruch genommen wird, daß er nicht weiter zu zahlen im Stande sein wird.

Außerdem aber wird seine Thätigkeit für so mannigfache öffentliche Dienstleistungen in Anspruch genommen, für die er gar kein Verständniß und kein Interesse hat, so daß die Klagen der Gemeinden allgemein sind, es möge endlich eine Erleichterung, namentlich für das Landvolk, eintreten.

Ich glaube daher, daß der betreffende Ausschuß, welcher heute eingesetzt werden wird, bei seinen Vorschlägen wegen Ersparungen im Staatshaushalte und wegen Vereinfachung der Administration nicht wird umhin können, auch die so hoch gestiegenen Landesumlagen in Betracht zu ziehen.

Ich komme nun zum Schlusse meiner Ausführungen und bemerke, daß ich für das Eingehen in die Specialdebatte stimmen werde; ich kann jedoch nicht umhin, mein Bedauern auszusprechen, daß der verehrte Finanzausschuß seit einer Reihe von Jahren in einer Ausgabenrubrik, wie es mir scheint, zu weit gehende Abstriche eintreten läßt, es ist dies die Ausgabenrubrik des Ministeriums des Unterrichts für die Hebung des Volksschulwesens.

Ich meinerseits kann nur bemerken, daß in dem Lande, welches ich hier zu vertreten die Ehre habe, schon seit langer Zeit der Bau eines Lehrerseminars in Aussicht genommen ist, daß der bezügliche Grund schon längst angekauft ist, daß jedoch die Durchführung ins Stocken gerieth, weil die hohe Reichsvertretung diesfalls keine Geldmittel bewilligt hat. Insbesondere werden jene geringen Brosamen, welche für das Volksschulwesen einzelner Länder von dem Tische des Reiches abgefallen sind, immer spärlicher; heuer figuriren sie nur mehr mit 38.000 fl. im Budget, im nächsten Jahre werden sie wahrscheinlich ganz verschwinden. Man beruft sich auf das Volksschulgesetz, welches die Volksschulangelegenheiten als eine Landesangelegenheit erklärt. Ich glaube jedoch, daß es Sache der Reichsvertretung ist, nicht strenge nach dem Wortlaute des Volksschulgesetzes vorzugehen, sondern für die Bedürfnisse der in der allgemeinen Bildung zurückgebliebenen Länder einen allgemeineren, generelleren Blick zu haben, um mittelst Beihilfe des Reiches eine Ausgleichung in den so verschiedenen Bildungszuständen der Völker Oesterreichs zu erzielen.

In dieser Beziehung könnte uns Frankreich, auf welches man sich so oft beruft, als Muster dienen. Haben ja doch die Kammern dieses mit Abgaben so sehr in Anspruch genommenen Landes vor Kurzem 50 Millionen Francs als Subvention für die Gemeinden behufs Erbauung neuer Schulhäuser und weitere 50 Millionen für den nämlichen Zweck bewilligt, damit den Gemeinden des Landes mit Darlehen gegen billige Interessen unter die Arme gegriffen werde.

Diese Schlußbemerkungen glaube ich hier in die Generaldebatte einbeziehen zu sollen mit dem Ausdrucke des tiefsten Bedauerns, daß hier den Erfordernissen des öffentlichen Unterrichtes nicht mehr Rechnung getragen wird. Ich bemerke nur, daß ich in der Specialdebatte bei den betreffenden Positionen keinen Antrag stellen werde, da ich weiß, daß die Stellung eines solchen von keinem Erfolge begleitet wäre. *(Bravo! Bravo! links.)*

*(Während vorstehender Rede hat Vicepräsident Freiherr v. Pillersdorff den Vorsitz übernommen.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Hanisch hat zu einer thatsächlichen Bemerkung das Wort.

Abgeordneter Dr. **Hanisch:** Der Herr Abgeordnete Wurm hat in der letzten Sitzung, wie auf Seite 11474 des stenographischen Protokolles zu lesen ist, bei der Bemänglung der Errichtung neuer Bezirksgerichte unter Anderem gesagt *(liest)*:

„So wurde z. B. in Rokitnitz in Böhmen ein neues Bezirksgericht derart activirt, daß die demselben zugewiesenen Gerichtsinsassen bei ihrem früheren Bezirksgerichte Reichenau vorbeigehen müssen, um zu ihrem jetzigen Bezirksgerichte zu gelangen."

Ich finde mich veranlaßt und verpflichtet, nicht nur als Abgeordneter dieses Gerichtsbezirkes, sondern als Obmann und Angehöriger desselben, ganz abgesehen von der Frage, ob solche Verhältnisse unter Umständen sich nicht als nothwendig erweisen könnten, zu erklären, daß diese Anführung des Herrn Abgeordneten Wurm auf Unwahrheit beruht.

**Vicepräsident:** Der Herr Generalberichterstatter hat das Wort.

Generalberichterstatter **Wolfrum:** Hohes Haus! Es war wohl vorauszusehen, daß in der Generaldebatte über ein Budget, welches wiederholt einen großen Abgang aufweist, unbedingte Fürsprecher desselben nicht auftreten werden; das liegt in der Natur der Sache, und daher haben auch alle Herren, sowohl diejenigen, die für, als auch diejenigen, die gegen gesprochen haben, mehr oder weniger wichtige und große Ausstellungen an den Vorlagen zum Ausdrucke gebracht.

Der geehrte Abgeordnete aus Böhmen hat in sehr umfassender Weise seine Wünsche für eine größere Sparsamkeit dargelegt und für die Specialdebatte vielfache Anträge angekündigt. Ich glaube ihm versichern zu können, daß er mit seinen Bemühungen für eine größere Sparsamkeit nur den seit Jahren fortgesetzten Bestrebungen des Budgetausschusses entgegengekommen ist und daß in dieser Beziehung alle Sympathie ihm entgegengebracht wird.

Nur möchte ich für meine Person bemerken, daß bei der Beurtheilung der Gebarung der Geschäfte sehr viel auf den Standpunkt ankommt, welchen der Beurtheiler einnimmt, und der geehrte Herr Abgeordnete wird in seiner früheren amtlichen Wirksamkeit ja diese Erfahrung auch gemacht haben. Manche Ersparnisse, welche der Budgetausschuß anstrebte, mußten vorderhand unterbleiben, weil durch eine eingehendere Berathung die Ansichten eben sich ändern mußten gegenüber den früher gehabten Anschauungen. Die Specialdebatte wird übrigens Gelegenheit geben, die angekündigten Anträge näher zu besprechen und ich für meine Person werde es lebhaft begrüßen, wenn die Begründung derselben eine derartige ist, daß sie die Billigung des hohen Hauses finden.

Die geehrten Herren Redner von dieser *(rechten)* Seite des Hauses, die gegen die Vorlage und gegen das Eingehen in die Berathung derselben

sprochen haben, haben vorzugsweise einen Grund für unsere schlechten Finanzverhältnisse gefunden: das System. Es ist nicht das erste Mal, daß dem Systeme alles Uebel zugeschrieben wird, das unseren Staat betroffen hat und nach der Meinung mancher Herren auch in Zukunft noch treffen wird. Beinahe in jeder Budgetdebatte wurden gegen das System — ich glaube aber, eigentlich soll es heißen: „Verfassung" — Anwürfe erhoben und sind diesem Systeme alle die Uebel zugeschrieben worden, und ich könnte mich wohl auf alles Dasjenige beziehen, was in früheren Budgetdebatten dagegen, ich glaube, mit gutem Grunde und hinreichend vorgebracht wurde.

Wenn aber der geehrte Herr Abgeordnete aus Mähren an der Centralisation ein Vergehen gegen die Sparsamkeit gefunden hat, so muß ich sagen, in dieser Beziehung haben wir in Oesterreich einige Erfahrung gemacht. Diese Erfahrung geht aber nicht dahin, daß mit der Decentralisation etwa billiger verwaltet wird; täglich erleben wir es, daß die Autonomie ziemlich viel Geld kostet, daß dieselbe kostspielig ist, manchmal, ich gebe es zu, zur Zufriedenheit der Steuerzahler, aber sehr häufig, und ich möchte beinahe behaupten, öfter nicht zu ihrer Genugthuung. Die Maßregel einiger vorhergegangener Regierungen, gewisse Ausgaben aus dem Staatsbudget zu entfernen, um diese Agenden dem Lande zuzuweisen, hat allerdings das Staatsbudget entlastet, aber der Steuerzahler hat von dieser Entlastung nichts empfunden, vielmehr wurde er durch die Zuschläge nur ums Doppelte getroffen. Ich muß überhaupt sagen und kann nicht anstehen, es auszusprechen, daß es ein Verkennen aller maßgebenden Umstände ist, wenn man dem Systeme, der Verfassung die Ursache zuschreibt, daß unsere Finanzen jetzt in solch traurigem Zustande sind. Daß jetzt an einen Staat größere Anforderungen gestellt werden, das liegt nicht in der Verfassung und in keinem Systeme, das liegt im Geiste unserer Zeit und in den Bedürfnissen unserer Zeit, denn wir können doch unsere Jugend nicht mehr mit einem so geringen Unterrichte aufwachsen lassen, als es früher der Fall gewesen ist? Wir müssen die Schulen besser dotiren, wir müssen für den Unterricht mehr Geld ausgeben. Wir müssen auch all die neueren Verkehrsmittel in unserem Lande einführen, damit nicht die Gewerbe und insbesondere der Ackerbau dem unheilbaren Siechthume verfallen. Denn wenn wir keine Eisenbahnen gebaut, die Post nicht besser eingerichtet, keine Telegraphenlinien errichtet hätten, so möchte ich fragen, wie würde es mit unserem Getreidehandel stehen, nachdem alle unsere Nachbarländer sich diese Hilfsmittel des Verkehres in so ausgiebiger Weise eigen gemacht haben? Wir müssen auch unsere Justiz den Bedürfnissen eines so gesteigerten Verkehres anpassen, und das Alles, meine Herren, kostet Geld und erfordert Einnahmen.

Bis zum Jahre 1873 hatten wir diese Einnahmen, und wir konnten unseren Staatshaushalt ohne Deficit decken. Seit dem Jahre 1873 sind die Einnahmen nicht bloß bei uns, sondern in allen Ländern der Cultur und unter allen Verfassungen sehr bedeutend zurückgegangen, und ein Blick auf unser Budget und ein Vergleich des Budget für das Jahr 1878 mit dem Rechnungsabschlusse des Jahres 1877, mit den Ergebnissen der Verwaltung, zeigt dies ganz deutlich.

Die Grundsteuer ist für das Jahr 1878 um . . . . . 1,902.740 fl.
niedriger präliminirt, als sie im Jahre 1873 getragen hat, der Zoll um . . . . . 6,171.498 fl.
die Biersteuer um . . . . . 4,033.601 „
der Tabak um . . . . . 1,683.189 „
die Taxen um . . . . . 8,225.734 „
und nur der Stempel ist um . . . 2,218.154 „
höher angenommen für das Jahr 1878, als er im Jahre 1873 getragen hat.

Diese von mir angeführten Steuern sind im diesjährigen Budget um . . . . 19,798.608 fl.
niedriger angenommen, als sie im Jahre 1873 ertragen haben. Aber nicht allein, daß unsere Einnahmen so zurückgegangen sind, gewisse Ausgaben, auf welche eine Ingerenz sehr schwer möglich ist, sind wieder gestiegen, so z. B. die Restitutionen, welche im diesjährigen Voranschlage um . . 1,310.322 fl.
höher präliminirt sind, als im Jahre 1873; ich mache darauf aufmerksam, bloß präliminirt, denn in der Regel kosten sie mehr. Die Subventionen und Dotationen sind um . . . . . 4,390.258 fl.
höher eingestellt, der Pensionsetat erfordert im Jahre 1878 um . . . . . 1,630.373 fl.
mehr, und endlich die Staatsschuldzinsen sind im Jahre 1878 um . . . . . 12,801.380 fl.
höher eingestellt, als sie im Jahre 1873 wirklich betragen haben. Diese von mir angeführten Ausgaben betragen . . . . . 20,132.133 fl.
und wenn man die verringerten Einnahmen dazu rechnet, so ist das Jahr 1878 um nahezu 40 Millionen Gulden schlechter, als das Jahr 1873. Das, hohes Haus, sind einfach die Ursachen unserer schlechten Finanzlage, das Verringern der Einnahmen, und wie ich nochmals betone, es ist diese Thatsache nicht allein bei uns eingetreten, sie ist in allen Culturländern eingetreten und muß ganz energisch bekämpft werden. Allerdings ist da die Sparsamkeit das erste Mittel, um zu einem besseren Ziele zu kommen, und wiederum bietet uns der gegenwärtige Staatsvoranschlag auf den ersten Blick dasjenige Object dar, an welchem wir vorzugsweise sparen müssen, wenn wir endlich zu einem besseren Ziele gelangen wollen und dieses Object sind die Staatsschuldzinsen. Denn die Erhöhung dieser Zinsen nimmt deßwegen so außerordentlich zu, weil immer das zu deckende Deficit des einen Jahres das Deficit des

nächsten Jahres wieder erhöht. Wenn hier nicht durch eine Vermehrung der Einnahmen eine Abhilfe geschaffen wird, so ist es ganz leicht vorauszusehen, daß in zwei, drei Jahren diese Erhöhung eine solche Größe angenommen hat, daß es schwer ist, darin wieder eine Remedur vorzunehmen. Wir haben den Fehler gemacht, daß wir unser Deficit durch Anlehen immer gedeckt haben; das darf nicht mehr stattfinden, wir müssen auch die Einnahmen berücksichtigen, und seit dem Jahre 1873 haben wir die Richtigstellung der Einnahmen vollständig außer Acht gelassen. Ein Staat kann wohl Anlehen für sogenannte productive Auslagen, für Eisenbahnen u. dergl. machen, wenn aber diese Eisenbahnen, diese productiven Auslagen voraussichtlich in den nächsten Jahren kein Erträgniß abwerfen, dann sollte man doch für die Zinsen dieser Anlehen wenigstens selbständige Einnahmen schaffen. Wenn man aber den Abgang an der wirklichen Gebarung der Staatsverwaltung immer nur durch Anlehen deckt, dann, meine Herren, glaube ich, daß dies gerade das Gegentheil der Sparsamkeit ist, denn eben die Zinsen des Deficitanlehens des einen Jahres erhöhen das Deficit im nächsten Jahre wieder, und wenn wir uns bei Berathung des Staatsvoranschlages noch so sehr abmühen, einige Hunderttausende oder eine Million zu ersparen, wird das Deficit doch nicht niedriger, weil eben mittlerweile die Staatsschuldzinsen nicht allein um das Nämliche, sondern noch um viel mehr zugenommen haben.

Deßwegen, meine Herren, müssen wir auf unsere Einnahmen einen größeren Bedacht nehmen; allerdings werden dadurch die Opfer der Steuerzahler erhöht, aber es gibt kein anderes Mittel, Ordnung in unseren Staatsfinanzen wieder einzuführen, und die Sparsamkeit dauernd in unserem Staatshaushalte zu machen. Denn wenn die Meinung eine allgemeine sein wird, daß jede Ausgabe durch eine entsprechende Einnahme gedeckt werden muß, dann, glaube ich, wird sich die Sparsamkeit von selbst finden.

Ich bin daher der Meinung, daß weder eine Aenderung des Systemes, recte der Verfassung, noch irgend eine andere Organisation angewendet werden muß, um wieder bessere Finanzen zu erhalten, sondern daß wir bloß diejenigen Mittel anzuwenden brauchen, die in jedem Lehrbuche der Finanzwissenschaft verzeichnet stehen und die von allen Nationen geübt werden.

Ich erlaube mir den Antrag zu wiederholen, das hohe Haus möge in die Berathung der Vorlage eingehen. *(Beifall.)*

*(Während vorstehender Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen.)*

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, auf ihre Plätze zu gehen. *(Nach einer Pause:)* Ich ersuche jene Herren, welche nach Schluß der Generaldebatte in die Berathung des Finanzgesetzes und des Staatsvoranschlages pro 1878 eingehen und den von dem Ausschusse vorgelegten Entwurf zur Grundlage der Specialdebatte machen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Eingehen in die Specialdebatte ist mit großer Majorität beschlossen.

Wir gehen daher zur Specialdebatte über.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest):*

„Staatsvoranschlag für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder für das Jahr 1878. — Erster Theil. — Erforderniß. — Capitel 1, Allerhöchster Hofstaat: Ordentliche Ausgaben . . . . . 4,650.000 fl."

**Präsident:** Wünscht Jemand zu Capitel 1 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche für den Allerhöchsten Hofstaat 4,650.000 fl. einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Capitel 1 ist angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest):*

„Capitel 2, Cabinetskanzlei Seiner Majestät, 50 Percent, ordentliche Ausgaben 72.514 fl."

**Präsident:** Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, ich ersuche daher jene Herren, welche für die Cabinetskanzlei Seiner Majestät 72.514 fl. einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Capitel 2 ist angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest):*

„Capitel 3, Titel 1 bis 5.
III. Reichsrath.

| | Ordentliche Ausgaben Gulden | Außerordentliche Ausgaben Gulden |
|---|---|---|
| Titel 1, Herrenhaus . . . . . | 55.190 | . . . . |
| „ 2, Abgeordnetenhaus . . . . . | 597.190 | . . . . |
| „ 3, Delegation . . . . . | 14.000 | . . . . |
| „ 4, Staatsschuldencontrolcommission . . . . . | 11.100 | . . . . |
| „ 5, Bau eines neuen Parlamentshauses . . . . . | | 800.000 |
| Summe (Capitel 3, Titel 1 bis 5) . | 677.480 | 800.000" |

**Präsident**: Zu Capitel 3 hat sich der Herr Abgeordnete Freiherr v. Hammer-Purgstall zum Worte gemeldet. Ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Freiherr v. **Hammer-Purgstall**: Es zieht sich in jedem Jahre durch die Generaldebatte des Finanzgesetzes als rother Faden der sehr berechtigte Wunsch nach Ersparungen, welcher allerdings ebenso regelmäßig in der Specialdebatte durch berechtigte und nicht berechtigte provincielle Schmerzen eine bedauernswerthe Abschwächung erleidet.

Es ist nicht allzulange her, daß in diesem hohen Hause das Wort gefallen ist, daß man, ehe man an das Volk mit neuen Lasten herantritt, man, wo immer thunlich, sparen solle, womit ich mich vollkommen einverstanden erkläre. Wenn jener geschätzte Herr Redner damals auf die Diäten hingewiesen hat, so ist es ihm wohl selbst ferngelegen, eine Diätenlosigkeit oder auch nur eine Beschränkung der Diäten zu wünschen, was eine freie Wahl der Reichsvertreter zur Unmöglichkeit machen und nur die unsympathischste aller Autokratien, die Geldautokratien in die Vertretung berufen müßte.

Es ist jener Herr Redner, und wie ich überzeugt bin, auch jeder Herr Abgeordnete von dem Wunsche beseelt, auf die Diäten zu Gunsten der Allgemeinheit verzichten zu können, und ist ebenso davon überzeugt, daß, so wie ich nicht in der Lage wäre, ohne Diäten diesen Sitz im hohen Hause anzunehmen, dies nahezu bei der Majorität, vielleicht nahezu bei dem ganzen Hause der Fall ist.

Anders gestaltet sich aber allerdings die Frage, ob nicht in Hinsicht der Diäten doch Ersparungen möglich wären.

Da ein sehr gelesenes Blatt der Residenz schon vor einigen Tagen mir die Ehre erwiesen hat zu veröffentlichen, daß ich in dieser Hinsicht sprechen will, so sollte ich eigentlich mit einiger Zaghaftigkeit erfüllt sein, wenn ich nicht anderseits dadurch ermuthigt würde, daß es sich um eine so selbstverständliche Sache handelt, daß es einer Begründung gar nicht bedarf, also gar kein Anlaß vorliegt, auf meine Begründung gespannt zu sein, und ich ebensowenig in die Lage komme, den mir zugemutheten Antrag zu stellen, weil ich etwas, was klar und deutlich in der Geschäftsordnung und im Gesetze ausgesprochen ist, füglich nicht beantragen kann.

Bin ich doch nicht der Einzige in diesem hohen Hause, sondern ich erfreue mich hierin einer großen Anzahl von Meinungsgenossen, auf welche es geradezu einen deprimirenden Eindruck macht, wenn bei der namentlichen Abstimmung die Zahl der ungesetzlich Abwesenden zwischen 90 und 110 schwankt. Bei der letzten Abstimmung betrug die Zahl derselben 112 — ist gleich 1120 fl. *(Heiterkeit.)*

Ich habe vorher erwähnt, daß es etwas ganz Selbstverständliches ist, was ich hervorheben will, denn das Gesetz vom 7. Juni 1861 über den Bezug der Taggelder sagt, daß die Diäten jenen zustehen, welche sich bei dem Reichsrathe befinden. Der weitere Passus dieses Gesetzes, welcher es untersagt, auf die Diäten zu verzichten, legt nach meiner Ansicht eine um so größere moralische Verpflichtung auf, die erstere Bestimmung zu erfüllen. *(Rufe: Richtig!)*

Wenn wir in der Geschäftsordnung von den Rechten und Pflichten der Abgeordneten lesen, so finden wir, daß die Mitglieder nach §. 11 verpflichtet sind, den Sitzungen des hohen Hauses beizuwohnen, und im §. 12, daß außer dem Falle eines Urlaubes, nur die Krankheit einen Entschuldigungsgrund bildet.

Unmittelbar nach dieser Pflicht kommen wir auf die Rechte, welche darin bestehen, daß sie die Diäten zu beheben haben von dem Tage ihrer Anwesenheit, daß dieselben beginnen mit dem Tage, wo der Name eingeschrieben ist, daß dieselben mit dem Beginne des Urlaubes aufhören und wieder beginnen, wenn sie ihren Namen wieder aufgeschrieben haben. Es dürfte also aus allem dem sonnenklar sein, daß sich nicht nur der Geist, sondern auch der Buchstabe des Gesetzes dahin ausspricht, daß nur jene Abgeordneten Diäten zu bekommen haben, welche thatsächlich hier anwesend sind. Die Sache hat noch eine andere Seite, welche mir sehr bedenklich erscheint. Wenn bei Abstimmungen, namentlichen oder anderen Abstimmungen, ungefähr 100 Mitglieder des Hauses nicht anwesend sind, so glaube ich nicht, daß das den Ansichten der Wähler entspricht. Wenn man mir darauf entgegnet, daß das die Wähler mit ihrem Abgeordneten auszumachen haben, so möchte ich mir erlauben zu entgegnen, daß sich die Wähler nur um das kümmern können, was sie erfahren, daß sie das aber nur in den seltensten Fällen erfahren. Ich möchte glauben, daß das nicht bloß Sache der Wähler ist, und zwar einmal deßhalb, weil der Abgang so Vieler das Resultat des in Verhandlung stehenden Gegenstandes beeinflußen kann, und wohl auch schon beeinflußt hat, aber auch darum schon, weil dieser Vorgang mit mathematischer Sicherheit dazu führen muß, und — ich befürchte — auch schon dazu geführt hat, das Ansehen des Parlamentarismus in den Augen der Bevölkerung in sehr bedenklicher Weise zu erschüttern. *(Rufe: Sehr richtig!)* Ich müßte mich auch gegen den Einwand wenden, daß es sich um die Enthaltung von der Abstimmung handle. Abgesehen davon, daß eine solche Enthaltung von der Abstimmung ungesetzlich ist, so ehre ich gewiß jede Abstimmung, wenn sie auch eine der meinigen entgegengesetzte ist, als den Ausfluß der freien Ueberzeugung; ich glaube aber, daß die Wähler den Abgeordneten nicht darum wählen, damit

er sich in wichtigen und mitunter solchen Fragen, welche für die Bevölkerung eine einschneidende Tragweite haben, der Abstimmung enthalte, sondern daß er darum gewählt wird, um rücksichtslos nach allen Seiten hin seine Ueberzeugung zum Ausdrucke zu bringen. Ich ehre jede Ueberzeugung, wenn sie auch nicht die meinige ist, gestehe aber, daß mir die Enthaltung von der Abstimmung ebenso unverständlich ist wie die Erfindung der Abpaarung, deren zweifelhaftes Verdienst der neuesten Zeit angehört. Denn, wenn Jemand, der für Etwas ist, sich entfernen will, und einen Abgeordneten der gegnerischen Ansicht zur Entfernung veranlaßt, so kann das in seinen Consequenzen dahin führen, daß bei gleicher Zahl der Anwesenden zuletzt nur der Präsident und bei ungleicher noch Einer im Hause übrig bleibt.

Es ist sehr zu bedauern, daß diese häufigen Abwesenheiten ihre lähmende Wirkung bis in die Thatkraft des Hauses, in die Ausschüsse, erstrecken. Es ist eine Wahrnehmung, die man leider nur allzu oft machen kann, daß der Eifer, in einen Ausschuß gewählt zu werden, immer ein viel größerer ist als jener, in demselben seine Pflicht zu erfüllen. *(Bravo!)* Wenn in einem Ausschusse von 15 Mitgliedern es nur dem Umstande, daß nur 7 und nicht 8 gefehlt haben, zu danken ist, daß die Beschlußfähigkeit gewahrt wurde; wenn in demselben Ausschusse von 15 vor eilf Tagen schriftlich geladenen Mitgliedern gestern Abends nur 4 erschienen sind, und die Herren Vertreter der Regierung, nachdem sie $^3/_4$ Stunden, in welcher Zeit sie wahrscheinlich etwas Besseres zu thun gehabt hätten, auf die Beschlußfähigkeit gewartet, sich entfernen mußten und zum Rückzuge entschlossen haben; wenn in einem anderen Ausschusse, dem ich angehöre, der sich in sehr bescheidenen Grenzen bewegende Antrag, den Obmann zu ersuchen, die abwesenden Mitglieder zum Erscheinen aufzufordern — ebenso unglaublich als wahr — mit allen Stimmen gegen die meine abgelehnt wurde: so sind das Zustände, welche es dem Zufalle preisgeben, ob ein Antrag angenommen wird oder nicht, welche das Resultat der Berathung dem zufälligen Umstande preisgeben, ob von den Freunden der einen Anschauung mehr als von jenen der anderen abwesend sind.

Es sind das Zustände, welche zu den ernstesten Betrachtungen auffordern müssen.

Man entgegne mir nicht, der Eine oder Andere habe zeitweise zu Hause etwas zu thun.

Es gibt ja, Gott sei Dank, eine sehr große Anzahl von Mitgliedern in diesem hohen Hause, welche durch ununterbrochene und stereotype Anwesenheit glänzen, und wenn nicht Alle, so haben doch auch die meisten derselben ebenfalls zu Hause etwas zu thun. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Uebrigens bietet der Urlaub den gesetzlichen Weg, und die äußerst liberale Weise, mit welcher das hohe Haus jedesmal noch die Bewilligung von Urlauben geübt hat, stellt es Jedem frei, davon Gebrauch zu machen.

Ich bin ein viel zu großer und warmer Freund des Grundsatzes: „Gleiches Recht für Alle", als daß ich nicht auch hier bei gleichen Rechten gleiche Pflichten voraussetzen müßte.

Es wird vielleicht auf mancher Lippe der Vorwurf schweben, daß ich hier im offenen Hause mir mein allzuschweres Herz erleichtert habe.

Ich aber glaube, daß es besser ist, selbst zu sagen, wo die bessernde Hand angelegt werden solle, selbst zu sagen, wo es besser werden könnte, weil man dadurch, daß man es selber sagt, die Kritik von außerhalb des Hauses verhindern kann.

Darüber kann man sich doch wohl keinem Zweifel hingeben, das Publikum hat auch Ohren. *(Heiterkeit.)* Auch das Publikum hört, wie viele Mitglieder legal und wie viele illegal abwesend sind.

Ich verrathe da kein Geheimniß, ich glaube, es ist in unserem eigenen Interesse gelegen, Hilfe zu schaffen. Ich schmeichle mir mit der Hoffnung, daß der über den Antrag des Herrn Abgeordneten Grafen Coronini niedergesetzte Ausschuß auch diesen Gegenstand in den Kreis seiner Berathungen ziehen wird.

Ich bin von dem Wunsche beseelt, daß wir selbst damit anfangen, namentlich in einem Augenblicke, wo an die Bevölkerung so vielfache Lasten herantreten, bei uns selbst, wo es möglich ist, zu Ersparungen die Hand zu bieten.

Ich werde aus den schon erwähnten Gründen keinen Antrag stellen, weil ich eben nicht etwas beantragen kann, was ohnehin gesetzlich begründet ist, ich möchte mir aber erlauben, an den Herrn Präsidenten die Bitte zu richten, eine genaue Controle über die Anwesenheit der Mitglieder im hohen Hause zu üben. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort zu Capitel 3 „Reichsrath"? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen. Wünscht der Herr Generalberichterstatter das Wort? *(Derselbe verzichtet.)*

Ich werde zur Abstimmung schreiten und ersuche jene Herren, welche im Capitel 3 „Reichsrath", Titel 1—5, die vom Ausschusse beantragten Ansätze annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen.

Generalberichterstatter **Wolfrum** *(liest)*:

„Capitel 4, „Reichsgericht", ordentliche Ausgaben . . . . . 21.000 fl."

**Präsident:** Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, ersuche ich jene Herren, welche im Capitel 4 „Reichsgericht" für ordentliche Ausgaben den Betrag von

21.000 fl. einstellen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist bewilligt.

Ich erlaube mir jetzt, da Seine Durchlaucht der Herr Ministerpräsident abberufen wurde, die Specialberathung über den Staatsvoranschlag abzubrechen und nunmehr die für den Schluß der Sitzung vorbehaltene Wahl eines Ausschusses von 18 Mitgliedern aus dem Hause für den Antrag des Abgeordneten Grafen Coronini und Genossen, betreffend die Vorberathung und Erstattung von Vorschlägen hinsichtlich der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte, vorzunehmen. Ich bitte die Herren, die Stimmzettel abzugeben.

*(Nach Abgabe der Stimmzettel:)*

Das hohe Haus dürfte damit einverstanden sein, daß das Scrutinium durch das Bureau vorgenommen wird. *(Zustimmung.)*

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß mir vom Herrn Obmanne des Ausschusses für die Seuchengesetze die Anzeige gemacht worden ist, daß an Stelle des ausgetretenen Herrn Abgeordneten Karl Weinrich eine Neuwahl für diesen Ausschuß vorzunehmen ist. Ich erachte nun, die nächste Sitzung für morgen, den 14. d. M., Vormittags 11 Uhr, anzuberaumen und als Gegenstände der Tagesordnung vorzuschlagen:

1. Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für die Seuchengesetze an Stelle des ausgetretenen Abgeordneten Weinrich;

2. Wahl eines Mitgliedes in die Delegation an Stelle des ausgetretenen Delegirten Freiherrn v. Walterskirchen durch die Abgeordneten aus Steiermark;

3. Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz pro 1878. *(738 der Beilagen. — Zustimmung.)*

Der Strafgesetzausschuß wird für heute Abends 6 Uhr zu einer Sitzung eingeladen.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung 2 Uhr 35 Minuten.)*

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

sprache erklärt zu werden, und welche sich dagegen mit einer untergeordneten Stellung begnügen müßte. Wer die Verhältnisse von Galizien kennt, seine Geschichte, seine socialen Zustände, der wird ohne weiters zugeben, daß dies nur die polnische Sprache ist, eine Sprache, welche seit jeher die Trägerin und das Organ der Civilisation im Lande war, einer Sprache, die eine reiche Geschichte und eine ausgebildete Literatur hinter sich hat und die außerdem von Allen im Lande hinlänglich verstanden wird.

Daraus aber, meine Herren, folgt nicht, daß die zweite Landessprache, die ruthenische, vollständig verdrängt wird. Es geht das schon aus den Worten des Herrn Abgeordneten hervor; er sagte, daß allerdings amtliche Zuschriften in ruthenischer Sprache existiren, aber theils seien diese ruthenischen Zuschriften mit lateinischen Schriftzeichen geschrieben, theils sei darin eine Sprache, die, wie sich der Herr Abgeordnete ausdrückte, wie Rattengift schmeckt. Also, meine Herren, der Herr Abgeordnete gibt zu, daß die ruthenische Sprache durchaus nicht aus dem amtlichen Verkehre ausgeschlossen ist, daß ihr eine gewisse, eine entsprechende Sphäre angewiesen ist; nur gefällt ihm diese Sprache nicht. Etwas Aehnliches haben wir auch im vorigen Jahre gehört, als er von dem ruthenischen Gymnasium in Lemberg sprach. Da bezeugte er auch seine Unzufriedenheit mit der ruthenischen Sprache, die dort gelehrt und angewendet wird. Es ist also dem Herrn Abgeordneten nicht um das Meritum, nicht um den Gegenstand selbst, sondern nur um die Form, um die Art der Sprache zu thun. Und da einmal davon die Rede ist, so werden Sie mir erlauben, zur Aufklärung Einiges darüber vorzubringen. Es wird das zur Beleuchtung dessen, was der Herr Abgeordnete diesmal sagte und was seine Collegen auch sonst bei anderen Gelegenheiten vorzubringen gewohnt und in der Lage sind, dienen können.

Als im Jahre 1848 den verschiedenen Nationalitäten ein freies Feld zur Entwicklung eingeräumt wurde, wurde diese Freiheit selbstverständlich auch der ruthenischen Sprache in Galizien gewährt.

Alle, die mit den Verhältnissen vertraut waren, waren der Ueberzeugung, daß Diejenigen, welche die Aufgabe haben werden, diese Entwicklung zu fördern, vor Allem die Volkssprache zum Gegenstande ihrer Sorgfalt und ihrer Bemühungen machen müssen, und daß sich daher der Dialekt, der im Munde des Volkes lebt, durch ihre Bemühungen und Arbeit zu einer Schriftsprache entwickeln und gestalten werde.

Eine solche Entwicklung hofften und wünschten alle Gutgesinnten. Es ist jedoch anders gekommen. Theils aus Ungeduld, theils aber in Folge anderer gegentheiliger Auffassung glaubte man dieser Sprache auf die Weise helfen zu sollen, daß man Ausdrücke, Wendungen u. s. w. aus der kirchenslavischen und theils aus der großrussischen Sprache nahm und dieselben der ruthenischen Literatur einverleibte.

Was, meine Herren, war die Folge davon? Einestheils näherte sich die so entstandene Sprache auffallend der russischen Sprache, und es gab viele Besonnene im Lande, welche darüber bedenklich wurden, was denn daraus werden müsse, wenn durch eine solche Richtung in der Entwicklung der Sprache und Literatur der ruthenische Volksstamm in Galizien eigentlich im russischen aufgehen soll.

Durch das Einbeziehen der russischen Literatur mußte auch das ganze Denken und Fühlen der Nation denselben Boden und dieselbe Richtung erhalten.

Ich weiß nicht, meine Herren, ob die Vermuthung dieser Männer richtig war oder nicht. Ich kann nur als Thatsache anführen, daß es Zeitschriften, daß es hochangesehene, gelehrte Männer unter den Ruthenen gab, welche die Behauptung aufstellten und vertheidigten, daß es für die Entwicklung und das Gedeihen der ruthenischen Literatur sonst keinen anderen Ausweg und kein anderes Mittel gebe.

Ja, meine Herren, es kam soweit, daß mit der Zeit im Lande sogar eine Reaction entstand, und daß eine große Partei, welche noch heutzutage im Lande besteht, sich von jener Richtung lossagte und die Entwicklung und Bildung der Sprache auf wahrhaft nationalen, volksthümlichen und landesmäßigen Grundlagen zu unternehmen beschloß. Es sind das, meine Herren, Thatsachen, die nicht geleugnet werden können.

Aber ich will mich auf die politische Seite dieser Angelegenheit hier nicht einlassen, ich will nur die praktische Seite hier ins Auge fassen. Eine solche Sprache, wie ich sie hier geschildert habe, verstand man offenbar im Lande nicht, es verstand sie der gemeine Mann nicht, dieser verstand viel eher polnisch als so ein Ruthenisch, und es kam dahin, daß, als man Reichsgesetzblätter, Bücher u. dergl. in der sogenannten ruthenischen Landessprache zu verbreiten anfing, der gemeine ruthenische Mann häufig lieber das Polnische begehrte.

Nun, das ist die praktische Seite der Frage, und der Herr Abgeordnete wird sich daher nicht wundern, wenn sich dann die Gemeinden, als es sich um die Wahl der Amtssprache handelte, eher für die polnische als für eine solche ruthenische Sprache entschieden. Der Herr Abgeordnete hat auch die Angelegenheit des Schulwesens berührt, und meinte, in dem ruthenischen Lande gebe es keine ruthenischen Schulen. Nun, in dieser Ausdehnung, meine Herren, ist es wohl eine Uebertreibung. Ich brauchte mich nur auf Denjenigen, der mit den Landesverhältnissen bekannt ist, ich brauchte mich nur auf die Regierung zu berufen, und es würde sich das Gegentheil herausstellen. Aber es ist richtig, daß das Schulgesetz festsetzt, daß die Wahl der Unterrichtssprache der Gemeinde zusteht. Ich glaube, meine

Herren, daß es ein freisinnigeres Gesetz nicht geben kann, und da geschah es wohl, daß angeblich ruthenische Gemeinden sich für die polnische Unterrichtssprache erklärten, und zwar aus den Gründen, die ich jetzt angeführt habe.

Der Herr Abgeordnete meinte, es gebe viele Schullehrer, die der ruthenischen Sprache nicht mächtig sind, dieselbe nicht einmal schreiben und lesen können. Nun, bei einer so großen Zahl von Schullehrern ist es wohl schwer, das Gegentheil zu behaupten.

Es könnte sich wohl Einer oder der Andere finden, den man mir ins Gesicht werfen könnte als Beweis dafür, was der Herr Abgeordnete gesprochen hat. Aber im Großen und Ganzen muß ich diese Behauptung als Uebertreibung bezeichnen.

Es wird ja der gewöhnliche Gang beobachtet; es wird von jedem Lehrer gefordert, daß er seine Lehrbefähigung nachweise.

Nun, es ist möglich, daß er das Befähigungszeugniß erhalten hat, ohne vollständig den Bedingungen entsprochen zu haben, aber grundsätzlich wird das von ihm gefordert, und es müßten äußerst traurige Beispiele sein, welche geeignet wären, die Behauptung des Herrn Abgeordneten zu unterstützen. Es möge bei dem, was ich gesagt habe, bleiben.

Ich glaube zur Genüge dargethan zu haben, daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten zum wenigsten auf Uebertreibung beruhen, daß sie sich in vielen Dingen widersprechen, und daß sie namentlich mit den thatsächlichen Verhältnissen im Lande nicht im Einklange sind. Ich glaube nicht, daß man auf diese Weise der guten Sache dient.

Noch eine persönliche Bemerkung. Als ich im vorigen Jahre in einer ähnlichen Angelegenheit das Wort ergriff, hat es der Herr Abgeordnete der Landgemeinden für Tarnopol, haben es seine Genossen für gut gefunden, mit persönlichen Ausfällen auf mich zu antworten.

Ich bin dessen auch heute gewärtig. Ich werde mich darüber nicht kränken, meine Herren, im Gegentheile, das wird für mich nur ein Beweis sein, daß der Herr Abgeordnete und seine Genossen mit objectiven Gründen zu kämpfen nicht in der Lage sind. *(Bravo! Bravo! rechts. — Abgeordneter Wickhoff meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Wickhoff hat das Wort.

Abgeordneter **Wickhoff:** Da das Budget seit dem Jahre 1873 schon zum fünften Male im hohen Hause berathen wird, Veränderungen wenig stattgefunden haben, die allgemeinen Principien erörtert sind, so erlaube ich mir den Schluß der Debatte zu beantragen.

**Präsident:** Ich bitte auf die Plätze zu gehen. *(Nach einer Pause:)* Es wird Schluß der Debatte beantragt. Ich ersuche die Herren, welche für den Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Schluß der Debatte ist mit 79 gegen 67 Stimmen angenommen.

Es sind noch folgende Herren als Redner eingetragen: Gegen die Ausschußanträge die Herren Abgeordneten Dr. Oelz, Dr. Portugall und Franz Weber; für dieselben die Herren Abgeordneten Dr. Edler v. Hofer, Deschmann und Naumowicz. Ich ersuche die Herren, sich je auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach einer Pause:)* Die gegen die Ausschußanträge eingetragenen Herren Redner haben sich auf Herrn Abgeordneten Franz Weber und die für die Ausschußanträge eingetragenen auf Herrn Abgeordneten Deschmann als Generalredner geeinigt.

Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Abgeordneter Dr. v. **Hofer:** Ich bitte um das Wort.

**Präsident:** Ich habe bereits dem Herrn Abgeordneten Weber das Wort ertheilt.

Abgeordneter Dr. v. **Hofer:** Ich bitte um das Wort zu einer thatsächlichen Bemerkung.

**Präsident:** Ich kann das Wort zu einer thatsächlichen Bemerkung jetzt nicht ertheilen, da bereits dem Generalredner das Wort ertheilt ist.

Abgeordneter Franz **Weber:** Wenn man den Staatsvoranschlag für das Jahr 1878, dessen ein Viertheil bereits zu den Vätern versammelt ist, und der, glaube ich, richtiger Staatsnach- und Staatsvoranschlag heißen sollte, ansieht, wird man unwillkürlich an die Glanzperiode der alten römischen Auguren erinnert, die den Glauben des einfältigen frommen Volkes verlachten.

Sparen, sparen, keine Mehrbelastung! so tönte es von den curulischen Stühlen aus dem Munde der durch den Sturz vom tarpejischen Felsen unversehrt gebliebenen Minister. „Sparen" ist die Parole, die wir schon sehr oft seit Beginn der constitutionellen Aera vernommen haben aus dem Munde der Reichsrathscandidaten, aus dem Munde der Abgeordneten, die bereits eine unrühmliche Ministerthätigkeit hinter sich haben, und die dieses ungeflügelte Wort zu einer segensreichen Wirksamkeit hätten dazumal umwandeln können. Ja sogar im vollen Parlament ertönt es immer wieder: Sparen und sparen. Dies der populäre, aber sehr billige Ruf! Allein trotzdem reichen uns unsere alten Bekannten, die vom Gold, Silber und Papier strotzenden, Oester-

reich allgewaltig und allseitig beherrschenden, im schönsten Deficitkleide prangenden Millionen ganz vertraulich die Hand, um zu den älteren Brüdern, zu den alten Deficitmillionen gesellt zu werden.

Ist es dann ein Wunder, daß Manche von uns bei der Ansage von der neuen Einquartierung ein bittersüßes, Manche sogar ein bitterböses Gesicht machen? Ist es ein Wunder, daß, wenn auch in der allerconstitutionellsten, allerparlamentarischesten Weise von Jahr zu Jahr im progressiven Verhältnisse die Mehrbelastung zunimmt und mit ihr auch die Staatsschuld und das Deficit von Jahr zu Jahr gleichen Schritt hält, daß man dabei die Phrase vom Sparen dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst?

Wir haben es mit diesen und so manchen anderen Phrasen schon ziemlich weit gebracht; wir könnten uns schließlich schon auf die Erfindung von Phrasen wirklich ein Patent nehmen. Durch diese Erfindung haben wir nämlich zwar nicht das Gleichgewicht im Staatshaushalte hergestellt, haben aber das erreicht, was keinem Menschen früher möglich war, nämlich die Kunst des Sterbenden Leben bis zu einer unmeßbaren Zeit zu verlängern und die Lust, das Erbe anzutreten, gründlich zu zerstören.

Sehen wir z. B. unser hohes Ministerium an. Es wollte — ob wirklich oder zum Spasse, das weiß ich nicht, Gott weiß es — sterben. Es hat aber früher den mit Phrasen aller Art geschmierten Staatskarren so gründlich verfahren, daß auch dem Beherztesten die Lust, ich will sagen, der Muth fehlte, auch nur den Versuch zu wagen, den Staatskarren wieder in den richtigen Fahrweg einzulenken. Es ist wirklich sehr bezeichnend für die Situation, in der wir uns befinden, daß in diesem an Ministercandidaten so reichen Abgeordnetenhause Niemand sich fand, der das Erbe des Ministeriums Auersperg antreten wollte. Nun, das hohe Ministerium bestieg wieder den Karren, nahm die Zügel wieder in die Hand und fuhr und fährt darin, soweit es möglich ist, als Triumphfahne der Wiedererstandenen die Schnapsflasche in der Hand schwingend, damit die auf das Uebermaß von Wohlfahrt — ich möchte sagen — stolzen Nationen diese ihre Wohlfahrt mittelst des vaterländischen Erzeugnisses des Erdäpfelgöttertrankes vertrin . . . — nein, verherrlichen.

Es ist auch gut, daß man diesen Sorgenbrecher in so manche Behausung der an Oesterreichs Freiheitsüberfülle krankenden österreichischen Steuerzahler entsendet; denn es könnte Manchem bange werden ob der Freiheit von Hunderttausenden, denen die Freiheit aufgedrängt wird, Haus und Hof zu verlassen, um eben keine Steuer zahlen zu müssen, und dann mit Weib und Kindern in dem segensreichen Oesterreich herumzuwandern, mit dem lustigen Liede im Munde: „Federleicht ist mein Gepäcke."

Wenn es noch ein paar Jahre so fortgeht, wenn zu diesen 40 Millionen Deficit und den 60 Millionen zum Säbelklirren wieder neue Schulden hinzukommen, dann wird wohl die Zukunft die sein, daß es in Oesterreich gar keine Unzufriedenen gibt; denn die Zufriedenen, als wohlthätiger Gegensatz der Ersteren, werden lange verschwunden sein, und das wird eben die größtmögliche Errungenschaft der neuen, neueren und neuesten Aera sein. Nur dürfen Sie um Gottes und der Völker Zugrunderichtungswillen an diesem Systeme, an dem bewährten gegenwärtigen Systeme nicht rütteln, es könnte sich sonst doch irgendwo ein Zufriedener verkrochen haben, und das edle Ziel, der Untergang Oesterreichs, wäre nicht erreicht. Ueberlassen wir das Erreichen dieses Zieles getrost unserem hohen Ministerium.

Es hat schon viele Schritte auf dieser Bahn gethan, und in der neuesten Zeit hat es einen neuen Schritt auf derselben gethan. Es hat sich uns nämlich nicht als verfassungsmäßiges Ministerium präsentirt, sondern als ein sachliches und als ein vernünftiges Ministerium.

Wir dürfen an der Verfassung nicht rütteln; dieses hohe Ministerium hat aber das volle Recht dazu, es kann sich außer der Verfassung, außer der hochgerühmten Verfassung stellen. Es hat ja selbst bekannt, es werde nicht anders werden, es werde nicht besser werden. Wurde hier irgend einmal oder öfter die Sistirung der Verfassung erwähnt, so geschah das nur deßhalb, damit man die quallvollsten Strafen der tiefsten Hölle über den Sistirer heraufbeschwöre; er wurde als der lebendige Gottseibeiuns gebrandmarkt, und siehe da, das liberale Ministerium Lasser, genannt Auersperg, ist ein bewunderungswürdiger Schüler, ein charakterfester Nachbeter des reactionären Ministeriums Belcredi geworden; es hat — erschrecken Sie nicht — die Verfassung sistirt. Denn ist es nicht eine Sistirung der Verfassung, wenn die bereits ausgeschriebenen verfassungsmäßigen Landtagswahlen vertagt werden *(Rufe: Sistirt!)*, bis zu einem gewissen Zeitpunkte jedenfalls sistirt? Denn auch das Ministerium Belcredi hat auf tausende Jahre die Verfassung nicht sistiren wollen, es hat sie auch nur vertagt. Ist also die Auersperg'sche Sistirung etwas Anderes als die Belcredi'sche? In einer Beziehung wohl.

Ich glaube, unser hohes Ministerium gleicht jenem Bettler, der in seinem Leben oft sagte: Ach, wenn mich doch der Allmächtige aus diesem Leben berufen würde, und der dann, als es doch einmal zum Sterben kam, sagte: Ach Gott, wie ist die Welt so schön, könnte ich nur noch einen Tag leben! Und doch ist ein Bettler- und ein Ministerleben etwas ganz Anderes. Aber dem Bettler hat sein Seufzen nichts genützt, er mußte doch einmal sterben.

Auch Sie, meine Herren am Ministertische, werden einmal sterben; ich wenigstens wünsche Ihnen

ein recht glückseliges Ende. *(Heiterkeit.)* Da jedoch Tag und Stunde des Hinganges ungewiß ist, da es schrecklich ist, unbußfertig zu sterben, und da wir jetzt die heilige Fastenzeit haben, wäre es vielleicht nothwendig, daß die Excellenzen ihr Gewissen ein wenig erforschen würden, um dann Reue und Leid zu erwecken.

Bei den allerhöchsten und höchsten Herrschaften ist die innere Einkehr nicht so leicht, die Besserung ist auch nicht so leicht, wie bei gemeinen Menschenkindern; ihnen wird viel Weihrauch in und außer der Kirche gestreut, ich möchte sagen, das ist aber nicht bezugnehmend auf die hohen Herren. Jede Dummheit findet ihre Bewunderer *(Heiterkeit)*, jeder Fehler Entschuldigung, jede Ungerechtigkeit den Vertreter, jeder Salon findet seine Schmeichler und Schmarotzer.

Daß ich zu keiner dieser genannten Kategorien gehöre, wird mir das hohe Ministerium das wohlverdiente Zeugniß geben; ich würde nun auch aus der Rolle fallen, wenn ich dem hohen Ministerium ein unverdientes Lob ertheilen würde.

Nun, haben Sie, meine Herren Minister, nicht das einige, das ehrwürdige Kleid der Mutter Austria mit Hilfe eines die Klagerufe der weinenden Mutter nicht hörenden Ausländers zerrissen? Haben Sie nicht den einen Bruder zu Ungunsten der anderen und auch zu Ungunsten Ihres Schoßkindes, des deutschen, haben Sie nicht diesen unbändigen Bruder gehätschelt, daß er schließlich zum Herrn seiner Brüder und auch zu Ihrem Herrscher geworden ist? Haben Sie nicht das Vermögen und die Tasche der Einen den Anderen zur Verfügung gestellt? Haben Sie nicht den sogenannten Ausgleich derart geplant, daß der Eine sich auf den Rücken des Anderen, wie in einem Steigbügel hoch zu Roß, schwingen könnte, um dem Anderen ein gebieterisches Marsch zuzurufen?

Und auf diesen Grundfesten wollen Sie einen festen Bau, eine feste Behausung unter Brüdern gründen? Wollen Sie so eine Gesellschaft — ich möchte sagen — eine Actiengesellschaft zwischen Cis und Trans stiften? Hier erinnere ich mich einer ganz eigenen Gründungsgeschichte. Bekanntlich gründeten in der Schwindelperiode des ungeahnten Aufschwunges fast alle Leute. Von diesem Gründungsfieber angesteckt, sagte ein Lehrling zum anderen: Du, wir wollen auch gründen, wir wollen eine Actiengesellschaft gründen. Ich habe einen Kreuzer, Du hast auch einen Kreuzer, legen wir das Geld als Gründungscapital zusammen.

Gesagt, gethan! Der Gründer kaufte eine Zweikreuzercigarre und schmauchte behaglich fort, endlich aber war es dem Actionär, dem Zweiten, zu lange, und er sagte: Du, ich bin Actionär, jetzt lasse Du mich rauchen. Darauf sagte der Erste: Ich bin Gründer, ich habe das Rauchen, Du hast das Spucken.

So, meine Herren, ist auch die Gleichheit des sogenannten Ausgleiches. Doch gehen wir weiter. Die Wahlordnungsfrage wird von allen Seiten als der gordische Knoten unserer Verfassungswirren angesehen. Die Klagen, die über unsere, angeblich auf der Interessenvertretung fußende Wahlordnung geführt werden, sind ebenso zahlreich wie die Interessen, die man im öffentlichen Leben findet. Einzelne Berufsclassen, ganze Völker, erklären sich durch dieselbe verkürzt. Die Landbevölkerung beschwert sich über ungerechte Vertretung, die Städte klagen über den ungenügenden Schutz ihrer Interessen. Nicht ein einziger Landtag in der ganzen Monarchie ist es, in welchen in den regelmäßig oder unregelmäßig, wie es heuer sein soll, zusammenkommenden Versammlungen nicht Petitionen um Abänderung der Wahlordnung unterbreitet würden; nicht eine einzige Session des Reichsrathes war, ohne daß man um dieselbe Abänderung gebeten hätte. Nicht mit klingenden Phrasen, mit helltönenden Redensarten, nein, meine Herren, mit Argumenten, die der Wahrheit entsprechen, mit Argumenten von durch nichts zu erschütternder Wahrheit wurden die Klagen und berechtigten Wünsche hier vorgetragen. Haben Sie, meine Herren Minister, diesen gordischen Knoten zerhauen?

Wir haben den berühmten §. 19 des Staatsgrundgesetzes. Haben Sie, meine Herren Minister, diesen Paragraph befolgt? Würden Sie sagen: Ja! ich würde versucht sein, zu sagen: Das ist eine Lüge! selbst auf die Gefahr hin, vom Herrn Präsidenten zur Ordnung gerufen zu werden. Wenn es in Ihrer Macht läge, müßte auch der Nachtwächter im kleinsten und entferntesten slavischen Dorfe selbst die Nachtstunden deutsch blasen.

Wir haben ein Versammlungsrecht. Haben Sie diesem Rechte Recht widerfahren lassen? Wir können uns wann, wo, in welcher Zeit immer wir wollen, unter freiem Himmel versammeln, wir können über Alles verhandeln. Ja freilich! Nur müssen wir zuerst eine unterthänige Bittschrift unterbreiten, die politischen Behörden sind immer rechtzeitig, immer willfährig dazu erbötig, diese Bittschrift abschlägig zu beantworten.

Eine köstliche Frucht ist uns geboten worden; wenn wir aber die Hand darnach ausstrecken, werden wir über die Finger geklopft, das nennt man eine allgemeine Freiheit, ja, eine allgemeine Freiheit des über die Finger-Geklopftwerdens. Ja, eine allgemeine Freiheit genießen nur die Herren Minister und ihre politischen Beamten sammt dem ganzen bureaukratischen Apparate. Wir können dafür Steuern zahlen, und daß wir nicht immer unter Civilisten Politik treiben, können wir zur Abwechslung auch Kriegs- und andere Zuschüsse zahlen. Dafür

geschieht uns aber Alles nach dem Willen der k. k. Behörden. Wir sind unter strenger Aufsicht, das sehen wir; wir haben die allgemeine Freiheit, die sehen wir nicht, wir sind ganz frei, jedoch unter der Controle der Behörden. Haben Sie, meine Herren Minister, diese specifische österreichische Freiheit nicht auch auf Ihrem Gewissen?

Wir haben eine Preßfreiheit und einen Preßminister, wie wird die hier gehandhabt? Unsere Zeitungen sollten nach dem sehr schweigsamen Preß-, Schweig- und Sprechminister entweder schweigen oder sie sollen höchstens das ἅγιος ὁ θεός, ἅγιος ἰσχυρος, ἅγιος ἀθάνατος, zu deutsch „heiliger Gott, heiliger Starker, heiliger Unsterblicher" — subintelligitur „Minister" — singen.

Schreiben sie anders, werden sie neben dem Beust'schen „An-die-Wand-Drücken" entweder objectiv gepreßt oder subjectiv so zusammengepreßt, daß ihnen die Copula, der letzte Kreuzer aus der Caution der letzte Athem aus dem Busen schwindet. Ein wahrer parteiischer Preßminister, im parteiischen liberal-reactionären Confiscationsministerium.

Zu all dem häuft man Schulden auf Schulden, daß man jetzt wirklich sagen muß, es wird besser werden, ja es ist schon besser, nämlich im Schuldenmachen und die Idealisten können sich jetzt schon mit der Hoffnung trösten, daß wir in der nächsten Zukunft schon von den Interessen unserer Staatsschulden werden leben können, wenn nämlich die Gläubiger uns diese Interessen nur geben wollten, die Staatsschulden könnten sie schon ganz für sich lassen. Sollte es jedoch zum Superlativ des Besseren kommen, so wäre es doch angezeigt, nicht Alles anzubringen, wenigstens soviel zu reserviren, damit man eine Trommel kaufe, um den Executionsverkauf Oesterreichs zu veröffentlichen.

Doch ich will gerecht sein und auch der Errungenschaften unter diesem hohen Ministerium Erwähnung thun. Diese sind: Massenhafte executive Pfändungen und Verkäufe von Realitäten und sonstigen Habseligkeiten, das Emporblühen der Geschäfte von öffentlichen und Winkelversatzämtern, eine nie erhörte Menge von Bankerotten von Handelsleuten, Professionisten, Landleuten und Privaten, eine immer tiefer in alle Stände sich einfressende Corruption, immer mehr und mehr steigende Unsicherheit des Vermögens und des Lebens in Stadt und Land, Selbstmorde, Auswanderungen nach Amerika u. s. w. u. s. w. Inwieweit Sie, meine Herren Volksvertreter, an dieser Beute einen Theil haben, bitte ich zuzugreifen.

Nach Recapitulation des Gesagten dürften Euere Excellenzen wohl erkennen, daß Ihr Sündenregister groß ist, obwohl ich nur die Hauptfragen gestreift habe, und nach dem Erkennen sollten Sie die nächste Gelegenheit zur Sünde, die Ministerstühle meiden. Weil ich jedoch nicht weiß, ob meine Fastenpredigt Etwas nützen wird *(Heiterkeit)*, da ich vielmehr weiß, daß sie gar Nichts nützen wird, tröste ich mich nur damit, daß bei uns alles provisorisch ist, wir haben lauter Provisorien, zuletzt haben wir auch noch ein provisorisches Ministerium bis zum Ausgleich mit Ungarn bekommen. Ist dieser Ausgleich perfect geworden, dann hoffe ich zuversichtlich, daß das hohe Ministerium sein durch den durchlauchtigsten Mund des Herrn Ministerpräsidenten gegebenes Wort einlösen werde, und daß es nicht nothwendig sein wird, die Worte, die von dem hochverehrten Herrn Abgeordneten für Judenburg hier gebraucht worden sind, zu wiederholen, die ich jedoch wohlweislich verschweige, um mir nicht eine Rüge zuzuziehen. Nach dem Gesagten können Sie, meine Herren, erkennen, daß es meine tiefsinnigste Ueberzeugung ist, es könne in und mit Oesterreich besser werden, wenn dieses hohe Ministerium in dem Schoße Abrahams versammelt sein und das System geändert werden wird. — Sie, meine Herren von der Ministerbank, ersuche ich, diese meine Worte nicht als Vertrauenskundgebung geneigtest annehmen zu wollen. *(Heiterkeit.)*

**Präsident:** Bevor ich dem Herrn Generalredner für die Ausschußanträge das Wort gebe, ertheile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Hofer zu einer thatsächlichen Bemerkung das Wort.

Abgeordneter Dr. v. **Hofer:** Nach §. 39 der Geschäftsordnung haben die eingetragenen Redner nach Schluß der Generaldebatte einen Generalredner zu wählen. In Folge dessen sind auch wir drei für die Ausschußanträge eingetragenen Abgeordneten zusammengetreten und sofort wurde der Herr Abgeordnete Deschmann als gewählter Generalredner bezeichnet.

Ich habe mir das Wort erbeten, um zu bemerken, daß ich meine Stimme dem Herrn Generalredner nicht gegeben habe, sondern daß er nur durch seine eigene Stimme und die des Herrn Abgeordneten Naumowicz gewählt erscheint.

**Präsident:** Es handelt sich hier nur um die Wahl und diese ist vollzogen worden. Wie die einzelnen Herren bei der Wahl stimmen, ist kein Gegenstand der Mittheilung für das hohe Haus. Der Herr Abgeordnete Deschmann als Generalredner für die Ausschußanträge hat das Wort.

Abgeordneter **Deschmann:** Ich habe mich erst nachträglich als Redner zur Generaldebatte über das Budget eintragen lassen in der Absicht, um einigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten für die Landgemeinden von Cilli und Rann, die er am verflossenen Freitag vorzubringen für gut befunden hat, entgegenzutreten. Da mir nun die Ehre zu Theil

geworden ist, mich als Generalredner meiner Aufgabe zu entledigen, so werde ich wohl auf Manches, was in dieser dreitägigen Generaldebatte vorgebracht wurde, eingehen müssen. Zunächst jedoch glaube ich mich mit den gedachten Ausführungen des früher genannten Herrn Redners beschäftigen zu müssen. Möge mir das hohe Haus gestatten, daß ich von dem Grundsatze „audiatur et altera pars" gegenüber einer Rede Gebrauch mache, welche zwar in diesem hohen Hause keine Beachtung gefunden hat, die jedoch die Ehre der Verfassungspartei des Landes, welches ich hier vertrete, und die Interessen meiner Wähler auf das Empfindlichste berührt, so daß ich mich einer Pflichtversäumniß schuldig machen würde, wenn ich auf die argen Anwürfe, welche vorgebracht wurden, Stillschweigen beobachten würde.

Der gedachte Herrn Abgeordnete hat es für gut befunden, über die letzten Landtagswahlen in Krain sich in sehr ausführlicher Weise zu ergehen.

Ich bedauere, meine Herren, daß die Landtagswahlen hier im hohen Hause früher zur Sprache kamen, ehe diejenige Körperschaft, welche zunächst berufen ist, die diesfälligen Proteste und Beschwerden definitiv zu entscheiden, das ist der krainische Landtag, Gelegenheit gehabt hat, sein Votum abzugeben.

Die Verfassungspartei in Krain hatte durch ein Decennium im Landtage eine lange Schule der bittersten Leiden durchzumachen gehabt. Ihre gewählten Abgeordneten wurden durch Wahlannullirungen vor die Thüre der Landesstube gestoßen, man erklärte so viele Stimmen, die für sie abgegeben wurden, als ungiltig, bis die erforderliche Majorität der Stimmen für sie nicht mehr vorhanden war und der nationale Nachmann des Gewählten einberufen werden konnte.

Demungeachtet, meine Herren, haben die Vertreter der Verfassungspartei im Laufe dieser zehn Jahre in diesem hohen Hause über solche Vergewaltigungen niemals Klage erhoben, sie glaubten das hohe Haus mit solchen Gegenständen nicht behelligen zu sollen.

Nunmehr aber, da die Gegenpartei bei den letzten Landtagswahlen ein arges Fiasco erlitten, hält man es für angezeigt, das hohe Haus zum Richter aufzurufen, natürlich unter dem Vorwande, daß das Ministerium an diesem Mißgeschicke der Gegenpartei die volle Schuld habe.

Der geehrte Herr Abgeordnete hat dem Ministerium den Vorwurf gemacht, daß es den krainischen Landtag zu früh aufgelöst hat. In dieser Richtung wurde ihm bereits bei einer Interpellationsbeantwortung im vorigen Jahre vom Ministertische die entsprechende Antwort zu Theil. Mich nahm es nur Wunder, daß der nämliche Herr Abgeordnete vor Kurzem an das Ministerium die Anfrage gestellt hat, wie es sich denn heuer eine so geringe Obsorge habe zu Schulden kommen lassen, daß die Landtagswahlen abermals vertagt wurden.

In seiner Rede bemerkte er, daß das Ministerium sich einer geringen Voraussicht, ja einer völligen Planlosigkeit schuldig gemacht hat. Nun, bezüglich Krains hat die Regierung nach Ansicht des Redners zu vorsichtig, bezüglich der anderen Kronländer zu wenig versichtig gehandelt.

Man sieht also, daß sie dem betreffenden Herrn Abgeordneten gegenüber schwerlich je in der Lage sein wird, es ihm recht zu machen. So viel ist jedoch Thatsache, daß die Mandate für den Landtag von Krain zu Anfang December zu Ende gingen, und wenn Jemand Grund hätte, gegen das Ministerium Beschwerden zu erheben, so ist es eben die Verfassungspartei, indem der von der früheren Majorität gewählte Landesausschuß noch immer fungirt und es dringende Angelegenheiten, worunter auch Landesangelegenheiten, gibt, bezüglich deren es nothwendig wäre, daß der Landtag ehebaldigst zusammenberufen werde, um dieselben zu ordnen.

Der Herr Abgeordnete für die Landgemeinden von Cilli hat sich in seiner Rede arger Entstellungen der Wahrheit schuldig gemacht. Er sagte: das jetzige Ministerium sei endlich dahingekommen, durch Wahlmanöver und Wahlpraktiken im Lande Krain es zu Stande zu bringen, daß $^1/_{12}$ der Bevölkerung über $^{11}/_{12}$ derselben dominire, daß nämlich die slavischen $^{11}/_{12}$ der Bevölkerung durch das letzte $^1/_{12}$, nämlich durch die deutschen Gottscheer majorisirt wurden.

Thatsache ist, daß durch die letzten zehn Jahre die Deutschen aus Gottschee im krainischen Landtage einen einzigen Abgeordneten hatten, und daß es ihnen erst bei den letzten Landtagswahlen gelungen ist, auch einen zweiten Landtagssitz zu gewinnen, und zwar in den Landgemeinden.

Da nun der krainische Landtag aus 36 Abgeordneten besteht, und da die deutschen Gotscheer darin nur durch zwei Abgeordnete vertreten sind, so ist es doch sonderbar, wie man sagen kann, daß $^1/_{12}$ die übrigen $^{11}/_{12}$, welche angeblich lauter Slaven sind, majorisire.

Im Gegentheil! Wenn die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Vošnjak richtig sind, so müßten die deutschen Gotscheer im krainischen Landtage durch drei Abgeordnete vertreten sein, denn dies würde gerade den zwölften Theil von 36 bilden, also hat er selbst zugestanden, daß die deutschen Gotscheer im krainischen Landtage eher benachtheiligt als bevortheilt sind.

Wie nun der genannte Herr Abgeordnete nicht immer der Wahrheit das Zeugniß gibt, werde ich auch noch in den späteren Ausführungen mich zu zeigen bemühen.

Selbstverständlich ist er auf die Verfassungspartei übel zu sprechen, denn diese war es, welche den nationalen Agitationen gegenüber nicht ruhig

zusah, nicht die Hände in den Schoß legte. Er bezeichnete dieselbe mit dem, wie ich glaube, nicht parlamentarischen Ausdruck „charakterloses Renegatenthum". Aber auch diesem „charakterlosen Renegatenthum" will er den Sieg nicht gönnen. Nein, das Ministerium hat das Alles gethan, das Ministerium, das mittels allerhand Wahlmanöver für das politische Renegatenthum in Krain eingetreten. Und was sollen diese Manöver gewesen sein?

In seiner Rede sprach der genannte Herr Abgeordnete sehr Uebles über den deutschen Liberalismus oder, wie er sich später corrigirte, über den „hebräisch-semitischen Liberalismus".

Es nahm mich Wunder, eine derartige Verunglimpfung des Liberalismus eben aus dem Munde jenes Herrn Abgeordneten zu vernehmen, der vor nicht gar langer Zeit dem Liberalismus nicht so ferne gestanden ist. Es ist ja männiglich im Lande bekannt, daß unter seiner Anführung in den slovenischen Landestheilen sich eine national-liberale Partei gebildet hat, welche, die slavische Tricolore hochschwingend, den Liberalismus als die eigentliche Panacee aller Uebel, von denen unser Land bedrückt wird, gepriesen hat. Die Frommen im Lande geriethen darob in nicht geringen Schrecken, zumal als diese Partei in ihren Organen gegen Pfarrer, Capläne, Meßner, gegen Wallfahrten, Processionen, gegen alles Kirchliche und was damit im Zusammenhange steht, in der wüthendsten Weise zu Felde zog; jedoch die einsichtsvollen Männer im Lande betrachteten das nur als ein Wahlmanöver.

Es galt eben, sich einige Reichsrathssitze zu erringen. Kaum war dieses gelungen, als jene himmelstürmende liberale Partei in reuige Paulusse umgewandelt wurde und in den Schoß der Frommen zurückkehrte. Ja, das Merkwürdigste geschah eben bei den letzten Landtagswahlen; es erschien ein Wahlaufruf, welchem die Unterschrift jenes Herrn Abgeordneten, der sich so wegwerfend über den Liberalismus ausgesprochen hat, beigesetzt war, worin der slavischen Landbevölkerung auf das Wärmste anempfohlen wurde sich bezüglich jener Männer, welche in den Landtag gewählt werden sollen, in den vorher so perhorrescirt n Pfarrhöfen des Rathes zu erholen. Ich frage nun, meine Herren, wo ist im Lande Krain Charakterfestigkeit, wo Principientreue zu finden?

Der sehr geehrte Herr Abgeordnete ging jedoch noch weiter; er meinte, das Ministerium habe Alles auf den Kopf gestellt, es habe die Grundsätze der Moral mit Füßen getreten. Er führt an, daß einem neunzehnjährigen, somit minderjährigen Steuerbeamten ein Wahlcertificat ausgestellt wurde, daß Bestechungsversuche von Seite der liberalen Partei gemacht wurden, daß die Regierung officielle Candidaten aufgestellt hat u. s. w. u. s. w.

Meine Herren! Wir, die wir im Lande sind, die wir die Praktiken der Gegenpartei genau kennen, die wir selbst erfahren mußten, wie die slavische Presse, die nicht eben in der delicatesten Weise gegen ihre politischen Gegner vorzugehen pflegt, die Verfassungstreuen mit Verunglimpfungen überhäufte, wie förmliche Proscriptionslisten von Wählern, die im Verdachte der Uncorrectheit standen, erschienen sind, wie ausgeliehene Capitalien, darunter Kirchencapitalien, solchen Schuldnern gekündigt wurden, von denen man befürchtete, daß sie bei den Wahlen abtrünnig werden könnten — ich sage, wir müssen, wenn wir uns das gegenwärtig halten und dann einen solchen Jammerruf über die mit Füßen getretene Moral vernehmen, wohl ausrufen: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes!

Der genannte Herr Abgeordnete meinte, das Ministerium habe sich dazu hergegeben, die Justiz zur Dienerin der Politik zu machen, er führte einen Fall an, daß ein k. k. Gerichtsadjunct, welcher sich zum Candidaten der Regierungspartei hergab und bei den Wahlen durchdrang, wenige Tage darauf, offenbar zur Belohnung dafür, zum Landesgerichtsrathe befördert wurde. Auch das ist eine arge Entstellung der Thatsachen.

Es handelt sich hier nicht um einen Adjuncten, sondern um einen der tüchtigsten Bezirksrichter des Landes, welcher eben in dem Stadtbezirke Gotschee als Candidat von den dortigen Bürgern, ohne sein Zuthun, aufgestellt wurde. Ja, man hat von gegnerischer Seite daselbst gar keinen Gegencandidaten aufgestellt, weil ja jene Stadt für die liberale Partei ganz sicher ist. Der genannte Bezirksrichter wurde in den Landtag einstimmig gewählt.

Die Beförderung zum Landesgerichtsrathe, mag er gewählt worden sein oder nicht hätte ihm ohnedies nicht entgehen können.

Ich frage nun, wer der Würde der Gerichtsbeamten mehr nahe tritt, das Ministerium, welches angeblich dieselben zu politischen Zwecken mißbraucht, oder der Herr Abgeordnete, welcher in so verdächtigender Weise gegen ehrenhafte Männer in diesem hohen Hause zu Felde zieht.

Der Herr Abgeordnete meinte aber auch dem krainischen Großgrundbesitze eine gute Lehre ertheilen zu sollen, und da erlaube ich mir im Namen der beiden Vertreter der besagten Curie in diesem hohen Hause, diese gute Belehrung dankbar abzulehnen. Herr Vošnjak meinte nämlich, was man von der politischen Reife und Selbständigkeit des krainischen Großgrundbesitzes halten könne, weil derselbe es gewagt hat, einen politischen Beamten, einen k. k. Bezirkshauptmann in den Landtag zu wählen.

Ja, meine Herren, was hat denn die Gegenpartei gethan? Sie recrutirte im Laufe der Jahre mitunter ihre Abgeordneten in den Landtag ebenfalls aus verschiedenen Beamtenkategorien. Unter ihren

Vertretern war auch ein Bezirkshauptmann, ein Gerichtsbeamter, ein Steuerbeamter, sogar einer aus der Classe der bei den Gegnern so sehr verhaßten Steuerbeamten zu treffen, und da sollte ein Bezirkshauptmann, der selbst Mitglied des Großgrundbesitzes ist, nicht von demselben in den Landtag gewählt werden dürfen?

Der betreffende Herr Abgeordnet meint weiter, die Regierung habe mit allem Apparate des Beamtenthums gewirkt, sie habe officielle Candidaten aufgestellt. Diesfalls muß ich bemerken, daß die liberale Partei von der Aufstellung von Candidaten in den Landgemeinden völlig Umgang genommen hat, weil sie ohnedies wußte, daß die Landgemeinden zu sehr unter dem geistlichen Einflusse stehen, als daß sie einen ihnen von liberaler Seite empfohlenen Candidaten wählen würden.

Nur im deutschen Wahlbezirke von Gotschee war dies nicht der Fall, man wußte ohnehin, daß dessen Bewohner, die weit in der Welt herumkommen, in dieser Hinsicht einer freieren Anschauung huldigen.

Man hat daher auch die Benennung ihrer Candidaten vollkommen ihrer freien Wahl überlassen. Die liberale Partei concentrirte sich bloß auf die Städte, und es ist das gewiß beachtenswerth, daß die Gegenpartei in der Landeshauptstadt anfangs es nicht einmal wagte, Gegencandidaten aufzustellen. Erst in letzter Stunde traten zwei ihrer Parteigenossen als Candidaten auf, um, wie man zu sagen pflegt, schandenhalber als Opferlämmer, als Sündenböcke der Partei zu dienen. Der betreffende Abgeordnete ist überhaupt gegen die Candidatur von Beamten und namentlich sind ihm die k. k. Bezirkshauptleute ein Dorn im Auge. Er hat sich diesfalls veranlaßt gefühlt, uns ein Circulare des französischen Ministers aus jüngster Zeit über officielle Candidaturen vorzulesen. Ich glaube, der betreffende Herr Abgeordnete hätte nicht so weit zu gehen gebraucht, er hätte nur die unter dem — wie er sagte — wahrhaft österreichischen Ministerium Hohenwart den Landtagen zugekommenen Landtagswahlordnungen durchzulesen gebraucht. Dort hätte er im §. 13 gefunden, daß von der Wählbarkeit für den Landtag ausgeschlossen sind: Alle Staatsbeamten, alle Landesbeamten, alle Fondsbeamten, alle Lehrer und Leiter von Schulen, letztere sogar, wenn sie in Pension sind. Nun, meine Herren, eine derartige drakonische Verfügung hat wenigstens das für sich, daß sie consequent ist, und speciell hebe ich hervor, daß, wenn der politische Beamte, wenn der Staatsbeamte nicht in den Landtag gehört, ebensowenig auch der Landesbeamte dort seinen Sitz haben darf.

Wenn nun die k. k. Bezirkshauptleute in Krain und in Untersteiermark die guten Lehren, welche ihnen der genannte Herr Abgeordnete, der zugleich auch Landesbeamter in Krain ist *(Rufe links: Hört! Hört!)*, in diesem hohen Hause gibt, vernehmen werden, so werden sie dazu sagen: Es ist leicht, Enthaltsamkeit zu predigen, allein es möge zuerst der betreffende Landesbeamte uns mit gutem Beispiele vorangehen *(Rufe links: Sehr richtig!)* und sich nicht von seinen Gesinnungsgenossen in den krainerischen Landtag candidiren lassen.

In gleicher Weise, wie es bei verschiedenen Anlässen im hohen Hause seine Gepflogenheit war, hat der betreffende Abgeordnete wieder den Jammerruf ertönen lassen über die furchtbare Bedrückung der Slovenen im Lande. Er unterließ es nicht, den Minister Beust, den „An-die-Wand-Drücker" der Slaven zu erwähnen. Der betreffende Abgeordnete hat aber vergessen, daß eben dieser Minister es war, der seinerzeit in diesem hohen Hause, als es sich um eine Eisenbahn von Laibach nach Tarvis handelte, sehr wohlwollende Worte für die Slovenen gesprochen hat, daß sogar nach dem Ausspruche seiner Gesinnungsgenossen das Zustandekommen dieser Eisenbahn besonders diesem „An-die-Wand-Drücker" der Slaven zu verdanken gewesen ist. Allerdings haben ihm die betreffenden Abgeordneten aus Krain, die Gesinnungsgenossen des Herrn Abgeordneten Dr. Vošnjak damit gedankt, daß sie bald darauf, als die Bahn gebaut war, bei sich ergebender Gelegenheit dem hohen Reichsrathe den Rücken kehrten. Ich frage weiters: Verdient dieses hohe Haus, verdient das jetzige Ministerium diese argen Anwürfe der Slavenfeindlichkeit, die ihm von jener *(rechten)* Seite gemacht werden?

Weiß denn der genannte Herr Abgeordnete, der sich als Anwalt von $^{11}/_{12}$ der Bewohner Krains hier aufwirft, nicht, daß eben das Abgeordnetenhaus es war, in welchem die vom Lande durch so lange Zeit vergebens betriebenen Ansprüche wegen Rückersatzes seines incamerirten Landesfondes, welche von der früheren absoluten Regierung zurückgewiesen worden waren, eine befriedigende Lösung gefunden haben, indem dem Lande Krain als Entschädigung hiefür ein Betrag von 700.000 fl. ausgezahlt wurde? Weiß er nicht, daß das jetzige Ministerium einen Gesetzentwurf seinerzeit eingebracht hat, womit die verworrenen Zustände unseres Grundentlastungsfondes geordnet werden, so zwar, daß das Land Krain wenigstens von der Calamität befreit wurde, wegen Unmöglichkeit der Tilgung seiner Grundentlastungsschuld den Bankerott ansagen zu müssen? Die betreffende Vereinbarung des Abgeordnetenhauses mit dem Lande findet ihren Ausdruck in den in das Finanzgesetz eingestellten 175.000 fl. für die krainische Grundentlastung. Ich frage weiters: weiß er nicht, daß dem Lande Krain Grundsteuerüberbürdungsbeträge in nicht unbedeutendem Maßstabe abgeschrieben werden, wofür der slavische Bauernstand der Regierung gewiß Dank weiß?

…ędziemy
…niechybna. Przez
…ością polubownego
… Austryą i nic już nas po-
…mogło od energicznych przy-
…, przed którą wcale się nie co-
…d rosyjski woli ponieść nowe ofiary,
…pić pokój kosztem najmniejszej ujmy swej
…odności“.

W dzienikach rosyjskich nieprzestają się przebijać od czasu do czasu aspiracye bardzo wyraźne do zagarnięcia kiedyś Galicyi Wschodniej i wcielenia jej „do wielkiej rodziny wszechsłowiańskiej“. Korespondent lwowski do *St. Peterb. Wiedomosti* w taki sposób charakteryzuje np. teraźniejsze usposobienie ludności rusińskiej w Galicyi: „Dziwne to, doprawdy, zjawisko: włościanie tutejsi zachowują się tak, że można ich poczytywać za najwierniejszych poddanych Cesarza austryackiego; są zawsze spokojni i nigdy nieokazują niezadowolenia z obecnego stanu rzeczy; a jednak, kto tylko zbliży się do nich i zyska ich zaufanie, — przekonywa się natychmiast, że ani na chwilę nieopuszcza ich nadzieja, iż lada dzień przyjdą „Moskale“ i Car ich zawierze pod swoje rządy, a wówczas dopiero zacznie się dla nich lepsza dola. „Wtenczas — powiadają chłopi — i ziemi u nas będzie więcej, i podatki będą mniejsze o połowę, i sól i tytoń tańsze daleko!..“ A nie sami tylko chłopi myślą że Galicya przejdzie pod panowanie Rosyi. Jak jakiś wyrok wyższy, nieodwołalny, myśl ta przytomną jest ciągle każdemu mieszkańcowi Galicyi. Wszystkie bez wyjątku klasy są tego przekonania niezłomnego, że nie dziś to jutro Galicya musi być przyłączoną do Rosyi; nawet najgorętsi patryoci polscy niewątpią o tem i jak gdyby przygotowują się wcześnie do téj konieczności.“ Tyle słów korespondenta. Dziennik zaś petersburski czyni przy téj sposobności uwagę, że powyższe przekonania Galicyan podzielają wszyscy myślący Rosyanie, nawet tacy, którzy swój patryotyzm miarkują zazwyczaj zimnym rozsądkiem. „A każdemu wiadomo, dodaje w końcu dziennik, że tak znakomity mąż stanu, jakim był niedawno zmarły ks. Czerkaski zawsze utrzymywał i dowodził głośno, iż przyłączenie Galicyi do Rosyi jest tylko kwestyą czasu.“

My zaś dodamy, że ks. Czerkaski umarł a z nim może na zawsze znane od dawna panslawistyczne nadzieje co do Galicyi. Owe objawy, o których wspomina powyżej korespondent lwowski, świadczą tylko, że jak to i bez owej korespondencyi wiadomem było, w Galicyi usiłują być czynnemi komitety panslawistyczne, ale jak dotąd, co się tyczy ludu wiejskiego, bezowocnie. Patryoci zaś polscy, przekonani są, że złowrogie zamiary ks. Czerkaskiego i jego stronnictwa, spełnionemi nie będą, bo wiedzą, że dla posiadania Galicyi Austro-Węgry oddałyby ostatniego żołnierza i ostatniego reńskiego, a że zjednoczonym siłom monarchii, nie sprostałaby Ro-

w połączonych podkomitetach …
iż okupacya Bośni nie jest zamierzona, ale mogła by się stać konieczną, jeśliby Serbia chciała ją zająć albo też gdyby dysunici mieli w skutku agitacyj wyprzeć katolików albo muzułmanów i w ten sposób pomnożyć liczbę wychodźców albo powiększyć koszta ich utrzymania. *Presse* donosi z Bukaresztu: Rosyanie uzbrajają Ruszczuk i Silistryę, chcąc postawić je w stanie obronnym. Rząd rumuński, postanowił w razie zajęcia przemocą Besarabii przez wojsko rosyjskie, nietylko zrzec się Dobruczy, ale także ujścia Dunaju, tudzież wyspy dunajskie leżące poniżej ujść Prutu pozostawić Rosyi a niechby mocarstwa potem rozstrzygały o wszystkiem.

**Londyn** 15 marca. Bióro Reutera donosi z Aten pod dniem dzisiejszym: Dziennik urzędowy donosi, że Rosya wzbrania się przypuścić Grecyę do kongresu. Usposobienie publiczne jest z tego powodu mocno przeciw Rosyi wzburzone.

**Londyn** 16 marca. Minister marynarki wniósł w Izbie niższej budżet marynarki i oświadczył, że takowy opiera się na stosunkach normalnych; gdyż w czasach pokoju, a jak się spodziewa w czasach trwałego pokoju, nie może żądać znacznych podwyższeń. Marynarka istniejąca wystarcza do obrony honoru i interesów Anglii, a załogi są dostateczne dla obsadzenia każdego okrętu, który potrzeba będzie postawić w stanie czynnym. Flota na wszelki wypadek jest wystarczającą a do lata gotowych będzie 28 łodzi torpedowych. Anglia potrzebuje ich mniej, gdyż wiele parowców da się w tym celu użyć.

**Londyn** 16 marca. Izba niższa uchwaliła wczoraj wieczór wszystkie pozycye budżetu marynarki, wyjąwszy pewne wydatki na zakłady marynarki i doki, odłożywszy takowe. *Times* donosi ze San Stefano, że gwardya rosyjska otrzymała rozkaz wsiadania na okręty i wracania do domu, skoro tylko traktat pokoju będzie ratyfikowany.

---

**Kurs** Wiedeń 16go marca godz. 2 m. 30 po poł. Renta papierowa 62·35.— Renta srebrna 66 30. — Renta złota 73·90 — Losy z r. 1860 111·—.— Akcye Banku Narodowego 795·— — Akcye kredytowe 230·50 — Londyn 119 15 — Srebro 105 85. — Napoleony 9·51—.— Lombardy 73 25. — Losy z roku 1864 136 10. — Akcye kolei Karola Ludwika 246 25. — Akcye kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 121 50 — Akcye kolei węg. półn. wschod. 111·—. — Anglo-Bank 99 80. 6% Listy zast. hipoteczne 90·—.— Marki 58 60— Ruble 129·25. — 6% Listy zast. galic. Zakład kredyt Ziem. 87·25.

Usposobienie giełdy: stałe.

---

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
***Antoni Kłobukowski.***

---

| | żądają | | płacą | żądają |
|---|---|---|---|---|
| Losy Comorente | | 24 — | 25 — |
| „ kredytowe | 16 50 | 163 50 | 164 — |
| „ żeglugi parowej na Dunaju | — — | 95 — | 96 50 |
| „ księcia Salm | | 38 25 | 38 75 |
| „ „ Palffy | 62 50 | 38 25 | 38 75 |
| „ „ Klary | 66 50 | 29 50 | 30 50 |
| „ „ St. Genois | 104 50 | 29 — | 29 50 |
| | | 29 25 | 29 50 |

| | płacą | żądają |
|---|---|---|
| Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie | 90 — | — — |
| „ krajowego galicyjsk. we Lwowie | — — | — — |
| „ wiedeńskiego dla obrotu płodów | — — | — — |
| „ galic. hipotecznego | — — | — — |
| „ dla obrotu ogólnego | 98 — | 99 — |

| | płacą | żądają |
|---|---|---|
| Napoleondory | 09 52 | 09 53 |
| Suweryny angielskie | 11 94 | 11 98 |
| Imperyały rosyjskie | 09 77 | 09 79 |
| Srebro | 105 75 | 105 85 |
| Srebro, kupony | — — | — — |
| Bank. pań. Niemiec. za 100 m. | 58 60 | 58 70 |
| Rubel pap. | 1 29 | 1 29½ |

Lwów 15 marca

| | |
|---|---|
| | 5 48 |

...ł szwajcarskiej, po cenach od 3 złr. do 120 złr., o czem mam honor świetną P. T. Publiczność zawiadomić.

**W. Bojarski,**
Zegarmistrz w Krakowie.
(753-1-3)

---

# Do siewu

lucernę prawdziwą francuską i piaskową, koniczyny i trawy wszelkiego rodzaju, mięszanki traw na łąki, pastwiska i trawniki, koński ząb amerykański, kukurudzę węgierską, marchew i buraki na p...szę, gorczycę, ...ubin, wykę, owies angielski sztandarowy, rydz, szporek, seradelę, siem...lniane prawdziwe rygskie, nasiona leśne i ogrodowe, wszystko w najprzedniejszym towarze po cenach przystępnych poleca (712 1-2)

**A. Bąkowski,**
**Dom rolniczy w Poznaniu.**
*Cenniki bezpłatnie franco.*

---

# Kapsułki elastyczne

z olejem rącznikowym, tranem, balsamem kopachu itd.

Fr. Kuśmirskiego
**apt karza w Warszawie.**

W kapsułce elastycznej i sprężystej przyjmującej kształt przełyku, mieści się łyżeczka od kawy lub pół tejże, zawartości tak wstrętnej w użyciu bezpośrednim, jak olej rącznikowy, tran lub balsam kopachu. Forma ta, jako nader dogodna do użycia, zyskała uznanie *Towarzystwa lekarskiego w Warszawie.*

Składy główne znajdują się **w aptece p. W. Redyka pod Barankiem w Krakowie i w aptece p. M. Krzyżanowskiego we Lwowie**, oraz są do nabycia we wszystkich aptekach Krakowa i Lwowa; jak równie w Chrzanowie i Jaworznie u p. Sporysz; w Krynicy u p. Nitribitta; w Leżajsku u p. Denkera; w Nowym Sączu u p. Filipka; w Podgórzu u p. Skakalskiego; w Przemyślu u p. Tarczyńskiego; w Rzeszowie u p. Kalinowskiego; w Tarnowie u p. Tenczyna; w Wieliczce u p. Miczyńskiego. (669-1-5)

---

# Śliwki i powidła

świeże, prawdziwe tureckie, otrzymał nowo założony handel towarów korzennych i norymbergskich

**H. Kretschmer**

róg Rynku i ulicy Szewskiej pod Nr. 24 w domu hr. Henryka Wodzickiego i sprzedaje takowe po zniżonej cenie. (401-7-9)

---

# Poszukiwana posada zarządcy.

Młody zarządca, Niemiec który już przez kilka lat w wiek...

---

sprzed...

# Osias Ros...

---



Faeton, Landau... i kara (powóz)

na jednego lub parę koni, lekkie, w dobrym stanie, są **tanio** do sprzedania pod L. 50 przy ul. Smoleńsk w Krakowie. (652-2-5)

---

# Skradziono mi

w tym tygodniu Losy węgierskie: 3095/24, 5766/8, 177/39, 456/49 całe; 5690/33, 4499/50 połówki. Ostrzegam niniejszem przed zakupnem takowych. (717-2-2)

**Taube Langrock,**
właścicielka domu na Podbrzeziu.

---

# Balsam Vetoriniego

Znany ten środek Szanownéj Publiczności od lat 70, okazał się ostatniemi czasy jako niezawodny w cholerze. Łyżeczka tego balsamu użyta, uśmierza kurcze żołądka, koi słabości nerwowe, reumatyzmowe, ból zębów — powstrzymuje wymioty i rozwolnienie, a przykładany rany goi.

W **Krakowie** dostanie prawdziwego flaszkę po 1 złr. 50 cent. u pp. aptekarzy **Wiktora Redyka** „POD BARANKIEM“ i *K. Wiszniewskiego* „pod Gwiazdą“, jak również w handlach pp. *Jangi* i *J. Jahna.* (174 5-)

---

WYROBY SPECYALNE

PARFUMERYA
AUX VIOLETTES DE PARME
ED. PINAUD

| | |
|---|---|
| Mydło..... | AUX VIOLETTES DE PARME |
| Essencya dla chustek ..... | AUX VIOLETTES DE PARME |
| Woda tualetowa. | AUX VIOLETTES DE PARME |
| Pomada..... | AUX VIOLETTES DE PARME |
| Olejek..... | AUX VIOLETTES DE PARME |
| Puder ryżowy... | AUX VIOLETTES DE PARME |
| Kosmetyk..... | AUX VIOLETTES DE PARME |

37, *Boulevard de Strasbourg*, 37.

(116-7-)

---

# PAPIER WLINSI

Ogromne powodzenie tego środka zależy od jego własności sprowadzania na powierzchnię ciała zapaleń i rozdrażnienia, które dotknęły najżywotniejsze organa; tym sposobem przeciąga on chorobę na części ciała mniéj delikatne i daje większą łatwość uleczenia takowéj. Najznakomitsi lekarze zalecają go przeciw KATAROM, NIEŻYTOWI O-SKRZELI, CHOROBOM GARDLANYM, GRYPIE GOŚCOWI...

---

# Waż...

Dyrekcya **między...** w skutek zaszłej likwidacy... towary po bajecznie taniej

1 bardzo dobrze idący **ze...** ny z pozłacanym **łań...** rego dobry chód ręcy...

2 prawdz. japońskie **wa...** ślicznie malowane, ozdoba...

1 śliczną bardzo praktycz... z czarnego złotem em...

1 prakt. **szczypce do...**

1 piękno franc. **nakry...** ozdoba każdego sto... słynny odznaczony... dym w odległości...

Za nadesłani... oboczej otrzyma ka...

Adr...

**Direktion...**

---

Promesy los...
Promesy kr...
Promesy w...

**Wszy...**

**Nyltra...**

---

**Szy...**

# cierp...

jak: w **gruźlicy,** w rozpoc... **nieżycie płuc,** wszelkiego... **robach,** które często tworzą... **pr...**

**Syrup** e... do...

aptekar... **zbadany i polecony** **Syrup wapienno-jedynym racyonalnym** ...ustrojowi cierpiących na gruź... mnaża tworzenie się krwi, po... organism. Wskutek tego nikn... **nocne osłabiające poty.** ...ściowe osadzenie się wapna w gu... sposobem **ustaje cierpienie** ...dziękowania.

Słowo № 59 vom 27. Juli 1866.

67

. . . . . Haben wir es ja der Welt gesagt, wer wir seien? was unsere Vergangenheit? was unser historisches Recht? Nein! Wir trieben und treiben noch die sogenannte Oportunitäts-„Politik" und jetzt müssen wir ihre bitteren Früchte verkosten. Im Jahre 1848 frug man uns, wer wir seien? wir antworteten, wir seien durchaus „Ruthenen", (O Herr! wenn das unsere Vorfahren wüßten, daß wir uns selbst mit diesem Spitznahmen benannten, den uns im Laufe der Zeit unsere Unfeinde beilegten, sie würden sich im Grabe umkehren,) und was war die Folge davon? Nun, daß der Wiener-Jud-Humorist Saphir von uns schrieb: Seit Erfindung der Ruthenen zwei Jahre, — und daß hierauf die Polen selbst uns „Ruthenen" schimpften. —

Ihr seid vielleicht russisch, frug uns Stadion, und wir betheuerten bei Leib und Seele, daß wir nicht russisch, keine Russen, sondern ganz einfach Ruthenen seien, daß unsere Grenze am Zbrucz, daß wir uns wehren vor den „Russen" als elenden

Die Benennung „Ruthenus, gens ruthenorum ist in den ältesten lateinischen Dokumenten gebracht u. ist auch in das Deutsche übergangen".
In der polnischen Sprache wird der Russe „Moskal u. auch Rossyanin" ~~gen~~ der Ruthene aber „Rusin" genannt

Schismatikern, mit denen wir nichts gemein haben wollen. — Was ist unsere Schrift? frug man uns weiter. Wir antworteten: unsere Schrift sei die der Kirchenbücher, und wieder schworen wir bei Leib und Seele, daß wir von der Grazdanka, dieser serbisch-russischen Civilschrift, als einer uns fremden, nichts wissen wollen. Und so kann es Niemand Wunder nehmen, wenn es eine Zeit gab, wo man uns „Ruthenen" den Gebrauch „russischer" Ausdrücke, russischer Drucklettern (Grazdanka) und der russischen Currentschrift verwehrte, und lediglich gestattete, die Eingaben an die Beamten und Gerichte nur mit den Lettern der Kirchenkyrilik zu schreiben und uns der Sprache, welche innerhalb der Amtsgemarkung auf Märkten und in den Wirthshäusern von den Bauern gesprochen wird, zu bedienen. — Und warum sagten wir nicht im J. 1848, daß wir „russisch" sind, daß unsere Nationalgrenze nicht der Zbrucz bilde, sondern daß sie über den Dniepr hinausreiche? Ja, weil man dann Furcht bekommen hätte, wir, die wir durch eine

auf die 12 Kreise Galiziens einge-
schränkt hat, der darf nach dem Rechte,
auch nach dem konstitutionellen, über
diese Grenze nicht hinausgreifen, und
nur innerhalb dieser selbstgezogenen
Grenzen sich entwickeln. War es denn
des Grafen Gołuchowski Schuld,
daß sich ihm eine gute Gelegenheit
dargebothen hat, zu Polens Gunsten,
die Ruś mit den eigenen Waffen
zu schlagen? — Nach so traurigen
Erfahrungen ermannte sich Ruś
auch im J. 1860 noch nicht, und nach
Hinausgabe des Diploms vom 20.
Oktober, welches allen Völkerschaften
Oesterreichs auf historischer Grund-
lage sich zu entwickeln gestattet.
Auch damals verblieben wir „Ruthe-
nen" und ärgerten uns über die,
welche uns wegen des Strebens zur
Einigung mit All-Rußland auf
dem Gebiete der Literatur denun-
zirten, obwohl es bei uns keinen ein-
zigen besseren Schriftsteller gibt,
der an eine günstige Zukunft der
Union mit ihrem polonisirten Ritus.
Und auch im Lemberger Landtage,
wo die beste Gelegenheit war, den

der ausschließlich galizisch-russischen Litteratur glauben würde, und noch weniger an die Zukunft der Union

Polen und Europa es klar zu machen,
sagte Niemand von den Unsrigen
daß alle Bemühungen der Diplomatie
und der Polen uns zu einer beson-
deren „Ruthenen- und Uniten-
Nation" zu machen, sich vergeblich
erwiesen, und daß das galizische,
ungarische, Kiower, Moskauer,
Tabolsker u. s. w. Rußland in ethno-
grafischer, geschichtlicher, lexikaler
Beziehung, sowie in Bezug auf
Literatur und Ritus ein und dasfel-
be Rußland sei; — obwohl in Galizien
treu ergeben seinem allgeliebten
Herscher und seiner erlauchten
Dynastie, und dort jenseits der
Grenze ebenfalls ergeben seinem
Herscher und dessen Dynastie.
Auf dem Lemberger-Landtage
war die gute Gelegenheit klar und
unumwunden auszusprechen, daß
unsere Väter unwalter, voll-
kommen wirre russischer Ritus, unser
historisches Recht sei, und daß Nie-
mand Vernünftiger sich dem
wundern dürfte, daß Ruś heute
den heißen Wunsch hegt, sich in Be-
zug auf Glauben und Ritus aus

den Banden des Jesuitismus zu be-
freien. Wenn wir dieß Alles kühn
und offen aussagen, wer wird uns
dann des Moscovitismus und des
Schisma beschuldigen? wer wird
es zu sagen wagen, unser Streben
sei unlauter und unberechtigt?
Nur, insolange wir „Ruthenen"
sind, beschränkt in Bezug auf un-
sere Sprache und Literatur auf die
Bauernhütten der 12 galizischen
Kreise, ohne Zusammenhang mit
der Gesammtheit der russischen Welt,
ängstigen wir uns vor dem ~~galizi~~ polni-
schen Kanzler. Wir mögen gesund
schreiben, was wir wollen, gegen
diese sogenannten Beschuldigungen,
uns wie immer weiß machen wollen,
Leib und Seele verschwören; —
kein Mensch wird es uns glauben, denn
es ist schwer daran zu glauben, was
unmöglich ist, — und Niemand wird
uns helfen, wird uns beispringen.
Wir mögen an den Papst schreiben,
so viel wir wollen, und welchen immer
Adressen an ihn richten, auch dort
wird man uns nicht glauben, denn

auch dort fängt man bereits anzubegrei-
fen, daß es unmöglich sei, Ruś sei heute
nicht jenes Rußland, das sie seit Jahrhun-
derten war. .... daher ist es unsere
Meinung, es sei schon einmal Zeit unsern
Rubikon zu überschreiten und Jedermann
frei herauszusagen: Wir können uns
nicht durch eine chinesische Mauer
von unseren Brüdern und dem Verban-
de mit den übrigen gesammten russi-
schen Welt in Bezug auf Sprache, Litera-
tur, Kirche und Nationalität tren-
nen lassen! Wir sind nicht Ruthenen
des J. 1848, wir sind echte Russen,
Eben so wie wir es immer waren,
so sind und bleiben wir auch in Hinkunft
unerschütterlich treu unserm glorreichen
oesterreichischen Herrscher und der
erlauchten Dynastie Habsburgs!
Wenn wir ein solches Glaubensbe-
kenntniß ablegen, so brauchen wir
uns vor dem polnischen Kanzler nicht
zu fürchten, denn er wird uns nicht
mehr einwenden können, unsere
Sprache sei nicht geeignet, für den hö-
heren Unterricht, nicht ausgebildet
genug für den Gebrauch in Ämtern
u.s.w. denn unsere russische Sprache
und unsere russische Literatur hat
die polnische schon vor langer Zeit
und weitaus übertroffen. .....

1000 jährige Geschichte, durch den kirchlichen Ritus, durch Sprache und Literatur mit der großen russischen Nation verbunden sind, wir könnten einmal das Verlangen hegen, uns von Oesterreich loszureißen, und man hätte uns der konstitutionellen Freiheiten nicht theilhaftig werden lassen, man hätte uns, die wir damals noch gar schwach waren, unterdrückt, so daß wir nicht einmal russisch zu athmen gewagt hätten. Dieser Grund kann von der Geschichte berücksichtigt und unsere Verlogenheit zum Theil entschuldigt werden. aber es ist doch komisch, wie jener Herr, dem Jemand vorwarf, warum die Russen im Beirathe Stadions nicht gleich die volle Wahrheit gesagt haben, daß sie nicht Gottweiß was für Ruthenen, sondern „russisch" „Russen" seien, so wir erwiedern konnte: Ja, was würde der polnische Erzbischof dazu gesagt haben! . . . . . .

. . . . . .

Doch nach und nach klärten sich die Dinge auf. Kaum vergiengen paar Jahre, und die Rus' fing an aufzuleben; es zeigte sich, daß ihre Literatur

ohne Schmidts Wörterbuch nicht einen Schritt vorwärts machen könne, daß dieses russische Wörterbuch ebensogut russisch für St. Petersburg wie für Lemberg sei, daß es die eigentliche russische Literatur- und Schriftsprache enthalte. Es zeigte sich bald, daß die galizischen Russen, nachdem sie sich in der Geschichte umgesehen hatten, zu der Überzeugung kamen, daß Polen ihnen nicht nur die Sprache vernichtet hatte, sondern daß auch ihr Glaube unter dem lateinischen Drucke gesunken war. Es genügt die Durchlesung des Buches „die ruthenische (!!) Schrift- und Sprachenfrage" um sich zur Genüge zu überzeugen, daß Graf Goluchovski nach Wien nicht etwa Recriminationen gegen uns, sondern die reine Wahrheit berichtete, unsere Literatur strebe die Einigung mit der allgemeinen russischen, und unser Ritus die Einigung mit dem orthodoxen an. Wir lassen ihm diese Gerechtigkeit wiederfahren, und klagen nicht so sehr ihn, als vielmehr unsere eigene Inkonsequenz an. Denn wer sich im J. 1848 einen „Ruthenen" nannte, der mit dem großen All-Rußland nichts gemein habe, — wer seine Grazdanka-schrift aufgegeben und seine Literatur

petycye ze strony Polaków. Mianowicie deputowany Dr Dunajewski złożył na stół Izby petycyę Towarzystwa rolniczego krakowskiego o obronę interesów rolnictwa przez przyjęcie bez zmiany podczas obrad nad budżetem sum, które ministerstwo rolnictwa preliminowało; dep. Dr Rydzowski zaś petycyę dyurnistów wszystkich władz i urzędów państwowych w Galicyi zachodniej o uwzględnienie ich o ile się da przy obsadzaniu posad urzędników kancelaryjnych i podwyższenie ich teraźniejszej płacy dziennej do 2 złr.

— Następca tronu arcyks. Rudolf zdawał w tych dniach w Gödöllö popis z taktyki wojennej w obecności NPana, bar. Mondla, jenerała bar. Bienertha i dyrektora artyleryi przy jeneralnej komendzie w Peszcie Hoffmanna de Donnersberg. NPan był zupełnie zadowolony z odpowiedzi arcyks. Rudolfa i wyraził pułkownikowi Reinländerowi, nauczycielowi tego przedmiotu, najzupełniejsze swoje uznanie.

## Rosya.

Z okoliczności zakupna akcyj sueskich przez Anglię *Times* przypomniał propozycyę jakoby uczynioną ongi Anglii przez cara Mikołaja, aby zajęła Egipt, podczas gdy Rosya zajęłaby Carogród. *Times*, godząc się na to, że Anglia mogłaby zająć Egipt, nadmienia jednak, że nigdy nie pozwoliłaby Rosyi wtargnąć do Carogrodu. Artykuł *Timesa* wywołał oburzenie prasy rosyjskiej, która przedewszystkiem zbija prawdziwość owej propozycyi cara Mikołaja. *Nord* zbiera wiadomości odnośne, podając nasamprzód następujące wyimki z wiedeńskiej korespondencyi *Gazette de France*:

„*Times* świeżo przypomniał propozycye, które car Mikołaj uczynił był ongi Anglii pod względem podziału państwa ottomańskiego. Dziennik angielski w artykule poświęconym tej sprawie zdaje się uważać za rzecz nie ulegającą żadnej zgoła wątpliwości, że Mikołaj w tej epoce nosił się z myślą zdobycia Carogrodu. Temu to punktowi zaprzecza dyplomatyczny korespondent petersburski w liście do *Politische Correspondens*. Wersya podana przez korespondenta tego opiera się na urzędowym raporcie sir Hamiltona Seymoura do ministra spraw zagranicznych w Londynie. Poseł angielski opowiada, że Mikołaj powiedział mu dosłownie co następuje:

„„Nie oddaję się w przedmiocie Carogrodu tym samym złudzeniom co Katarzyna II, owszem, niezmierzony obszar Rosyi uważam za jedyne jej niebezpieczeństwo. Radbym widzieć Turcyę dość silną, aby zjednała sobie poszanowanie innych mocarstw. Ale jeżeli przeznaczeniem jej jest zginąć, trzeba, aby Rosya i Anglia porozumiały się co do postawienia czegoś lepszego w jej miejsce. Proponuję tedy, aby utworzono Księstwa naddunajskie, z Serbii i Bułgaryi jedno państwo niepodległe, oddane pod protekcyę Rosyi, i oświadczam, że Rosya nie ubiega się o żadne panowanie nad dzierżawami tureckiemi. Anglia może zabrać Egipt i Kretę, ale nie mogę pozwolić, aby się usadowiła w Carogrodzie, i mówię to wyraźnie. Owszem, gotów jestem przyrzec, że, co do siebie, nigdy nie zagarnę Carogrodu, jeśli ugoda, którą proponuję, stanie między Rosyą a Anglią. Gdyby Turcya rozpaść się miała przed zawarciem tej ugody i gdyby konieczne wypadało zająć Carogród, nie mógłbym naturalnie zobowiązać się do nieuczynienia tego““.

Nazajutrz car wynurzał się w ten sposób posłowi francuskiemu i dodał:

„„A więc, *c'est à prendre ou à laisser*. Nie mogę pozwolić, aby mocarstwo morskie, tak silne jak Anglia, posiadło Bosfor, przez który Dniepr i Don uchodzą do morza Śródziemnego. Lubo morze Czarne znajduje się między Donem, Dnieprem i Bosforem, zajęcie miejsca tego zabiłoby handel Rosyi i zamknęłoby flocie jej drogę do morza Śródziemnego. Gdyby kiedykolwiek któremu z cesarzów rosyjskich przyszło zdobywać Carogród lub gdyby ujrzał się w konieczności zajęcia go na stałe i utwierdzenia w sposób taki, żeby go uczynić niezdobytym, od tej chwili rozpoczęłby się upadek Rosyi. Choćbym ja nie przeniósł tam mojej rezydencyi, uczyniłby to mój syn lub może tylko mój wnuk; ale nastąpiłoby to prędzej czy później, gdyż Bosfor jest cieplejszy, przyjemniejszy i piękniejszy od Petersburga i Moskwy, a gdy car raz osiędzie w Carogrodzie, Rosya przestanie być Rosyą. Żaden Rosyanin nie może pragnąć takiego końca. Zresztą mało jest takich, którzyby w to wierzyli. Niema Rosyanina, któryby nie pragnął krucyaty chrześciańskiej dla wyzwolenia meczetu św. Zofii; i ja nie mniej od kogokolwiek pragnę tego, ale nikt nie będzie pragnął widzieć Kremlin przeniesiony do Siedmiu wież““.

Tyle czerpie *Nord* z pism innych; w jednym z następnych zaś numerów podaje przesłany sobie list osnowy następującej:

Paryż 3 grudnia.

„W numerze z 1go grudnia powtarzacie artykuł *Gazette de France*, przedstawiający po prawdzie rozmowę historyczną między cesarzem Mikołajem a sir H. Seymourem, z której Anglia i Francya skorzystały do wywołania wojny wschodniej w r. 1854, potrzebnej Napoleonowi III do ustalenia się w Tuileryach, a lordowi Palmerstonowi w ministerstwie spraw zagranicznych.

Pozwólcie uzupełnić to spóźnione wydobycie na jaw prawdy w dziedzinie historyi współczesnej kilkoma danemi, stwierdzającemi niezmienną lojalność polityki rosyjskiej i dowodzącemi, że ani Anglia, ani Francya, ani żadne z mocarstw sprzymierzonych w roku 1854, nie mogły wątpić o szczerej, uzasadnionej i najzupełniejszej bezinteresowności tej polityki co do Wschodu, ani też posądzać cesarza Mikołaja o propozycyę czynioną jakoby posłowi angielskiemu co do owego kroku, o którym *Times* nie waha się mówić dziś ponownie jeszcze z okoliczności transakcyi anglo-egipskiej.

Niedługo po zawarciu traktatu Londyńskiego cesarz Mikołaj kazał przez hr. Nesselrodego wystósować do swego posła w Londynie pod dniem 25go grudnia r. 1827 depeszę, w której powiedziano:

„„...Pierwszą i najwięcej esencyonalną ze wszystkich zasad spisanych w traktacie Londyńskim jest ta, która mocarstwom podpisanym na traktacie zabrania zdobyczy i korzyści wyłącznych. Cesarz JMć. doniósł już, że nie zboczy od tego w żadnym razie. Poleca mi powtórzyć tu wyraz stanowczego zamiaru tego... Śmiemy dodać, że bynajmniej nie abstrakcyjna maksyma wspaniałomyślności lub próżne pragnienie sławy dyktuje Cesarzowi taką politykę — jest to dobrze zrozumiany interes Rosyi... Rosya nie ma najmniejszego interesu w rozszerzaniu swych granic lub w obalaniu państwa ottomańskiego... Rękojmią umiarkowania naszego jest dla sprzymierzeńców naszych prawdziwy nasz interes i nasze przyrzeczenia uroczyste.““

Folgując natchnieniom fanatyzmu ślepego i buntującego się przeciw napomnieniom wszystkich mocarstw europejskich, rząd turecki trwał w opozycyi przeciw utworzeniu królestwa greckiego i w przedłużaniu walki tak krwawej a płonnej.

Przewidując smutne następstwa, jakieby ztąd wyniknąć mogły, cesarz Mikołaj nakazał pod dniem 22go marca r. 1828 posłom swym w Londynie i Paryżu, księciu Lieven i hrabiemu Pozzo di Borgo, aby oświadczyli co następuje:

„„...Gdyby państwo ottomańskie zawalić się miało mimo woli naszej, powtórzylibyśmy co niejednokrotnie już oświadczyliśmy: że dalecy od pretensyi przywłaszczania sobie spuścizny po niem, zajęcia Carogrodu i robienia nabytków, któreby psuły równowagę europejską, wychodzilibyśmy z zasady wzajemnej bezinteresowności, uświęconej traktatem Londyńskim... i powierzylibyśmy kongresowi staranie około utworzenia nowego porządku rzeczy.““

Dnia 20 grudnia r. 1828 Porta, upierając się ciągle w tem samem zaślepieniu, ogłosiła *hattisserif* równający się wypowiedzeniu wojny Rosyi; albowiem powiedziano tam wyraźnie, że „„Sułtan podpisał traktat Akermański na to tylko, aby go pogwałcić.““

Zanim stanął na czele swych armij, by odpowiedzieć na to wyzwanie, cesarz Mikołaj z własnej woli kazał dać wszystkim mocarstwom podpisanym na traktacie Londyńskim, w depeszy okólnikowej *z dnia 17 kwietnia r. 1828, formalne zapewnienie*, że „„spełni wszystko, co ustanowiono traktatem Adryanopolskim, że nie chce upadku państwa ottomańskiego, że nie nosi się z żadnym zamysłem ambitnym i że nie wydaje wojny w widokach powiększenia swego panowania.““

W kilka miesięcy potem orły rosyjskie przeszły za Bałkan. Feldmarszałek Dybicz na czele 100,000 żołnierza wprawnego w rzemiośle wojennem znajdował się o dzień marszu od Carogrodu. Sułtan spostrzegł się do przepłynienia Bosforu, by schronić się do Azyi. Ogólne położenie Europy w tej epoce zapewniało cesarzowi Mikołajowi neutralność mocarstw stałego lądu na wypadek, gdyby chciał ruszyć na Carogród podczas gdy Karol X wyruszył na Algier. Feldmarszałek Dybicz z trudnością zdołał powstrzymać swą armię tryumfującą i przynaglał Cesarza do wydania rozkazów. Była to chwila niezmiernie ważna, i jednem słowem, jednem pociągnięciem pióra cesarza Mikołaja można było urzeczywistnić zdobycie państwa ottomańskiego. Narada nadzwyczajna, której przewodniczył kanclerz ks. Koczubej, a w której zasiadali hr. Nesselrode, ks. Aleksander Galicyn, hr. Tołstoj i p. Daszkow, zwołana została przez cesarza Mikołaja dnia 6 września r. 1829, aby obradować nad krokami, jakiby uczynić wypadało. Narada ta uchwaliła jednogłośnie, z wyjątkiem jednego głosu:

„„że korzyści zachowania państwa ottomańskiego są większe niż niedogodności, jakieby wynikły z jego upadku;

że upadek ten byłby przeciwny interesom Rosyi;

że trzeba zawrzeć traktat honorowy, któryby zapewnił ludnościom chrześciańskim w Turcyi rękojmie religijne i polityczne, zdolne osłonić je przed fanatyzmem muzułmańskim;

a nakoniec, że na przypadek, gdyby feldmarszałek Dybicz był sniewolony ruszyć na Carogród, i gdyby powstał tam bunt, ustanowionoby regencyę w imię Sułtana, a ostateczne załatwienie sprawy poruczonoby kongresowi europejskiemu.““

Cesarz Mikołaj, ten mąż wielki, przez wielu zapoznany, któremu dziś jeszcze śmią przypisywać zamysł „potargowania się“ o Wschód, przyjął i zatwierdził te rezolucye następującemi słowy: „„Takie jest i moje najszczersze przekonanie, taka będzie moja polityka i jeśli Bóg da, mojego następcy także co do Wschodu; gdyż prawdziwym i przeważnym interesem Rosyi jest, żeby była zawsze honorowa, lojalna i umiarkowana.““

Nadzieje cesarza Mikołaja nie zawiódł jego następca. Gdyby dziewiętnaście lat dotychczasowego panowania cesarza Aleksandra należały już do historyi, byłoby równie łatwo stwierdzić z dokumentami w ręku, że honor, lojalność i umiarkowanie niezmiennie służyły za gwiazdę przewodnią tak synowi jak ojcu. Ludzkość — tak powiedziano — nie dochodzi prawdy, aż wyczerpną się fałsze. Jeśli dla wyczerpnięcia fałszów organa prasy angielskiej mówią dziś jeszcze o „targu“ cesarza Mikołaja i o pożądliwościach rosyjskich względem Wschodu, trzebaby sobie powinszować, bo prowadziłoby to do przekonania, że po trzydziestu latach ustawicznych i rozmyślnych twierdzeń mylnych zbliżają się nakoniec do prawdy.“

(podp.) *Były dyplomata.*

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 10 grudnia. Magistrat ogłasza, że począwszy od d. 14 grudnia targowisko zboża na Kleparzu przeniesionem zostaje na Targowisko końskie, a dla tego ostatniego naznaczony jest plac przy ulicy Rzeźniczej nad Starą Wisłą obok rzezalni.

— Cesarzowa Niemiecka Augusta poleciła w. ochmistrzowi dworu swego hr. Nesselrode-Ereshoven powinszować listownie hr. Alfredowi Potockiemu godności namiestnika Galicyi.

— Towarzystwo muzyczne krakowskie „Muza“ odbędzie d. 12 b. m. po południu zgromadzenie przedwyborcze w lokalu Towarzystwa, ególne zaś zgromadzenie d. 19 b. m. w sali radnej miejskiej o 3ej po południu, na którem odczytane będą: sprawozdanie z rachunków za lata 1874 i 1875, sprawozdanie z czynności wydziału za rok 1875 do 1 listopada, sprawozdanie komisyi artystycznej za r. b., dalej wniesioną będzie zmiana statutów i dokonany wybór nowego wydziału. Miejsce ustępującego dyrektora artystycznego p. Antoniego Vopalki zajął p. Niedzielski, były artysta opery polskiej.

— Wczoraj zakończyła Opera lwowska przedstawienia swoje *Halką* Moniuszki, która po raz trzeci zgromadziła tłumną publiczność, jak zresztą wszystkie poprzednio dawane opery. Ruch, jaki między wszystkiemi warstwami tutejszego społeczeństwa obudzała opera przez czas parotygodniowego tu pobytu, najwymowniejszym jest dowodem, że umiała zadowolnić nieprzesadne wymagania, a pierwsza próba owej wzajemności obu teatrów krajowych, która się tak powiodła, daje nadzieję, że od czasu do czasu odtąd zapewne powtarzać się będzie.

— Jutro na pierwsze w teatrze abonamentowe przedstawienie dramat d'Ennerego przełożony z francuskiego przez p. Podwyszyńskiego *Dwie Sieroty*.

— Jutro w sobotę od godz. 12 do 1 w południe w Muzeum techniczno-przemysłowem odbędzie się 3ci publiczny odczyt Dr. Stan. Smolki docenta Univ. Jag. „Pogląd na dzieje monarchii uniwersalnej Karola W., i jej znaczenie w historyi powszechnej“.

— Skargi na niedogodność rozkładu domu najętego na urząd pocztowy w Krakowie są tak powszechnie znane i tylokrotnie wykazywane, że nie ma co więcej o nich mówić, bo zresztą na nic się nie zdadzą. Rząd austryacki z zasady nie buduje żadnych gmachów na pomieszczenie biór, a jeśli posiada niektóre, to nie budował ich, lecz co najwięcej, przerobił. Na pocztę zaś zajmuje dom taki, że ani miejsca, ani światła nie ma dostatecznego, i w niektórych biórach trzeba za dnia palić światło. Na domiar złego zagęściły się w urzędzie pocztowym myszy, które nie poprzestają na aktach, lecz chwytają się już pieniędzy, oczywiście papierowych. We wtorek rano urzędnik pewien przybywszy do bióra, znalazł w szufladzie z zostawionych 27 złr. tylko okruszyny; będzie więc musiał z własnej kieszeni zastąpić brak, bo nie przyjęłoby tłómaczenia, choćby złożył dowód, że myszy zjadły pieniądze. Zastraszeni tem urzędnicy dalej szukać po wszystkich szufladach winowajców, i rzeczywiście znaleźli nadgryzioną czapeczkę urzędową z gniazdkiem myszy, którym czuła matka usłała miękkie łoże z szczątków banknotów. Schwytano też winowajczynię i ukarano śmiercią; ale wątpić należy, czy wyrok ten srogi odstręczy inne myszy od banknotów i towarów na poczcie składanych.

— W poniedziałek Jan Brzeszczak parobek wymijając nagle wozem w ulicy Grodzkiej wóz przed nim jadący, zajechał na chodnik i obalił przechodzącego Feliksa Palmana, dziada z Towarzystwa Dobroczynności, którego skaleczonego w twarz i potłuczonego, lubo nieszkodliwie, musiano odwieść do zakładu.

— Wczorajszej nocy straż policyjna aresztowała na Grzegórzkach Wincentego i Władysława Wykurzów, braci, którzy naszli dom trzeciego brata swego Ignacego, pobili jego i jego żonę, porozbijali sprzęty i zabrali pieniądze.

— Straż policyjna przytrzymała Franciszka Kuźnika wyrobnika na kradzieży drzewa przy budowie domu i jednego ze służby kolejowej za podejrzane posiadanie zegarka złotego z łańcuszkiem, które sprzedawał na Kleparzu w szynku za 60 złr., a był już karany za kradzież.

— Policya aresztowała wczoraj Józefa Woszka z Łobzowa, wyrobnika, za przeładowanie wozu i bicie koni; oraz Józefa Margullesa piekarczyka za kradzież pierza, które sprzedał piekarce Sarze Hercogowej; tę ostatnią także oddano do sądu.

— Piesek mały czarny z pod L. 37 B. przy ulicy Długiej, wypadł z domu i ukąsił w nogę przechodzącego wyrobnika.

— *Przegląd Lwowski* zamieszcza list zmarłego Namiestnika hr. Gołuchowskiego, do Metropolity X. Sembratowicza, wykazujący zapatrywanie się jego na sprawę Unii w Chełmskiem. List ten brzmi:

*Najprzewielebniejszy Księże Metropolito!*

Składając osobiście w ręce Waszej Arcyb. Mości prezentę na parochię miasta Husiatyna dla X. Jana Bojarskiego, przybyłego z dyecezyi Chełmskiej do Galicyi, wskutek prześladowań religijnych, a to po dopełnieniu wszelkich warunków tak kanonicznych jako też państwowych, poczuwam się do obowiązku wynurzyć Waszej Arcyb. Mości moją najszczerszą podziękę, żeś temu wiekowemu, prawemu, przez władze rosyjskie srodze prześladowanemu kat. Kapłanowi, pomimo oporu we własnem gronie, podał rękę pomocną, aby we Lwowskiej dyecezyi znalazł przytułek i umieszczenie w rzędzie tutejszych duszpasterzy.

Mam nadzieję, że poświęcenie jego dla wspólnej nam Matki to jest Kościoła Rzymskiego, posłuży duchownym tutejszym za wzór i wskaże im drogę, jaką dążyć winien prawy Kapłan w chwilach prześladowań kościelnych, które daj to Boże, aby nas nigdy nie dosięgnęły a to tem bardziej, ponieważ smutnych i pożałowania godnych doczekaliśmy się przykładów, w licznym niestety zastępie tutejszokrajowych księży unickich, którzy, pomimo że w naszych seminaryach kościelną pobierali naukę i przez własnych prawych biskupów byli wyświęceni, nie wzdrygali się sprzeniewierzyć się obowiązkom kapłańskim, uchodząc potajemnie wbrew złożonej przysiędze, bez zezwolenia ordynaryatu do dyecezyi Chełmskiej, aby tam podkopać Kościół Katolicki i stać się narzędziem schyzmy, która, gdy chodzi o dopięcie swych niecnych celów, przed gwałtem i niesumiennością się nie wzdryga.

Wprawdzie tym wrogim kapłanom stoją dziś dobytki i dostojeństwa otworem, lecz przyjdzie kiedyś czas, złożyć ścisły rachunek z swych czynności przed Bogiem! A są oni tem bardziej kary godni, albowiem nietylko dla własnych korzyści stali się odszczepieńcami katolicyzmu, ale nadto tysiące wiernych zachęcali i zniewalali do przyjęcia wstrętnej im wiary.

Prezentując prześladowanego X. unitę Dyecezyi Chełmskiej na parocha, spełniam oraz obowiązek miłości chrześciańskiej, podając X. Bojarskiemu sposobność pracowania dalej na niwie Pańskiej, oraz nie chciałbym, aby nam kiedy zarzucono, żeśmy nie po bratersku i nie po ludzku nawet obeszli się z prześladowanymi przez schyzmę kapłanami Chełmskimi i nam w czasie wyrzutu nie zrobiono, mówiąc o wygnanych dla wiary Chełmianach: Do swoich przybyli, a Ci ich odepchnęli od siebie.

. . . . . .

Racz przyjąć W. Arcyb. Mość zapewnienie mojego winnego uszanowania, z jakiem mam zaszczyt pisać się Waszej Przewielebności uniżony sługa

*Agenor Gołuchowski*,
Patron cerkwi Husiatyńskiej.

Lwów 8 kwietnia 1875.

— *Dziennik Polski* wierny swojej zasadzie bezimiennych przedruków, której się, zwłaszcza co do nas, trzyma z chlubną wytrwałością, padł przypadkowo ofiarą tej swojej metody, bo przedrukowawszy nasz artykuł o teatrze poznańskim pod d. 2 b. m., przedrukował go w tydzień później d. 8 b. m. A stało się to w ten sposób, iż drugi przedruk był przedrukiem z *Gazety Toruńskiej*, która artykuł *Czasu* przedrukowała. Gdyby *Dz. Polski* mniej był sumiennym w zatajaniu zródeł, któremi się żywi, nie byłby powtórzył tego, co już raz był podał. Pokazuje się bowiem, że inny redaktor ma obowiązek używania nożyczek do *Czasu*, a inny do *Gazety Toruńskiej*. Omyłka ta wynikła ze źle zastosowanego podziału pracy. Mowę posła Rydzowskiego *Dziennik Polski* także wyjął z *Czasu*, bez przytoczenia, skąd ją bierze; inaczej dopuściłby się niekonsekwencyi.

— W kasie krajowej we Lwowie wykryto temi dniami ubytek na 4200 złr. w obligacyach indemnizacyjnych, w skutek czego uwięziono likwidatora W. H.

— W Bolechowie zgorzała w nocy 2go b. m. częściowo garbarnia Salomona Schliesgera. D. 3 b. m. w gorzelni Dźwiniackiej w powiecie Zaleszczyckim pękła kadź zacierowa i płyn wrzący poparzył pięciu ludzi, z których trzech bardzo ciężko.

— Do Rady powiatowej Mościskiej wybrany został z gmin wiejskich Paweł Osiadacz, wójt z Pakości.

— D. 6 b. m. zgorzał w dworcu kolei morawsko-szląskiej w Jägerndorf magazyn towarowy. Nie ocalono ani kasy ani ksiąg. Szkody mają być ogromnej wysokości. Budynek był zabezpieczony na 150,000 złr., lecz towary w nim leżące nie były zabezpieczone.

— *Tygodnika Illustrowanego* N. 414 zawiera: Kilka słów o drodze obwodowej i nowej stacyi towarowej na drodze warszawsko-wiedeńskiej w Warszawie (z 2 drzeworytami); — Kronika tygodniowa; — Kuchnia tanie; — Polowanie na niedźwiedzia w Karpatach, (drzeworyt); — Sala wykładowa kursu specyalnego szkoły technicznо-przemysłowej w Warszawie (drzeworyt); — Przegląd polityki zagranicznej; — Pięć P a jedno R, ramota Juliana Horaina (c. d.); — Sprawozdanie z wystawy Towarzystwa zachęty sztuk pięknych (c. d.); — Szachy; — Rebus; — Resurrecturi, (powieść) J. I. Kraszewskiego (c. d.); — Korespondencya ze Lwowa; — Z obecnej chwili ruchu naukowego (dok.); — Hrabia Cavour (c. d.) — Nowy Jork i społeczeństwo amerykańskie (dok.); — Z metropolii Turcyi europejskiej (c. d.); — Bodaj to być bogatym, powieść z francuskiego (c. d.)

— Arcybiskup salzburski kardynał Tarnoczy, o którego zapadnięciu w skutek rażenia paraliżem przed kilku tygodniami donieśliśmy, ma się lepiej, tak że bez oparcia chodzi już po pokoju, wymowa już wyraźna a siły coraz więcej powracają.

— W Paryżu wypuszczono d. 8 b. m. balon „L'Univers“ z ośmiu osobami, pod przewodem aeronauty Godarda i pułkownika Laussebat w celu badań naukowych. Balon pękł w wysokości 230 metrów; podróżni spadli na ziemię, pięciu z nich mniej albo więcej poniosło szkodę, a trzech było nietkniętych.

— W zbiorze rządowym starożytności w Bukareszcie przechowywano różne zabytki wielkiej wartości tak pod względem artystycznym, jak i z powodu, że były złote, a znalezione niegdyś w namule Dunaju. Pochodziły one z czasów Trajana i można je było oglądać na ostatniej wystawie wiedeńskiej. Otóż w nocy d. 30 listopada złodzieje włamali się do muzeum i okradli ten skarbiec, a mianowicie zabrali z ważniejszych przedmiotów złotą miskę na cztery kawały przełamaną, złotą konewkę, złotą wazę wysadzaną drogiemi kamieniami, takież dwie inne wazy, z których jedna wysadzana kamieniami, a druga rzeźbiona; naszyjniki, naramienniki, kolce, spinki, łańcuchy, lampy złote wysadzane drogiemi kamieniami i perłami.

**Teatr.** Jutro w sobotę dnia 11 grudnia, po raz pierwszy, dramat w 5 aktach a 8miu obrazach, przez A. d'Ennery, przekład Aleksandra Podwyszyńskiego: *Dwie Sieroty*.— Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk otwarta codziennie od godziny 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 8 grudnia pochmurno; termometr od — 4·0 spadł wieczorem na — 11·4 R. Barometru stan wysoki; dnia 10 grudnia o godzinie 6ej rano wskazywał on 333·18, termometr zaś — 16·2 R. Wiatr północno-wschodni.

— W sobotę dnia 11 grudnia: Śgo Damazego papieża.

## Gospodarstwo, przemysł i handel.

*Wiadomości*

z biura Izby handlowo-przemysłowo krakowskiej o targu zbożowym na Baranie i Kleparzu dnia 9 do 20go grudnia.

Targ wczorajszy na Baranie był dosyć, dobry dowóz zboża średni, a ruch jak przed świętami więcej ożywiony. Chęć kupna wybitniejsza.

Płacono za pszenicę czerwoną 237 funt. od 34·— do 39 złp., białą od 36 do 41 złp., żółtą od 30 do 36 złp., żyto piękne 227 funt. od 27 do 30, pośledne od 25 do 27, jęczmień dla krupników 207 f. od 25 do 27 złp., owies 138 f. od 16 do 17 złp.

Po niezmiennie mdłej tendencyi, ceny zboża na dzisiejszym targu kleparskim utrzymały się nominalne. Obrót jak przed świętami był nie wielki. Pokup zagraniczny nie doznał większego ożywienia, na miejscowe zaś potrzeby nie przybrał większych rozmiarów. Młyny parowe brały większy udział w zakupnie.

Płacono za pszenicę czerwoną 170 funt. od 9·— do 10·50 złr., białą od 9·25 do 10·75, żółtą od 8·— do 9·25, żyto warszawskie 160 funt. od 7·— do 7·30, żyto podolskie od 6·75 do 7·—, jęczmień dla browarów 140 f. od 6·25 do 6·75, na paszę od 5·75 do 6·—,

---

ctwo i rękodzielnictwo z upadku, w jakim zostają, podnieść są przeznaczone.

Historya naturalna w myśl rzeczonych Planów, budzić ma w dzieciach zamiłowanie przyrody i zaznajomić je z jej celniejszemi, zwłaszcza przemysłowemi płodami w dziedzinie wszystkich trzech królestw, z uwzględnieniem praktycznego ich zastósowania w rolnictwie, gospodarstwie i zawodach przemysłowych, mianowicie w uprawie zboża, jarzyn, drzew owocowych i kwiatów, niemniej w chodowaniu bydła i pszczół. Przyczem wyjaśnić dzieciom należy budowę ciała ludzkiego i wskazać zasady zachowania zdrowia.

Fizyka ma im tłómaczyć najważniejsze zjawiska przyrody i przeobrażenia chemiczne z zastosowaniem tychże do codziennych potrzeb życia w gospodarstwie i przemyśle. U dziewcząt nauka ta obracać się ma w kole potrzeb gospodarstwa domowego.

Nie ujdzie wszakże uwagi rozpatrującego Plany, że w szkołach wyższych zbliża się wykład nauk przyrodniczych pod względem swej obszerności do wykładu tych przedmiotów w szkołach średnich.

Celem nauki geografii jest poznanie kraju rodzinnego i monarchii Austro-Węgierskiej pod względem fizycznym, topograficznym, etnograficznym i politycznym, w zarysach uwzględniających produkcyę krajów, przemysł i obyczaje mieszkańców, dalej podobneż poznanie Europy, wreszcie poznanie ziemi, jako ciała niebieskiego.

Nauka dziejów wpływać ma na wyrobienie charakteru i na wzbudzenie miłości ojczyzny. Obejmuje ona podania ojczyste niemniej austryackie, wreszcie wiadomości z dziejów powszechnych, z któremi łączą się najważniejsze i najprzystępniejsze wynalazki i odkrycia, w ogólności historyę cywilizacyi ludzkości tudzież obowiązki i prawa obywateli państwa.

Przypatrując się temu wzbogaceniu szkoły ludowej przedmiotami, które ją z praktycznemi zawodami życia ludu mają pogodzić, tj. realnej cząstce Planów, zostającej w harmonii z ich całością, któż nie przyzna, że mamy przed sobą program nauk o formach wprawdzie nieco wadliwych, ale w treści wspaniały, ile że podniesiony do wysokości ideału szkoły ludowej, do jakiego ta, jakby za swoim wielkim wodzem wytrwale zdążać powinna. Któż nie przyzna, że szkoła ludowa strojna tu w takie bogactwo wiedzy, jakiego dotąd jeszcze nie zaznała. Któż w podobnie urządzonej szkole ludowej nie powita zwycięstwa (dotąd niestety tylko teoretycznego) nad wiekowemi jej przeciwnościami, jakie sobie w najnowszych czasach wreszcie wywalczyła. Mamy więc przed sobą program szkoły ludowej wytworny i prawdziwie europejski! Ale któż, rozpatrując się w nim głębiej, nie podzieli z nami uzasadnionej obawy, ażali szkoła nasza wykonać go i na pożytek narodu obrócić potrafi? Gdzież to bowiem owi dzielni bojownicy, co pod znaki wodza swego, dzierżącego ową spaniałą chorągiew wiedzy, gromadzić się mają, by do walnej bitwy z przeciwnikiem przystąpić i nad nim tj. nad ciemnotą ludu stanowcze odnieść zwycięstwo? Gdzie owi nauczyciele z takim zasobem nauki, jakiego program wymaga? Gdzie ci duchem narodu ożywieni kapłani wiedzy i prawdziwi mędrcy, co z właściwem pedagogowi narodowemu namaszczeniem i rozwagą z owej rozległej dziedziny nauk tę cząstkę wydzielić mają, któraby powierzone szkole pacholęta, w miarę rzeczywistej umysłu ich i narodu potrzeby, stosownie nakarmić zdołali? A gdyby się nawet znaleźli, któż zdoła zwabić ich na lep tej drobniuchnej płacy, której datek lud nieoświecony częstokroć przykrą zaprawiać umie goryczą.

Ale jakże i temu dziwić się ludowi, że na szkołę łożyć nie chce, skoro przez wiek cały nie rozumiał on, ile że zrozumieć nie mógł, pożytku nauk polegających prawie zupełnie na teoryach gramatycznego systemu. Wprawdzie w roku zeszłym (1874) przyrzeczono mu pogodzić szkołę z praktycznemi zawodami życia, tj. dać mu pożądane oświecenie przynajmniej w kierunku rolnictwa. Ależ oto zamiast tegoż znajduje on w programie historyę naturalną i fizykę! Nie widzi on przeto w nowej szkole tych przedmiotów, które na drzwiach jej wielkich głoskami wypisane być powinny, a do jakich, aby w niej wykładane były, płacąc na szkołę, ma on niezaprzeczone prawo. Nie widzi on w szkole nowej tej rękojmi poprawy bytu swego, któraby go dla niej i bez przymusu szkolnego jednała, a za pośrednictwem, której dopiero naskarbiłby on sobie warunków nabywania i posiadania dóbr wyższych tj. ochoczego stawania w rzędzie pożytecznego krajowi obywatelstwa.

Mieszczą wprawdzie i nauki przyrodnicze pośrednio owe warunki. Inna to przecie rzecz uczyć się fizyki, historyi naturalnej i przytem „uwzględniać uprawę zboża, jarzyn, drzew, kwiatów itp.“ a inna nauczyć się wprost dźwigać upadłe nasze rolnictwo, rękodzieła i kupiectwo, celem zaś tem skuteczniejszego przyswojenia tych nauk młodszym pokoleniom, objaśniać je historyą naturalną i fizyką. W ostatnim bowiem kierunku skupiamy myśl ucznia naszego na jawny mu praktyczny cel nauki, pojmowany jakotako przezeń i przez starszyznę ludową, z którym on przeto łatwo odpowiednie zdobycze wiedzy z dziedziny nauk przyrodniczych łączyć może, kiedy w razie przeciwnym tj. tym na jaki go program skazuje, uczeń staje się ofiarą teoryi przedmiotów, te zaś głównym dlań celem, a rolnictwo tylko ubocznym, któremu jedynie okruchy owych teoryj poświęci on zdołu. Jakby zaś i kiedy system podobny przekonał starszyznę ludu o pożytkach szkoły, zaiste powiedzieć trudno. To pewna, że przekonanie takie z pomocą dzisiejszych planów bardzo, bardzo dalekie. Plany bowiem te, niezrozumiałe ludowi, nie są zdolne ująć go dla szkoły, której programem się stały. Jak dotąd, tak i nadal spoglądać on na nią będzie z niedowierzaniem, a przymus szkolny uważać za plagę, która go niesprawiedliwie dotyka.

Ależ i ze stanowiska samejże pedagogii dzisiejsze Plany nauki dla szkół ludowych, nie uwzględniając ani naturalnego samejże szkoły rozwoju, ani właściwych potrzeb dziatwy, ze względu na nader niski stopień oświaty ludu, wydają nam się tak nagłym skokiem ku zawrotnej wysokości oświecenia powszechnego, iż niepodobna nie dostrzedz w nim największych dla samejże szkoły niebezpieczeństw. Wynieść szkołę z dotychczasowej jej nizkości na wysokość ideału europejskiego, choćbyśmy temu przyznali te dobroczynne wpływy, jakiemi nas obdarzyć obiecuje, jest poprostu niepodobieństwem, nietylko dla pomienionego już braku ludzi do tego usposobionych, na których jeszcze bardzo długo czekać trzeba, ale także z braku innych koniecznych w tem czynników a mianowicie dzieł elementarnych ku temu zastósowanych. Tłómaczeniami bowiem dzieł tego rodzaju obcych, zwłaszcza niemieckich, jak poniżej obaczym, nigdy tego dokazać nie zdołamy. A choćbyśmy nawet krok w krok za Europą pod tym względem podążali, to zachodzi jeszcze pytanie, czy ze względu na odmienne wyobrażenia i potrzeby ludu naszego, toż na charakter całego narodu, dążność ta wchodziłaby w nasze widoki? Czy jej drogami doszlibyśmy do zamierzonego celu? Czy w owych panujących dziś na Zachodzie rzekomo postępowych w istocie poziomych prądach, które już i w wychowaniu obywatelstwo zyskują, skromniejszy nasz, wszelako z prawdziwą cywilizacyą i właściwym postępem ludzkości zgodniejszy ideał na powolną zagubę nie byłby narażony? Czy mianowicie ideał ten a z nim i nasza indywidualność nie rozwiałyby się śród wiatrów tej siejby Zachodu? nie rozpłynęły w powodzi wyższych rzekomo zasad? Czy zatem dzisiejsze Plany nauki nie pchnęłyby szkoły naszej właśnie na te tory, na którychby skazaną była na dalsze wleczenie się za cudzoziemczyzną? Czy więc podźwignienie się jej do samodzielności która jedna powodzenie jej zapewnić, poszanowanie zjednać i narodowi właściwy pożytek przynieśćby zdołała, nie zostałoby raczej w nieskończoność odroczonem? Czy przeto śród gonitwy za europejskiemi ideałami, których zastósowanie do praktycznych potrzeb naszych staje się zagadkowem, nie pracowalibyśmy raczej nad powolnem młodszych pokoleń wynarodowieniem? Czy w niej nie zatracilibyśmy może reszty owych dóbr cenniejszych, któremi właśnie warunkuje się odrodzenie nasze w duchu posłannictwa narodu? A więc, czy podane t. zw. realiami sposoby pogodzenia szkoły z życiem zdolne są wprowadzić lud w ten organizm prac ekonomicznych w którym warunki dóbr wyższych spoczywają?

*(Dalszy ciąg nastąpi).*

Ner 283. Kraków, 11 Grudnia — Sobota. Rok 1875.

# CZAS

**Czas** wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu“, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na rok | na kwartał | na 2 miesiące | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|---|
| Dla [illegible]owa w Krakowie | złr. 20 | złr. 5 | złr. 4 | złr. 2 |
| Dla [illegible] państwie Austryackiem | „ 24 | „ 6 | „ 5 | „ 2·50 |
| Dla interesentów Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | „ 32 | „ 8 | „ 6 | „ 3 |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**
**W Krakowie:** Administracya „CZASU,“ księgarnia p. S. A. Krzyżanowskiego, handel Dworskiego, tudzież wszystkie urzędy pocztowe. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia i t. p.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** W. Piątkowski ul. Teatralna 9; w **Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com., (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

## Kraków 10 grudnia.

Tradycyjną zasadą Stolicy Apostolskiej wobec różnych obrządków Kościoła katolickiego, było przestrzeganie ich równorzędności i szanowanie prerogatyw przyznanych. Kościół powszechny cieszył się tą rozmaitością, która dowodziła tem większej jedności. Unia uważaną była jako rzucony pomost dla kościołów wschodnich do powrotu na łono Kościoła rzymskiego. Niestety, nadzieja ta w znacznej części okazała się zwodniczą. W ostatnich mianowicie czasach na różnych punktach unia stawała się pomostem, ale wiodącym napowrót do odszczepieństw lub nowej schizmy. Prerogatywy obrządków narodowych popychały niekiedy część duchowieństwa do roszczeń i nowatorstw, jak to widzimy na wielkie rozmiary w sporach kupelianistów z hasunistami w patryarchacie konstantynopolitańskim, jak tego doświadczamy w dążnościach schizmatyckich objawiających się w pewnej części duchowieństwa unickiego w Galicyi. Tak tu jak i tam znaczna część duchownej hierarchii i wszystek lud pozostały wierne w uczuciach swych unii z Rzymem, a wobec niebezpieczeństw przeciwnego kierunku daje się spostrzegać zbliżenie się i skłanianie ku obrządkowi łacińskiemu, lepiej niż unicki obwarowanemu od ponęt schizmatyckich.

Ostatni odłam Kościoła unickiego pod rządem rosyjskim wydał świetny zastęp męczenników i wyznawców, stwierdził też krwią łączność z Rzymem, niezachwianą wierność dla Kościoła katolickiego. Lecz lud ten wyznawca, ile ze wstrętem odpychał schizmę, o tyle z ufnością zwracał się do obrządku i duchowieństwa łacińskiego. Zgoła, jedność dogmatyczna przeważa nad różnicami obrządku, a pomost ów unii chwieje się i rozpada w dwóch przeciwnych kierunkach.

Baśnie o nietolerancyi polskiej dla unitów, o latinizowaniu Kościoła ruskiego, nowe znalazły zaprzeczenie w wielu usiłowaniach podjętych *tak w sferze* politycznej, jak w sferze społecznej ustępstw i transakcyj, nawet wobec bardzo wątpliwych stronnictw i dążności kleru unickiego. Wszelkie jednak zachody dla powstrzymania ducha antagonizmu, wszelkie ustępstwa na rzecz języka i obrządku okazywały się bezskutecznemi i przynosiły bolesne zawody. Jakoż pochopny udział licznego zastępu duchownych z Galicyi w apostazyi i prześladowaniach chełmskich odejmował resztę złudzeń. Nie tylko religijny wzgląd, nie tylko owa tradycya Kościoła szanowania odrębności obrządków, ale zarówno wzgląd i polityczny i narodowy zdawał się wskazywać obowiązek wzmacniania i ratowania unii, bo jeśli dla Kościoła miała ona być pomostem, to dla narodowości mogłaby stać się przedmurzem.

Może za późno wzięto się do tego dzieła, może to złe, które dziś tak wyrosło, kiełkowało oddawna na gruncie józefinizmu, który wszczepił w seminarya duchowne i hierarchię kościelną indyferentyzm religijny, a z nim zarody politycznych namiętności. Może przyczyniło się do tego i spółeczne odosobnienie duchowieństwa i ludu unickiego, skoro szlachta i mieszczaństwo oddawna zmieniły obrządek.

Bądź co bądź, dziś już nie wystarczają bezskuteczne ofiary i ustępstwa, usiłowania nowych transakcyj wobec zbyt widocznych dążności akatolickich. Szanując unię i jej prawa, tę unię, która nam po prześladowaniach chełmskich tem droższą stać się winna, należy także baczyć, aby ów pomost, co ma rozwartą bramę ku schizmie, nie miał zamkniętej zapory ku Kościołowi łacińskiemu. Trzeba szanować obrządek unicki, ale ratować przedewszystkiem katolicyzm.

Wiadomo, że ustawodawstwo Rady państwa zapewne ze względów bezwyznaniowych ułatwiło zmianę obrządków. Łatwość przechodzenia z jednego wyznania na inne miała być środkiem szerzenia indyferentyzmu i bronią przeciw duchowieństwu. Wszelako czasem intencye ludzkie Opatrzność inaczej obraca i posługuje się narzędziami do wprost przeciwnego celu, niż ten, do którego miały służyć. Zapora jednak duchowna pozostała, zapora owej tradycyi Stolicy Apostolskiej, która pod szczególną brała pieczę obrządki narodowe. Doniesienie podane przez *Przegląd Lwowski*, jakoby w Rzymie zamierzano zmienić orzeczenia tak zwanej konkordyi obrządków, dozwala przypuszczać, że Stolica Apostolska nie odstępując od swojej tradycyi szanowania innych obrządków i ich równorzędności z łacińskim, zamierzała uchylić zaporę przeszkadzającą nawet wobec największych dla wiary niebezpieczeństw łączeniu się katolików odmiennych wyznań. Nie mamy dokładniejszych o tych zamiarach wiadomości, ale ośmielamy się dotknąć tych drażliwych pytań, bo niebezpieczeństwa zdają się wzrastać z dniem każdym, bo pomost unii chwieje się coraz bardziej.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Wiedeń** 9 grudnia.

*(J. H.)* Między ministrem skarbu bar. Pretisem a dep. Plenerem, którego uważają za przedstawiciela myśli ojca swego, byłego ministra skarbu, panuje od niejakiego czasu pewna niechęć, datująca się od wypadków dawniejszych a po części może i nie dawnych zajść zakulisowych. Drastyczny epizod, którym zakończyło się ostatnie posiedzenie wieczorne między ministrem a deputowanym, który użył wyrazu pogardy przeciw pierwszemu, zakończył się na dzisiejszem posiedzeniu. Prezes Izby Dr Rechbauer udzielił wprawdzie dep. Plenerowi naganę za nieparlamentarne znalezienie się, ale nieszczędził jej także i ministrowi dość wyraźnie dając do poznania, że minister sam był prowokującym. Oprócz tego posiedzenie bardzo mało wykazuje zajmujących szczegółów.

Dep. Brestel jako główny sprawozdawca w dłuższej przemowie radził przejść nad budżetem do dyskusyi szczegółowej, co też uczyniono. Załatwiono tedy rozdział I. Najwyższy dwór, dla którego wstawiono 4.650,000 zł.; rozdział II kancelarya gabinetowa Cesarza 74,745 zł. i rozdział III. Rada państwa, na którą dozwolono po krótkiej dyskusyi w ordynaryum i w extra ordynaryum (budowa nowego gmachu) razem 1,679,200 zł. Przy rozdziale o Radzie ministrów i funduszu dyspozycyjnym dep. Wurm i Oelz oświadczyli, że głosować będą przeciw dozwoleniu tego funduszu w kwocie 50,000 zł., albowiem zezwolenie równałoby się wotum zaufania dla rządu, do którego właśnie nie mają zaufania.

Dep. Wurm krytykował postępowanie Rządu: niezadowolenie przeciw niemu, większe teraz, niż kiedykolwiek, gdyż rząd nie dotrzymał obietnicy, że mir między ludami sprowadzi. Za dobrą polityczną konduitę udzielano koncessyj bandom łotrów, udzielano subwencyj kolejowych przedsiębiorcom, pod których działalnością jeszcze długo jęczeć będą ludy Austryi. Nie wiernokonstytucyjność jest warunkiem tego rządu, (wielkie zamieszanie) Prezes wzywa mowcę do porządku (wołania: głos odebrać!)

W tym samym mniej więcej tonie, cokolwiek łagodniej i ostrożniej przemawiał dep. Oelz, który w końcu rzekł: Już to trzeba powiedzieć. Boże przebacz im, bo nie wiedzą, co czynią.

Dalej nad tym samym przedmiotem rozwodził się jeszcze z lewicy dep. Heinrich, wskazując na częsty ucisk prasy. Tyle organów usłużnych, powiada, co ten rząd, nie miał jeszcze żaden inny przed nim, a przecież jakoś pod względem zaufania dalej nie zaszedł.

Dep. Kuranda jako sprawozdawca specyalny odpowiada na wszystkie te zarzuty. Jest on już znużonym, aby zawsze od 15 blisko lat na to samo odpowiadać. Z przeciwnej strony Izby wszystką nędzę wszelkie długi zwalają na system obecny. A cóż panowie, zdziałały wszystkie poprzednie systemy? Największe nasze długi datują od czasów Belcredego, kiedy właśnie nie było konstytucyi. Co zdziałał p. Hohenwart? Przekonał się że nic zrobić nie może, bo chcąc wszystkim dogodzić naraził się na to, że dziś Czesi, jutro Polacy nazajutrz znowu wysoka szlachta, zgłaszali się, żądając coraz to więcej, tak że mu tego było za wiele, my zaś, my Panowie, my wybawiliśmy formalnie p. Hohenwarta z kłopotów (śmiech). Dawniejsi ministrowie, należący teraz do opozycyi, powinni nam być wdzięczni, że ich nie zmuszamy aby swój system zachowali na lepsze czasy.

Podczas głosowania nad tym tytułem, przyjmuje Izba cyfrę komisyi. Polacy, którzy zeszłego roku głosowali za tą pozycyą, tym razem głosowali przeciw.

Przy rozdziale „ministerstwo spraw wewnętrznych“, przemawiali dep. Dr. Graf z Tyrolu, dopominając się wywarcia wpływu na sąsiednie państwa Tyrolu, tj. Bawaryę i Szwajcaryę, aby nie tak często na szkodę Tyrolu wykonywały zamknięcie granicy dla bydła pociągowego, dalej regulacyi rzeki Etsch. Następnie mówił o niedostatkach w weterynarstwie dep. Schönerer, podając wniosek, aby w ministerstwie spraw wewnętrznych zaprowadzono osobny wydział dla weterynarstwa, który ma być obsadzony wytrawnymi ludźmi fachowymi. Dep. Jaworski o ile dosłyszeć można było, wytykał niedostatki zakładów kontumacyjnych; dep. Rose., żądał wydania ustawy o powstrzymaniu księgosuszu, tudzież zaprowadzenia obowiązkowej desinfekcyi przy transportach bydła na kolei; Dep. Lienbacher cyframi wykazał, że koszta bezpieczeństwa publicznego nierównie większe są w miastach stosunkowo do liczby osób, niżeli na wsi, że bezpieczeństwo to o wiele drożej teraz musimy opłacać, a o wiele gorszem jest, niż dawniej.

Odpowiadał na zarzuty te minister br. Lasser dwukrotnie, a w końcu po długiej dyskusyi, przyjęto wszystkie posycye w rozdziale o ministerstwie spraw wewnętrznych aż do tytułu o budowlach wodnych, według wniosków komisyi. Zamknięto posiedzenie o godzinie 4½, następne jutro.

**Poznań** 7 grudnia.

W Berlinie nowy stosunek wyrabia się między większością parlamentu a rządem. Nie ma już zgody, ale rząd z dziwną niestanowczością broni czy to projektów podatkowych, czy to noweli karnej; z równym brakiem stanowczości większość stara się niemiłe projekta usunąć z porządku dziennego. Mowy kanclerza bynajmniej niepodobne do dawnych, dziwnie się stał konstytucyjnym, dziwnie szanującym wolę parlamentu. Wyraźnie obu stronom w obopólnym interesie chodzi o zachowanie o ile być może dobrych stosunków, chociaż pozaparlamentarna polemika między rządem a stronnictwem liberałów narodowców, tocząca się w dziennikach, nieco inszej stosunek ten przedstawia, niż w przemówieniach parlamentarnych.

U nas tu ciągle jakoby stan wojenny: gorliwość w bezwzględnem zwalczaniu wszystkiego, co katolickie i polskie, bynajmniej nie ustaje, a gorliwość ta wynagradzana jest przez władze naczelne. Dawniej w monarchii pruskiej zważano wielce na porządek hierarchiczny, starszeństwo w służbie; dziś awansują według gorliwości w walce, jak to bywa w wojnie, tak, że rozmaite warcholstwo dostaje się na wysokie urzędy. Oto jeden przykład z pomiędzy wielu. Rektor tutejszej szkoły średniej, t. j. nieco tylko wyższej od szkół ludowych, został radzcą rejencyjnym i szkolnym, którą to posadę dotychczas dawano po długiej służbie dyrektorom gimnazyów. Posunięcie zwyczajnego niemal nauczyciela elementarnego na tak wysoki stosunkowo urząd stało się zapewne w nagrodę za gorliwość w krzewieniu niemczyzny i bezwyznaniowości w swej szkole.

Poznań otrzymuje nowe połączenie z Górnym Szląskiem drogą żelazną Poznańsko-Kluczborską, która w odległości kilku mil idzie równolegle z kordonem wielkopolsko-kongresowym na całej niemal linii; zbliży to także znacznie Poznań z Krakowem.

Po zaprowadzeniu już urzędów stanu cywilnego pokazuje się, że nie ma zdolnych ku temu osób w każdej gminie. Potworzono tedy wielkie obwody z jednym urzędnikiem. Za każdem urodzeniem, śmiercią, zapowiedziami, ślubem, lud musi odprawiać kilkomilowe podróże, czekać w urzędach, tracić czas i pieniądze, być wystawionym na różne pokusy po karczmach — dość, że ta liberalna instytucya jest źródłem ogromnych ciężarów i demoralizacyi.

**Z Wołynia** 5 grudnia.

W przypisach do Irydiona wieszcz nasz postawił nam przed oczy obraz ówczesnego Rzymu, wielce podobny do dzisiejszego północnego olbrzyma. Jednym narzuca się na protektora, drugim, na doradcę lub pośrednika; słowem, wszędzie sgituje, a na dnie tego wszystkiego tkwi nieustające dążenie do opanowania prędzéj lub później całéj Słowiańszczyzny.

Wpatrując się pilnie we wszystkie kwestye europejskie, widzimy, że Rosya jawnie lub skrycie czynny wszędzie brała udział: bo wszystkie one jakiejby nie były natury, z jakąby nie były związane narodowością, obchodziły szczególnie Rosyę. W każdéj z nich dostrzegała ona idei polskiéj, czyli posądzała i posądza Polaków o tajemne knowania; wystawia ich zawsze przed światem jako burzycieli spokoju w Europie, a przeto chce usprawiedliwić swoje z nimi postępowanie, niezmienne usiłowanie zatracenia ich zupełnego.

W istocie, jestto niezaprzeczoną prawdą, że od czasu rozbioru Polski nie ma w Europie spokoju, co dowodzi, że przez ten rozbiór równowaga europejska naruszoną została. Po traktacie westfalskim, w którym skoalizowały się rządy przeciw ludom, który potworzył państwa terytoryalne bez względu na narodowości odrębne jakie w ich skład wchodziły, Polska, która do tego traktatu nienależała wcale, została odosobnioną, odrębną, została jako anomalia w Europie wobec tego nowego systemu nowych rządów, które nie mogąc w nią wmówić swojéj polityki, musiały wszystkie a osobliwie najbliżsi jéj sąsiedzi skoalizować się przeciw niéj, aby ją w końcu pochłonąć.

Idea więc państwa wzięła wtedy ostateczne przewagę nad faktem narodowości o któréj zatracenie zupełne idzie. Państwa więc dążąc do coraz większych aglomeracyj, cofają się coraz głębiéj w przeszłość i dochodzą do podziału świata na rasy pierwotne, według których prawo przodowania naturalnie przypisują sobie ci co są obecnie materyalnie najsilniejsi.

Protektorat Rosyi nad tureckimi Słowianami, któremu traktat paryski położył tamę, pochodzi z tego samego źródła. Dziś gdy on już nie istnieje, gdy wojna prusko-francuska dotyla zmieniła postać Europy, że nie ma już komu upomnieć się stanowczo o jego zachowanie, Rosya występuje znowu z protektoratem nad tureckimi Słowianami. Lecz występuje znowu pod inną postacią, na dnie, któréj zawsze idea panslawizmu spoczywa.

Jakie są tajemne układy gabinetów pomiędzy sobą w kwestyi wschodniéj, o wiele różne od publicznych ogłoszeń i urzędowych sprawozdań, orzec trudno. Z tego jednak na co patrzymy, wnioskować wolno na co się zanosi. Rosya na drodze dyplomatycznéj traktuje tę kwestyę, nie posuwając się dotąd do czynnego wmieszania się w załatwienie hercegowińskiego powstania. Z drugiéj zaś strony chce zentuzyazmować całe swe państwo, i niejako przeto dopiero być zmuszoną do działania w sprawie wyzwolenia zupełnego chrześcian z pod tureckiego jarzma.

Dwulicowość więc Rosyi jest tylko pozorna. Charakter jej urzędowy określił *Prawitelstwiennyj Wiestnik*, zaś obudzany sztucznie entuzyazm powszechny głoszą wszystkie dzienniki, którym wolno jest teraz rozbierać obszernie i szczegółowo tę kwestyę. Widzimy bowiem w tych artykułach nie tylko przygany opieszałości Rosyi w wyswobodzeniu chrześcian, lecz oraz poddawane rządowi myśli rozmaitych kombinacyj sprzecznych wcale z ogłoszeniem urzędowego organu. Jest to więc maska tylko. Z ogłoszonego wspólnego układu trzech cesarskich gabinetów wypaść miało, że Austrya pierwsza posunie się zbrojno ku Wschodowi, i rozumie się, pierwsza byłaby narażoną na czynne wystąpienie. Rosya zaś tymczasem zamiast posuwać swe zbrojne siły także ku Wschodowi, obstawiła całą zachodnią swą granicę, to jest od Austryi. Taka postawa Rosyi zdawała się nam i zdaje się wątpliwą. Powątpiewanie zaś to nie my sami tylko podzielamy. Rozpuszczono bowiem pomiędzy wojskiem pogłoskę, że przez Austryę pójdzie do Turcyi. Niedawno powracał z zagranicy jen. od inteadanctwa Suwarow, który jak mówiono, wysłany był z Petersburga do Wiednia, dla ułożenia się tam o warunki tego przemarszu wojsk rosyjskich przez Austryę do Turcyi.

Dnia 5 b. m. odbyć się miało w Skurczu w powiecie Starogrodzkim (w Prusiech Królewskich) zebranie ludowe, tak zwany wiec polsko-katolicki celem pouczenia ludu o wyborach do dozorów kościelnych i reprezentacyj parafialnych wedle nowej ustawy pruskiej. Mimo mrozu i zawiei śnieżnej zebrało się około 200 osób. Zaledwie jednak rozpoczęto posiedzenie, wójt miejscowy rozwiązał zebranie z powodu, że obrady toczą się w języku polskim, który nie jest urzędowym w tej prowincyi. Podobne wydarzenia zaszły w ostatnich czasach także na Szląsku, co wraz z wyrażoną wzmianką owego wójta, iż jest upoważniony do rozwiązania zebrania, świadczy o ogólnem rozporządzeniu z góry. Rzecz to dotychczas niepraktykowana a zarazem rażące nadużycie, gdyż tylko w piśmiennych między władzami a ludnością stosunkach język niemiecki jest wyłącznie urzędowym. *Gazeta Toruńska*, donosząc o tem powiada: „Gdy się to zestawi w jeden szereg z niedawno podanemi wypadkami odnoszącemi się do napisów polskich na szkołach i drogowkazach, a dalej z wyrokiem skazującym poprzedniego redaktora *Gazety Toruńskiej* za niezgłoszenie odwołania niemieckiego w piśmie polskiem, zaiste rewizya nie ustaw, lecz zasad, któremi władze wobec nas się rządzą, okazuje się potrzebą gwałtowną a konieczną“. *Gazeta* wzywa Koło poselskie w Berlinie do interpelowania rządu.

Co do zebrania w Skurczu, dodać wypada, że po rozwiązaniu go zwołujący je p. Jackowski oświadczył zebranym, iż lokal, w którym zebranie się odbywało, jest przezeń najęty na cały dzień, i zaprosił wszystkich, aby pozostali w nim jako jego goście. Rozumie się, że dla reprezentanta władzy nie było wtedy już miejsca w lokalu.

**Wiedeń** 9 grudnia. Z zapisków stenograficznych z poniedziałkowego posiedzenia Izby deputowanych w Radzie państwa widzimy, iż wniesione zostały na wspomnianem posiedzeniu dwie

---

**Część literacko-artystyczna.**

## ŻYWIOŁ EKONOMICZNY
### w wychowaniu publicznem.

IX.

*Szkoła ludowa.*

Skutkiem zagadnień przedłożonych (1874) konferencyi nauczycielstwa we Lwowie szkoła nasza ludowa, wlokąca się dotąd gnuśno za teoryami systemu gramatycznego, ma dziś być pogodzoną z praktycznemi zawodami życia ludowego. Ma ona wejść na te tory skuteczniejszego działania, na którychby od dawna była, gdyby zasady komisyi edukacyjnej do roku 1868 przejąć była mogła, a od tegoż czasu przejąć rzetelnie chciała. Dzisiejsza szkoła ludowa zmienia przeto swe dawniejsze przeznaczenie wyłącznego przygotowywania młodzi do szkół średnich, a dobija się stanowiska udzielnego w celu sposobienia dzieci ludu do praktycznych zawodów społeczności swojej. Z dawnej służebnicy i podnóżka szkoły średniej, przeistacza ona się w samodzielne ognisko oświaty ludowej, nie przestając przeto być stopniem przygotowawczym do wyższych od niej szkół średnich. Na tym zaś jej najniższym stopniu oświecenia, stoi obok niej owa wielka realna szkoła ludzkości, co w zadaniach pracy mechanicznej, bez innego najczęściej wykształcenia, jak może przyczynia się do dobrobytu społeczeństw. Tylko ta jej cząstka, co w samodzielności myśli szuka postępu rękodzieł, bierze już i szkołę ludową pospolitą (tj. niższą) w swe wierne usługi i w ten sposób nad nią się wznosi. Na takiemże wzniesieniu znajduje się poniekąd i sama szkoła ludowa wydziałowa (tj. wyższa), która w odpowiedniej potrzebom kraju organizacyi dać by mu powinna tyle, ile sama liczy, szkół przemysłowego kierunku. Tak zwane szkoły ludowe wydziałowe, zastosowane do potrzeb ludności naszej małomiejskiej, a przeto upodobnione niższym szkołom przemysłowym, przyniosłyby krajowi niepospolite korzyści. Zastanowimy się przeto nad szkołą ludową i wydanemi świeżo przez c. kr. Radę szkolną krajową planami nauki dla szkół ludowych pospolitych i wydziałowych. Przestrzegać zaś w tem będziemy jak najściślej zasady przedmiotowości, gdyż tylko przez nią rzecz ta, ogół narodu, najbliżej obchodząca, może stanąć w świetle jaśniejszem i wprowadzić reformę na właściwsze tory.

Obejrzymy więc te plany naprzód pod względem formalnym.

1) Tak zwana szkoła jednoklasowa podzielona, z nauką półdzienną o jednym nauczycielu w dwóch oddziałach, z których każdy dzieli się znowu na dwie grupy, jest w istocie rzeczy szkołą złożoną z klas czterech o jednym nauczycielu, który z jednym oddziałem odbywa naukę z rana, z drugim po południu, zatrudniając na przemian jednę z grup głośną, drugą zaś cichą nauką.

2) Szkoła jednoklasowa niepodzielna o jednym nauczycielu uczy wszystkie dzieci z rana i po południu w trzech oddziałach, z których pierwszy obejmuje rok 1y i 2gi, drugi rok 3ci i 4ty, trzeci wreszcie rok 5ty i 6ty obowiązkowej nauki. Jest to więc w gruncie rzeczy szkoła trzech-klasowa, a względnie czteroklasowa o jednym nauczycielu, ile, że plan dla I oddziału mieści odmienny wymiar godzin dla każdego z dwóch lat obowiązkowej nauki.

3) Szkoła dwuklasowa o dwóch nauczycielach lub nauczycielkach dzieli się na dwie klasy, z których każda ma dwa oddziały. Do pierwszego oddziału klasy I uczęszczają uczniowie w 1ym roku obowiązkowej nauki, do drugiego w 2gim; do pierwszego zaś oddziału klasy II uczniowie w 3cim i 4ym, do drugiego w 5ym i 6ym roku obowiązkowej nauki. Jestto przeto szkoła także cztero-klasowa o dwóch nauczycielach z tą tylko od przywiedzionej pod 1) różnicą, że to, co tam nazywa się oddziałem, jest tu klasą, a co tam grupą, tu oddziałem. I tu utrzymano wolność odbywania nauki z jedną klasą z rana z drugą z południa.

4) Szkoła trzechklasowa o trzech nauczycielach lub nauczycielkach dzieli się na trzy klasy, z których każda na dwa oddziały. Jestto więc szkoła w istocie sześcio-klasowa o trzech nauczycielach.

5) Szkoła czteroklasowa o czterech nauczycielach lub nauczycielkach obejmuje cztery klasy, z których I i IV mają po dwa oddziały. Jestto przeto właściwie także szkoła sześcio-klasowa.

6) Szkoła pięcioklasowa o pięciu nauczycielach lub nauczycielkach obejmuje klas pięć, z których I mieści w sobie dwa oddziały. Jestto przeto, jak poprzednia, szkoła sześcio-klasowa.

W czterech pierwszych kategoryach szkoły nauka odbywa się w połowie głośno, w połowie cicho, toż i w dwóch oddziałach klas I i IV szkół kategoryi piątej, wreszcie w dwóch oddziałach klasy I szkół kategoryi szóstej; w innych głośno w całości.

7) Dopiero w szkole sześcioklasowej o sześciu nauczycielach lub nauczycielkach zgadza się przyjęta nazwa z istotą samejże rzeczy; podobnież

8) Szkoła siedmioklasowa o siedmiu nauczycielach lub nauczycielkach, dalej

9) Szkoła wydziałowa ośmioklasowa męska o ośmiu nauczycielach lub nauczycielkach, wreszcie

10) Szkoła wydziałowa ośmioklasowa żeńska o ośmiu nauczycielach lub nauczycielkach.

Dla czegóżby nomenklatura pierwszych sześciu kategoryj szkół istocie rzeczy odpowiadać nie miała, odgadywać nie chcemy. To wszelako pewna, że za podobnym rozkładem nauk trudno wmówić w nauczyciela, którego czteroklasowym ciężarem obarczono, że tylko z jedną klasą będzie miał do czynienia, a jeszcze trudniej sposobem tym pobudzić lud do większych ofiar na rzecz oświaty, tj. przekonać go o potrzebie stosowniejszego uposażenia nauczyciela mającego na głowie cztery klasy i odpowiedzialność za nie, odkąd go jednoklasowym nazywać nawyknie.

Formy to wszakże tylko, w które czystego lub mętnego kruszcu nalać można. Przypatrzmyż się przeto temuż, tj. treści nauk planami objętych.

Rzeczone Plany nauki mieszczą następujący poczet naukowych przedmiotów:

Religię,
język wykładowy: polski, ruski lub niemiecki w miarę przewagi uczniów według trzech narowości,
drugi język krajowy (polski lub ruski) w miejscowościach z ludnością mieszaną;
arytmetykę,
tak zwane realia obejmujące *a)* historyę naturalną, *b)* fizykę, *c)* geografię i *d)* naukę dziejów;
pisanie,
rysunki i geometryę;
śpiew,
gimnastykę i
roboty kobiece ręczne.

Są to przedmioty obowiązkowe w szkołach wszelkich, a nadto język niemiecki, począwszy od III klasy w tak zwanych szkołach trzechklasowych i większych. W szkołach wydziałowych (ośmioklasowych) wolno nadto udzielać, którego z żyjących języków obcych a to począwszy od drugiego kursu klasy III za zezwoleniem Rady szkolnej krajowej. Wreszcie w szkołach ośmioklasowych przybywają jeszcze rysunki z wolnej ręki jako czternasty właściwie siedmnasty przedmiot obowiązkowy.

Założenie niniejszej rzeczy nie dozwala nam wchodzić we wszystkie szczegóły przytoczonego programu. Powiemy tylko, że wrażenie jakie na nas rubryka języka wykładowego sprawiła, nie utwierdza nas jeszcze w pożądanem przekonaniu jakoby Plany wolne już zupełnie były od wadliwości gramatycznego systemu. Jakoż przeważna część wymierzonych planów godzin poświęconą jest temuż przedmiotowi, którego głównem zajęciem zawsze jeszcze teorya gramatyki, zamiast stósowniejszej na tym stopniu oświecenia praktycznej nauki języka. Rzecz to jednak nie łatwa zerwać naraz z tysiącznoletnim nałogiem.

Pod względem zaś właściwego założenia rzeczy naszej, zastanowimy się nad temi przedmiotami, co szkołę ludową pogodzić mają z praktycznemi ludu zawodami, a które program w nazwę realiów zbiera. Przypatrzmy się naprzód dwom naukom przyrodniczym: historyi naturalnej i fizyce, które z praktycznemi zajęciami ludu naszego w ścisłym zostając związku, nasze rolni-

71

Brief des Statthalters Grafen Gołuchowski an den Lemberger griechisch-katholischen (ruthenischen) Erzbischof Lembratowicz de dato Lemberg 8 April 1875 ~~aus Anlaß der Präsentation, welche Graf Gołuchowski dem Geistlichen Bojarski~~

Hochwürdigster Metropolit!

Indem ich ~~Euer~~ erzbischöflichen Gnaden ~~an~~ für die Pfarrei der Stadt Husiatyn den Geistlichen Johann Bojarski präsentiere, welcher von der Chelmer Diözese ~~nach~~ in Folge religiöser Verfolgungen nach Galizien gekommen ist und sowohl die kanonischen als auch die staatlichen Bedingungen (zur Erlangung des Pfarramtes) erfüllt hat, fühle ich mich gedrungen ~~Euer~~ E. erzbischöfl. Gnaden meinen aufrichtigsten Dank dafür auszudrücken, daß E. erzb. Gnaden, ~~diesem bejahrten und hochverdienten Geistlichen~~, ungeachtet des Widerstandes im eigenen Gremium (des Dankapitels), diesem bejahrten u. hochverdienten, durch russische Behörden hart verfolgten Geistlichen hilfreiche Hand geboten haben, daß er in der Lemberger Diözese einen Asil ~~und Hilfe und zur Selbstsorge zugelassen werden~~ finde und das Seelsorgeramt erlange.

~~Ich glaube, daß~~ Ich hoffe, daß die Opfer welche dieser Geistliche der Anhänglichkeit an unsere gemeinsame Mutter, die ~~unsere~~ katholische ~~katholischen~~ Kirche, gebracht hat, den hiesigen Geistlichen zum Muster dienen ~~werden~~ und ihnen ~~den~~ jenen Weg weisen wird, welchen ein jeder ehrbare Geistliche in Zeiten ~~der~~ kirchlichen Verfolgungen, ~~zu wandern hat.~~

~~durch russische Behörden hart verfolgten katholischen~~

[illegible] Mühe und Gott [illegible] [illegible]
Anstrengungen, [illegible] [illegible] [illegible]
Leidenden [illegible] [illegible]

[illegible] welche und Gott [illegible]
nützen, zu [illegible] [illegible]; denn
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [

Durch Ertheilung der ~~Präsente~~ Gründe dem geistlichen Bojarski glaube ich auch eine Pflicht der christlichen Liebe zu erfüllen, indem ich diesem Geistlichen die Gelegenheit biete, ~~auf~~ im Weinberge des Herrn weiter zu ~~Arbeiten~~ arbeiten; ~~auf~~ damit uns nicht der Vorwurf treffe, daß wir ~~nicht brüderlich ja nicht menschlich~~ ~~die dem durch die Schismen verfolgten~~ ~~jene Priester der Chelmer Diözese,~~ ~~behandelt haben~~, welche die von ~~H~~ Schismen verfolgten Chelmer Priester nicht brüderlich ja ~~u~~ nicht menschlich behandelt haben; ~~damit~~ und uns in Bezug auf diese Priester ~~nicht nicht gesagt nicht~~ ~~und nicht nicht vorgeworfen~~ sie kamen werde: „zu den Ihrigen, ~~sind sie gekommen und diese haben sie zurückgewiesen~~ und diese nahmen sie nicht auf" . . . . . .

Genehmigen E. erzb. Gnaden die Zusicherung ~~meiner Hoch~~ der schuldigen Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu verbleiben E. E. Gnaden

ergebener Diener

Augnor Gołuchowski

Patron der Huscatyner gr. unirten Kirche

Do swoich przybyli a ci ich odepchnęli od siebie

In Erwägung, daß eine namhafte Zahl — bis Ende 1874 waren es 147 — der ruthenischen, in österreichischen, katholischen Seminarien erzogenen griechisch unirten Geistlichen nach Rußland ausgewandert sind, daselbst geistliche Ämter angenommen und als eifrige russische Patrioten das Werk der Russifizirung und Schismatisirung der katholischen Bevölkerung betrieben haben, wozu sich selbst die in Rußland erzogenen katholischen Geistlichen nicht herbeilassen wollten; —

in weiterer Erwägung, daß der aus Galizien stammende, ~~zum~~ neulichst ernannte Bischof der nunmehr schismatischen Diözese Chełm von der russischen Regierung die Weisung erhielt, daß er ruthenische Geistliche aus Galizien in seine Diözese nach weiter berufen könne; —

wird die h. Regierung gefragt:

ob und welche Maßregel sie ergreifen werde, um der Bildung der griechisch ~~katholi~~ unirten Geistlichen in den österreichischen ~~Anstaltung~~ Anstalten eine solche Richtung zu geben, daß diese Geistlichen ~~nicht~~ künftighin nicht schismatische und patriotisch russische, sondern solche Gesinnungen sich aneignen können, daß sie den Verlockungen zur Aenderung ihres Glaubens und ihres Patriotismus zu widerstehen im Stande seien?

Neue freie Presse 14/2 1878



den Zeitungen gemeldet wird, vorgefallen ist; ich muß jedoch gestehen, daß ich festes Vertrauen habe, jene Schwierigkeit werde überwunden werden, und daß in sehr kurzer Zeit das, was wir als unsere Absicht angekündigt haben, würde ausgeführt werden. Hinsichtlich des zweiten Theiles der Interpellation habe ich mitzutheilen, daß in Folge der von uns gemachten Anzeige drei fremde Regierungen ihre Botschafter angewiesen haben, einen Ferman zu begehren. Ich bin aber verpflichtet, hinzuzufügen — denn ich mag Ihnen nicht irgend einen unrichtigen Eindruck geben — daß aus der Thatsache eines Begehrens anderer Fermans nicht nothwendig eine sofortige Benützung derselben erfolgen wird. Ich verstehe die Sache dahin, daß jene Regierungen sich das Recht der Action für vermeintliche Nothfälle vorbehalten.

Nach Erledigung kleinerer, nichtpolitischer Angelegenheiten Schluß der Sitzung.

## Der Panslavismus in Ungarn.

(Orig.-Corr. der „Neuen Freien Presse".)

Pest, 13. Februar.

Gestern Nachmittags wurde in der hiesigen Verlagshandlung von Moriz Rath ein magyarisches Buch ausgegeben, welches vollkommen verdient, daß ihm auch die politischen Leser in Oesterreich einige Aufmerksamkeit schenken. Das Buch führt den Titel: „A Felvidék" (Das Oberland) und behandelt sehr eingehend die eifrig betriebene slavische Propaganda in Oberungarn. Sein Verfasser ist Herr Bela Grünwald, Vicegespan des Sohler Comitats, dessen Publicationen über die Verwaltung in Ungarn bei ihrem Erscheinen einen geradezu sensationellen Erfolg davontrugen. Herr Grünwald ist trotz seines deutschen Namens, der keine directe Abkommenschaft unverfälschten turanischen Blutes verräth, vom nationalen Standpunkte aus ein chauvinistischer Magyare, aber dabei ein Mann von umfassender politischer und literarischer Bildung, ein genauer Kenner der ungarischen Verhältnisse, namentlich in den romantischen Thälern der Karpathen, wo er seit Jahr und Tag als hoher Beamter der Verwaltung reichlich Gelegenheit hatte, die Verhältnisse kennen zu lernen. Selbst wenn man aber durch den chauvinistisch-nationalen Standpunkt des Verfassers etwas mißtrauisch gestimmt wird, gegenüber seiner Schilderung der Zustände in Oberungarn muß man sich dennoch der Wucht der Thatsachen beugen, die er anzuführen im Stande ist und welche beweisen, daß es in den Thalmulden der Tatra und Matra droben lange nicht so gemüthlich zugeht, wie es sich der Szliacser oder Schmecker Curgast träumt. Das Grünwald'sche Buch ist ein Weckruf, der nicht ungehört verhallen darf, selbst inmitten des uns umtobenden Schlachtenlärms nicht. Der Verfasser beweist darin, daß ganz Oberungarn überschwemmt ist mit russischen Agenten, die wir mit unserm eigenen Gelde bezahlen; denn es sind die Lehrer und Geistlichen, die im Dienste des Panslavismus, also Rußlands, still und unbehelligt ihres agitatorischen Amtes walten; er beweist ferner, daß große schöne Länderstriche, welche vor zwei Decennien noch rein magyarisch gewesen, nunmehr vollständig slavisirt wurden durch diesen Einfluß der Schule und der Kirche; er beweist endlich — und das ist eigentlich das Traurigste in seiner Beweisführung — daß die leitenden Staatsmänner Ungarns sich nie die Zeit genommen oder nicht einmal das Verständniß besessen haben, dieser Thatsache von so enormer Wichtigkeit einige Aufmerksamkeit zu widmen.

Der historische Theil des Werkes ist ebenso interessant, als derjenige, in welchem der Verfasser positive Vorschläge zur Besserung des Uebels macht. Sehr bemerkenswerth, eine wahre Perle der Charakterisirung, ist jene Stelle, an welcher Grünwald die Art und Weise des Grafen Andrassy, zu regieren, schildert; was der Verfasser von dem fünfjährigen Regime Andrassy's in Ungarn sagt, paßt so vollkommen auch auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in dem darauffolgenden Lustrum durch denselben Staatsmann, daß wir es uns nicht versagen können, Einiges aus dieser Partie des Buches zu citiren. Ungarn — so sagt der Verfasser — wird kaum mehr einen Minister-Präsidenten besitzen, der über mehr Geist und über bessere Einfälle im parlamentarischen Leben verfügt; aber auch das ist gewiß, daß Andrassy jeden seiner Nachfolger durch seine Unkenntniß der Detailverhältnisse des Landes verdunkeln werde. Allein einen Staat kann man nicht blos mit Esprit und guten Einfällen regieren, sondern nur durch angestrengte, consequente Arbeit und Kämpfe, durch große politische Gedanken und durch die eingehendste Kenntniß der Verhältnisse des Landes. Und deßhalb wird Jedermann begreifen, daß Graf Andrassy mit seinem Esprit und seinen Einfällen im Parlament Erfolge errang, aber keine im Lande . . . Lange glaubte man, Graf Andrassy sei mit großen Dingen beschäftigt und er habe keine Zeit, sich mit den Details abzugeben. Und man verzieh ihm die Unterlassungen in der Regierung des Landes, obgleich Jedermann wußte, daß Napoleon I. ein großer Staatsmann, daneben noch ein großer Feldherr gewesen sei und sich dennoch mit den kleinsten Details beschäftigt habe. . . . Aber Jahre kamen und gingen, und die großen Dinge wollten nicht kommen. Und jetzt können wir es bereits aussprechen, daß, wenn Graf Andrassy als unbeschränkter Herr der Situation nichts geschaffen hat, er auch dann nichts geschaffen hätte, wenn ihn die Vorsehung noch ein Jahrhundert lang im ungarischen Minister-Präsidium belassen hätte. Der gänzliche Mangel einer Schöpfung im größeren Style, welcher in der staatsmännischen Thätigkeit Andrassy's fühlbar ist, wird durch ein Dictum des edlen Grafen erklärt, welches keiner seiner Biographen wird übergehen können, wenn er ihn sonst getreulich schildern will. Zur Zeit seiner Minister-Präsidentschaft machte man ihn auf die nationalen Agitationen aufmerksam. Wie man erzählt, war seine Antwort die folgende: Man muß sie gewähren lassen, sie werden sich schon abnützen. Ein anderesmal betonte man ihm gegenüber die Nothwendigkeit der Verwaltungsreform, mit den Comitaten gehe die Wirthschaft nicht länger. Und wieder lautete seine Antwort: Man muß sie gewähren lassen, sie werden sich schon abnützen. . . .

Grünwald veranschlagt die Zahl der in Oberungarn lebenden Slaven (Slovaken) auf 1.800,000, welche ein Territorium von 750 Quadratmeilen bewohnen, das also dreimal so groß ist als das Königreich Sachsen und doppelt so groß als Württemberg. Die Slovaken selbst sind die besten Staatsbürger, kennen keine Gravitation nach Außen und werden nur durch wirkliche Emissäre oder durch catilinarische Existenzen, welche der Bestechung in jeder Form zugänglich sind, gegen die Hoheit und Integrität des Staates aufgestachelt. Durch das ganze Buch nun klingt der Vorwurf gegen die ungarischen Staatsmänner, daß sie es nicht verstanden haben und auch zur Stunde nicht verstehen, diesen ansehnlichen Theil der Bürgerschaft in seiner Treue gegen den ungarischen Staat zu bewahren, sondern ihn in ihrer Kurzsichtigkeit und Fahrlässigkeit willenlos der slavischen Propaganda preisgeben. Das Cavalier-Regiment Andrassy's, von seinen Nachfolgern treulich befolgt, hat denn auch seine Früchte getragen. Anfangs wehrten die Slovaken sich selbst gegen die Agitatoren; als diese aber in der Gestalt von Schulmeistern und Pfarrern in Haus und Schule drangen, konnte die ungebildete Masse nicht immer widerstehen, sie sah sich von ihrer fremdsprachigen Regierung sogar verlassen und fiel den gleichsprachigen Hetzern widerwillig in die Arme. So unglaublich dies Alles auch klingen mag, Herr Grünwald ist im Stande, dies zu beweisen; sein ganzes Buch ist nichts Anderes als ein Beweis. Einige markante anekdotische Züge sind am geeignetsten, das Gesagte zu illustriren.

Der Rubel in Ungarn ist nach Grünwald keineswegs eine Ausgeburt der Phantasie, wie uns die Russen glauben machen wollen und die ungarischen Staatsmänner glauben wollen; der Silberling kam wirklich nach Ungarn, und zwar nach Turocz-Szt.-Marton, dem Hauptsitz der Matica. Der Verfasser beruft sich auf die Manipulations-Bücher des dortigen Postamtes und fügt hinzu, daß Herr v. Szlavy zur Zeit seiner Minister-Präsidentschaft von dieser Kleinigkeit sehr genau unterrichtet gewesen sei, ohne daß er dieselbe auch nur der geringsten Aufmerksamkeit werth erachtet hätte. Und fürwahr, dieses Postamt wäre dieser Aufmerksamkeit nicht ganz unwürdig gewesen. Es befand sich vor Jahren in der Hand eines Panslavisten, der jede amtliche Correspondenz, die dort einlangte oder von dort abging, dem panslavistischen Comité mittheilte. Nach dem Tode dieses Postmeisters erhielt ein pensionirter Officier die Stelle; der jedoch war des Magyarischen nicht mächtig, und man gesellte ihm einen Gehilfen zu, der vom panslavistischen Comité einen monatlichen Gehalt von 25 fl. bezog; der amtliche Kallab folgte alle Erlässe der Regierung zur Copirung den Panslaven aus, und diese machten sich sogar den Jux, solche Erlässe in ihrem Organe zu publiciren, noch ehe der Obergespan davon Kenntniß erlangt hatte, so daß das Publicum glaubte, die panslavistische Partei habe im Ministerium des Innern einen Anhänger sitzen und der vollbringe diesen Verrath des Amtsgeheimnisses. Allein die Erlässe waren zumeist unschuldiger Natur, und das Comité beschloß, dem Postbeamten die Subvention zu entziehen. Der Letztere versuchte den Entgang durch gelinde Defraudationen hereinzubringen, wurde deßhalb in Untersuchung gezogen, und bei dieser Gelegenheit kamen alle diese auferbaulichen Dinge ans Tageslicht. Das Postamt stand fortwährend in solch schlechtem Rufe, daß der Staatsanwalt seine Sendungen an die Regierung in einem andern Comitate auf die Post legte, wenn diese Sendungen vertrauliche Mittheilungen enthielten. So stand die ungarische Obrigkeit förmlich unter der Aufsicht der panslavistischen Propaganda.

Dieselbe verfügt natürlich über zahlreiche, sehr billige und oft gratis unter dem Volke vertheilte Zeitungen, welche im derbsten Style geschrieben sind, die Massen fortwährend aufstacheln. Von allen diesen literarischen Producten wußte die Regierung lange nichts, trotzdem sie über ein Preßbureau verfügte; ja sie besaß so wenig Verständniß für die Sache, daß sie bis zum Jahre 1872 ein in Pest erscheinendes slavisches Journal subventionirte, welches offen gegen die Regierung und die ungarische Nationalität schrieb. Das geschah noch unter der Minister-Präsidentschaft des Grafen Andrassy, als die Regierung nur mit „großen Dingen" beschäftigt war. Der Verfasser bezeichnet mehrere Gymnasien, welche Jahre hindurch die Brutstätte des Panslavismus in Ungarn waren, und er schildert seine eigenen wie die Bemühungen Anderer, um die Unterrichtsverwaltung darüber aufzuklären. Der damalige Unterrichtsminister ließ dem Verfasser durch eine hochgestellte Persönlichkeit sagen, er (Grünwald) strenge sich vergeblich an, er schreibe umsonst so viele Artikel; der Minister werde niemals seine Einwilligung dazu geben, daß eine Stätte der Bildung geschlossen werde. Und dennoch mußten die Gymnasien geschlossen werden. Einige Monate darauf traf der Verfasser mit dem Minister bei einem Diner des Grafen Szapary zusammen, und der Erstere fragte, wie er jetzt mit ihm zufrieden sei. „Die panslavistischen Gymnasien," so fuhr die Excellenz fort, „konnten nicht länger geduldet werden. Auch Se. Majestät hat sich sehr lebhaft für die Sache interessirt. Wenn Sie noch solche Gymnasien kennen, bezeichnen Sie dieselben nur immer zu." . . .

Die Statistik beweist, daß in den 10 oberungarischen Comitaten 703 katholische Geistliche existiren; darunter gehören 268 der panslavistischen Partei an; unter den 178 lutheranischen Pfarrern befinden sich 99 Panslavisten. Das bedeutet so viel, daß Rußland blos in Oberungarn über 357 Agenten verfügt. Diese Ziffern bedürfen in der That keines Commentars.

In dem Voranstehenden ist der Inhalt des Grünwald'schen Buches naturgemäß nur aphoristisch angedeutet. Dasselbe ist aber eine politische Studie voll des interessantesten Inhalts. Gerade in diesem Augenblicke, wo die panslavistische Propaganda mit den Waffen in der Hand ihre Orgien feiert und unaufhaltsam bis vor die Aja Sophia gedrungen ist, besitzt das Grünwald'sche Buch einen doppelten Werth. Es wird seinen Beruf erfüllen, wenn die ungarischen Staatsmänner und Parlamen-

---

den apostolischen Palast unter den Schutz ihrer Flaggen zu stellen, sofort abgelehnt, um die italienische Regierung nicht vor den Kopf zu stoßen. Manning geberdet sich aber, als ob der Vatican auf einer Mine stünde, die eben im Explodiren begriffen sei. Pecci wird von der vox populi stündlich entschiedener als künftiger Papst genannt, wenn auch in jedem Augenblicke neue Namen auftauchen, wie z. B. heute der Moretti's, des Erzbischofs von Ravenna. Dieser ist einer der letzten von Pius IX. ernannten Cardinäle, stimmt in seiner Denkungsart mit der des verstorbenen Pontifex überein und soll von ihm in directer Weise als Nachfolger bezeichnet worden sein. So sagt wenigstens eines der zahllosen heute verbreiteten Gerüchte.

Unbeschreiblich ist das Aufsehen, welches heute in den weitesten Kreisen durch die Nachricht von der schweren Erkrankung des Generals Garibaldi erregt worden ist. Der alte Held muß sich sehr schlecht gefühlt haben, sonst hätte er nicht seinem Sohne Menotti telegraphirt, daß er sofort nach Caprera kommen möge. Heute Mittags schien es, als sollte mit diesem Dritten im Bunde die ganze Geschichte der italienischen Wiedergeburt zu Grabe getragen werden — heute Abends lauteten jedoch die Nachrichten von der fernen Insel etwas beruhigender. Die Vorbereitungen der Leichenfeier im Pantheon, Pius IX. auf der Bahre und Garibaldi im Sterben — es wäre des Dramatischen zu viel.

Herr Crispi, der Minister des Innern, ist als energische Natur bekannt, und es darf daher nicht Wunder nehmen, daß er seine im Augenblicke gewiß verantwortliche Stellung begreift und deutlich merken läßt, daß er vorkommendenfalls keinen Spaß verstehen würde. Er bereitet für morgen eine Proclamation vor, in welcher er alle Meetings verbietet, und verstärkt in aller Eile die Garnison Roms. Es war hier heute die Nachricht verbreitet, daß wie in Mailand auch in Genua eine Demonstation gegen das Garantiegesetz stattgefunden habe, bei welcher sogar die Truppen einschreiten mußten. Eine ganze Anzahl von Telegrammen, welche dieser Nachricht Erwähnung thaten, wurde bei der Revision im Ministerium des Innern beanständet und ihre Beförderung verweigert. Dasselbe Schicksal widerfuhr einer Depesche, welche meldete, die Majorität der Cardinäle sei für die Abhaltung des Conclave in Malta. Es versteht sich von selbst, daß die hochobrigkeitliche Censur die Beförderung der Depeschen schon an und für sich wesentlich verzögert, abgesehen davon, wie komisch es ist, daß Herr Crispi sich à la Nicotera zum obersten Richter der geschichtlichen Wahrheit telegraphischer Mittheilungen machen will.

Die gegen das Garantiegesetz gerichteten Demonstrationen von Mailand und Genua geben zu denken. Ob nicht die Befürchtung, daß dergleichen auch in Rom passiren könnte, auf die Beschlüsse des Heiligen Collegiums Einfluß nehmen und die Partei der Malteser verstärken wird?

W. Wrl.

## Fruchtbörse.

**Wien**, 14. Februar. Unverändert ruhige Stimmung. Es notiren: Frühjahrsweizen fl. 11.— bis fl. 11.05, Herbstweizen fl. 10.80 bis fl. 10.85, Mai-Juni-Mais, internationaler, fl. 7.60 bis fl. 7.65, Mai-Juni-Mais, Banater, fl. 7.70 bis fl. 7.80, Frühjahrshafer fl. 7.50 bis fl. 7.55, ungarisches Korn fl. 8.20 bis fl. 8.30, Mercantil-Hafer fl. 6.95 bis fl. 7.10, prompter Mais, alt fl. 8.75 bis fl. 8.80, neu fl. 8.20 bis fl. 8.30.

Central-Viehmarkt St. Marx, 14. Februar.

[Bericht von Joseph Saborsky und Söhne. — Stechviehmarkt.] Zugeführt wurden 2778 Stück Kälber, Preise 42 bis 56 kr. per Kilogramm; einzelne Stück Hochprima wurden bis 58 kr. bezahlt. 660 Stück geschlachtete Schweine notiren 45 bis 56 kr., 129 Stück geschlachtete Schafe 40 bis 50 kr. per Kilogramm und 901 Stück Lämmer 6 bis 12 fl. per Paar. Verkehr in allen diesen Artikeln in Folge des günstigen Wetters lebhafter. — Auf dem Schafmarkte waren 1278 Stück Schafe aufgetrieben und wurden bei lebhaftem Verkehre à 42 bis 50 kr. per Kilogramm verkauft. Ausländische Käufer betheiligten sich heute zum erstenmale, angeblich zur Completirung ihrer in Nieder- und Oberösterreich stehenden Schafheerden. In Folge Erlöschens der Seuche in den deutschen Provinzen Oesterreichs sind die fremden Regierungen nicht mehr so strenge in der Handhabung der Grenzsperre, und wurde bereits eine größere Anzahl Schafe mit specieller Bewilligung aus Oberösterreich durch Deutschland nach Paris geführt; es scheint demnach, daß die gänzliche Aufhebung der Grenzsperre für Schafe nunmehr bald erfolgen wird. — Auf dem Borstenviehmarkte waren 950 Stück leichte Schweine, 364 Stück mittelschwere Schweine und 114 Stück schwere Schweine aufgetrieben und zu Preisen wie auf dem letzten Dienstagmarkte verkauft, obgleich der Verkehr flauer war.

Paris (La Villette), 11. Februar.

[Schafmarkt.] Bei einem Auftriebe von 15,800 Stück Schafen sind die Preise ziemlich stationär geblieben. Für Schafe aus Oesterreich wurden 100 Centimes per ½ Kilogramm erzielt.

### Telegraphische Handelsdepeschen.

**Stettin**, 13. Februar. (Productenmarkt.) Weizen per Frühjahr 209.50 Mark, per Mai-Juni 209.50. Roggen per Frühjahr 144.50 Mark, per Mai-Juni 144.— Mark. Rüböl per Februar 69.50 Mark, per April-Mai 69.50 Mark. Spiritus loco 49.90 Mark, per Frühjahr 51.40 Mark.

**Hamburg**, 13. Februar. (Productenmarkt.) Weizen fest, ruhig, per April-Mai 127pfündiger 211.— Reichsmark, per Mai-Juni 213 Reichsmark. Roggen ruhig, per April-Mai 151.— Reichsmark, per Mai-Juni 151.— Reichsmark. Alles per 1000 Kilo netto. Rüböl loco ruhig, 74 Reichsmark, per Mai 71½ Reichsmark, per 200 Pfund. Spiritus still (per 100 Liter zu 100 Percent), per Februar 41 Reichsmark, per März-April 41¼ Reichmark, per April-Mai 42 Reichsmark, per Mai-Juni 42½ Reichsmark.

**Hamburg**, 13. Februar. Petroleum loco 10.90, per Februar 10.90, per August-December 12.40 Reichsmark. Behauptet.

**Bremen**, 13. Februar. Petroleum per Februar 11.25. Ruhig.

**Antwerpen**, 13. Februar. Petroleum loco 28. Matt.

**Paris**, 13. Februar. (Productenmarkt.) Rüböl per 100 Kilo laufenden Monat 97 Francs — Centimes, per März 96 Francs 25 Centimes, per April 95 Francs 75 Centimes, vier Monate vom Mai 1878 93 Francs 50 Centimes. Leinöl per 100 Kilo, laufenden Monat 71 Francs — Centimes, per März 71 Francs 50 Centimes, per April 71 Francs 75 Centimes; Spiritus per Hektoliter, laufenden Monat 56 Francs 75 Centimes, per März 57 Francs 50 Centimes, vier Monate vom Mai 1878 58 Francs 25 Centimes; Rohzucker, 88grädiger, per 100 Kilo disponibel 54 Francs 50 Centimes, weißer Type Nr. 3 per laufenden Monat 63 Francs 75 Centimes, raffinirter ausgesucht 144 Francs — Centimes; Mehl acht Marken, den Sack per 100 Kilo, laufenden Monat 65 Francs 75 Centimes, per März-April 66 Francs — Centimes, fest, per Mai-Juni 66 Francs 25 Centimes, vier Monate vom Mai 66 Francs 50 Centimes. Bedeckt.

**Paris**, 13. Februar. (Schluß-Productenmarkt.) Acht-Marken-Mehl per laufenden Monat 65.50, per März-April 65.75 ruhig, per Mai-Juni 66.—, per vier Monate vom Mai 66.—. Rüböl per laufenden Monat 97.—, per März 96.—, flau, per April 95.50, per vier Monate vom Mai 93.50. Spiritus per laufenden Monat 56.75, per März 57.25, fest, per April 58.—, per vier Monate vom Mai 58.25. Weizen auf Lieferung, per laufenden Monat 30.25, per März-April 30.50, ruhig, per Mai-Juni 30.75, per vier Monate vom Mai 31.—.

**Pest**, 14. Februar. [Telegr. der „N. Fr. Pr."] Wenig Verkehr in Getreide bei festen Preisen und geringer Kauflust. Termine ruhig. Weizen fl. 10.90, Hafer fl. 6.75, Mais fl. 7.30, Herbstweizen fl. 10.60.


**Vorschüsse zu 8 Percent per Jahr**

die zugeschlagen werden, **auf Staatspapiere, Lose und deren Pfandscheine** von Instituten und Privaten, welche ausgelöst werden, gibt gegen Theilrückzahlungen

**den ganzen Curswerth.**

**Auch Braunschweiger, Sachsen-Meiningen, überhaupt alte in- und ausländischen Lose und Werthpapiere werden billiger und höher wie überall belehnt von dem Bankhause MORIZ GERSTL'S Sohn, II., Obere Donaustrasse 25,** neben der Ferdinandsbrücke.

Daselbst werden alle in das Bank- und Wechslergeschäft einschlagenden Geschäfte für hier und die Provinz am besten ausgeführt. 1579

**Vorschüsse**

**auf Lose, Pfandscheine**

der **National-Bank**, der **Credit-Anstalt**, sämmtlicher Banken und Sparkassen, als auch sämmtlicher In- und Ausländer-Lose und Staatspapiere nur von 50 fl. aufwärts zu den coulantesten Bedingungen. 2337

**1864er Promessen, Ziehung am 1. März. Haupttreffer 200,000 fl.**
**fl. 4 und 50 kr. Stempel.**

**Nyitrai & Comp. in Wien,** Kärntnerstrasse 16, eisernes Haus.

**Wer Lose** sowol Staats- als **Privatlose**, Gold- und Silbermünzen, **Staats-Rente** am allerbilligsten **kaufen** und am allertheuersten **verkaufen** will, der wende sich vertrauensvoll an das gefertigte Bank- und Wechslergeschäft, wo selbe zum jeweiligen Tagescurse berechnet werden. 71

**M. A. Spitzer** Wechselstube, **Wien, Kärntnerstr. 19, ersten Stock.**

**Gummi- und Fischblasen,**

die feinsten Pariser, von 1 bis 4 fl. per Dtzd., sowie Specialitäten für Damen, per Dtzd. 3 fl., versendet gegen Nachnahme die Gummi-Specialitätenfabrik, Mariahilferstraße 114, Hof, 1. Stock, Wien. 2326

**Bei M. Jägermayer,**
1409 **Wien, Graben Nr. 17:**

**Gesundheits-Crepp-Leibchen etc.,**

ein Leibchen in Wolle K. A. (ermäßigter Preis) **4 fl. 40 kr.**

**Herren- u. Damenwäsche, Trousseaux u. Layette.**

**Mannesschwäche,** Pollutionen und alle Folgen von Jugendsünden (**geheime Krankheiten**) werden ohne Folge-Uebel und Berufsstörung in möglichst **kürzester** Zeit nach einer an tausenden Fällen mit glänzendem Erfolge erprobten **ganz neuen** Methode geheilt in der seit Jahren bestrenommirten Anstalt des

**Dr. Hartmann, Wien, Stadt, Seilergasse 11**

(ord. von 9—2 und 4—6 Uhr.) **Privat-Ordinationen und schriftliche Anfragen** werden bereitwilligst erledigt. Anerkennungsschreiben liegen zur Einsicht auf.



Herausgeber: Michael Etienne, Adolph Werthner.
Verantwortlicher Redacteur: Joseph Mitter.
Druckerei der „Neuen Freien Presse": Christoph Reisser.



**Redaction, Administration & Druckerei:**
Kolowrat-Ring, Fichtegasse Nr. 11.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

**Ankündigungs-Bureau:**
Stadt, Wollzeile 20.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Inserate übernehmen im Auslande: Havas, Laffite & Co. in **Paris**, ausschl. für Frankreich: Haasenstein & Vogler in **Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M. u. Basel**; G. L. Daube & Co. in **Hamburg u. Frankf. a. M.**; Jäger's Buchh. u. Chr. Herrmann's Buchh. in **Frankfurt a. M.**; K. Schlüssler in **Hannover**; Stahel's Annonc.-Bureau in **Würzburg**; F. W. Saalbach in **Dresden**: Rudolf Mosse und Deutsches Zeitungsbur. „Invalidendank" in **Berlin**; Jacob Türkheim in **Hamburg**; E. E. Oblieght in **Paris, Florenz** und **Rom**; H. F. Münster in **Verona**, Aug. Siegle in **London**.

**Abonnement für Wien:**
Im Hauptverlage, Wollzeile 20, u. bei allen Zeitungsverschleissern: Ganzjährr. fl. 21.60, monatl. fl. 1.80. Mit Zustellung ins Haus: Viertelj. fl. 6.30, monatl. fl. 2.10.
Einzeln: Morgenblatt 5 kr., Abendblatt 3 kr.

Für die an Austräger, Verschleisser oder sonstige Zwischenpersonen bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.


# Fre

## Nr. 4838.

## Politische Uebersicht.

Wien, 14. Februar.

Das Abgeordnetenhaus setzt auch heute die Debatte über den Zolltarif fort. Die nächsten Redner sind die Abgeordneten Mezník, Nabergoj, Ganahl und Ruß. Nach Mezník, welcher sich gegen die Finanzzölle, aber entschieden für die Industriezölle aussprach und die Betheiligung der mährischen Czechen an der Special-Debatte ankündigte, nahm der Handelsminister v. Chlumecky das Wort.

Es scheint nun gewiß zu sein, daß die britische Flotte heute vor Konstantinopel vor Anker gegangen ist. Gestern war sie im Marmarameere erschienen, heute dürfte sie im Bosporus angelangt sein. Die Pforte verweigerte den Ferman, scheint aber der Einfahrt der englischen Flotte nichts entgegengesetzt zu haben, als einen — Protest. Die Einfahrt in die Dardanellen und das Erscheinen der englischen Schiffe im Bosporus war Gegenstand eines Compromisses zwischen Earl Derby und Fürst Gortschakow, in Folge dessen es möglich ist, daß die Russen die Ankunft der Engländer nicht mit der Occupation von Konstantinopel beantworten. Näheres darüber ist abzuwarten. Bestätigt sich unser diesbezügliches Pariser Telegramm, so gewinnt es den Anschein, als überlegte man es sich in Petersburg doch, ehe man das Aeußerste provocirt. Der englische Botschafter in Konstantinopel soll die Weisung haben, dem Sultan zu erklären, daß die englische Flotte bis zum Eintritt des definitiven Friedens im Bosporus bleiben werde. Der ganze Zwischenfall zeigt, wie viel Unheil verhindert werden konnte, wenn Oesterreich und England Ernst gezeigt hätten, bevor das Schlimmste geschah.

Earl Derby bleibt im Amte; das Gerücht von seiner Resignation bestätigt sich nicht. Wahrscheinlich werden die schwachen Hände, welche Englands Politik bisher geleitet, auch den schwachen Frieden herstellen, welcher den Untergang des türkischen Reiches zu besiegeln berufen sein wird. Man kann sich dazu nur Glück wünschen, denn solchen Händen konnte man eine andere als eine lediglich diplomatische Action nur mit Angst und Schrecken anvertraut sehen.

Es ist selbstverständlich, daß die erregte Stimmung in England in den Londoner Blättern zum Ausdrucke gelangt. Das Regierungsblatt Standard schreibt: „Es wird ganz unmöglich sein, an irgend einer Conferenz theilzunehmen, so lange Rußland eine feindselige Stellung gegen dieses Land affectirt und dabei beharrt, militärische Positionen zu dem Behufe zu besetzen, um die Conferenz einzuschüchtern, und sich weigert, gleiche Rechte anderen Mächten einzuräumen. Das Verhalten Englands ist ohne Zweifel zu vertrauensvoll gewesen, und wir büßen für unsere Leichtgläubigkeit. Es ist aber nicht weise, ein stolzes und mächtiges Volk zu überlisten." In Erwiderung auf Gladstone's Warnungen gegen eine Allianz Englands mit Oesterreich äußert sich dasselbe Blatt:

## Kleine Chronik.

Wien, 14. Februar.

[Personal-Nachrichten.] Die Gerüchte von der gefährlichen Erkrankung Littré's waren aus der Luft gegriffen. Der berühmte Gelehrte leidet nur an einer ganz leichten Erkältung. — In Paris ist Albert de la Fizelière, Schriftsteller und Journalist, im Alter von 60 Jahren gestorben.

[Aus dem Leben Claude Bernard's.] Der berühmte Gelehrte Claude Bernard war, trotzdem er sein Lebenlang arbeitete, nicht reich. Das hing mit einem Umstande zusammen, dessen Erzählung seinem Andenken nur Ehre macht. Nach dem Ableben seiner nächsten Verwandten hatte er die Erbschaft von Schulden anzutreten. Er war jung und verpflichtete sich, jedes Jahr einen großen Theil von seinen Einnahmen an die Gläubiger seiner Familie wegzuzahlen. Er hielt Wort und gab alljährlich eine relativ starke Summe ab. In den letzten Lebensjahren verdiente er jährlich 24,000 Francs, von denen er 10,000 Francs für die Gläubiger verwendete. In der letzten Zeit sagte einer seiner Schüler, der ihn sehr leidend, aber immer bei der Arbeit fand, zu ihm: „Warum gönnen Sie sich nicht Ruhe? Sie haben für die Wissenschaft genug gethan." — „Mein lieber Freund," erwiderte Bernard, „bis zum Jahre 1884, um welche Zeit ich die Schuld meiner Familie getilgt haben werde, darf ich mir keine Ruhe gestatten."

[Eine Kritik über den „Verschwender".] Ein Leser in Gera hat die Güte, uns die Nummer vom 12. Februar 1878 der fürstlich Reuß-Geraer Zeitung zuzusenden. In einem Artikel, der sich mit dem Geraer Hoftheater beschäftigt, steht wörtlich Folgendes zu lesen:

Am gestrigen Abend ging der Raimund'sche „Verschwender", angeblich auf vielfaches Verlangen, in Scene. Offen gestanden, wer die Aufführung dieses Stückes ernstlich verlangen kann, hat entweder einen total corrumpirten oder noch wenig ausgebildeten Geschmack. Es nennt sich ein Original-Zaubermärchen; aber der Zauber, welcher unseren Märchen anhaftet, fehlt dem Stücke vollständig, dafür setzt sich die Handlung aus einer Reihe theils vollständig zusammenhangloser, theils lose mit einander verflochtener Scenen zusammen, und die Grundidee tritt in so plumper Weise zu Tage, wird dem Publicum da, wo sie überhaupt erkennbar ist, so faustdick, so unmotivirt unter die Nase getrieben, daß von dem ganzen Zaubermärchen nichts wie fauler Zauber übrig bleibt. Dem Namen nach zu urtheilen, sollte man die Vorführung des Bildes eines Lebemannes erwarten, der sich durch maßlose Verschwendung vom Millionär an den Bettelstab bringt und sich durch die Unsinnigkeit seiner Handlungsweise die Entrüstung aller Zuschauer zuzieht. Statt dessen sehen wir einen äußerst sympathisch gehaltenen, von einer ziemlich starken Melancholie angekränkelten Mann, der anfänglich eine Fee liebt und, als diese in ihr Feenreich zurückkehrt, nach wenigen Jahren einer irdischen Schönen den Hof macht. (Der liebe Kritiker erzählt dann in sarkastischer Form die Handlung des Stückes und fährt fort:) Und schließlich die Pointe des Ganzen; welche Geschmacks- und

nie praw dzierżawy restauracji w ogrodzie m. na Gustawa Pfinka. b) Prośba Natana Thoma względem spłaty należytości propinacyjnej 1500 zł. od browaru t. z. „Plodra“. Spraw. p. Dąbrowski. 5. Wnioski odnoszące się do przeprowadzonej reorganizacji szkół im. Piramowicza i Konarskiego. Spr. ks. Axentowicz. 6. Wnioski względem spłaty należytości rządowej od nadania posad urzędnikom magistratu. Spr. dr. Zuker.

**Gabrjel Mülling,** były przełożony gremium aptekarskiego, właściciel jednej z najstarszych aptek w naszem mieście, zmarł przedwczoraj.

**Import zwierzyny do Lwowa.** W ostatnim numerze *Łowca* czytamy: Otrzymaliśmy od szanownego radcy magistratu Łyszkowskiego, nader gorliwego protektora naszych dążeń, następny wykaz statystyczny wprowadzonej i opłaconej na rogatkach lwowskich zwierzyny:

| | 1874 | 1875 | 1876 |
|---|---|---|---|
| jelenie . . . . | 2 | 2 | 4 |
| dziki . . . . | 64 | 94 | 84 |
| sarny . . . . | 1243 | 1045 | 777 |
| zające . . . . | 8930 | 8631 | 8656 |
| zwierzyny porąbanej — kilogr. | 1085 | 2068 | 1342 |
| bażanty, głuszce, cietrzewie . | 258 | 256 | 322 |
| jarząbki, kuropatwy, kaczki, słonki . . . . | 2792 | 4430 | 2722 |
| krzyki, bekasy, dubelty . | 1898 | 920 | 1138 |
| drobne ptactwo . . . | 511 | 10400 | 4068 |

Z powyższego wykazu widzimy, że liczby wprowadzonej do Lwowa zwierzyny nie są jednakowe, uderzy szczególnie zmniejszona znacznie liczba sarn z r. 1876, różnica da się z łatwością usprawiedliwić, gdy nadmienimy, iż w poprzednich latach dowożono do Lwowa sarny w każdej porze roku, i że na ławach targowych lwowskich zawsze bywała większa ilość kóz jak rogaczów, a to w takim stosunku, iż jeżeli było 7 sztuk, to między niemi było niezawodnie 4 lub 5 kóz. W r. 1876 mamy wprawdzie znacznie mniejszą liczbę ogólną (777), jesteśmy wszakże pewni, że w niej ani jednej nie było kozy. Skutek to zbawienny dla łowiectwa gorliwego przestrzegania przez św. magistrat lwowski ustawy łowieckiej, jako też bezwzględnego karcenia przestępców tejże ustawy, o czem Towarzystwo łowieckie z wdzięcznem uznaniem podaje do wiadomości. Import zajęcy zwiększy się niezawodnie, gdy one bite będą tylko w porze prawem przepisanej, i gdy członkowie Tow. łow. nadsyłać będą zwierzynę na uchwaloną przez wydział Tow. ławę targową.

**Zawiadomienie.** Wydział centralny Towarz. wzajemnej pomocy oficjalistów prywatnych podaje do wiadomości w myśl § 18 statutu, że posiedzenia rady nadzorczej tegoż Towarz. rozpoczną się 2. marca br. we Lwowie. Miejsce zebrania podanem zostanie później. Na porządku dziennym będą sprawy określone w § 18 ustępami 1, 2, 5, 9, 11, 14, 15 i wnioski bądź z oddziałów lub od członków wpłynąć mogące.

**Włościańskie księgi gruntowe.** Według [illegible] zapro-

górę po ciemnych wschoda
jakiegoś mężczyznę, który
perłami i dyamentami wy
Dominikańskiej. Złoczyńc
dzieli, jak bindę zawijał
wzrostu średniego, chud
izraelita, ubrany był w
binda jest wartości 800

**Teatr.** W teatrze
„Jan de Thomeray,“ dra
i Sandeau.

* Jutro przedstawi
efektowny dramat angiel

* Na pierwszą po
jest w teatrze Skarbka
akcie „Dwie.“ Spodziew
że nareszcie i ona pozw
czyć konkursową komedj
dynek szlachetnych,“ któ
wywołała świetnych re
reszcie przedstawiono w
a Rapacki i pna Deryng
lach gościnnych.

**Stan powietrza.**
Śnieg pada w przestank

**Generał-policja**
służył nagrody w stolicy
szawie. Tu bowiem, w
1861 r., gdy na czele
dent[illegible]idących z poch
dent, p. ***, schwytany
wymownego argumentu
skwitował z napaści i u
dzej podążyć do domu.
wypadku chodził Trepo
rej ślady rozpalonej ży
leczył się jednak; zy
stąpił na generała, a
wytworzył na cześć j
dzy innemi górowała z

Na Starem
Przy wodo
Pułkownik
Dostał po

Śmiano się nie m
łowano Trepowa, bo
podobno nie pochodzi
Warszawa, jak wiadom
baczania choćby najp
strumentom caryzmu,
siepactwa niż siepac
był dosyć układny,
okazjach dosyć grze
zwoity, a że jest
wnywano ze sław
Ignacym Abramow
podlejszym z opr
bardzo zyskiwał.

7 Lutego 1878. № 31

# POLSKI

Przedpłatę i ogłos
Administracji „
demickiej pod
Wiedniu, Hamb
Lipsku, Bazylei
stein & Vogler;
i Spł.; w Pozn
sów; w Paryż
Poissoniere 33.
n. Adama Carr

Ogłoszenia przy
sca objętości je

Listy z pieniądz
Administracji „
macyjne nie op

a posłuży dziś za-
ormułowania wy-
do którego we-
odobieństwa sama
opycha. Postęp o-
z dotychczasową
Turcji tłómaczy
go światu widma
dyńs i stawi na
otegować będzie
gąc lub nie chcąc
do boju z M-
niej pokrzyżować
ie panowanie na
Grecji do wojny
przeciw panslа-
tko co Anglja w
niej zdziałała, wy-
szności, niekon-
tóre są cechą po-
gdyś mocarstwa.
ogący w żadnym
aniu Moskwy na
t zbyt słabą, aby
pór stawić; ale
tpliwie do zwię-
aosu, który po-
wywoła nie jedną
ie może kiedyś
stji wschodniej,
o walki z pan-

naprzód ideę
worzyć zawią-
wa na Wscho-
nie pogodzą

resuje może czytelników naszych. Oto pisze *Słowo*:

„Rutenizm w Austrji odznaczał się miłością dla ciaśniejszej, w granicach Austrji zamkniętej ojczyzny swojej, i wiernością dla istniejącego rządu. A tak, jak patrjoci russcy w roku 1848 i później nie mieli sposobności uczyć się prawideł wykształconego russkiego języka (tj. moskiewskiego), to pisali sami i dzieciom swoim pisać kazali jak umieli najlepiej w narzeczach, używanych w dostępnych dla nich dzielnicach austrjackiej Rusi. Lecz później, na przekór intrygom polsko-jezuickim, rutenizm zaczął się zbliżać ku użyciu „p r a w i d ł o w e g o“ języka russkiego i tym sposobem niweczy marzenia Polaków o zlaniu się ruszczyzny z polskim elementem. Ztąd to pochodzi złość Polaków na niechcący im poddać się rutenizm i narzekania na używany teraz przez nas język, który nie zbliża się, ale oddala się od polskiego. Nasi renegaci gniewają się na rutenizm dlatego, że on nie stosuje się do ich zamiarów, szydzą z naszego języka dlatego, że on wykształcił się już do tego stopnia, *że utrzymały się w nim tylko jeszcze niektó e formy galicyjsko-ruskiego narzeczo!* Lecz nie turbujcie się przyjaciele nasi! My potrafimy posunąć się jeszcze o jeden krok dalej i pomiędzy naszym językiem a „nastojaszcze-literaturnom“ moskiewskim językiem nie będzie już żadnej różnicy. Wtedy też skończy się wyszydzany przez Polaków rutenizm galicyjski.“

Zaprawdę, trudno lepiej i dobitniej określić dążenia galicyjskich ruteńców — jak to oni śliczne umieją godzić gorący patrjotyzm austrjacki z „nastojaszczą“ moskiewszczyzną!...

---

## Sprawy zagraniczne.

### Demonstracje w Londynie.

mów, złożony
politycznych
kami: „Pre
Moskwą!“ lu
nem!“ Rzecz
towne wzbur
słów grzeczny
zważano wca
sprzymierzeńc

Głębokie
pojawienie si
R. Carden'a
szła ona z p
zgromadzenia
czył obecny l
właśnie co za
Wobec tego N
by przyjąć de
również nie
lord J. Man
reprezentantó
źniej wieczore
niekorzystne
cem do wybo
stronnicy jeg
ludu rozpędził
„Pieśń o niedź
Wolverhampto
czy z innych
wie swojej n
Wprawdzie ok
skiewskim, niże
trywaniach swo
dorzecznej, że
naruszyłoby in
jednak mowa je
jej zwykłej mu
nistra brzmiała
zywający. Fraze
po kraju“ i na
były widocznie
cji, i wywołały

dy, to jest na jakie trzy miesiące. Jeżeli Izba nie ustąpi, położenie stanie się nader trudnem. Od ostatniego jednak listu mojego, tę winienem ważną zapisać zmianę, że okazało się obecnie, iż jest dwóch ludzi z gotowym programem i gotowych przyjąć odpowiedzialność, a temi są pp. Kellersperg i Schmerling. Hr. Hohenwart, zupełnie się usunął, uważając chwilę dla siebie za niestosowną. Jeżeli dzisiejsze ministeryum załatać się nie da, prawdopodobnie, Naj. Pan wezwie najsamprzód hr. Taafe, którego tu w tej chwili nie ma, lecz którego przyjazd dzienniki już zapowiadają. Wątpię aby hr. Taafe podołał zadaniu a nawet się go podjął. Programata pp. Kellersperga i Schmerlinga, są tajemnicą znaną zaledwie kilku osobom. Dotąd nie ma mowy o wstąpieniu do którejkolwiek nowej kombinacyi, kogokolwiek z Galicyi; mniemają tu, że żaden ze znaczniejszych ludzi politycznych waszego kraju, nie chciałby w tym chaosie utonąć i opuścić użyteczne stanowisko. W każdym jednak razie miejsce ministra galicyjskiego opróżnionem nie zostanie i jeżeli jakaś nowa kombinacya przyjdzie do skutku, to niewątpliwie twórcy jej zechcą zasięgnąć zdania kompetentnych u was osób, co do określenia stanowiska ministra galicyjskiego.

---

**Wiedeń** 30 stycznia. Podkomitet wydziału Izby deputowanych, któremu przydzielono sprawę długu 80-milionowego, znalazł jak się zdaje drogę, na której sprawa ta może być poruczoną deputacyom regnikolarnym, a statut bankowy przedłożonym Izbie wyższéj, skoro tylko przejdzie trzecie czytanie w Izbie deputowanych. Przypominamy, że na posiedzeniu 25go b. m. uchwalił Komitet projekt ustawy, mocą której sprawa długu 80-milionowego ma być przydzielona deputacyom regnikolarnym; otóż wczoraj zgodzono się na taką osnowę § 102 statutu bankowego, że sprawa ta odłączoną zostanie, daléj, że art. 2 umowy ma być wykreślonym, a art. 4 ustawy przejściowéj ma zawierać przepis, że statut bankowy tylko równocześnie z umową co do długu 80-milionowego może wejść w życie. Podkomitet proponuje przeto wydziałowi ugodowemu:

1) Następujący projekt ustawy: § 1) Poleca się deputacyi regnikolarnéj, aby sprawę długu 80-milionowego łącznie z deputacyą regnikolarną węgierską wzięła pod obrady. § 2) Obrady mają się rozpocząć, skoro tylko sejm węgierski wyda takie samo polecenie swéj deputacyi regnikolarnéj.

2) Art. 102 ust. 2 statutu bankowego ma brzmieć: Z tak pozostałéj części zysku przypada połowa na dywidendę dla akcyonaryuszów, druga połowa na rzecz austryackiéj, a względnie węgierskiéj administracyi państwowéj stosownie do osobnéj umowy. (Według pierwotnéj uchwały Wydziału ustęp ten brzmiał: „Z tak pozostałéj części zysku przypada połowa na dywidendę dla akcyonaryuszów, druga połowa zaś, mianowicie w stosunku 70:30, na rzecz austryackiéj, a względnie węgierskiéj administracyi państwowej według art.. . . . umowy z. . . . ).

3) Art. II umowy między obu ministerstwami a Bankiem narodowym, odpada. Artykuł ten brzmi: Przypadający administracyom państwowym według art. 102 statutu udział w czystym zysku banku austro-węgierskiego, użyty zostanie na pokrycie tego (80-milionowego) długu.

4) Art. 4 ustawy przejściowéj do statutu bankowego ma brzmieć: Ustawa niniejsza ma obowiązywać tylko równocześnie z umową co do zupełnéj spłaty przez obie połowy monarchii bankowi narodowemu długu 80-milionów. (Jest to ustęp nowy). Termin, od którego rozpocznie się prawomocność niniejszéj ustawy, oznaczy osobna ustawa.

## Rosya.

*St. Pet. Wiedomosti* w artykule p. n. „Austrya w związku trójcesarskim“ rozwijają swój pogląd na obecny — jak się wyrażają — „rzeczywisty, zakulisowy a nie pozorny“ stosunek Austryi do Rosyi i Niemiec, i do polityki tych mocarstw w kwestyi wschodniej. Przytaczamy tu treść tego artykułu, ponieważ rzuca on dość jasne światło na obecne zapatrywanie się opinii publicznej w Rosyi, a może i sfer urzędowych, na chwiejność przyjaznych stosunków Rosyi z Austryą, i ponieważ w artykule tym mieszczą się już nie aluzye, jak to bywało dotychczas, lecz wyraźne pogróżki, że Rosya, w razie zdecydowania się Austryi na politykę jej nieprzyjazną, chwyci się broni bardzo groźnej dla całości cesarstwa Habsburgów, której rękojeść dziś już trzyma w ręku, a mianowicie — wywoła zaburzenia w łonie ludów słowiańskich, „należących do składu monarchii austryackiej tylko ciałem, sercem zaś i duchem związanych oddawna z Rosyą, jako stojącą na czele wielkiej rodziny słowiańskiej.“

Austrya — zdaniem *St. Pet. Wied.* — nigdy jeszcze tak gorąco jak dziś nie pragnęła zerwać stosunku przyjaznego z Rosyą, a nawet wypowiedzieć jej wojnę. Lecz teraz jeszcze uczynić tego niemoże i musi wbrew swoim chęciom zachowywać pozory przyjaźni, bo sąsiednie mocarstwo, mające do rozporządzenia milion doskonale zorganizowanego i uzbrojonego wojska, jest dziś bezwzględnym panem sytuacyi. Mocarstwo to czuwa, aby Austrya niezłamała neutralności. Słowem Austrya nieinaczej mogłaby wypowiedzieć wojnę Rosyi, jak za zgodą Niemiec, co nastąpić w żaden sposób nie może, zwłaszcza przed końcem teraźniejszej wojny. „Wypowiedzenie jednak wojny przez Austryę Rosyi, może nastąpić niedługo, bo kto pragnie gorąco, przeszkody zwalczyć potrafi“.

Następnie dziennik petersburski powiada, że pomimo iż Austrya pragnie odłączyć się od związku trójcesarskiego i stanąć w obozie przeciwnym, umie wszakże z obecnego, choć wstrętnego sobie położenia, ciągnąć wszelkie możebne korzyści. W charakterze mocarstwa związkowego, upomniała się groźnie u rządu włoskiego, aby zapobiegł propagandzie między włoskimi poddanymi Austryi. Ostrzegała rząd rumuński, aby niemarzył o przyłączeniu Rumunów, pod berłem Austryi zostających, a ks. Mikołaja czarnogórskiego, że niedopuści na swych granicach rozszerzenia jego księztwa. W tym samym charakterze nareszcie, napomykając wyraźnie, że czynności jej są wiadome w Petersburgu i Berlinie, groziła Serbii, że pośle do niej swe wojska, skoro jej armia przekroczy granice Bośni. „Umie więc Austrya korzystać z położenia, które zajmuje wbrew swej woli, bo pragnie wyrwać się zeń i wypowiedzieć nam wojnę“ — powiada dziennik rzeczony... „A że gotuje się do wojny, dowodzi tego gotowość jej armii, która jest faktycznie zmobilizowaną, tak, że trzeba tylko pomyślniejszych okoliczności i... pieniędzy — a wojna może być rozpoczętą choćby natychmiast...“

W każdym razie wojna Austryi z Rosyą — jak mniema dziennik rzeczony rosyjski — jest dziś tylko kwestyą czasu, a zależy od zakończenia teraźniejszej rosyjsko-tureckiej wojny. Upewnia on, że jest w posiadaniu wiadomości z Wiednia, pochodzących od człowieka, który się obraca w sferach wysokich urzędowych, że na powyższą kwestyę następujące mają poglądy austro-węgierscy mężowie stanu: Bądźmy gotowi, i czekajmy końca wojny rosyjsko-tureckiej. Jeżeli ta wojna zaciągnie się na dłużej, tem lepiej dla nas, Rosya bowiem będzie wyczerpaną, osłabioną moralnie i materyalnie, łatwiej więc ją pokonamy. Dziś nam przeszkadzają Prusy, lecz potem przeszkadzać nie będą, bo ostateczne wyczerpanie Rosyi i zniszczenie jej zbytniej potęgi stanie się wtedy interesem Prus, zarówno jak naszym. Wcielenie do Austryi Bośni i Hercegowiny, które może być wynikiem wojny rosyjsko-tureckiej, nieodpowiada wprawdzie widokom dualistycznej polityki naszej, wzmożenie się bowiem u nas żywiołu słowiańskiego groźnem jest dla Węgier, lecz koniec końców, choć niechętnie, zgodzimy się przecież na to, bo nie możemy pozwolić na wzrost księstw słowiańskich pogranicznych. A gdy to nastąpi, gdy Rosya będzie osłabioną przez długą z Turcyą wojnę, wówczas nastąpi chwila wypowiedzenia jej wojny z pewnością powodzenia. Tymczasem — bądźmy gotowi.

Scharakteryzowawszy w ten sposób zamiary Austryi na przyszłość, *St. Piet. Wiedomosti* dodają, że istnieje jeszcze pewien plan własny hr. Andrassego, który jest niby jego tajemnicą, lecz o którym w Wiedniu „wróble nawet świergocą na dachach“, a mianowicie, że jednocześnie z wypowiedzeniem wojny Rosyi, wojska austryackie (za zgodą naturalnie Prus, którą uzyskać łatwo naonczas będzie) wkroczą do granic Królestwa Polskiego, gdzie wszelkie warstwy ludności polskiej powstaną natychmiast przeciw Rosyi i w połączeniu z siłami, których dostarczy Galicya, tudzież rozproszona po całej Europie emigracya polska, wesprą potężnie Austryę i przyczynią się niemało do jej zwycięstwa nad Rosyą. „Nie napróżno — dodaje dziennik rosyjski — hr. Andrassy przymila się zawsze przywódzcom polskich rewolucyonistów“!...

„Możemy tu jednak zrobić pewną uwagę hr. Andrassemu, powiada dalej dziennik, a mianowicie że miecz, którym on walczyć z nami zamyśla, jest obosiecznym. Jeżeli pierwszy minister austro-węgierski znajduje właściwem działać podobnemi środkami, to dla czegoż my nie mielibyśmy szepnąć to i owo naszym współziomkom Słowianom, zostającym pod panowaniem Austryi?“

I rozwija dziennik rzeczony myśl powyższą w następującym ustępie, którym zamyka swój artykuł, a który zanadto jest znaczącym, byśmy go tu w całości przytoczyć nie mieli. „Rzeczy już dziś tak stoją, że trzeba tylko jednego odezwania się, jednego słowa Rosyi, aby wywołać przeciw Austryi powstanie w Czechach, Morawie, wschodniej Galicyi, Bukowinie, Dalmacyi i słowiańskich dzielnicach Węgier. Dość tylko, aby biskup Strossmajer, który jest zupełnie przychylny Rosyi, poręczył za całość i nietykalność kościoła katolickiego, aby przyciągnąć wszystkich Słowian południowych. Dość jednego słowa, jednego skinienia *ze strony znakomitego patryoty* słowiańskiego, biskupa Waleryana Jirsika, aby się dopełniła jego myśl najulubieńsza, utworzenia słowiańsko-katolickiego Kościoła z synodem i liturgią w języku starosłowiańskim [1])... Możemy twierdzić z pewnością, że nawet niezależnie od wypowiedzenia przez Austryę wojny Rosyi, za rok, za dwa lata najwięcej wybuchnie ruch słowiański w Austryi. Austryackie ludy słowiańskie już się dziś obudziły do życia, już dziś pragną wyzwolić się z pod panowania Niemców i Madjarów, a strumienie krwi rosyjskiej, polskiej, bułgarskiej, czarnogórskiej i serbskiej, przelanej dla wyzwolenia pognębionych Słowian, wydadzą obfite owoce. Dziś już sympatyi swej dla Rosyi nie tają ludy słowiańskie w Austryi, więc hr. Andrassy nie zdoła zapanować nad tym wszechpotężnym, a groźnym dla Austryi ruchem!... Wojna tedy z Austryą nastąpić musi, chociażby nie z jej inicyatywy“!...

## Turcya.

Podaliśmy dawniej szczegółowy opis bohaterskiéj obrony Dubnika pod Plewną, przez garstkę Turków przeciwko dziesięć razy większym siłom rosyjskim. Węgier Dr. A. Fenyövy, który jako lekarz znajdował się w Dubniku w czasie tego boju, podaje teraz w *Pesti Naplo* niektóre uzupełniające szczegóły, szczególnie ze względu na popełniane tam przez Rosyan okrucieństwa:

Dostaliśmy się następnie do niewoli rosyjskiej, gdzie nam przez dwa dni ani chleba ani wody nie dano. Noce przepędzaliśmy pod gołem niebem, bez słomy i ognia. Zbijaliśmy się jak owce w gromadę, tuląc się do siebie, żeby się od zimna jakkolwiek uchronić. Drżących od zimna Turków pędzono, przynaglając bagnetem na pole poprzedniego boju, gdzie im chować poległych kazano. Byłem obecnym przy tem chowaniu i mogę poświadczyć, że między Turkami, których Rosyanie za poległych uznali i chować kazali, znajdowało się dużo lekko tylko rannych, których przy jakiejkolwiek pomocy można było do zupełnego przywrócić zdrowia; jak n. p. major kawaleryi Selim Aga i Numin Aga Milazim. Wieczorem trzeciego dnia, kiedy kończyłem opatrywanie kilku rannych, kazano mi się stawić do kwatery jenerała Gurki. Po drodze otoczyła mnie gromadka wojskowych. Jeden z oficerów pytał mnie z kąd jestem. Z Peszta, odpowiedziałem. Ledwo to wymówiłem, rozległ się ogólny okrzyk: „Węgier, Węgier, sukinsyn, ubić go!“ — Niepojmuje dotąd, w jaki sposób zdołałem ujść z tej rozjątrzonej gromady. Przyznać natomiast muszę, że bronić się względem mnie wyższych oficerów było nader przyzwoite, prawie uprzejme.

W Bogocie spotkałem Hifsi baszę i Izzeta Bega w takim samym wygłodniałym stanie jak my wszyscy, ostatniego nawet bez obuwia. Ostatnia okoliczność sprawiła taką przyjemność Rosyanom, i tak powszechnej wesołości stała się przedmiotem, że go w tym stanie, prezentując wszędzie po drodze, aż do Kiszeniewa transportowano.

W ostatnich czasach pobytu mego w Bułgaryi, przydany zostałem jako lekarz do oddziału Achmeta Hifsi baszy w Dubniku. Basza ten bronił znajdującej się tu, nie zupełnie jeszcze dokończonej reduty na czele 3800 Turków, przeciwko sile 40,000 Rosyan, posiadających 82 działa. Bitwa trwała od rana dnia 24 listopada aż do wieczora i nie byłaby się nawet wówczas przerwała, gdyby się Turkom nie była wyczerpnęła amunicya. Drobny oddział broniący tej reduty, czynił przez 11 godzin nadludzkie prawie wysilenia i byłby się niezawodnie utrzymał w reducie, gdyby z nie dalej jak o ¾ mili odległego Telisza, dowodzący tam Izmaił Hakki basza przysłał był jakąkolwiek pomoc; ale Hakki basza jest zwolennikiem gorących napojów i zapewne skutkiem tego nie umiał się rozpatrzyć w położeniu rzeczy i uznać tej potrzeby. Położenie nasze stało się w końcu rozpaczliwem, tak, że około godziny 5-ej zmuszeni zostaliśmy do wywieszenia z obu stron reduty białej chorągwi. Wtenczas Rosyanie wstrzymali ogień, ale na tak długo tylko, dopóki Hafzi basza z pozostałą mu garstką nie wyszedł z reduty i broni nie złożył. Skoro to jednak nastąpiło, rozpoczęli na nowo Rosyanie ogień przeciwko nam, zupełnie już bezbronnym (w dawniejszem sprawozdaniu korespondenta *Daily News*, utrzymywano, że Hafzi basza starał się przebić do Telisza, *Red.*). Był to widok straszny swoją grozą. Pobiegłem do dowódcy rosyjskiego, i prosząc go na miłość Boską, żeby strzelania do bezbronnych zaniechać kazał, starałem się położyć tamę temu okrucieństwu, ale prośby moje były bezskuteczne, i ledwo mej śmiałości życiem nie przypłaciłem. Wkrótce potem wybuchł ogień w reducie, część naszych ruchomości stanęła w płomieniach, resztę zabrali Rosyanie. Wszyscy ranni nasi znajdowali się w reducie, i padli tam ofiarą barbarzyństwa wkraczających do niej Rosyan. Zgroza mnie zdejmuje, gdy dziś jeszcze wspomnę o tej scenie. Mimo wszelkich wysileń niezdołaliśmy uratować więcej nad 65 rannych. Z temi razem zostało z 3,800 Turków, tylko 1,600 przy życiu; z 180 oficerów tureckich pozostało tylko czterdziestu. Wynika ztąd, że 2,320 z oddziału padło ofiarą najpierw bohaterstwa swego, a następnie z okrucieństwa Rosyan.

[1]) Nasz korespondent ☐ wiedeński donosił już o tem. *Red.*)

## Teatr wojny.

Ruchy wojsk na teatrze wojennym nie zdradzają bynajmniéj dążności do rychłego zakończenia wojny. Bombardowanie Widynia i Ruszczuku trwa bez przerwy. Armia carewicza nietylko obsaczyła Ruszczuk, ale posuwa się ku Rasgradowi i Szumli od strony Osmanbazaru i Eski-Dżumy. Korpus Zimmermanna posunął się pod Bazarczyk. Bitwa pod tym miejscem, której szczegóły podaje zamieszczony poniżéj raport rosyjski, miała nawet dosyć szerokie rozmiary. Zdaje się, że armia carewicza razem z korupusem Zimmermanna miała wziąść w kleszcze korpus turecki pod Rasgradem stojący; Zimmermann zastał jednak Bazarczyk silnie obwarowanym i z raportu jego wynika, że go tak łatwo nie będzie można zdobyć.

W Adryanopolu opóźnia się koncentracya wojsk rosyjskich z przyczyny zapuszczenia się poprzednio zbytnich sił pod Filipopol; widocznie też armia rosyjska marszami przez Bałkan i licznemi bojami bardziéj, niż to z urzędowych raportów wydawać się mogło, przerzedzona, potrzebuje reorganizacyi, nim się do ostatecznéj swéj akcyi zabierze, gdzie by się mimo przeciwnych dotąd pozorów, zawsze jeszcze spotkać mogła z interwencyą angielską.

*Serbowie i Czarnogórcy czynia ciągłe i dosyć* znaczne postępy; zanosi się nawet na powstanie w Albanii.

W Tesalii powstanie nabrało już siły. Oddziały powstańcze pobiły Turków pod górą Pelion.

---

Cetynia 30 stycznia. *(Presse)*. Dziś poddała się warownia Monastyr na wyspie Wranii. Za dawnych rządów czarnogórskich Władyków Monastyr był siedzibą biskupstwa. Dawniejszą rezydencyę biskupią łącznie z klasztorem zamienili Turcy w warownię. Ks. Mikołaj obiecuje w telegramie swoim do tutejszego metropolity odbudować klasztor.

Dubrownik 30 stycznia. *(Presse)*. W Czarnogórze oczekują rosyjskiego adjutanta generalnego Zubowa, który ma przywieść zasiłki pieniężne z Petersburga i Moskwy. Toczą się układy między ks. Mikołajem a władykami północnej Albanii, które wybuch powstania chrześcian w tej części Albanii mają na celu.

Tirnowo 29 stycznia. (*Presse*). Armia rosyjska postępuje wolno ale ciągle drogą do Konstantynopola. Pod Bajuk-Balanlikiem wzięli Rosyanie w niewolę dwa tabory tureckie w sile 800 ludzi. Komendant turecki powoływał się na zawieszenie broni i dlatego nie rozpoczynał ani boju ani odwrotu, komenda rosyjska jednak rozbroiła Turków i zabrała przytem dwa działa i 40 koni. Ks. Mikołaj zakazał rozkazem dziennym udzielać wojsku wieści o układach tyczących się zawieszenia broni. Rosyanie posunęli się aż do Taki i Amali i maszerują do Kowaca.

Petersburg 29 stycznia. *(urzęd.)* Jenerał Zimmermann telegrafuje z Medżidżie d. 28go b. m. Dnia 24 b. m. zbiżyły się wojska 14go korpusu do Bazarczyku. Kawaleryа pod rozkazami adjutanta jeneralnego Mansei spotkała pod Czair-Harman przednią straż nieprzyjacielską i wpędziła ją napowrót do Bazarczyku, przyczem pluton huzarów pod dowództwem rotmistrza Herrngross wpadł w środek kompanii Nizamów, ubił 25 i wziął 18 w niewolę. Wieczorem wystąpili Turcy z Bazarczyku z 20 działami, ale zmuszeni zostali przez kozaków jenerała Szamszewa, przez pułk borodyński pod rozkazami Szukawowa i przez dziewięciofuntową bateryę 4tej brygady artyleryi do odwrotu. Straty rosyjskie wynoszą 3 zabitych i 14 rannych.

Dnia 24 b. m. wykonał jen. Zimmermann rekonesans, poczem wszczął się bój i siedmiu kozaków raniono. Kiedy część wojsk rosyjskich pod dowództwem jenerałów Mansei i Szukowa posunęła się naprzód drogą ku Bazarczykowi, wystąpiły z miasta znaczne siły tureckie i uderzyły na kozaków Szamszewa i brygadę Nilsona, znajdującą się na naszem prawem skrzydle. Generał Zimmermann wyruszył zaraz z Czair-Harmann z brygadą jenerała Danaurowa, jenerałowie Mansei i Szuków uderzyli z lewej strony, po czterogodzinnym boju wojska egigsko-tureckie, wparte zostały napowrót do Bazarczyku i ścigane przez Rosyan aż do brzegu warowni. Pułk tarutyński najbardziej wystawionym był na ogień. Turcy zostawili 150 trupów na pobojowisku. Ze strony rosyjskiej poległ 1 oficer i 20 żołnierzy, rannych 4 oficerów 166 szeregowców, 3 oficerów i 20 żołnierzy dostało kontuzyi. Najwięcej strat poniósł pułk tarutyński. Podług zeznania zabranych w niewolę, należeli oni do pięciu taborów, które wczoraj przyszły z Szumli do Bazarczyka.

Bazarczyk jest silnie obwarowanym. Przed nadejściem Rosyan znajdowała się tam już przeważna część korpusu egipskiego, później nadeszły jeszcze posiłki. Skutkiem odwilży dowóz jest nadzwyczaj utrudnionym; cierpi też wojsko rosyjskie na brak wody.

Dnia 26 b. m. napadł szwadron huzarów na drodze z Bazarczyka do Warny na transport turecki, ubił 25 Egipcyan, wziął 20 do niewoli i zniszczył telegraf między Bazarczykiem a Warną.

Sejmenli 25 stycznia *(urzęd.)* Jenerał Skobelew II donosi: Obwarowania Adryanopola są wyborne i wszystkie opatrzone w podmurowane profile z kamiennemi szkarpami i przeciwszkarpami. Nie 26, ale daleko więcej dział zabrano, których dotąd dokładnie nie zliczono. Jak jenerał Gurko donosi, kawalerya Skobelewa I wzięła oprócz 40 dział, zdobytych przez kozaków Grekowa, jeszcze 13, razem więc 53.

Kotar 30 stycznia *(Pol. Corr.)* Po poddaniu się wyspy Wrania, przekroczyli wczoraj Czarnogórcy Bojanę i przyjęci zostali bardzo przyjaźnie przez ludność albańską. Z Hercegowiny donoszą, że Czarnogórcy wymaszerowali z Trzebinii, zabierając z sobą znaczną ilość amunicyi i żywności i udali się w kierunku Lubini.

Belgrad 30go stycznia (*Pol. Corr.*) Operacye Serbów postępują szybko. Dywizya Zdrawkowicza obsaczyła zupełnie broniony przez 2,000 Turków Belgradczyk. Korpus pułkownika Leszanina zdobył, kilka obronnych pozycyj pod Vociteru. Jenerał Belimarkowicz posunął się aż do Janiewa, a przednia straż pułkownika Horwatowicza obsadziła Kumunowo.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 31 stycznia.

W sobotę o godz. 4-tej odbędzie się w Sali radnej odczyt prof. Dra Teofila Ziemby: „O szkole krzemienieckiej“ na dochód Towarzystwa męzkiego św. Wincentego a Paulo.

— W niedzielę 3-go lutego b. r. o godzinie 3-ej po południu odbędzie się doroczne zgromadzenie Krakowskiej filii galicyjskiego Towarzystwa ochrony zwierząt, w gimnazyum u św. Anny, w sali klasy VII, na które Wydział wszystkich członków zaprasza. Na porządku dziennym będzie: a) odczytanie protokółu z zeszłorocznego walnego zgromadzenia; b) sprawozdanie z czynności Wydziału i z Zarządu funduszem za r. 1877; c) zmiana statutu; d) ustąpienie Wydziału i wybór nowego; e) wybór delegata na walne zgromadzenie galicyjskiego towarzystwa ochrony zwierząt, mające się odbyć we Lwowie w drugiej połowie lutego b. r; f) zaproszenie na Protektora i Protektorkę Stowarzyszenia; g) mianowanie członków honorowych; h) bieżące sprawy. Wreszcie zakończy sekretarz walne zgromadzenie odczytem: „O uczuciach miłości i nienawiści u zwierząt i ludzi.“

— Dowiadujemy się, że p. Łepkowski jako konserwator zabytków pomnikowych na Galicyę zachodnią i Krakowskie, zgłosił się do c. k. prokuratoryi skarbowej, pragnąc otrzymać wiadomość, co zostało przedsięwziętem pod względem zwrócenia górnikom wielickim ich rogu pamiątkowego skradzionego. Zapewne p. Łepkowski wychodzi z tej zasady, iż gdy najwyższy Trybunał zasądził i ukarał winowajcę, przyznanie więc rzeczy skradzionej jej pewnemu właścicielowi, choćby ona zostawała w rękach Rothschilda, zdaje się nie ulegać wątpliwości. *Res clamat ad dominum suum.*

— Były w Krakowie dwa przedsiębiorstwa omnibusów i musiały upaść bo trudne współzawodnictwo dla małej liczby osób chcących korzystać z komunikacyi ułatwionej i taniej, ale do upadku ich przyłożyło się i to, że pojazdy nie celowały ani wygodą, ani też schludnością. A jednak byłoby pożądanem, aby kto znów próbował szczęścia na omnibusach lecz zarazem dbał o ich porządek i czystość, o dobre konie i służbę odpowiednią. Mogłoby to jednak nastąpić pod warunkiem, że przedsiębiorca nie będzie się obowiał współzawodnictwa i jeśli otrzyma w tym celu wyłączny przywilej pod warunkami, od których dotrzymania ten przywilej byłby zależnym. Tylko w ten sposób publiczność mogłaby być obsłużoną.

— Dowiadujemy się, że Ojciec św. obdarzył ks. Stanisława Jabłonowskiego krzyżem komandorskim Grzegorza Wgo.

— Od Redaktora *Przeglądu Polskiego* otrzymujemy następujący „Przyczynek do nieomylnej prawdomowności“ autora artykułu o Wielopolskim w *Gazecie Narodowej*: *Gazeta Narodowa* wyliczając pisma „ultramontańskie“, które wielbią panegirykami pamięć Wielopolskiego, wymienia i *Przegląd Polski*. Tymczasem *Przegląd* dotychczas o Wielopolskim ani słowa nie napisał — z tej prostej przyczyny, że w chwili, gdy nadeszła smutna wiadomość o śmierci znakomitego męża, styczniowy zeszyt *Przeglądu* już wyszedł był z pod prasy, lutowy zaś zeszyt, w którym oddajemy istotnie należny hołd ś. p. Wielopolskiemu, okaże się na widok publiczny dopiero jutro t. j. 1go lutego. Trudno przypuścić, żeby nieomylny autor wiedział nie tylko rzeczy przeszłe ale i przyszłe. Przypomina mi to szkolne czasy. W gimnazyum Stanisławowskiem był dyrektorem żyjący jeszcze dziś a znany w szerokich kołach, starej daty człowiek p. P. Upatrzył on sobie w każdej klasie jakiegoś swawolnika, czyli jak wówczas zwano *schwecera* (Schwätzer) i inicyatywę w każdej swawoli zawsze jemu przypisywał. Raz wpadł do naszej klasy i zawołał: Tinc! czego tak hałasujesz?! — Kiedy proszę pana dyrektora, Tinca nie ma w szkole — zawołaliśmy chórem. „To nic nie szkodzi — odparł niezmięszany dyrektor — jeśli go nie ma, to hałasuje w domu“.

— We Lwowie odbyła się we wtorek rewizya policyjna w sklepie M. Dymeta, który między innemi handluje przyborami kościelnemi. Szukano zaś u niego książek liturgicznych schizmatyckich sprowadzanych z Rosyi i zabrano ich dwie skrzynie na tej zasadzie, że Dymet nie ma pozwolenia na handel księgarski. Ponieważ w Galicyi nie ma duchowieństwa schizmatyckiego, przeto na tej drodze kupieckiej prowadzona była propaganda tak kościelna jak polityczna, albowiem w księgach liturgicznych rosyjskich znajdują się modlitwy obowiązkowe za cara i rodzinę carską, którą może niejeden z apostołów prawosławia w Galicyi odmawia w kościele.

— N. Pan przeznaczył z własnej szkatuły po 100 złr. dla gmin Mszany i Hyrowa w powiecie Krośnieńskim na budowę kościołów gr. kat.

— Umarł świeżo w Paryżu bar. Józef Günzburg sławny z swych bogactw izraelita, pochodzący z Rosyi, który żył w najwyższej sferze towarzyskiej i hojnością swą dla biednych zjednał sobie powszechny szacunek. W r. 1867 przeznaczył on miastu Paryżowi 50,000 fr. na dobroczynne cele, a podczas oblężenia Paryża zamienił swój wspaniały hotel przy ulicy Tilsit na szpital, który własnym kosztem utrzymywał. Podwaliną kolosalnego majątku jego ojca, były jak twierdzą, liwerunki podczas wojny krymskiej. Posiadał on nadto bogate kopalnie złota na Uralu i w Syberyi, które mu wielki przynosiły dochód. Salony jego były zawsze pełne; gromadziły się w nich koła równie arystokratyczne, jak przemysłowe, literackie i artystyczne. Na pogrzebie Günzburga był ogromny napływ publiczności, między którą znajdowali się ambasador rosyjski ks. Orłow, kilku członków arystokracyi hiszpańskiej, pp. Fould, Michał Levy, Lesseps i inni. Na cmentarzu mieli mowy pogrzebowe pp. Izydor i Zadie Kohn podnosząc w gorących słowach zasługi zmarłego około handlu i przemysłu, oraz — i to szczególnie — jego rozliczne humanitarne działania.

— *Fanfulla* podaje według doniesienia z Palermo następujący fakt, świadczący o zuchwalstwie bandytyzmu włoskiego: W dniu 2 stycznia, o godz. 11½ w nocy, p. Aleksander Parisi, syn majętnych rodziców, wychodził właśnie z domu na *via Cavour*, tuż obok *Porta Maqueda*, gdy ujrzał przed domem stojący powóz. Zaledwo uszedł kilka kroków, obskoczony został przez czterech drabów. Atletycznej siły młodzieniec bronił się przez chwilę, krzycząc z całego gardła „Gwałtu! mordują mnie!“ a chociaż przez okna pałacu widział rodzinę swą siedzącą w salonie około stołu wśród swobodnej rozmowy, chociaż na dolnem piętrze uwijali się ludzie, nikt głosu jego nie dosłyszał, i złoczyńcy zmusili go najeżonemi karabinami do zajęcia miejsca w powozie. Gdy jeden z nich zamierzył się, jakby chcąc mu życie odebrać, zawołano: „nie zabijać, bobyśmy byli zgubieni“. Powóz jednokonny puścił się galopem, Parisi chciał wyskoczyć oknem, oddawał bandytom zegarek, pierścienie i sakiewkę, lecz odpowiedziano na to ironicznym uśmiechem. Po półgodzinnej jeździe, Parisi, któremu zawiązano oczy, musiał wysiąść i iść nieznaną sobie drogą, aż w końcu wprowadzono go do groty ciemnej jak noc. Wszedł z nim jeden z złoczyńców i usiadł u nóg jego, tak, że mu lufą karabinu twarzy dotykał. Tak przepędził nieborak jedenaście dni i nocy z zawiązanemi oczyma, siedząc lub leżąc na kamieniach. Grota była z góry zawaloną kamieniami, ciasna i tak wązka, że się niemożna było ruszyć swobodnie. Parisi prosił nieraz aby mu zdięto zawiązkę z oczu, lecz nadaremnie. Zdięto mu ją tylko na chwilę, gdy pisał co mu dyktowano, przyczem trzymać musiał głowę nieruchomo między dwoma karabinami. W grocie zmuszony był jeść, spać, palić cygara, których mu dostarczano w najlepszym gatunku, i podawano do jedzenia mięso i *maccaroni*, a gdy jednego dnia niemiał apetytu, powiedziano mu, że musi jeść, aby dobrze wyglądał gdy wróci do domu. Dostarczano mu nowin dziennych, z wrzawy głosów odgadywał więzień, że banda się z dziesięciu lub dwunastu osób i jednej kobiety, będącej „kucharką“ tego szlachetnego stowarzyszenia. W pierwszym liście jaki podyktował bandy w gęzniowi, żądano ani mniej ani więcej 600,000 lirów. Parisi starał się swym opiekunom przedstawić że suma ta jest niepodobną, że by trawcą i ojciec gdyby nawet mógł, niezecb za niego. Korespondencya szła szybko z kolejną sumę przesłaną przez rodzinę więźnia knotach, zwróciła opryszki chcąc wszystko mieć. Poprzestali jednak na 10,000 lirów w 57,000 w banknotach, sztuka po 1,000 lirów; mnieli wszelako, że banknoty mają numera, skrzętnie zanotowano i listę ich rozesłano banrom. Po otrzymaniu ceny wykupu opryszki uwolili Parisego z więzienia, wyprowadziwszy go 13 godzinie 7-ej wieczorem z groty, i wiodąc go przez 6 godzin, zawsze z zawiązanemi oczyma, a kiedy niekiedy podnosząc w górę jak gdyby dla przelezienia przez mur, to znów trzymając pod pachę celem niby przebycia w bród rzeki. W szczególności pod Guadagna, o 2 kil. metry od Palermo, puścili go wolno i przetegali aby szedł prosto do miasta. Szczęściem napotkał Parisi dwóch karabinierów, którym się dał poznać a którzy przyjęli go po bratersku, posilili kawą i odwieźli do domu. Policya kazała sobie okazać zabłoconą odzież Parisego, aby chemicznie rozebrać części błota, i przez porównanie gatunku ziemi w okolicy dojść do odkrycia groty.

**Wiadomości policyjne:** Dziś rano parobek Jan niewiadomego nazwiska wysłany przez służbodawcę z wozem na żelaznych osiach dla wożenia ziemi, zniknął zabrawszy wóz i parę koni maści kasztanowatej, miary średniej, z których jeden koń ma lat 10 a klacz lat 8. Wartość wozu z zaprzęgą 200 złr. Jan N. ma lat około 26, jest średniego wzrostu, ściągłej twarzy, włosów ciemno-blond i odziany był w szarą bundę.

W cukierni p. Masłowskiego zostawiono książkę: „O naśladowaniu Chrystusa Pana“ Tomasza a Kempis.

**TEATR.** — We czwartek dnia 31go stycznia: Komedya w 4 aktach, przez Blizińskiego: *Pan Damazy*. — Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dnie powszednie 30 centów.

— Dnia 30go stycznia pochmurno, chwilami śnieg; termometr od — 6·4 doszedł do — 2·8 C. — Barometr zwolna idzie w górę; rano o 6ej dnia 31go stycznia stan jego był 746·7 mili., termometru — 5·6 C. — Wiatr północno-wschodni.

— W piątek dnia 1go lutego: Św. Ignacego bis.

---

### Wiadomości bibliograficzne.

— *Przegląd Polski* zeszyt VIII, na miesiąc luty zawiera: „Przymierze polsko-rosyjskie w r. 1787 — 1788“. — V. W. [illegible] wielu“. (Nowela), przez Z. D.; „Do charakterystyki psa“, przez Henryka Wodzickiego; „Szekspir w Polsce“ (dokoń.), przez Stanisława Tarnowskiego; „Aleksander Wielopolski“, przez Józefa Badeniego; „Józef Dietl“ (wspomnienie pośmiertne), przez prof. Dr Leona Blumenstoka; „Przegląd polityczny“, przez Aleksandra Szukiewicza; Zapiski bibliograficzne.

## Sprawy sądowe.

*Zakładanie ksiąg gruntowych.*

*Zakładanie ksiąg gruntowych w okręgu c. k. Sądu krajowego wyższego w Krakowie*, uczyniło w IV kwartale 1877 r. następujące postępy:

Otwarto nowe księgi gruntowe:

*I. W okręgu c. k. Sądu obw. w Nowym-Sączu.*

W c. k. Sądzie powiat. w Grybowie dla gminy kat. Posadowa.

W c. k. Sądzie powiat. w Limanowej dla gmin kat. Męcina i Sechna.

W c. k. Sądzie powiat. del. miejskim w Nowym Sączu dla gmin kat. Michalczowa i Krasne.

W c. k. Sądzie powiat. w Starym Sączu dla gmin kat. Gostwica, Stadło, Biegonice i Juraszowa.

*II. W okręgu c. k. Sądu w Rzeszowie.*

W c. k. Sądzie powiat del. miejskim w Rzeszowie dla gminy kat. Przybyszówka.

W c. k. Sądzie powiat w Nisku dla gminy kat. Laski.

W c. k. Sądzie powiat. w Tarnobrzegu dla gmiu kat. Jadachy i Brzostowa-góra.

Ner 27. Kraków, 1 Lutego — Piątek. Rok 1878.

# CZAS

**Czas** wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
zielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., we Lwowie lub z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| Państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| „ Niemieckiem | 28 zła. | 7 zła. | 3 zła. |
| Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi, Turcyi państw należących do związku pocztowego | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Caffée P
...eratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *prze-* ... pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* nie podlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się.
**Rękopisma** nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**
**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po ... **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** Ajencya „Czasu“ w głównym składzie tytoniu Nr. 1 przy ulicy Halickiej Nr. 4, w **Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

## Ogłoszenie przedpłaty.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem na miesiąc Luty złr. 2·50
Od 1go Lutego do końca Marca „ 5·—

Z przesyłką pocztową w państwie Niemieckiem na m. Luty . . 6 marek
Od 1go Lutego do 31go Marca 12 „

☛ Prenumerata liczy się tylko od pierwszego do ostatniego dnia w miesiącu.

## Kraków 31 stycznia.

Dochodzą nas następujące uwagi pod napisem: „Niektóre bałamuctwa obecne.“

Czy obałamucenie wyobrażeń, spaczenie sądu, niejasność pojęć, brak stanowczego kierunku, niedokładność wyrażeń, doszły kiedykolwiek do dzisiejszego stanu — jest to pytanie, które mało ludzi zajmuje, a jednak jako charakterystyka epoki zaprawdę warte zastanowienia. Spróbujmy to uczynić w szerokich zarysach, obejmujących jedynie najwykwintniejsze tego stanu rzeczy objawy: zachowując rozmiary dla pisma codziennego właściwe.

Zacznijmy od polityki państw i dyplomacyi. Jeden kto i kiedy zastosował w praktyce wyraz Goe... „że tam gdzie nie ma myśli, zastąpić ją mosłowem w porę“ — uczyniła to w naszych ... dyplomacya europejska. Trzeba było dziaorzynajmniej mówić, a zatem mieć myśl przealbo udawać, że się ją ma. Myśli nie było, ... się więc słówko, a tem słówkiem było: ...a państwa. Zagrożenie tych interesów ...yć chwilą wdania się państw w akcyą. ...y dotąd, jak wygodnie i łatwo obracać się ... zakresie bez granic ściśle oznaczonych; ...go też mimo zmiennych kolei wojny, nie ...ać niepotrzebowano. Bohaterska obrona Muzułmanów, początkowe porażki Rosyan oczywiście nie ...rażały interesom żadnego państwa. Ale również ...obecne zwycięstwa Rosyi, wyparcie nieprzyjaciela ... całych niemal jego posiadłości europejskich, nie...dają się także zagrażać tym interesom; zdawałoby się więc, że dopiero *zawarcie korzystnego dla* Rosyi pokoju interwencyę wywołaćby mogło. Jaki jest atoli stan rzeczy w takim przypadku? Mówią i oświadczają mocarstwa, że nie dozwolą, żeby pokój bezpośrednio między Turcyą a Rosyą zawarty został. Bardzo będzie szczęśliwie, jeżeli oba wojujące państwa temu zastrzeżeniu poddadzą się, jeżeli jednak tak nie będzie, cóż nastąpić może? Przypuśćmy, co według nas byłoby bardzo naturalnem, że pewnego dnia dowie się dyplomacya europejska przez urzędową notyfikacyę, iż Rosya i Turcya zawarły pokój. Jak słabą, może nawet śmieszną być interwencya dyplomatyczna? Czy powiedzą Turcyi i Rosyi: nie zezwalamy na zawarty pokój i dalej bić się musicie? — oczywiście, że nie. Wątpimy również, aby mocarstwa interesowane wypowiedziały wojnę z powodu zawartego pokoju, i komu? Czy Turcyi, za to, że się dała pobić i była zbyt uległą, czy Rosyi za to, że była zwycięską i zbyt w warunkach srogą? Przypuszczenie więc wypowiedzenia wojny z powodu zawartego pokoju wykluczyć z ewentualności możebnych należy. Zostaje więc jeszcze jeden środek działania, to jest zdobycie tak nazwanych gwarancyj: więc naprzykład jest już o tem mowa, że w przypadku zawarcia takiego pokoju Austrya zajmie Bośnię i Hercegowinę. Na to wojujące mocarstwa mogłyby odpowiedzieć: nic nie mamy przeciwko temu, aby Austrya choćby na czas nieograniczony zachowała te dwa kraje. I to się będzie nazywało, że Austrya ocaliła zagrożone swoje interesa. I co dziwnego w tym środku działania, że zajęcie pewnych krajów, czy pewnych punktów, bądź przez Austryę, bądź przez Anglię dziać się będzie ze szkodą zwyciężonego, a zatem tego, który pokój zawrzeć musiał.

To skrycie się za teoryą zagrożonych interesów otworzyło drogę do neutralności państw najrozmaiciej wykonywanej. Dla jednego państwa neutralność znaczyła dostarczanie broni, amunicyi i rady; dla drugiego neutralność znaczyła przewożenie sucharów, amunicyi, pontonów itd.; dla trzeciego wreszcie neutralność była połączona z oświadczeniem opieki i zapewnieniem, że może zwyciężać, ile zechce.

Taka neutralność i teorya zagrożonych interesów szczęśliwie dosyć udała się Austryi. I tu nie można się wstrzymać od zwrócenia uwagi, już nie na znikomość, ale na zmienność rzeczy ludzkich. P. Andrassemu należy się wdzięczność za utrzymanie dotychczasowego stanowiska Austryi, ale szczęśliwszym on był, trzeba wyznać, od Fabiusza Kunktatora, który na honory i tryumfy zasłużył, gdy Kunktatorem być przestał, a nieprzyjaciela zwyciężył. Hr. Andrassy dziś już odbiera najświetniejsze oznaki godności.

Przejdźmy do innych bałamuctw wyradzających się z obecnych zawikłań. Nie wchodząc w dalsze widoki i zamiary Rosyi, które nikomu, a może samej Rosyi dziś jasno się nie przedstawiają, mówić o wojnie religijnej, bo mającej oswobodzić chrześcian z pod jarzma tureckiego, jest dziś w Europie liczącej na krocie niedowiarków, bezwyznaniowców, obojętnych, nihilistów i ateuszów, anomalią i anachronizmem, który każdego uderzyć musi. Krucyata w XIX wieku wywołać zapewne musi u mówiących o niej między sobą Rosyan uśmiech augurów rzymskich.

Ale idźmy dalej. Słyszeliśmy, a nawet czytaliśmy, że Turcy w tej wojnie bronią ojczyzny swojej. *Ci co tak mówią, zapominają, co jest ojczyzna* i wypierają się najświętszych uczuć do tego wyrazu przywiązanych. Guizot wypowiedział te wspaniałe słowa: „Czas nie uświęca niesprawiedliwości“. To znaczy, że podbój i zabór czy trwa wiek tylko jeden, czy wieków kilka, nie zmienia krajów zabranych w ojczyznę zaborcy. Chociażby kraje podbite nie domagały się niepodległości, chociażby się od państwa odłączyć nie żądały, chociażby się ze stanem rzeczy zgodziły i zaspokojenie swych potrzeb w tym związku znalazły, nic to stanu rzeczy nie zmienia. Choćby prowincye dotąd do Turcyi należące były dobrze rządzone, i takby ich jeszcze do tureckiej ojczyzny zaliczyć nie można było.

Jak lekkomyślnie, jak sprzecznie z własnemi uczuciami i przekonaniami są podobne zdania! Idąc za niemi, trzebaby przyznać, że gdyby niedługo lub kiedykolwiek sprawa oswobodzenia lub odbudowania Polski stanęła wbrew woli Rosyi na porządku dziennym, trzebaby przyznać, że Rosyanie broniąc orężem Polski, broniliby ojczyzny swojej. Turkofilskie i chwilowe sympatye, mające swój powód w nieszczęściach narodu, prowadzą do fałszu; bo jak Turcya broniąc swoich posiadłości, broni tylko całości państwa, nie zaś ojczyzny, tak Rosya broniąc swoich posiadłości polskich, nie mogłaby mówić, że broni ojczyzny.

Dalszym, z powyższym spokrewnionym fałszem jest porównanie podziału Turcyi z podziałem Polski. Jest tu jaskrawe pomieszanie wyobrażeń rzeczy, w istocie zupełnie różnych: państwa i narodu. Nie wchodząc dziś w możebne następstwa wyparcia Turków z Europy, czyli podziału Turcyi, niewchodząc w to, czy ludy od niej oderwane, będą szczęśliwszemi niż były dotąd, niewchodząc dalej i w to, czy równowaga europejska zostanie nadwerężoną i całość innych państw zagrożoną, będzie to zawsze tylko zmiana w granicach państw różnych. W innych krajach, z ludnością do jednej narodowości należącą, zmiany granic i form rządów bywały także tylko zmianami geograficznemi. Gdyby Niemcy lub Włochy wracając do dawnych tradycyj, podzieliły się znowu na mniejsze państwa pod rządami Niemców i Włochów zostającemi, niktby tego podziałem narodu nazwać niemógł.

Podział Polski ma właśnie coś zupełnie odrębnego, do żadnej innej katastrofy historycznej niepodobnego, dlatego, że był podziałem narodu, nie tylko państwa, że części jego przeszły pod panowanie obcych mu żywiołów. I ta to smutna strona tej sprawy wywołuje surowy o niej sąd zdrowych umysłów, nawet między tymi, którzy udział w niej mieli. Bądź co bądź, ze względu na zasadę sprawiedliwości, a bez względu na następstwa, niegodzi się porównywać podziału Turcyi z podziałem Polski.

Wśród tych wszystkich bałamutnych myśli, pięknie odbija w właściwym czasie, we właściwej formie i zgodnie ze stanowiskiem dzisiejszem kraju złożone przez p. Grocholskiego w delegacyi oświadczenie, za które mu się ogólne uznanie wszystkich nietylko dobrze, ale rozsądnie myślących należy. Jak w każdym dokumencie narodowym, a mowa ta zbliża się do niego, znajduje się tu punkt wybitny najważniejszy, będący treścią i celem mowy. Dla nas i dla tych wszystkich, którzy szerszy horyzont objąć są w stanie, ustęp, o którym tu mowa, jest następujący: „Nasza monarchia powinnaby dążyć do utworzenia takich stósunków, któreby stanowczo zatamowały rozszerzenie się zakresu potęgi rosyiskiej, i któreby raz na zawsze pozbawiły tę potęgę charakteru ustawicznej groźby, wobec monarchii Austro-Węgierskiej.“

Nie sądzę, żeby ktokolwiek przypuszczał w dobrej wierze, aby słowa te wyszłe z ust Polaka, mogły się odnosić do uporządkowania stosunków chrześcian prowincyj tureckich, lub w ogóle stosunków krajów Słowiańskich, o których szczęście pozornie wojna się obecnie toczy.

My więc upatrywać możemy w tych słowach to przekonanie, dzisiaj nam wszystkim wspólne, że żywioł polski, nie mówiąc dziś o formie i granicach, stanowić może jedyny środek obrony interesów w pierwszym rzędzie austryackich, a dalej interesów cywilizowanej Europy.

Dobrze jest i potrzebnie wypowiedzieć taką prawdę, choćby zastosowania teraz nie znalazła, chociażby znowu najbardziej grożące stosunki na dziś tylko usunąć chciano, historya kiedyś powie, że była dana rada i wskazana droga, ale nią iść nie chciano. Bodaj czy wtedy nie będzie za późno.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Lwów** 29 stycznia.

Ustawa z dnia 18 lutego 1875 r. (L. 14 Dz. u. kr.) oddała Sejmowi, a w jego zastępstwie Wydziałowi krajowemu najwyższy nadzór nad całością zakładowego majątku i zakładowego dobra gmin i zakładów gminnych. Sejm i Wydział krajowy mają przeto tem większy obowiązek starać się o usunięcie na właściwej drodze tych postanowień ustawy gminnej, które niekorzystnie wpływają na całość mienia gmin.

Do postanowień najmniej dających zabezpieczenia majątku gmin zaliczyć można ostatni ustęp § 64 u. gm., według którego pretensye gminy do wynagrodzenia szkód z odpowiedzialności naczelnika gminy i innych członków zwierzchności gminnej, orzeczonej w tym paragrafie, mają być poszukiwane zwykłą drogą prawa. Postanowienie to jest tak ogólne, a nieograniczone żadnym zgoła wyjątkiem, że gminy nawet najjaśniejszych i najniewątpliwszych należytości swoich i zwrotów rachunkowych wypływających z rachunków składanych przez naczelnika gminy lub innych członków zwierzchności, dochodzić muszą w drodze zwykłego procesu sądowego.

Komu znaną jest niedostateczność, rozwlekłość i kosztowność naszej procedury cywilnej, kto rozważy wielką odległość wielu gmin naszych od siedziby właściwego sądu i zwykłą nieporadność gmin, zwłaszcza wiejskich, ten łatwo pojmie, z jakiemi kosztami i stratami dla gmin połączone jest dochodzenie pretensyi tego rodzaju i wiele jak najsłuszniejszych należytości przepada. Taki stan rzeczy jest zaś nietylko sam przez się niekorzystnym dla majątków gminnych, ale także dla tego staje się coraz groźniejszym, iż naczelnicy gmin, widząc bezwładność gmin w tym kierunku, i zapewnioną dla siebie niejako bezkarność, tem śmielej w razie złej woli dopuszczają się wyzyskiwania mienia gminy, a tem samem złe coraz bardziej się rozszerza.

Sprawa ta była w bieżącym miesiącu przedmiotem obrad wydziału krajowego, i doprowadziła do powzięcia zasadniczej uchwały, że prawomocne orzeczenia władz autonomicznych załatwiające rachunki ze stosunku opartego na prawie publicznem, egzekwowane być mają w drodze politycznej egzekucyi.

Niech nam wolno będzie wyrazić nadzieję, że uchwała ta zasadnicza tem łatwiej i tem pewniej znajdzie w praktyce zastósowanie, ile że postanowienie § 64 u. gm., że pretensyj ze stosunku publicznego wypływających dochodzić należy na zwykłej drodze prawa, czyli sądowej, jest wyjątkowem w obowiązującem ustawodawstwie, usuwającem ocenianie należytości tego rodzaju z zakresu działania zwykłych sądów, a nawet w art. XV państwowej ustawy zasadniczej o władzy sędziowskiej z d. 21 grudnia 1867 r. L. 144. Dz. u. p. niezastrzeżono zwykłej drogi prawa przeciw orzeczeniom Władz administracyjnych, jak tylko w takich wypadkach, w których orzeczenie to odnosi się do spornych pretensyj osób prywatnych, w innych wypadkach zaś zastrzeżono stronom przeciw rozstrzygnieniom władzy administracyjnej jedynie prawo, poszukiwania swojej pretensyi u Trybunału administracyjnego.

Jeżeliby zatem naczelnik gminy, lub inny członek zwierzchności gminnej miał się za pokrzywdzonego załatwieniem rachunków przez się złożonych, ze strony właściwej władzy autonomicznej wydanem, to miałby prawo wystąpić przeciw orzeczeniu tej władzy przed trybunałem administracyjnym. Dlategoteż przez usunięcie spraw tych ze zwykłej drogi sądowej, a oddanie ich rozpoznaniu i orzeczeniu władz autonomicznych, gminom ułatwiłoby się dochodzenie należytości swoich, a tem samem ubezpieczyłoby się majątki gmin od niejednego naruszenia, — strony prywatne interesowane, tj. naczelnicy gmin i inni członkowie zwierzchności gminnej, mieliby zaś w prawie sobie zastrzeżonem wytoczenia sprawy przed Trybunałem administracyjnym, rękojmię przeciw możliwej zbytniej gorliwości władz autonomicznych w obronie majątków gminnych.

Między ogłoszonemi dotąd wyrokami Trybunału administracyjnego, znajduje się nawet jeden (z dnia 16 maja 1877 L. 657) odnoszący się do załatwienia rachunków gminnych przez tyrolski Wydział krajowy. Nie ulega więc wątpliwości, że w razie wejścia podobnego postanowienia w życie, Trybunał administracyjny powołanym będzie do wykonywania kontroli nad orzeczeniami władz autonomicznych w tym kierunku.

Pomiędzy przedłożeniami Wydziału krajowego w sprawach gminnych, oczekiwać będziemy zatem wniosku dążącego do zastosowania powyższej zasady przez Wydział krajowy uchwalonej, że prawomocne orzeczenia władz autonomicznych załatwiające rachunki ze stosunku opartego na prawie publicznem, wykonywane być mają w drodze politycznej egzekucyi.

**Wiedeń** 30 stycznia.

☐ Podczas, gdy giełda zdaje się różowo zapatrywać na położenie, zaręczyć wam mogę że od kilku dni przedstawia się ono dyplomacyi czarno. Rozejm do tej chwili nie jest podpisany; a w układach o przedugodne punkta pokoju nie usunięto jeszcze trudności co do fortec bułgarskich. Anglia domaga się kongresu, a Rosya nie chce na niego przystać. Podczas tych rokowań rośnie sprawa grecka, która całemu przesileniu może nadać zupełnie inny charakter.

Nie małą także stworzyć może trudność chęć Rosyan wejścia i zajęcia chociażby chwilowego Konstantynopola. Wiem z dobrego źródła, że cesarz Aleksander oczekiwanym jest w armii i że poczynione są już przygotowania na jego przyjazd. Pocóż zaś miałby teraz przyjeżdżać, jeżeli nie po to, aby wjazd tryumfalny odbyć do Konstantynopola. Zauważyć jednak należy, że dotąd Rosyanie nigdzie nie przyznali się, ani też nie wyparli się tego zamiaru. Jest to roztropna ostrożność.

Chwilowe wstrzymanie pochodu Rosyan, możnaby przypisać powodom militarnym, podług bowiem nadeszłych tu wojskowych raportów, straty Rosyan przy przejściu Bałkanów były bardzo znaczne; wymieniają między innemi przeobrażenski pułk gwardyi, który miał nadzwyczajnie ucierpieć, i to więcej przez zimno, zmęczenie i głód, niż przez nieprzyjaciela. Turcy cofając się palili i niszczyli wszystko; w tej zatem chwili, wyżywienie przedstawia także niejakie trudności.

Kryzys ministeryalna tutejsza, jeżeli Izba ustąpi, zakończy się rekonstrukcyą dotychczasowego gabinetu. Byłoby to *prowisorium* aż do zawarcia ugo-

## Część literacko-artystyczna.

# TEATR.

(„Gwelfy i Gibellini,“ tragedya w 5 aktach S. M. Mosenthala, tłómaczenia J. S. Jasińskiego.)

Wieki średnie pełne tych nienawiści rodowych, które dziedzictwem przechodziły na późne pokolenia, pełne walk staczanych i po krótszym lub dłuższym rozejmie, jaki *wysilenie sprowadzało, wznawianych z tem większą zaciętością*, mają w sobie *niewątpliwie niewyczerpany zaród dramatyczny*. Wzburzone namiętności, wobec których bezsilnem jest wszelkie szlachetniejsze natchnienie, nienasycona żądza zemsty przybierająca pozory nieubłaganego obowiązku, a wśród tych krwawych kolców dzikiej natury wykluwający się niekiedy kwiat miłości, która sama jedna niezna różnic opinii, jakiż to bogaty przedmiot do kolizyj tragicznych. Nowożytny dramaturg S. M. Mosenthal, który z upodobaniem wskrzesza w swoich utworach zamierzchłe wieki i wprowadza je na scenę, przenosi nas tym razem w wiek XII w swojej tragedyi *Gwelfy i Gibellini*, która nieznana dotąd u nas, ukazała się na scenie na benefis p. Rychtera. Dwa te stronnictwa, z których pierwsze niosło mienie i życie w ofierze za ideę papizmu wyobrażającą wolność, a drugie niemniej uporczywie popierało cezaryzm jako tarczę feudalizmu, toczyły z sobą zażartą walkę przez cały prawie ciąg wieków średnich. Na tej kanwie osnuł autor wspomnioną tragedyę.

Jeżeli nasycenie osobistej nienawiści, jeżeli zemsta, owa według zasad pogańskich najsłodsza rozkosz, krwawe wydawały owoce i uchodziły bezkarnie w wiekach, gdzie siła stanowiła prawo, (dziś niestety! postawiono ją przed prawem), to karę wymierzało sumienie i niejeden z tyranów przyoblekał w końcu szatę pokutnika. Namiętności polityczne atoli wyzwalały się z pod berła sumienia i to co ono potępia, poczytywały za zasługę, za święty obowiązek, którego spełnienie, choćby z największą grozą dokonane, napawało nie żalem lecz dumą. Fanatyzm polityczny jest jak opium, które odurza i do szaleństwa doprowadza; opinie stronnictw błądzić mogą, lecz błądzić zarówno, bo gdzież jest areopag, coby orzekł, które z nich ma słuszność; a jednak każde poczytywać się zwykło za nieomylne, a przeciwnika uważać za osobistego wroga, którego prześladować i tępić należy. Cywilizacya, której zadaniem być winno podnieść człowieka do wyżyn boskiej natury, nie złagodziła tych uprzedzeń tak przeciwnych prawdziwej wolności przekonań, krępowanych moralnym despotyzmem, sroższym od despotyzmu fizycznego, bo wkraczającym w dziedzinę myśli.

Akcya rozpoczyna się w *Gwelfach* i *Gibelinach* zwycięstwem które pierwsi odnieśli. Otrzymuje o nim wiadomość Tiso hr. Campetri, jeden z naczelników stronnictwa Gwelfów, od siostrzeńca swego Leonizia, wracającego właśnie z placu bitwy. Przeciwnikiem, którego wojsko pokonane zostało, jest Ezzelino Romano, któremu hrabia Campetri *dozgonną poprzysiągł zemstę*. Pozbawił on go bowiem czterech pełnych nadziei synów, zamordowanych w jego oczach, a żal za nimi prześladuje dzień i noc jak zmora nieszczęśliwego starca. Wieść o strasznej porażce najnieubłagańszego z nieprzyjaciół, napełnia niewypowiedzianą rozkoszą chciwego zemsty Gwelfa; składa on dzięki Bogu że mu pozwolił dokonać krwawego odwetu, wydaje rozkaz aby trupów i rannych wrzucać do przyległej rzeki, i modli się o dalsze błogosławieństwo dla swej zemsty, której do końca życia zaniechać nie myśli.

Autorowi widocznie nie było wiadomem, że modły o dokonanie zemsty nietylko wbrew są przeciwne duchowi katolickiemu, lecz przypominają zasadę mozaizmu: „ząb za ząb“, byłyby w ustach Gwelfa, a zatem prawowiernego syna kościoła, bluźnierstwem. Potrzebnem to zapewne było dla wywarcia większego wrażenia, dla spotęgowania siły namiętności, lecz to pogwałcenie kardynalnej prawdy, staje w temjaskrawszej sprzeczności z epizodem, który ma najzupełniej cechę chrześciańską. Dowiadujemy się bowiem że córka hrabiego Campetri, wraz z Norą, swą niegdyś mamką, niosą ratunek rannym na pobojowisku.

Ta chrześciańska cnota miłosierdzia staje się głównym węzłem dalszej akcyi, i zarodem tragicznego końca. Nora upatrując wśród poległych, czy który z nich niedaje jeszcze znaku życia, ujrzała pięknego młodzieńca w wspaniałej zbroi i zdjęta litością kazała go przenieść potajemnie do zamku hrabiego Campetri, zdając Sylwii nad nim opiekę. Sylwia zrazu z nienawiścią spogląda na Gibellina, ale ranny i nieprzytomny zbyt jest pięknym i młodym, aby nieobudzić łagodniejszych uczuć w sercu dziewicy dotąd wolnem jak powietrze. Wreszcie młodzieniec pod łagodnem tchnieniem pięknej swej opiekunki, otwiera oczy i mniema widzieć anioła. Wyznaje on jej że jest naturalnym synem Ezzelina Romano, a zatem największego wroga ojca Sylwii, a zarazem wyznaje jej miłość. Sylwia z oburzeniem dowiaduje się tych szczegółów z ust Manfreda (takie było imie młodzieńca), i każe mu natychmiast uchodzić, ale wrażenie, jakie na niej wywarł, było zbyt silne; nieszczęśliwego niepodobna opuścić, dowiedziano się już bowiem i sprawdzono po śladach krwi z ran ciekącej, że jest w zamku, którego wszystkie wyjścia otoczyły straże. Słychać już chrzęst zbroi i lada chwila może się dostać w ręce tych, co go nieochybnie pozbawią życia, tembardziej że Manfred sam się im chce oddać. Ukrywa go więc Sylwia w własnej sypialni. Gdy wszedł hrabia Campetri z orszakiem, Manfreda już nie było, a do sypialni nikt się nie odważył zajrzeć.

Litość w danych warunkach tak blizko graniczy z miłością, że nikt dostrzedz nie zdoła, kiedy pierwsza zamienia się w drugą. Poświęcenia są jakby prądem, które pociągają ku ofiarze, jaką zbawić chcemy. Ileż to razy zdarzało się, że lekarz powziął najgorętszą miłość ku pacyentce, którą ocalił od śmierci. Lekarzem takim była Sylwia dla Manfreda, opuszczonego od wszystkich; jedno jej słowo nieostrożne lub nimowolny rumieniec, na wspomnienie Manfreda, a mógł zginąć natychmiast. Jakże się miała dań nie przywiązać, nie stawić jego ocalenia wyżej nad wszystko, czego w życiu pragnąć mogła?

Chwila jest zbyt groźną. Nie znaleziono Manfreda, ale poszukiwania ponowić się mogą, a wtedy odnajdą go z pewnością. Trzeba mu więc ułatwić ucieczkę, choćby z narażeniem własnem, choćby z narażeniem całego stronnictwa Guelfów. Sylwia posiada klucz od podziemiów zamku, w których się znajdują groby jej rodziny. Klucz ten mu wręcza, ufna, że nie zdradzi położonej w nim wiary i tem jedynem niestrzeżonem wnijściem nie ułatwi wtargnięcia wojska Gibellinów. Manfred przysięga jej wieczną miłość; przysięga zostaje odwzajemnioną, a gwiazda nadziei przyświecać jaśniej zaczyna, gdy Manfred zapewnia Silwię, że skłoni ojca swego Ezzelina do proszenia o zgodę i o jej rękę, jako okup i rękojmię tej zgody. Kochankowie rozłączają się wreszcie wśród najuroczystszych zaklęć, a hasłem szczęśliwego powrotu Manfreda, ma być odgłos dzwonu w klasztorze położonym po przeciwnej stronie rzeki.

Po tej rzewnej scenie, znów daje się słyszeć łoskot zbroi i ten sam orszak co pierwej wpada z hr. Campestrim na czele. Manfred musi być w zamku; ślady krwi niemylną są tego wskazówką; ślady te prowadzą nawet do sypialnej komnaty Sylwii. W gorliwości swej rządca zamku Gorello zapomina o względach dla córki swego pana i poszukiwania swe rozciąga aż do tego nieprzystępnego dla obcych przybytku. Manfreda nie ma, ale jest kosztowny rubin, który wypadł z rękojeści jego pałasza. Gdzież więc jest Manfred? wołają o klucz od grobów, ale klucz zaginął.

Tymczasem dzwon się odzywa. Sylwia wita z radością to hasło zbawienia, lecz nie przewiduje, jak bliską jest chwila strasznego rozstrzygnięcia. Manfred przybył wprawdzie szczęśliwie, ale gdy opatrując ranę, ujrzano klucz u niego, klucz ten, (który, nie wiedzieć zkąd domyślano się, że może ułatwić wtargnięcie do zamku), miał posłużyć do dania odwetu za poniesioną klęskę. Zbierają się więc zbrojne hufce i dalej... na zamek!

Kiedy Sylwia pod wpływem słodkich wspomnień o świeżo minionej chwili, najmniej się spodziewać może ujrzeć Manfreda, staje on nagle przed nią trupio blady i pada u jej nóg. W myśli jej zabłysło zrazu podejrzenie zdrady, jakiej się dopuścił będąc panem tajemnicy najścia zamku, lecz gdy jej ukazał pierś swą przebitą i opowiedział, że gdy klucz, który mu powierzyła, dostał się przypadkiem w ręce jego kolegów, którzy postanowili wtargnąć do zamku i on sam z niemi się udał, aby u nóg jej umrzeć — Sylwia sztyletem odbiera sobie życie. Napad został odparty, a gdy hrabia Campetri wszedł z orszakiem, ujrzał już konającą córkę i.. syna największego swego wroga, poślubionych węzłem śmierci.

Tragedya *Gwelfy i Gibelliny* trzymaną jest w wysokim nastroju i posiada niezaprzeczenie epizody pełne efektu; arcydziełem jednak nie jest pomimo nietajonych pretensyj — brak jej bowiem tego pełnego toku, tej ścisłej zwartości logicznej, w której duchu każde pojedyncze kółko machiny poruszać winno odpowiednio drugie, aby całość nie pozostawiała żadnych problematów dla widza. Charaktery są trochę tendencyjnie skreślone i z zakrojem jakby lekko antikatolickim, jak to już nacechowaliśmy wspominając o niewłaściwie włożonej w usta hrabiego Campetri modlitwa. Charakter Sylwii jest może najgłębiej obmyślony, i dla tego największe wywiera wrażenie swoją psychologiczną prawdą i stopniowaniem odcieni. Uderza także w tragedyi wzmianka o działach, które w owej epoce funkcyonować nie mogły, ale jest to dowolność z którejby autor wytłomaczyć się mógł wzorem Szekspira, który większej jeszcze dopuścił się dowolności umieszczając Czechy nad morzem.

Przedstawienie jak na dzieło większych rozmiarów i wymagań, nie powiemy, że przewyższyło oczekiwania, gdyż najznakomitsze siły naszej sceny były przedwstępną rękojmią jego powodzenia, lecz odznaczało się nadzwyczajną precyzyą. Mniejsze nawet role należycie były wystudyowane, w czem przebijała staranna ręka reżyseryi.

Beneficyant p. Rychter odegrał rolę hrabiego Campetri. Cokolwiek może uwydatnić namiętność starca, który z ręki wroga poniósł najstraszniejsze ciosy, malowało się w grze artysty plastycznie, bo całym zasobem tej artystycznej siły, które każde wrażenie odczute odczuwać każe widzowi. Pan Rychter powitany przy wstępie na scenie rzęsistemi oklaskami miał w nich następnie hojny udział.

Rolę córki hrabiego Campetri Sylwii oddała p. Hoffmanowa. Prócz zwykłej sobie umiejętności wyrażania z uderzającą prawdą i subtelnością najdelikatniejszych i najróżnorodniejszych odcieni, rola ta niemal nużąca wymagała wielkiej siły, której artystka niepospolity złożyła dowód, ani na chwilę nie dając poznać po sobie utrudzenia mimo nagłego podniesienia nastroju roli. Publiczność wynagrodziła jej też ową artystyczną wytrwałość obfitemi oklaskami.

P. Szymański w roli Gorella, jednej z główniejszych spełnił zadanie swe z całą scisłością swej wytrawnej gry. P. Sławska grała rolę Nory z wielkiem zapałem i z dobrem pojęciem charakteru.

P. Sobiesław w roli Manfreda był sympatycznym i grą trafnie charakteryzował całą skalę uczuć.

P. Lucyan oddał rolę Leonizia z powodzeniem. W mniejszych rolach wystąpili pp. Glikson (Alberyk synowiec Ezzelina), Feliksiewicz (Da Egna) i Jasieński (Matteo Schio) i oddali je dobrze.

Ale co najważniejsze, teatr był tym razem pełny. Imię znakomitego artysty, na którego benefis ogłoszoną była nowa sztuka znanego zaszczytnie w Niemczech autora, zbyt silną było ponętą, aby od jakiegoś czasu objawiającą się dla teatru apatyę zgalwanizować i publiczność, jak to bywało za lepszych czasów, zwabić znów w komplecie.

**Nr. 75.** We Lwowie. Sobota dnia 1. Kwie

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 3 złr. 75 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 30 „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie: w państwie austrjackiem . 5 złr. — ct.; do Prus i Rzeszy niemieckiej . ; „ Francji . . . . . ; „ Belgii i Szwajcarji . . . . ; „ Włoch, Turcji i księt. Naddu. ; „ Serbii . . . . . } po 7 złr. 50 cent.

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

# GAZETA NARO

## Od administracji.

Zapraszamy szanownych prenumeratorów naszych do wczesnego odnowienia prenumeraty na II. kwartał 1876.

Cena prenumeraty na „**Gazetę Narodową**“ pozostaje ta sama, t. j.:

z przesyłką pocztową wraz z „Tygodnikiem Niedzielnym:“

| | | | |
|---|---|---|---|
| rocznie | 20 złr. | — | ct. |
| półrocznie | 10 „ | — | „ |
| kwartalnie | 5 „ | — | „ |
| miesięcznie | 1 „ | 70 | „ |

W miejscu bez „Tygodnika Niedzielnego“ wynosi prenumerata:

| | | | |
|---|---|---|---|
| rocznie | 15 złr. | — | ct. |
| półrocznie | 7 „ | 50 | „ |
| kwartalnie | 3 „ | 75 | „ |
| miesięcznie | 1 „ | 30 | „ |

## Telegramy Gazety Narodowej.

*(Tylko w jednej części wczorajszego numeru drukowane.)*

**Wiedeń** d. 30. marca. „Politische Correspondenz“ donosi, że wczoraj i dziś odbywały się po kilka godzin narady ministrów, na których zastanawiano się także nad środkami, mającemi na celu podniesienie kredytu kolei żelaznych, i w sprawie tej zapadły nawet postanowienia.

W części finansowej donosi „Politische Correspondenz“, że ma wiadomość od pierwszorzędnego finansisty, jakoby ten ze strony bardzo kompetentnej dowiedział się, że rząd daleki jest od trzymania się polityki biernej w kwestjach wspomożenia kolei żelaznych, że jest w programie jego, pokryć deficyty ruchu zagwarantowanych kolei, i zamyśla wnieść w Radzie państwa przedłożenie, mające na celu zapewnienie procentów wszystkim pryorytetom subwencjowanych kolei.

**Praga** d. 30. marca. (Posiedzenie sejmu). Marszałek krajowy zawiadamia, że 69. posłów, zawezwanych do wzięcia udziału w sejmie, przysłało pocztą oświadczenie, odwołujące się w bardzo zarozumiały sposób na deklaracyę zeszłoroczną, które to oświadczenie dla niestosownego tonu odczytane być nie może. Wiele podpisów są obcą położone ręką. Deklaracja ta nie zawiera żadnego tłumaczenia. Po odrzuceniu wniosku Gregra, ażeby deklarację odesłać do komisyi, owych 69 posłów ogłoszono za pozbawionych mandatu.

**Lwów** d. 1. kwietnia.

*(Słowo* w sprawie subwencji dla księży unitów chełmskich. — Przebudzenie się narodowe na Bukowinie. — Z sejmów przedlitawskich. — Sprawa austro-węgierska. — Przymusowa pożyczka serbska. — Dzienników arstwo berlińskie o carze Aleksandrze. — *Gazeta Frankf.* o języku urzędowym w Prusach.)

Czytamy w *Słowie*: „Emigranci chełmscy otrzymali znowu nagrodę za swoje wierne służby dla napowietrznej Polski, i naturalnie, połączonych z nią marzeń. My nie bylibyśmy przeciwni takiej życzliwości ze strony tych, którym jak niewolnicy służą tak zwani „unici“ zakordonowi, byleby oni ze swej własnej kieszeni opłacali zdrajców narodu russkiego, — ale wyczerpywać fundusz krajowy, przez ludność russką na potrzeby ogółu z trudem zbierany — tego już podobno za wiele, zwłaszcza że dotychczas już niejedno nadużycie z funduszów krajowych było w praktyce, i byłby już czas zarzucić gospodarkę, przez Niemców „polnische Wirthschaft“ nazwaną. Reprezentanci narodu russkiego dosyć jawnie na 12. posiedzeniu sejmu lwowskiego zamanifestowali, że ludność, opłacająca podatki na cele kraju, wcale nie zgadza się z szafowaniem funduszów publicznych na cele polskiej polityki, a głos ten powinna była „większość“ sejmowa uwzględnić. Już ta okoliczność, że za wnioskiem polskiej komisji przemawiali prócz polskich polityków sejmowych biskup Stupnicki i ks. Zawadowski dowodzi, że emigranci chełmscy nie za wiarę (wyrazy te *Słowo* wybitnemi czcionkami wydrukowało; p. r. *G. N.*) premium otrzymują, ale za patrjotyzm polski, wiadomo bowiem, że u pana Stupnickiego i pana Zawadowskiego wiara odgrywa rolę drugorzędną, i że „ksiendzy-emigranty“ po większej części wynieśli się z Chełmskiego jeszcze wtedy, gdy tam o prawosławiu mowy nie było, tylko o zaprowadzeniu języka russkiego (u *Słowa* wyraz „russki“ znaczy to samo, co u nas „moskiewski“; p. r. *G. N.*) i t. p. rzeczach. Deklamacja pp. Polaków i ich niewolników, wygłoszona na rzecz chełmskich „męczenników“, którzy niby to za wiarę cierpią, tem bardziej niema podstawy, ile że właśnie ci „męczennicy“ swojem postępowaniem, a nie nasi świaszczennicy „wiarołomni“ — jak pozwolił sobie biskup Stupnicki dla dogodzenia swoim protektorom polskim nazwać świaszczenników, którzy od nas w Chełmskie się przenieśli — przyspieszyli powrót russkich mieszkańców do prawosławnej wiary przodków. Nasi świaszczennicy pozostali i w Chełmskiem wiernymi swemu narodowi i swojej wierze, są russkimi i tam, jak byli pomiędzy nami. Jedyna różnica między naszymi świaszczennikami a chełmskimi ksiendzami jest ta, że nasi świaszczennicy służą wiernie swemu narodowi i swojej wierze, chełmscy emigranci zaś zdradzili swój naród i pomagają budować jakąś tam Polskę na ziemi russkiej i za narzędzie używają ku temu wiary, którą zresztą w istocie mało się interesują.

„Kiedy nastąpiła rozprawa nad tą subwencją, posłowie russcy wraz z mazurskimi posłami-włościanami wyszli z Izby, sądząc, że nie będzie kompletu. P. Kocyłowski, siedzący zwyczajnie na dwóch stołkach, niebawem zjawił się napowrót w Izbie i wraz z posłem mazurskim (!) Szottem głosował za subwencją. Przeciw subwencji głosowali dwaj pozostali w Izbie mazurscy posłowie-włościanie: Drozd i Michalski, a zatem Izba nie przyjęła jej jednogłośnie, jak to twierdzi *Gaz. Nar.* Klub posłów włościańskich mocno wyrzucał posłom Kocyłowskiemu i Szottowi ich brak solidarności. Mianowicie wystąpili przeciw Kocyłowskiemu posłowie Iwaniszów, Jędrzejowski i Hajdamacha. P. Szottowi także się nie upiekło bez wyrzutów od towarzyszy mazurskich.“

Włosy jeżą się na głowie, czytając ten stek obelg, kłamstw i przekręceń. Starcowi ks. Zawadowskiemu, i ks. Stupnickiemu, którego korona dlatego wybrała na biskupa, że jest szczerym, niewątpliwym wyznawcą wiary, zarzucać, że wiara u nich stoi dopiero w drugim rzędzie; drwić z unii, a męczennikom jej zadawać obojętność dla niej — i t. d., i t. d.!! Są to jednak bezeceństwa, o które piszący je ludzie, z wszelkiego człowieczeństwa wyzuci, rozprawiać się będą kiedyś z Bogiem, może jeszcze tu na ziemi. Ale o inną, zawisłą od ludzi rzecz tu jeszcze chodzi: jakim sposobem mogło zdrajcom wiary i narodu ruskiego, którego przedstawicielami się obwołują, udać się wyprowadzenie z sejmu posłów-włościan, którzy przecie niewątpliwie są szczerymi swej wiary wyznawcami i niewątpliwie pragną jak najlepiej służyć ludowi swemu? Czyż nie znalazł się żaden poseł na tyle przytomny, aby przewidzieć, jaką fintę spłatać zechcą w tej sprawie jurcy i moskalofile? Czyż żaden nie uważał za potrzebne wyłuszczyć zawczasu posłom włościanom, o co tu chodzi? Czyż nie było to obowiązkiem tych właśnie posłów polskich, którzy dla swojej prywaty lub mrzonki rozhukali posłów-włościan hasłem „oszszędność!“, na każdym kroku wygłaszanem? Czy potrzebowałby był ks. metropolita zakrywać sobie twarz rękami, a ks. biskup Stupnicki dawać publicznie świadectwo wiarołomstwa i przysięgołomstwa pewnej części duchowieństwa unickiego, narażać siebie na bezecny a samozwańczy protest ks. Zaklińskiego, który nigdy pięciu słów porządnie skleić nie umie a odważył się zadać publicznie kłam pasterzowi w obecności arcypasterza, a wiarę narażać na to, że nietylko posłowie duchowni, ale i posłowie włościanie — jedni samowiednie, drudzy bezwiednie — w ciele parlamentarnem zaparli się wiary — gdyby sprawą tą nie dopiero w toku rozpraw byli się zajęli orędownicy wiary, przez Boga, kościół, koronę i własne powołanie ustanowieni?

Nie udał się wprawdzie jurcom i moskalofilom zamiar zdekompletowania sejmu i odmówienia tym sposobem subwencji, choćby przyszło do dekompletowania sejmu aż do końca sesji; ponieśli oni klęskę dobitną — ale odnieśli zarazem zwycięstwo tem, że do manifestacji swojej szyzmatycko-moskiewskiej zdołali uwieść włościan, chociaż Bóg wie jakim podstępem. To coby inaczej było tylko mizernym zamachem kliki, będą teraz słusznie czy niesłusznie, przedstawiać jako uroczystą manifestację narodowo-religijną.

Na Bukowinie zaczyna się przecie obudzać duch narodowy. Na środowem posiedzeniu sejmu bukowińskiego wniesiono petycje prawosławnych mieszkańców Suczawy i Czerniowiec, tudzież gmin: Hatna, Parhowce, Graniczesty, Teodoreszty z Sołońcem, Uideszty z Chyliszenami, Kostiny i Rus-Plawalar, z żądaniem, aby na gr. orj. gimnazjum w Suczawie zamiast niemieckiego zaprowadzono język rumuński jako wykładowy. Jestto nietylko piękny dowód ocknięcia się Rumunów bukowińskich, zwłaszcza mieszczan i włościan, ale oraz wybitny protest przeciw założeniu wszechnicy niemieckiej w Czerniowcach dla kulturowania Orjentu przez Austrję — jak mówił w Radzie państwa minister Stremayer. Jak wiadomo, na Bukowinie Rusini tworzą połowę ludności, — rzecz dziwna, że dotąd żaden Rusin nie zażądał tam w szkołach średnich zaprowadzenia języka ruskiego, mimo że galicyjscy prowodyry ruscy tak serdeczne mają stosunki z bukowińskimi, i tak gorliwie zajmują się tą sprawą w sejmie galicyjskim!

Sejm karyncki został w środę zamknięty, załatwiwszy swoje prace. Sejm istryjski uchwalił rezolucję, żądającą założenia akademii prawniczej zwłoskim językiem wykładowym.

W Peszcie pojawiła się broszura p. n. „Przed wyjazdem do Wiednia“, wzywająca ministrów węgierskich, aby sprawę handlowo-cłową, tudzież bankową załatwiali bez żadnego względu na Austrję. Autor żąda dla Węgier stanowczo odrębnego okręgu cłowego i zupełnie osobnego banku narodowego, na którego założenie da fundusze potężna spółka kapitalistów angielskich, która będzie dążyła do podźwignięcia Węgier, podczas gdy wiedeński bank narodowy, czyli grupa Rotszyldowska, jak w ogóle kapitaliści wiedeńscy, dążą do zrujnowania Węgier.

…sławodawstwa w odmiennej nieco formie …iając wniosek:

Wysoki sejm raczy uchwalić:

Sejm królestwa Galicji i Lodomerji z w. ks. Krakowskiem ponawia rezolucję z d. 8. października 1868 r.

Wzywając c. k. rząd, aby wszelkie ustawy, przepisy i rozporządzenia wyłącznie dla ludności mojżeszowego wyznania wydane, i tejże ludności wyjątkowe stanowisko nadające, jak najrychlej dokładnie rozpoznane a następnie i zniesione zostały, i wzywa ponownie c. k. rząd, aby uporządkowanie stosunków gmin wyznaniowych izraelickich w myśl art. 15. ustawy zasadniczej państwa z w. 21. grudnia 1867 r. o prawach obywateli jak najspieszniej było przeprowadzone, oraz aby uchwała sejmu z d. 11. maja 1875, żądająca unormowania w prowadzeniu ksiąg metrykalnych, rychło zastosowanie znalazło.

*Tetmayer.* *H. Golejewski.*

Wniosek ten przyjął sejm bez rozpraw.

Pp. Jezierski i Czajkowski, pisarze szpitala powszechnego we Lwowie, wnieśli do sejmu prośbę, aby im podwyższono płacę. Komisja wnosi polecić to ich życzenie Wydziałowi krajowemu do możliwego uwzględnienia.

Dr. Weigel gorąco poparł tę sprawę, i wniósł, aby im sejm w krótkiej drodze przyznał po 270 złr. dodatku osobistego, albo przynajmniej, aby wyraźnie zalecono ich prośbę Wydziałowi krajowemu do uwzględnienia.

Wywiązała się ztąd nadzwyczajnie ożywiona dyskusja.

P. Gniewosz zażądał, aby tę sprawę odesłać do komisji budżetowej.

P. Golejewski, jako przewodniczący komisji petycyjnej, tłómaczy, że ta komisja musiała załatwić petycję pp. Jezierskiego i Czajkowskiego, skoro je do niej odesłano.

Na to znów pp. Zyblikiewicz, Hausner i Wodzicki użalają się w imieniu komisji budżetowej, że sprawy pieniężne rozrzuca Izba po rozmaitych komisjach, i rozmaici referenci wnoszą je do Izby, w skutek czego komisja nie może z preliminarzem przyjść do ładu.

P. Jasiński Józef z regulaminem w ręku stanął w obronie biura marszałkowskiego, któremu p. Zyblikiewicz przypisał częściowo winę konfuzji z powodu niewłaściwego przydzielania petycyj.

P. Golejewski krytykował znów niektóre wyrażenia dr. Zyblikiewicza.

Koniec końców po wysłuchaniu 12 mów w tym przedmiocie, odesłano petycję do komisji budżetowej.

Załatwiono jeszcze wybór komisji podatkowej. Skrutynium będzie ogłoszone na następnem posiedzeniu, które odbędzie się w sobotę dnia 1. kwietnia o godz. 11.

---

# Mowa

*posła Kornela Krzeczunowicza.*

(w sprawie opodatkowania.)

Pomimo licznych petycyj, pomimo wielokrotnych uchwał sejmu naszego o zniesienie lub zniżenie należytości prawnych od przelewania prawa własności i prawa użytkowania rzeczy nieruchomych, nie zanosi się na ulgę w tych należytościach. C. k. rząd przedłożył nawet Radzie państwa wniosek do ustawy nowej, któraby te należytości w wielu przypadkach jeszcze zwiększyła. Te należytości wynoszą z dodatkiem nadzwyczajnym obecnie $4^1/_3$ procent od kapitałowej wartości przedmiotu. Są one prawdziwą klęską ludu naszego, jednym z powodów do zaciągania długów lichwiarskich, z których dłużnik, gdy je raz zaciągnął, wydobyć się nie może, a które go często o utratę całego mienia przyprawiają.

Dotkliwszą i mniej usprawiedliwioną jest wspomniona należytość w naszym kraju, niż w państwach innych lub wachodnich krajach koronnych, gdzie są księgi hipoteczne, gdzie więc taka należytość przedstawia się po części jako opłata za umocnienie praw własności, które się w te księgi zapisują. U nas jednak posiadłości włościańskie dotąd jeszcze nie są przedmiotem ksiąg hipotecznych, a nawet księgi tabularne dla posiadłości większych nie mają opisania części składowych, które do tych posiadłości należą.

Wykonanie przepisów o tych należytościach, połączone z nieporadnością ludu naszego wiejskiego, przyczynia się do zwiększania należytości nad miarę przepisaną.

Posiadacze gruntów włościańskich nie mają ani metryk gruntowych, ani tak zwanych arkuszy indywidualnych. W książeczkach podatkowych, które włościanie posiadają, nie są wymienione numera topograficzne parcel, które do ich posiadłości należą. Od dawna istniejąca opieszałość i niedokładność w prowadzeniu ewidencji podatkowej co do nazwisk posiadaczy parcel poszczególnych, sprawia, że właściciele

tej przyczyny, że strony w skutek wspomnianego nieporządku w prowadzeniu ewidencji podatkowej nie są w stanie przywieść prawnych dowodów tożsamości rzeczy; nie są wstanie dowieść, że ta sama rzecz nieruchoma, której własność przelewa się aktem prawnym, była przedmiotem przelania prawa własności w przeciągu lat wskazanych w rozporządzeniu minist. z 3. maja 1850.

C. k. urzędy wymierzają i ściągają należytości prawne z wielką skwapliwością, lecz nie są skwapliwemi, gdy idzie o ewidencję w aktach podatkowych, o zapisanie w tych aktach nowego nabywcy, o wymierzenie podatku gruntowego, który od niego należy. — W przypadkach, w których przelewa się własność jednej części posiadłości lub parcelli, a oznaczenie tej części, w akcie prawnym nie dokładne, jest wątpliwem — takich przypadków zdarza się bardzo wiele — mijają lata, zanim urząd przeprowadzi ewidencję podatkową, a czasem nie przeprowadza jej zupełnie, z powodu braku sił i czasu do wyśledzenia numerów typograficznych dla parcell, których własność została przelaną. Ztąd wypływają mnogie szkody dla stron. Nie mogą one, w razie powtórnego przelania własności tej samej parcelli korzystać z opuszczenia należytości, przyznanego w rozporządzeniu ministerjalnem z 3. maja 1850. Nowy nabywca nie znajduje dla praw swoich nawet i tego zabezpieczenia, któreby mu dawało zapisanie jego własności w aktach podatkowych. Strony nie mogą rozrachować między sobą podatek gruntowy, który na każdą z nich przypada; jedna strona płaci podatek gruntowy za drugą; ztąd powstają długoletnie waśnie, prowadzące nawet do sporów sądowych, które dla braku dokładnych dowodów prawnych, są przewlekłe, kosztowne, często bezowocne.

Podług przepisów ma być pobierana należytość od przelania prawa własności, podług przepisów powinien także nabywca gruntu być zapisany w aktach podatkowych jako posiadacz i od niego powinien być pobierany podatek gruntowy. Już więc w myśl przepisów godziwem jest żądanie, ażeby wymierzanie i ściąganie należytości prawnej od przelania własności gruntu, następowało albo po zapisaniu nabywcy jako posiadacza w aktach podatkowych, albo równocześnie z tem zapisaniem.

Ktokolwiek jest świadom spraw podatkowych w kraju naszym, nie zaprzeczy, że urzędnicy skarbowi przy urzędach podatkowych nie są w stanie podołać zadaniu, do którego spełnienia są powołani. Do roku 1867 mieliśmy 176 urzędów powiatowych i podatkowych. — Przy reorganizacji zmniejszono liczbę tych urzędów na 74. Oszczędność z umniejszenia liczby urzędów podatkowych jest bez wątpienia daleko mniejszą, niż szkody jakie ztąd powstały dla mieszkańców, którzy w licznych swoich sprawach podatkowych muszą się udawać do urzędu odległego. — W prowincjach zachodnich, gdzie drogi lepsze, więc każdy mieszkaniec może łatwiej dostać się do urzędu odleglejszego, nie wprowadzono tej oszczędności; przy nowej organizacji urzędów powiatowych nie zmniejszono liczby urzędów podatkowych; pozostawiono je tam gdzie były, przy każdym sądzie powiatowym.

Z umniejszeniem liczby urzędów podatkowych, umniejszono u nas zarazem ogólną etatową liczbę urzędników przy tych urzędach, które właśnie zwiększyć należało; bo w skutek ustaw, wprowadzających nowe opłaty lub dodatki na cele rozmaite, tudzież w skutek wzrostu ludności i ruchu w interesach, mnożyła się praca, zwiększała się liczba spraw i to spraw do załatwienia trudniejszych, szczególnie od czasu wejścia w życie ustawy z roku 1866, dozwalającej dzielenia gruntów. — Tej niedostateczności sił w urzędach podatkowych należy po części przypisać owe mnogie niedogodności i szkody, które ponoszą mieszkańcy nie tylko przy wymierzaniu należytości prawnych od przelewania własności, lecz także w innych sprawach podatkowych. — Ażeby zmniejszyć pracę, której podołać nie mogą, postępują urzędy podatkowe często. a może i najczęściej w ten sposób, że przypisują lub odpisują opłaty różne, zmieniają cyfrę takowych, prostują czyli zwiększają dochód fasjonowany, podatkowi ulegający, bez podania stronom rozporządzeń lub dokładnych powodów, na podstawie których to czynią; podawanie bowiem takibh powodów stronom już samo przez się a więcej jeszcze przez wywołanie przedstawień i rekursów pomnożyłoby pracę w stopniu bardzo znacznym.

Z nakazu płatniczego lub książeczki podatkowej dowiaduje się strona o żądanej opłacie lub powiększeniu cyfry podatkowej, nie wie z jakich powodów to się stało, i z opieszałości lub nieświadomości płaci często więcej, niż należy, tem bardziej gdy musiałaby ponieść nie małe koszta i stratę czasu dla kilkakrotnego zwykle udawania się do urzędu, jedynie w tym celu, aby się dowiedzieć, o powodach żądanej

mniane żądania nasze spotkają się zawsze z tym zarzutem, iż nie mogą być spełnione; bo potrzeby państwa się wzmagają a środki dotychczasowe do ich pokrycia nie wystarczają; bo już w roku bieżącym, dla pokrycia deficytu i wydatków nadzwyczajnych musi być zaciągnięta pożyczka 48-milionowa; bo procenta od tej pożyczki i od pożyczek, które w następnych jeszcze latach zaciągnąć przyjdzie, zwiększą potrzeby, więc też nie ma nadziei, ażeby stan finansów w bliskiej zmienił się przyszłości.

Niech mi będzie wolno przytoczyć przykład państwa, które po ogromnem wysileniu wojennem, po zniszczeniu znacznej części swojego obszaru, po wypłaceniu pięciu miliardów kontrybucji wojennej, szukało i znalazło środki do zadośćuczynienia potrzebom. Zaledwie minęło pięć lat od klęsk niezmiernych, a już stan finansów Franaji się polepszył tak iż go świetnym nazwać można; przywrócono tam bowiem równowagę w budżecie, a nawet dochód przewyższa wydatki.

U nas istnieje oddawna deficit, pokrywany sprzedażą własności państwowej, której obecnie już nie stało. Jednakże dotąd nie wiemy, czy i jakie plany ma c. k. rząd do przywrócenia równowagi w budżecie.

Wniosł wprawdzie rząd do Rady państwa projekty do reformy podatków bezpośrednich, wniósł mianowicie projekty do ustaw o podatku gruntowym, domowym, zarobkowym, rentowym i osobisto-dochodowym. Z tych projektów został dopiero jeden, odnoszący się do regulacji podatku gruntowego, zamieniony w ustawę i znajduje się w stadjum wykonania. Czytając te projekty i załączone do nich uzasadnienie, można nabrać tylko to przekonanie, że reforma podatków bezpośrednich wymagać będzie ciężkiego aparatu, wiele czasu i kosztów. Jakoż prace do regulacji podatku gruntowego, rozpoczęte w roku 1870, kosztowały do końca roku 1875 już 13,500.000 złr., a minie jeszcze kilka lat zanim będą ukończone. Jakich jednak rezultatów finansowych można się spodziewać z tych projektów, nikt wiedzieć nie może. Albowiem rząd wnosząc projekty, nie podał nawet w przybliżeniu cyfry tych rezultatów. Słyszeliśmy tylko i czytali zapewnienia reprezentantów rządu, że celem tych projektów nie jest podwyższenie, lecz słuszne rozłożenie podatków i że nawet nowy podatek osobisto-dochodowy ma służyć jedynie do wyrównania i do uzupełnienia systemu podatkowego, do zastąpienia ubytku w podatkach gruntowym, domowym, zarobkowym i rentowym, które są obecnie zbyt wysokie, więc powinne doznać obniżenia.

Pomimo tych zapewnień każdy z nas czuje, że reforma podatków bezpośrednich doprowadzi do podwyższenia sumy tych podatków. Kto jednak zastanowi się nad wysokością obecnie już istniejącego podatku gruntowego, domowego, zarobkowego i dochodowego, będzie musiał uznać, że podwyższenie sumy podatków bezpośrednich nie może bez nadwerężenia sił podatkowych, być tak wielkie, aby już nie cały deficyt ale znaczniejszą tylko jego część pokryło. Podatki bezpośrednie dotykają zawsze tylko grunta, domy i przedsiębiorstwa zarobkowe lub przemysłowe, nie mogą zaś nigdy w równej mierze dotkąć dochodu z kapitałów, z rąk do rąk przechodzących. Wysoki podatek na dochody z tych kapitałów prowadzi jedynie do lepszego ich ukrycia, do przenoszenia ich za granicę ze szkodą dla państwa, nakoniec do tego, że kapitalista odbija sobie podatek na dłużniku.

Jeżeliby już podczas pokoju żądane były podatki bezpośrednie, słuszną miarę przekraczające, cóż się stanie w czasie, gdy wojna lub przygotowanie do niej potrzebę powiększą? W takim czasie zmniejsza się zwykle i znacznie dochód z ceł, opłat konsumcyjnych i innych podatków pośrednich. W takim czasie muszą być powołani ci, którzy płacą podatki bezpośrednie, do wysileń nadzwyczajnych; nie będą oni jednak w stanie podołać tym wysileniom, jeżeli już w epoce pokojowej do ponoszenia ciężarów nad słuszną miarę będą zmuszeni.

Trzeba więc dla skarbu państwa szukać innych źródeł dochodu, i to jak najrychlej, ażeby odwrócić grożące niebezpieczeństwa, — mianowicie: ażeby nie wzrastał dług państwa a z nim nie wzrastał obowiązek płacenia procentów, deficyt pomnażających, — ażeby, gdy już i zaciąganie długów stanie się trudniejszem, nie przyszło do zmniejszania wydatków, potrzebnych dla utrzymania potęgi państwa, albo do podwyższenia podatków bezpośrednich nad wszelką miarę godziwą.

Ubolewać zaprawdę wypada, że c. k. rząd nie przedstawił razem z wnioskami do podatków bezpośrednich swoich planów co do podatków pośrednich, których suma, w stosunku do sumy podatków bezpośrednich, jest w naszem państwie niższa niż w Rosji, niższa niż w wielu państwach (Francji, Anglii, Prusach, Belgii, Holandji) które mają gospodarstwo finansowe uporządkowane i równowagę w budżetach.

U nas słyszeliśmy tylko i czytali w różnych

…estwa Polskiego, przyznała Groerowi sto… …tora medycyny, a w r. 1853 powołano go …ka tejże Rady lekarskiej.

## …odarstwo, przemysłe i handel.

### O wiązaczu.

…więcej żniwiarki wchodzą w użycie, tem …daje się czuć brak wiązacza, bo każdy na… …mowolnie przekonania, że robota dopiero …ie uskuteczniana. Częstokroć nawet musia… …chać użycie żniwiarek z obawy, iż robo… …e zechcą za żadną zapłatę wiązać zboża …ą zrzętego; robotnik utrzymywał tym spo… …większego posiadacza w swej zależności. …to powodów stał się wiązacz żywotną kwe… …imo tego, gdy żniwiarek wynaleziono około …temów, z pomiędzy których kilka dla swej …nionej użyteczności, dzierżą berło wziętości, …zacz był jeszcze zawsze nieodgadniętym za… …w dziedzinie wynalazków. Na wystawie …skiej 1873 tylko jeden Wood pierwszorzę… …ynalazca żniwiarek, dostarczył wiązacza, ja… …óbny okaz mozolnej, lecz nieudałej pracy. — …to kolos, wymagający siły 4 mechanicznych …który pominąwszy funkcjonowanie, już dla …ciężkości, okazał się niemożliwym i został …taki pominięty. Odtąd wynalazek ten ani na …nie postąpił, a nawet zwątpiono o pomyślnem …iązaniu tego problematu, chociaż najsłynniejsi …ykanci aż nadto zrozumieli doniosłość tego za… …a. Tymczasem spotyka zaszczyt tego wynalazku …zego rodaka p. Józefa Przygockiego, …y obok swego obowiązkowego zajęcia, po 5-le… …ej wytrwałej pracy, właśnie co wykończył wią… …cz odpowiadający wszelkim warunkom.

Powiodło się wynalazcy misternie a w sposób …jedyńczy, przezwyciężyć wszelkie trudności. Wią… …cz p. Przygockiego jest tak lekki, iż bez zwię… …szenia siły, może funkcjonować przy każdej żni… …iarce.

Najtrudniejsze zaś zadanie, to jest zidenty… …kowanie tych dwóch, w najściślejszej łączności …ziałajcych maszyn, udało się tak szczęśliwie, iż …da się, jakoby mechaniczna ciągłość nie została …iczem przerwaną; jak by jeden i ten sam czyn… …ik działał w obydwóch maszynach, dla tego też …iązacz żniwiarce wiernie dotrzymuje kroku.

Gdy więc żniwiarka dziennie tnie około 10 …orgów zboża, tyleż nawiąże i wiązacz przy ob… …ludze jednego robotnika. Łatwo przeto obliczyć, …e za pomocą wiązacza oszczędza się robotnika. …ileż zwiększa się ta korzyść w miejscowościach, …dzie jest zupełny brak rąk.

Konstrukcja wiązacza: Na lekkiej 4-kątnej że… …znej podstawie, przymocowany do stołu żniwiar… …, jest poziomo rozpostarte płótno bez końca, rozc… …ęte na dwóch walcach, które za poruszeniem ma… …yny wprawiają płótno, czyli elewatora w ruch. …iwiarka odkłada zboże na owe płótno, a te swo… …ruchem przenosi je do drugiego przedziału, ró… …ież płótnem w kształcie okrągławym obciągnię… …, po za którym znajduje się szpagat w kluczki …iązany, na kółku osnuty. Jeden koniec szpagatu …przeprowadzony w poprzek drugiego płótna, a …ro nagromadziło się zboża na snop, zamyka się …no, zwija szczelnie zboże a w miejscu gdzie się …ęło, jest już objęte szpagatem; wten… 1.214. Targ był bardzo mały. Za galicyjskie płacono 43—50 złr. za 100 kilogramów żywej wagi. Do godziny wpół do 12ej do 1.000 wołów było niesprzedanych.

## Ostatnie wiadomości.

**Oświadczenie.** Z *Gazety Narodowej* dowiedziałem się, iż wychodzące we Lwowie w moskiewskim języku *Słowo* napisało, iż z powodu głosowania mojego za subwencją dla księży unickich, wypędzonych z Chełmskiego, czynili mi wyrzuty, tak klub posłów włościan jak i posłowie włościanie mazurscy. Na to odpowiadam, iż żadnych wyrzutów mi nie czynili, ani posłowie mazurscy, ani klub. Sprawa ta wcale w klubie nie była traktowaną, a tak ja jak i inni posłowie włościańscy Michalski, przewodniczący klubu, Kobylarz, Wiśniowski, Drozd, Oskard głosowaliśmy za subwencją z wewnętrznego przekonania, rozpoznawszy, iż przeciwna agitacja miała charakter szyzmatycko-moskiewski. *Szott.*

Otrzymujemy następujące pismo: Na zrobione mi zarzuty w *Słowie* Nr. 33 zmuszony jestem następnie odpowiedzieć. Nieprawdą jest, jakobym w sejmie na dwóch stołkach, jak tego sobie *Słowo* życzy siedział, bo wiem, że siedzenie od razu na dwóch stołkach jest niewygodne — kłamstwem wierutnem jest, że tylko dwóch posłów mazurskich zostało podczas rozprawy nad udzieleniem wsparcia dla ks. chełmskich w sali sejmowej, albowiem było ich 9ciu i wszyscy głosowali za udzieleniem, co poświadczy ks. Zakliński, który także z nimi głosował — fałszywe jest twierdzenie *Słowa*, jakoby posłowie Iwaniszów, Hajdamacha i Jędrzejewski w klubie włościańskim robili mi zarzuty za głosowanie w sali sejmowej, gdyż tego nigdy nie było, a tym mniej teraz, bo byłbym je z oburzeniem odrzucił. Zresztą poseł krajowy, pojmujący swe stanowisko wie dobrze o tem, że tylko wyborcy mogą od niego za postępowanie w sejmie usprawiedliwienia żądać.

*Kocyłowski.*

Z Wersalu d. 3. b. m. donoszą, że lewica i lewe centrum uchwaliły wezwać rząd, aby zwrócił bezzwłocznie Radom municypalnym prawo wybierania merów.

Z Washingtonu d. 3. b. m. telegrafują, że powstanie w Meksyku rozprzestrzeniło się prawie na wszystkie prowincje tego kraju.

W TEATRZE hr. SKARBKA

We wtorek dnia 4. kwietnia 1876

Trzeci występ

panny K. MARCO, spiewaczki koloraturowej

**Łucja z Lammermoru**

Wielka opera w 3. aktach, muzyka Donizettego.

Kapelmistrz pan Szirer.

OSOBY.

Henryk Aston, nieprawy
dziedzic Rawenswood
Lucja …

# Na WIOSNĘ

2262 1–6

# Nowości literackie

na składzie w księgarni

## Karola Wilda

☛ we Lwowie ul. Halicka l. 21. ☚

**KRASZEWSKI J. I.** *Z siedmioletniej wojny.* Opowiadanie historyczne 2 tomy 4 zł.
*Jesienią.* Powieść 2 tomy 3 zł.
**Resurrecturi.** Powieść w 2 tomach 2 zł. 50 c., jako ciąg dalszy do wydanej w r. 1875 powieści w 2 tomach *Morituri* której cena zł. 3.75.

Poprzednio wyszły tegoż autora:
*Klin klinem.* Nowella 1 zł.
*Kawał literata.* Wizerunki społeczne z końca XVIII wieku 2 zł. 50 ct.
*Brühl.* Opowiadanie historyczne 2 tomy 4 zł.
*Hrabina Kosel.* Powieść historyczna 2ty zł. 4.

**Verne Jul.** Podróż do bieguna północnego 2ty zł. 3.
**Serca niewieście.** Nowelle No-sty zł. 1.70. 1948 2—3
**Zacharjasiewicz J.** Omanka. Powieść zł. 1.70,
**Lubowski Edw.** Rodzina Borgijów. Studjum historyczne zł. 1.25.
Z biblioteki rzemieślnika polskiego. **Przewodnik dla stolarzy.** Wyd. 2. z rycinami zł. 2.
**LUCAS EDW. Dr.** *Warzywnictwo zawierające dokładny wykład teoretyczno praktyczny uprawy ogrodowej i rolnej roślin warzywnych.* Z ostatniego pomnożonego wydania przełożył L. Dembowski. Ze 115 rycinami, oraz planem ogrodu warzywnego zł. 2.25.
Przysełający pieniądze raczą dołączyć 6 ct. na list frachtowy.

# Na post

polocam 1/2 kilo.

| | | |
|---|---|---|
| **Kawior** | grubo ziarnkowy | 3·50 |
| **Wyzine** | mało słoną | —·60 |
| **Sledzie** | zawijane beczułka | 3·20 |
| „ | holendrskie sztuka | —·12 |
| „ | szkockie para | —·15 |
| „ | wędzone sztuka | —·10 |
| „ | marynow. olbrzymie beczułka | 4·50 |
| „ | maryn. zwykła sztuka | —·12 |
| **Moskale** | beczułka | zł. 2·20 |

**Sardynki, Tunczyk, Homary, Łosoś** wędzony, **Łosoś** w oliwie w puszkach wyborny, **Węgorze, Minogi, Auchorse** itd.

F. W. Kròlikowski,

1882 6—6 Lwów.

# Poszukuje się

Stanisławoiwe

# Esencja

## z Salsaparyli Colbert.

Jeden z najdawniejszych i najskuteczniejszych środków roślinnych, krew czyszczących, w chorobach złego przymiotu (syfilitycznych), zanieczyszczeniu krwi i wyrzutach na ciele. 1074 10—24

Metoda użycia w polskim języku.

Dostać można w Paryżu w aptece p. Colbert w pasażu Colbert, nr. 7 et 8., w Lwowie w apt. p. K. Mikolascha.

1921 # MIELNIK 2—3

z wyższem wykształceniem, mogący się wykazać świadectwami najchlubniejszemi z długoletniego kierownictwa w młynach parowych amerykańskich i wodnych — poszukuje odpowiedniej posady.

Bliższa wiadomość w ajencji **Lubina Preyera w Stanisławowie.**

☛ Swie

MATE

Wie

Na

Wszelkie zamó



Wa

do wożenia dzi

lekko noszące na że la

sorach i kołach mog

także jako kołyski; s

16, 18 do 24 zł. polec

Magazyn

HENRYKA MÜLL

*róg ulicy Halickiej N*

Łaskawe zlecenia z p

cji uskuteczniam jak

kładniej. 22

# Obwieszczen

W kancelarji Zakładu zastaw

Lwowskiego ormiańskiego 227

„Pii Montis"

odbędzie się na dniu **15. maja**

w zwyczajnych godzinach **publi**

**licytacja,** na której zalegle k

srebra i inne fanty sprzedawane

Lwów, dnia 30. marca 1867

# Stołową Bielizn

*otrzymał świeże zapasy i sp*

*daje tanio*

## Karol Gruch

Handel płócien

we Lwowie, rynek l

**Garnitur** na 6 osób zł. 5, 6

„ na 12 osób zł. 12,

„ na 18 i 24 osób

30 i wyżej.

**Obrusy** pojedyńcze:

sztuka na 6 osób zł. 2, 2.

sztuka na 12 osób zł. 4,

**Obrusy** na lokcie

~~Zugitels~~

~~Dankagitels aus den~~

Dankagitels aus den Reihen der aus Galizien hinübergewanderten Geistlichen entnommen wurden in weitere Erwägung, daß die russische Regierung überzeugt von den patriotischen, russischen u. schismatischen Gesinnungen des galizischen, griechisch unirten Klerus — dem neuen schismatischen Bischof der Chelmer Diözese, ~~[illegible] offen in einer [illegible]~~ ~~und~~ ämtlich angedeutet hat, daß er in seiner unweiter schismatische Diözese griechisch unirte Geistliche aus Galizien berufe, woraus die Überzeugung der russischen Regierung erhellet, daß in ~~d~~ den Reihen der galizischen ~~[illegible]~~ ruthenischen, ~~[illegible]~~ griechisch unirten, ~~[illegible]~~ katholischen Geistlichen noch viele zu finden sind, welche sich zu patriotischen, russischen u. schismatischen, Gesinnungen bekennen

Fragen wir

1. ob, ~~[illegible]~~ u. welche Maßregel die h. Regierung zu ergreifen findet, ~~damit [illegible] in den [illegible] katholischen Institutionen nicht~~

08

In Erwägung, daß eine namhafte Zahl — bis Ende 1874 waren es 147 — ruthenischer ~~katholischer~~ in katholischen Seminarien erzogener Geistlicher griechisch unirten ~~Ritus~~ Ritus, ~~aus Galizien~~, ohne Erlaubniß der betreffenden Ordinariate und der h. Regierung, aus Galizien nach Rußland ausgewandert sind, daselbst geistliche Ämter angenommen und als eifrige russische Patrioten das Werk der Russifizirung und Schismatisirung der katholischen Bevölkerung ~~betr~~ betrieben haben, ja selbst ~~zur~~ bei der Anwendung grausamer Zwangsmaßregeln gegen die Katholiken behilflich waren, ~~ja~~ und in dieser Beziehung der russischen Regierung Dienste leisteten, denen die in Rußland erzogenen katholischen Geistlichen sich nicht unterziehen wollten; —

in ~~weiterer~~ Erwägung, daß die ~~Schis~~ neulichst ~~durchgeführte~~ Schismatisirung der ganzen Chelmer griechisch unirten Diözese hauptsächlich mit Hilfe der aus Galizien hinübergewanderten ~~Ge~~ griechisch unirten Geistlichen vollbracht wurde, ~~an deren Spitze~~ ~~und der neuen~~ und der erste ~~f~~ neuernannte schismatische Bischof dieser Diözese, ~~aus der Reihen~~ ebenso wie die anderen Würden träger des neuen schismatischen

u. aus der Reihe dieser Geistlichen

Schubeck

# Bevölkerung im Verhältnisse zum Flächeninhalte.

| Lfd. No. | Land | Flächeninhalt in nieder österr. Jochen | | | | | | | | | | | Zahl der Bevölkerung | Entfällt an Bevölkerung auf je 1. □ Meile (10.000 Joch) | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Aecker | Wiesen | Gärten | Weingärten | Aecker Wiesen Gärten zusammen | Hutweiden | Alpen | ökonomische Culturen zusammen | Waldungen | Seen Sümpfe Teiche | der ganze productive Boden | | der Aecker Wiesen Gärten | aller ökonomischen Culturen | des gesamten productiven Bodens |
| 1. | Niederösterreich | 1,493.377 | 40.028 | 55.368 | 71.550 | 2,020.503 | 109.714 | 17.920 | 2,143.137 | 1,181.532 | 3.357 | 3,328.026 | 1,954.251 | 9.670 | 9.120 | 5.860 |
| 2. | Oberösterreich | 731.947 | 387.416 | 41.871 | . | 1,161.234 | 37.664 | 14.466 | 1,213.364 | 709.788 | 15.992 | 1,939.144 | 731.579 | 6.301 | 6.031 | 3.773 |
| 3. | Salzburg | 113.489 | 104.318 | 3.211 | . | 221.018 | 61.562 | 36.612 | 649.192 | 404.463 | 11.417 | 1,065.072 | 151.410 | 6.850 | 2.332 | 1.421 |
| 4. | Tirol | 245.592 | 283.477 | 7.224 | 22.048 | 558.341 | 199.953 | 1,213.423 | 1,971.717 | 1,859.516 | 12.339 | 3,843.572 | 776.283 | 13.911 | 3.938 | 2.019 |
| 5. | Vorarlberg | 13.804 | 62.723 | 1.894 | 427 | 76.848 | 43.157 | 161.433 | 281.438 | 117.657 | . | 399.095 | 102.624 | 13.503 | 3.652 | 2.572 |
| 6. | Steiermark | 730.167 | 473.410 | 40.474 | 59.799 | 1,303.850 | 221.720 | 277.913 | 1,803.483 | 1,869.780 | 3.377 | 3,676.640 | 1,131.309 | 8.683 | 6.274 | 3.077 |
| 7. | Kärnthen | 246.281 | 184.821 | 6.972 | 94 | 432.168 | 93.416 | 313.615 | 845.199 | 798.096 | 1.600 | 1,644.895 | 336.400 | 7.680 | 3.981 | 2.046 |
| 8. | Krain | 256.270 | 298.570 | 12.920 | 20.283 | 588.043 | 271.160 | 23.300 | 882.503 | 770.617 | 2.795 | 1,655.915 | 463.273 | 7.878 | 5.252 | 2.799 |
| 9. | Küstenland | 175.843 | 173.646 | 30.143 | 97.396 | 477.028 | 389.876 | 23.298 | 890.202 | 406.559 | 1.839 | 1,298.600 | 582.079 | 12.202 | 6.540 | 4.484 |
| 10. | Dalmatien | 239.351 | 18.598 | 64.420 | 142.303 | 464.672 | 1,023.140 | . | 1,487.812 | 670.641 | 23.169 | 2,181.622 | 442.796 | 9.543 | 2.977 | 2.030 |
| 11. | Böhmen | 4,562.357 | 910.501 | 123.400 | 1.393 | 5,597.645 | 457.553 | . | 6,055.198 | 2,614.987 | 67.221 | 8,737.406 | 5,106.069 | 9.122 | 8.432 | 5.844 |
| 12. | Mähren | 2,115.171 | 271.107 | 47.386 | 21.551 | 2,455.215 | 224.457 | . | 2,679.672 | 1,058.610 | 7.658 | 3,745.940 | 1,997.897 | 8.138 | 7.453 | 5.334 |
| 13. | Schlesien | 444.048 | 52.776 | 11.674 | . | 508.498 | 57.840 | . | 566.338 | 302.463 | 144 | 868.945 | 511.581 | 10.070 | 9.038 | 5.893 |
| 14. | Galizien rayon Krakau | 2,003.103 | 301.498 | 29.708 | . | 2,334.304 | 399.710 | 9.354 | 2,743.368 | 958.236 | 343 | 3,701.947 | 1,890.210 | 8.090 | 6.890 | 5.106 |
| | " " " Lemberg | 2,279.446 | 759.541 | 68.050 | . | 3,107.037 | 551.133 | 10.689 | 3,668.779 | 1,591.546 | 16.462 | 5,276.787 | 1,876.634 | 6.040 | 5.115 | 3.556 |
| | " " " Tarnopol | 2,317.893 | 477.588 | 95.666 | . | 2,891.147 | 304.978 | 27.963 | 3,224.088 | 970.867 | 19.099 | 4,214.054 | 1,651.172 | 5.710 | 5.120 | 3.918 |
| 15. | Bukowina | 499.529 | 233.162 | 14.086 | . | 746.777 | 181.551 | 43.742 | 972.070 | 786.536 | 1.781 | 1,760.387 | 511.964 | 6.862 | 5.267 | 2.908 |

## Eisenbahnen und Strassen.

| Länder | Auf je 1000 □ Kilometer entfallen Kilometer | | | | | Wasserstrassen schiffbar für Dampfschiffe | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Eisenbahnen | Aerarial Strassen | Landes-Strassen | Bezirks-Strassen | Gemeinde-Strassen | Flüsse | Länge der Schiffbarkeit für Dampfschiffe in Kilometern | auf je 1000 □ Kilometer entfallen Kilometer |
| Niederösterreich | 62 | 34.4 | 22.2 | 220.9 | ? | Donau | 214.24 | 10.8 |
| Oberösterreich | 52 | 58.7 | 7.4 | 135.1 | 491.6 | Donau u. Inn | 226.63 | 18.9 |
| Salzburg | 28 | 50.8 | 48.3 | | 73.2 | | | |
| Tirol | 14 | 47.2 | | 23.7 | 59.3 | | | |
| Vorarlberg | | 52.4 | | 10.6 | 174.4 | | | |
| Steiermark | 43 | 34.3 | | 171.1 | ? | | | |
| Kärnten | 34 | 49.7 | 79.2 | 25.7 | ? | | | |
| Krain | 26 | 49.5 | | 232.5 | 242.6 | | | |
| Küstenland | 34 | 79.1 | | 216.1 | ? | | | |
| Dalmatien | 8 | 71 | | 35.3 | 88.4 | | | |
| Böhmen | 71 | 82.7 | 0.3 | 232.3 | | Moldau u. Elbe | 131.84 | 2.52 |
| Mähren | 43 | 36.7 | | 233.9 | 128.2 | | | |
| Schlesien | 58 | 66 | | 227.2 | 429 | | | |
| Galizien | 19 | 37.1 | 16.8 | 17.6 | 86.9 | | | |
| Bukowina | 11 | 39 | | 38.6 | 118 | | | |

## Zucker, Bier und Branntwein-Production.

| Laut der Ergebnisse der Verzehrungssteuer wurde im Durchschnitte von 6 Jahren 1873 bis 1878 jährlich bei der Production entrichtet in | an Zuckersteuer fl. | an Biersteuer fl. | an Branntwein-steuer fl. |
|---|---|---|---|
| Niederösterreich | 174.320 | 7,196.045 | 960.384 |
| Oberösterreich | 136 | 1,585.103 | 70.863 |
| Böhmen | 8,999.126 | 8,661.864 | 2,439.092 |
| Mähren | 3,179.873 | 1,862.975 | 95.209 |
| Schlesien | 630.177 | 440.843 | 567.021 |
| Galizien | 138.842 | 1,038.194 | 2,241.184 |
| **Auf eine □ Meile Aecker entfällt in** | | | |
| Niederösterreich | 1.167 | 48.185 | 6.445 |
| Oberösterreich | 2 | 21.657 | 968 |
| Böhmen | 19.725 | 18.987 | 5.346 |
| Mähren | 15.033 | 8.850 | 4.501 |
| Schlesien | 14.200 | 9.929 | 12.771 |
| Galizien | 210 | 1.573 | 3.396 |

Anmerkungen. Die Daten über Eisenbahnen sind entnommen aus den Mittheilungen über Industrie, Handel und Verkehr. Wien 1879. Hauptergebnisse der österreichischen Eisenbahnstatistik im J. 1878., zusammengestellt im k.k. Handelsministerium.

Die Daten über die anderen Strassen sind entnommen aus dem statistischen Jahrbuche für das J. 1875, herausgegeben von der k.k. statistischen Centralkommission, Wien 1878.

# Durchschnittliche Jahresergebnisse der Ernte hauptsächlicher Produkte des Ackerlandes.

| Länder | □ Meilen | Ackerland — Ernte Ergebnisse in Hecto-Litern: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Buchweizen | Hirse | | Sorgo | Mais | Hülsenfrüchte | Erdäpfel | Raps | Rüben (in Meterzentnern) | Kleefutter (in Meterzentnern) | andere Futterpflanzen (in Meterzentnern) | Anmerkungsgez. – |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Niederösterreich | 149.34 | 1,229.000 | 2,445.000 | 1,225.000 | 3,400.000 | 43.000 | 12.000 | | | 182.000 | 61.000 | 4,093.000 | 10.000 | 3,845.000 | 1,673.000 | 429.000 | 1. Der Flächeninhalt der |
| 2. Oberösterreich | 73.19 | 712.000 | 1,346.000 | 804.000 | 1,582.000 | 1.000 | | | | | 1.000 | 1,485.000 | 20.000 | 571.000 | 2,188.000 | 116.000 | Aecker ist nach den neuesten |
| 3. Salzburg | 11.35 | 146.000 | 194.000 | 31.000 | 220.000 | | | | | | 4.000 | 79.000 | | 15.000 | 95.000 | | Daten der Grundsteuerregulie- |
| 4. Tirol mit Vorarlberg | 25.94 | 244.000 | 468.000 | 186.000 | 156.000 | 106.000 | | | | 440.000 | 39.000 | 992.000 | | 449.000 | 108.000 | 502.000 | rung angesetzt. |
| 5. Steiermark | 73.02 | 747.000 | 903.000 | 236.000 | 1,378.000 | 587.000 | 131.000 | | | 1,226.000 | 114.000 | 1,624.000 | 10.000 | 3,016.000 | 1,205.000 | 130.000 | 2. Die Ernteerträgnisse der |
| 6. Kärnthen | 24.63 | 217.000 | 532.000 | 188.000 | 711.000 | 138.000 | 48.000 | | | 203.000 | 42.000 | 631.000 | | 669.000 | 758.000 | 110.000 | einzelnen Jahre sind aus den |
| 7. Krain | 25.63 | 187.000 | 137.000 | 189.000 | 329.000 | 181.000 | 188.000 | | | 264.000 | 22.000 | 1,020.000 | | 455.000 | 473.000 | 34.000 | Mittheilungen des K. K. Acker- |
| 8. Küstenland (Triest, Istrien, Görz und Gradisca) | 17.58 | 201.000 | 59.000 | 106.000 | 43.000 | 35.000 | | | 13.000 | 390.000 | 16.000 | 229.000 | | 100.000 | 59.000 | 34.000 | bauministeriums von den |
| 9. Dalmatien | 23.94 | 227.000 | 62.000 | 414.000 | 40.000 | | 47.000 | | 32.000 | 494.000 | 33.000 | 116.000 | | 26.000 | 2.000 | | Jahren 1870 bis 1874, dann aus |
| 10. Böhmen | 456.24 | 3,678.000 | 8,541.000 | 4,472.000 | 8,047.000 | | 7.000 | | | | 498.000 | 33,417.000 | 192.000 | 21,413.000 | 5,697.000 | 763.000 | den statistischen Jahrbüchern |
| 11. Mähren | 211.52 | 1,209.000 | 3,091.000 | 2,193.000 | 3,737.000 | 20.000 | 161.000 | | | 152.000 | 325.000 | 9,106.000 | 12.000 | 8,364.000 | 1,486.000 | 362.000 | desselben Ministeriums von den |
| 12. Schlesien | 44.40 | 138.000 | 518.000 | 340.000 | 1,015.000 | 6.000 | | | | | 41.000 | 2,167.000 | 14.000 | 553.000 | 655.000 | 58.000 | Jahren 1875 bis 1880 entnommen, |
| 13. Galizien | 660.04 | 3,674.000 | 6,214.000 | 5,032.000 | 9,319.000 | 1,283.000 | 297.000 | | | 374.000 | 776.000 | 24,475.000 | 381.000 | 2,689.000 | 3,045.000 | 1,109.000 | und aus den zehnjährigen Sum- |
| 14. Bukowina | 49.95 | 171.000 | 347.000 | 415.000 | 599.000 | 45.000 | 7.000 | | | 1,117.000 | 10.000 | 1,573.000 | 6.000 | 28.000 | 305.000 | | men der Durchschnitt für |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | ein Jahr berechnet worden. |
| Hiernach entfällt auf eine Quadratmeile | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Niederösterreich | | 8.230 | 16.372 | 8.203 | 22.767 | 288 | 67 | | | 1.219 | 408 | 27.407 | 67 | 25.747 | 11.203 | 2.873 | |
| 2. Oberösterreich | | 9.728 | 18.390 | 10.985 | 21.615 | 14 | | | | | 14 | 20.290 | 273 | 8.075 | 29.895 | 1.585 | |
| 3. Salzburg | | 12.872 | 17.092 | 2.731 | 19.383 | | | | | | 352 | 6.791 | | 1.322 | 8.370 | | |
| 4. Tirol mit Vorarlberg | | 9.406 | 18.042 | 7.170 | 6.014 | 4.086 | | | | 16.962 | 1.503 | 38.242 | | 17.309 | 4.163 | 19.352 | |
| 5. Steiermark | | 10.231 | 12.435 | 3.232 | 18.872 | 8.039 | 1.794 | | | 16.790 | 1.561 | 22.240 | 137 | 41.304 | 16.502 | 1.780 | |
| 6. Kärnthen | | 8.810 | 21.843 | 7.633 | 28.867 | 5.603 | 1.949 | | | 8.242 | 1.705 | 25.619 | | 27.162 | 30.775 | 4.466 | |
| 7. Krain | | 7.296 | 5.384 | 7.374 | 12.836 | 7.062 | 7.335 | | | 10.300 | 859 | 39.707 | | 17.753 | 18.455 | 1.326 | |
| 8. Küstenland | | 11.433 | 3.356 | 6.030 | 2.446 | 1.991 | 28 | | 739 | 22.184 | 910 | 13.026 | 19 | 5.688 | 3.356 | 1.934 | |
| 9. Dalmatien | | 9.482 | 2.590 | 17.293 | 1.671 | | 1.963 | | 1.337 | 20.635 | 1.379 | 4.845 | | 1.086 | 83 | | |
| 10. Böhmen | | 8.062 | 18.720 | 9.802 | 17.638 | | 15 | | | | 1.092 | 73.244 | 421 | 46.933 | 12.487 | 1.672 | |
| 11. Mähren | | 5.716 | 14.613 | 10.368 | 17.667 | 95 | 761 | | | 719 | 1.537 | 43.050 | 57 | 39.542 | 7.025 | 1.711 | |
| 12. Schlesien | | 3.109 | 11.667 | 7.658 | 22.860 | 135 | | | | | 923 | 48.806 | 315 | 12.455 | 14.752 | 1.306 | |
| 13. Galizien | | 5.566 | 9.415 | 7.624 | 14.119 | 1.944 | 450 | | | 1.324 | 1.176 | 37.081 | 577 | 4.074 | 4.613 | 1.680 | |
| 14. Bukowina | | 3.423 | 6.947 | 8.308 | 11.992 | 901 | 140 | | | 22.362 | 200 | 31.491 | 120 | 561 | 6.106 | | |

IV

Газети з матеріалами
стосовно російсько-турецької війни,
Росії та польсько-пруських відносин

1877 – 1878.
м. пол., нім.

41 арк.

**Nr. 263.** We Lwowie, Piątek dnia 16. Listopada 1877. **Rok XVI.**

Wychodzi codziennie o godzinie 4 po południu z wyjątkiem niedziel i dni świątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 4 złr. 50 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 50 „
Za miejscowa „ . . . 2 „ — „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie: w państwie austrjackiem . 6 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej . } po 7 złr. 50 cent.
„ Francji . . . . . }
„ Belgii i Szwajcarji . . . . }
„ Włoch, Turcji i ksiąt. Naddu. }
„ Serbii . . . . . }

Numer pojedynczy kosztuje 10 centów.

# GAZETA NARODOWA

**Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują:** We LWOWIE biórc administracji „Gazety Narodowej“ **Plac Halicki w pałacu W. Ulanieckich.** Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja pan Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 3. W FRANKFURCIE: nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.

OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają uszczone.

**Ci szanowni abonenci, którym kończy się prenumerata z dniem 15. listopada, zechcą uprzejmie przesłać przypadającą dalszą prenumeratę do końca grudnia w kwocie 3 złr.**

Lwów d. 15. listopada.

Czytamy w *Dzienniku Poznańskim*: „Zaledwieśmy wczoraj podali wiadomość o odmownej odpowiedzi ministra spraw wewnętrznych na petycję deputowanych Polaków sejmiku powiatu inowrocławskiego o dozwolenie używania na rzeczonym sejmiku obok niemieckiego języka polskiego, (ob. nr. wczorajszy *G. N.*), a dziś dowiadujemy się o nowej znów odpowiedzi odmownej, w przedmiocie używania języka polskiego udzielonej.

„Jak wiadomo, rozporządzenie królewskie z dnia 28. sierpnia rz. odnośnie do §. 3. ustawy o języku urzędowym dozwoliło w ustnych czynnościach i protokołach dozorów szkół, reprezentacji i zebrań gminnych obok niemieckiego na przeciąg lat pięć, licząc od zaprowadzenia rzeczonej ustawy, używać w niektórych gminach i miastach naszego Księstwa języka polskiego. W powiecie inowrocławskim na wyjątek ten powyższe rozporządzenie dopuściło we wszystkich gminach okręgów policyjnych inowrocławskiego, kruszwickiego, markowickiego i strzelnieńskiego; nie dozwoliło zaś w innych czterech, tj. w dąbrowskim (na Louisenfelde przechrzczonym), tarkowskim, gniewkowskim i gniewkowickim. Otóż mieszkańcy okręgu policyjnego Dąbrowa podali do ministra spraw wewnętrznych petycję, w której upraszali go, aby u króla wyrobił im pozwolenie używania w ustnych czynnościach i protokołach dozorów szkół, reprezentacji i zebrań gminnych obok niemieckiego języka polskiego.

„Na petycję tę z ministerstwa spraw wewnętrznych pod dniem 24. października br. nr. 7931 za podpisem Bittera, odebrali petenci odpowiedź odmowną, również na gotowym szemacie napisaną, ze zmianą jedynie tego, co w obecnym wypadku było koniecznem, i z tem samem zakończeniem, że wyjątek, o jaki petenci proszą, stosownie do informacji władz miejscowych nie jest potrzebny.

„Jak zaś informacje te są dobre, jeśli w ogóle ministerstwo spraw wewnętrznych się informuje, to przekonywa ta okoliczność, że wedle statystyki urzędowej w okręgu policyjnym Dąbrowa mieszka pięć tysięcy siedmset Polaków, Niemców zaś tysiąc siedmset. Nie potrzebujemy zaś dodawać, że z owych pięciu tysięcy siedmiuset Polaków zaledwie dziesiąta część umie po niemiecku, i wobec takiego to stanu rzeczy w sprawach najbliżej dotyczących mieszkańców uważa ministerstwo spraw wewnętrznych za niepotrzebne dopuszczenie wyjątku, §. 3. ustawy o języku urzędowym określonego. Tym więc sposobem odsuwa od udziału w sprawach gminnych znakomitą większość mieszkańców okręgu policyjnego Dąbrowa i oddaje sprawy te pod wyłączną gospodarkę Niemców; bo jakżeż Polak może brać w nich udział, skoro mu słówka po polsku, tj. w języku, którym jedynie włada, pisnąć nie wolno? Postępowanie takie doskonale ilustruje stosunki, jakie u nas panują, a śmieszna rzecz, że tacy pp. Wehry i Wetzky każą nam być wdzięcznymi jeszcze rządowi za okazywane takie i temu podobne liczne dobrodziejstwa!

„Petenci odpowiedzią powyższą nie powinni się zrazić — ale ponownie wystąpić, dołączając do swej petycji wszystkie dane, z statystyki miejscowej zaczerpnięte.“

---

Złość stańczyków przeciw wyborowi Jeremiego do Rady państwa, po chwilowem osłupieniu i przerażeniu ozwała się była zrazu pikkolinowemi piskami — aż dzisiaj przeszła w lamentoso w korespondencji *Czasu* ze wsi a w furioso w korespondencji *Kurjera Poznańskiego* z Krakowa. Obie zresztą korespondencje są sobie kubek w kubek podobne co do celu i toku myśli — tylko że autor w korespondencji, *Kurjerowi* przesłanej, odrzucił na bok wszelkie względy, jak by był tam pewny bezkarności. Pisze więc sobie np. następujące rzeczy:

„Kampania przeciw delegacji postępuje naprzód swoim torem. Wyliczać codzienne pociski dwóch dzienników lwowskich byłoby rzeczą nużącą, odrażającą, a zgoła bezskuteczną. Zdawałoby się, że ten stek największych niedorzeczności, połączonych z największem brutalstwem, że te karczemne krzyki odwrotny wpływ wywrzeć powinny, wzniecając odrazę i ostrzegając społeczeństwo, w jaką opinia publiczna popada prostytucję, skoro do niej odważają się przemawiać w podobnym tonie. Jeśli już nie mówimy o zasadach, o poznaniu niebezpieczeństw politycznych, o zdrowym patrjotyzmie, to przynajmniej ocknąćby się i obudzić powinno poczucie honoru godności, a wreszcie prostej przyzwoitości i wywołać reakcję przeciw podobnemu kierunkowi, w jakim przewodniczą dwa dzienniki lwowskie.

„Niestety poszczycić się one mogą nowym tryumfem, i to w wyborach większej własności czyli szlachty obwodu brzeżańskiego. Wprawdzie dalecy jesteśmy od identyfikowania szlachetnej postaci poety Kornela Ujejskiego z kliką dziennikarstwa lwowskiego, ale wybór jego na posła do Rady państwa jest takiem dziwactwem, że tylko przypisać go można tej dążności, która życie polityczne w Galicji chce doprowadzić *ad absurdum*. Autor pieśni Jeremiego miał szczytne chwile natchnienia poetyckiego, ale z pośród wszystkich poetów może to jeden z najniepraktyczniejszych w życiu, a zwłaszcza w działaniu politycznem. Wielki zasób dobrej wiary i poczciwego serca nie uchronił Ujejskiego od błędów, pełnych ekscentryczności. Wybór do Rady państwa mistycznego poety, byłby już sam przez siebie dowodem paroksyzmu gorączkowego, który wszelką trzeźwość wyborcom odjął. Lecz gdy dodamy jeszcze do tego faktu mowy przedwyborcze, jakiemi tę kandydaturę popierano, a stan chorej opinii wyda nam się groźnym. P. Onyszkiewicz wygłosił bowiem przy tej sposobności w Brzeżanach tyradę pełną szowinizmu, na samych fałszach opartą, a zakończoną fajerwerkiem, przypominającym styl odezw z znanych naszych paroksyzmów, co lat piętnaście się powtarzających.“

„Zaiste ręce opadają i smutno pochyla się głowa nad dolą biednego kraju, który znów popada pod kierownictwo szaleńców, połączonych z opryszkami politycznymi. Gdzie są możliwe podobne rzeczy, tam o życiu politycznem na serjo mowy być nie może. Jest tylko pasowanie się ludzi, co jeszcze zachowali zdrowe zmysły wśród istnej rzeczypospolitej babińskiej. Do czego doszliśmy w Galicji po kilkunastu latach życia publicznego, jak zdamy przed całą Polską rachunek z wyjątkowych warunków, w jakich znachodziliśmy się? Smutno o tem pomyśleć, ale kończymy bankructwem politycznem i piszemy sobie tu wyrok, że jako niezdolni do wolności, jeszcze długo znosić musimy dolę, którą dawny nierząd sprowadził. Galicja pada ofiarą tolerancji dla skandalicznego dziennikarstwa, i jeżeli jeszcze chce się ratować od zupełnego strawienia wewnętrznego, winna spieszanie stawić opór tym kawiarnianym dyktatorom opinii, tym augurom, przywołanym z przed kratek sądowych.“

Autor korespondencji snać nie na próżno chodził do nauki u przekupek krakowskich, ale jeszcze mu wokabularz tych zacnych matron nie wystarczył, skoro aż u żydów zapożyczył się ostatnim wykrzyknikiem: „Ny, ti kryminalnik!“ Czy też nie znajdzie się jaki malarz humorysta, któryby narysował autora tej korespondencji, piszącego, szukającego za wyrazami najdosadniejszemi i w końcu „Eureka“ wołającego, gdy natrafił na owego „kryminalnika!“

W samej rzeczy siedzieliśmy po kryminałach — i dziwnym zbiegiem okoliczności, niektórzy z towarzyszy naszych kryminalnych doszli do centralistycznych fotelów ministerjalnych, którym korespondent *Kurjera Poznańskiego* czołem bije! To większe dziwactwo losu, niż wybór poety na członka Rady państwa. Wobec takiego dziwactwa nie można przecie tracić otuchy, że „mistyczny“ poeta przedzierzgnie się w wcale nie mistycznego, ale ojarzmionym wzroku polityka polskiego. Tylko że w fotelu ministerjalnym we Wiedniu nie zasiądzie!

---

Jak wiemy, dyrektor sławnego muzeum przemysłowego we Wiedniu (jestto akademia przemysłu artystycznego), radca dworu, p. Eitelberger, wnet po swojem zwiedzeniu lwowskiej wystawy krajowej umieścił w urzędowej *Wiener Abendpost* krótkie, ale wiele podobne dla naszego kraju sprawozdanie, któreśmy też w dosłownym przekładzie umieścili. Lwowski korespondent *Czasu* (x) zwraca uwagę na wyszłą obecnie broszurę dr. Exnera, radcy w ministerstwie rolnictwa, człowieka fachowego w leśnictwie, o wystawie płodów leśnych we Lwowie p. t.: *Die forstliche Gruppe auf der Landesausstellung in Lemberg.*

Autor oddaje wszelką pochwałę tak całości wystawy leśnej, jakoteż i pojedyńczym wystawcom, a będąc członkiem komisji sędziów tej grupy, i biorąc udział w jej pracach, miał sposobność wyrobienia sobie pod tym względem uzasadnionego zdania. Uwagi jego są bardzo trafne, a chwaląc jedno, nie zapomina wytknąć braków, jakie się okazały. Autor tem kończy swoje uwagi:

„Jedna cecha charakterystyczna ożywia nietylko leśną, lecz całą wystawę galicyjską; sprawozdanie to byłoby niedokładne, gdybyśmy ją pominęli. Gorący patrjotyzm, którym się Polacy tak korzystnie odznaczają, zwrócił się od dwudziestu mniej więcej lat ku pielęgnowaniu kultury krajowej. Niezaprzeczenie wysoka inteligencja kierowników narodu zadziwienia godne odniosła skutki. Wszystko składa się na to, aby zadać kłam wypowiedzianemu wyrazowi „Halb-Asien“. Zakłady humanitarne, szkoły, polepszenie stosunków stanu urzędniczego, stypendja w celu uzyskania pionierów postępu, muzea, zbiory, stowarzyszenia i wszelkie środki nowoczesnych dążności cywilizacyjnych składają się na zjednanie Galicji stanowiska w cywilizowanej Europie, którego jej dotąd zaprzeczano. Muszę dodać wyraźnie, że nie chodzi tu tylko o jakiś sport, że przeciwnie wszędzie i we wszystkich kierunkach spotkać się można z poważnym nastrojem i zaszczytnem poświęceniem, a pod tym względem zwiedzenie wystawy lwowskiej musiało każdego przyjaciela ludzkości uradować i trwale zadowolnić.“

A to wszystko, jak i wystawa krajowa działo się pod bokiem takich wrogów wszelkiej pracy dodatniej, pracy organicznej, takich warchołów, krzykaczy, spiskowców, kryminalników, jak dzienniki lwowskie, ba w znacznej części nawet to za pobudką, to za gorącem, niezmordowanem poparciem tych dwóch dzienników przeklętych! Co do leśnictwa, przy następnej po latach wystawie krajowej, kiedy już będą mogły wybitnie okazać się wpływy naszej krajowej szkoły leśnictwa, pod kierunkiem znakomitego dyrektora, p. Henryka Strzeleckiego, i opieką hr. Włodzimierza Dzieduszyckiego a pracy jej genialnych w swojem postępowaniu dydaktycznem i pedagogicznem profesorów — dział ten bogactwa krajowego jeszcze świetniej będzie przedstawionym.

---

W chwili gdy węgierska Izba posłów projekt ustawy bankowej już w trzeciem czytaniu przyjęła, przedlitawska Izba posłów dopiero do rozpraw nad nią przystępuje. Mowców ogółem za i przeciw jest 31 zapisanych; z naszej delegacji tylko p. Dunajewski, a to za projektem.

Sprawozdawca większości komisyjnej p. Giskra poleca ten projekt do przyjęcia z powodu, że niema innej rady, jak przyjąć go, choć jest z wielu względów niestosowny dla Przedlitawii. Najważniejsza jednak z mów z d. 13. b. m. była mowa posła styryjskiego, br. Kellersperga, niegdyś i namiestnika Styrji, któremu po upadku Hohenwarta ofiarowano nawet utworzenie nowego gabinetu.

Br. Kellersperg uderzył najpierw na projekt pod względem politycznym, ekonomicznym i technicznym, posuwając się w zapale nawet do przesady i sprzeczności. Ta część mowy jednak była tylko wstępem do uderzenia na ministerjum Auersperg-Lasser, a tę drugą część doskonale charakteryzuje *Nowa Presse*:

„Doskonale zrozumiano to dzisiaj w Izbie posłów, że z br. Kellersperga przemawiała zdolna w istocie do objęcia rządów opozycja; a mowca też umyślnie i wyraźnie przypomniał, że był dwakroć powoływanym do utworzenia gabinetu. Ta opozycja zaś niemiłosiernie strzały swemi wierciła w najniebezpieczniejszej ranie gabinetu, bez ogródek odsłaniając, dlaczego tak długo ten gabinet żyje. W samej rzeczy, ogół jest przekonany, że gabinet mógł był pomyślniejsze wywalczyć od Węgrów warunki ugody, gdyby umiał tak jak gabinet Tiszy, we właściwym czasie i dobitnie postawić u korony kwestję gabinetową. To wypowiedział Kellersperg, a każde z jego słów gryzących wypalało dziurę w ławie ministerjalnej. Bywają chwile, w których gabinet parlamentarny, odpowiedzialny niema innego wyboru, jak albo zwyciężyć albo ustąpić. I o to właśnie oskarżono gabinet Auersperga, że były w toku przesilenia ugodowego takie chwile, ale że on ani jednego ani drugiego nie uczynił. Ztąd wynikła w przeważnej części nasza dzisiejsza sytuacja nieszczęśliwa, a mowa br. Kellersperga dlatego właśnie jest ważną, iż to wypowiedziała.

„Tak więc zdemaskował się więc wobec gabinetu Auersperga obóz przeciwny a potężny, a dalszy przebieg rozpraw wykaże może siły i członków tego zastępu opozycyjnego. Na razie należy skonstatować, że wycieczki br. Kellersperga demonstracyjnemi oklaskami przyjęto, a jest to charakterystyczna wskazówka nie tyle co do prawdopodobnego przebiegu rozpraw, jak raczej co do przyszłej parlamentarnej pozycji gabinetu.“

Z drugiego posiedzenia otrzymaliśmy następujący telegram:

**Wiedeń** d. 14. listopada. Posiedzenie Izby posłów. Dalszy ciąg rozpraw nad statutem bankowym.

Klinkosch polemizuje przeciw wczorajszym wywodom barona Kellersperga, które dowodzą, iż i zdolni mężowie stanu mogą błądzić, udając się na obce sobie pole.

Magg twierdzi, iż urządzenie banku podług przedłożonego projektu byłoby niepraktycznem, widzi główny błąd w odstąpieniu praw na lat 10.

Schäffer jest zdania, że nowe rokowania ugodowe mogłyby być tylko wtedy podjęte, gdyby ustąpiły oba ministerstwa. Lecz w teraźniejszej chwili zmiana ministerstwa byłaby bardzo niebezpieczną.

Fux zarzuca rządowi zbyt wielką usłużność wobec Węgrów. Gdyby stanowczo wypowiedziano: nie, skończyłyby się i żądania węgierskie.

Dalszy ciąg rozpraw w piątek.

---

Dzienniki węgierskie silnie uderzają przeciw zaprowadzeniu cła od olejów skalnych.

*Pester Lloyd* zaprzecza, jakoby we Węgrzech myślano przyjąć 24 milionów złr. z długu bankowego.

*Ellenör*, organ Tiszy, zapewnia, że Niemcy nie zaprowadzą ceł retorsyjnych przeciw Austro-Węgrom, bo nie mogą chcieć, aby drożej same płaciły przedmioty żywności, i aby Austro Węga się spodziewać połowu. Ale krytyki sumiennej

gry cłami transytowemi okładały surowe płody Moskwy południowej i Rumunii, których Niemcy potrzebują.

## Podatki bezpośrednie w Galicji.

Podług zestawienia krajowego biura statystycznego, podajemy następujące szczegóły o kwotach podatków bezpośrednich, przepisanych dla Galicji na rok 1877.

1. Podatek gruntowy, którego ordynarjum wynosić ma 16% czystego dochodu z roli, po strąceniu kosztów uprawy, zaś z dodatkami: zwyczajnym, zastępującym podatek dochodowy u rolników, i nadzwyczajnym (wojennym), co wszystko dochodzi do 26⅔% dochodu z ziemi, przedstawia w Galicji podług wymiaru na rok bieżący kwotę 4,614.012 zł. w. a.

2. Podatek domowo-klasowy, zdwojony w r. 1859 t. z. dodatkiem nadzwyczajnym, wyniesie w bieżącym roku w Galicji złr. 1,659,127 w. a.

3. Podatek domowo-czynszowy dawny, tj. w miastach zamkniętych (Lwów, Kraków i Brody), wymierzany pierwotnie w wysokości 16% czystego dochodu, obliczanego po strąceniu 15% od fasjonowanego dochodu brutto na koszta konserwacji, z dodatkami wynoszący 26⅔% przychodu z realności, tudzież t. z. rozszerzony podatek domowo czynszowy, opłacany w innych miastach, a wynoszący pierwotnie 12% netto [po odliczeniu 30% od dochodu brutto na koszta utrzymania budynku opodatkowanego], zaś z dodatkami zwyczajnym i nadzwyczajnym dochodzący do wysokości 20% przychodu — przynieść ma skarbowi państwowemu w r. b. z Galicji kwotę 1,512.696 złr. w. a.

4. Podatek zarobkowy z dodatkiem nadzwyczajnym ⅓ nałożonym w r. 1859, zdwojony od roku 1869, wynieść ma w r. b. 739.028 zł. w. a.

5. Podatek dochodowy z dodatkiem wojennym, zaprowadzonym w r. 1859, i dodatkiem t. z. „nadzwyczajnym", zaprowadzonym w r. 1869 a wynoszącym drugi raz tyle co ordynarjum, podług wymiaru na rok 1876 przedstawi kwotę 1,521.214 złr. w. a.

Ogólna suma podatków bezpośrednich opłacanych rocznie w Galicji wynosi z dodatkami 10,046.078.$_{33}$ w. a. czyli w przecięciu po 1.$_{85}$ w. a. na głowę. *) Najniższa kwota podatków bezpośrednich przypadająca na jednego mieszkańca wynosi 93 centów — w powiecie Nadwórniańskim, a najwyższa, po wyłączeniu miast Lwowa i Krakowa, w powiecie Przemyskim = 2.$_{44}$ złr. na głowę. Stosunek ten zmienia się bardzo znacznie w miastach Lwów i Kraków, z powodu rozwiniętego życia ekonomicznego i umysłowego w skutek nagromadzenia urzędów, banków i przedsiębiorstw opłacających wielkie sumy podatków; przeciętna kwota podatku przypadającego na jednego mieszkańca wynosi: w Krakowie 8.$_{82}$ zł., we Lwowie 16.$_{83}$ zł. w. a.

Lwów i Kraków, razem wzięte, opłacają prawie piątą część podatków bezpośrednich całego kraju, mianowicie opłaca rocznie:

| | | |
|---|---|---|
| miasto Lwów | 1,466.424 | zł. w. a. |
| „ Kraków | 439.412 | „ „ |
| Razem | 1,905.836 | zł. w. a. |

Widzimy też z tego zestawienia, że siła podatkowa Lwowa przewyższa krakowską przeszło trzy razy.

Z pomiędzy powiatów najwyższą kwotę podatków bezpośrednich opłaca powiat tarnopolski, mianowicie 217.039 złr. Po nim jeszcze dwa tylko powiaty przekraczają sumę 200.000 zł, mianowicie przemyski i brodzki. W ogóle obecność wielkiego miasta wpływa zawsze stanowczo na podwyższenie kwoty podatku. Najniższe kwoty opłacają powiaty górskie, jak Nowy Targ, Grybów, Staremiasto, Turka, Bohorodczany i Nadwórna. Powiat nadwórniański opłaca rocznie tylko wszystkiego 52.793 zł. podatków bezpośrednich.

Co się tyczy stosunku, jaki zachodzi pomiędzy rozmaitemi rodzajami podatków bezpośrednich w rozmaitych okolicach kraju, to w największej części powiatów wynosi podatek gruntowy około połowę ogólnej sumy podatków bezpośrednich. W powiatach przemysłowych jak stanisławowski, bialski, tarnowski, drohobycki i t. d. spada przewaga podatku gruntowego do ⅓ części całej sumy podatków bezpośrednich. W górskich powiatach spada znów przewaga podatku gruntowego z powodu połonin i lesistych przestrzeni, mało opłacających podatku. Są jednak i takie powiaty — żyzne a bez wielkich miast, gdzie podatek gruntowy dochodzi do ⅔ ogólnej wysokości podatków bezpośrednich, jak np. w powiatach bobreckim, dąbrowskim, podhajeckim, przemyślańskim i rudeckim.

Oba podatki domowe stanowią blisko ⅓ przychodu fiskusa z podatków bezpośrednich w Galicji. Lwów i Kraków opłacają przeszło ⅔ sumy podatku domowo-czynszowego. Podatek domowo-klasowy przynosi w całym kraju 16½ % ogólnej sumy podatków bezpośrednich. W ubogich powiatach górskich, gdzie inne rodzaje podatku mało przynoszą, a w szczególności podatek gruntowy niską cyfrę przedstawia, nabywa wielkiego znaczenia podatek domowo-klasowy. W powiatach nadwórniańskim i nowotargskim wynosi on 32 i 34 % ogólnej sumy podatków w powiecie.

Najmniej wybitne miejsce zajmuje w naszym kraju pomiędzy podatkami bezpośredniemi podatek zarobkowy, który w całym kraju czyni wszystkiego 7 % ogółu podatków bezpośrednich.

Podatek dochodowy wynosi podwójną kwotę podatku zarobkowego, a oprócz Lwowa, Krakowa i Brodów dosięga większej stosunkowo cyfry w powiatach chrzanowskim (23 %), drohobyckim i bialskim (po 14 %). Podatki dochodowy i zarobkowy rosną zupełnie równolegle do wzrostu kultury krajowej, i dlatego jest ich względna wysokość w porównaniu z innemi rodzajami podatków najpewniejszą wskazówką stanu rozwoju ekonomicznego kraju.

W przeciągu ostatnich lat pięciu zaszły następujące charakterystyczne zmiany w sumie podatków bezpośrednich, opłacanych w Galicji, pomimo że wymiar ich zupełnie nie zmienił się:

Podatek gruntowy umniejszył się

*) Suma opłat pośrednich wynosiła w Galicji w r. 1876 złr. 24,795.750 w. a.

---

naturę, ale głównie jestto wypływem prawdziwego talentu i poczucia estetycznego. Podstawa

w właściwe rozprawy ugodowe. Debata bankowa zapowiada być długą i ożywioną. Dotychczas zapisanych 31 mowców do głosu, 15 przeciw, 16 za. Już dziś zdaje się nie podlegać żadnej wątpliwości, że przedłożenie bankowe, może z małemi i nieznacznemi zmianami, w całości przez austrjacką Izbę posłów zawotowanem zostanie. Przeciwko przedłożeniu bankowemu stanowczo oświadcza się klub postępowy, jednak odraczający wniosek dr. Schaupa namniejszej niema szansy, zwłaszcza że jak się dowiaduję, koło polskie postanowiło głosować w tej sprawie z ministerstwem.

Austrjacka deputacja kwotowa odbyła wczoraj wieczór posiedzenie. Przedmiotem rozpraw były kwestje formalne. Zgodzono się, że przy sporządzeniu sprawozdania należy zachować formę dawniejszą z r. 1867. Pojutrze odbędzie się następne posiedzenie tej deputacji.

Koło polskie otoczone obecnie jeszcze ciemniejszą mgłą. Zwolennicy milczenia prowadzą obecnie w pełnem słowa znaczeniu milczącą politykę i baczą przedewszystkiem na to, ażeby ich tajemniczych rozpraw broń Boże kto, mający z „lwowskiemi dziennikami" jakąkolwiek styczność, nie podsłuchał. Moskiewskiej prasie podoba się bardzo ta tajemniczość. *Sowremiennyje Izwiestyja*, *Grażdanin* i *Listok Petersburgski* poświęcają długie i szerokie artykuły wstępne „rozważnej i taktownej polityce posłów polskich z Galicji." Również i mowa p. dr. Juliana Czerkawskiego, miana na ostatniem zgromadzeniu wyborców lwowskich, znajduje w moskiewskiej prasie wielkie uznanie. O tej mowie zamieszczają *Petersburskije Wjedomosti* trzy bardzo długie artykuły, pełne pochwały dla słów lwowskiego posła, „który jako Polak bronił przymierza trójcesarskiego, potępianego przez Niemców i Madjarów."

---

**Petersburg** d. 31. października.

(○) Żądacie odemnie wiadomości z kraju. Wyznaję, że mieszkając od 1830 r. w oddaleniu od swoich bardzo mało wiem, co się u nich dzieje, gdyż pod tym względem korespondencje zawsze bywają bardzo oględne z obawy ciekawości naszej poczty. Obiecano mi jednak ważniejsze wiadomości zebrać i przesłać; jeżeli się z tego uiszczą, to je do niniejszego listu załączę, a jeżeli się spóźnią, to przesłanie do następnej sposobności odłożę, a tymczasem kilka szczegółów wam przesyłam.

Z powodu obecnej z Turcją wojny, na Litwie obywatelom ziemskim tylko polsko-litewskiego pochodzenia katolikom podwyższono kontrybucję czyli haracz z 6 na 15 prct.

W języku polskim na Litwie, Białorusi kazania mówić i nabożne śpiewy po kościołach dotąd jest zabronionem, a odbywać one przymuszają w języku moskiewskim. Na Żmudzi i Litwie wolno miewać wprawdzie kazania i pieśni śpiewać w żmudzkim, litewskim i łotewskim języku, lecz dawniejszy alfabet łaciński ze szkółek wyrugowano a natomiast wprowadzono alfabet moskiewski, aby zerwać z nienawistną polszczyzną i cywilizacją zachodnią.

Nikogo z Polaków-katolików nie przyjmują dotąd do rządowej służby; nawet tych Polaków, co w roku zeszłym jako niby ochotników wysłano ztąd na wojnę do Serbii, po powrocie ztamtąd ranionych do służby cywilnej nie dopuszczają. Niezawodnie to samo będzie i z tymi, co obecnie w wojsku moskiewskiem muszą się bić z Turkami!

Gwardję prawie całą wysłano z Petersburga na wojnę. Żołnierze byli z tego niezmiernie niezadowoleni, i przy wyjściu okazali swoje nieukontentowanie wybijaniem wszystkich szyb w oknach swych koszar.

Cenzura zabrania nam nazywać się w druku i publicznie Polakami. Nie wolno też odzywać się w najniewinniejszych sprawach do Polaków jako Polak, albowiem pociągnięciem pióra samowładnego skasowano istnienie narodu polskiego i jego narodowości, w państwie mogą być tylko Moskale. Z tego można z łatwością wywnioskować, jakie jest i będzie położenie Polaków pod caratem przy nieubłaganej nienawiści całego narodu moskiewskiego ku imieniowi polskiemu i Polakom.

Trzeba być bardzo naiwnym, aby uwierzyć

chrześcianami, a w roku zeszłym jawnie, bez najmniejszego ukrywania się, wzbudziła i wspierała powstanie Słowian w Turcji, zbierając składki w Petersburgu po wszystkich kościołach i ulicach; gotuje ona to samo i Austrji, przez swych płatnych stronników w Słowiańszczyźnie. Siejąc niezgodę i bunty, a następnie niby tłumiąc takowe, Moskwa rosła częściowo zaborami, i częściowo też zabory te odbierać należy. Gdy jakakolwiek część zaboru moskiewskiego powstanie, Europa całą siłą powinna ten zabór od Moskwy odebrać, a gdy się Moskwie zabory te odejmie, (Polska, Ukraina, Finlandja i Kaukaz), to z całą pewnością zapanuje wieczny pokój w Europie i narody wolno odetchną.

## Z teatru wojny.

### Azjatycki teatr wojny.

*Gazeta Kolońska* otrzymuje następujące szczegóły o ostatnich wypadkach pod Erzerum. Korespondent jej opisuje z początku bitwę z d. 9. bm. w dolinie erzerumskiej:

„O 3. godzinie po północy Moskale zaatakowali południowe i wschodnie szańce Erzerum Dwiema kolumnami następowali oni z ogromną chyżością, złamali częściowo front turecki, i zdobyli dominującą pozycję, zwaną blokhauzem. Koło 4. godziny stan rzeczy tak się dla Turków niekorzystnie przedstawiał, że można było Erzerum uważać za stracony; lecz oto w okamgnieniu postać rzeczy zmienia się zupełnie. Z dziką wściekłością i z zapamiętałą odwagą, której tak samo niepodobna wytłumaczyć jak owej paniki, co nagle Turków ogarnęła w bitwie na Dewe-Bojun — z dziką tedy wściekłością rzucają się Turcy na bagnety, łamią i druzgocą wschodnią moskiewską kolumnę, która się cofa z takim pośpiechem, że rzuca po drodze broń i amunicję. Skoro to dostrzegł dowódzca południowej moskiewskiej kolumny, wnet nakazał odwrót w obawie, żeby Turcy nie wzięli go we dwa ognie. Turcy ścigali nieprzyjaciela na całej przestrzeni od Erzerum do wrót wąwozu Dewe-Bojun, przyczem odebrali Moskalom pięć wzgórz, które stracili w bitwie 5. bm. O drugiej po południu bitwa skończyła się. Turcy ufortyfikowali się na odebranych pozycjach, i wkrótce prawdopodobnie zaczną posuwać się naprzód.

Wiele wszelkiego rodzaju zapasów i amunicji wpadło w ręce zwycięzców, jeńców zaś wzięto bardzo nie wiele w skutek tego, że Moskale uciekali nadzwyczaj szybko. Co do strat, poniesionych w tej bitwie przez walczące wojska, dotąd niema jeszcze pewnych wiadomości. Ale musiały być one dość znaczne, zwłaszcza u Moskali.

Piętnastu tureckich oficerów, którzy pierwsi uciekli d. 5. bm. z pola bitwy, rozstrzelano w Erzerum. W owej bitwie, według twierdzenia Moskali, Turcy stracili 2.500 żołnierzy w zabitych, rannych i jeńcach.

Co do siły moskiewskich wojsk, które zebrały się obecnie pod Erzerum, to ją obliczają w ten sposób. Cała armia w. ks. Michała pod Karsem składała się z 2 dywizyj grenadjerów, 2 armejskich całych i większych części 21, 38 i 39 dywizji; nadto 3 batalionów strzelców, 3 pułków dragonów i kaukazkich kozaków. Razem armia ta liczyła 70 batalionów, 42 szwadrony i 200 dział. Cała ta siła po bitwie na Awliar-Aladży-Daghu podzieliła się na trzy części: 1) na korpus cernujący Kars pod dowództwem Lorys-Melikowa; składa się on z 1 dywizji grenadjerów, jednej (40) armejskiej, 40 oblężniczych i 100 polowych dział; 2) na korpus jenerała Lazarewa, składający się z 1 brygady piechoty, 2 pułków jazdy i kilku bateryj; i 3) na korpus Heimana, z reszty wojsk, tj. z dwóch dywizyj i kilku brygad piechoty, 3 batalionów strzelców, 3 pułków jazdy i do 70 dział. W Kieprikiej korpus ten połączył się z oddziałem Tergukasowa, liczącym conajmniej 20.000.

Cała tedy siła moskiewska skoncentrowana pod Erzerumem, przedstawiała 40 do 45 tysięcy, a Muktar basza miał najwyżej licząc, 40.000, bo chociaż armia jego, połączona z oddziałem Izmaiła baszy, tworzyła korpus o wiele liczniejszy, to jednak z korpusu tego oddzielone były 12.000 w doline Eufratu, a 7000 zostawało w Erzerum, nanie, że pod Plewną cisza panuje, i że Skobielew, zająwszy Zielony pagórek, spoczywa na nim na laurach.

Tymczasem z Bukaresztu półurzędownie codzień twierdzą, że Skobielew od 9. b. m., to jest od dnia, w którym przedsięwziął ową wyprawę na Zielony pagórek, uwieńczoną chwilowem powodzeniem, stacza ciągłe walki z Turkami i w walkach tych zajmuje coraz nowe pozycje na zachód od Radziszewa. Nie śmiemy twierdzić, ale przemilczeć też nie możemy, że w umyśle naszym powstaje nawet przypuszczenie, że to zajęcie przez Skobielewa pozycji na zachód od Radziszewa, a więc między Radziszewem a Widem, bodaj czy nie jest nawet wyparciem Skobielewa z jego własnych szańców i odrzuceniem go ku rzece Wid. Zestawiając w myśli wszystkie okoliczności, i urzędowe milczenie Moskali, i treść telegramów z Bukaresztu, i tę okoliczność, że ze strony tureckiej nie możemy mieć żadnych wiadomości, i wreszcie konfigurację terenu, przychodzimy mimowolnie do powyższego wniosku, — wniosku, który mieści w sobie przypuszczenie porządnej klęski, doznanej przez Skobielewa. Wniosku tego ani uzasadniać nie będziemy, ani też o niego spierać się nie mamy ochoty. Podajemy go jednak, opierając się na tem prawie, że skoro ograniczeni jesteśmy na otrzymywaniu wiadomości tylko z jednej nieprzyjacielskiej strony, (jak obecnie, tylko z moskiewskiej), to wszystko co w tych wiadomościach jest podejrzanem, tłómaczyć musimy na korzyść przeciwnej strony (jak w danym razie, na korzyść Turków).

---

## Kronika miejscowa i zamiejscowa.

*Lwów dnia 15. listopada.*

— Szpitalik dziecięcy pod nazwą „Św. Zofii". Szpitalik dla ubogich chorych dzieci założony został we Lwowie jeszcze w r. 1845 za staraniem Leona ks. Sapiehy i Jadwigi z Zamojskich ks. Sapieżyny. Początkowo polegał byt tego szpitala jedynie i wyłącznie na dobrowolnych ofiarach, składanych lub zbieranych przez członków Towarzystwa. Znane ze swej gotowości do ofiar dla dobra ludzkości ks. Leonowa Sapieżyna i śp. Honorata Borzęcka, chcąc się przyczynić do uposażenia tak dobroczynnej i zbawiennej instytucji, przeznaczyły na zakupno odpowiedniej realności na szpitalik dla ubogich chorych dzieci 12.000 zł. a bezpośredni zarząd szpitala i pielęgnowanie chorych dzieci, poruczyły Siostrom Opatrzności.

I gmina miasta Lwowa, uznając pożyteczność tej instytucji, przyczyniała się też nie mało do jej utrzymania, udzielając od roku do roku 775 złr. i 5 sągów drzewa. Wprawdzie subwencja ta nie była stałą, lecz reprezentacja miasta Lwowa uchwalała ją rok rocznie. Resztę wydatków na utrzymanie szpitala pokrywano dochodami z urządzanych loterji fantowych, tudzież z ofiar, zbieranych u osób prywatnych.

Temi funduszami pokrywano wszelkie potrzeby szpitala, z wyjątkiem obsługi lekarskiej, albowiem znany ze swej zacności dr. Seweryn Nowiński, sprawował czynności lekarza ordynującego przez 15 lat bezpłatnie, pomimo znacznej odległości szpitalika od miasta.

Powyższe źródła dochodu dostarczały jednak coraz mniejszego zasiłku, głównie z tego powodu, że szczególnie w ostatnich czasach bardzo wiele instytucyi z tych samych źródeł środki utrzymania swego czerpać usiłują. Gdy więc z biegiem czasu dobroczynność prywatna już nie wystarczała — a byt szpitala św. Zofii został zagrożony, zwrócono się w r. 1873 z prośbą do reprezentacji kraju o udzielenie Towarzystwu subwencji celem ocalenia bytu tej instytucji. Wysoki sejm udzielił szpitalikowi św. Zofii w r. 1874 zapomogi z funduszów krajowych 750 złr., która później do 1500 złr. podwyższoną została.

Ponieważ atoli dzisiejsze umieszczenie chorych nie odpowiada ani względom humanitarnym ani hygienicznym, zdecydowało się Towarzystwo opiekujące się szpitalikiem, na budowę nowego szpitala. Myśli tej przyklasnął tak Wydział krajowy jak i Reprezentacja miasta Lwowa; Wysoki sejm przyznał Towarzystwu na budowę 10.000 złr. bezpro-

pruskie, rosyjskie

Nr. 275. We Lwowie, Piątek dnia 30. Listopada 1877. Rok XVI.

Wychodzi codziennie o godzinie 4 po południu z wyjątkiem niedziel i dni świątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 4 złr. 50 cent.
miesięcznie . . . 1 „ 60 „
Za miejscowa „ . . . 2 „ — „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie: w państwie austrjackiem . 6 złr. — ct.; do Prus i Rzeszy niemieckiej . . . . . ; „ Francji . . . . . ; „ Belgji i Szwajcarji . . . . . ; „ Włoch, Turcji i knięt. Naddn. ; „ Serbji . . . . . po 7 złr. 50 cent.

Numer pojedynczy kosztuje 10 centów.

# GAZETA NARODOWA

**Przedpłatę i ogłoszenia przyjmuje:** We LWOWIE bióro administracji „Gazety Narodowej“ **Plac Halicki w pałacu W. Ulanieckich.** Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja pan **Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2.** prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 8. W FRANKFURCIE nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.

OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

## Od administracji.

**Prenumerata na miesiąc grudzień wynosi z przesyłką na prowincji 2 zł.**

**Prosimy o wczesne nadesłanie prenumeraty, gdyż w razie zwłoki nie odpowiadamy za nieregularną przesyłkę gazety.**

Lwów d. 29. listopada.

Przeszło pięć godzin toczyła się walka w przedlitawskiej Izbie posłów d. 27. b. m. nad kwestją wicegubernatorów banku. Herbst i minister skarbu działa najcięższego wagomiaru, najpalniejsze rakiety wypuszczali przeciw Giskrze i t. p., którzy żądali aby nie rząd, ale aby Rada jeneralna banku wybierała obu wiceprezydentów, we Wiedniu i Peszcie — tak samo walczył Giskra i jego towarzysze. A prawdę mówiąc, ta dwudniowa bitwa sensu niemiała, bo los jej zawisał od prostego pytania: po której stronie głosować będzie delegacja nasza. Nareszcie zażądał imiennego głosowania p. Coronini — i wynik był następujący: większością 25 głosów (144 przeciw 119) zwyciężył projekt rządowy — mianowania wicegubernatorów.

Jeżeli zważymy, że główna z poprawek, jakie do statutu bankowego stawiać ma delegacja nasza, tj. względem pomnożenia filij, już z samego początku rozprawy szczegółowej upadła; jeżeli zważymy, że do tego upadku wprost przyczynił się rząd przez usta ministra skarbu; jeżeli nadto zważymy, że sprawa wicegubernatorów była najważniejszą w całym statucie, bo odrzucenie wniosku rządowego mogło rozbić całą ugodę, i gabinet obecny wywrócić; że po jej załatwieniu wszystko rządowi pójdzie jak z płatka; że po głosowaniu nad tą sprawą na głosy polskie w całej odtąd ustawie bankowej nikt zważać nie będzie: — zważywszy to wszystko, nikt przecie nie może wątpić, że delegacja nasza w czambuł będzie głosowała za wnioskiem rządowym, i to z całym zapałem, w zupełnym ile możności komplecie. To też długo chwiała się szala, z trwogą nadsłuchiwano z ławy ministerjalnej — aż tu nadciągnęły zwarte szyki delegacji naszej, i 34 głosami swemi wywalczyły dla gabinetu Auersperg-Lasser większość 25 głosów — jak Blücher pod Watterloo, a królewicz następca pruski pod Sadową.

I tuż po tem głosowaniu, po tym czynie bohaterskim delegacji naszej taż sama delegacja przez usta p. Grocholskiego wniosła następującą interpelację, wywołaną postępowaniem wiedeńskiej dyrekcji policji z powodu uroczystości Mickiewiczowskiej, urządzanej przez Towarzystwo akademików polskich we Wiedniu „Ognisko“:

„1) Czy postępowanie c. k. wiedeńskiej dyrekcji policji doszło do wiadomości p. ministra spraw wewnętrznych?

„2) Czy zechce p. minister pouczyć należycie c. k. wiedeńską dyrekcję policji, aby się na przyszłość nie powtarzały podobne przykre wypadki, które polską młodzież akademicką wobec jej kolegów innych narodowości w fałszywej pozycji postawić, i naruszając polskie uczucie narodowe, nieodzownie wywołać muszą niesmak i wzburzenie?“

My nie otrzymaliśmy z Wiednia korespondencji; a korespondent *Czasu* nic nie donosi o powodach, które tę interpelację wywołały. Wiemy tylko, że na 26. b. m. „Ognisko“ jak każdego roku urządziło wieczór deklamacyjny, na którym także mieli się produkować sławni ziomkowie nasi: skrzypek Fryman i pianista Śmietański. Nadto wiemy, że za rządem głosowało 34 delegatów naszych, ale na powyższej interpelacji, jeżeli wierzyć mamy doniesieniu *Wiener Ztg.*, tylko 30 a z p. Grocholskim tylko 31 jest podpisanych. Posła Euzebiusza Czerkawskiego nie było na tem posiedzeniu.

---

Otrzymaliśmy następujące telegramy:

**Wiedeń** 28. listopada. Izba posłów. Przedlitawska deputacja regnikolarna przedkładając sprawozdanie swoje o zerwaniu rokowań z deputacją węgierską, oznajmiła zarazem, iż się rozwiązała.

W miejsce Smolki do wspólnych delegacji wybrany Jaworski. Potem przyjęto statut bankowy podług wniosków komisji aż do artykułu 55, wyjąwszy artykuł co do składania przysięgi przez gubernatorów i członków rady jeneralnej, który artykuł po przemówieniu ministra fianansów, przyjęto podług tekstu, uchwalonego już w parlamencie węgierskim.

**Wiedeń** d. 28. listopada. Komisja budżetowa przyjęła en bloc układ z Towarzystwem żeglugi Lloyda.

Węgierska deputacja regnikolarna jeszcze nie odbyła swego ostatniego posiedzenia, bo miejscem jej zebrania urzędowego jest Wiedeń; odbędzie je więc dopiero, kiedy zjedzie do Wiednia węgierska delegacja wspólna, której członkami są deputaci regnikolarni.

Sprawozdanie austrjackiej deputacji regnikolarnej zawiera tylko suchą treść protokołów posiedzeń i nuncja obopólne, i kończy tem, że przy braku już czasu nie mogąc dłużej zwlekać, przedkłada swoje sprawozdanie. Rząd przedlitawski nalegał, aby deputacja odłożyła to, aż się zbierze we Wiedniu deputacja węgierska, bo może jeszcze wtedy znajdzie się jaki wniosek pośredniczący. Czy jednak przestał nalegać, czyli deputacja przedlitawska stanowczo przy swojem nuncjum obstawała i sprawozdanie już teraz przedłożyła, choć deputacja węgierska za kilka dni do Wiednia przybędzie — tego dotąd nie wiemy.

Na posiedzeniu przedlitawskiej Izby posłów z d. 27. b. m. wniósł rząd następujące trzy projekta ustaw: o niedopuszczaniu i tępieniu zaraz na bydło; o szczegółowych przepisach w tej mierze; o obowiązku dezinfekcjonowania przy transportach bydła na kolejach żelaznych i okrętach.

---

*Pester Lloyd* podaje następujący, widocznie urzędowy telegram z Wiednia dnia 26. b. m.: „Wiadomość, jakoby nowy ambasador turecki we Wiedniu, Essad bej, upraszał o pośrednictwo, jest mylną. Urzędowe posłuchanie ambasadora u hr. Andrassego poczęło się i skończyło na przedstawieniu się Essada beja, przyczem tylko w ogóle rozmawiano o sytuacji, i Essad bej wynurzył pragnienie Porty rychłego zawarcia pokoju, ale pośrednictwa nie żądał.“ Ciekawą wiadomość podaje londyński *Morning-Advertiser* (ob. telegr. innych pism).

---

*Dziennik Poznański* pisze: Jak dobroczynnie wpływa na rozwój szkół w Księstwie system germanizacyjny, zaprowadzony w nich, najlepiej przekonywają cyfry. I tak gimnazjum św. Marji Magdaleny przed dwoma laty liczyło uczniów 660; dziś zaś liczy 420. Zmniejszenie zatem o 240 uczniów zawdzięcza gimnazjum to owemu pięknemu systemowi. Wartoby, żeby kulturtregerzy nad faktem tym się zastanowili, zwłaszcza, że i w innych gimnazjach cyfra uczniów od czasów owego systemu wciąż się zmniejsza. Zastanowiwszy się, może przyjdą wreszcie do przekonania, że system ten ani do kultury, ani, co gorsza, do światła i cywilizacji nie prowadzi.

Do sejmu pruskiego, jak donosi *Przyjaciel*, wysłano dwie petycje z Lubawskiego; jedną z Sumina, aby opiekunom wolno było przesyłać do sądu sprawozdania po polsku; drugą z Skarlina, aby w sprawach gminnych wolno było używać sołtysowi języka polskiego. W komisji petycyjnej rzeczonego sejmu obie petycje odrzucono; pierwszą dlatego, że nie dołączono do niej odpowiedzi sądu apelacyjnego, drugą, iż z żądaniem swem petenci ominęli ministra. Naturalnie, że petenci postąpią wedle wskazówek z komisji petycyjnej otrzymanych, i nie zaniechają starań swych o dozwolenie im używania języka polskiego.

W Przemencie założonem zostało d. 26. bm. Kółko włościańskie, do którego zapisało się zaraz 42 członków. Na zebraniu był obecnym patron M. Jackowski.

---

## Korespondencje „Gaz. Nar.“

**Lublin** d. 22. listopada.

(*K.*) List wysłany dnia 8. b. m. objaśniał w kilku szczegółach sprawę kolejowych wypadków, nie sięgając przecież do głównego ich źródła. Zarząd kolejowy przyparty do ściany przez opinię publiczną i gazety, następnie ogłosił, że wskutek stanowczego rozkazu z Petersburga, był zniewolony otworzyć ruch na kolei. Względy zaś na potrzeby wojenne wywierały na decydujące sfery petersburskie taki nacisk, iż wszelkie inne względy wydały się małoważnemi. Petersburg starannie podtrzymuje reputację swego powstania. Zbudowany na ofiarach ludzkich, każdym rozkazem wydziera ludzkości ofiary. Klątwa fatalności nad nim cięży.

Przyobiecane łaski carskie zaczynają się spełniać nad nami. Osoby zmuszone do dobrowolnych ofiar na rannych, rząd utytułował opiekunami szpitali wojskowych, a zapewne żaden hrabia galicyjski drożej nie opłacił tytułu, jak ci szpitalni opiekunowie opłacają swoje tytuły, niepożądane im bynajmniej. Trudno co przeciw temu poradzić; jest to pierwszy zadatek z nieprzebranej skarbnicy łask carskich. Pan Teofil G. fortunat loteryjny, handlarz dywanów i wydawca *Kurjera Lubelskiego* przygotowywał nas kroniczkami kurjerkowemi od dawna do tego szczęścia, i jemu to wdzięczność należy się niepodzielna za to, żeśmy poznali obowiązek moralny służenia sprawie słowiańskiej ostatnim groszem i koszulą. *Kurjerek* drukowanym bywa w drukarni gubernialnej — a wydawca rodem z pod Krakowa być musi, bo Kraków swojem zwykł nazywać miastem. Tłumaczy nam to nie jedno. Tłumaczy nam to korespondencje zagraniczne, które się niekiedy lubią przyplątać do *Kurjerka* z wiadomością: że „profesor-doktor-hrabia Stan. Tarnowski pod wzorowem kierownictwem swem itd. itd. zaszczepia prawdziwy zapał do nauki, i chroni często od fałszywych zachwytów i bezzasadnych uwielbiań.“

Szanowny korespondent wcale po szalonemu rozkracza się. Jednę nogę opiera o Lwów, drugą o Kraków i w tej postawie kolosu rodyjskiego pokazuje nam zdumionym koziczek skrzywiony.

Profesor-doktor-hrabia Tarnowski... Ależ mam paradny przyczynek w dalszem opowiadaniu o łaskach przez cara nam zgotowanych. — Stronę moralną przedstawię tylko odwrotnie. Podobieństwa łatwo się dopatrzyć będzie.

Nie mieliśmy dotąd wyobrażenia w Lublinie, jakie to są szarytki moskiewskie. Łaska carska oświeciła nas w tej mierze. Przysłano tu do dyspozycji gubernatorowej kilka okazów domorosłej moskiewskiej litości w postaci bab, których fizjognomii zdefiniować nie podjąłby się i najbieglejszy fizjolog. Nie będę się także silił na to. Prezydująca w komitecie ceniąc ich chętne poświęcenie publiczne a niezapomniawszy także o zdolnościach wrodzonych, powierza im puszki blaszane do zbierania składek po mieście, ale powierza w sposób zupełnie moskiewski.

Akt też to niezmiernie rozrzewniający i uroczysty — a świadczy o zaufaniu, na jakie sobie te siostrzyczki zasłużyły. Puszkę w kształcie skrzynki, zawiesza się im na szelkach, noszonych jak stuła, oprócz tego przeciąga się pasek przez uszka, umyślnie do tylnich ścian skarbonki przynitowane. Pasek ściągnięty zostaje w stanie i zamknięty kłódką na plecach. Tak ubezpieczone miłosierdzie jeszcze nie przedstawia rękojmi dostatecznej przeciw pokusie. Moskale znają siebie. Prowadzą zatem szarytki do cerkwi, gdzie przed ewangielią każda przysięgać musi, że nigdy ręką nie sięgnie po ofiarny pieniądz. Pop objaśnia im, że to znaczy: iż ani do ręki brać nie należy pieniędzy, ani też z puszki nic ukraść nie wolno. Szarytki wykonują przysięgę i rozbiegają się następnie po mieście kwestując.

---

## Sprawa kościańska w sejmie pruskim.

W dziejach rozbójnictwa pruskiego, w dziejach tak zwanej kultury niemieckiej i w dziejach męczeństw i bojów polskich pamiętnem pozostanie posiedzenie sejmu pruskiego z d. 23. bm., (cały jego przebieg dopiero wczoraj przyniosły nam dzienniki wielkopolskie), a mianowicie rozprawa nad wiadomą nam, bo dosłownie podaną interpelacją posła, ks. dr. Stablewskiego w sprawie kościańskiej — począwszy od prawdziwie demostenesowskiej mowy interpelanta aż do luźnych strzałów karabinowych między pp. Windhorstem z Meppen a Gneistem, któremi się ta bitwa parlamentarna skończyła.

Powiedzieliśmy już wczoraj, że natychmiastowego, materjalnego skutku bitwa ta nie odniosła, ale że zrobiła przełom moralny; tego i ultra-kulturkampfiści nie zaprzeczą. Nawet protestanci przyznali, że tak nadal z katolikami postępować się nie godzi, a p. Gneist to samo przyznając, żądał postawienia wniosku.

W dniu właśnie dzisiejszym jednak z całej tej bitwy przytoczyć musimy jako fakt najważniejszy — zakończenie mowy posła Schorlemera z Alst:

„Nakoniec pozwólcie mi panowie jeszcze jedno powiedzieć. Nie da się zaprzeczyć, że środki te i ustawy majowe głównie w w. ks. Poznańskiem z nadzwyczajną surowością bywają wykonywane i nie mogę tego pojąć, że taki szlachetny naród, jakim jest naród Polski, tak bezustannie bywa poniewierany, jak się to u nas dzieje. Moi pp., cóż to Polakom zarzucić można? Szczerze są przywiązani do wiary swojej, pragną zachować swój język i spodziewają się, że przyjdzie kiedyś chwila, w której byt polityczny ich Ojczyzny znowu przywróconym zostanie. To są wszystkie zbrodnie, jakie im zarzucają i jakie im w ogóle zarzucić można, za to bywają na wszelki możliwy sposób poniewierani! Przypomnijmy sobie — a ja przypominam sobie bardzo dobrze, co mi mój ojciec z owych czasów opowiadał, kiedy dzielnica, w której się urodziłem, znajdowała się pod panowaniem Nadreńskiego Związku, a właściwie pod panowaniem francuskiem — przypomnijmy sobie, jak lud nasz w tugendbundach i tajnych związkach wszystko robił, aby się z pod tego panowania uwolnić, a z czynów przodków moich już w młodości mojej czerpałem zapał i uniesienie dla mej ojczyzny. U Polaków nie istnieją tajne związki, Polacy chcą tylko zachować wiarę swoję, język swój i nadzieję lepszej przyszłości. A to trzeba narodowi polskiemu przyznać, że wtenczas, kiedyśmy jeszcze jęczeli pod jarzmem despotyzmu, Polska wtenczas w wieku zeszłym chciała sobie nadać konstytucję, którą dziś jeszcze za wzorową uważać można. Usiłowania te rozbiły się, ponieważ zawiść postronnych państw pozazdrościła Polsce błogich owoców tych usiłowań, (bardzo dobrze!), ponieważ wolano Polską się podzielić, niż pozwolić jej wyrość na wolne państwo. Po tem wszystkiem mogę tylko ubolewać nad tem, jak sobie postąpiono z polskim narodem, a mianowicie z tą biedną parafią kościańską. Jestto hańbą i sromotą naszej Ojczyzny!“ (Brawo!)

Prezydent Benningsen zganił ostatnie słowa mowcy, jako nieparlamentarne.

---

Mowa posła, ks. dr. Stablewskiego brzmi:

Panowie! Epizod walki kulturnej, który panom teraz opisać zamierzam, powinien was nieco zająć, bo chodzi tu o jedno z waszych duchowych dzieci. Panowie macie się teraz przekonać, jakiej formy nabierają w życiu prawa, które tu ujrzały światło dzienne, do jakich konsekwencyj, do jakich surowości — chąc uniknąć niemiłego tak dla nieobecnego tu niestety ministra wyznań słowa „okrucieństwo“ — one prowadzą, jeżeli do wykonywania ich przyłączają się ludzkie namiętności i bezwzględność. Ponieważ p. minister wyznań jest nieobecnym, przeto nie będę w nieobecności jego rozbierał pytania, jaki stan w ogóle stworzono w całem państwie pruskiem przez dalsze utrzymanie ustaw majowych, oraz pytania, jakie rezultaty może dotąd zapisać walka kulturna? Odpowiedź na te pytania pozostawiając tym mężom stanu, którzy mają jasny pogląd na życie, wchodzę zaraz *in medias res*, i przystępuję do postępowania król. władz u nas w w. ks. Poznańskiem przy wprowadzaniu w urzędowanie tak zwanych proboszczów państwowych, oraz do obchodzenia się władz z gminami, nawidzonymi przez takich proboszczów.

W w. ks. Poznańskiem jest obecnie dziesięciu proboszczów państwowych, a z jakie 800 duchownych, wiernych katolickiemu kościołowi, w całem zaś państwie Pruskiem około 30 księży państwowych naprzeciw 10.000. Liczby te byłyby same już dość wymownemi do wykazania zupełnego niepowodzenia tego prawa walki kulturnej, bo przy wnoszeniu go sądzono na pewne, że tysiące duchownych rzuci się w objęcia państwa. Nadzieja ta opierała się na zupełnej nieznajomości stosunków, stanowiska i charakteru katolickiego kapłana (Bardzo słusznie! w centrum), bo katolicki kapłan nie mógł z moralnego względu tego uczynić — skoro wie, że przez przyjęcie kościelnego urzędu bez pozwolenia kościoła *ipso facto* wykluczonym jest z kościoła, i traci beneficjum, skoro wie, że wszelkie jego dalsze czynności duchowne w parafii są świętokradzkiemi wedle nauki kościoła, a inne nadto nieważnemi, przezco staje się tylko grozą dla swej gminy, skoro wie, że przez przysięgę, złożoną swej duchownej władzy, obowiązanym jest do posłuszeństwa wobec niej!

Panowie powiecie może, że duchowny obowiązanym jest także do posłuszeństwa wobec państwa! Panowie powiecie może, że przy kolizji obowiązków posłuszeństwo dla państwa idzie przed innemi! Gdzież przecież, panowie, była mowa o kolizji obowiązków przy obejmowaniu probostwa? Czyż państwo przez swe prawodawstwo chciało przymusić kogoś do objęcia probostwa? Jest to przeto tylko dobrowolne opuszczanie sztandaru, dobrowolne krzywoprzysięstwo, które otwiera bramy do probostwa państwowego — i dlatego tak małą jest liczba probszczy państwowych! Prawo jest i musi być wykonanem, i muszę tu ku chlubie panów powiedzieć, że nawet protestanccy patronowie kościoła niechętnie przykładają się do wykonania tego prawa, i robią z niego użytek. Państwo przecież nie ma ani serca, ani uczucia, i nie potrzebuje się niemi powodować. Naczelny prezes może zrobić użytek z przysługującego mu prawa patronatu, ale wiązany jest przytem pewnemi prawnemi zastrzeżeniami. §. 325 część II. tyt. 11. powszechnego prawa krajowego orzeka: „Indywiduum, żyjące w sporze lub nieprzyjaźni z gminą, albo przeciw którego zasadom lub moralnemu prowadzeniu się ma gmina znaczne zarzuty, nie może jej być narzuconem na proboszcza.“ (Słuchajcie! Słuchajcie! w centrum.)

Panowie! Jest to prawne orzeczenie, że nikt nie ma być narzuconym. Naczelny prezes powinien wedle wyraźnego brzmienia prawa zważać na to, aby kandydaci na probostwa państwowe posiadali przynajmniej te prawem przepisane warunki. Czyż dzieje się tak? Panowie! Powiem otwarcie: jeżeli radość z nieszczęścia drugiego jest moralnie dozwolonem uczuciem, to moglibyśmy się wielce cieszyć z proboszczów państwowych dotąd pozyskanych przez państwo, gdyż przy bliższem przypatrzeniu się im, przypomniałaby się istotnie znana czereda rekrutów Fallstaffa. Panowie! Nie miłą byłoby dla mnie rzeczą, gdybym przez wasze protesta zmuszonym był do udowadniania tu w Izbie mych twierdzeń, chociaż mam je pod ręką; to jednak muszę powiedzieć ku chlubie p. naczelnego prezesa, że nie myślę, aby był zrobił kiedykolwiek użytek z tego prawa, gdyby się był przekonał o odnośnych osobistościach z akt osobistych, którychby p. Massenbach był mu chętnie dostarczył. Jestem mocno przekonany, że gdyby p. naczelny prezes raz jedyny tylko przejrzał n. p. akta osobiste p. Brenka i poznał powody usunięcia go z probostwa w Łobżenicy, gdyby był wiedział, dla jakich powodów musiał pomieniony pan pokutować przez dłuższy czas w duchownym zakładzie karnym, byłby się pewno dobrze namyślił, zanimby był go i innych panów a mianowicie tego pana wybrał na przodownika pomiędzy proboszczami państwowymi. (Bardzo dobrze! w centrum). Powiadam to ku obronie czci p. naczelnego prezesa. Pan naczelny prezes był wedle prawa obowiązanym do zadośćuczynienia gminom, ma obowiązek przekonania się z jakiem uczuciem przyjęła gmina narzuconego jej proboszcza, czy posiada chociaż jednę tylko oddaną sobie duszę w gminie, czy gmina cała się go nie wypiera. Prawo krajowe przewidziało ten przypadek i zdrowy rozum potwierdza ten przepis prawa krajowego a do duszpasterstwa stosuje się zasada: *beneficia non obtrudantur!* Piecza duchowna nie jest przecież żadnym urzędem katowskim! Piecza duchowna ma wprowadzić do gminy pociechę, błogosławieństwo i pokój a nie coś wręcz przeciwnego.

Panowie! Z jednego, jedynego tylko przypadku przekonacie się teraz — a jedyny ten przypadek powtarzał się wszędzie z pewnemi małemi modyfikacjami — jaką niedolę i nieszczęście sprowadziło na gminy narzucenie im państwowych proboszczów. Jest to już samo przez się charakterystycznem znamieniem tych panów, że czas wprowadzenia ich w urzędowanie trzymano w jak najściślejszej tajemnicy. Na kilka godzin przed aktem wprowadzenia ukazują się najpierw w mieście wszyscy żandarmi z powiatu, (Słuchajcie! Słuchajcie!), tajni policjanci z Poznania, słudzy policyjni i dozór kościelny bywa spiesznie powoływanym. Zbiera on się na miejsce, przedstawiają mu proboszcza, dozór kościelny protestuje wszędzie jednogłośnie przeciw wprowadzeniu w urzędowanie proboszcza państwowego, jak to miało miejsce także w Kościanie; nie chce wydać kluczy kościelnych. Mimo to wszystko akt wprowadzenia w urzędowanie proboszcza odbywa się. Gmina zbiera się w około kościoła, tworząc niejako z serc swych mur około swej świętości. Do kościoła przybliża się wysłannik pokoju otoczony tłumem żandarmów i sług policyjnych, obok wysłannika pokoju postępuje radzca ziemiański. Ślusarz musi drzwi kościoła wyłamać. W Kościanie w kościele parafialnym zaszedł nawet ten przypadek, że użyto ku temu więźnia (Słuchajcie! Słuchajcie!), bo nie można było znaleźć żadnego ślusarza do wyłamania drzwi kościelnych. Gmina otacza kościół, którego drzwi wyłamane padają a w tej samej chwili rozlega się serca rozdzierający krzyk parafian. Gmina czuje bowiem dobrze, co czeka jej świętość.

Opiekun duchowny jest więc wprowadzonym w urzędowanie, lecz gmina pozostaje osierociałą. Chorych trzeba na wozach wieźć o kilka mil od parafii, aby mogli otrzymać pociechy religijne i wiatyk w godzinie śmierci; dzieci trzeba wieźć po kilka mil wśród śniegu i słoty do chrztu, a na plebanii — nikt się nie troszczy o łzy i niedolę ludu. Opiekun duchowny, jak to miało miejsce w Kościanie, gminie mającej 9.000 dusz, po wielkich wysileniach władzy, nie doprowadzi nawet do sławnej liczby siedmiu Szwabów. (Słuchajcie! Słuchajcie!) Tak, panowie, piecza jego duchowna sprawia mu wiele kłopotu wprawdzie, lecz tylko piśmiennego, bo ogranicza się jedynie na setkach procesów z członkami gminy z powodu niezapłaconych *jura stolae* w tych przypadkach, w których dzieci swe chrzcić kazali w ednej z sąsiednich parafii. Panowie! Wszystko to działo się nie w Azji ani nie w Bułgarji, ale w państwie Pruskiem — w epoce kultury (Bardzo dobrze!!

Panowie! Zwracam się teraz do tej tu strony Izby (lewicy). Cóżbyście na to powiedzieli, gdyby za ministerstwa Mühlera do gminy, należącej do stowarzyszenia protestanckiego, wprowadzono protestanckiego prawowiernego proboszcza, tak np. z doliny Wupper, za pomocą żandarmów? Sądzę, panowie, że zmarły minister byłby się wstydził tego. (Bardzo dobrze!)

Jakiż tedy jest skutek wprowadzenia przez państwo proboszczów do gmin? Otóż poczucie kościelne rośnie z dniem każdym, oraz wytrwałość gmin. Czyż to może owoc ultramontańskiej propagandy lub podburzania ludu? (Tak!) Twierdzącemu coś podobnego muszę odpowiedzieć, że jest to rezultat, którego ludzka mądrość powinna się była spodziewać i starać się uniknąć. Jest to naturalne następstwo, płynące z danej przyczyny. Kto tego nie zna, panowie, ten nie zna w ogóle natury i działalności kościoła. W maszynie państwowej są przecież organa, które tak samo mogą działać skutecznie, jeżeli się ich obawia a nie miłuje. Radzca ziemiański, policja mogą spełniać dobrze swe obowiązki bez względu na to, czy opinia publiczna jest za niemi lub nie, ale kościół jest tylko dla celów moralnych, ma właśnie panować w sercach ludzi i pobudzać ich do dobrego. Proboszcza, panowie, opiekuna duchownego narzucać gminie za pomocą żandarmów jest rzeczą złą i bezużyteczną. Jest błędem ze strony rządu wprowadzanie w gwałtowny sposób opiekunów duchownych, rozkwaterowanie ich jak żołnierzy w czasie wojny i grożenie gminie wojskami egzekucyjnemi, jak to miało miejsce w Kościanie.

Panowie powiecie: „Zaczekamy, aż lud uzna państwowego proboszcza, i czas ten nadejdzie!“ Panowie! Gdyście wnosili to prawo, było to zupełnie naturalną rzeczą, ale po 6 latach, gdyśmy się przekonali, że państwowi proboszczowie są wszędzie opiekunami duchownymi bez owieczek, że są na pensji państwa i w wojnie z gminami, że grynderstwo to poniosło zupełne bankructwo w skutek cichego, powszechnego strejku ludu, w skutek strejku zupełnie uzasadnionego, bo proboszczowie ci są w sprzeczności z religijnemi zasadami gmin — to po takich doświadczeniach nie powinno się zaprawdę postępować dalej tą drogą. Dla powagi państwa jest to rzeczą nader niebezpieczną, skoro prawa jego pozostają tylko prawodawczemi monologami i nie mogą osiągnąć zamierzonego celu. Pytam wreszcie panów, czy, jeżeli rząd spekulował na to, iż gminy w braku pieczy duchownej zwrócą się ostatecznie do proboszczów państwowych — środek taki byłby moralnym? Królewskie władze u nas wychodzą nadto po za granice zakreślone prawem, i jeżeli przypatrzę się postępowaniu władz, to muszę deputowanemu Wittowi przyznać słuszność, że polskie prowincje tak są traktowane, jak gdyby najniezręczniejsi urzędnicy byli dla nas dość dobrymi. (Bardzo słusznie! w centrum.)

Wyjaśnię teraz panom, jak w Kościanie wywołano sztucznie ucisk. Przy parafialnym kościele jest tam 3 księży, proboszcz i 2 mansjonarzy. Celem utorowania drogi proboszczowi wytoczono mansjonarzom proces z powodu nieprawnych, bo bez pozwolenia proboszcza wykonywanych czynności duchownych. Mansyonarzy wypędzono naturalnie natychmiast z prowincji. Na termin pierwszej instancji zawezwano na świadka i jako znawcę p. Brenka i przedłożono mu statut dyecezjalny, aby zaświadczył, czy mansyonarjusze mogą sprawować czynności duchowne bez jego pozwolenia. P. Brenk oświadczył, że wedle statutu dyecezjalnego nie mają do tego żadnego prawa, i poprzysiągł swoje zeznanie. Mam przed sobą wyrok sądu kościańskiego i sądu apelacyjnego, który to ostatni powiada, że w statucie dyecezjalnym, o którym p. Brenk zdawał

opinię, znajdują się miejsca, s p r z e c i w i a j ą c e s i ę w r ę c z zeznaniom p. Brenka. (Słuchajcie! Słuchajcie!) Nie dziwię się też wcale, że w czasie terminu mówiono głośno o tem, iż gdyby ktoś inny dopuścił się był tego, co p. Brenk, natychmiast byłby oskarżonym o krzywoprzysięstwo. Jest to materjał dla prokuratorów. Mansjonarjuszy uwolniono w pierwszej instancji właśnie na podstawie tego statutu dyecezjalnego, w drugiej instancji uwolniono ich także, mimo to znajdują się ciągle jeszcze na wygnaniu. Sprawa ta toczy się już od 5 miesięcy w najwyższym trybunale i nie ulega żadnej wątpliwości, że i przezeń będą uwolnionymi. Już przeszło od roku znajdują się na wygnaniu — wydalono ich z prawej sfery działania i tułać się muszą bez żadnych środków utrzymania. P. minister wyznań zechce ich może jeszcze internować, co w ostatnim czasie chętnie robił, i jak słyszę, ma być ku temu celowi przysposabianą nowa pruska Cayenna na półwyspie Zingst na morzu Bałtyckiem. Dzienniki przyniosły tę wiadomość i nikt jej nie zaprzeczył, że ks. Ruszkiewicz ma być internowanym w Zingst. Prosiłbym, aby dla deportowanych katolickich duchownych miano przynajmniej te same względy, co rząd francuski dla deportowanych komunistów, gdyż pozbawionych wszelkich środków utrzymania, wysadzają ich na ulice w zupełnie protestanckich miastach i nikt o ich utrzymanie się nie troszczy, jak to spotkało np. wikarjusza Bąka w Torgawie.

Panowie! Gwałt zadany sumieniu nie doprowadził do celu. Gdyby lud był podburzany i dał się popchnąć do czynów gwałtu, gdyby wielu musiało znosić ciężkie kary więzienne, możeby inni dali się odstraszyć. Czy władze tak rozumowały, nie wiem, ale nie mogę zaprzeczyć temu, że postępowanie władz miało ten pozór. Jednego ze znanych mansjonarjuszy kościańskich chwytają w powiecie w miejscu, w którem nie mając środków utrzymania, szukał w czasie swej jednorocznej banicji przytułku, transportują go w ostentacyjny sposób do wzburzonego miasta Kościana, wloką go od więzienia do więzienia; z miasta ponownie chcą go wydalić a spokojni ludzie przybywają do radzcy ziemiańskiego i proszą go, aby nie robił tego w tak ostentacyjny sposób, radzca ziemiański odpowiada im na to: „N i e c h a j k r e w p ł y n i e!“ Radzca ziemiański powiatu kościańskiego zdaje się być wielce wojowniczego usposobienia (głosy: Jak się nazywa?)— Delsa zowie się ten pan. Krew wprawdzie nie popłynęła, członkowie gminy rzucali tylko kwiaty pod nogi swego ukochanego kapłana, ale wielu z nich dla zbyt głośnego występowania aresztowano i skazano na kilkumiesięczne więzienie. (D. c. n.)

## Z teatru wojny.

### Czarnogórski teatr wojny.

Cała południowo-zachodnia część Albanii od Skodarskiego jeziora aż do brzegu Adrjatyckiego morza, znajduje się w rękach Czarnogórców z wyjątkiem miasta Skodar i kilku blokhauzów. Dzisiejszy telegram *Pol. Corr.* donosi, że wojska ks. Nikity zajęły już nawet port Dulcigno, tj. krańcowy nadbrzeżny punkt w tej części Albanii, *Presse* zaś otrzymuje wiadomość, że w zdobywczym zapędzie ks. Nikita wcale nie myśli zadowolnić się zawojowaniem tego kraju, lecz zamierza przenieść teatr swych militarnych operacyj na lewy brzeg rzeki Bojany.

Ta łatwość w zdobywaniu albańskich miasteczek nie da się, naszem zdaniem, wytłumaczyć samym tylko brakiem wojsk ottomańskich; gdyby miejscowa ludność chciała na serjo oprzeć się czarnogórskim wojskom, to snadno mogłaby tego dokonać, bo górzysta miejscowość bardzo ułatwia prowadzenie tyralierskiej wojny. Zapewne więc jest w tem wiele prawdy, że katolickie plemiona Albanii sympatycznie spotykają Czarnogórców. Naturalnie, że jeśli owa sympatja istnieje, to nie jest bynajmniej uczuciem szczerem, opartem na wspólności zamiarów i dążeń. Wiadomo przecież, że od stu lat między Albańczykami a Czarnogórcami tkwi głęboko zakorzeniona nienawiść za klęskę, zadaną przez Czarnogórców w Biełopawłowiczowskim wąwozie połączonej albańsko-tureckiej armii. Ze wszystkich albańskich pieśni tchnie ta do Czarnogóry nienawiść i żądza zemsty. Trudno przypuszczać, żeby tak długo żywione uczucie nagle i bez wszelkich przyczyn zmieniło swój kierunek, z nienawiści miłością się stało.

Sympatja Albańczyków do Czarnogórców jest niewątpliwie wynikiem konszachtów, prowadzonych za plecami Turcji między ks. Nikitą a naczelnikiem Mirydytów. O konszachtach tych *Fremdenblatt* umieścił był obszerny artykuł, napisany widocznie przez osobę fachową, należącą lub też mającą styczność z dyplomatami. Artykuł ten podajemy w streszczeniu:

„Albańskie szczepy oddawna odznaczają się straszną do Czarnogórców nienawiścią i przy każdej sposobności uczucie to popychało je do aljansów z Turkami przeciw władzcom Czarnych Gór, którzy wszelkiemi siłami starali się zatrzeć tę rodową nienawiść, bo już oddawna nie spuszczali oka z Albanji, jako kraju, który posiadać byłoby bardzo dobrze. Ale wszystkie owe starcia były zupełnie bezskuteczne i jeszcze poprzednik ks. Nikity, książę Daniło, zrobił niepryjemne doświadczenie z siłą albańskiego oręża, kiedy ówczesny książę Mirydytów, Bib-Doda, połączywszy się z Omerem baszą zadał Czarnogórcom straszną klęskę.

Ale z początkiem wojny wschodniej zupełnie inny zapanował stosunek między powaśnionymi sąsiadami. Księciu Nikicie udało się urządzić, że gdy urodził się mu syn, Albańczycy wysłali do Cetyni deputację, którą przyjęto z ogromnemi honorami i na każdym kroku okazywano jej, że Czarnogórcy żywią najserdeczniejszą dla Albańczyków życzliwość. Deputacja wróciła do domu w najlepszem dla Czarnogórców usposobieniu. Był to pierwszy krok do zbliżenia się; następnie ks. Nikita rozesłał po Albanji mnóstwo emigrantów, którzy propagowali niezawisłość od Turcji. W kraju powstały pewne niepokoje i rząd turecki energicznie wziął się do uspokojenia ludności. Rozciągnięto kordon wojskowy, wzmocniono w pogranicznych blokhauzach załogi i w Stambule internowano księcia Prenka, młodego naczelnika Mirydytów. Wszystkie te zarządzenia Turcji srodze ubodły Mirydytów i zbliżyły ich do Czarnogórców. Wprawdzie Porta wkrótce się ocknęła, wypuściła Prenka na wolność, zaczęła Mirydytom okazywać mnóstwo grzecznostek, ale było już za późno.

W tym samym czasie (w zeszłym roku) Czarnogórcy wkroczyli na albańskie terytorjum i postępowaniem swojem, nadzwyczaj oględnem, jeszcze bardziej wzmocnili nawiązaną nić przyjaźnych stosunków. Przytem to ich do Albanii wkroczenie pośrednio przyczyniło się do wzmocnienia stanowiska Mirydytów względem Porty, bo ówczesny turecki wódz Derwisz basza, obawiając się o swoje tyły, musiał z Prenkiem wchodzić w układy i przyrzekać koncesje. Od tej chwili Mirydyci dostrzegli, że przy pewnych warunkach kooperacja ich z Czarnogórcami bądź na polu dyplomatycznem, bądź też z orężem w ręku, może być bardzo korzystną i oto nastąpiło ostateczne zbliżenie między wrogiemi sobie dotąd szczepami.“

Z tego artykułu wynika, że Mirydyci, kooperując z Czarnogórcami, myślą naturalnie o własnej niepodległości, co bynajmniej nie wchodzi w plany księcia Nikity, który dąży do utworzenia dużego państwa wzdłuż wschodniego brzegu Adrjatyckiego morza. Ta różnica w ostatecznej perspektywie, do której dążą Nikita i Prenk, snadno może zniszczyć ich przyjaźń i na nowo obudzić dawną nienawiść, skoro tylko Mirydyci poznają cele księcia Czarnogóry.

### Naddunajski teatr wojny.

Wczoraj opisaliśmy przebieg operacyj moskiewskich u podnóża Etropolskich Bałkanów od zeszłej środy do zeszłej soboty (od 21. do 24. b. m.), opierając się na urzędowych moskiewskich raportach. Od tego dnia raporta moskiewskie nic już nie wspominają o tem co się dzieje pod Orhanie i Etropolem, a natomiast *per longum et latum* prawią nam o wypadkach w Dobruczy, niemających absolutnie żadnego znaczenia, i o wypadkach nad Łomem, mających wprawdzie znaczenie nieco większe, ale przecież nie takie, żeby mogły interesować kogokolwiek w chwili, gdy już jeżeli nie losy wojny to co najmniej losy tegorocznej kampanii rozstrzygają się na małym skrawku Bułgarji, dokoła Plewny i pomiędzy Iskrem a Widem. Sulejman basza raczy wybaczyć, że tak mało wagi przypisujemy jego operacjom, ale dopóki on nie przekroczy po za sferę swych ciągłych rekonesansów i dopóki z rekonesansów tych nie wyłoni się jakakolwiek akcja na wielką skalę, dorównywająca rozmiarami tym operacjom, jakie przeprowadził Mehemet Ali w sierpniu nad Łomem, dopóty też i my rekonesansom tym większej wartości dawać nie możemy, po nad prostą rekonesansową wartość. Bo pomijając już wszelkie inne względy, sami Moskale uprawniają nas do tego wniosku. Dopóki oni nie widzą grozy i niebezpieczeństwa w operacjach Sulejmana, dopóty i my nic więcej dostrzegać w nich nie mamy potrzeby a może i prawa, jakkolwiek ani na chwilę nie zapominamy o tem, że energiczna akcja Sulejmana byłaby na mocy derywacji znakomicie wpłynęła na bieg wypadków pod Plewną.

Brak raportów moskiewskich z podnóża Etropolskich Bałkanów od soboty dwojako można tłómaczyć: albo że nic nowego nie zaszło i nieprzyjaciele stoją jeszcze dotąd na tych samych miejscach, na których ich pożegnało w sobotę wieczór zachodzące słońce; albo też, że od soboty Moskalom poczęło się niepowodzić. W żadnym zaś razie nie odnieśli oni jakiego sukcesu, bo byliby niewątpliwie donieśli chociażby o najmniejszym. Z tego też względu śmiemy utrzymywać, że wąwóz Baba Konak, jakoteż wąwozy Slatica, Araba Konak, które z Orhanie prowadzą przez Etropolskie Bałkany, znajdują się dotąd w ręku tureckim. Moskale ciężki będą mieli orzech do zgryzienia, zanim wąwozy te zdobędą, zwłaszcza że i serbska współakcja niewiele im pomoże w tej operacji szczękowej.

O tej serbskiej współakcji pomówić cokolwiek musimy, tem bardziej że publiczność zdaniem naszem niezasłużoną przypisuje jej wagę. Skonstatujemy najpierw stan rzeczy. Owóż według depeszy nadesłanej wczoraj z Belgradu do *Pol. Corr.*, serbska główna kwatera razem ze swym ornamentem, ks. Milanem, ma się przenieść 7. grudnia do Paraczynu, a d. 12. grudnia czyli w dzień św. Andrzeja Serbja ma proklamować swą niepodległość i równocześnie wypowiedzieć wojnę Turcji.

Przypuśćmy, że tak rzeczywiście będzie, i że te serbskie szumne zapowiedzi nie mają wcale na celu wydobycia od Moskwy czwartej raty subsydjów. W takim razie 40-tysięczna armia serbska wejdzie w akcję. Owóż teraz pytanie: w jaki sposób te 40 tysięcy milicji rozgrupować się będą musiały? Bo jeżeli całe przekroczą granicę pomiędzy Pondiralo a Aleksinaczem, w takim razie będą naprawdę mogły zaszachować Mehemeta Alego. Ale czyż to jest możebne? Na zachodniej granicy Serbii wzdłuż rzeki Driny, oparty o Tuzlę i Bielinę, stoi Fazli Raszyd basza z korpusem, wynoszącym 15 do 20 tysięcy. Drina i po obu jej brzegach ciągnące się moczary aż do rzeki Sawy wobec zbliżającej się zimy, kiedy się pokryją lodem, nie będą mu żadnej stawiały przeszkody taktycznej do przekroczenia granicy i zajęcia Szabacu, zkąd już tylko pięć dni drogi będą go od Belgradu dzieliły. Prosta więc rzecz, że na taką ewentualność, na zajęcie stolicy swej przez Turków, Serbowie wystawić się nie mogą. A chcąc jej zapobiedz, będą musieli chociażby 15 tysięcy zostawić nad Driną. Tym sposobem pozostanie im już tylko 25 tysięcy do rozporządzenia.

Ale i całej tej ilości przeciw Mehemetowi Alemu użyć nie mogą. Na wschodniej swej granicy mają Serbowie dwie twierdze tureckie, jednę imponującą i pierwszorzędnej siły, Widdyń, drugą mniejszą ale zawsze dość niebezpieczną, Belgradczyk. W Widdyniu jest obecnie 6000 załogi, w Belgradczyku około 2000. W obec tych wojsk tureckich, przezorność nakazywać będzie Serbom pozostawienie mniej więcej 10tysięcznego korpusu wzdłuż Timoku.

Zostanie tedy 15 do 20 tysięcy milicji, których w najlepszym razie użyć będzie można do zaszachowania lewego skrzydła Mehemeta Alego. Niezaprzeczenie, że Mehemet Ali mógłby o wiele swobodniej się ruszać, gdyby był zupełnie od strony Serbji bezpiecznym. Ale żeby znowu miał tak bardzo obawiać się tych 20 tysięcy milicji serbskiej; żeby akcja jego miała być w skutek tego zupełnie sparaliżowaną, tego przecież wcale przypuścić niepodobna. Trzeba bowiem pamiętać, że Mehemet Ali rozporządza dość imponującą siłą. Według raportu korespondenta jednego z niemieckich dzienników, przebywającego w Sofji (raport ten podajemy poniżej) armja Mehemeta Alego wynosi obecnie 80 bataljonów piechoty, 9 szwadronów kawalerji, 150 dział, 400 baszybożuków konnych i 250 Czerkiesów, co razem tworzy blisko 60 tysięcy wojska. Z tą siłą Mehemet Ali stawić będzie musiał czoło 20 tysiącom Serbów i 30 tysiącom Moskali. A nim Serbowie wejdą w akcję, zajmie on prawdopodobnie Berkowacz i oparty o niego, posunie się ku Wraczy i opanuje rzekę Iskier. Gdy to zaś nastąpi i gdy nad Iskrem przygotuje Mehemet Ali pozycję dla Osmana, wtedy ten ostatni będzie mógł śmiało opuścić Plewnę.

---

Raport jednego z korespondentów o sile armii Mehemeta Alego:

„Dnia 3. listopada, gdy Mehemet Ali basza do Sofili przybył, załoga tameczna składała się z 6 batalionów pod dowództwem Izzeta baszy. Dnia 5. listopada wzmocniono tę załogę oddziałami, cofającemi się z Berkowaczu, Wraczy, Tetewena i z Hodża-Bałkanów; w oddziałach tych było razem 9 batalionów. W następnych dwóch dniach przybyły w pospiesznych marszach na Czaribrod garnizony z Pirotu, Palanki, Babina-Glawy, dalej 4 bataliony z Niszu, 2 z Urkibu i Kurszumli. Równocześnie z Tatar-Bazarczyku przybyło do Sofii 12 umundurowanych syryjskich batalionów, tak, że dnia 11. listopada przed południem na przeglądzie wojsk między Alcali a Sofią defilowało przed marszałkiem 36 batalionów, 6 szwadronów i 36 armat.

„Dnia 13. listopada, na dzień przed powrotem Mehemeta Alego z Pirotu przybyło do Sofii z Nowego Bazaru czoło drugiej dywizji bośniackiej pod dowództem Hafiza baszy; oddział ten składał się z 1 batalionu strzelców, 4 batalionów granicznych, 8 taborów redyfów i mustahafizów, połowy pułku kawalerji liniowej, 400 konnych baszybożuków, 250 Czerkiesów, 4 lekkich bateryj polowych i 2 armat górskich. Reszta oddziałów tej dywizji nadeszła dopiero d. 15. bm.

„Do d. 20. b. m. nadeszła jeszcze z Serajewa większa część pierwszej bośniackiej dywizji pod dowództwem Neddina baszy; w oddziale tym było także 16 batalionów i 24 polowe działa. Z Sedinie zaś nadeszło 9 batalionów trzeciej bośniackiej dywizji pod dowództwem Mahmuda Avni baszy. Z Konstantynopola przybyło 14 świeżych batalionów, a mianowicie 4 bataliony nowo sformowanego siódmego rezerwowego pułku gwardji „kallé Sultanieh“; z rumelijskiego rezerwowego pułku Janina nr. 2. i Tramar nr. 4. po 3 bataliony; z syryjskich rezerwowych pułków Jerozalem, Antjochia, Bejrut i Adana po 1 batalionie. Oprócz tego przybyło 7 zupełnie uzbrojonych i należycie w zaprzęgi zaopatrzonych polowych bateryj z rumelijskiego rezerwowego pułku artylerji, a wreszcie i kompanie pionierów (nizamy) drugiego i trzeciego korpusu.

„Nowych z Konstantynopola posiłków spodziewają się dopiero na początek grudnia.“

## Kronika miejscowa i zamiejscowa.

*Lwów dnia 29. listopada.*

— Dziś z rana odbyło się, jako w 47-letnią rocznicę wybuchu powstania listopadowego uroczyste nabożeństwo w kościele OO. Dominikanów. Kościół był przepełniony, a poważny nastrój wszystkich zgromadzonych świadczył o głębokiem odczuciu tego wzniosłego wypadku w dziejach naszych porozbiorowych. Podczas nabożeństwa, artyści opery lwowskiej z współudziałem orkiestry odśpiewali mszę. Sola wykonali pp. Zakrzewski i Köhler. Celebrował ksądz, weteran z 1831 roku.

— Znakomitemu ekonomiście naszemu p. S u p i ń s k i e m u wręczono wczoraj adres z podpisami członków redakcji *Gazety Narodowej* i *Dziennika Polskiego*, tudzież osobny adres od Stowarzyszenia rękodzielników „Gwiazda“ i straży ochotniczej ogniowej lwowskiej.

— Prof. Juliusz Bykowski będzie miał w sali ratuszowej w niedzielę o godzinie 4ej po południu trzeci wykład z dziedziny przemysłu tkackiego p. t. „O przędzielnictwie“ (ciąg dalszy).

— Magistrat miasta Lwowa podaje do powszechnej wiadomości, że budżety funduszu gminy i funduszów pod jej zarządem zostających na rok 1878 zestawione, wyłożone są stosownie do postanowienia statutu dla miasta Lwowa w biurze I. magistratu na dni czternaście, tj. od 25. listopada do 9. grudnia 1877 r. do przejrzenia przez członków gminy.

— Na doraźnem walnem zgromadzeniu Towarzystwa wzajemnej pomocy naukowej słuch. poli techniki lwowskiej, został wybrany następujący wydział na rok 1877/8:

Blauth Jan, prezes, Stelzer Karol, wiceprezes, Dziedzik Karol, podskarbi; wydziałowi: Acht Kaz., Adelmann Ales., Blauth Feliks, Czechowski Wiktor, Kański Celestyn, Maywalt Zygm., Mochnacki Ksawery, Ramult Ludwik. Zastępcy: Anc Włodz., Mayer Konstanty, Popławski Nikodem i Schier Aleks. Wydział ukonstytuowawszy się, wybrał sekretarzem Wikt. Czechowskiego.

— Młodzież akademicka urządziła w dniu 28. listopada obchód poświęcony czci pamięci Adama Mickiewicza. Wielka sala w ratuszu była szczelnie nabita młodzieżą i znakomitościami naszego miasta. Obchód rozpoczął piękną przemową p. Sadowski zastosowaną do uroczystości, w której wyraził myśli przekonywające, iż młodzież polska rozwija się i kształci w duchu ojców naszych czysto polskim. Część wokalna wypadła bardzo dobrze. Śpiewali panowie Wysocki i Myszuga duet z „Halki“, pan Wojciechowski pieśń Stefana ze „Strasznego dworu“; p. Oskard balladę „Czaty“ i wreszcie panowie Wojciechowski, Falt, Oskard i Todt odśpiewali pieśń na cztery głosy J. Stattlera p. t. „Ostrokrzew.“ Na fortepianie grał akademik p. Romaszkan śliczny utwór Chopina „Andante spianato“ z uczuciem i wprawą, okazującą dobrą szkołę. Deklamowali p. Popławski i p. Klemens Kołakowski. Pierwszy deklamował końcowy ustęp z Konrada Wallenroda z werwą, głosem pięknym; drugi, p. Kołakowski, wygłosił wiersz przez siebie napisany p. t. „Nad mogiłą.“ Forma udatna, myśli wzniosłe, porównania świetne podobały się publiczności, która młodego poetę wynagrodziła długo trwającemi oklaskami.

Rozprawę tego roku odczytał p. Henryk B i e g e l e i s e n. Za przedmiot do niej wziął dwa typy Polek: Pana Tadeusza z Telimenę i Zosię, scharakteryzował je bardzo dobrze i ocenił trafnie. Pan Biegeleisen w „Sprawozdaniu czytelni akademickiej na rok 1877 wydrukował studjum o Stanisławie Trembeckim, w którym znajdujemy fakta nowe z życia dworaka-poety. Praca to gruntowna, dobrze napisana, która młodego pisarza zaleciła jak najlepiej czytającej publiczności. Na zakończenie uroczystości przemówił rektor uniwersytetu dr. Zygmunt Węclewski — zachęcając młodzież, ażeby idąc śladem Mickiewicza kształciła się w kierunku humanitarnym i realnym, Adam bowiem obok dokładnej znajomości języków i literatur starożytnych oraz nowożytnych, posiadał dokładnie fizykę i nauki matematyczne — i ażeby podobnie jak on wszystkie prace i działania swoje bez względu na widoki osobiste poświęcała krajowi oraz narodowi swojemu. — Nie możemy nawet w streszczeniu podać mowy dr. Węclewskiego. Zawierała ona w sobie wiele rad zdrowych i myśli pięknych. Byłoby z wielkim pożytkiem dla młodzieży, gdyby szanowny rektor mowę swoją ogłosił drukiem.

— **Delegacja polska i Kornel Ujejski.** Niedawno w Wiedniu opowiadano sobie następującą rozmowę posła niemieckiego z posłem polskim:

— Also, Ihr neuer College Herr Ujejski ist, wie aus seiner veröffentlichten Erklärung zu entnehmen, ein gewaltiger Ultra?

— U je! d e r wird uns a nit fressen, odrzekł polski poseł z uśmiechem. Anegdotka ta, która ma być prawdziwą, nie potrzebuje komentarza.

— **Jarosław** 20. listopada 1877. (W obronie języka polskiego.) Trudno dać wiarę, a jednak prawda, bo na własne widziałem oczy. Temi dniami przychodzi do mnie człowiek, młody ciemny, z prośbą o wsparcie, i podaje mi papier. Biorę pismo do ręki, patrzę, przecieram oczy i znów patrzę. Zdawało mi się, że omamienie, ale gdzietam, najwyraźniej napisano „Zl. 1373 Armutszeugniss. Der Magistrat der königlichen Stadt Jaroslau bestätigt hiemit, dass Michael Twarowski i t. d.

Jaroslau am 6. April 1877, podpisano Bartoszewski. Na obwódce pieczęci napis: Jaroslauer Stadtmagistrat.

Poniżej znowu: Von Seite des r. k. Pfarramtes wird dem ganzen Inhalte nach bestätigt. Podpisano: Alexius Watalewicz, Pfarrvikar.

Sto lat kurczyła się i wiła Galicja w walce z germanizmem, a w ostatnich czasach wszystko, co żyło, stanęło w szeregi z okrzykiem: „język polski w szkole i w urzędzie.“ I dostaliśmy ten język, ale jakąż mu krzywdę robią arcypolskiego miasta: Pfarrvikar i Stadtmagistrat Jaroslau? Zaiste kogo Bóg chce ukarać srodze, temu odbierze własny jego język, własną jego mowę.

Na tem „Armutszeugniss“ jeszcze jedna strona była podpisana i pieczęć przybita, ale już po polsku. Na pieczęci był napis: c. k. starostwo w Jarosławiu. Podpis B..... c. k. starosta. Jest to najzasłużeńszy policzek, jaki mogło dać starostwo „dem Pfarramt i dem Magistrat der königl. freien Handelstadt Jaroslau.“

Ręka w rękę z poprzedniemi Pfarramtami i Stadmagistratami idzie „Postamt Lemberg i Karl Ludwig Bahn.“ Paczki nadchodzące ze Lwowa oznaczone są niemieckiemi drukami, kolej zaś Karola Ludwika równie używa znaków niemieckich, jak Lemberg, Jaroslau i t. d. na paczkach wewnątrz kraju rozsyłanych. Należałoby rozpisać składkę, i z zebranych funduszów sprawić pieczątki z polskiemi napisami niektórym pfarramtom, postamtom, Stadtmagistratom i t. d.

— **Jarosław** 25. listopada. (Oświata ludu. Książki dla ludu. P. St. Myszkowski i jego „pozłacany kozik“.)

Już nie raz miałem zposobność przemawiać w waszem piśmie w sprawie oświaty ludu, pozwólcie mi i dzisiaj o tym przedmiocie słów kilka.

Kiedy jest mowa o oświacie ludu, nie trzeba myśleć, że się pod tym ludem rozumie starszą generację wieśniaków — wieśniaków pracujących w pocie czoła na podatek, chrzciny, wesela, pogrzeby, prażniki, kiermasze, odpusty itd. Ten lud mojem zdaniem już nigdy oświaty nie nabędzie, gdyż nie ma takich nauczycieli, którzy by go w tym kierunku oświecali. Zatem gdy się mówi o oświacie ludowej, to rozumie się generację młodszą, dzieci do szkoły chodzące, lub szkołę opuszczające, które dopiero za lat kilka, kilkanaście będą tworzyły lud.

Pod tym względem, gdzie są stosunki sprzyjające, mianowicie gdzie jest Rada szkolna okręgowa sprężysta i pojmująca swoje obowiązki i zadanie, gdzie ludzie światli wchodzą w skład Rady szkolnej miejscowej, gdzie nareszcie jest odpowiedni nauczyciel, tam szkoły ludowe wykazują świetne rezultaty i odwrotnie.

Ale tego nie można jeszcze nazwać oświatą ludu. Wszakże doświadczenie uczy, że te dzieci po opuszczeniu szkół bardzo rychło zapominają to, czego się w szkole nauczyły i stają się prawie tak ciemnymi ludźmi, jakimi byli ich ojcowie i dziadowie, którzy szkół nie kończyli. Dla zapobieżenia temu podawano różne środki np. czytelnie ludowe, książki dla ludu, i szkółki wieczorne w zimie.

Co do czytelni ludowych, te są jeszcze nie na czasie i mogą dopiero powoli, stopniowo najprzód po miasteczkach wchodzić w życie. Szkółkami wieczornymi nie ma komu się zająć, choćby tylko raz w tygodniu. Nauczyciele miejscowi uważają to jako ciężar.

Nad książkami dla ludu, których lud ani kupuje ani czyta, muszę się nieco zastanowić. Dla podtrzymywania oświaty teoretycznej między młodzieżą wiejską, ludową, epuszczającą szkoły, potrzeba koniecznie tak zwanych „książek dla ludu.“ Mogłyby one być brane i ze sfer innych, nie koniecznie ludowych, byle tylko były stosowne i nie drogie. Lecz pierwszeństwo zawsze należy się ludowym. Dotychczas pojawiło się mnóstwo tego rodzaju dziełek, lecz najgłówniejszą ich wadą było, że nie były kupowane.

Mniemam, że z książkami dla ludu ma się podobnie jak z oświatą ludową. Jak długo lud miał wolność pod względem oświaty, to z niej nie korzystał. Gdy nastał przymus szkolny, każdy musi z niej korzystać. Tak będzie i z książkami. Rada szkolna już w tym kierunku bardzo zręczny krok uczyniła, polecając, aby Rady szkolne miejscowe uchwalały corocznie kilka zł. na zakupienie nagród dla uczniów celujących. Tym sposobem dużo książeczek rozeszło się między lud.

Teraz chodzi tylko o to, aby książki wydawane dla ludu, były stosowne, co nie o wszystkich dotąd wydanych da się powiedzieć. Książki w duchu politycznym, nie są przydatne, bo lud polityki, jak na teraz przynajmniej nie rozumie. Książki w duchu religijnym, w których mnogo tyrad i obroku duchowego w niewczesny sposób podawanego, również nieodpowiadają celowi. Historyczne książki dla ludu, to prawie stracona na dzisiaj praca, a to tembardziej, że nie każdy jest autorem „ludzi z pod słomianej strzechy.“ Do tego dodać i to, że większa połowa tych książek pisana językiem i sposobem dla ludu nie zawsze zrozumiałym, bez znajomości dostatecznej ludu, jego potrzeb, zwyczajów i obyczajów, mowy, wyobrażeń, jego ducha itd.

Według mojego zdania, pisarz ludowy, który lud w powyższy sposób bada — długo oczekiwany, pojawił się nareszcie w osobie p. Stanisława Myszkowskiego, młodego nauczyciela ludowego w Jarosławiu. Wydał on dotychczas jedno dziełko p. t. „Pozłacany kozik“, tytuł nowy, rzecz sama na pozór nie zbyt nowa, ale bardzo zręcznie zastosowana do dzisiejszej chwili, do gustu i smaku czytelników. Kilka egzemplarzy rozdałem między tutejszy lud (młodszą generację), który to z zapałem czyta, o czem się naocznie przekonałem. Ale książkę p. Myszkowskiego czyta się z przyjemnością i w warstwach oświeceńszych, co jest nie małą chlubą dla autora i zaletą książki. Witamy autora i jego pierwszą publikację (zapowiedział jeszcze 6 powiastek) całem sercem i zapisujemy jego nazwisko w poczet celniejszych pisarzy ludowych.

Szczęściem p. Myszkowski znalazł bardzo szanownego wydawcę p. Bohusa, księgarza w Jarosławiu. Dwaj ci panowie już tą pierwszą książką zasłużyli sobie na uznanie i poparcie publiczności. I cena książki bardzo przystępną, kosztuje bowiem tylko — 6 centów. Oczekujemy z niecierpliwością dalszych powieści p. Myszkowskiego.

Oprócz powyższych, zamierza p. Bohus wydawać innego autora „Listy dla nauki ludu wiejskiego“ „Rachunkowość wiejską dla szkół powtarzających i wieczornych“ itd. Szczęść Boże!

— **Zaleszczyki.** (Pożar i straż ochotnicza.) Dnia 21. bm. prawie w śródmieścia w składzie znacznym nafty i mazi, przez nieostrożność żyda manipulującego w mazi ze świecą w ręce, zapalił się dziegieć i smoła. Ponieważ obok zaraz stała w kufach nafta w znacznej ilości, explozja zdawała się być nieuniknoną, a całemu rynkowi groził pożar. Dopiero teraz pokazało się, jak potrzebna jest straż ochotnicza, niedawno za staraniem usilnem p. Leona Schillera, pocztmistrza założona. Nie było do stracenia czasu, rzucono się chyżo do gaszenia i przytłumienia eksplozji nafty różnemi środkami. Nasz starosta hr. Dzieduszycki nieodstępywał w dzień i w nocy miejsca pożaru i narażał się na wszelką niewygodę i niebezpieczeństwo, zachęcając do czynu, a strażacy pod swoim naczelnikiem p. Morawskim dali dowody wielkiej zręczności gorliwości.

Żandarmerja ze swoim naczelnikiem p. Lorenzi utrzymywała wzorowy porządek i niedopuszczała zamięszania, a landwera uzupełniała ład w podobnym wypadku nieodzowny. Niebezpieczeństwo trwało przeszło dobę, nim zdołano odwrócić grożącą explozję nafty. Zbawienna instytucja strażaków w Galicji powinna chować niewygasłą cześć i pamięć dla swego twórcy, a gdy w obecnym wypadku jedynie to Towarzystwo strażaków zdołało ochronić miasto od nieochybnego pożaru, przez coby Towarzystwa asekuracyjne węgierskie i krajowe ponieść musiały ogromne straty; sądzę, że szlachetnieby postąpiły, gdyby dopiero powstałych strażaków ogniowych w Zaleszczykach zasobem pieniężnym poparły i zachęciły.

— **Buczacz** 29. listopada. (Tel.) Dziś o godz. 10. rano odbyło się w kościele żałobne nabożeństwo za duszę Adama Mickiewicza, jakoteż za poległych w powstaniu lisopadowem z prośbą do Wszechmocnego o spokój duszy wieszcza naszego i o lepszą dolę dla ojczyzny.

— **Z nad Sanu.** (Ustawa przeciw opilstwu. Potrzeba śledzenia jej skutków. — Przeciwnicy ustawy. — Żydzi u starosty. — W szkole c. k. żandarmerji.) Ustawa przeciw opilstwu wprowadzona w wykonanie ostatecznemi czasy zdawałoby się, nie wywiera tego zbawczego na lud wiejski wpływu, jaki jej rokowano przed wprowadzeniem w życie. Brak pod tym względem wszelkich wiadomości w dziennikach na mniemanie podobne może naprowadzić. Szanowni korespondenci z prowincji nie powinniby jednak przeoczyć znaczenia jej doniosłego. Czynnik to nowy w ustroju społecznym a natury dodatniej. Na systematycznie wszczepiany nałóg uderzono na raz z góry i o sprawiedliwości wiekuista! właśnie tych za karę zniewolono do ochraniania chłopstwa przed zbydlęceniem, którzy go najchętniej doprowadzali do tego stanu. Niechajno Kuba podchmielony wsunie głowę do karczmy; Mojsiek, Ryfka i cała progenitura szynkarskiego stadła, zwykle nie małej liczby — w gwałt i rwetes — i nuż wstępnym uderzać nań bojem, aby Kubę zmusić do odwrotu. Gorliwość ta w przestrzeganiu ustawy zakrawa na sumienność i nie chcę jej też innej dać nazwy. Wywołuje ją sumienny strach. Są istoty o tak brylantowem sumieniu, iżby przy niem na straży nieustannej postawić trzeba żandarma. Dla wydobycia skarbów ukrytych warto coś poświęcić.

Niktby też nie przypuszczał, że z przyczyny ustawy propinatorskie usta będą deklamować słowa początkowe z „Dziadów Mickiewicza.“ A jednak i to się stało.

„Co to będzie? co to będzie? Szmul, Jankiel, Srul i wiele inne trójki (kusi mnie powiedzieć hultajskie) deklamują „co to będzie? co to będzie? lecz dalej następują już własnego natchnienia warjanty — „co będzie z karczmą jak chłop nie będzie pił?“ a kiedy 'on da utargować jak nie będzie pijany? jak pijany, to widzi kumę i swaka i kuma i sąsiada, a jak 'on wypije jedną kwaterkę, to ślepy i ciemny i nikogo nie widzi.“ Dowiadujemy się z tego, że wódka wpływała na oświecenie chłopa. Wyobrażenia u żydów arendarzów na prowincji (?) z naturą pisma żydowskiego mają podobieństwo. Pierwsze i drugie postępują na opak. Czyżby szanowne stowarzyszenie izraelitów lwowskich nie zdołało rozszerzyć dobroczynnego wpływu na kraj cały?

Kiedy do wszystkich „co to będzie?“ żaden zapalczywy klasyk jak ongi w walce z tak zwanym romantyzmem, nie wyrwał się z parodją niewczesną, trójki (jakie? — już powiedziałem) uderzają do panów starostów. Fi! to mi rada — niebici w ciemie, choć i c. k. z najpiękniejszym akcentem niemieckim poradzili żydom, ażeby się wzięli szczerze do pracy, jak inni mieszkańcy w kraju a nie liczyli tylko na szacherki. Na takie „dictum acerbum“ popłoch ogarnął deputację i za hasłem „kim! kim!“ wyruszyła na rynek, głosząc współwyznawcom, że to Szomer Izrael narobił tej biedy, „ale długo to tak nie będzie być.“ Że żydzi interesowani szukać będą różnych sposobów do rozbicia zapory, którą z moralnego stanowiska dobrodziejstwem dla ludu nazwać godzi się, to pewnem. Zachodzi więc pytanie czemby pokrzyżować ich zamiary? wdrożenie obowiązku przestrzegania ścisłego ustawy u żandarmów patrolujących, którzy najsnadniej po wsiach tego dopatrzyć i jedynie użytek służbowy zrobić mogą, podając wykraczających do kary władzom — środek to praktyczny. Nie trzeba tylko osłabiać ducha ustawy, jak to się dziać zaczyna. Znany mi c. k. oficer żandarmski w czasie objazdu posterunków w „szkole“ według instrukcji odbywanej, objaśniał podwładnym żandarmom, że w gorliwości służbowej mogą w tym względzie zwolnić. Niewiadomo mi czy informacje tego rodzaju wydano z góry, lub czy to objaśnienie (Belehrung) ma tajemny związek z owem żydowskiem twierdzeniem: „że to tak długo nie będzie być.“ W każdym razie należy fakt podać do wiadomości, a czyniąc to we formie przyjętej w mojej korespondencji, nie imię osób, ale czyny dobre można uczcić a złe potępić.

— **O jeden wyraz.** Znaną jest właściwość języka niemieckiego, że dwa lub więcej wyrazów łączy się w jeden przez proste zestawienie obok siebie. Z tego właśnie powodu wynikł w Niemczech spór między pewnym restauratorem z Giessen a dyrekcją telegrafów. Restaurator ten wysłał telegram, w którym prosił o przysłanie mu czterech kapłonów pociągiem o drugiej godzinie „(Zwei-Uhrzug)“. Telegram złożony był z 20 wyrazów, taka też należytość została zapłaconą. Ku wielkiemu wszakże zdzi

Nr. 276. We Lwowie, Sobota dnia 1. Grudnia 1877. Rok XVI.

Wychodzi codziennie o godzinie 4 po południu z wyjątkiem niedziel i dni świątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 4 złr. 50 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 50 „
Za miejscowa „ . . . 2 „ — „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie: w państwie austrjackiem . 6 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
„ Francji . . . . . po 7 złr. 50 cnt.
„ Belgji i Szwajcarji . . . .
„ Włoch, Turcji i księt. Naddu.
„ Serbji . . . . . .

Numer pojedynczy kosztuje 10 centów.

# GAZETA NARODOWA

**Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują:** We LWOWIE bióro administracji „Gazety Narodowej“ **Plac Halicki w pałacu W. Ulanieckich.** Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja pan Adams, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Hassenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 3. W FRANKFURCIE nad Menem w Hamburgu pp. Hassenstein et Vogler.

OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

## Od administracji.

**Prenumerata na miesiąc grudzień wynosi z przesyłką na prowincji 2 zł.**

**Prosimy o wczesne nadesłanie prenumeraty, gdyż w razie zwłoki nie odpowiadamy za nieregularną przesyłkę gazety.**

Lwów d. 30. listopada.

O sprawie „Ogniska“ donosi wiedeński korespondent *Czasu* w liście z d. 27. bm.:

„Od lat kilkunastu istniejące tu Stowarzyszenie polskiej młodzieży pobierającej nauki w wiedeńskich zakładach naukowych, noszące nazwę „Ognisko“ i liczące przeszło 300 członków, urządza corocznie uroczystość pamiątkową w rocznicę śmierci wiekopomnego naszego wieszcza Adama Mickiewicza, jakby dla uwidocznienia, że mimo jego zgonu, żyje zawsze w nas jego duch wielki. Tę pamiątkową uroczystość stanowi zwykle odczytanie jakiej rozprawy o dziełach Mickiewicza lub ich wpływie na naród, deklamacyjne wygłoszenie paru ustępów z jego poematów przez członków „Ogniska“, odegranie lub odśpiewanie utworów narodowych przez artystów polskich. Oprócz członków Stowarzyszenia otrzymują zwykle szczegółowe pismienne zaproszenia do wzięcia udziału w uroczystości posłowie polscy do Rady państwa i wszyscy Polacy i Polki w Wiedniu przebywający tak, iż często zgromadzenie do tysiąca osób liczy. Władze policyjne wiedeńskie nie stawiały w dawniejszych latach żadnej przeszkody w obchodzie tej pamiątkowej uroczystości.

Lecz w tym roku dyrektor tutejszej policji p. Marx, zawiadomiony, odpowiednio ustawie, w dniu 25 t. m. o mającym się odbyć wczoraj uroczystym obchodzie urządzanym przez Stowarzyszenie „Ognisko“, przesłał prezesowi tego Stowarzyszenia niżej przytoczony zakaz odbycia tej uroczystości pamiątkowej. Jednak w skutek przedstawień tegoż prezesa, a może i innych, dał ustne pozwolenie odbycia obchodu, ale po złożeniu przez prezesa Stowarzyszenia piśmiennego oświadczenia, że przy uroczystości nie będą zatknięte godła i chorągwie polskie, oraz, że nie będzie deklamacyj i rozpraw narodowo-politycznych.

Odbyła się więc wczoraj uroczystość pamiątkowa: *wobec do 600 osób liczącej publiczności*, między którą znajdowali się wszyscy prawie obecni tutaj posłowie polscy, odczytano rozprawkę „o postaciach kobiecych w utworach Mickiewicza“, p. Błotnicki także oddeklamował wiersz Mickiewicza, „na pomnik Piotra Wielkiego“, znani artyści p. Śmietański (pianista) i p. Frieman (skrzypek) odegrali biegle kilka utworów Chopina i Beethovena, p. Nowakowska odśpiewała parę pieśni polskich, a p. Nawiaski kilka wyjątków z oper po niemiecku; słowem pamiątkowy wieczór literacko-muzykalny bardzo pięknie się odbył; nic nie zaszło, jak zwykle, coby zakłóciło spokój monarchii austrjacko-węgierskiej.

Ponieważ jednak tuiejsza dyrekcja policji dała ustne pozwolenie odbycia uroczystości po znagleniu wprzód, niezgodnie z ustawami, prezesa stowarzyszenia do dania piśmiennego oświadczenia, iż przy uroczystości nie będą zatknięte godła narodowe i nie będzie rozpraw narodowo-politycznych; a szczególniej motywowanie zakazu policyjnego w sposób, jakoby dyrekcja policji uważała wszelkie zgromadzenie Polaków nietylko za manifestację polityczno-narodową, ale nawet za manifestację niebezpieczną dla Austrji, — postanowiła delegacja polska na wczorajszym swem posiedzeniu (na którem zajmowała się następnie rozprawami nad taryfą celną) wnieść odpowiednią interpelację do rządu Jakoż dzisiaj istotnie wystosowała następującą interpelację, do ministra spraw wewnętrznych, a interpelacja ta odczytaną została przy końcu dzisiejszego posiedzenia Izby poselskiej:

„Tutejsze polskie akademickie stowarzyszenie „Ognisko“ otrzymało od c. k. dyrekcji policji w Wiedniu z powodu zamierzonej w dniu 26. t. m. literacko-muzykalnej pamiątkowej uroczystości w rocznicę zgonu polskiego wieszcza Adama Mickiewicza, następujący reskrypt z 25. listopada r. b. l. 4950:

„„Uroczystość pamiątkowa — o której dyrekcja policji 25. b. m. zawiadomienie otrzymała, i którą polskie akademickie Stowarzyszenie „Ognisko“ urządzić zamierza w „Blumensäle“ wieczór 26. t. m. jako w dzień śmierci narodowego poety Adama Mickiewicza, a na którą to uroczystość wszyscy Polacy w Wiedniu bawiący zaproszeni zostali, przedstawia się jako narodowo polityczna manifestacja; jako więc taka, przekracza statutem oznaczony cel i zakres działania Stowarzyszenia. Przeto odbycie tej uroczystości okazuje się być wzbronione według §. 21. ustawy o stowarzyszeniach z 15. listopada 1867 r.““.

„W reskrypcie tym przytoczono okoliczność, iż wszyscy w Wiedniu obecni Polacy na tę uroczystość pamiątkową zaproszeni zostali; choćby nawet okoliczność ta była zgodna z rzeczywistością, nie mogłaby usprawiedliwić wniosku, że przez to zamierzoną została manifestacja narodowo-polityczna. Przeto zakazu odbycia tej uroczystości pamiątkowej nie można bynajmniej uzasadnić powołaniem się na §. 21. ustawy o stowarzyszeniach z 15. listopada 1867 r. gdyż w takim razie każde zebranie się Polaków uważanoby za manifestację narodowo-polityczną.

„Lecz wydanie tego zakazu tem mniej jest usprawiedliwionem, ponieważ na wspomniony obchód zaproszeni zostali nie wszyscy w ogóle Polacy w Wiedniu przebywający, ale tylko ci, którzy otrzymali imienne szczegółowe zaproszenie; powtóre, ponieważ Stowarzyszenie ma prawo urządzać takie zgromadzenia na mocy §. 2. ustępu *b.* swego statutu przez rząd zatwierdzonego; wreszcie ponieważ ta uroczystość pamiątkowa była w przeszłych latach przez Stowarzyszenie „Ognisko“ bez najmniejszej przeszkody ze strony c. k. władz urządzaną i odbywaną.

„Wprawdzie w skutek przedstawienia prezesa Stowarzyszenia pozwoliła później ustnie dyrekcja policji odbyć tę uroczystość pamiątkową; ale nietylko wzbraniała się piśmiennie cofnąć wydany zakaz, lecz nawet to późniejsze ustne pozwolenie dane zostało pod tym tylko warunkiem, iż prezes Stowarzyszenia musiał się piśmiennie zobowiązać, że na tej uroczystości pamiątkowej nie będzie żadnych godeł narodowych, i żadnych narodowo-politycznych deklamacyj. Dopiero w skutek złożenia takiego piśmiennego oświadczenia przez prezesa Stowarzyszenia, odbyto uroczystość pamiątkową.

„Zważając, że powyżej przytoczony reskrypt wiedeńskiej dyrekcji policji nie da się usprawiedliwić obowiązującemi ustawami,

Zważając, iż żądanie złożenia wyżej wspomnionego piśmiennego oświadczenia nie jest zgodne z obowiązującemi ustawami; pozwalają sobie podpisani wystosować do JEks. pana ministra spraw wewnętrznych następujące zapytania:

1) Czy to postępowanie wiedeńskiej dyrekcji policji doszło do wiadomości p. ministra?

2) Czy JEks. p. minister jest skłonnym udzielić wiedeńskiej dyrekcji policji stósownego pouczenia, aby na przyszłość nie powtarzało się takie niewłaściwe postępowanie, które polską młodzież akademicką stawia wobec młodzieży innych narodowości w fałszywem położeniu, obrażając zaś narodowe uczucie Polaków wywołać musi rozdrażnienie i wzburzenie.“

W Wiedniu 27. listopada.

Grocholski, Rydzowski, Chrzanowski, Dworski, Petrowicz, Kamiński, Czajkowski, Kozłowski, Krasicki, Haller, Czerkawski Julian, Rylski, Weigel, Wereszczyński, Konopka, Dzwonkowski, Hoszard, Jasiński, Mendelburg, Jaworski, Ruczka, Skrzyński, Bartoszewski, Dunajewski, Łepkowski, Bodyński, Krzeczunowicz, Chełmecki, Gołąb, Smarzewski, Tyszkiewicz, Cieńciała.“

Głównem w całej tej sprawie przekroczeniem ze strony dyrekcji policji wiedeńskiej było, zdaniem mojem, to, iż dyrekcja policji wstrzymując zakaz uważała za przeciwne ustawom i niebezpieczne państwu zaproszenie na obchód uroczystości narodowej wszystkich Polaków w Wiedniu mieszkających. Czyż więc dyrekcja policji mniemała, że zgromadzenie dla tego, iż jest polskiem i narodowem, jest przez to samo niebezpieczne monarchii austrjackiej? Skarcenie takiego mniemania dyrekcji policji przez naczelny rząd państwa jest pożądanem, i to było może główną pobudką do wystosowania interpelacji.“

---

Już fakt, że delegacja nasza we Wiedniu *wniosła interpelację w sprawie naszej narodowej*, wskazywał, że chodziło o sprawę tak ważną, iż milczeć było niepodobna, jeżeli delegacja wprost nie chciała się zaprzeć imienia polskiego.

Zakaz wiedeńskiej dyrekcji policji zanadto namacalnie odsłonił, jaki obecnie wiatr wieje w sferach rządu, kierujących sprawami tak doniosłemi w Austrji jak sprawy narodowościowe. Zakaz cofnięto, widocznie za wdaniem się delegacji — bo też zakrawałoby już na przesadę w sławnej „wdzięczności Austrji“, gdyby go nie cofnięto w chwili gdy delegacja polska w Izbie posłów numeryczną siłą swoją ratuje ugodę austro-węgierską, ratuje byt gabinetu, ratuje pokój monarchii.

Jaką da odpowiedź minister spraw wewnętrznych na interpelację — łatwo przewidzieć. Co potem uczyni delegacja nasza? Godnym jest fakt, że na tegorocznym obchodzie Mickiewiczowskim „Ogniska“ nikt z delegacji głosu nie zabrał, — czy zakaz policyjny utrzymano wobec delegacji?

Sprawka z „Ogniskiem“ odkryła nam wiele, więcej niżeśmy podejrzywali, a nieskończenie więcej, niż odsłonić chciano — na razie. Czuwajmy!

---

Jak do *Pester Lloyda* donoszą, d. 26. bm. zawarty został na czas nieograniczony, a na jednoroczne wypowiedzenie traktat handlowy między Austro-Węgrami a Anglią na podstawie najkorzystniejszego uwzględnienia.

Na Morawie i w Karyntji Rady miejskie i Izby handlowe uchwalają petycje przeciw podwyższeniu ceł finansowych, jak i od oleju skalnego, żądając, aby podwyższenia w ogóle zaniechano, bądź też, aby podwyższenie było niższe od proponowanego w projektach rządowych.

Otrzymaliśmy następujący telegram:

**Wiedeń** 29. listodada Komisja ugodowa przyjęła postanowienie, iż cła mają być opłacane w złocie.

---

Z Warszawy piszą do *Dziennika Poznańskiego* d. 26. listopada.

Wobec prawdopodobieństwa znaczących reform społeczno-politycznych, jakie zwycięzkie zakończenie wojny z Turkami Moskwie ma przynieść, w rozsądnej części prasy moskiewskiej zaczynają się budzić uczciwsze poglądy na stosunek Moskali do Polaków. W jednym z ostatnich zeszytów najpoważniejszego miesięcznika petersburgskiego *Wiestnik Europy*, w przeglądzie spraw wewnętrznych przez redakcję tegoż pisanym, znajdujemy poważne uwagi nad właściwością i możnością pogodzenia się z Polakami, której pierwszym warunkiem wedle tego poważnego organu opinii moskiewskiej jest zwrócenie Polakom swobody języka i religii. Bielmo zatem, które od lat 13 zaślepiało opinię moskiewską, zaczyna się przecierać; kiedy zaś łuska ta spadnie z oczu prawodawców, dziś jeszcze, póki żyją Czerkascy, Timaszewy i inne przez oszalałego Milutyna oślepione osobistości i przeważny wpływ na rząd mają, zaiste przewidzieć trudno.

Rozpuszczona przed dwoma tygodniami wiadomość o obradach nad punktami konstytucji dla Moskwy, którą jakoby imperator miał nadać krajowi za powrotem z wojny do stolicy — jak mnie z najwiarogodniejszego źródła objaśniano, redukuje się do faktu, że byłemu ministrowi spraw wewnętrznych Wałujewowi polecił car Aleksander rozpatrzeć istniejący porządek administracyjno-polityczny w kraju i zaprojektować możliwe w nim ulepszenia. Lubo więc zamiar zaprowadzenia pewnych reform jest rzeczą z góry postanowioną, do konstytucji jednak zdaje się być jeszcze daleko.

Kradzieże po domach w nocy i w dzień biały, rozboje i kradzieże po ulicach— pierwsze po nocy, drugie za dnia — oto główne nowiny z Warszawy za ubiegły tydzień, — a teraz przechodzę do drobniejszych nowin z tygodnia.

Nareszcie gdy setki rodzin, porwanych do wojska na plac boju Warszawiaków, którzy już na urlopie mieli dokończyć swych lat służby i tymczasowo oddali się rozmaitym zajęciom rzemieślniczym, w nędzę popadło przez nieobecność swoich chlebodawców, kilkunastu obywateli z hr. Uruskim i nowym administratorem archidyecezji ks. Sotkiewiczem na czele wyjednało pozwolenie założenia towarzystwa, któreby opieką swą objęło nieszczęsne rodziny. Dziś w magistracie towarzystwo to ostatecznie się ukonstytuowało i wybrało komitet wykonawczy, który zapewne bezzwłocznie przystąpi do działania, aby zaradzić tej niezasłużonej nędzy. Dwulicowa postać hr. Uruskiego odbiera dotąd wiele sympatji zamiarom tego towarzystwa; zdaje się jednak, że cel tu jest zbyt uczciwy, aby jedna osobistość, chociaż źle widziana, zaszkodzić mogła poczciwemu filantropijnemu dziełu.

## Sprawa kościańska w sejmie pruskim.

(Ciąg dalszy.)

Dokończenie mowy posła ks. dr. Stablewskiego:

Panowie! Sądzę, że nie ma tu nikogo w Izbie, ktoby nie słyszał o pożałowania godnych zajściach na cmentarzu kościańskim przy chowaniu ciał. Żaden katolik nie może tam być pochowanym na katolickim cmentarzu — zanim krewni zmarłego pewnym czynem nie okażą, że p. Brenka uznają za katolickiego proboszcza, czem nie jest wedle nauki katolickiej. Z tego też powodu lud wzbraniał się pójść do niego. Ciała przez wiele dni stały niepochowane, lub też stawiano je przed bramą cmentarza, gdzie przez 18 godzin, jak to miało miejsce z jednem ciałem, stały na publicznej drodze. (Słuchajcie! w centrum). Ciało jedno przez cały tydzień stało nie pochowane i dozór kościelny zbiera się i postanawia dla uśmierzenia ludu pochować ciało. Musiał ku temu celowi kazać otworzyć bramy cmentarza, co dozór kościelny też zrobił w przekonaniu, że będąc wedle nowego prawodawstwa organem administracji majątku kościelnego, ma prawo do zawiadowania cmentarzem. Radca ziemiański kościański wiedział bardzo dobrze o tem, iż ciało stało nie pochowane już od tygodnia, wiedział także o wzburzeniu ludu i o uchwale dozoru kościelnego, mógł tedy przeszkodzić pogrzebowi przez ustawienie większej liczby policjantów i przez donośny zakaz, nie uczynił jednak tego. Czy chciano mieć ofiary, nie wiem, ale znalazły się ofiary, bo z powodu naruszenia pokoju domowego wedle świadectwa bardzo liberalnego burmistra Kruga w Kościanie, skazano najspokojniejszych i najgodniejszych członków dozoru kościelnego na kilkomiesięczne kary więzienne. (Pfe! w centrum).

Panowie! Sąd wydał wyrok — p. Sybel śmieje się z tego, nie wiem, czy jest tu co śmiesznego — sąd wydał wyrok, lecz czy sprawiedliwy, temuby pewno zaprzeczyli nie tylko sami katolicy! Panowie! Takiemi środkami prowadząc dalej walkę kulturną doprowadzicie tylko do zupełnego osłabienia poczucia prawa u ludu, bo lud czcić będzie zawsze skazanych jako najszlachetniejsze ofiary. Panowie! Po tych zajściach, po tych nieszczęściach oświadcza król. rejencja poznańska w rozporządzeniu, zamieszczonem w nadzwyczajnym dodatku do dziennika powiatowego kościańskiego powiatu, że przez proboszcza wydane przepisy policyjne i ogłoszone w powiatowym dzienniku rozporządzenia mają moc prawną. Król. rejencja wzywa do jak najsurowszego przestrzegania rozporządzenia policyjnego; na każde wykroczenie przeciw tym przepisom, na każde pochowanie zwłok bez pozwolenia proboszcza nakłada karę pieniężną aż do 30 marek, a w razie niemożności jej zapłacenia grozi karą więzienną aż do jednego tygodnia. Nie będę się zapuszczał, panowie, w krytykę rozporządzeń policyjnych państwowego zarządcy majątku kościelnego; wiem tylko tyle, że od czasu prawa z r. 1850 jest policja w Pruskiem państwie wszechmocną. (Bardzo słusznie).

Pozostawiam także prawnikom tej Wys. Izby osądzenie formalnego prawa do tych rozporządzeń. Mogę tylko tyle powiedzieć, że zastósowanie tych policyjnych rozporządzeń, należy materjalnie do największych niesprawiedliwości i doprowadziło do naruszenia uprawnionych interesów. Cmentarz otworzono, lecz we dnie i w nocy jest onpilnowany przez żandarmów i policjantów. Przy każdym pogrzebie są potrzebne przynajmniej następujące osoby: 4 osoby do zniesienia ciała, jedna osoba idąca za trumną i 1 grabarz; każdą przeto z tych osób spotykała kara pieniężna 30 marek (1 marka przeszło 50 centów; p. r.) tak, że każdy pogrzeb przynosił 200—300 marek kary. (Słuchajcie! w centrum.) Jeżeli panowie w etacie sprawiedliwości przyszłego roku znajdziecie większą jeszcze przewyżkę aniżeli w tegorocznym, to nie dziwcie się, zkąd się biorą te pieniądze. Oświadczam przecież panom, że pieniądze te zroszone są łzami biednego ludu i przed tronem Boga nie chciałbym brać odpowiedzialności za te pieniądze. (Niepokój. Bardzo słusznie! w centrum).

Panowie! Biedni ludzie pomódz sobie nie mogą, udają się przeto do radcy ziemiańskiego, prosząc go, aby mogli chować swych umarłych w gminach sąsiednich. Radca ziemiański odmawia jednak tego i powiada, że dla przewiezienia ciał z Kościana do miejsa odległego o $^1/_2$ lub $^3/_4$ mili, trzeba je włożyć w trzy szczelnie zamknięte trumny. Panowie! Jest to nie do uwierzenia a jednak jest prawdą! Ludzie piszą do proboszcza państwowego, posyłają mu pieniądze przez karty pocztowe i na piśmiennej drodze chcą się z nim skomunikować, n. p. przy metrykach i innych rekwizycjach król. władz.

Panowie! Mam tu odpowiedź ces. urzędu pocztowego w Kościanie do pewnego interesanta, któremu list zwróciła poczta z tem nadmienieniem, że prob. Brenk nie przyjmuje listów adresowanych tak do parafialnego kościoła, jak do jego osoby, oddanych na poczcie w Kościanie. (Słuchajcie! w centrum).

Teraz policja i żandarmi zabierają ciała. Ojciec zmarłego syna, gospodarz Biadas, udaje się do naczelnego prezesa z prośbą o pozwolenie pogrzebania syna. Naturalnie, że naczelny prezes go nie przyjął, powiedziano mu tylko, że władze działają zupełnie poprawnie wedle wskazówek z Berlina. Panowie, lud na to wszystko zachowuje się spokojnie, Ktoś mówi, jak słyszę, że to cud, a ja powtarzam: to cud, że lud się popchnąć nie da do czynnego oporu, zrzeka się raczej spełnienia ostatniej przysługi dla zmarłych swych ukochanych, żandarmom i policjantom oddaje w ręce ciała zmarłych, nie odprowadza ich nawet na cmentarz i czyż w chwili żałoby nie spełnia czynu, moralnie zaiste niemożliwego? Panowie, mamy przed sobą wypadek przymusu sumienia, jaki w cywilizowanym kraju europejskim zdarzać się nie powinien. (Bardzo słusznie!) Mam przed sobą gazetę polską z dnia dzisiejszego, która podaje następującą wiadomość, prawdziwą tragedję: „Ciała oddają w ręce policji i żandarmów, ale krewni nie chcą, żeby proboszcz odbywał ceremonie religijne. Właśnie żandarmi i policjanci chowają ciało ojca, za którem dwóch synów postępuje na cmentarz. Nagle zjawia się proboszcz państwowy w stule i chce odprawić ceremonie pod opieką żandarmów i burmistrza. Synowie chwytają ciało ojca i uchodzą z niem na pole. (Słyszycie!) Burmistrz i żandarmi wydzierają je, ale dzieci zezwolić nie chcą, żeby ciało ich ojca pochował kapłan przez kościół wyklęty.“

Burmistrz grozi karą nie tylko 30 marek, ale i 50 tal. Otóż panowie, macie obraz zajść na cmentarzu kościańskim. Więcej jeszcze się działo, a były tam rzeczy, które należałoby uważać za niemożebne i które z wielu stron za przesadzone poczytywano. W Kościanie obok fary jest inny jeszcze kościół, tak nazwana kaplica Pana Jezusa, przy której jest ksiądz Niemiec dla katolików niemieckiej narodowości. I ten ma pójść precz, żeby wiernych pozostawić bez duchownej opieki. Majątek kościelny już dawniej aresztem obłożono, a zarząd kościelny na zażalenie swe do ministra otrzymuje odpowiedź, że majątek ma być wydany. Otóż panowie, tu poznacie, jak władze z nami postępują, skoro się dowiecie, jak sobie radzą z reskryptami ministerjalnemi, zastawiając się gorliwością walki kulturnej. Pan minister rozporządza, żeby majątek kościelny wydano, mam tu przed sobą te dokumenta — ale królewska rejencja w Poznaniu i p. landrat powiadają: pan minister kazał wydać majątek kościelny, ale nie kazał wydać kościelnych kluczy do majątku (śmiech). Zdaje mi się, że p. minister o tem bardzo dobrze poinformowany, albowiem w tej mierze już otrzymał zażalenie od zarządu kościelnego. Dodać jeszcze muszę, że p. Brenk w sposób zupełnie podstępny i gwałtowny wyeskamotował klucze kościelne z mieszkania prebendarza. Pan landrat powiada, że kiedy już p. Brenk klucze wziął, nie można mu ich odbierać, albowiem nie należą do majątku kościelnego. Przy tej sposobności wspomnieć muszę o szczególe, który p. minister także zna, a który objaśni usposobienie p. landrata dla religijnych przekonań katolików. Już po dwakroć pan teu w kapeluszu przechadzał się po świątyni pańskiej. (Niesłychane). Zarząd kościelny podał o to zażalenie do p. ministra wyznań.

A dalej, panowie, dowiodę wam, jak władze w zażartości swej kulturniczej, popierają nawet nieprawne czynności. Pan Brenk przy sławnej swej tradycji majątku kościelnego bez kluczy, na własną rękę zawiesił w urzędzie księdza prebendarza Heinricha „jako swego podwładnego.“ (Śmiech). Ktokolwiek zna najprostsze zasady prawa kanonicznego, wie doskonale, że tylko biskup ma prawo zawieszania w urzędzie duchownych. Pan prokurator kościański tymczasem zgoła o tem nic wie. A jako władza dalej popiera nieprawne postępki swych organów, dowodzi i to, że państwowy zarządca majątku także przez swoje *sic jubeo*, powstrzymuje pensją ks. Heinrichowi, rzekomo z powodu jego nieposłuszeństwa dla p. Brenka. (Śmiech). Rejencja przecież wielokrotnie oświadczyła, że sprawa posłuszeństwa należy przed forum duchowne, i że zarządca majątku o tem rozstrzygać nie może. Tu się jednak tak dzieje.

Parafian niepodobna było tedy zmusić do uznania państwowego proboszcza Brenka, spróbowano tedy u więźniów sądu powiatowego. Sąd nie chciał się w to wdać. Aliści na zażalenie p. Brenka do sądu apelacyjnego spada wyrok, o którym sobie w Poznaniu wróble na dachu opowiadają, — że należy użyć gwałtu. (Niesłychane, niesłychane!) Pan minister orzekł inaczej, za co mu wdzięczność wyrażam. Nie wiem tylko, czy to zrobił pan minister wyznań, a prawiebym wierzył, że p. minister sprawiedliwości się zdobył na to. Mimo to, panowie zmuszają do uznania państwowego proboszcza Brenka więźniów z zakładu prowincjalnego, w którym się mieści kilka set osób. Dawnego przy zakładzie poprawczym rite ustanowionego księdza wydalono z urzędu za to, że przed trzema laty podpisał adres do ks. arcybiskupa, kiedy tenże także jeszcze za zgodą państwa zasiadał na stolicy arcybiskupiej. (Niesłychane!) Drugi, który komisorycznie urząd swój sprawiał, musiał naturalnie natychmiast ustąpić miejsca p. Brenkowi i pan Brenk jest pasterzem więźniów. Może powiedzą, że fizycznemi środkami nie gwałcą więźniów. Oczywiście nie wiem, czy używają środków fizycznych, ale to mi jest jasnem, że wolnego wyboru więźniom nie pozostawiają. Skoro jednak p. Robińskiego złożono z urzędu za to, że nie chciał pełnić u p. Brenka obowiązków organisty, domyślają się oni, coby ich czekało, gdyby się wzbraniali brać udział w nabożeństwie, odprawianem przez państwowego proboszcza. Nauczyciel jako taki jest urzędnikiem państwa, ale przecież nie jest państwowym urzędnikiem jako organista, mimo to zrzucił go z urzędu wyrok rejencji, podpisany przez p. Wegnera. Dwa słowa tylko odczytam z tego wyroku. Wyrok przyznaje, że p. R. „dotychczas ku zadowoleniu władzy przełożonej pełnił swe obowiązki, że i jego pozasłużbowe zachowanie dotąd nie dało powodu do nagan“, ale składa go się z urzędu za to, że dla skrupułów sumienia wzbrania się pełnić służbę organisty u państwowego proboszcza. (Niesłychane!).

Jest też w Kościanie lazaret pod zarządem Sióstr miłosierdzia. Na denuncjację karanego indywiduum z domu poprawy, które się publicznie chwali, że otrzymało za to nagrodę od p. Brenka, zmuszają Siostry do zeznania, czy w kaplicy lazaretowej jakiś duchowny nie odprawiał cichej mszy. Zmuszają je do czegoś, co im moralnie jest niemożebnem, do denuncjowania tego, który im w ciężkiej niedoli religijnej przyniósł pociechę religijną. Zmuszają je nadto do zeznania przeciwko sobie samym, gdyż w danym razie, co teraz u naszych prokuratorów weszło w używanie, karanoby je za udział i pomoc w czynności zabronionej przez prawa majowe. Mogę panom jeszcze powiedzieć, że dwie z uwięzionych Sióstr, bo cztery poszły do więzienia, na polach bitwy w Francji i Austrji opatrywały waszych żołnierzy. (Niepokój!) Może się panowie uspokoicie, gdy wam powiem, że jedna z nich na polu bitwy opatrywała nawet syna ks. Bismarka. (Słyszycie!)

A zatem w parafii kościańskiej zamknięto 5 kościołów i wszystkich duchownych zawieszono w pełnieniu obowiązków kościelnych. Teraz wzięto się do sąsiednich proboszczów, do których się gmina udawała z potrzebami religijnemi w tej niedoli religijnej; w tych parafiach potrzeba było sprowadzić takiż stan niedoli. — Z Poznania wysłano na prowincją całą drużynę tajnych policjantów. Pan minister wyznań zdaje się dziwić temu, ale ja mu mogę wymienić nazwiska: Crusius, Oflich, Büttner. (W centrum: Słyszycie!) W czasie, kiedy już z Kościana wszystkich księży wydalono, podsłuchują oni kazania w okolicznych kościołach. Kilku duchownych oskarzono w skutek denuncjacji tajnych policjantów (Niesłychane) a ks. Czechowskiego z Gryżyny zaskarzono, jakoby tajnego policjanta obraził w urzędzie, albowiem miał powiedzieć z ambony, że słowo Boże głosić będzie, chociażby go i zbiry podsłuchiwać miały. — Czy wyraz „Schergen“, o który chodzi, zastosować się da do języka polskiego, niech o to pytają każdego, co tylko choć blade ma pojęcie o języku polskim. Obżałowanego jednak za ten wyraz skazano na 8 miesięcy więzienia. (Oho!).

Czyż to, panowie, takiemi środkami zmuszą gminy do uznania proboszczów państwowych? Czyż etablować chcą kościół państwowy z garstką duchownych rządowych? Panowie, ludzie XIX. wieku nie są już ludźmi XVI. wieku. (Bardzo słusznie z lewicy.) Tak jest, panowie, dla uzupełnienia wczorajszego pokłosia p. Petriemu dodam tylko jeszcze dwa szczegóły. — Nie jesteśmy już ludźmi XVI. stulecia, którzyby na rozkaz takiego landgrafa heskiego 5 razy w jednym wieku zmieniali wyznanie, albo na rozkaz takiego Henryka VIII. wiarę swą co rok zmieniać musieli. (Bardzo słusznie!) A jeżeli rząd myśli, że w państwie konstytucyjnem, którego swobody konstytucyjne prawda że co rok się kurczą, zjedna sobie ludność, i przywiedzie ją temi środkami do uznania proboszczów przez żandarmów narzuconych, wtedy sądzę, że rząd nie poznaje się na czasie, w którym żyjemy. Nie żyjemy już w epoce, kiedy się nazywało: *cujus regio, illius religio*! — Tacy jurgeltnicy rządowi — inaczej ich nazwać nie umiem — mogą na gminy sprowadzić jeszcze więcej nieszczęścia, jak go sprowadzili w Kościanie, lub z małemi odmianami i gdzieindziej, ale oświadczam, że gminy tylko jeszcze więcej wzgardy i nienawiści okazywać im wtedy będą. Głęboko nad tem każdy ubolewać powinien, że mimo wzgardliwego wyroku, jaki historja wydała na jurgeltników rządowych angielskich, i u nas próbują zaprowadzić tę możliwą instytucję. Z oburzeniem odstąpił naród angielskich jurgeltników, a ci przecież jakkolwiek uprawnieni byli. Uposażono ich wprawdzie złupieżonym majątkiem katolickim, ale byli przeznaczeni dla rozproszonych po Irlandji protestantów, podczas gdy dla pruskiego proboszcza państwowego XIX. wieku i tego niema pozoru. (Bardzo słusznie!) Przeznaczeni są dla katolików, którzy ich jako prawowiernych pasterzy uznać nie chcą i nie mogą, a wzbraniają się z powodu, że wedle nauki kościoła ludzie ci nie są prawowiernymi duchownymi katolickimi. Dalej się tu posunięto jak ongi w Irlandji. Mniejsza o to, czy zechcecie bronić praw kościoła katolickiego, albo okazać dlań wrogie usposobienie, sądzę jednak, że ta instytucja jurgeltników rządowych bez duszpasterstwa nie może być dla was sympatyczną. I gdybyż się spodziewać można powodzenia! — Cóż o takich sprawach mówi historja! Czyż Irlandczyków zjednano przez 300-letni despotyzm, dla jurgeltników rządowych, pomimo że nagrody wyznaczano na głowę każdego księdza katolickiego? Naród miał odwagę dawać bezpieczny przytułek swym kapłanom, a nie brakło też kapłanów — gotowych zawsze pójść na męczeństwo.

Panowie, jest mojem przekonaniem, że ten sam naród, i ci sami kapłani i u nas się znajdą, jeźli będzie potrzeba. (Bardzo dobrze! w centrum.) Daleki jestem od mniemania, że tylko katolicy w historji dali dowody takiej wierności przekonaniom. Angielscy purytanie, presbyterjanie tak samo nie chcieli pozwolić na poddanie się opiece w sprawach kościelnych, a duchowni rządowi tak samo kazali tam do próżnych ław, jak u nas pruscy proboszcze rządowi; a lud wolał tymczasem na kurhanach i trzęsawiskach śpiewać psalmy i modlić się.

Panowie! pan minister wyznań odwołuje się zawsze do prawa. Powiada on tak: prawo istnieje, trzeba je wykonywać. Właśnie panowie, ja przeczę w tej mierze, ażeby była „potrzeba.“ Powołuję się na powagi tej Izby, którym historja angielskiej konstytucji nie jest obcą, czy — mówiąc słowami Macaulaya — w Anglii niema stu śmiesznych praw na pergaminie spisanych, do których wykonania dziś nikt ręki nie przyłoży. (Bardzo dobrze! w centrum.) Prawo jak je ustanowiono, tak je odmienić można. Póki to nie nastąpi nie powinien rząd wyzyskiwać tak bezwzględnie swego uprawnienia, dla sumienia za-

tolickiego zbyt twardego, zwłaszcza gdy się pokazało, do jakich doprowadziło zatargów, do jakiego ucisku, do jakiej materjalnej ruiny gmin, do jakich zamachów na wolność sumienia i samorząd, — a nareszcie jakie niepowodzenia osiągnęło. (Bardzo dobrze! w centrum.)

Panowie! wczoraj powiedział pan minister wyznań dosłownie, że dziś nawet twardszych punktów prawa, jakie przyznaje, usunąć nie myśli; powiedział dalej obrazowo, że my przez skargi nasze, niejako tylko krople lejemy na kamień; przypomnę tedy panu ministrowi, że te krople, są to serdeczne łzy 8 milionów katolików. (Bardzo dobrze! w centrum). Nie wiem, czy wczorajsza odpowiedź p. ministra określa także odpowiedź na dzisiejszą interpelację. Dowiemy się wkrótce, czy p. minister pochwala postępowanie władz u nas, czy zgadza się, aby takiemiż środkami gwałtownemi i nadal wbrew wszelkiemu, nawet wbrew przyrodzonemu prawu gmin, narzucano proboszczów, czy pochwala nareszcie owe modne tortury sumienia za pomocą rozporządzeń policyjnych i nacisku podrzędnych władz. Oświadczam panu, panie ministrze, że jeżeli na tej drodze pójdziecie dalej, nie dziwcie się, jeśli w ludzie katolickim coraz bardziej utwierdzi się przekonanie, jakie kiedyś pewien dziejopis rzymski wyraził w dwóch słowach: „Krzywdzić a rządzić jedno bywa.“ *Injuriam facere est imperio uti.*“ (Żywe oklaski.)

(Dok. n.)

## Mowa tronowa

odczytana przy otwarciu Izb rumuńskich d. 27. bm.

Z powodu prowadzonej przez Wysoką Portę przeciw nam wojny, reprezentacja narodowa orzekła na swej kwietniowej sesji, że węzły, łączące nas z państwem Ottomańskiem, na zawsze zerwane zostały; oświadczyła ona głośno, że na przyszłość kraj nasz używać będzie całkowitej i zupełnej niepodległości. Na polach bitew w Bułgarji żołnierze nasi krwią swoją oświadczeniu temu moc i siłę dali. Krwawe walki pod Plewną uczyniły ten punkt najważniejszym kluczem działań wojennych nad Dunajem; tam też przeniesioną została nasza linia obronna; powodowani instynktem samozachowawczym, musieliśmy pośpieszyć tam, gdzie było niebezpieczeństwo. To też książę nie wahał się przejść na czele naszej młodej armii Dunaj. Na polach bitew żołnierze nasi spełnili godnie swój obowiązek; kraj wie o tem, nasi dzielni i potężni sprzymierzeńcy głoszą to, nawet sami nasi nieprzyjaciele oddają nam sprawiedliwość. Nasi żołnierze nie zadali kłamu płynącej w ich żyłach krwi szlachetnej, ich męztwo wzbogaciło nasze roczniki wojenne nowemi tryumfami oręża, a na pełnych sławy kartach, poświęconych bitwom pod Rahową i Kalongareni, dopiszemy imiona Grzywicy, i jeszcze raz Rahowy. Wprawdzie ponieśliśmy liczne i bolesne straty; lecz bohaterowie, którzy krwią swoją przynieśli chorągiom rumuńskim chrzest sławy, aby okupić ceną swego życia przyszły byt Rumunii, zapisali w naszych sercach i w historji naszego odrodzenia swe nieśmiertelne imiona.

Obowiązkiem jest tedy ciał ustawodawczych zająć się naprzód ustawą, zapewniającą los wdów i sierot po tych, którzy walczyli i polegli dla ojczyzny.

Walka z armją ottomańską nie skończyła się jeszcze, odniesione zwycięstwa budzą w nas żądzę nowych tryumfów i dlatego to książę, oficerowie i żołnierze nie mogą opuścić pola chwały. Ten najwyższy obowiązek przeszkodził księciu spełnić inny, drogi jego sercu: stanąć w pośród reprezentacji narodowej, aby was powitać przy rozpoczęciu nowych prac prawodawczych.

W chwili gdy Plewna wpadnie w nasze ręce — a spodziewamy się tego wszyscy — zawrzemy na jej gruzach pokój, tak zawsze nam drogi. Mamy także to przekonanie, że na tych krwawych ruinach ujrzymy powstającą niepodległość Rumunii, uznaną przez całą Europę. Dzięki waszym patrjotycznym uchwałom, dzięki waleczności naszych żołnierzy i krwi ich przelanej za tak szlachetną sprawę, ma książę tę pewną wiarę — którą z pewnością podziela senat i Izba — że gwarancyjne mocarstwa uznały Rumunię za kraj, posiadający rzeczywistą żywotność.

Zdołały one przekonać się, że jesteśmy narodem, umiejącym zdać sobie sprawę z poruczonego nam posłannictwa nad dolnym Dunajem, że posiadamy dość wytrwałości do spełnienia tego posłannictwa i energii do bronienia go w razie potrzeby z orężem w ręku.

Minęły już dla nas czasy obcej opieki i wasalstwa. Rumunia jest już dzisiaj i pozostanie na zawsze wolnym i niepodległym krajem.

W oczekiwaniu swego powrotu do kraju zawiadamia książę, że ministrowie przedłożą mądrej i patrjotycznej radzie reprezentacji narodowej rozmaite projekta ustaw, dotyczących w ogóle potrzeb kraju, zwłaszcza zaś armii. Książę jest głęboko przekonanym, że w ważnych i uroczystych okolicznościach, w których się znajdujemy, senatorowie i deputowani będą umieli stanąć na wysokości powierzonej im przez kraj misji, że będą tem, czem nasi ojcowie w najwyższych chwilach naszej historji zawsze byli: głęboko przeniknięci jedną myślą i jedną wolą dobrobytu i niepodległości naszej drogiej ojczyzny.

# Z teatru wojny.

### Azjatycki teatr wojny.

Wszystkie siły moskiewskie, oprócz riońskiego oddziału, już się połączyły na wzgórzach Dewe-Bojun. Wynoszą one przeszło 60 tysięcy bagnetów, 4 tysiące jazdy i do 200 polowych dział. Cała zaś armia Muktara baszy składa się zaledwie z 38 tysięcy wojska wszelkiego rodzaju broni, przeważnie zaś piechoty, bo Kurdowie, stanowiący kawalerję, porzucili turecki obóz zaraz po bitwie na Aladżej-Daghu, a artylerja Muktara, zostawiona przez niego w Karsie, wpadła w ręce Moskali. Różnica tedy w siłach moskiewskich a tureckich jest tak wielka, że trudno przypuszczać możebność skutecznego oporu Moskalom w otwartem polu. Z tego powodu Muktar basza, obsadziwszy należycie Erzerum, cofnął się od tej twierdzy na południowy wschód do miasteczka Melasserd. Że się cofnął w tym mianowicie kierunku, a nie do Erzinghanu, jak donoszono, okoliczność ta tem się tłumaczy, że Muktar basza przedewszystkiem stara się o utrzymanie łączności z Wanem, zkąd mają mu nadejść Kurdowie w liczbie 8000 koni, a nadto stojąc w Melasserdzie ciągle zagraża moskiewskim tyłom i w ten sposób nie pozwala im wypełnić planu jenerała Filipowa, — planu polegającego na obsadzeniu Erzerumu i równoczesnem maszerowaniu w głąb Małej Azji. Chcąc się oswobodzić od Muktara, Moskale będą musieli zaatakować go i bądź co bądź zmusić do przyjęcia bitwy, czego naturalnie Muktar basza nie zrobi: będzie manewrował na jednym miejscu tak długo aż sam dostatecznie się wzmocni przybywającemi posiłkami, a Moskali znurzy do ostateczności i przewlecze ich akcję. Tak samo postępował pod Karsem od lipca do końca września, i gdyby był po bitwie ua Kizil-Tepe przeszedł na terytorjum moskiewskie, dzisiaj pół Kaukazu byłoby zapewne w rękach tureckich. Pisaliśmy już, że sułtan nie zgodził się na ten śmiały plan i w skutek tego Muktar musiał bezcelowo stać pod Karsem aż do października i ostatecznie doznać klęski. Przypomnieliśmy tu owe czasy jedynie dla tego, żeby udowodnić, że nie działalność Muktara pod Karsem, a wcale inne okoliczności spowodowały klęskę Turków z dnia 16. października. Ta sama zatem działalność i teraz będzie do czasu bardzo dla Turków pożyteczną.

Często słyszymy pytanie: dlaczego zajęcie Erzerumu przez Moskali jest niebezpiecznem dla Anglii, dlaczego z upadkiem tej twierdzy interesa synów Albionu na Wschodzie odrazu są naruszone? Uważamy za konieczne wyjaśnić tę kwestję.

O sam Erzerum Anglikom bynajmniej nie chodzi. Chodzi zaś o południowy brzeg Czarnego morza, bo tędy prowadzi wygodna droga ku brzegom Bosforu, i o dolinę Eufratu. Wzdłuż południowego brzegu Czarnego morza znajdują się trzy morskie twierdze: Ofi, Trebizonda i Synopa. Twierdze te, jako morskie, nie mogą pochodu Moskali powstrzymać, a miejscowość jest tak bogatą, że armia moskiewska wszystkiego, co jej potrzeba, podostatkiem znajdzie na miejscu; zresztą, opanowszy jedną z tych twierdz, co od strony lądu będzie rzeczą łatwą, Moskale z Odessy, Sebastopola i Kerczu będą mogli dowozić sobie żywności i amunicji łatwiej niż teraz przez Kaukaz.

Z drugiej strony, Moskale mogą się rzucić w dolinę Eufratu i tu już bez wszelkiej zgoła przeszkody w krótkim czasie dotrzeć do Perskiej zatoki. Po drodze spotkaliby tylko Bagdad, który mógłby ich na parę godzin zatrzymać, jest to bowiem przedpotopowa twierdza, tyle dzisiejszym armiom straszna, co owe malowane smoki i inne fantastyczne straszydła, któremi Chińczycy niegdyś się odgrażali Anglikom.

Otóż tedy po wzięciu Erzerumu, Moskale nader prędko i łatwo mogą z jednej strony stanąć nad brzegami Bosforu, co bardzo a bardzo będzie zagrażało Konstantynopolowi; z drugiej zaś strony mogą dotrzeć do Perskiej zatoki, co już nietylko Turcję, lecz bezpośrednio Anglików wprawi w największy kłopot. Zwycięzka Moskwa nad brzegami Perskiej zatoki, to wyrok śmierci dla angielskiego panowania w Indjach.

O kaukazkiem powstaniu donoszą z Lagadech (miasteczko w Gruzji), że niepowodzenie armii tureckiej bynajmniej nie wpływa na siły i energię rokoszan; obsadzili oni prawie wszystkie przesmyki i codziennie napadają miasta i wioski moskiewskie. Tak w ostatnich czasach do szczętu zburzyli daghestańskie miasto Russar, w celach strategicznych zbudowane przez Moskali. Zdusić tego powstania Moskale nie mogą, bo braknie im wojska, fałszem też jest doniesienie petersburgskie, że się organizuje osobny korpus do działania w Daghestanie przeciw góralom.

### Naddunajski teatr wojny.

Rozumowanie nasze, na mocy którego przyszliśmy do wniosku, że zajęcie przez Moskali Iwraczy i Etropola jest właściwie tylko geograficzną zdobyczą, a dopóty nie będzie miało strategicznej wartości, dopóki wąwozy Baba Konak, Araba Konak i Slatica znajdują się w ręku Turków, potwierdza dzisiaj *Daily Telegraph*, przynosząc wiadomość, że Turcy zajęli obwarowane przesmyki znajdujące sią na południe od Orhanie, samo zaś miasto Orhanie opuścili ze względów strategicznych. Tym sposobem powstała w Etropolskich Bałkanach nowa Szipka z tą różnicą, że podczas gdy w Hodża Bałkanach wąwoz należy do Moskali, tutaj natomiast wąwozy należeć będą do Turków a Moskale stać będą na straży u ich wrót. Że w tych warunkach wszystkie korzyści będą po stronie Turków, samo się przez się rozumie.

Mehemet Ali uzbroiwszy należycie wąwozy i pozostawiwszy w nich należyte załogi, które uwięzą sporą część wojska moskiewskiego, opuści sam Etropolskie Bałkany z głównemi siłami, a obszedłszy Starą Planinę uda się drogą, którąśmy już wczoraj nakreślili, to jest na Berkowace i Wraczę. A gdy raz dotrze do Iskieru i opanuje lewy jego brzeg, Plewna a właściwie armja Osmana baszy będzie już oswobodzona. Pamiętać bowiem trzeba, że dla Osmana dlatego tylko jest niebezpiecznem przebijanie się przez circumwalacyjną linią Moskali, iż przebiwszy się przez nią i działając na własną rękę, nigdzie on nie znajdzie punktu oparcia. W chwili zaś gdy Mehemet Ali stanie nad Iskrem, niebezpieczeństwo to ustąpi. Nad rzeką tą zgotowana przez Mehemeta Alego pozycja obronna przyjmie Osmana i zabezpieczy go od pogoni moskiewskiej. A z Plewny do Iskieru jest wszystkiego 2 dni drogi; — czas za krótki, aby Moskale ściągnąć mogli wszystkie swe siły, rozprószone dokoła Plewny i z niemi zdołali uderzyć na Osmana wpierw jeszcze, niem dotrze do Iskieru.

Zdanie nasze, iż rozpuszczane przez Moskwę pogłoski o toczących się rokowaniach o kapitulację z Osmanem baszą, mają przeważnie na celu giełdowe spekulacje, potwierdza dzisiaj korespondent *Augsb. Gazety*. Oto ustęp z jego listu pisanego z Trsteniku (pod Plewną) d. 26. listopada:

„W wyższych kołach utrzymują stanowczo, że Osman basza w skutek ostatniego zawezwania przyrzekł poddać się pod ściśle określonemi warunkami. Głównym warunkiem ma być to, że Moskale natychmiast po kapitulacji przyjmą na siebie obowiązek żywienia wojska tureckiego. Z tego powodu rozkazano jak najspieszniej dostawić 20.000 (według innych nawet 70.000) worów sucharów z Bukaresztu; w dniu, w którym te suchary nadejdą, mają Turcy złożyć broń. Moskiewska główna kwatera miała już oznaczyć punkta, w których ta żywność będzie złożoną, i zawiadomić o tem dowódzcę Turków. Prawdą jest to wszystko, bo na własne oczy przekonałem się, że wewnątrz cyrkumwalacyjnej linii nagromadzono wielkie zapasy żywności. Ale ani na chwilę nie wierzę, aby ta żywność miała być przeznaczoną dla Turków. Zapasy te nagromadzono po prostu w tym celu, żeby służyły za ponętę dla Turków. Moskale są przekonani, że załoga Plewny cierpi głód; nagromadzili więc żywność, żeby jej utrudnić spełnienie ciążącego na niej obowiązku. Jeżeli turecka armia rzeczywiście głód cierpi, co jeszcze nie jest całkiem pewnem, to widok tak olbrzymich zapasów żywności i tak blisko złożonych musi wzbudzić w Turkach chęć przywłaszczenia ich sobie.

Godzi się jednakże wątpić, czy Turcy dla zaspokojenia swego apetytu chwycą się właśnie tego środka, jak Moskale przypuszczają, to jest czy się poddadzą. Prawda, że głodem można lwa oswoić i nauczyć go posłuszeństwa, ale trzeba mu odjąć sposobność do zaspokojenia głodu według jego własnej woli. Koła bezstronne nie wierzą wcale pogłoskom rozsiewanym, spodziewanem poddaniu się Plewny, co więcej, przekonany jestem, że i wykształceni Moskale nie wierzą w kapitulację, dopóki Osman basza dowodzi blisko sześćdziesięciotysięczną, i dotąd niezwyciężoną armią. A ponieważ zasady strategii nie wymagają rozsiewania pogłosek o kapitulacji, bo armia nie osiągnie przez to żadnych korzyści, musi być zatem jakaś inna przyczyna, która te pogłoski zrodziła. Owóż wszyscy bezstronni zgadzają się tutaj, że pogłoski te wyrosły pod wpływem spekulacyj handlowych, a szerzenie ich było prostą giełdową operacja. Wiadomo przecie, że Moskwa straciła już kredyt tak na angielskich jak i na wszelkich innych europejskich targach pieniężnych, i że jedynie tylko przyjacielskie pośrednictwo Berlina pomogło Moskwie cokolwiek w ostatniej jej operacji pożyczkowej. Żeby więc podtrzymać ten drogo okupiony kredyt, Moskale szerzą wieści o rychłem kapitulowaniu Plewny.“

## Z lwowskiej Rady miejskiej.

Żadne może z większych miast Europy nie jest tak upośledzonem jak Lwów, pod względem dostarczania mieszkańcom swoim jednego z najważniejszych środków sanitarnych t. j. kąpieli. Niedosyć, że pozbawieni zupełnie wody bieżącej, zmuszeni jesteśmy ograniczać się letnią porą na kąpielach w stawach zamiejskich, właściwych może do pławienia koni ale nie dla ludzkiego zdrowia; że ludność żeńska, z samej już konieczności wymagająca większych w tej mierze wygód, wystawioną jest we wszystkich istniejących tak zwanych łazienkach na różnorodne nieprzyjemności, (na dowód czego można wymienić koryta obok stawu Pełczyńskiego, odgrywające rolę łazienek kobiecych) — ale z nastaniem chłodniejszej pory roku, każdy, ktokolwiek ceni czystość i zdrowie, stanowczo wyrzec się musi wszelkiego zetknięcia się z wodą dostarczaną w łazienkach wannowych lub parowych. Zimno, brud, niechlujstwo nawet, zupełny brak dbałości o wygodę kąpiących się, oto najwybitniejsze cechy owych niby sanitarnych zakładów — pomimo tego znaczne swym właścicielom przynoszących dochody. Ze złe to istnieje (nie mówimy o dochodach ale o sposobie prowadzenia łazienek) wiadomem jest powszechnie — wiadomem jest również, że może setna zaledwie część ludności lwowskiej jest w stanie urządzać sobie kąpiele w własnem mieszkaniu — inni, to jest ogół cały, obywać się musi tem na co konieczność dozwala. Dawniej miały jeszcze pewną, względną wartość, łazienki naprzeciw ogrodu pojezuickiego, jako zasilane wodą źródlaną, ale i te następnie zaniedbano zupełnie, a ostatecznie zniesiono je, gdyż w miejscu tem stanąć ma gmach sejmowy. Dlaczego jednak żaden z licznych przedsiębiorców tutejszych i właścicieli realności, nieraz wielkiemi rozporządzających kapitałami, nie zajmie się urządzeniem odpowiedniego budynku kąpielowego, któryby przynosząc mu znakomite zyski, zapewnił zarazem nieobliczone dogonności dla ogółu mieszkańców? — Myśl tę nasunęły nam rozprawy toczone na wczorajszem posiedzeniu miejskiem; że mieszkańcy m. Lwowa potrzebują koniecznie łazienek, stwierdza jeszcze i ten nieomylny objaw, iż od niejakiego czasu prawie na każdem posiedzeniu Rady największą część czasu zajmują obrady nad udzielaniem pozwoleń na zakładanie łazienek, w skutek podań wnoszonych wyłącznie przez izraelitów. Ale pożal się Boże, jakie to mają być łazienki! Na wczorajszem posiedzeniu Rady m., dr. Opolski w długiem, opartem na hygienicznych podstawach przemówieniu, wykazał dobitnie, że zakłady te, w podobny jak dotąd prowadzone sposób, zamiast wymaganych od nich warunków czystości i zdrowotności, tylko niechlujstwo i zarazę roznoszą po mieście. Rada m. po dzielając zdanie dr. O. cofnęła udzielony w dotyczącym wypadku konsens, jedynie ze względów sanitarnych, w każdym razie decyzja ta nie wpłynęła w niczem na wykazane powyżej stosunki kąpielowe u nas — i dla tego przy każdej sposobności palącą tę kwestję wyprowadzać będziemy na porządek dzienny, dopóki głos nasz wysłuchanym nie zostanie i nie znajdzie się jaki dobrodziej prawdziwy, któryby zechciał obdarzyć miasto nasze tyle pożądanym zakładem.

## Kronika miejscowa i zamiejscowa.

*Lwów dnia 30. listopada.*

— Na zaopatrzenie rannych i szpitalów tureckich złożyli w administracji *Gazety Narodowej* na zakupienie szarpi i potrzeb sanitarnych WW. PP.: Grzegocki z Iławiec, Tonczyński i Jul. Bogumił po 1 zł., Edward R. i Ludwik K. po 50 ct.; razem z dawniejszemi 1608 zł. 82 ct., 2 napol., 5 duk. i 1 rubel; dalej szarpie i bandaże od pań Sydonii Weiser ze Sassowa, Krajewskiego z Czuk, Hanisza z Tarnawa, Grzegockiej z Iłowiec Julii Malczewskiej z Tarnopola. J. B. z Birczy, Nat. Jordanównej z Piadyk, Nurkowskiej z Połtwi, Topolnickiej, Róży Ziętkiewiczowej, Skulimowskiego, Łozińskiej ze Lwowa.

— Wczoraj wręczono znakomitemu ekonomiście naszemu J. Supińskiemu adres od Towarzystwa drukarzy lwowskich.

Górnoszlązacy podpisują następujący adres do Józefa Supińskiego z powodu pięćdziesięciolétniej rocznicy pracy jego na polu nauki:

„Zacny Jubilacie! Oczekiwał naród a naród wszystek na głos, któryby przedstawił jasno i dobitnie, gdzie są podstawy bytu nie marniejącego, a raczej bytu, który z najsłabszych początków potężnieć, a z upadku odrodzić się musi.

Pochodnią rozumu na polu bytu przyświecać narodowi około utrwalenia bogactwa narodowego, około podniesienia materjalnie i moralnie ludu naszego, wielkiem jest i zaszczytnem posłannictwem, jest to jakoby gwiazda, która nagle zaświeci tym, którzy w ciemnościach drogi znaleść nie mogą.

Podnosimy ten głos w całem znaczeniu Tobie zacny Jubilacie rozprószone syny rozćwiartowanej Polski, który odpowiadałeś nietylko zdobyczom ekonomicznej nauki i światła, ale zastósowałeś takową do narodowej potrzeby wymagań i pojęć. — I z naszej prowincji szląskiej przesyłamy Ci przezacny Jubilacie na uroczystość, którą wszyscy Polacy uczcić mają zaszczyt, ten wyraz uwielbienia z nadmienieniem, że Twoje światło z ducha i serca pochodzące, trafiło do serc narodu.“

— Drugie zgromadzenie tygodniowe Towarzystwa ukończonych techników odbędzie się w sobotę dnia 1. grudnia b. r. o godzinie 6. wieczorem w sali wykładowej chemii c. k. szkoły politechnicznej. Na porządku dziennym: Odczyt p. B. Darowskiego o fabrykacji szyn kolejowych w Lotaryngii, wnioski członków. Wstęp wolny tylko za okazaniem karty legitymacyjnej. Zarazem uwiadamia się członków, iż w każdą sobotę odbywać się będą zgromadzenia tygodniowe w myśl §. 18. regulaminu.

— Kiedy w Wiedniu leje deszcz stromieniami a koło Klagenfurtu pociągi opóźniają się z powodu zamieci śnieżnej, która szyny pokrywa grubą płachtą, a nawet we Francji nad morzem już się okazał gość biały, u nas trwa ciągle piękna pogoda i gdyby nie poranne przymrozki, nie marzylibyśmy nawet o zimie.

— W numerze 271 *Dziennika Polskiego*. Czytamy bardzo słuszne uwagi z powodu zapadłej uchwały kolegium profesorskiego politechniki tutejszej, w sprawie obsadzenia nowo utworzonej katedry budownictwa lądowego. (Konstrukcji, auszlagowania i ustaw budowniczych.) Na katedrę tę w skutek ogłoszonego konkursu podali się pp. Bizanc asystent prof. Zacharjewicza, Hauff budowniczy, Janowski architekt, Kamieniobrodzki budowniczy, Markl inżynier, Sibaucz inżynier, Zajączkowski budowniczy i Rudkowski inżynier. Kolegium postanowiło terna z kandydatów nie składać, a przedstawić tylko na profesora, jako jedynego możebnego kandydata p. Bizanca. Protest *Dziennika Polskiego* przeciwko takiej uchwale, jest ze wszech miar słuszny; uchwała ta bowiem jest co najmniej wielce niesprawiedliwa, a w wysokim stopniu ubliżająca współkandydatom. Nie dopuszczać bowiem do terna tych, którzy o wiele przewyższają kwalifikacjami swemi p. Bizanca, jest to lekceważyć sobie niewiadomo dla jakich powodów, ich prace i ich naukę i żartować z konkursu i u stawających do niego — Wiadomo przecie, że jedyną kwalifikacją p. Bizanca jest to, że był uczniem b. techniki lwowskiej (nie akademii), w której nie było nawet katedry tego przedmiotu, o który się ubiega — i że od lat 4ch zajmował posadę asystenta przy profesorze Zacharjewiczu. Praktyki nie ma żadnej, i nic prócz Lwowa nie widział, — gdy współkandydaci nietylko wieloletnią praktyką ale i wysokiem specjalnem wykształceniem, znakomicie go przewyższają.

Słyszeliśmy głosy ubolewające na nietakt *Dz. Pol.* rozgłaszającego tajne uchwały kolegium profesorskiego, godzić się jednak z niemi nie możemy. Instytucje takie jak politechnika lub uniwersytet, nie są ministerstwami spraw zagranicznych lub ambasadami — ale instytucjami publicznego dobra, nad któremi opinia czuwać może i ma prawo. Opinii to zawdzięczamy, że zakłady te rzeczywiście są dziś polskiemi, i że wszelkie pokusy germanizacyjne ścigane są należycie. Kto wie coby się stało z katedrą kliniki lekarskiej w Krakowie, gdyby nie silny protest opinii. — Jak więc wtedy podnieśliśmy głos protestu, tak i teraz chętnie się do niego przyłączamy, bo szkodzić można zakładowi, nietylko przez germanizację i wprowadzenie do niego żywiołów nienarodowych, ale i przez usuwanie lepszych i więcej uzdolnionych, dla gorszych i mniej wykwalifikowanych. Opinia wie i wiedzieć powinna jakich ma ludzi, i ma prawo stać na straży, aby sprawiedliwości i zasadzie, nie stawała się nigdzie i nigdy krzywda. Nic tak nie demoralizuje i nie zniechęca do publicznej pracy, jak niesprawiedliwa ocena zasług i kwalifikacji ludzi, w obsadzaniu posad i stanowisk publicznych.

Za kontrolę nad czynami dotyczącemi ogólnego dobra, mogą się gniewać tylko ludzie nielubiący światła dziennego, ale nigdy prawi i zacni i sumienia czyste.

— **Mianowania**. Radca ministerjalny w ministerjum wyznań i oświaty p. Edward Gniewosz mianowany c. k. szambelanem.

Rozporządzeniem ministerjalnem z d. 20. listopada b. r. siedziba sądu powiatowego z Zassowa przeniesioną została do Radomyśla, a z tem przeniesieniem gminy Dąbie, Mokre, Przeżytybor i Zassów przyłączone będą do pilzneńskiego sądu powiatowego.

— **W Rawie ruskiej** przyaresztował sędzia śledczy 24. bm. parocha gminy Wróblaczyn księdza Łapickiego. Można sobie łatwo wyobrazić jaką niemiłą sensację wywarło w pewnych sferach pociągnięcie przed kratki sądowe człowieka zamożnego, ojca licznej rodziny, chociaż nieposiadającego zaufania swych parafian, przyprowadzonych do ubóstwa nie tylko wysokiemi podatkami, ale zdzierstwem z przeróżnych stron pochodzącem. Tak tutejsze starostwo jak Rada powiatowa wdrożyły nareszcie dochodzenie mnogich nadużyć, kiedy jak grom z nieba spadło uwięzienie, które opinia publiczna przypisuje nie tyle za nadto dokładnemu strzyżeniu swych owieczek, jak wcale niedokładnemu postępowaniu w sprawach pokątnego pisarstwa.

— **Zaleszczyki** 29. listopada. (Poświęcenie mostu na Serecie.) Dnia 24. listopada b. r. odbyła się uroczystość poświęcenia nowozbudowanego mostu na rzece Seret w Kasperowcach, na drodze krajowej Skała-Zaleszczyki.

O godzinie 4. popołudniu wyszły procesje z ebydwu rzeką od siebie przedzielonych Kasperowieckich cerkwi na nowo zbudowany most, z licznym tłumem włościan tak okolicznych jakoteż i mieszkańców tutejszych, a salwa z moździerzy zgromadziła na miejsce uroczystości zebranych licznie obywateli na czele Wielmożnego Jocza specjalnego inspektora budowy mostów i Wgo Bykowskiego, marszałka powiatu zaleszczyckiego w stroju narodowym przy karabeli. Gości tych oczekiwali na moście księża obydwu cerkwi w pontyfikalnych szatach, a przy ciągłych wystrzałach z moździerzy zaczęto stosowne modlitwy i pokropienie mostu. Po skończonem obrzędzie nabożeństwa wystąpił ks. Uhrynowski z mową bardzo trafnie i umiejętnie wypowiedzianą, w której skreślił późniejsze niedogodności ucierpiane z braku wątłego statku przewozowego, i prawdziwe pobudki ustalenia pewnej i trwałej komunikacji.

Wedle zapisków w archiwach i na monumentach kościelnych z r. 1704 Tatarzy w tym Serecie gdzie dziś prom przewozi, napawali swe konie, wyprawiając się na dzikie mordy i zabory, a pędzeni w jasyr jeńcy chrześciańscy wbród przechodzili tę rzekę, zostawiając ostatnią może łzę pożegnania ziemi ojczystej w jej nurtach. Odkąd zapamiętać możemy, przy każdem wezbraniu wody prom podciągano przeciw wodzie, a podróżny życie swe narażając, puszczał się z prądem wody dokąd łaskawa fala niedobiła do brzegu, by się na przeciwną stronę mógł dostać. Dopiero w roku 1844 p. Jocz, właściciel natenczas Kasperowiec, pierwszy swoim kosztem uregulował przejazd na rzece promem, powierzając go linie, od tego czasu już bezpiecznej przejeżdżano i przeprawiano się przez rzekę, a jednak ostatnie dwa wypadki pęknięcia liny omal nie przeprawiły kilkunastu na promie będących ludzi o życie.

Rozum i umiejętność ludzka potrafiły okiełzać jednak te rozhukane bałwany a wdzięczność należy się za to kierownikowi budowy mostu p. Grzegorzewskiemu, inżynierowi okręgowemu, chociaż p. Jocza staraniom i zabiegom głównie podziękować należy, że powiat najlepszemi drogami komunikacyjnemi się poszczycić może, a koniec jego dzieła, które go zapisze w pamięci całej okolicy, jest oto przeprowadzenie budowy mostu na Serecie, a przez to połączenie dwóch sąsiednich powiatów Zaleszczyki i Borszczów. W końcu wniósł mowca okrzyk na cześć Najjaśniejszego Pana, któremu chór zaintonował „Mnohaja lita“, a salwy z moździerzy zawtorowały, że pozwolił tak ważnej instytucji jak Wydział krajowy się rozwijać. Okrzyk taki wzniesiono także na cześć Wydziału krajowego i zakończył swą mowę.

Po mowcy ks. Uhrynowskim wystąpił marszałek Rady powiatowej Zaleszczyckiej p. Bykowski w treściwych słowach dziękował imieniem zgromadzonych obywateli i włościan p. Joczowi za trudy i prace poniesione przy ciągłem dozorowaniu budowy mostu, i oddał go opiece miejscowych włościan, poczem na wniosek p. Jocza, wszyscy goście udali się do mieszkania chorego inżyniera p. Grzegorzewskiego, któremu za troskliwość i za staranne wykonanie pracy dziękowano. Tu wniesiono toast na podziękę p. Joczowi, a potem całe obywatelstwo udało się do mieszkania jego, gdzie wspaniała uczta zakończyła tę uroczystość.

— **Warszawa** 28. listopada. Józef Wieniawski, znakomity dyrektor naszego Towarzystwa muzycznego ustąpił. Zastępuje go tymczasem Jan Kleczyński, członek komitetu aż do walnego zebrania Towarzystwa, które nowego wybierze dyrektora.

Po odczycie Gersona. który mówił „o znawstwie sztuki“ (i zakończył mimo cacej wartości swojej prelekcji, rzecz całą na tej czczej definicji, że znawcą nie jest ani amator, ani zbieracz, ani artysta, ale tylko ten, który sobie jasno z rzeczy sprawę zdać potrafi) i ooczycie Morzkowskiej (Marennée) „o zrozpaczonych w literaturze“ nastąpią ciekawe odczyty znakomitego podróżnika dr. Ant. Rehmana, który mówić będzie „o ludach pierwotnych południowej Afryki“.

— **Wiedeń**. Wydział polskiego Stowarzyszenia akademickiego „Ognisko“ we Wiedniu wzywa niniejszem następujących panów do zwrosu zaciągniętych od Stowarzyszenia pożyczek i to najdalej do 1. grudnia br.. w przeciwnym bowiem razie musiałby zrobić użytek z §. 23. regulaminu zarządu kasy pożyczkowej: pp. Ajdukiewicz Bronisław, technik (9 zł.), Lewandowski Artur, akad. handl. (2 zł.), Łaski Kazimierz, technik (12·50 zł.), Pol Wilhelm, akad. handl. (9 zł.), Smolka Marjan, technik (10 zł.), Wojciechowski Mikołaj akad. roln. (5 zł.)

— **Pod tytułem: Simple histoire**, *Messager de Vienne* wydrukował artykuł, który za granicą przedrukowanym został *in extenso*. Nie od rzeczy będzie by i ci z czytelników *Gazety Narodowej*, którzy nie są prenumeratorami *Messager de Vienne* znali jeden fakt więcej, z historji okrucieństw moskiewskich.

Tutaj jeszcze jedno objaśnienie. Moskale zaledwie weszli do Rumunii założyli tam zaraz swój organ. Zaczęli od tygodnika, a potem w miarę kiedy im się noga powijała i gdy trzeba było ratować swój wpływ moralny zagrożony, zrobił z *l'Orient* pismo wycbodzące 2 razy na tydzień, potem codzienne w małym formacie a potem powiększyli i format codziennego pisma. — Odtąd *l' Orient* jest używany przez Moskali i księcia Gorczakowa do prędkiego podawania inspirowanych artykułów. Bismark utworzył tak zwane *fonds de reptile* i pomimo swoich wygranych we Francji i wpływu, który mu takowe nadały w zdemoralizowanej Europie, posługuje się na każdym kroku prasą, uważając ją za niezbędny czynnik do ostatecznego zwycięstwa nad opinią publiczną, z którą bądź co bądź i bagnety liczyć się muszą.

Toby być powinno dla Polaków i nauką i wskazówką. A jednak widzimy to ze smutkiem, że ta część pracy organicznej narodu jest zupełnie zaniedbaną i że mimo ogólnego głosu że organ nam jest potrzebny, tego który już posiadamy dostatecznie nie popieramy i nie staramy się przez nasze stosunki wpływać na usposobienie prasy europejskiej.

Otóż *Messager de Vienne* dedykuje swą historję dziennikowi *l'Orient* i tak artykuł rozpoczyna:

„Przyobiecaliśmy dziennikowi *l'Orient* zadedykowanie historji, którą podajemy w całej swej prostocie. I zostawiamy dobrej wierze dziennika rumuńskiego, aby sobie z niej wyciągnął naukę. Może wreszcie zapytać się swoich przyjaciół, oficerów moskiewskich, czy fakt jest prawdziwym, albowiem był on spełnionym z rozkazu jednego z nich, wtedy pułkownika, dziś jenerała, barona de Bremzen, który nie robił żadnej tajemnicy ze swych czynów.

„Co do ofiary, o której chcemy mówić, jest to oficer, który walczył z odwagą w szeregach armii francuzkiej w nieszczęśliwej kampanii przeciw Prusom w 1870—71 r. i był cytowanym kilkakrotnie na porządku dziennym armii. Zamieszkuje obecnie Wiedeń. Zostawiamy mu głos, mówi *Messager de Vienne*.

„Podczas powstania 1863, byłem złapany przez wojska dowodzone przez pułkownika Bremzena, u jednego z właścicieli ziemskich we wsi B. w powiecie Rawskim. Mając sobie powierzone ważne papiery do przewiezienia, które na szczęście udało mi się ukryć, nie chciałem wydać mego nazwiska, żeby także i nie skompromitować obywatela, i podałem się za jego pisarza dworskiego.

Pułkownik poszukiwał wtedy dowodzcę sił zbrojnych powiatu łęczyckiego, Skowrońskiego i podejrzywał, że on się tam w tej wsi przechowywał.

— Ponieważ jesteś pisarzem we dworze, to powinieneś wiedzieć, gdzie się przechowuje dowódzca powstańców.

— Nie wiem, odpowiedziałem.

— To być nie może, musisz o tem wiedzieć.

— Nie wiem.

— A to dobrze. Znajdę ja sposób, który cię zmusi do powiedzenia.

I zrobił znak na Kozaków, którzy się rzucili na mnie i powalili o ziemię. Ujrzałem w ich rękach ów straszny knut, którego opis zna dziś każdy. Pułkownik sądził, że sam widok knuta zrobi swoje wrażenie.

— Czy odpowiesz na zapytania, odpowiedział wskazując nań ręką. Powiedz, gdzie się znajduje dowódzca. Wydobędę ja prawdę z ust twoich knutami a przysięgam ci, że ich nie będę żałował.

— Powtarzam ci panie pułkowniku, że nic nie wiem.

Wtedy dał znak swym zbirom:

— Bijcie! powiedział.

Uderzony zostałem nahajką i poczułem jak mi każde uderzenie wyrywało ciało.

Po dziesięciu uderzeniach pułkownik sądził, że otrzymałem ich dość już sporą liczbę i że okaże się słabym, to jest wydam tajemnicę i kazał zaprzestać i powtórzył swoje pierwotne zapytanie.

Nie odebrawszy odpowiedzi, której oczekiwał, dał nowy znak i razy zaczęły padać.

Trzy nowe przestanki miały miejsce, podczas których zadawał mi swe jednostajne pytanie:

— Czy będziesz teraz mówił?

I aby mnie zmusić do mówienia, dano mi w tych krótkich przerwach tak sporą liczbę knutów, iż dzisiaj dziwię się jak mogłem ją wtedy wytrzymać. Knut bowiem z ręki Kozaków wściekłych, że nie mogli zniewolić obyw

jego do przyszłego kurjera odkładam.

Gazeta narod. Pruskie

2/12 1877 Nr. 277 — 4

# Sprawa kościańska w sejmie pruskim.

22/12 1877

(Dokończenie).

Mowa posła bar. Scherlemera z Alst (katolik, z centrum):

Panowie! Pan deputowany Wachler nazwał odpowiedź ministra wyczerpującą, sądzę ztąd, że i o swojej mowie ma to przekonanie, iż była wyczerpującą. Z wywodów jego interesował mnie tylko ten, gdzie powiedział: „My uważamy proboszcza Brenka za katolickiego proboszcza.“ Zdanie to p. Wachlera nie pomoże w niczem biednym ludziom w Kościanie. Oświadczenie, które nam tutaj odczytał minister dr. Friedenthal a które mu częściowo, jak się zdaje, kto inny napisał, znalazło już odprawę w mowie posła Windthorsta. Na jedno atoli zwrócić jeszcze muszę uwagę. Minister nazwał postępowanie parafian kościańskich fanatyzmem. Pątrząc, m. p., na nędzne położenie tych ludzi, na ciężki przymus sumienia i na wszystkie smutne okoliczności, jakie tam spotykamy, smutną i twardą jest rzeczą słyszeć z ust ministra takie słowa: „to jest fanatyzm!“ (Wielka prawda! w centrum). Mogę sobie wyobrazić, że bardzo łatwo nazwać to fanatyzmem, jeżeli się nie zna słowa „stałość przekonań“ — a na takiem właśnie stanowisku stałości przekonań stoją parafianie kościańscy. (Wielka prawda! w centrum).

Wszystko zrobiono w Kościanie, aby położenie parafian utrudnić; księży mansynoarzy i ks. Heinrichta, którzy obowiązki kapłańskie pełnić mogli, umyślnie wypędzono, aby wywołać biedę i wywołano ją rzeczywiście. Pan landrat wszystko zrobił, co ludzi rozdrażnić musiało, gdyż jeżeli się rozniosą takie wyrażenia, jakiego np. użył landrat, „mniejsza o to, niech krew płynie“ — to w rzeczy samej nie wiem, co na to powiedzieć. Jeżeli p. Wachler domyśla się, że pewnie jeszcze nie wszystkich winowajców w Kościanie ukarano, to, zdaniem mojem, należałoby to najprzód do p. landrata zastósować, który jako urzędnik państwa ludność w ten sposób prowokował. (Wielka prawda! w centrum).

Lud zachował się wzorowo spokojnie. Jeżeli się zwrócicie myślą wstecz, do roku 1848, gdzie chodziło o zewnętrze swobody, o wolność prasy, konstytucję itd., które jedynie uzyskać było można przez bitwy na barykadach, — a w kołach liberalnych jest, zdaniem mojem, wielu takich, którzy rewolucji w roku 1848 nie potępiają — to o ileż więcej podziwiać musicie, m. p., ten lud, który w daleko ważniejszej sprawie, bo w sprawie dotyczącej jego zbawienia, tak wzorowo się zachował! Chciałbym panów zapytać, w jakiem my to właściwie żyjemy państwie? Gdyby się wypadki kościańskie wydarzyły były w Chinach, albo w Japonii, toby wołano niechybnie: To rzecz niesłychana, to barbarzyństwo! tylko w takiem państwie może się coś podobnego wydarzyć! Niestety, musieliśmy dożyć tego w Prusach i w tym względzie stoimy niżej od Moskali. Moskwa mogłaby się w takich razach tem zasłonić, że w niej panuje despotyzm i absolutyzm. My atoli nazywamy państwo nasze konstytucyjnem i dla tego pytam panów, jakżeż to jest możebnem, aby w państwie konstytucyjnem tak się z ludnością obchodzono i aby reprezentacja kraju przeciwko temu nie wystąpiła? (Wielka prawda! w centrum).

Minister Falk milczał. Domyślałem się, iż zdaniem jego, należy to, co się stało w Kościanie, podporządkować pod pojęcie, że ustawy majowe łagodnie wykonywane bywają i że on ze swej strony wielce się do tego przyczynia, aby to, co w nich jest dokuczliwego, złagodzić. Poseł Petri może sądzi, że wykonywanie praw w Kościanie jest czystą wodą lawendową. (Bardzo dobrze!) Powiedział on nam przecież wczoraj, że wielu gani zbyteczną łagodność przy wykonywaniu ustaw majowych. Nie dziwię się temu wcale. Dziś może się pocieszyć, słysząc, iż jeden z landratów powiedział: że o rozlew krwi przy tej sposobności wcale nie chodzi! Chciałbym panów zapytać, czy postępowanie z parafią kościańską z powodu p. Brenka uważacie za zręczne? Jeżeli nam tutaj powiedziano: „swobodę religijną mieć musicie, bo to jest prawo, jakie wam nadaje konstytucja, ale tylko według prawnego porządku państwa“! to pytam — Was pp., czy to jest prawnym porządkiem państwa, co sobie policja w Kościanie ze względu na tę swobodę religijną pozwala? Nie wiem panowie, ale tak mi się zdaje, że to jest największy nieporządek prawny, jaki sobie wystawić można. Pan minister wyraźnie powiedział, że my mamy belkę w oku, niepozwalającą nam widzieć, jak bardzo mowy nasze w Izbie i po za Izbą głoszone powagę państwa nadwerężają. Tu już muszę się zapytać, co rząd, a mianowicie pan minister wyznań ma właściwie w oczach, że nie widzi, jak bardzo takie postępowanie z ludnością, jakie ma miejsce w Kościanie, powagę państwa osłabia. (Bardzo dobrze! bardzo słusznie!)

Wy *sami depcecie powagę swoję nogami, my* się wcale do tego przyczyniać nie potrzebujemy!

A teraz chciałbym jeszcze zapytać pp., według jakich zasad rząd właściwie sobie postępuje? jakiemi ideami rząd się powoduje, bo właściwie o zasady nie warto się pytać? Tu w Berlinie gmina protestancka wybrała sobie znaczną większością predykanta Hossbacha, a rząd go nie potwierdza; nie potwierdza go zaś dla jego religijnych przekonań, pozwalając mu z temi przekonaniami siedzieć w innej parafii, co mówiąc nawiasem, jest kolosalna sprzeczność. W Kościanie natomiast wprowadzają proboszcza Brenka za pomocą żandarmów, mimo że go cała parafia nie chce, i zmuszają parafian, aby go uznali. W początkach kulturkampfu zawsze nam od stołu ministerjalnego powtarzano: wolność gmin musi być przeprowadzoną! Czyż postępowanie władz w Kościanie nazywa się, panowie, przeprowadzeniem wolności gminy? Jaką logikę, jaką konsekwencję, jakie zasady ma minister, który tak postępuje?

Nakoniec pozwólcie mi panowie jeszcze jedno powiedzieć. Nie da się zaprzeczyć, że środki te i ustawy majowe głównie w w. ks. Poznańskiem z nadzwyczajną surowością bywają wykonywane i nie mogę tego pojąć, że taki szlachetny naród, jakim jest naród Polski, tak bezustannie bywa poniewierany, jak się to u nas dzieje. Moi pp., cóż to Polakom zarzucić można? Szczerze są przywiązani do wiary swojej, pragną zachować swój język i spodziewają się, że przyjdzie kiedyś chwila, w której byt polityczny ich Ojczyzny znowu przywróconym zostanie. To są wszystkie zbrodnie, jakie im zarzucają i jakie im w ogóle zarzucić można, za to bywają na wszelki możliwy sposób poniewierani! Przypomnijmy sobie — a ja przypominam sobie bardzo dobrze, co mi mój ojciec z owych czasów opowiadał, kiedy dzielnica, w której się urodziłem, znajdowała się pod panowaniem Nadreńskiego Związku, a właściwie pod panowaniem francuskiem — przypomnijmy sobie, jak lud nasz w tugendbundach i tajnych związkach wszystko robił, aby się z pod tego panowania uwolnić, a z czynów przodków moich już w młodości mojej czerpałem zapał i uniesienie dla mej ojczyzny. U Polaków nie istnieją tajne związki, Polacy chcą tylko zachować wiarę swoję, język swój i nadzieję lepszej przyszłości. A to trzeba narodowi polskiemu przyznać, że wtenczas, kiedyśmy jeszcze jęczeli pod jarzmem despotyzmu, Polska wtenczas w wieku zeszłym chciała sobie nadać konstytucję, którą dziś jeszcze za wzorową uważać można. Usiłowania te rozbiły się, ponieważ zawiść postronnych państw pozazdrościła Polsce błogich owoców tych usiłowań, (bardzo dobrze!), ponieważ wolano Polską się podzielić, niż pozwolić jej wyrość na wolne państwo. Po tem wszystkiem mogę tylko ubolewać nad tem, jak sobie postąpiono z polskim narodem, a mianowicie z tą biedną parafią kościańską. Jestto hańbą i sromotą naszej Ojczyzny!“ (Brawo!)

Prezydent Benningsen zganił ostatnie słowa mowcy, jako nieparlamentarne.

---

## Przesilenie w austrjackiej polityce

madziwszy się dokoła zielonego stołu, poczną układać warunki pokoju; wtedy to dopiero okaże się, czy i o ile było niebezpiecznem, że hr. Andrassy w polityce swej starał się jedynie tylko o zaspokojenie chwilowych potrzeb. Obecny kierownik austrjackiej polityki odznaczał się zawsze tem, że z każdej sytuacji jakkolwiekbądź zawikładnej umiał się wyśliznąć, że zawsze znalazł sposób ominięcia niebezpieczeństw i doraźnych trudności. W sztuce tej mającej niezawodnie wielką wartość, doprowadził on z czasem do mistrzostwa; a raz w niej wyćwiczywszy się należycie, produkuje się nią odtąd bardzo często, prawie przy każdej sposobności i z pewnem zamiłowaniem. Mąż stanu oddający się takiej *passion pour les échappatoires* i ufający sobie, że w każdem położeniu znajdzie sposób ominięcia chwilowych trudności, zbyt łatwo zapominać może o tych wielkich celach, bez których obejść się nie może żadna na wielką skalę prowadzona polityka; taki mąż stanu zbyt często zrzekać się musi gruntownego załatwienia sprawy, a uwzględniając tylko obecną chwilę, i nad nią tylko pragnąc zapanować, gubi nić przyszłości; goniąc za chwilową pomyślnością naraża się na klęski w przyszłości. W chwilowych trudnościach można się często rozmaicie ratować, ale w końcu musi przyjść przecie do stanowczego obrachunku, a wtedy dopiero stanie w całej swej olbrzymiej wielkości pytanie: jak wypadnie ten obrachunek, i czy spóźnione załatwienie sprawy nie skompromituje jej właśnie dla tego, że ciągle odraczaną była. Kto lubi ważne i główne sprawy odkładać ciągle do jutra i nie załatwiać ich natychmiast, ten czyni to chyba dlatego, iż nie nakreślił sobie szerokiego planu na przyszłość albo też w ogóle niema żadnego planu, i tym sposobem za pomocą paliatywów daje sobie dyspensę od jasno wytkniętych celów.

Dla hr. Andrassy'ego zbliża się właśnie godzina sądu, godzina ostatecznego obrachunku. Wszystko co Moskwa wraz ze swymi satellitami dotąd zrobiła, wszystkie jej wycieczki na szkodę prawą narodów i istniejących traktatów, przeciw którym żadnej opozycji nie założyła Austrja strona najbardziej interesowana, wszystko to obrońcy polityki austrjackiej chętnie dotąd pomijali twierdząc, że wszystko czego Moskwa podczas wojny dokonała, nie ma trwałej wartości, że wszelkie, Wschodu dotyczące kwestje dopiero po wojnie, przy zawarciu pokoju ostatecznie załatwione zostaną. Wtedy to Europa wystąpi z pośrednictwem i właśnie wtedy Austrja przemówi, i całą mocą i potęgą interesów swych bronić będzie. Zdaniem tych panów nie tylko moskiewskie, ale nadto ogólne europejskie i specyficznie austrjackie interesa zaangażowane są w sprawie wschodniej. Obecny stan Wschodu, twierdzą oni — opiera się na europejskich traktatach, które zmienić mają prawo naturalnie tylko ci, co je podpisali. Nadto przecież Moskwa przyrzekła, że słuchać będzie zdania Europy i że wszystkie sprawy rozstrzygać będzie za porozumieniem się z nią. Na ten ostatni punkt, na to przyrzeczenie Moskwy, szczególnie w ostatnich dniach nacisk oni kładli, kiedy przed Austrją i Anglją stanęło straszne potworne widmo mającego się zawrzeć bezpośrednio między Moskwą a Turcją pokoju.

Owoż niemożebnem jest pomijać fakta dokonane, fakta tego rodzaju, jakie Moskwa stwarza w Bułgarji, lub jakie stworzyła Rumunia, wypowiadając wojnę i ogłaszając tem samem swoję niepodległość; powodzenie moskiewskiego oręża również wiele zaważy na szali. Mimo to jednak wywodów tych, o których wspomnieliśmy powyżej, odrzucać zupełnie nie myślimy, bo nawet wobec zwycięzkiej Moskwy Europa będzie miała dość siły i powagi, aby przeprowadzić swą wolę.

Niestety tylko wyrażenie Beusta „Niemasz Europy“ zdaje się i teraz być prawdą. Europa mogłaby przeprowadzić swą wolę, ale o jakiejże Europie jest tu mowa? pyta słusznie *Journal des Debats*. Francja nie jest zdolną do interwencji, Włochy są w porozumieniu z Moskwą. Co się tyczy Niemiec, stoją one wobec Austrji, która w kwestji wschodniej nie mogła znaleść punktów stycznych z Anglią tak dalece na pierwszym planie, że dla Austrji Europa a Niemcy są niemal pojęciami identycznemi. Obecna polityka orjentalna Austrji, która na teraz wolne zostawia Moskwie ręce, opiera się na przypuszczeniu, że w chwili, w której przyjdzie stanowczo do uregulowania i przekształcenia stosunków na Wschodzie, Austrja znajdzie poparcie swych interesów w Niemczech, i że Niemcy nie pozwolą na przeciwne interesom austrjackim rozwiązanie kwestji wschodniej i rozkażą zatrzymać się Moskwie, jeżeliby zamierzała nadwerężyć te interesa. Ani wątpliwości, że dla Austrji nie może być obojętnem ustalenie się moskiewskich wpływów nad Dunajem i w Bałkanach. W interesie Austrji jest położyć tamę rozszerzaniu się potęgi moskiewskiej w tym kierunku, i ilekroć tylko armia moskiewska staje nad Dunajem, tyle razy armia austrjacka powinna stawać na granicy Siedmiogrodu.

Tymczasem Austrja wystąpiła jako przyjaciółka Moskwy z przyjaźni dla Niemiec, które za r. 1870 winny Moskwie wdzięczność, i uczyniła to Austrja w tem przekonaniu, że i Niemcy tę usługę przyjacielską wynagrodzą jej kiedyś, gdy będą zagrożone interesa austrjackie. Tak przynajmniej stosunek Austrji do Niemiec przedstawiają nam bezustannie pisma półurzędowe. W ostatnich czasach jednak zmienili oni w swych wywodach jedno tylko, ale nader ważne słowo, i odtąd nie mówią już, że Austrja znajdzie w Niemczech poparcie w chwili, gdy będzie musiała bronić interesów swoich wobec Moskwy, ale że znajdzie je w Europie. Bez Niemiec atoli niemasz dla Austrji Europy. Ciągle powtarzają nam, że pomiędzy Austrją a Niemcami panuje jedność polityczna wobec sprawy wschodniej, ale bieg wypadków niejednokrotnie przekonał, że Niemcy coraz bardziej stanowczo nachylają się ku Moskwie, a dziś już prawie nawet wątpić nie można, że cokolwiek zażąda tylko we własnym interesie Moskwa, ze strony Niemiec nie spotka nigdy oporu.

Chcielibyśmy wątpić, ale nie wiemy, czy wolno jeszcze wątpić, że bardzo się zachwiały podstawy, na których austrjacko-wschodnia polityka opierała się, nie dlatego, iż szła drogą wypróbo

28. zm., a prywatny o ostatecznym rezultacie aż po dzień 30. zm. Ale z pierwszego dnia biuletyn moskiewski podaje tylko kilka szczegółów z jednej części walki, tj. z lewą częścią przedniej straży kolumny moskiewskiej. Wspomina on, iż na tyłach tej walczącej przedniej straży Turcy uderzyli na pułk dragonów i na kolumnę główną, a przemilcza o rezultacie tej walki zupełnie.

Dalej biuletyn moskiewski wspomina, że Moskwa wysłaniem straży przednich miała zamaskować atak na Prawez. A więc Prawez czy Iwracza, które już 23. listopada zajęli byli Moskale, był już dnia 27. listopada napowrót w ręku Turków. A gdy biuletyn moskiewski nie wspomina jak ten atak się powiódł, więc widać, iż Moskwa i tam poniosła klęskę. Aby zamaskować te trzy klęski, biuletyn moskiewski opisuje tylko jednę, tj. walkę z 1½ szwadronem i 2 działami konnicy moskiewskiej. Ciekawy jest ustęp, gdzie biuletyn mówiąc o tych 2 działach, opowiada, że działa musiano rzucić w przepaść — a jedno działo zdobyli Turcy. Widać więc, że więcej niż 2 działa były.

Telegram *Deutsche Ztg.* nabiera wiarogodności tą okolicznością, że nam przesłało go urzędowe *Corresp.-Br.* Z niego wypływa, że Turcy całkiem wyparli Moskwę z doliny Orhanie i z Etropolu. Czarny przesmyk czyli Karaderbent jest już koło Jabłonicy, więc już d. 28. listopada przesmyk ten utracili Moskale.

Osoba, która dziś przybyła z Bukaresztu, opowiada, iż pozawczoraj t. j. 29. listopada była tam wiadomość o wielkiej klęsce Moskwy, która uderzyła na Plewnę i z wielkiemi stratami odpartą została. Przy tej sposobności Osman basza miał zdobyć trzy reduty moskiewskie na zachód od Plewny. I *Daily Telegraph* (ptr. wyżej) miał podobnej treści telegram.

---

**Petersburg** d. 30. listopada. (Urzęd.) Z Bogotu d. 29. listopada donoszą: D. 27. i 28. kolumna ruszczucka miała tylko utarczki małe forpocztowe.

W Dżiurdżewie dnia 27. listopada od strzału tureckiego wyleciała prochownia w powietrze.

W Szypce wczoraj przy jasnem niebie toczyła się żywa utarczka. Dzisiaj tam wiatr i lód.

Angielski lekarz z 7 siostrami miłosierdzia przybył tam głównie dla pielęgnowania naszych rannych.

**Wersal** 30. listopada. Izba uznała wybór Rouhera.

Mówią, iż lewica żąda zmiany konstytucji, aby do rozwiązania Izby potrzeba było większości dwóchtrzecich części głosów senatu.

Senat wybrał z 18 członków złożoną komisję do zbadania przyczyn zastoju handlowego. Z 14 dotąd wybranych należy 11 do stronnictwa prawicy.

**Bukareszt** 30. listopada. Ignatiew, którego urlop upłynął, jutro jest tutaj oczekiwany. Udaje się on do głównej kwatery.

---

*W ostatniej chwili otrzymujemy następujące telegramy:*

**Londyn** d. 1. grudnia. Z Konstantynopola donoszą do „Standarda“: Z powodu przyaresztowania dwóch okrętów włoskich w Bosforze za złamanie blokady, wywiązał się ostry konflikt między Portą a Włochami. Poseł włoski, Corti grozi że natychmiast ogłosi blokadę jako nieobowiązującą, jeżeli rząd turecki nie wyda tych okrętów, i oświadczył, że Włochy najskrajniejszych chwycą się środków aby zmusić Portę do powolności.

**Bogot dnia 28. listopada. (Urzędowe). Oddział maskujący atak na Prawec (Iwraczę) i demonstrutrujący ku Orhanie, złożony z 6 szwadronów kawalerji i jednej baterji. odbył gorącą utarczkę kawaleryjską. Oddział rozdzielił się był 22.bm. na dwie kolumny. Prawa kolumna, złożona z półpięta szwadronu, dotarła do Lutykowa. Awangarda lewej kolumny, złożonej z półtora szwadronu i dwóch dział, posunęła się aż na Skrywan. Równocześnie wszczęła się na tyłach awangardy walka Turków z dragonami moskiewskimi. Połączone półtora szwadrona cofały się, ciągle napierane przez Turków, aż do Karaderbent. Dalsze cofanie się w przesmyku było przez uciekających Bułgarów utrudnione. Działa musiano rzucić w przepaść. Czerkiesi zarąbywali naszych żołnierzy i zabrali jedno działo. Lewa kolumna utrzymała się w Karaderbent aż do nadejścia prawej kolumny, która odwrót zasłoniła. Na 150 Moskali przeszło 10 oficerów i 43 żołnierzy, 24 jest rannych a 2 zatraconych.**

**Wiedeń dnia 1. grudnia. „Deut. Zeitung“ umieszcza następujący telegram z Bukaresztu 30. listopada. Turcy zdobyli dzisiaj napowrót wzięte przez wojska Gurki dnia 23. listopada pozycje. Moskwa poniosła klęskę; straciła 2 pułki i jedno działo.** (*Cor. Bur.*

---


W teatrze hr. Skarbka.

W sobotę dnia 1. grudnia.

**MARTA**

czyli

**Kiermasz w Ryszmondzie**

Opera w 4 aktach W. Fridricha. Muzyka F. Flotowa.
Kapelmistrz pan Henryk Jarecki.

PRZEDSTAWIENIE POPOŁUDNIOWE.

O godzinie 4tej po południu.

**TYGRYS BENGALSKI**

Komedja w 1 akcie z francuzkiego.

**Joasia płacze, Jaś się śmieje**

Operetka komiczna w 1nym akcie J. Offenbacha, przekład Wł. Lud. Anczyca.

PRZEDSTAWIENIE WIECZORNE.

Robert i Bertrand

czyli

**DWAJ ZŁODZIEJE**

Wodewil w 4 aktach ze śpiewami i tańcami, muzyka K. Hoffmana, przekład Wł. Ludw. Anczyca.

Początek o godzinie 7mej wieczór.


---

**Lwów**, z Izby handlowej, 1. grudnia.

| I. Akcje za sztukę (bez kupona bieżącego.) | złr. | w. a. | | |
|---|---|---|---|---|
| Kolej gal. Karola Ludwika . . . | 244 | 25 | 246 | 50 |
| „ Lwow.-Czern. Jassy . . . | 120 | — | 122 | — |
| Banku hip. gal. po 200 złr. . . | — | — | 243 | — |
| „ kred. gal. po 200 złr. . . | 214 | — | 218 | — |
| **II. Listy zast. za 100 złr. (bez kupona bieżącego.)** | | | | |
| Tow. kred. gal. 5 pr. w. a. . . | 84 | — | 84 | 75 |
| „ „ „ 4 pr. w. a. . . | 78 | 25 | 79 | — |
| „ „ „ 5 pr. okres. . . | 84 | — | 84 | 75 |
| Banku hip. gal. 6 pr. . . . . | 89 | 15 | 90 | — |
| Gal. zakł. kred. włośc. 6 pr. . . | 93 | 50 | 95 | — |
| **III. Listy dłużne za 100 złr.** | | | | |
| Ogólnego roln. kredyt. zakładu dla Galicji i Bukowiny 6% | 90 | 25 | 91 | 30 |
| Towarzystwa kred. miejs. 6% w. a. | — | — | — | — |
| **IV. Obligi za 100 złr.** | | | | |
| Indemnizacyjne galicyjskie . . . | 85 | 75 | 86 | 60 |
| Poż. kraj. z r. 1873 po 6 pr. . . | 89 | — | 90 | 50 |
| Losy miasta Krakowa . . . . | 14 | 25 | 15 | 50 |
| „ „ Stanisławowa . . . | 20 | — | 22 | — |
| **V. Monety.** | | | | |
| Dukat holenderski . . . . . | 5 | 52 | 5 | 62 |
| Dukat cesarski . . . . . | 5 | 59 | 5 | 65 |
| Napoleondor . . . . . | 9 | 47 | 9 | 56 |
| Półimperjał rosyjski . . . . . | 9 | 60 | 9 | 80 |
| Rubel rosyjski srebrny . . . . | 1 | 80 | 1 | 90 |
| Rubel rosyjski papierowy . . . | 1 | 20 | 1 | 22 |
| 100 Marek niemieckich . . . . | 58 | 30 | 59 | 30 |
| Srebro . . . . . | 104 | 50 | 106 | 50 |
| Kupony w srebrze . . . . . | 104 | 25 | 106 | — |

---

**KURS GIEŁDY WIEDENSKIE**

WIEDEN 1. grudnia 1877.

godzina 2. minut 15. południu.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Losy kredytowe | 164.50. | Węgier. kred. | 192.75 |
| Akcje fran.-aust. | —.—. | Anglo-austr. | 72.— |
| Unionsbank | 62.—. | Kolej Kar. Lud. | 244.75 |
| Nordbahn | 194.—. | Kolej Południ. | 76.75 |
| Kolej Alföld. | 112.—. | Kolej Elżbiety | 160.— |
| Kolej Lw.-czer. | 120.—. | Węg. Nordostb. | 109.25 |
| Rudolfsbahn | 115.—. | Węg. Ostbahn. | —.— |
| Węg. obl. p. w zł. | 66.25. | Galic. indemniz. | 86.— |
| Losy z r. 1864 | 135.50. | Kolej Siedmiog. | 103.50 |
| Verkehrsbank | 96 75. | Losy tureckie | 14 60 |
| Węg. galic. kolej | 95.—. | Kolej Państw. | 260.— |
| Bankverein | 69.50. | Losy węgier. | 80.— |
| Kolej Albrechta | 23.—. | Marki niemieckie | 58.75 |

Rosyjski rubel papier. 1.21¼. Usposobienie: ustalone.

**Wiedeń** d. 1. grudnia.

godzina 10. minut 47. przed południem.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Akcje kred. | 210.10. | Anglo-austr. | 92 — |
| Kolei Kar. Lud. | 245.25. | Kolej połud. | 76.75 |
| Unionsbank | —.—. | Napoleondor | 9.52— |

Usposobienie silne.

**Berlin** d. 30. listopada. Russ. Bankn. 206.35. Credit. Act. 359.—. Lombarden 131.— Galizier 104.30 Staatsbahn —.—. Rumänier 18 50 Oesterr.-Banknoten 170 25. Usposobienie mdłe.

---

**Kasa galic. Tow. kredytowego.**

| | | Kupuje. | Sprzedaje. |
|---|---|---|---|
| 5% | Listy zastawne po . | 84 25 | 84 75 |
| 4% | „ „ po . | 78 25 | 79 — |

Lwów d. 1. grudnia 1877.

---

## Pociągi kolejowe.

**Odchodzą ze Lwowa:**

DO KRAKOWA: o godzinie 11 min. 3 przed północą (pociąg pospieszny); o godz. 4 m. 40 rano (pociąg osobowy), o godz. 4 minut 45 po południu (pociąg mięszany);

DO CZERNIOWIEC: o godzinie 6 minut 25 rano (pociąg pospieszny); o godz. 11 minut 25 wieczór (pociąg mięszany); o godz. 12 min. 30 z południa (pociąg mięszany).

DO STANISŁAWOWA: (na Stryj): o godzinie 6 minut 35 rano (pociąg nr. 1); o godz. 5 min. 10 wieczór (pociąg nr. 3).

DO PODWOŁOCZYSK: (z głównego dworca): o god 6 min. — rano, (pociąg pospieszny); o godz. 10 min. 37 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 11 min. 45 w południe (pociąg mięszany).

DO PODWOŁOCZYSK: (z Podzamcza): o godz. 11 m. 4 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 12 m. 11 w południe (pociąg mięszany).

**Przychodzą do Lwowa:**

Z KRAKOWA: o godzinie 5 minut 30 rano (pociąg pospieszny); o godz. 9 m. 25 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 10 min. 35 przedpołu pniem (pociąg mięszany).

Z STANISŁAWOWA: (na Stryj): o godzinie 7 nr 58 wieczór (pociąg nr. 2); o godz. 8 m. 52 (pociąg m.. 4).

Z PODWOŁOCZYSK: (na dworzec w Podzamczu): o godzinie 2 minut 54 rano (pociąg osobowy); o godz. 3 m. 8 popołudniu (pociąg mięszany).

---


## Nadesłano.

Zwraca się uwagę na inserat firmy **Haas i synowie,** która pobierając wyroby **własnych fabryk** jest **w możności** takowe po **najniższych cenach sprzedawać.**

Polecamy magazyn

***Henryka Müllera***

...ami“, ulica Trybunal- **...oje umeblowane** ...dłuższy lub krótszy ...Bliższa wiadomość tyl ...W tym samym domu, ...dogodności lokatorów. ...udnia b r. traktjernię **...dtmüller.** Firma ta ...tak ze swej rzetelno- ...ałych niefałszowanych ...będzie wyśmienitą ku- ...legancją i dobrą usługą. 4017 3—3

poleca

Do zam...

**DZIEŁA**

**...INCENTEGO PO...**

...wsze zupełne wydanie wierszem i proz... ...po 30 arkuszy druku. Prócz znany... ...lnie nowe. Cena pojedyńczego tomu w ... ...r. Przy odbiorze tomu I. składa się ... ...i w którym mieści się piękny portret a... Wyszło dotąd 8 tomów.

**Nakłady**

męskie 17/11 1877 5

**Nr. 264.** 17/11 1877

We Lwowie, Sob

Wychodzi codziennie o godzinie 4 po południu z wyjątkiem niedziel i dni świątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 4 złr. 50 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 50 „
Za miejscowa „ . . . 2 „ — „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie: w państwie austrjackiem . 6 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej . } po 7 złr. 50 cnt.
„ Francji . . . . . }
„ Belgii i Szwajcarji . . . . }
„ Włoch, Turcji i księt. Naddu. }
„ Serbii . . . . . }

Numer pojedynczy kosztuje 10 centów.

# GAZETA N

**Ci szanowni abonenci, którym kończy się prenumerata z dniem 15. listopada, zechcą uprzejmie przesłać przypadającą dalszą prenumeratę do końca grudnia w kwocie 3 złr.**

Lwów d. 16. listopada.

Z Warszawy d. 11. piszą do *Dziennika Poznańskiego*: „Od dni kilku uparcie miasto nasze przebiegają pogłoski o układaniu w głównej kwaterze zasadniczych punktów konstytucji, którą jakoby bezzwłocznie przy wjeździe tryumfalnym do Petersburga po ukończeniu wojny tureckiej ma ogłosić narodowi swemu car Aleksander. Jako poparcie tej wieści cytują powołanie do głównej kwatery senatora Romualda Hubego, przez długie lata czynnego w komisji kodyfikacyjnej w Petersburgu, której dziełem między innemi jest silnie przez naszych prawników krytykowany kodeks kryminalny z r. 1866 dla carstwa, od roku i u nas także obowiązujący. Hube, który stare swe lata postanowił przepędzić w spokoju w dobrach swych w Królestwie, jak mówią, wymawiał się długo od udziału w układzie punktów konstytucji dla Moskwy, lecz obecnie, osobistym listem cara zniewolony, udał się do głównej kwatery. Nie mając bliższych stosunków z mniemanymi prawodawcami Moskwy, nie biorę na siebie odpowiedzialności za prawdę — powtarzam wam wieści, które w ubiegłym tygodniu kursowały tu uparcie.

Od czasów wywiezienia w czasie powstania arcybiskupa warszawskiego ks. Felińskiego w głąb carstwa (o którym, nawiasem mówiąc, opowiadają tu, że na czynione mu przez rząd propozycje, aby powrócił na swą arcybiskupią stolicę — miał odrzec: że dopóty z wygnania nie powróci, dopóki choćby jeden ksiądz katolicki przez rząd na wygnaniu przytrzymywany będzie) — administratorem tutejszej dyecezji wyznaczony był przez rząd ks. Zwoleński, kanonik najgorszej politycznej reputacji, i administrację tę przez lat 14 blisko sprawował. Godny ten rządu, któremu służył, prałat zmarł przed 6 tygodniami — a kapituła bezzwłocznie wybrała za pozwoleniem rządu nowego administratora w osobie kanonika ks. Sotkiewicza, redaktora pisma *Przegląd katolicki*, a obecnie nadeszła z Petersburga wiadomość, że rząd go zatwierdził. Na miejsce więc nieszczególnego kapłana będziemy mieli aż do powrotu naszego arcypasterza administratorem dyecezji jednego z godniejszych i światlejszych kanoników katedralnych.“

---

Po długim namyśle *Czas* nareszcie uradził, że podać należy mowy posłów polskich w sejmie pruskim, Łyskowskiego i Kantaka z d. 8. bm., ale tak preparowane, aby się nie zgorszyły niemi niewinne delfiny stańczykowskie, i aby się okazało, że jak Bóg Bogiem, p. Kantak właściwie tylko na to głos zabrał, aby przeciw „spiskom“ wystąpić, i aby pochwalić tych urzędników pruskich, którzy Polaków „przyzwoicie“ prześladują. Okrojono i przykrojono te mowy w ostatnim numerze *Czasu* tak, iż z poważnego i niemiłego Prusom kontusza polskiego, zrobił się [illegible] którym nawet na 30-letniej uczcie [illegible]-letniego wcale przyzwoicie wystą[illegible]

[illegible]usie!

---

[illegible]walkach delegacji polskiej w [illegible]onoszą z Berlina d. 12. bm.: [illegible]etacie ministerstwa sprawiedliwości, przy tytule „prokuratorów,“ zabrał głos ks. dr. Jażdżewski i przedstawił dowolność prokuratoryj względem księży, pełniących obowiązki kapłańskie w osieroconych parafiach, i przytoczył dwa wypadki.

Jeden, z nadgranicznej wioski powiatu trzebnickiego, gdzie chora kobieta na łożu śmiertelnem przywołała księdza z przyległej parafii; ksiądz, który tej posługi nie odmówił, został zaskarzonym i skazanym. Drugi wypadek tyczy się samego mowcy, który do przyległej parafii w dzień odpustu na jej życzenie przybył i nabożeństwo odprawił. Opowiada, że i on został oskarzonym, i że z skargą przeciwko prokuratowi udał się do ministra. Przytoczył dalej odpowiedź nadprokuratorji poznańskiej na to swoje zażalenie. Nadprokuratorja oświadcza postępowanie prokuratora za słuszne, ale w tym pojedyńczym wypadku uznaje mowcę za niewinnego, bo pełnił w nieświadomości prawa. Mowca zapewnia, że przy danej sposobności tak samo nie odmówi przyległym osieroconym parafiom usług jako kapłan, i zapytuje, czy i wtedy poczyta mu się to za nieświadomość prawa? Uwagą tą chce mowca podnieść, że za to, co jemu uchodziło do tąd dla tego iż się prawnie bronić może, wielu mniej obeznanych z prawem księży cierpi kary pieniężne i więzienie. Mowca przeciwnie okazuje nadzwyczajną biegłość w prawie i wykazuje niesłuszność postępowania prokuratorów, krzywdzenie uczuć i praw katolików, postępowanie rządu nazywa właściwem nazwiskiem a zarazem dowodzi, jak jest niepolitycznem.

Izba z wielką uwagą słuchała z godnością i obiektywnie powiedzianej mowy, która miała tę wielką zasługę, że na faktach się opierała. Takich faktów u nas wiele; lecz któżby wszystkie mógł w Izbie opowiedzieć!

Ministerjalny komisarz, w nieobecności ministra Leonharda, odpowiedział, że w pierwszym wypadku zasięgnie jeszcze wiadomości, ale że uważa postępowanie trzebnickiej prokuratorji i wrocławskiej nadprokuratorji za słuszne.

Po przemówieniu dr. Franca zabrał znowu głos poseł ks. Jażdżewski w tym sensie, że jeżeli słuszność ma nadprokurator wrocławski, w takim razie bezprawne są wszystkie edykta ministra Falka, dozwalające zastępstwa w niektórych wypadkach. Dowodzi nadto landrechtem, że tylko prawo kanoniczne oznacza granicę, w jakiej wolno kapłanowi czynności swoje spełniać; kanoniczne prawo zaś nietylko dozwala, ale nakazuje w podobnych wypadkach, jak przytoczony (z Trzebicka), nieść pomoc kapłańską potrzebującym jej na śmiertelnem łożu.“

---

Korespondent delegacyjny *Czasu* tłumaczy powody, dla których delegacja nasza w Radzie państwa uchwaliła głosować za projektowaną ustawą bankową i w jej imieniu zabierze głos p. Dunajewski w Izbie. Wszelako skoro delegacja nie myśli robić rządowi opozycji, aby podkopać gabinet obecny, samo przez się wynika, iż musi głosować za ustawą bankową w ogóle. Rozchodzi się tylko o to pytanie, czy delegacja poprze projekt pierwotny, rządowy, czy komisyjny. Ze wspomnianego wywodu wynika, że poprze projekt rządowy, za którym są i Węgrzy (co do kwestji mianowania wicegubernatorów banku i co do liczby członków Rady jeneralnej banku). Dalej pytanie, jak się zapatruje delegacja na kwestję długu bankowego, którą komisja samowolnie załatwić proponuje z pogwałceniem prawa Węgrów. Tego pytania korespondent delegacyjny nie dotyka na razie, i dopiero później wskaże sposób, w jaki zapewne załatwionem zostanie.

Najważniejszem jest pytanie, czy popierając w ogóle projekt ustawy bankowej, zechce i poszczególne jej punkta popierać. Otóż korespon-

dent delegacyjny zapewnia[illegible] przy rozprawach szczegółow[illegible] rała wprowadzić niektóre[illegible] bankowym, aby bank uczyni[illegible] dotychczas dla krajów roln[illegible] szczególności dla Galicji; i

„Najważniejszem z taki[illegible] zamieszczenie w statucie ro[illegible] których bank byłby upoważ[illegible] dawać pożyczki na zasta[illegible] wych (jako to zboża, wełn[illegible] danych w jego magazynach[illegible] prawką byłaby lepsza org[illegible] wych, a trzecią założenie [illegible] którą to liczbę projekt ust[illegible] krajach przedlitawskich powi[illegible] obradach w kole poselskiem[illegible] nad projektem ustawy bank[illegible] pp. Dunajewski, Mendelsbu[illegible] trzebę lepszej organizacji fi[illegible] mnożenia ich liczby; p. Chrza[illegible] iż daleko korzystniejszą in[illegible] bank dla naszego kraju i [illegible] jów monarchii, gdyby dawał [illegible] towary w składach jego zło[illegible] Bank królestwa Polskiego, [illegible] czynności była oddzielna sek[illegible] przez to inne instytucje kre[illegible] tych pożyczek na mniejszy [illegible] wione płody i towary. Koło [illegible] chwaliwszy głosować w ogól[illegible] ustawą, ma dalej obradować[illegible] jakie należy wnieść przy r[illegible] łowych.“

Spodziewamy się, że de[illegible] w tej arcyważnej sprawie z[illegible] ziemiańskiemi, handlowemi i [illegible] sztą nietylko w dziennikach [illegible] prawach sejmu naszego, ale i [illegible] deńskich obfite mogła znaleź[illegible] względzie.

---

Z dwóch ostatnich posied[illegible] Izby posłów z d. 13. i 14. bu[illegible] śmy w telegramach i na tem [illegible] mało co mamy dodać. Urzędni[illegible] rji gr. kat. konsystorza we L[illegible] tycję, aby już w budżecie na [illegible] no orzeczenie trybunału państ[illegible] jące im prawo do dodatków [illegible] gmin z Dalmacji znowu wni[illegible] kupieckiej banderze austro[illegible] no także barwy słowiańs[illegible]

Komisja przedlitaws[illegible] jektu p. Rosera (o og[illegible] czanych) odbyła d. [illegible] na które przybyli z [illegible] nisterjalni Helm i [illegible] prof. Landsteiner [illegible] skiej.

Wnioskodaw[illegible] zbytniego używ[illegible] wotnym i m[illegible] chorych po s[illegible] daje wódka. [illegible] ten nałóg [illegible]

Rze[illegible] zmierne[illegible] Wiedni[illegible] wania [illegible]

R[illegible] chodz[illegible] o to, [illegible] nowi[illegible] wyk[illegible] przew[illegible] zodaw[illegible]

W[illegible] wodów [illegible] że wiedeń[illegible]

---

Bibliotekę dla ludu polskiego“ i p. A. Ba[illegible] [illegible]ściciela „Księgarni P[illegible]

## zamiejscowa.

*listopada.*

wiać ujemne strony,
iastom. Od kilku dni
osobistość, na którą
gę czytelników tutej-
szy chwilę, w której
omu, i pod rozmaite
prywatnych mieszk-
ą pieniądze od za
innemi naszedł już
niera R. podczas gdy
— u pewnej zaś aku-
ze ściany, gwałtem
Rysopis: wzrostu śre-
owatą; powierzchowność
granatowe wołochate, ka-
chodzi z małym chłopcem,
niemowę.

adzeniu członków święce-
żystych, odbytem dnia 4.
do zarządu: Prezesem Jó-
stępcą prezesa Ignacego
anisława Markiewicza, ks.
, Damiana Czajkowskiego,
arola Kropiowskiego.

strony publiczności utyski-
wersytecką. Dla zaoszczę-
nie używa zarząd tejże
publiczności książek ludzi
chę przynajmniej zaznajo-
ibliografią, lecz dwóch słu-
ów), z których jeden jest
zo licho mówiącym i do tego
polskie autora przy szuka-
ru bibliot. w katalogu prze
daje powód do zabawnego
nulus jest wysłużony c. k.
się raczej na portiera, niż
ości dzieł z biblioteki, na
ie rozumie. Jeżeli zarząd
starać się o powiększenie
ków przy bibliotece uniwer-
brać do wydawania książek
w, jak to dzieje się w Za-

nstrukcji do ustawy wojsko-
opisowy zgłosić się w gru-
iny swego miejsca pobytu
oczet powołanych do poboru.
postanowienia wzywa ma-
pisowych, urodzonych w la-
, i do gminy tutejszej przy-
ych przebywających tu w ja-
eż wszystkich tych, którzy
ku popisowego jednak nie
życia, i z jakiejkolwiek przy-
zcze zadość powinności woj-
pisu poborowych w miesiącu
osobiście w miejskim urzędzie
tylko w razie słabości albo
ich mogą rodzice, opiekuno-
nicy a zaniedbanie tego obo-
na dalsze postępowanie pra-
zywną do 100 zł., względnie

a zresztą popisowym, któ-
i 27. ustawy wojskowej
się od poboru lub czyn-
ię postarali wcześnie o
do wniesienia odno-
iej wyznaczony.

u Stowarzyszenia
alicyjskich, które
„Sokola“ prze-
członek stow.
z którego wyj-
yszenie istnie-
rachunków
warzyszenie
nierć stra-
35, ma-
ździer-
o zna-
ększej
który
atral-
2 zł.
dyn-
zia-
rdy-
ącej
po
ionków,
debrali,

rze lipowym we wsi Sierakówce, powiecie przemyskim, zostało obecnie z polecenia właściciela, przez biegłego rzeźbiarza naprawione i odczyszczone. — Kolosalna ta rzeźba króla Jana wznosi się na wykim postumencie, i została według podania, wykonaną za życia bohatera.

Tamże w starożytnym dworze znajduje się także obraz oryginalny króla Sobieskiego, oraz niemniej interesujące starożytne oryginalne obrazy olejne: Karola XII, cara Piotra Wielkiego, i dwóch Sasów, królów polskich.

— **Łańcut** 15. listopada. Grono amatorów dnia 11 t. m. dało w Łańcucie przedstawienie teatralne na cele szkolne. Czysty dochód wynosił 27 zł. 30 ct. w. a. za które zakupiono najpotrzebniejsze przybory naukowe — tak niezbędne każdej szkole. Wiem, że skromność Wasza Wni panowie i panie nie żąda podziękowania — ale że to już nie po raz pierwszy spieszycie z pomocą celom dobroczynnym — darujcie mej śmiałości i raczcie przyjąć w imieniu szkoły serdeczne a staropolskie „Bóg zapłać.“

Z dyrekcji szkoły 4. kl.

— **Przemyśl.** Dnia 8. b. m. na przedmieściu „Lipowica“ wybuchł pożar, który pochłonął całe mienie tutejszego przedmieszczanina pana O. Pan O. wypożyczył przed paru miesiącami w tutejszym banku ruskim „Slavia“ pewną kwotę, gdzie przy każdej racie oznajmiano mu, że nietylko procent od wypożyczonego kapitału ale oprócz tego należytość asekuracyjną jego budynków razem wliczano Lecz jakież było rozczarowanie pana O, gdy po wydarzonem nieszczęściu przyszedłszy do pana R. ajenta pomienionego banku — dowiedział się, że właśnie przy ostatniej racie, należytość asekuracyjna nie została potrącona. Naturalnie, nie opłaciwszy nie ma co do żądania. Nie dosyć na tem, znana ze swej ofiarności tutejsza straż ogniowa, która podczas ognia w Dobromilu, Chyrowie, Sanoku itd. pomimo że miejscowości te nie leżą w obrębie miasta, wyjeżdżała na ratunek; tą razą pomimo że ogień był dokładnie widzialnym, nie raczyła wyjechać choćby tylko dla przypatrzenia się.

Przypominając sobie jeszcze ze szkół *hodie mihi, cras tibi*, a będąc też właścicielem i sąsiadem nieszczęśliwego — poddaję fakta te pod sąd opinii publicznej i proszę o wyjaśnienie.

— (—) **Z Halicza**, d. 12. listopada. (Dar hr. Potockiej, nabożeństwo.) Na nabożeństwie niedzielnem d. 11. b. m. zostało po kazaniu oznajmione parafianom tutejszym obr. łać., że pani namiestnikowa hr. Alfredowa Potocka ofiarowała na rzecz kościoła tutejszego ornat (jeden z tych, które na wystawie krajowej się znajdowały), przyczem zarząd parafii zaprosił obecnych na nabożeństwo, które za dar ten tak z wszech miar cenny — na intencję całego domu szlachetnej dawczyni, nazajutrz odprawi.

Jakoż w poniedziałek wobec zgromadzenia wiernych i młodzieży szkolnej odbyło się poświęcenie ornatu i nabożeństwo. Mszę św. odprawił ks. kanonik i dziekan Strzelecki, a zgromadzeni patrząc na wspaniałą ofiarę z rozrzewnieniem zanosili modły do Pana zastępów, by wróciły czasy, w których cnoty chrześciańskie, głęboka wiara, nauka i dostojność szły ze sobą w zgodzie, a w czem przyświecali nam tak wspaniale przykładem szlachetni rycerscy przodkowie nasi — i bogobojne polskie matrony nasze. Oby wróciły!

— **Ze Stanisławowa.** Czytając o różnych ludziach odznaczających się w kraju, nie można w żaden sposób pominąć zasług p. Krzyżanowskiego, nauczyciela ludowego w Uhornikach, który za swoją rzetelną pracę zasługuje ze wszechmiar na pochwałę. Uznała to komisja sędziów na wystawie lwowskiej dając mu za jego pracę medal zasługi, chociaż główną zasługą p. Krzyżanowskiego jest to, że nie czyni żadnej różnicy między Polakami a Rusinami, i stara się wszelkiemi sposobami pomimo różnych nieprzyjemności na każdem miejscu o pojednanie. Oh! gdyby Galicja osobliwie wschodnia mogła się poszczycić większą liczbą takich nauczycieli, nadzieja weselszej przyszłości mogłaby mieć rzeczywiste podstawy.

— **Ze Stanisławowa.** (Koncert na cześć Chopina.) Dnia 7. b. m. sprawiło nam Towarzystwo miłośników muzyki miłą niespodziankę, czcząc koncertem i deklamacją pamięć Fryderyka Chopina. Program cały składał się z samych utworów nie śmiertelnego muzyka naszego. Panie i panowie, uczestniczący w koncercie, wywiązali się dobrze ze swojego zadania, również podobała się powszechnie deklamacja z Ujejskiego, wygłoszona przez p. B.

Należy się przeto zasłużone uznanie szan. dyrekcji i członkom towarzystwa, że oddają hołd, przedewszystkiem geniuszom ojczystym, co nas napawa nadzieją, iż nieraz jeszcze usłyszymy muzykę artystów naszych. Towarzystwu naszemu nie brak sił odpowiednich; a działalność jego poczciwa i roz- ia, i podnosi na duchu słuchaczów, i d- narodowi

*kehrs-Ztg.* czytamy właśnie, że przy pociągach pospiesznych kursujących pomiędzy Nowym Jorkiem a San Francisco, urządzone zostały obecnie łaźnie tureckie. Wagon kąpielowy składa się z saloun, jednej łaźni parowej, pokoju z wanną i gabinetu z sofami dla odpoczynku po kąpieli. Odtąd więc podróżni na tej olbrzymiej linii, nietylko jeść, pić i spać, ale i kąpać się mogą, nie wydalając się ani na chwilę z pociągu.

— **Patti przyczyną pojedynku.** Gościnne występy Adeliny Patti w mediolańskim teatrze La Scala, wywołały następujące zajście. Pomiędzy pewnym kupcem i inżynierem wszczęła się w kawiarni Biffi sprzeczka o talencie Patti. Inżynier twierdził, że ogólny zapał dla divy jest bardzo przesadzony, tymczasem kupiec energicznie utrzymywał że nigdy żaden tryumf nie był więcej zasłużonym. Spór stawał się coraz zawziętszym, przyszło do osobistych obelg i skończyło się wyzwaniem. Pojedynek odbył się na szpady i anti-Patti czny inżynier otrzymał trzy na szczęście nie zbyt niebezpieczne pchnięcia.

— **Telefon.** W zeszłym tygodniu robiono w Berlinie próby z telefonem wynalezionym przez prof. A. Graham-Bell w Bostonie i przekonano się, że z pomocą tego narządu można przesyłać tony po drucie telegraficznym na odległość kilkumilową. Próby robiono między Berlinem a Poczdamem i między Berlinem a Brandenburgiem. Głos nietylko dochodził w całej doniosłości, lecz nawet zachował swój charakter, tak, że w tej odległości rozpoznawano po głosie osoby. Również cichy szept był słyszany, a wreszcie akorda fortepianu. Stwierdziła się też i powiodła taka próba na telegrafie podziemnym. Dalsze próby z silniejszym narządem zapowiedziane, aby się przekonać, czy telefon da się użyć do celów praktycznych. Mogłoby więc przyjść z czasem do tego, że przesyłanoby sobie ustne depesze zamiast pisanych. Narząd ten jest bardzo prosty, składa się on z cienkich kleszczy drewnianych i trąbki drewnianej, w którą głos się wpuszcza.

— **W Sieniawie** zawiązało się za inicjatywą tamtejszego notarjusza p. Franciszka Wolskiego, Towarzystwo zaliczkowe stowarzyszenie zarejestrowane z nieograniczoną poręką.

— **Ciekawy unikat.** Niedawno w bibliotece głównej w Warszawie znaleziono dziełop. t. „Gry dla dzieci, mające służyć do nauczenia ich czytać, pisać, etc. etc.“, pochodzące z roku 1777. Jestto, jak przypuszczają znawcy, dzieło ks Michała Dymitra Krajewskiego — i świadczy ono, na jak wysokiej stopie przy końcu zeszłego stulecia stała u nas pedagogika.

— **Statua** „Wolności świat opromieniającej“, jaką Francja postanowiła ofiarować Ameryce na pamiątkę stuletniej rocznicy niepodległości, obchodzonej jak wiadomo w r. z. jest już na ukończeniu. Wykonywaną jest ona z kutej miedzi przez rzeźbiarza Augusta Bartholdi, w zakładach Monduit, przy ulicy Chazel w Paryżu. Górne części tej kolosalnej figury, rozmiarami swemi przypominającej kolos rodyjski, mianowicie głowa, ramiona i kadłub, są już gotowe. Długość każdej ręki wynosi 4 metry 20 centym.; palec średni ma długości około 2 metrów i waży 45 kilogramów; dłoń większą jest od kotła lokomotywy. Cała statua wraz z wyciągniętą ręką, trzymającą pochodnię, mieć będzie 42 metry wysokości, a z piedestałem dosięgnie 67 metrów, to jest wysokości wieży kościoła Notre-Dame w Paryżu (68 metr.).

Kolos ten umieszczony być ma w środku zatoki Nowojorskiej, na wysepce Bedloe. Podczas nocy, statua zamieni się w latarnię morską a z wysokiego czoła Wolności rozlewać się będą jasne promienie światła na rozległe morskie przestrzenie.

— **Zjawisko astronomiczne**, jedno z rzadszych i najbardziej zajmujących, to jest przejście Merkurego przez tarczę słoneczną, nastąpi w miesiącu maju 1878 r. Dla obserwacji tego zjawiska Francja wysyła umyślną komisję do San-Francisco.

— **Według wykazów statystycznych**, w roku 1876 zaszło w Warszawie: kradzieży 4.460, oszustw i fałszerstw 556, krzywoprzysięstw i fałszywych świadectw 46, występków przeciwko dobrej sławie 667, przeciwko bezpieczeństwu co do ciała 665, samowolności połączonych z gwałtem 836, rabunków i rozbojów 283, zabójstw 36, dzieciobójstw 33, podpaleń 86.

---

### Wiadomości literackie, artystyczne.

— Z końcem roku bieżącego początkiem 1878 ukończony zostanie dzieła: „Kazania przygodne i mo dza M. Z. Czerwieńskiego, kazno chra w W

powiedziano, że w następnych pięciu latach ma się założyć w Cislitawii pięć filii, na Węgrzech zaś dziesięć. Dano tedy tamtej połowie monarchii tak znaczną już liczbę filij, że zaledwie przypuścić mogę, iżby mogło być w interesie ministerstwa węgierskiego zakładać więcej jeszcze filij. Ale przypuściwszy nawet, że ministerstwo węgierskie niezwiązane porozumieniem z radą generalną, na proste życzenie stanu handlowego lub Izb handlowych, zakładałoby filie w znaczniejszej liczbie, zarzut ów jeszcze nie byłby słuszny. Tamta połowa monarchii będzie miała ściśle oznaczoną ilość banknotów w ilości 50 milionów; nam zaś obojętną być może, czy te 50 miljonów będą podzielone na dziesięć czy na dwadzieścia filij. Mniemam przeto, że to niepowinno nas odwodzić od skreślenia owych wyrazów.

Dla nas w Galicyi jest to rzecz wielkiej wagi i doniosłości; spodziewamy się bowiem, że w podobnych sprawach daleko łatwiej uzyskamy coś od rządu, gdy od niego samego, a nie nadto od porozumienia z radą generalną rzecz będzie załatwiana. Zgodziłbym się na taki przepis, gdyby Bank narodowy był sobie zwykłą instytucyą kredytową; przyznałbym słuszność, gdybyście mi Panowie powiedzieli: nie można narzucać Bankowi narodowemu obowiązku zakładania filij tam, gdzie ruch jest mniejszy, gdzie należałoby się obawiać, że niewrócą się nawet koszta administracyi. Ale, panowie, Bank narodowy jest wcale czem innem; jest to jedyne na całe państwo źródło do zyskania pieniędzy, a więc ma obowiązek zakładać filie tam, gdzie ministerstwo w interesie ruchu handlowego uzna potrzebę; mniejsza o to, czy zyski Banku będą większe czy mniejsze.

Jego Ekse. p. dr. Herbst powiedział, że interes akcyonaryuszów z interesem publiczności przemysłowej bynajmniej nie schodzą się z sobą. My w Galicyi wcale też niemamy przekonania, iżby życzenia nasze spełnić się miały, gdy to będzie zależało od Banku. W toku dalszych rospraw będę miał sposobność przy innych paragrafach zwrócić na to uwagę waszą i prosić o uwzględnienie sposobu traktowania spraw kredytowych po filiach.

Prawda to niestety, że Bank narodowy inną miarą mierzy tu w stolicy a inną w naszych filiach. Filie nie są tem, czem być powinny. Nie tajno mi, że Wiedeń, stolica, jest sercem ruchu pieniężnego, ale zdaje mi się, że sam interes tego serca wymaga, aby żyły z niego się rozchodzące znajdowały się w stanie zdrowym. Tak zaś nie jest bynajmniej.

Wobec spóźnionej pory nie będę was już nużył, zwłaszcza, że jak się rzekło, będę miał jeszcze sposobność pomówić o tem; przeto upraszam tylko pana prezesa, aby w ustępie czwartym artykułu 2go, co do którego zgadzamy się na całą resztę, oddzielnie podał pod głosowanie wyrazy: „w porozumieniu z radą jeneralną Banku,“ których opuszczenia żądamy.

## Ziemie Polskie.

Dnia 23-go listopada w Izbie deputowanych Sejmu pruskiego toczyły się obrady nad interpelacyą X. Dra Stablewskiego w sprawie parafii Kościańskiej. Interpelacyę tą wniesioną 16 listopada podaliśmy w *Czasie* z 21 b. m. X. Dr. Stablewski uzasadniając swą interpelacyę, powiedział wspaniałą mowę, którą nie mogąc dla braku miejsca podać jej w całej osnowie, zamieszczamy w streszczeniu.

Mowca zaś nawiązując się na wstępie, jaki stan stworzyły w całem państwie ustawy majowe i jakie skutki przyniósł *Kulturkampf* przechodzi do postępowania władz w W. Ks. Poznańskiem przy wprowadzeniu w urzędowanie t. r. proboszczów państwowych i obchodzeniu się rządu z gminami, nawiedzonemi przez takich proboszczów. W Poznańskiem jest obecnie 10 proboszczów państwowych, a 800 prawie duchownych wiernych Kościołowi; w całem zaś państwie pruskiem około 30 księży państwowych na 10000 katolickich. Dowód, to jak słabe rezultaty wydała wojna wypowiedziana Kościołowi; przerachowano się licząc że tysiące duchownych rzuci się w objęcia państwa. Stało się przeciwnie, bo nadzieja ta opierała się na zupełnej nieznajomości stosunków, stanowiska i charakteru katolickiego kapłana. Kapłan katolicki nie mógł bez pozwolenia swej władzy przyjąć probostwa, wiedział bowiem, że przez to samo przestawał być członkiem Kościoła i tracił swe beneficium. Do posłuszeństwa dla władzy duchownej obowiązywała go przysięga, łamiąc ją, staje się zgorszeniem dla swojej parafii, popełnia zbrodnię. O kolizyi obowiązków między państwem a Kościołem nie ma tu mowy. Państwo nie chciało nikogo przymuszać do objęcia parafii, bo prawo chociaż jest, nie musi być wykonanem i mowca przytacza przykłady nawet patronów protestanckich, którzy niechętnie robią z prawa tego użytek. § 525 powiada, że „indywiduum żyjące w sporze lub nieprzyjaźni z gminą albo przeciw którego zasadom lub moralności gmina może czynić zarzuty, nie może być jej narzuconem na proboszcza“. Naczelny prezes powinien więc zważać, aby kandydaci na probostwa państwowe posiadali przynajmniej te ustawą przepisane warunki. Że się dzieje inaczej, mowca posiada pod ręką liczne dowody, ale nie chce ich przytaczać. Jest jednak przekonanym, że gdyby naczelny prezes przejrzał n. p. akta osobiste p. Brenka, nie byłby go nigdy wybrał na proboszcza państwowego. Mowca opowiada jak zwykle władze rządowe wprowadzają takiego proboszcza na parafie. Dzieje się to zazwyczaj w towarzystwie tajnych policyantów i żandarmów. Dozór kościelny protestuje jednogłośnie przeciw temu nadużyciu, nie chce oddać kluczy kościelnych, broni wstępu do kościoła. „Wysłannik pokoju“ wchodzi do świątyni, której drzwi wyłamał ślusarz, w otoczeniu żandarmów. Jęk i płacz parafian towarzyszy ceremonii. Gmina zostaje osierociałą, proboszcza państwowego uznać nie może; wożą więc o kilka mil chorych, aby mogli otrzymać ostatnie Sakramenta w chwili śmierci. Wszyscy stronią od swego „opiekuna duchownego“, który jak n. p. w Kościanie z pomiędzy 9 tysięcy parafian, nie zdołał nawet zwerbować 7 prozelitów, a urzędowanie jego ogranicza się na licznych procesach z członkami gminy z powodu nie zapłaconych *jura stolae*, jeśli dzieci swe chrzcić kazali w jednej z sąsiednich parafij. „Wszystko to — dodaje mowca — działo się nie w Azyi ani w Bułgaryi, ale w państwie pruskiem — w epoce kultury“.

X. dr. Stablewski zwraca się następnie do lewicy, zapytując coby powiedziała, gdyby za ministerstwa Mühlera do gminy, należącej do stowarzyszenia protestanckiego, wprowadzono protestanckiego proboszcza w orszaku żandarmów? Mówca sądzi że zmarły minister wstydziłby się tego. Następstwem podobnego postępowania jest, że poczucie kościelne i wytrwałość gmin rośnie z dniem każdym. A nie jest to owocem propagandy ultramontańskiej lub podburzania ludu, ale naturalnem następstwem, płynącem z przyczyny. Proboszczowie państwowi zostają wszędzie na pensyi rządu, w wojnie z gminą i własnemi parafianami, są to pasterze bez owieczek, siejący tylko zgrozę i zgorszenie. Bankructwo to zupełne wskutek cichej ale powszechnej zmowy ludu, wskutek zmowy zupełnie uzasadnionej — bo proboszczowie ci są w sprzeczności z religijnemi zasadami gmin. Po takich doświadczeniach niepowinno się zaprawdę postępować dalej tą drogą.

Mowca wyjaśnia jak w Kościanie wywołano sztuczne ucisk:

„Przy parafialnym kościele jest tam 3 księży, proboszcz i 2 mansyonarzy. Celem utorowania drogi proboszczowi wytoczono mansyonarzom proces z powodu nieprawnych, bo bez pozwolenia proboszcza wykonywanych czynności duchownych. Mansyonarzy wypędzono naturalnie natychmiast z prowincyi. Na termin pierwszej instancyi zawezwano na świadka i jako znawcę p. Brenka i przedłożono mu statut dyecezyalny, aby zaświadczył, czy mansyonarze mogą sprawować czynności duchowne bez jego pozwolenia. P. Brenk oświadczył, że wedle statutu dyecezyalnego nie mają do tego żadnego prawa i zaprzysiągł swoje zeznanie. Mam przed sobą wyrok sądu kościańskiego i sądu apelacyjnego, którymto o tatni powiada, że w statucie dyecezyalnym, o którym p. Brenk zdawał opinię, znajdują się miejsca sprzeciwiające się wręcz zeznaniom p. Brenka. Nie dziwię się też wcale, że w czasie terminu mówiono głośno o tem, iż gdyby ktoś inny dopuścił się był tego, co p. Brenk, natychmiast byłby oskarżonym o krzywoprzysięstwo. Jest to materyał dla prokuratorów. Mansyonarzy uwolniono w pierwszej instancyi właśnie na podstawie tego statutu dyecezyalnego, w drugiej instancyi uwolniono ich także, mimo to znajdują się ciągle jeszcze na wygnaniu. Sprawa ta toczy się już od 5 miesięcy w najwyższym trybunale i nie ulega żadnej wątpliwości, że i przezeń będą uwolnionymi. Już przeszło od roku znajdują się na wygnaniu — wydalono ich z prawnej sfery działania i tułać się muszą bez żadnych środków utrzymania. P. minister wyznań zechce ich może jeszcze internować, co w ostatnim czasie chętnie robił, i jak słyszę, ma być ku temu celowi przygotowywaną nowa prusk Cayenna na półwyspie Zingst na morzu Bałtyckiem. Dzienniki przyniosły wiadomość a nikt jej nie zaprzeczył, że X. Ruszkiewicz ma być internowanym w Zingst. Prosiłbym, aby dla deportowanych księży katolickich miano przynajmniej te same względy, jakie władze francuskie dla deportowanych komunistów, gdyż pozbawionych wszelkich środków utrzymania, wyrzucają ich na ulice w zupełnie protestanckich miastach i nikt o ich utrzymanie się nie troszczy, jakto spotkało np. wikaryusza Bąka w Torgawie.“

Gwałt zadany sumieniu nie doprowadził do celu. Widocznie władze chciały wywołać ruch, chciały lud podburzyć. Schwytano jednego ze znanych mansyonarzy kościańskich i transportowano go w ostentacyjny sposób do wzburzonego Kościanu, wlokąc go od więzienia do więzienia. Kilku mieszczan przybyło do landrata Delsa prosząc go, aby nie robił tego w tak ostentacyjny sposób. P. Dalsa odpowiedział na to: „Niech krew płynie“. Ale krew nie popłynęła, członkowie gminy rzucali tylko kwiaty pod nogi swego ukochanego kapłana, a wielu z nich aresztowano i skazano na kilkamiesięczne wygnanie. Na cmentarzu kościańskim przyszło jeszcze do straszniejszych zajść. Żaden katolik nie może być tam pochowanym, dopóki krewni zmarłego nie uznają p. Brenka za katolickiego proboszcza. Ludnie chciał tego dopełniać. Ciała zmarłych stały kilka dni nie pochowane; stawiano je przed bramą cmentarza, gdzie jeden trup leżał przez 18 godzin na drodze publicznej. Raz cały tydzień leżało jedno ciało przed cmentarzem. Dozór kościelny nie widząc innej rady, a czując się według nowego prawodawstwa organem administracyi majątku kościelnego, otworzył cmentarz. Z tego powodu skazano kilku członków dozoru na kilkomiesięczne więzienie. Takiemi środkami prowadząc walkę, doprowadza się tylko do zupełnego osłabienia poczucia prawa u ludu, bo lud czcić będzie zawsze skazanych, jako najszlachetniejsze ofiary. Po tych zajściach rejencya wydała przepis wzywający do jak najsurowszego przestrzegania rozporządzenia policyjnego: za każde pochowanie zwłok bez pozwolenia proboszcza nakłada karę pieniężną aż do 30 marek, lub karę więzienia aż do tygodnia. Mowca czyni uwagę, że od czasu ustawy z r. 1850 policya jest w państwie pruskiem wszechmocną. Później wprawdzie cmentarz otworzono, ale we dnie i w nocy pilnowali go żandarmi i policyanci. X. Stablewski oblicza, że do każdego pogrzebu potrzeba najmniej 6 osób, a że każdą z tych osób spotykała kara pieniężna 30 marek, kosata więc kar, za każdy, choćby najuboższy pogrzeb, wynoszą 200—300 marek. Lud prosi landrata, aby wolno było przewieść ciało do sąsiedniej parafii, ale i tu napotyka trudności. Były wypadki, że oddawano zwłoki policyantom, pod warunkiem, żeby nie chował je proboszcz państwowy. Mowca przytacza następujący fakt: „Ciała oddają w ręce policyi i żandarmów, ale krewni nie chcą, żeby proboszcz odbywał ceremonie religijne. Właśnie żandarmi i policyanci chowają ciało ojca, za którem 2 synów postępuje na cmentarz. Nagle zjawia się proboszcz państwowy w stule i chce odprawić ceremonie pod opieką żandarmów i burmistrza. Synowie chwytają ciało ojca i uchodzą z niem na pole. Burmistrz i żandarmi wydzierają je, ale dzieci zezwolić nie chcą, żeby ciało ich ojca pochował kapłan przez Kościół wyklęty“.

Landrat kościański nie wypełnia nawet reskryptów ministeryalnych, jak to się zdarzyło przy oddaniu zarządowi kościelnemu majątku kościelnego. P. Breuk zabrawszy klucze od kaplicy Pana Jezusa w Kościanie, nie mając do tego żadnego prawa, zawiesił prebendarza tej kaplicy „jako swego podwładnego“. Było to nadużycie, bo tylko biskup ma prawo zawieszania duchownego w jego urzędzie. Ale prokurator kościański nic o tem nie wie, a nawet państwowy zarządzca powstrzymuje pensyę X. Heinrichowi, rzekomo z powodu jego niepodległeństwa dla p. Brenka. Nie mogąc zmusić parafian do uznania p. Brenka, narzucono go na kapelana więźniów sądu powiatowego. Organistę Robińskiego złożono z urzędu za to, że nie chciał pełnić służby u proboszcza państwowego Siostry Miłosierdzia obsługujące szpital w Kościanie, zmuszono do zeznania, czy w kaplicy ich nie odprawiał jakiś duchowny mszę św. Rzecz jasna, że Siostry odmówiły zeznania. Z tego powodu uwięziono 4 z nich, a przecież te same siostry opatrywały żołnierzy niemieckich na polach bitew we Francyi i Austryi, a nawet jedna z nich pielęgnowała rannego syna ks. Bismarka. Wogóle w parafii Kościańskiej zamknięto 5 kościołów i zawieszono wszystkich duchownych. Teraz wzięto się do sąsiednich proboszczów, do których udawali się osieroceni parafianie z prośbą o pomoc religijną. Z Poznania wysłano na prowincyę całą drużynę tajnych policyantów, którzy podsłuchują kazania w okolicznych kościołach. Kilku duchownych oskarżono wskutek denuncyacyi tych policyantów a X. Czechowskiego z Gryżyny skazano na 8 miesięcy więzienia, że miał powiedzieć z ambony że słowo Boże głosić będzie chociażby go i zbiry, podsłuchiwać miały. W końcu mowca w porywających słowach pełnych siły i zapału, wskazuje na następstwa jakie podobne postępowanie może za sobą pociągnąć. Stawia przykład Irlandyi, gdzie 300letni ucisk nie zdołał przytłumić ducha katolickiego, przytacza prezbiterianów i purytanów angielskich, którzy pomimo największych prześladowań nie uznawali nigdy zwierzchności duchownej, przez rząd narzuconej, wreszcie przestrzega, że jeśli na tej drodze pójdzie się dalej, to w ludzie katolickim coraz bardziej utwierdzi się przekonanie, że według słów historyka rzymskiego: *Injuriam facere est imperio uti.*

## Teatr wojny.

*Politische Correspondenz*, źródło bynajmniéj nie podejrzane wtenczas, kiedy zdradzi coś na korzyść Turków przemawiającego, odbiera od korespondenta swego z Bukaresztu następujące doniesienie z dnia 21 b. m., które dosyć tendencyjnie dopiero 24go ogłasza:

„W kołach bardzo dobrze poinformowanych odebrano tutaj wczoraj zawiadomienie z obozu rumuńskiego, że Mehemet Ali basza już od 13go b. m. ma pod ręką 40,000 wojska i ciągle nadchodzą mu posiłki. Wzmaga się więc obawa w głównéj kwaterze rosyjskiéj, że wódz ten stanie ostatecznie na czele armii, która Osmanowi baszy zdoła przynieść skuteczną pomoc. Jeżeli Mehemet Ali zdoła zgromadzić około 80,000, obawy te mogą się ziścić. O Plewnie obiegają tu spaszczane wieści. Jedna z nich utrzymuje, że twierdzenia o mniemanym braku żywności opierały się na bezzasadnych przypuszczeniach i że jeszcze na dozyć długi czas wystarczą.“

Przypuszczenia co do możliwych sił Mehemets Alego, niepokojące sztab rosyjski sięgają więc jeszcze daléj, niż nasze poprzednie obliczenia. Podług tureckiego *ordre de bataille* obliczyliśmy bowiem przekazane mu siły na 110 batalionów, co podług zwykłéj ilości 600 ludzi w każdym batalionie tureckim wynosi 66,000 i 56 szwadronów, po 100 ludzi 5600, do czego artylerya około 2400 ludzi, razem: 74,000. Niewiedzieliśmy wprawdzie wtenczas o tem, że Szakir basza, dawny szef sztabu Renfa baszy, przyprowadził z sobą 6 batalionów, co dopełnia sumy obliczonéj w obozie rosyjskim.

Siły te ma więc Mehemet Ali pod ręką, sam też przyjechał już do Orchania, i po odbyciu potrzebnych rekonesansów do zbadania sił rosyjskich rozłożonych na drogach prowadzących do Plewny, zapewne działanie swe rozpocznie.

W przewidzeniu tego marszu, który, w pomyślnym dla Turków razie, może znów zmienić postać rzeczy w Bułgaryi, Rosyanie próbowali podstępnych kroków do osiągnięcia kapitulacyi Plewny. Oto co pisze w téj mierze korespondent *Allg. Augsb. Ztg.*

„Miejsce raportów o popełnianych okrucieństwach i oburzeń o niedodelnianie konwencyi genewskiéj zastąpiły teraz korespondencye zachowujące formy najwyszukańszéj grzeczności. Ktoby się był spodziewał, że dwódzca zuchwałego marszu ku Adryanopolowi, jenerał Gurko, który dotąd zajęty był tylko rzucaniem potrachu i grozy na kraj nieprzyjacielski, posiada serce pełne najdelikatniejszego współczucia dla niedoli bohaterskiego przeciwnika. Z bardzo pewnego źródła dowiadnję się, że jenerał ten, przesyłając Osmanowi baszy kilka numerów *Timesa*, zawierających uwagi nad niemożnością uratowania Plewny, dołączył list pełen najprzyjazniejszych oświadczeń bolesnego współczucia dla losu jaki mu przypadł w udziale. Z wyrazem ręcznego grzecznego podziękowania za ułatwienie mu rozpatrzenia się w położeniu Plewny za pomocą tak powszechnie poważanego zdania *Timesa*, oświadczył Osman basza zarazem swą wdzięczność za podanie mu sposobności do — rozpędzania nudów w czasie długich wieczorów zimowych przez rozczytywanie się w licznych łamach tak obszernego dziennika.“

Na téj charakterycznéj wymianie wzajemnych grzeczności skończyły się pertraktacye, które Rosyanie o kapitulacyę Plewny nawiązać pragnęli, a wszystkie wieści o wzywaniu Osmana baszy do poddania się, o parlamentarzu wysłanym z Plewny do obozu rosyjskiego i inne pogłoski rozsiewane w tych dniach w Bukareszcie opierały się zapewne jedynie na posłyszeniu o téj korespondencyi, któréj treści nieznano.

Po bitwach pod Orchaniem i Edropolem stoczonych 16go b. m., a przed przyjazdem Mehemeta Alego do Orchanie, zaszła nowa utarczka pod Iwradzą, mającą leżeć w bliskości Edropola, w któréj rekonesans Szakira baszy rozbił pułk kawaleryi rosyjskiéj i zabrał 2 działa.

Dla Rosyan zaczyna już każde powodzenie tureckie w téj stronie być drażliwem. O niepomyślnym staku swym na Orchanie i Edropol zupełnie przemilczali, a utarczkę pod Iwradzą zamieniają, jak tego poniżéj umieszczony telegram z Bogotu dowodzi, na pomyślny dla siebie rekonesans.

Z Konstantynopola donoszą, że między Sulejmanem baszą a Mehemetem Ali panuje jak najlepsza harmonia, i obaj działać będą na podstawie planu, o który się wspólnie porozumieli.

*Sonn u. Montagszeitung*, upiera się dzisiaj przytem, że się o oddanie Plewny toczą układy, tylko o warunki zgodzić się nie nie mogą. Mehemet Ali miał odebrać z Konstantynopola polecenie przyspieszania swego marszu.

Wojska serbskie koncentrują się nad Timokiem. Rosyanie starają teraz tak przez akcyę serbską jak silnem osadzaniem się na drodze z Orchania do Plewny zapobiedz działaniu sił Mehemeta Alego. Posunęło się też tyle sił rosyjskich ku Orchaniowi i Edropolowi, że Plewna teraz więcej przez obwarowanie pozycyj rosyjskich niż przez stosowną ilość wojsk jest obsaczoną, z czego Osman basza mógłby skutecznie korzystać. Pod Orchaniem zaś przyjść może do ponowienia boju, a obwarowania wąwozu, który Rosyanie przegrąby ubiedz, nim się tu siły Mehemeta Alego skoncentrują.

W Albanii opuścili Turcy pozycye swe pod Anamaliti i cofnęli się do Skadaru. Tu przyjęci zostali strzałami od pewnéj części mieszkańców, jak utrzymuje *Prov. Cor.* katolików albańskich. Warownia turecka Chani kapitulowała, a do fortu Haj-Nehaj zaczęli już Czarnogórcy szturmować.

---

Konstantynopol 24 listop. (*Fremdenblatt.*) Kilka okrętów tureckich ma dotąd stale stróż w Trebizondzie. Hobart basza zjawił się znów przed Suliną.

Bogot 23 listop. (*Urzęd.*) Dnia 18-go oddział złożony z dwóch batalionów piechoty i dwóch sotni kozaków z 4 działami wykonał rekonesans pod Edropol. Z początku znikały widety tureckie. Skoro jednak komendant oddziału widział, że się zbiera przeważna siła nieprzyjaciół i może jeszcze odebrać posiłki a przytem zmrok zapadał, niemógł się zdecydować do ataku. Dopełniwszy w ten sposób zadania swego przez zbadanie ukazanych sił nieprzyjaciela zaczął się cofać do Łukowicy. To ośmieliło Turków i cała ich kawalerya (200 ludzi) zaczęła „ścigać“ nasz oddział. Dowódzca urządził zasadzkę z 2giej i 3ej kompanii 11go pułku, która dozwoliwszy się zbliżyć nieprzyjacielowi, przyjęła go rzęsistym ogniem. Tracąc dużo ludzi Turcy, zaczęli uchodzić. Nasz oddział cofnął się też do Łukowicy. Raniono nam 3 oficerów i 27 żołnierzy, zabito dziewięciu.

Bogot 23 listopada. (*urzęd.*) Po 19ym nie wydarzyło się nic nadzwyczajnego na naszym froncie. Przeciwko pozycyi Maryańskiej rozwinął nieprzyjaciel 1000 piechoty i 100 Czerkiesów, ale na widok nadciągającego pułku Sawskiego, cofnął się.

Kars 23 listopada. (*urzęd.*) Garnizon Karsu składał się z 32 batalionów piechoty, 2400 artylerzystów i z brygady konnicy. Oprócz rannych znalezionych w lazarecie, wzięliśmy 17.000 ludzi w niewolę. Między niemi znajduje się 5 baszów i 800 oficerów. Z naszej strony operowało przeciwko Karsowi 39 batalionów. Straty rosyjskie wynoszą: 1 jenerał, 30 sztabowych i wyższych oficerów i 469 żołnierzy w zabitych, 43 sztabowych i wyższych oficerów i 1790 żołnierzy rannych.

Bukareszt 24 listopada. (*Pol. Corr.*) Siniceann i Lupu mają zostać połączeni w oddział, który ma operować przeciwko Widdyniowi.

Konstantynopol 24 listopada. (*Agence Havas*) Podług ogłoszenia urzędowego mają tak chrześcianie jak Turcy służyć w gwardyi narodowej. Tworzy się rezerwowa armia ze 150,000 ludzi.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 26 listopada.

Między Towarzystwem Strzeleckiem a zarządem kolei północnej toczą się układy o mały skrawek ogrodu Strzeleckiego dla wyrównania konfiguracyi placu dotykającego dworca kolei. Towarzystwo Strzeleckie stawia jednak warunki, na które zarząd kolei przystać nie może ze względów służebności.

— Na wystawę Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych nadeszły: Gryglewskiego „Chór w kościele w Krośnie“; Gadomskiego biust hr. Artur. wej Potockiej; Barącza grupa „Pocałunek amora“ i medalion Siemiradzkiego; rzeźby te są z marmuru kararyjskiego.

— Jak w latach poprzednich, tak i tego roku Towarzystwo bratniej pomocy uczniów Uniwersytetu Jagiellońskiego postanowiło pośredniczyć między osobami, któreby potrzebowały nauczycieli domowych i korepetytorów a tymi akademikami, którzy w ciągu swych nauk na uniwersytecie jedynie z dawania lekcyj utrzymywać się muszą. Jednorazowe pożyczki, jakich Towarzystwo członkom swym z powodu szczupłych funduszów udziela, wobec wielkiego napływu ubogiej młodzieży na uniwersytet są tak niedostateczne, że zaledwie najniezbędniejsze potrzeby zaspokoić mogą. Towarzystwo zatem pragnąc nieść pradwdziwie braterską pomoc, postanowiło ułatwić im wyszukiwanie lekcyj, któreby im zapewniały utrzymanie. Zgłoszenia przyjmuje p. Walenty Mikrot w *Colleg. juridicum.*

— Dyrektor Matejko wrócił do zdrowia i przybył do Krakowa z Krzesławic, gdzie czas jakiś bawił dla wypoczynku. Słyszymy jednak, że wypoczynek ten nie był zupełny; artysta bowiem zajmował się na wsi pracą, którą za wytchnienie uważał.

— Wczoraj umarła w mieście naszem obywatelka z Wołynia, Cezarowa Szaszkiewiczowa z domu hr. Bnińska.

— Wczoraj żegnali urzędnicy pocztowi na tutejszym dworcu kolejowym swego naczelnika a starszego zarządcę pocztowego p. Franciszka Astleithnera z powodu przeniesienia go do Czech. Przy tej sposobności wyrazili mu swój żal, iż tracą w nim naczelnika szlachetnego i dobrego serca. Jako upominek wręczyli mu srebrny puhar.

— **Z pod Nowego Sącza** 21 listop. *W. Ż. S.* Wczoraj nastąpił odbiór wykończonego mostu na Dunajcu pod Gołkowicami, czyli pod Glinką, blisko Starego Sącza, na drodze krajowej Niedzicko-Tarnowskiej; tem samem ustaloną jest stała komunikacya tą drogą. Nie tylko zaś Sądeczczyznę lecz ze względu na krajowe zdrojowiska w Szczawnicy, i cały kraj ta sprawa żywo dotyczy.

Na szczególną uwagę zasługuje sama konstrukcya tego mostu drewnianego, systemu kratowego w sposób mostów żelaznych, przy rozpięciu 20 stóp długości pomiędzy filarami. Most spoczywa na trzech środkowych murowanych filarach, i takich przyczółkach w długości 80 sążni. Do próby wytrzymałości użyto wału żelaznego, piaskiem napełnionego, 80 centnarów ważącego, zaprzężonego 10 końmi, puszczając je kłusem przez most. Prawie żadnego drżenia pokładu nie doznano.

Budową tego mostu zajmował się p. Ibiański, technik zdolny, wykonaniem zaś dróg dojazdowych, mianowicie lewym brzegiem Dunajca, w korycie rzeki w znacznej części, pod nieprzyjaznemi warunkami w ogóle w przestrzeni 4ch kilometrów, u stóp góry kamiennej, p. Turski. Obaj ci ziomkowie nasi z pod zaboru rosyjskiego, odznaczyli się przy budowie tego znakomitego dzieła ścisłem wykonaniem planu.

Most pod Gołkowicami przedstawia celującą w swym rodzaju budowę, a że rozpiętość dała się doprowadzić do podwójnych rozmiarów, zwykle używanych, przeto zasługuje na tem baczniejsze zwrócenie uwagi techniki krajowej, że oprócz stosunkowo niezwykłej taniości, łączy oraz warunek trwałości i siły.

Wydział krajowy niewątpliwie nieomieszka zabezpieczyć tego mostu pokryciem dachu. Wyłożone na to parę tysięcy zapewnią na długie lata konstrukcyę drzewną mostu. Również sądzić należy iż Wydział krajowy zarządzi wywłaszczenie gruntu pod drogę dojazdową, i poleci wykonanie jej po lewym brzegu w stronę ku Limanowskiemu powiatowi, i prowadzącej drogi obecnie gminnej — a to ze względu na podniesienie przychodu z myta, po tej właśnie stronie jedynie właściwego.

Przy tej sposobności nie mogę pominąć uwagi stwierdzonej tylokrotnie w powiecie Sądeckim, iż nasi technicy autonomiczni, odznaczają się nie tylko znajomością zawodu swego, ale oraz ścisłem, uczciwem wykananiem, skutkiem czego widzimy mnóstwo wykonanych mostów mniejszych i większych, od istnienia autonomii w kraju, nietkniętych wezbraną nieraz wodą; podczas gdy odwrotny stosunek przedstawia droga z Hutny do Muszyny, przez Krynicę prowadzona, na której głównie interes rządowych zdrojów w Krynicy opiera się; w tej właśnie części drogi oberwanie chmury i ulewy zupełnie zmiotły część mostów, w czasie sezonu kąpielowego. Otóż mosty te datują z czasów przedautonomicznych.

W obec powyższych pewników przedstawia się rzeczywisty interes kraju nszszego, ażeby nasi technicy przeważnie z pod zaboru rosyjskiego pochodzący, mogli się swobodnie oddawać zawodowi swemu — do czego głównie się przyczynić zdoła, udzielenie obywatelstwa krajowego i stabilizowanie odznaczających się zdolnością i uczciwą pracą.

— Dowiadujemy się z *Gaz. Lwowskiej*, że we Lwowie skazano sądownie po 100 złr. dwie osoby, w których szynkach znaleziono fałszowane napoje jako wódki, likiery i wina mineralnemi truciznami zaprawne, wielce zdrowiu szkodliwemi. W Niemczech zaś takiego rodzaju fałszerstw nie będzie stówką, ale idzie za tem więzienie; nawet więzieniem karane bywa fałszowanie przedmiotów do pożywienia potrzebnych, choćby nieszkodliwemi dodatkami. Ponieważ zaś w Krakowie nie zdarzyło się, aby który kupiec lub szynkarz skazany był za użycie n. p. cukru ołowianego, sniitinu, miedzi, gliceryny, zatem pokazuje się, że wszystko, co w Krakowie sprzedają publicznie, jest niefałszowane, oszczerstwem więc musi być wyrażenie: „struł się winem.“

— Z listu gończego wysłanego przez prokuratora pruskiego w Pile za mniemanym sprawcą zamachu na życie cesarza Wilhelma i Bismarka, jak i z innych pism okazuje się, że zowie on się Lugowski, pochodzi z Neumark, jest wyznania ewangielickiego, narodowości niemieckiej; dopuścił się u adwokata Sprenkmanna w Trzciance, u którego pisywał, sfałszowania dokumentów i przeniewierstwa znaczniejszej kwoty pieniężnej.

— W Wiedniu opowiadają, że w salonie pewnego barona giełdowego spotkali się z sobą dawni przyjaciele: jeden niegdyś dyrektor teatru, drugi minister. — „Jak się masz mój kochany, po tej wielkiej mowie?“ zapytał dyrektor ministra. — Minister cofnąwszy się na krok, rzekł: „Jeśli mi już odmawiasz tytułu excelencyi, zostawże mi przynajmniej tytuł doktora, na który długo i uczciwie pracowałem.“

— W winiarni Pischmana w Wiedniu na Kohlmarkt śniadało w sobotę pewne towarzystwo. Na raz rozległy się krzyki, wyleciały szyby, zbiegła się gromada ciekawych a za nią i ajent policyjny, który wszedłszy do winiarni, posłał po dorożkę i odwiózł w niej do domu krwią zbroczonego hr. Valmerangę, sekretarza poselstwa włoskiego. Raport policyjny powiada, że hr. Valmerana nieco wzburzony, uderzył łokciem w szybę, rozbił ją i skaleczył się w rękę. Czy towarzysze jego byli również wzburzeni, o tem raport milczy, ale jedna z wersyj obiegających mówi o zajściu z powodu tej samej sprawy, w którą wmieszany był delegat wojskowy pruski hr. Keller.

— Jak donosi *Fremdenblatt*, powiodło się fabrykantowi wyrobów metalowych w Wiedniu Edwardowi Vöst odkryć zaginioną tajemnicę zwierciadła, zwanego w wiekach średnich „zwierciadłem japońskiem czarnokasięskiem“. Zwierciadło to wyrabiane z miedzi, miało tę własność, że odbijało przeciwną stronę przedmiotu. Używano też tego zwierciadła do tak zwanych sztuk czarnoksięskich. Tajemnica takiego łamania się światła polega na pewnej krystalizacyi molekułów, jak to p. Vöst objaśnił, i twierdzi, że można to zwierciadło robić nie z samej tylko miedzi, jak je wyrabiano na dalekim wschodzie Azyi.

— W Londynie na Brangton odbył się d. 21 b. m. w kościele katolickim ślub księcia Norfolk z panną Florą Hastings. Państwu młodym, którzy są oboje religii katolickiej, dawał ślub pod nieobecność kardynała Manninga, który wyjechał do Rzymu, biskup z Southwerk, otoczony licznem duchowieństwem, między którem był także krewny pana młodego, jezuita baron Würzburg. Kościół, na którego budowę książe Norfolk dał był 20.000 funtów sterl., wspaniale był przybrany, a cały wielki świat znajdował się na obchodzie ślubnym, jak zięć królowej, margr. Lorne z żoną, margr. Bute, lord Beaconsfield, ks. Bedford, lord Carnarvon, lord John Manners, lord Odo Russell, lord Artur Russell, wielu z nich z żonami. Panna młoda i 12 druchen ubranych było w atłas biały i koronki. Wspaniałe podarunki otrzymała nowozamężna: od swego narzeczonego nadzwyczaj bogatygarnitur z brylantów i rubinów, strój z pereł niegdyś własność królowej Maryi Szkockiej; krewni również złożyli bogate dary, które *Morning Post*, opisujący na kilku szpaltach obrząd ślubny, wymienił. Lord Beaconsfield złożył w darze flakonik złoty, misternej roboty włoskiej z 15-go wieku i wzniósł przy stole pierwszy toast.

**Wiadomości policyjne.** Straż policyjna przytrzymała: Jacentego Boruckiego, wyrobnika, za przeniewierzenie; Ant. Biernackiego i Jana Siwka za kradzież na Kazimierzu; Jana Tretera, za kradzież obuwia w Czyżynach; Józefa Gotteicha, Danzigerem zowiącego się, z Olkuskiego, za przeniewierzenie w służbie; Jana Gluzowskiego, za kradzież cegieł przy budowie; Józefa Jelinka, kelnera bez zatrudnienia, za kradzież paletota i koca; Jakóba Zajca za zdzieranie z murów ogłoszeń urzędowych; siedm osób za pijaństwo.

**TEATR.** — We wtorek d. 27 listopada po raz pierwszy *Kopciuszek* komedya w 5 aktach F. Barrier'a, przełożył dla sceny krakowskiej Władysław Sabowski. — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dnie powszednie 30 centów.

Dnia 24go listopada pochmurno; termometr od 0·4 doszedł do 6·2 C. — Dnia 25 przed południem deszcz, zresztą pochmurno; termometr od 0·2 doszedł do 7·7 C. — Barometr idzie w górę; o 6ej rano d. 26 stał on na 730·6 millim., termometr na 1.6 C. Wiatr zachodni.

— We wtorek d. 27 listopada Św. Waleryana m.

### Wiadomości bibliograficzne.

— We Lwowie wyszedł z druku *Kalendarz do użytku farmaceutów i chemików na r. 1878* wydany przez Towarzystwo aptekarskie.

— *Der Gerichtskanzlist.* Pod tym tytułem wydał w Wiedniu w języku niemieckim Franciszek Offenhuber, oficyał sądu wyższego, podręcznik do użytku urzędników kancelaryjnych przy sądach, szczególnie przy sądach powiatowych. Dziełko to ma służyć do nauki dla osób chcących się poświęcić służbie manipulacyjnej. W d. 8° str. 176.

— Nr. 646 *Kłosów* zawiera: „Z życia żołnierza francuskiego“ obrazek przez F. K. (c. d.); „Ignacy Domejko“ przez W. Korotyńskiego; „Księgi hetmańskie“ przyczynek do życiorysu Jana Karola Chodkiewicza; „Kuglarka“ balet układu Paskala Borrego z ryciną; „Wspomnienia z wystawy lwowskiej“ przez E. R. (c. d.) z rycinami;

Wien Hotel Müller (do 31 gr.) 4820 Krzeczunowicz Kornel

№ 270. Kraków, 27 Listopada — Wtorek Rok 1877.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Egzemplarz Czasu, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na cały rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| ...stwie Austryackiem ..... | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| ...och, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |

...przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przeki* na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi ...akowic. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *...frankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi **niezwracają się** lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. **Miejscową** prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

## Ogłoszenie przedpłaty.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem na miesiąc Grudzień . . . . . złr. 2·50
Od 1go Grudnia do końca Marca „ 8.—
Z przesyłką pocztową w państwie Niemieckiem na m. Grudzień . . . 6 marek
Od 1go Grudnia do 31 Marca . 20 „

☛ Prenumerata liczy się tylko od **pierwszego** do ostatniego dnia w miesiącu.

## Kraków 26 listopada.

Nowy gabinet francuski mianowany został d. 23go b. m. *Journal officiel* z 24go ogłosił nominacyę ministrów, a tego samego dnia Izba deputowanych uchwaliła wotum nieufności i odepchnęła wszelkie kroki pojednawcze, wszelkie zapewnienia szanowania konstytucyi i republikańskiej formy rządu, oświadczając, że uzna takie tylko ministerium, które z łona większości Izby wyjdzie.

Kiedy przed laty kilkunastu w Prusach partya narodowo-liberalna odrzuciła budżet, Bismark powiedział jej: obejdę się bez was— i rządził bez budżetu, a w całym kraju jeden tylko hr. Reichenbach nie chciał płacić podatków nieuchwalonych i pozwalał ściągać je przez lat kilka drogą egzekucyi. Ta sama jednak partya dała później rządowi absolutorium za lata bezbudżetowe i obłaskawiona, służy dziś przed nim na dwóch łapkach, a wolno nam tego wyrażenia użyć, skoro przed niewielu dniami powiedziano o niej w tej samej Izbie deputowanych, że szczeka, ale nie kąsa...

Różnica między Francyą a Prusami jest taka, że w Prusach mogą się zmieniać gabinety, a z niemi systemy rządowe bez wstrząśnienia jednak państwa; we Francyi *każda kryzys ministeryalna może sprowadzić* zupełny wywrot w organizacyi państwa, zmienić nie tylko samą formę rządu, nie tylko konstytucyę, ale oraz podstawy, na których obecna społeczność spoczywa; słowem, każda kryzys ministeryalna może tam sprowadzić rewolucyę. W tem bardziej też, niż w zwycięstwach Niemiec a porażkach Francyi leży przyczyna siły pierwszych a słabości drugiej.

Nie mógł Mac-Mahon i jego doradzcy powziąść niefortunniejszej myśli, jak powołać taki gabinet, który sam dał sobie w Izbach za pierwszem wystąpieniem świadectwo nicości, oświadczając, iż stać będzie po za obrębem walki politycznej, mając na względzie interesa handlu i przemysłu i przyszłoroczną wystawę powszechną. Słowa te choćby zrobiły wrażenie na tej klasie przemysłowo-handlowej, która we Francyi nosi imie mieszczaństwa, wszelako klasa ta nie jest zorganizowaną, a ma przeciw sobie organizacyę radykałów opartą na ludności wyrobniczej o wiele liczniejszej i którą mało obchodzi przyszłoroczna wystawa, skoro z pośród niej wyszli podpalacze Komuny, gotowi postąpić dziś tak samo z pałacem wystawy, jak postąpili z Tuilleriami.

Gabinet 23go listopada sam oświadczył w Izbie deputowanych, że jest gabinetem administracyjnym. Tylko we Francyi zdarzyć się może, że ministerium wyrzeka się spraw polityki, a chce poprzestać na załatwianiu bieżących czynności administracyjnych; gdy natomiast urzędnicy administracyjni, jak prefekci oraz władze autonomiczne miejscowe, jak Rady departamentowe i municypalne zajmują się wielką polityką a przy wyborze ich stronnictwa i kandydaci dzielą się na rządowych i opozycyjnych. Chciał zapewne marszałek-prezydent powołując tymczasowy gabinet administracyjny okazać powolność swoją stronnictwu republikańskiemu i zapewnić je, że pragnie tylko dotrwać do końca siedmiolecia, albo też mniemał, że takiem niezdefiniowanem, biernem ministerstwem ułagodzi rozdrażnione umysły, ukoi zawziętość przeciwników i sprowadzi pewną równowagę między władzami, prawodawczą a wykonawczą, nie budząc podejrzenia, iż chce poskromić Izbę.

Jeśli takie było jego mniemanie, zawiódł się, a powinien był to przewidzieć, skoro jeszcze przed podpisaniem nominacyi nowych ministrów opozycya zorganizowała się i wybrała komitet z członków skrajnej lewicy, któremu oddała się bez zastrzeżenia i który już jest zawiązkiem rządu. Dziś rzeczy tak stoją, że albo komitet ten da Mac-Mahonowi ministrów, to jest stanie się rządem legalnym, albo zmusi marszałka do ustąpienia. Pozostaje jeszcze Mac-Mahonowi prawo żądania od senatu pozwolenia na powtórne rozwiązanie Izby; ale czy można przypuszczać, że pod wpływem pogróżek, jakie wyszły z lewicy Izby deputowanych, przyszłe wybory wypadłyby na stronę rządu, a przedewszystkiem, czy można liczyć na przychylną rozwiązaniu Izby uchwałę senatu? Jeśliby senat zawiódł, niepozostałoby Mac-Mahonowi nic innego, jak ustąpić miejsca. A większość senatu już dla tego samego nie łatwo dałaby się skłonić do rozwiązania Izby, że przeciw członkom tej większości zwróciłyby się nietylko zbiorowo ale osobiście wszystkie zawiści komitetu wykonawczego i jego wiernych.

Postawienie na czele gabinetu jenerała kazałoby się domyślać, że jest on przedstawicielem tej siły, do której nieraz we Francyi uciekano się, aby się wydobyć z chaosu albo z położeń nie dających się środkami legalnemi rozwiązać, słowem, że militarny stopień prezesa ministrów zapowiada zamach stanu. Ale krok taki stoi po za wszelkiemi rachubami, może być faktem, ale się go nie dyskutuje; trudno też powiedzieć, że Mac-Mahon użyje go albo nie: może bowiem użyć go nie chce albo nie jest w stanie.

Chwila to prawdziwego przesilenia nie już gabinetowego, ale całą organizacyę polityczną Francyi przejmującego, chwila brzemienna w ważne następstwa, a tem groźniejsza i niebezpieczniejsza, że spotyka się z wielkiemi sprawami odgrywającemi się w świecie politycznym, a które wymagają, aby Francya miała w nich głos jeśli nie rozstrzygający, to przynajmniej stanowczy, oparty na moralnej i materyalnej sile narodu. Rozbiór Polski rozpoczęty został w chwili rozstrojenia społecznego Francyi, a dokonany, gdy Francya przebywała najstraszniejszą rewolucyę i bronić musiała własnych granic; dziś podobnież bez wpływu i udziału Francyi *rozgrywa się dramat, w którym* idzie o byt państwa Ottomańskiego. Francya szarpana wewnętrznemi niesnaskami, niemym i obojętnym jest jego świadkiem, lubo powiedziano o niej dawniej, że bez jej zezwolenia niemógłby paść żaden strzał w Europie. Walka stronnictw i brak karności doprowadziły ją dziś do stanu bezwładności i pozbawiły znaczenia w Europie.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Wiedeń** 25 listopada.

(||) *Clara pacta!* można powiedzieć po przeczytaniu telegraficznego doniesienia o ostatecznem zerwaniu rokowań celno-handlowych między Austryą a Niemcami, ale czy *boni amici* trzeba zapytać? Wątpimy. Przyznacie nam, że należeliśmy do pierwszych i to od tylu a tylu miesięcy, cośmy przepowiadali przebieg tych rokowań i cośmy w rokowaniach tych wytykali główną ich cechę polityczną, cośmy wykazywali ich związek z kwestyą wschodnią. Jeżeli wczoraj na poufnem posiedzeniu komisyi minister handlu bar. Chlumetzky oświadczył, że nie Austrya winną się stała zerwania rokowań z Niemcami, to bezwzględną dajemy wiarę jego słowom, albowiem zdaniem naszem Prusy tak prowadziły rokowania, aby one nie przyszły do skutku. Niemcy liczyły na rozbicie ugody; taką jest nasza opinia pomimo wszelkich zaprzeczeń; a jeżeli Austrya zdobędzie się na tyle energii, aby załatwić ugodę aż do nowego roku lub przynajmniej aż na wiosnę, to z pewnością pokrzyżuje jeden z najbardziej ulubionych planów ks. Bismarka.

Do jakich konsekwencyj, nie tyle handlowo celnych, ile raczej politycznych doprowadzi jeszcze obecna wojna podjazdowa między obu państwami ościennemi, trudno przewidzieć! Oby one nie były smutnemi, oby.... nie znalazły odgłosu przy podpisaniu pokoju rosyjko-tureckiego! Co do przymierza naszego znajdujemy się w zupełnéj zgodzie z tak poważnemi pismami, jak *Journal des Débats* i *Times*. Jakkolwiek zapatrywać się będziemy na obecny stan kwestyi wschodniéj, nie wyjdziemy z tego zaklętego koła, iż Niemcy hamują akcyę Austryi na Wschodzie nie tyle z powodu wdzięczności dla Rosyi, ile raczéj z powodu, iż potrzebują sprzymierzeńca tj. Rosyi przeciw Francyi, Im bardziéj sytuacya w Paryżu zaostrza się w kierunku zamachu stanu, tem więcéj zespoli się przyjaźń między Niemcami a Rosyą. Zgoła obstajemy przy twierdzeniu naszem, iż Austrya zawczasu powinna energiczną zająć postawę, aby wypadki jéj nie zaskoczyły, aby nie skończyło się na protestach platonicznych.

*Tagespresse* sławi dziś Dra Herbsta jako przedlitawskiego Deaka! Jakaż to skromna miara na Deaka wiedeńskiego.

**Wiedeń** 24 listopada.

*311 te posiedzenie Izby deputowanych.*

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11 min. 25.

Petycya miasta Drohobycza zwraca się przeciw projektowi o opodatkowaniu nafty, inne przeciw taryfie celnej lub za zmianami w niej.

Dep. Fischer wnosi interpelacyę do ministra oświecenia, podpisaną przez 24 deputowanych z klubu prawicy i Morawian: Dzienniki doniosły, że ministerstwo oświecenia wydało rozporządzenie do rad szkolnych, wzywające je do czuwania nad nauką religii i do donoszenia ministerstwu o wydarzających się może niewłaściwościach. Rozporządzenie takie nie zgadza się nietylko z naturalnemi prawami Kościoła, lecz i z przepisami prawnemi o nadzorze nad nauką religii. Interpelanci zapytują: czy rozporządzenie takie rzeczywiście wydano i w jaki sposób minister myśli je usprawiedliwić.

Izba przystępuje do dalszej dyskusyi szczegółowej nad statutem bankowym.

Artykuły 9 — 11go, które zawierają dalsze postanowienia o akcyach i akcyonaryuszach, uchwalono bez zmiany wedle wniosków komisyi, a to niemal bez dyskusyi, gdyż tylko do art. 9go zabrał głos dep. Dr Roser, wnosząc o zniesienie legalizacyi przy przepisywaniu akcyj na inne nazwisko.

Artykuły 12 — 22go (walne zebranie) przyjęto bez dyskusyi.

Artykuły 23ci i 28 — 31go poddano razem pod dyskusyę. W artykułach tych mowa o wyborze rady jenerainej, co do której większość komisyi projektuje, żeby składała się z dziesięciu członków wybranych z grona osób obecnych na walnem zebraniu i z czterech wybranych z pomiędzy kandydatów proponowanych przez dyrekcyę wiedeńską i peszteńską. Dalej mowa w nich o dwóch wicegubernatorach, co do których projektuje większość komisyi, aby byli obierani z pomiędzy członków rady jeneralnej przez tęż radę, a to na cztery lata.

Mniejszość komisyi pod przewodem dep. Herbsta wnosi, aby przywrócono projekt rządowy, wedle którego zamiast dziesięciu członków rady generalnej wybieranych przez walne zebranie ma się obierać tylko ośmiu, a wicegubernatorowie mają być mianowani na zawsze przez koronę.

Sprawozdawca mniejszości dep. Herbst uzasadnia wnioski mniejszości. Mówca stwierdza, że za obieralnością wicegubernatorów oświadczyła się nie większość komisyi, lecz tylko mała większość członków jej obecnych na posiedzeniu (18 przeciw 17), jak to już stwierdził w przemówieniu swem dep. Dunajewski. Zwracając się przeciw obieralności wicegubernatorów, wywodzi, że większość komisyi chce stworzyć coś zupełnie nowego w administracyi bankowej, czego nie ma nigdzie na całym kontynencie. We Francyi nawet administracya filij ulega ingerencyi rządowej, w Niemczech całe dyrektoryum wychodzi z nominacyi, tylko nadzór pozostawiony jest wyborowi akcyonaryuszów. Większość zasłania swój wniosek niezawisłością Banku od rządu, przywodząc smutne doświadczenie z r. 1862, że Bank zawarł z rządem nieprawny interes lombardowy, skutkiem którego notowania jego stały się niewypłacalnemi. Co do motywu tego, zważyć trzeba, że ów interes wcale nie zaszkodził akcyonaryuszom, a nadto, że podobne nadużycia mogą się wydarzać nawet przy wicegubernatorach obieralnych; bo ludzie zawsze są ludźmi, a ten interes lombardowy nie był darmo zawarty, lecz za wielki procent lichwiarski.

Powiadają niektórzy, że wicegubernatorowie mianowani przez koronę do przestrzegania interesów państwowych są niepotrzebni, skoro rządy i tak już będą miały komisarzy rządowych do wykonywania nadzoru. Na to odpowiem, że komisarze ci jako rządowi są niedostateczną władzą nadzorczą; komisarze rządowi właśnie dlatego, że rządowi są zmienni, jak sam rząd zmienny, nie mogą przeto dopilnować właściwego niezmiennego interesu państwowego.

Dep. Neuwirth nie szczędząc nazwisku Herbsta pochlebnych epitetów, z całą stanowczością zwraca się przeciw jego wywodom, a to rzeczywiście dla ratowania niezawisłości Banku, która już w mowie od tronu z r. 1867 jest ogłoszona, która była już w zeszłem stuleciu celem hr. Stahremberga przy zakładaniu uprzywilejowanego „Banku wiedeńskiego“, a którą p. Herbst myśli poświęcić. Mówca zwalcza dzikie małżeństwo między Bankiem a rządem, którego płodność objawiała się w dziwolągach interesów bankowych, sprowadzających instytucyę w r. 1861 nad brzeg przepaści. Ów bowiem interes lombardowy, o którym mówił p. Herbst, mógł przyjść do skutku jedynie przy tak potężnym wpływie na Bank, jaki posiadał rząd podówczas. Mówca zwalcza wniosek mniejszości, który chce podać rządowi do ręki niebezpieczny pod względem politycznym i ekonomicznym środek i wsunąć do machiny bankowej koło zbyteczne, które tylko starcia sprowadzić zdolne, hamujące regularny bieg spraw bankowych.

Dep. Dr Edw. Süss w bardzo mdłem i krótkiem przemówieniu broni wniosku mniejszości, cytując słowa Napoleona I.: „Bank bije pieniądze, a więc posiada część mojej władzy“. To odstąpienie Bankowi cząstki praw zwierzchniczych powinno decydować o wpływie rządu.

Dep. Dr Menger ostro zaczepia p. Herbsta z powodu nieprawdziwości faktów, na których oparł swój wywód o bezprzykładności wybierania wicegubernatorów. Mówca dowodzi, że ani we Francyi ani w Niemczech, ani w Anglii, ani nigdzie na stałym lądzie rządy nie posiadają tego wpływu na administracyę bankową, jak utrzymywał p. Herbst i jakiby chciał nadać także rządowi austryackiemu i węgierskiemu. Co się tyczy zaś argumentu o komisarzach rządowych, do którego p. Herbst się uciekł, mówca poddaje go krytyce w słowach nie mniej dosadnych. Wedle mówcy komisarze rządowi rzeczywiście mają bronić interesów państwa, a nie jakichś tam interesów rządowych; bo rząd nie jest niczem innem, jak wyrazem większości Izby, a więc reprezentantem państwa; ztąd też komisarze jego państwowe tylko interesa mogą mieć na oku.

Dep. Plener w nader żywem przemówieniu zwalcza wywody Herbsta, dopatrując się w mianowaniu wicegubernatorów bezwarunkowego wydania dyrekcyi peszteńskiej niemal na łup rządowi węgierskiemu. Obieralność gubernatorów jest jedyną rękojmią przeciw zachwianiu spraw bankowych i interesów ekonomicznych, które grozi z arcywadliwego pod każdym innym względem statutu bankowego.

Tu odroczono ciąg dalszy obrad do posiedzenia następnego, które odbędzie się we wtorek.

Odczytano tylko jeszcze interpelacyę dep. Proskowetza do ministra spraw wewnętrznych w sprawie środków zaradczych przeciw zarazie na bydło.

Koniec posiedzenia o godz. 2 min. 40.

**Paryż** 22 listopada.

(*h/l.*) Stan rzeczy dotąd nie określony, ciemny, tak że nie podobna prawie pisać ztąd o sytuacyi politycznej, bo korespondentowi łatwo zdarzyć się może, że nim list swój zakończy, pierwsza połowa tego co donosi, przestanie już być prawdziwą. Niepewność, zmienność i niespodzianki wciąż cechują położenie.

Pod wrażeniem gwałtownych zarzutów, namiętnych dyatryb i gróźb, jakie spotykacie w rozprawach Izby i w artykułach prasy francuskiej, nic dziwnego, jeśli się nam zdaje, że w Paryżu lada chwila przyjdzie do zamachu z góry lub do rewolucyi. Tak jednak nie jest. Nieład moralny w umysłach i rządach jest zapewne wielki, ale porządek materyalny nie jest jeszcze zagrożony, przynajmniej nikt — do jakiegobądź stronnictwa należy — nie przypuszcza tego. Mówiono mi, że w kole robotników przed kilku dniami gdy pokątny trybun napomykał o barykadach, słuchacze w bluzach odpowiedzieli mu: Nie — do tego nie przyjdzie, nauczyło już nas doświadczenie, że my tylko płacimy naszym bytem, jeśli nie skórą, kiedy tymczasem przywódzcy zawsze w porę umieją się wymknąć. Fizyognomia miasta w niczem nie zmieniona, podróżni i cudzoziemcy napływają jak zwykle, a między nimi przybyli tu świeżo na zimową rezydencyę król Jerzy hanowerski i królowe Krystyna i Izabela, którzy rozstawszy się z tronem dbają nie wątpliwie o spokojność osobistą. Giełda utrzymuje się wysoko a jeśli zastój w handlu i fabrykach dotkliwie czuć się daje, to temu nie tylko stan wewnętrzny winien, bo jak wiadomo popyt zagraniczny na produkcye francuskie już nie od wczoraj znacznie się zmniejszył. Sama Izba po wydaniu na świat komisyi śledczej dla zbadania wyborów uspokoiła się nieco; lewe centrum wyraźnie nie chce się awanturować za daleko i nie bardzo rade z onej delegacyi 18 członków do kierowania całą lewicą (*comité directeur des gauches*) i co zakrawa na komitet bezpieczeństwa publicznego a do którego przecie samo wejść musiało. W ogóle i republikanie nie zdają się zbyt pewni siebie i powtórne rozwiązanie Izby byłoby im bardzo niemiłe. Ostatnie wybory wykazały 4,300,000 głosów republikańskich i 3,600,000 konserwatywnych, a zważywszy, że rezultat nacisku wyborczego ze strony republikanów niewątpliwie był większy niż skutek presyi rządowej, śmiało należy wnosić, że Francya podzielona jest na dwie równe sobie kategorye wyborców. Krzyczące nadużycia i bezprawia podczas ostatnich wyborów wydarzały się po obu stronach, ale owe tak zawzięcie oskarżane kandydatury oficyalne mało szkody przyniosły przeciwnikom. Za Cesarstwa były one wprawdzie potężnym środkiem rządu, ale wtenczas pamiętajmy, prasa opozycyjna prawie nie istniała; lecz dziś, kiedy roje dzienników i dzienniczków wciąż systematycznie potępiają, co tylko pochodzi od rządu, kiedy jak witriolem wyżerają wszelką zasadę władzy i podkopują jej zasady — wpływ prefekta, żandarma czy stróża polowego na wybory jest tak dobry jak żaden. Co innego stałoby się, gdyby po rozwiązaniu powtórnem nowe wybory odbywały się pod stanem oblężenia; radykalna i wroga rządowi prasa musiałaby zamilknąć lub złagodzić ton, i wtenczas kandydatury oficyalne stałyby się niebezpieczne dla lewicy. To jest argument, który zapewne daje do myślenia większości w Izbie deputowanych.

Znaczenie znanego już nam porządku dziennego, powziętego przez Senat d. 19, najrozmaiciej jest tłómaczone w Izbie i prasie. Kiedy wielka część dzienników republikanckich widzi w nim wyzwanie i prowokacyę, inne tej samej nawet barwy, jak np. *Siècle* pana Jul. Simon, uznaje przeciwnie, że nie zawiera on żadnego objawu zaufania dla gabinetu 17 maja ani aprobacyi jego działania. Oceniając bez namiętności i bez celów taktyki stronniczej, votum większości Senatu jest istotnie tylko oświadczeniem się tego ciała za marszałkiem i za konserwatywnemi zasadami, jest to odnowienie ślubu Senatu z obecnym prezydentem Rzeczypospolitej, z czego wynika jasny w tej chwili skutek: że o cofnięciu się marszałka na teraz mowy już nie będzie.

Skład nowego ministeryum jeszcze nie uzupełniony ale zapowiedziany na dziś lub jutro. W każdym razie nie ma on być bojującym, ale raczej uspakajającym ugodliwym oraz stosującym się szczerze do praktyki instytucyj republikanckich, choć obok tego charakteru zachowawczego zapierać się nie będzie.

Pierwszy członek zeszłego gabinetu, który opuścił urzędowe mieszkanie, był ks. Decazes, który przez długi czas, acz bez racyi uważany za niezbędnego w końcu zdyskredytował się wobec obu stron. Strata, jaką polityka zagraniczna Francyi poniesie na jego usunięciu jest daleko wątpliwszą niż żal obudzony z tego powodu w Petersburgu. Nie prędko ujrzy Rosya na Quai d'Orsay ministra równie jej oddanego, i bardzo trafna o nim uwaga pewnego znakomitego dyplomaty rosyjskiego: „ks. Decazes jest dla nas doskonały; rozumie nas na migi“. (*Il nous comprend à l'oeil et au doigt*). Najprawdopodobniej następcą jego będzie p. de Banneville, którego przed kilku laty w Wiedniu bliżej mogliście poznać.

NPan postanowieniem z d. 1 b. m. zatwierdził uchwalony przez sejm galicyjski wymiar dodatków dla funduszu krajowego na rok 1878 po 34 c. od jednego złr. w. a. podatków stałych z dodatkiem $^1/_3$ części.

NPan nadał radcy sądu krajowego w Krakowie Józefowi Louis szlachectwo austryackie, uznając jego długoletnią, zawsze znakomitą służbę, a w szczególności jego zasługi około zakładania ksiąg gruntowych w okręgu krakowskiego sądu wyższego.

Rada szkolna krajowa mianowała tymczasowego nauczyciela Antoniego Dragłowskiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej męskiej w Tarnopolu; tymczasowego nauczyciela Onufrego Przysłupskiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Kamionce wołoskiej; nauczyciela Tomasza Zonteka, rzeczywistym nauczycielem kierującym szkołą etatową w Brzeszczach; tymczasowego nauczyciela Prokopa Kocana, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Łuczyńcach; nauczyciela Feliksa Łukomskiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Czernicy; zastępcę nauczyciela Jana Mosza *recte* Schwarzberga, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Pietrzycach; tymczasowego nauczyciela Dyonizego Kruszelnickiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Zarwanicy; tymczasowego nauczyciela Teodora Sawickiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Miklaszowie; tymczasowego nauczyciela Wojciecha Kostrzęba, rzeczywistym nauczycielem w Trościańcu wielkim; nauczyciela Stanisława Szurka, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Raciborowicach; nauczyciela Romualda Olszewskiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Filipowcach; nauczyciela Jana Melecha, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Monasterzu i nauczyciela Pawła Ławrowa, rzeczywistym nauczycielem starszym szkoły etatowej w Obertynie.

**Wiedeń** 25 listopada. Wydział ugodowy Izby deputowanych rozpoczął onegdaj obrady nad taryfą celną. W rozprawach ogólnych domagał się naprzód dep. Dumba wyjaśnień od rządu co do przebiegu rokowań z Niemcami i co do powodów ich rozbicia się; dalej, czy i w jakim związku zostają cła finansowe z resztą taryfy i czy da się rzecz osobno traktować. Motywa te nadzwyczajne podwyższenia nazywają słusznemi i umiarkowanemi, czego z pewnością nikt nie przyzna.

Minister handlu p. Chlumecky odpowiedział: zapytania postawione zostają z sobą w tak ścisłym związku, że można razem na wszystkie odpowiedzieć. Szczegółowe atoli pytanie co do przebiegu rokowań z Niemcami, nakłada na rząd obowiązek zachowania tajemnicy do pewnego stopnia, co łatwo pojąć. W motywach nie można było przytoczyć szczegółów ze względu na międzynarodowy charakter rokowań. Minister pragnie dać wszechstronne wyjaśnienia w tym kierunku, ale tylko poufnie.

Dep. Beer wnosi, aby posiedzenie zamienić na tajne. Atoli po krótkiej dyskusyi uchwalono przeprowadzić rozprawy ogólne a dopiero jedno z następnych posiedzeń odbyć jako tajne.

Dep. Dr Menger: Czytając taryfę razem z motywami, pojąć nie można, jak mogły rozbić się rokowania z Niemcami. Że jednak wobec tak umiarkowanego postępowania rządu nastąpiło przecież i to tak nagle zerwanie układów z Niemcami, zdaje się więc, iż powody były także inne, a nie tylko handlowo-polityczne. Dopóki w tej mierze nie będziemy mieli wyjaśnień, nie przyjdziemy do należytego wniosku. Taryfa dzieli się wprawdzie na cła ochronne i na cła finansowe; te jednak zdają się mowcy za wysokiemi, ponieważ koszta produkcyi tak podnoszą, że skutek ochrony będzie stracony.

Dep. Beer twierdził toż samo, iż cel finansowych w tej wysokości nie podobna będzie przyjąć. Dep. Demel nie wiele spodziewa się światła z poufnych wyjaśnień rządu.

Na tem posiedzenie zakończono, naznaczając tajne na wczoraj wieczór. Jakoż odbyło się wczoraj to posiedzenie poufne w celu wysłuchania wyjaśnień rządu o przebiegu układów handlowych z Niemcami i powodach ich zerwania. Dzienniki wiedeńskie donoszą o tem posiedzeniu tylko tyle, że obecni byli ministrowie bar. Pretis i p. Chlumecky. Wyjaśnienia dane były ściśle poufnie i dlatego nie mogą być ogłoszone.

— Mowa deputowanego Mendelsburga na posiedzeniu Izby niższej Rady państwa d. 23 b. m., brzmi według zapisków stenograficznych:

W ustępie czwartym artykułu 2 go, dopatruję się niejasnej stylizacyi; znachodzi się w niem zdanie, które cały przepis czyni złudnym. Powiedziano bowiem: „Bank jest zobowiązany do zakładania filij w skutek uznanej przez całe ministerstwo austryackie lub węgierskie w porozumieniu z radą generalną Banku potrzeby“. Wyraźnego zobowiązania nie umiem pogodzić z dodanemi następnie wyrazami: „w porozumieniu z radą generalną“. Rada generalna a Bank, jest to jedno i to samo, i mogłyby wydarzać się wypadki, że Bank nie zakładałby filij, których ministerstwo bądź austryackie bądź węgierskie uznałoby za potrzebne. Szczególniej zaś mnie i moim współwyznawcom politycznym musi zależeć na tem, aby opuszczono wyrazy: „w porozumieniu z radą generalną Banku“. Mamy już w tym względzie przykre doświadczenie, a w najnowszym czasie zaszedł wypadek, że powaga Izba handlowa uczyniła wniosek o otworzenie filii, ministerstwo skarbu oświadczyło się za niem, a dyrekcya Banku nieprzyjęła go, i do dziś dnia filij niema. Galicya posiada tylko dwie filie, a i te jeszcze w porównaniu z filiami innych krajów są szczupło uposażone, tak szczupło, że rzeczy można, iż uposażenie obu filij galicyjskich, jest zaledwie tak wielkie, jak uposażenie jednej filij w innych krajach.

A więc bardzo nam zależy na założeniu większej od dotychczasowej liczby filij, aby podźwignąć nasze stosunki kredytowe i handlowe. Gdyby atoli pozostały się wyrazy: „w porozumieniu z radą generalną“, łatwoby stać się mogło, że nigdy nie doczekalibyśmy się pomnożenia filij w Galicyi. Sądzimy, że wyrazy te bardzo dobrze możnaby opuścić, chcąc dopiąć intencyi tego ustępu i zobowiązać Bank do zakładania filij tam, gdzie chce rząd, aby były założone.

Możnaby zarzucić, i zdaje mi się, że powiedziano to już w komisyi, iż powinno to dziać się w porozumieniu z radą generalną; inaczej bowiem ministerstwo węgierskie, niepotrzebując porozumienia z radą generalną, mogłoby zakładać filie, ileby mu się spodobało. Zarzut taki z góry sam się sądzi, albowiem w dodanej do projektu statutu umowie między rządami a Bankiem narodowym, w artykule 5-tym, wyraźnie

Nr. 267. 21/11 1877 We Lwowie

Wychodzi codziennie o godzinie 4 po południu z wyjątkiem niedziel i dni świątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 4 złr. 50 cent.
miesięcznie . . . 1 „ 50 „
Za miejscowa „ . . . 2 „ — „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie
w państwie austrjackiem . 6 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej . } po 7 złr. 50 cent.
„ Francji . . . . . } Naddu.
„ Belgii i Szwajcarji . . . . }
„ Włoch, Turcji i księ. }
„ Serbii . . . . . }

Numer pojedynczy kosztuje 10 centów.

# GAZETA L

**Ci szanowni abonenci, którym kończy się prenumerata z dniem 15. listopada, zechcą uprzejmie przesłać przypadającą dalszą prenumeratę do końca grudnia w kwocie 3 złr.**

Lwów d. 20. listopada.

Koło polskie w pruskiej Izbie poselskiej wniosło d. 15. b. m. następującą interpelację:

„Do parafii kościańskiej został dość dawno temu wprowadzony, w skutek nominacji przez naczelnego prezesa Günthera, tak zwany proboszcz państwowy p. Brenk. Katolicka parafia wzbrania się wyt[illegible] powierzyć się pasterstwu tego człowieka, ponieważ kościelne stanowisko jego nie da się pogodzić z religijnemi jej zasadami. Równocześnie zaś zostali prawowici księża parafialni częścią wydaleni, częścią zaś królewskie władze, które p. Brenkowi nadzwyczaj są pomocnemi, nie pozwalają im wykonywać czynności urzędowych, w skutek czego rzeczona katolicka parafia wszelkiej pasterskiej pomocy pozbawioną została. Obok tego nieszczęsnego stanu rzeczy, który niestety opiera się na znanem prawodawstwie lat ostatnich, bywają więźniowie (Insassen) prowincjonalnego domu poprawy zmuszani powierzać się pasterstwu p. Brenka. Następnie narażoną jest parafia cała w zupełnie nieprawny sposób na straszny przymus sumienia, ponieważ policja żąda, aby parafianie dostawiali pozwolenie do grzebania swych zmarłych od rzeczonego Brenka. Ci, którzy się do tego rozporządzenia nie stosują, mianowicie żałobą dotknięci, ci, którzy trupa niosą, i grabarze skazywani bywają przy każdym pogrzebie na wysokie kary pieniężne; zdarzało się nawet, iż trupy przez policjantów i żandarmów chowane były. Kiedy przez zamknięcie cmentarza chciano zmusić parafię do powolności dla rzeczonego Brenka, pozostawały trupy przez kilka dni niepochowane, a nadto wywołano przez to pożałowania godne zajścia, w skutek których, powszechnego szacunku zażywający parafianie na ciężkie kary więzienne skazani zostali. Cmentarz bywał przez policję raz zamykany, drugi raz otwierany, wkrótce znowu zamykany, przez co najnieszczęśliwszy zamęt w tej mierze wywołano.

„Czy te fakta znane są królewskiemu rządowi?

„Czy rząd ma zamiar ten, w najwyższy sposób wolność sumienia obrażający, stan rzeczy usunąć? *Ks. dr. Stablewski.*

Dr. H. Szuman, Magdziński, Łyskowski, ks. dr. Jażdżewski, Pilaski, Thokarski, dr. Komierowski, Łubieński, Czarliński, dr. Chłapowski, Wierzbiński, dr. Szułdrzyński, St. Chłapowski, Kantak“ itd.

D. 14. bm. uwięziono pozostałe jeszcze dwie siostry polskiego domu Miłosierdzia w Kościanie, siostrę Apolonię i siostrę Anielę, ponieważ nie chciały na terminie d. 15. odbytym złożyć żądanego świadectwa w sprawie ks. proboszcza wiania odłożenia dyskusji, regularne wnoszenie o jej zamknięcie, skoro się ożywi, — taka taktyka bardzo mądra, bo licząca na przetrzymanie znudzeniem tych, co by zażalenia swe chcieli jeszcze wytaczać. Czy wiele pomoże? to zależeć będzie pomiędzy innemi także od wytrwałości nie tylko w moralnem znaczeniu, ale i w czysto fizycznem, bo i takiej potrzeba, gdy idzie jednym o zmęczenie niezamykaniem sesji, drugim, aby ich zniechęcić do dalszego wnoszenia skarg i żądań. Ta zaciętość partyj liberalnych i konserwatywnych, objawiająca się tylko przy tych obradach, jest najlepszym dowodem, że w nich widzą punkt ciężkości swojej polityki tak, jak to dosadnie i nie z naiwności, ale z umysłu wyraził niedawno temu Lasker, nazywając dr. Falka jedynym stałym punktem w ministerstwie. Obok tej zaciętości zadziwia i solidarność tych partyj, które z rządem trzymają w tej sprawie, a solidarność taka, że najwymowniejszem przedstawieniem rzeczy nie można liczyć na zyskanie choćby jednego głosu. Już fakt sam, że się wszyscy liberalni posłowie zjechali, że w ich ławkach niema prawie jednego wolnego miejsca i że tak bez wyjątku żądają nieodkładania dyskusji wszczętej, mimo spóźnionej pory i zmęczenia ogólnego, wystarcza jako dowód, że działają w zupełnem porozumieniu i jakoby z rozkazu wyższego. A całe ich postępowanie jest tylko dowodem, że choć do tego sami się przyznać nie chcą, uznają, iż jak w zewnętrznej tak i w wewnętrznej polityce główną kwestją jest religijna.

Wmięszał się, i to na pierwszem miejscu, do dyskusji poseł szamotulsko babimostski, p. Hundt v. Hafften, który zapewne chciał przy tej sposobności zdobyć ostrogi politycznego męża stanu. O mowie tej wspominam dlatego, że przeciwko katolikom w ogóle, a przeciwko Polakom w szczególności były w niej zaczepki, zwłaszcza zaś przeciw p. Windhorstowi (z Meppen), które go nazwał koronnym syndykiem Polski. O humorystycznej jej stronie chyba w felietonie dałoby się coś napisać. Rezultat tej mowy był ten, że p. p Hundta wyrzekła się własna jego frakcja publicznie.

Po długim homerycznym śmiechu rozpoczęła się, po wylosowaniu głosujących, debata, w której Hanowerczyk Bruehl (protestant z centrum) a także hr. Limburg Stirum głos zabierali. Ostatni się uskarżał, że w rozpowszechnionej w szkołach elementarnych geografii uczą dzieci, iż Belgia, Dania, Szwajcarja, Holandja itd. są zagranicznemi krajami niemieckiemi, a uskarżał się, jak sam wyznał, dlatego, że za granicą, we Francji zwłaszcza, w tej „pomyłce“ niektóre pisma upatrują wpajanie zaborczych myśli dzieciom w szkołach. Ogólny pogląd na skutki kulturkampfu dał, jak przeszłego roku, Dauzenberg, Nadreńczyk. Właściwej jednak dyskusji z pola walki kulturnej jeszcze nie było. Ponieważ przyszłe zebranie dopiero we wtorek zajmować się będzie tylko sprawami sądów ziemiańskich, właściwie więc interpelacja księdza Stablewskiego, która przypadnie jak zwykle interpelacje we środę przyszłą, rozpocznie w sejmie ten temat. Materjału mu podobno w sprawie kościańskiej nie zabraknie.“

osobnego banku
dla utrzymania
mu ekonomiczne
wnież w dualizm
ale konstytucja
steśmy obowiąza
temu odpowiada
wydawania bilet
kiem, jeśli się
biletów z pomoc
wego; niemniej a
jeżeli jej stosunk
całej monarchii.
cję nowego ban
kredyt banku ni
stanie utrzyman
zupełnie są bezz

„Zastrzeżeń,
dzeniu banku, t
nomicznych nie
pieniężnych niet
rodowość nie jes
minister skarbu
ganizacji banku
ważając koniecz
wej dla porządk
Węgrzech za rz
zycja, przeciw
lęka się wziąść
wotum negujące
nad tem jeszcze
temu, kończy m
najskuteczniej j
żność, kto przyc
go banku i jedno

Dalszy ciąg
telegram wiede
nych nasz teleg

## Wiedeń

Izby posłów.
tisie zabrał gł
oświadczył: P
rząd węgierski
ścią. Jeżeli
przystać było
jest to całkiem
dnego z mowc
przedlitawski p
gierski stawia
uzyskać, — al
niegodnem i
podnieść, że
koby Węgrzy
rządu przedlita
konać rząd wę
punkcie zadale
musi. Łatwa
korzyść ugody
ugodę przedst
ma się do czy
dności ugodo

ści fabrykuje
e spraw we-
ładana.
w Watykanie
Ojciec Święty
n, to jest księ-
biskupowi Ra-
Pellegriniemu
stolskiej. Jeżeli
jeszcze, to za-
nie będzie tym
odności księdzu
sprawdza się
rudzień. Kardy-
cja utrzymuje —
nie — że broni
owszem patry-
wiedzającymi go
iego związku i
ykami i z *Cza-*
strzeżenie temu
kich dążności i
chorągiew wiel-
wałoby się tedy,
o zrywa z tem
atykanie o dąż-

## pjny.

### wojny.

jny zupełna ci-
cale o żadnych
ściągają tylko
szystkie, jakie
sporcie przeko-
za mało. A po-
e stoczyli ża-
y którejby wię-
ej tylko bitwie
tysięcy); prze-
mnie zapowia-
ją tylko na pa-
roby strasznie

zo ważna wia-
e opuścili całą
po wał Traja

*sburgska Ga-*
zdanie:
dobyciu tej po-
ły. Na drugi
c d. 28. paź-
, złożonych z
za Radomircem;
Moskale nie-
już naprawio-
oddział, a re-
i potem przy
a spotkali się
onnych grena-
y, liczącemi o-
kiewskie awan
u Tetewenowi,
li żadnej prze-
zdzielili; dzie-
terjami i kon-
ę ku Plosnicy
ę pozycję, nie
cielem. Druga
kawalerji i z
yszła od Tete-
d zaś wzdłuż
i Głodszan.
m pułkownika
ą a Iskrem w
30. październ-
menem a pra-
y te kolumny,
mocą konnicy
zrekogno-

rannymi i artylerja pomimo złych dróg w jednej chwili stanęły po za obrębem walki, a piechota strzegła ich odwrotu przez przesmyk Karlowy. Na placu boju zostało 100 Turków poległych. Moskale stosunkowo do swych sił, ponieśli dotkliwą klęskę, mieli bowiem blizko 150 poległych, i trzy razy tyle rannych."

### Azjatycki teatr wojny.

Z różnych stron nadchodzą wiadomości, dotyczące strat moskiewskich i tureckich, poniesionych w ostatniej walce pod Karsem. Najhojniej oblicza te straty arcymoskiewski *Daily News*; korespondent tego dziennika donosi niestworzone, absolutnie niemożebne rzeczy tonem tak stanowczym, jak gdyby sam najszczerzej był przekonany o prawdzie swoich słów; twierdzi, naprzykład, że 40 tureckich batalionów próbowało uciec do Erzerum, ale schwytała ich jazda moskiewska. Kawalerja bierze do niewoli piechotę! To coś wcale nowego, coś tak dziwnego, że każdy wojskowy musi się roześmiać z tego doniesienia *Daily Newsu*. Ale, niech już tak będzie, niech kozacy okrążyli, rozbroili i powiązali tureckich nizamów. Zobaczmy tylko ileż tych nizamów być mogło? Czterdzieści batalionów, licząc w każdym po 500 żołnierzy (batalion turecki ma 650 żołnierzy), przedstawia ni mniej ni więcej jak siłę 20.000 żołnierzy; co najmniej więc tyle Moskale wzięli do niewoli.

Ale dalej w tym samym telegramie czytamy, że jeńców wzięto 10.000. Tę samą cyfrę podaje korespondent *Gołosu*, ale, najmocniej przepraszając obu tych panów korespondentów, ośmielamy się twierdzić, że cyfra ta m u s i być podwojoną. Zważmy tylko, że Moskale mieli pod Karsem według uprzednich doniesień *Gołosu*, 18 tysięcy żołnierzy. Tak mały korpus miał przed sobą twierdzę, uzbrojoną w 300 dział i obsadzoną 15-tysięczną (5000 zabitych + 10.000 wziętych do niewoli = 15.000) załogą, która walczyła z wściekłością, jak *Gołos* zapewnia. Możebnaż więc jest, żeby przy takich warunkach po 12-godzinnej walce twierdza upadła? Dodajmy, że Turcy mieli dostateczną ilość wszelkiego rodzaju zapasów, które zabrali Moskale, więc upada przypuszczenie, że brak ładunków, a może i głód, doprowadziły Turków do nowej klęski.

Przed tygodniem jeszcze donoszono z głównej kwatery w. ks. Michała, że załoga Karsu wynosi 10.000, a z tych 2 tysiące chorych i rannych. Przypominamy nawet sobie jeden telegram korespondenta *Daily News*, w którym ów szczery przyjaciel moskiewski donosi na podstawie zeznań tureckich zbiegów, że załoga Karsu liczy zaledwie 7500 żołnierzy. Jakim że sposobem załoga ta teraz urosła nagle do 20 kilku tysięcy? Bardzo prostym! Moskalom chodzi o to, żeby w najlepszem świetle przedstawić swoje zwycięstwo.

Nam się zdaje, że załoga Karsu rzeczywiście wynosiła tylko 10.000 i że w liczbie tej byli chorzy i ranni. Dalej, jesteśmy pewni, że jeśli straty tureckie wynoszą 5 tysięcy, to straty moskiewskie co najmniej tyleż, albo nawet i o wiele więcej.

Z Erzerumu i Batum nic niema nowego.

## Z Izby sądowej.

(Ciąg dalszy.)

Akt notarjalny o tym ustnym testamencie sporządzono w kancelarji dr. Piątkiewicza w Tarnowie.

Dalej zeznaje Franciszek Ario, że gdy wychodzili z hotelu Kuhna we Lwowie, by się udać do sądu krajowego celem złożenia świadectwa namawiał ich obu Dębski i przypominał im, że mają tak zeznawać, jak w akcie notarjalnym stoi i to upominał, by nie zapomnieli o zapisie na Dębskich.

Gdy już zeznania były złożone, dał Dębski Ariemu 100 zł. w. a., Jasińskiemu zaś, któremu, gdy szedł do sądu surdut kupił, by przyzwoicie wyglądał, dał zegarek srebrny i także kwotę ja- następnie wyprawił ich do domu.

zgoda, która ostatecznie w ten sposób zażegnaną została, iż Dominik Krzyształowski napisał fikcyjny list pod adresem Dębski w Tarnopolu „przez grzeczność" nibyto doręczyć się mający, który następnie pieczęcią Dębskiego zapieczętowany został, tej treści, że Gosiewski zawsze miłe słowa miał dla swej familii, a najwięcej dla Dębskiego, i że Gosiewski mówił przed nim, iż majątek swój familji zapisze. Od czasu popełnienia czynu krzywoprzysięstwa, Jasiński odwiedzał często Dębskiego w Tarnopolu i otrzymywał od niego zasiłki pieniężne. Gdy zaś później Dębski tym żądaniom odmawiał pisywał on do niego listy z pogróżkami; poniewierając go w sposób taki, jak chyba tylko u towarzyszy czynów zbrodniczych to jest możliwem.

Dominik Krzyształowski wreszcie poczynił zeznania zgodne zresztą z Ariem i Jasińskim. W tem tylko staje z tym ostatnim w sprzeczności, iż deponuje, że nie on przesłał Jasińskiego do Dębskiego, ale Jasiński pierwszy w tej sprawie testamentu z nim mówił i namawiał go, by chciał być świadkiem tego testamentu. Zarzuca on zresztą także Dębskiemu, iż go do złożenia świadectwa namawiał.

Usprawiedliwianie się Michała Dębskiego kulminuje w tem, że uważał on Ariego i Jasińskiego jako świadków rzetelnych, że był przekonany o tem, iż oni byli obecni przy sporządzaniu ustnego testamentu.

Cokolwiek jednakowoż Dębski naprowadza na poparcie tej obrony, niema żadnego poparcia w wynikach śledztwa; przeciwnie okazują się okoliczności przez niego naprowadzone jako zmyślone. Uważa on powołanie go przez Aria i Jasińskiego do współwiny, jako następstwo, „jakiejś namowy i obopólnego ukartowania."

Podsuwa on ks. Dzułyńskiemu, że ofiarował mu tenże kupca na Błotnię, czem uznawał, że testament ustny istniał, gdy tymczasem ks. Dzułyński nie tylko o tem nie wspomina, ale przeciwnie zeznaje, że świadectwa mniemane zawsze jako fałszywe uznawał, że dalej Krzyształowski w imieniu Dębskiego wzywał go do poświadczenia aberracji umysłowej Gosiewskiego, za co sowitą nagrodę obiecywał, że wreszcie Dębski przed nim wspomniał, że wchodzi z gminą miasta Lwowa w ugodę i szuka kupca na Błotnię.

Dębski twierdzi dalej, że Józef Bieńkowski już zmarły, ofiarował mu się dać dowody, że majątek do familii należy, lecz żądał za to 12·000 złr., co nie tylko jest gołosłownem twierdzeniem, ale stoi w sprzeczności z tem, co Dębski magistratowi lwowskiemu donosił, że Bieńkowski 6000 złr. od niego za wyjawienie owej tajemnicy wymagał.

Akceptowanie wspólnie z żoną wekslu na parę tysięcy, opiewającego na rzecz Jasińskiego, przyznaje Dębski, tłómaczy to jednak tem, że Jasiński miał mu powiedzieć w sekrecie, że Gosiewski Pniatyn mu (Jasińskiemu) legował, więc on odszkodowanie za ten legat mieć musi.

Małżonkowie Mikołaj i Franciszek Kropiwniccy powiadają, że Dębski im mówił, że wynalazł trzech świadków ustnego testamentu (którego treść im przedstawił), że takowi jednakowoż żądają od niego 10.000 zł. w a. z czego Kropiwniccy zaraz domyślili się, że tu fałsz zachodzić musi, o tem Dębskiemu zaraz swoje zdanie wypowiedzieli.

O winie Dębskiego przekonuje jeszcze ta okoliczność, że prowadząc spory bezcelowe z miastem, zaraz w roku 1869 czy też 1870, kiedy to jak sam powiada pierwszy raz o istnieniu tego ustnego testamentu się dowiedział, sądu o tem nieuwiadomił.

Widocznie szukał on dopiero za ludzmi, którzyby jego planom powolnymi być chcieli. Układał się z nimi dopiero i nie ważył się przed tem o tem wspominać, dokąd nie nabrał przekonania, że dostatecznie plan ukartował, że do ostatecznego wykonania przystąpić może.

Z tych tu naprowadzonych okoliczności wynika, że Dębski był twórcą czynu przez Ariego i Jasińskiego popełnionego, i w tem leżą znamiona współwiny w zbrodni oszustwa przez tych obydwóch popełnionej.

Gdy jednak Dębski po popełnionym już czynie krzywoprzysięztwa, korzyści z takowego ciągnął,

1878 na jeszcze burzliwszy się zanosi. Dochodzące nas z Europy telegramy wykazują naprężenie tak wielkie stosunków między Anglią i Moskwą, że gdyby nie pamięć na poprzednie wahanie się angielskiego gabinetu i polityki jego częste niekonsekwentności, gdyby nie konieczność brania w rachubę niespodzianek, jakie jeszcze rezerwować może naturalna gra parlamentarnych instytucyj angielskich, trudnoby już przypuścić było możność uniknięcia europejskiego konfliktu.

Nowej postawy przybranej przez W. Brytanię ani jej możliwych skutków oceniać tu nie będę — sami bowiem znajdujecie się w daleko lepszej niż my tutaj sytuacji, by z rzeczywistej jej doniosłości dokładną zdać sobie sprawę; z naszego jednak wyłącznie stambulskiego stanowiska, demonstracje energicznego obecnie usposobienia ministerjum Beaconsfield, tę już pociągają za sobą praktyczną konsekwencję, że utrzymują rząd turecki w jego wojowniczych zamiarach.

Pomimo więcej niż zimnego przyjęcia, jakiego ze strony mocarstw doznało żądanie przez W. Portę do Europy zaniesione, mediacji na podstawie całości terytorjalnej Turcji i reform w konstytucji zawartych, rząd ten zdaje się na teraz przynajmniej usuwać wszelką nawet myśl rozleglejszych ustępstw a tej jego determinacji obcym nie pozostał p. Layard poseł angielski, który swych wpływów dziś już nie pokrywa zwykłą dyplomatyczną dyskrecją.

Przy takich usposobieniach wojenne przygotowania dalszej uporczywej obrony ustawać nie mogą; ciągle też widzimy przybywających zewsząd do stolicy nowych rekrutów, których Seraskierat tu ubiera i uzbraja, a następnie spiesznie drogą żelazną wysyła do Adrjanopola. — Smutny zaiste nieraz przedstawiają widok ci na pół nadzy od styczniowego mrozu drżący biedacy, mimo jednak obecnych fizycznych cierpień, mimo większych jeszcze prywacyj i niebezpieczeństw jakie ich czekają, idą oni na wojnę jeżeli nie z entuzjazmem to z zimnym, prawdziwie wschodnim spokojem i rezygnacją. Będą to tacyż sami żołnierze jak ci co przez pięć miesięcy całą potęgę caratu zatrzymali w Plewnie; życzyć im trzeba tylko by w dowódzcy swym drugiego znaleźli Osmana.

Do Adrjanopola zdąża także naddunajska armia Sulejmana baszy, która dzisiaj czworobok fortec własnym zostawiając siłom, spieszy wraz z swym naczelnikiem do Tracji, by ztamtąd bronić Bałkańskich przejść i zasłaniać drogę do Konstantynopola.

Nowy plan ten jest dziełem samego Sulejmana, a przeprowadzenie go odświeży, chcemy spodziewać się, laury jakie jenerał ten zebrał w serbskiej i czarnogórskiej wojnie zwarzone następnie nierozważnemi w Szypce wybrykami i dziwną nad Dunajem bezczynnością;

W ogólnym ruchu smutnie odbija powolność z jaką postępuje formacja organizującego się zawsze korpusu polskiego.

W dzisiejszych okolicznościach, ważniejszem niż dotąd i pożyteczniejszem by było niezaprzeczenie, żeby ta siła narodowa nasza mogła się rozwinąć i stanąć na serjo; podnoszone w tym celu na miejscu wysiłki, jakkolwiek ich wytrwałości zasłużoną trzeba oddać sprawiedliwość, wystarczyć po temu nie mogą i z niecierpliwością wyglądamy wszyscy tyle już razy zapowiadanego wodza tej formacji, którego przyjazd dopiero korpus polski w dziedzinę rzeczywistego czynu wprowadzi.

Z europejskiego pola walki od samego Plewny upadku, wiadomości urzędowe ucichły prawie zupełnie, notując tylko drobne utarczki, których rezultaty jakkolwiek byłyby dla oręża tureckiego szczęśliwe, nie mogą choćby najmniej przepłynąć na zmianę położenia. To milczenie rządu, na które zawsze uskarzać się mieliśmy rację, tem bardziej publiczność tutejszą niepokoi, gdy wiadomem jest, że operacje armii najezdniczej, mimo srogości pory roku i spadłych śniegów nie zatrzymały się wcale; pessymistyczne te wieści krążą między nami bez kontroli, powszechną znajdując wiarę.

W Azji Erzerum trzyma się zawsze a natarcie na serjo atakowanem jeszcze nie było dla braku oblężniczych parków artylerji moskiewskiej, które po drogach śniegiem zasypanych prowadzić niepodobna. W tych dniach przybyć ma ztamtąd odwołany Muktar basza, jego zaś komendę objął Izmail poprzednio naczelnik armii kajazydskiej.

---

**Petersburg** d. 8. stycznia.

Na upadłych na duchu Moskalach dopiero upadek Plewny wywołał ogromny entuzjazm i szaloną radość. Jednocześnie też znikło pragnienie pokoju, a natomiast powstały wymagania groźne: 1) przyłączenia Karsu wraz z jego okręgiem armeńskim; 2) wcielenia napowrót Bessarabii; 3) wolnej żeglugi na morzu Czarnem i w Bosforze; i 4) wydania floty tureckiej za koszta wojenne. Co w tem zaś najdziwniejszego, to, że prasa prawie słowiańskiej ucichło, o Bułgarach i Serbach mówią: „niech ich djabeł weźmie“, to wszystko jedno. Anglików klną co niemiara, demonstracje małą zwracają uwagę, lekceważą słowa Bismarcka: „nie może“. Za to mają

za pozwoleniem Moskwy i Turcji.“

---

zastaje. Żyd daje oficerowi rubla za podpisanie kwitu na otrzymaną podwodę, i wskazuje obywatela, u którego ma gwałtem podwodę zabrać.

W sądzie nihilistów sędziowie tyle nasłuchali się od podsądnych gorzkich prawd, że więcej o nic ich nie pytają, i siedzą ponuro jak mruki. Wyroków w tym wielkim procesie oczekuje pewna część publiczności z niecierpliwością — zapewno wypadną bardzo surowe.

Car po powrocie nie jest przecież bardzo wesołym. Mówią, że jest chorym. Aleksander II. jest przesądnym, śmierci się boi, a wierzy, że podobnie jak ojciec jego Mikołaj I., nie przeżyje wojny wschodniej. Gdyby car umarł, zmian w zarządzie państwa możnaby się dopiero spodziewać po wstąpieniu na tron syna jego.

---

## Z teatru wojny.

Wszędzie w Rumelii Turcy bez boju cofają się przed moskiewskiemi wojskami, a okoliczność ta na pierwszy rzut oka, przy powierzchownym sądzie, zdaje się dowodzić, iż Turcy stracili wiarę w swe siły, w swą zdolność do walki, że wreszcie są zupełnie zdemoralizowani. Ale po głębszem zastanowieniu się przyjdziemy do przekonania, że nie sam tylko strach przed Moskalami rządzi teraz działalnością Turków, co więcej, musimy przypuszczać, że strach ów wcale może nie istnieje, lecz że Turcy z zimną rozwagą, według ściśle obmyślonego planu, postępują tak, a nie inaczej, chcąc jak można najgłębiej zwabić Moskali w głąb swego kraju. Że dadzą się zwabić, — w tem im poręką znana moskiewska namiętność do geograficznych zdobyczy. W danej chwili Moskale z pewnością więcej niż Turcy pragną pokoju, a więc i wierzą, że im się uda pokój ten zawrzeć. Dążą tedy co najrychlej zająć jak można najwięcej przestrzeni, nie bacząc na to, że jeśli do pokoju nie przyjdzie, to znajdą się w bardzo krytycznem położeniu w skutek wielkiego rozstrzelenia swych sił. Turcy zaś antycypując moskiewskie żądania w szybki pokój nie wierzą i liczą jedynie na owe rozstrzelenie moskiewskich sił, które przy walce na nowo podjętej prawie zapewnia Turkom zwycięstwo.

A tak wielkie, jak dzisiaj już, rozstrzelenie moskiewskich wojsk, przy istniejących warunkach komunikacyjnych i klimatycznych, przedstawia położenie Moskali w świetle bardzo ponurem. Kilka już razy mieliśmy sposobność mówić o nieładzie panującym w moskiewskiej intendenturze i o wpływie, jaki ten nieład wywiera na armię. Dzisiaj zamierzamy udowodnić, że przejście Moskali przez Bałkan, lubo jest aktem wielkiej wytrwałości moskiewskiego żołnierza i na pozór wygląda świetnie, jest jednak strasznym błędem ze stanowiska strategicznego i daje się zaledwie usprawiedliwić tym, że Moskale wierząc w rychły pokój, chcą przed jego zawarciem wykazać się wielkiemi terytorjalnemi zdobyczami.

W rozumowaniach naszych będziemy się opierali na tym militarnym aksiomacie, że stan dróg dowozowych, długość linij komunikacyjnych, klimat i mnóstwo innych podobnego rodzaju czynników, znaczą na wojnie tyle co liczna zbrojna siła, a może nawet i więcej. Zadanie więc nasze ogranicza się do wykazania, że wszystkie owe czynniki społem się połączyły, żeby jak najszkodliwiej oddziaływać na moskiewską armię

Pod tym względem pierwsze miejsce dajemy gazecie *Times*, która jako przyjaciółka Moskali, dobrze na to się zasłużyła, żeby jej wierzyć, gdy źle mówi o swych przyjaciołach. Oto co *Times* pisze z Bukaresztu:

Nieporadność moskiewskiej intendentury przechodzi wszelkie granice, i trudno sobie wyobrazić, jak nieznośne są teraz stosunki nad Dunajem; aby zaś na Zachodzie nic się o tem nie dowiedziano, to moskiewskie władze wstrzymują wszystkie z Zimnicy do Bukaresztu i Petroszen wysyłane telegramy.

Dnia 9. bm. przybył do Bukaresztu pierwszy, po trzech dniach pociąg z Dżurdżewa, a na przebycie tej krótkiej drogi potrzebował 14 godzin! W Zimnicy i Sistowie tysiące podwód czeka na przywrócenie komunikacji na Dunaju między Rumunią a Bułgarją, nie można jednak przewidzieć kiedy się to stanie. Cienka powłoka lodu na rzece stopniała w skutek odwilży; komunikację na rzece utrzymują płaskie łodzie i barki, zbyt słabe, aby konie i ciężary przewozić mogły gdy kra idzie. Gorzej jeszcze, że według doniesień z wielu stron nadchodzących, panuje we Frateszti i w okolicy bardzo dokuczliwy tyfus; jedni zowią go plamistym, drudzy głodowym, prawdą tylko jest, że wybuchł najprzód między Turkami, i szerzy się bardzo szybko. Nie byłoby w tem nic dziwnego, gdyby to był tyfus głodowy, gdyż według doniesień wielu angielskich korespondentów, jeńcy, podczas marszu z Plewny na północ, przez parę dni, podobno przez całe sześć dni żadnej nie otrzymali żywności, i dosłownie tysiącami z głodu ginęli.

O całą tę straszną nędzę należy obwiniać jedynie tylko niedołęztwo moskiewskiej intendantury, i nie można jej przypisywać naprzód obmyślonemu okrucieństwu moskiewskich oficerów. Oficerowie moskiewscy z wielką ludzkością postępują sobie z jeńcami, a najlepszym tego dowodem jest następujące dosyć komiczne zdarzenie.

---

## Proces socjalistów ruskich we Lwowie.

(Ciąg dalszy.)

Powody.

Wiadomą jest rzeczą, że istnieje propaganda w celach socjalistycznych, która szerząc zasady swe w szerokich kołach społeczeństwa, a nie będąc tolerowaną przez rządy — drogami tajnemi, a przedewszystkiem przez zawiązywanie tajnych stowarzyszeń, zwolenników dla swych zasad jednać usiłuje.

Wedle oznajmienia władz politycznych, wedle treści korespondencji, przytrzymanych u osób podejrzanych o krzewienie zasad socjalistycznych, zajmuje Michał Petrowicz Dragomanów, były profesor uniwersytetu kijowskiego, obecnie w Genewie przebywający, naczelne stanowisko w zagranicznem stowarzyszeniu socjalistów, którego czynność obejmuje ludność małoruską od Dniepru aż po za Karpaty do Węgier, on też jest głównym i jedynym pośrednikiem między ruskimi socjalistami na Ukrainie, a podobnemi w zawiązku będącemi żywiołami ludności ruskiej w Galicji.

Przeprowadzony w marcu b. r. w tutejszym sądzie karnym proces przeciw Sergiuszowi Jastrzębskiemu, Aleksandrowi Czerepakinowi i Michałowi Pawlikowi o występek z §. 285 u. k. wykazał, że Dragomanow propagandę swą w Galicji rozwinąć usiłuje, i że już w styczniu 1877 wysłannicy jego z podobnem zleceniem we Lwowie się pojawili, że jednak czujność władz bezpieczeństwa szkodliwej działalności w samym zawiązku tamę położyła.

Na tym nieudałym zamachu nie skończyły się

We Lwowie, Sroda dnia 16. Stycznia 1878.

# ...A NARODOWA

...t które rewidowano, zupełnie pomijane. Zatem poszło, że dzieci uczyły się historji św. w języku niemieckim, w sposób ducha zabijający, mechaniczny (ein geistloses, mechanisches Einlernen). Tego nie należy pod żadnym warunkiem dłużej cierpieć i dlatego wzywam królewską rejencję, o ile skutkiem poczynionych spostrzeżeń to jeszcze zmienionem nie zostało, aby jak najspieszniej nadesłała powiatowym inspektorom szkolnym stosowne wskazówki, żeby wytknięte złe (Misstand), gdzie zachodzi, natychmiast było usunięte i żeby miała baczność na ścisłe przestrzeganie wydanych rozporządzeń.

W artykule pod np. „Czuwajmy nad szkołą!“ dodaje *Dziennik Poznański* następujące uwagi:

„Rozporządzenie to, niesłychanie wymowne, przekonywa w jaskrawy sposób, jak to u dołu wykonywają rozkazy z góry wydane. Mimo że minister pod dniem 20. września 1872 r. rozporządził, aby dzieciom w szkołach elementarnych najniższego oddziału wykładano religię w języku ich ojczystym, mimo że na rozkaz jego z d. 21. czerwca r. z. rejencja opolska okólnikiem z dnia 24. lipca przypomniała wszystkim swym podwładnym powyższe rozporządzenie ministra, — gorliwi kulturtregerzy uczyli religii dzieci polskie po niemiecku. I dopiero potrzeba było, aby komisarz rządowy przekonał się, że uczenie dzieci polskich religii w języku, którego wcale nie rozumieją, nie tylko nie rozwija ich władz umysłowych, ale po prostu zabija ich ducha i bezmyśl w nich szerzy, dopiero potrzeba było wizyty komisarza rządowego, aby panów inspektorów powiatowych, tyle gorliwych w szerzeniu kultury i zabijaniu ducha dzieci polskich, przywołać do porządku i zmusić ich do spełniania rozporządzenia ministerjalnego z dnia 20. września 1872 r., którego jako stróże prawa nigdy z pamięci wypuszczać nie byli powinni.

Rozporządzenie to świeże ministra jak z jednej strony ujawnia nadużycia urzędników podwładnych ministerstwu oświecenia, które wykazywały tak wszystkie pisma polskie, jak i posłowie nasi wymownie w sejmie pruskim przedstawiali, a którym ze strony urzędowej i z ław national liberałów przeczono, nadużycia, które zwłaszcza w kraju konstytucyjnym są krzyczącemi, — tak z drugiej strony przyznaje wymownie w jednym punkcie, tj. na polu nauki religii to, co pedagogicznie jest niesłychanie wadliwem na polu całego szkolnictwa u nas, a mianowicie, że wykład nauk dla dzieci polskich w języku niemieckim prowadzi ich tylko do bezmyślności, że zabija w nich władze umysłowe, że dąży jedynie do ich zdziczenia i głupienia. To jest tak jasnem, tak powszechnie uznanem, że nad tem zbytecznie byłoby się rozwodzić; zamiast tego wolimy więc raczej powiedzieć, że skoro w jednym punkcie, tj. na polu nauki religii rząd przyszedł do przekonania, iż wykład jej w języku niemieckim do niczego nie prowadzi, przyjdzie też do przekonania, że ten sam rezultat sprowadzi podobny system i w całej sferze szkolnictwa. Aby chwilę tę, która przyjść musi, bo niepodobna, aby taka pedagogiczna wadliwość długo trwać miała, przyspieszyć, należy nie ustawać w wykazywaniu jej i skutków, jakie sprowadza, a nadto, co najważniejsza, nie ustawać w zbieraniu wszelkich szczegółów, wykazujących, o ile jeszcze tę wadliwość zwiększają panowie inspektorowie, nie dopuszczając do szkół im podwładnych tych trochę praw, jakie służą jeszcze językowi polskiemu w elementarnych szkołach. Należy nadto nie ustawać w podawaniu petycyj co do uszanowania przez inspektorów powiatowych i nauczycieli praw językowi polskiemu w szkołach służących, domagać się wytrwale, ażeby prawa te ściśle były przestrzegane, a samowola i gorączka kulturna ujmy im nie robiła. Szkoły nasze to sprawa jedna z najważniejszych, należy więc mieć ją nienstannie na pieczy, należy otoczyć ją jak najczujniejszą opieką — dopominamy się też o to nieustająco, a jednak, powiedzmy prawdę, społeczeństwo nasze wcale obojętnie tę sprawę traktuje.

Zrywa się wprawdzie w danej chwili i podnosi żale i narzekania na system w szkołach zaprowadzony, ale czy otacza szkołę nieustającą czujnością swą, jak na to zasługuje? Dozory szkolne z praw im przysługujących wcale nie korzystają — a na popisach publicznych nietylko ogół publiczności, ale nawet ojcowie i matki dzieci do szkół uczęszczających świecą nieobecnością. To też wobec takiej obojętności kultura gospodaruje na dobre w szkołach naszych, i nie cofa się nawet przed nieposłuszeństwem rozporządzeniom ministerjalnym i rejencyjnym. Inspektorowie powiatowi, widząc, że nic pilnujemy szkoły jak należy, jeden przez drugiego, z ujmą prawdziwą nauki, stara się szerzyć w nich germanizm, byle się tylko władzy swej zalecić, a jak na tem biedne dzieci wychodzą, o to się wcale nie troszczą. To też do tego już doszło, że dyrektorowie gimnazjum, jak śremski, *motu proprio*, wydają ukaz, aby dzieci polskie nie ważyły się pomiędzy sobą ani słowa w murach gimnazjum mówić po polsku, choć żadne prawo podobne nie istnieje, a rodzice znoszą to obojętnie, i gdyby korespondent nasz nie był zawiadomił o tem szerszej publiczności, sprawa ta utarłaby się, mając za cały rezultat, że ten lub ów biadałby nad bezwzględnością rzeczonego dyrektora. A jednak czy obowiązek polski, obywatelski, czy nadewszystko obowiązek ojca względem własnego dziecka nie nakazuje, aby przeciw takiemu potwornemu rozporządzeniu czy ukazowi odnieść się do władzy wyższej, i takiej arbitralności kres położyć?

Zgoła, pełno jest nadużyć, które bezkarnie uchodzą, a owo podniesione w rozporządzeniu ministra z d. 9. listopada jest małym okazem i dowodem, co na tem się polu dzieje, a coby się z pewnością nie działo, gdybyśmy, powtarzamy, więcej nad szkołą czuwali, gdybyśmy pilnowali, aby prawo ściśle było przestrzegane, gdybyśmy w razie ujmy takowemu natychmiast, gdzie należy, z zażaleniem się udawali. Tego też się domagamy, i o to wołamy do całego społeczeństwa naszego, przypominając mu, że szkoła to jedna z najgłówniejszych i najważniejszych spraw. Tam zaś, gdzie działamy na podstawie prawnej, nie powinniśmy niczego się lękać i obawiać, choćby nawet ks. Bismark jeszcze raz powtórzył: że każda wasza żałoba, każde wystąpienie w obronie praw waszych narodowych sprowadzi tylko nowy cios na waszą narodowość.

„Co do nas, wolimy jego gniew niż pogardę, a na pogardę właśnie zasługiwalibyśmy, gdybyśmy wytrwale nie bronili świętości naszych.“

---

## Ostatnia stawka Moskwy.

Sprawozdania z „teatru wojny“, trzymając czytelnika ciągle au courant wypadków w Bułgarji i Armenii, wyrobiły w nim niewątpliwie to przekonanie, które podzielają wszyscy bezstronni krytycy militarni, że pozycja Moskwy na teatrze wojny, pomimo kilku ostatnich coups de theatre jak zdobycie Sofii i Szypki, jest jednak w każdym razie w najwyższym stopniu krytyczna. Publiczność nieśledząca pilnie za biegiem wypadków, niebadająca ich rozwoju i następstwa, a dowiadująca się tylko od czasu do czasu o tem, że Moskale zdobyli to lub owo miasto, sforsowali ten lub ów przesmyk, wzięli jeńcem tyle tysięcy mustehafizów lub redyfów tureckich, mniema że z samych tylko zwycięstw składa się tryumfalny pochód Moskali ku Stambułowi. Nie wie ona ile te rzekomo świetne zwycięztwa kosztują ludzi, pieniędzy i materjału wojennego, po jakich to stosach trupów swych własnych żołnierzy Moskwa dochodzi do tego, że zajmuje miasto za miastem i forsuje jeden po drugim przesmyki Bałkanów. Nie miejsce tutaj uzasadniać szczegółowo powyżej wypowiedzianego zdania. Żeby jednak uzyskać aprobatę czytelnika, przypomnieć mu musimy, iż kampania odbywa się w zimie, wśród kilkunastostopniowych mrozów i słynnych śnieżyc i zawiei Bałkańskich; że marsze, kontrmarsze i w ogóle wszelkie ewolucje militarne są tak... utrudnione, iż n. p. w ... sie — jak to d...

---

Wytrwała, w parlamentach, na wiecach, w petyciach i w dziennikach, prowadzona w duchu patrjotycznym walka braci naszych w zaborze Pruskim o prawa swoje narodowościowe, zaczyna skutkować. Pruski minister oświecenia, dr. Falck jeszcze pod d. 9 listopada wydał był do rejencyj szląskich, tudzież do poznańskiej i Prus Zachodnich rozporządzenie, które atoli dopiero teraz doszło do publicznej wiadomości, a brzmi jak następuje:

„Przy rewizji seminarjów nauczycielskich Górnego Szląska, niedawno odbytej, wysłany w tym celu przezemnie komisarz zwidził także kilka polskich szkół tamtejszego obwodu w towarzystwie radcy wydziałowego królewskiej rejencji (opolskiej). Jakkolwiek ostatni zapewne już złożył sprawozdanie z tejże rewizji, czuję się jednak spowodowanym na podstawie udzielonych mi spostrzeżeń, odnoszących się do wykładu religii w najniższym oddziale tychże szkół, zauważyć, co następuje:

Chociaż rozporządzenie z 20. września 1872 roku dla tamtejszego obwodu stanowi, że nauka religii w najniższym oddziale ma być udzielana dzieciom w ich mowie ojczystej, i chociaż w skutek mego pisma z d. 21. czerwca 1876 r. król. rejencja w okólniku z d. 24. lipca 1876 r. jeszcze raz wyraźnie na to uwagę zwróciła, że historja św. niema należeć tylko do nauki pamięciowej, a więc nauka tejże w szkołach polskich ma być dzieciom, nie w niemieckim, ale w ich ojczystym języku udzielaną, to jednakowoż rozporządzenie to bywało w niektórych szkołach,

---

przypiąwszy skrzydła Ikara, wznosić się każe w niedostępne sfery) może zaprzeć się zuchwale to, niepodtrzymywane żadnem despotycznem przy- | wiary, o

wszczął się w nocy, cały gmach zgorzałby wraz z księgami hypotecznemi i różnemi dowodami majątkowych wierzytelności przedstawiającemi milionowe cyfry, przerażenie z tego powodu jest powszechne, bo przyczyny pożaru nie usunięto i wypadek podobny ponowić się może...

Ale wracam do kolei. Prawdopodobnie naprawy samej linii wkrótce będą ukończone; budowa jednak nowych mostów potrwa dłużej. Tymczasem komunikacye są przerwane i ani podobna myśleć o przewozie wojsk. Co do ukończenia budowy kolei Nadwiślańskiej, to wiadomo mi z dobrego źródła, że na 13 maja wszystko będzie przygotowane do ruchu na całej linii, *coûte que coûte*, powiedziano z góry, a więc ukończoną być musi, chociażby przyszło wydać parę milionów więcej.

Pogłoski rozsiewane przez ajentów rządowych o przyszłych ulgach, o przywróceniu języka polskiego w szkołach i sądownictwie, o nakłanianiu księży do nauczania w elementarnych szkółkach religii i moralności i tym podobne wieści, okazały się fałszywemi. Przeciwnie w szkołach podwojono surowość przy egzaminach z języka rosyjskiego, o wprowadzeniu polskiej mowy w sądach i administracyi ani myśleć niemożna. Nauczanie zaś religii i moralności w elementarnych szkółkach nie jest również w widokach rządu. Za dowód posłużyć może zakaz wydany przez naczelnika powiatu Rawskiego uczenia katechizmu dzieci zbieranych w kościele w niedzielę i święta przez jednego z OO. Kapucynów w Nowem-Mieście nad Pilicą. Ksiądz tłumaczył wprawdzie, że ani Kościół, ani żadne rozporządzenie rządowe nie wzbrania nauczania w kościele dzieci katechizmu.

W poprzednim liście przyrzekłem podać nazwisko wioski, w której pewna unitka zmuszana przez strażaka do ochrzczenia dziecka na schyzmę, wylała temuż strażakowi na głowę garnek gorącej smoły. Za ten postępek ta nieszczęśliwa w najokrutniejszy sposób zbita, wtrąconą została do więzienia, a wioska zajęta przez wojsko, do szczętu zniszczona egzekucyami. Otóż wieś ta, której mieszkańcy żyją o żebranym chlebie, nazywa się Łubienki pod Łomazami w powiecie Bielskim.

Zatrważający stan grożącej wojny, a głównie reforma sądowa zgubnie wpływają na gospodarstwo krajowe. Procedura rosyjska dotkliwie wszystkim stanom dała się uczuć. Najwięcej cierpią kupcy, przemysłowcy i właściciele domów. Trybunał handlowy, w którym tak szybko odbywały się sprawy, dzisiaj zamieniony na jakieś bióro sądowe na sposób rosyjski, podkopał kredyt i najwięcej się przyczynił do upadku przemysłu i handlu. Oto przykład: pewien podrzędny bankier otrzymał trattę z zagranicy na jednego żyda kupca w Warszawie. Termin wypłaty około 700 rubli minął, bankier daremnie się upomina, grozi sądem i nakoniec kupca pozywa. Według procedury naszego trybunału we 24 godzin otrzymałby wyrok, teraz zaś po odbyciu długich drobiazgowych formalności dowiedział się, że sprawa jego będzie sądzoną po upływie trzech miesięcy. Bankier, na którego nalegano z zagranicy, udaje się powtórnie do żyda kupca i proponuje układ — na co kupiec z zimną krwią odpowiedział, że w układy wchodzić niepotrzebuje, ponieważ ma naznaczony przez sąd trzechmiesięczny termin...

Sezon odczytów zakończył świetnem wystąpieniem hr. Tarnowski. Zamknął odczyt swój ostatni energiczną apostrofą, że społeczeństwo trzymając się zasad *teoryi realnych, dąży do bezwyznaniowości* i zbydlęcenia, że ideał społeczny dla ludzkości jest niezbędnym i do tego ideału zmierzać winniśmy.

---

Namiestnik mianował praktykantów budownictwa Jana Jurczyńskiego i Wiktora Bronikowskiego adjunktami budownictwa.

---

Krajowa dyrekcya skarbu mianowała adjunktami podatkowymi starszego porucznika 24 pułku piechoty Kazimierza Gutowskiego, por. 9 p. piechoty Kazim. Macieszkiewicza, tudzież praktykantów podatkowych Antoniego Zarzyckiego, Karola Jaroszewskiego, Michała Świtalskiego, Edwarda Krasińskiego, Jakóba Bogdanowicza, Zygmunta Niedzielskiego i Juliusza Nowickiego: dalej podstygara salinarnego Ferdynanda Stahla i kalkulanta rachunkowego Ignacego Dąbrowskiego.

---

**Wiedeń** 3 kwietnia. Dzisiejsze wiadomości o postępie prac ugodowych usprawiedliwiają twierdzenie nasze, iż przedłożenia odnośne gotowe będą za zebraniem się parlamentów po feryach wielkanocnych. Oto co piszą dzienniki węgierskie i wiedeńskie: W ministerstwach handlu i skarbu pracują bardzo gorliwie nad przygotowaniem projektów do ustaw odnoszących się do ugody. Projekta reformy podatków niestałych wraz z motywami są już gotowe, z wyjątkiem kilku drobnych szczegółów. Prace przygotowawcze do ustawy o kwotach są także już prawie ukończone z pomocą dat troskliwie zebranych. W celu ostatecznego ułożenia statutu bankowego toczyć się będą w tych dniach narady między obustronnymi ministrami skarbu. Osnowa traktatu celno-handlowego, jak niemniéj umowy co do wzajemnego dopuszczania spółek akcyjnych i towarzystw ubezpieczeń, jest przygotowaną, a motywa do układów ugodowych, obejmujące około 40 arkuszy, potrzebują jeszcze tylko zatwierdzenia Rady ministrów. Tak więc wszystkie przedłożenia ugodowe o tyle są gotowe, że wniesienie ich w parlamencie, jak się spodziewać można, nastąpi zaraz po otwarciu sesyi letniéj. Wyjątek stanowi jeszcze tylko umowa z austryacko-węgierskim Lloydem, któréj osnowę oba rządy wprawdzie już ułożyły, atoli nie ma jeszcze na nią zgody towarzystwa Lloyda.

— Najwyższy trybunał administracyjny w Wiedniu często bywa tak przeciążony niezwykłym nawałem spraw, że zasilać się musi chwilowo referentami, przydzielonymi do pomocy z grona radców apelacyjnych. Ażeby temu peryodycznie powtarzającemu się przeciążaniu skutecznie zaradzić, wniósł niedawno minister sprawiedliwości w Izbie panów nowelę do procedury karnéj. Nowela ta postanawia, że odtąd trybunał najwyższy będzie mógł daleko częściéj odrzucać bez publicznéj rozprawy nieuzasadnione zażalenia nieważności. Ograniczenie wypadków, w których nastąpić musi publiczna rozprawa, nie będzie oczywiście tak daleko sięgać, ażeby na tem ucierpieć mogła ochrona praw i wymiar sprawiedliwości Nowela rządowa trzyma się ostrożnie granicy, jaką w téj mierze wytyka teorya i praktyka. Daty statystyczne przytoczone na poparcie noweli są bardzo ciekawe. W r. 1874 z 702 zażaleń nieważności osiągnęło skutek tylko 12, w r. 1875 z 1294 zażaleń tylko 26, w r. 1876 z 1565 zażaleń tylko 33. W przecięciu zatem na 100 zażaleń osiągnęły skutek tylko dwa zażalenia. Z tych zażaleń już według postanowień dotychczasowych odrzuczno bez publicznéj rozprawy w r. 1874 236 zażaleń, w r. 1875 513 zażaleń, a w roku ubiegłym 838 zażaleń. Według wniesionéj noweli zażalenia nieważności odrzucić może także trybunał pierwszéj instancyi w następujących wypadkach: jeżeli zgłoszenie zażalenia nastąpiło za późno, jeżeli wniesione zostało przez przez osobę, która nie ma do tego prawa lub zrzekła się prawa, wreszcie jeżeli powody nieważności nie są dokładnie określone. Ażeby zapobiedz swawolnemu wnoszeniu zażaleń nieważności, zawiera nowela postanowienia, że zażalenie takie musi być albo przez sędziego do protokółu podane, albo podpisane przez osobę wpisaną do listy obrońców. Przeciw uchwale odrzucającéj zażalenie nieważności można wprawdzie odwołać się do trybunału kasacyjnego, ale takie odwołanie się nie powstrzymuje prawidłowego toku sprawy. Trybunał kasacyjny może według noweli odrzucić zażalenie nieważności oprócz tych wypadków, w których mógł to już uczynić trybunał pierwszéj instancyi, nadto jeszcze wtedy, jeżeli zażalenie nieważności opiera się na powodach wskazanych w procedurze karnéj (§ 381 1—8 i § 344 1—5), a powody te uznane zostały za nieuzasadnione. Uchwała w téj mierze musi zapaść jednogłośnie. Na znaczne zaoszczędzenie czasu wpłynie paragraf noweli, stanowiący, że w razie wniesienia skargi nieważności i, mającéj na celu zarządzenie nowéj rozprawy głównéj, trybunał kasacyjny może zaraz bez publicznej rozprawy uczynić zadość tej skardze, jeżeli powezmie przekonanie, że nowa rozprawa główna nie da się ominąć, a generalny prokurator zgadza się na bezzwłoczne załatwienie skargi. Postanowienie to może być jednak tylko wtedy zastósowane, jeżeli zażalenie nieważności wniesione zostało na rzecz oskarżonego. W razie przeciwnym, to jest jeżeli nowa rozprawa główna miałaby być zarządzona na niekorzyść oskarżonego, trybunał kasacyjny nie może pominąć publicznej rozprawy, na której oskarżonemu wolno prowadzić obronę.

— W węgierskich kołach poselskich obiega pogłoska, że rząd zamierza podzielić letnią sesyę parlamentu na dwa okresy, gdyż sprawy ugodowe prawdopodobnie nie zostaną do czasu żniwa załatwione. Przerwa trwałaby w takim razie cztery tygodnie a drugi okres sesyi rozpocząłby się w wrześniu. W takim razie sejm węgierski obradowałby równocześnie z delegacyami.

— O siłach stronnictw w węgierskim parlamencie podaje *Hon* następujące daty statystyczne: Z 441 obecnie funkcyonujących posłów 253 zapisało się do księgi klubowej stronnictwa liberalnego. Niezawisła frakcya liberalna liczy 69 członków, opozycya prawicy 26 członków, najskrajniejsza lewica 31 członków. 62 posłów nie zapisało się do żadnej księgi klubowej.

---

## Włochy.

Włoski minister sprawiedliwości i wyznań Mancini wydał okólnik do prokuratorów z powodu ostatniéj alokucyi papieskiéj, na który kardynał sekretarz stanu Simeoni odpowiedział następującym okólnikiem, rozesłanym do wszystkich Nuncyuszów apostolskich:

Najdostojniejszy i przewielebny Panie!

Okólnik ministra wyznań do prokuratorów sądów apelacyjnych o ostatniéj alokucyi Ojca Swiętego, okólnik, który ogłosiła wczoraj w Rzymie prasa ministeryalna, nie ujdzie zapewne uwagi W. Przewielebności.

Okólnik brzmi, że dziennikom, które ogłoszą dokument papieski, nie będzie wytoczony proces, jeżeli nie dołączą doń żadnego komentarza, wyrażającego zgadzanie się z nim. Postanowienie to jest przedstawione jako dowód tem bardziéj uderzający wolności zapewnionéj Ojcu Swiętemu w wykonywaniu jego urzędu, że alokucya, według tego jak mówi p. minister, przekroczyła wszelkie przypuszczalne granice i jest stwierdzeniem niewdzięczności papieskiéj względem rządu, który się okazał tak pobłażliwym i wspaniałomyślnym dla Kościoła.

Faktem jest, że gdyby potrzeba było jeszcze nowego dowodu dla rzucenia światła na opłakany stan rzeczy wyłuszczony w alokucyi Ojca Swiętego, okólnik o którym mowa, dostarczyłby go w sposób najjawniejszy. Skoro ogłoszenie słowa papieskiego ulega kaprysowi ministra wyznań, ktokolwiek nim jest, wolność przyznana temuż jest i być musi złudną. Sam minister oświadcza, że jeżeli niezastosował do niego surowości praw, to tylko dla tego, że chciał dziś dać dowód tolerancyi. Jutro ten sam minister, lub każdy inny, który po nim obejmie posadę, może zamiast ulegać temu nastrojowi tolerancyi, jaką się dziś chełpią, okazać się z równem prawem surowym wykonawcą ustaw, na które z łatwością powołać się może i w braku innych motywów, uciec się do zwykłego pozoru, na jaki się w ostatnim okólniku bez podstawy powołują, mianowicie że Papież rzymski przekracza granicę duchowną, aby wstąpić na pole polityczne.

Mówię, że pozór ten jest dziś szczególnie, przytoczony bez żadnéj podstawy; gdyż ktokolwiek czytał alokucyę z 12go marca, przekonał się, że wywód faktów, jakie obejmuje, dotyczy jedynie interesów religijnych, a między niemi stoi przedewszystkiem domaganie się zupełnéj i rzeczywistéj niezależności w wykonywaniu apostolskiego urzędu. Jeżeli rany zadane Kościołowi — rany, przeciw którym protestuje się obecnie, jak się niezaniedbywało protestować w przeszłości, cokolwiek o tem mówi autor okólnika — są smutnym skutkiem polityki, niesłusznie przeniesionéj na pole, które do niéj nie należy, nie można przecież powiedzieć, że wychodzi z swojéj sfery ten co ma prawo i obowiązek dopominania się póki nie otrzyma zadośćuczynienia.

Lecz są w okólniku wspomnionym inne punkta lepiéj jeszcze dowodzące jaką jest wolność wspaniałomyślnie Ojcu Sw. przyznana. Wolność ta na tem zależy: z jednéj strony pozwalają prasie nieprzychylnéj Kościołowi powstawać wszelkiemi sposobami przeciw słowu Ojcu Św., czyniąc z słowa tego temat obelg i bluźnierstw i fałszując jego ducha, podczas gdy z drugiéj strony wzbraniają życzliwéj prasie wszelkiego komentarza, mającego poprzeć prawdę opłakanych faktów, świadczących o czci dla słowa dostojnéj Głowy Kościoła, dla jéj rad i nauk. Kilka już dzienników katolickich na prowincyi, mając wytoczone sobie śledztwo za wyjątkowe swego uwielbienia dla alokucyi papieskiéj, doświadczyło skutków tego postanowienia.

Co się tyczy duchowieństwa w szczególności, wolność jaką mu przyrzekają, zawiera się w nowych i ostrych groźbach, tak, że gdy słudzy Kościoła idąc za głosem najwyższego hierarchy, szerzą jego nauki i polecają ludowi, aby je wykonywał, niezależnie surowości ustawy, która uznaje postępowanie to za nadużycie niemogące być cierpianem, i karane więzieniem i najcięższemi grzywnami.

I to wtedy objawiają się podobne usposobienia, gdy chcianoby przekonać o najzupełniejszéj niezależności Ojca Św. i wmówić, że istotnemi są koncesye, jakie poczynił, jak twierdzą, Kościołowi parlament. Minister wyznań odwołuje się do zdrowego rozsądku publicznego, lecz zdaje się, że niema w nim usprawdę wielkiego zaufania; ponieważ bowiem tylko napaści są dozwolone, a obrona, nawet proste zgadzanie się wzbronione, odwołanie to jego staje się śmiesznością.

Zresztą sam ten fakt, że minister wobec mowy powiedzianej uroczyście przez władzę najdostojniejszą jaka jest na ziemi, pozostawia na uboczu fakta w niéj wyłuszczone jako dowody niesprawiedliwości, których władza ta jest ofiarą, wzywając ją poniekąd, aby się przed nim stawiła; zarzuca jej wyłącznie w języku podstępnym i całkiem różnym od tego, na który chce odpowiedzieć gwałtowność i podniecanie do buntu i posuwa się nawet do tego, że jej ma za złe iż się skarży, kiedy przeciwnie, zdaniem jego, winna wyrażać wdzięczność; sam ten fakt, powtarzam, wystarczyłby za dowód, jakie można mieć zaufanie w jego ponowne zapewnienia czci i uległości dla jurysdykcyi duchownej najwyższej Głowy Kościoła.

Sumienie katolików można tu zaprawdę powiedzieć, i nie będzie to miało zwrotu krasomowczego, zdoła ocenić podobne uroszczenie, jak na to zasługuje. Zdoła mianowicie odróżnić po której stronie jest niewdzięczność, kto jest tym, co zawsze kochał Włochy, starał się o ich prawdziwe dobro i dziś jeszcze jest ich podporą, ich blaskiem i ich najpiękniejszą ozdobą, a kto usiłuje wyrwać z ojczyzny naszej największą jej sławę, jaką zawdzięcza papiestwu i wlać w duszę dostojnego Papieża gorycze i boleści.

Niechaj W. Przewielebność nie zaniecha zwrócić uwagi ministra spraw zagranicznych na język ministra wyznań, jak niemniej na względy jakich dostarcza. Szczególniej wyłuszcza mu, że jeżeli słuszny mają powód uznawać się za pokrzywdzonych katolicy włoscy, którzy pomimo uciemiężenia jakiego doznają i pomimo pewnych dobrze znanych plebiscytów o jakich mówi okólnik, objawiają tysiącznemi sposobami z własnego popędu i przy każdej sposobności, silne swe przywiązanie do Ojca Śgo i Katolicy innych narodowości niemniej mają powodów żalenia się.

Rządy ich mają przeto szczególny w tem interes, aby się ściśle zająć tym stanem rzeczy, według zalecenia uczynionego pod tym względem przez Ojca Śgo, w ostatniej Alokucyi, tem bardziej, że powołując się, jak to czyni okólnik na stosunki dyplomatyczne istniejące faktycznie, a których doniosłość umyślnie przesadzono, chcianoby nawet w części zrzucić na te obce rządy odpowiedzialność za krzywdy, na jakie Ojciec Św. użala się we Włoszech.

Potrzeba również zwrócić uwagę na to, że jeżeli żali się, że nie może w położeniu obecnem rządzić jak należy Kościołem, Ojciec Św. wzywa wiernych, aby wpływali na swoje rządy, chce on jednak, chociaż minister wyznań umyślne zachowuje milczenie w tym punkcie, aby akcya ta była odpowiednią ustawom rozmaitych krajów.

Upoważniając W. Przewielebność do pozostawienia odpisu tej depeszy ministrowi spraw zagranicznych, jeżeli tego zażąda, ponawiam wyraz wysokiego mego poważania.

Rzym 21 marca 1877.

(podp.) Jan kardynał *Simeoni*.

---

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 4 kwietnia. Jutro o godz. 5ej po południu odbędzie się zwyczajne posiedzenie Rady miejskiej. Na porządku dziennym znajdują się, oprócz kilku spraw osobistych, zaliczek na płace, wsparć i t. p. następujące przedmioty: Zatwierdzenie oferty na dostawę robót kamieniarskich przy budowie Sukiennic; wybór 12 członków do Wydziału Wielkiego kasy oszczędności; sprawozdanie Komisyi archiwalnej; sprawozdanie sekcyi skarbowej o zamknięciu rachunkowem funduszu Rudolfa, funduszu Dietla i laudemialnego; zapewnienie czterem osobom przyjęcia do gminy; wnioski co do sprzedaży kilkuset sążni kwadr. gruntu miejskiego; wnioski o nadsnie nazw nowootworzonym ulicom; sprawozdanie sekcyi skarbowej o rewizyi kasy miejskiej; wniosek sekcyi 3ej o *podatku od psów*; wreszcie przy drzwiach zamkniętych wybór delegata do Rady szkolnej krajowej.

— X. Adam Słotwiński, rektor XX. Pijarów, donosi nam, że kwesta urządzona w kościele XX. Pijarów w w. piątek i w w. sobotę przyniosła 107 złr.

— Pod cyfrą W. B. otrzymaliśmy z Gries (Tyrol) 25 złr. dla p. B. Z. Stęczyńskiego; pod cyfrą J. K. 10 złr. dla XX. Unitów; na kościół OO. Dominikanów w Jarosławiu od p. Mikołaja Jawornickiego 10 złr.

— Tegoroczny pobór do wojska, odbędzie się w Krakowie w dniach od 16 do 24 b. m. włącznie. Stawać się mają popisowi urodzeni w latach 1855, 1856 i 1857. W pierwszy dzień komisya poborowa rozpoznawać będzie reklamacye o czasowe uwolnienie od służby wojskowej.

— D. 27 marca umarł w Brzozowie w powiecie Sanockim Augustyn Smutny, były prezes sądu obwodowego w Przemyślu, licząc lat. 70.

— Ile razy przychodzi nam zaznaczyć wiadomość jaką z Litwy, zawsze jest ona bolesną. Panuje tam albo głucha cisza, albo dotkliwe jakieś rozporządzenie rządu przerywa od czasu do czasu ten stan ogólnego przygnębienia, jaki całym ciężarem swoim tłumi wszelki objaw życia tamtejszej ludności. Obecnie postanowiono podwoić tam opiekę udzielaną duchowieństwu prawosławnemu i zwiększyć fundusze na jego utrzymanie, na budynki dla niego potrzebne, a nawet na wznoszenie nowych cerkwi. Donosiliśmy dawniej, iż w tym samym celu w Królestwie wyasygnowano ze skarbu na rok bieżący dwa razy większą sumę niż roku zeszłego. Na Litwie fundusze w tym celu użyte, są nierównie znaczniejsze, a skarb większych nad postanowione subwencye, aczkolwiek takowe są bardzo znaczne, dawać nie może, chodzi więc dziś o to, aby znaleźć nowe źródła. Rząd kruszący kopie za swobody i wolność sumień chrześciańskiej ludności na Wschodzie, nie waha się nakładać na katolików litewskich obowiązku dostarczania pieniędzy na utrzymanie popów i stawianie po wsiach zabudowań dla ich użytku. Ciężar ten spaść ma głównie na większych właścicieli ziemskich katolików i w gubernii grodzieńskiej zajęto się rozpisywaniem funduszów, jakie na ten cel są potrzebne. Dotąd z niedowierzaniem powtarzają sobie na Litwie wiadomość tę; nie ulega jednak wątpliwości, że rozkłady zarządzono po biórach gubernatorów i takowe ogłoszone zostaną wówczas, kiedy opinia publiczna oswoi się z ciężarem wynikającym z tej wysokiej niesprawiedliwości. Tu nadmienić wypada, że ta część ludności litewskiej, która w dawniejszych czasach na prawosławie była zmuszoną przejść, nie uczęszcza do cerkwi, nie chrzci dzieci i że wywięzuje się zwolna ludność bezwyznaniowa, która woli to, niż prawosławie.

— O wylewach rzek nadchodzą ciągle jeszcze wiadomości z północnej i wschodniej Europy. Do najgroźniejszych zaliczyć można oprócz wylewu Wisły powyżej Torunia, wylewy Bugu i Wieprza. Pierwsza z tych rzek, która i w Galicyi zrządziła znaczne spustoszenia, wystąpiwszy z koryta pod miastem Terespolem w Królestwie Polskiem zalała całą okolicę tak, że w mieście samem tylko trzy domy nie zostały dotknięte powodzią. W mieszkaniach stała woda na dwa łokcie. Mieszkańcy schronili się na strychy, gdzie od 27go marca byli bez pożywienia, ponieważ przystęp do miasta był zupełnie niemożliwy.

— Kronika morderstw zbogaciła się bardzo w ostatnich czasach w Austryi. Niedawno temu zamordował w Wiedniu krawiec Pokorny troje swoich dzieci i następnie powiesił się. W Wielki piątek w nocy podobnież sługa uniwersytecki w Wiedniu Weese zamordował dwie swoje córeczki, jedną 14-letnią, drugą 6-letnią, powiesiwszy je w izbie sypialnej. Po śmierci żony swojej zaczął pić, popadał już nawet w obłąd pijacki, lekarze jednak nie uznali go za niebezpiecznego. Syn jego 19-letni, lubo mieszkał pod jednym dachem z ojcem, unikał go jednak i prawie się nie widywał z nim. Sypiając w oddalonej izbie, to było przyczyną, że dopiero w sobotę rano nie słysząc sióstr swoich w kuchni, wstał i zastał je powieszone, a ojca już nie było w domu. Policya śledzi za dzieciobójcą. W Młodym Bolesławiu zaś w Czechach wyrobnik Pawik, zamordował d. 24go troje drobnych dzieci swoich, i sam oddał się do sądu. Za powód swojej zbrodni przytaczał nędzę.

— *Prager Tgb.* donosi, że w stacyi Sadska austryackiej północno-zachodniej kolei pewna młoda kobieta wsiadając wieczorem na pociąg, prosiła konduktora, aby ją umieścił w *coupé* dla „niepalących“, gdyż tytoniu nie znosi. Konduktor uczynił temu słusznemu zresztą życzeniu zadość, lecz zaledwo pociąg ruszył, odezwał się krzyk przeraźliwy i wołanie o pomoc. Konduktor widząc kobietę, która co dopiero wsiadła, wychyloną przez okno i śmiertelnie bladą, pospieszył zapytać o powód przestrachu: „Wąż, wąż jest pod ławką!“ krzyknęła, i rzeczywiście przyświeciwszy lampą ujrzał dwoje oczu błyszczących z głowy płaza. Niechcąc zostawiać samej wylękłej kobiety z tak niebezpiecznym sąsiadem, stanął on na poduszkach siedzenia i poradził jej, aby to samo uczyniła... i tak dojechali do najbliższej stacyi Podiebrad. Tam dziękując Bogu że się jej męka skończy, wysiadła podróżna. Pociąg ruszył następnie do stacyi Ossek, gdzie dłuższy jest przestanek i gdzie konduktor zameldował naczelnikowi stacyi jakiego wiezie pasażera. Urządzono nań istną wyprawę, otwarto drzwi wagonu na przestrzał i rzucono się nań z zabójczemi narzędziami, jakie kto miał pod ręką, a gdy ze wszystkich stron zaatakowano nieprzyjaciela, stoczył rię wreszcie ów przedmiot ogólnego przestrachu w piasek pod wagon i wtedy przy świetle lamp pokazało się, że ów straszliwy wąż był poprostu... węgorzem, którego zapewne jakiś handlarz ryb zapomniał w wagonie, a konduktor kazawszy przyprawić w restauracyi, z powrotem z przyjaciołmi swymi skonsumował.

— Obraz Van Eycka z 15 stulecia, niedawno skradziony z berlińskiego król. muzeum, a przedstawiający N. P. Maryę w gotyckiej kaplicy, znajduje się znowu w ręku zarządu tegoż muzeum. Wyrobnik pewien, który go odniósł, ażeby podjąć wyznaczoną nagrodę w kwocie 100 talarów, twierdzi, że nabył ten obraz od nieznajomego człowieka w pewnej szynkowni za 75 feników.

— W Esseg na Węgrzech wysłani zostali z nakazu policyi dwaj ajenci dla odbycia o świcie w zeszły piątek rewizyi w domu niejakiej Erza, która, jak doniesiono, dawała u siebie nocleg ludziom podejrzanym. Skoro tylko policyanci ukazali się, wyskoczył z łóżka człowiek i stawił się do obrony. Ajenci wła-

---

wia na wałach i ci odpierają koląc, spychając. Odpędzili na ten raz nieprzyjaciela. Nie pozostaje innego środka, jak wysłać parlamentarza i prosić o kapitulacyę. Ustaje szturm, prawie w godzinę kapitulacya bardzo korzystna zawartą została. Sokolnickiemu dozwolono wyjść z całą załogą z bronią i przez 24 godzin przez wojska austryackie niema być ściganym. Sokolnicki wyszedł, a arcyksiąże wszedł do Sandomierza, a po dwudziestu czterech godzinach opuścił go wracając z swoją armią, omijając Kraków do Szląska.

Kapitulacya Sandomierza nastąpiła w skutek mieszanych kalibrów broni. Jak można przewidzieć w wojnie, gdzie się wojsko obróci i jakie znajdzie zapasy odpowiednie do swojej broni, a w czasie ognia rozpoczętego, trudno przelewać kule i robić nowe ładunki. Na to potrzeba dużo swobodnego czasu. W tem wypadku okazało się, że nikogo do odpowiedzialności pociągnąć niemożna było, jak chyba tego, kto trzech kalibrów bronią uposażył armię polską.

W czasie szturmu Austryaków do Sandomierza pierwszy raz zbliżyła się dywizya wojska auxiliarnego rosyjskiego z drugiej strony Wisły i raczyła łaskawie obserwować, a tak była grzeczną, że chociaż mogła zbliżyć się do brzegu i sięgać Austryaków strzałami armatniemi; tego nie uczyniła, bo i Austryacy mogli także puścić kilka kul do grupy oficerów obserwujących zbliska, ale obydwie strony grzeczność płaciły grzecznością.

Sandomierz wzięty, i w godzin dwadzieścia cztery opuszczony! Cóż był za cel tej operacyi? wszak nie mało krwi kosztował, a korzyści żadnej nie przyniósł, bo skutkiem kapitulacyi Sokolnicki choć był w krytycznem położeniu, wyszedł z bronią w ręku, poniosłszy bardzo małą stratę w zabitych i rannych. Trzech oficerów i do półtorasta żołnierzy. Oto taka okoliczność miała być powodem, że arcyksiąże zmuszonym był choć na jedną dobę być panem Sandomierza.

Później głoszono, że kiedy korpus 40,000 szedł do Księstwa Warszawskiego, aby zawojować i posiąść ten kraj. Na organizacyę i różne potrzeby Austrya przeznaczyła ogromne sumy w zapas i te były złożone w sklepie kościoła sandomirskiego parafialnego i zamurowane pod wielkim ołtarzem o czem tylko wiedział proboszcz miejscowy, wierny rządowi austryackiemu. Mówiono, że suma w złocie, a w części w srebrze do kilkunastu milionów złotych wynosiła. Austryacy pewni zwycięstwa i ustalenia się w Polsce zostawili garnizon dla obrony Sandomierza z rozkazem silnego bronienia się i niepoddawania, ale nigdy nie przypuszczali, żeby wojska polskie mogły ośmielić się wejść do Galicyi i posunąć się tak daleko. Jenerał Sokolnicki podszedł i zdobył. Arcyksiążę dowiedziawszy się po zdobyciu, że zdobywcy nie dowiedzieli się o zamurowanej sumie uznał za konieczne odebrać Sandomierz i zabrać to co w nim było ukrytego.

Życzliwy rządowi austryackiemu proboszcz w czasie posiadania Sandomierza przez Polaków, zaobserwował, że dziad kościelny kilkakrotnie i sam i z żoną przechadzał się około zamurowanego sklepu i rozmawiał, że co tu znaczą ślady wapna; bojąc się, żeby podobna mowa nie rozchodziła się w czasie bytności Polaków, dziada z żoną zamknął w sklepach pod kościołem i tam im żywność przynosił, zalecając, żeby spokojnie zachowali się, że ich mogą Polacy lub Austryacy podsuić. Kiedy wychodzili austryacy opuszczając Sandomierz, wypuścił więzionych i sam z wojskiem wyjechał na zawsze z Sandomierza i nigdy nie wrócił. Taki to miał być powód zawziętego szturmu i posiadania choć godzin dwudziestu czterech.

Skąd się zjawiła armia posiłkowa rosyjska 30,000 pod dowództwem Galicyna? na ten raz z pewnością powiedzieć nie mogę, czy przy traktacie Tylżyckim do tego zobowiązaną była sekretną umową, czy po wkroczeniu Austryaków nastąpiło zobowiązanie zasłaniania Księstwa Warszawskiego. Jeżeli zobowiązaną była zasłaniać granicę od napaści Austryi, to wkroczyćby wypadało w granice Księstwa, bronić od zajęcia Warszawy i oczyścić Księstwo od wrogów, którzy zajęli i posiadali znaczną część kraju na stronie lewej Wisły. Weszła wówczas w prowincye drugiego zaboru, pośpieszając ku Wiśle, gdy już wojska polskie posiadały Sielce, Lublin, Zamość, Sandomierz zdobyły i czyniły manewr, jakby zamiarem było przeciąć odwrót armii austryackiej, doszła część Jej i tuszowała z atakowanym Sandomierzem, a jednak mając na celu nieprzyjaciela lontu do armaty nie przyłożyła i jednego wystrzału z broni nie dała?

Byłato wielka defilada, którą wódz austryacki bardzo dobrze rozumiał, nie będąc atakowanym, wzajemnie nie atakował.

Postawa pod Sandomierzem oburzyła przeciwko Rosyanom każdego, co walczył w szeregach armii Polskiej i pogardzał posiłkującemi więcej niż wrogiem, z którym walczył.

Wprędce po zajściu pod Sandomierzem nadarzyła się okolibzność, że o mało nie przyszło do krwi rozlewu między sprzymierzeńcami, następująca.

Książę Józef z wojskiem pod swojem dowództwem zbliżył się pod Kraków z zamiarem zajęcia go. Jenerał austryacki wzywa do kapitulacyi i kiedy z księciem Józefem traktuje i przeciąga czas opuszczenia Krakowa, uwiadamia Rosyan znajdujących się o kilkanaście mil, żeby pośpieszyli i uprzedzili wojsko Polskie, żeby oni a nie Polacy zajęli miasto.

Książę Józef podpisawszy kapitulacyę, zbiera wojsko i ma wchodzić bramą Floryańską, a w tem odbiera wiadomość, że Rosyanie w tej chwili weszli, zajęli odwach główny i postawili wartę w bramie Floryańskiej przeczące wejścia wojsku jego, że oni wprzód zajęli i bez rozkazu wyższego nie wpuszczą do miasta. Zakomenderowano do ataku broń i grenadyerzy w takiej postawie przy bębnach bijących weszli. Dragonów z odwachu wyforowali, a przeszedłszy ulicę Floryańską takimże porządkiem najeżonym bagnetem bez krwi rozlewu uprzątnęli odwach główny. Jenerał ruski (zdaje mi się Jurkowskoj) spotkał księcia, chciał udowadniać swoje prawa pierwszeństwa wejścia; otrzymał odpowiedź, „że jeżeli natychmiast nie opuści miasta każe wszystkich bagnetem wykłuć, a znając swoje szczupłe siły sforsowane marszem kilkunastu mil, nie spodziewając się wsparcia od armii daleko za sobą zostawionej; widząc rynek i ulicę najeżoną bagnetami i lancami z swoimi kilkuset dragonami uznał za stosowne opuścić natychmiast Kraków, i zawrócił w tę stronę skąd przybył, słysząc głosy otaczające do koła! „a won podłe łajdaki:“

Kraków zajęło wojsko polskie, a choć w kilka dni nadciągnął Galicyn z siłą rosyjską, do miasta wpuszczeni nie byli. Z Galicynem ustawiczne były nieporozumienia. Oficerowie obydwóch wojsk, gdzie się tylko spotkali traktowali siebie nie jak wojsk sprzymierzonych, lecz jak wrogów. Ustawiczne zdarzały się pojedynki i zawsze góra Polaków była, bo Rosyanie nie bardzo lubią orężem rozprawiać się. Napoleon już był w Wiedniu, a zatem kiedy skargi doszły do Petersburga, wszystko przypisywano Galicynowi, że nie trafne jego rozporządzenia są przyczyną i nieczynności armii ruskiej i nieporozumień. Zmieniono Galicyna a przysłano Suwarowa syna zdobywcy Pragi.

Suwarow więcej ukształcony, większy polityk, umiał pozyskać przyjaźń księcia Józefa i rozkazem wydanym nakazującym unikania dysharmonii, a szukania z Polakami przyjaźni doprowadził do tego stopnia, że wojsku polskiemu przypisywali to, co zasłużyli w istocie w tej kampanii, zwycięzców, a sobie nic nie przypisując. Obydwa wodzowie sami zaprzyjaźniwszy się chcieli, żeby ich podwładni byli przyjaciołmi. Dawano wzajemnie bale, obiady, a szczególniej ów sławny bal w salach podziemnych w Wieliczce. Pozorna i do czasu nastąpiła harmonia. Wodzowie rozłączyli się w przyjaźni, lecz obydwa równy koniec znaleźli. Suwarow w przejeździe utonął w Rymczuku, a Poniatowski w parę lat w bitwie pod Lipskiem w Elsterze.

Nastąpił i pokój z Austryą. Przyszły zięć obciął porządnie swego teścia. Księstwo Warszawskie zyskało kawał kraju, z którego utworzono departamenta Krakowski, Sandomirski, Lubelski, Siedlecki. Obciął państwo jego i na południu. Ale za co Rosya otrzymała część Galicyi i wcieliła do państw swoich pod nazwaniem obwodu Tarnopolskiego, niestraciwszy ani jednego żołnierza, ani razu niewystrzeliwszy? Otóż nowy dowód niewdzięczności Napoleońskiej za nasze szczere poświęcenia! Odrywał kawałki i wynagradzał wrogów najzaciętszych jak naszych, tak i jego własnych.

Ciekawa rzecz, żeby się było udało wykryć i zabrać złożoną sumę w Sandomierzu. Czy zostawiłby ją Polsce? czy zabrałby jako zdobycz dla siebie?

Wracam jeszcze do Warszawy. Wojsko stojące na Pradze zawsze wprzód odbierało wiadomości o zwycięstwach odnoszonych przez Napoleona nad wojskami austryackiemi, aniżeli w Warszawie. Komendant Hornowski wysyłał parlamentarza z uwiadomieniem, że o takiej godzinie będzie garnizon dawać salwę trzykrotną. Drażniło to wodza austryackiego. Salwa dawana była w ten sposób, że wystrzelano ze wszystkich dział razem, że Austryacy nie mogli policzyć wiele ma na Pradze armat, choć trzykrotnie się powtarzało. Tak było trzykrotnie: po zwycięstwie pod Eckmül, Wagram i wzięciu Wiednia. Zwykle nazajutrz arcyksiążę robił parady wojskowe, nabożeństwa i dawał salwy trzykrotne po urojonych zwycięstwach wojsk Austryackich, ale na tem znali się dobrze mieszkańcy Warszawy, a po każdem wystrzeleniu jak Austryacy nazywają *Lauf-Fajer*, ulicznicy przeciągłym głosem wołali „albo to prawda!“

(*Dalszy ciąg nastąpi*).

Nr 77 Kraków, 5 Kwietnia — Czwartek. Rok 1877.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu," o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| Pocztę w państwie Austryackiem | „ 24 | „ 6 | „ 2·50 |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | „ 32 | „ 8 | „ 3 |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu" w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**
**W Krakowie:** Administracya „CZASU" tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu"** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Hassenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

☛ **Z dniem 1 Kwietnia b. r. zwolniętą została istniejąca od lat kilkunastu Ajencya „Czasu" W. Piątkowskiego we Lwowie. Wszelkie prenumeraty i ogłoszenia przyjmuje odtąd wprost pocztą tylko Administracya „Czasu" w Krakowie.**

## Przedpłata na „CZAS"

od dnia 1go **Kwietnia** 1877 r.

***Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem:***

na pół roku złr. **12** — na kwartał złr. **6** — na 1 miesiąc złr. **2·50**

Uprasza się o wczesne zamawianie i wyraźne wypisanie nazwiska i miejsca odbioru, albo nadesłanie dawnej opaski drukowanej z adresem.

Prenumerata liczy się tylko od ***pierwszego*** do ostatniego dnia w miesiącu.

Prenumeratę najdogodniej przesyłać ***przekazem pocztowym.***

Cena *„Czasu"* za granicą ogłoszona jest w tytule każdego numeru.

## Kraków 4 kwietnia.

Nie możemy opierać się na pogłosce, jaka wczoraj po mieście naszem obiegała, o dymisyi kanclerza niemieckiego ks. Bismarka. Dała do niej powód wiadomość telegraficzna o wyjeździe na długi czas kanclerza z Berlina i o podziale jego władzy między podsekretarza stanu w ministerstwie spraw zagranicznych Bülowa i zastępcę prezesa rady ministrów Camphausena, ministra skarbu, jako najstarszego na urzędzie. Wyjazd kanclerza z Berlina nie chwilowy, ale nawet na czas dłuższy, na bardzo długi, powtarzał się tak często, iż w samych Prusach nie uważano pobytu jego w stolicy za konieczny warunek udziału jego w sprawach publicznych. Ks. Bismark przesiadywał nieraz całemi tygodniami i miesiącami w Varzinie, zostawiając na swem miejscu to Delbrücka, Radowitza, lub Hoffmanna, a przewodnictwo w gabinecie pruskim powierzając hr. Eulenburgowi lub Camphausenowi. Mimo tego kanclerz miał zawsze przy sobie poufnego sekretarza i znosił się z ministrami i kanclerskim urzędem, a nic bez jego wiedzy i woli nie działo się. Niekiedy wprawdzie wyjazd jego do Varzinu miał pozór dąsów, gdy albo znalazł u dworu opozycyę z powodu swego anti-kościelnego kierunku polityki, albo też, gdy chciał coś wytargować na Cesarzu. Zwykle też wracał z swego Tusculum jako zwycięzca, przed którym chyliły się czoła tych wszystkich, co upadek jego przepowiadali.

Nie było groźniejszych chwil dla ks. Bismarka, jak kiedy mu przychodziło ukoić Cesarza, który lękał się, aby kanclerz nie zaćmił go swoją osobą; jak kiedy jenerał Manteuffel, poparty wpływem swym u dworu, podsuwał brata swego, byłego prezesa ministrów, na następcę po nim; albo gdy hr. Arnim obwiniał go o zbytnią powolność dla Papieztwa; lub też przeciwnie, gdy cesarzowa Augusta umiała przeciw niemu cały dwór cesarski wyprowadzić w pole; wreszcie zaś, gdy królewicz zdala się od niego trzymał i posądzał go o chęć odegrania roli dyktatora. Ks. Bismark przebył te wszystkie zajścia, złamał hr. Arnima i kazał wydać nań wyrok hańbiący, ujął sobie Cesarza i następcę tronu, sparaliżował partyę dworską i dotrzymał placu wszystkim. Po każdej takiej wygranej pokazywał się na chwilę w Berlinie, lecz znów wracał do swego ustronia; przebywał zaś najczęściej w stolicy wtedy tylko, gdy było potrzeba wesprzeć gabinet w rozprawach parlamentarnych i osobistym wpływem swoim uzyskać od Izb to, czego żądał.

Trzeba poznać cały tryb i obyczaj, jaki sobie wyrobił kanclerz niemiecki, aby nie zdziwić się, że mógłby wyjechać z Berlina, zanim kwestya wschodnia została rozstrzygniętą, i że mógł naznaczyć pod nieobecność swoją zastępców swoich urzędów.

Byłby to zaprawdę wypadek polityczny zbyt wielkiej wagi, dymisya ks. Bismarka, a choćby czasowe jego uchylenie się od kierownictwa politycznego Niemiec, iżbyśmy nie mieli zwrócić uwagę na samą możność tego wypadku. Stanowisko bowiem kanclerza niemieckiego w kraju jest jedyne i niemające w nowszych czasach przykładu; bo pomimo bezpośredniego wpływu korony na ustawodawstwo, mimo naczelnego dowództwa Cesarza nad wszystkiemi wojskami Rzeszy niemieckiej, mimo konstytucyi i rządów parlamentarnych, ks. Bismark dzierży niemal dyktaturę, odkąd zdobył ją wyswobodzeniem się z pod więzów parlamentarnych budżetu, odkąd armię zaopatrzył na lat siedm za jedną na raz uchwałą sejmu i odkąd umiał zręcznie odosobnić Francyę, aby mogła być nie tylko pobitą, ale nawet uszczuploną i upokorzoną. Umiał on powołać na usługi swoje największych niegdyś przeciwników swoich, stronnictwo narodowo-liberalne, które mu więcej ofiarować mogło poparcia, niż dawna partya konserwatywna. Z jego też pomocą zawojował Niemcy i podbił je, na przekor królom i książętom niemieckim.

Cóżby się stało w Niemczech z upadkiem tego olbrzyma, który jak Atlas zdaje się trzymać cesarstwo Niemieckie na barkach swoich? Jedność niemiecka nie rozprzęgłaby się, ale podniosłyby głowę stronnictwa, któreby mogły zawichrzyć wewnętrznym spokojem, zwłaszcza żywioły separatystyczne nabrałyby w Radzie związkowej tem większej przewagi, gdy już teraz z trudnością poddają się naciskowi władzy cesarstwa, a raczej kanclerstwu, czyli właściwie mówiąc, Prusom. Zamiast spruszczyć Niemcy, pokuszonoby się o zniemczenie Prus, do czego znalazłyby się z ochotą pomocne ręce w pruskich stronnictwach postępowców, demokratów i socyalistów. W każdym razie, nie ma dotąd nikogo, dość wybitnem stanowiskiem odznaczającego się, coby nadal w tym samym kierunku rządził, jak ks. Bismark. Zabrakłoby też nietylko wytrawnego, ale i zręcznego dyplomaty, a przedewszystkiem żaden nowy minister spraw zagranicznych nie mógłby bez uszczerbku utrzymać stanowiska ks. Bismarka, którego samo już imie stanowi powagę i reprezentuje potęgę. Napotykał i kanclerz niemiecki trudności, z któremi walczyć musiał a częstokroć unikał z niemi zetknięcia się i omijał je, a trudności te znajdował po części w otoczeniu Cesarza a nawet w jego osobie. Jedną z takich trudności jest nienaruszalność związków przyjacielskich z Rosyą, które zawsze musi kanclerz uwzględniać, choćby może z interesem Niemiec nie zgadzały się.

Jeśliby miała u kanclerza powstać myśl złożenia władzy, to chyba dałyby do niej powód owe związki z Rosyą a raczej z dworem rosyjskim. Wiadomo powszechnie, że stosunek cesarza Wilhelma do swego siostrzeńca Cara opierał się zawsze wszelkim pokusom i namowom, a nawet interesom tak politycznym, jak handlowym. On jeden zagrażał nieraz ks. Bismarkowi i przed nim jednym chyba mógłby się kanclerz usunąć, nie mogąc go przełamać.

Bywały już chwile, że kanclerz groził dymisyą, ale przyczyna tego leżała głównie w kierunku polityki wewnętrznej a nawet osobiste pobudki wpływały na to postanowienie, gdy tym jedynie środkiem zdołał usunąć niemiłe sobie osoby, albo mogące mu stawiać na jego drodze trudności. W polityce zagranicznej przyjął kanclerz jako konieczność, stosunki przyjazne z Rosyą i zdawało się nawet, że według nich nastroił cały aparat spraw europejskich.

Wiemy tyle tylko z wczorajszego telegramu, że ks. Bismark ma opuścić Berlin za długim, podobno całorocznym urlopem i kazał się dwom ministrom zastąpić. Może tylko jest to pogróżką, iż gotów się usunąć zupełnie, a położenie kwestyi wschodniej dozwala przypuszczać, że innego pragnąłby ks. Bismark rozwiązania, albo też, że oczekiwał, iż spra[illegible] wschodnia sprowadzi zawikłania, które mu zezwolą więcej swobody w działaniu na własną rękę. Ks. Bismark usuwał się czasami do Varzina, chcąc wytargować jaką dla siebie prerogatywę, albo uzyskać przychylenie się Cesarza, jeśli ten był początkowo jakiemu planowi jego nie dość przychylnym; bywało także, że wyjazd uwalniał go od konieczności udziału w jakim akcie politycznym, na który nie zgadzał się, a sprzeciwić mu się niemógł; niekiedy zaś szukał schronienia przed obowiązkiem załatwienia spraw bieżących, aby w samotności obmyśleć jaki plan i przygotować jego wykonanie. Co z tego wszystkiego jest prawdą, nie wiemy, ale zdawało się nam rzeczą stosowną, okoliczność wyjazdu kanclerza i wiążące się z nią pogłoski przedstawić na tle polityki.

---

*Sprawozdanie*

*c. k. ministerstwa oświaty i spraw duchownych*

z r. 1876.

(Jahresbericht des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht für 1876).

Mamy przed sobą roczne sprawozdanie austryackiego ministerstwa oświaty, którego celem jest danie poglądu na sprawy kościelne i oświaty publicznej w Austryi. Pragniemy dać z niego wyciąg z szczególnem uwzględnieniem Galicyi; będzie to wyciąg objektywny, już to dosłownie przywodzący, już streszczający tylko ustępy odnoszące się do Galicyi, już też podający w krótkości całe działy nie odnoszące się wprawdzie szczegółowo do prowincyi naszej, ale wspominające o niej także; działy, które poznać będzie niewątpliwie rzeczą ciekawą i pożyteczną. Przystępujemy więc wprost do naszego zadania.

W składzie osobistym ministerstwa oświaty i spraw wyznaniowych (razem 71 osób) znajdujemy dwu Polaków: radzcę ministeryalnego Edwarda Gniewosza i koncepistę ministeryalnego Klemensa Drozdowskiego z tytułem sekretarza ministeryalnego.

Z podziału referatów wyjmujemy co następuje:

Radzca min. Gniewosz ma sobie przydzielony wydział III: sprawy wyznaniowe cerkwi prawosławnej; sprawy funduszu religijnego, dóbr cerkiewnych i zakładów naukowych — wszystko prawosławne; dalej żydowskie sprawy wyznaniowe; nakoniec wyjaśnienie prawnych i ekonomicznych stósunków funduszów religijnych i funduszów na studya. Nadto z judykatury ministerstwa w spornych sprawach wyznaniowych i szkolnych, tudzież w spornych sprawach fundacyjnych kościelnych i szkolnych (co odnosi się nie do jednego, lecz do wszystkich wyznań wogóle), ma p. Gniewosz przydzieloną sobie tę część, która dotyczy Galicyi.

Następuje w *Sprawozdaniu* budżet r. 1876, z którego wyciąg pozwolimy sobie rozszerzyć dla studyów porównawczych o tyle, że przytoczymy zarazem liczby z budżetu r. 1877 i z świeżo wniesionego projektu o kredytach dodatkowych, tudzież liczby ogólne na wszystkie kraje razem.

Wydatki.

Na Akademie umiejętności (w Wiedniu i Krakowie) 81,000 zł. kwota na Akademię krakowską nie wyszczególniona. Na r. 1877 tak samo.

Wydatków z funduszów religijnych na Galicyę 891,967 zł., na Kraków 19,000 zł. razem przeto 910,967 zł. Nadto z ogólnej kwoty 600,000 zł. na podwyższenie kongruy dostało się Galicyi (jak wynika z dalszego dopiero wykazu) 160,900 zł. Na wszystkie kraje przeznaczonych było wydatków z funduszów religijnych 4,370,824 zł. — Na r. 1877 przeznaczono dla Galicyi 902,261 zł., dla Krakowa znów 19,000 zł., czyli razem 921,261 zł. Na podwyższenie kongruy ogółem znów przeznaczono 600,000 zł. Na wszystkie kraje wydatków tej kategoryi przeznaczono 4,268,373 zł., do której to kwoty gdy dodamy zażądany co dopiero kredyt dodatkowy (dla Dolnej Austryi i Karyntyi) w ilości 21,996 zł., otrzymamy ogółem przeznaczonych na r. 1877 wydatków dla wszystkich krajów 4,290,369 zł.

Nie wykroczymy przeciw zasadzie objektywności, dodając tu uwagę stwierdzoną nietylko listem sprawę galicyjskiego funduszu religijnego rozbierającym, a zamieszczonym w *Czasie* pod koniec grudnia r. z., lecz i motywami do rządowego projektu o uregulowaniu kongruy, uwagę, że z tak znacznego rzeczywiście uwzględnienia Galicyi nic się nie dostaje duchowieństwu obrządku łacińskiego, gdyż fundusz religijny tego obrządku ma owszem znaczną przewyżkę nad swoje potrzeby, a przewyżka ta wraz z dodatkiem z skarbu państwowego płynie wyłącznie na korzyść „narodu ruskiego".

Nieco inny sposób uwzględnienia Galicyi zaraz nam się przedstawi w liczbach następujących:

Wydatków na uniwersytety było przeznaczonych: na uniwersytet lwowski 160,000 złr., na krakowski 209,400 złr., razem przeto 369,400 złr. Na wszystkie kraje (siedm uniwersytetów) przeznaczonych było 3,153,670 złr.— Na r. 1877 przeznaczono: na uniwersytet lwowski tylko 146,000 złr., na krakowski 234,000 złr. (z powodu znaczniejszych wyjątkowo wydatków nadzwyczajnych), razem przeto 380,000 złr. Na wszystkie kraje 3,023,090 złr., co z wniesionym kredytem dodatkowym (głównie dla Wiednia i Pragi, a potrosze dla Gradcu i Czerniowiec) w ilości 583,300 złr. czyni ogółem 3,606,390 złr.

Warto nadmienić, że z tej sumy ogólnej pochłonie sam Wiedeń 1,851,600 złr., a więc przeszło połowę, poczem zaraz idzie niemiecki uniwersytet w Pradze (bo czeskiego tam nie ma), któremu przypadnie razem 790,240 złr., co znaczy przeszło dwa razy tyle, ile obu uniwersytetom w Galicyi.

Na akademię techniczną we Lwowie przeznaczonych było 357,500 złr. (w których wydatek nadzwyczajny na budowę wynosił sam 280,000 złr.) Dla wszystkich krajów (pięć akademii) przeznaczonych było 979,200 złr. — Na rok 1877 przeznaczono na ak. techn. we Lwowie 324,400 złr. w których ostatnia rata na budowę 240,000 złr. i na urządzenie laboratoryów 11,400 złr.); nadto wniesiono kredytu dodatkowego na wewnętrzne urządzenie gmachu 30,000 złr, razem przeto 354,400 złr. Na wszystkie kraje przeznaczono 941,600 złr., co wraz z kredytem dodatkowym (powyższym na Lwów i 1,500 na Wiedeń) czyni ogółem 972,100 zł.

Na gimnazya przeznaczonych było dla Galicyi 442,500 zł., dla Krakowa 67,000 zł., razem przeto 509,500 zł. Na wszystkie kraje 2,583.360 zł. — Na r. 1877 przeznaczono dla Galicyi 555,500 zł., dla Krakowa 68,000 zł., razem przeto 623,500 zł. Na wszystkie kraje 2,703,360 złr., do których dodać należy kredyty dodatkowe (dla Dolnej Austryi, Tryestu, Czech i Morawy) w ilości 56,917 zł., a otrzymamy ogółem 2,760,277 zł.

Na szkoły realne otrzymać miała Galicya 117,000 zł., Kraków 48,000 zł., razem przeto 165,000 zł. Wszystkie kraje ogółem 1,376,600 zł. — Na rok 1877 uchwalono dla Galicyi 122,000 zł., dla Krakowa 47,000 zł., razem 169,000 zł. Dla wszystkich krajów 1,192,078 zł., co wraz z kredytem dodatkowym (dla Tryestu i Czech) w ilości 15,000 zł. czyni ogółem 1,207,078 zł.

Między wydatkami na specyalne zakłady naukowe znajduje się 23,000 zł. na instytut techniczny w Krakowie i 10,400 zł. na szkołę sztuk pięknych tamże, razem przeto na oba zakłady 33,400 zł., która to kwota mieści się w kategoryi wydatków wynoszących ogółem 380,500 zł. Na r. 1877 przeznaczono dla instytutu technicznego 23,000 zł. dla szkoły sztuk pięknych 15,600 zł., czyli razem 38,600 zł. w ogólnej kwocie 475,200 zł., która przez kredyt dodatkowy (dla szkoły przemysłu sztucznego w Wiedniu) w ilości 150,000 zł. podniesie się do 625,200 zł.

W wydatkach na szkoły ludowe, które razem wynosiły 1,791,062 zł., nie było żadnej pozycyi specyalnie dla Galicyi. Tak samo jest i w r. 1877, w którym wydatki te wynoszą ogółem 1,847,512 zł., a wraz z kredytem dodatkowym (dla Wiednia, Inspruku, Berna i Opawy) w ilości 148,074 zł. wynosić będą 1,995,586 zł. (D. c. n.)

---

## KORESPONDENCYA „CZASU:"

**Warszawa** 31 marca.

(*f*). Dotąd niema żadnych rozporządzeń o mobilizacyi nowoutworzonych 9 korpusów. Wszystko pozostaje przy dawnem. Sztaby ze swojemi korpusami istnieją tylko na papierze. A jednak powszechnie utrzymują, że wojna z Turcyą jest nieuniknioną i kroki nieprzyjacielskie rozpocząć się mają, skoro tylko sprzyjająca pora ku temu nastanie. Rzeczywiście w obecnej chwili niepodobna nawet pomyśleć o jakimkolwiek ruchu wojsk.

Lody poruszyły się, rzeki zalały całe okolice; Bug wystąpił ze swojego koryta i zatopił na kilka wiorst po jednej i drugiej stronie rzeki, miasteczka i wioski. Straty nieobliczone. Kolej Brzesko-Kijowska popsuta, nasypy się zwaliły, a kilka mostów się zapadło. Nietylko powódź była właściwie przyczyną zawalenia się mostów i nasypów, ale raczej zła konstrukcya i w ogólności fuszerska budowa całej kolei, jak się to zwykle praktykuje w Rosyi. Weźmy np. nowoprzebudowany pałac Paca na sąd okręgowy w Warszawie. Na przeróbkę wydano 260,000 rubli — budowniczym był rosyanin Romanowicz — otóż gmach, w którym pomieszczone są kancelarye Notaryuszów i Archiwa hypoteczne, już dwa razy nawiedzony był pożarem.

Ogień wszczął się od źle urządzonych kaloriferów, jakkolwiek prezes sądu kazał zamieścić w protokóle, że przyczyną ognia była nieostrożność. Szczęściem wypadek ten wydarzył się we dnie. Gdyby pożar

---

## Część literacko-artystyczna.

## PAMIĘTNIK SZLACHCICA PODLASKIEGO.

(Ciąg dalszy).

Po oddaniu Warszawy Austryakom pozostały dwa departamenta swobodne Płocki i Łomżyński. Rada stanu, ministrowie wyjechali do Tykocina. W trzy dni odkrył się plan działania wojsk polskich. Wnoszono, że Polacy zamkną się w trójkącie ufortyfikowanym: Modlin, Serock i Praga. Lecz jakże się zadziwił nieprzyjaciel, gdy wojska polskie wkroczyły do Galicyi i lotem błyskawicy zajęli Sielce, Lublin, następnie Zamość i Sandomierz. W przeciągu czterech tygodni siły swoje wzmocnili rekrutem z Płockiego i Łomżyńskiego sformowano pułki 13, 14 piechoty i 7 i 8 ułanów.

Przyznać potrzeba, że obywatele Galicyi w niczem nieustąpili w poświęceniu się, ofiarach dla ojczyzny, prowincyom wyzwolonym z pod jarzma pruskiego w 1807 roku; a nawet organizacya armii szła składniej, gdyż w czterech miesiącach skompletowano dawne pułki i sformowano nowych sześć piechoty i dziesięć pułków kawaleryi, gdyż niekrzyżowały naszych jenerałów ani rozkazy Napoleona, ani samowładnego Davousta.

Zasługuje na uwagę taki nagły przewrot w trzech miesiącach kampanii a dwóch zawieszenia broni, że wojsko polskie niemogąc utrzymać się dla małych sił w bitwie pod Raszynem; niemogąc ochronić Warszawy, kiedy wracało z kampanii do Warszawy, liczyło 17 pułków piechoty, 17 pułków kawaleryi, pułk artyleryi pieszej i pułk artyleryi konnej a wszystkiego pod bronią przeszło 50,000, oprócz pułków zostających na służbie w Hiszpanii.

Kiedy po bitwie wagramskiej i zajęciu Wiednia w czasie zawartego zawieszenia broni przybył oficer armii polskiej z raportem donoszącym, że główna kwatera wojska polskiego w Krakowie: że Lublin, Lwów zajęty i nieprzyjaciela nie ma w Galicyi. Napoleon odczytał raport; przystąpił do rozłożonej mapy. Powtórnie przeczytał i rzekł, niepodobna rzecz! Jednak nienagrodził wodza, jenerałów i zaledwie dziesięć dekoracyj przeznaczył dla żołnierzy całej armii. Widocznie nielubił zwycięstw odnoszonych nie pod jego dowództwem i nie przez Francuzów.

Porównawszy siły, środki i rezultaty kampanii, rzetelnie powiedzieć można, że więcej Polacy zrobili swemi siłami drobnemi, niż wielka armia francuska pod dowództwem samego Napoleona, a że tak mało cenił zwycięstwa Polaków, najważniejsza ta była przyczyna, że głowę sobie nabił planami rozwiedzenia się z Jozefiną a szukania związków z arcyksiężniczką austryacką, by ustalić stosunki dynastyjne i doczekać się własnego następcy tronu.

Zwróćmy się do arcyksięcia Ferdynanda. Szukał sławy w zajęciu Warszawy. Myślał, że skoro ją posiędzie, szczupło wojsko natrze, rozbije, ustanowi rząd Księstwa Warszawskiego i będzie miał dosyć czasu i siły uderzyć na Saksonię i przyjść w pomoc głównej armii austryackiej. Wszedłszy do Warszawy najprzód zażądał zakładników, nieszukał z pomiędzy licznej arystokracyi pozostałej w mieście, lecz najpierwszym żądaniem było wziąć zakładnikiem sławnego Kilińskiego. Węgrzecki prezydent municypalności, Kiliński i jeszcze kilku mieszkańców znanych z patryotyzmu w powstaniu Kościuszki, osadzonych było pod strażą za wolskiemi rogatkami. Było kilku dawnych wojewodów kasztelanów, książąt, hrabiów, mających swoje pałace w Warszawie, nie jeden spodziewał się, że pochodząc z arystokratycznej historycznej familii, pożądanym i powołanym będzie na zakładnika i kiedy proponowano Radziwiłła wojewodę wileńskiego, miał powiedzieć: że więcej znaczy szewc Kiliński, jak dziesięciu senatorów. Zaszczycił swoją obecnością teatr. Zaobserwował w loży damy, posłał dowiedzieć się swego adjutanta o familię. Bardzo był nieukontentowanym, gdy mu przyniósł wiadomość, że to są żydówki. Chciał dać bal w zamku i kazał rozesłać bilety zapraszające do domów dystyngowańszych. Biletów nieprzyjęto, a kiedy oświadczono, że naczelny wódz ma prawo rozkazać, odpowiedziano: „może rozkazać nam płakać, ale nie bawić się, kiedy bracia nasi krew leją." Wszystko to było przyjęte bez żadnych szykan, lecz przez cztery tygodnie nudził się siedząc w zamku i spacerując po tarasie, rekognoskując garstkę Polaków na Pradze. Oczekiwał na całej linii Wisły, że gdziekolwiek uda się przeprawa na prawy brzeg, ale gdzie tylko próbowali przejścia z stratą znaczną odparci zostali. Sprowadzili pontony z blachy miedzianej i tych użyć niemogli ciągle oddziały wojska wychodziły to w górę, to w dół Wisły, o każdym ruchu komendant Pragi major Hornowski był zawiadamianym. Ochotnicy polscy rzucali się w rzekę pomiędzy gęstemi wartami nad Wisłą z własnej woli, bez wynagrodzenia z doniesieniami w którą stronę, jaka siła wojska nieprzyjacielskiego wyszła.

Raz zarekwirowano z cechu rybackiego mnóstwo przewoźników w zamiarze przeprawienia się z pod Żurania na prawy brzeg Wisły, statkami tamże przygotowanemi. Przewoźnicy warszawscy mieli dwudziesto ośmiu statkami przewieźć. Kiedy ich zabrano z sobą, jeden z Bugaju rzucił się nocą cichaczem w wodę, przepłynął, uwiadamiając komendanta o zamiarze Austryaków. Zapewnił przytem, że umówiony znak otrzyma, w której porze mają zamiar przeprawiać się. Doszedł krzakami naprzeciwko przygotowujących się i otrzymał znak, że przed północą. Uwiadomiony Hornowski wysłał dwie kompanie piechoty i cztery armatki, które nie szły traktem do Jabłonny, ale rogatkami Ząbkowskiemi, a okrążywszy chróstami, niepostrzeżony oddział stanął ukryty. Przejrzeli pozycyę, armaty cichaczem szlejkami podciągnęli ku Wiśle, konie odprowadzili w tył, żeby nie rżały i zajęli tak stanowisko, że ich niewidziano, kiedy oni obserwowali ruch nieprzyjacielski na rzece i na lądzie. Nadeszła noc, światło księżyca sprzyjało. Piechota podpełzła do samego prawie brzegu Wisły. Widzim jak wsiadają. Świderski porucznik rozkazał, żeby mierzyć z każdej armatki przed samo nos statku, w przekonaniu, że nim wystrzeli armata, to kula trafi statek i dopóty nie strzelać, dopóki sam nie rozkaże. Odbijają od brzegu, już są blisko środka Wisły. Wystrzela Świderski, zanim inne działa, na statkach powstaje zamieszenie, kręcą się na wodzie, inne nie wracają, lecz płyną do ławy piaskowej. Piechota daje ognia, strzały armatnie powtarzają się kilkakrotnie, krzyk na statkach, przewoźnicy jedni z wiosłami, z laskami powskakiwali w rzekę i płyną ku nam; inni nadali kierunek w zamiarze przybicia na nasz brzeg. Piechota na statkach przewozowych będąca ani razu nie wystrzeliła. Nieprędko dały się słyszeć strzały armat z przeciwnej strony, lecz dla nas bez szkody. Na piaskach osiadli krzyczą: „Pardon panowie Polacy". Oficer piechoty kazał złożyć broń, aż tu idą już bez broni, a kilku przewoźników transportuje ich mając laski od statków w ręku. Świderski kazał zmienić pozycyę armat, bo już kule zaczęły blizko nas świstać, strzały kiernje w punkt nadzreczny, zkąd na statki wsiadali, nikt do tych nie strzela, co się kręcą na wodzie, bo te są trafione i lada chwila pójdą na dno. Żołnierze wyskakują, szukając ratunku, rzadko któren z nich dopływa do naszego brzegu.

Nadedniem wróciliśmy mając 5 oficerów i blisko 400 jeńców, kilkudziesiąt przewoźników znalazło się przy nas, którzy tryumf zwycięstwa podzielali z nami, a jedenastu albo utonęło, albo zabitych zostało.

Naczelny wódz straciwszy cztery tygodnie czasu w Warszawie, niemogąc przeprawić się za Wisłę, by przeszkodzić Polakom w ich operacyach, w nocy przed uroczystością Bożego Ciała, tak sekretnie opuścił z wojskiem Warszawę, że z rana nie było już nikogo.

Armia 40,000 zmniejszyła się prawie do połowy. Wielu zginęło pod Raszynem, Grochowem, Górą, w przeprawach przedsiębranych przez Wisłę, zginęło do 2000 przy szturmie Sandomierza, o którym obszerniej wspomnieć niecmieszkam.

Jenerał Pelletier zdobył Zamość, a Sokolnicki Sandomierz i z niewielkim oddziałem wojska utrzymywał ten punkt. Arcyksiąże opuściwszy Warszawę, poszedł prosto ku Sandomirzowi, Sokolnicki jakie mógł zebrać siły piechoty i kawaleryi, utrzymywał się w Sandomierzu, mając nie więcej nad 2000 wojska, w nędznych okopach, które przed dwoma tygodniami sam zdobył. Nieprzyjaciel zatrzymuje się i całą siłą 15-tysięcznej armii przypuszcza szturm do okopów. Wojsko polskie daje silny opór ogniem karabinowym, rzęsiście sypanym przez godzin kilka. Austryacy co odeprą ich bataliony, formują nowe i szturm popierają. Piechota wystrzelała komplet ładunków, jaki miała przy sobie. Podnoszą w zapasie jakie były; żołnierze rozbierają, nabijają broń, lecz żadna kula w karabinie nie mieści się, zostaje na wierzchu, a tu w magazynie prochowym mniejszego kalibru niema ani jednego naboju. Ustaje ogień, a tylko bagnet operuje. Austryacy na oślep lezą na wały. Sokolnicki spieszonych ułanów z lancami sta-

№ 107. 13 Maja 1877 Kraków

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nr. „Czasu," z dn. zapas starszy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 15 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| Pocztą w państwie Austryackiem | „ 24 | „ 6 | „ 2·50 |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | „ 32 | „ 8 | „ 3 |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu" w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

## Od Administracyi „Czasu".

**W ciągu bieżącego tygodnia nadejdą z Lipska dwie mapy teatru wojny Turcyi europejskiej i azyatyckiej i rozesłane będą pp. Prenumeratorom,**

**obie razem za zwrotem ceny kosztów 15 ct.**

**Dla ułatwienia ekspedycyi upraszamy uprzejmie**

**nie nadsyłać pieniędzy pod naszym adresem,**

**lecz składać je w dotyczących c. k. urzędach pocztowych, które do zbierania przedpłaty na te mapy z naszej strony uproszone zostały.**

**Zarazem zwracamy uwagę, że mapy te**

**za zaliczką pocztową**

**nie będą rozsyłane.**

## Kraków 12 maja.

Bez przesady powiedzieć można, że żaden z dzienników rosyjskich, wychodzących w Moskwie lub Petersburgu, więc obowiązanych, że tak powiemy, z urzędu głosić „święte posłannictwo Rosyi" w rozpoczętej wojnie z Turcyą, nie czyni tego z taką gorliwością, z tak wielkim zapałem i zamiłowaniem, jak lwowskie *Słowo*. Od czasu wypowiedzenia wojny, dziennik ten bez przerwy umieszcza dytyramby, w których rozwodzi się prozą i wierszem (*sic*) nad wielkością „Cara-oswobodziciela", głosi wielką misyę protektora wszystkich narodów słowiańskich i przyznaje się otwarcie do jedności uczuć „Rosyan galicyjskich" z uczuciami mieszkańców „Wszechrosyi". Nie po raz pierwszy *Słowo* przyznaje się do jedności narodowej i religijnej z Rosyą, lecz nigdy może bardziej stanowczo, bez żadnych już zastrzeżeń, jak pod wrażeniem rozpoczętej wojny. Oto co pisze:

Będąc małą, lecz nierozdzielną cząstką wielkiego narodu rosyjskiego i braćmi nieszczęśliwych Słowian południowych, Rosyanie galicyjscy z radością i zapałem witają manifest wojenny Imperatora Aleksandra, z takąż radością, jak go powitały narody pod berłem Rosyi zostające i z takim samym zapałem, jak przyjęli go Słowianie jęczący w jarzmie tureckiem. Przez wypowiedzenie wojny w świętej sprawie wyzwolenia Sławian, Rosya wstąpiła w nową fazę swej wielkości, bo stała się obronicielką oświaty i ludzkości, obronicielką żywiołu słowiańskiego przeciw tym, którzy go chcą zgnieść i wytępić. Widzi to cała Europa z drżeniem trwogi, lecz widzą to wszyscy Słowianie z wdzięcznością w sercu i błogosławieństwem na ustach".

Ta wdzięczność lwowskiego *Słowa* spotyka się właśnie ze świadectwem dobrodziejstw, jakich doznaje lud unicki ruski pod berłem rosyjskim, a które stało się dopiero światu znanem w świeżej publikacyi rządu angielskiego. Błogosławieństwa ale organ lwowski pisany dla duchowieństwa i ludu unickiego w chwili, kiedy w imię prześladowań tego samego ludu ruskiego Namiestnik Chrystusowy rzuca słowa nie rokujące błogosławieństwa, ale piętnujące prześladowców.

Lecz dziennik tego stronnictwa, które dostarczało rządowi rosyjskiemu ochotników do narzucenia schizmy i gnębienia ludu ruskiego, w zapale zapowiada już bliską zorzę, która przyniosłaby ze sobą podobne okropności, jakiem ulegli unici podlascy. Oto jak brzmi ta inwokacya:

„Rozpoczęta przez Rosyę wielka i święta walka jest tym brzaskiem zorzy, który zwiastuje wschód jasnego słońca, mającego przyświecać zmartwychwstaniu do nowego życia wielkiej rodziny słowiańskiej... To też krok ten stanowczy, spowodowany poczuciem słuszności, błogosławi za święte słowo, którem wzywasz do wojny... Do wieńca twej sławy przybędzie nowa gwiazda, której światło będzie nieśmiertelnem.. Rzeknij słowo — i my wszyscy pójdziemy do boju... Rozkaż tylko — a zetrzemy w proch żmiję!.. Z tobą jest Bóg a za tobą wszystkie narody rosyjskie, których siła — niezwalczona..."

Takie to hymny śpiewa *Słowo* carowi w imieniu Rusinów galicyjskich, a nie tylko o swych uczuciach, lecz i gotowości do czynu, — bo „rzeknij tylko, a my wszyscy pójdziemy do boju" — woła dziennik wychodzący we Lwowie.

Po takich objawach już nie sympatyj panslawistycznych, ale patryotyzmu rosyjskiego, niemogło się obejść bez oskarżenia Polaków, którzy „jedni tylko z całej rodziny słowiańskiej są nieprzychylni wyzwoleniu Słowian południowych z jarzma tureckiego". Oczywiście, że *Słowo* korzysta z pogłoski o legionie polskim, jakoby przeznaczonym dla obrony Turcyi, aby dowieść, że Polacy w zaślepieniu nienawiści przeciw Rosyi są wrogami niepodległości Słowian i obrony chrześciaństwa; a ignoruje wystąpienie poważnych organów polskich przeciw formacyi legionów i wogóle całe ich stanowisko wobec dzisiejszych wypadków.

Nie dla polemiki przytoczyliśmy powyższe ustępy, lecz dla naznaczenia, jakie echa wzbudza wojna rosyjsko-turecka. To już nie są głosy natchnione złudzeniami braterstwa ludów słowiańskich pod przewodem Rosyi. Panslawizm w stronnictwie *Słowa* doszedł najpierw do właściwego swego wyrazu, nie jest to już utopia pobratymczej łączności, ale rzeczywistość służalczego zaparcia się narodowości i wiarołomstwa religijnego. Jeśli wśród innych ludów słowiańskich są jeszcze żywioły, co chcą igrać z panslawizmem w celach polityki narodowej, niech spojrzą na galicyjskie stronnictwo *Słowa*, do jakiego upadku i poniżenia doprowadza ten kierunek wymagający wyparcia się odrębności, znieważenia wiary, i oddania się za narzędzie do gnębienia własnego ludu, jak to czynili wychodźcy galicyjscy na Podlasiu. Jeśli taką ma być ta zorza słowiańska, nic z nią wspólnego nie mają Polacy. Lecz przyznać trzeba, że nie wielką siłę zapewnia Rosyi poparcie podobnych żywiołów, jak te, które się odzywają w *Słowie;* są to bowiem własne jej ajencye, a nie organa samodzielne ludów pobratymczych. Ajencya ta zresztą rosyjska we Lwowie i wśród galicyjskiej Rusi wątpliwe zapewnia korzyści.

Może *Słowo* przemawiać o „Rosyanach galicyjskich", ale tylko w imieniu własnego stronnictwa. Jest ono rosyjskiem, bo jest jawnie lub skrycie schizmatyckiem. Lecz odstępstwo mogło w części zarazić pewną warstwę, tę właśnie, która była powołaną do strzeżenia wiary. Po za tą garstką agitatorów w sutannach lub surdutach, którzy głoszą jedność z Rosyą, nie ma jeszcze, dzięki Bogu, kwestyi rosyjskiej w Galicyi, i byłoby złudzeniem, gdyby Rosya brała oświadczenia *Słowa* na seryo.

Rosya bardziej niż sprawy polskiej lęka się sprawy ruskiej, do której obudzenia, sama się pośrednio przyczyniła, popierając agitacyę świętojurską. Chcąc w Galicyi utworzyć gniazdo propagatorów idei jedności rosyjskiej aż po za Karpaty, wzbudziła także inne kierunki, które siągają po za Kijów. Jedne z nich łączą się z wielkim prądem nihilistycznym w Rosyi, jak świadczy proces wytoczony na żądanie ambasady rosyjskiej, który się odbył w Lwowie; inne znów oddzielnie pracują w ciszy dla podniesienia kwestyi mało-ruskiej. Natomiast lud ruski w Galicyi coraz więcej objawia nieufności przeciw dążeniom, które reprezentuje *Słowo*. Niedotknięty jeszcze zarazą, jest on takim w Galicyi, jakim się okazał na Podlasiu i w danej chwili gotów stanąć wbrew wszystkim namowom i pokusom, a nawet uciskom i prześladowaniom, w obronie czystości obrządku, jedności z Rzymem, a tem samem wspólności religijnej i plemiennej z żywiołem polskim.

## KORESPONDENCYA „CZASU."

Gdybyśmy przejęci byli najszczerszym zapałem dla prac wewnętrznych, kwestyj ekonomicznych, finansowych lub administracyjnych, gdybyśmy skierowali ku nim całą naszą uwagę, najmniejsze zawikłanie na półwyspie Bałkańskim zawsze nas odwiedzie od spraw naszych wewnętrznych i zmusi do wojny, której niepodobna uniknąć".

Tyle słów o konieczności wojny; a oto o jej celach: „Wojna rozpoczęła się za ideę lecz nie za ideę w znaczeniu oderwanem. Naszej idei przewodniej bardzo łatwo dać ciało i krew. Walczymy za nasze stanowisko, z którego zepchnęły nas zjednoczone usiłowania Europy temu lat dwadzieścia. Stanowisko to należy się nam i bądź co bądź, trzeba je nam zdobyć. Inaczej ujrzymy nowe Indye Wschodnie w naszych granicach południowych i nowy Gibraltar w Dardanelach, a morze Czarne na zawsze zamkniętem będzie dla Rosyi. Czy możemy istnieć bez moża Czarnego, bez wyjścia na morze Śródziemne, bez wielkiej drogi wodnej, tak koniecznej dla pierwszorzędnego mocarstwa, obowiązanego dbać o swą potęgę i zarabiać na wielkość? Oto idea, w imię której rozpoczęliśmy wojnę!"

I koniec. Ani półsłówkiem p. Gradawski nie wspomina o wolności chrześcian-pobratymców!

Jeżeli dziś, gdy zaledwie wojna się zaczęła, wolno dziennikom rosyjskim przemawiać w tym tonie i taki zakreślać programat wojny, w którym już nie wspomina się zgoła „o wyzwoleniu chrześcian pognębionych", lecz mówi się jedynie o interesach Rosyi, chociaż ubocznych tylko; jednak nie ma wątpliwości, że jutro, skoro poszczęści się orężowi rosyjskiemu, programat powyższy rozszerzonym zostanie i będą mówili już nie o wynagrodzeniu strat i odzyskaniu stanowiska straconego, lecz o zdobyczach, należnych zwycięzcom.

## Turcya.

Turecki minister spraw zagranicznych wydał następujący okólnik do reprezentantów Porty za granicą, z powodu odpowiedzi rządu rumuńskiego na depeszę Edhema baszy z 22 kwietnia:

Konstantynopol 2 maja.

Rząd, przy którym zostałeś Pan uwierzytelniony, otrzymał zapewne wiadomość o orędziu ks. Karola, przesłanem Izbie deputowanych, zgromadzonej w Bukareszcie w dniu 26 kwietnia.

Wojska rosyjskie naszły dwa dni przed tem z kilku stron Księstwa zjednoczone. Wysoka Porta ma więc obowiązek uważać odtąd zdania wypowiedziane w orędziu i kroki rządu książęcego tak te, które już nastąpiły, jak i te, które w przyszłości nastąpią, nie za wypływające z wolnej woli władz i ludności księstw, lecz za bezpośrednie następstwo obcej okupacyi.

Smutne położenie, w którem się w ten sposób Księstwa znalazły, stało się dzisiaj faktem dokonanym, nie pozostaje więc Wysokiej Porcie nic innego, jak spełnienie tylko obowiązku i przypomnienie, że uczyniła wszystko co było w jej mocy, aby przeszkodzić temu i że na nią nie może spaść pod żadnym względem odpowiedzialność. Nie zależało to od Wysokiej Porty uznać i żądać od Europy uznania neutralności Księstw. Jeśli nie poczuwała się do obowiązku podniesienia na konferencyach konstantynopolitańskich propozycyi neutralności nieustającej Księstw zjednoczonych, to dla tego tylko, że cel konferencyi był zupełnie innym i że Wysoka Porta nie byłaby w prawie podnosić z swojej strony sprawy nie należącej do programu konferencyi. Obawiała się także, aby poruszając tę sprawę w jakimkolwiek względzie nie dostarczyła nowych powodów do niezadowolenia Rosyi, która bez wątpienia uważałaby taką propozycyę za skierowaną przeciw sobie. Wysoka Porta była zresztą przekonaną, że Księstwa znajdą przy dobrej woli w artykułach traktatu paryskiego dostateczne środki do obrony własnego kraju i że Rosya sama się zatrzyma przed zaporą, utworzoną przez zobowiązania, zaciągnięte przez nią samą wobec całej Europy. Artykuły traktatu paryskiego zawierały w sobie przepis, według którego Księstwa mają się łączyć ku obronie swego kraju z rządem cesarskim, oraz, że najście Księstw nawet przez wojska zwierzchnicze, bez poprzedniego zezwolenia mocarstw, które podpisały traktat paryski, nie jest dozwolonem. Wobec tak jasnych uchwał międzynarodowych, nie można uważać za uzasadnione uniewinniania się rządu książęcego prawną lub faktyczną niemocą oparcia się okupacyi. Widocznem jest również, że Rosya wkraczając do Księstw, jak to teraz się stało, naruszyła zobowiązania międzynarodowe niemniej uroczyste od tych, któreby wypłynęły z formalnego uznania neutralności Księstw.

Z drugiej strony Wysoka Porta nie omieszkała zrobić rządowi książęcemu propozycyi, aby wobec gotujących się wypadków, porozumiał się z dworem zwierzchniczym, co do potrzebnej akcyi militarnej i czana, danej Jego Wysokości w. wezyrowi w dniu 23 kwietnia, którą tu załączam.

Wysoka Porta spełniła sumiennie swe zwierzchnicze obowiązki względem Księstw zjednoczonych, rzeczą zaś zaprzyjaźnionych mocarstw jest osądzić, czy wobec przedsięwzięć Rosyi, przeciw którym występuje obecnie Wysoka Porta z bronią w ręku, rząd księcia Karola uczynił zadość swym zobowiązaniom. Podczas gdy Wysoka Porta dawała rządowi księcia rumuńskiego środki obrony przeciw napaści, ministrowie bukareszcy traktowali potajemnie z Rosyą i już w dniu 16 kwietnia zawarli układ, który właśnie Izbom przedłożono, a na mocy którego wszystkie zasoby kraju dano do dyspozycyi najezdcy. Ogłoszenie tej konwencyi zmienia naraz postać rzeczy, której Wysoka Porta wcale nie spodziewała się, a która jaknajcięższą sprowadza odpowiedzialność na rząd, który nie pomny swych wszelkich obowiązków, nie wahał się wejść w układy z zagranicą, ułatwiające najście kraju i zdradzające równocześnie tak interesa kraju, jak zaufanie rządu zwierzchniczego i nadzieje całej Europy. Sąd, jaki spotkać powinien czyny napiętnowane zdradą, nie może być za surowym. Wysoka Porta musi uważać tak księcia jak władze krajowe, mimo że orędzie zaręcza, iż Rosya przyrzekła nie wkraczać do Bukaresztu, za znajdujące się w ręku nieprzyjacielskim, oraz wszystkie czynności i rozporządzenia książęce za nieprawne i naruszające stosunek Księstw do zwierzchniczego rządu.

Zechciej Pan depeszę tę odczytać Jego Ekscel. ministrowi spraw zagranicznych i pozostawić mu jej odpis.

(podp.) *Savfet.*

## Rumunia.

Odpowiedź księcia Karola Rumuńskiego na adres senatu, udzielona d. 7 maja, brzmi jak następuje:

Panowie Senatorowie!

Przyjmijcie wyraz mojej wdzięczności za energiczny współudział, jaki mi obiecujecie w ciężkich okolicznościach, w których się znajdujemy. Gotowość wasza w tym razie nie zadziwia mnie. Czyż nie zmierzaliśmy dotąd i czyliż nie zmierzamy społem do tego samego celu, do szczęścia naszej ojczyzny? Od chwili mojego ostatniego orędzia z d. 14 kwietnia rzeczy pogorszyły się. Wojna między naszymi dwoma potężnymi sąsiadami wybuchła, chociaż tego nie pragnęliśmy, ani się do tego nie przyczyniliśmy. Ta część Rumunii, która się rozciąga wzdłuż wybrzeży Dunaju, znosi już bolesne jej skutki. Mimo, że z brzegów naszych nie padł ani jeden strzał karabinowy, nasze miasta i sioła są w połowie opuszczone, opustoszone. Nasz handel międzynarodowy nawet na wyższym Dunaju jest zniweczony; tureckie łodzie kanonierskie, zapominające o prawie międzynarodowem, zawijają aż do naszych przystani, aby statki bez różnicy flagi zabierać i palić. Otwarte miasta jak Braiła a zwłaszcza Reni, były bombardowane. Oltenica, gdzie niema ani jednego rosyjskiego żołnierza, uległa temu samemu losowi i zagrożona jest znów bombardowaniem. Oddziały czerkiesów i baszybuzuków napadały na nasze terytoryum; wczoraj jeszcze partya baszybuzuków przeszła Dunaj i spaliła okręta w Iin, a domy w Bakecie spustoszyła. Panowie Senatorowie, widzicie, iż wbrew naszemu postanowieniu, by nikogo nie zaczepiać i nie wyzywać, jesteśmy zaczepiani i wyzywani we własnych naszych posiadłościach. Niemniej rząd mój nie zejdzie wobec tych zaczepek ze wskazanej przez nasze ciała prawodawcze drogi. Wszakże widzę nie bez boleści, że nasze umiarkowanie zostanie zapoznane. W takim razie będziemy zmuszeni siłę siłą odeprzeć, gdyż przedewszystkiem obowiązkiem naszym względem kraju, jest bronić granic jego. Jestem przekonany, że nasza młoda armia złożyłaby wówczas dowody, że jest godną spadkobierczynią owych rumuńskich hufców, które przez setki lat broniły cywilizacyi chrześciańskiej u bram Wschodu. Ponawiam wyraz wdzięczności senatowi, który jak widzę postanowił nie szczędzić ofiar, kiedy prawa, interesa i godność Rumunii położone są na szali.

## Teatr wojny.

### Naddunajskie pole walki.

Rumunia mobilizuje wojsko w celu — obrony kraju. Armia rumuńska składa się z dwóch korpusów: jenerała Lupu w Krajowy i jenerała Radowicza w Bukareszcie; naczelne dowództwo obejmuje książę Karol. Według organizacyi armii stan wojenny obu korpusów zmobilizowanych wynosić ma do 70,000 ludzi. Sądząc ze stanowiska, jakie ta armia w téj chwili zajmuje, jest ona przeznaczoną bronić zachodniéj części Rumunii, tj. tak zwanéj Małéj Wołoszczyzny.

Strzały działowe nad Dunajem nieustają. Według

## Część literacko-artystyczna.

Czas № 248 — 28/9 1877

# NIEWOLNICTWO WEWNĘTRZNE
## i wojna za oswobodzenie

*M. Dragomanowa*

(przekład z rosyjskiego).

II.

### Mniej niemożna.

(Dalszy ciąg).

Dalej wskazują nam jako nowość dobroczynną; ziemstwo z reprezentacyą wszech stanów. Ale jakby na przekór, w guberniach zachodnich, więc pogranicznych i najbliższych teatru wojny, więc najbardziej podpadających ciężarom przechodu i kwaterunku wojsk, niemasz wcale instytucyi ziemstwa, chociażby w owej skromnej i obciętej postaci, w jakiej ją mamy w głębi Rosyi, a która tak zachwyca naszych liberałów, że nazywają ją „wielkim krokiem w drodze do samorządu.“ Ten brak ziemstwa prowincyonalnego w całej trzeciej części Rosyi europejskiej, nietylko stanowi główną tamę dla rozwoju ziemstwa wszechrosyjskiego, lecz nadto oddaje wszystkie sprawy tego kraju w ręce czynowników w zupełności „przedreformowanych,“ zachowując przytem dotychczas system podatkowy stary, protegujący stare uprzywilejowane, a uciążliwy dla niższych, zwłaszcza w czasie wojny. Jakkolwiek przyzwyczaiła nas nasza prasa stołeczna do swego serwilizmu i tchórzliwości, lecz przyznajemy, że nawet w takiej prasie dziwi nas niemało zupełny brak chociażby wzmianki o tem, że nieźleby było wprowadzić nareszcie instytucye ziemstwa, tak przez nią samą ukochane i wysławione, w guberniach zachodnich i w Polsce.

Nie dość na tem!.. Chwalimy się naszem ziemstwem, któregośmy niemieli przed wojną sebastopolską... Ależ — czy powiatowe i gubernialne ziemstwa mogą wywrzeć jakikolwiek wpływ na wojnę, na jej wypowiedzenie i postęp, gdy prawo jedynie... pisać adresa dziękczynne „ubóstwionemu Carowi?“ Czyliż posiadamy chociażby jakiś cień ziemstwa wszechrosyjskiego, które mielibyśmy prawo wskazać, jak na coś nowego, mającego doniosłość polityczną?.. Czy rząd przypuszcza w Rosyi myśl kontroli opinii publicznej choćby nad czynnościami podrzędnych agentów swoich, chociażby nad ich nadużyciami i poprostu... złodziejstwami? Czy dawno wzbraniano dziennikarstwu skarżyć się publicznie na Strousbergów i kradzieże urzędników bankowych? Czy nieskonfiskował rząd numeru półurzędowego *Gołosa* za skromny artykulik najcichszego z liberałów, p. Markowa, który odważył się przytoczyć kilka przykładów nadużyć i niedbalstwa urzędników w czasie mobilizacyi armii? Czy słowem Rosya we względzie politycznym jest czem innem dziś jak uosobieniem formuły, którą jeden z naszych satyryków wkłada w usta ministra carskiego: „Narodu nie ma — jest Car i rząd... Politykować wara — krzyczeć „ura!..“ możecie!..“

Jeżeli o tem wszystkiem milczą w czasie tak stanowczym jak obecny nasi stołeczni menerowie opinii publicznej, jedni jako słowianofile, drudzy — jako zwolennicy cywilizacyi zachodniej,— to tylko dowodzi, jak dalece i oni upadli dzisiaj — i jak dalece opinii publicznej naszej — bo przecież być niemoże, aby nieistniała ona i na prowincyi i w stolicach — brak godnych i odważnych reprezentantów.

Prasa polityczna w stolicach naszych okazała się niższą od samej siebie: kto za nią śledzi — ręce mu opadają w rozpaczy. Publicyści nasi, i ci którzy w jakikolwiek sposób prasy dotykają, a których świat nasz poczytuje za ludzi porządnych i rozwiniętych, widocznie tak są nawskróś przejęci rządowemi porządkami i tak do nich znałogowani,— że najmniejszej nadziei pokładać w nich niemożna, aby zechcieli i potrafili podnieść głos przeciw teraźniejszemu systematowi rządowemu.

Nie o wiele też milszym jest widok naszej inteligencyi prowincyonalnej, a nawet tego jej kółka, który się zwie „śmietanką“. Pomiędzy wszystkiemi prowincyami, które w ostatnich czasach wykazały niby pewien ruch w kulturze miejscowej, Ukraina jest tą, o której najwięcej mówiono. Zbieraniem składek na powstanie hercogowińskie, wysłaniem tam ochotników jeszcze w r. 1875, miasta ukraińskie Kijów i Odessa dały były pochop do domysłów, że są tam ludzie polityczni rozwinięci... Ale niestety!.. Zamiast wystąpić z samodzialnym programatem panslawizmu federalno-demokratycznego, Ukraińcy pochowali się w auły, albo przylgnęli do słowiańskich komitetów moskiewskich, zhańbionych oddawna soju szem z żandarmami carskimi, albo nareszcie przez usta autora artykułu „Do Polaków. apostołów pojednania“ zaparli się tego, co własne ich prace naukowe dowiodły, a mianowicie: że kwestya polska inną jest sprawą na Białorusi i Ukrainie, a inną na ziemi czysto polskiej, że jeżeli Polacy nie mają słuszności w jednem miejscu, to przemawia za nimi słuszność niezaprzeczalna w innem, i że rząd rosyjski nietylko nie ma słuszności, ale po prostu barbarzyńskim jest, niepolitycznym i bezrozumnym i w jednem miejscu i w drugiem, a nawet i w trzeciem, t. j. na Bałkanie, gdzie głosi swą misyę wybawczą, w którą nikt nie wierzy, bo wszyscy wiedzą jak postępuje ze Słowianami na Rusi i w Polsce.

W ten sposób państwo rosyjskie wystąpiło na scenę jako bardzo niedaleko widzące, nie energiczne zewnątrz i nieloiczne wewnątrz... Bo inaczej i być nie mogło z despotyzmem!.. Przedstawiciele zaś inteligencyi rosyjskiej okazali się pozbawionymi wszelkiego poczucia politycznego, wszelkiego pojęcia o rzeczywistym stanie rzeczy i prawdziwych interesach kraju, wszelkiej zresztą osobistej godności...

Czyliż zatem nie czas ludziom wszelkich plemion, należących dziś do składu Rosyi, samym wystąpić na scenę, pominąwszy patentowych swych reprezentantów, rządowych, półurzędowych i prywatnych, jako niedołężnych, nie mających poczucia godności, ani też odwagi cywilnej do samodzielnego i swobodnego wystąpienia? Czyliż nie czas wydrzeć z rąk bezsumiennego i głupiego czynownictwa kierownictwo spraw publicznych wewnętrznych i zewnętrznych, doprowadzić do pewnej harmonii wewnętrzną i zewnętrzną politykę kraju, utwierdzając ją na zasadach wolności wszechstronnej, a wyprowadzić kraj z labiryntu przeciwieństw, absurdów i nonsensów, po którym wciągają go czynownicy do klęsk i zguby ostatecznej?..

Niemożemy przewidzieć szczegółów kierunku, jakiemu ulegną wypadki wojenne nawet w chwili gdy te słowa nasze znajdować się będą pod prasą. To jedno jest pewnem, że na ten raz trzeba się pożegnać z nadzieją zupełnego, raz na zawsze rozwiązania kwestyi wschodniej, które byłoby prawdopodobnem, gdyby w zeszłym roku społeczeństwo rosyjskie zniosło było przedewszystkiem u siebie panowanie Turków wewnętrznych, a potem dopiero wzięło się do wojny z Turkami zewnętrznymi.

Co do spraw czysto-wojennych, pozwolimy tu sobie wyrazić tylko jedno życzenie, które, jak sądzimy, podzielą z nami wszyscy ludzie specyalni i dobrzy patryoci: aby corychlej usunięto z naszych armij wszystkich „najjaśniejszych“ dowódców, ponieważ oni, figurują tam jedynie dla formy (bo w zdolności lub natchnienia ich w żaden sposób uwierzyć nie możemy), ścieśniają ludzi oczywiście zdolnych i mięszają się do rzeczy, których nierozumieją zgoła; „najjaśniejszy zaś W. Ks. głównodowodzący“ znany jest całej Rosyi i światu całemu, jako pozbawiony talentów, że już niechemy wyrażać się dosadniej. Mamy na to dowody: wszyscy strategicy europejscy utrzymują a i rosyjscy przy sposobności szepcą, że „przemądry plan“ przejścia przez Bałkany i pozostawienia obok siebie, z prawego i lewego skrzydła armii tureckiej nietkniętą, zepsuł całą kampanię odbytą przedtem i sparaliżuje wszystko, cokolwiek dowódcy nasi czynią teraz i uczynią potem, słowem naraża nas jeżeli nie na zgubę, to na wstyd nieuchronny, jak każdy plan niedołężnie a z zarozumiałością pomyślany, i spełniony z tak skwapliwą lekkomyślnością, że cofnąć się zeń niepodobna. A właśnie plan ten zgubny jest owocem „mądrości“ najjaśniejszych naszych strategików.

Lecz wróćmy do spraw politycznych, które są podstawą i regulatorem spraw wojennych.

Przy braku jawności kontroli publicznej, przy zagmatwanym (umyślnie czy przez niedołęstwo — o to mniejsza) sposobie prowadzenia najważniejszych spraw krajowych, nie możemy mieć ścisłego pojęcia o środkach materyalnych Rosyi, jako dźwigni koniecznej dla prowadzenia wojny. Być tedy może, że czynownicy nasi tak się już poplątali, tak już zniszczyli materyalnie i moralnie ludność kraju że ta nie jest dziś w stanie wytrzymać jakiegokolwiek silniejszego natężenia; ale być też może, że kraj posiada jeszcze resursa obfite, z których tylko czynownicy nasi korzystać nie umieją. Nie wiemy o tem, bo wyrokowaćby mogły w tej materyi samorząd i jawna kontrola których nie mamy. Rozumiemy, że raz zacząwszy wojnę w danej sprawie, chciałoby się, aby ta wojna była ostatnią, chociażby przyszło ponieść w tym celu jaknajdoktliwsze ofiary. Lecz rozumiemy także, że jeżeli przy wewnętrznem wyniszczeniu kraju, przy braku zdolnych dowódców i koniecznych zapasów, przy zepsutych bezpowrotnie zewnętrznych warunkach wojny, niepomyślny jej koniec zaczyna być pewnym, to lepiej zakończyć ją coprędzej, nienarażając się na daremne straty i nienarażając tysięcy ludzi na zgubę nieochronną. Lecz i o tych kwestyach stanowić może tylko zbiorowy głos ludności rosyjskiej. A więc w każdym razie, czy wojna zaciągnie się dłużej, czy ukończy się rychło, trzeba nam, wszystkim mieszkańcom Rosyi, nietracąc czasu, wziąść się co rychlej a jednozgodnie do samowyzwolenia, w pierwszym razie dla tego, aby wojna była prowadzoną energiczniej i bez błędów, podobnych ekspedycyj do Karsu i bitwie plewniańskiej, bez strat tak olbrzymich na jaki naraził nas np. p. Warszewski i jego podwody, i bez kradzieży równie olbrzymich, jakie zdarzyły się np. na stacyi Rozdzielnej, w drugim zaś razie dla tego, aby przy niedołęstwie i tchórzostwie rządu, niewydarto nam możliwych korzyści, nieporóżniono z Serbami, Bułgarami i Grekami, i nareszcie — abyśmy mogli istnieć i rządzić się mniej więcej po ludzku nie zaś jak stado bydląt, pędzone batogiem bezwzględnego pastucha. *(d. c. n.)*

11

wie! Rady gminy ani sejmy nie uchwalają dodatków dla żartu, nie uchwalają żadnych, które nie są najnieodzowniéj konieczne. Pan Plener powiedział nam wprawdzie, że trzeba uregulować rozkład dodatków miejscowych, aby nie wybujały zbyt wysoko. Dobrze! Ale czegoż potrzeba do tego? Potrzeba, żeby kto inny dał pieniądze, jeśli gmina, powiat i kraj nie może zdobyć się na nie bez wysokich dodatków. W takim wypadku niechże państwo da pieniądze! A czy przyzwoli Rada państwa pieniądze na takie cele?

Galicya jest owym krajem, który największe ma dodatki krajowe. Zobaczmy, czy i jak możnaby je zniżyć. Galicya płaci np. dodatku na abluicye gruntowe 51 centów. Jest to wiele. Przyjmijcież część, a sprawicie krajowi ulgę. A skoro wy tego nie uczynicie, więc kraj musi uchwalać dodatki. Innych dodatków krajowych płaci Galicya 34%, na szpitale, drogi i szkoły. Czy sądzicie, że moglibyśmy bez nich się obyć?

Aby wrócić do przykładu o szewcu p. Süssa, obrachunek jego, że rzemieślnik taki zyska zwolnienie w wysokości 92 centów w podatku przedmiotowym, jest całkiem prawdziwy; ale i to prawdą, że otrzyma za to osobisty podatek dochodowy, który, jeśli go zaliczą do klasy pierwszéj z stopą procentową 1 złr. od jednostki podatkowéj, wynosić będzie 6 złr., a jeśli zaliczą go do klasy z stopą 1 złr. 65 c., wynosić będzie 9 złr. 90 ct. I to zwie się zwolnieniem (*śmiechy*).

Długo, panowie, mówiłem o tych zwolnieniach; powiem wam, dla czego. Publiczność, a przynajmniéj znaczna jéj część, wierzy w przyrzeczone zwolnienia. Niektóre pisma, niektóre pióra inspirowane ustawicznie rozpisują się o zwolnieniach i podburzają przeciw komisyi, że zwłóczy wniesione przez rząd zwolnienia i powstrzymuje je opodatkowaniem, tudzież przeciw wysokiéj Izbie, że nie uchwala zaraz ustaw nadających te zwolnienia. Panowie! Jeśli jest coś oburzającego, to z pewnością takie postępowanie. Przypatrzcie się rzeczy nieco bliżéj, a przekonacie się, że w ogólności zwolnień niema, że w ogólności są większe ciężary, że w ogólności niższe klasy opodatkowanych będą musiały więcéj płacić, (*głosy z prawicy: wielka prawda!*) A potem powiedźcie to wszystkim i napiszcie to też w dziennikach waszych — w moich, w galicyjskich już to napisano (*śmiechy*), — że idea zwolnień jest nieprawdziwa.

ogłaszają tego jednak za uniesione zwycięstwo, obudzają przekonanie, że bój pod Cerkownę miał tylko znaczenie wielkiego rekonesansu.

Jeśli się, jak przypuszczamy, wieść o nadejściu posiłków do obozu Osmana baszy potwierdzi, to uwaga powszechna zwróci się znów na Plewnę, bo Osman basza zyska teraz swobodę ruchów i kto wie, czy w takim razie o odzyskaniu znów Łowczy nie pomyśli. Posiadając Łowczę, mógłby następnie zwrócić zaczepne swe kroki na lewe skrzydło rosyjskie, którego dotąd, chociaż to jest najsłabsza część linii obsaczenia rosyjskiego, atakować nie mógł, dopóki Rosyanie z Łowczy zagrozić mogli w takim razie prawemu bokowi atakującego w tym kierunku wojska tureckiego.

Sulejman ustawił znów 8 moździerzy naprzeciw stanowisk rosyjskich w Szybce i straszliwy na nie sypie ogień, posuwa się przytem ciągle lewem skrzydłem sił swoich na okół wąwozu zgromadzonych wzdłuż drogi ku Gabrowie.

Z czarnogórskiego i azyatyckiego boju podają kilka szczegółów zamieszczone poniżej telegramy.

---

Znaczącemi bardzo są zdania wyrażone w *Daily News* i *Allgemeine Nordd. Ztg*, dwóch dziennikach stanowczo sprzyjających Rosyi, o obecnym stanie armii rosyjskiej i dalszych widokach tegorocznej kampanii.

Pierwszy zaczyna od orzeczenia, że klęska pod Plewną była dla Rosyan stanowczą, że stracili przeszło 20,000 ludzi, że służba ambulansowa nie zdołała po raz pierwszy podołać swéj pracy i tysiące rannych gniją w otwartem polu, bez opatrzenia i dostarczania im potrzebnego pożywienia, że najważniejszym przedmiotem zaczepki były południowe reduty, które Turcy znów Rosyanom odebrali, niszcząc przytem całe lewe ich skrzydło, że Grywica, która tyle krwi kosztowała nie ma takiego znaczenia, jakie jéj przypisywano, bo nad nią panuje główna bateryą przed Plewną, co też reprezentant armii angielskiej w obozie rosyjskim Wellesley poświadcza. Piszący to korespondent dodaje, że nowy atak Rosyan uważa za niemożliwy, a przynajmniéj za nie mający szans powodzenia. Turków uważa za lepszych żołnierzy od Rosyan i za ożywionych lepszym duchem; w atakach na pozycye tureckie, których był świadkiem dostrzegał nieraz wyraźnego wahania się z łnierzą rosyjskiego; za stanowczo lepszą uważa ręczną broń turecką.

go o wiele. Naczynia miedziane Pietzscha są wyborne: mianowicie okazuje on 6 rądli zrobionych na wystawę obok innych zwykłych naczyń; jeżeli pierwsze dowodzą jak dalece potrafi fabrykant doprowadzić udoskonalenie wyrobu, to właśnie zwykłe wyroby, że się tak wyrażę, wyroby dnia powszedniego wskazują na ciągłą staranność fabrykanta i są rękojmią największą dla publiczności. Pietzsch wyrabia także bardzo dobre i zgrabne samowary tak miedziane jak tombakowe.

Wyroby blacharskie mają czterech wystawców; z pomiędzy których Ciuchciński i Bratkowski obaj ze Lwowa pierwsze trzymają miejsce. Bratkowski przedstawia garnki blaszane, jakie teraz zaczęły wchodzić w modę, jako nader lekkie, a przytem dozwalające zachować poważną formę mimo niewielkich rozmiarów. Jego balkony bardzo przyozdabiają zewnętrzną ścianę gmachu a jego imbryk, tasca i cukiernica z żółtej blachy są w swoim rodzaju arcydziełem (*meisterstück*) gdyż wyrobione w całości z jednej sztuki. Ciuchciński natomiast odznacza się jako fabrykant klatek, wanienek, miednic. Żałujemy, że znakomite w ostatnim rodzaju wyroby Filipowicza z Krakowa nie pojawiły się na wystawie.

I raz jeszcze dwóch wystawców dzwonów. Karol Schwabe zawiesił tylko jeden wielki dzwon ze swej odlewarni w Białéj. Dzwon to nader dźwięcznego i przyjemnego głosu, odlew wyborny bez żadnej skazy. Ze Lwowa Mozer Zygmunt wystawił kilka dzwonów różnych rozmiarów, ale każdy z nich o wiele mniejszy od poprzedniego, co już samo przez się zmniejsza trudności odlewu, a przytem głos ich o wiele mniej czysty i przyjemny.

Za to fabryka Mozera dała nam bardzo piękne lichtarze mosiężne, pompy, sikawki, żelazka (starej konstrukcyi).

Lichtarze i świeczniki, jako też inne wyroby cynowe wystawił jedynie Jan Tridondani ze Lwowa, a roboty te są dobrze wykonane.

Piękne wyroby mosiężnicze, mianowicie wyborne pompy, krany, lurki do wody sodowej itp. są Wajdowskiego Emiliana ze Lwowa, które celują doskonałem obrobieniem szczegółów.

Z pomiędzy dwóch wystawców broni, lankastrówki Tabaczkowskiego ze Lwowa są bardzo ładnie odrobione, a płaskorzeźby na nich nader estetyczne; jeżeli dobroć broni odpowiada nadobnej zewnętrznej

lepioną została ustawa obowiązująca w Krakowie, Galicyi i na Bukowinie względem zapobiegania pijaństwu. Ustawę tę podaliśmy w *Czasie* dawniej. Skuteczność jej zawisła od jej zastosowania i ścisłego czuwania nad jej wykonaniem.

— We czwartek d. 27 b. m. odprawionem będzie w kościele OO. Jezuitów w Krakowie o godz. 10ej rano nabożeństwo żałobne za duszę śp. Jana Koźmiana, prałata katedry poznańskiej zmarłego w Wenecyi d. 19 b. m.

— Dowiadujemy się drogą telegraficzną, że pogrzeb ś. p. prałata Koźmiana odbędzie się w Poznaniu w sobotę d. 29 b. m.

— Szkoła rzemieślnicza tutejsza, utrzymywana kosztem gminy, więcej w tym roku budzi zajęcia, niż po inne lata. Dotychczas zapisało się 270 uczniów rzemieślniczych i czeladników, a wpisy trwają jeszcze ciągle. Rozwój tej szkoły zawisł przedewszystkiem od majstrów; dowodem właśnie tegoroczne wpisy, albowiem, czego nie bywało, wielu majstrów osobiście przyprowadza uczniów do wpisu, co obudza nadzieję, że także dopilnują, aby uczniowie do szkoły uczęszczali. Jednym z najgorliwszych jest p. Stanisław Armółowicz, starszy cechu rzeźników, który uczniów rzeźniczych od wszystkich majstrów do siebie zwołuje i osobiście do szkoły sprowadza, dając im upomnienia i zachęcając do pilności.

— Dowiedzieliśmy się, że rozsiewano po mieście pogłoski, jakoby gmach teatralny groził niebezpieczeństwem. Gdyby rzeczywiście okazało się było w budowie gmachu teatralnego coś takiego, coby groziło bezpieczeństwu publicznemu, magistrat byłby musiał zarządzić choćby tymczasowe zamknięcie gmachu. Zasięgnęliśmy przecież wiadomości za źródła, to jest u komisyi lustracyjnej, i tam dowiedzieliśmy się, „że gmach teatralny tutejszy bywa dwa razy do roku, zazwyczaj latem i w późnej jesieni pod względem stałości i bezpieczeństwa od ognia, lustrowanym ze strony magistratu. W tym miesiącu odbyła się podobna lustracya i komisya nie znalazła żadnej zmiany od przeszłego roku w stanie budynku. Co kilka zaś lat odbywa się szczegółowa rewizya belkowań i wiązań dachowych. Taka szczegółowa rewizya przeprowadzoną została w końcu roku zeszłego, wspólnie przez techników rządowych i miejskich; odkryto w ważniejszych miejscach podłogi, ponacierano belki i krokszt yny, i przekonano się, iż stan ich nigdzie do obaw powodu

założenia podpisali.

Zadaniem Towarzystwa jest:

1) Wzajemne pouczanie i oświecanie się członków w sprawach gospodarstwa wiejskiego i społecznego, oraz wspieranie postępu wiedzy rolniczej w kraju.

2) Utrzymanie stosunków między szkołą i dawnymi jej uczniami, oraz rozciąganie opieki i zapewnienia moralnego poparcia członkom Towarzystwa.

Po uchwaleniu tych zasad nastąpił jeszcze odczyt p. Czajkowskiego „o płodności ról naszych“; poczem na wniosek p. Langiego, podpisany przez wielu członków zjazdu uchwalono, że zgromadzenie wyraża życzenie, aby uczniowie, kończący szkołę rolniczą w Dublanach, dla utrzymania dobrej reputacyi szkoły, nie obejmowali natychmiast wyższych posad gospodarskich, lecz odbywali ile możności rok praktyki, z wyjątkiem oczywiście tych, którzy już przed wstąpieniem do zakładu dostatecznej nabyli praktyki.

Lubo na porządku dziennym jeszcze były trzy rozprawy, mianowicie: „o obchodzeniu się z nawozem stajennym“ p. Świeżawskiego; „o konieczności karczunku ziem pod uprawę przydatnych“ p. Spausty i „o wiklinie i szykarskiej“ p. Langiego, zakończono posiedzenia zjazdu dla spóźnionej pory, a towarzyska uczta zakończyła zjazd, który u uczestników najlepsze pozostawił wrażenie.

— Ciągnienie losów loteryi fantowej z wystawy lwowskiej odbędzie się d. 4 października; bilety kosztują po 1 złr.

— Zjazd przemysłowców nafty odbędzie się we Lwowie d. 27 września.

— We Lwowie na dworcu kolei Karola Ludwika przejechała onegdaj lokomotywa Feliksa Butmańskiego i zdruzgotała mu głowę. W Chodenicach zaś rzucił się 19 b. m. pod nadchodzący pociąg w zamiarze samobójczym Józef Zima z Bochni 60 lat liczący. Pociąg zdruzgotał samobójcę, którego nędza popchnęła do tego kroku.

— Wybór uzupełniający jednego członka Rady powiatowej w Przemyślu z grupy gmin wiejskich odbędzie się 16 października.

— Na drodze ze Lwowa do Szczerca koło karczmy leżącej w lesie, zwanej „Krzywulą“ wydarzały się w ostatnich czasach zuchwałe rozboje, które mieszkańców wsi sąsiednich zaczęły na prawdę niepokoić. Wreszcie policyi lwowskiej wraz z żandarmeryą powiodło się wpaść na trop tej szajki rozbójnicze

rej Wsi była celem podróży Nuncyusza do Galicyi, jakkolwiek uroczystość ta byłaby nauki powinno było już błędy astronomiczne wszędzie rozwiać? Już nieraz sam rząd

Z tą wsią społeczną styka się częściej, niż to u nas w kraju może sądzą, chłop naszych okręgów wydarli im to wszystko, i dziś sami obfitują, gdy chłopi żyją w nędzy, kąkol się rozrósł i wstał — udziału w rozprawach); ale nawet p. Skrzyński nie wskazał głównej myśli lub głównego kierunku, w ja-

## Część literacko-artystyczna.

# NIEWOLNICTWO WEWNĘTRZNE
## i wojna za oswobodzenie

*M. Dragomanowa*

(przekład z rosyjskiego).

Czas № 219 — II. 28/9 1877

### Mniej niemożna.

(Dalszy ciąg).

Możnaby było nakreślić mniej więcej wyczerpujący programat reform politycznych i socyalnych, przez które mamy dojść do samowyzwolenia. Lecz ograniczymy się na wskazaniu takich tylko punktów, co do których niemoże być sporu między ludźmi choć cokolwiek wykształconymi politycznie, a o których już nieraz społeczeństwo rosyjskie wypowiedziało swe zdanie, jeżeli nie jasno to napomknieniami. Wprowadzenie takich głównych reform u nas nie jest zbyt trudnem przy odrobinie śmiałości i wytrwałości, których — ze wstydem to wyznać trzeba — brakło zawsze uawet takim z naszych ziomków, którzy doskonale rozumieją konieczność owych reform. Bez nich niemoże dziś istnieć żadne społeczeństwo, ceniące swój rozwój i przyszłość swej ojczyzny, żaden chociażby najumiarkowańszy człowiek, który ma dla siebie szacunek. Ludzie zaś pojęć bardziej radykalnych niemogą nieżyczyć ich sobie, bo reformy te oczyszczą drogę dla dalszego postępu.

Wszystkie te reformy redukują się do niezwłocznego zniesienia tej potwornej, przedpotopowej formy rządu, która się zowie samodzierżstwem wszechrosyjskiem, a która nigdy czem innem być niemoże jak despotyzmem, rządzącym przez czynowników tchórzliwych, służalczych, chciwych, brudnych i głupich...

Mniej od tego — żądać niepodobna!.. Społeczeństwo wszystkich krajów i plemion, zamieszkujących Rosyę, których losami wewnątrz i na zewnątrz rządzą dziś bez żadnej kontroli owi czynownicy, powinno domagać się bezzwłocznego zwołania delegowanych od wszystkich stanów na powszechny wiec krajowy, koniecznyby chociażby już dla tego, że każdy członek społeczeństwa naszego dźwiga dziś ciężary finansowe na potrzeby niezmiernie kosztownej wojny, a nie ma sposobu kontrolować, co się dzieje z groszem publicznym, którym wzbogacają się czynownicy bezwstydni w zmowie z zuchwałymi bankierami, monopolistami i dostawcami (podradczykami). Jednocześnie, ponieważ ziemie wchodzące w skład Rosyi, stanowią obszary wielkie, różniące się między sobą we względzie geograficznym i etnograficznym, a szczególnie we względzie charakteru i cech narodowych ludności, zatem należy, wraz z uzyskaniem ogólnych swobód politycznych, położyć zasady trwałe miejscowego samorządu i rozszerzyć prawa gmin, powiatów i gubernij, z pozostawieniem im prawa utworzenia mniej więcej szerokich związków dla wspólnego obradowania nad sprawami krajów, mających jednakie interesa, w skutek wspólności warunków etnograficznych i geograficznych. Tak np. dałyby się utworzyć rady związkowe: Sybirska, Uralska, Południowo-Wołgska, Północno-Wołgska, Nadjeziorna, Wielkorosyjsko-Środkowa, Krajów Nadbaltyckich, Ziem Litewskich, Ziem Białoruskich, Ziem Polskich, Ukrainy północnej, Środkowej, Południowej, Besarabii, Ziemi Kozaków Dońskich, Kaukazu itd. Taki podział byłby właściwym już z tego względu, że sprawy różnych krajów i narodów w państwie liczącem 400,000 mil □ przestrzeni, a zwłaszcza sprawy miejscowego gospodarstwa i oświaty, tudzież stanowiące o kwestyach narodowości, niemogłyby być rządzonemi dobrze i racyonalnie tak samo przez radę ziemską centralną, jak przez urzędników teraźniejszego rządu despotycznego.

Dalej — w żadnym razie nie może być cierpianem, aby wolność osobista każdego z mieszkańców Rosyi zależała, jak dziś, od woli gubernatorów i żandarmów, którzy, ile razy chcą, mogą wdzierać się w nasze domy, zsyłać każdego z nas do dalekich, północnych gubernij, ograniczać prawo wolnego ruchu, pozbawiać środków zarobkowania, i t. d., a wszystko w celu zemsty za najmniejszy objaw krytyki ich czynów. Dla tego też niepodobna niedomagać się ogłoszenia prawa, zapewniającego bezpieczeństwo osobiste, i odejmującego czynownikowi moc pozbawiania kogoś wolności bez sądu, tudzież zniesienia kar t. z. „administracyjnych“ IIIgo Wydziału i wszystkich innych podobnego rodzaju instytucyi i przepisów.

Do środków teraźniejszego systemu panowania czynowników nad Rosyą należy: odjęcie społeczeństwu możności zbierania się dla wspólnych obrad nad sposobami kontrolowania czynności ajentów rządowych, bądź za pośrednictwem prasy, bądź też głośnej krytyki ustnej w zgromadzeniach, bez czego nietylko jest niemożebną jakakolwiek kontrola nad ogólnemi sprawami kraju, ale czynności instytucyj ziemskich i miejskich i same nawet wybory zmieniają się w płonną formalność, a urzędnicy wybieralni — w czynowników, rządzących narodem w imieniu samodzierżcy. Trzeba zatem domagać się wolności druku i zgromadzeń tudzież wolności nauki i środków nauczania, co wszystko dopiero stanowić może mocną i niewzruszoną podstawę dla rozwoju życia społecznego w kraju.

Występować przeciw fanatyzmu turecko-muzułmańskiemu, wymagać dla swych celów ofiar całej ludności rosyjskiej, bez względu na religię i narodowość, a jednocześnie zmuszać innowierców w mieszanych związkach małżeńskich do chrzczenia dzieci po prawosławnemu, ścieśniać prawa katolików do służby publicznej, do posiadania majątków, do nauki w szkołach i uniwersytetach, nie pozwalać żydom mieszkać gdzie im się podoba, karać kryminalnie przejścia z prawosławia na inne wyznania, zmuszać Unitów do przyjęcia prawosławia przez chłosty, egzekucye wojskowe, wygnania, więzienia i t. d., pod pozorem „nawracania duchownego“ — męczyć w więzieniach sztundystów i starowierców, wydzierać Polakom, Rusinom, Gruizinom, etc. prawo uczenia się, modlenia publicznie w języku ojczystym, wzbraniać drukowania książek rusińskich — czego nigdy nie było nawet w Turcyi, z której „jarzma“ chc my oswabodzać Słowian, i w ogólności dopuszczać się wszelkiego rodzaju gwałtów nad rzeczami sumienia i narodowości milionów ludzi, — jest to popełniać niesprawiedliwość wołającą o pomstę, sprzeczności rażące, których tembardziej rządowi wybaczyć trudno, że działają one w sposób zgubny na moralność publiczną kraju. Kładziem nacisk na to, że rząd nasz tem wszystkiem demoralizuje ludność, ponieważ przez wyjątkowe traktowanie pewnych wyznań i narodowości zasiewa nienawiść między własnymi poddanymi (Polacy i Rosyanie np.) osłabiającą ich solidarność, a nawet siłę zewnętrznę jedności państwowej wobec wrogów. Oto np. teraz, według najświeższych wiadomości z Ukrainy rosyjskie Ministerstwo oświecenia wydało rozporządzenie, aby posady nauczycieli gimnazyalnych rosyjskiego języka i literatuna Ukrainie otrzymywali tylko Wielkorosyanie, i aby zatem wszyscy Rusini, piastujący tam posady nauczycielskie, przeniesieni byli do północnowschodnich gubernij. Fakta podobne dowodzą, że polityka Królów asyryjskich i Carów moskiewskich uprawioną jest w „postępowej i wolnej Rosyi“, w całej okazałości okrucieństwa. Dla tego też uważamy za konieczne domagać się aby ogłoszone było prawo, zabezpieczające wolność religijną, równouprawnienie i nienaruszalność każdej narodowości, wchodzącej w skład państwa rosyjskiego.

Samo przez się, że powyższe prawa powinny być dopełnione przepisem, że każdy urzędnik krajowy podlega sądowi społeństwa, któremu służy i że do tego sądu powoływać go może każdy obywatel, którego interesa bądź moralne, bądź materyalne poniosły ujmę w skutek czynności lub rozporządzeń urzędnika.

*(Dokończenie nastąpi).*

zwalniający kasy Oszczędności, spółki zarobkowe i rolnicze i inne przedsiębiorstwa zobowiązane do publicznego składania rachunków od osobistego podatku dochodowego.

Dep. Klier wnosi: nadać ustępowi drugiemu brzmienie następujące: „Obywatele państwa bez różnicy, czy zamieszkują w kraju czy za granicą, podlegają osobistemu podatkowi dochodowemu całym dochodem swym, z wyjątkiem jedynie dochodu pochodzącego z realności położonych za granicą, jeśli udowodnią, że dochód ten obłożony jest podobnym podatkiem.“

Dep. Fux wnosi: dodać do ustępu 1go ustęp nowy: „Względem przedsiębiorstw zarobkowych zobowiązanych do publicznego składania rachunków ustawa niniejsza nie znajdzie zastósowania.“

Dep. Menger wnosi: w ustępie trzecim po wyrazie „realność“ dodać wyrazy „lub należytości zahipotekowane.“

Dep. Kopp popiera wniosek Prombera, który nietylko przezornością jest podyktowany, lecz poprostu staje się koniecznością wobec niejasnego brzmienia paragrafu.

W głosowaniu utrzymuje się wniosek Fuxa (za nim głosują także Polacy) 124 głosami przeciw 32 głosom. Wszystkie inne wnioski, a więc i Krzeczunowicza, upadają. Za wnioskiem Krzeczunowicza głosowali sami tylko Polacy i kilku deputowanych z prawicy; przeciw niemu świętojurcy także.

Wszystko inne przyjęte w brzmieniu wniosku komisyi.

Następuje niezwykle zawiła dyskusya nad § 3cim. Ponieważ do głosowania jeszcze nie przyszło, przeto pomijamy ją tu chwilowo, aby uwzględnić w przyszłem sprawozdaniu to, co się utrzyma w głosowaniu.

Koniec posiedzenia o godz. 3. — Następne we czwartek.

---

ry przedewszystkiem Saksonię przywodzi jako przykład. Nadmieniłem już przed kilku dniami, że tego najbogatszego w Europie kraiku niemożna porównywać z Austryą. A dalej w przemówieniu Jego Ekscelencyi jest dedukcya z stosunków saskich o stosunkach pruskich z taką kombinacyą: Gdyby w Prusiech postąpiono wedle wzoru saskiego, osiągniętoby 2 miliardy 200 milionów, która to liczba znów zastósowana do liczby naszej ludności, daje 1800 milionów, z których po strąceniu 40% pozostaje 1080 milionów. Otóż to kombinacya sztuczna. Przy tej kombinacyi powiedział nam p. minister skarbu, co następuje: „Prusacy są oszczędniejsi, więcej wytwarzają kapitału; ale iżby gospodarstwo pruskie było bogatsze od naszego, tego nie pojmuję“. Panowie! ja innego jestem mniemania; ja to pojmuję i będę się starał was także o tem przekonać. Prusy mają o 20% więcej ludności i zdaje mi się, o 22 czy 24% więcej obszaru. Na klasy, które w Prusiech płacą podatek dochodowy, a które u nas wedle projektu rządowego mają być wolne od tego podatku, t. j. na klasy mające dochód niżej 600 złr., przypada w Prusach 53% całej sumy dochodu opodatkowanego. Te okoliczności może i rząd uwzględnił w swoich obrachunkach. Ale zachodzą inne jeszcze między Prusami a Austryą różnice ekonomiczne. Podatki stałe wraz z dodatkami są u nas znacznie większe, a przy obliczeniu dochodu mającego uledz opodatkowaniu, trzeba je strącić. Długi ciążące na gruntach, budynkach i zarobkowaniu są u nas większe, a trzeba je także strącić. Mamy mniej kapitałów; nasze obligacye, pryorytety, listy zastawne, obligacye skarbowe, nawet akcye znajdują się w znacznej części za granicą. Wiadomo mi n. p., że akcye kolei Karola Ludwika, które obecnie tak poszły w górę, zakupiono po większej części dla Berlina. Wiadomo nam też, że znaczna część haraczu miliardowego z Francyi dostała się Prusom. Otóż panowie, gdy zestawicie to wszystko, pojmiecie pewnie, dlaczego tam gospodarstwo jest bogatsze niż u nas, dlaczego dochód opodatkowany tam musi być znacznie

[illegible] i w rzeczywistości [illegible] Platarciu dotarły już do szczytu góry. Oczywistą jest więc rzeczą, że energiczne poparcie tych batalionów byłoby się przyczyniło do zdobycia właściwego klucza pozycyi. W tej chwili jednak bataliony te, zamiast stosownego poparcia, odbierają rozkaz do odwrotu. Żołnierz widząc możność zdobycia zaatakowanego punktu, odmówił posłuszeństwa nadesłanemu rozkazowi, tak, że komendant dywizyi egipskiej musiał sam udać się na wzgórze i powagą swego głosu sprowadzić opierające się temu bataliony. Wszystko to odbywało się bez groźnego odwetu nieprzyjaciela.

Gdybyśmy więc zupełną wiarę do opisu tej bitwy przywięzywać mogli, to widzielibyśmy w niej jedynie potwierdzenie domysłu, który od trzech dni wypowiadamy, że bitwa ta maskować jedynie mogła inne zamiary. Żołnierz nie chciał się cofnąć, bo nie widział do tego przymusu w sile nieprzyjaciela, ale jenerał wyrywał go gwałtem z boju szanse zwycięstwa przedstawiającego, bo wiedział, że posiłki, któreby mu w pomoc przyjść powinny, już są w marszu do spełnienia innego przeznaczenia.

Podanie strat w urzędowym raporcie rosyjskim, po odliczeniu dodatku, którym Rosyanie zawsze obdarzać Turków zwykli, dowodzi także, że utarczka pod Cerkowną odbyła się z stosunkowo małym rozwinięciem sił, czego Mehemet Ali w bitwach na seryo przedsięwziętych nigdy nie zwykł czynić; zamieszczony zaś w wczorajszym *Czasie* telegram *Pressy* z Sistowa dowodzi, że Mehemet Ali cofnął się napowrót na swe stanowisko pod Wodycą, a wysłał część swych sił do Osikowa, to jest właśnie na drogę, która w dalszym swym kierunku prowadzić wprawdzie może ku Jaslarowi, ale prowadzi także na wskazany przez nas punkt za Jantrą, gdzie się znajduje węzeł dróg do Sistowa, Górnego Studzienia i Tirnowa wiodących.

O nadejściu do Plewny 20 batalionów i pułku kawaleryi z amunicyą i żywnością mamy urzędowy telegram turecki. Oprócz tego stało d. 24 b. m. w Karadagu 10 batalionów piechoty w marszu do tego sa-

[illegible] cieła bez szturmu na 30 stopów, poczem batalion [illegible] skiego pułku odparł Turków na bagnety i położył trupem 200 ludzi. Uderzenie nieprzyjaciela na lewe skrzydło wstrzymał pułk wiatski. Ostatni, silny atak odbył się na środek naszego stanowiska, ale i ten został odpartym. O 8 wieczorem cofnęli się Turcy.

Pera 24 września (*urzęd.*) Sulejman basza telegrafuje dnia 21 b. m., że artyleryą jego ostrzeliwa ciągle pozycye nieprzyjacielskie i zadaje wielkie straty.

Szefket basza donosi d. 22 z Orhanie, że dywizya Iwsi baszy w tym samym dniu stanęła w Dubniku (toż pod pozycyą Plewny nad Wi em *Red.*), po odbytem boju z nieprzyjacielem, który się musiał cofnąć.

Mehemet Ali basza donosi, że przedwczoraj (22 b. m.) starł się z nieprzyjacielem i siły jego zniweczył.

---

*Wystawa rolniczo-przemysłowa*
*we Lwowie 1877 r.*

V.

## Wyroby z drzewa.

Najbardziej wspaniałą i pouczającą częścią wystawy naszej jest bezwątpienia wystawa lasowa. Z polskich prowincyj Galicya posiada największą przestrzeń pod lasami, a chociaż lasy nasze w wielu stronach tak są przetrzebione, że okazała się potrzeba zalesiania pewnych okolic, to przecież do dziś lasy stanowią ogromne bogactwo kraju. Słusznie też bardzo zwrócono uwagę na ten dział, a krajowi zasłużyli się ci wystawcy, którzy nie same tylko drzewa i tyki, belki i pale przysłali na okaz, ale starali się zarazem objaśnić umiejętnie sposób postępowania i osiągnięte rezultaty. W tym względzie szczególniej pouczające są wystawy ks. Adama Sapiehy z Krasiczyna, dóbr żywieckich arcyksięcia Albrechta, dóbr Nadwórniańskich i rządowego leśnictwa w Kossowie. Najwybitniejszą jest jednak wystawa krajowego inspektora lasowego Gustawa Lettnera, który dał nam prześliczną mapę lasów i przemysłu lasowego w Galicyi, obok statystycznego zestawienia produkcyi la-

sulce. Chociaż zaś na wyłomie (?) jako rzeźba jest bardzo ładny, rysunek wcale poprawny; chociaż ten starzec zamyślony raczej wygląda na złamanego przegraną, aniżeli na broniącego postępunku mogącego być ocalonym.

Znane w całej Galicyi wyroby patyczkowe Jurgensa ze Lwowa pozbawione są wszelkiej konkurencyi; wiadomo jak wyborne są jego story do okien, parawaniki, ekrany i t. p.

Dziubiński Władysław ze Lwowa wystawił różne przedmioty tokarskie między któremi są ładne szachy, oraz eleganckie kołowrotki. Ostatnie wyroby nadesłał również Keller miejscowy rzemieślnik.

Ładne wózki dziecinne, kołyski, kosze są roboty innego Kellera również lwowskiego fabrykanta o ile wiemy jedynego, który dobre wózki dziecinne dostarcza w miejscu, a nawet w Galicyi.

Roboty zaś koszykarskie Kellera mają konkurenta wcale niebezpiecznego w Janie Kosku ze Złoczowa. Jego kosz na wazony i do podróży należy do lepszych wyrobów koszykarstwa krajowego.

Bednarstwo u nas zwykle prowadzone na małą skalę dobrego przemysłu, ma przecież reprezentantów fabrycznych w Mikolaschu i Jankowskim. Obaj wystawili bardzo ładne kufy, a Mikolasch nadto różnych rozmiarów beczki, wszystkie obrobione z niezwykłą dokładnością i starannością.

Niegdyś w Krakowie, a podobno i we Lwowie nie brakło fabryk fortepianów; obecnie jednak fabryki te od dawna zaniechane, i tylko warszawskie fortepiany utrzymują należne stanowisko. Wielką też okazał śmiałość Franciszek Woroniecki, gdy powziąwszy myśl odnowienia fabryki fortepianów założył ją w rodzinnem swem mieście Jaśle zdala od centrów ruchu muzycznego. Woroniecki przystąpił do zawodu dobrze przygotowany, gdyż będąc poprzednio majstrem stolarskim udał się na kilkoletnią praktykę do Warszawy, Gracu i Wiednia, a teraz wróciwszy założył w Jaśle fabrykę fortepianów i pierwszy swój instrument przywiózł na wystawę. Wszystkie części tego fortepianu robione są w kraju, bo mosiężne i żelazne w Tarnowie, a reszta w Jaśle. Fortepian pa-

## Część literacko-artystyczna.

Czas 220 29/97

# NIEWOLNICTWO WEWNĘTRZNE
# i wojna za oswobodzenie

*M. Dragomanowa*

(przekład z rosyjskiego).

II.

### Mniej niemożna.

(Dokończenie).

To wszystko stanowi *minimum* reform politycznych, których wprowadzenie jest rzeczą wielce naglącą. Lecz to jeszcze nie tamuje drogi do nadużyć we względzie socyalnym, których ofiarą nieprzestałaby być zawsze ludność Rosyi. Nadużycia te mogą być usunięte, tylko przez zmiany zasadnicze w ustroju ekonomicznym kraju, o których społeczeństwo nasze i literatura w sposób dość jasny wyrażały swe opinie. Nieodzowną jest tedy reforma systematu podatkowego, szczególnie zaś zniesienie podatku „podusznego," tudzież solnego, i weryfikacya nadziałów włościańskich w celu uregulowania spłatów wykupowych. Niepodobna znajdywać niesłusznym systemat podatkowy w Turcyi, potępiać nadużycia, jakie tam się dzieją, a jednocześnie zachowywać u siebie nietkniętym systemat podatkowy, przy którym znikają z powierzchni ziemi całe wioski w skutek egzekucyi niedoborów (dwie wioski Szeremetiewa), oddają się pod sąd i zsyłają na wygnanie „porządkiem administracyjnym" chłopi czehryńscy za protest przeciw niesłuszności nadziałów i spłatów za nie, przesiedlać całe osady kozaków uralskich itd. Nareszcie niepodobna podawać się ze obrońców reform ekonomicznych w Turcyi, chcieć nawet je egzekwować zbrojną ręką, a jednocześnie zamykać w kazamatach i więzieniach każdego, kto się ośmiela teoretycznie protestować przeciw takiemuż jak w Turcyi sposobowi postępowania w Rosyi, chłostać nawet protestujących i męczyć ich torturami głodu przez takich katów jak Trepow i jego służalcy... Dla tego też uważamy za konieczne domagać się zupełnej amnestyi wszystkich skazańców politycznych w Rosyi, ponieważ to, co rząd poczytał im za zbrodnię, było tylko protestem słownym lub czynnym przeciw porządkowi, którego niemożna nienawidzić barbarzyńskim, przy najumiarkowańszym nawet sposobie zapatrywania się na rzeczy.

Takie jest *minimum* zmian koniecznych w Rosyi, aby założyć fundament mniej więcej wolnego rządu i uczynić Rosyę silniejszą wobec teraźniejszego przesilenia wojennego i ekonomicznego. Zarzut, że wprowadzać zmiany i reformy wewnętrzne w czasie wojennym jest niewłaściwością, nie ma najmniejszej podstawy: przemienić bowiem ludzi chciwych i ciemnych, a niewiedzieć zkąd nam nasłanych, na urzędników wybranych przez samo społeczeństwo, rozsądnych, uczciwych i znających stosunki miejscowe, a i tych poddać pod kontrolę opinii publicznej, niemoże być nigdy niewłaściwą lub szkodliwą rzeczą. Ze wstydem dla naszego społeczeństwa musimy wskazać na przykład samej Turcyi, której niewyszły na złe, a owszem wiele korzyści przyniosły zmiany formy rządu, a nawet dowódzców wojskowych, dopełnione w najgorętszym czasie wojennym.

Nie będziemy wdawać się tu w szczegółowe wymienianie sposobów, przez które możemy osiągnąć zmian wymienionych wyżej. Rzecz naturalna wszakże, że dla zrobienia tego, co trzeba zrobić koniecznie, należy użyć sposobów wszelkich — od prawnych, aż do najgwałtowniejszych. Niech każdy w swojej sferze: w ziemskich, i miejskich zgromadzeniach i zarządach, w prasie, w uczonych i prywatnych stowarzyszeniach, postawi sobie jasno pytanie: czy może się obejść bez powyższych reform? A doszedłszy do przekonania, że nie, obmyśli środki proszenia o nie, domagania się... W ostatnim razie niech wymówi posłuszeństwo, niech po prostu stawi opór czynnościom i instytucyom, reformy owe tamującym, wypędza precz ze swego domu żandarmów, nie słucha cenzorów, agentów rządowych, i t. d.... Niech występuje gdzie tylko może publicznie, niech woła, niech argumentuje, potępia śmiało, co potępienia godne, a nadewszystko niech cały kraj działa w tym celu zgodnie, solidarnie, jak jeden mąż, — a porządki teraźniejsze nieprzetrwają i dwóch tygodni...

Nie ma wątpliwości, że jednogłośne domaganie się wprowadzenia instytucyj wolnych, skoro pochodzić będzie od wszystkich ziemskich i szlacheckich zgromadzeń, od municypalności, rad uniwersyteckich, i t. d., które teraz hańbią się biernym, bezwarunkowo-służalczym sposobem oświadczania swych „wiernopoddańczych uczuć" rządowi, który kraj gubi i którego nikt szczerze nie szanuje i szanować nie może, — że takie domaganie się zmiany systematu rządowego, chociażby nie jednoczesne, nie w jednym dniu podane zewsząd, lecz stopniowe, kolejne a energiczne, musi pociągnąć za sobą podobne wystąpienie i innych zgromadzeń. Pierwsze szeregi będą musiały naturalnie narazić się na t. z. „kary administracyjne", które wszakże nie potrwają długo, ponieważ przy mniej więcej solidarnym nacisku, teraźniejszy systemat rządowy długo utrzymać się nie może... Trzebaż, aby ktokolwiek zdobył się na odwagę cywilną dania pierwszego hasła!.. A może też znajdą się i tacy, którzy po prostu siłę postawią przeciw sile i sprzeciwią się owym karom administracyjnym!..

Mamy prawo wymagać, aby pierwsze słowo, domagające się swobód politycznych dla Rosyi, pochodziło od zgromadzeń prowincyonalnych. Mowcy zgromadzeń stołecznych, ludzie głośnych imion, szerokich stosunków i znakomitych środków materyalnych, nawet tacy, którzyby lubili błysnąć opozycyą przeciw rządowi, nawet tacy którzy pozują na konstytucyonistów, zawsze przecież zdaniem naszem są zanadto zepsuci przez ciągłą styczność z wyższą administracyą, przez związki z dworem teraźniejszym i przyszłym, aby śmiało i szczerze wypowiedzieć publicznie to, o czem rozprawiają półgłosem w salonach. Niechże słowo prawdy wypowiedzą ludzie prostsi, ubożsi, lecz prawi i szczerzy, mianowicie zaś — mieszkańcy prowincyi, którym właśnie najbardziej cięży jarzmo czynownicze. Będzie to właściwszem jeszcze i dla tego, że nasze arystokratyczne „głośne imiona" jakoś się niezbyt kwalifikują do roli menerów reform antidespotycznych, bo wiele z nich „ozdabia sobą czarne kąty szpiegów Ilgo wydziału", wiele zaś innych, poczytywanych za uczonych i poetów i chcących uchodzić za słowianofilów, niewstydzi się służyć w szeregach pokątnych grabarzy nauki i literatury, piastując chlubne obowiązki cenzorów, donoszczyków i dozorców rządowych.

Zmiany i reformy, o których nadmieniliśmy wyżej, nie są zgoła przesadą ani utopią, trudną do urzeczywistnienia... Przeciwnie: stanowią one *minimum*, bez którego żyć nie może żadne społeczeństwo, szanujące siebie i ceniące przyszłość ojczyzny... Zmiany owe prędzej lub później muszą być wprowadzone w Rosyi... Zatem — im wcześniej uskuteczni się to, tem lepiej, bo tem mniej kraj dozna strat moralnych i materyalnych, zwłaszcza teraz, kiedy każda godzina popycha nas nad brzeg przepaści!..

Zmiany te mogą być uskutecznione naturalnie tylko przez ludność oświeceńszą różnych plemion słowiańskich i niesłowiańskich, wchodzących dziś w skład Rosyi i przez jej rząd despotyczny gnębionych. Lecz do wprowadzenia reform mogą się przyczynić moralnie dla swojej własnej korzyści — plemiona Zachodnio słowiańskie, poczynając od takich, które są i w Rosyi, jak Polacy i Rusini, a kończąc na Słoweńcach, Czechach, Łużyczanach, Chorwatach, i t. d. — Jeżeli nie chcą ci wszyscy Słowianie dręczyć się próżnemi nadziejami, lub być zaprzedanymi i oddanymi na ofiarę, jak niegdyś Mółorusini, a teraz Serbowie, jeżeli nie chcą np. Czesi i Słowieńcy, a poczęści i Polacy, być pochłonionymi przez „żarłocznych Brandeburczyków", niech dopomogą choć współczuciem moralnym do przeobrażenia Rosyi w kraj wolny i liberalny, do utworzenia nowej partyi wszechsłowiańskiej, wolnej, narodowo federalnej, która jedna tylko może zdobyć sobie przyszłość i tryumf nad rozmaitemi postaciami jednych i tychże samych chęci: aby narody słowiańskie silne i pełne życia stały się niemą i bezwładną czeredą niewolników, posłuszną skinieniu despotów i służącą im za narzędzie do osiągnienia sromotnych i najszkodliwszych dla ludzkości celów. Przy szczerej pracy naszej, przy szczerem współczuciu naszych braci zachodnich, wszyscy Słowianie staną się wolnymi, jeżeli nie teraz, kiedy despotyzm rosyjski odroczył chwilę wyzwolenia Słowian Bałkańskich, to w bliskiej przyszłości, gdy uwolnione z jarzma tegoż despotyzmu narody i społeczeństwa rosyjskie wzmogą się na siłach i przystąpią do tego wielkiego dzieła z rozwiązanemi i czystemi rękami.

formy byłaby dostateczną ceną za jej przeprowadzenie. W parlamencie francuskim natomiast powiadział Leon Say: „Nie chcę reformy podatkowej, bo reformy dotkliwie krzywdzą wiele interesów prywatnych.“ Któryż z dwu ministrów ma słuszność?

Jestem zwolennikiem zasady, że dawne podatki są lepsze od nowych. Bo stosunki wdrożyły się w dawne podatki. Każdy, kto kupuje dom, grunt, lub kto dom buduje, wie, wśród jakich czyni to okoliczności. Kto rozpoczyna proceder, wie to także. Ale J. Eksc. pan minister skarbu powiada, że **ulepszenia** przez reformę są wiele warte. Któreż to są ulepszenia? Mówią, że dawny podatek dochodowy jest obmierzły, bo prowadzi do demoralizacyi. Jakże z nowym mają się rzeczy. Czyż będzie moralizował? Będzie tak samo demoralizował jak dawny. Tylko, że demoralizacya będzie jeszcze więcej powszechna, bo nowy osobisty podatek dochodowy rozciąga się na rozliczniejsze przedmioty, z których dochodu nie fasyonuje się obecnie. Mówią też: trzeba znieść dawny podatek dochodowy, bo jest za wysoki. Ale nie wiadomo, jak wysoki będzie nowy. Spadnie też nowym ciężarem na przedmioty już opodatkowane. Dawny podatek zaprowadzono w roku 1850 naprzód w wysokości 5%, jednocześnie rozpisano dodatek do podatku gruntowego i budynkowego w wysokości trzeciej części; potem znów dodano 5% do podatku dochodowego, a to właśnie za czasów tak zwanego **bürgerministerstwa**, J. Eksc. p. dr. Herbst gdy także był ministrem, który tak mocno powstaje na ten dawny podatek dochodowy (*śmiechy.*). Jużcić 10-procentowy podatek dochodowy za wysoki, ale $10^{3}/_{5}$% dodatku do podatku gruntowego i budynkowego, to także za wiele. Jeśli tedy $10^{3}/_{5}$-procentowy podatek jako dodatek na grunta i budynki ma pozostać obok dawnego ordynaryum, powinien też pozostać dawny podatek dochodowy.

Przedstawiłem wam już, jako wskutek zniesienia dawnego podatku dochodowego zwali się ciężar dodatków miejscowych z jednych na drugich, co niektórym gminom dotkliwie da się we znaki. Czyż to ulepszenia? Z dawnym podatkiem dochodowym straci się także dawny podatek od płac. Był to podatek wysoki, był nawet progresyjny, ale był zaprowadzony w r. 1850, od r. 1869 podwyższony, a tak tedy stosunki także już się weń wdrożyły. Uchwaliliście

Skobelew wydał [illegible] dyspozycye względem osadzenia się wnich i rozpoczęcia robót do odwrócenia ich frontu przeciwko dalszym pozycyom Plewny, zostawił w nich stosowne siły, przyczem własnie zażądał pierwszej, tym razem uzyskanej, pomocy od Zatowa, t. j. jednego pułku z dywizyi Kryłowa; opanował spiesznie przestrzeń między redutami a Widem leżącą i wysłał dosyć silny oddział za rzekę do Dubnika, z poleceniem osadzenia się tam i zyskania za pomocą rekonesansów czucia z dywizyą jazdy Łaskarewa na gościńcu Widdyńskiem stojącą.

Na tem zakończył się dzień 11 b. m.

Wzięcie przodkowej reduty na wzgórzu Grywickiem bez zdobycia panującej nad nią wyższej bateryi było tylko słabym rezultatem w stosunku do użycia ogromnych sił na jego zyskanie i do wielkiej ofiary krwi jaką ponieść musiano. Zamiast mniemanego klucza do całej pozycyi pod Plewną, zyskano tylko punkt oparcia do podsuwania się przekopem pod główną batetyę. Natomiast rezultat osiągnięty na południu był bardzo znacznym. Nietylko blokada Plewny stała się rzeczą dokonaną, ale atak na podkowę obwarowań i sam obóz Osmana, był po opanowaniu bateryi Krztyńskich łatwiejszym do wykonania od południa niż z jakiejkolwiek innej strony. Zrozumiał też to dobrze Osman basza i przez całą noc czynił przysposobienia do silnej wycieczki na odzyskanie straconych stanewisk. O północy zrobił wycieczkę do Grywicy, aby ją odzyskać, jeśli nie zastanie wniej dostatecznej czujności, ale przedewszystkiem aby obudzić w sztabie rosyjskim przekonanie, że się wycieczkami swemi dnia następnego głównie o odzyskanie Grywicy kusić będzie i przykuć przez to przewagę sił rosyjskich do tego punktu. Jakoż na żądanie ks. Karola uskuteczniono zaraz zrana 12go przesunięcie wszystkich sił rosyjskich ku prawemu skrzydłu, celem skoncentrowaniu ich przeciw przewidywanej na tem skrzydle silnej wycieczce Osmana baszy.

Tymczasem Osman zmierzał zupełnie w inną stronę. Równo ze świtem zaczęły się liczne bataliony rozwijać przed południowym frontem obwarowań tureckich, którym silne dodano rezerwy. Blizko trzech godzin trwał z przemiennem szczęściem bój o baterye pod Krztyną. Brane i odbierane przechodziły z rąk do rąk wśród licznych obustronnych strat, aż

gi w jedynej zdobyczy dnia tego.

Okropności pobojowiska znane są z licznych opisów. Całe stosy niepochowanych trupów napełniają dotąd powietrze miazmami. Ambulanse do dziś jeszcze nie zdołały wywieść i opatrzyć wszystkich rannych.

Z dni 11 i 12go zyskano naukę, że pod obronne pozycye Plewny nie można podchodzić celem ich zdobycia, bo przechodzenie zbyt długiej przestrzeni w ogniu ręcznej bro i, przerzedza zanadto szeregi i odejmuje atakowi wszelką siłę, ale wypada podsuwać się przekopami pod sam brzeg bateryj i dopiero ztąd do szturmu wypadać. Rumuni dają pierwszy przykład w tej mierze. Posunęli się już pod drugą bateryę grywicką o 240 metrów, próbowali nawet już ztąd ataku, ale odparci z dosyć znaczną stratą, przekonali się, że dotychczasowa praca nie wystarcza; dalsze prace przerwie teraz zapewne Osman basza po otrzymaniu posiłków i amunicyi.

Charakterystycznym rysem nieprzezorności sztabu w obecnej kampanii jest doniesienie, że Rosyanie przejęci koniecznością chwycenia się systemu przybliżeń, pragnęliby także robić przekopy, ale braknie im do tego potrzebnych narzędzi. Donoszący o tem korespondent *Deily News* dodaje, że już są zamówione i odbiorą je niezawodnie — za sześć tygodni.

Czasu od dnia 12 b. m. użył natomiast podobno Osman basza na tem silniejsze obwarowanie wszystkich pozycyj swoich.

## Teatr wojny.

Minęły cztery miesiące od dnia przejścia Dunaju przez Rosyan, a obecnie nie mają w ręku nawet téj przestrzeni, jaką wojska ich zaraz w pierwszym tygodniu opanowały. Wtenczas zdawało się, że mają wszelką swobodę działania na wszystkie strony, sądzili nawet, że mają do tego wystarczające siły, a dziś, obsaczeni w tym samym kawałku ziemi, jednego kroku naprzód, ani w bok postąpić nie mogą, chociaż im przez ten czas więcéj niż 120,000 posiłków nadeszło. Przyczyną téj niemocy tłómaczy nam ujemny rezultat, jaki dotąd Rosyanie osiągnęli — kolosalność

okolicę aż do Foki.

Dubrownik 26 września. (*Pol. Corr.*) Czarnogórcy spalili podobno Bilek i wszystkie wioski okoliczne. Dwa tysiące Czarnogórców zjawiło się po wschodniej stronie Trebinii i wezwało ją do poddania się w 24 godzinach. W Trebinii ogłoszono stan wojenny.

Konstantynopol 20 września. (*Pol. Corr.*) Wszyscy tu dobrej myśli i spodziewają się pomyślnego rezultatu tegoroznej kampanii.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 28 września. Z dniem jutrzejszym rozpoczyna się w mieście naszem dwutygodniowy jarmark świętomichalski.

— Na pogorzelców Wieliczki nadesłał nam X. W. Solak z Lubnia przy Myślenicach 10 złr., jako składkę od siebie i od miejscowych parafian.

Dziś odsyłamy do Wieliczki na ręce starosty p. L. Płazińskiego drugi wykaz składek nadesłanych do nas, a wynoszący po dzień dzisiejszy 435 złr. 52 c.

— Minister, Dr. Ziemiałkowski przejechał dziś rano przez Kraków ze Lwowa do Wiednia.

— Jutro rozpoczynają się przedstawienia w zimowym teatrze pięcioaktową komedyą wierszem Fredry z drugiej seryi pośmiertnych jego dzieł: *Wychowanka.*

— Dnia 1 grudnia r. b. otwarty zostanie w Krakowie kurs nauk dla aspirantów na oficerów obrony krajowej. Nauka odbywać się będzie w godzinach wieczornych od 7—9 bezpłatnie. Osoby czy to cywilne, czy należące do obrony krajowej, które mają zamiar korzystać z tego kursu naukowego muszą się do 20 października r. b. zgłosić do komendy tutejszego batalionu obrony krajowej.

— Onegdaj w południe prószył pierwszy śnieg we Lwowie. W górach czeskich, w Alpach styryjskich i Korutańskich już od dni kilku śnieg leży, a pod Villaczem, po kilkudniowym deszczu oziębiło się mocno i zerwała się zamieć śnieżna, w ciągu której biły pioruny przez kilka godzin.

— P. Oswald **Bartmański**, wiceprezydent Na-

spełnił, co mu polecono, dał dwa razy ogień z rewolweru do Vogla, raz go chybił a drugi raz ugodziwszy go w biodro, zawlókł go w krzaki i tam zostawił, a wróciwszy do miasta, odwiedził znajomego sobie woźnicę Kusche i opowiedział mu co zrobił. Gdy ten wypytywał go o szczegóły, Gerstmann pokazał mu rzecz praktycznie, bo strzelił do niego i trafił w same piersi. Nazajutrz zapytany sądownie, tłumaczył się, że był pijanym i nic nie wie. Krawiec, który chciał zginąć z ręki Gerstmanna, jest tylko lekko raniony, a woźnica niebezpiecznie.

— *Politik* zamieszcza list oficera armii dunajskiej, w którym się tenże uskarża na drożyznę panującą w obozach rosyjskich. I tak funt cukru kosztuje rubla 75 kopiejek, $^{1}/_{4}$ funta herbaty 2 ruble, bochenek chleba 50 kopiejek, bułka 20 kopiejek, butelka zwykłego wina czerwonego 3 ruble, butelka piwa 1 rubla 50 kopiejek i t. d. Drożyzna choć może mniej wogólności wygórowana, panuje z powodu napływu i ciągłego przejazdu dostojników rosyjskich, także w Rumunii, gdzie butelka szampana, krakowskiej fabryki Hoffa, płaconą jest po 6 rubli.

— Lord Russel, admirał floty angielskiej, wydał niedawno wielki bankiet dla oficerów marynarki, który odznaczał się następującą ekscentrycznością: w ogrodzie pałacowym wykopano sadzawkę, wyłożoną płytami marmurowemi. Do tej sadzawki wlano 600 butelek koniaku, tyleż rumu i 1200 butelek malagi; wrzucono nadto 600 funtów cukru i 200 sztuk gałek muszkatołowych. Obok kipiało w kotle 40 beczek wody, do której wrzucono 2000 cytryn. Po sadzawce krążył w małej złoconej łódce karzełek, który czerpał do kubków i podawał otaczającym sadzawkę gościom trunek, po którym pływał. Szkoda, że nie podano przytem wiadomości, ile mianowicie osób osuszyło w ten sposób sadzawkę i czy prędko łódka usiadła na mieliźnie?

**Wiadomości policyjne:** Od osoby podejrzanej, żony kucharza, odebrano pierścień złoty z herbem, gdy go sprzedać chciała. Straż policyjna przytrzymała: Józefa Sienkowskiego za pobicie; Abrahama Goldberga, chłopca, za strzelanie z pistoletu na Stradomiu; Zuzannę Michel, za kradzież kaftana.

**TEATR.** W sobotę dnia 29go września: Po

dy sobie powiem, że w chwili gdy Moskwa ków, wszelako proboszcza unickiego zwykle ogólna cyfra naszych strat będzie się równa [illegible] drogę do najbliższego portu, czyny te,

## Stan obecny kongresowej Polski.

*(Z Lubelskiego.)*

Byłem we Lwowie, widziałem waszą wystawę, poznałem wielu ludzi z różnych sfer, rozmawiałem z wieloma i o wszystkiem. Od czasu do czasu bywam w Galicji, a każdym razem patrzę ciekawem okiem na rozwój tej bratniej nam prowincji. Wybaczcie kochani Galicjanie, że nazywam kraj wasz prowincją, lecz to rządy obce, a wiek już przeszło trwające, uczyniły, że części jednego dawniej kraju, jednego narodu stały się dziś dla siebie prowincjami. A znacie wy całą doniosłość tego wyrazu „prowincjonalizm“? Nie rzucam wam go w oczy, gdyż i my Koroniarze, jak nas nazywacie, nie jesteśmy bez winy, a jeśli mam już być szczerym zupełnie, to może i więcej uprzedzeń ma Korona względem Galicyi. Jaka przyczyna tego? To, że się za mało znamy. My Koroniarze rzadko bywamy w Galicji, najczęściej w przejeździe do wód, gazet waszych nie czytujemy, o waszem życiu, o waszej pracy mniej mamy wiadomości jak o tem, co się dzieje w Hiszpanii; a wy, którym przecież wolno wszystko czytać i jeździć, gdzie się podoba, czy jesteście dokładnie obznajomieni z tem, co się u nas dzieje? Rozmawiając z wieloma we Lwowie, przekonałem się, że stosunki Królestwa mało są znane Galicji, a jednak ukształtowały się one w zupełnie odmienny sposób w ostatnich dziesięciu latach u nas, jak w konstytucyjnej Galicji. Jeśli was to interesuje, pozwólcie, że zrobię pobieżny szkic dzisiejszego stanu rzeczy w Królestwie, tak pod względem politycznym, jak umysłowym i ekonomicznym. Jeśli nasunie mi się mimowolnie jakie porównanie, które wypadnie na waszą niekorzyść, to wybaczcie, bo piszę *sine ira*, a będę się starał odrzucić wszelkie uprzedzenia.

Wiecie już, że od czasu ostatniego powstania rząd nasz chwycił się systemu russyfikowania *a tout prix* Królestwa. Działalność ta najenergiczniejszą była w ostatnich kilku latach. Wprowadzenie już od 1864 roku języka moskiewskiego w urzędach, a następnie w szkołach i obsadzenie wyższych posad urzędowych ludźmi obcymi z głębi Moskwy, mały wpływ początkowo wywarło, gdyż na razie nie miano ani profesorów, ani urzędników do zastąpienia dawnych, tak, że i w szkołach i w administracji pozostali ludzie dawni, Polacy, którzy zmuszeni byli przyuczać się po moskiewsku, ale działo się to nibyto dla oka. Sądownictwo i złączona z niem hypoteka pozostały jak dawniej polskie, manipulowano po polsku, adwokat bronił sprawy w języku polskim, rejent pisał akt po polsku. Przed trzema jeszcze laty, gdyś przyjechał do którego gubernialnego miasta, to mogłeś się zupełnie obejść bez znajomości moskiewskiego języka, a mieć interesa w gubernium i powiecie, izbie skarbowej lub w sądzie. Na ulicy lub w restauracji nie zdarzyło ci się słyszeć języka moskiewskiego, chyba z ust oficerów konsystującego garnizonu. Obce żywioły trzymały się na uboczu.

Od czasu, gdy Moskwa powzięła zamiar wystąpienia czynnie jako przedstawicielka słowiańsko-moskiewskiej polityki, chciała widocznie przygotować sobie odpowiedni teren w Królestwie i wtedy to zaczęła nam odbierać resztę tego co zostało polskiem. Zaczęły się zmiany urzędników Polaków na Moskali w administracji i skarbowości, wtedy to rozpoczęły się krwawe dzieje z uniatami w Chełmskiem i Siedleckiem. W Lublinie mianowano dyrektorem gimnazjum Siengalewicza, waszego Galicjanina a silnego russyfikatora, który przestrzegał, by młodzież nietylko w szkole, ale i po domach mówiła tylko po moskiewsku, a za mówienie po polsku wydalano w tej chwili ze szkoły. Drugi russyfikator, proboszcz lubelski, dawniej unita, dziś prawosławny Kolankowski, także Galicjanin, wynajdywał metryki do trzeciego pokolenia i gdy kto był chrzczonym w unickiej cerkwi, co się dawniej dość często zdarzało, czynił go prawosławnym.

Ludzie niezależni zdołali wywinąć się z tego jako tako, lecz cóż pozostawało biednym urzędnikom? W małżeństwach mieszanych dzieci chrzczono bezwarunkowo na prawosławie. Obawiając się wpływu duchowieństwa łacińskiego, wydano ostre dla nich policyjne przepisy i nałożono, że tak powiem, areszt domowy na wszystkich księży. Proboszcz nieśmie się wydalić ze swej parafii bez paszportu naczelnika powiatu, nie wolno mu jechać na odpust do sąsiedniej, ani na pogrzeb w cudzej parafii, inaczej 25 rubli lub więcej kontrybucji. Co więcej, biskupowi nie wolno wydalać się z miasta, i gdy biskup lubelski dla zdrowia wyjeżdżał na spacer za rogatki miasta, wzbroniono mu tej małej przyjemności.

Obawa, aby prawosławie nieutraciło ani jednej duszy, jest doprawdy czasami śmieszną, i tak wydano rozporządzenie pociągające do odpowiedzialności księdza, któryby spowiadał prawosławnego, lub gdyby prawosławny był obecny na nabożeństwie. Włożono więc na księży obowiązki policjantów.

Została nam była jedna jeszcze instytucja z dawnych czasów, czysto polska, to jest sądownictwo. Prawo u nas obowiązujące od dawna było francuskie, a procedura, amalgamat z pruskiej, austrjackiej i miejscowych rozporządzeń, jakkolwiek wiele miała błędnego, lecz przez czas się utarła, przeszła w życie narodu, i dobrze nam z tem było. Sądy gminne, złożone z wójta i ławników obieralnych, zaczęły się powoli emancypować z pod wpływu naczelników powiatu; w wielu miejscach już gminy wybierały na wójtów właścicieli większych, wymiar sprawiedliwości był w sądach gminnych szybki, nieobciążony formalnościami. Sąd gminny miał równocześnie egzekutywę i policję, co w stosunkach wiejskich było bardzo praktyczne. Jednem słowem instytucja ta rozwijała się i doprowadzała do pomyślnych rezultatów.

Z dniem 1. lipca 1876 r. wprowadzono nam organizację sądową moskiewską z roku 1864. Ustawa ta, jak wszystkie ustawy moskiewskie z lat ostatnich, na pozór i w teorji bardzo postępowa i liberalna, lecz w zastosowaniu, a szczególniej do nas, zupełnie inaczej się przedstawia. Przedewszystkiem wprowadzono w sądownictwie bezwarunkowo język moskiewski tak, że do znoszenia się ze stronami nieznającemi tego języka porozumiewać się trzeba przez tłumacza. (C. d. n.)

razy gorszą aniżeli w chwili, gdy pierwszy raz zajęli dokoła niej stanowiska, domyślają się, że na przyszłość będzie jeszcze gorzej niż dotąd, tracą ducha, nadzieję zwycięztwa i chcieliby co prędzej i jak najtańszym kosztem wycofać się z sojuszu. Używają więc do tego najrozmaitszych pretekstów. To Turcy z pod Silistrji przeprawiają się na lewy brzeg Dunaju, więc Rumuni muszą wrócić, aby bronić swego terytorjum; to Szeklerzy najazd gotują, więc trzeba wzmocnić załogi w Małej Wołoszczyźnie. Dotąd jednak preteksta te nie zostały uwzględnione i Moskale ani słyszeć nie chcą o ustąpieniu Rumunów z pod Plewny. Co jednak z tego w przyszłości się wywiąże, tego dzisiaj jeszcze przewidzieć niepodobna.

---

### Azjatycki teatr wojny.

W otrzymanym dzisiaj numerze *Daily News* znajdujemy następujące depesze z armeńskiego teatru wojny:

„*Karajal* 9. października. Muktar basza, straciwszy w ostatniej bitwie 8000 ludzi, cofnął się w ciągu ubiegłej nocy z pozycji na Kizil-Tepe i w okolicy Subotanu, i zajął szczyty Aladży-Daghu. Moskale ścigali go aż do Ifle-Noj, gdzie się nanowo rozpoczął krwawy bój; Turcy z wielkiemi stratami byli odrzuceni, a Moskale zajęli ich pozycje. Oczekują nowej bitwy.

*Karajal* 10. października. Moskale wrócili na swe dawne pozycje z powodu, że powietrze bardzo niesprzyja. Dalsze operacje odłożono. Straty moskiewskie dochodzą do 3.300 ludzi.“

Więc Moskale oczekując nowej bitwy, przekonali się w ciągu nocy z 9. na 10. października, że powietrze w okolicy Ifle-Noj

**Szipka** d. 9. października. Moskiewski dezerter, który wczoraj wieczór przekroczył linię moskiewską i przyszedł do obozu tureckiego, w czarnych barwach maluje stan Moskwy w forcie św. Mikołaja i w innych punktach Szipki. Opowiada on, że racje żołnierskie stanowi kawałek chleba, nieco ryżu i bobu, czasami kawałeczek mięsa i kieliszek wódki. Stan zdrowia jest najgorszy, duch armji upadł zupełnie. Pomimo zimna i słoty Turcy mają zamiar wykonać kilka ważnych ruchów. *(Daily Telegraph.)*

**Kraków** dnia 12. października. W szpitalach królestwa Polskiego znajduje się następująca liczba rannych: w Warszawie 10.000, w Lublinie 3.000, w Częstochowie 2.500; w Piotrkowie 2.500. Lekko ranni będą odsyłani do szpitalów w mniejszych miasteczkach. Rannym zabroniono mówić o stanie moskiewskich wojsk na teatrze wojny.

**Peszt** dnia 11. października. *Lloyd* podaje, że dotąd ostateczny wypadek pożyczki niewiadomy, lecz tyle jest pewnem, że 80 milionów niezostały w całości podpisane, i że dlatego redukcja nie nastąpi.

Główna kwatera **Kadykiej** 10. października. Korespondenci dzienników byli od Sulejmana baszy najuprzejmiej przyjęci. Wojska wzdłuż całej linii Łomu powykopywały sobie w ziemi mieszkania. Nieustające deszcze, a na górach śniegi. Drogi bezdenne. Wszelkie operacje uniemożliwione, stąd też spokój na całej linii. Stan zdrowia u wojska najpomyślniejszy.

**Peszt** dnia 12. października. W sprawie awantury szeklerskiej, nadchodzą osobliwsze doniesienia. Główną pobudką miały być nieczyste zyski, a głównymi działaczami: Anglicy dający pieniądze, i Węgrzy biorący pieniądze a bronili go Engerth, Haerdtl i Winterstein. Minister handlu pozostawił Izbie swobodną decyzję. *(G. Lw.)*

**Wiedeń** d. 14. października. (Pryw.) Grono wiernokonstytucyjnych deputowanych zamierza urządzić bankiet na cześć Crispiego.

Budapeszteńskie dzienniki zaprzeczają stanowczo wiadomości o wkroczeniu partyzantów węgierskich do Rumunii.

*N. Fr. Presse* trwa w zdaniu, że medjacja pokojowa jest w toku. Ten sam dziennik wykazuje nieudolność floty tureckiej, która nie oddała armii tureckiej spodziewanych usług.

Mehemet Ali basza ma, jak tutaj mówią, przybyć do Wiednia w specjalnej misji.

---

## Telegramy „Gazety Narodowej.“

**Wiedeń** dnia 13. października. *Politische Correspondenz* dowiaduje się z Budapesztu, iż podług telegrafem od dotyczących władz węgierskich zasięgniętych relacyj, na siedmiogrodzko-rumuńskiej granicy nic nie wiadomo o rzekomem wtargnięciu uzbrojonych ochotników w terytorjum rumuńskie.

Gdy niepodobna, ażeby dobrze w rumuńskich doniesieniach policzonych 1500 uzbrojonych napastników mogło niepostrzeżenie przekroczyć granicę, więc byłoby arcy ciekawą rzeczą, dowiedzieć się, jakiemi to motywami kierowano się w Bukareszcie, rozsyłając


W teatrze hr. Skarbka

W Niedzielę dnia 14. Października 1877.

PRZEDSTAWIENIE POPOŁUDNIOWE.

O godzinie 4tej popołudniu.

**DJABEŁ UKRYTY**

Komedja w 1 akcie.

Zakończy:

**Mąż za drzwiami**

Operetka komiczna w 1 akcie J. Offenbacha.

---

PRZEDSTAWIENIE WIECZORNE.

Po raz trzeci:

**DORA**

Dramat w 5 aktach z francuzkiego Wiktora Sardou.

---

W Poniedziałek dnia 15. Października 1877.

Po raz pierwszy:

**Wychowanka**

Komedja w 5 aktach wierszem Aleksandra hr. Fredry (ojca.)


---


Wydawcy i właściciele: J. Dobrzański i K. Groman. Odpowiedzialny redator Jan Dobrzański. „Gazety Narodowej“ pod zarządem A. Skerla.

## Część literacko-artystyczna.

# RODOWÓD ROSYJSKIEGO NIHILIZMU.

(Dalszy ciąg).

Jeszcze atoli za Aleksandra I, gdy Papież Pius VII pod d. 13 września 1821 roku na nowo klątwami kościelnemi obłożył massonię, w Rosyi pod dniem 12 sierpnia 1822 r. wyszedł ukaz cesarski zamykający bezwarunkowo wszystkie loże massońskie. Sale opustoszały, członkowie jednak massonii potrafili sobie radzić, zbierając się tajemnie.

Hasłem massonii rosyjskiej był okrzyk: swoboda, precz z niewolą, precz z carem. Co do pojęć religijnych, w pośród massonii nie było ich całkiem, jak zwyczajna, przecież między rządową wiarą rosyjską, przestrzegającą obrzędowości, a massońskiem towarzystwem tajnem, stał silny zastęp stanu kupieckiego, który prawie wszędzie, szczególniej w Moskwie, należał do starobriadców, czyli starowierców i w prawdy chrześciańskie wierzył. Stan chłopski, podzielony na rozmaite sekty, w wielu miejscach kazionnej, to jest rządowej oddany wierze, stał takoż przy prawdach chrześciańskich. Wszystko to jednak było ciemne, może w istocie z wiarą, ale bez żadnej nauki wiary.

Po uspokojeniu spisku dekabrystów, cesarz Mikołaj żelazną ręką zaciężył nad wszystkiemi towarzystwami tajnemi w Rosyi. Doświadczył, że jest źle poniekąd z jego rządem, że go spiski znurtować usiłują, postanowił temu zapobiedz. Sam nie miał żadnej wiary w duszy, chociaż ją okazywał na zewnątrz z wielką ścisłością. Żegnał się przed ikonami, bywał w cerkwiach, wystawał długo na nabożeństwach, archirejów całował w ręce. Ale też za to nie pozwalał im na najmniejszą samodzielność. Ober-prokurator Najświętszego Synodu zdawał mu raporta w najdrobniejszych szczegółach o rzeczach dotyczących religii i duchowieństwa, li tylko dla tego, aby Cesarz rządził sam i zapobiegał przez religię i duchowieństwo tak zwanemu przez siebie wolnodumstwu, które na początku panowania chciało go wywrócić. Cesarz Mikołaj w jedną rzecz wierzył, to jest w siebie, w urok swojej osoby, w potęgę własnego ducha, jakiej skutków szczęśliwych w najkrytyczniejszej doznał chwili. Wiadomo bowiem, że gdy 14 grudnia 1825 r. co tylko artylerya spiskowych w gruzy miała obrócić zimowy pałac cesarski, gruzami pogrześć całą dynastyę, Mikołaj ukazaniem się na balkonie i grzmiącym okrzykiem: „na kolana nikczemni!“ potem „na prawo marsz!“ upokorzył zbuntowanych i grożące niebezpieczeństwo zażegnał. Mikołaj wierzył odtąd w potęgę własnej osobistości. Siła i odwaga były jego dogmatem. Siłą i odwagą postanowił rządzić. Brakowało mu jednej rzeczy, przenikania myśli ludzkich. I to postanowił sobie ułatwić. W prawosławiu była spowiedź uszna, zatrzymana u Greków od VIII wieku, pomimo zerwania z Rzymem i całej nienawiści do Kościoła katolickiego. Spowiedź tak samo u Greków, jak w Kościele katolickim była zawarunkowaną bezwzględnym sekretem. Mikołaj zażądał od najświętszego Synodu petersburgskiego, aby sekret spowiedzi nie obowiązywał kapłana na wypadek grzechu spiskowania przeciwko władzy cesarskiej, oraz, żeby do księgi umyślnie na to sporządzonej zapisywane były nazwiska osób, któreby rozgrzeszenia nie dostały. W razie wyznania w przedmiocie spisku, kapłan spowiadający miał natychmiast rządowi donieść imie, nazwisko i miejsce zamieszkania penitenta.

Obie powyższe wymagalności ze strony Mikołaja były podeptaniem Sakramentu pokuty. Nie zgadzały się bowiem ani z prawem natury, ani z najdawniejszemi przepisami wszystkich wyznań chrześciańskich, które na Wschodzie spowiedź za dogmat wiary uważały. Synod petersburski stawił opór żądaniom pułkownika Protasowa, owego ober-prokurora, gdy tenże rozkaz cesarza Mikołaja objawił. Ober-prokuror pogroził gniewem cesarskim, członkowie Synodu odpowiedzieli według Ewangielii, że im włos z głowy nie spadnie bez woli pana Boga. Mikołaj zawołał przed siebie synodalnych członków i całą potęgą głosu wykrzyknął te słowa: powiadacie, że Ewangielia mówi, iż włos z głowy waszej nie spadnie bez woli bożej, a ja powiadam wam, że gdy będę chciał, ani jeden włos nie tylko na waszych głowach ale i na brodach nie zostanie. Jak rozkazałem tak być musi. Przelękniony Synod wrócił na obrady i natychmiast wydał polecenie do wszystkich arcybiskupów, archirejów i całego duchowieństwa, żeby spowiednik natychmiast uwiadomił rząd ilekroć na spowiedziach cokolwiek o spiskach zasłyszy, z wymienieniem spowiadającej się osóby. Prócz tego nakazał Synod zapisywać do ksiąg imiona osób nie otrzymujących rozgrzeszenia.

Nikt z duchowieństwa prawosławnego nie zaniósł protestu przeciwko tak stanowczemu pogwałceniu Sakramentu pokuty i świętej tajemnicy spowiedzi.

Gdy się Mikołajowi tak powiodło w tej mierze z prawosławiem, osądził, że byle tylko zdołał katolików rzymskich przegnać na prawosławie oraz protestantów w nadbaltyckich prowincyach, a skrzętnie bronił wpływu francuskiego wolnodumstwa na Rosyą, władzę carską osadzi na podstawach granitowych, jakich żadna siła nie poderwie. Bo w najważniejszym dla rządu odcieniu, prawosławie klucz do myśli człowieka Mikołajowi oddało.

Wydał też Mikołaj rozkaz najsurowszy, aby każdy jego poddany, wieśniak, mieszczanin, rzemieślnik, student, urzędnik, żołnierz, oficer, jenerał, również jak kobiety na wielkanoc z urzędu spowiedź odbywali. Wyjątku nie było żadnego. Duchowni mieli tego najściślej pilnować, o każdym niespowiadającym się donieść. Kwalifikacyą nieodzowną studenta, urzędnika, oficera, było świadectwo, że spowiedź odbywa.

Sam też cesarz z całą familią powinności tej dopełniał, a wszystkie gazety państwa donosząc o tem przed Wielkanocą, wyrażały się, że monarcha z familiią raczył przystępować do najświętszych tajemnic. Tak kazały pisać władze urzędujące, pochlebiając cesarzowi, stawiając go na jakiejś niedojrzanej wysokości, że raczył obowiązek względem Boga wypełnić. Wyrazem tym władze rządowe w umysłach ciemnych chciały podnosić znaczenie cesarza, nie wiedząc ile szkody wyrządzają jego powadze w obliczu ludzi myślących. Nie jeden też, ale tysiące i całe sta tysięcy Rosyan oburzały się na: wyrazów „raczył“, i nabierały coraz większego wstrętu do tej władzy carskiej, która zaszczyt niby robiła Bogu, łącząc się z Nim w Sakramencie. Pycha to ma do siebie, że bodaj łączyła się z najrzetelniejszą zasługą, z najwyższem znaczeniem, wszystkiemu co czyni odbiera wartość, zużywając przeciwko sobie oddziałanie, dążące do tego, żeby ją upokorzyć, bodaj zdeptać, zadeptać.

Mikołaj miał w nienawiści Kościół katolicki, dla tego, że widział w Nim współzawodnika swej władzy.

Umysł wyniosły nie umie znosić nie tylko żadnej wyższości nad sobą, żadnego panowania, ale nawet nic sobie równego. Takim umysłem wyniosłym był Mikołaj. Chciał on panować u siebie sam, nie ulegać nikomu. Taką była z urodzenia jego natura. Sądził, że w obliczu narodu ubliżałoby jego powadze, być zawisłym od kogokolwiek, choćby w najmniejszej rzeczy.

Tymczasem, nic tak nie utwierdza powagi monarchy, jak okazywana zależność od wyższego prawa, które przedstawia wiara, Kościół, papież. Nigdy powaga cesarzów i królów nie była więcej szanowaną i czczoną, jak w wiekach średnich, gdy się zależną czyniła od głowy Kościoła. Brak jej malał od wieku XVI począwszy, gdy nie tylko protestantscy książęta ale i monarchowie katoliccy z pod duchownej powagi wyzwalać się zaczęli. Uczynił tak Henryk VIII i Elżbieta w Anglii; spadła też nie zadługo pod toporem katowskim głowa Karola I. Ludwik XIV ogłosić kazał doklaracyę kleru gallikańskiego z 1689 roku, przypłacił to wczas jakiś Ludwik XVI na gilotynie. W ogóle wszelka władza świecka panująca, coraz maleć będzie w powadze, jeżeli na nią nie pada opiekuńczy promień ze strony wiary, za jej synowską uległość powadze niebieskiem otoczonej znaczeniem. Co ludzkie, ludzie łatwo wywrócą, czcić tego nie umieją, nie chcą, ale umieją i chętnie szanują to, co samo nie bóstwi siebie, lecz schyla głowę przed prawem wyższem, przed powagą z nieba. Posłuszeństwo takiemu prawu i uległość takiej powadze, zapewnia władzy rządzącej posłuszeństwo, uległość i cześć ze strony poddanych.

Mikołaj cesarz pysznił się z tego, że go słuchała Rosya cała, Europa nawet, a jednak był to monarcha najokropniej nienawidzony w Europie, a w Rosyi czciła go wprawdzie gawiedź ciemna, lecz wśród tej gawiedzi tu i owdzie brzydzono się jego pychą. Liczba takich rosła w cichości. Wyzywał to Mikołaj pychą swoją, przez którą się stawiał na równi z Bogiem. Gdy wybudował zaszczyt niby robiła Bogu, łącząc się z Nim w Sakramencie. Pycha to ma do siebie, że bodaj łączyła się z najrzetelniejszą zasługą, z najwyższem znaczeniem, wszystkiemu co czyni odbiera wartość, zużywając przeciwko sobie oddziałanie, dążące do tego, żeby ją upokorzyć, bodaj zdeptać, zadeptać.

Mikołaj miał w nienawiści Kościół katolicki, dla tego, że widział w Nim współzawodnika swej władzy.

Umysł wyniosły nie umie znosić nie tylko żadnej wyższości nad sobą, żadnego panowania, ale nawet nic sobie równego. Takim umysłem wyniosłym był Mikołaj. Chciał on panować u siebie sam, nie ulegać nikomu. Taką była z urodzenia jego natura. Sądził, że w obliczu narodu ubliżałoby jego powadze, być zawisłym od kogokolwiek, choćby w najmniejszej rzeczy.

Tymczasem, nic tak nie utwierdza powagi monarchy, jak okazywana zależność od wyższego prawa, które przedstawia wiara, Kościół, papież. Nigdy powaga cesarzów i królów nie była więcej szanowaną i czczoną, jak w wiekach średnich, gdy się zależną czyniła od głowy Kościoła. Brak jej malał od wieku XVI począwszy, gdy nie tylko protestantscy książęta ale i monarchowie katoliccy z pod duchownej powagi wyzwalać się zaczęli. Uczynił tak Henryk VIII i Elżbieta w Anglii; spadła też nie zadługo pod toporem katowskim głowa Karola I. Ludwik XIV ogłosić kazał doklaracyę kleru gallikańskiego z 1689 roku, przypłacił to wczas jakiś Ludwik XVI na gilotynie. W ogóle wszelka władza świecka panująca, coraz maleć będzie w powadze, jeżeli na nią nie pada opiekuńczy promień ze strony wiary, za jej synowską uległość powadze niebieskiem otoczonej znaczeniem. Co ludzkie, ludzie łatwo wywrócą, czcić tego nie umieją, nie chcą, ale umieją i chętnie szanują to, co samo nie bóstwi siebie, lecz schyla głowę przed prawem wyższem, przed powagą z nieba. Posłuszeństwo takiemu prawu i uległość takiej powadze, zapewnia władzy rządzącej posłuszeństwo, uległość i cześć ze strony poddanych.

Mikołaj cesarz pysznił się z tego, że go słuchała Rosya cała, Europa nawet, a jednak był to monarcha najokropniej nienawidzony w Europie, a w Rosyi czciła go wprawdzie gawiedź ciemna, lecz wśród tej gawiedzi tu i owdzie brzydzono się jego pychą. Liczba takich rosła w cichości. Wyzywał to Mikołaj pychą swoją, przez którą się stawiał na równi z Bogiem. Gdy wybudował zdumiewający ogromem Sobór Izaaka, to jest główną cerkiew w stolicy na Newą, na frontonie wielkiemi złotemi literami kazał wypisać słowa pisma Śgo: *W sile twojeja wozweselitsia Car* (w mocy twojej rozweseli się Car). Takie stósowanie do caratu słów Bożych było skandalem wywołującym uśmiech, oburzenie.

Okropne prześladowanie, jakie Mikołaj rozwinął przeciwko nieszczęśliwym Unitom, było ciosem i dla władzy monarchicznej w Rosyi i dla wiary prawosławnej. Nikt nie śmiał przeciwko temu podnieść głosu, bo za to czekał Sybir, męczarnie, jednak tysiące całe pojmowały nikczemność onej tyranii, tysiące patrząc, że wykonawcami niesłychanych gwałtów byli duchowni prawosławni, nie mogąc tego pogodzić z wiarą, z ewangelią, z prawdą i sprawiedliwością, największem oburzeniem kipiały wewnątrz i na władzę carską i na duchowieństwo i na prawosławie. Fałszywe objaśnienia po gazetach niemogły znaleść wiary, bo już żołnierze, którzy z rozkazu rządu do Unitów strzelali, już urzędnicy przenoszeni z posad na posady, już wreszcie całe setki duchownych unickich rozproszonych po głębokiej Rosyi, wszystko to zadawało kłam urzędowym obwieszczeniom. Milczeli wszyscy, bo Car, był to Jowisz miotający gromami, ale serca poczciwe, których i w Rosyi nie brak, myślały, co myśleć należało, czuły, co się czuć musiało. A myśli te i uczucia, był to materyał do wybuchu, kiedyś w przyszłości. Że takie myśli i uczucia istniały w duszach, dość będzie zacytować, że przepędzenie Unii na schizmę opisał rosyjski Radca stanu, kawaler orderów, wtajemniczony w całą tę nieszczęsna sprawę i wydał swoje dzieło z dowodami urzędowemi w Paryżu, pod tytułem: *persécutions et saufftrances de l'Eglice catholique en Russie*, 1842. Zapomniano o Unitach, lecz wrażenie obdzierające tron panujący i wiarę prawosławną z uroku, zostało głęboko wyżłobione w duszach.

Mikołaja ideałem byli Niemcy protestanci, jako poddani, jako ludzie, dlatego, że lubili pokój, że mu wierni byli, że żadnych nigdy nie knuli spisków.

Dlatego Mikołaj otaczał się Niemcami, im najwyższe oddawał urzędy, Niemcami obsadzał katedry na Uniwersytetach. I w tem był najdonioślejszy błąd tego monarchy.

Mikołaj nienawidził Francuzów jako wolnodumców. Ależ właśnie protestantyzm niemiecki z zasady religijnej był prawie bezwzględną swobodą myślenia. Mikołaj tego nie widział, może całkiem o tem nie wiedział.

Nienawidził katolików, bo mu oni ciałem i duszą posłusznymi być niemogli. Dlatego najwyższe uczelnie państwa powierzał Niemcom, ale tylko protestantom, broń Boże katolikom.

*(Dalszy ciąg nastąpi).*

wagi tym z pomiędzy [illegible] rozwoju naszego narodu najwięcej zidentyfikowały się z ideą narodową, my kornie schylamy czoła przed ułudną potęgą ducha czasu, jakbyśmy na zawsze mieli pozostać igraszką złudzeń; nie staramy się wysnuć ze siebie żadnej nowej idei, ale stajemy pod cudzoziemskim sztandarem demokracyi i bezwyznaniowości.

Na pozór mogłoby się zdawać, że przechylenie się do tego lub owego kierunku panującego za granicami naszego kraju, wyrodzić tylko może pewien platoniczny stosunek, który ani szkody, ani korzyści nie powinienby przynieść naszym wewnętrznym pracom. Ale niestety, tak nie jest.

Dopóty, dopóki ciąży nad nami centralizm rosyjski, wszystko niwelujący, wszystko zarówno gniotący, szkodliwe kierunki polityczne, zarówno jak i zbawienne zanadto są w pętach trzymane, żeby skutki ich istnienia od razu mogły zacząć działać, ale z chwilą, gdy osłabnie siła centralizmu, gdy społeczeństwo rosyjskie w inny do swego państwa wejdzie stosunek, z tą chwilą i my również wobec państwa rosyjskiego zająć będziemy musieli stanowisko. Nie chcę stawiać hypotezy co do natury tego stanowiska, pewnem atoli mnie się wydaje to jedynie, że wtedy natura dotychczasowego naszego stosunku do Rosyi, kardynalnej uledz będzie musiała zmianie. Dziś znamy tylko państwo i z państwem tylko liczyć się musimy; w niedalekiej przyszłości wejdzie do gry inny, kto wie, czy nie potężniejszy czynnik, t. j. społeczeństwo rosyjskie.

Przy zetknięciu się dwóch społeczeństw następuje ten sam fakt, co przy zetknięciu się dwóch jednostek; potężniejsza duchem góruje nad słabszą. Nastaje więc podług nas chwila, w której powinniśmy zdać sobie sprawę, i to bardzo dokładnie z dwóch faktów, a mianowicie: z jakiemi duchowemi pierwiastkami i o jakiej sile wystąpi na widownią polityczną świata społeczeństwo rosyjskie; powtóre, jaka suma jest sił moralnych naszego społeczeństwa, aby nie wpaść pod hegemonią obcego nam moralnego kierunku i utrzymać przynajmniej taką niepodległość ducha, którąby pozwoliła naszemu narodowi rozwijać się samodzielnie.

Byłoby to bezpłodną zarozumiałością, chcieć w kilku wyrazach określić przypuszczalną rolę, jaka w przyszłości społeczeństwo rosyjskie w państwie tem odegra. Nie stawiając więc żadnej hipotezy, pozwalamy sobie zrobić przypuszczenie, oparte na obserwacyi dotychczasowych niektórych objawów, że nastanie epoka gwałtownej, chociaż może na gruncie legalnym, walki państwa z społeczeństwem. Z jednej strony państwo uosobione w cezaryzmie walczyć będzie o każdy atom swobód; z drugiej społeczeństwo wykarmione na ultra-demokratycznej i antireligijnej cudzoziemskiej literaturze (którą pochłania w niezliczonej liczbie przekładów), wystąpi od razu z tak [illegible] w sprawie traktatu celno-h[illegible] dlowego z Niemcami. Poruszył tę sprawę w klubie dep. Dr Magg i proponował wystosowanie do rządu następującéj interpelacyi: Jak daleko postąpiły już układy z Niemcami o traktat celno-handlowy? Kiedy spodziewać się można — sądząc ze stanu tych rokowań — że rząd przedłoży taryfę? Co rząd zrobił na wypadek, jeśli konstytucyjne traktowanie téj taryfy i w związku z nią będących ustaw ugodowych nie będzie skończone przed 31 grudnia r. b?

Pomimo, iż zapowiedzianem było, że klub wniesie tę interpelacyę na ostatniem posiedzeniu Izby, zapowiedź ta niespełniła się, a wyjaśnienie tego znajdujemy w dziennikach wiedeńskich. Mianowicie podnoszono w klubie zasadnicze zarzuty przeciw interpelacyi, lecz utrzymało się zdanie za jéj wniesieniem, a Dr Magg zebrał więcéj niż 30 podpisów. Tymczasem już podczas posiedzenia Izby wielu deputowanych, a szczególniéj p. Skene wpłynąć mieli na dep. Magga, aby zaniechał wniesienia interpelacyi, chociaż klub postępowy zgodził się na nią. W kołach deputowanych utrzymuje się zmienianie, że interpelacya ta wcale nie będzie wniesioną.

— Wydział ugodowy Izby wyższéj odbył wczoraj posiedzenie i naradzał się nad formalnem traktowaniem przedłożeń ugodowych w łonie wydziału. Naprzód poruszono pytanie, czy dla poszczególnych projektów mają być wybrane podkomitety, czy też pojedynczy referenci. Po krótkiej dyskusyi zgodzono się jednomyślnie na wybór referentów i zaraz do niego przystąpiono. Ustawę o podatku od wyrobu wódki przydzielono Dr Plenerowi, o podatku od cukru hr. Belruptowi, przedłożenie o związku celno-handlowym bar. Wintersteinowi, sprawę bankową szefowi sekcyjnemu Moserowi, wreszcie sprawę długu 80 milionowego bar. Hyemu. Wydział podejmie obrady skoro tylko który z referentów gotów będzie ze sprawozdaniem.

## Rosya.

Od pewnego czasu, dzienniki rosyjskie niezmiernie wiele zajmują się Austryą i to zwykle w sposób wielce nieprzyjazny, aczkolwiek głównie piorunują na Węgrów,

Odpowiedzi p. Tiszy w sejmie węgierskim na interpelacyę, tyczącą się sprawy wschodniéj, dzienniki rosyjskie usiłują odjąć wszelkie znaczenie polityczne, utrzymując, że nie jest ona bynajmniéj wskazówką zewnętrznéj polityki monarchii austryackiéj, lecz świadczy tylko, że prezes ministrów chciał mniéj więcéj zadowolnić opinię publiczną Węgier, w ogóle nieprzyjazną Rosyi, i dla tego dał odpowiedź, z pozoru dogadzającą ich pragnieniom, w rzeczywistości zaś dwuznaczną jak wyrocznia delficka i dającą się tłómaczyć jak kto zechce. Tak mniemają *Moskowskija Wiedomosti* i *Nowoje Wremia*. Półnawet w sferach najwyż[illegible] śniéj mówią, jak donosi dziennikowi go korespondent, czerpiący jakoby swe wi[illegible] ze źródeł najpewniejszych.

Z tych wszystkich uwag, dziennik rosyjski wyprowadza konkluzyę: że Rosya może patrzeć spokojnie na knowania Madiarów, do czasu, póki rząd wiedeński trwa w postanowieniu „bądź co bądź uśmierzyć ruch Madiarów“ i postanowienie to przyprowadza do skutku. Lecz ponieważ w polityce „strzeżonego Pan Bóg strzeże,“ więc sojusz ściślejszy z Serbami i Słowianami południowymi jest dziś dla Rosyi koniecznością, do której ją zmuszają same Węgry. Nadszedł zresztą czas, że i rząd austryacki musi się zwrócić do Słowian, od których w godzinach próby miał zawsze pomoc skuteczną. Tak było w latach 1848, 1859, 1866 i 1870. Taki zwrot ku Słowianom, których Węgry wraz z Niemcami starają się usuwać od wszelkiej przewagi politycznej w Austryi, będzie najpewniejszą i najtrwalszą rękojmią przyjaznych stosunków między Austryą a Rosyą.

Tymczasem zaś dzienniki rosyjskie uskarżają się wielce na Serbię i Grecyę, że aczkolwiek te pałeczka gotują się do wojny, przecież nie rozpoczynają jéj. „Teraz pomoc ta jest nam pożądaną, mówią organa rosyjskie, później, nie będzie nam potrzebną.“

## Teatr wojny.

Na główną uwagę zasługuje w tej chwili doniesienie korespondenta *Timesa*, że cały korpus rosyjski miał się udać na zachód Plewny. Już wczoraj wyraziliśmy powątpiewanie o możności wysłania takiej siły; od wojsk oblegających Plewnę po stronie zachodniej oderwać jej teraz nie można. Porównanie daty tej korespondencyi (z 9 b. m.), z datą ostatniego telegramu Stefketa z Plewny (z 13 b. m.) naprowadza na domysł, że siły te były bez porównania mniejsze, starały się, jak to można było przewidzieć o przeszkodzenie w robotach ziemnych rozpoczętych przed Turków pod Teliszem, ale ostatecznie odparte zostały. Uważać to jednak należy za wstępne usiłowanie Rosyan, które zapewne większemi siłami ponowionem zostanie, do Plewny zbliża się bowiem nowa dywizya dorobańców rumuńskich i udała się tam zapewne pierwsza dywizya gwardyi, która stanęła już w gotowości do boju, a którą niedawno Car przeglądał w Górnym Studzieniu. Dopiero po nadejściu tych sił, będą mogli Rosyanie wysyłać większe rekonesanse na zachód Plewny; dotąd mieli bowiem pod Plewną oprócz Rumunów tylko 9ty i 4ty korpus t. j. siły o dawną komendę Skobelewa mniejsze, niż mieli w poprzedzającej bitwie. Korpusy te uzupełnione wprawdzie zostały [illegible] ystarcza.

Poradim 17 paźdz. (*Presse*). Wczoraj nadszedł raport W. ks. Michała o zwycięstwie nad Muchtarem. Odczytano go wojsku, które przyjęło go głośnem „hurra“, poczem na wiwat nakazano ogólną kanonadę przeciw obwarowaniom Plewny.

Car doniósł o zwycięstwie telegramem Cesarzowi Wilhelmowi i odebrał po 1 godz. 50 minutach odpowiedź z powinszowaniem.

Bukareszt 18 paźdz. (*Presse*). Liwerant armii rosyjskiej Palakow doniósł W. ks. Mikołajowi, że rząd angielski przyaresztował gotowe już baraki na 100,000 ludzi, zrobione w Anglii, jako kontrabandę wojenną, na co W. ks. Mikołaj odpowiedział, że się mimo tego trzymać będzie umówionego terminu dostawy.

Konstantynopol 13 października (*Observer*). Utrzymują tu, że korpus rosyjski obozujący w Szybce, korzystając z mgły, chciał się cofnąć do Grabowy dla braku żywności, ale stan drogi marsz jego niepodobnym uczynił i dla tego do obozu w Szybce powrócił.

Jenerał Gurko ma mieć polecenie zasłaniania odwrotu Rosyan z Bałkanów, i w tym celu znajduje się w okolicach Tirnowa.

---

*Wystawa rolniczo-przemysłowa*

*we Lwowie 1877 r.*

**XII.**

### Dział szkolny. Statystyka.

Wcale niepoślednie miejsce na wystawie zajmował dział szkolny, na który złożyły się Rady szkolne różnych okręgowych, dyrekcye gimnazyów głównie realnych i zakładów specyalnych, oraz seminaryów nauczycielskich i techniki lwowskiej.

Nie do nas może należeć ocenianie szczegółowe każdej wystawy, tem więcej, że gdyby przeglądać szczegółowo tematy zadawane do ćwiczeń i t. p. szczegóły, toby trzeba znacznie więcej pracy i miejsca poświęcić, aniżeli to uczynić można w treściwem sprawozdaniu. Wogóle jednak ten dział wystawy zajmujący jednę wielką salę prawie w całości, robił najlepsze wrażenie, ponieważ dowodził, jak dalece władze szkolne, mianowicie zaś nauczyciele szkół ludowych przejęci są poczuciem swoich obowiązków, z jakiem zamiłowaniem oddają się swemu zawodowi; a praca i przywiązanie do zawodu są rękojmią, że działanie będzie skuteczne i że za lat niewiele będziemy już mogli uczuć w kraju pomyślne skutki rozwoju oświaty pomiędzy ludem.

Wykazy szkolne wprawdzie dotychczas smutny wskazują rezultat, a tablice biura statystycznego również na wystawie znajdujące się, dowodziły jak jeszkoły wydziałowej z niéj w Krakowie tak skromnością materyału, praktycznością pomysłów, jako też wykonaniem.

Wyższe szkoły seminarya, gimnazya przedstawiły głównie prace rysunkowe uczniów. Do najładniejszych prac tego rodzaju należą rysunki uczniów szkół realnych w Krakowie i w Tarnopolu. Gimnazya przedstawiły również różne modele, jak średniowiecznych maszyn oblężniczych wystawione przez gimnazyum z Rzeszowa, figury krystalograficzne, modele machin różnych doskonale wyrobione, a należące do gimnazyum w Brodach, nowy globo pomysłu profesora Żulińskiego wystawiony przez żeńskie seminaryum nauczycielskie we Lwowie. Wszystkie pomysły tego gorliwego nauczyciela zasługują na uwagę i słusznie też przyznano p. Żolińskiemu medal zasługi.

Przytoczone tu prace i te o których wspomnieć nie było można, wszystkie dowodzą wielkiej gorliwości nauczycieli i w tem właśnie główna nadzieja na przyszłość. Wystawa obejmuje kilkanaście rad szkolnych okręgowych, prawie wszystkie szkoły żeńskie założone za inicyatywą towarzystwa pedagogicznego i wiele innych zakładów średnich.

Na uwagę zasługiwały wystawy szkoły ciemnych i głuchoniemych, wraz z przyrządami służącemi do nauki tych nieszczęśliwych, u których palce dotykaniem mają zastąpić brak wzroku i wzbudzić obce im pojęcia; lub znowu przy pomocy wzroku ma być wykształconą dusza dla niemożności bezpośredniego przelewania do niej uczuć przez mowę. W domu ciemnych podziwiać trzeba było zręczne roboty żeńskie, cienkie i delikatne, a równe, robione po omacku; mężczyzni znowu plotą wyborne koszyki pod kierunkiem jednego z byłych uczniów szkoły koszykarstwa w Krakowie.

Nie tu właściwie należą roboty umysłowo chorych, ale i ci nieszczęśliwi składali dowód, że dyrekcya szpitala w Kulparkowie stara się przynieść im ulgę i ukojenie przez odpowiednie zatrudnienie, które tu ma być środkiem leczącym duszę.

Pierwej już wyraziłem swe zdanie o wystawie wydawnictw, teraz więc pozostaje mi wspomnieć o wystawie statystycznej, połączonej z tym działem szkolnym. Wystawa była bardzo źle urządzona, gdyż widocznie za późno zajęto się nią i każdej rzeczy trzeba było szukać w innem miejscu. A jednak było dość rzeczy, gdyby je zbić razem. Nie wszystkie te prace trzymały się ściśle prawideł układu statystycznego, mianowicie odnosi się to do wspomnianej już dawniej karty lasów i przemysłu leśnego Gustawa Lettnera, która ślicznie wykonana ale na sposób geograficzny nie statystyczny. Karta tej treści statystyczna byłaby wielce objaśniła załączoną tablicę cyfrową. Nie należała też do statystyki wystawa Towarzystwa wzajemnych ubezpieczeń, chociaż dawała

godziny, straciwszy sami 3 tylko w poległych i 11 rannych, gdy nadszedł rozkaz Langiewicza, aby bezzwłocznie cofać się lasami ku górom Święto-Krzyskim. Powodem tego niezrozumiałego dla silnie i zwycięzko opierającego się wojska było niestety zachowanie się majora Moreau, dymisjonowanego oficera wojsk moskiewskich, dowódcy prawego skrzydła, który bez wystrzału cofnął się ku Wąchockowi, a w ślad za nim poszły główne siły moskiewskie, i stanęły przed Langiewiczem w otwartem polu. W takiem położeniu nie było innego ratunku jak odwrót, który też odbył się w zupełnym porządku, gdyż Moskale nie śmieli powstańców ścigać. Wojska nasze udały się przez Wąchock i Starachowice do miasteczka Nowej Słupie, położonego u stóp gór Święto-Krzyskich; jenerał Uszaków także jednocześnie wrócił się drogą, którą przyszedł do Radomia, a Czengery rozłożył swe siły pod Wąchockiem.

Opuszczeni przez Langiewicza mieszkańcy Wąchocka na wiadomość, że to Czengery stoi przed miasteczkiem, unikając losu nieszczęśliwych Suchedniowian, całemi masami uciekli w pobliskie góry, unosząc z sobą co kto mógł, tak że w całym Wąchocku zostało zaledwie kilkuset mieszkańców, samych żydów, ufnych, że im, jako niepodejrzanym o powstanie, nic się nie stanie.

Po dwugodzinnym odpoczynku, a raczej po przekonaniu się, że Langiewicz tak już jest daleko, że niema zupełnie obawy wejść do zupełnie bezbronnego miasta, Czengery wkroczył do Wąchocka, witany ze strachu na klęczkach przez pozostałych w nim żydów. Niewolnicze to przyjęcie nie odwróciło bynajmniej ciosu na nich przygotowanego. Po przybyciu na rynek, Czengery z całą świtą udał się do zajazdu i handlu win Wilkoszewskiego, gdzie nie zastawszy żywej duszy, bo gospodarz i służba uciekła w góry, przywołał „dieńszczyków“ *), nakazał im z porzuconych przez gospodarza zapasów w mięsiwie zgotować obiad dla siebie i całego korpusu oficerów, w oczekiwaniu czego rozpoczęła się pijatyka, jakoteż rabunek win i wszelkich trunków, które oficerowie koszami z piwnic wynosili, pakując na swe podwody.

Tymczasem żołnierze, pozostali w rynku, rzucili się na szynki i inne sklepy, rabując jedynie to wszystko, co tylko unieść z sobą mogli, gdyż wyszedł rozkaz humanitarny Czengerego, żeby żadnych rzeczy większej objętości, pod które trzebaby furmanek, nie rabować. Przy tej czynności zabito 17 żydów, rannych wcale nie było, gdyż ich podobijano. W ślad za tem wszystkie domy, gdzie był rabunek, podpalono, tak, że w godzinę po przybyciu Moskali cały rynek stanął w płomieniach, i ocalał tylko zajazd, w którym wyżej opisana orgia się odbywała, i dom pocztowy, strzeżony nawet przez wartę **). Na ten okropny widok reszta pozostałych w mieście żydów, rozumie się, że uciekła w góry, unosząc duszę tylko z sobą.

Po skończeniu uczty, kosztem Wilkoszewskiego wyprawionej, Czengery udał się w marsz powrotny do Kielc, rozkazawszy podpalić gościnne miejsce, w którem dopiero co ucztował. Po powrocie do Kielc nakazał oświecić miasto dla okazania swemu rządowi radości Kielczan z ogłoszonego przez siebie rozbicia Langiewicza, które, jak to z powyższego widzimy, skończyło się na 3 zabitych, 11 rannych powstańcach i 17 żydach na rynku Wąchockim zamordowanych.

Od wyprawy wąchockiej datuje się wielka nienawiść żydów tamtejszych ku Moskalom, i postanowienie niesienia pomocy powstańcom, o ile to dla nich było możebnem.

Nagrodą Czengerego ze strony rządu za rzeź i pożogę Wąchocka był stopień jeneralski.

Trzecia z rzędu wyprawa pod dowództwem Czengerego odbyła się przeciwko Langiewiczowi, stojącemu w Nowej Słupi tuż u podnóża gór Święto-Krzyskich. Za danym znakiem pikiet polskich o zbliżającym się nieprzyjacielu, Langiewicz wydał rozkaz wymarszu wojska naszego na górę Swięto-Krzyską pod klasztór tam się znajdujący. Na widok wychodzącego wojska mieszkańcy Nowej Słupi rozbiegli się prawie co do jednego w strony, przeciwne nadchodzącej Moskwie tak, że miasteczko zostało opustoszałe, pozostało tylko 7 osób zamkniętych w areszcie do czasu odbycia nad niemi sądu za szpiegostwo, to jest czterech żydów, dwie moskiewskie żony pisarzów wojskowych z Opatowa, i Moreau. Szyldwach, pilnujący aresztu, także pozostał, lecz co najgorzej, furgon czterokonny, w którym się mieściły papiery, mapy i kasa Langiewicza. Tłumaczono się potem brakiem koni do wywiezienia furgonu, i rozumowano, iż nie spodziewano się, aby Czengery po bitwie którą niechybnie przegra, ośmielił się wstąpić do Nowej Słupi pod okiem nieprzyjaciela będącej. Nierozsądne rozumowanie, — winnego powyższego niedbalstwa adjutanta trzeba było ukarać, wprawdzie zginął on potem pod Grochowiskami, nie wymieniam przeto jego nazwiska, gdyż śmiercią dostatecznie zmazał swą winę.

Bitwa istotnie była dla nas wygraną; — po trzechgodzinnej walce Czengery ze stratą ośmdziesięciu kilku ludzi, cofnął się do Nowej Słupi, wiedząc dobrze, że Langiewicz nie zejdzie z gór na gołą płaszczyznę pod miasto, by atakować zakrytych budowlami Moskali.

W bitwie tej pierwszy raz wystąpili czynnie kosynierzy, których mężny atak głównie spędził Moskali z gór. Wojska moskiewskie wszedłszy do miasteczka, przedewszystkiem zawładnęły furgonem, poczem wyrznęli więźniów wraz z szyldwachem, który po bohatersku został na swem stanowisku, myśląc chyba dobrodusznie, że tylko do niewoli wzięty zostanie. Daremnie Moskiewki krzyczały, że one są swoje nie Polki, daremnie Moreau żądał stawienia siebie przed jenerała, nic nie pomogło, rozwścieczona dzicz moskiewska, czy to nie zrozumiała tłomaczeń, czy też chciwa krwi i pomsty za dopiero co doznaną porażkę, wykłuła wszystkich bagnetami.

(C. d. n.)

*) Tak nazywają Moskale służących przy oficerach, wybieranych z żołnierzy, obeznanych z czynnościami kucharskiemi i lokajskiemi.

**) Moskale przy wszystkich pożarach i rozbojach przez siebie popełnianych, oszczędzali zawsze i jedynie tylko domy pocztowe, by nie niszczyć potrzebnych im środków komunikacyjnych. Z tego powodu i poczta w Suchedniowie ocalała.

[illegible] wierzyć *Ajencji Havasa*, oddział czerkieski, dowodzony przez syna Szamila, Mehemeta, przebił się i przybył do Horenduzu, położonego na południe od Karsu. Syn tedy Szamila nie został, jak donosili, zabity, a Moskale wzięli do niewoli może parę setek żołnierzy.

---

### Naddunajski teatr wojny.

*Journal des Debats* otrzymał depeszę z Konstantynopola, datowaną z piątku, w której donoszą, że według nadeszłych do Stambułu wiadomości, Osman basza miał odeprzeć (kiedy?) drugi wielki szturm na Plewnę i przy tej sposobności zadać wielkie cięgi Moskalom. Ponieważ jednak w tegorocznej kampanii korespondent stambulski *Debatów* kilka razy już spóźnił się ze swemi doniesieniami tak dalece, że dopiero we trzy lub we cztery dni, nie oznaczając ani miejsca ani czasu, donosił o bitwie, o której już cały świat wiedział, jako o czemś zupełnie nowem i tym sposobem wprowadzał wszystkich w błąd; przeto też i dzisiaj nie możemy dać wiary jego doniesieniu i czekać będziemy, aż je potwierdzą inne źródła.

Abstrahując więc od tego doniesienia *Debatów*, przypuścić musimy, że dokoła Plewny panuje spokój od czasu ostatniej bitwy pod Górnym Dubnikiem. W. ks. Mikołaj zwiedzał pozycję pod Dubnikiem, co daje do myślenia, że musi być ona dość zabezpieczoną; inaczej bowiem carski brat nie odważyłby się narażać na nieprzewidziany napad Turków. Ale zresztą od czasu jak wydalono z obozów pod Plewną wszystkich korespondentów dziennikarskich, nie mamy możności kontrolowania czynów jeneralicji moskiewskiej, a względnie familii carskiej, i przeto familia ta może teraz co się jej żywnie podoba telegrafować o swem bohaterstwie. Już nawet jednego bohatera stworzyła, Sergiusza Leuchtenbergskiego, zabitego w rekonesansie pod Iwan Czyflikiem. *Gołos* dość obojętnie przyjął wiadomość o śmierci nowego bohatera rodziny Romanowów. Ale za to *Czas* krakowski nie omieszkał uronić za nim łzę żalu, donosząc, że młody ten oficer, przebywając w Kaliszu, żył ściśle z rodzinami polskiemi. Zaszczyt nielada! Bo trzeba wiedzieć, że ten Sergiusz Leuchtenbergski, jako oficer, zabrał przed kilku laty z kasy pułkowej kilka tysięcy rubli i z jakąś aktorką uciekał za granicę. W drodze (w Prusach) został schwytany i skazany na wygnanie do Kalisza, gdzie przebywał aż do wybuchu wojny. *Czas* może więcej dbać o honor rodzin polskich i nie powinien podnosić faktu, który domom polskim ubliżał, a od którego one pod groźbą katorgi i Sybiru uwolnić się nie mogły. *Czas* przecież wie o tem, że w zaborze moskiewskim wysoko skoligaconym przestępcom drzwi pokazywać nie wolno. Ale *Czasowi* idzie właśnie o to, żeby stopniowo i dzień w dzień wpajać w swych czytelników przekonanie, że Petersburg sprzyja Polakom. Każe nawet o tem sobie z Bukaresztu donosić.

Z zajęciem przez Moskali Dubnika pogorszyła się znacznie sytuacja Osmana baszy. Jakkolwiek bowiem nie jest on jeszcze całkiem i dokoła obsaczony, to przecież dotkliwie odczuć musi przecięcie drogi do Orhanie. Jedno tylko ratuje go dotąd jeszcze, a mianowicie ten fakt, że **Hurko nie zdoła prawdopodobnie długo**

[illegible] Powstała ztąd dla mnie wątpliwość, ażali jestem jeszcze w zgodzie z większością wyborców. Skutkiem tej wątpliwości postanowiłem złożyć mandat poselski, który dotąd piastowałem, napowrót w ręce tych szanownych wyborców, którzy mi go powierzyli.

Formalności do tego potrzebnej dopełnię natychmiast, skoro opuszczenie miejsca śród walki parlamentarnej w Wiedniu stanie się możliwem, i po zdaniu sprawy przed delegacją, dla której jako broniący interesów kraju na trudnem stanowisku i wobec przemożnych przeciwników, złożenie mandatu przez któregokolwiek posła nie może być obojętne.

Takiem zaś dopełnieniem ostatniej w charakterze poselskim czynności, chcę zadość uczynić obowiązkowi ciążącemu na każdym obywatelu: uszanowania swego kraju i jego reprezentacji; równie jak złożeniem mandatu miło mi będzie dać wyraz uległości dla moich wyborców.

Lwów dnia 26. października 1877.

*Dr. Julian Czerkawski.*“

(Za późno nadesłał nam w sobotę dr. Julian Czerkawski swe oświadczenie, więc nie mogliśmy go w poprzednim numerze umieścić.

Kto był na zgromadzeniu wyborców lub odczytał wiernie i dosłownie stenografowane sprawozdanie, ten ze zdumieniem odczyta streszczoną w powyższem oświadczeniu myśl tak interpelacji stawianych panu Czerkawskiemu jak i jego odpowiedzi. Pan Czerkawski odsłonił swe przekonanie wyborcom głównie w tym kierunku, że w początku był za podniesieniem sprawy wschodniej ze stanowiska polskiego w Radzie państwa, lecz w końcu przez analizę sumienną doszedł do przekonania, że nie powinno się tego czynić, i że nawet manifestacja w duchu adresu sejmowego jest niepotrzebna.

Przytem p. Czerkawski zsolidaryzował się z jednej strony z całem postępowaniem i działalnością większości delegacji, z drugiej strony z polityką zewnętrzną gabinetu wiedeńskiego, a każdą manifestację, którąby można wziąć za stawanie po stronie tureckiej przeciw Moskwie, uznał jako niegodną narodu polskiego, który tych samych wolności i praw się domaga, i na tej samej zasadzie walczy, co Bułgarzy, Bośniacy i t. d. Tem samem p. Czerkawski stanowisko historyczne tysiącletnie Polski, i jej dziejowe posłannictwo postawił na równi z Bułgarami, jak to czynią słowianofile a *co implicite* i w ostatnim ustępie powyższego streszczenia powtarza, pisząc przeciwko wniesieniu interpelacji opieranej na motywach podrzędnych lub takich, któreby uwłaczały zasadzie „wolnego rozrządzania każdego narodu samym sobą“.

Otóż tych to wywodów i oświadczeń pana Czerkawskiego zgromadzenie wyborców wysłuchawszy, orzekło, iż się z niemi nie zgadza.

Dalszych wywodów w tem oświadczeniu p. Czerkawskiego zupełnie nie rozumiemy, a nie chcemy mu podsuwać zamiaru zasłonięcia się przed orzeczeniem wyborców swych, orzeczeniem większości delegacyjnej. Tylko klika Stańczyków, zagrożona w swym bycie i wpływie, może mu podsuwać podobnie niedorzeczny koncept; pr. red.)

---

[illegible] dyrektora sceny lwowskiej, jako pisarza dramatycznego, filozofa i wreszcie jako człowieka, który wśród powszechnego zalewu niemczyzny ratował język polski i budził zamiłowanie narodowości.

Obszerna mowa p. Dobrzańskiego zawierała ciekawy dla młodego pokolenia obraz stosunków ówczesnych, w których potrzeba było niezwykłej wytrwałości i wielkiego ducha, ażeby prowadzić pracę podnoszenia tępionej narodowości polskiej. Podnosimy jeszcze jeden ustęp z mowy p. Dobrzańskiego. Mówiąc o „Krakowiakach i Góralach“ jako najlepszej sztuce Kamińskiego wspomniał i o pierwszej części, która według tradycji ma być pióra Hugona Kołłątaja, a nie Bogusławskiego.

Po mowie p. Dobrzańskiego przemówił rzewnie p Ignacy Kamiński, synowiec Jana Nepomucena i dziękował komitetowi za dokonanie dzieła, którego okoliczności dawniej nie pozwoliły uskutecznić. Wspomniał też o nieobecnym synie od którego z Pragi nadszedł następujący telegram: „Ostre obowiązki powołania niedozwalają uczestniczyć najświętszej mej uroczystości. Dzięki narodowi polskiemu i miastu rodzinnemu, sława Polsce ceniącej zasługi mężów swych. Tęsknem sercem wołam z obczyzny: „Jeszcze nie zginęła“. Brat mój Ignacy godnie mnie zastąpi. Mieczysław Topor Kamiński.“

P. Ignacy Kamiński złożył wieniec na grobie swojego stryja, następnie p Vitalis Smochowski, uwieńczył medalion Kamińskiego laurem przemówiwszy kilka serdecznych słów czci dla zasług znakomitego dyrektora sceny. Publiczności było wiele. Z zaproszonych przez komitet Rady miejskiej i Wydziału krajowego widzieliśmy pomiędzy obecnymi p. Jasińskiego, burmistrza, kilku radnych z Wydziału krajowego p. Podlewskiego.

— Dziś wystąpi po raz wtóry pani Parznicka w najlepszej swej roli w wdzięcznym poemacie dramatycznym Fryderyka Halma „Hrabia Rene.“ Wczorajszy występ jej był prawdziwym tryumfem sympatycznej artystki. Sądzimy, że i dziś teatr będzie przepełniony.

— Członkowie stowarzyszenia młodzieży rzemieślniczej „Gwiazda“ urządzili wczoraj dla uczczenia jubileuszowej rocznicy urodzin Jana Nep. Kamińskiego przedstawienie amatorskie w swojej sali przy ulicy Franciszkańskiej. Grano „Krakowiaków i Górali“. Duża sala „Gwiazdy“, mogąca pomieścić przeszło 400 osób przepełniona była publicznością — a kto widział to przedstawienie amatorskie, z pewnością zadowolony wracał do domu, gdyż tak ogólne inscenowanie widowiska, jak niemniej i gra przeważnej części amatorów, biorących udział w przedstawieniu, świadczyła o rozwiniętem poczuciu estetycznem u członków „Gwiazdy.“ Stowarzyszenie lwowskiej młodzieży rękodzielniczej nie mogłoby porywać się do przedstawienia takiej opery, gdyby nie posiadało w swojem gronie dostatecznej liczby osób wykształconych tak w śpiewie *solo* i choralnym, jak w tańcu, i w ogólności z rozwiniętą inteligencją o tyle, ażeby mogły zrozumieć, jak niemniej oddać należycie charaktery i sytuacje sztuki. Przedstawienia amatorskie są bezwątpienia jedną z najszlachetniejszych rozrywek towarzyskich, możliwą tylko w kole ludzi wykształconych, zaś tak udałe przedstawienie „Krakowiaków i Górali“ jak wczorajsze, odegrane przez członków „Gwiazdy“ wymowne daje świadectwo o kierunku umysłowym tego stowarzyszenia. Lwów słusznie może być dumnym z tak inteligentnej i ożywionej najlepszym duchem obywatelskim mło-

pomyślnej [illegible] np. tam, gdzie na przestrzeni 4 mil są cztery sądy, każdy sędzia inaczej orzecze: jeden przy-

1878 są już rozdane między [illegible] budżetowej. Z naszych posłów jak dawniej otrzy-

[illegible] pod każdym względem świetny, co się mianowicie okazało podczas ostatnich manewrów. Jakkolwiek słuszny jest ten pogląd, je-

stron wojujących uważać za niebyłe, jest to bardzo dziwne kurjozum."

Ale piękniejszą jeszcze wiadomość podaje

[illegible] czności pomiędzy jego pojedynczemi war stwami składowemi, a wreszcie umoralnienie

# Postępowanie Moskali

po lczas powstania polskiego 1863 r., wyjaśniające charakter ich wojowania tak wtenczas jak i w obecnej kampanii tureckiej.

Streścił z autentycznych źródeł.

*January Styczeń.*

W obecnie toczącej się wojnie, gdy świat przerażony okrucieństwami Moskali i Bułgarów, popełnianemi na bezbronnych starcach, kobietach i dzieciach, niema dosyć słów na potępienie dziczy moskiewskiej, bijącej się wrzekomo za wolność i prawa Słowian, a z drugiej strony patrząc się na niektóre rządy i stojące na jurgielcie Moskwy gazety, jak bezczelnie silą się dowieść jej niewinności — Turków natomiast o zbrodnie powyższe pomawiając; — nie będzie zapewne bez interesu dla ogółu zapoznanie się bliższe z systematem Moskali, praktykowanym w czasie powstania Polaków w r. 1863.

Systemat ten, użyty przeciwko Słowianom, a więc zdawałoby się lekki i ojcowski, zaaplikowany obecnie został przeciw niewiernym muzułmanom. Czy spotęgowany w swojem wykonaniu został, jakby to się domyślać należało, boć to sprawa z niewiernymi a nie z pobratymcami; wątpię, bo martyrologia nieszczęsnej Polski w archiwach swego męczeństwa tyle świadectw okrucieństwa zwierzęcego Moskali posiada, że te wyrzynania w mniejszych lub większych porcjach machometanów i żydów za Bałkanem i w Bułgarji, zdają się nam być tylko słabem przypomnieniem wielkiego aktu ogólnej rzezi, którą sprawiła Moskwa Polsce od czasu jej najazdu, a skończywszy jak dotychczas na przymusowem nawracaniu unitów na prawosławie.

Jakkolwiek gazety galicyjskie w czasie powstania z r. 1863, nie omieszkały ściśle notować wszelkie czyny okrucieństw przez Moskali popełnianych, o ile te do ich wiadomości doszły, lecz działały w tym względzie dorywczo, to jest podawały same tylko fakta, jak ilość ofiar i miejsce gdzie okrucieństwa zostały spełnione, bez wykazania ręki zbrodniami temi kierującej, — co wonczas jak łatwo zrozumieć, było dla nich prostem niepodobieństwem, skutkiem czego słabła nieraz w niektórych umysłach wiarogodność podawanych wiadomości. — W ogóle w ówczesnej publiczności, zamieszkałej po za teatrem krwawych wypadków, było dosyć upowszechnione zdanie przypisujące rozbestwionemu jedynie prostemu żołdactwu moskiewskiemu czyny rozboju i morderstw popełnianych, co, jak faktami dowiodę, mija się z prawdą, bo żołdak ówczesny moskiewski jakkolwiek mało od zwierzęcia się różnił, posiadał wszakże jeden szacowny w każdej armii przymiot, to jest bezwarunkowe posłuszeństwo swemu „naczalstwu." Darujcie mi to wyrażenie nie czysto polskie, ale ono najlepiej określa, że prosty Moskal nie rozumie wcale rządu w znaczeniu europejskiem, ani żadnego ustroju państwowego, ale wszystko z góry płynące i nim rządzące, nazywa naczalstwem, którego jest ścisłym wykonawcą.

Oprócz kradzieży i pijaństwa, do których od urodzenia jest włożony tak, że drugą jego są

naturą, żołdak moskiewski bez wiedzy i nakazu swego naczalstwa nic nie śmie czynić. Mordy i pożogi urządzało w r. 1863 naczalstwo, a żołdacy, co prawda z lubą chęcią, byli tylko wykonawcami rozkazów wyższych; taki był istotny systemat działań moskiewskich na obszarach powstałej przeciwko ciemiężcom Polski w r. 1863.

Przekonacie się o tem dowodnie z następującej faktycznej relacji o działaniach jenerała Czengerego i jego podkomendnych, władającego w tym czasie jako naczelnik wojenny częścią gubernii Radomskiej czyli byłem województwem Krakowskiem.

Dzień 22. lutego, chwila w której przywiedzeni do rozpaczy wiadomością o olbrzymiej brance, jaka została nakazaną dla wyłowienia i odesłania w sołdaty całej bez wyjątku młodzieży polskiej — chwila w której rzuciliśmy się z kijami, kosą i dubeltówkami myśliwskiemi na zupełnie uzbrojoną armię, tak zwany kolos Europy — zastała Czengerego w Kielcach na czele Smoleńskiego pułku piechoty, i rozporządzającego zarazem pułkiem dragonów tamże powołanym, przy stosownej ilości artylerji i kozactwa.

Działania jego nie objawiły się zaraz po wybuchu powstania, mimo sił stosunkowo do kiełkującego dopiero powstania olbrzymich; — jako dobry strategik i wódz oczekiwał on dni 12 bezczynnie w Kielcach z całą swą siłą na wiadomości od szpiegów, o sile, jakości i ilości powstańców. Naturalnie że raporta nadejść musiały nader uspakajające dla tak wielkiej siły jaką rozporządzał pan pułkownik (gdyż wtedy Czengery taki stopień piastował); wypadało było więc uderzyć batalionami lub pojedyńczemi rotami na garstki rycerzy wolności po lasach się organizujących, a wnet w województwie Krakowskiem i śladu by z powstania nie zostało.

Tego tak prostego środka stłumienia powstania Czengery nie chwycił się a to z następnego powodu. Wkrótce po zaczęciu się powstania zjawił się u Czengerego handlujący żelazem z Chęcin żyd Ejzenberg, który mu przedstawił sposobność zrobienia tak zwanego interesu na powstaniu, czego jak żyd wiedział, Czengery głównie dla siebie w tej operacji szukał, a co przy natychmiastowem stłumieniu powstania było niemożliwem.

Interes polegał na tem, że w Suchedniowie, głównej siedzibie rządowego okręgu wschodniego górniczego, odległym od Kielc o 4 mile, nagromadzone było wyrobów żelaznych i stalowych w tamtejszych magazynach 40.000 pudów, za które to wyroby Ejzenberg ofiarował Czengeremu po rublu srebrem za pud, zostawiając mu obmyślenie środków grabieży, a sobie wymawiając bezpłatne dostarczenie furmanek, dla wywózki zagrabionego materjału za granicę. Na tem stanęła umowa; Czengery ułożył plan kampanii, a jak go wykonał po mistrzowsku, to z dalszej relacji się okaże.

W 12 dni, jak to powiedzieliśmy, po wybuchu powstania, Czengery po odprawieniu przez popa na rynku Kieleckim w obec całego garnizonu i spępzonych batami kozackiemi mieszkańców, uroczystych modłów za pomyślność swego oręża, wyruszył a znaczną siłą do Suchedniowa, gdzie stanął przed wieczorem. Wyprawieni nocą kozacy, zgromadzili z okolicznych wiosek Suche-

dniowa kilka set furmanek, i te oczekiwały w obozie niewiadomego im przeznaczenia. Na drugi dzień przybyłego do obozu naczelnika okręgu i urzędników w pełnych galowych mundurach na przywitanie, Czengery zwymyślawszy od ostatnich słów, kazał batami rozpędzić. Trwogę to rzuciło na osadę, każdy pytał się co to dalej będzie, lecz nikt nie domyślał się okropności, jakie w ślad po takiem przyjęciu miały Suchedniów spotkać.

Około godziny 9 z rana, wojsko moskiewskie ustawiło się w kupkach po kilkunastu, na środku szosy, przez całą długość Suchedniowa idącej. Kupki te opatrzone maźnicami z smołą, zabranemi z dostarczonych furmanek, tak były rozstawione, że każda z nich miała przed sobą po 4 do 6 dworków po obu stronach drogi rozłożonych a przez urzędników i oficjalistów górniczych wraz z rodzinami zamieszkałych.

Nakoniec po objechaniu wojsk w ten sposób ustawionych przez Czegerego i jego świtę, dano znak przez doboszów i trębaczy do rozpoczęcia akcji. Wtedy każda kupka po daniu salwy z karabinów ostro nabitych do dworków w pobliżu ich znajdujących się, rzuciła się w ich wnętrze, gdzie nagromadziwszy słomę z sienników i przykrywszy ją materjałami łatwo zapalnemi, kropiono wszystko smołą i stos taki podpalono Wypadłszy potem z dworków, żołdactwo skupione znowuż około swych oficerów, rozpoczęto strzelać za uciekającemi czystym polem ku lasowi mieszkańcami, przy czem zabito osób 14 a raniono 37, z której to ostatniej kategorji mało kto przy życiu pozostał, gdyż przerażeni mieszkańcy tak Suchedniowa jak i okolic, ukrywszy się po przyległych lasach, dopiero po 5 dniach ściągać się ośmielili pod zgliszcza swych chałup. Ranni więc, o których nic nie wiedziano, leżąc na mrozie przez pięć dni bez żadnego opatrzenia i pożywienia, z upływu krwi, głodu i mrozu jeden po drugim męczeński żywot kończyli, tak że ostatecznie z liczby rannych pozostało pięciu, z których po kilku dniach dwóch na tyfus umarło.

Po oczyszczeniu w ten sposób placu boju z niepotrzebnych widzów, dzicz moskiewska rozdzieliła się na 4 kolumny z następnem przeznaczeniem w dalszej akcji. Pierwsza kolumna zajęła się rabunkiem i wynoszeniem z palących się dworków rzeczy, jakie tylko dały się uwieźć na przygotowanych furmankach; — druga odkomenderowaną została do wyniesienia i zabrania na fury *rei questionis* to jest onych pudów Ejzenbergowskich, przy czem zauważyć należy, że budynku, w którym się wyroby żelazne znajdowały, niespalono, jakby to mniemać należało że uczynią dla zatarcia śladów rozboju, bo budynek był *massiv* murowany, więc spelenie go nie osiągnęło by zamierzonego celu. Trzecia kolumna miała misję spalenia wielkiej budowli mieszczącej w sobie biuro okręgowe i kasę. Rozumie się, że i tu wojsko spełniło punktualnie rozkazy swego wodza, zawartości wszakże kasy nie otrzymało w zdobyczy, bo kasjer okręgowy przed chwilą ich przybycia, widząc co się dzieje, zdołał wszystkie pieniądze z kasy zabrać i uciec do lasu. Tak więc Polak uratował pieniądze rządu moskiewskiego przed grabieżą jego własnej armii. Spalenie biur z punktu widzenia taktycznego,

było dla Czengerego koniecznem, bo tam się mieściły szacowne ślady grabieży, jak wykazy i spisy zawartych w magazynach wyrobów, a stało się to łatwo tak, że sam tylko popiół pozostał, bo budowla była drewnianą. Czwarta nakoniec partja odkomenderowaną została na trakt główny, z Warszawy do Krakowa o ćwierć wiorsty po za osadą idący, dla przecięcia komunikacji przejezdnym, mogącym dokładnie z traktu widzieć co się dzieje w Suchedniowie. I ta partja nie zawiodła położonego w niej zaufania.

Kozactwo do niej przydzielone dobiegłszy do traktu zamordowało dwie panie w powozie ekstrapocztą przejeżdżające i z obu stron Suchedniowa trakt zamknęło, piechota zaś obległa oberzę przy tym trakcie znajdującą się, która obok wszelkich zapasów dla przejeżdżających, była zarazem restauracją i winiarnią dla urzędników górniczych. Smaczny to więc był kąsek dla Moskali, z którym się też długo nie bawili, bo wywlokłszy oberzystę, jego żonę, dziecko i dwóch służących na trakt i tam ich do naga obdarłszy, okrutnie zabagnetowali, a oberzę do szczętu zrabowali i w końcu spalili. Przejeżdżając z konieczności w trzy dni po opisanym wypadku około tej oberzy, widziałem sam na własne oczy trupy jej mieszkańców zupełnie nagie, z niezliczonemi po całem ciele ranami, a piersi oberzystki przez trzodę chlewną objedzone.

Po tak pomyślnie skończonej rzezi i grabieży, znowu zabębniono, zatrąbiono i zwycięzkie wojska zebrawszy się, obciążone łupami puściły się długim żołnierzy i furmanek sznurem ku Kielcom. Lecz tu nie koniec jeszcze dnia tego wypadków. Na połowie drogi do Kielc, gdzie stała oberza zwana Występą a w niej wielki skład wódki czyli propinacja, Czengery wyznaczył zwycięskim swym zastępom odpoczynek, a powoławszy przed siebie oberzystę, nakazał dać wódki i przekąski wojsku, za co obiecał zapłacić, lecz jakoś widać o tem zapomniał, bo za chwilę wyruszył naprzód otoczony kozactwem, a wierna jego drużyna wypiwszy i zjadłszy ze szczętem wszystko co tylko propinacja na składzie miała, a rodzinę właścicieli i domowników zamknąwszy w komorze, razem z oberzą spaliła, po czem połączywszy się z swym wodzem, pod zasłoną nocy do Kielc wkroczyła, gdzie Czengery jeszcze przed wyjazdem wydał najsurowszy rozkaz, aby od piątej godziny po południu wszystkie sklepy zostały pozamykane, latarnie wcale niezapalane, bramy domów zamknięte, i aby po tej godzinie żaden mieszkaniec w pokojach frontowych nie ważył się światła utrzymywać. W razie najmniejszego nieposłuchu nakazał strzelać do okien oświeconych szyldwachom, gęsto po mieście rozstawionym.

Przezorny ten wódz uczynił to dla tego, aby nikt nie mógł dopatrzeć, z czem to wielki transport Ejzenbergowski pod osłoną wojsk przez miasto przechodzi, bo zrabowane rzeczy mieszkańcom Suchedniowa i bez tego środka ostrożności łatwo było uboczami do koszar dostawić.

Na tem opis wyprawy na Suchedniów kończę, zwracając uwagę czytelnika, na ten jedynie szczegół, że czy to nie prawdziwie bohaterska armia, która nie straciwszy ani jednego żołnierza, bez wystrzału ze strony przeciwnej, położyła trupem sześćdziesiąt kilkoro osób,—jednem słowem była ona godną poprzedniczką obecnie przeciw Turkom walczącej, z której nieraz nadchodziły do nas biuletyny w. księcia donoszące, że „nieprzyjaciel pobity, tyle a tyle trupów, a u nas strat żadnych". Widocznie nieprzyjaciel, o którym biuletyn mówi, składał się z takich samych żywiołów jak i w Suchedniowie, oto z spokojnych i zupełnie bezbronnych mieszkańców.

Jako przyczynek do wyżej opisanej wyprawy przytoczyć muszę, że w kilka miesięcy po niej dyrektor główny komisji skarbu dyrygujący górnictwem krajowem odważył się wystąpić do namiestnika z żądaniem pociągnięcia do odpowiedzialności Czengerego za zniknięcie wyrobów żelaznych w Suchedniowie i spalenie domów skarbowych podczas najazdu jego na tę osadę. W odpowiedzi na to Czengery uwięził wszystkich urzędników górniczych, jakich mógł w opustoszałym Suchedniowie wynaleść i groził im karą śmierci, czyniąc ich sprawcami kradzieży żelaza i spalenia domów. Oburzony takiem postąpieniem i obawiając się serjo, że Czengery gotów dla własnego zasłonięcia się i zatarcia ostatniego śladu grabieży, pogróżki swe wykonać, zwierzchnik jego jenerał dywizji Uszaków, kazał sobie do Radomia uwięzionych urzędników odstawić, zkąd po kilku tygodniach na wolność ich wypuścił. Nie odbyło się wszakże i przytem bez ofiary. Pecą, naczelnik warstatów ręcznokowalskich, pod którego zawiadywaniem zostawały magazyny, Niemiec, męczony i straszony nieustannie przez Czengerego szubienicą, nie mogąc przenieść ciągłej niepewności, w jakiej pozostawał, powiesił się w więzieniu. Pozostała wdowa wraz z dziewięciorgiem dzieci, otrzymała przynależną po mężu emeryturę, co jasno dowodzi, jak się sam rząd na mniemaną winę Pecąa zapatrywał.

Drugą wyprawą, do której Czengery należał, była już istotnie akcją wojenną, bo przeciwko Langiewiczowi stojącemu w Wąchocku o 6 mil od Kielc. Wyprawa ta odbyła się pod naczelnem dowództwem jenerała Uszakowa a składały ją wojska załogi Radomskiej i Kieleckiej w ogólnej sile 5.000. Siła ta mimo ogromnej wyższości w uzbrojeniu od wojsk powstańczych, była istotnie za małą, aby zwyciężyć mogła, gdyż pozycje przodowe Langiewicza były niesłychanie trudne do zdobycia a bez ich wzięcia nie można było rozbić głównych sił powstańczych stojących pod Wąchockiem.

Postaramy się sytuację bliżej opisać.

Do Wąchocka od strony Radomia i Kielc prowadzą dwie drogi bite, które się łączą w Parszowie, osadzie górniczej o 6 wiorst naprzód przed Wąchockiem wysuniętej, zkąd już jeden tylko trakt wiedzie do Wąchocka, otoczony z obu stron wysokiemi i spadzistemi górami, gęsto poszytemi lasem, tak, że trakt między temi górami wązkim idzie wąwozem. Langiewicz rozlokował swe wojska w ten sposób, iż obsadziwszy dwoma batalionami strzelców stoki gór pod Parszowem, sam z resztką sił jako rezerwa stał przed Wąchockiem na samym trakcie, w punkcie, gdzie wąwóz coraz bardziej się rozszerza.

Moskale zaatakowali siły nasze, stojące na stokach gór pod Parszowem ogniem karabinowym, lecz tylko lewe ich skrzydło. Nasi z po za drzew razili okrutnie Moskwę przez trzy blisko

Gazeta narodowa 1/11 1877 № 251

# Postępowanie Moskali

podczas powstania polskiego 1863 r., wyjaśniające charakter ich wojowania tak wtenczas jak i w obecnej kampanii tureckiej.

Streścił z autentycznych źródeł

*January Styczeń.*

(Dokończenie).

Dosyć było takiego rozkazu dla rozbestwionej dziczy; w moment miasto zostało zajęte i zrabowane a nakoniec spalone, że tylko ulice odleglejsze od pożogi ocalały. Jakkolwiek miasto znaleźli Moskale pustem, gdyż mieszkańcy rozpierzchli się po okolicznych lasach, pozostało wszakże kilkanaście osób po różnych ukryciach, nie mogących się zdecydować na odbieżenie swego dobytku. Nieszczęśliwi ci padli wszyscy pod bagnetem rozwścieczonych Moskali. Nie na tem wszakże był koniec rzezi Małogoskiej. Pozostali jeszcze na pobojowisku ranni nasi w liczbie kilkudziesięciu, z którymi Moskale w właściwy sobie sposób załatwili się, a to obdarłszy ich do naga i dobiwszy co do jednego. Ocalał jedynie mieszkaniec Kielc, siedmnastoletni Eugeniusz R., a ocalenie swoje winien tylko sile życia, jakie w nim tkwiło, bo po obdarciu go do naga, otrzymawszy siedm pchnięć bagnetem, pozostawiony był na placu wraz z innemi ofiarami jako zabity, gdy tymczasem troskliwość jego ojca i lekarzy po kilkumiesięcznem pasowaniu się między życiem a śmiercią, ostatecznie przywróciły mu już nie zdrowie, bo to na zawsze utracił, lecz nędzny żywot, który dopotąd w ciągłych cierpieniach pędzi.

Zapyta się zapewne w tem miejscu grozą przejęty czytelnik: gdzież się podziewali oficerowie w chwili dopełniania strasznych mordów przez podkomendne im żołdactwo, co wówczas robili? — Ha, co robili, to pokrótce opowiem. Otóż korpus oficerów Czengerego składał się przeważnie z Moskali i kilku tylko Polaków. Po wkroczeniu do bezbronnego Małogoszcza nie było prawie możliwem obronić mieszkańców, mordowanych przez żołdactwo po różnych zakątkach. Inaczej rzecz się miała w gołem polu na pobojowisku, i tu część oficerów Moskali osobiście dobijała rannych, gdy drudzy z nich objawiali swą humanitarność tylko tem, iż nie wtrącali się do tej akcji, bynajmniej nie powstrzymując swych kolegów i rozbestwionego żołdactwa. Jedni tylko oficerowie Polacy w liczbie trzech rzucili się z dobytemi pałaszami na żołnierzy, broniąc rannych. Nie uszło im to na sucho, — ledwie z życiem uciekli. Chciwa krwi i rabunku dzicz, ufna w upoważnienie swego jenerała, rzuciła się na tych oficerów, i zdarłszy z nich epolety, poszarpawszy na nich w kawałki mundury i połamawszy pałasze, bagnetem zmusiła ich opuścić pobojowisko. W takim stanie stawili się oni przed Czengerym, żądając przykładnego ukarania wskazanych przez nich żołnierzy.

Położenie stało się trudnem, „batiuszka“ Czengery nie widział sposobu zasłonięcia swej „rebiaty“ od skutków niesubordynacji, bliskiej buntu i rzezi swych własnych oficerów, a to tem bardziej, że pobici a nawet poranieni oficerowie, mianowicie jeden z nich, Łącki, nie chcieli przyjąć propozycji jenerała, aby się dać przeprosić żołnierzom, i osłonić poszarpaną swą odzież troskliwie podsuniętemi płaszczami żołnierskiemi. Był to akt pośrednictwa ze strony Czengerego dla zatarcia zajścia podjęty. Pośrednictwo się nie udało, bo oficerowie w poszarpanej swej odzieży do Kielc wróciwszy, tak, że ich mnóstwo mieszkańców w takim stanie widziało, podali pisemny raport do sądu wojennego, skutkiem czego było aresztowanie winnych, i rozstrzelanie z nich, po kilku wprawdzie dopiero miesiącach, jednego podoficera i czterech żołnierzy. Długie to sądzenie ich naprowadzić musi na domysł, że ich chciano oszczędzić. Skarżący oficerowie doznając od chwili swego wystąpienia ciągłych ze strony Czengerego szykan, jeszcze przed upływem powstania opuścili służbę wojskową. Oto jest wierne opowiedzenie zachowania się moskiewskich oficerów podczas rzezi Małogoskiej.

Następna z kolei ekspedycja odbyła się dla zasilenia załogi Miechowskiej, już nie pod dowództwem Czengerego, lecz ulubieńca jego, majora Bentkowskiego, Polaka — odszczepieńca. Ten w przechodzie nocą przez wioskę Giebułtów, nie daleko od stanowisk Langiewicza, otoczył dwór wojskiem, a sam z kilkoma oficerami wszedł do jego środka, gdzie zastał zebranych kilkanaście osób z sąsiedztwa, jako w dzień imienin gospodarza dworu. Między zebranymi było także na swoje nieszczęście dwóch paniczów z obozu Langiewicza o czem wszakże Bentkowski wiedzieć nie mógł, bo byli w cywilnych zupełnie ubiorach. Przywitawszy się z zebranymi, zaczął Bentkowski w nich wpierać, iż zgromadzili się w celach powstańczych, po stosownem wszakże i zgodnem z prawdą wyjaśnieniu, zdawał się w nie wierzyć i dla późniejszego sprawdzenia jedynie, jak mówił, danych mu wyjaśnień, zaaresztował siedmiu najmłodszych z zebrania i wysłał ich na podwórzec pod straż swego żołdactwa, — a sam zasiadł z oficerami do zastawionego posiłku. Po chwilowym wypoczynku podziękował jak to na dobrze wychowanego człowieka wypadało za gościnność i nie dozwoliwszy odprowadzić się za próg, wyszedł na ganek, zkąd wydał rozkaz wymordowania aresztowanych, po czem jakby najwięcej ludzki czyn spełnił, udał się w spokoju w dalszą drogę, pozostawiwszy przerażonym mieszkańcom Giebułtowa siedmiu trupów i dziękujmy jeszcze Bogu, że zwierz ten w końcu i mienia ich nie podpalił — czego wszakże nie uskutecznił jedynie by nie obudzić czujności blizko stojącego Langiewicza.

Ze zbrodniarzem tym spotkamy się jeszcze w naszem opowiadaniu.

Pomijając utarczkę pod Pieskową Skałą, dokąd Langiewicz z Podzamcza przybył, stoczoną z księciem Szachowskim, gdyż ta pozostała dla obu stron bez rezultatu, oprócz nieznacznych strat, a do kroniki mordów i pożogi nic nie dodała, przechodzę do największej bitwy jaka była od początku powstania stoczoną, pod dowództwem Langiewicza już jako dyktatora. Bitwa ta odbyła się pod Grochowiskami niedaleko miasta Pińczowa. Znane są ogólnie dzieje tej krwawej dwudniowej bitwy, znane także i jej rezultaty, to jest cofnięcie się Langiewicza po stanowczo wygranej bitwie w granice Galicji, znane nakoniec i wpływy, które go do tego namówiły, nie będziemy się tu przeto nad tem wszystkiem rozszerzać. Dosyć powiedzieć, że po doznanej klęsce Czengery, który dowodził siłami moskiewskiemi, z wielkim pospiechem, nie dawszy prawie nigdzie odpoczynku wojsku, uszedł do Kielc, zostawiając na pobojowisku wbrew swemu zwyczajowi, rannych naszych nieobdartych i niepodobijanych, kontentując się jedynie zabraniem swych rannych, a to dzięki tylko nagłemu odwrotowi Langiewicza, mimo wygranej ze strony powstańców.

Na drugi dzień dopiero po opuszczeniu przez obydwie siły pobojowiska, nauczeni przykładem Moskali i ośmieleni ich bezkarnością, siedmiu morderców rzuciło się na rannych, i tych dla obdarcia dobijali. Ofiarami tego mordu, dokonanego przez żołnierzów, było na szczęście kilkunastu tylko rannych, gdyż nadbiegli na ten widok chłopi w większej masie, i rabusiów i morderców od dalszej operacji odpędzili. Dodać przytem należy, że mordercy ci nie uniknęli zasłużonej kary i to nie z ręki powstańców, lecz urzędowej władzy, jaką były ówczesne sądy. Otóż sąd w którego jurysdykcji miało to miejsce, z samych jedynie Polaków jak i wszystkie inne złożony, przy pomocy wójtów i chłopów wyłapał morderców i odesłał do kryminału Kieleckiego, zkąd po zapadłym wyroku do ciężkich robót w kopalniach sybirskich zesłani zostali.

Po bitwie Grochowickiej i ustąpieniu Langiewicza za granicę kongresowej Polski, nastała chwilowa przerwa w działaniach powstańców województwa Krakowskiego, gdyż z całego wojska Langiewicza tylko 300 ludzi ocalało dla sprawy narodowej, poprowadzonych przez majora Czachowskiego z pod Grochowisk w zupełnie inne strony, bo w góry Święto-Krzyskie. Cyfra ta pod tym zdolnym i energicznym dowódcą, wzrosła później w dziesięćkroć przeszło i długo jeszcze staczała z różnym skutkiem boje z Moskwą, nigdy nie będąc rozbitą. Postępek Langiewicza, który mógł się skończyć stłumieniem powstania, w powodzenie którego on nie wierzył, a miał nastąpić, jak mówiono pod wpływem partji tak zwanej białej, nie zakończył bynajmniej bojów nawet w tej części kraju, którą z tak znaczną siłą Langiewicz opuścił.

Obok Czachowskiego organizowały się nowe siły na samem południu województwa Krakowskiego tuż pod samą granicą, w słynnym ze swego górzystego położenia Ojcowie.

Organizatorem i zarazem dowódzcą tych sił był obywatel z Krakowskiego, Apoloniusz Kurowski. Nie ujmując nic jego patrjotyzmowi, nie możemy wyjść z podziwienia, jak mógł on, człowiek cywilny, nie obeznany zupełnie z wojennem rzemiosłem, podejmować się organizacji wojsk i przewodzenia, które dobrze wypaść nie mogło, jakoż nie wypadło, bo wywołało obficie a napróżno krew przelaną pod Miechowem.

Lecz wracajmy do opisu wypadków.

Kurowski zrobiwszy poprzednio pomyślną wyprawę pod Sosnowice, gdzie przepędził Moskali do Prus, źle uzbrojony postanowił rzucić się na zdobycie miasta powiatowego Miechowa, gęsto zabudowanego i to prawie wyłącznie z kamienia, ztąd nadzwyczaj łatwego do obrony, przy małych chociażby stosunkowo siłach.

Wyruszono na tę wyprawę przed wieczorem, aby skoro świt zaatakować miasto. Tymczasem jeszcze na kilka godzin przed świtem, podstąpiono już prawie pod Miechów, nie zachowując tych wszystkich praktykowanych w wojnie ostrożności, niedozwalających wiedzieć nieprzyjacielowi o zbliżającym się przeciwniku, tak że Moskale wcześnie zawiadomieni, oczekiwali naszych zupełnie przygotowani do ataku po za murami i zabudowaniami miasta. I czem się ten atak rozpoczął, — oto kawalerją puszczoną na Moskali, strzelających z pozycyj, do których kawalerzysta, dla naturalnych przeszkód nie mógł dotrzeć. Jednakże i tu dzielność polskiego żołnierza, mimo tak strasznego błędu swego dowódzcy, w całym blasku się okazała. Nie zważając na morderczy ogień karabinowy, kawalerja nasza wparła się do środka Miechowa, gdzie zrąbawszy mniej ostrożnych Moskali, co się na placu pokazali, przebiegła całe miasto i z drugiej jego strony poczęła się do ataku ponownego sposobić, czego rozsądnie dowodzący nią oficer nie dopuścił, zważając na wielkie poniesione straty i prawdziwe szaleństwo podobnego kroku. Ruszył nakoniec Kurowski z piechotą, lecz ta dla nierówności i braku broni, odpartą została. Atakować dalej z czystego pola oszańcowaną Moskwę, było niepodobieństwem, nakazano przeto odwrót, który w nieporządku się odbył.

Tak musiała się skończyć bitwa, rozpoczęta bez najmniejszych środków, zapewniających równowagę, jeżeli już nie zwycięztwo, na placu najniestosowniejszym, i w dodatku prowadzona przez dowódzcę, nieznającego się na sztuce wojskowej.

Moskale wszakże nie myśleli o pościgu za cofającymi się powstańcami; mieli oni przed sobą więcej zgodne z swym charakterem zadanie obywatele, obawiając się zabezpieczać swe kapitały przez powierzanie ich niedoukom, w samem mieście, do którego spełnienia też bezzwłocznie przystąpili, rabując co się tylko dało, paląc domy i mordując mieszkańców. W godzinę niespełna miasto całe stanęło w płomieniach, trupy spokojnych mieszkańców wraz z zabitymi powstańcami zapełniały rynek i poboczne ulice, po czem rozpoczęli Moskale podział łupów i ogromną, bo do tego stopnia pijatykę, iż faktem jest, że po wypiciu wszelkich wódek i spirytusów, czego wielkie zapasy w tak znacznem mieście były, wzięli się do preparatów aptecznych spirytusowych, a nakoniec i do nafty. A było ich przecież zaledwie 1.000 pod dowództwem bandyty, majora Bentkowskiego.

Gdyby Kurowski zamiast pospiesznego odwrotu wpadł był wtedy do miasta, to jedną kompanią kosynierów wykłułby do nogi pijaną bez pamięci Moskwę, a przez to jeżeli już nie odwrócił pożogi i rabunku, toby się pomścił za męczeńską śmierć tylu niewinnych.

Gdy tak zapamiętale piją i po rynsztokach się walają Moskale, część ich trzeźwiejsza, a raczej ta, która na nogach mogła jeszcze ustać, nietylko rozszerza coraz bardziej pożogę i mordy, lecz wbrew subordynacji oblęga odwach, żądając od oficera straż trzymającego wydania im na rzeź urzędników, którzy tam z rodzinami w liczbie kilkudziesięciu zaraz z początku bitwy się schronili. Zatarasowaniem jedynie odwachu i wyprowadzeniem tych nieszczęśliwych tyłami za miasto, udało się oficerowi dalszej rzezi zapobiedz.

Nieszczęsni ci trzymając się odtąd w jednej gromadce, w czem jak kto stał, nawet bez butów i czapek (bo te dla złagodzenia żołnierzy, stojących na odwachu, zmuszeni byli im oddać), udali się w lasy o 10 kilometrów od miasta odległe, zkąd już pojedyńczo po większej części do pobliskiego Krakowa się przemknęli. Tak zdołali ujść rzezi naczelnik powiatu z całym składem biurowym i inni miasta urzędnicy.

Jak wielką była rzeź Miechowa, dowodzi to, że w kilka dni w jednym ogromnym dole pochowano razem trupów 128, z których tylko trzydziestu kilku było powstańców. Dodać do tego należy wiele jeszcze osób, które w płomieniach palących się domów śmierć znalazły, nie śmiąc wyjść na strzały czyhających na nich Moskali.

---

Dalszych dziejów okrucieństw moskiewskich opisywać nie będę, bo w kilka dni po rzezi miechowskiej zostałem aresztowany i odprowadzony do więzienia kieleckiego, zkąd dopiero po uśmierzeniu powstania, a więc w rok przeszło wyszedłem; nie chcę przeto tego, czego nie byłem świadkiem, na głuchych tylko wiadomościach po za kratę więzienną doszłych, oparty opisywać.

Ale czyż to nie dosyć, choćby nawet nikt inny ani dalszego ciągu po mnie nie przedsię-

17

## [illegible] teatr wojny.

Dzienniki petersburgskie donoszą, że siano, złożone na składach w Odessie, Razdielnej, Tyraspolu, Kiszeniewie i innych miejscowościach jest zupełnie nie do użycia, i dlatego brak paszy zagraża armii. Ażeby temu zapobiedz, kazała intendentura przygotować galetty, to jest ro-

wziął, ani też znalazł się taki, któryby mordy w innych okolicach kraju opisał.

Czyż wobec przytoczonych wyżej okropności nie bledną w istocie mordy obecnie za Dunajem przez Moskali dokonywane, jeżeli zwłaszcza weźmiemy na uwagę, że tu była mowa o małej tylko cząstce kraju, dodawszy więc do niej pozostałe obszary, w których Bellegardy, Szmity, Maniukiny, Murawiewy, Kaufmany i inni śmierć niewinnym i pożogę roznosili, to przyjść musimy do tego sądu, że Moskale nie mają prawa wobec świata nazywać się wojskiem, gdyż to jest dzicz, przez rząd własny na zagładę ludów zorganizowana. Dzicz ta, tchórzliwa i nikczemna w prawdziwym boju, jak to widzimy z przebiegu obecnej wojny tureckiej, z całą precyzją, bez wzdrygnięcia się wykonywa mordy bezbronnych z rozkazu i pod wodzą swych jenerałów.

I czy rząd moskiewski takich dowódzców karze jakby to powinien, lub zaledwie ich toleruje w trudnych okolicznościach? bynajmniej, on ich nagradza, czego wymownym dowodem jest los mordercy, Czengerego; rozpoczął on kampanię polską będąc pułkownikiem, a w rok później obok nagród w orderach i donacji, został jenerałem dywizji; hańbę więc jego postępowania uznał widać rząd za wysoką cnotę wojenną.

Takim właśnie czynom winni są obecnie swe wyniesienie przez cara Hurki i inni siepacze za Dunajem.

A teraz na zakończenie porównajmy bezstronnie postępowanie i zachowanie się obu armij, za Dunajem walczących, względem ludności tamże osiadłej.

Czyny okrucieństwa rozpoczęte zostały rzezią w Bułgarji w roku zeszłym z chwilą powstania, i to nie przez wojsko regularne, lecz mieszkańców muzułmańskich i baszybożuków, którzy rzucili się na Bułgarów za to, że rozpoczęli powstanie od wymordowania ośmiuset spokojnych muzułmanów, mężczyzn, kobiet i dzieci, porwani chęcią zemsty, — a jednak winnych tej zemsty sułtan ukarał i rzeź Bułgarów potępił.

Następuje kampania tegoroczna; Turcy zajęli całą Bułgarję aż po Dunaj, i czy popełnili jakie mordy na ludności spokojnej bułgarskiej, chociaż ma Moskalom dopomagać? bynajmniej, oczekują na prawdziwego swego nieprzyjaciela, by mu zadać ciosy, jakich obecnie jesteśmy świadkami. Moskwa natomiast po wkroczeniu do Bułgarji, nie znalazłszy właściwego oporu ze strony wojsk tureckich, rozpoczyna w całej grozie właściwy swemu charakterowi sposób wojowania, bo rzuca się z wściekłością, powoławszy do pomocy Bułgarów, na bezbronną ludność mahometańską, morduje ją po wsiach i miastach, dogania w tym celu uciekających, odbiera cześć kobietom i te nawet potem dobija, jakby oszczędzając im późniejszego wstydu na wspomnienie, że były ofiarami ich zwierzęcości. W takim krwawym pochodzie przebywa Bałkany, zapuszcza dalej niezmordowane swe zagony, aby jak największą część kraju zająć pod swą niszczącą operację. Za zjawieniem się Sulejmana baszy, krwiożercza ta dzicz ucieka w popłochu i wtłacza się nazad w Bałkany, ścigana przez Turków, którzy to tępią ją w boju, to wyszukują po mieszkańcach wspólników jej Bułgarów, aby odpłacić śmierć męczeńską nieszczęsnych swych braci.

Zestawienie to bezstronne czynów obu armii dostatecznie przekonywa, po czyjej stronie jest prawdziwa wina bezpotrzebnego i okrutnego krwi rozlewu i czynów barbarzyństwa. Turcy, i to bez rozkazu rządu dopuścili się, raz dla wywarcia zemsty za śmierć swych współwierców, a drugi raz wymierzyli je jako słuszną karę na tych Bułgarów, co się wraz z kozakami mordów dopuścili, gdy Moskale po uroczystym manifeście swego cara, przyrzekającym prawa i spokój mieszkańcom Bułgarji bez różnicy wyznań i ogłaszającym prawidłowy sąd na istotnie tylko winnych — rzucili się na całą jej ludność mahometańską, wciągając nawet do tej hańbiącej ludzkość czynności i chrześciańskich Bułgarów, nie pomni, że w razie najmniejszego swego niepowodzenia obrócą na nich mściwą rękę Turków.

Na tem rzecz moją kończę.

---

A teraz słówko do polskiej publiczności.

Korespondenci naszych gazet to z Belgii, to z Włoch i innych krajów, nawołują nas do nadsyłania im artykułów, któreby prawdziwy charakter i postępowanie Moskali wyświecały, gwoli zapoznania ludów europejskich z tą dziczą, mających dotąd najczęściej spaczone o niej pojęcia.

Pojmując całą doniosłość tej myśli, rozumiem przecież, że nie z czczemi ogólnikami, lecz z faktami w ręku trzeba do tej czynności przystąpić, i oto jest główny powód, że wziąłem pióro do ręki.

Niech inni, którzy ze swego stanowiska w organizacji narodowej, mieli możność zebrać autentyczne dowody postępowania Moskali podczas uśmierzania naszego ostatniego powstania, opiszą ich czyny na pozostałych obszarach powstałej Polski, a zbierze się volumin faktów przerażającej a prawdziwej treści.

Przetłómaczenie lub wyjęta sama tylko treść z niniejszego opisu i umieszczona w przychylnych nam organach zagranicznych będzie do tego początkiem.

---

pusti[illegible]

wielką praktyczną wartość mają łopaty systemu Linnemanna, w które każdy rumuński infanterzysta jest uzbrojony. Każdy żołnierz ceni teraz to narzędzie tak wysoko jak swoją broń, i prędzej oddałby kawałek chleba jak ową łopatę

„Ostatniemi dniami były prawie codziennie

poczęciu walki zdawało się, że pozycja będzie zdobytą; coraz krwawsza walka wrzała w rowach przepełnionych poległymi, wreszcie Turcy z rowów tych cofnęli się do wnętrza reduty; a w rowach zostały tylko małe oddziały śmiałych żołnierzy, którzy bronili się do upadłego i w końcu wszyscy śmierć znaleźli. O godzinie 3. drogą za redutą założoną i zakrytą, przybyły świeże siły do obrony i wmieszały się do walki Skutkiem tego było, że kolumny szturmujące musiano odwołać, aby ze świeżemi siłami do powtórnego przystąpić szturmu. Przy odwrocie do pararelli rzucili Turcy gradem kul na cofających się, którzy też nader dotkliwe ponieśli straty. Była godzina 4., gdy ostatnie szeregi cofających się weszły w paralelę.

„O godzinie w pół do 6tej wieczór sformowano nową szturmującą kolumnę, z samych świeżych sił. Pierwszy szereg tworzył 7. pułk liniowy z brygady Cantilli pod dowództwem podpułkownika Grzegorza Joana, w drugim szeregu był 13 pułk dorobańców pod majorem Makri i 14 pułk dorobańców pod podpułkownikiem Fotca. Artylerja pod pułkownikiem Herktem strzelała z taką dokładnością, że wkrótce pożar powstał w Bukowie, i przedpiersniki tureckich redut zupełnie zniszczono. Moskiewskie baterje wspierały atak, a jenerał Krüdener dla zapewnienia pomyślnego skutku ofiarował kilka swych batalionów, lecz Rumuni sądzili, iż powinni podziękować za tę uprzejmość, gdyż sami chcieli odnieść zwycięstwo.

„O godzinie 6ej rozpoczęli drugi szturm. W tureckich rowach stały cztery szeregi bagnetów. Znowu atakujący rzucili się z szaloną odwagą, znowu walczono zaciekle i wytrwale, ale czas mijał, a po żadnej stronie nie widać było skutku. Kule tureckie, wpadające do paralel, zrządzały olbrzymie szkody, gdzieniegdzie leżeli ranni stosami. Zciemniło się; mimo tego nieustawała walka z przeciwnikiem, który ciągle otrzymywał posiłki. O godzinie pół do 8ej jeszcze raz kuszono się o wyrzucenie Turków z reduty. Rumuni z okrzykiem „hurra“ rzucili się w rowy, aby z nich wydostać się na okopy reduty. To dało powód do pogłoski, że reduta zdobytą została; pogłoska nie sprawzdiła się, w rowie na trzy metry głębokim było jeszcze za mało trupów, aby mogły służyć za pomost do wyjścia na okopy!

„O godzinie 9ej przekonano się, że wszelkie dalsze usiłowania byłyby bezskuteczne, i znużonym wojskom nakazano odwrót. Rumuni stracili tego dnia 2 oficerów i 287 żołnierzy w zabitych a 22 oficerów i 928 żołnierzy rannych. Straty Turków musiały być także znaczne, liczą je na 600 ludzi.“

---

### Tureckie torpedy ziemne.

Szumla d. 12. października.

Jednem z ostatnich rozporządzeń b. naczelnego wodza armii tureckiej, Abdul Kierima, było tem na ziemię. Za dowód i miarę siły działania tych min posłużyć może następujący przykład. Na linii torpedów ustawiono olbrzymi drabiniasty wóz z bryłami budulcowych kamieni. Ciężar jego razem z kamieniami wynosił 35 cetnarów. Owoż w skutek eksplozji torpedu, ważącego 9 funtów, wóz ten rozerwany został, a kamienie rozprysły się na drobne kawałki.

Naturalnie, że za tak świetną próbę wszyscy jenerałowie tureccy, a szczególnie jenerał inżynierji Blum basza, składali Zubowiczowi jak najszczersze powinszowania. Zaraz też przystąpiono do zastosowania w praktyce jego odkrycia i polecono mu przedewszystkiem założyć torpedy dokoła silnie ufortyfikowanej pozycji tureckiej pod Cerkowną. Zubowicz udał się na miejsce przeznaczenia, obejrzał pozycję i w punktach wyznaczonych mu przez oficerów sztabowych począł już zakładać torpedy, kiedy wtem nadszedł rozkaz z głównej kwatery cofnięcia całej armii za Łom. Atoli wkrótce potem powierzono mu założyć torpedy pod Sarnasuflarem i obecnie dokoła tej miejscowości, jako też dokoła Karahasankieju rozciąga się już linia olbrzymich torpedów, z których niektóre mają po 600 funtów ładunku. O potędze działania takich kolosów piekielnych nawet powziąć wyobrażenia nie można. Wobec nich te torpedy, które turecki monitor „Lufti Dżelil“ wyrzuciły w powietrze, są doprawdy igraszką dziecinną. (*Tagbl.*)

---

### Azjatycki teatr wojny.

Przed kilku dniami moskiewskie dzienniki doniosły, że jak tylko po Kaukazie rozeszła się wiadomość o klęsce Turków na Awliar-Aladży-Daghu, powstanie górali odrazu zaczęło upadać i mnóstwo aułów zgłosiło uległość. Tymczasem się okazuje, że wcale tak nie jest. Klęska turecka jak się zdaje bynajmniej nie wpłynęła na usposobienie kaukazkich powstańców, bo według ostatnich wiadomości powstanie coraz bardziej się rozszerza i dzisiaj przedstawia się już w przerażających rozmiarach. *Augsburgska Gazeta* otrzymała z Tyflisu korespondencję, z której wyjmujemy następujący ustęp:

„Powstanie górali wzrasta z każdym dniem. Nawet Kachetja, prowincja gruzińska, najbliżej Tyflisu położona została w ostatnich czasach splondrowaną przez Lezginów, lud pokrewny Dagestańczykom. Powstańcy mają zamiar obsadzenia ważniejszych punktów na tak zwanej lezgińskiej linii, a mianowicie Zakatałów, Lagadechów i Nuchi. Przez te miejscowości przechodzi nader ważny z militarnego względu gościniec z Tyflisu do Baku i jeśli powstańcy go opanują, to cały wschodni Kaukaz będzie zupełnie odcięty od ogniska miejscowej administracji, a nadto armia, działająca w Armenii, będzie narażona na niedostatek żywności, bo ową drogą ciągle nadchodziły olbrzymie transporta. Z samego Dagestanu donoszą, że powstańcy wyrządzili już Moskalom okropne, niepowetowane straty, że krew

---

Przyjęto do wiadomości orzeczenie c. k. trybunału administracyjnego we Wiedniu w przedmiocie zażalenia przez gminę Iwonicz wniesionego, którem zgodnie z zapatrywaniem Wydziału krajowego droga z Iwonicza do Rogów uznaną została za drogę publiczną, co do obowiązku zaś utrzymywania mostu kamiennego tamże bliższe dochodzenia zarządzono.

Wniesiono obronę do c. k. trybunału administracyjnego we Wiedniu przeciw zażaleniu gminy Busk w sprawie ponoszenia kosztów utrzymania mostów dawniej na rzecz tamtejszego obszaru dworskiego omyconych.

Udzielono na rekonstrukcję drogi Zagórze-Radoszyckiej wspólnie z c. k. rządem przedsięwziętą subwencję z funduszu krajowego w kwocie 2.000 złr., i mianowano równocześnie delegatem Wydziału kraj. do komitetu zarządzającego Wgo Leonarda Truskolawskiego.

Udzielono Wydziałowi pow. w Przemyślu dalszą subwencję w kwocie 2.000 złr. na budowę drogi Nienadowsko-Prnchnickiej; odmówiono zaś udzielenie subwencji Wydziałowi pow. w Nisku na budowę drogi kraj. z Konczy przez Rudnik do granicy królestwa Polskiego; Wydziałowi powiatowemu w Drohobyczu na rekonstrukcję drogi wiodącej z Borysławia do Schodnicy; Wydziałowi pow. w Mościskach na ubezpieczenie brzegów rzeki Wiszni w Podgaci; wreszcie Wydziałowi pow. w Rawie na pokrycie niedoboru, powstałego przy budowie drogi z Rawy do Uhnowa.

Oznajmiono Wydziałowi pow. w Tarnowie, że droga wewnątrz miasta Tarnowa aż po rogatkę w Pogwizdowie ma być utrzymaną kosztem gminy miasta Tarnowa z powodu omycenia tej przestrzeni drogi na rzecz gminy miasta.

Uchwalono przedłożyć Wys. sejmowi wniosek na odnowienie dla Wydziału powiatowego w Sanoku prawa do pobierania myta od mostu w Gadzinie, zaś na udzielenie obszarom dworskim w Piekarach i Wołowicach prawa do pobierania myt przewozowych na rzece Wiśle, a obszarom dworskim w Niezwiskach i Łuce prawa do pobierania myta przewozowego przez rzekę Dniestr.

(C. d. n)

---

## Kronika miejscowa i zamiejscowa.

*Lwów dnia 31. października.*

— Na zaopatrzenie rannych i szpitalów tureckich złożyli w administracji *Gazety Narodowej* na zakupienie szarpi i potrzeb sanitarnych WW. PP.: Ze składki w Stanisławowie za pośrednictwem Wej pani Mroczkowskiej: Mikołaj br. Romaszkan 10 zł., Mroczkowscy 10 zł., Pokińska 3 zł., Romaszkanowa 3 zł., dr. Frankfurter 2 zł., dr. Rojecki 2 zł., Pettenbergowa 2 zł., Święcicki Zygmunt 2 zł., Sternowa 2 zł., księgarnia Milikowskiego 2 zł., dr. Kwiatkowski 2 zł., dr. Koliński 2 zł., Doschot Teofila 1 zł., Paternay 1 zł., Wójcik 1 zł., Ozi... 1 zł., Regenstreif 1 zł., Rosenberg 1 zł., Kanner

**Nr 91.** **Kraków, 22 Kwietnia — Niedziela.** **Rok 1877.**

# CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 s., z przesyłką pocztową 12 s.

**Prenumerata wynosi:**

| | na rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| Pocztą w państwie Austryackiem | „ 24 | „ 6 | „ 2·50 |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | „ 32 | „ 8 | „ 3 |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. **Miejscową prenumeratę księg.** p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

## Kraków 21 kwietnia.

Głos jednego z irlandzkich seperatystów w parlamencie angielskim, wykazujący całą okropność postępowania rządu rosyjskiego przy nawracaniu przemocą unitów na wiarę schizmatycką, przebrzmiał bez echa. Dopókąd bowiem przypuszczano w Anglii możność zażegnania wojny wschodniej, nie chciano niczem narazić się Rosyi i uchylano się od wszelkiego nawet posądzenia, jakoby świat cywilizowany miał obowiązek protestowania przeciw pogwałceniu wszelkich praw boskich i ludzkich i upomnienia się o praw tych szanowanie, choćby nawet prawa te zawarowane były traktatami. Jedna tylko Stolica Apostolska podnosiła głos za prześladowanymi niewinnie katolikami pod rządem rosyjskim; rządy zaś europejskie upominały się tylko o polepszenie bytu poddanych chrześciańskich Porty. Dopiero w zeszłym miesiącu, szukając przeciw Rosyi broni, zaczęto w Anglii poruszać sprawę prześladowania unitów w Polsce, a rząd wydał temi dniami zbiór raportów poselskich i konsularnych w tej sprawie, z którego się pokazuje, że materyału nie zbywało mu, lecz nie użył go wcześniej, aż dopiero w chwili, gdy stanął w kwestyi wschodniej otwarciej przeciw Rosyi. Zanim nas zbiór tych dokumentów dojdzie, poprzestać dziś musimy na treści ich podanej w liście z Londynu z d. 16 kwietnia do *Gazety Kolońskiej*, który tu powtarzamy dosłownie, a nosi on tytuł: „Urzędowe dokumenta o nawracaniu Unitów“.

W początkach zeszłego miesiąca poruszono w Izbie niższej rozbierane już wielokrotnie nawracanie greków-unitów do prawosławnego Kościoła rosyjskiego i wyrażono życzenie, aby rząd przedłożył akta, jakie w tej mierze posiada. Urząd spraw zagranicznych uczynił temu żądaniu zadosyć. Ogłoszony został właśnie zeszyt urzędowy, zawierający depesze, które jlny konsul w Warszawie, podpułkownik Mansfield, poseł lord A. Loftus, jlny konsul w Odessie, Stanley i konsul w Chersonie Webster wystosowali do lorda Derby i jego poprzedników. Zbiór tych depesz nie jest właśnie teraz obojętny. Obejmuje on czas od września 1871 do listopada 1876 Byłoby ciekawem dowiedzieć się także o zdaniach z innej strony, to jest ze strony dwóch ministrów spraw zagranicznych.

W pierwszem piśmie z d. 21 września 1871 r. udzielił pułkownik Mansfield rozporządzenie cesarskie, na mocy którego kościoły innowierców w Rosyi mają być oddane pod zarząd świętego synodu, i dodał zarazem objaśnienie, że celem tego kroku jest widocznie, aby Greków-unitów zapędzić na łono prawosławnego kościoła. Już wówczas mianowano administratora dyecezyalnego, a rząd carski „zalecił“ czyli „nakazał“ różne zmiany w obrządkach kościelnych, jak np., aby kapłani ubierali się tak jak popi rosyjscy, aby urządzono w kościołach carskie wrota itd. Osadzono też już „oddział moskiewskich czerńców“ w jednem skrzydle b zyliańskiego unickiego klasztoru. Unici otrzymali od rządu rosyjskiego polecenie, aby czerńców gościnnie przyjęli. Dnia 23 listopada 1872 r. doniósł jeneralny konsul Mansfield do br. Granville o nowych ukazach dotyczących unitów, a wydanych przez rząd rosyjski. Według tych rozporządzeń, miano się energicznie zająć zaprowadzeniem w kościele unickim reform greckiego obrządku. Opór miał być siłą stłumiony, a sprawcy jego surowo karani; przychylne duchowieństwo miało za odniesione szkody otrzymać wynagrodzenie, opornym zagrożono wygnaniem. Jlny konsul donosi dalej o ustanowieniu „komisyi śledczej“ w Siedlcach, przed którą w pewnych terminach wzywano księży, aby ich przesłuchiwać o ich czynności. Duchownych opierających się rozkazom carskim przesiedlano w inne okolice, albo zupełnie wypędzano; los tych ostatnich, pisze Mansfield, nie jest tak zły, gdyż po części uchodzą do Galicyi. Atoli bardzo smutne wypływają stąd następstwa dla parafij, gdyż grozi to zupełnem usunięciem nabożeństwa i udzielania Sakramentów św. Rząd wyznaczył wówczas na przebudowanie unickich kościołów w Siedlcach 150,000 rubli.

W r. 1874 raporta są częstsze. Dnia 29 stycznia donosi Mansfield z ubolewaniem o nowych rozruchach w unickich obwodach siedleckim i lubelskim, których następstwem były rozlew krwi, st-ata ludzi i nader barbarzyńskie (*the most barbarous*) obchodzenie się z wieśniakami. Administrator dyecezyi chełmskiej Popiel doniósł był kilkoma miesiącami wprzódy hr. Tołstojowi, że do carskich ukazów tylko w części się zastosowano. Tołstoj rozporządził niedługo potem, aby zaprowadzono jak najściślejszą jedność między kościołem unickim a schizmatyckim, aby zniesiono ławki, organy, różańce, dzwonki przy Mszy św. itd. Większa część duchowieństwa zastosowała się do tych rozporządzeń — natomiast chłopi stanowczo się oparli. W wielu miejscach zaprzestali zupełnie chodzić do kościoła, w innych poniewierali księży, w jednem księdza ukamienowali. Już poprzednio przywołano na pomoc kozaków i policyę. Padło wielu chłopów, jak również i kozaków, mianowicie oficerów. W Mynciewicach (?) bronili chłopi kościoła siłą, w końcu jednak odparci zostali przemocą. Wezwano ich, aby podpisali oświadczenie, że się poddają, a gdy tego nie uczynili, otrzymał każdy mężczyzna 50 kozackich nahajek, każda kobieta 25, a każde dziecko bez różnicy płci i wieku 10. Jedna z kobiet, która się energiczniej od innych wzbraniała, otrzymała przeszło 100 razów. Właściciele i rządcy opuszczali okolicę, gdyż włościanie żądali od nich pomocy, której im dać nie mogli. Wiadomość o tych wypadkach nadeszła, jak pułkownik Mansfield dodaje, właśnie podczas uroczystości weselnych dzisiejszej księżnej Edinburskiej do Petersburga i wywołała tam tak niemiłe wrażenie, że tymczasowo zakazano dalszych kroków. Mimo tego nie wypuszczono na wolność uwięzionych w ogromnej liczbie chłopów. D. 18 lutego donosił Mansfield, że środków prześladowania przeciw Unitom nie zaprzestano. Zajścia, jak walka w Mynciewicach i knutowanie tamże powtarzały się na wielu miejscach. Na początku miesiąca przybył Nabokow, dyrektor wydziału dla spraw polskich w kancelaryi carskiej, w towarzystwie jenerała Friedrichsa, byłego szefa polskiej (?) żandarmeryi, mianowanego właśnie jenerał-gubernatorem wschodniej Syberyi, dla zbadania wypadków do Warszawy. D. 7 marca donosi Mansfield, iż rzezie *(massacres)* nie ustają; tylko że wtenczas wzięto się do innego sposobu nawracania. Gdzie znajdowano opór, posyłano zaraz tyle wojska, że o oporze myśleć nie było można. Oprócz tego nakładano na pojedyńcze wsie kary pieniężne od 200-400 rubli. W gubernii lubelskiej nie dały się wtenczas jeszcze prześladowania tak we znaki jak w Siedlcach. Chłopi w obwodzie lubelskim poprzysięgli sobie jednakże spalić raczej wszystkie kościoły i plebanie, aniżeli przyjąć reformy moskiewskie. D. 18 marca przesłał lord A. Loftus z uwzględnieniem dawniejszych pism Mansfielda hr. Derbemu urzędowy artykuł z *Jour. de St. Petersb.* Loftus rozmawiał tegoż dnia z p. Westmannem o wypadkach zaszłych w Polsce. Westmann zapewniał go przy tej sposobności, że rzecz ta bardzo dotyka cara, jednak zajścia te w żadnej z kwestyami politycznemi nie stoją styczności. Kościół łaciński, mówił Westmann, starał się zwolna unitów ze sobą połączyć. Temu chce rząd carski zapobiedz. Artykuł *J. de St. Petersb.* datowany jest d. 27go lutego (11 marca) 1874 r. Podaje on dzieje Kościoła unickiego ze stanowiska rosyjskiego i opowiada o rzekomych zamachach Kościoła rzymskiego, aby unitów zupełnie przyłączyć. Artykuł ten podaje także środki przedsiębrane dotąd ze strony rosyjskiej. D. 12 czerwca 1874 odwołuje się Mansfield na rozmowę, którą miał wśród tego z hr. Derby w sprawie unitów. W czerwcu wprowadzono już prawie wszędzie rządowi przychylnych księży. Ludność jednak wstrzymywała się zupełnie od obcowania z nimi i od wszystkich obrzędów kościelnych, „Chłopi grzebią umarłych na cmentarzach bez udziału religijnego i modłami, oświadczając, że przestali chrzcić i zawierać śluby.“ — Jlny konsul doniósł tymczasem, że duchowieństwo rzymsko-katolickie potajemnie chrzci i śluby daje. Kapłani mają często, dla dokonania tych obrządków, jeździć nieraz o 100 kilometrów. Chłopi opierali się jeszcze stanowczo zachciankom moskiewskim. O pokojowem pojednaniu nie było mowy. D. 21 lipca 1874 przesłał lord A. Loftus nowy artykuł *Journal de St. Petersburg* z 7 (19) lipca. Artykuł ten donosi, że podczas pobytu cara w Warszawie deputacye rozmaitych unickich parafij próbowały przedłożyć mu swe żale. Car jednak oznajmił, że deputowanych przyjąć nie może. Co więcej, kazał ich przez jenerała Kotzebuego napomnieć, aby się spokojnie carskim rozporządzeniom poddali. D. 1 stycznia 1875 donosi Mansfield, że nadzór nad kościołem świętemu synodowi odebrano i ministerstwu spraw wewnętrznych powierzono. Prawosławne kościoły należały wprzódy do zakresu ministeryum spraw wewnętrznych, zostały jednak przed siedmiu laty oddane pod zarząd synodów. Jenerał Kotzebue doniósł jlnemu konsulowi, że naradza się z ministrem spraw wewnętrznych nad innemi środkami, któreby dalszym okrucieństwom zapobiegły. Mansfield oświadczył, że do takiej zmiany polityki czas właśnie teraz. Chłopi ponoszą niewypowiedziane cierpienia. W pewnej wsi zaczadził chłop siebie i rodzinę swoją węglami, aby zapobiedz ochrzczeniu dziecka przez popa. Chłopi obozowali w lesie i znosili wielką biedę. Kozacy otrzymali rozkaz, aby ich „roztratować“ i zapędzić do wsi. Ponieważ kozacy nie trzaszczyli zasiewy, pozostawili chłopi na wielu miejscach role bez uprawy; zaciągali się do roboty u dworów. Te jednak popadały przez to w trudne położenie. Gdzie policya zwietrzyła takie stosunki, właściciel dostał się natychmiast pod dozór policyjny. D. 27 stycznia 1875 przesłał lord A. Loftus inny artykuł (z 15/27 stycznia) do hr. Derby. Donosi w nim o „dobrowolnem“ przejściu tłumnem na prawosławie. Oto 50,000 dusz i 26 kapłanów prosiło „o pozwolenie przejścia“ na prawosławie, a car najmiłościwiej dał zezwalsjącą odpowiedź i wynurzył nawróconym podziękowanie. D. 28 stycznia przesłał Loftus dalszy wycinek urzędowego dziennika, zawierający adres lojalności nawróconych. D. 29 stycznia donosi konsul jlny Mansfield o wspomnianem nawracaniu tłumnem. Nawrócenie to przywiedzionem zostało do skutku za pomocą „różnych środków, między któremi bicie stanowiło żywioł niemałej wagi.“ W niektórych gminach porywano nieposłusznych i na Sybir wywożono. Reszta ustąpiła, widząc, że „całe ich mienie pochłoną kozacy.“ W innych gminach rozdzielano pieniądze i przez to ludzie stawali się uleglejszymi. W innych znowu bito chłopów, póki nie ulegli przymusowi. W jednem miejscu, które Mansfield jako przykład podaje, bito chłopów, dopóki lekarze wojskowi nie oświadczyli, że dalsze plagi mogłyby ich życiu zagrozić. Następnie pędzono ich przemocą przez rzekę na pół zamarzłą, w której aż po pas brodzić musieli. Między szeregiem żołnierzy pędzono ich do kościoła parafialnego i zmuszono do podpisania prośby do cara. Wychodząc wołali jednak: „Można nas prawosławnymi nazywać, ale my wiarę Ojców zachowamy!“ Po wymuszeniu podpisów, mówi konsul jlny dalej, przymusili pewną liczbę chłopów, aby w charakterze delegatów wręczyli petycye władzom i aby Arcybiskupowi o swem poddaniu się donieśli. „Środki wzmiankowane są bardzo podobne do tych, jakich w Litwie od 1835 do 1838 roku używano, gdy przeszło 1,000,000 unitów dobrym lub złym sposobem (*by fair means, or foul*) na prawosławie nawrócono.“ Co się tyczy urzędowych ogłoszeń rosyjskich, jakoby katolicy unitów koniecznie do swego kościoła przeciągnąć usiłowali, oświadcza Mansfield: „Opowiadanie to trzeba przyjąć z niedowierzaniem,“ księża bowiem już byli wówczas rozkazom moskiewskim podlegali, dawniejszych kapłanów usunięto i zastąpiono takimi, którzy żądane przez rząd reformy przyjęli. Dalej sądzi Mansfield, że księża rzymsko-katoliccy sprawę tę „za zbyt niebezpieczną“ uważali, by jakiegokolwiek wpływu używać się ośmielili. Zresztą księży rzymsko-katolickich w okolicach unickich jest bardzo mało i są tak ściśle strzeżonymi i dozorowanymi, a wiedzą, iżby ich najmniejszy podszept na całe życie na Sybir zawiódł, a stąd zupełnie nieprawdopodobną rzeczą być się zdaje, aby jakikolwiek nacisk wywierali, i „rzeczywiście uporczywy fanatyzm chłopów nie potrzebował żadnej zachęty.“ D. 10 kwietnia doniósł Mansfield o wielkiem „wzburzeniu i poruszeniu umysłów,“ a to z powodu tak zwanego dobrowolnego przejścia na prawosławie 50000 ludzi. Ci, którzy prośby podpisali, oświadczyli, iż nie wiedzieli, co podpisali, i dla tego nie uważają się wcale za obowiązanych. Skoro delegaci po wręczeniu próśb do domu wrócili, zbito ich bardzo. Odtąd wzywali popi ciągle pomocy policyi, i dla tego kontyngens tameczny kozaków znacznie wzmocnionym został. Konsul sądzi, że rząd zamiaru swego dopiął, bo chociaż jeszcze kilka pokoleń będzie się opierało, jednak za lat 30 będzie już wszystko naprawdę prawosławne. Lord A. Loftus nadesłał rządowi d. 16 kwietnia kilka wycinków z *Norda*, zamieszczających listy hr. Władysława Platera i długi artykuł z *Gołosa* z dnia 16 (28) stycznia i artykuł z *Monde* z dnia 2go lutego. Wycinek z *Journal de St. Petersbourg*, który Loftus d. 13 kwietnia 1875 nadesłał, donosi o przyjęciu deputacyi świeżo nawróconych przez cesarza. Cesarz przyjął oświadczenie ich przejścia z zadowoleniem i wyraził, że „dziękuje Bogu, iż przez jego niewypowiedzianą dobroć skłonieni zostali do powrócenia na łono prawosławnego kościoła.“ D. 24 kwietnia donosi Mansfield o ponownem „nawróceniu się“ 250,000 unitów w gubernii lubelskiej; dnia 26 maja donosi, że ruch już prawie się kończy. „Religijne wzburzenie szukało teraz pociechy w rzekomych cudach.“ Krwawe krzyże, objawienie się N. Maryi Panny i t. p., były na porządku dziennym. „Wszyscy unici przeszli teraz na łono kościoła rządowego, z wyjątkiem około 20,000 w gubernii siedleckiej i łomżyńskiej i z wyjątkiem warszawskiej gminy, liczącej około 2000 osób. Dnia 1 stycznia 1876 donosi wspomniany konsul jednak, iż rzekomi „nawróceni“ nie oddali się duszą i ciałem kościołowi rządowemu. „Nie chodzą do kościoła, ani nie przyjmują sakramentów; nie dają ani chrzcić dzieci swych popom moskiewskim, ani umarłych przez nich grzebać, ani też nie zawierają ślubów.“ Popi donosili o tem greckiemu arcybiskupowi warszawskiemu i nowogeorgiewskiemu Joannicyuszowi. Ponieważ ten nie chciał zawezwać pomocy policyi, został w końcu przez rząd do Chersonu przeniesiony. Joannicyusz miał prawie lat 80, od 1859 był arcybiskupem i odznaczał się zawsze, szczególniej w czasie powstania, umiarkowaniem i pobożnością. O następcy jego, Dymitrze, nie wiedział Mansfield nic. Dnia 14 lutego doniósł Mansfiield o przeniesieniu około 400 nieposłusznych unitów do Chersonu. Tam miano ich rozlokować po wsiach prawosławnych, umieszczając w każdej prawosławnej wsi po jednej familii. O dalszem obchodzeniu się z tymi ludźmi donosi konsul Webster w Chersonie: Trzymano ich ostro i musieli tłuc kamienie. Było ich około 600 ludzi, sami żonaci, którzy gwałtem od rodzin swych oderwani zostali. Rodziny — dzieci i żony — pozostały w domu z kozakami na kwaterze! Dnia 17 listopada 1876 donosi konsul Stanley w Odessie, że minister spraw wewnętrznych surowo zabronił we wszystkich prowincyach wykonywania duchownych czynności przez księży rzymsko-katolickich dla Unitów. Odnośny rozkaz ministeryalny przytoczony jest dosłownie. Na tem kończy się zbiór depesz.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Lwów** 19 kwietnia.

Przesyłam wam mapę Galicyi, przedstawiającą sieć dróg powiatowych, zaprojektowaną przez Wydział krajowy, która stanowi załącznik sprawozdania, tyczącego się projektu ustawy drogowej. Mapa ta, nawiasem powiedziawszy, przez tutejsze Towarzystwo przemysłowe bardzo starannie wykończona, zawiera sieć istniejących kolei żelaznych, gościńców rządowych, dróg krajowych istniejących i w budowie będących tudzież projektowanych dróg krajowych, wreszcie dróg powiatowych istniejących i projektowanych. Podstawą do ułożenia sieci dróg powiatowych były, prócz dawniejszych opinij i żądań reprezentacyj powiatowych, Izb handlowych lwowskiej i krakowskiej, obydwóch Towarzystw gospodarczych w kraju, przedewszystkiem objawione w najnowszym czasie życzenia reprezentacyj powiatowych. Na tej podstawie Wydział krajowy starał się ułożyć taką sieć, któraby razem z istniejącemi dziś środkami komunikacyjnemi potrzebom odpowiedziała. Sieć projektowanych dróg powiatowych łącznie z istniejącemi wynosi 7663 kilometrów. Po wybudowaniu tej sieci kraj nasz miałby 12079 kilometrów dróg bitych t. j. jeden kilometr drogi na $6\frac{1}{2}$ kilometrów □ przestrzeni, gdy n. p. na 1 kilometr drogi wypada we Francyi 1 kilometr □ przestrzeni, w Księstwie Poznańskiem 9 kilom. □ w Prusach wogóle 7 kilom. □ przestrzeni.

Wydział krajowy przedstawiając sejmowi sieć dróg powiatowych nie czyni tego w tej myśli, aby właśnie te drogi, a nie inne, i w tych a nie innych kierunkach były budowane. Byłoby to wprost niewykonalnem wobec tego, że, aby sieć tę wykonać, trzeba przy bardzo sprzyjających okolicznościach kilkudziesięciu lat. Wiele owszem z tych dróg może być uznanych za krajowe, inne w ciągu tego czasu mogą się okazać zbędne wśród zmiennych okoliczności; natomiast mogą przybyć nowe drogi, których wcale niema w projekcie. Sieć dróg powiatowych ma jedynie dać wyobrażenie, czego kraj nasz dziś potrzebowałby w przybliżeniu. Ma to być tedy podstawa do kombinacyj, aby się sejm mógł zoryentować w potrzebach komunikacyjnych. Jestto plan ogólny, lecz nie idzie za tem, aby plan ten literalnie miał być wykonany.

Zdaniem naszem plan taki, dający ogólny pogląd na potrzeby komunikacyjne kraju, bardzo jest pożądanym, a to tem więcej ile że Wydział krajowy w ciągu dziesięcioletniej administracyi dróg niewątpliwie najlepszą miał sposobność przekonać się o tych potrzebach, a nie potrzebował kierować się względami lokalnemi, które w sejmie tak często występowały na arenę, ilekroć przyszło do debaty nad jakąś drogą, założyć się mającą. Odpowiednia potrzebom kraju sieć dróg bitych mogłaby — zdaniem naszem — łatwiej przyjść do skutku, gdyby sejm, zamiast jak dotąd się działo — niemal całą dotacyę drogową pół miliona wydawać na drogi krajowe, obracał pewną część na subwencyonowanie ważniejszych dróg powiatowych, których budowa wówczas przy pomocy środków powiatowych odbywałaby się pod kierunkiem Wydziału krajowego.

## Część literacko-artystyczna.

### ODCZYT
### O POEZYI ROMANTYCZNEJ,

prof Jagiellońskiego Uniwersytetu
**Hr. St. Tarnowskiego,**
miany w Warszawie w dniu 24go Marca r. b.

(Dokończenie).

Wszyscy oddawna wiedzieliśmy dobrze, że romantycy, nawet wielcy, nawet Mickiewicz, widm i upiorów bądź nadużywali, bądź używali niezręcznie; ale sądziliśmy, że była to pomyłka nie wiele znacząca i niewinna. Nie przypuszczaliśmy takiej u nich przewrotności, żeby aż wytrzeźwiony z banialuk umysł cofnąć chcieli „do wieku dziecinnego,“ żeby *Dziady* były niebezpieczne przez to, że kto je przeczyta, zacznie wierzyć w upiory. Czy może także kto przeczyta Fausta, zacznie z podejrzeniem patrzeć na każdego czarnego psa, bo może w nim siedzi djabeł? albo dostrzegłszy pierwszych siwych włosów, szukać będzie, tej czarownicy, która Faustowi przywróciła młodość? Mamy przynajmniej tę pociechę, że jeżeli nasz romantyzm był niedorzeczny i śmieszny, to nie on sam jeden, że w Fauście są takie same głupstwa jak w naszych biednych Dziadach, i że o pięknościach nie samego Mickiewicza tylko, ale i Göthego, który przez dziwne jakieś zaślepienie uchodził dotąd za jeden z najpotężniejszych umysłów, jakie były kiedykolwiek na świecie, „wiedzą wszystkie baby i mówią o nich ze śmiechem pogardy.“ Nie — ten świat fantastyczny może być pięknym lub brzydkim w poezyi, o to się nie spieramy; ale jeżeli był w świadomości epoki, z której poemat jest wzięty, osób, które w nim występują, wtedy ma prawo być w poemacie, choć nie jest w świadomości dzisiejszego czytelnika tego poematu, i poeta wprowadzając go, nie myśli, ani może, ani chce nas nawracać do wiary w upiory i w czarownice, cofać umysł wytrzeźwiony z banialuk do pierwotnych dziecinnych, dawno zatraconych pojęć.

Sądząc zaś skromnie, że ten element piekielny, śmieszny pod ręką poetów niezdolnych, jak wszystko pod taką na śmieszność zejść musi, pod ręką bardzo zdolnych, nawet nie zawsze wychodzący na ozdobę poezyi, czasem przecież nie zupełnie zasługuje na wzgardę, jak Mefisto naprzykład, lub Szatan Miltona, (choć z obu zapewne śmiałyby się wzgardliwie owe baby Jana Śniadeckiego powołane dziś na świadków w tej sprawie); pozwolimy sobie tylko skonstatować fakt, że jeżeli nawet: „romantyzm powoływał do życia widma i upiory, aby umysł wytrzeźwiony cofnąć do wieku dziecinnego,“ to tego przewrotnego celu nie dopiął. Nikt po Dziadach nie wierzy w upiory, kto w nie przed Dziadami nie wierzył. I pod tym względem przynajmniej, choć może wbrew swojej woli i bez swojej zasługi, Mickiewicz szkody nam nie przyniósł.

Ale przyniósł ją pod innym względem, ważniejszym? Czy było bezpiecznie, czy było rozumnie i zdrowo karmić poezyą samą naród z natury do uniesień skłonny, pozbawiony zmysłu rzeczywistości, popędowy, wrażliwy, z żywą fantazyą, z jakiemś wrodzonem, wspaniałem niby a nieszczęśliwem lekceważeniem rzeczywistych, praktycznych warunków i środków życia, naród, który przez cały ciąg swoich dziejów lubił się spuszczać na to nieszczęsne *jakoś to będzie*, które dowcip zbyt trafny niestety! nazwał naszem ulubionem hasłem? Czy dla tych głów zapalnych a często lekkich, literatura prozaiczna, surowa, wychodząca z rozwagi i pracy w ich kierunku wiodąca, nie byłaby zdrowszą i potrzebniejszą od poezyi, natchnionej i porywającej, ale odrywającej zarazem od rzeczywistego świata, a unoszącej w „rajską dziedzinę“ ale w dziedzinę „ułudy?“ Czy nasza poezya, padając w takie właśnie głowy i serca jak nasze, nie zrobiła nam czasem więcej złego, niż dobrego, kiedy nam wierzyć kazała, że siła jest nie w rozumie i trudzie, ale w uczuciu podniesionem do najwyższej potęgi, do egzaltacyi i intuicyi, kiedy kazała z pogardą rozumu *mieć serce i patrzeć w serce*, lub mierzyć *siłę na zamiary, nie zamiar podług sił?* „Miej serce i patrzaj w serce,“ byłoby maksymą fałszywą i zgubną, gdyby miało być maksymą zupełną i absolutną, z wykluczeniem rozumu, woli i charakteru. Ale jeżeli pod tym względem pozwolilibyśmy sobie sądzić bardzo surowo Mickiewicza dojrzałego, kiedy w Kursach Literatury z pogardą mówi o tem co nazywa ludzką mądrością, a intuicyą tylko każe wszystko przeczuwać, odgadywać, i rozwiązywać, to młodemu dwudziestoletniemu Mickiewiczowi nie poczytamy za grzech tak ciężki tego aforyzmu z niezbyt zresztą pięknej *Romantyczności*. I geniusz jest człowiekiem, i on podlega prawom ludzkiego wieku, i on potrzebuje pewnych lat, pewnych doświadczeń życia, żeby poznać pewne prawdy najprostsze i najniezawodniejsze, ale zwykle nam zakryte, dopókiśmy bardzo młodzi. I Mickiewicz kiedy miał lat dwadzieścia, mógł bez grzechu nie wiedzieć, że między sercem a rozumem sprzeczności nie ma, że owszem jedno bez drugiego prawdziwem i zupełnem być nie może, a jedno z drugiem w połączeniu dopiero daje ten rezultat, który się nazywa wolą, sumieniem, charakterem, duszą, człowiekiem. Zapewne byłby powiedział dokładniej, gdyby był powiedział: miej duszę i szanuj ją w sobie, miej rozum i zdawaj sobie sprawę ze wszystkiego, a z siebie najpierwej, miej sumienie i sądź siebie i swoje uczynki, ale nie pomylił się i nie zgrzeszył, kiedy powiedział: „miej serce i patrzaj w serce,“ bo bez niego nie będziesz miał nigdy ani prawdziwego rozumu, ani prawdziwego charakteru.

A co do owej siły, mierzyć się mającej na zamiary, wydaje się ona na pierwszy rzut oka zuchwałym i niebezpiecznym paradoksem, ale w gruncie nie jest tak niedorzeczną i oburzającą. „Mierz siłę na zamiary, nie zamiar podług sił“. A więc rzucaj się ślepo, zuchwale i występnie w zamiary, którym twoja siła nie sprosta? Kręć kark jak Ikar spadając z wysokości, na których twoje skrzydła utrzymać cię niemogły i kończ w śmieszności, jeżeliś zgubił niemogły i kończ w śmieszności, jeżeliś zgubił sam siebie tylko, w zgryzocie, jeżeliś drugim zaszkodził? Nie. Czynność twoją mierz podług sił, ale zamiar trzymaj wysoko, a siły ćwicz i wzmagaj, żeby się z zamiarem zmierzyć mogły. Gdyby zamiar nie miał nigdy być od człowieka wyższym i większym, nie byłoby ani postępu w żadnym kierunku życia, ani doskonałości w cnocie, ani ideału w sztuce, ani w niczem nigdy tego wysokiego dążenia „wyżej, wyżej i wyżej aż do niebios szczytu“, które jest najszlachetniejszem piętnem człowieka i człowieczeństwa, jego powodem bytu, jego prawem, jego celem w osobistem czy zbiorowem życiu na tej ziemi. Zatem, nie wahaj się zamiaru twego trzymać wysoko nad sobą, a tylko czynność twoją, postanowienie, ambicyę twoją, żądania jakie masz dla siebie od świata i życia, te mierz podług sił twoich i mierz sumiennie, rzetelnie, sprawiedliwą miarą. Wtedy będziesz mógł śmiało i bez szkody patrzeć w serce i iść za jego popędem, bo wtedy serce zjednoczone zupełnie zlane z sumieniem i z rozumem, nie zaprowadzi cię na złą drogę.

Nie ma więc, zdaje nam się, tak strasznej herezyi w przytoczonych słowach Mickiewicza. Ale nie o słowa nam chodziło, tylko o ducha, o dążność, o ogólny kierunek jego i całej poezyi romantycznej. Czy prawda, że on, że ona, mglistemi a tajemniczemi myślami i naukami bałamuciła umysły; że łudziła serca mistycznemi a kłamliwemi obietnicami; że psuła nawet ducha i krzywiła sumienia, zdrożnemi, przewrotnemi ideałami, i że jednem słowem „skutki romantyzmu odbiły się daleko gorzej“ w naszem życiu, niż w naszej literaturze?

Że literatura każda wpływa na społeczeństwo, że jak z niego powstała, tak oddaje mu napowrót te soki żywotne, które z niego ciągnęła, temu nikt nie będzie przeczył, jakoteż nikt nie twierdzi, żeby ona jedną kształciła wypadki i była za nie odpowiedzialną. Że nasza literatura, a w pierwszym rzędzie nasza poezya bywała nieraz nie dość jasną i nie dość trzeźwą, któż o tem niewie? Dowodów jest tyle i tak oczywistych, że nie trzeba aż szukać ich w smutnych poezyach Słowackiego z ostatnich lat jego życia, z których on sam sobie sprawy nie zdawał; tem mniej nie trzeba aż zniżać się do świadectwa jego żartobliwego wierszyka: o Aniołku i Kościółku, ironicznej parodyi, srogiej satyry na innego poetę; w tym wierszyku szukać jakichś myśli, których w nim nie ma i być nigdy nie miało, i tym argumentem dowodzić tryumfalnie, że u romantyków nie ma ani zrozumiałej myśli, ani zdrowego sensu. Kto żart, figiel poety, weźmie za poważną prawdę jego myśli, ten chyba myśl tę z zamiarem przekręca, bo trudno przecież przypuścić, żeby jej był tak dalece nie zrozumiał. Ale nie trzeba takich drobnych i smutnych świadectw, takich opiłków poezyi, na dowód, że ona się nieraz myliła, bo dowody te znajdą się w jej najwyższych natchnieniach, w jej dziełach największych. Uniewinniała za wiele, wielbiła czasem gdzie gromić należało, w przewidywania własne wierzyła jak gdyby w wyższe objawienia (mianowicie Mickiewicz w epoce kiedy już zarzucił poezyę). W tem wszystkiem sprostować ją należy. Ale w tej robocie prostowania i brakowania, baczyć, żeby odróżnić poetyczny zachwyt, w którym historycznej lub politycznej prawdy nie ma, od historycznej czy moralnej prawdy, jaka w tej poezyi jest; nie pytać, na podstawie jakiegoś ustępu Słowackiego, napisanego jak gdyby w obłędzie, ile podobych jest w Nieboskiej Komedyi; nie twierdzić, na śmiech chyba, że „w tym stanie egzaltacyi, którą nazywają natchnieniem poetycznem“, a które ma być tylko chorobliwą „ekstazą ludzi schorowanych na ciele i tak przywalonych ogromem świata, że tracą świadomość bytu odrębnego.... powstają przed rozigraną wyobraźnią obrazy Nieboskiej Komedyi, Irydiona i Dziadów“. Prawda, że i czegoś więcej jeszcze — i „Dantejskiego Piekła“. Mamy więc przynajmniej tę pociechę, że jeżeli nasi poeci mają być osądzeni za półgłówków lub szalonych i jako tacy odesłani do domu waryatów, to nie sami przynajmniej, ale w dobrem towarzystwie Dantego! a z nim tych wszystkich pokoleń, ludów, wieków, które wyznawały, że równych jemu ludzi nie wielu widziały.

Ale od prostej niedorzeczności i śmieszności skoro już jedna i druga jest jak się zdaje i w *Dziadach* i w *Irydionie* i w *Nieboskiej Komedyi*, gorsze są te fałszywe ideały naszej poezyi, które pod pięknemi pozorami uczą nas brać udawanie za prawdę, złe za dobre, rozigranie nerwów za zapał i natchnienie, junactwo i zawadyactwo za odwagę i tęgość, a burdę i najazd, za bohaterski czyn, za dowód i miarę publicznego ducha. Te dopiero przewracają głowy, bałamucą sumienia, zatruwają ducha. Czy są takie?

Wydział krajowy bardzo odpowiednio sobie postąpił, podając projekt ustawy drogowej pod dyskusyę publiczną, a w tej mierze znaczny upatrujemy postęp, gdyż do niedawna jeszcze projekty Wydziału krajowego w najważniejszych sprawach, były przed zebraniem się sejmu ścisłą tajemnicą urzędową, skutkiem czego przy krótkości sesyi nietylko cgół, ale i posłowie nie mieli sposobności zaznajomić się z rzeczą. Najnowszy projekt drogowy wogóle w kraju znalazł przychylne przyjęcie nietylko w dziennikarstwie lecz i w kołach poselskich, a uwagi godnem jest, że zasadniczo nikt się dotąd projektowi nie sprzeciwił. O ile wiem z posłów nawet i ci, którzy byli za prestacyą od bydła roboczego, godzą się z zasadami projektu wydziałowego.

---

**Wiedeń** 20 kwietnia.

○ Rada, jaką dziś *Nowa Presse* i *Deutsche Ztg* dają Austryi i Anglii, aby zaprotestowały w Petersburgu przeciw wojnie i aby — gdyby protesta nie usłuchano — oba mocarstwa czynnie wystąpiły, ma tę samą wartość, co zwykłe pokojowe usiłowania dyplomatyczne przed wypowiedzeniem wojny. Protest taki z pewnością byłby skutecznym, ale ani Austrya ani Anglia nie zechcą w tej roli wystąpić, a choćby chciały, nie mogą tego uczynić, bo na teraz Niemcy stoją na straży Rosyi, pragnąc wojny wschodniej. Ilekroć pojawiają się pogłoski, jakoby Austrya zamierzała zająć nieprzychylną Rosyi postawę, zaraz wychyla głowę pogróżka, iż Niemcy w Szląsku albo w Poznańskiem wystawią korpus obserwacyjny. Zachowanie się Rumunii, która dotąd po mistrzowsku umiała łudzić Europę, świadczy najwymowniej, iż Niemcy pragną wojny. Jaką Rumunia odegra rolę, zależy jeszcze od wypadków. Pod zasłoną armii rumuńskiej dokona się pochód wojsk rosyjskich. Jeżeli Turcya — co się rozumie samo przez się — przeprawi się do Kalafatu, natenczas napotka na opór energiczny pułków rumuńskich. W chwili, gdy padną pierwsze strzały między wojskami rumuńskiemi i tureckiemi, należy być przygotowanym na wspólną akcyę wojskową Rumunii i Rosyi w ciągu całej wojny. Wkroczenie armii tureckiej do Rumunii będzie dla ostatniej pożądanym pretekstem do połączenia się czynnego z wojskiem rosyjskiem. Taki tu przewidują rozwój wypadków.

*National Ztg* w artykule bardzo ciekawym dowodzi, że obecny Car rosyjski z wojny, czy ona weźmie korzystny czy niekorzystny obrót, wróci jako ostatni rosyjski władzca despotyczny. Osoby przybyłe z Rosyi, zapewniają, iż cesarz Aleksander opuszcza Petersburg pod wrażeniem, iż spotka go los cesarza Mikołaja w wojnie krymskiej.

---

**Z nad Dniepru** 15 kwietnia.

Dla zaspokojenia słusznéj ciekawości waszéj względem mobilizacyi południowo-zachodniéj armii rosyjskiéj, stojącéj obecnie pod Prutem, chcę w krótkości przedstawić, jakie tu fazy sytuacya militarna przechodziła w ciągu ostatnich kilku miesięcy.

Jeszcze latem zeszłego roku, wojska oddawna konsystujące na Ukrainie, Podolu i w gubernii Chersońskiéj i wchodzące w skład okręgów wojskowych Kijowskiego i Noworosyjskiego, wyruszyły ze zwykłych swych postów i rozwinęły się wzdłuż granicy austryackiéj i mołdawskiéj. Do jesieni pozostała na miejscu *tylko artylerya i to jedynie* z powodu braku koni i furgonów. Gdy w końcu listopada wojna zdawała się lada chwila wybuchnąć i ta artylerya stawała się wśród armii niezbędną, przystąpiono z niesłychanym pośpiechem do jéj ukompletowania i niezwłocznego wyprawiania na linię. Dawny system *remontes* koni, za pomocą wędrujących remontierów skupujących konie ze stad i stajen południowéj Rosyi i zabranych prowincyj, nie mógł już być zastosowanym, bo brakło na to czasu; uorganizowano więc na prędce jeneralną rekrutacyę koni, podzielono miasta i powiaty na uczą**stki**, ponaznaczano nad niemi urzędników, zwanych „zawiadującymi,“ którzy po uprzedniem ogólnem spisaniu koni, dzielili następnie zdolne z nich dla wojska na kategorye jak: artylerya, jazda, obóz altyleryjski i obóz piechotny. Rzecz godna uwagi, że prawie wszyscy ci nowi urzędnicy byli naznaczeni z pomiędzy obywateli Polaków, którym od lat czternastu najmniejszéj sprawy publicznéj rząd nie powierzał i którzy naiwną okazywali radość z téj pierwszéj sposobności rozkazywania nienawistnym urzędnikom gminnym, których zuchwalstwo względem szlachty, a uniżoność względem figur rządowych główną jest charakterystyką.

Zaledwie ta organizacya uczyniła mniéj więcéj dokładny spis koni, aż nadeszły gwałtowne rozkazy spędzania do miast powiatowych wszystkich koni zapisanych w rejestra poboru. Cyfra mających być dostawionemi z powiatu była oznaczoną, ale dla większego wyboru rozkazano spędzać drugie tyle. Przez cały tydzień lub więcéj miasta powiatowe miały pozór targowicy jarmarkowéj, w któréj pp. ucząstkowi wyprowadzali konie, a sprawnik, artyleryści i experci prywatni przez rząd uproszeni (z pomiędzy obywateli Rosyan) przyjmowali lub brakowali. Rząd w prędkim czasie miał żądany komplet, zapłaciwszy suto, bo po 168 rsr. za konia dla artyleryi, po 120 rubli dla obozu artyleryjskiego i po 54 rsr. za konika dla obozu piechotnego, i już nazajutrz w niektórych punktach występowały działa i furgony zaprzężone dawnemi fornalskiemi szkapami lub bryczkowemi mucami.

Widzieliśmy, jak konie stawały, narowiąc się i skacząc w ciężkim zaprzęgu i niewygodnéj moskiewskiéj uprzęży; mówiono nam niebawem, że mnóstwo koni narowistych porzucono na drodze, że podobnież mnóstwo zginęło, nie przeniósłszy pracy, jakiej konie te nie znały. Cel był źle osiągniętym i artylerya głównéj armii, prócz małéj ilości dawnych, dobrze edukowanych bitiugów (koń pociągowy rasy moskiewskiéj) zgoła nie posiada koni użytecznych.

Jednocześnie z expedyowaniem artyleryi i obozów jazdy i piechoty, które w tyle swych dywizyj pozoły, wezwano weteranów-żołnierzy, już na nowo osiadłych na rodzinnych grzędach i odzwyczajonych od służby frontowéj. Przeprowadzono ten ostatni pobór ze zwykłem rządu tutejszego brutalstwem. Nie zostawiono w spokoju chorych i niedołężnych, nie czyniono wyjątku dla wdowców, obarczonych drobnemi dziatkami i osiadłych we wsiach obcych, gdzie nie było najdalszego krewnego dla wzięcia w opiekę tych dziatek. Obdarte i płaczące te zgraje wywożono do najbliższych stacyj kolei i wysyłano w większéj części do Besarabii, w mniejszéj do Małorosyi, gdzie znajdowały się oddziały rezerw.

Tu odstąpię na chwilę od przedmiotu i pozostawię czynności mobilizacyjne, dla dania w krótkości obrazu tego rozstroju finansowego w naszych prowincyach, do jakiego one się wielce przyczyniły. Rząd poniósł koszta niezmierne, wybieraiąc żołnierza i konie, jakie tylko prowincye posiadały. Żołnierz ten i konie zarówno były nieużytecznemi, nie odpowiadały przeznaczeniu. Pieniądze wzięte przez włościan za konie lub transporta wojskowe, przeszły wkrótce do szuflad żydowskich po szynkach. Brak koni, sprzedanych rządowi, lub zajętych i zamęczonych transportami, przyprawił o znaczne straty właścicieli ziemskich; nie było literalnie fur dla dostawy do fabryk buraków, lub do kolei pszenicy; nie podobna było doorać zaczętych zie**bli**, role przygotowane pod jarzyny. Słowem nieszczęsna i niezgrabna ta mobilizacya, jak wyżéj wspomniałem, przyłożyła się niemało do kryzys finansowej, jaką zabrane południowe prowincye obecnie przechodzą.

Po odejściu obozów wszelki ruch wojenny ustał. Słyszano tylko o obstalunkach w bajecznéj ilości na prowiant, odzież itd. o urządzaniu ambulansów i co krok spotykano zmierzających ku armii nowo-improwizowanych chirurgów i lekarzy, których znaczną część stanowili cyrulicy i studenci trzeciego kursu medycyny. Tym dano mundury, duże pensye i pasując na rycerzy Eskulapa, powiedziano ową znajomą dewizę: „być tiebie doktorom,“ „stań się doktorem.“

Gdy tak południowe prowincye zostały w końcu listopada oczyszczonemi z wojska, już w połowie grudnia Kijów i jego okolice zawrzały przy nadejściu nowych sił zbrojnych, mianowicie kontyngensów Moskiewskiego i Kazańskiego. Charkowski pierwéj jeszcze Połtawsko-Elisawetgrodzką drogą do głównéj kwatery powędrował. O innych dalszych mowy nie ma; wybrzeża Azowskie, Kaukaz, Turkestan potrafią je pochłonąć.

Arsenał Kijowski ustawicznie ekspedyował broń i amunicyę, składy, odzież i sprzęty obozowe. Wywożono te najbardziéj w nocy, przeciwnie zaś, wojska i zapasy z dalszych okręgów przybywały do miasta zawsze w dzień i z wielką okazałością przeciągały głównemi ulicami. Manewry te jednak nie zwiodły nawet klasy najciemniejszéj ludności, wysiłek i ubóstwo materyału wojskowego przezierały zewsząd.

Tak przeszedł grudzień i styczeń. Forteca kijowska zapewne uważaną jest za niezdobytą, bo najmniejszych robót fortyfikacyjnych i ulepszeń w niéj nie poczyniono, a przecie przypomnijmy sobie, że roku pańskiego 1863 z jednego z jéj bastyonów kilkudziesięciu młodzieży, używając rydelków i noży do kopania a kieszeń zamiast taczek do wywożenia ziemi i gruzu, wyprowadziło w ciągu pięciu tygodni obszerną minę, którą dwóm z ich kolegów, na śmierć skazanym, udało się uciec. Rzecz oczywista, powtarzam, że Kijów poczytuje się za niezdobyty, bo nawet w lutym kiedy przypuszczając, że nieprzyjaciel może do Dniepru dotrzeć, przystąpiono do fortyfikowania lewego już brzegu rzeki, fortecę Kijowską pozostawiono *in statu quo*. Jednocześnie z owemi lichemi robotami za Dnieprem, pomyślano o obraniu punktu stosownego dla sztabu, na wypadek wtargnięcia nieprzyjaciela i przeniesienia teatru wojny na Wołyń i Ukrainę. W tym celu zapewne W. Ks. Mikołaj, pod pozorem zwiedzenia stajen i stad, których jest znawcą i amatorem, odwiedził Sławutę ks. Sanguszki i Białą-Cerkiew hr. Branickiego, dwie majętności, wśród całéj przestrzeni południowych prowincyj, przedstawiające swem położeniem i okazałą masą budynków najlepsze warunki dla pomieszczenia sztabu. Inaczéj wizyt tych nie tłómaczę i fakt ten ostatni podaję, jako świadectwo niezawodne pewnéj obawy i nieufności w sobie wodzów rosyjskich, którzy głoszą o przyszłych swych laurach, podobni są do owych myśliwych z bajki, którzy sprzedawali skórę żyjącego jeszcze niedźwiedzia.

---

**Wiedeń** 20 kwietnia. Według doniesień z Pesztu mają być prawdopodobnie już 24 b. m. wniesione w Izbie deputowanych Rady państwa i w sejmie węgierskim następujące przedłożenia, odnoszące się do odnowienia ugody austro-węgierskiéj: 1) Projekt ustawy o austro-węgierskim związku celno-handlowym; obejmuje on także nowe przepisy co do restytucyi celnéj; 2) projekt ustawy dotyczący towarzystw akcyjnych i przedsiębiorstw osiadłych w obu częściach monarchii; 3) projekt ustawy o uregulowaniu sprawy bankowéj, którego częścią składową są także projekty statutu banku austro-węgierskiego i oddziału hipotecznego tegoż banku; 4) projekt ustawy o uregulowaniu długu 80-milionowego; 5) projekt ustawy o podatku od cukru; 6) projekt ustawy o podatku od spirytusu. Do każdego z tych projektów dodane jest wyczerpujące uzasadnienie, ułożone osobno przez każdy rząd.

## Królestwo Polskie

Jakby na stwierdzenie i poparcie raportów konsularnych angielskich, przedłożonych parlamentowi o prześladowaniu unitów w Polsce i nawracaniu ich przemocą na prawosławie, podaje *Dziennik Warszawski* dyplom nadający arcybiskupowi schizmatyckiemu w Królestwie Polskiem order w nagrodę jego działania w tej sprawie. Akt ten brzmi:

*Najwyższy dyplom wydany na imię najprzewielebniejszego Leoncyusza, arcybiskupa chołmskiego i warszawskiego.*

Zaszczytna arcypasterska służba wasza zwraca na się stałe Naszą uwagę. Powołani będąc przez zaufanie Nasze do zarządzania dyecezyą chołmsko-warszawską, w czasach wielkiej doniosłości należytego urządzenia byłych parafij unickich, które wróciły na łono kościoła prawosławnego, usprawiedliwiacie ze wszech miar to powołanie, jednocząc w pasterskiem postępowaniu waszem stałą wytrwałość z ojcowską łagodnością i miłością, wchodząc osobiście we wszelkie potrzeby duchowne przyłączonej na nowo owczarni i troszcząc się niezmordowanie o utwierdzenie jej w dawnem jej ojców prawosławiu. Na dowód szczególnego Monarszego zadowolenia z odznaczającej się gorliwością i pożytecznej działalności waszej, Najmiłościwiej udzielamy wam Cesarski order Nasz świętego prawowiernego wielkiego księcia Aleksandra Newskiego, którego oznaki przy niniejszem załączające się, rozkazujemy wam przywdziać na siebie i nosić stósownie do przepisów.

Pozostajemy Cesarską łaską Naszą dla was życzliwymi.

Na oryginale własną Jego Cesarskiej Mości ręką napisano:

*„Aleksander“*

W St.-Petersburgu,
27 marca 1877 roku.

## Anglia.

*Morning Post* podaje w numerze z 16 kwietnia p. n. „Gospodarka rosyjska“ (*Russian Misrule*) artykuł, o którym uczyniliśmy wzmiankę w przeglądzie wczorajszym, piętnujący postępowanie Rosyi względem Polski, w chwili kiedy upomina się o prześladowanie Słowian chrześciańskich przez Turcyę. Artykuł ten, pomimo, że powtarza rzeczy powszechnie znane, zamieszczamy z powodu, że szczegóły te podane zostały w tej chwili publiczności angielskiej. Artykuł brzmi:

Zarzucają Turcyi, że niedotrzymała przyrzeczeń, lecz czy Rosya dotrzymuje swoich? Nie mówiąc już o jej traktatowych zobowiązaniach względem Polaków, rząd rosyjski oświadczył ponownie podczas powstania 1863 r. (patrz *Memorandum* gabinetu rosyjskiego z 7 września 1863 r.; reskrypt cesarski do W. księcia Konstantego z 19/31 października 1863 r.), że gdy powstanie będzie przytłumionem i winni ukarani, nic nie zostanie zmienionem w warunkach politycznych Polski. Wbrew przyrzeczeniom Cara zainaugurował rząd od r. 1864 w Polsce system uciemiężenia i rusyfikacyi, jakich dzieje nie stawiają przykładu. Autonomia zaręczona traktatami królestwu Polskiemu została całkiem usuniętą. Wszystkie centralne zarządy administracyjne, sądowe i wychowawcze zniesiono w Warszawie i przeniesiono do Petersburga. Nawet tytuł wice-króla i naczelnika królestwa został zniesiony od śmierci hr. Berga. Wszyscy wyżsi urzędnicy Polacy i wielu niższych dostali dymisyę i zastąpiono ich Rosyanami. Trzynaście lat ubiegło od powstania; Polacy nie dali nowego powodu do karania, żadne niepokoje, lub opór władzy nie zaszły nigdzie w Polsce, a jednak Rosya nie przestaje ciemiężyć i prześladować polskiej narodowości i religii.

*Akta rządu rosyjskiego uciemiężenia własności w Polsce*: Niezliczona ilość majątków należących do Polaków została skonfiskowaną. Rosya jest jedynem państwem chrześciańskiem, gdzie ta okrutna i haniebna praktyka istnieje jeszcze. W dawnych prowincyach polskich (w Litwie, na Wołyniu, Podolu itd.) polskim i katolickim mieszkańcom nie wolno nabywać własności ziemskich, wyjąwszy prostą sukcesyę; nie wolno sprzedawać takich własności, darować ich, lub dobrowolnie przekazywać ich katolikom lub Polakom. W podobnych rezach uważani oni są za wyjętych z pod prawa. To naturalnie nadzwyczaj zniżyło cenę ich własności, gdyż w regule bardzo mało jest Rosyan w tych prowincyach, a ci co są, nie mają kapitałów. Jeżeli dłużnik staje się niewypłacalnym, majątek jego sprzedają przez licytacyę, a rezultatem tego jest, że i dłużnik i wierzyciel dochodzą często do ruiny, gdyż ci coby mogli najwięcej ofiarować, prawem wyjęci są od kupna i dla tego własność sprzedaną zostaje za tyle, ile kto da. Ukaz, który zaprowadził ten niesłychany środek, datowany jest 10 (22) grudnia 1865 r. i pozostał do dziśdnia w swej mocy. Od ostatniego powstania pobieraną była osobna kontrybucya od katolickich i polskich mieszkańców w dawnych prowincyach polskich. Opartą ona jest po większéj części na niesłusznym wymiarze, jaki nastąpił podczas stanu oblężenia w r. 1863/4.

To co wyżej powiedziane, jest tylko częścią tych krzyczących niesprawiedliwości dokonywanych przez rząd rosyjski na Polsce; są jeszcze inne, które wyłącznie zastosowano w tym celu, aby przygnieść całem brzemieniem produkcyę, przemysł i własność w Polsce.

*Pogwałcenie indywidualnej wolności i brak osobistego bezpieczeństwa.* Często zdarza się w Polsce, że się jest aresztowanym w łóżku, uwięzionym i wywiezionym na Syberyę bez żadnych dowodów, na proste podejrzenie lub przypuszczenie winy. Tysiące Polaków zostało w ten sposób wygnanych, a proceder ten nazywa się „zasłaniem z postanowienia rządu“. Potrzeba na to tylko decyzyi gubernatora lub rozkazu oberpolicmajstra w Petersburgu.

*Pogwałcenie religii.* Wielka liczba kościołów w rozmaitych częściach kraju, mianowicie na Litwie i Rusi została zamkniętą i skonfiskowaną. Większą część klasztorów zniesiono, nietylko w „Królestwie“ (ukazem z 8 listopada 1865 r.), lecz także i w innych stronach Polski. Władze świeckie rosyjskie znoszą rozmaite dyecezye i tak: dyecezyę Kamieniecką (ukazem z 5/17 czerwca 1866 r.); Podlaską (ukazem z 10/22 maja 1867 r.); Mińską na Litwie i inne. Wielką ilość polskich biskupów i prałatów wysłano bez dowodów na wygnanie do odległych prowincyj rosyjskich, jak: Mgra Felińskiego arcybiskupa warszawskiego; Mgra Rzewuskiego, administratora dyecezyi warszawskiej; Mgra Krasińskiego, biskupa wileńskiego; Mgra Kalińskiego biskupa chełmskiego, który umarł w drodze do miejsca wygnania; Mgra Łubińskiego biskupa augustowskiego, który umarł w podobnych okolicznościach, biskupów: płockiego i żytomierskiego; kanonika Domagalskiego. Ostatni został wygnany Mgr Kruszyński, administrator dyecezyi żytomierskiej (w listopadzie 1876 r.). Mniemane nawrócenie unitów w dyecezyi chełmskiej dokonanem zostało środkami przekupstwa i gwałtów, po czem nastąpiła egzekucya wojskowa przeciw wsiom, które pozostały wiernemi dawnej swej wierze; mieszkańcy wsi pouciekali do lasow, aby ujść okrucieństwa wojska, które całą jednę rodzinę żywcem spaliło. Urzędowe dokumenta podają, że nawrócenie unitów w Polsce zostało dokonanem, a kościoły, z których wygnano księży wiernych swej religii, stoją teraz pustką, parafianie zaś nie mogąc udawać się do duchowieństwa rzymsko katolickiego, któremu wzbroniono pod zagrożeniem ciężkich kar ich przyjmować, pozostali całkowicie bez nauki religijnej i pociechy.

Pogwałcenie języka polskiego. Pod panowaniem samej Rosyi jest przeszło sześć milionów ludności, której ojczystym językiem jest język polski; a przynajmniej $^5/_6$ między nimi nie mówi innym językiem. Lecz właśnie w Królestwie Polskiem język polski został wyrugowany ze wszystkich transakcyj i zastąpiony rosyjskim w biurach, sądach itd. We wszystkich szkołach — nawet początkowych — nauka wykładaną jest tylko w języku rosyjskim. W dawnych prowincyach polskich język polski jest surowo prześladowany, a wykluczenie go z używania publicznego datuje się od dawniejszego czasu. Nie wolno jest pod karą kłaść napisów polskich na szyldach sklepowych, podawać rachunki kupieckie w języku polskim, albo adresować listy w tym języku; nawet mówienie po polsku zakazane jest w miejscach publicznych, jak: w kawiarniach, restauracyach, hotelach i na stacyach kolejowych. (Dekret i okólnik jenerał-gubernatora litewskiego z 22 marca i 9 lipca 1868). Tak szalony i potworny edykt nie może być zapewne wykonany co do joty, lecz ma on jeszcze moc prawną i dotąd można widzieć plakaty w różnych dzielnicach Wilna z napisem: „Tu niewolno mówić po polsku“.

Przeszkody w nauce. Nietylko system rusyfikacyi zdezorganizował i wykoleił publiczną naukę w Polsce, lecz nawet w szkołach rosyjskich, uniwersytetach a szczególniej w szkołach wydziałowych, mała tylko liczba Polaków w stosunku do ilości ogólnej bywa przyjmowaną, zwykle $^{10}/_{00}$ ogólnej liczby uczniów — nie mówiąc już o innych przeszkodach, starających się powstrzymać ich od wszelkiego wyższego i specyalnego wykształcenia. Równocześnie Rosya żąda autonomii dla Bułgaryi, kiedy zaciera ostatnie ślady narodowych instytucyj w Polsce. Reforma sądowa nakazana ukazem cara Aleksandra z 19 lutego (3 marca) 1875 r. została zaprowadzoną 1/13 lipca 1876 r. Reforma ta zniosła język polski w sądach; sędziowie Polacy otrzymali wszyscy dymisyę i zastąpieni zostali przez Rosyan z Petersburga, którzy nie znają ani języka ani zwyczajów kraju. Wobec cudzoziemców więc i w obcym języku mieszkańcy całego kraju prowadzić muszą procesa o swą własność, wolność i honor.

Taki jest stan narodu, który nie mniej uczynił dla cywilizacyi niż Słowianie tureccy, a którego prawa narodowe niejednokrotnie poręczane były traktatami europejskiemi.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 21 kwietnia. W poniedziałek d. 23go b. m. rozpocznie się dwutygodniowy jarmark wiosenny w Krakowie. Wdłuż Sukiennic ustawiono już budy jarmarczne.

— Wydział *Towarzystwa Tatrzańskiego* uchwalił na posiedzeniu odbytem d. 19 b. m.:

Przesłać na wystawę przemysłowo-rolniczą we Lwowie wyroby uczniów szkoły snycerskiej w Zakopanem i uprosić Komisyę wykonawczą w Zakopanem, aby takowe bezpośrednio na miejsce przeznaczenia odesłała; przesłać za pośrednictwem Dra Józefa Zulińskiego na lwowską wystawę album 36 widoków tatrzańskich, wydane za staraniem Towarzystwa Tatrz. a wykonane przez tutejszego fotografa p. A. Szuberta; założyć przy schronisku Wincentego Pola w dolinie Roztoki alpinarium; poczynić niektóre ulepszenia przy schronisku Staszica przy Morskiem Oku; poprzeć zamiary tutejszej Komisyi balneologicznej dążące ku podniesieniu miejsc leczniczych w Zakopanem i Jaszczurówce i wybrać w tym celu do komisyi stałej ze swego grona Dra Altha i Dra Lutostańskiego; przedłożyć walnemu zgromadzeniu wniosek Wydziału, aby z przybywających odtąd wkładek członków do-

---

Trafiają się istotnie. Jest w jednym poemacie Słowackiego bohater, który jemu wydaje się prawdziwym bohaterem, pełnym siły i woli, a jest naprawdę tylko rozmarzonym, chorobliwym, do niczego oprócz do marzenia niezdolnym. Znalazłby się podobny i w jednym poemacie Garczyńskiego także. A odkąd z prozy, w której na zawsze zostać były powinny, wdarły się do poezyi pijatyki czasów Saskich, odkąd ks. Panie Kochanku wyniesiony został na przekór prawdzie i swojej zasłudze, na ideał obywatela, znalazło się w poezyi wielu szaleńców, którzy na wzór tego magnata, poetycznymi być chcieli, i burda na sejmiku była wyrazem animuszu i tęgości, jak pogodzenie przy kielichu dowodem szlachetności i chrześciańskiego ducha, jak ojciec, który nie wiedzieć za co ocwiczył dorosłego syna, który nic złego nie zrobił, był niby rodzajem heroicznego Brutusa. Tylko, ten istotnie fałszywy, dzielny na pozór, w gruncie niedołężny bohater Słowackiego znalazł już dawno takiego, który go sprowadził do właściwego znaczenia, i dziś nie złudzi on już nikogo, chyba, że kto koniecznie chce być złudzonym. Tylko, że jedzące, pijące i popuszczające pasa ideały Saskie, już nam zaszkodzić nie mogą, bo wiemy oddawna, że to może typy smutnych czasów, pomniki upadku, ale nie ideały. I to wiemy także, że gawęda nie jest poezyą i jednej za drugą już nie bierzemy. Jeżeli więc była potrzeba sprostowania niektórych naszych mniemań i sprowadzenia niektórych pomysłów naszych poetów do ich prawdziwej wartości, to to już się stało. A co nadto, to byłoby już zbytkiem, to byłoby złem, i to mamy nadzieję nie stanie się nigdy. Złem i fałszem naprzykład byłoby mówić, że *Pan Tadeusz* jest taką apoteozą zajazdu i burdy, gorzej, bo apoteozą prywatnej urazy i zemsty, on, którego główną postacią, przynajmniej główną sprężyną akcyi jest człowiek, co się prawda raz zemsty za osobistą urazę dopuścił, ale potem, do późnej starości czynił zadość za tę zbrodnię, nie tylko całem życiem, ale także i nadewszystko, wyrzeczeniem się siebie, wyzuciem się z własnej osobistości, aż do pamięci ludzkiej, aż do uczuć rodzinnych, aż do swego imienia, nazwał się „Robakiem“. A ten drugi obok niego, który przysiągłszy mu zemstę, dochowuje przysięgi, zaślepiony i zapamiętały do ostatka robi najazd, robi burdę, poświęca wszystko dla swojej prywaty, prawda, ale w ostatniej chwili poznaje co zrobił, przebacza drugim winy, a swoich żałuje? A ten trzeci, który urażony, i po ludzku upierając się przy swojem, ofuknie z razu mnicha, który go chce jednać z przeciwnikiem, ale wzruszony do głębi serca, poda rękę do zgody? Nie! jeżeli o przewodnie idee chodzi. . nie wiem czy poeci tworząc, mają takie idee na myśli, i jak nie miał Homer tak może nie miał i Mickiewicz przy *Tadeuszu* żadnej z góry powziętej idei. Jednak jeżeli taka jest, a jest z jego wiedzą i zamiarem, lub bez nich, to ta, że prywatna uraza i zemsta, że spór Horeszków z Soplicami, że sejmik w Dobrzynie i zjazd, że cała ta mała sprawa osobista i domowa, staje na drodze innym, ogólniejszym, ważniejszym, i zadaje im klęskę.

I tak podobno miałaby się rzecz z większą częścią nauk zawartych w naszej nowej poezyi. Że to co w niej jest zbyt pochlebnego, idealizującego nas samych, dawno zmarłych, czy dzisiejszych, mogło do pewnego stopnia działać na nas źle, to być może. Pytanie tylko, czyja wina większa, poezyi czy nasza? pytanie, czyśmy ją zawsze dobrze czytali i rozumieli. czyśmy równo zważali na wszystko co w niej jest? Podobno nie, podobno chwytaliśmy z uniesieniem tylko co pochlebne, co podnoszące nas w własnem mniemaniu i uczuciu, a puszczaliśmy mimo uszu to, co w niej było surowem i groźnem. Czytając uważnie i biorąc do serca wszystko co tam jest, bylibyśmy zmiarkowali łatwo, że jeżeli twierdzenia są śmiałe, to przy nich zawsze stoją warunki stałe, konieczne, a twarde; że jeżeli balsamy są zbyt łagodne i gojące, to są i rozpalone żelaza, które do żywego palą i bolą; że obok purpury jest tam zawsze pokutna włósiennica; że ten chirurg często zbyt może miękką rękę składa na ciele chorującem, ale ostrzem zadaje raz pewny i umiejętny w samą rdzeń różnych naszych wrzodów i skirów; że z rajskich dziedzin ułudy, poezya ta umie schodzić do rzeczywistości dnia dzisiejszego i nas po nim oprowadzać; że mistyczna i mglista niekiedy, umie też być czasem trzeźwą i dokładną jak matematyka, prostą i stanowczą jak katechizm; że jeżeli mogła kogo wzbić w pychę, lub uwieść śmiałością swoich widoków, to najczęściej, zawsze prawie podawała mu lekarstwo na pychę i stawiała jakieś „jeżeli“, od którego wszystko czyniła zawisłem; że więc mogła złudzić chyba tych tylko, którzy czytając bez uwagi i rozwagi, samochcący łudzili się sami. Nie, nie była szaloną — ani lekkomyślną, ani szkodliwą; była mądrą i była rozsądną, kiedy każdemu i wszystkim w prywatnem czy zbiorowem życiu, stawiając ogólną zasadę: „najwyższy rozum cnota“, dawała za prawidło postępowania: „patrz na twoje widnokręgi“, kiedy kazała mieć serce, ale „ze słabością łamać się od młodu“, a zawsze w młodzieńczym wieku, czy w starości prosić o dobrą wolę; kiedy uczyła, że pogańska nienawiść i zemsta, do rozpaczy tylko wiedzie, i że w straszliwym chaosie dzisiejszych pojęć, dążeń i namiętności, sam tylko Krzyż na niebie jest światłem i znakiem zbawienia; że niestrudzony trud, że dobra wola wewnątrz nas samych jest najlepszą gwiazdą przewodnią i najpierwszym obowiązkiem. Oto co słyszał przez całe życie wychowany na poezyi romantycznej marzyciel.

Nie przeczymy wcale potrzeby krytycznego zbadania naszej poezyi; uznajemy ją zupełnie, dla dwóch celów i w dwóch kierunkach. Pierwszym jest sprostowanie tego, co w pomysłach i naukach naszych nawet wielkich poetów mylnem być, a przeto szkodliwie działać może; drugim mniej ważnym dla naszego dobra, ale dla naszej poezyi i literatury, dla naszego wykształcenia i smaku, dla naszej cywilizacyi koniecznym, jest przebrakowanie naszych poetów i ich poezyi, ocenienie ich podług rzetelnej ich wartości, postawienie na właściwem miejscu.

Nic zgubniejszego dla przyszłości naszej literatury, nic świadczącego smutniej o stopniu naszego estetycznego i w ogóle umysłowego wykształcenia, jak to pomieszanie małych dzieł natchnień i myśli z wielkiemi, jak to przywiązanie bezmyślne, które tą samą zaślepioną admiracyą obejmuje wszystko i wszystkich i na wielkim ołtarzu stawia figury, które gdzieś we framugach bocznej nawy byłyby na swojem miejscu, które jednem tchem wymówi i obok siebie postawi Zamek Kaniowski i Maryę! Mohorta i Tadeusza! Ludzie, którzy gorsze rzeczy tak cenią i wielbią, dowodzą, że na lepszych i większych, jakie im Bóg dał, nie umieją znać się jak należy. Więcej sprawiedliwości, więcej prawdy w sądzie o naszych poetach potrzeba nam bardzo. Tylko w tej robocie brakowania trzymać się trzeba prawdy i sprawiedliwości; tylko stopniując miłość i uwielbienie podług wartości poety i jego poezyi, baczyć, żeby nie umniejszyła się suma miłości i czci, czy dla wielkich poetów, czy dla poezyi samej; tylko strzedz się, że by podług dowcipnego wyrażenia Niemców, wylewając kąpiel nie wyrzucić i dziecka, a podług wyrażenia paraboli, plewiąc kąkól, pszenicy nie wydrzeć. Jeżeli zaś jak dawniej jednem uwielbieniem, tak dziś wszystko obejmować będziemy jednem lekceważeniem lub jednem szyderstwem, jak dawniej windowaliśmy małości na wysokość, do której one prawa nie mają, tak dziś wielkość prawdziwą do małości zniżać będziemy, Poezyę do Gawędy, jak dawniej wynosiliśmy Gawędę do Poezyi, a Irydiona lub Dziady rzucać wzgardliwie między śmiecie niedorzecznej i śmiesznej romantyczności, jak przed tem nieraz nie jedne fałszywe kamienie szanowaliśmy jak klejnoty piękności i mądrości, — to w takim razie zrobimy gorzej od naszych poprzedników: bo lepiej jest kąkól zostawić, niż z kąkolem wyplewić pszenicę; wyrzeczemy się wiary i miłości nie dla tego tylko co w naszej poezyi przesadnem lub mylnem być może, ale i dla tego także, co w niej jest prawdziwem i wielkiem, a z niektóremi mniej szczęśliwemi formami i pomysłami poezyi wyrzucić możemy ideał i ducha. W naszych latach zwłaszcza, w tych latach, kiedy krzewią się doktryny filozoficzne, przeczące duszę, jej życie, jej początek Boski, jej osobistość i nieśmiertelność w człowieku, w takich latach i czasach, bardziej niż kiedykolwiek trzeba się mieć na baczności: bo każda negacya, każde szyderstwo, może podkopać duszę samą i rozplenić się szeroko chwastem zgubnych, rozpaczliwych, zabójczych konkluzyj. Z razu zacznie się od częściowego, lekkiego, niewinnego powątpiewania o tem, co się cziło i kochało, potem powątpiewanie zacznie się rozszerzać, szyderstwo pogłębiać i w końcu dojść można równą i przyjemną drogą do tego, że się przestanie wierzyć we wszelki ideał i we wszelką duszę, a zacznie z nich drwić. Wtedy zostaje tylko organizm fizyczny, podległy fizycznym prawom i nie wart, żeby się o niego troszczyć więcej, niż o każde inne bydlę, o które się dba, póki żyje, a nie pyta, kiedy zdechło. Odrzucając Mickiewicza, można zejść nie w poezyi tylko, ale w przekonaniach i w życiu, na stanowiska Tremberckiego.

Nie grzeszmy przeciw naszej poezyi i przeciw piękności w ogóle, bezwzględnem i bezmyślnem podziwianiem wszystkiego co w niej jest, nie uwłaczajmy jej i nie zabijajmy jej równem przywiązaniem, równem uwielbieniem dla dzieł jej wielkich i małych, lub tylko średnich, nie wmawiajmy sami w siebie, że wszystko w niej piękne i dobre dla tego, że nasze, sądźmy ją surowo i żądajmy od niej wiele, to najlepsza usługa, najprawdziwsza cześć, jaką jej wyrządzić możemy. Czcijmy ją w prawdzie i prawdą, bądźmy z nią i sami z sobą rzetelni. Przecież w prawdzie sam Bóg chce być czczonym, nie ubliżymy więc tej iskrze Jego twórczego ducha, cząstce jego twórczej siły, jeżeli czcząc ją w prawdzie przyznamy, że nie wszystko w niej równie piękne, równie dobre i mądre, a to najwyżej cenić, to w niej najgoręcej kochać będziemy, co najmędrsze, najpiękniejsze i najlepsze. Ale czcząc w prawdzie, czcijmy ją i w duchu: jej ducha w pokorze, w skrusze i podniesieniu naszego; a pamiętając, że jej słowo jest, jak ona sama o sobie powiada, dopiero „połową arcydzieł życia,“ chowajmy te słowa, to co w nich mądre i dobre i wiecznie prawdziwe, bo na Boskiem słowie i porządku oparte, jako pomoc i ułatwienie w drugiej połowie tych arcydzieł życia, którą jest Trud.

I pamiętajmy jeszcze, że ta poezya, która narodzona zaledwo, miała tak skromne i słabe żądania, że dość jej było nad martwym wzlecieć światem w rajską dziedzinę ułudy, dojrzawszy żąda więcej i lepiej. Jej celem jest świat rzeczywisty, równy pięknością światom ideału. I ona dojrzewała, i ona szła naprzód, i ona czyściła się z wielu błędów uczucia i wielu obłędów myśli, w formie i w duchu wyrabiała się do doskonałości coraz wyższej. Jak ten Farys, który jest jednem z jej natchnień najpiękniejszych, przedzierała się ona przez tumany form zawiłych, niejasnych, niedoskonałych, pasowała się z uraganami wszystkich idei, wszystkich dążności, wszystkich uczuć i cierpień swojego wieku, ale z zapasów tych i walk wyszła jak on zwycięzko i dążąc wyżej, wzrok utopiony trzyma w niebie i jest, może być przynajmniej, jeżeli ją dobrze rozumieć zechcemy, z ziemskich najszlachetniejszym pośrednikiem i węzłem między tą ziemią a niebem.

i przemieszenia [illegible] wojny na terytoryum rumuńskie.“

Pomimo zaprzeczenia ze strony tureckiej, powstanie w Bośni nie przycichło; owszem powstańcy posunęli się teraz w głąb kraju i robią dywersyę wojsku tureckiemu około Liwna, Petrowacza, Banjaluki i Trawnika. Urzędowy dziennik turecki wilajetu bośniackiego w Serajewie *Bosna*, który przez długi czas nic nie chciał wiedzieć o powstańcach, podaje następującą wiadomość z d. 15 kwietnia 1877 (1 Rebinlacher 1249 r.): „Od początku miesiąca marca, gdy pora zaczęła być przyjaźniejszą przybyło wielu agitatorów z zagranicy do naszego kraju, pokazały się bandy powstańców w okolicach Banialuki i zaczęły ponownie swoją dawniejszą gospodarkę. Miraliwa (jenerał brygady) Ismet basza udał się do Trawnika, miraliwa Salich-Siczy basza wyruszył w kierunku Banialuki i obaj jenerałowie otrzymali rozkaz wypędzenia powstańców z miejsc, w których się zebrali i położenia końca wznowieniu się powstania.“ Tyle

[illegible] do Gałaczu wsz[illegible]

je nad prawym, od Gałaczu do Reni jest nizina a ztamtąd aż do Ismaiłu bagna i jeziora poprzerzynane łańcuchami nizkich wzgórzy spadających pionowo ku rzece. Prawy brzeg od ujścia kanału maczyńskiego począwszy, jest bagnisty i bezdrożny. Ale naprzeciw ujść Prutu ciągnie się przez środek bagien i moczarów dobrze znana Rosyanom szeroka naturalna droga aż do Garbiny. Pod Isakczą łańcuch gór t. z. zajęczych (*Tavsan-Dagh*) ciągnie się równolegle z rzeką, ztamtąd aż po Tulczę brzegi Dunaju podobne są do okolicy ruszczuckiej; w tem miejscu *Babadagh* (Babie góry) zbliżają się do brzegów Dunaju. Następnie wyżyna Dobruczy, pozbawiona wody i pusta; przemarsz wielkiej armii przez tę krainę nie da się pomyśleć.

Wynika ztąd, że Rosyanie mają trzy dogodne punkta do przeprawy większych mas wojska: poniżej Hirsowy, pod Braiłą i koło ujść Prutu niedaleko Reni. Nadto mogą mniejsze oddziały przegłównemu i wszystkim częściom armii. Jestem przeto pewny, iż spełni on swoją powinność“. W. książę odpowiedział: „Zapewniam WCMć, że spełnimy naszą powinność do ostatniej kropli krwi“. Cesarz dał W. ks. Mikołajowi pułk wołyński. W. ks. telegrafował do dowódzcy tego pułku: „Widziałem odwagę pułku pod Sebastopolem, naśladujcie waszych bohatyrskich poprzedników“. Jenerał Niepokojczycki otrzymał pułk miński, a minister wojny pułk penzeński.

Jassy 1 maja. Komunikacya między Ungheni i Kiszeniewem została znowu przerwaną z powodu usuwania się nasypów kolejowych. Woda opada, pogoda.

Bukareszt 1 maja. Z Galaczu donoszą o coraz większej liczbie wychodźców z Bułgaryi, chroniących się przed okrucieństwami Czerkiesów. Baszybozucy spalili w paszaliku Ruszczuk dwie wioski. W Dziurdżewie zaalarmowano wczoraj załogę, w skutek zbli

Manna i Bolesława Podczaszyńskiego. Oprócz nich dziesięciu członków straciła Akademia: Franciszka Palackiego, Ludwika Wołowskiego, Augusta Bielowskiego, Aleksandra Fredrę, ks. Fr. Pawłowskiego, Antoniego Walewskiego, trzech członków korespondentów, a w ostatnich tygodniach członka czynnego hr. Maurycego Dzieduszyckiego.

Następnie Sekretarz Akademii Dr Szujski odczytał sprawozdanie z ruchu naukowego, którego wstęp i konkluzya pełne głębokich poglądów o powołaniu Akademii wobec narodu, wywołały silne na obecnych wrażenie.

Odczyt członka Akademii p. Lucyana Siemieńskiego o księciu Józefie Poniatowskim, urozmaicił posiedzenie, mające prawdziwie akademicki charakter.

Na zamknięcie sekretarz Akademii odczytał listę kandydatów. Wybranymi zostali korespondentami na oddziale matematycznym: Dr Szymon Syrski, Dr

dynand Brunicki, właś. Zmiący; [illegible] mer, przełożony obsz. dwors. w Jodłowniku; Julian Racięski, właś. Berdychowa; Aleksander Dydyński, właś. Słupia; Karol Góra, adjunkt sądowy; Karol Sztalberger, właś. Jadamwoli; Władysław Struszkiewicz, przełoż. obszaru dworskiego w Mszany dolnej.

— Jak opłakanym jest obecny stan ekonomiczny Rosyi, świadczy fakt przytoczony przez *St. Pist. Wiedom*, iż w skutek polecenia ministerstwa spraw wewnętrznych wykryto w drodze urzędowej, że w Petersburgu i jego okolicach najbliższych (powiecie petersburskim) znajduje się 96,560 wyrobników pozbawionych zupełnie środków do życia i pogrążonych w ostatecznej nędzy, w skutek zwinięcia lub zawieszenia fabryk rozmaitych, niemogących funkcyonować dla braku kapitałów i z powodu powszechnej stagnacyi handlu i przemysłu.

— Dziennik petersburski *Nowosti* podaje, że w

---

manie, a zarazem nawet dostać probostwa, że jednak całe parafialne duchowieństwo świeckie obrządku unickiego ma żony, przerażenie i smutek panuje wielki.

W gubernii siedleckiej przeznaczono 150,000 rubli (około 20,000 funtów) na naprawę i ozdobienie cerkwi unickich, a różne korzyści są przyznane duchowieństwu, które chętnie stara się przeprowadzić rozporządzenia rządowe wydane w ostatnich pięciu latach.

Mam zaszczyt i t. d.

(podpisano) C. E. *Mansfield.*

Nr. III.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Granville.*

(Otrzymano 16 lutego).

Warszawa, 29 stycznia 1874 r.

Milordzie! Z ubolewaniem przesłać muszę W. Ekscelencyi wiadomość o ponowionych zamieszkach w powiatach zamieszkałych przez Unitów. W guberniach Lubelskiej i Siedleckiej przyszło do rozlewu krwi, utraty życia i prawdziwie barbarzyńskiego obejścia z ludnością wiejską.

W r. 1871, w depeszy z 21 września a następnie w r. 1872 miałem zaszczyt obznajomić Waszą lordowską Mość z polityką rządu rosyjskiego, dążącą do ujednostajnienia praktyk i rytuałów Kościoła unickiego z praktykami i rytuałami Kościoła wschodniego i usunięcia różnych zwyczajów Kościoła łacińskiego, zaprowadzonych w rytuale unickim przez Synod z Zamościa, przed laty blisko 130.

Teraźniejsze zamieszki są dalszym ciągiem tych, o których donosiłem, ale przybrały daleko większe rozmiary.

Przed parą miesiącami różni księża uniccy przedstawiali X. Popielowi, administratorowi dyecezyi chełmskiej, że rozporządzenia asymilacyjne, tylko częściowo zaprowadzonemi zostały i że ci księża, którzy je przeprowadzili, narażeni są na wielkie przeciwności, prawie prześladowania od włościan.

X. Popiel zawiadomił o tem hr. Tołstoja, który w kilka tygodni potem wydał z Petersburga okólnik, nakazujący jaknajściślejszą jednostajność, w zniesieniu organów, ławek, zarzuceniu różańców, dzwonka przy mszy, śpiewów polskich i różnych innych szczegółów zbyt licznych, aby je tu wyliczać.

Księża, którzy nie uczynili tego dotąd, lub nie byli gotowi wypełnić polecenia okólnika, zostali pozbawieni parafii; liczba ich jednak nie była wielka, gdyż wszyscy prawie zgadzali się z dążnością rządu. Oporni już przed tem zostali usunięci.

Pewnem jest, że włościanie nie dbają ani o Synod z Zamościa, ani o czystość i zwyczaje Kościoła pierwotnego czysto wschodniego czy innego, ale mają głęboko wkorzenione poszanowanie zwyczajów, w których oni i ich ojcowie byli wychowani.

Skutki okólnika hr. Tołstoja były straszne; w kilku wsiach włościanie zaprzestali chodzić do cerkwi, a w wielu księżom wyrządzono obelgi, jednego nawet ukamienowano.

Wezwano pomocy wojska i policyi, w jednej parafii trzech włościan zabito, wielu poraniono, kozaków pojedynczych napadano i zabijano, w niektórych wsiach napadano na żołnierzy, rzucano kamieniami, raniono kosami, łamano im kości lub zadawano kontuzyę, mianowicie oficerom.

W powiecie mynciewickim włościanie otoczyli cerkiew i nie dozwolili wojsku wprowadzić księdza, nareszcie włościanie zostali poskromieni i otoczeni wraz z dziećmi i żonami. Dano im do wyboru, albo podpisanie deklaracyi, że przyjmują księdza, albo płagi.

Gdy podpisać nie chcieli, każdy dorosły mężczyzna dostał pięćdziesiąt, kobieta dwadzieścia pięć, a każde dziecko bez różnicy płci i wieku dziesięć nahajek, a jedna kobieta gwałtowniejsza, aż sto. Są wieści o większych barbarzyństwach, ale ograniczam się tylko na faktach, których autentyczność byłem w stanie sprawdzić.

Więzienia w Siedlcach są przepełnione, a że są za szczupłe, wielu trzymają na podwórzu i w szopach, co w tej porze roku i w tym klimacie jest bardzo nieludzkiem rozporządzeniem.

Właściciele opuszczają swe majątki, równie jak ich rządcy, gdyż włościanie udają się do nich o pomoc i protekcyę, a ani jednej ani drugiej udzielić nie mogą bez skompromitowania się.

Pożałowania godnem jest, że włościanie uciekli się do gwałtów. Samo nieuczęszczanie do cerkwi niebyłoby tak rozjątrzyło rządu i być może, że widząc bierny opór całej ludności, byłby się wstrzymał z zaprowadzeniem zmian.

Pewnem jest, że wypadki te sprawiły nader przykre wrażenie w wyższych sferach w Petersburgu, tem bardziej, że zaszły podczas uroczystości ślubnych. Nadeszły też rozkazy wstrzymania dalszej czynności, ale jeszcze trzy dni temu włościanie uwięzieni w Siedlcach, nie zostali wypuszczeni na wolność.

Mam zaszczyt i t. d.

(podp.) *C. E. Mansfield.*

Nr. IV.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Granville.*

(Otrzymano 2 marca).

Warszawa, 18 lutego 1874 r.

(Wyciąg). Odnośnie do mojej depeszy z 26 sty-

cznia, z ubolewaniem donoszę W. Ekscelencyi, że środki gwałtowne przeciw Unitom nie ustały i że zajścia podobne jak w Mynciewiczach powtórzyły się w wielu innych miejscach, różnią się tylko pod względem liczby zabitych i rannych, tak żołnierzy jak włościan.

Z początkiem bieżącego miesiąca przybył na miejsce p. Nabokow, dyrektor oddziału kancelaryi cesarskiej dla spraw polskich, dla zbadania okoliczności, jakie wydarzyły się przy zamieszkach Unitów, jako też dla zaprowadzenia innych urządzeń, z powodu śmierci hr. Berga.

P. Nabokowowi towarzyszył jenerał Friedrichs, były naczelnik żandarmeryi w Polsce, który właśnie mianowany został jenerał-gubernatorem wschodniej Syberyi.

Nr. V.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Derby.*

(Otrzymano 23 marca).

Warszawa, 7 marca 1874 r.

Milordzie! Powołując się na moje depesze z 29 stycznia i 18 lutego, mam zaszczyt donieść, że chociaż morderczy ucisk unitów jeszcze nie ustał, nastała niejaka zmiana w środkach karnych i przymusowych. Każdą oznakę oporu ze strony włościan poskramiają, stosunkowo wielką siłą wojskową. Włościanie opierający się, zostają uwięzieni i płacą kary od 10 do 15 rubli, a wsie, w których nie można wykryć sprawców, płacą od 200 do 400 rubli kontrybucyi.

Rząd wielki okazuje brak taktu w całem swem poste[illegible]ej niedzieli n. p. odczytują dla odstraszania we wszystkich wsiach gubernii Siedleckiej raporta o rozporządzeniach władzy w parafiach, które stawiają opór. Podburza to ludność, zachęca do oporu, choćby tylko dla pomszczenia tego, co się gdzieindziej stało. Trzymają także włościan z różnych okolic w jednem więzieniu, tam porównywają, co się w której wsi działo, śpiewają hymny, modlą się wspólnie i przysięgają wytrwać w oporze, skoro zostaną wolni, co niezadługo nastąpi, bo kary więzienne, stosownie do wielkości przestępstwa, wymierzone są na dni 15 do 30.

W gubernii Lubelskiej agitacya nie była tak wielką. Gubernator tamtejszy ma więcej taktu, i rozporządzenia tylko częściowo przeprowadzano. Gmin unickich w tej gubernii jest więcej, wsie są gęściejsze i nie zmieszane ze wsiami katolickiemi tak jak w Siedleckiej. Gdyby rząd te tak zwane reformy chciał i w gubernii lubelskiej z całą wytrwałością i surowością przeprowadzić, możemy się spodziewać jeszcze większych zamieszek. Jestem jak najdokładniej zawiadomiony, że włościanie zobowiązali się, raczej spalić każdą cerkiew i każde probostwo w gubernii, niż przyjąć zmiany, zaprowadzone przez rząd. Należy mieć nadzieję, że nie spełnią się powyższe zamiary włościan, gdyż spowodowałyby tylko dalsze nieszczęścia, rozlew krwi i wygnania.

Mam zaszczyt i t. d.

(podp.) *C. E. Mansfield*

uległy rozbiciu, zeszły w części na drogę abstencyi, w Radzie państwa mają tylko nieliczny zastęp autonomistów, nie dość zjednoczony i różniący się co do środków, a nawet co do celu. Stronnictwo prawa i posłowie polscy nie zaniedbają w odmienny sposób czynić zarzutów zasadniczych systemowi wynikłemu z ugody 1867 r., ale wątpić trzeba, aby w obecnych stosunkach rozwinąć mogli zgodny programat sprawiedliwszego ustroju monarchii. Opozycya postępowców i skrajnej lewicy, która tak hałaśliwie na parteitagach i w zebraniach klubowych występowała, jest czysto materyalnej natury. Słuszne obawy następstw finansowych z rozdziału banku, a następstw ekonomicznych z zaprowadzenia zmienionej

teńskim. Kryzys gabinetowa, gdyby powstała w Peszcie, czy w Wiedniu, żleby mogła oddziałać na stanowisko hr. Andrassego, którego zręcznemu sterownictwu zawdzięcza dotąd monarchia zręczne ominięcią niebezpiecznych wirów. Za prowizoryum przeto i zachowaniem *status quo* zdają się przemawiać stosunek stronnictw, potrzeby wewnętrzne państwa, jak i groza chwili.

## KORESPONDENCYA „CZASU"

**Kair** 22 kwietnia.

(*J. P.*) Dzisiaj ajent dyplomatyczny rosyjski p. Lex spodziewa się rozkazu z poselstwa swego w Konstan-

**Wiedeń** 2 maja. Z projektów odnoszących się do ugody z Węgrami podajemy z kolei w krótkim streszczeniu ważniejsze przepisy „ustawy o utworzeniu i przywileju austro-węgierskiego Towarzystwa bankowego," który to projekt w oryginale zapełnia 44 stronnice druku *in 4to*. Motywów nie dodano. Sama ustawa w ścisłem tego wyrazu znaczeniu ma brzmienie następujące:

Artykuł 1. Skoro na czas najbliższych lat dziesięciu nie uczyni się użytku z służącego obu częściom monarchii prawa utworzenia osobnych banków z prawem wydawania pieniędzy papierowych, przeto postanawia się utworzyć na czas od dnia 1 stycznia r. 1878 do dnia 31 grudnia r. 1887 austro-węgierskie Towarzystwo bankowe.

Art. 2. Austro-węgierskiemu Towarzystwu bankowemu udziela się na czas od dnia 1 stycznia r. 1878 do dnia 31 grudnia r. 1887 przywiléj zawar-

i ich zastępcy, z których po jednym zamianują oba rządy. W sprawach wymagających współdziałalności administracyi państwowéj Towarzystwo przez radę jeneralną zwróci się do odnośnego ministra skarbu, w danym razie do obu. Towarzystwu wolno eskontować weksle podane przez austryacką lub węgierską administracyę skarbową. Nadto wolno Towarzystwu załatwiać dla téj lub owéj administracyi państwowéj interesa komisowe. (Tyt. VII, art. 51—55).

Banknoty (nie niżéj 10 złr.) będą miały po jednéj stronie tekst niemiecki, po drugiéj węgierski, i wspólny herb monarchii; zamiana na monetę prawną w zakładach głównych w Wiedniu i Budapeszcie, tudzież w innych kassach Towarzystwa, o ile pozwolą zasoby w gotówce i własne potrzeby. W sprawie wywoływania z obiegu niektórych lub wszystkich gatunków banknot, tudzież gdy upłynie przywiléj Towarzystwa, oba rządy w porozumieniu z radą jeneralną naznaczą terminy do zamiany; w sześć lat po upływie terminów ostatecznych Towarzystwo

Art. IV. Zakład główny w [illegible] otrzyma 50 milionów złotych reńskich na interes eskontowy i pożyczkowy, których dla miejscowości w Austryi używać niewolno. W razie większych potrzeb Rada generalna przekaże na pewien czas kwotę większą.

Art. V. Bank utworzy w latach 1878 i 1879 w Austryi pięć nowych filij, gdzie wskaże ministerstwo.

Art. VI. Na Węgrzech utworzy Bank w r. 1878 cztery, a w r. 1879 trzy nowe filie. Nadto zapewnia się Węgrom trzy filie na później.

Art. VII. Jeśli Bank zapragnie przedłużenia przywileju, powinien uczynić podanie w dwa lata naprzód.

## Rumunia.

Książę Karol rumuński zagaił następującą mową otwarcie parlamentu:

Trudne okoliczności, jakie kraj przechodzi, włożyły

## Część literacko-artystyczna.

## Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

**Korespondencya dyplomatyczna**

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Nie pewniejszego, że gabinety mocarstw bywają dokładnie uwiadomione przez swoich rezydentów o tem, co w którem państwie się dzieje — ale i to pewna, że owe sprawozdania idą do aktów i zalegają w nich dopóty, dopóki niezdarzy się okoliczność wydania tych aktów na widok publiczny, aby mogły posłużyć za argument do zdemaskowania chytrej układności, lub wykrycia podstępnych intryg przeciwnika. Ten właśnie przypadek wyszedł ze sprawozdaniami podpułkownika Mansfielda konsula angielskiego w Warszawie, który donosił regularnie swemu rządowi o srogiem nawracaniu Unitów na prawosławie w dyecezyi chełmskiej i na Podlasiu. Akta te możeby spoczywały w archiwum *Foreign-Office*, dopókiby ich niewydobył na jaw, jaki Ernst Hermann, lub inny źródłowy badacz dziejów, gdyby niezaszła ta okoliczność, że Rosya wystąpiła przeciw Turcyi w charakterze obrońcy uciemiężonych Słowian, i chrześciańskiej religii. Publikacya raportów konsula angielskiego o obchodzeniu się Rosyi z Unitami w Polsce, zdziera maskę w którą się Rosya ubrała, aby odgrywać rolę opiekuna Słowian i religii chrześciańskiej.

Miejsce tu jest przypomnieć, że prześladowanie Unitów zaczęło się z ostatnim rozbiorem Polski, i było raz z większym, raz z mniejszym naciskiem prowadzone przez lat przeszło ośmdziesiąt. Że sprawa ta niebyła obcą gabinetom mamy dowód z raportu jednego z ajentów dyplomatycznych w Petersburgu (Helbig), który tak pisze pod dniem 4 sierpnia 1795 r.

„Zaczepiwszy o sprawy polskie, niemogę przemilczeć o okropnościach, jakie tam wyprawiają nawracając na prawosławie. Unici stali się tam ofiarą wściekłego prześladowania, któremu nadano bluźnierczą nazwę religijnej gorliwości. Niema rodzaju okrucieństwa, któregoby nieużyto, aby ich przymusić do schyzmy. Co [illegible] przedmiocie słyszałem, przejmuje zgrozą. Więcej, niż 800,000 ludzi, zmuszono przeciw ich woli, i w sposób okrutny, męczeński, przyjąć prawosławie. Przybył tu arcybiskup Unicki, aby się skarżyć na te gwałty. Zacny ten prałat nazywa się Rostocki. Rozmawiałem z nim, a on niewiedząc, kto jestem, przedstawił mi cały obraz tego nawracania. Powiedziano mu, żeby cicho siedział, bo jeżeli się z czem odezwie, będzie traktowany jako buntownik. Do uzupełnienia obrazu rządów monarchii, która nigdy nietroszczyła się o żadną religię, a która we wszystkich kolejach swego życia, drapowała się w źle zrozumianą filozofię, brakowało tylko jeszcze tej plamy nietolerancyi, lecz i ta się znalazła." *Geschichte des Russischen Staates v. Ernst Hermann, Diplomatische Corresp. aus der Rewolutionszeit* 1791—1797. Gotha 1866 r.)

Nr. I.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Granville.*

(Odebrano 16 października.)

Warszawa 21 września 1871 r.

(Wyciąg.) Mam zaszczyt donieść W. Ekscelencyi, że od Nowego Roku, dyecezya unicka w Chełmie i wszystkie sprawy kościelne obrządku unickiego przestają należeć do kancelaryi obrządków obcych w Petersburgu i przydzielone zostają do sekcyi świętego Synodu. Bardzo to ważna wskazówka dalszego ciągu polityki rządowej ścieśniania obrządku unickiego, a ostatecznie złączenia go z prawosławną cerkwią.

Zamianowany został administrator dyeceszyi, który nie zdaje się, aby silny stawiał opór i polecono a raczej nakazano rozmaite zmiany, a wszystkie dążą do tego samego celu.

Duchowieństwu unickiemu kazano przybrać strój prawosławnych popów, pomnożyć modlitwy za carską rodzinę i w cerkwiach urządzić carskie wrota. W jednym skrzydle unickiego klasztoru Bazylianów w Warszawie, umieszczono prawosławnych mnichów i nakazano braciszkom przyjąć ich jak najgościnniej, obok tego zarządzono mnóstwo zmian w rytuale, o których za długo byłoby mówić.

W gubernii lubelskiej zamieszkałej przeważnie przez Unitów, wielkie zapanowało przerażenie, i mam pewne wiadomości, że znaczna część prawego duchowieństwa, zamyśla emigrować do Galicyi w razie, gdyby teraźniejsze rozporządzenia, dalej jeszcze sięgały.

Nr. II.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Granville.*

(Otrzymano 16 grudnia).

Warszawa 23 listopada 1872 r.

Milordzie! Mam zaszczyt przedłożyć Waszej lordowskiej Mości, następujące instrukcye tyczące się Unitów, wydane dla rządu Królestwa Polskiego:

1) Reformy zarządzone dla obrządku unickiego winny być przeprowadzone z całą energią, lecz zarazem i z oględnością; każdy szczegół rytuału ma być zbliżony do reform pierwotnie używanych w kościele greckim, a wszelka dążność ku formom kościoła katolickiego usuniętą, rząd spodziewa się, że władze cywilne i duchowne najusilniej starać się będą reformy te przeprowadzać.

2) Gwałtownego nawracania z obrządku unickiego na prawosławny należy unikać, lecz każdy opór stawiany przepisanym reformom, ma być energicznie poskromiony, w potrzebie nawet siłą wojskową a buntownicze surową otrzymają karę.

3) Gdyby który z duchownych znany z uległości dla rządu, ucierpiał czy to na osobie, czy majątku, ma być wynagrodzonym kosztem gubernii.

4) Duchowieństwo zachęcające parafian do oporu przeciw reformom zaprowadzonym z rozkazu cara, ma być ukarane wygnaniem.

Prócz tego ustanowiono na wzór inkwizycyi komitet w Siedlcach, przed który od czasu do czasu mają być powoływani księża uniccy i badani co do zdania ich o zaprowadzonych zmianach. Gdyby ich zdania nie zgadzały się ze zdaniami komisyi, a różnica była umiarkowaną, mają być zasuspendowani i zatrzymani w Siedlcach, lub internowani w innych miejscowościach, za różnice zasadnicze mają im być wydane paszporta i pod eskortą do granicy odstawieni.

Wpływ tych rozporządzeń może być bardzo smutnym. W wypadkach suspensy, parafie pozbawione zostaną na czas nieoznaczony pociech religii, sakramentów, nadzoru duchowieństwa, a unita uczęszczający do kościoła katolickiego jest karany aresztem i grzywnami. Los duchowieństwa wywienionego może nie będzie tak opłakanym, dostają się do Galicyi, gdzie między współwyznawcami mogą znaleść utrzy-

Niższe warstwy i niektórzy z niższego duchowieństwa, nawykłszy do tych zmian, które nieznacznie weisnęły się do Kościoła grecko-unickiego, opierały się dążności ministra, przywrócenia Kościołowi pierwotnej czystości, ztąd powstało starcie, które zakrwawiło tyle serc w powiatach Chełmskim i Siedleckim.

Nareszcie postanowiono na własne żądanie ministra wyznań, zdepopularyzowanego bardzo z tej przyczyny, odebrać tę sprawę z pod jego dyrekcyi, a przydzielić przeprowadzenie tej delikatnej kwestyi ministrowi spraw wewnętrznych, czyli innemi słowy, ta kwestya ruszoną została ze swej podstawy religijnej, a podporządkowaną administracyi cywilnej.

Nie przypuszczam, żeby z początku te spory były choćby częściowo politycznej natury, ale rząd cesarski ciągle z natężoną uwagą śledzi wszelką czynność kleru łacińskiego, i obawiał się, że duchowieństwo łacińskie usiłować będzie, stopniowo nawrócić unitów na rzymsko-katolików.

Mam zaszczyt załączyć dla Waszej Wysokości w tłumaczeniu francuskiem artykuł z gazety rządowej, zawierający ważne doniesienia, że 45 parafij około 50000 dusz i 26 księży, opuściło Kościół grecko-unicki w Polsce i przeszło na wiarę prawosławną.

Niepodobnem osądzić, jaki wpływ wywrze ten krok tak wielkiej liczby unitów, na swoich współwierców, prawdopodobnie będzie on środkiem, do połączenia wszystkich unitów greckich z prawosławnym Kościołem i że tym co pozostaną przeciwni temu krokowi, nie pozostanie nic, jak tylko przejście na łono Kościoła rzymsko-katolickiego.

Załącznik do Nr. X.

Wyciąg z *Journal de St. Petersbourg*

z 15/27 stycznia 1875 r.

*Messager officiel* publikuje dziś następujący artykuł: W Nrze 48 z roku przeszłego *) *Messager officiel* wydrukował komunikat rządowy, tyczący się okólnika grecko-unickiego konsystorza w Chełmie, który wzywa duchowieństwo unickie, aby wyrugowało z liturgii, naleciałości i zmiany łacińskie i aby odprawiało służbę Bożą odpowiednio rytuałowi wschodniemu. Ten komunikat przypominał w porządku chronologicznym bulle papieskie, protegujące i zasłaniające obrządek wschodni od propagandy polsko-łacińskiej, nieustannie czynnej między narodem ruskim. Opisywał też wtedy własnemi słowy X. Biskupa Kuziemskiego, smutne położenie Kościoła grecko-unickiego w Polsce.

Ostatnie wypadki wykazały, że to postanowienie konsystorza wywarło wpływ wielki na całą ludność unicką dyecezyi chełmskiej. Z początku lud opierał się rozporządzeniom konsystorza. Unici szczerze przywiązani do wschodniego rytuału, w którym się urodzili i który pomimo ciężkich walk, jak czytamy w historyi, potrafili zachować w prawdzie w zmienionej formie, nie oparli się jednak wpływowi nieprzyjaznych pojęć o Kościele, do którego sami należeli i od którego tylko zbiegiem okoliczności, wywierających na nich fatalny nacisk, oderwani zostali. Sprawiedliwe rozporządzenia konsystorza, uważali za innowacye, a to usposobienie parafian popierane było w niektórych miejscowościach przez księży grecko-unickich, niezadowolonych z reformy.

W gubernii Siedleckiej, nieukontentowanie ludowe przybrało formy więcej wybitne i rozwinęło się nieszczęśliwie aż do zaburzeń rzeczywistych.

Rząd zarządził natychmiast środki do przywrócenia spokoju, ale zarazem postanowił wstrzymać się od wszelkiego wpływu na rozwój tej kwestyi, poruszonej przez rozporządzenia konsystorza chełmskiego w celu oczyszczenia obrządku grecko-unickiego. Wypadki, które niedawno miały miejsce w dyecezyi chełmskiej, dotykając najżywotniejszych interesów ludu, zwróciły uwagę ludności unickiej na zadanie, które miała rozwiązać.

Unici dla których wiara i rytuał stanowiły jedną całość, i dla których każda zmiana w jednem, wydawała się naruszeniem drugiej, w najwyższym stopniu zdumieli widząc, że władze dyecezyalne, domagają się oczyszczenia liturgii greckiej z naleciałości łacińskich, do których przyzwyczajenie, obudziło w nich przywiązanie. Taką była kwestya unicka aż do miesiąca maja 1874 roku, gdy się ukazała encyklika papieża Piusa IX z dnia 13 maja 1874, która aczkolwiek wystosowana do metropolity galicyjskiego monsignora Sembratowicza, głównie jednak przeznaczoną była, do ocenienia stanu rzeczy w biskupstwie chełmskim. W tej encyklice stolica apostolska po raz pierwszy, aprobuje otwarcie wszystkie zmiany zaprowadzone w rytuale wschodnim, i przyznaje nową zasadę swego tajemnego zezwolenia, wszystkim innowacyom dążącym do zbliżenia ściślejszego Kościoła unickiego do Kościoła rzymsko-katolickiego. O ile poprzedzający papieże zastrzegali nienaruszalność rytuału wschodniego, i zakazywali pod karą zaprowadzać jakiekolwiek zmiany, bez upoważnienia specyalnego, chociaż podporządkowywali protekcyę daną temu rytuałowi, interesom Kościoła rzymsko-katolickiego, Papież Pius IX nie ukrywa swej stronniczości w wyż wymienionem rozporządzeniu dla Kościoła rytuału łacińskiego. Ta ostatnia encyklika papieska, rozrzucona w wielkiej ilości egzemplarzy między unitów dyecezyi chełmskiej, obałamuciła do reszty umysły, i zawikłała jeszcze więcej sprawę, dręczącą unitów.

Ludności grecko-unickiej pozostał wybór tylko między temi dwiema alternatywami: albo poddać się tłumaczaniu nowemu i niesłychanemu stolicy apostolskiej, albo pójść w kierunku wskazanym, przez jej wyższe władze kościelne, który protegował i osłaniał obrządek wschodni od wpływów łacińskich. Narodowe uczucie oceniło sprawiedliwie ten atak stolicy apostolskiej na spuściznę drogą ich sercu po przodkach, i pod wpływem tego uczucia, część ludności gubernii siedleckiej, oświadczyła otwarcie i bez wahania swe życzenie „do połączenia się w wierze z białym carem".

Z końcem roku zeszłego niektóre parafie grecko-unickie formalnie zgłosiły swe prośby o przyłączenie do Kościoła prawosławnego. Rząd gdy został o tem powiadomiony, zbadał z należytą uwagą i odpowiednią oględnością tę ważną sprawę. Zadecydował nie ścierpieć kroków nierozważnych i nie przypuścić unitów do Kościoła prawosławnego, dopóki poprzednio sumiennie nie skonstatuje, że to życzenie pochodzi z wewnętrznego przekonania, i nie jest wynikiem zewnętrznego nacisku, któremu lud nieświadomie się poddał.

Tymczasem, dążność ta rozszerzała się szybko, i liczba parafij unickich chcących powrócić na łono swego starożytnego narodowego Kościoła wzrastała coraz więcej. Od ludu rozszerzył się ten ruch i między duchowieństwem; okoliczność ważna, bo wykazująca jasno, że ruch obecny jest skutkiem głębokiego zastanowienia, po walce wewnętrznej, a nie rewolucyą mas, idących na oślep za swemi przewodnikami. W tym stanie rzeczy rząd nie miał powodów, odmówienia gorącym prośbom unitów przyzwolenia, do przyłączenia się do Kościoła prawosławnego.

Na najuniżeńsze sprawozdanie ministra spraw wewnętrznych, którego dyrekcyi przydzielone zostały sprawy unitów greckich od 11 grudnia 1874, JCMość raczył upoważnić jenerał-gubernatora Warszawy, aby zawiadomił te parafie gubernii siedleckiej, co objawiły życzenie przejścia na prawosławie, że JCMość przyjął łaskawie ich prośby, i raczył nakazać aby się nad niemi zastanowiono. Wskutek tej najwyższej decyzyi, św. Synod, któremu zakomunikowano sprawozdanie z tej sprawy, udzielił arcybiskupowi warszawskiemu swe błogosławieństwo, z okazyi przyłączenia na teraz i zawsze grecko-unickiego duchowieństwa i świeckich do kościoła prawosławnego.

Ostatniej niedzieli 12 stycznia doniesiono telegrafem z Warszawy, że 45 parafij składających się z 50,000 dusz i 26 księży, ostatecznie przyłączyło się do kościoła swych przodków. Akt połączenia rozpoczął się w parafii Bielska, w tamecznym kościele celebrował sam dostojny Arcybiskup warszawski Joanicki, w przytomności wszystkich księży co oświadczyli się za przyłączeniem i deputacyj 45 parafij. W tym tak ważnym wypadku rząd postanowił niedopuścić żadnych interwencyj obcych, i osłaniać zniezachwianą stałością tak ludność dyecezyi Chełmskiej co pozostała przy Unii, jak tę co powróciła na łono kościoła prawosławnego, przeciw każdej nieprzyjaznej propagandzie dążącej do odwiedzenia ludu od myśli powziętej z wewnętrznego przekonania i rozważnego zastanowienia.

W dalszym ciągu *Messager officiel* podaje do wiadomości następujące telegramy, odebrane przez ministerstwo spraw wewnętrznych, od gubernatora Siedleckiego, datowane z miasta Biały w niedzielę 12 stycznia:

Południe. Delegaci 45 parafij unickich co przeszły na prawosławie i 26 księży zgromadzili się w kościele do którego przybył o 10ej godzinie Arcybiskup Warszawy. Skoro przywdział szaty biskupie, publicznie odczytałem cesarskie przyzwolenie na prośbę przyłączenia się do kościoła prawosławnego. W przytomności licznie zgromadzonego ludu, odbyła się służba boża z całkowitem namaszczeniem.

Szósta wieczorem. Akt powrotu do prawosławia 45 parafij unickich, reprezentujących 50,000 dusz, został szczęśliwie dokonany. Po odczytaniu cesarskiego zezwolenia, Arcybiskup udzielił ludowi błogosławieństwo Śgo Synodu, poczem nastąpiły modły i służba boża. Dostojny Archidyakon Liwczak miał kazanie. Cerkiew była przepełnioną. Ceremonia odbyła się z pobożnością, namaszczeniem i w największym porządku; sprawiła na lud widocznie wrażenie korzystne. Deputowani otrzymali na znak błogosławieństwa, po dwa święte obrazy na pulpity dla każdej parafii.

Te depesze zostały przedłożone Jego Cesarskiej Mości. Cesarz raczył rozkazać, powiada *Messager officiel*, aby podziękowano Unitom co powrócili do prawosławia, za wyrażone uczucia nieograniczonego poświęcenia i szczęścia, że są odtąd złączeni w wierze ze swoim Monarchą.

*) Nr. 54 *Journal de St. Petersbourg* 27 lutego (11 marca) 1874 r.

…ludźmi…niskim. …stim jak drudzy objawiając zapał rosyjski lub turecki, zapominali o tem, że są Czechami i Węgrami, a nadto, ani za Słowiańszczyzną, ani za Turcyą, tylko objawiają życzenie stanowiska neutralnego i gotowość poparcia potęgi monarcy mają znowu krew przelewać i dostarczyć nowego pozoru do ucisku. Czyż Polacy nigdy rozumu nie nabędą? czyż zawsze uczucie będzie dla nich najwyższym rozumem? Dość spojrzeć na dzienniki euro-dar sprawy narodowej z zupełnem pominięciem rzeczywistych interesów kraju, którym wystąpienie podobne nie pomoże, a bardzo zaszkodzić może.

W kołach sądowych obiega pogłoska, że w spra-

…Jest on znany z układania rozległych planów wojennych. W półgodzinnej pogadance wymordował krocie wrogów i wywieszał sztandary od ujścia Wisły do źródeł Dniepru, a czasem tak się zapuszczał w swo-

---

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

### Korespondencya dyplomatyczna

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Nr. VII.

*Podpułkownik Mansfield do hrabiego Derby.*

(Odebrano 6 lipca.)

Warszawa 12 czerwca 1874 r.

(Wyciąg.) Odnośnie do różnych depesz tyczących się Unitów greckich w Królestwie Polskiem, z roku bieżącego i lat poprzednich, oraz mej rozmowy z Waszą Wysokością, mam zaszczyt donieść o świeżym ukazie z Petersburga, który Unitów greckich pod względem małżeństw mieszanych stawia na równi z prawosławnymi, to jest, że dzieci z tych małżeństw muszą być wychowane w obrządku grecko-unickim.

Ogólne położenie unitów greckich prawie niezmienione, rządowi ulegli księża już instalowani. Stosunek ludu z duchowieństwem całkowicie zerwany, i lud wstrzymuje się w całości od udziału, przy służbie bożej po cerkwiach.

Włościanie po nocach chowają sami swoich umarłych bez obrzędów pogrzebowych, a mówią, że zaprzestali brać śluby i chrzcić nowonarodzone dzieci. Jestem zawiadomiony, że katoliccy księża, w ostatnim wypadku potajemnie obsługują włościan, lecz, by uniknąć odkrycia tak jedni jak drudzy przebywają wielkie przestrzenie od sześćdziesięciu do siedemdziesięciu mil.

Tak samo działo się na Litwie, od roku 1839, w którym włościanie gwałtem zmuszeni zostali przejść na prawosławie. Nie potrzebuję wykazywać Waszej Wysokości złych skutków, które nastąpić muszą jeżeli cała ludność włościańska pozbawioną zostanie kierunku duchownego i całe generacye wzrosną, dla których publiczna służba boża będzie znaną tylko z tradycyi.

Siedm tygodni temu, w skutek przedstawienia jenerał-gubernatora Kotzebuego ustanowiono w Petersburgu ankietę, do której powołano naczelników policyi z gubernii Lubelskiej i Siedleckiej.

Tak stoi ta sprawa.

Obawiać się trzeba, że porozumienie nie prędko nastąpi, gdyż nie ma widoków do kompromisu. Włościanie ani słyszeć chcą o jakichkolwiek zmianach w rytuale — a hrabia Tołstoj w takiej pozycyi postawił rząd, że trudno mu z niej wycofać się.

Nr. VIII.

*Lord A. Loftus do hrabiego Derby.*

(Otrzymano 27 lipca.)

Petersburg 21 lipca 1874 r.

Milordzie!

Odnośnie do depeszy podpułkownika Mansfield, z 12 ostatniego, (której był tak uprzejmym udzielić mi odpis) dotyczącej sporu istniejącego z Unitami w Polsce, mam zaszczyt załączyć dla Waszej lordowskiej Mości, artykuł z *Journal de St. Petersbourg* zdający sprawę o delegacyi różnych parafij grecko-unickich z gubernii Siedleckiej, która wysłaną została z petycyą do Jego Cesarskiej Mości w czasie jego pobytu w Warszawie. W tej petycyi ludność grecko-unicka prosi o cofnienie pewnych rozporządzeń władzy dyecezyalnej, odnośnych do ceremoniału kościoła grecko-unickiego.

Cesarz uwiadomiony o tym fakcie, polecił jenerałowi Kotzebue, aby pouczył ludność grecko-unicką z prowincyi zostającej pod jego zarządem, że prośby tego rodzaju nie mogą być przyjęte i że Cesarz ma tę nadzieję, że grecko-unicka ludność, wprowadzona przez zbrodniczych podżegaczy, w opłakania godny błąd, który je zepchnął z toru powinności, odstąpi od tych błędów, pospieszy z przyjęciem starożytnych i prawdziwych ceremonii swego kościoła i powróci do posłuszeństwa i spokoju.

Mam zaszczyt
(podp.) *August Loftus.*

Załącznik do Nr. VIII.

*Wyciąg z „Journal de St. Petersbourg,“*

z 7/19 lipca 1874 r.

Czytamy w *Messager officiel*:

Podczas ostatniego pobytu JCMości w Warszawie, przybyli delegaci kilkunastu parafij grecko-unickich gubernii Siedleckiej do Warszawy w celu przedłożenia petycyi, proszącej o cofnięcie rozporządzeń władzy dyecezyalnej, odnośnych do ceremoniału obrządku grecko-unickiego. JCMość dowiedziawszy się o przybyciu deputacyi, raczył rozkazać jenerał-gubernatorowi Królestwa Polskiego panu adjutantowi hrabiemu Kotzebuemu, aby oznajmił jeszcze raz ludności grecko-unickiej z prowincyi pod jego zarządem zostającej, że prośby podobne nie mogą być przyjęte i że JCMość jest pewnym, iż ludność grecko-unicka, ruska od czasów odwiecznych i stale wierna tronowi porzuci błędy opłakania godne i przestanie słuchać zbrodniczych podżegań, które sprowadzają ją z torów powinności, pospieszy z przyjęciem starożytnych i prawdziwych ceremonij religijnych i okaże się posłuszną i spokojną, taką jaką JCMość nawykł ją zawsze uznawać.

Nr. IX.

*Podpułkownik Mansfield do hrabiego Derby.*

(otrzymano 25 stycznia).

Warszawa 1 stycznia 1875 r.

(Wyciąg). Mam zaszczyt zawiadomić Waszą Wysokość, że został ogłoszony ukaz cesarski, wedle którego kontrolę nad sprawami kościelnemi Unitów greckich odebrano hrabiemu Tołstojowi, prokuratorowi Śgo Synodu, a przydzielono oddziałowi obcych obrządków (*cultes etrangères*) zostającemu pod panem ministrem spraw wewnętrznych.

Może wyszło z pamięci Waszej Wysokości, że unici greccy, tak samo jak katolicy, protestanci, żydzi etc. podlegali przedtem ministerstwu spraw wewnętrznych, i dopiero temu lat będzie siedm, gdy chciano pierwszy raz te rozporządzenia, co tylu kłopotów są przyczyną, wprowadzić w życie, przydzielono je hr. Tołstojowi.

Powiadomiono mnie, że hr. Kotzebue z panem ministrem spraw wewnętrznych przemyśliwają nad załatwieniem tej sprawy i zakończeniem prześladowań, o których tak często zmuszony byłem zawiadamiać Waszą lordowską Mość. Już czas wielki, by zrobiono coś w tym kierunku.

Od czasu, jak ostatni raz miałem zaszczyt pisać do Waszej Wysokości, skutki antagonizmu między władzami i włościanami były straszne.

W jednej wsi, włościanin raczej zaczadził się z całą rodziną, niż dopuścił, by jego dziecko ochrzczonem zostało przez księdza rządowego.

Śmiertelność między włościanami koczującemi po lassach w tej porze ostrej, jest zastraszającą.

Ostatniemi czasy wydano rozkazy kozakom spędzenia włościan do wsiów, co zmusza koczujących do ciągłego przenoszenia się z miejsca na miejsce, wieszają też przy tem tu i tam kozaków schwytanych pojedynczo lub małemi partyami.

Cała ta sprawa przybiera charakter agraryjny i prawie polityczny, z wielką szkodą dla polityki rządowej od roku 1864.

Włościanie widząc, że ich posiewy i zbiory są niszczone przez kozaków, postanowili w wielu wypadkach nie uprawiać swoich pól, i biorąc zaliczki w bożu i kartoflach od właścicieli większych posiadłości, obowiązują się je odrabiać, jako dzienni robotnicy, co nadaje pozór, że przymusowa robota została przywróconą.

Trudne bardzo jest także położenie właścicieli większych: gdzie tylko policya się dowie, o układzie wyżej przytoczonym, właściciel dostaje się pod nadzór policyi, jako poduszczający i wspierający Unitów greckich; to samo ma miejsce, gdy się dowiedzą, że właściciel większy z miłosierdzia ratował opornych.

W gubernii Lubelskiej, gdzie po większej części nowi księża pochodzą z Galicyi, opór nie był tak wielki jak w Siedleckiej, zdaje się, że ci księża działali z większym taktem.

Galicyjscy księża pracowali długo w propagandzie słowiańskiej, a jako obcokrajowi, nie wzbudzają takiego podejrzenia; księża zaś w gubernii Siedleckiej są popami miejscowemi, a za popieranie dążności rządowych, są przez włościan uważani jako zaprzańce (renegaci) i jako zaprzedani rządowi.

Będzie to w najwyższym stopniu ciekawem, śledzić dalszą politykę rządu w tej kwestyi.

Nr. X.

*Lord A. Loftus do hr. Derby.*

(Otrzymano 1go lutego.

Petersburg, 27 stycznia 1875 r.

(Wyciąg). Już poprzednio doniosłem Waszej Wysokości, o sporach powstałych między rządem cesarskim a unitami greckimi, w niektórych częściach Polski, których nieszczęśliwym skutkiem było starcie z wojskiem i utrata życia.

Początkową przyczyną tych sporów, było rozporządzenie hr. Tołstoja, ministra wyznań, zwracające uwagę hierachii kościelnej grecko-unickiej, na wprowadzone niektóre ceremonie i rytuały w użyciu Kościoła grecko-unickiego (czyniące go podobnym do Kościoła łacińskiego) sprzeciwiające się czystości rytuału greckiego, a które pod wpływem duchowieństwa łacińskiego stopniowo zmieniły unitów greckich w rzymsko-katolików.

Deputacya polska, która liczbą dorówna

jestem, że go potępi każdy, kto przypomni sobie

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

### Korespondencya dyplomatyczna

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Nr. XIV.

*Lord A. Loftus do hr. Derby.*

(Otrzymano 22 lutego.)

Petersburg 16 lutego 1875 r.

Milordzie!

Wasza Wysokość odbierze przez tego kuryera depeszę podpułkownika Mansfield konsula jeneralnego JKr. Mości w Warszawie z 29go ostatniego, (której odpis był tak uprzejmym mnie udzielić) donoszącą o nawróceniu 50,000 Unitów na prawosławie w gubernii Siedleckiej.

W mojej depeszy z 27go ostatniego, przedłożyłem Waszej lordowskiej Mości urzędowe doniesienie o tem nawróceniu, w którem wykazano, że Unici działali własnowolnie i bez jakiegokolwiek nacisku ze strony rządu.

Podpułkownik Mansfield jednak powołując się na prześladowanie Unitów greckich w latach ubiegłych, wykazuje, że różnemi środkami przeprowadzono nawrócenie, a między temi chłosta nie poślednią odgrywała rolę. Dalej opisuje opierając się na widocznie wiarogodnych relacyach wypadki, w których okrucieństwa w najwyższym stopniu oburzające przez władze wojskowe były dokonane, okrucieństwa, które tylko porównać można z okrucieństwami św. Inkwizycyi z epoki ciemnoty.

Z tych dwóch sprzecznych raportów, Wasza Wysokość przekona się jak niełatwem jest dla mnie, osobliwie w stolicy prawosławnego kościoła, odsłonić tajemnicę i stwierdzić jakiemi środkami rzeczywiście tak liczne nawrócenia przeprowadzono.

Ze skąpych wiadomości, które tu zasięgnąć mogę, jakkolwiek skłonny jestem wierzyć, że dość silny nacisk przez władze miejscowe na Unitów greckich musiał być wywarty, zanim przyłączyli się do narodowego Kościoła, jednakowoż nie daje wiary wszystkim namiętnym raportom zapaleńców politycznych i stronniczych.

Prawdopodobnie partya polska, która ciągle marzy o swej niezawisłości i wierze narodowej, korzystała z tej sposobności, aby przedstawić w kolorach za nadto jaskrawych, wpływy użyte na korzyść prawosławnego kościoła i z umysłu rozgłaszała, tendencyjne i przesadzone historye, w celu przeprowadzenia widoków narodowych i patryotycznych.

Dowiadywałem się od kolegi mego z Austryi, jakie doniesienia rząd jego odbierał o tych wypadkach, odpowiedział mi, że austryacki konsul jeneralny w Warszawie, nie wspominał o żadnych okrucieństwach, chociaż jak sam utrzymuje, pewien dość silny nacisk przez władze miejscowe musiał być użyty, aby osiągnąć rezultat tak pożądany.

Mam honór załączyć dla Waszej Wysokości artykuł z dziennika *Nord*, który szczegółowo opisuje nawrócenie Unitów, do którego dołączony jako kontrast jest artykuł z *Monde* organu stronnictwa katolickiego, opisujący okropności i okrucieństwa, których ofiarami byli ci nowonawróceni.

Dalej jest dodany list drukowany hr. Lud. (Wład.) Platera, pisany do ultramontańskich dzienników, który potwierdza prześladowania i okrucieństwa dokonane, aby zmusić ludność do odstąpienia swej wiary.

Mam zaszczyt

(podp.) *August Loftus.*

Załącznik 1 do Nr XIV.

*Wyciąg z Norda*

Oddrukowujemy następujący list hr. Ludwika (Władysława) Platera do dzienników ultramontańskich, a który jest tylko parafrazą artykułu z *Monda*.

Villa Broelberg niedaleko Zürich 3 lutego 1875 r.

Panie Redaktorze!

Pozwól, abym w interesie słuszności i sprawiedliwości przesłał ci następujące sprostowanie.

Czuję się w obowiązku, jako Polak, co służył swej ojczyźnie przez lat 45, wyrazić uczucia podzielane przez rodaków moich, protestem przeciw niesłychanym twierdzeniom dzienników rosyjskich, a oddrukowanych w dziennikach różnych krajów, wedle których 50,000 katolików obrządku grecko-unickiego z Podlasia, własnowolnie ze swem duchowieństwem odrzekło się wiary swojej i przeszło na prawosławie. Fakta same najlepiej zaprzeczają tym twierdzeniom. Osiągnięto po długiej walce materyalne poddanie się, ale przez rozlew krwi tych, co się opierali, przez okrucieństwa straszne, przez doprowadzenie całej ludności do najwyższej nędzy i rozpaczy, tak, że wielu odbierało sobie życie. Tak postępywał i postępuje rząd rosyjski w Polsce od czasów Katarzyny II, w tem tak nazwanym nawracaniu do kościoła prawosławnego. W dowód tym, coby chcieli zaprzeczyć fakta powyższe, przeciwstawiamy dzienniki rosyjskie, które same przyznać musiały, mordy, jakie nastąpiły w roku przeszłym w Podlaskiem. O tych wypadkach wydrukowane są najobszerniejsze sprawozdania. A na pamiątkę tych męczeństw wybito medal w Galicyi.

W tej tak bolesnej chwili dla Polski, Polak, członek parlamentu niemieckiego po gorącej obronie praw rodaków swoich, w uniesieniu przypuścił, że Polacy mogliby być zmuszeni szukać opieki wschodu przeciw zachodowi. Takie oświadczenie jest niepolitycznem, obraża uczucie godności narodowej i niemoże być uważane jako wyraz polityki polskiej, która nie grozi i nie upada na duchu, będąc przedstawicielką praw nieulegających przedawnieniu, i która w epoce prowizoryów i panowania siły nad prawem, dozwala Polakom wyczekiwać przyszłości z wiarą, trzymając się zasad liberalnych a zachowawczych.

Przyjm Pan

(podp.) Ludwik hr. *Plater.*

Załącznik 2 do Nr XIV.

*Wyciąg z Norda*

*Gołos* z 16/28 stycznia ogłasza następującą korespondencyę z Biały (w Polsce gubernii Siedleckiej)

Piszę w dniu uroczystości religijnej, pod wpływem świeżego wrażenia, wywartego na mnie, przez ceremonię, co zgromadziła w małym miasteczku tłumy ludu z różnych stron prowincyj.

Odgadniecie zapewne, że mówię o połączeniu 50,000 greckich Unitów z wiarą białego Cara, gdyż tak nazywają prawosławie.

W jednym z ostatnich Nrów *Gołosa*, pisząc o sprawach Unitów greckich dyecezyi Chełmskiej i o Breve papiezkim *Omnem solicitudinem*, zwróciliście uwagę na pogląd dziennika wiedeńskiego *Neues Fremdenblatt*, w którym utrzymuje, że to Breve dążące do zbliżenia Unitów greckich z katolikami, prawdopodobnie wywrze skutek całkiem przeciwny temu oczekiwaniu w Rzymie. Bo nie zostawia Unitom wyboru, tylko przejście na prawosławie.

Przepowiednia dziennika wiedeńskiego spełniła się dosłownie i to prędzej, niż można było się spodziewać. A nawet byłoby to nastąpiło jeszcze pierwej kilka miesięcy temu, żeby prąd ten nie był wstrzymany przez formalności władz cywilnych, które jakkolwiek może były potrzebne, opóźniły jednak akt połączenia.

Pragnę dać wam sprawozdanie o tych zajmujących wypadkach, oparte na wiadomościach pochodzących ze źródeł najlepszych.

Te wiadomości, niezaprzeczalnie stwierdzają, że dzięki naszej obojętności, nie starając się okazać naszej tyle sławionej gościnności, marnotrawnym synom co od tak dawna pukają do drzwi naszych, studzimy tylko sympatye ludowe. Po ogłoszeniu papieskiego breve z 13 maja 1874, przetłumaczono je na język polski i wydrukowano w wielkiej liczbie egzemplarzy we Lwowie; dostało się to tłumaczone breve, pomimo całej baczności straży granicznej do dyecezyi Chełmskiej. W tym samym miesiącu maju, dwaj księża grecko uniccy z naszej prowincyi, a wygnani przez rząd nasz do Galicyi, Wielebny Ojciec Siniewicz były proboszcz w Syone i jeżeli się nie mylę Wielebny Ojciec Bojarski proboszcz z Radzyna, przekradli się przez granicę przebrani po chłopsku, i dostali się do naszej gubernii przez gubernię Lubelską zaopatrzeni w znaczną liczbę egzemplarzy papieskiego breve i niektórych broszur polskich.

Te dwa indywidua zgromadziły w lasach niedaleko Międzyrzecza włościan najbardziej zfanatyzowanych, odczytali im papieskie breve, objaśnili je, kazali im zaprzysiądz zachowanie wszystkiego co zaszło w najgłębszej tajemnicy.

Bytność Wielebnego Ojca Siniewicza w tych lasach, stwierdzoną jest zeznaniami osób co byli obecni temu zgromadzeniu. Udział Wielebnego Ojca Bojarskiego w rozdawaniu polskiego tłumaczenia papieskiego breve niepodlega żadnej wątpliwości; czy był obecnym zgromadzeniu w lesie, z pewnością utrzymywać nie mogę.

Nasza policya dowiedziała się o wszystkiem dopiero wtedy, gdy Wielebni Ojcowie Siniewicz i Bojarski już powrócili zagranicę, zastawszy dostatecznie zarzewie nieporządku i buntu, który też wkrótce objawił się w 33 parafiach powiatów Bielskiego, Włodawskiego i Radzyńskiego.

Zasługuje na uwagę, że pisane i drukowane egzemplarze papieskiego breve rozsyłano pocatą, rozrzucano po wsiach, rozlepiano na murach karczem, rozpuszczając pogłoskę, że breve papieskie spadło z nieba.

Wedle zeznań ludu, te „niebiańskie papiery“ poruszywszy umysły kobiet i młodzieży, były głównym powodem tych zaburzeń, a co więcej zakłóciły spokój publiczny.

Księży posłusznych konsystorzowi Chełmskiemu wypędzono, i wyrzucono ich mienie z cerkwi i domu. A w tych wsiach gdzie nie było księży, tam rzucono się na dyaków i nauczycieli wiejskich, maltretując i rabując ich.

I pomyśleć, że te nieporządki były dziełem ludzi co czytali i objaśniali breve papieskie i broszury polskie, i to w czasie kiedy konsystorz w Chełmie nietylko nieprzedsiębrał żadnych środków, ale nawet nie naciskał na wprowadzenie zmian ogłoszonych w okólniku przeszłego roku; okólniku fałszywie tłumaczonym ludowi przez zwolenników romanizmu. Konsystorz nie mianował proboszczów na parafie opróżnione przez księży wygnanych za nieposłuszeństwo.

Ludność grecko-unicka zrozumiała, że po uspokojeniu rozburzonych namiętności, dwie drogi tylko im pozostają. Albo zachować dawny obrządek ze wszystkiemi zmianami wprowadzonemi przez łaciników, albo rytuał ten musiałby być oczyszczony ostatecznie i to raz na zawsze ze wszystkich naleciałości rzymskich.

Lud uczuwszy, że te nieporządki nie mogą być cierpiane, udał się do hrabiego Kotzebue jeneralnego Gubernatora Polski z prośbą, by podał Cesarzowi spodziewanemu w Warszawie petycyę wyrażającą ich życzenia.

*Gazeta Warszawska* w dodatku wydrukowała, w odpowiedzi na te prośby, następujące ogłoszenie jeneralnego Gubernatora hrabiego Kotzebue.

„Podczas pobytu Jego cesarskiej Mości, Cara w Warszawie, delegowani kilku parafij gubernii Siedleckiej przybyli z petycyą, prosząc o odwołanie rozporządzeń tyczących się rytuału grecko-unickiego, wydanych przez Władze kościelne. Przedłożyłem te petycye Najjaśniejszemu Panu, Jego Cesarska Mość objawił życzenie, abym jeszcze raz oświadczył ludności grecko-unickiej, że ich prośba nie może być przyjętą i że Jego Cesarska Mość jest tego przekonania, że wymieniona ludność zawsze ruska i wierna, jak raz pozbędzie się nieszczęśliwych fałszów i zaprzestanie słuchać złośliwych poduszczeń, które ją z drogi obowiązku sprowadzają, nie zaniedba powrócić do swego dawnego obrządku, i stanie się spokojną i posłuszną jak dawniej.“

nie potrzebuje ujadać [illegible] Polaków i wzbudzać w nich myśl, że Rosya potrzebuje ich, coby mogło ich wzbić w dumę, iżby stawiali żądania, nie mogące być spełnionemi. Tymczasem powinni oni zważyć, że mają wybór tylko między Słowiańszczyzną a germanizmem i zdecydować się, co wolą. Jest to zapatrywanie się prof. Gradowskiego, które ma wielu zwolenników w publicystyce rosyjskiej, a opiera się na bezwzględności polityki panslawistycznej i pangiermańskiej, i mniema, że Bismark zgniecie jedną część Polski, Rosya pochłonie drugą, jeśli Polacy nie przyjmą na siebie roli przedniej straży rosyjskiej, dziś przeciw Turkom, jutro przeciw Niemcom.

Zdanie nasze nietylko powyżej wyraziliśmy, ale zawsze jednako zapatrujemy się na sprawę oswobodzenia uciśnionych ludów. Że nie jesteśmy w publicystyce polskiej odosobnieni pod tym względem, co byłoby smutną rzeczą — przytoczymy tu słowa *Dziennika Poznańskiego*, zwłaszcza, że w wielu innych sprawach krajowych nie jesteśmy z nim w zgodzie. Pisze on właśnie z powodu zdań pism rosyjskich:

„Stosunek nasz do Słowiańszczyzny jasny; żywimy dla niej jaknajgłębszą sympatyę; pragniemy całą duszą widzieć ją wyzwoloną tak z jarzma tureckiego, jak i rosyjskiego, które uważamy za sroższe niż pierwsze. Gdy Słowiańszczyzna, t. j. Serbia i inne, walczyła z Turcyą, rodacy nasi bili się w jej szeregach, a wielu życie poniosło w ofierze dla jej szlachetnych usiłowań. Gdy przecież Rosya weszła w walkę, ta Rosya, która się pastwi nad nami i która prowadzi z sobą jako przyszłego reformatora Słowiańszczyzny znanego ks. Czerkaskiego, ta Rosya, która nietylko swobody u siebie nie inauguruje, lecz owszem więcej jeszcze kneble niewoli ściośnia, ta Rosya, która w tak ważnej chwili prowadzi dalej dzieło rusyfikacyi Polski, jak pouczył w tych dniach przywiedziony przez nas artykuł *Petersburskich Wiedomosti* o staraniu się zaprowadzenia w szkołach polskich rosyjskiego języka jako wykładowego do nauki religii — jakżebyśmy mogli stanąć obok niej i wspólnie z nią walczyć. W walce za cudze grube, nędzne interesa, interesa zwłaszcza wrogie Słowiańszczyźnie i jej rozwojowi, czego my niestety jesteśmy najlepszym i wymownym dowodem, nigdy udziału nie weźmiemy. Kto zaś utrzymuje, że walczy za Słowiańszczyznę, powinien w domu, przedewszystkiem u siebie dać tego dowody, powinien dać faktyczne dowody, że nie chodzi mu o niewolę, lecz o swobodę; w całem znaczeniu tego słowa swobodę plemion słowiańskich. Prawią dzienniki rosyjskie o Czechach. Doprawdy, dziwna byłaby naiwność Rosyan, gdybyśmy przypuszczali szczerość ich pochwał dla Czechów, wiedzą bowiem dobrze, że Czesi rzekomej miłości dla Rosyan używają za środek opozycyjny jeno w obec cen-

[illegible] *cinque commandi* (Czterech greków, pięciu dowódców), było rzeczą nieuniknioną, że zamieszkująca tu emigracya poróżni się między sobą o obsadę głównych ról. Pewien St. Clair, Cenglerem lub Spenglerem zwany, który odznaczył się w ostatniem powstaniu w Bułgaryi a który posiada wielką ilość pieniędzy, zaczął raptem werbować legionistów do drugiego korpusu polskiego i gdy już miał ich trzydziestu, udał się przed kilkoma dniami do koszar Davuda baszy, aby objąć tam dowództwo nad legionistami. Przyszło do zaciętej walki. Cengler musiał ze swoimi trzydziestu legionistami ustąpić z pola i leży dzisiaj ciężko chory, tak go jego koledzy legioniści poczęstowali.

Pocieszny jest obraz naiwnie skreślony przez korespondenta *Deutsche Ztg* owej formacyi wrzekomego legionu, do którego wstępują awanturnicy z czterech stron świata, a w którym najmniej jest Polaków, aczkolwiek usiłowano nazwać go polskim legionem. Lecz co jest najgodniejsze uwagi, oto pogłoski, które widocznie rozpuszczają z umysłu ci, którzy powzięli tę szczęśliwą myśl, a które powtarza dobrodusznie korespondent. Pogłoski mylne, jak łatwo przekonać się można, posłużyć mają do nadania pewnej ważności i doniosłości nieudanemu przedsięwzięciu. I tak: nie wiemy o ile hr. Plater wpływa lub pochwala te awanturnicze zabiegi, ale nigdy nie słyszeliśmy o żadnym komitecie polskim w Genewie a hr. Plater, który niepotrzebnie dał użyć swojego nazwiska do jakiejś fantastycznej i fikcyjnej ambasady, trudni się urządzeniem muzeum w Rapersvilu, lecz o ile wiemy, nie przewodniczy żadnemu komitetowi w Genewie. W ogóle nie wiemy a wierzyć nie chcemy, aby gdziekolwiek istniały obecnie jakieś „komitety główne“, które wywoływałyby tylko oburzenie w Polsce i śmiesznością się okryły. Zadziwiającym jest upór z jakim rozpowszechniają wieść o udziale w komedyach i awanturach stambulskich, hr. Raczyńskiego, który, jak to już kilkakrotnie powtarzaliśmy, podróżuje po Hiszpanii i nigdy nie podjąłby się jakiejś fikcyjnej ambasady i nie przyłożyłby ręki do szkodliwego i bezowocnego działania. Widocznie rozpuszczają tę wieść z umysłu o nim ze Stambułu, jak to świadczy powyższa korespondencya, a to, aby nadać usiłowaniom większe znaczenie. Nie wiemy także o żadnym ks. Jabłonowskim, któryby się przyłączył do komedyj stambulskich; zacnu chciano bryzgnąć w oczy świetnem nazwiskiem. Rzecz cała oczyszczona z dodatków i fałszów, przedstawia się jak istna maskarada i to dość burzliwa, jak świadczy koniec listu, lecz na szczęście Polacy, prócz bawiących się w „komitet emigracyi polskiej na Wschodzie“ najmniejszą w niej odgrywają rolę, a

bruczy, tyleż w Widdynie, 12,000 wzdłuż linii Widdyń-Ruszczuk i blisko 12,000 w obrębie znanego czworoboku twierdz. Licząc w przecięciu na każdą z tych twierdz 15,000 załogi, Abdul-Kerim basza rozporządza w takim razie tylko 60,000 ludzi, których może postawić w otwartem polu do walki z Rosyanami. Natomiast Rosyanie mają 230,000 wojska, które popiera nadto armia rumuńska licząca około 35 000 ludzi i ochotniczy korpus bułgarski z 24,000 ludzi, którzy mogą być użyci do podrzędnych celów wojskowych. Przyszłość pokaże, czy siła obronnego stanowiska tureckiego wystarczy do wyrównania liczebnéj przewagi rosyjskiéj. Nie należy także zapominać, że Turcya powołała już wszystkich zdolnych do wojska pod broń, podczas gdy Rosya nie wciągnęła jeszcze siedmiu korpusów do armii działającéj.

Z Petersburga donoszą do *Pressy*, że lewa skrzydło rosyjskie, które z Bajazetu działa ku zachodowi, zagrożone zostało z boku przez 18,000 Turków, którzy idą z Wan w trzech kierunkach na Karakilissę, Surb-Ohanes (klasztor św. Jana) i Bajazet. Do bitwy jeszcze nie przyszło. Więcéj nie ma dziś wiadomości z azyatyckiego pola walki; słychać tylko, że ciągle się tam biją, atoli na doniesienia o rezultacie tych potyczek wypadnie jeszcze czekać kilka dni.

---

Jassy 22 maja. Zapewniają tu, że naczelna komenda armii rosyjskiéj ma zamiar obsadzić wąwozy Karpat siedmiogrodzkich dwoma dywizyami, aby przeszkodzić Austryi w ewentualnéj interwencyi *(N. fr. Presse.)*

Bukareszt 23 maja. Dziś wydany został manifest wojenny w formie rozkazu dziennego do wojska. Książę wzywa wśród teraźniejszych trudnych okoliczności wszystkich pod broń, objawia nadzieje; jakie w nich kraj pokłada, przypomina bohaterskie czyny przodków i wyraża przekonanie, że armia usprawiedliwi położone w niéj zaufanie. „Ja stanę na czele armii, aby walczyć za świętą sprawę. Pomoc i błogosławieństwo Boże niech będzie z nami!“

Tiflis 22 maja. Krążą pogłoski, że Rosyanie z pod Karsu zdobyli fort Siaret-Tabia, położony na Karadaghu Część Turków, którzy opuścili Ardahan obróciła się także przeciw Karsowi; jenerał Szeremetiew wysłał przeciw nim w piątek dwa bataliony strzelców, pułk piechoty, pułk dragonów i dwie baterye, które spotkały się z nimi przy wąwozie Bugaszama (4 mile na północny zachód od Karsu). Ardahan ma być w zupełności postawionym w stan obronny, a w tamtejszym okręgu zaprowadzoną administracya rosyjska. Z gór donoszą ciągle o zawie-

słowego czwarte zgromadzenie Towarzystwa Tatrzańskiego. Na porządku dziennym są zapisane: sprawozdanie z czynności i z obrotu funduszów za rok (od 1 maja 1876 do 1 maja 1877); budżet na rok następny; wnioski Wydziału i wybór nowego Wydziału na dalsze trzechlecie.

— Namiestnik hr. Alfred Potocki, bawi od parę dni w Łancucie.

— Egzamina dojrzałości w seminaryach nauczycielskich odbywać się będą z końcem bieżącego roku szkolnego w następującym porządku: 1) w Krakowskiem żeńskiem: 14, 15, 16, 18, 19, 20, 21, 22 i 23 czerwca, 2) w Krakowskiem męzkiem: 25, 26, 27 i 28 czerwca. 3) w Tarnowskiem: 30 czerwca, 2 i 3 lipca. 4) w Rzeszowskiem: 5, 6 i 7 lipca. 5) w Przemyskiem 10, 12, 13 i 14 lipca. 6) w Lwowskiem żeńskiem: 27, 28, 30 czerwca i 2 lipca. 7) w Lwowskiem męzkiem: 4, 5 i 7 lipca. 8) w Stanisławowskiem: 10 i 12 lipca. 9) w Tarnopolskiem: 14 i 16 lipca.

— Jan Kierniczny, wieśniak z Piotrowa, w powiecie Horodeńskim, licząc lat 99 powiesił się. Żalił się on, że niemoże doczekać się śmierci, gdyż życie sprzykrzyło mu się; w Lustowiskach zaś w powiecie Liskim powiesił się wieśniak, który skazany na pięć lat więzienia za zabicie dziecka własnego, odsiedział karę i wrócił do domu, lecz nie przestawał uczuwać wyrzutów sumienia.

— Głębokie wrażenie sprawiło w Brzeżanach samobójstwo młodego studenta, Stanisława Sk., który licząc zaledwie lat 16, odebrał sobie dnia 10 b. m. życie wystrzałem z pistoletu. Powodem samobójstwa była chorobliwa egzaltacya umysłu i miłosny sentymentalizm; nieszczęśliwy chłopiec zostawił bowiem listy do kolegów, w których wynurza boleść i rozpacz zawiedzionéj miłości.

— Pod urwiskiem iłu zagrzebany został żywcem dnia 11 kwietnia górnik z kopalni węgla w Tenczynku, Jan Kochański. Mimo spiesznego ratunku nie zdołano ocalić mu życia. Przyczyną smutnego wypadku była nieostrożność i lekceważenie przestróg dozorcy.

— Donoszą z Poznania, że we wtorek zapanował wielki ruch na dworcu kolei żelaznej gdzie nastąpił wyjazd pielgrzymów do Rzymu. Po nabożeństwie odbytem w kościele katedralnym podczas którego przemówił prałat Likowski, pielgrzymi udali się na dworzec i o 11ej wyruszyli w podróż. Wyjechało 53 włościan, 30 księży i 10 osób z dyecezyi chełmińskiej oprócz tego wyjechało wcześniejszym pociągiem kilka osób, wogóle udało się do wiecznego miasta przeszło sto osób pomiędzy któremi przeważa liczba włościan. Pielgrzymi ci zjechali się wczoraj wieczo-

# Sprawy sądowe.

## *Kradzież Kasy powiatowej w Jaśle.*

(Dalszy ciąg).

Dalej wykryto, że wielu z obwinionych jako sprawcy znajdowali się w posiadaniu znacznej ilości pieniędzy (banknotów po 50 złr. 10 złr. 5 złr.), a Pietraszkowie w posiadaniu szóstek i 20-centówek w znacznej ilości, a żaden nie był w stanie usprawiedliwić godziwie posiadania.

Pietraszkowie przed kradzieżą znajdowali się w stanie ubogim, nie mieli żadnych pieniędzy, gdy tymczasem po kradzieży Michał kupił parę koni, zmieniał banknoty po 50 złr. ze 3 razy, płacił długi, a dworowi w Gorajowicach 15 złr. samemi szóstkami i rozdawał pieniądze na pożyczki: banknoty nowe po 10 złr. i 5 złr.; razem 340 złr. Oprócz tego rozrzucali pieniądze na pijatyki i zbytki niezwyczajne.

Tak samo Maciej Rak i Marcin Brej, Piotr Rak i Jan Stygar byli w posiadaniu znacznych pieniędzy i czynili wydatki po tej kradzieży nie zgodne z ich stanem majątkowym.

Marcin Brej był w posiadaniu znacznej gotówki po kradzieży, albowiem kupił od Józefa Bugiewicza grunt za 100 złr. od Teresy Rzęsa za 110 złr. i chciał jeszcze więcej kupować.

Oprócz tego wykryto, że żona jego za obronę płaciła adwokatowi w Tarnowie ogromne na jej stan sumy, z których raz za pomocą Józefa Wiktorskiego na jakiś rekurs do Tarnowa 150 złr. pocztą posłała; Brej istotnie był wówczas pod śledztwem o rabunek na małżonkach Rappaportach, posiadaczach dóbr Żółków i został za tę zbrodnię na 12 lat więzienia ciężkiego skazany.

Bartłomiej Brej, krewny obwinionego Marcina, o którym wiadomo, że brał wspólnie udział w wyprawie na tę kradzież kasy Jasielskiej, umierając na cholerę w roku 1873, wskazał Marcinowi Brejowi i domownikom swoim miejsce na strychu, gdzie miał ukryte pieniądze i które gdy je znaleziono w sianie w szmacie owinięte, wynosiły około 500 złr. w. a.

Piotr Rak, karany za kradzież poprzednio dwa razy kryminalnie, a obecnie odsiadujący karę 7-letniego więzienia ciężkiego za napad na dwór w Trzcinicy, także po kradzieży był w posiadaniu pieniędzy, za które pił po szynkach z towarzyszami bez przestanku, a nic nie pracował, on także dawał pieniądze na pożyczki.

Maciej Rak odsiadujący wraz z Marcinem Brejem za rabunek w Żułkowie karę 12-letniego więzienia, lubo ubogi, po kradzieży pożyczył Wojciechowi Kaczorowi 100 złr., przebudował sobie gospodarskie bu-

8—10,000 różnej broni, na której czele stanie znany węgierski jenerał honwedów Klapka, bawiący obecnie w Carogrodzie. Że taki mięszany korpus cudzoziemski bić się będzie mężnie, nie ulega żadnej wątpliwości, lecz czy szeregowcy i oficerowie tego korpusu zadowolnią się przez przez długie miesiące samą tylko żywnością bez gaży, jak to obecnie czynią pułki tureckie bez szemrania, jest wielce wątpliwą rzeczą. Otwarcie powiedziawszy, nie mam żadnych sympatyj dla wszystkich takich legij zagranicznych, którym miałem sposobność przypatrywać się w różnych krajach i za żadną cenę nie chciałbym być oficerem w takiej legii zagranicznej. Nie pojmuję w ogóle, jakim sposobem będzie mogła Porta płacić taką legię. Skarb zupełnie wypróżniony, a cała gotówka, jaką tylko zebrać zdołano, obracaną bywa na zapłatę

kwestyę linii demarkacyjnej, co, jak łatwo domyślić się można, rząd nasz, mówią *St. Pet. Wied.*, z pogardą odepchnie.

## Teatr wojny.

Pruski *Tygodnik wojskowy* ogłosił w tych dniach następujący *Ordre de Bataille* armii tureckiej w Europie i Azyi. Prawdopodobnie zestawienie to polega na kombinacyach, wszelako zasługuje na uwagę ze względu na źródło, z którego pochodzi, oraz ze względu na podawane z innych stron cyfry przedstawiające armię turecką nie w zbyt powabnem świetle. Otóż według wojskowych pruskich armia turecka w Europie jest rozlokowaną w następujący sposób:

Konnicy, której jedna [illegible]

syi, musi bowiem niemi strzedz granicy perskiej Syryi i Arabii.

Armia Padyszacha nie zna właściwej *Ordre de bataille*, a to z tej przyczyny, że podział tej armii na taktyczne części w ścisłem tego słowa znaczeniu, istnieje wprawdzie na papierze, ale nigdy w rzeczywistości. Przy piechocie wyraz „pułk“ jest tylko jakiemś nieokreślonem pojęciem; bataliony jednego i tego samego pułku bywają uzupełniane zwolna i od chodzą na plac walki tylko w miarę chwilowej potrzeby, zdarza się tedy bardzo często, że bataliony jednego i tego samego pułku walczą w rozmaitych okolicach. Nie odpowiadałoby to także rzeczywistości, gdyby ktoś chciał utrzymywać, że *liwa* dowodzi

ności wydziału; [illegible]

ności kółek pedag.; wybór wydziału; załatwienie petycyi kółka pedag. zakliczyńskiego o zmianę art. 11, 12, 34 i 39 ustawy szkol., również kółka ped. radomyskiego o zmianę art. 20 ust. I. z d. 2 maja 1873 r.; wykład p. Br. Trzaskowskiego, dyrektora gimnaz.: „O nauce realiów w ogólności a geografii w szkołach ludowych w szczególności“; sprawa obesłania wystawy krajowej we Lwowie; sprawa odstąpienia zabudowania gimnastycznego miastu; sprawozdanie bibliotekarza o stanie biblioteki; sprawozdanie skarbnika o stanie kasy.

— **Onegdaj 126 poddanych rosyjskich wydalonych przez rząd turecki z Palestyny, wracało do kraju ro-**

niem strzelnicy i sali, zbudowa[illegible]

dzić nowy regulamin do strzelania i urządzić porządną restauracyę. Wielu członków Towarzystwa oświadczyło się już z czynną i materyalną pomocą; jest zatem wszelka nadzieja, że gdy obywatelstwo nasze zechce grono Towarzystwa licznem przystąpieniem popierać, a w skutek tego fundusze powiększyć, Tow. strzeleckie stanie się wkrótce ogniskiem spójni życia towarzyskiego, którego w Tarnowie dotąd prawie nie znamy, a które ze wszech miar na ogólne stosunki społeczne naszego miasta i okolicy, rzeczywiście dobroczynny wpływ wywrzeć mogą.

Przy tej sposobności nie mogę pominąć milczeniem

---

wskutek ponawianych próśb 50,000 ludności o zatwierdzenie, postanowień ludowych rząd zwrócił swą uwagę na prąd religijny co poruszał ludność grecko-unicką. Dokumenta podpisane przez unitów greckich zostały przedłożone Cesarzowi, a Jego Cesarska Mość czyniąc zadosyć żądaniom w nich wyrażonym raczył objawić życzenie, aby oznajmiono Unitom greckim, że ich prośby są wysłuchane. Święty Synod ze swej strony udzielił błogosławieństwo Monsignorowi Joaniciuszowi Arcybiskupowi Warszawy za przyjęcie na łono kościoła prawosławnego wszystkich parafij grecko-unickich, co oświadczyły swe życzenie przyłączenia się do wiary Białego Cara.

Dnia dzisiejszego 12 stycznia to połączenie zostało dokonane.

Delegaci 45 parafii, co się oświadczyły za zmianą wiary, zostali zawezwani do Białej, aby otrzymać urzędowe uwiadomienie o pozwoleniu Cesarza z Świętego Synodu.

Monsignor Joaniciusz z uderzeniem 10 godziny udał się do cerkwi, gdzie go oczekiwali gubernator, delegaci 45 parafii żądających zmiany wiary i 26 księży, niechcących opuścić swoje owieczki.

Gdy Monsignor Joaniciusz przywdział szaty biskupie, i wszystko było gotowe do uświęcenia połączenia. Gubernator prowincyi solennie ogłosił że Jego Cesarska Mość raczył przystać na życzenia greckich unitów, aby odtąd byli uczestnikami kościoła greckiego. A monsignor Joaniciusz udzielił ludowi błogosławieństwo świętego Synodu. Służba Boża została następnie solennie odprawioną, wobec niezliczonego tłumu ludu.

Kazanie wypowiedziane przez Wielebnego Ojca Liwezaka, który także świeżo przeszedł na prawosławie, wywarło ogromne wrażenie na wszystkich a wielu miało łzy w oczach. Nowi adepci zostali w końcu pobłogosławieni przez Arcybiskupa Joaniciusza, księża otrzymali pocałowanie braterskie, a delegaci po dwa obrazy, od Arcybiskupa.

Trzeba było widzieć szczęście ludu, co zmęczony długiem poszukiwaniem prawdy i który tyle cierpiał walcząc ze zwątpieniem.

Z wielkim uszanowaniem przyjęli delegaci obrazy z rąk Arcybiskupa i ucałowali je, robiąc znak krzyża świętego.

Z dumą wskazywali na dar święty swego pasterza, jako na chorągiew zwycięską, zdobytą usiłowaniem serca i wykształcenia w walce z fałszem i oszustwem. Widziałem te obrazy nie są wielkie, oprawne w srebro złocone, jeden przedstawia Chrystusa, drugi przeNajświętszą Dziewicę.

Arcybiskup, Gubernator, delegaci, i wielu innych co byli obecni służbie Bożej, udali się z cerkwi do szkoły (najpiękniejszego budynku w mieście) tam ich oczekiwało śniadanie. Gdy monsignor Joaniciusz wzniósł zdrowie Cara, jednogłośny okrzyk rozległ się po sali, a nowo nawróceni prosili Gubernatora, żeby oświadczył panującemu ich nieograniczoną wdzięczność, za przypuszczenie ich do jednej wiary z białym Carem. Wniesiono zdrowie Arcybiskupa Joaniciusz, ministra spraw wewnętrznych, gubernatora prowincyi, nowo nawróconych księży, i delegatów i wszystkich przytomnych. Jeszcze jest jeden szczegół, którego przemilczeć bym nie mógł. Gdy podczas Mszy świętej zaintonował diakon „i błagajmy Boga o połączenie Kościołów“ wielu padło na kolana, a była to chwila prawdziwie wzniosła.

---

Myślimy że zajmującem będzie dołączyć do opisu powyższego artykuł *Monda* z 2 lutego.

Rosya domaga się drugiego kongresu, wzywa do niego całą Europę aby ustanowić prawa humanitarne w czasach wojen, i pragnie przedstawić się jako naród cywilizowany pełen miłosierdzia.

Możnaż to pogodzić z faktem, że państwo to jest tak barbarzyńskiem względem swoich własnych poddanych, w czasach spokoju i to za to, że ci chcą pozostać wiernemi wierze Ojców swoich.

Okrucieństwa które rząd rosyjski wykonywa na nieszczęśliwych katolikach, nazwanych grekounitami, są godne okrucieństw z czasów Nerona. Prowincya podlaska zamieszkała przez Rusinów jest głównie prześladowaną. Krew tam płynie strumieniami dłużej od roku. Wysłano tam wojsko, a zachowuje się ono tak jakby było w kraju nieprzyjacielskim, żyjąc na koszt ludności, która jest ubogą. Żołnierz upoważniony jest zabijać wszystko bydło na swoje wyżywienie, nie wyjęto nawet wołów pociągowych.

Mieszkańcy co są stali w swojej wierze, podpadają różnorodnym męczarniom. Najwięcej używane są, rozbierają ich do koszuli, kładą na śniegu i biją tak długo, że ci giną prawie pod razami, tak wskutek bicia, jako też upływu krwi, i zimna na które są narażeni. Wtedy odnoszą ich do szpitali. Wyzdrowieją, to można znowu rozpocząć na nich, te męczarnie, któremi Rosya obdarza hojnie tych, co niechcą przyjąć prawosławnej wiary przedstawiającej się w tak przyciągający i uszczęśliwiający sposób. Ta prowincya Polski, ma przynajmniej 300,000 unitów, greckich, którzy wszyscy podlegają podobnemu traktowaniu bo wszyscy mają być nawróceni, przez ten rodzaj apostołowania.

Liczba okaleczonych pod razami jest tak wielką, że musiano nowe pourządzać szpitale — tam ich rzucają; ale niech nikt nie myśli, że tam ich pielęgnują. Bóg sam jest ich lekarzem, bo nie zadają sobie pracy ich leczyć i żywić. Zresztą tak samo obchodzą się z żołnierzami starymi lub rannymi, aby ich wzmocnić dają im gatunek zupy, z kaszy hreczanej, na wpół stęchłej i spleśniałej, rozpuszczonej w wielkiej ilości wody. W czasach wojny, rany często są opatrywane bandażami ze słomy, bo szarpie i płótna przesłane szpitalom z miłosierdzia, są sprzedane przez oficerów papierniom.

To wszystko może dać pojęcie, co się dzieje, jeżeli namiętności do okrucieństw, popuszcza się wodze, aby okazać tym, których rozkazy się wypełnia, żarliwość nieograniczoną. Przejętym się jest boleścią i uwielbieniem, jak się spogląda na tę ludność oddaną męczeństwu przez barbaryzm i bezbożność Rosian.

Jestto coś podobnego do okrucieństw chińskich, których Moskale chcieliby jeszcze przewyższyć.

Bohaterstwo nieszczęśliwych Podlasian, jest zapomniane przez świat cały. Są oni oddani na pastwę rozboju i tortury, pozbawieni wszelkiego poparcia i nadziei, a znoszą wszystko ze spokojem, poświęceniem i wytrwałością. Są gotowi ginąć, byle nie po za obrębem Kościoła i niezdradziwszy swej wiary.

Co za przykład dla wszystkich, a co za wstyd dla tych, co nie będąc narażeni, na tak twarde próby, nie potrafili wytrwać.

się niczem, ani zdolnościami nie mogli byli przynieść pomocy, ale natomiast uzyskała prawo przewodzenia i narzucenia swoich jenerałów na wodzów, a ci przyspieszyli porażkę serbską, oraz przeszkadzała Czarnogórze połączyć się z Serbią, budząc owszem w księciu Mikołaju zazdrość i przyrzekając mu osobne korzyści. Upadła więc Serbia i upadło powstanie w ziemiach Bałkańskich,

i gospodarskich między krajami reprezentowanemi w Radzie państwa, a krajami korony węgierskiej. Lecz właśnie posłowie z większości wiernokonstytucyjnej chcą, aby dopiero po zebraniu się znów Rady państwa we wrześniu, przyszły pod rozbiór Izby projekty ustaw ugodowych, roztrząśnięte już przez komisye. Według zdania tych posłów jest to prawie koniecznością, gdyż wcześniej komisye nie ukończą obrad nad projektami ustaw ugodowych, tem więcej, że jeszcze najważniejsza część jednego projektu, to jest taryfa celna minimalna nie jest dotychczas przez

kredyt byłby zamknięty, a przynajmniej bardzo utrudniony.

Wreszcie wzgląd na teraźniejsze groźne położenie zewnętrzne, czyni tem konieczniejszem uchwalenie przez oba parlamenty „ustawy o kwotach“, to jest ustawy oznaczającej na dalsze lat dziesięć stosunek, według którego obie połowy monarchii, mają pokrywać wydatki na sprawy wspólne. Dotychczasowa ustawa o kwotach przestała już obowiązywać i bez wydania nowej ustawy, delegacye wspólne nie mogą uchwalić budżetu wydatków na rok 1878, mają utrzymanie sił zbrojnych państwa i na zarząd sprawami

Rada szkolna krajowa mianowała nauczyciela Szymona Romanczuka rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Siemiginowie, i tymczasowego nauczyciela Mikołaja Maruniewicza rzeczywistym nauczycielem młodszym, zawiadującym stale szkołą filialną w Pletnicach.

---

**Wiedeń** 24 maja. Rozwiązanie sejmu krainskiego jest zapowiedzią rozwiązania niemal wszystkich sejmów. Okres ustawodawczy sejmów: dolno-austryackie, karyntyjskiego, szląskiego, salzburgskiego, styryjskiego, morawskiego, górno-austryackiego, vorarl-

---

Czas
27/5 1877

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

### Korespondencya dyplomatyczna

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

(Ciąg dalszy).

To krótkie, a ważne oświadczenie stanowiło samo w sobie skutek dawno pożądany, a o którym marzyli ci, co od lat dziewięciu w tym kierunku pracowali. Stało się jasnem, że między Unitami panowało mylne wyobrażenie, jakoby wszystkie rozporządzenia wydane przez władze miejscowe, wcelu oczyszczenia rytuału były wprowadzane w życie bez przyzwolenia, a nawet wbrew woli władzy najwyższéj. Teraz dopiero zrozumiał lud, że był wprowadzony na fałszywe i zbrodnicze tory przez podżegaczy, i że ci co biorą udział w zaburzeniach, działają przeciw woli cesarza. Lud przekonał się, że go oszukiwano i przyznał się do winy, pomimo wrażenia wywartego przez breve papieskie, i pomimo usiłowań agitatorów takich jak Siniewicz i Bojarski.

Car chce, abyśmy się poddali rozporządzeniom konsystorza! Biały car tego żąda! Taki był okrzyk całéj ludności grecko-unickiéj, a wypadki dowiodły, że był to okrzyk szczery i pochodzący zgłębi duszy.

Skrucha przejęła wszystkie parafie, w dowód swéj szczerości, zaprowadzały same porządek, naprawiały mieszkania księży i nauczycieli, zwracały zaginione rzeczy i płaciły wynagrodzenia strat, same błagały swych proboszczów by powrócili, lud całował ich ręce, błagał o przebaczenie, i wysyłał deputacye do gubernatora prowincyi z zapewnieniem wierności, niektóre parafie daléj jeszcze postąpiły, żądając przyjęcia na łono kościoła greckiego, oświadczając, że już dosyć długo były obałamucane przez propagandę łacińską, i że będąc oddane wgłębi serca carowi białemu, pragną być połączone znim w wierze.

Zadziwiającem jest, że nietylko władze miejscowe, ale i władze wyższe, zachowały wobec tych niespodziewanych oświadczeń, postawę chwiejną i niedowierzającą. Zaczęto sprawdzać słowa delegatów, zwracając się wprost do parafian, pomiędzy innemi nakazano zapytać ich, nie wdając się w dyskusye religijne, co rozumią pod nazwą kościół grecki, czy ich życzenia są szczere, i czy cała ta kwestya, była im jasną.

Badania te miały nastąpić po ustąpieniu wojsk okupacyjnych, aby usunąć wszystkie obce wpływy, i uszczęśliwić wszystkim wypowiedzenie swobodne swoich zapatrywań i przekonań religijnych.

Po badaniach które trwały dni 10, spisano i podpisano w różnych parafiach 15 aktów, czyli postanowień parafialnych, stwierdzonych podpisami świadków, w których wyrażono chęć zerwania sztucznych więzów co je łączyły z Rzymem i życzenie być przyjętemi na łono kościoła greckiego.

To usposobienie objawiło się najpierw w parafii Jabłocznéj, wiele innych poszło za jéj przykładem, prąd ten popularny, rozszerzał się i wzmagał, a napotykał wszędzie w swoim rozwoju, nieufność i niedowierzanie władz cywilnych i kościelnych.

Zdawałoby się, że ten pomyślny obrót rzeczy, zwiększał niewiarę władzy wyższéj, która prawdopodobnie obawiała się, czy to powodzenie nie było skutkiem źle zrozumianéj gorliwości władz miejscowych, i to tak dalece, że władze miejscowe dostały nakaz, zawieszenia wszystkich badań, i zostawienia téj sprawy wolnemu i niczem niekrępowanemu rozwojowi własnemu.

Zdawałoby się, że prąd ten cały powstrzymanym zostanie, bo nie można było przypuszczać, aby lud pozostawiony samemu sobie, w swéj nieświadomości, i prostocie, rozrzucony po wsiach tu i tam, otoczony elementem wrogim kościołowi greckiemu, pozbawiony kierunku swoich księży, z których jedna część znieważona i obrażona przez ten sam lud, nie misła nawet czasu powrocić do swoich parafij, a druga była kompletnie nieobecną. Nareszcie trudno było przypuścić, że ten pozbawiony poparcia władz swoich, jedynéj wykształconéj klasy Rosyan w tym kraju, będzie mieć energii dosyć, aby oprzeć się wpływom nieprzyjaznym, a czynnym, i wyjść zwycięsko z tego przesilenia historycznego, które przebywa, aby się uwolnić z chaosu uczuć i przekonań sprzecznych, które go obałamucają i ckliwych oszczerstw co przygłuszają jego rozsądek.

Abyście mogli osądzić usposobienie ludu w téj chwili krytycznéj, wspomnę tylko, że następujące pogłoski, rozszerzano między Unitami greckiemi. Utrzymywano, że zmiana wiary pociągnie za sobą kontrybucyę ciężką po 30 rubli (120 fk.) od głowy, że akt połączenia rozpocznie się wyrzuceniem obrazów Matki Boskiéj, w którą prawosławni nie wierzą, z cerkwi. Na szczęście wszystkie te środki odstraszające, nie dopięły celu i wywarły wręcz przeciwne wrażenie.

Zdrowy rozsądek ludu zrozumiał, że te pogłoski były fałszywe, nie zważał na nie lud, i krokiem coraz pewniejszym i stalszym, zdążał do prawdy. Ludność nie ustąpiła, i nie dała się obałamucić, ani przez brak udziału władz cywilnych, ani bajkom rozsiewanym.

Prócz wyż wzmiankowanych piętnastu parafij, jeszcze 30 parafij a między temi z Białéj i Kodna, zwłasnego popędu, spisało i podpisało akta, w których się oświadczają za przystąpieniem do kościoła prawosławnego, i to bez najmniejszego współudziału, a nawet w nieobecności władz.

Te dokumenta przedłożone były gubernatorowi prowincyi z prośbą, aby raczył przedstawić najwyższéj władzy do zatwierdzenia, wyrazy ludowych życzeń i postanowień.

Aby ocenić, te objawy uczuć ludowych, odpowiednie ich rzeczywistéj wartości jest koniecznem, obznajomić się z niektóremi datami, opartemi na najpewniejszych źródłach.

Z 26 parafij obsadzonych wojskiem, tylko 12 oświadczyło się za przejściem na prawosławie, resztujących 14 ograniczyło się na poddaniu, rozporządzeniom dyecezyi chełmskiéj, prócz tego z 45 parafij, które się oświadczyły za zmianą religii, w 25 nie było śladu zaburzeń, i dla tego nie mogły one ucierpieć od surowych rozporządzeń które były wydane. Nareszcie i to zasługuje na szczególną uwagę, że w niektórych parafiach, pojedyncze indywidua, a w jednéj parafii cała wieś, odmówili podpisu na akcie połączenia, chcąc pozostać przy swym obrządku. Pięć rodzin w naszym mieście należy do tych wyjątków i nikt nie okazał im swego niezadowolenia z téj przyczyny.

Przeciwnie, jak najostrzéj zakazano, dokuczania im wczemkolwiek, objawiania im nagany, lub niezadowolenia, lub też mieszania się w ich prawo swobodnego wyznawania swéj wiary.

Takie są fakta, których autentyczność poręczam. Dopiero w sześć miesięcy po podpisaniu pierwszego aktu połączenia, wzrosła ich liczba do 45, i dopiero

**Nr 112** **Kraków, 19 Maja — Sobota** **Rok 1877.**

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu“ po 15 nowych starozy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| Pocztą w państwie Austryackiem | „ 24 | „ 6 | „ 2·50 |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | „ 32 | „ 8 | „ 3 |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy wyłącznie na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

# CZAS

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. **Miejscową prenumeratę** księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadające należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze) R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

## Kraków 18 maja.

Sejm węgierski nie pozostał w tyle za parlamentem angielskim. I on także miał swoją interpelacyę polską, a nawet poseł Csatar stawiając znane zapytania, powołał się na przykład Anglii, gdzie rząd ogłosił dokumenta dotyczące prześladowania unitów w Królestwie Polskiem. Dla większego podobieństwa, tak w Londynie jak w Peszcie ministrowie w suchych odpowiedziach odsunęli wszelką myśl mięszania się z tego powodu w wewnętrzne sprawy obcego mocarstwa, aczkolwiek nota hr. Andrassego, konferencya stambulska i protokół londyński były także mięszaniem się w wewnętrzne sprawy obcego mocarstwa, aczkolwiek Rosya z powodu wewnętrznych spraw tureckich wypowiedziała wojnę.

A przecież różnica położenia Anglii i Węgier względem tej sprawy jest widoczną, a doniosłość jej dla obu tych państw i narodów jest zupełnie inną. Anglia igrać sobie może ze sprawą Unitów, a nie mając ich u siebie, używa ich swobodnie z większą lub mniejszą zręcznością, jako środka dyplomatycznego lub parlamentarnego, może ich przeciwstawiać bez dalszej myśli obronie chrześcian tureckich przez Rosyę. Dla Węgier i monarchii austryacko-węgierskiej sprawa Unitów ma bezpośrednie znaczenie, dotyczy najżywotniejszych i najbardziej piekących stosunków wewnętrznych i zewnętrznych; miejsce krwawego dramatu graniczy z Austryą i nie jest oddzielone od niej lądami i morzem, jak od Anglii; a krwawy ten dramat jest tylko częścią trylogii politycznej, która w swem założeniu wskazuje Wiedeń, jako drogę prowadzącą do Stambułu. Węgrzy wiedzieć powinni i wiedzą, że każdy unita przeistoczony na prawosławnego, jest nowym pionem na szachownicy, przeciw nim postawionym; powinni wiedzieć i wiedzą niezawodnie, że ta sama myśl przewodnia, która skłoniła rząd rosyjski do *użycia tak gwałtownych i okrutnych* na Podlasiu środków, sięga aż po za Karpaty i ma już tam swoje wysunięte naprzód pikiety. Pomimo tego p. Tisza w odpowiedzi swej usiłował zdobyć się na tę samą obojętność, z jaką minister Bourke odparł podobną interpelacyę irlandzkiego posła. Wchodzimy w każde położenie. Byłoby nierozsądkiem i niesprawiedliwością żądać w dzisiejszych okolicznościach od p. Tiszy innej odpowiedzi. Nie wierząc, ani nawet ceniąc w polityce sentymentów, w słowach p. Tiszy: „zastrzegam się przeciw przypuszczeniu, aby się rząd obojętnie zachował wobec możebnych cierpień i narodowych ucisków“, nie upatrujemy przecież czczej dla polskich nieszczęść sympatyi, ale wolimy widzieć w nich poczucie polityczne ważności sprawy, dla bytu i przyszłości monarchii austryacko-węgierskiej i narodu węgierskiego, przytłumione względami dyplomatycznemi. Ale po za przemijającemi formułami i koniecznościami dyplomatycznemi pozostają odwieczne prawdy polityczne i interesa państwowe, które wcześniej czy później upomną się o swoje prawa. Oględność może być i chwilowo nakazaną i może być chwilowo użyteczną, ale byłoby błędem, a nawet powiemy więcej, kłamstwem, twierdzić, że kiedykolwiek sprawa narodowości polskiej może się stać obojętną dla interesów austryackich lub że gwałtowne postępy schizmy nie dotyczą żywotnych stosunków Węgier. Mniemanie takie byłoby złudzeniem lub zaślepieniem. Czy w wojnie, czy w przymierzu z Rosyą, Austrya nie będzie mogła ignorować ani usuwać sprawy polskiej; wcześniej czy później stanie się ona osią, głównym czynnikiem zgody lub rozbratu. Dla tego obojętność na losy spraw polskich może być ze strony mężów stanu austryacko-węgierskich udaniem, lecz nie programem. Zapoznanie tej prawdy stałoby się powodem strasznych niespodzianek; można się z tą prawdą oględnie obchodzić, nie można o niej zapominać. Dla tego też oświadczenia p. Tiszy: „iż rząd żadnych urzędowych wiadomości o prześladowaniu Unitów nie otrzymał i nie starał się otrzymać“, nie możemy już policzyć na karb oględności, ale raczej tej zgubnej obojętności, nieradności i zaślepienia, które w historyi sprowadziły na Austryę tyle już niespodziewanych, ale srogich klęsk.

W czem jednak uznajemy wyższy rozum i takt polityczny p. Tiszy, oto, że skoro widział, iż nie może w myśli i duchu austryacko-węgierskim odpowiedzieć dzisiaj na podobne interpelacye, prosił Izbę, aby go od nich uwolniła. W tej prośbie tkwi cała ważność, którą rząd węgierski musi przywiązywać do poruszonej sprawy oraz i różnica jej doniosłości dla Anglii i Austryi. Słusznieby też mężowie stanu austryacko-węgierscy powiedzieć mogli angielskim: „dla was to jest igraszką, nam idzie o życie“.

---

Pod napisem: „Na chwilę obecną,“ zamieszcza *Dziennik Poznański* artykuł, który do skonale *określa obecne położenie* nasze:

Niedawno na tem samem miejscu powiedzieliśmy, iż w chwilach, jak obecne, gdy krwawy się bój toczy, nic dziwnego, że narodowi tak nieszczęśliwemu jak nasz, tak w fatalnem znajdującemu się położeniu jak żaden w Europie, serce bije gorącej a pierś jego zaczyna nadzieją lepszéj przyszłości oddychać. Powiedzieliśmy przytem, że głęboko wierzymy w przyszłość Polski a wiara ta gorąca nietylko nigdy ani na chwilę nas nie opuszczała, lecz była dla nas najpotężniejszym bodźcem do pracy, do obrony praw naszych narodowych i do wytrwania na tradycyjnem stanowisku polskiem. Tą wiarą i dziś ożywieni, mamy głębokie przekonanie, że chwila sprawiedliwości dla nas nadejdzie. Daléj przekonani jesteśmy, że głównie od nas i naszego zachowania się zależy, aby chwila ta jak najprędzéj nadeszła. Umiejmy też być *cierpliwymi* i umiejmy *czekać z przezornością*. Pisząc zaś to, bynajmniéj nie myślimy, abyśmy mieli ręce założyć i czekać, aż zbawienie *samo* nadejdzie. Nie! — Pracujmy na tę chwilę, ale pracujmy rozważnie a postępujmy przezornie, strzegąc się wszelkich gorączkowych porywów. Starajmy się przedewszystkiem, aby w miejsce dzisiejszego rozbicia zapanowała pomiędzy nami jedna myśl zbiorowa, któraby sterowała rozumnie ku owéj upragnionéj przyszłości.

Bez rozumnego, jednolitego kierunku, któryby ogół nasz, zbyt niestety pochopny w chwili jak obecna do gorących porywów, ostrzegał w każdéj chwili, aby nie rzucać się samochąc w niebezpieczeństwa bez wyjścia i bez korzyści, bez rozumnego sterownictwa, gdy każdy działać tylko zechce na swą rękę, podług własnego popędu czy poczucia, nietylko nic się nie zrobi, lecz przeciwnie możemy wejść zwłaszcza przy poduszczeniach egoistycznych na manowce, które smutnie mogą się odbić na wszystkich naszych stosunkach. Pierwszem dziś więc zadaniem powołać do życia dawną myśl zbiorową polską, a następnie dążyć do jednolitego kierunku i zgodnego postępowania. Nie podobna przecież, aby chaos dotąd istniejący mógł coś dodatniego stworzyć; to dodatnie może być jedynie rezultatem rozumnego steru i rozumnego kierownictwa. Ster ten, nie za pośrednictwem spisków i tajnych zmów, o które dziś nas posądzają i które dziś na próżno wietrzą, może sprawę polską podnieść, ale czuwając bacznie, może ją w stosownéj chwili postawić w sposób odpowiedni jasno i otwarcie a obok tego może dawać ogółowi naszemu wskazówki, jak się wobec wynikłego krwawego zatargu i jego dalszych następstw ma zachować.

Czy stanie się to zaś przez jednozgodne występowanie całéj wolnéj prasy polskiéj, czy w inny sposób, nie chcemy przesądzać, wskazujemy jedynie wedle obowiązku naszego dziennikarskiego i polskiego na gwałtowną potrzebę w przekonaniu, że jéj się skutecznie zaradzi.

To uważamy w dzisiejszéj chwili za konieczne, to jedynie ustrzedz nas może od wszelakich niekonsekwentnych kroków i przedsięwzięć; to uchronić nas może od tego, by niepowołani i nieuprawnieni stawali się rzecznikami czy reprezentantami ogółu polskiego i wciągli ogół ten w nierozważne, gorączkowe i nader szkodliwe eksperymenta.

Legiony polskie formujące się w Carogrodzie nie podniosą sprawy polskiéj, bo wedle tego, co dziś wiemy, formują się bez żadnych rękojmij, bez żadnych gwarancyj, formują się jako posiłkowe szeregi Turcyi, przeznaczone do walki *za nią*. Takich legionów polskich ani rozumiemy, ani pojmujemy, a mogą być sobie *faktem* kraj nie ma przecież obowiązku żadnego z niemi się rachować, bo nie są ani wynikiem woli jego, ani jego życzeń, ani wreszcie nie są w jego interesie. Nie dość, by miały godła i barwy narodowe; wedle nas bowiem, i to najważniejsza, udział Polaków w toczącéj się walce może być tylko skutkiem pewnych gwarancyj i rękojmij, że krew przez nich przelana, że ich ofiary wyjdą na korzyść ojczyzny, i że wywalczą dla niéj lepszą dolę. Tych gwarancyj i rękojmij Turcya nie daje, ani zresztą dać nie może jako sama zagrożona w swym bycie. Więcéj powiemy, gdyby nawet dawała jakieś rękojmie, to cóż znaczyć i ważyć mogą wobec jéj własnéj niemocy i słabości? W obecnym więc i takim stanie rzeczy nie mamy tam nic do robienia, jeżeli chcemy rozważnie postępować i jeśli istotnie szczerze a rzetelnie służyć pragniemy ojczyźnie. Mówimy to wyraźnie i głośno, a pragnęlibyśmy, aby głos nasz doszedł do braci naszych z pod zaboru rosyjskiego i był dla nich ostrzeżeniem, aby nie rwali się do żadnych ekstrawagancyj. Przekonani jesteśmy, że na nic podobnego tam się nie zanosi, ale w ciężkiem, rozpaczliwem ich położeniu, wobec skrępowanego cenzurą tamtejszego dziennikarstwa łatwoby się to stać mogło, ile że mnożą się tam jak największe fałsze, które bałamucić mogą a których dziennikarstwo tamtejsze nie ma możności odpierania. Zgrzeszyliśmy już nieraz zbyteczną porywczością, służyliśmy nieraz za narzędzie cudzym interesom, strzeżmy się i chrońmy, abyśmy nie popadli w te same błędy. Dla tego też w obecnem stadyum dzisiejszego zatargu, cierpliwość i wyczekiwanie winny być jedynem naszem hasłem. Jakiem zaś powinno być to wyczekiwanie czyli, inaczéj mówiąc, co w danéj chwili robić należy, powiedzieliśmy wyżéj.

Wedle wszelkich danych, zatarg dzisiejszy, krwawy niewątpliwie, przybierze szersze rozmiary; czujemy to wszyscy, wobec więc tego przygotować się nam należy, tuląc się wzajemnie do siebie, na wszelkie możliwe ewentualności, aby nas wypadki z nienacka nie zaskoczyły. Ztąd też konieczną jest rzeczą, aby w miejsce dzisiejszego chaosu i gorączkowych porywów zapanował u nas jednolity kierunek, rozumne sterownictwo, które mogłoby dziś zwłaszcza, gdy więcéj chętnych jest ku słuchaniu, podnieść głośno krzywdy nasze, wskazać na zdeptane traktaty i zobowiązania, na poniewierane w najhaniebniejszy sposób wszelkie prawa przyrodzone i domagać się naprawy, podobnie jak się to robi w interesie, daleko lepszéj, mówiąc nawiasowo, zażywającéj doli Słowiańszczyzny tureckiéj. To w chwili obecnéj jest koniecznem, to chwila obecna nakazuje. Takie wyczekiwanie czynne jedynie rozsądne; takie więc, za chowując największy spokój w całéj naszéj ojczyźnie i pracując daléj spokojnie na rozwój nasz narodowy, uważamy dziś za jedynie dla nas odpowiednie,

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Lwów** 17 maja.

○ Tak w rozmowach prywatnych, jak i w pismach tutejszych wiele teraz słychać o spiskach socyalistycznych, nihilistycznych lub wprost o agitacyi moskiewskiéj pomiędzy ludem tutejszym. Wieści te należy przyjmować bardzo ostrożnie, gdyż w podobnych razach wyobraźnia i fanatyzm odgrywa wielką rolę, i często z muchy zrobi słonia. Lud nasz bałamucony jest zewsząd z dawien dawna, świętojurskie agitacye podkopują w nim wiarę i podsycają ciemnotę, aby łatwiéj grać na jego namiętnościach. „Lisy i pasowyska“ są też hasłem tego rodzaju, które przy lada sposobności rozbudza się a zawiść do żydów jeszcze teraz łatwiejsza do zrozumienia w skutek wyzyskiwania ludu przez lichwiarzy. Nie bez tego, aby w skutek wojny nie zjawiali się pokątni podżegacze, którzy swym niechęciom dawać mogą ulgę przez socyalną propagandę, jak mieliśmy tego dowód w procesie nihilistów lwowskich, związanych ściśle z nihilistami moskiewskimi.

Nie zaprzeczam więc istnieniu agitacyi, ale ta może powstawać w części samorodnie, jak owa przed rokiem puszczona pogłoska o niebezpieczeństwie grożącem żydom w Brzesku; w skutek któréj skoncentrowano dwie kompanie piechoty niepotrzebnie, gdyż nikomu nawet nie śniło się napastować żydów. Podobnież i teraz dochodzą wieści głuche z kilku stron kraju, które mogą nie mieć żadnéj podstawy. Dotychczas stwierdzono tylko jeden fakt, a i ten oddany dopiero w ręce sądu, nie jest jeszcze wyjaśniony dostatecznie.

W powiecie Tłumackim przebywa niejaki Wilski, malarz cerkiewny z za kordonu, który założył rodzaj bractwa. Biorący w niem udział przysięgali na „Jezusa Chrystusa i Cara naszego“ a pod ostatnim tytułem jedni rozumieli Chrystusa, drudzy cesarza Franciszka, inni wreszcie cara Aleksandra. Członkowie bractwa podpisywali petycyę do Cesarza o zawieszenie konstytucyi, zniesienie autonomii całéj, to jest sejmu i rad powiatowych; a zarazem byli łudzeni nadzieją, że nastąpić powinien podział gruntów przenoszących 30 morgów, z czego na każdą głowę przypadnie po kawałku ziemi i po sto reńskich. Potem nastąpi nowa organizacya autonomii, w któréj wezmą udział tylko chłopi i małomieszczanie z usunięciem wszystkich innych żywiołów społecznych. Wilski ma być mistykiem; znaleziono u niego ewangelię zaopatrzoną w liczne komentarze, dowodzące, że oddawał się zaciekaniom przechodzącym siłę jego umysłu. Powiadają, że członkowie sekty téj czy bractwa obcinają obrazom świętym głowy i nogi, z jednym wyjątkiem św. Mikołaja. Jest więc w tem wszystkiem coś z rodzaju Banasia, tylko zrodzonego na gruncie dobrze uprawionym przez świętojurców. Zaczyna do nas przechodzić z Rosyi ten dziwaczny obłąd religijno-mistyczny, który tam daje początek rozlicznym sektom. Wynika on w Rosyi, z ciemnoty popów i zaniedbania w nauczaniu religii moralności. To samo zaniedbanie i przeniesienie politycznéj walki na pole religijne wytwarza w Galicyi specyalny objaw obłędu socyalno-religijnego, z którym, jak sądzę, mamy do czynienia w Tłumaczu. Czy propaganda ta pojawiła się istotnie i na innych miejscach, sprawdzić nie mogłem, chociaż podobno faktu żadnego nie stwierdzono dotychczas; a są tylko pogłoski i gadania, często ze źródeł niezupełnie wiarogodnych, np. od karczmarzy. Ustawa o lichwie mogłaby działać uśmierzająco na podobne objawy, bo alarm główny właśnie w tamtym obozie.

A jednak nie mniejszy ruch w tej samej sferze wywołują obrady nad ustawami dla Galicyi w Radzie państwa. Mówią nawet o zobowiązaniach pieniężnych, jakie interesowani przyjęli na wypadek, jeśli się uda pogrzebać projekta do ustaw. Rzecz nie bagatelna: idzie tu o byt tysięcy ludzi, dla których lichwa jest wyłącznem źródłem bogacenia się.

Profesorowie tutejszego uniwersytetu wysyłają adres do Papieża z powodu uroczystości jubileuszowej Adres ten łaciński specyalnie na Wydziale teologicznym ułożony i przez profesora Węclewskiego poprawiony, na pargaminie, będzie podpisany jedynie przez członków tej instytucyi naukowej.

---

**Wiedeń** 17 maja.

(*257-me posiedzenie Izby deputowanych*).

Po zagajeniu posiedzenia przez prezesa Rechbauera o zwykłej porze i po zwykłych formalnościach, z których nic nie zasługuje na uwagę, minister spraw wewnętrznych bar. Lasser zabiera głos, by odpowiedzieć na znaną interpelacyę dep. Schrama w sprawie wciągnięcia czeskiej Kasy Oszczędności do interesów chabrusowych. (Całe brzmienie interpelacyi znajduje się w Nrze 64 *Czasu*). Niezwykle obszerna odpowiedź ministra, którą mam pod ręką wedle stenograficznych zapisków, streszcza się jak następuje:

O początku i przebiegu wspomnianych w interpelacyi interesów praskiej Kasy Oszczędności dostatecznie się powiadomiłem z rachunków jej z r. 1875 i 1876, z poglądów danych na walnych zebraniach przez bar. Webera, nie jako namiestnika, lecz jako kuratora zakładu, tudzież z innych akt nadesłanych ministerstwu. Mimo to z urzędu jeszcze kazałem dochodzić rzeczy, aby wyjaśnienia moje na urzędowej oprzeć powadze. Interpelacya utrzymuje, że Kasa Oszczędności straciła raz 998,000 złr., a później jeszcze 640,000 złr. Te twierdzenia wymagają sprostowania. Co do pierwszej kwoty, strata powstała nie z samych listów zastawnych (chabrusowych), lecz także z dewaluacyi innych jeszcze papierów, pokryto zaś stratę kosztem funduszu rezerwowego, tak że depozytaryusze nic nie stracili. Tu następują szczegóły wyjaśniające, jak Kasa przyszła do tych papierów i jakim sposobnem poniosła stratę, a wyjaśniające to w duchu takim, iż rzecz zupełnie wydaje się być w porządku. Co do drugiej zaś kwoty, odpowiedź ministra głównie to przywodzi, iż strata 640,000 złr. powstała nie z pożyczki zaciągniętej przez Kasę, lecz z papierów przyjętych na stały rachunek. Minister kończy odpowiedź oświadczeniem następującem: Nigdy wprawdzie nie przypuszczałem, iżby administracya praskiej Kasy Oszczędności, zakładu pozostającego pod kierownictwem ludzi uznanej zacności, mogła była dopuścić się czynów niepewnych i niezgodnych z statutami; miło mi jednak, że interpelacya nastręczyła sposobność do jawnego uchylenia wątpliwości wyrażonych w tej wysokiej Izbie i do wynurzenia przekonania, iż czeska Kasa Oszczędności nietylko posiada, lecz i zasługuje na zupełne zaufanie ludności. (*Brawo z lewicy*).

Prawdopodobnie interpelanci wniosą o otworzenie dyskusyi nad tą odpowiedzią.

Następnie zabiera głos minister sprawiedliwości Glaser, by odpowiedzieć na interpelacyę dep. Wośniaka, wniesioną dnia 16 marca, w sprawie używania notaryuszów jako komisarzy sądowych przy subhastacyach i wynikających ztąd ogromnych kosztów. Odpowiedź ministra na tę interpelacyę, miejscowego zresztą znaczenia, zaznacza, że wyższy sąd krajowy w Gradcu zabronił już posługiwania się notaryuszami, a przeto ministerstwu nic już w tym względzie uczynić nie pozostaje.

Z porządku dziennego idzie znany wniosek dep. Sturma o zniesienie delegacyj wspólnych.

Wnioskodawca dep. Sturm w bardzo obszernem przemówieniu motywuje wniosek, zmieniając w nim część formalną o tyle, że dziś żąda odesłania wniosku do komisyi 45ciu, rozpatrującej projekty odnoszące się do ugody z Węgrami, a ewentualnie dopiero o przekazanie go osobnej komisyi, wybranej

---

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

**Korespondencya dyplomatyczna**

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Nr. XI.

*Lord A. Loftus do hr. Derby.*

(Otrzymano 3 lutego).

Petersburg 28 stycznia 1875 r.

Milordzie!

Odnośnie do depeszy mojej z dnia wczorajszego, mam zaszczyt załączyć wyciąg z dzisiejszego *Journal de St. Petersbourg*, zawierający wiernopoddańczy adres Unitów greckich z dyecezyi Chełmskiej do Cesarza.

Adres ten był prawdopodobnie podany do publicznej wiadomości, w celu sprostowania wrażenia wywartego przez poprzednie publikacye urzędowego organu, jakoby Cesarz dziękował Unitom za powrót do prawosławia, gdy tymczasem tylko wyrazy wiernopoddańcze wywołały cesarskie podziękowanie.

Mam zaszczyt

(podp.) *Augustus Loftus.*

Załącznik do Nr. XI.

*Wyciąg z „Journal de St. Petersbourg,“*

z 16/28 stycznia 1875 r.

W dalszym ciągu artykułu tyczącego Unitów i dwóch telegramów wyjętych wczoraj z *Messager officiel* *), jest jeszcze publikowany adres greckich Unitów dyecezyi Chełmskiej przedłożony przez gubernatora Lubelskiego jeneralnemu gubernatorowi Warszawy.

Excelencyo!

My unici greccy z Chełmskiego, usłyszawszy z winnem uszanowaniem słowa cesarskie komunikowane Nam przez Waszą Excelencyę, w dodatku nadzwyczajnym *Gazety Warszawskiej* z dnia 20 czerwca (12 lipca) bieżącego 1874 roku, zanosimy do Waszej Excelencyi nasze najpokorniejsze prośby, abyś raczył wyrazy Nasze wiernopoddaństwa i nieograniczonego przywiązania złożyć u stóp Naszego wspaniałomyślnego Cesarza oswobodziciela, a któremu nasi Ojcowie i My zawsze byliśmy wiernemi posłusznemi, a i teraz gotowi jesteśmy iść drogą wszechwładną wolą jego Nam wskazaną.

D. 20 listopada 1874.

(Następują podpisy stwierdzone i podpisane przez 14 naczelników gmin).

Urzędowa gazeta dodaje, że minister spraw wewnętrznych odebrawszy ten adres od adjutanta JCMości hr. Kotzebue był tak łaskawym przedłożyć go Cesarzowi, który raczył najłaskawiej przyjąć te wyrazy wierno-poddańcze ludu unicko greckiego z Chełmskiego.

XII.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Derby*

(otrzymano 22go lutego).

Warszawa 29 stycznia 1875.

(Wyciąg). Mam honor donieść Waszej wysokości, że 52,000 Unitów greckich z gub. Siedleckiej przyjętych zostało do ruskiego narodowego kościoła.

Nie potrzebuję przypominać Waszej lordowskiej Mości prześladowań, o których zmuszony byłem kilkakrotnie donosić w ostatnich latach, a które w ostatnich 12 miesiącach przybrały jeszcze większe rozmiary. Przejście na prawosławie 50,000 Unitów, wymuszone było różnemi środkami, a kary cielesne nie najmniejszą odgrywały między temi rolę.

Z niektórych parafij, najuporczywszych, wysłano do Syberyi.

Pozostali, widząc, że ich mienie niszczą kozacy, poddali się naciskowi niższych urzędników i podpisali petycyę, proszącą o przyjęcie do kościoła ruskiego.

W innych miejscowościach, gdzie opór był słabszy, zyskiwano prozelitów za pieniądze.

W innych znowu, używano kar cielesnych dopóty, dopóki włościanie nie poddali się, konstatując jednak, że ustępują tylko przemocy.

Opisywać szczegółowo wszystkie środki przymusowe, użyte w różnych wsiach, zabrałoby za wiele miejsca, cytuję też tylko, jako próbkę, to com słyszał od bardzo wiarygodnego obywatela, jak postępowano we wsi do niego należącej.

Włościanie zostali spędzeni i bici przez kozaków tak długo, aż doktor wojskowy oświadczył, że dalsze bicie zagraża ich życiu, potem przepędzono ich przez wpół zamarzniętą rzekę po pas głęboką do Cerkwi parafialnej, wpuszczono jednemi drzwiami między dwa szeregi wojska, podpisywano ich nazwiska na petycyi wymienionej, i wypuszczono drugiemi drzwiami, przez cały ten czas włościanie wołali, możecie nazywać nas prawosławnemi, ale my pozostajemy wierni wierze Ojców naszych.

Wobec takich wypadków, czytałem w *Gołosie* i innych dziennikach opisy, że krok ten był dobrowolny, i spełniony w zapale wierności i wiary. Petycyę zapełnioną podpisami, pewna liczba [illegible] czy to przekupiona, czy zmuszona [illegible] żadnego dodatkowego bodźca.

przedkładała władzom, i składała Arcybiskupowi greckiemu swe poddanie w wyrazach najbardziej wierno poddańczych.

Skonstatowanem jest urzędownie, że od pozostałych Unitów greckich gubernii Lubelskiej w liczbie około 300,000 oczekują takiego samego poddania, co znaczy że i tam podobnemi środkami, chcą uzyskać podobny rezultat.

Patrząc na to wszystko, z wyższego punktu, widzimy że tak samo działo się na Litwie w latach 1835 i 1838, kiedy przeszło milion Unitów greckich, niewybrednemi środkami zmuszonych zostało do przejścia naprawosławie.

Historye o encyklice, jako też o skłonności pewnej części księży Unickich do wprowadzania zmian, z dążnością łacińską czyli rzymsko katolicką trza przyjmować z nie dowierzaniem.

Po pierwsze, gdy cały plan nawrócenia Unitów na prawosławie datuje od lat ośmiu, pierwotni księża zaś zostali odsunięci, a zastąpieni takiemi co przyjęli reformy, przez rząd polecane.

Myślę że mam także słuszność twierdząc, że katoliccy księża od samego początku uważali tę sprawę za zanadto niebezpieczną, by się odważyli wdawać w nią. Gdyż trzeba pamiętać że liczba rzymsko-katolickich księży w okolicach zamieszkałych przez Unitów greckich jest małą, a Biskup lubelski, w świeżym okólniku odmówił wszelkiego wdawania się w tę sprawę, opierając swą decyzyę na bullach papiezkich.

Zresztą rzymsko katoliccy księża w tym kraju są pod tak ścisłym nadzorem, i wiedzą doskonale że za każde poduszczenie mogliby się dostać do Syberyi na całe życie, że nie można przypuszczać, aby się odważyli na jakikolwiek udział w tej sprawie. A rzeczywiście uporczywy fanatyzm włościan nie potrzebo-

Nr. XIII.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Derby*

(otrzymano 22go lutego).

Warszawa 10go lutego 1875.

(Wyciąg). Odnośnie do mojej depeszy z 29go ostatniego, mam zaszczyt donieść Waszej lordowskiej Mości, że nawrócenie 50,000 Unitów nie odbyło się bez trudności i zaburzeń.

Ludność w tych powiatach jest w stanie wielkiego rozjątrzenia i zaburzenia.

W niektórych wsiach włościanie oświadczają, że podpisując adres, nie wiedzieli co podpisują, w innych, że nie dali upoważnienia delegatom, w innych znowu starsi włościanie mówią, że przystąpili tylko osobiście i to zmuszeni, a synowie ich i następcy sami za siebie postanowią, a wybiorą to co dla nich lepsze.

W niektórych znowu miejscowościach, delegaci za powrotem do domu tak zostali zmaltretowani, że musieli schronić się do miasta Siedlce.

W parafiach panuje ogromne oburzenie przeciw popom, tak że byli zmuszeni zażądać opieki nieustającej policyi.

Postawa włościan jest tak groźną, że liczba wojska i kozaków musiała być powiększoną, ale ci ostatni już nie są upoważnieni żyć na koszt włościan.

Jestem powiadomiony, że rząd ma zamiar obdarzyć pewnemi korzyściami nowo nawróconych, jakoto: uwolnieniem od służby wojskowej na lat 10, opuszczeniem podatków przez lat 5. Jeżeli rzeczywiście taki zamiar rządu, to szkoda, że go nie publikują, bo to mogłoby powstrzymać dalsze zaburzenia.

Sądząc tę kwestyę z politycznego stanowiska, to zaprzeczyć trudno, że rząd odniósł zwycięstwo. Nawet przypuszczając, że jedne lub dwie generacye zachowają nieprzyjazne uczucie dla rządu, to za jakich lat 30 wszyscy zostaną zruszczeni.

bezpośrednio z Izby, a składającej się z 15 członków. Mowca przedewszystkiem zbija mniemanie, jakoby wniosek zmierzał do scentralizowania spraw całej monarchii lub do unii osobistej; bo wniosek zdąża tylko do usunięcia wadliwości konstytucyjnych uznawanych od samego roku 1867. Zaznaczywszy wśród żywych objawów zadowolenia skrajnej lewicy, że rząd z urzędu bardzo milczący, ale półurzędowo bardzo głośny, rozpoczął w swych pismach walkę podjazdową przeciw wnioskowi, dawszy także wyraz przekonaniu swemu, iż rząd każdego deputowanego, który nie trąbi w jego trąbkę, przywykł uważać za straszne widmo, stwierdziwszy nakoniec, że nie myśli zapuszczać się na to pole antypatyi rządowej, wraca mowca do rzeczy i powiada: Zawsze byłem tego mniemania i jestem dziś jeszcze, że dualizm w monarchii austro-węgierskiej jest koniecznością naturalną, ale sprawy wspólne powinny być traktowane bezpośrednio przez oba ciała ustawodawcze, jak tego pragnęli już najznamienitsi mowcy z r. 1867, którzy inaczej uchwalając, niż im dyktowało przekonanie, czynili to z wyraźnem powołaniem się na okoliczności siły przymusowej. Dalej utrzymuje mowca, że płonnemi okazały się nadzieje co do rozwinięcia się delegacyj wspólnych w centralne ciało ustawodawcze, a największego błędu tychże delegacyj dopatruje w zwiększającym się z roku na rok budżecie wojskowym, który z 80 milionów urósł do 120 milionów. Tu nawiązuje mowca uwagi o uszczuplanem i naruszanem przez delegacye prawie budżetowem, służącem Radzie państwa i sejmowi węgierskiemu. Nie szczędząc w dalszym ciągu rządowi przymówek co do biernego stanowiska jego w sprawach wspólnych, np. że gabinet spokojnie odczytuje koncepta p. Andrassego w sprawach polityki zagranicznej, jako odpowiedzi na interpelacye, nie może mowca uspokoić się jeszcze wzrostem budżetu wojskowego i ubolewa nad płonnością uchwalanych w tej mierze rezolucyj. Następuje powtórzenie wniosku.

Zapisali się do głosu przeciw wnioskowi: depp. Carneri, Scharschmid, Plener, za wnioskiem depp. Fux i Granitsch.

Dep. Pacher (świeżo dopiero obrany, któremu prezes poprzednio już odmówił był głosu, gdy mówić zaczął nie w porę i bez zgłoszenia się) zabiera teraz głos, aby zawiadomić tylko prezesa, jako i on byłby położył podpis swój pod wnioskiem Sturma, gdyby wówczas był deputowanym. *(Śmiechy powszechne i przeciągłe).*

Dep. Carneri wątpi, czy przeprowadzenie wniosku Sturma rzeczywiście byłoby uproszczeniem traktowania spraw wspólnych; delegacye są ciałem ustawodawczem wyższego rzędu, które wiążą obie części monarchii w jeden organizm, i które już się wżyło. Delegacye odpowiadają też już wyrażonemu w wniosku Sturma warunkowi mniejszej liczby. Tak więc nie brak okoliczności przemawiających na korzyść tej instytucyi. Jeśli zaś wnioskodawca wskazywał na wzrastanie budżetu wojskowego jako na największą wadę delegacyj, jak wogóle na wzmagający się niedobór, nie można tego przypisać ani delegacyom ani systemowi rządu. Życie silniej w Austryi rozbudzone potrzebuje też więcej niż dawniej soków żywotnych i pokarmu pożywnego; ztąd większe wydatki; a jeśli w tem jest błąd jaki, nasza to wina. Gdyby Izba zgodziła się na wniosek, oświadczyłaby się tem samem z góry przeciw ugodzie z Węgrami, przeciw wszelakiej ugodzie; tak ja przynajmniej rzecz tę pojmuję. Mowca wspomina dalej o słuszności wybierania członków delegacyj wedle krajów, a nakoniec radzi zaraz w pierwszem czytaniu pogrzebać wniosek, nie przekazywać go żadnej komisyi. *(Brawo! brawo! z wielu stron; hałaśliwe sykanie na skrajnej lewicy).*

Dep. Fux (z Morawy): Szanowny preopinant należy wprawdzie do tych, którzy zapalają się do wszystkiego, co piękne i wzniosłe, ale za mało mają odwagi do czynu energicznego, jakim niewątpliwie jest wniosek niniejszy. Wyszydziwszy definicyę delegacyj, jako ciała ustawodawczego wyższego rzędu, pomawia mówca dep. Carnerego o opozycyę *quand même* przeciw wszystkiemu, co nie wyległo się z Jowiszowej głowy rządu i piętnuje go, jako mowcę arcyministeryalnego. Przechodząc do rzeczy, przedstawia mowca, jako sprawy wspólne wystawione są na los wypadku, czy od dziesięciu do dziesięciu lat ugoda przyjdzie do skutku; temu fatalistycznemu położeniu rzeczy chce wniosek zapobiedz, jak niemniej usunąć z pomiędzy Austryi a Węgier wzajemne rozgoryczenie, aby w granicach formy dualistycznej pomyślniej załatwiać się mogły i rozwijać sprawy wspólne. Słynny powieściopisarz węgierski Jókai powiedział, że Węgry straciłyby wszystko, gdyby Austryę straciły. Trzeba więc porzucić już mylne mniemanie, jakoby się pozostawało z Węgrami w wiecznej walce. Wniosek też zdąża do uczynienia obu części monarchii sposobnemi do ofiar na rzecz wspólnej ojczyzny; chodzi mu o przyjaźń wzajemną, a tego — by mówić z Tiszą — nie osiągnie się z mieczem w ręku. Mowca zwalcza mniemania, jakoby chodziło o unię osobistą. Rada Carnerego, aby pogrzebać wniosek, byłaby pogwałceniem idei.

Dep. Scharschmid broni delegacyj przeciw zarzutom Sturma między innemi obszernym wywodem liczbowym o budżetach od r. 1869 do 1877, uchwalanych nie przez delegacye, ale przez Radę państwa; budżet wojskowy, uchwalany przez delegacye, był zbyt wysoko obliczony przez Sturma na 120 milionów, właściwie daje on tylko 108 milionów; w ogóle budżet delegacyj wzmógł się w tym czasie tylko o 20%, podczas gdy budżet Rady państwa wzmógł się o 30%, mimo że uchwały delegacyj na armię muszą pożerać znacznie więcej niż dawniej, skoro monarchia ma podążyć za powszechnym prądem zbrojnej gotowości. Mowca w ogóle dużo argumentuje liczbami, co utrudnia słuchaczowi śledzenie jego wywodów. Prosi nakoniec nie mieszać sprawy ekonomicznej ugody z Węgrami z kwestyą prawnopolityczną, mieszczącą się w wniosku, i radzi zaraz w pierwszem czytaniu ubić sprawę i nie przekazywać wniosku komisyi.

Spóźniona pora nie pozwala mi już wyczerpnąć zapisków z przemówień dep. Granitscha, (który choć zapisany za wnioskiem, nie zgadza się nań jednak i jedynie radzi nie zbijać go od razu, lecz przekazać komisyi osobnej), dalej Plenera (stanowczo przeciw wnioskowi) i świeżo zapisanych jeszcze do głosu depp. Koppa (za wnioskiem) i Edw. Suessa (przeciw wnioskowi).

Prezes ministrów książę Auersperg oświadcza: Wobec wielkiej politycznej doniosłości wniosku, rząd poczytuje sobie za obowiązek zaznaczyć swoje stanowisko, a to w ten sposób, że jego zdaniem zapobiegać należy wszelkiemu nadwątlaniu wzajemnego między Austryą a Węgrami stosunku; ztąd to rząd oświadcza się przeciw wnioskowi, którego nie podjąłby się przeprowadzić, choćby go uchwalić miano. *(Wielkie wzburzenie po skrajnej lewicy).*

W głosowaniu zwyczajnem upada wniosek o odesłanie sprawy do wielkiej komisyi ugodowej 140 głosami przeciw 52 głosom; w głosowaniu imiennem upada także wniosek ewentualny o przekazanie rzeczy osobnej komisyi 133 głosami, przeciw 66 głosom (skrajnej lewicy, kilku z lewicy i z centrum.

Koniec posiedzenia o godzinie 3 1/2. — Następne jutro.

---

**Warszawa** 13 maja.

Przykład Moskwy, która ofiarowała z funduszów miejskich dwa miliony rubli na szpitale wojenne, oddziaływa na inne miasta rosyjskie. Władze miast tych w obawie zarzutu o brak gorliwości, starają się skłonić obywateli swoich do ofiar. Kijów dał sto tysięcy rubli. Nie sądzę, by ten fundusz wzięty był z kapitału zasobowego; zapewne za postanowieniem *dumy* utworzy on się z przymusowego rozkładu.

Tutejszy prezydent miasta jen. Starynkiewicz, któremu znany jest dokładnie smutny stan funduszów miejskich Warszawy, i który dba o interesa miasta, nie chciał użyć środków przymusowych. Zwołał więc wczoraj znakomitszych obywateli tutejszych na posiedzenie nadzwyczajne celem naradzenia się, co uczynić wypada. Otóż postanowiono, że zbierane będą po domach składki „dobrowolne“ na wzór składek na cele dobroczynne, to jest krążyć będą po mieście książki opatrzone pieczęciami magistratu z wezwaniem do składek, umieszczonem na pierwszej stronnicy. Rezultatu świetnego spodziewać się nie można, sposób ten jednak nie wzbudzi niechęci. Oprócz tego istnieje Zarząd Towarzystwa opieki nad rannymi, do którego wpłynęło wprost kilka kwot większych.

Z obawy rozgłosu w gazetach zagranicznych, który zawsze jest nam szkodliwy, nie donosiłem, że w Wilnie uzyskano pozwolenie na wydawnictwo pisma peryodycznego w języku polskim pod nazwą *Wilia*. Aż nadto dobrze nam wiadomo, na jak wątłych podstawach opierają się decyzye rządu rosyjskiego w administracyi krajów mu podległych, i jak uwaga jego zwróconą jest ciągle na to, co powiedzą zagranicą, jak łatwo daje on przystęp wszelkim denuncyacyom, jak niepewny siebie, bo nie oparty na prawych zasadach, postanowienia swoje gotów zmieniać w każdej chwili. Tak się też stało przy tej mało znaczącej zresztą koncesyi na dziennik polski w Wilnie. Redaktor *Gołosu* Krajewski, dotknięty surową karą za gwałtowny artykuł w nim umieszczony, mając zamknięte na dwa miesiące wydawnictwo pisma swojego, stara się teraz pochlebić rządowi i zaskarbić sobie zasługi, aby termin dwumiesięczny skrócony mu został. Gdzież lepsza sposobność do zbierania zasługi, jak na polskiej niwie? Obudzanie nienawiści przeciw Polakom, rozniecanie podejrzeń i inne z szatańskiej skarbnicy czerpane sposoby, znajdą zawsze w obliczu rządu przychylne uznanie. Krajewski wystąpił z denuncyacyą na zawiązać się mającą redakcyę *Wilii*, mianowicie przestrzegał rząd, że nazwa *Wilia* nie jest wziętą od rzeki, na Litwie płynącej, ale Wilia znaczy *Wigilię*, wigilię dnia zwiastowanego krajowi przez kwestyę wschodnią, na której Polacy opierają swoje nadzieje. Skutkiem tej nikczemnej i niedorzecznej denuncyacyi, koncesya na pismo odebraną została. Co więcej zadziwiać winno, czy nikczemność rosyjskiego dziennikarza, czy ślepota rządu rosyjskiego?

Od pewnego czasu usposobienie dla nas w Rosyi jest zaciekłe. Artykuły gazet zagranicznych wskazujące nas na wzór tej przyszłości, jaka czeka naddunajskie ludy słowiańskie; sprawa Unitów podniesiona w parlamencie angielskim; interpelacye, meetingi, a wreszcie spokojna postawa kraju, ufność w świętość naszej sprawy, trzeźwość zapatrywania się w obec ogólnego upojenia w Rosyi, doprowadzają do wściekłości Rosyan. Mimowolnie ogarnia nas trwoga, by żale te w ich pamięci wyryte, nie odezwały się kiedyś na naszych karkach. Nie bardziej nie schlebiałoby dziś opinii w Rosyi i rządowi jej, jak jakikolwiek ruch Polaków przeciw niej skierowany. Ujrzelibyśmy wówczas na naszej ziemi rozwijające się nędze i niedole, o jakich ani się śniło naszym politykom raperswilskim i stambulskim. Łatwo temu proletaryatowi dyplomatycznemu i politycznemu budować nadzieje na legionie, który jak mnie zaręczano, formować chce jakiś galicyjski handlarz koni, ale nam ciężko byłoby znosić kary za niezasłużone przez nas objawy płytkiego patryotyzmu kilkudziesięciu, a choćby nawet kilkunset wychodźców.

Przed kilku tygodniami przybył do Puław ajent nihilistów w zamiarze robienia propagandy pomiędzy tamtejszą młodzieżą zakładów naukowych. Schwytała go policya po tygodniu pobytu, i znalazła przy nim wiele odezw i broszurek takich, jakie nihiliści tysiącami rozsypują w Rosyi. Przywieziono go tutaj, a badanie prowadzone jest tak sekretnie, że do aresztowanego niedopuszczono nawet ojca jego, który uwiadomiony o losie syna, przybył umyślnie z Petersburga, aby go widzieć.

W czasie rozpraw sądowych w Petersburgu podczas ostatniego procesu politycznego, wpuszczano do sali obrad tylko za biletami. Razu jednego zwrócono uwagę, iż osób w sali było więcej, niż wydano biletów. To podało myśl, że ci co weszli z podrobionemi biletami, są spiskowcami. Policya aresztowała nazajutrz siedmnaście osób, a po odbytych rewizyach w mieszkaniach znaleziono w nich zapasy broszur i odezw podżegających. Jest to nowy dowód prawdy tego, co wspomniałem dawniej, iż wątek spisków przerwany został w rękach policyi, i że chwyta ona spiskowców na oślep.

---

*Daty odnoszące się do stanu szkół ludowych w krakowskim okręgu zamiejskim w r. szkol. 1875/6.*

Liczba szkół w tym okręgu obejmującym powiaty krakowski, bocheński i wielicki, wynosiła w ubiegłym roku szkolnym w ogóle 110 publicznych i 4 prywatne.

Ze szkół publicznych było czynnych 100, nieczynnych 10 (po największéj części dla niedokończonych budynków szkolnych); 105 zorganizowanych na podstawie krajowéj ustawy szkolnéj, 5 zaś niezorganizowanych. Szkół wyłącznie dla męskiéj młodzieży było 4, dla żeńskiéj młodzieży 3, wspólnych dla dzieci obu płci 93 czynnych i 10 nieczynnych.

Szkoły te według kategoryj przedstawiają się jak następuje:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | szkoła wydzisłowa | 8 | klasowa. |
| 2 | szkoły pospolite | 5 | klasowe. |
| 3 | „ „ | 4 | „ |
| 3 | „ „ | 3 | „ |
| 12 | szkół „ | 2 | „ |
| 89 | „ „ | 1 | „ |

Płace nauczycieli, zakupno przyborów naukowych i inne potrzeby ogólne szkół pokrywa fundusz szkolny okręgowy, którego dochód wynosi w r. b. 42,844 złr. rozchód obliczony na 55,110 złr. w. a., niedobór pokrywa fundusz szkolny krajowy.

Liczba dzieci obowiązanych do szkoły codziennéj uczęszczać wynosiła w gminach posiadających szko[ły] 21,891, z tych wpisano do szkoły 16,123 a p[ro]cały rok szkolny uczęszczało 14,990. Tak wie[lki] tym roku stosunek ten okazał się najkorzystniejszym ze wszystkich okręgów szkolnych w kraju, wyjąwszy lwowski miejski.

Na naukę niedzielną obowiązanych było uczęszczać 4193 dzieci starszych, z któréj liczby 3/4 uczęszczało na tę naukę.

W skutek znacznéj liczby uczniów i szczupłości lokalów odbywała się nauka codzienna w 29 szkołach tylko półdziennie tj. młodzież wyższych oddziałów uczęszczała przedpołudniem, reszta popołudniu.

W 83 szkołach uwzględniano naukę gospodarstwa domowego, w 95 naukę sadownictwa, w 25 naukę pszczelnictwa a w 28 szkołach pobierały dziewczęta naukę kobiecych robót ręcznych.

W 42 szkołach były postępy młodzieży zadawalające, w 40 dostateczne, w 18 mierne, w 1 niedostateczne.

Liczba nauczycieli i nauczycielek w szkołach publicznych wynosiła 152, z tych miało kwalifikacyę do szkół wydziałowych 6, do szkół pospolitych (nowszą) 34, dawniejszą zaś 95; z egzaminem dojrzałości (z seminaryów nauczycielskich) 8. Nauczycieli i nauczycielek stałych było 67, tymczasowych zaś 85.

Szkoły wyżej wyszczególnione miały własnych budynków 87, wynajętych 13. Przybyło w tym roku nowych budynków 8. Z wykazanych budynków było w stanie dobrym 41, w stanie średnim 38, w stanie złym 21, których naprawę lub przeistoczenie zarządzono.

Sprzętów szkolnych było: 1981 ławek, 172 stołów, 273 krzeseł, 224 tablic, 62 zegarów, 50 dzwonków.

Przyborów do nauki liczyły szkoły tego okręgu znaczną liczbę, bo 1978 książek szkolnych dla ubogiej młodzieży, 72 globusów, 410 map ściennych, 2228 tablic ściennych, 364 obrazów, 71 abecadeł ruchomych, 94 liczydeł, 1178 modeli miar i wag metrycznych, 10,618 wzorów do rysunku i kaligrafii.

Biblioteki szkolne liczyły wogóle dzieł stósownych dla nauczycieli i dzieci szkolnych 6,409 biblioteka okręgowa nauczycieli 258 dzieł i broszur w 306 tomach.

Prócz tego zaopatrzono 40 szkół w aparaty fizykalne, modele brył geometrycznych, telurya, okazy do nauk przyrodniczych i t. d.

Przy szkołach znajdowało się 75 ogródków szkolnych, a w nich 4341 szczepów.

Szkołami temi zarządza w pierwszej instancyi Rada szkolna okręgowa przy pomocy 35 miejscowych nadzorców szkolnych. W skład jej wchodziło prócz naczelnika politycznej władzy i okręgowego inspektora szkół, 2 reprezentantów wyznań religijnych, 3 delegatów rad powiatowych i 2 reprezentantów zawodu nauczycielskiego. Rada ta odbyła 11 posiedzeń plenarnych. Ogół spraw załatwionych w ciągu roku wynosi 4536.

---

Minister wyznań i oświaty zatwierdził uchwałę kolegium profesorów Wydziału prawa i administracyi w uniwersytecie krakowskim, dopuszczającą Dra Józefa Rosenblatta na docenta prywatnego prawa karnego w tymże uniwersytecie.

Minister wyznań i oświaty mianował zastępcę nauczyciela religii w gimnazyum Złoczowskiem X. Izydora Jezierskiego *rel. gr.* rzeczywistym nauczycielem religii tamże.

---

**Wiedeń** 17 maja. Podkomitet komisyi ugodowej, któremu przydzielono przedłożenie rządowe o podatku od cukru i wódki, ukończył już rozprawy ogólne nad tym przedmiotem i uchwalił wziąść go pod rozprawy szczegółowe z tym dodatkiem, iż ustawą odnośną powinny być objęte także przepisy do sposobu opodatkowania. Zgodzono się już nawet na podstawę tego opodatkowania.

Wydział podatkowy wybrał sprawozdawców do ustaw przez siebie uchwalonych. Sprawozdawcą dla podatku dochodowo-osobistego i od rent, oraz do przedłożenia o opodatkowaniu spółek akcyjnych wybrany dep. Dr Beer, dla podatku zarobkowego, domowego i gruntowego dep. Dr Menger.

— Wynik głosowania nad wnioskiem bar. Prato o podział Tyrolu południowego, wywołał jak wiadomo burzę w stronnictwie wiernokonstytucyjnem. P. Herbst złożył mandat przewodniczącego klubu lewicy, a w dziennikach lwowskich znajdujemy depeszę, że w miejsce jego wybrany dep. Dumba. Wiadomość ta zdaje się przedwczesną, bardzo bowiem wątpić należy, żeby się p. Herbst nie dał uprosić. Obrót, jaki wzięła sprawa rzeczonego wniosku, prawdopodobnie nie jest także na rękę rządowi, który nie może sobie w tej chwili życzyć, aby deputowani Tyrolu włoskiego wystąpili z Rady państwa. Donoszą też dzienniki wiedeńskie, że ministerstwo ma zamiar sparaliżowania onegdajszej dyskusyi w ten sposób, iż ma obsadzić opróżnioną od roku posadę radcy dworu w expozyturze namiestnictwa w Trydencie i w ogóle poczynić kroki, choć częściowo przeprowadzające to, co wyrażał wniosek komisyi, który upadł.

## Królestwo Polskie

Rozsiewane od czasu do czasu pogłoski, że rząd rosyjski zamyśla o pewnych zwolnieniach dla Królestwa Polskiego i niejakich ustępstwach z dotychczasowego systematu postępowania, nie mają bez wątpienia żadnej podstawy, gdy nawet teraz: wobec przeważnego i prawie wyłącznego zajęcia się wojną wschodnią i jej skutkami, sprawa rusyfikacyi Królestwa Polskiego nie schodzi z porządku dziennego. Oto dziennik półurzędowy *St. Pet. Wied.* donosi, że „w wyższych sferach urzędowych“ roztrząsano przed kilką dniami kwestyę potrzeby ostatecznego zaprowadzenia języka rosyjskiego do wykładów religii katolickiej we wszystkich zakładach naukowych okręgu Warszawskiego, w celu zrównania tych wykładów z wykładami innych przedmiotów, które od r. 1870 odbywają się w języku rosyjskim, „gdy tymczasem z liczby 53 szkół w „Przywiślańskim“ kraju, tylko w 16 religia wykładaną jest po rosyjsku, w pozostałych zaś 37 po polsku“. „Chociaż byłoby bardzo pożądanem i w skutkach zbawiennem jaknajrychlejsze spełnienie tej myśli — powiada następne dziennik petersburski — lecz władze musiały uznać, że jak na dziś, ważna ta sprawa rozbija się jeszcze o przeszkodę nieprzezwyciężoną, to jest o zupełny brak księży katolickich, posiadających język rosyjski w stopniu zadawalniającym. Że zaś uczniowie wszystkich szkół okręgu naukowego Warszawskiego, przechodząc kursa nauk w języku rosyjskim, tak już dobrze znają ten język, że uderzałyby ich błędy, popełniane przez księży, źle mówiących po rosyjsku i uwłaczałyby powadze tych ostatnich, przeto rząd postanowił zostawić rzeczy tymczasowo *in statu quo*, sprawę zaś rozpowszechnienia wykładów języka rosyjskim we wszystkich szkołach duchownych Polskiem odłożyć do czasu, gdy [...] i wyda pożądane owoce powzięty

## Teatr wojny.

Wiadomość o wkroczeniu Rosyan do Dobruczy i o bitwie stoczonej przy tem pod Podbaszi dotychczas nie potwierdza się. Rozesłała ją ajencya Havasa, opierając się, jak teraz się pokazuje, na krążących w Bukareszcie pogłoskach, którym tam powszechnie wierzono. Atoli przypuszczenie nasze wczorajsze, podające całą tę wiadomość, w wątpliwość potwierdza jeszcze ta okoliczność, że Podbaszi jest nazwiskiem małej odnogi Dunaju pod Maczynem, w której okręty dolnego Dunaju zwykły zimować, chroniąc się przed lodami. Miejsce to przeto nie jest odpowiedniem do przejścia większych i skombinowanych korpusów, jeżeli więc Rosyanie usiłowali istotnie przejść tamtędy, natenczas było to prawdopodobnie w celu demonstracyi.

Kanonada pomiędzy Turtukanem a Oltenicą wczoraj znów rozpoczęła się i jak z Bukaresztu donoszą, Turtukan został spalony, a Turcy cofnęli się do redut, otaczających to miasto. Zresztą słychać tylko o ciągłych ruchach wojsk rosyjskich. „Pomimo niepogody, piszą do *Polit. Corr.* z Jass, posuwanie się armii rosyjskiej ku Dunajowi dokonywa się z względnym pośpiechem. Dotychczas brzeg Dunaju od Kilii do Turnu-Mogurelli, miejsca położonego malowniczo nad ujściem Aluty do Dunaju, jest zapełniony wojskiem rosyjskiem rozłożonem albo masami, albo małemi oddziałami. Sześć korpusów, które tworzyły z początku armię południową, są już teraz w zupełności na terytoryum rumuńskiem. Szef sztabu głównego nie uważa jednak nawet tej znakomitej siły za dostateczną, aby zacząć wielkie dzieło przejścia Dunaju. Na nalegania jego wcielone jeszcze zostały korpusy 4, 13 i 14 do armii działającej, które zmobilizowane w grudniu r. z. tworzyć miały pierwszą rezerwę. Pierwszy z tych korpusów przekroczył 12 b. m. Prut, a jedna brygada przeszła przez Jassy dnia następnego w kierunku na Gałacz i Brailę. Z wiarogodnego źródła donoszą, że te nowe oddziały wojska mają zastąpić 9 i 7 korpus, które odejdą do Dżiurdżewa. Aby jednak armia otrzymała jaknajrychlejszą rezerwę, wydano rozkazy dalszej mobilizacyi. Oficerowie rosyjscy zapewniają, że 55,000 ludzi różnego rodzaju broni, tworzących nową rezerwę, już w pierwszych dniach czerwca wkroczy do Rumunii. Oficerowie rosyjscy zajmują się głównie kwestyą przejścia Dunaju. Nikt jednak do tej chwili nie wie, gdzie to przejście faktycznie nastąpi. Sądząc z kierunku koncentracyi wojska, oficerowie rosyjscy mniemają, że pod Zimnicą. Od wczoraj (12 b. m.) codziennie odchodzi z Jass 8 do 10 pociągów, wioząc wojsko do Płojeszti, Pitesti, Slatiny i Korbu. Z Slatiny idzie wojsko piechotą do Zimnicy, gdzie się wielkie masy koncentrują. Według podań wiarogodnych, jest w drodze do Zimnicy w tej chwili 52,000 piechoty. 7,400 jazdy i 12 bateryj, lecz idą także bez przestanku oddziały wojska w kierunku Braila-Draganesti. Starsi oficerowie rosyjscy utrzymują, że do 18 b. m. będzie skoncentrowanych w okolicy Zimnicy około 90,000 ludzi z liczną artyleryą. Zimnica leży naprzeciw Swistowo, według tego więc nastąpiłoby przejście Dunaju między temi dwoma miejscami“.

O bitwie pod Batum, w której Rosyanie ponieśli znaczną porażkę, pojawiają się tu i owdzie pewne szczegóły. Już depesze wczorajsze zredukowały ową 4000 stratę Rosyan do 200 lub najwięcej 300 żołnierzy, a ze źródeł angielskich pokazuje się, że w ogóle 4000 Rosyan było na polu bitwy, wszyscy więc co do jednego zginąć nie mogli. Korespondent *Daily Telegraph* był naocznym świadkiem tej bitwy i tak ją opisuje: Dnia 11 maja o godz. 5tej rano wojsko rosyjskie z kilku bateryami artyleryi polowej uderzyło na Batum i okalające je pagórki, obsadzone baszybozukami. Turcy usypali na tych pagórkach szańce i pochowani za okopami, rozpoczęli straszny ogień działowy i karabinowy, który „literalnie zmiótł wszystkich Rosyan“. Padali oni setkami na równinie u stóp pozycyj tureckich, a podczas gdy usiłowali skryć się przed tym morderczym ogniem, oddział jazdy i piechoty tureckiej napadł pod ochroną silnych zarośli na skrzydło kolumny rosyjskiej, tak, że Rosyanom nie pozostawało nic innego, jak walczyć do ostatniej kropli krwi lub uciekać. Wkrótce całe pole walki zostało pokryte trupami, ale w chwili, gdy już Turcy ustawać zaczęli, nadeszły im posiłki i bitwa na nowo się rozpoczęła. W kilka godzin później Rosyanie zmuszeni zostali do cofnięcia się. Korespondent chwali bardzo wytrwałość i zapał żołnierza tureckiego i dodaje, że widział na własne oczy, jak Turcy zabrali kilka dział rosyjskich, a Rosyanie nie wzięli ani jednego tureckiego.

---

Bukareszt 16 maja. Dziś w południe rozpoczęło się znowu bombardowanie Oltenicy. Bateryе rumuńskie odpowiedziały silnem ogniem. Z Oltenicy spostrzeżono pożar w Turtukaj. Wczorajsze strzały tureckie nie zrobiły w Oltenicy żadnej szkody. Wks. Mikołaj przyjmował tu wczoraj deputacyę bułgarską, błagającą o wyzwolenie z pod jarzma tureckiego. Wks. przyobiecał im swoją pomoc i ochronę.

Bukareszt 16 maja. Turcy cofnęli się z Turtukai do dwóch pobliskich redut. Dwa parowce tureckie usiłowały wylądować na wyspie Mokau koło Dziurdżewa, Rumuński batalion strzelców zmusił turków do odwrotu. Ks. Karol ofiarował 10,000 dukatów na wyekwipowanie oficerów.

Bukareszt 16 maja. *Romanul* zaprzecza, jakoby pod Kalafatem znaleziono wiele trupów. Pod Istakiem bombardowano dziś bardzo silnie; jeden monitor został uszkodzonym.

Konstantynopol 16 maja. Abdul Kerim basza w sprawozdaniu swojem przedłożonem sułtanowi, wyraża się o stanie twierdz w Bułgaryi z zupełnem zadowoleniem, zwłaszcza zaś o Ruszczuku, Silistrii i Szumli, które to twierdze posiadają zapasy żywności na rok jeden. W Turtukaj stoi 12 batalionów gotowych do wylądowania w każdej chwili pod Oltenicą.

Tyflis 16go maja. Dnia 24go b. m. udaje się W. ks. Michał z synem do armii pod Karsem. Turcy, stojący pod Karsem starali się przywrócić komunikacyę z Erzerum, Rosyanie jednak przeszkodzili im. W ostatniej potyczce pod Hucubani w dniu 11 b. m. wzięto do niewoli 180 Turków, bitwa trwała dwie godziny.

W Czecznej panuje porządek. 92,000 mieszkańców złożyło broń. Od niedzieli usiłowali Turcy trzy razy wylądować pod Suchumkale. Wioska Suchum spalona; wojska znajdujące się w forcie i koszarach odpierały dotąd skutecznie usiłowania Turków, pragnących wylądować.

Bukareszt 16 maja. (*Polit Corr.*) Chociaż tutejszy dziennik urzędowy *Romanul* ogłasza pogłoski, krążące o stratach artyleryi rumuńskiej pod Kalafatem za bezpodstawne, pewnem jednak jest, że baterye rumuńskie poniosły w ostatnich dniach znaczne straty tak w materyale, jak i w ludziach. Niejedno działo zostało zdemontowane, a kule tureckie tak daleko sięgały, że piechota rumuńska musiała zająć bezpieczniejsze stanowisko za Kalafatem. Od wczoraj przejeżdżają liczne oddziały rosyjskie linią Bukareszt-Slatina. Wczoraj przeszło tą linią olbrzymie działo, które samo zajęło 3 wagony. Zaraz potem przeszedł pociąg z materyałami do budowy mostu.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 18 maja. Po ulewnym nieprzerwanym deszczu parodniowym Wisła wezbrała znacznie, oraz wpadające w mieście naszem w pobliżu do niej rzeczki, Rudawa, Piekiełko, Wilga, tak iż niemal grozi niebezpieczeństwo wylewu; część Błonia jest pod wodą. Dziś przed południem wody zaczęły opadać, ale od południa znów się wznoszą, jednak dość powolnie, tak iż dotąd niema obawy wylewu.

— Towarzystwo Wzajemnej Pomocy uczniów Uniw. Jagiell. na posiedzeniu komitetu 13 b. m. rozdało następujące nagrody za nadesłane prace konkursowe rozpisane na rok 1877. Z wydziału teologicznego otrzymali: 1) p. Jan Złoża, za pracę p. n.: „Rozprawa o przysiędze,“ otrzymał kwotę 50 złr.; 2) p. Tomasz Wnęk, za pracę p. n.: „Wykazać powody zniesienia zakonu OO. Jezuitów, przez którego papieża i jakie są przyczyny wymienione w bulli, w którem państwie zatrzymani, i jak długo tam pozostali, wreszcie, który papież zakon OO. Juzuitów przywrócił,“ otrzymał kwotę 40 złr. Z wydziału lekarskiego: 1) pracę p. Józefa Bogdanika p. n.: „Podać najwłaściwszy sposób wprowadzenia rtęci do organizmu, w celu wyleczenia kiły opierając się na przypadkach leczonych w ostatnich latach w klinice krakowskiej,“ wynagrodzono kwotą 90 złr.; 2) pracę p. Tadeusza Dworskiego p. n.: „Wpływ mechanicznego drażnienia nerwu błędnego na ruchy oddechowe,“ kwotą 90 złr.; 3) pracę pp. Jana Podegimskiego i Glücka p. n.: „O wpływie salicynu na ciepłotę fizyologiczną i gorączkową na podstawie doświadczeń klinicznych,“ kwotę 70 złr.; 4) pracę p. Józefa Goński p. n.: „Opisanie trzech wypadków chorobowych z zakresu suchót i gruźlicy dostrzeganych w ostatnich czasach w klinice prof. Dra Korczyńskiego,“ wynagrodzono kwotą 60 złr.

— Towarzystwo muzyczne w Krakowie ogłasza plakatami, że ma zamiar zająć się urządzeniem w wilię św. Jana „Wianków“ na Wiśle i uprasza o przyłożenie się publiczności do wydatków na ten cel potrzebnych, które w różnych sklepach i lokalach publicznych przyjmowane będą. W roku zeszłym także Towarzystwo muzyczne powzięło myśl składki na Wianki, a połowa kosztów, które wynosiły 254 złr. zebraną została za pośrednictwem Administracyi *Czasu*. Z wydatku zeszłorocznego zostało 67 złr. 21 ct., które złożone są w Kasie oszczędności.

— „Działa zagrzmiały, w bębny uderzono,“ dyktatorska *Gazeta Narodowa*, coraz cięższego kalibru pociski rzuca na „żydowsko-centralistyczno-teutoński,“ „moskiewski,“ „Lasserowski,“ „panslawistyczny,“ „ultramontański,“ „denuncyatorski“ i t. d. *Czas*; od „dobrze poinformowanej osoby“ dowiaduje się bowiem, „że *Czas* otrzymał debit w Królestwie.“ Widocznie zabrakło już pocisków w arsenale narodowym, kiedy się zaczyna strzelać bankami myślanemi. P. dyktatora *Gazety* zapewnić możemy, że jego pocisk oszczerczy niedosięgnie *Czasu* ale odbije się na nim samym. Przypominamy mimochodem oskarżenie p. Rogosza pochodzące także od „dobrze poinformowanej osoby,“ która w słynnym procesie twierdziła, jakoby redaktor *Gazety Narodowej*, wydawał emigrantów rządowi rosyjskiemu.

— Redakcya *Poradnika przemysłowo-rolniczego* zaprasza „interesowanych obywateli na zebranie poufne w sprawie ucisku podatkowego, którym wszyscy obywatele od pewnego czasu niesłychanie są przeciążeni“. Zebranie to odbędzie się d. 27go b. m. o godzinie 4ej po południu w sali Rady miejskiej.

— Onegdaj 47 wagonów napełnionych suchárami przejechało z Warszawy przez Kraków do Bukaresztu dla wojska rosyjskiego.

— Zabity wczoraj 18-letni chłopak na dworcu kolei przez samowolę parobka Podoby, nazywał się Jan Orgala z Tłuczani w pow. Wadowickim.

— **Jasło** 16 maja.

W tych dniach wmurowano w tutejszym kościele parafialnym tablicę pamiątkową namiestnika hr. Gołuchowskiego. Tablica z czarnego marmuru z napisem a nad nią w płaskorzeźbie z piaskowca głowa portretowa otoczona wieńcem, roboty p. Władysława Eliasza w Krakowie. Pobudkę tej tablicy pamiątkowej wyraża początek napisu na niej umieszczonego: „Dla uczczenia pamięci prawdziwych zasług około utworzenia gimnazyum w Jaśle“.

— **Dąbrowa** 17 maja.

Wczoraj w skutku ulewnych deszczów, wezbrała nagle rzeczka Nieczajka i omało ofiarą jej nie padła uboga kobieta, która przed wezbraniem wody udała się po chrust a zanim spostrzegła co się dzieje, już się znalazła w niebezpieczeństwie. Nikt z obecnych nie odważył się z niesieniem jej pomocy, ale mała jej córeczka zapewne za czyjąś poradą pobiegła do miasta o pomoc do straży ochotniczej ogniowej. Trzech członków tej straży wskoczyło do wody i przy pomocy narzędzi swoich wyratowali kobietę, a mianowicie p. Józef Klein, dowódzca oddziału gimnastyków i p. Mendl. Straż ta istnieje od roku i powstała za powodem Rady powiatowej a staraniem p. Leona Like, który jest jej naczelnikiem.

**Wiadomości policyjne:** P. Marek Ehrenpreis kupiec złożył w policyi znalezioną onegdaj na plantacyach czarną parasolkę jedwabną. Straż policyjna aresztowała Loebla Ringera żebraka, za napaści i zranienie kijem innego izraelity; Stanisława Kowalczyka, wyrobnika, poszukiwanego sądownie za rabunek.

**TEATR.** W sobotę dnia 19go maja: Na dochód Józefa Rychtera: Siódmy gościnny występ. Komedya w 5ciu aktach, Moliera, przełożył Klemens Podwysocki: *Swiętoszek* (Le Tartuffe). — Początek o godzinie wpół do 8ej.

W poniedziałek dnia 21go maja: Osmy gościnny występ Józefa Rychtera: Dramat historyczny z XVII wieku, napisany przez Juliana z Paradowa: *Przeor Paulinów* czyli *Obrona Częstochowy*. — Początek o godzinie wpół do 8ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk piękn

…projekt pod obrady szczegółowe.

Nakoniec odczytano wniosek dep. Pfeifera o egzekucyach podatkowych w Krainie równających się wywłaszczaniu drobnej posiadłości ziemskiej, a żądający od komisyi podatkowej, aby uczyniła co potrzeba ku zapobieżeniu.

Koniec posiedzenia o godz. 2 min. 15.— Następne w piątek.

## Rzym 8 czerwca.

(x.) Wczoraj w południe pielgrzymi polscy opuścili wieczne miasto, gdzie przez dni ośm zwiedzali pod przewodnictwem OO. Zmartwychwstańców najważniejsze pamiątki chrześciańskie. Włościanie nasi wyjeżdżali z Rzymu z żalem i radością: żal im bowiem było tych wrażeń i piękności, na jakie przez cały tydzień patrzeli; z radością, bo audencya u Ojca św. i to przekonanie, że każdy z nich widział Papieża z bliska, że nieledwo dotykał się rąbków szaty jego, a że niektórzy z nich byli przedstawieni Ojcu św., sprawiła na nich niewypowiedziane wrażenie. Pobyt i zachowanie włościan naszych w Rzymie, wzbudzał podziwienie nawet u cudzoziemców. Zwiedzali oni kościoły z wielką pobożnością, w Lateranie odbyli procesyę po kościele, śpiewając „Przed oczy twoje Panie“, a na cmentarzu św. Wawrzyńca, gdzie w ostatnich latach tyle polskich przybyło grobów, przyszło do bardzo rozczulającej sceny. Jeden z biskupów włoskich przybyłych właśnie na dzień 3go czerwca, widząc tak liczną gromadkę modlącą się na grobie O. Aleksandra Jełowickiego, zapytał się towarzyszącego im księdza czy to Polacy? Nasi chłopi zobaczywszy biskupa, zaczęli go swoim zwyczajem całować po rękach i nogach. Ten rozczulony niezwykłym objawem uszanowania dla sług Kościoła, rozpłakał się z radości, a gdy mu przedstawiono unitę podlaskiego, który przed prześladowaniem schronił się do Galicyi, sam go w rękę pocałował w dowód czci dla wyznawców Kościoła polskiego. Chłopi galicyjscy stali u Pasyonistów, poznańscy przy *Porte Roto* w klasztorze, gdzie się odbywają rekolekcye dla opuszczonych chłopców. Jednego dnia chłopi poznańscy wybrali się do galicyjskich z wizytą; była to bardzo rozczulająca scena. Zaczęły się bowiem mowy i odpowiedzi, które się skończyły łzami i wspólną modlitwą, ani z świeckich, ani z księży nikt nie brał udziału, ani nie nakłaniał do tych braterskich odwiedzin; inicyatywa wyszła od nich samych.

W dzień audyencyi pielgrzymi poznańscy udali się na pożegnanie do Kardynała Prymasa, który wyłożył im znaczenie mowy Ojca św. W imieniu dyecezyan X. Prymasa przemawiał X. kan. Marjański.

Grono Polaków przybyłych do Rzymu coraz więcej się uszczupla; zaraz na drugi dzień po audyencyi rozjechało się bardzo wielu, zostało tylko kilku

---

administ…
nie są bynajm…
nas wątpliwości. Technika ich jest niezadawalająca, jak przyznaje sama komisya kolejowa, mówiąc (czyta): „Nie ulega wątpliwości, że technika ustawodawstwa, — jaka się pojawia w paragrafie niniejszym, należy do wyjątków; paragraf ten nie jest dyspozycyjny, nie stwarza prawa formalnego, daje rządowi tylko pełnomocnictwo, które nie upoważnia do niczego więcej, jak do czego istnieje już uprawnienie samo przez się“ — tak, że łatwoby nawet pojąć, gdyby ktoś wydał o ustawie tej sąd, iż równie dobrze możnaby bez niej się obyć. Jeżeli się atoli chce dać rządowi na pożytek powiedziałbym naszych dróg żelaznych podobne pełnomocnictwo rzeczywiście pożyteczne, wtedy nie można zadowolić się pełnomocnictwem udzielonem nie w formie ściśle określonej, lecz tak oto ogólnikowej, jak ją tu mamy; a wszak że mamy prawo żądać od ustawy przedewszystkiem jasności.

Znaleźć tę formułę, połączone wprawdzie z trudnościami; sam ich nie lekceważę. Ale jeśli się wyznaje, jak to uczyniła szan. komisya kolejowa, że ponieważ niełatwo znaleść formułę, którąby wszystkich zadawalała, przeto chwycono się formuły niezadawalającej nikogo, stawamy wtedy wobec sprzeczności, która z wszystkiego najmniej nas zadowolić zdolna. Jeśli czynnik ustawodawczy musi powiedzieć sobie: nie potrafię znaleźć formy, aby paragraf ten dyspozycyjnie przedstawiał się jako odlew prawidłowy — wtedy z góry uniewinnię rząd, gdyby odpowiedział: ja jako czynnik wykonawczy tem mniej znaleźć potrafię formę, którąbym wszystkim dogodzić mógł i uczynić zadość ustawie. Bez względu tedy na rząd którykolwiek, żądać trzeba, aby forma była obrana przez prawodawcę taka, żeby wykonawca mógł ją właśnie wykonać. (*Głosy z prawicy: bardzo słusznie!*) *Clara pacta* prowadzą oba czynniki do celu, *clara pacta*, oto i nasze żądanie, gdy domagamy się odesłania do komisyi, która sama wyznaje, że § 5mu braknie należytej techniki i jasno dyspozycyjnych przepisów, *recte* formy ustawodawczej.

Powołując się na to, że właściwie my czyli koledzy nasi w komisyi są tymi, którzy pierwsi poruszyli myśl sanacyi, albo zasadniczo na nią się zgodzili, ale nie w takiej jak ta formie, że przeto rozmyślnego zwłóczenia przypisywać nam nie można, wywiązuję się z polecenia szanownych kolegów moich, prosząc wysoką Izbę (czyta):

Wysoka Izba raczy uchwalić: „Projekt dotyczący poręczonych dróg żelaznych przekazać na nowo komisyi celem nowego opracowania z zachowaniem zasad następujących:

1) ściśle oznaczyć, kiedy rząd ma prawo, ewentualnie obowiązek udzielania zaliczek na pokrycie niedoborów, a kiedy mu tego z własnej mocy czynić nie wolno;

---

„wyzwolenia słowian południowych,“ tudzież entuzyazmu dla rozpoczętej wojny, skoro ogłasza wiadomości podobne następującéj, którą cytujemy dosłownie z półurzędowych *St. Piet. Wiedm.*, a którą powtarzają z rozmaitnemi waryantami wszystkie inne dzienniki rosyjskie:

Oto jak brzmi ta wiadomość;

„Do Petersburga przybył pewien Polak, należący do jednéj z najznakomitszych, historycznych rodzin, w celu wyjednania u rządu pozwolenia na utworzenie legionu polskiego dla walki z Turcyą w sprawie wyzwolenia Słowian południowych. Życzeniem jest znakomitego owego Polaka, aby legion ów składał się z samych jego ziomków wyłącznie i aby mu przyswojono uniform narodowy polski. Koszta sformowania, umundurowania i utrzymania tego oddziału wojska przez cały czas wojny ma przyjąć na siebie arystokracya polska, uzbrojenie tylko byłoby dopełnionem kosztem rządu.“ Zamyka zaś dziennik petersburski powyższą wiadomość następującemi słowy: „O ile słyszeliśmy wyjednanie pozwolenia na sformowanie legionu na warunkach powyższych niedozna żadnych trudności, a to tem bardziéj, że ma ono na celu dowiedzenie, iż Polacy w Rosyi przeświadczyli się ostatecznie, że jedność narodów Słowiańskich jest konieczną i nieuniknioną.“

Mniemamy, że „wiadomość“ powyższa wymowną jest bez komentarzy. Jest to, zdaniem naszem, brednia tendencyjna, dowodząca wszakże, że o „wspólność uczuć“ Polaków z Rosyanami w sprawie wszechsłowiańskiéj rządowi rosyjskiemu chodzi tak dalece, iż w zamian za dobrowolne a czynne zamanifestowanie podobnych uczuć ze strony Polaków byłby aż gotów do ustępstw tak niesłychanie wielkiéj doniosłości, jak pozwolenie tym z nich, którzyby chcieli walczyć za obcą sobie sprawę... noszenia uniformu narodowego polskiego!..

— Ukaz rosyjski zarządzający rekrutacyę według *Gońca Urzędowego* brzmi jak następuje:

„W najwyższym ukazie imiennym Jego Cesarskiej Mości, danym rządzącemu senatowi w Petersburgu dnia 10 (22) maja 1877 r. z własnoręcznym podpisem Najj. Pana, wyrażono: „Na zasadzie artykułu 9 ustawy o powinności wojskowej, zatwierdzonej przez nas dnia 1 stycznia 1874, liczba ludzi potrzebna do skompletowania armii i floty, oznacza się każdego roku w drodze prawodawczej. Stosownie do tego, zatwierdziwszy obecnie wyrzeczoną w Radzie państwa na wniosek ministra wojny opinię co do wysokości cyfry mającego nastąpić w roku bieżącym powołania ludzi do czynnej służby wojskowej, rozkazujemy: Dla skompletowania armii i floty powołać w roku 1877, sposobem przepisanym w ustawie o powinności wojskowej, dwieście ośmnaście tysięcy ludzi, licząc w to i tych, którzy złożą podczas

---

Podawał się on za korespondenta i śledził stanowiska pod Dżiurdżewem. Niedawno telegrafował do sztabu głównego w Płojeszti prosząc o wpuszczenie go do głównej kwatery; ponieważ mu odmówiono, a ważęsał się bez upoważnienia, przeto pochwycono go i przyprowadzono do Płojeszti. Dochodzenie wykazało, że Kraut przebierał się bezprawnie za oficera to austryackiego, to niemieckiego, a dawniej popełniał oszustwa. Znaleziono przy nim notatki potwierdzające szpiegostwo, wskutek czego został rozstrzelany. (*Presse*).

Bukareszt 11 czerwca. Główna kwatera rosyjska armii naddunajskiej ma być przeniesioną do Aleksandryi, dokąd udali się już kwatermistrze rosyjscy. Urządzają tam 30 baraków sanitarnych.

Pera 11 czerwca. Jak doniesiono 2 b. m. Czarnogórcy wykonali ruch na trzech punktach. Suleiman basza, który wyruszył przeciw nim uderzył na nich na wzgórzach między Orlatą i Krystaczem, przez nich obsadzonych; po zaciętej walce wojsko tureckie zajęło wszystkie pozycye czarnogórskie, oraz fort Krystacz. Wskutek tej klęski zniesiono oblężenie Istopa. Ali Saib basza, komendant dywizyi w Skutari, o tym samym czasie i bez wszelkiej przeszkody zajął kilka ważnych pozycyj, a brygadyer Hadżi Hussein basza opanował szańce pod Janiköi, Sevk i Bryalato. Mehemet Ali basza komendant w Nowym Bazarze telegrafuje również, że pobił Czarnogórców, a wojsko tureckie zwycięzko dotarło godzinę drogi w głąb Czarnogóry. W walkach tych ponieśli Czarnogórcy wielkie straty; natomiast trzem mieszkańcom Isbaza, którzy się im do rąk dostali, poobcinali nosy, uszy i ręce; jednemu dziecku 11 letniemu odcięli głowę, a dwie kobiety i dwóch mężczyzn Chrześcian zamordowali (*Presse*).

Konstantynopol 11 czerwca. Słychać, że Sułtan mianować ma dowódzcę wojsk egipskich, księcia Hassana, *muszirem* (feldmarszałkiem) państwa ottomańskiego. Namiestnicy w Diarbekrze i Siwas wydali odezwę do ludności, aby przyjmowała gościnnie wszystkich mieszkańców Erzerum bez różnicy wyznania i narodowości, którzyby opuścili miasto obawiając się oblężenia.

Tiflis 10 czerwca. Główna kwatera armii kaukazkiej rosyjskiej przewiezioną została z Saim do Mazry, gdzie już urządzono stacyę telegraficzną.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 13 czerwca. Dziś o godzinie 11ej zrana odbyło się w kaplicy Matki Boskiej Różańcowej przy kościele OO. Dominikanów nabożeństwo dziękczynne za szczęśliwie odbytą podróż do Rzymu tej partyi naszych pątników, którzy zostawali pod

---

przez Ojca św. Kardynał Prymas zbliżył się do tronu papieskiego i rozpoczął czytać adres łaciński, po skończeniu którego ucałował ręce Papieża i wręczył pięknie oprawny adres jednemu z prałatów. Po tem stanąwszy na stopniach tronu przedstawiał Papieżowi następujących panów: ks. Konstantego Czartoryskiego, który wręczył adres galicyjski, hr. Franciszka Zółtowskiego, składającego adres poznański, ks. Stanisława Jabłonowskiego w karmazynowym kontuszu z krzyżem zasługi na piersiach, X. prałata Jurkowskiego, reprezentanta kapituły lwowskiej, który złożył świętopietrze zebrane w Galicyi w kwocie 14,000 franków w złocie, posła Zakrzewskiego i kan. Marjańskiego z świętopietrzem poznańskiem (50,000 franków), X. Neubauera z Chełmińskiego z świętopietrzem z Prus Zachodnich (30 tysięcy marek), p. Chytreka współpracownika *Katolika* z świętopietrzem od Szlązaków (30,000 marek) i X. Leopolda Siemieńskiego z Krakowa z świętopietrzem 1,200 fr., X. E. Podolski wręczył Ojcu św. kielich roboty p. Lenartowicza i świętopietrze (7800 franków i 600 rubli) zebrane staraniem Redakcyi *Przeglądu Lwowskiego*. Ojciec św. wziął kielich do ręki i zatrzymał się przy nim rozpytując się co przedstawiają pojedyńcze medaliony i figury. Znać było, że dar ten bardzo mu się podobał, uśmiechał się bowiem i widocznie okazywał zadowolenie. Jeden z kanoników poznańskich wręczył relikwiarz poznański, a X. Szurowicz piękny krzyż bursztynowy, przesłany przez decyzyę chełmińską. Krzyż ten zwrócił także uwagę Ojca św., wziął go do ręki i przypatrwał się z zajęciem. Ks. Adam Czartoryski złożył obraz Matki Boskiej Częstochowskiej, kosztownie oprawny, przesłany przez ks. Władysławową Czartoryską, O. Waleryan Przewłocki puszkę na Przenajświętszy Sakrament, ofiarowaną przez hr. Julię Puswłowską. Jeden z włościan poznańskich z pod Skalmierza krzyż drewniany własnego wyrobu. Jeden z kapłanów, dwóch chłopów i Dr. Jarecki adwokat z Tarnowa składali księgi z podpisami adresów. Następnie Kardynał przedstawiał jeszcze ks. Ferdynanda Radziwiłła, hr. Stanisława Potockiego z Rymanowa, trzech pp. Chłapowskich Stanisława, Kazimierza i Franciszka. P. St. Chłapowski wręczył Ojcu św. medal złoty wybity na cześć Kardynała Prymasa, dziękując w kilku słowach za ozdobienie Prymasa polskiego a Arcyciskupa poznańskiego purpurą kardynalską, na co Ojciec św. odpowiedział, stosując do wybicia medalu: „dobrzeście uczynili, Kardynał zrobił zaszczyt purpurze rzymskiej“ (*le Cardinal a fait l'honneur à la pourpre romaine*). W końcu Kardynał przedstawił X. Stojałowskiego, p. Tomaszewskiego, redaktora *Przyjaciela ludu*, i Unity z Podlaskiego, o którego Ojciec św. pytał się Kardynała, czy pochodzi z samego Chełma. Z dam polskich przedstawiono Ojcu św. hr. Wielohorską, ks. Ferdynandową Radziwiłłową, panią Chłapowską, p. Bromirską, hr. Edmundową Starzeń-

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

### Korespondencya dyplomatyczna

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Nr. XV.

*Lord A. Loftus do hr. Derby.*

(Otrzymano 19 kwietnia.)

Petersburg 13 kwietnia 1875 r.

Milordzie!

Mam zaszczyt załączyć Waszej Wysokości, artykuł z urzędowego organu, rządu cesarskiego zdający sprawę z przyjęcia, przez J. C. Mość Cesarza i Rodzinę cesarską deputacyi duchowieństwa z Chełmu i niektórych parafij gubernii Lubelskiej i Siedleckiej, proszącej o nadanie sankcyi cesarskiej, przyłączeniu Unitów greckich do świętego prawosławnego wschodniego kościoła. JCMość w odpowiedzi swojej, wyrzekł: Przyjmuję oświadczenie deputacyi z prawdziwem zadowoleniem i dziękuję Bogu, który w swej niewypowiedzianej dobroci, natchnął Was chęcią powrócenia na łono kościoła prawosławnego. Wasi przodkowie należeli do tego kościoła, który was napowrót otwartemi ramionami przyjmuje." JCMość podziękował deputacyom za pociechę, którą mu sprawili i wyraził nadzieję, że Wszechmocny wesprze ich w przedsięwzięciu, które z namysłem podjęli.

Mam zaszczyt i t. d.

(podp.) *August Loftus.*

Załącznik do Nr. XV.

Wyciąg z *Journal de St. Petersbourg*

z 28 marca (9 kwietnia) 1875 r.

*Dziennik urzędowy* ogłasza następujące zawiadomienie.

Duchowieństwo kapituły dyecezyi grecko-unickiej w Chełmie, jakoteż członkowie duchownego seminaryum tej dyecezyi zgromadzeni 18 lutego, aby naradzić się nad sprawozdaniami, jakie władze dyecezyalne otrzymały, od wszystkich dziekanów gubernii Lubelskiej, wyrażającemi szczere życzenia, powrócenia na łono kościoła prawosławnego, wraz z parafianami. Po dokładnym rozbiorze i gruntownem zastanowieniu, postanowiono jednogłośnie, prosić najwyższą władzę, by zezwoliła członkom zgromadzenia, oraz duchowieństwu i ich parafianom połączyć się z kościołem prawosławnym, i wybrać deputacyę, któraby N. Panu przedłożyła to postanowienie.

Wobec tego postanowienia duchowieństwa chełmskiego, jeneralny gubernator Warszawy, uznał za stosowne, przedewszystkiem, przekonać się jak najdokładniej o ile ludność gubernii Lubelskiej, była skłonną pójść za przykładem swych duszpasterzy. Ankieta przeprowadzona w tem celu przekonała, że wszystkie parafie guberniii Lubelskiej, były jednego zdania z duchowieństwem swojem, i objawiły swe życzenia połączenia się z kościołem, do którego ich przodkowie należeli.

JCMość usłyszawszy sprawozdanie JEks. Ministra spraw wewnętrznych, raczył zezwolić, by deputacya duchowieństwa z Chełmu i parafii gubernii Lubelskiej, oraz niektórych powiatów guberanii Siedleckiej przybyła do Petersburga.

Deputacya, przybyła na mocy tego najwyższego upoważnienia, składała się z archireja Popiela administratora dyecezyi, archirejów kapituły dyecezyalnej i wszystkich dziekanów gubernii Lubelskiej; członkami deputacyi także byli dziekani z powiatów Bielskiego, Włodawskiego gubernii Siedleckiej, które już są złączone z kościołem prawosławnym od 12 stycznia; delegaci parafij wysłani przez wszystkie powiaty gubernii Lubelskiej, i z powiatów Bielskiego, Włodawskiego, Konstantynowskiego i Radzyńskiego gubernii Siedleckiej.

W liczbie delegowanych dekanatu Chełmskiego był także p. Mikołaj Pociej profesor I klasy seminaryum w Chełmie, magister teologii, pochodzący w prostej linii od Ignacego Pocieja biskupa z Włodzimierza Wołyńskiego, który z Cyryllem Terleckim biskupem Łuckim popierali Unię na konsylium w Brześciu roku 1595.

Z upoważnienia cesarskiego cała deputacya została zaproszoną do kaplicy wielkiej pałacu zimowego, na nabożeństwo dnia 25 marca w święto Zwiastowania Najświętszej Maryi Panny odbyć się mające. Po nabożeństwie wprowadzono deputacyę do salonu arabskiego, aby tam oczekiwała przybycia JCMości.

JCMość po wysłuchaniu nabożeństwa w małej kaplicy, udał się do deputacyi w towarzystwie JCMości Cesarzowej, ich książęcych wysokości wielkiego księcia Cesarzewicza i wielkich książąt Włodzimierza Aleksandra, Sergiusza, Pawła Aleksandrowicza, Konstantego Mikołajewicza, Mikołaja Mikołajewicza ojca, oraz wielkich księżen Maryi Pawłownej, Aleksandry Petrownej i innych członków rodziny cesarskiej.

Gdy JCMość przybliżył się do duchowieństwa grecko unickiego dyecezyi Chełmskiej, administrator dyecezyi Archirej Popiel, będący przewodniczącym duchowieństwa, przedłożył JCMości petycyę duchowieństwa, oraz akt uchwały powziętej na naradzie w Chełmie i przemówił jak następuje:

Mam szczęście złożyć u stóp WCMości petycyę i akt uchwały powziętej na zgromadzeniu duchowieństwa grecko-unickiego i wiernych dyecezyi chełmskiej, proszący o połączenie Unitów greckich z świętym Kościołem prawosławnym, który był kościołem przodków naszych.

Chciej WCMość uszczęśliwić nas, zezwalając na to, o co błagamy z głębi serca i przyjąć zarazem wyrazy zapewnienia, niczem niezachwianej wierności duchowieństwa i całej ludności ruskiej z Chełmu.

Na to przemówienie Archireja Popiela, N. Pan raczył odpowiedzieć duchowieństwu chełmskiemu, temi uprzejmemi słowami:

Wysłuchawszy z prawdziwem zadowoleniem waszego oświadczenia, składam dzięki Bogu najwyższemu, który nieokreśloną swą łaską natchnął Was szczęśliwą myślą powrócenia na łono kościoła prawosławnego.

Wasi ojcowie należeli do tego Kościoła, a teraz Kościół ten przyjmuje Was w otwarte ramiona. Dziękuję Wam za pociechę, jaką mi sprawiacie, wierzę w waszą szczerość i mam nadzieję, że Bóg Was wspierać będzie na tej drodze, którąście dobrowolnie obrali.

JCMość raczył następnie przedstawić Archireja Popiela JCMości Cesarzowej, Ich książęcym wysokościom W. księciu Cesarzewiczowi i innym W. książętom i W. księżnom, raczył także uwiadomić duchowieństwo o szczęśliwem rozwiązaniu JCesarzewiczowskiej Mości W. księżny.

Administrator dyecezyi przedstawił JCMościom wszystkich dziekanów deputacyi.

Po przemówieniu Cesarza do dwóch dziekanów gubernii Siedleckiej, już połączonych z kościołem prawosławnym, Archirej Mikołaj Liwczak dziekan z Bielska, miał szczęście przedłożyć JCMości adres tak ludności już połączonej z kościołem prawosławnym, jak też i tej, która prosi o przyłączenie i przemówił jak następuje:

Składamy u stóp WCMości, wyrazy uczuć wierności duchowieństwa i ludności świeckiej gubernii Siedleckiej, z której część stósownie do upoważnienia WCMości, miała już szczęście być przyjętą na łono kościoła prawosławnego.

JCMość raczył przyjąć łaskawie adres i zaszczycił obydwóch archirejów wyrazem swej cesarskiej wdzięczności za ich uczucia i za przykład, który pierwsi dali wracając na łono kościoła ojców swoich.

Na czele deputacyi świeckiej był p. Mikołaj Pociej magister teologii, który w chwili, gdy JCMość zbliżył się do grupy włościan przemówił w imieniu całej ludności grecko-unickiej z Chełma: Składamy u stóp WCMości zapewnienie naszego szczerego własnowolnego i wyrozumowanego życzenia powrócenia na łono kościoła prawosławnego wyrazy naszej wierności dla uświęconej osoby WCMości, naszego przywiązania i niezachwianej gotowości do poświęcenia dla naszej wspólnej ojczyzny cesarstwa Rosyjskiego, z którem jest połączona węzłami wiecznemi i nie rozerwalnemi nasza ludność z Chełmu. JCMość przemawiając do włościan, zaszczycił ich pochwałami, za ich postanowienie szczere i własnowolne powrócenie do wiary prawosławnej, która była wiarą ich przodków i że poszli za dobrym przykładem swego duchowieństwa.

Cesarz łaskawie zapytywał kilku włościan delegatów, o miejscowości które ich wysłały.

Zwracając się następnie do grupy duchowieństwa grecko-unickiego, JCMość zawezwał archireja Popiela, i wręczył mu przepyszny obraz dwudziestu świąt Kościoła, dla katedry w Chełmie, jako też dwa obrazy Boga Ojca, i Świętej dziewicy dla cerkwi w Bilsku i Janowie w gubernii Siedleckiej.

Równocześnie Jej CMość Cesarzowa darowała obraz Świętej dziewicy dla katedry w Chełmie.

Archirej Popiel do głębi wzruszony, uprzejmą pamięcią Ich Cesarskich Mości wyraził jeszcze raz uczucia, któremi ożywione jest duchowieństwo i dodał, że te dary będą wieczną pamiątką wypadku, który nastąpił i że duchowieństwo bezprzestannie wnosić będzie przed temi obrazami modły za zdrowie Ich CMości, i za pomyślność Rosyi, poczem Ich CMoście Cesarz i Cesarzowa powrócili do swoich pokojów a deputacya zaproszoną została do innego salonu, gdzie śniadanie dla niej było zastawione.

Uwiadomienie to dziennika rządowego, zakończone jest umieszczeniem następujących aktów:

*a)* Petycya duchowieństwa Grecko unickiego z Chełmu

*b)* Sprawozdanie ze zgromadzenia duchowieństwa kapituły diecezyalnej i konsystorza w Chełmie.

*c)* Uchwała powzięta na Zgromadzeniu duchowieństwa z Chełmu.

*d)* Adres deputacyi z Siedlec.

*e)* Telegramu otrzymanego przez JEks. Ministra spraw wewnętrznych, zawiadamiającego o połączeniu z kościołem prawosławnym 25 marca 42 parafij grecko-unickich i 30 księży tego obrządku z gubernii Siedleckiej.

*f)* Spis imienny deputowanych duchownych i świeckich z dyecezyi Cełmskiej.

Dziennik urzędowy nadmienia że liczba Grekо-Unitów z gubernii siedleckiej połączonych z kościołem prawosławnym wynosi teraz 100,000.

---

Nr. XVI.

*Podpułkownik Mansfield do ks. Derby.*

(Otrzymano 17 maja)

Warzawa 24 kwietnia 1875.

(Wyciąg). Nawracania Unitów greckich do kościoła prawosławnego, zrobiły znaczny postęp od mego ostatniego sprawozdania, które miałem zaszczyt przesłać W. Wysokości. W gubernii Lubelskiej prawie wszyscy Unici greccy, około 250,000 przeszli do kościoła narodowego.

W dépeszy z 10 lutego przypuszczałem że opór w gubernii Lubelskiej, nie będzie tak zacięty, jak w gubernii Siedleckiej. Przypuszenia moje się ziściły i ruch ten odbył się, z małym w porównaniu naciskiem, a z pewnością bez użycia gwałtów osobistych.

Deputacye nowonawróconych, wysłane do Petersburga aby podziękować Cesarzowi o czem sprawozdanie miałeś WEks. sposobność wyczytać w *Timesie* przed trzema tygodniami, były wyłącznie z gubernii Lubelskiej. W gubernii Siedleckiej włościanie dotąd sprzeciwiają się uznać, jakoby delegaci byli upoważnieni działać za nich w tem tak nazwanem nawróceniu, i ubolewam, że muszę donieść, że system ucisku i nieludzkości w zmuszaniu włościan do uczęszczania do cerkwi jeszcze jest w użyciu, niemniej że lud tym systemem jest zmuszony, aby udawał się do ruskich popów o chrzest, śluby, pogrzeby. Teroryzm z jednej strony, a odwet z drugiej dotąd nie zmniejszyły się.

W tej ostatniej gubernii, gdzie Unicy greccy, byli bliżej złączeni z rzymsko-katolickiemi parafiami, rząd kazał w wielu wypadkach, zamknąć rzymsko katolickie kościoły i przerobić je na cerkwie, pod pozorem, że ludność katolicka jest nieliczną i że istnienie kościołów katolickich, pośród nowonawróconych, jest powodem do oporu.

Księża katoliccy w tych parafiach, w wielu wypadkach zostali wywiezieni do Rosyi pod zarzutem, ze wspierali opornych, przypuszczając ich do konfesionału, i wielu innych obrzędów religijnych.

W takich okolicznościach trudno przypuszczać, że duchowieństwo katolickie mogło być całkiem obojętne dla Unitów greckich, ale można wątpić, czy widząc rozwiązanie tej kwestyi w sposób sprawiedliwy niemożliwem, mogło duchowieństwo katolickie brać udział, w popieraniu ludności do oporu przeciw rządowi.

*(Dalszy ciąg nastąpi).*

my, lecz nie dopuszczający odmowy i że działał pod wpływem przyjacielskich lecz stanowczych rad; a bodaj czy nie pod wpływem obudzonych nadziei.

przygotowań.

w Watykanie uroczyste przyjęcia … od miesiąca, potrwają jeszcze parę tygodni. Papież nic zmieniać nie kazał; Papież w Rzymie jest u siebie, nie potrzebował troszczyć się o statutową uroczystość, nie chcąc, nie żądając żadnéj manifestacyi, nie nakazywał też dla siebie ani zakazy-

… dzienniki liberalne jak *Dovere*, *Popolo Romano*, *Capitale*, nie wiedząc jak wytłómaczyć mały udział ludności rzymskiéj w uroczystości statutu, uciekły się do wybiegu rozumowania, że to należy uważać za protestacye przeciw ministeryum, które nie spełdził w dyplomacyi, a teraz mieszka w Rzymie i z wielką uwagą śledzi za biegiem wypadków, mówił mi wczoraj, że już od kilku miesięcy widzi wielką sieć konspiracyi, która otacza dwór, rząd i dąży do

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

### Korespondencya dyplomatyczna

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Nr. XVII.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Derby.*

(Otrzymano 14 czerwca).

Warszawa 26 maja 1865 r.

Milordzie!

Mam zaszczyt zawiadomić Waszą Wysokość, że niepokoje w powiatach zamieszkałych przez świeżo do prawosławia nawróconych Unitów greckich prawie już ustały. Religijne rozdrażnienie objawia się teraz, rozgłaszaniem o cudach, które mają się pojawiać.

W jednym powiecie wieść o krucyfiksie krwawiącym sprawiła wrażenie — w innych powiatach zapowiedziano zjawienie się Św. Dziewicy w różnych postaciach. W pierwszym wypadku znieważyli cieleśnie włościanie księdza proboszcza, za to, że chciał im wytłomaczyć, że mniemany cud ma przyczynę w wypocinach soków, wypartych przez ciepło z świeżego drzewa użytego na Krucyfiks.

Jest pożałowania godnem, że władze nie starają się dosyć energicznie przeszkodzić zgromadzeniom ludu, dla widzenia tych mniemanych cudów, a jeżeliby ruch ten wzrastał, to mogłyby ponowić się zaburzenia.

Nie myślę, aby te cuda, tak, jak przypuszczają, miały łączność jakąkolwiek z polityką, lub kwestyą Unitów greckich, i znachodziły wiele wiary między nabożnisiami klas wykształconych, którzy jednak rozgłaszają, że rząd postrachem zmusza duchowieństwo do osłabiania wiary w te cuda u ludu świeckiego.

Wszyscy Unici greccy już przeszli do narodowego Kościoła, z wyjątkiem jakich 20,000 z gubernii Siedleckiej i Łomżyńskiej, oraz około 2,000 z Warszawy.

Pozostałych liczba jest tak mała, że rząd prawdopodobnie nie będzie sobie zadawał pracy, żeby i tych nawrócić, i że zostaną zostawieni w spokoju — a głównie dla tego, by okazać, że nawrócenie większości było własnowolne. Wszystkich nawróconych liczą teraz do 250,000.

Mam zaszczyt
(podp.) *C. E. Mansfield.*

Nr. XVIII.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Derby.*

(Otrzymano 17 stycznia.)

Warszawa 1 stycznia 1876 r.

(Wyciąg.) Mam zaszczyt donieść, że arcybiskup grecko-warszawski i nowogeorgiewski Johanides został przeniesiony do Chersonu, a arcybiskup chersoński Demetrius, powołany na jego miejsce.

Arcybiskup Johanides prawie 80-letni staruszek, był arcybiskupem warszawskim od roku 1859, tak podczas powstania polskiego, jako też przez cały czas pobytu w tym kraju, odznaczał się swą niefanatyczną pobożnością i umiarkowaniem. Nie wdawał się w te spory, i powszechnie był szanowany przez różne a rywalizujące między sobą obrzędy w Polsce.

Świeżo nawróceni Unici greccy z roku przeszłego, dalecy są od tego, by się zgadzali z nawróceniem swoim. Nie uczęszczają do cerkwi, i nie przyjmują Sakramentu, nie dają chrzcić swoje dzieci, nie biorą ślubów, i nie pozwalają chować umarłych ruskim popom.

Ruscy popi przedkładali sprawozdania w tem przedmiocie arcybiskupowi Johanidesowi, który niechciał jednak wezwać pomocy policyi, aby zmusiła opornych, i pomimo, że władze miejscowe, z własnego popędu wiele razy prześladowały, arcybiskup stale w to się nie mieszał. Niemam wiadomości, jakim jest arcybiskup Demetrius, ale trzeba przypuszczać, że został właśnie dla tego przez rząd wybrany, że wierzą, iż przeprowadzi politykę rządową, co do Unitów greckich w całości, a jakie są dążności rządu miałem już dosyć często sposobność przedłożyć Waszej Wysokości.

Nr. XIX.

*Podpułkownik Mansfield do hr. Derby.*

(Otrzymano 28 lutego.)

Warszawa 14 lutego 1876 r.

Milordzie!

Mam zaszczyt zawiadomić Waszą Wysokość, że około 400 Unitów greckich trzymanych po więzieniach w Białej, Siedlcach i Warszawie, po przymusowem nawracaniu z roku przeszłego, zostało w ostatnich kilku tygodniach wywiezionych do Chersonu, gdzie mają być tak rozdzieleni, że jedna rodzina nawrócona grecko-unicka, pomieszczoną zostanie we wsi całkowicie prawosławnej.

Nowi przybysze mają być przypuszczeni do praw komunalnych i mniej lub więcej rząd wesprze ich na początek.

Cerkiew grecko-unicka w Warszawie, została prześwięconą przez greckiego Arcybiskupa w niedzielę 6 b. m., podczas tej ceremonii przemówił Arcybiskup w nader namiętny sposób.

Bardzo mała liczba poprzedniej kongregacyi była obecną, ale cała kongregacya licząca około 2,000 była zapisana przez władze, jako grecy prawosławni którzy będą zmuszeni odtąd posługiwać się ruskiem duchowieństwem tak co do chrztu, jak ślubów.

Przeprowadzić powyższe zadanie w sposób jak byli prześladowani unici greccy po wsiach, byłoby nieco za trudnem, ale z pewnością policya ma instrukcye czuwania bacznie, czy nie uczęszczają do kościołów katolickich i czy nie mają stosunków z duchowieństwem katolickiem.

Mam honor i t. d.

(podp.) *C. E. Mansfield.*

Nr. XX.

*Lord A. Loftus do hr. Derby.*

(Otrzymano 10 lipca).

Petersburg, 5 lipca 1876 r.

Milordzie! Mam honor przedłożyć Waszej Lordowskiej Mości depeszę, którą otrzymałem od pana Stanleya, konsula jeneralnego Jej Królewskiej Mości w Odessie, pod lotną pieczęcią *), zawierającą ciekawe sprawozdanie wice-konsula w Chersonie p. Webster o prześladowaniach unitów greckich w guberniach Siedleckiej i Lubelskiej.

Mam honor i t. d.

(podp.) *Augustus Loftus.*

Nr. XXI.

*Jeneralny konsul Stanley do hr. Derby.*

(Otrzymano 10 lipca).

Odessa 29 czerwca 1876 r.

Milordzie! Mam honor przedłożyć niniejszym ciekawe sprawozdanie wice-konsula pana Webster o polskich unitach greckich w południowej Rosyi.

Mam honor i t. d.

(podp.) *G. E. Stanley.*

Załącznik do Nr. XXI.

Sprawozdanie wice-konsula Webstera o polskich unitach greckich w Rosyi:

Następujące szczegóły o obchodzeniu się z rzymsko-katolickiemi unitami w Rosyi i środkami, któremi zmuszono ich do odstąpienia swej wiary i połączenia się z rosyjskim greckim kościołem, może będą uważane jako dosyć ciekawe.

Słowo unita jest polskie, ale pochodzi z łacińskiego *unitus* (połączony), *unia* (połączenie), to słowo zostało zruszczone i znajduje się w Reiffa dykcyonarzu.

Początek unitów datuje od rozdziału Kościoła w Konstantynopolu z Kościołem w Rzymie, kiedy wielka liczba Polaków pozostała w *status quo* bez połączenia się jednak z rosyjskiemi grekami.

Utworzyli schyzmę w Kościele greckim i mieli Biskupa głowę w Konstantynopolu. W szesnastym wieku zaczęli się przyłączać do łacińskiego Kościoła i wtedy to przyjęli nazwisko unitów.

Różnica między unitami a rzymsko-katolikami była i jest dotąd, że liturgia odbywa się w języku słowiańskim a nie łacińskim, ich ołtarze są takie jak u rzymsko-katolików i nie mają wrót carskich i przybytku, ich księża mogą się żenić.

Przy ich połączeniu z rzymskim Kościołem, Papież upoważnił i zatwierdził ich przywileje. Dotąd znano ich jako unitów greckich.

*(Dokończenie nastąpi).*

*) Nr. XXI.

Pannę Niepokalanie poczętą i zwołałeś św. Sobór watykański; że w czasie, kiedy niewątpliwe objawiały się znaki zbliżającego się prześladowania dawną o nieomylności rzymskiego Biskupa w nauczaniu naukę jako dogmat przez Boga objawiony do wierzenia wiernym ogłosiłeś; żeś tylekrotnie, jakoby przewidując przyszłe klęski, wielkim głosem świat cały upominał; żeś po całym świecie Kościół i umacniał i rozszerzał, że nareszcie tuląc do siebie wszystkich jedną i tą samą miłością, ukochał przedewszystkiem nędzarzy i sieroty, czego świadkami jest Kościół i Ojczyzna nasza. Nigdy to nie zatrze się w duszach naszych, ani najdłuższe lata nie pogrążą w zapomnieniu tego, coś dla pociechy nas wszystkich, odkąd do Najwyższej godności w Kościele powołany zostałeś, uczynił, ileś nam dawał rad, upomnień i zachęt, abyśmy w nieszczęściach naszych nigdy z prawej drogi cnoty nie zboczyli. Tyś wzywał nieraz katolików całego świata i mieszkańców wiecznego miasta, aby modły swoje za nami do Boga zanosili, celem zaś zachęcenia nas do postępowania gorliwszego drogą cnoty, w szeregach błogosławionych umieściłeś wielkiego męczennika Andrzeja Bobolę, innego zaś bohaterskiego męczennika Jozefata Koncewicza policzyłeś uroczyście pomiędzy świętych. Nadto idąc śladem twoich poprzedników, którzy otwierali seminarya święte dla okolic uciskiem nawiedzonych, otworzyłeś tu w mieście kollegium dla wykształcenia alumnów polskich dodając do tego wszelką zachętę, aby się uzdolnili do rozszerzania chwały Bożej. Ty wreszcie katolickiego imienia obrońca, mściciel sprawiedliwości i religii i waleczny prawdziwej wolności szermierz, nie przestałeś swoją opieką otaczać uciśnionych i prześladowanych Unitów nawet przeciwko najpotężniejszym tego świata książętom.

Dla tych wszystkich znakomitych wobec Ojczyzny naszej zasług Twoich składamy Ci Ojcze święty dzięki nasze i uwielbienia. Niepojętą jesteśmy przejęci radością, że możemy oświadczyć uczucia nasze dla Ciebie, lękamy się jednak, czy one potrafią oddać należny hołd godności Twojej. — Racz tedy przyjąć ze zwykłą sobie uprzejmością objawy naszej względem Ciebie czci, posłuszeństwa i miłości nie w wyszukanych wypowiedziane słowach i udzielić

---

*) Według *Kuryera Poznańskiego.*

---

Eminencya w tych słowach odzywa się o prześladowaniu religii katolickiej w Polsce przez Moskwę:

Jest jeszcze inny kraj, który obecnie zwraca uwagę świata na siebie z okoliczności olbrzymiej wojny, którą rozpoczął przeciwko sultanowi carogrodzkiemu. Będzie rzeczą zajmującą dla wiernych dowiedzieć się, jak car rosyjski, który podejmuje obronę chrześcian przeciwko prześladowaniom Turków, obchodzi się ze swymi własnymi katolickimi poddanymi w Polsce i innych rozmaitych częściach rosyjskiego państwa.

Tu opowiada czcigodny Kardynał Arcybiskup potrójny rozbiór Polski, naprzód ciche, a potem od r. 1840 otwarte prześladowanie religijne w zaborze rosyjskim, zakończone gwałtownem nawróceniem na schizmę kilku milionów Rusinów unitów; wspomina o pamiętnej wizycie i rozmowie cara Mikołaja z Grzegorzem XVI. Przechodzi następnie do świeżych krwawych wypadków w dyecezyi chełmskiej, których autentyczne relacye dopiero co ogłosił rząd angielski, i przytoczywszy wybitniejsze z niej ustępy, kończy swą rzecz, jak następuje:

Kilka tych wyjątków posłuży do wyświecenia, z jak wytrwałem okrucieństwem katoliccy bracia nasi w Polsce i w sąsiednich prowincyach traktowani byli przez rząd rosyjski i wyświecą także, z jak nieuzasadnionemi uroszczeniami ten sam rząd bierze na siebie rolę obrońcy prawdziwej chrześciańskiej swobody przeciwko Turkom na Wschodzie. Nie jest naszą rzeczą podejmować obronę Turków, którzy okazują się, że tak barbarzyńsko postępowali sobie przeciwko chrześcianom w ostatnich latach, albo Rosyan, którzy ze zręcznością, godną Juliana Apostaty w jego nienawiści prawdziwej religii prowadzili okrutne i niweczące prześladowanie przez tak wiele dziesiątków lat przeciwko mieszkańcom Polski, przedtem jednego z najszlachetniejszych królestw Europy, i przeciwko należącym do niej krajom. To tylko powiem, że gdyby Rosyi dopuszczono opanować Carogród i jego prowincye w Europie i Azyi Mniejszej, zagraża wszelkie niebezpieczeństwo, iż pod jej wpływem kozackie barbarzyństwo daleko się rozszerzy, że rządy staną się despotycznemi, że wolność indywidualna i rodzinna będzie zburzona, a swoboda Kościoła Bożego na wiel-

---

powitali ich Rosyan[illegible] karabinowemi. Z naszych par[illegible] wystrzałami działowemi. Pod osłoną t[illegible] wylądowało około 150 naszych żołnierzy i rozpoczęła się walka na bagnety. Wojska rosyjskie zmuszone zostały do ucieczki; rozprószyły się one po lasach. Nasze wojska ścigały nieprzyjaciela, zabiły mu około 200 żołnierzy, zajęły wzgórza i szańce i spaliły znalezione zapasy. Należy to uważać za wielki sukces, albowiem tym sposobem usuniętą została przeszkoda w połączeniu się Czerkiesów z Abchazami. Po spędzeniu Rosyan z Ardler, powróciły wojska nasze 23 maja do Suchum Kaleh.

Z Petersburga otrzymał *Pester Lloyd* d. 7 b. m. następujące doniesienie: „Dziś mogę wam podać kilka szczegółów o dyslokacyi wojsk rosyjskich na Kaukazie, zarządzonej przez jenerała adjutanta Switunowa jeszcze przed wybuchem powstania. 1) W pobliżu wsi Ersenoj-Kort stoi 5 kompanij 79 pułku piechoty pod dowództwem pułkownika Knorringa. 2) W pobliżu fortu Ersenoj: 2 bataliony 78 pułku piechoty, 1 batalion 77 pułku i 1 dywizya pierwszej bateryi 20 brygady artyleryi pod dowództwem pułkownika Nurida. 3) W osadzie kozackiej Umahan-Jurtewskij: 1 batalion 77 pułku piechoty, 1 sotnia konnicy i 1 dywizya drugiej konnej bateryi artyleryjnej. 4) W aule Gersel: 1 batalion piechoty, 1 sotnia kozaków, 1 dywizya bateryi konnej, 1 kompania 80 pułku piechoty i milicya z Kumyk pod dowództwem pułkownika Batjanowa, który dowodzi także dwiema kompaniami 80 pułku piechoty, rozlokowanemi w Kiszen Aucha. 5) W Chassow-Jurt: 2 bataliony 20 brygady artyleryjnej. 6) W Grosnyj (główna kwatera): 1 dywizya 4 bateryi 20 brygady artyleryjnej i 5 sotni konnicy. Szefem sztabu jest pułkownik Milon, jego adjutantami zaś są: asauła Wertenow i setnik Czikow; członkami sztabu są porucznikowie Wyrobow i Czurakowskij, tudzież sotnik Gabajew.“

---

Bukareszt 13 czerwca. Dziś w nocy rozpoczęli Turcy silny ogień przeciw bateryi rosyjskiej pod Malu Rosin, poniżej Dżiurdżewa. Ogień rozpoczęto o godz. 10, a około 12 przerwano. Rosyanie nie odpowiadali i prowadzili dalej swoje roboty. U dwóch szpiegów, których tu schwytano, znaleziono na papierkach do

---

powszechne narzekania. Do utrudnień w zwiedzaniu salin wielickich, nie mógł się przecież przyczynić wypadek bocheński, jak niektórzy twierdzą, gdyż byłoby to nielojalnem.

— Panna Marya Dering obecnie pierwsza bohaterka teatrów warszawskich przybędzie dzisiaj do Krakowa i w sobotę rozpocznie na scenie tutejszej szereg gościnnych występów w roli Ludwiki w *Intrydze i miłości* Schillera.

— Wczoraj przedstawiło Towarzystwo Opery lwowskiej *Halkę* Moniuszki. Opera ta zbyt jest na scenie naszej znaną, aby jej poświęcać szczegółowe sprawozdanie. Jutro Towarzystwo to zakończy okres przedstawień operą Verdego: *Foscari.*

— P. Urbanowicz artystka sceny tutejszej, która zajmowała przez dłuższy czas wybitne na niej stanowisko, zdobyte istotnym talentem i niepospolitemi zdolnościami, wzięła dla poratowania zdrowia roczny urlop i w tych dniach wyjeżdża za granicę. Życzymy scenie naszej prędkiego powrotu na nią tej artystki, która niezaprzeczenie w wielu rolach była jej ozdobą.

— Otrzymujemy doniesienie z Węgrzec, że wczoraj o godzinie $1^1/_2$ niesłychana burza zniszczyła tam ze szczętem stodołę nową z murowanemi filarami 80 łokci długą na obszarze dworskim. Stało się to w jednej chwili, tak że wolarz pędzący woły z pola nie zdołał umknąć i wraz z jednym wołem przywalonym został. Szybki ratunek ocalił człowieka i wołu, ale są mocno poranieni. Szkoda wyrządzona wynosi 1,000 złr. a. w. a tym dotkliwszą od ogniowej, że tę wraca Towarzystwo, a nikt szkody zrządzonej przez wiatry. Właścicielowi z pięknej stodoły pozostała tylko kupa gruzów i złomków drewnianych.

— Podczas upałów w dniu 10 b. m. po południu umarł nagle Antoni Wójcik, włościanin z Baczyna, powracając do domu z karczmy, gdzie wypił pół litra wódki.

**— Żywiec** d. 13 czerwca.

(*Ch.*) Dzisiaj w południe przeszła przez miasto ogromna burza z wichrem, deszczem, gradem i piorunami, złamała przy gościńcu w ogrodzie kasztana grubości około 15 cali, któren na przejeżdżającą furę

---

przybyłych w liczbie 75 osób. Szczegóły dotyczące pociągów spacerowych do Krynicy zaprowadzonych.

— Wyszedł Nr. 3ci *Gazety Stenograficznej* wychodzącej w Krakowie pod redakcyą prof. Mendochy.

— Nakładem A. Vogla i K. Wolskiego zaczyna wychodzić we Lwowie *Biblioteka powieści kryminalnych.* Zeszyt I, który właśnie wyszedł z druku zawiera powieść p. n *Sąd boży* przez J. D. H. Temmego, tłómacz. z niemieckiego.

— Nr. 622 *Kłosów* zawiera: „Wybór posła“ p[owieść współczesna (na tle stosunków galicyjskich] snuta) przez Jana Zacharyasiewicza (c. d.); „[sty z Niemiec“; „Ignacy Chodźko i ogólna charak]rystyka pism jego„ odczyt na rzecz Towarzys[two Dobroczynności, przez A. Pługa (c. d.); „Tęczyn] przez R. z ryciną; „Typy rumuńskie“ z ryci[ną; „Ulica w Ruszczuku podczas zaćmienia księżyca“] ryciną; „Przegląd teatralny“ przez F. H. L.; „[gawędki naukowe“ przez prof. Jurkiewicza (do]kończenie); „Pokłosie“; „Jarmark na konie w Bałcie“ podług [reli Juliusza Kossaka (rycina); „Przegląd litera]turny“ przez Kazimierza Kaszewskiego; „Przegląd [lityczny“; „Wycieczka na Podole galicyjskie“ p[rzez A. H. Kirkora; „Wykopaliska znalezione na] delu galicyjskiem (rycina).

— Treść Nr. 22 *Bluszczu:* „Cmentarz pod [lu“, poezya Wiktora Hugo, przekład Klemensa Po[wysockiego; „Saryusze“ powieść (d. c.) przez Mary[ Ilińską; „Przegląd teatralny“, przez Edwarda Lu[bowskiego; „Korespondecya“ (Londyn); „Ruch] muzyczny“ (dok.) przez Jana Kleczyńskiego.

— Nr 24 *Przeglądu sądowego i administracyjnego* zawiera: Ustawodawstwo drogowe w Królestwie Kongresowem, zestawił Dr Wacław Niedzielski; Przegląd tygodniowy; Praktyka sądowa; Księga orzeczeń trybunału najwyższego; Orzeczenia Trybunału kassacyjnego i administracyjnego; Rozporządzenia i okól[niki urzędowe; Wiadomości urzędowe.

## Część literacko-artystyczna.

# Jak z Unitami obchodzą się w Rosyi?

**Korespondencya dyplomatyczna**

przedłożona w Izbie niższej angielskiej z polecenia Królowej a w odpowiedzi na adres z 5 marca 1877 r.

Załącznik do Nr. XXI.

(Dokończenie).

Wielu było Unitów w Polsce— wszyscy Polacy— a w guberniach Mohylewskiej, Witebskiej, Wileńskiej i Podolskiej było ich pełno. W roku 1772 wielka ich liczba została zesłaną do gubernii Chersońskiej, gdzie założyli wsie Snigirówka, Jawkinia, Bielozerka, a około 1826 r., gdy ostatni ksiądz proboszcz tych wsi Stratonowicz zaparł się swej wiary i przeszedł na prawosławie, cała jego parafia poszła za jego przykładem. Żona jego jednak, która go przeżyła niechciała zmienić wiary i umarła w kilkanaście lat później stałą rzymsko-katoliczką.

Od roku 1833, rząd rosyjski używał wszystkich możliwych środków, aby zmusić pozostałych Unitów do przyjęcia prawosławia, i tak przemocą jak prześladowaniami, udało mu się to uskutecznić prawie, głównie w guberniach wyż wzmiankowanych.

W guberniach Siedleckiej i Lubelskiej, zostało jednak około 80,000 Unitów, ci jednak byli prześladowani stale, aż do teraźniejszych czasów. Mieli swego biskupa (ostatniego) Kuźmińskiego, tego wywieziono do Wiatki, gdzie umarł w roku 1861. Wywiozłszy biskupa do Wiatki, a około 20,000 Unitów do Saratowa i innych prowincyj, rząd nasłał rosyjskich popów w celu nawracania pozostałych, Unici wypędzili ich jednak. Popi powrócili znowu i to pod opieką wojska, ale wszystkie ich usiłowania były daremnemi.

Pozostaje jeszcze około 60,000 Unitów, wszyscy właściciele drobnych posiadłości w ziemi, a że niechcą zmienić religii, rząd prześladuje ich, więzieniem, karami cielesnemi, kwaterunkiem kozaków, którym wszystko jest pozwolone.

Wielką z nich liczbę osadzono po fortecach, zimy ostatniej 300 najstalszych trzymanych poprzednio w więzieniach wywieziono do gubernii Chersońskiej, 300 do gubernii Ekateronosławskiej, ci wszyscy posiadacze małych obszarów, zmuszeni byli je opuścić, porwano ich nielitościwie od żon i dzieci, a ci muszą dzielić swe domy, z kozakami u nich rozlokowanemi.

Tych 600 wygnańców rozdzielono w guberniach Chersońskiej i Ekaterynosławskiej po jednemu na każdą wieś. Starszyzna wsi jest odpowiedzialną za każdego Unitę, którym zabroniono komunikować się z rodziną i przyjaciołmi, gdyż wzbroniono im odbierać listy lub pieniądze. Wszyscy są pod dozorem policyi, a rząd chciał, by pracowali przy kamieniołomach, czego gdy ci odmówili twierdząc, że mają własne grunta i gospodarstwa mogą się utrzymać, a na ciemiężców swoich pracować niechcą i żądają, by im wolno było powrócić do domów swoich, rząd niekazał im wypłacać przeznaczonych ośm kopijek dziennie (dwa i pół pensy.)

Na wielkanoc roku przeszłego, jeden z tych nieszczęśliwych wygnańców uciekł z miejsca swej niewoli wsi Tisginka i dostał się do Chersonu, by módz wysłuchać Mszy świętej w kościele rzymsko-katolickim, u drzwi kościoła został poznany przez policyę i natychmiast aresztowany.

Policmajster udał się do księdza katolickiego i żądał, żeby nie wpuszczano tych ludzi do kościoła i nie pozwalano przystępywać do Komunii świętej. Gdy ksiądz odpowiedział, że drzwi kościoła dla wszystkich otwarte, i nikomu nie może zabraniać wstępu. Policmajster powiedział, że jego rozporządzenia muszą być wykonane. Na żądanie jednak księdza, by mu dał rozkaz na piśmie, takowego wydać niechciał.

W innej wsi włościanin ze swą żoną mówili o unicie u nich umieszczonym, że jest poczciwy człowiek. Na święta Wielkanocne prosili go do święconego swego. Czego ten jednak nie przyjął, mówiąc, gdy nie mogę mieć święconego, poświęcanego przez księdza mej wiary, wolę nie jeść żadnego i pośniadał, jak zwykle, chlebem razowym i wodą. Te wszystkie prześladowania nie osłabiają wiary w unitach; przeciwnie, uważają się za męczenników i raczej gotowi zginąć niż zmienić religię.

Martwią się tylko tem, że żony ich i dzieci, prześladowane przez księży i niszczone przez wojsko, zostaną zmuszonemi do przejścia na prawosławie.

Cherson (podp.) *R. C. Webster.*

Nr XXII.

*Konsul jeneralny Stanley do hr. Derby.*

(Otrzymano 24 listopada).

Odessa 17 listopada 1876.

Milordzie!

Mam honor załączyć tłomaczenie depeszy ministra spraw wewnętrznych do gubernatorów prowincyj, polecającej wydanie zakazu księżom rzymsko-katolickim wypełniania jakichkolwiek ceremonij religijnych przez greko-unitów.

Dokument ten został mi nadesłanym przez wicekonsula pana Webster i myślę, że nie będzie bez interesu dla Waszej Wysokości.

Jest widocznem, że greko-unici, o których p. Webster dał sprawozdanie w swej depeszy z 29 czerwca nie dowierzają duchowieństwu prawosławnemu i uważają je więcej za policyę tajną, niż za duchownych.

Mam zaszczyt

(podp.) *G. E. Stanley.*

Załącznik do Nru XXII.

*Minister spraw wewnętrznych do gubernatorów.*

(Tłomaczenie).

24 października 1875.

Excelencyo!

Jeneralny gubernator Warszawy zawiadamia mnie, iż doszło jego wiadomości, że wielu osobom grecko-unickiej wiary, tymczasowo wywiezionym do środkowych gubernij cesarstwa, za fanatyzm religijny, opór buntowniczy przeciw rozporządzeniom, oczyszczającym obrządek unicki z form łacińskich, władze miejscowe dozwalają uczęszczać do kaplic rzymsko-katolickich i przyjmować od księży rzymsko-katolickich pociechy religijne. Uwzględniając, że takie pozwalanie unitom, przebywającym w cesarstwie, spełniania swych obrzędów przed duchowieństwem rzymsko-katolickiem sprzeciwia się wydanym już instrukcyom, we dle których wszystkie religijne obrzędy dla unitów, ponieważ nie ma księży unickich, mają być wykonywane nie przez rzymsko-katolickie, lecz przez prawosławne duchowieństwo; a że to był główny cel wysłania tych osób do środkowych prowincyj cesarstwa, i że takie dozwalanie szkodliwy wpływ wywierać musi na te prowincye, z których te osoby zostawiwszy krewnych i przyjaciół i z któremi zpewnością się listownie znoszą, jenerał-adjutant hr. Kotzebue prosi, aby wydać odpowiedne rozporządzenia, zakazujące unitom zesłanym w głąb Rosyi spełniania swych obrzędów przed duchowieństwem rzymsko-katolickim i uczęszczania do rzymsko-katolickich kościołów.

Uznając, że uwagi hrabiego Kotzebue zasługują na uwagę i mając w pamięci, jako pewnik, że duchowieństwo rzymsko-katolickie i ich kościoły szkodliwy wywierają wpływ na unitów, podniecając w nich fanatyzm i zachętę do oporu przeciw przywróceniu czystości obrzędom religijnym, upraszam Waszą Excelencyę.

1) Zakazać wszystkim katolickim księżom w prowincyach, do których zasłani są unici, wypełniania jakichkolwiek obrządków dla tych unitów.

2) Zwrócić uwagę unitów, że kościół prawosławny, do którego należeli ich przodkowie, nie różni się, ani w obrządkach, ani w ceremoniach, ani języku od kościoła unickiego i zachęcić ich, aby w obowiązkach swych chrześciańskich udawali się do duchowieństwa prawosławnego, które rozporządzeniem św. Synodu z 12 listopada 1869 i 24 lutego 1870 okólnikiem rozesłanym jest upoważnione do spełniania wszystkich obrzędów i ceremonij unickich, które może ich spowiadać i udzielać im Przenajświętszego Sakramentu.

(podp.) *Minister spraw wewnętrznych.*

nienie, między ludnością tutejszą. Pasyoniści którzy z wielką, a jak na Włochów, z nadzwyczajną gościnnością ofiarowali im mieszkanie i własne usługi, są przejęci pobożnością i pięknem zachowaniem się naszego ludu, który płacząc żegnał się z nimi i dziękował im za przytułek. Ojciec Swięty wczoraj na *circola* do całego dworu publicznie powiedział, że jeżeli polska pielgrzymka była mu jedną z najmilszych dla cierpienia i ucisku Kościoła, to mu stała się jeszcze milszą, odkąd się dowiedział przez proboszczów rzymskich o głębokiéj wierze i gorących uczuciach duchowieństwa i chłopów. Wielka w urządzeniu całem zasługa kardynała prymasa, który z ojcowską zupełnie troskliwością pamiętał o swoich, przygotował dla nich pomieszczenie, myślał o wyżywieniu świeckich i duchownych i dał całéj audyencyi ten ton poważny, który nasze przyjęcie głośnem w całym Rzymie uczyniło. Niemała też zasługa OO. Zmartwychwstańców, którzy od rana do nocy biedzieli się, by ani chleba, ani słowa bożego nie brakło: opowiadali, nauczali, tłómaczyli, apostołowali po dniach całych, służąc sercem radośnem swéj braci. Pielgrzymka ta nie powinna, nie może przejść bez pożytku dla kraju. Ci co tu byli musieli się przekonać o prawdzie twierdzenia jednego z naszych ziomków, który tu życie przed kilkoma laty zakończył, że dosyć Rzym poznać, takim jakim jest rzeczywiście, nie zaś takim, jakim chcą go nieprzyjaciele Kościoła przedstawić, by Rzym natychmiast pokochać.

Szkoda, że nasi pielgrzymi nie mogli widzieć na wystawie darów przysłanych Papieżowi, statuy Piusa IX, ogromnych rozmiarów dłuta p. Sosnowskiego. Pierwszy to posąg Papieża. Zacny nasz artysta prowadzący bardzo samotne życie i prawie stroniący od ludzi, dawno się nosił z tą myślą, a od

Pomścijcie męczennika, ale niepomścijcie go pustemi frazesami jak to dzieci czynią, ale czynami jak to mężom przystoi. Tak jak Rosyi zadaniem jest słowiańskie plemiona z pod obcego jarzma wyzwolić, tak Czechy zostały wybrane, aby być strażą dla żywotnych i zdrowych plemion słowiańskich przeciw stupieszałemu latinizmowi, aby niepopadły w niewiarę, zepsucie i demoralizacyę".

Na list przesiąkły husycko-czeskim i socyonalistyczno-niemieckim mistycyzmem p. Riegera głoszący misyą wyzwolenia Słowian przez Rosyę — odpowiada schizmatycki mistyk z czułością rozwodząc się nad cierpieniami tych ludów, które znoszą kajdany nałożone nie przez Rosyą. Tkliwość ta narodu rosyjskiego odczuwającego ucisk obcego jarzma, jakiemu ulegają inne ludy słowiańskie, niebudzi się nigdy, kiedy kozak siodła konia na tępienie pobratymczych Polaków. Lecz mistycyzm p. Aksakowa niekonsekwencyę tę uczuć wolnomyślnego ludu rosyjskiego, tłomaczy nam w drugiej części listu. P. Aksakow pomija bowiem i ucisk islamu i germanizmu, jakiemu inne ludy słowiańskie ulegały — rozwodzi on się głównie, nad niewolą zachodniego latinizmu. W myśl więc tej misyi oswobodza snać Rosya Polskę, gdy gnębi wiarę najcięższem prześladowaniem. Do Czechów zwraca się apostoł panslawizmu pobudzając ich do walki przeciw temu latinizmowi, który właśnie nadawał przez wieki ową wyższość cywilizacyjną Czechom, jaką się p. Rieger przechwala. Kto wie, czy w poczet świętych schizmatyckich niebędzie zaliczony Jan Hus, skoro w jego imieniu z tak wysokim nastrojem koryfeusz rosyjskiego panslawizmu powołuje Czechów, aby stali się przednią czatą zazawsze tylko przeciw latinizmowi. P. Aksaków niedobiecuje Czechom obrony od germanizmu, ale tylko zdaje się zapowiadać kiedyś wielkie dzieło oswobe-

teraz, do otrzymania ze strony ministerstwa... prostego przystania na linię postępowania, jakąśmy obrali pod brzemieniem bardzo wielkich trudności i, głośno to oświadczamy, po za obrębem wszelkiego obcego wpływu.

Nadewszystko p. Ajencie pragniemy pozyskać od naszych życzliwych protektorów obietnicę, że w żadnym razie nigdy nie zostanie dokonanym gwałt na Rumunii, w celu zmuszenia jej do zawiązania na nowo stosunków z w. Portą.

Zawiadomienie tego rodzaju ma na celu określenie w ścisłym obrębie, obecnej akcyi działalności naszego kraju. Oszczędzi ono narodowi rumuńskiemu smutnych następstw stanu niepewności, który zbyt przedłużając sie mógłby dlań stać się szkodliwym pozbawiając go owej ufności w przyszłość, która nim dotąd kierowała.

Będąc pewną poparcia mocarstw co się tyczy utrzymania i rękojmi jej niepodległości, licząc silnie na to, że będzie mogła urzędownie podnieść głos w międzynarodowem uregulowaniu swoich interesów po skończeniu się obecnej wojny, Rumunia starać się będzie stanowczo zachować kierunek swego postępowania, który jej zawsze jednał pochwały i życzliwość dworów gwarantujących.

Będzie ona mogła dalej iść tą drogą, która po wszystkie czasy była dla niej tak zbawienną, tem łatwiej, gdy się uczuje całkiem wyswobodzoną z węzłów źle spojonych, jakie ją łączyły z Turcyą.

Śmiemy się przeto spodziewać, że J. E. p. minister spraw zagranicznych uzna, że przyrost powagi przyznanej aktowi, jaki spełniła Rumunia, nie będzie mieć innego skutku, jak umocnienie na przyszłość pokoju i pomyślności w kraju, który stać się może jednym z najużyteczniejszych żywiołów wschodniej Europy.

mych kolumn tureckich, które z Erzerum, Zewina, i Bardes wysłane zostały ku Olti, przednie straże rosyjskie cofnęły się bez walki tak z Olti, jak z Penekgerdu, a odwrót ten nastąpił tak szybko, że miał cechę ucieczki. Wojsko tureckie zajęło bez strat obiete miejscowości i rozpoczęło energiczne ściganie nieprzyjaciela". Jakkolwiek dziennik ten zbytnie oddany jest sprawie tureckiej i z tego powodu wiadomość jego przyjmować należy z wielką ogłędnością (jak np. onegdajszą o przejściu 60,000 R s an przez Dunaj, która na pierwszy rzut oka była fałszywą); wszelako faktem jest, że Rosyanie nagle opuścil Olti, z doniesienia zaś *N. fr. Presse* wypływałoby, że odwrót ten był przymusowym, a nie dobrowolnym. Fakt ten dodać może Turkom otuchy do kroków zaczepnych. Ten sam korespondent donosi, że kaimakam Hassan bej z lotnym korpusem ochotników wtargnął przez granicę rosyjską do guberni Achalczyckiej. Oddział rosyjski wysłany przeciw tej kolumnie, został pobity.

---

Jassy 13 czerwca. Do magazynów w Kremenczuku zwieziono nie tylko żywność i amunicyę, lecz także odzież zimową, z czego wnoszą, że Rosya zdecydowaną jest na prowadzenie wojny w zimie. Od Kremenczuka aż do Chersonu Dniepr wystąpił z brzegów i wszędzie zrządził wielkie szkody.

Bukareszt 14 czerwca. W miejsce dwóch szwadronów Inguszów internowanych do Rosyi z powodu ekscesów, przybyły dwie sotnie Kabardyńców do głównej kwatery, które wzbudzają wielkie podziwienie dla swej dzielnej postawy. Jenerał Wilfert ma je przedstawić Carowi.

---

czem dopiero porządnie i bezpiecznie budować. Skoro jednak, nastąpić to może po pożarze tem łatwiej powinno to być przed pożarem.

Aresztowania z powodu agitacyj socyalistycznych odbyły się niemal równocześnie we Lwowie, w Krakowie i w Wiedniu, gdzie jak donosi *Gazeta Lwow.* przychwycono Stanisława Barabssza, którego nazwisko przybrał aresztowany we Lwowie Michał Koturnicki, dalej Edmunda Brzezińskiego, Feliksa Sielskiego i Józefa Zawiszę. Miano także przedsięwziąć w Wiedniu rewizyę domową w lokalnościach „Ogniska" i „Siły". (Otrzymujemy właśnie depeszę od Wydziału „Ogniska" tej osnowy: „Doniesienie tutejszych dzienników o aresztowaniu członków „Ogniska", rzekomo podejrzanych o socyalistyczne agitacye, jest bezpodstawnym fałszem". *Red.:)* We Lwowie zaś prócz pomienionego wyżej Koturnickiego i Bol. Limanowskiego, akademików, Iwana Mandyczewskiego, Iwana Frunko, tudzież słuchacza teologii obr. gr. Aleksandra Zajączkowskiego. Czyżby w istocie zaraza socyalistyczna miała już się przenosić do nas z Rosyi i Niemiec?

Teatr lwowski onegdaj został zamknięty na sezon letni przedstawieniem komedyi Narzymskiego p. t. „Pozytywni". Personal dramatyczny wyjechał do Stanisławowa na kilkanaście przedstawień.

Umarł tu onegdaj po długiej chorobie Marceli Twardowski, sekretarz zakładu Ossolińskich, człowiek dla sumienności w spełnianiu obowiązków powszechnie ceniony.

— Wydział Towarzystwa archeologicznego krajowego we Lwowie, zamianował p. Zenona Rawicz Rojka delegatem komisyi wystawy archeologicznej, na powiat Brzeski, zamieszkującego obecnie w Szczurowy koło Słotwiny.

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 3 złr. 75 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 30 „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie
w państwie austrjackiem . 5 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemiec. 3 tal. 16 sgr.
„ Szwecji i Danji . . . 6 „ — —
„ Francji . . . . . 21 franków
„ Anglii Belgii i Turcji . 15 „
„ Włoch i ks. Naddun. . 18 „

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

# GAZETA

Vr 287

**Lwów d. 16. grudnia.**

(Postępowanie Russkich w Radzie państwa. — Z Izby posłów. — P. Schmerling korzy się przed *Pressami* i *Blattami* i gotuje wielką mowę programową. — Reforma sądowa w Kongresówce. — Sprawozdnie poselskie w Kościanie. — Organ Gorczakowa zbija pogłoski o zamiarach zaborczych trzech gabinetów. — Podróż chediwa do Anglii. — Prusy stanowczo odrzucają traktat pragski. — Francuzkie sprawy parlamentarne.)

W preliminarzu rządowym etatu wyznań znajdywała się między wydatkami pozycja 25.000 złr. na budowę rezydencji biskupa ruskiego w Przemyślu, który zajmuje obecnie mieszkanie jednego z kanoników w domu kapitulnym, bo dawny pałac biskupi w tak opłakanym stanie się znajduje, iż władza policyjna zakazała dalszego używania tego pałacu na mieszkanie.

Komisja budżetowa usunęła tę pozycję z budżetu.

Doszła nas wiadomość, że żądano od posłów ruskich, aby jeden z nich postawił w Izbie wniosek o wstawienie do budżetu 25.000 złr. na pałac biskupi. Żaden z tych posłów jednak nie chciał postawić tego wniosku. Postawił go poseł Grocholski na posiedzeniu z dnia 12. grudnia. Podziękował mu zato ironicznie mówiący po nim ksiądz Szwedzicki, który następnie przeszedł do przedstawienia innych potrzeb księży ruskich, a w najciekawszych ustępach swojej mowy sławił niezłomny i stały patrjotyzm austrjacki kleru ruskiego.

Patrjotyczne wyrażenia ks. Szwedzickiego zjednywały sobie, jak widzimy ze sprawozdania pism centralistycznych, oklaski tylko u samych Russkich, a zresztą chwyciły za serce jedynie sprawozdawcę, dr. Rodlera, który zapewnił kler ruski o swojej sympatji, jednakże oświadczył się przeciw daniu 25.000 złr. na pałac biskupi, a przytaczał za swojem zdaniem takie powody, które polegały na stosunkach miejscowych, i niezawodnie tylko przez posłów ruskich były mu podane.

Pomimo gorącego poparcia ministra wyznań, Izba odrzuciła wniosek posła Grocholskiego małą większością. Uważano, że część posłów ruskich, między innemi ks. Halka, Naumowicz i Pietruszewicz wyszli przed samem głosowaniem.

Co do mowy ks. Szwedzickiego, nie możemy pominąć uwagi, że podnosząc austrjacki patrjotyzm całego kleru ruskiego, zapomniał o dobrem przysłowiu łacińskiem: *Propria laus sordet* (samochwalstwo cuchnie) — a przytaczając nazwiska Angełłowiczów, Jachimowiczów, Lewickich, zapomniał o Popielach, Głowackich, Liwczakach i innych księżach ruskich galicyjskich — a było ich 147 do końca 1874 urzędownie policzonych, którzy nie wahali się przejść pod panowanie moskiewskie, zamienić zaprzysiężoną wiarę katolicką na szyzmatycką, a zaprzysiężony patrjotyzm austrjacki na moskiewski.

---

tuje sobie z niego, twierdząc, że minister wcale nie dotknął osobiście dr. Czerkawskiego, tylko napomknął ubocznie o historji z profesorami pragskimi; a jeżeli ten się ozwał, to zapewne czuł się winnym. Wczoraj przytoczyliśmy ów ustęp mowy ministra z *Wiener Ztg.*, i każdy musi przyznać, że dotknął on tam osobiście dr. Czerkawskiego. Sfery urzędowe i półurzędowe zaś formalnie boją się dr. Czerkawskiego — co się najsnadniej w tem odbija, że *Wiener Ztg.* wcale nie wspomina, że dr. E. Czerkawski odpowiedział ministrowi, a *Stara Presse* tylko zapisuje, że dr. E. głos zabierał — nic więcej. Końcowy ustęp mowy dr. E. Czerkawskiego z dnia 12. bm. brzmi według *Nowej Pressy*:

„P. minister wyznań skrytykował wczoraj nieprzychylnie postępowanie profesorów uniwersyteckich. Wiem wprawdzie, że mężowie nauki pojmują czasami stanowisko swoje w sposób, w którym pewne koła nie gustują; mianowicie zaś nie znają się oni na sztuce podawania karku swego pod jarzmo biurokratyczne. Czy zaś słuszne jest obchodzenie się, jakiem p. minister oświaty zaszczycił wczoraj akademicki stan nauczycielski, to już niechaj on sam osądzi. Co do mnie jednak jestem przekonany, że sposób ten obchodzenia się nie pozostanie bez wpływu za granicami Austrji, i że na stosunki oświaty publicznej u nas, rzuci światło ponure i jaskrawe. Wątpię wszelako, aby profesorowie krakowscy tak dalece zbłądzili, iżby sama wszechnica cierpieć na tem powinna. Ubolewałbym, gdyby wywody moje ponownie nie podobały się J. Ekscelencji; spodziewam się jednak, że zastanowiwszy się, pomiędzy innemi i to weźmie na uwagę, że deputowany nie uznaje nad sobą nikogo wyższego, prócz własnego sumienia i opinii swoich wyborców.“ Dr. Czerkawski żądał zresztą wstawienia dla wszechnicy lwowskiej o 16.000 złr. więcej niż preliminowano — na co jak wiadomo, centraliści odpowiedzieli odrzuceniem wniosku i groźbą zwinięcia wszechnicy lwowskiej.

P. Suessowi na wywód, że Galicja posiada aż dwie wszechnice, jak żaden inny kraj, należałoby odpowiedzieć, że Austrja, Styrja i Tyrol, nawet z pobocznemi krajami nie są tak wielkie jak Galicja, a jednak mają aż trzy wszechnice, we Wiedniu, Gracu i Inszpruku i jeszcze czwartą, w Salcburgu; że jeśli w Galicji dwie wszechnice są za wiele, to Bukowina zaledwo by jedno gimnazjum, a nie już wszechnicę posiadać powinna.

Na posiedzeniu Izby posłów d. 13. bm. wytoczyła się rozprawa nad etatem szkół średnich. Tu mianowicie posłowie morawscy wykazywali krzywdy, jakie ponosi tam narodowość czeska, tj. dwie trzecie części kraju. P. Fanderlik wyliczył stosunek liczby uczniów do liczby szkół dla jednej i drugiej narodowości, i tak wypadało w r. 1873 dla:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1040 | Niemców | 6, | 1604 | Czechów | 4 gimnazja |
| 887 | „ | $8^1/_2$ | 624 | „ | $1^1/_2$ gimn. r. |
| 2048 | „ | 9 | 1333 | „ | 2 szk. real. |
| 123 | „ | 2 | 166 | „ | 1 pedag. |

Jeszcze gorzej wypadało w r. 1874, bo dla:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1068 | Niemców | 6, | 1666 | Czechów | 4 gimn. |
| 945 | „ | 9, | 660 | „ | 1 g. realne |
| 2093 | „ | 10 | 1282 | „ | 2 [illegible] |

pełnienie kl
dnich, i to
tamująca. Z
krajach, ale
wszystkich
cza normaln
pobiedz utw
bieg daremn
leżycie prov
Galicja ogr
niesienia w
wynoszą ta
państwo pr
wanie wyżs
ca potrzebę
nopolu i pr
tej sprawy.
Dep. W
sobie spos
nia szkół s
dzi się na
języku cze
tych z jęz
rząd miał
kilku Nie
na kilka
szów. Mo
względnos
istotą zas
się odzyw
Kurandy.
występow
wniejszy
bym go,
bawić z
zując pr
że wszy
decyzji
między
Morawy
łami re
nik i
rekrym
wo zwr
przytac
podnos
szkoły
nich la
ły śred
1874
532.00
więc z
już w
Spraw
jeszcz
są utr
nie bę
nia m
głosov
komisj
P
p. M
liczbę
Galicj
techni
słową,
instyt
licznie
należy

**Egipt.** Reforma sądowa egipska, której przyjęcia wzbrania się dotychczas Francja pod względem politycznym, jest wielce dogodną dla cudzoziemców, a pod względem praktyki sądowej nie nastręcza obaw, gdyż jest po prostu próbą, która może być przerwaną po latach pięciu, jeśli wyda złe następstwa. W ciągu tych pięciu lat spory między cudzoziemcami a Egipcjanami, albo między cudzoziemcami różnych narodowości będą przedkładane trzem trybunałom mięszanym pierwszej instancji, ustanowionym w Aleksandrji, w Kairze i w Zagariz. Każdy z tych trybunałów ma się składać z siedmiu sędziów, czterech cudzoziemców a trzech krajowców; wyroki wydawane będą przez pięciu sędziów, z których 3 cudzoziemców a 7 krajowców. Izba apelacyjna, ustanowiona w Aleksandrji, składać się będzie z 11 sędziów (4 krajowców a siedmiu cudzoziemców); wyroki jej wydawać będzie ośmiu sędziów (5 obcych, 3 krajowców). Mianować sędziów będzie wicekról; ale cudzoziemscy sędziowie mogą być mianowani tylko za zgodą i kontrolą rządów od nośnych. Nawet spory między wicekrólem, jego rządem a cudzoziemcami podlegać będą tej juryzdykcji. Sprawy konsularnych ajentów francuzkich będą wyjęte z pod tej juryzdykcji. Zakłady katolickie, bądź religijne, bądź wychowawcze, zostające pod protekcją Francji, również używać będą tego przywileju. Mimo tak donośnych korzyści dla Francji, mimo iż rządy wszystkich państw zgodziły się na tę reformę, przyjęcie onej w Izbie francuzkiej napotyka silną opozycję.

Kwestja abissyńska niemało teraz zwraca na się uwagi nietylko samego Egiptu i Anglii, ale też i innych państw. Jeden z dzienników trafnie przedstawia odnośną do tej sprawy politykę rządu egipskiego. Nie od dzisiaj — powiada on — przypisują wicekrólowi ambitne plany na wypadek rozpadnięcia się Turcji, a jakby dla doświadczenia swych sił zaczęli Egipcjanie w ostatnich czasach robić experymenta *in anima vili* swych murzyńskich sąsiadów. Podczas gdy dziad dzisiejszego wicekróla, Mehemet Ali czynił niefortunne usiłowania rozszerzenia swych domen od strony północnej, usiłując anektować Syrję, wyspę Cypr i południową część Małej Azji, skierował Ismael basza swój wzrok na południowe kraje Afryki, wiedząc dobrze, że w tej stronie jest wielkie pole do zdobyczy, i że tam żadne potężne państwo nie zdoła mu stawiać w drodze przeszkód niepokonanych. Ismaelowi baszy chodzi przedewszystkiem o utworzenie wielkiego i potężnego państwa nad Nilem, i dlatego zdobywa po kolei wszystkie kraje po obu brzegach aż do źródeł tej rzeki, jako to: Darfur, Abissynię i Harrar. Zabór tej ostatniej krainy spowoduje prawdopodobnie wymianę depesz między Kairem a Konstantynopolem. Między mniejszymi sułtanami i emirami w Afryce panuje zwyczaj, że wstąpienie swe na tron notyfikują Konstantynopolowi, składając tem samem hołd poddaństwa padyszachowi. Za takiego wasala sułtana tureckiego uważał się także strącony właśnie z tronu emir Harraru. Egipt będzie musiał przeto za owładnięcie Harraru płacić prawdopodobnie jakąś małą daninę Porcie. Emir harrarski nie wiele zresztą traci na przyłączeniu państwa swego do Egiptu; otoczony ze wszech stron przez potężnych nieprzyjaciół, i mając nadto do walczenia z rywalami w łonie własnej rodziny, byłby uległ wcześniej lub później i przypłacił może w dodatku życiem własnem wątpliwej wartości władzę. Tak zaś zatrzymuje swe skarby i posiadłości i otrzymać ma znaczną pensję z kasy egipskiej.

Inaczej rzecz się ma z Abissynią, której książęta wyznają wszyscy religię chrześciańską i gorliwie bronią swej odrębności politycznej i narodowej. Nie chcą oni pod żadnym warunkiem przyjść pod rządy mahometan, i dla tego przygotowują się do walki na zabój, przyczem starają się o sprzymierzeńców — aż w Europie. Za pośrednictwem misjonarzy, sta-

— Dnia 19. t. m. o godz. 9. z rana odbędzie się w kaplicy Zakładu św. Teresy na Nowym świecie, jako w dzień 50 letniej rocznicy zaślubin księstwa Leonów Sapiehów, nabożeństwo na intencję jubilatów, na które zapraszają przyjaciół i znajomych. Akt Złotego wesela odbędzie się w Mentonie we Włoszech, gdzie obecnie bawią księstwo Sapiehowie.

— W sobotę dnia 18. b. m. o godzinie 6ej wieczorem odbędzie się doroczne walne zebranie Towarzystwa lekarzy galicyjskich. Członkowie czynni zamiejscowi mogą brać udział w wyborach urzędników Towarzystwa, nadsełając głosy swe listownie, jak to § 49 ustawy opiewa, na ręce sekretarza: Dr. L. Feigla, Lwów ulica Halicka nr. 14.

— Posiedzenie Rady miejskiej odbędzie się we czwartek dnia 16. grudnia b. r. z uderzeniem godz. 6ej wieczorem w sali ratuszowej. Na porządku dziennym: 1) Wybór delegatów do komisji w sprawie rokowania względem reorganizacji szkół ludowych. 2) Ustanowienie i wybór komisji opałowej z 5. członków złożonej. 3) Wniosek dotyczący podwyższenia subwencji dla szkoły pp. Benedyktynek w celu przyjęcia dwóch pomocnic nauczycielskich. Sprawozd. r. p. dr. Gerstman. 4) Wniosek w sprawie zakupna artykułów żywności dla miejskiego zakładu sierót w r. 1876. Sprawozd. r. p. Filipowski. 5) Prośba pp. Śniadowskiego i Wisłobockiego o zatwierdzenie cesji dzierżawy dóbr Malechowa. Prośba p. Kulczyckiego Jana i Jakóba Rollauera o zatwierdzenie cesji dzierżawy dóbr Skniłówka. Sprawozd. r. p. Wojewódka. 6) Prośby o przyrzeczenie przyjęcia i stanowcze przyjęcie do gminy tutejszej. 7) Prośba p. Sykory Karola z projektem założenia nowej drogi obok realności l. 71¹/₄ przy ul. „Nowy Świat“. Sprawozd. r. p. Gostkowski.

— W szeregu prelekcyj urządzanych staraniem Towarzystwa pedagogicznego nastąpi d. 16. grudnia (dziś) od 4—5 g. odczyt dr. Teofila Ciesielskiego p. t.: „Z życia pszczół.“

— W kasynie mieszczańskiem odbędzie się pod artystycznem kierownictwem p. Ludwika Marka d. 17. grudnia b. r. w piątek wieczorek wokalno-muzykalny. Program tegoż następujący: 1. Sonata Mendelsohna na fortepian i wiolenczelę pp. Marek i Wohlmann, 2. Arja z opery „Aroldo“ Verdiego, odspiewa p. Aleksandrowicz, 3. a) Andante Religioso na wiolenczelę z towarzyszeniem fisharmonii p. Wohlmann, b) Serenada Gounoda na wiolenczelę, fisharmonię i fortepian pp. Donillet, Wohlmann i Marek, 4. Cavatina Gounoda odspiewa pan Aleksandrowicz, 5. Parafraza z marszu Rakoczego na cztere ręce F. Liszta panna Dzbańska i p. Marek. Początek o godz. 8. wieczór. Bilety można zamawiać u marszałka kasyna.

— Dowiadujemy się od osób kompetentnych, że chleb Grahama, wypiekany we Lwowie przez p. Dülla, t.z. chleb zdrowia, zaczyna się coraz bardziej ulepszać. Zwrócili nań uwagę już nawet lekarze, którzy na potrzeby pacjentów w swych własnych kuchniach takowy wypiekali; obecnie brać go więc zaczynają z nowo założonej piekarni p. Dülla.

— W dniu 26. sierpnia b. r. wieczorem, podczas odejścia pociągu do Brodów, znalazł tutejszy c. k. strażnik policji Sławiński przy kasie osobowej na stacji Podzamcze, dwa moskiewskie kupony Serja 9 l. 191 i 1662 gubernii Chersońskiej, płatne w dniu 1. września b. r. po 27 rubli 50 kp. Ze sprzedaży tych kuponów spieniężonych za kwotę 81 złr, 40 ct. wypłacono znalazcy 8 złr. 14 ct., pozostałą zaś resztę 73 złr. 26 ct. umieszczono w galicyjskiej kasie oszczędności na wkładkową książeczkę l. 28174.

— **Stanisławów** d. 13. grudnia. Z 5 odczytów przeznaczonych na rzecz szkoły przygotowawczej w Stanisławowie, miał pierwszy w ubiegłą niedzielę p. dyrektor pedagogium Juliusz Turczyński. Sala przepełniona mieściła do czterechset osób, jak widzieliśmy kilka razy w przeszłych latach, gdy prelegent szanowny swój odczyt zapowiedział. Lecz był to właściwie wykład w całem znaczeniu tego słowa, w którym prelegent przeszło półtory godziny językiem obrazowym i poetycznym rzecz traktującą o zjawiskach w górach i na puszczy rozwijał. Wykład ten był w całem znaczeniu tego

(Śmiech ogromny w całej Izbie) — ale jakimże sposobem książki ludowe przychodzą do tego, by służyć tym partykularnym tendencyom, zkądże Niemcy, żydzi, a nawet polscy Szlązacy, którzy tylko przez krótki czas połączeni byli z Polską, przychodzą do tego, by opłakiwać mieli jakąś straconą ojczyznę, mając takową i uważając się szczęśliwymi z tego. Nie znużę więcej Izby wyliczaniem dalszych tych książek (*brawo!*), ograniczę się tylko na postawieniu wniosku, by rząd wezwany został, polskie książki ludowe obecnie obowiązujące w szkołach skasować, a na miejsce ich starać się o wydanie nowych, któreby odpowiadały wymogom równouprawnienia wszystkich wyznań i narodowości.

Wniosek poparto, głosowanie atoli nad nim z powodu nader spóźnionej pory, nastąpi na jutrzejszem posiedzeniu.

---

**Madryt** 6 grudnia.

Kryzys ministeryalna ukończyła się ustąpieniem trzech ministrów ze stronnictwa umiarkowanego pp. Orovio, Castro i Cardenas. Burmistrz Madrytu z sfery arystokratycznéj, hr. Toreno podawał się z tego powodu trzy razy do dymisyi i przez kilka dni dziennik *El Tiempo*, będący jego własnością, występował w opozycyi. Protegowany przez p. Canovas hr. Toreno wytłómaczył się z korzyścią dla siebie i z ogólnem zadowoleniem z chwilowéj opozycyi swego dziennika i z podania się do dymisyi, tak iż uważać go można słusznie za kolegę teraźniejszych ministrów.

Koncesye jakie w ten sposób poczynił, uważane są za jedno zwycięstwo więcéj ducha rewolucyjnego nad tym dawnym umiarkowanym czystéj krwi, o którym dzienniki, komentujące ten fakt powiedziały porównywając go z jego ojcem: „że wielkie charaktery z każdym dniem znikają, gdyż się ich nie dziedziczy.“

Stronnictwo i frakcye stronnictwa, na czele którego stoi p. Santa-Cruz, mówią, że nie sprzeciwiają się temu, aby hr. Toreno zachował obecną swą tekę, pod warunkiem jednak, że nie zmieni swéj politycznéj barwy. *Corespondencia*, która nie krępuje się niczem w swych komentarzach, nazywa hr. Toreno liberalno-zachowawczym, mażąc jednym pociągiem pióra całą przeszłość polityczną i genealogiczną hr. Toreno.

Obecne ministeryum składa się z jednego umiarkowanego, z jednego konstytucyonalisty odstępcy i z siedmiu unionistów, którzy zawsze oglądają się na większość.

Tutejsze dzienniki rozbierają wszystkie i niezgadzają się w tym punkcie, czy p. Castelar starał się zainteresować lewicę Zgromadzenia narodowego, aby postawiła wniosek w duchu przeszkodzenia Karlistom powrotu do Hiszpanii. Co do jednego tylko zgadzają się, to jest co do znacznéj liczby ostatnich, znajdującéj się po téj i po tamtéj stronie granicy.

W d. 10 b. m. tysiąc żołnierzy przeznaczonych do uzupełnienia liczby tych, których rząd wysyła do Kuby, wsiędą na okręty. Posiłki te wraz z wojskiem, będącem już na miejscu, wystarczą do ukończenia wojny.

Rozporządzenia dane kolejom żelaznym w Katalonii i Aragonii są tego rodzaju, że 50,000 żołnierzy będzie mogło być przewiezionych na północ w 24 godzinach.

*Epoca* streszczając swoje uwagi co do prowincyj powstałych, mówi, że chcą one spłacić haracz wojskowy i finansowy należny ojczyźnie, reszta będzie zapomnianą. Lecz nikt nie dzieli tego zdania; wszyscy owszem żądają zniesienia *fueros*, twierdząc, że przywileje te tworzą państwo w państwie i są źródłem wojen domowych.

Miano tu zamiar obsadzić wojskowo granicę francuską na krańcu Hiszpanii. Lecz na to trzebaby zająć cały kraj, a czyż armia liberalna dostateczne ma siły? Jenerałowie w ostatniéj konferencyi z królem, zgodzili się na to, że potrzeba więcéj żołnierzy. Ponieważ rzecz jest nie możebną, uczynią co będzie można aż do chwili, gdy król wyjedzie na północ, dokąd ma przybyć, gdy wszystko będzie gotowem do stanowczego zwycięstwa. Pytanie co jest możebnem z tak niewystarczającemi zasobami do stanowczego hiszpański w położeniu, w jakiem się znajduje, nie może podołać wszystkiemu, chociaż zadziwiającem jest, że nie znaleziono środka wysłania 20,000 ludzi do Kuby. Lecz cuda mają swoją porę i niepowtarzają się nigdy.

---

Sąd wyższy w Krakowie mianował Józefa Rosenblatta, praktykanta sądowego, auskultantem w obrębie jurysdykcyjnym tegoż sądu.

---

Wydarzenie w Skurczu, miasteczku w Prusiech Królewskich, gdzie, jak donieśliśmy, pruska władza policyjna rozwiązała zgromadzenie ludowe, z powodu, że obradowano w języku polskim, jest tak niesłychane, że wiele pism niemieckich nawet z osłupieniem zapytuje: czy to być może? — Tymczasem mnożą się podobne ilustracye do swobód konstytucyjnych. W Gostyniu komisarz obwodowy oświadczył wszystkim sołtysom swojego obwodu, że niewolno im należeć do kółek włościańskich, jak niemniej zagroził im grzywnami w ilości 5 talarów i śledztwem dyscyplinarnem, gdyby uczęszczali na wiece polsko-katolickie. Czemże usprawiedliwić zakazy takie wobec konstytucyi, poręczającej wszystkim poddanym wolność łączenia się w towarzystwa i uczestniczenia w zebraniach publicznych? Jak w Skurczu, tak w Gostyniu organa policyi powołują się wyraźnie na wyższe rozporządzenie. A więc nie jest to samowola niższych urzędników, z którą łatwiejby się uporać, lecz system z góry przepisany, system prześladowczy nie szanujący własnych ustaw zasadniczych, wykwit gorliwości w walce „w imię kultury i cywilizacyi“.

---

**Wiedeń** 13 grudnia. Wydział Izby deputowanych wybrany do obrad nad ustawą karną, odbył w tych dniach kilka posiedzeń. Na posiedzeniu z d. 8 b. m. zaproponował przewodniczący dr. Herbst, ażeby komisya zastanowiła się nad następującemi pytaniami: 1) Czy ma być pozostawiony podział kodeksu karnego na trzy części? 2) Czy kara ma stanowić podział wszystkich występków? 3) Czy wykroczenia mają stanowić jednę część ustawy karnej? Propozycyę tę przyjęto jednogłośnie.

Co do pierwszego pytania referował dr. Tomaszczuk i proponował, ażeby w myśl przedłożenia rządowego zatrzymać podział na trzy części. Komisya odpowiedziała twierdząco, tak na to pytanie, jakoteż na następne dwa pytania.

Następnie przystąpiła komisya do rozpraw nad kwestyą, czy kara śmierci ma być zniesioną? Sprawozdawca dr. Tomaszczuk przemawiał za zniesieniem kary śmierci.

Minister sprawiedliwości dr. Glaser, przemawiał za zatrzymaniem kary śmierci, ponieważ zatrzymano ją we Francyi, Belgii, Włoszech, Niemczech, ponieważ obie Izby Rady państwa orzekły już raz stanowczo, że należy ją zatrzymać, a nareszcie z tego powodu, że zniesienie kary śmierci wywołałoby niezadowolenie pomiędzy ludnością. Wszystkie władze bezpieczeństwa publicznego oświadczyły się za zatrzymaniem kary śmierci. Gdyby ją dziś zniesiono, musianoby ją w krótkim czasie napowrót zaprowadzić.

Przy głosowaniu uchwaliła komisya 6 głosami przeciw 4 głosom zalecać Izbie jak najusilniej zniesienie kary śmierci, z wyjątkiem wypadków, podlegających sądom doraźnym.

Na posiedzeniu w d. 9 b. m. zgodziła się komisya na podział kar: na zamknięcie w domu poprawy, w więzieniu, w więzieniu stanu i w areszcie.

Na posiedzeniu z d. 10 b. m. zgodziła się komisya na to, iż nadzwyczajne prawo łagodzenia kary ma być zniesioném.

Dr. Glaser nadmienił, że równocześnie z zaprowadzeniem nowej ustawy karnej zamierza przedłożyć nowellę do procedury karnej, tej treści, że zwyczajną karą ma być połowa najwyżej zagrożonej kary, a na wypadek, gdyby sąd zeszedł poniżej tego wymiaru, może prokurator, w razie zaś, gdyby przekroczył ten wymiar, może obżałowany odwołać się do wyższej instancyi.

— Na cześć słynnego prawnika Dr. Holtzendorff, stowarzyszenie dziennikarsko-literackie *Concordia* wydało świetną ucztę w sali towarzystwa muzycznego

# Ziemie Polskie.

Administrator archidyecezyi Warszawskiej X. Zwoliński zakomunikował, jak donosi *Gazeta Narodowa*, dziekanom z polecenia jenerał-gubernatora następujące rozporządzenia rządowe w formie okólnika, który brzmi:

Dnia 11 listopada Konsystorz jeneralny Archidyecezyi Warszawskiej do dziekanów Dekanatów w archidyecezyi Warszawskiej.

I. Jaśnie Wielmożny jenerał-gub. warszawski reskryptem z d. 25 października zakomunikował.

„Doszło do mojej wiadomości o dopełnianych przez rzymsko-katolickie duchowieństwo obrządkach chrztu św. nad dziećmi urodzonemi z małżeństw mięszanych z małżonków połączonych z prawosławiem byłych unitów z rzymsko-katolikami. Winni takiego przestępstwa duchowni starali się uniewinniać, powołując się na § 195 i 198 prawa o małżeństwach z 1836 roku. (Tu następują motywa). Samo przez się rozumie się, że objaśnienie to jest niewłaściwem i niedorzecznem. Z logicznego pojęcia wynika, że bezwzględnie stosowane być winno prawo powszechne o małżeństwach osób wyznających religię prawosławną z osobami innych wyznań... i należy stosować § 199 do 204. Duchowni, którzyby się poważyli postępować wbrew temu prawu, będą pociągnięci do surowej prawnej odpowiedzialności“.

Nadto reskryptem z d. 18 paźdz. zabronione zostało spełnianie jakiejkolwiek posługi duchownej, tak dla połączonych z prawosławiem unitów, jak równie dla tych niewielu unitów, którzy jeszcze nie połączyli się z prawosławnym kościołem, albowiem w przeciwnym razie winni pociągani będą do surowych kar, a nawet wydaleni z kraju (na Syberyę?)

II. Reskryptem z d. 20 paźdz. JW. jenerał-gubernator Kotzebue, podał do wiadomości, co następuje:

„Często zdarza się, że na odpusty odbywające się w jakiejś parafii, parafianie innych parafij udają się w licznych partyach z chorągwiami, obrazami, krzyżami, nakształt kościelnych procesyi, przyczem zazwyczaj przewodnictwo w takich partyach przyjmują na siebie ludzie mało oświeceni, występując w roli kaznodziejów, wygłaszając nieodpowiednie mowy. Mając na uwadze, że podobnego rodzaju nieupoważnione przez miejscowe władze zgromadzenia, mogą na sobie nosić charakter przeciwny porządkowi, a tem samem nie mogą być cierpiane, postanowiłem stanowczo i surowo ich zabronić. Zawiadomiwszy o tem naczelników gubernii, uprzejmie proszę W. Exc. zawiadomić duchowieństwo waszej dyecezyi o nastąpionem wzbronieniu... żeby takowe wstrzymując swoich parafian od pielgrzymek, nie wydawało im żadnej rzeczy kościelnej, mogącej posłużyć do naruszenia wyrzeczonego rozporządzenia, a tem więcej nie pozwalało sobie pochwalać i zachęcać do podobnych pielgrzymek, a to pod osobistą odpowiedzialnością.

III. Reskryptem z 10 listopada postanowiono, aby przy nadzwyczajnych wydarzeniach Najj. familii domu panującego, jako to: urodzin, małżeństw, śmierci itp. były odprawiane nabożeństwa po kościołach z rozporządzenia władzy duchownej, ale nie wzbrania się odprawiać stósownych nabożeństw i przed odebraniem rozporządzenia od konsystorza, jeśli wpierw o tem się dowiedziano, a tem bardziej, jeżeli powiadomionem zostało przez najbliższą władzę administracyjną.

Administrator archidyecezyi Warszawskiej, prałat metropolitalny *X. Zwoliński*. Regens kancelaryi *X. Janczarski*.

W zakazach odnoszących się do unitów mieści się godne uwagi, bo urzędowe wyznanie co do charakteru tyle sławionych „dobrowolnych nawróceń“ na prawosławie: rząd oto przyznaje że unici „dobrowolnie nawróceni“ szukają pociech i posług duchownych u duchowieństwa rzymsko-katolickiego!

Komitet do spraw Królestwa Polskiego, na posiedzeniu 14 października b. r. rozstrząsnąwszy przedstawienie Zarządzającego Ministerstwem Spraw Wewnętrznych (z czas. komisyi do spr. włośc. gub. Król. Polsk.) o gruntach, wyznaczanych bezrolnym i pozostawianych przez nich bez rozporządzenia, uchwalił w uzupełnieniu postanowienia Komitetu urządzającego:

2. Jeżeli po upływie roku od dnia zamieszczenia w dzienniku trzeciego ogłoszenia, ani niewiadomy z pobytu właściciel, ani nikt z jego spadkobierców nie da o sobie żadnej wiadomości miejscowemu wójtowi gminy, to ten ostatni donosi o tem miejscowemu komisarzowi do spraw włościańskich, który przekonawszy się o zachowaniu ustanowionego w art. 1 przepisu co do wezwania nieobecnego właściciela lub jego spadkobierców, wyznacza wolny grunt innemu bezrolnemu, ogólnie ustanowioną do tego drogą.

3. Do gruntów opuszczonych przez ich właścicieli po upływie trzech lat od czasu ich objęcia, stosują się ogólne prawa o majątkach niewiadomych z pobytu osób.

4. Dla gruntów objętych przez bezrolnych i opuszczonych przez ich właścicieli, przed wydaniem niniejszych przepisów, termin trzyletni, wspomniony w art. 1, liczy się od czasu wydania niniejszych przepisów.

N. Pan na protokóle Komitetu, 31 października 1875 roku, raczył napisać własnoręcznie „Wykonać“.

Komitet do spraw Królestwa Polskiego, na posiedzeniu 14 października 1875 roku, rozstrząsnąwszy przedstawienie Zarządzającego Ministerstwem Spraw Wewnętrznych, z 10 sierpnia 1875 roku, Nr. 4,226 (z czas. komisyi do spr. włośc. gub. Król. Pols.), w kwestyi sposobu poświadczania i zatwierdzania dobrowolnych umów, zawieranych pomiędzy włościanami o zamianie jednych gruntów na drugie, uchwalił: w rozstrzygnięciu powstałych przy stosowaniu postanowień byłego komitetu urządzającego w Królestwie z 25 lipca 1864 r. (art. 118) i 30 grudnia 1865 r. (art. 524) postanowić, że kontrakta pomiędzy włościanami w przedmiocie aljenacyi, za pomocą zamiany, gruntów i osad nabytych przez nich na podstawie ukazów z 19 lutego 1864 roku, powinny być sporządzane tą drogą, jaka w ogóle jest ustanowiona dla aljenacyi pomienionych guntów włościańskich. Zawierane zaś przez włościan na mocy art. 23 ukazu z 19 lutego 1864 roku, umowy o zamianę gruntów dla zniweczenia szachownicy, podlegają poświadczeniu i zatwierdzeniu miejscowych instytucyj do spraw włościańskich drogą ustanowioną przez postanowienie komitetu urządzającego z 25 lipca 1854 r. (art. 118).

N. Pan na protokóle Komitetu, 31 października 1875 roku, raczył napisać własnoręcznie „Wykonać“.

# Rosya.

Mowy miane na obiedzie w pałacu zimowym w Petersburgu d. 5 grudnia z powodu obchodu orderowego św. Jerzego, były następującej osnowy według urzędowego *Dziennika Warszawskiego:*

*Mowa Cesarza Aleksandra:*

Piję za zdrowie Moich przyjaciół i sprzymierzeńców, Cesarza Wilhelma, jako kawalera orderu św. Jerzego 1ej klasy, którego krzyż 4ej klasy zdobi jego piersi od 1814 roku, i Cesarza Franciszka Józefa, którego także z dumą liczymy w liczbie kawalerów naszego orderu wojskowego przeszło 26 lat. Szczęśliwy jestem, że mogę zapewnić przy tej sposobności, iż serdeczne przymierze pomiędzy trzema naszemi państwami i trzema naszemi armiami, założone przez naszych najdostojniejszych poprzedników na obronę jednej i tej samej sprawy, istnieje nietykalne w obecnej chwili, nie mając innego celu, jak zachowanie spokojności i pokoju w Europie. Zupełną mam nadzieję, że z pomocą Boską, nasze usiłowania osiągną pokojowy cel, który mamy na widoku, którego pragnie cała Europa i którego potrzebują wszystkie państwa. Niech Pan Bóg zachowa Ich Cesarskie Mości, na szczęście ich narodów.

*Mowa arcyksięcia Albrechta.*

Pozwól mi, Naj. Panie, podziękować Waszej Ces. Mości, za przychylne słowa wyrzeczone przez Was, podziękować w imieniu dwóch Monarchów, Waszych Najjaśniejszych Sprzymierzeńców, którzy całkowicie i głęboko podzielają uczucia wyrażone przez Waszą Cesarską Mość, a także powinszować Wam, jako kawalerowi orderu Maryi Teresy, w imieniu armii austryackiej, tak dumnej z tego, że 37 lat liczy Wa-

(do 31 gr.) 4820
J. Müller
W. Krzeczunowicz Kornel

№ 241. Kraków, 23 Października — Wtorek. Rok 1877.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Pojedyncze Nra Czasu, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na cały rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| W państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| We Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przesyłane na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi Czasu w Krakowie. — Listy reklamacyjne niezapieczętowane niepodlegają opłacie pocztowej. — Listów frankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kozajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

## Kraków 22 października.

Pierwszy raz w obecnej wojnie szczęście uśmiechnęło się nie pozornie, ale rzeczywiście Rosyi. W Azyi mniejszej wojska jej odniosły zwycięstwo, które jeżeli nie jest stanowczem, jest przecież najznaczniejszą korzyścią, jaką w aktywach rosyjskich zapisać należy. Trudno dziś przesądzać dalsze jego następstwa; spóźniona pora roku, dwie znaczne fortece do zdobycia, mogą zwolnić postępy wojsk Cara i zmniejszyć w tym roku znaczenie wygranej bitwy w okolicach Karsu, któreby dopiero wtedy wzrosło, gdyby się stało skuteczną dywersyą dla działań w Europie, gdzie rozstrzygają się rzeczywiście losy podjętego przedsięwzięcia.

Wszystkie dalsze możliwe a nawet prawdopodobne korzyści, któreby Rosya odniosła na polach bitew, nie zdolne są przecież zmienić istotnej jej a względnej słabości, jaka wyszła na jaw, ani zatrzeć wrażenia tak wewnątrz jak zewnątrz jej granic. Zwycięstwa lub dalsze klęski militarne Rosyi mogą wpłynąć bezsprzecznie na bieg wypadków europejskich, na ich ukształtowanie. Nie zdolne one zmienić tej sprzeczności, która się tak rażąco okazała między zapowiedziami i głoszonemi nadziejami Rosyi, a zaszłemi wypadkami i rzeczywistością; między, że tak powiemy, zamachem a skutkiem, bo tu różnica okazała się niemal równą tej, jaka od początku istnieje między słowami a czynami rządu carskiego. Faktem należącym do historyi pozostanie, że po dwudziestu dwóch latach „skupiania się“ Rosya okazała się słabszą w czynach a zuchwalszą w pomysłach i słowach, niż przedtem; co jest zawsze dowodem, jeżeli nie upadku, to karłowacenia. Faktem pozostanie, że nazwany przez nią „chory człowiek“ zdołał stawić skuteczny opór wypoczętej Rosyi, że ta zatem wypoczynku źle i na złe użyła. Faktem ważnym na przyszłość a dziś stwierdzonym jest, że skoro Rosya zaledwie z Turcyą zmierzyć się jest zdolną, nie byłaby wstanie wystąpić w Europie z samoistną polityką i skutecznie ją poprzeć siłą przeciw komukolwiek. Tych prawd i wrażenia, które one wywołały, nie zdołają zatrzeć przyszłe nawet możebne powodzenia oręża rosyjskiego nad Turcyą.

Nie siła istotna Rosyi zapewnić może zwycięstwa, ale rzeczywista słabość Turcyi. Bo Turcya pomimo niepowodzeń rosyjskich nie przestała być chorą, i to właśnie uwydatnia tylko, o ile organizm Rosyi stał się niezdrowym. Dla tego przyszłe zwycięstwa Rosyi mogą się stać śmiertelnemi dla Turcyi, lecz trudno, aby się obróciły na rzecz potęgi Rosyi. Doprowadzić one mogą do prędszego zawarcia, dziś tak upragnionego zaszczytnego, ale nie korzystnego pokoju. Wycieńczą one jeszcze Rosyę, ale nie wzmocnią jej. Po wojnie znajdzie się Rosya mniej lub więcej upokorzoną wobec Europy, ale zawsze bezsilną i zmuszoną szukać zdrowia i sił w nowem a zapewne innem niż dotąd skupieniu. Rozległość i doniosłość dotychczasowej moralnej i materyalnej porażki, zbyt czują dobrze sami Rosyanie, jak świadczą o tem ich dzienniki i może rozmyślnie kładąca na klęski rosyjskie tak wielki nacisk świeża mowa p. Aksakowa, abyśmy czuli potrzebę rozwodzić się nad niemi.

Wojskowo świetna, politycznie drobna pociecha, jaką Rosya czerpać może ze zwycięstwa pod Karsem, nie zbliża jeszcze chwili ani pokoju, ani skupienia się; zwycięstwo to przywraca częściowo wojskowy honor Rosyi, ale nie ratuje sytuacyi, bo nie dotyczy bezpośrednio treści i ducha rozgrywającej się sprawy: jest pomocniczem, nie rozstrzygającem.

Zwycięstwa Rosyi w Azyi ze względu na Europę dotykają przeważnie angielskich interesów, nie narażają zaś bezpośrednio austryackich, ani też nie zostają w ścisłym związku ze sprawą ludów słowiańskich; tem samem o wiele mniej są ważne dla nas i w ogóle dla Polski. Dla nas ma znaczenie dramat odgrywający się na polach Bułgaryi, bo tu się rozstrzygają nie obojętne nam wielkie pytania przyszłości, dotyczące uznania praw jednostek narodowych, lub też zdeptania ich przez panslawizm, tak dobitnie i zuchwale określony w mowie p. Aksakowa, albo nareszcie zapoznanie ich raz jeszcze przez Europę, chociażby wobec panowania tureckiego. Na europejskim teatrze wojny rozstrzygną się europejskie zadania chwili obecnej, a my do Europy należymy.

Ale z naszego stanowiska, tak dobrze porażki, jak i zwycięstwa Rosyi, dopóki wojna ogranicza się do krwawych między nią a Turcyą zapasów, nie wpływają i wpłynąć nie powinny na zmianę polityki biernej, którą zalecaliśmy polskiemu narodowi. Przeciwnie, wyrachowaną ona była, że tak powiemy, od początku, na powyższe dwie ewentualności, i to stanowi rzeczywistą jej wartość. Ona bowiem jedna dozwala narodowi polskiemu czekać bez ponoszenia ofiar lub strat, wewnętrznych skutków przegranej Rosyi i zewnętrznych komplikacyj, jakie zwycięstwa jej sprowadzićby mogły, albo nareszcie nieuniknionych następstw daleko sięgających a nie powstrzymanych powodzeń. Ztąd też słusznie można powiedzieć, że położenie nasze jest korzystnem, byleśmy umieli wytrwać na właściwem stanowisku. Dziś już przegrana, czy wygrana Rosyi prawdopodobnie wpłynąć muszą na zmianę obecnego położenia narodu polskiego, i dla tego właśnie, dopóki się ważą losy między wygraną a przegraną, bierność jest nietylko roztropną ale i mądrą, bierność w postawie, ale nie w uczuciach, bierność, która zachowa na stosowną chwilę świeżość sił moralnych i materyalnych.

Ta polityka bierności, opartą jest nie tylko na rachunku prawdopodobieństw, ale na dwóch rzeczywistych i silniejszych podstawach: na dokładnem obliczeniu własnych sił naszych i na zasadzie. Siły nasze są — nie powiemy — do tyla słabe, ale są raczej tej natury, że nie pozwalają bez szaleństwa rzucać się w wir wypadków, dopóki materyalna toczy się walka. Następstwem takiego bezrozumnego rzucenia się naszego na przebój wypadków, mogłoby być bezwarunkowe rzucenie się części narodu polskiego do nóg Rosyi, choćby upokorzonej i osłabionej, a byłoby to najdotkliwszem upokorzeniem dla nas i czynem zarówno zakodliwym jak bezmyślne wskoczenie w przepaść bezdenną innych złudzeń.

Ale bierność nasza ma jeszcze za powód coś wznioślejszego i dalej sięgającego — zasadę. Nakazaną była nam ona naturą i treścią poruszonej sprawy. Nie mogliśmy występować ani czynem, ani słowem przeciw ludom słowiańskim, które bądź co bądź, pierwsze krwią swoją podniosły sprawę wschodnią, przeciw tym ludom, które upominały się o to samo, o co my zawsze i wszędzie walczymy i gotowi jesteśmy walczyć. Mniejsza o to, czy użyto ich za narzędzie obcych im, a nam srogich celów; one w dobrej wierze i dzielnym czynem stanęły przy wolności religijnej, przy prawach narodowych i samorządzie. My tym zasadom, pod utratą wszystkiego co nam pozostało, nigdy i nigdzie przeniewierzyć się nie możemy. Czyż i my, tylokrotnie walcząc za nie, nie służyliśmy bezwiednie za narzędzia obcych nam celów? Czyż dla tego sprawa nasza przestała być sprawiedliwą, słuszną, świętą? Nareszcie, te ludy słowiańskie, to, jak ktoś powiedział, krewni nasi, z którymi nieznaliśmy się nigdy, ale krewni. Boskie zatem i ludzkie prawa nie pozwalały nam stawać przeciw nim po stronie Turcyi. Nie mogliśmy także czynnie wspierać ich, bo ich dobra sprawa zbyt widocznie ujętą została w złych celach, w celach nam i Europie wrogich przez Rosyę, tępiącą i gnębiącą u nas to, co tam zmartwychwstać miało — prawo. O zasadę więc, o zasadę ściśle złączoną z naszym bytem, opierała się i opiera się nasza bierność, i dla tego nie mogą na nią wpłynąć ani niepowodzenia, ani zwycięstwa Rosyi, dopóki ta walczy z Turcyą.

Te zasadnicze przyczyny naszej bierności są dla nas silną podstawą a zarazem drogoskazem w przyszłości. Wobec sprawy wschodniej strzedz nam należy i stać wytrwale przy prawach jednostek narodowych. Naszem zdaniem skorzystać z tych wypadków, aby zapewnić, aby dopomódz przynajmniej zwycięstwu zasady prawnej, która zapewnić może byt i rozwój wszystkich narodów pognębionych lub skrępowanych a żywych a tem samem zabespieczyć może nasz byt i nasz rozwój. W tym kierunku przygotowywać się, w tym kierunku przemawiać zawsze i wszędzie, w tym kierunku działać w chwili stosownej dla nas samych i dla innych: oto nasze zadanie, bez względu na zwycięstwa lub przegrane stron obu, lecz z umiejętnością korzystania z jednych lub z drugich. W chwili stanowczej starać się zawżyć na szali po stronie praw narodowych, aby zasłonić je przed gwałtami panslawizmu, lub żeby nie dać im upaść w skutku zapomnienia i obojętności Europy: oto nasze powołanie. Stojąc mężnie przy prawach jednostek narodowych, nie tylko przeciw Rosyi, ale wobec Rosyi i wobec Europy, staniemy się żywiołem spokoju, równowagi i sprawiedliwości. Między dwoma wielkiemi negacyami spokoju, równowagi i sprawiedliwości, między pangermanizmem i panslawizmem pozostaniemy dodatnim żywiołem, i wcześniej czy później przyszłość do nas należeć będzie, bez względu na to, czy Rosya na azyatyckich lub europejskich polach bitew porażki lub zwycięstwa odniesie.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Lwów** 21 października.

Jeszcze w marcu b. r. poruszył radny miasta Lwowa p. Teodor Kulczycki sprawę wyłączenia majątku ludności chrześciańskiej z funduszów ogólnej gminy politycznej i uczynił wniosek, aby w celu zbadania tej sprawy wybraną była komisya z 7 członków złożona, któraby pod przewodnictwem pierwszego wiceprezydenta odpowiednie wnioski Radzie przedłożyła. Wnioskodawca motywował swój wniosek tem, że dawnemi przywilejami królewskiemi obdarzono tylko ludność chrześciańską miasta, gdyż żydzi naówczas wcale do gminy nie należeli, że wszystkie fundacye dawne były na cele chrześciańskie, a gdy według statutu m. Lwowa, tak chrześciański jak i izraelicka ludność miała pozostać przy własności funduszów na cele religijne, naukowe i dobroczynne odnośnego wyznania przeznaczone, przeto fundusze na cele chrześciańskie powinny być wyłączone od ogólnego majątku gminy, podobnie jak wyłączone są fundusze na cele wyznaniowe izraelickie.

Wniosek ten wiele wrzawy sprawił. Poczęto rzecz omawiać nie tylko ze stanowiska prawnego i zasadniczego, lecz z kredką w ręku obliczać, czy w naszych obecnych stosunkach podział taki da się praktycznie przeprowadzić. Wszczęła się dość żywa polemika między wnioskodawcą a jakimś anonimem w łamach tutejszych dzienników, w której anonim wykazywał, że po wyłączeniu majątku, który p. Kulczycki nazwał chrześciańskim, zmniejszyłyby się wprawdzie wydatki gminy ogólnej, lecz że w skutek takiego wyłączenia dochody ogólne gminy zmniejszyłyby się tak znacznie, że musiałoby ogromne nakładać podatki na członków gminy i wywołałoby tem powszechne niezadowolenie, lecz i p. Kulczycki nie pozostał dłużnym odpowiedzi, zaprzeczając żydom prawa korzystania z majątku gminy, o ile on był pierwotnie poświęcony dla celów gminy chrześciańskiej. Rzecz wywołała dość silne rozdrażnienie między radnymi wyznania izraelickiego a gdy wniosek p. Kulczyckiego przez magistrat odrzucony, przez sekcyę Rady miejskiej przyjęty i na porządku dziennym Rady postawiony został, podniosła się opozycya Radnych izraelickich, którzy przez usta Dra Goldmanna wnosili, aby przejść nad nim do porządku dziennego. Debaty były długie i namiętne i na pierwszem posiedzeniu tej sprawie poświęconem nie doprowadziły do żadnej uchwały. Onegdaj jeszcze kilku znawców, pomiędzy innymi pp. Kulczycki i Dobrzański przemawiali za przyjęciem wniosku sekcyi. Debata ta miała dla Lwowian stronę dość interesującą. Mowcy bowiem zmuszeni byli dla uwydatnienia swoich argumentów zaczerpnąć z historyi m. Lwowa, dat dotąd mało znanych u nas, gdzie może, jak w żadnem innem mieście nie troszczono się nigdy o historyę swego grodu i gdzie wszelkie niemal ślady historyi dawniejszej zatarte są dla tej publiczności, która niegacyami rzymskiemi, ten zna dostatecznie dyskrecyę zwykła szukać ich po archiwach i bibliotekach. Z aktów watykańskich, by nie dowierzać całkowicie stron radnych żydowskich wzięto wniosek p. Kul- nawet prawdopodobnym pogłoskom; kto zaś zna troczyckiego za sprawę wyznaniową, napominano, abychę organizacyę dyplomacyi rosyjskiej, wie znowu, żadnych złudzeń i nieprzewidywano bynajmniej z

## Rzym 18 października.

(*P.*) Rezultat wyborów we Francyi jest naturalni przedmiotem wielkiego zajęcia, który każe zapominać wiadomości z placu boju, a równie dla Włoch ważny wiadomości z placu, czy planów exploracyi parl mentarnych p. Crispiego. Smutny rezultat wyborów zadziwił bynajmniej w Watykanie; zasmucił możebn ej we Lwowie, profesorem zwyczajnym tego bo Francya przechodzi, a raczej wchodzi w nową faprzedmiotu.
ciężkiej choroby, ale bynajmniej nie zadziwił. Pisa łem wam w maju, nazajutrz po upadku gabinetu S mona, że w Watykanie bardzo trzeźwo patrzą na rz cy, a może lepiej znają położenie Francyi, niż własny jej rząd. Kryzys gabinetową uważano wtedy za krok niepolityczny, bo nie obliczony statecznie, nie oparty na pewności zwycięstwa i m żności przeprowadzenia zmian radykalnych. Głoszo wtedy po dziennikach liberalnych, że marszałek dz ał pod natchnieniem, pod naciskiem nawet Watyk nu; w Watykanie zaś mówiono: albo zawcześnie, zapóźno. I nie mylono się, teraz znowu przed sami wyborami tyle pisano o wpływach klerykalny o radach posyłanych z Rzymu biskupom, o pro gandzie papieskiej, a tymczasem tutaj nie mi

## Hiszpania.

Nie tudzież wrażenia wywołane we Francyi wyborami, zajmują tutaj wielce umysły. Nie brakuje nawet tych, którzy sądzą, że wpływy berlińskie oddziaływają ciągle w Petersburgu, i to nawet w tych kwestyach, które jakby się zdawało, nie powiny być łącznikiem między dwoma temi państwami. Przed kilku laty opowiadano sobie w kołach dyplomatycznych rozmowę ks. Gorczakowa z kanclerzem niemieckim, która może wcale nie istniała, ale malowała prawdziwie usposobienie wówczas dworu rosyjskiego, zachowania zupełnej niepodległości w pewnych ważnych kwestyach. Prawda, że to było przed wojną, przed Plewną, przed wewnętrznymi niepokojami i że dzisiaj nie wszystko co się tam robi, robi się zapewne z dobrej woli, są i w dyplomatycznej akcyi przejścia które w danych okolicznościach zamieniają się w zależność. Widocznie zapomniano o tem w Petersburgu.

Nie daję wam szczegółów bliższych w tej kwestyi, bo to pierwsze wrażenie z pierwszych dni powrotu do Rzymu. Ale zdaje się wrażenie to prawdziwe. Przypuszczeń wam posyłać nie trzeba, faktów, za których autentycznością ręczyć nie można, nie pragnie'e zapewne, a komu się zdaje, że w Rzymie wie wszystko i ze szczegółami i dokładnie, to dowód, że Rzymu nie zna, i że jest źle informowany. Kto miał do czynienia z kancelaryami, kongresu, większość nawet nie rozumie, że służy interesom niemiecko-włoskim. Rząd zaś, który rozpoczyna działalność takim krokiem, jak rozwiązanie izby w imieniu i obronie zasad, przed wyborcami wypiera się publicznie tych samych zasad, a bojaźń posuwa do tego stopnia, że prosi po cichu biskupów, by nie nakazywali modłów publicznych. Ten tylko o Francyi nie zwątpił zupełnie, kto ma wiarę i miłosierdzie boże. Po ludzku rzeczy biorąc, upadek jej widoczny.

Po kilku miesiącach niebytności w Rzymie można się tutaj spotkać z dwiema zmianami. Roboty rewolucyjne przybierają ciało, dwa lata rządów lewicy wydają już owoce. To dopiero początek. Ale o tem później. Najbardziej mię uderza w tej chwili, że po tem wszystkiem, co przez całe lato pisały dzienniki o rokowaniach rządu rosyjskiego ze Stolicą św., jestem widzę zupełnie co innego. Rokowań żadnych nie ma; przeciwnie, znać pewne oziębienie stosunków, jeżeli można mówić o oziębieniu między Watykanem a Petersburgiem, gdy oficyalnie od kilku lat wcale one nie istnieją. Ale jeżeli na wiosnę można się było spodziewać, że rząd rosyjski będzie się starał szukać pewnej drogi wyjścia z dzisiejszego bądź co bądź niemożliwego długo stanu, mając pod swojem panowaniem kilkanaście milionów katolików, to dzisiaj zdaje mi się, że w Watykanie panuje przekonanie, iż nie można liczyć nie tylko na żadne zapewnienie, ale z nieufnością przyjmować nawet trzeba wszelkie kroki dyplomacyi rosyjskiej. To tylko dowód, ile prawdy w informacyach półurzędowych organów niemieckich, a raczej ku jakiemu celowi zmierzają pewne informacye z pewnych źródeł. Dotychczasowe niepowodzenia armii rosyjskiej nie wydały jeszcze owoców w Petersburgu, nie otworzyły nawet oczu na pewne stosunki przyjazne, które powinnyby jednak przypominać starą maksymę dyplomatyczną. Nie tudzież się domyślać

aby się chmury rozwiały, aby znikły cienie tych złośliwych głosów i objaśnień..... Skąpem jest światło dochodzące nas z dalekich, złowrogich stron. Z chorobliwem wzruszeniem wytęża tam Rosya swój wzrok i widzi jak przez mgłę widma bohaterskich ofiar..... Z natężeniem słuchamy, ale z wyjątkiem zastraszającej liczby poległych i rannych i rozmaitych zapowiedzi nieszczęścia nic się nie dowiadujemy od organów rządowych w Rosyi.

W rzeczy samej lakoniczne urzędowe depesze, a które zresztą bywają zawsze spóźnione, nie wystarczają wcale, aby zaspokoić słuszną ciekawość całej Rosyi. Czy nie jest to szczególnem, czy nie jest to wstydem, aby cała Rosya stojąca po za armią rosyjską, począwszy od najwyższych aż do najniższych warstw społecznych, od najbogatszych pałaców aż do najuboższej chaty wieśniaczej była skazaną na korespondencye zagraniczne, aby z nich zaczerpnąć dopiero kilka iskierek prawdy. Ten wielki zaszczyt przypada wyłącznie dwom angielskim korespondentom pp. Forbes i Mac Gahara. Niezależne ich i bezstronne słowo przyniosło im więcej zaufania, aniżeli niepewnym, ściśle kontrolowanym opowiadaniom sprawozdawców rosyjskich. Dzięki im za sympatyę dla naszej sprawy, za ich przyjacielski sąd o naszych żołnierzach, za ich pochwałę naszych oficerów a przedewszystkiem za ich trzeźwą, chociaż gorzką prawdę. Doniesienia ich rozeszły się w tłumaczeniu rosyjskiem po całej Rosyi, tak, że nie ma prawie wsi, w której by wiadomości tych nie czytano. To już nie tak, jak dawniej bywało, i byłoby to z korzyścią, aby o tem pomyślano, z tej strony Kaukazu i Dunaju.

Zaiste, jak sroga burza gości w naszym kraju głębokie nieporozumienie, szeroko i daleko, ale nieporozumienie tylko, nigdy zaś ospałość i ociąganie się. Na niezmierzonym obszarze, w pośród milionów ludzi nie słychać ani jednego słowa skargi, lub szemrania: „dla czego i dla kogo rozpoczęto tę wojnę?“ Lud nie pojmuje tylko, dla czego wojna jest tak a nie inaczej prowadzoną, dla czego najdzielniejsza armia całego świata nie odniosła dotąd żadnego zwycięstwa. O ważności i świętości rozpoczętej wojny nie wątpił on ani chwili i nigdy nie zostało zachwianem postanowienie jego, że raz rozpoczęte dzieło musi być doprowadzone do końca i dla tego celu gotów ponieść wszelkie ofiary. Lud poniesie te ofiary, na karkach jego spoczną cześć i sława Rosyi; spełni on swe historyczne posłannictwo, ale własną krwią nie zdoła zmyć grzechów, przeszkadzających świetnym zwycięstwom.

Nie na prostym ludzie, nie na „młodszych braciach,“ jak ich wspaniałomyślnie w naszych kołach towarzyskich nazywają, spoczywa wina, ale na nas „starszych braciach,“ na naszem centrum towarzyskiem, ciąży największy i najgorszy grzech — przyczyna wszelkiej nędzy: wyrzeczenie się narodowości rosyjskiej i cudzoziemczyzna. Nigdy różnica ta między temi kołami a resztą ludu, nie wystąpiła jawniej jak w obecnej wojnie.

Gdy nieprzyjaciele nasi radują się i puszą, gdy dzielni nasi wojownicy tysiącami giną, reszta pozostałych bohaterów żadna walki czeka nadarmo na słowo pochwały i zachęty ze strony Rosyi. Czy choć jedno słowo pociechy lub zachęty wyszło z tych sfer, może głosy te później zbiorą się w jeden potężny chór. Może! Ale wiele z nich już teraz zdaje się z smutną miną zapowiadać zupełną porażkę Rosyi... „Patrzcie, patrzcie— wołają, ukrywając źle swoje brudne postępowanie i swoją nową rolę „patryotów“— przecież mieliśmy słuszność sprzeciwiając się tej nierozumnej wojnie, w którą popchnęła Rosyę śmieszność komitetu słowiańskiego i fanatyzm dziennikarzy, czemu nieumiano tamy położyć. Co nas obchodzą ci rozmaici Słowianie, Bułgarowie i Serbowie, przedewszystkiem jesteśmy Rosyanami, którzy obowiązani są myśleć za Rosyę i o nią się troszczyć. Dość trzeba pracy dla wyswobodzenia i rozbudzenia drugich, dość jest troski w interesie naszego ludu. W tym względzie też działaliśmy i układaliśmy różne projekta, lecz rady naszej nie słuchano?“ Te i tym podobne wyrażenia bardzo taniej „roztropności“ i charakterystycznej lekkomyślności nie zasługiwałyby na najmniejszą uwagę, gdyby ten sztuczny duchowy upadek (któremu podlega każdy odstępca), nie miał w tej chwili pewnego znaczenia i donośnego wpływu. Któż inny jeśli nie owi wspomniani obłudnicy, pominąwszy już te różne zbrodnie i błędy strategiczne, są winni tych niepowodzeń, tej nędzy i tych wielu ofiar, na które teraz narzekają? Na kogóż innego jeśli nie na nich spada wina za tak wiele a daremnie przelanej krwi? Czyż nie oni pomagali nieprzyjacielowi, wstrzymując cios dawno przygotowany, a tym samym zostawiając mu czas potrzebny? Wojna, mówiono, bez wszelkiego powodu, oto wojna do której popchnięto Rosyę!... O zaiste, ci ludzie mają oczy a nie widzą, mają uszy a niesłyszą. Nie potrzeba ani im, ani obcym rozwijać konieczności i naturalności motywów wojny i jej historycznego znaczenia Mimo to nie możemy i nie powinniśmy milczeć, choćby słowo prawdy komukolwiek mogło być nie miłem. *(Dokończenie nast.)*

— *St. Piet. Wiedomosti* poświęcają obszerny artykuł wstępny dowodzeniu, że jeżeli wojna wschodnia wpłynie na zmiany stanowcze w losach Turcyi i chrześcian bałkańskich, jeżeli wywrze pewne wpływy na stan wewnętrzny Rosyi, to i na przyszłe losy Austryi wpłynie też niemało, a bodaj czy nie zmieni położenia jéj stanowczo.

Dziennik rzeczony powiada, że już dziś jest rzeczą jasną, iż dotychczasowa neutralność Austryi nie jest jedynie wynikiem nacisku, wywieranego na nią ze strony Prus, jak dotąd sądzono w Rosyi, lecz jest zarazem, a może przeważnie, skutkiem wstrętu samej Austryi do czynnego mięszania się w wojnę wschodnią, a to dla tego, że „w łonie téj dwulicowéj, a raczej dwugłowéj monarchii ważą się dziś już wypadki, które mogą wkrótce wciągnąć ją nad przepaść taką, nad jaką dziś wisi Turcya.“

Od czasu ustąpienia Austryi ze związku niemieckiego i wystąpienia Węgier z pretensyami do samodzielności politycznej, monarchia Habsburgów szuka napróżno jakiéj podpory dla odzyskania potęgi, którą utraca. Liczyć na powtórzenie się wypadków 1848 roku, tj. na ratunek Rosyi w razie rokoszu Madjarów, w żaden sposób nie mogła. Prusy też, Francya, ani Włochy jednego denara niedaliby dla zbawienia Austryi. Jedna tedy i jedyna pozostała dla niéj droga: pogodzić się ze swoimi niedawnymi nieprzyjaciołmi, Węgrami, i u nich szukać ratunku i pomocy. Nieudało się Węgrom, pomimo usilnych w tym kierunku starań, rozprzęgnąć związku trójcesarskiego i wciągnąć Austryę do wojny w obronie Turcyi. Chociaż rząd austryacki chętnieby był przeszkodził Rosyi, nie uczynił jednak tego, po części przez wzgląd na Prusy, po części zaś przez obawę zaburzeń w łonie własnéj monarchii, między narody słowiańskimi. Madjary tedy postanowili poprowadzić sprawę na własną rękę — i oto zjawia się wielka konspiracya, celem utworzenia armii, która miała zrobić dywersyę bardzo pomocną Turkom, bo atakującą tyły armii rosyjskiéj. Spisek jak wiadomo, nieudał się. Policya austryacka wykryła go, i wyratowała tym razem monarchię Habsburgów z wielkich kłopotów i niebezpieczeństw. Ale w każdym razie Austrya otrzymała pierwsze ostrzeżenie. Jeżeli pierwsza próba Węgrów działania na własną rękę zrobiła *fiasco*, to bądź co bądź wskazała ona, czego rząd austryacki spodziewać się może od swych „wiernych Madjarów,“ skoro tylko lepsza nadarzy się im sposobność. Węgry, dobiwszy się pewnéj potęgi i przewagi w cesarstwie austryackiem, niezechcą stanąć w pół drogi, a dążyć będą do panowania zupełnego, do przedzierźgnięcia monarchii austryackiéj w monarchię węgierską. Habsburgowie *volens nolens* będą zmuszeni przywdziać z czasem dolman węgierski i już go nie zrzucać, jeżeli zechcą nieopuszczać tronu.., Ale... ale nadeszłaby przyjdzie im pożegnać się na wieki z prowincyami niemieckimi i rozpocząć śmiertelną wálkę z słowiańskiemi

Prusy, rozpocząwszy tak świetnie dzieło zjednoczenia Niemiec, niezaprzestaną aż go, uzupełnią. Raz wytrąciwszy Austryą ze związku niemieckiego, nie zadowolą się tem, niepozostawią jéj w pokoju, aż wyd ą jéj prowincye niamieckie, bez których sprawa zjednoczenia Niemiec pod berłem Prus, nietylko jest niezakończoną, lecz nawet nie jest bezpieczną i trwałą. „Kiedy nastąpi przyłączenie ziem niemieckich austryackich do Prus, i jak ono nastąpi: [illegible] dze wojny, czy przez ugodę pokojową? trudno widzieć, lecz w każdym razie nastąpić musi, jako fakt historyczie nieunikniony. Dążność Węgier do niezależności sprzyja wielce dążnościom Prus do ostatecznego zjednoczenia ziem niemieckich. Nastąpi chwila, kiedy Prusy i Węgry, niezawierając nawet żadnéj między sobą ugody, działać będą zgodne przeciw Austryi, godzić na jéj niezawisłość i całość. Czy wyjdzie dynastya Habsburgów obronną ręką z takich opałów, czy się ostoi na jakimkolwiek tronie? to są kwestye mniéj mające dla polityki europejskiéj znaczenia: Europa bowiem nic nie straci na tem, jeśli z areopagu jéj monarchów ubędzie jeden członek taki, który dobrych wspomnień po sobie niezostawi żadnych. Bardzo korzystnie zastąpią go Włochy, jednolite i jednoplemienne, a więc niemające potrzeby, dla podtrzymania sztucznego bytu, jak Austrya, snuć ciągle sieć intryg, bardzo szkodliwych dla pokoju europejskiego. Stracą na tem tylko Słowianie zachodni, którzy z pod rządów niemieckich popadną pod rządy węgierski zupełnie jak „z deszczu pod rynnę!“

„W każdym razie“ — kończą *St. Piet. Wiedomosti* „z końcem wojny wschodniéj Europa uspokoi się nie na długo, ponieważ dojrzewają w niéj zarody nowych kwestyj, bodaj czy nie donioślejszych jak kwestya wschodnia, a na pierwszym planie stoi kwestya austro-węgierska, czyli kwestya bytu lub upadku teraźniejszéj monarchii Habsburgów.“

## Teatr wojny.

Krótką radość, jaka z okazyi zwycięstwa odniesionego w Azyi zapanowała w obozie rosyjskim, przerywa znów bardzo smutne dla Rosyan wydarzenie. Złowrogie dla nich w tej kampanii nazwisko Plewny łączy się znów z wiadomością autentycznie ze wszechstron stwierdzoną o bezskuteczności trzykrotnie i krwawo ponawianego ataku wojska rumuńskiego na drugą redutę Grywicy i na redutę pod Bukową. Wszystkie trzy ataki odparte zostały z wielkiemi stratami nacierających.

Osman basza donosi o odparciu ataku na prawem swem skrzydle. Jeżeli w tem nie zachodzi prosta pomyłka w wymienianiu skrzydła, to oczekiwać jeszcze możemy wiadomości o pomyślnem dla Turków boju pod Teliszem, o którego wzięcie podobno bardzo w ostatnich czasach chodziło Rosyanom.

Wojska Sulejmana baszy przeniosły się z pod Kadikiei do Rasgradu, gdzie od dawna przyrządzonem jest bardzo bezpieczne stanowisko, tem bardziej w tej chwili dogodne, że jest z łatwością dowozu połączone. Znaczy to zaniechanie zamiaru kroków zaczepnych na linię Jantry. Tem więcej prawdopodobieństwa natomiast nabiera głoszony już dawniej zamiar wycieczki dywersyjnej za Dunaj. Chociażby ta wycieczka nie przyszła do skutku, to już samo rozgłoszenie się zamiaru jej wykonania w obozie rosyjskim, sprowadziło korzystne dla Turków skutki. Cztery dywizye, któreby w Bułgaryi mogły sprowadzić niepomyślny dla Turków stosunek sił, zbierają się teraz pod rozkazami W. ks. Konstantego w okolicach Kałaraszu, celem strzeżenia przeprawy przez Dunaj.

Jakkolwiek niektóre wiadomości n. p. o wzięciu w niewolę 32 batalionów tureckich, chociaż sami Rosyanie tylko na 3,500 liczbę wziętych w niewolę szeregowców podają, są przesadzone, a wiadomość o 32 batalionach powstała jak się zdaje z przerażenia, jakie w pierwszej chwili w Konstantynopolu zapanowało, przyczem wzięcie 32 armat widocznie na wzięcie w niewolę tyluż batalionów zamienione zostało, klęska Muchtara jest znaczną, ale przy dobrej dalszej dyspozycyi zawsze jeszcze do powetowania.

Odwrót Muchtara uskutecznił się w bardzo stosowny sposób. Każde wkraczanie do Karsu, każde dłuższe bawienie w obrębie fortyfikacyj groziło dwoma niebezpieczeństwami: zamknięciem głównej armii armeńskiej w Karsie, jak we francuskiej kampanii armii Bazaina w Metzu i zabraniem wąwozów na Saganlidachu przez wysłane już z Ardahanu oddziały maszerujące w kierunku Penneku. Temu wszystkiemu zapobiegły skutecznie bardzo stosowne dyspozycye Muchtara baszy. Do Karsu nie udała się żadna część jego armii, wszystko pomaszerowało prosto z pobojowiska przez Ardost na drogę do Saganlidachu, ktorego wąwozy dziś już zajmuje. Zażądane posiłki z Ziemina, Erzerum i Trapezuntu wzmocnią tymczasowo jego szeregi; a przeznaczone już dla niego wojska posiłkowe z Konstantynopola i Bagdadu dopełnią reszty. Skoro tylko w punkcie strategicznie najważniejszym znajduje się silny zawiązek armii, to koło niego znajdą się niebawem potrzebne uzupełnienia, przywracające mu siłę skutecznej akcyi. Rosyanie zaś, po pozostawieniu części armii potrzebnej do obsaczenia Karsu, staną znacznie osłabieni wobec reorganizującej się armii Muchtara. W położeniu kampanii armeńskiej nie ma więc dotąd nic rozpaczliwego, chyba że stan ten pogorszą dyspozycye z Konstantynopola. W mieście tem są aż nadto skłonni do nie czynienia żadnych rozróżnień między nieszczęściem a winą wodzów, nie umieją ocenić, jaki szkodliwy zamęt sprowadza zmiana wodza w chwili krytycznej, tem bardziej że do zastąpienia dotychczasowych nie mają zdolniejszych baszów, tylko używają na ten cel tych, których różne komeraże popierają. Zastraszającą jest więc wiadomość, że Achmed Ejub wyjeżdża do Erzerum. Jako podwładny jest nieposłusznym, a jako naczelnie dowodzący okazał się wszędzie, gdzie dotąd działał, najgorszym z wszystkich generałów tureckich.

---

**Szybka** 16 października. (*Daily Telegr.*) Wczoj rozpoczęli Rosyanie silny ogień ze wszystkich baryj i z dwóch moździerzy, zająwszy nowe stanowisko wschód fortu Św. Mikołaja. Ogień wymierzony przeciwko śródkowi pozycyj tureckich. Odpowiały na to wszystkie bsterye tureckie. Ogień był dzwyczaj silny i trwał przez cztery godziny; bateryi rosyjskie zmuszone zostały do milczenia. Zadzie baterye rosyjskie strzelały aż do samego hodu słońca. Rosyanie musieli bardzo ucierpieć. ny ogień z bateryi Radziaba baszy był nadzwyj skutecznym. Redif basza znajdował się w czasie lonady przy tej bateryi.

**Erzerum** 19 października. (*Daily Telegr.*) Tak zd, jak z Batum wysały już znaczne posiłki, ceh wzmocnienia armii Muchtara baszy. Czynią się ergiczne wysiłenia na odnowienie boju.

**Szybka** 18 października. (*Daily News*) Wydaje s, jakoby Rosyanie czynili przysposobienia do opuzczenia wąwozu Szybki. Generał Radecki ranionym sta.

**Tyflis** 19 października. (*Presse*). Podług najświeższych wiadomości Muchtar basza w odwrocie swoim wcale nie zawadził o Kars, tylko udał się prosto przez Ardost do stanowisk dawniéj na Saganlidchu zajmowanych. Garnizon Karsu ma być słaby.

**Konstantynopol** 20 października po południu (Z.) Muchtar basza zajął Hisirdere niedaleko Saganlidachu, Reszyd basza, któremu z częścią swojéj kolumny udało się wymknąć się z rąk Rosyan, znajduje się obecnie na wyżynach Subotańskich, dwanaście mil od Hisirdere.

**Konstantynopol** 20 października. (*Fremdesblatt*) Stanowisko zajęte przez Reszyda baszę panuje nad równiną Czin aż do Czin-Tabii, południowo zachodniego frontu Karsu. Obawiają się tu (w Konstantynopolu) o los 6000 ludzi wysłanych poprzednio z załogi Karsu w kierunku Ardahanu.

**Warna** 20 października (*Fremdenblatt*). Wice admirał Hassan basza udaje się do ujścia Suliny, celem objęcia komendy nad krążącą tam eskadrą.

**Belgrad** 20 października. (*Pol Corr.*) Pełnomocnik rosyjski Persiani odebrał polecenie utrzymywania ścisłej kontroli, ażeby płacone Serbii subsidia na co innego jak na cele wojenne obracanemi nie były.

**Konstantynopol** 21 października. (*Agence Havas*) Armia Sulejmana baszy zajęła w piątek już dawniej doskonale urządzone pozycye pod Rszgradem, dotąd łatwiej niż na inne punkta uskutecznić można dowóz żywności.

**Bukareszt** 20 października, wieczór. Dzisiejszy *Romanul* donosi: Rumuni atakowali drugą redutę grywicką trzy razy z bohaterskiem poświęceniem się, został jednak odparci. Dalsze szczegóły niewiadome.

Wczoraj wymieniano między Kalafatem a Widdyniem silny ogień działowy, który sprawił uszkodzenia w budynkach mieszkalnych, bez wpływu na wartownie. Dom gubernatora, zamieniony obecnie w koszary, spłonął w Widdyniu. — Szkody w Kalafacie wyrządzone są mniej znaczne.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 22 października. Komisya antropologiczna odbyła posiedzenie w d. 19 b. m. pod przewodnictwem Dra Majera. Przewodniczący powitał obecnych na temże posiedzeniu pp. hr. Koziebrodzkiego i hr. Przeździeckiego, członków Komisyj akademickich, pierwszego antropologicznej, drugiego historycznej. Następnie zawiadomił, że od ostatniego posiedzenia otrzymała Komisya od p. Petrowa bogaty materyał do oddziału etnologicznego, tudzież wiele odpowiednich przedmiotów z jawilonu ks. Ad. Sapiehy z wystawy lwowskiej. Z zakresu antropologii w ściślejszem rozumieniu, zarząd oddziału pedagogicznego w Jaśle zażądał nadesłania instrukcyi do robienia spostrzeżeń na osobach żywych; czemu niezwłocznie uczyniono zadosyć. Skąpy dotąd materyał antropologiczno-statystyczny pomnożył się przesyłką p. Bączkiewicza w Jaśle i p. Kosińskiego w Wadowicach. Wskutek zaproszeń rozesłanych do pp. starostów i lekarzy powiatowych o wypisy z ksiąg stawiennictwa do wojska, mające posłużyć do wykazania zasady wzrostu ciała w miarę stosunków miejscowych i narodowości, otrzymała je dotąd Komisya z 48 starostw, spodziewają się jeszcze dalszego, choć nieco już spóźnionego przybytku. Opracowaniem tego materyału zajmuje się przewodniczący z Drem Kopernickim. W końcu człon. Kom. p. Kirkor zda sprawę z wycieczki na Podole, odbytej w tym roku przy udziale i gorliwej pomocy hr. Szcz. Kozietodzkiego, w której niemniej uprzejme ułatwienia uczynił hr. Rom. Czartoryskiemu, ks. Adam. Sapieże i wielu innym światłym obywatelom polskim. W ciągu wycieczki zbadano: 2 groby kamienne, 32 kurhany grobowe, 10 cmentarzysk ciałopalnych. Z podań tych wynikałoby: 1) że groby kamienne z epoki kamienia gładzonego istnieją na wybrzeżach Dniestru i jego dorzeczach; 2) że naczynia z barwnem malowaniem znaleziono w 8 cmentarzyskach ciałalnych na całej przestrzeni Podola. Z okazów złożonych do zbiorów Akademii a wydobytych w ciągu tej wycieczki, zasługują szczególniej na uwagę wyroby z kości zwierzęcych i krzemienia, tudzież bardzo piękne okazy bronzów i żelaza. Z tejże wycieczki przybyły również dary do zbioru etnologicznego ofiarowane przez hr. Szcz. Koziebrodzkiego i ks. dam Sapiehę oraz kilka innych osób.

Dla wdowy po rybaku Kalicińskim otrzymaliśmy od N. N. 50 cent.

Pogorzelców m. Wieliczki nadesłał nam p. A. Weler 10 złr.

Marszałek krajowy hr. Ludwik Wodzicki, przebał w sobotę przez Kraków z powrotem z Wiednia

Wczoraj nadeszła wiadomość o nagłym zgonie hr. Aleksandra Branickiego, który zmarł w Nicei, dok przybył odwiedzić chorego brata. Śp. Aleksander jednym z czterech braci Branickich, rozległe na rainie posiadających włości. Wysoką zacnością chateru i wielką prostotą serca jednał sobie wszędzie acunek i przyjaźń. Uczynny, gotowy do ofiar, zwłsza na cele naukowe, nie był bez zasług w lu, lubo jako poddany rządu rosyjskiego musiał trzymać zdala od życia publicznego. Wykształconzechstronnie, zamiłowany podróżnik, w otoczeniu swo miewał uczonych, zwłaszcza badaczy przyrody, któdo kraju przywozili zbiory z różnych części świata. ośnik starych książek polskich, zebrał bogaty i dronny ich zbiór, którego główną ozdobą stała się dawbiblioteka Piotrowicka, nabyta przez śp. Aleksa Branickiego od Andrzeja Kożmiana. Zbiór ten znaj się obecnie w starym zamku w Suchej, gdzie wzoo uporządkowany i ułożony przez Dra Nowakowgo, stał się jednym z najbogatszych i najbardziejmujących w Polsce. Hr. Branicki czynił zawsze zędzie, gdzie tylko mógł, dobrze a lubił czynić tylko po cichu, przypadek jedynie odkrywał od czasu do czasu, jak dalece dobroczynną była jego ręka. W naszych stronach liczył wielu przyjaciół, bo przebywał często to w swych dobrach Suchej, to w Krzeszowicach, gdzie w koło ciotki, hrabiny Artu rowej i siostry hrabiny Adamowej Potockiej gromadzić się zwykło liczne grono rodzinne. Ożeniony z Niną Hołyńską, jedną z tych wyższych niewiast polskich, które stanowią społeczności naszej ozdobę i moralną dźwignię, wzorowy nadał kierunek jedynemu synowi, który pojąwszy Julię Potocką, córkę Namiestnika hr. Alfreda, zwrócił się wcześnie do obowiązków, jakie naznacza stanowisko możnego pana u nas. Zgon śp. Aleksandra Branickiego jest znów dla kraju ubytkiem męża dobrej woli i hojnej dłoni.

— Donoszą nam z Kazimierza, że w tamtejszej szkole miejskiej nikt zgoła nie uczy religii. Uczęszczają tam dzieci katolickie i żydowskie. W zeszłym roku uczył religii dzieci katolickie X. Sutor, Augustyanin; a ponieważ za tę naukę zeszłoroczną nie dano mu żadnego wynagrodzenia, tylko dekretem pochwalnym kazano mu się zadowolnić, więc w bieżącym roku nie rozpoczął dotychczas nauki. Do religii mojżeszowej jest przeznaczony stały nauczyciel p. Joel Dembicer. Ten wprawdzie rozpoczął uczyć w obu szkołach męskiej i żeńskiej, ale żeńska szkoła podzielona jest na klas 14, a męska na 8, wypadało więc na niego tygodniowo przeszło 30 godnin, chociaż w klasach wyższych brał o godzinę tygodniowo mniej, niż przeznaczono. Zdaje się, że w skutek tej wielkiej pracy zachorował i już trzeci tydzień do szkoły niechodzi, godziny religii zaś zastępują nauczyciele klasowi, ale swemi przedmiotami. Skoro miasto nie żałowało znacznej sumy na wystawienie i urządzenie tej szkoły, należałoby więc dopilnować, aby i nauka wszystkich przepisanych przedmiotów, z mianowicie religii, należycie była udziela na Trudno wymagać, czy to od księdza, czy od kogobądź, aby uczył za darmo. Również i na miejsce p. Dembicera powinien być płatny zastępca, których nie brak na Kazimierzu.

— **Lisiagóra** (przy Tarnowie) 19 paździer.

Dziś przed południem włościanin Andrzej Flis wyjechał w pole orać, a żona jego posała do ogrodu groch łuskać, zostawiwszy w domu dwoje dzieci bawiących się na lnie, który się suszył na piecu. Starszy chłopiec, liczący około 5 lat, wiedział, gdzie są zapałki na piecu i bawiąc się niemi, zapalił len. Widząc co się dzieje, zeskoczył z pieca i uciekł z izby, zostawiwszy swoją siostrę lat 2½ mającą, w płomieniach. Dziecko to miejscami zostało zupełnie zwęglone, a płomień już około komina nad dach zaczął się wydobywać, gdy ludzie spostrzegli i ogień stłumili.

— **Przemyśl** 19 października.

D. 16 b. m. został ponownie wybrany p. Mikołaj Przedrzymirski, właściciel Maćkowic, członkiem Rady powiatowej przemyskiej z grupy włościańskiej, niedawno złożywszy mandat do pomienionej Rady. Jest to niekłamany dowód zaufania, jakie włościanie w ponownym wybrańcu swoim pokładają.

— **Krasiczyn** d. 20 paźdz.

Odbył się tu d. 17 b. m. akt poświęcenia chorągwi ochotniczej straży ogniowej, w kaplicy zamkowej. Aktu tego dopełnił proboszcz X. Stanisław Wojna; w dzień imienia małżonki założyciela tego Towarzystwa, ks. Adama Sapiehy. Do straży ogniowej tutejszéj należą synowie księcia, oficyaliści mieszczanie i wieśniacy, wszyscy umundurowani, a wczasie uroczystości kościelnych cały ten oddział staje w szeregu. Straż pożarna nie tylko jest dobrodziejstwem broniąc naszego mienia, ale zarazem obudza i rozwija cześć miłości bliźniego, wymagając od członków swoich czynnego objawu tej miłości, a nawet narażenia siebie samego dla dobra bliźnich. Niemniej ma ona wpływ moralny i społeczny, łącząc w jednym szeregu ludzi wszelkiego stanu.

— **Lwów** 21 października.

Mamy już od kilku dni dość silne przymrozki rano, a onegdaj zawitał po raz pierwszy śnieg, który na dachach pozostał aż do południa. Wcześnie się w tym roku przygotować musimy na zimę. Nie wiedzieć jednakże czemu to przypisać, że lubo w każdym roku o tej porze teatr najbardziej bywa odwiedzany, w tym roku dzieje się przeciwnie, a wszelkie starania dyrekcyi, wprowadzania ciekawych nowości na scenę, zapełnić zdołają teatr zaledwie na raz jeden. I tak n. p. dramat Wik. Sardou *Dora*, w którym autor w sposób rzeczywiście mistrzowski wprowadził na scenę interesujący acz obcy naszym stosunkom świat, a raczej półświatek kobiecych ajentów politycznych, już drugi raz przedstawiony był przed pustemi niemal ławkami. Toż samo stało się z komedyą Fredry (ojca) „Wychowanka“. I tu niezawiódł talent słynnego naszego komedyopisarza w kreśleniu komicznych i charakterystycznych sytuacyj, lecz niema w tem całości, aż to raczej luźne sceny bez widocznego związku i myśli przewodniej. To też komedya ta nie zrobiła wrażenia. Jutro pierwszy występ p. Parżnickiej w sztuce *Diana de Lys* Dumasa syna. P. Parżnicka wystąpi w szeregu ról gościnnych.

Nie małe wrażenie sprawiło samobójstwo p. Szydłowskiej, wdowy po radcy apelacyjnym i matki kilkorga dzieci, która otruła się w przystępie melancholii, spowodowanej niedawną śmiercią męża.

— We Lwowie umarł d. 19 b. m. X. Konstanty Kopertyński, kanonik katedral. kapituły łac., radca konsystorza i egzaminator prosynodalny licząc lat 55.

— W piątek d. 19 b. m. w nocy, umarł w Poznaniu licząc lat 76, prałat X. Józef Brzeziński, najstarszy członek kapituły, w której 43 lat zasiadał, infułat, prałat domowy Ojca św. i protonotaryusz apostolski, naprzód sekretarz a potem prezes Towarzystwa pomocy naukowej imienia Marcinkowskiego, administrator dyecezyi poznańskiej po śmierci arcybiskupa Przyłuskiego. Mąż to był wielkiej zacności, zasłużony w Kościele i w kraju. Ostatniemi laty rząd pozbawił go dochodów, lubo te były zabezpieczone na majątku kościelnym przez skarb zabranym, tak iż starzec w długiej swojej chorobie cierpiał niedostatek.

— Donoszą nam, że żona hr. Władysława Platera, niegdyś artystka dramatyczna Karolina Bauer, umarła w Zürich.

— Czytamy w *Dzienniku Poznańskim*: „Pan Damazy“, komedya Blizińskiego graną była w zeszłą sobotę i na scenie krakowskiej, a jak nam stamtąd donoszą doznała również wielkiego powodzenia. Publiczność bardzo licznie się zgromadziła i tak samej komedyi jak jej wykonaniu nieustannie przyklaskiwała. Przy tej sposobności nadmieniamy, że i tutejsza *Posener Ztg* poświęca w dzisiejszym rannym numerze tej komedyi obszerny fejlieton i podając jej treść, oddaje jej należne pochwały a mianowicie mówi, że charaktery w niej są dobrze, z wyjątkiem Antoniego, nakreślone i pełne życia. Dyalog jej naturalny a nigdzie w żadnej scenie nie popada w trywialność, choć każda pobudka widza do śmiechu. Oddaje wreszcie wielkie pochwały grze naszych artystów.

— *Wiek* pisze: Dziwne rzeczy dzieją się na świecie. Niedawno pisma donosiły o strachach w domu Nr. 9 przy ulicy Długiej, dziś znowuż dowiadujemy się o tajemniczem tłuczeniu szyb w jednym z domów położonych przy ulicy Obożnej. Dom ten spokojny z pozoru nawiedzany jest przez jakiegoś „ducha“, który od trzech tygodni wybija szyby w niedocieczony do tej chwili sposób. Nie pomaga czujność mieszkańców podwojona pewną obawą, jaką przejmuje nas zazwyczaj wszystko, czego sobie wytłumaczyć nie jesteśmy w stanie; tak zwani stróże bezpieczeństwa publicznego *alias* policyanci wytężają swe władze umysłowe, by wykryć niewiadomego „burzyciela porządku publicznego.“ Wszystko jednak napróżno. Dom stoi milczący i jakby pewien siebie, a od czasu do czasu, bez żadnej widocznej przyczyny, tłucze się któraś szyba to na dole, to znów na pierwszem piętrze. I to tak od trzech tygodni, a szyb stłuczonych naliczono już do sześćdziesięciu! Nie jesteście to zdolne wprawić w zamyślenie i rozbudzić uwagę spokojnych mieszkańców? To też żywe zajęcie panuje w dzielnicy ulic Obożnej i Furmańskiej (dom, o którym mówimy, położony jest przy ulicy Obożnej, nie dochodząc Furmańskiej, po lewej stronie). Wszędzie niemal głośno rozprawiają o tajemniczym domu, a gorliwsi po parę razy na dzień przyglądają mu się i nierzadko w ich oczach tłucze się szyba jedna i druga. Widocznie . . . „strachy“ w tym domu. Że jednak wiek XIX ma to do siebie, że szczególniejszą uczuwa antypatyę do pewnej kategoryi cudów i strachów, których często pakuje . . . do kozy, więc patrzmy i czekajmy, czy i tutaj rozwiązanie nie będzie podobne. W każdym razie trudno odgadnąć powody tego upartego tłuczenia szyb. Niektórzy przypuszczą, że powodem tutaj mogłoby być usuwanie się fundamentów, naoczni jednak świadkowie zapewniali, że tak nie jest i że dom cały stoi zdrowo i trwale.

— O pożarze w Żytomierzu, o którym niedawno podaliśmy krótką wiadomość, znajdujemy w dziennikach warszawskich następujące szczegóły: Kupiec pewien, urządzając przy świetle nowo odebrane towary, potknął się o pakę, upuścił trzymaną w ręku lampę i rozlana nafta objąwszy płomieniem wnętrze magazynu, przy późnej porze nocnej, stała się powodem katastrofy. Szkody zrządzone przez pożar wyniosą z pewnością kilkakroć sto tysięcy rubli, a i setki rodzin poniosły dotkliwe straty, lub nawet przyprowadzone zostały do zupełnej ruiny. Przy tem, sama powierzchowność miasta wiele straci. Dom, w którym pożar wybuchł, dwupiętrowy i zajmujący kilkaset łokci długości, w środku miasta, przy rogu dwóch główniejszych ulic Berdyczowskiej i Teatralnej, był prawdziwą ozdobą swego cyrkułu, a że należy do zbankrutowanego kupca i obarczony jest, oprócz długów prywatnych, długiem bankowym, z pewnością odrestaurowanym nie będzie i smutny szkielet popękanych murów nie prędko doczeka się odnowienia. Z Towarzystw ogniowych, najwięcej ucierpiało moskiewskie, mniej ruskie i rosyjskie 1827 r., a warszawskie wyszło z tryumfem, bo dwa domy w niem ubezpieczone, z tych jeden nawet drewniany, zostały nietknięte, po dwóch rogach pogorzeliska. Zgubne skutki tego pożaru nie ograniczają się stratami osób dotkniętych bezpośrednio, ale spowodować mogą zawikłania w administracyi rządowej. W spalonym domu, oprócz znaczniejszych magazynów, mieściła się kasa gubernialna, Izba skarbowa, Izba kontrolna, zarząd akcyzy i komisya włościańska. Kasa pieniężna i będące w jej depozycie dokumenta, przy energicznem uczestniczeniu miejscowej władzy, zostały wyniesione bez szwanku. Akta Izby skarbowej i komisyi włościańskiej ocalały, ale archiwym Izby skarbowej, zarząd akcyzy, a co najgłówniej akta Izby kontrolnej, spłonęły prawie do szczętu. W jednym z sąsiednich domów mieścił się rząd gubernialny i stamtąd więc ruszono papiery w popłochu i nieprędko będą mogły być uporządkowane. Naresscie nowo założone Towarzystwo muzyczne pozbyło się swojej sali, nut, mebli i zapewne zakończy efemeryczny swój żywot; w obecnej chwili krzątało się właśnie, żeby powiększyć swoje szczupłe środki, a gdy i te straciło, z trudnością będzie się mogło podźwignąć.

— *Méssager de Vienne* zamieszcza artykuł znanego krytyka wiedeńskiego prof. Szembery o wystawie obrazów. Autor poświęca dłuższy ustęp artystom polskim, zwłaszcza p. Piwnickiemu, z powodu obrazu jego „Żółkiewski pod Cecorą“ podnosi talent i pracę młodego artysty. Artykuł p. Szembery odznacza się wielką sympatyą dla artystów i szkoły polskiej.

— We czwartek rano odbył się w Ratysbonie (Regensburg) ślub Dom Miguela II, głowy domu Braganza, syna Dom Miguela I, z córką ks. Maksymiliana Turn-Taxis, i żony jego Heleny księżny Bawarskiej, siostry Cesarzowej Austryackiej.

**Wiadomości policyjne.** Straż policyjna przytrzymała: Rozalię Mozdzeniewiczównę, służącą, za kradzież pieniędzy; Aleks. Tomaszewicza, za przeniewierzenie; Jakóba Maciejarza z Niedar, który po wyjściu z więzienia za kradzież, wyłudził od żon swoich towarzyszów więzienia pieniądze i odzież, mając je niby doręczyć więźniom; Józefa Tarę i Wawrzyńca Piotrowskiego wyrobników, gdy sprzedawali złoty zegarek damski z głoskami S. H., który, jak utrzymują, znaleźli przed paroma tygodniami w Oświęcimiu; Jana Mikołaja Jarosza, który sprzedawał książkę do nabożeństwa skradzioną jakiemuś chłopu na Podgórzu; Jana Łozińskiego za kradzież trzech kurków mosiężnych od beczek; Maryannę Kramarzównę, za kradzież w służbie; Edwarda Sindera, za przeniewierzenie; Ant. Wielebniowską, za kradzież odzieży; Jana Bielika i Jana Mazurkiewicza, za łapanie ptaków śpiewających; Wojciecha Komorowskiego, za kradzież węgdlin; sześć osób za pijaństwo.

**TEATR.** We wtorek dnia 23go października: Po raz pierwszy: Obraz ob

Nr. 242 Kraków, 24 Października — Środa Rok 1877.

# CZAS

**Czas** wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| stą w Państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

## Kraków 23 października.

Izba deputowanych uchwaliła zeszłego piątku ustawę o opodatkowaniu okowity w trzeciem czytaniu. Przemysł gorzelniczy dotychczas jako tako jeszcze się trzymał w Galicyi, choć o zyskowności jego i pomyślnym rozwoju od dość dawna nie ma już mowy; a główna okoliczność o ważności jego stanowiąca polega na tem, że przemysł ten wyłącznie u nas rolniczy, nie tyle liczy na bezpośrednie zyski dla właścicieli gorzelń, ile raczej na polepszenie i utrzymanie uprawy ziemi. Z tego też stanowiska pożytku powszechnego oceniać należy występowanie deputowanych naszych w obronie zagrożonego przemysłu gorzelniczego, mianowicie bar. Bauma w komisyi rozpatrującej projekty odnoszące się do ugody z Węgrami, a następnie w pełnej Izbie, pp. Krzeczunowicza zaś i Jaworskiego w Izbie. Wielkich sukcesów w tej obronie zaznaczyć nie możemy; czego nie wytargował bar. Baum w komisyi, tego już ani on ani koledzy jego nie wymogli na Izbie, której członkowie w największej części nie znając się na rzeczy przystąpili nietyle do obrad, ile raczej do uchwalenia ustawy z pewną wiarą w nieomylność komisyi, a wnioski deputowanych naszych oceniła Izba po części także ze stanowiska zwykłego przeciw interesom galicyjskim antagonizmu.

Nie tu miejsce zapuszczać się w szczegóły uchwalonej ustawy. Kilka ogólnych tylko wypowiemy uwag dla ocenienia najważniejszych, szczególniej ze stanowiska naszych krajowych stosunków, postanowień ustawy, które dla nas niekorzystne, są niemi także dla skarbu. Mamy na myśli postanowienia o podwyższeniu podatku i o zwolnieniach dla gorzelń rolniczych.

Mogłoby dziwnem się wydawać i paradoksalnem, że w przepisach o zwolnieniach upatrujemy niekorzyść, a w podwyższeniu podatku szkodę dla skarbu. Nie nasze jednak zapatrywanie jest paradoksalne, lecz same przepisy ustawy z uwagi na ich zamiar o skutek.

Gorzelnie w Galicyi są niemal wyłącznie rolnicze; albowiem trzy tylko są melasowe, reszta w liczbie 612 przepala surowiec mączny, a to z wyjątkiem 35 gorzelń, same ziemniaki i zboże; należą zaś te gorzelnie w największej części do kategoryi średnich, opłacających dotychczas rocznie podatku 2000 do 4000 złr. O gorzelniach nierolniczych nie ma przeto u nas co mówić. Przy dotychczasowem między gorzelniami rolniczemi a melasowemi stosunku opodatkowania, który dla melasowych mniej był korzystny od nowej ustawy, gorzelnie nasze już nie mogły wytrzymać konkurencyi i zwolna, a raczej dosyć nagle zaczęła zmniejszać się ich liczba. Nie mamy pod ręką dokładnych dat statystycznych co do samej liczby gorzelń, ale gdy powiemy, że podczas kampanii gorzelnianej r. 1875/6 ogół podatku przepisanego na gorzelnie galicyjskie wynosił tylko 2,080.723 złr., podczas gdy w r. 1874/5 wynosił 2,620,619 złr., a więc spadł o 539,896 złr., jest to wystarczającem, aby powziąć wyobrażenie o upadku liczby gorzelń w jednym tylko roku. Licząc nawet po 4000 złr. rocznego podatku na gorzelnię, otrzymalibyśy 135 gorzelń upadłych w jednym roku. Jakkolwiekbądź urzędowy wykaz ministerstwa skarbu o podatkach konsumcyjnych w roku 1876, powiada nam, że w Galicyi przepisany podatek w kampanii gorzelnianej 1875/6 wynosił przeszło pół miliona złotych mniej niż w kampanii poprzedniej, a to znaczy, że produkcya okowity w Galicyi znacznie się zmniejszyła, skoro w całej monarchii liczba gorzelń w r. 1875/6 była tylko o 77 mniejsza, a podatek wynosił tylko o 744,139 złr. mniej niż w roku 1874/5.

Ostatnie te liczby dowodzą zarazem, że znacznie musiała się podnieść gdzieindziej liczba gorzelń melasowych, inaczej bowiem te liczby ogólne, odnoszące się do całej monarchii musiałyby być niepospolicie większe.

Wracając do założenia, że nasze gorzelnie rolnicze nawet przy dotychczasowych stosunkach opodatkowania nie mogły się ostać wszystkie, szczególniej wobec konkurencyi z melasowemi, pytamy dalej: cóż nam przynosi nowa ustawa? Oto przedewszystkiem znaczne podwyższenie podatku, a dalej większe ubezwładnienie gorzelń rolniczych wobec konkurencyi z melasowemi. Podwyższono bowiem podatek gorzelniom melasowym o 40%, gorzelniom zaś przepalającym surowiec mączny o 60%. Z tych 60% strącać się będzie gorzelniom rolniczym, których kadź zacierowa nie przechodzi 35 hektolitrów 20%, tym zaś, których kadź zacierowa 35 do 45 hektolitrów, tylko 10%. Porównawszy te „zwolnienia“ z stosunkiem podwyższenia podatku gorzelniom melasowym a mącznym, przekonywamy się, że mniejsze gorzelnie rolnicze będą opodatkowane porówno z melasowemi, a większe wyżej od nich. Jeśli przeto już przy dzisiejszym, dla melasu mniej korzystnym stosunku opodatkowania gorzelnictwo rolnicze tak znacznie podupadło, czegoż się spodziewać po nowym stosunku opodatkowania? A na dobitkę jeszcze połączono owe „zwolnienia“ z warunkami, których żaden właściciel ziemski nie posiadający znacznego kapitału obrotowego, dopełnić nie może; zabroniono bowiem oddzielnego od rolnictwa prowadzenia gorzelni.

Z stanowiska dobrobytu i kultury krajowej pytamy tedy: Czy ostaje się owych 612 gorzelni rolniczych, liczba bądź co bądź poważna jeszcze i zdolna utrzymać zyzność znacznych obszarów ziemi; czy ostają się wobec nowych przepisów podatkowych? Czy nie trzeba raczej obawiać się zupełnego zniknięcia ich w przeciągu lat kilku? A jeśli tak — pytamy dalej ze stanowiska fiskalnego: Czy zamiast spodziewanych z podwyższenia podatku większych dla skarbu dochodów, nie należy raczej obawiać się znacznego w dochodach ubytku? Jeżli mimo całego rozwoju gorzelnictwa melasowego upadek gorzelń rolniczych sprawił, że na r. $187^5/_6$ rozpisano na gorzelnie blisko $^3/_4$ miliona podatku mniej niż w roku poprzednim, i jeśli w tej liczbie na samą Galicyę wypada 539,896 zł., czyż *nagły upadek gorzelń galicyjskich*, opłacających dziś jeszcze przeszło 2 miliony podatku, nie przyniesie skarbowi rzeczywiście znacznego uszczerbku? My o tem jesteśmy najzupełniej przekonani? a za rok po wejściu ustawy w życie, za rok po dniu 1 sierpnia r. 1878, przekona się o tem i rząd i komisya budżetowa Izby deputowanych.

Pozostaje drobny jeszcze promyczek nadziei, niestety bardzo słaby. Dep. Baum stawił był wniosek o małe zniżenie projektowanej przez komisyę normy podatkowej, jednakowe dla wszystkich kategoryj gorzelń, „aby, jak mówił, pozostawić gorzelnikom jeśli nie możność, to przynajmniej nadzieję, iż będą mogli dalej prowadzić swe gorzelnie“. Wniosek ten upadł mniejszością 8 głosów. Można jednak spodziewać się, że w skutek opozycyi Węgier Izba wyższa będzie poniekąd zniewoloną podjąć wniosek bar. Bauma, jako drogę pośrednią i pośredniczącą i przyjąć wydatność jednego hektolitra naczynia fermentacyjnego w ilości $4^1/_2$ stopnia z buraków, $5^1/_2$ z surowca mącznego, $6^1/_2$ z melasy, zamiast nowo uchwalonych przez Izbę deputowanych liczb 5, 6 i 7 stopni.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Lwów** 22 października.

(*B. t.*) Na jutro więc mamy zwołane Zgromadzenie ludu, na którem ma być wyrzeczona anathema na naszą reprezentacyę w Radzie państwa, aby w ten sposób usunąć agitacyi najważniejszy szkopuł, jakim jest powaga delegacyi.

Aby dojść do takiego celu, ułożono dość zręczny plan. Zaproszono bowiem kilkunastu wyborców na posiedzenie przedwstępne i na niem uchwalono wezwać obu posłów miasta Lwowa do zdania sprawy z postępowania delegacyi. Rozumie się, że na tem zebraniu znajdowali się tylko tacy wyborcy, o których z góry wiedziano, że w agitacyi chcą wziąć udział, lub których łatwo natłonić do poddania się zdaniu głównych kierowników. Nie było więc wątpliwości, na czem skończy się pierwszy akt tej z góry ułożonej zabawy politycznej.

Mniej pewnem było, co przyjdzie dalej, ale i tak nadspodziewanie rzecz się powiodła. P. Smolka obowiązał się w sejmie złożyć mandat do Rady państwa do dnia 1 grudnia, ponieważ został członkiem Wydziału krajowego; kiedy więc zagrożono mu wyrażeniem nieufności i agitacyami przeciw niemu zwróconemi, wolał pozostać *in odore sanctitatis* ludu lwowskiego, aniżeli narażać się na agitacyę przeciw sobie, oświadczył więc, że natychmiast składa mandat do Rady państwa, co też już uskutecznił. Drugi poseł Dr. Julian Czerkawski (lekarz, nie zaś profesor Euzebiusz, będący posłem ze Lwowa na sejm krajowy) także uległ naciskowi i obiecał stawić się przed zgromadzeniem ludowem. Co mogło skłonić p. Czerkawskiego do tak dziwnego kroku, trudno zrozumieć. Wie on i wiedzieć musi, że zgromadzenie będzie się składało głównie z tych żywiołów, które postanowiły osłabić wpływ delegacyi, podkopać jej powagę świetnie bronioną przez p. Grocholskiego w liście przynoszącym prawdziwy zaszczyt. Jeżeli więc p. Czerkawski nie ma zamiaru zejść na pole tromtadratyczne, w takim razie musi dostać wotum nieufności i zgodzić się na jego przyjęcie. Przyjmując bowiem zaproszenie na Zgromadzenie ludu, uznaje tem samem prawomocność tego zebrania do wydania sądu o jego i delegacyi polityce i musi przyjąć następstwa swego kroku, a więc prawdopodobnie utracić mandat. Gdyby koledzy delegacyjni p. Czerkawskiego powodowali się taką samą naiwną polityką, moglibyśmy w chwili tak ważnej pozostawieni być reprezentacyi w Radzie państwa, i wydani na skutki bezużytecznej a nawet szkodliwej w takich okolicznościach agitacyi wyborczej.

Agitacya odwraca u nas stosunek do wyborców, jaki gdzieindziej istnieje i posłowie zwołują niekiedy wyborców, aby w swoich okręgach znaleść moralne poparcie i okazać, że kraj podziela ich politykę; albo też kiedy chcą wyborcom powiedzieć coś takiego, coby chcieli, aby wszyscy słyszeli, a nie mogą tego dokonać w inny sposób.

U nas dzieje się odwrotnie: wyborcy chcą ciągle kontrolować posła, dawać mu nauki, rady, rozkazy, każą mu tłomaczyć się co chwila, chcą, aby mówił czego mówić nie może i nie powinien, jeżeliby to było ze szkodą dla sprawy publicznej. Wyborcy więc mają kierować polityką, która w ten sposób będzie polityką powszechnego głosowania, wyrazem liczebnej większości a nie rozumu. Na taki stosunek do wyborców nie może się zgodzić żaden wytrawny człowiek, żaden poważny poseł, który wie czego chce i do czego dąży.

Trzeba więc mieć odwagę w podobnych wypadkach i sprzeciwić się agitacyi szkodliwej, która ma dogodzić dumie agitatorów, zaspokoić fałszywą ambicyę wyborców, że oni bezpośrednio prowadzą politykę: trzeba mieć odwagę narażenia się na potępienie agitatorów, ale należy stanowczo odeprzeć ich zachcianki, a więc odmówić przybycia na zgromadzenie i wyjaśnić swą odmowę w poważnym i politycznym duchu, jak to uczynił czcigodny prezes Koła polskiego w Wiedniu.

Przechodząc do agitacyi prowadzonej przeciw waszemu pismu, muszę zwrócić uwagę na jeden szczegół, dotychczas przez was nieuwzględniony. Kiedy redakcya *Gazety Lwowskiej* dostała się w ręce p. Łozińskiego, stała się przedmiotem namiętnej nienawiści obu pism tutejszych; im więc *Gazeta Lwowska* staranniej była redagowaną, im bardziej przybierała wybitnie polską barwę, z tem sroższą gwałtownością obie redakcye lwowskie odmawiały jej charakteru narodowego, bo jak zawsze chodziło im o prenumeratorów, a nie o dobro publiczne; im więc *Gazeta Lwowska* lepsza i bardziej polska, tem trzeba ją było więcej błotem oszczerstwa obrzucać, bo tem niebezpieczniejszą stawała się rywalką. *Gazeta* znajdowała się jednak w szczęśliwszem położeniu od was: jako dziennik urzędowy mogła milczeniem zbywać wszystkie nikczemne zarzuty i potwarze. Dla tego też agitacya dzienników zwróciła się przeciw wam, bo zmuszeni odpowiadać, podtrzymujecie polemikę. Możecie być pewni, że i teraz tym dziennikom idzie o korzyść materyalną, więc nie cofną się przed żadną podłością: a chociaż żaden z nich nigdy nie wierzył w to co mówi, żaden nigdy nie cofnie świadomie rzuconej potwarzy, widząc w tem swój, a raczej swej kieszeni interes.

**Poznań** 20 października.

W przeszłą niedzielę schwycono w okolicy Kościana X. Bielskiego wikaryusza kościańskiego, który w Grudnie przebywał u sąsiedniego proboszcza, X. Bielski był już skazany za banicyę, chociaż w dwóch instancyach wygrał sprawę i tylko w skutku apelacyi prokuratoryi ostatecznego z Berlina zapewne uniewinniającego oczekiwał wyroku. Że aresztowanego przywieziono do Kościana i do więzienia odwieziono, póki nie otrzymano rozkazu, dokąd go dalej wywieść, to w obecnych stosunkach naturalnem. Lecz to nie wystarczało zbyt gorliwym wykonawcom władzy miejscowej. Jak gdyby chciano wywołać oburzenie ludności, gdy przed więzieniem zebrała się gromadka ludzi smutno zaciekawionych, wyprowadzono aresztowanego w otoczeniu żandarmów i przeprowadzono przez miasto do aresztu policyjnego, gdzie schwytanych włóczęgów na kilka godzin pakują. Prowadzącego aresztowanego urągali po drodze jego ubraniu, rozrostowi, drażniąc do ostateczności lud, gromadzący się coraz liczniej. Ktokolwiek zaś wyrzekł jakieś słowo oburzenia lub współczucia, włączano go do tej bandy aresztanckiej, rojącej się od wszelkiego plugastwa. Na ostatku był tam tłok taki, że się ruszyć nie było można. Widowisko to trwało 9 godzin, zanim księdza wysłano do Głogowy. W obecnych stosunkach chociaż w dwóch instancyach ksiądz ten został uznany niewinnym, pojmujemy uwięzienie i odstawienie do granicy państwa, ale czyliż to nie mogło być wykonanem przyzwoicie, a nie w sposób drażniący i oburzający. Kościan co chwila bywa widownią podobnych scen i nadużyć. Uwięziono tam niedawno Siostry Miłosierdzia za odmowę denuncyacyi, jaki ksiądz w ich domu Mszę św. odprawił. W tem samem miasteczku spędzają więźniów w kajdanach na świętokradzkie nabożeństwo narzuconego proboszcza. Proboszcz ten niegdyś demagog i skrajny nieprzyjaciel rządu, dziś wszechwładzcą miasta i powiatu. Wszystko na jego rozkazy.

**Konstantynopol** 7 października.

Nadaremnemi są zaprzeczenia petersburskich i innych dzienników, iż Turkom nieczyniono propozycyj pokojowych, a przynajmniej do zawieszenia broni prowadzących. Robione były, i to nietylko przez hr. Zychego. Po doznanem *fiasco*, usiłują się wyprzeć tego, co im się nieudało, lecz tu za nadto jest wiadomem, by się wyprzeć skutecznie mogli.

Wobec ciągłych, a tak niespodziewanych powodzeń armii tureckiéj, trudno było stronnictwu pokojowemu w Porcie, mimo największych chęci z obawy przed ludem dać ucho pośrednikom lub ajentom tajemnym, bo lud ten jakkolwiek najwięcéj ponosi ciężarów, i najwięcéj cierpi, ani słyszeć dziś jeszcze o zgodzie nie chce. Instynkt jego widzi daléj i lepiéj niż zaciemnione osobistemi rachubami i niezawisłością rozumy ministrów jego i dyplomatów. Musiano więc sto sześćdziesiąt tysięcy mustahfizów (to jest ostatniéj rezerwy) pod broń, znowu powołać. Gwardya stambulska z podwojonym pośpiechem i niespodziewaną ochotą, ćwiczy się w robieniu tą bronią i mundruje, tak mieszkańców tutejszych zachęciła i wbiła w dumę owa pochlebna odezwa Dievdet baszy. Gwardya ta wygląda porządnie bardzo, złożona w większéj części z żołnierzy do klas bogatszych należących, z rzemieślników, urzędników wszelkiego stopnia, kupców i tym podobnych więcéj ogładzonych indywiduów, przedstawia się na oko o wiele nawet piękniéj, niż najlepsze pułki liniowe. Kto wie czy i w dzielności daleko z czasem po za niemi zostanie. Pięćdziesiąt batalionów skompletowane wkrótce zupełne i nieźle wyćwiczone mogą się niemało przyczynić, nietylko do obrony stolicy, lecz i związanego z nią koleją Adryanopola. Fortyfikacye tych miast chociaż już ukończone, coraz więcéj Turcy pomnażają i doskonalą. Przykład Plewny tak ich zachęcił do podobnego systemu, że po całéj Turcyi gdzie trzeba i nie trzeba wały się wznoszą. Półwysep Gallipoli postawiony także w stanie dostatecznéj obrony, trzydzieści dział Kruppa w tych dniach na szańcach jego postawiono, reszta niedługo za niemi pójdzie. Mehmed Ali prawie do przesady na téj się drodze posunął, umacniając w pochodzie swoim naprzód, nieledwie wszystkie stacye, by mu w razie odwrotu za punkta oparcia służyły, co sprawiło, że się doczekał nad Jantrą gwardyi cesarskich, a następnie i desityucyi. Powolność jego ruchów przypisywano w Porcie wpływom pruskim, przeniesiono go więc do Hercegowiny, pod pozorem, że tam ze strony Czarnogórców nowe i wielkie niebezpieczeństwo zagraża.

O ile nas tu przecież wieści dochodzą, Czarnogórcom i Serbom zaczynają się, choć późno trochę, otwierać oczy, i pierwsi z nich rzeczywiście myślą się trzymać raczéj obronnie, i zaoszczędzić na przyjaźniejsze czasy téj krwi, któréj strumienie nie dla słowiańskich spraw korzyści, jak dotąd wylewane, przejmowały skrytą radością tych, co z tego najwięcéj i jedynie korzystać mogą, Niemców berlińskich i petersburskich.

Podobneż względy miały podobno wpłynąć i w Serbii, więcéj niż wszelkie dyplomatyczne przedstawienia, na powstrzymanie się w wysłaniu armii na teatr wojny. Najmniéj przebiegłe i politycznie wykształcone słowiańskie rozumy zaczynają już spostrzegać, że utworzenie potężnego rumuńskiego królestwa, i ozdobienie koroną, głowy księcia Karola, nie ma nic wspólnego ze sprawą Słowian. Zaczynają spostrzegać, że Turek jakkolwiek dokuczliwy, nie jest przecież ani najgroźniejszym, ani najzaciętszym słowiańskiego szczepu nieprzyjacielem, że wynaradawiać go jak innego ani chciał, ani był w stanie, języka mu i wiary ani podstępnie ani gwałtownie nie odbierał, i że gdyby go nawet podobne zachcianki w przyszłości napaść mogły, nieposiada do tego zdolności, zwłaszcza przy jakiejkolwiek konstytucyi, i przy jakimkolwiek nawet najmierniejszym bronieniu się od tego. W Bułgaryi nawet, jakkolwiek najokropniej dotkniętej i rozjątrzonej na niego, podobne wyobrażenia zaczynają się już pojawiać.

Z Węgier, ze wszystkich prawie miast, przychodzą powinszowania zwycięstw, dowodzące, że największy choć mało znaczący zapał dla sprawy Turków ogarnął przyznających się dziś do tak bliskiego ich kuzynostwa Madziarów.

Z teatru wojny od kilku dni, brak wszelkich wiadomości. Sulejman basza objął już komendę nowej swej armii, której podczas rodzaju bezkrólewia, w jakiem przez dni kilka pozostawała, udało się jakoś szczęśliwie ujść napadu nieprzyjaciela, o ile o tem przynajmniej wiedzieć możemy z wiadomości jakie nam rząd udzielać raczy. Zdaje się przecież, że armia nieprzyjacielska koncentrowała nad Jantrę swe siły, osłabiając blokadę Plewny! Osman basza o ile mi o nim mówił dobrze go znający oficer pruski, nie będzie się przypatrywał zapewne z założonemi rękami podobnemu ruchowi armii rosyjskiej.

Z Erzerum w liście, który mi wczoraj udzielono, piszą co następuje:

„Erzerum 22 września. Od bitwy pod Gedykler wydanej 25go i opowiadania Kizil-Tepe, nic nowego ważnego. Muchtar basza przeniósł wskutek opanowania tej góry pozycyi, swoją główną kwaterę na dolinę rozciągającą się u podnoża gór, których kraniec dawniej zajmował. Znajduje się ona dziś w Kirecz-hane, naprzeciw Kyzyl. Armia nieprzyjacielska obozuje w Paldyrwanie, po za wzgórzami „Kiuruk-dere“, zajmuje także wzgórza „Karaial“ stanowiące ich prawe skrzydło, a przedzielone od Paldyrwanie doliną Kiuruk-dere. Lewe skrzydło tejże opiera się o pagórki „Iucztepe“ (trzy pagórki) gdzie się znajduje kwatera Melikowa, na lewym brzegu „Arpaczaju“ po za „Ani“ W obozie tureckim pełno ożywienia i ruchu. Muchtar basza ćwiczy codzień w obrotach swoje wojsko, co się dawniej nigdy niewydarzało. Pomimo pozwolenia Szeik-ul-Islama żołnierze wzbraniają się łamać postu ramazanowego. Nic więcej zajmującego, jak słuchać ich historyi i opowiadań około dobrych ognisk, bo to już zimno sibiryjskie panuje.

Korespondent *Times'a* kapitan Norman z rozkazu Seraskieratu został oddalony z teatru wojny za zbytnią przychylność do Rosyan.

Kilka batalionów i pułk kawaleryi wysłane zostały ku Ardahanu, zkąd nieprzyjaciel jak się zdaje, myśli się wynosić, i gdzie po odesłaniu jego kawaleryi i części bagażów, nie znajduje się więcej nad 5000 piechoty. Korpus turecki zbliżył się już do miasta i może je łatwo opanować po otrzymaniu tego posiłku.

Obóz Izmaił baszy znajduje się ciągle w Zor; tu także nic nowego prócz nieznaczących potyczek. Korpusy obserwacyjne perskie cofnęły się od granicy w głąb kraju. Faik basza oddany pod sąd dla wytłomaczenia się, dla czego pozwolił Rosyanom przerznąć się z zamku w którym byli otoczeni.

Śniegi zaczynają już pokrywać Bałkan, a deszcze zalewać doliny naddunajskie, jeżeli to trochę dłużej potrwa, Dunaj wzbierze a mosty na nim postawione nie tylko zerwane zostaną, ale nawet i przystęp do nich przez formujące się już łagna pierwéj jeszcze niepodobnionym będzie. Na to wszystko zdają się wiele liczyć w Porcie i nie tyle już życzyć sobie stanowczego starcia nad Jantrą, tem bardziéj, że niespokojność o Plewnę i armię Osmana baszy już ustała.

Przekonani są, że armia nieprzyjacielska, musi się sama wynosić po za Dunaj, i że zagrożenie jej komunikacyi przez wtargnięcie lub pogróżki wtargnięcia na drugą stronę Sylistryi, rejteradę tę przyspieszą. W Porcie jak wiemy jest stronnictwo, które nie życzyłoby sobie wcale zbytniego porażenia nieprzyjacielskiej armii, lub wrzucenia jej do Dunaju, bo to by możność przyspieszenia pokoju utrudniło. Rozzuchwalilibyśy jeszcze więcej naród i wojsko, Sulejman basza, Osman i Reuf mogą wprawdzie plany tego stronnictwa pokrzyżować, ale że ono jest bardzo silne (choć w dzisiejszych okolicznościach głowy zbyt na wierzch nie wystawia), że najinteligentniejsze figury w rządzie do niego mniej lub więcej skrycie należą, że w ich ręku spoczywa naznaczanie komend i odwoływanie naczelnych wodzów, trudno więc tu przy nowych nawet tryumfach armii tureckiej robić takie lub owakie plany i nadzieje na tychże tryumfach oparte. Wolno co najwięcej życzyć ich sobie do pewnego stopnia, lecz na podobnych nadziejach nie budować nie należy.

— Depesza Muchtara baszy z daty 4go października 1877.

Wczoraj ledwo świt, ujrzeliśmy nieprzyjaciela zbliżającego się w wielkiej liczbie ku wzgórzom Jahnilar, na których rozłożone było lewe skrzydło nasze. Natychmiast przygotowaliśmy się do boju. Nieprzyjaciel chcąc pokryć ofenzywę skierowaną na nasze lewe skrzydło, a zabezpieczyć wzgórza Kizil-tepe, począł bombardować Kizil-tepe, tworzące centrum najbardziej wysunięte naszego wojska.

Jenerał dywizyi Omer basza, dowodzący na tej pozycyi, odpowiedział strzałami, przez co rozpoczęła się walka artyleryi między naszemi bateryami a bateryami nieprzyjacielskiemi ustawionemi naprzeciwko naszym. Wzgórze Kiutchuk-Jahni, na naszem lewem skrzydle zajmowało sześć batalionów pod wodzą jenerała brygady Capoudem Mehmed baszy. Na wzgórzu Buguk-Jahni znajdowało się kilka oddziałów w połączeniu ze wzgórzem Kiutchuk-Jahni. Ponieważ atak Rosyan na Kiutchuk-Jahni był bardzo gwałtowny, oddziały z Buyuk-Jahni cofnęły się na tę pozycyę, przez co pierwsze wzgórze zostało opuszczone.

W tej chwili dwie brygady, jedna pod Hadżi-Rasid baszą, druga pod Hassan-Kiazini baszą posunęły się różnemi drogami na Jahnilar, gdy Ahmed-Fazyl basza zbliżał się do Werin-Kiou, Rosyanie po kilka razy szturmowali wzgórze Kiutchuk-Jahni ale za każdym razem zrzuceni na sam dół, zostawili mnóstwo trupów. Przez tenczas Reszyd-Ahmed-Fazil i Hassan-Kiazim baszowie zaatakowali kilka oddziałów nieprzyjacielskich w tyłach oddziałów szturmujących. Bitwa się wzmogła, tymczasem nieprzyjaciel zajął w sześć batalionów piechoty, a w dwa regimenta kawaleryi wierzchołek Aladja-Dagh, gdzie się opierał nasze prawe skrzydło ze strony Arpa-Tchai. Natychmiast posłałem z jednej strony Hassein baszę, jenerała brygady artyleryi i Szefket baszę, jenerała brygady, z drugiej pułkownika Ibrahim beja z oddziałami dość silnemi, by nieprzyjaciela wyrzucić z Aladja-Dagh i zająć tę pozycyę napowrót.

Po pięciogodzinnej walce, Moskale nie mogąc dłużej wytrzymać dzielności natarcia naszych żołnierzy, zostali zupełnie wyparci ze wzgórza i gnani aż na brzeg Arpa-Tchai, przyczem mnóstwo ich zginęło od kul i bagnetów.

Na innym punkcie, brygady Hadży-Raszyd baszy, Hassan-Kiazim i Ahmed Fazil bazów przez ciągłe wznawiane staki na oddziały rosyjskie, które miały wspierać szturmujących na Kiutchuk-Jahni, musiały takowe do cofnięcia się — noc jednak przeszkodziła dalszemu działaniu — a wojska pozostały w swych stanowiskach. Wtedy to kula armatnia zraniła Ahmed-Fazila w nogę. Dziś nieprzyjaciel nie przedsięwziął żadnych ruchów. Obie armie stały naprzeciw siebie, gdy (według tureckiej miary czasu) o 9 postąpiłem nieco naprzód w kierunku Karayal, a odtąd do samego wieczora nasze i nieprzyjacielskie bateryę grały bez ustanku. Tej nocy jeszcze wojska pozostały nieczynne. Bitwa wczorajsza trwała 10 godzin. Nie chcę chwalić naszych żołnierzy i oficerów, wszyscy jednak pokazali nadzwyczajne męstwo i wytrwałość. Dotąd niewiadome są straty tak nasze jak nieprzyjacielskie. Sądząc jednak po liczbie karabinów, które nam wpadły w ręce, oraz po liczbie furgonów zwożących poległych Moskali, musiał nieprzyjaciel stracić 4000 do 5000 ludzi.

(Widać z tej depeszy, że 4go wieczór walka jeszcze się nie skończyła. Późniejsze telegramy potwierdzają tylko treść depeszy Muchtara baszy z odmianą podają straty Moskali od 8000 do 9000 ludzi).

Wczoraj (6 b. m.) o godzinie 10 z rana, cztery silne grzmoty, w krótkich przerwach po sobie następujących, zaalarmowały nadzwyczaj całą stolicę. Już poczęły krążyć wieści nader osobliwe, gdy jeden z naszych reporterów nieco przezorniejszy, udał się na dworzec kolei w Serkedji-Iskelessi, gdzie się dowiedział z telegramu P. Constansa szefa dworca kolei w Makrikeny, że kilka zabudowań prochowni cesarskiej założonej tamże, wyleciało w powietrze. Właśnie pociąg ruszał w tę stronę, reporter nasz korzystając ze spostrzeżności i mimo, że wagony były przepełnione, a panika jeszcze większy nieład powodowała, dostał się cało na miejsce, musieli jednak zwalniać bieg lokomotywy, bo ulica była zalana ludem spieszącym na miejsce nieszczęścia. Widok zaraz przy wjeździe do Makrikeny był rozdzierający, pisze reporter. Miasto było opuszczone, bo ludność schroniła się na wzgórza i w lasy okoliczne. Spotykaliśmy tylko kilka osób lecących na oślep z wyrazem największego przerażenia na twarzy. Droga prowadziła literalnie po kupach gruzów, bo ani jeden dom w Makrikeny nie był oszczędzony. Udałem się na miejsce nieszczęścia, w drodze spotkałem kilku dygnitarzy tureckich udających się z największym pośpiechem tamże. Widok był wstrząsa-

jący, pośród szczątków i dymiących ruin dwóch zabudowań prochowni. Dwaj lekarze Dr Moutner i jego pomocnik chirurg Dallos byli zajęci udzielaniem pomocy rzadkim rannom, którym się udało wyjść z życiem z tej strasznej katastrofy. JE. Kamil basza w nadziei, że uda się choć część rannych wydobyć i uratować, sam kierował robotami. Smutny zawód zaiste spotkał jego usiłowania; 12 tylko rannych, (z których 3 śmiertelnie) zostało przy życiu z pomiędzy 100 kilkunastu robotników, którzy tam pracowali, jak mi to zapewniał kapitan zajęty przy prochowni, a szczególniej przy dwóch warsztatach zniszczonych. Reszta zginęła. P. Naoutch, dyrygujący mechanik, został ranny w głowę. Rannych po opatrzeniu najpotrzebniejszem, odniesiono do szpitala wojskowego. Pochowanie reszty było wzdrygającem widowiskiem, boś ani ujrzał tam ciała całego, lecz natomiast członki rozrzucone, czaszki rozwalone, kawałki mięsa rozsiekane, mózgi rozproszone, wnętrności czarne, wszystko spalone, zwęglone, straszny przedstawiały widok, wzbudzający litość i wstręt zarazem. Byłem świadkiem ich pogrzebu. Surowe twarze żołnierzy, którzy im doły kopali, krasiła od czasu do czasu gorąca łza, wymowne pożegnanie nieszczęśliwym kolegom. Najwięcej żarliwości okazali p. Moutner i Dallas, to też obecni baszowie wyrazili im swoją wdzięczność i zadowolenie. Co było przyczyną wybuchu — niewiadomo — zarządzono śledztwo, co ono wykaże, to podamy czytelnikom do wiadomości.

---

**Wiedeń** 22 października. Od kilku dni pojawia się wiadomość, na którą zwracaliśmy już uwagę, że w sprawie ugodowéj zanosi się na prowizoryum przynajmniéj jednoroczne. Z początku przyjęto tę myśl w Peszcie nieprzychylnie i rozbierano ją z najrozmaitszego punktu widzenia w prasie węgierskiéj, a co ważniejsza, że organa stronnictw, broniły zapatrywań wprost sobie przeciwnych. I tak *Hon* oświadczał onegdaj, że Węgry bądź co bądź mogłyby się pod pewnemi warunkami oswoić z prowizoryum; *Ellenőr* zaś odpowiedział natychmiast, iż o niem słyszeć nie chce, gdyż w Węgrzech tylko ci ludzie są za prowizoryum, którzy sobie życzą, aby w ogóle ugoda do skutku nie przyszła. Kto jednak chce ugody, ten musi sobie życzyć, aby ona nastąpiła bez prowizoryum, gdyż z tego ostatniego nic się nie wyrobi. Wreszcie półurzędowa *Bud. Corr.* objawia także swoje zapatrywanie, które nie zgadza się z dwoma wspomnianemi dziennikami. Twierdzi bowiem, że rząd węgierski ciągle jeszcze mniema, iż sprawa ugody na czas w parlamentach załatwioną zostanie; gdyby to jednak z jakiegokolwiek powodu było niemożebnem, natenczas w żadnym razie nie oświadczy się za prowizoryum, albowiem wtedy sprawy ugodowe musiałby załatwić sejm, który w roku przyszłym nowo ma być wybranym. Sejm zaś terazniejszy musi sprawę ugodową w tym lub owym kierunku rozwiązać, ponieważ stanowczo jest rzeczą niemożebną sprawę tę jeszcze raz wnosić przed wyborców. Rzeczony dziennik powtarza w końcu argument niejednokrotnie już przytaczany, że budżet wspólny na rok przyszły tylko wtedy na drodze konstytucyjnéj może być uchwalonym, jeżeli oba parlamenty się pośpieszą i umożebnią tranzakcyę.

## Rosya.

Podajemy dokończenie mowy p. Aksakowa prezesa komitetu słowiańskiego w Moskwie, wygłoszonéj na posiedzeniu tegoż komitetu w d. 8 października:

Wojna obecna jest koniecznością historyczną, jest to wojna narodowa, a w żadnéj dotychczasowéj wyprawie lud nie okazał i nie dał tyle dowodów świadomości siebie jak w obecnéj.

„Ależ i my należymy do ludu“ słychać tu i owdzie. Tak! i ci co to mówią są członkami ludu, tak, są jego wyższą warstwą, lecz bardzo robaczliwą i niepłodną. Są oni niby przeznaczeni być wyższym organem w ludzie, ale obcy i nieznany im jest żywioł ducha narodowego, który ożywia masy ludu, który tworzy i rozwija jego życie historyczne.

„Więc znowu grzeszy się na rachunek mas ludu,“ słyszę także ze strony wspomnianych patryotów: „dla czegóż mają te masy ludu rozwiązywać zadania i ideały historyczne? Spytajcie się prostego ludu — mówią oni — każdego pojedynczo lub wszystkich razem, a z pewnością nie wiedzą i nie wiedzieli ci ludzie nigdy o podobnych zadaniach.“

Ale czyż nie wiecie, że ani pojedynczy, ani pewna liczba indywiduów z niższych klas ludu nie wiedzą co to jest lud? Nikt sam przez się nie wykształcił języka rosyjskiego ani wymyślił, ani wymędrkował gramatyki, a mimo to język rosyjski istnieje, istnieje, stworzony i wykształcony tylko przez lud. Lud tworzy własny, w sobie zamknięty organizm. Zasługa samopoznania ludu należy się tylko tym indywiduom, które z żywiołów narodowych wzniosły się przez własną duchowrą pracę i wykształcenie. Lecz na polu, na którem się wy znajdujecie, ściga was duchowe odstępstwo. Jak uczony bada język swego ludu, układa przepisy gramatyki, tak i wy, gdybyście się wżyli w historyę waszego ludu, moglibyście temu ludowi wskazać jego drogę i cele; lecz wy nie znacie waszego ludu, wy nie chcecie go znać i nie macie zmysłu, dla jego historycznych tradycyj...

Co się tyczy wojny, to z pewnością lud jasno poznał, że była ona podjętą nie w skutek własnéj woli absolutnego Cara, że nie była ona wynikiem jakichś niepojętych okoliczności, lecz owszem przez naród za konieczne uznanych i że ta wojna rozpoczętą została, to nietylko jest rzeczą Cara lecz także i ludu... Dla ludu rosyjskiego miłującego pokój i wcale niechciwego panowania, obecna wojna była obowiązkiem moralnym, on go lekkomyślnie nie wywołał, lecz pchała go do niego Opatrzność, która, przez tę wojnę chciała spełnić czyn święty, niedający się już dłużéj zwlekać.

Z jakiego powodu? — zapytacie. Ponieważ była to wojna za wiarę, za współwyznawców i współplemieńców, za braci którzy gnębieni i uciskani przez nieprzyjaciół Chrystusa, przez azyatyckich Muzułmanów, stali się męczennikami naszéj wiary. Skoro w przeszłym roku lud nasz dowiedział się o okrucieństwach tureckich, o ucisku chrześcian, o rozpoczęciu walki za wiarę Chrystusową i za wolność, powitał zaraz z radością wypadki wojenne i zaprawdę o wiele pierwéj niż go władza rządowa do tego podbudzła. Lud mniemał, a w téj wierze usiłowali nadaremnie zachwiać go różni przemądrzy konserwatyści, że przekonanie Cara żadną miarą nie może się różnić, od narodowego przekonania ludu, i że mała Bogu ofiara, którą lud rosyjski chciał nieść dla oswobodzenia ludów chrześciańskich, nie może być nie miłą najwyższemu wodzowi i naczelnikowi ludu. Daną Serbii pomoc brał lud za pomoc daną ruchowi chrześciańskiemu. Po wsiach uważano za rzecz honoru, aby przynajmniéj jeden żołnierz z ich grona wziął udział w walce przeciw Turkom, a dla uzbrojenia żołnierzy robiono wszystko co było można. Kiedy tych wybrańców pytałem dla czego spieszą do walki, otrzymywałem spokojną i szczerą odpowiedź, iż cierpieć i umierać chcą za wiarę i za swych braci.

I z tego wzniosłego ruchu narodowego szydził nie jeden z grona naszego towarzystwa. Naigrawano się, że spieszących na miejsce wyboru, dowcipkowano, kiedy naród za powodzenie broni współplemieńców niósł z całego serca modły do niebios, a nawet doprowadzono tak daleko, że można było rząd zrobić niedowierzającym temu narodowemu ruchowi, jakoby niby rewolucyj emu. I gdzież byli ci rewolucyoniści? czy ci ludzie nie pojmują, że wszelka podobna obraza ducha narodowego ze strony rządu wywołuje zawsze dosadne przeciwobjawy i rozterki w ludzie? Słusznie twierdził Jerzy Samarin nazywając taką prowokującą tendencyę „konserwatyzmem rewolucyjnym.“ I oto w swym, jak mówią, rosyjskim konserwatyzmie doszli ci ludzie tak daleko, iż pozbawili Rosyę w obecnéj „regularnéj“ wojnie korzystnéj pomocy, serbskiéj „lekkomyślnej“ wojny, a tem samem armię nasrą pożądanéj pomocy doświadczonych wojowników.

Ruch ludu w r. 1876 jest z obecną wojną ściśle złączony; był on prologiem do następnego dramatu historycznego, a nawet był już wojną. Historyk nie może ich rozdzielić, historyk nie może bowiem tak jak do tej chwili lud sam w rozdrażnieniu swem nie pojmuje, dla czego u nas — którzy teraz prowadzimy wojnę z Turkami i oswobadzamy Bułgarów t. j. Słowian — protestują poniekąd przeciw owej wojnie krzyżowej, którą lud nasz podjął zeszłego roku na rzecz tych samych Słowian i dla czego na wygnaniu trzymani są uczestnicy w tem dziele narodowem, które jedynie i wyłącznie obecną wojnę usprawiedliwia i objaśnia.

Idźmy dalej. To, co się ludowi w jego własnem przekonaniu wydawało moralnym i nieuniknionym obowiązkiem, było równocześnie historycznem posłannictwem Rosyi, jako głowy i reprezentanta całego właściwego sobie świata prawosławnego i słowiańskiego, którego tworzenie nie jest skończonem, ale już dojrzewa i czeka na swój przyszły określony historyczny ustrój. Cała ważność Rosyi w jej związku światowym polega na jej narodowej i religijnej właściwości, zrosłej z jej zewnętrzną materyalną potęgą, polega na jej duchowych żywiołach, które zupełnie są inne od żywiołów Europy zachodniej, polega na jej prawosławiu i słowianizmie. Rosya nie może się zupełnie rozwinąć, dopóki te duchowe żywioły w ich rodzinnych siedzibach nie doprowadzą do zwycięstwa, dopóki nie odrodzi tego, przynajmniej ogólnie ludzkiego usamowolnienia, krwią i duchem pokrewnych nam ludów. Bez przywrócenia tej własnowolności i bez uwolnienia prawosławnego Wschodu z pod jarzma tureckiego, od fizycznych i duchowych napaści Zachodu, byłaby Rosya jako organizm pozbawiony ruchu bez przeszkody, skazaną na to, aby być wiecznie kaleką i niedonoszonem dzieckiem.

Wojna byłaby dla niej równie nieuniknioną koniecznością, jak obrona, albo jak naturalny postęp jej rozwoju, jej wzrostu, jak prąd historycznego ustroju.

Szczęśliwym jest los państwa, którego cele życia politycznego schodzą się ze spełnieniem wzniosłego, moralnego obowiązku ludu, gdzie dzieło procesu historycznego mieści w sobie równocześnie wielki czyn chrześciański!

Tryumf Rosyi będzie tryumfem pokoju, wolności i braterskiego równouprawnienia. Czyż widzimy coś podobnego w innych chrześciańskich i cywilizowanych państwach europejskich, których byt zawisł niejednokrotnie tylko od upokorzenia, ucisku, ujarzmienia i demoralizacyi obcych ludów? I tak interesa Anglii wymagają, aby ludność półwyspu bałkańskiego pogrążona była w nędzy, aby wiecznie była niedojrzałą, aby Turek panował nad Chrześcianinem, aby Ewangielję niszczył Koran. Wszystkie te zwierzęcości tureckie, całe te systematyczne przesadzone wytępienianie Bułgarów i tłumna rzeź ich dzieci — wszystko wychodzi na dobre Anglii, wszystko to ona znosi i pozwala, aby się działo, aby wydrzeć Rosyi tryumf; wszystko to dla Anglii jest dziełem patryotycznem!

Tego wszystkiego nie pojmują nasi konserwatyści. Kiedy Car stojący i działający wobec historyi, który na barkach swoich dźwiga odpowiedzialność za losy państwa rosyjskiego, uznał konieczną śś wojny, od dawna już przez lud upragnionej, poruszyli oni wszystkie możebne wpływy, aby przeszkodzić wypowiedzeniu wojny. Głupcy! chcieli wstrzymać bieg historyi. Zresztą u nich historya rosyjska nie używa wielkiego poważania, oni nią gardzą. Biegu historyi nie zdołali wprawdzie wstrzymać, ale powiodło się im przeszkodzić mu, skierować go, ba nawet przewrócić.... Nieprzygotowana, zamieszkami wzburzona Turcya błogosławiła ich i poczęła się zbroić... uzbroiła się — a my.....

Ale kto utrudniał, kto przeszkadzał i osłabiał energię, niezbędna do przygotowań wojskowych Rosyi? Czyj opór opóźniał lub paraliżował bakiem współdziałania te przygotowania?] Kto wzmacnił naszego nieprzyjaciela i podniósł jego stanowczość? Kto sparaliżował zaraz początku siłę rosyjską i energię naglących przemocy?

Dyplomacya. Dyplomacya, ten wieczny obraz braku charakteru i indyferentyzmu narodowego, z sercem pozbawionem uczucia, przestraszającem ludzi, rozpoczęła swą korzystną dla nieprzyjaciół Rosyi i na wskróś szkodliwą działalność. Europa prędko uwierzyła w niechęć i niegotowość Rosyi do wojny i zwlekała nas ciągłemi koncesyami dyplomatycznemi. Niegotowość! Ale czyjeż roztrzygające zapatrywania położyły tamę szybkiemu postanowieniu historyi i bezzwłocznemu zadaniu Rosyi? Historya nie czekała aż kielich cierpienia Chrześcian się dopełni, bez względu na to, czy jesteśmy przygotowani lub nie....

Ale nie koniec na tych „usługach“, które konserwatyzm oddał sprawie rosyjskiej. W jakich warunkach i okolicznościach wstąpił — dzięki konserwatyzmowi — żołnierz rosyjski na pole walki? Z ciężkiemi kulami u rąk i nóg, wstrzymującemi jego ruchy, jego zapał i siłę. Dla „interesów pokoju europejskiego“ skazano wojnę na zlokalizowanie.... Interesa pokoju europejskiego! Oto jedno z tych obłudnych wyrażeń, z tych czczych i pustych frazesów, do których Europa sama żadnej nie przywięzuje wagi, ale na które prostota rosyjska daje się łapać jakby na wędkę europeizmu! Ale ze stanowiska „interesów europejskich“ czyż egzystencya Rosyi sama w sobie, jej naturalny rozwój, jak niemniej naturalny wzrost jej sił wewnętrznych staje w sprzeczności z interesami Europy, czy mamy dla zaspokojenia Zachodu sami się poniżać, przygłuszać „lokalizować“! Ale cóż za znaczenie ma dla naszej wojny ten najnowszy wyraz dyplomatyczny? Znaczy on: oswobodzenie Turcyi od wszelkiej troski co do Serbii, Bośnii, Grecyi, Epiru, Tessalii i Egiptu, skoncentrowanie wszystkich sił tureckich wyłącznie przeciw armii rosyjskiej w Bułgaryi tj. w tym kraju, który mamy oswobadzać i uszczęśliwiać.... Następstwem Plewny jest: kilkadziesiąt tysięcy daremnie poległych i rannych, spalona i wymordowana Bułgarya, nadzieja kampanii zimowej, a nawet wojny europejskiej!

Ale nie koniec jeszcze na tem. Lecz największe zło nie w tem leży, lecz w usiłowaniu obalenia prawdziwego ducha i zatrucia głównego nerwu wojny. Staje przed nami nieprzyjaciel, silny swą jednością i swym religijnym fanatyzmem, którego religia ma pod pewnym względem równe znaczenie z jego historycznem i politycznem wyznaniem.

Zasada religijna Islamu i ludów takowy wyznających, a przedewszystkiem rasy tureckiej narzuca hegemonię polityczną nad „niewiernymi“ tj. nad nie-Mahometanami. Historya sama wykształciła niejako ten przywilej i narzuciła Turkom panowanie i ich wspomnienia historyczne zawierają li tylko tradycyę o wielkiej potędze. Atoli obecna wojna stawia im fatalne, brzemienne w następstwa, a nawet straszne pytanie: Być albo nie być? Turcya bi się o życie lub śmierć, walczy o panowanie Islamu i rasy, ponieważ bez panowania nie można myśleć o ich życie. To napisanem jest na ich sztandarach, pod któremi w rozpaczliwej walce pasujące się masy, rozwijają o ile się tylko da bezgraniczny fanatyzm. I cóż, godzi się zapytać, postawiliśmy naprzeciw tym chorągwiom? W zasadzie naszego ducha narodowego jest to równie walka za wiarę i naszych braci, za kościół prawosławny i za naszych współwierców; było i jest naszym świętym obowiązkiem przeciw intrygom i tendencyom nieprzyjacielskim rozwinąć chorągiew z wzniosłym symbolem naszej wiary, którą zdobi krzyż i prawo święte prowadzące nas do zwycięstwa.

Czyż z początku nie czyniono u nas wszystkiego aby ta wojna „w interesie ludzkości i oświaty“ podjęta, nie wyrodziła się wojnę w rasową i religijną? Lecz jakiż sens ma ta wojna, jeśli nie jest rasową i religijną? Dla naszych niedowierzających i obcawom ducha rosyjskiego nieprzychylnych konserwatystów, wyrazy „Słowianizm“ i „prawosławie“ są już zbrodnią, brzmią im w uszach jak ryk domowej rewolucyi. A przecież właśnie w tych słowach leży pierwotna podstawa siły, która prowadzi do wszystkich zwycięstw i o nich decyduje! W tak śmiałem przedsiębiorstwie jak jest wojna, jest każde nieporozumienie niebezpiecznem. Tylko pod ową chorągwią wywalczyć można zwycięstwo, które przed oczy wojowników rosyjskich stawia obraz ludu rosyjskiego, a i to tylko wówczas, jeżeli się chorągiew tę trzymać będzie coraz silniej, stale i mężnie, w całej jej świetności i znaczeniu, lecz nie otoczoną jakąś bezbarwną i bez znaczenia banderą „powszechnej wojny europejskiej“

Oto jest główna przyczyna, oto wyjaśnienie niepowodzeń, jakie dotychczas musieliśmy znieść. Wszystkiemu winno oddalenie się od narodowości. W duchu oddalając się od ducha swego ludu traci człowiek charakter wszelkiej samodzielnej indywidualności, osłabia się, ubożeje na duchu i żyje, rzec można, od biedy, pożyczanym rozumem i obcemi ideami. Do tego dodać jeszcze trzeba zwyczaj myślenia i mówienia obcym językiem, uciekania się zawsze pod obcą opiskę, a następstwem tego jest zupełne zwichnięcie pojęć i zapatrywań. Cała ta własność pożyczana, która na obcym gruncie nie ma silnej podstawy, zamienia się w głowie i sercu w niepłodny chaos, w pustą ruinę. Robi się z tego luźne kłamstwo, kałuża brzydoty. Skoro więc ogołoceni jesteście ze wszystkich narodowych skarbów t. j. skoro straciliście pełną znaczenia historyczną spuściznę i tradycye i zerwaliście wszelki duchowy i idealny związek z ludem, jesteście jak żeglarz bez steru na wysokiem morzu, pędzony bałwanami, wichrem i burzą, jesteście w właściwem słowa znaczeniu jak plewa wiatrem miotana. Nie jesteście ludźmi poważnemi. Lekkomyślność, niewiadomość i niezrozumienie najpierwotniejszych potrzeb i najważniejszych spraw krajowych, brak sił i nieporadność, oto wasze fatalne dziedzictwo, wszystko to przenosicie do wszystkich tak różnorodnych a tak licznych sfer rosyjskich, do sfer, w których dzisiaż mniemacie. A przytem pełni jesteście patryotyzmu i chciwie dobijacie się sławy; bez bojaźni idziecie do walki, bohatersko rzucacie się na śmierć na placu boju. Lecz w tem to właśnie jest złem, że wasze pojęcia są ciasne, wasz patryotyzm czysto zewnętrzny, bardziej polityczny, wymarzony, bez treści! Nie zwracacie się nigdy do duchowych zasad życia narodowego. Gotowi ofiarować życie w walce z barbarzyńcem, z obcym, w walce za godność zewnętrzną i samodzielność państwa, jesteście równocześnie w duchu sami niewolnikami cywilizacyi tego samego nieprzyjaciela i jego moralnej powagi, a w waszych tendencyach więcej zgubnemi, niż nieprzyjaciel, zaprzeczacie i zdradzacie w zaślepieniu to, co ludowi waszemu po nad wszystko jest drogiem.... I oto, może właśnie w tej chwili ginie wielu z was odważnie gdzieś pod Plewną śmiercią bohaterską i skrapia swą rosyjską krwią zasiew odmłodzonego świata słowiańskiego, tegoż nowego świata słowiańskiego, o którym przez całe życie nic nie chcieliście wiedzieć!... Jak olbrzymiemi nieporozumieniami, mówię, jak pełnemi grozy nieporozumieniami ścśnięty jest cały nasz kraj. I kiedyż wy, nieumiejący żyć, ale umiejący jak prawdziwi Rosyanie umierać, przyjdziecie raz przecie do prawdziwego poznania? Wielkim jest wasz grzech i zgubnym dla Rosyi, może nieświadomie popełniony, a raczej jest to grzech całego waszego towarzystwa; zgrzeszyli, ciężko zgrzeszyli już wasi ojcowie i praojcowie.... Czyż wypadki jeszcze niezrozumiałe do was przemawiają? Czyż musicie się przezwyciężać, aby zrzucić z siebie haniebne jarzmo tego grzechu? Lecz dość o tem. My wszyscy, każdy w zakresie swego powołania i swego działania, jesteśmy za ten powszechny stan odpowiedzialni. Rzućmy wszelkie rekryminacye, a biorąc wszyscy na siebie ciężar, wspierajmy się wzajemnie, niośmy wspólnie ten ciężar popełnianego grzechu, karę, żal, abyśmy się kiedyś wszyscy do nowego życia przebudzili.

Bardzo ważna nadeszła chwila, lecz czy społeczeństwo rosyjskie jest odpowiednio usposobionem do tej wielkiej grozy teraźniejszości? Każdy niech zbada swe sumienie — a sumienie z pewnością go niezadowoli. Dla tego precz ze wspomnieniami przeszłości, precz ze wszystkiemi niemęskiemi skargami i przykremi zarzutami! Teraz stało się już nam wszystko jasnem, niestety dopiero po naszych krwawych i haniebnych klęskach. Nowa zaświtała nam era, a jak słońce ciemności nocy rozprasza i czarne chmury łamie, tak i nam zabłysło jasne światło na gorach Armenii i na wyżynach Plewny, oświeciło nas, co do naszych złudnych nadziei i projektów, pokazało nam nasze błędy, nasze winy, naszą bezmyślność i wszystko, co rak toczący nasze wielkie społeczeństwo wytworzył po za naszemi plecami, bez naszej wiedzy.

Wyzyskujmy teraz doświadczenie; ciężko je okupiliśmy drogą krwią naszych synów — niech krew tych tysięcy poległych naszych synów nie będzie nadaremnie przelaną! Nie smućmy się — teraz dopiero oko nasze jasno spojrzyć może w przyszłość. Żadnej zwłoki więcej, powiedzmy: musicie zwyciężyć! Rosya nie może się cofnąć, choćby cała Europa stanęła przeciw niej. Car sam jest nam w tem rękojmią. On jest stróżem i reprezentantem naszej czci narodowej, cofnąć się, znaczyłoby to kapitulować, zaznaczyłoby naszych braci męczenników wydać na pastwę, byłoby to zdradą spuścizny historycznej, początkiem naszej politycznej śmierci. A więc do zwycięstwa, do zupełnego, stanowczego zwycięstwa, a w tym celu i pla wsparcia naszego Cara, ku pomocy naszych dzielnych wojowników i braci, wytężmy wszystkie nasze siły duchowe. Dotarliśmy teraz do wysokości naszego historycznego zadania; oceńmy i obliczmy siły naszego nieprzyjaciela, podstawmy naprzeciw wściekłej rozpaczy fanatyzmu jasność naszego przekonania chwałę naszej duchem przejętej wiary i niezwyciężoną siłę naszej woli. Oprócz wszystkich ciężarów wcześniy na siebie nowe, oprócz wszystkich ofiar ponieśmy jeszcze nowe, pomnóżmy nasze siły, gorliwiej niż dotychczas dążmy do osiągnięcia naszego celu, który w połączeniu z duchem naszego ludu z pewnością osiągniemy.

O! nie zostawiajcie naszego ludu w nieświadomości i nie znieście, aby w nim zgubna powstała wątpliwość, oczyśćcie powietrze, aby mógł wolną piersią oddychać. Silną wiarę pokłada on w osobie Cara, w jego rozumie, a niemniej w jego zmyśle sprawiedliwości; ale ten sam chętny do ofiar lud tęskni za owem silnem słowem, które mu powie prawdę, prawdę niesfałszowaną, uczciwą, rzetelną, niezaciemnioną.... Lud kocha każdą prawdę. Jakkolwiek brzmieć będzie ta upragniona prawda, lud zawsze spełni, czego obowiązek honoru rosyjskiego i sumienia rosyjskiego wymagać będzie, lud nigdy nie złamie wiary naszej historycznej spuściźnie, nasz wielki lud nawet w walkach historycznych będzie sprawiedliwym sędzią.

Jakkolwiek ciężkie i różne były doświadczenia których lud ten doznawał w swym historycznym rozwoju, wszelako z pomocą Boga, którego władzę chętnie i z dumą uznaje, wobec całego świata powiodło mu się przetrwać wszystkie krzywdy i ucisk — i jeśli Bóg zechce, wyjdzie i nadal zwycięsko ze wszystkich walk i pokona szczęśliwie wszystkie igraszki losu“.

## Teatr wojny.

Ciągnięcia się armii Sulejmana baszy z Kadikioi do Razgradu spowodowały, jak się zdaje, przeważnie względy na trudność dowozu. Drogi nad Łomem i Jantrą są nadzwyczaj grząskie i przepaściste, gdy tymczasem skalisty grunt w okolicach Rasgradu zapewnia łatwość dowozu o każdej porze. Jakie się z tą dogodnością dowozową łączyć mogły względy strategiczne, to dopiero z dalszych ruchów obu wojsk będzie można rozpoznać. Zdaje się, że Sulejman basza, po kilku rekonesansach odbytych nad Łomem, przekonał się, że uderzenie wstępnym bojem na pozycyę Carewicza pod Trstenikiem należałoby do przedsięwzięć zbyt ryzykownych, a na takie obecnie głównej armii tureckiej, od której nienaruszonego istnienia losy całej kampanii zależą, narażać nie wypada. Skoro więc zaniechał myśl zaczepki, wypadało mu zająć miejsce łączące następujące dogodności: łatwość dowozu, łatwość obserwowania nieprzyjaciela tak do Ruszczuku, jak do Silistryi zbliżającego się i wszystko to połączone z silną z natury i dobrze obwarowaną pozycyą. Własności te łączy w sobie rozycya pod Razgradem. Od niej też nie daleko do Dunaju, można więc i możność wycieczki dywersyjnej mieć na względzie, a zwroty raczepne wykonywać można z kolei na wojska Carewicza i Zimmermanna, gdyby się pierwsze ku Ruszczukowi, drugie ku Silistryi miały zapuszczać. Trzeba tylko staranniej upatrywać sposobności do tego, niż to czynił Achmed Ejub basza.

Dotychczas jest dostatecznie niewyjaśnionem czy rozpoczęcie akcyi pod Plewną ograniczyło się do ataku samych Rumunów i na samą tylko bateryę grywicką, czy też zaraz z miejsca szersze przybrało rozmiary; Osman basza wyraźnie bowiem w depeszy swojej mówi o ataku Rosyan na prawe skrzydło Plewny i o krwawem odparciu ich. Czy więc Rosyanie podając telegramy o niepowodzeniu Rumunów zamilczają swoją klęskę, czy też pozwalając się samym Rumunom narażać na niebezpieczne ataki, nie wspierali ich po koleżeńsku, zawsze, to, co zachodzi, potwierdzać się zdaje dotychczasowe doniesienia o bardzo złym stosunku między obu wojskami, którego obecne niepowodzenie Rumunów, jeżeli bez stosownej pomocy ze strony Rosyan pozostawieni zostali, pewno nie naprawi. Żądania, ażeby wojska rumuńskie wróciły do kraju, mogą się teraz łatwo w Rumunii ponowić.

W Azyi część wojska zwycięskiego zaczyna obsaczać Kars, druga część pod Heimanem maszeruje za Muchtarem ku Saganlidachowi, Łazarew zaś udał się na trakt Bajazydzki, celem wzmocnienia sił Tergukasowa przeciwko Izmaelowi baszy. Znowu więc jak w pierwszej kampanii armeńskiej dyspozycye sztabu głównego rozpraszają siły rosyjskie. Przeciwko Muchtarowi nie maszeruje więcej, jak 20,000 wojska. Tyle i Muchtar dziś jeszcze ma pod ręką, a może w bardzo krótkim czasie zostać znacznie wzmocnionym i sprawić ścigającemu go wojsku nagłą niespodziankę. Izmael basza zaś w silnej swej pozycyi, jaką zająć zamierza pod Hassan Kale, oprzeć się może skutecznie nierównie znaczniejszej przemocy.

Przy zachowaniu należytej ostrożności połączenie się Łazarewa z Tergukasowem nie powinno go narazić na wielkie niebezpieczeństwo, a to tem mniej, że tak jak Kars na jednej drodze, tak i Bajazyd na drugiej wymaga pozostawienia znacznych sił i osłabienia przez to wojska posuwającego się za nim wgłąb Armenii. — Skoro tylko Rosyanie podzielili się znów na trzy kolumny, maszerując jedną do Alti, drugą do wąwozów Saganlidachu, trzecią po drodze Bajazydzkiej, to Turcy, jeśli dobrze manewrować będą, powinni znaleść niezadługo sposobność powetowania poniesionej klęski, zwracając kolejno przewagę połączonych swych sił przeciwko każdej kolumnie rosyjskiej zosobna.

---

Galacz 21 października. (*Fremdenblatt*). Z Hirsowy i z Medżidje wysyłają teraz Rosyanie ciągle wojska i amunicyę do obwarowanego obozu swego między Czernawodą a Rasową, w którym się już część sztabu głównego jen. Zimmermanna znajduje. Mają też z Galacza wyjść wojska ku południowi. Jenerał Zimmermann znajduje się w Kustendże, gdzie zarządza przygotowaniami na zapobieżenie bombardowaniu miasta od strony morza. Prawie wszystkie miasta nadbrzeżne między ujściami Dunajowemi a Kustendże opuszczone zostały przez swych mieszkańców.

Konstantynopol 21 paźdz. (*Fremdenblatt*). Jak słychać, wracający znów na terytoryum tureckie Izmael Kurd basza zajmie stanowisko pod Hassan Kaleh, ażeby ztąd zasłaniać drogę do Erzerum. Wały Erzerum uzbrojone 112 działami, między któremi 18 Kruppa. Liczba wojska Izmaela baszy ma wynosić 24,000 piechoty i 6,000 kawaleryi i ma sześć bateryj artyleryi.

Konstantynopol 21 paźdz. (*Sonn.-und-Mont. Ztg*). Większa część prowincyj państwa tureckiego oświadczyła już w. wezyrowi, że jest gotową sprawić swoim kosztem ubrania zimowe dla wszystkich wojskowych z odnośnych prowincyj w wojsku się znajdujących i przygotować je tak wcześnie, żeby 15go listopada już rozdanemi być mogły. Hadszy Hussein Kara Ogla, pełnomocnik porty u Zejbeków południowej Anatolii donosi, że znów utworzył nowe sześć batalionów w sile 6,000 ludzi, które już do Smyrny odesłane zostały, zkąd je niebawem na okręt będzie można zabrać.

Belgrad 21 paźdz. (*Sonn.-u.-Mont. Ztg*). Skutkiem obwarowania przez Turków Mitrawicy, gdzie się już znaczne siły zebrały, a jeszcze większe zebrać mogą, rząd wysłał część sił zebranych pod Jaworem do Kuszulka. Między Belgradem a Górnym Studzieniem wymieniają częste telegramy.

Ateny 15 października (*Polit. Corr.*) Stosunki między Turcyą a Grecyą znacznie się polepszyły.

Bukareszt 22go października. (*Polit. Corr.*) W dniu 18 b. m. skończyli Rumunowie roboty około swych przybliżeń do wyższéj redutę Grywickiéj. 19go rozpoczęli też niebawem atak na nią. W pierwszym zapędzie zaraz zdobyli fosy. Po południu ponowili atak i zdobyli pierwszy rząd przedpiersi. Kiedy jednak o 9éj zaczęli szturmować do środkowéj części reduty odparci zostali z wielkiemi stratami, a w pościgu zmuszeni do opuszczenia wszystkich poprzednich zdobyczy. W akcyi brała udział 4ta dywizya rumuńska i 1szy batalion strzelców rumuńskich. Straty rumuńskie w tym nieudanym ataku są następujące: 2 oficerów i 283 szeregowców w zabitych; 22 oficerów i 621 rannych.

Cetynia 16 października. (*Polit. Corr.*) Marko Miljanow, najlepszy z przywódców czarnogórskich, napadnięty zdradziecko w Orla-Luka, ciężkiemi ranami powalony został na łoże, z którego może już nie powstanie. Z tego powodu wielki panuje smutek w całéj Czarnogórze. Morderca, Pop Ilia Popowicz, schwytany.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 23 października. Wczoraj nastąpiło poświęcenie nowo otwartej szkoły sztuk pięknych w obecności profesorów i młodzieży.

— Pod cyfrą X. K. 8. otrzymaliśmy: na pogorzelców m. Wielicki 3 złr.; na spalony kościół w Pilźnie 3 złr. 54 ct.; na spalony kościół w Zwierniku 4 złr.

— O zmarłej hr. Władysławowej Platerowej podaje berliński *Fremdenblatt* bardzo ciekawe szczegóły. Hr. Platerowa, z domu Karolina Bauer, urodziła się 1808 r. w Heidelbergu. Ojciec jej poległ r. 1809 jako rotmistrz w bitwie pod Aspern. Matka dała swoim czworgu dzieciom, z których dziś żyje jeszcze wysłużony major Bauer w Karlsruhe, wyborne wychowanie. Karolina w końcu r. 1822 jako niespełna 15-letnia debiutantka wystąpiła pierwszy raz na scenę w Karlsruhe z takiem powodzeniem, że po trzeciem przedstawieniu była angażowaną. Już w r. 1824 udała się do Berlina i w rok później stała się ulubioną artystką i otoczoną wielbicielami. Książę Leopold Koburski, owdowiały po księżniczce Karolinie, dziedziczce tronu angielskiego, starał się o jéj rękę, tak iż w maju 1829 uwolniona przez króla z kontraktu, została tajemnym ślubem połączoną z ks. Leopoldem, otrzymawszy tytuł hrabiny Montgommery. Dwa lata przepędziła Karolina Bauer z matką swoją bądź w willi pod Londynem, bądź w Paryżu. Kiedy książę Leopold powołanym został na tron belgijski i miał zaślubić córkę króla Ludwika Filipa, ślub jego z hrabiną Montgommery został skrycie rozwiązany. O tym okresie życia swego zmarła zostawiła pamiętniki, których ogłoszenie powierzyła przyjacielowi swemu i literackiemu pomocnikowi Arnoldowi Wellmerowi. Hrabina Montgommery porzuciła nazwisko i tytuł i wróciła na scenę. W marcu 1831 wstąpiła do teatru w Petersburgu a odmalowała ten pobyt w swoich wspomnieniach teatralnych pod tytułem: „Trzy lata w Petersburgu.“ Po trzech latach wygnał ją klimat z Rosyi do Niemiec, gdzie przez rok grała po stolicach niemieckich (także w Wiedniu). Opisała te swoje wędrówki jako „Wędrówki komedyanckie“ z dowcipem i cierpkością. Następnie przez dziewięć lat od 1835 do 1844 należała do teatru nadwornego w Dreznie. Wtedy hr. Władysław Plater, który już kochał się w artystce, gdy jako student bawił w Berlinie, pojął ją. Jako hr. Platerowa mieszkała Karolina Bauer początkowo w Luzern a potem przez lat przeszło 30 w willi na Bröelberg nad jeziorem Zürichskiem, jako wzorowa żona i gospodyni, uprzejma przyjaciółka i autorka. Od dwóch lat cierpiała na pedagrę coraz bardziej drażniącą jej nerwy i osłabiającą siły. Przed tygodniem hr. Plater musiał pośpieszyć do chorej. Umarła d. 18 października. W początkach r. 1869 dała się poznać pod swojem panieńskiem imieniem jako autorka w swoich „Wspomnieniach teatralnych“. Od tego czasu pisywała ciągle do felietonów różnych dzienników niemieckich a potem wydała wsoje „Wspomnienia“ w kilku tomach.

— *Przegląd Lwowski* dowiaduje się z wiarogodnego źródła, że w gabinecie numizmatycznym opata kanoników regularnych w Herzogenburgu w pobliżu St. Pölten, znajduje się unikat nadzwyczajnej rzadkości, pięciodukatówka Zygmunta I z r. 1533 (Raczyński Nr. 9, Zagórski Nr. 22), bita stemplem t. z. Szlikowskich talarów. Talary te są bardzo rzadkie, płacą je bowiem po 500 złr. O istnieniu téj pięciodukatówki niema dotychczas wzmianki w żadnem dziele o numizmatyce polskiej. Zapewne jest ona próbą menniczą, bardzo pięknie dochowaną i bitą a nie laną. Jak się do Herzogenburgu dostała, nie wiadomo. Sądzimy, że ta nader ważna wiadomość o najdawniejszej polskiej sztuce złota większych rozmiar

, jak się rzekło,
nia publicznego i
ała jedna jeszcze
upi nakoniec je-
oronicz wydzier-
bra rządowi pol-
polskich rocznie,
Skórkowskiemu.
tyźmie jego wy-
poszedł na wy-
na administra-
zestano wypłacać
zierżawy; i mo-
*timenta mea et*
*m.*
mienie zabrano,
szechny fundusz
ólestwo Kongre-
ya, mocą której
ustrya zwróciła
mu. Ale nie był
wo a Kraków,
1874; teraz do-
yżej przezemnie
u dyecezyalnego
io-galicyjskiego,
m stosunku, że
yi pięć szóstych,
nę szóstą. Przy-
szóstą część W.
ś nieprzeznaczo-
a, że ma w Kiel-
stanowi znaczną
, i zatrzymała
wypłaciła, służy
ałe mienie, któ-
no na zakony i
wie. Nawet to,
o tylko na szpi-
obroczynne, jak
tak zw. „Arcy
c i kapitule nic
ymała z fundu-
ego w r. 1831

istryi co do u-

ustryą a Rosyą
wa do Austryi,
podział dyece-
w tej umowie
zyniła żadnych
Krakowa na-
sam błąd, nie
iskupstwa kra-
yszła pobudka
niej ciąży obo-
teraz biskup-
akże już wspo-
e w swym za
kupstwa, i pe-
rozporządze-
*aesita*, tak o-
dają żadnego
ymanie prawa
go, zawsze jest
ła *longissima*,
przyczyny Au-
pstwo krako-

rzecz zgodną
nteres publi-
nie tylko u-
u swego celu
Jeśli zaś Ko-
ateczne, na-
ać go wła-

aposażenia:
em jest je-
2000 złr.

awniej rocz-
Austrya zaś
zek.
ra biskupie
z z kopal-
dnik otrzy-

ców, któ-
e rocznego

ecie kwota
9222 złr.
emal całe
cze 1800

cu biskupi
z czasów,
ej tylko
sprzedać
ewnętrz-
ecz i na

krakow-

a spra-
; gło-
perłę
a już

stolską, aby natychmiast zniósł dotychczasowe prowizoryum w wikaryacie i aby przywrócił kapitule wolny wybór administratora aż do stanowczego uregulowania sprawy".

Wniosek ten polecam wam jak najgoręcej. *(Brawo! brawo! z ław polskich.)*

## Rosya.

*Boston Daily Advertiser* zamieścił następujący raport, który świeżo po długich cierpieniach przybyły do Lwowa X. Mielechowicz, miał sposobność złożyć osobiście Ojcu Ś. w imieniu wygnanych księży polskich:

W r. 1862 będąc kaznodzieją w Lublinie zostałem aresztowanym i wrzuconym do więzienia między zbrodniarzy za to, że w kazaniach występowałem przeciw schyzmie.

Przewieziony do Brześcia litewskiego przesiedziałem 40 dni w okropnem podziemnem więzieniu, zkąd wysłany zostałem do Tobolska na Syberyi. Po sześciotygodniowym pobycie w tem mieście, przeznaczono mnie do Omska odległego o 97 mil, a ztamtąd po 11-miesięcznem przymusowem zatrzymaniu znów wrócono mnie do Tobolska. Byłem więc świadkiem nędzy i strasznych prześladowań nieszczęśliwych wygnańców, pozbawionych wszelkiej religijnej pociechy i traktowanych z największą surowością podczas panującego tyfusu i dysewteryi, transportowanych w liczbie 300 do 400 co tydzień w kajdanach, i umierających codziennie po 10 do 20 w szpitalach.

Narzekania i jęki matek, wdów i ich wychudłych dzieci, traktowanych bez litości, umierających w okropnych więzieniach syberyjskich, przeraźły mnie nad wszelki wyraz. Udawałem się tajemnie do osób litościwych, żebrałem aby ulżyć nędzy tych nieszczęśliwych ofiar. Pocieszałem je, aż sam 4-miesięczną dotkniętyzostałem chorobą skutkiem epidemii.

Zdenuncyowany za współczucie i dawanie pomocy, przewieziony zostałem jakkolwiek chory jeszcze, jak gdybym był największym zbrodniarzem o 200 mil od Tobolska do gubernii Jenisejskiej. Po krótkim odpoczynku znów mnie wysłano o 20 mil dalej do Aczyńska, dokąd zaledwo przybywszy, zaraz nadszedł rozkaz przeniesienia mnie do odległego mil 50 Minusińska.

Po półtrzecioletnim pobycie tamże, wysłano mnie wraz z resztą deportowanych księży polskich do wschodniej Syberyi na posielenie we wsi Tunka w gubernii Irkuckiej na granicy mongolskiej, przez co nasi więźniowie (nie księża) w liczbie przynajmniej 18 tysięcy, pozbawieni byli wszelkiej pomocy i pociechy religijnej. Miejsce to leży w wąwozie górskim, ponure i wilgotne, zamieszkane jest przez ludność na pół dziką. Tam umieszczono 200 księży pod rozkazami oficera kozackiego. Porucznik Płotnikow miał moc wtrącenia do więzień, kucia w kajdany, w dzień i w nocy robienia rewizyj po domach, obchodzenia się z nami według upodobania lub wskazywania nam innego, gorszego jeszcze miejsca pobytu.

Każdy z nas otrzymywał dziennie 20 kopijek na żywność, placonych w końcu miesiąca. Zakazanem było noszenie sukni duchownej i pod najsurowszemi karami wzbronionem udzielanie sakramentów. Żaden z nas nie mógł używać nazwy kapłana. Tolerowane były wszelkie gwałty ze strony wrogich mieszkańców, których byliśmy ofiarami; uważali oni nas za wyjętych z pod prawa. Straszne zbrodnie pozostawały bezkarne, jak n. p. zamordowanie X. Poworowskiego w r. 1871 i X. Wasilewskiego w r. 1873, którego dom spalono. Zamach morderczy przez mnicha Bardoszkę wykonany na osobie X. Kosdowskiego, poranionego cięciami siekiery, pozostał również nieukarany. Przez lat siedem byliśmy narażeni na takie mordercze zamachy i wszelkiego rodzaju gwałty, i pozostawieni na łasce władzy arbitralnej. Przez te lat siedem walczyliśmy z nędzą i śmiercią, usiłując zarobić pracą na kawałek chleba. Łaska Boża zachowała nas wśród tych strasznych prób, ona to dodawała nam odwagi do pełnienia tajemnie obowiązków naszego posłannictwa.

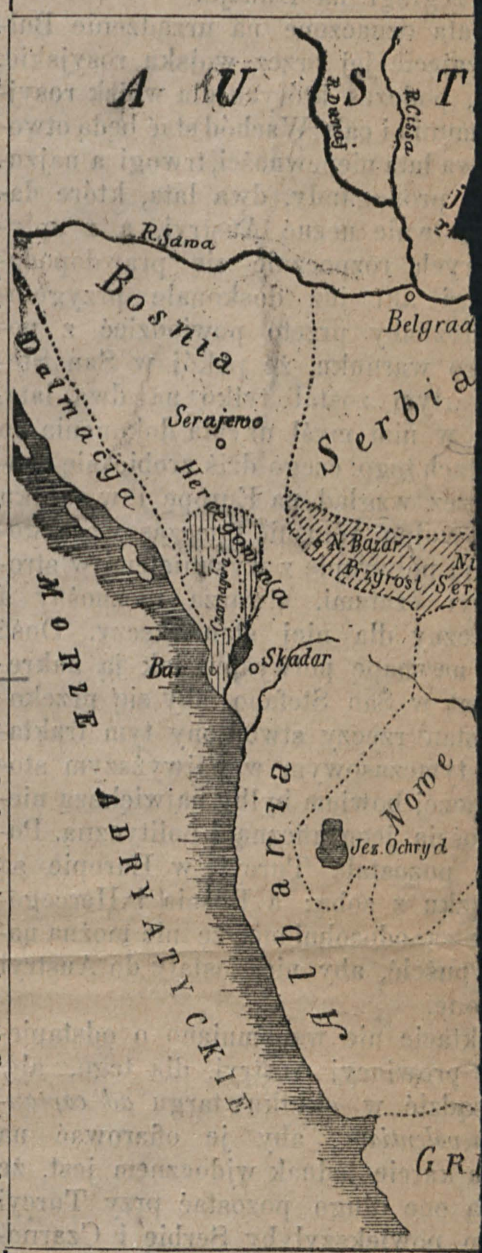
W r. 1872 nowe zaszły nieszczęścia; powodem ich była tak zwana amnestya carska. Księżom mniej skompromitowanym pozwolono opuścić Syberyę i obrać siedzibę wewnątrz Rosyi. Trzydziestu księżom w Tunce przypadł ten los, lecz to stało się źródłem naszych największych cierpień. Ustała płaca 20 kopijek, która nas zachowywała od głodowej śmierci.

Po kilku miesiącach tej nędzy wysłano nas do Irkucka wśród zimy, a ztamtąd po tygodniowym pobycie pędzono nas pieszo w głąb Rosyi w towarzystwie zbrodniarzów pod strażą żołnierzy, nieuwzględniając bynajmniej naszych błagań. Aby nas tem bardziej upokorzyć, kazano nam zmieniać ubranie w więzieniu. W dniu 19 stycznia 1873 r. mróz doszedł 35 stopni Reaumura. Przyszedłszy do pierwszej stacyi o godzinie 2½ zrana, prawie skostniali padliśmy na ziemię. Kapucyn Słotwiński wkrótce wyzionął ducha. Wielu z nas miało przemrożone członki, inni zachorowali śmiertelnie lub utracili władzę w członkach; wielu z towarzyszów wygnania należących do innych konwojów, doznało tego samego losu. Takiemi cierpieniami i brutalnemi nękani upokorzeniami, narażeni na straszną nędzę i niewypowiedziane dolegliwości, odbywaliśmy w ten sposób przez 11 miesięcy podróż od stacyi do stacyi

[illegible] swą kro-

Bachmed, brat Szacha, przybyły w
Tyflisu, miał podpisać ów traktat w cha
nomocnika. Wszystkie Chanstwa Az
tak dalece są pozyskane dla Rosyi, ż
gens ich wojenny w każdej chwili l
„Słowem postanowionem zostało w Pe
powiada w końcu tenże dziennik rosyj
dzić wojnę z Anglją w Azyi i zachwia
w Indyach, w Europie zaś ograniczyć
pornem tylko działaniu."

W związku z powyższemi wiadomoś
*skij Mir* dowiaduje się z południowej
w Odesie panuje wielki niepokój z powo
przygotowań do wojny na całem wybrz
morskim. W Mikołajewie na warsztata
panuje czynność niesłychana. Naprawia
sznie wszystkie statki wojenne, zdolne
do użycia i uzbrajają je. Gotują też l
łodzi torpedowych wszelkich systemat
rów. W Krymie na rozmaitych punkta
wznoszą baterye nadmorskie i budują
chem niezmiernym. W południowych
odbywa się szybkie przerzucanie wojsk
pia się przeważnie w okolicach Sebast
łajewa i innych miejsc obronnych.
kruta odbywa się z pośpiechem nadz
w miastach nadmorskich oczekują lada
armii kaukazskiej, która przybędzie
z Batum i Trebizondy. W wielu mie
szcie zaopatrują składy w ogromne za
i amunicyi.




## Turcya.

Wobec uwagi jaką zwracać należy n
Niemiec względem kwestyi spornych mi
i Austryą z jednej a Rosyą z drugiej st
przytoczyć, jak się w tej mierze odzy
cka *Post*, uchodząca dziś za organ
ga. Na poparcie twierdzenia, że Ro
bardziej o to chodzić powinno, niż
kongres przyszedł do skutku, czyn
następujące uwagi:

„Któż ma największy interes w
do skutku? Odpowiedź na to dał już
mark w mowie swej z 19 lutego,
umieć rozumieć i czytać między
mąż stanu nie może tak jasno
dziennikarz. Używając tego spo
że owe enigmatyczne *„beati poss*
z całością przedstawienia, rzeczy
ironicznym wypowiedziane zmie
na *„miseri possidentes"*. A że
ście, uznać trzeba, robiąc sobie

Przypuśćmy że Anglia będzi
od kongresu i ogłosi pokój w
prawnie zawarty, jakież będzi
Anglia nie zaprzestanie swych
sobie jednak wybór chwili do
Rosya tylko w takim razie mo
pieć, gdyby miała jakikolwiek
w którymby Anglię zaczepić
znajdzie takie miejsce. Wypr
więcej niż problematyczną; kt
nił zdobyczy porobionych w
dy Rosya posunie główne sw
stka wojska zpd nie tam nie

Kraków, 30 Marca — Sobota.

świąteczne.
lub z przesyłką pocztową 12 c.

| ok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|
| | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| | 7 zła. | 3 zła. |
| | 8 zła. | 3 zła. |

— Listy z pieniędzmi i *przesyłać franco* do Administracyi podlegają opłacie pocztowej. — się.
z bywają niszczone.

# CZAS

słowiańskie półwyspu, a zatem ołem niebezpiecznym i dla tego o było upokorzyć i skrzywdzić ziale łupów.

ya będzie rzeczywistą dla Rosyi ztąd może ona zarówno zagrażać ynopolowi, jak czuwać nad ludayspu. Z Bułgaryi zrobić można dla propagandy, która rozszebędzie w głąb Austryi. Utworzenie ułgaryi, która pozostawać będzie niknionym wpływem Rosyi, czyni iepodległość Rumunii, a z czasem żeglugi na Dunaju.

ata oznaczone na urządzenie Bułzajęcie jej przez wojska rosyjskie, , podczas których dla wojsk rosyjmunia i cały Wschód stać będą otwowa lata niepewności, trwogi a najzupropagandy, dwa lata, które daównie uczuć Austryi, a z upływych rozpocznie się prawdopodogi akt już doskonale przygotoMożnaby przeto powiedzieć z pogo warunku, że pokój w San Stevartym został tylko na dwa lata, w nim myśl ukryta dokonania po tach tego, czego dziś zrobić się obarzez wzgląd na Europę i w skutku wojną. Właśnie tymczasowość stona półwyspie z wysuniętemi w stroyi czatami, stwarza nieznośny a czny dla niej stan rzeczy. Dość na mapę półwyspu, jak ją nakreat w San Stefano, aby się przekostan rzeczy stworzony tym traktatymczasowym w najwyższym stoaczej bowiem byłby największą nieością jeograficzną i polityczną. Po pozostałe Turcyi w Europie są zku z sobą; a Bośnia i Hercegoą odosobnione, że nie można napuścić, aby nie zostały do Austryi one.

ktacie nie wspomniano o odstąpieprowincyj Austryi, dla tego, aby sądzić w skutku targu *ad captandevolentiam*, aby je ofiarować na a karcie jednak widocznem jest, że ą one długo pozostać przy Turcyi o powiększyłyby Serbię i Czarnobo muszą się dostać Austryi. TraSan Stefano ma raczej znamię spieko sięgającego, niż poważnego i dzieła politycznego. — To już nie lityka, to konspiracya. Ks. Gorczakow nakreślił podstawy polityczne, hr. Ignatiew oparł na nich plan doniosłego spisku.

Warunki traktatu są elastyczne, redakcya ich jest luźną w dwóch celach: aby przedłużając na półwyspie niepewność i tymczasowość, przygotować stopniowo ustalenie tam, nie już wpływu jak dawnej, ale istotnego panowania Rosyi, oraz aby w razie potrzeby i dla uniknięcia dzisiaj niebezpiecznych zawikłań, ułatwić sobie zmiany, które nazywać się będą ustępstwami, a które w niczem nie zmienią istoty rzeczy.

Odzyskaniem Besarabii Rosya bezpośrednio dotrze do Dunaju, i dla tego cesarz Aleksander uważa jako osobistą obrazę opór stawiany w tym względzie przez Rumunię. Utworzeniem Bułgaryi, Rosya staje się wyłączną panią morza Czarnego i morzem tem graniczyć będzie przez Bułgaryę z calym Wschodem i panować na nim.

Bardzo zręcznie Rosya pominęła w traktacie stronę wojskową i polityczną cieśnin, wiedząc dobrze, że byle udało się jej otrzymać sankcyę Europy dla stanu rzeczy stworzonego pokojem w San Stefano, to wcześniej czy później, a raczej bardzo wcześnie, stanie się panią cieśnin. Dla tego w traktacie jest tylko mowa o statkach handlowych, dla których mają być i podczas wojny cieśniny otwarte. A jednak pomimo tych łudzących pozorów umiarkowania, w sprawie niemal jedynie obchodzącej Anglię, nie dała się ona uwieść; przejrzała na wskróś myśl rosyjską, zrozumiała ducha i treść traktatu w San Stefano i odmawia sankcyi. Czyż Austrya, przeciw której niemal wszystkie artykuły traktatu są fatalnie i nieuniknienie wymierzone, będzie do tego stopnia zaślepioną, że uwierzy, iż pojedyncze zmiany zaprowadzone w nim zmienić mogą jego główną treść w pierwszym rzędzie zgubną dla Austryi, jej interesów i państwowego bytu? O tem rozstrzygnie powodzenie misyi jenerała Ignatiewa. Ustępstwa, które poczynić on może na rzecz Austryi, nie zmienią oczywiście skutku zwycięstw rosyjskich, ani skutku pokoju w San Stefano, którym jest zapanowanie Rosyi od Dunaju do Bosforu, ale zmienić mogą granice nowych państewek. Będzie to ustępstwo dla Austryi, które zarazem na nią zrzuci całą ohydę wobec okrojonych i zawiedzionych ludów półwyspu, a jeżeli Bośnię i Hercegowinę przyjmie w darze, czego dziś odrzucić niemal nie może, będzie

---

ki p. Stael, Niemcy, a który teraz jakby Vasco de Gama puścił się do Wiednia yć nowych lądów i nieznanych krajów. ki romansom p. Sachera Massocha i fletu p. Emila Franzosa zaciekawiła sach cudzoziemców. Reklama ta byujemną, a jednak już korzystnie t przybywszy do Wiednia, szukał mienia się z jedyną podobno ilustraka w Paryżu osiągnęła rozgłos, a drukowanych w *Revue des Deux* Massoch dostarczył obfitego mafrancuskiemu opowiadaniem o Pol-To też z niemałem zadziwieniem opisie Wiednia i Wiedeńczyków z Momusa ś. p. Żółkowskiego. opowiadaniem powinienby przyi Galicyi autor podróży *au pays* by dlatego, aby nowy tom był tytułu. Gdyby mi przypadł zadla takiego gościa, nie szczędził nych historyj, nadzwyczajności, bo dobieństwa, tem większa z pod dzi reklama. Pióro to stałoby się ską, pod której dotknięciem się na miasto europejskie. łyby wnet reformie, wschodni się

w samej Francyi lilie na białych czy trójkolorowych chorągwiach straciły znaczenie sztandarów politycznych. Książę Chartres dorzucił tylko do upadłej sławy swego domu bohaterską legendę o rycerskich czynach ochotnika, który pod imieniem Robert le Fort walecznością wzbudzał podziw w czasie tej wojny, w której dawne męstwo francuskie zabłysło tylko w wyjątkach.

Napływ gości, choć nie z tak daleka, nieustaje, owszem powtarza się w czasie wielkopostnym. To też kronika teatrów amatorskich, koncertów, prelekcyj obfita, a zadziwiającym zaiste byłby rachunek dochodów na cele miłosierdzia w czasie zimowej kampanii. Budżet ten z widowisk publicznych i na pół publicznych, ze składek pod najrozmaitszą formą dochodzi do cyfr wzbudzających podziw. Kiedy w dzienniku naszym potrójna subskrypcya najlepszem świadectwem ofiarności, równocześnie nie mija tydzień, aby na innej drodze jedna z instytucyj dobroczynnych nie zyskała znacznego zasiłku. Dość powiedzieć, że w Krakowie istnieje czternaście towarzystw i instytucyj w celach miłosierdzia chrześciańskiego, które nie mają stałych funduszów okrom datków prywatnych rocznego haraczu, jaki składa Kraków przy zabawie, widowiskach lub odczytach.

Gdyby t

jąc dla
świadkam
statnich
dośćuczy
się powa
księcia
ani pan
ku, gr
Autor
znanem
docznie
staje si
pociąga
nii 179
staran
pobojo
napotk
kreślo
tor na
dłuta
szawy
wykut
dza z

Opow

# Nº 111. Kraków, 15 Maja

# CZA

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., we Lwowie lub z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| Pocztą w Państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| „ „ Niemieckiem | 28 zła. | 7 zła. | 3 zła. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi, Turcyi i innych państw należących do związku pocztowego | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Prenumeratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* nie podlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się.
**Rękopisma** nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.


## Kraków 14 maja.

Są fakta i opisy ich, które obyć się mogą bez komentarzy i uwag, tak są uderzające prawdą i siłą swoją. Nie pierwszy już raz wskazywaliśmy na położenie katolików-unitów w ziemiach polskich pod rządem rosyjskim, w tych zwłaszcza czasach, kiedy pod hasłem oswobodzenia chrześcian z pod jarzma tureckiego Rosya w obliczu całej Europy rozciągnęła zagony swoje aż do Bosforu. A jednak więcej autonomii używają katolicy pod panowaniem półksiężyca, niż w krajach polskich pod rządem rosyjskim. I jeżeli cała Europa domagała się od Porty rozleglejszych swobód dla chrześcian i Słowian, nikt prócz Stolicy Apostolskiej nie ujmie się za uciśnionym ludem polskim. Niech nam wolno przynajmniej będzie oznajmiać całemu światu skargi i żałobę narodu, z religii swej i narodowości przemocą wyrwanego a to przez usta tych, co cierpią i w cichości wyglądają wybawienia albo śmierci. Oto list z tamtych stron, wiernie malujący położenie nieszczęśliwe ludu podlaskiego:

List cesarza Aleksandra do Papieża Leona XIII mógłby dać do myślenia, że jeśli już nie przeszłość tak nieodległa jeszcze, a zapisana w historyi krwawemi faktami, zaprzeczającemi wszelkiej religijnej tolerancyi, to przynajmniej chwilowa teraźniejszość pochlubić się może ową tolerancyą, tak zachwaloną przez głowę państwa i kościoła rosyjskiego. Najpobieżniejszy rzut oka na stan Kościoła katolickiego pod rządem rosyjskim, a osobliwie na postępowanie rządu wobec Unii w guberniach Siedleckiej i Lubelskiej przekonać może, jak dalekiem od prawdy jest podobne przypuszczenie.

System zniszczenia Unii do szczętu i coraz to nowe zamachy na Kościół łaciński z prawej strony Wisły są zawsze na porządku dziennym. Nieustało policyjne dochodzenie metryk nowonarodzonych dzieci unickich, i w ślad za tem idące zmuszanie rodziców, bądź to karami pieniężnemi, bądź zagrabianiem dobytku, aby swe dzieci do chrztu do prawosławnych zanosili cerkwi. Prawdziwie rozpaczliwem jest położenie tego ludu-wyznawcy, który zostawiony sam sobie, bez żadnej duchownej pomocy, bo kary na księży łacińskich i łacińskie kościoły, za jakąkolwiek styczność z Unitami czynią wszelką pomoc niepodobną. Mimo tego lud ten trwa wiernie w swej wierze. „My na wymarcie skazani“ — powtarzają często Unici, i to też ogółem biorąc niezawierają wcale nowych małżeństw, tem bardziej, że nie ma takich, coby ich związki błogosławili. Szczególną tro kliwością otacza rząd młode pokolenie Unitów, a jak nieraz niemowlęta gwałtem wydzierane bywają z objęć matek i zanoszone do cerkwi na chrzest, tak znów dorastające unickie dzieci obowiązane są tak w niższych jak i w wyższych szkołach do uczęszczania na naukę religii wykładaną przez popów schizmatyckich. Nie ma w tem wyjątku nawet dla synów księży unickich wygnanych za wierność swej wierze; a obowiązek ten a czej przymus tak ścisły i surowy, że skoro dzieci własnej woli lub z rozkazu rodziców poddać mu niechcą, wydalonemi zostają ze wszystkich szkół ległych rządowi rosyjskiemu.

la tem większego odosobnienia Unitów, Kościół ski w guberniach Siedleckiej i Lubelskiej nacisłej podlega kontroli. Wzbronione są wszelpusty i liczniejsze zebrania wiernych, a nakazanem jest obchodzenie świąt, które z nawej więcej zgromadzają ludu, jak np. Święto ego Ciała. Dążenie do coraz większego pognęenia Kościoła łacińskiego, ograniczenia jego wpływu zamykaniem kościołów i umniejszaniem parafij, jest zbyt widoczem. Zamykanie kościołów łacińskich stało się już prawie zasadą; skoro tylko nastąpi śmierć proboszcza, lub gdy kościół znajduje się w stanie wymagającym koniecznej naprawy. Los ten spotkał już w gubernii Siedleckiej kościoły: w Paprotniu, Piszczacu i w Niecieczy; w tem ostatniem miejscu już nawet kościół rozebrano, a wiernych rozdzielono pomiędzy przyległe parafie. W gubernii Lubelskiej liczą aż dziewięć kościołów, które temu samemu uległy losowi. Są to wszystko codzienne fakta, drogi, któremi prawosławie, i z niem jak najściślej połączona najzupełniejsza rusyfikacya cały kraj nasz powoli zagarnąć pragnie. Prawdziwsza to odpowiedź na list natchniony chrześciańską miłością Papieża Leona XIII, a zarazem najlepsze wytłómaczenie; dla tego my tutaj wobec całego dramatu na Wschodzie zachowujemy się rozumnie, a więc spokojnie, ale obojętnie, dla tego sympatye nasze nie mogą być po stronie tych, którzy sami nadaają sobie nazwę: „wyswobodzicieli chrześcian i obrońców Słowiańszczyzny.“

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Wiedeń** 13 maja.

(||) Na jak słabych podstawach opierają się nadzieje i widoki pokojowe, najlepiej dowodzi okoliczność, że dzisiejsza depesza petersburska od razu przestraszyła giełdę, oraz wszystkich optymistów. Ale też depesza ta zdolną jest rozwiać największe złudzenia. W dniu przybycia hr. Szuwałowa, nowoczesnego apostoła pokoju, petersburski dziennik rządowy ogłasza nowinę, że sam W. Książę-następca zajmuje się zbieraniem składek na flotę, celem odparcia nieprzyjaciół zewnętrznych. Forma depeszy jest niezawodnie demonstracyjną, a jej ogłoszenie ma na celu wywołanie zapału narodowego w całej Rosyi. Wszystko to nie jest oznaką pokojową i niezwykło się dziać w czasach pokojowych. To też na giełdach europejskich spadły papiery zwłaszcza rosyjskie. Na wiedeńskiej giełdzie obiegał dziś dowcip, iż papiery powinnyby były właściwie podskoczyć, albowiem państwo, które dopiero za pomocą składek publicznych zamierza budować lub zakupić flotę — nie jest zdolnem prowadzić wojny z Anglią, a zatem owa depesza ma znaczenie pokojowe. Dowcip ten nie uwzględnia tylko faktu, iż zapewne rozchodzi się tu o wyprawę okrętów korsarskich; powtóre, że składkami Rosya pragnie rozognić zapał i patryotyzm ludności, a może odwrócić jej uwagę od wewnętrznej zgnilizny. Co do mnie, nigdy nie wierzyłem w możność pogodzenia pokojowego interesów tak różnorodnych między Anglią a Rosyą, lub między Austryą a Rosyą. Tylko upokorzeniem niezwykłem, na jakie nigdy nie przystanie wielkie mocarstwo, Rosya mogłaby pokój okupić.

Tak przedstawia się znowu chwilowo ta wielka europejska kwestya rosyjsko-angielska. Pokojowa misya hr. Szuwałowa z jednej, uzbrojenia i składki na okręty korsarskie z drugiej strony; ręka lewa nie wie, co czyni ręka prawa, działania ministrów wojny nie zgadzają się z zapewnieniami ministrów spraw zagranicznych. Tymczasem u granic południowych monarchii austryackiej wypadki dość pstrą przybierają postać. Wychodźcy z Bośnii, potworzyli w niektórych powiatach kroackich oddziały uzbrojone niewiedzieć przez kogo, i dopuszczają się rabunków na terytoryum austryacko-węgierskiem. W Rumunii zaś stosunek między rządem ks. Karola a Rosyą pod względem wojskowym staje się coraz drażliwszym. W takim stanie rzeczy stronnictwo wiernokonstytucyjne dziwi się, iż hr. Andrassy domaga się pokrycia kredytu 60 milionowego! Za mało tych pieniędzy panie hrabio! — tak raczej powinna odezwać się Izba, nie zaś opierać się sumie 60 milionów.

**Wiedeń**

□ Telegrafow łem wczoraj, że rokow wie powrotu wychodźców hercegowińsk niosły pożądanego rezultatu. Najprzód cki niechciał się zgodzić na wkroczenie stryackich do Bośnii, a wkroczenie to cznem, gdyż panowie wychodźcy ani o powrocie; powtóre, niechciano irytowa wkroczenie do Bośnii tłumaczonoby z korzyść Rosyi, a dzisiaj niechcą, aby rzenia istniał co do stosunków Austry Stosunki te, chociaż zawsze przyjazne, cechy ścisłości i otwartości jak dawniej. co o tem mówiono w gazetach, nieprawd drassy określił w sposób bardzo jasny stanowisko, które Austrya zajęłaby ewen kongresie. W rozmowach swoich z jener tiewem dał mu uczuć, że rząd musi cich nie, ale stanowczo oprzeć się wprowadzen tu San Stefano w życie. Na to wszystko syjski niedał urzędowej, oficyalnej odpow oświadczył w sposób półurzędowy, że zna tensye Austryi zanadto wielkiemi *(exhor* Od tego czasu nie zaszła żadna zmiana. ba się więc dziwić jeżeli dzisiaj, w chwili wią o pokoju, o porozumieniu Rosyi z Au strya zamierza przedsięwziąść te lub owe kroki. Co mogło skłonić Rosyę do ustępst Anglii — jedynie niebezpieczeństwo wojny rej się Anglia całą siłą gotuje. Naturalnem dy, że gdyby przyszło do porozumienia, zostanie skrzywdzoną. Dla tego musimy iść Anglii; musimy się gotować do wojny, aby syjski widział, że protesty Austryi nie są słowem i że w danym stanie jesteśmy siln cydowani poprzeć pretensye owe siłą. Tu n rzą w możność pogodzenia Rosyi z Anglią. nie może z niebezpieczeństwem własnego życ bić tych wszystkich ustępstw, których się d Anglia ale, gdyby takowe nadspodziewanie biła, to my nic na tem nie wskóramy. *Nos i finissent là ou commencent les interéts angl* powiedział pewien dyplomata.

W samej Turcyi prąd rosyjski bardzo osła tych wielkich klęskach jakich doznała Turcya wprawdzie chwila gdzie myślano, że zbawieni cyi zależy od Rosyi. Było to naturalnem zachowania się ówczesnego całej Euroy. Ale d mogę upewnić, inaczej myślą. Temi dniami p dział mi pewien dygnitarz turecki, świadom sunków obecnych w Konstantynopolu: *Le tra S. Stefano nous a rendu d'immenses servic a fouetté la Turquie — on se frote les yeux, l'E s'est reveillée! Il viendra un jour ou la Tu elévera une statue à Ignatiew*, i to prawda. N dzisiaj człowieka w całej Turcyi, któryby się dził znieść spokojnie ciężar tych warunków, z musu podpisano w S. Stefano. Anglia moż zupełnie spokojną. Cała Turcya jak jeden ma nie po jej stronie. Fatalnemby było dla Turc rozumienie się Anglii z Rosyą, ale powtarza tu ani w Konstantynopolu w to niewierzą. nie mogłaby się dzisiaj cofnąć, gdyby jej Rosya zrobiła ustępstwa większe od tych, k sama żądała. Nie będzie ona mogła już tera łać w celu zabezpieczenia wyłącznie tylko skich interesów bez obawy poniesienia kłęs ona zmuszoną zachować europejskie stan Takie jest moje zdanie.

Co się tyczy wychodźców, dodam jeszcze, turecki myśli w danym razie odwołać się tryotyzmu takowych, uzbroić ich i uformowa regularne wojsko. Że są to po większej cz tolicy, nie podlega więc wątpliwości, że got bić się z Rosyanami. Nakoniec czego człow zrobi kiedy go głód nęka. Tymczasem miejscach wybuchło powstanie między wych w innych znowu rabują ci panowie jak za czasów. Rząd postanowił, zanim co sta nastąpi, rozbroić wszystkich siłą. Dan w tej mierze potrzebne rozkazy.

y natrafią w sejmie węgierskim na prze- bez ciężkiej walki przyjdzie rządowi przyjęcie. Wprawdzie nie przyszły one ej chwili na porządek dzienny pełnej iej tego sejmu, wszelako rozprawy osta- ogą służyć za ilustracyę do powyższe- ia i dają przedsmak walki parlamen- a nad przedłożeniami ugodowemi nie ę wywiąże. Toczyły się rozprawy nad niem rządu ścieśniającem prawo zgro- licznych. Poseł Szylagyi odnośnie do ewica najskrajniejsza groziła oporem, że opór przeciw nieuprawnionym kro- y publicznej, jest wprawdzie nieszczę- nie jest czynem zakazanym (oklaski burzenie ze środka). Według nowej usta- opór przeciw urzędnikowi, który chce kcyę nie należącą prawnie do zakresu y, nie jest wzbronionym (żywe oklaski Jeżeli przeto rząd wydaje rozporządzenie jące zakres swej władzy i jeżeli wsku- rzychodzi do oporu, do zajścia, nie na- iać tych, którzy opór stawiają, lecz tych, ór przez uzurpowanie sobie władzy wy- iczne oklaski z lewicy; wielkie wzburzenie ).

gabinetu Tisza odrzekł: wszystkie oba- sprawiedliwione, jeżeli poprzedni mówca o szczegółów tych, którzy głoszą teoryę ucyi, bo do tego potrzeba większych idei ch ludzi, lecz teoryę zamieszek ulicznych laski ze środka, poruszenie na lewicy.) Mó- chce wcale zaprzeczać, że naród, jeżeli u- go są deptane i jeżeli wszystkie inne śro- zerpano, może w końcu chwycić się osta- środków rozpaczy (głosy z lewicy: o to ; jeżeli jednak człowiek pojedynczy nawet śmiela się odpowiedzieć twierdząco na py- czy zachodzi naruszenie ustawy? gdy wię- parlamentu przeciwnego jest zapatrywania, to niczem innem, jak tylko teoryą zamie- licznych (żywe oklaski ze środka, zaprzecze- lewicy). Wszystkie obawy są usprawiedliwio- żeli wychowanie naszej młodzieży w takich spoczywa (Szilagyi jest profesorem).

eł Szilagyi zastrzega się przeciw insynua- akoby umyślnie wysławiał burdy uliczne. In- cya ta dowodzi tylko, że u prezesa gabinetu sympatyą dla stosunków prawnych i dla pań- prawnego przeważa sympatya dla środków ch, ukrytych, tyrańskich (oklaski z lewicy). ię tyczy czynności mówcy jako profesora, pre- gabinetu, aby ją ocenić, niema wcale pojęcia. tem skończyło się całe zajście, malujące w tej ili usposobienie stronnictw względem siebie i lędem rządu.

## Rosya.

Moskiewski komitet główny do zbierania składek sporządzenie i uzbrojenie flotylli ochotniczej“ 11 maja wydał „w imieniu swojego protektora Ks. Następcy tronu“ następującą proklamacyę, ra została rozesłana do wszystkich miast i wsi całem cesarstwie celem ogłoszenia jej w miastach zez władze policyjne, we wsiach zaś przez paro- ów parafialnych:

„Bóg Wszechmogący zsyła na Rosyę nową próbę. ieprzyjazny wróg grozi nam wojną. Współziom- wie! Zaliż pozwolimy, aby on zniszczył owoce szych zwycięstw i oddał znów w niewolę turecką swobodzonych przez nas braci?

„Wróg nasz silny jest na morzu. I liczbą i ol- żymiemi środkami siły j go morskie o wiele prze- ższają nasze. Lecz jest sposób zadania mu i na gach morskich dotkliwego ciosu. Któż nie wie, wszystkie interesa naszego nieprzyjaciela redu- ą się do zysków i zbogacenia się? Rozporządza on olbrzymią flotą kupiecką. Trzydzieści tysięcy statków krąży po wszystkich oceanach świata. więc, gdzie należy skierować ciosy! Podczas, wróg zamknie nasze morza, i jak to czynił ojnie krymskiej, palić i rabować będzie bez- nne nasze osady nadbrzeżne, flota handlowa jego przestworze oceanów niech ulegnie także klę- n wojennym!... Dla tego potrzeba nam szyb i mocnych statków, któreby zjawiały się jak podziewana burza na wszystkich handlowych gach naszego wroga.

Wojna ostatnia okryła wieńcami chwały naszych arzy, potykających się na wątłych statkach roźnemi pancernikami i wychodzących zwycięsko alki tak nierównej. Dajcie im statki prawdziwie kie, mocne i wytrzymałe, wyślijcie na oceany ołów wrogiej floty kupieckiej, a nieprzyjaciel pożałuje wkrótce, że się odważył na wojnę mi.

„Dzieci ziem rosyjskich! Wy, którzyście stawali jak jeden mąż zawsze, ilekroć niebezpieczeństwo zagrażało świętej matce naszej, Rosyi! wy i tym razem zgodnie ozwiecie się wszyscy na głos ojczyzny i wspólnemi siłami, wspólnym groszem stworzycie flotę ochotniczą, która znowu dowiedzie światu, do czego zdolny naród rosyjski, gdy stanie na straży czci i honoru swojej ojczyzny.

„Ale czas nagli. Trzeba działać szybko. Kto chce pokoju, niech się gotuje do wojny!“

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 14 maja.

Otrzymaliśmy od c. k. starosty powiatu Krośnieńskiego hr. Marassé list z podziękowaniem za przesłaną przed kilku dniami przez Administracyę *Czasu* kwotę pochodzącą ze składek na rzecz dotkniętej głodem ludności pomienionego powiatu i za zajmowanie się temiż. Do listu dołączona jest urzędowa odezwa ze strony starostwa do przełożonych obszarów dworskich i naczelników gmin w powiecie, z której się pokazuje, że do tej chwili wpłynęła z darów od wydziałów: krajowego i powiatowego, oraz ze składek ogólna suma 737 złr. Zasiłek ten wobec kilkokrotnych w r. z. klęsk gradowych i wylewu wód, któreto klęski dotknęły włościan gmin: Swiątkowa wielka, Desznica, Rozstajne, Ciechania i Olchowiec, niewystarcza o wiele, albowiem włościanie tych gmin nie są w stanie uskutecznić wiosennych zasiewów, ztąd przeto zachodzi obawa, aby zeszłoroczny nieurodzaj nie wpłynął niepomyślnie i na tegoroczne zbiory. Nadto obecny niedostatek był przed wydaniem odezwy tak wielki, że w Swiątkowy wydarzyły się nawet dwa wypadki głodowej śmierci. Odezwa ta datowana 30 kwietnia r. b. przemawia do litości mieszkańców powiatu, powiat jednak zdaniem naszem nie zdoła zapobiedz tak strasznej nędzy bez pomocy kraju.

— **Na pomnik Piusa IX w katedrze na Wawelu** złożył K. W. 1 złr.

— Dla dotkniętej głodem ludności wiejskiej w Krośnieńskiem złożyli: A. Ł. 2 złr., W. 4 złr.

— Dla rodziny ś. p. X. Terlikiewicza złożyli: A. B. 1 złr., E. Różycki 1 złr., N. Reformat 1 złr.

— Krakowska Izba handlowo-przemysłowa otrzymała od Ministra handlu zawiadomienie z dnia 30-go kwietnia r. b. w odpowiedzi na podanie tej Izby jeszcze z d. 18 grudnia 1876 wniesione przez deputowanych do Rady państwa Mendelsburga i Weigla o ulgi w dokuczliwościach pasportowych, jakim ulegają kupcy zbożowi tutejsi w Królestwie Polskiem, że skutkiem wdania się rządu austryackiego odwołanem zostało rozporządzenie, iż przepustki służące do przejścia granicy winny być za powrotem wizowane przez władze rosyjskie i że kupcy tutejsi udający się za pasportem półrocznym do krajów rosyjskich jeśli wracają do Austryi, muszą stawać osobiście w mieście gubernialnem dla uzyskania wizy pasportowej. Z tego zatem wynika, że przepustka nie potrzebuje być za powrotem wizowaną a dla wizy pasportu nie potrzebują kupcy jeździć do stolicy gubernii i osobiście tam stawiać się.

— Jak zwykle, p. Rychter wyjedzie na lato za granicę; przed zakończeniem jednak jego tegorocznej działalności na scenie tutejszej, dyrekcya wywdzięczając się za gorliwe i umiejętne prowadzenie reżyseryi, urządza dla znakomitego artysty w sobotę benefisowe przedstawienie. Składać się ono będzie z bardzo dawno już nie granej tutaj, a niegdyś głośnej sztuki *Rej z Nagłowic* i z najnowszej komedyi autora *Pan Damazy* Blizińskiego *Mąż od biedy*. W obydwóch tych sztukach wystąpi p. Rychter. Nie wątpimy że i publiczność zechce uznać zasługi beneficyanta.

— Na Wystawę sztuk pięknych nadeszły: Antoniego Gramatyki „Sty Wojciech naucza pieśni Boga Rodzico“; Antoniego Piotrowskiego „Kucie koni“.

— Stowarzyszenie rękodzielników „Gwiazda“ urządza 19go b. m. majówkę na Woli Justowskiej o godz. 2ej po południu. W razie niepogody majówka odbędzie się w przyszłą niedzielę.

— W niedzielę odbyła się konferencya nauczycieli szkół ludowych krakowskich, oraz seminaryów nauczycielskich w celu wyboru delegata do Rady szkolnej okręgowej. Wybranym został ponownie p. Julian Maciołowski, dyrektor szkoły miejskiej w pałacu biskupim.

— W piątek wybuchł po południu przy ulicy Łobzowskiej pod L. 2 w domu p. Wal. Zdybalskiego ogień, który zniszczył dach Właściciel poniósł szkody na 500 złr. Wyrobnik podejrzany o podpalenie został uwięziony.

— Za staraniem Akademii Umiejętności, jako właścicielki zakładu zdrojowego w Szczawnicy zezwoliło ministerstwo handlu na zaprowadzenie w r. b. wyjątkowo już od 16 b. m. dziennie raz obiegającego szybkowozu między Krakowem a Starym Sączem (przez Szczawnicę), a od 15 czerwca b. r., gdy nocne pociągi na kolei Leluchowskiej w ruch puszczone zostaną, drugiej dziennej jazdy szybkowozu na przestrzeni Stary Sącz Szczawnica, łączącej się z rzeczonemi pociągami, tak, że do i od wszystkich pociągów kolejowych przez Stary Sącz przejeżdżających, pocztą osobową dostać się będzie można do i ze Szczawnicy.

— Dnia dzisiejszego o godz. 5ej z rana, jak donosi telegram, zmarł w Wilnie Edward Römer, syn ś. p. Michała, jeden z patryarchów obywatelstwa i z ludzi najzasłużeńszych towarzystwa litewskiego.

— Z powodu niegdyś wzmianki w *Czasie* o obchodzie 10-letnim „Kółka towarzyskiego Akademików polskich w Wrocławiu“, dochodzi nas dziś po trzech tygodniach sprostowanie, iż kółko to nie jest spadkobiercą istniejącego tamże od r. 1836 „Towarzystwa literackiego“, którego kuratorem jest prof. Dr Nehring.

— Jubileusz J. I. Kraszewskiego, będzie stanowczo obchodzonym w marcu 1879 r.

— Sędziami na wystawie paryskiej mianowało z kraju naszego austr. ministerium handlu hr. Włodzimierza Dzieduszyckiego w klasie 20ej (wyroby gliniane); p. Dawida Abrahamawicza, wiceprezesa Towarzystwa gospod. w klasie 46 (płody rolnicze).

— *Gaz Lwowska* potwierdza doniesienia nasze ze Lwowa o aresztowaniu za propagandę socyalistyczną Stanisława Mendelsona, słuchacza wydziału lekarskiego w Warszawie i w powiecie Sokalskim Kazimierza Hildta, ukończonego słuchacza praw z Warszawy. W Krakowie uwięziony został p. Alfred Barwiński, żonaty, lat 29 liczący, niegdyś wydawca czasopisma dla ludu *Zagroda*.

— **Lwów** 13 maja.

Aresztowania, jakie w sobotę przedsięwzięto, narobiły rozgłosu dopóki niewiedziano, o co właśnie chodzi. Przekonawszy się jednak, że zarządzono je z powodu nurtowań socyalistycznych, przyjęto je z niekłamanem zadowoleniem. U nas w mieście, jak w ogóle w miastach galicyjskich socyalizm u ogółu budzi wstręt i politowanie, a wyjątki, zakażone tą doktryną nie mogą liczyć na sympatyę ogółu. Pogłoski chodzą, jakoby dwaj aresztowani byli *agents provocateurs*; o ile w tem jest prawdy, oczywiście obecnie osądzić się nie da.

Towarzystwo kasy zaliczkowej, istniejącej od lat kilku we Lwowie, a powstałej za inicyatywą Rady powiatowej, odbyło wczoraj doroczne zwyczajne swe posiedzenie. Aktywa wykazują pożyczek na skrypta i weksle 189,763 złr., inwentarz i koszta założonia po strąceniu 10% 1428 złr., zaliczki w procesie 2381 złr. 6 cent., odsetki do ściągnięcia 12,764 złr. gotówka w kasie 1796 złr. — Stan bierny: Udziały członków 47,927 złr., fundusz rezerwowy 4738 złr., wkładki na rachunek bieżący 141,177 złr. wierzyciele 8297 złr. Czysty zysk w kwocie 5983 złr. 20 cent. rozdzielono w ten sposób, iż przeznaczono na 10% dywidendę dla udziałów 2800 złr., na fundusz rezerwowy 54 złr. 74 ct, na tantiemy dla dyrekcyi 650 złr., na pokrycie nieściągalnych pretensyj 1000 złr., na podatki 350 złr., resztę 628 złr. przeniesiono na rachunek przyszłego roku. Towarzystwo to o nieograniczonej poręce zamierzało zamienić się w powiatowy zakład kredytowy, lecz rokowania z Radą powiatową się rozbiły, zaczem zawiązano rokowania z Towarzystwem czeskiem „Slavia“. W miejsce członków Rady nadzorczej, którzy z powodu rokowań złożyli mandaty, wybrano pp. Seweryna Augustynowicza, hr. Bolesława Chotomskiego, Bogusława Longchampsa i Kaliksta Krzyżanowskiego; ponownie zaś wybrano pp. hr. Henryka Łączyńskiego, Karola Gromana, Teodora Kulczyckiego i Dra Aleksandra Janowicza.

Zmarła w tych dniach Magdalena Jurgas wdowa po pruskim majorze, francuska rodem, mając lat 90. W rozporządzeniu ostatniej woli zapisała prawie cały swój majątek na cele dobroczynne, między innemi przeznaczyła 10,000 złr. na stypendya dla m dzieży, a po 1000 złr. dla zakładu ciemnych warzystwa św. Wincentego á Paulo.

W tych dniach rozpoczynają się wykłady rocza na tutejszym Uniwersytecie.

— D. 2 b. m. spaliło się w miasteczku w powiecie Konstantynowskim na Wołyniu mów, a 700 rodzin pozostało bez przytułku.

— Opowiadają że hr. Andrassy rozmawia tem swoim Emanuelem, podczas ostatnich o gacyjnych, skarżyć się począł na dualist szynę, twierdząc że źle funkcyonuje i że zbyt skomplikowaną. „Pamiętasz — dodał ły system dualistyczny wymyśliłem, jadąc z no w Terebes“. „Pamiętam — odparł brat mi

kiego ducha. Lucyan Siemieński miał niemniej zau- te zbiory, w nich pogrzebał zmarły wszystkie

(do 31 marc. exp. Caffée Pucher

19 [illegible], 23 Stycznia — Środa — Rok 1878.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Jedne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| Pocztą w Państwie Austryackiem | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi nieszwracają się, lecz bywają zniszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. **Miejscową prenumeratę** księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Reiter & Comp.

## Od Administracyi „Czasu“.

☛ **W dniu 19 Stycznia b. r. otwartą została Ajencya „CZASU“ we Lwowie w głównej Trafice Nr. I przy ulicy Halickiej Nr. 4. Ajencya ta upoważnioną jest do przyjmowania prenumeraty, inseratów i sprzedaży pojedynczych Nrów „CZASU“.**

## Kraków 22 stycznia.

W sprawie stosunków Kościoła katolickiego w krajach polskich pod rządem rosyjskim podaje *Le Monde* następujące dokumenta, które go dochodzą z tego samego źródła, z jakiego wyszedł niedawno wyrok kongregacyi wiary w sprawie wprowadzenia języka rosyjskiego do liturgii kościelnej. Lubo aktów tych nieotrzymał wprost *Monde* z Rzymu, lecz przez swego korespondenta petersburgskiego, autentyczność ich nie ulega żadnej wątpliwości. Znaczenie i doniosłość tych aktów niepotrzebuje objaśnień.

### Okólnik

*J. Em. Sekretarza stanu do J. Eks. Nuncyusza Apostolskiego przy.....*

Najdostojniejszy i najczcigodniejszy Panie!

Świeżo doniosłem W. Dostojności w jak opłakanych warunkach znajduje się św. nasza religia w państwach N. Cesarza Rosyjskiego. Wiadomo więc Panu do jakiej ostateczności doprowadzono tam systematyczne prześladowanie w jawnym celu nietylko krępowania wolności Kościoła, lecz nadto zmienienia jego boskiej ustawy i narażenia na niebezpieczeństwo samego bytu jego.

Takie położenie wymagało, aby Stolica święta wysiliła całą swą pieczołowitość celem zaradzenia cierpieniom tak ciężkim i ciągle wzrastającym nieszczęśliwych mieszkańców katolickim tych krain. Lecz ustawiczne zabiegi skierowane ku uzyskaniu od rządu cesarskiego środków, o jakie chodzi, niemiały szczególnie w ostatnich latach, szczęśliwego rezultatu. Najwyższy Pasterz postanowił przeto poniekąd dla spełnienia swego apostolskiego urzędu, zanieść na to publiczną skargę, obok której Stolica św. wyraziła nadto biskupom, duchowieństwu i wiernym uciśnionym pod tylu względami w swem sumieniu, słowa pochwały, zachęty i pociechy, której oraz bardziej potrzebują. Postanowienie to natchnęły zarazem względy najjawniejszej sprawiedliwości. Zbyt było w istocie bolesnem dla serca J. Świątobliwości zostawiać cały lud cierpieniom jakie go przygniatają jedynie dla tego, że jest nieszczęśliwy, i że mniemane wymagania nowoczesnej polityki doradzają niezajmować się losem nieszczęśliwych, gdy są uciskani nie przez rząd słaby, lecz przez rząd potężny i groźny.

J. Świątobliwość mając zamiar spełnienia tego obowiązku podczas konsystorza w miesiącu czerwcu r. b. nakazał mi zawiadomić o tem, gdy się sposobność nadarzy, półurzędowego pełnomocnika rosyjskiego przy Stolicy św., który w owej epoce rezydował jeszcze w Rzymie. Ojciec św. chciał, aby tym sposobem rząd rosyjski był uprzedzony zawczasu, iżby mógł — co zależało jedynie od jego woli — oszczędzić Stolicy św. potrzeby uciekania się do wskazanego środka, zaradzając przynajmniej największemu złemu, jakiego brzemie oddawna dźwiga Kościół w posiadłościach Cara.

Niebawem rzeczywiście nadarzyła się sposobność. Było to w epoce sławnych pielgrzymek dążących do Rzymu na jubileusz biskupi Ojca św. Liczna deputacya z prowincyj Polski nienależących do Rosyi, składała tu swe hołdy, powinszowania i życzenia swoje ukochanemu Ojcu wszystkich katolików. W tych okolicznościach książę Urusow objawił mi kilkakrotnie życzenie, aby J. Świątobliwość nie wyrażał publicznych zażaleń przeciw rządowi cesarskiemu, lecz aby przesłał raczej swe domagania się drogą dyplomatyczną, i książę zostawił poniekąd nadzieję, że tą drogą można otrzymać niejakie korzyści dla Kościoła katolickiego w Rosyi.

Gdy Ojciec Św-ty zawiadomiony został o tem życzeniu, nie wzdrygnął się odroczyć na czas jakiś środka, na jaki się zdecydował, a to równie dlatego, aby nie mniemano że Stolica św. chce korzystać z wojny wschodniej, jak w zamiarze okazania raz jeszcze, że najwyższy Naczelnik Kościoła nie ucieka się do ostatecznych postanowień, prócz tylko gdy wewnętrznie jest przekonanym, że środki dyplomatyczne nie mogą już w niczem pomódz interesom Kościoła, i że jest w stanie udowodnienia światu iż wszystkie te środki rzeczywiście są już wyczerpane.

Życzenia ajenta rządu rosyjskiego otrzymały więc zadośćuczynienie i stosownie do rozkazów otrzymanych od Ojca Św go, ułożony został memoryał, obejmujący główne punkta odnoszące się do cierpień Kościoła w carstwie rosyjskiem i w królestwie polskiem. Memoryał ten przesłany do ks. Gorczakowa, wręczony został pełnomocnikowi rosyjskiemu przy Stolicy św. z poufną notą odemnie. Celem tej noty było dać poznać rządowi petersburskiemu, że jeżeli Papież przez ostatni wzgląd dla Cara, nie użył w tej chwili tak bolesnych środków, musiałby to nieuchronnie uczynić w razie gdyby JCMość nieocenił tego rysu delikatności, i dodam tu, takiej cierpliwości najwyższej Głowy Kościoła.

Z osnowy tych dokumentów, których znajdziesz tu W. Dostojność odpis, przekonać się łatwo z jaką usilnością starano się powstrzymać słuszne i naturalne uczucie oburzania, jakie w każdej zacnej duszy wzbudzić muszą fakta i akta, o jakich jest wzmianka. Ujęte one zostały w wyrazy wolne od rekryminacyi zdolnych rozjątrzyć i zakłopotać rząd rosyjski. Z tego powodu, mieliśmy zupełne prawo spodziewać się że podobne względy tylokrotnie powtarzane w obec tego rządu, otrzymają, jeśli nie pozytywne korzyści dla katolików w tych krajach, to przynajmniej niejakie złagodzenie doznawanych cierpień.

Można było mianowicie wnosić, że przyjęte będą nietylko bez ubliżenia zwykłym prawidłom uprzejmości, lecz z uczuciem wdzięczności, jakiej można było słusznie spodziewać się.

Pojąć przeto można jak wielkie i nad wszelki wyraz było zdziwienie najwyższego Pasterza i wszystkich tych, którym fakt był wiadomy, gdy się dowiedziano że we dwa tygodnie po wręczeniu rzeczonych dokumentów, o których przyjęciu ks. Urusow nie mniemał się nawet obowiązanym zawiadomić, tenże książe odniósł mi je sam, oświadczając że ponieważ jego rząd nie jest przywykłym przyjmować od kogobądź nagany, nie sądzi się upoważnionym przesłać tych dokumentów do kancelaryi cesarskiej. Nie zwracałem uwagę jego na akt jakiego się [illegible]za, akt nie mający nazwy i bez precedencyi [illegible]yi dyplomacyi, jak również na smutne na[illegible] jakie ztąd wynikną, a których może do [illegible] nie obliczył; p został on nieugiętym, bio[illegible]bie całą odpowiedzialność za swój krok i mi[illegible]Jeżeli Stolica św. chce wojny, będzie ją mi[illegible]

N[illegible]świadczenie nie mogłem się powstrzymać od u[illegible]ła mu uwagi że Stolica św nie wypowiada [illegible]ani ją rozpoczyna z nikim lecz skoro wojna [illegible]stała wypowiedzianą, i prowadzoną od dawna [illegible]rząd cesarski i gdy rząd ten dołącza teraz d[illegible]wyzwanie i groźby, Papież ufny w pomoc P[illegible]ry go nie zawiedzie, zda bronić się w stosun[illegible]eszkód stawianych bądź ietykalności Kościoła [illegible]godności jego stopnia jego władzy najwyższej.

I w ist[illegible]nieważ nie było możnawlekać właściwego ś[illegible]abezpieczenia godność Stolicy św. samowolnie [illegible]zeczonej, natychmiast zawiadomiono z ro[illegible]Papieża, księcia Urowa, że ponieważ odm[illegible]przesłania aktów dyomatycznych Stolicy św., [illegible]stosunki z sekretarstwem stanu stały się zbyt[illegible]

List, który [illegible]domił o tem ajenta rosyjskiego zostaje W. Do[illegible]ści dołączony w jej samej kopercie. Zobacz[illegible]m W. D. że niemiało być udzielonem ks. [illegible]wowi żadne posłanie u naszego Dostojne[illegible]e, ani u mnie, lubo w razie poprzedniego i [illegible]cznego zadośćuczynienia.

Jednak ponie[illegible]d rosyjski nie zrzekł bynajmniej udziału w kroku [illegible]nczynił książe niezależnie od swego rządu, p[illegible]wało Stolicy św. zawiadomić kancelaryę cesar[illegible]niepojętem pojęciu jej ajenta, aby dać słowi petersburskiemu sposobność albo wypar[illegible]albo przyjęć na siebie odpowiedzialności.

Lecz ponieważ [illegible]rzystał Stolicy św. czynić wprost podobny kro[illegible]jciec św. nie chciał pozostawiać w niepewnoś[illegible]do doniosłości wypadku, powzięto myśl udar[illegible]do dobrej usług rządu katolickiego i przyjaz[illegible]aby w tej sprawie zawiadomił rząd Cara.

Według tego, o czem później można się było dowiedzieć, zbyt jest pe[illegible]że kanclarya cesarska nie przyrzekłszy żadn[illegible]zadośćuczynienia, nie zatwierdziła oświadczenia [illegible]rusowa, gdyż zapewniając, że nie czytała do[illegible]tów rzuconych, dodała, że spuszczając się [illegible]d, gdy wydał o nich jej pełnomocnik, dała mu [illegible]az tłumaczenia ich.

Nie moją jest rzeczą [illegible]zawia się nad różnicą obu twierdzeń, ani nad [illegible]ścią, jakiej dał dowód rząd cesarski, [illegible]się postanowienie na prostem słowie półurzędo[illegible]ajenta, lecz wiary nienie stwierdzić, że po po[illegible]ajenta postąpieniu — każdy to pojmie — Stolica [illegible]faktem wolnioną została od wszelkie[illegible]ów dla rządu, który stał się autorem tego powa[illegible]przyjmnąc za nie solidarność.

Wobec takiej sytuacyi, o którą [illegible]chciał Ojciec św., abyś W. D. miał zupełną świad[illegible]w celu równie[illegible]abyś przy sposobności dał pokaz ten w pa[illegible]dziwem świetle bądź rządowy, którym jeste[illegible]uwierzytelnionym, bądź wszystkim, którzyby [illegible]w tym przedmiocie zapytywali[illegible]esz W. p. ła[illegible]two, że najwyższy naczelnik Koła, rozwiązany z węzłów oględności i uprzej[illegible]dyplomatycznej, którym zawsze był wiernym, że nadal zachowywać biernej postawy.

Gdy wolne porozumiewan[illegible]całego Kościoła z Stolicą św wbronionem jest straszną karą wygnania, wymierzaną przeciw temu, co koresponduje z Stolicą św gdy wychowanie duchowieństwa, sama nauka religii opowiadanie św. ewangelii, udzielanie Sakramentów świętych obrzędy Kościoła i jurysdykcya pasterza ulegają woli tego, co niema posłannictwa określać zrzenia ich i prawideł, gdy całe dyecezye nawracanej na schyzmę wszelkiemi środkami pokusy i gwałtu, nie wyjmując nawet rozlewu krwi mieszkańców, którzy wolą śmierć niż odszczepieństwo; gdyresztą odwoływania się do akcyi dyplomatycznej[illegible]a zaprotestowania przeciw takiemu postępowani[illegible]została Stolica św. brutalnie pozbawioną, bezczynno[illegible] Stolicy św. mogłaby się tylko stać przedmiot[illegible]zgorszenia dla całego katolicyzmu. Zgorszenie to[illegible]esztą byłoby dziś tem większe, że same narody[illegible]kickie doznały wzruszenia na opowieści tych opłanych faktów, skreślonych w dołączonych tu dokumtach i że ludy narażone zachowaniem swej wia[illegible]na gwałty, o których mowa, mają prawo być popęmi w swej wierze i oświecanemi przez najwyższą Głowę Kościoła.

Nat[illegible]e nie będzie się mógł dziwić, jeżeli wkrótce Ojciec ś[illegible]kładąc kres milczeniu, któreby uważane być mo[illegible]za słabość, ujrzy się obowiązanym ocalić ostatnie[illegible]cząstki religii części tak cennej i tak szlachetnej[illegible]rzody, nie odwołując się do władzy, wobec rej Stolica św. wyczerpała wszelkie możliwe wędy i która nigdy nie odpowiedziała na nie najmniejszym znakiem.

Pewn będąc, że W. D. zdoła w tej okoliczności, jakowsze wykonać gorliwie i z zwykłą swą roztropią instrukcye zawarte w niniejszej depeszy okólnej[illegible]którą możesz, jeżeli to uważasz za stósowne odczytać nawet pozostawić odpis p. ministrowi spraw[illegible]ranicznych, piszę się ponownie z uczuciem najwyżo poważania W. Dostojności sługą.

Rzy20 października 1877 r.

J. Kard. *Simeoni.*

---

Ze[illegible]iercią śp. Bobowskiego opróżnioną została [illegible]osada starosty powiatu krakowskiego. Nie wiemy, [illegible]to jąmie, ale też nie idzie nam o popieranie [illegible]ewne oznaczonego kandydata, lecz chcemy wyrazić żynie, aby przyszły naczelny urzędnik administracyjny w naszym powiecie odpowiadał nie tylko [illegible]arunkom kwalifikacyi urzędowej, lecz oraz stosunkom [illegible]stecznym i lokalnym. Można znać dobrze przepisy [illegible]ministracyjne, można być nawet wprawnym [illegible]rzędnikiem i przez to wielką oddawać [illegible]ugę w każdym powiecie, w Krakowie jednak [illegible]e czlić powołaniu swemu zadosyć. Starostę krakowskiego mniejsze nawet, niż innego naczelnika powiatu [illegible]tekają zajęcia urzędowe, gdyż powiat ten należy do najmniejszych, a główną jego ludność stanowi [illegible]rasto, które posiada swoją własną administracyę znaczną część czynności urzędu powiatowego wynywa w tak zwanym zakresie poruczonym, [illegible]na część załatwia w własnym zakresie samorządu.

Kraków atoli jest siedzibą wielu instytucyj publicznych prywatnych, władz autonomicznych, komenda wojsowej, Akademii umiejętności, Uniwersytetu, [illegible]elu mniejszych, wielu stowarzyszeń nie tylko miejscowych, ale na cały kraj rozciągających się, ma [illegible]ały teatr, słowem, ma jeśli nie rozmiary, to potrzeby [illegible]awyknienia wielkich miast, a przeto mnóstwo takich spraw, z któremi w innym powiecie nie przychodzi [illegible]spotkać się staroście. Oprócz tego zaś jest jakby [illegible]wotami do raju naszego nietylko od strony całej mo[illegible]archii, ale całej Europy zachodniej: tu każdy obcy zatrzymuje się i wywozi ztąd pierwsze wrażenie o naszym kraju; tu częstokroć zatrzymują się w przejeździe najwyżsi dostojnicy państwa i sami nawet członkowie domu cesarskiego, a przeto starosta krakowski ma nie tylko sposobność, ale nieraz obowiązek reprezentowania urzędownie kraju naszego na pierwszym do niego wstępie.

Stanowisko więc jego wymaga pewnej zewnętrznej reprezentacyi, pewnej świadomości form towarzyskich, których nie miał obowiązku wyuczyć się w biórze i których niemożna zawsze wymagać od urzędnika, licząc na jego zdolności i nieskazitelność. Znajomość nawet języków staje się z tego względu koniecznością, niezawsze bowiem może poprzestać starosta krakowski na urzędowych językach kraju i państwa, które należą do jego urzędowych kwalifikacyj i na których mógłby gdzieindziej poprzestać.

Nie mało także zasługuje na uwagę wzgląd na samych mieszkańców miasta, wśród których ma starosta przebywać, a mianowicie, aby po za granicą swoich stosunków urzędowych mógł utrzymywać stosunki towarzyskie i znosić się z obywatelstwem nietylko na drodze ogłoszeń urzędowych albo podań, które od stron odbiera. W ten tylko bowiem sposób bezpośredniego zetknięcia się będzie w stanie poznać stosunki miejscowe, potrzeby i interesa, a nietylko być użytecznym obywatelstwu, ale oraz zadanie swoje, jako urzędnika politycznego ułatwiać, a lepiej służyć rządowi, niż gdyby tylko za zielonym stołem odziany w mundur i powagę, orzekał w sprawach swojego powiatu.

Zdolność i prawość urzędnika nie wyklucza tych przymiotów, których wymagają pewne położenia i stosunki, lecz owszem, jeśli jedno z drugiem może być połączone, korzyść ztąd większa i dla rządu i dla rządzonych. Słuszna rzecz przeto, że pragniemy, aby przyszły naczelnik powiatu krakowskiego odpowiadał o ile można wzorowi, jaki tu nakreślamy. Mniemamy zaś, że znajdą się kandydaci, którzy tym wymaganiom odpowiedzą.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Lwów** 21 stycznia

W sobotę odbyło się w Wydziale krajowym posiedzenie komisyi dla spraw szkół rękodzielniczych i przemysłu domowego, na którego porządku dziennym było między innemi uchwalenie statutu organizacyjnego dla kuratoryi stałej. Ponieważ jednakże kilku członków nie przybyło, a mianowicie pp: Weigel i Baranowski z Krakowa przybyć nie mogli, przeto ze względu na to odroczono tę ważną sprawę do następnego posiedzenia. Jak to w poprzednim w tej sprawie pisanym liście doniosłem, wyznaczono celem zbadania stanu istniejących już szkół rękodzielniczych delegatów. Do szkoły garncarstwa w Kołomyi uproszono na delegatów pp: hr. Dzieduszyckiego i Wereszczyńskiego. Ci delegaci zbadali stan tej szkoły na miejscu, a na podstawie ich relacyi postanowiła komisya wystósować pismo do ministerstwa handlu z wnioskami reformującemi, którego redakcyę poruczono pp: Wereszczyńskiemu, Wierzbickiemu i Orleckiemu. — Na wniosek p. Wereszczyńskiego uchwalono dalej zaproponować założenie już w najbliższym czasie szkoły koszykarstwa w Jarosławiu, a delegatem tamże zamianowano ks. Czartoryskiego. W sprawie szkoły garncarstwa w Alwerni odroczono uchwałę w celu zasięgnięcia rozmaitych

---

## Część literacko-artystyczna.

winizmu niemieckiego a nienawiści [illegible]
nieodezwą się echa [illegible]
[illegible]

[illegible]kiej. Widocznie narodowość [illegible]o niedawna [illegible]fabryką biurokracyi zerstate wzły ze [illegible]

[illegible]głównem było natchnieniem tytanicznej walki du[illegible]ch zrani[illegible]nego w najwyższej miłości ojczyzny. [illegible]piwiacyi nie da się opowiedzieć lub zasnali[illegible]

[illegible]piś[illegible]bo odcisnąć na bibule zmo[illegible]czoną w niej gumą. Bibułę [illegible]należy z pomnika, aż za-

bliższych jeszcze informacyj. W końcu postanowiono rozdzielić pomiędzy członków komisyi sprawozdanie Wydziału krajowego przedłożone w zeszłym roku Sejmowi w przedmiocie szkół rękodzielniczych i przemysłu domowego, celem rozpatrzenia się w dawniejszych rokowaniach.

Jutro Marszałek hr. Wodzicki odjeżdża do Wiednia, w celu wzięcia udziału w obradach Izby Panów.

Narzekania tutejszych dzienników na obojętność publiczności względem obrazu Siemiradzkiego „Pochodnie Nerona“ niezupełnie są słuszne. W dni powszednie, w których cena jest wyższą, prawda, że nie ma natłoku publiczności, lecz w niedziele sala ciekawych pomieścić nie może. Przy tem zauważam, że w sali Sztuleckiej pominąwszy już oddalenie od miasta; niedogodny przystęp — obraz niekorzystne ma światło, gdyż małe okna nie wpuszczają tyle światła, aby wystarczyło na całe kolosalne płótno. Obraz stoi na ziemi, tak, że trzeba być w pierwszym rzędzie widzów, aby widzieć dolną część obrazu, a w takim razie traci się całość z oka.

---

**Wiedeń** 19 stycznia.

△ Oba rządy, angielski i austryacki złożyły jak wiecie, w Konstantynopolu, a nadto angielski w Petersburgu, oświadczenie, iż nie będą uznawać warunków pokoju któryby zawarła Rosya z Turcyą bez udziału mocarstw europejskich a z naruszeniem interesów tych mocarstw poręczonych traktatem paryskim. Jednak pomimo tego wspólnego kroku Anglii z Austryą, wychodzącego już po za zakres neutralności, cofnięcie się zupełne Francyi od sprawy wschodniéj i w ogóle od spraw zagranicznych, a chwiejne ciągle postępowanie rządu angielskiego i niepewność czy większość parlamentu zgodziłaby się na energiczne działanie Anglii, nie mogą hr. Andrassemu dodać otuchy do opuszczenia tak zwanego związku trójcesarskiego i do zbrojnego w mieszania się w sprawę wschodnią. Austrya nie ufając w słowa Anglii, czeka na czyny. Działaniu Austryi na zewnątrz przeszkadza oprócz tego nieukończenie dotychczas ważnéj sprawy wewnętrznéj, tj. ugody w sprawach skarbowych i gospodarskich między obiema połowami monarchii.

Tymczasem właśnie gdy wobec coraz groźniej szego położenia politycznego, należałoby jak najprędzéj przeprowadzić wspomnioną ugodę, aby monarchia przynajmniéj tą sprawą wewnętrzną nie była krępowaną w działaniu na zewnątrz, napotyka znów ukończenie téj ugody na trudności. Znany spór między obu połowami monarchii o **dług bankowy** 80 milionów złr., i rozrachowywanie **zwrotu podatków** niestałych, a szczególniéj sprzeczne żądania i dążenia w obu parlamentach co do uchwalonego projektu taryfy celnéj: oto przeszkody wstrzymujące dzisiaj ukończenie ugody, którą już co do wielu spraw przeprowadzono.

Objaśnię tu bliżéj tę ostatnią przeszkodę, która w téj chwili jest główną.

Austryacki minister handlu zważając tylko na interesa przemysłowców i fabrykantów w Czechach, Morawii, Szląsku i w Austryi Dólnéj, przeprowadził w projekcie taryfy celnéj, ułożonym przez oba rządy austryacki i węgierski, podwyższenie wprawdzie nie wielkie ceł tak zwanych „**protekcyjnych**,“ mianowicie ceł od wprowadzanych z zagranicy do monarchii wyrobów wełnianych, bawełnanych, jedwabnych, żelaznych, papieru itd. Na to podwyższenie ceł protekcyjnych (mających zasłonić przemysł w krajach austryacko-niemieckich przed konkurencyą z zagranicą, ale ceł niekorzystnych dla innych krajów monarchii, bo zmuszających je do kupowania drożéj gorszych wyrobów) zgodził się rząd węgierski, **lecz pod warunkiem**, że będą także podwyższone cła tak zwane „**finansowe**“ czyli fiskalne, mające na celu powiększenie dochodów skarbu wspólnego, to jest cła od wprowadzanéj herbaty, ryżu, win zagranicznych a szczególniéj od **kawy i oleju skalnego** czyli nafty. Zaprojektowane przez rząd podwyższenie ceł od tych dwóch na końcu wymienionych przedmiotów było bardzo znaczne, bo w projekcie taryfy ułożonym i przedłożonym parlamentom proponowano cło od 100 kilo nafty rafinowanéj podwyższyć z 1½ złr. w srebrze na 8 złr. w złocie, od 100 kilo kawy zaś z 16 złr. w srebrze na 24 złr. w złocie. Oba rządy ułożyły i przedłożyły projekt[illegible] nafty w kraju rafinowanéj od 100[illegible] papierach.

Większość Izby węgierskiej[illegible] jéj konferencyi ugodowéj, zgodz[illegible]adowy utrzymano zaś podwyższenie ceł finansowych od win zagranicznych i przedmiotów zbytkownych w celu powiększenia dochodów skarbu i pokrycia przez to choć w części niedoboru bez zaprowadzenia nowego podatku.

Przez trzy dni w ubiegłym tygodniu (16, 17 i 18 b. m.) naradzali się obecni tu wówczas ministrowie węgierscy Tisza, Szell i Wenckheim z ministrami austryackimi o usunięcie powyżej wskazanych przeszkód i trudności, tamujących ukończenie ugody między obu połowami monarchii. Po tych naradach poufnych, odbyła się 18 t. m. wspólna rada ministrów austryackich i węgierskich pod przewodnictwem Cesarza dla urzędowego zaznaczenia rezultatu porozumienia się między obu rządami co do załatwienia powyżej wymienionych spraw spornych. O ile dowiedziałem się z dość pewnego źródła, **rezultat** ten jest tylko częściowy, a raczej formalny: porozumiały się oba rządy o **sposób** załatwienia sporu o dług bankowy i o rozrachowywanie zwrotu podatków bezpośrednich. Ten sposób załatwienia ma być następujący: na wniosek rządu, oba parlamenty przełażą te sporne sprawy do załatwienia deputacyom regnikolarnym, które ponownie się zbiorą; węgierska deputacya przystać ma wówczas na udział Węgier w zapłaceniu części długu bankowego, w zamian zaś za to, austryacka deputacya zgodzi się na korzystniejsze dla Węgier rozrachowywanie zwrotu podatków niestałych. Co do trzeciej przeszkody tamującej ukończenie ugody, to jest co do sprzecznych dążeń w obu parlamentach przy uchwalaniu taryfy celnej, oba rządy zgodziły się, iż obstawać będą niezmiennie przy ułożonym przez siebie i przedłożonym obu parlamentom projekcie taryfy celnej, to jest tak przy podwyższeniu ceł protekcyjnych, jak i ceł finansowych i że oświadczą Izbom, iż z przyjęcia lub z odrzucenia przez nie tej taryfy zrobią kwestyę gabinetową. Z tego to ostatniego warunku porozumienia się między obu rządami powstała myl[illegible] wieść wczoraj tu obiegająca, że oba gabinety polały się do dymisyi, której Cesarz nie przyjął.

---

**Wiedeń** 21 stycznia.

(*328 me posiedzenie Izby deputowanych*)

Po zagajeniu posiedzenia o godz. 11 min. 15, odczytano pismo ministerstwa oświecenia o nowych kredytach kilku, któremi ma być uzupełniony preliminarz budżetu na rok bieżący, tudzież petycye między którami dwie z Galicyi: Rada powiatowa w Jaśle prosi o urządzenie sądu powiatowego w Jaśle, gremia nauczycieli gimnazyalnych ze Lwowa, Krakowa, Złoczowa, Bochni, Brzeżan, Kołomyi, Nowego Sącza, Rzeszowa, Tarnopola, Brodów i Wadowic, tudzież nauczycieli szkół realnych z Krakowa, Stryja i Tarnopola o doliczenie suplentury do służby państwowej.

Przed przystąpieniem do porządku dziennego dep. Giskra wnosi, aby natychmiast wzięto pod obrady artykuł 110 ty statutu bankowego, który czas swego przekazała Izba komisyi do przejrzenia. Komisya proponuje tedy nadać ustępowi pierwszemu tego artykułu brzmienie następujące: „Wyłączone prawa nadane Bankowi w art. 82 i 86 tym statutu (o bankrotach), ulegają tylko temu ograniczeniu, że uregulowana ustawą (austryacką) z d. 24 grudnia 1867 r. i ustawą 15 tą (węgierską) z r. 1867 cyrkulacya państwowych pieniędzy papierowych, mających obiegu przymusowy w obu częściach monarchii, nie łozmi przeszkody“.

Izba zgadza się na podjęcie sprawy natychmiast i bez dyskusyi uchwala zmieniony art. 110-ty statut bankowego.

W ten sposób stworzono podstawę do dyskusyi nad znanym wnioskiem dep. Plenera do artykułu XI traktatu handlowo-celnego (o wspólnej monecie który to traktat w dalszym ciągu jest przedmiotem porządku dziennego, do którego Izba teraz przystępuje.

Dep. Plener nie sądzi, iżby nowe brzmienie artykułu 110 statutu bankowego usuwało obawy któremi motywował swój wniosek o zmianę artykułu XII traktatu handlowo-celnego w tym duchu, by oba rządy wyraźnie się zobowiązały do niewydawania osobnych pieniędzy papierowych; zdaje mu się bowiem mowa tu tylko o pieniądzach z kursem przymusowym, a wszakże mogłyby rządy wydawać bony skarbowe w formie długu bieżącego. Mówca mniema, że sama godność i powaga Izby wymaga ścisłem jasnych przepisów.

Dep. Herbst sprzeciwia się wnioskowi Plenera jako zbyt ryzykanemu, bo za pomocą interpretacyi takich, jakie dep. Plener przywodzi, każdy rząd[illegible]

Tytułem zaliczek na kapitały i renty tudzież zaległych kapitałów i rent wypłacono w ogóle do końca r. 1877: a) w lwowskim okręgu administracyjnym 58,463.000 zł. w obligacyach, a 101.437 zł. 17 ct. w gotówce; b) w krakowskim okręgu administracyjnym 23,206.580 zł. w obligacyach, a 1,120.136 zł. 28½ ct. w gotówce; c) w w. ks. krakowskiem 3,483.490 zł. w obligacyach ,59.888 złr. 36 ct. w gotówce. Z końcem czerwca 1877 pozostało w zaległości 93 a do końca r. 1877 zarządzono 12 nowych pertraktacyj.

Z ogólnej liczby pertraktacyj (105) załatwiono 20 a 85 pozostało w zaległości.

---

**Wiedeń** 21 stycznia. Wydział Izby deputowanych, któremu przydzielono do obrad wstępnych sprawę reorganizacyi Najwyższéj Izby obrachunkowéj, zawiadomiony został ze strony sądu, że akta, jakich żądał są w ministerstwach do przejrzenia. Że jednak wypracowanego w swoim czasie projektu ustawy i dołączonego do niego wniosku przedłożonego NPanu, okazać nie może.

Sprawozdanie o ustawie przejściowéj do ustaw karnéj, wypracowane przez dep. Koppa, zostało rodane członkom wydziału obradującego nad tą ustawą.

— O stanie rokowań obu rządów w sprawie ugodowej, czytamy następujące szczegóły w dziennikach węgierskich. *Budpest. Corr.* pisze: „Oba rządy godziły się na to, że z wyjątkiem projektu ustawy odnoszącej się o długu 80 milionowego, obstawa będą przy wszystkich przedłożeniach bezwarunkowo; jedynie w ustawie o podatku od spirytusu zgodzono się, aby za podstawę produkcyi z materyałów mącznych przyjąć 5½ zamiast 6%. Oba rządy dwołują się ewentualnie od uchwał Izb poselskich do Izb wyższych. Ponieważ zaś austryacka deputacya regnikolarna przedłżyła już swoje sprawozdanie, potrzeba więc znaleść sposób, aby mogła obrady swoje napowrót podjąć. W tym celu zdaje się być najwłaściwszém skłonić austryacki wydział ugodowy, aby sprawę kwot na wydatki wspólne i sprawę rentytucyj podatkowych zwrócił deputacyi regnikolarnej do ponownego sprawozdania. Jeżeli wśród tego oba parlamenty uchwalą projekt ustawy o długu 80-milionowym w ten sposób, i ta sprawa przydzieloną zostanie deputacyom regnikolarnym, wówczas będą one mogły równocześnie—w każdym razie zaledwie w końcu lutego—wziąć pod obrady sprawę kwot i długu 80-milionowego“. *Hon* zaś pisze „Ministrowie węgierscy zgodzili się z rządem austryackiem na to, że że przy wszystkich przedłożeniach bezwarunkowo obstawać będą i przedłożenia odnoszące się do taryfy celnéj, do traktu z „Lloyden austryackim i do sprawy bankowéj pozostają nie zmienione. Także przedłożenia o długu 80-milionowym zrazu nie cofa; gdyby zaś propozycya, którą ma wydział zrobić w Izbie, aby przed rozprawami nad tą przedłożeniem w Izbie dojść do porozumienia z Austryą przez deputacye regnikolarne znalazła poparcie ze strony austryackiéj i osiągnąłby większość, wówczas i u naszego rządu nie natrafiła na opór“. Mej pewnie wyraża się *Ellönör*, który pisze: „Ministrowie powrócili z Wiednia, wątpliwe jest atoli rzeczy przywieźli z sobą tak pewnie zapewne, że ugoda przyjdzie do skutku. Wprawdzie bezzasadną jest pogłoska, jakoby oba rządy w toku rokowań doszły polownie do tego punktu, to im już nie mogło nie przestało jak podać się do tymczasowy, zdaje się jednak że rząd austryacki nie jest pewny wyniku obrad w radzie państwa, jakkolwiek ze swej strony gotów jest w obronie wszystkich punktów ugody poświęcić swój ministeryalne“.

---

## Teatr wojny.

Wczorajsze telegramy dozwalają się jakokolwiek rozpatrzyć w świetle rozpołożenia wojsk tureckich. Ejub basza dowodzi oddziałem zbierającym się w Czorli, gdzie się rozchodzi drogi z Adryanopola do Carogrodu w jednę, do Gallipoli w drugą stronę, z prawdopodobnem przeznaczeniem cofania się ztąd wrazie zbliżenia przeważnych sił rosyjskich ku warownieni przepawanym pod Gallipoli, celem zasłaniania frontu stanowiska miejsca, a zagrażania z boku wojskom[illegible] się ku Carogrodowi.

Mustafa i Ket basza objęli dowództwo nad wojskami, które[illegible] zasłaniać Carogród w pozycyi pod Czataldżą.

Mehemet Aby wyprowadził załogę z Adryanopola, nie co[illegible] z nią ku Carogrodowi, ale udał się do Kirkkilisé może z polecenieni zajęcia tej pozycyi.

Kirkkilisse obrem stanowiskiem w rozwi[illegible]

[illegible]panował w Konstantynopolu, szczególnie skutkiem gromadzenia się tu uchodzącej przed Rosyanami muzułmańskiej ludności całej Ramalii. Ilość dusz ludności chroniącej się w tej chwili do Konstantynopola obliczają na 300,000, można sobie wystawić trudności, jakie już z samego umieszczenia i wyżywienia tej masy ludu wynikają dla władz administracyjnych. Straszniejszym jednak jest wynikający ztąd rozstrój moralny.

Na Serbskim teatrze wojny odbywa się dalszy ciąg operacyj przeciwko Nowemu Bazarowi, Prystynie i Prezrenowi (*Prisrend*).

Szczegóły zdobycia Olgunu przez Czarnogórców zawiera zamieszczony poniżej telegram z Cetynii.

W Azyi Erzerumowi grozi bliski upadek. Obsaczony pozbawiony prawie zupełnie wszelkiego materyału żywnościowego, bez najmniejszej nadziei odsieczy, podda się będzie musiał rychlej czy później, a niezbyt energiczna komenda ma jeszcze do walczenia z ciągłemi naleganiami o poddanie się cywilnej, przeważnie ormiańskiej ludności, obawiającej się skutków wzięcia twierdzy szturmem.

---

Konstantynopol 20 stycznia. (*Fremdenblatt.*) Minister marynarki przygotował tu kilka okrętów wojennych i transportowych. Cel tego środka trzymają w tajemnicy.

Konstantynopol 20 stycznia. (*Fremdenblatt.*) Istnieje plan przeniesienia stolicy rządu do Brussy; odroczonym jedynie został sąd do rozstrzygnięcia się sprawy względem zawieszenie broni.

Cetynia 20 stycznia. (*Presse.*) Dowódzca oddziału wojewoda Bożydar Petrowicz donosi: W dniu 17 b. m. zdobyły wojska nasze obwarowania tureckie w Olgunie (Dulcigno) i wzięły cały tabor Nizamów razem z ich dowódzcą w niewolę. Dnia 19 wzięły wojska nasze szturmem samo miasto i cytadelę olguńską. Straty nasze wynoszą 100 do 130 w zabitych i rannych. Między rannymi znajduje się też waleczny dowódzca, Czeremnickiego batalionu, Pero Wuksanowicz.

Konstantynopol 21 stycznia. (*Pol. Corr.*) Pociągi chodzą tylko do Czorli. Cały park linii Dede-Agacz wycofanym został za Kuleli-Burgas. Garnizon Konstantynopolski opuszcza miasto i wchodzi w linie obronne przed miastem.

---

*Sprostowanie.* We wczorajszym teatrze wojny, gdzie mowa o ewakuacyi, zamiast „z Konstantynopola“ czytaj: z Adryanopola.

---

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 22 stycznia.

W dniu dzisiejszym mamy zupełną odwilż z deszczem prawie nieustającym. Jeżeli taki stan powietrza dłużej potrwa można oczekiwać rychłego ruszenia lodów na Wiśle.

— Pociąg pospieszny lwowski spóźnił się dziś rano o dwie godziny.

— Na gospodarzy balu, który się odbędzie w sobotę d. 26 b. m. w salach Towarzystwa strzeleckiego zaproszeni zostali pp. Goetz, J. A. John, Dr Machalski, Miłaszewski, Nitecki, Szreder, Stockmar, Antoni Szczepański, Tarasiewicz, Ludwik Zieleniewski. Próby muzyki dla wybrania tańców i zastosowania składu orkiestry do akustyczności sali strzeleckiej, odbędą się we czwartek po południu o godz. 3ej. Wstęp na tę próbę jest wolny.

— Wczoraj odegrało w teatrze grono amatorów na dochód ubogich dzieci chodzących do szkół ludowych, cztery jednoaktowe komedye, jak: *Ciężka próba*, *Jeden z nas musi się ożenić* przerobiona przez p. Ludwika Gołuchowskiego, *Przyparty do muru*, i *Deszcz i pogoda*. Przedewszystkiem zaznaczyć należy że teatr był dość pełny, co obecnie tylko na amatorskich teatrach widzieć się tu zdarza, a zatem główny cel przyjścia w pomoc ubogim dzieciom w szkołach ludowych przeważnie osiągnięty. Ale prócz szlachetnej zasługi niesienia ulgi ubóstwu, przewodniczyło amatorom również godło *utile dulci*, tak bowiem niektóre role były odegrane, mianowicie w wesołej komedyi: *Jeden z nas musi się ożenić* i *Przyparty do muru*, że wśród gry nawet odzywały się huczne oklaski, a po zapadnięciu zasłony w całej pełni się ponowiły. Przedstawienie przyjęte przez publiczność żywemi oznakami zadowolenia, na dziś po raz drugi jest zapowiedziane.

— Otrzymujemy następujące pismo i wraz niem 150 złr.:

Panie Redaktorze!

[illegible]m czasem podał profesor Łepkow[illegible] obrócenia krypty [illegible]grzebu dla

Prowadzić wojnę z księżmi niech będzie sprawą wspólną i świętą. Będę z wami aż do śmierci zawsze wasz *J. Garibaldi*).

Wymowna to próbka tej świętości bez Boga i wolności co zagładą wiary, której dziś arcykapłanem rycerz z Caprery a pastwą *Italia unita*.

— We Wtorek ujęto szajkę złodziei, żydów, którzy w Wiedniu i Lwowie okradali sklepy. Targowali oni w sklepie kuśnierskim futra i tam poznano ich, że w jesieni skradli w pewnym sklepie bławatnym towar za 200 złr. Wezwano pomocy policyi, która ich wzięła pod śledztwo. Dowiedziano się, że ci sami dopuścili się w Wiedniu kradzieży sklepowych. Sprawcy zowią się Berl Smatrycki, pochodzący z Grodna, Mojżesz Kamieniomostski z Kijowa i Aron Finkelstein.

— Z listy konsulów austryackich wyciąga *Gaz. Lwowska* następujące nazwiska polskie: Karol Bogusławski, konsul w Szangai na Chiny i Japonię; Ludwik Udrycki, wicekonsul w Botuszanach w Rumunii; Eliasz Zagórski, wicekonsul w Fokszanach w Rumunii; Kajetan Zagórski, wicekonsul w Turn-Severin w Rumunii; Juliusz Jaxa Dembiński, w Revesa w Albanii; Karol Kwiatkowski, konsul i zastępca konsula jeneralnego w Trebizondzie w Azyi mniejszej; Józef Miklaszewski, ajent konsularny w Saffed i Tyberyadzie w Syryi.

— Czytamy w liście prywatnym z Rzymu z dnia 16 stycznia:

„Śmierć Wiktora Emanuela ściąga do Rzymu tłumy z całych Włoch. Włosi mistrzami są w urządzaniu manifestacyj politycznych. Na wszystkich kolejach do Rzymu wiodących, cenę biletów o połowę zmniejszono; lecą więc bogaci i ubodzy. Po ulicach roje ludu dniem i nocą; onegdaj w Kwirynale dwie kobiety w ścisku uduszono. Chowają Wiktora Emanuela w Panteonie, jako założyciela jedności włoskiej. Dziś go ubóstwiają, a przed miesiącem śmiali się z niego, mówiąc, że za pieniądze na wszystko się zgodzi, bo zawsze ich potrzebował dla swojej rodziny morganatycznej. W istocie przeniósł on stolicę do Rzymu, dopiero gdy mu grubo zapłacono!.. Ale co ciekawsza nad to wszystko, że Wiktor Emanuel tak był pewnym rychłej śmierci Papieża, że w niedzielę wieczorem mając odjeżdżać, podpisał dekret powszechnej we Włoszech żałoby na wypadek zgonu Piusa IX, w poniedziałek zachorował, a w kilka dni umarł. Kazał nawet dla służby dworskiej przygotować żałobną odzież, zawsze na wypadek zgonu Papieża, i ta odzież służy dzisiaj przy pogrzebie króla. Nie on jeden spekulował na śmierć Piusa; i Cavour i Napoleon pewni byli, że go przeżyją, a tymczasem od dawna na rządzie Boskim! Pamiętam, lat temu kilka, gdy Ojciec św. zachorował, Ratazzi tak niecierpliwie oczekiwał jego zgonu, że pierwszemu, który mu wiadomość o nim przyniesie, przyrzekł dać 500 fr. jeżeli ubogi, a jeżeli bogaty, miał z nim zjeść za to pieniądze śniadanie. Tymczasem i on poszedł na sąd Boży, a nasz Papież żyje i przetrzyma niejednego jeszcze, da Bóg, że i swoich prześladowców! I to także godne pamięci, co się stało z La Marmora. Był on, jak wiadomo, pierwszym namiestnikiem królewskim w świeżo anektowanym Rzymie. Gdy Papież odmówił wydania Kwirynału, La Marmora kazał gwałtem bramę otworzyć i wszedł do tego pałacu papieskiego na siedm dni przed królem. I dziś śmierć jego o siedm dni poprzedziła śmierć królewską. Może to tylko prosty przypadek, ale jest w tym przypadku coś, co dreszczem przejmuje!..“

— Dziennik węgierski *Kelet Nepe* opowiada straszny wypadek zaszły w Peszcie w nocy d. 18 b. m. Około rok temu pewien urzędnik kolei żelaznej ukąszony przez psa wściekłego, po zagojeniu rany był zupełnie zdrów. W dniu wspomnionym poszedłszy spać wieczór, dostał około północy nagłego napadu nie stopniowych symptomatów, ale od razu wścieklizny, rzucił się na żonę i tak okropnie ją pokąsał, że niema nadziei wyleczenia jej. A gdy na krzyki wbiegła pokojówka a następnie kucharka na ratunek pani, rzucił się na nie i również podrapał je i pokąsał. Dopiero gospodarz z synem przybywszy na pomoc, rzucili ruskie koce choremu na głowę i tak zabezpieczywszy się, związali go. Kobiety pokaleczone oddano pod opiekę lekarską.

— W Bukareszcie skradziono d. 17 b. m. kupcowi Stankowiczowi około pół miliona franków w papierach austryackich i złotej monecie tureckiej. Poszkodowany telegrafował na wszystkie strony, i naznaczył 10,000 franków nagrody za wyśledzenie sprawców.

— Telegram z Londynu z d. 21 donosi że okręt z obeliskiem „Igła Kleopatry“ zawinął już do ujścia Tamizy.

[illegible]. Straż policyjna

Hotel M...
...247. Kraków, 30 Paź...

**Czas** wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| Pocztą w Państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się lecz bywają niszczone.

# CZ...

## Ogłoszenie przedpłaty.

**Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem na miesiąc Listopad . . . . . złr. 2·50**
**Od 1go Listopada do końca Grudnia „ 5.—**
**Z przesyłką pocztową w państwie Niemieckiem na m. listopad . . . 6 marek**
**Za m. listopad i grudzień . . 12 „**

☛ **Prenumerata liczy się tylko od pierwszego do ostatniego dnia w miesiącu.**

## Kraków 29 października.

Podajemy poniżej za dziennikiem *Monde* dokument odnoszący się do spraw Kościoła katolickiego w krajach polskich pod rządem rosyjskim, wydany przez powszechną kongregacyę św. rzymskiej Inkwizycyi. *Le Monde* otrzymał ten dokument od swego korespondenta z Petersburga wraz z wyjaśnieniem, które tu powtarzamy:

Wiadomo wszystkim, że rząd rosyjski chciał własnowolnie narzucić duchowieństwu i wiernym katolikom język rosyjski do rytuału, kazań i modlitw „dodatkowych“ w miejsce języków polskiego, ruskiego, litewskiego i innych będących w użyciu od wieków i potwierdzonych na żądanie biskupów przez Stolicę Apostolską.

Napotkawszy trudności nieprzełamane, jakie stawiła wierność duchowieństwa i ludu zamiarowi zaprowadzenia języka rosyjskiego, które wymagało potwierdzenia Stolicy św., jeśliby go zażądali z własnej woli biskupi; rząd rosyjski używszy środków najgwałtowniejszych przeciw duchowieństwu i wiernej ludności bezskutecznie, zwrócił się do Stolicy Apostolskiej, aby od niej otrzymać nie już potwierdzenie, gdyż tego jak mówiono, samodzierżca całej Rosyi żądaćby niemógł bez uniżenia się, ale oświadczenia z przyzwoleniem (*liceité*) na podobną zmianę.

Łatwo pojąć, że gdyby rząd rosyjski posiadał podobny dokument w ręku zdołałby łatwo usunąć wszelki opór, że mógłby użyć do dzieła wykrzywienia obrządku łacińskiego tego samego środka, którym się posługiwał niestety z takiem powodzeniem przeciw Kościołowi unickiemu przed narzuceniem mu gwałtem schizmy w r. 1839.

Stolica św. nie przychyliła się do propozycyj rządowych, mimo, że rząd rosyjski rozgłaszał, że pozostawia wybór języka ludności w dodatkowych obrzędach (*culte suplémentaire*) i że otrzymał żądane upoważnienie, a używał siły przeciwko tym co niedawali temu wiary. Wynikiem tego było niestety, że niektórzy księża, a nawet pewien, niby wikaryusz kapitulny dyecezyi, z której biskup jest od lat pięciostu wygnańcem, uległ raczej ludziom niż Bogu, co też wywołało z jednej strony, że duchowieństwo i lud wierny dał przykład uwielbienia godnego oporu i odwoływania się do Stolicy św., z drugiej zaś, że prześladowanie wzmogło się.

W skutek zatem licznych próśb w tym względzie Ojcu św. przesłanych, Jego Świątobliwość poleciła tę sprawę św. Officium, do którego należy postanowienie w kwestyach wiary. Po dokładnem zbadaniu rzeczy, aby oświecić sumienia zaniepokojone i przeciąć węzeł tak zręcznie przez rząd rosyjski zagmatwany, wydanym został następujący dekret z rozkazu Ojca św. Zbytecznym zdaje nam się dodawać, że rząd rosyjski prześladując dalej katolickich swych poddanych składać będzie winę na brak powolności Stolicy św. Na zarzut ten odpowiemy, że Bóg dał wiarę ludziom na to, aby w potrzebie kosztem życia nawet zatwierdzić ją umieli i że ta potrzeba co chwila się w Rosyi powtarza, gdyż tam katolicy muszą wybierać między apostazyą, a prześladowaniem.

Przyjaciele Cara będą nadal oskarżać Papieża, że jest nieprzejednanym i bezwzględnym; ale Wikaryusz Chrystusa spełnił swój obowiązek, niezawiedzie go więc pomoc Tego, którego jest Namiestnikiem na ziemi.“

Oto dotyczący dokument w tekscie łacińskim:

*Beatissime Pater!*

*Fautores schismatis ex aliquot annis omni contentione inducere conantur linguam Russiacam in publicum cultum divinum Ecclesiarum catholicarum ritus latini in Provinciis Poloniae Lituaniae aliisque Imperio Russiaco subditis. Innovatio autem hactenus quidem in eo consistit, quod in illis partibus Sacrae Liturgiae et administrationis sacramentorum, quae cultus suppletorius appellatae ex immemorabili consuetudine hucusque peragebantur lingua Polonica, nunc pro Polonica iidem schismatis Fautores substituere conantur linguam Russiacam non sine gravi catholicae fidei discrimine ac maxima fidelium perturbatione et offensione.*

*In hisce angustiis plures Sacerdotes ac laici Ecclesiae Catholicae filii, ut suae aliorumque plurimorum conscientiae consulerent ad S. Apostolicam Sedem confugerunt ab ea opem ac lumen impetraturi. Unice ergo ad Sanctae Religionis catholicae, quam a majoribus acceperunt conservationem, et ad conscientiarum securitatem iidem Sacerdotes ac fideles humillime imploraverunt declarationem sequentium quaestionum:*

*1. Utrum in culto divino „suppletorio“ quem dicunt, pro lingua polonica quae ex immemorabili consuetudine in usu est absque S. Sedis auctoriatae substituere linguam Russiacam licitum sit?*

*2. Utrum Sancta Sedes hujusmodi substitutionem linguae Russiacae tolleraverit vel tollerare censenda sit?*

*Feria IV. die 11. Julii 1877.*

*In Congregatione Generali S. Romanae et Universalis Inquisitionis habita coram Emis ac Rmis DD. S. R. E. Cardinalibus Generalibus Inquisitoribus, propositis suprascriptis dubiis iidem Emi ac Rmi DD. decreverunt — Ad primum et secundum — Negative.*

(L. S.) *A. Jacobini*
Assessor S. O.
*J. Pelami*
S. Rom. et Univ. Inquis. Notarius.

W przekładzie dosłownym akt ten brzmi:

Ojcze Święty!

Zwolennicy schyzmy od lat kilku z wielkiem usiłowaniem wprowadzić pragną język rosyjski do publicznego nabożeństwa kościołów katolickich łacińskiego rytu w prowincyach polskich i litewskich, oraz innych Cesarstwu Rosyjskiemu podległych. Inowacya zaś dotąd wprawdzie na tem polega, że w owych częściach Liturgii świętej i administracyi sakramentów, które dodatkowem nabożeństwem zowiąc się od niepamiętnego zwyczaju do tej chwili odbywały się w języku polskim, teraz w miejsce polskiego, ciż zwolennicy schyzmy podstępnie usiłują język rosyjski, nie bez ciężkiego katolickiej wiary niebezpieczeństwa, a bardzo wielkiej wiernych zamieszki i obrazy.

W tych kłopotach kilku duchownych i świeckich katolickiego kościoła synów, aby swoje i wielu innych sumienie ubezpieczyli, do S. Apostolskiej Stolicy udali się, aby od niej pomoc i światło uzyskać. Jedynie zatem dla zachowania świętej religii katolickiej, którą od przodków otrzymali i dla bezpieczeństwa sumień ci sami duchowni i wierni najpokorniej poprosili o odpowiedź na pytanie następujące:

1) Czy w nabożeństwie tak zwanem dodatkowem, zamiast języka polskiego, który od niepamiętnego zwyczaju w używaniu jest, wolno bez powagi Św. Stolicy wprowadzić język rosyjski?

2) Czy można mniemać, że Stolica Św. tego rodzaju wprowadzenie języka rosyjskiego tolerowała lub tolerować ma chęć?

Środa dnia 11 lipca 1877.

Na ogólnem zebraniu Św. Rzymskiej i Powszechnej Inkwizycyi odbytej, wobec najdostojniejszych i najczcigodniejszych kardynałów jeneralnych inkwizytorów, po przedłożeniu wspomnionych wątpliwości: najdostojniejsi i najczcigodniejsi panowie zadekretowali: na pierwsze i drugie: odmownie.

(podpisy).

## KORESPONDENCYA „CZASU.“

**Lwów** 28 października.

Ustawa budownicza dla miasta Lwowa uchwalona w zeszłym roku przez Sejm, której uchwalenie tak wiele czasu kosztowało Sejm, a ściągnęło na p. Krzeczunowicza wyrzuty, iż swojemi poprawkami przydłużył dyskusyę, stanowczo nie uzyskała sankcyi. Ponieważ jak wiadomo, ustawa budownicza dla miasta Krakowa znajduje się obecnie w stadyum przygotowania do obrad sejmowych, nie od rzeczy może będzie krótko nadmienić, jakie zarzuty rząd poczynił ustawie lwowskiej.

Jednym z najgłówniejszych zarzutów jest ten, iż ustawa ta poddaje pod wyłączną kompetencyę gminy, a w dalszym toku instancyj Wydziałowi krajowemu wszystkie budowle bez wyjątku, a zatem także budowle rządowe i funduszu krajowego, w szczególności budowle te czyni zawisłemi od pozwolenia gminy, gdy przeciwnie we wszystkich innych ustawach do gminy należy tylko wyznaczenie linii regulacyjnej i poziomu, tudzież wysłuchanie sąsiadów i innych prywatnych interesantów, a w końcu wykonywanie policyi bezpieczeństwa podczas budowy. Zarzut ten zdaje się być słuszny, gdyż doświadczenie nauczyło, że wyłączna kompetencya gminy i Wydziału krajowego prowadzi do szczególnych kolizyj w przypadkach, gdy prowadzącym budowę jest fundusz krajowy, jak to zdarzyło się przy budowie t. z. „Szumanówki“, gdzie omal nie wypadło tak, iż Wydział krajowy musiał był rekurować od uchwały reprezentacyi miasta do siebie samego.

Co do budowli obok kolei żelaznej rząd mniema, że należy się powołać jedynie na obowiązujące w tej mierze przepisy, nie wdając się w wydawanie nowych. Inne ważniejsze zarzuty tyczą się toku instancyj i kompetencyi pojedynczych władz, które zdaniem rządu nie odpowiadają ogólnym przepisom obowiązującym. Mianowicie zastrzega rząd kompetencyę w sprawie wywłaszczania I instancyi Namiestnictwu. Również wytyka rząd jako wadliwość, że reprezentacye gminne bezwarunkowo są drugiemi instancyami, a Wydział krajowy trzecią i ostatnią instancyą w sprawach o budowle, skutkiem czego kompetencya Namiestnictwa jest bardzo ograniczoną i naruszone są przepisy ogólnej ustawy o urządzeniu gmin z r. 1862 względem prawa nadzoru służącego rządowi.

Doniesienie o złożeniu mandatu przez posła Czerkawskiego, było przedwczesnem. Dzisiejsza *Gazeta Lwowska* zawiera oświadczenie tego posła, iż „mandat złoży dopiero wtedy, gdy opuszczenie miejsca wśród walki parlamentarnej w Wiedniu stanie się możliwem i po zdaniu sprawy delegacyi, dla której, jako broniącej interesów kraju na trudnem stanowisku i wobec przemożnych przeciwników, złożenie mandatu przez któregokolwiek posła, nie może być obojętne! (patrz niżej, *Red.*) Oświadczenie to zapewne, świadczące o poczuciu obowiązku posła, który uległ naciskowi nań wywieranemu, stanąwszy przed zgromadzeniem wyborców, nieomieszka zapewne wywołać wiele hałasu w tutejszych dziennikach, które ją przekonają, że sprawa z ich strony jeszcze nie zupełnie wygrana. Będzie jednakże sprawa ta przestrogą dla innych delegatów, gdyby udało się tutejszym dziennikom wywołać także w kraju podobne jak we Lwowie objawy między wyborcami.

Dziś nastąpiło poświęcenie pomnika śp. Jana Nepomucena Kamińskiego na cmentarzu Łyczakowskim. Poświęcenia dokonał X. Niemczynowski dominikanin, p. Jan Dobrzański zaś miał mowę, w której podnosił zasługi ś. p. Kamińskiego około sceny polskiej. Wczoraj w stuletnią rocznicę urodzin tegoż przedstawiono w t... *Krakowiacy* i *Górale*, ... skało u nas popularn... ść.

(||) Wieści pokojowe ... ściami. Wyszły one z ... przeczają im we Wied... Jeszcze nie sprawdzono ... od kogo pochodzi ów pok... Turcyi, czy od Anglii. O... szukać pokoju. Turcya w... że ostatecznie Rosya jej ... i radaby uzyskać dla Tu... najlepsze. Mówią, że wr... yarda u Sułtana, nie tyle ... o interwencyę, ile raczej ... gę Sułtana na potrzebę ... w interesie samej Turcyi ... koju mowy być nie może ... ju, zanim Plewna nie u... pożądanych rękojmij. *Al...* wody do oświadczenia, ... w cierpliwość co do zal... zagmatwaną przedstawi... we Francyi, tem swobodn... Rosya.

Doniesienie, że ks. Go... nad projektem konstytuc... wdziwem, jeśli nie jest m... tersburgu wogóle zajmuj... go przeobrażenia państw... z projektów nie odpowie... rosyjskiego, który więc got... ciwstawić własny projekt ... źdźbło prawdy w tych wszy... utrzymują, projekt ks. Gor... ków względnie najkorzyst... ognaka obecnego prądu pol... posłużyć może urzędowa d... tąd, streszczająca zdanie ... walce jenerała Gurki. Je... bnych depesz z innych sto... tersburga spotykamy się ... rodzaju. Zaczynają tam ... z prasą. Życzyć tylko ... w Królestwie doznać mo... grogiej cenzury rosyjskie...

Pomimo kwestyi wsch... tuacyą sprawa ugodowa. ... rząd przedlitawski dobr... położenia rzeczy w skutek zer... cami. Klucz ugody był w r... też w ostatniéj chwili skor... dlań okoliczności. Zadał on ... nieważ nie stosowała się d... wschodniéj. Obowiązkiem o... chłem zawarciem ugody prze... krzyżować dobre chęci Niemiec... gło nastąpić, potrzebnem je... rządów na podstawie samoistn... niewątpliwie także będzie na... gody przed Nowym Rokiem, ... dzenia prowizoryum. Gdyby ... pierwszeństwo sprawom wewn... cznemi, powinniby zgodzić ... przedlitawskiego. Wątpią at... orzyjąć taryfę autonomiczną ... prowizoryum, a wtenczas p... z krytycznego położenia, Mik... mierzoną“ Austryę. *Nos ett...* dniéj, naiwni politycy w Wie... utrzymują, że w tem wszystki... litycznych, że to same kwe...

**Warsza...**

(II.) Wywiązując się z d... czenia w pierwszym moim... niejszym do przedstawienia ... na kwestyę polską. Winie... wstępie, że śledząc za objs... tyczącemi, głównie tylko z... artykuły, które pozbawion... kwestyę z poważnego punk... starają.

Pierwszym, który podnió... (w ostatnich czasach) był p... wiek niestanowcze konkluzy... wierały nic takiego, coby o... syjskiego stanowiska uważa... wyjścia do rozwiązania trud... nie jego przez sam fakt pod... wy i przyznania nareszcie o... kiej faktu, że istnieje u nic... zawsze dosyć ważną donios... jak zarówno treści listu pol... powiedzi p. Gradowskiemu ... będę, również jak i odpowied... nego rosyjskiego historyka, ... p. Gradowskiego, zaznaczyłem ... niniejszej korespondencyi, co... z uwagi, że bardzo gruntown... wiedź (ze stanowiska rosyjsk... *stnik Jewropy*, właśnie w ty... więcej szczegółowo zająć się ... biorze tego artykułu, cytując ... robi p. Kostomarowowi, aż n... bności przedstawić czytelnikom ... ktowania naszej kwestyi przez ...

Zanim jednak przystąpię d... muszę chociaż pobieżnie przej... charakterystyczne cechy pogl... na nas i kwestyę naszą, któr... tło wszystkich rosyjskich zap... którego nie możnaby należy... *Wiestnika Jewropy*.

Otóż tem tłem, na którem... glądy rosyjskie nas dotyczące ... nawiść do katolicyzmu, arysto... Wedle ich zapatrywań są to ... duty, dotąd niezdobyte, w ...

...wania możliwych ruchów
...lko zresztą słusznej ostro-
...tak rozłożoną, że wspie-
...y przedniej straży wróż-
...n stojące. Wyświęcił to
... Trzydzieści sześć batali-
...rzy pułki jazdy z 80 działa-
... bronioną jedną dywizyą
...zy zostającą, starając się
...rzydło. Atak był nagły i
...ka odpierała go zrazu mę-
...ej broni. Zagrożona szturm
... stron, chwiać się już na
...idząc zbytnią przewagę sił
... odwrotu, kiedy w tem po-
...pieszających z pomocą. Od-
...an do szybkiego odwrotu.
... Rosyan zbawiennym, bo po-
...inie od Kadikiei i od strony
...nika, że wzdłuż linii ozna-
...tami rozłożone są główne
...d równie skutecznie wspie-
... Łomu, jak przerzucić się
...się pomyślna pora do kro-

...ich korespondentów z linii
...o dotąd powziąść dokładne
...zy. Wykazują się tylko co-
...kie. Dawniejsze straty ru-
...rosły już, pod kontrolą la
...niesienia straty 2500 ludzi
... się sami Rosyanie, z wa-
..., że straty tureckie są
...otąd nierozstrzygniętą kwe-
... warownie drogi Zofijskiej
...Plewną zdobyte już zostały

...że wojny ks. Mikołaj za-
...erdzy Spułu. W Podgorycy
...o słabą i zachodzi wątpli-
... Czarnogórców zd łałaby

...zawiadomień z Azyi po-
...asza zbliżył się bardziej ku
...ko pod Kooprikiei, w miej-
...nąca poprzednio ku północy
... Jest tam krzyżowanica dróg
...tkiem wypada. Co do sta-
...kich, to z porównania z so-
...ość można, że Izmaił połą-
...o z Muchtarem, a posiłki nad-
...zajęły za stanowiskiem Much
...ce do Erzerum. W tych sta-
...się bronić i czekać na posiłk
...e się, że wnich do tego cza
...li. Rosyjskie siły są bowiem
...rgukassów w okolicach Dżany
...eczna część wojsk oblega Kars,
... Kagismanie, Heimen w oko-
...w Pennek. To też w tej chwili
... Armeni, bo nim się wojska
... od siebie stanowisk skon-
...ne już posiłki stanąć mogą
... Koncentrowaniu się zaś
...olnie i kwestya możności
...adzie.

... powstająca kwestya zupeł-
...wania armii rosyjskiej w Ży-
...Pratczi do Zimnicy nie ba
...as ukończoną. Wobec tego fa-
...niemożność wyżywienia przez
...łgaryi, chwycili się teraz rzeczy
...Wiedniu znajdują się obecnie re-
...rgskiego towarzystwa liweran-
...onosi *Fremdenblatt*, traktują o
...ia mąki od młynów węgier-
...zeb wyżywienia w Peszcie i chcą
...tu suchary wysyłać stąd krótsze-
...syi. — Ciekawa rzecz, co na to
...którzy staną teraz na rozdrożu,
... względami, a interesem mły-
...oprzednio zakazał już rząd wę-
...pionych w Austryi szyn kolejo-
...podobnego zakazu nie wyda też
...ego wywozu żywności.

---

...ździernika (*urzędowe*). Wczoraj
...ołej pole bitwy pod Górnym
...e przez Rosyan pozycye. Wojska
...zwycięztwem odniesionem w dniu
...od jenerała aż do szeregowca
... Straty nasze wynoszą 2500
... są nieledwie równie znaczne.
...ów wzięto do niewoli; zdobyto
...

...aździernika. (*Presse*). 800 tu
... pod Górnym Dubnikiem in-
... Rumunii.
... 27 października, wieczorem.
...dzy Orchaniem a Plewną do-
...oju. W Karsie znajdują się
...óz zboża z portów tureckich

...nika. W nocy z 18 na 19
...straż Izmaiła baszy niepostrze-
...zed odejściem spalili turcy 140
... sotnie kozaków, i dwa szwa-
...dziły za nieprzyjacielem, prze-
...y przy wąwozie Massuna kilka-
...reckich, którzy się spiesznie
...dynowi cofnęli. Później zaczę-
... Missuną z dział. Nie wziąwszy
...mogliśmy na ich ogień odpo-
...nęła i ta część wojsk tureckich.
...onał ks. Baratow rekonesans aż
... Dżadynu, bez napotkania na
...ei Missuna zostawili Turcy zna-
...i, broni, kilka namiotów i 20
...rgukassów postępuje za niemi
...i.

... października. Depesza *Gołosa*
...o. m. donosi: przedwczoraj od-
...poddanie Karsu, w którym to
...amentarze turecey w naszym o-
...Tergukassow ściga Izmaiła baszę
...erał Heimann przeszedł przez Sa-
... się na tyłach wojsk do Erzerum

...ol dnia 28 października. (*Agence*
...ogłosił dotąd urzędowej depeszy
...maiła baszy z Muchtarem. Do-
...k już Gubernator z Erzerum.

---

## ...jscowa i zagraniczna.

...ów 29 października.

... na zakończenie oktawy świętego
...yła się procesya uniwersytecka
...z, gdzie spoczywają zwłoki tego
... naszego, z zwykłym obrzędem.
W zastępstwie rektora Dr Piotrowski i dziekani postępowali w togach i łańcuchach złotych na szyi jako godłach swojej godności, poprzedzeni pedelami niosącemi berła. Wszystkie zakłady naukowe publiczne brały udział w tej procesyi.

— W sobotę w sali Towarzystwa Strzeleckiego odbyło się roczne zgromadzenie aptekarzy z Krakowa i Galicyi zachodniej. Do zarządu stowarzyszenia wybrano na następne trzy lata pp. Fortunata Gralewskiego przewodniczącym, Adolfa Siedleckiego jego zastępcą, p. Karola Czernickiego, sekretarzem. Do komisyi egzaminacyjnej zaś na rok przyszły pp. Fortunata Gralewskiego, Adolfa Siedleckiego i Ernesta Stockmara.

— Dziś o północy zawaliła się oficyna w podwórzu domu pod L. 224 na rogu ulicy Szewskiej i Teatralnej, a to w skutku budowy nowego pawilonu, który zbyt gniótł stare ściany sąsiednie, bo nawet uszkodził ściany pobocznego domu pod L. 225 od ulicy Szewskiej. Stróż i jego rodzina zamieszkali w oficynie zawalonej nie ponieśli żadnej szkody. Straż policyjna zamknęła wejście do domu aż do nadejścia komisyi a straż pożarna podparła ściany zagrożone.

— We środę odbędzie się w sali redutowej wielki wieczór muzykalny p. Gustawa Friemana nadwornego skrzypka W. K. Heskiego z współudziałem pani Micińskiej, pp. K. Hofmana, St. Niedzielskiego, Glichera i amatorów. Dochód z koncertu przeznaczony na korzyść Towarzystwa muzycznego tutejszego. Program obejmuje: Haydna kwartet *D dur* na 2 skrzypców, altówkę i wiolonczelę; Beethovena Sonata na skrzypce i fortepian, poświęcona Kraitzerowi; Mozarta, Arya z opery „Wesele Figara" i Gounoda „Pieśń wieczorna", na sopran; Bacha, Aria na jednej strunie na skrzypce z tow. kwartetu smyczkowego; Schumanna Ritornela i kwartet.

— We czwartek przedstawionym będzie na tutejszej scenie po raz pierwszy słynny w Niemczech dramat *Młynarz i jego córka* (*Der Müller und sein Kind*). Jutro podamy obszerniejszą wzmiankę.

— Wczoraj na *Fatinicy* teatr był przepełniony od dołu do góry.

— Hr. Konstanty Przezdziecki obdarzył bibliotekę gabinetu archeologicznego przy Uniwersytecie Jagiellońskim kosztownemi dziełami francuskiemi ilustrowanemi do badania wieków średnich a między niemi Paul Lacroix (*Bibliophile Jacob*) Jacquemart itd.

— Ukazała się we Lwowie nakładem i czcionkami drukarni ludowej broszura: „*Dążności rosyjskie profesora hr. Stanisława Tarnowskiego*," w której autor zestawia wszystkie oszczerstwa, potwarze i kłamstwa nagromadzone w *Dzienniku Polskim Gazecie Narodowej*, *Ruchu* i *Tygodniu* o hr. Tarnowskim i jego prelekcyach w Warszawie i Lwowie. Zestawienie to i porównanie z głosami prasy warszawskiej oraz z prelekcyami hr. Tarnowskiego, stawiają, po raz nie wiemy już który, w jaskrawem świetle, nieuczciwość i niesumienność powyżej wymienionych organów. Oburzać się już nie można, litować się tylko należy, że dotąd społeczeństwo znosi ten stek wszystkich podłości, szukających oparcia w głupocie. Autor tej prawdziwie cennej i zacnej pracy, kończy ją przytoczeniem najwymowniejszych ustępów z słynnego artykułu hr. Tarnowskiego *Królowa Opinia*, w którym z taką prawdą scharakteryzował dzienniki powyższe, iż tego one mu nigdy przebaczyć nie mogą; lecz w swej chęci zemsty są o tyle bezsilne, o ile są nikczemnemi, zatem sterane i zbrudzone, kalają się same w coraz większem błocie rozprawiając o „dążnościach rosyjskich profesora hr. Stanisława Tarnowskiego."

— **Brzesko** 27 października.

(*R*) Dziś po poprzedniem odprawieniu nabożeństwa w kościele tutejszym za duszę śp. Władysława Dąmbskiego, prezesa Rady powiatowej z udziałem wielkiej liczby księży, w obecności rodziny zmarłego i wszystkich członków Rady powiatowej, oraz miejscowej Straży pożarnej ochotniczej i licznej publiczności, odbyło się posiedzenie nowej Rady powiatowej pod przewodnictwem zastępcy prezesa Dra Stanisława Madejskiego. Wybrano prezesem w miejsce zmarłego, który tę godność piastował od samego zawiązku Rad powiatowych, bar. Floryana Gostkowskiego 19 głosami na 23 głosujących.

— **Dąbrowa** 28 października.

(*D.*) Wczoraj otwartą tu została stacya telegraficzna. Trudności jakie zachodziły ze strony rządu pokonał wpływem i staraniem swojem, nieszczędząc kosztów podróży i pracy, p. Władysław Trzecieski, notaryusz miejscowy i burmistrz, któremu także zawdzięczamy wybrukowanie rynku, pomimo małych dochodów i budowę rzezalni, przynoszącej miastu znaczny dochód.

— D. 21 b. m. zniszczył pożar w Czukowie w powiecie Samborskim 33 domów włościańskich z całym dobytkiem. Szkoda wynosi około 20,000 złr. W pożarze tym zginęło dziecko 7-letnie. W powiecie Sokalskim zgorzało d. 12 b. m. w Poturzycy 7 osad; szkoda wynosi 6000 złr.; ogień miał być podłożony. W tymże powiecie spaliło się w Tartakowie d. 27 b. m. 6 domów żydowskich, a szkoda wynosi około 4000 złr.

— Dyrektor teatrów warszawskich p. Muchanow rozwiązał kontrakt z przedsiębiorcą opery włoskiej p. Cráfféim. Tej zimy więc nie będzie opery włoskiej w Warszawie. Od dawna już było to życzeniem publiczności i dziennikarstwa warszawskiego. Oprócz bowiem innych względów, opera włoska pociągała za sobą znaczne koszta ze szkodą teatrów polskich. Kontrakt był zawarty na monetę złotą; mówią zatem, że niesłychane ażio stało się powodem rozwiązania kontraktu; przyczyniło się zapewne także do tego wyjście z Warszawy pułków jazdy i gwardyi, których oficerowie uczęszczali na operę.

— W Krowicy pod Lubaczowem w powiecie Cieszanowskim, zgorzało d. 20 b. m. jak donosi *Gaz Lwowska* 100 domów, karczma i wiele bydła. Jedno dziecko znalazło śmierć w płomieniach. Mieszkańcy zaledwie zdołali uciec z życiem. Ocalało zaledwie kilka chałup.

— Jak donosi *Gaz. Narod.* posądzeni o werbunki we Lwowie pp. Wacława Koszczyc i Węglowski, których trzymano w śledztwie od d. 9 sierpnia do 14go września, zostali ostatecznie uwolnieni z pod śledztwa dla braku podstawy i zwrócono im wszystkie książki i papiery zabrane podczas rewizyi.

— W czasopiśmie wiedeńskiem *Heimat* Nr. 4 umieszczony jest wielki drzeworyt z obrazu Matejki „Wacław Wilczek".

— Dochód z wystawy „Pochodni Nerona" Siemiradzkiego w Warszawie, wynosi już 5000 rubli.

— W teatrze petersburgskim przygotowują wystawienie opery Grossmanna z Warszawy, libreto Anczyca *Duch Wojewody*.

— Dr Hipolit Korzeniowski, syn autora Józefa, przewodniczył pielęgnowaniu chorych i rannych przy armii następcy tronu rosyjskiego. Obecnie zaś powrócił do Petersburga, gdzie jest profesorem przy uniwersytecie. Dostał on w darze od W. ks. Włodzimierza skrzynkę narzędzi chirurgicznych polowych, sprowadzoną z Paryża.

— *Gołos* donosi, że regulacya koryta Wisły w obrębie Królestwa Polskiego, począwszy od granicy austryackiej aż do pruskiej, już wykończona została, a inżynierowie odjechali do Petersburga, gdzie mają wygotować raport i opinię co do zgłębienia Wisły. Nie wiemy, jak ta regulacya wygląda, ale właśnie donosi *Wiek*, że jeszcze przed paroma laty na przestrzeni od Dęblina do Puław gościniec był oddalony od Wisły około 50 sążni, a teraz przez podmulanie brzegów zbliżyła się Wisła do publicznej drogi i tylko o 10 sążni jest od niej odległą.

— Ks. Norfolk, uważany za głowę katolików w Anglii, ma zaślubić lady Florę Hastings pochodzącą także ze starej katolickiej rodziny. Ks. Norfolk, jest jednym z największych panów angielskich i ma 7 milionów dochodu. Temi dniami pisał do niego król Hanowerski, wstawiając się za zakonnicami wydalonemi z Niemiec, a które udały się do Anglii, aby się tam poświęcić wychowaniu dziewcząt.

— Donieśliśmy dawniej, że w Moskwie toczy się proces o spadek po kupcu Senftleben, w który wmięszanych jest kilka osób znakomitszych i wdowa po zmarłym. Proces ten skończył się tragicznie, bo główny oskarżony odebrał sobie życie. Bogaty lichwiarz Senftleben, którego liczono na półmiliona rubli, żyjąc już lat 60 żył w zażyłości z jenerałem Hartungiem, który od niego pożyczał pieniądze na gruby procent i wprowadził do jego domu 20 letnią Olgę Onufriewnę, jako guwernantkę, a lubo Senftleben miał już dorosłych synów, przecież pojął ją w małżeństwo. Zaraz po ślubie napisał testament i naznaczył jenerała Hartunga i jego przyjaciela pułkownika Łanskoja wykonawcami testamentu. W czerwcu r. z. umarł Senftleben na wsi a nazajutrz Hartung zabrał wszystkie jego papiery i rachunki bez uwiadomienia sądu. W skutek skargi zaniesionej przez Mikołaja Senftleben przeciw Hartungowi i macosze, prokurator zarządził rewizyę i znaleziono u pierwszego różne papiery wartości 230,000 rubli a u wdowy na 11,000 rubli. Z innych papierów wykazało się, że Hartung był winien nieboszczykowi 6500 rubli, lecz nie znaleziono już na to dowodów, te bowiem i różne inne weksle zniknęły Oskarżeni zostali przeto o oszustwo i kradzież jenerał Hartung, wdowa Senftleben, pułkownik Łanskoj, kupczyk Karol Miszakow, asesor kolegialny Alferow. Okazało się też, że Łanskoj od 16 lat uznany był sądownie za niewypłacalnego, a mimo tego robił długi i naznaczony był wykonawcą testamentu. Proces ten zaczęty d. 7 bm., skończył się dnia 25go wyrokiem skazującym. Hartung usłyszawszy wyrok odebrał sobie życie i zostawił list, w którym zapewnia o swojej niewinności.

— Pewien lekarz w mieście Witten (a. d. R.), chcąc napić się wody selterskiej nachylił się nad flaszką, gdy wyciągał korek, w tej jednak chwili flaszka pękła a korek z kawałkiem szkła ugodził go w oko i to zupełnie wypłynęło. Z powodu tego wypadku jeden z okulistów ogłosił w pismach publicznych, iż ostatniemi czasy, gdy napoje burzące często są w użyciu, wypadki takie zdarzają się przez nieostrożne otwieranie, wina szampańskiego, wody selterskiej lub wody sodowej, gdyż kto odtyka flaszkę, zwyki się nad nią nachylać.

— Po małych teatrzykach francuskich wchodziła już w zwyczaj reklama amerykańska na scenie. Przychodzi np. w dramacie przy pojedynku. Czyjej roboty te pistolety? — pyta wyzwany sekundantów. — Wymieniają mu nazwisko fabrykanta. — Jeśli tak, gotów jestem ustąpić, bo wiem, że każdy strzał choćby nie celny, musi trafić. Ale w Ameryce nie poprzestano na tem. Nie można bowiem mieć codzień komedyę lub dramat z reklamą. Cóż więc się robi? Oto przedstawiają w Bostonie „Fausta" Gounoda. Tam Margosia nie siedzi przy kołowrotku, lecz przy maszynie do szycia, a z galeryi sypią się na parter różnobarwne afisze zalecające fabrykanta maszyn do szycia, których okaz publiczność widzi na scenie.

— Po śmierci powieściopisarza i felietonisty Hackländera wszczęły się zatargi między autorami a nakładcami o wynagrodzenie, jakie zmarły pobierał. Wyszły przy tem na jaw cyfry oparte na księgach handlowych, z których wynikło, że Hackländer oprócz za prace swoje pobierał także płacę za użyczenie imienia swego jako firmy redakcyjnej. Cóż z tego wynikło? Oto władza skarbowa w Stutgardzie zarządziła śledztwo i położyła areszt na majątek zmarłego autora, gdyż ten nigdy większej cyfry dochodów swoich nie podawał, jak 1200 złr. i tylko od nich płacił podatek. Jeżeli skarb podciągnie tę sprawę pod przekroczenie fiskalne, naówczas kara pochłonęłaby całe mienie pozostałe po zmarłym autorze, które dostaje się żonie i dzieciom.

— Kapitan parowca angielskiego „Fitzmaurice", który znalazł na morzu Biskajskiem obelisk Kleopatry, gdy ten urwał się od holującego go parowca i zaginął, dostawił ten obelisk pływający w żelaznym statku do portu hiszpańskiego Ferrol. Żąda on nietylko wynagrodzenia za statek znaleziony ale i za jego ładunek, to jest obelisk. Wartość statku łatwo da się ocenić, gdyż był on zabezpieczony na 4000 funtów sterl., ale jak ocenić obelisk?

— Jak donosi *L'Italie*, zamówioną już została suknia ślubna dla przyszłej królowej Hiszpańskiej, córki księcia Montpensier a ciotecznej siostry przyszłego swego męża. Suknia jest z białego atłasu, na którym wyszyte są herby wszystkich ziem hiszpańskich i cała obryta koronką w rodzaju Alençon.

— Podają ze Stambułu, jako jedną z przyczyn najnowszego pokojowego usposobienia Sułtana, tę okoliczność, iż po Bairamie, zaślubił on czwartą żonę, Czerkieskę wielkiej piękności, i że wzdycha obecnie za odpoczynkiem i prywatnem życiem, aby się módz oddać wyłącznie swej gorącej miłości dla nowej żony.

— Do *Egyetertes* donoszą, że demonstracye Węgrów za Turcyą małe znalazły uznanie w armii tureckiej. Między innemi Mechmed Ali miał powiedzieć: „Węgrzy walczą z Rosyanami illuminacyą zamiast lancami".

**Wiadomości policyjne.** Straż policyjna przytrzymała Samuela Glückmanna za częstą kradzież pieniędzy w służbie; Jana Mazurskiego i Edwarda Gluzińskiego, za kradzież odzieży, którą ukryli; Jana Kumalę z Zwierzyńca za chwytanie ptaków śpiewających; Joannę Machownę, za kradzież sprzętów domowych; Klemensa Jarosza, Teklę Austeinweil za kradzież; Kaspra Hajdugę za kradzież w służbie; Walentego Wojcickiego, za przeniewierstwo; Jana Paterka i Jakóba Czernickiego poszukiwanych za kradzież; za pijaństwo 18 osób. Od osoby podejrzanej z Mysłowic odebrano odzież. — W policyi złożono woreczek skórzany z pieniędzmi znaleziony w sobotę w nocy podczas czyszczenia kanału w ulicy Długiej.

**TEATR.** We wtorek dnia 30go października: Po raz trzeci: Obraz obyczajowy paryski w 5 aktach przez W. Sardou, przełożył dla sceny krakowskiej W. Sabowski: *Dora*. — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dnie powszednie 30 centów.

rować mogli, i zakończyć na polskim Rzymie.

W Wrocławiu jacyś agitatorowie zwołali tamtejszą młodzież polską akademicką, celem przesłania adresu dziękczynnego syndykowi Rzymu za obchód na cześć Mickiewicza, i zdobyli pewną ilość młodocianych podpisów twierdzeniem, że poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk adres podobny wysłało. Twierdzenie to okazało się wierutnym fałszem, acz tak uporczywie głoszonym, aż zarząd Towarzystwa zaprzeczenie w dziennikach ogłosić się widział zniewolonym.

Uroczystość jubileuszowa biskupstwa Ojca św. odbyła się w całej naszej dzielnicy z niesłychaną uroczystością i z ogólnym udziałem, jak świadczą o tem liczne opisy po dziennikach, ale w wielu miejscach policya stawiała rozliczne przeszkody, nawet do gwałtów się uciekała, co wyrodzi znaczną ilość procesów. Różnorodność czynności policyjnej, zakazów i przyzwoleń dowodzi, jak wszystko dziś dowolnem, od kaprysu zależnem.

W Kościańskiej okolicy odbyły się dwie wyprawy zbrojno-policyjne na księży, pomimo praw pruskich pracujących około dusz zbawienia; schwytano dwóch i wywieziono pod eskortą za granicę Księstwa. Gdy ich wieziono z domu landrata na dworzec kolei, tłumy ludu spokojnie ich żegnały, a droga była wysłaną kwiatami, za co kobiety rozsypujące kwiaty, nie uszły razów pałaszami płazem, od zgromadzonej żandarmeryi. Od kilku tygodni wzmaga się znów energia *kulturkämpferów* — sypią się egzekucye na proboszczów. Administracya zabranych dóbr po-Filipińskich w Gostyniu wygląda, jakby rozmyślnie ku zniszczeniu tego majątku prowadzoną była. Zniszczenie lasów rozpoczęło się na wielką skalę. Ale niczemu się dziwić nie trzeba — od czasu jak p. Perkuhn stoi na czele zarządu majątków kościelnych; jest to człowiek nienawistnie zaciekły przeciw wszystkiemu, co polskie i katolickie, a gburowaty w obejściu.

Rozpoczęty świeżo targ na wełnę zdaje się, że będzie ożywionym, a ceny lepszemi od wrocławskich, zwłaszcza przed-targowych; mimo to przemysł hodowli owiec chyli się widocznie ku upadkowi; a że u nas, z rodzajem ziemi wielkopolskiej, z trudnością da się czemś innem zastąpić, jest to wielką klęską ekonomiczną dla kraju naszego.

---

**Rzym** 10 czerwca.

Pokojowy wiatr z Petersburga czy też Berlina nie wyrodził tu jeszcze pokojowego usposobienia. Nikt sobie wojny nie życzy, Włochy mniéj niż ktokolwiek, ale silniejszy prąd dotąd jeszcze wojenny z nad Dunaju, niżeli uspakajające wieści z nad Newy. Do téj chwili nie odpowiedziała, nie odezwała się Anglia, ale wiemy, że w Londynie nie dowierzają dyplomatycznym negocyacyom i nie przestają przygotowań wojennych. Anglia wierna swéj egoistycznéj polityce, nie pójdzie tak daleko w swéj miłości do Turcyi, by miała nie przyjąć korzystnych dla siebie warunków, z pominięciem Porty. Swobodne przejście Dardanellów, droga do Indyj, tj. kanał Sueski, wreszcie Egipt, bogata prowincya i punkt strategiczny na morzu Śródziemnem, to wielkie pokusy; ale Anglia bardzo ostrożnie i tylko jednem uchem słucha tych propozycyj, a swoją drogą gotuje się do wystąpienia czynnego. Tu nie wierzą, by rokowania dyplomatyczne przyniosły rzeczywisty rezultat; domyślają się, że dyplomacya służy w téj chwili za strategiczny środek dla zdobycia kilku tygodni czasu, które jeżeli wystarczą na izolowanie Anglii, a wciągnięcie Austryi do wspólnéj akcyi, to więcéj zaważą na szali wypadków, niżeli przejście Dunaju i stoczenie walnéj bitwy. Wolno przypuszczać, że gabinet włoski, jeżeli nie należy do spisku dyplomatycznego, to należy do gry tajemnéj w tem znaczeniu, że czeka sposobnéj chwili, by zasiąść do stolika z postanowieniem, że się usunie, jak tylko dojrzy niebezpieczeństwa przegrania stawki. W każdym razie jest doskonale informowany nietylko przez własnych przedstawicieli za granicą, ale i przez te rządy, które pragną, albo przeciągnąć Królestwo na swoją stronę, albo zneutralizować możebną jego działalność.

Pielgrzymi nasi opuścili już Rzym: pierwsi Poznańczycy nazajutrz po audyencyi, galicyjscy pod przewodnictwem X. Hołyńskiego w piątek rano, a wreszcie X. Stojałowski ze swymi w piątek wieczorem na Ankonę i Loretto. Z prawdziwą przyjemnością przychodzi nam donieść, że pielgrzymi nasi najlepsze, najserdeczniejsze zostawili po sobie wspom-

lepiéj, a dla artysty najszczytniéj, ale zdaje się że jéj rozmiary nie odpowiadają wąskiemu wejściu do schodów piłatowych i że trzeba będzie szukać odpowiedniejszego umieszczenia.

Dzisiaj audyencya redakcyj dzienników katolickich 16 dzienników polskich będzie reprezentowanych. Na kapitolu wybory do rad municypalnych, katolicy wystąpili ze swymi kandydatami.

---

**Wiedeń** 14 czerwca. Deputacya regnikolarna austryacka zebrała się dziś rano, aby uchwalić odpowiedź na nuncyum węgierskie. Sprawozdawcą jak wiadomo, jest p. Herbst. Co się tyczy deputacyi regnikolarnéj węgierskiéj, członkowie jéj, którzy wyjechali na posiedzenia sejmu, oraz ministrowie, których obecność na posiedzeniach deputacyj jest potrzebną, powrócić mają w sobotę do Wiednia. *Hon* wyraża nadzieję, że deputacya węgierska już w niedzielę będzie mogła odebrać odpowiedź austryacką, i natychmiast weźmie ją pod obrady.

— *Wiener Ztg* podała w tych dniach wykaz floty austryackiéj. Pancerników jest 11, a to kazamatników 8 i fregat 3, razem objętości 45,710 beczek o sile 7200 koni, dział 134, po 10, 18, 21, 23, 24 i 26 centym. wagomiaru, tudzież 36 dział o 7 ctm. na czółnach, dalej 2364 karabinów, 788 rewolwerów, 975 szabel i 4031 osób osady. Wszystkie pancerniki posiadają oraz torpedy. Śrubowców niepancernych: 2 fregaty objętości 6860 beczek, o sile 1200 koni, 30 dział po 15 ctm., 906 osady: i 9 korwet objętości 13,520 beczek, o sile 2350 koni, 63 dział po 10 do 21 ctm. i 1990 osady. Daléj 5 parowców kołowych, 1 awizo, 9 kanonierek, 1 jacht, 3 transportowce, 1 warstatowiec i dwa monitory na Dunaju. Z tych okrętów budują się dopiero: 2 kazamatniki, 1 fregata śrubowa, 1 parowiec kołowy. Ogółem 44 okrętów objętości 84,120 beczek, o sile 14 330 koni, 279 dział na okrętach (8 po 26, 2 po 34, 10 po 23, 18 po 21, 38 po 18, 117 po 15, 54 po 10 i 14 po 8 ctm. wagomiaru), 70 dział na czółnach, 4793 karabinów, 1772 rewolwerów, 216 szabel, i 9050 ludzi osady. Są to właściwe „stat bojowe,“ bo prócz nich znajduje się znaczna liczba innych okrętów, łodzi torpedowych, pociągowych i do służby portowéj i do straży wybrzeży.

## Rosya.

*Moskowskija Wiedomosti* ogłaszają następującą odpowiedź p. Aksakowa prezesa komitetu słowiańskiego w Moskwie na słynny list dr. Władysława Riegera, który w imieniu posłów sejmowych czeskich przyznawał Rosyi misyą obrony i protekcyi wszystkich ludów słowiańskich, wyrażając gorące życzenia dla powodzenia oręża rosyjskiego w wojnie z Turcyą. Odpowiedź p. Aksakowa pełna szowinizmu brzmi:

„Długo przez Słowian oczekiwany dzień, dzień historyczny już świta, już słychać pierwszy oddźwięk nowego dziejowego życia. Nie po raz pierwszy Rosya wydobywa oręż dla oswobodzenia pokrewnych ludów, nie po raz pierwszy siodła kozak konia aby spełnić tę świętą misyę. Niegdyś monopol tego zadania miał rząd, obecnie jest on w rękach ludu rosyjskiego, który nie lubi prawa i sprawiedliwości u innych błagać. Los słowiańskich plemion jak nas historya poucza jest wyjątkowo twardym. Wszystkie słowiańskie plemiona mniej więcéj zaznały goryczy obcego panowania — tem słodszą i milszą będzie dla nich wolność i niepodległość. Rosya także znajdowała się w podobnem położeniu co Słowianie bałkańscy, ale silna miłością wolności skruszyła łańcuchy i jak okręt spuszczony z kotwicy wśród grzmotu dział i cięć siekiery powstała Rosya wielka i wolna. Opatrzność Boża zachowała jej tę wzniosłą radość, aby swym mieczem kruszyć łańcuchy innych Słowian. Oto misya, oto historyczne zadanie Rosyi, które jej Bóg stworzyciel w łasce swej poruczył. Nietylko Rosya dorosła temu wysokiemu zadaniu, ale czuje w piersiach także wszystkie te boleści, które były zadane każdemu z słowiańskich plemion pod obcem jęczącym jarzmem. Rosyjski lud odczuwa dobrze i zważył, jak ciężkie rany zachodni latinizm czeskiemu ludowi zadał w chwili jego odrodzenia. Patrzy zawsze z załzawionem okiem na rusztowanie Jana Husa. Płomienie jaśniej wzbijały się w górę, kiedy czeski lud znów ku Rzymowi nakłaniać się zaczął. Nie tylko Czesi ale także słowiańskie ludy, że umysłowym kierunkiem związane są ze wschodem, cierpiały im latinizm, jak góry alpejskie na piersiach. Do ... to Czechy należy zagasić rusztowanie Jana Hu-

taką zamknął uwagą zjadliwym, właściwym mu nacechowaną dowcipem: „*On m'a prété un mot, que je n'ai jamais dit: l'Autriche n'est pas un état, ce n'est qu'un gouvernement. Mais franchement oujourd'hui, elle n'est plus même un gouvernement.*“ To i jemu podobne zdania, powtarzane w Wiedniu przy opisach o świetności i potędze władzy monarszej a wojskowych sił, nakłaniały do przymierza z Rosyą, i utwierdzały w mniemaniu, że ono korzystnie na wewnętrzne oddziała stosunki; tak że stopniowo około myśli tego przymierza gromadzić się zaczęły wszystkie niemal zachowawcze żywioły i dążności. Rzecz godna uwagi, że zachowawcze żywioły w Austryi, opierając się o mniej uwzględnione dotąd narodowości, dążąc do uznania praw historycznych i narodowych ludów słowiańskich wobec przewagi Niemiec i Węgrów, a zarazem nachylając się do przymierza i łączenia z Rosyą, której propaganda schyzmatycka i wpływ panslawistyczny niebezpiecznemi czynią dla bytu Austryi słowiańskie dążności, stwarzają tem samem, chaos wyobrażeń i faktów, jakiś skomplikowany labirynt, w którym polityczne wyobrażenia błądzą, a w którym najbliższe siebie zasady i przekonania, nigdy spotkać się z sobą nie mogą. Czy i tu żywioł polski gdyby był dość silnym w monarchii, gdyby chciał i umiał, nie mógłby posłużyć za przewodnika w labiryncie?

Dziś zaś pomimo, iż cel może być dobrym, trudno nie widzieć niebezpieczeństwa zmian wewnętrznych wywołanych w skutku zewnętrznych stosunków, trudno nie przyznać, że nie może być nic gorszego nad wewnętrzną politykę ulegającą zewnętrznej, kedy zewnętrzna powinna być zawsze następstwem wewnętrznej, nareszcie nie podobna zaprzeczyć, że zwycięstwo Słowian w Austryi odniesione za pomocą przymierza z Rosyą, może tylko na szkodę pierwszej, na korzyść drugiej się obrócić.

Na tym gruncie zewnętrznej polityki skomplikowanej wewnętrznemi dążnościami, najsilniej może acz dotąd w cieniu i cichości uwydatniły się dwa przeciwne sobie prądy, dwa w ogólnej polityce kierunki, które dotąd wzajemnie się neutralizują, tak iż jeden niedopuszczając do wspólnego z Rosyą działania, a drugi do wojny z Rosyą, wytworzyły neutralność, która nie tylko jest postawą przybraną na zewnątrz ale zarazem jest wynikiem i wyrazem najdokładniejszym wewnętrznego położenia.

Poufne zwierzania, osobiste działania i znoszenia się, nie ustające obok urzędowych konstytucyjno-oficyalnych czynności, ujawniła i uwydatniła najwyraźniej misya hr. Somorokowa. Misya jenerała rosyjskiego, jeżeli się nie mylimy, miała na celu zlanie dwóch kierunków poufnego i osobistego z urzędowym i konstytucyjnym w jeden oświadczający się stanowczo ze wspólnem Austryi z Rosyą działaniem. Zlanie tych dwóch kierunków i tych dwóch prądów w jeden było tem potrzebniejszem przed rozpoczęciem akcyi, że jeżeli jeden przynosił z sobą pomoc decyzyi woli, drugi znaczył budżet i wszystkie do wypełnienia woli środki. Hr. Somoroków opuścił Wiedeń nie wywoławszy ani doczekawszy się tego zlania się, a pod tym względem misya się nie powiodła i w tem miejscu zaznaczyć należy jedno z znaczniejszych zwycięstw polityki hr. Andrassego, do którego dopomogły mu dzielnie, zbyt niedołężne i powolne przygotowania w Kiszeniewie.

Hr. Somorokow odjeżdżając z Wiednia, żegnany na dworcu przez arcyksięcia Albrechta, umyślnie przybyłego do Wiednia w tym celu, mógł się nie tylko temi wyjątkowemi pocieszać względami, ale także nie bezpodstawną nadzieją, że jeżeli nie zdołał wywołać reakcyj, któraby zlała w jeden dwa kierunki, to zawsze na jeden z nich rachować mogła polityka rosyjska, a zatem nie obawiać się drugiego.

---

Otrzymujemy dziś autentyczny tekst mowy Ojca Swiętego do pielgrzymów polskich według urzędowego stenogramu Stolicy apostolskiej. Zawdzięczamy go uprzejmości szanownej Redakcyi *Przeglądu lwowskiego*, która od stenografa Ojca Swiętego otrzymała tekst mowy, aby go zamieścić w najbliższym poszycie. Porównywując tekst ten ze sprawozdaniem, jakie umieściliśmy w *Czasie*, czytelnicy przekonają się, jak wiernie korespondent nasz oddał wszystkie myśli zawarte w mowie i sprostują niektóre niedokładności w wyrażeniach. Dodać winniśmy, że na posłuchaniach publicznych nie wolno nikomu czynić notatek lub stenograficznych zapisków, znachodzi się tylko jeden urzędowy stenograf, którego sprawozdania służą do publikacyi mów Ojca Śgo.

Czas 16/6 1877 N 134

*Mowa Ojca Św. do pielgrzymów polskich powiedziana d. 6 czerwca w sali konsystorskiej.*

*(Wierny przekład z urzędowych stenograficznych zapisków).*

Jeżeli synowie moi wszystkich narodów pielgrzymki, przybywające do tego miasta dla pocieszenia Namiestnika Chrystusowego w ucisku pozostającego, są dla mnie wielce drogiemi, to wasza pielgrzymka należy do najmilszych sercu mojemu, potrafiła się bowiem tak licznie zebrać mimo ciężkich nader okoliczności i trudności, pochodzących z ucisku, jaki ze wszystkich stron przygniata kraj wasz i wasz naród. W tych dniach będąc nadzwyczaj z powodu panującego gorąca zmęczonym, krótko do was synowie moi przemówię.

W każdem prześladowaniu trzech przedewszystkiem cnót potrzeba, a wam daleko więcej, niż komukolwiek; cierpliwości, stałości (*fermezza*) odwagi! Cierpliwości, do cierpienia bowiem dziatki moje zostaliśmy stworzeni; stałości, by się oprzeć prześladowaniu i całej mocy jego; odwagi, aby się nie trwożyć wobec gróźb i zamachów robionych przez waszych prześladowców i nie uledz nasuwanym przez nich pokusom, ale stać murem niezachwianie. A więc raz jeszcze powtarzam, cierpliwości, wytrwałości i odwagi, i proszę Boga, aby wam drodzy synowie moi tych trzech cnót tak potrzebnych, a w waszem położeniu tak koniecznych udzielić raczył. Są tacy, którzy utrzymują, że do trzech tych cnót dodać jeszcze należy siłę, siłę przeciwko sile, siłę dla odparcia ucisku (*per inscuotare il giogo che opprime la infelice Polonia*) przygniatającego nieszczęśliwą Polskę. Nie, synowi moi, ja wam przypomnę przykład Chrystusowego Namiestnika Piotra, który chcąc bronić Pana swojego, usłyszał od Niego te słowa: *mitte gladium tuum in vaginam* (włóż miecz twój do pochwy). Nie siłą więc dzieci moje odpierać wam dzisiejsze prześladowanie — zostawcie Bogu, niech On prowadzi sprawy wasze, nie zapominając atoli robić tego wszystkiego, co nakazuje roztropność, a przeciwko sile użyjcie przedewszystkiem broni: modlitwy i błagania Boga. Bądźcie pewni, modlitwa prześladowanych i uciśnionych spadnie jak węgle rozpalone na głowy tyranów i prześladowców, którzy wcześniej, czy później poczują ciążącą na sobie rękę sprawiedliwości bożej (*le preghiere su tutto degli opressi e dei tribolati scendeno come ardenti carboni sul capo dei tiranni e degli opressori, che presto o tardi debbono sentire il peso della mano di Dio*).

Ja o te cnoty dla was prosić Boga będę i błogosławić całemu Królestwu Polskiemu (*Il tuto regno di Polonia*) waszym przyjaciołom i waszym rodzinom. Tak, (tutaj podniosłszy się Ojciec św. z tronu, mówił z niezwykłą siłą, z ócz Jego bił blask nadzwyczajny, głos drżał mu od wzruszenia) błogosławię to biedne Królestwo Polskie! A tu właśnie przypomina mi się, że dawnemi czasy często do mnie przychodził stary wasz jenerał, mężny na polu walki, ale daleko jeszcze mężniejszy na polu obowiązków i wiary i tłomaczył mi powody, dla których Polska na ucisk zasłużyła. A więc błogosławię was, daję wam błogosławieństwo dla dusz waszych i ciał waszych, na mienie i prace wasze, na życie i śmierć. Daję wam błogosławieństwo na to, aby te powody prześladowania, które są w nas, to jest własne grzechy nasze ustały, daję je na przypomnienie prześladowcom, że jeżeli Bóg jest cierpliwym i miłosiernym, to przychodzi czas, że staje się mścicielem uciśnionych i prześladowanych synów swoich. (*E Vindice dé suoi figli oltraggiati et oppressi!*) *Benedictio Dei Omnipotentis etc.*

Cena wydańia codziennego wynosi 5 centów i dni świątecznych.
Numer Nr. „Czasu,“ a ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| w państwie Austryackiem | „ 24 | „ 6 | „ 2·60 |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | „ 32 | „ 9 | „ 3 |

**Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przesyłki pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.**

# CZ

## Kraków 9 czerwca. 1877

Doszła nas dziś w południe z Rzymu mowa Ojca Sgo do pielgrzymów polskich w dniu 6 czerwca. Brzmi ona:

*Jeżeli, synowie moi! drogie mi są pielgrzymki wszystkich narodów, przybywające codziennie do Rzymu dla pocieszenia uciśnionego Chrystusowego Namiestnika, to wasza pielgrzymka jest sercu memu jedną z najmilszych, tem milszą, że się zebrała wśród ciężkich dla waszego kraju okoliczności i trudności pochodzących z ucisku, jaki ze wszystkich stron dotyka wasz naród. Zmęczony trudem dni ostatnich, krótko do was, synowie moi, przemówię i krótkiej udzielę wam rady. W prześladowaniu, trzech głównie cnót potrzeba, a wam bardziej, niż komukolwiek: cierpliwości, stałości i odwagi. Bo do cierpienia, dzieci moje, jesteśmy stworzeni. Tylko wytrwałość przezwycięża wielkie uciski, a odwagą stoimy jak murem wobec gróźb prześladowania. A więc raz jeszcze powtarzam: cierpliwość, stałość i odwaga, i proszę Boga, by wam tych cnót, tak potrzebnych, a w waszem położeniu tak koniecznych udzielić raczył. Znajdują się w waszym narodzie tacy, którzyby utrzymywali, że do tych trzech cnót dodać trzeba czwartą: siłę, siłę przeciwko sile, siłę przeciwko uciskowi. Nie, synowie moi, ja wam przypomnę przykład Chrystusowego Namiestnika, Ś. Piotra, który chcąc bronić Pana swego mieczem, usłyszał od Zbawiciela te słowa: „mitte gladium tuum in vaginam“. Nie siłą więc wam odpierać dzisiejsze prześladowanie, lecz siłą kościoła, t. j. modlitwą i temi środkami, które nakazuje roztropność. Jeżeli nawet modlitwa nie nawróci prześladowców, to staje się „na ich głowy węglem żarzącym“. Ja więc w tym celu za was modlić się będę i błogosławię Polskiej Koronie. A tu mi się przypomina, że dawnemi czasy często przychodził do mnie stary wasz jenerał, bardzo mężny na polu walki, ale daleko jeszcze mężniejszy na polu obowiązku i wiary. I tłumaczył mi często powody, dla których Polska zasłużyła na ucisk. Otóż ja wam daję błogosławieństwo na dusze wasze i na ciało wasze, na mienie i prace wasze, na życie i na śmierć. I daję wam błogosławieństwo na to, by ustały te powody prześladowania, o których mi mówił wasz jenerał, to jest te, które są w nas: własne grzechy nasze, i na przypomnienie prześladowcom, że jeżeli Bóg jest długo cierpliwy i miłosierny, to przychodzi czas, w którym się staje nieubłaganym.*

---

III.

wie uczuć się dała domowi Habsburgów ze strony państw nie mahometańskich. Z wszystkich żądz, żądza nabywania najbogatszą jest w sofizmata. Wrodzona znacznej części ludności monarchii owa żądza nabywania, potakuje nieraz tym planom tak dalece, iż podobno uśmiechać się one zaczęły nawet tym, którzy z wyższych względów politycznych i z poczucia, jeżeli nie narodowego, to osobistego interesu, przeciwnymi byli wspólnej z Rosyą przeciw Turcyi akcyi i okupacyj słowiańskich prowincyj. Wspólne z Bośnią działanie i okupacya wstrętnemi im były, lecz chociażby anneksya Bośni miała dla nich urok, któremu oprzeć się było trudno, żądza nabywania jest jedną z najsilniejszych i najbezwzględniejszych, a jak wielki florencki publicysta powiedział przed czterema wiekami: „człowiek mniema, iż zabezpieczyć sobie może to, co posiada, nowemi nabytkami,“ i to tak dalece, iż zawsze jest gotowym nabywać bez uwagi nawet na straty, które za sobą nabytki pociągnąć mogą.

A przecież nie ulega wątpliwości, że pomijając względy polityczne, pomijając owe straty, które mogą być bezpośredniem następstwem takiego nabytku, przyłączenie ubogiej, dziś wojną zniszczonej Bośni, kosztowałoby niezawodnie więcej, niżby kiedykolwiek przynieść mogło, a zaprowadzenie tam administracyi zgodnej z nowoczesnemi pojęciami i potrzebami, obciążyłoby znacznie nierównoważący się budżet monarchii. Lecz względy te prozaiczne są dla wielu mniejszej wagi, wobec nadziei pozyskania ludności bitnej, któraby dobrego dostarczyła żołnierza i pomnożyła liczbę pułków austryackich. Nareszcie, wysilająca się dyalektyka dla wyszukania argumentów za operacyą bośniacką, nie pomija i tego względu, że ludność, którąby wcielono do posiadłości Jego Apostolskiej Mości, jest w znacznej części katolicką, a nie wiemy, czy nie wspomina o obowiązku wydobycia jej z pod panowania półksiężyca, chociażby w przymierzu z tem mocarstwem, „które mieni się prawosławnem, a jest tylko schizmatyckiem“.

Myśl pozyskania czy odzyskania Bośni istniała i to mniej jest znanem, przed wypadkami dzisiejszemi, które, zdaniem wielu, stwarzają dla jednych miłą, dla drugich przykrą konieczność niewinnéj okupacyi, a może zbytkownej anneksyi. Po zawarciu ugody z Królestwem Węgierskiem N. Pan odbywał podróż po prowincyach graniczących z państwem Osmanów, towarzyszył mu wówczas u szczytu szczęścia nieszczęśliwy twórca dualizmu. Razu jednego orszak cesarski znalazł się na wzgórzu, z którego oko daleko ciągnące się po za turecką granicą, dostrzedz mogło okolice. Hr. Beust zwrócił wtedy uwagę na Bośnię i wskazał palcem ów *Hinterland*, a rozpromienienie, które ten widok wywołał, było drobną ale wymowną wskazówką, że pragnienia w tę stronę zwracają się i że może w tej właśnie chwili, tam szukały wynagrodzenia i pociechy, po ofiarach świeżo za sprawą twórcy dualizmu poniesionych.

Lecz co trudniejszem jest jeszcze do uwierzenia, to, że te pragnienia nierównie dawniej wchodziły w zakres, jeżeli nie dążeń, to marzeń; jeszcze przed wykonaniem tej przysięgi, która mogła nadać gorącej żądzy, poważne znamiona obowiązku.

Zawdzięczamy przypadkowi wiadomość, że te pragnienia pojawiły się już podczas bolesnej dla nas pamięci, a ważnych i doniosłych dla wszystkich w następstwa wypadków 1863 r. Któż z nas nie pamięta ówczesnej postawy Austryi wobec powstania polskiego, postawy, która w znacznej części przyczyniła się do rozszerzenia rozmiarów klęski narodu polskiego? Była ona dyplomatycznie wahającą się, w Galicyi przez długi czas pobłażliwa, a

nie byłyby wyłącznie
nieczności, lecz raczej u
zgubną koniecznością.

## KORESPONDE

O Powiedzieliśmy,
przedlitawskiego może
czne. Węgry nalegają
łatwienie ugody i napier
aby wpłynął na Radę pa
net ks. Auersperga pragn
pracę ugodową, ale par
dną miarą nie zechce
zwłaszcza że po zimnie
nadzwyczajne. Dzisiejsze
*denblattu*, iż rząd jeszc
sprawie odroczenia parlam
zówką, jak nie na rękę m
Izby w skutek porozumien
Istnieje zresztą inna trudn
i parlamentu niezawisła,
miec przeciw wezwaniu tra
Austryą. Że rząd niemiecki
litycznych, ze względów na
raz nadmieniliśmy. Do tej
szcze wrócimy w liście nast
zek między sprawą wschodni
dlowego między Austryą a
czy parlamentu wiedeńskiego,
termezzo między p. Suessem
dowodzi, że nawet reforma p
czyć na załatwienie przed odro
barona Eichhoffa, jednego z na
nych deputowanych z centrum
reformie podatkowej, nie małą
krość. Z drugiej strony interme
grów, jak trudno będzie rządowi
Izbę, tak mało skłonną do ustęp

---

**Wie**

*(262gie posiedzenie Izby d*

O zwykłej porze zagaja posiedz
bauer, aby po odczytaniu nowy
któremi kilka dotyczy spraw pod
niema z Galicyi, udzielić głos
wardowi do interpelacyi zwracają
dniczącego w komisyi podatkow
hofa.

Dep. Suess (w streszczeniu
Dzisiejsze obciążenie ludności pod
jest znane, jak niemniej wiadom
warstw niższych spodziewają się
borów stałych przez złożenie czę
warstw dzisiaj mniej obciążonych
z natężoną uwagą wyglądano obr
spodziewaliśmy się otrzymać wnio
przerwy świątecznej. Natomiast
że komisya postanowiła wnieść o
stawom prawomocności dopiero
niż chciał rząd, i że obrady w
rozpocząć się dopiero w jesieni. W
libyśmy wtedy do załatwienia
my podat
ngod

…o: „Stójcie silnie i wy…
…ckich, nie pozwólcie ba…
…ralizmowi, brońcie spraw…
…łędom, ale łagodnemi i…
…łądzących braci waszych.“
…k, kiedy siwowłosy starun…
…zbliżył się do Jego Emi…
…błogosławieństwo, i kiedy
…ski uklęknąwszy prosił i
…jako „stary żołnierz Pol…

…o godz. 6ej zebrała się
…szych u Kardynała i czule
…nowy, którą do nich po…

…tak licznie zebrani mnie
…kupa tu z Wami nie ma,
…drudzy chorobą lub in…
…rzyszą Wam tylko swem
…Pasterzowi najstarszej sto…
…ypadło poprowadzić Was
…stusowego, którego teraz
…obchodzimy. Winszuję
…w sercach Waszych prze…
…żnie i otwarcie dajecie Jej
…nie stawiliby się tu i Bra…
…skiego, by dać dowód przy…
…Apostolskiej, gdyby nie
…łoń rządu tamecznego.
…znajdujem na opoce, do
…założył Kościół, przyby…
…pnąć siły i ukrzepienia na

…za Kościół i od napaści
…schizmy przez tyle wieków
…— a w moskiewskim zabo…
…łynie,— Wy, naród mę…
…zicie uczcić dawnych mę…
…swoje za Chrystusa oddali,
…wić będzie. Może jeszcze
…cierpieniu dawać będziecie
…ale może prędzej, aniżeli się
…chwila wyzwolenia i zmiło…
…się i siebie umocnić i dru…
…remu prowadzić. Mamy nie…
…ę, by nas sprowadzić z drogi
…się między sobą jednością
…as błogosławię...“

---

…anowi dworu i właścicielowi
Wiśniewa Wiśniewskiemu

---

…. Teofila Łękawskiego, dy…
…nauczycielskiego żeńskiego w Prze…
…kanonikiem kapituły przemyskiej

---

…dliwości mianował starszego komi…
…Marcelego Madejewskiego i
…wego Antoniego Sierackiego
…owymi; komisarzy skarbowych zaś
…icza, Leopolda Wittka i Dra
…iego starszymi komisarzami skar…
…galicyjskiej dyrekcyi skarbu.

---

…zerwca. Regulamin Izby deputowa…
…8 przepis, że na początku sesyi
…nwalić regulamin porządku wewnę…
…takowy w ostatnich czasach skre…
…ogólnych zarysach, przeto odbyło
…enie członków biura, którzy za…
…niem ostatecznej osnowy rzeczonego
…en z kwestorów przedłożył pro…
…łemi zmianami przyjęto. Regu…
…lony zawiera przepisy o używaniu
…towanych, szczególniej pokoi prze…
…eputowanych, o podziale galeryj i
…kiemi wstęp na nie jest dozwolony,
…niu komunikacyj z dziennikarzami,
…episy mające na celu utrzymanie

…ustawy karnej obradował wczoraj
…rgach nieważności i doszedł do §
…sprawozdawcę dep…
…rzyjął

Nad Dunajem przybycie Cara do Płojeszti jest wypadkiem dnia, który bez wątpienia posłuży do stanowczego oznaczenia terminu właściwego działania. Wiadomości z Jass każą przypuszczać, że zajęcie Rumunii przez wojsko rosyjskie zostało już dokonanem, i skoro tylko opadną wody Dunaju, rozpoczną się kroki rosyjskie celem przejścia tej rzeki. W tym kierunku część Dunaju pod Nikopolis z każdym dniem większego nabiera znaczenia, ponieważ pod Turnu Mogurelli uderzająco wielka liczba wojska rosyjskiego jest zgromadzoną. Przejście Dunaju pod Nikopolis nie tyle sprzyjałoby działaniu wprost na czworobok twierdz, ile terytoryalnemu obsadzeniu i zbuntowaniu Bułgaryi.

W Armenii przedstawia się tok rzeczy w coraz gorszych barwach dla Turków. Muchtar basza cofał się ciągle, aż wreszcie dotarł do Erzerum, a depesze ze źródła tureckiego zapewniają, iż ciągle stoi jeszcze pod tą twierdzą; z Petersburga zaś donoszą, że Turcy bez obrony opuścili Karakilissę. Wojsko regularne cofa się drogą do Horossan i Erzerum, a nieregularni Kurdowie wracają do domów, zdaje się wskutek tego, że nie wypłacają im żołdu, oraz, że nie mają sposobności do rabunku.

---

Cetynia 7 czerwca. Ks. Mikołaj wysłał część wojska wojewody Wukotycza do Kristacza. Książę sam pozostał z resztą armii północnej pod Niksiczem. Dnia 5 b. m. wydał książę rozkaz bombardowania najsilniejszego blokhauzu przed Niksiczem, kuli Ozrinice. Po krótkiem ostrzeliwaniu, które wielkie szkody zrządziło w blokhauzie, cofnęła się jego załoga do Niksicza, a Czarnogórcy zajęli Ozrinice. Potem zburzyli Turcy wszystkie mniejsze blokhauzy przed Niksiczem i schronili się do twierdzy. W potyczce między Spużem a Martinicą stracili Czarnogórcy 50, Turcy 1000 ludzi.

Ostrog 7 czerwca godz. 9 m. 50 wieczór. (*Pol. Corr.*) Suleiman basza uderzył 4 b. m. wielką siłą na stanowiska czarnogórskie pod Krystaczem i w okolicy Pivy, które zajmowali Czarnogórcy od czasu oznaczenia linii demarkacyjnej, wzmocniwszy je silnie. Walkę z obu stron prowadzono wytrwale i z brawurą; trwała ona cały dzień i skończyła się tem, że Turcy nawet do Pivy posunąć się nie mogli, jakkolwiek stracili około 3000 ludzi. Strata Czarnogórców jest także bardzo znaczna, ponieważ w zabitych i rannych wynosi 600 ludzi. Czarnogórcy zdobyli przy tem 2070 karabinów i wiele innej broni, oraz wzmocnili na nowo swoje stanowiska wzdłuż wąwozu od Krystacza do Presjeki i gotowi są do odparcia nowego napadu, którego co chwila oczekują. Ponieważ telegraf zazwyczaj daleko jest wszędzie od placu boju, otrzymaliśmy dopiero wczoraj wieczór w naszej głównej kwaterze (Ostrog) wiadomość o tej wielkiej, krwawej i dla nas szczęśliwej bitwie, wskutek czego wysłanie tej depeszy spóźniło się. (Z depeszy tej pochodzącej z głównej kwatery czarnogórskiej wypływa właściwie, iż wprawdzie walka skończyła się o tyle na korzyść Czarnogórców, że wielkiej sile Suleimana baszy nie powiodło się przeforsować drogę do Niksicza; atoli zdaje się, że Czarnogórcy mimo to z kilku pozycyj wyparci zostali depesza bowiem nie mówi wyraźnie, aby oni utrzymali stanowisko pod Krystaczem, lecz że drogę od Krystacza do Presjeki na nowo wzmacniają).

Płojeszti 8 czerwca. Car rosyjski wyjechał w odwiedziny do księcia Karola do Bukaresztu. W towarzystwie jego znajduje się następca tronu, Wks. Mikołaj, Włodzimierz i Sergiusz, adjutanci i oficerowie służbowi. Car wraca tu wieczór. Z Erzerum 7 b. m. donoszą: Jazda rosyjska przebyła w 36 godzinach 115 wiorst i bez walki zajęła Olti. We dwa dni później wkroczyła piechota.

Konstantynopol 7 czerwca. Suleiman basza od północy, Ali Saib basza od południa, a Mehmed Ali basza od wschodu działają pomyślnie przeciw Czarnogórze. Rosyanie posuwają się ciągle ku Erzerum. Muchtar basza stoi jeszcze przed Erzerum-Kars stawia ciągle opór. Dżuma w Bagdadzie zmniejszyła się. Z nad Dunalu donoszą o kanonadzie.

---

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 9 czerwca. Jutro w niedzielę rozpoczyna się strzelanie królewskie do kurka, które ma …kończyć w ciągu tygodnia.

…odbędzie się w

…szawy, …na Sybir, jest także zmyślonem.

— W okolicy Lwowa ostatniemi czasy oszuści sprzedają ludziom łatwowiernym liczbony mosiężne nie zawsze nawet pozłacane; liczbony te mają z jednej strony orła austryackiego bez napisu, a z drugiej strony popiersie królowej Wiktoryi angielskiej z napisem łacińskim lub angielskim.

— Donoszą nam, że w Zwierniku pod Tuchowem w powiecie Pilzneńskim, w nocy d. 6go czerwca zgorzał ze szczętem starożytny modrzewiowy kościół parafialny, który pięć wieków przetrwał w najlepszym stanie a wewnątrz był niedawno wyporządzony i ozdobiony. Ogień zapewne wybuchł przez nieostrożność ze światłem, którego używało bractwo, a lubo straż kościelna i miejska była właśnie w pobliżu, wszelako ogień ogarnął na raz cały budynek i wszelki ratunek stał się niepodobnym. Gmina jest uboga, nawiedzona od lat kilku nieurodzajem i gradem i nie zdoła o własnych siłach wznieść nowego kościoła parafialnego. Nabożeństwo odprawia się tym czasem w małym kościołku św. Anny, w parafii tej istniejącym i w aparatach pożyczanych. Plebanem w Zwierniku jest X. Bartł. Zięciowski, który się odzywa do serc dobroczynnych o pomoc.

— Skutki wylewu Dniepru dotkliwie dały się u. czuć w Kremeńczugu, czyli po polsku Krzemieńczyku, gdzie około 60 osób zginęło, a zawalonych jest domów 275, uszkodzonych 185. Mieszkańcy koczują pod miastem w szałaszach.

— *Mosk. Wied.* opowiadają o licznych zamachach na bezpieczeństwo podróżujących kolejami żelaznemi południowemi. W nocy 27go maja obok stacyi Nowoukraińska, przy moście na Taszłyku zastawiono tor kolejowy staremi progami i szynami; pociąg jednak wiozący wojsko częścią odsunął te zapory, częścią je zgniótł, nie doznawszy szkody; nazajutrz na kolei Niżogrodzkiej o 60 wiorst od Moskwy ostrzegł dróżnik zawczasu pociąg o ustawionych na torze zaporach; dalej jednak napotkał pociąg takąż zaporę i wyskoczył z szyn a lokomotywa spadła z grobli.

— Jedna ze znanych z piękności i elegancyi dam paryskiej dzielnicy „Faubourg Saint Germain“ hrabina Marceneaux, była w ostatnich dniach maja bohaterką dziwnie oryginalnej sceny. Wyjechawszy wieczorem do „Bois de Boulogne“ kazała się zatrzymać karecie, i sama puściła się pieszo, rozmarzona idylicznym urokiem wiosennej natury w boczną, samotną aleję, gdy nagle ukryty za drzewem herkulesowej postaci i dziko wyglądający drab zastąpił jej drogę. Przelękniona wydała lekki krzyk i chciała uciekać, kiedy napastnik wywijając pałką po nad jej głową pochwycił ją za rękę i rzekł: „Jeżeli pani piśniesz, jesteś zgubioną. Poprzysiągłem sobie nie umrzeć wprzód, nim otrzymam pocałowanie od wielkiej damy; a więc pocałuj mnie pani!“ i paryski Rinaldini zbliżył do ust jej swe usta, ocienione rozczochraną brodą. Nie mając znikąd pomocy, a nadto widząc nad głową swą młynkiem puszczoną pałkę, musiała hrabina zamknąwszy oczy, uledz stanowczemu rozkazowi draba, który wcisnąwszy w rękę jej srebrną pięciofrankówkę rzekł: „niechcę nic za darmo“ i zniknął w gęstwinie. Drżąca pobiegła hrabina do pojazdu i w roztargnieniu trzymając ciągle w ręku 5-frankówkę, kazała powiedzieć się do prefektury policyi. Zaczęto natychmiast czynić poszukiwania i pokazało się, że było wzgardzony wielbiciel hrabiny, który w przebraniu za draba chciał się zemścić i gwałtem zdobyć pocałowanie.

**Wiadomości policyjne:** Złożyli w policyi: Wojciech Kurnicki, woźny sądowy, dwie skrzynki, w jednej z nich drożdże, znalezione w ulicy Poselskiej; uczeń Barański, wachlarz, znaleziony przed pomnikiem Straszewskiego. Straż policyjna przytrzymała: Stanisława Niemca, piekarczyka, za zbiegnięcie z nauki i przeniewierzenie; Walerego Zwolińskiego, włóczęgę, za rabunek.

**TEATR.** W sobotę dnia 9go czerwca: Szósty gościnny występ Wincentego Rapackiego, artysty teatrów Warszawskiego. Komedya w 3ch aktach przez M. Bałuckiego: *Radcy pana Radcy.* — Początek o godz. wpół do 8ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

Dnia 8go czerwca pogoda; termometr od 17·4 doszedł do 28·5 C. — Barometr opada; rano …

# Nr 110. Kraków, 14 Maja — Wtorek. Rok 1878.

# CZAS

**Czas** wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., we Lwowie lub z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| w Państwie Austryackiem | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| Niemieckiem | 28 złr. | 7 złr. | 3 złr. |
| do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi, Turcyi | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |
| ych państw należących do związku pocztowego | | | |

Prenumeratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* nie podlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się.
**Rękopisma** nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**
**W Krakowie:** Administracya „CZASU" tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu"** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** Ajencya „Czasu" w głównym składzie tytoniu Nr. I przy ulicy Halickiej Nr. 2; **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.


## Kraków 13 maja.

Przed kilkunastu dniami podaliśmy (*Czas* z d. 30 kwietnia) list z za Buga o tamtejszych stosunkach; dzisiaj dostajemy z Petersburga w kwestyi tej samej biednej dyecezyi wileńskiej dokument wielkiej wagi, a jego autentyczności rękojmię daje nam poważna osoba, od której go otrzymujemy, a jeśli go Stolica ś. nie zaprzeczy, będzie on miał ogromną doniosłość na przestrzeni całego kraju naszego pod uciskiem rządu rosyjskiego. Przypominamy, że kilka miesięcy temu nasz korespondent rzymski, doniósł był nam dwa razy o przygotowującem się działaniu w Watykanie w tej ważnej sprawie. Wiedział on coś wprawdzie, ale widocznie jeszcze nie doszedł do dna kwestyi. Nic w tem dziwnego, gdyż Rzym działa, ale milczy i trzeba tam używać niemałej powagi i mieć niemało prawdziwej z[illegible]gi, aby w kwestyach tej tajemnicy i postanowieniach tej doniosłości módz dowiedzieć się czegoś na pewno, albo choćby się czegoś domyśleć. Bądź cobądź, korespondent nasz z Petersburga poręcza nam autentyczność tego dokumentu, który kładzie kres zarządowi dyecezyi wileńskiej przez intruza Żylińskiego. Rzym więc przemówił. Kto teraz rządzić będzie tą dyecezyą, nie wiemy; nie możemy zaś i nie powinniśmy nawet w to wchodzić, ale winniśmy raz jeszcze zwrócić uwagę na pieczołowitość Stolicy ś., która pośród i mimo tylu różnorodnych trudności nie spuszcza z oka ani na chwilę potrzeb naszego Kościoła i skutecznie przychodzi mu w pomoc, tam właśnie, gdzie się przemocy zdawało, że tryumf odniosła zupełny i panowanie schyzmy zapewniła.

W podanym niżej dokumencie uderzają nas dwie rzeczy. Z jednej strony porażka dyplomacyi rosyjskiej, którą pyszałkowość tak zaślepiła, że jej się zdawało, iż zerwanie stosunków urzędowych z Rzymem pociągnie za sobą przecięcie stosunków wiernych z Głową Kościoła, kiedy przeciwnie swą nierozwagą włożyła na Stolicę ś. obowiązek działania wprost i zapewnienia wiernemu ludowi swej opieki i legalnej władzy duchownej.

Z drugiej strony godna podziwienia roztropność Stolicy ś., która nim się zdecydowała na krok ten ostateczny, czekała blisko sześć miesięcy, czy rząd rosyjski nie upamięta się i nie zrozumie błędu, jaki był popełnił. Rzeczywiście list kardynała sekretarza stanu do ks. Urusowa zabraniający mu wstępu do Watykanu, jest z początku sierpnia 1877 r., kiedy dokument kongregacyi koncylium datowany z końca stycznia 1878 r.

Akt rzeczony brzmi jak następuje:

*Sacerdoti Petro Żyliński Vilnam.*

*Quid debitam Apostolicae Sedi reverentiam et subjectionem profiteri, districtumque Dei judicium pro tui aliorumque aeterna salute formidare verbis simulabas in litteris datis die 26 octobris 1872, factis oppido gravissimis utrumque contemnere, imo etiam procul care huc usque minime erubuisti. Jam enim vel ab initio tibi conscius apprime eras, quod ratione haud commendanda ad Vilnensis Dioecesis regimen adscitus fueras, et quam temere administrationem Dioecesis Minsceneis susceperas, quantamque proinde offensionem ac perturbationem fidelibus inferebas ob nullitatem eorum, quae sine legitima jurisdictione a te gerebantur. Neque excusationem tibi polliceri poteras dum Dioecesani Episcopi Delegato obsistebas, ne Confirmationis Sacramentum administraret, vel aprobabas, omnique ope fovebas libros russico idiomate conscriptos, et catholico cultui destinatos, vel optimos presbyteros ab officio removebas, perditosque ipsis sufficiebas; vel catholici nominis hostes omnimodis studiis prosequ-baris, aliaque hujusmodi patrabas.*

*Utinam tamen huc progressus vocem tandem audivisses amantissimi Patris ac Pontificis Maximi qui per litteras Emi Cardinalis a Secretis Status sub die 6 martii 1872, graviter te monitum hortatumque voluit ut quamprimum consuleres conscentiae tuae! Sed e contra miserrime accidit, ut nedum responsum reddere inurbane neglexeris, verum etiam quasi in Apastolicae auctoritatis contemptum, pejora adhuc aggredi ausus fueris. Caeteris quippe silentio praeteritis, veritus non es improbandam inducere novitatem dioecesanorum visitatorum, qui subrogantur in locum legitimi ordinarii, ut prope vigilantes ac opportune machinantes latius gubernio suppetias ferant in promovendo usu russici idiomatis quoad cultum suppletorium, et schismati penes fidelis confovendo. Paresque huic muneri viros eligere studuisti, videlicet Sacerdotem Ferdinandum Senczykowski gymnasii praefectum, et Joannem Jurgiewicz Vilnae Decanum, quos Gubernio servile praebere obsequium fertur.*

*Tot igitur mala, quae in tui aliorumque perniciem pertinaciter congerere pergis, haud commovere non potuerunt caritatem sollicitudinemque Summi Pontificis; quo propterea auctorante Emi Patres hujus S. Congnis Conclii jusserunt te formiter moneri, prout per praesentes litteras reapse moneris, ut infra peremptorium terminum quadraginta dierum a data harum literarum computandum, munus illegitime ac nefarie susceptum tam Vicarii Capitularis dioecesis Vilnensis, quam administratoris Dioecesis Minscensis dimittas, scandalum sive verbis, sive factis illatum reparare studeas, eoque propter publicam edere cures declarationem, cujus copiam ad hanc S. Congregationem transmittere haud removeris. Scias autem oportet, hujusmodi monitionem, licet unicam, perinde ac trinam valituram fore; et canonicis poenis in Te animadversum iri, ubi, quod Deus avertat, praememoratus terminus inutiliter elabatur.*

*Damnant insuper ac disertissime reprobant idem Emi Patres Dioecesanorum Visitatorum institutionem, studio consilioque tuo invectum, ubique praecipiunt, ut hac de re certiores reddas enunciatos presbyteros Ferdinandum Senczykowski et Joannem Jurgiewicz, eos propterea monens, ut sine mora ab officio sibi temere credito recedant ne secus et ipsi tecum canonicarum sanctionum severitatem experivi debeant.*

*Jussa haec S. C. faciens, singulariter ego pro optata resipiscentia necessaria atque opportuna auxilia tibi adprecor a Domino.*

*Datum Romae e Secretaria S. Congregationis Concilii.*

P. Card. *Caterini* Prefectus.
*J. Verga* Pro-Secretarius.

Toż samo po polsku:

*X. Piotrowi Zylińskiemu w Wilnie.*

Przybrawszy w słowach twego listu z dnia 26 października 1873 r. pozór, jakobyś wyznawał winną cześć i uległość dla Stolicy Apostolskiéj i lękał się dla swego i innych zbawienia strasznego sądu Boga, niewstydziłeś się bynajmniéj dotąd czynami nader wielkiéj doniosłości pierwsze i drugie zaprzeczyć, a nawet zdeptać. Jak najbardziéj bowiem od początku świadomem ci było, że z powodów potępienia godnych przywłaszczyłeś sobie władzę w dyecezyi wileńskiéj i jak nierozważnie objąłeś zarząd w dyecezyi mińskiéj, oraz jakie tem zgorszenie i niepokój przyniosłeś wiernym z przyczyny niewaśności tego, co bez prawnéj juryzdykcyi stanowiłeś. Niemogłeś sobie nawet obiecywać uniewinnienia, wzbraniając delegatowi biskupa dyecezyi dopełniać sakramentu bierzmowania, lub zatwierdzając i usilnie popierając książki w rosyjskim narzeczu pisane a przeznaczone dla obrządku katolickiego, lub usuwając najlepszych kapłanów, aby ich zastąpić niegodnymi, lub okazując wszelkiego rodzaju względy nieprzyjaciołom imienia katolickiego i tym podobne popełniając występki.

Obyś był jednak, posunąwszy się tak daleko, usłuchał głosu najukochańszego Ojca i najwyższego kapłana, który listem J. Em. kardynała sekretarza stanu z d. 4 marca 1874 r. chciał cię przestrzedz i napomnieć, abyś jak najrychléj zaradził swemu sumieniu. Lecz stało się na nieszczęście! przeciwnie, bo nietylko niegrzecznie zaniedbałeś dać odpowiedzi, lecz nadto ośmieliłeś się jakby na wzgardę władzy Apostolskiéj, gorszych się jeszcze rzeczy dopuszczać. Pominąwszy bowiem niejednomilczeniem, niewzdrygałeś się naganną zaprowadzić nowość wizytatorów dyecezyalnych, którzy przemycani są w miejsce prawego biskupa, aby zbliższa czuwając i intrygując w porę nieść obszerniejszą pomoc rządowi w rozpowszechnianiu używania narzecza rosyjskiago w obrzędach dodatkowych i zalecając wiernym schyzmę. I takich to na ten urząd usiłowałeś wybrać mężów jak X. Ferdynand Sanczykowski prefekt gimnazyum i Jan Jurgiewicz dziekan wileński o których słychać, że dla rządu służalczą mają uległość.

Tyle przeto złego, które na własną i innych zgubę nieprzestajesz upornie gromadzić, nie mogły niewzruszyć miłości i pieczołowitości najwyższego Pasterza, za którego upoważnieniem Ich Eminencye Ojcowie téj ś. kongregacyi soboru kazali cię formalnie napomnieć, jakoż rzeczywiste niniejszem listem otrzymujesz napomnienie, abyś w ciągu oznaczonego terminu 40 dni, liczyć się mającego od daty tego listu, złożył nieprawnie i bezbożnie objęty urząd tak wikaryusza kapituły jak administratora dyecezyi mińskiéj, zgorszenie bądź słowem, bądź czynami sprawione naprawić usiłował i z tego powodu starał się publiczne dać oświadczenie, którego odpis do téj ś. kongregacyi przesłać niezaniechasz. Powinieneś atoli wiedzieć, że tego rodzaju napomnienie, chociaż jedyne będzie miało ważność potrójnego, i że kary kanoniczne zostaną przeciw tobie orzeczone, jeżeli czego Boże uchowaj, wyżwspomniony termin bezskutecznie upłynie.

Potępiają nadto i jak najmocniéj naganiają Ich Eminencye ciż Ojcowie instytucyę wizytatorów dyecezyalnych za twojem staraniem i radą zaprowadzoną i nakazują ci, abyś zawiadomił o tem wspomnionych kapłanów Ferdynanda Senczykowskiego i Jana Jurgiewicza, napominając ich, aby bez zwłoki ustąpili z urzędu bezmyślnie im powierzonego, iżby zresztą i oni wraz z tobą nie byli zmuszeni doświadczyć surowości uchwał kanonicznych.

Spełniając ten rozkaz J. Świątobliwości, błagam dla ciebie u Boga o potrzebną i właściwą pomoc do twojéj poprawy.

Dan w Rzymie z sekretaryatu ś. kongregacyi soboru.

P. kardynał *Caterini*, prefekt.
J. *Verga* zast. sekretarza.

---

W sobotę strzelono w Berlinie do cesarza Wilhelma. Podajemy o tym wypadku niejakie szczegóły poniżej. O ile z różnych źródeł twierdzą, sprawca należał do socyalistycznych robotników, przynajmniej znaleziono przy nim pisma i dzienniki tej barwy. Nie pierwszy to raz cesarz Wilhelm wystawiony był na skrytobójczy zamach zarówno w Berlinie, jak w Badenie. Nigdy jednak dotąd nie można było wyciągnąć ze śledztwa prowadzonego z skrytobójcami wniosku, aby łączyli jaki właściwy cel ze śmiercią dawniej króla Pruskiego a dziś cesarza Niemieckiego, bo śmierć jego nie wiązałaby się z rewolucyą, nie byłaby obmyśloną na obalenie tronu, lecz tylko mogła zmienić osobę monarchy. Nie przedstawiał zaś nigdy cesarz Wilhelm tak wybitnej osobistości, żeby zgon jego mógł sprowadzić zmianę systemu politycznego, i to zmianę nagłą, dla przyspieszenia której morderca sfanatyzowany chciałby przeciąć dni sędziwego starca, któremu wiek podeszły nie rokuje długich lat panowania. Nienawiści też nie ściągnął na siebie nigdy cesarz Wilhelm. Student Becker, który nań zrobił zamach w Badenie, był szaleńcem rozmarzonym ideą republiki niemieckiej, a do tego rzędu obłąkanych należy także zapewne i zbrodniarz, który w sobotę dał ognia do Cesarza.

Nie wiemy, czy przypadkowo, czy z pewnem znaczeniem sprawca onegdajszego zamachu Hödel nosi przezwisko Lehmann; przypomnieć bowiem należy, że dzisiejszy cesarz Niemiecki uszedłszy przed trzydziestoma laty podczas rewolucyi berlińskiej do Anglii, przybrał imie Lehmann. Miałożby przezwisko sprawcy zamachu być aluzyą do ówczesnego imienia Cesarza a zostało nadanem przez jego towarzyszy w pewnym oznaczonym celu?

Jeśli sprawdzi się, że Hödel miał wspólników i że należał do jakiego związku socyalistycznego, wówczas zamach sobotni może mieć donioślejsze następstwa, niż ukaranie królobójcy; gdyż ostatniemi czasy zwrócona baczniejsza czujność władz w Niemczech na działalność socyalistów sprowadzić może na nich gromy, rząd bowiem nie omieszkałby żądać od parlamentu obradującego jeszcze w Berlinie pewnych obostrzeń ustawodawczych przeciw stowarzyszeniom socyalistycznym.

Zamachy prawdziwe czy zmyślone na ks. Bismarka straciły swój groźny charakter, gdy chciano ich użyć za środek do roznamiętnienia walki z Kościołem katolickim, usiłując koniecznie nadać im charakter *Kulturkampfu*, uciekającego się aż do zbrodni; zamach jednak sobotni jest faktem dokonanym w obec tysiąca świadków i niemającym żadnego powinowactwa z zamachami Kullmanna albo Westerwella. Zbrodnia to jawna królobójstwa, a tylko pobudki jej muszą być jeszcze sprawdzone i udowodnione.

---

## KORESPONDENCYA „CZASU"

**Lwów** 12 maja.

Wczoraj rozbiegły się u nas pogłoski o licznych aresztowaniach i rewizyach. Okazało się jednakże, że aresztowano tylko dwóch, mianowicie p. Stanisława Mendelsohna, akademika z Warszawy, który będąc wmięszany w sprawę zamachu na p. Prusa po odczycie p. Spasowicza, zbiegł z Warszawy do Lwowa. Drugim aresztowanym jest niejaki p. Hild, który wykazany być miał tutejszej policyi jako socyalista z Rosyi. W skutek zeznań Hilda dokonano rewizyi u pp. Mendelsohna i Bolesława Limanowskiego. U tego ostatniego nic podejrzanego nie znaleziono. U Mendelsohna zaś, który mieszkał u akademików Gwozdeckiego i Ożarowskiego, miano znaleźć broszury socyalistyczne, fotografie socyalistek rosyjskich i 1,200 marek w banknotach. Akademików tych również przytrzymano, lecz wypuszczono ich zaraz na wolność.

---

**Z nad Uszwicy** dnia 9 maja.

+ Przed feryami welkanocnemi b. r. przedłożoną została Radzie państwa przez ministra skarbu Novella zmieniająca zupełnie ustawę podatkową z dnia 24 maja 1869 r. pod względem najważniejszych przedmiotów t. j. klasowania i reklamacyj.

W dniu 7 maja b. r. rozdane już zostało w Radzie państwa sprawozdanie komisyi Rady państwa do tej nowelli wybranej i zapewne ważna ta sprawa wkrótce, może za kilka dni w Radzie państwa dyskutowaną będzie.

Nowella przedłożona przez ministra skarbu, przez większość komisyi prawie niezmieniona w sprawozdaniu tejże. Nadzwyczajnie ona złe skutki dla kraju naszego i dla innych krajów w Radzie państwa reprezentowanych sprowadzi, jeżeli przez Radę państwa będzie przyjętą. Nowella ta nie jest opartą na znajomości miejscowych stosunków krajów, a w szczególności Galicyi, zmierza widocznie do niewłaściwego i błędnego opodatkowania ziemi a najbardziej w Galicyi, gdzie dopiero $^1/_3$ część uprawy ekonomicznej, a $^1/_6$ część lasów jest zaklasowana. Nowella zmienić chce zupełnie §. 34 ustawy i chce aby klasowanie odbywało się bez współudziału Delegatów przez samych Referentów, których liczba znacznie ma być pomnożoną. Żąda aby klasowanie które trwało trzy lata, i dopiero $^1/_3$ część pracy ukończyło, w resztujących $^1/_3$ częściach odbyło się za jeden rok, gdyż podług nowelli wszystkie prace zaklasowania ukończone z dniem 30 września 1879 r. już zestawione i do Komisyj krajowych odesłane być mają. Ponieważ zaś na tyle reambulowanych gmin niema, zatem minister skarbu wydał w drodze administracyjnej polecenia do geometrów ażeby reambulacya w tak skrócony sposób uskutecznioną była. To pewna że czynność ta do niczego dobrego doprowadzić nie może i będzie tylko czynnością pro forma z najgorszemi dla podatkujących skutkami. Nowella ta nadto chce wprowadzić pod reklamacyę opodatkowanie ziemi. Zatem najniesłuszniej płaciliby podatkujący podatek a płacąc tak, reklamowaćby mogli długie lata bez pożądanego skutku i bez sprawiedliwego rozkładu podatku gruntowego.

Sprawozdanie komisyi Rady państwa nietylko że prawie zupełnie przyjmuje wniosek rządowy, ale nawet jeszcze bardziej bałamuci przedstawienie rządowe już i tak zgubne dla podatkujących; wprowadza Vertrauensmännerów z gminy każdej, ludzi którzy nie mają wyobrażenia o całości oszacowania w powiecie, z głosem doradczym i pozwala im wglądać w akta klasowania. Zresztą niepojmujemy tu jak w państwie konstytucyjnem można w drodze administracyjnej bez przyjęcia przez Radę państwa, Izbę wyższą, i bez sankcyi Monarchy, zmieniać obowiązującą ustawę podatkową z dnia 24 maja 1869. Tak się jednak stało; czynność klasowania, zapewne dla pośpiechu (?) systowaną została w drodze administracyjnej. Żżymają się na ten czyn nawet i niektóre niemieckie dzienniki, i mają zupełną słuszność. Jedyna zatem tylko nadzieja pozostaje nam jeszcze w tem, że Rada państwa nie uchwali tej nowelli, która tak zgubną byłaby dla podatkujących wszystkich krajów w Radzie państwa reprezentowanych a szczególniej dla podatkujących w Galicyi. Sądzę że najskuteczniej będzie, abyśmy się zwrócili do posłów naszych w Wiedniu będących, przesyłając na ich ręce petycye do Rady państwa ażeby przedłożona nowella przez takową odrzuconą została.

---

**Wiedeń** 12 maja.

□ Od kilku dni, od chwili wyjazdu hr. Szuwałowa z Londynu zapanowała cisza i znowu zachowują tu milczenie. Usposobienie jednak w Wiedniu da się streścić w kilku słowach: najlepsze nadzieje, przekonanie, że w Petersburgu nie chcą wojny, bo Rosya nie jest w stanie jej prowadzić. Po za tem nic. A tymczasem przewidywane wewnętrzno-parlamentarne trudności nasuwają obawę, że wiele jeszcze czasu upłynie, zanim rząd będzie w stanie przedsięwziąć te kroki wojskowe, o których w ostatnich listach moich wspominałem. Interpelacya wniesiona przez posła Grocholskiego złe tu sprawiła wrażenie. Jeżeli hr. Andrassy postanowi dać na nią odpowiedź, to prawdopodobnie odpowiedź ta będzie bardzo szorstko brzmiała. Rząd oświadczy, iż nie miał i nie ma bynajmniej zamiaru przyłączenia Bośni do monarchii. Półurzędowe dzienniki już onegdaj i wczoraj dość ostro wystąpiły ze zdaniem, że interpelacya posłów polskich nie ma związku logicznego i pozbawiona jest racyonalnej podstawy.

Telegram *Reuter Office* mówi o tem, że niby Turcya zobowiązała się wreszcie uporządkować sprawę wychodźców bośniackich i hercegowińskich i wziąć ich pod swoją opiekę, jest mylną.

Hr. Andrassy powrócił już od hr. Lichnowskiego.

---

## Część literacko-artystyczna.

# TEATR.

„Lolo" *(Bébé)* komedya w 3 aktach pp. Hennequin i Nanjac na dochód p. Teofili Kwiecińskiej.

Rzadko się zdarza—a w ostatnich czasach, rzec można, nie zdarza się nigdy — aby teatr nasz brzmiał tak szczeremi i mimowolnemi wybuchami śmiechu, jak na pierwszem przedstawieniu komedyi *Lolo* w sobotę. I to coś znaczy. Śmiech jest u nas coraz rzadszym fenomenem prawie; powaga epoki, w jakiej żyjemy, pełnej nierozwiązanych zagadek, owianej mgłą zasłaniającą przyszłość dnia jutrzejszego, nie dostarcza wątku weselszej myśli i dziwnie zaraźliwą rozprowadza smętność w atmosferze. Dzisiejsi ludzie pragnący coraz bardziej używać i weselić się, nie umieją już jak dawniej być wesołymi. Miałożby to być skazówką obniżenia się barometru moralnego? Jeden z najweselszych niegdyś ludzi, Biskup Warmiński, zwany w swoim czasie księciem poetów: Krasicki powiedział:

Źli siłą się weselić, dobrzy się weselą.

Ten aksiomat na pozór nieco paradoksalny ma jednak pewną podstawę. Człowiek, który nie jest w zgodzie z sumieniem, choćby opływał w najhojniejsze dary losu, nie może być prawdziwie wesołym. Wesołość jest jak promień słońca, który się tylko w jasnym krzysztale wód w całym blasku odbija. Może ona być niekiedy wynikiem lekkomyślności, lecz nigdy owocem ducha, w którym cięży czarny osad zbrodni.

Nie wchodząc w dalszą analizę przymiotu wesołości, której najwyższym wyrazem jest śmiech, stwierdzić należy że nic bardziej do niego pobudzać nie mogło nad ową farsę, której nieco jaskrawy realizm podsycony niewyszukanym ale jędrnym dowcipem, nieustannie łaskotał nerwy. Jest to, jeżeli wolno użyć tego porównania, jakby lawina komizmu, który szeroko się rozpryskując, wskróś przenika równie charaktery osób występujących, jak sytuacye i oddziaływa na widzów. Gdyby pobudzenie do śmiechu głównem było zadaniem komedyi, przyznać trzeba, że go osiągnęła najkompletniej, nie trzeba bowiem być Demokritem z natury, aby chcąc nie chcąc, brać w nim czynny udział na widok tego chaosu śmieszności.

Najbłachsze jednak i najbardziej rozkiełznane utwory sceniczne mają zwykle jakąś, choćby głęboko ukrytą, naukę moralną na celu, niepodobna zatem aby i komedya: *Lolo* zrzekła się myśli przewodniej wywarcia wpływu na poprawę społeczeństwa. Myślą tą jest, jak w wielu innych nowoczesnych komedyach francuzkich przedstawienie odwrotnej strony medalu, nie żeby zachęcić do naśladowania, lecz aby odstraszającym przykładem zwrócić na tor właściwy. Jeżeli jednak czasem to, co ma odstraszyć, zachęci, to już zapewne nie wina głównego celu autora, lecz błędnie przezeń użytych środków. Często bowiem złe, które się chce potępić, w tak łudzących odmalowane jest kolorach, że pierwej silny rzuci urok i oplącze umysł niedoświadczonego widza, nim ostateczne rozwiązanie wykaże, że się go strzedz należy. Dawniej starano się przeciwstawiać światła i cienie aby w widzu wzbudzić sąd: co ma wybrać dla siebie jako wzór do naśladowania; dziś z nagromadzenia cieniów odgadywać trzeba ostatecznie światło.

Autorowie komedyi *Lolo* wzięli pod skalpel satyry system edukacyjny, a raczej wychowanie syna przez matkę i nie wskazali jak w tym razie trzeba, lecz przeciwnie jak nie trzeba postępować. O ile wychowanie macierzyńskie w wieku dziecinnym rzuca pierwsze zarody tych zbawiennych zasad, które jak drogoskazy mają prowadzić przez dalsze życie, o tyle w dojrzałych latach zniewieszcza męzki charakter, uczy obłudy i nieraz przyczynia się do sprowadzenia na bezdroża. Spieszczony gagatek odgadł słabość matki, wie czem jej się przypodobać może, wie że mu nic odmówić nie zdoła i łatwo zachowując pozory — bo matka nie może być z nim wszędzie — razem wynagradza sobie sowicie chwilowy przymus właśnie temi zboczeniami, przed jakiemi go pieczołowitość macierzyńska strzegła. Silna wiara matki w niepokalaną moralność dorosłego syna przeciąga się długo poza zakres zasłużonego zaufania, jakiem go obdarzać nie przestawała, i dopiero późno następuje rozczarowanie i zawód chybionego wychowania.

Tak przynajmniej przedstawia się w komedyi Lolo, młodzieniec liczący lat 22, którego matka uważa aż do chwili rozczarowania za niewinne dziecię. Umie on osłaniać tajemnicą swe wybryki przed kochającą matką, póki kolizya ukrywanych stosunków nie podniecila zazdrości, która zdradziła całą prawdę pod pozorem uchronienia go od zguby. Lolo jest typem dość zwykłym w pojęciu francuskiem i dlatego samego, że nie wyobraźnia autorów go stworzyła, lecz rzeczywistość podsunęła żywcem, ma cechę arcypodobnego portretu. Nie jest to jedyny typ prawdziwy w komedyi; jest nim ojciec, który dla klubu i dzienników, niema chwili aby się zająć swoim jedynakiem; jest nim matka, słaba, żyjąca jedynie w swem dojrzałem dziecku, do którego wszystkie jej myśli przykute; jest nim Kernagous mający piękną żonę, sam pozwalający sobie pewnej swobody, a zazdrosny jak Otello; jest przedewszystkiem korepetytor prawa Petillon, sam dość ślizkiej moralności i zapominający przy swoich uczniach o powodze Mentora. A w końcu owa pokojówka Antosia, to już istna fotografia.

Cokolwiekby zresztą komedyi *Lolo* ze względu na jej zbyt wybitny realizm zarzucić się dało, jednego zaprzeczyć jej nie można, to jest pewnego rodzaju mistrzowstwa w układzie scenicznym. Cóż to za ład w tym istnym chaosie, w tym gorączkowym ruchu, który jak w kalejdoskopie zmienia się co chwila! Nikt nie pojawia się na scenie bez powodu, nikt nie jest zbytecznym, wszyscy działają bez ustanku, pędzą, roztrącają się, a jednak porządek akcyi nic na tem nie traci. Wyborna i do najwyższej komiki posunięta jest scena w akcie 2gim, w której Petillon dla zamaskowania niezbyt budującej katastrofy wobec ojca Lola, odśpiewuje paragrafy kodeksu, wmawiając weń, że to nowo wynaleziona metoda dla wpojenia w pamięć suchej nauki. Lekka ta i pełna wesołości komedya, ma jednak jedną scenę nader dramatyczną, mianowicie, kiedy Kernagous podejrzywa żonę swą Dianę — i słusznie — o czyn niezgodny z kodeksem małżeńskim i zdawało się na chwilę, że straszna burza nie da się już uniknąć, kiedy tymczasem była to tylko przelotna błyskawica na pogodnem niebie.

W przedstawieniu starannie przeprowadzonem role męskie nastręczały w ogóle wdzięczniejsze pole do popisu i z werwą też były oddane.

P. Kwiecińska, którą jako beneficyantkę przyjęły oklaski przy wstępie na scenę, miała jednę z tych ról, w których od dawna zdobyła sobie stanowisko celujące. Pokojówka Antosia ukazała się podniesiona grą p. Kwiecińskiej w całem świetle życia i prawdy. Pani Sławska w roli baronowej grała z cauciem. W grze p. Lüde (Diana) mniej tym razem było momentów wybitniejszego znaczenia, a rola Aurelii nie dość była dla panny Wojnowskiej wdzięczną. Za to p. Szymański był w roli Petillona niezrównanym; Lolo miał w p. Sobiesławie wybornego przedstawiciela. P. Wojdałowicz grał z dobrze odmierzoną komiką, p. Zucyan z bardzo właściwą energią. Publiczność nie szczędziła artystom oklasków.

u którego bawił na polowaniu, jak wam donosiłem.

Odbieram list z Paryża, w którym między innemi piszą mi: „Paryż nigdy nie był bardziej świetnym, olśniewającym i uroczym, jak obecnie. Znam od dawna Paryż, a nigdy go nie widziałem takim, jakim jest teraz. Jest w jego atmosferze coś zdolnego wskrzesić nawet umarłych; coś, co każe zapomnieć o wszystkich nędzach życia, coś, co mniemać pozwala, że na to tylko jedynie jest się na świecie, ażeby śmiać się, bawić się, przypatrywać cudom i wydawać pieniądze. Wszystko tu błyszczy wesołością; domy przybrane świątecznie wszystkie w ten sam sposób; kobiety, ekwipaże, nawet konie, piękniejsze niż gdzieindziej. Co krok spotkać się można w republikańskim Paryżu, z książętami domów panujących. Arcyksiążę Fryderyk, który ma zaślubić pannę de Cröy, ks. Walii, ks. Madrytu, Don Franciszek z Aziżu, są gośćmi rzeczypospolitej francuskiej. Ks. Walii zawiązał polityczną przyjaźń z p. Gambettą, co wielce gniewa arystokratyczny świat tutejszy. Sam książę wyraża się o tym stosunku bardzo poważnie. Przyczyną i spójnią tej przyjaźni jest, iż ks. Walii chce bądź co bądź doprowadzić do wojny z Rosyą, a p. Gambetta, który dziś niezaprzeczenie jest panem Francyi, życzy jej sobie także. Ks. Walii umacnia trybuna w jego chęciach i popycha go w tym kierunku, a mniemają tutaj, że usiłowania jego zostaną w końcu uwieńczone powodzeniem; zadają sobie jednak pytanie, czy będzie to z korzyścią dla Francyi; jeżeli Austrya nie poprze jej, nie porzuci polityki ciągłego wahania się i jeżeli pozostanie neutralną?“

**Wiedeń** 11 maja.

*(380-te posiedzenie Izby deputowanych).*

Od rządu wniesiono dziś sprawozdanie węgierskiej deputacyi regnikolarnej; rozdano zaś w druku projekt ustawy o pokrycie kredytu 60 milionowego.

Po przekazaniu tego projektu komisyi budżetowej, a projekta o subwencyi dla węgierskiej kolei Zachodniej komisyi kolejowej, uchwalono w drugiem czytaniu jeden z projektów reformy podatkowej, mianowicie ustawę o podatku rentowym, a to niemal bez dyskusyi, bo z drobną tylko zmianą stylistyczną dep. Krzeczunowicza w § 1-szym. Dep. Krzeczunowicz ograniczył się na poprawce stylistycznej, przewidując że poprawka merytoryczna przy znanem usposobieniu Izby nie zyskałaby większości; nie omieszkał jednak wykazać w przemówieniu swem, że jak w całej reformie podatkowej, tak szczegółowo też w ustawie niniejszej, wysławiany cel większej równości w opodatkowaniu jest ułudą, gdyż owszem nastąpi przerzucenie ciężaru podatkowego z jednych na drugich w duchu większej nierówności.

Treść krótkiej ustawy tej jest następująca: W miejsce podatku dochodowego, strącanego dotychczas przez kasy przy wypłacaniu procentów od obligacyj funduszów publicznych, od obligacyj stanowych, od pożyczek krajowych i od pewnych części długu państwowego, będzie pobierany podatek rentowy w wysokości 10%, który również zaraz będzie strącany przez kasy przy wypłacaniu procentów i dywidend. Niektóre z tych procentów, dotychczas osobnemi ustawami zwolnione od podatku, będą i nadal wolne.

Po uchwaleniu tej *ustawy ma* nastąpić dyskusya *nad ostatniemi* trzema projektami reformy podatkowej, mianowicie o zwolnieniach w podatku gruntowym, budynkowym i zarobkowym; wskutek wniosku jednak dep. Plenera, aby projekty te uchylono z porządku dziennego i aby dziś zamknąwszy posiedzenie, postawiono na porządku dziennym posiedzenia następnego projekt zmian w regulacyi podatku gruntowego, wywięzuje się obszerna dyskusya nad programem pracy parlamentarnej.

Dep. Krzeczunowicz sprzeciwia się wnioskowi Plenera, przemawiając mniej więcej jak następuje: Czuję się w obowiązku zabrać głos przeciw temu wnioskowi, przedewszystkiem zaś zwrócić się przeciw umotywowaniu jego. Szanowny preopinant powiada, że powstrzymane obecnie przez ministra prace klasyfikacyjne do regulacyi podatku gruntowego będzie można podjąć na nowo dopiero po załatwieniu projektu o zmianach w ustawie o podatku gruntowym z r. 1869 i dodaje, że załatwienie to jest przeto sprawą bardzo pilną. Na co wypada mi odpowiedzieć, że motywa tego nie uznają, albowiem powstrzymanie prac klasyfikacyjnych przez ministra jest mojem zdaniem nieprawne, mojem zdaniem minister nie ma prawa powstrzymywać biegu prac wykonawczych do przeprowadzenia ustawy. Nie sądzę też, iżby przy należytej rozwadze Izba mogła uczuć się skłonną do uchwalenia projektowanych zmian, sprzecznych z ustawą z r. 1869, jak np. wyparcie delegowanych przez komisye szacunkowe członków od udziału w pracach klasyfikacyjnych. Ustawa z r. 1869 nie potrzebuje zmian, ustawa w rzeczy głównej jest dobra; wadliwa zaś chyba o tyle tylko, o ile odstępuje od swego pierwowzoru pruskiego. Błędy są tylko w sposobie wykonywania jej, a pod tym względem cała wina spada wyłącznie na rząd jako na naczelnego kierownika prac wykonawczych. Udowodnię to szczegółowo, gdy projekt zmian stanie na porządku dziennym. Nakoniec muszę też oświadczyć się przeciw ponownemu przerywaniu obrad nad reformą podatkową, na czem znów ucierpiałby jasny pogląd na sprawę. Proszę przeto odrzucić wniosek Plenera.

Jakkolwiek w dalszym ciągu dyskusyi wniosek Plenera silnie był poparty przez depp. Schaupa, (który jednak co do merytorycznej strony projektowanych zmian zapowiedział, że niewątpliwie znajdzie się w Izbie bardzo wielu podzielających zapatrywania Krzeczunowicza), Rygera i Neuwirtha a w duchu przeciwnym przemawiał tylko jeszcze p. Graf i powtórnie p. Krzeczunowicz, (który teraz podniół jeszcze brak należytej w Izbie uwagi dla przedmiotu tak fatalnego, bo Izba obecnie niezdolna dosiedzieć spokojnie wobec niepokojących myśli o ugodzie z Węgrami)— odnosi jednak p. Krzeczunowicz świetne zwycięstwo nad Plenerem, którego wniosek odrzucono 109 głosami przeciw 60 głosom.

Następuje przeto ciąg dalszy dyskusyi nad reformą podatkową, mianowicie dyskusya nad projektem nowego wymiaru podatku gruntowego.

Paragraf 1szy przepisuje wymiar: *a)* na kraje, w których obowiązuje kataster stały, 24% czystego dochodu katastralnego; *b)* na Galicyę z ról pod pługiem 15 złr. 26 ct., z ogrodów i łąk 24 złr. 94 ct., z pastwisk, zarośli i lasów 30 złr. 52 ct. wal. austr. od każdej setki złr. monety konwencyjnej dochodu *brutto*, obliczonego wedle prowizoryum z r. 1820; *c)* na Bukowinę razem 324,000 złr.; *d)* na Tyrol z Vorarlbergiem 1½ razu tyle, co wynosi ordynaryum dotychczasowe.

Do paragrafu tego wnosi mniejszość komisyjna, złożona z depp. Beera, Auspitza i Schaupa, poprawkę, aby położono pod lit. *a* 26⅔%, pod lit. *b* 16 złr. 95½ ct., 27 złr. 71 ct., 33 złr. 91 ct., pod lit. *c* 360,000 złr., pod lit. *d* 1⅔ razu tyle.

W dyskusyi dep. Plener sprzeciwia się wszelakim zwolnieniom; dep. Krasicki (Rusin) przemawia za wnioskami większości komisyjnej; dep. Krzeczunowicz wnosi: odesłać § 1szy do komisyi, aby go przeobraziła na zasadzie, że wymiar podatku gruntowego powinien równać się wymiarowi dotychczasowemu po strąceniu jednak dodatku zastępującego obecnie podatek dochodowy. Mowca przedstawia swój wniosek jako bardzo skromny w porównaniu ze zwolnieniami w innych kategoryach opodatkowanych. Dep. Kronawetter przemawia za wnioskami mniejszości, aby usunąć niebezpieczeństwo zwolnień dla włościan kosztem drobnych przemysłowców; za co inni demokraci głośno oburzają się na mowcę, a dep. Fux, również demokrata, broni włościan przeciw „zapalczywie fiskalnym“ wywodom Kronawettera.

Tu przerwano obrady, a po odczytaniu dwu interpelacyj, nas zgoła nie obchodzących, zamknięto posiedzenie o godz. 2ej min. 30. — Następne we wtorek.

**Rzym** 8 maja.

(*R. F.*) *La Discussione*, dziennik neapolitański, podał dzisiaj list księdza, niegdyś Ojca Curci, odwołujący to wszystko, co tenże pismem lub słowem wypowiedział niezgodnego z doktryną Kościoła i poddający się całkowicie jego wyrokom. List przynosi chlubę autorowi, a radość wielkiej liczbie wielbicieli słynnego przez lat tyle jezuity, którego wystąpienie ze Zgromadzenia i ostatnia broszura stały się były powodem prawdziwego smutku dla wszystkich katolików, a zgorszenia dla wielu. Ale dzienniki liberalne, które dotąd listu nie podały, podają o nim w zamian fałszywe zupełnie szczegóły. Księdza Curci nie powołał Ojciec św., ani mu kardynał Franchi nie radził przybyć do Rzymu. Starzec, który całe życie służył Kościołowi wiernie, a piędziesiąt lat spędził w Zgromadzeniu, którego był chlubą, nie mógł nie spostrzedz się w końcu, że miłość własna z jednej, a namowy fałszywych przyjaciół z drugiej strony postawiły go nad przepaścią, a jeżeli nie odłączyły go od Kościoła, postawiły go jednak po stronie nieprzyjaciół religii. Sumienie kapłańskie przemówiło: ksiądz Curci sam, bez niczyjej namowy prosił o pozwolenie przyjazdu do Rzymu, by się poddać wyrokowi Stolicy św. i zastósować się do jéj żądań. Wszelka inna wersya jest fałszywą. Fakt to bardzo pocieszający, ale nic nie ma wspólnego z polityką teraźniejszą lub przyszłą nowego Papieża, jak to chciały wytłómaczyć niektóre organa albo jak zdają się pojmować niektórzy dyplomaci. Kościół nie był nic orzekł o zasadach broszury księdza Curci, ale nie mógł pochwalić postępowania kapłana, który własną nieomylność stawiał wyżej nad hierarchię duchowną. W zgromadzeniu przełożony miał prawo żądać od niego posłuszeństwa, a kiedy wystąpił, by się nie poddać dziwnie łagodnemu wyrokowi jenerała Jezuitów, *Stolica św. musiała zażądać, by się nie* usuwał z pod jurysdykcyi biskupa, do którego dyecezyi *należał. Dzisiaj* ksiądz *Curci* poddawszy się całkowicie swej legalnej władzy, może rozpocząć na nowo pracę w obronie praw Kościoła, której poświęcił był tyle lat swego zawodu, słowem, piórem i czynem walczyć skutecznie przeciw nieprzyjaciołom Stolicy św. Chcieć zaś z poddania się kapłana swej władzy legalnej wyprowadzać wnioski polityczne, znaczy to nie znać Rzymu, i nie mieć pojęcia o tutejszych stosunkach.

Mniej więcej to samo powiedzieć można o potępieniu przez kongregacyę indeksu książki p. Minghetti *Lo stato e la chiesa*. Dziennik *Italie* we wstępnym artykule podnosząc znowu wyrok kongregacyi do znaczenia politycznego, robi uwagę, że Kościół pozostał czem był i że byłoby błędem sądzić, iż Leon XIII będzie liberalnym papieżem. Uwaga bardzo prosta i słuszna, lecz nie mająca nic wspólnego z broszurą byłego prezesa gabinetu włoskiego. Jeżeli dopiero teraz spostrzega liberalizm, iż Kościół swych zasad nie zmienia i że Papież jest jego głową nieomylną nie zaś kolporterem politycznych mrzonek, to trochę za późno na ludzi mających pretensyę do rozumu i na dziennik wielkim kosztem redagowany dla dyplomacyi europejskiej. Minghetti pod osłoną umiarkowania, w formie grzecznej, prawie wykwintnej, z uśmiechem na ustach, który go nigdy nie opuszcza, odmawia Kościołowi boskiego jego ustanowienia i powołania, zaprzecza mu wszelkich jego praw, poddaje go pod jarzmo postanowień państwa, by przyjść do przekonania, że jedynym możebnym stosunkiem państwa do Kościoła jest zupełny rozdział ich obu, w którym naturalnie tylko państwo ma prawo urządzenia legalnego stanowiska dla Kościoła i zmieniania go wedle własnych potrzeb. Tych zasad, zresztą nie nowych, Kościół nigdy nie uznawał i nigdy nie uzna. Może rozgłos tej broszury przyspieszył jej potępienie, ale znowu śmieszną jest rzeczą myśleć, że śmierć Piusa a wybór Leona wpłynęły cokolwiek na postanowienie kongregacyi. Książka ta była wniesiona pod sąd kongregacyi za życia Piusa, a wyrok na nią zapadł przed kilku dniami dla tego, bo przyszła teraz z kolei pod rozbiór, jak mogła była przyjść później lub wcześniej. Czy po dziewietnastu wiekach dziejów chrześciaństwa dopiero teraz i to z powodu lichej broszury słabego polityka liberalnego ludzie mieliby się dowiedzieć, że Kościół pozostał tym samym, jakim go Chrystus pan postanowił i pod nieomylny kierunek Piotra postawił?

Zapewne, że te rzeczy dziwią w Kwirynale, bo tam pozwalają na kongres republikański i publicznie się chwalą przed dyplomacyą, że to właśnie stanowi siłę królestwa. Tymczasem p. Zanardelli skrajny minister skrajnego gabinetu uważał, że tym razem zanadto, czy też dla uspokojenia korony, chciał pokazać, że potrafi w jej obronie wystąpić. To że republikanie rzucają publicznie błotem na monarchię i rodzinę sabaudzką, to daleko mniej ważne, niż że w państwie, którego statut poręcza całość monarchii, może się publicznie zawiązywać pod opieką prawa stowarzyszenie republikańskie, odbywać miting republikański, zwoływać w stolicy kongres republikański. Wielu się tem cieszy, nie wiem czy szczerze, jako dowodem wolności, a tymczasem jest to dowodem tylko ze strony jednych ślepoty, drugich doskonale wytkniętego celu. Nie czas na trybuna i czapkę frygijską, więc nie będzie wybuchu, nowego wywrotu, ale i ten czas nadejdzie pod wpływem doskonale obmyślanej propagandy. Król jest, istnieje, panuje: jemu się kłaniać można, znosić go, ale obok tego króla powstaje pod opieką prawa stowarzyszenie, które organizuje się w biały dzień i staje jako nowa władza przy zwyczajając kraj powoli do tej myśli, że ten król niepotrzebny, do niczego i że bez niego doskonale obejść się można. Co w tej komedyi najlepszego, to interpelacya p. Nicotery, który z wczorajszego trybuna staje się dzisiaj stróżem prawa, a odpowiedź ministra, że pozwolił na zgromadzenie pod naciskiem dawnych swych przyjaciół politycznych. Kiedy w teatrze „Argentina“ sykano na samo wspomnienie Wiktora Emanuela i ogłoszono za nieprzyjaciół wolności tych wszystkich, których noga przestąpiła progi Kwirynału, jeden z książąt panujących, bawiący tu chwilowo, mówił naiwnie do pewnego dyplomaty: „widać że w naszych czasach rękojmią monarchii jest postawienie u steru władzy rewolucyi“.

---

N. Pan mianował starszymi lekarzami w rezerwie: Dra Włodzimierza Antoniewicza w szpitalu załogowym we Lwowie, zostawiając go na téj posadzie, Dra Antoniego Löwa w szpitalu załogowym w Krakowie, Dra Jerzego Kąkolniaka w pułku piechoty Nr 80, Dra Władysława Tatarczucha przy komendzie rezerwy pułku piechoty hr. Huyna Nr 13; Dra Samuela Kohna w pułku piechoty Rapprechta Nr 40; lekarzami asystentami zaś: Dra Tadeusza Krobickiego w pułku piechoty hr. Gondrecourt Nr 55.

---

**Wiedeń** 12 maja. Wydziały Izby deputowanych i komisye sejmu węgierskiego pracują teraz nad przedłożeniami ugodowemi, tak iż rzec można, że sprawa ugody w pełnym jest toku. W wydziale ugodowym toczą się rozprawy nad przedłożeniem o restytucyach podatkowych, lecz przybrały tak szerokie rozmiary, że ich wczoraj nieukończono. Co do treści ich tyle tylko zapisać warto, iż silny objawił się prąd, aby już raz doprowadzić do skutku dzieło ugody. Na końcu zaś posiedzenia wczorajszego zabierał głos minister skarbu bar. Pretis, który oświadczył, iż obowiązek sumienia nakazuje mu powtórzyć, że nie można żadnych zmian zaprowadzić w przedłożonych układach obu rządów. Jeżeli Izba jakiekolwiek zechce poczynić zmiany, ugodę należy uważać za rozbitą. „Rozważcie panowie, rzekł, czy godzi się stawiać państwo ze wszystkiemi jego żywotnemi interesami znów przed znakiem pytania. Nic lepszego nie dokonacie, a wobec żądanych przez was zmian, które w danych stosunkach nie dadzą się przeprowadzić, staje przed wami naglące żądanie ludów, aby raz wreszcie ugodę do skutku doprowadzić i raz już przecie wrócić do stałych stosunków.“ Mowę p. Pretisa przyjęto hucznemi oklaskami, co jest dowodem usposobienia większości, przychylnéj ugodzie Najwięcéj nieprzychylny sprawie restytucyj podatkowych jest p. Herbst i jak dzienniki twierdzą, być nawet może, że w wydziale utwierdzi to stanowisko jego uchwalenie wniosków rządowych natomiast w pełnéj Izbie rząd pewny jest, że mieć będzie większość.

Wydział budżetowy Izby deputowanych, któremu w sobotę przydzielono sprawę kredytu 60 milionów, zbiera się jutro na posiedzenie w celu obrad nad tym *przedmiotem*.

## Niemcy.

W sobotę wieczór już po zamknięciu dziennika otrzymaliśmy następujący telegram:

„**Berlin** 11 maja. Kiedy Cesarz z W. księżną Badeńską (córką swoją) dziś po południu o godz. 3½ wracał z przejażdżki do pałacu, w ulicy „pod Lipami“ dano kilka razy ognia z rewolweru do Cesarza. Cesarz jest nietknięty. Sprawca aresztowany.

W ciągu dnia wczorajszego nadeszło więcej telegramów o tym wypadku, które tu podajemy, o ile mieszczą jakie szczegóły:

*Nordd. allg. Ztg* w osobnym dodatku donosi: „JCMć wracał z W. ks. Badeńską w otwartym powozie ze zwierzyńca. Wtedy wyszedł z domu pod L. 6 *a* pod Lipami młody człowiek, podobno czeladnik siodlarski z Lipska, przystąpił bliżej i dwa razy strzelił z rewolweru do powozu. Oba strzały chybiły. Przechodnie rzucili się na zbrodniarza, który broniąc się strzelił jeszcze raz w tłum otaczający go, poczem wraz z domniemanym wspólnikiem, który zdawał się starać przeszkodzić jego ujęciu, został aresztowanym i zaledwie ochroniony przed rozdrażnioną publicznością, doprowadzony był do trzeciego okręgu policyjnego. Cesarz pojechał dalej do pałacu, który w kilku chwilach wielkie tłumy ludzi okrążyło. Samo się przez się rozumie, że wzburzenie ludności jest niezmierne; przeważa jednak wdzięczność dla Opatrzności, która drogą głowę Cesarza jeszcze raz przed najstraszniejszą zbrodnią zachowała“.

Bióro telegraficzne berlińskie Wolffa donosi: „...Zbrodzień dwa razy dał ognia z chodnika w pojazd, lecz chybił, przebiegł potem drogą dla jeźdźców na środek ulicy, ściganv przez publiczność. Kiedy go chciano ująć, strzelił jeszcze trzy razy, rzucił rewolwer i został przytrzymany. Pojazd cesarski zatrzymał się zaraz po wystrzałach a strzelec cesarski niebawem zeskoczył z kozła i miał udział w ujęciu sprawcy zamachu. W kilka minut później publiczność uchwyciła również „pod Lipami“ innego człowieka, który, jak mówią, chciał sprawcę uwolnić. Zbrodniarz ma być czeladnikiem blacharskim, imieniem Emil Henryk Max Haidel, przezwany Lehmann i pochodzi z Lipska. Zaprowadzono go do najbliższego bióra policyjnego, gdzie odbyło się pierwsze przesłuchanie. W mieście wielka liczba domów przybraną została chorągwiami. Przed pałacem tłoczy się lud ciągle i wydaje okrzyki na cześć Cesarza“.

*Schlesische Ztg* donosi w telegramie berlińskim, ze kula przedziurawiła pojazd cesarski. Cesarz podniósł się natychmiast w pojeździe, aby pokazać, że jest nietknięty. Sprawca jest podobno czeladnikiem siodlarskim z Lipska a także ma być w tę zbrodnię wmieszany jakiś czeladnik blacharski. „W publiczności poczytują fanatyzm socyalno-demokratyczny za powód czynu, lecz twierdzenie to wymaga sprawozdania“.

Inna depesza z Berlina z d. 11 wieczór do tejże gazety mówi: „Wieść obiega, że sprawca zamachu Haedel albo Haidel czy Hödel jest bez przytułku włóczęgą. Przy pierwszem jego przesłuchaniu obecnym był minister spraw wewnętrznych hr. Eulenburg. Człowiek aresztowany razem z Haedlem ma być jego wspólnikiem. Miasto przybrane chorągwiami. W pałacu cesarskim wielki dziś obiad a otacza go tysiące ludu wyprawiając pełne zapału owacye. W operze była wspaniała demonstracya przy odśpiewaniu hymnu narodowego W przedpokoju cesarskim tysiące osób zapisało się. Prezes Forkenbeck, wiceprezes bar Stauffenberg i tajny radca kancelaryjny Happel złożyli Cesarzowi życzenia parlamentu“.

Depesza Bióra korespond. wiedeńskiego nazywa sprawcę czeladnikiem blacharskim Hödel z Lipska. Drugi aresztowany podejrzany o udział zowie się Krüger, jest robotnikiem i pochodzi z Berlina. W ciągu wieczora powtarzały się bez przerwy manifestacye sympatyczne przed pałacem cesarskim w tłumach gęsto nadciągających z najdalszych przedmieść śpiewających himn narodowy. Cesarz kilkakrotnie ukazywał się w oknie.

*N. fr. Presse* podaje telegramy z Berlina z 11go wieczór, z których wyjmujemy następujące szczegóły: Cesarz kazał zejść z kozła strzelcowi i uspokoić publiczność, że jest nietknięty. Sprawca nazwiskiem Hödel, przezwany Lehmann, urodził się w Lipsku, ma lat 21, jest blacharzem, od 25go kwietnia przebywa w Berlinie. Był on przyzwoicie odziany w szarym letnim ubiorze. Zaprzecza, aby chciał Cesarza zastrzelić, lecz miał zamiar odebrać sobie życie. Zaprzeczają temu świadkowie, którzy widzieli, jak mierzył w Cesarza. Cesarz sam miał również to dostrzedz. Pewne skazówki każą wnosić, że Hödel należy do socyalistycznej demokracyi. Zeznania jego świadczą o wykształceniu szkolnem. Znaleziono przy nim egzemplarze dzienników socyalistycznych, między niemi *Vorwärts* (Naprzód!) oraz polecenie zbierania przedpłaty. Zajmował się on także roznoszeniem pism tego rodzaju. Opowiadał, że objechał Alzacyę i Lotaryngię oraz Szląsk, był nad Renem i w Westfalii, gdzie znalazł się w wielkiej biedzie i dlatego przybył do Berlina, aby się w oczach Cesarza zastrzelić i niejako dać krwią swą świadectwo o złym stanie robotników. Sprzeciwia się jednak temu zeznanie pewnego świadka, który już przed południem widział na jednej z ławek ulicy pod Lipami gromadkę młodych ludzi a jeden z nich trzymał w ręku rewolwer, drugi zaś do niego powiedział „spraw się tylko dobrze“! Współaresztowany jest służącym nazwiskiem Krüger. lecz udział jego w czynie nie jest jeszcze sprawdzony. Również nie ma jeszcze pewności, czy Hödel działał z polecenia jakiego stronnictwa lub z osobistego fanatyzmu. Znaczącem jest zaś, że w piątek był on jeszcze na zgromadzeniu socyalistycznem w ulicy Brunnenstrasse. Nieznanym, co winszował Cesarzowi, był poseł francuski, po nim przybyła reszta dyplomacyi, osoby wyższych stanów i władze. Miasto przystrojone chorągwiami.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 13 maja.

W dniu 10 b. m. odbył Wydział historyczno-filozoficzny Akademii umiejętności swe posiedzenie, na którem Dr Piekosiński czytał dalszy ustęp swej pracy o monecie i stopie menniczej w Polsce w XIV i XV wieku, mianowicie przedstawił wpływ groszy praskich na stopę monety polskiej w ciągu XIV wieku; wykazał, że monety Władysława Łokietka bite są wedle stopy groszy praskich Wacława II i Jana I; wreszcie objaśnił reformę monetarną wprowadzoną przez króla Władysława Jagiełłę w r. 1396, mającą na celu zrównanie monety polskiej z groszami praskiemi. W dyskusyi nad tym przedmiotem zabierał głos senator Dr Hoszowski, zwracając uwagę na wybijanie groszy praskich wedle lżejszej i cięższej stopy menniczej. Na posiedzeniu administracyjnem złożył sekretarz Dra Mosbacha: Kilka uwag nad rozprawą prof. Dra Smolki „Tradycya o Kazimierzu Mnichu“.

W sobotę dnia 11go b. m. odbyło się posiedzenie Wydziału filologicznego Akademii umiejętności pod przewodnictwem dyrektora Dra Estreichera. Przewodniczący przedstawił rozprawę Dra Bronisława Kruczkiewicza p. t. „O łacinie ludowej w Rzymie“, którą Wydział oddał do rozpoznania Drowi Mecherzyńskiemu. Następnie Dr Wisłocki odczytał swoją rozprawę p. t. „Gwalter Burleigh i Marcin Bielski“, którą złożono komitetowi redakcyjnemu.

— **Na pomnik Piusa IX w katedrze na Wawelu** złożyli: pp. Z. z Tomkowiczów Borowska 2 złr. srebrem, M. z Wężyków Tomkowiczowa 5 złr., składka z dekanatu Sanockiego 20 złr. 76 cent.

— Dla dotkniętej głodem ludności wiejskiej w Krośnieńskiem złożyli: J. S. A. 3 ruble, K. F. 3 złr., X. S. P. 50 cent.

— Wczoraj zakończył życie X. Józef Terlikiewicz, proboszcz unicki w dyecezyi chełmskiej w Hrudzie na Podlasiu, który przed trzema laty uszedł tu przed prześladowaniem z rodziną kilkanaście osób liczącą. Mąż wielkich cnót, kapłan pełen poświęcenia, stwierdził gorącą wiarę swoją i miłość ojczyzny, przyjmując tułactwo a z niem niedostatek dla siebie i swoich nad zaparcie się najświętszych przekonań swoich. Jest to jedna z tych cichych niemal nieznanych ofiar ucisku, zapisanych na kartach ostatnich lat naszej niedoli.

— W sobotę wieczór odbył się w kościele OO. Kapucynów ślub p. Mieczysława Witowskiego obywatela z pod Szczucina z panną Maryą Dziembowską, córką sekretarza Dyrekcyi policyi.

— Panna Adolfina Zimajer, wielce utalentowana artystka teatru lwowskiego, przybyła dziś rano do naszego miasta i wystąpi jutro po raz pierwszy na tutejszej scenie w dwóch rolach: Pawłowej w *Kawalerze marcowym* Blizińskiego i Elizy w krotochwili w *O chlebie i wodzie*.

— Hr. Jan Aleksander Fredro przejechał wczoraj wieczór tędy wracając z Warszawy, gdzie ułożył się z Gebethnerem i Wolfem o wydanie wszystkich dzieł ojca tak dawnych, jak i pośmiertnych w jednej pięknej edycyi. Druk rozpocznie się natychmiast.

— Wczoraj zaginął na Skałce 6 letni Wincenty syn Piotra Wałacha włościanina z Piasków Wielkich. Jest on włosów ciemno-blond, oczu piwnych, odziany w spancerek i majtki, na głowie miał czapeczkę okrągłą czarną, i boso.

— Z dniem 16 b. m. zaprowadzoną zostanie poczta osobowa z Krakowa do Szczawnicy, z dniem 17 zaś takaż poczta ze Szczawnicy do Starego Sącza, a odwrotnie ze Starego Sącza na Szczawnicę do Krakowa z dniem 18 b. m. Od 1go czerwca b. r. wejdą w ruch poczty osobowe między Lwowem a Lubieniem, tudzież między Rzeszowem a Iwoniczem. Porządek jazdy wszystkich tych poczt jest ten sam co w przeszłym roku. W Żegiestowie i Truskawcu z dniem 1 czerwca b. r. wchodzą w życie urzędy pocztowe na czas sezonu kąpielowego.

— Donosiliśmy już dawniej o częstych kradzieżach towarów idących kolejami żelaznemi Karola Ludwika i Cesarza Ferdynanda, a bywały wypadki, że szkoda przez nieznajomych złodziei zrządzona, dochodziła do kilku tysięcy. Dopiero temi dniami dowódzca żandarmeryi powiatowej krakowskiej p. Teodor Rudziński wyśledził sprawców, i część towarów skradzionych odszukał. Wywożono je zwykle do karczmy Bolechówki pod Niepołomice, a stamtąd wysyłano za granicę do Królestwa Polskiego, gdzie usłużne żydki czekały na tani towar.

— Poseł perski w Londynie Malcon Chan. który obecnie najął mieszkanie w hotel Metropol w Wiedniu dla Szacha, przejeżdżał w sobotę rano przez Szczakową do Władykaukazu, na spotkanie swego monarchy. Zaraz po przybyciu swem do Wiednia otrzymał poseł depeszę z Dżulfy, z zawiadomieniem, że Szach d. 9 maja wyjechał z granic Persyi.

— Minister wyznań i oświaty udzielił subwencyi historiografowi morawskiemu X. Drowi Dudikowi w celu zbadania rękopismów biblioteki Załuskich w Petersburgu. Beda Dudik znany jest z swego wystąpienia na zjeździe archeologicznym słowiańskim w Kijowie, gdzie sam jeden poparł ś. p. Działowskiego przeciw napaściom Gołowackiego na przeszłość Polaków.

— Bardyów powtórnie nawidzony został w d. 1go b. m. pożarem, który przy panującym gwałtownym wichrze 14 domów zamienił w perzynę. Ogień szerzył się z taką gwałtownością, że jak *Kaschauer Ztg* donosi, mieszkańcy zaledwo uratować mogli życie, a całe ich mienie aż do sukien spłonęło. Bardyów ma teraz przedstawiać przerażający widok.

— Czytamy w *Wieku* z soboty: Wczoraj sala Teatrzyku Dobroczynności w Warszawie przepełniona była wyborową publicznością, która z najżywszem zajęciem wysłuchała przedstawienia złożonego z „Kaloszy“ Jana Aleksandra hr. Fredry, i wyborowej w całem słowa znaczeniu komedyi Blizińskiego „Mąż od biedy.“ Na przedstawieniu znajdował się bawiący obecnie w Warszawie autor pierwszego ze wspomnianych utworów, hr Fredro, którego publiczność nader serdecznie przyjmowała. Podczas antraktu prezes Towarzystwa Dobroczynności wprowadził hr. Fredrę do sali sierót i te przyjęły gościa śpiewem i stósowną deklamacyą.

— Jak wiadomo na wystawie paryskiej wyznaczono osobne miejsce dla Polski, w którem mieszczą się starożytności i historyczne przedmioty. Dotąd niestety oprócz ks. Czartoryskiego i hr. Działyńskiego; bardzo mało osób przesłało okazy; a jeżeli i nadal miejsce przeznaczone dla nas na wystawie nie będzie lepiej i bogaciej zapełnionem, zamiast obrócić się na naszą korzyść, przyniesie nam tylko ujmę. Narzekamy na zaciekłość nieprzyjaciół, na obojętność dla nas innych narodów, umiemy się skarżyć, że nigdzie dla nas nie ma miejsca, a kiedy nam miejsce wyznaczą, nie umiemy go zapełnić ani z niego skorzystać. Zamożniejsze mianowicie domy w Galicyi powinnyby dołożyć starania aby polski kącik godnie się na wystawie paryskiej przedstawił, a stać się to może tylko wtedy, jeżeli wyślą one pamiątki i rzeczy sztuki które posiadają. Sekretarz Towarzystwa historyczno-literackiego p. Br. Zaleski wydał w tej mierze odezwę, którą umieściliśmy w Nrze 86 *Czasu* (z 13 kwietnia). Paki należy przesyłać wprost do Paryża, bez pośrednictwa komisyonerów; aby zaś wolne były od opłaty na kolejach francuskich, należy się postarać o odpowiednie etykiety, które p. Bron. Zaleski zgłaszającym się przesyła. Adres Sekretarza Towarzystwa historyczno-literackiego: *Quai d'Orléans 6.*

— Dzień 29 kwietnia, w którym przypadła 60-letnia rocznica urodzin cara Aleksandra, wielkie ma, jak piszą z Petersburga do *Berl. B. C.*, znaczenie i wywrzeć może wpływ na politykę wszechwładnego monarchy. Car zostawał w ostatnich latach pod brzemieniem zabobonnej obawy, że 60 lat nie przeżyje. Nigdy bowiem żaden z Romanowów, o ile historya świadczy, niedożył tego wieku. Car silnie był przekonanym, że nie będzie stanowił wyjątku w kolejach fatalnego losu. Kiedy przed rokiem W. księżna Helena przed 60tym rokiem umarła, Car w nieopisanej zostawał ciągle irytacyi. Od tej chwili tem bardziej się poddawał prześladującej myśli i usposobienie jego stało się tem posępniejsze. Od kilku dni, bo od północy 29 kwietnia, Car jest jakby odrodzonym. W zachowaniu jego objawia się łagodność i uprzejmość, które długo były mu obcemi. Przesąd, z którego Car szydzić dziś może, znajdował w tem usprawiedliwienie, że od wieków żaden z jego przodków i rodziny nie tylko nie przeżył, lecz nie dożył 60-go roku.

— W Londynie otrzymano d. 11 b. m. z Moville w Irlandyi wiadomość, iż na okręcie pocztowym „Sardinian“, który płynął do Ameryki, nastąpił wybuch. Okręt zupełnie spłonął. Z 400 podróżnych, trzech zginęło, 40 jest rannych.

**Wiadomości policyjne:** Straż policyjna przytrzymała: Ignacego Bobra, za kradzież pieniędzy Ant. Dąbrowskiego, ślusarczyka, za kradzież różnych wyrobów ślusarskich u majstra swego; Izaaka Schwarza; za kradzież syfonów z wodą sodową; Annę Ladrową, za zaniedbanie opieki nad chorem dzieckiem wziętem na wychowanie i pogrzebaniem zwłok jego przed domem bez oględzin lekarskich; trzy osoby za pijaństwo.

— Szymon Baran w Kantorowicach, włościanin, udławił się mięsem i umarł.

Wczoraj odebrano na Skałce od osoby podejrzanej pugilares z pieniędzmi, zapewne skradziony.

W policyi złożono dwa kluczyki na łańcuszku, znalezione wczoraj w ulicy Floryańskiej.

**TEATR.** — We wtorek dnia 14go maja: Pierwszy gościnny występ p. Adolfiny Zimajer, artystki Teatru Lwowskiego: Komedya w 1 akcie J. Blizińskiego: *Marcowy Kawaler.* — Komedya w 1ym akcie z francuskiego: *Mąż pieszczony.* — Krotochwila w 1 akcie ze śpiewami J. Miłkowskiego: *O chlebie i wodzie.* — Początek o godz. wpół do 8ej.

— Dnia 11go i 12go maja pogoda; termometr d. 11go od 0·8 doszedł do 14·5, zaś dnia 12go od 1·5 do 14·5 C. — Barometr zwolna opada; o 6ej rano dnia 13go maja stan jego był 740·8 milim., termometru 3·4 C. — Wiatr północno-wschodni.

— We wtorek dnia 14go maja: Św. Bonifacego męczennika.

## Gospodarstwo, przemysł i handel.

*Zamknięcie rachunku Kasy Oszczędności miasta Tarnowa w siedmnastym roku istnienia 1878 roku.*

Rachunek zysków i strat.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Procent od wkładek wypłacony . 11,315 złr. 94 ct. | | | |
| skapitalizow. 49,888 złr. 74½ „ | 61,204 68½ | | |
| Koszta administracyi . . . . | 5,886 78 | | |
| Odpisano zaliczkę b. kasyera . . | 11 24 | | |
| Opłacono procet od pożyczki na zastaw własnych papierów . . . | 1,091 19 | | |
| Dochód z procentów od wekseli . | | | 16,946 56 |
| „ „ hipotek . | | | 44,347 90 |
| „ „ zastawów. | | | 4,497 52 |
| Zysk na sprzedanych i wylosowanych papierach . . . . . | | | 635 24 |
| Dochód z kuponów . . . . . | | | 12,634 41 |
| Nadwyżka kosztów prawnych . . | | | 190 29 |
| Saldo zysk . . . . . | 11,078 2½ | | |
| | 79,251 92 | — | 79,251 92 |

Tarnów dnia 31 Grudnia 1877 r.

o przypadkach,
niała poruczyć Austryi spełiadomo, że od kilku tygo- ma tu mowy, jak o okunieć o artykułach *Pressy*, wojskowe w tym celu są wczorajszy *Tagblatt* był *ordre de bataille* i wymiewyprawy tj. jenerała Fiszeć i czytać można prawie przynajmniej na teraz nie nie ma powodu ani podstaBośnii i Hercegowiny. Jutro a w tym kierunku złożyć zeniu Wydziału budżetowena publicznem posiedzeniu assy nigdy nie miał zamiaru Ponieważ ostatniemi dniami iż nie obeszłoby się bez ej i bez przeszkód i intryg górców i Rosyan. Zgoła ną, że trudno powiedzieć, niesie. Najboleśniej uczuć dodatniego, którego przyność.
wrotu dziejowego nie wygacya, potrzeba koniecznie iejś chorągwi, pod którą ększość ludów austryackoAndrassy wyklucza myśl vie zajęcia Bośni i Hercejej strony nie chce zgodzić , musi być przygotowanym e gdyby Rosya nie zrobiła skazówki ks. Bismarka: y hr. Andrassy musiałby m francuskiem: *qui terre* drassy zdał sobie sprawę

łaski i przyjaźni monarraj bawiący tu Namiestnik dziennikom niektórym do mianowicie, jakoby dłuż. Potockiego miał na celu aby głosowali za kredytem arz ten jest śmiesznym. Taki m, ponieważ nikt nie wat-

nosiły 389 milionów, tegoroczny zaś budżet wydatków na samą Austryę wynosi tylko 32 miliony mniej; a nie wydatki wojskowe sprawiają tak znaczne podwyższenie wydatków w ogóle, bo w roku 1862 wspólny budżet wojskowy wynosił 136 milionów, podczas gdy dzisiejszy austryacki wynosi 88 milionów. Anormalnemu pod względem finansów położeniu rzeczy nie zaradzi się nowemi podatkami; równowaga w budżecie zawisła w znacznej części od równowagi politycznej między ludami Austryi. Potrzeba zmienić konstytucyę, poręczyć ludom swobodny rozwój na podstawie narodowej i rozszerzyć autonomię królestw i krajów. Po ustępie poświęconym sprawie wschodniej, który z długiego przemówienia tego najmniej był dosłyszany w oddali a podobno niepozbawiony interesu, mówca oświadcza, że głosować będzie przeciw dyskusyi szczegółowej, pragnąc stworzenia prowizoryum budżetowego celem objęcia rządów przez inne ministerstwo.

Dep. Obentraut przechodzi cały budżet tak szczegółowo, że prezes zwraca mu uwagę, iż w dyskusyi ogólnej nie pora do tego. Mówca powstaje przeciw zbyt wysokiemu obliczaniu wielu pozycyj i zapowiada długi sereg wniosków w dyskusyi szczegółowej o skreślaniu dość znacznych nieraz cząstek, prosząc, nie aby te wnioski przyjęto, lecz, aby im poświęcono tylko uwagę.

Dep. Schönerer: Zważywszy, że z powodu niesłychanie długiej sesyi rozprawy budżetowe zastępują nam adresowe, muszę tu poddać krytyce postępowanie rządu, która to krytyka doprowadzi mię do głosowania przeciw budżetowi. Poprzednio jednak nadmienię, że głosowałem przeciw ugodzie z Węgrami dla tego, iż jestem zwolennikiem unii personalnej z Węgrami, a ścisłego przymierza z Niemcami. Tu mówca przechodzi do krytyki rządu i parlamentu, przedstawiając członków Izby jako *demi-monde* i rzezańców, gotowych do usług na każde skinienie rządu.

Prezes powołuje mówcę do porządku.

Dep. Schönerer mówi dalej: Lud przywykł już uważać parlament tylko jako machinę do pochłaniania dyet.

Prezes po raz drugi surowo karci mówcę.

europejskie, prócz doli chrześc losu Polaków pozostających pod pano skiem?

„Na zapytania te mam zaszczyt imieniem rządu co następuje: Co się pierwszego, c. k. rząd może stwierdz po pojawieniu się odnośnych doniesie cyach spełnionych jakoby z strony poddanych austro-węgierskich, zarządz ślejsze z urzędu dochodzenie sprawy, niesienia pozostały zupełnie niepo ne z urzędu (*brawo!* z klubu praw punktu drugiego, c. k. rząd ma zasz czyć, że zamierzony kongres za zgod europejskich ma na celu wyłącznie tyl wcze uregulowanie spraw wsc W tym to duchu c. k. rząd wystosow carstw podpisanych na traktacie parys szenie na kongres. Wszelaki przeto inn pozostanie wykluczony z pod narady eu

Izba przystępuje do porządku dzienn dalszego ciągu dyskusyi ogólnej nad b

Dep. Fanderlik odpowiada nasam mowiczowi, że dziwi go niekonsekwenc powstających przeciw rządowi z tylu jednak ustawicznie głosujących za rząd dząc do rzeczy, wytyka mówca rządov ktyce nie trzyma się zasady oszczędn sztą z niejakim skutkiem staćby się ministracyi tylko przez rozszerzen gminnej, skoro w administracyi rzą biurokratyzm najszkodliwszego rodzaju tykuje następnie działalność i stanc który stracił nawet już własnego str fanie. Już od ostatnich rozpraw budż trudniej było rządowi zyskać większo swoich projektów, a w czasach osta do tego, że musiał uciec się do sztucz aby zapobiedz głosowaniu nad proj Rząd ten wykrzywia parlamentaryz instytucye państwowe, aby tylko nie w praktyce słowa wyrzeczone teor ministra-mówcę, że parlament jest ins

…sobie zamknąć

…dzenia o godz. 1 min. 20. — Na-
…działek.
…się jeszcze do głosu wśród rozpraw
…ep. Czerkawski, aby odpowie-
…czki dep. Naumowicza.

Czas

**Poznań** 6 marca.

…o-katolicki zwołany na jutro; o ile
zebranie będzie bardzo liczne. Z pe-
…valoną zostanie deputacya do Rzymu
…e do adresu wychodzącego z Krako-
odznacza jędrnością i siłą zarówno
odnosi do wyrazu hołdu i wierności
…olicy Św., jak i w tem, co się odnosi
narodu. Z komitetu lwowskiego, w któ-
…dział dwóch redaktorów *Gazety Na-*
…iono tutaj pewne kroki, które nawet
wybór komisyi w celu porozumienia.
…ze dowody nawrócenia, wszelako ini-
…rony politycznych neofitów w kierun-
nie może wzbudzać zaufania.
…onacyi Ojca Śgo miasta i wioski na-
…iluminacyę. Kupcy nasi ledwo podo-
…daniom transparentów z portretem
…o godłami papiestwa.
…mierzają obdarzyć nas jakąś ordy-
…ą przykrojoną w ten sposób, aby
…niła zbyt szerokich atrybucyj. Nad
…wy obradują w ministerstwie spraw
…ako mężowie zaufania: naczelny pre-
dwóch prezesów rejencyi i kilku
…rza to nawet niemieckie organa, że
…ów, żaden nawet Niemiec z Księ-
…ego powołanym nie został, lecz tyl-
…tórzy od lat kilku do kraju zostali

…ów trwa niby kryzys ministeryalna
…nia dłoni ks. Bismarka z p. Camp-
całej Izby. Mimo tej sceny przy-

dalsze utrzymanie kosztem gminy, atoli inne dzieci nieprawego łoża kosztem fundacyi śp. Kitowskiego do ukończonego 4go roku wychowywane przyjmie na koszt gmina tylko wtedy, jeżeli dzieci te co do ich pochodzenia jako przynależne do gminy będzie można uważać.

Podczas głosowania przyjęty został wniosek odraczający r. m. Dra Warschauera.

Po załatwieniu jeszcze dwóch spraw osobistych zakończono posiedzenie o godz. 8éj wieczór.

T. Mana 1878

Z Wiednia dochodzi nas odpis adresu wręczonego dnia 7 b. m. nuncyuszowi apostolskiemu Arcybiskupowi Jacobiniemu przez dep. X. kanonika Ruczkę imieniem naszego Koła poselskiego, którego brzmienie jest następujące:

*Excellence!*

*Les soussignés députés polonais au Conseil d'Etat autrichien prient Votre Excellence de présenter leurs très humbles hommages et l'assurance de leur fidélité et devouement au Saint-Père Leo XIII.*

(Ekscellencyo! Podpisani posłowie polscy w austryackiej Radzie państwa proszą Waszą Ekscellencyę, byś złożył Ojcu Ś. Leonowi XIII ich hołdy najniższe i zapewnienie wierności i przywiązania):

Kazimierz *Grocholski*. X. Ludwik *Ruczka*. Władysław *Haller*. Oton *Hausner*. Edward *Dzwonkowski*. Euzebiusz *Czerkawski*. Ludwik *Wolski*. Jan *Krasicki*. Apolinary *Jaworski*. Józef *Jasiński*. Hr. Zdzisław *Tyszkiewicz*. Roman *Włodek*. Ludwik *Skrzyński*. X. Stefan *Kaczała*. Walenty *Benc*. Edward *Gniewosz*. Kornel *Krzeczunowicz*. Maurycy *Kabat*. Eustachy *Rylski*. Tomasz *Horodyski*. Jan *Czaykowski*. Zygmunt *Kozłowski*. Seweryn *Smarzewski*. Kornel *Ujejski*. Leon *Chrzanowski*. Karol *Bartoszewski*. Ignacy *Kamiński*. X. Jan *Chełmecki*. Dr. Ferd. *Weigel*.

---

N. Pan mianował fmp. bar. Józefa Gallinę, komendanta 30ej dywizyi piechoty, komendantem …w Krakowie (pierwsze doniesienie o

…Polacy rozrzuceni
Rozesłane po kraju arkusz
żądanem byłoby, aby spiesz
gdyż przed wyjazdem deput
wione w księgę. Adresy od
dnictwem Administracyi *Cza*

---

**Wiedeń** 8 marca. Wcz
mieli posłuchanie u Cesarza
Tisza, Szende i Szell, które
nę. Potem odbyła się u hr.
cya ministrów wspólnych, na k
zostali prezesowie gabinetów
wie skarbu. Wspólna rada m
dnictwem Cesarza odbyła się
o godz. 4ej i trwała godzinę
że zajmowano się tam nie t
łożeń dla delegacyj, lecz także
nem „wyczerpująco w każdy
cu dziennik ten dodaje: „W
maitych dzienników, że kr
cyj służyć ma na pokrycie
i Hercegowiny są bezpodsta
O pierwszem posiedzeniu
znajdujemy stanowcze wiado
5ej po południu zebrali się
węgierskiej na konferencyę,
p. Tisza, że posiedzenie d
w sobotę, ponieważ nie m
dniem zebrać posiedzenia de
hr. Andrassy chce w jednym
wnieść w obu delegacyach
żenia. Posiedzenie delegacyi
tedy na sobotę na godz. 11
dług *Presse* zaś posiedzenie
odbędzie się o godz. 3ej po
— Głos publicznego sum
się w Anglii i w Austryi dla
egzekucyj wojskowych w Bu
sę rosyjską i wywołuje odpo
nia istnieniu faktów, odnosić
danych austryackich. *Gołos*
do świadectwa swego specy
którego w osobie barona Ga
austryackiej z wiedzą i za z
…du na teatrze wojny przebyw

Nr. 21 Kraków, 25 Stycznia — Piątek

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| w Państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi nieszwracają się, lecz bywają niszczone.

Pr

**W Krakowie:** Administrac
garnia S. A. Krzyżanowskiego,
od miejsca wiersza drukiem dr
**Nadesłane** (na 3 stronnicy
**Dołączenia do „Czasu“**
100 egzempl. dla zamiejscowych
należytość uprasza się **naprz**
przyjmują: **w Paryżu** wyłącz
waki, Faubourg Poissonière 33)
sie a. M., Berlinie, Lipsku, Ba
Masse (także w Berlinie, Hamb

## Ogłoszenie przedpłaty.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem na miesiąc Luty złr. 2·50
Od 1go Lutego do końca Marca „ 5.—
Z przesyłką pocztową w państwie Niemieckiem na m. Luty . . . . 6 marek
Od 1go Lutego do 31 Marca . 12 „

☛ Prenumerata liczy się tylko od **pierwszego** do ostatniego dnia w miesiącu.

## Od Administracyi „Czasu“.

☛ **W dniu 19 Stycznia b. r. otwartą została Ajencya „CZASU“ we Lwowie w głównej Trafice Nr. I przy ulicy Halickiej Nr. 4. Ajencya ta upoważnioną jest do przyjmowania prenumeraty, inseratów i sprzedaży pojedynczych Nrów „CZASU“.**

## Kraków 24 stycznia.

Uzupełniamy według *Monda* okólnik J. E. sekretarza Stanu kardynała Simeoniego wystosowany do Nuncyuszów uwierzytelnionych przy obcych dworach, w sprawie prześladowania Kościoła katolickiego w Rosyi i w Polsce resztą dokumentów.

Nr. II.

*List J. Em. kardynała sekretarza Stanu do księcia Urusowa, przy przesłaniu memoryału papieskiego.*

Mości książę! Ciężki i bolesny stan w jakim się od dawnych lat znajduje religia katolicka w obszernych państwach N. Cesarza rosyjskiego i króla polskiego, nieprzestawał zwracać na siebie wielokrotne uwagi Papieża, który piastując dostojną godność najwyższej Głowy powszechnego Kościoła, ma nieunikniony obowiązek czuwania nad pomyślnością i nietykalnością wiary ludów rozproszonych w całym świecie.

Znane są dobrze rządowi rosyjskiemu nieustanne i niezaniżone usiłowania, jakie łożył J. Świątobliwość aby polepszyć ten smutny stan rzeczy i otrzymać od tego rządu odwołanie ustaw, aktów i dekretów obrażających zarazem ustawę boską Kościoła i sumienie biskupów, księży i samych wiernych.

O usiłowaniach tych świadczy kilka aktów papieskich, które w miarę ważnych okoliczności, musiały być ogłaszane, aby odjąć wszelki powód zgorszeniu, jakieby wywołać mogło na szkodę sprawy katolickiej milczenie najwyższego Pasterza. O tych usiłowaniach świadczą konferencye i kroki w różnych epokach czynione przez Stolicę św. do c. k. rządu, równie jak reklamacye przesyłane wprost przez Ojca św. w formie listów papieskich do samego monarchy rosyjskiego, lub udzielane w jego uświęconem imieniu reprezentantom rządu cesarskiego przez kardynała sekretarza stanu.

W. Ekscelencya mogłeś sam na rozmaitych posłuchaniach, jakie w pewnych okolicznościach otrzymywałeś od Papieża rzymskiego, przekonać się wnie jak jego poprzednicy, jak żywemi były niepokój i udręczenie Jego duszy wobec bolesnego stanu spraw religijnych w cesarstwie. I tak świeżo Ojciec św. przesłał za pośrednictwem W. Ekscelencyi do dostojnego Cesarza rosyjskiego skargi i reklamacye, których niepomieszkałem sam często W. Eks. powtarzać, mając sposobność poufnie rozmawiać z Nim o tym przykrym przedmiocie.

Lecz powiedzieć należy, że wszystkie te usiłowania, cała pieczołowitość, szczególnie w ostatnich czasach żadnego nie osiągały skutku. Przeciwnie prześladowanie zamiast zwolnieć, przybrało rzec można, coraz groźniejszy, coraz niebezpieczniejszy charakter dla nietykalności wiary ludów katolickich w Rosyi i w Polsce, jakkolwiek jednak dotąd nie osiągnięto celu, jaki doradzać się zdawał tak okrutne postępowanie.

Gdyż w istocie, jeżeli prześladowanie obala porządek hierarchiczny Kościoła i przeszkadza swobodnemu wykonywaniu religii, to zamiast osłabić męstwo wiernych, zagrzewa ich do znoszenia nowych i coraz cięższych doświadczeń; lud umacnia się w wierze wpośród mąk i gwałtów, gotów raczej przelać krew swoją niż porzucić religię swych ojców. Wierni wśród niebezpieczeństw prawodawstwa, które zagraża karami i wygnaniem wykraczającym, nieprzestają według prawidła, jakiego im dostarcza ich pobożność i wiara, zwracać się ku wspólnemu Ojcu, aby mu odkryć swoje trwogi i skrupuły sumienia, jak również smutny stan spraw religijnych we wszystkich dyecezyach pod panowaniem rosyjskiem.

I jak gdyby nie wystarczały częste i szczegółowe sprawozdania, jakie od czasu do czasu przesyłane są Stolicy św., bolesny krzyk tylu sumień zgwałconych i uciśnionych dał się w końcu słyszeć aż w najodleglejszych stronach świata, dzięki urzędowemu ogłoszeniu aktów dyplomatycznych rządu niekatolickiego, który idąc niegdyś tą samą drogą, ujrzał się siłą doświadczenia przywiedzionym do opuszczenia jej, aby przywrócić pokój sumieniom, trwałość tronowi i pomyślność całemu narodowi.

Według tego nikt nie może twierdzić w dobrej wierze, że odpowiedzialność za grozę ciężącą nad ludnością katolicką w Rosyi, tejże ludności przypisać należy, szczególniej zważywszy że święta nasza religia wszczepia w synów swoich uległość dla władz ustanowionych, byleby to niebyło z krzywdą ich wiary. Przeciwnie każdy przyznać musi że trudności na jakie rząd cesarski napotyka z wielką szkodą sprawy publicznej, wynikają właśnie z wojny, jaką prowadzi z wiarą swoich poddanych, tak że lud postawiony w twardej alternatywie albo odszczepieństwa od wiary swych ojców, albo oporu przeciw pokusie i gwałtom, znajduje się w stanowczej potrzebie stosowania się do przykazu Boskiego, który każe słuchać raczej Boga niż ludzi.

W obec takiej sytuacyi, która się nadal staje nieznośną i domaga się bacznej i skutecznej pieczołowitości ze strony Stolicy św., Ojciec Św. ty rozkazał przedłożyć rządowi cesarskiemu szereg opłakanych faktów i ustaw, które obalają boską ustawę Kościoła w Rosyi; gdyż Ojciec Św. żywi jeszcze nadzieję że w obec całej niesprawiedliwości środków przedsiębranych na szkodę Kościoła katolickiego, położony zostanie kres sytuacyi tak gwałtownej, przez przyjęcie postanowień niebędących wcale w sprzeczności z ustawami Kościoła i z zobowiązaniami przywiązanemi do uświęconych funkcyj jego pasterzy i sług.

Niechaj rząd cesarski wie o tem, że Głowa Kościoła nie może się stawać kamieniem obrazy dla wiernych, gdyby przeto na nieszczęście słuszne jego domagania się pozostały jeszcze tym razem bez skutku, musiałby powziąć inne postanowienie, któreby go osłoniło od odpowiedzialności ciężącej na jego dostojnej Osobie. Dla tego mam zaszczyt przesłać W. Ekscelencyi dołączone dokumenta, w których wyłuszczone są główne punkta odnoszące się do ustaw, dekretów i rozporządzeń, które zwracały na siebie uwagę Stolicy św., a których żąda zniesienia.

Rząd JCMości przekonał się przy innej sposobności, że Stolica św. uprzejmie przyjęła pewne propozycye zgody, które służyły dotąd za podstawę układów zaszłych między obu rządami. Dziś przedewszystkiem pożądanem jest wykonanie tego traktatu i spodziewać się należy, że jak dawniej dostojny ojciec panującego monarchy przyjął domagania się ś. p. Grzegorza XVI podczas wizyty oddanej temu dostojnemu Papieżowi, również i cesarz Aleksander w swej słuszności i sprawiedliwości, zechce dziś okazać się chętnym na głos J. Świątobliwości i nadać pokój ludności katolickiej, która oczekuje od niego zupełnego przywrócenia wolności wykonywania religii w jego posiadłościach w Rosyi i w Polsce. Korzystam i t. d.

Rzym, z sekretaryatu Stanu.

Nr. III.

*List Jego Em. Kardynała sekretarza Stanu, w którym zawiadamia JEks. księcia Urusowa że między nim a Stolicą wszelkie usiłowane stosunki półurzędowe ustały.*

Mości Książe! Skutkiem obelgi wyrządzonej Stolicy św. przez W. Ekscelencyę, obelgi, której innego przykładu nie spotyka się w historyi stosunków Stolicy św. z obcemi rządami — to jest skutkiem tego, że W. Ekscelencya nie zawiadomiwszy nawet przez dwa tygodnie o otrzymaniu, zwróciłeś nam ważną notę dyplomatyczną, jaką sporządziłem i która wręczoną mu została w celu przesłania jej rządowi cesarskiemu w Rosyi. — Ojciec św. po dojrzałej rozwadze postanowił kazać zawiadomić pana za mojem pośrednictwem, że wzbraniając się przesłać swemu rządowi wspomnionych dokumentów, W. Ekscelencya uczyniłeś bezpotrzebnemi dalsze stosunki, jakie utrzymywałeś dotąd z Sekretaryatem stanu.

Przykro mi również, że jestem zmuszonym dodać iż ciężka obraza wyrządzona tym aktem, najdostojniejszej władzy, jaka jest na ziemi, nie dozwala, aby J. Świątobliwość, ani ja, mogliśmy nadal przyjmować W. Ekscelencyę, bez poprzedniego odpowiedniego zadośćuczynienia.

W obu tych postanowieniach zawiadomionym zostanie rząd cesarski w podwójnym celu: to jest aby się dowiedział o tem co zaszło, oraz aby dowiedzieć się o jego zamiarach co do następstw aktu osobistego, który zmusił Ojca św. do podobnego kroku.

W tem uczuciu ponawiam W. Ekscelencyi wyraz mego poważania.

Rzym, z Sekretaryatu Stanu.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Wiedeń** 23 stycznia.

△. Pomimo nieustannych od dni kilku w dziennikach tutejszych doniesień o przesileniu gabinetowem, przesilenie to nie nastąpiło, gabinet ks. Auersperga nie podał się do dymisyi, a położenie rzeczy jest takie, jakie przedstawiłem w liście z 19 t. m., to jest ministrowie austryaccy na naradzie w zeszłym tygodniu z ministrami węgierskimi, zobowiązali się popierać w Radzie państwa przyjęcie bez zmiany ułożonego przez oba rządy projektu taryfy celnej, oczekującego podwyższenie tak ceł protekcyjnych, korzystne dla krajów niemiecko-austryackich, jak i ceł finansowych, żądane w zamian przez Węgrów; ministrowie węgierscy oświadczyli wówczas, że czują się w możności ten projekt taryfy w Izbach węgierskich przeprowadzić, natomiast ministrow
cy przedstawili, że wątpią w przyjęcie
kszość Izb tutejszych podwyższenia cła
szczególnie od nafty, lecz pomimo tego
rali cały projekt niezmieniony i oświadc
przyjęcie go znagli ich do cofnięcia si
rządu.

Taki stan rzeczy przedstawiłem w pr
ście i taki jest rzeczywiście, a przeciwne
głoski są mylne. Sądzę nawet, że poniew
żniejszym stanie rzeczy Cesarz nie przy
syi ani austryackiego ani węgierskiego ga
przez cofnięcie się jednego z nich od s
odwleczonąby była ugoda między obu pol
narchii, przeto groźba ustąpienia użytą
przez ministerstwo, jako nacisk w celu in
do przyjęcia bez zmiany projektu tar,
mianowicie do przyjęcia podwyższenia cł
do 8 złr. i opodatkowania też. o co gł
się toczy i z czem większość Izby nie
uważając słusznie, że podwyższenie cen
szkodliwy wpływ na produkcyę w ogóle
dalej, że chociażby Izba odrzuciła podw
ol nafty i opodatkowania tejże, gabinet
perga pozostanie u steru rządu, a
w części od podwyższenia ceł protek
tej podstawie ułoży się z rządem
zmianę projektu taryfy celnej. Prz
potwierdza wiadomość, że ministrowie
ją jeszcze przybyć dla narady z aust
puszczenie wieści, jakoby toczyły się
Schmerlingiem, to hr. Hohenwartem
nowego gabinetu, są tylko środkiem
stronnictwa w Izbie. — W każdym r
taryfę, wynikły z błędów popełniony
stra handlu przy jej ułożeniu, jak
przedstawiałem, i spóźnienie przez
gody jest bardzo niefortunnym wy
naprężonego i groźnego położenia z
W położeniu zewnętrznem ta zdaj
na, iż rząd austryacko-węgierski po
w Konstantynopolu zastrzeżenia p
przez Turcyę z Rosyą bez udziału i
takiego pokoju, któryby naruszał i
spokojnie przygląda się posuwaniu
ku Stambułowi i ku Gallipoli. Tutej
pisma twierdzą, iż rząd austryacko-w
pewnienia z strony Rosyi i Niemiec,
ciu pokoju interesa Austryi nie będą
dzę, że daleko ważniejszą dla mon
kiej, niż te czcze słowne zapewnieni
nowania jej interesów, jest taki fakt
czy, że zgromadzeniem 150,000
dmiogrodzie i kilkudniowym ich po
może odciąć wszystkie wojska rosy
Dunajem podczas, gdy druga armia
głaby się posuwać bez oporu ku W
na takie działanie zezwoliło cesar
Jeżeli sprawdzi się ostatnia wiadom
ny, że część wojsk rosyjskich jenera
wa się ku Gallipoli dla zajęcia teg
rząd angielski czeka jeszcze bezczyn
doniesienie o warunkach, pod któr
wać będzie o pokój, — fakt ten ok
chwiejną jest polityka Anglii. Alb
panujące nad Dardanelami, jest w
dla Anglii, niż Konstantynopol, do
twierdzą, pragnie koniecznie wejść
i tam dopiero traktować o pokój.

**Wiede**

(329 te *posiedzenie Izby dep*

W dwunastu minutach trwania p
szego załatwiono co następuje:

tem wyjdzie, niż gdyby miał się zaopa-
wyroby berlińskie.

---

dzień 23 stycznia. Wydział budżetowy Izby
nych załatwił już budżet rozchodów mini-
oświaty, a następnie także uchwalono roz-
sach i domenach rządowych, którego refe-
ył Smarzewski. Z porządku rzeczy to-
rozprawy nad dochodami tego ministerstwa,
ano jednak jedne pozycye po drugich, tak
ya nieobudziła zajęcia. W końcu rozpoczę-
y nad budżetem ministerstwa skarbu.
le „dług państwa“ uchwalono na zapłacenie
w wydatkach zwyczajnych 83,116,086 złr.
rącenia 30,174,701 złr. przypadających na
a samo umorzenie długu państwa wstawiono
9 złr., — na Węgry wypada oprócz tego
— na zwrot długu bieżącego w wydatkach
ajnych 25,000,000 złr., na stratę na mo-
100 złr., zatem razem 35,000,000 złr.
niater wyznań i oświaty rozporządził, że u-
urlopów nauczycielom i nauczycielkom w se-
n nauczycielskich, jeżeli połączoną z niem
zeba opłacenia zastępcy lub remuneracya,
gólе jakiekolwiek koszta, potrzebuje wyra-
atwierdzenia ze strony ministerstwa. Rada
rajowa będzie więc mogła we własnym za-
dzielać urlopu do sześciu miesięcy tylko
ypadkach, jeżeli udzielenie to nie pociągnie
akichkolwiek kosztów. Jest to nowe ście-
trybucyj rad szkolnych krajowych.

---

## Teatr wojny.

ższe wiadomości z widowni wojny zgadzają
że jedna z kolumn rosyjskich wykonywa
morzu w kierunku miasta Gallipoli, poło-
półwyspie trackim, w miejscu, gdzie się
chodnia część Dardanelli. Gallipoli posiada
Jeden z tych portów odgradza od morza
ały półwysep, który w tym punkcie zwęża
raką tak, że szerokość jej nie wynosi
,000 metrów. Ustawienie w tem miejscu
i zamyka zupełnie żeglugę przez cieśninę
ocznie zapobiedz wpływaniu okrętów na
ora. Na początku obecnej kampanii An-
li owładnąć ten punkt, ażeby go Rosya-
li i nie zapobiegli przez to możności
h floty do Konstantynopola, gdyby bez-
tolicy tureckiej i interes angielski takiej
ch wymagać miały, ale Turcya, podej-
iary Angl i, nie chciała się na to zgo-
jąc, że sama ten punkt zdoła obwarować
cą obsadzić załogą. Przygotowywano też
e jakieś reduty, o których stanie jednak
statecznych wiadomości, ale przedewszy-
obecnie Turcyi na wojsku, któreby do
warowni wyznaczyć mogła. Wobec mar-
u Gallipoli okazać się dziś musi, czy
wiście zamierza interweniować w obecnej
takim razie musiałaby się teraz starać
Rosyan w Gallipoli, a przynajmniej flo-
w zatoce Bezika musiałaby przepłynąć
im się Rosyanie nad najwęższym punk-
śniny osadzą. Oddział turecki stojący
bazą w Czorli, t. j. w punkcie, gdzie
hopolska zgina się na zachód ku Gal-
ać tylko zdoła najwyżej przednie straże
skich, będzie się jednak musiał usunąć
większych sił. Zawsze jednak mógłby
późnić marsz Rosyan w tę stronę, gdyby
iście chodzić miało, a chodziłby o to
o w takim razie, gdyby się Anglicy
jeszcze godzinie do uprzedzenia Rosyan
zdecydować mieli, na co się jednak
nie zanosi.
na Czadaldży zostaje w związku z na-
rzylegającego do Carogrodu i z histo-
ycyami, w jaki sposób z niéj w da-
h korzystano. W miejscu gdzie nad
nora leży osada Bey Czekm, zaczyna
ka morska, która się na północ cią-
Czataldży. Zatoka ta zwęża znacznie
którym leży Carogród, tak że prze-
Czataldżą, leżącą nad ostatecznem
ej zatoki a leżącym już nad Czarnem mo-
runem nie wynosi więcéj jak 3 mile.
międzymorska poprzerywaną jest nad-
obnemi jeziorami, których pasmo ciąg-
nie się od zatoki Czataldży do Karabarunu. Rozstępy między jeziorami tworzą małe wyniosłości. Cesarz byzantyński Anastazy użył téj linii na wystawienie wzdłuż niéj muru znanego pod nazwą „Anastazyjskiego,“ który po kilka razy stał się skutecznym środkiem obrony przeciwko napadom barbarzyńców. Słynną jest szczególnie obrona tego muru uskuteczniona na czele małéj liczby wojowników przez Belizaryusza. Za czasów tureckich mur ten, nieżywany, popadł w zupełną ruinę i dziś już gdzie niegdzie tylko sterczą jego odłamki. Na téj to linii, po ostrowach między jeziorami, usypali teraz Turcy 54 redut częścią zupełnie zamkniętych, częścią we froncie tylko wykończonych a bokami o jeziora i bagna opartych. Linia ta stałby się mogła silną zaporą do wzięcia stolicy, gdyby mogłe być dostatecznie uzbrojoną i wystarczającą liczbą wojska obsadzoną. Trzysta armat w części pozycyjnych, w części polowych, których do jéj uzbrojenia potrzeba, możeby się jeszcze znalazły, ale 54 redut wymagają do skutecznéj obrony 54,000 wojska i przynajmniéj 50,000 w stosownych miejscach umieszczonych rezerw. Czy ta liczba się znajdzie, nawet łącznie z gwardyą narodową i z wojskiem Sulejmana, jeśli na czas z Kawali przybyć zdoła, ulega pewnéj wątpliwości.

Korpus Sulejmana, rzeczywiście uratowany, przybył już do portu Kawali nad morzem Egejskiem i ztamtąd miał na wybrzeże morza Marmory popłynąć. Urzędowy raport rosyjski podany wczoraj w treści brzmiącej nieco niebezpiecznie, mamy dziś w całéj rozciągłości. Wynika z niego, że tylko te siły, które broniły wąwozów Ichtymańskich, cofały się od Samakowa do Kudikiei w bliskości Filipopola, a porażone tu ponownie, uchodzić musiały w góry w kierunku Dermendere. Ile ich zostało, zbierać się zapewne będzie później w Drannie i Kawali. Sam zaś Sulejman wymaszerował już wcześniej ku Adryanopolowi, zostawiając w Filipopolu tylko 2,000 tylnej straży. Kiedy się jednak w Czyrpanie dowiedział o zbliżaniu się znacznych sił rosyjskich ku Adryanopolowi, osądził za właściwsze uskutecznić swój odwrót przez góry dospackie, najwygodniejszą drogą przez Stanimakę i Drannę do Kawali. Pozostawiona tylna straż w sile 2,000 ludzi, wyszła dopiero z Filipopola, kiedy Krüdener od północy zaczął do miasta szturmować. Parta oddziałem jen. Gurki zachodzącym jej ciągle od strony gór, musiała się cofać prosto na siły rosyjskie, maszerujące do Konstantynopola. W ostatniej jednak chwili udało jej się przemknąć bokiem tych sił przez Haskiei, leżące dwie mile na zachód Hermanli, gdzie już stali Rosyanie. Ztąd zwróciła się ku południowi i dąży w kierunku Gallipoli.

Na półwyspie bałkańskim powstaje teraz nowy teatr wojny. W Albanii i Tessali zaczyna się szerzyć powstanie Greków. W Atenach, po ustąpieniu poprzedniego ministerstwa, stanie zapewne Komunduros na czele rządu, coby znaczyło wojnę Grecyi z Turcyą.

---

Tirnowo 22 stycznia. (*Presse*). W. ks. Mikołaj uda się bez względu na skutek, jaki wezmą układy o rozejm, do Adryanopola, gdzie już znaczna część gwardyi stanęła.

Z Adryanopola wyruszyły już dwie kolumny w marsz ku południowi. Jedna z nich maszeruje prosto na południe, z widocznym zamiarem opanowania brzegów morza, czy jej celem jednak jest Gallipoli, niewiadomo. Druga kolumna udała się w kierunku Sorok-Cerkwi, trzecia z Jamboli maszeruje w kierunku wschodnio południowym.

Bukareszt 23 stycznia. (*Presse*). Komunikacya między Ruszczukiem a Turtukai przerwaną została przez wojska rosyjskie; obsaczenie twierdzy jednak w zupełności uskutecznionem nie zostało. Wojska tureckie z Rasgradu i Osmanbazaru rozpoczęły odwrót do Szumli.

Tyflis 22 stycznia. (*Presse*). Rosyanie opanowali okolice góry Czuruk. Turcy spalili klasztór Molas. Rosyjska kolumna z Ardanuszu posuwa się ku Artwinowi.

---

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 24 stycznia.

Wczoraj odbyło się posiedzenie Komisyi balneologicznej, na którem po przemowie prof. Dra Korczyńskiego zebrani członkowie uczcili pamięć zmarłego Dra Dietla założyciela i przez długi czas prezesa tej Komisyi. Następnie Dr Lutostański odczytał memoryał do Wydziału krajowego w sprawie ustawy zdrojowej, tudzież przedstawił projekta ustawy i regulaminów zdrojowych. Wreszcie Dr Sciborowski odczytał dalszy ciąg swej pracy pod tytułem: Opis Krzeszowic jako zakładu zdrojowego wód siarczanych.

— Marszałek krajowy hr. Ludwik Wodzicki, który miał przybyć dzisiaj o 3ciej do Krakowa, pojechał pośpiesznym pociągiem wprost do Wiednia i dopiero z powrotem zatrzyma się w naszem mieście. Marszałek zabawi kilka dni we Wiedniu. — Za pobytem swym w Krakowie ma on zwiedzić szkołę rolniczą w Czernichowie w celu ewentualnego przejęcia jej na fundusz krajowy.

— Na sarkofag na Skałce dla ś. p. L. Siemieńskiego otrzymaliśmy od hr. St. Małachowskiego 10 złr.

— Dziś w południe w domu przy ulicy Kopernika pod L. 43 skutkiem nieostrożnego obchodzenia się służącego Emanuela Blumenfelda z lampą naftową, zapalił się spirytus w beczce w piwnicy szynkarza Józefa Dottnera. Straż pożarna stłumiła ogień. Szkoda jest nieznaczna. Dottner gasząc ogień poparzył obie ręce.

— Wczoraj wieczór otruł się arszenikiem Franciszek Wostresz z Morawy, liczący lat przeszło 20, w domu pod L. 119 na Kleparzu. Dr Rybczyński wezwany do otrutego, nie zdołał już ocalić go. Powodem samobójstwa był brak środków utrzymania się.

— Sądziłby można, że kiedy w ostatnich czasach publiczność tak skąpo obdarza swemi względami teatr, to przynajmniej cyrk p. Sidolego musi być za to przepełniony. Tak jednak nie jest, jakkolwiek cyrk posiada wybornie tresowane konie i bardzo zręcznych jeźdźców, a nadto występuje w nim teraz znany z olbrzymiej siły atleta p. Holtum, który chwyta w lot wystrzeloną z działa kulę.

— Z listu do rodziny pisanego dowiadujemy się, że p. Władysław Kluger, autor „Listów z Ameryki południowej“, inżynier i profesor w Limie, mianowany został przez rząd w Peruwii komisarzem rządowym na wystawie paryskiej dla działu inżynieryi i hidrauliki, oprócz tego ma polecenie zakupienia w Paryżu i Londynie przedmiotów naukowych dla szkoły inżynierskiej i postarania się o zdolnych dla tej szkoły nauczycieli. P. Kluger wyjechał już do Europy.

— Wydział krajowy postanowił zamówić portrety marszałków krajowych i przeznaczył na ten cel sumę 3000 złr. P. Rodakowski kończy już portret ks. Leona Sapiehy; następnie przyjdzie kolej na portrety hr. Alfreda Potockiego, hr. Włodzimierza Dzieduszyckiego i hr. Ludwika Wodzickiego, którzy kolejno obejmowali laskę marszałkowską.

— *Daily News* jeden z najznakomitszych dzienników angielskich zamieścił obszerne wspomnienie o ś. p. Aleksandrze Wielopolskim.

— Towarzystwo lekarskie w Warszawie odrzuciło wniosek przyjęcia na członka swego panny Tomaszewiczownej, która na uniwersytecie w Zürichu otrzymała stopień doktora medycyny.

— *La France* pisze, że kiedy przed czterema laty obchodziły Włochy uroczystość zaprowadzenia swego statutu, pewien Francuz wierny ideom republikańskim, przechadzał się po Kwirynale z księciem Humbertem, oczekującym chwili, w której będzie mógł wsiąść na koń, aby wziąć udział w przeglądzie, odbyć się mającym na cześć konstytucyi. Dzień był słotny; książę zbliżył się do okna, zatrzymał się i wskazując na Watykan, rzekł: „Założę się, że się tam modlą, aby wojsko i mnie deszcz dobrze zmoczył“. Po tym wesołym koncepcie mówił poważnie: „Mówią, że jestem Prusakiem; dla czegóż miałbym nim być? Niezapominam, że równie Francya jak Prusy, a pierwsza nawet pierwej, przyczyniły się do naszego wyswobodzenia. Matka moja była Austryaczką, siostra moja została Francuzką. Ja jestem Włochem, i niczem innem jak Włochem; i jestem nim z całą namiętnością. Gdyby stronnictwo klerykalne we Francyi chciało nas wprowadzić w kłopot, ono to rzuciłoby nas w objęcia Niemiec i na nie spadłaby cała odpowiedzialność“.

— Znany powszechnie w Paryżu lekarz Dr. T..., jak donosi paryski *Figaro*, szczególną dotknięty jest manią, że ilekroć ujrzy podeszłą kobiétę, budzi się w nim gwałtowna furya, którą zdradza w sposób dość niepokojący. Przyjaciele chorego, do których w pierwszym rzędzie należy prezes senatu książę Audiffret-Pasquier, uradzili, że należy go na czas jakiś oddać do zakładu, dla tego pod pozorem przejażdżki wsiadł z nim książę wraz z kilku innemi osobami do powozu, aby go tam odwieść. W drodze wywiązała się dysputa polityczna, która z powodu że Dr. T. jest stronnikiem bonapartyzmu, doprowadziła księcia do najwyższego rozdrażnienia. Lekarz domu obłąkanych, który nie znał ani księcia ani doktora, widząc pierwszego w stanie gorączkowym, z zaczerwienioną twarzą i niespokojnemi ruchami, sądził że on jest właśnie tym chorym, którego mu przywieziono. Łatwą była zresztą zamiana, a przynajmniej niebyło nikogo coby ją wyjaśnił, gdyż kiedy książę wraz z Dr. T. wszedł do pokoju lekarza, reszta towarzyszów udała się do ogrodu. Lekarz prosił księcia, aby się udał z nim do sąsiedniego pokoju, i tam zamknąwszy go, odszedł, a Dr. T. wrócił spokojnie do domu. Gdy lekarz znów odwiedził mniemanego chorego, ujrzał go w najwyższym stanie uniesienia, książę groził że użyje siły, lecz lekarz przyzwyczajony do tego rodzaju paroksyzmów, radził mu spokój, a gdy to nie skutkowało, zawołał ludzi i kazał go związać. Dopiero gdy książę nie wracał do domu, przyjaciele księcia wyśledzili gdzie się znajduje i uwolnili go, a lekarz przepraszał — ale zapóźno, bo prezes senatu przez kilka godzin uważanym był za waryata. Cała ta sensacyjna historya zdaje się jednak być płodem bujnej fantazyi *Figara*.

— Słynny amerykański spirytysta Sledge opuścił Wiedeń po krótkim pobycie, skróconym nad spodziewanie jasnowidzącego *medium* przez policyę stolicy. P. Sledge odbywał posiedzenia w apartamentach swoich w „hotel Impérial“. Zaledwie duchy wywoływane szeregiem pociągów magnetycznych zaczęły się pojawiać w kształcie „białych rąk poruszających się w cieniu,“ zaledwo niewidzialne palce dotykać poczęły kolan zgromadzonych wyznawców świata duchowego, gdy skeptyczna policya przerwała zajmującą scenę z *Tysiąca i jednej nocy*. „Raczysz pan p. Sledge, rzekł doń ajent policyi, opuścić granice Austryi w 24 godzinach“. — „Rzeczy moje już spakowane, odpowiedział niezmieszany współzawodnik Davenporta. O postanowieniu Pańskiem byłem już w przód zawiadomionym“ — „A przez kogożto, jeżeli wolno zapytać? — Przez ducha, którego zesłał Zbawiciel świata w misyi przestrzegania tych, których wyganiają“. — „A nazwisko jego?“ — „Nazwiska są różne. Jest to bowiem raz który ze starożytnych jak Sextus Tarkwiniusz, to znów nowoczesni jak Karol X, Ludwik Filip lub Napoleon III.

— Ogród zoologiczny w Filadelfii był niedawno widownią następującego zdarzenia: Podczas popołudniowego ogólnego karmienia zwierząt, zwrócił na siebie uwagę stróżów chrypliwy ryk wychodzący z klatki, w której lwy były umieszczone. Pokazało się, że wydawała go lwica, która połykając zbyt żarłocznie podany sobie żer, udławiła się kością i zagrożoną była uduszeniem. Dozorca lękając się o kosztowne zwierzę, wskoczył natychmiast do klatki i schwyciwszy lwicę za ogon, silnie wywinął z nią młynek. Gdy to jednak nie pomogło i lwica ledwo już była żywa, zakasał nagle rękaw i włożywszy w paszczę jej rękę po łokieć, wyciągnął z niej kość z taką szybkością, że wdzięczna lwica nie miała czasu zamiast kości rękę jego schrupać.

**Wiadomości policyjne.** Straż policyjna przytrzymała: Marcina Chochołka, za kradzież otrąb; Fr. Koska, za przeniewierzenie odzieży; Aleks. Snarskiego, za przeniewierzenie odzieży danej mu do naprawy; Wino. Józefackiego, za kradzież worków.

**TEATR.** — We czwartek dnia 24go stycznia: Po raz drugi: Komedya w 3 aktach, napisana przez E. Nus i A. Belot, tłumaczenie Ludwika Powidaja: *Miss Multon*. — Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 1ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dnie powszednie 30 centów.

— Dnia 23go stycznia pochmurno, popołudniu, wieczorem i w nocy deszcz; termometr od — 2·4 doszedł do + 4·8 C. Barometr nisko stoi; rano o 6ej dnia 24go stycznia wysokość jego była 732·8 millim., termometru 1·6 C. — Wiatr zachodni.

— W piątek dnia 25go stycznia: Nawrócenie św. Pawła.

---

**Wiadomości bibliograficzne.**

— Już od dni kilku wyszedł drugi zeszyt *Przeglądu Lwowskiego* z d. 15go stycznia i zawiera „Z przedturzy“, przez hr. Ludwika Dębickiego „Rozkład cerkwi rosyjskiej“, przez Fran. Lutrowskiego; „Kołłątaj w powstaniu Kościuszkowskiem“

27/1 1878 35



## Gospodarstwo, przemysł i handel.

**Wiedeń** 25 stycznia.

△ **Okowita.** — Na naszem targowisku przy bardzo miernym obrocie co do towaru efektywnego zaledwie utrzymuje się cena 31·75 złr. — Spekulacya nieco ruszać się poczyna; niektóre transakcye na termin maj-sierpień stanęło po 33·50 złr. — **Peszt**, 24go stycznia ——— złr. **Wrocław**, 24go stycznia na styczeń 47·60 mrk. ofiar.; na kwiecień-maj 47·60 mrk. ofiarow. **Szczecin**, 24go stycznia w miejscu 47·20 mark., na styczeń 47·20 mark., na wiosnę 49.10 mrk. **Berlin**, 24go stycznia w miejscu 48·70 mrk., na styczeń-luty 48·90 mrk., na kwiecień-maj 50·60 mrk., na maj-czerwiec 50·90 mrk. **Paryż**, 24go stycznia na ten miesiąc 57·75 frk., na luty 57·75, na maj.-sierp. 58·25 frk.

**Nafta.** — **Wiedeń**, 25go stycznia z dworca 9·85 złr. za 50 kilo. — **Brema**, 24go stycznia 11·25 mrk. — **Hamburg**, 24go stycznia w miejscu 10.80 mrk., na styczeń 10·80, na sierp.-grudz. 12·30 mrk. **Antwerpia**, 24go stycznia 28¼ frk. **Nowy Jork**, 24go stycznia 12⅛ ct. pap., w **Filadelfii** 11⅞ ct. pap. za galonę (= 2,₉₈ kilogr, czyli 3,₉₈ litra).

## PRZEGLĄD POLITYCZNY.

*Depesze telegraficzne.*

**Paryż** 24 stycznia. Ustawa względem amnestyi za przestępstwa drukowe popełnione od d. 16 maja do 13go grudnia wywołała w Izbie burzliwe rozprawy. Prawica nie była przeciwną amnestyi, ale zwalczała postawione w ustawie termina, które są jakby potępieniem poprzedniego rządu. **Rouher** zabrał pierwszy raz od r. 1876 głos w Izbie i mówił dwa razy; nazwał on projekt ustawy odwetem, chwalił amnestyę z r. 1859, która była rozleglejszą, bronił następnie zasady kandydatur urzędowych, których każdy rząd używa. Sprawozdawca udowodniał potrzebę zadosyćuczynienia skazanym; rząd, jak go nazwano, rząd walczący, wytoczył 3260 procesów drukowych i 2709 innych. **Dufaure** naznaczył całą działalność poprzedniego ministerstwa jako skierowaną do agitacyi wyborczéj, której poświęcono wszystkie siły państwa. Musiano się zasłaniać imieniem marszałka, i ztąd wynikły późniejsze przeciwniemu wycieczki, gdy dawniéj broniło go powszechne poważanie od napaści; ztąd też powstało rozdrażnienie i nieznane dawniéj procesa o obrazę naczelnika rządu. Zniknęła równość w obliczu prawa: jednym wolno było wyzywać bezkarnie, drugich prześladowano. Na ten czas wyjątkowy przeznaczoną jest amnestya, jest ona słuszną i konieczną, a nagana nie tyczy się ani marszałka ani sądów.

---

W sprawie okólnika kardynała sekretarza stanu, otrzymujemy w tej chwili z najlepszego źródła z Rzymu następujące ważne szczegóły i wyjaśnienia:

**Rzym** 23 stycznia.

Znacie już okólnik kardynała sekretarza stanu do mocarstw o zerwaniu stosunków dyplomatycznych z Petersburgiem i dołączone do niego dokumenta. Ogłoszenie ich wywołało tutaj niezmierne dziwienie, gdyż sprzeciwia się zupełnie zasadom tradycyom Stolicy śtéj. Ona nigdy podobnych dokumentów nie podaje do publicznej wiadomości, chyba w dodatku do alokucyi, jak to kilka razy czynili Grzegórz XVI i Pius IX. Zaszła więc oczywista niedyskrecya, której sprawców łatwiej domyśleć się, aniżeli wskazać. Tyle pewna, że nie dopełnił jej żaden z nuncyuszów, o czem, prócz innych głębszych powodów, świadczy sama niestosowność pory. W chwili, kiedy zastępy rosyjskie przeszły już Bałkan, żaden dyplomata papieski nie byłby odważył się na publikacyę, która, mówiąc po ludzku, zdolna jest rozdrażnić carat w najwyższym stopniu, a żadnej nie przynosi bezpośredniej korzyści Kościołowi. Ale prócz nuncyuszów zbyt wiele osób wiedziało o tajemnicy, tak, iż dochowanie jej graniczało się moralnie niepodobnem. Wszystkie rządy katolickie posiadają kopię tych dokumentów; jakże łatwo mógł który z nich pofolgować niewinnej zresztę chętce przysporzenia Rosyi kłopotów. Hiszpania nie może zapomnieć nie może, że Don Karlos przebywał kilka miesięcy w obozie Cara. Mogła także Austrya, w miarę, jak się zbliża rozwiązanie kwestyi wschodniej, upatrywać w tej publikacyi pożądany hamulec na rosyjskie ambicye. Wreszcie Anglia, choć nie otrzymała wprost dokumentów, mogła przez konsulów swoich w Ameryce południowej, bo i tam były posłane, dowiedzieć się o nich, a wtedy z prawdziwą rozkoszą podała do wiadomości publicznej te nowe dowody opieki rosyjskiej nad chrześciaństwem.

Ktokolwiek popełnił niedyskrecyę, należy się jemu od nas wdzięczność niepospolita. Kiedy narody wszystkie mają zwrócone oczy na dyplomacyę rosyjską, która po militarnem rozgromieniu Turcyi ma teraz urządzić sprawy wschodnie bez pogwałcenia interesów Europy, dobrze jest ukazać ją w świetle prawdziwem, odsłonić jej dziejowy charakter, przypomnieć wszystkim, że w niej nic nie masz uczciwego, nic szlachetnego, lecz sama grecka obłuda, podszyta tatarskiem grubiaństwem. Jak niegdyś Menszyków i Meyendorff, tak teraz Urusow i Gorczakow, zrazu nadskakują, łaszą, kłaniają się, obiecują wszystko, a gdy ich Papież za słowo bierze, wywołują burdę i zrywają układy, aby niczego nie dotrzymać. Gdy w przeszłym roku Rzym był napełniony pielgrzymami całej kuli ziemskiej i tłum Polaków stanął miał przed wspólnym ojcem chrześciaństwa, Urusow, lękając się, że Pius IX napiętnuje publicznie niesłychane gwałty, których od lat kilkunastu najnieszczęśliwszy z narodów jest nieustającą ofiarą, śpieszy do Watykanu i błaga, żeby oszczędzono Cesarza, który gotów jest wszystko naprawić, byleby na drodze dyplomatycznej przedłożono mu życzenia Kościoła. Pius IX, zawsze wspaniałomyślny, zawsze przebaczający nawet najzaciętszym wrogom, ani na audyencyi polskiej ani na konsystorzu pod koniec czerwca nie wspomina o cesarzu a kardynał Simeoni z jego polecenia pisze memoryał łagodny, ale stanowczy. Książ Urusow, zamiast odesłać go do Petersburga, jak przyrzekł, po dwóch tygodniach odnosi go z groźną miną, rzuca kardynałowi na stół, z dodatkiem, że nikt nie ma prawa cenzurować Rosyi, a jeżeli Stolica św. pragnie wojny, to ją mieć będzie. Oczywiście, po tak niesłychanem w dyplomacyi europejskiej grubiaństwie, pokazano kniaziowi drzwi a ten z Rzymu wyjechał.

Następuje faza druga. Piusa IX, zawsze łagodny i cierpliwy, w przypuszczeniu, że Urusow działał na własną rękę, prosi rząd austryacki o przesłanie memoryału rosyjskiemu kanclerzowi wraz z wiadomością o niegrzecznem znalezieniu się jego ajenta. Teraz kolej przyszła na Gorczakowa. On także, grzeczny dotąd i miły, ubolewający często nad nieporozumieniem między Watykanem a Cesarzem, ukazuje prawdziwy typ swego narodu, robi się butnym i zarozumiałym, a w końcu gburowatym. Nie raczy nawet czytać owych papierów a pochwala wszystko, co zrobił Urusow. Wtedy to kardynał Simeoni przesyła odrzucony przez Rosyę memoryał mocarstwom katolickim, wraz z okólnikiem, w którym tłomaczy im najnowsze postępowanie rządu rosyjskiego oraz powody, dla których Papież zrywa z Caratem, a odtąd nie dyplomatyczną drogą zaradzać będzie potrzebom polskiego Kościoła. Trudno przewidzieć następstwa tego kroku; przyszłość najbliższa jest ciemna i ponura, ale jest w ręku Najwyższego. Cokolwiek się stanie, nikt nie powie, że Pius IX nie dopełnił swej powinności i że opuszczony od wszystkich, we własnym kraju otoczony niebezpieczeństwami, zdobył się na zdumiewającą odwagę. Wiekiem i chorobą złamany, ale silny duchem i poczuciem obowiązku, odzywa się publicznie do najpotężniejszego z mocarzy i grożąc nań woła: „dosyć....!“ Europa oficyalna tego krzyku grozy nie zrozumie, bo zwykła bić czołem przed potęgą doczesną, ale katolickie dusze w głębiach swych zawtórują rządowi Piusa, a naród nasz w swej ogromnej niedoli tę będzie miał pociechę, że jedynym i prawdziwym opiekunem jego i sprzymierzeńcem ten jest, który na ziemi wyobraża prawdę nieomylną namiestnik Chrystusa. Ta pociecha nowe w nas wleje siły i śmielej pozwoli spoglądać w przyszłość, a przeświadczenie, że Watykan i katolicy całego świata o nas pamiętają, rękojmią jest nietylko świętości naszej sprawy, lecz i ostatecznego jej zwycięstwa.

---

Wszystkie kluby wiernokonstytucyjne wiedeńskiej Izby deputowanych oświadczyły się przeciw przedłożeniom ugodowym rządu w ich najważniejszych punktach. Rząd tedy ponowił prośbę swoją o dymisyę. Przesilenie więc gabinetowe, jak wczoraj przypuszczaliśmy, jest istotnie w całym rozwoju. Pytanie, jakie wczoraj na tem miejscu postawiliśmy: co dalej? — znajdujemy dziś powtórzone we wszystkich dziennikach wiedeńskich, ale nigdzie nieznajdujemy odpowiedzi na nie. Korespondent nasz wiedeński (||) daje ją poniekąd i dla tego powołujemy się na jego list. N. Pan przyjął podanie się ministrów do dymisyi, lecz polecił im urzędować dalej, dopóki kryzys nie będzie załatwioną. Pod bnie jak korespondent nasz, także i dzienniki wiedeńskie przypuszczają przedewszystkiem powrót do władzy teraźniejszego gabinetu, może tylko z pewną co do osób zmianą. Wypływa także, ale bardzo nieśmiało kandydatura hr. Hohenwarta, a co dziwna, równocześnie wymieniają także p. Schmerlinga. Jakkolwiek obie te kombinacye, jak na teraz nie mają podstawy, to jednak pewna, że nowy gabinet nie koniecznie wyjść musi z łona dotychczasowej większości parlamentu, bo większość ta jako rządząca, razem z gabinetem wzięła dymisyę. Dzisiejsze posiedzenie Izby deputowanych rzuci może jeszcze nieco więcej światła na przesilenie, bo rząd zapewne zawiadomi Izbę o swej dymisyi, a Izba odroczy obrady swe nad taryfą celną, gdyż w danej chwili byłyby one bez celu. Co do onegdajszych zgromadzeń klubów, umieszczamy sprawozdanie na właściwem miejscu, dodając szczegóły o przemówieniu dep. Grocholskiego na konferencyi u księcia Auersperga. Podnieść tu tylko musimy, że hr. Hohenwart nie był na zebraniu u prezesa gabinetu. *Dziennik Polski* donosi zaś, że p. Smolka na telegraficzne wezwanie kancelaryi dworu odjechał wczoraj ze Lwowa do Wiednia. Jeżeli doniesienie to jest prawdziwe i jeżeli p. Smolka zwierzył się istotnie *Dziennikowi* ze swoją misyą, natenczas możnaby się wkrótce spodziewać wiadomości, że p. Smolka pojechał do Pragi. Jak wiadomo, bawi także w Wiedniu marszałek krajowy hr. Ludwik Wodzicki.

Głosowanie w berlińskiéj Izbie deputowanych nad petycyami popartemi przez hr. Droste-Vischering w sprawie nauki religii w katolickich szkołach ludowych, wypadło oczywiście w myśl komisyi, która przemawiała za przejściem do porządku dziennego. Uchwała taka zapadła 267 głosami przeciw 104. Rozpoczęły się następnie onegdaj obrady nad wnioskiem Windhorsta z Meppen, naczelnika partyi centrum, o zniesienie przymusu pobierania nauki religii w szkole ludowéj. Wnioskodawca chciał choć tym sposobem uwolnić dzieci od wpływu nieuprawnionych przez Kościół nauczycieli religii.

Nie ma dotąd urzędowej a zatem pewnej wiadomości o zawarciu rozejmu, lub o przyjęciu warunków pokoju przez Portę. Mnożą się i mnożyć będą pod tym względem doniesienia, ale stanowczego i pewnego dotąd nic nie ma jeszcze. Nie brak najrozmaitszych wersyj o rosyjskich warunkach pokoju, ale że żadna z nich nie jest autentyczną, więc żadnej nie przytaczamy; wszystkie zaś podają mniej więcej już znane i kilkakrotnie głoszone żądania Rosyi. Jeżeli nie myliliśmy się w naszych wczorajszych przypuszczeniach, że w Berlinie wyradzać się już zaczyna pewne niezadowolenie z obecnego obrotu rzeczy na Wschodzie, w takim razie niedziwiłaby nas autentyczna wiadomość o zawarciu rozejmu. Że nie całkiem myliliśmy się, świadczy już wczoraj przytoczony przez nas artykuł *Provinz. Corr.*, który znaczne sprawił wrażenie i dziś podniesionym jest nietylko przez zagraniczne, ale także przez berlińskie dzienniki, mianowicie przez *National Ztg.* Artykuł ten tłomaczony jest przez owe dzienn przez nas, a nawet niektóre poczy wszą oznakę przebudzenia się niemie w sprawie wschodniej. Pod naci kier szem z Berlina, Rosya niezawodnie ale rozejm, to nie pokój a podpisani warunków pokoju przez Turcyę i nie pokój europejski, jak to wyrz *Prov. Corr.* w wyżej wzmianko Nareszcie zawarcie rozejmu, a przedugodnych warunków pokoju, przeszkodzi wejściu Rosyan do Konst zezwolenie na to wejście znajdować warunkami rosyjskiemi.

Najważniejszym przeciel wypadki rajszego było zapowiedzenie w parlam przez gabinet żądania kredytu i mot budwóch Izbach przez ministrów Northcota. Rząd angielski nie móg warunków rosyjskich a widząc ciągle naprzód wojsk rosyjskich, zażąda kre wiek oświadczył był, że wstrzyma kiem aż do chwili, w której znać rosyjskie. Rosya więc sama sobie prz rzyła sytuacyę, w której zawarcie pr wydawać się będzie ocaleniem przed najmniej pod presyą angielską. W k stanowienie lorda Beaconsfielda jest dnem, jest jakby szlachetnem zniecie po zbyt może długo trwającej cierpli nerwowego w oświadczeniach wczoraj go ministra. Inne także mocarstwa zbliża chwila ostatecznego przesilenia wyślą floty na morza Lewantu, u mianowicie Włochy. Jednocześnie Gre do akcyi, tak że zamięszanie i chaos st.ć, zamiast zmniejszać się ze zbliżan rozejmu i pokoju. Do *Pol. Corr.* don d. 24 t. m. nie ustawała telegraficzna ko między Portą a pełnomocnikami ture wniają, że Rosya okazuje się skłonną których punktach i dlatego wczoraj ży je, że preliminarze pokoju przyjętemi zem zawartym zostanie. Tymczasem Porty telegramy o posuwaniu się Rosy poli i dlatego Sulejman basza mian naczelnym dowódzcą wojsk znajdujęc tyfikacyach Boulair, które zasłaniają *Presse* zaś donoszą, że do Konstant dopiero warunki rozejmu, ale nie prel ju i że nad pierwszemi jedynie obra rada ministrów, o której wczoraj pisa Ignatiew wyjechał, udając się do gł rosyjskiej.

Do *Polit. Corr.* donoszą z Aten, że winięty przez nowego prezesa ministró rosa tak dalece uzyskał uznanie Izby tem posiedzeniu ministerium otrzym większością *votum* zaufania.

*Wiener Abendpost* przypomina dziś ferd Northcote obiecał był przedłożyć królowej do cesarza Aleksandra w sp dotrzymał też słowa i na jednem z os dzeń rzekł: „Królowa po odebraniu Sułtana wezwania, przesłała za radą stępujący telegram do cesarza Rosyjsk *małam od Sułtana bezpośrednie wezw nie mogę pozostawić bez odpowiedzi. że Wasza Cesarska Mość życzysz sob pokoju, nie waham się zawiadomi w nadziei, że zarządzisz rokowania cia rozejmu, który doprowadziłby m lebnego pokoju.* Wezwanie Sułtana równie jak telegram królowej do Cesa powiedź, były prywatne i osobiste; d ważałbym za stosowne przedkładać ich dnak telegram królowej wysłany był strów i że mógłby dać powód do roz nych o nim wersyj, królowa pozwoliła łyć go Izbie“.

Petersburgski korespondent w *Wie* zapowiada, że miejsce prezesa ministr podobnem ustąpieniu starego hr. Ign p. Wałujew. Ten sam korespondent n aby Rosya chciała rewindykować ru Besarabii.

## Ostatnie depesze telegraficz

**Wiedeń** 26 stycznia. W Izbie między nowo rozdanemi przedłożenia rządowy ustawy kwaterunkowej. P za otwarciem posiedzenia złożył oświ ssrz raczył przyjąć podanie się mini misyi i polecił mu dalsze prowad aż do utworzenia nowego ministerstw siedzenie zostało zamkniętem a nast naznaczone na wtorek.

**Wiedeń** 26 stycznia (*pryw*). je się, że Cesarz wezwał znakomit reprezentacyi monarchii, aby usłysz względu na utworzenie nowego mini celu mieli być powołani przez N. P Herbst, Eichhof, Grocholski, Dr hr. Hohenwarth, bar. Kellersperg.

## Kurs pieniędzy i papierów publ.

**Kongregacyi kupieckiej.**

**Kraków**, 26 Stycznia.

| | | płacą | żądają |
|---|---|---|---|
| Rubel papier. rosyjski . . | (za 100 sztuk) | 124 — | 126 — |
| Rubel srebrny obrączkowy . | „ 1 „ | 1 70 | 1 85 |
| Marka niemiecka . . . . | „ 100 „ | 58 — | 59 25 |
| Dukat holenderski ważny . | „ 1 „ | 5 52 | 5 67 |
| Dukat austryacki „ . | „ 1 „ | 5 52 | 5 67 |
| Napoleondor „ . | „ 1 „ | 9 42 | 9 65 |
| Półimperyał „ . | „ 1 „ | 9 62 | 9 86 |
| 20-markówka niem. ważna . | „ 1 „ | 0 — | 0 — |
| Srebro austryackie (za 1 złr.) . . . . . | | 103 — | 105 — |
| Kupony austr. srebr. płatne . | (za 100 zł.) | 102 — | 104 50 |

*Listy zastawne i obligi:*

| | | | |
|---|---|---|---|
| 5% pożyczka krajowa galicyjska | | 88 — | — — |
| Obligacye indemnizacyjne galic. . | | 85 50 | 87 50 |
| 4% listy zast. Tow. kredyt. ziem. | we Lwowie (za 100 zł. wa.) | 78 — | 80 — |
| 5% listy zast. Tow. kredyt. ziem. | | 84 50 | 86 — |
| 6% listy hipoteczne banku hipot. | | 89 | 90 50 |
| 6% listy dłużne galic. zakł. włośc. | | 93 — | 96 — |
| 5½ listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a. | Oprócz bież. kuponu, obliczającego się każdoda. w miarę terminu płatn. | 93 — | 95 — |
| 6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, banknot. za 100 zł. w. a. | | 86 — | 88 50 |
| 6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 18 lat, banknot. za 100 zł. w. a. | | 88 50 | 93 — |
| 7% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 20 lat, banknot. za 100 zł. w. a. | | 94 — | 97 — |
| Prioritety banku gal. d. h. i p. w Krak. (za 100%) | | 60 — | 80 — |
| 4% listy zastawne król. Pol. ser. I | (za 100 r.) | 98 — | — — |
| 4% listy zastawne król. Pol. ser. II | (za 100 r.) | 98 — | — — |
| 5% listy zastawne król. Polskiego | (za 100 r.) | 97 25 | 98 75 |
| 4% listy likwidac. król. Polskiego | (za 100 r.) | 85 — | 87 — |

(rub. i kop.)

*Akcye kolejowe i bankowe:*

| | | | |
|---|---|---|---|
| Akcye kolei Karola Ludwika | po złr. 200 | 242 — | 246 — |
| „ „ Lwowsko-Czerniow. | „ „ 200 | 119 — | 123 — |
| „ hipot. we Lwowie wpł. 200 zł. | „ „ 200 | — — | — — |
| „ banku gal. dla h. i przem. w Krak. | „ 200 | 80 — | 100 — |

| | płacą | żądają |
|---|---|---|
| *Losy krajowe:* | | |
| Losy miasta Krakowa . | 14 — | |
| Losy m. Stanisławowa . | 20 — | |
| **Wiedeń** 25 Stycznia. | | |
| 5% zjedn. dług państw. bank. | 63 35 | |
| 5 „ „ „ srebr. | 66 80 | |
| „ Obligac. ind. niż. Austr. | 104 25 | |
| „ „ „ czeskie | 103 25 | |
| „ „ „ węgierskie | 78 75 | |
| „ „ „ galicyjskie | 86 — | |
| „ „ „ bukowińsk. | 82 75 | |
| „ „ „ siedmiogr. | 76 50 | |
| 5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr. | 99 20 | |
| *Listy zastawne:* | | |
| 5% Banku narod. listy . | 98 20 | |
| 4 „ galicyjskie . . . . | 78 — | |
| 5 „ „ . . . . | 84 50 | |
| 6 „ galic. zakł. kred. włośc. | 94 25 | |
| 6 „ Zakł. kr. z. w Krak. w l. 18 | 90 — | |
| 7 „ „ „ „ „ „ 20 | 95 — | |
| 6 „ „ „ „ „ „ 36 | 87 25 | |
| 5½ sr. „ „ „ „ „ 36 | 94 — | |
| 5% węgierskie listy . . | — — | |
| 5 „ zakł. kred. austr. . . | 104 30 | |
| 5 „ zakł. kr. ziem austr. . spłacal. w 33 latach . | 89 60 | |
| 5 „ Domen. państ. 120 złr. | 139 50 | |
| 6 „ Banku gal. hipot. . | 89 50 | |
| *Pożyczki loteryjne:* | | |
| Losy pożycz. z roku 1839 . | 296 — | |
| „ „ „ 1854 . | 108 25 | |
| „ „ „ 1860 . | 114 75 | |
| ¼ losów pożyczki austr. państw. z r. 1860 . . | 123 — | |
| Losy pożyczki z r. 1864 . | 136 50 | |
| „ prem. pożyczki węg. | 76 75 | |

## ndlu i Przemysłu w Krakowie,

**nacye kasowe** na

-dniowem wypowiedzeniem
-dniowem wypowiedzeniem

ku zajmuje się kupnem i sprzedażą efektów
w drodze komisowéj.
a zamiejscowe według kursu dziennego.

**Dyrekcya.**

---

## DANUBE VII Année.

**al Français de Vienne.**

, LITTÉRAIRE, FINANCIER. Format, distribution, ca-

os rédacteurs les écrivains les plus justement renommés
quelque sorte de tout journal de Paris.
fait-divers amusant ou à sensation qui ne soit reproduit
e quelques jours.
illetons dus à la plume des premiers romanciers comtem-
les publications nouvelles.
ne bi-mensuelle de la mode parisienne.
favorable à la cause polonaise.
**dans un esprit qui lui permet l'accès d.**
(185-2-)

he) **Margarethenstrasse Nr. 5.**
. . . . . **fl. 1·50.**

---

## o otwarty

## WĘDLIN

**Mikołajskiej pod Nr. 438,**

borowy każdego dnia świeży, polecam
anownej Publiczności. (216-3-6)

**Marya Kurkiewiczowa.**

---

## niesienie.

n wielką **kopalnię srebra alpakowego** w Abisy-
fabryce znów 63 machin parowych, przezco wiele na płacy
w miłem położeniu, iż możemy nasze słynne w świecie
o 32% taniej, lepiej i piękniej dostarczyć niż dotychczas.
asze **alpakowe srebro** nigdy nie traci połysku sre-
zyma, **co pisemnie poręczamy.**

ZNIŻONE CENY.

| *dawniej* | | *teraz* |
|---|---|---|
| ·20, 1·60, 2.—, 2·60, | złr. | —·*85, 1·15, 1·40, 1·80,* |
| :—, 2·60, 3·40, 5·—, 6·— | „ | *1·40, 1·80, 2·30, 3·40, 4·—* |
| ·50, 2·40, 2·90, 4·—, 5·— | „ | *1·—, 1·60, 2·50, 3·40,* |
| :—, 1·45, 2·30, 3·20, 4·— | „ | —·*70, 1·—, 1·60, 2·10, 2·60* |
| ·50, 5·30, 6·80, 7·50, 9·— | „ | *3·10, 3·70, 4.40, 5·—, 6·20* |
| ·50, 4·80, 5·50, 6·95, | „ | *2·40, 3·20, 3.80, 4·75* |

stołowe para złr. 1, 2, 2·50, 3; filiżanki po c. 50, 75, 80,
herbatę pe złr. 2, 2·50, 3, 4; świeczniki para złr. 8·50,
r. 2, 2·80, 4, 5·50, 7; posypywacze cukru po c. 60, 75, 90,
złr. 2·50, 3·80, 4·25, 6; maselniczki po cnt. 95, złr. 1·70,
ch rzeczy, wszystko o **33% taniej niż dotychczas.**
punktualnie za zaliczką wykonane. (249-1-12)

**ork von Blau & Kann**

**abenbergerstrasse Nr. 1.**

---

## ję każdemu

**wdziwego metalu Britannia,**

*e nigdy nie czernieją.*

dziwych i jedynych wyrobów z **Britannia srebra** otrzy-
jące się w tutejszym składzie filialnym prawdziwe angielskie
najszybciej za jakąbądź cenę sprzedać.
ct. lub też za zaliczką **12 widelców i noży z praw-**
zyma każdy zamawiający należące do tego **łyżki z praw-**
**darmo.** Chociaż się to wielu wyda nieprawdopodobnem, te
że każdy odemnie sprowadzony przedmiot z Britannia srebra
napowrót przyjmę i zaraz **pieniądze zwrócę,** jeżeli te
.
zakupna najpotrzebniejszych rzeczy domowych nigdy więcej

a świecie istniejącym metalem, **które nawet po 10 la-**
**em zostaje jak prawdziwe 13 łutowe srebro.**
łyżek z prawdziwego Britannia srebra przy odbiorze 12 par
(248-1-6)

**österr. Novitäten-Geschäft:**
**leden, Hauptstrasse Nr. 5.**
(Przedruk zakazany.)

---

## ca naśladowany przez naukowe badanie.

## ZADARMO

**ad. brylantowe klejnoty.**

entów otrzymała wskutek swego najnowszego wynalazku
**nia słonecznego** polecenie od tamtejszego rządu,
y. Próba wypadła tak świetnie, że tamtejsze władze były
wania fałszywych dyamentów, gdyż **nie można było**
**ch,** przezco działy się oszukaństwa. Szlufiernia przysłała
naszego domu wywozowego z poleceniem sprzedania ich
małe wynagrodzenie oprawy.
**w stanie odróżnić te brylanty fałszywe od**
**przednio całkiem dokładnie nie zbadał.**
idzące, iż zupełnie jak prawdz. nawet w ciemności świecą.
**rawne są w najlepsze podwójne złoto, tak,**
**y drogo płacony prawdziwy klejnot złoty.**

SPIS KLEJNOTÓW:

| | |
|---|---|
| y kształt dla mężczyzn i pań | złr. 2·— |
| ków z 1 lub 2 kamieniami, w pięknym futerale | |
| ra | „ 2·50 |
| wie z naślad. srebra, więcej niż 20 kamieni | „ 2·50 |
| **awatki,** bardzo gustowna | „ 1·50 |
| **yję,** najmodniejszy | „ 1·50 |
| bardzo piękny | „ 2·50 |
| y | „ 2·50 |
| **uli** ślicznie oprawny | „ —·80 |
| **ączka do włosów** | „ 2·50 |
| **szyję** | „ 1·— |
| a | „ 1·50 |
| **ka,** najlepsza wenec. robota | „ 2·50 |
| **rka** śliczny kształt, dla mężczyzn | „ 1·50 |
| **na** | „ 2·— |

cych, aby nie opuścili tej dobrej sposobności do zakupna
w odpowiednich teraźniejszym czasom, gdyż takie naśla-
ędą robione. Najszybsze nadesłanie zamówień jest z po-
**e.** (247-1-6)

A EUROPEJSKICH PAŃSTW:

**ucksorten Wien, Wieden, Hauptstrasse 31.**

---

**lazków jest niezaprzeczenie**

## Pompadour

kor. lekarza węgierskiego lekarza zamkowego w Budzie
e Do nabycia u jego córki

**Berty Rix** **w Wiedniu**

43. zamężnej *Müllerowej.* Praterstrasse Nr. 43.

**mpadour** działa zadziwiająco szybko, tak że przez noc
rne usuwa a cerze tą białość i delikatność nadaje, która
skich kołach zadziwienie wzbudziła i dyplomami różnego
została. Skutek jest natychmiastowy a za nieszkodliwość
czania na teatra i bale niezbędny środek — w razie nieskut-
ędą zwrócone. (101-3-6)

**Flakonik po złr. 1·50.**

*ykonywa punktualnie za gotówkę lub zaliczką.*

---

Nakładem Księgarni
**J. M. Himmelblaua w Krakowie**
wyszło dziełko p. t.

**Lucyan Siemieński.** Wspo mnienie pośmiertne p. L. Z. D. z dodatkiem ostatniego wiersza „Komu w drogę“ i spisu bibliograf. dzieł tegoż autora. Cena 60 c. (271-2-3)

---

## Hotel Wiktorya w Krakowie.

Ponieważ doszły mnie wieści, fałszywie i tendencyjnie rozsiewane, jakobym tak hotel, jakoteż i restauracyę, od lat przeszło dwudziestu kilku egzystującą, miał zwinąć i całkiem do Francyi się wynieść, widzę się zobowiązanym donieść Szanownej Publiczności, która do dziś dnia swemi względami mnie zaszczycała, że wieści te są fałszywe i rozsiewane przez zawistne i niechętne mi osoby. Jak dotąd, tak i nadal starać się będę zadość uczynić wszelkim wymaganiom, prowadząc pod własnym dozorem hotel, a szczególniej kuchnię, z którejto, przez długie lata mej praktyki, wyszło tylu uczni, zajmujących dziś stanowiska kuchmistrzów w pierwszych domach całej Polski. Szanowna Publiczność, nie dając ucha fałszywym wieściom, raczy jak dotąd tak i nadal zaszczycać mnie swojemi względami i zaufaniem. Apartamenta hotelowe na czas zimowych miesięcy zajmowane dłużej nad dwa tygodnie, wynajmuję po cenach znacznie zniżonych.

**A. Heurteux,**
(156-5-6) właściciel hotelu.

---

## Wykładowi **Buchhalteryi**

pojedynczéj i podwójnéj kupieckiéj, arytmetyki, korespondencyi handlowéj, oraz nauki o wekslach, poświęcam 2 godziny codziennie.

Ćwiczenia w utrzymywaniu ksiąg handlowych i korespondencyj, odbywać się będą co niedziela. (138-3-10)

Zgłoszenia przyjmuję od godziny 8éj do 10éj rano.

**J. Weiszlitz,**
przy ulicy Ś. Jana pod Nr. 301.

---

**Ból zębów** wszelki i największy, usuwa natychmiast i trwale sławny **LITON,** gdy nie pomaga już żaden środek. — fl. 36 i 60 c. W Krakowie w apt. E. Stockmara. (88-3-)

---

## Herbatę, rum i wino

hurtownie i częściowo, najlep. i najtaniéj sprzedaje

**A. M. Mandl**

król. pruski dostawca dworu w **Bernie** (Brünn).

**Rosyjska herbata familijna** od złr. 1 do złr. 3·50 za ½ kilo.
**Karawanowa herbata mandarynowa** od złr. 4 do złr. 7 za ½ kilo.
**Proch herbaciany** najlepszy po złr. 1·25 za ½ kilo. (2439-30-)
Rozsyłki za zaliczką. — Cenniki darmo

---

## Choroby dolnych części ciała

gieżyt żołądka, **hemoroidy** itd. będą szybko i druntownie wyleczone przez uniwersalny środek Innyan peruwiańskich, **roślinę kokową. Od kilkudziesięciu lat** uznane w kraju i zagranicą racyonalnie ze świeżych roślin wyrobione Sampsona pigułki kokowe Nr. II. po 2 złr. w. a. można sprowadzić wraz z dokładnym opisem przez **Mohrenapotheke w Moguncyi** i składy: w Krakowie W. Redyka, we Lwowie J. Beisera, w Wiedniu C. Haubner, Hof 6, w Wrocławiu S. G. Schwa'z i Ohl. Str. 21. (89-13-16)

---

Magazyn nowości
## LEONA FEINTUCHA
**w Krakowie**
poleca
**kwiaty i wachlarze paryskie**
po cenach fabrycznych.
Obstalunki zamiejscowe uskuteczna się jaknajdokładniej odwrotną pocztą. (279 2-4)

---

## Ekspedytora pocztowego

**poszukuje się dla stacyi Lubień pod Myślenicami.**
Bliższa wiadomość w c. k. urzędzie pocztowym w Lubniu. (272-2-3)

---

## Leśniczy

kawaler, lat 27, poszukuje posady na ordynaryą od 1 kwietnia b. r., posiada najchlubniejsze świadectwa kilkoletniej praktyki w większych dobrach, oraz może się wykazać najlepszą rekomendacyą znanych osobistości. Włada językiem polskim i niemieckim. Łaskawe zgłoszenia otrzyma pod liter. **S. M.** poczta **Czchów** per Tymowa. (201-2-3)

---

## Kucharz

w średnim wieku, uzdatniony w swoim zawodzie, posiadający chlubne świadectwa, poszukuje miejsca. Wiadomość pod liter. **P. G.** poste restante **Kraków.**
(274-2-3)

---

## Dostawcy masła

zechcą oferty nadesłać znacz. *J. W. L.* poste restante *Barmen-Rittershausen* (Rhein-Preussen). (210-2-2)

---

## Towary gumowe

**wszelkiego rodzaju**
rozsyła za zaliczką (10-68-)
**J. N. Schmeidler, fabryka gumy w Wiedniu**
**Neubau Stiftgasse Nr. 19.**

---

## Cyrk T. Sidolego

(76)

W niedzielę 27 stycznia 1878 r.
dwa wielkie przedstawienia
o godz. 4 popołud. i o 7 wieczorem.
W obu przedstawieniach występ p. **Holtuma** (l'homme canon).
Popołudniu na zakończenie:
**Bandy László czyli życie i zatrudnienie rodziny cygańskiej w lesie bakońskim,**
oryginalna pantomima w 2ch aktach.
Wieczorem na zakończenie:
**Czerwony olbrzym czyli Rübezahl, duch gór,**
fantastyczna pantomima w 3 aktach według czeskiego podania.

W poniedziałek benefisowe i galowe przedstawienie p. **Syreny Sidoli** z zadziwiającemi sztukami konnemi.
Na zakończenie: **Skrytostrzelec,** epizod kryminalny w 3ch aktach, wykonany przez cały personal w cyrku.
Bliższe szczegóły w plakatach.

---

**Szybką i pewną pomoc znajdą**

# cierpiący na płuca!

jak: w **gruźlicy,** w rozpoczętej tudzież w pierwszych początkach tejże, w **chronicznym nieżycie płuc,** wszelkiego rodzaju **kaszlu,** tudzież wszelkich **wyniszczających chorobach,** które często tworzą **zwiastuny gruźlicy,** jak **zołzach ciała** itd. następnie **przychodzący do zdrowia** przez

## Syrup wapienno-żelazisty

**z podfosforanu wapna**
aptekarza **J. Herbabnego** w Wiedniu
**zbadany i polecony ogólnie** przez **słynnych lekarzy wiedeńskich.**

**Syrup wapienno-żelazisty jest wedle dotychczasowych doświadczeń jedynym racyonalnym środkiem leczniczym w gruźlicy.** Doprowadza on ustrojowi cierpiących na gruźlicę fosforowej, wapiennej i żelazistej soli, której im brakuje, pomnaża tworzenie się krwi, podnosi apetyt i czynność ożywczą ciała i wzmacnia przezto cały organizm. Wskutek tego nikną po krótkiem używaniu **syropu wapienno-żelazistego nocne osłabiające poty,** rozpuszczeniem śliza ustaje **męczący kaszel** a przez częściowe osadzenie się wapna w guzełkach sprowadzone zostaje tychże zwapnienie (leczenie) a tym sposobem **ustaje cierpienie.** Poświadcza to wiele świadectw słynnych lekarzy i liczne podziękowania.

### Pismo uznania.

Wielmożny Pan **Juliusz Herbabny,** aptekarz w **Wiedniu.**

Już od kilku lat cierpiąc na piersi używałem bezskutecznie wszelkich dla cierpiących na płuca zachwalanych herbat, soków piersiowych i tranu wątrobianego; stan mój jednak pogarszał się coraz bardziej, wreszcie byłem już tak osłabionym, że nie mogłem więcej chodzić i już przed sobą śmierć widziałem. Aż tu czytam aptekarza **J. Herbabnego** w **Wiedniu** o **syropie wapienno-żelazistym z podfosforanu wapna.** Bez nadziei w skuteczność użyłem przecież tego ostatecznego środka; jak wielką była jednak moja radość, gdy po krótkiem używaniu tego cudownego syropu codzienna febra i nocne poty ustały, kaszel i flegma znikły, a siły moje wróciły, tak, że dziś zupełnie jestem zdrowym. Wynurzając Panu jako wynalazcy tego **syropu wapienno-żelazistego** najserdeczniejsze podziękowanie radzę każdemu cierpiącemu na piersi, aby się chwycił tylko **syropu wapienno-żelazistego** aptekarza pana **Herbabnego** w **Wiedniu,** gdyż wkrótce może się przekonać, że ten syrup jest najlepszym i jedynym środkiem dla cierpiących na piersi. (15-5-8)

**Plipitz** pod **Radkersburg** 5 lutego 1877 r. **Jan Fasching.**

Dokładne objaśnienie dołączone jest do flaszki w broszurze Dr. Schweizera. **Syrup wapienno-żelazisty** dobrze smakuje i łatwo się trawi; flaszka kosztuje **1** złr. **25** ct. pocztą **20** ct. więcej za opakowanie.

**Upraszamy wyraźnie zażądać syrup wapienno-żelazisty Juliusza Herbabnego.**

**Cent. rozsyłkowy skład** dla prowincyi w **Wiedniu apt. „zur Barmherzigkeit“ J. Herbabny,** *Neubau, Kaiserstrasse 90, Ecke der Neustiftgasse.*

Główny skład **dla Galicyi:** we **Lwowie Zygmunt Rucker** apt. pod srebr. orłem, w **Krakowie** apt. **Ernest Stockmar.**

Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

Nr. 20. Kraków, 24 Stycz[nia] Rok 1878.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | *na cały rok* | *na kwartał* | *na 1 miesiąc* |
|---|---|---|---|
| [...]entą w Państwie Austryackiem ..... | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |

[...]enumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przesyłki* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz kwitują się.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. **Miejscową prenumeratę** księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); **w Wiedniu** pp. Hasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Reiter & Comp.

## Od Administracyi „Czasu“.

☛ **W dniu 19 Stycznia b. r. otwartą została Ajencya „CZASU“ we Lwowie w głównej Trafice Nr. I przy ulicy Halickiej Nr. 4. Ajencya ta upoważnioną jest do przyjmowania prenumeraty, inseratów i sprzedaży pojedynczych Nrów „CZASU“.**

## Kraków 23 stycznia.

W dalszym ciągu wczoraj podanego na tem miejscu okólnika sekretarza stanu kardynała Simeoniego do Nuncjuszów apostolskich powtarzamy dziś za dziennikiem *Le Monde* dokumenta odnoszące się do spraw Kościoła katolickiego w krajach polskich pod rządem rosyjskim.

Nr. I.

*Memoryał dla JO. ks. Gorczakowa, kanclerza cesarstwa Rosyjskiego.*

Główne krzywdy, jakich doznaje Kościół katolicki w Rosyi i w Polsce.

I. Zakaz, ponowiony pod najsurowszemi karami wolnego porozumiewania się biskupów i wiernych tych Kościołów z Papieżem.

Stolica św. widzi się zmuszoną w tym wypadku jak w innych okolicznościach, uczynić uwagę, ile ukaz wzbraniający duchowieństwu i ludowi katolickiemu wolnego porozumienia się z Papieżem rzymskim podkopuje Boską ustawę Kościoła katolickiego i jaką krzywdę wyrządza samej Stolicy św. Ukaz ten wydany w duchu rządu cesarskiego uważa Papież jako ustawę obcą Rosyi i Polsce, i chce mu tylko przyznać charakter czysto polityczny. Papież jako najwyższy Naczelnik religii katolickiej, nie jest obcym żadnej stronie świata, gdyż ma według ustawy boskiej obowiązek rozciągać wszędzie swoją ojcowską pieczołowitość, tak że synowie jego, od jakiejkolwiek władzy świeckiej zależą, mają zupełne prawo odnoszenia się swobodnie w swych potrzebach duchownych do wspólnego Ojca.

Nie ulega zaprzeczeniu, że w epoce, w której wzięły górę potępione doktryny Febronianizmu, monarchowie, skutkiem zabiegów nieprzyjaciół Kościoła katolickiego, sądząc mylnie, że wzmacniają tem swoją władzę przyswoili je sobie, lecz później gdy ich doświadczenie rozczarowało i gdy się pewne namiętności uśmierzyły, wszyscy książęta uznali że owe ustawy są nierozsądne i pozostawili wiernym wolność porozumiewania się z Papieżem. Należy wreszcie uczynić uwagę, że ustawy te nigdy nie dosły do tego, aby przeszkodzić wiernym porozumiewać się z zupełną swobodą we wszystkich przedmiotach do tyczących ściśle sumienia i aby pozbawić ich odbierania wprost w tych przedmiotach skazówek od Trybunału ś. Penitencyaryi, ustanowionego wyłącznie w tym celu.

Po tem wszystkiem każdy łatwo wyobrazić sobie może, jakie niepokoje wstrząsają sumieniami katolików żyjących w obszernych krajach Rosyi i Polski, którzy znajdują się w twardem położeniu wykrywania przed innymi najskrytszych tajemnic swego sumienia, lub zachowując milczenie, bycia pozbawionymi potrzebnej pomocy do spokoju swego umysłu.

II. Ukaz świeżo wskrzeszony z 30 listopada 1843 r. co do seminaryów, którym instytucye te usunięte zostają faktycznie z pod juryzdykcyi biskupów i podane rozporządzeniu rządu tak pod względem kar[...] jak nauki.

Kierunek tych seminaryów powierzony jest R[...] [...]dów, z których dwaj są świeckimi i nie katolikami. Ten regulamin narzucony ponownie seminaryom, przeciwny jest rozporządzeniom św. soboru trydenckiego i staje w sprzeczności z artykułami konkordatu 1847 r.

Liczne są niedogodności, jakie wynikać mogą z tego regulaminu. Gdy Seminarya wyjęte zostały z pod kierunku biskupów, a świeccy i nie katolicy wprowadzeni do tych domów z tytułem profesorów języków i literatury rosyjskiej, młodzież odrywaną jest od nauk duchownych, nauk głównych, poświęcając większą część czasu owym pracom drugorzędnym. Mogą oni być uchyleni od święcenia, chociaż godni pod wszelkim względem, przez proste oświadczenie tego rodzaju profesorów, którzy mają władzę nadzorowania wszystkiego co się odnosi do karności i nauki kleryków, wydalania najgorliwszych duchownych i bałamucenia umysłów młodzieży. Do tego dodać należy, że niewolno wstępować do seminaryum bez zezwolenia władzy świeckiej, nie łatwej w udzielaniu go i że zasiłek przyznany w zamian dóbr skonfiskowanych jest nadzwyczajnie szczupły i nie wystarczający na pierwsze potrzeby małej liczby uczniów.

Wszystkie te rozporządzenia będą miały to następstwo, że uszczuplą seminarya jeżeli ich całkowicie nie usuną.

III. Następnie nauka religii całkiem jest odjętą biskupom, ze szkodą wyznania katolickiego i władzy kościelnej. W ogóle jest ona wykluczoną ze szkół i ograniczoną na Kościołach. Nie zatwierdzają już szkół i zakładów katolickich. W miejsce tego poufne okólnik przepisują, aby nauka udzielana chłopom nie była powierzana katolikom, aby język polski i katechizm polski były wykluczone ze szkół, a ministrowie nie katoliccy organizują szkoły wiejskie w interesie religii i narodowości rosyjskiej. Pozwolono nadto utworzyć akademię teologii nie katolickiej w Wilnie, aby poprzez szerzenie się schyzmy, podczas gdy rozporządzenia rządowe upoważniają do zajęcia dwunastu kaplic i kościoła parafialnego w dyecezyi Mińskiej przez nie katolików. Aby zmusić do milczenia kościoły odbierają proboszczom i duchownym wolność głoszenia słowa Bożego, wzbraniają im inne dawać nauki jak te, które wyjęte są z podręczników ogłoszonych i upoważnionych przez rząd; przepisane są zresztą prawidła zachowywać się mające przy cenzurze kazań ułożonych przez proboszczów, prawidła, polegające na tem, że pisma tego rodzaju przejrzane przez członków konsystorza muszą być zatwierdzone przez gubernatora cywilnego prowincyi a następnie przedłożone biskupowi i wygłoszone pod osobistą jego odpowiedzialnością.

IV. Ukaz z 27go grudnia 1861 (8 stycznia 1862) mocą którego ustanowioną została komisya wyznań i oświecenia publicznego w Królestwie Polskiem, jest również w otwartej sprzeczności z fundamentalnemi zasadami Kościoła katolickiego i z uroczystemi zastrzeżeniami konkordatu.

W ukazie tym a mianowicie w tej jego części, która się odnosi do wyznań, przekroczone zostały o wiele granice władzy cywilnej, gdyż wszystkie rozporządzenia jakie zawiera, dotyczą osób i rzeczy religijnych i świętych, a jedne i drugie bada, sądzi i stanowi o nich komisya złożona z ludzi należących do rozmaitych religij, Komisya która władzy jaką wykonywa, nieotrzymała od Kościoła lecz od Cesarza.

Ta sama ustawa obala system, rząd i administracyę Kościoła i karności kościelnej, gdyż wkracza w pewnych punktach w obręb zastrzeżony najwyższej władzy Papieża nad Kościołem katolickim i przywłaszcza sobie w wielu innych jurisdykcyę biskupów, którzy winni ją wykonywać nad właściwą swą owczarnią w granicach zakreślonych świętemi Kanonami. I zaiste rozbierając w formie przykładu artykuł 8, łatwo jest dostrzedz iż się posunięto aż do podporządkowania Komisyi rządowej stosunków i spraw duchowieństwa z Stolicą św., tak że niepozostaje biskupom nic innego jak wykonywać święte obrzędy, udzielać sakramentów, nakładać cenzury [...]dów Komisyi rządowej.

W tym ostatnim punkcie jednakże Kościół w swej własnej ustawie już rozporządził, upoważniającego, co się mniema być niesłusznie dotkniętym wyrokiem swego biskupa, apelować w formie przepisanej do władzy wyższej, której ostatnim szczeblem jest najwyższy sąd Stolicy apostolskiej.

Tenże sam ukaz gwałci również konkordat. Dość rzeczywiście rzucić okiem między innemi na atrybucye Komisyi i Kolegium Kościelnego, nazwanego katolickim rzymskim, aby się przekonać że komisya z swemi rozmaitemi rozgałęzieniami bada, sądzi i i decyduje w materyach karności kościelnej, które z własnego prawa i według Konkordatu należą do biskupa.

Do biskupa, który zasięgać ma zdania od swej Rady należy także według tego samego konkordatu sąd o zażalaniach zanoszonych przeciw duchownym. A ukaz nietylko unieważnia to rozporządzenie lecz idzie dalej, nakazując aby wszelkie zażalenia jakiegokolwiek rodzaju sądzone były przez Komisyę według kodeksu karnego za przestępstwa jakie przewidział, a które popełnione zostały przy wykonywaniu obowiązków wynikających z ich powołania.

V. Zarząd dyecezyi i władze jurysdykcyi szczególnie naruszone zostały ukazem z 14 (26) grudnia i odnoszącym się do niego regulaminem. Oba dotyczą organizacyi duchowieństwa świeckiego i dóbr Kościoła katolickiego w Polsce. One to zaiste całkowicie podkopały organizacyę kapituł katedralnych, kościołów kollegialnych, beneficyów, parafij i samej spuścizny Kościoła. Ostatnia bowiem jest całkiem zabsorbowaną przez rząd, a w zamian ustanowiony został tytuł renty nieczystej dla duchowieństwa. Kościoły kollegialne i inne beneficya są skasowane; kolegiata kielecka arbitralnie zamienioną jest na katedrę; nowy regulamin wprowadzony został w kollegium kanoników, parafie zresztą podzielone są wbrew rozporządzeniom kanonicznym i nakazano biskupom nie mianować w parafiach ani proboszczów, ani administratorów bez wyraźnego zezwolenia komisyi wyznań.

Ukaz ten jest nadzwyczajnie szkodliwy, gdyż niszczy samą organizacyę Kościoła. Ztąd wynikają trudności w mianowaniu wikaryuszów kapitulnych i prawdopodobieństwo wciskania się bezprawnych intruzów; ztąd osłabienie i opłakany stan kapituł katedralnych obecnie doprowadzonych do ostateczności i prawie wygasłych; ztąd trudności a często niepodobieństwo obsadzenia parafii; wykluczenie żarliwych księży od służby kościelnej i przez to samo nadawanie tychże mniej godnym.

VI. Z krzywdą władzy biskupów i wolności wyznania, wzbronionem jest katolikom rozporządzeniem rządu odbywać processye po za obrębem ich kościołów; nie wolno kapłanom wykonywać ćwiczeń duchownych we wszystkich swych kościołach, lecz tylko w miastach powiatowych i za pozwoleniem wojennego gubernatora w miejscu; zakazano księżom oddalać się z własnych parafij bez wyraźnego pozwolenia wydanego na piśmie przez władzę świecką, chociażby tylko dla odbycia spowiedzi; zabroniono najżarliwszym z nich przychodzić w pomoc swym kolegom podczas uroczystości, gdzie się zbiera wielka liczba wiernych: w misyach, w udzielaniu sakramentów, a nadto notowani są jako fanatycy i nieprzyjaciele panującej religii i z tego tytułu wykluczeni od ważniejszych beneficyów i godności; a w końcu mianowania na urzędy kościelne uregulowane są w ten sposób, aby były prawie całkiem podległe władzy rządowej.

VII. Następnie kazania ścieśnione są wielu trudnościami. Są one surowo zakazane po za kościołami, często zbyt ciasnemi dla wielkiego napływu ludu. Nie wolno bez narażenia się na ciężkie kary mówić o żadnym z dogmatów i prawd katolickich, które cenzura rządowa wykreśliła z katechizmów. Księża nie mogą uczyć katechizmu, prócz tylko w kościołach parafialnych i tym sposobem owo dzieło najwyższej potrzeby stało się trudnem i mniej korzystnem, gdyż dzieci muszą często wielkie przebywać przestrzenie, aby przyjść do Kościoła, co nie zawsze jest dla nich możliwem, szczególnie w złej porze. [...] wreszcie z 28 listopada 1875 r. zakomunikowanym biskupom przez kollegium petersburskie 3 grudnia t. r. i wskrzeszającym rozporządzenie zniesione 1862 r., wzbronione jest księżom spowiadać osobę nieznaną lub należącą do innej parafii bez zaświadczenia stwierdzającego, że należy do wyznania katolickiego, zaświadczenia, które za każdym razem musi być odnowionem, ile razy osoba ta przystępuje do spowiedzi. Wystarczało dawniej, aby zaświadczenie to pochodziło od proboszcza, lecz później, mianowicie na Litwie i w prowincyach przyległych, musiało być wydawanem przez władzę świecką, a środek ten utrudniał bardzo ludowi przyjmowanie sakramentów.

IX. Mie mówiąc o tylu innych ustawach anti-katolickich, nadmienimy jeszcze o tej, jakiej edykt jenerał gubernatora warszawskiego pod datą z miesiąca października 1875 r. ściśle nakazuje zachowanie, a którą wzbronionem jest pod karą usunięcia, kapłanom katolickim chrzcić dzieci zrodzone z małżeństw mieszanych, nawet na prośbę rodziców i przypuszczać do komunii kogokolwiek, co raz już przyjmował komunię według obrządku greckiego. Ustawa ta jest nadzwyczajnie krzywdzącą dla religii katolickiej, gdyż stara się oderwać od niej katolików za pośrednictwem samych sakramentów.

X. Prócz tego przez jawną niesprawiedliwość i ze szkodą religii katolickiej, są obecnie na wygnaniu: Mgr Feliński arcybiskup warszawski; Mgr Rzewuski jego wikaryusz jlny; Mgr. Borowski biskup łucki i żytomierski; Mgr. Krasiński biskup wileński i wielu innych duchownych (któ[...] najczęściej nie mogą nawet przyjmować Sakramentów), a których całą winą, że korespondowali ze Stolicą Św. i że nie słuchali władzy cywilnej w rzeczach przeciwnych religii i ich sumieniu. I tu niemówiąc o tylu innych faktach, przypomnieć chcemy jeden istotnie nadzwyczajny i niesłychany w rocznikach kościoła, a który dowodzi, jak się rząd cesarski zapatruje na władzę biskupią a nawet na fundamentalne zasady religii katolickiej. Akt rządu zawyrokował, aby wyż wspomniony arcybiskup warszawski pozbawiony był wszelkiej jurisdykcyi biskupiej w dyecezyi. Zakazał on każdemu z członków jego trzody znosić się z nim i postanowił że Mgr. Rzewuski jego sufragan obejmie wodze w jego miejscu, jako administrator dyecezyi. Ojciec Św. zawiadomiony o tak niespodziewanym kroku nie mógł się powstrzymać od wyrażenia z tego powodu najżywszych skarg 24 kwietnia 1864 w Kollegium Urbana w Propagandzie, dokąd się udał dla oddania czci relikwiom Św. Fidelisa w Sigmaringen i aby być obecnym ogłoszeniu dwu dekretów św. kongregacyi obrzędów.

XI. Pozostawiają następnie opróżnione dwie stolice biskupie płocką i żmudzką i tylu sufraganów, którzy istnieć winni według treści konkordatu; na obszernych obszarach między dwiema prowincyami kościelnemi warszawską i mohilewską jest tylko dwie dyecezye: płocka i żmudzka. Prócz tego arbitralnie zostały zniesione cztery dyecezye. 1) Kamieniecka w r. 1866; 2) podlaska w r. 1867; 3) mińska w r. 1869. Ostatnia ta stolica biskupia połączoną została z wileńską i oddaną pod administracyę księdza Żylińskiego, który *de facto* objął jej zarząd i dotąd go jeszcze wykonywa bez upoważnienia stolicy św. Ojciec św. niemogąc dłużej ścierpieć, aby intruz Żyliński dalej szerzył spustoszenie w dwóch dyecezyach, żąda oddalenia go; inaczej ujrzy się zmuszonym postąpić przeciw rzeczonemu intruzowi z całą surowością ustaw kanonicznych.

XII. W r. 1875 ukazem synodu kościoła panującego dyeceszya grecko-unicka chełmska została zniesioną i zamienioną na eparchię schyzmatycką. Całemu światu zbyt są dziś wiadome nieszczęsne okoliczności które poprzedziły, towarzyszyły i nastąpiły po tym bolesnym wypadku. Wiadomo mu również, że gdy się zakończyła gwałtowna presya i najwyższy terroryzm, pod którym dopełniła się schyzma kościoła chełmskiego (ostatni kościół unicki, jaki pozostał w całym carstwie) ludność tej dyecezyi podniosła głos, aby się oświadczyć bezwzględnie wiernymi katolikami, podległymi papieżowi następcy św. Piotra, co pozbawiło wszelkiej wagi zbiorowe adresy przesłane N. cesarzowi, adresy, do których napisania nigdy żadnego nie dała mandatu, i twierdziła że wciągniętą została w sidła i zdradzoną przez duchowieństwo postawione w miejscu prawdziwego duchowieństwa katolickiego, które prawie całe zostało oddalone, jako ważna przeszkoda dla mniemanych zdrezów.

Z tego wszystkiego łatwo pojąć, jak opłakanym i pełnym niebezpieczeństw dla wiary katolickiej jest stan obecny greko-unitów chełmskich. Pociągnięci do schyzmy gwałtownie we wszystkich aktach życia publicznego i urzędowego, nie mogą wyznawać wiary, którą zachowują nietykalną w swych sumieniach, pozbawieni prawie całkowicie przez deportacyę lub wygnanie, heroicznych księży, którzy nie chcieli przystąpić do schyzmy, pozostają oni bez potrzebnej pomocy kapłańskiej gdyż w żaden sposób nie mogą się odważyć zgłaszać się w swoich duchownych potrzebach do nowego duchowieństwa schyzmatyckiego, które im zostało narzucone. Fakta te, których żaden pozór polityczny nie może usprawiedliwić, tak zasmuciły ojcowskie serce J. Świątobliwości, że z tego powodu zanosi najgłośniejsze reklamacye i protestacye i zarazem żąda, aby położono kres w nieszczęśliwej dyecezyi chełmskiej stanowi rzeczy niesłychanie zgubnemu dla duchownego dobra owych zacnych i wiernych katolików.

XIII. Stan duchowieństwa zakonnego w Rosyi i w Polsce nader jest smutny. Do rozmaitych ustaw, za pomocą których zakonnicy wyrwani zostali z pod zawisłości swoich przełożonych, ustaw, które wprowadziły spis zakonów i skasowały je, które skonfiskowały dobra i rozprószyły zakonników, przybył ukaz z 27 października (8 listopada 1864) odnoszący się do zniesienia lub prawie całkowitego zamknięcia klasztorów męzkich i żeńskich w Królestwie Polskiem, do złupienia ich dóbr przyznanych państwu, i podania zakonników i zakonnic w klasztorach jeszcze istniejących, zwyczajnej jurysdykcyi biskupów. Ustawy, te oprócz że odbierają i przywłaszczają sobie władzę Stolicy św. i dążą do dezorganizacyi i rozwiązania wszelkich zgromadzeń zakonnych katolickich, są w formalnej sprzeczności z traktatami i przyrzeczeniami kilkakrotnie ponawianemi rządu cesarskiego.

Z mocy to owych ustaw dekretem jenerała Berga z d. 16 grudnia 1864 zniesioną została kongregacya Sióstr Sgo Feliksa, podczas gdy innym dekretem tego samego jenerała z 10go owego miesiąca zniesionych zostało pięć klasztorów Bazylianów istniejących w Polsce. Zresztą edyktem bardzo świeżym, pochodzącym od Synodu panującego Kościoła 22 stycznia 1877 oddany został mnichom schyzmatyckim Sgo Mikołaja kościół i klasztór z przyległościami swemi, które należały niegdyś do Karmelitów w mieście Białyniczach, w guberuii mochilewskiej, tak że ludność 2000 dusz pozostawioną jest bez kościoła i bez kapłana.

XIV. Nowy ukaz celem zaprowadzenia języka rosyjskiego w nabożeństwie dodatkowem, które już zadekretowanem zostało w dyecezyi wileńskiej i mińskiej i rozciągniętem na początku stycznia 1876 r. do dyecezyj: łuckiej, żytomirskiej i kamienieckiej, niemniej obraziło prawa i władzę Stolicy św. Ukaz z r. 1848 zakazywał używanie języka rosyjskiego wszelkim innym obrządkom, prócz grecko-schyzmatyckiego; ukaz ten został zniesiony 1869 r. i używanie tego języka uznane zostało jako wolne. Ponieważ było zamiarem rządu cesarskiego, aby przyjęto ten język, przepisał go w końcu. Lecz silny opór, jaki napotkano w biskupach i wiernych, skłonił rząd do użycia środka może najskuteczniejszego, aby go narzucić: udał on się do Stolicy św., aby otrzymać jej zezwolenie. Działo się to w latach 1872 i 1873. Stolica św. po długich dyskusyach nie chciała powziąć żadnego postanowienia w sprawie tak ważnej, niemając poprzednio wyjaśnień i nie zasięgnąwszy zdania rozmaitych ordynaryuszów dyecezyj, następnie zażądała nagłaco, aby surowy zakaz porozumiewania się z katolickimi poddanymi Rosyi był zniesiony.

Rząd cesarski nie chciał prowadzić dalej tych ro-

kowań z Stolicą św. i tym razem uciekł się do rzucenia języka rosyjskiego w obrzędach dodatkowych; zaczął on od dyecezyj w prowincyach zachodnich cesarstwa, w nadziei, że tam na mniejszy napotka opór. Aby tem łatwiej osiągnąć ten rezultat, chwycił się zeszłego roku nowego środka, to jest zamianował dwóch wizytatorów dyecezyalnych, ograniczonych w tej chwili do dyecezyi mińskiej i wileńskiej. Wynika z instrukcyj, jakie im były dane przez Żylińskiego, administratora-intruza wileńskiego, że bezpośrednim celem tych nowych ajentów jest szerzenie, ile można, używania języka rosyjskiego w obrzędzie katolickim. Lecz innym celem może bardziej pośrednim i bardziej skrytym jest poniżać władzę biskupów w dyecezyach i obalić uświęconą hierarchię, przyznając wizytatorom dyecezyalnym jurysdykcyę, prawa i honory prawie biskupie. W każdym razie instytucya ta wielce razi powagę pasterzy, przeciwną jest ustawom zasadniczym Kościoła, który nie przypuszcza innej prawnej jurysdykcyi prócz tej, jaka wypływa wprost lub pośrednio od Papieża.

XV. Ojciec św. naganił w r. 1867 uroczyście kollegium katolickie rzymskie w Petersburgu z powodu jego mieszania się w sprawy duchowne dyecezyj. Ponieważ rząd cesarski odtąd zaprowadził zmiany w organizacyi rzeczonego kollegium, J. Świątobliwość encykliką z 2 marca 1875 r. przesłaną do biskupów i zakomunikowaną samemu rządowi, oświadczył, że kolegium to może być **tolerowane** pod warunkiem, jeżeli ograniczy swą czynność do spraw czysto-materyalnych administracyi.

Lecz pomimo tego wyraźnego zakazu kollegium nie przestaje mieszać się jak dawniej do spraw duchownych dyecezyj, gdyż nic nie jest bardziej zwykłego jak ogłaszania czynione za jego pośrednictwem dekretów rządu wrogich Kościołowi. Na ten punkt przeto zwraca się jeszcze uwagę rządu cesarskiego, aby mieszanie się kollegium było ograniczone tylko do kwestyj administracyjnych i materyalnych i aby Stolica św. nie była zmuszoną znowu potępić tę instytucyę.

## KORESPONDENCYA „CZASU:"

**Wiedeń** 22 stycznia.

(||) Sytuacya wewnętrzna przedstawia się ciągle jeszcze tak, jak ją skreślił onegdajszy list wiedeński. Jeżeli Węgry w ostatniej chwili nie dadzą się nakłonić do kompromisu, gabinet przedlitawski będzie zobowiązanym przeprowadzić w Radzie państwa wszystkie swe przedłożenia niezmiennie. Gabinet zatem będzie zmuszony postawić Izbę przed *aut aut*. O tym zamiarze rząd już uwiadomił koronę, która pojmuje bardzo dobrze, że gabinet inaczej działać nie może. Jeżeli więc Izba pomimo takiego oświadczenia rządu odrzuci jedno z przedłożeń lub też jeden z ważniejszych paragrafów, artykułów lub pozycyi, w takim razie gabinet opuszczony przez większość parlamentarną, ponowi prośbę o dymisyę, którą zresztą jak utrzymują, na ten przypadek korona już przyjąć miała, tak iż gabinet przestałby istnieć w chwili otrzymania takiego wotum nieufności ze strony Rady państwa. Chęć gabinetu i korony, aby raz już skończyć z sprawą ugody, tym razem jest stanowczą. Lecz z drugiej strony mniemamy, że sprawa bynajmniej jeszcze nie jest przegraną. Albo bowiem samo stronnictwo wierno-konstytucyjne nie zechce narazić państwa na tak ciężką próbę, albo też rząd bardzo łatwo może odnieść nowe zwycięstwo nad swem stronnictwem, zapomocą prawicy, zwłaszcza Polaków, na których głosy gabinet podobno liczy z pewnością. Gabinet zamierza poinformować Izbę o całym stanie rzeczy i pozostawić jej decyzyę i odpowiedzialność za wszystko. Ponieważ jeszcze nie wierzymy w dymisyę gabinetu obecnego, przeto uważamy za zbyteczne pisać o wieściach co do przyszłych spadkobierców rządu dzisiejszego.

Zawieszenie broni i pokój, to jakby błędne światełko, mamiące wędrowca. Z popłochu w Stambule, z wiary Turków w bliskie zakończenie wojny, korzystają Rosyanie, aby coraz dalej wtargnąć w głąb kraju nieprzyjacielskiego. Za zgodą Niemiec wojska rosyjskie mają zająć Stambuł a okupacyą Gallipoli uprzedzić Anglię. Wczoraj tutejszy ambasador rosyjski p. Nowikow miał półtoragodzinną rozmowę z hr. Andrassym w której rozchodziło się o okupacyę Stambułu. Że hr. Andrassy nie sprzeciwia się zajęciu Stambułu, dowodzą dzisiejsze artykuły w dziennikach inspirowanych. Armia rosyjska posuwa się w Rumelii i Tracyi z tak bajeczną szybkością naprzód, iż nie brakuje domysłów, jakoby wszystkie te operacye dokonywały się w porozumieniu z Turcyą, która zupełnem poddaniem się woli, zwycięzców oczekuje najlepszych względnie warunków pokojowych. Rosya zaś pragnie zajęciem Stambułu i wyprzedzeniem Anglii, utorować sobie drogę do swobodnego i samodzielnego pokoju z Turcyą. Nie należy zapominać, że mamy do czynienia teraz z przebiegłą dyplomacyą rosyjsko-turecką, popieraną przez ks. Reussa, dlatego trzeba być przygotowanym na niejedną jeszcze niespodziankę.

**Praga** 20 stycznia.

Antagonizm między Riegerem a Skrejszowskim. doprowadził do smutnego wypadku, o którym niewątpliwie z innéj strony doszły was wiadomości. Wypadek ten, jakikolwiek obrót weźmie sprawa śmiertelnego poranienia p. Thierhiera, będzie miała przedewszystkiem ten skutek, że skończy się terorystyczne panowanie p. Skrejszowskiego, który despotyzm swój nieznośny rozciągał, począwszy od biur redakcyjnych, na całe Czechy. Wraz z wpływem Skrejszowskiego pozbędą się przywódcy narodu czeskiego i sam naród ciężkiéj zmory, od której uwolnić się nieraz już zapragnięno, ale nie było można, bo teroryzm Skrejszowskiego właśnie zbyt się był rozwielmożnił, każdego tak krępując, iż nie pozostawiał najmniejszéj swobody ruchu. Daléj zaś wypadek ten, jak był spowodowany zapowiadanym przezemnie zwrotem w polityce czeskiej, tak też stanie się pobudką do przyspieszenia stanowczej decyzyi o opuszczeniu drogi polityki biernéj na rzecz polityki czynnéj. Wszakże *de facto* polityka bierna już nie istnieje, tylko *de nomine*, a o ile istniała rzeczywiście i o ile niema dotychczas stanowczego wstąpienia na tory polityki czynnéj, było to i jest jedynie *per nefas*. Rozpatrzmy się w téj sprawie pokrótce.

Na zjeździe reprezentantów ludności słowiańskich w Austryi w r. 1863 wyraźnie przyjęto politykę czynną za zasadę. Wszystkie też ludy zasadzie té pozostały wierne, tylko Czesi wyłamali się z pod niéj. Aby zaś módz się wyłamać, aby w własnem kole decydującem stworzyć większość przychylną polityce biernéj, wyrzekli się i wyparli z tego koła reprezentantów Morawy, lubo Czesi i Morawianie uważali się i dziś jeszcze uważają za jeden naród. Wyłamanie się Czechów z pod uchwalonéj wspólnie zasady, *to je faktum* — by użyć czeskiego wyrażenia — a w ocenieniu tego faktu nic zgoła nie znaczy, że przywódcy czescy i ich organa plwali żółcią i jadem na tych, którzy wspólnemu programowi się nie sprzeniewierzyli. Czesta więc polityka abstencyjna zrodziła się *per nefas*. Ten sam charakter jej uwydatnił się w dziesięć lat później, w roku 1873, jeśli się nie mylę, dnia 3 listopada. Czeska szlachta historyczna była główną podstawą i tworzycielką tak zwanego stronnictwa prawa (*Rechtspartei*), a jednak wbrew uchwale tegoż stronnictwa o polityce czynnej, Czesi z torów polityki biernej nie zeszli.

Zeszłą nader charakterystycznem tejże polityki znamieniem, którego jednak szanowni przywódzcy narodu czeskiego nigdy narodowi swemu nie wyjawili w słusznej obawie, aby lud nie stanął przeciwko nim, jest ta okoliczność, iż z polityki biernej uczyniono nie środek do celu, lecz zasadę — zasadę zgrabną, reakcyjno-absolutystyczną. Ludowi prawiono, że polityka bierna jest tylko środkiem do celu, do osiągnięcia praw narodu czeskiego, a tymczasem szanowni przywódzcy dla siebie uznawali w téj polityce zasadę na zwalczenie systemu reprezentacyjnego. Ale była to *resstrictio mentalis* szanownych przywódzców, którą, troskliwie przed własnym ludem i przed obcymi zatajoną, ja pierwszy pewnie tu wyjawiam. Hr. Lew Thun bynajmniéj nie grzeszy przeciw téj *resstrictio mentalis*, zjawiając się w Izbie wyższéj i biorąc udział w dyskusyi; albowiem—by użyć mniéj więcéj własnych słów jego — on nie jest wybrany, lecz powołany. Zasada polityki abstencyjnéj z takim utajonym charakterem wrogim konstytucyonalizmowi, jakież skutki mogłaby była za sobą pociągnąć, gdyby inni z pomiędzy zebranych w r. 1863 nie byli pozostali wierni wspólnéj uchwale, lecz poszli byli za głosem zdradliwéj syreny czeskiéj. Ci, którzy po części zaakceptowali idee czeskie, jak Tyrolczycy i Słowianie południowo-austryaccy, już to na sobie odczuli.

Powiedziałem, że *de facto* czeska polityka bierna już nie istnieje. Czyż potrzeba silniejszych na to dowodów nad te, że Czesi w Radzie szkolnej i w komisyach szacunkowych abstencyi nie znają? Czyż nie dowodzi tego samo zbliżenie się p. Riegra do takich jak Schmerling i Kellersperg centralistów, aby u nich szukać rady i zbawienia?... że pominiemy już inne oświadczenie się z gotowością, co do której niech mi będzie wolno zachować jeszcze tajemnicę.

Jak się rzekło, smutny wypadek, pod którego wrażeniem pozostaje Praga, cały naród czeski, a podobno [illegible] niechybnie przyspieszy stanowczy zwrot w [illegible] czeskiej; a gdy taki będzie skutek, współpaktujący z r. 1863 chętnie zapomną wyrządzonych im krzywd i obelg i powitają Czechów chętnie wśród siebie. Kiedyś raz już wyrzekł się wspólnictwa z Skrejszowskim w prześladowaniu Morawców za politykę czynną: jeśli dobrze jestem powiadomiony, oświadczy teraz też co do Polaków, że nie zgadzał się na miotane na nich obelgi. Taki byłby przynajmniej może pierwszy dziś obowiązek przywódzcy Czechów, którego spełnieniu zerwanie z Skrejszowskim mogłoby posłużyć za asumpt. Ale mniejsza o te przeprosiny; nie patrzmy formy, lecz rzeczy.

**Wiedeń** 22 stycznia. Wydział budżetowy Izby deputowanych obradował wczoraj nad rozdziałem „Wyznania." Sprawozdawca dep. Rodler wniósł, aby w ogólności przyjąć cyfry rządowe. W rubryce „Dalmacya" dep. Giskra wniósł odrzucenie kwoty na seminaryum, a to z powodów politycznych, „ponieważ w dzisiejszych stosunkach politycznych nie uważa za właściwe, aby państwo łożyło jakiekolwiek nadzwyczajne fundusze na Dalmacyę!" Przy rubryce „Kraków" minister wyznań Dr Stremayr oświadczył, że sprawa organizacyi i nowego rozgraniczenia decyzyi krakowskiej, jest właśnie przedmiotem rokowań.

— *N. fr. Presse* w sprawie ugodowéj otrzymuje następujące szczegóły mające tłumaczyć przyczynę przesilenia gabinetowego: „Na radzie ministrów, która się odbyła pod przewodnictwem Cesarza w celu rozwiązania w toku będących kwestyj ugodowych, zgodzono się na to, iż gabinet węgierski zobowiązał się uzyskać uchwałę sejmu węgierskiego, aby sprawa długu 80-milionowego przydzielonego została deputacyom regnikolarnym. W ten sam sposób zobowiązał się gabinet austryacki zyskać Radę państwa dla przedłożenia rządowego w sprawie restytucyj podatkowych. Co się jednak tyczy taryfy celnéj oświadczył rząd austryacki, że nie jest w stanie przeprowadzić podwyższenia cła od kawy do 24 złr., a od nafty do 8 złr. Atoli ministrowie węgierscy wskazywali, że stosownie do wziętego na siebie zobowiązania, iż przeprowadzą cła finansowe i ochronne w sejmie węgierskim, istotnie takowe przeprowadzili, a teraz oczekują tego ze strony rządu austryackiego. Zapatrywanie to podzielał Cesarz, poczem ministrowie austryscy oświadczyli, iż gotowi są bronić tych pozycyj w Izbach. Zdaje się jednak, że w Węgrzech mniéj wagi kładą na uchwalenie cła od nafty w wysokości 8 złr., niż na uchwalenie cła od kawy w proponowanéj wysokości. Od głosowania Izby nad tem ostatniem zależeć będzie głównie decyzya pod względem kryzys gabinetowéj. Ministrowie węgierscy oświadczyli nawet, że od podwyższenia cła od kawy do 24 złr. nawet wtedyby nie odstąpili, gdyby w razie nieprzyjęcia przedłożonéj taryfy celnej, zaszła potrzeba ułożenia nowéj. Konferencya stronnictwa nie odbędzie się, natomiast rząd ma się porozumieć z przywódzcami klubów i dać im wyjaśnienia o położeniu rzeczy."

## Anglia.

Mowa królowej przy otwarciu parlamentu angielskiego brzmi w całej osnowie:

Milordowie i Panowie!

Uznałam za stosowne zwołać was przed zwykłym terminem waszego zebrania, dla zawiadomienia was o usiłowaniach, które poczyniłam, aby położyć koniec wojnie, która sroży się w tej chwili we wschodniej części Europy i w Armenii i uzyskać zdanie i współdziałanie mojego parlamentu w obecnym stanie spraw publicznych.

Wiadomem wam jest, że po bezskutecznem usiłowaniu mojem zażegnania tej wojny, oświadczyłam, że mam zamiar zachowania neutralności w tym sporze, nad którym ubolewałam, lecz którego uchylić nie mogłam, aż do chwili, w której interesa państw moich określone przez mój rząd, nie zostaną wystawione na szwank. Jednocześnie zawiadomiłam, że życzę sobie na prawdę skorzystać z każdej sposobności, aby doprowadzić do pokojowego rozwiązania sporne między wojującemi stronami sprawy.

Powodzenia wojsk rosyjskich w Europie i w Azyi przekonały Porte, iż koniecznem się stało próbować zakończenia walki, która niesłychane sprowadza cierpienia jej poddanym. W skutku tego rząd Sułtana odwołał się do przyjacielskich usług neutralnych mocarstw, podpisanych na traktatach odnoszących się do mocarstwa ottomańskiego. Większa część mocarstw, do których wystosowanem było to wezwanie, nie uznała za stosowne zadość mu uczynić i zdanie to przesłały Porcie.

Wtedy Porta postanowiła wysłuchać [illegible] zwanie do mojego rządu i [illegible] no się cesarza rosyjskiego, czy J. Ces. Mość zechce przystąpić do układów mających pokój na celu.

Cesarz w odpowiedzi wyraził najszczersze życzenie zawarcie pokoju i zarazem dał poznać swoje zdanie o sposobie postępowania dla dopięcia tego celu.

Zawiązały się nad tym przedmiotem układy między rządem rosyjskim a Turcyą za mojem pośrednictwem i mam silne zaufanie, że te układy mogą ostatecznie doprowadzić do pokojowego rozwiązania spornych spraw i do zakończenia wojny. Dołożę wszelkich wysiłeń, aby dojść do tego celu.

Dotąd i podczas trwania działań wojennych, żadna ze stron wojujących nie naruszyła warunków, na których opiera się moja neutralność; chętnie wierzę, że obiedwie strony życzą sobie zarówno szanować je, o ile to będzie w ich mocy.

Dopóki warunki te nie zostaną naruszone, postawa moja pozostanie niezmieniona; ale nie mogę zataić sama przed sobą, że gdyby działania wojenne miały na nieszczęście się przedłużyć, jakiekolwiek nieprzewidziane zdarzenie mogłoby nakazać zarządzenie pewnych środków ostrożności. Nie możnaby zaś środków tych zarządzić w sposób skuteczny, nie będąc należycie do nich przygotowanemi. Pokładam zatem ufność w hojności mojego parlamentu i liczę na to, że dostarczy mi potrzebnych środków dla dopięcia tego celu. Dokumenta odnoszące się do tej sprawy, przedłożone wam zostaną bezzwłocznie.

Stosunki moje z wszystkiemi państwami zagranicznemi, nie przestały być przyjacielskiemi.

Szczęśliwą jestem, że straszny głód, który nawiedził Indye południowe, dobiega do kresu. Dzielne i skuteczne wysiłenia uczynionemi zostały przez mój rząd miejscowy, aby ulżyć cierpieniom ludności. W spełnieniu tego obowiązku, popartym on został potężnie przez szlachetny współudział mojego ludu, tak w W. Brytanii jak i w naszych koloniach.

Nakazałam ankietę, któraby obmyśliła najstosowniejsze środki zmniejszenia na przyszłość niebezpieczeństw podobnej klęski.

Miejscowe stosunki w Afryce południowej, stały się w ostatnich czasach przyczyną niejakiej troski i wywołały czujną baczność mojego rządu. Mniemałam, iż należało wzmocnić moje wojsko w tej części mojego państwa. Ufam, że zgodne i zadawalniające załatwienie wszystkich trudności, będzie mogło spiesznie przyjść do skutku.

Panowie z izby gmin! Kazałam przygotować roczny budżet, aby bezzwłocznie został wam przedłożony.

Milordowie i Panowie! Przedłożoną wam zostanie ustawa, odnosząca się do zarządu hrabstw, a uwaga wasza zostanie znowu zwróconą na sprawę fakturyi i na ustawodawstwo w sprawach drobiazgowych.

Na początku sesyi przyjdzie wam zastanowić się nad ustawą odnoszącą się do zarazy bydła rogatego w Anglii.

Również przedłożonemi wam będą, sprawy dróg i mostów w Szkocyi oraz subwencjowanych szkół i szpitali w Szkocyi.

Uwaga wasza zwróconą zostanie na sprawę niższego wychowania w Irlandyi i na ustawę o wielkim sądzie przysięgłych w tym kraju. Między innemi przepisami zmierzającemi, do zmiany tej ustawy, przedłożonym wam będzie bill, mający na celu uproszczenie i połączenie w jedną całość, wszystkich ustaw oraz procedury odnoszącej się do przestępstw podlegających śledztwu.

Polecam wszystkie te sprawy waszej roztropnej uwadze i błagam Wszechmocnego, aby błogosławił i kierował waszemi obradami.

## Teatr wojny.

Łudzenie Turków okazywanemi chęciami do zawarcia rozejmu miało, jak się zdaje, tylko ułatwienie zyskania Adryanopola na celu. W układach znajdują się teraz ciągłe przyczyny do zwłoki, a marsz ku Carogrodowi odbywa się przyspieszonym ruchem.

Wczorajszy telegram z Kazanliku o postępach jenerała Gurki dał powód do mniemania, jakoby cała armia Sulejmana została rozbitą. Telegram ten zdaje jednak tylko sprawę z czynności od dnia 15 do 18go stycznia r. b., więc ze zdobywania wąwozów Salu Darbent (Momina Klisura) i Wrót Trajana, których obronę wymienione w raporcie straty ponieść mieli. Oddział Sulejmana stał wtenczas pod Filipopolem i jak się pokazuje z telegramów, z różnych źródeł pochodzących, któreśmy poniżéj zestawili, zaczął się, skutkiem zdobycia przez Rosyan wąwozów na drodze z Zofii do Adryanopola, cofać przez góry dospackie do Dranny. Prawdopodobną jest jednak rzeczą, że zaśnieżone drogi górskie utrudniają mu, jak d[illegible] poniżéj tele[illegible]

Londyn 22 stycznia. (*Daily Telegraph*). Sulejman znajduje się na czele 108 batalionów, 115 armat i dywizyą Bakera w Drannie (za górami dospatskiemi niedaleko morza egejskiego *Red*). Wojska te mają zostać z Kawali przewiezione do Konstantynopola. W Gallipoli panuje wielki popłoch skutkiem wieści, że się Rosyanie do tego miejsca zbliżać mają.

Tirnowo 21 stycznia. (*Presse*) Sulejman basza uchodzi przez okryte śniegiem góry dospatskie pozostawiając wszędzie za sobą działa i tron. Obsaczenie Widynia dokonane, oblężenie Ruszczuka nastąpi w krótce.

Konstantynopol 21 stycznia (Agence Havas) Armia Sulejmana baszy miała się cofnąć w góry despotskie (Despoto Dach, starożytne: Rhodope *Red.*) gdzie zajął stanowisko między Filipopolem a Drenną.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 23 stycznia.

Jutro we czwartek o godzinie 5ej po południu odbędzie się posiedzenie pełnej Rady miejskiej. Na porządku dziennym jest: Dalszy ciąg obrad nad budżetem na rok 1878.

— W Akademii umiejętności odbyło się dnia 21 b. m. posiedzenie Wydziału matematyczno-przyrodniczego pod przewodnictwem prof. Dra Piotrowskiego. Na wzmiankę przewodniczącego o bolesnej stracie, jaką poniósł Wydział mat. przyr. przez śmierć ś. p. Dietla, Wydział oddał cześć pamięci swego zasłużonego członka i byłego dyrektora przez powstanie. Następnie Dr Rostafiński wyłożył treść rozprawy: *O wielozarodkowości*, nadesłanej przez Dra E. Strasburgera, prof. Uniw. jeneńskiego. W dyskusyi, która się wywiązała nad tą treścią, brali udział: Dr Janczewski, Dr Alth i Dr Rostafiński. Nakoniec prof. Dr Karliński podał wiadomość o nieogłoszonej dotychczas pracy ś. p. Emila Stahlbergera (rodem z Galicyi), prof. c. k. Akademii żeglarskiej we Fiume pod tytułem: *Nowy ogólny sposób oznaczania położenia geograficznego okrętu na morzu za pomocą spostrzeżeń astronomicznych.* Odczytanie treści rozpraw prof. B. Hoffa: *Przyczynek do znajomości białka* i prof. Dra Janczewskiego: *O rurkach sitkowych* Część II (Nagoziarnowe) dla spóźnionej pory odłożono do przyszłego posiedzenia.

— Rada miejska uchwaliła, a sejm zatwierdził ustawę nadającą gminie krakowskiej prawo pobierania opłaty od psów w obrębie miasta i przedmieść Krakowa. Podatek ten wynosi 4 złr. rocznie, a spłacać go należy w dwóch ratach: d. 1go stycznia i 1go lipca. Ponieważ ustawa, o której mowa, nie obowiązuje od 1go b. m., przeto Magistrat wydał teraz obwieszczenie, w którem wzywa właścicieli domów, aby doręczone sobie karty meldunkowe zakomunikowali lokatorom do wypełnienia, a następnie, aby je najdalej w przeciągu dni ośmiu potwierdzone przez siebie, złożyli u właściwego komisarza obwodowego. Właściciel psa wzbraniający się wypełnić karty ulegnie karze od 2 do 5 złr. Właściciele psów opłacie podlegających mają przypadającą opłatę za I półrocze r. b. wnieść w 14 dniach do kasy miejskiej, za uiszczeniem której wydana zostanie marka liczbą bieżącą opatrzona. Dla objaśnienia mieszkańców wyjęliśmy te ważniejsze wskazówki z obwieszczenia Magistratu; po bliższe szczegóły odesłać musimy do tegoż obwieszczenia. Tu nadmienimy jeszcze tylko, że po upływie dni 14 psy nieopatrzone marką, będą przez oprawcę chwytane, a po upływie dalszych [illegible] trzech zgładzane.

— W niedzielę odbyło się walne zgromad[illegible] stwa muzycznego, pod przewodnictwem

Hotel Müller
W. Krzeczunowicz Kornel
(do 31 gr.) 4820

r. 267 Kraków, 23 Listopada — Piątek Rok 1877.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra Czasu, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na cały rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| w Państwie Austryackiem | 24 zła. | 6 zła. | 2 zła. 50 c. |
| do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi | 32 zła. | 8 zła. | 3 zła. |

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi Czasu w Krakowie. — Listy reklamacyjne niezapieczętowane niepodlegają opłacie pocztowej. — Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. Ogłoszenia (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. Nadesłane (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu“ (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w Wiedniu pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

## Kraków 22 listopada.

J. Ś. Papież IX. przesłał następujący list apostolski do Nuncyusza X. Arcybiskupa Jacobiniego w Wiedniu, z powodu jego objazdu po Galicyi:

*Wielebni bracia! Pozdrowienie i błogosławieństwo apostolskie.*

Nic Nam nie jest milszem ani cenniejszem w tak zawiłych i groźnych warunkach spraw religijnych, nad wytrwałość ludów w wierze i swobodne publiczne jéj objawy; niewymownie przeto pocieszył Nas twój list, wielebny bracie! w którym świetnie odmalowałeś raczéj niż opisałeś hołdy składane tej stolicy św., które do Nas odnosisz, podczas objazdu twego po Galicyi, i w którym wspomniałeś o każdem z osobna miejscu, wyłuszczając szczegóły faktów, o każdym z biskupów, z duchowieństwa, ze szlachty i ludu, którzy złożyli świetne owe pobożności dowody. Co atoli radość Naszą nadto uzupełnia, to owa życzliwa, jaką Nam zaleciłeś, wola władz cywilnych dla ducha katolickiego, która dowodzi u nich należnéj dla religii ludu opieki i przekonywa, że rozumnie pojmują, że względy dla religii katolickiéj, gdzie taż się krzewi pozyskują lud, co na wielki wychodzi pożytek sprawie publicznéj, a do czego przyczynia się w wysokim stopniu zgoda duchownéj i świeckiéj władzy. Wynikiem tym jak najmilej rozrzewnieni i zoamienitą téj świętéj religii chwałą uradowani, nietylko wszem wobec, ale każdemu z osobna bądź z pasterzy duchownych, bądź z świeckiego duchowieństwa ruskiego, łacińskiego, ormiańskiego, bądź z uniwersytetów i pobożnych stowarzyszeń, bądź ze szlachty i ludów, pragnęlibyśmy okazać ojcowskie zadowolenie Nasze, z dołączeniem powinszowania i wdzięcznego umysłu uczucia. Ponieważ to jednak stać się nie może, pragnienie Nasze tobie wielebny bracie polecamy, abyś przy stosowniejszéj, jeżeli to będzie możliwem sposobności, mógł wszystkim to co czujemy objawić. Lwowskim przeto wielebnym braciom wyznania ruskiego, łacińskiego i ormiańskiego, jakoż przemyskiemu duchowieństwu łacińskiemu i ruskiemu, oraz krakowskiemu wikaryuszowi apostolskiemu oświadcz radość, jaką czerpiemy z jednomyślnego wszystkich posłuszeństwa i miłości dla téj stolicy św., tak jasno okazywanych i zwiększonych jeszcze pu licznym dowodem, jakim najzacniejszą tę chęć łączności z Nami stwierdzić chcieli arcybiskup lwowski biskup przemyski i ich duchowieństwo, nietylko teraz niejszą swą pobożność wymownie uwydatniając, lecz obawiając szlachetny zamiar zerwania pilnie cnotliwego więzu wiary i posłuszeństwa, jakim z najwyższą Kościoła Głową są związani. Dowodzi to nietylko objawianéj Nam miłości za ojcowskie, jakie poświęcaliśmy im, starania, lecz przedstawia zarazem przyszłéj ich stałości zakład wśród wzmagających się ciągle niebezpieczeństw, w których nie przestaniemy zaiste nieść im pomoc. A ta szczęśliwa i zupełna jednomyślność wszystkich, o ile wypadła na chwałę jedności katolickiéj, najjaśniéj zabłysła w czci tobie jako Naszemu Nuncyuszowi apostolskiemu oddanéj przez zwarte i jednomyślne rozmaitych obrządków zewsząd do ciebie garnące się tłumy, przez zjazd biskupów, duchowieństwa, przez ciągłe towarzyszenie szlachty, przez okolski, przez biesiadne toasty, przez nocne iluminacye gmachów i miast. A że wszystko płynęło w istocie z ducha religijnego; dowiodła tego świątynia w Staréj wsi w uroczystość B garodzicy, w któréj niewiadomo co bardziéj, podziwiać, czy mnóstwo zewsząd gromadzącego się ludu, czy zapał w słuchaniu słowa bożego, czy religijne ducha zebranie w wykonywaniu świętych obrzędów, czy niepowstrzymane łaknienie sakramentów, nawet długim postem nieznużone, któremu stu kapłanów wystarczyć nie mogło, czy znów tę najzupełniejszą rozmaitych obrządków w wykonaniu rzeczy zgodę, która we wszystkich innych jaśniała objawach. Zaweze zaiste *główną Polski chwałą była nietykalność wiary i bezwzględne do téj stolicy św przywiązanie*, ztąd to pamięta ona, że za błogosławieństwem bożem niejedna niegdyś przybyła téj chwała i pomyślność i *dziś w przeciwnościach* doświadcza, że jéj dana jest z nieba wytrwałość odpowiednia nieszczęściu. Winszujemy ci więc, że taką chwałę nasz świętéj religii naocznie oglądać mogłeś, lecz bardziéj ci jeszcze winszujemy; że mając posłannictwo pielęgnowania i popierania spraw téj religii, nietylko uważałeś za stosowne święcić pontyfikalnie uroczystości, lecz często poświęcałeś się pieczy dusz, udzielając sakramentu bez względu na żadne niewygody a nawet na stan samego zdrowia, szczególniéj w chwili, gdy zastępując zanużonego i słabego biskupa udzielałeś bardzo licznym wiernym św. bierzmowania.

*Niechaj Bóg błogosławi* temu krajowi, niech błogosławi jego pasterzom, niech błogosławi duchowieństwu i ludowi, ukrzepi ich wiarę, ustali zgodę *wzmocni siły wśród trudności i wszystkich niebieskiemi swemi obdarzy darami.* Niechaj będzie dla wszystkich i tych mianowicie, co błogosławieństwa od Nas żądali, niebieskiej łaski wróżbą błogosławieństwo apostolskie, jakie tobie wielebny bracie, wszystkim galicyjskim biskupom i całemu ich duchowieństwu i ludowi z miłością udzielamy.

Dan w Rzymie u Św. Piotra 8 listopada 1877 papiestwa naszego 32go. *Pius IX* Papież.

*Pius PP. IX.*

*Venerabilis Frater, Salutem et Apostolicam Benedictionem!*

*Qui, in tam perplexa ac trepida religiosarum rerum conditione, nihil jucundius habemus nihilque pretiosuus constantia fidei in populis, liberisque et publicis ejus significationibus; mirifice recreati fuimus, ab epistola tua, Venerabilis Frater, qua graphice pictos exhibebas, potius quam describtos, honores huic Petri Sedi delatos, in te Nos referente, dum Gallaeciam lustrabas, et qua singula comemorabas loca et peculiaria factorum adjuncta unumquemque recensens e Praesulibus, Clero, Proceribus, populo, qui splendida ista ediderunt devotionis testimonia. Quod sane gaudium Nostrum cumulatum praeterea fuit a propensa, quam commendasti, voluntate civilium auctoritatum erga catholicorum studia, siquidem id et debitam religioni populi observantiam in illis testatur; et docet, sapienter ipsas existimare favorem Religioni Catolicae impensum, ubi ipsa viget, demulcere populum, et in magnum cedere publicae rei emolumentum, cujus prosperitati concordia sacrae civilisque potestatis summopere conferunt. Eventu svavissime affecti, et praeclara ista religionis nostrae sanctissimae gloria delectati, non universis dumtaxat, sed et singulis, sive e sacris Pastoribus, sive e Clero Saeculari et Regulari Rutheno, Latino, Armeno, sive ex Universitatibus piisque Consociationibus sive e Proceribus et populo testari desideravissemus, Peternam laetitiam, gratulationes ac pergratos animi Nostri sensus. At quoniam id fieri nequit, desiderium Nostrum tibi, Venerabilis Frater; committimus, ut aptiore, qua poteris, ratione, quod sentimus universis patefacere valeas. Leopoliensibus itaque Venerabilibus Fratribus: Rutheno, Latino et Armeno, nec non Premisliensibus Latino et Rutheno, simulque Vicario Apostolico Cracoviensi significa jucunditatem Nobis partam ab unanimi omnium obsequio et amore erga Sanctam hanc Sedem tam luculenter prodito, et auctam etiam a publico testimonio, quo studium istud praeclarissimum conjunctionis cum Nobis asserere voluerunt Leopoliensis et Premisliensis Rutheni Praesules eorumque Clerus, non modo praesentem devotionem suam diserte declarantes, sed et nobile propositum aperientes custodiendi sedulo pretiosum fidei et obedientiae vinculum quo Supremo Ecclesiae Capiti devinciuntur. Quod sane dum piam praefert caritatis vicem Nobis relatam pro paternis, quas iis impendimus curis; futurae simul eorum constantiae pignus exhibet inter increbrescentia quotidie pericula, in quibus Nos certe eis opem ferre non cessabimus. Et hic quidem felix perfectusque consensus omnium, quanti faciendus sit in unitatis catholicae decus, clarissime patuit in honoribus tibi, veluti Nuntio Nostro Apostolico, delatis per confertissimam et unanimem populi diversorum rituum ad te confluentis undique frequentiam, per occursum Episcoporum et Cleri, per jugem Procerum assectationem, per plausus, per salutationes conviviales, per nocturnas aedium et urbium illustrationes. Et haec omnia a religioso reapse sensu processisse demonstravit Staraviense Sanctuarium in Deiparae solemniis, in quibus nescias quid magis mireris, an confluentium undique populorum frequentiam, an divini verbi audiendi studium, an religiosissimam animorum comparationem in sacris exercitiis obeundis, an impensum sacramentorum desiderium ne ipsa quidem diuturna inedia dejectum, cui centum sacerdotes satisfacere nequibant, an demum perfectissimam illam diversorum rituum in re peragenda concordiam, quae in caeteris omnibus significationibus eluxerat. Semper equidem praecipua Polonicae laus fuit intergritas fidei ac absoluta huic Petri Sedi devotio; unde Benedicente Deo, decus et incrementa sibi alias accessisse meminit, et nunc in adversis virtutem calamitati parem coelitus sibi largiri experitur. Gratulamur itaque tibi, quid tantum religionis nostrae sanctissimae gloriam cominus aspicere potueris, sed magis etiam gratulamur, quod ad ejusdem religionis negocia fovenda provehendaque missus, non pontificalia tantum solemnia tibi celebranda duxeris, sed saepe quoque prospiciendum animabus per sacramentorum administrationem, posthabito quovis incommodo et ipsius valetudinis discrimine; praesertim ubi effeto et laboranti Episcopo sub pluvio coelo succedens confertissimis fidelibus sacram contulisti Confirmationem.*

*Benedicat Deus isti regioni, benedicat sacris ejus Pastoribus, benedicat Clero populoque, confirmet eorum fidem, fovet concordiam, vires sustentet inter difficultates, universosque supernis augeat muneribus suis. Sit autem omnibus et iis nominatim, qui se a Nobis benedici postularunt, coelestis favoris auspex Apostolica Benedictio, quam tibi, Venerabilis Frater, singulis Gallaeciae Praesulibus totique Clero eorum et populo peramanter impertimur.*

*Datum Romae apud S. Petrum die 8 Novembris 1877. Pontificatus Nostri anno tricesimo secundo.*

*Pius PP. IX.*

---

Zanim czytelnicy poznają w całej osnowie mowę posła Dunajewskiego, powiedzianą przy rozprawach nad statutem bankowym, a której z powodu organicznej jej całości nie chcemy podawać częściowo, należy nam zwrócić uwagę na jej polityczne znaczenie, dla tego, że mową tą delegacya zajęła wyraźne, a zdaniem naszem silne stanowisko wobec najważniejszych a wielkich spraw, stojących na porządku dziennym.

Wiadomem jest, że p. Dunajewski nie tylko jest znakomitym mowcą, ale także uczonym ekonomistą; część też finansowa jego przemówienia nosi cechę głębokiej znajomości przedmiotu, która zaszczyt przynosi reprezentacyi naszego kraju. Ważność przecież tej mowy polega na tem, że wypowiedziała i stwierdziła polskie zdanie i zapatrywanie się na ogólne, a tak doniosłe położenie polityczne. Nie można było trafniej a zwięźlej określić stanowiska polskiego wobec sprawy ugody z Węgrami i wobec wypadków wschodnich. Określenie to odpowiada bowiem, zdaniem naszem, najzupełniej interesom i przekonaniom polskim.

Mowca tak wobec ugody, jak wobec wojny wschodniej odwołał się do dwóch zasad, na których zawsze i wszędzie opierać się muszą Polacy, dzisiaj bardziej niż kiedykolwiek, zwłaszcza wobec sprawy wschodniej.

P. Dunajewski stanął na gruncie zupełnego uznania praw historycznych i przypomniał z dumą, że wobec Węgrów Polacy nigdy innego nie zajmowali stanowiska; dla tego i w tym wypadku przemawiał w ich imieniu za odrębnym bankiem dla Węgrów. Było to wystąpieniem zasadniczem, a które mowca doskonale określił słowy: „bo mniemamy, że nieuszanowanie prawa obcego, jest najlepszą drogą do postradania praw własnych“. Słowa te są programem jedynym, który mieć mogą i powinni Polacy tak w wewnętrznych sprawach monarchii, jak i w sprawie wschodniej. P. Dunajewski przyznał się w nich i postawił wzniosłą zasadę polityczną i prawną, która zarówno dotyczy Węgrów, jak Czechów, jak w ogóle każdego narodu, który dba i upomina się o swoje prawa narodowe, tem słuszniejsze i donioślejsze, jeżeli opierają się na prawie historycznem.

Odwołał się mowca następnie do najważniejszego względu, do względu na potęgę zewnętrzną Austryi, o którą Polacy zawsze dbać muszą i zawsze dbali, ale której przedewszystkiem strzedz powinni wobec wojny i zawikłań wschodnich, bo jak pięknie powiedział p. Dunajewski: „wpływ monarchii w Europie powinien być wzmocniony w interesie cywilizacyi i z uwagi na wielkie niebezpieczeństwa, które grożą naszej części świata ze strony weszłych już w praktykę teoryj aglomeratów rasowych“.

Jest to druga część i dopełnienie polskiego programu: łączność interesów i zasad z Austryą, i wspieranie jej potęgi wszelkiemi siłami, dla tego, że Austrya będąc schronieniem dla praw narodowych i historycznych, już tem samem jest zabezpieczeniem przeciw panslawizmowi i pangermanizmowi. Związek między pierwszą częścią a drugą jest tu widocznym i to właśnie stanowi siłę dodatnią całego programu.

Ale pragnąc, żeby Austrya była na zewnątrz bezpieczną i potężną, musi być wewnątrz silną i zgodną, i dla tego p. Dunajewski w imieniu Polaków odrzucił myśl odroczenia rozpraw, a naglił o przyspieszenie całej sprawy ugody z Węgrami, zastrzegał się przed jej odwlekaniem, „bo Polacy nie chcą, aby monarchia podczas możliwych zawikłań lub układów zewnętrznych straciła cokolwiek z przynależnego jej wpływu“.

Mowca tak dalece przejętym był ważnością wypadków i doniosłością posłannictwa Austryi na zewnątrz, że aby jej umożebnić sprostanie zadaniu, stawił po nad wszelkie teorye i systemata, konieczność spiesznej zgody wewnątrz i praktycznego załatwienia wewnętrznych spraw, pozostających w zawieszeniu. Nie dotknął on nawet ujemnych stron dualizmu, czego niezawodnie w innym wypadku byłby nieomieszkał uczynić a w czem wyręczył go tym razem minister finansów; bo widocznie nie szło w tej chwili p. Dunajewskiemu o najlepszy wewnętrzny ustrój monarchii, ale o jej zewnętrzne stanowisko i potęgę, które nie teorytycznie najdoskonalszem, ale spiesznem załatwieniem wewnętrznych trudności jedynie dziś zapewnić i zabezpieczyć można, i dla tego przemawiał w imieniu delegacyi polskiej za natychmiastowem przystąpieniem do rozpraw szczegółowych nad statutem bankowym.

Przez usta zatem p. Dunajewskiego delegacya nasza zaznaczyła dwa wytyczne punkta polityki polskiej wśród obecnego położenia ogólnego: i uszanowanie praw narodowych i historycznych, jako zasadniczy środek zachowania lub odzyskania własnych. Łączność z Austryą, a wobec sprawy wschodniej popieranie jej zewnętrznej potęgi, jako najdzielniejszej rękojmi wobec zgubnej dla Polaków teoryi aglomeratów rasowych, rękojmi tem pewniejszej, im większą w monarchii znajdują i znajdować będą opiekę narodowe i historyczne prawa.

Jest to stanowisko jedynie zgodne z interesami, przekonaniami i tradycyami polskiego narodu, jedyne, które nie narażając go na żadne szkody, nie zagradza mu drogi do odniesienia w przyszłości korzyści; ono jedno odpowiada polsko-austryackiej polityce, ono jedno jest silnem wśród burzy, która nad naszemi głowami coraz przeraźliwiej szaleje.

Powinszować sobie może kraj, że reprezentacya jego zajęła wobec groźnych wypadków to wzniosłe, prawdziwie polityczne, wyraźne, nie ściśle galicyjskie, ale polskie i europejskie stanowisko; a my kończąc objawimy życzenie, ażeby na tym samym stanęła gruncie w delegacyach wspólnych, które z początkiem grudnia mają się zebrać.

---

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Wiedeń** 21 listopada.

(||) Jeszcze nie ma najmniejszego widoku pokojowego, a już pełno kłopotów z powodu przyszłego pokoju turecko-rosyjskiego. Cała polityka hr. Andrassego opierała się na tem, że Austrya bez mobilizacyi, pozostawszy zupełnie neutralną, przy zawarciu pokoju otrzyma wszelkie rękojmie, iż interes jej na Wschodzie żadnego nie dozna uszczerbku. Rachuby te wypływały z związku trójcesarskiego. Teraz atoli polityka ks. Bismarka taki bierze obrót, jak gdyby przymierze trójcesarskie na to tylko było sklejonem, aby wstrzymać Austryę od napaści na Rosyę, od tamowania akcyi rosyjskiej. Związek trójcesarski powoli zamienia się na to, czem był pierwotnie, tj. na związek dwu-cesarski, na związek Rosyi z Niemcami. Obawy przed oddzielnym pokojem turecko-rosyjskim, popartym przez Niemcy i Włochy, wzrastają ciągle, a w Berlinie nic nie robią, aby usunąć te obawy panujące w Wiedniu. Porównanie obecnej sytuacyi z stosunkiem Francyi do Niemiec w r. 1870, jak to uczyniła *Nordd. Allg. Ztg*, potwierdzenie pośrednie sensacyjnej wiadomości o roli ks. Reussa w Stambule, przyłóż tu sprawiły wrażenie. Dla tego nie łudzą się w Wiedniu co do szeregu trudności i zawikłań, jaki czeka Austryę w chwili rozpoczęcia rokowań pokojowych. Austrya jest zdecydowaną sprzeciwiać się uporczywie oddzielnemu pokojowi, powiększeniu Czarnogóry i Serbii, ale powstaje tylko pytanie, czy wystarczą środki dyplomatyczne i czy Austrya zechce użyć środków wojskowych i jakie w takim razie Niemcy i Włochy zajmą stanowisko.

---

**Wiedeń** 21 listopada.

(*309te posiedzenie Izby deputowanych*).

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11 min. 20, odczytując pismo prezesa ministrów, zawiadamiające o podziękowaniu Cesarzowej JMci, za życzenia i wyrazy hołdu, złożone jej z okoliczności imienin.

Izba przystępuje do porządku dziennego.

Sprawozdawca komisyi Giskra broni projektu bankowego przeciw zaczepkom uczynionym w dyskusyi ogólnej. Nie ogranicza się jednak na tem, gdyż owszem, podzieliwszy sobie zarzuty mówców przeciwnych na trzy kategorye, zajmuje się na sam przód temi, które zawierały wyraz ubolewania nad ugodą z r. 1867, dalej rozbiera rekryminacye uczynione

...ii wyra... ...ie Morskiego z Klarą, który mu sam dyktuje. Te... ...rtwychwstaje

rządowi z okoliczności rokowań z Węgrami, a nakoniec dopiero broni statutu bankowego. Co do pierwszej kategoryi, mówca pojmuje to jako rzecz bardzo naturalną, że wspomnienie r. 1867 wznowiło boleść w umysłach austryackich... *infandum regina iubes renovare dolorem!* — woła p. Giskra z Eneaszem u Didony. Boleść ta tyle widzi się mówcy naturalną, że nikomu jej nie wmówi minister Unger swoim wywodem o dualizmie w Austryi przedmarcowej. Co do rekryminacyi przeciw rządowi, utrzymuje mówca, że nie są na miejscu, a raczej już nie pora dla nich, lubo wyznaje, że rząd prowadził może operacye nie z owem szczęściem i zgrabnością, jakby tego pragnąć wypadało. Już po ostatnich wyborach do sejmu węgierskiego trzeba było rządowi zwrócić baczne oko na tamtą połowę monarchii; trzeba było liczyć się z utworzeniem koalicyi, z nominacyą p. Tiszy; trzeba było przewidzieć, że tam przygotowuje się kampania przeciw Austryi, że tam tworzy się zwarta falanga dla r. 1877. Co się tyczy nakoniec zarzutów przeciw samemu statutowi bankowemu, mówca obszernie go wyświeca i zaleca nie dla tego, że on zły, jak niektórzy mu przypisywali, lecz mimo że on mniej dobry niżby być mógł. mówca kończy, odwołując się do mądrości, która wymaga przyjaźni i zgodnego z Węgrami sąsiedztwa. Na Węgrzech stopniowanie ministerstw: Andrassego, Lonyaeja, Slawego, Giczego, Tiszy, także dowodzi, że uczucie wspólnego z Austryą bytu coraz więcej tam się budzi i przejawia, i że nakoniec sam rozsądek tylko będzie siłą władczą.

Dep. Oppenheimer wnosi o imienne głosowanie nad wnioskiem mniejszości (Schaupa).

Dep. Schöffel: Pan minister Unger powiedział dnia 1 marca r. 1876, że gabinet, gdy nie będzie posiadał zaufania Izby, skwituje, i to nie z charakterem ani bez charakteru, lecz dla charakteru. Chwila skwitowania nadeszła, a to skwitowania bez charakteru. *(Wrzawa i oburzenie).* Aby zaś jawną było, że nie sam tylko klub postępowy jest przeciw gabinetowi i statutowi bankowemu, proszę o imienne głosowanie nad kwestyą dyskusyi szczegółowej.

Prezes przygania wnioskodawcy wyrażenie: „bez charakteru".

Oba wnioski o imienne głosowanie niemal jednomyślnie przyjęto.

W głosowaniu nad wnioskiem dep. Schaupa (o odroczenie) bierze udział 271 deputowanych, z których głosuje 86 za wnioskiem, 185 przeciw wnioskowi. Dep. Polacy w liczbie 31 głosują przeciw niemu.

W głosowaniu nad pytaniem, czy wziąć statut bankowy pod obrady szczegółowe, bierze udział 272 deputowanych, z których 169 głosuje za dyskusyą szczegółową, 103 przeciw niej. Dep. Polacy w liczbie 32 głosują za dyskusyą.

Koniec posiedzenia o godz. 1 min. 40. — Następne pojutrze.

---

**Wiedeń** 21 listopada. Dzienniki wiedeńskie zwracają uwagę, że pomimo toczącej się dość szybko dyskusyi nad sprawą bankową w Izbie deputowanych, koniecznem się jednak okaże pewne stadyum przejściowe w kwestyi ugodowej, albowiem niepodobna przypuścić, aby obie Izby Rady państwa i sejmu węgierskiego zdołały uporać się ze wszystkiemi przedłożeniami ugodowemi do końca r. b. Zapowiadają też, że ministrowie węgierscy korzystając z tego, iż sejm węgierski rozpoczyna obrady nad nową ustawą karną, przyczem ich obecność nie jest niezbędną, przybędą do Wiednia, aby się naradzić z ministrami przedlitawskimi co do owego okresu przejściowego.

— *Wiener Ztg* donosi, że Cesarz zezwolił na zaprowadzenie posad dwóch inspektorów kultury krajowej, jednego dla Szląska, Morawy i Dolnej Austryi, drugiego dla Górnej Austryi, Salzburga, Vorarlbergu i Tyrolu. Inspektorowie ci mają obowiązek badania wszystkich stosunków rolniczych w swoim okręgu, oraz warunków podniesienia uprawy ziemi, aby dawać wyjaśnienia rządowi. Są oni więc organami ministerstwa rolnictwa i według rozporządzenia ministra będą mieli siedzibę albo przy ministerstwie, albo przy namiestnictwie w jednym z poruczonych sobie krajów. Inspektorowie kultury krajowej, o których mowa, znosić się także będą z władzami rządowemi i Towarzystwami rolniczemi, oraz pośredniczyć w nadawaniu i użyciu subwencyj rządowych na cele kultury krajowej, mają też dopomagać towarzystwom rolniczym w dawaniu informacyj i ewidencyj rządowi.

— Między młodzieżą uniwersytecką w Gradcu przyszło znowu do niewczesnych zaburzeń. Podczas inauguracyi nowego rektora członkowie *burschenschaftu Styria* ubliżyli Namiestnikowi cesarskiemu bar. Kübeckowi, okazując mu lekceważenie i brak szacunku. Bar. Kübeck żalił się z tego powodu przed senatem akademickiem, mówiąc, że nie idzie mu wcale o osobistą obrazę, ale o lekceważenie zastępcy Cesarza. Gdy wieczorem na wspólnéj uczcie jeden z profesorów czynił z tego powodu młodzieży uwagi, członkowie *Styrii* opuścili demonstracyjnie salę. Senat akademicki udzielił im następnego dnia publiczną naganę.

## Teatr wojny.

Postanowienie powzięte w Konstantynopolu, ażeby całą załogę tego miasta z regularnego żołnierza złożoną, wysłać na liniją bojową, zastępując ją w stolicy gwardyą narodową, może wpłynąć bardzo skutecznie na zmianę stosunków wojennych w Bułgarii. Chodzi tylko o to, ażeby ocenić umiano należycie w Konstantynopolu, że losy całej obecnej kampanii ważą się w tej chwili między Plewną a Zofią, i że, w obec konieczności zdecydowania w tych stronach powodzenia broni na stronę turecką, ani jeden żołnierz z gdzieindziej pójść nie powinien jak do Zofii lub Orchanie. Kampania armeńska przepadła na ten rok, i wszelkie wysilania się Turcyi, żeby ją podjąć na nowo, mogłyby tylko stać się zgubnemi dla niej. Ile jeszcze jest wojska w Trebizondzie a do Erzerumu dotąd nie doszło, starać się powinno dotrzeć tam jak najprędzej, żeby wzmocnić jego załogę, miasto od zdobycia szturmem zapewnić i zachować je równie jak Batum, ażeby o te dwa punkta można oprzeć kampanię wiosenną; o odsieczy zaś nie wypada już myśleć w tym roku. Zima i tak niedozwoli regularnego oblężenia i obsaczenia tych miejsc, a jeśli które z nich dotychczas przeciwko takiemu *coup de main* nie jest zapewnionem, jakiemu uległ Kars, to marnowanie reszty sił na straconych posterunkach, już by mu nie pomogło, bo dostawienie ich na plac boju nie dało by się już dosyć rychło uskutecznić.

Skoncentrowanie zaś wszystkich sił w rękach Mehemeta Alego mogłoby przynieść korzyści bardzo znaczące, a pośrednio i Azyę lepiej ratować niż niedostateczna bezpośrednia pomoc. Obliczyliśmy przed kilku dniami ilość wojsk, jakie Mehemed Ali zgromadzić może, i to nie na wiatr, ale podług istniejącego *ordre de bataille*, i wypadło nam 76 batalionów piechoty, 56 szwadronów jazdy i 60 dział polowych. Gdyby do tego przyszła załoga Konstantynopolska, wynosząca 32 batalionów piechoty i 32 dział, Mehemet Ali ujrzał by się na czele armii ruchomej z 108 batalionów, 56 szwadronów i 92 dział złożonej, która czegoś więcej dokazać by nawet mogła niż prostego podania ręki Osmanowi baszy do wyjścia z Plewny, jeżeliby jej działania, wstąpienie Serbii w akcyę, nie paraliżowało.

Co zaś do akcyi Serbskiej, to ta, mimo wszelkiego demonstracyjnego hałasu, a może właśnie dla tego głośnego straszenia nią Turków, nie zdaje się być tak zupełnie pewną. Najpoważniejsze organa austryackie wyrażają mocne o niej powątpiewanie, a bardzo znaczącym był pośpiech, z jakim urzędownie zaprzeczono wieści o połączeniu się przednich straży Horwatowicza z przedniemi strażami rosyjskiemi pod Pandirolo.

Zdaje się niemal, jakoby Austrya przystała, może tylko milcząco, na paraliżowanie działań tureckich, przez głośne demonstrowanie akcyą serbską, ale daleką bardzo być jeszcze może od wyraźnego zezwolenia na rzeczywiste jej powołanie do udziału w wojnie. Ale przypuszczając nawet akcyę serbską — wypada nam w takim razie doliczyć do sił Mehemeta Alego jesz ze załogi Widdynia, Niżs, Nowego Bazaru i Zwornika. Siły te wystarczyłyby w pierwszej chwili na powstrzymanie brygad serbskich nad granicami kraju rozrzuconych, a przeciwko ruchomej kolumnie, jaka by się do dywersyi w Bułgaryi w czasie marszu Mehemeta Alego pod Plewnę, z reszty sił rozporządzalnych serbskich sformować mogła, wystarczałoby pozostawienie w Berkowaczu stósownego oddziału. Centralne stanowisko, jakie armia Mehemeta Alego względem Serbii i Plewny zajmuje, pozwalały by mu, w razie dostarczenia mu wszystkich sił rozporządzalnych, na odporne działanie przeciwko Serbom, a zaczepne przeciwko wojskom obsaczającym Plewnę.

Jeśli jednak wyprawa jego, na którą Turcya ostatnie swe siły wytęża, ma doznać zupełnego powodzenia, potrzeba koniecznie, ażeby i Sulejman basza nie pozostał bezczynnym świadkiem tych wysileń. Ostatnie jego kroki pozwalają przypuszczać, że obmyślił już stósowne działanie. Sposób w jaki coraz bardziej zaczyna ciążyć na wysuniętych przed Tirnowo posterunkach rosyjskich jest bardzo racyonalnym, byleby był w stósownej chwili należycie popartym. Przez ciągłe dorzucanie coraz większych sił, do przednich swych straży naprzeciw Tirnowa, bez występowania z jasno uwydatnionym marszem w pewną stronę, rzuca postrach na wszystkie strony. Carewicz obawia się posunąć zanadto swe siły ku źródłom Łomu w pomoc zagrożonemu Tirnowowi, żeby rozciągnąwszy się znów w rozwlekły łańcuch, w jakim się dawniej siły jego znajdowały, nie podać Sulejmanowi sposobności do przełamania ich i posunięcia się nagłym marszem ku Białej. Jeśli się zaś nie rozciągnie, to w chwili nagłego marszu wojsk tureckich na Tirnowo, nie zdoła już przynieść skutecznej pomocy. Sulejman basza czeka zapewne na postawienie wojsk Mehemeta Alego w zupełnej gotowości do marszu, żeby poruszenie się jego o kilka dni wyprzedzić. Uprzedzenie o kilka dni marszu Mehemeta Alego napadem na Jantrę bądź w Tirnowie, bądź w innym jakim punkcie powinno być z tego względu dla widoków tureckich pożądanem, żeby akcya Sulejmana powołała w pomoc na zagrożony punkt pewną część wojska z pod Plewny. Chociażby Sulejman ruchem swoim nie miał nic więcej osiągnąć nad oderwanie stósunkowo znacznych sił od obsaczenia Plewny, działanie jego nie byłoby już bezowocnem i mogłoby stać się bardzo doniośnem w swych skutkach na wypadek głównie decydującego w tej chwili boju w okolicach Plewny.

Rokować jednak można ruchom Sulejmana nierównie donioślejsze skutki. Siły rosyjskie skoncentrowane dziś są głównie pod Plewną, łącznie z drogą do Orchania i nad dolnym Łomem. W Bałkanach znajduje się stósunkowo mało wojska. Ósmy korpus zmarniał do tego stopnia, że go Rosyanie z linii bojowej wycofać musieli, a oprócz tego znajdują się tam tylko jeszcze trzy świeże brygady i dawna słaba dywizya (Szachowskiego) 11go korpusu. Mimo silnych stanowisk, siły te naparte z dwóch stron, od wąwozów i od Tirnowa, długiego oporu stawiéby nie mogły, chyba żeby Rosyanie cały jeden korpus na ratowanie ich od Plewny oderwali, a w takim razie wypadek boju pod Plewną mógłby wypaść dla nich bardzo niepomyślnie. Nierównie skuteczniejszym byłby oczywiście atak Sulejmana na wojska Carewicza, gdyby się z widokiem pomyślnego rezultatu dał wykonać.

Wobec takiego położenia rzeczy, które w obozie rosyjskim pewno wszechstronnie rozważają, ponowienie ze strony Rosyan ataku na Plewną staje się teraz bardzo prawdopodobnem. Zaniechali już byli Rosyanie tego zamiaru w przypuszczeniu, że ogłodzenie Plewny jest bliższem, niż się teraz okazuje, i że na zorganizowanie odsieczy niestanie Turkom czasu, że więc atak, choć przeważnemi siłami wykonany, byłby niepotrzebnem narażeniem wojska na ogromne straty, dziś jednak kiedy widoki ogłodzenia zmniejszają się, a odsiecz staje się możebną, chodzić im może będzie o uprzedzenie akcyi tureckiej, mogącej być skuteczną, a powodzenie doznane w ataku na Kars stać się może zachętą. Z tych to względów zdaje nam się, że ponowienie ataku na Plewnę nie przechodzi bynajmniej granicy kombinacyj możebnych.

Z Czarnogórskiego teatru wojny nadchodzi wiadomość, że oddział turecki ze Skadaru usiłował przynieść odsiecz Barowi, pobitym jednak został pod Mirkowicami przez sześć batalionów czarnogórskich. O cytadelę barską składającą się z czterech wież połączonych z sobą murami toczy się jeszcze ciągły bój, chociaż Czarnogórcy już w niej wyłom zrobili. Miasto samo i port zostaje w ręku Czarnogórców.

---

Moskwa 20 listopada. (*Biuro Kor.*). Główne siły rosyjskie pomaszerowały do Erzerum, zostawiając w Karsie tylko załogę.

Poradim 20 listopada. (*Biuro Kor.*). W obozie rosyjskim wiadomości o zdobyciu Karsu wzniecila entuzyazm. Wszystkie bateryе dały po trzy salwy na cześć tego świetnego czynu wojennego.

Wczoraj na stacyi Tabako-Kubai stanął pierwszy pociąg wyprawiony na kolei żelaznej Beadersko-Galackiej, złożony z 20 wagonów z wielu podróżnymi, między któremi znajdował się Jakób Pałaków. Pogoda wyborna.

Cetinie 20 listopada. (*Presse*). Dnia 18 b. m. wyruszyli Turcy z dosyć znacznemi siłami ze Skadaru na odsiecz Baru, pobici jednak zostali pod Mirkowicami, $1^1/_2$ mili od Baru przez 6 batalionów Czarnogórskich. W odwrocie zniszczyli Turcy most na Bojanie. Trzydziestu więźniów wpadło w ręce tureckie. W Skadarze panuje wielka trwoga.

Konstantynopol 20 listopada. (*Bióro Kor.*) Telegram komendanta Hercegowiny donosi, że Czarnogórcy, którzy już byli opanowali obwarowania nad Karnosi, wyparci znich znowu zostali ze stratą 300 ludzi.

Sistów 20 listopada. (*Presse*). Car zwiedzał wczoraj północne i wschodnie stanowiska pod Plewną. Chwalił zachowanie się wojsk rosyjskich i rumuńskich i udzielił im sam wiadomości o zdobyciu Karsu. Mówiąc o wzięciu w niewolę Turków, dodał, że rosyjski żołnierz powinien uważać za punkt honoru nie dać się wziąść do niewoli.

Tyflis 20 listopada. (*Presse.*) Z wziętych do niewoli oficerów tureckich zgłasza się dużo do służby rosyjskiej. Przyjmują tylko tych, którzy pochodzą z Kaukazu, Laristanu, Kurdistanu i Armenii, (więc z okolic zajętych już przez Rosyan, które widać zatrzymać zamierzają. *Red.*)

Konstantynopol 21 listopada. Mehemet Ali jest już w pogotowiu do wymarszu pod Plewnę.

---

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 22 listopada.

Zbiegowisko przed Kasą Oszczędności w celu ściągnięcia złożonych wkładek, zwolna już ustaje; ci, którym było najpilniej, lub którzy najmniej rzecz rozumieli, odeszli wczoraj i onegdaj zaspokojeni, a niektórzy nawet wracają z pieniędzmi odebranemi i składają je na powrót, poniósłszy tylko stratę procentu; samych drobnych wkładek wróciło dziś do godz. 1ej po południu około 5000 złr.; niekażdy jednak wyszedł cało. Ten co odebrał kilkadziesiąt złotych lub stówkę, przypomniał sobie, że ma coś kupić, wstąpił po drodze dla pocieszenia się, i pieniądze jakoś się rozeszły; inny znalazł usłużnego doradcę, który mu dać chce większy niż daje Kasa Oszczędności procent; pytanie tylko, czy biedak zobaczy się kiedy z kapitałem. Posiadacze atoli znacznych funduszów w Kasie Oszczędności nie ruszyli się wcale. *N. fr. Presse* donosi z Krakowa w telegramie: „Pogłoski w złośliwym zamiarze rozpuszczone o stanie krakowskiej Kasy Oszczędności są zupełnie bezzasadne. Wypłaca ona ciągle wkładki."

W dziale przemysłowo-handlowym zamieszczamy pismo prezydenta miasta Dra Zyblikiewicza w sprawie Kasy Oszczędności.

— Towarzystwo lekarskie krakowskie odbyło wczoraj posiedzenie zwyczajne, na którem po uczczeniu pamięci zgasłego niedawno prof. Girsztowta, odczytano list prof. Kosińskiego z Warszawy, podający dokładne szczegóły choroby i śmierci Girsztowta, do czego Dr Obaliński dodał objaśnienie anatomiczno-chirurgiczne. Następnie Dr Jodłowski przedstawił chorego z rzadkiem cierpieniem, co dało powód do żywej dyskusyi. Dr Bylicki okazał dwa przypadki ważnej wady utworowej. Wybrano prof. Janikowskiego delegatem Towarzystwa na rok 1878 do Komisyi sanitarnej krakowskiej, ułożono ostatecznie odpowiedź dla Tow. lekarzy galicyjskich w sprawie złączenia obudwóch Towarzystw według zasad już dawniej przyjętych, a wreszcie po załatwieniu dwóch spraw administracyjnych obrano jednomyślnie członkami Towarzystwa Dów Wyszatyckiego w Dynowie i Dorożyńskiego w Buczaczu.

— **Wieliczka** 19 listopada.

Wczoraj odbyło się w Wieliczce ogólne zgromadzenie powiatowego oddziału Towarzystwa wzajemnej pomocy oficyalistów prywatnych. Ze sprawozdania Wydziału okazuje się, że oddział ten zawiązany dopiero od lat czterech, liczy już 32 członków, a kwota wkładek na fundusz emerytalny wynosi 1113 złr. 8 cent Fundusz zaś powiatowy dorażnej zapomogi 97 złr. 26 cent. Po udzieleniu zupełnego absolutoryum Wydziałowi tak z rachunków bieżącego roku, jak z lat ubiegłych, Towarzystwo wybrało ponownie przewodniczącym i delegatem do Rady nadzorczej we Lwowie członka wspierającego p. Alfonsa Lippomana, zastępcą p. Romana Smetanę; członkami Wydziału pp. Feliksa Kwiatkowskiego, Juliana Zabałowicza, Teofila Kurzweila i Józefa Sokołowskiego, a ten ostatni, jako urzędnik Rady powiatowej, zamieszkały w Wieliczce, jest oraz sekrétarzem i kasyerem Towarzystwa, z upoważnieniem przyjmowania i tymczasowego kwitowania wnoszonych wkładek.

— Polskie stowarzyszenie akademickie „Ognisko" w Wiedniu obchodzi zgon Mickiewicza już d. 26go b. m. w salach Gartenbaugesellschaft. W wieczorze tym wezmą także udział pp. Śmietański i Friemann.

— Profesor Rehmann z Krakowa będzie miał w Warszawie trzy odczyty na cele dobroczynne o podróżach swoich botanicznych po Afryce.

— Pociąg towarowy idący z Kowla do Mławy d. 16go b. m. między Sobolewem a Pilawą wykoleił się: lokomotywa i pierwsze wagony utrzymały się, innych 10 wagonów spadło z grobli i pogruchotało się. Z ludzi nikt nie doznał uszczerbku, ale szkoda jest znaczną. Przyczyną tego wypadku było, że wozy niektóre z innych pochodzące kolei, miały węższe osie.

— Sprawca domniemanego a zmyślonego zamachu na życie cesarza Wilhelma i ks. Bismarka zowie się Lubowski. *Nordd. allg. Ztg* wyznaje, że policya i sąd miały do czynienia z prawdziwym oszustem, który początkowo utrzymywał, że jest krewnym arcybi skupa Ledóchowskiego, że stoi w bezpośrednich związkach z Kuryą rzymską i z wysokiemi osobami z obozu ultramontańskiego; był on prywatnym pisarzem, dopuszczał się oszustw pod nazwiskiem Krügera i odsiedział już kilka lat ciężkiego więzienia, skazany przez sądy berlińskie, a obecnie jest ścigany listami gończemi na żądanie adwokata w Trzcianice (Schönlanke), któremu się przeniewierzył. Znaleziono przy nim rewolwer o sześciu rurkach, nabity. Zdaje się być prawdopodobnem według doniesień berlińskich, że Lubowski sam się denuncyował mając zamiar wyłudzić pieniądze, jeśli poczyni zeznania narażające trzecie osoby, jak już bywały podobne przypadki. Niektóre dzienniki berlińskie zamieszczają o zamachu bardzo satyryczne artykuły, okazując, że już mają dosyć tych zmyślonych zamachów. *Börsen Courrier* bardzo dowcipną ułożył tragikomiczną powieść o tym zamachu. Wprowadza do tej powieści kochankę Lubowskiego, która chcąc się na wiarołomcy zemścić, pisała do prezesa policyi berlińskiej Madai list z denuncyacyą. Powieść opisuje straszne przerażenie policyi, sędziów, prokuratorów na wiadomość o tym zamachu podwójnym. Jeszcze bowiem tego niebywało, aby jeden człowiek chciał zabić na raz Cesarza, którego w Berlinie nie było i ks. Bismarka, którego w Berlinie nigdy niema. W najświetniejszej epoce zamachów Westerwella nie posuwano się do tak zastraszającej zbrodni podwójnego morderstwa nieobecnych, i to przez człowieka, którego musiano zaraz po uwięzieniu oddać do szpitala, jako chorego na ból żołądka. Ten ból żołądka dał autorowi powieści o zamachu przedmiot do kilku przerażających obrazów.

— Jako przyczynek do bibliografii Klonowicza *Gazeta Lubelska* zamieszcza list p. Detmerskiego, który podajemy poniżej wraz z dokumentami pisanemi według pisowni dzisiejszej:

Szanowny Redaktorze! Widząc, że dokument, dotyczący śmierci Sebastyana Klonowicza, przezemnie podany, obudził tak żywy interes w prasie krajowej, iż niemal wszystkie pisma go powtórzyły, mam sobie za miły obowiązek podać do wiadomości publicznej jeszcze jeden fakt, dotyczący życia autora „Flisa" i „Worka Judaszów" a który przez biografów jego zupełnie został pominięty. Faktem tym jest zawezwanie Klonowicza na Superintendenta akademii Zamoyskiej zaraz przy jej założeniu, o czem świadczą odnalezione przezemnie w aktach radzieckich (księga 18 str. 257) kopia listu Jana Zamoyskiego kanclerza i Hetmana Wielkiego koronnego do Klonowicza pisanego, oraz kopia umowy w tym przedmiocie zawartej, a które to dokumenta pokładane były przy sprawie tegoż Klonowicza przed sądem radzieckim.

Oto, co we wspomnianych aktach czytamy:

„Stanąwszy oblicznie przed urzędem panów Radziec Lubelskich uczciwy Sebastyan Fabian Acernus, sługa natenczas Jaśnie Wielmożnego pana Jego Imci pana Jana Zamoyskiego z Zamościa, Kanclerza i Hetmana koronnego, Superintendent Akademii Zamoyskiej przyszłej, którą Jego Mość fundować w Zamościu raczy. Najprzód okazał list Jego Mci pana swego przez który jest na posługi Jego Mci wyzwan, który list słowo od słowa tak się ma:

Memu miłemu i łaskawemu przyjacielowi panu Sebastyanowi Klonowiczowi przysiężnikowi m. Lublina.

Łaskawy panie miły Sebastyanie! Dobrego zdrowia od Pana Boga waszmości życzę. Radbym już skoro po Wielkiej nocy szkołę swoją w Zamościu otworzył, przeto jakom z waszmością mówił, dom waszmości zbuduję w Zamościu i rolę dam do niego i już to konferuję waszmości na wieczność prawem miejskiem, a tymczasem mieszkanie do zbudowania domu opatrzę. Do tego naznaczę waszmości Jurgielt na każdy rok jego, waszmość tamże o domu będzie miał (? niejasne — czy nie omyłka w kopiowaniu listu) choćbym sam gdzieindziej na posłudze Rzaczypospolitej był, jedno oznajmi mi waszmość corychlej na jakim się kontentować możesz, a iż trzeba będzie dwóch młodzieńców dla elementarzów, których w tym roku rozkażę uczyć, tedym już zlecił starać się o nie w Krakowie. Waszmość jeśli też kogo masz przed rękoma, niech wiem i na czemby przestał. O czem wszystkiem daj mi waszmość znać do Warszawy nieomieszkując. Z tem waszmość Panu Bogu poruczam. Z Bendzima, 14 Februarii A. D. 1589. Waszmości życzliwy *Jan Zamoyski.*

Potem też okazał i kontrakt, który ma z Jego Mść, który tak brzmi:

Jaśnie Wielmożny pan, pan Jan Zamoyski z Zamościa, Kanclerz i Hetman Wielki Koronny postąpić raczył pewnego Jurgieltu panu Sebastyanowi Sulimirskiemu Acernusowi złotych polskich sto i szesnaście od przyszłej Wielkiej Nocy in anno 1589, za co pan Sebastyan obligował i podjął się w szkole Jego Mci, Zamoyski, którą Jego Mść zakładać raczy czytać autory i lekcye, jako Jego Mść naznaczyć i rozkazać mu będzie raczył, do tego tę nową szkołę Jego Mść w staraniu i dozorze swym mieć będzie powinien także starać się o to ma aby deklamacye i insze egzercycya w naukach w tejże szkole Jego M. na każdy tydzień działy się. Nadto Jego M. z łaski swej obiecać raczył iż rozkaże dom zbudować w Zamościu i dawszy rolę do niego prawem miejskiem na wieczność da go panu Sebastyanowi. Działo się w Zamościu 9 Junii 1589. *J. Zamoyski.*"

**Wiadomości policyjne.** Straż policyjna przytrzymała: Fr. Filipkownę za kradzież w służbie; Rozalię Cichownę, za kradzież chustki. W policyi złożyła p. Salomea Adlerowna córka złotnika, parasol jedwabny, znaleziony dzisiaj w ulicy Mikołajskiej.

**TEATR.** — We czwartek dnia 22go listopada: Po raz drugi: Komedya w 1-ym akcie — hr. Aleksandra Fredry (ojca): *Jestem zabójcą* (Un mari dans du coton). — Komedya w 1 akcie, przez Lambert Thiboust: *Mąż pieszczony.* — Komedya w 1 akcie — hr. Aleksandra Fredry (ojca): *Teraz.* — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół

---

I w końcu ma czego żądał. Cezaryna dowiaduje się z jego pamiętnika, który spisywał w chwilach znudzenia, o jego rozterkach i odgrywa rozmaite

er 85. Kraków, 12 Kwietnia — Piątek. Rok 1878.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
olne Nra *Czasu*, o ile zapas stacy, w Krakowie po 10 c., we Lwowie lub z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na cały rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| w Państwie Austryackiem ..... | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| Niemieckiem ..... | 32 złr. | 7 złr. | 3 złr. |
| do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi, Turcyi i innych państw należących do związku pocztowego ..... | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |

Prenumeratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę, ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi Czasu w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* nie podlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się.

Rękopisma nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**

**W Krakowie:** Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscowy prenumerat, księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 50 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **we Lwowie** Ajencya „Czasu“ w głównym składzie tytoniu Nr. 1 przy ulicy Halickiej Nr. 4. **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissoniere 83); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

papier 28

## Kraków 11 kwietnia.

Nie tak wspaniale odpowiedział ks. Gorczakow na okólnik lorda Salisbury, jak w 1863 roku noty mocarstw europejskich, za co Rosya wiła w ten czas dla niego wieniec. Czy wiek, czy też oddalenie okoliczności złamały dumę kanclerza, który nazwę żelaznego, ale raczej stalowego zasłuży. Bezpieczniej było stawiać czoło Europie w papierowej wojnie, na gruncie sprawy polskiej, niż dziś na gruncie sprawy wschodniej, kiedy okręty angielskie wpłynęły pod Konstantynopolem a wojska angielskie powołane są pod broń. Petersburski rozesłał d. 7 b. m. memoryał do mocarstw, w którym punkt za punktem odpowiada na zarzuty margr. Salisbury'ego, a jak *Agence Russe* się wyraża, „z wielkiem umiarkowaniem.“ Do memoryału dołączony jest okólnik, który zaprasza gabinet londyński, ady wnioski swoje sformułował.

Zdaje się zatem, że nie można było daleko posunąć umiarkowania i pojednawczości co do formy. Gabinet petersburski widocznie nie chce przerywać dyskusyi; przeciwnie, idąc za podwójną radą ks. Bismarka, chciałby zapewne, aby cała sprawa ugrzęzła w rozprawach akademickich, podczas gdy oparty nafakcie *beati possidentes* nie platonicznie używałby następstw z odniesionych zwycięstw wojskowych i dyplomatycznych.

Co do istoty jednak rzeczy, sądząc z krótkiego streszczenia odpowiedzi ks. Gorczakowa podanej przez *Timesa*, nietylko nie możemy się w niej dopatrzeć ustępstw, ale nawet uproszczenia sprawy. Okólnik ten jest po prostu obroną traktatu San Stefano, jak okólnik margr. Salisburego był jego oskarżeniem. Ks. Gorczakow obstaje za nim z tą samą stanowczością, z jaką lord Salisbury dowiódł, że przyjętym być nie może bez szkody dla Anglii, a wedle wyrażenia lorda Beaconsfielda i „dla wolności Europy.“ Nigdy może akta dyplomatyczne nie przypominały do tego stopnia oskarżenia prokuratora i odpowiedzi obrońcy przed sądem. To co ks. Gorczakow mówi o mogących zajść zmianach w traktacie, nie jest odstąpieniem od niego, lecz obstawaniem przy nim, gdyż jest to jego istotą i głównem jego znamieniem, jakeśmy to zaraz po ogłoszeniu traktatu zauważyli. Jedno tylko robi ks. Gorczakow ustępstwo, co do trwania zajęcia Bułgaryi przez wojska rosyjskie, a ustępstwo to widocznie nie Anglii ale Austryi się tyczy, co także nie mago a może złowrogiego jest znaczenia. kie odnosi się wrażenie z treści podanej przez *Timesa*. Zanim stanowczy sąd się wyda, czekać należy na tekst dokumentów rosyjskich, które jutro ukazać się mają w *Gońcu urzędowym*.

Lecz jest ten nie zmieni już tego ważnego faktu, że w dokumentach nie ma mowy o kongresie, bez którego przecież nie można dojść do pokojowego rozwiązania. Ks. Gorczakow zaprasza Anglię, aby wnioski swe sformułowała i aby pogodziła je z prawami Rosyi, nabytemi przez poniesione ofiary. Tu jest punkt główny, trudność główna, a odpowiedź ks. Gorczakowa nie dotyka bezpośrednio tego punktu, skoro nie zwalcza twierdzenia lorda Salisburego, iż całość traktatu San Stefano grożną jest dla interesów i bezpieczeństwa Anglii i Europy. Bo też żadne rozumowanie niezdolne jest obalić tej prawdy, i tam gdzie ona się zaczyna, kończą się argumenta a zaczynają czyny i tej prawdzie odpowiada nie już okólnik margr. Salisburego, ale powołanie rezerw.

Ile razy Rosya widzi się przypartą do muru rzeczywistością położenia, ile razy uda się jej przeciwnikom sprowadzić sprawę na właściwy grunt jej potęgi i przewagi, tyle razy uderza sentymentalnie na nutę losu chrześcian i pomyślności ludów. I dziś ks. Gorczakow chce, aby Anglia sformułowała swoje żądanie z uwagą na „urzeczywistnienie pomyślności ludów“, a *Journal de St. Petersbourg* pragnie, „aby dobrodziejstwa uzyskane dla chrześcian zabezpieczone zostały nie umowami bezskutecznemi, ale rękojmiami materyalnemi“. Rosya cofa się natychmiast w niebezpieczeństwie, na ten grunt, na którym za jej sprawą tak długo błądziły mocarstwa, aczkolwiek postępowanie Rosyi z Polską i w Polsce winno je było ustrzedz od błądzenia.

Na żądanie postawione przez ks. Gorczakowa Anglia jedno tylko może odpowiedzieć po najnowszych oświadczeniach ministrów i nocie lorda Salisburego: że wnosi, aby cały traktat San Stefano poddanym został rewizyi mocarstw podpisanych na traktacie paryskim. Wtedy sprawa wróci znowu do dawnego punktu: czy Rosya zgodzi się na kongres, jak go Anglia pojmuje, to jest na kongres mający prawo rozbierania wszystkich punktów traktatu San Stefano? Dopiero od odpowiedzi na to pytanie zależeć będzie dalszy rzeczywisty rozwój wypadków. Najświeższe zatem dokumenta gabinetu petersburskiego nie posuwają sprawy naprzód, lecz zmierzają do tego właśnie, aby ugrzęzła, lub żeby Anglia została odosobnioną. Anglia zaś zajmuje silne stanowisko, dopóki mówi: kongres jakiego ja chcę, albo walka.

## KORESPONDENCYA „CZASU“

**Wiedeń** 10 kwietnia.

(||) Usposobienie giełdy jest takie, jak gdyby pokój już był zabezpieczonym. Tymczasem giełda odbija zazwyczaj obraz chwilowych prądów politycznych, nie troszcząc się o przyszłość. Wielki świat finansowy nie wierzy zresztą w utrzymanie pokoju, a jeżeli może udaje wiarę, to tylko w celu wyzyskania ostatniej sposobności do odwrotu, kosztem mniej wtajemniczonych lub biorących pozory za rzeczywistość. Okólnik margr. Salisbury i mowy lorda Beaconsfielda i p. Northcote w parlamencie angielskim, odcinają możność ocalenia pokoju, chyba w razie zupełnego poddania się Rosyi, o czem myśleć niepodobna. Optymiści wskazują na odpowiedź ks. Gorczakowa, która wypadła nadspodziewanie umiarkowaną; ks. Gorczakow wie równie dobrze, jak każdy pilny czytelnik dzienników, że Anglia do wojny jest przygotowaną i zdecydowaną i że wojnę prowadzić będzie, jeśli Rosya nie zgodzi się na jej żądania. Ks. Gorczakow zatem, niemogąc spełnić życzeń Anglii, woli na nią zrzucić odpowiedzialność za wydanie wojny, a zapuszczając się w polemikę grzeczną z margr. Salisbury, w każdym razie zyska na czasie, tak potrzebnym dziś dla Rosyi. Za kulisami toczą się rokowania między Austryą a Rosyą, robią się zabiegi ks. Bismarka, aby osiągnąć porozumienie między obu zwaśnionemi państwami, wszystko to więc zmusza ks. Gorczakowa do zachowania pewnej rezerwy w rozprawach z Anglią. Zresztą ks. Gorczakow w całej swej odpowiedzi na notę margr. Salisbury broni wprawdzie traktatu San Stefano, ale nie cofa żadnego punktu, nie czyni żadnej uwagi godnej koncesyi, owszem skończywszy obronę dzieła jenerała Ignatiewa, wzywa Anglię, aby określiła dodatnio swe warunki i żądania. Krok ten jest nader zręcznym. Jeżeli bowiem Anglia zastosuje się do życzenia ks. Gorczakowa, jeżeli rozpocznie dyskusyę o pojedynczych punktach pokojowych, natenczas kongres okaże się zbytecznym, skoro wystarczy wymiana not dyplomatycznych. Jeżeli zaś Anglia nie przystanie na życzenie ks. Gorczakowa i oświadczy, że dopiero na kongresie wyjawi swój program, wtenczas Rosya odpowie, że Anglia uniemożebnia zebranie się kongresu, nie określając swych żądań. Jest to w ogóle czcza dyskusya, której przeznaczeniem wypełnić pauzę przed rozpoczęciem wojny rosyjsko-angielskiej, zdaniem mojem nieuniknionej.

**Wiedeń** 9 kwietnia.

△ Do dziś dnia nie nadeszła ani tutaj, ani do Londynu odpowiedź rosyjska na oświadczenia rządów austryackiego i angielskiego, wyrażone przez pierwszy w odpowiedzi Andrassego Ignatiawowi, przez drugi w znanym okólniku Salisburego, oświadczenia zgodne w tej głównej myśli, iż oba rządy nieuznają wcale traktatu z San Stefano, bo rozstrzygnięcie sprawy wschodniej i urządzenie krajów na półwyspie bałkańskim należy do wszystkich mocarstw europejskich.

Ponieważ w każdym razie, choćby rząd rosyjski zdecydował się na prowadzenie wojny przeciw Anglii i przeciw Austryi, korzystną jest dla Rosyi zwłoka, aby mogła swoją osłabioną i chorobami zdziesiątkowaną armię zreorganizować, wzmocnić i front jej zmienić, przeto mniemam, że odpowiedź rosyjska będzie co do formy pojednawcza, pełna oświadczeń, iż rząd rosyjski niechce w niczem przesądzać interesów innych mocarstw na Wschodzie, że pozostawia mocarstwom na kongresie orzeczenie w tych sprawach, które dotykają ich interesów. Może nawet rząd rosyjski widząc, że nie zdoła złudzić Austryi i odłączyć jej od Anglii, zgodzi się co do formy na żądanie angielskie i oświadczy, że [illegible] traktatu z San Stefano. To jest może teraz cofnie się rząd rosyjski krok w tył, aby w sposobniejszej chwili prowadzić dalej swoje dążenia zaborcze. Według wiadomości, jakie tu nadeszły z Petersburga, partya dość silna w wyższych sferach tamecznych, partya kurlandzko i niemiecko-rosyjska, lękając się wojny z Anglią, pragnie dla ułatwienia Rosyi odwrotu usunąć Gorczakowa i Ignatiewa, a ministerstwo spraw zagranicznych powierzyć Szuwałowowi, obecnemu posłowi w Londynie. Przeciwnicy tego planu przedstawiają, że cofnięcie się Rosyi w sprawach zagranicznych, to jest w sprawie wschodniej, spowodować może wstrząśnienia wewnętrzne, zmusić rząd do ustępstw wewnętrznych i dodać siły nurtowaniom komunistycznym.

Gdy w rządzie rosyjskim spostrzegamy chwilę wahania się co do dalszego postępowania, wczorajsze mowy ministrów angielskich w obu Izbach parlamentu i jednomyślne uchwalenie adresu okazały, iż rząd i parlament angielski po długiem wahaniu się powzięły stałe postanowienie bronienia interesów Anglii na Wschodzie choćby orężem. Zapewne toczą się rokowania między rządami austryackim i angielskim na jakich warunkach nastąpiłoby w razie danym przymierze między nimi i wspólne przeciw Rosyi działanie. W warunkach tych główną dla Austryi rzeczą byłoby oznaczenie takiego celu wojny w razie walki przeciw Rosyi, który osiągnięty zabezpieczyłby trwale Austryę przed zaborczością Rosyi. Oznaczyć taki cel wojny warunkami przymierza z Anglią jest rzeczą tem potrzebniejszą, aby po rozpoczęciu walki Anglia nie mogła ograniczyć się na osiągnieniu celu dla niej tylko użytecznego i nie mogła zaniechać dalszej walki po osiągnieniu tego celu, jak to było w wojnie wschodniej w 1854 i 1855 r. którą skierowała do Krymu a po zniszczeniu Sebastopola i floty rosyjskiej nie chciała dalej wojny prowadzić. Przez co jedynie Austrya osiągałaby taki cel — przedstawiałem w liście z 28 marca, wskazywali go delegaci polscy na posiedzeniu Delegacyi wspólnej z 21 marca.

Poselska Izba Rady państwa, ukończy zapewne do 13 b. m. obrady nad projektem ustawy mającej zaprowadzić nowy podatek dochodowy w celu pokrycia niedoboru w budżecie, po którego zaprowadzeniu byłby zniesiony dotychczasowy podatek dochodowy. Posłowie polscy głosować będą przeciwko temu projektowi z powodu, iż nowy ten podatek dotknie dochód z ziemi i domów przeciążonych już podatkiem, gdy przeciwnie dochód z kapitałów nie użytych dla popędu przemysłu lub rolnictwa lecz leżących w kieszeni kapitalisty, zdoła uniknąć tego podatku. Głosować będą posłowie polscy przeciw tej projektowanej ustawie tem więcej, że wnioski ich zmierzające do jéj poprawienia zostały po większej części odrzucone. Ważne i długie rozprawy toczyć się jeszcze będą przy § 43, w którym komisya Izby zmieniając projekt rządowy dodała ustęp naruszający zasadniczą ustawę krajową to jest statut krajowy. Albowiem gdy statut daje sejmowi krajowemu prawo uchwalania dodatków na potrzeby krajowe do wszelkich podatków bezpośrednich, Komisya Izby zaprojektowała ustęp, iż do podatku dochodowego, będącego także podatkiem bezpośrednim, nie może być uchwalony dodatek na potrzeby krajowe.

W każdym razie 13 t. m. Izba poselska odroczy swoje posiedzenie, lecz rozpocząć je ma w kilka dni po świętach Wielkanocnych, dla ukończenie raz przecie spraw ugodowych.

**Wiedeń** 9 kwietnia.

*(371-sze posiedzenie Izby deputowanych).*

Po załatwieniu w pierwszem czytaniu wniesionego w sobotę projektu rządowego o służbowych stosunkach urzędników cywilnych mogących być powołanymi do służby wojskowej, który to projekt przekazano komisyi wojskowej, przystąpiono do dalszego ciągu obrad nad ustawą o osobistym podatku dochodowym, mianowicie nad § 21, nad którym dyskusya wczoraj się nieskończyła.

Dep. Krzeczunowicz odpowiada na wczorajsze wywody Kliera, że kto pod względem odrzucenia fasyj powołuje się na wzór pruski, powinien też pod innemi względami uznać ten wzór a Klier w komisyi inaczej postępował. Tu nie [illegible] było nic przeciwko nowego podatku dochodowego, przyjąwszy zaś, trzeba też zgodzić się na gruntowne przeprowadzenie nieodłącznego odeń systemu inkwizycyjnego. Dla tego mowca oświadcza się za wnioskiem Zschocka który domaga się fasyi szczegółowszej niż projektuje komisya.

Dep. Auspitz broni fasyi ogólnéj jako najwłaściwszéj pod każdym względem — Dep. Monti, nie mogąc spodziewać się odrzucenia ustawy, wnosi, aby w fasyi znajdowało się poręczenie w miejsce przysięgi. — Dep. Kronawetter popiera wniosek Zschocka i Montego, gdyż panująca w Austryi partya nie jest tyle patryotyczna, by rzetelnie się fasyonować; trzeba więc użyć wszelkich sposobów, by wynaleść rzeczywiste dochody. — Dep. Pacher popiera wniosek Kliera o odrzucenie fasyj jako sprężyny demoralizacyi. — Dep. Tinti przemawia za fasyą ogólną, a przy téj sposobności polemizuje z Kronawetterem o nierzetelność partyi panującéj.

W głosowaniu upadają wnioski Kliera, Zschocka i Montego; § 21szy przyjęty bez zmiany.

Paragraf 22gi mówi o spisywaniu opodatkowanych; przyjęto go bez dyskusyi.

Paragraf 23ci o sprawdzaniu fasyj uchwalono bez zmiany, odrzuciwszy drobne poprawki Kliera, Auspitza i Fuchsa.

Tu uchwalono bez dyskusyi nowy paragraf 20ty, który na wniosek Neuwirtha stanie po § 19tym, by komisyom szacunkowym, którym odjęto niezałatwione w pewnym terminie prace, pozostawić prawo rekursu.

Paragraf 24ty ustępy *A.* do *E.* przyjęto z małemi zmianami. Przy ustępie *F.* mniejszość komisyi pp. Krzeczunowicz, Rylski i Łepkowski wnoszą, aby osobne dochody żony i dzieci, osobno też były szacowane. Nad wnioskiem tym długa wywiązała się dyskusya, w której oprócz dep. Krzeczunowicza przemawiał minister Unger, komisarz rządowy Chertek i kilku deputowanych. W końcu jednak wniosek mniejszości upadł, a ustęp *F.* przyjęto według wniosku komisyi, mianowicie, że jeśli małżonkowie mają osobne dochody, będą one zliczone w jeden dochód; dochody dzieci jeśli pobierane są przez rodziców, doliczone będą do dochodu wspólnego, jeżeli zaś nie są pobierane przez rodziców, obliczyć je należy osobno. Dochód wdów i rozwódek osobno będzie szacowany.

Koniec posiedzenia o godz. 3ej min. 45. — Następne jutro.

**Rzym** 8 kwietania.

*(J. B.)* W uzupełnieniu naszych korespondencyj wczorajszych, posyłam wam mowę Kardynała Ledóchowskiego do Ojca ś. przy przedstawieniu całej deputacyi polskiej. Gdy Ojciec ś. zasiadł na tronie zabrał głos Kardynał Prymas i przemówił jak następuje:

Ojcze Święty!

Zaledwie doszła w nasze strony radosna nowina o wyniesieniu Waszej Świątobliwości na Apostolską Stolicę, aliści powstała w sercach wszystkich katolików Polski gorąca chęć złożenia u stóp Waszej Św. i najdostojniejszej Osoby dowodów naszej wiary, naszej miłości i posłuszeństwa. Wszyscy byliby pragnęli oddać pokłon nowemu zwierzchnikowi Kościoła, któremu wielkie zasługi i przedziwne cnoty utorowały drogę do najwyższej na ziemi godności. Tradycye narodu naszego, Ojcze Ś-ty, od pokolenia do pokolenia starannie strzeżone i przechowane dotąd, wpośród długich i bardzo ciężkich doświadczeń bez uszczerbku, wkładały na Polaków obowiązek ponowienia dowodu przywiązania do Stolicy Apostolskiej i wierności do Kościoła Chrystusowego przed Tobą, któryś za zrządzeniem Ducha św. objął chwalebny spadek 262 papieży, a przeto i spadek po nieśmiertelnym Piusie, który nam nigdy błogosławieństwa, opieki, ani obrony swojej nie skąpił.

Dla tego Ojcze ś. obecni tu synowie Twoi wszelkiego stanu i powołania przybyli tu jako przedstawiciele wszystkiej swej braci, ażeby objawić Waszej Świątobliwości głębokie uczucia serc swoich i uprosić błogosławieństwo apostolskie dla siebie i dla całego narodu. Pragniemy Ojcze ś., a zarazem i ufamy, że Twoje apostolskie błogosławieństwo wleje w serca nasze nowy zapał do naśladowania wzniosłych przykładów naszych przodków, które nas pouczają, byśmy całą swoją chlubę zakładali na okazywaniu się wszędzie i zawsze wiernymi katolikami, które to znamię niezatartemi głoskami na najświetniejszych dziejów naszych wyryło się kartach. Ufamy, że to błogosławieństwo Waszej Świątobliwości doda nam nowego bodźca do mężnego staczania walk Pańskich i złagodzi ciężkie cierpienia, na które w smutnych naszych czasach ci są wystawieni, którzy środkami dozwolonemi stawają w obronie prawdy i sprawiedliwości. Niechże to Ojcze ś. Bóg sprawi, byśmy tak jak dziś przychodzimy oddać pokłon w pokorze i z uszanowaniem najwyższemu Rządzcy owczarni Chrystusowej, otoczonemu również groźnymi nieprzyjaciołmi, mogli w krótce powrócić przed najdostojniejsze Twoje oblicze, by w weselu i radości nawzajem sobie powinszować odniesionych w boju zwycięstw i tryumfów.

W sobotę d. 6 kwietnia na posłuchaniu deputacyi u Kardynała-Prymasa hr. Adam Żółtowski przemówił następnie:

Eminencyo!

Połączone deputacye z różnych części kraju, którym poleconem zostało zanieść adresa czci i posłuszeństwa dla Ojca Ś., mają honor stawić się przed W. Em., najpierw, aby Jej złożyć swoje uszanowanie, a potem aby Ją prosić, ażeby raczyła poprowadzić nas przed tron Ojca Ś. i przedstawić nas jako wysłanników od tego narodu Polskiego, który tak zawsze odznaczał się wiernością i przywiązaniem do Stolicy ś. Uczucia te same są naszemi tak jak były przodków naszych, i mocną jest wola nasza pozostania im wiernymi. Niech W. Em. zechce być ich tłomaczem u Ojca Ś. W. Eminencya jako głowa Kościoła polskiego znasz potrzeby nasze, zna je i Ojciec Ś. Niech W. E. raczy być ciągłym orędownikiem naszym i niechaj dzisiaj już zechce

## Część literacko-artystyczna.

## KIEJSTUT

**Tragedya w pięciu aktach**

przez

*Adama Asyka.*

Zdawałoby się, że potrzeba wielkiego poświęcenia miłości własnej, aby autor dramatyczny oddał swoje dzieło zanim się ukaże na scenie na publiczny odczyt. P. Asnyk wiedziony cnotą wsparcia ubogich zrobił to poświęcenie, dozwolił zerwać pierwszy kwiat z czarodziejskiego krzewu i rzucił go nędzy zrzekając się tej chwili triumfu, jaką bywa zwykle przedstawienie nieznanego dramatu. A jednak dobrze się stało, tak dla dzieła jak dla słuchaczów. Kto był wczoraj na odczycie „Kiejstuta“ ten odczytywać będzie dramat, gdy się ukaże w *Przeglądzie Polskim*, ten oczekiwać będzie gorączkowo chwili, kiedy się ukaże na scenie. Nie jest to bowiem nowość sceniczna i literacka, w rodzaju tych, jakiemi się dziś przeważnie teatr zasila, jakiemi nęci czytelników efektowny romans przykrojony według wymagań chwilowej mody, jakby stroik kobiecy, który błyszczy, wabi, nawet wzbudza drobne namiętnostki i admiracye dopókąd świeży, dopókąd krój się niezmieni i barwy niewyjdą z mody. Czy Kiejstut zostanie na stałe w repertoarze teatralnym, jakie zajmie miejsce w naszej literaturze dramatycznej — nieśmiemy rozstrzygać, ale to pewna, że zostanie w literaturze poetycznej. O sceniczności dramatu sami nawet znawcy literatury orzekać z góry niełatwo mogą. Jak rumaka niepoznasz i niezdołasz ocenić jego siły, zwrotności, jego ruchów i biegu, dopókąd go niedosiędziesz — tak i dramat potrzebuje przebyć próbę przedstawienia, aby w nim objawiła się w pełni ta poezya życia i czynu, która wymaga warunków scenicznych. Słyszeliśmy wczoraj dramat odczytany przez artystów, jakbyśmy patrzyli na rumaka przeprowadzonego dopiero po arenie. Podziwialiśmy jego budowę i kształty, jego ruchy jak kroczył zwolna trzymany na wędzidle, wszystko w nim zdaje się zapowiadać, że kiedy w pełny puszczony zostanie bieg, dorówna i prześcignie najdzielniejsze wierzchowce byle znalazł odpowiednich jeźdźców...

Lecz nie, niegodziłoby nam się używać porównania z dziedziny sportu — to rumak, ale rycerski i bojowy, dramat, który znów przenosi w dziedziny najczystszego bohaterstwa, który potrąca o te same struny, na jakich niegdyś Mickiewicz wyśpiewał jedyny wojenny poemat.

Blisko po pół wieku wprowadza nas poeta w ten świat dobrze nam znany z Konrada Wallenroda. Tło tu wspólne Litwy pogańskiej w zapasach z Krzyżactwem i w wewnętrznych waśniach, kilka postaci tych samych, a założenie dramatu nader pokrewne. A jednak Kiejstut jest antitezą Wallenroda i najświetniejszą odpowiedzią na tendencye, które z niego czerpano.

Wallenrodyczność, czyli wallenrodyzm jak mówi Słowacki wyrósł w rodzaj doktryny bez intencyi mistrza, który niejednokrotnie zaprzeczał idei, jaką rzucił. Daremnie jednak starano się wyplenić ten posiew. Śmiałą i szlachetną miał myśl p. Asnyk, że w te same powrócił bory Litwy, te same wywołał postacie, te same odsłonił nam walki, aby przeciwstawić idei zemsty przez zdradę ideę wierności do końca.

To pokrewieństwo myśli, a raczej ich przeciwieństwo między Kiejstutem a Wallenrodem, jest jakby zapowiedzią nowego rozkwitu poezyi romantycznej, z epoki mickiewiczoskiej, która już wszystkie przebyła stadya, i wzniosła się stopniowo na najwyższe szczyty, tylko jeszcze niezdołała wyzuć się z liryzmu i opisowości, aby się skrystalizować w dramacie. Mieliśmy liczne próby pod tym względem i został nam odłam arcydzieła, jak Konfederaci, zostały potężne fantazyą dramata Słowackiego, lecz dla swego blasku pojawiające się tylko jako nadpowietrzne meteory na scenie.

Wśród usiłowań stworzenia dramatu zwracającego się do tych natchnień, które wyróżniały poezyę polskę w innych rodzajach Kiejstut niepoślednie zajmie miejsce. Czuć w niem pewną samodzielność, czuć dążenie do wywołania tragiczności bez użycia sztucznych środków z zachowaniem znamion charakteru dziejów narodowych ubogich w czarne zbrodnie, gwałtowne namiętności, intrygi i podstępy, które dostarczają dramatom na wzór szekspiroski zwykłego wątku. Dramatyczność i tragiczność wydobywa autor nie tyle z ludzi ile z idei. A znów wśród idei, które tu działają i kierują ludźmi jak fatum, na pierwszem miejscu stoi ta idea, która zawsze w poezyi polskiej prym trzyma: ojczyzna i jej obrona. W postaci Kiejstuta idea ta starej Litwy i jej dawnych bogów znachodzi wspaniały pomnik. Inne uczucia są tylko akcesaryami. Przesuwają się dwie kobiety, których namiętności już tylko obłędem żalu lub żądzą zemsty, jakby dalekie odblaski Ofelyi i Lady Macbeth. W postaciach męskich obok rycerskości miękkość bardziej słowiańska może niż litewska. Trudne miał zadanie autor przedstawić Jagiełłę w zapasach ze swym stryjem i wytłomaczyć pobudki co go wiodły do domowej wojny, zakończonej podstępną śmiercią Kiejstuta. Zostawił też Jagiełłę w cieniu, ale o ile go odsłonił ukazał go podobnym do wizerunków, jakie nam podaje historya.

Po nad psychologią pojedynczych postaci dominuje w tragedyi jakiś duch, co wszystko zlewa w całość pełną głębi i pełną piękności. W wspaniałych wierszach rozsypanych tu mnóstwo pereł, które wydobył poeta z tej samej toni uczuć, cierpień i dążeń narodu, z których wydobywali niedawno poeci romantycznej szkoły.

Lecz p. Asnyk umie wybrać z konchy te tylko perły, które najczystszą błyszczą wodą. Nie spotkać tam żadnego frazesu na efekt, ani komunału poetycznego. Znać, że obok natchnienia szła rozwaga, obok zapału głębokie cierpieniem okupione a prawdziwym artyzmem oczyszczone poczucie tego, co narodowi podać i wybrać należy. Liryzm wszelako i dydaktyzm wszędzie bierze przewagę nad dramatycznością. Nie będziemy szli za osnową tragedyi, którą niebawem czytelnicy poznają w całości. Analizę szczegółową postaci i charakterów zostawiamy na później.

Winniśmy tylko przytoczyć myśl główną, która jest naświetniejszą odpowiedzią na ideę wallenrodyzmu, błąkającą się jak widmo, wypowiada ją Kiejstut Konradowi:

I w mojej starej głowie się nie mieści
Że ma kraj zbawić kto się pozbył cześci.
Trudno ach! temu, kto raz fałszu zarwie,
Choć w dobrej myśli duszę swoją splami,
Ożyć na nowo w niewinności barwie
I szlachetnemi zajaśnieć czynami.
Wieczna go klątwa potem w życiu ściga,
Krzyżując wszystkie zamiary najczystsze,
Pcha do występku przed którym się wzdryga
I w ścieżki coraz prowadzi ciernistsze,
Więc to czem gardzi, na zawsze poślubi,
Co chce ocalić, jeszcze prędzej zgubi
I cała jego rąk skalanych praca
Pomimo woli na złe się obraca.

## O nazwach geograficznych słowiańskich i ich szanowaniu w systemie edukacyjnym

skreślił

**Stanisław Zarański.**

(Ciąg dalszy.)

Rzecz Wojciechowskiego, osnuta na ściślejszem kółku imion Chrobackich, może mieć zastó-

przyjąć wyraz głębokich uczuć naszych wdzięczności i przywiązania.

Po audyencyi u Ojca Śgo udała się deputacya do Kardynała-Prymasa, aby mu podziękować za poniesione dla niej trudy. W jej imieniu przemówił p. Paweł Popiel:

Eminencyo!

Przyjmij wdzięczne podziękowanie nasze za trudy podjęte w wyrobieniu nam audyencyi u Ojca Śgo, na której tak wielkich doświadczyliśmy pociech. Ale nie to tylko my Polacy Tobie zawdzięczamy.

Eminencyo! Bóg jeden widzi, sądzi i nagradza, ale wolno nam mieć to przekonanie, że gdybyś nie był stanął murem przeciwko nawałności, która na Kościół uderzyła, to nietylko polski, ale nawet niemiecki Kościół byłby w największem niebezpieczeństwie. Niewzruszona Twoja odwaga, niezrównana Twoja miara i roztropność, wytrwałość okupiona zdrowiem i wolnością, natchnęła odwagą swoich i obcych.

Niech nam będzie wolno dziękować Panu Bogu, że krew z krwi naszej i kość z kości naszej użył za narzędzie do tego dzieła.

Pozwól Eminencyo, abym w swojem i przytomnych tu imieniu, ucałował tę rękę, która tak dobrze umie rządzić i błogosławić.

---

Minister oświaty mianował suplentów Tytusa Świderskiego i Juliana Miklaszewskiego oraz nauczyciela w gimnazyum Franciszka Józefa we Lwowie Antoniego Soświńskiego nauczycielami rzeczywistymi w gimnazyum Ś. Anny w Krakowie.

---

**Wiedeń** 10 kwietnia. Wczoraj wieczór, jak było zapowiedzianem, odbyła deputacya regnikolarna austryacka posiedzenie pod przewodnictwem hr. Wrbny w celu obmyślenia sposobu, w jaki na podstawie uchwalonych w obu parlamentach ustaw, możnaby rozpocząć rokowania z deputacyą regnikolarną węgierską w sprawie długu 80-milionowego. Na początku posiedzenia na którem ze strony rządu obecny był prezes gabinetu książe Auersperg i minister skarbu bar. Pretis, odczytano pismo, w którem deputacya węgierska zawiadamia, iż przybyła do Wiednia i oświadcza swą gotowość do rokowań na podstawie ustawy uchwalonej przez sejm węgierski, z zastrzeżeniem atoli stanowiska prawnego Węgier względem rzeczonego długu. Po odczytaniu tego pisma zabierali głos bar. Walterskirchen i Dr Sturm wyrażając powątpiewanie, czy deputacya jest uprawnioną rokować z wysłannikami węgierskimi, skoro ustawy uchwalone przez oba parlamenty, na zasadzie których toczyć się mają rokowania, nie są jednobrzmiące. Nad tem pytaniem wstępnem wywiązała się dłuższa dyskusya, w której większość deputacyi oświadczyła się przeciw zapatrywaniu pomienionych dwóch mowców. Dr Herbst zaś uczynił wprost wniosek, iżby deputacya orzekła, że w wątpliwości podniesionej przez pp. Walterskirchena i Sturma nie widzi żadnej przeszkody i przystępuje do rokowań. Wniosek ten przyjęty został wszystkiemi głosami z wyjątkiem dwóch. Po załatwieniu tego przedmiotu obradowano nad *modus procedendi* przy rokowaniach z deputacyą węgierską. W rozprawach nad tym przedmiotem brali udział wszyscy członkowie deputacyi, w końcu zaś uchwalono wysłać do deputacyi węgierskiej nuncyum, któreby, oprócz wyczerpującego uzasadnienia stanowiska austryackiego w sprawie długu 80-milionowego, zawierało równocześnie zaproszenie do wspólnych narad (oczywiście nieurzędowych obu deputacyj. Ułożenie tego nuncyum poruczono Drowi Herbstowi, który je przedłoży do zatwierdzenia deputacyi już we czwartek. Po przyjęciu takowego przez deputacyę, przesłane ono zostanie natychmiast deputacyi węgierskiej, aby ta mogła jak najrychlej dać swoją odpowiedź. Deputacya austryacka zaś dopiero wtedy naradzać się będzie nad rzeczą samą, t. j. nad wysokością kwoty, z którą mają Węgry wziąć udział w sprawie długu 80-milionowego. Deputacya węgierska zbiera się dziś na poufne posiedzenie, a prawdopodobnie już w piątek weźmie pod obrady nuncyum austryackie.

— W sejmie węgierskim miał wczoraj prezes gabinetu p. Tisza mowę, w której dawał wyjaśnienia w sprawie wschodniej. Rzekł on co następuje: „Nie mam zamiaru dłużej o tem mówić, o czem kilkakrotnie już wspominałem. Odwołam się także na to, że i o związku trójcesarskim wypowiedziałem w tej Izbie moje zdanie, mówiąc, iż nie była to umowa pozytywna, któraby się odnosiła w ogóle do stosunków i kwestyj wschodnich. Twierdzenie to moje utrzymuję także dzisiaj. Żeby to jednak było zbrodnią przeciw wolności, jeśli się chce utrzymać zgodę z tem lub owem państwem, tego wcale twierdzić nie można, jak to już z tej okoliczności wypływa, że np. owo mocarstwo, o którem tu jest mowa w niezliczonych wypadkach w najściślejszem zostawało sojuszu z państwem północno-amerykańskiem, które przynajmniej dotychczas nie używało opinii państwa reakcyjnego. Wspomniano tutaj, że traktat z r. 1865 i zmieniający go poniekąd a zarazem odnawiający go traktat z r. 1871, wskazuje drogę, jaką iść należało, a ponieważ minister spraw zagranicznych drogą tą nieposzedł, przeto zasługuje na naganę. Być może, iż rządy wszystkich państw Europy i wszyscy politycy Europy nie wiedzieli, co jest ich obowiązkiem. Szkoda, że p. deputowany nie wskazał im go (śmiech); gdyż żaden rząd nie zrobił w tym kierunku kroku, żeby mocarstwa na zasadzie tych traktatów mogły postępować. Oskarżać zaś za to co wszystkie państwa powinny były zrobić, a nie zrobiły, tylko jeden rząd t. j. nasz, że to co inne nie zrobiły, powinien był sam i wbrew niektórym z nich zrobić, byłoby to coś, co się sprzeciwia najprostszym pojęciom o sprawiedliwości.

Simonyi przypomina, że powiedzieliśmy iż interesa austro-węgierskie są zabezpieczone; przypomina wypadki w Liwadyi, powołuje się na słowa cara, na słowa hr. Szuwałowa, znów na ministrów angielskich i sam przyznaje, że wskutek ich oświadczeń Anglia była wówczas uspokojoną. Potem mówił, że austryackie ministerstwo spraw zagranicznych zostało zwiedzionem, sądziło bowiem, że interesa monarchii są zabezpieczone, tymczasem pokazało się, że tak nie jest. Ja zaś przypomnieć muszę to, co kilkakrotnie było mówionem tak w tej Izbie, jak w innych ciałach ustawodawczych.

Mówiono tu: zaufanie nasze co do utrzymania pokoju i co do interesów naszych — szczególnie co do tych ostatnich — pokładamy w tem, że z góry określiliśmy szczerze to, czegobyśmy ścierpieć nie mogli; opieramy się przeto na tej szczerości, z jaką objawialiśmy odnośne nasze zapatrywania i pokładamy zaufanie nasze w tem, że największa część interesów naszych jest interesem europejskim; wreszcie zaufanie nasze pokładamy także w tem, że jeśli to będzie potrzebne do obrony interesów naszych, na wezwanie monarchy wszystkie ludy monarchii chwycą za broń, aby bronić interesów monarchii. Nie raz, lecz wiele razy, nie teraz, lecz przed rokiem mówiłem to samo.

Zaufanie przeto nie było oparte jednostronnie na jakiemś oświadczeniu, w którego wiarogodność moglibyśmy my lub Anglia wątpić, dopóki nie przemówią fakta. Myśmy zawsze ufali temu, że jeżelibyśmy się na wszystkiem zawiedli, to nie zawiedziemy się na własnej sile monarchii. P. Deputowany mówił o stuletnich aspiracyach rosyjskich, którym zwykło się zaprzeczać, chociaż w r. 1867/68 ustawicznie się na nie powoływano. O pierwszych nie będę tu mówił, ale o ostatnich.

Odwołuję się do Izby, czy kiedy rząd poruszył myśl, że nie wszyscy tu jesteśmy Węgrami, że tu są także lub że mogą być agitatorowie, czy nieodpowiadano zawsze: To jest płaszczyk dla reakcyi! To nie prawda! Zresztą nie twierdzę, żeby tu byli agitatorowie w tak wielkiej liczbie, jak się dep. Simonyi na nich powoływał. Gdyby istotnie pokazały się ślady tych agitacyj, nicby mnie nie powstrzymało bronić i zabezpieczyć Węgry przeciw nim. Przed czasem nie będę jednak przedmiotu tego przedstawiał jako niebezpieczeństwo.

Gdybyśmy, mówi Symonyi, prowadzili byli politykę przez niego proponowaną, wówczas bylibyśmy przywódcami; teraz zaś, gdy nastąpił lub nastąpi zwrot ku lepszemu, ster obejmie Anglia, a my co najwięcej będziemy mogli iść za nią. Że odosobnienie samo przez się można wnieść jako oskarżenie przeciw każdej polityce, tego rozbierać nie będę; gdyby urząd spraw zagranicznych był tylko do tego dążył, aby nie być odsobnionym, natenczas bardzo łatwo mógł prowadzić taką politykę, przy której byłby znalazł sprzymierzeńca.

Atoli oskarżać tylko naszą politykę zagraniczną i nawet w tym wypadku nie zważać na to, co się gdzieindziej stało, nie jest postępowaniem, ani dobrem ani uzasadnionim. Zresztą rzecz się tak ma, że dziś w Europie to mocarstwo najtrudniej liczyć może na sprzymierzeńca, które bezpodstawnie pokój europejski narusza i usiłuje popchnąć Europę do wojny. Właśnie dla tego łatwo jest przypuścić, że monarchia austro-węgierska, gdyby przez swe wystąpienie zrobiła była z wojny zlokalizowanej wojnę europejską i to w czasie, kiedy można było powiedzieć, że jej interesa nie są narażone, mogła była pozostać odosobnioną; przeciwnie zaś, jeśli zmuszoną będzie dla obrony swych interesów prowadzić wojnę, nie będzie odosobnioną. To właśnie na zasadzie przytoczonego zapatrywania należy do rzeczy możebnych i prawdopodobnych.

Przechodząc do wpływu opinii publicznej, zwraca minister uwagę, że właśnie w czasie, kiedy naglono na akcyę rządu, w Anglii były na porządku dziennym meetingi na przekór rządowi i rząd angielski, gdyby był poszedł za opinią publiczną, ta byłaby go popchnęła w obóz przeciwny. Tak więc opinia publiczna związała ręce rządowi i skazała go na bezczynność i dla tego Anglia musiała do tych należeć, którzy się przyczynili do odosobnienia Europy.

Aby politykę zagraniczną lepiej módz potępić, mniema p. deputowany, że ludy na Wschodzie powiedzą: Mybyśmy mogli z łaski Rosyi więcej osiągnąć, ale Austro-Węgry nie dopuszczają. Potem twierdzi, że ludom tym mogliśmy dać wolność, cywilizacyę i dobry rząd, a ewentualnie jeszcze teraz powinniśmy wystąpić w obronie całości Turcyi. Pojąć nie mogę, jak mogliśmy przed rokiem iść w zapasy w obronie całości Turcyi i zyskać sympatyę owych ludów. Jeden z pp. deputowanych wspomniał o solidarności interesów, której powinniśmy szukać w Rumunii. Jeszcze świeżo mam w pamięci te głosy, które z tej strony podnoszono przeciw Rumunii. Teraz widzimy, że wypadki na Wschodzie i polityka, którą prowadzono, ma przecież swoje skutki i nauczyła czegoś. Z jednej strony widzimy, że nie potrzebujemy zostawać z Rumunami na złej stopie, z drugiej strony widzą w Rumunii, że tam nie potrzebują w obec nas szukać innej przyjaźni. Interesa państwa rumuńskiego i węgierskiego są identyczne, gdyż oba mają jednego nieprzyjaciela tj. panslawizm. Co do mnie, cieszę się, że zapatrywanie to szerzy się dziś tu i tam. Jeżeli nauka ta jest tak namacalną, będzie ona i dla innych taką i reszta ludów sąsiednich przyjdzie do przekonania, że nie wszystkiego spodziewać się mogą i powinni od owego mocarstwa, w którem od dziesiątków lat nadzieje swoje pokładali. Ponieważ mocarstwo to darów swoich nie może dalej rozrzucać, jak my na to pozwolić możemy, wywrze to wpływ na pojęcie o potędze, a ponieważ wiara w siłę jest wielkim czynnikiem w polityce, może to więc wielkie zmiany wywołać.

Drugą rzeczą, po której się jeszcze więcej spodziewam, jest ta, że każdy naród przekonać się może, iż jeśli z nami chce żyć w przyjaźni, pozostanie tym ludem, jakim go Pan Bóg stworzył, podczas gdy z łaski i z mocy drugich przeciw nam się zwróci, będzie wprawdzie wielkim, lecz nie zachowa tej indywidualności, jaką był i być chce, lecz w morzu więcej lub mniej pokrewnych żywiołów, zniknie jak jedna kropla.

Kończąc moją mowę powtarzam jeszcze raz, że rząd i dziś nie może mieć innego zadania, jak bronić interesów monarchii i pokoju. Zadanie to nigdy nie ustanie, chociaż może ustanie jego możliwość; jeżeli zaś ustanie jego możliwość, wówczas interesa monarchii muszą być bronione wszelkiemi środkami".

---

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 11 kwietnia.

Dziś rano odbyło się w kościele OO. Kapucynów nabożeństwo żałobne za śp. Dra Seweryna Gałęzowskiego, na które przybyli prezes Akademii i jej członkowie, profesorowie Uniwersytetu, wielu towarzyszy wygnania, dawnych przyjaciół i znajomych zmarłego, tudzież grono młodzieży. Mszę św. celebrował X. prałat Szczeniowski, który po nabożeństwie miał przemowę.

— **Na pomnik Piusa IX w katedrze na Wawelu** złożyli: X. kanonik Jaszczor 3 złr., składka parafian i duchowieństwa w Drohobyczu 17 złr., składka dzieci szkoły ludowej wraz z nauczycielami w Czernichowie 4 złr.

— Dziś umarł Tadeusz Sobieniowski urzędnik Magistratu, licząc lat 57.

— Jutro koncert na dochód czytelni akademickiej z współudziałem p. Śmietańskiego, panny Zimmermann, p. Bol. Ładnowskiego i orkiestry. Program koncertu następujący: uwertura z „Mignon"; *Toccata* Schumana; *Valse caprice* Śmietańskiego; deklamacya z Mickiewicza; *Au rive de la mer* (solo na harfę) Oberthüra; *Morgenständchen* Schuberta-Liszta; *Canzona napolitana* Liszta i druga rapsodya węgierska Liszta. Urozmaicony program koncertu i imie koncertanta powinny zachęcić publiczność do licznego udziału, zwłaszcza że p. Śmietański tak rzadko w Krakowie słyszeć się daje.

— W sobotę przedstawionym będzie *Otello* na benefis p. Ładnowskiego, któremu zawdzięczamy szereg nader zajmujących przedstawień i który zawsze liczyć może na uznanie ze strony tutejszej publiczności.

— Podejrzliwość i zazdrość o mało nie kosztowała wczoraj życia dwoje osób. Abraham M. restaurator dał ognia z pistoletu do żony swojej i w tej samej chwili przyłożył do ust flaszeczkę trucizny. Pani M., którą kula męża chybiła, niezrażona wystrzałem przyskoczyła do męża i wydarła mu z rąk flaszeczkę zanim ją wychylił do dna. Dr Warszauer i Dr Rybczyński wezwani natychmiast, udzielili na razie pomocy i oświadczyli, że nie zagraża otrutemu niebezpieczeństwo. Trucizną był olejek z gorzkich migdałów który mieści w sobie nieco kwasu sinkowego. Przy osobie zabójcy znaleziono proch, kule i kapsle.

— Dziś po godz. 8ej rano na wjeździe z rynku w ulicę Grodzką dorożkarz wjeżdżając w ulicę najechał na jednokonkę, którą był winien ominąć i dyszlem ugodził konia jednokonki tak silnie w szyję, że go zabił na miejscu. Bruk był zalany posoką, póki konia zabitego nie sprzątnięto i nie oczyszczono ulicy.

— Czytamy w *Gazecie Lwowskiej:* Dnia 7 kwietnia b. r. zmarł w Sanoku emerytowany radca Namiestnictwa, były starosta i honorowy obywatel miasta Sanoka, Maksymilian Siemianowski w 70 roku życia, a ostatnią wolą swoją przeznaczył swój znaczny majątek, składający się z przeszło 60,000 złr. w papierach publicznych zapisu długu państwa, oraz realności wartości do 10,000 złr. w czterech równych częściach na następujące cztery fundacye publiczne: 1) Na fundacyę dla wdów po nauczycielach szkół ludowych w Galicyi, polskiej i ruskiej narodowości; 2) na stypendya dla słuchaczów Uniwersytetu lwowskiego i krakowskiego, tudzież akademii technicznej; 3) na fundacyę celem wyposażenia biednych dziewcząt z mniejszych miast Galicyi; 4) stypendyum dla jednego lub dwóch uczniów poświęcających się sztuce malarskiej, polskiej narodowości, celem wykształcenia się zagranicą. Testamentu egzekutorem mianował spadkodawca Wydział krajowy we Lwowie. Zarazem zapisał cenne zbiory dzieł sztuki malarskiej i swą bibliotekę Akademii umiejętności w Krakowie.

— W Peszcie zastrzelił się w tych dniach utalentowany malarz węgierski Antoni Orszagh. Przyczyną samobójstwa była ruina majątkowa. Specyalnością nieszczęśliwego artysty były obrazy miniaturowe. Orszagh władał także piórem i pracował właśnie nad monografią komitatu Marmarozeńskiego.

— W Osnabrück odbywa się szczególny i jedyny może w swoim rodzaju proces, w którym *corpus delicti* stanowi „katarynka". Chodziło o stwierdzenie wartości muzykalnej tego instrumentu, który nabył u fabrykanta w Gera pewien restaurator i przedsiębiorca zabaw w Papenburgu, chcąc tym sposobem uniknąć zatargów często wydarzających się z żywą orkiestrą. Katarynka, jak się przekonano, zaraz na pierwszym balu, grała wybornie polki i galopady, w walcu jednak, tak przedewszystkiem ulubionym, fałszowała nieco, na co się żalili tancerze. Nie wiele myśląc restaurator, zwraca katarynkę fabryce, która otrzymawszy od znanego sobie muzyka najświetniejsze świadectwo o kwalifikacyi walcowej instrumentu, przesłała go napowrót wraz z świadectwem, pod adresem nabywcy do Papenburga, gdzie znów zrobiono z katarynką próbę, lecz nie z większem co do walców, niż poprzednio, powodzeniem. Sprowadzono zresztą znawców, którymi byli członkowie kapeli dyrektora muzyki Schrödera w Emden i ci oświadczyli, że po takiem rzempoleniu walca nikt tańcować nie potrafi, katarynka przeto znów powędrowała do fabryki. Fabrykantowi było tego już za wiele, wytoczył on proces nabywcy o zapłatę przed sądem w Osnabrück. Sąd zawezwał jako znawców dyrektora muzyki Drobischa i metra tańcu Zangenberga; mechanicznym kierunkiem przedmiotu spornego zajmował się orgarmistrz Rohlfing. Z nakazu sądu odegrano trzy obwinione walce. Dyrektor muzyki Drobisch zaopiniował, że trzy grane kawałki są bez wątpienia walcami, wprawdzie z błędnym rytmem, ale zawsze walcami. Na pytanie jednak, czy po nich tańczyć można, rzekł, że odpowiedzieć na to nie może, gdyż to nie należy do jego kompetencyi. Przyszła następnie kolej na p. Zangenberga, znawcę tańcu. Rozwinął on teoryę tańca wogóle i walca w szczególności i oświadczył, że zręczny tancerz może tańczyć walca po muzyce katarynki, gdyż taki może tańczyć nawet po daleko gorszej muzyce, a w końcu i bez muzyki. Czy jednak mieszkańcy Papenburga dokonać tego zdołają, nie śmię rozstrzygać. Według tej opinii rzeczoznawców, sąd ma dopiero wydać wyrok co do uzdolnienia muzycznego w dziedzinie walców tak zacięcie prześladowanej katarynki.

**Wiadomości policyjne:** Straż policyjna przytrzymała: Kazimierza Złamała, za kradzież żelaziwa; pięć osób za pijaństwo.

Józef Mielec, stróż plantacyjny przytrzymał Józefa Woźniaka, który zawadził wozem o poręcz na plantacyach i takową uszkodził.

**TEATR.** — We czwartek dnia 11go kwietnia: Czwarty gościnny występ p. Bolesława Ładnowskiego artysty Teatru Lwowskiego: Komedya w 3 aktach Wiktoryna Sardou: *Cwiartka papieru.* — Początek o godzinie 7ej.

— **Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów; w dnie powszednie 30 centów.**

— Dnia 10go kwietnia deszcz aż do wieczora; termometr od 2·8 doszedł do 5·1 C. — Barometr opada; rano o 6ej dnia 11go kwietnia stan jego był 742·2 milim., termometru + 2·6 C. — Wiatr zachodni.

— W piątek dnia 12go kwietnia: Św. Juliusza.

---

### Wiadomości bibliograficzne.

— *Ateneum* zawiera w zeszycie kwietniowym: „Dwie elekcye", przez St. Ł.; „Poezya, muzyka i rysunek" jako środki wychowania estetycznego; „Przyczynek do pedagogiki", przez Henryka Struve; „Cztery ogniska cywilizacyi", przez Wład. Bogusławskiego; „Powódź" powieść Fryderyka Spielhagena, w skróceniu opowiedziana przez Wincentę Limanowską (c. d.); „Wincenty Pol jako poeta" dwa odczyty W. Spasowicza; „Krytyka"; „Kronika naukowa", przez Bronisława Reichma „Kronika miesięczna"; „Ogłoszenia".

---

**Sprostowanie.**

We wczorajszym liście rzymskim (*P.*) zaszedł błąd drukarski Zamiast „....zasiadłszy na tronie pieskim wysłuchał mszy kardynała Ledóchowskiego powinno być „wysłuchał mowy".

---


NADESŁANE.

Wszystkie osoby, które cierpią na **osłabienie** lub **rozstrojenie systemu nerwowego** czy to w skutek **niedokrewności, chorób kobiecych** lub **lekkomyślnego życia, młodocianych grzechów** itp., a już rozmaitych środków bezskutecznie używali, powinniby chwycić się jeszcze **wyrobów kokowych** Dra **Alvareza** (pigułki Nr. III). Już **Aleks. v. Humboldt, Bonpland** i inni słynni przyrodnicy i lekarze, tudzież ostatniemi czasy wielu bardzo słynnych lekarzy zwrócili uwagę na cudowną siłę leczniczą rośliny kokowej, a mianowicie osiągnął prof. Dr Alvarez w swojej rozległej praktyce **zadziwiające skutki** przeciw powyżej wymienionym **cierpieniom**. Bliższe objaśnienia zawiera opis użycia i broszura, które z pigułkami kokowemi, pudełko po 2 złr. są do nabycia w Krakowie u Dra Fl. SAWICZEWSKIEGO aptekarza. (935 1-6)


---

## Gospodarstwo, przemysł i handel.

**Wiedeń** 7 kwietnia.

Ubiegły tydzień należy policzyć do rzędu szczęśliwych, a to nie tyle ze względu na znaczną zwyżkę, która, ściśle biorąc, nie wiedzieć dlaczego przy końcu nagle nastąpiła, jak dlatego, że uniknięto katastrofy, którą ławniejsze doniesienia z Paryża i Amsterdamu przewidywać kazały, a którą mogły wszystkie katastrofy nawiedzić, gdyż powody do klęski były wszędzie te same. Tu bowiem, w Niemczech i na zachodzie giełdy były i są jeszcze teraz, jak to mówią, własnemu przemysłowi zostawione i muszą sobie radzić same; ich środki są stósownie do kraju i miejscowości, mniej lub więcej ograniczone, gdyż z powodu braku ogólnego zaufania, cudzy pieniądz stał się dla nich nieprzystępny, a publiczność nigdzie o tranzakcyach nie myśli. Rzecz prosta, że w takich warunkach i wobec niejasnej sytuacyi politycznej, operowanie na zwyżkę musi być niebezpiecznem zadaniem, a jednakże dzięki wiadomemu optymizmowi, interesa obracały się tylko w tym kierunku.

Z wyjątkiem Wiednia, który z pomiędzy zagranicznych papierów, ma szczęście mać urzędownie tylko sławne losy tureckie, każdy z większych targów ma oprócz miejscowych wartości, predylekcyjne fundusze obcych krajów, w których stósownie do ich pochodzenia i do zawarcia pożyczek, mniej lub więcej znaczne kapitały są ulokowane i które służą za ulubiony przedmiot do spekulacyi. I tak przeważną w tym rodzaju rolę grają w Paryżu pożyczki włoskie rządowe i miejskie, a w Amsterdamie rosyjskie, a po nich austryackie.

Po tym wstępie łatwo pojąć, że wstrząśnienie wywołane w przedostatnim tygodniu dymisyą hr. Derby, wzbudziło wszędzie uzasadnione obawy o rezultat likwidacyi miesięcznej, która była za pasem. O zniszczeniach, jakich kursa padły ofiarą, donosiłem w zeszłym liście, a dla uzupełnienia muszę dodać, że pomimo całej zimnej krwi holenderskiej, główne papiery rosyjskie spadły tam o 4 i 5%, i że jak się wyraża sprawozdanie, które mam w tej chwili przed sobą, musiano w Amsterdamie otworzyć świątynię Janusa, czyli dozwolić *ad hoc* urzędowną giełdę wieczorną, ponieważ wobec przewidywanych wypadków i wiadomości, jedno posiedzenie wystarczać nie mogło. Amsterdam znalazł się odrazu zarzucony zleceniami sprzedaży rent naszych i rosyjskich, nadchodzącemi z Londynu i z Niemiec, w Paryżu obładowana spekulacya nie wiedziała co począć; dość że gwałtowna burza stawała się co chwila groźniejszą. Sposoby, któremi zdołano ją zażegnać w przedwilię likwidacyi, są dwojakie i charakteryzują usposobienie krajów i targów, które najsilniej miały być dotknięte. Flegmatyczna publiczność holenderska, która się niełatwo da zdekoncertować, rezolutnie skorzystała z danych okoliczności i po nizkich kursach wzięła się do kupowania, skutkiem czego sztuki ofiarowane po kolei znikały z targu i spadek został jako tako wstrzymany.

Z Paryża o niczem podobnem nie słychać i w odwróceniu wiszącej burzy, ani tamtejsze ani włoskie Rabagasy polityczne nie mają najmniejszej zasługi. Po prostu w własnym interesie i dla powstrzymania katastrofy, która dla nich samych mogła się stać szkodliwą, kasy instytutów i niektórych firm prywatnych otworzyły podwoje i pod przystępnemi dla spekulantów warunkami wzięły w zastaw niesprzedane przez tychże papiery. To wszystko stało się od razu i tym sposobem klęska ograniczyła się na sprzątnieniu szumowin giełdowych, dla których *haute finance* nie miewa politowania. Czy istotnie, jak od onegdaj wieczór mniemają na tutejszej giełdzie; pokój zapewniony i czy

---

sowanie w rozświecaniu dawności innych także dzielnic starej Słowiańszczyzny. Jakoż znamienite wyniki badań A. W. Szembery o *Swewach w Giermanii* polegają przeważnie na rozwiniętej przez niego metodzie, lubo autor czeski teoryi jej nie znał. Szembera do dzieła swojego p. t. *Zapadni Slovane w praveku* (1868) dołącza *Mapę Giermanii a Illyryi w II stóleciu po Chrystusie*, na której Swewom i całej zachodniej Słowiańszczyznie bardzo szerokie granice zakreśla. Idą one wzdłuż morza Baltyckiego, zwanego Swewskiem t. j. Słowiańskiem, na północy, aż ku Adryjatykowi czyli morzu Jaderskiemu i ku włoskim stokom Alp na południu, na zachodzie zaś w prostej niemal linii od miasta Kielu aż ku Izlebowi (Eisleben) w Sasach, ztamtąd zaś ukosem ku dolnemu Menowi i za Ren górny ku Lemańskiemu (Genewskiemu) jezioru. Za tą dopiero linią (Kielo-Meno-Reńską) przebywali w owym wieku właściwi Giermanowie. Swewi zaś zajmujący w tej od Rzymian tak zwanej Giermanii (t. j. właściwej Giermanii i Swewii razem) dzisiejszą Wirtembergiję, Bawaryję tudzież marchije: Myszeńską (Meissen), Braniborską (Brandenburg), Pyzką (Altmark) i t. d. aż po brzegi Baltyku i Wisły byli Słowianami, jak to Szembera, zbadawszy ku temu liczne dokumenta, wykazywaniem słowiańskiego pierwiastku nazw tamtejszych wywodzi i udowadnia.

Inny uczony czeski, zasłużony na polu badań starożytności słowiańskich Szafarzyk, nie idzie wprawdzie tak daleko w swym *Słowiańskim Zemevidzie* (1842). Twierdzi on jednak, że potomkowie Obotrytów nie zbyt dawno nad dolnym Łabem śpiewali pieśni nabożne w języku słowiańskim i że do dnia dzisiejszego przechowywać one mają dźwięki mowy ojczystej, w zaciszu domowem, w ukryciu przed duchem, który tam zapanował.

Za wywodami temi przemawiają liczne nazwy pierwiastku słowiańskiego na całym obszarze zamarłej dziś Słowiańszczyzny, z których niektóre w zupełnej przechowały się czystości. Azaliż n. p. Kraków *), poczytywany dziś jeszcze i to kilkakrotnie na Pomorzu i u Rujanów, w księstwach Meklenburskich i dzielnicach Sasko-Pruskich, toż w dzisiejszem królestwie Saskiem, mógł wziąć początek od plemion, które tam dziś mieszkają? Liczny imienia tego poczet, puszczając mimo takież nazwy u Czechów i Krainców, co znamion spólnego z nami rodu do dnia dzisiejszego dochowali, nie jestże raczej dowodem, że osady te, we wdzięcznym odgłosie chrobackiej stolicy, bracia tam nasi niegdyś zakładali?

Jakoż samiż Niemcy, jak G. A. Tzschoppe i G. A. Stenzel, przyznają to w znacznej części, gdy mówią (*): Kraje na wschód Łabu (Elbe) aż ku ujściu doń Solawy (Saale), od tej zaś aż ku Szumawie (Böhmerwald), dalej okolice na południowym brzegu Dunaju ku Murze, Drawie i Sawie, były dawniej wyłącznie przez Słowian zajęte; a nawet na zachodnim brzegu Łabu, w ziemiach Glińskiej (Lüneburg) i Pyzkiej (Altmark) niemniej w Turyngii, Frankonii i dzisiejszem arcyksięstwie Rakuskiem dzierżyli Słowianie rozległe obszary. Bolesław Chrobry bił tam przeto pamiętne słupy ku oznaczeniu granic ludu swego; a Krzywousty niósł braci swej ewangelię za Odrę, ku Rujanie, zarówno w celu nawrócenia jej na łono chrześciańskiego Kościoła, jak w zamiarze ocalenia jej od cudzoziemskiej grabieży.

Od tego czasu jakaż okropna tam zmiana. Na grobach turodnej braci powstało tam życie wrogiego jej pierwiastku. Siedziby Słowian na szerokich pobrzeżach Odry, Łabu i Solawy, zajęły ludy Giermańskie (Saskie), wydarłszy tamtym warunki ich udzielności, rozerwawszy spólność ich narodową, zatarłszy charakter odmiennego ich pochodzenia, zgładziwszy święte znamiona ich ducha, mowę onych ojczystą i narodowy obyczaj. A tych nieludzkich usiłowań i katuszy był i jest owoc potworny: Półsłowianie, Półniemcy. Słowianie z krwi, Niemcy jężykiem: *deutsch redende Slaven*, jak ich poufnie samiż Niemcy, gatunkując różnorodną ludów swoich plemienność, zwykli nazywać.

Dziwny to zaiste proces wzajemnych krzywd i odwetów, dokonywanych od wieków między dwiema największemi rodzinami Jafetowego plemienia. Widzimy tam z jednej strony ludy przywiązane do chlebodajnej przodków swoich ziemi i wyobrażeń swych ojców. Trwają one uporczywie w obronie swych bożyszcz, które za orędowniki wolności swej mają. Widzim z drugiej zachodnich ich sąsiadów, wychowanych i wzrosłych we wręcz przeciwnych wyobrażeniach. Tym Wodan i towarzysze, co w Walhalli tylko żądzą bojów oddychali, każą opuszczać ogniska domowe i pójść burzyć świat stary. A gdy sami wpływem chrześciaństwa (zewnętrznie) ulegli, tenże sam duch zaborczy, zasłoniwszy się krzyżem, każe im nazwać napastnikami sąsiednie ludy słowiańskie i wydać im walkę zagłady. W boju tym stanęły przeciw sobie z jednej strony żądza łupów, bez których do Walhalli przystępu nie było; z drugiej obrona niw dziedzicznych, które już pradziadowska skrzętność wzbogaciła. Z jednej wyrosłe z pojęć pogańskich, a ustawą feudalną wykształcone prawo siły; z drugiej obrona nabytego pierwotnem ziemi zajęciem i łożeniem na nią pracy rzetelne prawo własności. Z jednej spłodzony pod przykrem niebem północy w walce z drapieżnemi zwierzętami duch podbojów i zaborów, pokrywany pożyczonym od wielkiej idei sztandarem; z drugiej zrodzona na ojczystych zagonach święta miłość ojczyzny i rozpaczliwe trwanie w dawnej wierze w bałwany. Nie dziw więc, że prostota ostatnich obliczonej na ich zgubę podstępnej broni tamtych pola dostać nie mogła. Ulegli jej kolejno Sorabi, Łużanie, Obotryci i Lutycy. Prostoduszni! Nie zdołali oni dopatrzeć się zbawienia w nowej wierze z rąk apostołów, co im za porzucenie bałwanów niewolę dawali. A gdy w końcu przemożeni od bożyszcz swych odwracać się poczęli, działo się to równie nieoględnie jak przedtem rozpaczliwa pogaństwa obrona. Przyjęcie ewangelii nie dokonało się u nich ryczałtem jak u nas, lecz pojedynczemi plemiony, co wzniecało waśni domowe, mnożyło wzajemne zawiści, ułatwiało najeźdzcom ich niecną robotę. Za tą to sprawą Sasów i ich przywódców w marchijach Myszeńskiej, Braniborskiej i Pyzkiej, śród których imiona Gerona, Albrechta Niedźwiedzia i Henryka Lwa smutną okryły się sławą, przeszła Słowiańszczyzna Połabska i w ogóle Zaodrzańska w ręce cudzoziemskie. A śladów jej zaledwie dziś dopatrzyć się tam można w zmienionych do niepoznania imionach miejscowych, niby zatartych rdzą czasu napisach grobowych. Zaczem zrozumiałemi stają się słowa Tzschoppego i Stenzla (może potomków Czopa i Stensława), że dzieje krzewienia prawa Niemieckiego są dziejami szerzenia się Niemców w Słowiańszczyznie, że jednak badania pod tym względem „nie wykazują ani czynów wielkich, ani uczuć wzniosłych, ani podziwienia godnych charakterów, ani w ogóle zajmujących wydarzeń." Jakoż była to otchłań dokonywanego systematycznie bezprawia na ludzie innoplemiennym, istny gardziel dusz słowiańskich, z którego w przeważnej części wyszły owe plagi, co nie samą tylko Słowiańszczyznę gubiły, lecz i ludzkości wogóle boleśnie dotknęły. Tam bowiem w doskonałość wzbiła się ta walka, co pod wzniosłemi godłami poziomych pilnuje celów. Tam uległo się owe stugłowe wyznanie, co długiem naigrawaniem stróżów prawa bożego, powagę tychże u siebie zdeptało. Tam wreszcie powstała i wielmoży się wyswobodzona z więzów kościelnych kultura, której najemna erudycya drogę ma torować i zacierać ślady panującego tam niegdyś miłościwszego ducha, co temu piekłu gwałtów prawowitemi nazwami miejscowemi groźnym się jeszcze być zdaje.

*(Dalszy ciąg nastąpi).*

---

*) Obacz artykuły *Cracau*, *Krackau* i *Krakow* w Rudolph'a: *Vollständigstes Ortslexicon von Deutschland, Leipzig und Zürich 1868.*

(*) *Vorrede zur Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte in Schlesien und der Ober-Lausitz.* Hamburg 1832.

(do 30 cz) 1605

papież Leon XIII 39

84. Kraków, 11 Kwietnia — Czwartek. Rok 1878.

# CZAS

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
...su, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., we Lwowie lub z przesyłką pocztową 12 c.

**Prenumerata wynosi:**

| | na cały rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| Po... Austryackiem | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| Niemcami | 12 złr. | 7 złr. | 3 złr. |
| ...ch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi, Turcyi i państw należących do związku pocztowego | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |

Prenumeratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi Czasu w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* nie podlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się.
Rękopisma nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

**Prenumeratę przyjmują:**
**W Krakowie:** Administracya „CZASU" trzeciá urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 6 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu"** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **we Lwowie** Ajencya „Czasu" w głównym składzie tytoniu Nr. 1 przy ulicy Halickiej Nr. 4. **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), C. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

## Kraków 10 kwietnia.

Mowa Ojca Śgo Leona XIII do deputacyi polskiej d. 7 kwietnia, brzmi według nadesłanej nam z Rzymu dokładnej osnowy jak następuje:

*„Przybyliście tutaj, żeby w pokornej mojej osobie uczcić Namiestnika Chrystusowego. Rozradowało się serce moje, kiedym się dowiedział, że pomiędzy deputacyami, jakie mają przybyć do mnie dla złożenia mi hołdu z powodu wyniesienia mię na Stolicę Apostolską, znajdować się będzie także deputacya Polska. I zaprawdę czyż mogłem się nie radować, skoro przyprowadziła Was tutaj wiara i miłość dla tej Stolicy Piotrowej. Naród wasz dawał dowody od wieków wytrwania przy Kościele i jego nauce. Z prawdziwem bohaterstwem broniliście zawsze Kościoła i wiary, nietylko orężem, ale i na polu najwyższej Chrześciańskiej cnoty, która tyle dzieci ziemi Polskiej aż do chwały Świętych Pańskich wyniosła. Polska przypomina nam wielką sławę i świetność wielką, a idąc za podaniami swej przeszłości dziś jeszcze stoi wiernie pomimo nieszczęść, w jakie jest pogrążoną, w obronie powagi i hierarchii Kościoła, oddając tak jawne dowody uszanowania jego Głowy. Pewny też byłem, że między deputacyami jakie u Tronu mojego zobaczę, znajdzie się i deputacya Polaków, Polaków którzy bardzo są bliscy sercu memu.*

*Zawsze brałem szczery udział w cierpieniach waszych i patrzałem ze zbudowaniem na cierpliwość z jaką nieszczęście wasze i prześladowania znosicie.*

*Powiedzcie waszym towarzyszom i wszystkim współrodakom, jak serdecznie naród wasz kocham, jak cenię zasługi i wierność w której pozostając dalej wychowujecie po chrześciańsku wasze dzieci, co wam zapewni błogosławieństwo Boże.*

*Dla tego Synowie moi udzielam wam pełnem sercem błogosławieństwa; udzielam go wam, wszystkim tym, którzy obok czekają na audyencyę, udzielam go waszym rodzinom, wszystkim wiernym, całemu krajowi waszemu, a pewny jestem, że to błogosławieństwo utwierdzi was w wierze i przywiązaniu do Stolicy Świętej.*

*Benedictio Dei etc.*

---

Odbieramy następujący artykuł, który zarówno ze względu na jego godną uwagi treść, jak też na jego pochodzenie, umieszczamy na tem miejscu:

Okólnik lorda Salisburego jako dokument dyplomatyczny, krytykujący traktat zawarty w San Stefano, pod względem jasności, z jaką odkrywa zamiary Rosyi, nie zostawia nic do życzenia.

Salisbury, Anglik, musiał mieć na oku przedewszystkiem interesa angielskie zagrożone w Turcyi, oddane na pastwę zwycięzcy, stojącego tuż przy Dardanellach, tej bramy zamykającej morze Czarne handlowi i wpływowi angielskiemu na Wschodzie, albo otwierający się flocie rosyjskiej, która mogłaby przeciąć nowo stworzone komunikacye do Indyj kanałem Suezkim.

Interesa angielskie w tych punktach zagrożone otworzyły oczy samolubstwu kupieckiego narodu. Ale czy zabory rosyjskie na półwyspie Bałkańskim nie mają jeszcze innej groźniejszej strony: tego dyplomata angielski albo nie wiedział, albo też uznał za dobre na te pytania teraz jeszcze nie odpowiadać.

Z tą inną stroną my Polacy dobrze jesteśmy obznajomieni, bo znamy system rządu rosyjskiego, który jest oparty na zaborach, na rozszerzaniu obsza...stwie i jako taki musi się starać asymilować zdobyte terytorya, bez względu na środki, jakiemi te asymilacye przeprowadzić jest w stanie.

System rządu rosyjskiego (niech to Europejczyków opodal Rosyi mieszkających nie zadziwia) jest rewolucyjnym, równie jak rewolucyjnym był system Francyi w ubiegłym wieku, która pierwsza dała przykład, jak się obala najgłówniejsze podstawy społeczne, religię i prawo własności ziemi.

Jeżeli rewolucya francuska przygotowana krytyką filozofów, wyszła z ludu, że tak powiedzieć wypada, z dołu — to rewolucya w Rosyi, przygotowana przez kilku za granicą wykształconych wyższych urzędników, wychodzi z góry. We Francyi religia stała się pierwszą ofiarą prześladowań; w Rosyi ze względów polityczno-państwowych, przymus przejścia na prawosławie stał się środkiem rządzenia. Nie tylko zmuszanie siłą do przejścia na prawosławie ludu wiejskiego w Kongresówce i na Litwie, ale wykluczenie katolików od prawa nabywania ziemi w guberniach zachodnich, jest niezaprzeczonym dowodem, że to, co w każdym narodzie jest podstawą moralności społecznej: religia, w Rosyi ulegać musi względom *raison d'état*.

We Francyi konfiskowano dobra szlachty i kościołów na rzecz państwa; to samo dzieje się i w Rosyi, bo tu jak tam duch niwelacyi uważa szlachtę i księży za żywioł niebezpieczny, górujący nad innemi stanami. We Francyi pokonał Napoleon indywidua rewolucyjne, ale duch rewolucyi pozostał, bo naród, który obalił ołtarz i przyznał rządowi prawo wyzuwania indywiduów z ziemi prawnie im należącej, zamącił raz na zawsze w ludzie pojęcie o wierze i własności. Widzimy też we Francyi powstającą systematycznie naukę socyalizmu; w Rosyi zaś zaszczepiony na teoryach socyalistycznych i komunistycznych dalej jeszcze sięgający nihilizm.

Ale rzeoz dziwna! rewolucya francuska przestraszyła w swoim czasie całą Europę; system rewolucyjny zaś w Rosyi dokonywa swego celu tak cicho, tak spokojnie, tak bez oporu, jakby system ten wcale sąsiednich państw nie obchodził, a przecież przy uregulowaniu stosunków zburzonego państwa Tureckiego przyjść musi do rozwiązania pytanie: jak zapobiedz wpływowi Rosyi, żądającej unifikacyi religijnej dla swoich pobratymców słowiańskich pod pontyfikatem Cara; jak podzielić grunta należące do Turków, którzy wcześniej czy później będą musieli ustąpić z Europy; jak uregulować używalność obszarów do rządu tureckiego dotychczas należących, która to używalność tem trudniejszą jest do oznaczenia, że grunta te nigdy geometrycznie nie przemierzone, przeważnie składają się z pastwisk i lasów?

Ktokolwiek będzie organizatorem nowego porządku rzeczy w rozbitéj Turcyi, będzie miał szerokie pole do eksperymentów z najnowszemi teoryami społecznemi. Zapewniając Chrześcianom nienaruszalność ich wiary, dając im pewność, że fanatyzm Turków na zawsze im szkodliwym być nie może, należy równocześnie się starać o ograniczenie wpływu duchowieństwa, który w krajach mniéj cywilizowanych jest na lud daleko większy, niż w cywilizowanéj Europie widzieć to zwykliśmy. Duchowieństwo prawosławne przywykłe do uległości bezwarunkowéj Carowi, ma sobie za obowiązek przedewszystkiem podnosić adoracyę wszechwładztwa „świętéj" Rosyi, choćby ze szkodą moralności religijnéj. Duchowieństwo w zawojowanych w Turcyi prowincyach, może wedle danych wskazówek, wpływać pożytecznie albo szkodliwie na rodzinę i gminę, może w ludzie utwierdzić wyobrażenie o nienaruszalności cudzéj własności, albo zasiać ziarno komunistycznych zachcianek, może kazać posłuszeństwo rządowi, albo niepostrzeżenie podkopywać poszanowanie praw, łącząc się z tajnemi stowarzyszeniami.

Jeżeli więc dyplomacya dąży, jak to kilkakrotnie oświadczyła, do ustalenia trwałego pokoju na Wschodzie, czyż może zadowolnić się krytycznym rozbiorem traktatu zawartego w San Stefano ze stanowiska, jakie zajął lord Salisbury? Ze stanowiska czysto militarno-handlowego? Czyż nie jest to obowiązkiem dziennikarstwa zwrócić jéj uwagę na charakterystykę działań rosyjskich w kierunku na Zachód. Charakterystyką tą jest, łamać orężem granice geograficzne, a ukazem rozszerzać równocześnie idee rewolucyjne. Być może, że dziennikarstwu uda się obudzić z letargu uśpione rządy, a Rosya sama w końcu przekona się, *qu'elle a trop vaincu.*

*Kazimierz Dzieduszycki.*

Lwów 9 kwietnia.

---

Znowu wyszedł 26ty z kolei zeszyt *Księgi błękitnej* zawierający następujące depesze:

*Depesza lorda Odo Russel z 13 marca.*

(Wyciąg.) „Ks. Bismark prosił mnie abym doniósł W. Lordowskiej Mości, że Niemcy nie wezmą bez Anglii udziału w kongresie, i że nie pojmuje, jak może się odbyć kongres w celu rewizyi praw europejskich, jeśli Anglia jedna z głównych mocarstw podpisanych, nie będzie obecną."

*Sir Henry Elliot do hr. Derby.*

(Wyjątek). Przesyłam W. Lordowskiej Mości telegrafem oświadczenia ks. Gorczakowa złożone ajentowi rumuńskiemu w Petersburgu, że Rosya niepozwoli aby sprawa odstąpienia Besarabii mołdawskiej była rozbieraną na kongresie. Dołączam telegram p. Kogolniczeano, który doniósł o tem tutejszemu ajentowi rumuńskiemu."

*Pan Kogolniczeano do p. Balaczano.*

Na moją prośbę miał jen. Ghika rozmowę z ks. Gorczakowem w sprawie rumuńskiej i o zamiarach Rosyi względem niej. Ks. Gorczakow oświadczył naszemu ajentowi, że pomimo naszych krzyków na wewnątrz i zewnątrz, postanowienie Rosyi jest nieodwołalnem; że Rosya nie przedłoży tej sprawy kongresowi, gdyż byłoby to obrazą Cesarza; że jeśli inne mocarstwa to uczynią, Rosya nie weźmie udziału; z nami chce on rokować; jeśli nas nie nakłoni, weźmie Besarabię przemocą; jeślibyśmy stawiali opór z bronią w ręku byłoby to dla Rumunii fatalnem. Pomimo tych gróźb obstajemy przy odmowie rokowań i odstąpienia Besarabii."

D. 3 kwietnia pisze z Wiednia Elliot do margr. Salisbury: „Otrzymałem od tutejszego ajenta Rumunii następujący telegram ajenta rumuńskiego w Petersburgu:

„Dziś rano zaprosił mnie ks. Gorczakow do siebie i rzekł: Czy prawda, że rząd wasz zamierza wydać protest przeciw VIII artykułowi traktatu, tyczącemu się komunikacyi armii bułgarskiej z Rosyą przez Rumunię? Cesarz z powodu postawy naszej co do Besarabii jest przeciw wam źle usposobionym, gdyby złożono podobną deklaracyę straci wszelką cierpliwość. J. C. Mość polecił mi powiedzieć Panu dla wiadomości waszego rządu, że jeśli zamierzacie przeciw artykułowi temu protestować lub stawiać opór, wyda rozkaz zajęcia Rumunii i rozbrojenia jej wojska. Gdy zwróciłem uwagę, że Rosya powinna była rokować z Rumunią a nie z Turcyą o przechód swych wojsk przez Księstwo, ks. Gorczakow odpowiedział: „Nie chcemy z Wami nic mieć do czynienia z powodu Waszego postępowania. Ważnem jest abyście wiedzieli: że obstajemy przy wolnem przemarszu przez Wasz kraj, donieś Pan swojemu rządowi o oświadczeniu Cesarza. Rząd Wasz musi się zdecydować, czy zamierza protestować lub stawiać opór prawu, zastrzeżonemu tym artykułem. czy nie?"

*Pol. Cor.* podaje następujący okólnik rządu rumuńskiego, protestujący przeciw traktatowi w San Stefano:

Panie Ajencie!

...Pod wrażeniem tegoż uczucia godności i czci rząd rumuński czuje się obowiązanym oświadczyć, że pokój z San Stefano, którego kilka punktów narusza prawa i interesa Rumunii, nie może go obowiązywać. Gdyby więc Rumunia miała się stać niepodległą, to zaiste niepodległość swoją zawdzięczałaby nie traktatowi z San Stefano, w którym została całkiem pominiętą, lecz zachowaniu swemu i energii w ciągu wojny. Co się tyczy uznania tej niepodległości, byłoby życzeniem rządu rumuńskiego, ażeby za nie mógł być obowiązanym uchwałom kongresu, na który wysłałby swego reprezentanta; kongres ten nie zgodziłby się zapewne na wykluczenie stron wojujących od udziału w posiedzeniach, na których byłaby mowa o pokoju, najwyższym celu ich usiłowań. Pewne artykuły ułożone w San Stefano odnoszą się do spraw, w których jesteśmy stroną bezpośrednio interesowaną. Są to kwestye tyczące się Besarabii, ewentualnego, ale niestety tylko ewentualnego oznaczenia przez wys. Portę wysokości kosztów wojennych, jakie mają być zwrócone Rumunii, i postanowień co do przemarszu wojsk rosyjskich przez terytorium rumuńskie. Jest rzeczą aż nadto słuszną, abyśmy w tej sprawie byli wysłuchani jeszcze przed rozpoczęciem właściwych czynności kongresu, gdyż kwestye te dotykają nie tylko materyalnej całości naszego terytorium ale także moralnej nietykalności naszego wewnętrznego zwierzchnictwa, tudzież naszych ekonomicznych stosunków. Czyż mamy wspominać o tem, że tureckie fortece w Nikopolis i Widdyniu, zniszczenia których domagaliśmy się jeszcze 22 czerwca 1877 r., zostały na wyraźne wezwanie głównej kwatery rosyjskiej, zajęte przez nasze wojska i to tytułem realnej rękojmi, która w stosownej chwili miała nam posłużyć do zmuszenia wys. Porty, aby rozpoczęła z nami rokowania co do zwrotu strat wojennych? Tymczasem w skutek traktatu San Stefano, który oddaje te fortece Bułgaryi, został nam rzeczywiście odebrany zastaw, tak że zostaliśmy pozbawieni źródła skutecznej rewindykacyi. Czyż mamy dowodzić długo i szeroko, że finansowe kłopoty państwa ottomańskiego, skonstatowane publicznie w artykule XX traktatu San Stefano usuwają *a priori* wszelką możliwość domagania się ze strony Rumunii wynagrodzenia kosztów wojennych, zastrzeżonego dla formy w artykule V? Czyż mamy podnosić że porozumienie z Rumunią co do uregulowania kwestyi powrotu wojsk rosyjskich przez terytoryum rumuńskie po upływie dwóch lat jest zbytecznem, a natomiast porozumienie się z Portą co do tej samej kwestyi niezbędnem? Wszakże gdy chodziło o przemarsz wojsk rosyjskich do Bułgaryi, uważano za rzecz stosowną i potrzebną zawrzeć z Rumunią formalną konwencyę. Czyż potrzeba dowodu na to, że jeszcze nigdy nie była Rumunia tak srodze dotkniętą w swej wewnętrznej udzielności, jak właśnie tym traktatem pokojowym, w którym mowa o jej niezawisłości?

W końcu musimy podnieść, że sprawa odstąpienia Besarabii, nie jest lokalną, jakby się to zdawać mogło i dla tego też nie może być przedmiotem umowy dwóch tylko stron. Sprawa ta należy do kompetencyi całej Europy, zawiera bowiem w sobie zasadniczą zmianę dzieła całej Europy z r. 1856 przez przewrot stosunków w okolicy, w której cała Europa ma stałe interesa. Prócz tego zmienia traktat pokojowy postanowienia z r. 1856 co do stałej komisyi naddunajskiej. Z jednej bowiem strony przez utworzenie autonomicznego księstwa bułgarskiego, została wys. Porta wyeliminowaną z łona tej komisyi, z drugiej zaś strony pozyskanie Bułgaryi przez Rosyę, która stałaby się wówczas państwem naddunajskiem, wprowadziłoby nowy czynnik do tej komisyi. Równowaga w orzeczeniach byłaby wtedy jeżeli już nie zupełnie złudną, to co najmniej wątpliwą, gdyż głosy byłyby w następujący sposób podzielone: jeden głos miałyby Niemcy w zastępstwie Bawaryi i Wirtembergu, jeden głos Austrya i Węgry, jeden Rumunia, jeden Serbia, jeden Rosya, a jeden głos miałaby Bułgarya. Przewaga na dolnym Dunaju byłaby więc po stronie grupy państw, które przy danej sposobności w orzeczeniach swych kierowałyby się raczej pokrewieństwem ras i troską o polityczne przymierza, niż korzyściami handlowemi Europy i ekonomicznemi potrzebami ogółu. Mamy więc jeszcze o jeden argument więcej, przemawiający silnie za współudziałem wszystkich stron interesowanych w naradach i uchwałach przyszłego kongresu. Sama słuszność jest za nami, byłoby to bowiem największą samowolą, gdyby sprawę naszą na kongresie zozbierano w naszej nieobecności. Gdyby się jednak tak stało, gdyby Europa niedozwoliła nam brać udziału w obradach kongresu, i w sprawach nas obchodzących obradowała i uchwalała bez nas, wtedy dokonałaby naszego wykluczenia, którego ofiarą padliśmy już przy układaniu traktatu w San Stefano, przeciw czemu zanosimy obecnie solenny protest.

Oto są panie Ajencie uzupełnienia moich wywodów, zawierające w sobie rozmaite uwagi, na których opieramy naszą protestacyę, ażeby na kongresie zostało nam wyznaczone stosowne miejsce. Chciej Pan zwrócić wysoką uwagę gabinetu ... na powyżej rozwinięte poglądy i staraj się pan usilnie o pozyskanie przychylności dla naszej sprawy, tudzież o przypuszczenie Rumunii do obrad kongresu. Upoważniam pana do odczytania niniejszej depeszy p. ministrowi spraw zagranicznych, tudzież do wręczenia mu jej odpisu. Przyjm pan i t. d.

---

## KORESPONDENCYA „CZASU."

**Rzym** 6 kwietnia.

(*R*). Cała deputacya polska zebrała się dziś rano o godz. 10 na pokojach kardynała Ledóchowskiego, aby złożyć mu hołd i poprosić aby raczył być u Ojca ś. tłomaczem uczuć naszych wierności i przywiązania dla Stolicy Apostolskiej. Przed audyencyą u kardynała Prymasa wysłuchaliśmy Mszy ś. w bazylice ś. Piotra. Z zapowiedzianych członków deputacyi nie przybyli jeszcze ze Lwowa ks. Lubomirski i p. Prus Jabłonowski, za to było obecnych dwóch włościan. Z pań polskich widziałem ks. Zuzannę Czartoryską, p. Józefową Badeniową, panią Chłapowską, pannę Popiel i kilka innych. Wchodzącego Kardynała powitał przewodniczący deputacyi wielkopolskiej p. Adam Żółtowski następującą przemową: „Zebrana tutaj deputacya ze wszystkich stron Polski przybywa do Waszej Eminencyi z prośbą, abyś raczył być wobec Ojca ś. tłomaczem uczuć narodu naszego dla Papieża i przywiązania jego dla religii ś., przedstawiając wszystkie nasze troski i potrzeby, które Waszej Eminencyi dobrze są znane. Mamy nadzieję, że orędownictwo W. Eminencyi przyczyni się wiele do pomnożenia łask dla narodu naszego, a dla sprawy naszej będzie nader pożytecznem".

Na to odpowiedział kardynał Prymas, jak następuje:

„Szanowni Panowie! Winszować sobie możemy nawzajem, że w tak krótkim przeciągu czasu synowie naszej biednej ojczyzny zbierają się u grobu ś. Apostołów, zbierają się tu na tej skale Piotrowej, aby złożyć hołd czci, miłości i posłuszeństwa dla Stolicy ś., a powiem i wdzięczności za tyle dowodów przychylności dla narodu naszego. Jutro, jeśli dobrze pamiętam, ubiega dziewięć miesięcy, kiedy 600 z górą Polaków przybyło ze wszystkich części naszego kraju, aby uczcić wielkiego i świętego Papieża, którego podobało się Panu powołać przed niedawnym czasem do niebieskiej chwały. Po cóż oni przybyli? Aby mu nowe dać zapewnienie, że po stu latach ciężkich trapień, Polacy nie przestali tak wierzyć i kochać jak oni, aby ponowić wyraz tej wiary, która była i jest najpiękniejszą chlubą naszego narodu i najlepszą jego obroną, aby podziękować mu za liczne dowody opieki nad naszym narodem i upomnienie się za jego krzywdami, aby podziękować mu za ten głos poważny i często się odzywający w obronie naszej sprawy i naszych cierpień. Szanowni Panowie! Ci którzy według słów ś. Augustyna są „z miasta tego świata" mogli byli uwierzyć, iż Polacy spieszyli do Papieża dla samego tylko uczucia wdzięczności, uczucia, które tak słusznie należy się od nas Piusowi IX, za tyle dobrodziejstw od niego doznanych i objawów miłości, a nawet ostatni akt jego był głosem wołającym o nasze krzywdy i ucisk mnogi. Mogli więc słusznie mówić, że Polacy więcej z wdzięczności jak z wiary do Papieża się garną; lecz mylili się. Dziś nowego mamy Papieża, jeszcze nie wiecie, jak on dla nas jest usposobiony, jeszcze nie wiecie, co zechce dla nas uczynić, ale wiecie, że jest Namiestnikiem Chrystusa Pana, Następcą ś. Piotra, że jest najwyższym stróżem prawdy i obrońcą wszelkiej sprawiedliwości, a że macie wiarę więc czujecie, że on tak samo będzie nas kochał, przewidujecie, że będzie nas bronił i o krzywdy Kościoła i nasze się zastawiał. Przychodzicie więc z czystej wiary i przywiązania dla Stolicy ś., szukać w niej wzmocnienia i pociechy. I słusznie tego spodziewać się możecie. Bo jeśli naród katolicki zachowuje szczerą wiarę swoją, jeżeli stara się uwydatnić ją publicznemi objawami, jeżeli jest tem, czem się nazywa, ma prawo spodziewać się, że mu Bóg będzie miłościwy, że będzie go miał w swej opiece i obronie. Gdyście tu przybyli w tak znacznej liczbie, poszliście tylko za tradycyą i podaniami narodowemi, że jak dawniej Polacy byli przedmurzem od bisurmańskiej przemocy i schyzmatyckiego zepsucia, tak wy dzisiaj chcecie stać w obronie prawdy i strzedz narodu od osłabienia w wierze.

Wszystko to przekonywa, że w naszym narodzie przechowuje się wierność i stałość w Wierze ś. I dla tego szanowni Panowie powiedziałem na początku, że możemy powinszować sobie nawzajem. Przyjmijcie więc moje powinszowania, jako od naczelnika polskiego Kościoła i narodu. Błogo mi, że wam to mogę powiedzieć, lecz Szanowni Panowie, jeżeli wierni jesteśmy wierze, nie zasypiajmy na laurach. Nam więcej od innych grozi niebezpieczeństwo osłabienia w wierze; prąd niedowiarstwa i materyalizmu zewsząd wieje i u nas przybiera szerokie rozmiary, i my też narażeni na pokusy uznawania za dobre tylko tego, co chwilowo pożyteczne, i u nas przemagają usiłowania, aby zwichnąć wychowanie młodzieży. Więc czuwać nam Panowie i pracować potrzeba, czuwać aby złe się

---

...wyrządzanych lub obojętn...
...czynną pomoc w tym ...
...cudzoziemców, d...

...zacen...ciężysty jest nietylko cennem źródłem ...oraz rękojmią najwyższych ...wymaga kilku ...kręcać i przerabiać; żeby go potem porzucić i zaniechać. Jestto owszem ustawa wskazana przez towarzyską potrzebę ...ści ze skłonno-

nie rozszerzało, aby nie skaziło naszego charakteru narodowego, aby usuwać wszelkie przeszkody, usuwać wszystko, co nas może zepchnąć z prawej drogi. Lecz na tem nie dosyć, trzeba pracować, trzeba pracy na wszystkich polach.

Zebraliście się tak licznie, duchowni i świeccy, panowie i włościanie, obywatele różnych stopni i zajęć, wszyscy pracować powinniście, aby nasze dawne zbawienne tradycye narodu i ziemię naszą utrzymać, ażeby nasz skarb największy, czystość wiary katolickiej, nieskażony zachować. Każdy ma pole do tej pracy, każdy ma swój dom, swoją włość, swoich przyjaciół i znajomych, tam między niemi wszczepiajcie zdrowe zasady a gdy ta praca będzie w zgodzie miłości, gdy miłość będzie was łączyć wszystkich ze sobą, bądźcie przekonani, że błogosławieństwo z nieba na was spłynie i objawi się w skutkach obfitych. Wy też szanowne Panie, których Bóg obdarzył dziećmi nie zapominajcie, że ich wychowanie od was głównie zależy, że w rękach waszych spoczywają losy rodziny i narodu, bo zresztą jestem przekonany, że ten Ojciec ś., którego opatrzność tak cudownie i prędko na Stolicę ś. powołała, aby wziął po Piusie IX ciężki spadek Namiestników Piotra, nie mniej dobrze jest dla nas usposobionym i że w sercu jego te same znajdziemy uczucia, któremi dla nas był przejęty Pius IX. Owszem, mogę was o tem zapewnić, nieraz bowiem w naszych rozmowach długo się zatrzymywał nad nieszczęśliwem położeniem naszego kraju i prawdziwie nad nim bolał.

Kiedy więc jutro ręka jego wzniesie się nad nami, aby nam błogosławić, bądźcie przekonani, że to z głębi serca i że błogosławieństwo Leona XIII, obfite zjedna nam łaski. A więc przygotujcie się, aby je przyjąć z synowskiem uczuciem". W końcu kardynał Prymas dziękował za piękny pomysł postawienia Piusowi IX pomnika na Wawelu, obok grobowców królów naszych, dziękował za obecność u niego i zakończył słowy:

„Bądźcie pewni, że z jaką miłością do mnie przychodzicie, taką i w sercu mojem macie".

Wspaniałą tę przemowę zakończyło błogosławieństwo i po rozdaniu biletów na audyencyę jutrzejszą u Ojca ś. pożegnał nas kardynał Prymas jak był powitał, staropolskiem: „Niech będzie pochwalony Jezus Chrystus", które dziwnie mile i wzruszająco brzmiało w salach Watykanu. Przed wejściem osoby należące do deputacyi podpisały adresa. Tak się skończyło posłuchanie u Kardynała. Jutro w południe audyencya u Ojca ś.

---

**Rzym** 7 kwietnia.

(*J. B.*) Przed audyencyą ogólną, która się odbyła w mniejszej sali tronowej wezwał kardynał Ledóchowski do komnaty, w której Ojciec Śty pracuje, 12 członków deputacyi, a mianowicie trzech przewodników deputacyj:

Pp. hr. Żółtowskiego, Pawła Popiela i Orzechowskiego, a prócz tego

pp. Józefa Badeniego, ks. Marcelego Czartoryskiego, X. prof. Dziedzińskiego, X. prałata Dunajewskiego, X. prałata Jurkowskiego, Tytusa Kielanowskiego, Laska włościanina z Podlaskiego, hr. Bronisława Lasockiego i hr. Zygmunta Skórzewskiego.

Po przedstawieniu zwyż wspomnionych, którzy ukląkłszy, ucałowali nogę Papieża, Ojciec Śty mocno wzruszony z wyrazem wielkiej miłości i z wielkim zapałem przemówił po włosku. Mowę tę załączam w przekładzie, a za dokładność jej treści ręczyć mogę. (Podajemy ją na wstępie *Red.*)

---

**Rzym** 7 kwietnia.

(*P*). Dziś o godzinie 12ej trzy polskie deputacye w jedną zlane całość miały audyencyę u Ojca Ś. w Watykanie. Trudności, jakie zdawały się powstawać w skutek różnej redakcyi adresu, zostały załatwione, jak można to było przewidzieć, kiedy żadnego istotnego antagonizmu nie było. Ojciec Ś. przyjmując deputacye nie pozwala na odczytanie adresów. Deputacyę polską przedstawił kardynał Ledóchowski, jako naczelnik polskiego kościoła, trzej przewodniczący deputacyi złożyli adres u stóp Ojca Ś. Oto krótki przebieg tego posłuchania. Audyencyę poprzedziły szczegóły które dla Was i dla kraju zapewne ciekawemi będą. Porozumienie co do form nastąpiło pomiędzy kardynałem Prymasem a przewodniczącymi deputacyi już wcześniej. Na dniu wczorajszym deputowani z Poznańskiego, Lwowa i Krakowa po wysłuchaniu Mszy ś. w kap. N. Sakramentu Ś. Piotra odprawionej przez X. prałata Jurkowskiego, złożyli łącznie uszanowanie swoje Jego Emin. kardynałowi. Hr. Adam Żółtowski przemówił do Jego Eminencyi w słowach wymownych, które przypomniały wielkie zasługi kardynała i Arcybiskupa, nie tylko dla Jego dyecezyi, ale dla całego Kościoła Polskiego. Zabrał głos kardynał i w mowie obszernej równie wspaniałej treścią jak i formą wskazał na obowiązki wiernych w tych czasach, wskazał na niebezpieczeństwa, które im grożą w dwóch dzielnicach rozebranego kraju, na prawdy odwieczne, których trzymając się społeczeństwo albo życie utrzymać, albo utracone odzyskać potrafią. Wszyscy zebrani, a byli tam duchowni, obywatele ziemscy i miejscy, włościanie, były i kobiety, odnieśli naukę i pociechę. Na dzień dzisiejszy, godz. 12tą naznaczoną została audyencya u Ojca św. Na pół godziny pierwej zebrali się wszyscy członkowie deputacyj, a przyłączyli się także Polacy bawiący w Rzymie w sali tak zwanej *degli Arazzi*. Przechodziliśmy jedne po drugich potężne Watykanu piętra i wspaniałe schody, tu gwardya szlachecka, tu szwajcary w ubraniach rysunku Michała Anioła, i nie czuć tu było wcale tych odmian, których Rzym w ostatnich doświadczył czasach. Po godz. 12ej wskutek rozkazu Papieża wprowadził kardynał dwunastu członków deputacyi do gabinetu Ojca św. Upadliśmy po trzy kroć na kolana, ucałowali według dawnego zwyczaju stopy, i dopiero spojrzeli na starca w białem ubraniu, na którego twarzy praca i życie ascetyczne wycisnęły swoje piętno.

Leon XIII ma wejrzenie łagodne, uśmiech dziwnej słodyczy i wyraz nie wiem czy większej dobroci czy powagi. Przemówił do nas. Jak przemówił to wam już wiadomo, ale żadne pismo, żadne słowo nie odda uczucia i wzruszenia z jakiem mówił. Jakże ten człowiek mógł się tak dalece przejąć dolą naszego kraju, jak mógł zrozumieć wszystkie nasze bóle i wszystkie nasze potrzeby? Powtarzamy, kto tego nie słyszał ten nie pojmie głębokiego, prawie przerażającego uczucia, z jakiem słuchali przytomni członkowie deputacyi mowy Papieża, a kiedy drżącą ręką uderzył w serce mówiąc: „Tu w sercu mam Polskę i Polaków," to zaledwie łzy swoje wstrzymał, a przytomni wstrzymać się nie mogli. Polecivszy aby obecni powtórzyli i towarzyszom i krajowi to co Papież powiedział, poszedł do mniejszej sali tronowej i zasiadłszy na tronie papieskim wysłuchał mszy kardynała Ledóchowskiego, odebrał najprzód łaskawie adresa, a następnie jednego po drugim członków deputacyi przyjmował i błogosławił. Niektórzy otrzymali słowa dziwnie łaskawe. Był kapłan wygnaniec, z Syberyi, którego odznaczył uznaniem, byli włościanie z Podlaskiego, był jeden z gubernii Witebskiej który piechotą przywędrował do Rzymu, a ci doświadczyli szczególnych względów. Rodziny przybyłe z kraju, przedstawione także zostały Ojcu Św. poczem nastąpiło błogosławieństwo Apostolskie i tak się skończyło nasze posłuchanie. Deputacya przedstawiła się także kardynałowi Sekretarzowi stanu, a następnie podziękowała kardynałowi Prymasowi za trudy podjęte w wyrobieniu audyencyi i utrzymaniu porządku.

---

**Wiedeń** 9 kwietnia. Członkowie deputacyi regnikolarnéj austryackiéj zaproszeni zostali na posiedzenie na dziś o godz. 6 wieczór, a wczoraj konferował prezes Szlavy i referent Falk jako reprezentanci deputacyi węgierskiéj z ministrami austryackimi i znakomitszymi deputowanymi co do *modus procedendi*. Według dotychczasowych układów ma deputacya austryacka na dzisiejszem posiedzeniu otrzymać pismo z prezydyum deputacyi węgierskiéj, w którem zostanie zawiadomioną, że Węgrzy przybyli do Wiednia i że oczekują na nuncya deputacyi austryackiéj. Potem ma albó przewodniczący hr. Wrbna lub inny członek deputacyi, skoro tylko określone zostanie stanowisko zasadnicze w sprawie długu 80-milionowego, uczynić wniosek, aby deputacya austryacka zebrała w nuncyum wszystkie zasady prawne, na których opiera żądanie swoje udziału Węgier w spłacie rzeczonego długu. Jak tylko elaborat ten będzie gotów, a ma być poruczony Dr Herbstowi, natychmiast przesłany zostanie deputacyi węgierskiéj. Ta ostatnia odbędzie posiedzenie we środę, na którem uchwali sposób postępowania ze swéj strony wobec żądania austryackiego, musi zaś wpierw naradzić się nad stroną formalną, ponieważ opozycya w łonie jéj jest dość silna. Z początku rokowania ograniczą się tylko do sprawy długu 80-milionowego.

## Kronika miejscowa i zagraniczna.

**Kraków** 10 kwietnia.

W dniu jutrzejszym, we czwartek odprawionem będzie o godz. 10ej rano w kościele OO. Kapucynów nabożeństwo żałobne za duszę ś. p. Dra Seweryna Gałęzowskiego, lekarza dywizyjnego wojsk polskich, opiekuna szkoły polskiej na Batignolles w Paryżu, zmarłego w Paryżu d. 31 marca, którego żywot pełen zasług podaliśmy w felietonie *Czasu*.

— **Na pomnik Piusa IX w katedrze na Wawelu** złożyli: X. infułat M. Król w Tarnowie 10 złr., X. Leśniak w Staniątkach 1 złr. srebrem, XX. Misyonarze we Lwowie 5 złr., składka parafian w Pniewie 10 złr., w Przybyszówce 5 złr. 30 cent., składka parafian wspólnie z X. proboszczem w Golcowy 6 złr. 50 cent.

— Na wsparcie biednych wyrobników chrześcijańskich na Kazimierzu złożył na nasze ręce Zarząd kościoła N. P. Maryi 10 złr.

— Wczoraj wystąpił p. Ładnowski po raz trzeci w roli Romea w tragedyi Szekspirowskiej *Romeo i Julia*. Jest to jedna z tych ról, w których artysta jeszcze za stałego swego pobytu na scenie krakowskiej miał sposobność dać poznać górujący swój talent dramatyczny. Zbytecznem byłoby nadmieniać, że jeżeli już wtedy w roli tej pozyskał sobie powszechne uznanie, to dziś kiedy talent jego studyami i rutyną spotężniał, tem większe sprawiała wrażenie gra artysty rozumna, wyrazista, ściśle odważona. W roli Julii usprawiedliwiła a nawet wyprzedziła oczekiwanie p. Siennicka grą pełną zrozumienia i zapału.

— Piękne przedstawienie *Niepoprawnych* i znakomita w niem gra artystów, sprawiły niemałe na publiczności tutejszej wrażenie. Z wielu stron upominają się o powtórzenie raz jeszcze tego przedstawienia podczas bytności u nas p. Ładnowskiego. Życzeniu temu będzie zadośćuczynionem w niedzielę.

— Dziś rano w ogrzewalni miejskiej na Kleparzu pod L. 87 umarł nagle na wycieńczenie wyrobnik Karol Florkiewicz, tutejszy, liczący lat 37, bezżenny.

— Ciosy nakrywające ścięk w poprzek ulicy Mikołajskiej ku ulicy Ś. Rocha, wymagają lepszego umocowaeia, chwiejąc się pod ciężarem kół.

— Obraz Matejki „Bitwa pod Grunwaldem" nabytym został przez p. Rosenbluma z Warszawy.

— Wykłady publiczne hr. Stanisława Tarnowskiego w Warszawie naznaczone były na d. 9, 11 i 12 kwietnia.

— Nowy gmach pocztowy w Warszawie na placu Wareckim, poświęcony został w niedzielę.

— Telegrafują z Paryża do *N. fr. Presse* o wielkiem powodzeniu w „Théatre Français" odegranej tam po raz pierwszy, nowej pięcioaktowej komedyi Emila Augier *Fourchambault*.

— Kiedy świeżo obradowano w Izbie wiedeńskiej nad kwaterunkami oficerskiemi i była mowa o tem, czy w kwaterze oficera potrzebne jest żwierciadło, wystąpił przeciw temu deputowany bar. Hammer-Purgstall zapewniając, że przez 20-letni przeciąg służby swej wojskowej nigdy nieużywał żwierciadła i dotąd go nieużywa, chociaż już liczy 61 wiosen. Skutkiem tej apostrofy przeciwżwierciadłowej, która się lotem błyskawicy rozniosła po mieście, roił się nazajutrz „hotel de France" gdzie stał bar. Purgstall mnóstwem posłańców, z których każdy niósł paczkę pod pachą... z żwierciadłem wewnątrz. W ciągu jednego dnia otrzymał bar. Purgstall przeszło 50 mniejszych lub większych żwierciadeł i tyleż prawie bilecików piękną ręką pisanych z dewizami lub humorystycznemi wierszykami. Nieprzyjaciel żwierciadła znalazł się nagle w prawdziwem oblężeniu, które uorganizowały stałe przyjaciołki tychże.

**Wiadomości policyjne:** Straż policyjna przytrzymała: Ant. Muszyńskiego, szewczyka, który wybrawszy od stron należytość swego majstra, zbiegł; pięć osób za pijaństwo.

Zygmunt Morgenbesser, czeladnik złotniczy złożył w policyi dwa kolczyki złote, jeden srebrny i pierścionek srebrny, przyniesiony mu na sprzedaż, jakoby znalezione.

**TEATR.** — We czwartek dnia 11go kwietnia: Czwarty gościnny występ p. Bolesława Ładnowskiego artysty Teatru Lwowskiego: Komedya w 3 aktach Wiktoryna Sardou: *Cwiartka papieru*. — Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów; w dnie powszednie 30 centów.

— Dnia 9go kwietnia rano pogoda, po południu i wieczorem deszcz; termometr od — 0·8 doszedł do + 7·2 C. — Barometr bez ruchu; rano o 6ej dnia 10go kwietnia stan jego był 744·2 milim., termometru + 3.4 C. — Wiatr zachodni.

— We czwartek dnia 11go kwietnia: Św. Leona papieża wyznawcy.

## Gospodarstwo, przemysł i handel.

*Tygodnik Finansowy.*

Od bardzo dawnego czasu uważać można stan panujący na giełdach, za wyraz zupełnego zastoju, którego, jakiekolwiek zresztą pojawi się chwilowe usposobienie, brak wielkiej ilości tranzakcyj jest stałem charakterystycznem znamieniem. Zdarzają się chwile przedwczesnej nadziei, to znów nie zupełnie usprawiedliwionego zwątpienia, w których się pojawia ruch kursów ku górze lub ku dołowi, ale najczęściej w pewnych tylko rodzajach papierów giełdowych i zawsze w małej ilości zawieranych tranzakcyj.

Takim ruchom fluktuacyjnym i to w obu kierunkach ulegały giełdy i w świeżo ubiegłym tygodniu. Dymisya lorda Derby, rozkaz zwołujący rezerwy angielskie a w końcu nota Salisburego poruszyły na nowo świat cały, obawa wojny zdawała się tym razem opierać na nieuniknionych warunkach. Kiedy do tego jeszcze głosy Francyi i Włoch odezwały się przeciwko aneksyi Besarabii rumuńskiej, zdawało się, że wybuch wojny jest teraz tylko kwestyą czasu. Takie przekonanie panowało też na giełdach europejskich aż do środka świeżo ubiegłego tygodnia, kiedy jednak rzeczy doszły niemal do punku kulminacyjnego, giełdy nagle zmieniły swe zdanie. Wnosząc z różnych objawów politycznych że Rosya jest zupełnie odosobnioną, giełdy wyprowadziły ztąd wniosek, że takie odosobnienie musi jej odebrać odwagę i że teraz można się po niej spodziewać takiej uległości, jakiej do pokojowego załatwienia sprawy wschodniej z uwzględnieniem wszechstronnych interesów potrzeba. Czy zdanie to nie zawiedzie, to inne pytanie. Dosyć, że giełdy powzięły takie przekonanie i nietylko zniżenie kursów pierwszych dni tygodnia znów się w ostatnich dniach wyrównało, ale nawet i kurs walut zdradza wiarę w pokój.

Fluktuacye największe były na giełdach holenderskiej i paryskiej, za któremi postępowała giełda wiedeńska. Najspokojniejsze usposobienie panowało, na giełdzie londyńskiej a stosunkowo i berlińskiej, co dało także powód do nagłej zmiany opinii w środku ubiegłego tygodnia.

Na giełdzie holenderskiej spadały na początku tygodnia szczególnie papiery rosyjskie i austryackie na paryskiej przeważnie włoskie. *Consols* angielskie nie uległy prawie żadnym zmianom.

Ostatecznie skończyło się wszystko na nagłem zachwianiu i ponownem podniesieniu się kursów, tak, że różnice między kursami świeżo ubiegłego a poprzedzającego tygodnia są nader małe. Z rent austryackich tylko renta złota węgierska wyszła z tych fluktuacyj z uszczerbkiem, zniżywszy się z 86·25 na 85·90, inne a szczególnie papierowa (co z kursem waluty w związku zostaje) podniosła się od końca poprzedzającego tygodnia z 60·65 na 61·25.

U akcyj bankowych, które jak np. akcye zakładu kredytowego austryackiego z 223 na 212 a węgierskiego z 218·50 na 195·25 się zniżyły, zauważyć należy, że kurs ten notowany jest po odcięciu kuponu, który u pierwszej z tych instytucyj 13 złr, a u drugiej 21 złr wynosi.

Akcye kolejowe pozostały mniej więcej przy kursach poprzedniego tygodnia.

W walutach i dewizach wyraża się najwyraźniej zaufanie giełd w spokojne załatwienie kwestyi wschodniej. Dwudziesto-frankówki zniżyły się wprawdzie w Wiedniu tylko o mały ułamek, ale kurs ich utrzymywał głównie znaczny ich pokup na potrzeby księstw naddunajskich, nie spekulacya, któraby je była zniżyła, gdyby miejscowe pobudki finansowe nie były ich na wysokości przeszłotygodniowego kursu utrzymały. Dewiza Londyn zniżyła się z 122 na 121·85. Ruble natomiast płacono w sobotę w Wiedniu po 1·19.

---

**Wiedeń** 9 kwietnia.

÷ Na dzisiejszy targ na nierogaciznę spędzono towaru lekkiego 1344 sztuk, średniego 1043, ciężkiego 1081, razem 3468 sztuk, czyli o 128 sztuk mniej niż przed tygodniem. — Targ nie był tak ożywiony jak dziś tydzie, ale znacznie lepszy od czwartkowego; szczególniej towar przedni odzyskał całą stratę zniżki czwartkowej, wyjątkowo dochodził nawet wyżej cen z ostatniego wtorku. Towar lekki był zaniedbywany. — Płacono: towar lekki 30 — 40; średni 41 — 47; ciężki 47 — 49½ złr. za 100 kilo żywej wagi.

---

**Wiedeń** 9 kwietnia.

△ **Okowita.** — Na naszem targowisku przy zupełnym zastoju, notujemy nominalnie 32·75 złr. — Peszt, 8go kwietnia —·— — —·— złr. — Wrocław, 8go kwietnia: na kwiecień 50·80 mrk. ofiarowano, na lipiec-sierp. 50·80 mrk. ofiarowano. — Szczecin, 9go kwiet. w miejscu 50 60 mark., na wiosnę 50·50, na czerwiec-lipiec 52·— mrk. Berlin, 8-go kwietnia: w miejscu 52·10 mark., na kwieć.-maj 51·70 mrk., na czerwiec-lipiec 52·90 mrk., na sierpień-wrzesień 54·70 mrk. Paryż, 8go kwietnia na ten miesiąc 60·50 frank., na maj 60·75 frank., na maj-sierp. 61·25 frank.

**Nafta.** — Wiedeń, 9go kwietnia z dworca 9·50 złr. za 50 kilo. z cłem. Brema, 8go kwiet. 10·50 mrk. — Hamburg, 8go kwietnia w miejscu 10·80 mrk., na kwieć. 10·70 mrk., na sierp.-grudz 11·80 mrk. — Antwerpia, 8go kwiet. 27¼ frk. Nowy Jork, 8go kwietnia (za galonę = 2,8 kilo czyli 3,8 litra) 11½ ct. pap., — w Filadelfii 11⅜ ct. pap.


## Tanie lekarstwo.

Każdemu wiadomo, jak uporczywemi bywają zaziębienia, katary płucowe lub podobne dolegliwości, ile czasu wymaga zwykle ich leczenie i ile dawek lekarstw, tyzanny, syropów i t. d. użytych bywa. Nie tajno następnie nikomu, że zaniedbane zaziębienie często pociąga za sobą chorobę płuc, jeżeli się w suchoty nie zamienia.

Często przedsiębrane doświadczenia wykazały, że smoła norwegska, w stanie czystym i odpowiednio przerobiona, z zadziwiającą szybkością i cudownie prawie leczy wzmiankowane powyżej choroby. W pierwotnym stanie nie może być użytą smoła z powodu nieprzyjemnego smaku i klejowatej własności; aptekarz paryski, p. Guyot, wpadł przeto na myśl, aby umieścić ją w małych, okrągłych i w żelatynową powłokę zaopatrzonych kapsułkach wielkości pigułki. Nic się łatwiej nie zażywa jak ten wyrób, który łatwo się rozpuszcza, tak, że smoła z największą szybkością skutkuje.

Dwie lub trzy kapsułki Guyota, zażyte do każdego obiadu, sprowadzają natychmiast ulgę i wystarczają, by w krótkim czasie uleczyć najuporczywsze zaziębienie i każdy katar płucowy. Za ich pomocą można nawet wstrzymać daleko już posunięte suchoty płuc i uleczyć takowe; w tym razie wstrzymuje smoła rozpuszczanie się tuberkułów a przy pomocy natury wyleczenie następuje prędzej, niż się tego można było spodziewać i oczekiwać.

Środek ten, który się już stał popularnym, należy wszędzie polecić, nietylko ze względu na jego skuteczność, lecz także taniość. Ponieważ każdy flakonik zawiera 60 kapsułek, przeto całe leczenie w rzeczywistości nie kosztuje dziennie więcej jak 10 — 20 centów, a prócz tego wyklucza takowa zupełnie użycie lekarstw w formie tyzanny, pastylek lub syropów.

Aby z pewnością otrzymać prawdziwe kapsułki smołowe Guyota, należy uważać na to, aby etykieta flakonika miała podpis Guyota w trójkolorowym druku. (604)

Dostać można w Krakowie w aptekach pp. Trauczyńskiego i Redyka; tudzież w aptekach pod „SŁONIEM" i pod „GWIAZDĄ"; we Lwowie w aptece p. Mikolascha; w Czerniowcach w aptece p. Golichowskiego.


## PRZEGLĄD POLITYCZNY.

*Depesze telegraficzne.*

**Londyn** 8 kwietnia (w nocy). Na posiedzeniu Izby wyższej, miał lord Beaconsfield mowę, która trwała przeszło pięć kwadransów, tłumacząc powody, jakie skłoniły królową do wydania orędzia. Od otwarcia parlamentu znalazła polityka rządu zupełne uznanie; od tego czasu nastąpiły stosunki, które nadają sprawom odmienne znaczenie. Mówca wskazuje na odpowiedź, jaką Derby udzielił na początku wojny na okólnik Gorczakowa; w odpowiedzi tej przypomniano traktaty z r. 1856 i 1871, przedewszystkiem zaś punkta, tyczące się niepodległości i integralności Turcyi, jako też zasadę, iż żadne mocarstwo nie może się uwolnić od zobowiązań traktatu bez przyzwolenia innych mocarstw, podpisanych na tym traktacie. Ważnem jest podnieść, że już z początkiem wojny rząd postawił zasadę tę w tak bezpośredni sposób. (*oklaski*). Jest to zasada polityczna, podstawa naszej dyplomacyi. Nasza polityka opiera się na niej i gdyby Rosya nie przyjęła powyższego zobowiązania, Anglia nie mogłaby przyjąć polityki neutralności. Gdy rozpoczęły się rokowania między stronami wojującemi, objaśniono Rosyę, że każdy zawrzeć się mający traktat musi być traktatem europejskim. Minister przebiega znaną korespondencyę dyplomatyczną i podnosi, że rokowania pokojowe między Rosyą i Portą były osłonięte głęboką tajemnicą; ale że Rosya zapewniała, iż pokój uważanym będzie tylko za preliminarny, zapewnienia te zadowoliły Austryę która zaprosiła mocarstwa na konferencyę. Zauważyć należy, że Austrya zrobiła ten krok w charakterze mocarstwa, podpisanego na traktacie paryskim.

Beaconsfield omawia następnie rokowania co do kongresu i wskazuje, że Anglia nie robiła żadnych trudności co do kwestyj drugorzędnych, jak miejsce, czas, przewodnictwo na kongresie lub co do sprawy, czy odbyć się ma konferencya lub kongres. Jest on zdania, że między konferencyą a kongresem niema żadnej różnicy; jednak wszystkie te sprawy uważał rząd angielski za podrzędne, był bowiem zdania, że interesa kraju zbyt są wielkiej wagi, aby mogły być podporządkowane kwestyom tak podrzędnego znaczenia. Rząd pragnął, aby zebrała się konferencya lub kongres i mniemał, że zebranie się jego jest jedynym środkiem zabezpieczenia pokoju Europy. Gdy Austrya zaproponowała zamiast Wiednia Berlin, jako miejsce zebrania się kongresu, Anglia nie podniosła przeciw temu żadnych zarzutów. Jednak aby przeszkodzić zwłoce i w przekonaniu, że tajne rokowania między Rosyą i Turcyą trwały dalej, że armia rosyjska postępowała naprzód i Rosyanie zajęli okolice Konstantynopola, mniemaliśmy też, że musimy wysłać flotę naszą na morze Marmora. Uważaliśmy za rzecz wielkiej wagi, kiedy zgodziliśmy się wziąć udział w kongresie, aby polityka rządu raz jeszcze w sposób niezaprzeczalny była objawioną i rząd objaśnił hr. Beusta, że trzeba naprzód wiedzieć, czy każdy artykuł traktatu poddany będzie dyskusyi. Rząd trzymał się zawsze, postawionej od początku wojny wielkiej zasady. Mówiąc o słowach, zapatrywaniach i sposobie postępowania Rosyi, rzekł Beaconsfield, iż one okryte są klasyczną ciemnością. Na każdy wypadek Anglia nie była zadowoloną z odpowiedzi Rosyi, które uważała za odrzucenie tego, co Anglii zdawało się być słusznym i niezbędnym warunkiem zebrania się kongresu.

Przechodząc do traktatu w San Stefano, mówi lord Beaconsfield, że wszystkie jego paragrafy wyjąwszy technicznych, są odstępstwem od traktatów z lat 1856 i 1871, nie wypowiada bowiem, że zmiany tychże traktatów mają być wzięte pod rozbiór kongresu i służyć za jego podstawę. Traktat ten w miejsce tego, co dotąd zwano Turcyą stwarza Bułgaryę w kraju, który nie jest przez Bułgarów zamieszkanym; obejmuje porty Czarnego i Egejskiego morza i nakłada greckim prowincyom Epirowi i Tesalii nowe ustawy przez Rosyę narzucone. Morze Czarne staje się jeziorem rosyjskiem na wzór morza Kaspijskiego. Kwestya Besarabii nie jest kwestyą podrzędnego lub lokalnego znaczenia; jest to sprawa, przy której lord Palmerston stanowczo się był niegdyś oparł, gdyż zawiera ona w sobie kwestyę niezawisłości żeglugi na Dunaju (*oklaski*).

Gdyby ten traktat miał być wprowadzonym w życie, naruszyłby on nietylko angielski handel z Persyą, ale nadto skrępowałby wolny przepływ przez cieśniny, bo zmieniłby Turcyę w lennika.

Należy teraz wziąść pod rozwagę, w jaki sposób wystąpić przeciw zajętemu przez Rosyę stanowisku. Zdawałoby się, że stosunki w tej części świata nie są przeciwne kongresowi. Wszystkie mocarstwa z wyjątkiem Anglii w ostatnim dziesiątku [illegible] cierpiały mniej więcej w skutek szer[illegible] ztąd łatwo wnosić, że pragną pokoju.

---

[illegible] Białogrodu pol- vacza ani Alek[illegible] [illegible]inaczem lecz *Kniaz*[illegible] [illegible] nic pewnego, koni[illegible] sadą, sw[illegible]

**Redaction, Administration & Druckerei:**
Kolowrat-Ring, Fichtegasse Nr. 11.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

**Ankündigungs-Bureau:**
Stadt, Wollzeile 20.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Inserate übernehmen im Auslande: Havas, Laffite & Co. in **Paris**, ausschl. für Frankreich; Haasenstein & Vogler in **Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M.** u. **Basel**; G.L. Daube & Co. in **Hamburg** u. **Frankf. a.M.**; Jäger's Buchh. u. Chr. Herrmann's Buchh. in **Frankfurt a.M.**; K. Schüssler in **Hannover**; Stahel's Annonc.-Bureau in **Würzburg**; F.W. Saalbach in **Dresden**; Rudolf Mosse und Deutsches Zeitungsbur. „Invalidendank" in **Berlin**; Jacob Türkheim in **Hamburg**; E. E. Oblieght in **Paris, Florenz** und **Rom**; H. F. Münster in **Verona**, Aug. Siegle in **London**.

**Abonnement für Wien:**
Im Hauptverlage, Wollzeile 20, u. bei allen Zeitungsverschleissern: Ganzjährig fl. 21.60, monatl. fl. 1.80. Mit Zustellung ins Haus: Viertelj. fl. 6.50, monatl. fl. 2.10.
Einzeln: Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Für die an Austräger, Verschleisser oder sonstige Zwischenpersonen bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

# Neue Freie Presse.

## Morgenblatt.

**Abonnement für das Inland:**
Mit tägl. einmal. Postversendung: Ganzj. fl. 22, halbj. fl. 11, viertelj. fl. 5. Mit tägl. zweimal. Postvers.: Ganzj. fl. 29, halbj. fl. 15, viertelj. fl. 8.

**Abonnement für das Ausland:**
Vierteljährig: Für **Deutschland** bei uns mit directer Kreuzbandsendung fl. 10 Oe. W., beim nächsten Postamte 13 M. 5 Pf.; für die **Donaufürstenthümer** beim nächsten Postamte 16 Fr. 40 Ct., bei uns 11 fl.; für **Italien**: bei uns 11 fl. Oe. W.; bei H. F. Münster in Verona u. E. E. Oblieght in Florenz und Rom 28 Fr. 50 Ct.; bei S. Liechti, Chef des Zeitungs-Bureaus in Bern, 29 Fr. 50 Ct.; für **Frankreich**: bei uns 11 fl., bei Aug. Ammel in Paris und Strassburg und bei der Agence Havas in Paris, 34 rue Notre Dame des Victoires; 29 Fr. 50 Ct.; für die **Schweiz**: bei den Postämtern 20 Fr. 80 Ct., bei uns 11 fl.; für **Spanien** u. **Portugal**: bei uns 11 fl., bei S. Liechti, Chef d. Zeit.-Bur. in Bern, 28 Fr. 50 Ct.; für **England**: bei uns 11 fl., bei A. Siegle, 110 Leadenhall-Street E. C., London: 23 Sh.; daselbst für die **engl. Colonien** mit Zuschlag des englischen Portos; für **Nordamerika**: bei uns 11 fl., bei E. Steiger, 22 and 24 Frankfort Street in Newyork, 6 Doll. 40 Cts. Gold (per German closed Mail); für die **Türkei** und **Griechenland**: beim Postamte in Wien 5 fl. 97 kr., daselbst auch für Egypten 6 fl. 50 kr.

**Nr. 4896.** Wien, Sonntag, den 14. April **1878.**

☞ **Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse" erscheint morgen Früh.**

## Wien, 13. April.

In Ungarn ist eine neue Parteibildung im Zuge, welche vielleicht nicht ohne Rückwirkung auf den schwebenden Ausgleichsstreit bleiben wird und von diesem Gesichtspunkte aus unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Die neue Partei ist keineswegs aus homogenen Elementen gebildet. Der Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen erfolgt vielmehr aus sehr divergirenden Ursachen. Nur die Altconservativen stammen aus den letzten Wahlen und haben als solche die Feuerprobe einer Wahlbewegung durchgemacht. Die anderen Gruppen sind als Theile der großen liberalen Partei gewählt worden und erst nach der Wahl von der letzteren abgefallen. Als Dissidenten sind sie das Product der großen Enttäuschungen, welche im bisherigen Verlaufe der Ausgleichsverhandlungen der mit allen Mitteln gestachelte ungarische Chauvinismns erfahren mußte. Zu diesen Gruppen gehören auch die angesehensten Mitglieder der ehemaligen Deak-Partei, welche mit Ingrimm den Sturz ihrer eigenen Parteiregierung erduldet und nur widerwillig Herrn v. Tisza Heeresfolge geleistet haben. Aber vor drei Jahren galt eben der neu bekehrte Paulus der staatsrechtlichen Opposition als ein Löwenbändiger, den man gegen Oesterreich ausspielen müsse, als ein Jason, welcher das Goldene Vließ aus dem österreichischen Kolchis holen werde. Und die großen Worte, welche Herr v. Tisza als Oppositions-Führer stets gebraucht, gaben allen Fractionen ein Recht, die höchste Leistung auf dem Gebiete des Ausgleiches von dem neuen Minister-Präsidenten zu erwarten. Als aber dieser von Wien zurückkehrte, ohne die von ihm genährten extravaganten Hoffnungen seiner Landsleute erfüllt zu haben, da fielen zahlreiche falsche Freunde, welche nur der ersten günstigen Gelegenheit harrten, ab, und je schwieriger sich die Durchführung des Ausgleiches gestaltete, desto mehr nahm die Desertion zu. Denn darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, so ungünstig der neue Ausgleich uns Cisleithaniern erscheint, in Ungarn ist er nicht minder unpopulär, theils weil er diesem Lande für seine Bedürfnisse zu wenig bietet, theils weil das ganze Verhältniß zu Oesterreich trotz alledem in Ungarn unbeliebt ist. Je näher daher die Neuwahlen für das ungarische Abgeordnetenhaus heranrücken, desto häufiger werden die Desertionen aus der Regierungspartei, und insofern man aus Deserteuren eine Armee bilden kann, wird allerdings die neue Partei-Armee zahlreich genug sein. Aber aus so verschiedenartigen Elementen, welche Unzufriedenheit, Ehrgeiz, das Streben, für die Feldherren auch ein Heer zu werben, zusammengeführt hat, macht man kaum eine regierungsfähige Partei.

Das neue Programm, das Delegirte der verschiedenen zu fusionirenden Fractionen entworfen haben, ist auch mehr ein Verlegenheits- als ein Regierungsprogramm. Wir haben nicht jene Punkte zu untersuchen, welche sich auf die innere Politik Ungarns beziehen. Im Allgemeinen kann man sagen, daß die Verfasser des Programms die Ursachen der Gefährdung Tisza's in seiner Ministerstellung nicht gewürdigt haben. Das Bramarbasiren, dem dann das bescheidene Nachgeben folgt, ist die Grundursache jener Spaltung, welche das neue Programm und die neue Partei erzeugte. Uns scheint, daß man auch bei der neuen Parteibildung den Mund sehr voll nimmt und daß die Macher, wenn sie einmal in die Nothwendigkeit versetzt werden sollten, das Programm zu verwirklichen, es nicht besser als Herr v. Tisza machen würden.

Uns klingt es etwas befremdend, daß man die Treue gegen die Dynastie an die Spitze eines Programms stellt. Das ist ein Punkt, der in einer constitutionellen Monarchie für jede politische Partei von vornherein gelten muß, oder wollte die neue Partei damit vorweg gegen die äußerste Linke demonstriren? Wie dem auch sei, das möge die neue Partei mit ihren Landsleuten und allenfalls mit der Krone ins Reine bringen. Auch sonst ist das Programm so beschaffen, daß es dort, wo es nicht die landläufigen Redensarten der heutigen Regierungspartei recapitulirt, aufgebauscht und barock erscheint. Das Wichtigste für uns sind die Programmpunkte über den Ausgleich. Dieselben verwerfen den Tisza'schen Ausgleich rundweg. Wir wissen nicht, ob das Programm deßhalb so stolz thut, weil die Verfasser glauben, sie werden nicht beim Worte genommen werden, der Tisza'sche Ausgleich werde doch noch perfect werden, so daß sie den Ruhm haben, einen besseren Ausgleich gewollt zu haben, mit dem Troste: in magnis voluisse sat est. Aber wenn in diesen Programmpunkten ein solcher stiller Gedanke schlummert, dann kann diese Berechnung leicht zu Schanden werden. Denn die Regierungspartei in Pest ist ersichtlich im Schwinden begriffen, und die Gefahr, das Heft aus den Händen zu verlieren, scheint die Mitglieder der ungarischen Regnicolar-Deputation wenig zum Nachgeben geneigt zu machen. Da stellt sich nun folgende Alternative dar: Entweder geben die Ungarn nicht weiter nach, dann kommt augenscheinlich aus dem Grunde österreichischer Ablehnung kein neuer Ausgleich zu Stande, oder die Ungarn geben noch in einigen Punkten nach, dann ist die Gefahr dringlich, daß die wenigen Stimmen Mehrheit der ungarischen Regierungspartei verloren gehen und der Ausgleich auf Grund ungarischer Ablehnung scheitert. Dann wäre die Bahn für einen neuen Ausgleich frei, und die Herausgeber der neuen Partei könnten nun die Anwendung ihres rettenden Programms versuchen.

Es ist nun sehr schön, daß die Herren einen Ausgleich auf freihändlerischer Basis anstreben und internationale Handelsverträge abschließen wollen. Auf diesem Gebiete werden wir uns gerne mit ihnen zusammenfinden, und wir zweifeln nicht, daß sich trotz des schutzzöllnerischen Lärms, der in unserem Abgeordnetenhause gemacht wurde, in diesem eine Majorität für die freihändlerische Richtung finden werde. Aber darüber hinaus reicht weder unsere Zustimmung, noch die Möglichkeit, im österreichischen Parlament eine zustimmende Mehrheit zu gewinnen; denn das Programm stellt folgende Forderungen auf: Reparation des Schadens bei der Verzehrungssteuer, und wenn dies nicht erreichbar, Errichtung des selbstständigen Zollgebietes und der Verzehrungssteuer-Linie; Regelung der Quote nach Maßgabe der Steuerfähigkeit; Lösung der Bankfrage entsprechend den Bedürfnissen des Landes; die Achtzig-Millionen-Schuld-Frage wird als definitiv gelöst erklärt. Dieses Programm ist ein Abklatsch der Forderungen, welche Herr v. Tisza, ja alle Politiker Ungarns ursprünglich aufgestellt hatten und das von Herrn v. Tisza in Wien vertreten wurde. Glauben die neuen Columbusse, welche Amerika noch einmal entdecken, daß nur Herr v. Tisza diese Forderungen in Wien nicht durchsetzen konnte und daß, wenn Herr v. Apponyi oder Herr Baron Simonyi, der ja übrigens mit Herrn v. Tisza in Wien war und da seinen fascinirenden Einfluß hätte üben können, das Programm nach Wien tragen, sie daselbst größere Bereitwilligkeit finden werden? Das wäre eine eigenthümliche Anschauung der Dinge. Es klingt übrigens recht naiv, wenn die Programm-Macher sagen, es müsse ein eigenes Zollgebiet errichtet werden, wenn der Schaden in der Verzehrungssteuer-Frage nicht gutgemacht werde. Wenn man schon das Weniger nicht erreichen kann, ist dann größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, das Mehr zu erzielen? Die Phrase von der Trennung des Zollgebietes sollte man in Programmen gar nicht aussprechen, weil sie nicht ernst zu nehmen ist. Die Trennung des Zollgebietes ist ohne staatsrechtliche Trennung und Ausgestaltung des Dualismus zur Personal-Union nicht denkbar. Auch Herr v. Tisza hat die Fahne des selbstständigen Zollgebietes aufgerollt und kühn im Winde flattern lassen, aber er hat sie ruhig wieder zusammengerollt und bescheiden wieder mit nach Pest genommen. Diese Zolltrennung ist wie das Räthsel der Turandot, zu dessen Lösung viele Freier kommen, die aber, statt die Lösung zu finden, daran zu Grunde gehen. Von Innen heraus wird auch hiefür die Lösung nicht kommen. Die Quoten- und Bankfrage ist im Programme sehr reservirt behandelt, und man weiß daher nicht recht, was man aus diesen beiden Punkten machen soll. Wenn man einen aus dem selbstständigen Zollgebiete abgeleiteten Accent auf diese beiden Punkte legt, wird man auch sie wenig hoffnungsreich interpretiren müssen.

Wir sind darum geneigt, über das neue Ausgleichsprogramm sehr kühl zu denken. Programme sind leicht fabricirt, aber schwer ausgeführt. Die Ausführung ist an Verhandlungen mit Oesterreich geknüpft. Es ist zwar wenig anmuthend, das Wiederkäuen des alten Kohls erwarten zu müssen, aber das muß man geduldig ertragen. Es ist Alles schon dagewesen, sagt der Theater-Philosoph. Auch

## Feuilleton.

### Für die Wienerinnen.

Schriftsteller, die für Zeitungen arbeiten, empfangen nur selten Zeugniß von den freundlichen Gesinnungen, die man hin und wieder im Kreise ihrer Leser für sie hegen mag, während Uebelgesinnte häufig genug Anlaß nehmen, in Briefen ohne Namensunterschrift an den Männern von der Feder ihr Müthchen zu kühlen. Alte Erfahrungen stehen uns darin zu Gebot, und neue kommen fast täglich hinzu. Kürzlich noch, als ich bei Gelegenheit des Bildes „Kaiser Karl's V. Einzug in Antwerpen" ein „Makart und die Frauen" betiteltes Feuilleton geschrieben hatte, stellte sich brieflich ein ungenannter Flegel, der sich für ein Frauenzimmer ausgab, bei mir ein, um auf meiner Tenne zu dreschen, versteht sich auf meine Unkosten. Ich sollte ganz einfach die Wiener Frauen verletzt haben, und der ungehobelte Briefsteller suchte ihre Ehre bei mir zu retten, indem er mich zugleich aufforderte, einen Widerruf zu schreiben. Nun habe ich nichts zu widerrufen, weil ich mich in der beregten Frage rein weiß in meinem Gewissen, und ich würde es unter meiner Würde halten, an jenen Ungenannten auch nur Ein Wort zu verlieren, gäbe mir seine Ungezogenheit nicht willkommenen Anlaß, mich über einige Dinge von allgemeinem Interesse auszusprechen. Handelt es sich doch um die Frauen: ein Thema, so vieler Variationen fähig, daß man mit ihm weder im Leben noch in der Literatur je fertig wird.

In dem genannten Feuilleton gab ich der Vermuthung Raum, daß die Entwicklung der griechischen Kunst den Hetären mehr verdankt haben könnte, als den frommen Hausfrauen. Darauf fragt mich mein aufdringlicher Briefsteller: „Glauben Sie denn wirklich, daß die Hetären hübsch sind?" und fügt dann mit einer Vorliebe für weibliche Unerwachsenheit, die eines bejahrten Lieutenants würdig wäre, das Machtwort hinzu: „Wenn man schöne Modelle braucht, sucht man sie unter den fünfzehnjährigen Mädchen." (Die fünfzehnjährigen Mädchen sind unterstrichen.) Was würden wol die Maler dazu sagen, wenn man ihnen die Darstellung schöner Weiblichkeit auf das Alter von fünfzehn Jahren beschränken wollte? Für den Künstler hat weibliche Schönheit kein Alter, oder, wenn man lieber will, jedes Alter hat für ihn die ihm eigenthümliche Schönheit. Ein junges Mädchen kann auf und nieder schön sein, bei einer achtzigjährigen Frau sammelt sich die mögliche Schönheit ganz in den Gesichtszügen, und es hat Maler gegeben und gibt Maler, die dem schönen Kopfe einer alten Frau mehr künstlerisches Interesse abgewinnen, als der naiven Schulter eines Backfisches. Es ist ein beschränkter Schönheitsbegriff, in welchem blos das Gefällige, Anmuthige und sogenannte Ideale sein Unterkommen findet. Doch lassen wir diese fünfzehnjährige Mädchentheorie auf sich beruhen und fragen wir lieber noch einmal: „Glauben Sie denn wirklich, daß die Hetären hübsch sind?" Wie in aller Welt kann man nur so verzweifelt ungeschickt fragen! Ob ich glaube, daß sie hübsch sind? Ich glaube es nicht nur, ich glaube es sogar zu wissen — zu wissen freilich, wie man etwas Historisches überhaupt wissen kann: durch Zeugnisse. Ein unverwerflicher Zeuge des Perikleischen Zeitalters erzählt von einer Hetäre, als einer „schönen Frau, die mit ihrer Gunst freigebig und deren Schönheit unbeschreiblich sei; die Maler, deren Auge sie ihren schönen Körper sehen ließ, drängten sich herbei, um sie aufzunehmen". So spricht ein griechischer Schriftsteller, so denken griechische Künstler, die von der Schönheit doch wol etwas verstehen, von den Hetären, deren mögliche Hübschheit mein kundiger Briefsteller sogar in Frage zieht. Sie konnten also schön sein, die griechischen Hetären, schön allerdings nicht in dem strengen Sinne Plato's, der für die reine Schönheit in seiner Lehre überhaupt keinen Ort hat, weil nach seiner Denkart beim Schönen immer das Gute zu Gevatter steht. Ihm ist die individuelle Schönheit blos eine ästhetisch-sittliche Anregung, indem er von den schönen Körpern aufsteigt zu den schönen Seelen, von den schönen Seelen aber zu der unbedingten Schönheit, zu der Idee des Schönen. Wir möchten aber, der „Göttlichkeit" Plato's unbeschadet, dennoch annehmen, daß auch dieser Philosoph des „Schönund-Guten" seine Anregungen, wenigstens in jüngeren Jahren, hin und wieder bei den athenischen Hetären gesucht und gefunden habe. Denn die Hetären mit ihrer feinen Bildung und freien Sitte spielten in der vornehmeren Gesellschaft Athens eine hervorragende Rolle, ja sie nahmen durch ihre leiblich und geistig begabtesten Vertreterinnen geradezu eine herrschende Stellung ein. Nicht nur in der Kunst der Sinnlichkeit waren sie vollendete Meisterinnen, sie waren auch berührt von dem philosophischen Zuge der Zeit und wußten selbst Philosophen von Fach Nüsse zu knacken zu geben. Manche scheinen auch Blaustrümpfe — natürlich ohne Strümpfe — gewesen zu sein. Durch ihre geistige Bildung waren sie eine Macht gegenüber den einfacheren Hausfrauen, die am Herde walteten und selten (fast nur bei feierlichen Gelegenheiten) öffentlich erschienen. Von der geistigen Bedeutung der Hetären erlangt man einen ungefähren Begriff, wenn man bedenkt, daß von Perikles, dem vornehmsten aller Redner, die Sage ging, er habe den besten Theil seiner Redekunst dem Einflusse der Aspasia zu danken gehabt. Durch Erscheinungen wie diese wurde der ganze wilde Stand geadelt. Auch hier bewährt sich der künstlerische Sinn des hellenischen Volkes, indem es eine nicht eben sittliche, aber einmal vorhandene und nothwendige Erscheinung zu den denkbar schönsten Formen emporführte — ein künstlerischer Sinn, so beneidenswerth als verhängnißvoll. Und man mußte diese Erscheinung gelten lassen, mit ihr rechnen. Jene oben angeführte Aeußerung über die große Schönheit einer athenischen Hetäre, der die Maler nachliefen, rührt von keinem Geringeren her, als von Xenophon, dem Schüler des Sokrates, dem Heerführer der „Zehntausend". Sokrates selbst hatte eines Tages jene Hetäre, die Theodata hieß, mit einigen seiner Schüler besucht, und auch hier, an dieser sonderbaren Stelle, wurde er von seinem unbedingten Lehrtrieb erfaßt und fing an, das schöne Weib in der feineren, geistigeren Kunst, die Männer zu fangen, zu unterrichten. Weggehend, forderte er sie auf, ihn zu besuchen, wo er dann, falls keine werthere Freundin bei ihm sei, ihr wirksame Liebesmittel und Zauberlieder mittheilen werde. Die Ironie leuchtet aus jedem Worte; das „Menschen fischen", wie später im Evangelium, bleibt die Hauptsache. Und doch war Sokrates Grieche und Künstler genug — er war Bildhauer in jüngeren Jahren gewesen — um an der Schönheit des bedenklichen Weibes Wohlgefallen zu finden. Die Philosophen nahmen die Erscheinung der Hetären als ein Wirkliches, einmal Vorhandenes; auf die Künstler aber übte diese Erscheinung gewiß einen bestimmenden Einfluß. Der Künstler denkt mit den Augen, er nimmt die Schönheit, wo er sie findet, freier von einseitig sittlichen Bedenken, als irgend ein Mensch. Ich für mein Theil bin tief überzeugt, daß in der griechischen Kunst die sich immer mehr hervorragende Richtung auf das Nackte in Darstellungen der Weiblichkeit zwar mit dem Schönheitssinn der Künstler zusammenhängt, aber, namentlich was das Wagniß betrifft, zumeist dem Einfluß der Hetären zuzuschreiben ist. Von der Aphrodite Urania des Phidias an bis herab auf die anmuthige Soubrette, die nun die mediceische Venus heißt, und ihre frechere Schwester, die

für die jüngsten Programm-Musiker wird die Zeit kommen, die Fahne zusammengerollt nach Pest zurückzutragen, wenn sie überhaupt je in die Lage versetzt werden sollten, als Fahnenträger an der Spitze der Armee zu marschiren, welche in den letzten Tagen so eilig zusammengetrommelt wurde.

## Bekenntnisse einer schönen Russenseele.

Wien, 13. April.

Der Zufall spielt manchmal wunderliche Streiche. Es ist einmal vor vielen Jahren hier in Wien einem Diplomaten begegnet, daß er mit einem wichtigen Actenstücke in der Tasche seines Ueberziehers eine Dame besuchte und ein anderer Diplomat, der nach ihm kam und den Rock im Vorzimmer hängen sah, aus eifersüchtiger Neugier die Taschen untersuchte und genaue Kunde von dem keineswegs für ihn oder seine Regierung bestimmten Actenstücke erhielt. Irren wir nicht, so war der leichtsinnige Diplomat ein russischer. So pikante Scenen ereignen sich allerdings nicht oft, und wir können uns nicht rühmen, daß wir auf so interessante Art in den Besitz eines Briefes gelangten, der höchst schätzenswerthe Beiträge zur Kenntniß der russischen Politik und ihrer letzten Ziele enthält. Der Brief aber befindet sich in unseren Händen, und wir würden es als ein Unrecht gegen unsere Leser, ja als einen Mangel an patriotischem Gefühl betrachten, wenn wir ihn nicht seinem wesentlichen Inhalt nach veröffentlichten. Alle Tage hat man ja nicht Gelegenheit, vertraute Herzensergießungen eines russischen Politikers kennen zu lernen.

Der Brief, drei engbeschriebene Quartseiten lang, ist in deutscher Sprache, aber von einem National-Russen abgefaßt. Styl und Grammatik sind derart, daß wir keinen Satz so wie er geschrieben wiedergeben können, weil man manchmal den Sinn erst errathen muß. Der Name, der unter dem Briefe steht, ist zu wenig bekannt, als daß seine Veröffentlichung Werth hätte. Interessanter wäre es zu wissen, wer der Adressat sei. Offenbar ein russischer Agent ersten Ranges — er wird mit Excellenz betitelt — der aber nicht Russisch versteht. Datirt ist der Brief: San Stefano, 26. März 1878. Er kommt also aus dem Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus, und der Verfasser zeigt sich über alle geheimen Pläne der russischen Politik sehr gut unterrichtet.

Das Schreiben beginnt mit dem Ausdrucke der Theilnahme an der kürzlich überstandenen Krankheit des Adressaten und Ermahnungen, sich künftig ja recht zu schonen. Der Verfasser des Briefes aus San Stefano sagt dann wörtlich: „Vorige Woche war ich einige Tage lang in Konstantinopel, und ich muß gestehen, daß mit der herrlichen Lage dieser Stadt keine andere Seestadt Europas verglichen werden kann. Als Schlüssel zum Süd-Orient und zum Weltverkehr müssen wir es haben und wir werden es auch besitzen.“ Weiter spricht der Absender von seinem eigenen Befinden, von der angestrengten Arbeit, die er in San Stefano leisten müsse, und dann enthüllt er ein kleines Geschäftsgeheimniß, welches sich auf den Verkehr zwischen dem russischen Hauptquartier und der Oeffentlichkeit bezieht. Man dürfe sich nicht wundern, schreibt der brave Russe, daß man aus den Zeitungen nichts Positives erfahren könnte. Alle Angelegenheiten von einiger Wichtigkeit seien „durch gemeinsames Zuthun Berlins und Wiens“ in die Oeffentlichkeit gebracht worden, und zu diesem Zwecke habe eine eigene Organisation bestanden. Man habe im Hauptquartier „zur Unterhaltung“ alle wichtigen Verhandlungen laut vorgelesen, habe aber vorher alle Berichte nach Bedarf gefälscht und dann diese Fälschungen dem Publicum und den Correspondenten scheinbar leichtsinnig mitgetheilt.

Nach dieser kostbaren Mittheilung über russische Wahrheitsliebe geht der Brief an die Beantwortung der Frage, ob Rußland bei einem neuen Kriege etwas von Oesterreich zu fürchten hätte, und verneint sie auf das bestimmteste. Die drei Kaisermächte hätten schon seit dem Jahre 1870 Unterhandlungen gepflogen, deren Kern der Schutz dynastischer Interessen und die gemeinsame Bekämpfung jeglicher Ruhestörung gewesen. Es habe nicht schwergehalten, den Grafen Andrassy zu gewinnen und in die Vereinbarungen von Reichstadt einzubeziehen, weil er den Glauben und den Muth für eine österreichische Zukunftspolitik verloren habe. „Durch dieses Vorspiel“ — wir citiren wörtlich, so weit es die Stylisirung des Briefes zuläßt — „ist es uns gelungen, Oesterreich seiner angestrebten orientalischen Politik zu entziehen und mit Hilfe Berlins in die Reichstädter Vereinbarung zur endlichen Lösung der orientalischen Frage hereinzuziehen, dabei die Rolle des Executors zu übernehmen und für die Neutralität anderer Mächte gewisse Entschädigungen vorzuschlagen, und darauf bauend erwarten wir hier, wohl wissend, daß die Zukunft der dynastischen Interessen zumeist von Rußlands Machtstellung abhängt, unbesorgt den Abschluß des von uns unternommenen Werkes.“

In dieser Zuversicht fühlt man sich in San Stefano, wie der Briefschreiber versichert, wesentlich bestärkt, wenn man die Unschlüssigkeit und Uneinigkeit der anderen Regierungen und die Rathlosigkeit in Wien betrachte. Die Mittel, welche das hiesige Cabinet anwende, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, seien ebenso wunderbar, wie die Kurzsichtigkeit und Leichtgläubigkeit des größten Theiles der österreichischen Presse. (Unsere russenfreundlichen Collegen mögen die Anerkennung, die ihnen durch diese Bemerkung zu Theil wird, mit gebührender Rührung in Empfang nehmen.) Als echter Cyniker fährt unser Russe dann fort: „Für die uns so bereitwillig geleistete Hilfe und sein ganzes Verhalten sind wir Oesterreich den größten Dank schuldig. Aber weil wir die Verhältnisse kennen, setzte es uns oftmals in Erstaunen, daß sich in Oesterreich-Ungarn während dieser ganzen Zeit nicht einige Patrioten fanden, welche den vom Grafen Andrassy ausgespannten Schleier zu lüften und dem wahren Sachverhalt auf die Spur zu kommen suchten.“ Die ganze Politik der Wiener Regierung bestehe darin, den gegenwärtigen Besitz Oesterreichs zu erhalten, für die schwächsten Seiten Rußlands fehle ihr glücklicherweise das Verständniß, und der hochmüthige Ton, den man sich neuestens angewöhnt habe, imponire nur den Unwissenden. Es sei geradezu lächerlich, wenn Graf Andrassy jetzt die Ausrede brauche, er sei von Rußland hintergangen worden, denn jeder seiner Landsleute habe schon längst gewußt, was Rußland wolle, daß sein Ziel die Vernichtung der Türkei sei. „Graf Andrassy fiel bewußt oder unbewußt in die Schlinge.“ . . . Nicht minder beachtenswerth ist eine auf der nächsten Seite folgende Bemerkung über den Grafen Potocki. Der Briefschreiber erwähnt des Gerüchtes, daß Andrassy zurücktreten und Graf Potocki an seine Stelle kommen solle, und sagt: „Ich kenne diesen Herrn . . . seine Berufung wäre noch besseres Wasser auf unsere Mühle.“ Von Ungarn und Polen sei überhaupt nichts zu fürchten. Man habe in manchen russischen Kreisen geglaubt, man müsse sehr gegen eine polnische Bewegung auf der Huth sein, die durch englischen Einfluß hervorgerufen werden könnte, aber es fehlten in Polen wie in Ungarn Männer, deren Einfluß und Muth groß genug wären, um die Massen fortzureißen.

Bisher hat sich der Brief mit der Gegenwart beschäftigt; nun lenkt der Verfasser seinen Blick auf die Zukunft. Er leitet seine Betrachtungen mit einem Citat aus dem Munde Ignatiew's ein, indem er schreibt: „Sehr treffend hat sich öfters General Ig. geäußert. Er glaubt, man müsse gleichzeitig zwei Ideen begünstigen: die süd-orientalische und die slavische im Herzen Europas. Bezüglich der ersteren ist es unsere Hauptaufgabe, uns die Freundschaft aller Mächte zu erhalten unter dem Vorwande, die Wohlfahrt aller Völker durch Einschränkung des englischen Weltverkehrs heben zu wollen; was die andere betrifft, so muß man unter Simulirung aufrichtiger Nachbarfreundlichkeit revolutionär vorgehen.“

Nach Anführung dieses speciell auf den Untergang Oesterreichs gemünzten Receptes erörtert der Brief die Frage, ob es anderen Mächten gelingen werde, Rußland die Früchte seiner Siege über die Türkei zu entreißen. Rußland, heißt es, sei zu mannichfachem Nachgeben bereit, weil es sehr geschwächt worden. Den thatsächlichen Einfluß auf die christlichen Bewohner der Türkei und ihre Leitung werde man darum nicht verlieren, sowie auch Rußland kein Hinderniß im Wege stehe, seinen Einfluß auf die Slaven im Nachbarlande — d. h. in Oesterreich — auszuüben. „Durch Nachgiebigkeit und Frieden gelangen wir ohne Blutvergießen und Kosten zu dem nämlichen Resultat, nur daß dadurch unsere wahren Absichten einigen Aufschub erleiden. Wir müssen jetzt oder später Konstantinopel um jeden Preis besitzen, sonst wäre Alles, was geschehen, nur eine halbe That. Dazu drängt uns das eingewurzelte Streben nach einem Weltverkehr, unsere Zukunftspolitik, ja unser religiöses Interesse. In letzterer Beziehung werden in Petersburg schon Vorschläge ausgearbeitet, in Konstantinopel dereinst ein geistliches Weltoberhaupt einzusetzen, ausgestattet mit der Würde eines selbstständigen Fürsten und allen Privilegien, zur Untergrabung des Katholicismus und des bisherigen Schwerpunktes in Rom.“

Hand in Hand mit diesem Plane geht das Streben Rußlands, eine allgemeine Reaction, die Vernichtung aller Verfassungen in Europa im Namen des dynastischen Interesses herbeizuführen. „Bei uns kann von einem Wechsel des Regierungssystems nicht einmal die Rede sein. Die Bevölkerung in ihrem Siegesrausche, der noch jahrelang anhalten dürfte, wird nicht einmal eine Aenderung verlangen.“ Der preußische Constitutionalismus stünde auf schwachen Füßen, in Oesterreich werde der Dualismus täglich unbequemer. Man müsse dafür sorgen, die slavischen Völkerschaften im Gebiete der Stephanskrone so lange aufzuhetzen, bis es zwischen ihnen und den Magyaren zum offenen Bruche komme. „Dieser wird zur Veranlassung werden, Ungarn immer mehr von Wien und dem Reichsrathe abhängig zu machen, seine Sonderstellung immer mehr zu schmälern, was endlich einen vollkommenen Bruch mit der Verfassung nach sich ziehen muß. Zur Durchführung unserer Pläne muß Ungarn gleich Polen seine Selbstständigkeit einbüßen.“

Der Rest des Briefes enthält wieder Persönliches, unter Anderm den Ausdruck der Hoffnung, die Excellenz, den „schätzbarsten Freund“ bald besuchen zu können. Damit haben wir weiter nichts zu schaffen, aber den politischen Theil des Briefes wollen wir uns merken. Wir erfahren da wieder einmal aus russischem Munde, daß Rußland die Vernichtung Oesterreichs anstrebt, daß der Satz Fadejew's, der Weg nach Konstantinopel führe über Wien, heute im russischen Hauptquartier umgekehrt wird, und daß, wenn der Friede von San Stefano durchgeführt würde, der nächste Angriff Rußlands gegen Oesterreich gerichtet wäre. Der Brief ist eine Warnungstafel — möge er diesen Zweck erfüllen!

## Inland.

**Wien**, 13. April. (Die Quoten-Deputationen.) Die heutige Sitzung der österreichischen Quoten-Deputation war, wie schon erwähnt wurde, der Besprechung des Vorgehens in den gemeinsamen Conferenzen der beiden Deputationen gewidmet und hatte einen vollständig vertraulichen Charakter. — Die nächste Sitzung der ungarischen Quoten-Deputation findet morgen um 2 Uhr Nachmittags statt. In derselben gelangt der Entwurf des Fall'schen Renuntiums zur Verlesung und endgiltigen Feststellung. Die gemeinsame Berathung dürfte, nachdem das Nuntium erst Montag der österreichischen Deputa-

---

Aphrodite Kalliphygos, die auf einen einzelnen Körpertheil starkes Gewicht legt, hat das Hetärenthum in seinen edleren und minderen Spielarten mit die Hand des Bildners gelenkt und ihn muthig und zuletzt üppig gemacht. Auch von einem großen griechischen Dichter, neben Aeschylos dem erhabensten des Alterthums, haben die Hetären eine Huldigung erfahren. Pindar besingt in einem seiner Skolien „die vielbesuchten Mädchen im reichen Korinth, die der Göttin Weihrauch spenden und im Geiste — wie oft! — zur himmlischen Mutter der Liebe, zu Aphrodite, den Flug lenken, die von oben Verzeihung gewährt, daß sie die Frucht der Jugend pflücken“. „Macht inn'rer Drang doch Alles schön,“ so übersetzt doch Tycho Mommsen die Worte Pindar's (σὺν δ' ἀνάγκᾳ πᾶν καλόν) in der feinsinnigsten Weise. Freilich staunt Pindar selbst über sein Beginnen, daß er zur Feier dieser „alldienstfertigen Frauen“ ein solches Lied angestimmt. Leider bricht das Lied im besten Zuge ab und läßt uns über die Rechtfertigung des Dichters im Dunkeln.

Und nun genug der Abschweifung über die Hetären unserem unwissenden oder philisterhaften Briefsteller gegenüber. Zurück nach Wien und zu dem Bilde Makart's! Also wir haben die Wienerinnen verleumdet, indem wir ihnen nachsagten, daß sie sich von Makart malen ließen. Hier die einschlägige Stelle des Briefes: „Wol drängen sich einige Jüdinnen mit ihren Gänseleber-Figuren an den Maler heran; aber anzudeuten, daß dies die „naiven“ Wienerinnen selbst thäten, ist eine Niederträchtigkeit, eine schmachvolle Denunciation beim Auslande, bei dem die Wienerinnen ohnehin durch die Mäuler geistreichelnder jüdischer Literaten in unverdienten Verruf gekommen. Ohne Zweifel gibt es unter den Wiener Frauen genug, die so schön und schöner sind, als die vielbewunderten Venusstatuen Griechenlands; aber bei Makart finden Sie nicht die Spuren dieser Schönheitstypen. Die blutarmen Modellmädeln, welche auf diesem Bilde ausgestellt sind, werden Ihnen doch nicht für Wiener Schönheiten gelten. So ausgemergelte, blutleere Gestalten mit nichtssagenden „Bitz“-Gesichtern möge man nicht für Wiens Frauentypus halten... Wiens Frauen thun allerdings nicht fad und affectirt, wie Ihre (das „Ihre“ unterstrichen) Landsmänninnen. Nur ein Ausländer („Ausländer“ unterstrichen) kann so über Wien schreiben...“ Der Brief enthält noch die angenehme Nachschrift: „Ebenso geschadet haben Sie sich durch Ihre erbärmliche Kritik über die junge Schauspielerin Wessely, eine Kritik, die Sie sich einer Jüdin gegenüber wol nicht erlaubt hätten.“

Ein starker Zug des Nativisten und Knownothings geht durch diese unartigen und einfältigen Zeilen. Also Jude und Norddeutscher! Leider kann ich mit keiner dieser Eigenschaften dienen. Man hat mir zwar manchmal die unerbetene Ehre angethan, mich für einen Juden zu halten — die Döblinger Schuljugend begrüßte mich einmal mit einem Hepp! Hepp! — denn meine Vorfahren sind weder durch das Rothe Meer gegangen, noch haben sie mit alten Beinkleidern gehandelt. Auch der Hieb mit Norddeutschland sitzt nicht. Bisher ist es den Erdkundigen noch nicht eingefallen, das Land Schwaben zu Norddeutschland zu rechnen, und ein echter „Ausländer“ ist man wol auch nicht, wenn man 25 Jahre die Wiener Luft geathmet. „Die Luft macht eigen“, sagt ein altes Wort. Am Ende nennt der „echte Oesterreicher“ (der übrigens meistens aus Pommern oder Mecklenburg ist) die Habsburger Ausländer, weil sie aus der Schweiz stammen und ihnen aus Lothringen eine neubelebende Blutwelle zugeflossen ist.

Und vollends mich darüber belehren wollen, was die Wienerinnen sind! Ein so öffentliches Geheimniß, ein Zauber, der sich von selbst einschmeichelt! Daß die unbekleideten Gestalten auf dem Bilde Makart's keine authentischen Wienerinnen sind, das habe ich ja selbst gesagt, indem ich von der Naivetät der Wienerinnen sprach, welche dem Maler ihren Kopf auslieferten und zu dem Kopf sich einen fremden Leib erfinden ließen. Aber das weiß, außer meinem urwienerischen Briefsteller, Jedermann in Wien, daß eine ganze Reihe von Köpfen auf Makart's Gemälde Bildnisse von Wiener Frauen und nicht blos von Jüdinnen sind. Von der Fürstin an bis zur Küchenmagd herab findet man auf dieser großen Leinwand die verschiedensten Stände Wiens vertreten. Wer einmal aus den Urvorstädten Wiens, wie Thury und Hungelbrunn, herausgekommen, kann dies wissen; wer die Wiener Gesellschaft nur ein wenig kennt, weiß es gewiß. Wenn sich die Wienerinnen auf dem Bilde von Makart getroffen finden, thun sie sich allerdings selbst Unrecht. Man könnte die Wienerinnen vom Fuß aus construiren, den sie in der zierlichsten Vollkommenheit besitzen. Wo ist ein Fuß auf Makart's Composition, der sich an das Bein einer auch nur hübschen Wienerin fügen ließe? Sie ist die geborene Tänzerin; sie hat die Strauß und Lanner hervorgerufen; aus Wien ist die Königin des Tanzes, ist Fanny Elßler hervorgegangen. Die leichte Bewegung, der schwebende Gang, die Anmuth ist das Erbtheil der Wienerinnen. Und sie plaudert so leicht und anmuthig — immer mit Anklang an die weiche Mundart — als sie geht und tanzt. Die Bildung ihres Gesichtes, wunderbar verschieden, und das Haar in allen Farben, vom Aschblonden bis ins blaue Schwarz spielend, hat doch einen gewissen Grundzug. Der Knochenbau ist gefällig, das Fleisch athmet Leben, der Ausdruck hat etwas Gewährendes, dem übrigens bei der resoluten Natur der Wienerin nicht zu trauen ist. Das doppelte weibliche Lächeln aus dem Alten Testament ist ihr nicht fremd: das verführerische Lächeln der Eva, als sie dem Adam den Apfel reichte, und das ungläubige Lächeln der Sarah, als sie von den Boten des Herrn vernahm, daß ihr Nachkommenschaft beschеert sei. Sie ist allerdings nicht „fad und affectirt“, sondern unbefangen zum Genießen aufgelegt und ohne den strengen Schein von Tugend doch voll innerer Trefflichkeit. Das Capitel über die Tugend der Wienerin müßte erst noch geschrieben werden. Sie ist da, aber sie hat noch keinen Namen. An Gemüth und Sinnigkeit fehlt es dieser lebenslustigen Wienerin keineswegs. Franz Schubert hätte nicht so singen können, wie er sang, wäre die Wienerin nicht auch ein Sonntagskind im feinen und tieferen Empfinden. Man sollte nicht schelten, wenn man den Wienerinnen Naivetät nachsagt. Es ist dies die sorglose Unbefangenheit des Kindes, die im entscheidenden Falle den festen Charakter nicht ausschließt.

Ich kenne ein altes Lied, das in der Morgendämmerung der deutschen Lyrik in Oesterreich von weiblichem Munde gesungen worden. Es hat bezeichnende Züge für die einheimischen Frauen und lautet (aus dem Mittel-Hochdeutschen von dem geistvollen Wiener Germanisten Wilhelm Scherer übersetzt) wie folgt:

Wenn ich in meinem Hemde
Nächtlich steh' allein
Und ich da gedenke,
Edler Ritter, dein:
So glühet meine Wange
Wie die Ros' am Dornstrauch blüht.
Und leise senkt sich oftmals
Mir die Sehnsucht ins Gemüth.

Könnte das Liedchen nicht von einer Wienerin gesungen sein? Manches spricht dafür: die Naivetät des Anfanges, die Aufrichtigkeit, der bildliche Zug, die sich anschmiegende Weichheit der Empfindung. Von einem Tonkünstler wie Schubert gesetzt, von einer Wienerin gesungen, würde es noch heute nach sechshundert Jahren — die Schalkhaftigkeit ausgenommen — das innere Bild der Töchter Wiens in Wort und Weise zum Ausdruck bringen.

L. Sp.

Nr 284. Czas 11/12 1880 Kraków, 11 C

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra Czasu, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., we Lwowie lub z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

| | na cały rok | na kwartał | na 1 miesiąc |
|---|---|---|---|
| Pocztą w państwie Austryackiem | 24 złr. | 6 złr. | 2 złr. 50 c. |
| „ „ Niemieckiem | 28 złr. | 7 złr. | 3 złr. |
| „ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi, Turcyi i innych państw należących do związku pocztowego | 32 złr. | 8 złr. | 3 złr. |

Prenumeratę przyjmuje się tylko od lipca do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi Czasu w Krakowie. — Listy reklamacyjne nieopieczętowane nie podlegają opłacie pocztowej. — Listów niefrankowanych nie przyjmuje się.
Rękopisma nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

CZ

## Kraków 10 grudnia.

Wiec józefiński, który się odbył w Narodnym Domu we Lwowie, wywołał sympatyczne echo współczucia w wiernokonstytucyjnych dziennikach wiedeńskich, ale także i w organach panslawistycznych Moskwy i Petersburga.

Nie mają atoli z czego tryumfować dzienniki centralistyczne, bo choć uchwalono w Narodnym Domu rezolucyę wyrażającą wotum nieufności dla obecnego gabinetu, zastrzeżono je jednak motywami pełnemi restrykcyi na rzecz zasad autonomicznych w ten sposób, aby według przysłowia i wilk był syty i owca cała, a raczej, aby mieć i wóz i przewóz. Dla zachowania dawnych względów i życzliwości centralistów wystarcza ta okoliczność, że na dane hasło józefińskich obchodów w całej monarchii Rusini także odpowiedzieli zgromadzeniem i szeregiem skarg na obecny system, na ucisk Polaków, a wreszcie wyrażeniem nieufności do gabinetu. Wszelako w motywach rezolucyi jest wiele mowy o autonomii i równouprawnieniu, aby w danym razie módz się przesiąść na wóz autonomiczny, a może oddać się znów w opiekę federalistów słowiańskich.

Lecz nie w tej mglistej rezolucyi o systematach politycznych monarchii leży właściwe znaczenie owego wiecu, czy partei-tagu. Długi szereg nieuzasadnionych utyskiwań i przesadnych żądań, co więcej, pobożne życzenia zwrócone przeciw istnieniu instytucyj autonomicznych w kraju, jak Rady szkolnej, chęć zniesienia budżetu krajowego i powiatowego przez uchylenie wszelkich dodatków na organizacyę autonomiczną, zdradza wyraźnie charakter centralistyczny całego programu.

Nie wracalibyśmy do tej sprawy dla nas bolesnej, gdyby wieczne skargi na wrzekomy ucisk Rusinów w Galicyi nie były wywołały odpowiedzi ze źródła niepodejrzanego o stronniczość dla Polaków. Daremnie bowiem sililibyśmy się przypominać skarżącym się Rusinom w Galicyi, że używają swobód i pełnego równouprawnienia, które w niczem nie krępuje rozwoju narodowości ruskiej. Przekonać o tem najlepiej może głos z Petersburga, bo w tę stronę właśnie zwracają się zwykle skargi wrzekomych przedstawicieli ludu ruskiego.

*St. Petersburgski Herold* poświęca obszerny rozbiór zebraniu ruskiemu w „Narodnym Domu“ we Lwowie. Organ ten skory do podejmowania wszystkiego, co niekorzystnem dla Polaków, będący atoli przeciwnikiem dążeń panslawistycznych, podniecających agitacye po za granicami Carstwa, wypowiada kilka uwag przedmiotowo o żądaniach Rusinów w Galicyi:

Oba narody — pisze *St. Peter. Herold* — mają równe prawa przy wyborach deputowanych tak do galicyjskiego Sejmu, jak do wiedeńskiej Rady państwa. W Sejmie zastępcą marszałka musi być obowiązkowo Rusin. Polscy i ruscy posłowie używają w Sejmie ojczystej mowy: Polak po polsku, Rusin po rusku bez tłómacza. Protokół sejmowy układa się w obu językach; święta łacińskie jak i święta unickie są jednakowo szanowane, bo równouprawnienie wyznań jest obowiązujące. Co się tyczy sprawy języka, należy zauważyć, że podania do władz, zarówno jak do wszelkich instancyj sądowych w obu językach są przyjmowane, a odpowiedzi wydawane w języku podania. W gminach, gdzie przeważa ludność ruska w szkołach ludowych, wszystkie przedmioty, z wyjątkiem polskiego języka są nauczane po rusku, zkąd więcej jest szkółek ludowych ruskich niż polskich. We Lwowie i w niektórych miastach wschodniej Galicyi istnieją średnie szkoły z wykładowym językiem ruskim. Na uniwersytecie lwowskim wykładają naukę języka i literatury ruskiej. Jest to pokrótce miara równouprawnienia obu narodowości żyjących w Galicyi. Do czegóż przeto dążą Rusini w rezolucyach przyjętych na zgromadzeniu lwowskiem?

Jak się z powyższego zestawienia wykazuje, posiadają już Rusini narodowe prawa i obszerny zakres narodowej autonomii. Chodzi tylko w rezolucyach zebrania o ich rozszerzenie. Cóż ma atoli wspólnego obecne położenie Rusinów z wielkiemi frazesami o „równouprawnieniu,“ „pogwałceniu“ itd., jakich używają niektóre nasze dzienniki, gdy mowa o Rusinach galicyjskich. Nasi koledzy po piórze nie powinniby zapominać, że narodowe prawa Rusinów żyjących w Rosyi to jest Małorusinów są o wiele mniej zastrzeżone. Gdy w Galicyi istnieją szkoły czysto ruskie, a język ruski oficyalnie jest uznanym w administracyi, sądownictwie i na Sejmie, kiedy tam istnieje narodowy teatr ruski a dzienniki ruskie wychodzą bez cenzury prewencyjnej, — w Rosyi niema ani jednej szkoły małoruskiej, ani jednego dziennika w tym języku, a obowiązujące prawo zakazuje prawie najostrzej drukowania książek małoruskich. Jakkolwiek polityczne stosunki usprawiedliwiają do pewnego stopnia to wyjątkowe położenie Małorusinów, wszelako sądzimy, — kończy *St Peters. Herold*, — że ci z naszych kolegów dziennikarskich, którzy wypisali na swym sztandarze godło rusyfikacyi, wstrzymywaćby się powinni od namiętnego wprowadzania w błąd opinii co do mniemanego ucisku Rusinów w Galicyi.

Tyle *St. Petersburgski Herold*, a zaiste paralela powyższa stosunków Rusinów z tej a tamtej strony kordonu zasługuje na uwagę przywódców ruskich, obradujących w „Narodnym Domu.“ *St. Petersburgski Herold* nie dotknął już kwestyi wyznaniowej, a zbyteczna przypominać, co lud ruski wycierpiał pod rządem rosyjskim za wierność narodowemu obrządkowi unickiemu niegdyś za Katarzyny, za Mikołaja i za dni naszych, a jakiej natomiast swobody używa i nadużywa częstokroć cerkiew unicka w Galicyi. Nie będziemy wspominać, kto przyjął kapłanów unickich i włościan chroniących się przed prześladowaniem, a kto ich od siebie odtrąca? kogo bolą te rany zadane cerkwi unickiej i kto ukochał lud i kler ruski za tę stałość wyznawców? Ci, którzy nie mają współczucia dla współbraci prześladowanych, nie mają także prawa do współczucia dla swych urojonych udręczeń. Niech pamiętają atoli, że system skarg i zażaleń zawodzi; a jak minęła w Wiedniu epoka przewagi centralistów i do nich daremnie się dziś odwoływać, tak niebawem uledz ze szczętem może stronnictwo panslawistyczne w Petersburgu, które siało na całym obszarze Słowiańszczyzny wichry, z których wyrastały dla samejże Rosyi burze. Nie tędy też droga dla Rusinów naszych do rozwoju narodowego. Zamiast wyrażania skarg lub przesadnych żądań, niech zużytkują swobody, jakie posiadają, a wspólna praca w kraju i państwie w duchu autonomii i zgody społecznej i plemiennej: oto jedyny program i pewny środek odzyskania ufności, którą Rusini galicyjscy utracili tak wo
wobec Korony.
stronni
do zgo
rękojmi tylk
wiary Ojców i

## KORESPO

+ Interpelacye
ków gabinetu jak
jesienny, bo opróc
minacyj nie przyno
kom rządu. Minist
no już ośm razy o
lowano go o usuni
bębnów wojskowych
erów i odjęcie im
formy podjęte prze
niem i celem jest
nie wojsku organiz
dziej republikańskie
nych p. St. Hilaire
rać swoją dość ubo
pewne dokumenta
tańskiej i greckiej,
pośrednio lub bezp
Wczoraj interpelacy
sprawy zagraniczne
sta Delafosse. W o
Hilaire ośmielił się
ciw Gambecie, lubo
że rząd chciano wep
ale na szczęście nied
pieczne zawikłania –
ministeryalnym opty
lityka rządu zabezpie
możliwego konfliktu
stwowego uroku. Odp
zwykle przyjęto por
wotum zaufania 190
republikańska nieprz
warunkowego pokoju
ne napisał krótki a
*nal des Débats*, w
kiedy partya ruchu
dwika Filipa za to,
na cztery rogi — z
publikanów bojącyc
wołano: do Włoch!
nu! a dziś wołają t
ta zmiana w duchu
się od dawnej do
P. John Lemoinne u
nie patryotyzmu i d
ten publicysta akade
*Journal des Débats*
zagranicznych, w któ
plomatyczne i poczuc
mocarstwa, że dzienn
brą szkołą i znajomość
kala się w kałuży rady
ciarskiej nienawiści Ko
sprawie publicznej waż
ciekłość antireligijna.

Okoliczność, że inte
rządu wychodzą od p
zwróciła znowu uwag
zdawał już być rozbity
tyści, to obóz bez szta
cy się między sobą,
łę, jaką daje świeża t
że p. Rouher będący
nie uznaje księcia Na
wel Cassagnac. Osobist
depchnęła większość p
zwłaszcza tych, którzy
Mimo tej schizmy wew
dnak organizacya stron
go, a głównym łącznik
bliskiej walki wyborcze

opy taryfowej klasy
każdych 5ciu czą-

lko do Tryesto, Czer-
yrolu i Vorarlbergu.

zytamy: „W prasie
go czasu pogłoski o
łogodzkiéj. Opisują
nad brzegiem jeziora
awiła się nieznana
który na nią za-
leści, a wkrótce po-
którzy jakąkolwiek
ość. Choroba ta tak
w kilku dniach
zaraza
otwarcie
obotę szpitalów
łem zapadło na nią
ób; procent śmier-
wnemi znamionami
ciele i gorączka.
dzaj dżumy astra-
iejscowéj, przynie-
byli do Saratowa
adają dzienniki za-
mia: Co do nas —
bezpośrednich ża-
aprzeczyć tym wie-
pokąd organa naszéj
nią.“

onoszą, że w mini-
acowany plan podat-
ędą wszyscy podda-
ż obcokrajowcy, któ-
mieszkają w Rosyi.
podatku jest: od 18
będą zwolnieni: a)
ci, co służąc w woj-
, lub nawiedzeni zo-
i zakonnicy wszyst-
; d) uczniowie wszy-
w czasie studyów; e)
lowie państw zagra-
owni zagraniczni. Po-
rubla na rok od oso-
zie podatek ten wpro-

zcza wiadomość o za-
atach okręgów nauko-
kuratorów okręgowych,
burgu, mają być znie-
żona ma być liczba in-
i powiększone pensye
żona na te wydatki ma

o powołany został se-
rze przewodniczącego
opracować nową usta-

## i zagraniczna

grudnia.

o godzinie 11ej przed
w kościele Ś. Barbary
Stowarzyszenia mło-
, jako w 73 rocznicę
a pod godłem Niepoka-
, a mianowicie: Suma
ntu, celebrowana przez
kazać będzie X. kanonik
ożeństwa wykonaną zo-
inga msza Horaka z całą
„Offertorium“ Karola Stu-
abożeństwo procesya, na
stąpi *in corpore*.
gólne zgromadzenie Człon-
ystwa Dobroczynności, któ-
pstwie protektora X. kan.
olkowski. Po zagajeniu
niczącego stosowną przemo-
rpującem sprawozdaniu se-
nie przyjęło bardzo przy-
mi, a co ważniejsza, bez
ie po przemówieniu dotych-
ąpiono do wyboru prezesa,
w na następne trzechlecie.
przez aklamacyę Dr Kon-
enator Kapituły krakowskiej,
dność od lat 30; wiceprezes
aw Ściborowski, Dr Jan
atelski i Jan Kanty Ka-
ydziału spisu: pp. Przemy-
ker, Kazimierz Stankiewicz,
Maciołowski; Wydziału go-

spodarczego: pp. Dominik Zoner, Ignacy Żółtowski, Stanisław Bartl, Teofil Zachałka, Stanisław Zaczyński; Wydziału skarbowego: pp Jan Gwiazdomorski, Henryk Schwarz, Henryk Müldner, Józef Bielak, Józef Zaplatalski; Wydziału prawnego: pp. Józef Louis, Ludwik Korytowski, Wiktor Brzeski, Dr Władysław Markiewicz, Franciszek Bartynowski; Wydziału zdrowia: pp. Dr Józef Jaszczurowski, Dr Jan Buszek, Dr Ludwik Wiszniewski, Fortunat Gralewski, Adolf Siedlecki.

— W górnych salach Sukiennic odbędzie się drugi koncert muzyki wojskowej 40go pułku na korzyść ubogich Ś. Salomei. Powodzenie, jakie miała pierwsza próba takiego zebrania, daje rękojmię, że koncerta w Sukiennicach wejdą w zwyczaj i potrzebę Krakowian zimową porą, jak koncerta w ogrodzie Strzeleckim bywają ulubioną schadzką latem.

— Rocznica śmierci króla Stefana Batorego przypada w tym roku na niedzielę 12go grudnia, msza przeto żałobna w grobach królewskich na Wawelu odprawi się w wilię rocznicy d. 11 b. m. o godzinie wpół do dziesiątej.

— **Tarnów** 8 grudnia.

Odbył się tu w d. 6 b. m. teatr amatorski na korzyść ubogich, zostających pod opieką dam Towarzystwa Ś. Wincentego à Paulo. Dochód brutto wynosi 460 złr., wydatki 110 złr., czysty więc dochód przedstawia się w kwocie 350 złr.

— O napadzie rozbójniczym na dwór w Lisiczyńcach w powiecie zbaraskim otrzymuje *Gazeta Lwowska* następujące bliższe szczegóły: Lisiczyńce własność państwa Michała i Walerya Czarniakowskich, przypierzają gruntami do granicy rosyjskiej i do obszernych lasów Hnilickich, Szylskich, Suchowieckich i innych. Sam dwór położony jest o dwa kilometry od granicy. W nocy z dnia 4go na 5ty grudnia banda zbójecka złożona z 7 zamaskowanych opryszków, dostała się najpierw do stajni końskiej, w której nocowało trzech parobków. Zbójcy rzucili się na nich, ranili jednego ciężko żelaznym drągiem w głowę, drugiego w ramie i skrępowali wszystkich powrozami, nakazując im pod grozą śmierci milczenie. Ze stajni udali się do oficyn, gdzie się znajdowali gumienny, dwóch parobków i trzy służące, powiązali wszystkich, oświadczając, że jeśli zachowają się spokojnie nic im się nie stanie, gdyż przyszli tylko do pana po „hrosze“. W tejże oficynie nocowała także panna służąca Majewska, którą rabusie także związali, zostawiając ją w łóżku. Z oficyny udali się do samego dworu i wpadając już tym razem z wielkim hałasem i krzykiem poczęli szturmować do drzwi, rozbili je i wtargnąwszy do środka, rzucili się na lokaja i chłopaka kredensowego, związali ich również powrozami i wpadli w końcu do pokoju w którym znajdował się p. Czarniakowski, obudzony już gwałtownym hałasem. Rabuś, który pierwszy wtargnął do pokoju, wymierzył rewolwer do pana Czarniakowskiego, dwaj inni rzucili się nań równocześnie, uderzyli go drągami żelaznemi po głowie i po ramieniu, powalili na ziemię i poczęli wołać grożnie: „Daj pieniądze! *Geld hundert Tausend!*“ Ogłuszony uderzeniem p. Czarniakowski stracił na chwilę przytomność; tymczasem dwaj złoczyńcy udali się do drugiego pokoju, w którym znajdowała się pani Czarniakowska. Przerażona kobieta zawołała na zbójców, że wyda im wszystkie pieniądze, byle nie pastwiono się nad nią i nad mężem. Zbójcy zażądali kluczyka od kasy Wertheimowskiej, który im wręczył p. Czarniakowski, otworzyli kasę i zabrali z niej papiery wartościowe, gotówkę i kosztowności. Następnie rozbili biurka i komody, zabierając sakiewki i pierścionki, poczem się udali do pokoju jadalnego, porozbijali szafy i wydobywając suknie i futra poczęli robić z nich węzełki, w tej chwili jednak jeden z ich towarzyszy, zostawiony znać na straży, dał sygnał do odwrotu i zbójcy szybko opuścili pokoje. Odwrót ten nagły, który nie dał zbójcom dokończyć rozpoczętego rabunku i wybawił państwo Czarniakowskich od katuszy a może i od śmierci, spowodowany został przytomnością umysłu i odwagą panny służącej Majewskiej, która jakkolwiek skrępowana przez opryszków umiała się uwolnić z więzów i wybiegłszy z oficyn udała się do mieszkania ekonoma i na wieś alarmując mieszkańców. Jakoż ekonom zebrawszy na prędce kilku ludzi spieszył już z pomocą, kiedy zbójcy przestrzeżeni opuścili dwór. Rabusie wszyscy byli zamaskowani, a mianowicie mieli na twarzach maski z czarnej materyi, t. z „kołokłosu“, czarne kurty i wysokie miejskie buty. Uzbrojeni byli w żelazne drągi, w piki z ostremi grotami, noże i rewolwery. Podczas rabunku używali rozmaitych języków, rosyjskiego, ruskiego, polskiego i żydowsko-niemieckiego żargonu. Sposób wykonania napadu wskazuje, że znali doskonale lokalne stosunki. Władze rozwinęły energiczną czynność i poczyniły wszelkie kroki celem wytropienia i schwytania złoczyńców. Z pierwszego doniesienia okazało się, że zbójcy przybyli do Lisiczyniec konno, i że konie zostawili pod atrażą za wsią. Uszli za granicę rosyjską, a na szlaku którym uciekali, znaleziono dwie maski czarne, dwie podkowy i flaszkę wódki. Podejrzenie uczestnictwa w tym zuchwałym rozboju pada na dwóch żydów, z których jeden, dzierżawca karczmy koszlackiej, tej nocy nie był w domu i jak się zdaje uciekł do Rosyi, drugi zaś został aresztowany. Przemawiają przeciw niemu znaczne poszlaki, niektórzy domownicy poznają w nim jednego z opryszków. Sąd w Tarnopolu wydelegował osobną komisyę śledczą w tej sprawie. Łup, z którym uszli rozbójnicy, stosunkowo nie jest znaczny, wartość jego wynosi około 6.000 złr. Uszkodzenia, jakie ponieśli z ręki opryszków państwo Czarniakowscy są na szczęście nieznaczne.

— Pół roku temu przytrzymano w Wiedniu jakiegoś człowieka, który nazwał się hr. Piotrem Iwanem Orłowem. W ciągu śledztwa przybierał on rozmaite nazwiska rosyjskie, polskie, włoskie, niemieckie i zajmował sobą policyę wszystkich stolic europejskich, lekarzy domu obłąkanych i sądy. Pokazało się wreszcie, że był on fajczarzem z Czech, który służył w wojsku, był zbiegiem, kradł i dopuszczał się oszustw a kilka razy siedział w więzieniu. Może trudno było dowiedzieć się, kto on jest, ale niezawodnie dużo dałoby się uprościć śledztwo, jeśliby zamiast wywiadywać się o jego nazwisko, zaczęto od sprawdzenia jego narodowości. Gdy się mienił Rosyaninem, Polakiem lub Anglikiem, niechby go zagabnął Rosyanin, Polak lub Anglik w swoim rodowitym języku, a wnet wydałoby się, czy umie w tym lub innym języku rozmówić się.

— W Peszcie odbył się, jak donosi *Pester Journal*, świeżo pojedynek na pałasze między deputowanym do sejmu p. Gedeonem Rohonczy i hr. Mikołajem Esterhazym. Przymówili oni sobie podczas polowania na lisy w sporze o kwestyę myśliwską i postanowili spór ten na drodze rycerskiej rozstrzygnąć. Pojedynek miał trwać aż do unieszkodliwienia jednej ze stron do walki. Odbył on się we wtorek o godzinie 8ej zrana w sali jednego z nowych gmachów. Dwa pierwsze natarcia pozostały bez skutku, w trzeciem pękła klinga pałasza w ręku Rohonczego i ten został w tej chwili cięty w prawy obojczyk pałaszem hr. Esterhazego, który z szybkością błyskawicy zrobiwszy fintę „primy“ wymierzył „sekundę“. Wszystko stało się tak szybko, że hr. Esterhazy nie dostrzegł, iż przeciwnik jego rozbrojony i sekundanci nawet nie mieli czasu przeszkodzić cięciu. Hr. Esterhazy został sam przy natarciu ze strony Rohonczego płazem pałasza lekko raniony w okolicę żołądka. Krwotok Rohonczego był bardzo silny i rana jego uznaną została za ciężką, sekundanci ogłosili przeto pojedynek za skończony. Rohonczy nie przewidywał tego wyniku walki, wybierając się bowiem na pojedynek, kazał służącemu przygotować ubiór myśliwski, w którym miał się zaraz udać na polowanie.

— We wtorek o północy dało się znów uczuć w Zagrzebiu dość silne, faliste trzęsienie ziemi, trwające dwie sekundy przy głuchym hu u podziemnym. Żadna jednak szkoda nie powstała.

**Wiadomości policyjne.** Straż policyjna przytrzymała: Jędrzeja Kipikaszę, za kradzież nafty; Kunegundę Tobiaszową, za kradzież cegieł; Maryę Partykową, za kradzież chustai; Józefa Bala, za oszustwo.

W policyi złożono: cztery zeszyty powieści „Serce i złoto,“ które wczoraj pod kościołem OO Franciszkanów znalazł Stanisław Adamski, uczeń gimnazyalny.

**TEATR.** W sobotę d. 11 grudnia: Komedya w 4 aktach M. Kleppa, przełożył z niemieckiego Michał Gawalewicz: *Rosenkranz* i *Güldenstern*. — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół Sztuk pięknych w Sukiennicach otwarta codziennie o godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. — Wstęp w niedziele 15 centów, w dnie powszednie 30 centów.

— Gabinet archeologiczny uniwersytetu Jagiellońskiego (w *Collegium majus*) zwiedzać można codziennie od 12ej do 1ej prócz niedziel, świąt i feryj uniwersyteckich.

— Muzeum Techniczno-przemysłowe w gmachu Franciszkańskiem otwarte codzień od 10ej do 6ej. — Wstęp 20 cent. od osoby. W niedziele od 10ej do 2ej bezpłatnie.

— D. 9 grudnia pochmurno i deszcz, w nocy gwałtowny wicher; termometr od +2·8 doszedł do +6·0 C. Barometr do rana d. 10 szybko szedł na dół; o 7ej rano dnia tegoż stan jego był 731·8 millim., termometru +0·6 C. Wiatr północny.

W sobotę d. 11go grudnia: Ś. Damazego pap.

---

## Wiadomości bibliograficzne.

Po raz pierwszy pojawił się *Kalendarz dla prawników na r. 1881.* Zasługą to redakcyi *Przeglądu sądowego i administracyjnego*, która w ten sposób z jednej strony uczyniła zadość potrzebie, zapełniła brak dotkliwy, z drugiej zaś wytrąciła z rąk wydawnictwa niemieckie, któremi nas zarzucano. Obowiązkiem jest prawników wydawnictwo to poprzeć, zwłaszcza, iż już pierwszy rocznik przedstawia się bardzo dobrze, zawiera bowiem wyczerpujące wiadomości informacyjne w przeróżnych kierunkach, a oprócz tego ustawę z d. 8 marca 1876, przegląd wszystkich władz politycznych i skarbowych, dla handlu i gospodarstwa społecznego, kultury krajowej i górnictwa

---

„Pozwólcie mi działać“. dziów w rzeczach polityki i sztuki, ilu tak zwa- mówił dalej dogmatycznie Détiot, nakładając fajkę

V

Sprawki Krusskich
w Reichsracie —
po części i w Sejmie —

Матеріали у справі
зміни виборчого права

44 арк.

Wny Kornel Krzeczunowicz

1

# ZASADY
## DO ZMIANY PRAWA WYBORCZEGO DO SEJMU

przedstawione walnemu Zgromadzeniu członków klubu postępowego polskiego, przez Wydział tegoż klubu.

---

1. Sejm krajowy składać się powinien jedynie tylko z posłów z wyboru pochodzących.

2. W celu przeprowadzenia wyborów do Sejmu, kraj będzie podzielony na okręgi wyborcze, o możliwie równej ilości podatków stałych; każdy okręg wybiera taką ilość posłów, jaka w stosunku podatku przez pojedyńczy okręg wyborczy, do podatków przez całość kraju opłacanych będzie odpowiednią.

3. Oprócz wyborców, którym ordynacya wyborcza dla gmin z 12. Sierpnia 1866 w §. 1 l. 2. przyznaje prawo wyboru, są wyborcami wszyscy ci mieszkańcy kraju, którzy w kraju opłacają, z majątku nieruchomego, z zarobku lub dochodu podatek stały w wysokości przynajmniej 4 zł. w. a.

4. Wyborcy w każdym okręgu wyborczym, spisani będą według tego porządku, w jakim następują po sobie opłacane przez nich kwoty podatkowe, podług ich wysokości, poczynając od najwyższej; poczem każdy okręg wyborczy podzielony będzie, z możliwie równą ilością opłacanego podatku, na tyle kół wyborczych, ilu posłów z tego okręgu ma być wybranych.

5. Wyborcy niepłacący podatków, przydzieleni będą do drugiego i trzeciego koła wyborczego, według postanowień w ordynacyi gminnej §. 14 przyjętych.

6. Oprócz zastrzeżeń w ordynacyi wyborczej dla Sejmu z dnia 26. Lutego 1861 w §. 16. zawartych, posiadają prawo wybieralności do Sejmu tylko te osoby, które dokładną mają znajomość czytania i pisania w języku krajowym.

7. Urzędnicy Państwa i kraju, z wyjątkiem stanu sędziowskiego nie mają prawa wybieralności.

8. Głosowanie wyborców, odbywa się jawnie.

9. Zastępstwo przez pełnomocników, oprócz dla kobiet, i dla bezwłasnowolnych, może być dozwolone tylko z powodu przeszkód publicznych.

W przeprowadzeniu zasad powyżej pod 1. 2. 3. 4 przytoczonych, tudzież w przypuszczeniu, iż dotychczasowa ilość posłów 150, jest dostateczną, wypadałoby podzielić kraj na 50 okręgów wyborczych, a każdy okręg na trzy koła wyborcze. Okręg wybiera po 3 posłów, po jedném w każdém kole wyborczym.

## Okręgi wyborcze a oraz i miejsca wyborców byłyby następne:

Dawniejszy Obwód **Lwów** i **Brzeżany** dzieli się na 4 okręgi Lwów, Gródek, Brzeżany, Rohatyn i wybiera posłów . . . . . 12

„ „ **Zaleszczyki** i **Kołomyja** dzieli się na 4 okręgi: Zaleszczyki, Borszczów, Kołomyja i Horodeńka i wybiera posłów . . 12

„ „ **Przemyśl** i **Sambor** dzieli sie na 6 okręgów: Przemyśl, Sambor, Jarosław, Drohobycz, Mościska, Turka i wybiera posłów . 18

„ „ **Sanok** dzieli się na 2 okręgi: Sanok, Dubiecko i wybiera posłów . . . . . 6

„ „ **Stanisławów** dzieli się na 2 okręgi: Stanisławów, Buczacz i wybiera posłów . 6

„ „ **Stryj** dzieli się na 2 okręgi: Stryj, Kałusz i wybiera posłów . . . . 6

„ „ **Tarnopol** i **Złoczów** dzieli się na 6 okręgów: Tarnopol, Złoczów, Zbaraż, Brody, Skałat, Załośce i wybiera posłów . . 18

„ „ **Żółkiew** dzieli się na 2 okręgi: Żółkiew, Rawa i wybiera posłów . . . 6

„ „ **Kraków, Bochnia, Wadowice** dzieli się na 6 okręgów: Kraków, Bochnia, Chrzanów, Wadowice, Biała, Myślenice i wybiera posłów 18

„ „ **Jasło** dzieli się na 2 okręgi: Jasło, Gorlice 6
i wybiera posłów . . . 6

„ „ **Rzeszów** i **Tarnów** dzieli się na 6 okręgów: Rzeszów, Tarnów, Przeworsk, Dębica, Rozwadów, Mielec i wybiera posłów . 18

| | | |
|---|---|---|
| Dawniejszy obwód | **Sącz** dzieli się na 2 okręgi: Nowy Sącz, Nowy Targ i wybiera posłów . . | 6 |
| | **Kraków** miasto dzieli się na okręgów 2 i wybiera posłów . . . . | 6 |
| | **Lwów** miasto dzieli się na okręgów 4 wybiera posłów . . . . | 12 |
| | Razem okręgów 50 posłów | 150 |

W każdym okręgu wyborczym przypadnie podatków około 120 000 zł. w. a. z wyjątkiem miasta Lwowa, gdzie będzie 195.000 zł. w. a. a w mieście Krakowie 95.000 zł. w a. na jeden Okręg czyli na 3 posłów.

# POWODY

## do postawionych przez Wydział klubu postępowego polskiego zasad

**w celu przeprowadzenia zmiany prawa wyborczego do Sejmu.**

---

Wszelka ustawa, a przedewszystkiem ustawa wyborcza, jest tylko wtenczas dobrą, jeżeli odpowiada stosunkom i potrzebom ludności i kraju, w którym ma być obowiązującą.

Nadto ustawa wyborcza, której głównym jest celem przedstawić w małém zebraniu ludzi o ile można najsprawiedliwszy wyraz potrzeb i życzeń pewnej całości administracyjnej, powinna nietylko uwzględnić ogół ludności, ale także takie, i tylko wyłącznie takie zawierać czynniki, które byłyby w stanie tym potrzebom i życzeniom należyty dać wyraz.

Teorya stawia rozliczne systemata do prawa wyborczego.

Jedni stawiają za szczyt doskonałości, systemat prawa, do wyborów ogólnych nieograniczonych, inni chcą wprowadzać ograniczenia.

Jedni wskazują jako nader korzystne wybory według stanów, inni wprowadzają wybory według tak zwanych interesów.

Jedni zachwalają wybory bezpośrednie, drudzy tylko w wyborach pośrednich widzą zbawienie.

A są nawet tacy teoretycy nowszej szkoły, którzy nie bez pewnych i bardzo logicznych wywodów popierają jako jedynie prawdziwy wyraz opinii publicznej system wyborów z pojedyńczych stowarzyszeń, gdyby tylko cały kraj w takie pojedyńcze stowarzyszenia ująć byli w stanie.

W obec tych rozlicznych systematów, nam w razie danym nie idzie o to, który z nich jest teoretycznie lepszym, ale jakie właściwie zasady przy prawie wyborczém, wśród istniejących okoliczności w kraju naszym są stosowniejsze i do przeprowadzenia możliwe.

Zobaczmy pokrótce, jaka u nas była dotąd historya prawa wyborczego.

Za czasów przedrozbiorowych całe życie publiczne owładnął stan szlachecki, to też wybory, jakkolwiek niby ogólne, tylko przez szlachtę się odbywały — a wyjąwszy wyższe duchowieństwo, które

jako takie miało pewne miejsca w Senacie, nikt oprócz szlachty właściwie posłem być nie mógł.

Ustawa 3 Maja 1791 zawierająca poprawę co do miast, już naszego kraju nie objęła.

Po dokonanym zaborze wprowadzono reprezentacyę tak zwaną Stanową w kraju naszym, w której brali udział biskupi i szlachta a w dodatku miasto Lwów.

Dopiero rok 1848 rozpoczął w Austryi, a tem samem i u nas erę konstytucyjną, która głównie z powodu złych ustaw wyborczych, jak nam to z doświadczenia wiadomo, nie bardzo dla ludów korzystne wydaje owoce.

Jedne Węgry pojęły swoje stanowisko, — jednym silnym ruchem zerwały z przeszłością, uznały pełne równouprawnienie ludu, i jakkolwiek nie bez dotkliwych klęsk, dobiły się przecież uznania swoich praw i samoistności państwowej doszły, którą myśmy właśnie postradali przez niedopuszczenie ludu do równości prawa.

Po różnych próbach powrotu do form absolutystycznych, wydano nareszcie i dla pojedyńczych krajów w Austryi, a tem samem i dla nas prawo wyborcze — które co do zawiłości swojej i poplątania rozmaitych systemów nie ma sobie równego.

Zawiera ono nietylko posłów nominowanych ale także i wychodzących z wyborów stanowych, mianowicie ostatnich w wyborach z tak zwanych większych posiadłości — dalej przeprowadza w miastach wybory ogólne z ograniczeniem niby cenzusu pieniężnego; wprowadza wybory według interesów przez izby handlowe — nareszcie przy wyborach gminnych stosuje zasadę wyborów pośrednich, z ograniczeniem a względnie z cenzusem pieniężnym.

Jeszczeby i te rozliczne sposoby nie były może tyle rażące, gdyby dowolne zestawianie okręgów wyborczych, kierowane widocznie myślą paraliżowania jednych przez drugich, nie wywierały tak złych skutków na czynności ciał reprezentacyjnych, jak tego ciągłymi jesteśmy świadkami.

Z tych to powodów Wydział klubu, poczuwał się do obowiązku podniesienia tej kwestyi zformułowania potrzebnych zmian, które w kilku główniejszych zasadach zebrane zostały.

Usterki obecnie obowiązującej ustawy wyborczej, najlepiej dadzą się ocenić przez zestawienie cyfer.

Sejm nasz krajowy oprócz dziewięciu nominowanych posłów, składa się z 141 posłów wybranych, a to z 44 z większych posiadłości, z 23 z miast i z izb handlowych — i z 74 posłów wiejskich.

Jedną z najgłówniejszych zasad przy wyborach, jest niezaprzeczenie opłacany przez wyborców podatek; — otóż według tego czynnika okazuje się, że na jednego posła z większych posiadłości przypada zwykłego podatku złr. 25.552. —

na jednego posła z gmin wiejskich przypada podatku 48.272 złr. — zaś

na jednego posła z miast, które do wyboru posłów są uprawnione, wypada podatku 62.506 złr.

Jest więc pod względem czynnika podatkowego już przeciętnie w całym kraju, wielka niesprawiedliwość — która wszakże w pojedyńczych grupach, jeżeli można, jeszcze bardziej rażące przybiera rozmiary.

I tak podczas gdy na jednego posła z większych posiadłości w obwodzie dawniej Sandeckim przypada 13.609 zł. podatku — liczy się na posła z obwodu Lwowskiego 41.592 zł.

Na jednego posła z gmin wiejskich okręgu wyborczego Jarosław, Sieniawa, Radymno, wypada podatku 87.562 zł.

Podczas gdy na takiego posła z okręgu wyborczego Nadwórna, Delatyn, tylko 23.722 zaliczono.

W okręgu wyborczym miasta Nowy Sącz wypada na jednego posła podatku 7.237 zł. zaś

W okręgu wyborczym miasta Lwowa wypadą na jednego posła 195.571 zł.

Teorya stawia obok podatku, jako ważny czynnik przy układaniu prawa wyborczego, cyfrę ludności; — zobaczmy więc jak pod tym względem postąpiła obowiązująca obecnie ustawa.

Przy wyborach większych posiadłości wypada w okręgu wyborczym Obwodu Tarnowskiego jeden poseł na 65 wyborców —

podczas gdy w okręgu wyborczym Obwodu Samborskiego, liczy się jeden poseł na 29 wyborców.

Przy wyborach z miast wypada w okręgu wyborczym miasta Kołomyi 1.655 wyborców na jednego posła —

podczas gdy w okręgu wyborczym miasta Biały przypada na jednego posła 232 wyborców.

Nareszcie przy wyborach z gmin wiejskich liczy Okręg wyborczy Bochnia, Niepołomice, Wiśnicz na jednego posła 94.712 ludności; podczas, gdy takiż okręg wyborczy Łąka Medenice liczy tylko 44.408 ludności.

Toż i stosunek co do rzeczywistych wyborców w całości kraju jest nader nieodpowiedni.

Albowiem podczas gdy 2.095 wyborców większych posiadłości wybiera 44 posłów; przypada na 21 834 wyborców z miast 23 a względnie po potrąceniu 3 posłów z izb handlowych, tylko 20 posłów.

Z posiadłości mniejszych jest wprawdzie według obowiązującej ustawy 384.126 prawyborców uprawnionych, zważywszy wszelako, że przy wyborach pośrednich prawyborcy właściwie żadnego wpływu na wybory nie wywierają, przyjąć należy, iż tylko wyborcy, których liczbę na 15.000 przyjąć można, wybierają 74 posłów.

Z zestawienia powyż przytoczonych liczb pokazuje się iż pomimo pozornie bardzo liberalnych zasad obowiązującego obecnie prawa wyborczego — właściwie zpomiędzy opłacających podatki nie więcej jak 38 929 osób wykonywa w całym kraju rzeczywiste wybory.

Dla tego też zadaniem było Wydziału klubu owe rażące usterki obowiązującego prawa wyborzcego usunąć — i w tej mierze postawiono jako pierwszą zasadę: iż posłem może być tylko człowiek wybrany.

Zasada ta bynajmniej nie jest skierowaną przeciw duchowieństwu wyższemu, gdyż tak dobrze jak Biskupów trafia i Rektorów dwóch Wszechnic; — wszelako w dobrze pojętym interesie kraju przyjętą być powinna, gdyż poseł nominowany jest nietylko sam przez się anomalią — ale nadto broniąc, jak bardzo naturalnie, interesu osobistego, często z ogólném dobrem kraju niezgodnego, może tem samem więcej przynieść szkody jak pomocy całem światłem swojem.

Co do Biskupów, krzesła poselskie zajmujących, zauważać należy, że jeżeli są posłami jako zwierzchnicy religijni, to tem samem prawem i zwierzchnikom innych wyznań w kraju — krzesła poselskie się przynależą.

Jeżeli zaś tylko w skutek ich światła i doświadczenia powołani zostają do godności poselskiej, coby także i do Rektorów wszechnic odnieść należało, toż osobistości tak wybitne, o ileby w sobie czuły chęć służenia krajowi, najniezawodniej znajdą wpływem swoim dostateczne sposoby, aby przez uprawnionych na godność poselską byli wybrani.

Wszakże co do Biskupów i tę jeszcze podnieść należy okoliczność, iż właśnie z powodu ich wysokiej godności kościelnej, niekoniecznie byłoby do życzenia, aby w Sejmie zasiadali.

Według naszego bowiem przekonania — wszelkie kwestye

dotyczące religii nie należą do ciał ustawodawczo-administracyjnych, jakiemi są Sejmy krajowe. Szanując zaś przedewszystkiem wolność osobistą i obywatelską, niemniej szanujemy i wolność kościoła, gdyż zawsze i wszędzie chcemy mieć w całej pełni utrzymaną zasadę: „Wolny kościół w wolnem państwie.“

Względnie do Rektorów naszych wszechnic, jeszcze jedna i nader ważna nasuwa się uwaga, a tą jest ta okoliczność iż Rektorowie wybierani są na rok jeden, a przeto i godność poselską jako Rektorzy, tylko przez ten jeden rok piastować mogą, z czego wynika, iż zaledwie z trybem spraw toczących się rozpoznają, a jako członkowie nowi, światłem swojem nie wielkie oddać mogą przysługi i w danym razie, jak tego już były przykłady, nawet w ciągu kadencyi sejmowej, nowemu następcy ustępować muszą.

Przechodząc do dalszych zasad projektowanych zmian — zauważyć przedewszystkiem należy, iż uznajemy w całej rozciągłości równouprawnienie wszystkich mieszkańców kraju do brania udziału w zarządzie, i pragniemy, ażeby zasada ta i u nas mogła kiedyś ze skutkiem korzystnym dla ogółu być w życie wprowadzoną.

Wszelako uważamy że zasada wyborów ogólnych bezpośrednich i niczem nie ograniczonych, może być, a właściwie powinna być tylko w tym kraju wprowadzoną, w którym nietylko uczucie obowiązku służenia krajowi jest silnie rozbudzone, — ale nadto i ludność cała jest tak dalece wykształconą iżby każdy wyborca był świadom nie tylko celu wyboru, ale i tych czynności, które następnie jako wybraniec swoich wyborców spełniać byłby obowiązany. — Dopóki w pewnym kraju te warunki nie zachodzą — nie możemy zalecać wyborów ogólnych niczem nie ograniczonych, gdyż żadną miarą nie godzi się stawiać wyżej interesu osobistego jednostek od interesu ogółu, który podobnemi wyborami, najczęściej na bardzo dotkliwe szkody bywa narażony.

Dowody niestety mamy żywe na Francyi, do czego głosowanie powszechne prowadzi.

Toż i kraj nasz do wyborów ogólnych niczem nieograniczonych, nie jest jeszcze usposobiony.

Poczucie do obowiązków publicznych, prawie żadne. Wykształcenie umysłowe na tak niskim stopniu, że częstokroć nawet wybrani posłowie, toczących się obrad pojąć nie są wstanie.

Aby temu złemu którego skutki mamy przed oczyma przynajmniej częściowo zaradzić, należało przy przedstawieniu zasad do zmian prawa wyborczego, pominąć w pierwszej linii czynnik ludności,

a ograniczając się na drugim, prawie równoważnym czynniku, to jest na opodatkowaniu.

Podatek jąko taki służyć powinien i służy na utrzymanie zarządu państwowego; kto przeto do utrzymania tego zarządu w większym przyczynia się stopniu, ten w miarę tego przyczynia się i w uprawnieniu a względnie przy wyborach, więcej powinien być uwzględniony. Zasada ta jes słuszną, a jakkolwiek w przeprowadzeniu aż do ostatecznych konsekwencyi — do nadużyć doprowadzićby mogła, to z drugiej strony łatwo temu położyć tamę przez pewne zastrzeżenia, jak n. p. iż poniżej pewnej liczby wyborców, wybory odbywać się nie mogą.

Zwolennicy powszechnych wyborów, zazwyczaj przeciw powyż przytoczonym twierdzeniom zarzucają: obowiązek uwzględnienia tak zwanego podatku krwi — czyli ogólnego obowiązku osobistego służenia w wojsku, do którego właśnie najbiedniejsza a w kraju zwykle najliczniejsza klasa ludzi najwięcej przyczyniać się musi.

Wszelako zarzut ten przy rozważniejszym zastanowieniu się, zupełnie odpada — gdyż obowlązek służenia wojskowo, nie jest i nie może być nawet porównany z podatkiem

Służba wojskowa jest obowiązkiem osobistym — podatek obowiązkiem rzeczowym.

Służba wojskowa dotyka młodych ludzi, którzy do innych obowiązków publicznych jeszcze nie są uzdolnieni — podczas gdy inni właśnie na ich utrzymanie poświęcają trud i pracę i mozolnie zapracowany grosz znoszą jako daninę publiczną.

A zresztą gdyby według tego zarzutu logicznie postępować przyszło, toby właśnie tylko tym młodym do wojskowej służby powołanym prawo czynnego wyboru i wybieralności przyznać należało, czego przecież nikt żądać nie może.

Przy opłacie podatków, należało takze zwrócić uwagę na wysokość tychże; a jak z jednej strony, dla uniknienia przeważnych wpływów ludzi możnych, nalezy powstrzymać takowe przez ograniczenie cyfry wyborców, poniżej której wyboru odbywać nie wolno, tak się i z drugiej strony, mając szczególnie wzgląd na obowiązujący w kraju naszym system opodatkowania, przy którym nieruchoma własność w daleko wyższym stopniu jest opodatkowaną od własności ruchomej lub dochodu z tejże — należało zatrzymać również pewną granicę, a względnie pewną cyfrę opłacanego podatku, poniżej którego wykonywanie prawa wyborczego, już nie uznaniem prawa, ale może nader trudnym obowiązkiem stawałoby

się, gdyż rolnik o jednym lub dwu morgach, który bez codziennego zarobku siebie i familię wyżywić nie jest w stanie — nie może także dla dopełnienia prawa wyborczego, na dni parę a często o mil kilka udawać się bez bardzo dotkliwego dla siebie i swoich uszczerbku.

Na podstawie tych uwag przyjętą została zasada, iż z pomiędzy płacących podatek, ci do wyboru czynnego są uprawnieni, którzy w kraju opłacają podatek w wysokości najmniej 4 złr; — jako też i ta druga zasada, iż w okręgu wyborczym, po spisaniu płacących podatek według wysokości tegoż, zrobiony ma być podział na tyle kół wyborczych, ilu posłów okręg wybiera. Zauważyć tutaj należy, iż tak mniemana cyfra podatku 4 złr. jak też i proponowana ilość 3 kół wyborczych w każdym okręgu wyborczym, nie są wcale orzeczeniami zasadniczemi, i tylko dla konieczności postawienia pewnej cyfry podane być musiały.

Bliższe rozpoznanie cyfer i dat statystycznych może wskazać inne stosowniejsze, a zwłaszcza — co do minimalnej cyfry podatkowej, która może już z powodu powyż nadmienionego, to jest iż stopa podatkowa u nas inna jest przy podatkach gruntowym i domowym, a inna przy dochodowym i zarobkowym — częściowo przynajmniej zmienionąby być powinna.

Oznaczenie takie mogłoby już być pozostawione przeprowadzeniu samemu ustawy, tem bardziej, że wymaga dokładnego zbadania wielu miejscowych stosunków.

Przez postawienie zasady, iż każden okręg wyborczy wybiera trzech posłów, usunięte najprzód zostało owo odróżnianie stanu szlacheckiego, mieszczańskiego i włościańskiego, które, jakkolwiek w ustawie samej niewypowiedziane, faktycznie przez podział na wielkie posiadłości, miasta i małe posiadłości, samo przez się wyrobić się musiało; a chociaż przy zatrzymaniu trzech kół wyborczych, i według proponowanej zmiany, po największej części właściciele większych wiejskich posiadłości, wejdą do pierwszego koła wyborczego, to przecież nie będą oni tam sami, gdyż wcielając także oprócz Lwowa i Krakowa wszelkie miasta w kraju naszym do łącznego i z resztą ludności wyboru — szczególnie tam gdzie są miasta większe, bardzo znaczna część wyborców będzie pochodzić z miast owych, jakoto właściciele większych realności miejskich lub przedsiębiorstw handlowych lub przemysłowych, którzy czasami dużo wyższy podatek od właścicieli ziemskich opłacają.

Tak samo będzie i przy drugiem kole wyborczém, w którém

nietylko wielu z pomiędzy właścicieli większych — cała średnia klasa miejska, — ale i wielu z pomiędzy majętniejszych włościan znajdować się będą. — Trzecie nareszcie koło wyborcze będzie miało w przeważnej części lud wiejski, wszelako nie mały poczet zajmą w niém i ubożsi mieszczanie, którzy zazwyczaj do życia publicznego, więcej mają poczucia i poświęcenia, aniżeli inne klasy.

Z porządku rzeczy, zastanowić się teraz należy nad zasadą, czyli i kto oprócz płacących podatek, ma wykonywać czynne prawo wyboru i w jakiem kole wyborczém tacy wyborcy mają być zamieszczeni.

Z uwagi prostej, iż sam podatek przez ludzi opłacany, nie wystarcza do utrzymania ładu w zarządzie państwowym — że mianowicie wykształcenie umysłowe, jeżeli nie wyższe, to najmniej równorzędne zajmuje stanowisko, w tym względzie, niepodobna jest odmówić ludziom wyżej wykształconym, chociażby nawet żadnego podatku nie opłacali, wpływu na zarząd publiczny, a tem samem i wpływu na wybory.

Dlatego też idąc za przyjętą w całym świecie praktyką, i my uznajemy w całej pełni wpływ wykształconych ludzi — i przypuszczamy tychże do czynnego prawa wyboru; a mając już dostatecznie określone w tej mierze normy w obowiązującej obecnie w kraju naszym ordynacyi wyborczej dla rad gminnych, takowe tem chętniej zatrzymujemy, iż nie wprowadzając żadnych nowacyj, nie budzimy tem samem żadnych podejrzeń u ludu naszego, które przez ludzi wszelkiej poprawie niechętnych, łatwo wyzyskane byćby mogły.

Wszystkie przeto osoby w ordynacyi wyborczej dla gmin w §. 1 punkt 2, prawo wybierania posiadające, — według naszego przekonania winne mieć również prawo wybierania do Sejmu. Z powodów dopiero przytoczonych, jesteśmy także za tem, aby wyborcy niepłacący podatków, nie do jednego, ale przynajmniej do dwóch kół wyborczych przydzieleni byli, i w tym względzie podział tych wyborców według normy przyjętej w §. 14 ordynacyi wyborczej dla gmin, z tą jedynie odmianą przyprowadzić życzymy, aby tychże z wyłączeniem koła pierwszego przydzielić do koła drugiego i trzeciego, gdyż w pierwszem uważamy, iż wyborcy do klas oświeceńszych kraju należący i bez tej kategoryi wyborców, dostateczne winni mieć powody do przeprowadzenia korzystnych dla ogółu wyborów; podczas gdy w drugiem a szczególniej w trzeciem kole wyborczym poczet ludzi wykształconych, bezsprzecznie znamienite może wywierać wpływy.

Przedstawiając usterki obowiązującej ustawy wyborczej, wykazaliśmy, iż obecnie (podając liczby na podstawie dat zebranych przy ostatnich wyborach do Sejmu krajowego) nie więcej jak 38.929 osób wykonywa czynne prawo wyboru, przyczem wszakże nadmienić należy, iż ta cyfra dotyczy wyborców podatek opłacających; podczas gdy cyfrę wyborców podatku nieopłacających w całym kraju najwyżej na 12000 przyjąć można.

Zastanówmy się teraz nad liczebnym stosunkiem według proponowanych przez nas zasad.

Jeżeli przyjmiemy ograniczenie podatkowe do 4 złr. bez względu na jakość opłacanego podatku, otrzymamy wyborców:

| | |
|---|---|
| *a)* z wyżej opodatkowanych wyborców większych posiadłości jak pierwej . . . . . | 2.095 |
| *b)* z wyborców z miast pozostanie . . . . | 19.437 |
| *c)* z wyborców wiejskich . . . . . | 252.508 |
| *d)* doliczywszy do tego wyborców niepłacących podatków około . . . . . | 12.000 |
| łączną ilość wyborców . . | 286.040 |

zaś przy ograniczeniu do 5 złr. opłaconego podatku, otrzymalibyśmy wyborców:

| | |
|---|---|
| *a)* z posiadłości większych . . . . . | 2.095 |
| *b)* z miast . . . . . | 16.501 |
| *c)* z wyborców wiejskich . . . . . | 185.313 |
| *d)* z niepłacących podatku . . . . . | 12.000 |
| łączną ilość wyborców . . | 215.909 |

Według podatku, którego szczegółowe zestawienie poniżej zamieszczone, wypadłaby na podstawie naszego zestawienia, na jednego posła przeciętna ilość podatku 40.399 złr.

Zaś według ludności, z wyłączeniem wszelako okręgów wyborczych w miastach stołecznych Lwowie i Krakowie, przypadałby jeden poseł na przeciętną ilość ludzi 33.500.

Tabelaryczne zestawienie wykazuje, jak stosunkowo nieznaczne różnice, już przy proponowanym przez nas podziale wynikły.

Oprócz zasad w projekcie w punktach 1 do 5 przedstawionych, i niejako strony dodatniej ustawy wyborczej dotyczących — wskazane być musiały niektóre zasadnicze zastrzeżenia, i nad temi właśnie bliżej zastanowić się wypada.

Pierwsze z tych zastrzeżeń dotyczące prawa wybieralności — drugie głosowania, a trzecie zastępstwa przy głosowaniu.

Pierwsze zastrzeżenie obejmuje dwa od siebie wręcz przeciwne

kierunki, — jeden mianowicie dotyczy wykształcenia, do pełnienia czynności poselskich koniecznie potrzebnego, podczas gdy drugi, właśnie może najbardziej wykształconych i teoretycznie do prac ustawodawczych i administracyjnych najwięcej uzdolnionych ludzi, dla braku wolności zdania od prawa wybieralności usuwa.

W pierwszym kierunku jako zasadę postawiono, iż człowiek nie umiejący czytać i pisać w języku krajowym, na posła wybranym być nie może.

Zaprzeczyć się nie da, iż sama znajomość czytania i pisania, nie stanowi dostatecznego uzdolnienia na posła — wszelako za pomocą tej wiedzy, człowiek chcący się wykształcić, daleko prędzej i gruntowniej przyswoić sobie może potrzebne wiadomości jak ten, który zupełnie ani czytać ani pisać nie umie; a jakkolwiek i między ludźmi niepiśmiennymi znaleść można zdrowy rozum i rozwagę, jakkolwiek nawet takim nieco przyostrém zastrzeżeniem pojedynczej osobie wyrządziłaby się lekka krzywda; — to przecież przez wzgląd na dobro ogółu, nie wahamy się zastrzeżenia tego jak najmocniej zalecać tem bardziej że może ono być także bodźcem do większego garnięcia się do oświaty naszego ludu wiejskiego.

W drugim kierunku wyjmujemy od prawa wybieralności urzędników państwa i kraju. Zastrzeżenie to w obec istniejących stosunków jest konieczne — uczy bowiem doświadczenie, iż urzędnik jako poseł, albo częstokroć uchyla się od głosowania albo pozostając pod koniecznym wpływem swoich przełożonych, nieraz zmuszony jest głosować przeciw własnemu przekonaniu. Wyjątki w tym względzie są nader rzadkie, a zwykle dla dotyczących osób później szkodliwe.

W państwie na rzeczywistym samorządzie urządzoném, zastrzeżenie to odpaśćby powinno, a przecież i w takich państwach bywa zatrzymywane z tego znowu względu, iż zebranie sejmowe będące niejako kontrolą właściwej administracyi już tem samem nie powinno się składać z tych osób, które mają być kontrolowane.

Wyjątek co do urzędników stanowi stan sędziowski, który jako taki do administracyi żadnego nie ma wpływu.

Drugie zastrzeżenie orzeka, iż głosowanie wyborców odbywa się jawnie.

Sama praktyka w kraju naszym wskazuje konieczność tego zastrzeżenia, gdyż jest to jedynie możliwy środek, aby pokątnym, a u nas tyle szkodliwym agitacyom położyć tamę.

Do powyższych dwóch zastrzeżeń dodano trzecie, ażeby wy-

borcy nie mogli się zastępywać przez pełnomocników, wyjąwszy kobiet bezwłasnowolnych i nieobecnych z powodów publicznych. Zastrzeżenie to dlatego zamieszczone być musiało, ponieważ obecna ustawa wyborcza, i pod tym względem nie jest dla wszystkich równie sprawiedliwą — ponieważ nadto, obszerniejsze dozwolenie zastępstwa przez pełnomocników do wielkich prowadzi nadużyć.

Na tych uwagach zamykamy nasze wyjaśnienia co do zasadniczych zmian ustawy wyborczej, będąc tego przekonania, że dalsze z powyż przytoczonych zasad płynące konsekwencye, już tylko do kodyfikacyi samej ustawy wyborczej pozostawić należy: gdy wszelako w przedstawionym projekcie do zmian, niejako dodatkowo tylko zamieszczono zdanie, iż dotychczasowa liczba posłów 150 jest dostateczną, gdy wypowiedziano, iż kraj wypadałoby podzielić na 50 okręgów wyborczych, a każdy okręg na trzy koła, z których każde jednego wybiera posła, przeto i nad temi zdaniami, cokolwiek bliżej zastanowić się wypada.

Co do liczby 150 posłów, takowa nie tylko do obrad publicznych jest dosyć znamienitą, ale też i do rozdzielenia prac bardzo dostateczną, w tém wszakże przypuszczeniu, iż posłowie do spełniania prac na nich ciążących będą uzdolnieni; zresztą cyfra ta już się w kraju przyjęła, i niepotrzebnie, choćby dla względu pieniężnego podwyższaną być nie powinna.

Odnośnie do tej liczby podział na 50 okręgów wyborczych łączy się ściśle z poddziałem na trzy koła wyborcze, o korzystności których już poprzednio mówiliśmy.

Wszakże, jak to już z szematu samego podziału widzieć można, oparliśmy nasze okręgi wyborcze przedewszystkiem na dawniejszych obwodach, a to głównie z tego powodu, iż pragnęlibyśmy tem samem wskazać, iż przy przyszłej organizacyi administracyjnej kraju, należy powrócić do owego dawnego podziału na obwody, zaś w miejscowościach oznaczających okręgi wyborcze, wprowadzić tylko niejako komisaryaty władz obwodowych, przez co by cała administracya silniejszą i dokładniejszą być musiała.

**Dr. Sermak**
prezes.

**Dr. W. Zbyszewski**
sprawozdawca.

# Zestawienie według podatków.

| Obwody | płacą podatki z mniejszych posiadłości | z większych | z miast | razem | wybierają posłów | wypada na jednego okrągło |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Lwów-Brzeżany | 342.513 | 147.344 | — | 489.857 | 12 | 40.000 |
| Zaleszczyki-Kołomyja | 362.643 | 128.945 | 16.112 | 507.700 | 12 | 42.000 |
| Przemyśl-Sambor | 476.619 | 158.129 | 81.315 | 718.063 | 18 | 39.000 |
| Sanok | 178.146 | 55.617 | — | 233.763 | 6 | 38.000 |
| Stanisławów | 158.188 | 44.687 | 22.390 | 225.265 | 6 | 37.000 |
| Stryj | 140,459 | 59.359 | 12.816 | 212.634 | 6 | 35.000 |
| Tarnopol-Złoczów | 415.717 | 181.970 | 62.783 | 660.460 | 18 | 36.000 |
| Żółkiew | 227.921 | 57.456 | — | 285.377 | 6 | 47.000 |
| Kraków-Bochnia-Wadowice | 520.753 | 110.639 | 15.511 | 646.893 | 18 | 35.000 |
| Jasło | 155.909 | 39.997 | — | 195.906 | 6 | 32.000 |
| Rzeszów-Tarnów | 452.247 | 128.721 | 58.595 | 639.563 | 18 | 35.000 |
| Sącz | 140.982 | 62.888 | 7.237 | 211.107 | 6 | 35.000 |
| Miasto Kraków | — | — | 190.970 | 190.970 | 6 | 31.000 |
| „ Lwów | — | — | 782.355 | 782.355 | 12 | 65.000 |

# Zestawienie według ludności.

| Obwody | ludności | posłów | na jednego |
|---|---|---|---|
| Lwów-Brzeżany | 386.436 | 12 | 32.200 |
| Zaleszczyki-Kołomyja | 575.642 | 12 | 47.800 |
| Przemyśl-Sambor | 556.051 | 18 | 30.900 |
| Sanok | 282.183 | 6 | 47.000 |
| Stanisławów | 307.384 | 6 | 51.200 |
| Stryj | 266.179 | 6 | 44.100 |
| Tarnopol-Złoczów | 547.048 | 18 | 30.300 |
| Żółkiew | 273.552 | 6 | 45.500 |
| Kraków-Bochnia-Wadowice | 717.178 | 18 | 39.800 |
| Jasło | 220.089 | 6 | 36.600 |
| Rzeszów-Tarnów | 659.092 | 18 | 38.800 |
| Sącz | 244.095 | 6 | 40.600 |

Z drukarni K. Budweisera.

9

We Lwowie dnia 11/6 872

Wielmożny Panie!

Wydział „Klubu postępowego polskiego" wypracował zasady do zmiany prawa wyborczego do sejmu i przedłożył takowe jako wniosek do uchwałę Walnego Zgromadzenia.

Walne Zgromadzenie uznało za dobre dyskusję i ewentualną uchwałę odroczyć, by tym sposobem uzyskać czasu do dokładnego obznajomienia się z wnioskiem i motywaniu tegoż; - a zarazem porozumienia się w téj mierze z ludźmi nauką i doświadczeniem z podobnego rodzaju pracami obznajomionymi.

Przesełając tedy w załączeniu zasady do zmiany prawa wyborczego do sejmu „Wydział klubu postępowego polskiego" uprasza W. Pana o zaszczycenie swą osobą Walnego Zgromadzenia w poniedziałek d. 17. czerwca 1872 o godz: 7. wieczorem w Sali ratuszowéj i wzięcia udziału w dyskusji nad tak dla kraju żywotną kwestją.

Z poważaniem

Sermak

Zygm. Morawczyk
sekretarz

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. — VIII. Session, 269. Sitzung,

am 2. Juli 1877.

### Inhalt:

Urlaubsertheilung.

Zuschrift des Ministers des Innern, betreffend den Act über die am 11. Juni 1877 vorgenommene Wahl eines Reichsrathsabgeordneten für den Landgemeinden-Wahlbezirk Jičín (Zuweisung des Actes an den Legitimationsausschuß).

Petitionen.

Dritte Lesung des Gesetzes, betreffend das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Güter (701 der Beilagen).

Zweite und dritte Lesung:

1. des Gesetzes, womit ergänzende Bestimmungen zu den Gesetzen von 24. April 1874 (33. 48 und 49 R. G. Bl.), betreffend die Vertretung der Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen erlassen werden (683 der Beilagen);

2. des Gesetzes, wodurch die aus einem Realitätentausche sich ergebende Vermehrung des von Leopold Freiherrn v. Haan errichteten Fideicommisses bewilligt wird (688 der Beilagen).

Bericht des Unterrichtsausschusses über die vom Abgeordneten Kowalski beantragte Resolution und die am 23. Februar d. J. durch den Abgeordneten Dr. Janowski eingebrachte Petition, betreffend die Errichtung einer mehrclassigen Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache in Lemberg (690 der Beilagen — Annahme des Ausschußantrages).

Bericht des Ausschusses zur Berathung der das Hausirwesen betreffenden Petitionen (697 der Beilagen — Annahme des Ausschußantrages).

Interpellationen:

1. des Abgeordneten Dr. Mildschuh und Genossen an die Minister des Innern und der Justiz, betreffend die Realisirung des Vermögens des im Jahre 1873 aufgelösten Vorschußvereines (Záložna) in Kremsier und die Verwendung des übrigbleibenden Reinvermögens in einer der Widmung des Fondes entsprechenden Weise;

2. des Abgeordneten Fürst und Genossen an den Landesvertheidigungsminister, betreffend die Vorlage eines Militärbequartierungsgesetzes.

---

**Beginn der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten**

Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer.**

Schriftführer: **Neuwirth,** Dr. **Stöhr,** Ritter v. **Oppenheimer.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Fürst Adolf **Auersperg,** Minister des Innern Freiherr v. **Lasser,** Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. **Stremayr,** Justizminister Dr. **Glaser,** Minister Dr. **Unger,** Handelsminister Ritter v. **Chlumecky,** Finanzminister Freiherr v. **Pretis,** Minister Dr. **Ziemialkowski.**

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionschef **Benoni** und Ministerialrath Dr. Ritter v. **Harrasowsky.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Bezüglich des Protokolles der Sitzung vom 28. d. M. bitte ich zur Kenntniß zu nehmen, daß dasselbe genehmigt ist.

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß ich dem Herrn Abgeordneten Weinrich einen Urlaub von acht Tagen ertheilt habe.

Vom Herrn Minister des Innern ist eine Zuschrift eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer **Neuwirth** *(liest)*:

„Ich habe die Ehre, dem löblichen Präsidium in der Anlage den Act über die am 11. Juni l. J. vorgenommene Wahl des Reichsrathsabgeordneten für den Landgemeindenwahlbezirk Jičin in Böhmen zur weiteren gefälligen Verfügung mit dem Bemerken zu übermitteln, daß dem gewählten Josef Maschek, Fabrikanten in Neudorf, das Wahlcertificat von der k. k. Statthalterei in Prag ausgefertigt und zugemittelt wurde.

Wien, 27. Juni 1877.

Der k. k. Minister des Innern:

Lasser."

**Präsident:** Ich habe die Verfügung getroffen daß dieser Wahlact dem Legitimationsausschusse zugewiesen werde.

In Folge der Mandatsniederlegung des Herrn Dr. Bertolini ist die Vornahme der Wahl eines Mitgliedes für den Ausgleichsausschuß nothwendig. Ich werde diese Wahl auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen.

Ich habe heute vertheilen lassen:

Das 43. Verzeichniß, betreffend Berichte über Petitionen;

den Bericht des Fideicommißausschusses über den Beschluß des Herrenhauses wegen Errichtung eines Josef Graf Baworowski'schen Fideicommisses *(699 der Beilagen)*, und

den Bericht des Eisenbahnausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Bedingungen und Zugeständnisse für die Sicherstellung einer Einmündung der Fichtelgebirgsbahn in Eger *(703 der Beilagen)*.

Ich ersuche um Mittheilung des wesentlichen Inhaltes der eingelaufenen Petitionen.

Schriftführer **Neuwirth** *(liest)*:

„Petition zahlreicher Handelsfirmen in Czernowitz, damit die von Czernowitz nach Nowosielica an die russische Reichsgrenze führende Straße als Reichsstraße erklärt werde *(überreicht durch Abgeordneten Tomaszczuk)*."

„Petition der Grundwirthe der Gemeinde Badnarow, Stanislawower Bezirk in Galizien, um Erwirkung bei der hohen Regierung, daß ihnen die Gesellschaft der Erzherzog Albrecht-Bahn für die zum Eisenbahnbaue abgetretenen Grundstücke den Kaufschilling bezahle *(überreicht durch Abgeordneten Zakliński)*."

„Petition des Eduard Mastalka, Bergwerksbesitzers in Graz, und mehrerer Industriellen an der Lieboch-Wieser Bahn in Steiermark um Kohlentarifermäßigung und Aufhebung des Silberagios der Graz-Köflacher Gesellschaft auf ihren beiden Linien Graz-Köflach und Lieboch-Wies *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Magg)*."

„Petition einiger Abbrandler aus Galizien um Abhilfe gegen das unrechtmäßige Vorgehen der zum Geschäftsbetriebe in Oesterreich zugelassenen gewesenen französischen Versicherungsgesellschaft „le Salut" *(überreicht durch Abgeordneten Dr. Hönigsmann)*."

„Petition der Bukowinaer Landwirthe und Spiritusindustriellen, betreffend den in der diesjährigen Session von der Regierung eingebrachten Branntweinsteuer-Gesetzentwurf für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder *(überreicht durch Abgeordneten Ritter v. Styrzza)*."

**Präsident:** Ich werde diese Petitionen den betreffenden Ausschüssen zuweisen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung.

Der erste Gegenstand derselben ist die dritte Lesung des Gesetzes, betreffend das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Güter *(701 der Beilagen)*.

Nachdem in zweiter Lesung von dem hohen Hause gegenüber den früheren Anträgen des Ausschusses einige Abänderungen beschlossen worden sind, habe ich zur leichteren Uebersicht eine neue Auflage des Gesetzes machen lassen, die als Grundlage der dritten Lesung dienen soll.

Ich glaube, das hohe Haus wird von der vollinhaltlichen Vorlesung des Gesetzes Umgang nehmen. *(Zustimmung.)*

Ich ersuche nun die Herren, welche dem Gesetze über das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Güter in jener Fassung, in welcher es in zweiter Lesung bereits beschlossen wurde, auch in dritter Lesung die Zustimmung ertheilen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, betreffend das Verfahren bei der Execution durch Zwangsverkauf unbeweglicher und beweglicher Güter ist mit 96 gegen 36 Stimmen in dritter Lesung endgiltig angenommen *(701 der Beilagen)*.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Justizausschusses über den Gesetzentwurf, womit ergänzende Bestimmungen zu den Gesetzen vom 24. April 1874 (ZZ. 48 und 49 R. G. Bl.), betreffend die Vertretung der Besitzer von Pfandbriefen, oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen erlassen werden.

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß Herr Sectionschef Benoni und Herr Ministerialrath

Dr. Ritter v. Harrosowsky als Regierungsvertreter anwesend sind.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Dinstl Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(von der Tribüne)*: Indem ich mich auf den gedruckt vorliegenden Bericht berufe, erlaube ich mir nur die Richtigstellung eines sinnstörenden Druckfehlers, der sich in den Bericht eingeschlichen hat. Es soll nämlich auf Seite 2 des Berichtes in der zweiten Zeile des dritten Absatzes nicht „stattfinde", sondern bloß „statt" heißen.

Ich erlaube mir zu beantragen, daß der beigeschlossene Gesetzentwurf zur Grundlage der Specialdebatte angenommen werde.

**Präsident**: Ich eröffne die Generaldebatte über den vorliegenden Gesetzentwurf. Wünscht Jemand das Wort?

*(Abgeordneter Dr. Pražák meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Pražák hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Pražák**: Ich habe damals, als dieses Gesetz im Jahre 1874 hier verhandelt wurde, meine Bedenken ausgesprochen, daß es mir nicht angemessen scheine, gegen die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Besitzern von Partialobligationen oder Pfandbriefen das Recht der Selbstvertretung zu entziehen. Nach den vor dem Gesetze vom 24. April 1874 geltenden Vorschriften war es ohnehin dem Gerichte freigestellt, ja es war seine Pflicht, für die Rechte solcher Personen, die abwesend oder unbekannt waren, oder sich nicht selbst vertreten konnten, Curatoren zu bestellen; auch bezüglich der Besitzer von Partialobligationen ist in wiederholten Fällen von diesem Rechte Gebrauch gemacht worden.

Ich habe, als der Gegenstand hier im hohen Hause am 14. April 1874 verhandelt worden ist, meinem Bedenken Ausdruck gegeben, habe es aber bei der herrschenden Strömung vermieden, einen Antrag in der von mir damals bezeichneten Richtung zu stellen.

Ich kann es mit Genugthuung sagen, daß die Bedenken, welche von mir damals ausgesprochen worden sind, seither in den weitesten Kreisen sich geltend gemacht haben. Wenn ich es nun aber auch heute unterlasse, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, so geschieht es deßhalb, weil ich einsehe, daß es in Folge der Complicationen, welche mittlerweile geschaffen worden sind und theilweise in Folge der beiden Gesetze vom 24. April 1874 eingetreten sind, schwierig wäre, sofort diese Gesetze und namentlich die Regelung der Art und Weise, wie ein gemeinschaftlich bestellter Curator die Rechte seiner Curanden zu vertreten hat, zu beseitigen. Ich glaube aber, daß wir in nicht vielleicht langer Zeit zu normalen Verhältnissen, somit zur Anerkennung des Selbstvertretungsrechtes zurückkehren werden, und mit diesem Vorbehalte, indem ich anerkenne, daß der vom Ausschusse vorgelegte Entwurf wesentliche Mängel, welche sich in den Gesetzen vom 24. April 1874 geltend gemacht haben, beseitigt, unterlasse ich es, einen Antrag in der Richtung zu stellen, daß eine vollständige Aenderung dieser Gesetze in dem Sinne vorgenommen werde, daß das Selbstvertretungsrecht der einzelnen Besitzer von Theilschuldverschreibungen dermal schon wiederhergestellt werde.

Indem ich nun diese Erklärung sowohl selbst als auch im Namen vieler Mitglieder auf dieser *(rechten)* Seite dieses hohen Hauses abgebe, werde ich aus den von mir angegebenen Gründen für das Eingehen in die Specialdebatte stimmen.

**Präsident**: Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da es nicht der Fall ist, so erkläre ich die Generaldebatte für geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

Berichterstatter Dr. **Dinstl**: Ich verzichte auf das Wort?

**Präsident**: Ich ersuche nun die Herren, welche in die Berathung des vorliegenden Gesetzes eingehen und den vom Ausschusse vorgelegten Entwurf zur Grundlage der Specialdebatte machen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Eingehen in die Specialdebatte ist beschlossen.

Ich bitte §. 1 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 1 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen)*.

**Präsident**: Wünscht Jemand zu §. 1 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, ersuche ich die Herren, welche §. 1 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* §. 1 ist angenommen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 2 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen)*.

**Präsident**: Wünscht Jemand zu §. 2 das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte §. 3 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 3 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen)*.

**Präsident**: Wird zu §. 3 das Wort gewünscht? *(Niemand meldet sich.)* Es ist auch nicht der Fall. Ich erkläre daher die Debatte über die §§. 2 und 3 für geschlossen und ersuche jene Herren, welche die §§. 2 und 3 in der vom Ausschusse beantragten Fassung annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die §§. 2 und 3 sind angenommen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 4 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident**: Wünscht Jemand zu §. 4 das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich ersuche §. 5 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 5 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident**: Wünscht Jemand zu §. 5 das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte §. 6 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 6 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident**: Wird zu §. 6 das Wort gewünscht? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte auch §. 7 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 7 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident**: Wünscht Jemand zu §. 7 das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte §. 8 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 8 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident**: Wird zu diesem Paragraphe das Wort gewünscht? *(Niemand meldet sich.)* Da es nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte über diese Paragraphe für geschlossen und ersuche die Herren, welche die §§. 4, 5, 6, 7 und 8 in der verlesenen Fassung annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Paragraphe sind angenommen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 9 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident**: Wird zu §. 9 das Wort verlangt? *(Niemand meldet sich.)*

Dann bitte ich auch §. 10 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 10 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen. — Unruhe).*

**Präsident**: Ich bitte die Herren doch einigermaßen zu bedenken, daß der Herr Berichterstatter das Gesetz vorliest.

Wird zu §. 10 das Wort verlangt?

*(Abgeordneter Dr. Pražák meldet sich.)*

Da zu §. 10 der Herr Abgeordnete Dr. Pražák sich zum Worte meldete, werde ich vorerst über §. 9 abstimmen lassen und ersuche jene Herren, welche §. 9 in der verlesenen Fassung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* §. 9 ist angenommen.

Zu §. 10 hat der Herr Abgeordnete Dr. Pražák das Wort.

Abgeordneter Dr. **Pražák**: Ich werde mir die Aufmerksamkeit des hohen Hauses zur Stellung eines Antrages zu §. 10 nur auf kurze Zeit erbitten. Vorher muß ich um Entschuldigung bitten, daß ich diesen Antrag dem hohen Hause vorbringen werde, ungeachtet ich als Mitglied des Justizausschusses dies im Ausschusse nicht that. Ich war zufällig bei der Berathung dieses Paragraphes in der Ausschußsitzung nicht anwesend.

Ich hoffe, daß der Antrag, den ich stellen werde, keinen Widerspruch von Seite der verehrten Herren Mitglieder des Justizausschusses, ja auch von Seite Seiner Excellenz des Herrn Justizministers finden wird, weil das Princip, welches ich bei der Wahl der Vertrauensmänner des Curators zur Geltung bringen möchte, nach einer sehr lebhaften und eingehenden Debatte anläßlich der Berathung über den Entwurf eines neuen Actiengesetzes in der 73. Sitzung dieser Session von diesem hohen Hause mit überwiegender Majorität angenommen wurde, und weil ich mich mit Befriedigung darauf berufen kann, daß auch Seine Excellenz der Herr Justizminister für diesen Grundsatz gestimmt hat.

Es hat sich damals darum gehandelt, daß in der Generalversammlung bei der Wahl des Aufsichtsrathes die Minorität bei dieser Wahl nicht ganz ausgeschlossen werden könne, und es wurde im §. 191, welcher von der Wahl in den Aufsichtsrath handelt, eine Bestimmung beschlossen, welche ich mir gestatten werde mit Erlaubniß des Herrn Präsidenten dem hohen Hause in Erinnerung zu bringen.

Es wurde beschlossen *(liest)*:

„Eine Anzahl von Stimmführern, welche mindestens den vierten Theil der Gesammtzahl der Stimmen in der betreffenden Generalversammlung abzu-

geben berechtigt sind, kann verlangen, daß die Wahl für jede zu besetzende Stelle des Aufsichtsrathes abgesondert erfolgt. Ergibt sich, bevor zur Wahl für die letzte Stelle geschritten wird, daß wenigstens der vierte Theil aller abgegebenen Stimmen bei allen vorangegangenen Wahlen zu Gunsten derselben Person, aber ohne Erfolg abgegeben worden ist, so muß diese Person ohne weitere Abstimmung als für die letzte Stelle gewählt erklärt werden."

Nun kann man hier ebensogut und ich glaube gerade bei dem Besitze von Theilschuldverschreibungen noch in weit höherem Grade behaupten, daß die Interessen der Minorität sich von den Interessen der Majorität trennen können, und ich würde es für sehr unbillig finden, wenn der Grundsatz, welcher bei der Wahl in den Aufsichtsrath bei Actiengesellschaften beschlossen ist, nicht zur Geltung käme bei der Wahl jener drei Vertrauensmänner, welche dem Curator zur Seite gegeben werden.

Ich beantrage daher, daß am Schlusse dieses Paragraphes folgende Bestimmung aufgenommen werde:

„Eine Anzahl von Stimmführern, welcher mindestens der dritte Theil des bei der Tagfahrt vertretenen Nominalbetrages der Werthpapiere angehört, kann vor Beginn des Wahlactes verlangen, daß die Wahl für jede der drei Stellen von Vertrauensmännern und deren Ersatzmännern abgesondert erfolge.

Ergibt sich, bevor zur Wahl der letzten Stelle geschritten wird, daß die Stimmführer von wenigstens dem dritten Theile des vertretenen Nominalbetrages der Werthpapiere ihre Stimmen zu Gunsten derselben Person, aber ohne Erfolg abgegeben haben, so muß diese Person ohne weitere Abstimmung als für die letzte Stelle gewählt erklärt werden."

Ich habe mich dem Wortlaute nach vollständig der Bestimmung, welche in diesem hohen Hause mit überwiegender Majorität Anerkennung gefunden hat, angeschlossen und würde beantragen, im Falle der verehrte Herr Berichterstatter nicht sofort in der Lage wäre, für meinen Antrag sich auszusprechen, denselben zur Vorberathung an den Ausschuß zu weisen, welcher in der Lage wäre, in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

**Präsident:** Herr Dr. Pražák stellt einen Zusatzantrag, um dessen Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Freiherr v. **Kotz** *(liest denselben).*

**Präsident:** Ich ersuche jene Herren, welche den eben verlesenen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist unterstützt.

*(Justizminister Dr. Glaser meldet sich zum Worte.)*

Seine Excellenz der Herr Justizminister hat das Wort.

Justizminister Dr. **Glaser:** Der geehrte Herr Vorredner hat sich darauf berufen, daß bei Berathung des Actiengesetzes das hohe Haus sich für das Princip ausgesprochen hat, das er hier zur Geltung zu bringen sucht, und er hat mir auch die Ehre erwiesen, darauf hinzudeuten, daß ich bei der bezüglichen Abstimmung für den hierauf gerichteten Antrag gestimmt habe. Dies ist vollkommen richtig; er hätte sogar noch um einen Schritt weiter gehen und sich darauf berufen können, daß der Beschluß, welcher hier im hohen Hause gefaßt wurde, conform war einem Antrage der Regierung. Er hat auch zu gleicher Zeit mit vollkommener historischer Treue darauf hingewiesen, daß hier im hohen Hause eine sehr lebhafte Debatte stattgefunden hat, und ich muß auch dem hohen Hause in Erinnerung bringen, daß sich das Streitige der Frage hauptsächlich darin charakterisirt, daß dies der einzige Punkt war, bezüglich dessen im Ausschusse Majorität und Minorität auseinandergingen, da die Mehrheit des Ausschusses gegen dieses Princip in dieser Form seiner Geltendmachung war. Die Minorität hat den Antrag gestellt in Conformität mit der Regierungsvorlage, und dieser Minoritätsantrag war es, welchem das hohe Haus damals zugestimmt hat.

Ich erlaube mir weiters in Erinnerung zu bringen, daß seither dieser Punkt der bestrittenste in dem so angefochtenen Entwurfe des Actiengesetzes geblieben ist und daß ich schon am Schlusse der Generaldebatte mir erlaubt habe mit deutlicher Hinweisung auf die zwei Vorschläge, die im Entwurfe gemacht waren, um der Minorität zu einer Bethätigung ihres Daseins zu verhelfen, darauf hinzudeuten, daß die Regierung erwartet, es werde wahrscheinlich unter den hiefür von ihr vorgeschlagenen zwei Mitteln die Auswahl getroffen werden.

Das hohe Haus hat sich indessen für beide vorgeschlagenen Mittel, der Minorität zu einer gewissen Geltung zu verhelfen, entschieden. Ich werde daher heute die Frage in Bezug auf das Actiengesetz gar nicht discutiren, wohl aber werde ich mir erlauben, den Unterschied, welcher zwischen den Vorgängen dort und den Vorgängen hier obwaltet, kurz hervorzuheben.

Zunächst einmal handelt es sich bei dem Aufsichtsrathe, wie ihn der Entwurf eines Actiengesetzes hinstellt, um eine rein controlirende Körperschaft, während mir hier scheint, daß es sich um Vertrauensmänner handelt, deren Wahl vorgenommen werden soll, und welche zu einer Art Action berufen seien. Auf den Unterschied zwischen Controle und Action aber wurde in der Debatte und, wenn ich nicht irre, schon in den Regierungs-

motiven ein besonderes Gewicht gelegt. Ferner ist eine Actiengesellschaft, oder sollte es wenigstens sein, eine organische Gliederung, und liegt ja die Analogie auf der Straße, daß der Verwaltungsrath, der Vorstand einer solchen Actiengesellschaft mit einem Worte die leitende Körperschaft, gewissermaßen die parlamentarische Regierung einer solchen Gesellschaft ist und daher naturgemäß die Majorität hinter sich hat. Die Minorität bildet daher ebenso naturgemäß die Opposition gegen diese leitende Behörde; hier also sind die Stellungen deutlich bezeichnet, und man weiß, was man unter einer solchen Minorität zu denken hat. Bei Prioritätenbesitzern steht man in dieser Beziehung vor dem Unberechenbaren.

Bei der Actiengesellschaft ist gegen die schlimme Folge, die möglicherweise eine solche gewiß nicht unbedenkliche Minoritätswahl haben kann, ein letztes Correctiv offen gelassen, nämlich das Recht der Generalversammlung, den ganzen Aufsichtsrath zu jeder beliebigen Zeit zu widerrufen. Dieses Correctiv würde in unserem Falle natürlich fehlen, und überdies ist, abgesehen von diesem Correctiv, die Wahl des Aufsichtsrathes gesetzlich auf eine bestimmte Zeit beschränkt, dagegen läßt sich eine Beschränkung dieser Art hier nicht einführen.

Endlich scheint der Regierung der Zweck, der dort mit schwachen künstlichen Mitteln angestrebt wird, hier mit den stärksten, auch ohne Minoritätswahl, erreicht zu sein. Denn die ganze Stellung des Curators, wie ihn die Regierung sich denkt, des Curators, der vom Gerichte eingesetzt wird, beruht gerade auf der Erwägung, daß für die Vertretung einer etwaigen Minorität dadurch gesorgt werden solle, daß die entscheidende Persönlichkeit weder ein Organ einer Majorität, noch ein Organ einer Minorität ist, sondern eben ein Unbefangener, der über Allen steht. Dieser Curator ist insbesondere verpflichtet, ohne Unterschied allen Interessenten Auskunft zu geben, also dasjenige direct zu thun, was indirect durch die Hineinbringung eines Minoritätsvertreters in den Aufsichtsrath bei den Actiengesellschaften bewirkt werden soll.

Endlich ist die Minorität nach dem Vorschlage des Ausschusses, dem sich die Regierung angeschlossen hat, ja in der Lage zu sprechen, ihre Gründe geltend zu machen, und darauf kommt es ja immer hinaus, daß die Minorität nicht mundtodt gemacht werden solle.

In der Versammlung selbst, in welcher die Wahl stattfindet, kann Jeder seine Meinung vertreten, und schließlich wird durch den Entwurf selbst dem einzelnen Interessenten ein ausgedehntes Recursrecht, also die Möglichkeit geboten, sich von den höheren Instanzen vernehmen zu lassen. Mir scheint also, daß alle Zwecke, welche bei der Actiengesellschaft durch die immerhin etwas künstliche Vertretung der Minorität im Aufsichtsrathe angestrebt werden, in einfacherer, natürlicherer und sichererer Weise hier erzielt werden. Diese Bemerkungen erlaubte ich mir, weil ich meine, dem geehrten sich Herrn Vorredner, der mir die Ehre erwiesen hat, auf mich und die Vorgänge bei Berathung des Actiengesetzes zu berufen, die Antwort sofort schuldig zu sein.

Ueber die Frage, ob noch eine Ausschußberathung für nöthig erachtet wird oder nicht, glaube ich mich meinerseits nicht aussprechen zu sollen.

*(Abgeordneter Dr. Pražák meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Pražák hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Pražák:** Ich möchte mir doch erlauben, zu bemerken, daß die Analogie des Aufsichtsrathes mit dem Vertrauensmännercollegium wohl eine außerordentlich große ist, und was nun die Zweckmäßigkeit einer solchen Vertretung der Minorität in dem Vertrauensmännercollegium betrifft, so möchte ich auf die verschiedenen Stadien hinweisen, in welchen die Minorität der Besitzer von Pfandbriefen oder Partialobligationen thätig ist.

Es ist diese Thätigkeit in einem dreifachen Stadium möglich, nämlich bei der Tagfahrt, in welcher Jeder das Recht hat, seine Meinung abzugeben, nach der Tagfahrt und vor der Entscheidung des Gerichtes, solange also die Verhandlung zwischen dem Curator, dem Vertrauensmännercollegium und dem Gerichte dauert, und endlich nach der Entscheidung des Gerichtes. Nun ist allerdings jeder Besitzer von Partialobligationen und Theilschuldverschreibungen während der Tagfahrt berechtigt, seine Ansicht zu Protokoll zu geben und dadurch den Richter in die Lage zu setzen, das Bessere nach den verschiedenen Ansichten zu wählen. Ebenso ist, wenn die Entscheidung einmal erfolgt ist, wohl jedem Besitzer das Recht gewahrt, gegen unliebsame Entscheidungen einen Recurs einzubringen. Aber ich bitte doch zu bedenken, daß das Stadium, in welches die Verhandlung nach der Tagfahrt und vor der Entscheidung des Gerichtes fällt, wohl für die Besitzer der Partialobligationen nicht minder wichtig ist. Es würden vielleicht viele Recurse vermieden werden, wenn die Minorität in der Lage wäre, ihre abweichende Ansicht gegenüber den Verfügungen, die der Curator treffen will, dem Gerichte mitzutheilen, beziehungsweise zu Protokoll niederzulegen, wenn der Curator die Ansicht der Vertrauensmänner einholt. Er wäre schuldig, diese abweichende Ansicht der Minorität dem Gerichte zur Kenntniß bringen, und das Gericht wäre sehr oft in der Lage, andere Entscheidungen zu fällen, wenn es von diesen begründeten Einwendungen Act nehmen könnte, ehe es seine Entscheidung getroffen hat.

Ich bitte sich den Fall gegenwärtig zu halten, wo z. B. irgend Jemand Theilschuldverschreibungen, die zusammen die Nominalhöhe von drei Millionen haben, ausgegeben hat. Es ist ihm nun gelungen, etwas über den dritten Theil derselben im Publicum abzusetzen, der andere Theil befindet sich noch in seinem Besitze; wenn weiter bei einer Eisenbahnactiengesellschaft das Capital der Prioritätsanlehen, welche in einem Eisenbahnbuche haften, noch zum größeren Theile Denjenigen gehört, welche die Eisenbahn begründet haben, und nur der kleinere Theil davon im Besitze des Publicums ist. Diesem kleineren Theile ist es dann ganz unmöglich, bei der Tagfahrt auch nur Einen Vertrauensmann durchzusetzen, wenn nicht irgend welche gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, welche dies in ähnlicher Weise wie bei der Wahl des Aufsichtsrathes bei Actiengesellschaften ermöglichen. Ich muß daher sagen, daß ich mich nicht überzeugen lassen kann von den Bemerkungen, welche Seine Excellenz gemacht hat, daß ich im Gegentheile die wärmste Unterstützung meines Antrages von seiner Seite erwartet habe, weil die Analogie mit dem Aufsichtsrathe einer Actiengesellschaft hier vollkommen zutreffend ist, und ich würde daher im Interesse von Besitzern solcher Werthpapiere die dringende Bitte an Sie stellen, diesen meinen Antrag nicht so ganz unbeachtet zu lassen.

Seine Excellenz hat sich überhaupt nicht ganz abweisend gegenüber diesem Antrage verhalten können, er hat nur die Unterschiede geltend gemacht, welche bei den Actiengesellschaften und hier bei den Besitzern der Theilschuldverschreibungen obwalten, und hat für die Wahl in den Aufsichtsrath die für Berücksichtigung der Minorität sprechenden Gründe für überwiegender als in diesem Falle gehalten. Ich finde gerade, daß in weit höherem Maße die Vertretung in den Stadien, wie ich vorhin angedeutet habe, nämlich zwischen der Tagfahrt, wo die Besitzer von Partialobligationen zusammenkommen, und der Entscheidung des Gerichtes, nothwendig ist.

Das Correctiv bei Actiengesellschaften wird ja auch bei den Generalversammlungen gefunden, daselbst kann jeder Besitzer und Actionär seine Ansicht gegen Verfügungen und Anträge des Verwaltungsrathes sofort geltend machen. Warum wollen Sie die Minorität der Besitzer von Partialobligationen in dem Stadium, welches zwischen der Tagfahrt, wo sie das Vertrauensmännercollegium wählen sollen, und zwischen der Entscheidung des Gerichtes liegt, welches Stadium ein sehr langes sein kann und in welchem sie eine Menge von Phasen durchmachen können, die für die Besitzer der Theilschuldverschreibungen entscheidend sein können, mundtodt machen? Ich glaube also, daß sich mein Antrag sachlich gewiß sehr empfiehlt.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter Dr. **Dinstl:** Ich kann mich gleichfalls nicht für den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pražák aussprechen; ich glaube auch nach gepflogener Rücksprache mit einzelnen Mitgliedern des Ausschusses mich gegen die Vertagung der heutigen Beschlußfassung und Zuweisung an den Ausschuß aussprechen zu sollen.

Es wurde bereits in dem Ausschusse, und zwar durch mich selbst die Frage principiell in Anregung gebracht, ob es nicht wünschenswerth wäre, der Minorität derart in dem Vertrauensmännercollegium eine Stimme zu geben, daß man wenigstens einen Vertrauensmann von der Minorität in das Vertrauensmännercollegium wähle.

Der Ausschuß hat sich dagegen ausgesprochen, und wenn ich die Motive richtig resumire, so war der Hauptgrund folgender:

Es läßt sich nicht verkennen, daß für die einzelnen Berechtigten der vorliegende Gesetzentwurf ein weitgehender Schritt zu ihren Gunsten ist, da ein werthvolles Recht nur den einzelnen Besitzern eingeräumt worden ist, das des Recurses gegen jene Verfügungen, wodurch Veränderungen in ihrer Rechtssphäre von Seite der ersten und zweiten Instanz bewilligt werden.

Dem gegenüber scheint es, wäre die Bestellung eines Vertrauensmannes für die Minorität von geringerem Werthe, denn jeder einzelne Besitzer ist ohnedies berechtigt, sich von dem Curator Aufklärung zu verschaffen.

Er ist berechtigt, seine Ansicht dem Gerichte mitzutheilen; bei der Versammlung selbst wird, wie nunmehr der Ausschuß in Antrag bringt, wenn verschiedene Ansichten sich geltend machen, über dieselben abgestimmt. Es kommt daher durch das Votum der Versammlung bereits die Ansicht der Minorität zum Ausdrucke. Nun hat sich der Ausschuß gesagt, die Frage der Bestellung von Curatoren für Besitzer von Theilschuldverschreibungen ist bereits eine bestrittene; es sei nun sehr bedenklich, jetzt, wo man einen Schritt dazu macht, den einzelnen Besitzern ein größeres Recht einzuräumen, diese bestrittene Frage mit einem sehr bestrittenen Punkte, nämlich mit dem Principe der Vertretung der Minorität, zu verbinden. Der Ausschuß besorgt, daß dadurch das Zustandekommen dieses Gesetzes in kurzer Zeit wohl gänzlich verhindert werden wird. Der Ausschuß glaubt, daß solange beim Actiengesetze selbst diese principielle Frage nicht zur Austragung kommen wird, man kaum in dem anderen Hause eine Präoccupation durch Entscheidung dieser Frage bei diesem Gesetze wird fassen

wollen. Ich glaube mich auch gegen die Zurückweisung an den Ausschuß darum aussprechen zu sollen, weil ich kaum glaube, daß es dann möglich wäre, bei der zunächst bevorstehenden Vertagung vor derselben nochmals mit diesem Gesetzentwurfe vor das hohe Haus zu kommen, und dann Monate verfließen werden, bis er wieder auf die Tagesordnung gestellt wird, und insolange dies nicht geschieht und solange das hohe Haus nicht seine zustimmenden Beschlüsse gefaßt hat, jene Rechte, welche nun einzelnen Besitzern eingeräumt werden sollen, denselben nicht zugeführt werden können.

Ich glaube mich daher sowohl gegen den principiellen Antrag, als auch gegen die Zuweisung an den Ausschuß aussprechen zu sollen.

**Präsident:** Ich schreite nun zur Abstimmung. Bezüglich der ersten vier Alinea des §. 10 wurde kein Abänderungsantrag gestellt. Ich werde daher über dieselben nach dem Antrage des Ausschusses abstimmen lassen. Als Zusatz zu diesem Paragraphe wurde vom Herrn Abgeordneten Dr. Pražák der Antrag gestellt *(liest)*:

„Eine Anzahl von Stimmführern, welcher mindestens der dritte Theil des bei der Tagfahrt vertretenen Nominalbetrages der Werthpapiere angehört, kann vor Beginn des Wahlactes verlangen, daß die Wahl für jede der drei Stellen von Vertrauensmännern und deren Ersatzmännern abgesondert erfolge.

Ergibt sich, bevor zur Wahl der letzten Stelle geschritten wird, daß die Stimmführer von wenigstens dem dritten Theile des vertretenen Nominalbetrages der Werthpapiere ihre Stimmen zu Gunsten derselben Person, aber ohne Erfolg abgegeben haben, so muß diese Person ohne weitere Abstimmung als für die letzte Stelle gewählt erklärt werden."

Bezüglich der formellen Behandlung hat der Herr Abgeordnete Dr. Pražák in erster Linie gewünscht, daß sein Antrag an den Ausschuß gewiesen werde; falls dies aber abgelehnt werden sollte, so soll heute über denselben definitiv abgestimmt werden. Ich werde also in der Weise vorgehen.

Ich ersuche vor Allem jene Herren, welche den §. 10, Alinea 1 bis 4, welche unbeanständet geblieben sind, nach dem Antrage des Ausschusses annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* §. 10 ist angenommen.

Ich bitte nun jene Herren, welche den von mir verlesenen Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pražák zur nochmaligen Berathung an den Ausschuß weisen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht. — Nach Auszählung des Hauses:)* Der Antrag ist mit 88 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Nunmehr ersuche ich jene Herren, welche den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pražák definitiv annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist ebenfalls abgelehnt.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 11 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident:** Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte also, §. 12 zu lesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 12 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident:** Wünscht Jemand zu §. 12 das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte also, §. 13 zu lesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 13 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident:** Wünscht Jemand zu §. 13 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich bitte, §. 14 zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 14 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident:** Verlangt Jemand das Wort zu §. 14? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, werde ich zur Abstimmung schreiten.

Ich ersuche nun jene Herren, welche die §§. 11, 12, 13 und 14, wie sie soeben vorgelesen wurden, annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 15 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident:** Wird zu diesem Paragraphe das Wort verlangt?

*(Abgeordneter Dr. Stöhr meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Stöhr hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Stöhr:** Ich billige vollkommen den im Ausschußberichte ausgesprochenen Satz, daß die den Besitzern von Partialobligationen oder Theilschuldverschreibungen zustehenden Einzelrechte nicht mehr beschränkt werden sollen, als dies durch das Interesse der Gesammtheit erfordert wird.

Wenn aber dieser Satz richtig ist, dann ist auch der Schluß a contrario richtig, daß das Einzelrecht

Berichterstatter bestimmter Unrichtigkeiten zeiht, so muß ich ihm mit dem ganzen Gewichte der Wahrheit entgegentreten und ihn eines Anderen belehren. Die 12.000 Seelen Ruthenen, von welchen ich gesprochen habe und deren auch der Herr Berichterstatter erwähnt, stehen in dem Schematismus der griechisch-katholischen Erzdiöcese Lemberg gedruckt. Wenn aber der Herr Opponent ein großes Gewicht darauf legt, daß nicht die rituelle Seite der Bewohner die ausschlaggebende sei, so komme ich zu einer anderen Schlußfolgerung; ich behaupte nämlich, daß viele Polen als Ruthenen requirirt werden müßten! Denn mit demselben Rechte, wie er mich negirt, kann ich auch wenigstens die Polen, die auf dem ruthenischen Boden leben, als Ruthenen gelten lassen. Und fürwahr, es ereignet sich nur zu oft, daß selbst Polen vom reinsten polnischen Blute, wenn es nothwendig ist, als Ruthenen gelten, geschweige denn Ruthenen, welche nur zeitweilig sich für Polen ausgeben.

Indeß, die Ruthenen sehnen sich nach solchen Ruthenen nicht und sind weit davon entfernt, sich mit fremdem Schaden zu bereichern; sie überlassen Jedermann das Seinige und sind auch mit dem Ihrigen vollkommen zufrieden.

Es ist zum Staunen, auf welches Minus der Herr Vorsprecher die Ruthenen in Lemberg zu reduciren verstand. Dem gegenüber erinnere ich aber lediglich, daß die Petition, die von Seite der Lemberger Ruthenen vorliegt, von Männern unterschrieben ist, denen der Herr Vorredner doch wohl seine Achtung nicht versagen wird.

Es sind unter ihnen auch fünf Universitäts-Professoren, also Collegen des Herrn Opponenten; es sind unter ihnen Männer aus allen Ständen und Berufskreisen, welche einmüthig den Wunsch aussprechen, daß den wohlberechtigten Anforderungen der Ruthenen wegen Errichtung einer mehrclassigen Volksschule mit der ruthenischen Unterrichtssprache doch endlich Rechnung getragen werde.

Wie will man es übrigens begründen, wenn man sagt, daß das ruthenische Element in Lemberg zu Grunde gegangen ist? Und wenn es in der That zu Grunde gehen würde, so frage ich, unter wessen Auspicien? Am allerwenigsten, glaube ich, hätte der Herr Opponent Grund dazu, etwa aus dieser Thatsache Capital zu schlagen, höchstens dann vielleicht, wenn er an seiner eigenen Existenz selber zweifelt.

Ich wenigstens bin meiner Existenz bewußt; die Ruthenen existiren und schon ihre Existenz berechtigt sie, solche Anforderungen zu stellen, die in den Rahmen der Gesetzgebung passen.

Der Herr Opponent hat betont, daß die Conversationssprache, ja gar die Muttersprache der meisten Ruthenen polnisch sei.

Das hat wohl der geistreiche Herr Redner selbst nicht ernst gemeint; denn die Muttersprache der Ruthenen kann doch nicht polnisch sein!

So etwas Heterogenes vermag nicht einmal das productive neunzehnte Jahrhundert zu Stande zu bringen!

Der Herr Vorredner kommt zur kühnen Schlußfolgerung, daß eigentlich keine Elemente in Galizien überhaupt für mehrclassige Volksschulen mit der ruthenischen Unterrichtssprache vorhanden seien, zumal die statistischen Daten beweisen, daß höchstens nur eine einclassige oder zweiclassige Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache besteht. Und wenn schon etwas ungerechtfertigt ist, so ist es gewiß das, wenn man die Schuld solcher Vorkommnisse auf die Gemeinden wälzt und diesen es geradezu unterschiebt, daß sie es nicht anders wollen.

Dem Herrn Opponenten wird doch wohl erinnerlich sein, daß solange unsere Volksschulen noch unter der Oberleitung der griechisch-katholischen Consistorien in Lemberg und Przemysl gestanden sind, wir zahlreichere Volksschulen und zwar mehrclassige Volksschulen gehabt haben. Wem wir es aber heute zu danken haben, daß heute unsere Schulen nur auf einclassige oder höchstens zweiclassige reducirt wurden, wird der Herr Opponent wohl nicht verlegen sein, sich selbst zu beantworten. Wir aber können es nicht genug bedauern, daß durch die feindseligen Experimente die Volksbildung so sehr geschädigt wurde.

Aber, meine Herren, darf denn die Schulverwaltung geradezu nur auf das reflectiren, was zufälligerweise existirt?

Wenn heute in einer Gemeinde gerade die Vertretung so zusammengesetzt ist, daß diese Vertretung nicht jedem Elemente gleich gerecht erscheint, glauben Sie, daß es nicht die eigentliche Pflicht der Regierung ist, die Sache näher ins Auge zu fassen und die Sachlage objectiv zu behandeln? Glauben Sie, daß es für die Ingerenz der Regierung ausgeschlossen bleiben muß, darauf zu dringen, das dasjenige, was das eigentlich Ausschlaggebende ist, daß der compacte Volksstamm und nicht bloß der Einzelne berücksichtigt werde?

Uebrigens haben wir ja auch positive Entschließungen. Die Allerhöchste Entschließung vom Jahre 1818 geht dahin, daß für die Ruthenen ruthenische Volksschulen eingerichtet werden. Bis nun ist in dieser Beziehung wohl sehr wenig geschehen. Zu der Zeit noch, wo die Volksschulen dem Consistorium unterstanden, war mehr für unseren Volksstamm gesorgt. Leider können wir dasselbe Lob der nunmehrigen Verwaltung des Volksschulwesens in unserem Lande nicht angedeihen lassen.

Der Herr Opponent geht weiter und sagt, nachdem der zweite Punkt gegenstandslos geworden ist, so ist schon auch dadurch der erste Punkt

behoben. Er macht ihn auch gegenstandslos und entschließt sich, aus den Motiven des zweiten Punktes auch gegen den ersten zu schließen.

Ich glaube jedoch, daß die beiden Punkte in guter Harmonie nebeneinander bestehen, jeder Einzelne auch für sich allein gut denkbar ist, und das, was halbwegs nur zu wünschen und zu erreichen ist, dem Angestrebten und unbedingt Nothwendigen nicht substituirt zu werden vermag. Denn eine Uebungsschule, das wird der Herr Opponent als Schulmann doch genau wissen, darf in einer Classe nicht mehr als 40 Schüler haben. Wenn nun aber mehrere da sind, so müßte die Classe getheilt oder es müßten zwei Parallelclassen errichtet werden, was bisher wenigstens nicht üblich war. Aber eine Uebungsschule der Lehrerbildungsanstalt hat ja auch ihre eigene Bestimmung, nämlich die Bestimmung, daß die Lehramtscandidaten Gelegenheit haben, sich praktisch auszubilden. Ich kann mir nicht einmal eine Lehrerbildungsanstalt ohne Uebungsschule gut denken. Also eine Uebungsschule, wenn sie errichtet wird, ist eigentlich nichts Anderes, als eine Ergänzung der Lehrerbildungsanstalt. Denn eine Lehrerbildungsanstalt bleibt an und für sich insolange nicht vollkommen, bis sie nicht mit einer Uebungsschule verbunden ist. Wenn also hier etwas geschieht, was schon längst geschehen sollte, so kann man daraus noch nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß etwas Anderes und allgemein Eingeführtes überflüssig erscheint.

Der Herr Vorredner meint weiter, daß, sobald eine Uebungsschule den Zweck erreicht hat, auch der Hauptzweck erreicht ist, welcher im Punkte 1 angestrebt wird. Die Lehrerbildungsanstalt ist indessen vielleicht auch nur vorübergehend. Sie ist vielleicht nicht für immerwährende Zeiten in Lemberg nothwendig, sie kann den Ort auch wechseln. Es handelt sich aber hier darum, eine Volksschule in einem Orte mit einer ansehnlichen Bevölkerung zu errichten, und wenn man noch das Weichbild der Stadt Lemberg und die angrenzenden Ortschaften hinzurechnet, so hat man immer die Möglichkeit, daß diese Volksschule, wenn sie einmal errichtet ist und gehörig geleitet wird, auch sehr gut besucht werden wird. Geben Sie nur an diese Volksschule Lehrer, welche frei sind von allen Voreingenommenheiten, welche nur objectiv sein wollen, welche nur für Cultur und Bildung bestrebt sind, und Sie werden sehen, wie diese Volksschule aufblühen wird; sie wird so blühen, wie früher die bestandene Musterhauptschule geblüht hat. Es ist etwas ganz Anderes, wenn Sie in die Schule Lehrer geben, welche vielleicht nichts weniger als objectiv vorzugehen im Stande sind. Denn fürwahr, ich muß gestehen, daß auch ein Lehrer, wenn er nur ruthenisch lehren will, für sich sehr wenig zu erwarten hat; die Ruthenen können ihm keine Auszeichnungen ertheilen, keine Vortheile bieten. Er hat höchstens nur seine Schuldigkeit gethan, und wenn ihn nicht sein Bewußtsein lohnt, dann hat er wirklich vergeblich was Besseres gehofft! Ganz anders gestalten sich bei uns nur zu oft die Dinge, wo Einer jemandem Anderen zuliebe etwas thut oder unterläßt. Auf dieses Thema will ich jedoch nicht eingehen. Ich bleibe aber bei diesem Punkte, und es ist meine Pflicht, zu motiviren, daß dieser Punkt unumgänglich nothwendig ist.

Der Herr Opponent hat bemerkt, daß das, was der Herr Berichterstatter angeführt hat, nicht richtig ist, daß nämlich im Jahre 1875 544 ruthenische Kinder in den polnischen und deutschen Schulen in Lemberg eingeschrieben waren. (*Abgeordneter Dr. Grocholski ruft: „Kein Wort hat er davon gesagt!“*) Ja wohl, so hat der Herr Opponent ausdrücklich angeführt, daher wolle er nur Einsicht nehmen in den kundgemachten Jahresbericht des Landesschulrathes für das Schuljahr 1874/5 und — diese Ziffern stimmen dort auf's Wort überein — gerade 544 ruthenische Kinder waren in den polnischen und deutschen Schulen im Jahre 1874/5 eingeschrieben, von welchen jedoch bloß 490 und einige die Schulen besucht haben. Das sind positive Daten. Wenn ich also annehmen darf, daß in den 21 Schulen Lembergs doch 544 Kinder eingeschrieben waren, wenn ich die zweite Thatsache als richtig annehme, daß bis zum Jahre 1868 in der sogenannten griechisch-katholischen Musterschule 500 bis 600 Schüler und Präparanden waren, wenn ich noch erwäge, daß heute in Lemberg ein ruthenisches Gymnasium ist, in welches man doch von einer ein- oder zweiclassigen Volksschule nicht gleich hinüberkommen kann, sondern eo ipso die Volksschulen mehrclassig sein müssen, so glaube ich, daß immerhin die Möglichkeit nicht ausgeschlossen bleibt, daß eine mehrclassige Volksschule mit der ruthenischen Unterrichtssprache, wenn sie in Lemberg errichtet werden wird, auch zahlreich besucht sein wird.

Aber der Herr Opponent findet die höchste Schwierigkeit darin, daß man eine Gemeinde nicht verpflichten könne, daß sie eine Schule errichte, sobald dieselbe den Interessen und Anforderungen eines Theiles der Landesbevölkerung nicht zusagt; ich behaupte dagegen fest und entschieden: Jawohl! jede Gemeinde ist dazu zu vermögen. Denn für mich genügt wirklich der §. 6 des Reichsvolksschulgesetzes aus dem Jahre 1869, wo es ausdrücklich heißt: daß der Landesschulrath über die Unterrichtssprache innerhalb der durch die Gesetze gezogenen Grenzen entscheide.

Nun, und welche Gesetze sind denn da eigentlich vorhanden? Da haben Sie das Staatsgrundgesetz, da haben Sie das Gesetz vom 25. Mai 1868 und das Reichsvolksschulgesetz, auch — wenn Sie es nehmen wollen — selbst Landesgesetze, und zwar sowohl bezüglich der Landessprache vom 22. Juni 1867,

als auch das Regulativ vom 25. Juni 1867; alle diese Gesetze lassen sich sehr gut mit dem Reichsvolksschulgesetze in Uebereinstimmung bringen. Also es kann die Gemeinde nicht ganz beliebig hier schalten und walten, und am allerwenigsten die Gemeinde, welche nicht ausschließlich aus ihren eigenen Mitteln die Schule dotirt; denn sobald sie die Schule nicht aus eigenen Mitteln erhält, sondern es annoch nothwendig hat, daß zu ihren Mitteln dennoch eine ausgiebige Aushilfe aus Reichsmitteln gefordert wird, oder gar, wo das Land auch noch Steuerumlagen beschließen muß, um gerade die Schulen zu erhalten, da glaube ich, daß nicht allein die Stimme der Gemeinde maßgebend sein kann, da muß noch jemand Anderer sein, der berechtigt erscheint, mit dreinzureden; es muß jedenfalls der hiezu berechtigt sein, dem die Oberleitung des Volksschulwesens untersteht und der, sei es im Recurswege oder im Wege der Beschwerde, das Nöthige zu verfügen hat, um hier das Gesetz zur vollen Geltung zu bringen.

Ich glaube also, daß es im Gesetze begründet ist, daß da nicht nach freiem Ermessen vorgegangen werden kann, sondern es muß so vorgegangen werden, wie es gerade die Verhältnisse und Zustände verlangen.

Der Herr Opponent hat mir auch wohl heute in Aussicht gestellt, daß es gut denkbar sei, daß der Landtag vielleicht endlich sich entschließen wird, meinen Wünschen Rechnung zu tragen.

Nun, meine Herren, das kommt auf Eins heraus. Ich würde es gern angenommen haben, wenn der Landtag diesen Beschluß gefaßt hätte. Wir haben uns an den Landtag nicht einmal, sondern dreimal in derselben Angelegenheit gewendet und haben dieselbe Sprache dort geführt, allein wir haben dort unseren Zweck nicht erreicht. Wir wenden uns daher hier an den hohen Reichsrath, nicht an eine fremde Macht, sondern an dieses hohe Haus, wo wir Alle auch heimisch und vertreten sind und wo wir Alle unsere berechtigten Wünsche vorbringen können. Hier, glaube ich, ist wohl auch der geeignete Ort und die Möglichkeit geboten, unseren Anforderungen gerecht werden zu wollen. Aber uns vertrösten zu lassen, daß vielleicht einmal etwas auch für uns geschieht, und die ruthenische Jugend, die seit zehn Jahren entfremdet und entnationalisirt wird, ihrem Schicksale zu überlassen, das können wir nicht zugeben und dürfen wir nicht dulden.

Ich bitte daher ergebenst das hohe Haus, die in Gerechtigkeit und Billigkeit begründete Resolution umsomehr beschließen zu wollen, als wir von der ursprünglichen Fassung, die bestandene Musterhauptschule wieder zu errichten, abgegangen sind und uns nur mit einer mehrclassigen Volksschule begnügen.

Ich empfehle dringend diese Resolution der geneigten Beschlußfassung des hohen Hauses. *(Bravo! Auf der Bank der Ruthenen.)*

*(Abgeordneter Dr. Eus. Czertawski meldet sich zum Worte.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Eusebius Czerkawski hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Eusebius **Czerkawski:** Sie werden es mir verzeihen, meine Herren, wenn ich das Gebiet der Argumentation, welche der Herr Vorredner entrollt hat, nicht betrete, ich würde Anstand nehmen, Ihre Geduld in Anspruch zu nehmen. Sie werden gefühlt haben, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners, betreffend die Competenz über die Bestimmung der Unterrichtssprache, wohl auf sehr schwachen Füßen stehen. Würde man meine Ansicht und die gegnerische dem Wahrspruche eines Gerichtes unterziehen, ich wäre gewiß, das Verdict würde sich meine Ansicht aneignen.

Ich will auch nicht auf die mannigfaltigen Widersprüche und Unrichtigkeiten eingehen, die der Herr Vorredner aus meiner Rede herausgegriffen und gewissermaßen an den Pranger gestellt hat. So z. B. hat er unter Anderem gesagt, ich hätte behauptet, da der zweite Punkt gegenstandslos geworden sei, ergo sei auch der erste Punkt gegenstandslos geworden. Einer solchen unlogischen Folgerung, meine Herren, erinnere ich mich nicht schuldig gemacht zu haben.

Ich habe gesagt, der erste Punkt ist gegenstandslos geworden, weil nach der Verordnung des Ministeriums eine Volksschule, wiewohl in anderer Form, bereits existirt, ergo ist den Wünschen des Herrn Antragstellers Genüge geschehen, ich habe mir aber den Fehlschluß nicht erlaubt: Da der zweite Punkt gegenstandslos geworden, ergo ist auch der erste Punkt gegenstandslos.

Ich führe das nur an, um Sie aufmerksam zu machen, mit welchen Waffen der Herr Vorredner kämpft.

Auch hat er mir gesagt, ich hätte gemeint, es gebe Ruthenen, deren Muttersprache die polnische ist.

Das, meine Herren — ich appellire an Ihr Gedächtniß — habe ich nicht gesagt; ich habe gesagt: Es gibt griechisch-katholische Familien, wo die Conversations-, beziehungsweise Muttersprache die polnische ist.

Ich habe mir aber den Fehlschluß nicht zu Schulden kommen lassen, es gebe ruthenische Familien, deren Muttersprache die polnische sei. Das ist ein Beweis für die Art der Auffassung fremder Argumentation von Seite des Herrn Abgeordneten, und der Art, wie er sie ausnützt. Nun, der Herr Vorredner hat auch gesagt: Eine Uebungsschule ist eine

Musterhauptschule. Ich bitte um Verzeihung, alles das, was man Hauptschule nennt, ist gewöhnlich eine mehrclassige Volksschule. Eine Uebungsschule braucht aber nicht mehrclassig zu sein. Ich bitte sehr um Verzeihung, Uebungsschule und Hauptschule sind zwei ganz verschiedene Gegenstände. Freilich hat man jetzt den Muth, Uebungsschulen zu Nutzen und Frommen des Herrn Antragstellers und seiner Genossen als Hauptschulen zu errichten, und ich gönne dies den Herren und meinen Landesgenossen. Aber ich muß mich gegen eine solche Argumentation, welche auf ganz falschen Prämissen beruht, verwahren. Der Herr Vorredner hat es mir übel genommen, daß ich die ruthenische Sprache ein Idiom genannt habe. Ich muß sehr um Verzeihung bitten, muß aber versichern, daß es nicht schlecht gemeint war; ich wollte dadurch nicht die Würde der ruthenischen Sprache irgendwie herabsetzen, nur des Styls halber, um nicht fortwährend „Sprache" zu sagen, habe ich mir erlaubt, auch das jetzt angefochtene Wort „Idiom" zu gebrauchen.

Aber warum ich das Wort ergriffen habe, das ist zur Richtigstellung einer Thatsache. Ich bin nicht berufen, auch nicht ermächtigt, hier den Anwalt des Landesschulrathes zu machen, aber als Ehrenmann muß ich doch eine Thatsache richtigstellen. Der Herr Vorredner hat gesagt, der Landesschulrath hätte als letzten Termin für die Inscriptionen in diese Uebungsschule den letzten Juli festgesetzt, dies ist eine Behauptung, die in doppelter Beziehung unrichtig ist. Erstens hat, so viel mir bekannt ist, nicht der Landesschulrath diesen Termin festgesetzt sondern das hohe Unterrichtsministerium, und der Landesschulrath hat nur dasjenige vollzogen, was ihm die vorgesetzte Behörde aufgetragen hat.

Ich muß daher diese Gehässigkeiten gegen den Landesschulrath zurückweisen. Ich muß aber auch das hohe Unterrichtsministerium theilweise in Schutz nehmen; ich sehe ein, warum dies geschehen ist. Es handelt sich, meine Herren, um eine große Auslage, welche die Errichtung einer solchen Schule mit sich bringt. Da muß man doch wenigstens einen Monat vor Beginn des Schuljahres wissen, ob und inwiefern diese Kosten sich lohnen werden, ob und inwiefern dieser Antrag nothwendig werden wird. Es ist also diese Vorsicht der obersten Unterrichtsbehörde sehr zu loben, daß sie sich mit Ende Juli bereits vergewissern will, ob sie das Locale, Einrichtungsstücke und dergleichen beischaffen soll. Dadurch ist aber nicht, wie der Herr Vorredner bemerkte, ausgeschlossen, daß, wenn der Bestand der Schule bereits gesichert ist, auch nachträglich Inscriptionen vorgenommen werden. Das sind also die beiden Unrichtigkeiten, die dem Landesschulrathe in die Schuhe geschoben werden.

Nun, das ganze Plaidoyer des Herrn Vorredners ist eigentlich nicht richtig, denn wir hatten ja nichts gegen die ruthenische Volksschule, wir gönnen ihnen diese neue Institution, die das Ministerium ihnen gegeben hat, aber wir müssen uns verwahren gegen jeden Angriff auf die Landesgesetzgebung, gegen jeden Angriff auf die verfassungsmäßigen Attribute der autonomen Organe und Institutionen, und darum erlaube ich mir einer anderen Ansicht zu sein, als der Herr Vorredner, indem ich leugne, daß eine politische Execution gegen die Rechte der Gemeinden hier möglich oder ausführbar wäre.

*(Abgeordneter Zakliński meldet sich zum Worte.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Zakliński hat das Wort.

Abgeordneter **Zakliński:** Meine Herren! Ich hatte nicht die Absicht, in der heutigen Sitzung aus Anlaß der vorliegenden Resolution das Wort zu ergreifen; allein ich wurde gerade durch die Rede des hochgeehrten Herrn Vorredners Dr. Czerkawski hiezu aufgefordert und veranlaßt, welcher Thatsachen als Beweise gegen die Nothwendigkeit dieser Schule anführte.

Meine Herren! Heute können Sie sich ein Bild unserer traurigen Lage im galizischen Landtage entwerfen, heute haben Sie aus der Rede des verehrten Herrn Abgeordneten Dr. Czerkawski, eines Ruthenen von Geburt, von dessen fachmännischer Bildung und staatlicher Stellung wir die Vertheidigung und den Schutz unserer Interessen zu erwarten glaubten, heute haben Sie aus dieser Rede entnehmen können, daß Derjenige, auf den wir so schöne Hoffnungen setzten, als Werkzeug in die Hände unserer Gegner sich stellt, um uns zu verderben und an seiner eigenen Nation den politischen Meuchelmord zu vollziehen. *(Rufe: Beleidigen Sie uns nicht!)*

Ich bitte sehr, meine Herren, wir wurden hundertmal hier beleidigt und ertragen dies immerfort.

Weiters können Sie, meine Herren, aus dieser Rede ein Bild sich entwerfen von den wahren Grundursachen, warum diese Herren Landtagsabgeordneten immerwährend die Competenz dieses hohen Hauses abstreiten, um uns in die Arena der Majoritätszwangsanstalt zurückzuführen. Während wir hier, in diesem hohen Hause einzig und allein die Gerechtigkeit und die Gleichberechtigung — ich sage nicht Bevorzugung — für alle Nationen verlangen, werden alle unsere Ansprüche an diesen Landtag zurückgewiesen, um uns dort durch die Majorität dem politischen Morde zuzuführen. *(Bravo!)*

Ich will mich in eine Polemik dieser Argumente nicht einlassen, und diese Behauptungen stehen nach meiner unmaßgeblichen Meinung auch nicht dafür, sie zu widerlegen, da gerade der Herr Abgeordnete Dr. Czerkawski die Nothwendigkeit dieser unseren

Resolution noch bekräftigt hat. Ich will nur eine Thatsache aus den Argumenten, welche er als Beweis für die Nichtnothwendigkeit der Schule in Lemberg anführte, hervorheben.

Der Herr Abgeordnete hat nämlich gesagt, daß, als die hohe Regierung an den Lehrerbildungsanstalten die Parallelclassen im vorigen Jahre ins Leben rief, keine ruthenischen Schüler sich gemeldet haben, so daß es nicht einmal möglich war, diese Schulen rechtzeitig zu eröffnen. Nun, meine Herren, wie dies in Lemberg geschehen ist, hat schon mein geehrter Herr Vorredner hervorgehoben, und ich will mir nur erlauben, aus meinem Wahlbezirke, nämlich aus dem Stanislauer Bezirke, eine Thatsache gegen diese Behauptung vorzubringen. Es thut mir sehr leid, daß ich die betreffenden Daten nicht bei mir habe; ich werde aber in der Lage sein, Seiner Excellenz dem Herrn Cultusminister diese Daten vorzulegen.

Als die hohe Regierung die Verordnung ergehen ließ, daß Parallelclassen an den Lehrerbildungsanstalten in Lemberg, Stanislau und Tarnopol eröffnet werden, hat der Director der Lehrerbildungsanstalt in Stanislawow, Herr Turczyński, diesen Erlaß nicht verlautbaren lassen, sondern lange Zeit förmlich geheim gehalten. Allein als andere unparteiische Lehrer von diesem hohen Erlasse Kenntniß erhielten, interpellirte einer derselben auf einer Conferenz den Herrn Director und sagte: Wir erfahren, daß vom Ministerium ein Erlaß ergangen ist wegen der Creirung einer ruthenischen Parallelschule.

Allein er erhielt keine Antwort, so daß er ihn auf der zweiten Conferenz darum wiederholt interpelliren mußte; endlich, nachdem kaum mehr ein Monat zur Einschreibung Zeit war, brachte er diesen Erlaß zur Kenntniß, so daß die Ruthenen nur eine kurze Zeit hatten, von diesem Erlasse zu erfahren und ihre Kinder in diese Schule einzuschreiben. Nun erschienen mehrere Landleute aus der Nachbarschaft und sagten: „Herr Director, wir haben gehört, daß die hohe Regierung so geneigt war, uns mit einer nationalen ruthenischen Schule zu beglücken, wir möchten daher unsere Kinder hier eintragen lassen." Was antwortete der Director? Er hat ihnen auf alle mögliche Art widerrathen, daß sie ihre Kinder nicht in diese Schule eintragen lassen, indem er diese Sprache öffentlich vor den Schülern eine Schänkersprache nannte, daß sie dieselbe zu Hause unter Bauern lernen können u. s. w. Als sie aber dabei standhaft verharrten und erwiderten: „Aber, wenn schon die hohe Regierung einmal so geneigt war, lassen Sie doch unsere Kinder an dieser Classe einschreiben." Auf diese Vorstellungen ließ er sich endlich herbei, die Kinder einzutragen.

Nun, meine Herren, erscheint eine Mutter, Witwe nach einem griechisch-katholischen Pfarrer, und bittet den Herrn Director, ihren Sohn in diese ruthenische Parallelclasse einzutragen, welche von der hohen Regierung, wie sie hörte, bereits creirt wurde. Allein dieselben Hindernisse, Schwierigkeiten, Abrathungen und Verschmähungen der ruthenischen Sprache mußte auch sie erfahren. Und als sie sich auf den Ministerialerlaß berufen hatte, gab der Director zur Antwort: „Ich weiß nicht, wozu das Ministerium solche unnütze Verordnungen erläßt." Darauf ließ die arme Witwe, welche für die Fortschritte ihres Sohnes besorgt war, denselben in die polnische Schule eintragen. Als sie sich doch einige Tage darauf von dem hohen Ministerialerlasse überzeugte, ließ sie ihren Sohn in die ruthenische Schule übertragen.

Meine Herren, es sind Thatsachen. Ich wage dies hier öffentlich auszusprechen, und bin es dem Ansehen dieses hohen Hauses schuldig, diese Thatsachen, falls nothwendig, nachzuweisen.

Nun, meine Herren, hat dieser Director, Herr Turczyński, durch seine ungerechte Behandlung und Parteilichkeit sich auch den Unwillen der untergeordneten Lehrer zugezogen.

Es stehen gegen ihn drei Lehrer auf. Ich will sie nennen: Herr Jabkowski, Herr Jachno und Herr Baranowski.

Um jedoch gegen denselben nicht persönlich und schriftlich aufzutreten, fahren sie nach Lemberg, melden sich beim betreffenden Herrn Inspector und klagen mündlich, daß der Herr Director mit den Lehrern und überhaupt im Amte so verfahre, daß sie länger dieses Verfahren nicht ertragen können. Er möchte doch geeignete Maßregeln treffen, diesem Uebelstande abzuhelfen. Der Herr Inspector antwortet ihnen: sie mögen diese Klagen schriftlich an den Landesschulrath einbringen, was sie auch gethan haben. Es kommt nun eine Commission in der Person desselben Herrn Inspectors nach Stanislau, welcher vor Allem an die Kläger eine Deputation in der Person eines Bezirksschulinspectors schickt, um sie zu bewegen, daß sie von der Klage abtreten. Der abgeschickte Schulinspector erschien bei einem der Kläger, und zwar Herrn Jachno, und hat ihn unter Bitten und Vorstellungen, daß in dieser Sache die ruthenische Angelegenheit implicirt ist und dieses der polnischen Sache schädlich wäre, zur Abtretung von dieser Klage bewogen.

So wurde auch der zweite Kläger, Herr Baranowski, durch diesen Schulinspector zum Abtreten von dieser Klage bewogen, indem der Kläger zu Protokoll brachte: „daß, da der Herr Director dies nicht mehr thun würde, er von der Klage abstehe".

Der Dritte endlich, Herr Jabkowski, erklärt, von dieser Klage nicht abstehen zu können. Das Protokoll wird mit demselben aufgenommen und endet damit, daß der Herr Inspector in Gegenwart des Herrn Directors dem Kläger die größten Vorwürfe macht, indem er ihn ganz unfähig erklärt und dem Director die strengste Ueberwachung desselben mit dem anordnet,

daß, falls er sich noch eine Unregelmäßigkeit zu Schulden kommen ließe, er ihn sofort der Schulbehörde anzeigen solle.

Nun, meine Herren, den Recurs gegen diese Commission wagte der besorgte Lehrer nicht einzubringen, weil er sonst die größte Rache, ja die Brodlosigkeit befürchten mußte.

Nun, meine Herren, ich habe nur diese eine Thatsache gegenüber dem Herrn Dr. Czerkawski hervorgehoben, um nachzuweisen, daß nicht in dem Unwillen der Ruthenen gegen ihre ruthenischen Schulen der Grund dieser Uebelstände, sondern vielmehr in den Hindernissen zu suchen ist, welche den Ruthenen von Seite der Schulbehörden in den Weg gelegt werden.

Ich schließe meine Ausführungen damit, daß ich Seine Excellenz den Herrn Unterrichtsminister bitte, er wolle sich diese streitige Angelegenheit der Stanislauer Lehrerbildungsanstalt berichten lassen und die Güte haben, nochmals die Untersuchung erneuern zu lassen, und die Professoren an dieser Anstalt werden das Zeugniß geben, daß solch' unregelmäßige Vorgänge wirklich vorgefallen seien. *(Bravo! Auf der Bank der Ruthenen.)*

*(Während dieser Rede hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen. — Abgeordneter Schürer meldet sich zum Worte.)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Schürer hat das Wort.

Abgeordneter **Schürer**: Ich erlaube mir Schluß der Debatte zu beantragen.

**Präsident**: Es wurde Schluß der Debatte beantragt. Als Redner ist nur noch der Herr Abgeordnete Naumowicz eingetragen.

Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage auf Schluß der Debatte beistimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Schluß der Debatte ist angenommen.

Der Herr Abgeordnete Naumowicz hat noch das Wort.

Abgeordneter **Naumowicz**: Der langen Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Czerkawski kurzer Sinn, meine Herren, ist folgender: Ihr Ruthenen, Ihr existirt! 500 Jahre polnischer Knechtschaft haben Euere Nationalität nicht vernichtet, Ihr lebt, allein als Nation dürft Ihr nicht leben; höchstens in Eueren Familienkreisen und in Eueren Häusern, da könnt ihr Euere Sprache gebrauchen, in den Schulen ist für selbe kein Platz, denn Ihr habt hiezu keine gesetzliche Grundlage. Der Landtag in Galizien hat eine polnische Majorität, das Sprachgesetz ist zu Gunsten der polnischen Nationalität beschlossen worden. Die Gemeinde Lemberg ist glücklicherweise für die polnische Nationalität auch polnisch. Es kann keine Schule mit ruthenischer Unterrichtssprache eingeführt werden, folglich können keine Lehrer für die ruthenische Nation gebildet werden; folglich kann die Aufklärung der ruthenischen Nation nur im polnischen Sinne und in polnischer Sprache stattfinden. Meine Herren, das ist der kurze Sinn der ganzen langen Rede.

Unsere ganze Geschichte ist wahrhaftig eine Leidensgeschichte! Wir waren unter Tartaren, wir waren unter polnischer Herrschaft, aber die Wahrheit gesagt, wir waren nie so gekränkt, wie in den letzten Jahren. *(Heiterkeit auf der Polenbank.)* Selbst unter der polnischen Herrschaft hat man es nie gewagt, an unserer Sprache und Schrift zu rütteln. Dies war erst der Gołuchowski'schen Aera vorbehalten, daß man sogar an unser Alphabet Hand anlegte, und eben Herr Dr. Czerkawski war es, welcher sich in dieser Beziehung ausgezeichnet hat.

So hat man erst jetzt unserer Nationalität die größte Gewalt angethan, um dieselbe endgiltig zu Grabe zu tragen, und dieses Ziel verfolgt man mit einer eisernen Consequenz und mit echt jesuitischer Tücke. Man sagt uns ja: „Wir lieben Euch, Ruthenen, wir wollen Euer Bestes, wir sind für die Aufklärung Eures Volkes besorgt, aber Ihr dürft keine ruthenische Schule haben, den Unterricht in Euerer Sprache dürft Ihr nicht cultiviren, weil euch hiezu leider keine legale, verfassungsmäßige Basis zu Gebote steht."

Nun, meine Herren, Sie haben von den Thatsachen gehört, welche mein unmittelbarer Vorredner hier speciell angeführt hat, solchen Thatsachen, welche darauf hinzielen, uns Alles, was uns theuer ist, zu verleiden. Und dennoch, meine Herren, sind wir eine Nation von zweieinhalb Millionen Seelen, welche zu allen Zeiten alle Lasten für Reich und Land willig trägt, eine Nation, welche ihr Blut für das Reich nicht ein Mal gegeben hat, gibt und geben wird, wenn es die Noth erheischt. Ist es nicht schmerzlich, daß diese Nation solche Kränkungen, solche empörende Hintansetzung dulden muß? Hat nicht diese Nation das Recht zu fordern, daß der Artikel 19 der Staatsgrundgesetze auch für sie in Wirksamkeit trete? Doch leider, es ist nicht so. Wir leisten Alles, wozu wir verpflichtet sind — den Genuß der Rechte, die uns gebühren, müssen wir vermissen. Bei der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Czerkawski kamen mir wirklich die schönen Worte des Altmeisters der deutschen Dichtkunst in den Sinn: „Es erben sich Gesetz und Rechte, wie eine ew'ge Krankheit fort. Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte und rücken sacht von Ort zu Ort. Vernunft wird Unsinn, Wohlthun Plage, Weh' Dir, daß Du ein Enkel (ich sage: ein Ruthene) bist. Vom Rechte, das mit Dir geboren ist — von dem ist leider nie die Frage ...." *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Wünscht noch Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen.

*(Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. Stremayr meldet sich zum Worte.)*

Seine Excellenz der Herr Unterrichtsminister hat das Wort.

Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. **Stremayr:** Ich habe nur eine kleine Aufklärung zu geben hinsichtlich des Inhaltes des Erlasses, welcher sich mit der Errichtung einer zweiten Uebungsschule an der Lehrerbildungsanstalt zu Lemberg befaßte. Mit Erlaß vom 5. April d. J. habe ich eine zweite vierclassige Uebungsschule mit ruthenischer Unterrichtssprache eingeführt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Bestimmung getroffen, daß, wenn für alle Classen eine entsprechende Anzahl von Schülern vorhanden ist, schon mit Beginn des Schuljahres 1877/8 alle vier Classen eröffnet werden sollen, in dem Falle aber, als eine entsprechende Anzahl nicht zur Anmeldung kommen sollte, wenigstens die erste dieser vier Classen mit Beginn dieses Schuljahres eröffnet werde. Da es sich hiebei um die Bestellung der entsprechenden Lehrkräfte handelte, so ist klar, daß die Anmeldung solcher Schüler zur Beurtheilung, ob die Classen zu Stande kommen oder nicht, nicht erst auf den letzten Augenblick, sondern auf einen früheren Zeitpunkt verlegt werden mußte. Dieser frühere Zeitpunkt war nach dem Ministerialerlasse vier Wochen vor Beginn des Schuljahres 1877/78. Dieser Erlaß enthielt aber die ausdrückliche Bestimmung, daß damit die nachträgliche Anmeldung zur Aufnahme und diese Aufnahme in Folge nachträglicher Anmeldung nicht ausgeschlossen sei. Der galizische Landesschulrath hat conform diesem Erlasse bereits am 30. April eine Kundmachung erlassen, in dieser Kundmachung aber nicht den Termin von vier Wochen, sondern ganz zweckmäßig einen Kalendertermin von vier Wochen festgesetzt. Allerdings ist in dieser Kundmachung des Landesschulrathes von der Zulässigkeit nachträglicher Anmeldungen der Schüler nichts enthalten gewesen. Demzufolge habe ich mich veranlaßt gesehen, unter dem 16. Juni den Landesschulrath in Galizien aufzufordern, eine zweite Kundmachung zu erlassen und in derselben auch, was bereits in dem ersten Ministerialerlasse enthalten war, nämlich die Bestimmung aufzunehmen, daß auch die nachträgliche Anmeldung solcher Kinder nicht ausgeschlossen ist. Außerdem habe ich den galizischen Landesschulrath darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser bloß vorläufigen Anmeldung von Kindern nicht schon in der Weise vorzugehen sei, wie das bei gewöhnlichen Anmeldungen zu geschehen hat, sondern daß da schon die bloße Angabe des Alters und der allgemeinen Verhältnisse der Kinder genüge, während die Aufnahme selbst mit Beginn des Schuljahres in der gewöhnlichen Weise zu geschehen habe.

Es ist klar, daß eine solche provisorische Verfügung nothwendig war, um eben für die entsprechende Anzahl der nöthigen Lehrkräfte rechtzeitig Sorge zu tragen, ohne die Frequenz der Schule zu beeinträchtigen.

Das ist, was ich zur Aufklärung anzugeben hatte.

**Präsident:** Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, so erkläre ich die Debatte neuerlich für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Dr. **Dinstl:** Ich glaube mich sehr kurz fassen zu können, da ich mich lediglich an das halte, was Gegenstand des Antrages ist.

Es wurde die Berechtigung in Zweifel gezogen, eine Aufforderung an das Unterrichtsministerium ergehen zu lassen. Daß aber das Unterrichtsministerium die berufene Behörde ist, daß, wo die unteren Instanzen etwaigen berechtigten Anforderungen nicht Genüge leisten, folgt zweifellos aus dem §. 1 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, wodurch dem Unterrichtsministerium die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Volksschulwesen zusteht.

Was die Errichtung einer Volksschule in Lemberg mit ruthenischer Unterrichtssprache betrifft, so wurde in dem Berichte betont, daß bei 12.000 Ruthenen in Lemberg wohnen.

Dagegen wurde heute geltend gemacht, daß nur bei 12.000 Bewohner griechisch-katholischer Religion in Lemberg ansässig seien.

Ich glaube jedoch, daß man durchschnittlich, wenn auch in einzelnen Fällen Ausnahmen vorkommen, annehmen kann, daß in Galizien diejenigen, welche sich zur griechisch-katholischen Religion bekennen, auch ruthenischer Abstammung sind.

Allein nicht auf die Anzahl der Bevölkerung wurde von Seite des Ausschusses allein Gewicht gelegt, sondern auf die vorliegende Petition, welche mit zahlreichen Unterschriften bedeckt ist, in welcher Männer aus allen Ständen um die Errichtung einer solchen Schule bitten und das Bedürfniß derselben constatiren.

Ich weise darauf hin, daß außer dem Metropoliten von Lemberg Universitätsprofessoren der Director eines Obergymnasiums, Lehrer an Mittelschulen, Staatsbeamte, Eisenbahnbeamte, Privatbeamte, Kaufleute, Geschäftsleute, kurz Petenten aus allen Ständen unterschrieben sind.

Der Ausschuß glaubte daher, es sei ein Anlaß vorhanden, die beantragte Aufforderung an das Ministerium zu richten. Selbstverständlich konnte sich der Ausschuß nicht in die Details der Admini-

stration einlassen, er konnte daher nicht die Aufforderung an das Ministerium richten, daß in einer bestimmten Schule in Lemberg der Unterricht in ruthenischer Sprache ertheilt werde.

Der Ausschuß mußte sich allgemeiner fassen und beantragte daher, daß den Wünschen der Petenten in der Richtung entsprochen werde, daß eine Schule in Lemberg mit ruthenischer Unterrichtssprache errichtet wird. Ich empfehle daher den Antrag des Ausschusses.

**Präsident:** Der Ausschuß stellt den Antrag *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

„„1. Die Regierung werde dringend aufgefordert, dafür zu sorgen, daß an einer mehrclassigen öffentlichen Volksschule in Lemberg die ruthenische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt werde.““

Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage beistimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist mit 84 gegen 36 Stimmen angenommen. *(Rufe: Schluss!)*

Ich weiß nicht, ob das hohe Haus geneigt ist, noch den nächsten Gegenstand in Verhandlung zu nehmen. Ich meinestheils würde glauben, daß derselbe jedesfalls noch heute erledigt werden könnte. Es handelt sich bloß um den Bericht über Petitionen, betreffend das Hausirwesen. *(Nach einer Pause:)* Da sich keine Einwendung erhebt, so setzen wir die Tagesordnung fort.

Der nächste Gegenstand derselben ist, wie bemerkt, der Bericht des Ausschusses zur Berathung der das Hausirwesen betreffenden Petitionen *(697 der Beilagen)*.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, den Bericht vorzutragen.

Berichterstatter **Göllerich** *(von der Tribüne)*: Da in dem Ausschußberichte über die eingelangten Petitionen, betreffend das Hausirwesen, ohnehin die Motive ziemlich ausführlich angegeben sind, welche zu den Anträgen des Ausschusses geführt haben, so würde ich die Geduld des hohen Hauses unnützerweise in Anspruch nehmen, wenn ich diese Motive wiederholen würde. Ich beschränke mich darauf, zu bitten, daß das hohe Haus die Anträge des Ausschusses annehme.

Zugleich erlaube ich mir zu bemerken, daß nachträglich, nachdem der Bericht bereits gedruckt war, dem Ausschusse noch eine Petition zugekommen ist, nämlich die Petition mehrerer Uhrmacher aus Karlstein und Umgebung in Niederösterreich, die bitten, daß §. 12 des Hausirpatentes strenger gehandhabt werde als bisher. Der Ausschuß hat beschlossen, daß über diese Petition mündlich Bericht erstattet werde, und ich behalte mir das mit Gestattung des hohen Hauses vor.

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte. Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Gegenstand der Verhandlung ist der Antrag des Ausschusses, der sich in zwei Theile theilt, wovon der eine Theil die Abtretung von Petitionen an die Regierung, der andere eine Aufforderung an die Regierung betrifft. Da Niemand das Wort verlangt, so erkläre ich die Debatte für geschlossen. Der Ausschuß beantragt *(liest)*:

„Die eingebrachten Petitionen, betreffend die Aufhebung, eventuell die Regelung des Hausirwesens durch Erlaß eines neuen Hausirgesetzes, werden der hohen Regierung zur eingehendsten Würdigung mit der Aufforderung zugewiesen, die seit der gesetzlichen Wirksamkeit des Hausirpatentes vom 4. September 1852 erlassenen Durchführungs- und Nachtragsverordnungen einer sorgfältigen Revision zu unterziehen, und dieselben, insofern dadurch gegründeter Anlaß zu den in den Petitionen vorgebrachten Beschwerden gegeben erscheint, zu modificiren, eventuell aufzuheben, überhaupt aber die unterstehenden Behörden zur strengen Handhabung des Hausirpatentes in allen seinen Bestimmungen und namentlich in Bezug auf die Ertheilung der Hausirbefugnisse zu verhalten.

Mit Rücksicht auf das durch die Verhandlung über die vorliegenden Petitionen gewonnene Materiale wird die Regierung zugleich aufgefordert, zu prüfen, ob es nicht angemessen erscheine, durch ein neues Hausirgesetz den Hausirhandel in einer den veränderten Handels- und Verkehrsverhältnissen angemessenen Weise zu regeln, wobei insbesondere die Frage in Erwägung zu ziehen wäre, ob der Hausirhandel in der Ausübung nicht auf einzelne Länder beschränkt, und ob und inwiefern derselbe in Bezug auf die Besteuerung dem concurrirenden Kleingeschäfte gleichgestellt werden soll.“

Ich ersuche die Herren, die den soeben von mir vorgelesenen Antrag annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist angenommen.

Weiters wird von dem Ausschusse beantragt *(liest:)*

„Die Petitionen: 1. mehrerer Hausirer des westlichen Böhmens um Aufhebung des §. 11 des Hausirpatentes; 2. der Hausirer aus dem Bezirke Hohenelbe um Aufhebung der Bestimmung, daß der Hausirer alljährlich neue Wohlverhaltens- und Gesundheitszeugnisse beizubringen habe, seien der Regierung abzutreten.“

nur dann ausgeübt werden kann, wenn die Rechte der Gesammtheit hiedurch nicht verletzt werden.

Eine solche Verletzung der Gesammtinteressen scheint nun im §. 16 zu liegen.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, wir sind jetzt bei §. 15.

Abgeordneter Dr. **Stöhr**: Dann bitte ich um Entschuldigung.

**Präsident**: Ich werde Ihnen also das Wort zu §. 16 vorbehalten. *(Nach einer Pause:)* Wünscht Jemand zu §. 15 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, bitte ich jene Herren, welche §. 15 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist angenommen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 16 des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen)*.

**Präsident**: Ich ertheile nun dem Herrn Abgeordneten Dr. Stöhr das Wort.

Abgeordneter Dr. **Stöhr**: Eine Verletzung des Gesammtinteresses scheint nun im §. 16, der eben verlesen wurde, zu liegen, indem in demselben jedem einzelnen Besitzer einer solchen Theilschuldverschreibung das Recht eingeräumt wird, gegen die Entscheidung des Curatelgerichtes, wenn dem Antrage des Curators stattgegeben wird, die im Gesetze zulässigen Rechtsmittel zu ergreifen.

Der Ausschußbericht motivirt dies dadurch, daß es geboten sei, dem einzelnen Prioritätsobligationenbesitzer die Gelegenheit zu geben, seine Ansicht zur Geltung zu bringen.

Wenn nichts Anderes damit bezweckt würde, so könnte man wohl darüber hinausgehen. Allein die Consequenzen der Ergreifung eines solchen Rechtsmittels sind so schwerwiegender Natur, daß dieselben gewiß alle Berücksichtigung verdienen. Schon dadurch, daß überhaupt gegen eine solche Entscheidung der Recurs zulässig erklärt wird, wird nothwendigerweise bedingt, daß diese Maßregel, selbst wenn sie noch so dringlicher Natur wäre, nicht sofort zur Ausführung gebracht werden kann. Denn es müssen 14 Tage abgewartet werden, binnen welcher Zeit der Recurs eingebracht werden kann. Wird dann der Recurs eingebracht, so dauert es natürlich noch längere Zeit, und wenn auch gegen die Entscheidung der zweiten Instanz recurrirt wird, tritt eine noch größere Verschleppung ein. Auf diese Art kann eine Maßnahme, welche von den Curatoren, von den Vertrauensmännern und dem Curatelgerichte als dem Gesammtinteresse entsprechend, nützlich und dringend angesehen wird, nicht vor Ablauf von zwei Wochen zur Anwendung kommen, selbst wenn kein Recurs ergriffen wird.

Wird ein Recurs ergriffen, so dauert es in der Regel wochenlang, und wenn auch gegen den Bescheid der zweiten Instanz der Recurs ergriffen wird, kann es monatelang dauern, bis der Spruch in Rechtskraft erwächst und dann ausgeführt werden kann.

Inzwischen aber, bis dies möglich ist, kann sich die Situation und überhaupt das ganze Verhältniß derart geändert haben, daß es gar nicht mehr möglich ist, diesen Beschluß, selbst wenn er noch so dringlich war, zur Durchführung zu bringen. Dies kann insbesondere dann eintreten, wenn namentlich die Ausführung eines Beschlusses oder einer Maßregel von den Anträgen dritter Personen abhängt, welche erklären, daß sie nur für eine gewisse Zeit an ihren Antrag gebunden sein wollen. Bis also die Entscheidung herablangt, ist die Gelegenheit vorüber.

Hieraus folgt also, daß es dem Belieben jedes einzelnen Obligationenbesitzers anheimgestellt bleibt, ob überhaupt irgend eine von allen Factoren als nöthig und dringend anerkannte Maßregel durchgeführt werden soll.

Es ergibt sich noch weiter, daß ein solcher Prioritätenbesitzer nur ein einziges Stück haben kann; es repräsentirt dieses Stück oft einen effectiv minimalen Werth. Trotz dieser im Verhältnisse zu dem Gesammtinteresse geringfügigen Summe wird diesem Manne das Recht eingeräumt, daß er es dahin bringen kann, daß der Beschluß nicht ausgeführt wird, daß er so lange verzögert wird, bis eine Ausführung überhaupt gar nicht mehr möglich ist.

Dadurch können aber sehr oft sehr große Nachtheile bewirkt werden. Dies tritt namentlich dort ein, wenn z. B. eine Eisenbahn, die ins Gedränge kommt, keine Betriebsmittel hat; es handelt sich darum, die Betriebsmittel zu beschaffen. Diese müssen sofort geschafft werden, weil sonst der Verkehr darunter leidet oder der Concessionsverlust der Eisenbahn in Aussicht steht. Wenn aber ein Einzelner, welcher mit einem noch so geringen Betrage betheiligt ist, die Ausführung aller dieser Maßregeln illusorisch machen kann, dann ist gewiß die höchste Gefahr vorhanden, daß ein außerordentlicher Nachtheil für das ganze gesellschaftliche Unternehmen eintreten kann.

Es ist aber auch noch die Gefahr vorhanden, daß gerade dieses Recursrecht, welches dem Einzelnen eingeräumt werden soll, die Handhabe zu unlauterem Gebaren bietet. Man wird sich das Recursrecht abkaufen lassen, und zahlen werden es Diejenigen müssen, welche im Besitze einer größeren Anzahl von Prioritätsobligationen sind, welche große Summen in dem Unternehmen investirt haben. Diese werden dann genöthigt sein, entweder diese Theilschuld-

verschreibungen einzulösen, oder sie müssen sich sonst auf eine andere Art abfinden, damit der Einzelnbesitzer von seinem Recursrechte keinen Gebrauch macht.

Ich halte also dieses Recursrecht des Einzelnen für außerordentlich gefährlich und dem Gesammtinteresse nachtheilig. Das hohe Herrenhaus hat dem Einzelnbesitzer ein solches Recursrecht nicht eingeräumt, sondern hat sich damit begnügt, dieses Recursrecht bloß den Vertrauensmännern einzuräumen, und ich glaube, daß das vollkommen richtig ist, denn wenn Jemand berufen ist, die wirthschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens zu kennen und zu würdigen und sich darüber auszusprechen, ob eine in Antrag gebrachte Maßregel für das gemeinsame Unternehmen zweckmäßig oder unzweckmäßig ist, so sind es gewiß vor allem Anderen die von der Gesellschaft oder der Versammlung gewählten Vertrauensmänner, die ja eben zu dem Zwecke berufen sind.

Ich könnte mich also mit der Einräumung eines solchen Recursrechtes für jeden Besitzer einer einzelnen Theilschuldverschreibung nicht einverstanden erklären und werde daher gegen diesen Paragraph stimmen. *(Bravo!)*

**Präsident:** Wünscht noch Jemand zu §. 16 das Wort?

*(Abgeordneter Dr. Weiss meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Weiß hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Weiß:** Dasjenige, was der Herr Vorredner gegen die Bestimmungen des §. 16 vorgebracht hat, gipfelt vor Allem darin, daß durch das Recursrecht des Einzelnen die Sache verschleppt werden könne. Er selbst hat dieses Argument bekämpft, und zwar auf das allerwirksamste bekämpft, indem er, obschon er dem Einzelnen das Recursrecht nicht vindiciren will, doch das Recursrecht den Vertrauensmännern gewahrt wissen will. Mir kommt vor, daß eine Verschleppung in beiden Fällen eintreten müßte, gleichviel ob man dem Einzelnen oder den Vertrauensmännern das Recursrecht einräumt.

Ich muß übrigens darauf aufmerksam machen, daß weit weniger daran gelegen ist, Zeit zu ersparen und eine schnelle Entscheidung zu treffen, als vielmehr daran, das materielle Recht und das materielle Interesse der Besitzer von Theilschuldverschreibungen zu wahren.

Diesen letzteren Gesichtspunkt müssen wir im Auge behalten und von diesem Gesichtspunkte sind die Bestimmungen des §. 16 zu beurtheilen, und wenn sie von diesem Gesichtspunkte beurtheilt werden, kann man nur zu dem Schlusse kommen, daß das Recursrecht des Einzelnen in der That ein Schutzmittel gegen eine in Folge allzu schneller Entscheidungen etwa eintretende Beeinträchtigung von Rechten und Interessen der Einzelbesitzer ist.

Ich erlaube mir auch darauf aufmerksam zu machen, daß in dieser ganzen Gesetzesvorlage das Recht des Einzelnen dem Rechte der Gesammtheit gegenübersteht, und daß dasjenige, was gegen die Vorlage vor allem Anderen vorgebracht wird, Rücksichten für die Rechte des Einzelnen sind. Die ganze Vorlage wird ja von dem Standpunkte der Einzelrechte bekämpft. Nun kommt mir doch vor, daß es vollständig richtig, juristisch vollständig begründet ist, daß das Recht des Einzelnen durch das Recht der Gesammtheit nicht mehr beschränkt werde, als es eben zur Wahrung des Rechtes der Gesammtheit absolut nothwendig ist. Wenn nun dem Einzelbesitzer ein Recursrecht gegeben wird, so scheint mir — und ich glaube mit mir wahrscheinlich der großen Majorität des hohen Hauses — darin offenbar eine Wahrung des Einzelrechtes zu liegen, und zwar eine solche Wahrung, welche die Interessen der Gesammtheit nicht gefährden kann. Ich empfehle daher die Annahme des §. 16.

**Präsident:** Verlangt noch Jemand zu §. 16 das Wort?

*(Abgeordneter Dr. Magg meldet sich.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Magg hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Magg:** Ich kann nur der Ansicht meines unmittelbaren Herrn Vorredners, aber nicht der meines zweiten Herrn Vorredners beistimmen. Ich glaube, wenn ein Grund für das hohe Haus besteht, dem Gesetzentwurfe, wie ihn der Justizausschuß vorlegt, beizutreten, so ist es insbesondere der, daß derselbe das Gesetz mit der Aufnahme der von ihm entworfenen §§. 15 und 16 in einer sehr erheblichen Weise verbessert hat. Wir haben es hier mit einem Gesetze zu thun, welches mit den Principien der österreichischen Jurisprudenz und Legislation in einem sehr beträchtlichen Maße gebrochen hat; mit einem Gesetze, welches bei dem Entstehen dieses sehr beträchtliche Bedenken hervorgerufen hat, welches vielfach mit sehr ernsten Gründen bekämpft worden ist; mit einem Gesetze, bezüglich dessen in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der berufensten Fachmänner von einem angesehenen Juristen der Ausspruch gethan wurde, daß es in seinem Entstehen rechtsgefährdend, in seiner Ausführung rechtsvernichtend gewesen sei. Und alle diese Beschwerden und Aussprüche haben sich wesentlich darauf bezogen, daß über die Einzelrechte und Einzelansprüche zur Tagesordnung gegangen wurde; daß es dem Einzelnen nicht möglich gemacht war, sein eigenes Recht zu wahren, obschon kein praktischer Grund vorlag, ihn in seiner Handlungsfähigkeit zu hindern. Es hat eben das frühere Gesetz

über die Curatoren für Besitzer von Werthpapieren, wie man vielfach gesagt hatte, praktisch dahin geführt, daß diese Curatel ebenso weitgehend war, wie die Wahnsinnscuratel, während man verlangt, daß sie nur so weitgehend sei, als etwa die Abwesenheitscuratel, das heißt, daß sie dann nicht einzutreten habe, wenn Wille und Handlungsfähigkeit des Berechtigten keinem Zweifel unterliegt.

Das kommt dann darin zum Ausdrucke, daß Demjenigen, welcher nachweist, er habe ein rechtliches Interesse, auch der Recurs an die höhere Behörde gestattet werde. Das ist der von Herrn Dr. Stöhr, wie ich glaube, nicht mit Recht angefochtene Inhalt des §. 16. Es sind aber auch die Bedenken, welche vorgebracht worden sind, nicht vollkommen begründet. Gesetzt, der §. 16 würde nicht angenommen, so wäre dadurch noch keineswegs unzweifelhaft ausgedrückt, daß nicht in irgend einer Weise dennoch die Beschlüsse angefochten werden könnten. Es könnte, wie es bisher in vereinzelten Fällen vorgekommen ist, im Wege einer förmlichen Klage auf Nichtigkeit des genehmigten Beschlusses die Anfechtung desselben versucht werden; es kann möglicherweise sogar auf diese Weise die Sistirung erwirkt werden, und es würde daher das Mittel, welches der Herr Abgeordnete vorgeschlagen hat, auch seinem Zwecke gar nicht entsprechen. Auf der anderen Seite muß man sich gegenwärtig halten, daß selbst Formfehler bei Erledigung dieser Sachen vorgekommen sein können, solche Formfehler von Seite des Curators oder des Gerichtes, welche einen Rechtszug an das obere Gericht durchaus erheischen. Nur das Recursrecht allein gewährt gerade denjenigen Rechtsschutz, der durchaus nöthig ist.

Ich empfehle daher die Annahme des §. 16, wie ihn der Ausschuß beantragt.

**Präsident:** Wünscht noch Jemand zu §. 16 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich erkläre daher die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Dr. **Dinstl:** Ich muß gestehen, daß ich nach der Stimmung, welche die öffentliche Meinung dem im Jahre 1874 erlassenen sogenannten Curatorengesetze entgegenbrachte, eher erwartet hätte, daß §. 16 als zu eng, denn als zu weit hingestellt würde, denn nach §. 16 wird nur dann das Recursrecht eingeräumt, wenn von Seite des Gerichtes eine Genehmigung des Vorschlages des Curators ertheilt wurde. Wenn die Ertheilung der Genehmigung verweigert wurde, in dem Falle hat der Einzelbesitzer kein Recursrecht. Allein, ich meine vor Allem, daß dem Gegenvorschlage, welcher gegenüber dem §. 16 gemacht würde, jene Mängel, welche der Herr Dr. Stöhr dem §. 16 als anhaftend bezeichnet, ebenfalls anhaften, indem er an wesentlichen Gebrechen leidet. Er will nämlich den Vertrauensmännern das Recursrecht belassen. Wäre der Herr Vorredner für den Antrag des Herrn Collegen Dr. Pražák eingestanden, dann könnte dieses Recursrecht mehr Bedeutung haben, denn dann wären bei irgend einem Falle sowohl die Minorität, als auch die Majorität in den Vertrauensmännern sicher vertreten und wäre dann zu erwarten, daß, wenn gegen die Ansicht der Minorität entschieden würde, der Vertrauensmann der Minorität und wenn gegen die Majorität entschieden würde, die Vertreter der Majorität den Recurs ergreifen würden.

Nachdem aber der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pražák abgelehnt und, wie ich glaube, auch vom Herrn Vorredner Dr. Stöhr zurückgewiesen wurde, so meine ich, daß eben gar keine Garantie dafür vorhanden sei, daß beiden Theilen ein Recursrecht gewahrt werde. Ich glaube aber, daß gar kein Grund dafür vorliege, in einer solchen Weise die Einzelrechte zu beschränken. Der nach meiner Auffassung durchschlagende Grund für die Bestellung eines Curators ist der, daß man sonst eine legale Gesammtvertretung sämmtlicher Besitzer nicht erwirken kann.

Weiter zu gehen und den Einzelnen in seinem Einzelrechte so sehr zu beschränken, daß man ihm untersagt, gegen irgend eine Verfügung des Gerichtes, welche er für seinem Rechte abträglich hält, nicht recurriren zu dürfen, nicht die Entscheidung des höherern Richters anrufen zu dürfen, dies scheint mir eine Beschränkung des Einzelrechtes zu sein, welche durch den soeben von mir geltend gemachten Grund nicht gerechtfertigt wäre. Wenn von Seite des Herrn Antragstellers angegeben wird, wenn jeder Einzelne recurriren könnte, sei auch Mißbrauch möglich, nun, so mache ich darauf aufmerksam, daß Mißbrauch bei jedem Gesetze möglich sei, und ich glaube, das sollte gerade ein Sporn für den Curator sein, es nicht auf den letzten Moment ankommen zu lassen, sondern sich zu bemühen, in solcher Weise die Verträge abzuschließen, oder seine Anträge rechtzeitig zu stellen, daß zu ihrer Durchführung noch Zeit ist nach Erledigung des Recurses, wenn derselbe ergriffen worden ist. Ich meine, es können Fälle vorkommen, wo viele Besitzer wichtige Rechte durch einen Beschluß in Frage gestellt sehen, und wo, wenn ein Recursrecht nicht ertheilt wird und diese ihre Ansicht nicht zur Geltung, nicht zur Beurtheilung vor einen höheren Richter kommen kann, die Besitzer unberechtigterweise mundtodt gemacht werden.

Ich empfehle daher die Annahme des §. 16 nach dem Ausschußantrage.

**Präsident:** Ich schreite zur Abstimmung. Ich muß bemerken, daß vom Herrn Abgeordneten Dr. Stöhr kein Antrag gestellt, sondern nur erklärt wurde, daß er gegen §. 16 stimmen werde

Ich ersuche nun jene Herren, welche §. 16 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* §. 16 ist angenommen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(liest §. 17, Titel und Eingang des Gesetzes nach den Anträgen des Justizausschusses aus 683 der Beilagen).*

**Präsident:** Wünscht Jemand zu §. 17, Titel und Eingang des Gesetzes das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da es nicht der Fall ist, so ersuche ich die Herren, welche §. 17, Titel und Eingang des Gesetzes nach dem Antrage des Ausschusses annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind angenommen; somit ist das Gesetz in zweiter Lesung conform den Anträgen des Ausschusses beschlossen.

Berichterstatter Dr. **Dinstl:** Ich erlaube mir, nachdem der Gesetzentwurf im hohen Hause keine Abänderung erfahren hat, die sofortige Vornahme der dritten Lesung zu beantragen.

**Präsident:** Wünscht Jemand das Wort zu dem Antrage auf sofortige Vornahme der dritten Lesung? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall; ich ersuche die Herren, welche dafür sind, daß die dritte Lesung heute vorgenommen werde, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die dritte Lesung ist nahezu einstimmig beschlossen.

Ich ersuche demnach die Herren, welche dem Gesetze, welches in zweiter Lesung bereits angenommen wurde, auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, womit ergänzende Bestimmungen zu den Gesetzen vom 24. April 1874 (Z. 48 und 49 R. G. Bl.), betreffend die Vertretung der Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen erlassen werden, ist in dritter Lesung angenommen *(gleichlautend mit 683 der Beilagen).*

Der nächste Gegenstand ist die zweite Lesung des vom Herrenhause beschlossenen Gesetzentwurfes, wodurch die aus einem Realitätentausche sich ergebende Vermehrung des von Leopold Freiherrn v. Haan errichteten Fideicommisses bewilligt wird *(688 der Beilagen).*

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Zaillner, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Zaillner** *(von der Tribüne):* Gemäß der Gepflogenheit des hohen Hauses unterlasse ich die Verlesung des Berichtes, nachdem derselbe seit mehreren Tagen in den Händen der Herren sich befindet, und erlaube mir nur den Antrag des Ausschusses vorzulesen.

Derselbe lautet *(liest):*

„Das hohe Abgeordnetenhaus wolle dem diesfalls vom hohen Herrenhause gefaßten Beschlusse beitreten und den vorliegenden Gesetzentwurf unverändert annehmen."

**Präsident:** Ich eröffne die Generaldebatte über den vorliegenden Gesetzentwurf.

Wünscht Jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, ersuche ich die Herren, welche in die Berathung des vorliegenden Gesetzes eingehen und den Entwurf des Ausschusses zur Grundlage der Specialdebatte machen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Eingehen in die Specialdebatte ist beschlossen.

Berichterstatter Dr. **Zaillner** *(liest §. 1 des Gesetzes aus 688 der Beilagen).*

**Präsident:** Wünscht Jemand zu §. 1 zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich bitte, auch den §. 2 zu lesen.

Berichterstatter Dr. **Zaillner** *(liest §. 2 des Gesetzes aus 688 der Beilagen).*

**Präsident:** Ich ersuche jene Herren, welche den §. 1 annehmen, sich zu erhaben. *(Geschieht.)* Derselbe ist angenommen.

Wünscht Jemand zu §. 2 das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte sonach jene Herren, welche den §. 2 des Gesetzes in der vom Herrn Berichterstatter verlesenen Fassung annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* §. 2 ist angenommen.

Berichterstatter Dr. **Zaillner** *(liest Titel und Eingang des Gesetzes aus 688 der Beilagen).*

**Präsident:** Wünscht Jemand zu Titel und Eingang das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, ich bitte daher jene Herren, welche den Titel und Eingang des Gesetzes annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieselben sind angenommen.

Es ist somit das ganze Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Dr. **Zaillner:** Nachdem keine Abänderung vorgenommen wurde, so beantrage ich die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Wünscht Jemand über den Antrag auf sofortige Vornahme der dritten Lesung das

Wort? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, ersuche ich jene Herren, welche dafür sind, daß die dritte Lesung sofort vorgenommen werde, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die sofortige Vornahme der dritten Lesung ist beschlossen.

Ich ersuche nun jene Herren, welche dem Gesetze, wie es in zweiter Lesung angenommen worden ist, in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, wodurch die aus einem Realitätentausche sich ergebende Vermehrung des von Leopold Freiherrn v. Haan errichteten Fideicommisses bewilligt wird, ist in dritter Lesung endgiltig angenommen *(gleichlautend mit 688 der Beilagen)*.

Der nächste Gegenstand ist der Bericht des Unterrichtsausschusses über die vom Abgeordneten Kowalski beantragte Resolution und die am 23. Februar d. J. durch den Abgeordneten Dr. Janowski eingebrachte Petition, betreffend die Errichtung einer mehrclassigen Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache in Lemberg *(690 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Dinstl, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Dinstl** *(von der Tribüne)*: Indem ich mir erlaube, auf den gedruckten Bericht des Unterrichtsausschusses hinzuweisen, will ich dem hohen Hause nur eine an dem Antrage des Ausschusses nachträglich eingetretene Abänderung bekannt geben.

Der Antrag des Unterrichtsausschusses lautete ursprünglich *(liest)*:

„1. Die Regierung werde dringend aufgefordert, dafür zu sorgen, daß an einer mehrclassigen öffentlichen Volksschule in Lemberg die ruthenische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt werde.

2. Es werde der Erwägung der Regierung anheimgestellt, ob nicht an dem ruthenischen Gymnasium zu Lemberg eine Vorbereitungsclasse und an der Uebungsschule der Lehrerbildungsanstalt daselbst Parallelclassen mit ruthenischer Unterrichtssprache zu errichten seien."

Seitdem vom Ausschusse rücksichtlich des Punktes 2 der Beschluß gefaßt wurde, hat bereits das Unterrichtsministerium sowohl die Einleitung getroffen, daß eine Vorbereitungsclasse mit dem Gymnasium verbunden werde, als auch die Errichtung einer ruthenischen Uebungsschule an der Lehrerbildungsanstalt in Lemberg beschlossen. Der Ausschuß glaubte daher, daß Punkt 2 als nunmehr bereits durch die Verfügung der Regierung erledigt gegenstandslos geworden sei, und es zieht daher der Ausschuß Punkt 2 des Antrages zurück.

*(Abgeordneter Dr. Eusebius Czerkawski meldet sich zum Worte.)*

**Präsident:** Das hohe Haus wolle zur Kenntniß nehmen, daß der Ausschuß in Folge der von dem Unterrichtsministerium mittlerweile getroffenen Vorkehrungen bezüglich der Uebungsschule und der Vorbereitungsclasse den zweiten Theil des Antrages zurückzieht, weil derselbe gegenstandslos geworden ist. Gegenstand der Debatte ist daher nur der erste Theil des Ausschußantrages, der dahin geht, daß die Regierung dringend aufgefordert werde, dafür zu sorgen, daß an einer mehrclassigen öffentlichen Volksschule in Lemberg die ruthenische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt werde.

Ich eröffne hierüber die Debatte und ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Eusebius Czerkawski.

Abgeordneter Dr. Eusebius **Czerkawski**: Es kann uns durchaus nicht beifallen, gegen das letzte Ziel, welches dem Antrage des verehrten Herrn Abgeordneten Kowalski vorgeschwebt hat, feindlich aufzutreten. Der Wunsch, Schulen überhaupt, und insbesondere Volksschulen mit der einheimischen Muttersprache zu besitzen, ist ein nach unserer Ansicht durchaus berechtigter, zumal wenn es sich dabei um die Pflege des einheimischen Idioms, um die Pflege der ebenso klang- als gemüthsvollen Volkssprache handelt. Jedoch wünschen wir unsererseits, daß der darin ausgedrückte Wunsch unter den Bedingungen und mit den Mitteln angestrebt und erreicht werde, welche in der Natur der Verhältnisse und auf dem gesetzlichen Boden ruhen. In dieser letzteren Beziehung haben wir aber gegen den Antrag des Herrn Abgeordneten Kowalski einige Bedenken.

Dieser Antrag lautet *(liest)*:

„Die hohe Regierung werde aufgefordert, das Geeignete zu veranlassen, daß die in Lemberg bestandene Musterhauptschule mit ruthenischer Unterrichtssprache eingerichtet werde."

Musterhauptschulen in der früheren Bedeutung des Wortes gibt es heutzutage nicht. Im Sinne des allgemeinen Volksschulgesetzes und der auf dessen Grundlage erlassenen Landesgesetze gibt es nur Volksschulen überhaupt, deren Organisirung, Leitung und Einrichtung durch diese Volksschulgesetze geregelt wird, durch welche auch bestimmte Factoren und Organe, namentlich autonomer Natur, hiezu berufen sind.

Insofern also in diesem Antrage eine Aufforderung an die Regierung gerichtet zu sein scheint, mit Umgehung oder selbst gegen den Willen dieser autonomen Organe Vorkehrungen zu treffen, um dem Wunsche des Herrn Abgeordneten zu entsprechen, müßten wir uns gegen eine solche Antragstellung und

demgemäße Beschlußfassung feierlichst verwahren. Seitdem die Volksschule aufgehört hat, eine bloße Vorbereitungsanstalt für die Mittelschule zu sein, seitdem sie berufen ist, den innersten Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft in weiterem Sinne zu entsprechen, ist es nur billig, daß den verschiedenen Organismen und Factoren der Gesellschaft, namentlich der Gemeinde, ein entscheidender Einfluß auf die Leitung und Organisirung, beziehungsweise auf die Bestimmung der Unterrichtssprache eingeräumt werde. So und nicht anders will es die allgemeine Volksschulgesetzgebung, so und nicht anders bestimmt es auch die galizische Landesordnung. Von diesem Gesichtspunkte aus angesehen, sind nun die Attributionen, die ich hier genannt habe, der Gemeinde Lemberg bezüglich aller daselbst befindlichen Volksschulen und namentlich auch bezüglich der früheren Musterhauptschule eingeräumt.

Wenn diese Factoren, und namentlich die Gemeinde Lemberg, sich bis jetzt nicht herbeigelassen haben, an einer dieser Schulen, namentlich an der Musterhauptschule, die ruthenische Unterrichtssprache einzuführen, so müssen sie füglich gute Gründe hiezu gehabt haben. Es ginge zu weit, hier nichts weiter als bloß Parteihaß und Ungerechtigkeit anzunehmen.

Es müssen die localen Verhältnisse derartig sein, daß sie eine solche Beschlußfassung der Gemeinde unmöglich machen. Dem scheinen einige Angaben statistischer Natur, die auch der Ausschußbericht sich angeeignet hat, zu widersprechen. Es heißt dort, 12.000 Ruthenen besitze die Gemeinde Lemberg, 554 schulfähige Kinder dieser Nationalität wären an den verschiedenen Schulen Lembergs eingeschrieben.

Hiebei erlaube ich mir nur die Bemerkung, daß die statistischen Ausweise meines Wissens bloß von 12.000 Bekennern des griechisch-katholischen Ritus sprechen, und daß eine Schlußfolgerung vom Ritus auf die Nationalität und Sprache durchaus nicht begründet ist.

Wie sehr meine Behauptung den thatsächlichen Verhältnissen entspricht, mag eine Thatsache illustriren.

Vor Jahresfrist, wenn ich nicht irre, hat sich die hohe Regierung veranlaßt gefunden, an verschiedenen Lehrerseminarien Ostgaliziens Parallelübungsclassen mit ruthenischer Unterrichtssprache einzuführen. Hiezu wurden die Lehrerseminarien in Lemberg, Stanislau und Tarnopol ausersehen. Es hing von dem Belieben der Eltern ab, ihre Kinder in der sogenannten ruthenischen Uebungsschule einschreiben zu lassen. Siehe da! Es hatte sich Niemand für diese Uebungsschulen gemeldet.

Es ist eine Thatsache, die nicht bestritten werden kann und die nur für meine Behauptung spricht, daß von dem griechisch-katholischen Ritus noch nicht auf die Nationalität und Muttersprache geschlossen werden kann, daß in den meisten Familien Lembergs des griechisch-katholischen Ritus nicht die ruthenische, sondern die polnische Sprache Conversations- und beziehungsweise Muttersprache ist.

Es ist auch das, meine Herren, beachtenswerth, was der Herr Antragsteller uns einmal sagte und was auch der Ausschußbericht hervorhebt, daß es in ganz Galizien keine vierclassige Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache gebe. Nun, sollte sich doch in so vielen Gemeinden Galiziens nicht ein Element finden, sollten sich nicht Bedingungen finden, welche die Errichtung einer solchen vierclassigen Schule anstrebten und durchsetzten? Es würde nur dafür sprechen, daß überhaupt diese ganze Angelegenheit eine verhältnißmäßig schwache Vertretung habe. Wenn von den Gemeinden aus die Errichtung einer solchen Schule nicht thunlich und nicht ausführbar war, so sollte man glauben, daß hier das Land nicht hätte einschreiten sollen. Man hätte von Landeswegen eine solche Schule eigens zum Nutz und Frommen der ruthenischen Nationalität errichten sollen. Ich will mich darüber nicht auslassen, ich will darüber nicht streiten, ob es Sache des Landes oder des Landtages ist, ein solches Experiment zu machen. Ist ein solches Experiment nicht gemacht worden, so wird der Landtag sehr gute Gründe dafür gehabt haben. Möglich auch, daß der Antrag, der darauf hingeht, nicht in der entsprechenden Form, nicht in der entsprechenden Zeit gestellt wurde. Uebrigens will ich durchaus nicht behaupten, daß in weiterer Zukunft die Möglichkeit, eine solche Anstalt zu errichten, völlig ausgeschlossen ist. Ich glaube, daß auch der Ausschuß diesen Gründen nicht unzugänglich war. Wenn Sie den Antrag des verehrten Herrn Abgeordneten Kowalski lesen und dann die Ausführungen des Ausschußberichtes, so kann man zwischen den Zeilen wohl darin sehen, daß manche von den Bedenken, die ich hervorgehoben habe, auch dem Ausschusse vorgeschwebt haben mögen, sonst hätte er nicht in einer so außergewöhnlichen Weise den ursprünglichen Antrag des Herrn Abgeordneten Kowalski abgeschwächt. Er hätte nicht gesagt, es liege nichts daran, ob gerade die Musterhauptschule in Lemberg ruthenisch ist oder überhaupt eine solche Schule in Lemberg mit dieser Unterrichtssprache bestehe, wenn er sich nicht überzeugt hätte, daß für die Einführung der ruthenischen Unterrichtssprache gerade an dieser Schule, die hier ins Auge gefaßt wird, die nöthige Bedingung und Grundsätze fehlen.

Ich glaube aber, meine Herren, alle diese Gründe und Gegengründe verlieren ihre eigene Tragweite angesichts der Thatsachen, welche auch vom verehrten Herrn Berichterstatter eingangs seines Berichtes uns dargelegt wurden. Nun werde ich mir die Bedeutung dieser Thatsachen etwas zu erläutern erlauben.

Die Regierung hat sich durch die Vorgänge in diesem hohen Hause veranlaßt gefunden, die Uebungsschule, welche theoretisch, principiell am Lehrer-

seminare in Lemberg besteht, in eine vollständige vierclassige Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache umzuwandeln und sie als Uebungsschule neben dem Lehrerseminare bestehen zu lassen. Einige Einwürfe, welche gegen die frühere Volksschule erhoben wurden, als: daß sie abseits in einem Stadttheile gelegen sei, welcher den Ruthenen weniger zugänglich ist, suchte man dadurch zu beseitigen, daß sie nunmehr gerade inmitten der Stadt, gerade an jenem Punkte, welcher mitunter als der Sammelpunkt der Verfechter der ruthenischen Nationalität von Lemberg betrachtet wird, errichtet wurde. Dagegen läßt sich vom pädagogischen, schultechnischen Standpunkte manche Einwendung erheben.

Wenn man diese Einrichtung, wie sie jetzt besteht, sich auch näher ansieht, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß diese Volksschule bereits aufgehört hat, eine Uebungsschule zu sein; sie ist eine ganz abgesonderte Schule geworden, die sozusagen so ziemlich außer allem Verbande mit dem Lehrerseminar besteht und daher ihrer eigentlichen Bestimmung entrückt ist.

Aber auf dieses Feld will ich mich nicht begeben, das ist Sache der Regierung, hiefür ist sie verantwortlich, und die Zeit muß es zeigen, inwiefern sich diese Institution bewährt.

Ich muß aber nur constatiren und anerkennen, daß die Regierung dabei Alles vermieden hat, was eine Infraction, was einen Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte des Landes bedeuten könnte, daß sie sich durchaus nicht enthalten hat, jenen autonomen Organen und Factoren nahe zu treten, welche in erster Linie zur Bestimmung der Unterrichtssprache in den Volksschulen berufen sind. Sie hat den Wünschen der Ruthenen und des Herrn Abgeordneten Kowalski an einer Anstalt willfahrt, welche ausschließlich unter der Leitung der Regierung steht und aus Reichsmitteln erhalten wird.

In dieser Beziehung ist nun vom Standpunkte der Landesverfassung und der autonomen Organe nichts weiter zu erinnern.

Ich glaube aber, meine Herren, daß durch diese Einrichtung nicht bloß der zweite Punkt der Resolution, welche vom Ausschusse beantragt wird, sondern auch der erste Punkt gegenstandslos geworden ist. Wollten Sie, meine Herren, auch den ersten Punkt der Resolution noch beschließen, nachdem die Regierung den Wünschen des Herrn Abgeordneten Kowalski schon willfahrt hat, und wollten Sie darauf bestehen, so würde darin gewissermaßen die Aufforderung liegen, nicht auf diesem Punkte stehen zu bleiben, sondern einen Eingriff in die Rechte der Landesvertretung, in die wohlverbürgten Rechte der Gemeinde, einen bestimmenden Einfluß auf die Unterrichtssprache zu üben, zu thun. Um nun eine solche Voraussetzung nicht aufkommen zu lassen, werden Sie es uns nicht für übel nehmen, wenn wir unserseits gegen den ersten Punkt der Resolution Einspruch erheben und dagegen stimmen.

*(Während dieser Rede hat Vicepräsident Dr. Vidulich den Vorsitz übernommen.*

*Abgeordneter Kowalski meldet sich zum Worte.)*

**Vicepräsident:** Der Herr Abgeordnete Kowalski hat das Wort.

Abgeordneter **Kowalski**: Vor Allem sehe ich mich verpflichtet, der hohen Regierung im Namen des Volksstammes, welchen wir hier vertreten, unseren tiefgefühlten Dank für die Fürsorge auszusprechen, welche sie der Hebung des Volksschulwesens auch der ruthenischen Zunge widmet. Ich hoffe, daß das Beginnen gewiß heilsam für das Land, für das Volk und auch für das Reich sein wird. Ich erwarte sehr ersprießliche Früchte daraus und kann nur bedauern, daß die hohe Regierung erst so spät die nöthigen Mittel und zweckdienliche Vorkehrungen getroffen hat.

Ich will gleich nebenbei dem Herrn Opponenten auf einen seiner Einwürfe antworten, nämlich bezüglich der Bemühungen der hohen Regierung, welche im vorigen Jahre fruchtlos geblieben sind. Es ist auch fürwahr so. Die hohe Regierung war bestrebt im vorigen Jahre Parallelclassen in der Uebungsschule bei der Lehrerbildungsanstalt in Lemberg mit der ruthenischen Sprache zu errichten. Nachdem aber der diesbezügliche Ministerialerlaß wahrscheinlich spät nach Lemberg gelangte und nicht zur allgemeinen Kenntniß gebracht wurde und auch die Unterbringung dieser Parallelclassen bei der Lehrerbildungsanstalt, welche in einem entlegenen Viertel der Stadt situirt ist, in Aussicht genommen wurde, so ist es wohl begreiflich, warum der angestrebte Zweck auch nicht erreicht werden konnte.

Etwas Anderes erwarte ich in dem künftigen Schuljahre, obwohl ich auch hier an diesem Platze vermerken muß, daß von Seite des Landesschulrathes nichts weniger als das Geeignetste eingeleitet wurde, was eben den Zweck zu fördern hat. Ich brauche nämlich nur die Thatsache zu constatiren, daß für die Aufnahme der Schüler in die Parallelclasse mit ruthenischer Sprache an der Lehrerbildungsanstalt in Lemberg der letzte Juli als Endtermin in Aussicht genommen und ausdrücklich „längstens bis Ende Juli 1877" kundgemacht wurde. Jedermann weiß jedoch, daß das Schuljahr mit dem 1. September beginnt.

Wenn nun in diesem Falle der letzte Juli als der Endtermin bestimmt wurde, bleibt noch ein ganzer Monat, der August, in der Mitte, welcher jedoch für die Aufnahme der Schüler nicht mehr bestimmt erscheint.

Die Eltern, rücksichtlich die Vormünder, sind daher gehalten, die Kinder längstens bis Ende Juli schriftlich oder mündlich zur Aufnahme in die Schule anzumelden. Nun wissen wir aber, daß gerade im Monate Juli in Galizien die Landwirthschaft die größte Thätigkeit in Anspruch nimmt, jeder Landwirth muß zu Hause bleiben. Und wenn auch auswärtige Eltern mit Ende Juli mit ihren Kindern in Lemberg erscheinen und ihre Kinder für die Schule einschreiben, wie sollen sie dieselben während des ganzen Monates August unterbringen und beschäftigen. Sobald aber die Eltern auch Kinder haben, welche das Gymnasium oder eine andere Schule besuchen, so müssen sie ohnedies Ende August oder Anfangs September in Lemberg wieder erscheinen. Für solche Eltern wäre es aber nur zu häufig sehr beschwerlich, dieselben Reisen zu wiederholen.

Ich darf daher wohl erwarten, daß die hohe Regierung, nachdem sie zur Kenntniß dieses Umstandes gelangte, gewiß Maßregeln treffen werde, um diesem Uebel wirksam zu begegnen.

Ich wende mich nun zu den Hauptargumenten des Herrn Opponenten:

Er sagte eingangs seiner Ausführungen, daß er nicht gesonnen sei, gegenüber der Resolution feindlich aufzutreten.

Ich frage ihn, kann das für mich genug sein, wenn er, obwohl aus meiner Heimat, sich zu meiner berechtigten Anforderung nur passiv verhält? Ich dürfte vielmehr von einem so bewährten Schulmanne erwarten, daß er für die Hebung des Volksschulwesens sich mehr erwärmen und für diesem activ auftreten und alles Mögliche aufbieten werde, um diesen Zweck zu fördern.

Also mit einer Passivität ist mir nicht gedient; obwohl ich auch schon dafür meinen Dank aussprechen muß, wenn auch dies noch immer sehr wenig mir nützt.

Der Herr Opponent hat der klangvollen, schönen ruthenischen Sprache eine Hymne nicht versagt; nachdem er aber auf einmal dieselbe als ein Idiom bezeichnet, so will ich sein Gedächtniß unterstützen und ihn daran erinnern, daß er im Unterrichtsausschusse von zwei verschiedenen Landessprachen in Galizien gesprochen hat und nicht die ruthenische Sprache als ein Idiom erklärt habe. Allein ich will auf diese linguistischen Unterscheidungen mich nicht weiter einlassen.

Die Hauptmomente, die er hervorgehoben hat, gipfeln darin, daß bestimmte Bedingungen festgehalten werden müssen, unter welchen er auch den Ruthenen eine mehrclassige Volksschule zugestanden wissen will, und er glaubte, daß der Zweck erreichbar ist, wenn nur die schicklichen Mittel angewendet werden. Nach beiden Seiten hin hat aber der geehrte Vorsprecher nicht unterlassen, Bedenken anzuregen; er meinte nämlich vor Allem, daß nach der gegenwärtigen Schulverfassung eine Musterhauptschule überhaupt nicht existirt.

Wohlan, dem Namen nach nicht, aber der Sache nach existiren solche Musterhauptschulen, denn jede Uebungsschule an einer Lehrerbildungsanstalt ist nichts Anderes als eine Musterhauptschule, und zwar eine Musterhauptschule sowohl für die angehenden Lehrer als auch für die lernende Jugend. Also ob man eine Hauptschule mit diesem oder jenem Namen bezeichnen will, das Wesen bleibt immer dasselbe. Wenn aber der Herr Opponent von einer Musterhauptschule gesprochen hat, so glaube er, daß meine Anforderung nichts weniger als begründet sei, wenn ich die Musterhauptschule vornehmlich ins Auge gefaßt habe, in deren Besitz die ruthenische Bevölkerung in Lemberg vom Jahre 1850 bis 1868 sich thatsächlich befand; denn das wird er mir doch nicht leugnen, daß sich die Ruthenen vom Jahre 1850 bis zum Jahre 1868 dieser Schule wirklich erfreuten; er wird auch nicht behaupten wollen, daß diese Schule mit Zustimmung der Ruthenen in eine rein polnische verwandelt wurde!

Man hat die Ruthenen diesfalls ganz einfach nicht gefragt, sondern an der Hand der Landesschulgesetzgebung gewirthschaftet, wie man geradezu glaubte, einer bestimmten Richtung hin zuzusteuern, einen bestimmten Selbstzweck, sein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Man sagt: beati possidentes, nun sind wir infelices, da man uns den Besitz ganz einfach entrissen hat. Er würde sich feierlichst dagegen verwahren, sagt der Herr Vorredner, wenn ich ansprechen würde, in den Besitz dieser Musterhauptschule wieder zu gelangen. Nun bin ich in diesem Punkte versöhnlicher, denn ich gönne Jedermann so viele Schulen, als er braucht. Die polnische Nationalität besitzt in Lemberg 16 Volksschulen, und ich wünsche ihr noch andere 16, aber ich darf auch nicht auf meine Wenigkeit vergessen und ich kann wohl schon nicht bescheidener sein, als wenn ich nicht die gewesene Musterhauptschule, sondern nur eine mehrclassige Schule überhaupt anspreche, welche der gerechten Anforderung der Ruthenen zu entsprechen geeignet wäre.

Der Herr Vorredner hat nicht genug zu betonen gewußt, daß die Gemeinde Lemberg gute Gründe gehabt hat, wenn sie bis nun eine Volksschule mit ruthenischer Unterrichtssprache nicht eingeführt habe. Ich will am allerwenigsten hier diese Gründe untersuchen; vor der Geschichte werden es aber alle Diejenigen zu verantworten haben, welche die Bildung, Cultur und die Gesittung eines Volkes, das sich nach diesen Vorzügen immer so sehr sehnt, zu fördern unterlassen, ja, jeden culturellen Aufschwung dem Volke verleidet haben.

Wenn aber der Herr Opponent auf statistische Daten gekommen ist und sowohl mich als auch den

bene Reinvermögen seiner Widmung möglichst bald zugeführt werde?

Dr. Vitezić. Dr. Willibald Mildschuh.
Dr. Graf. Ganzwohl.
Dr. Vošnjak. Dr. Kusy.
Lienbacher. Schrems.
Weber. R. v. Wörtz.
Karlon. Meznik.
Pfeifer. Pflügl.
Brader. Zeilberger.
Hormuzaki. Pavlinović.
Klaić. Wurm."
Graf Barbo.

**Präsident**: Ich werde diese Interpellation den betreffenden Herren Ministern übermitteln. Die zweite Interpellation, überreicht von den Herren Abgeordneten Fürst und Genossen, ist an Seine Excellenz den Herrn Landesvertheidigungsminister gerichtet. Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführer **Neuwirth** *(liest)*:

„Interpellation an den Herrn Landesvertheidigungsminister: Bereits vor zwei Jahren petitionirten viele Gemeinden, welche mit der Militärbequartierung belastet sind, um Revision des seit dem Jahre 1851 bestehenden Einquartierungsgesetzes. Eine solche Gesetzesvorlage wurde auch von der hohen Regierung bei Einbringung dieser Petitionen zugesagt, welche jedoch nicht erfolgte. Ueber eine deshalb im Beginne des Jahres 1876 erfolgte Interpellation, gab der Herr Landesvertheidigungsminister in der am 29. Februar 1876 stattgefundenen Sitzung in Beantwortung der Interpellation seine Erklärung dahin ab, daß er sich der Hoffnung hingibt, daß die Herren bei ihrem Wiederzusammentritte in diesem hohen Hause den Entwurf dieser Gesetzesvorlage auf dem Tisch des hohen Hauses finden werden. Nachdem seit dieser Zusage abermals eine geraume Zeit verstrichen ist, ohne daß diese Gesetzesvorlage erfolgte, so stellen die Gefertigten an die hohe Regierung die Anfrage:

„1. Welche sind die Gründe, daß diese zugesagte Gesetzesvorlage, betreffend die Revision des Einquartierungsgesetzes vom Jahre 1851, noch nicht erfolgt ist?

2. Wann gedenkt die hohe Regierung dieser Zusage zu entsprechen?

Wien, 2. Juli 1877.

Dr. Klier. Fr. Fürst.
Streeruwitz. Schier.
Thomas, Claudy.
Neumann. Wolfrum.
Liebieg. Wickhoff.
Ruß. Ed. Saxinger.
Schwab. Beer.
Neuwirth. Hanisch.
Dr. van der Straß. Groß.
Göllerich. Dr. Heilsberg.
Ed. Sueß. Pauer.
Giskra. Dr. Roser.
Stöhr."

Diese Interpellation werde ich an Seine Excellenz den Herrn Landesvertheidigungsminister leiten.

Als nächsten Sitzungstag erachte ich Mittwoch, den 4. d. M., 11 Uhr Vormittags bezeichnen zu sollen *(Zustimmung)* und als Gegenstände der Tagesordnung:

1. Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf hinsichtlich der Bedingungen und Zugeständnisse für die Sicherstellung einer Einmündung der Fichtelgebirgsbahn in Eger *(703 der Beilagen)*;

2. Wahl eines Mitgliedes in den Ausgleichsausschuß an Stelle des ausgeschiedenen Dr. v. Bertolini;

3. Zweite Lesung des vom Herrenhause beschlossenen Gesetzes, betreffend die Errichtung eines Josef Graf Bawarowski'schen Fideicommisses *(699 der Beilagen)*;

4. Bericht des Budgetausschusses über die verfassungsmäßige Regelung des Rechnungs- und Controldienstes *(693 der Beilagen)*.

Ich ersuche zur Kenntniß zu nehmen, daß der Ausschuß zur Vorberathung der Ausgleichsvorlagen für morgen Dinstag Vormittags 11 Uhr,

das Subcomité dieses Ausschusses für die Zucker- und Branntweinsteuer für heute Abends 6 Uhr zu einer Sitzung geladen sind.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

*(Schluss der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.)*

Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Die Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen sich erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist ebenfalls angenommen.

Berichterstatter **Göllerich**: Ich habe mir bereits zu bemerken erlaubt, daß, nachdem der Bericht bereits gedruckt vorlag, dem Ausschusse noch eine Petition zukam, nämlich die Petition mehrerer Uhrmacher aus Karlstein und Umgebung in Niederösterreich, welche bitten, daß der §. 12 des Hausirpatentes strenger gehandhabt werde als bisher. Dieser Paragraph bestimmt nämlich, daß bloß mit Waaren inländischen Ursprungs im Hausirwege gehandelt werden darf. Die Petenten bemerken nun, daß trotzdem mit ausländischen Uhren ein starkes Hausirgeschäft betrieben wird, und daß dadurch ihre Industrie fast vollständig vernichtet worden sei. Sie bitten demnach, daß die hohe Regierung aufgefordert werde, auf eine strengere Handhabung des §. 12 und §. 19, welch' letzterer Paragraph die Strafbestimmungen enthält, hinzuwirken. Der Ausschuß hat beschlossen, zu beantragen:

„Das hohe Haus wolle beschließen, diese Petition werde der Regierung zur eingehendsten Würdigung abgetreten."

**Präsident**: Der Ausschuß beantragt, die Petition mehrerer Uhrmacher in Karlstein und Umgebung der Regierung zur eingehendsten Würdigung abzutreten. Wünscht Jemand dazu das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte also die Herren, welche für diesen Antrag sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Er ist angenommen, damit ist auch dieser Gegenstand erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Es wurden mir zwei Interpellationen überreicht, zunächst eine an Ihre Excellenzen die Herren Minister des Innern und der Justiz und zwar von den Herren Abgeordneten Dr. Willibald Mildschuh und Genossen. Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführer **Neuwirth** *(liest)*:

„Interpellation an Ihre Excellenzen die Herren Minister des Innern und der Justiz.

In den Jahren 1872 und 1873 wurden von der k. k. Statthalterei in Brünn einige, in der Markgrafschaft Mähren bestehende, von slavischen Ausschüssen verwaltete Vorschußvereine (Záložnas) wegen vermeintlicher Statutenüberschreitungen auf Grund des §. 24 des Vereinsgesetzes vom 26. November 1852, R. G. Bl. Nr. 253, plötzlich aufgelöst und wurden zur Liquidirung und Realisirung des Vereinsvermögens von den k. k. Gerichten Curatoren bestellt.

Unter diesen aufgelösten Vereinen befand sich auch der Vorschußverein (Záložna) in Kremsier, welcher seit seinem Bestande vom Jahre 1863 von Ausschüssen, die für ihre Vereinsthätigkeit eine Entlohnung nicht erhielten und auch nicht ansprachen, so umsichtig geleitet wurde, daß das Gesammtvermögen im Jahre 1873 auf 603.174 fl. 99 kr. stieg, damals einen Reservefond von 46.766 fl. 90 kr. hatte und von den Darleihen nur die gesetzlichen Zinsen nehmend, für die Creditbedürftigen von Kremsier und Umgebung aus dem Kleingewerbe, der Landwirthschaft und Industrie überaus wohlthätig wirkte und diese Kreise vor dem Wucher schützte.

Wenn auch die Berechtigung der k. k. Statthalterei in Brünn zur sofortigen Auflösung des Vereines in Folge einiger angeblicher Manipulationsverstöße, als daß z. B. unter Anderem auch juristischen Personen Darleihen gewährt, größere als hundert Gulden betragende Einlagen übernommen und Prolongationen bewilligt wurden, was Alles den k. k. Regierungsorganen durch zehn Jahre bekannt war, angezweifelt werden muß, als ja durch eine Vermehrung des Ausschusses und Hinweisung auf den Wortlaut der Statuten der das Wesen des Vereines keineswegs beeinträchtigenden Manipulation sofort abgeholfen werden konnte, und das Gesetz, wegen allfälliger Verstöße des Ausschusses, kaum den ganzen Verein zu strafen gestatten mag, so würden durch diese überaus harte Maßregel ohne Noth die gewiß nicht schuldigen Creditheilnehmer auf das tiefste betroffen.

Ein weiterer empfindlicher Schaden erfolgte aus der Auflösung des Vereines insofern, als der in Folge der Statuten und des Vereinsbeschlusses zu wohlthätigen Zwecken, speciell zur Förderung des Kleingewerbes bestimmte Reingewinn, beziehungsweise Reservefond des Vorschußvereines in Kremsier, durch exorbitante Curatorsrechte, die nur für die Zeit von Anfang März 1873 bis Ende September 1874 mit 16.025 fl. 78 kr. österr. Währ. aufgerechnet sind, in der Höhe dieser Kosten geschmälert wurde, und die begründete Gefahr vorhanden ist, daß durch eine derartige andauernde Gebarung des Curators das gesammte, humanitären Zwecken gewidmete Reinvermögen aufgezehrt werden wird.

Um dieser Gefahr zu begegnen, erlauben sich die Gefertigten die Anfrage:

„Sind Ihre Excellenzen, die Herren Minister des Innern und der Justiz, gewillt, dahin zu wirken, daß die Realisirung des Vermögens des in Kremsier im Jahre 1873 aufgelösten Vorschußvereines (Zalozna) mit thunlichster Beschleunigung auf die die Widmung dieses Fondes schonendste Weise zu Ende geführt und das sohin übrig geblie-

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :




ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las
www.digital-center.pl
biuro@digital-center.pl
tel./fax (0-61) 665 82 72
tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**
**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**